Verhandlungen

des

Reichstags.

XIII. Legislaturperiode. II. Session.

Band 314.

Stenographische Berichte

von der 192. Sitzung am 5. Oktober 1918
bis zur 197. Sitzung am 26. Oktober 1918

und Sachregister.

Berlin 1919.

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

g328.43
G31
v. 314

Verhandlungen

des

Reichstags.

XIII. Legislaturperiode. II. Session.

Band 314.

Stenographische Berichte

von der 192. Sitzung am 5. Oktober 1918
bis zur 197. Sitzung am 26. Oktober 1918

und Sachregister.

Berlin 1919.

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

9 338.43
G31
v.314

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Hundertzweiundneunzigste Sitzung.

Sonnabend den 5. Oktober 1918.

Mitteilungen des Präsidenten über
a) den Tod des Abgeordneten Hirsch,
b) Mandatsniederlegungen,
c) Tod des Generalfeldmarschalls v Eichhorn und des türkischen Botschafters Hakky Pascha 6149
Geschäftliches 6149
Ansprache des Präsidenten: Fortdauer des Kriegs und Regierungswechsel 6150
Entgegennahme von Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers 6150
Anberaumung der nächsten Sitzung 6154

Hundertdreiundneunzigste Sitzung.

Dienstag den 22. Oktober 1918.

Mitteilung über die Übermittlung der Geburtstagsglückwünsche des Reichstags an Ihre Majestät die Kaiserin 6155
Mitteilung über das Hinscheiden des Abgeordneten v. Grabski 6156
Geschäftliches 6155
Anfragen (werden von der Tagesordnung abgesetzt) 6156
Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft (Nr. 1935 der Anlagen) . 6156
Erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen)
in Verbindung mit der
ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Anlagen):
Allgemeine Besprechung in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache: 6156

Seite

Die Besprechung wird abgebrochen und vertagt 6180
Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6180

Hundertvierundneunzigste Sitzung.

Mittwoch den 23. Oktober 1918.

Geschäftliches 6181
Fortsetzung der ersten und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen)
in Verbindung mit der
Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Anlagen), Anträge Nr. 1969, 1973, 1974.
Allgemeine Besprechung in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache (Fortsetzung) 6181
Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6207

Hundertfünfundneunzigste Sitzung.

Donnerstag den 24. Oktober 1918.

Geschäftliches 6209
Fortsetzung und Schluß der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen),
in Verbindung mit
Fortsetzung und Schluß der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur

842479

Seite

Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Anlagen):
Allgemeine Besprechung in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache (Fortsetzung und Schluß) . . . 6210
Namentliche Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Bell und Genossen (Nr. 1974 der Anlagen) 6241
Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6241
Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung: 6242

Hundertsechsundneunzigste Sitzung.

Freitag den 25. Oktober 1918.

Geschäftliches 6246
Anfragen:
Nr. 554, Meier (Zwickau): Wirtschaftliche Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner in bezug auf die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Nr. 1930 der Anlagen) 6246
Nr. 557, Koßmann: betreffend denselben Gegenstand wie Nr. 554 nur mit Ausdehnung auf Witwen und Waisen (Nr. 1944 der Anlagen) 6246
Nr. 562, Haase (Königsberg): Verbot einer öffentlichen Frauenversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung (Nr. 1949 der Anlagen) 6247
Nr. 563, Haase (Königsberg): Auflösung einer Wählerversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im I. Berliner Wahlkreise (Nr. 1950 der Anlagen) 6247
Nr. 564, Davidsohn, Stücklen: Nichtzahlung der Zusatzrenten für die Kriegsbeschädigten und ihre Angehörigen im Kreise Bomst und anderen Kreisen (Nr. 1952 der Anlagen) 6247
Nr. 566, Hoch: Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel, besonders Haferflocken, in von der Grippe heimgesuchten Gemeinden (Nr. 1962 der Anlagen) 6248

Seite

Nr. 568, Held: Mangelhafte Abnahme von Sohlleder in den Gerbereien durch die betreffenden Kriegsorganisationen (Nr. 1965 der Anlagen) 6248
Nr. 571, Ledebour: Erfolglosigkeit von Versuchen auf Rückgängigmachung einer Verfügung des Kriegsministers vom 27. September 1917, betreffend Nichtzulassung einer Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Nr. 1972 der Anlagen) 6249
Zur Tagesordnung: Absetzung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Nr. 1982 der Anlagen) 6249
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen):
Geschäftsordnungsdebatte: Frage der Erörterung der neuesten Wilsonschen Note bei der allgemeinen Besprechung . . . 6250
Allgemeine Besprechung 6253
Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1911 (Nr. 1977 der Anlagen) 6271
Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6274

Hundertsiebenundneunzigste Sitzung.

Sonnabend den 26. Oktober 1918.

Geschäftliches 6275
Erklärung vor der Tagesordnung 6275
Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951, 1982 der Anlagen):
Geschäftsordnungsdebatte über Anwendung des § 49 der Geschäftsordnung . . . 6275
Allgemeine Besprechung 6269
Anberaumung der nächsten Sitzung 6297
Sachregister 6299

(A)

192. Sitzung.

Sonnabend den 5. Oktober 1918.

Seite

Mitteilungen des Präsidenten über
a) den Tod des Abgeordneten Hirsch,
b) Mandatsniederlegungen,
c) Tod des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn und des türkischen Botschafters Hakky Pascha 6149B
Geschäftliches 6149C
Ansprache des Präsidenten: Fortdauer des Kriegs und Regierungswechsel 6150B
Entgegennahme von Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers:
(B) Prinz Max von Baden, Reichskanzler 6150D
Präsident 6153C
Haase (Königsberg) (U. S.) — zur Geschäftsordnung 6153D
Seyda (Pole) — desgl. 6154B
Ebert (S.) — desgl. 6154C
Anberaumung der nächsten Sitzung 6154D

Die Sitzung wird um 5 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Meine Herren, ich habe Ihnen eine schmerzliche Mitteilung zu machen.

(Der Reichstag erhebt sich.)

Am vergangenen Montag, den 30. September, verschied unser Herr Kollege Hirsch, gewählt für den 6. Wahlkreis des Regierungsbezirks Merseburg; er gehörte dem Reichstage seit dem Januar 1916 an.

Meine Herren, Sie haben sich zum Zeichen der Teilnahme und des Gedächtnisses des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Ihre Mandate haben folgende Herren Kollegen niedergelegt:

am 17. Juli 1918 Abgeordneter v. Bonin,
am 18. August 1918 Abgeordneter v. Vollmar.

Wegen der Ersatzwahlen ist das Erforderliche veranlaßt worden.

An den Generalfeldmarschall v. Hindenburg habe ich (C) aus Anlaß des plötzlichen Todes des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn, der einem fluchwürdigen Meuchelmord zum Opfer fiel, die Teilnahme des Reichstags ausgesprochen, worauf Seine Exzellenz der Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphisch gedankt hat.

Namens des Reichstags habe ich beim Tode Seiner Hoheit des türkischen Botschafters Hakky Pascha die herzliche Teilnahme des Reichstags der türkischen Botschaft übermittelt. Von dem türkischen Geschäftsträger ist hierauf telegraphisch gedankt worden.

Ein Schreiben des Herrn Reichskanzlers nebst Anlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer:**

Berlin, den 3. Oktober 1918.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König Seine Exzellenz Dr. Grafen v. Hertling auf seinen Antrag von der Stellung als Reichskanzler, als Präsident des Preußischen Staatsministerius und als Minister der auswärtigen Angelegenheiten entbunden und mich zum Reichskanzler, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt hat, beehre ich mich, Eurer Exzellenz Abschrift der betreffenden Allerhöchsten Orders vom 3. dieses Monats zu übersenden. Gleichzeitig bemerke ich ergebenst, daß ich die Geschäfte heute übernommen habe.

Max Prinz von Baden.

An
den Herrn Präsidenten des Reichstags.

Anlage 1:

Auf Ihren Antrag will Ich Sie von der Stellung als Reichskanzler, als Präsident Meines Staatsministeriums und als Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter Bewilligung der gesetzlichen Pension hierdurch in Gnaden entbinden. (D) Zu Ihrem Nachfolger als Reichskanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe Ich Seine Großherzogliche Hoheit den Prinzen Maximilian von Baden ernannt.

Großes Hauptquartier, den 3. Oktober 1918.

gez. Wilhelm I. R.

ggez. Graf v. Hertling.

An
den Reichskanzler Dr. Grafen v. Hertling.

Anlage 2:

Nachdem Ich den Reichskanzler Dr. Grafen v. Hertling auf sein Ansuchen von der Stellung als Reichskanzler entbunden habe, will Ich Euere Großherzogliche Hoheit auf Grund der Bestimmung der Verfassung des Deutschen Reichs (IV. Artikel 15) hiermit zum Reichskanzler ernennen.

Großes Hauptquartier, den 3. Oktober 1918.

gez. Wilhelm I. R.

ggez. Graf v. Hertling.

Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Maximilian von Baden.

Präsident: An Stelle des zum Direktor der Hauptverwaltung der Staatsschulden ernannten Ministerialdirektors Halle ist der Ministerialdirektor im Königlich Preußischen Finanzministerium Dr. Dulheuer zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

(A) Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer:**

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Verhandlung über die Verpflichtung des neuernannten Präsidenten der Königlich Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden, Wirklichen Geheimen Oberfinanzrats Halle;
2. Bericht der Reichsschuldenkommission vom 24. Juni 1918;
3. Verhandlung über die Verpflichtung des in das Kollegium der Königlich Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden einberufenen Geheimen Oberfinanzrats Max Otto Gottfried Schultz;
4. Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien;
5. Zweite Übersicht der von dem Rechnungshof des Deutschen Reichs auf Grund des Kriegskontrollgesetzes vom 5. Juli 1916 getroffenen Maßnahmen.

Präsident: Die Drucklegung und Verteilung der Vorlagen ist veranlaßt.

Den Mitgliederwechsel in den Ausschüssen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer:**

Es sind eingetreten:

in die 1. Kommission für die Herren Abgeordneten v. Trampczynski, Warmuth, Hauß, Graf v. Carmer, Dietrich, Schirmer, Haase (Königsberg), Seyda, Dr. Roesicke, v. Heydebrand, Graf von Westarp, Dr. Cohn (Nordhausen)

die Herren Abgeordneten Korfanty, Frhr. v. Gamp, Seyda, v. Heydebrand, Dr. Roesicke, Trimborn, Dr. Cohn (Nordhausen), Hauß, Dietrich, Graf v. Carmer, (B) Kreth, Haase (Königsberg).

Präsident: Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Müller (Fulda) für 8 Tage.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Freiherr v. Schele.

Meine Herren, seitdem wir am 13. Juli voneinander geschieden, haben sich Ereignisse zugetragen, die uns Sorge bereiten. Unsere **Westarmee** ist nach einer stürmischen Offensive in die Defensive und eine langsame Rückwärtsbewegung übergegangen. Seit Wochen stürmen immer neue Scharen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker gegen den von unseren tapferen Truppen gebildeten Wall. Wir sind der festen Zuversicht, daß, wie es den feindlichen Angriffen bisher nicht gelungen ist, diese Schutzwehr zu durchbrechen, dies auch in der Zukunft nicht der Fall sein wird dank dem Heldenmute der Söhne aus allen Gauen unseres Vaterlandes, die das Bewußtsein stählt, dort auf fremdem Boden Herd und Heimat zu verteidigen.

(Lebhafter Beifall.)

Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der heiße Dank unseres Vaterlandes.

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Im **Osten** haben die Heere unserer verbündeten Bulgaren und Türken schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Vierbunde ausgeschieden und hat mit seinen Gegnern einen Waffenstillstand geschlossen.

Im Innern hat Graf **Hertling** die erbetene Entlassung aus dem Amte des Reichskanzlers erhalten, nachdem er dasselbe nicht ganz ein Jahr verwaltet hatte. In hohen Jahren ist er dem wiederholten dringenden Rufe des Kaisers gefolgt und hat, vom Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes getragen, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten versucht. Übergangszeiten tragen in ihrem Schoße immer Schwierigkeiten; sie sind auch dem Grafen Hertling nicht erspart (C) geblieben. Da er sie nicht mehr meistern konnte, schied er; aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht mehr begehen konnte, anriet und ebnete.

(Beifall.)

Der Reichstag wird dem vornehmen, liebenswürdigen Wesen, der abgeklärten Weisheit und dem hohen Pflichtgefühl des Grafen Hertling immer warme Anerkennung und ihm selbst ein treues, dankbares Angedenken bewahren.

(Bravo!)

Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler Seine Hoheit Prinz Max von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badischen Volke auf dem Präsidentenstuhl, dem Sproß des badischen Fürstenhauses am Reichskanzlerplatze die wärmsten heimatlichen Gefühle der Genugtuung und Freude ausspreche. In Baden hat der Onkel unseres jetzigen Kanzlers das Wort gesprochen, daß es keinen Gegensatz gebe zwischen Fürsten- und Volksrecht; in anderen deutschen Landen ist der gleiche Gedanke in die Worte gefaßt worden, daß der Oberste im Staat sein erster Diener sei. Von der neuen Reichsleitung erhoffen wir zuversichtlich, daß sie in steter, inniger Fühlungnahme mit dem Volke und nur auf das Wohl des Volkes bedacht ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge.

(Bravo!)

Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die Großtaten der Vergangenheit diesem Neuen kritisch, zweifelnd, ja sogar ablehnend gegenüberstehen. Wir erhoffen von den Leistungen der neuen Zeit eine versöhnende und klärende Wirkung.

(Bravo!) (D)

Ihre Geburtsstätte ist geheiligter Boden: das Schlachtfeld und der Schützengraben, die heimische Arbeitsstätte, wo jeder deutsche Mann ohne Unterschied alles, Gut und Blut, drangibt für des Vaterlandes Rettung.

(Erneutes Bravo.)

Meine Herren, der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freiheitliche Denkungsart, sein humaner Sinn, sein Vertrauen zur Menschheit, das er während vier Kriegsjahren nicht verlor, sind solide Grundlagen seiner künftigen Wirksamkeit.

(Bravo!)

Vielen im Kriege schwer Heimgesuchten, Verwundeten und Gefangenen, ist er in warmer Teilnahme nahegekommen und hat sich dadurch Dankbarkeit nicht bloß im eigenen Volke, sondern auch bei den Feinden erworben. Das wird seinen auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich sein.

(Bravo!)

Möge Gottes Segen auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstags ruhen!

(Lebhafter Beifall.)

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Entgegennahme von Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers.

Ich erteile das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Prinz **Max von Baden,** Reichskanzler: Meine Herren! Gemäß dem Kaiserlichen Erlaß vom 30. September hat das **Deutsche Reich** eine grundlegende **Umgestaltung seiner politischen Leitung** erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen v. Hertling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungs-

(Prinz **Max von Baden**, Reichskanzler.)

(A) weise, daß ich dem Reichstage ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundsätze darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Übernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Bekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsche zusammengesetzt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Überzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke im weitesten Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen.

(Bravo! und sehr richtig! links.)

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende **Vertrauensmänner der Arbeiterschaft** zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind.

(Beifall links.)

Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist,

(B) (erneuter Beifall)

ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

(Lebhafter Beifall links.)

Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes.

Das **Programm der Mehrheitsparteien**, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli desselben Jahres.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.

(Beifall links.)

Die Lösung der vielumstrittenen **belgischen Frage** sieht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfangs. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher **geschlossenen Friedensverträge** will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

(Bravo! links.)

In der **inneren Politik** habe ich durch die Methode, (C) in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die **Führer der Mehrheitsparteien** zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden. Meine Herren, ich war der Überzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung.

(Beifall links.)

Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen,

(Bravo!)

unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstags gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt, und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt.

(Bravo! links.)

Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen, einheitlichen Programm (D) zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden.

(Bravo! links.)

Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschlands Geschick von Gefahren umbrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.

(Lebhaftes Bravo links.)

Diese Entwicklung macht eine **Änderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften** im Sinne des Kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstags, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstage behalten.

(Bravo! links.)

Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrate zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden.

(Bravo! links.)

Meine Herren, bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: „Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche."

(Bravo! links.)

Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat, Preußen, vollziehen und die Botschaften des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, schnell und restlos erfüllt werden.

(Lebhaftes Bravo links.)

(Prinz **Max von Baden**, Reichskanzler.)

(A) Die **preußische Wahlrechtsfrage** ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage,

(lebhafte Zustimmung links)

und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preußischen Beispiele entschlossen folgen werden.

(Bravo! links.)

Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reichs als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch **Elsaß-Lothringen** vollen Anspruch hat.

(Bravo! links.)

Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge Treueverhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem Landesherrn verbindet, sind die Quellen, aus denen die unbeschreibliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind.

Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die **Handhabung des Belagerungszustandes.** Sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt.

(Sehr richtig! links.)

Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden,

(Zurufe links)

das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen (B) Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird.

(Bravo! links.)

Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen, und die Kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Kaiserlichen Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Bravo! links.)

Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. Die Stoßkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille steht.

(Sehr richtig! links.)

Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, — nur dann können Worte zu Taten werden.

(Bravo!)

Die deutsche Regierung wird bei den **Friedensverhandlungen** dahin wirken, daß in die Verträge **Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung** aufgenommen werden, welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiter- (C) verbände sowohl wie der Unternehmer.

Solange noch **deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft** sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen.

(Bravo!)

Der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich fürsorgend annehmen.

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundsätzen aushält. Noch näher auf Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht.

(Zurufe links.)

Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung des Wichtigsten heute hier wiederzugeben vermag. Ich glaube aber andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung über Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Auskunft über den allgemeinen Geist der neuen Regierung. Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstag darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Nutzanwendung ihrer politischen Grundsätze auf diese Lage gezogen hat.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen (D) hinter uns: Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlichster Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuviele sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper.

Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unserer Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Übermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal bei ihnen auch ferner in guten zuverlässigen Händen liegt.

(Bravo!)

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Überzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam

(Prinz **Max von Baden**, Reichskanzler.)

(A) mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz **an den Präsidenten der Vereinigten Staaten** von Amerika eine **Note** gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung **des Friedens** in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft heute oder morgen in Washington ein.

Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner Neuyorker Rede vom 27. September, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen in Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.

(Bravo!)

Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit,

(Bravo!)

und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch (B) der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre.

(Bravo!)

Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den andern Mitgliedern der neuen Regierung gilt.

(Bravo!)

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reichs unternommen habe.

Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte.

(Bravo!)

Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte: denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.

(Bravo!)

Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß (C) der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot annimmt. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.

(Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Amnestie!)

Präsident: Meine Herren, die hochbedeutsamen politischen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers werden Gegenstand eingehender Erörterungen in unseren nächsten Sitzungstagen sein. Aber zum **Friedensangebot** unserer neuen Regierung **an den Präsidenten der Vereinigten Staaten** Nordamerikas gestatten Sie mir schon jetzt ein kurzes Wort.

Friede — welch tröstliches, hoffnungsvolles Wort nach dem fürchterlichen blutigen Ringen von mehr als 4 Jahren! Es würde eine Erlösung bedeuten für die ganze Menschheit. Die Frauen und Kinder in der Heimat werden, wenn auch unter Thränen, sich freuen und unsere Soldaten werden die Rückkehr in die Heimat begrüßen, wenn sie in hartem Kampfe einem wirklichen Frieden der Verständigung die Wege geebnet haben, der allein die Garantie der Dauer in sich trägt.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Das deutsche Volk blickt mit Stolz auf sein kampferprobtes Heer, auf seine tapfere Marine, die seit nunmehr über 4 Jahren unser Vaterland gegen feindliche Übermacht verteidigen.

(Bravo!)

Das deutsche Volk beklagt tief und empfindet aufs schmerzlichste die schweren Opfer, die um Deutschlands willen nicht nur im Felde, sondern auch in der Heimat haben gebracht werden müssen. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche daheim bereit, für das Vaterland, wenn es gefordert (D) werden sollte, jedes Opfer zu bringen.

(Bravo!)

Möchten indessen solche Opfer uns erspart bleiben! Denn das deutsche Volk wünscht nicht den Krieg, sondern den Frieden. Ebenso wie alle anderen Völker sehnt es den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns heute mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch noch unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet. Und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritte der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr zunächst das Bedürfnis haben, sich in einem Meinungsaustausch über die Rede des Herrn Reichskanzlers in den Fraktionen selbst zu unterhalten. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, sich zu vertagen und dem Präsidenten die Ermächtigung zu erteilen, die neue Sitzung alsbald anzuberaumen, sobald die Verhältnisse es gestatten.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, namens meiner Fraktion widerspreche ich dem Vorschlage des Herrn Präsidenten. Ich beantrage, die Debatte über die Erklärung des Herrn Reichskanzlers zu eröffnen und zu diesem Zwecke eine Sitzung für den nächsten Montag anzuberaumen. Das Waffenstillstandsangebot und das Ersuchen um Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) auf der Grundlage des Wilsonschen Programms sind von welthistorischer Bedeutung. Wir sind mit diesem Schritt einverstanden, der die Haltung rechtfertigt, die wir von Anfang des Krieges an eingenommen haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Haben wir doch, unbeirrt durch die Kriegskarte und frei von nationalistischem Denken stets konsequent den demokratischen Frieden gefordert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Friede ist nur gesichert, wenn das internationale Proletariat das Friedenswerk in die Hand nimmt und die Friedensverhandlungen überwacht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu der Diplomatie fehlt uns das Vertrauen. Aufgabe der Volksvertretung wäre es, in diesem historischen Augenblick, da das alte System abdanken muß, auf das künftige Schicksal des deutschen Volks entscheidenden Einfluß zu üben und die Souveränität des Volks zur Geltung zu bringen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Ausführungen über den Rahmen einer Geschäftsordnungsbemerkung hinausgehen

(lebhafte Zustimmung)

und zur Sache selbst gehören.

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Ich komme jetzt, Herr Präsident, auf das Moment, das den Zusammenhang erläutert. In jedem Hause, in jeder Hütte, in jeder Werkstätte werden sofort die schicksalsschweren Entscheidungen, die uns bevorstehen, erregt erörtert werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber der deutsche Reichstag schaltet sich selbst in dem Augenblick aus, in dem die Demokratisierung der deutschen Verfassungszustände anzubahnen versucht wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Wir halten dieses Verfahren für schädlich im Interesse des Volkes, des Friedens und der Freiheit, und deshalb erheben wir dagegen Protest. Wir setzen unser Vertrauen zur Erzwingung des Friedens und der Freiheit in die Masse des Volkes.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Seyda.

Seyda, Abgeordneter: Wir Polen widersprechen ebenfalls der Vertagung und beantragen, über die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers sofort die Diskussion zu eröffnen. Meine Herren, diese Erklärungen wie insbesondere der Umstand, daß die deutsche Reichsregierung ein Friedensangebot gemacht hat, in welchem sie das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson als geeignete Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommen hat, —. das sind nach unserer Auffassung Tatsachen von solcher welthistorischen Tragweite, daß unmöglich der Reichstag ohne sofortige eingehende Diskussion darüber hinweggehen kann.

(Sehr wahr! bei den Polen und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will nur hervorheben, daß unter den Wilsonschen Friedensbedingungen sich insbesondere auch der Satz befindet, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden soll, der alle polnischen Länder mit eigener Meeresküste umfaßt. Indem die Reichsregierung auch diesen Punkt als Grundlage für die Friedensverhandlungen akzeptiert, erkennt sie zum ersten Male an, daß die Bestrebungen der polnischen Nation auf Vereinigung aller polnischen Landesteile in einen unabhängigen Staat berechtigt sind.

(Sehr richtig! bei den Polen und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Seyda, die Bemerkungen, die ich vorhin dem Herrn Abgeordneten Haase gegenüber gemacht habe, gelten noch in erhöhtem Maße für Ihre Ausführungen. Ich bitte, zur Geschäftsordnung sich kurz zu fassen. (C)

Seyda, Abgeordneter: Ich komme sofort auf den Zusammenhang dieser Tatsachen mit dem Antrage auf sofortige Vertagung, meine Herren, und führe das als einen der Gründe an, die eben für sofortige Diskussion sprechen. Meine Herren, allseitig wird das Bedürfnis nach einem dauernden Frieden empfunden. Der Reichstag muß es als seine Aufgabe betrachten, die Bedingungen für einen solchen dauernden Frieden unverzüglich klarzulegen.

(Sehr richtig! bei den Polen und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb scheint uns eine sofortige eingehende Erörterung der Kanzlerrede unbedingt notwendig, und deshalb müssen wir der Vertagung entschieden widersprechen.

(Beifall bei den Polen.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Ich glaube, der Ernst der Stunde gebietet der Volksvertretung und uns allen, das zu tun, was die Förderung des Friedens erfordert.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben eben durch den Mund des Herrn Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß die überaus große Mehrheit des Hauses dem Friedensschritt, den die Reichsleitung unternommen hat, ihre Zustimmung gibt.

(Sehr richtig!)

Nun wird das Interesse unseres Volkes und der ganzen Welt darauf gerichtet sein: was ist das Ergebnis dieses Schrittes?

(Zurufe.)

Alle, die es ernst mit dem Frieden meinen, dürfen nichts tun, was geeignet ist, diesen Schritt zu gefährden! (D)

(Sehr richtig!)

Der Vorschlag unseres Herrn Präsidenten will nur, daß unsere Verhandlungen für einige Tage ausgesetzt werden,

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— für einige Tage, um sehen zu können, welche Wirkung der Friedensschritt auslösen wird. Das ist das Entscheidende.

Ich bin fest überzeugt: draußen in unserem Volke wird jeder einzelne das verstehen. Das Interesse des Volkes

(lebhafter Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — lebhafter Beifall)

gebietet, nun alles zu tun, um den Frieden zu fördern.

(Lebhafter Beifall — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Herren! ich bitte um Ruhe.

Herr Abgeordneter Seyda hat den sofortigen Eintritt in die Debatte noch am heutigen Tage beantragt. Er hat sich auch gegen die Vertagung heute ausgesprochen, mit der der Herr Abgeordnete Haase sich sonst einverstanden erklärt haben würde. Ich nehme an, daß ich über meinen Vorschlag im ganzen zur Abstimmung schreiten lassen kann, nachdem dieser zweifache Widerspruch erhoben worden ist. Mein Vorschlag geht also dahin, den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen,

(lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sobald die Verhältnisse es gestatten.

Ich bitte die Herren, die meinem Vorschlage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; mein Vorschlag ist angenommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 58 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

193. Sitzung.

Dienstag den 22. Oktober 1918.

Seite

Mitteilung über die Übermittlung der Geburtstagsglückwünsche des Reichstags an Ihre Majestät die Kaiserin 6155C

Mitteilung über das Hinscheiden des Abgeordneten v. Grabski 6156A

Geschäftliches 6155C

Anfragen (werden von der Tagesordnung abgesetzt) 6156A

Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die **Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft** Nr. 1935 der Anlagen):

(B)

Dove (F.Vp.) — zur Geschäftsordnung 6156B

Erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Abänderung der Reichsverfassung** und des Gesetzes, betreffend die **Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878** (Nr. 1936 der Anlagen)

in Verbindung mit der

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung** (Nr. 1951 der Anlagen):

Allgemeine Besprechung in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache:

Prinz Max von Baden, Reichskanzler 6156C

Herold (Z.) 6159C

Ebert (S.) 6160B

D. Naumann (Waldeck) (F.Vp.): 6166C

Dr. Stresemann (Nl.) 6172B

Graf von Westarp (K.) 6177B

Die Besprechung wird abgebrochen und vertagt 6180D

Seite (C)

Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6180D

Die Sitzung wird um 2 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Meine Herren, Ihrer Majestät der Kaiserin habe ich zu Ihrem heutigen 60. Geburtstage namens des Reichstags die ehrfurchtvollsten Glückwünsche ausgesprochen.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Belzer:**

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu Wirtschaftsmaßnahmen für die Übergangswirtschaft;
2. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878;
3. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung.

Präsident: Die Vorlagen befinden sich bereits gedruckt in Ihren Händen.

Die nach einem Schreiben des Herrn Reichskanzlers in den Reichsämtern eingetretenen Veränderungen bitte ich zu verlesen.

(D)

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Belzer:**

Es sind ernannt die Herren:

Staatssekretär Dr. Solf unter Beibehaltung seines bisherigen Amtes zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts, an Stelle des Staatssekretärs von Hintze; Vizeadmiral Ritter v. Mann, Edler v. Tiechler zum Staatssekretär des Reichs-Marineamts, an Stelle des Admirals v. Capelle.

Es sind beauftragt:

An Stelle des Staatsministers Wallraf das Mitglied des Reichstags Geheimer Justizrat Trimborn mit Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des Innern:

das Mitglied des Reichstags Bauer mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts, und

die Mitglieder des Reichstags Gröber, Scheidemann und Erzberger mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers.

Präsident: Ein Verzeichnis über die Veränderungen im Bundesrat bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Belzer:**

Zu stellvertretenden Bevollmächtigten des Bundesrats sind ernannt die Herren:

Matthieu, Direktor im Auswärtigen Amt, Wirklicher Legationsrat,

Strandes, Senator der Freien und Hansastadt Hamburg,

Muther, Generalmajor, Departementsdirektor im Kriegsministerium,

Hollweg, Konteradmiral, Departementsdirektor im Reichsmarineamt.

(Schriftführer Dr. **Belzer.**)

(A) Aus dem Bundesrat ausgeschieden ist
Herr v. Grävenitz, Generalleutnant, bisheriger Württembergischer Militärbevollmächtigter.

Präsident: Meine Herren, ich habe Ihnen eine schmerzliche Mitteilung zu machen.

(Der Reichstag erhebt sich.)

Am 10. Oktober verstarb in seiner Heimat unser langjähriger Herr Kollege v. Grabski. Er gehörte dem Reichstag als Vertreter des 5. Wahlkreises des Regierungsbezirks Bromberg seit dem Jahre 1903 an. — Meine Herren, Sie haben sich zum ehrendem Gedächtnis des verstorbenen Kollegen von Ihren Plätzen erhoben; ich stelle das fest und danke Ihnen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden.

Es sind eingetreten
in den 6. Ausschuß für den Herrn Abgeordneten Alpers
der Herr Abgeordnete Rupp (Marburg),
in den 22. Ausschuß für den Herrn Abgeordneten Bauer (Breslau)
der Herr Abgeordnete Stücklen,
in den 26. Ausschuß für den Herrn Abgeordneten v. Graefe
der Herr Abgeordnete Kreth.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten:
Nehbel für 2 Tage,
Feuerstein, Horn (Neiße), Laser, Dr. Marcour für 5 Tage,
Bartling, Dr. van Calker für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden:

Anfragen.

Nun wird mir mitgeteilt, daß sämtliche Parteien ihr Einverständnis ausgesprochen haben, daß die Anfragen (B) heute von der Tagesordnung abgesetzt werden. — Das Haus ist damit einverstanden. Die Anfragen kommen auf die Tagesordnung der Sitzung am nächsten Freitag.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, den vierten Gegenstand der Tagesordnung vorweg zu nehmen, von dem die rascheste Erledigung zu erwarten ist:

Erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft (Nr. 1935 der Drucksachen).

Zur Debatte hat sich niemand gemeldet. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dove.

Dove, Abgeordneter: Ich beantrage die Überweisung des Gesetzentwurfs an die Kommission für Handel und Gewerbe zur Vorberatung.

Präsident: Wenn niemand widerspricht, nehme ich an, daß das Haus mit dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dove einverstanden ist. — Ich stelle die Überweisung des Gesetzentwurfs an die Kommission für Handel und Gewerbe fest.

Wir kommen nunmehr zum zweiten und dritten Gegenstande unserer Tagesordnung:

Erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Drucksachen)

und

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Drucksachen).

Zu diesen beiden Gegenständen der Tagesordnung (C) ist als Kommissar des Bundesrats angemeldet der Kaiserliche Geheime Oberregierungsrat Herr Dr. Schulze.

Meine Herren, ich schlage Ihnen vor, die Generaldebatte über diese beiden Gegenstände der Tagesordnung zu verbinden und dabei die allgemeine politische Aussprache vorzunehmen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; es ist demnach so beschlossen.

Ich eröffne nunmehr die Generaldiskussion über die beiden Gegenstände der Tagesordnung und erteile das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Prinz Max von Baden, Reichskanzler: Meine Herren, seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind in Verfolgung der **Friedensaktion,** die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan.

Zunächst kam Präsident **Wilsons** Gegenfrage. Unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden.

Meine Herren, das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit der größten Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Ernst der Stunde entsprechende Beschränkung auferlegen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angeredet worden. Diese Tatsache gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht.

Ich möchte daher heute über die **internationale Lage** nicht mehr als dieses Eine sagen:

Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den (D) Kampf der Meinungen über die Frage: **Rechtsfriede** oder **Gewaltfriede?** auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgefochten werden müßte.

Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, in dem sie all die angesammelten Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können; auf der anderen sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgend eine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchsetzung des von ihr vertretenen Rechts gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft den Frieden zu erhalten oder — auf die gegenwärtige internationale Lage angewandt — ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die seelischen Gewalten nennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen.

Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten rüsten:

Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen, und daß uns keine andere Wahl bleibt, als

(Prinz **Max von Baden**, Reichskanzler.)

(A) uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Äußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur **nationalen Verteidigung** aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff.

(Bravo!)

Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben.

(Sehr richtig!)

Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.

Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein **Friede** auf der Basis der **Wilsonschen Bedingungen** zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben.

Ja, meine Herren, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern als Recht erkannt wird. Eine schwere Überwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk! Denn die Rechtsfrage macht (B) nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden: die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets.

Meine Herren, mir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein Deutschland feindliches Tribunal bedeuten würde, das die Rechtsfrage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen entscheiden würde. Wenn dem so wäre, warum scheuen denn dann gerade die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer wie der Schuldige das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen **Wilsonschen Programms** ist der **Völkerbund**. Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen.

(Sehr richtig!)

Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teils der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen.

(Sehr richtig!)

Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geist wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann, meine Herren, gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung.

(Sehr richtig!)

Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahm legen würde. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so (C) finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft.

(Beifall.)

An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst und aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil sind.

Meine Herren, wir brauchen bloß auf Zeit vor zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Triebfedern für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird uns die Zusammenarbeit der Nationen zu der großen befreienden Aufgabe. Ich möchte hier meine Worte zitieren dürfen, die ich am 19. Februar sagte: „Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unseren nationalen Willen aufnehmen."

Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so will ich keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, welche gewaltigen Widerstände noch zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam geschehen wird.

Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zu weiterem Kampfe aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen: darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung des Regierungsprogramms und die entschiedene Abkehr vom alten System.

(Sehr wahr!)

Damit aber, meine Herren, bin ich zu den Fragen der **inneren Politik** gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin. Meine Herren, (D) ich habe Ihnen schon am 5. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedachte, und mich dabei mit dem Programm der Mehrheitsparteien auseinandergesetzt, deren Vertrauen meinen Eintritt in dies Amt gestattete. Durch diese Grundsätze geleitet, habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freiheitliche Zustände herbeiführen sollen und über die ich nun zu berichten habe.

Die **Reform des Wahlrechts in Preußen** ist durch ein dankenswertes Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung so weit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist.

(Bravo!)

Dem Reichstag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die unsere neue Regierungsweise von den verfassungsmäßigen Schranken befreien sollen, die ihr noch im Wege stehen.

Der erste Entwurf will für die **Mitglieder dieses hohen Hauses** die Möglichkeit schaffen, in die **Reichsleitung** einzutreten, ohne ihr **Reichstagsmandat** zu verlieren. Das ist unerläßlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und den obersten Reichsbehörden so fest bleiben soll, wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern.

(Sehr richtig!)

Der Entwurf schlägt ferner eine Änderung des Gesetzes über die **Stellvertretung des Reichskanzlers** vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörden Stellvertreter des Reichskanzlers werden, in Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne zugleich ein Ressort übernommen zu haben. Damit ist ein neuer Weg geöffnet, um zur ver-

(Prinz **Max von Baden**, Reichskanzler.)

(A) antwortlichen Leitung der Reichsgeschäfte zu gelangen: der parlamentarische Weg. Wir sind überzeugt, daß er sich als ein Zubringer wertvoller, bisher brachliegender Volkskräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg der geborenen Führer aus anderen freien Berufen wird dadurch nicht versperrt.

Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten für den rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die **Einsetzung eines Staatsgerichtshofes** zu sichern wäre. Man könnte zwar bezweifeln, ob es zur Bekräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers noch eines Staatsgerichtshofes bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amt bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat.

(Sehr richtig!)

Ich halte es aber doch für nützlich, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine solche neue Einrichtung des öffentlichen Rechts bekräftigt und verbürgt wird, und ich hoffe deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können.

Das neue System der Reichsregierung hat eine **neue Regierungsweise in den Reichslanden** zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterschaft Elsaß-Lothringens hat ein Elsässer übernommen, ein Elsässer ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weitere führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtags eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es öffentlich darlegen wird.

Meine Herren, der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikel 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die zwingende Festlegung für den Grundgedanken der neuen (B) Regierungsart. Er will, daß der **Reichstag** als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei den Fragen von **Krieg und Frieden** ein volles **Mitbestimmungsrecht hat.**

(Bravo!)

Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reichs und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Die Bürgschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen würden. Auch zu einer solchen Erweiterung der Volksrechte wird die Reichsregierung gerne die Hand bieten, wenn der Völkerbund praktische Gestalt gewinnt. Solange darüber noch kein Weltrecht besteht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Nachteil geraten; hat aber der Völkerbund alle geheimen Sonderbündnisse und vertraulichen Abreden beseitigt, so wird der Artikel 11 auch in dieser Richtung ausgebaut werden können.

Meine Herren, der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird uns der Friede bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich: sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der für die Ausführung dem Reichstag verantwortlich ist. Unbillige Härten sollen dadurch vermieden werden.

Die **Anordnungen** Seiner Majestät **des Kaisers**, die ich am 5. Oktober angekündigt habe, sind inzwischen ergangen und umfassen nicht allein die Maßnahmen auf dem Gebiete der **Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens** und der **Beschränkung der persönlichen Freiheit**, sondern sie erstrecken sich auf die gesamte Tätigkeit der vollziehenden Gewalt auch im Arbeitsgebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einigen sich hier die lokalen (C) Militärbefehlshaber nicht mit den Verwaltungsbehörden, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen, und dieser kann keine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch meinen Vertreter zugestimmt habe. Mein Vertreter ist der Staatssekretär Gröber. Da der Oberbefehlshaber außerdem die Befugnis erlangt hat, mit meiner Zustimmung allgemeine Grundsätze festzulegen, so ist dafür gesorgt, daß der Belagerungszustand in dem Geist gehandhabt wird, in dem ich die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe und sie durchzuführen entschlossen bin.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die Begnadigung der Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellung, Straßenkundgebungen oder ähnlichen Vorfällen verurteilt sind. Eine weitgehende **Amnestie** dieser Art ist beim Kaiser und sämtlichen Bundesregierungen angeregt und in Ausführung. Schon haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit wiedergewonnen. Manchen von ihnen hat die Regierung die Gnade erst nach Überwindung ernster vaterländischen Sorgen vermittelt. Die Überzeugung von der Heilkraft einer Politik des Vertrauens hat den Ausschlag gegeben.

(Bravo!)

Meine Herren, allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich Ihnen hier aufzählen durfte, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt; sie haben sich damit auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen Regierungsart gestellt. Wenn auch Sie, meine Herren, woran ich nicht zweifle, den Vorlagen beipflichten, die auf der Tagesordnung stehen, wird die Volksregierung fest in den Reichsgesetzen verankert sein.

Ich weiß, meine Herren, der Rückblick auf die innerpolitische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen löst (D) sehr verschiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird er als die Schilderung eines unbesonnenen Laufs auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem andern als ein unsicheres zögerndes Tasten nach der neuen Staatsform. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden; das ist das Recht und die Aufgabe der Opposition, die wir gerade für die Unabhängigkeit des Parlaments brauchen. Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei in der Kritik. Beiden gegenüber stelle ich für die Regierung der Reichstagsmehrheit fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als in der Art, in der wir ihm nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel ist die **politische Mündigkeit des deutschen Volkes.**

(Beifall.)

Mir und meinen Mitarbeitern steht es vor Augen unverrückt als Leitstern. Die einzelnen Mitglieder der Regierung gingen ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus; sie verfolgen aber das gemeinsame Ziel mit derselben Treue, und deshalb haben ihre Wege immer näher zueinander geführt.

Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten. Unser Volk hatte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher politisch reife Nachbar beneidete. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war in mehr als einer Hinsicht mustergültig. Das Reichstagswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, und der Reichstag, der so frei gewählt war, hatte stets das starke politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk machte in den entscheidenden Punkten von seiner Macht keinen Gebrauch.

Wem eine Meistergeige geschenkt wird, der ist deshalb noch kein Meister des Geigenspiels; er muß gewillt sein, seine Fähigkeiten daran zu üben. Das deutsche Volk

(Prinz **Max von Baden**, Reichskanzler.)

(A) hatte sein Instrument nicht mit voller Kraft zu spielen unternommen, weil es die tüchtigen eingesetzten Gewalten gern gewähren ließ. Seine Hauptkraft wirkte sich aus in großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht die Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern der Mangel an politischem Machtwillen im Volk erhielt Deutschland so lange als Obrigkeitsstaat. Seit dem Juli 1917 reifte der **Entschluß zur politischen Verantwortung** — jetzt, Ende September, ist er zum Durchbruch gekommen, und dadurch ist alles neu geworden. Und, meine Herren, darin liegt die Gewähr für den Bestand und den Ausbau des neuen Systems. Es kam durch eine entscheidende Wendung in der Charakterentwicklung des deutschen Volks, die nach allen Leistungen dieses Krieges, allen Taten und Opfern unausbleiblich geworden war. Darin liegt eine bessere reale Garantie als in irgendwelchen Gesetzesparagraphen: darin sehe ich die Wurzeln der Kraft der neuen Regierung. Hieraus ergibt sich für mich eine sichere Marschroute für alle unsere Maßnahmen: wir dürfen nicht um des Auslands willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Überzeugung steht, und die nicht ein Ausdruck unserer Eigenart und Geschichte sind.

(Sehr richtig!)

Sonst handelten wir unaufrichtig und nähmen dadurch dem neuen System, das jetzt seine erste Probe besteht, den Stempel der Unwiderruflichkeit, den wir nicht entbehren können.

Meine Herren, der gewaltige **Ruf**, den **Fichte** in schwerer Zeit an die Deutschen richtete, ergeht auch an uns: Erhaltet euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur ihr lösen könnt, wie jedes Volk eine Aufgabe hat, die ihm vor anderen gestellt ist. Es liegen noch Schätze in der Tiefe unseres Volkes, die nur die neue Freiheit heben kann. Die Stunden im Leben der (B) deutschen Nation, die sie niederzuschlagen schienen, sind noch immer die Geburtsstunden einer neuen geistigen Kraft gewesen.

Aber um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können. An unseren Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die sie gegen die Übermacht verteidigen, und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen müssen.

(Bravo!)

Meine Herren, man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unser Volk an der Ehre zu treffen.

(Bravo!)

Schlimme Einzeltaten und Maßnahmen hat es in jeder Armee gegeben, aber der Grundwille des Volksheeres lehnt sie ab. Als die Worte gesprochen wurden, daß der Geist des Roten Kreuzes gerade so gut zu einem rechten Heer gehört wie der Offensivgeist, kam überwältigende Zustimmung gerade aus Kreisen der Armee, und es kam die Bestätigung von christlichen Soldaten aus Feindesland, die gegen Deutsche gekämpft haben.

Meine Herren, **unsere Soldaten** haben es heute furchtbar schwer. Sie kämpfen mit Sorgen um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden und halten stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: „Die Heimat läßt euch nicht im Stich!

(Bravo!)

Was ihr braucht, und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll euch werden".

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Herold.

Herold, Abgeordneter: Im Namen meiner politischen (C) Freunde habe ich die nachfolgende Erklärung abzugeben.

Den bedeutsamen Ausführungen, welche der Herr Reichskanzler über unsere innerpolitische Entwicklung sowie über die Friedensbestrebungen am 5. Oktober und heute gemacht hat, geben wir unsere volle Zustimmung. Insbesondere begrüßen wir es, daß durch den **Eintritt** einer größeren Anzahl **von führenden Parlamentariern** aus den großen Parteien **in die Regierung** die engsten Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung herbeigeführt werden. Die vollen Kräfte aller Volksschichten, auch der breitesten Volksmassen, werden dadurch für die Erfüllung der großen Staatsaufgaben gewonnen, und die Regierung erlangt für alle ihre Maßnahmen eine sichere Majorität, getragen von dem Vertrauen der Bevölkerung. Das deutsche Volk hat durch diese freiheitliche Entwicklung seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Ein neues Deutschland mit freiester Verfassung ist erstanden. Möge es den verschiedenen Parteien und allen Berufsschichten in gemeinsamer Arbeit bei den engsten Beziehungen zu den ausführenden Regierungsorganen in Gegenwart und Zukunft gelingen, für das allgemeine Staats- und Volkswohl eine fruchtbringende Tätigkeit auszuüben.

Erleichtert wird dieses dadurch, daß nunmehr in dem größten deutschen Bundesstaat **Preußen** die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten **Wahlrechts** gesichert ist, und zwar ohne jede Erschütterung durch Annahme desselben mit überwältigender Majorität.

Der Abänderung des Gesetzes, betreffend die **Stellvertretung des Reichskanzlers**, unter Aufhebung des Artikel 21 Abs. 2 der Reichsverfassung werden wir unsere Zustimmung geben, um die Schwierigkeiten für den Eintritt von Parlamentariern in die Regierung zu beseitigen. Für den Eintritt und erfolgreiches Wirken ist Voraus- (D) setzung, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung das Vertrauen des Reichstags besitzt.

Den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung erachten wir nicht für ausreichend, indem wir für erforderlich halten, daß für **jeden Krieg**, sei er Angriffs- oder Verteidigungskrieg, als die wichtigste Entscheidung, vor die ein Volk gestellt werden kann, die **Zustimmung des Reichstags** einzuholen ist. Wir werden daher für einen Abänderungsantrag in der Richtung stimmen.

Ferner verlangen wir, daß die in dem Artikel 17 der Reichsverfassung ausgesprochene **Verantwortlichkeit des Reichskanzlers** gemäß der Zusage des Reichskanzlers gesetzlich ausgebaut und sichergestellt wird.

Die Besetzung von militärischen Stellen hat unter der Verantwortlichkeit des Kriegsministers zu erfolgen.

Während der langen Dauer des Krieges hat fortgesetzt die **Ausführung des Gesetzes über den Belagerungszustand** zu berechtigter Unzufriedenheit Veranlassung gegeben. Wir begrüßen daher die Änderung des Belagerungszustandsgesetzes und die Allerhöchste Order, wodurch bei allen Anordnungen die Mitwirkung der Zivilbehörden und in letzter Instanz die Entscheidung des Reichskanzlers maßgebend ist. Mögen dadurch für die Zukunft die oft nur zu begründet gewesenen Beschwerden beseitigt werden!

Der Schritt der deutschen Regierung bei dem Präsidenten **Wilson** zur **Vermittlung des Friedens** nach den mehr als vier schweren Kriegsjahren findet auch unsere Billigung ebenso wie auch die Antwort auf die Rückfrage des Präsidenten und die letzte Erklärung vom vorgestrigen Tage.

Zu derselben möchte ich aber mit aller Entschiedenheit feststellen, daß die **Verheerungen in Flandern und Frank-**

(**Herold**, Abgeordneter.)

(A) **reich** zum größten Teil durch die Beschießungen der Entente herbeigeführt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Eine Verschleppung der Einwohner findet nicht statt. Vielmehr flüchten diese in Massen unter größten Entbehrungen, um den Schrecken des Krieges zu entgehen. Eine Überführung dieser Massenabwanderung in geordnete Bahnen liegt nur im Interesse der Bevölkerung. Den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, nutzloser Verheerungen und Vertreibungen von Einwohnern weisen wir mit Entrüstung zurück.

(Beifall im Zentrum.)

Unmenschliche Handlungen, Raub und Verwüstungen entsprechen nicht deutschem Charakter und deutscher Sitte.

(Sehr richtig! und Beifall im Zentrum.)

Was aber mit so furchtbaren Blutopfern unter Zerstörung von blühenden Städten und fruchtbaren Fluren und unermeßlichen Leiden für die fliehende Bevölkerung erobert wird, könnte widerstandslos durch freiwillige Räumung unsererseits nach dem Waffenstillstandsangebot in den Besitz der Feinde gelangen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Mehr als vier Jahre haben unsere unübertrefflichen Truppen mit Heldenmut gekämpft. Die gesamte Bevölkerung hat mit großer Aufopferung alle Anstrengungen und Entbehrungen ertragen. Zu allen Zeiten ist der heißeste Dank des Vaterlandes für die unvergleichlichen Leistungen gesichert. Friedenssehnsucht erfüllt alle Länder. Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Rechtsfrieden erklärt und das größte Entgegenkommen gezeigt. Aber die Zukunft Deutschlands muß gesichert werden. Wird die Friedenshand wieder zurückgewiesen, dann wird ein Sturm der Entrüstung über das deutsche Vaterland dahinbrausen, dann wird das gesamte deutsche Volk mit erneuter Begeisterung seine Kräfte zusammenfassen

(B) zur Verstärkung der Heeresmacht, zur Verteidigung des teuren Vaterlandes.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Ein Volk, das während der langen Kriegszeit solche bewunderungswürdigen Leistungen aufzuweisen hat, läßt sich nicht vernichten. Nur ein Friede des Rechts und der Verständigung ist möglich. Wird er jetzt nicht gewährt, muß er durch Fortsetzung des Krieges erkämpft werden.

(Bravo! im Zentrum.)

Die **nationale Verteidigung** wird aufgerufen. Alt und jung, der letzte Mann und jede Frau in Deutschland wird mit Begeisterung jedes Opfer zur Rettung des Vaterlandes bringen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Meine Herren, wir durchleben schicksalsschwere Stunden. So sehr wir auch bemüht sind, dabei Optimismus zu bewahren, so muß man doch sagen: herrliche Zeiten sind es nicht, denen wir entgegengeführt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eine nüchterne Prüfung der tatsächlichen militärischen und politischen Lage mußte die neue Regierung dazu führen, das **Gesuch um Waffenstillstand und Frieden** abzusenden. Nur ärgste demagogische Verlogenheit kann behaupten, daß die Demokratie durch Preisgabe deutschen Landes oder auf Kosten der Interessen des deutschen Volkes zur Macht gelangen wollte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Tatsache ist, daß sie die Macht ergreifen mußte, weil nur sie noch imstande ist, Deutschland zu retten.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Ersuchen an den Präsidenten Wilson hat die (C) Zustimmung aller zur Mitwirkung berufenen Instanzen gefunden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach Meinung aller war der Schritt notwendig.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch meine politischen Freunde und ich billigen diesen Schritt, ebenso die Antwort der Regierung auf die Gegenfragen des Präsidenten Wilson.

Die neue Regierung hat sich an den **Präsidenten Wilson** gewandt, weil er noch am 27. September sich zum Prinzip des Friedens unparteiischer Gerechtigkeit bekannte, das unabhängig sein sollte von jeder militärischen Lage. Auch früher hat der Präsident ähnliche Grundsätze vertreten. So hat er in einer Botschaft vom 23. Januar 1917 gesagt: „Die Gleichheit der Völker, auf die ein Frieden begründet sein muß, wenn er dauerhaft sein soll, muß in einer Gleichheit der Rechte bestehen."

(Hört! hört! rechts.)

Und weiter sagte der Präsident in derselben Botschaft: „Nur ein Friede zwischen Gleichgestellten kann Dauer haben; nur ein Friede, dessen oberster Grundsatz die Gleichheit und gemeinsame Teilnahme an gemeinsamen Wohltaten ist."

(Hört, hört! links.)

Ausdrücklich hat der Präsident Wilson die Absicht von sich gewiesen, auf Demütigung und Vernichtung des Gegners auszugehen. Nun kann der Präsident sich durch die Tat als der großzügige Idealist und der rechtschaffene Mann bewähren, der dem Gemetzel Einhalt gebietet und die Grundlagen zu einem Dauerfrieden des Rechts und zum Völkerbunde legen will.

(Sehr gut! links und rechts.)

Will der Präsident seinen Grundsätzen treu bleiben, so kann er sich allerdings nicht denen anschließen, die trunken von Siegesübermut schon in dem Vorgefühl schwelgen, dem niedergerungenen Gegner den Fuß in den Nacken zu (D) setzen. Meine Herren, darüber haben wir uns nie getäuscht: die englischen und französischen Chauvinisten und Imperialisten haben den Prinzipien des Präsidenten Wilson wohl mit dem Munde, aber nie mit dem Herzen zugestimmt. Möge Präsident Wilson jetzt auf die Stimme eines Henderson, eines Lonquet hören, die zu einem Frieden raten, der keinen Rachegeist, keinen Revanchegedanken zurückläßt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Im Bewußtsein ihres guten Rechtes und unserer noch keineswegs erschöpften Widerstandskraft hat sich die deutsche Demokratie bemüht, die Steine aus dem Wege zu räumen, die den Zugang zum Frieden versperren könnten. Wir haben uns zur **Räumung der besetzten Gebiete** bereit erklärt, und zwar in der Voraussetzung, daß sie in geordneter Weise vor sich gehen kann und zu ihrer Durchführung eine Waffenpause eintritt. Dem tief ergreifenden Elend der unschuldigen Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, das wir mit dem Präsidenten Wilson beklagen, wäre damit sofort Abhilfe geschaffen.

(Zustimmung links.)

Wir begrüßen es, daß die Oberste Heeresleitung strengsten Befehl gegeben hat, die Zerstörungen auf das militärisch Notwendige zu beschränken.

(Sehr richtig! links.)

Sollten Plünderungen und Gewalttätigkeiten vorgekommen sein, müssen sie unseres Erachtens strengste Strafe finden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den **unbeschränkten U-Boot-Krieg,** meine Herren, haben wir Sozialdemokraten immer bekämpft. Alle mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Berechnungen haben wir verworfen und von seiner politischen Wirkung haben wir Unheil für Deutschland vorhergesagt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(**Ebert**, Abgeordneter.)

(A) Wir hätten gewünscht, daß die Regierung gegenwärtig auf die Waffe des U-Boot-Krieges großzügig Verzicht geleistet hätte.

(Zuruf rechts.)

Der Befehl, der an die U-Boot-Kommandanten gegeben worden ist, beweist aber jedenfalls den Entschluß, dem Standpunkt des Präsidenten gerecht zu werden und den Haß abzubauen, der schon so lange die kriegführenden Völker trennt.

Präsident Wilson hat die **Zerstörung „jeder willkürlichen Macht"** verlangt, die für sich geheim oder nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Damit hat er sich eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie zu eigen gemacht. Schon 1908 anläßlich des „Daily Telegraph"-Interviews hat unsere Fraktion in dieser Richtung genau formulierte Anträge hier eingebracht, Anträge, die jetzt endlich — leider viel zu spät — zur Annahme gelangen werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

So sehr aber auch zu bedauern ist, daß die Demokratie erst in dem Augenblick zur Durchführung kommt, in dem sich der militärische Vorteil auf seiten unserer Gegner neigt, so ist die Demokratie doch der eigenen Initiative unseres Volkes entsprungen und in seiner eigenen Gesinnung festgewurzelt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Niemand in der Welt braucht daran zu zweifeln, daß unser Volk das **Recht der Selbstbestimmung** sich nicht mehr entwinden lassen wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sein Selbstbestimmungsrecht kann aber ein Volk nur dann wahren, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung nach außen ebenso bedacht ist wie nach innen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Sinne fordern wir deutsche Sozialdemokraten
(B) für uns dasselbe Recht, das wir den anderen Völkern zugestehen,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

und das wir ihnen — ich will es offen aussprechen — nie hätten vorenthalten dürfen.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, am 5. Oktober hat sich dem Deutschen Reichstag eine Regierung vorgestellt, die ihre Existenz von der Zustimmung des Reichstags, von der Billigung weitester Volkskreise und insbesondere von der Mitwirkung der Vertrauensmänner der Arbeiter abhängig gemacht hat. Mit Recht ist deshalb der **5. Oktober** als ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands bezeichnet worden. Er ist der **Geburtstag der deutschen Demokratie.**

(Bravo! links.)

Die Regierung des Volksvertrauens — das will sie sein — leitet gegenüber dem früheren Spott auf die „Politik der Hasenheide", gegenüber dem feudalen System der Volksverachtung eine neue innerpolitische Epoche für Deutschland ein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden; es will frei sein und wird frei sein!

(Wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratische Partei hat von jeher die Überzeugung vertreten, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht auf die Dauer von einer dünnen Oberschicht, von kleinen Gruppen auf Grund ererbter Vorrechte regiert werden könne. Im alten Deutschland waren ganze Klassen, Nationen und Konfessionen von der schaffenden Mitwirkung im Staate nahezu vollständig ausgeschlossen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Fortsetzung dieser Ausschaltungspolitik ist unmöglich, denn sie ist für Deutschland verhängnisvoll geworden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In dieser schwersten Prüfungszeit muß der Staat alle (C)
Volkskräfte mobil machen und für sich gewinnen, wenn er nicht untergehen, wenn er leben will. Wer sich jetzt noch der deutschen Demokratie widersetzt, vergeht sich nicht nur an den Menschenrechten unseres Volkes, sondern auch an der Sicherheit unseres Landes.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kreise, die bisher in Preußen-Deutschland die Alleinherrschaft hatten, das bureaukratisierte Junkertum und die verjunkerte Bureaukratie, haben endgültig ausgespielt.

(Sehr richtig! links.)

Für Volk und Reich ist die Demokratisierung zur Lebensnotwendigkeit geworden. Hier gilt das bekannte Wort: Wenn die Völker fortschreiten und die Verfassungen stillstehen, kommen die Revolutionen. Die besitzenden Klassen Deutschlands können froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege der politischen Entwicklung durchsetzt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Blicken Sie nach Rußland, und Sie sind gewarnt!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der 5. Oktober leitet also einen Systemwechsel von großer Tragweite ein. Er ist der Übergang zu einem neuen Staatswesen, in dem das Volk durch seine freigewählten Vertreter seine Zukunft gestalten soll. Natürlich ist das, was bisher geschah, nur der Anfang eines Überganges.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung erst dann gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und die Klassengegensätze aufgehoben sind. Aber heute gilt es zunächst im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt im Reiche zu erheben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu bedarf es auf der Stelle durchgreifender Ände- (D)
rungen unserer Reichsverfassung.

Die Vorlage wegen Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung liegt uns bereits vor. Gleich meinem Herrn Vorredner muß ich zum Ausdruck bringen, daß der Entwurf uns nicht weit genug geht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen verlangen, daß das **Recht der Kriegserklärung** ohne Einschränkung und ohne Ausnahme in allen Fällen von der **Zustimmung des Reichstags** abhängig gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das Volk ist es, das dabei seine Haut zu Markte zu tragen hat.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein entsprechender Antrag der Mehrheitsparteien wird dem Reichstage zugehen; wir werden der so abgeänderten Vorlage dann unsere Zustimmung geben.

Die Vorlage wegen Artikel 11 der Reichsverfassung sieht auch vor, daß **Friedensverträge** künftig ebenso wie Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, der **Zustimmung des Reichstags** bedürfen. Wir sind Gegner der geheimen Verträge, die in der Vorgeschichte dieses Krieges eine recht verderbliche Rolle gespielt haben.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb erwarten wir von der Reichsregierung, falls wir zu einer Völkerrechtsliga kommen sollten, daß sie sich rückhaltlos gegen Geheimverträge und Sonderverträge erklärt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unseres Erachtens muß auch im Grundgesetz des Reichs die jetzt zum Durchbruch gekommene parlamentarische Regierungsform in aller Form unwiderruflich festgelegt werden. Es muß dabei zum Ausdruck kommen,

(Ebert, Abgeordneter.)

(A) daß der **Reichskanzler** nur mit **Zustimmung des Reichstags ernannt** werden kann und sein Amt niederzulegen hat, wenn der Reichstag es fordert.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Erst dann ist für die Zukunft die parlamentarische Regierungsform gesichert.

Das vom Herrn Reichskanzler heute angekündigte **Ministerverantwortlichkeitsgesetz** begrüßen wir. Es muß darin aber dem Reichstage die Möglichkeit gegeben werden, den Reichskanzler oder andere verantwortliche Minister vor einem **Staatsgerichtshof** zur Verantwortung ziehen zu können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sicherstellung der Demokratie erfordert aber dringend weitergehende Verfassungsänderungen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staate sein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das **Militärkabinett** muß seiner Machtbefugnisse entkleidet und in jeder Hinsicht dem verantwortlichen Kriegsminister unterstellt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ernennung oder Verabschiedung der Offiziere und der Beamten darf nur unter Gegenzeichnung der Minister erfolgen, die dem Parlamente verantwortlich sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Verhängnisvoll und völlig unhaltbar, meine Herren, ist die ganz absolutistische **Stellung des Großen Generalstabs,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

der verfassungsmäßig weder dem Reichskanzler noch dem Reichstage verantwortlich ist. Meine Herren, täuschen wir uns nicht: für das persönliche Regiment und für die Politik der gepanzerten Faust ist kein Raum mehr in

(B) Deutschland.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Befehlsgewalten und alles, was darauf aufgebaut ist, muß der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Reichstags unterstellt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Soll die neue Demokratie nicht Kulisse und Dekoration sein, so kann als Zentralgewalt nur ein Wille herrschen, das ist die vom Volksvertrauen getragene Volksregierung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir erwarten von dem Herrn Reichskanzler, daß die heute von ihm angekündigte Vorlage über die Ministerverantwortlichkeit unverzüglich dem Reichstage vorgelegt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden dann für die von mir angekündigten weitergehenden Änderungen der Verfassung dem Reichstag entsprechende Anträge unterbreiten.

Meine Herren, nur die **Freiheit** kann die Wunden heilen, die uns der Krieg so tief geschlagen hat.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nur ehrliche, tatkräftige Regierung für das Volk durch das Volk kann uns den Frieden zurückbringen. Deutschlands gewaltige wirtschaftliche Entwicklung lag offen vor den Augen aller Welt. Kaum der ärgste Feind versagte unseren technischen und geistigen Leistungen die Anerkennung. Aber auch der beste Freund im Auslande hat es nicht verstanden, daß wir trotzdem in der politischen Entwicklung so weit zurückbleiben konnten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens, das uns die ganze Welt entgegenbringt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es heute endlich zu überwinden, ist das Gebot der Stunde. Engstirniger Polizeigeist, frivoles Säbelrasseln und provozierender Junkerübermut haben Haß und Verderben über uns gebracht. (C)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Spätestens, als wir im Kriege der feindlichen Riesenkoalition gegenüberstanden, hätten wir aus freier Entschließung den feindlichen Kriegshetzern die wirksame Propaganda der deutschen Unfreiheit entreißen müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun duldet die Not keinen Aufschub mehr. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Dem alten Preußen hat in diesen Tagen die „Kreuzzeitung" die Sterbeglocke geläutet. Aber es ist nur die konservative Parteiherrschaft in Preußen, die untergeht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das wahre **Preußen** des preußischen Volkes gewinnt dadurch neues Leben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Seit eineinhalb Jahrzehnten führt das arbeitende Volk Preußens einen zähen, ununterbrochenen Kampf um seine politische Gleichberechtigung. 15 Monate sind vergangen, seit der König von Preußen feierlich die **Abschaffung der Klassenvorrechte im Wahlrecht** angekündigt hat. Verzweifelt haben sich die bisher Bevorrechteten gewehrt. Große politische und moralische Werte sind damit verwüstet.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Reich ist schwerer Schaden zugefügt worden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wo war denn die von den **Konservativen** immer so laut gerühmte Staatstreue und Vaterlandsliebe, als der Weltkrieg auf seinem Höhepunkte die Entfesselung aller Volkskräfte verlangte?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Lieber haben sie das Reich und Preußen in die größten Gefahren gestürzt, ehe sie dem Volke gutwillig seine Rechte gaben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) (D)

Das Wort des Herrn v. Oldenburg-Januschau: „Wenn in Preußen das Wahlrecht eingeführt wird, wie es vorliegt, dann haben wir den Krieg verloren!" — das Wort wird den Konservativen nie vergessen werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Jetzt endlich im letzten Augenblick hat die konservative Partei das gleiche Wahlrecht als Gebot nationaler Notwendigkeit anerkannt. Zu spät, meine Herren, um das Urteil über Sie zu mildern, daß Sie Ihre Vorrechte höher gestellt haben als die Not des Landes.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat heute erklärt, das gleiche Wahlrecht in Preußen sei gesichert; es soll schnellstens und restlos durchgeführt werden. Meine Herren, wir warnen auf das allerdringendste, in Rücksicht auf formale Vorschriften die Durchführung noch auf Monate hinauszuschieben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist allerhöchste Zeit, daß in Preußen das Klassenparlament dem Volksparlament Platz macht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn irgendwo, so ist hier Eile geboten. Schnellstens muß in Preußen die Einheit zwischen Volk und Staat hergestellt werden. Nur dann kann Preußen leben und seine führende Stellung im Reich wiedergewinnen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Von der Einsichtslosigkeit und dem Eigennutz der herrschenden Kaste, die sich im Kriege schonungslos enthüllt hat, hebt sich um so strahlender die **glänzende Tüchtigkeit** ab, die in diesem Kriege die **deutschen Volksmassen auf allen Gebieten** bewiesen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstands-

(Ebert, Abgeordneter.)

(A) kraft und eine moralische Stärke gezeigt wie niemals ein anderes Volk in der Welt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kein Wort der Anerkennung, nicht einmal irgendeine Tat unserer Dankbarkeit reicht hin, um **unsere Soldaten** zu lohnen, die besonders in den letzten Monaten Ungeheuerliches ertragen und geleistet haben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Diesem Volke kann das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verwehrt werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das ist in Preußen ebenso unmöglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und in den anderen Bundesstaaten.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, auch wir achten den föderativen Charakter des Reichs und das Selbstbestimmungsrecht seiner einzelnen Volksstämme. Wir wollen aber, daß unsere Volksstämme ihr Schicksal selbst entscheiden können. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die aus rückständigen Feudalverfassungen hervorgegangenen Landesvertretungen weder willens noch fähig sind, die notwendigen Reformen durchzuführen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu fehlt ihnen die Einsicht in die Nöte ihrer Völker und vor allem die Liebe zu diesen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb müssen wir nachdrücklich fordern, daß die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten auf dem Wege der Reichsgesetzgebung durchgeführt wird.

(Sehr richtig! links.)

Der Herr Reichskanzler hat uns vorhin mitgeteilt, daß **Elsaß-Lothringen** nun ungesäumt die volle **Autonomie** erhalten soll, wie es der dortige Landtag fordert. Meine Herren, wieviel klüger wäre es gewesen, den Elsaß-Lothringern ihr Recht längst zu geben.

(B) (Sehr richtig! links.)

Meine Partei und andere haben vor und während des Krieges wahrlich oft genug hier darauf gedrängt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im vorigen Jahre hat sich endlich die Reichsregierung dazu bereit erklärt. Aber offenbar hat auch hier die unheilvolle Militärpolitik hemmend eingegriffen, die so ungeheuer schwer an Elsaß-Lothringen gesündigt hat.

(Sehr richtig! links.)

In dieser Schwäche der Regierung gegen die Militärpolitiker lag ihr Kardinalfehler. Man hat nicht nur die **Militärpolitik** geflissentlich in das Heer hineingetragen, sondern mit ihr auch vielfach entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Zum Überdruß oft haben wir das hier festgestellt. Meine Herren, wozu braucht die Oberste Heeresleitung politische Institutionen, deren Tätigkeit auf Gebieten liegt, für die verfassungsmäßig allein die Reichsleitung verantwortlich ist?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Darf ein Kriegspresseamt sich zum Herrscher über Inhalt und Tendenz aller deutschen Zeitungen aufwerfen wollen?

(Sehr gut! links.)

Darf eine Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben

(Rufe: Nein! bei den Sozialdemokraten)

und die Politik des Reichs gegenüber fremden Staaten durchkreuzen?

(Erneute Rufe: Nein! bei den Sozialdemokraten.)

Und, meine Herren, welchen ungeheuren Schaden hat die Militärpolitik in den östlichen Randstaaten angerichtet?

(Sehr wahr! links.)

Wir müssen sofortige radikale Abkehr von diesem für Deutschland verhängnisvollen System fordern.

(Sehr richtig! Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Militärs haben wirklich in der Bewältigung ihrer (C) technischen Aufgaben ein sehr großes Arbeitsgebiet;

(sehr richtig! links)

auf politischem Gebiete haben sie bisher nur Unheil angerichtet.

(Sehr wahr! links.)

Nach dem Recht und den Kompetenzen unserer Verfassung haben sie auf diesem Gebiete nichts zu tun.

(Sehr richtig! links.)

Wir erwarten deshalb von der neuen Regierung, daß sie jeden Versuch einer militärischen Nebenregierung mit äußerster Entschiedenheit und Entschlossenheit entgegentritt.

(Sehr gut! Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Geist der militärischen Überhebung und Bevormundung hat auch bei der Handhabung des **Belagerungszustandes** zu unsäglich trüben Erfahrungen geführt. Hier hat sich ein Zustand krassester Willkür und Diktatur herausgebildet, der geistig und politisch geradezu verwüstend wirken mußte. Die zahllosen Debatten, die wir darüber in diesem Hause geführt haben, haben sich zu einem Elend ohne Ende ausgewachsen, irgendwelche Besserung haben sie nicht herbeigeführt. Das wirksamste Mittel gegen diese unerträglichen Zustände ist zweifellos die Beschränkung des Belagerungszustandes auf die tatsächlich vom Feinde bedrohten Gebiete. Wir haben stets die Aufhebung des Belagerungszustandes im Innern des Reichs gefordert und halten auch heute daran fest. Gewiß ergibt sich daraus eine Reihe technischer Schwierigkeiten. Würde deshalb die Reform auf die lange Bank geschoben, so wäre dabei allerdings nicht viel gewonnen. Entscheidend muß unseres Erachtens sein, daß tatsächlich sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit durchgeführt wird.

(Sehr richtig! links.)

Diese Forderungen hat die Regierung anerkannt und in ihr Programm aufgenommen; sie müssen schnell und tat- (D) kräftig durchgeführt werden.

Inzwischen ist ein Erlaß ergangen, auf den der Herr Reichskanzler vorhin hinwies, wonach der Oberbefehlshaber alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder seinem Stellvertreter zu treffen hat.

Meine Herren, wir begrüßen diesen Schritt. Damit ist aber nicht genügend geschehen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Änderung des Belagerungszustandsgesetzes ist unseres Erachtens unerläßlich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstag, der dabei mitzuwirken hat, muß dafür Sorge tragen, daß der Einfluß des Militärs auf dem Gebiet des Belagerungszustandes auf die rein strategischen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt wird. Nur so kann den Übergriffen des Militärs, die auf dem Gebiete des Zensur- und Versammlungsrechts bis in die letzten Tage fortgesetzt worden sind, endlich Einhalt geboten werden. Es erregt auch heute großen Unwillen im Lande, daß noch immer stellvertretende kommandierende Generale im Amte sind, die sich bei Ausübung des Belagerungszustandes wie Tobsüchtige gebärden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hier muß endlich und gründlich Wandel geschaffen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung kann im Volke ihr Vertrauen nicht besser festigen als mit der restlosen Beseitigung der politischen und geistigen Bevormundung, mit der schnellsten Wiederherstellung der Lebensfreiheit des Volkes.

Zugleich muß den bisherigen Opfern des Belagerungszustandes Gerechtigkeit widerfahren. Wird mit dem alten System gebrochen, so lassen sich auch die Verurteilungen

(**Ebert**, Abgeordneter.)

(A) nicht aufrechterhalten, die es zur Folge hatte. So erfreulich es ist, daß die erste Maßnahme der neuen Regierung die Durchsetzung der **Amnestie** war, so müssen wir doch verlangen, daß die Amnestie vollständig und restlos ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie muß den Verurteilten der ordentlichen Militärgerichte ebenso zugute kommen wie denen der Zivilgerichte und der außerordentlichen Militärgerichte.

Meine Herren, ich kann erfreulicherweise auf die Partie meiner Rede, die den Fall Liebknecht behandeln sollte, verzichten, weil mir kurz vor Beginn meiner Rede mitgeteilt worden ist, daß Liebknecht bereits in Freiheit ist.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Aber ich muß doch hinweisen auf die unglücklichen Matrosen, die wegen Unbesonnenheiten zu schweren Strafen verurteilt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch ihnen muß die Amnestie gerecht werden. Die natürliche Folge der Amnestie muß unseres Erachtens sein, daß auch die Verurteilten in den besetzten Gebieten eingeschlossen werden, daß die schwebenden Verfahren eingestellt und die Opfer der Schutzhaft befreit werden.

Besonders wünsche ich, daß die immer noch aus ihrem Lande verbannten Elsaß-Lothringer baldigst in ihre Heimat zurückkehren können. Eine neue Zeit muß einen neuen Glauben an eine neue Gerechtigkeit wecken. Aber die Regierung muß auch Sorge tragen, daß den überaus rigorosen Bestrafungen in den besetzten Gebieten überhaupt Einhalt geboten wird.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

So hat zum Beispiel die „Litauische Zeitung" vom 27. September gemeldet, daß wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung und Verbreitung unrichtiger Nachrichten vom dortigen Feldgericht des Generalkommandos eine Anzahl Personen zu schweren Strafen, teils zu

(B) 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Solch unerhörte grausame Urteile müssen in der ganzen gesitteten Welt einen Schrei der Entrüstung auslösen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie müssen den deutschen Namen aufs schwerste schänden.

Ich muß weiter in diesem Zusammenhange hinweisen auf die kürzlich aus Helsingfors gemeldeten schweren **Verurteilungen** sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter **in Finnland.** Sechs sollen zum Tode, andere zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt sein. Hier handelt es sich zweifellos um brutale Klassenurteile. Ich weiß wohl, daß wir in Finnland nicht entscheidend sind, aber wir haben Einfluß dort. Deshalb richte ich namens meiner Freunde an die Regierung das dringende Ersuchen, soweit wie möglich sich entschieden dafür einzusetzen, daß diese grausamen Strafen nicht vollstreckt werden. Sofortiges Eingreifen ist hier ein Gebot der Menschlichkeit.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, soviel von den dringenden Aufgaben des Augenblicks. Zu einem vollständigen Programm der nächsten Aufgaben fehlt noch viel.

Die während des Kriegs vorgenommene Reform der Wahlkreiseinteilung zur Reichstagswahl war nur eine kleine Abschlagszahlung. Nur das allgemeine im ganzen Reiche durchgeführte **Verhältniswahlrecht** kann die Basis einer wirklich demokratischen Volksvertretung werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der heutige Zustand verfälscht das gleiche **Wahlrecht.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere **Frauen** dürfen nicht länger mehr **politisch rechtlos** sein,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

eine Erkenntnis, die in anderen Ländern längst, am deutlichsten aber während des Kriegs gekommen ist. Was wäre die deutsche Heimatsfront ohne die unermüdliche (C) Arbeit der Frauen in den Werkstätten, Bureaus, in den Krankensälen, in der weiteren Kriegsfürsorge?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer bewundert nicht das stille Heldentum unserer Frauen und Mütter? Das neue Deutschland ehrt dieses Heldentum unserer Frauen am schönsten durch die Gewährung der gleichen politischen Rechte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere ganze Verwaltung von oben bis unten, die Staatsverwaltung, die Selbstverwaltung muß auf eine neue Grundlage gestellt werden. Überall muß der alte Junkergeist ausgeräuchert werden, soll das neue Deutschland Wirklichkeit werden.

Aber auch die wirtschaftliche Not unseres Volks stellt uns vor große Aufgaben. Da ist es charakteristisch, daß in der Schicksalsstunde unseres Volks der Bund der Landwirte in einem Aufruf die **Organisation** unserer **Volksernährung** als sozialdemokratische Zwangswirtschaft zu diskreditieren sucht und verlangt, daß mit ihrem Abbau begonnen wird. Die Herren mögen sich nicht täuschen über die Stimmung des Volks. Vor allem soll man sich hüten vor wirtschaftlicher Sabotage der Volksernährung unter der neuen Demokratie!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das müßte zur Katastrophe führen, die auch für die Landwirtschaft mit den schwersten wirtschaftlichen Opfern verbunden wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sicherheit unseres Landes macht es jedem Landwirt zur Pflicht, heute mehr denn je im Kriege sein Bestes zu tun, um unsere Volksernährung sicherzustellen. Die Not des Volkes erfordert schärfste Erfassung aller Nahrungsprodukte. Beim preußischen Großgrundbesitz ist da noch viel nachzuholen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) (D)

Der schwunghafte Schleichhandel ist der beste Beweis, wie mangelhaft die Erzeugnisse für die öffentliche Bewirtschaftung erfaßt werden. Das System der Selbstversorgung muß einer gründlichen Reform unterworfen werden. Die skandalösen Wucherpreise für die notwendigen Bedarfsartikel müssen zurückgedrängt werden, wenn die Verhältnisse erträglich werden sollen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

— Auch beim Großgrundbesitz!

Meine Herren, man hat uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten in unserem Mindestprogramm die **Sozialpolitik** vergessen. Es steht noch unendlich viel anderes nicht darin, was auch unbedingt in ein Aktionsprogramm hineingehörte. Aber wir mußten uns mit dem begnügen, was heute und morgen getan werden kann und unbedingt durchgeführt werden muß. Sozialpolitik im Kriege ist ein trauriges Kapitel. Jeder Tag stellt neue und andere Aufgaben. Jetzt, wo wir die Friedensarbeit in Fluß gebracht haben, drängen uns die Verhältnisse die ungeheuersten sozialpolitischen Arbeiten auf. Demobilisation der Riesenarmeen draußen, der arbeitenden Frauenheere drinnen; die Beschaffung von Arbeit und Brot für die heimkehrenden Soldaten und die Arbeiter der Kriegsindustrie; die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf die schon halb vergessene Friedenswirtschaft; die Wiederanknüpfung des Welthandels und Weltverkehrs; die Wiederherstellung des gesetzlichen Arbeiterschutzes vor dem Kriege. Hier stehen wir vor fundamentalen Aufgaben unseres künftigen Lebens. So blöd und kurzsichtig sind wir wahrhaftig nicht, daß wir bei Aufstellung unseres Programms an nichts von alledem gedacht hätten. Die Schaffung des Arbeitsamtes beweist das Gegenteil. Der ist nie im Herzen Sozialdemokrat gewesen, der glaubt,

(Ebert, Abgeordneter.)

(A) daß wir die soziale Not der breiten Volksmassen auch nur einen Augenblick hätten vergessen können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Grundursache der augenblicklich drückendsten Not ist eben der Krieg. Da mußte manches andere im Augenblick zurücktreten hinter die Riesenaufgabe der Beendigung des gräßlichen Mordens. Einen ehrlichen dauernden **Frieden** für die gesamte Menschheit hat die neue Regierung als Hauptinhalt ihres Programms bezeichnet. Das war der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an. Seit dem 4. August gab es für uns nur ein Kriegsziel, an dem wir unerschütterlich festhielten: die Wiedererlangung des Friedens unter Sicherung unserer Lebensnotwendigkeiten und ebenso ehrliche Achtung der Lebensbedürfnisse der anderen Völker.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die breiten Massen unseres Volkes haben dieser Politik des Verständigungswillens und des Friedensstrebens stets volles Verständnis entgegengebracht.

Darum hat innerpolitisch und nach außen hin nichts so ungeheuer geschadet, ist uns nichts so verhängnisvoll geworden wie der mit allen Mitteln geführte Machtkampf unserer **Gewaltpolitiker.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die brutale Art, in der sie ihre wilden Eroberungsziele verfolgten, haben sie unser ganzes innerpolitisches Leben vergiftet, das Volk in seinem guten Glauben schwankend gemacht und die öffentliche Meinung irregeführt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Schmähungen schlimmster Art haben sie auf jeden gehäuft, der die eigenen Volksgenossen über den Wahnsinn dieser Politik belehrte. Selbst jetzt, wo der Gang der Ereignisse über diese Weltverschlucker zur Tagesordnung übergegangen ist, ist ihr letztes Lebenszeichen noch auf Zerstücklung des Volkes gerichtet.

(B) Gestatten Sie mir, nur ein Beispiel aus vielen hier anzuführen: „Jammergestalten, Meßmacher, Flaumacher, Unglücksraben und quakende Unken aus der Tiefe" nennt der Aufruf der freikonservativen Partei die Männer, die jetzt ihr Bestes einsetzen zur Rettung unseres Volkes aus dem Unglück, in das es die Gewaltpolitiker gestürzt haben.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Tag der Abrechnung mit diesen Katastrophenpolitikern wird kommen, und dabei wird ihnen nichts, aber auch gar nichts geschenkt werden.

(Sehr richtig! und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein unerbittliches Volksgericht wird über sie hereinbrechen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber heute muß schon gesagt werden: die alldeutschen Schreier und ihre Hintermänner, die jetzt im Lande die Rebellion gegen die demokratische Regierung organisieren, spielen mit dem Feuer!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie mögen sich gesagt sein lassen: ihre Zeit ist endgültig vorbei, ihre Politik ist gebrandmarkt für alle Zeiten.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie hat im Kriege nie ein taugliches Mittel zur Austragung von Völkerstreit erblickt. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege ist eine alte Programmforderung der deutschen Sozialdemokratie. Heute ist diese Forderung zum Gemeingut der Völker geworden. Alle Völker verlangen Garantien, die sie für alle Zeiten vor der Wiederkehr der Kriegsfurie bewahren. Wie der einzelne Staatsbürger in allen Kulturstaaten sein Recht beim Gericht suchen muß, ebenso muß im Völkerleben an Stelle der Gewalt das Recht treten. Das Völkerrecht muß fest verankert werden in einem alle Völker umfassenden Bund, der jeden Friedensstörer in die Schranken weist. Seine gemeinsamen Machtmittel muß der **Völkerbund** gegen den (C) richten, der ohne Anrufung des Schiedsgerichts zum Schwert greift. Hand in Hand damit muß eine allseitige und immer vollständigere Abrüstung durchgeführt werden. Sonst brechen die Völker unter der doppelten Last der Kriegsschulden und der Rüstungen zusammen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Völkerbund, obligatorisches Schiedsgericht und Abrüstung sind die sichersten Bürgschaften für den Dauerfrieden, die sicherste Bürgschaft auch für das Lebensrecht jeder einzelnen Nation, ob stark oder schwach, groß oder klein.

Zum Schluß noch ein Wort über die Beweggründe, die uns **Sozialdemokraten** veranlaßten, in die **neue Reichsleitung einzutreten.** Entscheidend für diesen Entschluß — der uns gewiß nicht leicht geworden ist — war die Not unseres Landes, die nie größer war als heute. Gelingt es den Herrschenden der feindlichen Länder, uns einen bedingungslosen Frieden aufzuzwingen, werden unsere wirtschaftlichen Lebenskräfte vergewaltigt, unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten unterbunden, dann wird die deutsche Arbeiterklasse schwer getroffen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sollten wir in den Zustand zurückgestoßen werden, der jährlich Hunderttausende Arbeiter zur Auswanderung zwang, dann würde den deutschen Arbeitern in der Fremde das Los der Kulis drohen.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Die schwer und opfervoll erkämpften wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiter würden gefährdet, ihr Kampf für den sozialen Aufstieg um Jahrzehnte zurückgeworfen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb bekennen wir uns zur Politik der Landesverteidigung, heute, wie am 4. August 1914, getreu uns selbst, getreu unserem Volke und seiner Zukunft.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Dabei bleiben wir, so lange es notwendig ist. (D)

Geht es nach unserem Willen, dann soll es nicht zum Verzweiflungskampfe kommen. Diese Regierung, die erste deutsche Reichsleitung, in der Sozialdemokraten sitzen, soll eine Friedensregierung sein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es wäre für uns gewiß bequemer gewesen, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre aber eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und vor der deutschen Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind in die Regierung hineingegangen, weil es heute um das ganze deutsche Volk, um seine Zukunft, um Sein oder Nichtsein geht.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie, die immer mit Leidenschaft dem Ideal des Weltfriedens gedient hat, die im Kriege unausgesetzt für den Frieden gewirkt hat, darf und will jetzt, wo es gilt, aus dem Blutbade des Krieges herauszukommen, nicht tatenlos beiseite stehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wissen, was wir mit unserem Schritt gewagt haben. Gelingt es uns aber, durch unseren Entschluß die Schauer des Krieges auch nur um einige Tage zu verkürzen, und dadurch Zehntausenden unserer Soldaten das Leben zu retten, so wäre uns das Rechtfertigung und Genugtuung genug.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hätten wir durch Verweigerung unserer Mitarbeit auch nur den Schimmer einer Friedensmöglichkeit vernichtet, so hätten wir unverantwortlich gehandelt.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

(Ebert, Abgeordneter.)

(A) Durch unseren Eintritt in die Regierung übernehmen wir keinerlei Verantwortung für ihre bisherige Politik.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Gegenteil! Unser Eintritt in die Regierung zieht einen dicken Trennungsstrich zwischen dem, was vor und dem, was nach dem 5. Oktober geschah.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der jetzige Umschwung, die jetzt erfolgte Parlamentarisierung verurteilt durch sich selbst die Sünden des früheren Systems.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben zu den Regierungen immer in Gegensatz gestanden; wir haben sie bekämpft, wo es notwendig war, und haben durch Ablehnung des Etats über unsere Stellung zur Gesamtpolitik der Regierung keinerlei Zweifel gelassen. Aber was immer in der Vergangenheit verfehlt worden sein mag: wir mußten versuchen zu verhindern, daß das unschuldige deutsche Volk darunter leidet, daran zusammenbricht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wissen: ein böses Erbe haben wir übernommen; wir müssen viel Ballast auswerfen, um das Staatsschiff in den Friedenshafen zu retten. Nicht den besitzenden Klassen zuliebe, sondern für die Zukunft des Staates, der einst dem ganzen Volke gehören soll, zur Beschleunigung des Friedens, zur Verbesserung der Friedensaussichten haben wir in schwerster Zeit das Opfer gebracht. Für eine engumgrenzte Arbeit haben wir uns mit allen denen zusammengeschlossen, die für den Rechtsfrieden und die Demokratisierung sind. Gelingt uns unsere Aufgabe, so ist das ein Segen nicht sowohl für uns wie für das deutsche Volk.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von unseren grundsätzlichen Aufgaben und An-
(B) schauungen haben wir nichts preisgegeben und nichts verleugnet. Unser Programm ist das alte. Unser Kampf gilt nach wie vor der Durchführung der Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind: Sozialdemokraten! Anhänger der internationalen Völkergemeinschaft, Kämpfer für die Befreiung der Menschheit vom Elend des Krieges, aus der Not des Kapitalismus, der ihn verschuldet hat, Feinde jeder Ausbeutung und Unterdrückung.

Aber unbeschadet unseres Programms haben wir uns jetzt an die Bewältigung einer Aufgabe gemacht, die sofort gelöst werden muß, soll nicht die deutsche Arbeiterschaft schwersten Schaden erleiden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Dienste unserer todumdrohten Soldaten an der Front, im Dienste unserer darbenden Arbeiter und Kinder in der Heimat wollen wir den Frieden schaffen.

Mit Ruhe und Festigkeit sehen wir dem entgegen, was unser Friedensschritt bringt. Hab und Gut können wir verlieren, — die Kraft, die Neues schafft, kann uns aber keiner nehmen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was auch kommen mag: wir bleiben stehen in der Mitte Europas als ein zahlreiches, tüchtiges, ehrliebendes Volk. Wollen die anderen Völker fortab unsere Freunde sein, so wird das ein Gewinn sein für uns und für sie;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

wollen sie unsere Feinde bleiben, indem sie uns als Auswurf der Menschheit und als ihre Schuldknechte behandeln, so rufen wir ihnen zu: nehmt euch in acht, jede Knechtschaft hat einmal ein Ende!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten und links.)

Wir deutschen Sozialdemokraten wollen, daß der (C) kommende Frieden ein fester, ewiger Bundesfrieden freier und gleichberechtigter Völker wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Alle Freunde dieses großen Gedankens in der Welt rufen wir an, uns bei seiner Verwirklichung zu helfen, denn wir glauben an die Menschheit. Erleben wir eine Enttäuschung, so werden wir nicht verzagen, denn wir glauben an unser Volk. Zu ihm wollen wir dann in Treue stehen, bis auch ihm die Freiheitsstunde schlägt.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dove**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Naumann (Waldeck).

D. **Naumann** (Waldeck), Abgeordneter: Anknüpfend an die Worte des Herrn Reichskanzlers und an die meiner beiden Vorredner beginne auch ich zuerst mit dem Gedenken an die **deutsche Armee.** Denn niemals mehr als jetzt in diesen schweren, spannenden Kampfestagen verdient die Armee den doppelten und dreifachen Dank des ganzen Vaterlandes und der Volksvertreter.

(Bravo! links.)

Gerade wenn Zeitpunkte eintreten, an denen die Kräfte nicht mehr immer und überall auszureichen scheinen, ist das Werk derer, die halten, was gehalten werden kann, die auch mit Druck auf der Seele tapfer kämpfend stehen bleiben, aller doppelten und dreifachen Ehre wert.

(Bravo! links.)

Und gedenken wir, was in diesen Jahren die Armee, dieses Volksheer, durchgemacht hat! Wenn heute so viel über eine kommende Zeit gesprochen wird, in der der Militarismus nicht mehr sein wird, eine Zeit, von der wir hoffen, daß sie durch die Bemühungen des Völkerbundes angebahnt wird, so wird weit hinaus in die Gefilde der Zukunft der Glanz dieser deutschen Leistungen leuchten, die jetzt von unserer letzten größten deutschen (D) Armee geleistet worden sind.

(Bravo! links.)

Die Leute, die jetzt da draußen Übermenschliches für Volk und Vaterland getan haben, werden dabei noch immer dunkel umgeben von dem Bewußtsein, nicht voll zu wissen, wie eigentlich ihre Stellung im heimatlichen Volke ist. Denn während sie draußen kämpfen, wurde hier in Preußen die langwierige und peinliche Wahlrechtskomödie abgespielt.

(Sehr richtig! links.)

Während sie draußen Helden erster Klasse waren, galten sie daheim noch bis vor kurzem und jetzt als Staatsbürger dritter Klasse.

(Erneute Zustimmung links.)

Jenes Gefühl, welches sich in dem alten lateinischen Worte ausspricht: „Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi", ist wohl auch jenen draußen durch den Sinn gegangen: „Wenn die Herrscher im Wahne sich streiten, müssen die kleinen Leute es leiden." Dann muß die Masse es aushalten, es austragen, ihr Leben für Zwecke hingeben, in denen sie geordert wird, kommandiert wird und regiert wird, und wobei fast niemals das Gefühl auftaucht: wir sind es selbst! Denn seien wir offen, wie klein konnte bisher unter den deutschen Verhältnissen, die wir gehabt haben, für die Menge der Menschen, für den Durchschnitt der kleinen Leute, der Kleinbauern, der Handwerker, der Arbeiter, das Gefühl sein, daß sie nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt des weltgeschichtlichen Vorgangs sind! Es mußte ihnen erscheinen, daß sie ihr Leben zum Opfer geben für ein Schicksal, das weit über ihnen irgendwo in Wolken und Nebel wohnt, sie aber laufen unten im Nebel gegen grauenvolle Tanks. Wenn wir doch wüßten: wozu und wohin, und wenn wir wüßten, daß wir wenigstens vertreten werden von denen, die wir selber uns aussuchen, denen wir unser Vertrauen

(D. **Naumann** [Waldeck], Abgeordneter.)

(A) entgegenbringen! Was würde das für eine Kraft geben: ein deutsches Heer, erfüllt von dem unmittelbaren Vertrauen: wir und unsere Regierung sind eins! Eine lebendig arbeitende, der Zukunft entgegenschaffende organische Masse, das ist es, was der Herr Reichskanzler in seiner ersten Rede verlangt hat, wenn er sagt: er würde seine Stellung nicht einnehmen können, wenn er nicht diejenige Kraft hinter sich wüßte, die aus dem Vertrauen der Masse entspringt, die aus jenen unzähligen einzelnen Seelen herauskommt, von denen jede einzelne klein ist, und die ein durchschnittliches gleiches Schicksal haben, die aber addiert das Volk sind, die Nation.

Heute hat der Herr Reichskanzler zu diesem Satz hinzugefügt: „die Nation darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden". Alte Staatsweisheit war, dem Volke zu sagen: Blind sollt ihr vertrauen, wenn ihr geführt werdet! Es ist ein neuer Ton, wenn jetzt die Musik bei uns ansetzt mit dem Einsatz: Nicht blind sollt ihr zum Verhandlungstische geführt werden! Aktivität des Volkes! Die Mehrheit, die Menge soll mitschaffen, soll mitreden! — Das war nicht das Prinzip der bisherigen deutschen Vergangenheit, und keiner unter uns, die wir um die Dinge des Staates uns bemühen, wird jetzt in diesen Wochen Tage und Nächte verbringen, ohne im Geiste zu debattieren mit dem, der der Schöpfer und Aufrichter des bisherigen Systems gewesen ist, das jetzt unter unseren Händen im Kriege sich wandelt. Es besteht auf allen Seiten eine gewisse Debatte mit dem Größten der vorvorigen Generation. Wir sprechen in unseren Gedanken mit **Bismarck**; denn das **System**, das durch die neue Regierung beendet wird, ist und war das System, das Bismarck uns eingerichtet hat, jenes System, das von den Jahren 1866 und 1870 an bis jetzt zum Kriege und bis 1918 gedauert hat, ein System, welches zwar den Rechten des Volkes nicht von vornherein ablehnend gegenüberstand,

(B) da es ja das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichstag von Anfang an zu seiner Parole gemacht hatte, aber dieses Wahlrecht so hineinarbeitete und künstlich einfügte in die Quadern und Mauern vorher begonnener Bauten, daß daraus ein Regierungssystem wurde, welches der Vergangenheit gegenüber sicherlich ein gewaltiger Fortschritt, aber der kommenden Zeit gegenüber ein zu enges Gehäuse geworden ist. Dieses Bismarcksche System, von dem die deutsche Regierung heute unter Führung des Prinzen Max von Baden und unter Teilnahme der hier sitzenden Mitglieder der Mehrheitsparteien sich loslöst, war seinerzeit notwendig, um die Einigung des deutschen Volkes herbeizuführen. Jenes zerspaltene deutsche Volk mit allen seinen Kleinstaaten, das Bismarck vorfand, mit seinen vielen Monarchen, mit seiner unfertigen politischen Ausbildung konnte noch nicht den Gedanken des Jahres 1848 verwirklichen. Es mußte erst diktatorisch zusammengefaßt werden, und es war eine Gnade der Vorsehung, daß der große Diktator für diese Zusammenfassung uns gegeben wurde. Bismarck schuf für seine diktatorische Gestalt das dazu passende notwendige übermenschliche Amt, jenes Amt eines Reichskanzlers, der verantwortlich ist der Geschichte und der Unendlichkeit gegenüber, auch der Dynastie gegenüber, der aber dem Volke gegenüber nichts hat von direkter Abhängigkeit und Verantwortlichkeit. Mit diesem System haben wir seit 50 Jahren gearbeitet und geschafft —

(Zuruf rechts)

— ich komme eben auf den Erfolg; ich folge Ihren Wünschen von selbst! — mit diesem System hat mehr als eine Generation gearbeitet, und ich wollte eben sagen: es beweist die Größe des Bismarckschen Griffes, daß in dieser Periode mit dem gemischten diktatorisch-parlamentarischen System diejenige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes eintreten konnte, auf die wir jetzt, im Kriege, mit doppeltem wehmütigen Stolze (C) zurückblicken, weil vieles zunächst zerbrochen daliegt, was in dieser Epoche gewonnen und geschaffen wurde. Es war möglich, durch dieses Bismarcksche System dasjenige Volk herzustellen, das die Kräfte hatte, im großen Kriege vier Jahre und länger auszuhalten gegen eine ganze Welt von Feinden. Aber wenn das die historische Leistung des vergangenen Systems ist, so zeigt es sich nun im Kriege schärfer als vorher, daß das Bismarcksche Reich eben doch kein voller Staat des Volkes war. Wenn man das deutsche Volk in seiner Menge braucht und ruft bis in jedes Bergwerk hinein und bis in jede Arbeiterhütte und jedes Arbeitergehirn hinein, so muß der Tropfen demokratischen Öls, von dem Uhland in der Paulskirche in Frankfurt gesprochen hat, ganz anders niederrieseln auf unser Volk, damit aus ihm diejenige Kraft entsteht, aus tiefverletztem Zustand heraus wieder emporzusteigen und unter den Völkern neu anzufangen. Die Zeit fordert eine nächstweitere Periode. Warum ist denn diese nächstweitere Periode nötig? Warum hat das alte System nicht auch weiterhin verbindliche Kraft? Weil das bisherige System im Kriege zwei notwendige große Dinge nicht geleistet hat. Es hat nicht geleistet die Einheitlichkeit der Regierung, und es hat nicht geleistet die Verkörperung des nationalen Einheitsgedankens. An diesen zwei starken Mängeln geht es jetzt zugrunde.

Das System der Bismarckschen Epoche leistete also nicht die **Einheitlichkeit der Leitung.** Wenn wir früher in vergangenen Jahren über die Vorzüge der Monarchie debattiert haben — und ich habe mich reichlich an diesen Aussprachen beteiligt —, so war es einer der gewöhnlichen Gedankengänge: die Monarchie hat gegenüber einem republikanisch-demokratischen System den Vorteil, daß sie gerade in Zeiten schwerer Not und äußersten Kampfes die Einheitlichkeit der Leitung garantiert, während in (D) republikanischen Staaten die Staatseinheit unter der Rivalität und Konkurrenz der untereinander streitenden Staatsmänner und Feldherren verloren geht. Diese Argumentation ist vielleicht in der Theorie ganz richtig gewesen. Nun aber kam der wirkliche große Krieg, und in diesem Kriege zeigte es sich, daß die Einheitlichkeit durch das bisherige System nicht gewährleistet war.

(Sehr gut! links.)

Denn die Zerspaltung des deutschen Volkes kam nicht aus der Mitte der Bevölkerung, sondern aus der Mitte der Regierung heraus.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Unsere Parteien und unsere Bevölkerungen haben sich hier in diesem Raume am 4. August 1914 gut geeinigt, haben ihre alten herkömmlichen und zum politischen Gewerbe gehörenden Streitigkeiten zunächst einmal zurückgestellt, und wenn da und dort noch einmal ein Parteisekretär sich vorübergehend vergaß, so wurde er mit dem Worte „Burgfrieden" sanft zur Ordnung gerufen.

(Heiterkeit.)

Während aber die Parteien — und alle Parteien in dem Hause werden mir darin recht geben —, sich ehrlich bemühten, den Einheitsgeist der deutschen Nation zu repräsentieren, begann bereits in den letzten Monaten des Jahres 1914 innerhalb der Regierung jene Zwiespältigkeit, derer das bisherige System nicht Herr werden konnte. Wenn ich einfach sage, die Zwiespältigkeit der Auffassungen zwischen Bethmann und Tirpitz,

(sehr richtig! links)

so weiß jeder, woher das Zweiparteiensystem in Deutschland kommt.

(Sehr richtig! links.)

Das Zweiparteiensystem in Deutschland ist nicht hier aus diesem Hause entstanden. Denn hier in diesem Hause

(D. **Naumann** [Waldeck], Abgeordneter.)

(A) lebten wir schon Jahre und Jahrzehnte zusammen, und es war ein bekanntes Kunststück der regierenden geschickten Bureaukraten, die Karten immer neu zu mischen, abheben zu lassen und dann frisch wieder auszugeben und auf diese Weise das Haus stets in neuer Verteilung wieder vor sich zu sehen.

(Sehr gut! links.)

Und dieses Spiel hätte noch lange fortgeführt werden können, wenn nicht die Regierung selber mit zwei verschiedenen Regierungsapparaten sich ein **Zweiparteiensystem im Regierungskörper** selber zurecht gemacht hätte. Denn es war doch so: es bestanden nicht nur zwei kämpfende Köpfe, sondern vielmehr zwei kämpfende Apparate mit Preßbureaus, wo eins völlig anders schrieb als das andere, mit Zensurapparaten, vor denen kaum der Reichskanzler sicher war, daß er nicht der Zensur verfiel, und wo man nicht wußte, wieviel sich die Staatssekretäre noch gestatten konnten. Wir hatten, um es offen zu sagen, zweierlei auswärtige Politik,

(sehr richtig! links)

fast möchte ich sagen: zwei auswärtige Ämter. Wir behandelten fast jede Sache auf eine ganz verschiedene Weise. Es gab z. B. den besetzten Randstaaten gegenüber eine liberale Methode: wir kommen als die Befreier, wir kommen, um euch Selbstbestimmung und eigene Staatlichkeit zu bringen. Und auf der anderen Seite saßen nach konservativer Methode wohlgeordnete angestellte Herren, deren Grundsatz ungefähr hieß: das okkupierte Subjekt hat den Mund zu halten!

(Heiterkeit.)

Und während wir so seelisch und praktisch die Randstaaten mit vollständig zweierlei Methoden behandelten, wunderten wir uns, wenn der ausgestreute Same nicht aufgehen wollte. Oder, um etwas anderes zu erwähnen, wir redeten mit den Elsässern und fragten sie: ihr seid doch gut
(B) deutsch, auch wenn es einmal ernst darauf ankommt? Ja, aber dabei standen sie unter, ich weiß nicht wieviel Zivilkommandos und anderen Zwangsinstituten, und das, was jetzt auftaucht: der elsässische Statthalter und der elsässische Staatssekretär, was immer hätte geschehen sollen

(sehr richtig! links)

und hätte geschehen können,

(sehr wahr! links)

das geschah nicht, sagen wir wegen archaistischer monarchischer Spielereien und Liebhabereien,

(sehr richtig! links)

aus irgend welchem Trödel heraus, von dem man schon heute gar nicht mehr weiß, warum und wie sich verständige Menschen überhaupt um so etwas bemüht haben!

(Sehr richtig! links.)

Wir haben es hier erlebt, daß der vorige Reichskanzler unter allen notwendigen Klauseln und Kautelen sagte, es wird Belgien wieder herausgegeben und wiederhergestellt. Dann aber liefen draußen in Belgien und Flamland Männer herum, im Auftrage ebenso hoher Regierungsstellen, und verkündigten: das sei alles nicht ernst zu nehmen,

(sehr richtig! links)

denn es sei ja nur ein Wort des Reichskanzlers gewesen,

(sehr richtig! links)

und die wirklich entscheidende Stelle habe doch damit das letzte Wort selbstverständlich nicht gesprochen! Und so haben wir es dann schließlich noch erlebt mit der Behandlung des großen Hauptgegenstandes überhaupt, mit dem Frieden. Da galt hier die Resolution vom Juli 1917, diese bekannte vielumstrittene Resolution. Der hatte der Kaiser, der Reichskanzler, die Oberste Heeresleitung, der Bundesrat, der Reichstag, alles zugestimmt; so wenigstens steht es in der Note an den Papst. Das hinderte aber nicht, daß aus dem Schoße derselben Regierung heraus in Telegramm und Schrift und Rede immer wieder Grund- (C) sätze umgekehrter Art ausgesprochen wurden,

(sehr richtig! links)

sodaß vom Juli 1917 an bis jetzt niemand in Deutschland überhaupt gewußt hat: wer ist Koch und wer ist Kellner, ist das wahr oder nicht?!

(Zuruf.)

— Daß Sie es nicht wissen, das glaube ich, Herr Ledebour.

(Heiterkeit — und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Ledebour, Sie kommen nachher daran! Indem also das bisherige Regierungssystem es grundsätzlich nicht in sich fertiggebracht hat, eine regierende Einheit zu sein, verschwand im Volke das Gefühl irgend einer festen und sicheren Führung, und es entstand im Ausland immer der Eindruck, die Deutschen sind unehrlich. Nein, unehrlich sind die Deutschen nicht gewesen, weder die auf dieser Seite, noch die auf dieser Seite, sondern sie waren politisch unorganisiert! Sie hatten nämlich in ihrem System die Methode nicht, bei Zweiheit der Meinungen zu entscheiden, welche von den beiden Meinungen die Führung zu haben hat. Diese Entscheidung bei Zweiheit der Meinungen hat tatsächlich die Monarchie nicht geleistet, und weil das nicht geschehen ist,

(Zuruf links)

— ich sage mit Ihnen: leider — aber weil es nicht geschehen ist, so entstand dann die zwingende Notwendigkeit: es muß eine unzweifelhafte Methode da sein, um die Einheitlichkeit zu sichern. Die Einheitlichkeit kann für uns auf der linken Seite oder gegen uns sein. Sie kann zu verschiedenen Zeiten — Sie warten rechts darauf — auch einmal Ihnen zugunsten sein. Aber unter allen Umständen ist die Einheitlichkeit ein erstes Grunderfordernis, wenn überhaupt regiert werden soll.

Das zweite aber, das die bisherige Regierung mit (D) ihrem System nicht hat leisten können, war die Verkörperung des **nationalen Freiheitsgedankens.**

Wir Deutschen sind ja in der Freiheitsbewegung nicht ganz denselben Schicksalsweg gegangen, den etwa England und Frankreich gingen. Diese haben ihre großen Revolutionen gehabt, weil sie Monarchen besaßen, mit denen sie im 17. und 18. Jahrhundert ihre starken Auseinandersetzungen durchleben mußten. Der Monarch, mit dem sich die Deutschen als Nation zuerst auseinanderzusetzen hatten, war ein Fremder. Es war Napoleon. Das ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen, das ist ein Kreuzzug, ist ein heiliger Krieg. So ist damals der Freiheitskrieg gewesen. Er war die Abhebung einer Fremdherrschaft; und als sie abgehoben war, blieb die alte Form der eigenen Herrschaften und somit blieb auch in **Deutschland** ein ganzes Stück altertümlicher Gesinnungsart ebenso mit ihren positiven traulichen Charaktereigenschaften als auch mit ihrem Druck auf ein weiteres Jahrhundert. Wir gewöhnten uns, mehr **Ordnungsvolk** zu sein als Freiheitsvolk. Auch das hat seine Vorzüge, Ordnungsvolk zu sein, und jeder, der auf den Reisen im Ausland, auch gerade in demokratischen Ländern, den Zustand der staatlichen Ordnung und der Verkehrsordnung selber kennen lernt, war oft sehr froh, wenn er über die Grenze in das Ordnungsland wieder zurückgekommen ist. Aber als einzige Charaktermarke eines Volkes die polizeiliche Ordnung anzusehen, das reicht nicht für bewegte Zeiten, wo die Fahrt nicht stetig geht, sondern wo sozusagen das Eisenbahnunglück verlangt, daß jeder Mitfahrende ein Kerl ist. In Zeiten, wie wir sie jetzt haben, ist es notwendig, daß der Glaube an die Freiheit vorhanden ist, und zwar ebenso bei Beamten wie bei Regierenden, bei allen miteinander. Wir hatten gute Beamte. Die waren vortrefflich erzogen und waren pflichttreu. Die sandten wir in

(D. **Naumann** [Waldeck], Abgeordneter.)

(A) die okkupierten Länder, und dort machten wir recht eigentlich die Probe, was der deutsche Charakter auf Grund des bisherigen Systems leistet oder nicht leisten kann. Er leistete in einer Hinsicht etwas ganz Tadelloses. Die Straßen wurden sauber, die Kanalisation wurde eingerichtet, Kinder, die überhaupt nichts lernten, wurden auf deutsch unterrichtet, und was man sonst ordnen kann, wurde tadellos geordnet zur Befriedigung der amtlichen Berichte und aller sonst direkt Beteiligten. Aber darüber hinaus den Weg zum Volke, zur Seele zu kommen, erschien überhaupt nicht als eine gegebene Aufgabe.

(Sehr richtig!)

Denn der Weg zur Seele stand ja sowieso in Deutschland nicht im Assessorexamen und wurde nicht gefordert als staatsleitende Eigenschaft, denn der Naturhintergrund der Freiheitlichkeit und der Achtung vor anderen Persönlichkeiten und Nationen fehlte.

Wir dürfen heute nachträglich sagen: wenn man im August 1915, als die Deutschen in Warschau einmarschierten, mit dem Worte gekommen wären, und zwar nicht nur mit dem Worte, sondern mit der entsprechenden inneren Haltung: wir sind ein Volk, welches die Knechtschaft gekannt hat, wir waren ein Volk, das im Dreißigjährigen Kriege beinahe so zusammengebrochen war wie die Polen später, wir wissen, was es heißt, sich emporzuarbeiten, unsere Sympathie gehört allen, die sich emporarbeiten, sie gehört allen kleinen Völkern um Mitteleuropa herum —, so würden wir heute ein ganz Teil anders dastehen, sowohl militärisch als politisch.

(Sehr richtig!)

Diese Gabe hat uns auch den Neutralen gegenüber gefehlt.

(Sehr richtig!)

Und wenn unsere Leute sich fragen, wie kommt es, daß die ganze Welt gegen uns ist, — gewiß, weil sie durch (B) Lüge gegen uns aufgebracht wird, aber eine Lüge, an der ganz und gar nichts ist, haftet gewöhnlich nicht. An dem übertriebenen Lügensystem englischer Agitation ist — das wollen wir jetzt auch ehrlich sagen und haben wir immer gesagt — ein Stück Wahrheit. Die Deutschen haben, weil sie selbst mühsam aus der Zerbrochenheit heraus zum Staate geworden sind, einen gewissen steifen, harten Staatsegoismus nicht überwinden können und haben aus dieser Not sogar eine Tugend gemacht und sich in den Kopf gesetzt, dieses zum politischen System zu erklären. Das konnte das bisherige System nicht ändern, weil es die Ventile der Freiheit im einzelnen aufzumachen sich scheute. Man kann nämlich die Freiheit nicht homöopathisch dosenweise verteilen und dann doch glauben, daß sie wirksam sei, sondern wenn sie einmal fließen will, muß sie reichlich fließen, und man muß Vertrauen haben zum Flusse der Freiheit. Dieses Vertrauen hat uns gefehlt. Die Außenwelt hat gefühlt, daß das uns gefehlt hat, und wir haben nun eingestehen müssen unter dem Zwange der gegenwärtigen Lage, daß es nicht so weiter geht, und daß nicht nur einzelne Paragraphen geändert werden müssen, was auch der Fall ist, sondern der Geist und das System der deutschen Regierung in ganzer Breite erneut und anders geordnet werden soll. Kurz, der Zusammenbruch des alten Systems ist da, und aus dem Zusammenbruche des alten Systems will sich etwas herausarbeiten, was wir Volksstaat nennen, was wir aber in seiner Fertigkeit heute alle miteinander noch nicht sehen. Ich denke genau so wie mein Vorredner Ebert: es handelt sich erst um einen Übergang zu einem Anfang, es handelt sich um eine neue Periode deutscher Geschichte, deren Hauptteil verlaufen wird, wenn einmal dieser Krieg zu Ende ist. Aber die ersten Proben, die ersten Leistungen der Erneuerung müssen jetzt im Kriege geschehen. Wir sind froh und bezeichnen es als ein Zeichen deutscher Besonnenheit und deutschen Charakters, daß die (C) ersten Anfänge dieses neuen Zustandes in friedlicher Weise bei uns vor sich gegangen sind. Wir werden nicht versäumen, anzuerkennen, daß von allen wichtigen Stellen, insbesondere auch von der Majestät des Kaisers der neuen Entwicklung keine Hemmnisse in den Weg gelegt worden sind. Die neue Entwicklung tritt als Notwendigkeit im Rahmen und auf Grund der vorhandenen Verfassung auf. Die Verfassung muß dazu umgeändert und ergänzt, aber nicht umgeworfen werden. Dieser normale, legitime Charakter der deutschen Entwicklung ist ein wertvolles Gut und soll festgehalten werden, soweit es menschenmöglich ist.

Worin beruht das Neue? Das Neue beruht darin, daß das **Mehrheitsprinzip** in die Mitte des Staatswesens gestellt wird. Man kann sich darüber philosophisch aussprechen, ob nicht auch das Mehrheitsprinzip zu mechanisch ist und selbst rohe Wirkungen hat, ob es nicht auch Gefahren in sich birgt. Wie oft ist darüber gesprochen worden! Aber es ist bisher das System geblieben, mit dem moderne große Völker trotz seiner mechanischen, schematischen Art des Wirkens die besten Erfahrungen gemacht haben.

(Sehr richtig! links.)

Bei diesem System ist die Entscheidung zwischen zwei Meinungen politisch-technisch festgelegt, während sie bei dem früheren anderen System in die schwankende Seele einer einzelnen Person hineingeschoben worden ist. Beim neuen System muß zuerst eine Mehrheit vorhanden sein. Aus dieser Mehrheit erwächst nun auf Grundlage der deutschen Verfassung der Reichskanzler und die um ihn herum sind, die Tafelrunde vom Artushof. Es entsteht eine neue Regierungszusammensetzung auf Mehrheitsuntergrund, und diese neue Zusammensetzung übernimmt die große Verwaltungs- und Regierungskraft, die diktatorisch Bismarck in dieses eine Amt hineingelegt hat. Wir müssen (D) also zuerst die neue Verfassung mit einer Ausweitung der Stellung des Reichskanzlers beginnen, indem alle diejenigen Dinge und Handlungen, die heute noch nicht durch die **Verantwortlichkeit des Reichskanzlers** gedeckt sind, dieser Verantwortlichkeit unterstellt werden. Das sind die teils begonnenen, teils angekündigten Ergänzungen zur bisherigen Verfassung.

Die Führer aller großen Mehrheitsparteien sind in dieser Hinsicht einer Meinung, und auch ich bin von meinen politischen Freunden dahin beauftragt worden, daß alle Schritte, die notwendig sind, um das Verantwortlichkeitssystem voll und frei auszubauen, von uns mitgearbeitet und mitgetan werden.

Ist dann die Verantwortlichkeit der einen Stelle nach allen Seiten hin, nach oben und unten gesichert, so wird diese eine Stelle persönlich erweitert werden müssen, weil es über eines Menschen inneren und äußeren Umfang hinausgeht, alle Tätigkeiten dieser einen verantwortlichen Stelle selbst zu überschauen und zu vollziehen. Wir brauchen also die Hinzufügung neuer Regierungskräfte, die Stellvertretung des einen verantwortlichen Reichskanzlers, und in diese Stellvertretung kommen nun die Führer der Parteien hinein. Man hat oft sagen hören, das demokratische System hätte darin seinen großen Mangel, daß es für den Gedanken der Führerschaft, der persönlichen Tüchtigkeit keinen Raum böte. Ein demokratisches System bietet aber für persönliche Qualitäten einen außerordentlich großen Raum, und wir werden bald sehen, wie der Reichstag suchen wird, sich durch Qualität seiner Vertreter zu erhöhen, weil das Bedürfnis nach Menschen mit Leistung und Qualität sich sehr vermehrt und steigert durch das, was in der neuen Form von uns geleistet werden soll.

(Sehr wahr! links.)

(D. **Naumann** [Waldeck], Abgeordneter.)

(A) Diese Führer, die aus den Parteien herausgewachsen und zur Auffüllung der Regierung vorhanden sind, legen Gewicht darauf, Mitglieder ihrer Parteien zu bleiben. Schon früher zwar kam es vor, daß man Parteiführer in die Regierung hinübernahm. Das war meist für die betreffenden einzelnen Herren ein erfreulicher Akt ihres irdischen Daseins,

(Heiterkeit)

bedeutete aber für die Parteien im großen und ganzen einen Verlust ihrer Führer. Es wurden die Miquel und Möller und wer es sonst gewesen ist, aus ihrer bisherigen Parteisphäre herausgehoben und in die Regierung hinübergesetzt. Von da an gehörten sie zur fabelhaften Sphinx und hatten nichts mehr mit denen zu tun, die jenseits des Kanals saßen und ihre ehemaligen Kollegen hießen. Diese Art, aus dem Parlament sozusagen Bluttransfusion in die Regierung zu üben, ohne damit dem Parlament selber an Qualität und Tüchtigkeit etwas zuzufügen, ist ein sehr kurzatmiges Verfahren. Es war darum absolut richtig, wenn die Sozialdemokraten das Eintreten ihrer Führer in die Regierung davon abhängig machten, daß sie in der Partei bleiben konnten. Mit diesem Verfahren, daß jetzt die neuen Führerpersönlichkeiten in ihren Parteien drin bleiben, wächst von den Parteien herüber ein beständiger Zustrom an Idee, Willen und Kraft in die Regierung. Es fließt aber ebensogut rückwärts aus der Regierung in die Parteien die Verpflichtung zur Mitarbeit, zur Treue, zur Mithilfe, zum Zusammenhalten. Es ändert sich damit für die Mehrheitsparteien der Charakter des parlamentarischen Handelns. Denn, während bis jetzt der Parlamentarismus zu einem großen Teil naturgemäß nur aus Kritik bestehen konnte — er war der Salon der Ausgeschlossenen,

(Heiterkeit)

die miteinander sich unterhielten, wie sie es machen (B) würden, wenn sie verantwortlich wären —, so ist jetzt, nachdem sie in die Regierung hineingenommen werden, dieses ganze Salongefühl der Ausgeschlossenen von früher einem anderen stärkeren Gefühl gewichen, nämlich dem der verpflichtenden Zusammengehörigkeit. Man muß in den Mehrheitsparteien vorher untereinander abmachen, was man will, dann braucht man in der „Halle der Wiederholungen" nicht mehr so viel zu reden, wie ehemals,

(Zuruf)

weil die ganze Organisation der politischen Willensbildung leichter und einfacher geworden ist. — Mir wird freundlich gesagt, man soll das abwarten.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Ledebour hat nämlich angenommen, ich hätte bereits von der Opposition geredet. Das werde ich nun erst tun. Ich habe bisher davon geredet, welchen Einfluß es auf die Mehrheit selbst hat, Trägerin der Regierung zu sein. Wenn nun aber die Mehrheit so gebildet worden ist, so lebt außer ihr, und zwar als notwendiger Staatsbestandteil, als unentbehrliche Ergänzung, die **Opposition,** die sich zurzeit in Deutschland etwas merkwürdig zusammensetzt, nämlich aus den beiden Flügelenden des deutschen Adlers, indem von rechts hier und von links drüben sich zusammen dasjenige bildet, was nun die „Opposition" gegen die Mehrheitsregierung ist.

Es versteht sich von selbst: während die Mehrheit regierende Kraft hat, muß die Opposition versuchen, regierend zu werden, und niemand von uns wird sich wundern, und niemand von Ihnen auf der rechten Seite und bei den Radikalsten wird etwas anderes vorhaben, als daß Sie nun für die nächste Periode die Heimat einer beständigen und dauernden Kritik sind. Das bedeutet ja für die Gruppe des Herrn Ledebour keine Erneuerung ihres Verfahrens.

(Allgemeine große Heiterkeit.)

Denn Sie sind nie etwas anderes gewesen, und darum: (C) Sie bleiben, was Sie sind, das konservativste Element im Hause und — —

(Andauernde große Heiterkeit — und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Ich bitte die Unterbrechungen zu unterlassen.

D. **Naumann** (Waldeck), Abgeordneter: — Das ist ganz richtig! — Also es scheint doch bei Ihnen gesessen zu haben!

(Wiederholte große Heiterkeit).

Etwas anders liegt die Sache auf der **konservativen** Seite. Denn das wird niemand verkennen, daß, während bisher im Reiche und in Preußen die konservative Seite die engsten Beziehungen zu den vergangenen Regierungen gehabt hat, vor allem in weiter zurückliegenden Perioden, vielleicht in der allerletzten schon nicht mehr ganz —

(Zuruf rechts; Widerspruch und Heiterkeit)

— doch, Ihr Gedächtnis hat gelitten!

(Erneute Heiterkeit.)

Wenn ich denke, was im preußischen Ministerium gesessen hat,

(Zurufe)

— und noch sitzt, und was vom preußischen Ministerium nach dem Reiche herüberwirkte und was in den gemeinsamen Sitzungen aller Staatsleitenden zum Ausdruck gekommen ist! Wer hat denn immer alles gehindert, was fortschrittlich war, wer hat denn dafür gesorgt, daß alle Mehrheitsresolutionen dieses Hauses ewig in den großen Papierkorb hineingekommen sind, wer hat es geschafft, daß das Recht der Initiativanträge des Parlaments beinahe eine Sage unter uns gewesen ist? Das waren die, die Ihre (nach rechts) Vertreter in der Regierung waren! Sie sind bisher die einzigen unter uns, die ein Bewußtsein dafür besitzen, was es ist, regie- (D) rende Partei zu sein; und weil sie die einzigen sind, die das wirklich wissen, so sitzen Sie jetzt da, teils mit dem Gefühl, daß man Ihnen etwas Wertvolles genommen hat, und teils mit der herben Kritik, daß die noch ungewohnten Nachfolger die Sache doch nicht richtig anfangen. Das ist überall so. Wenn ich jetzt in die Reichsämter hineindenke, was wird da über die neuen Herren geredet werden, was wird von altbewährter Seite über das neue System Kritik geübt! Aber ich stelle mir die Sache so vor: durch sachliche und notwendige Kritik wird dieser Vorgang auch für die konservativen Volksteile eine ungeheure erziehende Wirkung ausüben.

(Sehr richtig! links.)

Denn wenn einmal auf Grundlage des Mehrheitsprinzips jede künftige deutsche Regierung entsteht, so werden auch Sie nie wieder zur deutschen Regierung gelangen außer auf dem Wege des Mehrheitsprinzips. Wenn das wahr ist — und es gibt wohl kaum einen anderen loyalen Weg, um wieder zur deutschen Regierung zu kommen —,

(sehr gut! links)

dann werden Sie genötigt sein, sich dem Grundsatz: die Masse hat den Einfluß, nun auch Ihrerseits in ganz anderer Weise anzubequemen, als es bisher geschehen ist, sodaß, wie wir hoffen dürfen, auch das Wesen der konservativen Partei den größten Wandlungen unterliegen wird infolge der jetzigen Tage, ebensogut wie das Wesen der bisher kritisierenden linken Parteien sich umgestalten muß zu staatsschaffender und staatstragender Mehrheit.

(Bravo! links.)

Und trotz aller notwendigen und unvermeidlichen innerpolitischen Gegensätze, die wir kommen sehen und denen wir ruhig und getrost entgegenblicken, haben wir die eine Überzeugung, es werde künftig nicht schwerer sein als früher, daß wir alle in den notwendigsten Staatsdingen

(D. **Naumann** [Waldeck], Abgeordneter.)

(A) trotzdem einig bleiben. Wir werden anerkennen, daß Sie uns bekämpfen müssen; das liegt in der Logik der Mechanik des parlamentarischen Systems. Wir werden bei allen Finanzfragen, bei fast allen Einzelgesetzen dieselben Erfahrungen machen: es werden immer wieder dieselben Kritiker der Mehrheitsregierung auftreten, bis Sie (nach rechts) einmal früher oder später den Staat auch wieder in Ihre Hand nehmen. Beide Seiten erwarten das Urteil der Wahlen, die von nun an unvergleichlich mehr bedeuten als bisher, da nicht bloß Volkstribune gewählt werden, sondern Regenten.

Es gibt aber Dinge, die bleiben außerhalb dieses Wechselkampfes. Der Herr Reichskanzler hat vorhin ernste Worte zu uns darüber gesprochen, daß wir zwar an Präsident Wilson Antworten und Noten geschrieben haben, so gut und klar es im gegenwärtigen Zeitpunkt die deutsche Regierung überhaupt kann, daß wir aber nicht Herren auch der Willen unserer Gegner sind und darum abwarten müssen, was von der gegnerischen Seite beschlossen und entschlossen wird, und daß es Grenzen dessen gibt, dem sich ein großes Volk, ohne sich selbst preiszugeben, unterordnen wird. Wenn diese Grenzen im Verhandeln erreicht sind, dann ist auch der Punkt erreicht, an dem der innere parlamentarische Kampf aufhört, und wo das Volk als Ganzes existiert, so gut wie wir es bisher in demselben Sinne gehalten haben.

Wir waren in den letzten Zeiten zum Teil in einer sehr schweren Lage auf der Linken. Diejenigen unter uns, die die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges für den allergrößten Fehler gehalten haben, der in der deutschen Geschichte überhaupt geschehen ist,

(lebhafte Zustimmung links)

wir konnten nicht anders, als wir haben still unsere Pflicht weiter getan, unseren Protest in den Akten gelassen und dem Vaterlande gedient, obgleich wir das Gefühl

(B) hatten, daß etwas verfehlt und versäumt ist, was nachher mit Sehnen und Schmerzen nicht wieder zurückgeholt werden kann.

(Sehr wahr! links.)

So gut wir in diese schwierige und wichtige Notwendigkeit des bisherigen deutschen Kriegserlebens uns hineingefunden haben, bin ich der festen Zuversicht, daß im ganzen deutschen Volke, in Mehrheit und in Opposition, niemand sein wird, der nicht die Lebenserhaltung der Nation selbst als letztes Gesetz seines Daseins und seines Opferns ansehen wird.

(Bravo! links.)

Mit dieser Gesinnung muß die Mehrheitsregierung eine neue auswärtige Politik in die Hände nehmen. Auch hierin sehen wir zunächst nur den Anfang zu einem Übergang. Es ist die neue Politik, deren erstes Gesetz heißt: Zweideutigkeiten müssen vermieden werden,

(sehr gut! links)

schnell daraus herauskommen!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es kann in der Praxis etwas wahr sein, und das Gegenteil kann auch halb wahr sein, denn es liegen sehr selten große Entscheidungen so, daß nur die eine Seite ganz recht hat und die andere ganz unrecht. Aber trotzdem kann man auswärtige Politik nicht mit Erfolg so führen, daß man beständig ja und nein und wieder nein und ja sagt, so wie wir es bisher erlebt haben. Wir müssen offen — und das hören wir zu unserer Befriedigung aus dem Munde der neuen Regierung — die Erklärung abgeben, daß Deutschland Volk unter Völkern ist und sein will, und daß wir in die Menschheitsgemeinde der Zukunft als vollberechtigtes Glied eintreten wollen. Wir haben mit der neuen Regierung über den Krieg dieselbe Meinung, die Herr v. Kühlmann als letztes selbständiges Wort hier ausgesprochen hat, daß mit militärischen Mitteln allein der Friede nicht erreicht (C) sein wird,

(sehr richtig! links)

daß vielmehr jetzt die diplomatischen und moralischen Mittel der ganzen Menschheitsgemeinde eingesetzt werden müssen, um aus diesem Kriege in einen wirklichen Friedenszustand wieder zu kommen. Es bezweifeln viele unter uns, auch ich persönlich, daß an dem Gedankengang des **Völkerbundes**, wie ihn Wilson uns vorschlägt, schon alles bereits fertig und durchführbar im einzelnen ist; aber wir müssen das Völkerbündnisproblem jetzt als das erste Weltproblem ansehen.

(Sehr richtig! links.)

Glauben Sie, man kann aus diesem Kriege nach Hause gehen und dabei sagen: jetzt wird weiter gerüstet für einen anderen Krieg? Womit und wie sollen wir denn nochmals rüsten für den nächsten Krieg? Soll ein nächster Krieg dort anfangen, wo der letzte aufgehört hat? Ein Zukunftskrieg ist das, was das Geschlecht der Männer, die aus der Hölle gesund oder halbgesund heimkehren, nicht begreifen wird.

Darum muß jetzt der Gedanke des gemeinsamen Völkerrechts, des **gleichen Rechts** aller Staaten und **der Nationen** ernstlichst durchgearbeitet werden. In diesem Gedanken liegen allerdings gerade für uns Deutsche ziemlich starke Bedenken. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen und nicht darüber reden, ob die deutsche Nation als Ganzes bei diesem vorgeschlagenen System gewinnt oder verliert, denn da sind vielerlei unbekannte Faktoren im Spiele, über die jetzt zu reden nicht angemessen sein würde. Ich widerspreche nur jenem Pessimismus, der in dem ganzen neuen Plan nichts als Verlust, Hinwegnahme und Verminderung sieht. Es handelt sich unter anderem doch auch darum: wir sind im ganzen in Europa ungefähr 80 Millionen Deutsche. Lesen wir die Sätze Wilsons aufmerksam, so gibt es darin auch für uns (D) einiges sehr Wichtiges zu denken und zu überlegen. Wir denken an die deutschen Minderheiten in anderen benachbarten Staaten, denken an ihre jetzige anders gewordene Lage und fühlen, wie wir um ihretwillen ausgleichende Völkerpolitik treiben müssen, wir verlangen um der verstreuten Deutschen willen ein internationales Recht der Minderheiten, durch das sie geschützt werden müssen,

(sehr richtig! links)

denken daran, wie wir unseren Brüdern im Baltikum inmitten anders gearteten großen Bevölkerungen ihre persönlichen Rechte gewährleisten können, um so mehr, da sie in diesen Wochen Hoffnungen und Enttäuschungen schwerer durcherleben als irgendeiner von uns im Inlande.

(Erneute Zustimmung links.)

Aber indem wir an die noch ungesicherten Deutschen denken, gedenken wir zugleich der Fremdsprachigen, denen es ebenso geht in unserem Lande,

(sehr richtig! links)

und lernen an dem Beispiel unserer Nation, wie wir uns zu verhalten haben gegen andere Nationen. Diese Zwangsschule zur gerechten Internationalität auf dem Boden unserer Nation will durchgemacht sein. Sie fängt für weite Kreise jetzt erst eigentlich an.

(Zustimmung links.)

Das ist ein Umdenken, das nicht ganz leicht und einfach sein wird, weil wir Deutschen im Laufe der Geschichte nur allzusehr gewöhnt wurden, daß man unter internationalen Ausdrücken uns unterdrückte. Wir haben es in der Napoleonzeit erlebt, daß man unter Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit uns unterworfen hat. Davon ist etwas Sorge stecken geblieben im deutschen Blut und in der deutschen Erinnerung. Es ist Mißtrauen vorhanden gegen allgemeine internationale Programme und gegen alle ihre Verheißungen. Aber auf der anderen Seite:

(D. **Naumann** [Waldeck], Abgeordneter.)

(A) jede verständige Überlegung zeigt, daß wir die Möglichkeiten des Auflebens des neuen Handelns, der neuen Entwicklung und des neuen Austausches nur dann erhalten, wenn der Krieg endet mit einer großen Amnestie um die Erdkugel herum,

(sehr gut! links)

wenn eine große weltbefreiende Gesinnung von uns mitaufgebaut wird. Und indem wir Deutschen das anstreben, tun wir kein fremdes Werk.

(Zustimmung.)

Denn wo stammt der Gedanke der Menschheitsentwicklung zuerst her? Der ist nicht zuerst von Lloyd George und von Wilson erfunden.

(Sehr richtig!)

Er ist viel älter und am tiefsten durchdacht in Lessings „Erziehung des Menschengeschlechts", in Kants „Vom ewigen Frieden", in der ganzen glänzenden Reihe der großen deutschen Denker bis hin zu Hegel: die Entwicklung aus dem Kleinen zum Großen, aus dem Ungeformten zu Geformtem, aus dem Unfertigen zur Weltorganisation. Es war der Gedanke, in dem das Geschlecht unserer Großväter sein Ideal gefunden hat. Manches davon ist durch den Zwang der dazwischen gelegenen Periode für uns etwas getrübt worden. Wir werden aber zum Teil wieder zu den Füßen unserer Großväter sitzen müssen, um bei ihnen von den Quellen der Weisheit zu lernen, wie wir und die Menschheit gesund werden können nach dieser ungeheuren Zerstörung. Und wenn der Pessimismus glaubt, das deutsche Volk sei nun, weil wir jetzt einmal Niederlagen nach vielen Siegen durchmachen, dadurch schon allzu sehr geknickt und zerbrochen — o nein! Ich bin mit all den Vorrednern darin vollständig einig und hoffe, wir alle sind es und sagen es unserem ganzen Volke: eine Nation, die der Welt gegenüber vier Jahre so ausgehalten hat,

(B) (sehr richtig!)

eine Nation, die in sich solche Kräfte des Arbeitens, Denkens und Schaffens besitzt, die ist nicht tot zu machen,

(lebhaftes Bravo)

weder von denen, die in Europa sind, noch von denen, die jenseits des Ozeans sind. Sie sollen es versuchen; es geht nicht! Aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn sie nur wollen.

(Stürmisches Bravo links)

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann,** Abgeordneter: Meine Herren! Die Welt steht noch unter dem Eindruck des **Friedensschrittes der deutschen Regierung.** Dieser Friedensschritt wird von meinen Freunden gebilligt. Er ist das Ergebnis der weltpolitischen Lage, der wir klar ins Auge schauen wollen. Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch Bulgariens schied ein militärisch äußerst wichtiger Faktor des Vierbundes aus. Die Rückwirkungen dieses Zusammenbruchs sehen wir in dem verstärkten Anstürmen auf unsere Front im Westen. Wenn jemals Liebe und Bewunderung der Heimat Begleiter unserer Heere gewesen sind, so sind sie es jetzt, da unsere Truppen noch immer auf feindlichem Boden die deutsche Heimat verteidigen. Die griechische Geschichtsschreibung hat einst dem für seine Heimat kämpfenden Hektor die Erinnerung der Welt bewahrt. Wenn einmal der Haß der Völker leidenschaftsloser Betrachtung gewichen ist, dann wird das, was die deutschen Heere in diesem Weltkriege geleistet haben, als die höchste Kraftentfaltung eines Volkes in seinem Daseinskampfe anerkannt werden.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb konnte unsere Regierung ungebeugten Hauptes das Ersuchen um den Waffenstillstand aussprechen, und wenn unsere Truppen dann, wenn uns der Friede einst (C) beschieden sein sollte, die deutsche Fahne in die Heimat zurückbringen, so wird sie von leuchtendem Glanz umgeben sein,

(Beifall links)

darüber wird bei unserem Heere, darüber in unserer Heimat — und — des sind wir gewiß — auch einst in der Geschichte kein Zweifel bestehen.

(Lebhafter Beifall links.)

Das auszusprechen halten wir für unsere Pflicht gerade in einer Zeit, in der unser Heer, ohne siegen zu können, vielleicht das höchste leistet, was es jemals in diesem Weltkriege geleistet hat.

(Bravo! links.)

Deshalb sind wir auch dem Herrn Reichskanzler dafür dankbar, daß er den Angriffen entgegengetreten ist, die gegen den Charakter unseres Heeres gerichtet worden sind, sind ihm dankbar dafür, daß er zum Ausdruck gebracht hat: wer unser Heer angreift, greift unser deutsches Volk an.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Mag man draußen von dem Begriff des deutschen Militarismus gesprochen haben in dem Sinne, wie er in diesem Hause oft kritisiert worden ist, — an der einen Tatsache kann die Welt nicht vorbei, nämlich, daß das deutsche Heer ein Volksheer ist und weit eher ein Volksheer war, ehe sich andere Völker unter dem Eindruck dieses Krieges zum Gedanken des Volksheeres unter unserem Beispiel durchgerungen haben.

(Sehr richtig! links.)

Wir dürfen wohl das eine auch hier aussprechen: nicht nur unserem Heere ist der Gedanke fremd, zu den Greueln dieses Krieges zu den Greueln, die jeder Krieg in sich birgt, durch Mutwillen neue hinzuzufügen, sondern auch der Gedanke, daß überhaupt in diesem furchtbaren Völkerringen jetzt, wo die Völker den Frieden haben können, noch mehr Blut vergossen wird, als bisher vergossen (D) wurde, — der Gedanke ist für alle Gemüter ein schwer erträglicher. Aber die Entscheidung darüber, ob den Völkern diese Blutopfer erspart werden, die Entscheidung darüber, ob noch weiter Städte und Dörfer in Rauch und Trümmer aufgehen und Hunderttausende nackt und bloß und ohne Heimat den Wanderstab nehmen sollen und auswandern aus dem, was ihre Heimat war, die Entscheidung darüber liegt in der Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

(Sehr richtig! links.)

Er hat vor seinem Gewissen die Frage zu verantworten, ob er es gegenüber der Welt tragen kann, eine Entscheidung in dem Sinne zu fällen, daß selbst nach Annahme seiner Grundbedingungen nicht der Friede auf der Grundlage der von ihm selbst einst ausgesprochenen Grundsätze den Völkern gegeben werden kann.

(Sehr richtig! links.)

Wir können jedenfalls nach alledem, was wir haben anerkennen müssen in den Handlungen unserer Regierung in den letzten Wochen, das eine sagen: das Blut, das noch weiter vergossen wird, kommt nicht auf unser Haupt.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Meine Herren, wir stehen weltpolitisch vereinsamt da. Das zeigen uns die Ereignisse der letzten Woche. Hier und da ist in der Öffentlichkeit von einem **Verrat des bulgarischen Volkes** gesprochen worden. Eine derartige Auffassung möchte ich mir nicht zu eigen machen. Ich halte sie auch für vollkommen falsch gegenüber der Zukunft, die wir anstreben müssen. Inwieweit wir selbst die Schuld daran tragen, daß die deutschfreundlichen Parteien in Bulgarien sich nicht halten konnten, darüber wird einst die Geschichte urteilen, wenn man die Geschichte des Friedens von Bukarest schreibt. Dem militärischen Niederbruch Bulgariens folgte natürlich der Niederbruch

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) derer, die zu uns hielten. Wir aber wissen das eine, daß tiefe kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen Bulgarien und Deutschland verbinden und geben die Hoffnung nicht auf, daß das gemeinschaftliche Zusammenleben in der Kriegszeit auch für die Zukunft uns die Wiederanknüpfung deutsch-bulgarischer Beziehungen ermöglichen wird.

(Bravo! links.)

Meine Herren, wir sehen auf der anderen Seite bei unseren Bundesgenossen, wie das ungebändigte Streben der Völker nach Selbständigkeit die alten Formen Österreich-Ungarns sprengt. Und noch ist dieser Prozeß nicht abgeschlossen. Aber wir wissen das eine: daß **Deutsch-Österreich** stets der Hort besten deutschen Empfindens war und der Hort besten deutschen Empfindens sein wird.

(Sehr richtig! — Bravo! links.)

Wir denken daran, daß einmal ein alter Kämpe der Fortschrittspartei, Albert Träger, im Jahre 1884 den Deutsch-Österreichern den Gruß zugerufen hat: und was einmal zusammengehört, das kann kein Grenzpfahl scheiden. Die Einheit des deutschen Empfindens hat sich gerade in dieser Zeit in Deutsch-Österreich neu bewährt, wo von den Christlich-Sozialen bis zu den deutschen Sozialdemokraten im dortigen Parlament der Gedanke der völkischen Zusammengehörigkeit diejenigen eint, die bisher mehr auseinandergerissen waren, als es vielleicht bei uns der Fall war. Wenn die Welt sich neu formt unter dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dann wird Deutschland mit Deutsch-Österreich stets Schulter an Schulter stehen. In all dem Dunkel dieser Tage wollen wir diesen Lichtblick in die Zukunft nicht übersehen.

(Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, ich muß mit einem Wort auch noch auf eine andere Frage zu sprechen kommen, weil sie, glaube ich, durch Ausführungen unserer deutschen Presse (B) eine ganz falsche Beleuchtung bekommen hat. Wir haben in der deutschen Presse in den letzten Tagen lesen können, daß **Graf Tisza** das **Bündnis mit Deutschland** gekündigt und sich von ihm losgesagt hätte. Das ist eine ganz falsche Auffassung der Äußerung, die Tisza im ungarischen Reichstag getan hat. Graf Tisza hat lediglich die Folgerung daraus gezogen, daß mit Annahme der Wilsonschen 14 Punkte, mit dem Inslebentreten eines Völkerbundes Einzelbündnisse als solche überhaupt nicht mehr in Betracht kommen, und deshalb auch naturgemäß ein deutsch-ungarisches Bündnis logisch nicht mehr möglich ist.

(Sehr richtig! links)

Die Konstatierung dieser Tatsache unserem Volke als Loslösung des Grafen Tisza vom deutschen Bündnis zu bezeichnen, ist eine schiefe und kränkende Darstellung.

(Sehr richtig! links.)

Derselbe Graf Tisza, von dem man das sprach, hat gerade in dieser letzten Zeit zum Ausdruck gebracht, daß Ungarn niemals eine Handlung begehen würde, die als Treulosigkeit gegenüber Deutschland gedeutet werden könnte. Wir danken ihm für dieses Wort, das dem Geist der ritterlichen ungarischen Nation entspricht, und wir teilen mit ihm die Hoffnung auf ein Fortbestehen der engen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland auch dann, wenn die neue Staatlichkeit Ungarns entsteht, die vielleicht sogar dazu führen wird, diese Beziehungen noch enger gestalten zu können, als es bisher der Fall war.

Meine Herren, unsere **heutige Lage** erweckt im Volke die Frage, ob diese Situation denn so plötzlich kommen konnte, und es besteht vielfach die Auffassung, als hätte der Reichstag den Ernst der Situation gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen. Diese Auffassung ist falsch,

(sehr richtig! links)

ebenso falsch wie die andere von manchen Seiten verbreitete, als wenn der Friedensschritt der Regierung die (C) Folge der Heranziehung demokratischer und sozialdemokratischer Elemente zur Regierung wäre.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wenn ich an einer Stelle lese: die Regierung habe damit begonnen, die militärische Lage, statt sie zu festigen, durch ihr Angebot an den Feind noch mehr zu erschweren und den Geist der Truppen durch die Lockungen eines neuen Waffenstillstandes und Friedens noch mehr zu erweichen und zu erschlaffen,

(Zuruf)

und wenn weiter gesagt ist und zwar noch am 18. Oktober dieses Jahres, daß auch der Blindeste ja sehe, daß die Oberste Heeresleitung in ihren Entschlüssen bei der Zustimmung zu den Taten der Regierung nicht frei gewesen sei,

(hört! hört! links)

und daraus die Folgerung gezogen wird: sich hinter die Regierung zu stellen, heißt das Vaterland verkaufen und verraten, meine Herren, dann habe ich für die Verantwortungslosigkeit, mit der jemand, der die Verhältnisse nicht kennt, dies niederschreibt, und für die Stirn, mit der jemand dies niederschreibt, der die Verhältnisse kennt, keinen parlamentarischen Ausdruck.

(Sehr richtig! links. — Zurufe.)

Es handelt sich um einen Aufsatz in der „Unabhängigen nationalen Korrespondenz" von Professor Haupt in Stuttgart.

(Zurufe.)

Meine Herren, wir alle sind seit dem Tage des bulgarischen Zusammenbruchs jäh und plötzlich über den Ernst der Situation unterrichtet worden. Es liegt nahe, diese heutige Lage gegen diejenigen auszuspielen, die Vertreter einer optimistischen Auffassung waren. Ich begnüge mich darauf, auf die Tatsache hinzuweisen, daß nach der Beseitigung der Ostfront, den großen Erfolgen im Westen, (D) im Frühjahre, die Hoffnung auf den militärischen Sieg Deutschlands eine durchaus berechtigte war.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wir gehören zu denen, die an den deutschen Sieg geglaubt haben, und wir schämen uns dessen nicht.

(Lebhaftes Bravo bei den Nationalliberalen.)

Wenn es ein Verbrechen war, dieses feste Vertrauen auf den deutschen Sieg, so teilen wir dieses Verbrechen mit Millionen Deutschen aus allen Parteien dieses Hauses und aus dem ganzen Volke.

Der Herr Kollege Naumann hat vielfach den Blick zurückschweifen lassen in die deutsche Geschichte. Noch in Tilsit, der letzten Stadt auf preußischem Boden, erwiderte die damalige Königin von Preußen dem Herrscher der Franzosen, der sie fragte, wie sich Preußen über seine Kräfte so hätte täuschen können: „Sire, dem Ruhme Friedrichs des Großen war es erlaubt, sich über unsere Kräfte zu täuschen. Wir können ebenso, ohne in die Vergangenheit zurückzugreifen, sagen: dem Ruhme dessen, was unser Heer in diesem Weltkriege geleistet hat, war es erlaubt, uns über unsere Kräfte zu täuschen. Uns war es mindestens erlaubt, die wir diesen großen Siegesgang unseres Heeres von außen vor Augen sahen. Unsere Kriegsziele sind nicht erfüllt; billiger Spott kann von einer Bekehrung in dieser Frage sprechen. Mir erscheint diese Stunde viel zu ernst, um in der Form von Zettelkastenweisheit daran zu erinnern, wieviele andere Aussprüche aus fast allen Parteien den unserigen glichen. Ich begnüge mich mit dem Bibelwort: wer unter euch in dieser Beziehung ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf uns. Es werden nicht viele Steinwerfer vorhanden sein.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Im übrigen darf ich auf eines hinweisen, daß, als

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) ich das letztemal namens meiner Freunde hier sprach, in der Situation, in der wir auf der Höhe der militärischen Leistungsfähigkeit standen, am 26. Juni d. J., ich namens meiner Freunde zum Ausdruck gebracht habe, daß wir niemals den Krieg als verloren ansehen würden, auch wenn dieses oder jenes Kriegsziel nicht erreicht wäre, und daß wir um dieses oder jenes Kriegsziels willen den Krieg nicht fortsetzen würden. Wir haben aber aus dem, was sich entwickelt hat und was wir in diesen vier Jahren ersehen haben in der innen- und außenpolitischen Entwicklung, was ja leider jetzt nur in großen Zügen angedeutet werden kann, den Schluß gezogen, daß das System, das uns hierher führte, sein Recht auf Weiterexistenz verwirkt hat, und wir stimmen aus diesem Grunde dem Programm des Herrn Reichskanzlers zu und den Anträgen, die an den Reichstag gehen werden und unsere Unterschriften tragen.

Eine solche Erklärung für unsere Partei abzugeben ist angesichts der geschichtlichen Entwicklung der Partei nicht leicht. Es ist aber gerade wegen der geschichtlichen Entwicklung der Partei bedeutungsvoll. Ich bin mir vollkommen darüber klar, die Tradition eines halben Jahrhunderts der Parteigeschichte steigt gegen uns auf, wenn wir diesen Weg gehen, und ich höre den Ruf von der Rechten und höre ihn aus unseren eigenen Reihen, den Ruf, der für den Außenstehenden so etwas Bestrickendes an sich hat, weil er an die große Zeit der **Bismarckschen Ära** erinnert: ihr tragt jetzt Bismarcks Werk der deutschen Reichsverfassung zu Grabe. Gewiß, ich möchte nicht daran vorbeigehen, gerade die Entstehung der nationalliberalen Partei war einst der Kampf gegen das parlamentarische System für die konstitutionelle Monarchie nach dem Kriege von 1866. Aber an das Ergebnis der größten Revolutionierung, die die Welt jemals gesehen hat, kann man nicht mit Paragraphen aus vergangenen Jahrzehnten herantreten und man kann, gerade wenn man von Bismarck spricht, Bismarck nicht als Kronzeugen anführen für eine solche Entwicklung. Hätte ein Bismarck jemals eine große mächtige Arbeiterpartei zur Verfügung gehabt, die gewillt gewesen wäre, in die Regierung einzutreten und staatliche Verantwortung auf sich zu nehmen, er wäre der Erste gewesen, der sich dieser Kräfte für seine Ziele mitbedient hätte.

(Sehr richtig! links.)

Ich darf darauf hinweisen, daß er gegenüber der Fortschrittspartei, die ihn auf das heftigste bekämpfte in der Flottenfrage, um ihre Mitarbeit geworben hat, wie er in seiner ganzen Politik gerade in bezug auf die Mitwirkung der einzelnen Parteien sich tragen ließ von dem Gedanken, was dem ganzen im gegebenen Momente frommte. Ich komme darauf später noch zurück.

Herr Kollege Naumann hat darauf hingewiesen: die ganze Reichsverfassung war auf die gigantische Persönlichkeit Bismarcks zugeschnitten. Schon in seiner eigenen Kanzlerschaft hat er gesehen, daß dieses Gewand nicht so bleiben könne, schon in dieser Zeit ist vom Bundeskanzler das eine oder andere Amt abgesprengt oder neu errichtet worden.

Ich darf daran erinnern, daß der aus dem Amte geschiedene Bismarck sich darüber klar war, daß er mit Absicht nicht eine **Gleichgewichtslage zwischen Parlament und Regierung** geschaffen hatte, sondern eine Verfassung, in der das Parlament in einen Mindereinfluß hineingedrängt war, den er für gefährlich ansah für eine Entwicklung, die einen Bismarck nicht mehr an der Spitze hatte. Deshalb sprach er nach seiner Entlassung in seiner bekannten Rede in Jena und sagte, daß wir einen Reichstag brauchten, der in seinem Innern eine konstante Majorität hätte, der kritisiert, kontrolliert und unter Umständen führt, was notwendig sei, um das Gleichgewicht zu verwirklichen, das die Verfassung zwischen (C) Regierung und Volksvertretung hätte schaffen wollen, ein Anerkenntnis dessen, daß sie dieses Gleichgewicht nicht geschaffen hatte. Heute ist die Entwicklung gewiß über das hinausgegangen, was der Reichsbaumeister als notwendig angesehen hat. Weil wir keine Gleichgewichtslage zwischen Regierung und Parlament hatten, und weil die mangelnde Gleichgewichtslage noch verschärft wurde durch das persönliche Hervortreten des Trägers der Krone, das nach außen den Eindruck der Einflußlosigkeit des Parlaments hervorrufen mußte, deshalb sind unsere Verhältnisse verzerrt erschienen und mußten so erscheinen. Daß das vor dem Weltkriege empfunden worden ist, davon geben die Verhandlungen in diesem Hause Zeugnis. Ich erinnere an die Interpellation Bassermanns über das persönliche Regiment, an die Interpellation der Novembertage, wo bis zur Rechten hinein über diese Verhältnisse gesprochen worden ist. Immerhin sind wir in den Weltkrieg mit der Auffassung eingetreten, daß das deutsche System in diesem Kriege dem **parlamentarischen System** der Feinde überlegen sein würde. Bei uns bestand die Auffassung, daß das parlamentarische System einen Schwächezustand schaffen mußte, häufigen Ministerwechsel, keine Ständigkeit, Mangel an militärischer Erziehung und kriegstechnischer Leistungsfähigkeit. Diese Auffassung ist nach den Ergebnissen des Weltkrieges nicht mehr aufrechtzuerhalten und wird von uns nicht erst ausgesprochen auf Grund der neuesten Vorgänge. Ich habe am 27. März 1917 in diesem Hause über die Frage der Parlamentarisierung sprechen können. Ich habe damals, unter der Ära Bethmann Hollwegs darauf hingewiesen, daß es gegenüber der Überlegenheit des parlamentarischen Systems in den feindlichen Ländern die höchste Zeit sei, vom alten System in Deutschland mindestens zu dem eines engen Vertrauensverhältnisses zwischen Parlament und Regierung durch Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung (D) überzugehen. Damals haben ängstliche Gemüter davon gesprochen, daß man sich durch solche Konzessionen auf eine schiefe Ebene begebe. Nein, meine Herren, die Geschichte aller Zeiten zeigt das eine, daß es das Unglück der Könige und der herrschenden Schichten ist, wenn sie die Konzessionen nicht zu richtiger Zeit freiwillig darbringen,

(sehr richtig! bei den Nationalliberalen)

sondern sie sich später abringen lassen, wenn ihnen kein Mensch mehr Dank für das zollt, was sie gezwungenerweise in einem Augenblick geben, wo von keiner Freiwilligkeit mehr gesprochen werden kann.

Dann müssen wir doch auch das eine zusammenfassend sagen: die **alte Reichsform** hat uns das nicht gegeben, was wir von ihr im Innern beanspruchen konnten. Auf manche **Fehler** dieses Systems ist ja der Kollege Naumann zu sprechen gekommen. Ich darf auf einige andere Gesichtspunkte hinweisen, die uns doch schließlich allen vor Augen geführt haben, daß irgendein großer Fehler in diesem System stecken müsse. Die Geschichte unserer Außenpolitik ist schon vor dem Kriege und während des Krieges nichts anderes als ein einziger großer diplomatischer Niederbruch gewesen. Unter den ungünstigsten Verhältnissen sind wir in den Krieg eingetreten, ohne unsere Bundesgenossen, mit denen uns Bündnisverträge seit 30 Jahren verbanden: ohne Italien, ohne Rumänien, später gegen sie. Wir sehen die ganze diplomatische Geschichte des Weltkrieges voll von unglückseligen Aktionen, Depeschen und falschen Informationen. Manche Dinge, die mit Bezug auf ihre Wirkung, auf Imponderabilien weit mehr dazu beigetragen haben, uns zu vereinsamen, als sich gegenwärtig die Öffentlichkeit vorstellt. Wir sind bis in die letzten Wochen Zeuge einer alle Interessen Deutschlands mißachtenden Berichterstattung diplomatischer Art

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) über Vorgänge in Tagen gewesen, in denen jedermann erkannte, daß es um die nackte Existenz unseres Volkes ging.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Der Gegensatz zwischen den gewaltigen Leistungen dieses Volkes in seiner Gesamtheit und in den einzelnen Schichten und dem diplomatischen Niederbruch lag klar zutage und mußte zu einer **Anklage gegen das System** werden.

Aber unser System hat selbst da versagt, wo es seine stärkste Stütze in unserer Erziehung haben müßte, nämlich kriegstechnisch. Daß wir uns technisch von den Amateuren des Kriegshandwerks in England und Amerika schlagen lassen mußten, das ist eine beispiellose Enttäuschung,

(lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten)

eine beispiellose Enttäuschung für diejenigen, die geglaubt haben, daß, wenn wir manches an Unfreiheit mit in Kauf nehmen, wir uns doch darauf stützen könnten, daß wir auf diesem Gebiete die großen Lehrmeister der Welt wären, denen ein anderer nicht das Wasser reichen könnte.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Das haben wir erlebt, wie wir zusammenberufen wurden, um das Hilfsdienstgesetz vorzuberaten; und als wir staunend fragten, wie es denn möglich wäre, daß bei uns in einer Zeit **Munitionsherstellung** zurückging, in der England sie versiebzehnfachte, da sagte der militärische Vertreter in jener Besprechung: ja, wir haben eben in Deutschland keinen Lloyd George, der derartig organisiert hätte, wie es Lloyd George in England getan hat. Wenn man weiß, daß der deutschen Verwaltung **Tanks** seit dem Herbst 1914 von der deutschen Industrie angeboten worden sind,

(lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Nationalliberalen und links)

(B) wenn man sich vor Augen führt, daß die gewaltigen Leistungen der deutschen Industrie in bezug auf den **U-Bootbau** nicht ausgenutzt worden sind,

(erneute lebhafte Rufe: hört! hört!)

— nachdem man die Waffe genommen hatte, mußte man die letzte Werkstätte bauen, um das letzte U-Boot in den Dienst zu stellen —, wenn wir jetzt hören, wo es vielleicht zu spät ist, was wir hätten leisten können, dann beschleichen einen doch ganz bittere Empfindungen über das, was hier versäumt ist.

Man muß doch das eine fragen, ob man dann noch als Verteidiger eines Systems auftreten kann, wenn es da, wo es seine stärkste Stütze hätte haben müssen, in der militärisch-technischen Leistungsfähigkeit, gegenüber Völkern versagte, die Amateure auf diesem Gebiete zu Kriegsministern machten, und dann etwas derartiges leisten konnten, als was sich — seien wir doch offen — die Leistungen der Militarisierung Englands und Amerikas uns gegenüber darstellen, jener Länder, die schon ganz gewaltige schöpferische Kräfte in sich gehabt haben müssen, um das überhaupt leisten zu können, was alle Voraussetzungen überstieg, die uns von den an der Spitze großer Reichsämter stehenden Persönlichkeiten gemacht worden sind.

Meine Herren, ich will dieses Bild nicht zu weit führen, darf aber auch auf das eine hinweisen, daß beispielsweise in der Frage der Vergebung von Lieferungen durch das Kriegsministerium gerade im ersten Jahre des Krieges ein System befolgt worden ist, dem wir die **Schieberwirtschaft** in Deutschland und die **Kriegsgewinnlerwirtschaft** am allermeisten danken.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Kein Mensch in Deutschland, ich glaube, auch nicht auf sozialdemokratischer Seite, gönnt nicht demjenigen einen angemessenen Gewinn, der wirklich produktiv schaffend im Kriege gewesen ist. Das Unangemessene soll er dem Reiche geben. Aber was damals unter der Herrschaft der (C) Behörden vor sich ging, war ein Vorbeigehen an allen produktiven Ständen, war ein Heranziehen von Elementen, mit denen kein ehrlicher Kaufmann jemals ein Geschäft abgeschlossen hätte.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Das war eine Planlosigkeit in bezug auf Vergebung von Lieferungen. Man sah, daß man auf diesem Gebiete sich überhaupt für den Krieg gar nicht eingerichtet hatte, um im gegebenen Augenblick einer erstarkten Lieferungsfähigkeit gegenüberzustehen.

Wenn die Autorität in Deutschland in diesem Weltkrieg zusammengebrochen und die Staatsautorität, als deren Anhänger wir uns mit zu betrachten haben und weiter betrachten, zusammengebrochen ist, wie wir es nicht für möglich gehalten haben, so hat doch auch der klaffende Gegensatz der **staatlichen Wirtschaft auf dem Ernährungswesen** das Seine dazu beigetragen. Entweder rationierte man und tat es für das ganze Volk oder man gab die freie Wirtschaft. Aber die Art, wie man das ganze Volk geradezu zum Betrüger am Staate erzogen hat, weil es die Gesetze übertreten mußte, um das Leben fristen zu können, mußte zum Zusammenbruch der Autorität führen und zeigte uns hier, daß auch auf diesem Gebiet nicht diejenige Leitung, die große organisatorische planvolle Leitung bestand, die wir erwarten mußten.

Aber, was uns am meisten fehlte, was auf anderen Gebieten liegt als diese technischen und wirtschaftlichen Fragen, das war der **Zusammenhang zwischen Regierung und Volk**, der notwendig war in einem Kriege, der nur durchgeführt werden konnte, wenn die letzte Volksenergie jedes einzelnen für den Staatsgedanken angespannt wurde. Auch von diesem Geheimratsgeist hat ja schon Bismarck gesprochen, als er einmal sagte, es gäbe Geheimräte, die glaubten, daß sie im besonderen Verhältnis zum lieben Gott stehen. Ich will nicht von diesem Geiste sprechen. (D) Aber ein Gegensatz, der auch bei der Frage „parlamentarisches System oder deutsches System" sich einem aufdrängte: bei uns waren früher der hohe Beamte und das Volk doch zwei Dinge, zwischen denen keine Verbindung bestand.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wenn drüben in England die Arbeiter nicht mehr weiter arbeiten wollten, wenn da die Munitionsherstellung stockte, ging der Arbeitsminister zu den Grubenarbeitern, sprach zu ihnen und feuerte sie an, und weil sie den Minister als Mensch und Persönlichkeit vor sich sahen, weil er ihnen Mann gegen Mann gegenüberstand, Vertrauen von ihnen heischend, deshalb konnten dort ganz andere Leistungen vollbracht werden als bei uns, wo man sich der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bediente, wenn man glaubte, auf das Volk draußen wirken zu wollen. Dieser vollkommen fehlende Zusammenhang persönlicher Art zwischen denen, die da führten, und denen, die geführt werden sollten, war letzten Endes der Kardinalfehler, an dem schließlich dieses System zusammenbrechen mußte. Ich bin der Überzeugung und ich möchte auch der neuen Regierung diesen Wunsch sehr mit auf den Weg geben: unterschätzen Sie das eine nicht, nun Ihrerseits dieses Verhältnis herzustellen. Denn das deutsche Volk ist innerlich so konstruiert, daß es starke Führer sehen will, daß es geführt sein will, daß es aber auch einen Führerwillen verlangt und daß es diejenigen, die es führen, als um sein Vertrauen werbend sehen und ihnen sein Vertrauen geben will.

Dieser lebendige Zusammenhang mit dem Volk war durch die Erfordernisse des Weltkrieges erwiesen. Denn das große Erlebnis des Krieges, das bleibt die Gemeinsamkeit der Idee des Vaterlandes und der Notwendigkeit seiner Verteidigung. Die politische Erziehung

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) dieses Krieges übersprang ganze Jahrzehnte. Ich glaube, es ist auch ein Überspringen dieser Entwicklung, wenn wir jetzt vor dieser Situation stehen, daß die Sozialdemokratie sich bereit erklärte, in die Regierung einzutreten. Wir haben uns von vornherein auf den Standpunkt gestellt, nicht nur grundsätzlich diesen **Willen zu politischer Mitarbeit der Sozialdemokratie** anzuerkennen, sondern wir haben diese Entwicklung außerordentlich begrüßt. Denn wir müssen darüber klar sein, daß gegen die ausgesprochene Opposition der zahlenmäßig größten Partei eine Regierung ohne schwere Erschütterungen gar nicht geführt werden kann, und daß wir solche Erschütterungen in der jetzigen Zeit unbedingt vermeiden müssen. Wir haben uns aber weiter auch das eine vor Augen gehalten, daß gerade in dieser Mitübernahme der Verantwortlichkeit eine Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft liegt, die uns so große Perspektiven für die Zukunft eröffnet, daß wir hoffen können, gerade bei einem Wiederaufbau Deutschlands nach diesem Kriege uns in ganz anderer Weise diesen Fragen hingeben zu können, als wenn wir irgendwie mit einer verantwortungslosen Opposition großer Schichten der Arbeiterschaft rechnen müßten. Meine Herren, wir stimmen aus diesem Grunde den Vorlagen der Regierung zu, die diese Mitarbeit ermöglichen, ohne daß die Männer, die in die Regierung eintreten, den Zusammenhang mit ihren Parteien verlieren.

Diese Vorlagen der Regierung stellen mehr als bisher den Reichstag in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens, sie übertragen unmittelbar auf ihn einen hohen Teil der Regierungsgewalt. Wir gehen in diese Entwicklung hinein ohne die politische Erziehung Englands, ohne Englands Gentry, die Bismarck als Voraussetzung des parlamentarischen Systems ansah. Zweifler werden sagen, man könne nicht in wenigen Wochen eine Entwicklung durchmachen, zu der andere Völker Jahrzehnte und Jahr-
(B) hunderte gebraucht haben. Aber außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Mittel! Ich möchte in der Beziehung darauf hinweisen, daß just **Bismarck** die große Wirkung solcher Imponderabilien für das innere Durchhalten und für die Wirkung nach außen sehr hoch eingeschätzt hat und auch diesen Gedanken in die Tat umsetzte, als er im Jahre 1867 nach seinem eigenen prächtigen Wort im Kampfe gegen die Übermacht des Auslandes „das **gleiche Wahlrecht** in die Pfanne warf". Damals sagte er: „Dieses Wahlrecht sollte mir eine Waffe sein im Kampfe gegen Österreich und im Kampfe für die deutsche Einheit und zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen."

Meine Herren, das sind drei Gesichtspunkte, die auch für die heutige Zeit passen. Es gibt manche Leute, die da glauben, das, was hier geschieht, angreifen zu können, indem sie sagen: das tut ihr ja nur um des Auslandes willen! Ja, wenn eine Maßregel, die ich beschließe, gut in der Welt wirkt, so habe ich keinen Grund, mich deshalb irgendwie von dieser Maßregel abhalten zu lassen; und wenn es Mittel zum Zweck ist, dann wäre der Zweck deshalb nicht verwerflich.

Aber Bismarck sagt auch weiter: „das gleiche Wahlrecht war mir ein Mittel im Kampfe für die deutsche Einheit." Er versprach sich also davon eine moralische Wirkung auf die außerhalb Preußens stehenden Völker. Er glaubte, daß der Süden zum Norden kommen würde, wenn der Norden dem demokratischen Gedanken des Südens entgegenkäme.

Wenn er weiter sagt: „ein letztes Mittel im Kampfe gegen Koalitionen!" dann liegt doch darin der Gedanke, daß eine solche politische Freiheit notwendig ist, wenn das letzte in einem Volke zum Kampfe der eigenen Existenz gegen eine Übermacht des Feindes aufgerufen werden soll. Als man Bismarck damals entgegenhielt, daß er mit diesem gleichen Wahlrecht ja viele bestehende Werte zer- (C)
störte und Traditionen umwürfe: „In einem Kampfe, der auf Leben und Tod geht, sieht man die Waffen, zu denen man greift, und die Werte, die man damit zerstört, nicht an. Der einzige Ratgeber ist zunächst der Erfolg und Kampf, und das war für mich die Rechtfertigung der Unabhängigkeit nach außen."

Meine Herren ich erwähne diese Aussprüche nicht, um sie vollkommen der heutigen Situation anzupassen; denn sie könnten sonst so ausgelegt werden, als wenn auch das, was hier geschähe, nur Ausfluß wäre der gegenwärtigen Situation, auch nur die Rettung der Unabhängigkeit nach außen zum Erfolg haben sollte, später aber wieder abgebaut werden könnte. Meine Herren, das eine ist weder zu erwarten, noch je nach der Meinung der einzelnen zu befürchten, daß diese Verhältnisse sich ändern. Das ist das Wesen des politischen Fortschritts, daß ein Schritt auf dem Wege größerer Freiheit niemals zurückgemacht werden kann.

Es ist heute davon gesprochen worden, daß das **deutsche Volk** gewissermaßen **politisch mündig** gesprochen worden sei. Diejenigen, die davor Angst haben, müßten eigentlich den Nachweis führen, daß sie an den Fähigkeiten dieses Volkes zweifeln. Geistig, technisch und in seinen wirtschaftlichen Leistungen war das deutsche Volk allen anderen Völkern gleich und überragte sie in jeder Beziehung.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Warum soll es nicht auch politisch in seinem Verantwortlichkeitsgefühl und dem rechten Erkennen der politischen Dinge auf derselben Höhe stehen? Wenn wir in Zukunft dem Reichstag eine erhöhte Verantwortlichkeit geben, ihn mehr in den Mittelpunkt der Dinge stellen, dann können wir vielleicht auch das bekämpfen, was Ausfluß des bisherigen Materalismus gewesen ist, nämlich die Interesse- (D)
losigkeit des gebildeten und besitzenden Bürgertums gegenüber der Politik. Wir brauchen die verantwortliche Anspannung aller Kräfte zum Wiederaufbauen des Reiches nach dem Kriege. Denn, meine Herren, ob wir nun bald oder später Frieden erhalten, das eine scheint mir festzustehen für den Ernst der Zukunft unseres Volkes: die Lebensaufgabe mindestens dieses Geschlechts wird dem Staate gelten. Was der einzelne in Zukunft, an welcher Stelle er auch stehen möge, leistet, das wird er nicht mehr in erster Linie für sich und für die, die nach ihm kommen, leisten, sondern das wird er zu leisten haben für die Allgemeinheit, die in ganz anderen, bisher unerhörten Ansprüchen das an Volk wird herantreten müssen, um die Existenz des deutschen Reiches und seine Weiterentwicklung zu fördern. Ich glaube, über diesem Leben der Zukunft wird ein Wort stehen, was ein Lieblingswort des alten Goethe war: **„Über Gräber vorwärts!"** Auch über Gräber zerstörter Hoffnungen und Illusionen müssen wir dem, was da kommt, uns entgegenstellen mit dem Willen, dieses Deutsche Reich und deutsche Volk wieder aufzurichten. Wenn das harter Arbeit bedarf, und wenn das namentlich an die besitzenden Stände mit unerhörten Anforderungen herantritt, so, glaube ich, sollten gerade diejenigen, denen die Gelegenheit gegeben war, eine andere Erziehung in sich aufzunehmen, und die deshalb vielleicht auch vom Zweck und Sinn des Lebens eine andere Vorstellung haben können als die, die in den Tag hineinleben, sich darüber mit dem einen hinausheben, daß das Leben für den Staat und das Leben für das Volk doch wieder ein Lebensinhalt ist, der etwas Größeres bedeutet als leben und arbeiten für das eigene Interesse.

Wir hören in der Kritik, daß die **monarchische Idee** durch das, was jetzt an Teilung der Gewalten hier zum Ausdruck kommt, litte. Wir sind und bleiben Monarchisten

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) und werden uns der geschichtlichen Dankbarkeit Deutschlands für das, was die Hohenzollern für Preußen und Deutschland geleistet haben, niemals entziehen. Aber, wie die Stellung des Monarchen auch in der Hohenzollerndynastie von dem 18. Jahrhundert Friedrichs des Großen bis zum 19. Jahrhundert Wilhelms I. Wandlungen erfuhr, so auch in der Gegenwart. Es ist ein törichtes Wort, das jetzt vielfach von Seiten der Rechten gesprochen wird, das Wort vom Schattenkaisertum.

(Sehr richtig! links.)

Die Idee des Gottesgnadentums hat niemals im Liberalismus gewurzelt. Er konnte im Fürsten stets nur den durch Geburt und Rang an erster Stelle stehenden Bürger des Staates sehen. Wer aber an dieser Stelle stand, und wem das höchste Erdenglück der Menschenkinder, die Persönlichkeit, gegeben war, der konnte sich durchsetzen und hat sich in der Geschichte durchgesetzt und ist durch Schranken nicht gehindert worden, seinen Geist für sein Volk und seine Ideen einzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Und wem diese Persönlichkeit versagt blieb, der blieb ein Instrument in den Händen anderer auch dann, wenn ihm an sich die höchste Machtfülle durch die Staatsgewalt gegeben war.

(Erneute Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Deshalb sind wir als Monarchisten überzeugt, daß wir die Monarchie am besten schützen, wenn wir an dieser Neuordnung der Verhältnisse jetzt kräftig mitarbeiten.

Noch wissen wir nicht, wann der Friede kommt. Die Bestrebungen unserer Regierung sind auf einen ehrenvollen Frieden gerichtet. Wir erwarten und wissen von der Regierung, daß sie die letzten Kräfte des Volkes zum Kampfe aufrufen wird, wenn dieser Friede nicht erreichbar ist. Wenn das Geschick unseren Untergang beschlossen haben sollte, dann darf dieser Untergang nur so geschehen,

(B) daß wir vor der Geschichte bestehen können.

Der Aufruf des Jahres 1813, der mir als eines der schönsten Dokumente deutscher Sprache erscheint, rief das preußische Volk zum Kampfe auf, „weil ehrlos der Preuße und Deutsche nicht zu leben vermag". Das ist das Zeichen, in dem auch wir der Entscheidung der Zukunft entgegensehen, wenn die Friedensschritte unserer Regierung von Erfolg nicht gekrönt sein sollten. Wir wollen dann dieser Zukunft entgegensehen als ein freies Volk, das mit dem Aufgebot aller Kräfte für den Platz nach außen und innen kämpft, auf den es nach seinen Leistungen in der Geschichte der Völker und in der Geschichte der Menschheit ein Recht hat.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp**, Abgeordneter: Meine Herren, meine Freunde und ich können in der vollzogenen innerpolitischen Entwicklung der Verhältnisse, die heute zur Erörterung steht, nicht einen Fortschritt erblicken, sondern wir sehen darin eine verhängnisvolle Wendung, von der wir schwere Gefahren für die Zukunft des deutschen Vaterlandes befürchten. Zweierlei ist erreicht worden, was gleichzeitig das Ziel der deutschen Demokratie und der Wunsch unserer Feinde gewesen ist: die **Entlassung und die Auswahl des Kanzlers und der Staatssekretäre** ist der materiellen Entscheidung des Kaisers entzogen und der Beschlußfassung der Mehrheitsparteien des Reichstags übertragen worden, und die so ernannten Minister haben in Zukunft nicht mehr die kaiserliche Politik zu führen, sind nicht mehr in erster Linie dazu berufen, die Beschlüsse des Bundesrats zu vertreten und durchzuführen, sie sind der Vollzugsausschuß der hinter ihnen stehenden Parteien und der dadurch gebildeten Reichstagsmehrheit. (C)

Durch diese Entwicklung sind nach unserer Auffassung die wertvollen Grundlagen beseitigt, auf denen, entsprechend der jahrhundertelangen preußisch-deutschen Geschichte Bismarck das Deutsche Reich errichtet hatte, auf denen dieses Reich zu hoher Blüte emporgestiegen ist, und die sich in diesem Kriege bewährt haben, in dem es dem deutschen Volke beschieden gewesen ist, vier Jahre hindurch und länger mit vollem Erfolge gegen die Übermacht einer Welt von Feinden sich zu behaupten.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Grundlagen sind beseitigt. Aus dem monarchisch-konstitutionellen Reich ist ein nach den Grundsätzen der westlichen Demokratien parlamentarisch regierter Staat geworden. Die Verwahrungen des Herrn Reichskanzlers und einzelner einzelstaatlicher Minister, die dahin gingen, daß auch bei der neuen Regierungsform der bundesstaatliche Charakter des Reichs gewahrt bleiben soll, haben nach unserer Überzeugung einen materiellen Wert nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Dem Bundesrat ist die Regierungsgewalt entglitten und niemand kann im Ernste daran glauben, daß die verbündeten Regierungen in der Folge noch auf irgend einem Gebiete in der Lage sein werden, dem zentralistischen Machtgelüste des Reichstags und der Mehrheit, die jetzt die Regierung ergriffen hat, wirksamen Widerstand zu leisten. Und zu dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs gehört die Stellung Preußens. Die Geschichte hat dazu geführt, daß das Deutsche Reich unter Preußens Führung errichtet ist und die erste Periode seines Bestehens durchlebt hat. Wer aber dem Kaiser die Entscheidung über die Ernennung der Minister entzieht, wer sonstige Rechte des Kaisers einschränkt, der enteignet gleichzeitig (D) den König von Preußen.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

Und wer ein Reichsministerium einführt, als eine vom Bundesrat unabhängige Behörde und als den Vollzugsausschuß der Reichstagsmehrheit, der nimmt der preußischen Stimme ihr Gewicht.

Deshalb können wir nicht den Vorlagen zustimmen, die uns heute beschäftigen und in der nächsten Zeit beschäftigen werden, und die dazu bestimmt sind, das Ergebnis dieser Entwicklung, die wir nicht gutheißen, gesetzlich durchzuführen. Ich will deshalb auf die Einzelheiten nicht näher eingehen.

Teils handelt es sich dabei — in dem Antrage der Unabhängigen Sozialdemokraten und auch in dem von dem Herrn Reichskanzler angekündigten Entwurf über den Staatsgerichtshof — um gesetzliche Bestimmungen, durch welche das Recht des Reichstags, die Entlassung des Kanzlers zu verlangen, festgelegt werden soll; teils handelt es sich — in der Aufhebung des Artikels 21 und in der Abänderung des Stellvertretungsgesetzes — einerseits um die Niederreißung einer Schranke gegen die Parlamentarisierung und Politisierung des unabhängigen Beamtentums

(Lachen und Zurufe links)

— des vom Parteileben des Parlaments unabhängigen Beamtentums! —

(Lachen links)

andererseits um die Bildung eines vom Bunderat und der Preußischen Stimme losgelösten Reichsministeriums. In ruhigen Zeiten würde man über die Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung verschiedener Ansicht sein können. Die Erfahrungen dieses Krieges in den parlamentarisch regierten Demokratien haben freilich nicht gezeigt, daß das Erfordernis der Zustimmung des Par-

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) laments zur Kriegserklärung irgendwie hemmend auf den Entschluß zur Kriegführung eingewirkt hätte.

(Zustimmung rechts.)

Immerhin, über diese Dinge ließe sich reden. Die allerschwersten Bedenken würden wir dagegen haben, wenn im gegenwärtigen Augenblick, wo draußen das Heer in schwerstem Kampfe steht, an den Grundlagen dieses Heeres gerüttelt würde, wenn also die **Ernennung und Entlassung der Offiziere**, wenn die **Tätigkeit des Generalstabs** unter die Mitwirkung des hierfür dem Reichstage verantwortlichen Reichskanzlers, also unter die Leitung des Reichstags, gestellt werden würde.

(Sehr wahr! rechts.)

Alle diese Dinge einzeln haben ihre schweren Bedenken. Im ganzen genommen können wir ihnen schon aus dem Grunde nicht zustimmen, weil sie Glieder in der Kette derjenigen Maßnahmen sind, die das neue parlamentarische System bei uns zur Durchführung bringen sollen.

Diese Vorlagen werden gegen unsere Stimmen angenommen werden, ebenso wie die ganze Entwicklung gegen unseren Widerstand sich vollzogen hat. Wir haben keine Verantwortung für das, was geschehen ist; wir lehnen auch die Verantwortung für die Folgen dieser Entwicklung ab.

(Zurufe links.)

Unsere Aufgabe, die wir auf dem Boden der neuen Tatsachen zu erfüllen haben, steht klar vor unseren Augen. Wir werden nicht erlahmen in dem **Widerstande gegen die weitere Radikalisierung**, Demokratisierung und einseitige Massenherrschaft.

(Unruhe links.)

Neue Aufgaben werden entstehen, sei es als Folge der jetzt vollzogenen Entwicklung, sei es in noch viel höherem Maße und noch von viel größerer Bedeutung als Folge des Krieges überhaupt. Diesen neuen Aufgaben werden (B) wir auf der Grundlage der konservativen grundsätzlichen Anschauungen gerecht zu werden suchen.

Dabei wird unsere Stellung in mancher Beziehung eine klarere sein und sein können als bisher. Es ist nicht wahr, was heute gesagt worden ist, daß wir und unsere Kreise bisher im Reiche oder auch in Preußen die alleinige Herrschaft gehabt haben.

(Lachen links.)

Es ist nicht wahr, daß heute das junkerlich-bureaukratische System, um die Worte des Herrn Abgeordneten Ebert zu gebrauchen, zusammengebrochen sei. Wir haben auch früheren Kanzlern sachlichen Widerstand gegen ihre Politik entgegenstellen müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben aber ganz besonders gegen die **Politik des Reichskanzlers Herrn v. Bethmann Hollweg** und seiner Nachfolger ankämpfen müssen. Wir mußten sie seit Kriegsbeginn namentlich auch aus dem Grunde bekämpfen, weil bereits die Politik des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und seiner Nachfolger unter dem beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie stand,

(sehr wahr! rechts — Lachen bei den Sozialdemokraten)

infolge jener Suggestion, der auch Herr Abgeordneter Stresemann soeben Ausdruck verliehen hat, daß nur auf diesem Wege die Massen bei ihrer Pflicht erhalten werden könnten. So stand bisher die Politik der Kanzler während des Krieges nach außen und nach innen nicht unter unserem Einfluß, sondern unter dem beherrschenden und maßgebenden Einfluß der Sozialdemokraten,

(sehr richtig! rechts — Lachen bei den Sozialdemokraten)

und wir müssen es ablehnen, für das, was so geschehen ist, uns haftbar machen zu lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nunmehr, wie gesagt, ist unsere Stellung eine klarere: in dem parlamentarischen System haben wir zur jetzigen (C) Regierung die klare Stellung der Oppositionspartei. Als solche werden wir uns auf den Boden der vollzogenen Tatsachen stellen; wir werden unsere Aufgabe erfüllen in dem festen Vertrauen, daß auch einmal wieder die Zeit kommen wird, in der konservative Anschauungen und konservatives Tun eine gerechtere Würdigung finden wird, als das heute der Fall ist.

(Bravo! rechts.)

Unsere Stellung in der Opposition ist, wie wir mit Bedauern feststellen müssen, gerade in der jetzigen ernsten Stunde durch eine Kundgebung aus Regierungskreisen wesentlich verschärft worden, und zwar durch den **Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes.**

(Hört! hört! rechts. — Lachen links.)

— Das Gelächter verstehe ich nicht.

(Zuruf. — Heiterkeit.)

— Jawohl, Sie und die Regierung sind jetzt identisch. Der Staatssekretär Scheidemann ist bekanntlich Mitglied des Parteivorstandes, welcher diesen Aufruf vollzogen hat, und ich frage den Herrn Reichskanzler, ob er die Verantwortung für diese politische Handlung seines Staatssekretärs übernehmen will.

(Sehr gut! rechts. — Lachen links.)

Und, meine Herren, Herr Abgeordneter Naumann hat es uns ja vorhin als einen Hauptvorzug des jetzigen Systems vor dem bisherigen gerühmt, daß nun endlich für die Einheit in der Politik Sorge getragen sei. Wenn also von einer in der Reichsregierung maßgebenden Stelle, wie es der sozialdemokratische Parteivorstand ist, ein derartiger Aufrnf erlassen ist, so muß ich, dieses Bestreben nach Einheit voll anerkennend, die gesamte Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien für eine derartige Kundgebung in einem Regierungsblatt, wie es der „Vorwärts" ist, verantwortlich machen.

(Lachen links.) (D)

Meine Herren, in dieser, von einer maßgebenden Stelle der Reichsregierung ausgegangenen Kundgebung wird nun die sachliche Stellungnahme gegen die Politik der Regierung als das Treiben „dunkler Mächte der Gegenrevolution" hingestellt. Es werden in einer ganzen Reihe von ganz besonders — ich kann kein anderes Wort gebrauchen — gehässig und agitatorisch gefaßten Sätzen unwahre Verdächtigungen gegen die konservative Partei, gegen die Vertreter konservativer Anschauungen, gegen die Landwirtschaft erhoben. Es wird der Vorwurf erhoben, daß unsere Politik es gewesen sei, welche die Kampfkraft des Volkes geschwächt habe.

(Lebhaftes sehr richtig! links.)

Diesen Vorwurf, meine Herren, muß ich nicht nur zurückweisen, ich muß ihn Ihnen und Ihrer Politik in vollem Umfange zurückgeben.

(Sehr richtig! rechts.)

Im einzelnen darüber zu polemisieren, dazu erscheint mir heute nicht die Stunde zu sein. Die Stunde der Abrechnung darüber wird kommen.

(Sehr gut! rechts. — Zurufe links.)

Meine Herren, unsere Stellung als Oppositionspartei ergibt sich auch aus der, ich möchte sagen, **Entstehungsgeschichte des jetzigen Parteiministeriums**. Man hat wohl der Meinung sein können, daß der kaiserliche Erlaß vom 30. September von der Anschauung und der Absicht ausging, ein Ministerium der nationalen Einheitheitsfront zur Verteidigung des Vaterlandes mit Einschluß auch der Rechten zu bilden.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei der Behandlung der Dinge hier in Berlin durch den Herrn Vizekanzler und die Mehrheitsparteien ist dieser Plan von vornherein fallen gelassen worden.

(Hört! hört! rechts.)

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) **Es** ist von unserer Seite, wie ich doch von der Tribüne des Hauses aus feststellen möchte, jedenfalls keine Äußerung gefallen, die nach irgendeiner Richtung den Schluß hätte zulassen können, daß wir nicht auch unter schweren Opfern bereit gewesen wären, uns in den Dienst der nationalen Verteidigung zu stellen. Ein derartiges Anerbieten ist nicht an uns herangetreten. Im Gegenteil, man hat uns von Anbeginn an mitgeteilt, daß man beabsichtige, das Ministerium als Parteiministerium unter Ausschluß der Rechten zu bilden, und hat als Grund dafür angeführt, daß man glaube, daß nur, wenn wir ausgeschlossen wären, das beabsichtigte Friedensangebot im Auslande auf eine günstigere Behandlung rechnen könnte.

(Hört! hört! rechts.)

Die **erste Tat der neuen Mehrheitsregierung**, abgesehen von der Schaffung einer Anzahl von neuen Staatssekretärstellen und Unterstaatssekretärstellen, deren Zahl mir im Augenblick nicht ganz gegenwärtig ist, —

(Lachen links)

die erste Tat dieser neuen Mehrheitsregierung war das **Friedensangebot** und seine **Durchführung in den Antworten an den Herrn Präsidenten Wilson.** Auch hier muß ich feststellen, daß nach den Gepflogenheiten und den Grundsätzen des parlamentarischen Systems, die ich voll anerkenne, wir, die konservative Fraktion, der bei Ausführung dieses Schrittes und der darauf folgenden Schritte nicht zugezogen worden sind. Es ist das auszusprechen vielleicht deshalb nötig, weil sich sonst in der Öffentlichkeit aus den Pressenachrichten ein falsches Bild ergeben könnte. Man kann wohl feststellen, daß jetzt bei dem seit drei Wochen eingeschlagenen Verfahren der Reichstag als solcher in geringerem Umfange zugezogen wird als bisher,

(sehr richtig! rechts)

(B) und daß auch den Abgeordneten als solchen, den Führern der Parteien in geringerem Maße Einfluß auf schwebende Entscheidungen der Regierung eingeräumt wird, ihnen auch in geringerem Maße Informationen zugehen, als das unter der früheren Regierung der Fall war.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist an sich verständlich, weil die Regierung vermöge der ihr angehörenden parlamentarischen Staatssekretäre weiß, daß sie einer Mehrheit im Reichstage unter allen Umständen sicher ist. Wir waren daher darauf angewiesen, unsere Wünsche hinsichtlich der Behandlung dieser Lebensfrage für die ganze Zukunft des deutschen Reiches auf schriftlichem Wege dem Herrn Reichskanzler vorzutragen, und wir behalten uns vor, daß auch noch in der Öffentlichkeit bekannt zugeben. Ich sage dieses nicht, um irgend eine Klage darüber zu erheben, um irgend eine Änderung anzuregen, ich sage es nur, um auch vor der Öffentlichkeit und vor der Geschichte das Maß der Verantwortung festzustellen, das wir, meine Freunde und ich, an diesem Schritte zu tragen oder vielmehr nicht zu tragen haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Die **Kritik an dem Friedensangebot** und an den beiden ihm folgenden Noten muß sich zurzeit — davon bin ich überzeugt — eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, schon deshalb, weil die Gründe für und wider nicht in voller Ausführlichkeit und Offenheit ausgesprochen werden können. Trotzdem habe ich die Pflicht, als unseren Standpunkt folgendes festzustellen: Obwohl wir glauben, die Gründe, die zu diesem Schritte geführt haben, vollständig zu kennen, und obwohl wir geneigt sind, diese Gründe zu würdigen, haben doch meine Freunde und ich uns nicht davon überzeugen können, daß der Schritt des Friedensangebots und namentlich seine Durchführung im einzelnen notwendig und zweckmäßig gewesen sei.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Erfolg spricht jedenfalls bisher nicht dafür. Die (C) Antworten, die der Präsident Wilson auf die an ihn ergangenen Schreiben gegeben hat, lassen zum mindesten den allerstärksten Zweifel darüber offen, ob wir uns wirklich auf dem richtigen Wege befunden haben.

Bei **Durchführung** dieser **Friedenspolitik** kommt ein doppelter Gesichtspunkt in Betracht. Wir alle, meine Freunde und ich, ebenso wie irgend jemand in diesem Hause und draußen im Lande, wünschen von Herzen den Frieden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir wünschen von Herzen, daß das jetzt unternommene Verfahren dazu führen möge, dem entsetzlichen Völkergemetzel ein Ende zu machen. Aber ebenso glauben wir, doch feststellen zu können, daß in diesem hohen Hause, bei der Regierung, im ganzen deutschen Volke auch vollkommene Einigkeit dahin besteht, daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk nicht gezwungen und nicht gewillt sind zur völligen Kapitulation,

(sehr richtig! rechts)

nicht gewillt und auch nicht gezwungen sind, Bedingungen anzunehmen, die mit der Ehre und — um mich mit dem Wortlaut der Antwortnote auszudrücken — den Grundsätzen des Gerechtigkeitsfriedens unvereinbar sind, die — um das von unserem Standpunkte aus hinzuzufügen — unvereinbar sind mit der Sicherheit und Zukunft Deutschlands.

(Sehr richtig! — Bravo! rechts.)

Meine Freunde und ich betonen in diesem Zusammenhange ganz besonders, daß wir unbedingt festhalten zu müssen glauben an der **Unversehrtheit des Reichsgebiets**, auch im Osten, und daß wir aus diesem Grunde mit ganz besonderer Entschiedenheit — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — die unerhörten Ansprüche zurückweisen zu müssen glauben, die von polnischer Seite in letzter Zeit erhoben worden sind. (D)

(Bravo! rechts.)

Kein Schritt deutschen Bodens auch im Osten soll abgetreten werden.

Von diesen beiden Grundgedanken aus hätten wir in mancher Beziehung den **Wortlaut der letzten Antwortnote an den Präsidenten** anders gewünscht, als er ergangen ist. Wir haben den lebhaftesten Zweifel, ob die Note so, wie sie ergangen ist, zum Erfolg führen wird. Gerade deshalb hätten wir gewünscht, daß den Verleumdungen der feindlichen Presse über unser Heer und unsere Marine auch in dieser Note energisch und bestimmt entgegengetreten wäre, daß man sie zurückgewiesen hätte, anstatt sie durch die gemachten Zugeständnisse, die neutrale Kommission und die Einschränkung des U-Boot-Kriegs, doch mindestens halb und halb zuzugeben.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir hätten gewünscht, daß man auch auf das Verhalten der Feinde hingewiesen hätte, darauf, daß England es gewesen ist, das Hunderttausende und Millionen deutscher Frauen und Kinder zum Hungertode verurteilen wollte und durch die Absperrmaßnahmen schweren Entbehrungen ausgesetzt hat. In den letzten Tagen noch ist in der englischen Presse das frivole Wort mit einer gewissen Genugtuung ausgesprochen worden, daß man in Zukunft — und ich muß sagen: mit Recht — in Deutschland die Krankheiten der Unterernährung auf Generationen hinaus als die englische Krankheit wird bezeichnen müssen, und ich meine, wenn man schon die Einschränkung des U-Boot-Krieges zugestand, hätte man auch die Einschränkung dieser Absperrungsmaßnahmen fordern können und sollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Im übrigen hätte es doch wohl für die Antwort überaus

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) nahe gelegen, auf folgendes hinzuweisen: wenn der Präsident Wilson sich entschlossen hätte, und sobald er sich entschließen würde, auf unser Waffenstillstandsangebot einzugehen, dann würde ja jede Zerstörung des Kampfgeländes und jeder U-Boot-Krieg von selbst aufhören. Die Verantwortung, wenn die Dinge weitergehen, liegt bei ihm und nicht bei uns.

(Sehr richtig! rechts.)

Überaus zweifelhaft ist es unter diesen Umständen, welches praktische Ergebnis im Sinne Wilsons die von ihm geforderte und die zugestandene Einschränkung des U-Boot-Kriegs überhaupt haben soll. Geht er auf unser Waffenstillstandsangebot ein, so hört der U-Boot-Krieg von selbst in wenigen Tagen auf. Das einzige wirklich praktische Ergebnis unseres Zugeständnisses könnte also nur sein, daß bei einem weiteren Hinziehen und Verschleppen der Antwort wir unsere Waffen preisgegeben hätten. Wir bedauern dieses Zugeständnis tief und lebhaft.

(Sehr richtig! rechts.)

So können wir uns auch mit den **Ausführungen über die innere Politik** nicht einverstanden erklären, die in unserer Antwortnote enthalten sind. Wir können uns der Befürchtung nicht entziehen, daß diese Ausführungen als eine Maßnahme aufgefaßt werden könnten, durch die wir unsere inneren Verhältnisse gewissermaßen unter die Kontrolle und Aufsicht unserer jetzigen Feinde gestellt hätten. Die Antwortnote ist einer langen, ausführlichen Beratung unterzogen worden. Ich kann nicht zugeben, daß dieses Verfahren sich von demjenigen des Präsidenten Wilson vorteilhaft unterschieden hat, und daß die lange Dauer der Beratung zu einer besonders klaren Festigkeit der Antwortnote geführt habe.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ergibt sich nun die Frage: was ist die **Aufgabe der Stunde?** Eins steht fest: Bis jetzt ist der Präsident (B) Wilson auf ein Waffenstillstandsangebot nicht eingegangen. Bis jetzt hat er nur eine Antwort erlassen, die weitere Verhandlungen nötig macht. Ob wir uns unterwerfen wollten oder nicht: wir stehen unter allen Umständen vor der Notwendigkeit, den Kampf der Waffen fortzuführen. Die neue Antwort des Präsidenten Wilson steht vielleicht unmittelbar bevor. Heute wissen wir noch nicht, wie sie ausfallen wird. Der Herr Reichskanzler selbst und — wir nehmen wohl mit Recht an — mit ihm die große Mehrheit dieses hohen Hauses, rechnet mindestens mit der Möglichkeit, daß nach der Antwort des Präsidenten Wilson weiter gekämpft werden muß. Meine Freunde und ich sind pessimistisch, und wir rechnen mit der Wahrscheinlichkeit, daß die neue Antwort zu neuen Kämpfen zwingen wird, ob wir wollen oder nicht. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die allen anderen vorangestellt werden muß. Ich will das eine aussprechen: sobald und solange die Regierung diese eine Aufgabe erfüllt, sind wir trotz aller Bedenken, die wir gegen die letzte politische Entwicklung und gegen die Aktion der Friedensnote gehabt haben, bereit, uns in voller Einigkeit der Regierung mit den übrigen Parteien des Hauses auf den Boden der Erfüllung dieser Aufgabe zu stellen.

(Bravo! rechts.)

Diese Aufgabe ist die, daß die **Kampfkraft unseres Heeres und Volkes** neu gestärkt wird.

(Bravo rechts.)

Dazu ist nötig, dem Heere einen Ersatz aus der Heimat (C) in so hohem Maße zuzuführen, wie es nur irgend möglich ist. Wir richten den Wunsch an die Reichsregierung, daß sie alle Maßnahmen ergreifen möge, um jede kampffähige Kraft aus der Heimat, die zur Verfügung steht, an die Front zu bringen.

Meine Freunde und ich haben einen Antrag eingebracht, in dem wir den Wunsch aussprechen, die **Löhnung der Soldaten** und die **Bezüge der Offiziere** zu erhöhen, die erstere zum mindesten zu verdoppeln. Es ist notwendig, daß endlich das Gefühl der Bitterkeit und Ungerechtigkeit in etwas beseitigt werde, das draußen besteht, wenn die kämpfenden Männer sehen, wie in der Heimat vielleicht ebenso kampffähige Männer ihren persönlichen Vorteil wahrnehmen können. Die Stärkung des Heeres durch Zuführung neuer Menschenkraft und neuer moralischer Kraft ist nur möglich, wenn in der Heimat Opferfreude, Opfermut und Opferwilligkeit wieder geweckt werden,

(sehr richtig! rechts)

wenn der Geist der Freiwilligkeit wiedergeweckt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Nur so kann der Front draußen in dem ungeheuer Schweren, was sie zu bestehen und zu tun hat, neuer Rückhalt gegeben werden. Wir haben geglaubt, in den Kreisen, die uns nahestehen, die Arbeit zur vollen **Aufklärung** und zur **Aufrufung des Volkes** beginnen zu sollen. Wir wissen wohl, daß vermöge mancher Verhetzung, daß vermöge der bisherigen politischen Entwicklung weite Kreise des Volkes auf unsere Stimme nicht hören. Aus diesem Grunde, vor allen Dingen aber, weil wir glauben, daß keine Zersplitterung der Aufklärungsarbeit eintreten darf, richten wir die Forderung an die Reichsregierung, daß sie das Volk aufruft zu neuem Kampf, daß sie es aufklärt über das, worum es geht.

(Sehr richtig! rechts.) (D)

Wenn das geschieht, werden wir hinter der neuen Regierung stehen, und wenn das geschieht, so wissen wir in vollem Vertrauen zu der Kraft unseres Volkes, daß das deutsche Volk keinen Frieden der Kapitulation, keinen schmachvollen Frieden, keinen Frieden, der sein Dasein und seine Zukunft vernichtet, wird annehmen wollen und anzunehmen brauchen.

(Stürmischer Beifall rechts.)

Präsident: Meine Herren, von den Herren Abgeordneten Gothein, Herold, Dr. Stresemann, Ebert und anderen ist folgende Resolution eingegangen:

Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus.

Es liegt ein Antrag auf Vertagung vor. Ich hätte Ihnen sowieso vorgeschlagen, jetzt die Verhandlungen abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung:

Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung.

Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 13 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

194. Sitzung.

Mittwoch den 23. Oktober 1918.

Seite

Geschäftliches 6181C

Fortsetzung der ersten und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Abänderung der Reichsverfassung** und des Gesetzes, betreffend die **Stellvertretung des Reichskanzlers**, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen)

in Verbindung mit der

Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, zur **Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung** (Nr. 1951 der Anlagen) Anträge Nr. 1969, 1973, 1974.

Allgemeine Besprechung in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache (Fortsetzung):

Haase (Königsberg) (U.S) . . . 6181D
Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. v. Payer 6190D, 6206C, 6207A
Stychel (Pole) 6193C
Dr. Graf von Posadowsky-Wehner (D.F.) 6199A
Dr. Ricklin (b.k.F.) 6203D
Hanssen (b.k.F.) 6204C
Graf von Westarp (K.) — zur Geschäftsordnung . . . . . 6206B, C
— persönlich 6206D
Ledebour (U.S.) — zur Geschäftsordnung . . . . . 6206B, D
Ebert (S.) — zur Geschäftsordnung 6207B

Seite (C)

Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6207D

Die Sitzung wird um 2 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Ein Verzeichnis der neuernannten und ausgeschiedenen Bundesratsmitglieder bitte ich zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Neumann-Hofer:**

Es sind ernannt:

zum Bevollmächtigten zum Bundesrat der Königlich Preußische Staats- und Kriegsminister, Generalleutnant Scheüch,

zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat der Chef des Kriegsamts im Königlich Preußischen Kriegsministerium Generalmajor Hoffmann.

Aus dem Bundesrat sind ausgeschieden:

die Königlich Preußischen Staatsminister Dr. Sydow, v. Stein und Wallraf,

die Staatssekretäre v. Capelle und v. Hintze,

die Unterstaatssekretäre Jahn und v. Radowitz,

ferner

der Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Hoffmann und

der Geheime Ober-Finanzrat Dr. Hecker.

Präsident: Ich habe Urlaub erteilt wegen Erkrankung für drei Tage dem Herrn Abgeordneten (D) Dr. Stresemann.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gegenstand der Tagesordnung ist:

Fortsetzung der ersten und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Drucksachen).

in Verbindung mit der

Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Drucksachen).

Anträge Nr. 1969, 1973, 1974.

Die Diskussion ist wieder eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, seit der letzten Tagung des Reichstags im Juli dieses Jahres ist ein völliger **Umschwung der politischen und militärischen Lage** eingetreten. Die Weltrevolution, die dieser Krieg eingeleitet hat, hat seitdem eine stürmische Entwicklung genommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alte Reiche stürzen zusammen. Das mit Blut und Eisen zusammengefügte österreichisch-ungarische Kaiserreich hat sich bereits aufgelöst. Die Türkei existiert in ihrem alten Bestande nicht mehr. Ein Araberreich ist entstanden. Ägypten ist fester an England angegliedert. Englands Einfluß durchdringt Mesopotamien und Palästina. Frankreich hat

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) seine Stellung in Syrien befestigt. Bulgarien ist aus dem Bündnis mit uns ausgeschieden und schließt einen Sonderfrieden mit der Entente. Österreich und Ungarn sind genötigt, infolge ihrer inneren Zustände, diesem Beispiel zu folgen. Der deutsche Imperialismus hat also das blutige Spiel in vollem Umfange verloren.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat die denkbar schwerste Niederlage erlitten. Die Parole Helgoland-Bagdad wurde ja dazu benützt, um die Volksleidenschaft bei Beginn des Krieges aufzupeitschen. Dieses Programm ist zusammengebrochen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir empfinden über einen Frieden, der zwar den deutschen Kapitalismus in seiner Ausbreitung hemmt, der aber den Kapitalismus der Entente stärkt, ihm andere Länder zur Ausbeutung ausliefert, keine Befriedigung. Wir sind und bleiben Gegner eines jeden Kapitalismus. Wir verwerfen überall die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen. Selbst Professor Hoetzsch hat in der „Kreuzzeitung" zugestanden, daß mit dem Ausscheiden Bulgariens aus diesem Kriege der Krieg weltpolitisch zu ungunsten Deutschlands entschieden ist. Daran ist auch nicht zu zweifeln. Aber der Krieg ist, wie Tisza, der doch als eine Hauptstütze unseres Bündnisses galt, vor kurzem im ungarischen Parlament ausgeführt hat, auch militärisch verloren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und es wäre sinnlos, ja, es wäre verbrecherisch, wenn auch jetzt noch in Deutschland Versuche unternommen würden, die Lage zu verschleiern, wenn wir nicht den Tatsachen klar ins Gesicht schauen wollten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das deutsche Volk fühlt sich belogen und betrogen in den letzten Jahren.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das deutsche Volk begreift nicht, wie es möglich geworden

(B) ist, nachdem ihm Jahre hindurch Tag für Tag erzählt worden ist von offiziellen Stellen und in den Zeitungen, auch in den Zeitungen der Regierungssozialisten, wir schritten von Sieg zu Sieg, daß plötzlich die deutsche Regierung ein Waffenstillstands- und Friedensangebot hat machen müssen.

Meine Herren, es gibt viele unter den mir fernstehenden Parteien, die in den letzten zwei Wochen das Geständnis abgelegt haben, daß meine Partei es gewesen ist, die am frühesten die wahre Sachlage erkannt und das Volk über den Tatbestand aufgeklärt hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wäre mit uns ganz anders bestellt, wenn schon im Frühjahr 1915 die **ersten Friedensfäden,** die sich damals anspannen zwischen England und Deutschland, nicht zerrissen worden wären.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemakraten.)

Als von uns darauf hingewiesen wurde, daß im Haag zwischen einer einflußreichen englischen Persönlichkeit und Vertrauensmännern des deutschen Volkes Aussprachen über einen Frieden stattgefunden haben, wurden wir beschimpft. Damals hielt es Herr Scheidemann für seine Aufgabe, in der Presse meine Auffassung als Friedensente zu bezeichnen. Schon damals haben wir das Material der Öffentlichkeit unterbreitet; aber die Parteien dieses Hauses, mit Ausnahme meiner Fraktion, haben dem damaligen Unterstaatssekretär Zimmermann blind vertraut, der die Behauptungen von uns für falsch erklärt hat. Ich glaube nicht, daß heute noch jemand in diesem Hause ist, der es wagen wird, die Erklärungen unserer Regierungsvertreter als so fest anzusehen, daß man auf sie mit aller Sicherheit sein Urteil stützen könnte. Als ich im Frühjahr 1916 an dieser Stelle es aussprach: dieser Krieg wird damit enden, daß es keinen Sieger und keine Besiegten geben wird, sondern nur Völker, die aus Millionen Wunden bluten, hat es einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. (C)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und es waren die Herren der Sozialdemokratischen Partei insbesondere, die sich nicht genug tun konnten, Beschimpfungen gegen uns zu schleudern. Sogar der Unterstaatssekretär Dr. David — —

(Stürmische Zurufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe. Regen Sie sich doch nicht auf!

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, daß Sie die Stirn haben, dokumentarisch belegte Tatsachen durch Geschrei aus der Welt schaffen zu wollen, kennzeichnet Sie. Wie wenig es stimmt, daß Sie nur darüber entrüstet waren, daß meine Gruppe mich als Redner vorsandte, beweist die Tatsache, daß Ihr Mitglied Dr. David mir an den Kopf warf, daß ich die Interessen des Auslandes vertrete.

(Zuruf.)

Wir wären heute glücklich, wenn die Situation, die ich damals zeichnete, dauernd geblieben wäre. Mit dem Momente, wo Sie dazu übergingen, den verschärften U-Boot-Krieg einzuleiten, stimmte die Prognose nicht mehr. Meine Freunde und ich haben seitdem von dieser Stelle aus wiederholt erklärt, daß Sie das deutsche Volk an den Abgrund führen, und daß die Gefahr besteht, daß es in den Abgrund hineinstürzt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Allmählich ist in weiteren Kreisen bekannt geworden, auch durch Mitteilungen von anderer Seite, so durch Herrn v. Schulze-Gaevernitz, daß im Jahre 1916 die Möglichkeit bestand, einen Frieden zu schließen, daß unsere Regierung diese Gelegenheit nicht wahrgenommen, sondern die Bemühungen des Präsidenten Wilson durchkreuzt hat. Es (D) wäre sehr wertvoll, wenn der neue Herr Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts die Archive öffnen wollte und dem Hause Mitteilung davon machen würde, wie es im Herbst 1917 mit den Bemühungen des Papstes um einen Frieden bestellt gewesen ist. Auch damals — die Tatsachen sind bisher nicht öffentlich bekannt — ist an der Haltung unserer Regierung die Bemühung, den Frieden herbeizuführen, gescheitert.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Polen.)

Es ist ja überaus bezeichnend, daß die meisten Parteien jetzt von dem **verschärften U-Boot-Krieg** abzurücken suchen. Sie möchten nicht gern als diejenigen gelten, welche diesen Krieg empfohlen haben, für ihn eingetreten sind. Es ist richtig, daß zum Beispiel die Regierungssozialisten im letzten Augenblick vor diesem Kriege gewarnt haben, daß sie darauf hingewiesen haben, wie gefährlich er sei, daß er mit Notwendigkeit Amerika an die Seite unserer Gegner treiben und vielleicht unser Schicksal besiegeln würde. Aber alle Parteien dieses Hauses mit Ausnahme meiner Fraktion sind am letzten Ende an diesem Ergebnis mit schuldig,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

Wir haben nicht vergessen, daß die erste U-Boot-Resolution von den Herren Graf Westarp und v. Heydebrand bis zu den Herren Scheidemann und Ebert verfaßt und von diesen Namen mit unterstegelt worden ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jeder Politiker mußte einsehen, daß, nachdem das U-Boot als eine wirkungsvolle Waffe bezeichnet worden war, ohne Rücksicht auf die völkerrechtlichen Grundsätze, mit innerer Logik schließlich der U-Boot-Kampf zum verschärften U-Boot-Kampfe übergehen müsse. Diese Konsequenz nicht gesehen zu haben und im letzten Augenblicke

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

lediglich vor ihr zurückzuschenen, das ist nicht ein Zeichen von großer politischer Einsicht. Jedenfalls bleiben alle Parteien dieses Hauses, die jene erste U-Boot-Resolution gefaßt haben, für die Folgen mit verantwortlich.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An dem Zustande, der eingetreten ist, tragen sie überhaupt die Schuld, weil sie es gewesen sind, die bis zum letzten Augenblick dem alten System, unserer Heeresleitung insbesondere, die Mittel bewilligt haben, um den Krieg fortzusetzen, den das alte System eingeleitet hat.

Sie berufen sich in den Mehrheitsparteien auf die **Friedensresolution vom 19. Juli 1917.** Diese Friedensresolution sollte doch wirklich endlich begraben sein. Ich wenigstens habe es höchst sonderbar empfunden, daß die Mehrheitsparteien dem neuen Herrn Reichskanzler die Bedingung gestellt haben, daß diese Friedensresolution auch zu einem Bestandteile seines Programms gemacht werde; denn wie diese Friedensresolution mit den Wilsonschen Grundsätzen in Einklang zu bringen ist, das ist Ihr Geheimnis, das Sie niemals werden aufklären können.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie die Friedensresolution aufzufassen ist, das kann man lediglich nach der Art ihrer Anwendung bestimmen, und zur Anwendung ist sie bei den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und bei dem Friedensvertrag von Bukarest gekommen. Der Staatssekretär Erzberger ist es gewesen, der in diesem Hause mir gegenüber, als jene Friedensverträge geschlossen wurden, erklärte, daß sie im Rahmen der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 lägen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß diese Friedensverträge einen Gewaltfrieden und nicht einen Rechtsfrieden bedeuten, das bestreitet heute niemand. Wie kann man da noch jene Friedensresolution heranziehen und als Schaustück dem Volk oder gar der gesamten Welt zeigen! Es wird immer nur von einer Friedensresolution des 19. Juli 1917 gesprochen. Aber neben jener berüchtigten Resolution lag noch **eine andere** vor, die **von meiner Fraktion** eingereicht worden war. Diese Resolution, die alle Parteien des Hauses niedergestimmt haben, drückte das klar aus, was allein als Grundlage eines Rechtsfriedens gelten kann. Es heißt, wie ich Ihnen ins Gedächtnis zurückführe, in der Einleitung:

> Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art, ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An diesem Wortlaut war nicht zu deuteln und zu rütteln, und hätten wir diese Bestimmungen angenommen, so hätte die Welt rechtzeitig erfahren, daß die deutsche Volksvertretung sich von dem Boden der Gewaltpolitik abgewendet hat und den Frieden auf einer demokratischen Grundlage herstellen will.

Indessen, der Gedanke des **Selbstbestimmungsrechts der Völker** dringt siegreich in der Welt durch. Kein Land kann sich ihm mehr entziehen, und da ist es wichtig, festzuhalten, daß es die revolutionären Sozialdemokraten, die sich in Zimmerwald während dieses Krieges vereinigten, waren, die als erste diesen Gedanken als Voraussetzung für einen gedeihlichen Frieden proklamierten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Fraktion darf es für sich in Anspruch nehmen, daß sie in diesem Hause zu einer Zeit, wo die anderen nicht daran dachten, sondern alle das Dogma von der Unversehrtheit der Grenzen Deutschlands, des alten österreichischen und sogar des türkischen Staates verkündeten, das Selbstbestimmungsrecht als denjenigen Grundsatz feierten, der (C) schließlich zur Durchsetzung kommen und die Grundlage der Friedensbedingungen bilden werde. Jetzt gilt es, jede Zweideutigkeit unter allen Umständen zu vermeiden, weil Unaufrichtigkeit das stärkste Friedenshindernis bildet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Rede, die der Herr Reichskanzler gestern gehalten hat, hat ebenso enttäuscht wie seine erste Rede. Ein Gedanke bewegt jetzt beherrschend die ganze Welt: wird der **Waffenstillstand** schnell zustande kommen? In der Heimat wie draußen an der Front bricht überall das Verlangen durch: Schluß mit dem grausigen Krieg! Man versteht es nicht, daß die Regierung auf die letzte Note des Herrn Wilson eine Woche gebraucht hat, um eine Antwort zurechtzustellen. Jeder Tag fordert Tausende von Menschenleben, macht Tausende zu Krüppeln. Schnelle Entschließungen sind erforderlich, um das Leid nicht noch mehr zu verstärken. Wenn die Note nur des äußeren Glanzes entbehrte, wie ihr manche zum Vorwurf gemacht haben, dann könnten wir froh sein. Aber sie ist etwas Halbes, Unklares und Unbestimmtes, und es ist deswegen nicht die Hoffnung gegeben, daß sie sofort zu Waffenstillstandsverhandlungen führen werde.

Herr Graf Westarp hat gestern in seiner Rede den Mut gehabt, zu erklären, daß, obwohl er die Vorgeschichte dieses Waffenstillstandsangebots kenne, er doch mit dem Angebot nicht einverstanden gewesen sei. Soll denn in der Situation, wie sie sich herausgestellt hat, wirklich der Krieg noch weiter gehen? Was beabsichtigen Herr Graf Westarp und seine Freunde? Es ist ja in den Zeitungen bereits von vielen Seiten darauf hingewiesen worden, daß das **Waffenstillstandsangebot** entsprungen ist der Initiative von **Hindenburg** und **Ludendorff.**

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist in der Tat nicht richtig, daß die gegenwärtige neue (D) Regierung etwa aus eigenem Antriebe dieses Angebot gemacht hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der alten Regierung lag es bereits vor; die alte Regierung hatte den ersten Entwurf bereits fertiggestellt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wissen ja, meine Herren, daß, als sich die Vertreter der Mehrheitsparteien zusammenfanden, um in die Regierung einzutreten, sie nicht etwa daran dachten, ein Friedensangebot zu machen, sondern, daß sie sich zusammentun wollten, um die nationale Verteidigung zu organisieren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das heißt, um den Krieg zu verschärfen und zu verlängern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hindenburg und Ludendorff waren es dann, die erklärten, es müsse ein Friedensangebot gemacht werden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wie immer in diesem Kriege, gewöhnlich zum Schlechten, vielleicht auch einmal zum Guten, waren es Hindenburg und Ludendorff, die die politischen Beschlüsse bestimmten. Meine Herren, ist das der Fall — und es ist so — dann ist es unbegreiflich, wie nicht alles geschieht, um schnell den Waffenstillstand zu erlangen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jedes weitere Blutvergießen ist jetzt selbst von militärischen Gesichtspunkten aus, die für mich und meine Freunde nicht maßgebend sind, völlig unnütz, völlig sinnlos.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es kann doch niemand auf den Gedanken kommen, daß jene Heerführer aus weicher Stimmung, aus einem überquellenden Friedensbedürfnis heraus zu dem Entschlusse gekommen sind, Waffenstillstand nachzusuchen. Dann aber haben wir an die Regierung die Aufforderung zu richten,

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) daß sie unter allen Umständen in klarer Konsequenz dieser Tatsachen den Frieden herbeiführt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich nehme es einem Schwarmgeist wie Dehmel nicht übel, wenn er erklärt, das deutsche Volk müsse bis zum Letzten kämpfen; es wäre erbärmlich, wenn es unter den Bedingungen der Entente Frieden schließen wolle. Aber ich erwarte von den Politikern, die nicht durch irgendwelche Gefühlserregungen sich leiten lassen, sondern durch die nüchterne Beurteilung der Lage, daß sie zu einem anderen Standpunkt gelangen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Graf Westarp hat gestern erklärt, daß seine Freunde bereits eine Agitation eingeleitet hätten, um aufzurufen zur **nationalen Verteidigung.** Es ist richtig, daß sie darin sehr rührig sind. Sie haben in vielen Teilen Ostpreußens alle Vereine, die irgendwie aufzutreiben sind, vor den Wagen dieser Agitation gespannt. Ich will auf den Tisch dieses Hauses als charakteristisches Beispiel nur eine Annonce aus der **„Lycker Zeitung"** niederlegen. Dort haben sich zu diesem Zwecke neben vielen anderen Vereinen zusammengetan die Alldeutsche Gruppe, der Kriegerverein, der Ostmarkenverein, der sozialdemokratische Verein,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

die Vaterlandspartei. Meine Herren, ein solches Spiel ist unverantwortlich, unverantwortlich deshalb, weil es zu nichts führen kann als zu einer Verlängerung der unsäglichen Leiden unserer Soldaten an der Front und unseres Volkes in der Heimat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gibt es einen unter Ihnen, der glaubt, daß es möglich ist, nach einigen Monaten einen besseren Frieden zu erlangen als in diesem Augenblick, ist ein einziger in diesem

(B) Hause, der es wagt aufzutreten und zu erklären, daß nach einigen Monaten wir in besserer militärischer Lage stehen und dadurch bessere Friedensbedingungen erzwingen werden? Weil das nicht der Fall ist, weil die Dinge so liegen, deshalb würden eine unsühnbare Blutschuld alle diejenigen auf sich laden, die jetzt noch zur Fortsetzung dieses Krieges auffordern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sind nicht unsere Kräfte bis zum äußersten angespannt, ist es möglich, diese Kräfteanspannung noch zu überbieten? Nein, das ist nicht der Fall! Wenn Sie hinweisen auf das revolutionäre Frankreich mit seiner Massenerhebung, wenn Sie hinweisen auf das Jahr 1870, auf die Tat Gambettas, so übersehen Sie vollständig, daß damals nur ein ganz kleiner Teil der wehrfähigen Bevölkerung unter den Waffen stand, während heute ja die Millionenheere alles verschluckt haben, was irgendwie an wehrfähigen Männern noch übrig ist, ja Kranke, Leidende bereits in ihrem Verbande haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nicht nur wir, sondern doch auch Sie haben in letzter Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt, daß sich Ihnen das Herz zusammenkrampfe beim Anblick der Kinder, welche jetzt an die Front hinausgeschickt werden. Woher wollen Sie denn die levée en masse nehmen? Es ist ein unhaltbarer Zustand, dem Sie entgegensteuern!

Aus diesen Gründen mußte die **letzte Note** ganz anders lauten. Die erste Frage, die Frage der Waffenstillstandsbedingungen, ist unklar beantwortet. In der **Frage der Verwüstungen und Zerstörungen** macht die Note keinen erhebenden Eindruck. Darum handelt es sich nicht, wie jetzt vielfach fälschlich dargestellt wird, daß im regulären Kampfe, durch Gewehrgeschosse, durch Artilleriegeschosse Städte zerstört werden, sondern die Vorwürfe zielen nach einer ganz anderen Richtung, nämlich dahin, daß ohne militärische Notwendigkeit, insbesondere beim (C) Verlassen von Städten und Ländern, Verwüstungen vorgekommen sind, und in dieser Beziehung eine offene Sprache zu führen, das hätte die ganze Friedensaktion in hohem Maße gefördert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir können uns doch nicht blind stellen. Ich nehme ohne weiteres an, daß die gegenwärtige Zivilregierung alle solche Verwüstungen und Zerstörungen verurteilt. Das hätte klar ausgesprochen werden sollen, daß die neue Regierung auf diesem Standpunkt steht. Vertrauen kann sie nur gewinnen, wenn sie das, was geschehen ist, von sich abweist. Vergessen wir doch nicht — es ist ja bekannt —, welche Auffassungen in dieser Beziehung in den Kreisen der Offiziere, in dem Kreise der Generalstabsoffiziere dauernd gepflegt wurden. Ich verrate kein Staatsgeheimnis, ich kann keins verraten, denn alle diese Tatsachen sind bekannt, ja, sie sind im Auslande zum großen Teile durch Dokumente belegt, viel besser bekannt als uns selbst, den deutschen Volksvertretern. Ich weise nur darauf hin, wie ein Mann, der Ihnen auf der rechten Seite des Hauses nicht unbekannt ist, Herr Oberst **Yorck v. Wartenburg** in seinen **„Weltgeschichtlichen Umrissen"** — ich zitiere nach der Ausgabe vom Jahre 1916 — die Taten der Hunnen feiert. Auf Seite 236 fährt er im Anschluß an die Kriegstaten Alarichs aus: „Zunächst verwüstete und zerstampfte Alarich Griechenland so gründlich, daß er für alle Zeiten als vorbildlich darin gelten kann,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ein feindliches Land zur Wüste zu machen, den Volksfeind gänzlich zu vernichten."

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es ist ja auch bekannt, was in dieser Richtung sich jetzt noch in allerletzter Zeit in **Elsaß-Lothringen** zugetragen hat. Dort hat der Freiherr **v. Steinäcker,** Kommandant von Bitsch, unter dem 8. Oktober eine (D) Verfügung anschlagen lassen, in der folgendes zu lesen ist:

> Es ist in jüngster Zeit die Wahrnehmung gemacht worden, daß in Elsaß-Lothringen anscheinend in weitem Umfange die Ansicht unter der Bevölkerung verbreitet ist, Elsaß-Lothringen werde bei einer etwaigen Offensive durch unsere Feinde ohne weiteres von uns geräumt und den Franzosen überlassen werden. Diesen ganz unsinnigen Gerüchten trete ich auf das nachdrücklichste entgegen und betone, daß wir keinen Fuß breit von Elsaß-Lothringen dem Gegner überlassen werden; eher wird dem Lande das Schicksal der Kampfgebiete in Frankreich zu teil,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> und es wird zur Trümmerstätte werden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Polen.)

Meine Herren, wenn in Elsaß-Lothringen noch in kleinen Kreisen eine Anhänglichkeit an Deutschland bestand: die Aussicht, daß das Land ähnlich wie Nordfrankreich in eine Trümmerstätte verwandelt werden wird, hat auch den letzten Rest von Sympathie aus den Herzen der Elsaß-Lothringer herausgerissen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch in der **U-Boot-Frage** ist die **Note** nicht klar und bestimmt genug. Der verschärfte U-Boot-Krieg wird jetzt allgemein als ein Unglück empfunden. Er kann das nicht erreichen, was Sie im Auge hatten, als Sie ihn begannen; er hat es nicht erreicht. Dann wäre es, um alle Verwicklungen zu beseitigen, vernünftig gewesen, von vornherein zu erklären — denn dahin muß es schließlich kommen —, daß wir im Hinblick auf die bevorstehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen uns entschlossen haben, den U-Boot-Krieg ganz einzustellen. Das,

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) meine Herren, hätte bei denjenigen, die in dem U-Boot-Kriege eine Verletzung des Völkerrechts und der Humanität gesehen haben, den allergünstigsten Eindruck gemacht.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Gelegenheit haben Sie vorübergehen lassen.

Wir sind der Meinung, daß die deutsche Regierung auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, um ihre schlechte Lage zu verbessern, noch ganz anders handeln müßte. Wir fragen uns: weshalb müssen **deutsche Truppen** noch länger **im Osten** stehen? Die Ostpolitik ist zusammengebrochen; das erkennen alle an. Was haben unsere deutschen Truppen in Polen zu suchen? Die Behauptung, daß die polnische Regierung die deutschen Truppen gebeten habe, dort zu bleiben, ist widerlegt worden. Nach Finnland sind unsere Truppen aus rein dynastischen und Bourgeoisinteressen gezogen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man glaubte, daß ein Schwager des deutschen Kaisers dort eine Königskrone finden könne. Man glaubte, daß unsere kapitalistische Ordnung gefestigt würde, wenn man der Bourgeoisie zur Hilfe eile gegen die Mehrheit der Bevölkerung, gegen die Arbeiter, Handwerker und Bauern. Meine Herren, noch stehen unsere Truppen dort! Was haben unsere Truppen zu suchen im Baltikum, in Litauen, in Kurland, in Estland, in Livland, in einzelnen Teilen von Großrußland? Gerade Sie von Ihrem Standpunkt aus hätten doch, wenn Sie die Westfront militärisch hätten stärken wollen, längst dafür sorgen müssen, daß alle die Truppenmassen aus dem Osten herausgeholt und an die Westgrenze geschafft werden. Für uns ist nicht dieser Grund maßgebend. Wir haben es verlangt, weil wir die Bevölkerung in diesen Ländern nicht länger bedrücken lassen wollen, weil wir den Haß, der gegen Deutschland entstanden ist, nicht noch vermehren lassen wollen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Dieser Krieg nimmt eine Entwicklung, wie sie unsere großen, das heißt, der deutschen, der internationalen Sozialdemokratie großen Meister vorausgesagt haben. Ich habe schon vor einiger Zeit einmal erinnert an die genialen **Ausführungen Friedrich Engels** über den **Zukunftskrieg.** Damals haben Sie nicht daran geglaubt, daß diese Worte sich bewähren würden. Heute will ich Ihnen nicht nur ins Gedächtnis zurückrufen, was ich früher davon vortrug, sondern noch einiges hinzufügen, und Sie werden erstaunen, wie dieser große Geist die Zukunft vorausgesehen hat. Er sagt:

> Es ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> 8 bis 10 Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges, zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet, Hungersnot, Seuche, allgemeine durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen, rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Betriebes in Handel, Industrie und Kredit und am Ende ein allgemeiner Bankerott, Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit derart, daß die Kronen zu Dutzenden über die Straßenpflaster rollen,

(große Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> und niemand sich findet, der sie aufhebt, absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden wird und wer als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen wird. Nur ein Resultat absolut (C) sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse. Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung und Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jedes Wort ist zur Wahrheit geworden,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und Sie, meine Herren von den bürgerlichen Parteien, sehen schaudernd, wie diese Früchte heranreifen.

In dieser Verlegenheit lassen Sie es sich gern gefallen, daß auch Vertreter der Arbeiter, Anhänger der sozialdemokratischen Fraktion, mit Ihnen zusammen in die Regierung eingetreten sind, um noch zu retten, was von diesem System zu retten ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Stresemann war gestern so offen, seiner Freude darüber klaren Ausdruck zu geben. Meine Herren, die **Kronen rollen auf das Pflaster,** die Krone des Bulgarenkönigs Ferdinand, die Krone des Zaren Nikolaus, die Krone des österreichisch-ungarischen Kaisers. Die Kronen, die man schon zu erhaschen glaubte, sind wie ein Phantom schnell davongeeilt, die Krone von Finnland, von Kurland, von Litauen. Rings um uns werden Republiken sich auftun, und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein!

(Stürmische Unruhe und Rufe: Pfui! rechts. — Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Wir sind hier doch noch nicht so weit, daß man einen Gedanken nicht (D) aussprechen kann in parlamentarischer Form! Wenn Ihnen das nicht paßt, meine Herren (nach rechts), so verraten Sie damit, daß Sie auch in dieser Zeit noch nichts gelernt haben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Ich glaube, da war kein grobes Wort dabei. Es sind doch **bürgerliche Blätter:** die „Münchener Neuesten Nachrichten", das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" erwähne ich nur von vielen, die ausgeführt haben, daß es eine selbstverständliche und begründete Forderung an den gegenwärtigen **Träger der preußischen Krone** und den Deutschen Kaiser sei, daß er sein Amt niederlege, wenn er ein Friedenshindernis sei.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine Reihe anderer Blätter haben noch viel deutlicher gefordert, daß die Dynastie in Deutschland anderen Einrichtungen, republikanischen Einrichtungen Platz machen müsse.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Zensur hat dann versucht, einige dieser Blätter für kurze Zeit zu unterdrücken; aber die Tatsachen hat sie nicht aus der Welt schaffen können. Sie wissen so gut oder besser als ich, wie in vielen Kreisen des Bürgertums seit Wochen darüber gesprochen wird,

(Zuruf links)

in den konservativen Reihen nicht zum wenigsten, daß schließlich um der Hohenzollern-Dynastie willen nicht das Schicksal unseres deutschen Volkes besiegelt sein soll.

(Zuruf rechts.)

— Nein, in den konservativen Blättern stand das nicht, das habe ich auch nicht gesagt, aber in den bürgerlichen Kreisen gehen von Mund zu Mund derartige Äußerungen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) Herren, die Ihnen viel näher stehen als uns, Herren von der bürgerlichen Seite, bestätigen mir soeben, daß alles richtig ist, was ich sage.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Ja, die Ihnen näherstehen, die früher Ihre Freunde waren und in Zukunft es vielleicht wieder sein werden.

Uns genügt natürlich nicht im entferntesten das, was jetzt auf dem Gebiete der inneren Umformung versucht wird, ist doch nur elendes Flickwerk. Auf dem **Gebiete des Belagerungszustandes** ist nichts gebessert. In den bureaukratisch-militärischen Apparat sind einige neue Glieder eingeschoben, die das Verfahren noch langsamer und schwerfälliger machen. Welche Garantie für Freiheit ist dadurch gegeben, daß die **kommandierenden Generale** in ihren Entscheidungen an die Zustimmung des **Oberpräsidenten** gebunden sind? Niemand kann im Ernst behaupten, daß die Oberpräsidenten freiheitlichere Auffassungen als die kommandierenden Generale haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sind sie doch Geist von ihrem Geist, sind sie doch von demselben Geist der Vaterlandspartei erfüllt wie die kommandierenden Generale. Es klingt geradezu wie eine Verhöhnung des Volkes, wenn ihm zugemutet wird, in diesem Erlaß der neuen Regierung zur Milderung des Belagerungszustandes eine Reform zu erblicken. Freilich, der Verletzte kann sich ja beschweren. Aber bis die Beschwerde durch den Kriegsminister und seinen Adlatus erledigt ist, schmachtet der Internierte im Gefängnis, ist der Versammlungszweck vereitelt, das freie aufklärende Wort unterdrückt, selbst wenn die Beschwerde Erfolg hat. Der Herr Reichskanzler hat gestern erklärt, es sei dafür gesorgt, daß der Belagerungszustand in dem Geiste gehandhabt werde, in dem er die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Zu diesem Geiste haben wir aus den triftigsten Gründen kein Vertrauen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Mißtrauen ist allein schon dadurch begründet, daß wir, seitdem die neue Regierung am Ruder ist, auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts reichlich Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatten, die unser Mißtrauen stärken.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der **Aufruf meiner Fraktion und Partei**, der dem werktätigen Volke die politische Situation und unser Ziel klarlegte, wurde von der **Zensurbehörde** unterdrückt, jede Besprechung in der Presse verboten.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Verschiedenen Zeitungen, die den Aufruf veröffentlichten, wurde das Erscheinen für mehrere Tage untersagt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dem „Volksblatt für Halle“ wurde nicht einmal nach Ablauf von drei Tagen, wie es der alte Hertlingsche Erlaß vorgesehen hatte, das Erscheinen gestattet.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Verlag wurde nach berüchtigtem Muster gepeinigt, Garantien für künftiges Wohlverhalten zu geben, d. h., das Blatt Redakteuren mit anderer Gesinnung in die Hand zu spielen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die „Breslauer Volkswacht“, eine regierungssozialistische Zeitung, wurde für drei Tage verboten, weil sie die Abschaffung der Dynastie für erforderlich erklärt hat. Am 11. Oktober wurde eine Wählerversammlung des ersten Berliner Kreises aufgelöst, als ich nach Anführung bestimmter Zensurmaßnahmen erklärte: „So weht uns auch in den letzten Tagen wieder der alte reaktionäre Wind entgegen.“

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am 11. Oktober hat der Polizeipräsident in Berlin eine (C) öffentliche Frauenversammlung nicht zugelassen, weil sie nicht unter die Ausnahmebestimmungen des Oberkommandos in den Marken falle, — eine wirklich köstliche Begründung. Das **Verbot der öffentlichen Versammlungen** ist also noch immer die Regel. Nur in Ausnahmefällen wird der Verbotsgrundsatz durchbrochen. Auch bloße Mitgliederversammlungen werden nach wie vor verboten, so eine Mitgliederversammlung des fünften Berliner Wahlkreises,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in der am 17. Oktober der Reichstagsabgeordnete Büchner über die politische Lage sprechen wollte.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Desgleichen ist der Zentralstelle für Völkerrecht nicht die Genehmigung gegeben worden, eine Generalversammlung abzuhalten. In fast allen Teilen des Reichs geht es genau so zu wie in Berlin. Wie früher wird auch jetzt noch, wenn schon eine Versammlung genehmigt wird, die Einreichung eines Manuskripts gefordert. Dieses entmündigende Verlangen ist lächerlich in einer Zeit, in der sich die Ereignisse überstürzen und sich von der Einreichung des Manuskripts bis zum Tage der Rede eine völlig veränderte Situation herausstellen kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Noch immer bestehen **Redeverbote** gegen Dutzende von Personen, darunter Reichstagsabgeordnete. Noch immer ist einzelnen Mitgliedern unserer Partei jede Art politischer Tätigkeit untersagt.

Meine Herren, wir haben am 14. Oktober dem Herrn Reichskanzler eine größere Anzahl dieser Fälle mitgeteilt und ihn ersucht, auf die Aufhebung dieser Maßregel hinzuwirken. Was ist geschehen? Am 20. Oktober habe ich von dem Herrn Staatssekretär Gröber ganz nach altem Schema die Mitteilung erhalten, daß mein Schreiben dem Herrn Ober-Militärbefehlshaber zur weiteren Veranlassung übergeben worden ist. (D)

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Allerdings wird noch ein guter Rat hinzugefügt, nämlich der Rat, daß jeder, der vom Redeverbot getroffen ist, bei seinem zuständigen Generalkommando vorstellig werden sollte. Eine solche Verkennung der inneren politischen Situation ist überraschend. Den empfohlenen Weg, an die Generalkommandos zu gehen, kennen wir selbst, und viele einzelne haben ihn schon vergeblich beschritten. Worauf es ankommt, ist etwas ganz anderes. Eine Regierung, die auch nur einen Hauch des modernen Geistes spürt, müßte von selbst, und wenn nicht von selbst, nach Anstoß von außen dafür sorgen, daß durch eine allgemeine Verfügung die schikanösen Bestimmungen der Zensur und die Redeverbote beseitigt werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Manche Maßregeln sind noch rigoroser als früher. So hat man jetzt dem **Angestellten des Bauarbeiterverbandes in Chemnitz** namens Brandler, einem österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen, der während der ganzen Kriegsdauer ungestört politisch tätig war, einen **Ausweisbefehl** mit drei Tagen Frist zugestellt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er ist Familienvater und hatte abzurechnen mit seiner Kasse. Dennoch wurde zunächst auf dieser dreitägigen Frist bestanden, und es ist ihm die Erlaubnis, nach der Schweiz zu gehen, wo er bei den Gewerkschaften eine Stellung finden konnte, verwehrt worden.

Die **Zensur** ist vielfach härter als vordem. Ich werde auf den Tisch des Hauses einen Artikel niederlegen, der in der Sozialistischen Auslandskorrespondenz erscheinen sollte. Die Zensur hat ihn vollständig gestrichen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin überzeugt, daß fast jedes Mitglied dieses Hauses, welcher Partei es auch angehöre, zugeben wird, daß eine

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung vorliegt, wie sie selten vorkommt.

Die **Vorzensur,** die nach dem Worte eines früheren Staatssekretärs in Deutschland ja ganz unbekannt sein sollte, besteht auch unter dem neuen Regime noch. Daß „Berliner Mitteilungsblatt" hat jetzt wieder den Antrag gestellt, die Vorzensur aufzuheben. Unter dem 10. Oktober ist ohne Angabe von Gründen dieser Antrag abgelehnt worden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieselbe Zeitung darf ebenso wie die „Leipziger Volkszeitung" immer noch nicht durch den Verlag in das neutrale Ausland und in die okkupierten Gebiete versandt werden. Ganz unfaßbar ist, wie man es wagt, hervorragende Schriftsteller, so Franz Mehring und Carl Kautsky, die im Ausland allgemein das größte Ansehen genießen, zu behandeln.

Franz **Mehring** hat ein 32 Bogen starkes **Buch** über **Karl Marx** verfaßt, in dem die Zensur auch nicht ein einziges Wort gestrichen hat, nachdem sie es fünf Monate lang geprüft hat. Über dieses Werk, nach dem im neutralen Auslande große Nachfrage herrscht, ist aber ein **Ausfuhrverbot** verhängt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und was nun das erstaunlichste ist, die neue Regierung hat dieses Ausfuhrverbot bestätigt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Begründung ist so charakteristisch, daß ich sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten kann. Unterschrieben von dem Unterstaatssekretär Lewald unter dem Datum des 7. Oktobers lautet sie:

> Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf die zuständige militärische Stelle im Sinne einer Aufhebung des über Ihre Schrift „Karl Marx" verhängten Ausfuhrverbotes einzuwirken.
>
> (B) Das Werk hat zwar wissenschaftlichen Charakter und beschäftigt sich nicht mit der gegenwärtigen Zeit, dennoch besteht die Gefahr, daß historisch nicht geschulte Leser die in dem Werke über die Vorgänge aus dem deutsch-französischen Kriege gemachten Angaben auf die gegenwärtige Zeit übertragen werden,
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> und daß insbesondere im feindlichen Auslande die unter Hinweis auf die damaligen Verhältnisse von Marx gemachten Ausführungen für die Gegenwart als Kampfmittel benutzt werden. Dies könnte aber für Deutschland schädigend wirken. Die Ausfuhr des Buches nach dem Ausland kann aus diesem Grunde nicht gestattet werden.
>
> (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Wissenschaftliche Interessen des einzelnen müssen hinter denen der Allgemeinheit zurücktreten.

Meine Herren, die Regierung hat in ihrem Gesichtskreise nur wirtschaftliche Interessen. Daß es noch höhere, ideelle Interessen gibt, kommt ihr gar nicht in den Sinn. Der alte Zopf hängt Herrn Lewald noch immer hinten. Die Aussprüche von Karl Marx, die dieser in genialer Beurteilung des Frankfurter Friedens getan hat, kennt jeder politisch Gebildete im In- und Auslande. Es kann, wenn das Werk ins Ausland kommt, dem Auslande in diesem Punkt gar nichts Neues geboten werden. Das Werk hat seine Bedeutung nicht durch die Wiedergabe jener Stellen, sondern durch die historische Würdigung des Karl Marx. Aber die neue Regierung kann sich die Bevormundung der Welt nicht ersparen, sie geht den alten Weg weiter.

Karl **Kautsky,** um ein anderes Beispiel herauszugreifen, hat ein Buch verfaßt: **„Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft".** Es ist am 22. Juli bei der Zensurbehörde in Leipzig eingereicht worden. (C) Am 21. August erhielt der Verlag — hören Sie! — Titelblatt, Inhaltsverzeichnis und Vorwort als vorläufig genehmigt zurück, der Text wurde zurückbehalten. Bis heute ist für den Text des Werkes die Genehmigung nicht zu erlangen gewesen. Jetzt unter dem neuen Regime am 7. Oktober hat die Presseabteilung des Stellvertretenden Generalkommandos auf Erinnerung des Verlages mitgeteilt, daß sie den mitbeteiligten Behörden zur Erledigung weitergegeben sei. Wer die mitbeteiligten Behörden sind, erfährt der Verlag nicht. So sieht die Behandlung eines Mannes der Wissenschaft aus; es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich sie als skandalös bezeichne.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es liegt auf der Hand, daß mit der Zeit gewisse Partien dieses Buches veralten und jetzt schon veraltet sein müssen, daß das Werk an Aktuellität verliert, wenn es erst nach Monaten die Genehmigung erhält.

Noch auf etwas anderes möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. In dieser Zeit ist es dringendes Bedürfnis, daß jeder, der der Gesamtheit etwas zu sagen hat, zu Gehör kommt. Die Schranken gegen die **Herausgabe neuer Zeitungen** müssen fallen. Sämtliche Parteirichtungen müssen die Möglichkeit haben, durch die Presse ihre Anschauungen zu vertreten. Nachdem durch das bekannte Vorgehen des Oberkommandos in den Marken unserer Partei der „Vorwärts" entrissen wurde, haben die Herren Ledebour und Hoffmann in Gemeinschaft mit mir den Antrag gestellt, uns die Herausgabe einer neuen Zeitung zu gestatten. Das Gesuch wurde damals abgelehnt. Jetzt haben wir es beim Reichskanzler wiederholt. Nach der alten Methode haben wir den Bescheid erhalten, daß die Angelegenheit der zuständigen Stelle übergeben worden sei. Merkt der Herr Reichskanzler nicht, daß es seine Aufgabe ist, durch allgemeine Anweisungen den bestehenden unhaltbaren Zustand zu beseitigen, (D) und daß es nicht genügt, wenn er Beschwerden, die ihm eingereicht werden, an die zuständigen Stellen abgibt, damit nach Wochen oder Monaten ein Bescheid kommt?

An verschiedenen Orten ist sogar noch jetzt der **verschärfte Belagerungszustand** aufrechterhalten. In **Königsberg** hat der Magistrat mit dem Mitbegründer der Vaterlandspartei, Oberbürgermeister Körte an der Spitze, ebenso die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Aufhebung des bestehenden verschärften Kriegszustandes gefordert und dargelegt, daß nicht der geringste Grund für den verschärften Kriegszustand vorhanden sei. Ich habe dem neuen Reichskanzler von dieser Tatsache sofort Mitteilung gemacht und ihn darauf hingewiesen, daß in Königsberg noch die außerordentlichen Kriegsgerichte fungieren. Bis jetzt habe ich nicht erfahren, daß eine Änderung eingetreten ist.

Auch die **Briefzensur,** nicht nur die offene, sondern auch die geheime, steht noch in voller Blüte, obwohl sie selbst nach dem gegenwärtigen Belagerungszustandgesetz unzulässig ist und der Verfassung widerstreitet.

Zu welchen Folgen diese geheime Briefzensur führt, dafür will ich Ihnen nur ein Beispiel geben. In Düsseldorf hat eine Frau Agnes, nachdem ihr Mann zum Militär eingezogen ist, wo er jetzt als Sergeant dient, alles versucht, um sein Geschäft — er ist Schneidermeister — aufrechtzuerhalten und hat ihre Kinder geradezu vorbildlich erzogen. Was sie nicht ahnte, ist die Tatsache, daß die Düsseldorfer Polizei sämtliche Briefe ihres Mannes, auch die Briefe familiärsten Charakters, öffnete, nach Entnahme von Abschriften im geheimen wieder schloß, ohne daß die Frau die Öffnung merken konnte, und sie dann erst durch die Post der Frau zutragen ließ.

(Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) Wegen einer Äußerung, die der Mann in einem Briefe tat, wurde er verhaftet, aber von den Militärbehörden nach 7 Wochen entlassen und wieder an die Front geschickt. Die Frau, die für die Äußerung ihres Mannes als Gesinnungsverwandte verantwortlich gemacht wurde, wurde 6 Monate in Schutzhaft gehalten,

(erneute erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

von ihren Kindern weggerissen.

Das sind die Wirkungen des alten Zustandes gewesen. Viele, viele ähnliche Fälle könnte ich Ihnen vorlesen. Geschämt habe ich mich, als ich vor dem Reichsmilitärgericht in der Beschwerdeinstanz von dem Vertreter der Düsseldorfer Polizei kaltblütig hörte, daß er seit Jahren nicht nur die Briefe, die bei den Akten in Abschrift waren, sondern auch noch andere Briefe dieses Mannes, und wahrscheinlich auch die Antworten seiner Frau gelesen und abgeschrieben hat. Und das soll noch einen Augenblick unter einem neuen Regime bestehen, das sich die Allüren eines demokratischen Regimes gibt!

Die **sozialdemokratische Partei** hatte ja feierlich geschworen, daß sie in die Regierung nur eintreten würde, wenn ihre **Mindestforderungen** angenommen würden. Schon diese Mindestforderungen waren ein Muster politischer Bescheidenheit, selbst für bürgerliche Parteien. In dem Regierungsprogramm aber, das im Namen sämtlicher Mehrheitsparteien der Herr Reichskanzler hier verlesen hat, hat sich selbst dieses Mindestprogramm bis zur Unkenntlichkeit verflüchtigt. Es wird in der politischen Geschichte unseres Volkes, wie besonders im Gedächtnis der Arbeiterklasse, fortdauern, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in eine Regierung auf Grund des Programms eingetreten sind, das der Herr Reichskanzler verkündet hat.

Noch immer sind Tausende Arbeiter lediglich aus politischen Gründen im Heere auf Veranlassung der Ge-
(B) neralkommandos, ganz gleich, ob sie militärtauglich sind oder nicht. Eine große Freude hat freilich die Heeresverwaltung an den so gewaltsam gemachten Soldaten nicht erlebt. Sie aber zu entlassen, ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Erstaunt bin ich nun gewesen, daß diese **Methode der politischen Maßregelung** auch unter dem neuen Regime vorwärts geht.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In den letzten Tagen ist einem Unternehmer, der politisch nicht organisiert und politisch nicht tätig ist, der aber einen Bruder hat, der Mitglied unserer Partei ist, und der in dem Hause dieses Bruders gesellschaftlich mit Herrn und Frau v. Beerfelde zusammengekommen ist, plötzlich eine Kriegsorder zugestellt worden. Dieser Mann war bis zum 15. Januar 1919 reklamiert, weil er zirka 400 Arbeiter beschäftigt, darunter 300 weibliche, und da seine Prokuristen zum Heeresdienst eingezogen sind. Jetzt hat er bei einer Zeugenvernehmung wahrheitsgemäß bekanntgegeben, daß er zwar nicht politisch tätig sei, aber sein Bruder, und daß er in dessen Hause mit Herrn v. Beerfelde bekanntgeworden ist. Das hat genügt, daß er auf Veranlassung des Oberkommandos in den Marken den Gestellungsbefehl erhalten hat.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hinter ihm ist wie hinter den vielen Tausenden Arbeitern der Geheimvermerk zu den Akten gegeben, daß er für die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährlich sei.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Oberkommando hat ausdrücklich bestimmt, daß die Kriegsbeorderung — das ist mit roter Tinte noch unterstrichen — nur mit seiner Zustimmung aufgehoben werden dürfe. Nicht militärische, nicht militärärztliche Gründe, sondern die Willkür des Oberkommandos, einer politischen Instanz, sollen darüber entscheiden, ob dieser Mann, der bis zum Januar nächsten Jahres reklamiert ist, beim Heere bleibt oder nicht. Ich habe diesen Fall gestern (C) dem Herrn Kriegsminister mitgeteilt. Ich werde abwarten, was geschieht nicht nur diesem einen gegenüber, sondern vor allen Dingen auch den tausend Arbeitern gegenüber, die in gleicher Lage sind. Hier müßte ein **Amnestiegesetz** eingreifen. Verfolgten, Verfemten und Verurteilten muß Recht geschehen. Sie fordern nicht Gnade, sie wollen durch den Willen der Volksvertretung in Freiheit gesetzt werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der neue Reichskanzler dachte bei seiner Eröffnungsrede nicht an Amnestie. Meine Fraktion hat, wie der stenographische Bericht ausweist, ihn durch Zurufe erst auf diese Pflicht hingewiesen. In jedem politischen Land ist es selbstverständlich, daß beim Regierungswechsel die politischen Opfer des alten Systems befreit werden. Infolge unseres stürmischen Verlangens nach Amnestie haben einige Blätter dann diese Forderung aufgegriffen. Das Ergebnis ist der Gnadenerlaß gewesen, der in jeder Beziehung unzureichend ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir begnügen uns nicht damit, daß nur Zivilpersonen begnadigt werden; wir verlangen die **Ausdehnung auf die Militärpersonen** und die **Matrosen.** Der Notschrei, der von den Matrosen aus dem Zuchthaus in Celle kommt, ist geradezu markerschütternd. Mehrere sind bereits infolge Hungers zugrunde gegangen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Andere leiden die schrecklichsten Qualen unter dem Hunger und haben den Wunsch, daß sie ebenso wie einige ihrer Kameraden lieber erschossen worden wären, als im Zuchthaus zu enden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird jetzt viel Aufhebens davon gemacht, daß auch **Liebknecht,** also eine Militärperson, befreit ist. Ahnen Sie denn nicht, von welch bitteren Gefühlen Liebknecht, (D) **Dittmann** und andere der Entlassenen beseelt sind, weil ihnen Gnade gewährt ist, wo sie auf Befreiung durch den Volkswillen rechneten? Ahnen Sie nicht, welcher Druck auf diesen Männern lastet, daß sie in Freiheit gesetzt worden sind, während andere hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern schmachten, obgleich sie dasselbe getan haben?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nichts ist so peinlich wie die aufdringliche Reklame, die insbesondere heute an vielen Stellen mit Liebknecht getrieben wird. Eine Reklame, die ja nicht Liebknecht gilt, sondern dem neuen Regime, als ob es etwas Großes wäre, daß dieser Mann, der sich geopfert hat, um der Menschheit früher den Frieden zu bringen, nun endlich in Freiheit gesetzt worden ist. Die Arbeitermassen merken die Absicht und werden verstimmt. Sie erinnern sich, daß, von vielen anderen abgesehen, seit mehreren Jahren schon ohne gerichtliches Urteil Frau **Rosa Luxemburg** in Haft festgehalten ist. Es haben die Akten kein Material ergeben, um ihr einen Strafprozeß zu machen. Aber weil das nicht der Fall ist, soll sie jetzt noch länger als die anderen sitzen, die vom Richter abgeurteilt worden sind.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schon politische Klugheit sollte Ihnen sagen, daß Sie nicht diejenigen Männer und Frauen festhalten dürfen, die im Ausland, auch im feindlichen Ausland, das größte Ansehen genießen als Vorkämpfer der Friedensidee. Unsere französischen Freunde haben auch jetzt in dieser Zeit, obwohl infolge der Siege der Ententeheere der Chauvinismus in Frankreich blüht, mutig diesen Chauvinismus bekämpft und haben sich zu einem demokratischen Frieden bekannt, allen Anfeindungen zum Trotz. Diese Stimmung zu heben, das wäre ein Gebot nicht nur sogenannter, sondern wirklicher staatsmännischer Politik.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Haase [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) Meine Herren, wir verlangen aber auch **Ausdehnung der Amnestie** auf Grund eines Gesetzes, wie wir es eingereicht haben, **auf die Ausländer** und die **Angehörigen der besetzten Gebiete.** Ich will nicht wiederholen, wieviu diesen besetzten Gebieten der Terror gewütet hat, der Terror mit einer gesetzlichen Umhüllung, was für drakonische Strafen wegen politischer Betätigung gegen einzelne Personen verhängt worden sind. Es ist ja gestern noch darüber gesprochen worden. In **Finnland** ist ein Schreckensregiment, wie es in der Welt noch nie erlebt worden ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Viele Tausende von Kämpfern aus den Reihen der Arbeiterklassen und Bauern sind mit Maschinengewehren abgeschlachtet worden, nachdem sie sich selbst ihr Grab haben graben müssen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

80 000 finnische Revolutionäre wurden gefangen gesetzt, 50 000 sind seitdem der Blutorgie der finnischen Regierung zum Opfer gefallen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

10 000 sollen jetzt begnadigt werden; 20 000 sollen noch in Gefangenschaft bleiben.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, vor kurzem ist die Nachricht gekommen, daß der frühere Senator Fanner, der in Skandinavien für humanitäre Zwecke zur Unterstützung der Notleidenden in Finnland tätig war, verhaftet worden ist. Wenn die deutsche Regierung nicht die Gendarmen geliefert hätte für die Bourgeoisie, so wären solche Zustände unmöglich gewesen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn die deutsche Regierung sich aus Finnland zurückzieht — je schneller desto besser, nicht nur für unsere Politik, sondern für die Menschlichkeit, vor allem für die (B) Arbeiter in Finnland selbst!

Meine Herren, die ganzen **Verfassungsentwürfe,** die Sie uns vorgelegt haben, sind ja nur wie ein Flicken auf dem absolutistischen, militaristischen Mantel.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es sollen in Zukunft **Abgeordnete Mitglieder der Regierung** sein. Demokratisch ist es, daß, wenn ein Parlamentsmitglied in die Regierung eintritt, es zunächst sein Mandat den Wählern zur Verfügung stellt, um festzustellen, ob es auch dann noch das Vertrauen seiner Wähler hat. Aber wir verkennen nicht, daß, nachdem das Proporzwahlrecht in einzelnen Bezirken eingeführt ist, dieser Grundsatz sich nicht mehr durchführen läßt. Wir werden also für diese Vorlagen stimmen.

Der Antrag der Regierung, daß die **Mitwirkung des Reichstags bei Erklärung von Krieg** und bei **Schluß von Frieden** eintreten soll, ist völlig unzulänglich. Würde nur der Regierungsantrag angenommen, so bliebe in Wahrheit alles beim alten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn dann würde der Kaiser nach wie vor das Recht haben, für den Fall, daß er glaubt, daß ein Angriff auf das Reichsgebiet erfolgt ist, allein den Krieg zu erklären. Das haben nun die Monarchen und die Staatsmänner immer verstanden, daß sie den Gegner ins Unrecht zu setzen suchten, daß sie jeden Krieg als einen Angriffskrieg zu charakterisieren unternahmen. Haben wir doch vernommen, daß wir von Frankreich dadurch angegriffen worden seien, daß französische Flieger über Nürnberg und Karlsruhe geflogen sind. Diese Lüge hat kurze Beine gehabt. Amtlich ist bald festgestellt worden, daß weder über Nürnberg noch über Karlsruhe ein Flieger gewesen ist, daß in keinem dieser Orte eine Bombe abgeworfen worden ist. Auf solche Argumente könnte sich also auch später der Kaiser stützen und Krieg erklären. Wir wollen auch den Bundesrat ausschalten, wir wollen, daß das Volk kraft (C) seiner Souveränität über sein Schicksal allein entscheiden soll, daß der Reichstag ausschließlich den Krieg erklären, den Frieden schließen soll.

Zu der Volkssouveränität paßt es auch nicht, daß eine unkontrollierbare Macht, der Kaiser, nach seinem Belieben die Volksvertretung nach Hause schicken kann. Wir haben infolgedessen den Antrag gestellt, daß die Bestimmung unserer Reichsverfassung, nach der der **Kaiser** das Recht hat, den **Reichstag aufzulösen,** beseitigt wird. Bei dem raschen Wechsel der politischen Ereignisse ist es ferner wichtig, daß die Dauer der Legislaturperiode herabgesetzt wird. Wir schlagen Ihnen eine **einjährige Legislaturperiode** vor.

(Zurnf.)

— Nein, meine Herren, wir haben eine einjährige Etatsperiode, und es entspricht durchaus dieser Bestimmung, daß auch, wenn ein neuer Etat vorgelegt wird, das Volk wiederum bestimmt, wie die politische Situation zu beurteilen ist, und daß deshalb ein neuer Reichstag gewählt wird. Aber wollen Sie zwei Jahre, dann läßt sich darüber reden; wir haben viel wichtigere Sorgen. Wir wollen, daß die ganze Verfassung von Grund aus geändert wird. Ein Wirbelsturm geht durch die Welt, und in dieser Zeit, wo alles von unten nach oben sich kehrt, wo die tiefgreifendsten Umwälzungen vor sich gehen, da wollen wir keinen Kaiser, keinen Bundesrat, keinen Reichstag mit den geringen Befugnissen haben, die in der gegenwärtigen Verfassung enthalten sind. Es muß zur **Republik** kommen; aber eine Republik, die eine kapitalistische ist, ist keineswegs unser Ideal. Wir sehen das Heil der Arbeitermassnn nicht in ihr, wenn wir auch nicht verkennen, daß jede Republik Hemmnisse im Klassenkampf beseitigt. Wir sind vor allen Dingen jetzt entschlossen, die Massen mit dem Gedanken zu erfüllen, daß es nichts Wichtigeres gibt, als einen Frieden herbeizuführen, der die Gewähr der Dauer in sich schließt. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind durchaus nicht in höchstem Maße begeistert für Wilson, wir glauben nicht, daß, wenn ein Friede nach Wilsonscher Art zustande kommt, dann die Arbeitermassen auf ihre Rechnung kommen. Wir fürchten, daß, wenn die Regierungen sich auf dem Friedenskongreß geeinigt haben, daß sie, die jetzt miteinander hadern, dazu übergehen werden, die **russische Revolution** gemeinsam zu unterdrücken. Der Herr **Reichskanzler** hat in einem Interview, das er am 15. Februar d. J. dem Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus, Herrn Mantler, gab, die russische Revolution als Cholera und Pest bezeichnet.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat erklärt, daß, wenn Cholera und Pest drohen, dann sich alle zivilisierten Staaten zu gemeinsamen Absperrungsmaßregeln zusammenschließen müssen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

„Kreuzzeitung" und „Frankfurter Zeitung" haben in traulichem Verein nach demselben Ziel hingestrebt, haben gerufen, daß man sich zusammentun müsse, um den Bolschewismus zu unterdrücken. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat diese Bewegung mit seinem Aufruf noch gestärkt und gefördert.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es kommt nicht darauf an, ob man mit jeder einzigen Handlung der revolutionären Arbeiterregierung in Rußland einverstanden ist. Worauf es ankommt, ist, daß in Rußland im großen Maßstabe der Versuch unternommen wird, die sozialistischen Forderungen durchzuführen. Da mag man Kritik am einzelnen üben, aber man soll nicht jetzt, wo diese Republik sowohl von der Entente wie von Deutschland bedrängt wird, ihr in den Rücken fallen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Haase** [Königsberg], Abgeordneter.)

(A) Meine Herren, wir sehen trübe in die Zukunft, trübe, weil wir fürchten, daß der Friede uns nicht die Ruhe bringen wird. Wir erwarten von der Regierung, daß sie aus eigener Initiative den **Artikel 5 des Prager Friedens** endlich zur Erfüllung bringen wird.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die rein dänisch sprechenden, fühlenden und denkenden Nordschleswiger haben nach dem Prager Friedensvertrage ein Recht, daß sie endlich darüber abstimmen können, zu welchem Staate sie gehören wollen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warten Sie nicht, bis auf dem Friedenskongreß auch diese Frage zu einer internationalen Frage gemacht wird.

Wir sehen die Völker nicht als Besitztümer an, die hin und hergeschoben werden können, von einem Staate zum andern. Wir haben uns deswegen auch dagegen gewandt, daß Frankreich durch die Gewalt des Schwertes Elsaß-Lothringen zurückerobern wollte. Wir stehen deswegen heute auf dem Standpunkte, — und wir freuen uns, daß unsere französischen Freunde ihn teilen —, daß die **elsaß-lothringische Bevölkerung** darüber entscheiden muß, zu welchem Staate sie gehören will. Nicht die Staatsgrenzen, auch nicht die Sprachgrenzen sind entscheidend in dieser Frage: entscheidend ist der Wille der Bevölkerung.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind nicht enttäuscht über den Verlauf der Dinge. Wir haben vorausgesehen, daß es so mit Elsaß-Lothringen kommen würde. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, die elsaß-lothringische Frage zu einer ausschließlich deutschen Frage zu stempeln, daß sie eine internationale Frage sei.

Wir stehen genau so zur **polnischen Frage.** Noch vor der polnischen Fraktion hat meine Fraktion in diesem Hause das Recht der Polen, auch der deutschen Polen, ihr Geschick selbst zu bestimmen, sich mit den Polen der (B) anderen Länder zu einem einheitlichen Staate zu vereinigen, verkündigt.

(Bravo! bei den Polen.)

Aber, meine Herren, auch hier sind wir Gegner jener polnischen Hitzköpfe, welche jetzt alles Land, das irgend einmal unter polnischer Herrschaft war, als polnisches Land bezeichnen möchten. Nicht die Sprache darf entscheiden, sondern wiederum nur der Wille der Bevölkerung. Wir sind darauf angewiesen, mit dem neuen polnischen Reiche im Frieden zu leben, und es sollte von beiden Seiten, von deutscher Seite wie von polnischer Seite, jetzt alles unterbleiben, was diese beiden Nationen durcheinanderhetzen könnte. Es wäre ein Unglück, wenn durch unbegründete nationalistische Aspirationen die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Teile des Reiches unterbunden würde.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da klar zu prüfen: was will die Bevölkerung? — und nicht etwa: was begehrt ein Teil der Polen? — das ist die gemeinsame Aufgabe der Deutschen und Polen, die das Selbstbestimmungsrecht in jeder Beziehung achten.

Meine Herren, wir sehen trübe in die Zukunft nicht nur wegen all der schweren Leiden, mit denen unser Volk erfüllt ist und die in ihrer vollen Tragik erst nach dem Kriege hervortreten werden, sondern auch wegen der unerschwinglichen Lasten, die auf ihm ruhen und die von Tag zu Tag größer werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wenn Sie den Krieg fortsetzen, so müssen Sie sich doch sagen, daß zu den Hunderten von Millionen — denn um diese Summe handelt es sich ja schon — noch weitere Zehner von Millionen kommen werden. Wer wird denn diese Lasten tragen? Zum größten Teil werden es wiederum die Arbeiter, die Handwerker, die kleinen Leute sein. Der Mittelstand ist zerrieben in einer Art, wie es niemand geahnt hat. Die Beamten, die Angestellten werden unter dem Steuerdruck und der Teuerung bei ihren geringen Gehältern leiden wie nie zuvor. Diese Lasten zu vermehren, ist unverantwortlich.

Das deutsche Volk wird nicht untergehen — wird nicht untergehen, wie auch dieser Friede aussieht. Aber freilich, die Errettung kann dem deutschen Volke aus seiner Not, aus seinem Elend, aus dem unerhörten Druck nicht kommen in der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Produktivität der Landwirtschaft und der Industrie kann aufs höchste gesteigert werden, wenn an Stelle der Wirtschaftsordnung, deren einzige Triebfeder der Profit ist, die **sozialistische Wirtschaftsordnung** tritt. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist notwendig.

(Zuruf.)

— Auf Rußland können Sie nicht hinweisen, meine Herren, weil die Zustände in Deutschland ökonomisch viel reifer sind als in Rußland. In Deutschland und in England — das gestehen auch bürgerliche Nationalökonome zu — hat die Produktion einen solchen Reifegrad erreicht, daß es möglich ist, ohne starke Erschütterungen die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung überzuführen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie der Militarismus zusammengebrochen ist, so wird auch dem Kapitalismus bald seine Sterbestunde läuten. Die Götzendämmerung für das alte System ist hereingebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter, namentlich der deutschen Arbeiter, aber freilich auch der Arbeiter der anderen Länder wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder (D) ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern; wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Vizekanzler.

v. Payer, Wirklicher Geheimer Rat, Stellvertreter des Reichskanzlers: Meine Herren, aus der großen Fülle von Material, das die Verhandlungen gestern und heute gebracht haben, kann ich selbstverständlich nur einige Punkte hervorheben, die mir der Erörterung besonders bedürftig erscheinen. Ich muß es vor allem ablehnen, mich auf die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien einzulassen, und ich muß es mir auch versagen, mich einzulassen auf die Darstellung der politischen Vorgänge der letzten Wochen und Monate, die der Herr Vorredner soeben, reichlich einseitig nach meiner Kenntnis der Verhältnisse, gegeben hat. Ich will nur die **antimonarchischen Extravaganzen,** die dem Herrn Vorredner ja geläufig sind, und die er auch heute wieder vorgebracht hat, zurückweisen an sich, namentlich aber auch unter dem Gesichtspunkte, daß mir jetzt die Stunde nicht zu sein scheint, in der man ohne Gefährdung unserer Stellung nach außen derartige Probleme hier zur Erörterung stellen kann.

(Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte auch noch sagen, daß es kein Übermut und kein Ausfluß des Kapitalismus und auch keine Torheit ist, wenn in den heutigen Tagen das deutsche Volk sich rüsten will für den schlimmsten Fall

(sehr richtig! links),

(Dr. **v. Payer**, Stellvertreter des Reichskanzlers.)

sich rüsten will für den Fall, daß es mit Vernichtung bedroht wäre.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk, sich zur Wehr zu setzen, wenn seine Lebensinteressen gefährdet werden. Das entspricht auch dem menschlichen und vaterländischen Empfinden, und das ist gehandelt im Geiste der Männer, die das Deutsche Reich geschaffen und Deutschland groß gemacht haben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, lassen Sie mich nun auf die **innere Politik** eingehen. Hier haben sich nun die Herren von rechts und links ausgesprochen; das Ergebnis war ungefähr vorauszusehen. Von rechts wurde uns der Vorwurf gemacht, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien durch überstürzte und zu weitgehende Reformen die Grundlagen des Staatswesens angegriffen haben, und daß wir jetzt eilends dem Abgrunde zutreiben. Links dagegen wird behauptet: alles, was wir bis jetzt getan haben und was wir in Aussicht stellen, seien nur schwache Versuche zu einer richtigen Reform, die nun eilends und grundstürzend aufgenommen werden müsse. Vielleicht liegt auch hier wieder einmal die Wahrheit in der Mitte. Es sind **Reformen von großer grundsätzlicher Bedeutung**, die wir durchgeführt haben und durchzuführen im Begriffe sind.

(Sehr richtig! links.)

Ihre praktische Tragweite, die wir heute noch nicht voll übersehen können, wird sich erst in den nächsten Wochen und Monaten, vielleicht in den nächsten Jahren ganz zeigen können.

Als besonders beachtenswert möchte ich in dieser Periode der Reformen eins hervorheben. Kaum hat es wohl je eine Zeit und ein Volk gegeben, in denen so zahlreiche und so einschneidende Reformen in so kurzer Zeit durchgeführt worden sind, durchgeführt nicht bloß auf friedlichem verfassungsmäßigem Wege, sondern durchgeführt ohne die geringste Erschütterung, in besonnener, ruhiger, fast könnte man sagen, in geschäftsmäßiger Weise. Kann es einen besseren Beweis für die Haltung und politische Schulung des deutschen Volkes geben? Das war allerdings, nehme ich an, in diesem Umfange nur deshalb möglich, weil es sich bei diesen Reformen nicht um die Einführung neuer staatsrechtlicher Erfindungen gehandelt hat, sondern um die Erfüllung alter seit Jahrzehnten aufgestellten Forderungen der großen Mehrheit des deutschen Volkes, Forderungen, deren Nichterfüllung ein Fehler war, der nur einigermaßen entschuldigt werden kann durch den leider so oft wahrgenommenen Mangel jedes Verständnisses für die Lebensbedürfnisse und für den politischen Kredit unserer Nation.

(Sehr richtig! links.)

Die Früchte, die wir jetzt pflücken, und die jahrzehntelang gehegt und gepflegt worden sind von zielbewußten und aufopferungsvollen Männern, sind heute reif, fast überreif, kann man sagen. Darum fallen sie so rasch und so schmerzlos. Mannigfach handelt es sich nur um die Sanktionierung von Veränderungen, die im Bewußtsein unseres Volkes tatsächlich sich so gut wie bereits vollzogen hatten.

Im übrigen darf man wohl sagen: wenn die Reformen einmal gemacht werden müssen und sollen, so war spätestens jetzt der richtige Augenblick gekommen, sie zu machen.

(Sehr richtig! links.)

Der Augenblick war gekommen schon im Hinblick auf das, was das deutsche Volk zu leisten und zu leiden gehabt hat in den vier Jahren dieses Krieges. Die Reformen sollten der Dank dafür sein, daß das deutsche Volk diese Opfer auf sich genommen hat, und sie sollten den Ansporn zu weiteren Leistungen des deutschen Volkes geben; denn (C) ein Volk kämpft williger und erfolgreicher für ein freies und dankbares Vaterland als für ein Vaterland, in dem es sich nur als Bürger zweiter Gattung ansehen kann.

Noch ein Gesichtspunkt ist hier maßgebend. Unsere Feinde begründen ihren Willen, uns zu vernichten, mit der Behauptung, das deutsche Volk sei politisch so entrechtet und unterdrückt, so von kleinen herrschenden Kreisen abhängig, daß es um deswillen eine ständige Gefahr für den Frieden und für die ganze Welt bedeute, jetzt wie für die Zukunft, und dieser Glaube, der im Auslande verbreitet ist, ist eines der wesentlichsten Hindernisse für das Zustandekommen des Friedens bisher gewesen. Dieses Hindernis aus der Welt zu räumen, war Aufgabe einer Regierung, die sich ihrer Pflicht bewußt ist. Es hat also hier auch an einem schwerwiegenden äußeren Anlaß nicht gefehlt. Man kann, glaube ich, sagen: die Reformperiode und das, was in ihr geleistet wurde, und geleistet werden soll, hat die Zustimmung fast des ganzen deutschen Volkes gefunden, und sie wird auch die Zustimmung der Weltgeschichte finden, wenn sie einmal von dieser gerichtet werden wird. Sie wird vor ihr mit Ehren bestehen.

Und was wird von der anderen Seite verlangt? Meine Herren! Es ist leicht, den Stein, wenn man einmal im Reformieren ist, recht weit hinaus zu werfen und mit Kühnheit und Schärfe die sofortige und restlose Durchführung auch derjenigen Reformen zu heischen, die zweifellos heute nicht oder noch nicht dem allgemeinen Volksbegehren entsprechen. Wer aber verantwortlich ist, der muß sich jede Reform, die er ins Leben rufen will, an sich und in ihrer Wirkung aufs gewissenhafteste überlegen. Sicherlich will das deutsche Volk nicht, daß das, was geschieht und angekündigt wird, als der Abschluß der Reihe von Reformen angesehen werde, die es begehrt. Auch wir in der Reichsleitung (D) denken nicht daran, jetzt das Verfassungswesen, weil einiges geschehen ist, für die Zukunft versteinern zu wollen. O nein! Zahlreiche und tiefgreifende Reformen sind noch in Aussicht und müssen teils rasch, teils in späterer Zukunft ihre Erledigung finden. Aber es ist falsch, meine Herren, zu glauben, daß man, was in langen Jahren versäumt und aufgeschoben wurde, nun über Nacht mit einem Schlage nachholen kann, und daß man bei günstiger Gelegenheit Hals über Kopf jede Entwicklung durchsetzen könne, die vielleicht irgendwo in einem anderen Lande unter günstigen Umständen, unter anderen Verhältnissen durchführbar war oder im Studierzimmer des Theoretikers ausgeheckt worden ist. Wir müssen die Dinge nüchtern betrachten. Solide muß der Bau sein, wenn er Bestand haben soll, und auf jeden Stein kann vernünftigerweise erst dann wieder ein anderer gesetzt werden, wenn er selbst gut sitzt. Zu staatsrechtlichen Experimenten und zu staatsrechtlichen Kunststücken — das ist unsere Auffassung von der Sache — ist im fünften Kriegsjahre kein Platz.

Meine Herren, der konservative Redner hat uns sehr ernsthaft darüber zur Rede gestellt, weshalb wir nicht an Stelle der Mehrheitsregierung, wie sie jetzt eingeführt worden ist, eine alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken umfassende **Koalitionsregierung** gewählt haben, und weshalb wir nicht dementsprechend die **Konservativen** in die Regierung aufgenommen haben. Glauben Sie mir, meine Herren, auch wir sind nicht achtlos an dieser Frage vorübergegangen. Auch uns ist es bekannt, daß es im Leben der Nationen Augenblicke gibt, in denen es ein nützliches, oft das einzige Mittel ist, in der Stunde äußerster Gefahr die Kräfte einer Nation zusammenzufassen, wenn man eine solche Koalitionsregierung bildet. Das hat sich auch in der letzten Zeit gezeigt, wie schon manchmal vorher.

(Dr. **v. Payer,** Stellvertreter des Reichskanzlers.)

(A) Aber, meine Herren, alle diese **Regierungen** sind an eine Voraussetzung gebunden: sie müssen erfüllt sein von einem **einheitlichen,** klaren, alles überragenden **Ziele,** dem alle anderen Richtungen und Bestrebungen sich als verhältnismäßig unbedeutend unterzuordnen haben. Ist das nicht der Fall, verfolgen innerhalb einer solchen Regierung verschiedene Richtungen verschiedene Ziele, dann bringt die Regierung nichts fertig, das Fuhrwerk bleibt stehen. Es muß stehen bleiben, wenn ein Roß vorwärts und das andere Roß nach der umgekehrten Richtung zieht. Und, was vielleicht noch schlimmer ist: solche Regierungen entbehren jeglichen Vertrauens.

(Sehr richtig! links.)

Wir aber in der heutigen Regierung brauchen in diesen Tagen das Vertrauen, vor allen Dingen im Innern.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich werfe die Frage auf, hätten wir heute das **Vertrauen der Bevölkerung** im großen und ganzen, wenn wir die Regierung durch Aufnahme konservativer Parlamentarier in sie verstärkt hätten? Wir wären dann wohl einig in einem Punkte, nämlich in der Entschlossenheit, das Vaterland mit äußerster Kraft zu verteidigen.

(Zuruf rechts.)

— Es handelt sich eben nicht bloß um das. Das möchte ich gerade auseinandersetzen. Wir wären aber nicht einig über den Inhalt des Friedens, den wir erstreben. Wir wären nicht einig über den Weg, auf dem wir zu diesem Frieden kommen wollen. Wir wären nicht einig über die Geflissentlichkeit, mit der man diesem Frieden entgegenstrebt, und wären nicht einig, sogar recht uneinig über die Reformen, die nach unserer Überzeugung im Innern durchgeführt werden müssen, wenn das Vaterland bestehen bleiben soll.

(Bravo! links.)

Woher sollte eine Regierung, in der Sie auf der Rechten (B) Ihre Anschauungen naturgemäß vertreten müßten, die Kraft nehmen, auch nur zu bestehen, geschweige, sich das Vertrauen anderer zu erwerben? Wir aber brauchen das Vertrauen in unsere Verhältnisse, nicht bloß im Innern, wir brauchen auch das **Vertrauen des Auslandes,** bis zu einem gewissen Grade sogar das Vertrauen unserer Feinde. Wir wollen den Frieden haben und wir haben ihn auch notwendig. Darüber sind wir einig. Unsere Feinde aber mißtrauen unserer ehrlichen Absicht, einen Frieden des Rechts zu schließen, sie mißtrauen uns hauptsächlich auf Grund mannigfacher Vorkommnisse in der Vergangenheit, von denen wir es ihnen nicht verübeln können, wenn sie ihnen gewisse Gründe des Zweifels entnehmen. Wir können deshalb niemand in der Regierung brauchen, der heute noch mehr für einen Gewalts- als für einen Rechtsfrieden ist.

(Sehr richtig!)

Wir brauchen, wenn wir Vertrauen haben sollen, wenn wir den Frieden haben wollen, eine klare Scheidung zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Man stelle sich nur den Gedanken vor Augen, daß der Graf Westarp, der gestern die Ausführungen zu der U-Boot-Frage und zu unseren innerpolitischen Verhältnissen abgegeben hat, parlamentarischer Staatssekretär wäre, entsendet in die Regierung von der konservativen Partei. Es wäre unmöglich, mit solchen Verschiedenheiten der Auffassung überhaupt zu bestehen.

Weiter mißtrauen unsere Gegner und mit ihnen vielfach das neutrale Ausland auch der Verjüngung unserer inneren Zustände, der Demokratisierung der Verfassung, der Gesetzgebung und der Verwaltung, wie sie im Gange ist. Auch das ist ein Hindernis des Friedens. Es müßte ein Schaden für unsere Zukunft entstehen, wenn wir diese Hindernisse weiter bestehen ließen. Wir können also keine Gegner der Reform in dieser Reformregierung brauchen. Die Aufnahme auch nur eines einzigen (C) Gegners müßte unserem Kredite nicht nur im Innern, sondern auch gegen außen schaden. Was wir brauchen, um zu bestehen, das ist — darüber sind wir uns klar — eine unzweideutige, ehrliche und gerade Politik, sie allein kann uns mit Erfolg durch die Wirrnisse der Zeit hindurch führen.

(Bravo! links.)

Es ist ja zuzugeben, daß es für die Herren auf der rechten Seite unangenehm ist, nachdem etliche 40 Jahre sämtliche **Regierungsvertreter,** zwar nicht aus ihrer parlamentarischen Fraktion, aber doch wenigstens **aus den konservativen Kreisen** entnommen worden sind, daß es ihnen da jetzt schmerzlich sein muß, wenn das aufhört und daß sie kaltgestellt und durch andere ersetzt werden, die seither haben beiseite stehen müssen. Das kann aber nicht maßgebend sein, und die Konservativen haben vielleicht die Güte zu bedenken, daß sie, wenn wir von Anfang des Deutschen Reichs an die Regierungssitze nach einem gerechten Maßstabe auf die Vertreter der verschiedenen Parteien umgelegt hätten, sie mindestens in der heutigen Stunde ein halbes oder ein ganzes Jahrhundert im Vorschuß wären. Von dem müssen sie jetzt leben. Und sie müssen sich auch, wenn sie uns angreifen darüber, daß wir sie nicht haben aufnehmen können in die Regierung, doch darüber klar sein, daß sie an der eingetretenen Veränderung zum großen Teil selbst schuld sind, weil sie eine Politik gemacht haben, die derjenigen entgegengesetzt ist, die wir heute befolgen.

Nun hat sich's gezeigt, daß andere und neue Kräfte in die Regierung hereingenommen werden müssen und hereingenommen werden können, denen sie den Platz räumen müssen. Es war eben eine falsche Politik, daß Sie sich dem Rade der Weltgeschichte, das Sie leicht in gute Bahnen hätten lenken können, zu lang und zu hartnäckig und ohne weiten Blick entgegengestemmt haben, daß Sie ihm jede Bewegung so lange versagen sollten, bis (D) das Rad eben über Sie und Ihre Bestrebungen hinweggegangen ist. Jetzt gehören Sie dahin, wo Sie nach Ihrer gestrigen Erklärung gern stehen wollen, — jetzt gehören Sie in die **Opposition.**

(Sehr richtig! links und rechts.)

Vielleicht tun Sie, meine Herren von der konservativen Partei, in der heutigen Stunde bei dem Ruf, den Sie sich nun einmal erworben haben, dem Vaterlande sogar wirklich einen Dienst, wenn Sie in der Opposition sind und auch darin bleiben. Das gibt klare, durchsichtige, einfache Verhältnisse.

(Sehr richtig! links.)

In dieser Opposition können Sie, glaube ich, auch ohne Schaden bleiben: denn Sie haben uns gestern die Erklärung abgegeben, die wir nicht anders von Ihnen erwartet haben, daß Ihre Opposition eine durchaus loyale sein werde.

(Zurufe rechts.)

Sie sind, wie Sie uns gestern erklärt haben, entschlossen, solidarisch mit den anderen Parteien für die Verteidigung und Rettung des Vaterlandes gegen jede Vernichtung oder Demütigung auch Ihrerseits das Letzte daranzugeben.

(Erneute Zurufe rechts.)

Es wird das Land mit Genugtuung — nicht mit Verwunderung, denn man hatte nichts anderes erwartet — erfüllen, daß Sie das in dieser Weise zum Ausdruck gebracht haben. Noch mehr wird es unsere Brüder und Söhne an der Front draußen mit Genugtuung erfüllen, die jetzt den so unendlich schweren Kampf zu tragen haben und denen jede Äußerung wohltuen muß, aus der sie sich überzeugen können, daß die Gesamtheit des deutschen Volkes in diesen ernsten Tagen ohne Rücksicht auf Parteiangehörigkeit, ohne Rücksicht

(Dr. v. **Payer**, Stellvertreter des Reichskanzlers.)

darauf, ob der einzelne in der Opposition steht oder sich in der Regierung befindet, hinter ihnen steht.

(Bravo! links.)

Der Herr Redner der konservativen Partei hat von dem der Opposition zustehenden Recht der **Kritik** in einer Richtung, glaube ich, fast zuviel Gebrauch gemacht; er hat sich nämlich zu eingehend mit der **Note** abgegeben, die wir vor einigen Tagen abgesandt haben. Seine Billigung war selbstverständlich nicht zu erwarten, seine Billigung, hätte, glaube ich, auch nur verwirrend gewirkt. Wir müssen es ablehnen, ihm auf seine Ausführungen zu folgen, und er wußte auch schon gestern, daß wir ihm auf diesem Gebiete nicht folgen können. Meine Herren, die Note ist jetzt in der Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wir erwarten die Antwort auf dieselbe. Was ich hier ausspreche, das gilt auch für den Redner der äußersten Linken, für den Herrn Abgeordneten Haase, der sich auch mit dieser Note befaßt hat. Wir sind der Meinung, daß es schädlich, mindestens aber gefährlich ist, wenn die Parteien oder gar die Regierung sich in Auseinandersetzungen über den Inhalt und über die Bedeutung dieser Note einlassen, wenn sie sich darüber herumstreiten, wenn sie dadurch den Gehalt und die Bedeutung der Note entwerten würden und wenn man es zulassen würde, daß jeder das, was ihm gutdünkt, in diese Note so lange hineinlegt und so lange aus dieser Note herausliest, bis schließlich kein Mensch mehr wüßte, was eigentlich der Inhalt sein soll.

(Zurufe rechts und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unter diesen Umständen sollte jeder mit Genugtuung verzichten, die in dem Versuch des Beweises liegt, daß man klüger und weiser ist und einen weiteren Blick hat als die anderen. Diese Genugtuung ist, wenn sie Frieden und Einigkeit zu hindern geeignet ist, zu teuer erkauft.

Der konservative Redner hat gestern auch darüber Beschwerde geführt, daß der **Reichstag** jetzt von der Regierung im ganzen **ungenügender informiert** wird, als das unter den früheren Regierungen der Fall gewesen sei. Das ist ein Irrtum. Der Reichstag wird unter der neuen Regierung genau so auf dem laufenden gehalten, wie er unter den früheren gehalten worden ist. Der Irrtum mag wohl daher kommen, daß einmal eine Ausnahme stattgefunden hat. Das war im Sommer vorigen Jahres, als die Antwort auf die Papstnote beraten wurde. Zu der Besprechung des Entwurfs dieser Note wurde von der damaligen Regierung der sogenannte **Siebenerausschuß** einberufen, und er hat damals mitberaten. Dieser Siebenerausschuß hat aber ein längeres Leben nicht fristen können, da in ihm neben den jetzigen Mehrheitsparteien nur noch die Konservativen vertreten gewesen sind, während die anderen Parteien außer diesen fünf Fraktionen keine Vertretung in ihm gefunden haben. So hat er sich keiner sonderlichen Beliebtheit erfreut und ist er stillschweigend eingeschlummert, ohne daß jemand einmal den Wunsch ausgesprochen hätte, man solle wieder auf ihn zurückkommen. Damals also war es anders. Aber sonst, zu allen anderen Zeiten im Kriege, ist es so gewesen, wie es jetzt auch gehalten wird.

Eines darf ich doch wohl auch sagen — und das werden uns die Herren nicht bestreiten können —, daß, wenn sie einmal einen von uns um eine Auskunft angegangen haben, die wir nach Lage der Sache mit gutem Gewissen geben konnten, sie ihnen von jedem von uns auch jederzeit willig gegeben worden ist.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu dem Antrag, der von einer Reihe von Parteien gestern in diesem Hause eingebracht worden ist, dem **Antrag**, der darauf abzielt, daß dem **Reichskanzler** das **Vertrauen** des **Reichstags** oder seiner Mehrheit bekundet werden soll. (C)
Es scheint, daß nun auch formell das parlamentarische System das erste Mal praktisch in die Erscheinung treten soll. Wir in der Regierung haben diese Vertrauenskundgebung nicht verlangt. Sie ist uns aber selbstverständlich willkommen. Wir haben unsererseits das Vertrauen und wir brauchen, wie ich Ihnen schon auseinandergesetzt habe, auch das Vertrauen der Mehrheit dieses Reichstags. Vielleicht leistet es gegen innen und gegen außen gute Dienste, wenn jetzt auch formell bekundet wird, daß dieses Vertrauen vorhanden ist. Mit der Ruhe eines guten Gewissens schauen wir dieser ersten Entscheidung des Reichstags als Gerichtshof entgegen.

(Lebhafte Zustimmung links. — Zurufe rechts.)

Vizepräsident **Dove**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stychel. — Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Stychel, Abgeordneter: Meine Herren, bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich noch einige Worte vorausschicken zu den Bemerkungen, die von seiten des Herrn Grafen Westarp gemacht wurden. Herr Graf Westarp verlangte kategorisch im Gegensatz zum Inhalt der Rede des Herrn Reichskanzlers die Unversehrtheit der deutschen Reichsgrenzen und erklärte dabei, kein Fußbreit deutschen Bodens im Osten dürfe abgetreten werden. Meine Herren, die Gerechtigkeit und die Polen verlangen keinen deutschen Boden. Aber das ist klar, der chauvinistische Grundsatz: „Wo der Deutsche einmal Fuß gefaßt hat, da ist und bleibt deutscher Boden", hat seine Geltung verloren.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Graf Westarp meinte, die Ansprüche der Polen auf Restitution seien unerhörte Ansprüche. Es wird sich ja in der internationalen Friedenskonferenz zeigen, wie dort die Sache aufgefaßt wird.

Sonderbarerweise kann man heute eine Harmonie (D)
zwischen zwei Extremen konstatieren, zwischen Herrn Grafen Westarp und Herrn Abgeordneten Haase.

(Heiterkeit.)

Auch Abgeordneter Haase hat sich aufgelehnt gegen eine **Abtretung von polnischen Landesteilen** im preußischen Teilungsgebiet, welche eine Abschneidung Ostpreußens zur Folge hätte. Das ist bezeichnend; aber ich glaube, es ist nicht vorteilhaft für die Versuche, möglichst bald zum Frieden zu kommen, nicht vorteilhaft für die Notwendigkeit, die Regierung bei diesen Versuchen auch durch die öffentliche Meinung zu stützen.

Meine Herren, Herr Abgeordneter Naumann hat gewünscht, Zweideutigkeiten müßten vermieden werden, Das ist auch unser Wunsch.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Darum reden wir; darum treten wir Polen aus der Reserve heraus, die wir uns bisher auferlegt haben.

(Hört! hört! — Unruhe.)

Einmal muß doch die Sache klar werden.

(Zuruf.)

Meine Herren, das, was wir von seiten des Herrn Grafen Westarp gehört haben, war eine Provokation.

(Widerspruch rechts.)

— Gewiß, und wir haben das Recht und die Pflicht, unsere Auffassung auch ganz deutlich hier auszusprechen.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Meine Herren, unsere Auffassung der jetzigen Lage ist naturgemäß eine ganz andere wie die deutsche Auffassung. Das läßt sich denken. Unsere Gemütsstimmung ist ebenfalls eine andere. Aber, meine Herren — ich will das vorausschicken —, ich habe keine Absicht, das gebeugte deutsche Gemüt, das Nationalgefühl der Deutschen in irgendeiner Weise zu verletzen. Wir haben Verständnis für die jetzige Gemütsstimmung in Deutschland, denn wir

(Stychel, Abgeordneter.)

(A) haben diese Gemütsstimmung über ein Jahrhundert kosten müssen.

(Zurufe.)

Meine Herren, ich bitte also, meine Worte objektiv aufzufassen, so wie sie gemeint sind, wenn sie auch offen sind.

Meine Herren, die Nachtschwüle und das Dunkel des unsagbar schweren Krieges löst sich auf, die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an, sie verkündet das Herannahen des von der ganzen Menschheit lange ersehnten Gottesfriedens, eines auf objektivem **Naturrecht aufgebauten Friedens.** Eine Umwertung aller Werte, ein Umschwung in den bisherigen, dem Naturrecht widersprechenden und doch so lange maßgebend gewesenen Anschauungen kommt in die Erscheinung. Die Schrecken des Krieges und dessen Resultate haben die Gemüter der Welt vorbereitet, die Umwertung aufzunehmen. Insofern ist also das Meer von Blut nicht vergebens vergossen, sind die ungeheuren Menschenopfer doch fruchtbringend geworden: jedem sein Recht, suum cuique.

Im Wandel der bisherigen Anschauungen soll niemand geschädigt werden, denn das „redde quod debes" bedeutet nicht Schädigung, sondern Tilgung der eigenen Schuld und Säuberung der eigenen materiellen und moralischen Hypothek, und das ist Gewinn. Niemand wird erniedrigt, gedemütigt werden, denn der Verzicht auf Unrechtes, auf Rechtswidriges, die Selbstüberwindung, der Sieg über sich selbst ist keine Erniedrigung, sondern eine läuternde Tat von größtem moralischen Werte.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Meine Herren, wer seit langer Zeit von der chauvinistischen Parole, von dem Übermenschentum, von der Herrenmoral, von der Größenwahnidee, von der Welteroberungslust gesättigt war, dem wird das Opfer der Verzichtleistung auf Rechtswidriges, die Selbstüberwindung, das Verständnis für die kommende neue Zeit freilich sehr

(B) erschwert werden. Aber auch der kleine Mann aus der breiten Masse des Volkes, der vom Übermenschentum, von der Herrenmoral nichts weiß, der aber durch sein Leiborgan, durch dessen einseitige Darstellung der Sache, durch politische Gespräche in Illusionen gehalten, verführt und betrogen war, auch dieser wird sich gebeugt, schmerzhaft bewegt und unglücklich fühlen. Er wird Zeit brauchen, sich damit abzufinden, er wird aber schließlich doch einsehen, daß es nicht anders sein kann und daß sein Land und sein Volk, das deutsche, bei seiner Tüchtigkeit, unter dem Schutz der Völkerverbrüderung, die Wunden des Krieges wird heilen können und, durch das Feuer der göttlichen Fügung geläutert, einer neuen, glücklichen, durch keine Kriegskatastrophen mehr gestörten Zukunft entgegengeht.

Meine Herren, die Empfänglichkeit für den Wandel der Anschauungen, für die Abkehr von Althergebrachtem in der politischen Staatsraison haben die Kriegsereignisse gezeitigt. Es wird Zeit brauchen, bis sich die Empfänglichkeit in allen deutschen Gemütern bemerkbar macht. Jetzt ist sie noch nicht allgemein.

Das sind zunächst nur Stimmungen, nur theoretische Friedensmöglichkeiten. Nun, in der Zeitperiode der sich allmählich herausbildenden neuen elementaren Gemütsstimmung der Weltbürger läßt ein idealer Freund und Wohltäter der Menschheit, Präsident Wilson,

(Lachen rechts und bei den Nationalliberalen)

seine Stimme ertönen,

(bravo! bei den Polen)

um für die rechtliche Neuordnung des Menschen- und Völkerzusammenlebens Grundsätzen, die Gott selbst in die Herzen der Menschen niedergelegt hat, die aber Jahrhunderte lang mißachtet waren, praktische Geltung zu verschaffen,

(lebhaftes Bravo bei den Polen)

daß nämlich die Moral des öffentlichen Völkerlebens (C) keine andere sein kann als die Moral des Privatlebens,

(sehr richtig! bei den Polen)

der Individuen für sich und untereinander — Grundsätze für die Einkehr des Rechts an Stelle der brutalen Gewalt in die gemeinsamen und gegenseitigen Beziehungen der Menschenfamilie. Eine Tat, einzig in der Weltgeschichte! Aufhören soll Faustrecht, aufhören Eroberungslust und Vergewaltigung militärisch schwacher Nationen durch militärisch vorbereitete und geübte. Fort mit dem Militarismus und mit Wettrüstungen! Das dabei freiwerdende ungeheure Geld soll für Friedens- und Kulturzwecke verwendet werden. Das Schwert in die Scheide und samt der Scheide in das Antiquitätenmuseum! Die Kriegspsychose mit ihren Giftblüten in Wort und Tat, deren sich die Welt in kurzer Zeit wird schämen müssen, wird der nüchternen Vernunft weichen, dem Sinn für Recht und Gerechtigkeit, für allgemeine Verbrüderung der Völker.

Den mit Nachdruck verkündeten Grundsätzen Wilsons haben beide kriegführenden Parteien zugestimmt.

Die Entente hat schon durch die Note von Versailles vom Juni 1918 mit Beziehung auf ein unabhängiges und vereinigtes Polen bindende Erklärungen gegeben, was mit freudigem Dank angenommen und konstatiert werden muß.

(Bravo! bei den Polen.)

Dann kamen im Wandel des Krieges auch die Zentralmächte, die den Grundsätzen Wilsons zugestimmt haben. Diese Grundsätze sollen nicht etwa Thema der Diskussion sein; sie sollen nach dem Zugeständnis der Antwortnote der deutschen Regierung Grundlage des Friedens werden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und sehr richtig! bei den Polen.)

Jetzt, meine Herren, ist eine gemeinsame Plattform für die Abwicklung des Krieges, für die Neuordnung der Be- (D) ziehungen zwischen den Staaten und Völkern geschaffen. Jetzt sind aus den Grundsätzen die praktischen Konsequenzen zu ziehen; ehrlich, — ehrlich! — und aufrichtig von der bereits approbierten Theorie restlos in die Tat umzusetzen, soll der Friede einkehren, sollen nicht weitere Blutopfer zwecklos vergeudet werden.

Der Friede wird kommen, — er muß ja kommen. Es kommt nur darauf an, ob er durch ehrenhafte, ehrliche Ausführung der Grundsätze sofort möglich wird oder aber erst nach weiteren Blutopfern später mit demselben Resultat eintritt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach Maßgabe der beiderseitig anerkannten Grundsätze Wilsons soll nun auch den unverjährbaren und unverjährten **Rechten des polnischen Reiches** und des polnischen Volkes auf der internationalen Friedenskonferenz Geltung verschafft werden. Und da regen sich hier im Lande sofort Elemente unter Leitung der Alldeutschen, der Vaterlandspartei, des **Ostmarkenvereins,** um sich der ehrlichen Ausführung der von der deutschen Regierung angenommenen Wilsonschen Grundsätze entgegenzustellen. Abgesehen von zahlreichen Zeitungsartikeln, können wir drei **Kundgebungen** feststellen: von Posen aus, von Danzig und von Breslau. Meine Herren, ich überlasse es Ihnen, zu entscheiden, ob solche Kundgebungen nicht gerade der deutschen Sache und der Friedensarbeit zum Schaden gereichen.

Wenn von Präsident Wilson und der Entente noch vor Einleitung der Friedenskonferenz, vor Zulassung des Waffenstillstandes Garantien für die Ehrlichkeit des Vorgehens verlangt wurden, da hörte man hier Entrüstung; wenn aber jetzt sich die andere Seite sagen wird: wie ist denn, abgesehen von offiziellen Kreisen, die Volksstimmung in Deutschland gegenüber der Pflicht, das Unrecht

(Stychel, Abgeordneter.)

wieder gutzumachen? Können wir da trauen, müssen wir da nicht noch verschärfte Garantien verlangen? — Wem wird dann die Schuld zugeschrieben werden? Solchen Kundgebungen! Ist das im Sinne der Ziele der deutschen Regierung? Es würde schwerwiegend sein, wenn sich Vertreter der deutschen Regierung in dieser Beziehung ebenfalls auf die Seite solcher Kundgebungen stellen und ihre Stellung gegenüber der Entente, mit der sie jetzt eben verhandeln, auf diese Weise schwächen wollten.

Und die Begründung, die man in diesen Kundgebungen zu lesen bekommt? Da wird **Statistik** gegeben. Was Statistik ist, das wissen wir ja alle, wurde sie doch schon mit einer öffentlichen Dirne verglichen. Sie ist zu allem zu gebrauchen, gibt sich zu allem her. Wie kommt denn diese amtliche Bevölkerungsstatistik zustande, wie künstlich, wie einseitig? Wie hat bei der amtlichen Volkszählung das Abhängigkeitsverhältnis vieler Leute, die sich da zu erklären hatten, mitgewirkt? Wie einschüchternd wirkt weiter das „schneidige" Auftreten der aus Arbeitgeber-, Beamten-, Lehrerkreisen sorgsam herausgewählten Volkszähler auf die breiten Massen des Volkes, besonders auf dem Lande? Wie werden die Zweisprachigen behandelt, welche die polnische und die deutsche Sprache beherrschen? Natürlich als Deutsche! Kassuben und Masuren werden als besondere Nationen betrachtet und eingeschrieben. Die durch die preußische Polenpolitik verdrängten Polen sind in der Statistik nicht vorhanden, dafür aber die zur planmäßigen Germanisierung nach den polnischen Landesteilen massenhaft herangezogenen deutschen Beamten, Industriellen, Handwerker, Gutsbesitzer, Ansiedler! Und das Militär? An diesem Bevölkerungsverhältnis ist ja 100 Jahre lang zurechtgestutzt worden. Eine solche Statistik kann nicht entscheiden! Trotzdem muß auch diese für Posen und Oberschlesien das polnische Übergewicht zugeben. Und wenn man nun, wie der Abgeordnete Haase es zu verlangen schien, ein Plebiszit anordnen wollte, ja, in manchen Bezirken von Westpreußen würde das Plebiszit wertlos sein. Der jetzige Bestand ist künstlich geschaffen, und das kann nicht entscheidend sein.

(Sehr richtig! bei den Polen. — Lachen und Zurufe bei den Nationalliberalen.)

In der Begründung der Kundgebungen wurde auf die Kulturwerte aufmerksam gemacht, die von den Deutschen geschaffen worden sind.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Über Plebiszit habe ich nichts zu entscheiden. Ich meine nur, daß das Resultat bei der künstlich geschaffenen gegenwärtigen Sachlage nicht maßgebend sein kann. Das würde nicht gerecht sein. Beim Plebiszit müßte man auf die Vergangenheit zurückgreifen, man müßte gar die Toten mitstimmen lassen,

(Heiterkeit.)

die Verdrängten und die Ausgewanderten, dagegen die zur Germanisierung neu hinzugezogenen Elemente ausschließen.

Meine Herren, es wurde also in diesen Kundgebungen auch von **deutscherseits geschaffenen Kulturwerten** gesprochen, was ein Besitzrecht statuieren und die Preisgabe der polnischen Landesteile unmöglich machen soll? Wenn die polnischen Landesteile, res nullius, herrenloses Gut, gewesen wären, da könnte man diese Begründung wohl gelten lassen. Aber die polnischen Landesteile waren nicht herrenloses Gut, der legitime Eigentümer ist da. Nehmen Sie nur ein Beispiel. Es wird ein Hausbesitzer samt Familie von einem Eindringling vertrieben; es kommt die neue Familie ins Haus, richtet sich häuslich ein, schafft neue Möbel und neue Tapeten an. Da kommt der frühere legitime Eigentümer und verlangt die Rückgabe. Da erwidert ihm aber jener, der sich gewaltsam zum Besitzer gemacht hat: was willst du? — (C) ich habe mich hier eingerichtet, habe die schönen Möbel und die neuen Tapeten angebracht, meine Familie hat sich hier niedergelassen, frage sie mal, ob sie raus will. Nein, das Haus gehört mir!

Auf diese Weise kann man nicht argumentieren. Im übrigen müssen wir das der Entscheidung der internationalen Konferenz überlassen.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Meine Herren, das polnische Volk hat auf sein Recht auf Freiheit niemals verzichtet. Unter drei fremde Mächte verteilt, fühlte es sich stets als Ganzes, als einheitlicher Organismus und verlangte nach Freiheit. Von zahlreichen Kundgebungen der Polen und der polnischen Vertretungen will ich hier nur anführen, daß besonders 1867 und 1871 solche **offiziellen Kundgebungen** seitens der **polnischen Volksvertretung** hier in Berlin erfolgten. Wird sich unter deutschen Männern von Ehre und von Einsicht etwa einer finden, der für den elementaren Ruf nach Freiheit im polnischen Volke, wo es auch sein mag, kein Verständnis hat, kann sich insbesondere innerhalb der bisherigen Grenzen des Deutschen Reiches ein ehrbarer und vernünftiger Mensch wundern, daß die Polen frei im eigenen Staate leben wollen? Hat man es gewollt und einzurichten verstanden, daß die Polen sich hier wohlfühlen können?

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Durch Ausnahmegesetzgebung und Ausnahmebehandlung, durch harte Worte vom Regierungstisch und in der deutschen Presse, durch Beamtenschikanen wurde den Polen stets eingeprägt, daß sie auf der Scholle der Väter nicht gleichwertige, gleichberechtigte Bürger des Staates sind, dem sie mit Gewalt einverleibt wurden.

Meine Herren, als ein typisches Beispiel für die **Haltung der Regierung den Polen gegenüber** möchte ich anführen, was der Minister v. Hammerstein am 25. Januar (D) 1904 im Preußischen Abgeordnetenhause gesagt hat. Da stellte er die Polen den Deutschen gegenüber und sagte: Das sind keine ebenbürtigen Gegner; wir haben zu befehlen, und die Polen haben zu gehorchen!

(Zuruf.)

— Das dient eben zur Charakteristik der polenfeindlichen Haltung der Regierung.

(Erneuter Zuruf.)

— Ich kann nicht von der Lage in der ganzen Welt sprechen. Ich rede jetzt von der Lage der Polen im preußischen Staat und im Deutschen Reich.

Meine Herren, abgesehen von der Mißachtung des Naturrechts auf Selbstbestimmung im eigenen Staate hat man es nicht einmal für nötig und nützlich gehalten, die Polen in ihrer Zwangslage im fremden Staate gerecht zu behandeln und an den Staat zu fesseln. Ich erinnere nur an die Gesetze, Verordnungen, Instruktionen, Versuche betreffend den Grundbesitz und die freie Verfügung darüber. Von Friedrich II. über Flottwell bis auf die neueste Zeit, was haben wir da alles zu verzeichnen gehabt! Immer Versuche, den polnischen Grundbesitz auszurotten oder möglichst zu verkleinern! Es gab Zeiten, wo polnische Kreditanstalten in ihrer Entwicklung gehemmt, dagegen deutsche gegründet wurden. Von diesen wurden die Polen verleitet, möglichst große Anleihen zu machen, dann wurden die Anleihen plötzlich gekündigt, Zahlungsschwierigkeiten geschaffen und auf verschiedene Weise insbesondere der Großgrundbesitz aus polnischer Hand in die deutsche übergeleitet. Das Ansiedlungsgesetz mit seiner Novelle kennen Sie ja alle. Aus Staatsmitteln, zu denen auch die Polen beisteuern mußten, wurde Grund und Boden aus polnischer Hand, auch hinterlistig durch vorgeschobene Zwischenkäufer, gelockt und unter deutsche Ansiedler verteilt. Staatliche Einrichtungen, wie „Mittelstandskasse" und

(Stychel, Abgeordneter.)

(A) „Bauernbank" erboten sich zur Regelung der Grundstücksschulden, wobei viele das Opfer nicht ahnten, daß durch die damit verbundene Verfügungsbeschränkung beim Verkauf ihre Besitzungen an Wert verloren. Das Enteignungsgesetz hat sich noch besser in das Gedächtnis der ganzen Welt eingeprägt. Als es immer schwieriger wurde, polnischen Grundbesitz „freihändig" zu erwerben, schritt man zur gewaltsamen „Enteignung".

Der polnische Mann wurde ja früher verdrängt; der sollte Platz machen für den deutschen. Aber dann kam die Leutenot, und auf einmal war er sehr erwünscht. Er sollte hierbleiben, er sollte hier arbeiten; aber er sollte fremdes Brot essen, er sollte unter fremdem Dache wohnen, auf fremder Scholle arbeiten, denn ihm wurde nicht erlaubt, sich aus dem mühsam ersparten Gelde eine Hütte zu bauen, seinen Landhunger zu stillen. Es kamen Fälle vor, wo trotz gelungenem Landerwerb obdachlose Besitzer in Straßengräben, Erdlöchern, Zigeunerwagen haben kampieren müssen. Das ist im Gedächtnis der Polen.

Und die Gesetze oder die administrativen Bestimmungen, Verordnungen, Instruktionen auf dem Sprachgebiete, über Sprachgebrauch im Amte, in Versammlungen, in der Schule, ich deute das nur mit Stichworten an! Die Leiden des polnischen Kindes in der Schule, die Beseitigung der polnischen Unterrichtssprache im allgemeinen, auch im Religionsunterricht, Geduldsproben von Lehrern und Kindern, Züchtigung bei natürlich ungenügenden Fortschritten. Ich erinnere daran, wie man das Kind zwang, das Gebet zu Gott, die innerste Regung des Herzens, in eine fremde, dem Kind unverständliche Sprache zu kleiden, und wenn das Kind es nicht tun wollte, wurde es gezüchtigt! Ich erinnere nur an Wreschen. Es ist nicht die einzige Ortschaft; es ist nur ein krasser Typus des Martyriums des Schulkindes.

(B) (Sehr wahr! bei den Polen.)

Eine lange Reihe von Fällen könnte man hier anführen, landesüblich.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Polen war ein Dorn im Auge, verschiedenartige Hemmungsversuche: Ausschluß der Polen von staatlichen Erwerbsquellen, Beamtenstellen, Submissionen, der Staatsboykott des polnischen Kaufmanns und Handwerkers, Heranziehung der Konkurrenz aus anderen deutschen Provinzen!

Nach Ausbruch des Krieges, solange die Lage unsicher war, hat man ja „Neuorientierung" versprochen. Davon ist aber nichts gehalten worden.

Vexationen in der Kriegszeit seitens der Zensur- und Kommandobehörden bezüglich Presse, Vereinsgründungen, Vereinsversammlungen, Theatervorstellungen! Die Genialität schlesischer Kommandostellen wird in die Geschichte übergehen. Da wurden Theatervorstellungen verboten, weil die Stücke in der literarischen, hochpolnischen Sprache verfaßt waren. Man verlangte die behördlicherseits ausfindig gemachte sogenannte „wasserpolnische" Sprache, um einen Gegegsatz zwischen Stammpolen und „Wasserpolen" künstlich zu konstruieren und zu erhalten.

Das ist „Neuorientierung"!

Es hat sich während des Krieges bei uns eine Partei gebildet, „Stronnictwo pracy noradowej", die Partei für nationale Arbeit. Diese Partei hatte sich zur Aufgabe gestellt, unter Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse in Preußen wenigstens eine Art Zufriedenheit im polnischen Volke zu schaffen. Sie hoffte, von der Regierung auf Grund der versprochenen Neuorientierung durch Anwendung ihrer besonderen Taktik, mit besserem Erfolg als die polnische Volksvertretung im Reichstag und Abgeordnetenhaus die politische und sprachliche Gleichberechtigung der Polen zu erlangen. In den letzten Tagen erklärt diese Partei öffentlich, sie löse sich auf, sie hätte auch in dem engen Rahmen nichts erreicht. Eine bessere und weitere Aussicht bieten jetzt die Wilsonschen Grundsätze.

Man begnügte sich aber nicht mit der Polenpolitik innerhalb der preußischen Grenzen. Wenn irgend einmal in dem russischen oder österreichischen Teilungsgebiet die Lage der Polen sich zu bessern schien, kamen von hier aus Proteste und Ratschläge auf diplomatischem Wege oder bei Zusammenkünften hoher und höchster Personen, um die Besserung der Lage zu inhibieren.

Die **Kaisermanifeste** über die Bildung eines sogenannten **„selbständigen" Staates in Kongreßpolen,** gepriesen als besonderes „Entgegenkommen", lehnte das Polenvolk in seiner kompakten Masse ab. Eine solche, in solchen Grenzen gedachte „Selbständigkeit", bei voller politischer, wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit von den Zentralmächten, konnte den Polen nicht passen. Wofür sollen denn die Polen dankbar sein, wofür an diesem Staate festhalten? Die Politik der preußischen Staatsraison rächt sich jetzt am Urheber selbst.

(Sehr wahr! bei den Polen.)

Ich sprach vorhin kurz über **Vexationen** seitens der **Zensur** und Kommandobehörden. Ich möchte auf einen Vorfall aus letzter Zeit näher eingehen. Ein Aufruf der sämtlichen polnischen politischen Organisationen und der gesamten polnischen Presse sollte veröffentlicht werden. Die deutsche Presse hat ihn bringen können. Aber in Posen wurden die Zeitungsleiter vor die amtlichen Stellen zitiert, der Druck untersagt, und wenn sie versuchen würden, diesen Aufruf zu veröffentlichen, dann würde das ein Landesverrat sein.

(Hört! hört! bei den Polen.)

Damit Sie beurteilen können, ob diese Verfügung der Zensurbehörde angesichts der Friedensverhandlungen auf Grund der auch diesseits approbierten Wilsonschen Grundsätze und der freien Besprechung in der deutschen Presse begründet und zulässig war, werde ich mir erlauben, den Aufruf, der ganz kurz ist, zu verlesen.

> Nach über vier Jahre lang tobenden Kriegsschrecken und unermeßlichen Leiden, von denen die besten Kräfte der Menschheit vernichtet werden, tauchen aus dem blutigen Chaos die Konturen einer neuen Weltordnung auf der Basis der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker auf. Das im Sinne obiger Grundsätze festgelegte Programm eines dauerhaften Friedens, das in den bekannten Erklärungen des Präsidenten Wilson enthalten ist, wurde nunmehr auch durch die deutsche Regierung, wie es aus der letzten deutschen Friedensnote vom 5. Oktober 1918 zu ersehen ist, angenommen. Demgemäß hat auch für uns Polen die Stunde geschlagen, in der wir unsere Stimme erheben müssen, um die unverjährten Rechte der Nation zu fordern.
>
> Die Teilung Polens war die krasseste Vergewaltigung internationaler Gerechtigkeit in der Geschichte der Neuzeit, und dadurch wurde sie zur Hauptquelle dieser Gewalt- und Bedrückungspolitik, die in Europa den Herd ewiger Unruhen bis in die heutigen Tage hinein bildete. Wer also aufrichtig und ehrlich die Hand zum Aufbauen einer neuen, auf der Achtung des Rechtes basierten Zukunft der Völker mit anlegen will, der muß die Restitution des den Polen zugefügten Unrechts als erste, unerläßliche Bedingung dieses großen Werkes betrachten.
>
> Nur die Vereinigung zu einem Ganzen, aller in den polnischen Ländern wohnenden Volksteile, die die vollen Rechte eines Staates besitzen, kann die Gewährung eines dauernden Bündnisses der Völker bilden.

(Stychel, Abgeordneter.)

A) Das hat der Präsident Wilson anerkannt, indem er in seinem Friedensprogramm die Bildung eines unabhängigen, aus allen polnischen Landesteilen zusammengesetzten und eine eigene Meeresküste besitzenden Polens aufstellte, als eine der Grundlagen einer gerechten, internationalen Weltordnung. Aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung das Programm Wilsons ohne Vorbehalt als Grundlage der Friedensverhandlungen angenommen hatte, muß man folgern, daß sie mit den Richtlinien dieses Programms in bezug auf die polnische Frage einverstanden ist.

Hier möchte ich in Parentheſe bemerken, daß dieser Passus schon durch die Ereignisse überholt ist.

In der ersten Antwortnote hat die deutsche Regierung die Grundsätze nicht nur als „Grundlage der Verhandlungen", sondern als Grundlage des Friedens selbst anerkannt.

Die Wichtigkeit dieser Stellungnahme hat mit Nachdruck der Vertreter der polnischen Fraktion während der historischen Reichstagssitzung vom 5. Oktober dieses Jahres festgestellt, indem er darauf hinwies, die Regierung habe dadurch zum ersten Male anerkannt, daß die Bestrebungen des polnischen Volkes, die die Vereinigung aller polnischen Landesteile zu einem unabhängigen Staate zur Grundlage haben, vollberechtigt sind.

In diesem, über unsere Zukunft entscheidenden Augenblick bildet das ganze, alle polnischen Landesteile bewohnende Volk in allen seinen Schichten — von einem gemeinsamen Gedanken beseelt — ein großes, einiges und festgefügtes nationales Lager.

Wir, die zu Preußen gehörigen Landesteile bewohnenden Polen stellen dieses Einverständnis
B) und diese Einigkeit durch die Unterschrift aller unserer leitenden politischen Organisationen, aller polnischen Parteien ohne Ausnahme und der ganzen Presse als Auslegerin der öffentlichen Meinung fest. Indem wir dieses Einverständnis und diese nationale Einmütigkeit feststellen, betrachten wir es als unsere Pflicht, die Stellungnahme unserer parlamentarischen Repräsentation vom 5. Oktober durch einen gemeinsamen Willensakt zu bekräftigen, und erklären feierlich, daß wir in dieser großen und verantwortlichen Stunde der Weltgeschichte voll Vertrauen die weitere Leitung der Politik im Sinne der berechtigten Interessen der unwandelbaren nationalen Ideale in die Hände unserer Abgeordneten sowohl im Land- als auch im Reichstage legen.

Die polnische Nation, die in diesem Kriege gleich allen kriegführenden Völkern die schwersten Opfer dargebracht hat, ersehnt einen dauerhaften und alle Völker beglückenden Frieden. Die Polen bleiben so, wie sie bisher waren, auch in der Zukunft ihrer glorreichen Überlieferung treu, die seit dem Morgenrot der Geschichte von denselben Idealen der Freiheit und der Verbrüderung der Völker bestrahlt sind, deren Triumph heute aus der Saat der unschätzbaren vergossenen Blutströme hervorsprießt.

Unter dem Banne dieser Grundsätze wird das vereinigte und unabhängige Polen in den Verband der freien Völker eintreten, als aufrichtiger und unbeugsamer Verfechter der Toleranz nach innen und des einträchtigen Zusammenlebens der Völker nach außen, gemäß der großen Losung unserer Väter: Freie mit den Freien, Gleiche mit den Gleichen.

Nun folgen die Unterschriften aller polnischen politischen (C)
Organisationen, Parteien und Wahlkomitees sowie aller polnischen in Deutschland erscheinenden Zeitungen ohne Ausnahme der Parteirichtung.

Demgegenüber möchte ich doch folgende Verfügnng vorlesen:

V. Armeekorps, Stellvertretendes Generalkommando.

Vertraulich!

Erörterungen in der Presse, in Flugblättern und Plakaten sowie überhaupt Veröffentlichungen jeder Art sind bis auf weiteres verboten, soweit sie direkt oder indirekt eine Loslösung preußischer Gebietsteile mit polnischer Bevölkerung zugunsten eines großpolnischen Reiches zum Gegenstand haben. Verboten ist ferner auch jede weitere demonstrative Stellungnahme zu den Aufrufen des Regentschaftsrats vom 7. Oktober 1918 oder etwaige ähnliche Kundgebungen aus den polnischen Teilgebieten oder seitens der polnischen Emigration. Das gleiche Verbot gilt auch für die Verbreitung solcher Schriftstücke.

Posen, den 11. Oktober 1918.

Der Stellvertr. Kommandierende General.

Meine Herren, wenn einmal die Sache in Fluß ist, wenn einmal die deutsche Regierung selber den Grundsätzen Wilsons und auch Punkt 13, welcher lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind und der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßte, sollte gebildet werden"

zugestimmt hat, wenn eine weitere Bedingung Wilsons verlangt, daß die Aspirationen der Völker klar dargestellt (D)
werden sollen, mit welcher Begründung unterdrückt man jeden Versuch in der polnischen Presse, die Sache klar zu machen, während es die deutsche Presse von ihrem Gesichtspunkt aus ungehindert tun kann?

Meine Herren, aus den allgemein skizzierten Grundsätzen Wilsons, die auch von der deutschen Regierung ausdrücklich als Grundlage des Friedens approbiert wurden, mit Berücksichtigung der historischen Rechte und ethnographischen Tatsachen ergibt sich ohne weiteres:

1. die Bildung eines souveränen, unabhängigen, aus allen polnischen Landesteilen vereinigten Staates mit voller Entwicklungsmöglichkeit, mit eigener Meeresküste nebst Seehafen, dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit durch internationalen Vertrag garantiert werden muß.

Hierzu verlangen wir:

2. den Wiederaufbau und die Restitution alles dessen, was in der Kriegszeit von den polnischen Landesteilen zerstört oder weggeführt ist,
3. die Mitwirkung von Vertretern aller polnischen Landesteile an der internationalen Friedenskonferenz.

Noch vor Friedensschluß verlangen wir sofortige Freilassung der Kriegs- und Zivilgefangenen der polnischen Landesteile, mit denen ja kein Krieg geführt wurde. Schließlich verlangen wir volle **Bewegungsfreiheit** für die vielfachen Hunderttausende **polnischer Arbeiter,** die hier völkerrechtswidrig mit Gewalt zurückgehalten werden, deren Lage in bezug auf Beköstigung, Entlohnung und Behandlung eine schreckliche ist. Krankheit und Tod lichten in erschreckendem Maße ihre Reihen. Das brauchen die Arbeitgeber nicht zu besorgen; denn diese weißen Sklaven sind ja nicht ihr per-

(Stychel, Abgeordneter.)

(A) sönliches, käuflich erworbenes Vermögensstück, nur ihre Arbeitskraft wird ausgenutzt, und wenn diese durch Krankheit und Tod unter solchen Verhältnissen verloren geht, dann kommt ja kostenfreier Ersatz aus weiteren Arbeiterreihen!

Meine Herren, wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß der **künftige polnische Staat** auf breiter demokratischer Grundlage nach dem Grundsatze „Jedem das Seine" aufgebaut werden soll und daß er für etwa dort innerhalb seiner Grenzen zurückbleibende fremde Bevölkerungsteile die weitestgehende **Toleranz üben** wird, wie das der historischen Tradition des alten Polens vollkommen entspricht. Die Grundsätze und die Parolen des früheren polnischen Reiches sollen jetzt eben durch die Grundsätze Wilsons Gemeingut der ganzen Menschheit werden. Ich empfehle Ihnen zu lesen ein Buch von Anton Choloniewski: „Duch dziejow Polski" — „der Geist der polnischen Geschichte". Dieses Buch ist in mehreren Sprachen, auch in deutscher Sprache erschienen. In der Reichstagsbibliothek ist gegenwärtig nur die französische Ausgabe vorhanden. Da werden Sie lesen können, daß das meiste davon, was jetzt in der Welt als Neuordnung erstrebt wird, in Polen bereits verwirklicht war.

(Heiterkeit.)

— Bevor Sie lachen, meine Herren, lesen Sie. Es ist mit historischen Tatsachen belegt; es sind also keine subjektiven Behauptungen. Ich möchte aus diesem Buch einige Sätze zitieren. Das Buch hier ist die polnische Ausgabe, ich werde den Passus übersetzen. Es handelt sich um die Tagung von Polen und Litauern in Horodło im Jahre 1413. Da wurde ein Akt über die polnisch-litauische Union aufgestellt, eine freiwillige Verbrüderung ohne Blutvergießen von Polen und Litauern, in der Geschichte der „Bund der Liebe" genannt. Da heißt es in dem Akt zur Einleitung:

(B) „Die Liebe allein wirkt nicht eitel, sie löscht den Neid aus, beseitigt die Kränkung, sie gibt allen Frieden, sie vereinigt, was zersplittert war, sie richtet auf, was gefallen war, sie ebnet alle Ungleichheiten, steht jedem bei, beleidigt niemanden, und wer sich unter ihre Fittiche flüchtet, wird Sicherheit finden und hat keine Drohung zu fürchten. Die Liebe schafft Gesetze, regiert die Staaten, richtet Städte ein, sie führt zum Guten die Stände der Republik. Wer sie aber verachtet, der wird alles verlieren. Aus diesem Grunde wollen wir hier versammelte Prälaten, Ritter und Edelleute, indem wir unter dem Schutze der Liebe ausruhen wollen und durchdrungen von einem frommen Gefühl ihr gegenüber durch dieses vorliegende Dokument feststellen, daß wir uns vereinigten, unsere Häuser, unsere Geschlechter, unsere Familien, unsere Wappen."

Hierzu bemerkt der deutsche Historiker Jakob Caro: „Die Union von Horodło bringt eine Völkerverbrüderung zustande, wie sie in der ganzen Geschichte Europas nicht zu finden ist".

Nun auch noch einige Sätze über **Danzig**. Für die Anziehungskraft der Toleranz im polnischen Staate zeugt auch die Geschichte von Danzig, welches sich durch freie Willenskundgebung dem polnischen Staate anschloß, über 3 Jahrhunderte willig im Staate verblieb und den 300. Jahrestag freudig feierte, kurz vor der Teilung Polens. Ich habe hier vor mir ein Buch, dessen Titel folgendermaßen lautet: „Jubelrede, welche zum Andenken des für nunmehro 300 Jahren erfolgten Abfalls der Provinz Preußen von dem deutschen Orden und der Einverleibung derselben in den polnischen Staatskörper am Aschermittwoch des 1754. Jahres im großen Hörsaal des Danziger Gymnasii, von Herrn M. Gottlieb Wernsdorff, öffentlichen Lehrer der Beredsamkeit gehalten und hernach dem Druck überlassen worden.

(Zurufe und Heiterkeit.)

— Meine Herren, es sind ja nur ein paar Worte. Die vor Bürgermeister, Würdenträgern und Volk gehaltene Rede beginnt folgendermaßen:

> Da sehen Sie nun Ihre Freiheit, Ihre Rechte, Ihre Freiheiten, Ihre Mauern, Ihre Häuser, Ihre Güter, Alle das Ihrige, Ihren Gottesdienst, Ihre Sicherheit, Ihre Ruhe, Ihr und Ihrer Angehörigen Leben, Ihre Ehegatten, Ihre Kinder, die Wohlfahrt des einheimischen Adels, den blühenden Flor der Städte, ja ganz Preußen durch die überschwengliche Güte des Allerhöchsten, durch den Schutz der Allerdurchlauchtigsten Könige von Polen, und durch den unermüdeten Fleiß dero Vorfahren, anjetzo unbeschädigt, behauptet und wieder hergestellet. Nichts von allen diesen Dingen würden Sie in vollkommenem Stande, nichts würden Sie ungekränkt besitzen, wofern noch jene stolzen Beherrscher über unseren Häuptern schwärmeten, deren höchstbeschwerliches Joch unsere Vorfahren solange haben ertragen müssen, und welche, durch rauben, schmähen, beschädigen, peinigen und morden, diese unsere Provinz auszusaugen, zu zerstören und gänzlich zu Grunde zu richten eifrigst bemüht waren; sie würden sie auch endlich zu Grunde gerichtet haben, wenn nicht Gott unser Unglück mit erbarmenden Augen angesehen hätte, wenn nicht die vorzügliche Tapferkeit unserer Vorfahren dieses so gefährliche Kreuz in Stücke geschlagen hätte, wenn nicht, vor nunmehro 300 Jahren, die Tyrannei der deutschen Ritter gänzlich vertrieben worden und die weit weit gelindere Herrschaft der allergnädigsten Könige von Polen über uns zu leuchten angefangen hätte.

Das sind nur zwei Beispiele dafür — eine ganze Reihe davon könnte aus der polnischen Geschichte angeführt werden —, wie gern und freiwillig fremde Bevölkerungsteile die Vereinigung mit Polen anstrebten und festhielten, weil eben die Toleranz und das Gerechtigkeitsgefühl in Polen so anerkannt war. Ich brauche nicht zu betonen, daß der künftige polnische Staat dieselbe Toleranz im Frieden mit fremden Elementen pflegen wird.

Meine Herren, ich schließe. Wir Polen begrüßen das Ende des Krieges, wir begrüßen den kommenden Rechtsfrieden. Der Herr Reichskanzler hat den Rechtsfrieden einem Gewaltfrieden gegenübergestellt und gemeint, aus dem Rechtsfrieden würde ein Gewaltfrieden entstehen, wenn neue Gewaltakte verübt würden. Von unserer Seite, meine Herren, kann ich nur sagen: der Friede würde kein Rechtsfriede sein, wenn die Gewaltakte der Vergangenheit bestehen bleiben sollten.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Meine Herren, wir begrüßen die kommende Verbrüderung der Völker, den Völkerbund, ganz besonders aber begrüßen wir die Sonne der Freiheit über die bis jetzt unterjochten Völker, die Polen ebenso wie die übrigen Brudervölker des slavischen Stammes, Czechen und Südslaven, denen wir unsere Hand herzlich entgegenstrecken.

Für die Männer aber, die im Laufe des Krieges im Inland und Ausland unentwegt für Gerechtigkeit und unser Recht eintraten, haben wir das innigste Gefühl der Dankbarkeit und des Vertrauens.

(Bravo! bei den Polen.)

Vizepräsident **Dove:** Ich teile mit, daß ein Antrag eingegangen ist von den Herren Abgeordneten Gothein, Dr. Bell, List (Eßlingen), ausreichend unterstützt, über die Resolution auf Drucksache Nr. 1974 namentlich abzustimmen.

(Vizepräsident **Dove.**)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Graf von Posadowsky-Wehner.

Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner,** Abgeordneter: Meine Herren, ich habe einmal vor längeren Jahren hier im Reichstag Gelegenheit genommen, das **Wesen der konstitutionellen Monarchie.** klarzulegen; ich habe dabei ausgeführt, daß das Wesen der konstitutionellen Monarchie darin besteht, daß die vollziehende Gewalt von der gesetzgebenden Gewalt streng getrennt ist. Man hat mir darauf von der linken Seite des Hauses zugerufen, das wäre bekannt; das lernte ein Student schon im ersten Semester. Sehr gut! Das ist der beste Beweis dafür, daß diese Trennung der vollziehenden Gewalt von der gesetzgebenden die unbedingte Grundlage einer jeden monarchisch konstitutionellen Regierung ist. Aber schon seit längerer Zeit sind im Reich diese Grenzen immer mehr verwischt worden; die gesetzgebende Gewalt griff vielfach bereits in die vollziehende Gewalt ein, und die Ratgeber aus dem Reichstage gegenüber einer in ihren Entschließungen unsicheren Regierung wurden immer zahlreicher.

(Sehr richtig! rechts.)

Dadurch, meine Herren, entstand eine Art Kryptoparlamentarismus, den ich für das Wohl des Landes für die gefährlichste Erscheinung halte.

(Sehr wahr! rechts.)

Es gibt nichts Gefährlicheres im Staatsleben als den Zustand, daß Personen formell verantwortlich sind, die die sachliche Verantwortung nicht tragen,

(sehr richtig! rechts)

und daß Personen die sachliche Verantwortung haben, die nicht die formelle Verantwortung vor der Öffentlichkeit zu tragen haben. Nun, meine Herren, haben uns gegenüber diesem Zustand vor nicht langer Zeit, zum Teil erst vor Wochen, die preußischen Herren Minister erklärt: die Einführung des gleichen, allgemeinen Wahlrechts braucht die **parlamentarische Regierung** nicht zu bedingen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie haben uns feierlich erklärt: es bleibt dabei: der König ernennt die Minister; eine parlamentarische Regierung in dem Sinne wird nicht kommen. Die parlamentarische Regierung ist aber jetzt trotzdem gekommen, und wenn die Herren Minister ihrer Zeit behauptet und erklärt haben, der König ernennt die Minister, so ist das nur dem Buchstaben nach richtig. In der parlamentarischen Regierung werden von den Mehrheitsparteien die Minister ausgewählt, und der Träger der Krone vollzieht nur die Ernennungen. So ist es tatsächlich in England, und so ist es in sämtlichen anderen parlamentarisch regierten Staaten. Ich habe deshalb die letzte Entwicklung, durch die wir unbestritten nach dem ersten und zweiten vom Herrn Reichskanzler verlesenen Programm eine parlamentarische Regierung haben, als eine Erlösung betrachtet gegenüber dem bisherigen Kryptoparlamentarismus.

(Beifall rechts.)

Jetzt wissen wir doch, wer verantwortlich ist, wer regiert, an wem wir uns halten können,

(sehr richtig! links)

und ich meine, diese parlamentarische Regierung, wenn man ohne politische Trübung die Verhältnisse betrachtet, ist schließlich die schlüssige Folge von lange zurückliegenden Verhältnissen und von den neuesten Ereignissen. Der Herr Abgeordnete Naumann hat den Parteien der Minderheit erklärt, die Minderheit würde jetzt eine dauernde und beständige Kritik an den Handlungen der parlamentarischen Regierung üben. Ich hoffe, daß die Minderheitsparteien in diesen politischen Fehler nicht verfallen werden, sondern daß sie politisch genug sind, um die Maßregeln der neuen parlamentarischen Regierung von Fall zu Fall sachlich und unparteiisch zu prüfen und danach ihre Stellung einzunehmen. (C)

(Sehr gut! rechts.)

Es ist unzweifelhaft, daß gegen das parlamentarische Regierungssystem schwere Bedenken vorliegen, schwere Bedenken namentlich in einem Bundesstaat. Man kann auf Amerika hinweisen, was entweder ein Bundesstaat oder ein Staatenbund ist; das ist ein professoraler Streit um Worte, auf den ich hier nicht eingehen will. In Amerika wird der Präsident gewählt; er besetzt die Staatsstellungen ausnahmslos mit Anhängern seiner Politik und Mitgliedern seiner Partei, aber wenn der Präsident erst einmal gewählt ist, dann hat er viel weitergehende Befugnisse gegenüber dem amerikanischen Senat und gegenüber dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten als irgend ein konstitutioneller Monarch.

(Zurufe.)

Die Minderheitsparteien werden, nehme ich an, ganz abgesehen davon, wie die parlamentarische Regierung entstanden ist und aus welchen Männern sie besteht, alle Maßregeln jedenfalls unterstützen, die diese Regierung zur Verteidigung und zur Wiederaufrichtung des Vaterlandes ergreift.

(Sehr richtig! rechts.)

Diejenigen Parteien, die von dieser Regierung ausgeschlossen sind, können sich vielleicht damit trösten, daß auch in diesem hohen Hause sich die Mehrheitsparteien einmal anders gruppieren werden und sie damit vielleicht auch die Gelegenheit erlangen, sich ebenfalls an der Regierung des Reichs zu beteiligen. Im allgemeinen aber werden parlamentarische Regierungen nicht von den Minderheiten gestürzt, sondern meistens von ihren eigenen Parteien.

(Sehr richtig! rechts.)

Und das ist natürlich. Wenn man nur Parlamentarier ist, kann man politische Forderungen ohne alle Nebenrücksichten theoretisch klar zum Ausdruck bringen und als politisches Programm aufstellen. Sobald aber Parlamentarier in die Regierung kommen, überzeugen sie sich sehr schnell, daß man gegenüber gewordenen Zuständen, gegenüber den sich kreuzenden Interessen der Bevölkerung, gegenüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die man nicht sämtlich sofort ausräumen kann, in zahlreichen Fällen von seinem Programm abweichen, daß man den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen muß. So entsteht sehr leicht und sehr bald bei den eigenen Parteien des parlamentarischen Ministers ein gewisses Mißtrauen, schließlich offene Gegnerschaft; die Führer der Parteien glauben, daß sie in der Lage sein würden, das Parteiprogramm auch in der Regierung klarer, entschiedener zum Ausdruck zu bringen, und so wird schließlich die bestehende Parlamentsregierung von der eigenen Partei gestürzt. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, so vollzieht sich in den parlamentarisch regierten Staaten, namentlich in den romanischen Ländern, fortgesetzt das unerfreuliche parlamentarische Spiel: Hebe dich fort, damit ich mich auf deinen Platz setzen kann!

(Sehr gut! rechts. — Lachen links.)

Die Folge hiervon ist, daß sich die Minister im parlamentarischen Kampf erschöpfen und gar nicht dazu kommen, sich sachlich in ihr Geschäftsgebiet einzuarbeiten; die sachliche Arbeit leisten nachgeordnete unverantwortliche Beamte. Ich hoffe, daß uns dieses Schauspiel erspart bleibt. Deutschland, unser zwischen Feinden liegendes Binnenland, ist wirklich nicht von der Natur so reich beschenkt, um einen solchen fortgesetzten Wechsel der Regierung, solche stete Unruhe des öffentlichen Lebens ertragen zu können. Bisher haben wir romanische Parlamentssitten nachgeahmt, indem eine Rede des Reichskanzlers angeschlagen ist, die schon durch alle Zeitungen verbreitet

(Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) war, und indem eine Vertrauenserklärung beantragt ist, die öffentlich wenigstens die Regierung nicht verlangt hatte.

Meine Herren, ich habe auch im Lande gehört, daß sich die Gegner der parlamentarischen Regierung mit der Hoffnung tragen, es handle sich nur um einen Zustand vorübergehender Art während des Krieges; wenn Frieden sei, werde alles wieder anders und die bisher bestehende konstitutionell-monarchische Regierung trete wieder in ihre volle Vollzugsgewalt. — Ich halte diesen Glauben für einen starken Irrtum.

(Sehr richtig! links.)

Wenn die Volksvertretung sich in einem Lande einmal erst die parlamentarische Regierung erobert hat, so ist es vollkommen ausgeschlossen, daß die alten Zustände wieder hergestellt werden. Daß diese alten Zustände wiederkehren, könnte nur unter einer Voraussetzung möglich sein: es könnte erfolgen, wenn das deutsche Volk durch einen wirtschaftlichen Niederbruch so erschöpft und gleichgültig würde, daß es sich für die politischen Angelegenheiten, für die Art der Regierungsform überhaupt nicht mehr interessierte. Dann wäre es möglich, daß ein geschickter und entschlossener Mann die volle Vollzugsgewalt der konstitutionellen Regierung wieder herstellte. Ich möchte aber hoffen, daß Deutschland vor einem solchen wirtschaftlichen und politischen Niederbruch bewahrt bleibt.

Der Abgeordnete Ebert hat gestern erklärt: jetzt, nachdem die parlamentarische Regierung eingerichtet sei, müßten wir mit dem **„Junkertum"** gründlich aufräumen, von oben bis unten. Ich würde dem Herrn Abgeordneten Ebert außerordentlich dankbar sein, wenn er mir bei Gelegenheit einmal erklären wollte, was er unter „Junkertum" versteht.

(Heiterkeit rechts und Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Versteht der Herr Abgeordnete Ebert unter „Junkern" die Mitglieder der alten geschichtlichen Familien, die mit

(B) ihrem Namen einen Adelstitel verbinden? Versteht er unter „Junkern" die neuen Familien, die sich durch Intelligenz und Fleiß heraufgebracht haben und denen auf ihren Wunsch ein Adelstitel verliehen ist? Versteht er unter „Junkern" alle diejenigen Politiker, die auf dem Boden der konservativen Weltanschauung stehen?

(Zuruf von den Sozialdemokraten; Lachen rechts.)

Oder versteht er unter „Junkern" die Beamten und Leute, die einmal hin und wieder eine politische Taktlosigkeit begehen, einen politischen Mißgriff, was bei Herren aller Parteien vorkommt?

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb, mit diesem allgemeinen Schlagwort „Junkertum" ist wirklich nichts mehr zu machen. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Ebert bitten, einmal das preußische Staatshandbuch und das Reichshandbuch nachzusehen; dann wird er finden, wie gering jetzt der Prozentsatz unter den amtlichen Organen ist, die man in diesem Sinne als „Junker" bezeichnen könnte,

(na, na! bei den Sozialdemokraten)

und wie überwiegend die Mehrheit der Beamten ist, die sich aus kleinen Verhältnissen durch Tüchtigkeit und Fleiß in leitende Stellungen emporgearbeitet haben.

(Zuruf links.)

— Nein, auch wenn sie nicht konservativ waren!

(Erneuter Zuruf.)

— Auf den auswärtigen Dienst will ich noch zu sprechen kommen; da stimme ich vielleicht in manchem mit Ihnen überein! Lassen Sie doch auch den Beamten ein bißchen Beamtenstolz bei ihrem schmalen Gehalt! Daß keine Regierung einen passiven oder aktiven Widerstand ihrer nachgeordneten Beamten dulden kann, ist selbstverständlich.

Meine Herren, ich möchte mir nun gestatten, mit einigen Worten auf die **Rede des Herrn Reichskanzlers** einzugehen. Der Herr Reichskanzler hat gesagt:

> Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei (C)
> in der Kritik.

Ich meine, in der jetzigen ernsten Zeit ist ein jeder verantwortlich; vor allen Dingen ist auch jedes einzelne Mitglied des Parlaments verantwortlich. Fichte hat einmal gesagt: „Wenn das Vaterland in Gefahr ist, muß jeder so handeln, als ob er allein die Verantwortung für das Los des Vaterlandes trüge".

(Sehr richtig! links.)

Ich kann also diesen von dem Herrn Reichskanzler ausgesprochenen Grundsatz für die Mitglieder dieses Hauses nicht als richtig anerkennen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will mir aber erlauben, noch einige weitere Bemerkungen zu der Rede des Herrn Reichskanzlers zu machen. Er hat wörtlich gesagt:

> Wir müssen das Glück und das Recht anderer
> Völker in unseren nationalen Willen aufnehmen.

Meine Herren, daß wir das Recht anderer Völker in unseren nationalen Willen aufnehmen, damit bin ich vollkommen einverstanden, und ich glaube, niemand hat diesen Gedanken staatsrechtlich klarer zum Ausdruck gebracht als der Fürst Bismarck, dessen Politik man ja gestern offiziell liquidiert hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie die Reden des Fürsten Bismarck aus den achtziger Jahren nachlesen, wo er sich über die auswärtige Politik des Deutschen Reichs aussprach, dann werden Sie finden, mit welcher Vorsicht dieser Staatsmann die Empfindlichkeit anderer Völker geschont hat,

(sehr richtig! links)

welches Verständnis er für den Seelenzustand anderer Völker hatte.

(Erneute Zustimmung links.)

Vielleicht hat man in dieser Richtung bei uns nicht immer fortgearbeitet. (D)

(Sehr wahr! links.)

Wir sollen aber auch das Glück anderer Nationen in unseren nationalen Willen aufnehmen. Wie meint der Herr Reichskanzler das? Ich frage: wie sollen wir das Glück des französischen Volkes in unseren nationalen Willen aufnehmen,

(Zustimmung rechts)

dieses französischen Volkes, das seit 250 Jahren der Feind Deutschlands ist, das Deutschland zum Schlachtfelde Europas seit 250 Jahren gemacht und solch unsägliches Unglück über unser Vaterland gebracht hat?

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wie sollen wir das Glück des französischen Volkes in unseren nationalen Willen aufnehmen, das Deutschland mit geradezu sadistischem Haß verfolgt? Wie sollen wir das Glück Englands in unseren nationalen Willen aufnehmen, dieses gewaltigen Staatsgebäudes, das man leider bei uns so sehr unterschätzt hat, dieses Kolosses, der in allen Teilen der Welt verankert ist und durch List und Gewalt ein Reich zustande gebracht hat, das die halbe Welt umfaßt? Wie sollen wir das Glück Englands in unseren nationalen Willen aufnehmen, dessen auswärtiger Minister noch vor wenigen Tagen die Deutschen „Tiere" genannt hat? Wie sollen wir das Glück Italiens in unseren nationalen Willen aufnehmen, das so schändlichen Treubruch an uns verübte? Von diesem Weltbürgergeist bin ich für meine Person nicht erfüllt.

(Bravo! rechts.)

Das ist der Weltbürgergeist, der im Anfang des vorigen Jahrhunderts jene feingeistige Schwäche und seelische Hoffnungslosigkeit erzeugte, die schließlich zum Niederbruch von Jena führte. „Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt."

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

A) — Diese Gesinnung, meine Herren, hat aber wesentlich dazu beigetragen.

Meine Herren, es ist uns eine Änderung des **Reichskanzler-Stellvertretungsgesetzes** vorgelegt worden. Ich gestatte mir dazu einige staatsrechtliche Ausführungen zu machen, wie dies auch der Herr Vizekanzler heute getan hat. Nach der Reichsverfassung ist nicht der Reichskanzler mit seinen Staatssekretären die Reichsregierung, sondern die Reichsregierung sind die im Bundesrat vereinigten deutschen Regierungen.

(Sehr richtig! rechts.)

Bisher wurden zum Stellvertreter des Reichskanzlers nur Mitglieder des Bundesrats ernannt, weil nur diese wirkliche Mitglieder der Reichsregierung im engeren Sinne und in die Verhandlungen des Bundesrats in allen ihren Einzelheiten eingeweiht waren. Jetzt sollen Stellvertreter — ich nehme an Parlamentarier — werden, die Staatssekretäre, aber nicht Mitglieder des Bundesrats sind. Daraus wird sich folgendes ergeben. Zunächst werden diese Staatssekretäre nicht immer über die Verhandlungen des Bundesrats unterrichtet sein. Man könnte einwenden: der Reichskanzler ist Mitglied des Bundesrats und hat den ihm nachgeordneten Staatssekretären die Anweisung für ihr politisches Verhalten im einzelnen zu erteilen. Aber das steht nur auf dem Papier.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Staatssekretär, der ein großes Geschäftsgebiet vertritt, der hier Tag für Tag auf unvorhergesehene Anfragen zu antworten hat, der unerwartet und unvorbereitet in die Verhandlungen des Reichstags eingreifen muß, kann über zahlreiche Einzelfragen, über die Stellungnahme des Bundesrats zu den im Reichstag angeregten Fragen nicht erst die Weisung des Reichskanzlers einholen, sondern er kann nur seine Erklärungen abgeben nach der allgemeinen Stellungnahme der Regierung, wie

B) sie sich in den Verhandlungen des Bundesrats verkörpert. Dieser parlamentarische Staatssekretär wird aber andererseits auch die Auffassung seiner Partei zu vertreten suchen; und die Mehrheit wird hier aus drei verschiedenen Parteien gebildet. Daraus kann nichts anderes entstehen als politische Mißverständnisse und politische Gegensätze. Es ist mir deshalb unzweifelhaft, daß dieser Gesetzentwurf dahin führen wird, daß man demnächst, um die Einheit der Regierung wiederherzustellen, die Einheit zwischen dem Reichskanzler, seinen Stellvertretern und den im Bundesrat vereinigten Einzelregierungen, schließlich zu einem kollegialen Reichsministerium mit dem Reichskanzler als Vorsitzenden wird kommen müssen.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, auch der Herr Vizekanzler hat schon angedeutet, daß diese Gesetzentwürfe, die uns jetzt vorliegen, und insbesondere diese Stellvertretungsgesetze in ihren Folgen noch gar nicht zu übersehen sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bin ganz derselben Ansicht. Die Folge wird, so glaube ich, das kollegiale Reichsministerium sein.

Meine Herren, ich bin aber auch ferner der Ansicht: da die verbündeten Regierungen dem Gesetze zugestimmt haben, kann man nicht föderalistischer sein als die Einzelregierungen selbst,

(sehr richtig!)

und ich glaube deshalb, daß dieser Gesetzentwurf die große Mehrheit im Reichstag finden wird, ja, daß vielleicht eine einstimmige Annahme erfolgt. Es ist unzweifelhaft, daß dieser Gesetzentwurf nach einer ganz anderen Richtung hin geht als das föderalistische Regierungssystem in Deutschland. Wenn man diesen Gesetzentwurf vertritt, kann man deshalb nicht gleichzeitig sagen, daß man unerschütterlich auf dem Boden der föderalistischen Regierung steht.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist ein innerer Widerspruch. Man erkennt entweder (C) die politischen Folgen des Gesetzentwurfs nicht, oder man will sie nicht erkennen.

Meine Herren, ich finde aber noch einen zweiten inneren Widerspruch. Ich sage Ihnen ganz offen: ich habe es bedauert, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich nicht sofort mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht einverstanden erklärt, sondern erst kostbare politische Zeit versäumt hat mit den Aufbau eines unmöglichen Mehrheitsstimmrechts. Ich bedauere ebenso, daß das preußische Herrenhaus politisch kostbare Zeit versäumt hat mit so unmöglichen Gestaltungen wie der Bildung eines Abgeordnetenhauses aus berufsständischen Wahlen. Das allgemeine Wahlrecht war, wie sich die Verhältnisse gestaltet hatten, mag man nun grundsätzlich auf dem Boden dieses allgemeinen Wahlrechtes stehen oder nicht, in der Tat nicht mehr zu vermeiden. Aber, meine Herren, wenn man erklärt, man stehe unerschütterlich auf dem Staatsgrundsatz des föderalistischen Reichs, dann kann man auch hier von der Bank des Bundesrats aus nicht versuchen, einen Druck auf die Einzelstaaten zu üben, nach welchem Wahlrecht sie ihre gesetzgebenden Versammlungen bilden sollen.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.)

Nach welchen Grundsätzen der Einzelstaat seine gesetzgebenden Versammlungen bildet, das ist das vornehmste Souveränitätsrecht des Einzelstaates; wenn man ihm dieses Recht beschränken will, dann steht man nicht mehr auf dem Boden des föderalistischen Staatswesens.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.)

Ich fasse mich deshalb über diesen Punkt dahin zusammen: Dieser Gesetzentwurf, so einfach und harmlos er aussieht, wird zu einer wesentlichen Veränderung der Stellung des Reichskanzlers zum Bundesrat und zu einer wesentlichen Veränderung der Stellung des Bundesrats gegenüber den Einzelregierungen führen! (D)

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Vom Herrn Abgeordneten Ebert ist eine Erörterung über die Zustände unter dem Belagerungszustandgesetz gepflogen worden. Der **Belagerungszustand** wird jetzt bekanntlich nach dem preußischen Gesetz gehandhabt. Ich muß aber zugestehen: wie dieses preußische Gesetz ergangen ist, hat man wahrscheinlich an eine solche Ausdehnung der militärischen Befugnisse in bezug auf den Belagerungszustand nicht gedacht.

(Sehr wahr!)

Man hat daran gedacht — und das ergibt auch die Begründung dieses preußischen Gesetzes —, daß im Krieg durch die militärische Gewalt die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten ist, daß durch militärische Gewalt alles zu verhindern ist, was für die Kriegsführung gefährlich und abträglich sein kann. Aber man hat diesem Belagerungsgesetze eine Ausdehnung gegeben, die manchmal überrascht hat,

(sehr richtig!)

man hat die militärischen Befugnisse sogar ausgedehnt auf Vorschriften über die Bekleidung der Damen. Ich glaube allerdings, daß es notwendig ist, daß die militärische Gewalt alles verhindert, was unsere Kriegsführung gefährden kann; in England und Frankreich geht man in dieser Beziehung viel weiter als bei uns. Aber ich bin auch der Überzeugung, daß dieses Belagerungszustandsgesetz so viele Mißgriffe, so viele Mißverständnisse herbeigeführt hat, daß es nach Friedensschluß unbedingt notwendig sein wird, ein Reichsgesetz betreffend den Belagerungszustand zu erlassen. In Streitigkeiten über Versammlungs- und Vereinsrecht, über Zensur usw. zwischen Militär- und Zivilbehörden soll in Zukunft der Militäroberbefehlshaber entscheiden. Ich meine, der hat wichtigeres zu tun, als Akten zu lesen. Schließlich wird es ein nach-

(Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) geordneter Offizier machen. So überwindet man die vorhandenen Schwierigkeiten nicht.

Der Herr Reichskanzler hat ferner gesagt, das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten. Ich freue mich dieser Äußerung. Denn damit hat der Herr Reichskanzler bestätigen wollen, daß Fürst Bismarck es war, der das deutsche Volk in den Sattel gehoben hat. Aber ich meine, das deutsche Volk hat seit Begründung des Deutschen Reichs doch auf der Bahn der Kultur, der Rechtssicherheit, des wirtschaftlichen Fortschritts schon eine sehr erhebliche Strecke zurückgelegt, und wir wollen abwarten, ob es der neuen Regierung möglich sein wird, in gleicher Weise für die Wohlfahrt des deutschen Volks zu arbeiten.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichskanzler hat betont, der Reichstag habe starke politische Mittel in der Hand; er habe das Budgetbewilligungsrecht; aber das deutsche Volk machte in verschiedenen Punkten von seiner Macht keinen Gebrauch. Darin kann ich mit dem Herrn Reichskanzler übereinstimmen. Ich habe oft bedauert, daß der **Reichstag** von seinen **Machtmitteln** nicht entschiedeneren Gebrauch gemacht hat auf den Gebieten, die die Grundlage bildeten für eine meines Erachtens vollkommen verfehlte Weltpolitik. Deutschland ist ein Kontinentalstaat; es ist im Herzen Europas in einer sehr gefährlichen Lage; es hat eine verhältnismäßig kurze Küste. Alle diese Verhältnisse hätten dazu hingedrängt, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik außerordentlich vorsichtig zu verkehren und zu verhandeln.

(Sehr richtig! und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Sie sagen, meine Herren, ich war Mitglied der Regierung. Gewiß, meine Herren. Aber vieles ist geschehen, nachdem ich ausgeschieden war,

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

und außerdem haben Sie ja von Herrn v. Bethmann

(B) Hollweg gehört, daß die Staatssekretäre „nachgeordnete" Beamte sind. Ich hatte mein Geschäftsgebiet zu vertreten. Das Auswärtige Amt war für mich unerreichbar, auch als allgemeiner Stellvertreter des Reichskanzlers.

Es ist uns auch ein Gesetz vorgelegt worden, nach dem in Zukunft zur **Kriegserklärung** die **Zustimmung des Reichstags** erforderlich sein soll; dieses Gesetz wird nach einem Antrag, der uns vorliegt, vielleicht noch eine Erweiterung erfahren. Ich bin an und für sich der Meinung, daß es eigentlich natürlich ist, daß die Vertretung des Volks, namentlich in einem parlamentarisch regierten Staate, auch darüber zu entscheiden hat, ob ein Krieg geführt werden soll oder nicht. Dadurch wird auch die Stellung der Regierung unendlich gestärkt, wenn sie einen Krieg mit ausdrücklicher Zustimmung der Volksvertretung beginnt. Aber ich kann mir die Eile für dieses Gesetz nicht recht erklären. Denn für die Herren, die auf dem Standpunkte stehen, daß der Völkerbund eine wirksame Einrichtung sein werde, erscheint dieses Gesetz eigentlich überflüssig, denn der Völkerbund soll ja alle Kriege verhindern. Es wäre freilich ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, daß es in Zukunft keine Kriege mehr gibt, daß jedes Volk friedlich seiner Kulturarbeit nachgehen kann, und daß die ungeheuren Summen, die für Kriegsleistungen ausgegeben werden, für Kulturzwecke der Völker verwendet werden können. Ähnliche Bestrebungen haben seit langem bestanden. Zur Zeit des Wiener Kongresses erklärte man auch, das solle der letzte Krieg sein, und man sah das Mittel, zukünftige Kriege zu verhindern, in dem sogenannten europäischen Gleichgewicht der Staaten. Gerade durch die Lehre vom europäischen Gleichgewicht sind aber seitdem zahllose Kriege entstanden. Nach dem Russisch-türkischen Kriege wurde das Haager Schiedsgericht eingerichtet. Sehr bald darauf kam der Russisch-japanische Krieg.

(Zurufe links.)

— Ich hoffe dringend, daß Ihre Hoffnung auf den Völkerbund sich erfüllt. Aber zu diesem Zwecke wünschte ich auch, daß wir keine schlecht beratenen Regierungen, keine ehrgeizigen Staatsmänner und keine gewissenlosen Spekulanten mehr hätten. (C)

(Sehr gut! rechts.)

Wir haben ja jetzt auch ein „Mitteleuropa" erlebt. Dieses Mitteleuropa — davon werden sich jetzt wohl alle überzeugen — ist in Trümmer gegangen. Wir haben auch lange Verhandlungen mit Österreich gehabt wegen eines engeren militärischen und wirtschaftlichen Anschlusses. Diese Verhandlungen in Salzburg sind abgebrochen worden; es ist klar, daß ein Staat, der im Begriffe ist, sich in Einzelstaaten zu zerlegen oder jedenfalls eine ganz andere staatsrechtliche Form nach außen anzunehmen, nicht in der Lage ist, zurzeit derartige militärische und wirtschaftliche Bündnisse abzuschließen. Ich möchte aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß in Zukunft vielleicht auf einer schmaleren geographischen Grundlage diese Verhandlungen mit Österreich wieder aufgenommen werden.

Aber eins ist jedenfalls notwendig, daß Deutschland, namentlich in den gefährlichen Zeiten, denen wir entgegengehen, nach außen als ein geschlossener Bundesstaat erscheint. Es haben mich da einige Erscheinungen der letzten Zeit nicht angenehm überrascht. Man hat z. B. für Bulgarien einen **selbständigen sächsischen Gesandten** bestimmt. Ich halte es für außerordentlich bedenklich, neben den Gesandten, der das Reich vertritt, noch einen Gesandten des Einzelstaates zu bestellen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Dadurch muß im Auslande der Eindruck erwachsen, daß Deutschland nach außen kein geschlossener Staat mehr ist.

(Erneute Zustimmung.)

In Bayern hat man jetzt sogar den Antrag gestellt, besondere bayerische Konsuln zu bestellen.

(Hört! hört! links.) (D)

Was kann daraus werden, wenn neben den Reichskonsuln noch besondere Landeskonsuln bestellt werden! Dann müssen die fremden Staaten glauben, daß Deutschland nach außen gar kein einheitlicher Bundesstaat ist.

(Sehr richtig!)

Herr Stresemann ist auf gewisse Übelstände der Vergangenheit eingegangen. Er hat auf die Verträge hingewiesen, die von der Militärverwaltung geschlossen sind und die allerdings ungeheure Vermögen in einzelne Hände gebracht haben. Man könnte auch darauf hinweisen — ich glaube, auch Herr Abgeordneter Stresemann hat es getan —, daß unsere **militär-technischen Betriebe** zu manchen Bedenken Anlaß gegeben haben. Ich bin der persönlichen Ansicht, daß die Leitung von militär-technischen Betrieben technischer Art in der Hand von Technikern liegen sollten, und zwar in der Hand von den besten Technikern, die man überhaupt finden kann. Ich bin auch der Ansicht, daß in Zukunft die Auswahl und die Bildung unserer Diplomaten eine gänzlich veränderte sein muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber jetzt mitten im Kriege kann man über diese Dinge nicht eingehend sprechen, weil die Gefahr vorliegt, daß man damit unseren eigenen vaterländischen Interessen schadet.

Meine Herren, wie jetzt die militärische Lage ist, und auf Grund der beiden Erklärungen, die von der Reichsregierung an Präsident Wilson geschickt sind, wäre es für das deutsche Volk sehr erwünscht, wenn es erführe, welches eigentlich die **Grenzen der feindlichen Forderungen** sind, denen sich Deutschland nicht unterordnen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Das deutsche Volk möchte endlich in dieser Frage klar sehen.

(Zustimmung rechts.)

(Dr. Graf **v. Posadowsky-Wehner**, Abgeordneter.)

(A) Man hat in Frankreich und England, in der englischen und französischen Presse, auch im englischen und französischen Parlament die Forderung erhoben: Abtretung der Westmark, Abtretung von Elsaß-Lothringen, Vereinigung der ehemals polnischen Landesteile mit einem zu bildenden Königreich Polen. Man will aus den Wilsonschen 14 Punkten herauslesen, daß diese Forderungen der französischen und englischen öffentlichen Meinung, wie sie sich in der Presse darstellt, auch die Forderungen Wilsons sind.

Was zunächst die **Rückgabe von Elsaß-Lothringen** betrifft, so würde es mir nicht verständlich sein, wenn der Präsident Wilson diese Forderung überhaupt erheben würde. Warum sollte der Präsident Wilson auf das Jahr 1870 zurückgehen, wo wir dieses alte deutsche Land nur wieder erworben haben? Wenn er auf dem Standpunkt steht, daß die Nationalitäten geachtet werden müssen, warum geht er da nicht auf die Zeit zurück, wo Ludwig XIV. dieses Land mit Gewalt und Trug dem deutschen Vaterlande entriß.

(Sehr richtig! rechts.)

Elsaß ist überwiegend ein deutsches Land, ein reichsdeutsches Land. Im Mittelalter ging die französisch-deutsche Grenze noch viel weiter westlich! Wenn wir Elsaß-Lothringen verlieren, so ist das der schwerste Schlag, der gegen die deutschen Arbeiter geführt werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Zwei Drittel unserer Eisenerze, die wir verarbeiten, kommen aus Lothringen. Von 29 Millionen Tonnen Eisenerz, das die deutsche Eisenindustrie verarbeitet, stammen 21 Millionen Tonnen aus Lothringen. Von der Eisenindustrie leben, wenn wir die Familien der Arbeiter mit in Rechnung ziehen, 6—7 Millionen Menschen, und allein von dem Eisen, das aus Lothringen in die deutschen Eisenwerke kommt, leben mit den Familien zusammen 4—5 Millionen Menschen. Wenn wir diese Eisenwerke
(B) von Lothringen verlieren, so würde das ein Zusammenbruch eines großen Teils unserer Schwereisenindustrie sein und damit der Verlust der gewohnten Arbeit für Millionen Arbeiter.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Kali, für welches wir eine Art Monopol haben, die Kaliwerke bei Mülhausen, waren das beste Faustpfand dafür, das wir von den übrigen Staaten nach dem Kriege handelspolitisch nicht ausgesperrt werden können. Auch dieses Faustpfand würden wir verlieren.

Aber die Frage hat auch eine ernste militärische Seite. Der belgische sozialdemokratische Abgeordnete d'Estrées hat an den König von Belgien einen Brief geschrieben, in dem er sagte „Sire, il n'y a pas des Belges": „es gibt keine Belgier". **Belgien** ist — das ist richtig — ein im Jahre 1830 auf Betreiben Englands künstlich zusammengeschweißter Staat; er besteht aus den germanischen Flamen und den romanischen Wallonen. Es war eine richtige Politik der deutschen Regierung, die Politik der Flamen zu unterstützen, die ein selbständiges flämisches Staatswesen bilden wollten, eventuell in einer Personalunion mit dem wallonischen Teil des jetzigen Königreichs Belgien. Die Männer, die sich jetzt für diese Frage eingesetzt haben, sind nach Beendigung des Krieges in höchster Gefahr, in Gefahr ihres Lebens.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Flamenpolitik der deutschen Regierung hatte den verständigen Zweck, zu verhindern, daß Frankreich, das zwanzigmal in der Geschichte den Versuch gemacht hat, Belgien zu annektieren, seinen Einfluß in Belgien weiter verstärkt. Die belgische Regierung hat alle Mittel angewendet, um die Flamen zu französieren, das belgische Offizierkorps ist durchaus französisch gesinnt. Es könnte uns in der Zukunft außerordentlich gefährlich werden, falls Belgien noch weiter in die französische Einflußsphäre übergeht, wenn sich die Flamen nicht als (C) Gegengewicht geltend machen können. Man braucht kein Stratege zu sein; man braucht nur die Karte anzusehen, um zu erkennen, daß der Verlust der Reichslande und ein unter starkem Einfluß Frankreichs stehendes Belgien das linke Rheinufer bei künftigen kriegerischen Verwicklungen aufs äußerste gefährden. In seinen vier Punkten sagt Wilson, „man solle die Völker nicht durcheinanderwerfen wie die Steine eines Spiels." Napoleon I. tat das, aber an der Spitze seiner Heere. Mr. Wilson scheint dasselbe von seinem Schreibtisch im Weißen Hause in Washington jenseits des Atlantischen Ozeans telegraphisch tun zu wollen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Lassen Sie mich doch meine Gedanken hier aussprechen; ich meistere ja auch nicht Ihre Gedanken.

Meine Herren, als die neue parlamentarische Regierung geschaffen wurde, sagte man uns, daß sich nun erst die ungeteilte Volkskraft zeigen würde, die eine Bürgschaft für die weitere Verteidigung des Landes sei. Kürzlich ist in einer öffentlichen Versammlung das Wort gefallen, nach Jena käme Leipzig — meines Erachtens ein bedenkliches Wort! Wir haben bisher noch kein Jena erlebt. Wir haben noch Millionen Soldaten im Felde stehen, wir stehen noch in Feindesland, und ich glaube, in dieser schweren Zeit muß jeder, der es mit seinem Lande gut meint, dazu beitragen, daß der Geist von Jena nicht umherschleicht:

(Zustimmung rechts)

der Geist der Schwäche und der Hoffnungslosigkeit.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir haben uns bereit erklärt, die besetzten Gebiete zu räumen — ein Zugeständnis, das mit allen mir wenigstens bekannten Waffenstillstandsverträgen nicht übereinstimmt. In anderen Waffenstillstandsverträgen stand immer: „Die kämpfenden Parteien dürfen ihre Stellung (D) nicht verändern." Wir haben uns ferner bereit erklärt, Passagierschiffe nicht mehr zu torpedieren. Der Zweifel ist durchaus berechtigt, ob es richtig war, den **U-Boot-Krieg** zu führen und damit die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu veranlassen, auf die Seite unserer Feinde zu treten. Aber, nachdem der unbeschränkte U-Boot-Krieg einmal angefangen worden ist — und dafür haben sich auch die Sozialdemokraten erklärt —, sollte er auch fortgesetzt werden. Mir ist bestimmt versichert worden, daß auch der Abgeordnete Dr. David sich in dem Sinne ausgesprochen hat, daß der Unterseebootkrieg, nachdem er einmal begonnen sei, auch fortgesetzt werden müsse, und ich habe hier eine Schrift Ihres (zu den Sozialdemokraten) Genossen Cohen, der sich in demselben Sinne ausspricht. Hinfort wird aber selbstverständlich jedes Schiff, das Munition, Kriegsgeräte oder Lebensmittel führt, als „Passagierschiff" frisiert werden.

(Zustimmung rechts.)

Deshalb ist das Zugeständnis, das wir dem Präsidenten Wilson angetragen haben, tatsächlich ein Abbau des U-Boot-Krieges.

Die Grenze der Zumutungen, denen wir uns noch unterordnen können, scheint mir ziemlich nahe zu sein; wir müssen uns darauf vorbereiten, daß alle unsere Versuche, zu einem ehrenhaften Frieden zu gelangen, keinen Erfolg haben könnten und wir deshalb weiter kämpfen müssen für unsere Ehre und für unsere Zukunft.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ricklin.

Ricklin, Abgeordneter: Meine Herren, im Namen der hier anwesenden Mitglieder der elsaß-lothringischen Gruppe habe ich folgende Erklärung abzugeben:

(**Ricklin**, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Reichskanzler hat in seiner Rede vom 5. Oktober angekündigt, daß **Elsaß-Lothringen** die bundesstaatliche **Autonomie** erlangen soll. In seiner gestrigen Rede machte er uns die Mitteilung über die bereits erfolgte Ernennung eines Elsässers zum Statthalter und eines Elsässers zum Staatssekretär. Er fügte hinzu, daß er annähme, der neue Statthalter werde mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es öffentlich darlegen. — Der Herr Reichskanzler hat es unterlassen, auch nur mit einem einzigen Worte darauf hinzuweisen, was die deutsche Regierung von der Einführung dieser Reformen in Elsaß-Lothringen erwartet und was sie damit bezweckt. Es wird aber die Annahme berechtigt sein, daß sie von dieser Aktion eine Einwirkung auf die Stimmung der Elsaß-Lothringer im deutschfreundlichen Sinne erwartet. Da halten wir es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um keine trügerische Hoffnung in dieser Hinsicht aufkommen zu lassen.

Diese Wahrheit lautet: all das, was hier in Berlin oder von der neuen Regierung in Straßburg in dieser Richtung unternommen werden mag, wird in dem nunmehrigen Stadium, in welches die elsaß-lothringische Frage eingetreten ist, keine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen, wie sie sich im Laufe des Krieges entwickelt hat, ausüben können.

(Hört, hört! rechts.)

Durch die Annahme der 14 Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms seitens der deutschen Regierung, insbesondere des Punktes 8 derselben, der von Elsaß-Lothringen handelt, ist die elsaß-lothringische Frage zu einer internationalen geworden, deren Lösung, wenn nicht dem Präsidenten Wilson, so doch dem Friedenskongreß übertragen ist. Die vom Herrn Reichskanzler gestern
(B) gebrauchten Worte, daß die Rechtsfrage nicht Halt vor unseren Landesgrenzen macht und die angenommenen Sätze auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets berühren, stützen diese unsere Auffassung.

(Hört, hört! rechts.)

Da wir sicher annehmen, daß bei der Beratung der elsaß-lothringischen Frage dem von einem sehr großen Teile der elsaß-lothringischen Bevölkerung beanspruchten Recht, selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden, Rechnung getragen wird, müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung der Elsaß-Lothringer vorgreifen könnte. Die eingreifende Verfassungsänderung, die man bei uns vorhat, schließt aber nach Ansicht weiter Kreise eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung des elsaß-lothringischen Volkes ein; jedenfalls ist sie geeignet, die öffentliche Meinung zu verwirren.

(Hört, hört!)

Nachdem die elsaß-lothringische Frage diese Gestaltung angenommen und auf das internationale Gebiet übergegriffen hat, halten wir das von unseren Wählern empfangene Mandat, dem Lande die bundesstaatliche Autonomie zu erlangen, in diesem Punkte durch die Verhältnisse für überholt.

Mit dem Dank an diejenigen Abgeordneten, die uns bei der Geltendmachung unserer berechtigten Forderung auf bundesstaatliche Autonomie die Jahre hindurch unterstützt haben, verbinden wir die Erklärung, daß, wenn dieser Schritt in der nun beabsichtigten Gründlichkeit früher erfolgt wäre, er nicht nur imstande gewesen wäre, bei uns viel Unheil zu verhüten und die Elsaß-Lothringer mit ihrer Lage auszusöhnen, sondern, daß er auch geeignet gewesen wäre, das gräßliche Unglück, welches durch diesen Krieg über die Welt hereingebrochen ist, mit zu verhindern.

(Hört, hört!)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hanssen. (C

Hanssen, Abgeordneter: Meine Herren, der Reichskanzler hat in seiner ersten Programmrede feierlich erklärt, daß er einen dauernden Frieden für die gesamte Menschheit, daß er einen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung wolle. Und „die Rechtsfrage", hat er gestern hinzugefügt, „macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden. Die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets."

Der Herr Reichskanzler hat sich weiter bereit erklärt, die Kongreßbotschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 und das in seinen späteren Kundgebungen aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen anzunehmen.

Zum Programm des Präsidenten Wilson gehört vor allem die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Deutschland, wie der Herr Reichskanzler erneut vor einigen Tagen in seiner Rede an das Präsidium der litauischen Taryba feststellte, anerkannt hat. Und im Punkt 4 seiner Programmrede vom 12. Februar erklärt der Präsident, daß „alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen."

Meine Herren! Jede Zweideutigkeit in internationalen Fragen muß jetzt, wie Kollege Naumann gestern ausführte, vermieden werden. Der Ernst der Stunde fordert eine klare und offene Sprache. Unter Hinweis auf den vorerwähnten Standpunkt des Herrn Reichskanzlers sowie des Präsidenten Wilson fordere ich als Vertreter der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 5 des Friedensvertrags zu Prag und damit bei dem bevorstehenden Friedensschluß die endgültige Lösung der **nordschleswigschen Frage** auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. (I

Meine Herren, zuerst ein ganz kurzer geschichtlicher Rückblick. Im Jahre 1864 wurde die dänische Bevölkerung Nordschleswigs gegen ihren Willen und trotz ihres feierlichen Protestes von den beiden Großmächten Preußen und Österreich mit Gewalt von ihrem alten Vaterlande, von ihrem angestammten Volke, dem sie durch Sprache, Sitten und Erinnerungen und eine mehr als tausendjährige ruhmvolle Geschichte angehörte, losgerissen. Zwei Jahre später trat das geschlagene Österreich seine Rechte an der gemeinsamen Kriegsbeute von 1864 an Preußen ab. Die Abtretung wurde im § 5 des **Friedensvertrages zu Prag** der so lautet, näher bestimmt:

> Seine Majestät der Kaiser und König überträgt auf Seine Majestät den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch eine Abstimmung den Wunsch zu erkennen gibt, mit Dänemark vereint zu werden, an Dänemark abgetreten werden solle.

Der Friedensvertrag von Prag wurde am 20. September 1864 dem preußischen Landtag vorgelegt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Abtretung Nordschleswigs von mehreren Rednern bemängelt. Diesen gegenüber präzisierte Bismarck seinen Standpunkt zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, indem er laut stenographischem Bericht erklärte:

> Ich bin stets der Meinung gewesen, daß eine Bevölkerung, die dauernd und im zweifellos manifestierten Willen zu erkennen gibt, daß sie nicht preußisch und deutsch sein will, die im

(Hanssen, Abgeordneter.)

A) zweifellos manifestierten Willen einem unmittelbar angrenzenden Nachbarstaat ihrer Nationalität angehören will, keine Stärkung der Macht bedeutet, von welcher sie sich zu trennen bestrebt ist. Wir haben die Bestimmung übernommen, und Preußen muß sie halten; aber wir werden sie so zur Ausführung bringen, daß über die Abstimmung, auf deren Grund wir verfahren, über deren Freiwilligkeit und Unabhängigkeit und über den definitiven Willen, der dadurch kundgegeben wird, kein Zweifel bleibt.

Ein trefflicher Grundsatz, ein verpflichtendes Wort! Die dänische Bevölkerung Nordschleswigs gab in den folgenden Zeiten immer und immer wieder ihren Wünschen und ihrem Willen klaren Ausdruck. Aber, meine Herren, Jahre vergingen, ohne daß die von Preußen vertraglich übernommenen Verpflichtungen, eine Volksabstimmung in Nordschleswig vorzunehmen, ausgeführt wurde.

(Hört! hört! bei den Polen und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

1877 stellte einer meiner Vorgänger, der Abgeordnete Krüger, deshalb hier im Reichstag mit Unterstützung aus dem Zentrum den Antrag, die Regierung aufzufordern, „sofort Vorkehrungen dahin zu treffen, daß das durch den § 5 des Prager Friedens den Nordschleswigern gewährte Recht der freien Meinung über die staatsrechtliche Angehörigkeit derselben baldigst verwirklicht werde."

Am 19. April 1877 stand der Antrag hier zur Verhandlung. In der Debatte konstatierte der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär v. Bülow, daß die Auffassung der Reichsregierung in dieser Frage gerade dieselbe sei, die Bismarck 11 Jahre früher in seinen vorerwähnten Ausführungen aufgestellt hatte.

Bei dieser Gelegenheit nahm auch der Abgeordnete
B) Windthorst das Wort, und Sie, meine Herren aus dem Zentrum, wird es sicherlich ganz besonders interessieren, was dieser hervorragende und weitblickende Staatsmann zu der Frage ausführte. Der Abgeordnete Windthorst erklärte:

> Ich stimme nur deshalb nicht für den Antrag, weil ich glaube, daß diese sehr delikate Frage von uns nach allen Seiten nicht übersehen werden kann, weil ich glaube, daß der Zeitpunkt und die Modalitäten der Verhandlungen von unserer Regierung so ausgewählt werden müssen, wie die öffentlichen Verhältnisse Europas ihr das ratlich erscheinen lassen. Da ich in der Hinsicht nicht klar sehe, so kann ich mich in diesem Augenblick für den Antrag nicht erklären, denn indem ich dies täte, würde ich glauben, zu verlangen, daß jetzt sofort die Regierung in beantragter Weise vorgehen soll. Ich wiederhole aber, daß, wenn ich aus diesen Gründen nicht für den Antrag heute stimme, ich doch das den Nordschleswigern aus dem Art. 5 des Prager Friedens erwachsene Recht in vollem Maße anerkennen muß, und daß es nicht wohlgetan ist, derartige Dinge so auf die lange Bank zu schieben und gleichsam vergessen machen zu wollen. Es werden solche Sachen nicht vergessen, sondern tauchen sehr oft in den ungelegensten Augenblicken auf.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Ich vertraue aber zu unserer auswärtigen Leitung, daß sie den ersten besten ihr sich darbietenden Augenblick ergreifen wird, um die Sache aus der Welt zu bringen.

Meine Herren, soweit Windthorst! Seine Hoffnung ging leider nicht in Erfüllung. Zwei Jahre später veröffentlichte Preußen ganz unerwartet den Vertrag vom (C)
11. Oktober 1878, wonach mit Zustimmung Österreichs die Nordschleswig treffende Bestimmung in dem § 5 des Prager Friedensvertrages für aufgehoben erklärt wurde.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die nackte Gewalt triumphierte wieder über das Recht. Die von Windthorst feierlich den Nordschleswigern zuerkannten Rechte wurden mit Füßen getreten.

Eine höchst unglückliche Zeit brach damit über Nordschleswig hinein. Im Vertrauen auf Preußens Vertragstreue und Bismarcks feierliche Zusage waren über ein Drittel der nordschleswigschen Bevölkerung bis dahin ausgewandert, weil sie sich unglücklich unter dem preußischen Regiment fühlten. Für die in ihrem Heimatland Gebliebenen begann eine Zeit der sprachlichen Unterdrückung, der nationalen Vergewaltigung, der politischen Drangsalierung, die 1899 bis 1903 in der sogenannten Köllerpolitik, die damals, wie viele der Herren sich erinnern werden, den Reichstag drei Tage lang beschäftigt hat, kulminierte. Ich will heute, wo das alte System zusammengebrochen und ein neues Deutschland im Entstehen begriffen ist, nicht weiter darauf eingehen. Aber eins, meine Herren, muß ich doch heute hier konstatieren: Wenn das deutsche Volk in diesen schweren Kriegsjahren oft Sympathien in den benachbarten und verwandten nordischen Nationen schmerzlich vermißt hat, müssen Sie das nicht zum wenigsten auf **Preußens** ungerechte, gewaltsame, rücksichtslose und harte **nordschleswigsche Politik** zurückführen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, eine neue Zeit bricht jetzt heran. Die Männer, die heute in Deutschland am Ruder stehen, haben sich in der Beantwortung der Papstnote, die mit zum Regierungsprogramm gehört, zu der Überzeugung bekannt, daß künftig an Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten muß, daß der kranke Körper der menschlichen (D)
Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechts gesunden kann, und mit dem Wilsonprogramm hat die neue Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt. Wir hoffen, daß sie auch bereit ist, bei dem bevorstehenden Friedensschluß eine Politik des Rechts und der Gerechtigkeit, eine Politik der wirklichen Versöhnung uns — und ich möchte hinzufügen, Dänemark und Skandinavien gegenüber, durchzuführen.

Denn darüber sollten Sie sich nicht täuschen, meine Herren: Ganz Skandinavien folgt mit seinen wärmsten Sympathien dem Schicksal des kleinen tapferen südjütischen Volksstammes. Von Henrik Ibsen und Björnstjerne Björnson in Norwegen bis zu Selma Lagerlöf und Ellen Key in Schweden, von den großen dänischen Dichtern des vorigen Jahrhunderts bis zu Harald Höffding und Georg Brandes und über diese hinaus zu der jüngeren Generation haben fast alle hervorragenden Vertreter des Geisteslebens im Norden immer und immer wieder eine gerechte **Lösung der nordschleswigschen Frage** verlangt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In den letzten Zeiten hören wir wieder Tausende von Stimmen aus dem Norden, die in dieser Frage an die Gerechtigkeit und — merken Sie sich das, meine Herren — an die politische Klugheit des deutschen Volkes appellieren. Charakteristisch in dieser Beziehung ist folgende Äußerung des deutschfreundlichen Dozenten Dr. Fredrik Paasche an der Universität Christiania, die ich einem Artikel, den er in den letzten Tagen in der norwegischen Zeitnng „Tidens Tegn" veröffentlicht hat, entnehme:

> Die Gedanken dreier Völker gehen in diesen Tagen nach Nordschleswig. Dieser Name ist in Wilsons Friedensprogramm nicht erwähnt. Laßt uns ihn mit unserer ganzen Kraft nennen. Die Treue, welche die Nordschleswiger

(Hanssen, Abgeordneter.)

(A) 50 Jahre hindurch Skandinavien bewahrt haben, appelliert an unsere Aufrichtigkeit. Und drei Völker wissen heute, daß dasjenige Deutschland, welches an Nordschleswig Boden „verliert", in Wirklichkeit ein größeres Land wird und Werte von größerer Dauer erwirbt — einen Weg zum Vertrauen anderer. Möge auch das deutsche Volk dieses sehen und verstehen!"

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die **Sozialdemokraten** in Schleswig-Holstein haben sich schon vor Jahren auf einem Parteitag in Kiel für die Ausführung des § 5 des **Prager Friedensvertrags** ausgesprochen. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Haase sehr dankbar, daß er heute denselben Standpunkt hier eingenommen hat. In dem Friedensmanifest des skandinavisch-holländischen Komitees vom 10. Oktober 1917, dem sogenannten Stockholmer Manifest, wird eine freundschaftliche Lösung der nordschleswigschen Frage durch ein Übereinkommen zwischen den daran interessierten Staaten auf der Basis einer Grenzregulierung im Einvernehmen mit den Bewohnern verlangt. Die dänische Sozialdemokratie steht auf demselben Standpunkt. „Sozialdemokraten" in Kopenhagen hat vor einigen Tagen diese Forderung wieder erhoben, und in Schweden haben in diesen Tagen sowohl Hjalmar Branting wie Bürgermeister Lindhagen, die beiden namhaften Führer der schwedischen Sozialdemokratie, in kräftigen mannhaften Worten die Lösung der nordschleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker als eine Ehrensache und Ehrenpflicht des neuen Deutschlands hingestellt. Mit tiefer Dankbarkeit kann ich heute konstatieren: aus allen politischen Lagern in Skandinavien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, schallt in diesen Tagen der einstimmige Ruf nach Deutschland: Gerechtigkeit gegen die Dänen in Nordschleswig!

(B) Meine Herren, überhören Sie nicht diesen Ruf. Wenn es Ihnen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ernst ist, wenn Sie wirklich einen Frieden des Rechts und der Versöhnung wollen, dann lösen Sie, wenn der Frieden bald geschlossen wird, auch die nordschleswigsche Frage.

Damit erfüllen Sie nicht nur unsere heißesten Wünsche, damit fördern Sie auch deutsche Interessen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn: Gerechtigkeit erhöhet ein Volk!

Lebhaftes Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, nun abzubrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Ja, meine Herren, mit dem Abbruche der Verhandlungen bin ich an sich einverstanden; aber ich möchte auch bitten, daß die nächste Sitzung erst angesetzt wird, wenn feststeht, daß die Regierung zu den höchst bedauerlichen, das Vaterland schwer schädigenden drei Erklärungen, die wir heute aus dem Munde der Herren Polen, der Herren Elsässer und des Herrn Dänen gehört haben, die gebührende Stellung nehmen wird.

(Zustimmung rechts.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, daß die Regierung sich zu diesen Erklärungen äußert, halte ich für selbstverständlich. Aber es liegt meines Erachtens nicht der geringste Grund vor, daß wir uns deshalb sine die vertagen sollen und dadurch der Regierung Gelegenheit geben, uns vielleicht acht bis vierzehn Tage wieder nach (C) Hause zu schicken. Ich begreife den Antrag des Herrn Grafen Westarp nicht, wenn man an ihn den Maßstab der Logik legt. Ich erkläre ihn mir nur aus einem Zustande der Verärgerung, der den Herrn vorübergehend des klaren Denkens beraubt hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizekanzler.

v. Payer, Wirklicher Geheimer Rat, Stellvertreter des Reichskanzlers: Die Regierung wird im Rahmen des normalen Ganges der Verhandlungen morgen bei Beginn der Sitzung ihre Erklärung über diese drei Kundgebungen abgeben. Es bedarf also einer besonderen Vertagung nicht.

Präsident: Ich nehme an, daß auf Grund dieser Erklärung für den Herrn Abgeordneten Graf v. Westarp kein Anlaß mehr vorliegt, die Anberaumung der Sitzung auf morgen zu verhindern.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Nach diesen Erklärungen des Herrn Vizekanzlers habe ich keine Veranlassung mehr, zu beantragen, daß die Sitzung morgen nicht stattfindet. Ich möchte nur noch den Antrag hier vorbringen, daß auch das Königlich Preußische Staatsministerium zu den Erklärungen hier Stellung nimmt.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Präsident: Über das Königlich Preußische Staatsministerium wird der Deutsche Reichstag nicht verfügen können; er wird auch sein Erscheinen oder Nichterscheinen nicht herbeiführen können.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

(D) **Ledebour,** Abgeordneter: Ich war auch des höchsten überrascht, daß der Herr Graf Westarp mit einem Male verlangt, der Deutsche Reichstag solle das Königlich Preußische Staatsministerium hier vor sein Forum zitieren. In diesem Augenblick halte ich das nicht für notwendig. Wenn wir es aber einmal für notwendig halten sollten, über das preußische Ministerium zu Gericht zu sitzen, dann werde ich mich ja wohl der kräftigen Unterstützung des Herrn Grafen Westarp für diesen Antrag erfreuen.

(Große Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich denke, daß dieser Anregung des Herrn Kollegen Ledebour ebensowenig wie der Anregung des Herrn Grafen Westarp bei uns wird Folge gegeben werden können.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Der Herr Vizekanzler v. Payer hat in seiner Rede gesagt, ich hätte die Regierung darüber zur Rede gestellt, daß sie nicht ein Koalitionsministerium gebildet und uns zu diesem Ministerium nicht zugezogen hätte, und der Herr Vizekanzler hat an diese Darlegung Ausführungen geknüpft, in denen er das Verhalten der Regierung rechtfertigte, gleichzeitig aber parteiagitatorische und parteipolitische Angriffe gegen unsere Partei richtete und die Sache so darstellte, als wenn wir gewissermaßen der verlorenen Macht nachtrauerten. Ich möchte deshalb gleich heute feststellen, daß der Herr Vizekanzler v. Payer meine Ausführungen durchaus mißverstanden hat. Wenn er die Freundlichkeit gehabt hätte zuzuhören, so würde er gehört haben, daß ich ausdrücklich gesagt habe, daß wir uns über diesen Gang der Dinge in keiner Weise beklagen, und daß wir

(Graf v. Westarp, Abgeordneter.)

lediglich den Sachverhalt, wie er sich bei der Bildung der jetzigen Parteiregierung abgespielt hat, festgestellt haben.

Die näheren Ausführungen zu den Darlegungen des Herrn Vizekanzlers wird einer meiner Parteifreunde morgen machen und dabei das Notwendige zur Zurückweisung dieser parteipolitischen Angriffe, die man in dieser ernsten Stunde gegen uns zu richten für nötig gehalten hat, sagen.

(Zustimmung rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizekanzler.

v. Payer, Wirklicher Geheimer Rat, Stellvertreter des Reichskanzlers: Gerade in dieser ernsten Stunde muß ich diesen Angriff zurückweisen. Es ist nicht richtig, daß ich parteipolitische oder parteitendenziöse Angriffe gemacht habe.

(Erregter Widerspruch rechts. — Lebhafte Zustimmung links.)

— Nein! Sie behaupten es freilich, aber es ist nicht wahr! Ich habe hier als Mitglied der Regierung gesprochen und habe auf das, was der Regierung vorgeworfen wird, geantwortet. Das ist nicht bloß mein Recht, das ist auch meine Pflicht.

(Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Meine Herren, § 48 der Geschäftsordnung bestimmt:

> Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schlusse der Diskussion das Wort, so gilt diese aufs neue für eröffnet.

Die Diskussion ist dadurch, daß der Herr Vizekanzler das Wort ergriffen hat, wiedereröffnet. Ich schlage aber vor, es bei dem Vertagungsbeschluß zu belassen. Das Haus ist damit einverstanden; die Vertagung ist beschlossen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Herr Präsident, ich möchte mir eine Bemerkung erlauben zur geschäftlichen Behandlung eines Antrages, den wir im Laufe des Tages eingereicht haben, der aber noch nicht verteilt ist. Er läuft unter der Drucksache 1976. Ich darf mir wohl erlauben, den Wortlaut vorzulesen — er lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: (C)

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

a) darauf hinzuwirken, daß die Löhnung für alle Mannschaften mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 ab verdoppelt, die Löhnung der Unteroffiziere und Beamtenstellvertreter um 50 Prozent erhöht wird,

b) eine Aufbesserung der Bezüge der immobilen Subalternoffiziere erwogen wird,

c) die Offizierküchen verboten werden.

Ich erlaube mir, Herr Präsident, zu beantragen, diesen eben verlesenen Antrag und den Antrag 1870 der Herren Graf Westarp und Genossen, der auf gleichem Gebiete liegt, dem 35. Ausschuß des Reichstags zur Beratung zu überweisen.

Präsident: Der Antrag des Herrn Grafen v. Westarp geht dahin:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> den Herrn Reichskanzler zu ersuchen
> a) darauf hinzuwirken, daß die Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens verdoppelt und eine angemessene Aufbesserung der Gehälter für Offiziere möglichst bald durchgeführt wird,
> b) die gleiche Beköstigung von Offizieren und Mannschaften durchzuführen. (D)

Die beiden Anträge 1970 und 1976 laufen also in derselben Richtung. Es ist nun von dem Herrn Abgeordneten Ebert der Antrag gestellt, diese beiden Anträge noch heute an einen Ausschuß, und zwar an den 35. Ausschuß zu verweisen. Diesem Antrage kann nur stattgegeben werden, wenn niemand im Hause widerspricht. Wenn niemand widerspricht, dann würde ich annehmen, daß das Haus dem Antrage zustimmt. — Ich stelle fest, daß ein Widerspruch nicht erfolgt; es ist deshalb beschlossen, diese beiden Anträge an den 35. Ausschuß zu verweisen.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag, den 24. Oktober, vormittags 11 Uhr, mit der Tagesordnung:

> Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 6 Uhr 40 Minuten.)

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

195. Sitzung.

Donnerstag den 24. Oktober 1918.

Seite

Geschäftliches 6209C

Fortsetzung und Schluß der ersten und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Abänderung der Reichsverfassung** und des Gesetzes, betreffend die **Stellvertretung des Reichskanzlers**, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen),

in Verbindung mit

Fortsetzung und Schluß der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung** (Nr. 1951 der Anlagen).

Allgemeine Besprechung in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache (Fortsetzung und Schluß):

Dr. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amts 6210A

Scheüch, Königlich Preußischer Kriegsminister . . . 6211B, 6237B

Noske (S.) 6212D

Trimborn, Staatssekretär des Innern 6219A, 6240D

Kreth (K.) 6219D

Dr. v. Payer, Stellvertreter des Reichskanzlers . . . 6225C, 6237A

Ledebour (U.S.) 6226D

— zur Geschäftsordnung: 6238B

— persönlich . . 6238D, 6239C

Seite

Gothein (F.Vp.) 6238A

— zur Geschäftsordnung: 6238B

Korfanty (Pole) — zur Geschäftsordnung 6238B

Gröber (Laupheim) (Z.) — zur Geschäftsordnung 6238C

Stychel (Pole) — persönlich: 6239A, D

Dr. Zehnter (Z.) 6239D

Namentliche Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Bell und Genossen (Nr. 1974 der Anlagen):

Dr. Müller (Meiningen) — zur Geschäftsordnung 6241A

Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6241D

Zusammenstellung der namentlichen Abstimmung 6242

Die Sitzung wird um 11 Uhr 21 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Wechsel stattgefunden:

Es sind eingetreten:

in die 6. Kommission für die Herren Abgeordneten Vogt (Crailsheim), Reck (Lyck), Niederlöhner, Jaeger

die Herren Abgeordneten Dr. Wildgrube, Dietrich, Frommer, Brandes (Halberstadt).

Der Herr Abgeordnete Dr. Duffner ist für die Zeit seiner Rückkehr ins Feld beurlaubt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand der Tagesordnung ist:

Fortsetzung der ersten und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Drucksachen),

in Verbindung mit der

Fortsetzung der ersten und eventuell zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Drucksachen).

Anträge Nr. 1959, 1973, 1974.

Die Diskussion ist wieder eröffnet.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

(Präsident.)

(A) Dr. **Solf,** Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren! Der Redner des Zentrums hat vorgestern unsere **Truppen** in Schutz genommen gegenüber dem schweren **Vorwurf,** daß sie beim Rückzug durch Flandern und Nordfrankreich sich **völkerrechtswidrige** und **unmenschliche Handlungen** haben zuschulden kommen lassen. Ich danke dem Herrn Redner dafür und bin in der glücklichen Lage, dem hohen Hause von einem Dokument Mitteilung zu machen, das dem Herrn Redner recht gibt. Im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur in Brüssel haben am 18. Oktober der spanische Gesandte Marquis de Villalobar als Vertreter der französischen Interessen, der niederländische Geschäftsträger Herr van Vollenhoven als Vertreter der Engländer, zusammen auch mit einem Vertreter des Ernährungswerks in Belgien, dem belgischen Staatsangehörigen van Bree, eine Reise nach Tournay, Valenciennes und Denin gemacht. Sie haben anerkannt, daß die deutschen Militärbehörden alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Bewohner in den Städten, die dem Bombardement ausgesetzt sind, zu lindern.

(Hört! hört! und Bravo! rechts.)

In der eingehenden Darstellung dieser Beobachtungen, die ich der Presse bereits übergeben habe, wird im einzelnen festgestellt, daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der Bevölkerung vor Plünderungen Schutz zu gewähren,

(hört! hört! rechts)

die Ernährung durch Belassung ausreichender Vorräte sicher zu stellen und die Kunstschätze zu retten. Zwangsweise entfernt wurden lediglich Personen im militärpflichtigen Alter. Aber auch hierdurch wurden Ausnahmen gemacht für Ärzte, Geistliche, Feuerwehrleute, Schutz- (B) männer und solche Personen, die für die Ernährung des Landes durchaus notwendig sind und in diesem Sinne tätig waren.

Meine Herren, ich habe geglaubt, diese Sätze an den Anfang meiner Ausführungen stellen zu sollen, weil ich auch nicht eine Stunde länger ins Land gehen lassen möchte, bis dieser Vorwurf von unseren braven Truppen und somit auch von unserem deutschen Volke weggenommen würde.

(Beifall.)

Ich wende mich nun zu den Ausführungen der Redner der Opposition.

In der gestrigen Sitzung ist von verschiedenen Seiten die Frage an die **Regierung** gestellt worden, ob sie die **Grundsätze des Präsidenten Wilson** ehrlich auszuführen beabsichtige. Meine Herren, die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. Nachdem sie sich in ihren Antworten an den Präsidenten Wilson auf den Boden seiner Botschaften gestellt hat, ist sie auch entschlossen, demgemäß zu handeln.

Was **Elsaß-Lothringen** und **Polen** anbetrifft, so ist es ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landesteile unter den 14 Punkten des Programms des Präsidenten Wilson ausdrücklich aufgeführt sind, mit der Regelung beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind. Überhaupt werden wir, nachdem wir das Wilsonsche Programm als die Grundlage des gesamten Friedenswerks angenommen haben, das Programm nach allen Richtungen hin und in allen Punkten loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen.

(Bravo! links.)

Wenn aber der Herr Abgeordnete Hanssen behauptet, daß wegen der **nordschleswigschen Landesteile** aus dem Prager Frieden her ein positiver Rechtsanspruch auf eine Volksabstimmung bestünde, so muß die Regierung diese (C) Rechtsauffassung als irrtümlich bezeichnen.

(Zuruf.)

Denn der Prager Frieden schuf nach geltendem Völkerrecht Ansprüche nur zwischen den Vertragsteilen, und diese Ansprüche sind, was den Artikel 5 anlangt, durch die Vereinbarung vom Jahre 1878 aufgehoben.

(Zuruf.)

Das ist von der dänischen Regierung durch den sogenannten Optantenvertrag vom Jahre 1907 anerkannt.

Ich wende mich nun zu der **elsaß-lothringischen Frage.** Der Herr Abgeordnete **Ricklin** hat ein herbes Urteil gefällt über die in Elsaß-Lothringen eingeleitete Neugestaltung der Regierung. Meine Herren, die Regierung wird sich durch diese Kritik nicht abhalten lassen, auf dem für gut und richtig anerkannten Wege weiter fortzuschreiten.

(Bravo! links.)

Dem elsaß-lothringischen Volke soll dadurch das Recht werden, die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen denjenigen Bestrebungen, die die Mehrheit, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist, seit geraumer Zeit auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Ricklin und seiner polischen Freunde, auch unter Zustimmung der übrigen reichsländischen Abgeordneten, verfolgt hat.

(Hört! hört! rechts.)

Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald in die Tat umzusetzen. Einer anderweiten Lösung der elsaß-lothringischen Frage wird dadurch in keiner Weise vorgegriffen.

Ich wende mich nun zu dem **Redner der Polen.** Der Redner der polnischen Fraktion hat es unternommen, mit dem Punkte 13 des Wilsonschen Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat zu begründen. Demgegenüber erkläre ich: die deutsche Regierung hat, (D) wie ich bereits betont habe, das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten offen und ehrlich angenommen. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und neue Kriege entstehen lassen. Wenn der Herr Redner der polnischen Fraktion erraten läßt, daß er zum Beispiel **Danzig,** eine unzweifelhaft deutsche Stadt von zwei bis drei Prozent polnischer Bevölkerung, für Polen beansprucht, so setzt er sich in schreienden Gegensatz zu den Grundsätzen des Präsidenten selbst, der nur

(stürmische Zustimmung)

Gebiete unzweifelhaft polnischer Bevölkerung

(erneute lebhafte Zustimmung)

mit dem unabhängigen Polen vereint sehen will. An keiner Stelle des Programms ist gesagt, daß unbestreitbar deutsche Bevölkerungsteile Polen zugewiesen werden sollen.

(Wiederholte Zustimmung.)

Eine derartige Auslegung des Satzes vom freien, gesicherten und zuverlässigen Zugang zur See, nicht im Sinne einer internationalen Rechtsvereinbarung, sondern im Sinne einer territorialen Eroberung volksfremden Landes widerspricht dem vom Präsidenten Wilson verkündeten Recht der Selbstbestimmung der Völker.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, die polnischen Ansprüche sollten auch polnischerseits mit dem Grundsatz in Einklang gebracht werden, wonach nicht neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft erzeugt werden dürfen,

(sehr richtig!)

die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt bald wieder stören würden. Ich kann es dem Herrn Redner der Polen nicht verhehlen, daß das Rechtsgefühl des deutschen Volkes durch jede gewaltsame Auslegung

(Dr. **Solf**, Staatssekretär des Auswärtigen Amts.)

(A) der neuen völkerrechtlichen Grundsätze auf das schwerste verletzt wird.

(Stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Und gewaltsam sind die Ansprüche auf Landstriche, die durch Geschichte, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse lebensnotwendig mit dem Deutschen Reich verknüpft sind.

(Erneuter lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Glauben Sie mir, meine Herren, die deutsche Regierung wird bei der Behandlung dieser Fragen sich mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Polen und jeder Vergewaltigung der Deutschen und jeder Lösung widersetzen, die das Zusammenleben der beiden benachbarten Völker unmöglich machen und die zu neuem Haß und neuem Hader und zu neuen Konflikten führen müßte.

Wenn nun der Herr Redner der Polen im übrigen auch **Ersatzansprüche aus den Kriegsjahren** herleitet und in scharfer Form Kritik an gewissen Maßnahmen der preußischen Verwaltung geübt hat: ich glaube, ich brauche nur daran zu erinnern, was in diesem Kriege das deutsche Volk, das deutsche Heer mit Gut und Blut für die Befreiung Polens getan hat. Erst dadurch ist die Plattform geschaffen worden, auf der die Freiheit von Polen aufgebaut werden soll.

(Stürmischer anhaltender Beifall und Zustimmung. — Erregte Zurufe von den Polen. — Erregte Gegenrufe rechts und links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, Sie werden keine Skandalszenen im Deutschen Reichstag aufführen! — Den Abgeordneten Korfanty rufe ich wegen seiner unqualifizierbaren Äußerung zur Ordnung! — Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Solf**, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär (B) des Auswärtigen Amts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, lassen Sie mich, bitte, zum Schluß kommen. Es wird mir wirklich von der polnischen Fraktion schwer gemacht, zu dem versöhnenden Schluß zu kommen, mit dem ich meine Rede beenden wollte.

(Lebhafte Zurufe rechts.)

Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zur polnischen Frage auch den Herren von der polnischen Fraktion bekannt ist, hat den ernsten und ehrlichen Willen, mit dem polnischen Volk in einem dauernd friedlichen und freundnachbarlichen Verhältnis zu leben. Dieses Ziel liegt zweifellos auch im Interesse des polnischen Volkes, dessen wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gute Beziehungen zum Westen nötig hat. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn beide Seiten es ehrlich erstreben.

(Lebhafte Zustimmung und starker Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Kriegsminister.

Scheüch, Generalleutnant, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Meine Herren, nachdem Seine Majestät der Kaiser und König mich zum Kriegsminister ernannt hat, habe ich in dieser Eigenschaft heute zum ersten Male die Ehre, vor diesem hohen Hause zu sprechen. Es sind tiefernste Tage, es sind schwere Tage, in denen das geschieht, für einen Kriegsminister besonders schwer. Es sind aber nicht verzweifelte Tage, und daß es nicht verzweifelte Tage werden, das liegt bei uns, in unserem Heer, in unserem Volk,

(lebhafte Zustimmung rechts)

in unserer ganzen Wirtschaft, und das sage ich entgegen dem, was der Herr Abgeordnete Haase gestern behauptet und in voller Übereinstimmung mit dem, was der Herr Abgeordnete Westarp sagte: in unserem Heer, in unserem Volk, in unserer Wirtschaft sind die Kräfte voll vorhanden, (C) geeignet, uns zum nachhaltigen Widerstand zu befähigen.

(Lebhafter Beifall rechts und links. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses Lachen wird die Kräfte nicht im mindesten mindern;

(stürmischer Beifall rechts)

es wird aber dazu beitragen, diese Kräfte zu steigern.

(Erneuter lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und links. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Haase, Sie haben gestern ein und eine halbe Stunde lang reden dürfen. Lassen Sie jetzt den Herrn Kriegsminister auch reden.

Scheüch, Generalleutnant, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Meine Herren, diese Kräfte dauernd zu beleben, sie zu stärken und sie unserer Kampffront zuzuführen, das wird die vornehmste Aufgabe für mich in meinem Amte sein,

(bravo! rechts und links)

und in dieser Aufgabe bitte ich um das **Vertrauen** für das mir unterstellte **Kriegsministerium,** für die mir unterstellten Verwaltungszweige. Wir werden dieser Aufgabe mit Zuversicht entgegensehen. Dieses Vertrauen aber von Ihnen brauchen wir gerade jetzt.

Wenn **Kritik** geübt werden soll, so werden wir sie gern entgegennehmen. Man kann daraus lernen. Sie geschehe aber, wenn sie sich nach außen richtet, mit dem Maße, welches meiner Auffassung nach am Platze ist gegenüber den Leistungen unserer Heerführer und gegenüber der hohen Verantwortung unserer Kommandostellen daheim. Meine Herren, wenn Kritik geübt wird, so richte sie sich gegen mich, wenn Kritik geübt wird, ziehen Sie gegen mich los. Ich werde Rede und Antwort stehen, wie ich das auch als Chef des (D) Kriegsamts getan habe. Wenn die Kritik sich nach außen richtet, dann mag sie in einer Form geschehen, die nicht draußen Verbitterung und gerade in diesen schweren Zeitläuften schwere Verbitterung hervorrufen muß; das wird auch nicht dazu beitragen, die Auffassungen hier im Hause mit den Auffassungen der Stellen, die dazu berufen sind, draußen ihres Amtes zu walten, einander näher zu bringen, wenn, wie es leider vorgestern geschehen ist, und wie ich mich aus einem Stenogramm überzeugen mußte, der Führer einer großen Partei die kommandierenden Generale draußen mit tobsüchtigen Menschen verglichen hat.

(Zuruf links.)

— Meine Herren, ich sprach von dem Vertrauen, welches der Verwaltung entgegengebracht werden soll; ich bat darum.

Meine Herren, in diesem Zusammenhange muß ich auch auf Ausführungen zurückkommen, die der Herr Führer der nationalliberalen Fraktion gestern in bezug auf die Ausstattung des Feldheeres mit Munition und Kriegsgerät gemacht hat. Der Herr Abgeordnete befand sich in einem Irrtum, und ich muß diesen Irrtum im Interesse des Heeres, im Interesse der Verwaltung und auch im Interesse der Aufklärung des Volkes hier entgegentreten.

Es ist behauptet worden, daß im Jahre 1916, während **Munitionsmangel** herrschte, die Munitonsbestellungen zurückgegangen seien, daß Munitionsbestellungen bei der Industrie aufgehoben worden seien. Meine Herren, das ist so, wie es hier gesagt worden ist, nicht richtig. Es ist der Öffentlichkeit, soweit mir bekannt ist, mehrfach Aufklärung darüber gegeben worden; ich muß aber hier von diesem öffentlichsten Platze aus diese Aufklärung noch einmal geben.

Im September des Jahres 1914 entstand tatsächlich die Sorge, ob wir genug Munition hätten. Die ersten

(**Scheüch**, Staats- und Kriegsminister.)

(A) Kämpfe des Krieges hatten eine Entwicklung genommen, die jede Erwartung in bezug auf den Verbrauch von Munition und Kriegsgerät weit überschritt. Es handelte sich also darum, in der Heimat sofort die Hilfsmittel in Angriff zu nehmen, die für Fälle der Not vorgesehen waren. Man ging dazu über, neben den Stahl- und **Stahlgußgranaten** auch **Graugußgranaten** herzustellen. Diese Graugußgranaten mußten so lange in größerer Menge hergestellt werden, als nicht die Möglichkeit bestand, Stahlgranaten in genügendem Umfange herzustellen. Diese Möglichkeit war im Jahre 1916 erreicht, und infolgedessen gingen im Jahre 1916 die Bestellungen auf Graugußgranaten zurück.

(Hört! hört! rechts, Zurufe links.)

Meine Herren, der Maßstab für unsere Munitionsherstellung ist niemals der Stahl oder der Grauguß oder etwas Ähnliches gewesen, sondern ist und bleibt die **Pulverherstellung;** das, was wir an Pulver herstellen können, gibt den Umfang dessen an, was wir an Granaten herstellen können, und das bildete auch im Jahre 1916 die Grenze für unsere Bestellungen.

Und nun kommt noch eins hinzu, meine Herren, wir sind sehr oft zu **Umstellungen in der Munitionsherstellung** gezwungen. Je nach der Art der Kampfhandlungen ist einmal ein stärkerer Bedarf an Feldartilleriemunition und einmal an schwerer Artilleriemunition. Das schwankt selbstverständlich für die nächsten Wochen und Monate, bis der Ausgleich erfolgt ist in den Bedarfs- und in den Bestellungsziffern. Das sind ganz klare Dinge; aber nicht klar werden sie oft durch die interessierten Industriellen wiedergegeben. Der interessierte Industrielle klagt: bei mir hat man die Granatenbestellung vom nächsten Monat ab zurückgeschraubt. Warum? Weil man die Granaten nicht mehr braucht! Und die Antwort, die ich allgemein hier geben kann, ist die: die Munitionsherstellung ist seit

(B) Beginn des Krieges in ständigem Steigen begriffen, sie steigt noch in den letzten Monaten dauernd aufwärts, und niemals ist gegenüber der Obersten Heeresleitung in bezug auf die Herstellung der Munition nicht das gehalten worden, was sie von uns verlangte. Ich hatte noch neulich Gelegenheit, einem Herrn der Presse, der darüber orientiert sein wollte, sagen zu können, daß wir mit Munition und Geräten auf das Beste ausgestattet sind, daß wir in der Lage gewesen sind, trotz der Ausfälle und trotz Verluste die Forderungen des Feldheeres restlos zu erfüllen.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, der Abgeordnete Stresemann ist in gleichem Zusammenhange auf die **Tanks** gekommen. Wir stehen hier dem großen Nachteil gegenüber, daß unsere Gegner, sowohl was die Konstruktion wie nachher auch die Massenfertigung anbetrifft, Amerika hinter sich hatten und noch haben, und wir waren auf uns allein angewiesen.

(Hört! hört! rechts.)

Panzerwagen haben wir schon vor dem Kriege gehabt. Als Kampfkraftwagen spielte dieses Modell aber keine Rolle. Die Verwendung im Kriege war abhängig davon, daß wir ein Gefährt konstruieren konnten, das sämtliche Hindernisse, die künstlichen Hindernisse und die natürlichen Geländehindernisse, überwinden konnte, und das hatte zu Beginn des Krieges noch niemand erfunden gehabt. In Amerika ist im Jahre 1916 die **Raupenkette** erfunden worden, und sie wurde verfügbar für unsere Feinde. Wir sind, sobald das bekannt wurde, in die Konstruktionen eingetreten. Daß wir nicht sofort in die Massenanfertigung eintreten konnten, nachdem im folgenden Jahre die Versuche bei uns beendet waren, liegt an der Beschränktheit unserer Industrie. Wir mußten das Notwendigere schaffen. Wir mußten Kanonen schaffen; wir mußten Munition, Gewehre und Maschinengewehre schaffen, und es war nicht die Möglichkeit ge- (C
geben, in dem Umfange, wie man es gern getan hätte, Tanks zu schaffen. Aber, was man sofort geschaffen hat, war die Herstellung der nötigen Tankabwehr, und da ist Gutes geleistet worden.

Der Herr Abgeordnete Stresemann hat geglaubt, unserer ganzen **Kriegstechnik** und der Ausnutzung der Kriegstechnik ein schlechtes Zeugnis ausstellen zu müssen. Dem kann ich nicht beistimmen. Wir sind in kriegstechnischer Beziehung vorangeblieben. In welchem Lande sind die Geschütze, die unter dem Namen „Dicke Bertha" und „Langer Heinrich" bekannt wurden, aufgetreten? Wo ist ein Geschütz aufgetreten, dessen Möglichkeit man als Fabel bezeichnete? Bei uns! Wie ist es mit unseren Maschinengewehren gewesen? Sie waren mustergültig und wurden von den feindlichen Staaten nachgeahmt. Das Zeugnis muß man unserer Kriegstechnik und unserer kriegstechnischen Heeresverwaltung ausstellen, daß sie dauernd Vorzügliches geleistet hat, und daß sie einen starken Anteil an unseren militärischen Erfolgen hat.

Meine Herren, ich komme zum Schluß und möchte die Bitte um Vertrauen, die ich vorher an das hohe Haus gerichtet habe, auf die Bitte um **Hilfe** dahin ausdehnen,

(Zuruf)

daß wir die **Kräfte personeller und materieller Art,** die im Lande verfügbar sind, nun auch wirklich verfügbar machen.

(Bravo! rechts.)

Da können Sie alle mithelfen; Sie können mithelfen in diesem Hause mit Ihren Worten; Sie können draußen helfen in Wort und Schrift überall, wo Sie hinkommen; Sie können immer helfen im Sinne der Schlußworte des Herrn Reichskanzlers von vorgestern, daß wir dem Heere alles das zuführen, was das Heer jetzt braucht. Denn für uns handelt es sich jetzt unter Umständen darum, dem Vernichtungswillen unserer Feinde den deutschen Kampfes- (D
willen entgegenzustellen.

(Lebhaftes Bravo rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten. — Wiederholter lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Noske.

Noske, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat offenbar noch immer nicht erkannt, um was es sich in Deutschland handelt.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, daß die Erklärung des Herrn Kriegsministers aus dem Rahmen neuer Regierungserklärungen herausfiel, wundert uns nicht. Wir haben nicht daran geglaubt, daß die Vertreter des alten militaristischen Systems die Fähigkeit besitzen, rasch umzulernen.

(Zurufe rechts.)

— Meine Herren, auch das wird anders werden!

(Aha! rechts.)

In bezug auf die **Tankfrage,** hätte der Herr Kriegsminister besser geschwiegen,

(lebhafte Zustimmung links)

ebenso in bezug auf die Beschaffung von manchem anderen Kriegsmaterial. Ich will sehen, ob ich nachher Zeit finde, darüber mehr zu sagen.

Meine Herren, hoffentlich bringen die nächsten Stunden schon den Beweis dafür, daß die **Politik der neuen deutschen demokratischen Regierung** alle Völker dem Frieden beträchtlich näher gebracht hat. Wir werden abwarten, in voller Würde und in stolzem Vertrauen auf das, was Deutschlands Volk bisher geleistet hat und später leisten kann, wie dieser Friede sich gestaltet. Die Imperialisten Frankreichs und Englands jubelten bis in

(Noske, Abgeordneter.)

den letzten Stunden, weil sie glaubten, daß Deutschland ihnen bald wehrlos als Beute erliegt. Das ist der Grund, daß mir die Reden und Erklärungen von vier deutschen Reichstagsabgeordneten, die wir gehört haben, den gestrigen Tag als den trübsten erscheinen lassen,

(sehr richtig! links, im Zentrum und rechts)

den wir bisher während dieses Krieges erlebt haben.

(Zustimmung.)

Meine Herren, die Zerstückelung wird Deutschland angedroht. Selbst nach Gebieten mit rein deutscher Bevölkerung wird als Siegesbeute geschrieen.

Wir verkennen auch jetzt nicht, daß die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und damit die **Zukunft der deutschen Arbeiterklasse,** noch immer auf das ärgste gefährdet erscheint.

(Sehr richtig! links und rechts.)

Höchste Not unseres Landes verpflichtet nicht dazu, auf jede Kritik zu verzichten, wie es zum Beispiel italienische Sozialisten taten, als das italienische Heer am Isonzo zusammenbrach. Aber ich bestreite, daß das beinahe wollüstige Wühlen in den Wunden des Reichs den Interessen des Proletariats dient.

(Lebhaftes Bravo links und rechts.)

Das Haus brennt, und der Herr Abgeordnete **Haase** hat nach meinem Empfinden gestern Öl ins Feuer geschüttet

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und dazu beigetragen, daß die Rettungsmannschaft einander in die Haare gerät. Meine Fraktion will, daß dem deutschen Proletariat das Dach über dem Kopfe erhalten bleibt. Ich teile die Auffassung des Herrn Haase, daß große Teile der deutschen Wirtschaft für die Sozialisierung reif sind. Deshalb wollen wir sie aber nicht durch den Bürgerkrieg erst zugrunde richten und dann anfangen, sie neu zu schaffen,

(sehr gut! links und rechts)

sondern wir sind der Überzeugung, daß die Kraft der deutschen Arbeiterklasse, die reichen Zuzug aus den Kreisen der Angestellten und aus den Kreisen des ruinierten Mittelstandes erhalten wird, groß genug sein wird, um sehr bald eine Mehrheit in Deutschland zu schaffen, die an einem organischen, geordneten Aufbau der sozialistischen Weltordnung arbeiten kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Haase und einzelne seiner Freunde wollen an die Mitarbeit gehen, wenn die Proletarier allein zu bestimmen haben. Ich wünschte, daß eine solche Mehrheit bald da wäre. Aber man kommt diesem Ziele nicht näher, wenn man die Proletarier gegeneinander führt.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf weitere Auseinandersetzungen mit den Unabhängigen will ich vorläufig verzichten. Ich bin der Überzeugung, daß die Stunde zu ernst ist, als daß man sich jetzt gegenseitig hier auf der Tribüne des Reichstags katzbalgen soll.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, aus allen möglichen Kreisen der Bevölkerung haben Berufene, nach meinem Empfinden noch mehr Unberufene das deutsche Volk gemahnt, Mut und Standhaftigkeit zu zeigen. Soweit ich mich in der deutschen Bevölkerung umsehen kann, erscheinen mir solche Ratschläge nicht erforderlich. Das deutsche Volk verzweifelt nicht an seiner Zukunft, es ist auch keineswegs durch die Vorgänge der letzten Zeit gebrochen worden. Unser Volk wird sein Schicksal im Innern zu formen wissen. Die **Verfassungsänderungen,** die zur Beratung stehen, bedeuten, wie der Herr Vizekanzler erfreulicherweise gestern mit Recht betont hat, nicht einen Abschluß, sondern einen **Beginn der großen innerpolitischen Umwälzung,** die Deutschland erfahren muß, wenn es leben soll. Wir Sozialdemokraten werden uns angelegen sein lassen, die jetzt vorzunehmende Notstandsaktion, bei der das dringendste getan wird, rasch zur Erledigung zu (C)
bringen.

Meine Herren, wenn ein Verständigungsfriede oder, wie man sagt, ein Friede des Rechts zustande kommen soll, ist nach Überzeugung meiner Parteifreunde erste Voraussetzung, daß nicht deutsche Männer und deutsche Frauen vom Vaterlande losgerissen und im Osten oder Westen fremdsprachigen Gebieten angegliedert werden. Das **Selbstbestimmungsrecht,** das von Deutschland anerkannt worden ist, muß selbstverständlich absolut loyal gegenüber allen Fremdsprachigen durchgeführt werden. Aber als Herr Ricklin gestern die **Erklärung elsaß-lothringischer Abgeordneter** verlas, habe ich — weitere Bemerkungen will ich mir schenken — an frühere Loyalitätserklärungen gedacht,

(sehr richtig! rechts)

die von denselben Herren kamen.

(Lebhafte Zustimmung links und rechts.)

Mit Zitaten will ich heute nicht operieren.

Meine Herren, daß die **Polen** für ihre nationalen Interessen eintreten, ist begreiflich; daß Männer, die innerhalb der deutschen Grenzen geboren wurden, von Deutschland fortstreben, empfinde ich mit tiefstem Schmerz.

(Lebhafte Zustimmung links und rechts.)

Aber Liebe zu Preußen und Deutschland ist leider weder den Polen- noch den dänischsprechenden Nordschleswigern noch den Elsaß-Lothringern eingepflanzt worden. Das rächt sich jetzt.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Die Konservativen waren die letzten, die gestern lärmen durften. Ihre Gewaltpolitik ließ keine Zuneigung bei den Fremdsprachigen in Deutschland aufkommen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Stychel hat gestern herbe Kritik geübt an Unrecht, das den Polen zugefügt worden ist. Jetzt soll Polen auferstehen, und ich kann begreifen, daß die Polen (D)
jubeln. Ich mag als Deutscher mich in polnisches Denken nicht hineinzusetzen vermögen; aber mir wäre es billig und recht erschienen, wenn gestern von polnischer Seite nicht nur Kritik geübt worden wäre, zum Teil sehr berechtigte Kritik, an Unrecht, das den Polen zugefügt worden ist, sondern wenn auch ein Wort der Erinnerung daran gefallen wäre, worauf der Herr Staatssekretär schon hinwies, daß in polnischer Erde viele Tausende unserer besten deutschen Soldaten ruhen,

(sehr richtig! rechts und links)

und daß die neue polnische Freiheit in reichlichstem Maße nicht mit polnischem, sondern mit deutschem Blute gedüngt worden ist.

(Sehr richtig! links.)

Deutschland hat in diesem Kriege schwer gelitten; aber so weit sind wir noch nicht, daß deutsche nationale Interessen leichherzig geopfert werden.

(Stürmischer Beifall links und rechts.)

Herr **Stychel** glaubte wegen der Polenfrage die Herren Abgeordneten Haase und Graf Westarp in einen Topf werfen zu sollen. Dabei hat Herr Haase sich nur gegen polnische Wünsche ausgesprochen, deren Erfüllung Abtrennung Ostpreußens von Deutschland zur Folge hätte.

Herr Stychel gab gestern dem Recht auf **Selbstbestimmung der Nationen** eine eigenartige Auslegung. Abstimmungen will er nur stellenweise zulassen; auch auf Gebiete, die heute von Deutschland bewohnt werden, erhebt er Anspruch. Wenn man den Argumentationen des Herrn Stychel folgen wollte, das Argument etwas ausdehnt, dann bedeutet das, daß Amerika den Indianern gehört, daß Herr Wilson aus dem Weißen Hause auszuwandern hätte.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

(**Noske**, Abgeordneter.)

(A) An solche und ähnliche Wünsche in bezug auf deutsches Gebiet im Osten mahnt auch eine Erklärung, die kürzlich ein polnischer Abgeordneter in der Stadtverordnetenversammlung von Posen geäußert hat, wo er zum Ausdruck brachte, daß mit einer Massenabwanderung von Deutschen gerechnet wird.

(Hört! hört!)

Das sieht nicht so aus, daß jener Redner mit der Möglichkeit rechnet, daß den Deutschen in Polen das Haus besonders behaglich gestaltet wird. Was im alten Polen früher schön war, wird uns nicht veranlassen, auf die deutsche Stadt **Danzig** Verzicht zu leisten. Die Wilsonschen Grundsätze müssen, das betone ich namens meiner Freunde, nachdem wir sie einmal anerkannt haben, selbstverständlich loyal beachtet werden, aber auch von den Polen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Deutsche und Polen müssen dessen eingedenk sein, daß sie aufeinander angewiesen sind. Ich bedaure die gestrige Rede und bedaure, daß vom deutschen Standpunkt aus darauf geantwortet werden muß, weil ich der Überzeugung bin, daß das demokratische Polen und das demokratische Deutschland gleichmäßig von dem Wunsche erfüllt zu sein haben, daß sie friedliche Kultur- und Wirtschaftsarbeit gegenseitig zu fördern und zu ergänzen haben.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

In bezug auf **territoriale Fragen** noch ein Wort, weil in der Debatte bisher nicht darauf eingegangen worden ist. Ich betone auch jetzt noch, daß die **Annexion deutscher Kolonien** durch die Ententestaaten unvereinbar ist mit den Ideen von dem Rechtsfrieden.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Die Völkerverständigung hat zur Voraussetzung, daß Deutschland an der Erschließung und Nutzbarmachung Afrikas einer seiner fortschreitenden Wirtschaft und seiner (B) kulturellen Leistungsfähigkeit entsprechenden Anteil hat.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Meine Herren! Es scheint, daß die Zertrümmerung Österreichs zur Tatsache wird. Das alte Europa geht aus den Fugen. Aber wenn es nicht zugrunde gehen soll, wird aus dem jetzigen ungeheuren Gärungsprozeß hervorgehen die Vereinigung aller europäischen Völker. Ich glaube, daß es Pflicht ist, von dieser Stelle zu erklären, daß wir mit regster Anteilnahme die Bewegung der **Deutschen in Österreich**, die sich zur Verteidigung ihrer nationalen Interessen zusammengefunden haben, verfolgen.

(Bravo! bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Wir wünschen, daß es ihnen gelingt, ihre weitere Zukunft so zu gestalten, daß ihr Deutschtum voll erhalten bleibt und sie sich freiheitlich und gedeihlich weiterentwickeln können.

(Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Die Neugestaltung der Staaten erreicht durch diesen Krieg nicht ihren Abschluß für alle Zeiten, nur für die Völker Europas scheinen manche Politiker der gegnerischen Staaten heute den Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker durchführen zu wollen. Aber die Formel von der Freiheit der Nationen wird nachwirken, und Frankreich und England werden das in Marokko und Algier, Ägypten, Indien ganz zweifellos zu spüren bekommen.

Meine Herren, in einer in Berlin erscheinenden Zeitung der Alldeutschen, der **„Deutschen Zeitung"**, wurde am Montag ein Gedicht gebracht von einem Herrn Eberhard König, wo es vom deutschen Volke, weil es den Frieden ersehnt, heißt:

Das Lumpenvolk, das nicht bestand,
Den Schlechtesten gesellt . . . .
Ein Volk, das nicht mehr sterben kann
Fürs eigene Panier!

Das ist eine Schamlosigkeit, über die man sich schon nicht mehr entrüsten kann.

(Sehr richtig!)

Das **deutsche Volk** braucht sich des Ausgangs des Krieges nicht zu schämen.

(Sehr richtig!

Es hat mehr als vier Jahre lang gegen eine ungeheure Überzahl von Gegnern sich zu behaupten vermocht. Auf allen Schlachtfeldern und auf allen Meeren hat der deutsche Mann sich bewährt und sich tapfer geschlagen. Es wird keinen ehrlichen Feind geben, der dem deutschen Soldaten und dem deutschen Volke schließlich die Anerkennung zu versagen vermag. Deutsche Tapferkeit führte lediglich deshalb nicht zum Siege, weil das Kräfteverhältnis zu ungleich wurde. Nach den glänzendsten Waffenerfolgen entstanden immer neue zahlreiche Gegner, bis fast die ganze Welt gegen das kleine Deutschland in Waffen stand. Spätere Geschlechter werden nicht begreifen können, daß Deutschland so lange zu widerstehen vermochte.

(Sehr richtig!)

Daß wir schließlich die ganze Welt gegen uns als Feind im Felde sehen, ist nicht die Schuld des deutschen Volkes, oder doch nur insofern, als es sich eine falsche Politik der herrschenden Klassen gefallen ließ. Nun heißt es, die begangenen Fehler gut zu machen, so weit als möglich ist.

Zu den Fehlern, die in der deutschen Politik gemacht worden sind, hat Herr **Haase** gestern die **Kreditbewilligung** gezählt. Von den Bänken seiner Freunde ertönte dazu mehrfach „sehr richtig!" Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben wiederholt die Kredite bewilligt mit den verschiedensten Argumenten. Ein Argument war, daß man am 4. August Gefahr gelaufen wäre, vor dem Brandenburger Tor totgeschlagen zu werden, und heute ist ein Argument, daß die Ablehnung wieder für die Sicherheit der Haut notwendig ist. Das Beispiel der Kreditverweigerung hat übrigens die erwartete Nachahmung weder der französischen noch der englischen Sozialisten gefunden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die stets bedrohte Lage unseres Landes ließ es als Pflicht erscheinen, zur Verteidigung die Mittel zu bewilligen. Jetzt kämpft Deutschland für die nackte Existenz gegen feindliche Eroberungspläne,

(sehr richtig!)

jetzt heißt es, für jeden, ernst zu machen, der nicht lediglich auf den Lippen das Wort trägt, daß er für die Verteidigung seines Landes und für den Bestand seines Landes eintreten will.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch als die deutschen Truppen vor Paris standen, war die Lage unseres Landes bedroht und gefährdet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Meine Herren, bei seinen rückschauenden Betrachtungen ist Herr **Haase** in seiner **Polemik gegen uns**, die ich bedauere, weil ich darauf antworten muß, nicht, weil wir sie fürchten, ungenau gewesen. Wir haben vom ersten Tage des Krieges an nach einem Verständigungsfrieden gestrebt. Herr Haase ist nicht, wie er sagte, attakiert worden wegen der richtigen Beurteilung der Kriegslage, sondern er erfuhr herbe Kritik seiner eigenen Freunde, weil er nach unserer Überzeugung seiner Fraktion die Treue gebrochen hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Noske, Abgeordneter.)

Ich habe bis heute niemals Herrn Haase den Glauben an seine gute Loyalität bestritten. Aber wenn er heftig von dieser Stelle aus gegen uns polemisiert, muß man uns schon zugestehen — soviel Redefreiheit wird es auch noch bei den Unabhängigen geben —, daß wir ihm gegenüber unsere Argumente zur Geltung bringen. Erhebend ist ja das Schauspiel nicht, daß Vertreter deutscher Arbeiter von dieser Stelle aus so miteinander reden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Andauernde Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Herren, durch das gegenseitige Anschreien wird das Schauspiel nicht schöner.

Abgeordneter **Noske:** Meine Herren, deutsche Fehler sollen nicht beschönigt werden, aber daß der Eroberungs- und Kriegswille in den gegnerischen Ländern nicht durch bloßen deutschen Verzicht auf Annexionen rasch zu überwinden war, das bewiesen uns doch wahrhaftig die letzten Wochen und Monate aufs allerdeutlichste.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien und rechts.)

Äußerste Rechte und äußerste Linke haben auch gestern sich gegenseitig sehr lebhaft Beifall gespendet.

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wenn ich Ihnen antworten soll: Herr Ledebour hat ja selber einen seiner Freunde hier wegholen müssen, weil er sich geschämt hat, daß er den Konservativen Beifall gespendet hat. — Ich sprach davon, daß Fehler, die gemacht worden sind, gut zu machen sind, soweit es nicht zu spät ist. Eine amtliche deutsche Stelle hat erklärt, daß von polnischer Seite die **Aufrechterhaltung der deutschen Besetzung Polens** gewünscht sei. Die amtlichen Organe der polnischen Regierung stellen das entschieden in Abrede. Der Wunsch, in den östlichen besetzten Gebieten kein Chaos entstehen zu lassen, ist begreiflich. Aber es gibt keinen Dank dafür, wenn deutsche Soldaten in den besetzten Gebieten weiter Polizeidienste tun.

(Sehr richtig!)

Man lasse sich schleunigst in den besetzten Gebieten demokratische Regierungen und Volksvertretungen bilden, die dann sehen mögen, wie sie fertig werden. Bütteldienste für die polnischen Großgrundbesitzer zu leisten, ist nicht mehr Aufgabe der deutschen Soldaten.

(Sehr richtig!)

Mit Recht ist gestern davon gesprochen worden, daß Königskronen im Werte gesunken sind. Die **finnische Königsfrage** soll vorläufig in der Schwebe bleiben. Was die Finnen tun werden, ist ihre Sache. Jetzt entscheidet in diesem Lande aber nicht das Volk, sondern eine Oberschicht, die sich nur behaupten kann, solange die deutschen Soldaten im Lande sind. Es heißt, der hessische Prinz, der finnischer König werden soll, hat sich Bedenkzeit erbeten. Mir scheint es erwägenswert, ob dem deutschen Offizier — der Prinz ist wohl General — nicht zu untersagen ist, daß er außer Landes geht. Auch Soldaten, die Prinzen sind, gehören jetzt an den Feind.

Zur **inneren Einigung** in dieser furchtbar schweren Zeit, die jetzt Deutschland erlebt, ist mehrfach gemahnt worden. Dazu gehörte ein allseitig guter Wille. Er ist leider nicht vorhanden. Unberechtigte Beschuldigungen müssen wir, die wir uns für die Demokratisierung Deutschlands rückhaltlos einsetzen, zurückweisen. Es geht nicht an, das Toben und Treiben der Reaktionäre stillschweigend hinzunehmen. Die Leute, die den furchtbarsten Zusammenbruch ihrer Politik erlebt haben, werfen jetzt die Schuldfrage auf und suchen die Aufmerksamkeit durch Lärm von sich und ihrem Treiben abzulenken. Wir zweifeln nicht daran, daß sie gleichzeitig bemüht sind, eine spätere Reaktion vorzubereiten. Deshalb muß das Volk auf der (C) Hut sein.

Wir wünschen, daß ein **freundschaftliches Verhältnis zu den Völkern im Osten** so rasch wie möglich angebahnt wird. Deshalb ist die Frage am Platze, was z. B. mit den Leuten geschehen ist, die die furchtbaren Urteile verschuldeten, von denen vor wenigen Tagen mein Freund Ebert sprach. Wir haben einen Zivilkommissar für die besetzten Gebiete. Ich frage, was von seiner Seite aus geschehen ist, damit dafür Sorge getragen wurde, daß solche tollen Sachen in den besetzten Gebieten sich nicht wiederholen können. Können Leute, die diese entsetzlichen Urteile gefällt haben, auch jetzt noch dort wüten?

Herr Graf v. Posadowsky hat gestern von der Schuld von Jena gesprochen. Herr **v. Graefe** hat in einem Artikel über den Friedensschluß der neuen Regierung höhnisch als von einem ersten Heldenstück gesprochen. Er hat die **neue Regierung** als eine solche des **moralischen Zusammenbruchs** gekennzeichnet, die Deutschland einem Jena entgegenführe, schlimmer als das vor hundert Jahren. Wenn die oben verzagen, soll das deutsche Volk nicht verzagen. Da erwidern wir aus eigener Kenntnis der Dinge, unser Volk — das mögen sich die Konservativen merken — ist gar nicht verzagt. Unser Volk besinnt sich erst auf seine volle Kraft und wird sie anwenden zu seiner Befreiung und seiner Rettung.

(Zuruf rechts.)

Lassalle hat vor mehreren Jahrzehnten sehr richtig gesagt, daß infolge eines Kriegs in Deutschland wohl Regierungen zusammenbrechen könnten, aber wie ein Phönix wird aus der Asche unzerstörbar sich wieder erheben das, worauf es uns ankommt, deutsche Volk.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, es wird dem Redner zu schwer, sich verständlich zu machen. Es bilden sich im (D) Saale eine ganze Anzahl von Gruppen; es ist nicht möglich, in dieser Art zu verhandeln. Ich bitte, die Aufmerksamkeit dem Redner zuteil werden zu lassen.

Noske, Abgeordneter: Meine Herren, was jetzt das deutsche Volk ernent in eine Lage gebracht hat, die Herr v. Graefe mit der Preußens nach Jena verglich, das sind zum Teil dieselben Ursachen wie vor mehr als hundert Jahren: junkerliche und militärische Überhebung, politische Rückständigkeit, Widerwille gegen innerpolitische, unaufhaltsame Neuerungen. Der Zusammenbruch, von dem Herr v. Graefe sprach und von dem auch sonst die Konservativen sprechen, war da, als vor einigen Tagen die neuen Exzellenzen Scheidemann, Erzberger, Gröber — mit Herrn v. Graefe zu reden — sich zur Teilnahme an der Regierung entschlossen, und nicht Scheidemann und Erzberger — um das noch einmal zu wiederholen, da es schon ausgesprochen ist —, sondern der **Kronrat** unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Teilnahme Hindenburgs war es, der den **Waffenstillstand** vorschlug.

Meine Herren, Herr Graf Westarp hat am Dienstag gerufen: die Stunde der Abrechnung wird kommen. Das Recht, Abrechnung zu fordern, erkenne ich durchaus an. Aber die Alldeutschen und die Konservativen und ihre Presse haben diese Abrechnung wahrhaftig nicht zu fordern, sondern sie dürfen sich darauf verlassen, daß sie von ihnen gefordert werden wird.

Die **Sozialdemokraten Bayerns** haben eine dankenswerte Anregung gegeben, indem sie kürzlich auf ihrem Parteitag forderten, daß ein **Staatsgerichtshof** gebildet werde, der die **Schuldfrage** prüfe. Er wird sich nicht zuletzt mit der Frage zu beschäftigen haben, welcher Art die Verhandlungen waren, die Graf Bernstorff vor zwei Jahren mit Wilson über eine Friedensaktion führte, und wer diese Bemühungen, zur Beendigung des Krieges zu

(**Noske**, Abgeordneter.)

(A) gelangen, durchkreuzte. Alles das, was bisher darüber gesagt worden ist, ist unbefriedigend. Wir werden darüber restlos volle Aufklärung zu fordern haben.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, das verstehen wir, daß das Hauptorgan der Konservativen kürzlich gemahnt hat, nicht nach dem Schuldigen für militärische Mißerfolge zu fragen. Der Glaube an die militärische Autorität soll nicht erschüttert werden! Unser Volk denkt darüber anders. Auch für **militärische Unterlassungssünden** wird Rechenschaft zu fordern sein. Es ist leider erst mit der Beseitigung weniger Schuldiger begonnen worden. Daß der **Staatssekretär des Marineamts** verschwunden ist, der seinerzeit das Wort geprägt hat,das heute wie ein blutiger Witz klingt, die militärische Bedeutung Amerikas sei gleich Null, Null, nochmals Null, und der davon sprach, daß die amerikanischen Truppentransporte lediglich eine willkommene Beute der Untersee-Boote sein würden, erfüllt uns mit Befriedigung.

Unsere Fraktion hat der Herr Abgeordnete Haase gestern auch wegen der Haltung zum **Unterseeboots-Krieg** kritisiert. Wir sind der Auffassung, daß wir in dieser Angelegenheit nichts zu bereuen haben. Jedes Kampfmittel ist von jedem Lande als zulässig erachtet worden, wenn die militärischen Stellen dort glaubten, dadurch einen Vorsprung erlangen zu können. Meines Wissens ist es englischer Ausspruch, daß die härteste Kriegführung die humanste sei, weil dadurch der Krieg am raschesten zu Ende gebracht würde.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, Deutschland hat wegen des U-Boot-Krieges nach meiner Überzeugung kein demütigendes Schuldbekenntnis abzulegen. England begann den Aushungerungskrieg gegen Frauen und Kinder — auch in dieser Stunde dürfen wir daran erinnern —, und das Blut der Frauen und Kinder in deutschen Städten, die von französischen und

(B) englischen Bomben zerrissen wurden, war nicht schlechter als das Leben der Leute, die mit torpedierten Schiffen untergingen. Wenn jetzt dem deutschen Volke Rache angedroht wird, können wir ganz aufrechten Hauptes erklären, daß wir für unser Leben kämpften, und daß jedes Kriegsmittel, das Menschen vernichtet, barbarisch ist. Meine Herren, selbst wenn riesige Übermacht es vermöchte, das deutsche Volk eines Tages unter ein kaudinisches Joch zu zwingen, würde selbst dann noch das deutsche Volk stolz erhobenen Hauptes aus diesem Kriege hervorgehen können.

(Lebhafte Zustimmung.)

Worüber Beschwerde zu führen ist, das ist, daß der Beginn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ein schwerer politischer Fehler war. Das haben wir erkannt, und deshalb haben wir uns seinerzeit gegen die Verschärfung des U-Boot-Krieges gewehrt, und wenn von Abrechnung gesprochen wurde auf der rechten Seite, dann dürfen wir daran erinnern, wie blamabel sich ihre militärischen und Marinesachverständigen geirrt haben in bezug auf die Bewertung militärischer und wirtschaftlicher Kräfte hüben und drüben. Herr Dr. **Helfferich** hat uns neben Herrn **v. Capelle** jedes Pfund Korn vorgerechnet, das in England vorhanden war.

(Zurufe.)

— Jedenfalls haben Sie alle seine Argumente sich zu eigen gemacht. Für mich genügt es, heute die Feststellung zu machen, daß das deutsche Volk von diesen Kapazitäten übergenug hat, und daß wir erwarten, daß ihnen keine Gelegenheit weiter gegeben wird, weiter Unheil anzurichten. Helfferich ist dem deutschen Volke wahrlich teuer genug zu stehen gekommen.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Ein paar Worte zum **Kriegsminister.** Einem Zeitungsmann gegenüber hat General Scheüch davon gesprochen: „Die augenblickliche Überlegenheit des Gegners liegt besonders im Gebrauch der **Tanks.** Es wird bereits längere Zeit kräftig daran gearbeitet, diese als wichtig anerkannte Waffe in geeigneter Anzahl herzustellen." Meine Herren, es ist vorhin von dem Herrn Vorredner gesprochen worden, daß der deutschen Heeresverwaltung Tanks frühzeitig angeboten worden sind. Ich will diese Debatte heute nicht lange fortspinnen, sondern ich will nur auf eine einzige Tatsache hinweisen. Am 29. April 1918 hat der Kriegsminister **v. Stein** eigenhändig zur Tankfrage — der Mann hatte damals noch so viel Zeit, daß er keine Schreibmaschine gebrauchte — geschrieben:

> Die Sache ist zu einem Abschluß gekommen. Wir haben einen guten Tank, der den Feinden überlegen ist. Für mich ist die Sache zunächst abgeschlossen.

(Hört! hört! links.)

Meine Herren, wievielen deutschen Soldaten mag diese gamaschenknöpfige Überhebung das Leben gekostet haben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, das Schreiben des Generals v. Stein ist von demselben Geist der Einsichtslosigkeit erfüllt, der monatelang aus den Berichten zu uns sprach, die voller Hohn über die Feinde die völlige Zermürbung und Vernichtung der Fochschen Reserve meldeten. Meine Herren, es wäre unbegreiflich, wenn im Lande nicht nach den Ursachen für militärische Mißerfolge gefragt würde. Es wird folgendes sehr viel besprochen. Im Frühjahr dieses Jahres hieß es eines Tages in einer Meldung über neue große Kampfhandlungen: Die **Kaiserschlacht** beginnt.

(Sehr richtig!)

Der Kaiser, belehrte man damals in den amtlichen und halbamtlichen Berichten das deutsche Volk, habe die Oberleitung der militärischen Operationen übernommen.

(Hört! hört!)

Man sagte damals im Volke: nun ist der Kaiser doch noch sein eigener Generalstabschef geworden. Meine Herren, nach beträchtlichen Anfangserfolgen hat die Kaiserschlacht eine Wandlung erfahren. Seit Monaten geht es rückwärts an der Front, und heute kann das Volk mit schmerzlichem Bedauern konstatieren, daß die Kaiserschlacht aus ist.

Da der Krieg aber noch nicht aus ist, fordern wir schleunige Maßregeln, die dazu beitragen können, daß die Stimmung der Truppen gehoben wird. Daß ein besonders **reaktionärer Kriegsminister** verschwunden ist, genügt nicht. Im übrigen ein Wort zu seiner **Verabschiedung.** Sie sah wie eine Herausforderung des Volkes aus.

(Sehr richtig!)

Der Mann lehnte sich gegen Maßnahmen und Anordnungen der Regierung auf, setzte sich in schroffsten Gegensatz zur Volksstimmung und der Volksvertretung. Dann wurde sein Abgang, den der Reichstag erwarten mußte, ganz besonders ehrend gestaltet. Meine Herren, das mag eine Äußerlichkeit, eine Formalität sein; aber Sie sollen die Stimmung des Volkes nicht verkennen, nicht unterschätzen. Das Volk zieht auch aus Kleinigkeiten seine Schlüsse.

(Sehr richtig!)

Zur Beruhigung des Unwillens tragen solche Vorgänge ganz gewiß nicht bei.

Meine Herren, uns genügt es nicht, daß ein neuer Mann im Kriegsministerium erschien oder, wie wir heute gehört haben, von Seiner Majestät dem Kaiser mit der Führung der Geschäfte beauftragt worden ist. Meine Herren, wir wollen vom **neuen Geist in der Heeresverwaltung** einen kräftigen Hauch verspüren. Darüber will ich heute nicht eine lange Rede halten; aber wir erwarten, daß mit alten Mißständen und Mißbräuchen rasch auf-

(Noske, Abgeordneter.)

geräumt wird. Dazu gehört, daß auch das Wort im Heere Anerkennung findet: freie Bahn dem Tüchtigen, — nicht nur für die, die aus den besitzenden und gebildeten Klassen kommen. Die Auffassung des Generals v. Stein, daß nur Offizier werden kann, wer den Einjährigenschein besitzt, ist nach unserer Auffassung unhaltbar. Das Beschwerderecht ist rasch zu ändern. Mit Feuer und Schwert muß dazwischen gefahren werden, und das Drangsalieren der Mannschaft aufhören. Der Skandal des Beschimpfens muß beseitigt werden im Heere. Unnötiger Drill muß abgeschafft werden; er ist leider noch immer in genügendem Umfange vorhanden. Der Unfug, daß die auf Urlaub fahrenden Mannschaften als Packesel von den Offizieren mißbraucht werden, muß abgestellt werden. Damit der Soldat bei seinem Essen zu seinem Recht kommt, erwarten auch wir, daß unter allen Umständen an der Front der Offizier nicht anders verpflegt wird als der Mann.

Darüber hinaus müssen nach meiner Auffassung Männer auf das Militärwesen Einfluß gewinnen, deren Blick nicht durch jahrzehntelangen Dienst und Drill verengert worden ist. Mit der bloßen Sachverständigkeit — darin hat Herr Abgeordnete Dr. Stresemann recht — haben wir recht üble Erfahrungen gemacht, während in England die organisatorischen zivilistischen Leistungen bei dem Millionenheer sich wunderbar bewährt haben. Ich betone, daß, abgesehen von den übrigen Vorschlägen, die zur Reform des Heereswesens gemacht worden sind, zur parlamentarischen Kontrolle der militärischen Instanzen es unbedingt erforderlich ist, daß je ein **parlamentarischer Unterstaatssekretär im Marineamt** und im **Kriegsministerium** ernannt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ihr Rat und ihre Arbeit besonders in der Zeit der Demobilisierung wird von hohem Werte sein.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, aber auch solange noch das Heer im Felde steht, muß der Vergeudung von Geld vorgebeugt werden. Der Skandal der großen **Kriegsgewinne im Lieferungswesen** ist bei weitem nicht in dem Maße eingeschränkt worden, wie man es hätte erwarten müssen. Ich weiß, daß manches getan worden ist. Gegenüber den großen Kriegsgewinnlern versagten die Offiziere, die diese Dinge zu regeln haben.

(Hört! hört! links.)

Unsere Nachprüfung von Rechnungen und Verträgen, wenn Jahre verflossen sind, ist nach meiner Erfahrung für die Katz.

(Sehr richtig! links.)

Auch beim Abbau des Krieges können nach unserer Meinung Milliarden gespart werden.

(Sehr richtig! links.)

Es hätte schon bisher riesig gespart werden können, wenn meiner wiederholten Anregung, in die Vergebungsstellen auch sachverständige Arbeiter einzuberufen, Rechnung getragen worden wäre. Die Heeresverwaltung hat bis heute sich nicht bemüßigt gefühlt, diesem Rate Folge zu leisten.

Herr Abgeordneter Graf Westarp hat gestern der Hoffnung auf bessere Zeiten unter einer starken Monarchie Ausdruck gegeben. Er bedauert, daß zurzeit in Deutschland nicht mehr eine rein monarchische Politik gemacht werden kann. Meine Herren, solche Darlegungen könnten dazu anreizen, Betrachtungen über die monarchische Politik in Deutschland unter dem jetzigen Kaiser anzustellen. Im Lande geschieht das in reichlichem Maße. Meine Herren, alle Proteste, die gestern laut geworden sind, ändern an der Tatsache nichts, daß über die **Frage der Monarchie** allenthalben im Lande lebhaft diskutiert wird, und es gibt nicht einen einzigen unter Ihnen, der den Mut haben könnte, hier aufzutreten und davon zu sprechen, (C)

daß irgendwo begeisterte monarchische Kundgebungen veranstaltet worden wären.

Meine Herren, es wäre unehrlich, wenn man nicht aussprechen wollte, daß Beifall bei vielen Millionen Menschen im Deutschen Reiche lediglich eine einzige große Geste des Trägers der Kaiserkrone ausgelöst hätte.

Meine Herren, in vielleicht unbeabsichtigter Weise wird das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit des Reformwillens auch an den obersten Stellen dadurch geweckt, daß Handlungen und Äußerungen erfolgen bei der Entlassung von Männern des alten Regimes, die im Volke mißverstanden werden müssen. In seinem Schreiben an seinen früheren Kabinettschef **v. Berg** sagte der Kaiser: Ich hoffe zuversichtlich, daß Sie zu gegebener Zeit wieder Ihre bewährte Kraft zur Verfügung Ihres Königs und des Vaterlandes stellen werden. Das Volk wünscht die Rückkehr des Reaktionären in Amtsstellen ganz und gar nicht,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sondern ist der Meinung, daß noch an vielen Plätzen Leute sind, wo sie nicht mehr hingehören.

(Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, seien Sie sich darüber klar: mit der Möglichkeit, mit nur einer Spur von Hoffnung auf Erfolg sogenannte konterrevolutionäre Treibereien in Szene setzen zu können, rechnet das Volk, und deswegen fordert es von uns, daß so rasch wie möglich die weitgehendsten Sicherungen geschaffen werden.

Herr Haase hat gestern leider recht gehabt, als er von scheußlichen Vorkommnissen auf innerpolitischem Gebiete in den letzten Monaten und Jahren gesprochen hat. Zum Teil sind sie dem alten Regime anzukreiden. Wir haben an diesen Dingen nicht minder scharfe Kritik geübt, aber wir lehnen es ab, Kritik um jeden Preis zu treiben. Als der neue Kanzler seine erste Rede hielt, erschollen von den Bänken der äußersten Linken Rufe nach einer **Amnestie.** Ohne darüber zu reden, hatten meine Freunde sich dafür (D) eingesetzt, und als jene Rufe ertönten, wußten wir, daß die Amnestie in die Wege geleitet werden sollte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wir sind doch hier nicht in einer „Unabhängigen"-Versammlung, wo man einen Sozialdemokraten nicht reden läßt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß es in Berliner Versammlungen der Unabhängigen üblich ist, Redner meiner Fraktion herunterzuschreien, aber im Deutschen Reichstage sollte das doch nicht geschehen.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Kunert, ich bitte um Ruhe!

Noske, Abgeordneter: Mit der Amnestie ist begonnen worden. Herr Ebert hat betont, daß es noch nicht genug sei, was in die Wege geleitet wurde, aber das geht nicht an, daß nun, wenn Mitglieder unserer Fraktion und unserer Partei sich dafür eingesetzt haben, daß weitere Entlassungen erfolgen, daraus ihnen gegenüber ein Vorwurf des Reklamemachens erhoben wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, daß Deutschland in den letzten Monaten zum demokratischen Staat wurde, darf unser Volk und darf die Welt glauben. Zweifel werden in gegnerischen Ländern geäußert, um die Kriegsstimmung lebendig zu erhalten. Daß der Übergang vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie nicht ohne eine blutige Revolution in wenigen Wochen so vollständig vollzogen werden konnte, daß kein Anlaß zu Beschwerden mehr gegeben wird, haben wir

(Noske, Abgeordneter.)

(A) nicht erwarten können. Leider sitzen die Handlanger des alten Regimes, wie ich vorhin schon sagte, immer noch in beträchtlicher Zahl in ihren Ämtern. Ihre Streiche werden von meinen Parteifreunden ganz gewiß nicht entschuldigt. Wir sind der Überzeugung, daß die neue Regierung sie unter keinen Umständen länger dulden darf. Es genügt nicht, daß uns die Regierung ihren guten Willen betont, sondern es muß von ihr gefordert werden, daß sie Kehraus macht.

Meine Herren, was für ein Skandal ist es, daß gestern abend wieder in Berlin die Polizei eine **Versammlung des Völkerbundes** unmöglich gemacht und sie schließlich aufgelöst hat!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das ist so etwas Empörendes und Ungeheuerliches, daß die Regierung sich darüber klar werden muß, daß sie ein verzweifeltes Spiel treibt, wenn sie diesen Niederträchtigkeiten nicht ein Ende bereitet.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß der **Berliner Polizeipräsident** nach diesen wiederholten Mißgriffen von seinem Platz entfernt wird.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich richte die Frage an den Herrn Vizekanzler, da er doch auch schon heute morgen von dieser Auflösung in den Zeitungen gelesen hat, ob von ihm das Erforderliche veranlaßt worden ist, daß die Entfernung dieser Missetäter erfolgt.

Zeitungsverbote und Unterbindungen von Versammlungen, die auch in neuerer Zeit Organe und Gruppen aller Richtungen getroffen haben, sind etwas Unerträgliches, wenn man von einem wirklich demokratischen Regiment sprechen will.

Daß der Wahlrechtsreform in Preußen in den anderen (B) Ländern Reformen folgen müssen, ist selbstverständlich.

Aber noch einmal will ich darauf hinweisen, daß wir es bedauern würden, wenn nur halbe Arbeit gemacht würde, wenn Sie sich nicht dazu entschließen könnten, so rasch wie möglich auch das **Frauenwahlrecht** zu schaffen. Wenn Sie doch endlich in Deutschland und in Preußen auch von den Feinden lernen wollten! England hat das Wahlrecht in Wertschätzung der außerordentlichen Leistungen der Frauen im Krieg rasch und ohne viel zu reden eingeführt. In Amerika erwägt Wilson, ob die Einführung des Frauenwahlrechts erfolgt. In Frankreich sind Bestrebungen im Gange, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Rußland, Finnland und andere Staaten haben den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt. Meine Herren, nirgends war das Martyrium der Frauen größer als in Deutschland. Zu harter Arbeit haben die deutschen Frauen auch noch den Hunger Jahr und Tag zu erdulden gehabt. Deswegen sollten Sie im großen Wurf bei der Neuordnung in Deutschland sofort geben, was ja doch nicht mehr versagt werden kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu diesem großen Wurf sollte auch die Einführung des **Proportionalwahlsystems** für die Reichstagswahlen, für die Wahlen zum Landtag und für die Gemeinden gehören. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß der Wille des Volkes ganz unverfälscht bei den Wahlen in die Erscheinung treten kann. Deswegen fordern wir: Keinen demokratischen Lippendienst, sondern schafft die Demokratie uns so rasch wie möglich!

Über die **Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung** sind viele Betrachtungen angestellt worden. Reaktionäre schreien über die Machtgelüste der Sozialdemokratie. Es ist uns immer wieder zeternd ins Ohr geklungen, daß wir die Notlage des Landes ausnutzen, um Sondervorteile für unsere Partei und das Proletariat herauszuschlagen. Man heulmeiert, die Begehrlichkeit der Sozialdemokraten kenne keine Grenzen. Jeder Erfolg werde sie zur Steigerung ihrer Ansprüche anspornen. Von der anderen Seite heißt es, die Teilnahme der Sozialdemokratie bedeute einen glatten Verrat an den Arbeiterinteressen und bezwecke die Stützung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Meine Herren, das, was jetzt in Deutschland geschieht, die Demokratisierung des Reichs, die Einführung des Wahlrechts in den Bundesstaaten neben Preußen, der Eintritt von Sozialdemokraten in wichtige Reichsämter bedeuten — das kann man auch dem einfältigsten Arbeiter nicht einreden — keine Stärkung der kapitalistischen Interessen, sondern von den erweiterten Rechten werden zweifellos die Massen der deutschen Arbeiter den richtigen Gebrauch zu machen verstehen.

In der **Parteikonstellation**, die jetzt die Mehrheit des Reichstags stellt, haben sich Parteien der verschiedensten Weltanschauung zusammengefunden. Zentrum und Fortschrittler bleiben, wie sie erklären, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen. Wir Sozialdemokraten sind nie mehr denn je von der Notwendigkeit sozialistischer Wirtschaftsordnung überzeugt gewesen. Jede der Parteien, die sich zu gemeinsamer Arbeit für den Frieden und für die Demokratisierung des Reichstags zusammentaten, hat sich — das soll auch vor dem Lande festgestellt werden — ihre volle Freiheit des Handels bewährt. Wir sind keinen Pakt auf Gedeih und Verderb für ewige Zeiten eingegangen. Deshalb ist es mir nicht verständlich gewesen, daß dieser Tage Klage darüber geführt wurde, weil die Sozialdemokraten versuchten, in Berlin das Mandat im ersten Kreis zu erlangen. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen uns und den bürgerlichen Parteien bestehen, sollen ebensowenig wie mit irgendeiner anderen Partei in gehässigen Kampfformen ausgetragen werden. Aber es ist nicht nur das gute Recht, sondern es ist die selbstverständliche Pflicht jeder (D) Partei, zu versuchen, die Anzahl ihrer Anhänger und ihrer parlamentarischen Mandate nach Möglichkeit zu vermehren und dadurch ihre politischen Forderungen durchsetzen zu können. Wir werden es also unbedingt ablehnen, auf eine sachliche Werbearbeit Verzicht zu leisten.

Im Augenblick betrachten wir die **Mitarbeit der Sozialdemokraten** an der Regierung als eine **Notstandsaktion.** Volk und Reich sind in höchster Gefahr. Wir wollen mit dem Aufgebot aller Kraft dem völligen Zusammenbruch vorbeugen. Es ist uns daran gelegen, zu verhüten, daß ein Kampf aller gegen alle in Deutschland entbrennt, während draußen ebenfalls das Haus von allen Seiten bestürmt wird. Wir arbeiten zum Zwecke raschester Beendigung des Krieges. Wir sind von dem lebhaften Wunsche erfüllt, daß es gelingen möge, diese drei Aufgaben zu lösen. Deswegen taten wir uns mit Männern einer anderen Weltanschauung zusammen, um für die Rettung und die Zukunft Deutschlands zu leisten, was wir aus eigener Kraft, solange wir eine Minderheit sind, nicht zu leisten vermögen. Aber darüber lassen wir keinen Zweifel bestehen, daß die Sozialdemokratie nicht ruhen und rasten wird, als bis sie die Mehrheit des Volkes unter ihrem sauberen Banner vereinigt hat. Das wird uns zweifellos gelingen. Wir sind fest davon überzeugt: die Zukunft gehört der Demokratie und dem Sozialismus, und darauf allein wird beruhen der Bund freier Völker und der dauernde Weltfriede.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Herren, ich habe vorhin während der Rede des Herrn Abgeordneten Noske den Herrn Abgeordneten Korfanty wegen einer Äußerung zur Ordnung gerufen. Die Äußerung war derartig, daß sie namentlich in der Umgebung des Herrn Abgeordneten, wo sie genau

(Präsident.)

) gehört worden ist, begreiflicherweise in hohem Grade Entrüstung ausgelöst hat. Diese Entrüstung durfte sich aber nicht in einem beleidigenden Zuruf gegenüber dem Herrn Abgeordneten Korfanty auswachsen. Ich habe diesen Zuruf in dem großen Lärm, der darüber entstanden ist, nicht gehört; aber es wird mir mitgeteilt, daß Herr Abgeordneter Werner (Gießen) gegenüber dem Herrn Abgeordneten Korfanty die Äußerung getan hat: „Raus mit dem Lumpen!" Diese Äußerung verstößt natürlich gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe daher nachträglich den Herrn Abgeordneten Werner (Gießen) zur Ordnung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Staatssekretär des Innern.

Trimborn, Staatssekretär des Innern: Meine Herren, heute morgen ist an mich die Nachricht gelangt, daß gestern die Abhaltung einer **Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft** polizeilich verhindert worden ist. Herr Abgeordneter Noske hat eben diesen Fall zur Sprache gebracht. Ich stehe nicht an, mein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß diese Versammlung nicht zustande gekommen ist. Der Vorfall gibt mir Anlaß zur folgenden Erklärung.

Zunächst stelle ich fest, daß die Verfügung des früheren Herrn Kriegsministers vom 8. Juli 1918, betreffend die Verhinderung von Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften, aufgehoben worden ist.

(Bravo! links.)

Damit ist dem Verlangen der Mehrheit dieses Hohen Hauses Rechnung getragen. Weiter habe ich zu erklären: Versammlungen der Friedensgesellschaften sollen in der Folge gestattet werden.

Die gestern erfolgte Verhinderung der Versammlung fällt, soweit sich in diesem Augenblick die Tatsachen übersehen lassen, nicht unmittelbar dem Polizeipräsidenten zur Last, sondern ist auf den Umstand zurückzuführen, daß das Oberkommando über die Erlaubnis der Versammlung nicht rechtzeitig entschieden hatte.

(Hört! hört! und Lachen links.)

Inwieweit hier ein Verschulden vorliegt, konnte ich heute morgen noch nicht feststellen. Nach dieser Richtung hin aber werden Untersuchungen Platz greifen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mitteilen, daß Fürsorge getroffen ist und noch weiter getroffen werden wird, daß gemäß dem Programm der Regierung die **Bestimmungen über Zensur und Belagerungszustand** allseitig streng durchgeführt werden. Personen, die nicht geeignet sind oder sich nicht für geeignet halten, bei der strikten Durchführung dieser Bestimmungen gewissenhaft und energisch mitzuwirken, haben aus ihrem Amte auszuscheiden.

(Bravo!)

Die Einheitlichkeit der Reichspolitik wird auch auf diesem Gebiet unter allen Umständen gewährleistet werden.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kreth.

Kreth, Abgeordneter: Meine Herren, die **Antwort,** die der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts auf die **Erklärungen der Polen, Dänen und Elsässer** abgab, war vom Standpunkt der auswärtigen Politik durchaus korrekt. Ich vermisse aber, daß vom Regierungstisch eine Zurückweisung der empörenden Haltung der Vertreter der genannten Parteien erfolgte, die hier als Mitglieder des Deutschen Reichstags und als Zugehörige des Deutschen Reichs gesprochen haben. Ihnen hätte eine deutliche Antwort gebührt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Herren irren sich, wenn Sie meinen, daß der deutsche (C)
Löwe schon tot wäre,

(sehr richtig! rechts)

und daß es jetzt an der Zeit wäre, ihm die bekannten Fußtritte zu versetzen. Der deutsche Löwe ist noch nicht tot, und er wird vielleicht denn doch noch mit einem gewaltigen Prankenschlage alle die auf ihren Platz zurückweisen, die sich gegen den deutschen Löwen derartige Anmaßungen herausnehmen, wie wir sie zu unser Scham gestern im Deutschen Reichstag haben hören müssen.

(Zurnf links.)

— Ich glaube, Sie sind ein Deutscher; ach nein, Sie sind ja international. Herr Ricklin, der kurz nach Kriegsbeginn hier eine Loyalitätserklärung abgab, ist gestern nicht einmal errötet, als er sein eigenes deutsches Volkstum verriet. Die Polen, die sich auf ihre ritterliche, stolze Haltung sonst soviel zugute tun, sollten in diesem Augenblick doch bedenken, was sie den Deutschen danken. Ihre Befreiung von der russischen Herrschaft, die ihnen die Entente nicht gebracht hätte und die ihnen Herr Wilson auch nicht gebracht hätte, wenn Deutschland nicht Rußland niedergeworfen hätte! Glauben Sie doch nicht, daß wir, ehe wir völlig niedergeworfen sind, deutsche Erde und deutsche Stammesbrüder ausliefern werden.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, wir sind weit gekommen, daß man im Deutschen Reichstag, ohne ein Aufflammen der Entrüstung hervorzurufen, derartige Reden halten kann, wie wir sie gestern gehört haben.

(Zurnf links.)

— Darauf komme ich nachher noch zurück. In bezug auf diese alten, abgetragenen und alberuen Behauptungen von der Schuld der Konservativen werde ich Ihnen nachher noch im einzelnen antworten.

Herr Haase tadelte es, daß in den **Ostprovinzen** sich eine **Agitation** breit mache, die die Entrüstung und den (D)
Widerspruch **gegen die Abtretung von deutschem Land** an Polen organisieren wolle, und er spöttelte, daß in Lyck sich sogar ein sozialdemokratischer Verein an dieser Agitation beteiligt habe. Ja, meine Herren, sind denn die Sozialdemokraten, die in Ostpreußen wohnen, so rückständig, daß sie nicht wissen, was für die Sozialdemokraten und für die Arbeiter auf dem Spiele steht, wenn Ostpreußen eine Insel wird, die von slawischer Flut auch wirtschaftlich umspült wird, wenn es vollständig von dem deutschen Mutterlande abgetrennt wird? Da verlangt man, daß die Sozialdemokraten sich ausschließen sollen, wenn alle Ostpreußen sich dagegen zur Wehr setzen! Ich glaube, Herr Haase wird auf demselben Standpunkt stehen wie wir, wenn dieselbe Frage der Abtrennung Ostpreußens an ihn herantreten wird. Die Königsberger Arbeiter werden jedenfalls auf dem gleichen Standpunkt stehen, denn sie wissen, was ihnen droht, wenn sie vom Hinterlande abgeschnitten werden.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich habe wirklich auf diese Regierung keinen Einfluß, Herr Haase.

(Erneuter Zuruf. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, Zwiegespräche zu unterlassen.

Kreth, Abgeordneter (fortfahrend): Ein Sozialdemokrat hat in der Versammlung in Lyck erklärt, er habe drei Jahre an der Front gestanden und er würde sofort wieder zum Gewehr greifen, wenn es gelte, die Abtretung von Ostpreußen zu verhindern. So denken alle patriotischen Leute in der Ostmark. Dieser Sozialdemokrat fügt aber eins hinzu: er müsse verlangen, daß sämtliche **Drückeberger,** die sich in den Bureaus herumdrückten, dann auch herausgeholt würden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

(**Kreth**, Abgeordneter.)

(A) — Die Landwirte sind keine Drückeberger! Die Landwirte, die reklamiert sind, sind nötig zur Volksernährung. Wenn Sie auf das Land hinausgehen würden, um dort die Acker zu bestellen, so würden die Landwirte gerne an die Front gehen. Ich glaube, die Landwirtschaft und ihre Vertreter in den Parlamenten haben in diesem Kriege gezeigt, daß sie sich vor den feindlichen Kugeln nicht fürchten; sie halten den Vergleich mit jeder anderen Erwerbsgruppe durchaus aus. Aber wenn eine Wirtschaft zugrunde gehen würde, wenn kein Mann da ist, der sie leitet, dann ist es für die Volksernährung nötig, daß auch Kriegsverwendungsfähige für die Heimarbeit reklamiert werden. Das wissen Sie ebensogut wie ich. Es paßt Ihnen aber, als Agitationsmittel gegen die Landwirtschaft, fortgesetzt wieder zu behaupten, daß zu viel Landwirte reklamiert werden.

Meine Herren! Ich habe wegen der Heranziehung der Drückeberger seit langer Zeit mit dem Kriegsministerium in lebhaftem Schriftwechsel gestanden, und ich muß anerkennen, daß in jedem einzigen Falle, der von mir mitgeteilt ist, ausführliche Antwort erteilt worden ist, die meistens darauf hinausging, daß die Untersuchung der Sache die Berechtigung der von mir eingereichten, mir zugegangenen Beschwerden nicht erwiesen hätte. Aber, meine Herren, wenn man hier in Berlin zum Beispiel zufällig einmal zu einer Zeit, in der die elegante Gesellschaft dort flaniert, über die Tauentzienstraße geht, dann sieht man, daß dort noch Dutzende von jungen eleganten Leuten herumlaufen, die sehr viel besser und zweckmäßiger an der Front, im Schützengraben wären.

(Zurufe rechts.)

— Ja, Hunderte und Tausende! Ich komme ja sehr selten einmal dorthin und ich habe Zählungen nicht vornehmen können. Jedenfalls aber ist allgemeine Entrüstung darüber, daß so viele Kriegsverwendungsfähige dort herum-

(B) laufen. Wenn man **Vertreter des Volkes** und Männer des Volkes zu allen möglichen Dingen heranzieht, auch zu denen, von denen sie nichts verstehen, zum Beispiel auch zum Regieren,

(sehr gut! rechts — Lachen links)

so sollte man sie auch zu den Dingen heranziehen, von denen sie etwas verstehen, nämlich **zur Begutachtung der Reklamationen** und zur Entscheidung, ob Leute wirklich zur Aufrechterhaltung einer Wirtschaft oder eines Gewerbes nötig sind oder nicht. Das verstehen wir besser als die Herren vom Militär, wieviel Angestellte in kaufmännischen Betrieben freigelassen werden müssen. Wir haben in dieser Beziehung unglaubliche Zustände. Wenn ein großes Unternehmen sagt: ich kann soundsoviel Leute abgeben, ich kann soundsoviel Kriegsverwendungsfähige entbehren, so werden diese Leute inzwischen von einer anderen Stelle vielleicht mit niedrigerem Gehalt angenommen und wieder reklamiert, sodaß hier immer dieselben Reklamierten von einem Unternehmen zum andern gehen, und wenn sie auf keine andere Weise es erreichen können, daß sie während des Krieges in der geliebten Heimat bleiben, dann richten sie eine Munitionsfabrik oder eine ähnliche Fabrik ein und werden dann reklamiert. Meine Herren, da ziehe man Leute aus dem Erwerbsleben heran, gebe ihnen eine militärische dekorative Bedeckung und lasse Leute aus der Praxis mitreden, dann werden Sie noch eine kleine Armee auf diese Weise an die Front schicken können, die ausgeruht ist, was auch etwas wert ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, die Reden der Vertreter der Mehrheitsparteien, die wir gehört haben, spannen ziemlich den gleichen Faden, die eine etwas feiner, die andere etwas gröber. Dem Herrn **Vizekanzler** gebührt bei meiner Beurteiluug, die ich hier anknüpfen möchte, natürlich schon dem Range nach der Vortritt. Ihm ist die Rolle als parlamentarischer Minister noch neu, und infolgedessen fällt er noch ab und zu in die **Rolle des fortschrittlichen Parteiführers.** Bei der Leichtigkeit, mit der der Herr Vizekanzler in anderen Fragen umgelernt hat, hoffe ich, daß er auch auf diesem Gebiete bald umlernen wird,

(sehr gut! rechts)

und sich den Gepflogenheiten anpassen wird, die im Musterlande des Parlaments, in England, üblich sind.

(Sehr gut! rechts.)

Da kommen die Minister auch aus den Reihen der Mehrheit. Aber wenn sie ex cathedra sprechen, dann sprechen sie nur für den Staat und nicht für die Partei. Überdies glaube ich, in der Fortschrittspartei sind so viel ausgezeichnete und redegewandte Mitglieder dieses Hauses, daß er das den Herren ganz ruhig überlassen könnte, daß sie uns vernichten, wie sie es schon seit Jahrzehnten mit großem Erfolge tun.

(Heiterkeit und sehr gut! rechts.)

Der Herr Vizekanzler hat sich mit großem Nachdruck dagegen verwahrt, daß er als Parteimann gesprochen habe. Er wird aber, wenn er inzwischen Zeit gehabt hat, die Rede des Grafen Westarp nachzulesen, zugeben, daß Graf Westarp sich nicht darüber beschwert hat, daß die Konservativen nicht in das Koalitionsministerium hineingenommen wurden, sondern daß er lediglich eine Tatsache festgestellt hat. Ich stelle sonst dem Herrn Vizekanzler einen stenographischen Bericht dieses Passus der Rede des Herrn Grafen Westarp zur Verfügung.

Daß das Urteil des Grafen Westarp, daß der Herr Vizekanzler als Parteimann gesprochen habe, richtig ist, das erkennt einer der hervorragenden **Monitore der neuen Regierung**, das **„Berliner Tageblatt"**, an, indem es schreibt:

> Herr v. Payer wandte sich dann der Rechten des Hauses zu und polemisierte sehr glücklich. Im (I
> Kampfe wider die Konservativen hat er ja stets eine scharfe Klinge geführt. . . . . Mit feiner Ironie fügte er, mit einer Handbewegung gegen die unter ihm sitzenden Konservativen, wie Westarp, Heydebrand und Genossen, beschwichtigend hinzu: „Vierzig Jahre lang sind die Mitglieder der Regierung aus den Kreisen der Konservativen gewählt worden. Da können die Konservativen auch einmal vierzig Jahre lang kaltgestellt bleiben."

Der Herr Vizekanzler wird mir zugeben, daß diese Form des Redens eines leitenden Staatsmannes, von der Bundesratstribüne aus an eine Partei gerichtet, wenigstens außergewöhnlich ist.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

— Nun, irgendeine parteipolitische Polemik hat keiner von den Vorgängern des Herrn Vizekanzlers führen können, weil die Herren politisch wie auch sonst in ihrem ganzen Wesen gänzlich farblos waren.

(Große Heiterkeit rechts. — Na! na! links.)

Recht wohlfeil war die Bemerkung, die wir nun schon so oft haben hören müssen: „Die Konservativen sind mit unseren Maßnahmen unzufrieden, weil ihnen die Reformen zu weit gehen und zu schnell kommen, und die Unabhängigen Sozialdemokraten wieder sind unzufrieden, weil ihnen die Reformen nicht schnell genug kommen und nicht weit genug gehen. Infolgedessen befinden wir uns auf dem rechten Mittelwege." Meine Herren, das ist doch, glaube ich, ein Schema F, das nicht jedesmal wiederholt zu werden braucht. Wenn es vom Regierungstisch doch einmal angewandt werden sollte, dann empfehle ich, ruhig zur Ersparung von Zeit und Papier zu erklären: Schema F. Dann wissen die Unabhängigen, was Sie zu denken haben, wir wissen es auch, und der Beifall der Mehrheitsparteien

(**Kreth**, Abgeordneter.)

(A) ist den Herren vom Regierungstisch unter allen Umständen sicher. Die Sache ist dann kurz und schmerzlos zur Befriedigung aller Teile erledigt.

(Zurufe links.)

Was nun die Antwort des Herrn Vizekanzlers betrifft: „**Vierzig Jahre** lang sind die **Mitglieder der Regierung aus den Kreisen der Konservativen** gewählt worden," so kennt der Herr Vizekanzler, was bei ihm als Württemberger ja nicht wunderzunehmen braucht, entweder die preußische Parlaments- und Regierungsgeschichte recht mangelhaft, oder er hat, was ich natürlich nicht annehme, etwas gesagt, nur um Effekt zu machen, ohne sich zu überlegen, daß überhaupt, solange Preußen und das Reich existieren, jedenfalls seit Bismarcks Abgang nicht ein einziger konservativer Parlamentarier in eine leitende Stellung gekommen ist.

(Oh! oh! links.)

— Ja, meine Herren, wenn sie jeden einzelnen, der „von" heißt oder einen guten Rock anhat, für einen Konservativen halten, dann haben Sie allerdings recht! Aber dann gibt es auch unter Ihnen manchen, der in den Verdacht geraten kann, zu uns zu gehören. Aber wenn Sie das nicht tun, sondern wenn Sie auf die parteiamtliche Abstempelung des einzelnen achten, dann werden Sie sagen müssen: es ist hier niemals ein Konservativer Reichskanzler gewesen, es ist niemals ein Konservativer Staatssekretär gewesen.

(Zurufe.)

— Wer? — Alle? Ach ja, vom Standpunkt des Herrn Haase aus ist ja Herr Landsberg ein ganz gefährlicher Konservativer. Es kommt darauf an, von welchem Standpunkte man ausgeht. Wen wir für konservativ halten, Herr Kollege Fegter, das müssen Sie gütigst uns überlassen. Wir schenken Ihnen die ganze Gesellschaft der Reichskanzler einen nach dem anderen; die stehen Ihnen (B) als Freisinnigen viel näher als uns. Außerdem, meine Herren, mache ich Sie auf eins aufmerksam. Sie haben uns ja mit einer dicken Träne in Ihrem braven Freisinnsauge vorgeworfen, wir hätten alle diese Leute gestürzt, beseitigt, und nun sollen wir so töricht gewesen sein, unsere politischen Busenfreunde alle in die Wolfsschlucht zu werfen, bloß damit Sie Anlaß zur Trauer haben?

(Heiterkeit.)

Also ich stelle fest, daß wir zu der Zeit, wo angeblich die Regierung konservativ sein sollte, keine konservative Regierung hatten; wir lehnen jede Verantwortung für diese Regierungen ab. Wir haben nie Staatsämter für uns erstrebt, aber mancher von uns ist von diesen angeblich konservativen Regierungen stark gemaßregelt worden. Ein schreckliches Beispiel dafür steht vor Ihnen.

(Zurufe.)

— Ach Gott, ich bin ja ganz vergnügt, meine Herren, sonst müßte ich vielleicht gar noch unter dieser Regierung dienen.

(Große Heiterkeit.)

Daß das ein berechtigter Anlaß zum Selbstmord für einen Konservativen ist, das können Sie mir nachfühlen.

Nun meinte der Herr Vizekanzler, es wär bei der Bildung eines Ministeriums, und gerade in der heutigen Zeit, nötig, nur Männer zu wählen, die einem einheitlichen, klaren, erhabenen Ziele folgten. Durchaus einverstanden! Das ist eine Tatsache, eine altbekannte Weisheit, deren Aussprache vielleicht im gegenwärtigen Moment durchaus nützlich war. Wir befanden uns nur in einem Irrtum. Wir dachten, dies eine erhabene, klare **Ziel** wäre in diesem Augenblick gegeben, das wäre die **Rettung des Deutschen Reiches**, die Rettung des Vaterlandes aus schwerster Not.

(Sehr richtig! rechts.)

Um dieses Ziel hätten wir uns alle versammeln können. Aber wenn man neben diesem noch andere Ziele erreichen will, dann, meine Herren, hat man manches, was man in (C) der Schule gelernt hat, vergessen, besonders diesen einen guten alten Vers aus der Ilias: *Εἷς οἰωνὸς ἄριστος, ἀμύνεσθαι περὶ πάτρης:* „Das Vaterland zu schützen, das ist das einzige Wahrzeichen."

(Sehr gut rechts.)

Wir haben immer danach gehandelt; sie haben uns ja selbst in ihrer Presse attestiert: die Konservativen können wir so schlecht behandeln, die Leute sind ja so gut und brav, die werden immer alles tun, was das Vaterland von ihnen verlangt;

(sehr richtig! rechts)

und das ist auch fast das einzige, meine Herren, worin Sie sich bei der Beurteilung der Konservativen noch nicht geirrt haben.

(Sehr gut! rechts. — Zurufe.)

— Ja, meine Herren, das würde Ihnen passen, bei Ihrer kolossalen Übermacht, tagelang auf uns herumzupauken, und wir sollen dann nachher bescheiden im Winkel stehen! Wir haben von Ihnen das Opponieren schon ganz nett gelernt, wir haben glänzende Beispiele von Ihnen, und wenn auch jetzt noch etwa Erziehung und ererbte Hindernisse uns beengen, zum Beispiel, daß wir höfliche Menschen sind, so werden wir diese allmählich bei eifrigem Bemühen auch noch ablegen.

Nun wurde uns vom Herrn Vizekanzler gesagt: wir konnten euch in dieses **Ministerium** gar **nicht hineinnehmen,** weil ihr dann bei wichtigen Sachen, bei den Reformen, bei den Friedensfragen sofort widersprochen hättet. Das erinnert etwas an das Wort von Goethe:

> Du sollst mich nicht durch Widerspruch verwirren,
> Denn wenn du widersprichst, beginn ich schon zu irren.

Das steht im Widerspruch zu dem, was Herr Naumann sagte. Her Naumann, ein Parteifreund des Herrn Vizekanzlers, betonte, es wäre ein Vorzug des parlamenta- (D) rischen Systems, daß Uneinigkeit innerhalb der Regierung gar nicht vorkommen könnte. Man kann es ruhig dahingestellt sein lassen, wer hier recht hat. Sobald man die Köpfe — auch wenn sie hohl sind — zählt, hat die Mehrheit immer recht. In dem alten System aber wäre es vorgekommen, so sagt Herr Naumann, daß zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg, dem Reichskanzler, und dem Marinestaatssekretär Herrn v. Tirpitz ein Zwiespalt geherrscht hätte. Sie hätten mit verschiedenen Zungen geredet und hätten abweichende Meinungen in entscheidenden Fragen gehabt. Nein, meine Herren, diese Zwiespältigkeit zwischen v. Bethmann Hollweg und v. Tirpitz war kein Unglück, der Zwiespalt in dem Wesen des Herrn v. Bethmann, seine große Entschlußlosigkeit, war das Unglück!

(Sehr gut! rechts.)

In der Friedensfrage sind wir alle einig in der Richtung, daß wir alle den Frieden wollen. Die Friedenssehnsucht im deutschen Volke ist groß, vielleicht ebenso groß bei den feindlichen Völkern, und wir Konservativen sind die letzten, die nicht herzlich wünschen, daß der Frieden bald zustande käme. Aber, wie der Frieden aussehen soll, darüber werden wir wohl verschiedener Ansicht sein. Den Wunsch haben wir, daß der Frieden für das deutsche Volk vorteilhaft ist, daß er dessen Zukunft in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sichert, in allen Nuancierungen und Abschattierungen, in Einzelfragen werden wir anderer Ansicht sein, in dem Ziel selbst sind alle Parteien einig.

Nun meinte der Herr Vizekanzler, Graf Westarp habe unrecht mit seiner Behauptung, der **Reichstag** wäre seit Eintritt der parlamentarischen Regierung über parlamentarische Fragen **weniger unterrichtet** worden als bisher. Das ist nach den Nachrichten, die ich habe, nicht richtig. Bei der Beantwortung der ersten Note des Präsidenten Wilson ist jedenfalls die konservative Fraktion

(**Kreth**, Abgeordneter.)

(A) nicht zugezogen worden. Vor der Antwort auf die zweite Note Wilsons ist ihr nachträglich, nachdem die Note bereits feststand, Kenntnis gegeben worden. Wo da das öffentliche Verfahren unter Beteiligung aller Parteien liegen soll, ist mir unerfindlich.

(Sehr richtig rechts!)

Man hört, daß in der polnischen Frage, in der litauischen Frage Verhandlungen schweben zwischen der Regierung und Polen und Litauen. Wir wissen davon nichts. Es schwirren Gerüchte in der Luft herum, die uns nicht ganz glaubhaft erscheinen, aber wir erfahren davon nichts Bestimmtes, wir wissen nicht, ob derartige **Geheimdiplomatie**, die die Regierung theoretisch sonst so verdammt, in Wirklichkeit herrscht.

Auch in der **Zensur!** Herr Haase hat eine Leporelloliste von Beschwerden vorgetragen, die, wenn mich das Ohr nicht täuschte, fast noch länger war als die, die er der früheren Regierung vorzuhalten pflegte. Aber auch der konservativen Presse werden Fesseln auferlegt in vielen Lebensfragen des deutschen Volkes. Über Elsaß-Lothringen darf nichts geschrieben werden, Ausführungen der feindlichen Presse, aus denen hervorgeht, daß das Ausland mit einem Schritt des Präsidenten Wilson nicht ganz übereinstimmt, dürfen nicht gebracht werden. Wenn wir schon einmal ein freiheitliches Regiment haben, wollen wir doch wenigstens auch die Lichtseiten dieses Regiments genießen, die sich nach der parlamentarischen Doktrin doch auch auf die erstrecken soll, die der Opposition von links und rechts angehören. Ich glaube, das würde dem parlamentarischen System nur entsprechen. Abgeordneter Ledebour prägte für die Verhandlungen innerhalb der interfraktionellen Konferenzen, in denen die Besprechungen und Entschließungen der Mehrheitsparteien stattfinden, den treffenden Ausdruck „Dunkelkammer". Wenn ich ihn als Autor nenne, wird er es (B) mir nicht übelnehmen können, daß ich auch meinerseits diesen Ausdruck benutze.

Unsere Anfrage, ob die Reichsleitung die **Verantwortung für den Aufruf der sozialdemokratischen Partei** übernimmt, ist nicht beantwortet. Man scheint sie für etwas der Beantwortung Unwürdiges zu halten. So einfach liegen denn die Dinge doch nicht. Das wäre ja sehr bequem, durch einige Beauftragte Reich und Volk regieren zu lassen und sich volle Freiheit zur Agitation und Kritik vorzubehalten, und das Recht, Dinge zu behaupten, die man auf gut Glück behauptet in der Hoffnung, daß sie vielleicht von Regierungsseite nicht widerlegt werden. Dieser sozialdemokratische Aufruf enthält eine Behauptung, die sich auch der Herr Abgeordnete Ebert zu eigen gemacht hat, nämlich, daß die **Landwirtschaft** aus Mißmut über die jetzige Regierung **Sabotage** treibe und mit den Lieferungen zurückhalte. Herr Ebert fügte noch hinzu, daß der Großgrundbesitz jetzt schärfer mit Lieferungen belastet werden müßte, und in demselben Atemzuge, wobei ein innerer Zusammenhang der beiden Sätze augenscheinlich beabsichtigt war, meinte er, daß der Schleichhandel ganz besonders bekämpft werden müßte. Meine Herren, die Behauptung, die Landwirtschaft treibe Sabotage, diese Behauptung, die von der maßgebenden Regierungspartei ausgesprochen ist, ist von dem Kriegsernährungsamt, also von einem Mitgliede dieser selben Regierung, zahlenmäßig widerlegt worden. Ich bitte doch, darauf zu achten, daß das nicht gerade den Eindruck der Einheitlichkeit der Regierung und ihrer Maßnahmen stärkt, wenn die ausschlaggebende Partei der Reichstagsmehrheit Behauptungen aufstellt, die von einem ihrer Beauftragten, einem Mitgliede ihrer eigenen Regierung, nachher als unrichtig erwiesen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist denn doch ein Mangel an Einheitlichkeit, wie er selbst bei den früheren Regierungen nicht üblich war, die (C) auf Homogenität sonst auch nicht übermäßig Gewicht zu legen pflegten.

(Heiterkeit rechts.)

Nun möchte ich Herrn Ebert fragen, wie er es sich denkt, daß ein **Großgrundbesitzer Schleichhandel** treibe? Wir haben einige unter uns. Vielleicht läßt er es sich von ihnen sagen oder gibt ihnen ein Rezept, wie man Schleichhandel treibt. Die sozialdemokratischen Großgrundbesitzer, wenn es außer Herrn Hofer solche geben sollte, mögen auf diesem Gebiete Erfahrungen haben. Aber schon um Stoff zu haben, um nachher die bösen Junker an den Pranger zu stellen, wäre es zweckmäßig, wenn Sie sagten, wie Sie sich das vorstellen. Glauben Sie überhaupt, daß ein landwirtschaftlicher Besitzer, ein Großgrundbesitzer, mittlerer oder kleiner Besitzer, der fremde Arbeiter beschäftigen muß, in der Lage sei, Schleichhandel zu treiben? Der würde sich sofort den schärfsten Strafen aussetzen, auf Gnade und Ungnade sich in die Hände seiner Angestellten geben. Selbst wenn es Großgrundbesitzer gäbe, die, um wenige Mark unrechtmäßigerweise zu erwerben, Schleichhandel treiben wollten, würden sie hellen Wahnsinn zeigen, wenn sie das machten. Also so leicht kann die Regierung die Verantwortung für diese Behauptungen der sozialdemokratischen Partei nicht von sich ablehnen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Herr Ebert gemeint hat, die Sache wäre sehr schlimm, man sollte sie nicht leicht nehmen, nämlich die Stimmung der Konsumenten, wie er sie zum Ausdruck bringen wollte, so möchte ich sagen, man soll die **Stimmung** der **Landbewohner** auch nicht so leicht nehmen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Stimmung ist, wie ich mich kürzlich in meiner Heimat überzeugt habe, auf dem Siedepunkt angelangt und es bedarf nur noch eines kleinen Tropfens, um das Faß (D) zum Überlaufen zu bringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun wird von allen Seiten munter behauptet und aus dem Pressewald der Mehrheitsparteien raunt es zurück: das **junkerlich-bureaukratische System** hat Schiffbruch gelitten; jetzt kommt eine ganz neue Welt, „Alles neu macht der Mai", usw. Sämtliche fortschrittliche Liederdichter spitzen ihre Bleistifte, und wir werden eine Hochflut lyrischer Ergüsse über uns ergehen lassen müssen. Sie haben aber ein Mißgeschick: Die großen Beispiele, nach denen Sie nicht ganz geschickt arbeiten, machen auf allen Gebieten praktisch gerade das Gegenteil von dem, was Sie tun. Amerika, England, Frankreich, die großen Demokraten, zwei davon Republiken, sind den entgegengesetzten Weg gegangen, den Sie zu Deutschlands Heil einzuschlagen für nötig befanden.

(Sehr richtig! rechts.)

Dort hat man die parlamentarischen Regierungsmaximen an den Nagel gehängt und **Diktatoren** eingesetzt, Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Männer, um die wir, je mehr wir die Staatsmänner betrachten, die uns der Krieg beschert hat, ihre Völker beneiden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Mann ist mehr wert als eineinhalb Dutzend unserer „Staatsmänner". Was haben diese Leute getan? Sie haben jeden Widerstand gegen ihre Kriegspolitik mit starker Hand unterdrückt.

(Sehr richtig! rechts.)

Clemenceau hat jeden Parlamentarier, der seine Wege kreuzte, unschädlich gemacht, eingekerkert! Man ist vor dem äußersten nicht zurückgeschreckt. Jede Handlung, jedes Wort dieser Männer bezweckte nichts anderes und erreichte den Zweck vollends, den Siegeswillen des eigenen Volkes zu stärken.

(Kreth, Abgeordneter.)

(A) Wir zeigten hier wieder, daß wir Deutsche sind, also unpraktisch, unpolitisch. Wir errichteten die Vielherrschaft an Stelle der Herrschaft der Autorität, die wir wenigstens theoretisch hatten. Es wird die Zeit kommen, wo die Geschichte ihr Urteil über diesen Werdegang der neuen deutschen Politik sprechen wird.

Wenn Herr Noske meinte, Sie hätten keinen Anlaß, die Abrechnung zu fürchten, — er wird sich wundern, wie das Verdikt ausfallen wird!

(Sehr wahr! rechts.)

Die demokratischen Parteien freuen sich ihres leicht errungenen innerpolitischen Sieges. Ich kann es ihnen nicht verdenken. Ein Reichstag, dessen Mandat längst erloschen ist, räumt mit Bismarcks Verfassung auf wie mit altem Plunder und setzt an ihre Stelle „Kriegsersatz".

(Sehr gut! rechts.)

Glauben Sie, daß Sie damit **Reichsverdrossenheit** bannen werden? Eins haben Sie fertiggekriegt: Der preußische Partikularismus, der seit einem Menschenalter in der Versenkung verschwunden war, taucht wieder auf.

(Zurufe links.)

Aus Bayern klingt manche Stimme, Herr Kollege Müller-Meiningen, die Ihrem fortschrittlichen Ohre nicht gerade lieblich klingt. Die Mär, daß man den Bundesrat ausschalten, aber das föderalistische Prinzip in Deutschland beibehalten kann, wird Ihnen in kurzer Zeit kein Mensch mehr glauben.

(Zurufe.)

— Herr Rühle, wenn Sie uns den Kopf kürzer gemacht haben, brauchen wir weder zu reden noch nachzudenken.

(Zurufe.)

Der sozialdemokratische Sprecher fühlt sich in seiner Rolle als Wortführer einer Regierungspartei nicht ganz behaglich. Es ist zweifellos leichter, mit rollenden superlativen Anklagen gegen die Regierung zu schleudern als (B) die Entschlüsse des politischen drei- oder vierköpfigen Cerberus zu vertreten.

Wir selbst haben unter der bisherigen politischen Zwitterstellung lange Jahre gelitten. Alles, was die Regierung Übles tat, die von Ihnen als konservativ bezeichnet wird, wenn sie Fehler machte, wurde uns auf das Kerbholz geschrieben; dafür hatten wir vor der Öffentlichkeit gerade zu stehen, und wir haben damit unserer Partei sehr schweren Schaden zufügen sehen. Aber nach der konstitutionellen Doktrin trieben und vertraten damals die Staatsmänner die Politik des Staatsoberhauptes, und für die konservativen Männer war es nicht leicht, mit der Schärfe vorzugehen, die im Interesse der Partei gelegen war.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist gesagt worden — und wir nehmen das voll auf —: **wir stehen in der Opposition.** Aber eine Opposition, wenn wir es auch noch sehr lernen sollten, Opposition zu machen, eine Opposition auf Kosten des Vaterlandes zu machen, das werden wir nicht lernen. Für uns ist eine Änderung des bisherigen verschleierten Parlamentarismus in den waschechten Parlamentarismus nicht nachteilig vom parteipolitischen Standpunkt aus. Aber, meine Herren, wie es aussehen wird in unserem Erwerbsleben, wenn eine durch keine Königsgewalt, durch keinen Widerspruch im Bundesrat gehinderte Konsumentenmehrheit im Deutschen Reiche lediglich von ihrem Standpunkt regiert, da wird es Trümmer geben — und davor haben wir die Landwirtschaft schon lange genug gewarnt —, die man vielleicht erst glauben wird, wenn man sie vor Augen sieht.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr Dr. **Stresemann** begründete den Umfall seiner Fraktion — ich weiß nicht, weshalb er das für nötig hielt — mit der Behauptung, das **alte System** habe auf seinem ureigensten Gebiet, auf dem **kriegstechnischen,** (C) **versagt.** Der Herr Kriegsminister hat schon dargelegt, daß diese Behauptung unzutreffend ist. Aber mag sie zutreffend sein oder nicht, mit einem ist gründlich dabei gebrochen in der nationalliberalen Tradition, auch für Handlungen der Partei nicht Gründe anzugeben, die im gegenwärtigen Augenblick doch keinesfalls vor den Ohren des Auslands abgegeben werden durften.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wir haben im Haushaltsausschuß gehört, daß unser Kriegsmaterial ausreicht, aber daß wir nicht imstande sind, alle wünschenswerten Kriegsmittel gleichzeitig in einer Zahl und Masse herzustellen, wie es nützlich wäre. Das weiß jeder von uns, daß unsere Industrie, so ungeheuer ihre Leistungen sind, so Gewaltiges sie gerade zur Durchhaltung des Krieges bis zu diesem Augenblick geleistet hat, doch nicht den Kampf aufnehmen kann gegen die amerikanische und englische Industrie gemeinsam.

(Sehr richtig! rechts.)

Vor allem aber weiß jeder von uns, daß wir nicht so viel Arbeiter von der Front ziehen können, um Tanks mehr herzustellen als unsere Gegner, um in Munition und Geschützen ihnen überlegen zu sein und soviel Flugzeuge herzustellen, daß wir sie in dieser Beziehung übertreffen.

(Zuruf.)

— Herr Dr. Stresemann hat ja Beziehungen zur Industrie. Ihm wäre es doch ein Leichtes gewesen, sich davon zu überzeugen, daß seine Stellungnahme unrichtig sei und er mußte sich klar darüber sein, welche niederschmetternde Wirkung dies im Lande haben muß, wenn der Führer der Partei, die an der Schöpfung des Deutschen Reichs einen so hervorragenden Anteil hat, in diesem Augenblick etwas sagt, was auf die Stimmung im Lande niederschmetternd wirken muß, da sie das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung erschüttern muß. (D)

Noch eins! Meine Herren, noch viel krasser tritt das Umlernen der nationalliberalen Partei im Lande auf. Mir liegt ein **Aufruf vor von dem nationalliberalen Parteibureau Prenzlau,** ausgerechnet in der konservativen Prenzlauer Zeitung am 22. dieses Monats veröffentlicht. Darin heißt es:

> Wir bitten alle unsere Parteifreunde in Stadt und Land, sich an unser Parteibureau mit Beitrittserklärungen zu wenden. (Jahresbeitrag eine Mark.) Auch rechnen wir auf Zuzug von Männern, die von konservativer Macht- und alldeutscher Eroberungspolitik nun genug haben oder sich von schwerindustrieller Seite nicht mehr eine einseitige Meinung einimpfen lassen wollen. Doch auch von links erwarten wir Mitglieder; wem der Liberalismus zu scharf ist,
> — das sind die Herren vom Fortschritt —
> oder wer die sozialdemokratischen Ziele verwirft, soll zu uns stehen.

Also eine Sammelpolitik für eine Mark!

(Heiterkeit.)

Glauben Sie denn wirklich, meine Herren, wenn Sie mit den Schwerindustriellen in dieser Form umspringen, daß Sie mit einer Mark Jahresbeitrag auskommen werden?

(Erneute Heiterkeit.)

Meine Herren, glauben Sie denn, daß Sie bei Wahlkämpfen damit, daß Sie alle alldeutsche Eroberungspolitik und alle Machtpolitik als konservativ bezeichnen, nun von aller Schuld und Fehle von den Herren, die weiter links von Ihnen sitzen, freigesprochen werden? Ich meine, das ist doch ein Versuch mit untauglichen Mitteln.

(Zurufe von den Nationalliberalen.)

— Das ist Ihnen unbequem.

(Erneute Zurufe.)

(**Kreth**, Abgeordneter.)

(A) — Herr Fegter, wir sind jetzt augenblicklich in Opposition gegen diese der Mehrheit angehörige Partei; Sie werden es sich eben gefallen lassen müssen, wenn Ihr Feingefühl verletzt wird.

(Zuruf.)

— Wir können ja nicht alle so bedeutend sein wie der Abgeordnete für Neumarkt.

(Zurufe.)

Meine Herren, ich komme nun zu Herrn Noske. Herr Noske meinte: die **konservative Gewaltpolitik** habe ihre Früchte getragen, indem sich Polen, Elsässer und Dänen gegen uns erklärt haben. Meine Herren, glaubt Herr Noske denn, daß, wenn wir den Polen, den Dänen und den Elsaß-Lothringern ihren Willen auf allen Gebieten getan hätten, sie anders gehandelt haben würden, als sie gestern gehandelt haben? Dann ist er wirklich doch ziemlich harmlos, besonders den Polen gegenüber, die er jedenfalls in seiner Tätigkeit im Osten doch genauer kennen müßte. „Alle Welt ist unser Feind, schuld hat die herrschende Klasse," sagte Herr Noske. Nein, meine Herren, auch die sogenannte herrschende Klasse hat an der Feindschaft der Welt gar keine Schuld. Die herrschende Klasse hat weder England noch Amerika noch irgend einem anderen Staate auf dem Handelsgebiet Konkurrenz gemacht; sie hat keinen Handel getrieben. Die herrschende Klasse ist auch nicht durch ihr Benehmen im Auslande unangenehm aufgefallen; denn, soweit ich Gelegenheit hatte, den Verkehr der Ausländer mit der sogenannten herrschenden deutschen Klasse zu beobachten, waren das immer gegenseitig sehr angenehme gesellschaftliche Beziehungen. Also die herrschende Klasse hat auch in dieser Richtung gar keine Schuld. Schuld hat — das habe ich schon einmal von diesem Platze aus ausgesprochen — die **Haltung eines gewissen Teils der deutschen Presse,** der sich nicht genug tun konnte, unsere politischen Verhältnisse in den schwärzesten

(B) Farben zu malen und uns zu denunzieren als das Land mit der geringsten Freiheit, wo alles von den Junkern geknechtet und tyrannisiert wird. Wer hat sich von den Junkern knechten und tyrannisieren lassen im Deutschen Reich mit seinem gleichen Wahlrecht und mit der freiesten Selbstverwaltung der ganzen Welt? — Aber weil man unsere Verhältnisse so schwarz geschildert hat, hat sich eine Stimmung herausgebildet, die jetzt für uns so außerordentlich betrübend und nachteilig ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Die Kriegführung, Herr Dr. Cohn, ist doch erst nach der Feindschaft eingetreten; also sie dürfen nun nicht sagen post hoc propter hoc, sondern die Sache lag so, daß die Feindschaft gegen uns bereits bestand, bevor der Krieg eingetreten ist.

Herr Noske hat ferner gemeint, ein Jena hätten wir nicht erlebt, **junkerlicher Übermut, Militarismus** und politische Rückständigkeit hätten damals zu **Jena** geführt und hätten uns auch jetzt in diese Lage gebracht. Nun, Herr Noske wird aus seinen geschichtlichen Studien wissen, daß dieselben Leute, die angeblich durch militaristischen und junkerlichen Übermut und durch ihre politische Rückständigkeit das Jena verschuldet haben sollen, in erster Linie es gewesen sind, die nachher in Preußen den Kampf gegen den Eroberer organisiert und ihn zu einem siegreichen Ende geführt haben. Also so schlecht werden diese Kreise doch wohl nicht gewesen sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich meine, es wird richtig sein, was früher schon von unserer Seite ausgesprochen worden ist, daß der Geist, der besonders in Intelligenzkreisen sich geltend machte, der **Geist der Weichlichkeit** und des **Kosmopolitismus** damals die Widerstandskraft des Volkes geschwächt hat.

Herr Noske gab dem **Prinzen von Hessen,** dem erwählten **König von Finnland,** den Rat, er möge an die Front gehen; er wäre General, und Generale gehörten, (C) selbst wenn sie Prinzen wären, an die Front. Nun, ich meine, die Prinzen können den Vergleich mit parlamentarischen Körperschaften in dieser Richtung durchaus aushalten. Wenn man von den Prinzen das verlangt, dann sollte man von den Vertretern des deutschen Volkes in erster Linie verlangen, daß jeder waffenfähige Mann jetzt an die Stelle geht, wo Deutschland am meisten gefährdet ist.

Dann hat Herr Noske sich mit der **Entlassung des Kriegsministers v. Stein** beschäftigt und ausgesprochen, das deutsche Volk sei entrüstet, daß diese Entlassung mit besonderen Ehren verbunden gewesen sei. Ich habe von einer solchen Entrüstung des deutschen Volkes nichts gemerkt und ich schätze das deutsche Volk auch zu hoch, als daß es eine Ehrung eines Mannes übeldenten sollte, dessen Name durch seine Tätigkeit bei Beginn des Krieges in jedes deutsche Herz gegraben ist.

(Sehr richtig rechts.)

Diesen Mann jetzt von der Tribüne des Reichstags herunter so zu behandeln, das hat er nicht verdient, und dafür wird das deutsche Volk, soweit das deutsche Volk überhaupt vaterländisch denken kann, kein Verständnis haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben den Antrag gestellt, die **Soldatenlöhnung** zu erhöhen. Zu unserem Bedauern hat die Einladung zu der Ausschußsitzung, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, unsere Ausschußmitglieder nicht erreicht. Wir bedauern es lebhaft, daß man nicht darauf gekommen ist, die im Hause anwesenden Herren unserer Fraktion davon in Kenntnis zu setzen, damit wir an der Verhandlung über diesen Gegenstand noch beteiligt werden konnten. Aber dieser Antrag ist ja, glaube ich, so einmütig von dem Wunsche des Reichstags getragen, auf diesem Gebiete das Menschenmögliche zu tun, daß eine weitere Begründung nicht nötig ist.

Wir haben auch die **gleiche Bespeisung zwischen** (D) **Offizieren und Mannschaften** beantragt. Nach den Buchstaben der Bestimmungen bekommen die Offiziere schon heute nicht mehr als die Mannschaften. Aber bei den Mannschaften mag die Vermutung bestehen, daß da noch nicht mit ganz gleichem Maße gemessen wird. Diese Vermutung ist nur dann zu widerlegen, wenn Offiziere und Mannschaften aus einem Topfe essen. Wo sie jetzt die gleichen Gefahren teilen, ist das auch durchaus angebracht.

Vielleicht legen wir uns aber auch hier **im Reichstage** die Frage vor, ob es nicht angebracht wäre, daß unsere Küche mit gutem Beispiele voranginge und auch hier nur aus einem Topfe und **ein Gericht gegessen** würde. Das, meine ich, wird zweckmäßig sein, daß wir auch auf diesem Gebiet durch keinen Teil des deutschen Volkes uns an Opferwilligkeit übertreffen lassen.

Dann sprach Herr Noske darüber, daß die Frage der **Aufrechterhaltung der Monarchie** nunmehr überall erörtert werde und daß ihm Kundgebungen, die sich für die Monarchie ausgesprochen hätten, nicht bekannt geworden wären. Ja, wenn er nur die sozialdemokratische und ihr benachbarte Presse liest, so wird er wohl wenig davon hören. In der konservativen Presse sind derartige Kundgebungen genug zu finden. Ich glaube, es hieße dem königstreuen und monarchisch gerichteten Teile des deutschen Volkes unrecht tun, wenn man überhaupt auf diese Frage hier näher eingehen wollte. Das deutsche Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit monarchisch gesonnen und bleibt monarchisch bis auf die Knochen

(sehr richtig! rechts)

und wird sich durch gewisse Treibereien von der linken Seite in dieser Überzeugung, in dieser Gesinnung nicht beirren lassen.

Herr Noske forderte die **Absetzung des Polizeipräsidenten von Berlin.** Berlin scheint danach nicht nur

(Kreth, Abgeordneter.)

(A) Reichshauptstadt, sondern auch freie Reichsstadt zu sein, die unmittelbar dem Reiche und dem Reichstag untersteht. Ich glaube, Preußen würde vielleicht gar nicht so sehr viel dagegen einzuwenden haben, wenn diese Lösung gefunden würde. Aber der Verfassung entspricht es doch nicht, soweit sie bis jetzt noch besteht — man weiß ja nicht, wie lange alles ist in Fluß —, daß hier im Reichstag die Absetzung von preußischen Beamten verlangt wird.

Herr Noske meinte dann, der **Kronrat** habe mit der Obersten Heeresleitung zusammen die **Einleitung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen** verlangt. Das ist durchaus erklärlich. Als die Oberste Heeresleitung zu der Überzeugung kam, daß ein Sieg in diesem Kriege nicht mehr zu erfechten ist, da mußten die Persönlichkeiten der Obersten Heeresleitung pflichtgemäß nach ihrem Gewissen prüfen, ob das weitere Blutvergießen denn noch weiter einen Zweck habe. Daß sie dann die Zivilleitung darauf aufmerksam machten und anrieten, Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einzuleiten, das ist doch menschlich verständlich.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Nun, meine Herren, das liegt auf einem anderen Brett, als wenn man aussprechen wollte: das deutsche Volk ist nun am Ende seiner Kraft, aus Angst, daß ein Niederbruch erfolgen könne, hätte die Oberste Heeresleitung so gehandelt. Ich meine, da muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: so weit sind wir nicht. Das Ausland würde sich irren, wenn es annähme, daß Deutschland am Ende seiner Kraft ist, und ich glaube, das würde auch bei den Entscheidungen, die nun bevorstehen, sehr nachteilig wirken, wenn man annähme, daß wir uns allen Bedingungen unserer Gegner unterwerfen müßten. Es ist meine Überzeugung, daß das deutsche Volk, wenn es
(B) einig ist und zusammenhält und wenn es von den Stellen, die dazu berufen sind, den deutschen Geist, den Geist des Behauptungswillens im deutschen Volk zu entfachen, aufgerufen wird, sich noch zu Taten aufschwingen wird, die die Bewunderung der Mitwelt, der Gegenwart und der Zukunft hervorrufen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist von den Mehrheitsparteien ein **Vertrauensvotum gegenüber der Regierung** beantragt. Nach unserer noch geltenden Geschäftsordnung sind Vertrauensvoten nur zulässig im Anschluß an Interpellationen. Wir wollen aber der Regierungsmehrheit, wenn sie es für nötig hält, in diesem Augenblick der Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen, nicht hinderlich sein. Wir wollen Widerspruch dagegen nicht erheben. Sie mögen das tun. Das aber, glaube ich, können Sie von uns nicht verlangen, daß wir einer Regierung, die bis jetzt nur Programme verkündet hat, mit denen wir uns zum größten Teil nicht einverstanden erklären können, bevor sie irgendwelche entscheidende erfolgreiche Taten aufzuweisen hat, ein Vertrauensvotum erteilen.

Wenn wir heute unsere Meinungsverschiedenheiten haben zum Austrag bringen müssen, so lag das daran, daß die Aussprache im Reichstag seit langer Zeit aufgeschoben gewesen ist, und daß wir als eine Partei der Opposition in der Minderheit die Verpflichtung haben, wenn wir draußen bei unseren Anhängern überhaupt noch beachtet werden wollen, auf die vielen Angriffe, die gegen uns gerichtet worden sind, zu antworten. Wir wären durchaus damit einverstanden gewesen, wenn die Parteien auf diesen Zwist verzichtet hätten.

(Sehr richtig! rechts.)

Nachdem dies aber nicht geschehen ist, nachdem man sich von allen Seiten bemüht hat, die Schuld an dem Unglück unseres Vaterlandes auf uns und auf die uns nahestehenden Kreise zu wälzen, werden Sie, wenn Sie gerecht (C) sein wollen, verstehen, daß wir uns dagegen wehren müssen. Das soll aber dem nicht hinderlich entgegenstehen, daß in dem Moment, in dem das deutsche Volk, und sei es auch von Ihrer Regierung allein, zum letzten Kampf aufgerufen wird, die konservative Partei und alle ihre Anhänger wie ein Mann zur Regierung stehen und ihr Letztes hergeben werden für die Rettung und für die Ehre des deutschen Volkes.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Vizekanzler v. Payer.

Dr. **v. Payer,** Wirklicher Geheimer Rat, Stellvertreter des Reichskanzlers: Meine Herren! In dieser Stunde der Erwartung und Aufregung ist es mir eigentlich leid, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auch noch durch einige Bemerkungen in Anspruch nehmen muß. Aber der Herr Vorredner hat mich dazu genötigt.

Ich möchte einige sachliche Punkte vorwegnehmen. Er hat sich darüber beschwert, daß die konservative Fraktion auf die Frage, ob der Herr Reichskanzler die **Verantwortlichkeit für den Aufruf der sozialdemokratischen Partei** übernehme, keine Antwort erhalten habe. Ich habe geglaubt, das sei ein Scherz.

(Sehr richtig! links.)

Und ich habe es nicht einmal für einen schlechten Scherz gehalten, wie ihn Herr Graf Westarp vorgebracht hat. Daß aber dieser Scherz nochmals vorgebracht wird, durch welche Wiederholung er nun wirklich nicht gewinnen kann, das wundert mich entschieden. Wie kann man denn im Ernst auf eine solche Frage eine Antwort geben? Sie wissen es so gut wie ich, daß die Reichsregierung und der Herr Reichskanzler für die Kundgebung irgend einer Partei — mag nun diese Partei ein oder einige Mitglieder in der Reichsregierung haben oder nicht (D) — die Verantwortlichkeit nicht übernehmen kann. Ein Leitartikel und ein Aufruf ist keine Thronrede.

(Zuruf rechts.)

— Das ist nicht möglich.

Dann hat der Herr Abgeordnete Kreth entgegen einer gestrigen Bemerkung von mir einige Punkte vorgetragen, in denen er glaubt, daß die Fraktionen nicht genügend berücksichtigt worden sind, und hatte einmal darauf hingewiesen, daß die **parlamentarische Mitwirkung bei der zweiten Note** noch sehr mangelhaft gewesen sei; sie sei schon festgestellt gewesen, ehe die Fraktionen beteiligt wurden, war ungefähr sein Gedanke. Meine Herren, an und für sich ist das ganz selbstverständlich, daß die Reichsleitung zunächst den Text einer Note feststellen muß, ehe sie sie den andern maßgebenden Faktoren unterbreiten kann. Darauf können die andern Faktoren wirklich keinen Anspruch erheben, daß sie bei der Redaktion beteiligt werden sollen. Im übrigen ist zufällig gerade bei der Beantwortung der zweiten Note der Vorwurf nicht einmal begründet. Ich habe den Herren damals ausdrücklich gesagt, daß der Text in zwei wichtigen Punkten noch nicht feststehe, und sie haben Gelegenheit gehabt, sich über diese beiden Punkte zu äußern. Und was noch anerkennenswerter ist: wir haben nachher noch Gelegenheit gehabt, bei der Schlußredaktion auch die Bemerkungen zu berücksichtigen, die mir damals von den Parteiführern gemacht worden sind.

(Hört! hört! links.)

Noch korrekter kann man, glaube ich, nicht sein.

Dann hat der Herr Vorredner behauptet, es gehen Gerüchte um von einer **Geheimdiplomatie:** daß Verhandlungen zwischen Polen und Litauen und der Reichsleitung stattfänden, und davon wisse die **konservative Fraktion** nichts. Kann sein, daß sie davon nichts weiß! Meinen

(Dr. **v. Payer**, Stellvertreter des Reichskanzlers.)

(A) Sie denn, meine Herren (nach rechts), daß wir nicht fortlaufend Verhandlungen mit Polen und Litauen haben? Das geht jede Woche, fast jeden Tag weiter, und Sie können es auch billigerweise nicht erwarten, daß wir Sie über alle Phasen in dieser Angelegenheit auf dem laufenden halten. Daß eine Aktion im Gange oder abgeschlossen wäre, die uns Veranlassung geben würde, die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen zu hören, davon ist mir nichts bekannt.

Dann hat der Herr Abgeordnete Kreth noch das Bedürfnis gefühlt, sich mit mir persönlich wegen meiner gestrigen Rede auseinanderzusetzen und mir einige gute Lehren auf den Weg zu geben. Er hat sich nicht das angeeignet, was ein anderer der Herren vor ein paar Minuten hier unten gerufen hat. Daß ich gestern die konservative Fraktion beschimpft habe, das ist wirklich nicht der Fall. Aber er hat mich darauf hingewiesen, daß ich umgelernt habe. Ich möchte den wissen, der in diesen Zeiten noch nicht umgelernt hat. Das, meine Herren, sind nicht die Besten, die selbst in solchen Zeiten nichts lernen und nichts vergessen. Und diejenigen, die mir das vorhalten, daß ich in die **Rolle des fortschrittlichen Parteiführers** gefallen sei, und die mir ferner die Lehre vorhalten, daß der Minister für den Staat und nicht für die Partei sprechen dürfe, — die sagen mir nichts, was ich nicht auch weiß. Der Unterschied zwischen uns beiden besteht nur darin, daß Herr Abgeordneter Kreth für die Partei gesprochen hat und ich, behaupte ich, für den Staat gesprochen habe. Ich bleibe selbstverständlich auf meinem Standpunkt stehen. Er hat als Kronzeugen gegen mich das „Berliner Tageblatt" angeführt, das sich mit einer Bemerkung, die ich nicht ganz habe verfolgen können, scheint's, in ähnlichem Sinne ausgesprochen hat.

(Widerspruch links.)

(B) — Wenn ich das Zitat richtig verstanden habe, so war es sehr willkürlich und summarisch gehalten. Ich kann mich dem Urteil des „Berliner Tageblatts" in dieser Form nicht unterwerfen; ich kann es nicht als maßgebende Autorität anerkennen.

Um was hat es sich denn gestern gehandelt? Ich will mit ein paar kurzen Sätzen rekapitulieren und darf vielleicht eine Bemerkung einschalten: wenn die Herren die Zurufe, die Sie mir immer in der lebhaftesten Weise machen, auch diesmal unterlassen und sich dadurch nicht in ein so lebhaftes Tempo der Unterhaltung hineingesteigert hätten, so würden sie vielleicht auch zu einer ruhigeren und unbefangeren Würdigung meiner Darlegungen gekommen sein, als es ihnen so möglich gewesen ist. Ich habe die Politik der Regierung gestern zu rechtfertigen gehabt, die Politik, die dahin ging, daß man keine **Koalitionsreichsleitung**, sondern eine **Regierung aus den Mehrheitsparteien** bilden solle. Diese Politik habe ich zu vertreten gehabt nicht bloß gegenüber dem Redner der konservativen Partei, sondern auch gegenüber allen den Angriffen, die aus den Reihen der konservativen Partei auch außerhalb dieses Hauses und aus den Reihen der mit ihr verbündeten Presse und politischen Organisationen heraus gegen die Reichsleitung in der heftigsten Weise in den letzten Wochen geschleudert worden sind und die in weitem Umfange sich darauf bezogen haben, daß man unrecht getan habe, die konservative Partei von der Regierung auszuschließen, und daß man dadurch eine Maßregel zum Schaden des Reichs getroffen habe. Die Gründe gegen die Koalitionsregierung habe ich dargelegt. Ich habe nachgewiesen oder nachzuweisen versucht, daß wir die Konservativen gar nicht aufnehmen können. Dazu war es notwendig, auch darauf hinzuweisen, daß wir sie nicht aufnehmen können, weil wir die Politik, die sie früher geführt haben und auch jetzt noch führen, nicht für eine richtige, sondern für eine falsche und unsern Auffassungen (C) widersprechende halten. Ich habe dann darauf hingewiesen, daß die Konservativen früher kein Bedenken getragen oder es leicht ertragen haben, wenn andere Parteien vollständig aus der Regierung ausgeschlossen gewesen sind. Sollte ich mich jetzt wirklich darin getäuscht haben? Die Ausführungen des Herrn Kreth legen mir das ja nahe; denn er hat uns heute nachgewiesen, daß die Regierungen im Deutschen Reich noch niemals konservativ gewesen sind,

(Heiterkeit links)

und daß außer Bismarck noch nie ein Konservativer in der deutschen Reichsregierung gesessen hat.

(Heiterkeit links.)

Das ist doch eigentlich gleichwertig mit der von ihm aufgestellten Behauptung, daß der preußische Partikularismus im Verschwinden gewesen sei. Das ist, glaube ich, ein Spielen mit Worten und mit Begriffen. Darüber, um was es sich tatsächlich handelt, kann kein Zweifel für den sein, der die Geschichte des Deutschen Reichs in den letzten Jahrzehnten auch nur einigermaßen kennt.

Nun wirft man mir vor — damit kann ich schließen —, daß Graf **Westarp**, der Redner der konservativen Fraktion, sich nicht darüber beschwert habe, daß die **Konservativen nicht in die Regierung eingezogen** seien. Sicherlich hat er sich darüber nicht beschwert — es ist ganz richtig, daß er nur die Tatsache festgestellt hat —, aber andere Leute haben sich darüber beschwert, und wenn ich hier die Politik der Regierung zu vertreten habe, dann kann ich mir von jemand, der vor mir und gegen die Regierung gesprochen hat, doch nicht das Maß und den Umfang meiner Ausführungen vorschreiben lassen; er hat es doch nicht in der Hand, mich auf das zu beschränken, was er für seine Person gerade ausführt, sondern meine Pflicht ist es, alles das, was in der Luft liegt, was im ganzen Reich und im Ausland behauptet wird, von den verschiedensten Seiten vom (D) Standpunkt der Regierung aus einer Würdigung zu unterziehen. Deshalb trifft mich der Vorwurf nicht. Die Rede, wie ich sie gestern gehalten habe, wäre hier, abgesehen von einigen redaktionellen und rhetorischen Anpassungen, genau in derselben Weise gehalten worden, auch wenn von der konservativen Fraktion kein Redner aufgetreten wäre. Sie mußte gehalten werden, und es ist gut, daß sie gehalten worden ist.

(Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.)

Vizepräsident **Dove**: Das Wort hat der Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, über die Kriegslage und alles, was damit zusammenhängt, hätte ich keinen Anlaß gehabt, mich jetzt noch auszusprechen, nachdem mein Freund Haase bereits auf die Sache eingegangen ist, wenn nicht zu meinem großen Erstaunen gestern und heute Äußerungen von verschiedenen Rednern gefallen wären, die mir die Überzeugung beibringen, daß selbst an maßgebenden Stellen der Regierung wie hier im Reichstag die Situation absolut nicht richtig erfaßt wird.

Der Herr Graf v. Posadowsky hat gestern hier längere Ausführungen darüber gemacht, was für weltpolitische Maßregeln seiner Ansicht nach eigentlich Deutschland ins Auge fassen müsse; es dürfe vor allen Dingen nicht vollständig die Hand von **Belgien** abziehen, weil dadurch Deutschlands politische Stellung in der Welt in den kommenden Zeiten, besonders bei eventuellen Kriegen, schwer gefährdet werden würde. Meine Herren, daraus geht hervor, daß der Herr Abgeordnete Graf v. Posadowsky sich noch der merkwürdigen Illusion hingibt, es sei überhaupt möglich, bei dem Friedensschluß irgendwelche Zugeständnisse zu erwirken, die es Deutschland ermöglichen,

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) auf Belgien die Hand zu legen. Von unserm Standpunkt aus wäre ein solcher Versuch an sich verwerflich, weil wir der Meinung sind, daß Deutschland verpflichtet ist, Belgien vollständig in seiner Souveränität wiederherstellen zu helfen, und daß es dazu verpflichtet gewesen wäre, auch wenn der Friedensschluß bei der günstigsten militärischen Lage Deutschlands erfolgen könnte. Aber, meine Herren, jetzt angesichts dieser Kriegslage mit derartigen Illusionen sich zu tragen, das ist mir unbegreiflich bei einem Manne wie dem Herrn Grafen v. Posadowsky, der doch mit den Zeitereignissen einigermaßen vertraut sein müßte. Ich kam auf den Gedanken, daß er seit unserem letzten Zusammensein in den Kyffhäuser geraten war und dort die letzten Wochen vollkommen verschlafen hat, bis ihm der Bart durch den Tisch gewachsen ist.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, immerhin — der Herr Graf v. Posadowsky ist ein Staatssekretär außer Dienst. Heute aber haben wir von einem Staatssekretär im Dienst gehört, und noch dazu von einem Staatssekretär, der für die Beurteilung der Kriegslage die wichtigste Stelle ist, von dem Staatssekretär des Krieges —

(Zuruf)

— Ja, Kriegsminister! Pardon, es laufen einem jetzt bei den verschiedensten Revirements, die in den hohen Stellen vorgenommen werden, die Titulaturen etwas durcheinander. — Also, bei dem preußischen Herrn Kriegsminister sind Anschauungen zutage getreten, die darin gipfelten, daß er erklärte, **Deutschland** könne noch einen **erfolgreichen Krieg weiterführen.** Er hätte so nicht anders reden können zu der Zeit vor der letzten Katastrophe, sagen wir, Mitte September. Wenn damals der preußische Herr Kriegsminister irgendein Wort in diesem Sinne geredet hätte, so hätte das in die Auffassung der damaligen Kriegslage gepaßt, wie sie von der Regierung

(B) noch bis zum letzten Augenblicke vor der Katastrophe vertreten wurde. Eine solche Behauptung verträgt sich aber absolut nicht mit dem, was die maßgebendsten Stellen für die Kriegslage, nämlich der Generalstabschef Generalfeldmarschall v. Hindenburg und sein nächster Berater, der General Ludendorff, hier in Berlin in ihrer Not festgestellt haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß deshalb nochmals ausdrücklich feststellen: nach den Auskünften, die uns gegeben wurden, war gar kein Zweifel darüber, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg wie seine nächsten Berater der Überzeugung sind, die Kriegslage erfordere, daß sofort Frieden gemacht wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daraufhin ist ein Ministerium, das jetzt höflicherweise ein demokratisches genannt wird, zusammenberufen, um den Frieden zu machen. Dieses demokratische Ministerium ist nämlich nicht erkämpft worden durch das deutsche Volk, nicht durch den Deutschen Reichstag, nicht auch durch die Mehrheitsparteien dieses Hauses allein, sondern es ist bewirkt worden durch den Umstand, daß aus militärischen Gründen Deutschland eine andere Politik führen muß als vor der Katastrophe.

Der Herr Kriegsminister General Scheüch hat den Wunsch ausgesprochen, daß, wenn man kritisch sich zu der Sache äußert, man nicht die für die Heerführung maßgebenden Stellen angreifen möge, sondern ihn selbst. Wie ich schon in der Kommission dem Herrn General v. Wrisberg meine Anerkennung ausgesprochen habe für seinen Opfermut, daß er sich im letzten Moment als Kugelfang in die Bresche warf, spreche ich diese Anerkennung für seine persönliche Aufopferungsfähigkeit auch dem Herrn General Scheüch aus. Aber ich bedauere, seiner Einladung nicht folgen zu können. Ich wende mich vielmehr direkt dem Herrn **General Ludendorff** zu.

Meine Herren, es ist für uns notwendig, damit nicht (C) der Versuch gelingt, im Volke den Glauben zu erwecken, als ob der Krieg fortgeführt werden könnte, wie das vor Ende September dem Volke eingeredet war, folgendes zu beachten: Entweder ist den maßgebenden Stellen — und als hauptmaßgebende Stelle dafür wird der General Ludendorff genannt — erst Ende September plötzlich die Erkenntnis aufgegangen, daß in der bisherigen Weise der Krieg sich nicht fortführen läßt. Dann wäre das ein Beweis für eine derartig unverzeihliche Kurzsichtigkeit in der Beurteilung der Kriegslage,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der Wehrverhältnisse Deutschlands einerseits, der ihm gegenüberstehenden Mächte andererseits, daß wir genötigt wären, vollkommen an der Fähigkeit des Herrn Generals Ludendorff für den Posten, den er einnimmt, zu zweifeln.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Inwieweit das auch für den Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg zutrifft, weiß ich nicht.

Oder aber die Herren Generalfeldmarschälle und Generale, die für die Kriegführung maßgebend sind, — über die Personen kann ich ja nicht mit Sicherheit ein Urteil fällen — haben schon längere Zeit vorher gewußt, daß es notwendigerweise zu einem solchen Rückgang mit der Gefahr des baldigen Zusammenbruchs kommen muß. Dann ist es unverzeihlich, daß sie nicht vorher, damit die Regierung sich rechtzeitig darauf einrichten konnte, dieser und auch dem Volke klare Auskunft darüber gegeben haben, wie die Sachen stehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich sage das nicht aufs Geratewohl. Als dem früheren Herrn Reichskanzler Grafen v. Hertling Vorwürfe gemacht wurden, daß er sich durch die Entwicklung der Dinge habe überraschen lassen, als ihm gesagt wurde: Sie mußten doch unterrichtet sein, wie es an der Westfront steht, daß das nicht lange mehr so weiter gehen (D) kann; das ist doch nicht plötzlich von heute auf morgen gekommen — da hat Graf Hertling geantwortet: auch ich bin nicht unterrichtet gewesen.

Unter allen Umständen ist also bis in die letzte Zeit der Versuch gemacht worden, durch Fälschung das Volk in den Glauben zu versetzen, daß der Krieg noch weitergeführt werden könnte mit mindestens guter Aussicht auf Erfolg — ich will den Ausdruck Sieg nicht gebrauchen. Daraus erklärt es sich, daß diejenigen Personen, die Friedensverhandlungen hätten einleiten müssen, die Zeit versäumt haben, um den Frieden herbeizuführen, der in früherer Zeit unter günstigeren Bedingungen hätte abgeschlossen werden müssen und können, als Deutschland gegenwärtig zu erreichen in der Lage ist.

Ich bedaure, meine Herren, daß General v. Scheüch bereits den Rückzug angetreten hat; aber ich kann ihn leider noch nicht verlassen. Denn sein Auftreten hat doch noch eine andere Seite, abgesehen davon, daß er damit versuchte, den Glauben zu erwecken, als sei noch eine Kriegslage vorhanden, wie sie vor dem Zusammenbruch bestand. Da knüpfe ich an eine Bemerkung an, die der Herr Abgeordnete Naumann von den zwei Köpfen der Reichsregierung machte, die gegeneinander arbeiten. Ja, selbst in der neuen parlamentarischen Ära hat sich das nicht geändert. Die heutigen Ausführungen des Herrn General Scheüch durchkreuzen die feierlichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers Prinzen Max von Baden und die nicht minder feierlichen Erklärungen seines Stellvertreters. Ich nehme an, daß die zum Schweigen verurteilten Herren Staatssekretäre ohne Portefeuille und ohne Redeerlaubnis auch damit einverstanden sind.

(Heiterkeit.)

Das **Auftreten** des Herrn **Kriegsministers** stimmt vollkommen mit dem überein, was uns auch sonst berichtet

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) wird, daß jetzt bereits unter der Hand von militärischen Stellen aber auch sonst im Lande für den Glauben mobil gemacht wird, daß die Reichsregierung eine Übereilung begangen habe, als sie Wilson den Frieden anbot, und daß die Sache sich noch ändern ließe. Diese Mitteilungen waren schon vorher von verschiedenen Seiten ausgegangen, ehe Herr General Scheüch seinen Stempel darauf drückte.

(Zurufe.)

— Also Herr General Scheüch hat mit seinen Ausführungen direkt gegen die Reichsregierung frondiert, und es war ja nichts interessanter, als daß er sich für seine Anschauung berief auf die Zustimmung — wessen? auf die Äußerung des Herrn Grafen Westarp über die Kriegslage, der genau in dieselbe Kerbe haute, der aber, weil er diese Ansicht vertrat, sich geflissentlich und bewußt in den schärfsten Gegensatz zu der gegenwärtigen Reichsregierung setzte. Wir haben also das erbauliche Schauspiel heute hier erlebt — selbst in dieser Lage, meine Herren; so wenig Rücksicht nehmen die Herren General Scheüch und Genossen darauf, daß sie ihre Parteianschauungen einmal unterdrücken müssen, wenn sie in dieser Stellung sind — wir haben das erbauliche Schauspiel erlebt, daß, wo die Reichsregierung sich bemüht, nach besten, wenn auch unzulänglichen Kräften das Friedensangebot zu vertreten, der Herr Kriegsminister ihnen die Suppe versauert hat. Es bleibt also bei der alten Tradition der militaristischen Sonderpolitik. Das ist auch ganz begreiflich: so leicht gibt der preußische Militarismus die Macht nicht aus der Hand.

Wie die Mehrheitsparteien des Hauses und die Herren in der gegenwärtigen Regierung es sich vorgestellt haben, ist die Sache nicht zu machen. Nach meiner Ansicht müßte da in der schärfsten Weise eingegriffen werden.

(B) Wenn das Ausland und die gegnerischen Mächte glauben sollen, daß mit der Friedensbereitschaft des Deutschen Reiches es der Regierung wirklich ernst ist, dann muß sofort dafür gesorgt werden, daß der Herr General Scheüch nach diesem kurzen Intermezzo auf dem Ministersessel eine andere Tätigkeit zugewiesen bekommt. Ich wünschte nicht, daß er den Zylinderhut nimmt; denn bei der Seltenheit militärischer Kapazitäten, über die wir gegenwärtig verfügen, glaube ich, daß er sehr gut wieder an die Front geschickt werden kann. Aber wenn es Ihnen ernst ist mit dem, was Sie erklärt haben, dann geht es nicht, daß Sie Ihre Friedensbemühungen durch derartige militärische Extravaganzen schädigen lassen.

Meine Herren, es muß meiner Ansicht nach — das ist aber eine Sache, die jetzt nicht ausgetragen werden kann — mit denjenigen Persönlichkeiten abgerechnet werden, die wirklich die Verantwortung dafür tragen, daß das **deutsche Volk** bis zum letzten Moment derartig **irre geführt** worden ist. Ich stelle hiermit nochmals fest: bis zum Eintritt des Zusammenbruchs, ist uns noch durch den Herrn Staatssekretär v. Hintze und seine Beauftragten und durch den Herrn General v. Wrisberg als Beauftragten des Generalstabs immer wieder versichert worden: die Front steht fest, wir können den Krieg weiterführen und wir können zu einem erfolgreichen Ende Krieg führen. Das war noch 2 bis 3 Tage vor dem Zusammenbruch. Der Zusammenbruch trat ein im Anschluß an die bulgarische Kapitulation. Auch bei dieser Gelegenheit zeigte sich wiederum die vollkommene Unzulänglichkeit unserer Regierung, unseres diplomatischen Dienstes. Denn damals glaubten die Vertreter des Auswärtigen Amtes, uns versichern zu können, daß das bulgarische Angebot an die Ententemächte nur eine Übereilung des Herrn Malinow gewesen sei; die Sache lasse sich noch redressieren.

Ich muß da auf Herrn Kreth eingehen, der glaubte, hier heute folgende Bemerkungen sich erlauben zu können: (C
wenn Herren aus dem Parlament, aus der Demokratie die Regierung annehmen, die vom Regieren nichts verstehen, dann muß es so kommen. Ja, meine Herren, die amtierenden Bureaukraten, Diplomaten und alles, was damit zusammenhängt, besonders die politisierenden Generale haben jetzt den vollgültigen Nichtbefähigungsbeweis für das Regieren so offenkundig vor aller Welt geliefert, daß es erstaunlich ist, wie ein Wortführer dieser versippten Interessentenwirtschaft sich erlauben kann, im Deutschen Reichstag zu sagen, daß Abgeordnete das Regieren selbstverständlich nicht verstehen. Mit diesem Ausspruch hat Herr Kreth ja gerade den vollgültigen Beweis dafür geliefert, daß er der Vertreter einer bisher in Preußen und Deutschland regierenden Partei ist, die erstens tatsächlich die Regierung geführt hat und zweitens, die das Deutsche Reich und das deutsche Volk durch ihre Regiererei in das schrecklichste Unglück gestürzt hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da muß allerdings aufgeräumt werden mit einem eisernen Besen, nicht mit den zusammengebundenen Federwischen der Mittelstandsparteien dieses Hauses.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn hier handelte es sich nicht bloß darum, daß es genügen könnte, den Parlamentarismus in der angebahnten Form durchführen. Mit diesem **Parlamentarismus,** meine Herren, sieht es höchst windig aus, Ich weise nur auf eine Tatsache hin. Es ist nicht eine Parlamentarisierung der Regierung eingetreten, sondern es sind einige Abgeordnete bureaukratisiert worden,

(Heiterkeit)

indem sie ins Staatssekretariat übernommen wurden. Das hat auf die Parlamentsverhandlungen einen höchst schädigenden Einfluß ausgeübt.

(Widerspruch.)

— Jawohl, denn als diese Parlamentsverhandlungen be- (I
gannen, wurden sie eröffnet durch den Herrn Reichskanzler Prinzen Max von Baden und durch zwei Redner als Vertreter der größten Parteien dieses Hauses, deren bisher gewohnte Wortführer man auf dem bureaukratischen Ministersessel kaltgestellt hat, und als diese drei Herren hintereinander ihre Reden vorlasen, hatte ich den peinlichen Eindruck, als ob wir uns in einer Unterrichtsstunde befinden, in der Leseübungen für Minderbegabte abgehalten werden.

(Heiterkeit.)

Ich erkenne gerne an, daß es im Deutschen Reichstag auch Leute gibt, die gut ablesen, voran Herr Scheidemann, der seine Reden Wort für Wort so gut abliest, daß Uneingeweihte glauben, er spräche frei. Derartige Erscheinungen sind charakteristisch für diese Versammlung. Sie sind ein Beweis dafür, wie sehr die Parteien und ihre Vertreter darunter leiden, daß sie diese Sorte von Parlamentarisierung machen. In einer wirklich parlamentarischen Regierung findet ein beständiger Kampf in Rede und Gegenrede zwischen den Regierenden und Nichtregierenden statt. Bei uns geht alles nach dem alten Schema. Da werden die Redner der Reihenfolge der Fraktionen nach aufgerufen. Unter den gegenwärtigen Umständen führt das dann dazu, daß hintereinander die Vertreter der Mittelparteien Monologe halten, dann kommen wieder hintereinander die verschiedenen Oppositionsparteien. Das ist keine richtige Debatte, denn das parlamentarische Leben, der parlamentarische Kampf bedingt Rede und Gegenrede. Die läßt sich nach diesem Schema nicht führen, besonders nicht von Leuten, die nur das Ablesen gewöhnt sind, was übrigens — ich möchte darauf aufmerksam machen — sogar der Geschäftsordnung des Hauses widerspricht.

(Glocke des Präsidenten.)

(A) Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter, die Geschäftsordnung des Hauses zu wahren, ist Sache des Präsidenten. Die Ausführungen über das Lesen treffen nicht zu, denn es hat sich bei den Mitgliedern dieses Hauses — und nur diese unterstehen der Ordnungsgewalt des Präsidenten — um Verlesungen von Erklärungen gehandelt, die sie namens ihrer Parteien abgegeben haben.

(Zurufe.)

— Wenn ich mich darin irre, so kann es darauf beruhen, daß der amtierende Herr Präsident nicht bemerkt hat, daß die Redner gelesen haben,

(Zurufe)

— ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, jetzt spreche ich; es gehört auch zur Ordnung des Hauses, daß dann die Mitglieder des Hauses schweigen —, oder daß der Präsident nicht einschreiten wollte, weil er einen Redner, der nicht geübt ist, nicht stören will. Das ist Sache des Präsidenten. Sie können sich darüber bei ihm beschweren, aber es hat keinen Zweck, daß wir uns in dieser ernsten Diskussion mit derartigen Dingen aufhalten.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ledebour, Abgeordneter: Wenn wir auf die Erörterung der Frage eingehen, wie der Parlamentarismus sich einführt, so ist es gerechtfertigt, darauf hinzuweisen, zu was für Dingen wir gekommen sind.

Meine Herren, ich habe vorhin betont, daß in Deutschland mit kräftigem Besen ausgekehrt werden muß, und daß man sich nicht darauf beschränken darf, bloß einige Staatssekretäre aus dem Parlament in ein Amt hineinzunehmen, sondern daß in Deutschland überhaupt mit den Vertretern des alten Systems aufgeräumt werden muß.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Derartige Gegenwirkungen, wie sie vom Herrn General Scheüch heute versucht wurden, werden fortgesetzt werden.

(B) Sie sind auch schon unternommen worden von den Zivilbeamten und Militärbeamten, die heute noch auf Grund des Belagerungszustandes, der leider nicht aufgehoben ist, das Recht haben, in die innere Landesverwaltung und das öffentliche Leben einzugreifen.

Auf einige Beschwerden hat der Herr Vizekanzler v. Payer die Auskunft gegeben, daß Abhilfe geschaffen werden soll. Aber die Vorgänge zeigen, daß noch in der alten Weise tatsächlich das Volk schikaniert und drangsaliert wird. Das geht auch noch immer weiter so fort.

Wir haben heute erst wieder die Nachricht bekommen, daß ein Parteigenosse von uns, Herr Reiwald in Halle,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der monatelang in Untersuchungshaft gesessen hat, aus dieser zwar entlassen, aber sofort wieder in Schutzhaft gesetzt wurde.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter Kunert, ich rufe Sie wegen dieses Zwischenrufs zur Ordnung!

(Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung!

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, Sie haben es versäumt, völlig durchzugreifen und überall im Lande Personen an die maßgebenden Stellen zu setzen, die wirklich reine Bahn machen mit diesem Vergewaltigungssystem, das auf Grund des Belagerungszustandes gegenüber den oppositionellen Parteien, insbesondere gegenüber meiner Partei im Lande gehandhabt wird. Sie müssen dafür sorgen, daß diese abscheuliche Polizeiwirtschaft das Volk nicht weiter drangsaliert.

Ich kann die Liste der **militärisch-polizeilichen Übergriffe** noch weiter vermehren. Es ist mir ein Telegramm aus Hamburg zugegangen, daß eine Frau Düwel und (C) eine Frau Mendel jetzt in Haft genommen worden sind auf Grund von Anklagen, die gegen sie erhoben werden wegen angeblicher Beteiligung an dem Januarstreik 1918.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es sind also ungefähr dreiviertel Jahre her, daß die angeblichen Untaten von diesen Frauen begangen sein sollen. Glaubte die Verwaltung wirklich, Handhaben zu Anklagen gegen sie zu haben, so konnte sie das tun, ohne sie zu verhaften. Wenn sie 9 Monate in Freiheit haben sein können, liegt kein Grund dafür vor, selbst vom Standpunkt der Verwaltung aus, diese Frauen plötzlich in Haft zu nehmen.

Hier in Neukölln sind Parteigenossen von uns, die gleichfalls in Verfolg des Januarstreiks unter Anklage stehen, wegen angeblichen Landesverrats, wegen Verbreitung von Flugblättern — das wird ja als Landesverrat angesehen — verhaftet worden. Sie wurden allerdings auch aus der Untersuchungshaft entlassen, aber gleichzeitig ebenfalls in Schutzhaft genommen, in der sie nun noch obendrein dem Hunger ausgesetzt sind. Denn in der Schutzhaft, die wir auf dem Alexanderplatz in Berlin unter Einfluß des Oberkommandos haben, sind die scheußlichsten Zustände in bezug auf die Behandlung der Gefangenen im ganzen Deutschen Reich.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da haben Sie den allerdringendsten Anlaß, einzuschreiten und aufzuräumen mit dieser Mißwirtschaft.

(Zuruf.)

— Einer der Herren ruft mir zu, das seien die Saboteure der neuen Regierung. Ja, bitte, wenden Sie sich an Ihre Parteigenossen in der Regierung und verlangen Sie, daß Sie sofort aus dem Amte herausgehen, wenn nicht unverzüglich mit den scheußlichen Zuständen ein Ende gemacht wird.

(Zurufe.) (D)

— Meine Herren, da Sie sich so bereit erklären, Remedur eintreten zu lassen, will ich Ihnen gern die Gelegenheit geben, noch ein Unrecht gutzumachen und dazu zu helfen, daß ein Ehrenmann wieder in seine Rechte eingesetzt wird. Unser Freund Karl **Liebknecht** ist jetzt aus dem Zuchthaus entlassen worden. Die Verfügung bedingt, daß ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte wiedergegeben werden. Wegen Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte — vor der Verurteilung hat ihn bekanntlich dieser Reichstag nicht geschützt — wurde er seines Reichstagsmandats verlustig erklärt. Dann wurde in der Nachwahl in Potsdam-Osthavelland an seiner Stelle statt unseres Kandidaten Mehring ein Herr Stahl gewählt, der jetzt den Sitz Liebknechts einnimmt. Nach meiner Auffassung würde Herr Stahl verpflichtet sein, sein Mandat niederzulegen, um die Wähler entscheiden zu lassen, ob sie ihm oder Liebknecht das Mandat übertragen wollen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So müßte meiner und meiner Parteigenossen Überzeugung nach ein jeder handeln, der in ein Mandat hineingekommen ist, das seinem Vorgänger nach seiner eigenen Auffassung widerrechtlich entzogen wurde. Denn das werden Sie doch nicht bestreiten: es war auch Ihre Auffassung, daß dem früheren Abgeordneten Liebknecht das Mandat entzogen worden ist wider jede Rechtsauffassung, wie wir sie haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erwarte, daß Sie diese Konsequenz ziehen. Wir verlangen natürlich von Ihnen nicht, daß Sie bei der Neuwahl etwa Herrn Stahl nicht wieder kandidieren lassen. Glauben die Wähler von Potsdam-Osthavelland, Herrn Stahl wieder wählen zu sollen, so hat Ihre Partei das Recht, Herrn Stahl kandidieren zu lassen. Sie sollen nicht auf die Bewerbung um das Mandat verzichten, aber die Entscheidung muß jetzt den Wählern anheimgestellt

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) werden. Sollten Sie aber nicht auf diesen Vorschlag eingehen, meine Herren, dann würden Sie sich dem Vorwurf aussetzen, den Sie mit Recht bei anderen Gelegenheiten auf sich gezogen haben, daß Sie auch jetzt noch fortdauernd Nutznießer des Belagerungszustandes sein wollen.

(Heiterkeit rechts.)

Und damit komme ich auf einige Angriffe, die Herr Abgeordneter Noske hier gegen uns geschleudert hat.

(Zuruf.)

Herr Abgeordneter Noske hat in heftiger Weise gegen uns polemisiert, indem er eine Anzahl Sachen wieder vorbrachte, die nun schon wirklich mehrere Male Gegenstand der Verhandlungen dieses Hauses gewesen sind, abgesehen davon, daß wir außerhalb dieses Hauses in Zeitungsartikeln und sonstigen Kundgebungen uns darüber ausgesprochen haben. Herr Noske hat uns also zum Vorwurf gemacht, daß wir gegen die **Kriegskredite** gestimmt haben, und uns zu diskreditieren versucht, indem er sagte: wir hätten im Anfang alle für die Kriegskredite gestimmt. Demgegenüber muß ich zum Verständnis der Dinge nun nochmals wiederholen, was, wie ich eigentlich meinen sollte, selbst Herrn Noske und seinen Freunden bekannt ist.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Jawohl haben Sie einen Vorwurf gegen uns erhoben, indem Sie sagten, wir hätten anfangs alle für die Kriegskredite gestimmt, deshalb könnten wir es Ihnen nicht zum Vorwurf machen, daß Sie fortdauernd für die Kriegskredite stimmen. Meine Herren, als bei Kriegsbeginn die Frage an uns herantrat, ob wir für die Kriegskredite stimmen sollten oder nicht, haben wir in der Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der sich in der schärfsten Weise gegen den Krieg und für die Ablehnung der Kriegskredite aussprach. Dieser Antrag, den ich selbst entworfen und begründet habe, wurde abgelehnt. Es haben im

(B) ganzen nur 14 Abgeordnete dafür gestimmt, darunter auch mein Freund Haase, den Herr Abgeordneter Noske noch besonders hier angegriffen hat. Wir waren nun vor die Frage gestellt, ob wir dem von der Mehrheit beschlossenen Antrage uns unterwerfen oder ob wir damals sofort die Partei sprengen sollten. Da haben wir damals gesagt: in dieser Situation können wir die Verantwortung für die Sprengung der Partei nicht übernehmen. Und deshalb haben die 14 insgesamt für die Kriegskredite gestimmt, mit Ausnahme übrigens des Abgeordneten Kunert, der aus dem Hause herausgegangen ist; das war uns indes damals noch nicht bekannt.

Ja, meine Herren, aus dieser Abstimmung können uns diejenigen einen Vorwurf machen, die auf dem Standpunkt stehen, wir hätten auch damals schon unter allen Umständen, komme was kommen mag, hier im Reichstag unserer Überzeugung nach gegen die Kriegskredite stimmen müssen. Die Leute, die auf diesem Standpunkt stehen, sind zu dem Vorwurf berechtigt. Aber diejenigen, die es ihrer Überzeugung nach für eine unbedingte Parteipflicht erklärt haben und noch erklären, daß man sich der Majorität fügen müsse, haben nicht das Recht, diese Abstimmung gegen uns auszulegen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist eine Perfidie sondergleichen, wenn irgendein Mitglied der sozialdemokratischen Partei hier auftritt und uns deshalb Vorwürfe macht.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf.)

Herr Noske hat dann obendrein uns noch ganz unmögliche Motive unterschoben.

(Erneuter Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich weiß nicht, wen Sie gemeint haben, weise aber auch diesen Vorwurf zurück. Mir ist es nicht bekannt, daß ein solcher Ausdruck gefallen ist von einem derjenigen Parteigenossen, die jetzt zu unserer Partei gehören. Sollte er gefallen sein, was ich jetzt nicht nachprüfen kann, so wäre das jedenfalls eine Auffassung, die ich absolut verwerfe.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber nachträglich einem unserer Parteigenossen, die damals Ihre eigene Auffassung vertreten haben, hier einen Vorwurf zu machen, sind Sie nicht berechtigt, da diese Genossen nachträglich zu der Überzeugung gekommen sind, daß sie damals, als sie auf Ihrer Seite standen, einen verkehrten Schritt getan haben.

Also ich hoffe nun, daß menigstens mit den Versuchen, mit dieser Abstimmungsgeschichte hier noch im Reichstag zu krebsen, ein für allemal Schluß gemacht wird. Ihr Auftreten beweist nur, daß Sie wirklich nicht mehr in der Lage sind, Ihre fortgesetzte Abstimmung zugunsten der Kriegskredite vor dem Hause zu rechtfertigen. Und Sie können das um so weniger, da sich mehr und mehr herausstellt, daß die Politik, die die Reichsregierung eingeschlagen hat, direkt zum Verderb des Deutschen Reichs ausgeschlagen ist. Und an dieser Politik tragen Sie durch Ihre Unterstützung der Regierung in vollem Maße die Mitschuld.

Wenn endlich mit dem bisherigen Regierungssystem ein Ende gemacht werden soll, dann darf man sich auch nicht damit begnügen, einzelne Generale, einzelne höhere Beamte zu ersetzen. Es ist notwendig, daß auch in allen Ländern Deutschlands eine vollkommene **Umänderung des** ganzen **Verwaltungssystems** durchgeführt wird. Alle angestellten Beamten müssen beseitigt werden,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

alle Verwaltungsbeamten. Zu ersetzen sind sie durch Selbstverwaltungsbeamte, die zu berufen sind von den aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen örtlichen und provinziellen Vertretungen. Keine ernannten Landräte, keine ernannten Oberpräsidenten, keine ernannten Regierungspräsidenten, keine Ernennung irgendwelcher Art zu irgendeinem Verwaltungsposten, sondern nur demokratische Wahlen. — Herr Meier schüttelt verwundert den Kopf. Ja, wenn Sie jetzt wirklich sich in Deutschland zu freien Zuständen durcharbeiten wollen, dann ist die Demokratisierung des Verwaltungswesens noch viel notwendiger als die sogenannte parlamentarische Regierung. Dann müssen Sie auch auf dem Gebiete die republikanischen Einrichtungen in allen Instanzen durchführen, wie das in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in anderen wirklich vorgeschrittenen Republiken der Fall ist. Wenn Sie zwar ein sogenanntes parlamentarisches Ministerium einrichten, aber die preußische Verwaltung mit ihrer Polizei und ihren anderen Einrichtungen bestehen bleibt, wie sie ist, dann werden Sie niemals eine ernstliche Besserung erzielen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann können Sie gewärtig sein, daß bei der ersten günstigen Konjunktur die militaristischen Machthaber und die Bureaukraten plötzlich die Herren dort auf der Ministerbank entlassen werden und dann irgend ein General Keim oder eine sonstige alldeutsche Kapazität mit der Führung der Geschäfte beauftragt wird. Dann werden die Beamten, die sich vorläufig vielleicht geduckt haben, die Herren Landräte usw. mit Freuden wieder in dem alten konservativen Sinne die Geschäfte weiterführen.

Aber auch damit ist es noch nicht genug. Es ist absolut notwendig, daß auch an der Spitze der Staaten ganz andere Personen nicht nur, sondern auch ganz andere Einrichtungen eingesetzt werden. Das **monarchische System,** in dem das bureaukratisch-militaristische Regierungssystem gipfelt, hat vollkommen abgewirtschaftet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade in den Trägern des monarchischen Systems ist diese Abwirtschaftung sinnbildlich zu Tage getreten. Es

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) wäre auch einer der Schritte gewesen, mit dem die gegenwärtige Regierung sich das Vertrauen aller derjenigen Personen im Inland und im Ausland hätte erwerben können, auf die sie rechnete, wenn sie dafür gesorgt hätte, daß der gegenwärtige Kronenträger in Preußen seinen unheilvollen Einfluß nicht mehr weiter ausüben könnte.

(Zustimmung und Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe rechts.)

An dem militärisch-imperialistischen System, unter dem wir leiden, trägt allerdings in letzter Linie der Kapitalismus die Schuld. Es haben dazu auch alle kapitalistischen Interessenkliquen in Deutschland beigetragen, und ein gut Teil der Mitschuld tragen die bürgerlichen Parteien dieses Hauses, die dieses ganze System samt und sonders fortgesetzt gehalten haben, wie während der Kriegszeit der jetzt die Geschäfte führende Mittelblock. Sofern man aber einzelne Personen ins Auge faßt, die da auf Grund dieses Systems einen unheilvollen Einfluß ausgeübt haben, dann steht **Kaiser Wilhelm II.** an der Spitze.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter Ledebour, Sie haben wiederholt den Ausdruck „unheilvollen Einfluß" gebraucht, und zwar in Verbindung mit der Person des Monarchen. Wegen dieses Verstoßes gegen die parlamentarische Ordnung und dieses ungehörigen Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung!

(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ledebour, Abgeordneter: Ich werde mich darauf beschränken, Tatsachen ohne Kommentar sprechen zu lassen. Kurz nach Beginn seiner Regierung hat Kaiser Wilhelm II. an Rekruten eine Ansprache gerichtet, in welcher er sie aufforderte, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn es kommandiert würde.

(B) Als Träger des imperialistischen Systems hat Kaiser Wilhelm II. fortgesetzt in der Welt herumtelegraphiert. Ich will nur eins zitieren. Er hat an den ehemaligen Kaiser Nikolaus von Rußland ein Telegramm gerichtet dem Sinne nach: Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie meinen vielleicht, das sei nur geschmacklos; ach nein, das war in jener Situation eine direkte Aufpeitschung Englands zur Feindschaft gegen Deutschland.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es lassen sich ja diese Aussprüche vervielfältigen. Er hat andererseits auch wieder in dem bekannten „Daily Telegraph"-Interview Aussprüche getan, die selbst bei den bürgerlichen Parteien dieses Hauses einen Sturm der Entrüstung hervorriefen. Schon damals habe ich namens unserer Fraktion die Anträge vertreten, die jetzt auch von Ihnen eingebracht und unterstützt werden, mit denen Sie verspätet einigermaßen ein besseres Regiment in Deutschland durchführen wollen.

Aus der allerletzten Zeit ist hier aber noch etwas in die Öffentlichkeit gekommen, was, glaube ich, Ihnen allen noch nicht vollständig bekannt ist. In Rußland hat man die Korrespondenz Kaiser Nikolaus II, die er mit seinem Freund und Bruder Kaiser Wilhelm II. geführt hat, veröffentlicht. Darunter befindet sich ein Brief, den Wilhelm II. im Jahre 1895 an den russischen Zaren geschrieben hat. Der lautet:

> Mein Reichstag zeigt eine verflucht üble Führung, indem er zwischen den Sozialdemokraten, die von den Juden unterstützt werden, und den ultramontanen Katholiken hin- und herschwankt. Meiner Ansicht nach müssen beide Parteien einzeln gehängt werden.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Wäre dieser Wunsch Kaiser Wilhelms II. damals in Erfüllung gegangen, so wäre von den anwesenden Herren (C) z. B. der Herr Staatssekretär Gröber nicht in die Lage gekommen, sich von Wilhelm II. ein Portefeuille in die Hand drücken zu lassen.

(Zurufe. — Heiterkeit.)

— Das ist allerdings ein formeller Unterschied; das Verhältnis zu dem Herrn, der ihm den Strick um den Hals legen wollte, ist aber genau dasselbe. Nach meiner Ansicht dürfte die gegenwärtige Regierung nicht bloß dieses Briefes, sondern der gesamten Kundgebungen wegen, die von dem Herrn aus seiner Regierungszeit bekannt sind, nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten. Aber mit der Kronniederlegung Wilhelms II. wäre wenig gebessert. Ich will auf seine Nachkommenschaft nicht weiter eingehen.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich meine, man muß sich nicht mit einzelnen Personen aufhalten,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern es muß einfach das ganze **monarchische System** ein für allemal **beseitigt** werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn die gegenwärtigen Dynastien in Deutschland noch einmal etwas tun wollen, was ihnen Ansehen und Achtung verschaffen könnte, dann würde ich ihnen raten, daß sie soviel Patriotismus aufbringen wie die Mandschudynastie in China und freiwillig auf alle ihre Rechte verzichten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dadurch würden sie in dieser Situation wirklich Deutschland einen großen Dienst leisten,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

einen größeren Dienst, als irgend eine andere Einzelperson oder Einzelfamilie im gegenwärtigen Zeitpunkt Deutschland leisten könnte. Wenn ich diesen Rat gebe, (D) meine Herren, so bin ich allerdings nicht der Ansicht, daß er befolgt werden wird. Aber ich bin des Glaubens, daß schließlich das, was wir in dieser Beziehung verlangen, dennoch in Deutschland durchgeführt werden wird,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wie es sich ja nachweisen läßt, daß alle die Schritte, die Sie hier tun, nur schwächliche Versuche sind, die Forderungen zu erfüllen, die wir seit Jahrzehnten, jahraus, jahrein, hier im Reichstage und in der Öffentlichkeit vertreten haben. Wenn Sie jetzt an die Parlamentarisierung herangehen, meine Herren, so führen Sie zagend und zögernd nur das aus, was die Sozialdemokratie als ein Übergangsstadium für die Durchführung der Republik schon seit Jahrzehnten verlangt.

Meine Herren, der Herr Vizekanzler v. Payer hat heute auf den **Notenwechsel** Bezug genommen. Er hat gegenüber Bemängelungen des Verhaltens der Reichsregierung bei der Abfassung der Antwortnote an den Präsidenten Wilson Bemerkungen fallen lassen, die ich nicht unwidersprochen hingehen lassen kann, da sie geeignet sind, ein ganz falsches Bild von der Beteiligung der Reichstagsabgeordneten an dieser Note hervorzurufen.

Herr v. Payer stellt die Vorgänge vor der definitiven Fertigstellung der Note so dar, als ob die Vertreter der Parteien, nachdem sie darauf aufmerksam gemacht worden wären, daß noch zwei Lücken in der Note vorhanden wären, ihre Ratschläge gegeben hätten, und daß man — merken Sie auf, meine Herren, — diese Ratschläge auch berücksichtigt habe. Es mag sich das auf Ratschläge beziehen, die Graf Westarp oder einer der anderen Herren gegeben hat. Da aber an dieser Beratung auch zwei Vertreter unserer Partei, mein Freund Haase und ich, teilgenommen haben, so habe ich für uns zu erklären, daß wir erstens gar nicht aufgefordert waren, an der Vorbe-

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) reitung der Note mitzuwirken. Nach meiner ausdrücklichen Anfrage — ich habe das nochmals am Schluß festgestellt — waren wir, wie auch die anderen Abgeordneten nur zur Information zugezogen. Wir haben aber trotzdem einen Ratschlag erteilt, und zwar nach unserer Überzeugung einen außerordentlich wichtigen Ratschlag, der, wenn er befolgt worden wäre, die Wirkung hätte haben müssen, den Frieden in erfreulicher Weise vorwärts zu bringen. Der Herr Abgeordnete Ebert hatte nämlich vor uns den Rat gegeben, es möchte in die Note ein Passus hineinkommen, durch den die Regierung sich bereit erklärt, den **U-Boot-Krieg** auf die Form des **Kreuzerkrieges** herabzuführen, also den U-Boot-Krieg allerdings fortzusetzen, aber in der Form des Kreuzerkrieges. Der Unterschied ist bekanntlich der, daß beim Kreuzerkrieg das U-Boot die Handelsschiffe anzurufen und zu warnen hat und erst nach Gewährung der Möglichkeit für die Mannschaftsrettung die Torpedierung vornimmt, während beim rücksichtslosen U-Boot-Krieg das U-Boot die Schiffe sofort versenkt. Demgegenüber habe ich meinerseits darauf hingewiesen, daß das absolut ungenügend sei, da nach den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers v. Payer selbst schon die gegenwärtige Vorkehrung, daß man keine Passagierdampfer torpedieren wolle, in der Praxis große Schwierigkeiten habe, da die Schiffe sich bei den großen Entfernungen nicht deutlich unterscheiden ließen. Dasselbe treffe auf den Kreuzerkrieg durch U-Boote zu. Deshalb empfahlen wir, in die Note die Erklärung hineinzunehmen, daß der U-Boot-Krieg überhaupt eingestellt werde.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir bedauern lebhaft, daß die Reichsregierung diesen einzigen Ratschlag, den wir erteilt haben, nicht befolgt hat. Unserer Überzeugung nach hat sie damit ihre Friedensbemühungen schwer beeinträchtigt. Aber es läßt

(B) sich alles noch nachholen. Sie kann auch jetzt noch diesen Schritt tun, der unserer Überzeugung nach auch deshalb geboten ist, weil der **rücksichtslose U-Boot-Krieg** sich überhaupt nicht mit der Ehre Deutschlands verträgt. Das ist der Standpunkt, den wir von jeher eingenommen haben. Wir haben uns stets gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg erklärt. Es ist aber eine vollkommene Irreführung, wenn vom Abgeordneten Ebert und andern Führern der Regierungssozialisten behauptet wird, daß sie gleichfalls stets gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gewesen seien. Sie haben vielmehr im Prinzip ihre Zustimmung gegeben. In der entscheidenden Sitzung des Hauptausschusses konnte Herr v. Bethmann Hollweg sich ausdrücklich auf die grundsätzliche Zustimmung aller Parteien außer auf uns berufen, also auch auf die Herren Ebert und Scheidemann. Der Abgeordnete David hat damals mir gegenüber die Bemerkung gemacht, auch Herr Abgeordneter Ledebour müsse doch zugeben, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg dann durchgeführt werden muß, wenn dadurch mit Sicherheit der Sieg über die Engländer oder die Heranbringung der Engländer an den Friedenstisch herbeigeführt werden könne. Ich widersprach dem sofort. Also nur Zweckmäßigkeitsgründe, weil die Herren im Februar 1917 nicht der Überzeugung waren, die Sache sei bereits reif dafür, haben sie veranlaßt, hier im Hause nicht für den rücksichtslosen U-Bootkrieg einzutreten, sie haben ihn nie grundsätzlich abgelehnt.

Wie sie früher schon hier im Hause die Irreführung versucht haben, daß sie überhaupt gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg gewesen seien, so stimmt es vollkommen damit überein, daß der Herr Abgeordnete Ebert vorgestern hier die Behauptung aufstellte, seine Partei sei jetzt anläßlich der Note für die Abstellung des rücksichtslosen U-Bootkrieges eingetreten. Ich habe Ihnen eben nachgewiesen, daß er in der entscheidenden Besprechung einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat. Er versucht auch hier eine Irreführung der öffentlichen Meinung, weil den Herren jetzt klar wird, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg für alle, die ihn auf ihr Schuldkonto geladen haben, eine der schwersten politischen Belastungen ist, die sie durch das Leben hindurch schleppen müssen.

Meine Herren, ich komme jetzt auf die Frage, die gestern und auch heute einen breiten Raum in den Verhandlungen eingenommen hat, nämlich auf die Frage des **Verhältnisses der fremdsprachigen Völker zum Deutschen Reiche,** das ganz zweifellos durch die Wilsonnote berührt wird. Die Ausführungen, die Herr Staatssekretär Solf heute zu dieser Frage gemacht hat, sind allerdings zum großen Teil von einer erfreulichen Klarheit und Eindeutigkeit, wie wir sie bisher an vielen Ausführungen der Regierung vermissen mußten; — zum Teil! sage ich. Er hat rückhaltlos zugegeben, daß durch das Zugeständnis zu der Wilsonnote dem bevorstehenden Friedenskongreß auch von deutscher Seite das Recht gegeben wird, staatliche Neubildungen ins Leben zu rufen, die nicht vor den Grenzen Deutschlands Halt machen, sodaß das Selbstbestimmungsrecht der Völker also auch gewissen fremdsprachigen Völkern bei uns in vollem Maße zugestanden werden muß. Soweit kann ich den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Solf meine Anerkennung zuteil werden lassen.

Er hat dagegen in einem Punkte allerdings dem Vertreter der **dänischen Bevölkerung Nordschleswigs** widersprochen, der aus dem § 5 des Prager Friedensvertrages den Schluß zog, daß Deutschland rechtlich verpflichtet sei, das dänisch sprechende Nordschleswig einer Volksabstimmung zu unterwerfen, ob es zu Dänemark gehören wolle oder nicht. Der Herr Abgeordnete Hanssen hat meiner Ansicht nach diesen Anspruch mit Fug und Recht erhoben; unsere Partei stimmt ihm darin vollkommen zu. Es entspricht dem Selbstbestimmungsrecht des dänisch sprechenden Teiles der Bevölkerung Nordschleswigs, daß sie selbst darüber entscheidet, ob sie zu Dänemark oder zu Deutschland gehören will. Der Anwendung dieses Grundsatzes wird auch nicht der geringste Abbruch durch die Deduktionen des Herrn Solf in bezug auf den § 5 getan. Preußen hat zunächst mit Österreich den § 5 vereinbart, der dieses Recht den Dänen zugestand, hat ihn dann aber einseitig, ohne die Bevölkerung zu fragen, aufgehoben. Dadurch wird doch das Selbstbestimmungsrecht dieser Bevölkerung an sich nicht entkräftet. Wir verlangen jedenfalls, daß ganz unbeschadet der Rückgängigmachung des § 5 die Dänen Nordschleswigs ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben und darüber abstimmen, ob sie zu Dänemark gehören wollen oder, wie in den letzten Jahrzehnten, zu Preußen.

Der Herr Abgeordnete Hanssen hat auch in einer mich sehr befriedigenden Weise Abstand davon genommen, etwa weitere Ansprüche Dänemarks auf südliche deutschsprechende Teile Schleswigs zu erheben, trotzdem historische Ansprüche wegen der Zugehörigkeit des ganzen Herzogtums Schleswigs zum Königreich Dänemark sich ebensogut hätten geltend machen lassen, wie vorher polnische Ansprüche auf historische Tatsachen begründet worden sind. Ich freue mich daß, soweit mir bekannt ist, auch die gesamte Bevölkerung des Königreichs Dänemark auf diesem Standpunkt steht, daß sie nur die dänischsprechende Bevölkerung nördlich der Linie, die südlich von Apenrade und dem Sundewitt und nördlich von Tondern quer durch Schleswig hindurch führt, zurückhaben wollen. Dänemark hat selbst einmal in seiner Geschichte die unglückliche Periode erlebt, daß es ein fremdsprachiges Volk, die Deutschen in Schleswig und zum Teil in Holstein, danisieren wollte. Die Erfahrungen, die Dänemark damit gemacht hat, haben es

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) überzeugt, daß so etwas unter keinen Umständen wieder versucht oder erstrebt werden dürfe. Da sieht man, daß es doch noch ein Volk gibt, das aus den Lehren der Geschichte etwas zu lernen weiß.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich bedauere lebhaft, daß ich diese volle Zustimmung, die ich Herrn Haussen zuteil werden ließ, nicht dem Herrn Abgeordneten Stychel, dem Wortführer der polnischen Partei, zuerkennen kann. Er hat nur zum Teil recht. Er beruft sich für die Gesamtheit seiner Forderungen fälschlich auf den Präsidenten Wilson. Aber selbst wenn Wilson ihm Wort für Wort zustimmen sollte, würde ich diesen Anspruch bekämpfen. Er würde durch die Zustimmung Wilsons nicht besser werden. Der Punkt 13 der Wilson-Forderung lautet in der Übersetzung — ich habe mich überzeugt, daß die Übersetzung zwar schlecht stilisiert, aber sinngemäß richtig ist —:

> Ein **unabhängiger polnischer Staat**, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind und der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein sollte, sollte errichtet werden.

Es werden darin also Länder gefordert, die eine unzweifelhaft polnische Bevölkerung besitzen. Das kann sinngemäß nur so aufgefaßt werden, daß es Gebiete sind, in denen die polnische Bevölkerung in einer unbestreitbaren Mehrheit sich befindet.

(Sehr war! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Grundsatz, daß die Karte Europas neugestaltet werden solle auf Grund der sprachlichen Zusammengehörigkeit der Völker, setzt sich jetzt am Ende des Weltkrieges in hohem Maße durch. Er hat bereits zur Auf-
(B) lösung des österreichischen Staates geführt; er hat schon auf dem Gebiete des ehemaligen russischen Reiches unter Zustimmung der sozialistischen Regierung seine Anwendung gefunden; er wird auf dem Balkan, in Asien durchgeführt werden. Es kann, wenn man nach einem einheitlichen Rechtsgrundsatz diese Neugestaltung durchführen will, dafür nur maßgebend sein, daß die sprachliche Zusammengehörigkeit der gegenwärtigen Bevölkerung als Grundlage für die Abstimmung zu gelten hat und ferner, daß die Bevölkerung der betreffenden Landesteile selber mit Mehrheitsbeschluß aller erwachsenen Männer und Frauen nach Friedensschluß, nach Zurückziehung der Truppen beider kriegführender Seiten darüber entscheidet, wohin sie gehören will. An diesem klaren, eindeutigen Grundsatz hat man in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob dieser oder jener Landesteil bei seinem gegenwärtigen Staat bleiben soll, oder ob er einem andern bestehenden Staat oder einem neu zu bildenden Staat zuzuteilen ist.

Wenden wir das nun auf die polnisch sprechenden Gebiete des Königreich Preußens an — ich habe mich notabene sehr eingehend jahrelang damit beschäftigt und versucht, auf Grund der bekannten ethnographischen Verhältnisse mir das selber auf Karten einzuzeichnen —, so führt meiner Überzeugung nach die sinngemäße Anwendung dieser Bestimmungen zweifellos dazu, daß ein polnischer Kern der Provinz Posen an den künftigen polnischen Staat abgetreten werden muß, wenn die Gesamtbevölkerung dieses Gebiets in der Abstimmung aller Bevölkerungsteile sich dafür entscheidet. Dieser Teil würde etwa nach Westen so abgegrenzt sein, daß Fraustadt, Lissa, Meseritz noch bei Deutschland bleiben, ebenso das untere Netzegebiet mit Bromberg. Die Grenze würde dann zwischen Inowrazlaw und Bromberg durchgehen bis an Kongreßpolen heran. Zweifelhaft kann die Sache werden bei der Abstimmung in den polnischen Gebietsteilen Oberschlesiens. Auf Grund der sprachlichen (C) Zusammengehörigkeit würden polnische Gebietsteile Oberschlesiens für diese Regelung in Frage kommen, und ich frage Sie, meine Herren Polen: sind Sie der Ansicht, daß Sie auf Grund der Wilson-Forderungen Anspruch erheben können auf die Angliederung der in der Majorität polnisch sprechenden Gebietsteile Oberschlesiens an ein neues Polen?

(Zustimmung bei den Polen.)

Wenn Sie das tun, meine Herren, so verwirken Sie damit den Anspruch auf Westpreußen und Danzig. Denn historisch hat Oberschlesien vor der Teilung nicht zum Königreich Polen gehört.

(Zurufe bei den Polen.)

— Ich komme auf alle diese Fragen. Wir sprechen zunächst von den internationalen Rechtsgrundsätzen, die beim Friedensvertrag maßgebend zu sein haben. Das ist die Grundlage, meine Herren. Entweder könnte man sagen: wir legen historische Grenzen zugrunde, oder man kann sagen: wir legen die sprachliche Zusammengehörigkeit zugrunde. Man kann aber nicht, je nachdem es vorteilhaft erscheint, sich bald auf den einen, bald auf den andern Grundsatz berufen. In dem Wilsonschen Angebot ist aber nur von der sprachlichen Zusammengehörigkeit die Rede, von nichts anderem. Die historischen Grenzen scheiden also aus, ganz abgesehen davon, daß wir überhaupt die Forderung irgendwelcher Zugehörigkeit zu einem Lande wegen historischer Tatsachen aus früherer Zeit verwerfen; wir halten das für grundverkehrt. **Westpreußen** aber ist in seiner überwiegenden Mehrzahl ein deutschsprechendes Land. **Danzig** ist eine fast nahezu vollständig deutschsprechende Stadt. Ich glaube, in Berlin gibt es einen stärkeren Prozentsatz von Polen als in Danzig.

(Sehr richtig! — Zurufe bei den Polen.)

— Ringsum sollen Polen wohnen? Die ganze Weichsel- (D) niederung spricht deutsch. Sie kennen also nicht einmal die Ethnographie der von Ihnen für den polnischen Staat beanspruchten Gebiete.

(Heiterkeit. — Zurufe.)

— Nein, nicht ringsum! Es gibt in der Weichselniederung nur vielleicht wenige polnische Arbeiter. Ich habe gar nichts gegen eine Abstimmung, die Bevölkerung soll ja entscheiden. Wir haben aber jetzt schon Abstimmungen gehabt, die einigermaßen annähernd erkennen lassen, ob die Bevölkerung sich polnisch oder deutsch fühlt, bei den Reichstagswahlen nämlich! Seit Bestehen des Reichs wird in Posen und Westpreußen fast durchweg abgestimmt nach deutsch oder polnisch. Deshalb kommen die Sozialisten auch so schwer hoch, weil die nationalen Kämpfe die Leute absorbieren. Diese Abstimmungen haben nun ergeben, daß in der Weichselniederung fast gar keine Polen sind. Es ist ein absolut deutsches Gebiet; auch die kommende Abstimmung wird das zweifellos ergeben. Man muß natürlich die Gebiete in bestimmte Gruppen teilen und diese Gruppen einzeln abstimmen lassen. Aber Sie verlangen das gesamte Weichselgebiet wie Danzig nun einmal, weil es historisch zu Ihnen gehört hat.

Der Abgeordnete Stychel hat hier gestern als Beweis dafür, daß es ja ratsam sei, Danzig abzutreten, einen Festartikel eines Gymnasiallehrers aus dem Jahre 1754 zitiert. Ich habe ihn dringend gebeten, uns damit in seinem eigenen Interesse nicht zu behelligen; er hat sich aber nicht davon abhalten lassen. Wenn irgend ein vernünftiger Mensch sich nun durch Festartikel von Gymnasiallehrern aus dem 18. Jahrhundert, der Zeit der vollkommenen Knechtschaft, der Knechtsgesinnung der Leute, insbesondere der Lehrer, bestimmen lassen will, dann ist das doch ein reiner Akt der Verzweiflung. Wenn Sie selbst jetzt noch die Gymnasiallehrer aller Völker politische

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) Entscheidungen treffen lassen wollten, was würde da für gräßlicher Unfug herauskommen!

(Heiterkeit!)

Oder die Professoren oder beide zusammen! Auf die Leute paßt heute noch das Wort, das in der Paulskirche geprägt wurde:

75 Professoren!
Vaterland, du bist verloren!

(Heiterkeit!)

Und nun einen Artikel, dem die Knechtsseligkeit vor dem polnischen König aus allen Zeilen schwitzt, den liest uns hier ein polnischer Abgeordneter vor, der darauf Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden! Wirklich, Sie hätten Ihrer Sache einen besseren Dienst geleistet, wenn Sie das nicht gemacht hätten.

Und nun gestatten Sie mir ein persönliches Wort. Ich glaube, Sie werden es mir nicht bestreiten, daß kein anderes Mitglied dieses Hauses so sehr wie ich, seitdem ich im Parlament bin, mit aller Energie dafür eingetreten ist, daß das Unrecht, das den Polen angetan wurde, abgestellt wird. Ich habe das für notwendig und für meine Pflicht gehalten, weil ich für eine der schädlichsten, verderblichsten politischen Erscheinungen in Deutschland diesen Versuch gehalten habe, die Polen ihrer Muttersprache zu berauben, sie zu germanisieren. Sie werden es mir nicht bestreiten, daß ich wirklich gegen jedes Unrecht, das gegen die Polen verübt wurde, aufgetreten bin. Um so mehr hoffe ich, daß Sie das, was ich Ihnen sage, als den Rat eines Freundes aufnehmen. Sie setzen sich in das schwerste Unrecht, wenn Sie jetzt den Versuch machen, in den **kommenden polnischen Staat Gebiete** einzufügen, in denen eine **anderssprachige Majorität** besteht. Und leider muß ich feststellen, daß nicht bloß hier im Hause Anspruch auf deutschsprechende Gebiete erhoben werden, sondern daß die polnischen Imperialisten trotz der

(B) bitteren Lehren, die ihnen die Geschichte erteilt hat, jetzt wieder den Versuch machen, einen polnischen Staat zu rekonstruieren, der, wenn er allen Wünschen, die von polnischer Seite geäußert werden, Rechnung trägt, eine polnische Minderheit zu Herren über die Mehrheit andersprechender Bevölkerungen machen wird. Sie beanspruchen Litauen, Weißrußland, Wolhynien, Kiew, ganz Galizien, und damit komme ich auf eine andere Frage.

Herr Stychel hat mit großer Wärme versichert und sich dabei auf Kundgebungen polnischer Könige in früheren Jahrhunderten berufen, daß die **Polen** von einer ganz außerordentlichen **Toleranz** gegen Andersprechende sind. Soweit meine Geschichtskenntnis reicht, hat leider die polnische Aristokratie und die polnische Bourgeoisie genau dasselbe Gewaltregiment, vielleicht mit einigen Modifikationen und zeitweiligen Abmilderungen gegenüber fremden Völkern geführt, wie das in anderen Ländern von den Machthabern ausgeübt wurde.

(Zuruf von den Polen.)

— Da können wir aus der Gegenwart einen lebenden Zeugen anrufen. In Galizien besteht eine polnische Regierung, und die Ruthenen in Galizien, die in Ostgalizien die unbedingte Majorität haben, führen einen lebhaften Kampf gegen die polnische Regierung für ihre Selbständigkeit.

(Zuruf von den Polen.)

— Ich habe sehr viel darüber gelesen. Ich kann das nicht alles hier zitieren. Aber das liegt ja in den Akten. Wir können wirklich unsere Zeit hier nicht damit hinbringen. Das wird sich beweisen lassen. Aber selbst wenn die Ruthenen mit der polnischen Fremdherrschaft zufrieden wären, wäre es ihre Sache. Es wird ja auch dort wohl zur Abstimmung kommen, und da werden wir sehen, ob die Galizier dem polnischen Staate angehören wollen oder nicht.

(Zuruf.)

— Das ist nicht gleichgültig. Wenn hier ungerechtfertigte (C) Ansprüche erhoben werden, so sind wir gerade verpflichtet, darüber Auskunft zu geben. Das verlange ich, und ich persönlich fühle mich besonders verpflichtet dazu, da ich Jahrzehnte lang für die Polen eingetreten bin; ja, als ich dafür eingetreten bin, haben meine eigenen Parteigenossen mich verhöhnt als Polenfreund. Gerade deshalb halte ich es für notwendig, hier an dieser Stelle vollkommene Klarheit über diese strittige Frage zu schaffen. Die Zeiten sind vorbei, wo noch ein auf Selbständigkeit rechnendes Volk oder Volksteil unter eine Fremdherrschaft kommen will. Ich bin, solange ich politisch tätig bin, gegen die Unterdrückung aller Fremdvölker aufgetreten. Ich habe, als ich in England längere Jahre lebte, dort an Ort und Stelle, nicht erst hier im Reichstag, die Unterdrückung der Irländer und Buren bekämpft, und als ich in den Reichstag kam, habe ich mich gegen die Unterdrückung der Polen gewandt. Aber ich bin auch jederzeit gegen die Unterdrückung der Deutschen aufgetreten.

(Bravo! rechts.)

Dadurch, daß ich internationaler Sozialist bin, höre ich nicht auf, Deutscher zu sein.

(Bravo!)

Es ist eine vollkommene Irreführung, wenn von unverständigen Leuten behauptet wird, daß das Bekenntnis zum internationalen Sozialismus sich nicht verträgt mit einem starken Empfinden, mit der Liebe zu seinem eigenen Volk,

(bravo!)

und für dieses Empfinden ist die Sprachgemeinschaft das entscheidende, nicht die Staatszugehörigkeit; diese ist etwas Ephemeres. Die Sprachgemeinschaft ist entscheidend für das Volk. In fürchterlichster Weise sind Verwirrungen in den Köpfen dadurch angerichtet, daß die Begriffe Sprachgemeinschaft und Staatszugehörigkeit durcheinander geworfen werden. Daraus werden dann ganz falsche (D) politische Schlußfolgerungen gezogen.

Ebenso, wie ich mich gegen die sprachliche Unterdrückung der Polen gewandt habe und dafür eingetreten bin, daß sie einen selbständigen Staat erhalten, der besteht aus allen in ihrer Majorität polnisch sprechenden Landesteilen, mit derselben Energie werde ich dagegen auftreten, daß sie **Westpreußen** annektieren, das in seiner Majorität kein polnisches Land ist,

(bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und was außerdem — das ist auch in Betracht zu ziehen — Ostpreußen in der Luft schweben lassen und vom übrigen Deutschland abtrennen müßte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie berufen sich darauf, daß seit 1410 Westpreußen zu Polen gehört hat und seitdem polonisiert worden ist. Nun, vorher war es Jahrhunderte zu Deutschland, zum preußischen Ordensstaat gehörig. Diese beiden historischen Reminiszenzen haben für unsere jetzige Entscheidung keine Bedeutung, nur die gegenwärtige Zusammensetzung der Bevölkerung ist entscheidend. Um dem entgegenzuwirken, sagen Sie: die autochthone Bevölkerung, — Herr Stychel ging sogar weiter: die Toten sollen gezählt werden! Wohin kommen wir mit diesen unglaublichen Ansichten!

(Zuruf.)

Die autochthone Bevölkerung! Nun, die deutschen Beamten, die aus westlichen Provinzen Preußens dahin versetzt worden sind, sind allerdings keine einheimische Bevölkerung. Aber die Bevölkerung, die im Laufe der Zeit sich dort niedergelassen hat,

(Zuruf)

können Sie nicht ausschließen. Das sind Bewohner des Landes genau so gut wie die Polen, sie haben dasselbe Recht.

Außerdem die 40 000 Ansiedler, — die Gebiete, Herr v. Trampczynski, in denen sie ansässig geworden sind,

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) werden nach meiner Kenntnis an Polen fallen. Die Ansiedler bilden nicht eine deutschsprechende Majorität, in dem östlichen Teile der Provinz Posen; an der Prosna haben Sie die Majorität, eine kompakte polnische Bevölkerung.

Ich habe schon ausgeführt, daß diese Gebiete vor die Frage gestellt werden müssen, durch Abstimmung zu entscheiden, wohin sie gehören. Ich bin überzeugt, daß trotz der 40 000 deutschen Ansiedler die Mehrheit in jenen östlichen Gebieten sich für Polen entschließen wird. Wenn Sie aber die Torheit begehen sollten, darauf zu bestehen, daß auch Landesteile mit deutschsprechenden Mehrheiten von Polen annektiert werden, und die fremden Regierungen dem zustimmen — ich nehme an, fremde Regierungen würden die Macht in die Hand bekommen, über Deutschland zu verfügen — man kann es nicht wissen; darauf rechnen Sie aber offenbar —, dann würden wir die Verewigung der Feindschaft zwischen Polen und Deutschland haben. Wir würden eine deutsche Irredenta in Polen bekommen, wie wir bisher eine polnische Irredenta in Deutschland hatten.

Der Anspruch der Polen auf ihre eigene Sprache soll auch in Deutschland anerkannt werden. Ich habe nicht nur einmal, sondern wiederholt seit Jahren, schon vor dem Kriege die Ansicht vertreten, daß in allen zivilisierten Ländern der Grundsatz zur Geltung kommen müßte, daß jeder Bestandteil eines Volkes, welche Sprache er auch sprechen mag, das Recht hat, seine Muttersprache im öffentlichen Leben zu betätigen und in der Schule und Kirche in seiner Muttersprache sich unterrichten und belehren zu lassen.

Man hat für diese Forderung einen besonderen Ausdruck gefunden; man nennt sie **Kulturautonomie.** Nun, diese sprachliche Kulturautonomie haben wir schon früher hier in Deutschland für die Polen verlangt, wie für alle (B) andersprachigen Bevölkerungsteile. Wir verlangen sie auch fortgesetzt heute noch. Ich stelle nunmehr die Forderung im Einverständnis mit meinen Parteigenossen auf, daß bei dem kommenden Friedensvertrage für den zu errichtenden Völkerbund dieser Grundsatz der Kulturautonomie ein für allemal rechtsgültig gemacht wird in allen Ländern, also auch in Deutschland für alle in Deutschland noch verbleibenden fremdsprachigen Bevölkerungsteile. So vollkommen kann man nie die Sprachgrenze ziehen, daß sie mit den Landesgrenzen übereinstimmt. Es wird im künftigen Deutschland polnische Ortschaften geben, und es wird im künftigen Polen deutsche Ortschaften geben, und so wird es in allen Staaten gemischtsprachige Bezirke geben, soweit man blicken kann. Ich sage: in all diesen Staaten darf nicht die Mehrheit das Recht haben, die andersprachige Bevölkerung zu unterdrücken, sondern die sprachliche Kulturautonomie, das Recht auf eigene Schulen soll allen Fremdvölkern gewährt werden. Das muß eine bindende Verpflichtung in den kommenden Friedensverträgen werden. Das halten wir nicht nur für notwendig der Polen und Deutschen wegen, sondern auch im Interesse der gesamten Menschheit. Denn die Unterdrückung fremdsprachiger Volksteile ist ein Krebsschaden des staatlichen Lebens in der ganzen Welt. Es ist sehr wichtig, für den Friedensvertrag sich das zu merken. So machen die amerikanischen Behörden jetzt den Versuch, in den Vereinigten Staaten von Amerika die deutschsprechende Bevölkerung, die etwa 10 Millionen umfaßt, sprachlich zu unterdrücken. Sollten nicht etwa die geschichtlichen Vorgänge, die wir hier erleben, unsere Mehrheitsparteien schon davon überzeugt haben, daß sie auf die sprachliche Unterdrückung bei uns zu Lande verzichten müssen, so müßten jene Vorgänge in Amerika sie belehren, daß unsere Volksgenossen der gewaltsamen Anglisierung ausgesetzt sind, wenn nicht die sprachliche Kulturautonomie ein für allemal (C) zu einem leitenden Grundsatz in dem kommenden Völkerbunde erhoben wird.

(Sehr richtig!)

Und ebenso wie in jüngster Zeit der infame Grundsatz cujus regio ejus religio — wessen das Gebiet, dessen die Religion — in zivilisierten Staaten nicht mehr anerkannt und nicht mehr durchzusetzen versucht wird, so muß auch der Grundsatz cujus regio ejus lingua — wessen das Gebiet, dessen die Sprache — zum alten Eisen geworfen werden. Es muß in allen Ländern darauf verzichtet werden, die fremdsprachigen Volksbestandteile zu unterdrücken.

Nun, meine Herren, komme ich damit noch auf einige andere Forderungen, die wir sowohl hier in Deutschland wie in bezug auf den Friedensvertrag zu stellen haben. Ich will nur ergänzend zu den gestrigen Ausführungen meines Freundes Haase hinzufügen, daß wir ein **Reichsgesetz** verlangen, durch welches das allgemeine, gleiche, direkte **Wahlrecht** für alle über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts eingeführt wird, nicht nur für das Reich, sondern auch für die Einzelstaaten. Nach unserer Überzeugung muß von Reichs wegen ein solcher Grundsatz durch Gesetz durchgeführt werden; auf andere Weise bekommen wir ihn nicht in den Einzelländern.

Ferner haben wir für die Neugestaltung der Welt Forderungen zu stellen, die weit über die Wilsonschen Vorschläge hinausgehen. Die Wilsonschen Vorschläge beschränken sich darauf, eine Art Staatenbund zu fördern, der, wenn er verwirklicht werden wird, die Beziehungen der Staaten untereinander nach wie vor auf diplomatischem Wege regelt. Die Staaten sollen nach Wilsons Vorschlag autonom bestehen bleiben; sie sollen nur gewisse Bedingungen beobachten müssen, für deren Durchführung eine Art Areopag eingesetzt wird, und bei Streitfällen soll ein Schiedsgericht angerufen werden können. Demgegenüber (D) verlangen wir, daß die Beziehungen der Staaten zueinander künftig bundesstaatlich geregelt werden, mit parlamentarischen Einrichtungen, daß wir also in Europa einen **europäischen Bundesstaat** bekommen, der parlamentarisch regiert wird durch ein europäisches Parlament, in derselben Weise, wie unserer Auffassung nach die künftige deutsche Republik auch durch eine Volksvertretung regiert werden sollte. Wenn das durchgeführt wird, daß Europa und später die gesamte Welt bundesstaatlich vereinigt wird, mit parlamentarischen Einrichtungen, so würde damit der Wirtschaftskampf zwischen den Einzelstaaten beseitigt werden. Es werden also die Zollschranken fallen. Dann würde es unmöglich sein, derartige imperialistische Pläne zu verfolgen, wie sie gegenwärtig noch auf verschiedenen Gebieten von den Machthabern in den kapitalistischen Ländern betrieben werden, sie bilden eine stetige neue Kriegsgefahr.

Fallen die Zollschranken in Europa, dann würde damit auch eines der Hindernisse für die Errichtung neuer Nationalstaaten niedergerissen werden, das Hindernis, das darin besteht, daß, wenn neue Staaten wie Esthland, Lettland, Litauen, Polen gegründet werden, sie aus ihren bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen herausgerissen und durch Zollschranken von den früheren gemeinsamen Wirtschaftsgebieten abgetrennt werden. Eine solche wirtschaftliche Abtrennung der neu zu bildenden kleinen Mittelstaaten würde zweifellos wirtschaftlich für sie von schwerem Nachteil sein. Dieser Einwand wird ja auch jetzt gegen die Bildung von solchen kleinen Nationalstaaten geltend gemacht. Sowie aber Europa aus allen Teilstaaten der verschiedenen Nationalitäten sich zu einem Bundesstaat mit einheitlichem Wirtschaftsgebiet zusammensetzt, wird jener Hinderungsgrund

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) für die Neugliederung Europas nach Sprachgrenzen ein für allemal weggefallen sein. Also gerade diejenigen Völker, die ein Interesse an der Neugründung selbständiger Staaten haben, müßten alle Bestrebungen unterstützen, die auf die Herausbildung bundesstaatlicher Einrichtungen in Europa und darüber hinaus in der ganzen Welt abzielen.

Wenn wir diese Forderungen erheben, so geben wir uns allerdings nicht der Illusion hin, daß sie in dem heutigen Reichstag starken Nachhall finden werden. Aber die Verhältnisse wirken jetzt so revolutionierend, daß ich es durchaus nicht für unmöglich halte: auch Sie werden schließlich es einsehen, daß im Interesse Deutschlands, selbst noch in der kapitalistischen Aera ein solcher Zusammenschluß notwendig ist.

Wir werden aber diesen Zusammenschluß mit Sicherheit bekommen, sobald die klassenbewußte Arbeiterschaft aller Länder in der Lage ist, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Da wir bereits in einem europäischen Staate, in Rußland, eine sozialistische Gesellschaftsordnung sich herausbilden sehen, so können wir die Überzeugung haben, daß auch in dem übrigen Europa ein solcher Revolutionierungsprozeß allmählich zu einem guten Ende kommen wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß aus dem furchtbaren Zusammenbruch, den der Weltkrieg herbeigeführt hat, das deutsche Volk sich nur dadurch eine glückliche Zukunft sichern kann, daß es sich republikanische Einrichtungen schafft, die die verderbliche kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische ersetzen. Indem wir diese Erklärung abgeben, appellieren wir damit an die Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie das Werk der **Revolutionierung unserer Verhältnisse,** zu dem das Bürgertum unfähig ist, ihrerseits in die Hand nimmt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Wir appellieren aber auch gleichzeitig an die Arbeiterschaft aller anderen Länder,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß sie in ihrem eigenen Lande, in Frankreich, England, Italien, in den Vereinigten Staaten, das gleiche Werk der Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt.

Ein solcher Appell ist um so notwendiger, als jetzt schon Kräfte am Werke sind, die hier in Deutschland wie in anderen Ländern ein Zusammenarbeiten der kapitalistischen Regierungen zur **Bekämpfung des Sozialismus** herbeiführen wollen. Der gegenwärtige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat vor einiger Zeit in einem Interview, auf das schon mein Freund Haase Bezug nahm, die Ansicht ausgesprochen, daß gegen den Sozialismus die kapitalistischen Regierungen oder alle Freunde der Ordnung, wie er sich ausdrückte, zusammenstehen müssen. Dadurch hat der Herr Reichskanzler sich als Schrittmacher der furchtbarsten Reaktion betätigt, die Europa bevorstehen könnte. Das ist eine Wiederbelebung Metternichscher Ideen. Das ist die neue Heilige Allianz. Wenn nichts anderes vorläge, wenn nicht die gesamte Handhabung der Regierungsgewalt, wie die programmatischen Auffassungen, die von den anderen Parteien vertreten werden, uns zu Gegnern dieses Regierungssystems machen müßten, die Tatsache, daß jetzt schon der maßgebendste Mann der gegenwärtigen Regierung sich mit solchen verderblichen reaktionären Plänen trägt, müßte uns zum erbittertsten Widerstand auf allen Gebieten, in Krieg und Frieden, gegen diese Regierung aufstacheln.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber ich kann obendrein darauf hinweisen, daß abgesehen von dem Symptom, das ich eben anführte, uns noch viel bedrohlichere Tatsachen bekannt geworden sind. Uns ist mitgeteilt worden, daß vor kurzer Zeit in dem Kriegskabinett, das gegenwärtig die Regierung in Deutschland leitet, der Plan erwogen worden ist, Deutschland solle sich mit England über eine **Aufteilung Rußlands in Einflußkreise** verständigen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach anderen Mitteilungen sind sogar schon Verhandlungen in dieser Richtung zwischen der deutschen und englischen Regierung auf dem Wege gewesen. Der Grund, weshalb einzelne Leute diesen Gedanken aufgreifen, ist ja ganz klar. Sie denken sich, Deutschland wird besser aus dem kommenden Frieden hervorgehen können, wenn es den Engländern Einflußsphären in Asien und in Rußland mit deutscher Unterstützung bieten wird. Bisher sind diese Pläne noch nicht zu praktischen Resultaten gediehen. Es wurde mitgeteilt, daß die Herren Staatssekretäre Gröber, Erzberger und Friedberg sich gegen solche Pläne gewandt hätten, daß aber der Herr Staatssekretär Scheidemann sie befürwortet hätte. Ich muß dringend Aufklärung darüber verlangen.

Ist es also wahr: erstens, daß solche Pläne wegen einer Verständigung mit England über die Aufteilung Rußlands in wirtschaftliche Interessensphären ventiliert worden sind? Zweitens, ist es wahr, daß der Herr Staatssekretär Scheidemann sich diesem Gedanken geneigt gezeigt hat?

Würde es zu derartigen Unternehmungen kommen, dann würde für die Unabhängige Sozialdemokratie, da Deutschland ja dann unvermeidlich in einen Kampf mit der gegenwärtigen russischen Sowjetrepublik hineingeraten würde, sich daraus die Verpflichtung ergeben, einen Beschluß auszuführen, den unsere Parteileitung vor einiger Zeit gefaßt hat; er lautet:

> Die Bestrebungen der kommunistischen Partei Rußlands, nach Ergreifung der politischen Macht in Rußland den Sozialismus zur Durchführung zu bringen, sind der Zustimmung und Unterstützung der klassenbewußten Arbeiter Deutschlands sicher. Ihr Gelingen wäre von größter Tragweite für den endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt. Wir erachten es deshalb für die Pflicht der international gesinnten sozialistischen Parteien, in allen Ländern jedes feindselige Eingreifen kapitalistischer Regierungen in diesen Entwicklungsgang mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Wir haben uns also dahin ausgesprochen: wenn die Regierung irgendeines Landes mit Waffengewalt oder mit sonstigen Gewaltmitteln gegen die sozialistische Regierung, gegen den Sozialismus in Rußland vorgeht, dann hat die Arbeiterschaft eines solchen Landes dagegen mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Gewalt, gegenüber ihrer Regierung anzukämpfen. Dieselbe Verpflichtung halten wir natürlich auch für die deutsche Arbeiterschaft für geboten. Wir würden unsere eigene Pflicht vernachlässigen, wenn wir die Arbeiter dann nicht dazu aufriefen, daß sie die sozialistische Bruderpflicht gegenüber der klassenbewußten Arbeiterschaft in Rußland erfüllen. Aber ob es zu einem solchen Verteidigungskampf des internationalen Sozialismus kommen wird, liegt ja in Ihrer Hand. Sie müssen sich jeder Einmischung in die russischen Verhältnisse enthalten.

Wir sind aber weiter der Überzeugung: es wird in ganz Europa, in der ganzen Welt aus dem furchtbaren Unglück, das dieser Weltkrieg über alle Völker heraufbeschworen hat, der Arbeiterschaft die Notwendigkeit erwachsen, ihrerseits überall die Macht zu ergreifen, um den **Sozialismus** zur **Durchführung** zu bringen. Denn, solange die kapitalistischen Einrichtungen bestehen, ist es ganz unmöglich, daß die furchtbaren Nachteile des Weltkrieges wettgemacht, daß sie ausgeglichen werden können. Allein die finanzielle Zerrüttung aller europäischen Länder,

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

A) die als Folge des Krieges und die in Friedenszeiten noch schlummer zutage treten wird, drängt geradezu zum Sozialismus hin. Daß die bürgerlichen Klassen, die dabei ihre Sonderrechte verlieren würden, nicht dafür zu haben sind, ist mir nicht zweifelhaft. Aber die Proletarier aller Länder, und nicht nur die bisherigen Proletarier, sondern alle diejenigen Männer und Frauen, die das Elend des Weltkrieges andauernd in das Proletariat hinabstößt, werden sehr bald zu dieser Erkenntnis kommen, und dann werden sie zu dem schreiten, was mit dem Sozialismus auch endgültig der Welt den Frieden bringen wird.

(Beifall! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter Ledebour, Sie haben vorhin den Ausdruck gebraucht: „Perfidie sondergleichen". Bei der leider im Hause herrschenden Sitte, den amtierenden Präsidenten durch Fragen und Bitten um Karten in Anspruch zu nehmen, war es mir nicht möglich, sofort festzustellen, auf wen sich dieser Ausdruck beziehen sollte; ich habe aber aus dem stenographischen Bericht ersehen, daß er sich auf den Herrn Abgeordneten Noske bezog. Wegen dieser Beleidigung eines Mitgliedes des Hauses rufe ich Sie zur Ordnung.

Das Wort hat der Herr Vizekanzler.

v. Payer, Wirklicher Geheimer Rat, Stellvertreter des Reichskanzlers: Meine Herren, ich muß mein tiefstes Bedauern über den Inhalt und den Ton eines Teiles der Ausführungen zum Ausdruck bringen, die der Herr Abgeordnete Ledebour in dieser Schicksalsstunde des Deutschen Reichs dem Deutschen Reichstage zu bieten sich veranlaßt gesehen hat. Sie sind nur zu geeignet, unserm Vaterlande schweren Schaden zuzufügen. Die Verantwortung dafür fällt auf den Redner zurück. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, zumal der Herr Präsident einen Teil dieser Ausführungen schon gerügt

B) hat, und will nur einen einzelnen Punkt hervorheben.

Der Herr Abgeordnete hat den in der „Isvestija" veröffentlichten **Brief des Kaisers** an den damaligen Zaren erwähnt. Ich glaube nicht, daß mit einem solchen Schriftstück, das nach der Angabe des Blattes 23 Jahre zurückliegt, ein Eindruck auf die Parteien dieses hohen Hauses gemacht werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Gelegentliche Wendungen aus einem alten Briefwechsel, die wohl heute niemand mehr auf die Goldwage legen wird, können gegenüber der historischen Entwicklung, die unsere inneren Verhältnisse genommen haben, und auf deren Boden der Kaiser mit aller Entschlossenheit getreten ist, nichts bedeuten. Halten Sie sich doch, meine Herren, an die Kundgebungen des Kaisers, aus denen sich seine Stellung zur neuen Zeit klar ergibt, und lassen Sie verjährte Briefe begraben sein.

Da es sich hier um eine russische Veröffentlichung handelt, möchte ich aber doch noch daran erinnern, daß gerade der Kaiser es seinerzeit gewesen ist, der dem Zaren dringend geraten hat, ehrlich die konstitutionellen Konsequenzen aus der Zeit zu ziehen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Kriegsminister.

Scheüch, Generalleutnant, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Meine Herren, ich bin dem Herrn Abgeordneten Haase noch eine Antwort schuldig; ich habe sie ihm vorhin nicht geben können.

Der Herr Abgeordnete Haase hat sich vorgestern in der persönlichen Angelegenheit eines Militärpflichtigen schriftlich an mich gewandt, der nach seiner und anderer Herren Ansicht zu Unrecht unter Aufhebung der Reklamation eingezogen worden sei. In die Prüfung des Falles bin ich eingetreten. Der Mann ist wieder entlassen worden oder wird heute entlassen, und die Reklamation geht (C) weiter. Die weitere Zeit wird Gelegenheit ergeben, näher in die Prüfung der Frage einzutreten. Da der Herr Abgeordnete Haase sich an mich gewandt hat — er hat an mich geschrieben —, so war ich ihm, wie gesagt, diese Antwort schuldig.

Der Herr Abgeordnete Noske hat über meinen Amtsvorgänger hier Worte fallen lassen, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Sie fußten auf einem Brief, den der General v. Stein an den Abgeordneten Noske gerichtet hat.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Also nicht an den Abgeordneten Noske persönlich; ich weiß nicht, an wen der Brief gerichtet war; ich hatte es aber so aufgefaßt, auch im Zusammenhang mit den Tanks.

(Zuruf.)

Das, was ich vorher über die **Tankfrage** gesagt habe, steht nicht im geringsten Widerspruch zu dem, was General v. Stein geschrieben hat. Der General v. Stein hat, wenn ich den Herrn Abgeordneten Noske richtig verstanden habe, gesagt: wir besitzen einen Tank, der den feindlichen Tanks über ist. Das ist auch richtig, meine Herren. Es handelt sich nur darum, in welcher Zahl wir solche Tanks haben, und in welcher Zahl der Gegner seine Tanks herstellen konnte. Hier handelte es sich also um ein Modell, nicht um eine Zahl.

Nachdem ich diesen Punkt klar gestellt habe, erledigt sich auch der in nichts gerechtfertigte Vorwurf, den der Abgeordnete Noske hieran gegen den General v. Stein über die Schuld an Verlusten usw. geknüpft hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich muß auch auf Ausführungen des Abgeordneten Ledebour zurückkommen. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen. Ich habe es auch nicht nötig, die militärische Befähigung des Generals Ludendorff gegenüber den Anschuldigungen oder — wir wollen sagen — Anzweiflungen des Herrn Ledebour in Schutz (D) zu nehmen. Ich verzichte auch darauf, auf das einzugehen, was der Abgeordnete Ledebour mir persönlich gegenüber auseinandergesetzt hat. Ich würde es ja gern tun und ihm überzeugend auseinandersetzen, wie gern ich an die Front ginge, aber das würde uns vielleicht zu lange aufhalten.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich will auch darauf verzichten, mich mit ihm über die Aussprache meines Namens zu unterhalten. Das ist sehr kompliziert und würde uns vielleicht auch zu lange aufhalten.

(Heiterkeit.)

Aber ich halte es doch für notwendig, eine Klarlegung oder **Feststellung** dessen, was ich zum Schluß meiner **vorherigen Ausführungen** gesagt habe, hier zu geben. Der Abgeordnete Ledebour versucht, hier festzustellen, daß ich im Widerspruch zu den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers gesprochen habe. Das ist nicht richtig. Ich habe hier das unkorrigierte Stenogramm meiner Rede vor mir. Am Schluß habe ich Folgendes gesagt:

> Sie können immer helfen im Sinne der Schlußworte des Herrn Reichskanzlers von vorgestern, daß wir dem Heere alles das zuführen, was das Heer jetzt braucht. Denn für uns handelt es sich jetzt unter Umständen darum, dem Vernichtungswillen unserer Feinde den deutschen Kampfeswillen entgegenzustellen.

(Bravo! rechts.)

Da möchte ich doch wissen, wo ein Widerspruch zwischen dem, was der Herr Reichskanzler gesagt hat, und dem, was ich gesagt habe, zu finden ist. Wir gehen einer Neuordnung der Verhältnisse entgegen, und ich würde es für einen schweren Fehler halten, wenn ich den Versuch, neue Wirrnisse hervorzurufen, nicht vereitelte.

(Bravo!)

(A) Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Herren, ich war an zweiter Stelle des heutigen Tages als Redner meiner Fraktion gemeldet, habe aber auf das Wort verzichtet, weil ich mir sagte: in einer Zeit so unsagbar tiefen Ernstes, wo das Herz uns blutet, wo wir vor schwersten Entscheidungen stehen, ist es nicht zweckmäßig, eine Diskussion weiter zu führen, die sich auf Nebensachen und Kleinigkeiten erstreckt.

(Sehr richtig!)

Ich habe mit tiefem Bedauern bei dieser Gelegenheit die Rede des Herrn Abgeordneten Kreth gehört, die meines Erachtens der Größe und der Schwere der Situation in keiner Weise entsprach.

(Sehr richtig!)

Auch von den folgenden Reden kann ich nur sagen, daß die Scherze und Witze, die stellenweise gemacht worden sind, der ganzen Stimmung des Volkes nicht entsprachen.

(Sehr richtig!)

Deshalb möchte ich Sie bitten, jetzt diese Diskussion in erster Lesung zu schließen und sie heute nicht fortzusetzen, damit auch die Fraktionen Gelegenheit haben, zu den neuen Verhältnissen, die über uns hereingebrochen sind, Stellung zu nehmen.

(Bravo! links, im Zentrum und rechts.)

Präsident: Es ist ein Antrag eingelaufen. Schluß der Debatte beantragen die Herren Abgeordneten Dr. Mayer (Kaufbeuren), Gothein, Dr. Junck.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, ich möchte sehr entschiedenen Widerspruch dagegen erheben, daß die Debatte jetzt geschlossen wird. Wie mir mitgeteilt wird, steht als nächster Redner ein Mitglied der (B) polnischen Fraktion auf der Rednerliste und dann mein Freund Rühle, der wirklich — Sie werden ihm das Zeugnis nicht verweigern können — sehr selten hier als Redner auftritt, der aber eine eigene Meinung außerhalb unserer Reihen zu vertreten hat. Ich halte es deshalb für eine schwere Ungerechtigkeit, wenn der Versuch gemacht wird, diesen beiden Rednern das Wort abzuschneiden. Der erste polnische Redner ist von verschiedenen Seiten sehr scharf angegriffen worden; auch ich habe in gewisser Beziehung tiefgehende Meinungsverschiedenheiten mit dem Herrn gehabt. Der außerordentlichen Wichtigkeit der Polenfrage wegen — —

(Zurufe und Unruhe)

— Jawohl, meine Herren, das wird Ihnen hoffentlich klar sein, daß die polnische Frage jetzt eine Schicksalsfrage für Deutschland ist — der außerordentlichen Wichtigkeit wegen dürfen Sie die Debatte nicht abschneiden. Ich bitte Sie dringend, den Vertagungsantrag abzulehnen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Ich möchte den Herrn Abgeordneten Ledebour darauf hinweisen, daß es noch eine zweite und dritte Lesung gibt.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Korfanty.

Korfanty, Abgeordneter: Namens meiner Freunde möchte ich Widerspruch gegen den Schluß der Debatte erheben. Unser Redner von gestern ist sowohl seitens der Regierung als auch seitens der verschiedensten Parteien — ich erinnere nur an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kreth — in so schwerer Weise angegriffen worden, die Ausführungen meines Kollegen sind zum Teil falsch aufgefaßt und interpretiert worden, so daß wir das dringendste Bedürfnis haben, heute alle diese Sachen aufzuklären und auf die schweren Angriffe, deren Gegenstand wir gewesen sind, hier in entsprechender Weise zu antworten. (C)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber (Laupheim).

Gröber (Laupheim), Abgeordneter: Meine Herren, es ist verständlich, daß der Abgeordnete Korfanty heute noch eine Antwort geben möchte. Das kann aber auch geschehen, wenn wir sofort an die erste Lesung die zweite Lesung anschließen. Daß die erste Lesung sofort geschlossen wird, ist, glaube ich, im allgemeinen Interesse gelegen. Wir müssen doch endlich einmal mit der Generaldebatte fertig werden.

Präsident: Dazu möchte ich folgendes bemerken: Ich bin der Meinung, daß wir im gegenwärtigen Augenblicke nicht nach Hause gehen können und daß wir jedenfalls morgen noch eine Sitzung abhalten müssen. Ich habe Ihnen vorschlagen wollen, nach Schluß der Debatte abzubrechen und die zweite und dritte Lesung der Gesetzesvorlagen mit einem weiteren Gegenstande der Tagesordnung morgen vorzunehmen, um den morgigen Tag zu etwaigen anderweitigen Besprechungen zu haben. Ich wollte dies nur mitteilen, es scheint das dem Hause noch nicht bekannt gewesen zu sein.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber (Laupheim).

Gröber (Laupheim), Abgeordneter: Meine Herren, ich habe deshalb vorgeschlagen, heute sofort die zweite Lesung vorzunehmen, wenn der Schluß der Debatte erfolgen sollte, weil dem Vorschlage, morgen die zweite und dritte (D) Lesung vorzunehmen, nur dann entsprochen werden kann, wenn niemand im Hause widerspricht, und da ich es auf dieses Risiko nicht ankommen lassen möchte. Wenn heute noch die zweite Lesung erfolgt, dann können wir die dritte Lesung ruhig auf morgen vertagen. Das wird dann keine Beanstandung finden.

Präsident: Ich stelle zunächst den Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung. — Ich bitte die Herren Platz zu nehmen. Er bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Ich bitte zunächt die Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Dann stimmen wir ab über den Antrag auf Schluß der Debatte. Ich bitte die Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben beziehungsweise stehen zu bleiben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; damit ist der Schluß der Debatte beschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat meine Ausführungen durch die Verlesung des Schlußsatzes seiner Rede zu entkräften gesucht. Er hat aber vergessen, daß ich mich auch auf andere Teile seiner Rede berufen habe, insbesondere darauf, daß er seine volle Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Grafen Westarp in bezug auf die Kriegslage ausgedrückt hat. Herr Graf Westarp nahm aber seine Auffassung von der Kriegslage zum Anlaß, den schärfsten Angriff gegen die gegenwärtige Regierung, deren Mitglied

(Ledebour, Abgeordneter.)

der Herr Kriegsminister ist, zu richten. Das gibt mir volles Recht zu der Behauptung, daß der Herr Kriegsminister Teilhaber von Bestrebungen ist, die entgegen der Auffassung, die von der Regierung ausgesprochen wurde, andere Anschauungen zur Geltung zu bringen suchen. Sein Verhalten stimmt überein mit Bestrebungen, die von anderen Militärs auch außerhalb dieses Hauses unterstützt werden.

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Stychel.

Stychel, Abgeordneter: Ich bedauere, daß ein Mißverständnis obwaltet zwischen mir und dem Herrn Abgeordneten Ledebour, der ja sehr oft sich der polnischen Sache warm angenommen und sich einen Polenfreund genannt hat. Er hat mit viel Humor über einen Passus meiner gestrigen Rede gesprochen und auch ziemlich viel Heiterkeit hier im Saale hervorgerufen. Tatsächlich hat er aber den **Danzig** betreffenden Passus meiner Rede falsch verstanden. Da ich mich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung kurz fassen muß, möchte ich nur sagen, welches die Tendenz meiner gestrigen Ausführungen betreffend Danzig war.

Herr Kollege Ledebour, es handelte sich nicht um die Berufung auf die persönliche Autorität irgendeines Festredners, ob er Lehrer, Professor oder sonst jemand war — Sie haben darauf Nachdruck gelegt und supponiert, es handle sich um irgendeine fade, für den polnischen König bestimmte Schmeichelrede —, sondern es handelte sich bei Zitierung der Festrede um die Feststellung einer historischen Tatsache, die kein Redner, wer er auch wäre, hätte fälschen können! Aus der Rede war festzustellen, daß im Jahre 1454 die preußischen Stände sich von dem deutschen Ritterorden freiwillig losgetrennt haben, weil sie die Behandlung nicht mehr ertragen konnten, und daß diese Stände freiwillig an Polen die Bitte richteten, in Polen einverleibt zu werden. —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich glaube, Herr Abgeordneter Stychel, zu einer persönlichen Bemerkung gehört das nicht.

Stychel: Abgeordneter: Herr Präsident, die Tendenz meiner Ausführungen ist verkannt worden! — Ich wollte also nur dies richtigstellen.

Wenn nun der Herr Abgeordnete Ledebour meint, man dürfe sich bei der Neuordnung nicht auf historische Rechte berufen, es sei vielmehr zur Feststellung eine Willenskundgebung der Bevölkerung nötig, so habe ich gestern gerade durch Hinweis auf die Jubelfeier nachweisen wollen, daß diese Willenskundgebung seitens der Bevölkerung bereits vor Jahrhunderten geschehen ist.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Stychel, ich kann unmöglich gestatten, daß Sie Ihre gestrige Rede noch einmal im Rahmen einer persönlichen Bemerkung halten.

(Heiterkeit.)

Das ist nicht mehr persönlich!

Stychel, Abgeordneter: Ich will auch nur richtig stellen, denn die Auffassung des Herrn Kollegen Ledebour war vollständig falsch, wenn er auch die beste Absicht gehabt hat!

Wenn ich nun gestern auf die Jubelfeier verwies in Anlehnung an Punkt 13 der Wilsonschen Grundsätze, wo er über einen gesicherten Zugang zum Meere spricht, so habe ich dadurch ausdrücken wollen, daß der gesicherte Zugang zum Meere nur zu verstehen ist innerhalb der eigenen Grenzen. Denn außerhalb kann er nicht als gesichert gelten. Für die Feststellung der Grenzen ist aber die damalige Gesinnung der Bevölkerung von Bedeutung. So wird es wahrscheinlich auch von der internationalen Friedenskonferenz aufgefaßt werden.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat (C) das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

(Oh! oh! links.)

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, ich bedaure sehr, aber die Sache muß klargestellt werden.

(Heiterkeit und sehr richtig!)

Ja, ich glaube, das ist etwas sehr Wichtiges, meine Herren. Es handelt sich bei dem Friedensvertrag um solche Sachen. Der Herr Abgeordnete Stychel hat nunmehr gesagt, er hätte sein Zitat aus dem Festaufsatz eines Danziger Gymnasialprofessors nur deshalb vorgebracht, um die Tatsache festzustellen, daß die westpreußischen Stände im Jahre 1410 sich an Polen angeschlossen hätten. Diese Tatsache war allen, die sich einigermaßen mit der Geschichte befassen, bekannt; dazu brauchte man nicht einen Gymnasialprofessor aus dem Jahre 1754 zu bemühen. Wenn Sie ernstlich bloß diese Tatsache anführen wollten, hätte es genügt, darauf hinzuweisen, dann hätte niemand widersprochen. Die Tatsache aber, daß im Jahre 1410 wegen berechtigter Beschwerden gegen die Regierung des preußischen Ordensstaates die westpreußischen Stände revoltiert haben, ist in keiner Weise ein Beweis dafür, daß die heutige Bevölkerung von Westpreußen und von Danzig, die in ihrer Majorität deutsch ist, dem neugeschaffenen polnischen Staat angegliedert werden darf; und um dieses Argument zu zerpflücken, habe ich meine Ausführungen gemacht. Herr Stychel hat auch mit dem Vorspann des Gymnasialprofessors aus dem Jahre 1754 seine Sache nicht gerettet.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stychel.

(Unruhe.)

Stychel, Abgeordneter: Meine Herren, Herr Kollege Ledebour versteht mich immer noch nicht. Ich kann wohl (D) annehmen, daß die historische Tatsache, die sich 1454 abgespielt hat, bekannt ist; aber ich wollte beweisen, daß 300 Jahre später die Bevölkerung in Danzig durch ein Jubelfest die Tatsache gefeiert hat und also immer derselben Meinung geblieben ist. Also diese Willenskundgebung hat 300 Jahre überdauert und ist unverändert geblieben bis zur Teilung Polens, dem Zeitpunkt, bis zu dem Danzig mit der Umgegend ein integrierender Bestandteil von Polen gewesen war. Das wollte ich nachweisen.

Präsident: Meine Herren, ich möchte Ihnen vorschlagen, diesen Streit über die Vorgänge des Jahres 1454 in camera caritatis der Erörterung zwischen den Herren Abgeordneten Ledebour und Stychel zu überlassen und das Haus nicht weiter damit zu unterhalten.

(Sehr gut!)

Nach dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Gröber empfehle ich Ihnen nun, in die zweite Beratung der beiden Gesetzentwürfe einzutreten. — Ich eröffne die

zweite Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1877,

und rufe auf § 1 mit der Resolution Brandys (Oppeln) und Genossen auf Nr. 1973.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Zehnter.

Dr. **Zehnter,** Abgeordneter: Meine Herren, ich möchte ein paar Bemerkungen machen zu dem Antrage auf Nr. 1969, der von mir und einigen anderen Herren eingebracht worden ist. Der Antrag beruht auf einer Verständigung der Parteien der Mehrheit des Hauses. Er will an die Stelle der Vorlage der verbündeten Re-

(Dr. **Zehnter**, Abgeordneter.)

(A) gierungen auf Nr. 1951 treten. Er unterscheidet sich materiell von der Vorlage der Regierungen nur in einem Punkte. Nach der **Verfassung**, wie sie gegenwärtig in Artikel 11 besteht, bedarf der Kaiser, um den **Krieg** namens des Reiches zu **erklären**, der Zustimmung des Bundesrates, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. In diesem letzteren Fall ist der Kaiser für sich allein berechtigt, den Krieg zu erklären. Die Vorlage der verbündeten Regierungen will diese besondere Bestimmung, die gegeben ist für den Fall eines Angriffes auf das Bundesgebiet und seine Küsten, aufrecht erhalten. Unser Antrag dagegen will diese besondere Bestimmung fallen lassen, und zwar deswegen, weil wir der Meinung sind, daß sie nicht notwendig ist.

Man hat, um Bedenken gegen die Weglassung dieser Bestimmung geltend zu machen, die Frage aufgeworfen, wie es denn gehalten werden solle, wenn der bisherige Reichstag aufgelöst, ein neuer Reichstag aber noch nicht gewählt ist, wenn also ein Reichstag überhaupt nicht besteht und ein **Angriff auf das Bundesgebiet** gemacht wird. Der Fall, daß zu einer Zeit, wo kein Reichstag vorhanden ist, ein Angriff auf das Bundesgebiet erfolgt, liegt im Bereiche der Möglichkeit. Aber es scheint uns daraus nicht die Notwendigkeit hervorzugehen, die Bestimmung, daß im Falle eines Angriffs der Kaiser allein den Krieg erklären kann, aufrecht zu erhalten. Wenn der Fall eintritt, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet gemacht wird, dann liegt Notwehr vor, und wie im privaten Leben im Falle eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffes jeder Einzelne berechtigt ist, den Angriff ohne weiteres von sich abzuwehren und zu diesem Zwecke alle Mittel anzuwenden, die notwendig sind, um den Angriff abzuschlagen, so betrachten wir es als selbstverständlich, daß, wenn ein kriegerischer Angriff

(B) auf das Bundesgebiet oder seine Küsten zu einer Zeit erfolgt, wo ein Reichstag nicht existiert, dann der Kaiser und neben dem Kaiser zuständigenfalls auch der Bundesrat berechtigt ist, die nötigen militärischen und die etwa sonst nötigen Maßnahmen zu treffen, um den Angriff einstweilen abzuwehren, bis wieder ein Reichstag gewählt ist, der dann Stellung zu der Frage zu nehmen hat, ob der Krieg namens des Reichs erklärt werden soll oder nicht. Die Möglichkeit also, daß zu einer Zeit, wo ein Reichstag nicht besteht, ein Angriff auf das Bundesgebiet erfolgen kann, nötigt nicht dazu, die Bestimmung aufrecht zu erhalten, daß in einem solchen Fall der Kaiser ohne Mitwirkung des Bundesrats und des Reichstags den Krieg erklären kann. Wir sind vielmehr der Meinung, daß in dem neuen Artikel 11 klipp und klar ohne Einschränkung ausgesprochen werden muß, daß es künftig keine Kriegserklärung namens des Reichs mehr geben kann, die nicht die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags hat, mag es sich um einen Angriffskrieg oder um einen Verteidigungskrieg handeln.

Meine Herren, es ist, nachdem unser Antrag bereits gedruckt und verteilt war, angeregt worden, ob es sich nicht empfehle, nach dem Vorbilde des französischen Verfassungsgesetzes von 1875 in dem Abs. 2 des in unserem Antrag formulierten Art. 11 eine Einschaltung zu machen dahin, daß statt „zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs ist die **Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags** erforderlich" gesagt wird, „ist die vorgängige Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich". Wir sind aber der Meinung, daß es dieser Einschaltung nicht bedarf, weil aus der Formulierung unseres Antrags schon klar und unzweifelhaft hervorgeht, daß zu der Zeit, zu welcher der Kaiser den Krieg erklärt, bereits die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags dazu vorliegen muß, daß es also ausgeschlossen ist, daß der Kaiser den Krieg erklärt und dann hinterher erst die Genehmigung des Bundesrats und des Reichstags nachgesucht wird.

Noch eine andere Bemerkung möchte ich machen. Meine Herren, wir hätten gewünscht, daß in unserem Antrag unter die Verträge, die der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags bedürfen, auch die **Bündnisverträge** hätten aufgenommen werden können, diejenigen diplomatischen Verträge, die das Reich mit fremden Staaten schließt und wodurch die Führung seiner auswärtigen Politik in einer bestimmten Richtung festgelegt wird. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß es sich bei solchen Verträgen um Dinge von großer Bedeutung handelt. Denn da übernehmen die Staaten, die solche Bündnisse eingehen, unter Umständen schwere Verpflichtungen, Beschränkungen und sonstige Bindungen. Wir halten es aber nicht für angängig, daß das Deutsche Reich allein in seine Verfassung die Bestimmung aufnimmt, daß derartige Bündnisverträge der Zustimmung des Reichstags bedürfen, woraus sich die Notwendigkeit ergeben würde, diese Verträge von vornherein der breiten Öffentlichkeit preiszugeben. Aus diesem Grunde haben wir Abstand davon genommen, in Artikel 11 eine Bestimmung hereinzubringen, wonach auch die Bündnisverträge der vorgängigen Zustimmung des Reichstags bedürfen. Wir hoffen aber, daß, wenn der angestrebte Völkerbund zustande kommt, was wir wünschen, dann alle Teilhaber die Verpflichtung übernehmen, keine Geheimverträge mehr abzuschließen, auch keine Sonderbündnisse, die gegen den Zweck des Völkerbundes gehen. Ich bitte Sie, meine Herren, nach diesen kurzen Bemerkungen unserem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Innern.

Trimborn, Staatssekretär des Innern. (I) Den Ausführungen, die Sie soeben zur Begründung des Abänderungsantrags unter Nr. 1969 gehört haben, stimmt die Reichsleitung zu. Ihrerseits hat sie vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats gegen den Abänderungsantrag Bedenken nicht zu erheben. Die Reichsleitung behält sich aber ausdrücklich vor, in eine nähere Prüfung darüber einzutreten, ob nicht für die Zeit zwischen zwei Legislaturperioden noch besondere Vorkehrungen in der Verfassung getroffen werden müssen.

Präsident: Meine Herren, bevor wir in der Beratung weitergehen, möchte ich folgendes bemerken. Ich hatte vor, die Vertrauenskundgebung des Reichstags gegenüber dem Herrn Reichskanzler erst am Schlusse der dritten Lesung zur Abstimmung bringen zu lassen. Nun wird mir von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß das heute schon vorgenommen wird. Ob das damit im Zusammenhange steht, daß auch noch die heutige Vornahme der dritten Lesung beabsichtigt wird oder ob die namentliche Abstimmung am Schlusse der zweiten Lesung schon vorgenommen werden soll und die dritte Lesung morgen vorgenommen werden soll, möchte ich Ihrer Erwägung anheimgeben. Die Möglichkeit, morgen noch eine Sitzung abzuhalten, wäre uns sowieso gegeben, da uns am heutigen Abend noch ein Gesetz vorgelegt wird, betreffend Abänderung der Verfassung von Elsaß-Lothringen, was auf ähnlichen Gründen beruht wie hier dieses Gesetz. Ich möchte das nur jetzt schon bemerken, um den Herren Gelegenheit zu geben, sich zu überlegen, ob es zweckmäßiger ist, die Abstimmung heute vorzunehmen oder morgen und eventuell dafür zu sorgen, die Mitglieder in das Haus zu bringen. Wenn wir das erledigt haben, möchte ich zur Geschäftsordnung das Wort geben. Ich habe das jetzt schon gesagt, um keine Zeit zu verlieren.

(Präsident.)

(A) Zu § 1 und der Resolution liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Ich nehme an, daß § 1 als angenommen von seiten des Hauses betrachtet werden kann.

Ich rufe auf § 2, — 3, — Einleitung und Überschrift und stelle fest, daß die einzelnen Paragraphen mit Einleitung und Überschrift angenommen sind.

Die Abstimmung über die Resolution Brandys auf Nr. 1973 der Drucksachen wird erst im Zusammenhang mit der dritten Lesung erfolgen.

Nun gebe ich zur Geschäftsordnung das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Müller (Meiningen).

Dr. **Müller** (Meiningen), Abgeordneter: Herr Präsident, wir beantragen, daß die namentliche Abstimmung bereits in zweiter Lesung vorgenommen wird.

Präsident: Die dritte Lesung soll auf morgen verschoben werden.

Dr. **Müller** (Meiningen), Abgeordneter: Wir sind damit einverstanden, wir beantragen, daß die namentliche Abstimmung heute vorgenommen wird.

Präsident: Wir kommen zur

(B) **zweiten Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung.**

Ich eröffne die Diskussion über den Text des Gesetzes, der nur aus einem Paragraphen besteht. Dazu liegt vor der Abänderungsantrag Dr. Zehnter, Ebert, List (Eßlingen), Dr. Müller (Meiningen) Nr. 1969 der Drucksachen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag Dr. Zehnter und Genossen Nr. 1969 der Drucksachen, der dem Text des Entwurfs folgende Fassung geben will: In Artikel 11 der Reichsverfassung werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

> Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.
>
> Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag auf Nr. 1969 der Drucksachen ist angenommen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Haase angeregt, seinen schon längst in Ihren Händen befindlichen gedruckten Initiativantrag Nr. 1939, der wie folgt lautet:

> Artikel 11 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält an Stelle der Absätze 2 und 3 folgenden Absatz 2:
>
> Zur Erklärung des Krieges, zum Abschluß des Friedens, zur Eingehung von Bündnissen und anderen Verträgen mit fremden Staaten ist die Zustimmung des Reichstags erforderlich. (C)

in einen Abänderungsantrag umzuwandeln. Wenn das Haus damit einverstanden ist, können wir über den Abänderungsantrag in die Beratung eintreten. Das Haus ist damit einverstanden.

Wortmeldungen zur Begründung dieses Antrags liegen nicht vor, und ich bitte die Herren, die dem Antrage der Herren Abgeordneten Albrecht und Genossen in der Form des Abänderungsantrags ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Einleitung und Überschrift — angenommen. Damit ist die zweite Lesung der beiden Gesetzesvorlagen beendet.

Wir kommen nach dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Dr. Müller (Meiningen) zur namentlichen Abstimmung über den Antrag Dr. Bell und Genossen:

> Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus.

Ich bitte die Herren, Platz zu nehmen. — Die Herren, die den Antrag Nr. 1974 der Drucksachen annehmen wollen, bitte ich, eine Karte mit Ja, diejenigen, die es nicht wollen, eine Karte mit Nein abzugeben. Karten ohne Namen sind ungültig. (D)

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

Die Herren, die noch nicht abgestimmt haben, fordere ich auf, ihre Karte noch abzugeben.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen. —

Das vorläufige Resultat*) der Abstimmung ist folgendes: es sind abgegeben worden 268 Stimmzettel, darunter mit Ja 193, mit Nein 52; enthalten haben sich 23.

Meine Herren, ich schlage Ihnen nunmehr vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag den 25. Oktober, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen.
2. Rest der heutigen Tagesordnung.
3. Erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens.

   Der Gesetzentwurf gelangt heute abend zur Verteilung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 35 Min.)

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 6242.

Namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag Dr. Bell und Genossen (Nr. 1974 der Drucksachen), betreffend Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler.

Name.	Abstimmung.
Dr. Ablaß	Ja
Ahlhorn	Ja
Albrecht	Nein
Alpers	Ja
Angerpointner	Ja
Antrick	Ja
Dr. Arendt	enthalten
Dr. Frhr. v. Aretin	fehlt
Arnold	Ja
Arnstadt	Nein
Astor	fehlt
Dr. Bärwinkel	fehlt
Bartling	krank
Bartschat	Ja
Baudert	Ja
Bauer (Breslau)	Ja
Bauer (Pfarrkirchen)	Ja
Baumann (Kitzingen)	Ja
Becker (Arnsberg)	Ja
Dr. Becker (Hessen)	fehlt
Behrens	Ja
Dr. Bell	Ja
Dr. Belzer	Ja
Bender (Bernburg)	Ja
Bernstein	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff-Wehningen	fehlt
Rogalla v. Bieberstein	Nein
Binder (Speyer)	fehlt
Blos (Braunschweig)	Ja
Dr. Blunck	Ja
Bock	Nein
Böhle	Ja
v. Böhlendorff-Kölpin	Nein
Dr. Böhme	Ja
v. Boehn	fehlt
Dr. Böttger	Ja
Bohtz	Nein
v. Bolko	Nein
Dr. Bollert	fehlt
Bolz	fehlt
Brandes (Halberstadt)	Nein
Brandys (Oppeln)	enthalten
v. Brederlow	fehlt
Brey	Ja
v. Brockhausen	fehlt
Bruckhoff (Züllichau)	Ja
Brühne	Ja
v. Brünneck	fehlt
Bruhn	Ja
Buck	Ja
Büchner	Nein
Dr. Burckhardt	fehlt
Dr. van Calker	beurl.
Graf v. Carmer	Nein
Prinz zu Schoenaich-Carolath	Ja
Carstens	fehlt
Dr. Chlapowski	fehlt
Chrysant	Ja
Cohen (Reuß)	Ja
Dr. Cohn (Nordhausen)	Nein
Colshorn	fehlt
v. Schedlin-Czarlinski	fehlt
Dr. Dahlem (Montabaur)	fehlt
Dr. David	Ja
Davidsohn	fehlt
Deichmann	Ja
Delsor	fehlt
Dietrich	Nein
Dietz (Hamburg)	Ja
Diez (Konstanz)	fehlt
Dittmann	fehlt
Doerksen	enthalten
Dombek	enthalten
Dr. Doormann	Ja
Dove	Ja
Duffner	beurl.
Dunajski	enthalten
Ebert	Ja
Emmel	Ja
Emminger	Ja
Engelen	Ja
Dr. Erdmann	Nein
Erzberger	Ja
Ewald	Ja
van Eyck	Ja
Dr. Faßbender	Ja
Fegter	Ja
Fehrenbach	Ja
Feldmann	Ja
Dr. Fervers	fehlt
Feuerstein	krank
Fischbeck	Ja
Fischer (Berlin)	Ja
Fischer (Hannover)	Ja
Fischer (Sachsen)	Ja
v. Flemming	fehlt
Freiherr von und zu Franckenstein	fehlt
Frerker	Ja
Frohme	Ja
Frommer	Nein
Fuchs	Ja
Graf v. Galen	fehlt
Freiherr v. Gamp-Massaunen	fehlt
Gebhart	fehlt
Geck	fehlt
Dr. Gerlach	Ja
Gerstenberger	Ja
Geyer	Nein
Giebel	Ja
Giesberts	Ja
Glowatzki	Ja
Göhre	Ja
Dr. v. Goßler	Nein
Götting	Ja
Gothein	Ja
Dr. Gradnauer	fehlt
v. Graefe	Nein
Greber (Coblenz)	Ja
Grenz	Ja
Gröber (Laupheim)	Ja
Dr. Gugelmeier	fehlt
Gunßer	Ja
Dr. Haas (Baden)	Ja
Haase (Königsberg)	Nein
Haberland	Ja
Dr. Haegy	enthalten
Haehnle	Ja
Haeusler	Ja
v. Halem (Schwetz)	enthalten
Hanssen	Ja
Hartrath	fehlt
Hasenzahl	Ja
Hauß	fehlt
Haußmann	Ja
Hebel	fehlt

Name.	Abstimmung.
Heck	Ja
Heckmann	Ja
Dr. Heckscher	Ja
Dr. Hegenscheidt	fehlt
Heine (Dessau)	fehlt
Held	Ja
Henke	Nein
Henry	Ja
Hepp	fehlt
Herold	Ja
Dr. Herwig	fehlt
Dr. Herzfeld	Nein
Herzog	fehlt
Hestermann	Ja
Dr. v. Heydebrand	fehlt
Dr. Freiherr Heyl zu Herrnsheim	fehlt
Heyn (Stralsund)	fehlt
Hierl (Ansbach)	Ja
Hildenbrand	fehlt
Dr. Hitze	entsch.
Hoch	Ja
Hoff	Ja
Hoffmann (Kaiserslautern)	fehlt
Hofmann (Rudolstadt)	Ja
Holtschke	Nein
Dr. Hoppe	Ja
Horn (Neiße)	beurl.
Horn (Sachsen)	Nein
Hubrich (Falkenberg)	Ja
Hubrich (Oberbarnim)	Ja
Hüttmann	Nein
Hugel	fehlt
Ickler	Ja
Irl (Erding)	Ja
Jäckel	Nein
Dr. Jaeger	fehlt
Dr. Junck	Ja
Käppler	Ja
Dr. Kapp	fehlt
Keil	Ja
Keinath	Ja
Freiherr v. Kerckerinck zur Borg	fehlt
Kerschbaum	Ja
Dr. Kerschensteiner	fehlt
Kiel	Ja
Kleye	fehlt
Klos (Obornik)	fehlt
Baron Knigge	Nein
Koch	fehlt
König	Ja
Körsten	Ja
Kopp	fehlt
Kopsch	Ja
Korfanty	enthalten
Koßmann	Ja
Krätzig	fehlt
Krahmer	fehlt
Kreth	Nein
Krings (Neuwied)	Ja
Krix (Allenstein)	Ja
Krömer	Ja
Kuckhoff (Cöln)	Ja
Kunert	Nein
Kurzawski	enthalten
Landsberg	Ja
Laser	krank
Dr. v. Laszewski	enthalten
Laux	Ja
Ledebour	Nein
Lederer	Ja
Legien	Ja
Leicht	Ja
Dr. Lensch	fehlt
Leube	Ja
Leutert	Ja
Lévêque	enthalten
Liesching	Ja
List (Eßlingen)	Ja
Dr. v. Liszt (Glogau)	fehlt
Löscher	Ja
Fürst zu Löwenstein	fehlt
Lützel	Ja
Graf Magnis	fehlt
Malkewitz	Nein
Dr. Marcour	krank
Marquart	Ja
Marx	Ja
Dr. Matzinger	fehlt
Dr. Mayer (Kaufbeuren)	Ja
Meerfeld	Ja
Meier (Zwickau)	Ja
Mertin	enthalten
Meyer (Celle)	fehlt
Meyer (Herford)	fehlt
Meyer (Kreuzburg)	fehlt
v. Michaelis	Nein
Molkenbuhr	Ja
v. Morawski Dzierzykraj	enthalten
Müller (Fulda)	krank
Dr. Müller (Meiningen)	Ja
Müller (Reichenbach)	Ja
D. Mumm	fehlt
Nacken	Ja
Nathan	fehlt
D. Naumann (Waldeck)	Ja
Nehbel	beurl.
Neuhaus	fehlt
Dr. Neumann-Hofer	Ja
Niederlöhner	Nein
Dr. v. Niegolewski	fehlt
Noske	Ja
Nowicki	fehlt
Graf v. Oppersdorff	fehlt
Dr. Ortmann	Ja
Dr. Paasche	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja
Pauly	Ja
Peirotes	fehlt
Peus	Ja
Pfannkuch	Ja
Dr. Pfeiffer	fehlt
Dr. Pfleger	Ja
Dr. Pieper	fehlt
Pinkau	Ja
Ponschab	fehlt
Poppe	Ja
Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner	enthalten
Pospiech	enthalten
Graf Praschma	fehlt
Pütz	fehlt
Gans Edler Herr zu Putlitz	fehlt
Dr. Quarck	Ja
Dr. Quessel	Ja
Fürst Radziwill	fehlt
Ranner	Ja
Rauch	Ja
Raute	Nein
Dr. Frhr. v. Rechenberg	Ja
Reck (Lyck)	Nein
Reißhaus	Ja
Richter	fehlt
Freiherr v. Richthofen	Ja
Dr. Ricklin	enthalten
Dr. Rießer	Ja
Dr. Roesicke	Nein
Röser	fehlt
Rother	Nein
Rühle	Nein
Rupp (Baden)	Nein
Rupp (Marburg)	fehlt
Ryssel	Nein
Sachse	Ja
Fürst zu Salm-Reifferscheidt	fehlt
Graf von und zu Sandizell	fehlt
Sapletta	fehlt
Dr. v. Savigny	Ja
Dr. Schatz	Ja
Schedlbauer	Ja
Scheef	Ja
Scheidemann	Ja
Freiherr v. Schele	Ja
Schiele	Nein
Schiffer	Ja
Schirmer	Ja
Schlee	Ja
Schmidt (Berlin)	fehlt
Schmidt (Meißen)	fehlt
Schmitt (Würzburg)	fehlt
Schmitz	Ja
Schöpflin	Ja
Schröder	fehlt
Schulenburg	fehlt
Schultz (Bromberg)	enthalten
Schulz (Erfurt)	Ja
Dr. v. Schulze-Gaevernitz	fehlt
Schumann (Forst)	Ja

Name.	Abstimmung.
Schwabach	Ja
Schwartz (Lübeck)	Nein
Schwarz (Schweinfurt)	fehlt
Schwarze (Lippstadt)	Ja
Schweickhardt	fehlt
D. Dr. Graf v. Schwerin	krank
Segitz	fehlt
Seyda	fehlt
Siebenbürger	Nein
Sieg	fehlt
Siehr (Insterburg)	Ja
Silberschmidt	Ja
Simon	fehlt
Sir (Amberg)	Ja
Sittart	Ja
Sivkovich	Ja
Sosinski	enthalten
Spiegel	Ja
Stahl	Ja
Stamm	fehlt
Steindl	Ja
Stiegele	Ja
Stöve	fehlt
Stolten	Ja
Strack	fehlt
Dr. Stresemann	krank
Dr. Struve	Ja
Strzoda	Ja
Stubbe	Ja
Stubbendorff	enthalten
Dr. Stubmann	fehlt
Stücklen	Ja
Stupp	Ja
Stychel	enthalten
Dr. Südekum	fehlt
Taubadel	Ja
Thiele	Ja
Thöne	Ja
Dr. Thoma	Ja
Thumann (Gebweiler)	enthalten
v. Trampczynski	enthalten
Dr. Trendel	Ja
Trimborn	Ja
Trittel	Ja
Uhlig	Ja
Ulrich	Ja
Dr. v. Veit	Nein
Vogt (Crailsheim)	Nein
Vogt (Hall)	Nein
Vogtherr	Nein
Wachhorst de Wente	fehlt
Wagner	fehlt
Waldstein	Ja
Freiherr v. Wangenheim	Ja
Warmuth	fehlt
Weilnböck	Nein
Weinhausen	Ja
Wels	Ja
Wendel	fehlt
Dr. Wendorff	Ja
Dr. Werner (Gießen)	Nein
Werner (Hersfeld)	Ja
Dr. Werr	Ja
Graf v. Westarp	Nein
Dr. Wiemer	Ja
Dr. Wildgrube	Nein
aus dem Winckel	fehlt
Windeck	fehlt
v. Winterfeldt	Nein
Dr. Wirth	Ja
Wissell	Ja
Witt	enthalten
Wittum	Ja
Wörle	fehlt
Wurm	fehlt
Dr. Am Zehnhoff	fehlt
Dr. Zehnter	Ja
Zimmermann	Ja
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	**193**
mit **Nein**	**52**
Der Abstimmung haben sich enthalten	**23**
Ungültig	—
Zusammen	**268**

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW, Wilhelmstraße 32.

196. Sitzung.

Freitag den 25. Oktober 1918.

Seite

Geschäftliches . . . . . 6246 B

Anfragen:

Nr. 554, Meier (Zwickau): Wirtschaftliche Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner in bezug auf die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Nr. 1930 der Anlagen):
- Meier (Zwickau) (S.) . . . . . 6246 C
- Dr. Wuermeling, Direktor im Reichswirtschaftsamt . . . . . 6246 C

Nr. 557, Koßmann: betreffend denselben Gegenstand wie Nr. 554 nur mit Ausdehnung auf Witwen und Waisen (Nr. 1944 der Anlagen):
- Koßmann (Z.) . . . . . 6246 D
- Dr. Wuermeling, Direktor im Reichswirtschaftsamt . . . . . 6246 D

Nr. 562, Haase (Königsberg): Verbot einer öffentlichen Frauenversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung (Nr. 1949 der Anlagen):
- Haase (Königsberg) (U.S.) . . . 6247 A
- Dr. Lewald, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern . . 6247 B

Nr. 563, Haase (Königsberg): Auflösung einer Wählerversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im I. Berliner Wahlkreise (Nr. 1950 der Anlagen):
- Haase (Königsberg) (U.S.) . . . 6247 B
- Dr. Lewald, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern . . 6247 C

Nr. 564, Davidsohn, Stücklen: Nichtzahlung der Zusatzrenten für die Kriegsbeschädigten und ihre Angehörigen im Kreise Bomst und anderen Kreisen (Nr. 1952 der Anlagen):
- Davidsohn (S.) . . . . . 6247 C
- Freiherr v. Langermann und Erlencamp, Generalleutnant . . . . 6247 D

Nr. 566, Hoch: Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel, besonders Haferflocken, in von der Grippe heimgesuchten Gemeinden (Nr. 1962 der Anlagen):
- Hoch (S.) . . . . . 6248 A, B
- Dr. Edler v. Braun, Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt . . . . . 6248 A, B

Nr. 568, Held: Mangelhafte Abnahme von Sohlleder in den Gerbereien durch die betreffenden Kriegsorganisationen (Nr. 1965 der Anlagen):
- Held (Nl.) . . . . . 6248 C, 6249 A
- Dr. Müller, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt . 6248 D, 6249 B

Nr. 571, Ledebour: Erfolglosigkeit von Versuchen auf Rückgängigmachung einer Verfügung des Kriegsministers vom 27. September 1917, betreffend Nichtzulassung einer Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Nr. 1972 der Anlagen):
- Ledebour (U. S.) . . . . . 6249 B, C
- v. Wrisberg, Königlich Preußischer Generalmajor . . . . . 6249 C

Zur Tagesordnung: Absetzung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Nr. 1982 der Anlagen):
- Fischbeck (F.Vp.) — zur Geschäftsordnung . . . . . 6249 D

(A)

Seite

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur **Abänderung der Reichsverfassung** und des Gesetzes, betreffend die **Stellvertretung des Reichskanzlers**, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Anlagen):

Geschäftsordnungsdebatte: Frage der Erörterung der neuesten Wilsonschen Note bei der allgemeinen Besprechung:

Graf v. Westarp (K.) — zur Geschäftsordnung: 6250B, 6251D, 6252D
Ledebour (U.S) — desgl. 6251A, 6252B
Fischbeck (F.Vp.) — desgl. . . . 6251C
Ebert (S.) — desgl. 6251D
Prinz zu Schoenaich-Carolath (Nl.) — desgl. 6252A
Dr. Mayer (Kaufbeuren) (Z.) — desgl. 6252C
Bruhn (W.V.) — desgl. 6252D

Allgemeine Besprechung:

Korfanty (Pole) 6253A
Schultz (Bromberg) (b. k. F.) . . 6257C
Gothein (F.Vp) 6258D
Trimborn, Staatssekretär des Innern 6262D
Schlee (Nl.) 6263A
Dr. Cohn (Nordhausen) (U.S.): 6264B
Rühle (b. k. F.) 6270A
Ledebour (U.S.) — persönlich . 6270D

Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur **Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens** vom 31. Mai 1911 (Nr. 1977 der Anlagen):

Haegy (Els. Lothr.) 6271B

Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung 6274B

(B)

Die Sitzung wird um 2 Uhr 22 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1911.

Die Vorlage befindet sich bereits in Ihren Händen.

In den Ausschüssen hat folgender Wechsel stattgefunden: es ist eingetreten in die 35. Kommission für den Herren Abgeordneten Meyer (Herford) der Herr Abgeordnete Dr. Hoppe.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 554, Meier (Zwickau) (Nr. 1930 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau).

Meier (Zwickau), Abgeordneter:

Angesichts der fortgesetzten Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel und aller sonstigen unentbehrlichsten Gebrauchsgegenstände befinden sich die **Alters-, Invaliden- und Unfallrentner** in einer sehr schlimmen Lage, die auch durch die ab 1. Februar d. J. bewilligte Zulage nicht wesentlich gemildert worden ist. Dadurch wird es diesen Rentenbeziehern unmöglich gemacht, auch nur die gewiß nicht allzu reichlich rationierten Lebensmittel zu kaufen. An Beschaffung auch nur der notwendigsten Kleidung, Schuhwerk usw., kann nicht gedacht werden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um alsbald eine wirtschaftliche Besserstellung dieser armen Rentenbezieher herbeizuführen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat Dr. Wuermeling.

Dr. **Wuermeling,** Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, Direktor im Reichswirtschaftsamt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Über die Gewährung einer gesteigerten Fürsorge für bedürftige **Empfänger** einer **Invaliden-, Alters-** oder **Unfallrente** schweben Verhandlungen.

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 557, Koßmann (Nr. 1944 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Koßmann.

Koßmann, Abgeordneter:

Nachdem die Lebenshaltung stetig teurer geworden ist, infolgedessen die Beamten erneut Kriegsteuerungszulagen, die Arbeiter höhere Löhne und die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern nunmehr ebenfalls Zulagen erhalten haben, besteht bei den **Reichsinvaliden-** und **Unfall-Rentenempfängern** sowie den **Pensionären,** die aus **Knappschaftskassen** Pensionen beziehen, und deren Witwen und Waisen der dringende Wunsch, daß die ihnen bisher gewährten Kriegsteuerungszuschüsse erhöht werden. Desgleichen haben die **Witwen** und **Waisen,** die auf Grund der **Reichsversicherungsordnung** ihre Bezüge erhalten, den Wunsch, mit Teuerungszulagen bedacht zu werden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, baldigst Maßnahmen zur Erfüllung dieser Wünsche zu treffen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheimrat Dr. Wuermeling.

Dr. **Wuermeling,** Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, Direktor im Reichswirtschaftsamt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Wie bereits auf die Anfrage des Abgeordneten Meier (Zwickau) mitgeteilt wurde, schweben über die Gewährung einer gesteigerten Fürsorge für bedürftige Rentenempfänger aus der Invaliden- und Unfallversicherung Verhandlungen.

Für die Zulagen zu den **Waisenrenten,** die auf Grund des 4. Buches der Reichsversicherungsordnung gewährt

(Dr. **Wuermeling**, Direktor im Reichswirtschaftsamt.)

werden, kommt in Betracht, daß die größte Zahl dieser Rentenempfänger Bezüge auf Grund der militärischen Hinterbliebenenfürsorge erhält. Wo noch Hilfe nötig sein sollte, wird die gemeindliche Kriegswohlfahrtspflege wie bisher helfend einzutreten haben.

Für die **Witwen** und **Waisen** aus der **Unfallversicherung** liegt ebenfalls ein allgemeines Bedürfnis nach Zulagen zu den Renten nicht vor. Denn bei solchen Witwen ist Erwerbsunfähigkeit nicht Voraussetzung des Rentenbezugs, während die Waisenrente hier dem Betrage der Witwenrente gleichkommt, also verhältnismäßig hoch ist. Wo trotzdem ein Bedürfnis hervortritt, kann schon jetzt durch die gemeindliche Kriegswohlfahrtspflege geholfen werden.

Auf eine erleichterte Gewährung der Kriegswohlfahrtspflege wird bei den schwebenden Verhandlungen Bedacht genommen.

Für die Knappschaftspensionen sind die Landesbehörden zuständig.

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 562, Haase (Königsberg) (Nr. 1949 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter:

Am 9. Oktober 1918 hat das Wahlkomitee des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend eine **öffentliche Frauenversammlung** für den 11. Oktober in den Germania-Sälen bei der Polizei angezeigt. Der Polizeipräsident hat am 11. Oktober 1918 diese Versammlung verboten, mit der Begründung, daß „es sich nicht um eine unter die Ausnahmebestimmung des Oberkommandos in den Marken fallende Wählerversammlung handle".

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt und was gedenkt er zu tun, um die Beeinträchtigung des Versammlungsrechts zu beseitigen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald**, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Nach der Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken vom 9. Dezember 1914 sind öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder diesen gleich zu achtender Vereinigungen nicht gestattet. Auf Grund dieser Verordnung ist auch die für den 11. Oktober 1918 in den Germania-Sälen angezeigte **öffentliche Frauenversammlung** verboten worden. Neue Bestimmungen über die Zulassung von Versammlungen werden in allernächster Zeit ergehen. Einstweilen sind die zuständigen Behörden angewiesen worden, auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts nur dann einzugreifen, wenn dringende Interessen der öffentlichen Sicherheit, Maßnahmen der Kriegführung und die Beziehungen zu den ausländischen Mächten in Frage kommen.

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 563, Haase (Königsberg) (Nr. 1950 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter:

Am Freitag, den 11. Oktober 1918, ist eine **Wählerversammlung** des I. Berliner Wahlkreises, die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstaltet war, aufgelöst worden, als der Reichstagsabgeordnete Haase in seiner Rede nach Mitteilung einiger Zensurmaßnahmen und des Verbots der Berliner Frauenversammlung die Äußerung tat: (C)

„So weht uns in diesen Tagen wieder der alte reaktionäre Wind entgegen."

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt, und was gedenkt er zu tun, um solche polizeilichen Eingriffe unmöglich zu machen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald**, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Der Herr Reichskanzler ist in Übereinstimmung mit dem preußischen Herrn Minister des Innern der Ansicht, daß die Auflösung zu Unrecht erfolgt ist.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 564, Davidsohn, Stücklen (Nr. 1952 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Davidsohn.

Davidsohn, Abgeordneter:

Gemäß Verfügung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums vom 22. Juli 1918 sind den **Kriegsbeschädigten** vom 1. Juli 1918 an **Zusatzrenten** zu gewähren.

Im Kreise Bomst und in anderen Kreisen sind diese Zusatzrenten bisher noch immer nicht ausgezahlt. Anfragen der Kriegsbeschädigten oder ihrer Angehörigen bleiben unbeantwortet.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Mißachtung einer kriegsministeriellen Verfügung bekannt? (D)

Was will der Herr Reichskanzler veranlassen, um den Kriegsbeschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Generalleutnant Freiherr v. Langermann und Erlencamp.

Freiherr v. Langermann und Erlencamp, Generalleutnant, Departementsdirektor im Kriegsministerium, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Die vom 1. Juli 1918 ab bewilligten **Rentenzuschläge** müssen von den Versorgungsämtern für jeden einzelnen Fall je nach der Höhe des Grades der Erwerbsunfähigkeit festgestellt und von den Pensionsregelungsbehörden (Regierungen usw.) auf die Postanstalten zur Zahlung angewiesen werden. Diese Maßnahme muß neben der sonstigen Tätigkeit dieser Behörden für die schon anerkannten Versorgungsberechtigten nachträglich durchgeführt werden. Infolge der außerordentlichen Zunahme der Zahl der Versorgungsberechtigten, der Personalschwierigkeiten bei den Versorgungsämtern und den Pensionsregelungsbehörden infolge Heranziehung aller irgendwie entbehrlichen Persönlichkeiten zur Verwendung an der Front und infolge des Übergangs der Zahlung der Versorgungsgebührnisse von den Kreis- usw. Kassen auf die Postanstalten sind besonders die Pensionsregelungsbehörden in eine schwierige Lage geraten. Die Verzögerung in der Auszahlung wird auch von der Heeresverwaltung sehr bedauert. Es sind bereits Maßnahmen getroffen worden, um den Übelstand zu beseitigen, sodaß zu erwarten steht, daß in kurzer Zeit die Rentenzuschläge laufend gezahlt werden und somit ein Anlaß zu Klagen über Verzögerungen nicht mehr besteht. Bemerkt wird, daß bei den nach der Bekanntgabe des kriegs-

(Freiherr **v. Langermann und Erlencamp**, Generalleutnant.)

(A) ministeriellen Erlasses, betreffend Gewährung von Rentenzuschlägen, zu einer Versorgung neu anerkannter Personen eine Verzögerung in der Erledigung nicht eintritt, weil in diesen Fällen Rente und Rentenzuschlag zu gleicher Zeit angewiesen werden.

Ich darf noch hinzufügen, daß bezüglich des Kreises Bomst die telegraphische Auskunft eingegangen ist, daß dort die Rentenzuschläge bis auf einige wenige nunmehr festgestellt sind und ihre Auszahlung in kürzester Zeit zu erwarten ist.

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 566, Hoch (Nr. 1962 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es in den Gemeinden, wo die Grippe herrscht, nicht immer möglich ist, die für den **Krankheitszustand** erforderlichen Lebensmittel, wie z. B. **Haferflocken,** mit der nötigen Schnelligkeit zu beschaffen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Edler v. Braun.

Edler **v. Braun,** Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Zur **Sonderversorgung Kranker** mit rationierten Lebensmitteln sind Vorschriften an die Kommunalverbände erlassen, deren Beachtung und richtige Anwendung eine den tatsächlichen Bedürfnissen genügende Versorgung sicherstellen muß. Diese grundsätzliche Regelung genügt auch allen aus Anlaß der Grippeepidemie berechtigten Versorgungsansprüchen, die nach ärztlichem Gutachten nicht
(B) überspannt zu werden brauchen, weil den diätetischen Ansprüchen der Krankheit im wesentlichen auch mit den aus der allgemeinen Rationierung und der Gemüseversorgung verfügbaren Nahrungsmitteln genügt werden kann. Zu einer besonderen Ausschüttung von Nährmitteln besteht leider keine Möglichkeit, weil das Nährmittelprogramm nicht vergrößert werden kann und daher jeder vorzeitige Verbrauch die für die späteren Monate des Jahres unbedingt notwendigen Vorräte in irrationeller Weise mindern würde. Ganz untunlich ist eine besondere Zuweisung von **Hafernährmitteln,** weil die zurzeit noch knappen Vorräte an solchen Nährmitteln nach dem schlechten Ausfall der vorjährigen und der Verspätung der diesjährigen Haferernte ausschließlich zur Versorgung der Säuglinge und Kleinkinder, für die sie nicht entbehrt werden können, verwendet werden müssen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es zum Beispiel der Stadt **Hanau** trotz wochenlanger Verhandlungen nicht möglich war, die für die Kranken unbedingt notwendigen Nahrungsmittel von der Bezirksstelle Cassel zu erhalten? Infolgedessen sind schwere Mißstände vorhanden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Mißständen abzuhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Edler v. Braun.

Edler **v. Braun,** Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Ich kann darüber keinen Aufschluß geben.

Präsident: Die Anfrage Nr. 567 (Drucksachen Nr. 1963) ist von dem Abgeordneten Stücklen zurückgezogen.

Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 568, Held (Nr. 1965 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Held.

Held, Abgeordneter:

Seit Monaten sind außerordentlich große Mengen von **Sohlleder** in den Gerbereien vorhanden, auf deren Abnahme durch die betreffenden Kriegsorganisationen die Lederindustrie vergeblich wartet. In einer mir bekannten mittleren Gerberei liegen seit Anfang August ca. 4000 fertige Sohllederhäute, und ähnliche Mengen warten in anderen Betrieben auf Abnahme. Ferner hat die Schuhindustrie mit Mengen Sohlleder sich eingedeckt, die sie in vielen Monaten nicht wird verarbeiten können, während es der Bevölkerung unmöglich ist, bei den Schuhmachern eine Lederbesohlung zu erhalten, wenn sie nicht die im umfangreichen Schleichhandel mit Leder üblichen Preise von 50 Mark und mehr für das Kilogramm Leder (gegen 7,50 Mark Höchstpreis) zahlen will.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, für schnelle Abhilfe in der Richtung Sorge zu tragen, daß die überschüssigen Sohlledermengen der Bevölkerung zu Reparaturzwecken freigegeben werden?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Müller.

Dr. **Müller,** Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Infolge der vermehrten Schlachtungen des vorigen Jahres sind während der letzten Monate größere Mengen von **Bodenleder** angefallen. Die Verteilung des fertiggestellten Leders für die Zwecke der Heeresverwaltung sowie für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung ist jeweils unverzüglich erfolgt. Die einzelnen Gerbereien sind vom Lederzuweisungsamt angewiesen, eine bestimmte Menge ihrer Erzeugung laufend sofort nach Fertigstellung den militärischen Verbrauchern zuzuführen. Hinsichtlich der von militärischen Stellen nicht abgenommenen Ledermengen muß die Gerberei Freigabe bei dem Lederzuweisungsamt beantragen. Die für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung freigegebenen Mengen werden in jedem Monat einmal von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder verteilt.

Eine gewisse Ansammlung von Vorräten während des Zeitraums eines Monats ist daher nicht zu vermeiden. Soweit in einzelnen Fällen sich darüber hinaus Bestände in den Gerbereien angesammelt haben sollten, dürfte das auf Schwierigkeiten des Abtransports infolge von Verkehrsstörungen zurückzuführen sein. Eine Aufklärung zu den in der Anfrage erwähnten Sonderfällen zu geben, würde mir nur dann möglich sein, wenn mir die Firmen namhaft gemacht würden.

Infolge des Mehranfalles an Bodenleder ist sowohl die Schuhindustrie wie das Schuhmacherhandwerk in der letzten Zeit erheblich besser versorgt worden, als dieses im Vorjahre möglich war. Das Schuhmacherhandwerk im besonderen erhält zurzeit etwa die drei- bis vierfache Menge gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Da die Verteilung des Schuhoberleders nicht in gleichem Maße gesteigert werden konnte, wie die des Bodenleders, war es der Schuhindustrie nicht möglich, die gesamten ihr zur Verfügung gestellten Mengen sofort

(Dr. **Müller**, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt.)

(A) aufzuarbeiten. Es mußten deshalb gewisse Reserven angesammelt werden. Diese haben einmal den Zweck, die im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk dringend gebotene Vermehrung der Erzeugung zu ermöglichen, sobald wieder reichlicher Oberleder zur Verfügung steht. Ferner sollen sie eine Sicherung dagegen bieten, daß bei Verkehrsschwierigkeiten ein Rückgang der Herstellung infolge mangelnder Zufuhr von Bodenleder eintreten muß. Die Reserven dem Schuhmacherhandwerk zuzuweisen, dürfte sich nicht empfehlen. Es handelt sich vorwiegend um leichtes Leder, das auch in der Schuhindustrie nur zusammen mit entsprechenden Mengen schwereren Leders Verwendung finden kann, das aber für das Schuhmacherhandwerk sehr wenig geeignet ist. Die Verteilung des Leders zwischen Schuhmacherhandwerk und Schuhindustrie erfolgt bereits jetzt in der Weise, daß dem Schuhmacherhandwerk in erster Linie das schwerere Leder zugewiesen wird.

Die mit der Bewirtschaftung und Verteilung des Leders betrauten militärischen und bürgerlichen Dienststellen sind mit allen Kräften bemüht, den Schleichhandel mit Leder zu bekämpfen und alles vorhandene Leder zu den gesetzlichen Höchstpreisen den Verbrauchern zuzuführen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Held.

Held, Abgeordneter: Ist der Herr Reichskanzler bereit, das Mißverhältnis zu beseitigen, das darin liegt, daß die Gerbereien soviel Sohlleder liegen haben, daß es die Läger kaum fassen, und daß die Bevölkerung nicht in der Lage ist, wenn sie nicht hohe Preise zahlt, Reparaturen gemacht zu erhalten?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Müller.

(B)

Dr. **Müller,** Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Ich habe eben schon darauf hingewiesen, daß dieser Umstand auf das Mißverhältnis zwischen Bodenleder und Oberleder zurückzuführen ist. Ich bin aber gern bereit, diese Frage weiter nachzuprüfen und, soweit Schwierigkeiten vorliegen, die beseitigt werden können, diese so bald wie möglich zu beseitigen.

Präsident: Ich rufe auf:

Anfrage Nr. 571, Ledebour (Nr. 1972 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter:

Am 28. August 1917 hat das Oberkommando in den Marken in einer Zuschrift an die Verwaltungsstelle Berlin des **Deutschen Metallarbeiterverbandes** erklärt:

> „Wie Ihrem Bevollmächtigten bereits wiederholt mitgeteilt worden ist, wird eine Erledigung des Restes der Tagesordnung der früheren **Generalversammlung** vom 5. Mai 1917, soweit die Neuwahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung in Frage kommt, von hier nicht geduldet werden. Sie werden daher ersucht, die angekündigte Versammlung aufzugeben, da dieselbe nicht zugelassen werden wird."

Eine Beschwerde gegen diese Verfügung wurde am 27. September 1917 vom Kriegsminister v. Stein abschlägig beschieden. Wiederholte Versuche, die Verfügung rückgängig zu machen, blieben stets erfolglos. Bis heute wurde also die Berliner Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes durch die Militärbehörde an der (C) statutarisch ihnen vorgeschriebenen Neuwahl ihrer Bevollmächtigten behindert. Außerdem sind seit jener Verfügung spätere Generalversammlungen, die zu anderen Zwecken einberufen waren, polizeilich überwacht worden, trotzdem sonst Gewerkschaftsversammlungen nicht der polizeilichen Überwachung unterliegen.

Gedenkt der Herr Reichskanzler nunmehr in Erfüllung der wiederholt seitens der Reichsregierung ergangenen Zusicherung, daß militärische Eingriffe in das Vereins- und Versammlungsrecht künftig wegfallen sollen, Sorge zu tragen, daß dem Deutschen Metallarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, die Neuwahl seiner Bevollmächtigten ermöglicht und die Generalversammlung durch polizeiliche Überwachung nicht weiter behelligt wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr General v. Wrisberg.

v. Wrisberg, Generalmajor, Departementsdirektor im Kriegsministerium, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Die Frage der Zulassung der **Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes** wird geprüft werden, sobald ein Antrag auf Zulassung dieser Generalversammlung gestellt wird.

(Große Heiterkeit, Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Ist es dem Herrn Reichskanzler nicht klar geworden, daß die Stellung der Anfrage ein für die Militärverwaltung hinreichendes Aquivalent eines Antrags sein müßte, sodaß er auch ohne einen be- (D) sonderen Antrag sich darüber schlüssig zu machen hatte, daß es seine selbstverständliche Pflicht geworden war, eine Generalversammlung der Metallarbeiter ohne weiteres zuzulassen?

(Unruhe.)

Präsident: Ob etwas dem Herrn Reichskanzler klar geworden ist oder nicht, das ist, glaube ich, nicht Gegenstand einer Anfrage.

Wir kommen dann zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Fischbeck.

Fischbeck, Abgeordneter: Meine Herren, wir haben in der ersten und zweiten Lesung den zweiten und dritten Gegenstand der heutigen Tagesordnung verbunden. Ich möchte nun bitten, heute die Beratung über den dritten Gegenstand der Tagesordnung, Art. 11 der Reichsverfassung, abzusetzen. Von den Mehrheitsparteien sind im Zusammenhang und im Anschluß an die Vorlage Anträge in Vorbereitung, welche eine Erweiterung des vorgeschlagenen Entwurfs anstreben und auch Änderungen der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten verfassungsrechtlicher Art herbeizuführen suchen. Diese Anträge sind in der Presse schon seit acht Tagen besprochen, zum Teil fallen sie auch zusammen mit Anträgen, die schon vor längerer Zeit vom Verfassungsausschuß dem hohen Hause vorgelegt sind. Es war uns aber leider nicht möglich, die definitive Fassung dieser Anträge schon in allen Einzelheiten zu finden; sie werden aber hoffentlich im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt werden. Ich möchte deshalb bitten, diesen dritten Gegenstand der Tagesordnung für heute abzusetzen und auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu stellen.

(A) **Präsident:** Der Antrag geht also dahin, den dritten Gegenstand der Tagesordnung, die Beratung über die Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung von der Tagesordnung heute abzusetzen. Wenn kein Widerspruch gegen diesen Antrag erfolgt, nehme ich an, daß das Haus dem Antrage zustimmt. — Ich stelle dies fest.

Wir kämen dann zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 (Nr. 1936 der Drucksachen), auf Grund der in zweiter Beratung unverändert angenommenen Vorlage.

Antrag Nr. 1973.

Meine Herren, in bezug auf die Generaldiskussion, die bei der dritten Lesung nunmehr einsetzen wird, ist im Ältestenrat die Frage aufgeworfen worden, ob es zulässig sein solle, in dieser Generaldiskussion auch die **neueste Note des Herrn Präsidenten Wilson** zur Besprechung zu bringen, und der Ältestenrat hat sich in seiner Mehrheit dahin ausgesprochen, daß das nicht angängig sei,

(hört! hört! rechts)

und zwar aus zwei Gründen. Der eine Grund ist der formale, daß die Generaldiskussion in der dritten Lesung keinen weiteren Umfang annehmen darf als bei der ersten Lesung.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

Bei der Generaldiskussion zur ersten Lesung lag die Note Wilsons noch nicht vor; sie konnte deshalb dort nicht Gegenstand der Erörterung werden. Weil nun der Umfang der Generaldiskussion der dritten Lesung durch den Umfang der ersten Lesung bedingt ist, so kann aus diesem formalen Grunde die Note Wilsons nicht zur Sprache
(B) gebracht werden. Der zweite Grund ist der, daß der amtliche Text der Note noch nicht vorliegt, daß die amtliche Note unserem Auswärtigen Amt noch nicht übergeben ist. Wir haben bei den früheren Noten daran festgehalten, daß eine Antwort unsererseits erst erfolgen kann, wenn der amtliche Text dem Auswärtigen Amt übergeben ist. In Konsequenz dieser Auffassung ist der Ältestenrat der Meinung, daß auch diesmal von der Hineinziehung der Wilsonschen Note vor ihrer amtlichen Übergabe im Auswärtigen Amt nicht die Rede sein kann. Ich möchte die Herren bitten, sich nach dieser Entschließung des Seniorenkonvents bei der Debatte zu richten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Herr Präsident, ich bitte vortragen zu dürfen, daß meine Freunde und ich uns mit dieser Entscheidung nicht einverstanden erklären können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sind nicht der Meinung, daß es über den Rahmen der bisher geführten Debatte hinausgehen würde, wenn über die **letzte Note des Präsidenten Wilson** gesprochen werden sollte. Wir haben in der bisherigen Debatte über das Friedensangebot gesprochen, über alles, was damit zusammenhängt, über die Möglichkeiten, die sich daran anknüpfen, und vor allen Dingen darüber, daß unser Volk darauf gewappnet sein muß, unter Umständen noch den letzten Kampf um sein Dasein und seine Ehre zu führen. Über alle diese Dinge ist gesprochen worden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn weiter über diese Dinge gesprochen wird, so liegt das also vollständig im Rahmen der bisherigen Debatte, und es kann darüber nicht gesprochen werden, ohne daß das inzwischen eingetretene entscheidende Ereignis, die Antwort des Präsidenten Wilson, mit in die Besprechung (C) einbezogen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Dieses Ereignis, die Antwort des Präsidenten und ihre Behandlung, entscheidet über das Schicksal jedes einzelnen von uns und über das Schicksal des deutschen Volkes.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Da empfinden es meine Freunde und ich als eine Gewissenspflicht, unsere Stimme zu erheben.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Wenn die Herren der Meinung sind, daß das heute nicht geschehen soll, so bitte ich Sie, dabei in Erwägung zu ziehen, daß meinen Freunden und mir nicht die Wege offen stehen, die Entscheidung der maßgebenden Stellen zu beeinflussen,

(Lachen links)

wie es bei anderen Parteien vermöge der ihnen angehörenden Staatssekretäre der Fall ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Für uns um so wichtiger und um so unabwendbarer erscheint uns die Pflicht, unsere Stimme da zu erheben, wo wir vermöge der Verfassung und vermöge der Wahl dazu berufen sind; das ist die Tribüne dieses hohen Hauses.

(Bravo rechts.)

Der von zweiter Stelle angegebene Grund, daß der **Text der Note** noch nicht vorliege, scheint mir nicht durchzuschlagen. Reuter hat den englischen Text gegeben, und dieser englische Text sowie eine amtliche Übersetzung des englischen Textes ist durch Wolff verbreitet,

(hört! hört! rechts)

also mit Zustimmung unserer Regierung der Öffentlichkeit unterbreitet worden.

(Hört! hört! rechts.)

Dieser Text tut seine Wirkung im Volke,

(sehr wahr! rechts) (D)

eine Wirkung, die nach unserer Auffassung von den verhängnisvollsten Folgen sein kann,

(lebhafte Zustimmung rechts)

wenn dadurch der Entschluß und der Wille zum Kampf und zum letzten Siege im Volke ertötet wird.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir sind der Auffassung, nachdem dieser Text bekannt geworden ist, lechzt das Volk geradezu danach, daß hier von der Tribüne des Hauses, von dem Orte, der dazu bestimmt ist, auch ein Wort zu diesem Text erfolgt, ein Wort so, wie wir es uns vorstellen.

Und das **Heer,** meine Herren! Das Heer hat auch nach unserer Auffassung einen Anspruch darauf, und das kann nicht warten, es kann nicht 24 oder 48 Stunden darauf warten, daß darüber Aufklärung gegeben wird, ob nun in der Note die Kapitulation unseres tapferen Heeres gefordert wird und ob diese Kapitulation wirklich in Frage steht.

(Sehr wahr! rechts.)

Darüber muß gesprochen und dazu muß Stellung genommen werden. Und das Ausland muß wissen, wie das deutsche Volk über diese Dinge denkt, und daß es im deutschen Volke noch Männer gibt, die glauben, daß — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Graf v. Westarp, Sie treten in die Sache selber ein. Das ist unzulässig!

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Herr Präsident, in den Einleitungsworten, als Sie das Amt des Präsidenten übernahmen, haben Sie gesagt, daß die **Tribüne** dieses hohen Hauses **eine Stätte des freien Wortes** sein sollte. Meine Freunde und ich bitten dringend, uns dieses freie Wort nicht zu verschränken.

(Bravo! rechts. — Zurufe links.)

(A) **Präsident:** Herr Abgeordneter Graf v. Westarp, ich bitte, mir den Fall zu benennen, wo ich in meiner Amtsführung dem bei Übernahme des Amts ausgesprochenen Gedanken untreu geworden bin.

(Zuruf rechts: Jetzt! — Erregte Gegenrufe im Zentrum und links.)

— Bitte sehr, Herr Abgeordneter v. Graefe, ich habe hier zu entscheiden, was im Rahmen einer Geschäftsordnungsbemerkung zulässig ist und was nicht. Das war keine Bemerkung im Rahmen der Geschäftsordnung; und wenn ich sie zurückgewiesen habe, so habe ich nicht die Freiheit des Wortes beschränkt.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.)

Die **Freiheit des Wortes** ist ein so großes Palladium, daß ich auch nur die geringste Anzweiflung, als ob ich sie angetastet hätte, mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. — Zurufe rechts.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Auch meine Fraktion ist der Ansicht, daß es ganz unvermeidlich ist, über die **Wilson-Note,** deren englischer Text bereits vorliegt, heute sofort zu sprechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Mehrheitsparteien.)

Unsere Gründe liegen aber auf einem ganz anderen Gebiete, als sie der Herr Abgeordnete Graf Westarp vorgeführt hat. Herr Graf Westarp hat mit seiner Fraktion an diesem Tage bereits eine Interpretation des bisher publizierten deutschen Textes der Note in die Welt hinausgeschickt, und diese Interpretation verträgt sich nicht mit einer gewissenhaften Prüfung des Textes selbst. Es wird darin unter anderem behauptet, daß in der Wilson-(B) Note die Beseitigung der Heerführer gefordert werde — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, die Bemerkung, die ich vorhin gegenüber dem Herrn Abgeordneten Grafen Westarp gemacht habe, muß ich auch Ihnen gegenüber machen. Sie treten jetzt in die Frage der Würdigung der Note ein; davon kann im Rahmen der Geschäftsordnung nicht die Rede sein.

Ledebour, Abgeordneter: Herr Präsident, Ihre Ausführungen verstärken nur noch die Notwendigkeit, daß wir in die sachliche Debatte eintreten, um die ungeheuerlichen Ausführungen des Herrn Grafen Westarp, die er im Rahmen einer Geschäftsordnungsbemerkung gemacht hat, zurückweisen zu können. Meine Freunde und ich sind der Überzeugung, daß das Volk nach etwas ganz anderem lechzt, als sich nutzlos und sinnlos auf die Schlachtbank führen zu lassen.

(Sehr richtig! bei den ..abhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, das ist nicht mehr im Rahmen einer Bemerkung zur Geschäftsordnung.

Ledebour, Abgeordneter: Das war aber notwendig gegenüber den Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Graf Westarp in die Welt hinausgeschickt hat; es muß ihnen der entschiedenste Widerspruch entgegengesetzt werden. Der Widerspruch aber, den ich hier im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte einlege, genügt bei weitem nicht. Es muß von der Tribüne des Reichstags in sachlicher Ausführung alles das zurückgewiesen werden, womit Herr Graf Westarp ein Pronunziamento der Generale vorzubereiten sucht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Zurufe rechts.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat (C) der Herr Abgeordnete Fischbeck.

Fischbeck, Abgeordneter: Ich möchte bitten, es bei der Entscheidung des Herrn Präsidenten zu belassen. Entgegentreten muß ich den Ausführungen des Herrn Grafen Westarp, als ob der Herr Präsident oder wir hier, wenn wir dem Herrn Präsidenten beipflichten, damit eine **Mundtotmachung des Herrn Grafen Westarp** herbeizuführen suchten. Herr Graf Westarp hat genau so wie jeder Abgeordneter Gelegenheit, schriftlich oder mündlich seine Ratschläge der Regierung zukommen zu lassen, und ich bin der Überzeugung, daß die Regierung diese Ratschläge ernstlich prüfen wird.

Der Herr Präsident hat schon mit Recht angeführt, daß der amtliche Text der Note noch nicht vorliege, und wir daher nicht in der Weise im Reichstage über die Note sprechen können, wie es von einer verantwortlichen Stelle notwendig ist.

Im übrigen kann ich gegenüber dem, was Herr Graf Westarp ausgeführt hat, nur sagen: die Gewissenspflicht, von der er gesprochen hat, liegt bei jedem anderen genau so vor wie bei ihm.

(Sehr richtig! links.)

Wir auf dieser Seite des Hauses lassen uns in keiner Weise vom Grafen Westarp übertreffen in bezug auf die ernsten Regungen, die unser Herz beseelen und in bezug auf die bangen Sorgen für unser deutsches Vaterland. Aber wir sind auch der Meinung, wie die Dinge liegen, daß es in diesen Stunden richtig ist, in ruhiger, ernster Erwägung aller Umstände zunächst einmal das zu prüfen, was zu geschehen hat, und wir glauben, daß es nicht richtig ist, diese Dinge in der Weise **agitatorisch** auf die **Tribüne des Reichstags** zu bringen, wie es geschehen soll.

(Sehr richtig! links. — Erregte Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.) (D)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Ich muß gegen diesen letzten Vorwurf mit aller Entschiedenheit protestieren.

(Oho! links.)

Wenn der Herr Abgeordnete Fischbeck sich erlaubt hat, in dieser Stunde mir vorwerfen zu wollen, daß ich meine Ausführung in **agitatorischer Absicht** gemacht hätte, so hat der Mann gar keine Ahnung, wie heute ein Patriot über diese Dinge denkt.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Graf v. Westarp, diese letzte Bemerkung muß ich als ungehörig erklären, und ich rüge sie.

(Zuruf rechts.)

— Herr Abgeordneter v. Graefe, die Handhabung der Ordnung in diesem Saale hat der Präsident wahrzunehmen, nicht Sie.

(Erneuter Zuruf.)

— Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen; das ist ungehörig in jeder Art.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Meine Herren, meine Freunde schließen sich dem Vorschlage des Herrn Präsidenten an. Wir selbst hätten auch das Bedürfnis gehabt, schon in dieser Stunde über die **Antwort des Präsidenten Wilson** zu sprechen; aber, meine Herren, bei der ganzen Situation, in der die Dinge auf des Messers Spitze stehen, betrachten wir es als unsere Pflicht, ehe wir in die Diskussion

(**Ebert**, Abgeordneter.)

(A) dieser Materie eintreten, sie auf das sorgfältigste zu prüfen; das war aber bisher nicht möglich. Die Note ist am gestrigen Nachmittag und Abend hier bekannt geworden; noch heute in den Mittagsstunden hat man über die Richtigkeit der Übersetzung in den eingeweihten Kreisen ernstlich gestritten, sodaß es ganz unmöglich war, in den Fraktionen zur Sache Stellung zu nehmen. Es wäre geradezu unverantwortlich, unvorbereitet in die Verhandlung einer Frage einzutreten, von der das Schicksal unseres Volkes abhängt. Wenn Herr Graf **v. Westarp** behauptet, es sei Gewissenspflicht jedes Patrioten, jetzt zu reden, so scheint mir das weniger seiner Überzeugung zu entsprechen, sondern mehr auf die **Wirkung nach außen** berechnet zu sein, um Beunruhigung ins Volk zu tragen.

(Sehr richtig! links.)

Ich glaube, auch wir haben während des Krieges gezeigt, daß wir alles daransetzen, um unsere Pflichten gegenüber unserem Lande und unserem Volke zu erfüllen;

(sehr richtig! links)

aber es ist auch ein Gebot dieser verantwortungsvollen Stunde, ernstlich zu prüfen, ob nun der richtige Zeitpunkt bereits gekommen ist, diese Note besprechen zu können. Das scheint uns nicht der Fall zu sein. Deshalb schließen wir uns dem Vorschlage des Präsidenten an.

(Bravo! links.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Prinz zu Schoenaich-Carolath.

Prinz **zu Schoenaich-Carolath**, Abgeordneter: Meine Freunde schließen sich dem Vorschlage des Herrn Präsidenten an. Wir halten es für unsere patriotische Pflicht, in diesem Augenblick die **Note des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten** nicht zu erörtern, da dieselbe in ihrem authentischen Wortlaut noch nicht vorliegt. Es wird niemandem in diesem hohen Hause ver-

(B) schränkt werden, seine Ansichten und Auffassungen über diese Note hier auszusprechen, und das wird wohl in den nächsten Tagen der Fall sein können. Heute aber, wo wir lediglich auf Mitteilungen und Überlieferungen der Note angewiesen sind, die nicht amtlich beglaubigt sind, können wir unter keinen Umständen diese Note meines Erachtens hier erörtern. Wir glauben dem Vaterlande einen größeren Dienst zu erweisen, wenn wir heute über diese Note schweigen und alles das, was wir darüber denken und empfinden, bei einer geeigneten Gelegenheit in den allernächsten Tagen hier von der Tribüne dieses hohen Hauses aus zum Ausdruck bringen.

(Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, die Ausschaltung der Fragen, die in der letzten Note Wilsons erörtert werden, ist schon deshalb gar nicht möglich, weil die **letzte Note Wilsons** weiter nichts ist als eine ausgebaute Interpretation der voraufgegangenen Noten. Die voraufgegangenen Noten stehen zur Erörterung. Wie wollen Sie denn die sämtlichen Gedanken, die in der neuesten Note Wilsons enthalten sind, sich aber in mehr oder weniger unvollständiger Form, aber klar erkennbar für jeden intelligenten Menschen bereits in den früheren Noten finden, aus der Erörterung ausschalten und mit diesen Einschränkungen eine Debatte veranstalten? Sie muten dem Herrn Präsidenten etwas ganz Unmögliches zu. Bedenken Sie: die Redner der Debatte gehen auf die Gedanken Wilsons ein, die in seinen früheren Noten ausgeprägt sind; sie erörtern Fragen, die auch in der neuen Note und nur etwas deutlicher wiederkehren. Da muß der Herr Präsident aufpassen: gebraucht der Redner vielleicht ein Wort aus der neuesten Note? Das ist etwas ganz Unmögliches. Ich bitte Sie, im Interesse unseres (C) Herrn Präsidenten,

(Heiterkeit)

ihn vor einer ganz unmöglichen Aufgabe zu bewahren und die Erörterung der Note ruhig zuzulassen.

Dem Herrn Abgeordneten Ebert gegenüber habe ich nur zu bemerken, daß seine Ermahnung, man solle gewissenhaft jede Frage prüfen, die man vor das Haus bringt, vollkommen unnötig ist. So viel Gewissenhaftigkeit hat jeder Abgeordnete. Dazu braucht er nicht die Ermahnung des Herrn Abgeordneten Ebert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen erkenne ich aus den ständigen Bemühungen des Herrn Ebert, seitdem seine Freunde in die Regierung eingetreten sind, — — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung!

Ledebour, Abgeordneter: — im Rahmen der Geschäftsordnung die Debatten hier im Plenum auszuschalten, nur die Bemühungen eines freiwilligen Regierungskommissars.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Mayer (Kaufbeuren).

Dr. **Mayer** (Kaufbeuren), Abgeordneter: Auch meine Freunde teilen die Ansicht des Herrn Präsidenten. Über allem steht uns das Wohl des Vaterlandes. Das Wohl des Vaterlandes erfordert aber in dieser Stunde von uns, daß wir nach außen hin hier nichts tun, was der schließlichen Stellungnahme unserer Regierung in unangenehmer Weise präjudizieren könnte. Dafür hat das Volk volles Verständnis.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort (D) der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp**, Abgeordneter: Meine Herren, ich habe mich für verpflichtet erachtet, dasjenige vorzutragen, was wir von unserem Standpunkte und unserer Auffassung aus als unsere Gewissenspflicht und als unsere patriotische Pflicht in diesem Augenblick zu sagen uns für genötigt halten. Ich habe keinem der Herren, die darüber von ihrem Standpunkte aus anderer Ansicht sind, meinerseits den leisesten Vorwurf gemacht.

(Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

— Nicht den leisesten Vorwurf. Ich habe das Recht anderer Parteien, über diese Frage anders zu denken, in keiner Weise angefochten. Ich habe nur von unserer Gewissenspflicht und von der Pflichterfüllung gesprochen, die wir als eine patriotische Pflicht des Tages ansehen. Dann aber bitte ich, uns auch dasselbe Recht zuzugestehen, daß wir hier nach unserer Pflicht handeln, und wenn wir das tun, daß nicht mit beleidigenden Anwürfen geantwortet wird. Wenn Herr **Ebert** wirklich gemeint haben sollte, daß wir unsere schweren Sorgen und Empfindungen, die wir um des **Eindrucks nach außen** willen aufgeputzt hätten, so war das ein beleidigender Vorwurf, der unter mir steht.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Ich habe für uns die Erklärung abzugeben, daß wir der Ansicht sind, daß es nicht angebracht ist, heute in die Erörterung der Note einzutreten.

Präsident: Meine Herren, von den Parteien und Rednern, die für eine **Besprechung der Wilson-Note** im Rahmen der heutigen Generaldiskussion entgegen den Be-

(Präsident.)

schlüssen des Seniorenkonvents sind, ist eine Anregung dahin, die Entscheidung des Hauses herbeizuführen, nicht ergangen.

(Abgeordneter Graf v. Westarp: Darf ich bitten abzustimmen!)

— Herr Graf v. Westarp beantragt die Abstimmung des Hauses über die Frage, ob die neueste Antwort Wilsons Gegenstand der Besprechung in der heutigen Generaldiskussion sein soll oder nicht.

Ich bitte diejenigen Herren, die der Meinung sind, daß die Wilson-Note aus der heutigen Besprechung ausgeschieden werden soll, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit.

Ich werde, so schwer es fällt, es einzurichten wissen, daß über die Wilson-Note heute nicht gesprochen wird.

Wir können nunmehr in die Debatte selbst eintreten.

Ich eröffne die Generaldiskussion und gebe zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Korfanty.

Korfanty, Abgeordneter: Meine Herren, die letzten Debatten des Deutschen Reichstags bilden ohne Zweifel ein denkwürdiges Kapitel in der Weltgeschichte. Für das deutsche Volk werden sie ein Wegweiser auf seinem neuen Wege in die Zukunft sein, von der wir wünschen, daß sie glücklicher sei als die herrlichen Zeiten, denen das deutsche Volk von seinen Machthabern entgegengeführt worden ist. In den letzten Tagen haben die Polen, Elsässer und Dänen sich von diesem Staate losgesagt, indem sie den Wunsch zum Ausdruck brachten, die letzten Bande, die sie mit diesem Staate verknüpfen, baldigst durch den Friedenskongreß gelöst zu sehen.

Diese Auseinandersetzungen haben hier eine zwiefache Wirkung ausgelöst. Einerseits hat der Herr Abgeordnete **Kreth** hier erklärt, daß in Anbetracht dieser Debatten einem Deutschen die Schamröte ins Gesicht steigen müßte. Ich nehme an, daß in Erwägung der letzten Ereignisse der Herr Abgeordnete Kreth die ganze Schädlichkeit eines gewissen Systems erkannt hat, und daß ihm die Schamröte ins Gesicht gestiegen ist, daß dieses System straflos Jahrzehnte lang zum Unglück des deutschen Volkes und zum Unglück der Welt hat sein Unwesen treiben können. Ist dem so, so wäre es ein erheblicher Fortschritt auf dem Wege der Besserung und Einsicht.

Der Herr Abgeordnete Kreth hat dann ferner von dem sterbenden Löwen gesprochen, dem die Vertreter der nichtdeutschen Nationalitäten hier Fußtritte versetzt hätten. Er drohte, daß der Löwe noch nicht tot sei und mit seinen Pranken noch tüchtige Schläge versetzen könne. Meine Herren, das bisherige **preußische System** möchte ich nicht mit einem Löwen vergleichen. Ich habe einen ganz anderen zoologischen Ausdruck dafür. Ich bin nur viel zu höflich, um ihn hier zu gebrauchen. Ferner möchte ich bemerken, es ist nicht unsere Art, sterbenden Löwen Fußtritte zu versetzen. Herr Abgeordneter Kreth, Sie werden uns zugeben, daß wir einen offenen und ehrlichen Manneskampf mit dem preußischen System geführt haben auch zu der Zeit, wo es auf dem Gipfel seiner Macht stand und in vollem Siegesbewußtsein war.

Von anderer Seite des Hauses — und das war wohl die Mehrheit — wurde zugegeben, man könne sich nicht wundern über die Absonderungsbestrebungen der Polen und Dänen: denn man habe ihnen wahrhaftig keine Liebe zu Preußen und Deutschland eingeflößt. Diese verschiedenen Urteile des Reichstags über diese Fragen sind für mich ein weiterer Beweis dafür, daß es **zwei Deutschland** gibt, welche beide hier zu Worte gekommen sind: das Deutschland der Militärs und der Bureaukraten, dessen Vertreter die Herren Kreth und Genossen sind, und das deutsche Volk, welches noch heute einen schweren Kampf (C) für seine nationale Einheit und bürgerliche Freiheit führt.

Über das Deutschland der Militärs und der Bureaukraten hat mein politischer Freund Stychel hier neulich das schärfste Urteil gefällt. Mit diesem Urteil stehen wir nicht vereinzelt da. Die Mehrheit des deutschen Volkes teilt dieses Urteil, zusammen mit uns denkt so die ganze Welt.

Gegen das Deutschland, das um seine Freiheit und Einheit noch kämpft, ist unsererseits nie ein Angriff unternommen worden. Auch ich habe die guten Eigenschaften in meinem langjährigen politischen Kampfe — ich, der ich als der Heftigste gelte — stets anerkannt und hervorgehoben.

Meine Herren, das bisherige **preußische System** hassen wir nicht, wie Sie uns imputieren. Es sind ganz andere Gefühle, die wir dafür haben: die Gefühle der Verachtung.

(Zuruf.)

— Sie, Herr Abgeordneter Kreth sind für das preußische System; es ist gut, daß Sie sich melden.

(Bravo! bei den Polen.)

Das **deutsche Volk** schätzen und achten wir. Wir haben es nie vergessen, daß das deutsche Volk sein Teil zu der Entwicklung der Welt redlich beigetragen hat. Wir haben es nie vergessen, daß wir manche Anregungen dem deutschen Genius verdanken, trotzdem uns das verdammte preußische System die Sprache Schillers und Goethes zu verekeln suchte. Für das deutsche Volk, das brav, fleißig, hochbegabt, so viel Geisteshelden hervorgebracht hat, das an allen großen geistigen Bewegungen Europas regen Anteil genommen und so viel Denkmäler der Kunst geschaffen hat, sind wir voller Achtung. Und mit diesem großen deutschen Volke haben wir innigstes Mitleid über die Katastrophe, die über dieses Volk hereingebrochen ist, eine Katastrophe nicht ob der Sünden des deutschen (D) Volkes, sondern als Strafe für gewisse Mängel in seinem Charakter. Das deutsche Volk hat sich als zu schwach erwiesen, um den preußischen Ideen erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen. Es ist in blindem Autoritätsglauben, in einem Mangel an freiheitlichem Sinn und politischer Selbstachtung, in allzugroßer Gefügigkeit durch eine gewisse Zeit den Einflüssen und Lehren derjenigen unterlegen, die durch Worte und Taten ein eisernes Band und Haß um die deutsche Nation geschmiedet haben. Das deutsche Volk ist leider für eine gewisse Zeit in die Rolle von Lohnsklaven in der nationalen Industrie Preußens herabgesunken, diese nationale Industrie Preußens war bis jetzt der Krieg.

(Zuruf rechts.)

— Aber es ist leider wahr. Wenn Sie auch protestieren, so ist es deshalb nicht unwahr.

Das preußische System hat es verhindert,

(Zuruf)

— Sie kennen die Geschichte Preußens nicht, Sie sind ja Sachse, — das preußische System hat es verhindert, daß das deutsche Volk seine wirkliche Freiheit und Einheit erlangte. Dieses System hat aus Deutschland ein vergrößertes Preußen gemacht.

Als der **Militär- und Bureaukratenstaat** zu seinem größten Schlage ausholte, hat ihn sein Schicksal erreicht. Trotz anfänglicher großer Erfolge auf den Schlachtfeldern ist dieses System durch sich selbst schließlich zusammengebrochen. Wir sehen jetzt das deutsche Volk dabei, dieses System abzubauen, weil es in ihm seinen größten und erbittertsten Feind erkannt hat, und bei dieser befreienden Arbeit beglückwünschen wir das deutsche Volk zusammen mit der ganzen Welt. Wir wünschen ihm in seinem und der Menschheit Interesse den größten Erfolg nach dieser Richtung hin.

(Korfanty, Abgeordneter.)

(A) Meine Herren, der **Zusammenbruch der Macht Napoleons** war einst die Stunde der **Geburt der deutschnationalen Idee.** Die alte deutsche Sehnsucht nach nationaler Einheit und bürgerlicher Freiheit ist damals zu einer politischen Realität geworden. Allerdings wurde diese politische Realität von den absoluten Herren auf dem Wiener Kongreß mit Füßen zertreten zusammen mit unserem Streben und unserer Sehnsucht nach Einheit und Freiheit.

Jetzt ist der **Zusammenbruch** des Napoleon-Staates **Preußen** erfolgt. Dieser Zusammenbruch ist gleichzeitig die Geburtsstunde der Freiheit aller unterdrückten Völker Europas, nicht ausgenommen des deutschen Volkes mit, und kein zweiter Wiener Kongreß wird da sein, der die Errungenschaften der heutigen Zeit brutal mit Füßen zertritt.

Der in diesem Lande vor kurzem noch so viel geschmähte Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, ist als Wortführer der demokratischen Welt der eifrigste Verfechter der Freiheit aller, und alle geknechteten Völker jubeln ihm zu. Es ist eine wunderbare Fügung Gottes, daß das alte Preußen, das alte Rußland, das alte Österreich an der Kraft der nationalen Idee zugrunde gehen, an welcher diese drei Staaten das größte Verbrechen begangen haben.

(Zuruf.)

War es doch auf Anstiften eines preußischen Königs, daß die drei benachbarten absoluten Monarchen, denen die Freiheit Polens ein Dorn im Auge war, die Majestät der polnischen Nation aufs frivolste verletzt und die polnische Nation unter sich aufgeteilt haben. Dieses Verbrechen hat jetzt seine Strafe gefunden. Die Stunde der **Teilung Polens** ist zugleich die **Geburtsstunde der nationalen Idee.** Nach der Teilung unseres Reiches haben unsere Väter, in alle Winde zerstreut, der Welt mit lauter (B) Stimme zum Bewußtsein gebracht, daß die Staatseinrichtungen ungerecht und die Grenzen der Staaten unnatürlich sind. Der Geist des vergewaltigten Polens ging in der Welt umher und suchte nach Verkörperung. Seit der Teilung des polnischen Staates waren unsere Väter überall die Verfechter der nationalen und bürgerlichen Freiheit der Völker. Überall finden wir sie. Jenseits des großen Wassers kämpften sie unter Kosciusko und Pulawski für die Unabhängigkeit der Nordamerikanischen Staaten. In Sachsen kämpfen sie 1848 für die Volksrechte. 1848 auf den Berliner Barrikaden war es polnisches Blut, vermischt mit deutschem, das dem preußischen Volk das bißchen Freiheit, das es bis jetzt gehabt, errungen hat.

(Sehr wahr! bei den Polen.)

Wir sehen unsere Väter in Baden für die Republik kämpfen, in Ungarn, wo sie für die Freiheit der ungarischen Nation ihr Blut reichlich vergossen. In der Heimat unternahmen sie einen Freiheitskrieg nach dem anderen: in Strömen von Blut wurden diese edlen Bemühungen erstickt durch die Zaren. Unsere Väter haben den absoluten Herren der Welt manche schlaflose Nächte bereitet. Die heilige Allianz, dieser Tyrannentrust zur Unterdrückung der Freiheit der Völker, fahndete vor allen Dingen nach polnischen Verschwörern, und die Reden Bismarcks sind noch ein Zeugnis dafür, daß selbst diesen großen Staatsmann bis in die letzten Jahre beständig der polnische Alp drückte. Meine Herren, und das alte Preußen hat bis in die letzte Zeit hinein dem uns zugefügten Unrecht in der Weise zu begegnen gesucht, daß es unerhörte Ausnahmegesetze, kleinliche Schikanen und wirtschaftliche Unterdrückungen anwendete, um die Kraft der polnischen Nation zu brechen. Und noch in den ersten Tagen des Monats Juli d. J. haben die Mehrheitsparteien des preußischen Abgeordnetenhauses es gewagt, einen Antrag auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der diese verruchte Unterdrückungspolitik unserer Nation äternisieren sollte.

Der Abgeordnete **Noske** wandte sich hier gestern gegen angeblich zu weitgehende **polnische Aspirationen,** und er prophezeite, daß in dem künftigen polnischen Staat die nationalen Minderheiten durch die Polen unterdrückt würden.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— So habe ich Sie verstanden. Sollte das der Fall sein, so müßte ich diesen Vorwurf als eine Beleidigung unserer Nation auf das entschiedenste zurückweisen.

(Lachen und Zurufe.)

Ein Volk wie das polnische, das während seiner staatlichen Selbständigkeit ein Hort der Freiheit und ein Zufluchtsort aller Verfolgten in Europa war,

(Widerspruch und Zurufe)

— Juden und Protestanten, Dissidenten, alle Sektierer haben bei uns Aufnahme gefunden —, ein Volk, welches so große Opfer für die Freiheit der anderen Nationen gebracht hat, das ist nicht im stande, anderen Völkern das anzutun, was es selbst von den Teilungsmächten erlitten hat.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich werde darauf kommen. — Ein Volk, das auf seine nationale Fahne den Wahlspruch geschrieben hat: Für Eure und unsere Freiheit! — das kann keine andere Nation vergewaltigen.

Wenn wir bei der Vergangenheit bleiben, so erinnere ich Sie daran: in den Zeiten, als in Deutschland infolge von Mangel an Toleranz die Bevölkerung sich zerfleischte, als wegen religiöser Verfolgungen Ströme von Blut flossen, da herrschte in **Polen** vollständige **religiöse Freiheit.** Der begabteste und liberalste Herrscher des 16. Jahrhunderts, der polnische König Siegmund August antwortete, als ihm die Zumutung gestellt wurde, er solle die Andersgläubigen, also die Nichtkatholiken, nach deutschem Muster verfolgen: ich herrsche über Menschen, aber nicht über ihre Gewissen.

(Hört! hört! bei den Polen.)

Und einer seiner Nachfolger, der König Stephan Batory, erklärte in einer ähnlichen Lage: nunquam humanas conscientias cogi posse censeo, ich glaube, daß menschliche Gewissen niemals vergewaltigt werden dürfen.

Diese paar Bemerkungen über die Vergangenheit Polens bitte ich den Herren Abgeordneten Ledebour ebenfalls zur Kenntnis nehmen zu wollen, welcher hier gestern von der Bedrückung anderer Nationalitäten durch polnische Könige und polnische Bourgeoisie sprach. Im übrigen werde ich noch später Gelegenheit haben, mich mit den Ausführungen des Herrn Ledebour zu beschäftigen.

Mit Befriedigung stelle ich die Erklärung des Herrn Staatssekretärs Dr. Solf fest, daß die **deutsche Regierung** das **Programm des Präsidenten Wilson** nicht nur angenommen hat, sondern in allen Punkten im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen will. Wie ist es aber mit dieser Erklärung zu vereinbaren, daß in den polnischen Landesteilen kommunale Körperschaften, gebildet auf Grund eines höchst undemokratischen Wahlrechts und auf Grund von Ausnahmegesetzen, gegen dieses von der Re-Regierung akzeptierte Wilsonsche Programm Sturm laufen, während es der polnischen Bevölkerung dieser Landesteile durch die Militärgewalten verwehrt wird, irgendwie Stellung zu diesen Fragen zu nehmen, während die stellvertretenden Generalkommandos der polnischen Presse jede Erörterung über das zukünftige Schicksal der polnischen Landesteile untersagen, mit Strafe belegen und und als Hochverrat bezeichnen und verfolgen!

(Hört! hört! bei den Polen.)

Es wird uns heute soeben telephonisch von Posen mit-

(**Korfanty**, Abgeordneter.)

geteilt, daß das **stellvertretende Generalkommando von Posen** der polnischen Presse verboten hat, die **Rede** des Kollegen **Stychel**, die er hier neulich gehalten hat, in aller Ausführlichkeit besonders zu bringen.

(Hört! hört! bei den Polen.)

Wird die Ehrlichkeit und die Loyalität der neuen Regierung durch diese Militärgewalten nicht in Zweifel gestellt? Alle chauvinistischen deutschen Organisationen veranstalten stürmische Kundgebungen gegen das Wilsonsche Programm, den Polen wird der Mund völlig geknebelt.

Noch eins. Ich las heute früh in der Presse, daß **Vertreter der Deutsch-Österreicher** in Berlin erschienen seien, um eventuell über die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhandeln. Die Herren haben ungestört hierher kommen können.

(Zurufe.)

Von irgendwelchen Hindernissen seitens der österreichischen Regierung hat man nichts gehört.

Wir haben neulich beschlossen, daß unsere **Fraktion** auf Einladung der obersten polnischen Behörde **Vertreter nach Warschau** schicke, damit wir, was natürlich ist, uns über die zukünftige Gestaltung unseres Volkes beratschlagen. Die Reichsregierung, die mit aller Ehrlichkeit das Wilsonsche Programm angenommen hat, verweigerte uns die Pässe nach Warschau.

(Hört! hört! bei den Polen.)

Ich muß entschieden Verwahrung einlegen gegen die Behauptung des Herrn Staatssekretärs, als ob wir Polen nicht einen Frieden des Rechts und der Versöhnung anstrebten, vielmehr Forderungen stellten, die in schreiendem Gegensatz zu den Grundsätzen des Herrn Präsidenten Wilson ständen, auf territoriale Eroberung volksfremden Landes ausgingen und durch eine angeblich gewaltsame Auslegung der neuen völkerrechtlichen Grundsätze das Rechtsgefühl des deutschen Volkes auf das schwerste verletzten.

Meine Herren, wir verlangen keinen Schritt deutschen Bodens. Wer verlangen im Einklang mit dem Punkt 13 des Präsidenten Wilson ein **einiges**, aus allen drei Teilen zusammengesetztes **Polen mit einem gesicherten Zugang zum Meere**, das heißt mit einer eigenen Meeresküste, bewohnt von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung, deren Vertreter hier im Reichstag in der Person des Abgeordneten Dr. v. Laszewski sitzt. Keine statistischen Kunststücke vermögen die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß in Westpreußen das linke Weichselufer bis hinab zur Halbinsel Hela, diese inklusive, von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt ist.

Was **Danzig** anbetrifft — wir leugnen es nicht, es ist eine unzweifelhaft deutsche Stadt. Wird es vom Friedenskongreß zu Polen geschlagen, was wir erhoffen,

(hört! hört! und Zurufe links und rechts)

so wird Danzig lediglich das Schicksal der vielen Minoritäten und fremdsprachigen Enklaven teilen, die bei der endgültigen Regelung der Verhältnisse Europas nicht zu vermeiden sein werden. Danzig hat sich einst vor seinen Bedrückern, den eigentlichen Vätern des von uns so verdammten preußischen Systems, in die schützenden Arme des freiheitlichen Polens geflüchtet.

(Lachen rechts.)

— Ja, es ist wahr und geschichtlich erwiesen. Danzig wurde ein Bundesstaat der Republik Polen mit weiter Autonomie und fühlte sich unter der Herrschaft Polens so glücklich, daß es sich mit Waffengewalt der Einverleibung in Preußen widersetzte. An diese geschichtliche Tatsache möchte ich Sie erinnern. Zum Beweise, wie die Danziger Bürger über die polnische Freiheit noch in der letzten Zeit dachten, verweise ich Sie auf **Schopenhauer**. Bitte, schlagen Sie einmal Schopenhauers Inauguraldissertation nach. Da erzählt Schopenhauer, daß sein Vater, nachdem Danzig in Preußen einverleibt wurde, erklärt hatte, er (C) wolle den Staub von seinen Füßen schütteln und Danzig verlassen, denn mit der Abtrennung Danzigs von Polen sei es mit der Freiheit dahin. Er stellte einen dementsprechenden Antrag an die preußische Regierung, die ihm erklärte: Dein Abzug ist nur gestattet, wenn du 10 Prozent deines Vermögens als Abgabe zahlst,

(hört! hört! bei den Polen)

und Schopenhauers Vater hat es vorgezogen, lieber diese 10 Prozent seines Vermögens zu entrichten, als in der Unfreiheit Preußens zu leben.

Meine Herren, Herr Ledebour setzte gestern hier auseinander, welche **Landesteile** nach seiner Ansicht zu dem **künftigen Polen** fallen würden. Ich bestätige seine Angaben und erkläre, daß wir die polnischen Kreise Oberschlesiens und Mittelschlesiens — keinen einzigen deutschen Kreis! — Posen, das polnische Westpreußen und die polnischen Kreise Ostpreußens beanspruchen.

(Lachen links, Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten)

Präsident: Herr Abgeordneter Korfanty, ich möchte Sie auf folgendes aufmerksam machen. Ich glaube, Sie verwechseln den Deutschen Reichstag mit dem künftigen Friedenskongreß.

(Zustimmung.)

Sie sollten ein Empfinden dafür haben, daß es im Deutschen Reichstag nicht angeht, von dieser Tribüne aus die Losreißung deutschen Gebietes zu besprechen.

(Bravo!)

Wenn Sie ein Verständnis für das Empfinden Deutscher haben, so müssen Sie dafür ein Einsehen besitzen.

Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Korfanty, Abgeordneter: Herr Präsident, ich habe durchaus nicht die Absicht, die Gefühle des deutschen Volkes zu verletzen, und ich glaube, daß unter den neuen (D) Verhältnissen deutsche Gefühle nicht dadurch verletzt werden können, daß die Abtretung polnischer Landesteile an Polen gefördert wird. Im übrigen möchte ich bemerken, daß wir Polen von Anfang des Reichstags an, seit wir in dieses Haus eingetreten sind, uns hier stets als eine Delegation der ganzen polnischen Nation betrachtet haben; und das sind wir auch heute noch.

Der Herr Staatssekretär Dr. **Solf** hat uns gestern seine Hilfe gegen jede Unterdrückung der polnischen Nation angeboten. Meine Herren, ich weise diese Hilfe des Herrn Staatssekretärs Dr. Solf mit Dank ab. Der Herr Staatssekretär hat ferner unsere **Ansprüche auf Vergütung** für die durch die Deutschen in Polen verursachten **Kriegsschäden** mit dem Hinweise darauf zurückweisen zu können geglaubt, was Deutschland mit Gut und Blut für die Befreiung Polens getan habe. Meine Herren, vor dem Andenken der Deutschen, die ihr junges Leben in Polen dahin gaben, beugen wir mit Ehrfurcht unser Haupt. Wir beklagen das Schicksal dieser Tausende, die da ihr Blut haben vergießen müssen und nun den letzten Schlaf in polnischer Erde schlummern. Aber, meine Herren, wir bestreiten es ganz entschieden, daß mit ihrer Hilfe eine Befreiung Polens vom russischen Joch beabsichtigt war oder die Wiederherstellung eines polnischen unabhängigen Staats durch Deutschland auch nur versucht worden ist. Um die polnische Beute stritten sich Jahre lang Deutschland und Österreich, und beiden ist sie schließlich entschlüpft.

Und, meine Herren, wie die Freiheit Polens in den Köpfen der bisherigen deutschen Machthaber aussah, erhellt aus einem **Telegrammwechsel** vom 19. September dieses Jahres **zwischen dem damaligen Staatssekretär Hintze und Herrn Ludendorff**, der in der bolschewistischen „Prawda" veröffentlicht worden ist. Der frühere Staatssekretär Hintze berichtet in diesem Telegramm an Luden-

(**Korfanty**, Abgeordneter.)

(A) dorff über seine Verhandlungen mit dem Grafen Ronikier, betreffend die austropolnische respektive deutschpolnische Frage, im Falle welcher Wilna mit dem Zwischengebiet an Polen fallen sollte. Hintze sagt in diesem Telegramm folgendes:

> Ich gab dem Grafen Ronikier unzweideutig zu verstehen, daß im Falle der austropolnischen Lösung wir darauf beharren, die Grenze bedeutend zu ändern einschließlich des ganzen polnischen Kohlengebietes.

— Also das polnische Kohlengebiet wollte Herr Hintze von Polen abtrennen. Aber viel interessanter ist, was der sich angeblich nur mit militärischen Dingen beschäftigende General Ludendorff geantwortet hat. Ludendorff telegraphierte an Herrn Hintze:

> Ich kann meine Übereinstimmung zur Lösung „Warschau-Wilna" geben nur unter der Bedingung fester Garantien, daß in diesem Falle das notwendige feste Bündnis zwischen Polen und Deutschland vollkommen gesichert wird, und daß der Transport durch Polen nach der Ukraine und Rußland nicht erschwert wird. (Ein Bündnis auf Grund der militärischen, telegraphischen, Post- und Wirtschaftsverhandlungen.) Die Bialowieski-Waldungen mit dem notwendigen kleinen Vorlande müssen preußische Staatsgüter werden. Zollfreier Transit unserer Waren, einen Teil unserer Militärschulden muß Polen auf sich nehmen. In der Entwicklung und Entfaltung Litauens

— das folgende möchte ich hiermit zur Kenntnis der Litauer bringen —

> kann der Verlust der polnischen Gebiete keine Bedeutung haben. Zwar hat der Reichskanzler in seiner Antwort auf die Erklärung des litauischen Landesrats am 2. Dezember 1917 Wilna den
(B) Litauern versprochen. Litauen würde als ein freier, selbständiger Staat „auf Grund der betreffenden Erklärung", das heißt mit der Hauptstadt Wilna, anerkannt. Aber die Stimmung des Landesrats in der letzten Zeit in Betracht ziehend, könnte man sich auf dem Wege des Konfliktes von diesem Versprechen befreien.
>
> (Lebhafte Rufe bei den Polen: Hört! hört!)
>
> Auf jeden Fall, ein „kleines Litauen" könnte als ein selbständiger Staat existieren nur unter der Bedingung eines persönlichen Bündnisses mit dem Deutschen Reiche oder noch besser mit Preußen. Man kann dann in Litauen Aufruhr erwarten Aber dagegen müssen rechtzeitig militärische Maßregeln angewendet werden, noch bevor der neue politische Kurs im Volke bekannt wird.

Und wie sich Ludendorff damals am 19. September d. J. die Freiheit Polens dachte, erfahren Sie aus folgendem. Er sagt:

> Ich sende Eurer Exzellenz eine Karte mit der Vermerkung der Grenzlinie, entsprechend dem Grundsatz „Wilna—Warschau". In Betracht ziehend, daß in unserer Verfügung keine sichere Aufmarschbasis für den Angriff im Sinne des „großen" Litauens besteht, ist für uns unbedingt notwendig vom militärischen Standpunkt aus die Vorpostengebiete wie Ostrolenka–Lomscha und Osowiec zu besitzen, die zu erhalten, wie ich glaube, nicht schwer sein wird.

Noch ein Passus, der so bezeichnend ist für die Bündnistreue zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Herr Ludendorff sagt:

> — Um in Polen nach Möglichkeit die austropolnische Lösung zu stören, würde ich Eurer Exzellenz vorschlagen, in diesem Falle möglichst weit den Grenzstreifen, den wir aus militärischer (C
> Überlegung verlangen werden, zu bestimmen, zum Beispiel auf den Linien Pilica, Rawka, Bzura, Narew, freilich, wenn sich Euer Exzellenz nicht durch Verpflichtungen mit Polen und Österreich-Ungarn gebunden haben, die Grenze laut Memorandum vom 9. Juli 1917, das als Minimum der militärischen Verlangen gilt, zu bestimmen.

Wenn diese Vorschläge Gewalt angenommen hätten, dann wäre das freie Polen, von Deutschland geschaffen, ungefähr so groß gewesen, daß es Warschau mit der Sächsischen Insel und den Warschauer Kreis umfaßt hätte. Auf den Lippen hatte Deutschland stets die Freiheit Polens, die Taten bedeuteten aber etwas ganz anderes. Ich will kein Bild der Leiden entwerfen, die unser Volk von den Deutschen erlitten. Ich erinnere nur an die **Vernichtung der polnischen Industrie,** an die Vernichtung und Zerschlagung aller Maschinen, an den Wegtransport sämtlicher Rohmaterialien und Fertigfabrikate, daran, daß auf Vorstellungen von Lodzer Industriellen ein hoher deutscher Beamter in Warschau lächelnd erklärt hat: „Meine Herren, wozu brauchen Sie eine Industrie? Sie können es doch alles von uns viel billiger geliefert haben!"

(Hört! hört! bei den Polen. — Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Ich will nur bemerken, daß die Kriegsrohstoffstelle in Chemnitz allein für 8 Millionen Teppiche und andere Waren, aus den okkupierten Gebieten herstammend, verkauft hat,

(hört! hört! bei den Polen)

was nach dem Völkerrecht unzulässig ist. Von der Requisition von Vieh, landwirtschaftlichen Produkten und Maschinen will ich nicht sprechen. Und diese gewaltige, hinterlistige oder gewaltsame Massenausfuhr von Menschen aus Polen nach Deutschland und das Sklavendasein dieser (I
700 000 armen polnischen Leute, von denen ein großer Teil fast fünf Jahre lang das Leben von entrechteten Sklaven hier fristet — —

(Zuruf bei den Nationalliberalen.)

— Sie haben keine Ahnung, wie es unseren Leuten ergeht.

(Wiederholter Zuruf bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, die **Verhaftung aller politisch unbequemen Leute in Polen!** Ich will die Sache nicht näher ausführen, ich will Sie nur von dieser Stelle aus bitten, daß Sie in anbetracht der neuen Lage unsere nach dieser Richtung hin gehende Resolution um Gewährung der Freiheit für alle diese Leute einstimmig annehmen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere ferner daran, daß der Mann, der von einem sehr erheblichen Teile der polnischen Nation heute als Nationalheld verehrt wird, der Führer der einstigen Legion **Pilsudski,** der Mann, dem die polnische Nation heute das Kriegsministerium anvertraut hat, trotz aller Gesuche seitens der polnischen Behörden immer noch auf der Festung Magdeburg sitzt.

(Hört! hört! bei den Polen.)

Meine Herren, ich will davon nicht sprechen, wie rücksichtslos das ganze **polnische Leben in Litauen unterdrückt** worden ist, polnische Schulen geschlossen sind, neues Eröffnen verboten wurde. Noch am letzten Sonntag, am 20. dieses Monats, hat der Militarismus in Wilna Orgien gefeiert. Ein Dankgottesdienst wurde in der dortigen Kathedrale gehalten aus Anlaß des Manifestes des polnischen Regentschaftsrats, betreffend das einige und unabhängige Polen. Gegen 15 000 Menschen sammelten sich auf dem großen Platz vor der Kathedrale an. Gegen diese ritt die deutsche Polizei Sturm. Viele Leute wurden verwundet, Blut floß auf dem Aufgang zur Kirche. In

(**Korfanty**, Abgeordneter.)

(A) die Kirche wurde hineingeschossen. Ich will nicht von der Verschleppung niederer Geistlicher und hoher kirchlicher Würdenträger wie des Bistumsverwesers von Wilna, Michalkiewicz, sprechen, der heute noch nicht die Freiheit wieder erlangt hat, soweit ich informiert bin, weil er die Politik des alten Systems durchkreuzte.

Meine Herren, wegen all dieser Taten klagen wir nicht das deutsche Volk an — das ist unschuldig! — Schuld daran hat der Militarismus, unter dem das deutsche Volk ebenso schwer gelitten hat, wie die Bevölkerung in allen besetzten Gebieten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, Gerechtigkeit und Billigkeit erheischen es, daß für die angerichteten Schäden ein Ersatz gewährt wird; und wenn aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Solf neulich durchgeklungen ist, daß wir **Polen gegen Deutschland undankbar** seien, so möchte ich demgegenüber bemerken: Gefühle der Dankbarkeit sind überhaupt keine Umlaufsmünze in der Politik!

(Unruhe links.)

Wenn man sich aber auf diesen Standpunkt stellt, dann könnte ich die Frage so formulieren: die bisherigen Machthaber sind undankbar gegen das polnische Volk, von dem hier von amtlicher Stelle zugegeben worden ist, daß es allein Deutschland so lange die Fortführung des Krieges ermöglicht hat. Meine Herren, Sie verlangten Dankbarkeit von der polnischen Nation für ein System, an dessen Spitze die alten deutschen Machthaber standen. Aber wir konnten und können uns nicht mit einem System befreunden, welches derartige Maximen aufgestellt hat, wie: Der grausamste Krieg ist der menschlichste! — Lodz hungert, und das ist gut! — Für ein von den Russen niedergebranntes Dorf sollen 40 polnische oder litauische Dörfer eingeäschert werden! — Meine Herren, für diese Moral haben wir kein Verständnis.

(B) (Sehr richtig! bei den Polen. — Zuruf links.)

Jetzt, meine Herren, einige Worte für Herrn **Ledebour**. Er hat sich gestern hier über den angeblichen Oberlehrer, auf den sich mein Freund Stychel berufen hat, lustig gemacht. Verzeihen Sie, Herr Ledebour, aber Ihre gestrigen Ausführungen haben auf mich ganz den Eindruck eines Schulmeisters gemacht.

(Heiterkeit bei den Polen.)

Sie haben in Ihren Ausführungen behauptet, daß das **Charakteristikum für den Nationalitätenbegriff die Sprache** sei. Das trifft nicht zu, Herr Ledebour, und wenn Sie diese Behauptung aufstellen konnten, so sind Sie den Verhandlungen hier nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gefolgt; denn dann wäre Ihnen nicht entgangen, daß die Elsässer und Lothringer, trotzdem sie deutscher Abstammung sind, für sich das Selbstbestimmungsrecht beansprucht haben, weil sie sich innerlich als Franzosen fühlen. Denken Sie doch an die Iren, Herr Ledebour! Ein großer Teil der Iren spricht nicht mehr die irische Sprache, ist aber national irisch.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich verstehe wohl! Aber sehen Sie nun, daß Sie der Schulmeister sind? — Herrn Ledebour wird auch nicht unbekannt sein, daß Lloyd George zu seinen Wählern nicht englisch spricht, sondern walisisch. Trotzdem sind die Waliser vorzügliche Engländer.

Noch eins habe ich mit Ihnen abzumachen, Herr Ledebour. Sie haben gestern für die **Beamten** in den polnischen Landesteilen das **Mitbestimmungsrecht** über die Zukunft dieser Länder gefordert. Damit dürften Sie außerhalb der Grenzen Deutschlands wohl ziemlich allein stehen. Denn wenn Sie den nach den polnischen Landesteilen geschickten Beamten das Mitbestimmungsrecht über die Zukunft dieser Landesteile gewähren, geben Sie ja geradezu eine Prämie auf die verwerfliche Politik, die Sie bis jetzt ebenso wie wir verurteilt haben, auf die Politik, welche zu Germanisationszwecken deutsche Elemente in die andersprachigen Gebiete entsandte, die sich dort nicht aus eigener Kraft erhalten konnten und aus Staatsalmosen ihr Dasein fristeten.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— So? Dann entschuldigen Sie!

Meine Herren, das **polnische Volk** will einen ehrlichen **Rechtsfrieden**, und zwar nicht seit drei Wochen, sondern seit Jahrzehnten. Aber altes Unrecht muß vorher gesühnt werden. Die Eckpfeiler des Rechtsfriedens und des Völkerbundes sind die nationale und die bürgerliche Freiheit der Völker. Die Vorbedingung dafür hat das deutsche Volk in diesem Falle zu erfüllen.

Meine Herren, in dieser ernsten Stunde, wo alte Verhältnisse, die uns bis jetzt verknüpft haben, sich bald lösen werden, dürfen wir nicht vergessen, daß die beiden Völker, Deutsche und Polen, aufeinander angewiesen sind.

(Sehr richtig! bei den Polen und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dessen sind wir stets eingedenk, meine Herren, und ich sage Ihnen, das durch hundertjährige Leiden geläuterte demokratische polnische Volk streckt dem demokratischen, vom alten Preußentum befreiten deutschen Volke seine Bruderhand entgegen zur Versöhnung, zu gemeinschaftlicher Arbeit, zu gemeinsamem Wohl und zum Nutzen der Menschheit.

(Bravo! bei den Polen.)

Vizepräsident **Dove**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg) Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete **Korfanty** hat heute nach meiner Auffassung zum Teil, mindestens im Anfang seiner Rede, aus einer anderen Tonart heraus gesprochen, als wir es sonst bei ihm gewohnt sind. In geschickter Weise hat er einen (D) **Gegensatz zwischen der brutalen Gewalt Preußens**, die die Polen immer bedrückt und unterdrückt, und dem freien gutherzigen **deutschen Volke** zu konstruieren versucht. Er hat diesen Gegensatz, von dem er glaubt, daß er im Reichstag besonders lebendig ist, für sich zu benutzen versucht, wahrscheinlich, wie ich annehme, aus Vorsicht mit Rücksicht auf die fast geschlossene Stimmung des Reichstags den ungemessenen Ansprüchen der Polen gegenüber. Meine Herren, ich habe mir keine Illusionen gemacht, wie ich überhaupt empfehle, den Polen gegenüber niemals Illusionen zu haben, daß Herr Korfanty plötzlich im Augenblick ein anderer geworden sei.

(Sehr richtig! rechts.)

In demselben Augenblick, in dem er von der Unterdrückung der Polen spricht, in demselben Augenblick verlangt Herr Korfanty die Stadt **Danzig**, eine auch nach seiner Ansicht unzweifelhaft deutsche Stadt, für das Königreich Polen; da hörten wir von neuem, was leider mancher nicht bisher glauben konnte, wohin polnische Wünsche und Herrschsucht zielen.

(Sehr richtig! rechts.)

Niemals ist das klarer zum Ausdruck gekommen. Die Stadt Danzig soll ein integrierender Bestandteil des Königreichs Polen werden, für das die Polen keinen Finger gerührt haben!

(Sehr richtig! rechts.)

Dafür verlangen Sie (zu den Polen) eine unzweifelhaft deutsche Stadt!

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Polen.)

Ich komme zurück zu dem Resultat der Debatte der letzten Tage. Seit drei Tagen spricht man im Deutschen Reichstage von der Möglichkeit der **Abtretung deutschen Reichsgebiets**.. Mitglieder von Parteien, von denen wir häufig genug loyale Kundgebungen an dieser Stelle gehört

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) haben, an denen man nicht rütteln durfte, wenn man nicht verfemt werden wollte, halten ihre einstigen Treuversicherungen jetzt — um mit dem elsässischen Abgeordneten zu reden — durch den Gang der Ereignisse für überholt. Sie streben fort vom Deutschen Reich, dessen Mitglieder, dessen Untertanen sie bis zu dieser Stunde sind.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

— Rechten Sie nicht mit Worten! Ich sage, dessen Bürger sie sind, sie sind als Bürger genau so verpflichtet wie auch als Untertanen. Ich mache mich auch nicht schlecht, wenn ich sage, daß ich ein Untertan des Deutschen Reiches bin.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Neben Worten scharfer Abwehr, die wir gestern, angefangen von der Rechten bis zur Linken, von sozialdemokratischer Seite von dem Herrn Abgeordneten Noske, gehört haben, finden hier Erörterungen mit einer Gründlichkeit über die Frage der Abtrennung deutschen Reichsgebiets statt — eine Frage, die für uns Deutsche keine Frage sein sollte —,

(sehr richtig! rechts)

als wenn es sich um Dinge handelte, die meilenweit entfernt liegen, als wenn es sich nicht um eigenes Land, um die Heimat von Millionen Deutscher handelte.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich spreche in diesem Augenblick als Angehöriger der Ostmark und darf im Namen aller Deutschen ohne Unterschied der Partei und der Konfession aussprechen, daß wir es nicht verstehen, wie im Reichstag über diese Dinge in dieser Art gesprochen wird,

(sehr richtig! rechts)

und daß wir flammenden Protest gegen jeden Versuch erheben, auch nur ein Stück deutschen Landes von unserem Vaterlande abzutrennen.

(Lebhaftes Bravo.)

(B) Wenn in einem polnischen Reichstage ein deutscher Abgeordneter in Zukunft Ähnliches sagen würde, würde er bald fünf Fuß über der Erde hängen.

(Sehr richtig! rechts.)

Deutsche Arbeit und **deutscher Fleiß** ist es vor allen Dingen gewesen, der dieses in so trauriger Lage einst übernommene Land zu dem gemacht hat, was es heute ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch die polnische Bevölkerung hat Anteil an dem starken **Aufstieg der Entwicklung in unseren Ostprovinzen** genommen. Gerade unter der vielgeschmähten preußischen Verwaltung sind diese Landesteile zu blühenden Provinzen, zu Stätten der Kultur geworden, wie sie kein anderer Teil des ehemaligen polnischen Königreichs auch nur entfernt aufweisen kann.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Polen.)

Im Gefühl dieser Leistungen preußischer Verwaltung und deutscher Kultur muß sich eine ganz besondere Bitterkeit in unser Herz schleichen, wenn wir uns an den Gang der Ereignisse der jüngsten Tage, Wochen, Monate und Jahre erinnern. Meine Herren, viele von uns haben es vorausgesehen und vorausgesagt, aber man glaubte uns nicht und schlug an den maßgebenden Stellen unsere Vermutungen in den Wind.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wie war es denn? Wie ist es denn gekommen? Mit kostbarstem deutschem Blute hat das deutsche Schwert die polnischen Lande von der Russenherrschaft befreit.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist gleichgültig, was Sie da sagen: ob es in unserer Absicht gelegen hat oder nicht; geschehen ist es.

(Sehr wahr! rechts.)

Am 5. November 1916 hat ohne jeden Zwang und Druck die **Proklamation des neuen Königreichs Polens** stattgefunden. Dieser Schritt hatte zur natürlichen und selbst- (C)
verständlichen und in amtlichen Kundgebungen festgelegten Voraussetzung, daß dadurch das Gefüge des preußischen Staates vor allen Dingen unberührt bleiben mußte,

(sehr richtig! rechts)

daß uns Polen nicht ein Feind und nicht ein Nachbar werden sollte, der seine Hände nach preußischen Grenzen ausstreckte.

Auf der großen **Versammlung in der Philharmonie in Warschau** am 5. November 1916 — an dem Tage der Königsproklamation — erging, von den Tausenden, die dort versammelt waren, einstimmig und begeistert begrüßt, ein **Telegramm an die beiden Kaiser,** die das Königtum proklamiert hatten. Ich lese daraus den Anfangssatz und den Schlußsatz vor:

> An diesem Tage, wo das polnische Volk erklärt, daß es frei sei und einen selbständigen Staat mit eigenem König, eigenem Heere und eigener Regierung erhalten wird, durchdringt die Brust eines jeden freiheitliebenden Polen das Gefühl der Dankbarkeit gegen diejenigen,
>
> (hört! hört! rechts)
>
> die es mit ihrem Blut befreit haben
>
> (hört! hört! rechts)
>
> und zur Erneuerung eines selbständigen Lebens berufen.

(Hört! hört! rechts.)

Und der Schlußsatz lautet:

> Daher senden wir den Ausdruck unserer Dankbarkeit und die Versicherung, daß das polnische Volk seinen Bundesgenossen die Treue zu bewahren imstande sein wird.

(Hört! hört! rechts.

Als Zeichen ihrer Dankbarkeit verlangen die Polen jetzt die deutsche Stadt Danzig, die Provinz Posen und den größten Teil von Westpreußen und Teile von Ost- (D)
preußen. Das ist der Dank für den 5. November 1916.

Meine Herren, der Angriff der Polen richtet sich in erster Reihe gegen uns Deutsche in der Ostmark, aber er trifft das Gefüge des preußischen Staates. Der Weg von Königsberg nach Breslau muß frei sein durch die Ostmark. Die **Deutschen der Ostmark,** die nicht bloß in Westpreußen, sondern auch in dem größten Teil der Provinz Posen die Mehrheit haben, haben ein Recht darauf, daß sie nicht bloß nach der nackten Zahl gezählt, sondern daß sie gewogen werden nach ihren Leistungen,

(sehr richtig! rechts)

und wir erwarten, daß man diesen Standpunkt am künftigen Verhandlungstisch von unserer Regierung, von den maßgebenden Faktoren, die von deutscher Seite auftreten werden, mit aller Schärfe vertreten wird, selbst bei Zugrundelegung der Wilsonschen Friedensbedingungen. Meine Herren, die treffen uns nicht: denn es gibt keinen Landesteil in unseren Ostmarken, der unzweifelhaft polnisch wäre.

(Sehr richtig! rechts.)

Deutsche Arbeit und deutscher Fleiß haben diesem Lande den Stempel deutschen Charakters aufgedrückt.

(Bravo! rechts.)

Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben.

(Bravo! rechts.)

Wir erwarten von der Regierung und dem Reichstag, daß sie ihre Pflicht tun.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gothein.

Gothein, Abgeordneter: Meine Herren, es sind schwarze Tage, die wir jetzt erleben,

(sehr richtig!)

(Gothein, Abgeordneter.)

(A) und jeder von uns empfindet mit tiefer Bitterkeit die Schwere, die auf uns lastet; er empfindet mit tiefem Schmerz, daß es möglich ist, daß solche Diskussionen im Reichstag stattfinden können und leider stattfinden müssen — das ist das härteste an dieser Sache.

Meine Herren, wenn wir jetzt vor einem Scherbenhaufen stehen, so müssen wir fragen: wer trägt schuld daran, wer ist schuld daran, daß sich die Gefühle weiter Kreise in unseren Randgebieten, die zum Teil deutscher Nationalität, zum Teil anderen Stammes sind, so äußern, daß sie nicht beim Deutschen Reiche bleiben wollen?

Für mich war das schmerzlichste, was ich in diesen Tagen gehört habe, die **Erklärung der Elsaß-Lothringer,** eines Landes, daß zu 90 Prozent von deutscher Bevölkerung bewohnt ist. Und es klang auch ein Schrei des Schmerzes aus der Erklärung, die hier gegeben wurde, und ein Dank für die, die eine Politik verfolgt haben, um das Verständnis dieser Bevölkerung für deutsches Wesen, für die Zugehörigkeit zu Deutschland zu erzielen.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wenn wir jetzt dort vor einem Scherbenhaufen stehen, so danken wir dieses traurige Ereignis denen, die durch eine unsinnige und wahnsinnige Politik gerade in Elsaß-Lothringen diesen Scherbenhaufen gezeitigt haben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, jahraus, jahrein haben wir verlangt, daß man diesem Staatswesen die Autonomie geben, daß Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern gehören sollte. Wir haben sie als deutsche Brüder an unsern Herzen mitgehegt, und da kam die Glacis-Theorie, da kam der Militarismus, der die deutsche Gesinnung in diesem Land zerschlagen hat.

(Sehr gut! links.)

(B) Was seinerzeit in Zabern gesündigt worden ist, das haben wir schaudernd noch mit hier erlebt in der Zeit des Krieges gegenüber den Gefühlen der Elsaß-Lothringer. Das erleben wir jetzt schaudernd nach dem alten Spruch: Wer Wind säet, wird Sturm ernten.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, es ist tief traurig für uns, daß auch während des Krieges vom Militarismus dort gewüstet worden ist, wie der Elefant im Porzellanladen, von jenen Kreisen, die überhaupt bloß die absolute Untertanenschaft sehen wollten. — Jawohl, Herr Schultz, die ihr Ideal ist! Von jenen Kreisen, die nicht das Verständnis für den freien Staatsbürger hatten. Wir hoffen trotzdem, daß, wenn die ruhige Überlegung bei den Elsaß-Lothringern einzieht, sie sich doch sagen werden, daß das, worunter sie, wie wir offen anerkannt und stets betont haben, schwer gelitten haben, in den unfertigen Zuständen, in den Verwaltungsmaximen eines Obrigkeitsstaates beruhte, und sie werden sich sagen, das eigentliche deutsche Volk, das jetzt aus dem Obrigkeitsstaat heraus sich zum Volksstaat durchgerungen hat, das hat Verständnis für uns gehabt, und da wir Deutsche sind, so wollen wir beim Deutschen Reich bleiben, das ein deutscher Volksstaat geworden ist. Meine Herren, die Hoffnung wollen wir nicht aufgeben, und auch nicht die Hoffnung, daß, wenn sie sich ihre wirtschaftlichen Interessen überlegen, sie auch diese dahin führen werden, zu sagen: auch damit gravitieren wir nach Deutschland; dahin gehören wir.

(Sehr richtig! links.)

Für uns ist diese Sache aber eine Herzenssache: das Meisterwerk Erwin v. Steinbachs, eines Gottfried von Straßburg, das in deutscher Sprache, in deutschem Stil gedichtet ist, kann man sagen, dort hat unser Goethe studiert, und wir empfinden mit tiefer Bewegung, wenn dieses Land von uns scheiden sollte.

Meine Herren, nun zu der andern Frage, zu der (C) **Frage der Ostmark.** Gewiß, die Herren Polen werden mir das Zeugnis nicht versagen wollen, daß ich von jeher, seit ich in den mehr als 25 Jahren deutschen Parlamenten, teils dem preußischen Abgeordnetenhause, teils dem Deutschen Reichstag, angehört habe, die Politik, die als **preußische Polenpolitik** geführt ist, immer auf das entschiedenste bekämpft habe. Meine Herren, das war die Politik, die es verhindert hat, daß, wenn auch alle materiellen Vorteile den Polen in der Ordnung des preußischen Staatswesens zugute gekommen sind, die Herzen nicht an uns, an diesem Staatswesen hingen. Auch da ist eine Politik geführt worden, so töricht, so unsinnig, so geeignet, die Gemüter zu entfremden, das Verständnis für das Wesen unseres deutschen Staates nicht aufkommen zu lassen. Trauernd müssen wir heut sagen: daß die Bevölkerung dieser Landesteile, die früher gar nicht daran gedacht hat, sich jemals von Deutschland trennen zu wollen, heute zum Teil bereit ist, sich von uns zu trennen. Wir verkennen die schwere Schuld nicht, die der Obrigkeitsstaat von früher mit seinen Vergewaltigungsprinzipien, mit seinen Germanisierungstendenzen dort verübt hat.

(Hört! hört! bei den Polen.)

Meine Herren, ich selbst, der ich in Oberschlesien als Bergmann in der Mitte der siebziger Jahre praktisch gearbeitet habe, ich weiß aus jener Zeit noch, daß dort kein Mensch daran gedacht hat, jemals aus diesem Staatswesen ausscheiden zu wollen.

(Sehr richtig! links.)

Jeder Pole, der deutsch sprach, fühlte sich sogar noch etwas gehoben davon, daß er mehr Bildung hatte, und hing auch in der Erinnerung an den Feldzug von 1870/71 mit seinem Herzen an dem deutschen Staat.

(Sehr richtig! links.)

Lediglich eine törichte Politik hat es zuwege gebracht, (D) daß teilweise dort eine andere Gesinnung auferstanden ist.

(Sehr richtig! links.)

Das war der eigentliche Grund. Wir haben aus der vollen Überzeugung heraus, daß diese Politik eine das deutsche Staatswesen aufs tiefste schädigende sein würde, sie immer auf das heftigste bekämpft, aber sie auch bekämpft aus dem Gefühl der Gerechtigkeit heraus, aus dem Gefühl der Gerechtigkeit dahin, daß jedem Menschen seine Muttersprache gelassen werden müsse, und daß er das Recht habe, auch in ihr erzogen zu werden, seinen Religionsunterricht in ihr zu genießen. Das sollte keineswegs hindern, daß er auch die Staatssprache lernt; aber man muß ihm freie Betätigung in der Muttersprache geben.

(Sehr richtig!)

Auch müssen doch alle überzeugt sein, daß, nachdem einmal mit dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen gebrochen wird, wir dann zu einer anderen Zusammensetzung kommen, daß für eine derartige Politik überhaupt keine Möglichkeit mehr ist.

Herr Korfanty sowohl wie Herr Stychel haben behauptet, daß das, was sie verlangen, — die Annexion rein deutschen Gebietes —, in Übereinstimmung mit dem stehe, was die Note des Präsidenten Wilson verlangt. Ich kann nicht umhin, hier offen zu erklären, daß das, was in dem Manifest der polnischen Bevölkerung bezüglich dieser **Wilsonschen Erklärung des Punktes 13** gesagt ist, tatsächlich eine Fälschung war.

(Sehr richtig!)

Eine direkte Fälschung! Denn es ist in dem Punkt 13 davon die Rede, daß nur die **Gebiete,** die von **einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung** bewohnt sind, diesem Staate zugewiesen werden sollten! Meine Herren, aber eine unzweifelhaft polnische Bevölkerung ist noch

(**Gothein**, Abgeordneter.)

(A) nicht die, in der zufälligerweise auf einem gewissen Gebietsteile an und für sich einmal die polnische Zunge die Mehrheit hat. Herr Korfanty hat ja soeben erst gesagt, daß das gar nicht das entscheidende Kriterium sei.

(Hört! hört!)

Er bewegte sich da in außerordentlichen Widersprüchen in seiner Argumentation. Ja, meine Herren, ich halte trotzdem dafür, daß, wenn man gegenwärtig dazu übergeht, **Staatswesen nach ethnographischen Rücksichten** abzugliedern — und das will ja doch die Wilsonsche Erklärung —, dann das Kriterium in erster Linie die Sprache ist.

(Sehr richtig!)

Nun, haben wir Deutsche denn je verlangt, daß all das Gebiet, wo die deutsche Zunge klingt, unserem deutschen Staatswesen angegliedert wird? Wir haben diese Forderung nicht gestellt; aber Herr Wilson mußte, wenn er die Staaten rein ethnographisch abgrenzen will, konsequenterweise dafür sorgen, daß zunächst Elsaß-Lothringen bei uns bleibt; er müßte dann verlangen, daß die ganze deutsche Schweiz und daß die deutschen Gebiete Österreichs ebenfalls an Deutschland kämen.

(Sehr wahr!)

Das wäre die Logik nach der ethnographischen Abgrenzung der Staatswesen.

Nun, meine Herren, ich sehe nicht ein, warum das, was den Polen recht ist, nicht auch uns billig sein sollte. Wir haben nie diese Forderung nach den Deutschen Österreichs geschweige der Schweiz erhoben. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß an und für sich dieses österreichische Staatswesen für die wirtschaftlichen und Verkehrsbeziehungen seiner verschiedensprachigen Völker eine solche innere Notwendigkeit ist, daß, wenn es irgendwie zu erhalten ist, dann auch die Deutschen in diesem Staatswesen selbst bleiben sollen.

Ich glaube, wenn unter dem ungeheuren Eindruck
(B) dieses gewaltigen Ereignisses, wo die Welt in Trümmer geschlagen ist, jetzt auch die Stimmung eine übernationalistische geworden ist, daß doch, wenn einmal die ruhige Überlegung den Völkern zurückkehrt, sie sich sagen werden, daß auch die anderen staatlichen Rücksichten doch so gewaltiges Gewicht haben, daß es ein schwerer Fehler für sie wäre, lediglich nach nationalistischen Rücksichten ihr Staatswesen abzugrenzen.

Meine Herren, am wenigsten ist das in dem gesamten Osten möglich. Denn dort liegen doch die Verhältnisse so, daß die Staatswesen gar keine rein nationalen Staatswesen sind, sondern daß dort die verschiedenen Völkerstämme gemischt durcheinander wohnen, daß eine völkische Diaspora überall vorhanden ist. Selbst im eigentlichen **Kongreß-Polen** machen die Nationalpolen noch nicht 72 Prozent der Bevölkerung aus. Auch dort sind sie in höchstem Grade gemischt. Meine Herren, es ist eine positive Unmöglichkeit, in diesen Gebieten die Staatswesen rein ethnographisch abzugrenzen; die politischen Verkehrs-, Verwaltungs- und Zollinteressen spielen dabei eine so gewaltige Rolle, daß es gar nicht ohne das geht. Sie würden der Bevölkerung dieser Gegenden den größten Schaden zufügen, wenn Sie das, was vielleicht in einer momentanen Stimmung der Erregung jetzt infolge einer heftigen Agitation in nationalpolitischer Beziehung verlangt wird, erfüllen würden.

Meine Herren, ein Staat muß natürliche Grenzen haben. Sie können nicht immer nur von Ort zu Ort festgelegt werden nach der Richtung: wohnt hier ein Slawe, wohnt dort ein Deutscher? — sondern es ist notwendig — das gibt ja doch selbst Herr Korfanty zu —, daß es sehr viel Enklaven dort geben muß. Nun, meine Herren, wenn es diese Enklaven geben muß, warum soll denn Deutschland gerade am meisten darunter leiden? Es sind keine unzweifelhaft polnischen Gebiete in den Gegenden vorhanden. Mit Recht ist von den ver- (C)
schiedensten Seiten hervorgehoben worden, nicht nur, daß Danzig eine urdeutsche Stadt ist, daß es in deutschem Zusammenhang mit anderen Gegenden steht, sondern es ist hervorgehoben worden, daß in diesem ganzen Bezirke, auch wo einmal in einem Kreise die polnische Bevölkerung überwiegt, deshalb doch gar nicht daran zu denken ist, daß eine unzweifelhaft polnische Bevölkerung in diesen ganzen großen Gebieten wohnt. Nehmen Sie die Statistik vor, Sie werden sehen, daß es lediglich einige Kreise sind. Denken Sie sich die wirtschaftlichen Beziehungen, zum Beispiel von **Oberschlesien,** das überhaupt von A bis Z nach Westen gravitiert. Was spielt denn für Oberschlesien das bißchen Möglichkeit zu dem benachbarten Polen für seine Ein- und Ausfuhr für eine Rolle! So gut wie gar keine. Die ganze Kultur, die dort geschaffen ist, ist deutsche Kultur, und lediglich infolge einer verfehlten Gesetzgebung und Verwaltung ist seit einigen Jahren dort eine nationalpolnische Bewegung entstanden, von der früher keine Ahnung war. Nunmehr anzunehmen, daß diese Gebiete dorthin gravitierten, ist eine absolut irrige Annahme. Wie denken Sie sich denn das bei **Westpreußen,** Herr Korfanty? Ein Strich durchgezogen längs der Weichsel nach der See hingehend zu Polen, der ganz Ostpreußen und einen Teil von Westpreußen von dem übrigen Deutschland abschneidet; das ist eine ganz unmögliche Idee. Hier verlangen doch die Verkehrsverhältnisse unbedingt die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu dem übrigen Deutschland. Man kann doch nicht einfach hier ein schmales Zwischenglied mit besonderer Zollgrenze schaffen und lediglich die Eisenbahnen durch das fremde Gebiet hindurchlassen. Die ganze Verwaltungsmöglichkeit verlangt unbedingt die Zugehörigkeit zu Deutschland. Das sind tatsächlich Unmöglichkeiten, die wir gar nicht konzedieren können, die niemand, der nicht vom Augenblick verblendet ist, dem deutschen Staatswesen zumuten kann. (D)

Meine Herren, die Polen haben das größte Interesse, nur ein Polen in solchen Grenzen zu verlangen, daß keine Verbitterung in den deutschen Herzen zurückbleibt,

(sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei)

sie würde aber aufs entsetzlichste zurückbleiben, wenn Ihre Forderungen erfüllt würden.

(Sehr wahr! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Sie bleiben auch, wenn es Ihnen gelingen sollte, Ihre Forderungen durchzusetzen, was ich für ausgeschlossen halte, in notwendiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland. Sie können politisch wie wirtschaftlich und finanziell nicht gesunden, die Verhältnisse können sich für Sie nicht günstig entwickeln, wenn Sie in Feindseligkeit zum deutschen Staatswesen verharren sollten oder das in der Feindseligkeit Ihrem Staatswesen gegenüber. Gerade, weil wir den brennenden Wunsch haben, mit dem neu entstandenen polnischen Staatswesen in freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen zu leben, weil wir von vornherein die Wiederherstellung Polens als notwendig erkannt haben — ich habe sie vom ersten Tage des Krieges ab auf das lebhafteste mitvertreten —, wollen wir, daß kein Zankapfel übrig bleibt, daß Sie sich abfinden mit dem, was das große Geschick ohne Ihr Zutun Ihnen in den Schoß geworfen hat, — nicht, daß Sie es sich erkämpft haben, mit unserem Blute haben wir es Ihnen erkämpft —;

(sehr richtig!)

dann müssen Sie auch so viel politische Einsicht haben, daß Sie nicht derartige Forderungen an uns stellen. Man kann uns auch nicht vorhalten, was Ludendorff verlangt hat. Er hat die Sache nur vom militärischen Standpunkt aus angesehen, vom Standpunkt des Militarismus aus, einem Standpunkte, von dem sich das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit losgesagt hat,

(sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei)

(Gothein, Abgeordneter.)

mit dem wir nichts zu tun haben wollen und das deutsche Volk in seiner ungeheueren Mehrheit nichts zu tun gehabt hat.

Wir stehen auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker, aber nicht auf den Standpunkt, daß nun jedes einzelne Dorf darüber beschließen kann, ob es lieber hier oder drüben bleiben soll, sondern daneben bestehen auch noch staatliche Notwendigkeiten, die vielleicht für den einzelnen im Moment der Erregung nicht zu erkennen sind, über die er aber, wenn sie vernachlässigt würden, hinterher selbst am meisten jammern würde. Und wäre es denn ein Glück für jene Gegenden? Bitte, gehen Sie einmal aus den deutschen Ostmarken hinüber nach **Polen**, und dann sehen Sie sich an, wie in den dortigen Städten und Dörfern der Pole, der Jude lebt. Sehen Sie sich die Wohnungen in den elenden Städten wie bei der Landbevölkerung an! Sehen Sie sich die Bestellung an, den Unrat, den Schmutz, die Verlausung usw., die dort herrschen, und kommen Sie dann zurück und sehen Sie sich die Konkurrenz im deutschen Revier an. Gewiß, Sie haben viel mit Recht zu klagen gehabt über die geistige Drangsalierung, die Ihnen in Preußen zuteil geworden ist. Das eine können Sie aber nicht leugnen, daß unter der straffen preußischen Verwaltung, unter der Rechtssicherheit, unter der geordneten Wirtschaft, die bei uns geherrscht hat, unter der Hebung des Verkehrs die wirtschaftliche Entwicklung auch Ihrer Kreise sich im höchsten Maße vollzogen hat.

Nun könnten Sie wohl sagen: ja, das ist alles sehr schön, das wird später in Polen ebenso sein, und wenn es drüben jenseits der Grenze bisher anders gewesen ist, so liegt das einzig und allein daran, daß dort eben die russische Wirtschaft, der russische Druck bisher geherrscht hat. Ich gebe bis zu einem gewissen Grade diesen Einwand zu, aber wenn Sie ihn machen wollten, dann kann ich Sie nur auffordern, gehen Sie doch einmal nach **Galizien**, wo doch die Polen die ganze Verwaltung seit dem Jahre 1848 allein in der Hand haben, wo Österreich den Polen die Herrschaft unumwunden zugestanden hat, auch da, wo die Polen in der Minderheit waren und wo zudem noch die übrigen Teile Österreichs sehr große Mittel zur Entwicklung Galiziens haben hergeben müssen, weil Galizien die Kosten seiner Verwaltung selbst nicht aufgebracht hat. Ist denn dort die Lage des Bauern, des kleinen Mannes in der städtischen Bevölkerung besser? Ist denn dort die große Sauberkeit, die hohe Bildung? Nein, in Galizien sind die Verhältnisse teilweise noch schlimmer als in Russisch-Polen.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb meine ich, sollten Sie auch mit einer gewissen Dankbarkeit dessen gedenken, was Ihnen schließlich das deutsche Wesen seit Ihrer Zugehörigkeit gebracht hat.

Sie sollten sich auch überlegen, wenn Sie wirklich an das neue Staatswesen angegliedert werden sollten, das durch die Ungunst des Schicksals seit über 100 Jahren keine selbständige Entwicklung gehabt hat, daß Ihnen alle die Kräfte fehlen, die zum Aufbau eines geordneten Staatswesens notwendig sind, und daß Galizien, obgleich es seit 70 Jahren eine eigene polnische Verwaltung hat, trotz derselben oder, sagen wir, vielleicht auch infolge derselben keineswegs den kulturellen Fortschritt gemacht hat, ob es für Sie dann ein Segen sein würde, wenn Sie bloß aus nationalistischen Erwägungen heraus, falls die Grenzen verschoben würden, in dieses polnische Staatswesen kommen würden! Wir müssen und sollen Ihnen hier das Haus wohnlich machen, wir müssen mit dem Geist der Bevormundung brechen, wir müssen Ihnen zweifellos — daran kommen wir nicht vorbei — die Kulturautonomie auch in unseren Grenzen zugestehen. Die Herren Polen werden mir bestätigen, daß ich von jeher diesen Standpunkt vertreten habe und keineswegs jemals polenfeindlich gewesen bin.

Herr Korfanty, Herr Stychel haben auf die außerordentliche **Toleranz** hingewiesen, die die **Polen** allen anderen Völkern gegenüber immer bewiesen hätten. Gewiß, es hat einige große Männer unter Ihnen gegeben, die bereit waren, wirkliche Toleranz zu üben. Diese hat es immer und zu allen Zeiten einmal gegeben; aber zwischendurch liegen ganz andere Zeiten, liegen ganz andere Männer.

(Sehr richtig! links.)

Und wollen Sie etwa bestreiten, daß **Polen ein Eroberstaat** gewesen ist, daß er nicht nach Osten überall hin erobernd aufgetreten ist gerade in der Zeit, wo Polen ein größerer Staat war, wo er auf der einen Seite bis an das Schwarze Meer und auf der anderen Seite bis an die Ostsee reichte? Überall da sitzen ja noch die Polen als die Großgrundbesitzer, als die Eroberschicht, die sich damals ausgedehnt und Großgrundbesitz auf Kosten der anderen Bevölkerung erobert hat.

Die ruthenische Frage ist ja von anderen bereits hervorgehoben worden. Auf sie will ich nicht eingehen. Aber Herr Korfanty hat ja ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das **polnische Volk** der Hort der Freiheit für alle Völker, auch für die **Juden** gewesen sei. Gewiß, Sie haben seinerzeit die Juden hereingezogen, als eine unselige Verblendung infolge der Kreuzzüge bei uns die Judenverfolgung im Westen Deutschlands herbeiführte. Das war eine anerkennenswerte Tat der Toleranz, der freiheitlichen Gesinnung. Aber ist es denn immer so gewesen? Sehen Sie sich doch die Geschichte der Juden in Polen an, wie ihnen die Rechte gekürzt und genommen worden sind; sehen Sie sich noch die Geschichte der letzten Monate und Tage an! Ich habe wiederholt im Haushaltsausschuß dieses Hauses darauf hinweisen und bittere Klage darüber führen müssen, in welcher Weise gerade die Juden auch noch, nachdem wir Polen von der russischen Herrschaft befreit haben, drangsaliert worden, wie sie um ihre Rechte gebracht worden sind. Man braucht bloß an die Art und Weise zu denken, wie ihnen ein sie aufs höchste benachteiligendes Kompromiß bei den Wahlen zu den städtischen Vertretungen aufgezwungen, wie ihnen andernfalls mit Pogromen gedroht worden ist und wie man sie in der Beschulungsfrage mißhandelt hat, wie man jetzt in diesen Jahren das Schulwesen auf die gemeinsamen städtischen Kosten errichtet hat, — in Warschau machen die Juden allein 40 Prozent aus und zahlen mehr als die Hälfte der städtischen Steuern —, wie man ihnen nur verschwindend wenige Schulen überlassen und ihnen im übrigen anheimgestellt hat, sie auf ihre Kosten zu errichten, wie man sie bei der Verteilung der städtischen Arbeiten, bei Notstandsunterstützungen und auch bei der Zuwendung der Unterstützungen der Familien für die Eingezogenen mißhandelt, wie man sie nicht zu den Beamtenstellen herangezogen hat und noch vor wenigen Wochen erst verhinderte, daß die Wahlen selbst zu ihren religiösen Kultusgemeinden nach dem neuen freiheitlichen Muster vollzogen wurden. Das hat das polnische Kultusministerium da drüben ausdrücklich verlangt,

(Hört! hört! links)

und auf dessen Anregung ist es geschehen. Gibt es denn dort nie Pogrome? Sehen Sie gerade nach dem „freiheitlichen" Galizien hinüber, wo die politische Freiheit solange besteht. Da haben wir Judenpogrome bis in die letzte Zeit hinein gerade in den spezifisch polnischen Gegenden gehabt. Berufen Sie sich also nicht darauf, daß einzelne hervorragende und geistig bedeutende Männer zu anderen Zeiten, als der Nationalismus noch nicht so ausgeprägt war, großzügig gedacht haben. Gewiß, ich will annehmen, daß Sie dieselbe Absicht haben, ganz gleichmäßig zu handeln. Aber einem Volk, das infolge seiner Unterdrückung — das gebe ich ohne weiteres zu —, seiner mangelhaften Be-

(**Gothein**, Abgeordneter.)

(A) schulung zum größten Teil aus Analphabeten und ungebildeten Leuten besteht, werden Sie die höhere Kultur nicht so rasch beibringen, daß es auf einmal die Blüte der Kultur, auch die Toleranz allen anderen gegenüber, die in seinen Grenzen wohnen, ausüben würde. Deshalb liegt dort eine fürchterliche Gefahr. Sehen Sie das Elend der Juden in Polen einmal an. Sehen Sie auch selbst das Elend der Juden in dem freien Galizien an, wo die Polen so lange herrschen! Für jeden Juden unserer Ostmarken ist es der schauderhafteste Gedanke, daß er wieder an Polen kommen könnte. Diese Leute haben auf der niedrigen Kulturstufe des damaligen Polen gestanden, als diese Striche zu uns kamen. Und während sich die Kulturstufe dort fast gar nicht erhöht hat, sind sie bei uns zur vollen deutschen Kultur aufgestiegen. Meine Herren, deshalb wäre es das größte Unglück gerade für diese Bevölkerung, wenn sie hinüberginge, und ich meine, sie sollte nicht lediglich nationalistischen Erwägungen nachgehen, sondern sich sagen: nein, in dem neuen deutschen Volksstaate, der nicht mehr Obrigkeitsstaat mit seiner Zwangsverwaltung ist, wird für uns ein gutes Leben sein; dort werden wir auch unseren nationalen Kulturwünschen nachgehen können.

Meine Herren, wenn das **polnische Staatswesen** einen **freien Zugang zum Meere** haben will — ist denn da notwendig der Nationalstaat in einer Gegend, wo man ihn ohnehin nicht schaffen kann? Nein, da bleibt der Weg, den das polnische Reich schon früher gegangen ist: über **Litauen.** Gewiß, ich will die Litauer nicht verpolnisieren lassen, aber auch dort machen die eigentlichen Litwinen nur 40 Prozent aus, und ein Staatswesen mit einer solch geringen Bevölkerung kann für sich allein nicht bestehen. Warum kann es nicht föderativ mit einem Teil des von Letten bewohnten Kurlandes an Polen angegliedert werden? Da hätte es den Zugang zur See.

(B) Als ich vor mehr als zwei Jahren mich in diesem Sinne in einem Büchlein „Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat" äußerte, waren Sie es, meine Herren Polen, die das damals als das Optimum der Wünsche bezeichneten.

(Hört! hört! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Einige Ihrer Herren haben das damals gesagt, und ebenso, meine Herren, klang es aus weiten polnischen Kreisen in Russisch-Polen heraus. Allerdings habe ich dabei gleichzeitig die Kulturautonomie auch für die Polen bei uns verlangt, und wenn das damals für Sie (zu den Polen) das Optimum war, warum sehen Sie denn das heute nicht ein!? Meine Herren, die Stunde ist ernst, und es ist verfehlt, in diesem Zeitpunkte, wo sie glauben, daß Deutschland zertrümmert werden kann, daß es ohnmächtig sei, nun alle Ihre ausschweifenden Wünsche realisieren zu wollen, was kein Glück, sondern das größte Unglück für die polnische Bevölkerung sein würde, weil es einen dauernden Kampf zwischen Polen und Deutschland geben würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wir wünschen den **Völkerbund,** wir wünschen den Frieden, aber mit einer Vergewaltigung Deutschlands ist ein dauernder Frieden, ist ein dauernder Völkerbund eine Unmöglichkeit.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Und wenn das der Sinn der Wilsonschen Note oder ihrer Ausführung sein sollte, so würde Wilson sein eigenes Kind totschlagen, er würde ihm den Lebensfaden abschneiden. Nur wenn man die Lebensinteressen der einzelnen Völker wahrt und im Völkerbund dauernd verwirklicht, wird ein dauernder Friede zu erreichen sein.

Ich habe eingangs meiner Rede gesagt, es sei tieftraurig, daß wir hier derartige Debatten haben, und wenn gestern Herr Kreth darauf hingewiesen hat, daß man der Obersten Heeresleitung keinen Vorwurf daraus machen könne, daß sie in dem Momente, wo sie erkannte, daß ein Sieg nicht mehr zu erringen sei, den Waffenstillstand und das **Friedensangebot** verlangt habe, so freue ich mich, daß das gerade von konservativer Seite endlich einmal gesagt worden ist.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Kein Mensch hat etwa deshalb dem General Ludendorff einen Vorwurf gemacht; der Vorwurf geht nur dahin, daß erst in dem Momente, wo es nicht mehr möglich war, zu einem guten Frieden zu kommen, diese Offenbarung hierher nach Berlin gelangte. Aber wenn gegenwärtig in der Presse uns die Verantwortung für das, wozu das deutsche Volk jetzt mit schwerem Herzen die Hand bieten muß, auferlegt wird, wenn das der jetzigen Regierung zum Vorwurf gemacht wird, so ist das unerhört. Ich habe hier einen Auszug aus der „Deutschen Tageszeitung" vom 23. dieses Monats. Da heißt es:

> Ist die Preisgabe Elsaß-Lothringens etwa eins der schmerzlichen Opfer, zu denen uns der Wilsonsche Rechtsfriede und der lügenhafte Völkerbund zwingen? Vielleicht macht's unserer Regierung noch eine Freud', daß wenigstens ein König diese Amputation befürwortet hat. Jedenfalls dürfte man eines Tages nicht überrascht sein, wenn sie sich als Verkleinerung des Reiches erweisen würde und wenn der 21. und 22. Oktober der Tag des Verkleinerungsbeschlusses gewesen ist.

Meine Herren, ich muß sagen, so etwas von Cynismus, so etwas von Verlogenheit, wie in diesen Worten vorhanden ist,

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

so etwas von infamer Unterstellung unserer Regierung, das schreit gen Himmel, das ist das Tollste von Verlogenheit, was überhaupt hinausgeschrieen werden kann, um (D) eine falsche Auffassung im Volke hervorzurufen. Diese Leute, die am allermeisten selbst die Schuld tragen durch ihre Agitation vor dem Kriege und während des Krieges,

(sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei)

die immer alles getan haben, um einen zeitigeren, erträglichen, menschlichen Frieden zu verhindern in der Zeit, als er zu haben war, die hätten zu allem andern Ursache als zu derartigen verlogenen Worten, zumal sie genau wissen, wie die Verhältnisse liegen. Gerade sie müßten an ihre Brust schlagen und sagen: Gott sei mir Sünder gnädig für alles das, was ich verbrochen habe an dem deutschen Volke!

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Und auch alle diejenigen, die durch ihre falsche Politik daran mitgewirkt haben, daß das deutsche Volk in diese schwere Lage gekommen ist, die hätten Ursache, nicht hier patriotische Reden zu halten, sondern zu sagen: mea culpa, mea maxima culpa.

(Beifall bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Trimborn.

Trimborn, Staatssekretär des Innern: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Korfanty hat mitgeteilt, daß es durch das Generalkommando in Posen verboten worden sei, die neulich hier gehaltene **Rede des Abgeordneten Stychel** zu verbreiten. Wenn das richtig ist, so kann diese Maßnahme nur mißbilligt werden.

(Bravo! bei den Polen.)

Selbstverständlich werden die nötigen Schritte geschehen.

(Bravo! bei den Polen.)

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schlee.

Schlee, Abgeordneter: Meine Herren, die polnische Begehrlichkeit hat es für richtig befunden, in dieser schwersten Stunde des Deutschen Reiches ihre Ansprüche auf deutsches Land und deutsches Volk geltend zu machen, geltend zu machen in einem Umfange, daß man seinen Ohren nicht zu trauen glaubt. Und der deutsche Reichstag glänzt durch Leere, und diejenigen Redner, die den **polnischen Ansprüchen** entgegengetreten sind, haben sich bemüht, mit einer Sachlichkeit diese Ansprüche zu widerlegen, die kaum überboten werden kann. Was wäre wohl geschehen, wenn in den Volksvertretungen unserer Feinde derartige Ansprüche auf das Land und das Volk unserer Feinde erhoben worden wären! Ich glaube, diese Ansprüche wären niedergeschrien worden. Und wir irren uns, wenn wir glauben, daß wir durch sachliche Gründe die Polen belehren können. Davon kann keine Rede sein. Wenn der Abgeordnete Gothein gemeint hat, ihr wirtschaftlicher Vorteil würde die Polen dazu bringen, auf ihre Ansprüche zu verzichten, müßte sie erkennen lassen, daß ihre Ansprüche unberechtigt sind, so gibt der Abgeordnete Gothein nur zu erkennen, daß er die Seele des polnischen Volkes nicht kennt. Das polnische Volk wird nie und nimmer zu überzeugen sein, daß seine Ansprüche unbegründet sind, und es wird sich nun und nimmer davon abhalten lassen, gegen seinen wirschaftlichen Vorteil seine Ansprüche aufzugeben.

Es ist auch falsch, zu sagen, daß wir selber durch unsere Politik das herbeigeführt haben. Wir haben in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine durchaus polenfreundliche Politik getrieben. In Posen gab es damals Dutzende von polnischen Landräten, alle höheren Beamten waren polnisch; die Schule war ganz, sogar das Militär war zum Teil polnisch. Die Arbeiter waren damals deutschfreundlich,

(Widerspruch bei den Polen)

weil es ihnen besser ging als früher. Lesen Sie (zu den Polen) die Geschichte nach, dann werden Sie es finden!

(Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die Arbeiter waren zum Teil deutschfreundlich, weil sie gut gestellt waren, weil es ihnen wirtschaftlich gut ging, viel besser als im polnischen Reiche.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das hat alles nichts gefruchtet! Schon in den 40er Jahren, im Jahre 1847 kam es zum offenen Aufstand. Daran liegt es nicht, meine Herren. Sie würden den Polen unrecht tun, wenn Sie sie so niedrig einschätzen würden. Die Polen haben einen hohen vaterländischen, völkischen Sinn, und dieser Sinn ist es, der sie veranlaßt, immer wieder ihre Ansprüche zu erheben. Sie können sie behandeln, so gut sie wollen, Sie können ihnen Rechte geben, soviel Sie wollen:

(Sehr gut! rechts.)

Sie werden die Polen nie dazu bringen, Deutsche zu werden. Darum sage ich: man kann nicht sagen, wir haben das verschuldet; — das ist die Folge des Wesens der Dinge, die Folge der Verschiedenheit der Völker, und wir haben uns lediglich zu fragen, nicht: was nützt den Polen? sondern: was nützt den Deutschen? Wenn Herr Korfanty gemeint hat, er könne die deutsche Militär-, die deutsche Beamtenpartei gegen das deutsche Volk ausspielen, mit dem er Mitleid habe — er ist so gnädig, mit dem deutschen Volke Mitleid zu haben! —,

(sehr gut! rechts)

dann sage ich als Deutscher: ich verzichte auf sein Mitleid!

(lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen)

ich brauche es nicht! das deutsche Volk ist noch nicht so weit, daß es sich blindlings und willenlos dem Machtgebot eines Wilson unterwirft. (C)

(Lebhafter Beifall rechts.)

Soweit ist das deutsche Volk noch nicht!

(Erneutes lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das deutsche Volk wird sich besinnen; es bedarf nur der Führung und der Leitung: und wenn der Krieg von Anfang an richtig geführt worden wäre, so wären wir nicht in diese Lage gekommen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Es ist gesündigt, allüberall. Aber, meine Herren, mit dem Herrn Abgeordneten Gothein will ich heute nicht untersuchen, wer gesündigt hat. Nicht die Fehler will ich ansehen, sondern ich will auffordern, einig zu sein, zusammenzustehen und zu vermeiden, daß derartige Ansprüche, wie sie seitens der Polen gestellt sind, noch weiter gestellt werden, daß ihre Erfüllung überhaupt möglich erscheint.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Die Gründe sind wohlfeil wie die Brombeeren! Die polnischen Gründe lassen das Königreich Polen — das hat ja Herr Korfanty ausdrücklich gesagt — erscheinen als einen Hort der Völkerfreiheit. Hat Herr Korfanty wirklich die polnische Geschichte gelesen? Hat er nicht gehört, daß das **polnische Königreich** weite Länder Rußlands, **fremde Völker, unterjocht** hat? Weiß er nicht, daß es die Ukraine bis zum Schwarzen Meere, daß es deutsches Land, lettisches Land und weißrutenisches Land weithin unterworfen hat?

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen. — Unruhe und Zurufe bei den Polen.)

— Nicht Herr Stychel, sondern Herr Korfanty war es. Wenn es Herr Stychel war, so gelten ihm meine Ausführungen. Herr Stychel hat behauptet, die Deutschen hätten im Jahre 1454 sich freiwillig dem Königreich (D) Polen einverleibt. Das ist nicht richtig, sondern der im Eidechsenbunde vereinigte Großgrundbesitz und die westpreußischen Städte haben, unzufrieden mit der Ordensherrschaft, mit dem damaligen Königreich Polen einen Vertrag geschlossen, durch den sie sich freiwillig in den Schutz des polnischen Reiches stellten, aber alle ihre Rechte, die ihnen garantiert wurden, aufrechterhielten.

(Unruhe bei den Polen.)

Sie waren autonom, sie hatten freie Religionsübung, freie Gerichtsbarkeit, hohe Gerichtsbarkeit. Und wie lange hat Polen seinen Vertrag gehalten?

(Sehr gut! rechts.)

So lange, wie es schwach war! Als es mächtig geworden war und die Deutschen schwach geworden waren, hat es sie unterdrückt, hat es sie vergewaltigt nach jeder Richtung hin.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe und Zurufe von den Polen.)

Und wenn Herr Korfanty heute sagt, das Königreich Polen sei ein Hort der Geistesfreiheit, der Religionsfreiheit gewesen, — hat er denn nie etwas davon gehört, daß im polnischen Königreich ein großer Teil der Bevölkerung, der evangelisch war, mit Gewalt bekehrt wurde?

(Erregte Zurufe von den Polen.)

Die Juden haben Sie unterdrückt!

(Andauernde Zurufe und Widerspruch von den Polen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Meine Herren! Ich bitte, nicht zu unterbrechen!

Schlee, Abgeordneter: — daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung, der evangelisch war, mit Gewalt bekehrt wurde? Hat er nie von dem Thorner Blutgericht

(Schlee, Abgeordneter.)

(A) gehört, bei dem der Thorner Bürgermeister Rösner hingerichtet worden ist ohne jeden Grund?! Meine Herren, wer so im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

(Stürmischer Beifall rechts.)

Ihre polnische Freiheit kennen wir! Wir verzichten auf sie, wir danken dafür! Im Gegenteil, wir werden verhüten, Mann für Mann, daß Sie jemals in unser Land kommen!

Und dann, was haben Sie denn getan? Die Knochen von Hunderttausenden unserer Soldaten bleichen auf den Gefilden Polens, die Ihnen das freie Polenreich erkämpft haben, gegen den Willen des großen Teils der deutschen Bevölkerung! Damals habe ich mir gesagt mit bitterem Schmerz: Weiß Gott, die größten Kälber wählen ihre Schlächter selber.

(Sehr wahr!)

Sie haben wir als unser Unglück an unsere Seite gestellt. Sie sollen uns nicht dankbar sein, — das verlangt niemand; aber bescheiden sollten Sie sein! Nichts haben Sie getan für die Erringung des Königreichs Polen! Große Worte haben Sie gemacht, und jetzt kommen Sie her und verlangen deutsches Land und deutsches Volk! Und wie ein Hohn klingt es auf alle diese Gerechtigkeitsphrasen, wenn Sie sagen: Ja, wenn Danzig unter polnische Herrschaft kommt, so muß es eben das Los der Minderheit tragen. Wie kommen Sie dazu, von uns zu verlangen, daß wir dieses Los tragen sollen, während Sie es zu tragen hätten kraft Gesetzes, Geschichte und Herkommen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Also damit kommen Sie uns doch nicht! Und wenn Sie glauben, uns damit schrecken zu können, daß Sie Zwietracht in unserem Volke säen werden, dann sage ich Ihnen: alle Parteien im deutschen Osten, hoch und niedrig, alt und jung, arm und reich sagen Ihnen: wenn ihr die

(B) deutschen Provinzen haben wollt, dann kommt und holt sie euch! Ihr werdet euch blutige Köpfe holen.

(Stürmischer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. — Händeklatschen und Bravorufe auf der Zuhörertribüne. — Erregte Zurufe von den Polen. — Erneuter Beifall. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove**: Es ist nicht gestattet, daß auf der Tribüne Meinungsäußerungen durch Klatschen oder sonstwie kundgegeben werden!

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cohn (Nordhausen).

(Andauernde große Unruhe.)

Meine Herren, ich bitte um Ruhe und ersuche, die Unterhaltungen zu unterlassen. Es kann ja kein Redner zu Worte kommen.

Dr. **Cohn** (Nordhausen), Abgeordneter: Meine Herren, ich möchte glauben, daß die Bemerkungen, die ich zu machen habe, die Erregung nicht verschärfen werden, die sich gegenwärtig des Hauses bemächtigt hat. Ich habe nur in aller Kürze folgendes festzustellen. Mein Freund Ledebour hat zwar die Sprache ein wichtiges Kennzeichen der Nationalität genannt. Er aber wie meine gesamte Fraktion sehen als das wichtigste und wesentlichste Merkmal der Zugehörigkeit zu einer Nationalität den Willen des einzelnen, der Volkheit an, sich dieser Nationalität zuzuwenden. Das ist eine notwendige Folgerung aus dem Rechte zur **Selbstbestimmung** des einzelnen und der Nation. Die Frage der Staatszugehörigkeit steht demgegenüber sehr weit zurück. Restlos nationale und sprachlich einheitliche Staaten sind nirgends gegeben. Es kommt in jedem einzelnen konkreten Falle darauf an, den nationalen Minderheiten einen ausreichenden Schutz nicht nur durch formale gesetzliche Bestimmungen zu versprechen, sondern durch die Praxis des täglichen staatlichen, gesellschaftlichen Lebens zu gewährleisten. Nach dieser Richtung haben wir uns in der Stockholmer Erklärung bei den vorjährigen sozialistischen Besprechungen mit hinreichender Deutlichkeit bereits geäußert, und die polnischen Kollegen, die gestern und heute mit solcher Entschiedenheit behauptet haben, daß, wie das alte Polen ein Hort auch des Schutzes der nationalen Minderheiten gewesen sei, so auch das neu werdende es sein werde, werden hoffentlich dieses Versprechen wahr machen. Man wird sie daran erinnern, nicht nur in ihrem Verhalten gegenüber den Juden, worauf der Herr Kollege Gothein schon hingewiesen hat, sondern auch gegenüber den anderen nationalen kleinen Einsprengseln, die sich in ihrem Reiche finden werden, wie sie es auch immer gestalten.

Über die **dänische Frage** hat gestern der Herr Staatssekretär Solf sich dahin geäußert, daß er, „nachdem das Wilsonsche Programm als die Grundlage des Gesamtfriedenswerkes angenommen" sei, es „nach allen Richtungen hin und in allen Punkten loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen" werde. Gegenüber diesen Grundsätzen hat freilich der Herr Staatssekretär mit den Dänen eine Ausnahme machen wollen, indem er sagte, hier liege ein Vertrag nur zwischen Österreich und Deutschland vor, der durch Abmachungen im Jahre 1878 aufgehoben worden sei. Mein Freund Ledebour hat gestern mit vollem Recht durch einen Zwischenruf darauf hingewiesen, daß dies ein zu formalistischer Standpunkt sei, und ich darf den Herrn Staatssekretär Solf und die deutsche Regierung an das Versprechen erinnern, das gestern abgegeben worden ist: nicht auf die formalen Vertragsbestimmungen kann es ankommen, sondern, wenn einmal die dänische Frage aufgeworfen worden ist, müssen die nationalen Grenzstreitigkeiten zwischen Dänemark und Preußen im Sinne dieser Grundsätze und unter keinen Umständen gegen den Willen der nordschleswigschen Be- (D)
völkerung gelöst werden. Es muß sich ja bei einer loyal durchgeführten Abstimmung ergeben, wohin der überwiegende Wille der nordschleswigschen Bevölkerung geht.

Über **Elsaß-Lothringen** und die Regelung seines künftigen Schicksals wenige Worte. Wir haben wegen Elsaß-Lothringens immer auf dem Standpunkt gestanden und dies auch namentlich in unserem Stockholmer Manifest zum Ausdruck gebracht: Elsaß-Lothringen durfte keinen Kriegsgrund in der Vergangenheit abgeben — hierin wissen wir uns völlig eins mit unseren sozialistischen Freunden in Frankreich —, und es darf in der Zukunft unter keinen Umständen einen Grund zur Kriegsverlängerung abgeben. Ob das endliche Schicksal von Elsaß-Lothringen auf Grund einer Abstimmung festzustellen sei, das ist eine Frage, die mitten im Flusse der Entwicklung steht. Ich darf auch hier daran erinnern, daß wir im Sommer vorigen Jahres in dem schon mehrfach genannten Stockholmer Manifest empfohlen haben, in ehrlicher, ordnungsmäßiger Abstimmung, die einige Zeit nach dem Kriege stattzufinden hätte, den Willen der Bevölkerung zu erforschen und nach diesem Willen loyal zu handeln.

Wenige Worte, meine Herren, zu der Gesetzesvorlage, die uns heute in dritter Lesung beschäftigt! Was jetzt aus den Beschlüssen zweiter Lesung hervorgegangen ist, ist zweifellos eine Verbesserung des Artikel 11 gegenüber dem heutigen Rechtszustande. Man darf indes nicht an die alleinseligmachende Kraft formaler Verfassungsbestimmungen glauben. Man muß sich klar sein, daß dieses geschriebene Recht nur eine relative Bedeutung haben kann. Für die jetzige Zeit, für den jetzigen Fall ist von dem Artikel 11 nur der Absatz 2 wichtig, die **Beteiligung des Reichstags** am **Friedensschlusse.** Ob aber, wie in Absatz 1 vorgesehen ist, der Reichstag noch in einem künftigen Falle einer **Kriegserklärung,** einem

(Dr. **Cohn** [Nordhausen], Abgeordneter.)

Kriege zuzustimmen haben wird! Ich hoffe und bin überzeugt, daß dieses Ergebnis aus dem Weltkrieg hervorgehen wird und muß: nicht die Verfassung des Deutschen Reichs, sondern der Wille des deutschen Volkes und der Wille des Weltproletariats wird über die Frage nach Krieg und Frieden in Zukunft zu entscheiden haben.

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter Dr. Cohn, ich mache darauf aufmerksam, daß wir Artikel 11 heute von der Tagesordnung abgesetzt haben.

Dr. **Cohn** (Nordhausen), Abgeordneter: Ich bin für diesen Hinweis dankbar. Meine Bemerkungen sind zu Ende, und ich habe vorweggenommen, was morgen von mir zum Artikel 11 der Verfassung zu sagen gewesen wäre.

Meine Herren, die formalen Änderungen, die jetzt an den Bestimmungen der Verfassung über Krieg und Frieden vorgenommen werden, dürfen nicht hindern, die Gründe zu sagen, aus denen heraus die Regierung, aus denen heraus die Mehrheitsparteien jetzt zu den Änderungsvorschlägen gekommen sind. Es ist unumgänglich notwendig, gerade in dieser Stunde die Verantwortlichkeiten für den Zustand, worein das Deutsche Reich, das deutsche Volk geraten ist, festzustellen, — Verantwortlichkeiten sachlicher und persönlicher Art. Wir haben stets die Auffassung vertreten, daß dieser Krieg nicht durch die Schuld einzelner allein entstanden ist. Wir haben uns immer zu der Überzeugung bekannt, daß aus den gesamten geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen Zusammenhängen heraus nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt die **Kriegsursachen** erwachsen sind. Nicht der deutsche Kapitalismus, nicht der deutsche Imperialismus und Militarismus allein, sondern die Konkurrenz zwischen dem deutschen Imperialismus und Militarismus auf der einen und dem Imperialismus und Militarismus der anderen Länder auf der anderen Seite hat zu diesem Kriege geführt. Aber, meine Herren, wie es verschiedene Arten und verschiedene Stärkegrade imperialistischer Betätigung der Nationen und Regierungen gibt, wie der Kapitalismus in Deutschland ein durchaus anderes Gesicht zeigt als in den angelsächsischen Ländern, weil er auf einer anderen Entwicklungsstufe steht, so hat auch die besondere Wirkung der allgemeinen Kriegsursachen in Deutschland eine andere Richtung und einen schnelleren Lauf genommen als in den anderen Ländern. Der angelsächsische Kapitalismus und Imperialismus in seiner jetzigen Entwicklungsstufe ist im wesentlichen konservativ und „friedlich". Der deutsche, der noch gar nicht von großen außerdeutschen Machtbereichen gesättigt, noch nicht befriedigt ist durch Aneignung von Ausbeutungsgebieten, ist wesentlich raublustiger und machthungriger als der Kapitalismus und Imperialismus der angelsächsischen Welt. Diese besondere Raublust des deutschen Imperialismus traf zusammen mit dem **deutschen Militarismus,** dem von stärkstem Offensivgeist durchdrungenen Militarismus der Welt, mit dem Militarismus, der auch schon am längsten den Krieg als Beruf und als nutzbringendes Geschäft für den Staat und auch für den einzelnen angesehen hat. Der deutsche Militarismus hatte auch mehr als der Militarismus anderer Länder alle Schichten der Bevölkerung ergriffen, alle Einrichtungen des Staats durchdrungen und sich angeeignet. Dabei ist der deutsche Militarismus kraft der Aufgabe, kraft der Zweckbestimmung, die er hat, auch am wenigsten wählerisch in seinen Mitteln. Er ist in seinen Äußerungen am tiefsten unwahrhaftig und unsittlich. In ihm gilt in höchstem Maße und in höherem Maße als beim anders entwickelten Militarismus der Westmächte der Grundsatz: der Zweck heiligt die Mittel, mindestens im Kriege. Aus seinem autokratischen und autoritären Aufbau folgt, daß die Träger des Systems ein Amtsleben, ein Berufsleben auf Widerruf führen müssen. Dazu kommt die Nötigung, alles den Zwecken der Laufbahn unterzuordnen. Es treten hinzu unzählige Vorschriften — die Sucht zu reglementieren ist ein Kennzeichen aller deutschen Verwaltungen —, deren Befolgung im praktischen Falle schlechterdings unmöglich ist. Da die Untergebenen durchaus von der guten Meinung des Vorgesetzten abhängig sind, folgt aus den unzähligen unerfüllbaren Vorschriften der Zwang und mindestens die Versuchung, den Vorgesetzten zu belügen. Dieses System der schrankenlosen autoritären Herrschaft verdirbt selbstverständlich ebenso den Charakter des Vorgesetzten wie den der Untergebenen. (C)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir behaupten durchaus nicht, daß von den entsittlichenden Wirkungen des Krieges nur die Vorgesetzten ergriffen seien; der Heereskörper in weitestem Maße wie auch die Zivilbehörden in allen Ländern, und bei uns auch, ist von den entsittlichenden Wirkungen des Militarismus und des Krieges auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens ergriffen. Das wichtigste Mittel des Soldaten ist die Gewalt, und eines der wichtigsten Mittel des militaristischen Systems ist überall, und bei uns wirklich nicht in letzter Linie, die Lüge; da der deutsche Militarismus unzweifelhaft der älteste und bestausgebildete ist, so ergibt ein einfacher Schluß, daß auch die Lüge als Kriegsmittel — sie ist von jeher ein Kriegsmittel — am längsten und besten ausgebildet ist im deutschen Militärsystem.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da der Militarismus dabei hemmungslos alle Fragen menschlicher Sittlichkeit, öffentlicher Wirtschaft und privatwirtschaftlicher und familiärer Interessen nur nach dem nächstliegenden militärischen Zweck regelt — der Zweck soll und muß ihm überall das Mittel heiligen —, so war, wenn hohe Militärs bei uns überzeugt waren, und diese Überzeugung hat bestanden, daß der Krieg im Jahre 1914 nötig sei, weil 1916 oder 1917 die Franzosen und die Russen soweit gerüstet sein würden, um Deutschland zu überfallen, der Präventivkrieg in den Köpfen der Militärs das notwendige und geheiligte Mittel, um den Zweck zu erreichen: den Feinden zuvorzukommen. Hierbei scheute man im einzelnen bei Herbeiführung des Krieges vor den verwerflichsten Unternehmungen und Mitteln nicht zurück. (D)

Das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers", das zu einer Zeit, wo die Mobilmachung noch nicht angeordnet war, dennoch auf den Straßen die Mobilmachung verkündete, damit es hinaustelegraphiert werde — und es ist hinaustelegraphiert worden —, ist unvergessen und ein besonders bezeichnendes Beispiel der Heiligung des Mittels für den Zweck.

Die Kriegserklärung an Frankreich ist, wie noch vorgestern mein Freund Haase wieder feststellte, durch einen erlogenen Angriff französischer Flieger auf Nürnberg amtlich begründet worden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Erinnern Sie sich — wir haben sehr schnell in diesen 4½ Jahren gelebt, es ist notwendig, sich diese Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen — erinnern Sie sich an das Märchen von Cholerabazillen, die der französische Arzt in Straßburg in den Brunnen geworfen haben soll, an die Geschichten von den Goldautos und von Spionenunternehmungen: das sind alles Mittel für kriegerische Zwecke gewesen, um die Stimmung, die noch nicht ausreichte, in die Höhe zu treiben,

(Zurufe)

— auf allen Seiten, Herr Landsberg, auch bei uns.

(Dr. **Cohn** [Nordhausen], Abgeordneter.)

(A) Man brauchte während des Krieges Rekruten aus Polen und nannte es am 5. November 1916 die polnische Befreiung. Man führte auf seiten der Zivilregierung Verhandlungen mit dem Präsidenten Wilson im Dezember 1916 und im Januar 1917. Den Militärs paßte das nicht. Sie durchkreuzten auf das jäheste die Verhandlungen durch den Beschluß, den ungehemmten U-Boot-Krieg zu beginnen.

Wenn selbst handgreifliche Fehler vorlagen in der Führung der militärischen oder der militärpolitischen Geschäfte, derselbe Militarismus hat eine Kritik nicht geduldet, er hat auch die Öffentlichkeit dauernd ununterrichtet gelassen. Sehr spät erst sind Teile des deutschen Publikums — und weite Kreise heute noch nicht — über die **Bedeutung der Marneschlacht** vom September 1914 unterrichtet worden. Wieviele Hunderttausende wissen heute noch nicht, daß an diesem Schicksalsflusse Frankreichs schon im September 1914 sich das Schicksal des Krieges erfüllt hat! Hohe Militärs wußten es. Es gibt aus jener Zeit Äußerungen des Generals v. Falkenhayn, des Admirals Tirpitz und anderer Militärs, die damals auf Grund der Ereignisse festgestellt haben: Der Krieg ist für Deutschland verloren durch die Schlacht oder den Rückzug an der Marne.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der damalige Generalstabschef v. Moltke hatte ebenfalls diese Überzeugung. Aber das große Publikum wußte und erfuhr es nicht. Der Fehler, der damals durch raschen Friedensschluß noch wieder gut gemacht werden konnte, der Fehler, daß ein Präventivkrieg begonnen wurde, er wurde stehen gelassen. Warum? Weil es den Militärs unmöglich war und unmöglich ist, einen von ihnen begangenen Fehler, und dazu noch einen so schwerer Art, einzugestehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Dafür wurde durch Knebelung der Presse, durch Vernichtung des Vereins- und Versammlungsrechts, durch Niederhaltung jeder selbständigen Äußerung eines Redners oder Schriftstellers dem deutschen Volke und dem Auslande vorgetäuscht, als ob wir vom ersten bis zum letzten Deutschen eine einheitliche geistige und sittliche Front bilden, die in Begeisterung und Verehrung hinter den Heerführern, hinter dem Kaiser stehe.

Dazu kommt, meine Herren, die Scheu vor der Verantwortung, namentlich dann, wenn die Verantwortung auf sich zu nehmen und zu tragen einen Verlust an Ansehen, eine Einbuße an sozialer Geltung bedeutet. Das liegt allgemein im militärischen Geist und System, aber erst recht dann, wenn es sich um einen Präventivkrieg handelt. Ein Präventivkrieg muß gewonnen werden, wenn er später gerechtfertigt sein soll. Wird ein Präventivkrieg verloren, so wendet sich die Bevölkerung mit Recht und Leidenschaft gegen die Leute, die Vorsehung für die Bevölkerung spielen wollten und sie ins Unglück gebracht haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sehen wir hier, in der jetzigen Lage der Dinge, irgend etwas von dem Bestreben der Schuldigen, die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen? Erinnern Sie sich der Vorgänge, die zur Bildung der neuen Regierung geführt haben. Ende September telegraphiert oder schreibt **General Ludendorff** nach Berlin, es müsse sofort eine verhandlungsfähige Regierung gebildet werden, die ein **Waffenstillstandsangebot** und ein Gesuch um Frieden an den Präsidenten Wilson zu richten hätte. — Eine verhandlungsfähige Regierung; deswegen eben der Weggang des Grafen v. Hertling. — Hinzugefügt wurde, daß nur noch für eine kurze Zeit der Bestand der Front garantiert werden könne.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Am 2. Oktober findet in Berlin unter Vorsitz des Vizekanzlers v. Payer eine Besprechung von Abgeordneten des Reichstags statt, der ein Vertreter der Obersten Heeresleitung beiwohnt. Er bringt in schriftlicher Formulierung die Meinungsäußerung der Obersten Heeresleitung mit. Sie geht, ebenso wie Brief und Telegramm des Generals Ludendorff, dahin, daß die verhandlungsfähige Regierung sogleich zu bilden sei, um das Gesuch um Waffenstillstand und das Friedensangebot abzuschicken. „Wir haben keine Stunde zu verlieren", soll es in dieser schriftlichen Erklärung geheißen haben. Und nun, meine Herren, sieht es so aus, daß auch der Generalfeldmarschall Hindenburg sich der Verantwortung dafür zu entziehen sucht, daß auf seine Veranlassung das Friedensangebot gemacht, der Waffenstillstand nachgesucht worden ist. In der heutigen Pressekonferenz für Berlin, die unter Vorsitz des Chefs des Kriegspresseamts stattfindet, ist ein **Telegramm** des Generalfeldmarschalls **v. Hindenburg** verlesen worden, worin er, wie mir mitgeteilt wird, sich dagegen verwahrt, als Quelle der Darstellung angesehen zu werden, daß der **Waffenstillstand** und das Friedensangebot habe in die Welt geschickt werden müssen, weil Deutschland aus militärischen Gründen nicht mehr Zeit gehabt habe, darauf zu warten. Das Telegramm des Feldmarschalls ist zu erklären aus dem Bestreben der militärischen Stellen, sich der Verantwortung für die von ihnen, durch ihre Irrtümer und falschen Schätzungen herbeigeführte, dem Volke aber nicht rechtzeitig mitgeteilte Lage zu entziehen. Aus diesem Bestreben der militärischen Stellen ist es auch zu erklären, daß überhaupt das Waffenstillstandsgesuch nicht von den Militärs, sondern von dem Reichskanzler ausgegangen ist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb heißt es in der Note der deutschen Regierung an Wilson vom 12. Oktober 1918: (I

> Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen.

Deswegen wird gegen alle Gewohnheit der internationalen Verhandlungen der Reichskanzler mit Einzelheiten von Waffenstillstandsverhandlungen bepackt und belastet, die sonst, nach allem militärischen Brauch, Pflicht und Vorrecht der militärischen Stellen sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man wollte eben nicht die Erklärung abgeben: ich, der Soldat, der besiegte General, bin genötigt, einen Waffenstillstand nachzusuchen. Man wollte um des Prestiges willen nicht selbst diese Erklärung abgeben, deren Notwendigkeit man wenige Tage vorher betont hatte. Und deswegen überließ man es der Zivilregierung, die Erklärung in die Welt zu schicken. Und ebenso setzen sich in der deutschen Note vom 20. Oktober die Verhandlungen über die Einzelheiten der Herstellung und Ausführung des Waffenstillstandes fort. Aus dem Grunde heraus, daß die militärischen Stellen ihre soziale Existenz und Geltung behalten wollen, trotz des verlorenen Krieges, ist es zu erklären, daß man jetzt allerwärts bei den militärischen Stellen mit dem Gedanken der **nationalen Verteidigung**, des nationalen Aufgebots spielt. Schon erfolgen Vorstöße der Generale nach dieser Richtung hin.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ebenfalls in der heutigen Kriegspressekonferenz wurde ein Telegramm des Generalfeldmarschalls Hindenburg von dem Chef des Kriegspresseamts oder einem seiner Offiziere verlesen, das an nachgeordnete Stellen, seien es die Armeeoberkommandos, seien es kommandierende Generale, gerichtet ist. Sein Inhalt wird mir wie folgt

(Dr. **Cohn** [Nordhausen], Abgeordneter.)
mitgeteilt: Wilson mute dem deutschen Heere die Kapitulation zu, aber Heer und Flotte lehnen sich dagegen auf:
(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; sehr richtig! rechts)
sie werden lieber bis zum letzten kämpfen,
(bravo! rechts)
als diesen Waffenstillstand schließen.
(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen!

Dr. **Cohn** (Nordhausen), Abgeordneter: Meine Herren, die Regierung wird sich gegenüber derartigen Vorstößen der auch jetzt noch politisierenden Militärmacht darüber klar werden müssen, daß all ihre Politik scheitern kann und scheitern muß an den noch immer in Geltung und Kraft stehenden militärischen Führern des deutschen Heeres.
(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
Wenn es gar dieser Politik des Militärs gelingt, noch mit den „patriotischen" Bestrebungen aus dem Lande zusammenzutreffen und diese Flüsse und Bäche in ihren Strom zu leiten, meine Herren, dann kann allerdings die Lage der Regierung derjenigen gleichen, in die ein irdener Topf kommt, der mit einem eisernen Topfe zusammenstößt. Die Regierung kann es sich nicht gefallen lassen, daß hinter ihrem Rücken in den Pressekonferenzen von dem Kriegspresseamt, als dem Gehilfen der Heeresleitung, eine Politik geführt wird, die sich auf einer ganz anderen Linie bewegt als die bisherige Politik der neuen Regierung.
(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
Ich sprach davon, meine Herren, daß auch im Lande sich schon die Kräfte regen, die auf militärische Pronunziamentos, auf ein Prätorianerregiment, sei es selbst gegen die Regierung und gegen den König, hinwirken. In dem Aufrufe einer Partei findet sich bereits der Hinweis darauf, daß Heer und Flotte sich entschieden dagegen verwahren und dagegen wehren würden, einen Waffenstillstand anzunehmen auf Bedingungen hin, wie der Präsident Wilson sie bieten könnte. Das droht auch genau so wie das soeben erwähnte Telegramm Hindenburgs unmittelbar der Krone. Wenn die Krone sich etwa — das ist der Gedankengang — dazu bringen läßt, auf die Anregungen Wilsons einzugehen, sich selbst zu entmachten, entweder durch Weggang von der Stelle, die der Monarch bisher bekleidet hat, oder aber durch Duldung völliger Einflußlosigkeit, dann, erklärt das Telegramm und erklären bereits die Konservativen in ihrem Aufruf, kann unter Umständen Heer und Flotte auch gegen die Krone für die nationale Verteidigung sich selbst etablieren.
(Zurufe rechts.)
Dieser Vorstoß des Generalfeldmarschalls Hindenburg richtet sich auch, wie ich sagte, gegen die hier und da schon im Lande öffentlich und noch viel häufiger in privaten Gesprächen aufgetretene Mahnung an den Träger der Krone, von seinem Platze wegzugehen.
(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Ich rufe den Zwischenrufer zur Ordnung!
(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
— Weil der Zwischenruf gegen die Ordnung des Hauses verstößt.

Dr. **Cohn** (Nordhausen), Abgeordneter: Meine Herren, auch hier haben wir die Pflicht und haben wir das Recht, die Verantwortlichkeiten festzustellen. Wir wollen das nicht dem Auslande überlassen, aber wir wollen es uns vergegenwärtigen, daß das Ausland, wenn es zu derartigen Ratschlägen oder Mahnungen kommt, wie sie in den Noten des Präsidenten der Vereinigten (C)
Staaten enthalten sind, doch wohl die **Person des Kaisers** und seine Politik im Lichte all der drohenden Ankündigungen und **Aussprüche des Kaisers** sieht, die sich im Laufe der letzten 30 Jahre gegen die Politik des Auslandes, in Sonderheit gegen England, gerichtet haben: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser", „Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans", „Keine Entscheidung darf in der Welt getroffen werden, bei der nicht Deutschland das wichtigste Wort mitspricht". Das sind so einige von diesen Aussprüchen. Oder denken Sie an die Unterhaltung mit dem Engländer, die — es sind jetzt gerade zehn Jahre her — Anlaß zu der großen Verhandlung des Reichstags über die Redelust des Kaisers und den daraus entstehenden Schaden gegeben hat. Damals hat der Kaiser nach dem Berichte des „Daily Telegraph" zu jenem Engländer gesagt: Ganz Deutschland haßt die Engländer, Sie haben nur einen Freund noch in Deutschland, nämlich mich. Wie mußte das die englische Volksstimmung beeinflussen, und wie mußte das den englischen Imperialisten und Militaristen in den Kram passen und ihre Agitation für einen aktiven Militarismus, für eine Ausdehnung der Rüstungen ermutigen und vor ihrem Lande rechtfertigen!

Das Ausland sieht nach gewissen Äußerungen, die der Kaiser in öffentlichen Reden getan hat, den Kaiser auch als den Urheber und Protektor der Art von Kriegführung an, die noch in der einen Note des Präsidenten Wilson mit herben Worten getadelt wird, jener Kriegführung, die in den weitesten Bezirken des Auslandes, ja in der ganzen Welt so viel Haß und so viel Wut gegen Deutschland erregt hat. Ich bitte, mich nicht für so geschmacklos zu halten, daß ich etwa damit behaupten wollte, daß Brutalitäten, ja Barbareien der Kriegführung sich nicht als eine notwendige Folgeerscheinung der ver- (D)
rohenden Wirkung des Krieges auf allen Seiten zeigen. Aber gleichviel aus welchen Gründen und selbst, wenn es nur aus dem Grunde einer besseren Reklame- und Presseorganisation ist, das Ausland sieht die deutsche Kriegführung als die allerbrutalste, als die allerbarbarischste und die allergefährlichste an, und das Ausland hat leider ein formelles Recht, sich dafür auf eine Rede des Kaisers zu berufen. Es ist die Hunnenrede vom 27. Juli 1900, die der Kaiser bei der Besichtigung der nach China abgehenden Truppen gehalten hat. In dieser Rede hieß es:

> Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen. Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen. Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht . . ., so möge der Name „Deutscher" in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.

Den schlimmsten, abscheulichsten Ekelnamen, der den deutschen Truppen in diesem Kriege angehängt worden ist, den Namen „Hunnen" verdanken die deutschen Truppen dem Deutschen Kaiser.
(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
Ich wiederhole: so sieht das Ausland den Kaiser, und da darf es Sie nicht wundern, daß der Präsident Wilson, nachdem vier und ein Viertel Jahre dieses unsäglich grauenvollen Krieges über die Welt gekommen sind, die militärische Niederlage Deutschlands dazu benutzt, um den vermeintlichen alleinigen Urheber des Krieges mit seinem Hause, mit dem Einfluß, den er in Deutschland ausgeübt hat, mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. Das Ausland ist in der Tat der Meinung, daß,

(Dr. **Cohn** [Nordhausen], Abgeordneter.)

(A) soweit ein einzelner überhaupt an einem solchen grauenvollen, gesellschaftlichen Zustande, wie es dieser Krieg ist, schuldig sein kann, der Kaiser schuldig ist.

Die außenpolitischen Äußerungen des Kaisers, wovon ich eine Anzahl Beispiele zitiert habe, gehen nur ganz folgerichtig aus dem Denken hervor, das die innerpolitischen Äußerungen des Kaisers ebenfalls bestimmt hat. Die Klagen über das persönliche Regiment sind in der neuesten Periode deutscher Geschichte so alt wie die Regierung des jetzigen Kaisers. Kein Tag beinahe ohne ein monarchisches Fest! Auf allen Gebieten menschlichen Schaffens Eingriffe des Kaisers, die in der Presse begeistert hochgehoben und gefeiert werden! Diese Geltung des Kaisers und diese Sucht, sich überall zu betätigen, ist nicht zuletzt die Schuld der bürgerlichen Parteien. Sie haben den Absolutismus gehätschelt aus Angst vor der Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben den Militarismus aus der gleichen Angst und aus sozialen und familiären Rücksichten heraus gehätschelt. Die soldatische Laufbahn des Sohnes, des Schwiegersohnes, des Bruders, des Vetters sollte nicht durch einen Kampf gegen den Militarismus gefährdet werden. So ist das Beste, was das Bürgertum in politischer Beziehung geleistet hat, die höchste politische Leistung, die die deutsche Fortschrittspartei gehabt hat, der Kampf gegen das Überwuchern des Militarismus, jener Kampf, der unter dem Namen „Konfliktsperiode" aus dem Anfang der 60er Jahre bekannt ist, vollkommen entwertet worden durch das Verhalten, das die bürgerlichen Parteien und nicht zuletzt die freisinnige Presse und das freisinnige Bürgertum gegenüber dem persönlichen Regiment, gegenüber der Autokratie des jetzigen Kaisers, beobachtet hat. Das „Berliner Tageblatt" gibt in seiner heutigen Nummer den weinerlichen Rat, man solle in der

(B) jetzigen Situation nicht so unritterlich sein, auf die alten Aussprüche des Kaisers zurückzugreifen, sondern solle es dem Kaiser überlassen, jetzt das zu zu tun, was ihm im Interesse des Volkes notwendig erscheine. Meine Herren, das ist vom Standpunkte des „Berliner Tageblatts" ein ganz geschickter Ausweg. Aber man darf nicht vergessen, welche Sünden gerade dieses Blatt bei seiner weiten Verbreitung begangen hat, indem es im Laufe der Jahre, bis zum 1. August 1914, das Bürgertum zur Schwäche gegenüber der Autokratie und dem Militarismus erzogen hat. Für uns aber liegt die Frage so: Jetzt, in dieser historischen Situation, gibt es kein Ausweichen mehr vor der Frage, die ich für meine Person hier schon Mitte Juni 1918, im Höhepunkt der letzten Offensive gestellt habe, kein Ausweichen mehr vor der Frage: Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß derartige Zwischenrufe durchaus unzulässig sind und der Ordnung des Hauses widersprechen. Ich muß die Herren dringend ersuchen, die Zwischenrufe zu unterlassen, da ich sonst genötigt sein würde, die Namen der betreffenden Herren festzustellen und gegen sie einzuschreiten.

Dr. **Cohn** (Nordhausen), Abgeordneter: Bei dieser Frage aber, meine Herren, und überhaupt bei der **Stellung zum Kaiser** und zur Monarchie muß das Verhalten der sozialdemokratischen Bestandteile der jetzigen Regierung und der **sozialdemokratischen Bestandteile der Regierungsmehrheit** allerdings verwunderlich erscheinen. Sie waren früher meine Parteifreunde und haben — es wäre ungerecht, das vergessen und verschweigen zu wollen — mit uns zusammen alle die Jahre hindurch gekämpft gegen das Überwuchern des Militarismus im staatlichen Leben, gekämpft gegen die Autokratie, gegen das persönliche Regiment. Aber wollen Sie denn jetzt vergessen, welche Gesinnung der Träger der Krone gerade gegenüber der Sozialdemokratie nicht nur gehabt, nein, auch geäußert und in Handlungen umgesetzt hat und durch die allzu nachgiebige und biegsame Rechtsprechung und die Verwaltung in Handlungen hat umsetzen lassen?!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wollen Sie all die hundert Jahre Gefängnis vergessen, die über Anhänger unserer Partei verhängt worden sind, als die Justiz in den neunziger Jahren und später, unter der Regierung dieses Kaisers, in ihrer Schwäche dem persönlichen Regiment gedient hat?! Erinnern Sie sich nicht dieser Worte: „Einer nur ist Herr im Reiche. Keinen andern dulde ich." „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind."

Sie hören es, meine Herren, wie Sie genannt worden sind, und Sie haben keinen Beweis dafür, daß sich diese Wesens- und Denkungsart des Kaisers im Innersten geändert hätte. „Vaterlandslose Feinde der göttlichen Weltordnung," „Die Redakteure des „Vorwärts", die Krupp angegriffen haben, sind „Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind!" „Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben", hieß es einmal, „kann es vorkommen, daß ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten und Brüder, ja die eigenen Eltern niederzuschießen." Meine Herren, die sozialdemokratischen Herren in der Regierung und der sozialdemokratische Bestandteil der Regierungsmehrheit, sie können doch kaum so ganz Ihrer Geschichte und so ganz der Leiden vergessen, die durch dieses Regime über die Partei und ihre Anhänger verhängt worden sind, um jetzt nicht auch zu verlangen, daß das monarchische System und der jetzige Träger der Krone in Deutschland beseitigt werde, dieses System, das im letzten Grunde doch zu der Unterdrückung, zu der Verfolgung der sozialdemokratischen Partei geführt hat.

(Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter Dr. Cohn, ich kann nicht gestatten, daß Sie sich in dieser Weise gegen die bestehende Verfassung aussprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Dr. **Cohn** (Nordhausen), Abgeordneter: Meine Herren, ich habe den **Eintritt von Sozialdemokraten in eine bürgerliche Regierung** nie gebilligt.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich will aber — es ist jetzt nicht die Zeit dazu — mit Ihnen nicht darüber diskutieren, ob Sie Anlaß, ob Sie ein Recht, ob Sie die Pflicht dazu hatten. Aber von dem Manne, der die größte Partei des Landes, der Parteimitglieder, die in der vordersten Reihe des Kampfes gestanden haben, in solcher Weise beschimpft hat, von diesem Manne, gerade von diesem Manne Ernennungen anzunehmen, zum Staatssekretär, zum Unterstaatssekretär usw., zu ihm zu gehen, ob man das tun will oder nicht, das ist eine einfache Frage des politischen Anstandes und des sittlichen Taktes.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, nochmal sage ich: es handelt sich in diesem Augenblick darum, die Verantwortlichkeiten festzustellen und die Konsequenzen zu ziehen. Wer ist das stärkste **Friedenshindernis** in diesem Augenblick? Das stärkste Friedenshindernis sind die Kräfte, die in diesem Augenblick zwar die militärische Lage richtig sehen, was ihres Amtes ist, aber, um ihre soziale Existenz und um das monarchisch-autokratische System aufrecht zu erhalten, wie es bisher in Deutschland geherrscht hat, nicht die

(Dr. **Cohn** [Nordhausen], Abgeordneter.)

Konsequenzen daraus ziehen, sondern bereit sind, den Rest unserer Volkskraft in den großen Schmelzkessel zu werfen in der Hoffnung, sich noch ein paar Monate fristen zu können.

(Zurufe rechts.)

Das ist das stärkste Friedenshindernis und, meine Herren, dieses Friedenshindernis muß beseitigt werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gleichviel, wo es steht, ob auf dem Thron oder in den Stuben der Obersten Heeresleitung: es darf nicht mehr an seiner Stelle stehen bleiben!

(Lebhafte Zurufe rechts.)

Ich sprach davon, wie das Ausland die Entwicklung der deutschen Dinge sieht und welchen größeren oder geringeren Glauben es den Reden der deutschen Regierung beimißt. Meine Herren, während die Friedensverhandlungen gehen, während die neue Regierung sich bemüht, den Staat, die Reichsleitung zu entmilitarisieren, waltet ruhig noch ein Mann seines Amtes oder der Aufgabe, die ihm in den letzten Tagen der scheidenden Regierung gegeben worden ist, der bekannte Großindustrielle Hugo Stinnes, der die Aufgabe erhalten hat, den **Unterseebootkrieg** zu organisieren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

zu organisieren auf Jahre hinaus, offenbar ist das in England schon bekannt. Englische Presseäußerungen deuten darauf hin und sprechen es ganz klar aus, daß die Deutschen noch ein großes Unternehmen im Unterseebootkrieg planen, ein Unternehmen, das erst in einiger Zeit erfolgen werde. Und deshalb nehmen die englischen Blätter, nimmt die englische, die französische, die amerikanische Öffentlichkeit an — den guten Willen der Reichsregierung in Ehren, sie meint es sicher ehrlich mit ihrem Friedensangebot, sie ist auch sicherlich der Meinung, daß sie die militärischen Kräfte in ihrem Einfluß auf das Staatsleben schon bezwungen habe, aber sie irrt sich eben noch, sie weiß zum Beispiel nicht, sie kann es nicht hindern, daß der Unterseebootkrieg organisiert wird bis 1920, über 1920 hinaus. Deswegen die Forderung nach ernsthaften Taten, die auf eine Demilitarisierung der Reichsleitung, auf eine völlige Herrschaft ziviler, volksmäßiger Gewalten im Reiche hindeuten, deshalb das Verlangen Wilsons in den Noten einschließlich der, die heute nicht weiter zur Sprache gebracht werden soll!

(Zurufe rechts. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich betone ausdrücklich: nicht nur der augenblickliche Träger des monarchischen Regiments, sondern — Sie werden es von meinem Standpunkt aus verstehen, wenn ich hinzufüge — die gesamte **Dynastie** muß das **Feld räumen.**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das müssen wir fordern,

(erregte Zurufe und große Unruhe rechts; Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten; Glocke des Präsidenten)

die wir die sozialistische Republik von je und je auf unser Panier geschrieben haben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, es geht jetzt nicht um Dynastie und Militarismus allein, es geht jetzt nicht allein um die Frage, ob das Reich weiter militarisiert bleiben oder ob das ganze Staatsleben entmilitarisiert werden soll; jetzt geht es um mehr: jetzt geht es um das ganze deutsche Volk, es geht um die europäische Menschheit und Kultur, es geht um die Kultur der ganzen Welt. Wenn das wahr wird, wenn das Gestalt annimmt, woran von den Kreisen gearbeitet wird, die ich vorhin erwähnte, von den Militärs, von den Alldeutschen, von den Konservativen, wenn das **Aufgebot des letzten Mannes** erfolgen soll, so (C) ist das der Tod des deutschen Volkes, von dem es mir jetzt schon sehr zweifelhaft ist, ob es die Verluste an Blut und an Gut jemals wieder einholen kann, die ihm dieser Krieg bereits zugefügt hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie werden es begreifen; wir würden unsere Pflicht verletzen, wenn wir gegenüber diesem ruchlosen Versuche, den Rest der Volkskraft für die eigensüchtige Aufrechterhaltung von Phantomen der Vergangenheit hinzuopfern, nicht die Bevölkerung aufriefen, sich mit aller Kraft, die ihr zur Verfügung steht, gegen die Vernichtung seiner selbst zu wehren.

(Zurufe und große Unruhe rechts.)

— Herr Abgeordneter Kreth, durch Klugheit haben sich Ihre Zwischenrufe niemals ausgezeichnet!

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe nicht erwartet, daß die Kriegsnöte gerade Ihre Klugheit erhöht haben. —

(Lachen rechts.)

Nicht die „Ehre des Volkes", wie es in den Aufrufen der Parteien und in den Eingaben an den Reichstag heißt, wovon uns in den letzten Tagen hier Verzeichnisse vorgelegt worden sind, nicht diese einem Phantom gleichkommende Ehre des Volkes steht auf dem Spiele; — die höchste Ehre des Volkes ist, sich selbst zu erhalten als Träger der Kultur, sich selbst zu erhalten für die Arbeiten des Wiederaufbaues und dereinst wieder ein nützliches, wertvolles und geschätztes Glied der Menschheit zu werden. Soldaten und Arbeiter erkennen mehr und mehr — das ist die gute Wirkung dieser öffentlichen Diskussion in den letzten Wochen —, daß der Hauptfeind der deutschen Bevölkerung im Lande steht und nicht außerhalb des Landes.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gegen diesen Hauptfeind werden sich Soldaten und Arbeiter zur Wehr setzen. (D)

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem Gedanken, meine Herren, bin ich und sind meine Freunde vereinigt mit der gesamten Internationale der Arbeiter und der Bauern.

(Lachen und Zurufe rechts.)

Wir sehen den Krieg nicht als nationales Problem an, wir vergessen auch in dem jetzigen Stadium der Lösung des Krieges nicht seinen Ausgangspunkt. Wie die Menschheit hineingetrieben worden ist in diesen Krieg durch die Mächte des Kapitalismus und Militarismus, Mächte, die internationaler Art, wenn auch national verschieden in ihrem Wirkungsgrade waren, so wird sich auch die internationale Menschheit — das ist ihre Pflicht — zusammentun gegen diese Mächte, und auf den Weltimperialismus und Weltmilitarismus wird folgen und ihn überwinden die Weltrevolution.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Indem die deutschen Arbeiter sich der Pflicht zur Revolution bewußt werden, werden es auch die Arbeiter anderer Länder. Diesen unseren Freunden jenseits der französischen, jenseits der italienischen, jenseits der übrigen Landesgrenzen reichen wir heute im Geiste die Hand. Wir stehen zueinander, miteinander gegen den gemeinsamen Feind, den internationalen Kapitalismus nnd Imperialismus.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zischen und erregte Rufe rechts. — Händeklatschen auf der Zuhörertribüne. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Ich habe schon einmal gesagt, daß auf der Tribüne keinerlei Meinungsäußerungen zulässig sind! Wenn solche Meinungsäußerungen auf der

(Vizepräsident **Dove.**)

(A) Tribüne noch einmal vorkommen, werde ich die Tribüne räumen lassen!

(Erregte Zurufe und andauernde große Unruhe rechts und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

(Wiederholte Zurufe rechts.)

— Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Es ist sonst unmöglich, die Ordnung des Hauses aufrechtzuerhalten, wenn alles durcheinanderschreit. Ich habe vorhin schon und ich habe jetzt wiederum die Tribüne darauf aufmerksam gemacht, daß es absolut unzulässig ist, zu klatschen. Wenn es noch einmal geschieht, wird die Räumung erfolgen!

(Zuruf rechts.)

— Sie haben mir keine Vorschriften zu machen!

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rühle.

Rühle, Abgeordneter: Namens derjenigen sozialdemokratischen Arbeiter und Soldaten, die sich weder der Partei der abhängigen Regierungssozialisten noch der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten angeschlossen haben, deren Menge aber ungezählte Tausende umfaßt, die Anspruch darauf erheben, von dieser Stelle aus und in dieser politisch und historisch wichtigen Situation gehört zu werden, will ich ganz kurz unseren Standpunkt gegenüber den Fragen kennzeichnen, die in diesen Tagen zur Debatte gestanden haben.

Wir lehnen jeden **Verständigungsfrieden** ab, den die bürgerlich-kapitalistischen Regierungen auf dem Rücken der verblutenden Völker abzuschließen gewillt und im Begriff sind. Im Zeitalter des Imperialismus und zwischen imperialistischen Staaten ist ein Verständigungsfriede, der dem Wohle und den Interessen der Arbeiterklasse dienen und nützlich sein könnte, ein Ding der Unmöglichkeit. Diese Verständigung wird immer nur abgeschlossen werden auf Kosten des
(B) Proletariats. Denn der politische, der wirtschaftliche, der historische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist nicht aus der Welt geschafft; er besteht nach wie vor, ja er ist durch diesen Krieg erweitert und vertieft worden. Wenn es wahr ist, daß der Hauptfeind, der Todfeind der proletarischen Klasse im eigenen Lande steht, dann ist es unmöglich, daß das Proletariat seine Zustimmung dazu geben kann, wenn diese Todfeinde in aller Welt sich auf Kosten des Proletariats und gegen die Lebensinteressen des Proletariats verständigen und verbünden. Es kann sich bei dem beabsichtigten Verständigungsfrieden nur darum handeln, die bisher geübten Methoden der Ausbeutung und Knechtung der Völker mit allem, was in staatlicher, rechtlicher, gesetzgeberischer, wirtschaftlicher Hinsicht damit zusammenhängt, vor dem drohenden Untergange, dem Zusammenbruch zu retten. Für die arbeitende Klasse gibt es keinen Verständigungsfrieden auf der Grundlage des Kapitalismus. Sie fordert einen Machtfrieden in dem Sinne, daß ihr Todfeind, diese Bourgeoisie, überwältigt, die bürgerlich-kapitalistische Regierung gestürzt, der Militarismus zertrümmert wird und das revolutionäre Proletariat der bürgerlichen Gesellschaft nach ihrer Niederwerfung und Überwindung den sozialistischen Frieden diktiert.

Wir lehnen weiter die sogenannte Demokratie und den **Parlamentarismus** ab, womit die bürgerlich-kapitalistische Regierung das deutsche Volk just in demselben Augenblicke beglückt hat, in dem der Militarismus, bisher das stärkste Bollwerk der reaktionären Klassenherrschaft, unleugbar und unaufhaltsam zusammengebrochen ist und die Oberste Heeresleitung selbst zu der Überzeugung kommt, daß der Krieg rettungslos verloren ist. Diese sogenannte Demokratie von Hindenburgs Gnaden ist nichts anderes als eine auf Täuschung und Irreführung berechnete Kulisse, hinter der sich der verzweifelte Versuch verbirgt, unter (C) Gewährung von Scheinreformen und papierenen Reförmchen das Wesen und den Kern dieses kapitalistischen Systems vor dem drohenden Strafgericht der Massen in Sicherheit zu bringen. Daß sich Sozialdemokraten zu der Rolle hergegeben haben, in letzter Stunde für die zusammenkrachende bürgerliche Gesellschaft noch den Nothelfer und Kugelfang zu spielen, wird von den Massen draußen ebenso als schmählicher Verrat empfunden,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wie sie sich durch die Scheindemokratie, die vorgegaukelte Volksherrschaft genarrt und verhöhnt fühlen. Sie brauchen zu ihrer Befreiung etwas ganz anderes, nämlich die Demokratie des Sozialismus, die Republik auf der Grundlage der sozialistischen Revolution, und sie verlangen dazu in erster Linie die Abdankung des **Kaisers** als des Urhebers dieses Weltkrieges.

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Rühle, Sie haben die Abdankung des deutschen Kaisers verlangt mit einer Begründung, die innerlich unwahr und jeder Ehrerbietung gegen den Kaiser widerspricht. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

(Bravo!)

Rühle, Abgeordneter: Der Ordnungsruf wird ihn vor dem Strafgericht nicht retten — —

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Rühle, ich verbitte mir jede Bemerkung zu meinen Anordnungen als Präsident. Ich rufe Sie wegen dieser Bemerkung abermals zur Ordnung!

(Bravo!)

Rühle, Abgeordneter: Wir lehnen weiter den sogenannten **Staaten- und Völkerbund** ab, zu dem die (D) bürgerlich-kapitalistischen Regierungen, wiederum unter Mithilfe von Sozialdemokraten, sich nach dem Kriege zusammenfinden wollen. Dieser Staaten- und Völkerbund, oder wie Sie ihn nennen mögen, kann nichts anderes sein als eine Koalition arbeiter- und freiheitsfeindlicher Mächte, eine Heilige Alliance zur Niederknüppelung und zur Erdrosselung der aufziehenden sozialen Revolution. Wir sehen ja heute schon, wie die großen Kapitalmächte in holder Eintracht sich vereinigen zu dem ruchlosen Werke, die russische Volksrepublik, der unsere unbegrenzten Sympathien gehören, abzuwürgen. Die arbeitende Klasse erwartet ihre Befreiung und Erlösung nicht von dem Völkerbund, wie Wilson ihn will, oder wie andere ihn vorgeschlagen haben, und wie er auf der Basis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt realisierbar ist; sie erstrebt die Verbrüderung aller Völker zu einem dauernden Friedens- und Kulturbund im Zeichen des siegreichen Sozialismus.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich rufe die Arbeiterschaft, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, auf, diesen Sozialismus zu erkämpfen mit der Waffe der Revolution. Die Zeit zum Handeln ist gekommen!

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Die Aufforderung zur Revolution ist unzulässig. Ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zum dritten Male zur Ordnung.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Korfanty hat vorhin von meinen Ausführungen Auslegungen gegeben, die mit dem, was ich gesagt habe,

(Ledebour, Abgeordneter.)

nicht übereinstimmen. Die Differenzpunkte zwischen ihm und mir bestehen darin, daß ich es für einen unverantwortlichen Versuch der Vergewaltigung eines fremden Volkes erkläre, wenn die Polen sich bemühen, Danzig oder andere deutsche Landesteile unter ihre Herrschaft zu bringen. Das läßt sich in keiner Weise rechtfertigen mit den Selbstbestimmungsbestrebungen, die sie selber verfolgen. Sie schlagen ihren eigenen Bestrebungen ins Gesicht, wenn sie das anderen Völkern antun wollen, was sie ihrerseits nicht dulden wollen und nicht dulden dürfen, sobald ihnen selber ein solches Unrecht angetan wird.

Präsident: Wir treten in die Spezialdiskussion ein. Ich eröffne die Diskussion über § 1 und — schließe dieselbe, § 2 — schließe dieselbe, § 3, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen!

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, in der eben festgelegten Form die Genehmigung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen

Wir haben noch abzustimmen über die Resolution der Herren Abgeordneten Brandys (Oppeln) und Genossen auf Nr. 1973 der Drucksachen. Sie lautet:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Angehörigen der östlichen besetzten Gebiete, welche bisher auf Grund des Kriegszustandes als Kriegsgefangene, Zivilgefangene oder als Arbeiter an der Rückkehr in ihre Heimat verhindert werden, sofort die volle Freiheit wiederzugeben.

Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Ich bitte diejenigen Herren, die dieser Resolution zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause)

Das Bureau ist einig, daß die Minderheit steht. Damit ist diese Resolution abgelehnt.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist nach der zu Anfang stattgehabten Geschäftsordnungsdebatte von der heutigen Tagesordnung abgesetzt worden. Wir gehen deswegen über zum letzten Gegenstande der Tagesordnung, zur

> **ersten, zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1911** (Nr. 1977 der Drucksachen).

Als Kommissar des Bundesrates ist angemeldet der Kaiserliche Geheime Oberregierungsrat Herr Dr. Schulze.

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Haegy.

Dr. **Haegy,** Abgeordneter: Meine Herren, hinter der unbedeutend erscheinenden Vorlage steht die **Neugestaltung** der Verhältnisse **in Elsaß-Lothringen.** Wenn jemals das Wort des alten Seni angebracht war: „das Wichtigste an jedem irdischen Ding ist Ort und Stunde", dann ist es wohl heute bei all den Neuerungen, die im Reich und in den Bundesstaaten sich abspielen. Es vollziehen sich ungemein wichtige Dinge, wertvolle Neuerungen überstürzen sich, die unter Umständen sonst stürmische Freude hätten auslösen können, denen aber, wie wir heute sehen, die Beteiligten kühl bis ans Herz hinan gegenüberstehen. Sogar das Gefühl der Überraschung scheint ausgeschaltet zu sein heute, wo man alles für möglich hält. So im Reich, in Preußen und in anderen Bundesstaaten und so bei uns in Elsaß-Lothringen mit der Neuordnung der Dinge, die jetzt kommen soll. Es hat der Herr Reichskanzler mit gewissem Stolze gebucht für das neue Regime, daß man dem Lande einen Elsässer als Statthalter beschert und einen Elsässer als Staatssekretär geschenkt hat. (C)

Meine Herren, es ist die Forderung, **Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern,** die Devise unserer Politiker und aller Parteien gewesen, seit den ersten Tagen, wo man uns erlaubte, politische Organisationen zu haben. Wenn man früher diese Forderung erhoben hat, ist man leicht in die Gefahr gekommen, von gewissen Leuten als deutschfeindlich verschrien zu werden, von Leuten, die durch diese Forderung sich in ihren Pfründen bedroht sahen. Wenn man es wagte, diese Forderung in ihrer Vollständigkeit zu erheben, Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern vom Straßenwärter bis hinauf zum Statthalter, so konnte man sicher sein, in den geheimen Registern der Polizei aufgeführt zu werden als Revolutionär und Umstürzler. Man wollte dann in der Tat auch etwas umstürzen, was bei uns als geheiligte Rechtsordnung denjenigen galt, die davon das Benefizium hatten. Ich darf behaupten, wenn man vor wenigen Monaten noch die Forderung in der Vollständigkeit hier zu erheben gewagt hätte, hätte man ein seltsames Echo im Hause gehört. Weite Kreise der deutschen Presse haben bis in die letzten Tage hinein viel mehr Interesse gezeigt für die irische Homerule und die Bestrebungen der Sinnfeiner als für die Autonomie in Elsaß-Lothringen.

Nun haben die Kriegsverhältnisse merkwürdig rasch die Dinge reifen lassen, im Reich und so auch bei uns. Man könnte geneigt sein, den Herren, die nun umgelernt haben, den Dank des elsaß-lothringischen Volkes zu bezeugen, wenn es nicht einer allzu harten Lektion bedurft hätte, diese innere Umwandlung zu vollziehen. Der vierjährige Krieg allein hätte dazu noch nicht genügt. Es hat der trüben Situation bedurft, in deren Mitte wir heute stehen. Heute endlich, in der düsteren Situation, hat man erkannt, daß gebrochen werden mußte auf dem Boden der Reichslande mit einem System, an dem man 45 Jahre lang mit bissiger Zähigkeit festgehalten hatte und das man erst recht in diesem Kriege mit geradezu giftiger Selbstsicherheit als die einzig richtige Behandlung des Landes erachtet hat. (D)

(Hört! hört!)

Wenn ich dieses System mit einem Worte kennzeichnen darf, so war es eine Fremdherrschaft auf dem Boden unseres Landes.

(Sehr richtig! bei den Elsaß Lothringern.)

Die Verweigerung jeder Autonomie, jeder Selbstregierung, ein Beamtenregiment, ein Obrigkeitsregiment. Was man heute im Reiche abschaffen will, das haben wir 45 Jahre lang erduldet, verschärft dadurch, daß es ausgeübt wurde von einem Beamtentum, das nicht dem Lande entnommen, das dem Volke und Lande fremd war und der großen Mehrheit der Bevölkerung auch in der Konfession fremd war. Die Regierung, die heute in Elsaß-Lothringen ihr Bündel schnürt, ist in ihren Spitzen völlig katholisch rein gewesen, in einem Lande, das zu 76 Prozent katholisch ist. Wo ist der naive Mann, der glaubt, daß dergleichen ungestraft Jahrzehnte lang — so ist es immer gewesen — durchgeführt und geduldet werden kann?

(Sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern.)

Die Reaktion mußte kommen gegen eine Behörde, der — ich darf mich berufen auf das Zeugnis aller meiner Freunde aus Elsaß-Lothringen — wir stets gegenübergestanden sind als einer feindlichen Macht, höchstens könnte man sagen: auf dem Standpunkte der bewaffneten Neutralität. Wie man noch bis in die letzten Tage umgegangen ist mit den Volksrechten und mit den Rechtsforderungen des elsaß-lothringischen Volkes und seiner

(Dr. Haegy, Abgeordneter.)

(A) Vertreter, ist ausgesprochen in dem einen Worte: **Fall Lévêque.** Es ist Ihnen bekannt, ich darf es in Ihr Gedächtnis zurückrufen: seit zwei Jahren und drei Monaten ist unser Kollege Lévêque aus seiner Heimat und seinem Wahlkreise ausgewiesen.

(Hört! hört!)

Der Fall ist im Reichstag wiederholt, im Plenum und im Hauptausschuß, Gegenstand der Verhandlungen gewesen.

(Sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern.)

Es haben in der Kommission in geradezu tragisch ernsten Sitzungen sämtliche Parteien betont — ich darf die Rechte davon ausnehmen —, daß die Gründe für die Ausweisung aus der Heimat in keiner Weise genügend seien, um gegen einen deutschen Reichstagsabgeordneten eine solche Maßnahme zu treffen, die zugleich eine Verletzung der Verfassung des Reichs und der Immunität der Abgeordneten einschließt. Es hat zu einer bestimmten Stunde der Vorsitzende der Budgetkommission von der Regierung verlangt, daß in den nächsten Tagen mitgeteilt werde, die Maßnahme gegen Lévêque sei aufgehoben und ihm die Rückkehr in die Heimat erlaubt. Bis heute ist das nicht geschehen.

(Hört! hört!)

Kollege Dittmann ist aus dem Gefängnis, Herr Liebknecht, der Exkollege, ist aus dem Zuchthaus entlassen, Lévêque sitzt noch in Ausweisung in Dramburg in Pommern.

(Hört! hört!)

Ich frage die neue Regierung, wie lange er noch dort sitzen wird?

Heute noch schlagen sich die **Abgeordneten im Elsaß** mit den Behörden herum um einen Paß für jeden Schritt, den sie tun, für jede Reise, die sie machen wollen. Sie gehen zum Kommando, um einen Paß zu erbitten. Es passiert elsässischen Abgeordneten, daß der Ortskommandant (B) ihnen den Paß in ihrem Wahlkreis verweigert. Es sind Abgeordnete hier, die seit Beginn des Krieges nie einen Schritt auf den Boden ihres Wahlkreises haben tun dürfen,

(Zuruf)

denen man den Paß verweigert nach ihrem Wahlkreis für eine Reise von 15 Kilometer. Und diese Verweigerung wird gekleidet in eine Form, wie sie unter gebildeten Europäern nicht üblich ist, höchstens auf dem Kasernenhof, wo Unteroffiziere schalten, die nicht guten Rufes sind. Der Mann, der das getan hat, trägt den Namen eines deutschen Fürstenhauses,

(Zuruf)

— Fürst Löwenstein.

Man hat vorhin den **Fall Zabern** erwähnt. Heute haben über den Fall Zabern manche Leute umgelernt. Es gibt Leute, die behaupten, wenn General v. Deimling heute im Zylinder herumläuft, so ist nicht so sehr das seltsame Unglück schuld, das ihn im Kriege betroffen hat, sondern die Erkenntnis, daß er in letzter Linie dafür verantwortlich ist, daß sich die Affäre von Zabern zu einer Weltaffäre ausgewachsen hat. Der Kommandant von Straßburg hätte es leicht gehabt, dem jungen Leutnant, der in erster Linie schuld war, und dem übel beratenen Kommandeur, den Marsch zu blasen und mit einer Handbewegung eine Affäre aus der Welt zu schaffen, von der wir sagen können: sie hat nicht zum geringen Teile dazu beigetragen, die Katastrophe zu provozieren, die über die Welt hereingebrochen ist.

Ich spreche von **fremdem Regiment.** Was soll das zeitigen für ein Land, wenn dann, wo eine Behörde schwindet, wie damals über den Fall Zabern eine Behörde gestolpert ist, an deren Spitze ein Elsässer stand und die einen Unterstaatssekretär aus Elsaß hatte, man sich hinsetzt und einen Regierungspräsidenten von Potsdam nach Elsaß schickt und ihm einen Unterstaatssekretär aus dem Reich und einen preußischen höheren Beamten als Unterstaatssekretäre zur Seite stellt! Man darf sich fragen: bei welchen Auguren hat man sich Rat geholt, in welcher Weise die Herren befähigt waren, die Führung des elsässischen Volkes in die Hand zu nehmen? Heute, wo die neue Regierung, die während des Krieges gekommen ist, nach Hause zurückkehrt, hat ein Berliner Blatt geschrieben, man sollte den Herren ein Plakat auf den Rücken hängen, worauf geschrieben steht: die Leute sind dafür verantwortlich, daß ein im Grunde deutsches Volk seinem deutschen Vaterland entfremdet worden sei, und sollte sie mit diesem Plakat auf dem Rücken durch das Land peitschen. Es wäre das eine etwas grausame Praxis, und ich möchte die Herren in etwas doch in Schutz nehmen, in dem Sinne nämlich, daß sie nicht allein für das verantwortlich sind, was entstanden ist. Es sind andere Herren dafür reichlich mitverantwortlich seit 45 Jahren, und wenn gewisse Leute, die heute in Reichsämtern sind, ein geringeres Maß von Verantwortung tragen, dann ist es höchstens deshalb, weil sie kürzere Zeit im Lande gewesen sind.

(Sehr richtig! links.)

Der **verflossene Statthalter** kam zu uns damals als preußischer Minister mit dem Rufe, ein handfester Mann zu sein. Er hat in Preußen anscheinend in dem Sinne ein ungünstiges Andenken hinterlassen. Ich darf von ihm sagen: er wird in Elsaß-Lothringen überhaupt kein Andenken hinterlassen.

(Sehr richtig! links.)

Der Mann, der während des Krieges berufen gewesen wäre, die Rechte der Bevölkerung gegen die Übergriffe des Militarismus in Schutz zu nehmen, hat gelegentlich eines Besuchs gesagt, er habe überhaupt nichts zu tun; das Militär habe ihm die ganze Arbeit aus der Hand genommen. Und er hat sie sich aus der Hand nehmen lassen. (I

(Hört! hört! links.)

Er hat niemals Anlaß genommen, er, der das Ohr des Kaisers hätte haben müssen und jederzeit in das Hauptquartier gehen konnte, um dort die unduldbaren Verhältnisse in das richtige Licht zu rücken. Er hat es niemals getan. Es hat niemals für ihn in Elsaß-Lothringen ein Gefühl des Dankes oder der Anerkenntnis für sein Walten geherrscht, ebensowenig für den verflossenen Staatssekretär, der es anscheinend als seine einzige Aufgabe betrachtet hat, den Versuch zu machen, Elsaß-Lothringen als preußische Provinz in der großen preußischen Tasche verschwinden zu lassen. Er wußte ganz genau, daß ein solches Unternehmen gegen den ausgesprochenen Willen der Bevölkerung war, die schon gerade deshalb in diesem Jonaslos Elsaß-Lothringens keine Lösung der bisherigen Mißstände sehen konnte, weil wir seit 45 Jahren eigentlich nichts anderes als preußisch gewesen sind.

Meine Herren, es hat der Herr Kollege Schultz (Bromberg) in scharfer Weise vorhin gegen unseren Redner polemisiert. Herr Abgeordneter Schultz schien in seinen Ausführungen vergessen zu haben, daß die deutsche Regierung durch die Anerkennung der **Wilsonschen Programmforderungen** eine Situation geschaffen hat, von der es doch ganz unmöglich ist, daß wir hier an dieser Stelle ihr nicht hätten Rechnung tragen sollen. Es ist eine Rätselfrage, wie wir uns hier hätten benehmen sollen in dem Moment, wo die Wilsonschen Programmforderungen vorliegen, der Punkt 8 jedermann bekannt ist, und der Staatssekretär erklärt, die deutsche Regierung sei entschlossen, diesen Programmpunkt in aller Loyalität durchzuführen. Meine Herren, es ist das Wilsonsche Programm nicht etwa bloß ein Stück Papier, an dem man kritisierend und interpretierend herumdeuteln könnte. Es liegt hinter diesem Programm auch die gewaltige Kriegslage unserer

(Dr. **Haegy**, Abgeordneter.)

Tage, und es steht hinter demselben die Kriegsmacht der gegen Deutschland verbundenen Welt. Wenn in Elsaß-Lothringen die Stimmung auch noch so günstig wäre für das Deutsche Reich, so muß ich sagen, daß das auch noch ohne Belang wäre für die ganze Situation.

Meine Herren, ich kann es dem Herrn Abgeordneten Gothein nachfühlen, wie wehe ihm die Situation tut, die sich vor jedem aufrichtig in die Verhältnisse hineinblickenden Mann eröffnet. Es konnte einem wehe tun, wenn Herrn Abgeordneten Gothein die Tränen hier über die Wangen rollten

(Lachen rechts)

im Denken an das, was dort in Elsaß-Lothringen geschehen, und wofür er vielleicht mit Recht die Schuld von sich abweisen darf. Er hat die Politik als unsinnig und wahnsinnig bezeichnet, und es scheint, aus dem Lachen der Herren zu schließen, daß gewisse Leute den Unsinn noch immer nicht erkannt haben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, es hat wirklich **Elsaß-Lothringen** als Glacis des Reiches eine schauderhafte **Behandlung** in diesen Jahrzehnten unter der militärischen Herrschaft erduldet,

(sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern)

und diese Behandlung ist während des Krieges verschärft worden; sie hat sich in einer Weise verschärft und verschlimmert, daß die Erbitterung und Verärgerung sich wie ein Turm gen Himmel emporgehoben hat. Wenn man heute in französischen Zeitungen Statistiken liest, daß während des Krieges acht Jahrtausende Gefängnis und Zuchthaus von den Militärgerichten verhängt worden sind über elsaß-lothringische Bürger, und zwar wegen der allernichtigsten Vorgänge, dann, meine Herren, fragt man sich: was eigentlich dieses System bezweckte und wie es an entscheidender Stelle nie einem Menschen eingefallen ist, was für Unheil durch dieses System gestiftet werden mußte. Es ist neulich in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß die elsaß-lothringischen Verhältnisse schlimm wären, sodaß man mit diesen Repressionsmaßregeln habe vorgehen müssen. Meine Herren, wie hat man da Gefängnis ausgeteilt! Ein Mann, der eine kleine Gießform von 12 Centimeter Durchmesser zu einer Büste des alten Napoleon besaß, der bekanntlich vor 100 Jahren gestorben ist, hatte mit etwas Gips, den er zur Verfügung hatte, in dieser Form drei Napoleonbüsten gegossen; das Kriegsgericht diktierte ihm dafür neun Monate Gefängnis.

(Hört! hört!)

Ein anderer Fall, den ich anführen will: Als anläßlich eines feindlichen Fliegerbesuchs ein Haus in Trümmer gesprengt war und die Leute dastanden und sich fragten, ob dieser Schaden durch eine Fliegerbombe oder durch einen Blindgänger der deutschen Abwehrgeschütze angerichtet worden sei, steht ein Mann dabei und hört von anderen, daß Soldaten behaupten, es sei wohl ein Blindgänger gewesen. Da sagt er: Ja, das ist auch meine Meinung, sehen Sie mal die schiefe Einschlagbahn des Geschosses; es wird wohl ein Blindgänger gewesen sein. Ein Geheimpolizist hört allein die leise geführte Unterredung, und der Mann bekommt dafür sechs Monate Gefängnis.

(Hört! hört!)

Meine Herren, wenn man in dieser Weise vorgeht, dann kann man sich denken: alle diese Leute haben Bekannte und Freunde, solche Verurteilungen werden bekannt in weiten Kreisen, und was das für Wirkungen ausüben muß, das kann sich jeder an den Fingern nachrechnen.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, sind gegen die **Erklärung des Herrn Dr. Ricklin** von dieser Stelle aus seitens des Herrn Staatssekretärs Dr. Solf und einer Reihe von Rednern heftige Angriffe gerichtet worden. Die Erklärung mochte hart klingen und unangenehm empfunden werden; das (C)
mag richtig sein. Aber die Schuld daran liegt doch in den seltsamen Verhältnissen, in denen wir uns befinden, die man vielleicht schonend verschleiern konnte, aber zu ändern vermag man sie nicht. Herr Dr. Ricklin hat der Verschleierung ein hartes Wort der Offenheit vorgezogen. Herr Dr. Solf hat nun anerkannt, daß durch die Annahme des Wilsonschen Friedensprogramms und durch die Entschließung der deutschen Regierung zu dessen loyaler Durchführung für Polen und Elsaß-Lothringen eine eigentümliche neue Situation gegeben sei. Meine Herren, was der Herr Staatssekretär sagte, war genau dasjenige, wovon jene Erklärung des Herrn Dr. Ricklin ausging. Die Bestimmung über unser Los hat das deutsche Reich in die souveräne Hand des Friedenskongresses gelegt. Es wäre in der elsaß-lothringischen Bevölkerung seltsam empfunden worden, wenn wir in diesem Hause der mit einem Schlage völlig veränderten Lage keine Rechnung getragen hätten, wenn wir hier so gesprochen hätten, als ob jene große Entschließung nicht dastände und wir nichts davon wüßten, oder als ob wir in reizender Naivität ihre Bedeutung nicht durchschauten.

Es wäre eine Irreführung des deutschen Volkes, es glauben zu lassen, daß mit einer Neuordnung der Verhältnisse in der Südwestecke des Reichs nun in flammender Vaterlandsbegeisterung ein reichsfreudiger neuer deutscher Bundesstaat entstehen würde, und dem Präsidenten Wilson damit ein dicker Federstrich durch seinen § 8 gemacht wäre. Es sollte die Erklärung vor Erwartungen warnen, als ob irgendeine Neuordnung in Elsaß-Lothringen heute noch einen Umschwung in einer Stimmung herbeiführen könnte, wie sie durch Mißgriffe ohne Maß und Zahl in 44 Jahren zugrunde gelegt worden ist und wie sie der Krieg mit all dem Jammer der Militärherrschaft im Operations- und Etappengebiet zu einem Berg der Verärgerung und Erbitterung auf- (D)
getürmt hat. Es mag hart klingen, es heute sagen zu müssen, daß sogar das Gefühl der Dankbarkeit für all das, was nun für das Volk geschieht, in den Herzen keinen Platz mehr hat.

Aber die Erklärung konnte nicht unerwartet kommen nach alledem, was langsam über die Stimmung in Elsaß-Lothringen bekannt geworden war. Es ist ja die Aufklärung hierüber laut geworden in Anklagen, die sogar manches übertrieben haben, und in Forderungen von Repressionen, die manchmal der Phantasie der Leute, die sich diese Erörterungen zur Freude gemacht haben, alle Ehre einlegt. Es müßte mit merkwürdigen Dingen zugehen, wenn in Elsaß-Lothringen die neuerwarteten Geschenke, die das Reich nun dem Lande macht, andere Gefühle auslösen würden als auf dem Boden Preußens die Bekehrung der konservativen Partei zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht.

Es war Pflicht unsererseits, das hier zu sagen, daß die Harmonisierung der Akzeptation des § 8 der Wilsonschen Bedingungen und der Neuordnung Elsaß-Lothringens, um dort einen neuen Bundesstaat zu konstituieren, nicht sehr leicht sei. Ich weiß nicht, ob es allen den Herren im Hause klar ist, wie diese beiden gleichzeitig getroffenen Anordnungen, Anerkennung des § 8 der Wilsonschen Bedingungen und Konstituierung eines neuen autonomen deutschen Bundesstaats Elsaß-Lothringens miteinander zu vereinbaren sind. Aber ich weiß, daß bei uns zu Hause viele Leute das nicht verstehen.

Nun bringt heute ein Mittagsblatt eine Mitteilung aus Straßburg, in der es heißt, daß in einer Besprechung sämtlicher Abgeordneter aus Elsaß-Lothringen ein Beschluß, betreffend eine Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in Anwendung auf Elsaß-Lothringen gefaßt worden sei. Wahr ist daran,

(Dr. **Haegy**, Abgeordneter.)

(A) daß Besprechungen in dem Sinne stattgefunden haben; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Einen Gedanken dieser Besprechungen finden Sie auch in der Erklärung des Herrn Dr. Ricklin, in der es heißt, daß wir als sicher annehmen, daß bei den Beratungen der elsaß-lothringischen Frage auf dem Friedenskongreß dem von einem sehr großen Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung verlangten Recht, selbst ihr politisches Schicksal mit zu entscheiden, Rechnung getragen wird. Deshalb auch, heißt es darin, wollen wir alles unterlassen, was dieser freien Willensäußerung der Elsaß-Lothringer vorgreifen könnte. Was der Landtag und seine Fraktionen machen werden, das wird ihre Sache sein, und darüber ist bei uns hier nicht zu sprechen gewesen.

Nun hat Herr Dr. Solf erklärt, das Vorgehen in der Gewährung der **Autonomie Elsaß-Lothringens** entspreche denjenigen Bestrebungen, die die Mehrheit, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist, seit geraumer Zeit auf Anregung und mit Zustimmung des Herrn Dr. Ricklin und seiner politischen Freunde sowie der übrigen reichsländischen Abgeordneten verfolgt hat. Sofern hier bloß damit gemeint ist, daß die alte Forderung des Landes auf Autonomie und Selbstverwaltung dem Lande heute geschenkt werden solle, kann sich der Herr Staatssekretär berufen auf das bisherige Bestreben und die Forderung unserer Partei und aller gewählten Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen. In diesem Sinne auch standen in der Erklärung, auf die ich Bezug nehme, die Dankesworte an alle diejenigen, die in diesen Jahren uns bei diesen Bestrebungen ihre Unterstützung haben angedeihen lassen. Es ist vielen der Herren ernstlich zu tun gewesen um das Beste unserer Heimat sowohl als auch um das Wohl des Deutschen Reiches. Das wird von uns anerkannt, und der Dank an die Herren sei von dieser Stelle nochmals erneuert. Der pointierte Beifall aber, den obige Worte von einer gewissen Seite des Hauses gefunden haben, mußte die Vermutung auftauchen lassen, als ob sie dahin verstanden worden seien, daß der Entschluß einer Neugestaltung der Verfassungsverhältnisse in Elsaß-Lothringen im jetzigen Moment mit den reichsländischen Abgeordneten hier im Hause beraten und mit ihrer Zustimmung über Nutzen, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit beschlossen und zur Ausführung gebracht worden sei. In dem Sinne verstanden, wären die Worte unrichtig. Von der Bestellung der neuen Regierung haben wir nur durch private Mitteilung Kenntnis erhalten; über das ihr aufgegebene Programm oder die von ihr übernommenen Aufgaben ist uns bis zur Stunde nichts weiteres bekannt.

(Sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern.)

Die Bevölkerung wird abwarten, in welcher Weise die neue Regierung der von ihr übernommenen neuen Aufgabe gerecht wird, und wie weit die Ereignisse ihr Zeit lassen werden, ein gut gemeintes Programm durchzuführen.

Zum Schluß habe ich zu erklären, daß wir selbstverständlich dem vorliegenden Antrag auf Abänderung des Art. 2 Abs. 10 der elsaß-lothringischen Verfassung, welche eine theoretische Erfüllung alter Rechtsforderungen für unsere Landespolitik bringt, unsere Zustimmung erteilen. Ich kann aber dazu nur bemerken, daß die praktische Tragweite dieser Neureform durch die großen politischen Ereignisse überholt scheint.

(Beifall bei den Elsaß-Lothringern.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur Generaldebatte liegen nicht vor. — Ich schließe die erste Beratung.

Wir treten sofort in die zweite Beratung ein. Ich eröffne die Diskussion über § 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Ich schließe die zweite Beratung und stelle fest, daß die §§ 1 und 2 mit Einleitung und Überschrift angenommen sind.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, will ich Ihnen vorschlagen, auch die dritte Beratung gleich vorzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne also in dritter Beratung die Generaldiskussion. — Es meldet sich niemand zum Wort, ich schließe sie.

Ich eröffne die Spezialdiskussion über § 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf in diesem Wortlaut ihre Zustimmung geben wollen, sich ebenfalls von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist in der Gesamtabstimmung angenommen.

Meine Herren, ich schlage Ihnen nunmehr vor, sich zu vertagen, und zwar auf morgen, Samstag den 26. Oktober, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung:

dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung.

Das Haus ist damit einverstanden. — Die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 29 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

197. Sitzung.

Sonnabend den 26. Oktober 1918.

Seite

Geschäftliches 6275B

Erklärung vor der Tagesordnung:

Siebenbürger (K.) 6275C

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur **Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung** (Nr. 1951, 1982 der Anlagen):

Geschäftsordnungsdebatte über Anwendung des § 49 der Geschäftsordnung:

Graf v. Westarp (K.) . 6275D, 6277B

Gröber (Laupheim) (Z.) 6276D

Ebert (S.). . . . . 6278A, D

Haase (Königsberg) (U.S.) . . . 6278B

Allgemeine Besprechung:

Dr. Müller (Meiningen) (F.Vp.): 6279A

List (Eßlingen) (Nl.) 6280D

v. Graefe (K.) 6281A

Gröber, Staatssekretär 6288A

Landsberg (S.) 6290D

Bernstein (U.S.) 6293B

Scheüch, Generalleutnant, Königlich Preußischer Kriegsminister: 6297A

Anberaumung der nächsten Sitzung 6297D

Die Sitzung wird um 2 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Fehrenbach eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen:

Bekanntmachung des Bundesrats vom 17. Oktober 1918 über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten.

Die Drucklegung und Verteilung ist veranlaßt.

Die Wahl des Herrn Abgeordneten Korfanty im 4. Wahlkreise im Regierungsbezirk Oppeln ist von der 4. Abteilung geprüft und für gültig erklärt worden.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten (C)
Dr. Haas (Baden), Henry, Freiherr v. Schele,
Schmitz für 3 Tage,
Emminger für 8 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Herren Abgeordneten Horn (Neiße), Dr. Burckhardt für 14 Tage wegen Krankheit, beziehungsweise Krankheit in der Familie. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Entschuldigt sind die Mitglieder des Reichstags Herren Dr. Ablaß, Gunßer, Spiegel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Siebenbürger.

Siebenbürger, Abgeordneter: Der „Vorwärts" hat in seiner Nummer 294 vom 25. Oktober mitgeteilt, daß die **Konservativen** an der **Beratung der Anträge über Erhöhung der Löhne** für Unteroffiziere und Mannschaften nicht teilgenommen hätten, und daran eine hämische Bemerkung geknüpft. Ich stelle daher fest, daß weder dem beurlaubten Freunde Nehbel noch mir eine Einladung zu dieser Sitzung zugegangen ist. Ich habe dies, unmittelbar nachdem es mir im Hause bekannt geworden ist, dem Herrn Vorsitzenden schriftlich mitgeteilt. Im übrigen hat an demselben Tage mein Freund Kreth in seiner Rede dieses bedauerliche Vorkommnis bereits festgestellt. Einer Begründung hätte der Antrag auch keineswegs bedurft; die Begründung liegt in ihm selbst.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand derselben ist die

dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Drucksachen), auf Grund der Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung (Nr. 1982 der Drucksachen).

Dazu liegt ein Abänderungsantrag Ebert und Genossen (Nr. 1984) vor, der den Herren zugegangen sein wird. (D)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **Westarp,** Abgeordneter: Herr Präsident, meine Freunde und ich können nicht anerkennen, daß die **Beratung der Nummern 2 bis 6 des Antrags Nr. 1984** im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen zulässig ist. Bei der dritten Beratung sind Abänderungsanträge, wie ich zugebe, ohne Einhaltung besonderer Fristen zulässig. Nach unserer Auffassung handelt es sich aber in den bezeichneten Nummern des Antrags 1984 nicht um einen Abänderungsantrag, sondern um den **Vorschlag eines neuen Gesetzes.** Das geht schon aus der Überschrift hervor; die Regierungsvorlage nennt sich: „Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung." Der Antrag 1984 schlägt ein Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung vor. Diese Änderung der Überschrift muß tatsächlich erfolgen, wenn der Antrag zur Annahme gelangt; das ist an sich logisch. Daraus geht aber schon ohne weiteres hervor, daß es sich in den beantragten Bestimmungen um ein vollständig neues Gesetz handelt. Das ist auch der Fall, wenn man die Bestimmungen im einzelnen ansieht. Der Artikel 11, der nach dem Entwurf der Regierung geändert werden soll, handelt von den Rechten des Bundesrats und des Reichstags, Kriegserklärungen und Friedensschlüssen zuzustimmen. In den Nummern 2 und 3 des Antrags wird dagegen die Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers behandelt, und in den Nummern 4 bis 6 werden Vorschläge für eine anderweite Regelung der Ernennung, Entlassung, Beförderung und Versetzung von Offizieren in Heer und Marine gemacht. Es handelt sich in diesen Nummern nicht nur um ganz andere Artikel

(Graf v. Westarp, Abgeordneter.)

(A) der Verfassung als um denjenigen, der in der Regierungsvorlage genannt wird, sondern es handelt sich auch um eine Abänderung der Militärkonventionen, die bei Gründung des Reichs zwischen Preußen, Württemberg, Bayern und den übrigen Bundesstaaten beschlossen worden sind. Es handelt sich auch sachlich um ganz andere Materien. Das Recht des Reichstags, Kriegserklärungen und Friedensschlüssen zuzustimmen, hat an sich gar nichts mit der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und nichts mit der Ernennung und Entlassung von Offizieren zu tun.

Wir würden nicht geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten machen zu müssen glauben, wenn nicht die grundlegende Wichtigkeit der Materie, die hier in Frage steht, uns dazu zwänge. Änderungen der Verfassung stehen doch schließlich auf einem anderen Blatte als gewöhnliche Gesetzentwürfe, und solche Änderungen der Verfassung, in denen es sich, wie hier, um grundlegende Änderungen nicht nur des gesamten Aufbaues des Deutschen Reichs, sondern auch, wie wir meinen, um eine Beseitigung, Schmälerung des bundesstaatlichen Charakters und der Stellung der Krone Preußens handelt, — solche Änderungen der Verfassung dürfen nach unserer Empfindung nicht in der Weise vorgenommen werden, wie es hier geschehen soll.

Der Antrag Nr. 1984 ist heute morgen um 11 Uhr auf Anfrage im Bureau, ob der Antrag verteilt worden sei, nachdem man in den Zeitungen davon gehört hatte, zu unserer Kenntnis gekommen. Die Fraktion hat aber in vorbereiteter Weise gar nicht Stellung nehmen können. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung sind dazu da, daß die neuen Gesetze gründlich beraten werden, dazu dienen drei Lesungen; es soll während dieser Zeit die Öffentlichkeit in die Lage gesetzt werden, Stellung zur Sache zu nehmen, und es sollen vor allen Dingen auch die Minderheiten in den Stand gesetzt werden, zu den Dingen Stellung zu nehmen,

(B) die, wie hier, in der Dunkelstube der Regierung und der Mehrheitsparteien beraten worden sind. Alle diese Rechte werden uns hier verkürzt, und dagegen glauben wir Einspruch erheben zu müssen. Wir können auch nicht anerkennen, daß politische Gründe besonderer Art eine überhastete Regelung dieser grundlegenden Fragen notwendig oder nur zweckmäßig erscheinen lassen könnten.

Ich will auf diese Frage nicht näher eingehen, vielleicht wird die spätere Debatte dazu Veranlassung geben; jedenfalls sind wir aber der Ansicht: es handelt sich hier nicht um einen Abänderungsantrag, es handelt sich um ein neues Gesetz, und ein solches neues Gesetz müßte entweder eingebracht werden durch eine Regierungsvorlage — das würde ja den Mehrheitsparteien ohne weiteres zur Verfügung stehen, diesen Weg zu gehen, da sie die Regierung bilden — oder es handelt sich um einen Initiativantrag. Wenn das der Fall ist, so muß dieser Initiativantrag auf die Tagesordnung gestellt werden, und wir sind dann der Meinung, daß nach § 38 der Geschäftsordnung unser Initiativantrag wegen der Soldatenlöhnung und der Initiativantrag, der von den Sozialdemokraten gestellt worden ist, auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege auf die Tagesordnung gesetzt werden müßte. Den hier eingeschlagenen Weg können wir nicht als geschäftsordnungsmäßig richtig anerkennen. Ich weiß, daß früher in ähnlicher Weise verfahren worden ist, sodaß man davon sprechen wird, daß das Verfahren üblich sei. Derartige Abweichungen von der Geschäftsordnung sind nur dann zulässig, wenn niemand widerspricht, und selbst wenn früher in einzelnen Fällen über solche Widersprüche hinweggegangen worden ist, so wird das doch an dem **geschriebenen Recht der Geschäftsordnung** nichts ändern können. Das Recht ist auf unserer Seite; wir sind berechtigt, Widerspruch zu erheben und erheben ihn hiermit.

Präsident: Ehe wir in der Beratung dieser Angelegenheit weiter fortfahren, teile ich mit, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Nr. 1951 der Drucksachen) auch durch den mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs Allerhöchst beauftragten Herrn Abgeordneten Gröber als Kommissar des Bundesrats vertreten werden wird.

Meine Herren, was die soeben von dem Herrn Abgeordneten Grafen v. Westarp angeregte Frage anlangt, so ist maßgebend dafür der **§ 49 der Geschäftsordnung,** welcher bestimmt:

> Abänderungsvorschläge (Amendements) oder Anträge auf motivierte Tagesordnung können zu jeder Zeit vor dem Schluß jeder Verhandlung gestellt werden. Dieselben müssen mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen und werden dem Präsidenten schriftlich übergeben.

Also die Frage ist die, ob der Abänderungsantrag auf Nr. 1984 mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung steht.

(Sehr richtig! links.)

Ich habe nun durch das Bureau nach-**Präjudizien** suchen lassen. Es sind verschiedene da. Ich habe mir zwei davon geben lassen, die in entgegengesetztem Sinne entschieden worden sind. Ich teile Ihnen diese mit.

Das eine Präjudiz stammt aus dem Jahre 1875 unter dem Präsidenten v. Forckenbeck. Es war ein Gesetz über die **Einführung von Reichsgesetzen in Elsaß-Lothringen** vorgelegt worden, und in diesem Gesetzentwurf waren fünf Reichsgesetze namentlich genannt, die in Elsaß-Lothringen eingeführt werden sollten. Der Herr Abgeordnete Lasker hatte damals beantragt, auch noch ein sechstes Gesetz — welchen Inhalts, ist im gegebenen Falle gleichgültig — in einem Abänderungsantrage aufzunehmen. Diesem Antrage des Herrn Abgeordneten Lasker hat der Herr Abgeordnete Windthorst widersprochen. Gegen diesen Widerspruch — er hatte damals vorgetragen, daß der Antrag ein ganz neues, von den übrigen durchaus abgesondertes Gesetz behandeln wolle und daß er deshalb dem § 49 nicht entspreche — ist aber damals beschlossen worden, den Abänderungsantrag zuzulassen.

In einem anderen Falle, der gegenteilig entschieden worden ist, vom Jahre 1888 unter dem Präsidenten v. Wedel-Piesdorf handelte es sich um folgende gesetzgeberische Maßnahme. Es wurde dort der **Art. 24 der Verfassung über die dreijährige Legislaturperiode** abgeändert und die fünfjährige Legislaturperiode eingeführt. Damals hat der Herr Abgeordnete Rickert einen Antrag gestellt, den Art. 32 der Verfassung abzuändern und die Diäten für den Reichstag einzuführen. Diesem Antrage hat der Herr Abgeordnete v. Bennigsen widersprochen, weil, wie er vorgetragen hat, von einer wesentlichen Verbindung im Sinne des § 49 der Geschäftsordnung hier nicht die Rede sei, und es ist dann auch so vom Hause entschieden worden.

Es ist schwer einzusehen, welche Entscheidung gerade die richtige war, die zustimmende oder die verneinende. Jedenfalls wollte ich Ihnen diese beiden Präjudizien mitteilen. Soviel steht aber fest, daß über die Frage durch Mehrheitsbeschluß entschieden wird; das ist konstant die Praxis des Reichstags gewesen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Gröber (Laupheim).

Gröber (Laupheim), Abgeordneter: Meine Herren, als Abgeordneter möchte ich zu diesen Geschäftsordnungsfragen folgendes bemerken.

Den **Präjudizien,** die der verehrte Herr Präsident angeführt hat, will ich noch einen weiteren Fall hinzu-

(**Gröber** [Laupheim], Abgeordneter.)

fügen, der sehr bezeichnend ist. Als die bekannte **lex Heinze** dem Reichstage vorgelegt war, die die Abänderung von verschiedenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit zum Gegenstande hatte, hat diese Vorlage dazu geführt, daß aus der Mitte des Reichstages eine Masse von Abänderungsanträgen gestellt wurden, die zum Teil ganz andere Materien

(sehr richtig! links)

und ganz andere Abschnitte des Strafgesetzbuches betrafen. Zum Teil hing das damit zusammen, daß die Herren, die Gegner der Vorlage waren, ihr Zustandekommen erschweren wollten. Es ist aber von keiner Seite, auch von den Vertretern der Vorlage der Einwand erhoben worden, daß das unzulässig sei, sondern man hat, nachdem eine Abänderung des Strafgesetzbuches vorgeschlagen war, anerkannt, daß auch andere Paragraphen, die nicht in der Vorlage enthalten waren, aus ganz anderen Abschnitten des Strafgesetzbuchs zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht werden dürften. Ich schließe daraus, meine Herren, wenn die Abänderung eines großen Gesetzbuches beantragt wird, kann man beliebige weitere Paragraphen noch hineinnehmen, die nicht in der Vorlage enthalten sind, und wenn bei einer Verfassungsvorlage ein Artikel abgeändert werden soll, hat man dann formell auch das Recht, andere Artikel noch hineinzunehmen. Das kann nicht abgelehnt werden.

Wenn nun der verehrte Herr Kollege Graf Westarp sagt, das geschriebene Geschäftsordnungsrecht stehe auf seiner Seite, laute auf Verneinung der Zulässigkeit, so kenne ich das **geschriebene Geschäftsordnungsrecht** nur in der Richtung, daß Anträge in der dritten Lesung mehr Unterschriften bedürfen als in der zweiten Lesung. Das ist der ganze Unterschied, und es ist weder für die zweite Lesung noch für die dritte Lesung etwas anderes vor- B) gesehen. In der zweiten Lesung sind 15 Unterschriften, in der dritten Lesung 30 Unterschriften notwendig. Ob man von der Möglichkeit Gebrauch machen will, bei der dritten Lesung noch neue Paragraphen zum Gegenstand der Beratung zu machen, das ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, das hat man sich zu überlegen. In der Regel wird man keinen Anlaß haben, in dritter Lesung neue Paragraphen aufzugreifen. Glaubt man aber Anlaß zu haben, so bildet die Geschäftsordnung kein Hindernis, noch in dritter Lesung neue Paragraphen und Abänderungen vorzuschlagen.

In der Sache selber, meine Herren, möchte ich noch hervorheben: die Materie an sich ist durchaus nicht neu, weder für das hohe Haus noch für die Öffentlichkeit.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Der größte Teil dieser Vorschläge ist vor anderthalb Jahren schon im Verfassungsausschuß sehr eingehend beraten worden,

(Zustimmung links)

und die Formulierung, die Ihnen jetzt vorliegt, stimmt zum Teil wortwörtlich mit dem überein, was damals der Verfassungsausschuß schon vorgeschlagen hat. Insofern handelt es sich nicht etwa um eine Überrumpelung der öffentlichen Meinung, die durch Annahme derartiger Vorschläge erfolgen würde.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Meine Herren, ich kann die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gröber nicht für zutreffend erachten. Das **Präjudiz,** das der Herr Abgeordnete **Gröber** anführte, ist insofern kein Präjudiz, als er selber sagte, es habe niemand Einwendungen erhoben. Das ist es ja gerade, was ich behaupte, daß es sich hier um eine Abweichung von der (C) Geschäftsordnung handelt, die nur stattfinden kann, wenn niemand Einwand erhebt, die aber nicht stattfinden darf, wenn jemand widerspricht. Das ist doch der Grundsatz in der Handhabung der Geschäftsordnung, daß das hohe Haus zwar Herr der Geschäftsordnung ist, aber doch nur insoweit, als direkte Abweichungen von der Geschäftsordnung eben nur dann stattfinden können, wenn niemand widerspricht, daß dagegen die Minderheit den Schutz hat, solche Abweichungen von der Geschäftsordnung durch Widerspruch hindern zu können, ohne daß es dann der Geschäftsordnung und dem Geiste der Geschäftsordnung entspräche, wenn sie durch einen Mehrheitsbeschluß niedergestimmt wird.

Das **geschriebene Recht** läßt in der dritten Lesung Abänderungsanträge zu, und die Frage, um die es sich hier handelt, und die ich eben bestreite, ist die, daß die Punkte 2 bis 6 des Antrages 1984 keine Abänderungsanträge sind. Das geschriebene Recht läßt bei der dritten Lesung eben keine neuen Gesetzentwürfe zu, und was ich behaupte, ist, daß es sich hier um einen neuen Gesetzentwurf handelt. Der Zusammenhang ist wesentlich weniger eng als der Zusammenhang zwischen den Fragen in den uns hier vorgetragenen Präjudizien. Die Diäten der Reichstagsabgeordneten stehen mit der Legislaturperiode in einem viel engeren Zusammenhang als auf der einen Seite das Recht des Reichstags, Krieg und Frieden zuzustimmen, auf der anderen Seite die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und Ernennung und Entlassung der Offiziere in Heer und Marine.

Der Herr Abgeordnete Gröber sagte mit Recht, daß über die Fragen, um die es sich hier handelt, auch schon früher verhandelt worden ist, daß sie insofern bekannt sind. Aber die **Fassung,** die, wie ich doch wohl annehmen darf, in eingehenden Beratungen zwischen der Regierung, den Mehrheitsparteien, dem interfraktionellen Ausschuß, (D) und was weiß ich, jedenfalls doch in eingehenden Beratungen der maßgebenden Instanzen vereinbart worden ist, ist ein **Novum,** und ich meine, ein so wichtiger Gegenstand wie die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers

(sehr richtig! rechts)

hat doch wohl Anspruch darauf, daß gewisse Motive des Gesetzes entstehen, daß in Kommissionsberatungen auf dem sonst üblichen Wege, im Wege der Erörterung nun auch klargelegt wird, was denn mit diesen Fassungen eigentlich gemeint ist, was die Herren sich bei dem Kompromiß und bei seiner Fassung gedacht haben.

Ich möchte nur ein Beispiel, ohne auf die Sache eingehen zu wollen, hier anführen. Es heißt: der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung usw. vornimmt. Was heißen die Worte: „von politischer Bedeutung"?

(Sehr richtig! rechts.)

Darüber kann der größte Streit in Zukunft entstehen, und das kann ein Streit sein, von dem das Wohl und Wehe des Reichs und das Schicksal des deutschen Volkes abhängt.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links.)

— Der Herr Abgeordnete Müller (Meiningen) ruft mir zu: „Warten Sie doch erst ab!" Jawohl, ich werde abwarten, ob diese Dinge in der dritten Lesung geklärt werden. Aber ich bestreite, daß eine einmalige dritte Lesung nach dem Geiste der Geschäftsordnung und den praktischen Bedürfnissen geeignet ist, um eine solche Klärung und gründliche Beratung, die eine derartige grundsätzliche Frage erheischt, von einem Antrage, der vor drei Stunden vorgelegt worden ist, sachgemäß zu erledigen.

Deshalb kann ich zu meinem Bedauern unsern Widerspruch nicht zurückziehen und muß erklären, daß wir

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) einen Mehrheitsbeschluß, der gegen unseren Widerspruch erfolgen würde, als einen Bruch der Geschäftsordnung auffassen müßten, durch den uns unser Recht entzogen wird.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Meine Herren, die Auffassung des Herrn Grafen Westarp, daß eine Entscheidung des Reichstags entgegen seiner Auffassung ein Bruch mit der Geschäftsordnung sei, ist entschieden zurückzuweisen. Der Herr Präsident hat schon darauf hingewiesen, daß es hier mehrfach schon zu Auseinandersetzungen über die **Anwendung des § 49 der Geschäftsordnung** kam. Es handelt sich dabei um die Frage, ob zur Beratung gebrachte Anträge mit dem Hauptgegenstand in wesentlicher Verbindung stehen. Bei Meinungsverschiedenheiten darüber ist im Hause stets durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden, das war ständiger Brauch. Und so soll auch heute verfahren werden. Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Gröber der Meinung, daß die Zulassung der Anträge der Mehrheitsparteien mit § 49 der Geschäftsordnung wohl vereinbar ist.

Der Einwand, daß Anträge, die in zweiter Lesung nicht vorgelegen haben, in dritter Lesung nicht eingebracht werden können, ist nicht stichhaltig. Die §§ 19 und 20 der Geschäftsordnung handeln über die Einbringung von Anträgen in zweiter und in dritter Lesung. Beide Bestimmungen unterscheiden sich nur in einem Punkte, und zwar dahingehend, daß in dritter Lesung die Anträge der Unterstützung von 30 Mitgliedern bedürfen. Unser Antrag hat diese Unterstützung.

Es liegen eine ganze Reihe von Fällen vor, wo das (B) Haus bei **Zulassung von Anträgen** deren **Verbindung mit der Hauptfrage** nicht in dem engformalistischen Sinne aufgefaßt hat, wie es Graf Westarp getan hat. Im Jahre 1900 ist z. B. bei der Erledigung des Flottengesetzes eine Änderung des Zolltarifs und des Reichsstempels vorgenommen worden. Wir haben weiter Fälle, wo bei der Beratung der Gewerbeordnung Anträge auf Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, beim Seeunfallversicherungsgesetz auf Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes und beim Wuchergesetz auf Änderung der Strafprozeßordnung oder des Gerichtsverfassungsgesetzes zugelassen sind. So engherzig wie Graf Westarp behauptet, ist also der Reichstag nie verfahren.

Die **Materie** ist auch nicht überraschend an den Reichstag herangekommen; sie ist im **Verfassungsausschuß** gründlich besprochen und dort erledigt worden. Der Bericht des Verfassungsausschusses liegt schon lange dem Reichstage vor. Es sind auch jetzt in der ersten und zweiten Beratung von mir die Gegenstände, die der Antrag enthält, eingehend besprochen worden; auch Redner anderer Parteien, und, wenn ich nicht irre, auch Graf Westarp sind in der Debatte auf diese Ausführungen eingegangen. Ich meine also, wir handeln hier nicht nur im Geiste der Geschäftsordnung, sondern auch nach ihrem Wortlaut und nach dem bisherigen Brauche des Hauses. Bleibt Graf Westarp bei seinem Einspruch, so muß eine Entscheidung des Hauses herbeigeführt werden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Ich möchte nicht die Debatte vorübergehen lassen, ohne mit allem Nachdruck zu betonen, daß so klar die Dinge nicht liegen, wie es nach der Darstellung des Herrn Abgeordneten (C) Ebert erscheint.

(Zurufe.)

— Nein, schon nicht aus folgenden Gründen. Von der Regierung war vorgelegt worden ein Gesetzentwurf zur Abänderung eines Artikels der Reichsverfassung, und es konnten infolgedessen korrekterweise nur Abänderungsanträge zu diesem Artikel gestellt werden. Ganz anders wäre es, wenn von vornherein das Gesetz dahin gelautet hätte, es solle die Reichsverfassung abgeändert werden; dann durften im Rahmen der gesamten Reichsverfassung Anträge gestellt werden. Ich habe mich schließlich dahin entschieden, daß diese Bedenken überwunden werden könnten. Aber sie sind damit nicht aus der Welt geschafft. Nur dadurch ist die Zulassung der Anträge möglich, wenn man als **Absicht der Antragsteller** und der Regierung annimmt, daß ein Gesetz über die **Abänderung der Verfassung** hat vorgelegt werden sollen, und daß diese Absicht, wenn auch ungenau, zum Ausdruck gekommen ist. Das soll man aber offen anerkennen. Wir kommen sonst auf eine schiefe Ebene: es könnte irgend eine kleine Bestimmung dem Reichstag vorgelegt und die Gelegenheit dazu benutzt werden, Anträge, die gar nichts mehr mit dieser Materie zu tun haben, in die dritte Lesung einzuschmuggeln. Von dem Gesichtspunkte aus, den der Herr Abgeordnete Ebert eben entwickelte, könnte dies geschehen. Dies zu verhüten, ist notwendig zum Schutze des Reichstags selbst, aller derjenigen, die künftig in der Lage der Minorität sein können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und rechts.)

Meine Herren, Sie dürfen doch nicht vergessen, daß **Majoritäten** nicht einen ewigen Bestand haben, und diejenigen, die aus der Minorität in die Majorität hineinkommen, sollten unter keinen Umständen aus den Augen lassen, daß sie auch einmal wieder in eine andere Lage (D) kommen können. Infolgedessen sollten die Grundsätze, die sie vertreten, so gefaßt sein, daß sie für alle Fälle standhalten.

Ich resümiere mich deswegen dahin: nur dann, wenn man annehmen kann, daß von vornherein beabsichtigt war, die ganze Verfassung zu ändern, und daß das hat zum Ausdruck gebracht werden sollen, kann man entgegenkommenderweise wohl so deduzieren, wie es die Mehrheit tut; man darf es aber nicht so darstellen, als ob das absolut sicher sei, als ob an dem Standpunkt der Mehrheit gar nicht zu rühren sei, daß die Auffassung der Mehrheit in Übereinstimmung stehe mit den Präzedenzfällen, die hier angegeben worden sind. Meine Fraktion legt unter den gegebenen Umständen Wert darauf, daß schnell die Verfassung geändert wird, aber auf korrektem Wege. Wir haben darauf gewartet, daß diese Anträge kommen. Es wäre besser gewesen, sie wären frühzeitiger gekommen. Wir werden keinen Widerstand leisten, aber nur deswegen, weil wir Ihren Willen so interpretieren, wie er weitherzig vielleicht interpretiert werden kann.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Meine Herren, ich möchte nur noch bemerken, daß die Auffassung, die ich vorhin vertreten habe, von meinen Parteifreunden hier in diesem Hause immer im gleichen Sinne vertreten worden ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

auch in der Zeit, als wir in der Minderheit waren. Ich darf weiter geltend machen, daß die Auffassung meines Herrn Vorredners, der **Wortlaut des Titels des Gesetzes** sei entscheidend für die Begrenzung der Materie, die bei dem Gesetze verhandelt werden kann, auch falsch ist. Der Reichstag hat diese Auffassung nie sich zu eigen gemacht,

(sehr richtig! links)

(Ebert, Abgeordneter.)

sondern er hat in der Überschrift immer nur die Inhaltsangabe des Gesetzes gesehen, die Angabe dessen, was es zurzeit enthält, aber nicht eine Begrenzung der Materie, die mit der Vorlage in Verbindung gebracht werden kann.

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen. Die Unterstützung von 30 Mitgliedern nach § 20 der Geschäftsordnung ist gegeben. Wir kommen zur Abstimmung darüber, ob der Abänderungsantrag auf Nr. 1984 der Drucksachen auf Ziffer 2 bis 6 zulässig sei. Ich bitte diejenigen Herren, welche die Zulässigkeit bejahen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

Ich eröffne nunmehr die Generaldiskussion und erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Müller (Meiningen).

Dr. **Müller** (Meiningen), Abgeordneter: Meine Herren, für die Mehrheitsparteien möchte ich die Ziffern 2 bis 6 des Antrages Nr. 1984 kurz begründen. Ich glaube, daß ich mich auf eine ganz kurze Begründung beschränken kann. Das wurde ja bereits eben in der Geschäftsordnungsdebatte hervorgehoben.

Die konservative und die alldeutsche Presse erhoben den Vorwurf, daß die **Anträge**, die die Mehrheitsparteien in Nr. 1984 stellen, **vom feindlichen Auslande** diktiert seien. Nur Unwissenheit kann diese Behauptung aufstellen.

(Sehr richtig! links.)

Es findet sich kein Satz in unseren Anträgen, der nicht längst von großen Parteien dieses Hauses gefordert worden wäre. Die sämtlichen Bestimmungen entsprechen sachlich dem, was der **Verfassungsausschuß** bereits im Frühjahr 1917 beschlossen hat. Damals wurde zunächst beschlossen, daß der Reichskanzler und sein Stellvertreter für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich sein sollten. Der einzige Unterschied zwischen der jetzigen und damaligen Fassung ist der, daß damals in Artikel 17 diese Bestimmung untergebracht wurde, während sie jetzt in Artikel 15 eingesetzt ist. Wollen die Herren der rechten Seite das vielleicht als eine wesentliche Änderung ansehen?

Wir stellen hier für die bisherige rein platonische, moralisch-historische **Verantwortung des Reichskanzlers** die **staatsrechtlich-juristische** auf. Das entspricht den Forderungen, die bereits seit dem Jahre 1869 im Reichstag gestellt worden sind. Der Antrag Twesten-Münster wurde damals mit 111 zu 100 Stimmen angenommen; es ist charakteristisch, daß damals auch die freikonservative Partei den Standpunkt einnahm, den jetzt die Mehrheitsparteien in diesem Antrage eingenommen haben.

Meine Herren, die Regierung war es damals, Fürst v. Bismarck, der sich gegen die Annahme dieser Anträge sträubte. Fürst **v. Bismarck** hat aber seinen Irrtum eingesehen. Ich erinnere Sie an seine **Rede von 1892** auf dem Markte in Jena, in der er gewissermaßen bahnbrechend für die jetzigen Anträge und für das jetzige Vorgehen der Mehrheitsparteien eintrat. Wer die Rede des Fürsten Bismarck von 1892 liest, erkennt, daß Bismarck selbst seinen Irrtum offen zugestand, daß er die Rechte des Reichstags viel zu schlecht behandelt habe gegenüber den Rechten der verbündeten Regierungen; er hat das dort im einzelnen begründet. Wir handeln also vollständig im Sinne dessen, was Fürst v. Bismarck damals ausführte, wenn wir jetzt mit unseren Anträgen vorgehen.

Meine Herren, wenn wir jetzt das zur Ausführung bringen, was unsere Väter seit Gründung des Deutschen Reichs verlangten, folgen wir nicht dem Feinde, sondern den besten Traditionen des deutschen Parlamentarismus.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Die Stabilisierung der rechtlichen Verantwortlichkeit des leitenden Ministers des Reichs ist, wie Gneist damals (C) mit Recht sagte, die Vollendung des Rechtsstaats, die Krönung des ganzen verfassungsmäßigen Werks. Die Anträge 1 und 2 zu Artikel 15 in der Fassung der Nr. 1984 sind nur die formalen Konsequenzen aus der Entwicklung der letzten Jahre. Wir haben früher geglaubt, daß es nicht notwendig sei, in der Verfassung zu schreiben, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfe. Wir glaubten, daß die politische Macht das Entscheidende sei. Wir haben bei den Verhandlungen im Verfassungsausschuß bereits diese Frage behandelt. Es wurde auf die Entwicklung der Dinge in den Verfassungen, die der deutschen Reichsverfassung zugrunde liegen, hingewiesen, vor allem der belgischen und englischen Verfassung. Wir haben uns aber nunmehr von der Notwendigkeit überzeugt, eventuell etwas Selbstverständliches in die Verfassung zu setzen, um jeden Zweifel zu beseitigen und die politische Entwicklung der Dinge in der Verfassung zu verankern.

Meine Herren, der Absatz 2 des Art. 15 entspricht im wesentlichen den Forderungen, die die ganze Linke und ebenso mit einem andeutenden Initiativantrage das Zentrum in den Jahren 1908 bis 1912 gestellt haben,

(hört! hört! links)

Entwürfen über ein Gesetz, betreffend die **Ministerverantwortlichkeit.** Also auch in dieser Beziehung liegt ein Novum für die Mehrheitsparteien nach keiner Weise hin vor. Danach trägt der Reichskanzler die Verantwortung für alle **Handlungen von politischer Bedeutung,** die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Verfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

(Zuruf rechts.)

— Herr Graf v. Westarp hat soeben Bedenken über diese Fassung aufgeworfen und gefragt, was das heißen soll. Herr Graf v. Westarp, die Befugnisse des Kaisers sind zunächst in Art. 17, 18, 19 der deutschen Reichs- (D) verfassung niedergelegt. Ich betone hier aber auch ausdrücklich, auf alle Handlungen der Befehlsgewalt auf Grund von Art. 63 der Reichsverfassung, welche zugleich politische Bedeutung haben, unzweifelhaft unter die Forderungen des Art. 15 Abs. 2 fallen.

(Sehr richtig! bei der Freisinnigen Volkspartei. — Zuruf rechts.)

— Wenn sie politische Bedeutung haben, Herr Kollege Graf Westarp,

(Zuruf rechts)

das hat unter der Kontrolle des Reichstags der Reichskanzler zu bestimmen.

(Bewegung rechts. — Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Das Wesentliche ist die Verantwortung, die der Reichskanzler dafür dem Parlament gegenüber trägt.

(Sehr richtig! bei der Freisinnigen Volkspartei.)

Ich will Ihnen einige Beispiele geben. Wenn der Träger der Befehlsgewalt zum Beispiel den Durchmarsch durch ein Land befiehlt oder der Transport von Arbeitern aus dem feindlichen Auslande befohlen wird oder die Erklärung des U-Boot-Kriegs, — alle diese Handlungen der Befehlsgewalt sind unzweifelhaft von großer politischer Bedeutung und fallen infolgedessen de lege ferenda unter Art. 15 Abs. 2.

(Sehr richtig! bei der Freisinnigen Volkspartei. — Zurufe rechts.)

Darüber kann kein Zweifel bestehen; es ist vollständige Klarheit darüber notwendig. Wir halten nicht damit zurück, Ihnen auszudrücken, was Art. 15 enthalten soll. Rein militärische Fragen ohne politische Bedeutung fallen unter diese Bestimmung nicht.

Die logische Konsequenz aus dieser allgemeinen Ordnung der Dinge sind die Anträge zu Art. 53, 64 und 66.

(Dr. **Müller** [Meiningen], Abgeordneter.)

(A) Ich möchte ausdrücklich betonen, daß diese Bestimmungen **für Bayern keine Geltung** haben. Es ist in der Verfassung im Nachtrage zu dem Abschnitt XI ausdrücklich auf die Versailler Verträge verwiesen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Bestimmungen auf Bayern, soweit sie das Landheer angehen, keine Anwendung finden. Alle diese Anträge sind mit großer Mehrheit im Frühjahr 1917 vom Verfassungsausschuß bezüglich der Marine und des Landheeres angenommen worden. Wenn die Herren fragen, warum wir damals die Anträge nicht weiter verfolgt haben, so kann ich erwidern, daß es rein technische Schwierigkeiten waren, weil das Programm, das im November 1917 mit dem Grafen Hertling ausgemacht war, erst zur Durchführung gebracht werden mußte. Nach diesen Bestimmungen zu Art. 53 und 66 sollen Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere der Marine und des Landheeres unter die Verantwortung und Gegenzeichnung des Reichskanzlers beziehungsweise des Kriegsministers gestellt werden, der die Verantwortung für die Verwaltung des Kontingents übernimmt. Es fallen also in Zukunft alle administrativen und politischen Akte, auch die des Generalstabs und der einzelnen kommandierenden Generale, unter die Verantwortung des Reichskanzlers beziehungsweise des Kriegsministers. Auch das ausdrücklich festzustellen, erscheint absolut notwendig.

Meine Herren, hier wird vor allem eine Institution getroffen, die von der gesamten preußischen Armee als eine allmächtige Schreckenskammer geradezu gehaßt und gefürchtet war. Sie war als Inbegriff der Willkürherrschaft in der preußischen Armee und im preußischen Offizierkorps angesehen, —

(sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei)

das ist das **preußische Militärkabinett.**

(B) Seit 50 Jahren bekämpfen große Parteien dieses Hauses diese Einrichtung auf das schärfste.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Wie verhaßt diese Einrichtung bei der preußischen Armee selbst war, geht unter anderem daraus hervor, daß vor kurzem sogar ein konservativer Abgeordneter im Hauptausschuß konstatierte, daß über das Militärkabinett tiefste Unzufriedenheit im preußischen Offizierkorps bestehe. Wenn das selbst ein Konservativer einräumt, dann können Sie wahrhaftig nicht leugnen, daß das Militärkabinett eine Einrichtung ist, über die in weiten Kreisen des preußischen Offizierkorps selbst die größte Erbitterung besteht. Daß das der Fall ist, haben wir in jenen langen Debatten von 1908 bis 1912 vor allem hier im Hause wiederholt bewiesen.

(Sehr richtig! links.)

Wir können heut auch auf alle historischen Deduktionen, die damals gegeben worden sind, verweisen.

Wir verlangen, daß das Militärkabinett wieder als Personalabteilung unter die verfassungsmäßige Verantwortung des preußischen Kriegsministeriums gestellt wird,

(sehr richtig! links)

wie das auch früher bis 1861 der Fall war. Ich will auf die Einzelheiten der Entwicklung nicht eingehen, die wir ja früher hier hinreichend auseinandergesetzt haben. Ich will aber darauf verweisen, daß in Bayern und Württemberg diese verlangte Regelung ebenso besteht wie früher in Preußen, und zwar mit gutem Erfolg, und wir wollen diesen alten Zustand im Interesse des preußischen Offizierkorps wieder herstellen.

(Sehr richtig! links.)

Wir verlangen weiter, daß im Anschluß an die jetzige Ordnung des Gesetzes von 1878, des Stellvertretungsgesetzes, ein **Reichskriegsamt,** das heißt ein Staatssekretariat als Reichskriegsministerium errichtet werde, das mit dem preußischen Kriegsministerium in Personalunion verbunden ist. Für eine intrigenhafte Kabinetts- und Willkürherrschaft (C) ist im neuen Deutschland kein Platz mehr gegeben.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Wir machen auch den deutschen Offizier gerade mit diesen Anträgen und mit der Einschränkung des Militärkabinetts zum gleichberechtigten Staatsbürger, indem wir ihn von dieser gehässigen Einrichtung befreien.

(Sehr richtig! links.)

Der Grundsatz: Freie Bahn jedem Tüchtigen und das Wirken einer geheimen Kabinettsregierung sind wie Feuer und Wasser, sind Gegensätze, wie sie größer überhaupt nicht gedacht werden können.

(Sehr richtig! links.)

All diese Protektionswirtschaft, all diese Bevorzugungen einzelner Klassen fallen damit in Zukunft in der Armee, wie wir hoffen, zusammen.

Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist der Auffassung, daß wir, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, den Grad der Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgendwie verträglich ist, jetzt durchführen müssen, nicht unserer Feinde wegen, sondern einzig und allein unserer selbst wegen. Der bisherige bureaukratische Staat mit der allmächtigen Kabinettsregierung im Hintergrunde bleibt der Masse der Staatsbürger ein Abstraktum, ein dunkles Geheimnis. Mit diesem Staat hat der 30. September und der 5. Oktober dieses Jahres gebrochen. Im Volke steckt die tiefe Sehnsucht, unser Staatsleben mit großen Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen jetzt diese Sehnsucht frei machen. Klarheit und Freiheit ergänzen einander, und im Sinne dieser Klarheit bitten wir um die Annahme der Anträge auf Nr. 1984.

(Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Präsident: Meine Herren, es ist in der Zwischenzeit ein Abänderungsantrag auf Nr. 1985 im Hause verteilt worden. Die nach § 20 der Geschäftsordnung erforderliche Zahl von 30 unterstützenden Mitgliedern weist er nicht auf; es sind nur 24. Ich kann deshalb den Antrag auf Nr. 1985 nicht zur Verhandlung bringen lassen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete List (Eßlingen).

List (Eßlingen), Abgeordneter: Meine Herren, namens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Der Friedensschritt, den die Regierung, wie feststeht, unter Mitwirkung der Obersten Heeresleitung unternommen hat, mußte schwerwiegende außer- wie innerpolitische Folgen für unser Vaterland herbeiführen. Die Entwicklung der gesamten internationalen Lage und die verschiedenen Noten des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika legen der Regierung die gebieterische Pflicht auf, den **schriftlichen Meinungsaustausch mit unseren Gegnern** bis zu einer Klarstellung über die Bedingungen fortzusetzen, die die gegen uns im Kriege befindlichen Staaten für einen Waffenstillstand wie für einen Frieden aufstellen werden.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Erst dann wird es der Regierung und der Volksvertretung möglich sein, die letzte Entscheidung zu fällen. Und nur ein solches Verfahren vermag die Bildung eines einigenden Volkswillens zu sichern.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wir pflichten dem Reichskanzler bei: wer den Rechtsfrieden, von dem Wilson spricht, ehrlich will, darf sich einem Gewaltfrieden nicht kampflos beugen. Aus diesen Gründen haben wir, wie sich das aus unserer Beteiligung an der Vertrauenskundgebung für die Reichsleitung ergibt, die Antworten, die die Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erteilt hat, gebilligt. Wir erwarten,

(Liſt [Eßlingen], Abgeordneter.)

daß auch ſeine letzte Note von der Reichsleitung beantwortet wird.

Sowohl die **Verfaſſungsänderungen,** die der Reichstag geſtern angenommen hat, wie die heute zur Beratung ſtehenden Anträge auf Nr. 1984 der Reichstagsdruckſachen bewegen ſich in einer Richtung, die mit der Haltung unſerer Fraktion bei den Beratungen des Verfaſſungsausſchuſſes im Einklang ſteht. Bei der weittragenden Bedeutung der Materie hätten wir allerdings eine eingehendere Ausſprache über dieſe Anträge gewünſcht. Aus dem Entſchluſſe, das parlamentariſche Syſtem in Deutſchland einzuführen, ergibt ſich aber die Notwendigkeit, alle Zweige der ausübenden Gewalt dem Einfluſſe der auf dem Willen des Reichstags beruhenden verantwortlichen Regierung unterzuordnen. Das nationale Intereſſe gebietet auch, die ſomit erforderlich gewordenen Verfaſſungsänderungen ſchnellſtens geltendes Recht werden zu laſſen, damit dem Auslande jeder Vorwand zu der Behauptung genommen wird, eine Fortführung dieſes Krieges richte ſich gegen irgendwelche Machthaber in Deutſchland und nicht gegen das deutſche Volk.

Wir werden daher den Anträgen unſere Zuſtimmung geben.

Präſident: Der eine Satz in der Erklärung des Herrn Abgeordneten Liſt, daß ſeine Partei eine Antwort auf die letzte Note des Präſidenten Wilſon erwartet, entſpricht nicht den geſtrigen Abmachungen. Ich wollte dagegen vorgehen, da war aber die Sache ſchon vorbei.

(Heiterkeit.)

Im übrigen hat er ſich nur auf frühere Noten bezogen, die Gegenſtand dieſer Diskuſſion in der erſten Debatte geweſen ſind.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Graefe.

v. Graefe, Abgeordneter: Meine Herren, es wird vielleicht auch mancher aus den Reihen der Mehrheit Verſtändnis dafür haben, wenn ich erkläre, daß es mir unter den gegebenen Umſtänden nicht leicht fällt, zu der heutigen Materie zu ſprechen, während draußen das Volk ſteht und bangt um die Antwort, die wir zu den Fragen geben ſollen, zu denen der Herr Abgeordnete Liſt ſoeben eine Erklärung ſeiner Partei vorgeleſen hat. In dieſem Augenblick, wo unſer Haus draußen toller brennt als je, über eine innere Frage, die nach Ihrer Anſicht damit nicht zuſammenhängen ſoll, zu ſprechen, wird mir wahrlich ſauer, weil mein Herz von anderen Dingen voll iſt.

Der Herr Vizekanzler **v. Payer** hat eigentlich dieſen Standpunkt neulich auch vertreten. Es war einer der ſeltenen Momente, in denen ich ihm reſtlos zuzuſtimmen in der Lage war, als er erklärte: zu **ſtaatsrechtlichen Experimenten** und zu **ſtaatsrechtlichen Kunſtſtücken** iſt im fünften Kriegsjahre kein Platz.

(Sehr gut! rechts.)

Ja, meine Herren, ich verſtehe aber nicht, wie man dann dieſes ſchwerwiegendſte ſtaatsrechtliche Experiment nicht nur im fünften Kriegsjahre, ſondern auch in der kritiſchſten Stunde des fünften Kriegsjahres der Volksvertretung zur Beratung vorlegen kann beziehungsweiſe der Vorlegung zuſtimmt.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, ganz beſonders dann nicht, wenn es in einer derartigen Eile geſchieht.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie groß dieſe Eile iſt, und wie wenig berechtigt ſie erſcheint, dafür, glaube ich, gibt die Miniſterbank die deutlichſte Illuſtration. Wir ſehen an der Zuſammenſetzung der Miniſterbank, daß die Herren, die doch wohl in dieſem Augenblick, wo es ſich um eine derartige bedeutungsvolle Umänderung unſerer ganzen Reichsverfaſſung handelt, ſicher zugegen ſein würden,

(Zurufe rechts)

jedenfalls durch andere wichtigere Geſchäfte daran gehindert ſein dürften. Dieſe zur Stunde wichtigeren Geſchäfte ſollten nach meiner Meinung auch uns davon abhalten, in dieſem Augenblick eine andere Frage derart gehetzt hier zu behandeln.

Der Abgeordnete **Fiſchbeck** hat geſtern zu unſerm Wunſche, zu der **brennenden Frage des Tages,** die durch alle Zeitungen hindurch behandelt werden darf, hier als Volksvertreter Stellung nehmen zu dürfen, in ſeiner ruhigen Freundlichkeit geäußert, in dieſen Fragen wäre — ſo klang es hindurch — Ruhe die erſte Bürgerpflicht; das wären ſo wichtige Fragen, daß ſie erſt in den Stuben und Konventikeln der Regierung gründlich durchgeſprochen und beraten werden müßten, da dürfe man nicht durch politiſche Reden jetzt ſtörend eingreifen. Nun, ich glaube, die Dinge, um die es ſich geſtern handelte, ſind in der Preſſe allgemein beſprochen worden, das ganze Volk ſpricht davon. Sie können hinkommen, wohin Sie wollen: die Menſchen ſprechen, wenn ſie Zeit haben, von nichts anderem als von der kritiſchen Frage: was geſchieht jetzt gegenüber den unerhörten Forderungen unſerer Feinde? Aber hier ſoll dieſe Sache nun auf einmal nicht beſprochen werden; dagegen legt man uns heute ohne jede vorbereitende Beratungsmöglichkeit die grundſtürzendſten Verfaſſungsänderungs-Anträge vor und verlangt, daß ſie kurzerhand nur in dritter Leſung erledigt werden ſollen, als ob es überhaupt gar nichts anderes gäbe, woran man in dieſem Augenblick zu denken hätte. Da iſt auf einmal die Vorarbeit, da iſt auf einmal die Beratung in kleinerem Kreiſe nicht mehr nötig, ſondern das ſoll auf einmal erledigt werden, nachdem zwei Stunden vorher der Antrag im Druck vorgelegt worden iſt. Das gibt zu denken. Ich werde noch an anderer Stelle darauf zurückkommen.

Es iſt nach meiner Meinung keine begründete Entſchuldigung, wenn, wie vorhin bei der Geſchäftsordnungsdebatte, darauf hingewieſen wurde, daß dieſe Fragen ſchon früher im Verfaſſungsausſchuß und bei anderen Gelegenheiten behandelt und beſprochen worden wären, ſodaß ſie gewiſſermaßen keine Überraſchung bildeten, ſondern eine reife Frucht wären, die man jetzt vom Baum pflücken könnte. Nein, das kann ich nicht zugeben, denn die Anträge, wie ſie hier ſtehen, gehen erſtens doch in weſentlichen Punkten weiter als die früheren Anträge, die vorgelegen haben. Dann aber — das möchte ich ganz beſonders unterſtreichen — gewinnen ſie vor allen Dingen eine ganz andere Bedeutung, nachdem wir in der Zuſammenſetzung unſerer Regierung eine derartige grundſätzliche Veränderung bereits vorgenommen haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Nachdem wir die Stellung des Kanzlers ſchon anderweitig geregelt haben — nicht wir, ſondern Sie, die Mehrheit —, werden die Konſequenzen, die ſich aus der Annahme dieſer Anträge ergeben, ganz andere, als wir ſie bei den Beratungen vorausſehen konnten, die wir beiſpielsweiſe im Mai vorigen Jahres im Verfaſſungsausſchuß darüber gepflogen haben, als wir noch eine konſtitutionelle Monarchie hatten.

Es kommt noch etwas hinzu. Der Herr Vizekanzler hat vor wenigen Tagen hier ausdrücklich erklärt, daß alle dieſe **neuen verfaſſungsrechtlichen Änderungen,** die wir ſchon vorgenommen hätten und vorzunehmen im Begriff ſtänden, noch nichts Abgeſchloſſenes wären, daß ſie **Konſequenzen** zeitigen würden, die noch gar nicht zu überſehen ſeien, und die unbedingt zu weiteren Schritten nötigen würden. Wir werden alſo uns bei dieſen Vorſchlägen darauf gefaßt machen müſſen, daß ſie nach der Wilſonſchen Methode nur ein Stück von dem Schwanz ſind, den wir dem alten Reichshund abſchlagen werden,

(Unruhe und Zurufe links)

um die übrigen Stücke nach und nach folgen zu laſſen;

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) das Volk soll erst langsam an das neue Bild der Reichsdogge mit dem veränderten Äußeren gewöhnt werden.

(Erneute Unruhe und Zwischenrufe links.)

Das steht auch sehr deutlich in Ihrer eigenen Presse. Aus der „Vossischen Zeitung", wenn Sie die Güte haben, mir zuzuhören, können Sie entnehmen, daß sich die Parteien — es war nur noch die Stellungnahme des Zentrums offen — Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten bereits über ganz andere weitergehende Änderungen geeinigt hätten. Da war auch noch eine Änderung des Fahneneides, Vereidigung der Offiziere und Mannschaften auf die Verfassung beschlossen, da war ein Staatssekretariat des Krieges beschlossen und die Unterstellung des Generalstabes unter die Kontrolle des Reichs. Das sind die Beschlüsse, über die Sie sich schon geeinigt hatten. Wir dürfen sehr wohl mit der Möglichkeit rechnen, daß dahingehende Konsequenzen aus den heutigen Beschlüssen, wenn Sie sie fassen, zu erwarten sein dürften.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Sie sagen schon „Sehr richtig!". Ich gebe Ihnen auch insofern recht, als es zum Teil logische Konsequenzen sind, welche die unausbleibliche Folge sein werden, wenn man überhaupt logisch arbeiten will. Wenn Sie mir das zugeben, was ich gar nicht bezweifelt habe, so erheischt das um so mehr eine vorsichtige und gründliche Beratung der heutigen Beschlüsse, damit wir auch die weitergehenden Konsequenzen, die sich daraus ergeben, im Auge behalten. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn sich alle die Herren der Mittelparteien des Hauses über diese Konsequenzen in einer derartigen Beratung Rechenschaft abgelegt hätten, dann vielleicht doch der eine oder der andere zweifelhaft geworden sein würde, ob er den heutigen Beschlüssen zustimmen kann.

Das sind die Gründe, warum ich die — ich kann (B) nur sagen: — gehetzte Eile, mit der wir an diese Frage herangetrieben werden, schmerzlich bedauern muß. Ich bin, wie gesagt, der Überzeugung: es wird vielleicht mancher von denen, die es heute mitmachen, später die Geister, die er mit diesen Beschlüssen rief, nicht loswerden und dann vielleicht anders darüber denken, als er heute zu denken scheint.

Wie weit diese Konsequenzen eventuell zu erwarten sind, ergibt sich aus der unabhängigen Betrachtung der einzelnen Vorschläge. Ich komme zunächst zu der **Abänderung**, die zu **Art. 11** vorgeschlagen worden ist, und die ja den eigentlichen Gegenstand der heutigen Beratung bilden sollte. Diese Abänderung, wenn sie auch noch etwas weitergehend gemacht worden ist, war im wesentlichen uns schon früher vorgelegt, und mein Freund Graf Westarp hat darum unsere Stellungnahme dazu schon präzisiert. Ich beschränke mich kurz darauf, zu wiederholen, daß wir der Ansicht sind, daß über diese Frage in ruhigen — ich möchte sagen — in normalen Zeiten wohl diskutiert werden könnte, daß sie manchen Gedanken enthält, der auch uns nicht fremd ist, und dem wir unter Umständen beizustimmen in der Lage wären; denn erstens ist die praktische Wirkung, soweit es sich nach unserer Auffassung um den gesunden Kern der Vorschläge handelt, gegenüber der jüngsten Vergangenheit gar nicht so groß. Praktisch wird man auch heute schon einen **Krieg** unter normalen Umständen gar nicht **erklären** können, wenn man nicht der **Zustimmung der Volksvertretung** gewiß ist, schon wegen der Kriegskredite, deren Bewilligung nötig ist. Also in der großen Allgemeinheit würde diese Änderung gar nicht von so großer praktischer Bedeutung sein, wohl aber für Einzelfälle, die gerade durch diese Kodifizierung ausgeschlossen wären, die doch aber sehr bedenklich werden können. Denn in Fällen eines plötzlichen Überfalls, eines plötzlichen Angriffkrieges seitens des Feindes ist allerdings nach Ihren jetzigen Vorschlägen (dann eine Regierung auch nicht in der Lage, den Krieg sofort zu erklären, sondern sie muß dann auch erst warten, bis sie die Zustimmung des Reichstags hat. Das kann von sehr verhängnisvoller Bedeutung sein. Meine Herren, erinnern Sie sich, bitte, der Gerüchte und der Zeitungsnotizen, die seinerzeit allgemein bekannt wurden, daß man in England sehr ernstlich erwogen hatte, unter Umständen unsere Flotte plötzlich zu überfallen und sie dadurch von vornherein für einen dann ausbrechenden Krieg unschädlich zu machen. Es kann solche Fälle geben, wenn sie auch nicht oft eintreten werden; es kann sie geben, und für diese Fälle beschneiden Sie nunmehr der Regierung die Möglichkeit, eine Kriegserklärung ohne weiteres zu erlassen, den Krieg sofort anzufangen und vor allen Dingen mobil zu machen.

Ein Zweites. Wie soll es denn in Fällen sein, wenn kein Reichstag da ist, wenn der **Reichstag** abgelaufen ist und die **Neuwahlen** noch nicht stattgefunden haben? Ja, muß dann auch das Deutsche Reich erst warten, bis die Wahlen fertig sind und der Reichstag seine Zustimmung gibt? Sie sehen daraus auch an dieser Frage, wie notwendig es gewesen wäre, daß wir uns über diese Anträge in aller Aufrichtigkeit und ohne Feindschaft in einer Kommissionsberatung verständigt hätten, um derartige Lücken und Zwiespältigkeiten und vielleicht auch schweren Bedenken bei dieser Änderung zu beseitigen. Vielleicht hätten wir uns ganz gut darüber einigen können, aber das allerdings in dritter Lesung an einem Tage in einer öffentlichen Sitzung zu machen, wird ein Kunststück sein, das auch Ihre Gewandtheit nicht zuwege bringt. Ob die praktische Mitwirkung des Parlaments bei dieser Frage, wenn sie, offiziell gefordert wird, nach der Verfassung unbedingt kriegsverhindernd wirken wird, scheint nach den Erfahrungen, die man z. B. mit Italien gemacht hat, nicht der Fall zu sein; denn dort hat das Parlament unter dem Drucke der (Straße gegen seine erst offenbar zutage tretende Stimmung schließlich einem Eroberungskriege zustimmen müssen. Also ob dies unbedingt Besserungen im Interesse des Friedens sind, ist noch die Frage. Aber wie gesagt, darüber würde sich reden lassen. Jedoch aus den Bedenken, die ich geäußert habe und im ganzen Zusammenhange der Entwicklung, die Sie tatsächlich anstreben, können wir unsere Zustimmung zu diesem Gesetz jetzt nicht geben.

Meine Herren, zu dem Punkte 2, welcher vor allen Dingen verlangt, daß der **Reichskanzler** zu seiner Amtsführung das **Vertrauen des Reichstags** haben müsse, möchte ich zunächst sagen, daß eine segensreiche und überhaupt fruchtbare Tätigkeit eines Reichskanzlers ohne das Vertrauen der Volksvertretung auf eine längere Dauer ja gar nicht denkbar ist. Auf eine längere Dauer würde der Konflikt doch sich immer so gestalten, daß die Sache wahrscheinlich nicht geht.

(Hört! hört! links.)

Aber die grundsätzliche Bestimmung in die Verfassung hineinzunehmen, daß der Reichskanzler, wenn der Reichstag ihm sein Mißtrauen ausspricht, genötigt sein soll, abzugehen, stimmt allerdings mit den Auffassungen, die wir haben, und die aus der geschichtlichen Entwicklung unseres preußisch-deutschen Staatswesens entstanden sind, nicht überein. Ich erinnere an das Wort des Fürsten Bismarck, daß ein Ministerpräsident, der nicht auch einmal gegen eine Mehrheit das Interesse des Staates zu vertreten sich stark genug fühle, nicht für sein Amt tauglich sei. Diese Auffassung hat der Fürst Bismarck in den Konfliktsjahren mit seiner eigenen Person durchgeführt, und wie entscheidend hat das unserem deutschen Volke zum Segen gereicht! Wer sich dessen erinnert, wird Bedenken haben, eine so weitgehende Unterstellung des Reichskanzlers unter die Volksvertretung mitzumachen.

(v. **Graefe**, Abgeordneter.)

Meine Herren, was ich soeben geäußert habe, ist vielleicht nur eine persönliche Ansicht von mir. Aber was es jedenfalls allen meinen Freunden unmöglich macht, die vorgeschlagene Fassung anzunehmen, ist das, daß sie mit der Struktur unserer Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen ist. Wir sind doch nicht ein Einheitsstaat, sondern der **Reichskanzler** ist zugleich preußischer **Ministerpräsident**, ist vor allen Dingen der **Vertreter der preußischen Stimmen** im Bundesrat. Meine Herren, wenn Sie nun Reichskanzler unter den Mehrheitswillen der Volksvertretung im Reiche stellen, so stellen Sie damit gleichzeitig auch die preußischen Bundesratsstimmen unter diesen Zwang.

(Sehr richtig! rechts.)

Die preußischen Bundesratsstimmen sind, wie Ihnen allen bekannt ist, der Zahl nach sehr ungünstig für Preußen im Bundesrat festgesetzt; sie machen nur drei Zehntel der gesamten Bundesratsstimmen aus, während Preußen drei Fünftel der Bevölkerung des Deutschen Reichs umfaßt. Die Gegenleistung, die Preußen dafür nach der Verfassung zugestanden worden ist, ist die, daß der preußische Ministerpräsident als gleichzeitiger Reichskanzler einen maßgebenden Einfluß im Bundesrat und auch sonst ausübt. In dem Augenblicke nun, wo Sie den preußischen Ministerpräsidenten als Reichskanzler unter die Willensmeinung nicht seines Königs, sondern des Reichstages stellen, berauben Sie Preußen seines ganzen maßgebenden Einflusses in der föderalistischen Struktur des Reichs.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist ein Aufräumen mit unserer Reichsgeschichte von 1870 an bis heute, ja schon von der Zeit des Norddeutschen Bundes an, das ist eine so umstürzende Bestimmung, ein so umstürzender Beschluß für alles, was bisher bei uns im Reiche gegolten hat, das ist eine so vollständige Entrechtung Preußens,

(sehr richtig! rechts.)

eine so vollkommene Ausschaltung des preußischen Einflusses zugunsten der übrigen Staaten, daß man nur staunen kann, daß man mit einer solchen Leichtigkeit über eine derartig maßgebende Frage hinweggehen will, und daß man noch mehr staunen müßte, wenn wirklich der Bundesrat dieser Bestimmung zustimmen würde, solange er noch nicht gezwungen ist. Meine Herren, so ganz über die **Verdienste** hinwegsehen zu wollen, die **Preußen um das Geschick unseres Gesamtvaterlandes** gehabt hat, möchte ich doch auch den Vertretern der nichtpreußischen Wahlkreise nicht zutrauen. Ich glaube, daß Ihnen das, was Preußen geleistet hat, nicht nur vom moralischen und Gerechtigkeitsstandpunkt aus bewußt sein sollte, sondern auch vom praktisch-wirtschaftlichen Standpunkt aus, und das gilt besonders für die Arbeiter, die Sie ja zu vertreten meinen, ebenso für die Kreise der Industrie usw. Der ganze gewaltige Aufschwung Deutschlands unter dem bisherigen Regime, der unser Volk zum Wohlstand gebracht hat, hat sich, wie Sie doch nicht leugnen können, gerade wesentlich aufgebaut auf der bisherigen Struktur des Reichs unter Führung Preußens. Diese Schuld der Dankbarkeit und die objektive Würdigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter deren Abänderung nicht zuletzt, wie ich wiederhole, unsere Arbeiter aufs allerschwerste zu leiden haben würden, sollten Sie in diesem Augenblick mit einer so kurzen Handbewegung, mit einem so übereilten Beschluß, ohne gründliche Vorbereitung nicht von sich werfen wollen.

Nun kommt als weiterer Satz in Ihren Anträgen: „Der **Reichskanzler** trägt die **Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung**, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt." Die verfassungsrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers war bisher in Art. 17 ganz klar zum Ausdruck gebracht. Warum diese Umredigierung auf einmal notwendig sein sollte, ist auf den ersten Blick nicht klar; aber wenn man den Zweck und das Ziel der Vorlage betrachtet, wird es einem allerdings klar, daß hier eine wesentliche Erweiterung der Verantwortlichkeit beabsichtigt ist. Aber sehr glücklich scheint mir das nicht angefangen zu sein; denn diese Äußerung: „alle Handlungen von politischer Bedeutung" — meine Herren, nehmen Sie es mir nicht übel — klingt so, als ob Sie an dem Satze außerordentlich gekaut hätten, bis der Happen genießbar geworden war; trotzdem scheint er mir immer noch recht unverdaulich geblieben zu sein. Der Herr Abgeordnete Dr. Müller (Meiningen) hat sich denn auch trotz seiner sonst einzig dastehenden Beredsamkeit reichlich quälen müssen, diesen Satz etwas genauer zu definieren: „was politische Bedeutung sei, das entscheidet natürlich der Reichskanzler", — kleine Atempause: — „unter Kontrolle des Reichstags", kam dann hinterher. Darin würde liegen, daß es schließlich allein der Entscheidung des Reichstags unterliegt, was von politischer Bedeutung ist auch gerade auf dem Gebiete unserer Vaterlandsverteidigung und unseres Heerwesens. Sie haben sofort als Beispiel angeführt ganz allgemein die Anwendung des U-Boot-Krieges, also die Anwendung militärischer Kampfmittel. Das läßt darauf schließen, daß wegen aller solcher Fragen, also vielleicht auch wegen der Tankfrage als Kriegsmittel, der Fliegerverwendung hinter der feindlichen Front usw., der Reichstag befragt werden muß. Da wird sich fast in jeder militärischen Frage ein politischer Beigeschmack finden lassen; die Abgrenzungsfrage wird von Konflikt zu Konflikt führen, wenn Sie eine derartig unklar gefaßte Bestimmung im Gesetz stehen lassen. Vielleicht hätte sich auch hier eine praktischere Fassung finden lassen, wenn die Sache im Ausschuß und nicht in solcher Hast nur in dem Gremium der 99köpfigen Regierung erledigt worden wäre.

(Sehr richtig! rechts.)

Es kommt dann der Satz:

> Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

Auf diesen Satz brauche ich nicht näher einzugehen. Unser verehrter Kollege Graf v. Posadowsky hat ihn neulich schon in haarscharfer Weise zerpflückt und nachgewiesen, daß ein **kollegiales Reichsministerium** für den föderativen Charakter des Reichs einfach umstürzend wirken muß. Aber ich muß unterstreichen, was Herr Graf v. Posadowsky neulich gesagt hat: man müsse staunen über die Kühnheit eines Kanzlers, derartigen Bestimmungen zuzustimmen und sich gleichzeitig hier vor die Volksvertretung zu stellen und feierlich zu erklären, er stände auf dem föderativen Boden der Struktur des Deutschen Reichs,

(sehr richtig! rechts)

das ist doch ein eigenartiger Gralshüter des Bismarckschen Erbes!

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann von dem Herrn Reichskanzler nicht annehmen, daß er diesen Widerspruch nicht selbst verstand.

(Zuruf)

— Dann fehlt mir aber jede Erklärung für das Motiv seiner Haltung, die er hier an der ersten Stelle, die wir in unserem Volk haben, eingenommen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich habe schon mit dem Eingehen auf diese drei ersten Punkte Ihrer Vorlage nachgewiesen, daß es sich wahrhaftig um die ernstesten Fragen unserer Vergangenheit in ihrer Fortwirkung auf unsere Zukunft handelt,

(Zustimmung rechts)

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) daß es sich um die vollkommene Umstürzung unserer ganzen Reichsverfassung handelt.

(Erneute Zustimmung rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Da geben Sie mir also recht!

(Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Noch nicht genug! das habe ich auch schon gesagt. Ich habe ja schon gesagt, daß die logische Konsequenz weitere Folgerungen sein werden; das sehe ich voraus.

(Zuruf links.)

— Ich habe öfter recht, Herr Kollege; Sie merken es nur nicht immer!

(Lachen links — sehr gut! rechts.)

Die Nummer 3 erledigt sich durch das, was ich zu Nummer 2 gesagt habe.

Ich komme nun zu den Nummern 4 bis 6, die sich, um es kurz mit einem Wort zu sagen, mit der **Beseitigung der Kommandogewalt der Krone** beschäftigen, und zwar nach meiner Auffassung mit einer restlosen Beseitigung, — einer absolut restlosen!

(Zuruf links.)

— Ja, es bleibt noch so ein kleiner Theaterputz übrig, rein äußerlich, sonst ist sie aber tatsächlich restlos. Zunächst ist mir das eine nicht ganz klar. — Ich weiß nicht, ob das an meiner langsamen Fähigkeit, die Sache zu fassen liegt!

(Zuruf links.)

— Ich werde ja sehen, vielleicht können Sie mir eine Aufklärung geben. — Es ist mir eine Äußerlichkeit persönlich nicht ganz verständlich, wenn es in der Nummer 4 heißt, daß die **Ernennung,** Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der **Offiziere und Beamten der Marine** unter **Gegenzeichnung des Reichskanzlers** erfolgen soll, warum nicht durch den Staatssekretär des Reichsmarineamts.

(Zuruf links.)

(B) — Ja, es ist sein Vertreter! Nachher steht doch aber, daß bei den Kontingenten die Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents erforderlich ist. Ich meine, meine Herren, das wäre nach dem bisherigen Zustande, wo wir nur den Kanzler als verantwortlichen Minister hatten, wohl vollkommen logisch gewesen. Nachdem Sie aber die Vertreter in dem vorangehenden Absatze ausdrücklich mit einer selbständigen Verantwortlichkeit als kollegiales Ministerium, oder doch als Anbahnung eines kollegialen Ministeriums, schon einigermaßen bedacht haben, würde nach meiner Auffassung hier nicht die Gegenzeichnung des Reichskanzlers, sondern bereits die des Staatssekretärs des Reichsmarineamts nötig sein. Aber das ist eine Äußerlichkeit! Grundsätzlich handelt es sich darum, daß von jetzt ab die Ernennung der Offiziere, ihre Verabschiedung usw. durch Gegenzeichnung des betreffenden Ministers und im Namen des Reichskanzlers erfolgen soll. Meine Herren, über diese Fragen haben wir uns allerdings im Verfassungsausschuß schon wesentlich unterhalten, haben es auch bereits bei anderen Gelegenheiten getan. Sie haben immer den Hinweis gegeben, daß diese Gegenzeichnung bereits früher in Preußen durch den preußischen Kriegsminister stattgefunden hat und erst später aufgehoben worden ist. Sie haben darauf hingewiesen, daß in Bayern und in anderen Bundesstaaten diese Gegenzeichnung noch heute stattfindet, und daß dadurch die Kommandogewalt des betreffenden Kontingentsherrn nicht geschmälert werde, daß dadurch auch kein Schaden für die Armee, für die Truppe sich gezeigt hätte. Meine Herren, da möchte ich nun gerade an unsere damaligen **Verhandlungen im Verfassungsausschuß** erinnern. Auf Seite 12 des Berichts stehen die Worte, die der damalige Ministerialdirektor Herr Dr. **Lewald** dazu gesagt hat, der nach meiner Auffassung sehr zutreffend darauf hingewiesen hat, daß es sich darum handelt, welche Tendenz mit diesen Anträgen verbunden ist. Meine Herren, der damalige Ministerialdirektor Dr. Lewald sagte:

> Sollte die Übernahme einer solchen Verantwortung auch für das Offizierkorps durch die Anträge beabsichtigt werden, nämlich, daß wie bei den Beamten für die Anstellung der Offiziere der Minister dem Parlament gegenüber die Verantwortung übernehme, so müsse er hiergegen die ernstesten Bedenken geltend machen. Es gebe kein Reichsheer; die Offiziere wären vielmehr preußische, bayerische, sächsische usw. Wenn man dem Reichstage das Recht einräume, über die Anstellung der Kontingentsoffiziere von den Kriegsministern Auskunft zu verlangen, verwische man den föderativen Charakter des Reichs.

Meine Herren, das ist vollkommen zutreffend. Namentlich unterstreiche ich den Satz, daß die Tendenz, die dem Antrage zugrunde liegt, maßgebend ist. Was wir an praktischen Erfahrungen aus dem alten Preußen, aus dem heutigen Bayern usw. haben, das verfolgt ganz andere Tendenzen. In den einzelnen Bundesstaaten hat sich mit der Gegenzeichnung durch den Kriegsminister niemals die Tendenz verbunden oder ist die Gegenzeichnung niemals ein Anzeichen dafür gewesen, die eigentliche Kommandogewalt des Kontingentsherrn in irgend einer Weise zu beschränken oder anzutasten, sondern es hat sich darum gehandelt, die Verwaltungsfragen, wirtschaftliche Militärfragen usw. dadurch mitzudecken, auch soweit es sich um Gehaltsfragen der Offiziere handelte und dergleichen, und deswegen auch diese Fragen mit unter die Gegenzeichnung der Minister zu stellen. Sie aber bekennen ganz offen, daß es sich bei Ihnen jetzt darum handelt, die Kommandogewalt der Krone vollkommen auszuschalten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei Ihnen ist diese Tendenz keine verhüllte mehr, sie ist eine ausgesprochene und ganz klar beabsichtigte.

(Sehr wahr! links.)

In dieser Absicht liegt das, was wir für sehr verhängnisvoll für die Armee erachten.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Darum sind all die Beispiele, die Sie aus dem alten Preußen, aus Bayern usw. anführen, nicht zutreffend, sondern die heutigen Anträge bekommen ihren Charakter durch den ausgesprochenen Willen, den Sie damit verbinden, durch die tatsächliche Wirkung, daß nunmehr die Krone ausgeschaltet werden soll von ihrem Recht als oberster Befehlshaber und der freien Verfügung in der Kommandogewalt. Das ist das Verhängnisvolle und das ist der Schritt, von dem ich nicht begreife, wie eine große Zahl der Herren, die zum großen Teil unser Offizierkorps aus ihren Kreisen stets mitgestellt haben, die mit die besten Männer in der Heerführung usw. geliefert haben, die die Vertreter der Interessen des Heeres und der guten Organisation und Spannkraft unserer Armee gewesen sind, einen derartigen Antrag mit dieser Tendenz mitmachen können.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Ich verstehe, daß die Herren bei früheren Gelegenheiten, wo diese Tendenz noch nicht zum Ausdruck kam, unter Berufung auf Bayern und das alte Preußen mitgegangen sind, und ich kann verstehen, daß sie damals auch nur die Wirkung erzielen wollten. Ich bestreite nämlich gar nicht, daß das **Militärkabinett** auch in Offizierskreisen eine unbeliebte Einrichtung ist. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Müller (Meiningen) durchaus zu, es wird in Offizierskreisen vielfach empfunden, daß eine gewisse Kontrolle über die dortigen Dinge wohl wünschenswert wäre, und daß darum eine Änderung in der Hinsicht vielleicht möglich wäre. Das ist eine Frage, über die

(v. Graefe, Abgeordneter.)

sich reden läßt, sobald man nur von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß man es eben nur so betrachten will, wie es in Bayern ist und auch im alten Preußen war. Die Ansicht meiner Freunde mag vielleicht darüber geteilt sein, aber jedenfalls wäre diese Frage, wenn sie nicht verbunden wäre mit der Tendenz, die Kommandogewalt auszuschalten — das ist der entscheidende Unterschied —, für uns diskutabel, ohne daß ich übrigens alle meine Freunde auf diese meine Auffassung festlegen will.

Dasselbe gilt von dem, was vielfach in wirtschaftlichen Fragen stattfindet. Daß das Ministerium als wirtschaftlicher Körper und Geschäftsmann oft nicht glücklich ist, das wissen wir alle. Wenn in der Beziehung durch die Verantwortlichkeit manches geändert werden könnte, so ließe sich darüber gleichfalls reden, und da würden Sie auch bei uns mancherlei Zustimmung gefunden haben. Jedenfalls hätten wir eine Einigung finden können. Aber ich wiederhole: das ist nicht die eigentliche Tendenz Ihres Antrags — Sie behaupten es auch nicht! —, sondern das ist eine kleine Nebenwirkung, die Sie gerne mitnehmen. Sie wollen aber vor allen Dingen die vollkommene Ausschaltung der Kommandogewalt oder, wie Wilson es ausdrückt: „wenn es noch nicht möglich ist, die allerhöchste Stelle ganz zu beseitigen, dann macht sie wenigstens tatsächlich vollkommen bedeutungslos". Das wollen Sie damit erreichen, und das ist die effektive Wirkung dieser Sache. Und das soll man als alter Soldat, als alter Preuße, als Deutscher, der die Stärke unseres Vaterlandes bisher in der Armee und in ihrer Struktur gesehen hat, einfach kalten Herzens mitmachen? Nein, meine Herren, das können Sie nicht verlangen!

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ob ich mich begraben oder verbrennen lassen will, das müssen Sie schon mir und meinen Erben zur Entscheidung überlassen.

(Erneute Zurufe.)

Dazu kommt nun noch eine ganz besondere Schwierigkeit dadurch hinzu, daß wir **kein Reichsheer**, sondern eine **Reihe von Kontingentsheeren** haben, an deren Spitze die Kontingentsherren, die Landesfürsten, stehen, und im Kaiser nur für den Kriegsfall den Oberkommandierenden haben, sonst aber für ihn nur Inspektionsrechte, die aber auch noch nicht einmal die Exekutive des Erfolges der Inspektion zulassen. Das macht es gerade so ungeheuer schwierig, auch vom Verfassungsstandpunkt aus, mit einer derartigen Fassung, wie Sie sie hier vorgelegt haben, die Sache zu einem praktischen Resultat zu bringen.

Ganz dunkel war mir dabei die bayrische Extrawurst, die der Herr Kollege Müller (Meiningen) bei dieser Gelegenheit wieder für seine engere Heimat haben wollte.

(Zurufe.)

Wenn Sie die Rechte Preußens in der Verfassung beschneiden, so liegt kein Grund vor, die alten **bayrischen Reservatrechte** nicht auch entsprechend dem neuen parlamentarischen System des Reichs anzupassen.

(Zurufe links.)

Sie müßten dann auch unter die Bestimmung fallen:

> Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstage für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Nun, warum wollen Sie das für Bayern anders machen? Da wollen Sie die alten Verhältnisse und Reservatrechte bestehen lassen, die sollen nicht aufgehoben werden. Ich verstehe aber nicht, warum Sie dann als Bayern über den preußischen König verfügen wollen, diesen dem Reichskanzler unterstellen, Ihren König aber nicht unterstellen wollen? (C)

(Sehr richtig! rechts.)

Wie wollen Sie das in Einklang bringen mit der Gerechtigkeit und mit dem Grundgedanken der neuen Verfassung im Reiche?

Meine Herren, nach der bisherigen Verfassung war es wohl denkbar, daß sich die einzelnen Kontingentherren unter den Oberbefehl des Königs von Preußen als primus inter pares stellten, aber es ist nach meiner Auffassung nicht denkbar, daß die Kontingentsherren sich ohne weiteres der jetzigen Regierung, dem Reichskanzler, der weiter nichts ist als ein Beauftragter der jeweiligen Reichstagsmehrheit, militärisch unterstellen. Wie Sie das verfassungsrechtlich mit Ihrem Gefühl vereinbaren wollen, ist mir nicht verständlich.

Es gibt auch der „Vorwärts" schon deutlich zu, was damit gemeint ist. Er sagt, daß die ganze Regierungsgewalt, also auch die Kommandogewalt des Kaisers, einfach in die Hand der Regierung gegeben werden soll. Ich habe hier schon einmal von derselben Stelle aus darauf hingewiesen, daß das **Ziel des parlamentarischen Regimes** nur einen **Schattenkaiser** übrig lassen würde. Damals haben Sie mir sehr entrüstet widersprochen und gesagt: wir wollen keinen Schattenkönig, der König im parlamentarischen Regime hat sogar eine bessere Stellung als im konstitutionellen Staate. Heute sind Sie dabei, der Wilsonschen Forderung nachzugeben, und fordern selbst einen Schattenkönig! Tun Sie das freiwillig, weil Sie Ihre Ansicht geändert haben, oder tun Sie es, weil Wilson es verlangt? Jedenfalls sind wir heute so weit, wie das ein Antrag verlangte, der einmal von dem Abgeordneten Dr. Cohn gestellt worden ist, unsere Heerführung, unsere ganze **Armeeleitung**, unter die **Kontrolle einer parlamentarischen Kommission** zu stellen, — ein Antrag, der im deutschen Volke draußen vielfach mehr als ein humoristischer aufgefaßt wurde, (D)

(sehr richtig! rechts)

vielleicht nicht wegen der Person des Antragstellers, sondern wegen des Gedankens, ausgerechnet Hindenburg und unsere anderen Heerführer unter eine parlamentarische Kontrollkommission des Abgeordneten Cohn zu stellen. Wir sind heute tatsächlich so weit! Wenn der „Vorwärts" schreibt, es gehöre auch dazu die Beförderung, Ernennung und Verabschiedung der Offiziere bis zum höchsten Generalstabsoffizier, so sollen tatsächlich auch unser Generalstab, unsere Heerführer usw. formell dem Reichskanzler, praktisch dem Mehrheitsausschuß des Reichstags unterstellt werden.

(Sehr richtig!)

Denn wenn Sie jetzt den Generalstab extra aufzuführen noch unterlassen haben — ich weiß nicht warum —, so ist das eine reine Äußerlichkeit, weil ja in dem Moment, wo unter Ihrer Kontrolle die höchsten Stellen in der Armee besetzt werden sollen, auch der Generalstab unter diesen Kontrollausschuß gestellt wird. Darum steht er auch genau so unter der Parlamentskontrolle, wie wenn Sie es in dem Antrage ausgesprochen hätten.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

— Ich weiß es nicht, aber nach dem Artikel der „Tante Voß" ist es so.

(Erneute Zurufe links.)

— Ich danke Ihnen, daß Sie mir durch Ihre lebhaften Gegenreden Gelegenheit geben, meine Stimme, die von meiner letzten Erkrankung noch nicht ganz hergestellt ist, etwas auszuruhen.

Die Hinweise, die ich vorhin als unzutreffend bezeichnet habe, auf Bayern und auf die früheren Zustände in Preußen, die werden nun gewöhnlich von Ihnen ergänzt noch dadurch, daß sie auch auf **Frankreich** hinweisen und sagen: in Frankreich sind die Zustände in ähnlicher

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) Weise geregelt, da haben sie nicht die Kommandogewalt eines obersten Kriegsherrn in Gestalt eines Monarchen, da haben sie ungefähr eine Einrichtung, wie wir sie jetzt haben sollen, und die französische Armee hat sich doch wahrlich sehr gut geschlagen. Das letztere bestreite ich ganz gewiß nicht. Aber auf eins möchte ich Sie doch aufmerksam machen. Die französische Armee, die Ententearmee hat uns gegenüber erst im fünften Kriegsjahre die kolossale zahlenmäßige Überlegenheit und das Übergewicht an Kriegsmaterial überhaupt zur Geltung bringen können. In den ersten Kriegsjahren, in den ersten Kriegsmonaten namentlich, waren die **französische Armee** und überhaupt die **Ententeheere** nicht auf der Höhe, wie sie es nachher gewesen sind. Sie sind erst zur vollen Kraftentfaltung gekommen, als die Diktaturverhältnisse in den feindlichen Staaten auch eine bessere und persönlichere **Zentralisierung der Kommandogewalt** ermöglichten.

(Zurufe links.)

Dazu bitte ich Sie, einmal nachzulesen, wie sich auch grundsätzlich zu dieser Frage ausgerechnet der heutige französische Oberkommandierende General Foch gestellt hat in seinen schon vor dem Kriege erschienenen Schriften und ebenso der französische General zur Linden. Ich habe die Bücher nicht zur Hand, sonst hätte ich die Stellen herausgesucht, welche sehr offen auf die Schwierigkeit der Frage der Kommandogewalt für die französische Armee hinweisen und unsere bisherigen deutschen Einrichtungen als den französischen außerordentlich überlegen bezeichnen.

(Hört! hört! rechts.)

Das können Sie also bei General Foch und zur Linden lesen. Ich glaube deshalb, der Hinweis auf die französischen und auf die englischen Verhältnisse ist nicht so sehr glücklich; viel eher könnte man auf die Entwicklung der **russischen Armeeverhältnisse** verweisen. Wie es in

(B) Rußland gegangen ist, das ist die Folge, die Sie mit einer derartigen Änderung unserer Verfassungsverhältnisse schließlich heraufbeschwören. In unserem deutschen Vaterlande lehrt die ganze Geschichte, daß die Zusammenfassung unserer Kräfte aus freien Stücken immer an der Eigenbrödelei unserer deutschen verschiedenen Volksstämme gescheitert ist, und daß wir deshalb der gesetzlichen Festlegung der Kommandogewalt in einer Person, nicht in einem vielköpfigen Kollegium bedürfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn wir nicht die staatsrechtliche Zusammenfassung des Oberkommandos haben, werden wir meiner Überzeugung nach auf die russischen Verhältnisse kommen, auf einen Zusammenbruch wie den in der russischen Armee durch das Hineintragen der parlamentarischen und politischen Verhältnisse in das Heer.

Noch ein kurzes Wort über die **Wirkungen**, die dieser Beschluß, ausgerechnet in diesem Augenblick, **auf unsere Truppen** selbst haben muß. Unterschätzen Sie nicht die Gefühle, die weite Kreise unserer Armee in ihrem persönlichen Verhältnis zu ihrem obersten Befehlshaber empfinden.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie sind schlechte Psychologen, meine Herren, das hat Ihnen gestern der Beifall der Tribünen bewiesen,

(Heiterkeit bei den Mehrheitsparteien)

als hier von einer Seite nationale Töne angeschlagen wurden. Sie haben zum großen Teile keine Ahnung davon, was im Herzen des Soldaten, auch des sozialdemokratisch organisierten Soldaten steckt,

(Widerspruch)

in seinem persönlichen Empfinden, in seinem persönlichen Verhältnis nicht nur zu seinen nächsten Führern, nein, zur obersten Führung und zum obersten Kriegsherrn.

(Bravo! rechts.)

Das sind Tatsachen; darum werden es unsere Feldgrauen (C) mit einer wahren Bitterkeit empfinden müssen, wenn sie in diesem Augenblick auf das verzichten sollen, worauf sie ihren Fahneneid geleistet haben, und wenn Sie ihnen das aus dem Herzen reißen wollen, was ihnen in ihrer überwiegenden Mehrzahl immer noch ein Palladium gewesen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie mögen meinetwegen von Ihrem Standpunkte aus noch mit einem gewissen Schein des Rechts sagen können, daß Sie die Wahlrechtsänderungen, wie Sie sie jetzt in Preußen machen, auch ohne die Feldgrauen machen können. Die Frage aber, die sich auf die allerpersönlichsten Verhältnisse unserer Armee bezieht, die sollten Sie den Leuten zur Entscheidung überlassen, die diese persönlichen Beziehungen an der Stelle gewonnen haben, wo die Mehrzahl von Ihnen nicht gestanden hat: vorm Feinde!

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege Ledebour, ich habe mir eben schon erlaubt, Ihnen zu sagen, daß der Hinweis auf die russischen Verhältnisse viel richtiger wäre als der auf Frankreich und auf England. — Wenn Sie diesen Weg weiter beschreiten, dann bin ich allerdings der Ansicht, daß Sie den Bolschewismus schnellstens in unsere Armee hineintragen werden. Denn es führt zur **Politisierung unserer Armee.** Sie wollen schließlich doch die Armee auf die Verfassung und nicht mehr auf die Person des Königs verpflichten. Eine Mehrheitsregierung ist aber doch nichts Stabiles; wenn Sie wieder Neuwahlen haben, wird sich vermutlich der Reichstag ändern und sich auch einmal ganz anders zusammensetzen, damit wechselt dann jetzt auch die Regierung; woran soll da schließlich der Soldat glauben, wenn die neuen Regierungen dann vielleicht auch fortwährend die Verfassung ändern, vielleicht ebenso wie Sie, durch plötzliche Beschlüsse bei dritten Lesungen; wer soll da den Soldaten ein Halt sein, wenn die oberste Führung mit (D) jeder Regierung wechselt? Da scheint es mir selbstverständlich, daß der eine Soldat noch am alten hängt und der andere zu dem neuen übergeht. Wir haben dann das, was ich eine Politisierung der Armee nenne, und was das bedeutet, dazu darf ich an ein Wort **Treitschkes** erinnern, namentlich die Herren Nationalliberalen, die alten Parteigenossen Treitschkes; er sagt:

> Es ist keine schrecklichere Pest denkbar als ein Heer, das debattiert, sich in Parteien spaltet. Spaniens Geschick ist ein abschreckendes Beispiel. Was hat das Land gelitten unter diesem Heere, das immer einen eigenen Willen hatte, bald für Don Carlos, bald für die tugendsame Isabella Partei nahm!

Wir werden ein Heer haben, das bald für den einen tugendsamen Staatssekretär, bald für den anderen Partei nimmt, so daß die Politik tatsächlich mit einem Schlage in die Armee hineingetragen sein wird. Ich glaube, daß mit dem Treitschkeschen Wort dieser Pest nicht zu viel gesagt ist. Ich bin deshalb der Überzeugung nach meiner persönlichen Erfahrung wie nach den vielen Äußerungen, die ich aus der Armee gehört habe, daß sie diesen Eingriff in die oberste Kommandogewalt, in dieses Palladium, was sie bisher hochgehalten hat, als schwere Kränkung empfinden wird, und darum kann ich es noch nicht glauben, daß wirklich die militärischen Stellen diese Sache mitmachen könnten.

(Stürmische Unruhe links.)

— Meine Herren, Sie werden mir meinen persönlichen Glauben doch lassen müssen.

(Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die Haltung und Stellungnahme der militärischen Stellen ist Ihnen ja auch immer von Bedeutung, wenn sie gerade einmal in Ihre Ideen paßt; dann wird die Oberste

(v. Graefe, Abgeordneter.)

A) Heeresleitung immer und immer wieder bis zum Totlaufen vorgespannt vor Ihren Karren. Wenn die militärischen Stellen aber in einer Frage eine andere Ansicht haben, so ist das demokratische Prinzip immer schnell dabei, derartige Äußerungen und Depeschen nicht zu veröffentlichen. Dann erfährt das Volk nichts davon, wie Hindenburg zum Beispiel über die jüngste Antwort aus Amerika denkt. Dann erfährt das freie Volk unter der demokratischen Führung nichts davon, allenfalls malt man eine militärische Gegenrevolution an die Wand! Meine Herren, ich gehe in meinen Hoffnungen noch weiter; ich berufe mich für meine Person nicht nur auf das Vertrauen, das ich zu den militärischen Stellen habe, daß sie der Preisgabe der Kaiserlichen Kommandogewalt nicht zustimmen können, sondern ich appelliere auch an die Allerhöchste Stelle selbst, daß sie sich nicht derartig aus ihren Rechten hinausdrängen lassen und daß sie auch gegenüber Wilson schließlich das unentbehrliche starke Rückgrat beweisen wird.

Ich möchte hoffen und glauben, daß sich da unter Umständen noch Männer finden werden, die sich der Situation erinnern werden, die **Bismarck** damals dem König Wilhelm I. gegenüber in bezug auf die **Verteidigung der Rechte und Pflichten der Krone** eingenommen hat. Das ist der Moment, den er in seinen „Gedanken und Erinnerungen" wiedergegeben hat, wo er dem König auf seine Frage, was dann zu tun bleibe, erwidert:

> „Eure Majestät, indem Sie Ihre Königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eigenen Blute besiegeln, ob auf dem Schafott oder auf dem Schlachtfelde, ändert nichts an dem rühmlichen Einsetzen von Leib und Leben für die von Gottes Gnaden verliehenen Rechte! Eure Majestät müssen nicht an Ludwig XVI. denken
> B) Der lebte und starb in einer schwächlichen Gemütsverfassung und macht kein gutes Bild in der Geschichte. Karl I. dagegen, wird er nicht immer eine vornehme historische Erscheinung bleiben, wie er, nachdem er für sein Recht das Schwert gezogen, die Schlacht verloren hatte, ungebeugt seine Königliche Gesinnung mit seinem Blute bekräftigte? Euer Majestät sind in der Notwendigkeit, zu fechten, Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten."

Das waren Bismarcks Worte, die er König Wilhelm I. zurief, als er seine Rechte freiwillig aufgeben wollte unter dem Druck der Masse. Die Geschichte lehrt, daß der König nicht schlecht beraten war, als Bismarck ihm diesen Rat gab.

(Hört! hört! links.)

Die **Person des Kaisers** ist in den letzten Tagen vielfach gegen die Gepflogenheiten, wie wir sie früher geübt haben sehr ausführlich von dieser Stelle aus in die Debatte, gezogen worden; das mag an den veränderten Zeitverhältnissen liegen und soll deshalb keine Kritik meinerseits sein. Aber wie sie besprochen worden ist, darüber erlaube ich mir allerdings die schärfste Kritik. Wir haben auch in unseren Reihen stets von dem guten Rechte des Deutschen Gebrauch gemacht, unsere Meinung offen zu sagen, wenn wir über unseren Kaiser oder König einen Tadel auszusprechen uns für berechtigt hielten. Das ist unser gutes Recht als freie deutsche Männer, wir sind keine Sklaven, die alles für schön und gut erklären müssen, wir sind keine Byzantiner. Aber das weiß ich: wenn auch im Deutschen Reichstage die Person des Kaisers in einer unerhörten Weise, wie es vom Abgeordneten Cohn und anderen geschehen ist, kritisiert worden ist: das monarchische Gefühl, welches in der Kaiserlichen Person verkörpert ist, reißen Sie dem deutschen Volke nicht aus (C)
dem Herzen;

(Bravo rechts! — Zurufe links)

das wird Ihnen nicht gelingen, nie und nimmer! Ich bin überzeugt, wenn Sie auf diesem Wege weiterschreiten, wie es Herr Cohn gestern getan hat, daß Sie dann selbst in weitesten sozialdemokratischen Kreisen die Mauer verstärken werden, die sich vor die Person des Kaisers stellt. Diese Mannentreue geht bis in alle Kreise des deutschen Volkes hinein.

(Zurufe.)

Das „Berliner Tageblatt" erklärt mit Recht heute — und das ist eine der schärfsten Kritiken an der Ausschaltung der Besprechung der Wilson-Note durch den gestrigen Beschluß —, daß die **Anträge**, die Sie gestellt haben, mit der **Friedensfrage** eng verknüpft seien. Ja, wenn sie mit der Friedensfrage eng verknüpft sind, werden Sie es mir nicht übel nehmen, wenn man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß solche Verknüpfung mit der Friedensfrage auch beweist, daß sie unter dem Einfluß der Wilsonschen Forderungen stehen. Wie sollen sie sonst mit der Friedensfrage im Zusammenhang stehen! Damit geben Sie zu, daß diese Anträge gestellt sind, um die Verhandlungen mit Wilson zu erleichtern, das heißt, daß der Wilsonsche Druck mindestens auf Beschleunigung der Erledigung und damit auf die ungründliche Erledigung maßgeblich eingewirkt hat,

(Sehr richtig! rechts)

Sie werden diesen Eindruck nie von sich abwaschen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Eindruck bleibt im In- und Auslande bestehen und wird außerhalb dieses Hauses fast allgemein empfunden, daß die jetzige überstürzte Einbringung der Anträge und ihre so weitgehende Gestaltung Wilson zuliebe geschehen sei.

Man darf vielleicht noch weiter gehen. Die gestrige **Verhinderung der Aussprache über die Wilson-Note** hier im (D)
Hause, die doch in der Presse ungehindert stattfindet, findet ihre unerfreuliche Erklärung vielleicht auch in diesen Zusammenhängen, mit den Anträgen, — ob ich darin recht oder unrecht habe, kann ich nicht entscheiden. Aber der Eindruck ist der, daß die Besprechung der Wilsonnote nicht eher stattfinden sollte, als bis wir Wilson diesen weiteren Knochen hingeschmissen haben, die vollständige Ausschaltung der Krone von der Kommandogewalt. Das ist der Eindruck, den man haben wird. Das wird sich nie von Ihnen abwaschen lassen. Das deutsche Volk wird den Eindruck haben: überall durfte man über die Note sprechen, nur im Reichstage nicht, weil wir erst noch unsern König und Kaiser in seiner Stellung als obersten Kriegsherrn und überhaupt als Faktor der Regierung auf Wilsons Geheiß preisgeben mußten.

(Zuruf.)

Ich kann unsere Stellungnahme dahin resümieren: Wir erkennen in diesem Vorgehen das Abreißen der Grundmauern der ganzen Struktur unserer bisherigen Reichsverfassung, die völlige Zunichtemachung unseres föderativen und monarchischen Charakters, durch die absolute Ausschaltung jedes Einflusses der Krone auf den Gang der Geschäfte, sowie die Zurückdrängung Preußens. Die Regierungsgewalt wird ausschließlich in die Hände eines kleinen Komitees überzähliger, portefeuilleloser Staatssekretäre aus der Reichstagsmehrheit gelegt. Die maßgebende Stellung Preußens im Bundesrat wird beseitigt. Einen derartigen vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit, der absolut nicht mehr auch nur in losem Zusammenhang mit dem historisch Gewordenen steht, — den machen wir nicht mit! Ich verstehe vollkommen, daß die Herren der äußersten Linken es wollen, weil sie dadurch ihre republikanischen Absichten zielbewußt vertreten und fördern. Das ist ihr Grundsatz

(v. Graefe, Abgeordneter.)

(A) und ihr Ziel immer gewesen. Aber ich verstehe es nicht, daß weite andere Kreise aus der Mitte des Hauses, die bisher auf anderem Boden gestanden haben, jetzt die monarchischen Grundrechte der Krone, die sie doch als einen Kraftfaktor unseres Vaterlandes ansehen müssen, mit eigener Hand mit niederreißen wollen, um dadurch eine äußerst schwere Verantwortung auf sich zu nehmen. Darüber wird die Geschichte einstmals zu Gericht sitzen, und, ich glaube, es wird mancher von Ihnen diese Stunde bitter bereuen.

(Lebhafter Beifall rechts. — Zischen links.)

Präsident: Das Wort hat der Kommissar des Bundesrats Herr Gröber.

Gröber, Abgeordneter, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs, Kommissar des Bundesrats: Meine Herren, als Kommissar habe ich vor allem die Erklärung namens der Reichsleitung abzugeben, daß, wenn der Abänderungsantrag Nr. 1984 Annahme in diesem hohen Hause findet, die Reichsleitung im Bundesrat für die Annahme dieses Gesetzentwurfs eintreten wird.

(Bravo! links.)

Was den Inhalt der vorgeschlagenen Verfassungsänderungen betrifft, so habe ich folgendes zu erklären. Die Abänderung des Art. 11 will einer alten und von der jetzigen Regierung durchaus als berechtigt anerkannten Forderung des Reichstags entsprechen, indem diese Abänderung dem **Reichstag** die unbeschränkte **Mitentscheidung über die Erklärung des Krieges** und über den **Friedensschluß** zuschreibt. Wer einen solchen schweren Krieg miterlebt hat, kann nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß die Verantwortung für einen Krieg nicht auf die Schultern einer einzigen Person, und mag sie noch so hervorragend sein und mag sie noch so gewissenhaft ihrer Aufgaben walten, gelegt werden darf.

(B)

(Sehr richtig! links.)

Diese ungeheuren, diese grenzenlosen Opfer an Blut und Gut müssen gebracht werden vom ganzen Volk. Es kann heutzutage ein großer Krieg nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist. Anders läßt sich ein solcher Krieg heutzutage nicht mehr denken.

(Sehr richtig! links.)

Und daraus folgt, daß dieser Krieg auch nur mit der vollen Zustimmung des Volkes erklärt werden kann, und daß über den Friedensschluß unbedingt und unbeschränkt auch die Zustimmung der Volksvertretung zu erfolgen hat.

Was sodann die Bestimmung im Art. 15 betrifft, so zieht der erste neue Absatz, der dahin lautet:

> Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags

nur die formelle Konsequenz der Erklärung des Herrn Reichskanzlers, die er neulich gegeben hat.

(Sehr richtig! links.)

Es ist das also nicht etwa eine neue Forderung, es ist vielmehr nur die Formulierung der Erklärung des Herrn Reichskanzlers zu einem Rechtssatz, jener Erklärung, die dahin gelautet hat, daß nach seiner Überzeugung nicht bloß jetzt, sondern in aller Zukunft ein **Reichskanzler** seines Amtes nur walten kann, wenn er des **Vertrauens** der Mehrheit **des Reichstags** sicher sei.

(Sehr richtig! links.)

Wenn sodann die **Verantwortlichkeit des Reichskanzlers** in dem zweiten neuen Absatz auf alle **Handlungen** des Kaisers, soweit sie **von politischer Bedeutung** sind, ausgedehnt wird, so entspricht diese Ausdehnung der richtig aufgefaßten Auslegung des bisherigen Rechts.

(Sehr richtig! links.)

Diese Ausdehnung schneidet nur Zweifel ab und ist insofern allerdings von großer Bedeutung; sie sichert die volle Bedeutung der Aufgabe des Reichskanzlers gegen jede mögliche Einschränkung. Wenn die Frage aufgeworfen (C) worden ist, was unter den Handlungen von politischer Bedeutung zu verstehen sei, so ist das ja an Beispielen schon von dem Herrn Sprecher der Antragsteller, dem Herrn Abgeordneten Müller (Meiningen) klargemacht worden. Ich möchte meinerseits noch ein anderes Beispiel beifügen: wenn Deutschland zum Beispiel Truppen nach Finnland entsendet, so ist das eine Frage nicht bloß von militärischer Bedeutung,

(sehr richtig!)

sondern auch von großer politischer Bedeutung.

(Sehr wahr!)

Und hier die Verantwortung des Reichskanzlers auch auf eine solche Aktion auszudehnen, scheint der Regierung durchaus gerechtfertigt zu sein.

(Sehr richtig!)

Die Behandlung der besetzten Gebiete ist ein weiteres Beispiel;

(sehr richtig!)

die Einrichtung und Verwaltung der besetzten Gebiete,

(sehr richtig!)

die Behandlung der Bevölkerung in diesen besetzten Gebieten,

(sehr richtig!)

das alles sind Fragen von so großer politischer Bedeutung, daß dafür eine verantwortliche Stelle dem Reichstag gegenüber vorhanden sein muß.

Ohnedies ist ja schon heute außer Zweifel, daß die Kriegführung nicht ohne die von seiten des Reichstags geschehende Verwilligung der notwendigen Gelder erfolgen kann. Schon in dieser Notwendigkeit der Verwilligung der Gelder liegt eine Rechtsgrundlage für die Mitwirkung des Reichstags und für die Verantwortung des Reichskanzlers, der für die ordnungsgemäße Verwendung dieser Gelder einzutreten hat.

Ich kann auch nach der Richtung auf ein paar Vorgänge zurückverweisen, die in diesem Augenblick, wo der (D) Reichstag diese Formulierung beschließen soll, von großem Interesse sind. Der erste Reichskanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, hat am 24. Februar 1878 in der „Post" einen Artikel erscheinen lassen. Er war veranlaßt durch die damals im Vordergrund der öffentlichen Erörterung stehende Boulanger-Affäre. Und dieser Artikel lautet in dem Teile, der hier von Interesse ist, folgendermaßen:

> Wir legen Gewicht auf eine Verwahrung unseren englischen Freunden gegenüber. Diese scheinen so überzeugt zu sein, daß Deutschland entschlossen sei, einer für unabwendbar gehaltenen Gefahr demnächst zuvorzukommen, daß sie seit einigen Wochen mit Eifer die Frage des Schutzes der belgischen Neutralität erörtern, welcher England in Gemeinschaft mit anderen Großmächten obliegt. Man kommt zu dem Resultat, daß die Verletzung der belgischen Neutralität zu gestatten sei, wenn der Sieger sich verpflichtet, beim Frieden die Unabhängigkeit Belgiens nicht anzutasten. Das sind sehr verfrühte, und nicht nur verfrühte, sondern selbst grundlose Sorgen und Pläne. Daß die deutsche Politik entschlossen ist, nicht darum einen Krieg zu beginnen, weil sie glaubt, daß er ihr aufgedrungen wird, hat Fürst Bismarck am 11. Januar mit allem Nachdruck erklärt. Außerdem aber würde Deutschland nie einen Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrags beginnen.
>
> (Hört! hört!)
>
> Man nimmt in England an, daß die deutsch-französische Grenze durch Frankreichs Verteidigungsanstalten für jede Offensive unzugänglich geworden und daß folglich der deutsche

(**Gröber**, Staatssekretär.)

(A) Generalstab den Durchbruch durch Belgien ins Auge fassen müsse.

(Hört! hört!)

Wir glauben nur nicht, daß englische Tagesschriftsteller, so einseitig sie sein mögen, so leicht imstande sind, die Kombinationen des deutschen Generalstabes zu erschöpfen. Jedenfalls befinden sie sich im Irrtum, wenn sie meinen, die Leitung der Politik sei bei uns (in Deutschland) den Gesichtspunkten des Generalstabes unterworfen, und nicht umgekehrt.

(Hört! hört!)

Also Fürst Bismarck hat damals öffentlich in dem inspirierten Artikel erklären lassen: die Politik, die er verantwortlich zu führen habe, stehe über den Gesichtspunkten des Generalstabs.

(Sehr richtig!)

Sodann nehme ich Bezug auf eine Äußerung, die der Reichskanzler Fürst Bülow in der Reichstagssitzung vom 19. Januar 1903 gemacht hat. Sie lautet:

Ich werde es niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung, welche solche persönlichen Kundgebungen

— gemeint sind Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers —

haben können auf den großen Gang der Politik; denn ich bin dem Bundesrat wie diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, welche weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reichs gefährdet.

Also die allgemeine und unbeschränkte Verantwortung des Reichskanzlers für die Politik des Deutschen Reichs, auch für alle politischen Kundgebungen des Kaisers.

Sodann hat der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete v. Graefe Anstand daran genommen, daß der Abgeordnete Müller (Meiningen) ausgeführt hat, die Erklärung (B) des **unbeschränkten Unterseebootkrieges** würde nach seiner Annahme auch unter die **Verantwortung des Reichskanzlers** fallen. Ich möchte nach der Richtung doch daran erinnern, was uns allen als Abgeordneten im Gedächtnis ist, wie damals, als im Hauptausschuß die Verhandlung über die Frage des Beginns des unbeschränkten Unterseebootkrieges stattfand, ganz klipp und klar dem Reichstag Gelegenheit geboten worden ist, sich über diese Frage auszusprechen, daß also der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg anerkannt hat, daß er zu diesem weitgehenden Schritt der Deckung durch den Beschluß des Reichstags beziehungsweise seiner Hauptkommission bedürfe. Sonst hätte die ganze Aktion gar keinen Zweck gehabt.

Was sodann die **Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber dem Bundesrat und dem Reichstag** betrifft, so ist diese Frage im hohen Haus schon so oft behandelt worden, daß, glaube ich, nicht notwendig sein wird, über die Frage jetzt noch Ausführungen zu machen. Die Frage ist ja eigentlich in der Hauptsache, was den Reichstag angeht, schon in der Verfassung entschieden. Es handelt sich nur darum, den Weg gesetzlich zu regeln, auf dem diese staatsrechtliche Verantwortung geltend gemacht werden kann. Nach der Richtung liegt die Ankündigung des Herrn Reichskanzlers vor, daß er dem hohen Hause eine Vorlage unterbreiten werde, welche diesen Weg regelt. Also etwas Neues wird nach der Richtung in dem Antrag nicht enthalten sein.

Wenn aber der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete v. Graefe nun zu den Ziffern 4 bis 6, welche die **Gegenzeichnung der Kriegsminister** behandeln, die Behauptung aufgestellt hat, daß mit dieser Bestimmung die gesamte **Kommandogewalt des Kaisers** beseitigt werde, so befindet er sich in einem Irrtum. Davon ist nicht die Rede. Die Kriegführung und die Ausübung der Kommandogewalt auch im Frieden bleibt nach wie vor, soweit (C) es sich um Kontingentsangelegenheiten handelt, bei den Kontingentsherren, bleibt, soweit es sich um Reichsangelegenheiten handelt, nach wie vor beim Kaiser. Es scheidet nur aus dieser Kommandogewalt aus, was schon bisher bei richtiger Auffassung des Rechts gar nicht darunter hätte gebracht werden sollen,

(sehr richtig! links)

nämlich die Frage der Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und der Militärbeamten. Es war eine irrige Auslegung des geltenden Rechts, wenn gesagt worden ist, das gehöre wesentlich zur Ausübung der Kommandogewalt. Bekanntlich war die Auffassung in den anderen Kontingentsheeren eine entgegengesetzte. Sowohl in Bayern wie in Sachsen und Württemberg findet jetzt schon eine Gegenzeichnung der Ernennungen, Beförderungen, Versetzungen und Verabschiedungen der Offiziere und Militärbeamten statt.

(Sehr richtig!)

Man hat das dort nie anders gekannt und hat es nie anders gewünscht, und ich kann mitteilen, daß die Königlich preußische, sächsische und württembergische Regierung ihre Zustimmung zu einer solchen Änderung bereits gegeben haben.

(Hört! hört! links.)

Bayern ist daran nicht beteiligt, nicht als ob man ein neues Privilegium für Bayern schaffen wollte, sondern weil hier einfach unverändert bleibt, was am Schluß des Abschnittes gesagt ist, daß nämlich die Bestimmungen über das Kriegswesen auf Bayern nur Anwendung finden, soweit der Bündnisvertrag nicht etwas anderes bestimmt. Da nun alle diese Artikel, soweit sie hier in dem Abänderungsantrag enthalten sind, in diesem Abschnitt stehen, und nur diese Artikel, nicht aber die Schlußbestimmung bezüglich des bayerischen Bündnisvertrags abändern, so ist klargestellt, daß bezüglich des bayerischen Bündnis- (D) vertrags nicht das Geringste abgeändert wird. Ich darf hervorheben, daß auch die Militärkonvention mit Württemberg durch diese Beschlüsse formell keine Abänderung erhält. Es mag späterhin, wenn dieses Gesetz zustande kommt, überlegt werden, ob nicht vielleicht doch die eine oder andere Bestimmung dieser Militärkonvention besser abgeändert wird. Das ist aber eine spätere Frage. Formell wird auch die Militärkonvention mit Württemberg durch solche Beschlüsse, wenn das hohe Haus sie fassen sollte, nicht abgeändert.

Ich darf auch hervorheben, daß selbst in Preußen ursprünglich eine andere Praxis bestanden hat.

(Sehr richtig! links.)

Das darf man doch auch nicht übersehen. Es hat sich diese Praxis erst allmählich gebildet. Sie ist eingeleitet worden durch eine Kabinettsorder vom 18. Januar 1861, und erst im Jahre 1883 ist dem Kriegsministerium die Behandlung jener Personalien entzogen worden. Es ist schon bei einer anderen Gelegenheit mitgeteilt worden, daß zum Beispiel unser Feldmarschall Moltke, als er zum Chef des Generalstabs ernannt worden ist, seine Ernennung zum Generalstabschef vom Kriegsminister kontrasignieren lassen mußte

(Zuruf links)

— und das hat ihm gar nichts geschadet und hat auch unserer Militärverwaltung und unserm Generalstab nichts geschadet.

Das muß ich freilich auch an dieser Stelle hervorheben, daß das persönliche Treueverhältnis, überhaupt die persönlichen Beziehungen zwischen dem Offizierkorps und den Kontingentsherren, zwischen dem Monarchen und den Offizieren durch alle derartigen Bestimmungen nicht die geringste Änderung erleiden.

(Sehr richtig! links und im Zentrum.)

(**Gröber**, Staatssekretär.)

(A) Dieses persönliche Treueverhältnis wird nach wie vor in voller idealer Tiefe fortbestehen. Wie es zwischen unserem herrlichen Offizierkorps und dem Monarchen immer bestanden hat, so wird es auch in Zukunft bestehen. Dieses Treueverhältnis hängt nicht von staatsrechtlichen Formulierungen und Regulierungen ab; das ist ein Herzensbedürfnis und eine Sache des Pflichtgefühls unserer Offiziere und wird durch die vorgeschlagene Verfassungsänderung in keiner Weise berührt.

Im übrigen möge doch mir als Süddeutschen gestattet sein, bei dieser Gelegenheit auch noch anzufügen: unsere bayerischen, württembergischen und sächsischen Offiziere lassen sich an Treue zu ihrem Monarchen auch nicht überbieten, obgleich bisher alle ihre Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen kontrasigniert worden sind.

(Heiterkeit und sehr richtig! links.)

Und nun gestatten Sie mir noch, mit wenigen Worten eine Übersicht zu geben über die Wirkungen der Anträge, falls sie Gesetz werden sollten, im Zusammenhang mit den Änderungen, die das hohe Haus gestern schon zu dem Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers beschlossen hat. Es ist von mehreren Seiten geltend gemacht worden, daß da kein rechter Zusammenhang zwischen diesen Bestimmungen bestehe, daß sie willkürlich herausgegriffen seien. Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Es handelt sich bei der ganzen Neuregelung allerdings um die Rechte der Volksvertretung und deren Konsequenzen, um die Rechte der Volksvertretung, sofern sie bei der Entscheidung über Krieg und Frieden selbst mitzuwirken hat, und zwar in allen Fällen mitzuwirken hat, dann aber auch um das Recht des Reichstags, das darin liegt, daß der Reichskanzler und die Kriegsminister ihm verantwortlich sein sollen. Tatsächlich haben die Herren **Kriegsminister** bisher eigentlich eine **Verantwortlichkeit** anerkannt — tatsächlich! Be-

(B) sonders der preußische Herr Kriegsminister hat niemals gefehlt, wenn der preußische Militäretat zur Beratung stand; er hat es immer als seine Aufgabe angesehen, nicht bloß im Saale anwesend zu sein und auf Fragen Rede und Antwort zu stehen, auf alles Auskunft zu geben, sondern er hat darüber hinaus alles getan, was ein verantwortlicher Minister in einem solchen Falle überhaupt tun kann. Auch die Kriegsminister von Sachsen und Württemberg sind oft genug hier im Hause erschienen und haben, wenn ihnen an den Positionen ihres eigenen Etats gelegen war, im Hause gesprochen und alle an sie gerichteten Fragen beantwortet. Wenn nun aus dieser tatsächlichen Anerkennung einer Verantwortungspflicht formell die Konsequenz gezogen wird, so scheint mir doch aus dieser rechtlichen Anerkennung der bisherigen tatsächlichen Übung nicht der Zusammensturz des ganzen Gebäudes unseres Heerwesens hergeleitet werden zu können. Es ist ganz klar, daß für die Ausgestaltung und Durchführung des Etats eine verantwortliche Stelle da sein muß, und zwar eine Stelle, die für alle Einzelheiten des Etats verantwortlich sein muß, und daß eine Stelle bestehen muß, vor der diese Verantwortung stattfindet. Ist nun das letztere der Landtag oder der Reichstag? Es ist von den Kriegsministern von Preußen und von Sachsen, und, wenn ich mich nicht sehr täusche, auch von dem württembergischen Kriegsminister schon des öfteren die Erklärung abgegeben worden, daß sie gegenüber dem Landtage eine formelle Verantwortung nicht haben. Vor ein paar Jahren, im Jahre 1915 und 1916 hat der preußische Kriegsminister, als das Abgeordnetenhaus seine Anwesenheit wünschte — es handelte sich um gewisse Rückwirkungen des Krieges auf landwirtschaftliche Verhältnisse, über die man den Kriegsminister in aller Form hören wollte — erklärt, er werde nicht kommen, denn das preußische Abgeordnetenhaus habe ihn nicht zu fragen, und er habe (C) dem preußischen Abgeordnetenhause nichts zu sagen. Bei einem späteren Anlasse hat der betreffende Kriegsminister zwar einen Kommissar geschickt, damit dieser Auskunft geben sollte, hat aber formell Verwahrung dagegen eingelegt, daß man daraus eine rechtliche Verpflichtung zu seiner Verantwortung vor dem Abgeordnetenhause herleitete. Dasselbe ist in Sachsen geschehen. Nach meiner Überzeugung können in der Tat die Landtage nicht den Anspruch erheben, daß ihnen gegenüber die Kriegsminister formell verantwortliche Erklärungen abzugeben haben.

Wenn das aber richtig ist, wo ist dann die Stelle, an der wirklich eine rechtliche Verantwortung besteht? Im Landtage besteht sie nicht. Im Reichstage aber, wo die Verhandlungen über den Etat stattfanden, wo die Gelder bewilligt werden, da besteht bisher keine verantwortliche Stelle. Ist das nun eine so schreckliche Konsequenz, wenn die gesetzgebenden Faktoren dazu übergehen, zu bestimmen, daß die rechtliche Verantwortung des Kriegsministers gegenüber dem Bundesrat und dem Reichstag auch formell festgestellt werden soll, nachdem schon bisher tatsächlich diese Anerkennung stattgefunden und nachdem wir längst die Überzeugung gewonnen haben, daß eine Stelle geschaffen werden muß, vor welcher der Kriegsminister einen Etat und die Durchführung der Etats zu verantworten hat! Macht man sich das klar, dann wird man sich nicht verhehlen können, daß der von dem Herrn Abgeordneten Ebert und Genossen vorgelegte Antrag durchaus begründet ist. Hier sollen allerdings hochpolitische Konsequenzen der Parlamentarisierung durchgeführt werden, im Grunde genommen aber handelt es sich doch nur um die Konsequenz und zeitgemäße Weiterentwicklung des geltenden Rechts, und um einen Schritt, den man schon längst hätte tun können, und den man jetzt zu tun allen Anlaß hat. Deshalb werden die Herren es zugeben, daß es nicht so etwas Ungeheuerliches und Schreckliches (D) ist, wie der Herr Vorredner es hinzustellen beliebte, wenn die Reichsregierung die Erklärung hat abgeben lassen, sie sei entschlossen, falls das Haus diesem Antrage zustimmt, im Bundesrat für die Annahme dieses Gesetzentwurfes einzutreten.

(Bravo!)

Vizepräsident **Dove**: Ich teile zunächst mit, daß der Antrag 1985 Albrecht und Genossen nunmehr sechs weitere Unterschriften gewonnen hat, daß er jetzt also mit zur Diskussion steht.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Landsberg.

Landsberg, Abgeordneter: Meine Herren, es ist meinen Freunden und, wie ich annehme, auch den anderen Parteien, die Mitantragsteller der Mehrheitsanträge sind, darum zu tun, daß die Anträge zu Artikel 11, 15, 53 und 66 der Verfassung so rasch als möglich Gesetz werden. Die Anträge der Herren Albrecht und Genossen, die jetzt genügend unterstützt sind, enthalten beachtenswerte, auch von meinen Freunden vertretene Gedanken. Über einige von ihnen wird man sich aber, glaube ich, noch im einzelnen unterhalten müssen, und deshalb schlage ich vor, die Anträge Albrecht und Genossen dem Verfassungsausschuß zu überweisen, der sich ja ohnehin mit dem weiteren Ausbau der Verfassung in der nächsten Zeit zu befassen haben wird und dann diese Anträge miterledigen kann.

Meine Herren, ein ernster konservativer Mann, der eine bessere staatsrechtliche und politische Schulung besäße als der Herr Abgeordnete v. Graefe, würde von seinem Standpunkte aus allen Anlaß gehabt haben, mit Entschiedenheit gegen unsere Anträge zu Artikel 11 und 15 der Verfassung anzurennen, denn ich verkenne nicht einen Augenblick und mit der Ehrlichkeit, die immer die Richt-

(**Landsberg**, Abgeordneter.)

(A) schnur meines Handelns gewesen ist und sein wird, gebe ich zu: die Bedeutung dieser Anträge ist eine unerhört große.

(Hört! hört!)

Mit diesen Anträgen kommt ein neuer Grundsatz zur Geltung. Durch sie wird die Regierungsgewalt in den entscheidenden Punkten in die Hände des Volkes gelegt, durch die Vermittlung der dem Parlament verantwortlichen Regierung.

(Sehr richtig! links.)

Gegen diese außerordentlich wichtigen Anträge hat der Abgeordnete v. Graefe aber sehr wenig gesagt.

(Sehr richtig! links.)

Er hat gemeint, über die Frage, wer über Krieg und Frieden zu entscheiden habe, könne man in ruhigen Zeiten reden, nur Kriegszeiten eigneten sich dafür nicht. Und er hat gesagt, ein Reichskanzler, der das Vertrauen des Parlaments nicht besitze, könne sich auf die Dauer doch nicht im Amte halten, im Grunde genommen sei also unser Antrag zu Art. 15 der Verfassung überflüssig. Das sind im wesentlichen die Einwendungen dieses konservativen Mannes, dieser Säule der monarchischen Gewalt, gegen unsere grundlegenden, bedeutsamen Anträge gewesen! Das ganze Schwergericht seiner Polemik — wenn ich angesichts der Art seiner Polemik von einem Schwergewicht reden darf —

(Heiterkeit und sehr gut! links)

hat er gegen unsere Anträge zu Art. 53 und 66 der Verfassung gerichtet, und dabei hat er eine Unkenntnis bewiesen, wie sie glücklicherweise ein Abgeordneter in diesem hohen Hause noch selten gezeigt hat.

(Erneute Heiterkeit links und im Zentrum.)

Ich muß doch sagen, daß ich, selbst wenn ich viel weniger Achtung vor diesem hohen Hause hätte, als sie mir eigen ist, es nicht gewagt haben würde, über eine Materie zu reden, von der ich so wenig verstehe, wie Herr v. Graefe

(B) von der Verfassung. Herr v. Graefe hat nicht gewußt, daß in Bayern, Sachsen und Württemberg die **Offiziere und Militärbeamten unter Gegenzeichnung des Kriegsministers ernannt** werden, — das stelle ich hiermit fest! — denn hätte er davon eine Ahnung gehabt, so hätte er nicht behaupten können, daß durch die Bestimmungen, die von uns vorgeschlagen werden, das Treueverhältnis zwischen Monarchen und Offizieren vernichtet wird. Herr v. Graefe hat auch nicht gewußt, daß das, was jetzt von uns verlangt wird, auch für Preußen nichts ist als die Wiederherstellung eines Zustandes, der bis zum Jahre 1861 unangefochten bestanden hat und der richtiger Meinung nach auch durch die Kabinettsorder von 1861 nicht geändert worden ist,

(Zuruf links)

— auch, wie die Kabinettsorder ausdrücklich sagt, nicht geändert werden sollte. Aber, meine Herren, näher nachzuweisen, daß die Anträge zu den Art. 53 und 66 nichts anderes als eine authentische Interpretation sind, ist jetzt nicht die Zeit, die meiner Meinung nach für staatsrechtliche Vorträge etwas zu ernst ist. Ich glaube, daß dies der einzige Punkt ist, in dem ich mit Herrn v. Graefe übereinstimme; denn irgend etwas Staatsrechtliches habe ich in seinen Ausführungen nicht gehört.

(Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Das Hauptargument, das er ins Feld führte, ist die schwache Besetzung der Ministerbank gewesen. Es ist allerdings unverzeihlich von den Herrn Staatssekretären, daß ihnen andere Geschäfte wichtiger zu sein scheinen als das Anhören einer Rede des Herrn v. Graefe. Ich meinerseits bin mit der Zahl der am Bundesratstische sitzenden Herren vollkommen zufrieden.

(Zustimmung links und im Zentrum.)

Nicht sehr staatsrechtlich fand ich auch das Argument des Herrn v. Graefe gegen unseren Antrag zu Art. 15, das er der Möglichkeit einer Personalunion zwischen den Ämtern (C) des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten entnommen hat. Er sagte uns nämlich, wenn ein Minister zugleich **Reichskanzler** und **preußischer Ministerpräsident** sei, so könne es durch ein **Mißtrauensvotum des Reichstags**, das ihn als Kanzler stürze, dahin kommen, daß Preußen durch das Reich entrechtet werde. Ja, mit Verlaub! wo steht denn geschrieben, daß ein Mann, der im glücklichen Besitze dieser beiden wichtigen Ämter ist, wenn er als Reichskanzler von seinem Amte entfernt wird, nicht weiter preußischer Ministerpräsident bleiben kann? Die Möglichkeit ist durchaus gegeben. Wenn man aber dem Reichstage zumutet, sich einen Kanzler gefallen zu lassen, der sein Vertrauen nicht genießt, bloß aus dem Grunde, weil er preußischer Ministerpräsident ist, dann tut man etwas anderes, man entrechtet nämlich das Reich zugunsten Preußens,

(sehr richtig! links)

und das ist allerdings etwas, was Herrn v. Graefe nicht übermäßig unsympatisch sein wird.

(Heitere Zustimmung links.)

Im Vorbeigehen möchte ich einen kleinen Irrtum des Herrn v. Graefe berichtigen, nicht, weil die Sache besondere Wichtigkeit hätte, sondern aus dem Grunde, weil ich auf der Linken nicht den Vorwurf der Unehrlichkeit sitzen lassen will, den er ihr unter der Blume gemacht hat. Er hat nämlich gesagt: als er früher einmal über das **parlamentarische System** gesprochen und ausgeführt habe, es **führe zu einem Schattenkönigtum**, sei das von der Linken bestritten worden, und jetzt werde es zugegeben. Nun will ich auf die Frage des parlamentarischen Systems heute nicht in Ausführlichkeit eingehen — mir scheint kein Bedürfnis danach vorzuliegen, es marschiert ja auch von selbst; ich möchte nur sagen, wie der Hergang war, auf den Herr v. Graefe angespielt hat. Als Herr v. Graefe die von ihm heute zitierte Rede hielt, an die er besser (D) nicht erinnert hätte, da habe ich ihm bei den Worten, der König in einem parlamentarisch regierten Lande sei ohne weiteres dazu verurteilt, eine Null zu sein, und habe keinen politischen Einfluß, zugerufen: Eduard VII.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf hat er geantwortet — und damit hat er eigentlich das parlamentarische System so glänzend gerechtfertigt wie noch niemals vor ihm ein Redner —: Was wollen Sie, Eduard VII. war ein tüchtiger Kerl!

(Große Heiterkeit links.)

Das parlamentarische System hindert in der Tat keinen Monarchen, der ein tüchtiger Kerl ist — um mit Herrn v. Graefe zu sprechen —, etwas zu leisten; es hindert aber einen Monarchen, der unfähig ist, Unheil anzurichten.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Meine Herren, Herr v. Graefe sagte, es sei bei der geringen Zeit, die zwischen der Einbringung unserer Anträge und ihrer Beratung liege, schwer, über sie zu sprechen. Die hinter ihm stehende konservative Presse hat viel weniger Zeit, als er für die Vorbereitung zu seiner Rede in Anspruch genommen hat, gebraucht, um Artikel zu schreiben, gegen die selbst seine Rede matt gewesen ist. Ich gebe ihm gern zu, er hat sich die größte Mühe gegeben, hier ein großes Entrüstungsfeuer aufflammen zu lassen. An der Mühe hat es nicht gefehlt. Wenn er keinen Eindruck gemacht hat, lag das auch nicht daran, daß seine Stimme infolge der von ihm überstandenen Krankheit noch etwas schwach ist. Es lag daran, daß seine geistigen Kräfte unzureichend sind. Die konservativen Zeitungen verstehen das Geschäft des Aufputschens, des Hetzens besser als er. Die „Kreuzzeitung" schreibt heute früh zu unseren Anträgen:

> Der Geist, der sich vor dem Kriege bei der Zaberner Affäre zeigte, hat weitergefressen.

(**Landsberg**, Abgeordneter.)

(A) Ich muß sagen, meine Herren, es ist eine Kühnheit sondergleichen, heute den **Geist von Zabern** zu beschwören.

(Sehr wahr! links.)

Was haben wir dieser Tage hier erlebt? Uns allen hat das Herz geblutet, als Vertreter eines kerndeutschen Stammes, dessen Sprache deutsch ist, hier aufgetreten sind und sich vom Deutschen Reiche losgesagt haben.

(Sehr wahr! links. — Zurufe rechts.)

Gestern hat der Herr Abgeordnete Haegy im Zusammenhang damit darauf hingewiesen, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung des Elsaß katholischen Glaubens ist. Meine Herren vom Zentrum, Sie werden mir zugeben, daß die katholische Kirche in Deutschland nichts auszustehen hat, und wenn sie in einigen Bundesstaaten immer noch in gehässiger und unwürdiger Weise drangsaliert wird, so lassen Sie sich, glaube ich, diese kleine behördliche Unterstützung, die Sie bei Ihrer Agitation sehr gut zu verwenden wissen, nicht ungern gefallen.

(Heiterkeit links.)

Drüben in Frankreich ist unter schwersten, leidenschaftlichsten Kämpfen die Trennung von Staat und Kirche durchgesetzt worden, die in den Herzen glaubenstreuer Katholiken zweifellos eine starke Antipathie gegen den Staat hervorruft. Und trotzdem sehnen sich katholische Elsässer nach Frankreich zurück

(hört! hört! links)

und wollen Deutschland den Rücken kehren. Das ist die Folge des Geistes von Zabern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Diesen Geist sind wir willens zu vertreiben, und unsere Anträge sind das erste, sie werden aber nicht das einzige Zeichen dieses unseres Willens bleiben.

(Bravo! links.)

Die konservative Presse wirft uns vor, wir handelten bei unseren Anträgen nach dem **Diktat des Präsidenten**

(B) **Wilson**, und Herr v. Graefe ist nicht vornehm genug gewesen, die Benutzung dieses Vorwurfes abzulehnen. In demselben Artikel, in dem die „Kreuzzeitung" ihn gegen uns erhebt, sagt sie, unsere Anträge suchten durchzuführen, wonach schon lange die Demokratenherzen strebten. Und damit hat sie recht. Wie paßt das aber zu der Denunziation, daß wir uns unter fremdes Joch beugen?

(Sehr richtig! links.)

Ein vollkommener Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Weise wie für Toren.

(Heiterkeit.)

Die Herren mögen die Behauptung, daß wir unsere Anträge nach dem Diktat des Präsidenten Wilson niedergeschrieben hätten, wenn es ihnen Vergnügen macht, wiederholen bis in alle Ewigkeit. Ob sie es bona fide tun können, ist eine andere Frage. Bei Herrn v. Graefe nehme ich selbstverständlich Gutgläubigkeit an. Die Geschäftsordnung nötigt mich dazu.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, diese Ihnen vorliegenden Anträge verdanken ihre Entstehung nicht einem Diktat irgendeiner auswärtigen Macht, sondern sie sind geboren aus dem Glauben an unser Volk und aus dem Vertrauen zu unserem Volke.

(Sehr richtig! links.)

Unser Volk soll seine Geschicke nicht länger von anderen bestimmen lassen; es soll in Zukunft die Männer seines Vertrauens selbst wählen, die ihm verantwortlich sein sollen. Ich sage das, ohne große Genugtuung zu empfinden. Die in unseren Anträgen enthaltenen Gedanken hätten von Anbeginn Bestandteil der Reichsverfassung sein müssen.

(Sehr richtig! links.)

Ich kann über ihren späten Sieg keine Jubelhymne anstimmen.

Die **Entscheidung über Krieg und Frieden** soll in die Hände des Volkes gelegt werden. Herr v. Graefe (C) hat gemeint, dazu sei jetzt nicht die Zeit, und ich sage: gerade jetzt ist die Zeit dazu da.

(Sehr richtig! links.)

Unser Volk hat die Leiden des Krieges weit über vier Jahre kennen gelernt. Wir wollen ihm von dieser Stätte aus die Gewißheit geben, daß in Zukunft ohne den Willen seiner Vertretung, die aus seinem Vertrauen hervorgegangen ist, der Appell an die Waffen nicht noch einmal gerichtet werden darf.

(Erneute Zustimmung links.)

Wenn in dem Artikel 11, wie wir ihn vorschlagen, wirklich Lücken enthalten sind — die Ausführungen des Herrn v. Graefe haben mich nicht davon überzeugt —, so wird in der Zukunft noch Zeit sein, sie auszufüllen. Jetzt kommt es darauf an, unserem Volke die tröstende Gewißheit zu geben, daß die Zeit vorüber ist, wo ein einzelner Mann die Entscheidung darüber hatte, ob sich Millionen deutscher Landsleute in der Richtung auf anders sprechende oder anders uniformierte Völker in Bewegung setzen sollen.

Meine Herren, es ist eine charakteristische Erscheinung der modernen Geschichte, daß Nationen, denen das Kriegsglück versagt blieb, wieder erstarkt sind. Wir haben den festen Glauben an unser Volk, wir haben die Zuversicht, daß es sich wieder aufrichten wird. Aber das wird es nur können, und nur dann sind Völker, gegen die das Kriegsglück entschieden hatte, wieder erstarkt, wenn sie nach den Fehlerquellen, die die Ursachen ihres Mißgeschicks waren, gesucht und sie verstopft haben. Unsere Anträge zeigen, daß wir uns darüber klar sind, wo die Mängel unserer Verfassung zu suchen sind, und wir wollen durch unsere Änderungen erklären: wir verlegen den Staat in das Volk!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das Volk soll fortan in deutschen Landen der alleinige Träger alles Rechtes sein, und in Deutschland soll keine öffentliche Gewalt bestehen, die ihren Rechtstitel nicht vom Willen des Volkes ableitet.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Man ist vor Drohungen gegen uns nicht zurückgeschreckt. Die „Deutsche Tageszeitung" sagt heute früh gegen unsere Anträge in einem Artikel:

> Noch immer können wir uns nicht gut denken, daß ein Hohenzoller und daß der Bundesrat diesem Beginnen zustimmen könnte, und in letzter Stunde möchten wir die Regierung warnen, den Bogen nicht zu überspannen und die Volkskreise, denen Kaiser und Reich und Hindenburg und deutsche Ehre und Treue noch nicht leerer Klang sind, zum Äußersten zu treiben. Das Maß ist schon zum Überlaufen voll.

Also, meine Herren, man will sich Gesetze, die auf vollkommen verfassungsmäßige Weise zustande gekommen sind, nicht gefallen lassen.

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

Das ist der klare deutliche Sinn des eben verlesenen Satzes. Und nicht in diesem Artikel allein zeigt sich die Tätigkeit einer Fronde, die das Äußerste zu wagen entschlossen zu sein scheint, um ihre gefährdeten Privilegien zu retten. Schon wieder ertönt der Ruf nach dem Yorck, überall wird die Armee gegen die Regierung ausgespielt,

(hört! hört! bei den Mehrheitsparteien)

und das Echo davon ist heute hier erklungen. Herr v. Graefe hat den Mut gehabt, den ich nach Lage der Sache nicht als einen fröhlichen bezeichnen kann, an dieser Stelle auszurufen: die Armee wird sich eine Änderung der Verfassung, wie Sie sie wünschen, nicht gefallen lassen! Meine Herren, das ist eine unerhörte, das ist eine ruchlose Äußerung.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.)

(Landsberg, Abgeordneter.)

(A) Und woher der Mann, der sie getan hat, das Recht nimmt, vor einer politischen Beeinflussung der Armee unter Hinweis auf Rußland zu warnen, das möchte ich wirklich wissen. Ich frage mich: hat ein Mann, über dessen Lippen solche Worte kamen, das geringste Verständnis für die Lage unseres Volkes?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn er dieses Verständnis hat, dann lege ich mir die zweite Frage vor: wie ist das Gewissen dieses Mannes beschaffen? Die Armee hat den Beruf, die Freiheit des Volkes zu schützen, nicht aber, sie zu vernichten!

(Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien.)

Diejenigen, die in diesen Tagen den Gedanken des Appells an die Gewalt erörtern, spielen va banque. Keiner von uns will einen Frieden der Schmach, einen Frieden der nationalen Zerstückelung. Jeder von uns will sein Bestes, will alles einsetzen, was er geben kann, um von Deutschland ein namenloses Unglück abzuwenden.

Bricht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, so sind wir ausschließlich Objekt der Friedensverhandlungen, nichts anderes. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inland der Bürgerkrieg tobt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, im Reichstage ist eine Mehrheit an der Arbeit, die gewillt ist und die die Kraft haben wird, der Freiheit in Deutschland eine Gasse zu bahnen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Niemand darf diese Mehrheit an ihrer Arbeit hindern und wird sie hindern können, und es hat auch niemand das Recht, ihr zu mißtrauen und über sie hinweg durch direkte Aktionen seine Ziele erreichen zu wollen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine politischen Freunde haben stets das Recht der Völker auf Revolution anerkannt. Wenn eine Volksmehrheit von einer (B) Minderheit geknechtet wird und die Rückständigkeit seiner Verfassung ihm nicht gestattet, sich auf gesetzlichem Wege zu befreien, dann darf es in den Himmel greifen und seine ewigen Rechte herunterholen, die droben hängen unveräußerlich. Aber nie hat eine Minderheit das Recht der bewaffneten Erhebung zum Zwecke der Verhängung einer Diktatur, und am wenigsten hat sie dieses Recht, wenn ihr eine erfolgreiche friedliche Mitarbeit am Bau des Fortschritts möglich ist.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dove:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernstein.

Bernstein, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete v. Graefe hat seine Rede mit einem ganz unverkennbaren Aufrufe an die Krone zum Widerstande gegen die Beschlüsse des Reichstags geschlossen. Worauf er anspielte, das war ein Staatsstreich, sei es von dem, was er die Armee zu nennen beliebt, oder von der Krone oder beiden im Verein. Ob sich Herr v. Graefe der Konsequenzen seines Aufrufes völlig bewußt war —

(Zuruf)

oder ob er nur eine Drohung, einen Bluff ausspielte, kann ich nicht untersuchen. Aber daß die Neigung besteht, eine Bewegung zu schaffen, um die Beschlüsse des Reichstags zu vereiteln und in weiterer Folge den Krieg zu verlängern, das ist eine unverkennbare Tatsache, und sie hat ihren Ausdruck in den Ausführungen des Herrn v. Graefe gefunden. Es liegt mit dieser Tendenz in Übereinstimmung, daß Herr v. Graefe die Anträge Ebert und Genossen in einer Weise dargestellt hat, daß man versucht war, ihm mit Mephisto zu antworten: Wie magst du deine Rednerei nur gleich so hitzig übertreiben!

Was diese Anträge wollen, bringt, wie das ja auch von dem Staatssekretär Gröber und auch von anderen Rednern dargelegt worden ist, verhältnismäßig recht wenig. (C) Es ist nur die gesetzliche Formulierung dessen, was zum Teil schon da ist, und das bleibt nach unserer Auffassung, wenn wir auch selbstverständlich anerkennen, daß es eine Entwicklung in der notwendig gewordenen Richtung ist, doch außerordentlich wenig und zum Teil etwas Halbes.

Nehmen Sie zunächst den Antrag zu Artikel 11, so lautet er in der Änderung, die vorgeschlagen wird, im ersten Absatz:

> Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich,

und im zweiten Absatz:

> Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

Wenn nun beim ersten Absatz die Hinzuziehung des **Bundesrats** für die **Gültigkeit einer Kriegserklärung** ausgesprochen wird, so könnte das unschuldig und unschädlich erscheinen, weil ja auch die **Zustimmung des Reichstags** erforderlich ist und schließlich der Reichstag das Recht hat, selbst wenn der Bundesrat einem Kriege zustimmt, den er aber für nicht notwendig, nicht berechtigt hält, die Zustimmung zu versagen und damit den Beschluß unmöglich zu machen. Immerhin wäre damit unter Umständen schon eine sehr bedenkliche Situation geschaffen, und man darf sagen, hier ist die Zuziehung des Bundesrats mindestens überflüssig. Denn die Entscheidung soll doch bei der Volksvertretung liegen. Wenn aber der zweite Satz, wo es sich um die Friedensverträge handelt, den Bundesrat zuziehen will, den **Friedensschluß** mit abhängig macht von der **Zustimmung des Bundesrats**, dann schwächt er das Recht des Reichstags, der Volksvertretung, ab

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) (D) in einer so wichtigen Angelegenheit. Dann setzt er den Bundesrat unter Umständen in die Lage, Beschlüssen des Reichstags zu obstruieren und in der Friedensfrage Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Dann geben wir nicht der Volksvertretung das Recht über Krieg und Frieden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ob der Bundesrat in jetziger Situation es darauf ankommen lassen würde, daß ein Beschluß des Reichstags, der das volle Recht des Reichstags der Entscheidung über Krieg und Frieden fordert, nicht zustande kommt, halte ich für außerordentlich zweifelhaft. Jedenfalls ist das ein Fehler in jenem Antrag, den unser Antrag, den wir unter 1985 Ziffer 2 vorschlagen, vermeidet. Wir verlangen ganz einfach, zur Erklärung des Krieges, zum Abschluß des Friedens, zur Eingehung von Bündnissen und anderen Verträgen mit fremden Staaten ist die Zustimmung des Reichstags erforderlich. Das ist der Grundsatz der Demokratie, und den halten wir für außerordentlich wichtig.

Vergessen wir doch nicht, wie wird denn der Bundesrat gebildet, auch wenn diese Anträge alle durchgehen? Der Bundesrat ist der Vertreter der Regierungen der Einzelstaaten und, selbst wenn wir in den Einzelstaaten das allgemeine Wahlrecht haben, so ist in den Einzelstaaten, vor allen Dingen im maßgebenden Einzelstaat, in Preußen, außer dem Landtage noch das Herrenhaus und die Krone. Wer ernennt die Vertreter zum Bundesrat? Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß Mächte, die außerhalb und gegebenenfalls gegen das Parlament, gegen die gewählte Volksvertretung gerichtet sind, Beschlüssen der Volksvertretung obstruieren, ihnen entgegenarbeiten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Bernstein**, Abgeordneter.)

(A) Das kann aber bei der Frage der Entscheidung über den Frieden eine außerordentlich verhängnisvolle Wirkung haben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

worauf wir es nicht ankommen lassen wollen.

Meine Herren, der Antrag Ebert und Genossen, daß der **Reichskanzler** zu seiner **Amtsführung** des **Vertrauens** des **Reichstags** bedarf, drückt natürlich einen Gedanken aus, der nur richtig ist, aber er drückt ihn rein gefühlsmäßig aus.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er legt ihn nicht gesetzlich fest. Es bleibt die Frage offen, wie denn das Vertrauen festgestellt werden muß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Noch bedenklicher ist der zweite Absatz dieses Antrags 2 zu Artikel 15, „der **Reichskanzler** trägt die **Verantwortung** für alle **Handlungen von politischer Bedeutung**, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt". Da ist der Begriff „Handlungen von politischer Bedeutung" durchaus der Auslegung fähig.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er kann je nach den Situationen so ausgelegt werden, daß allerdings, wie der Herr Staatssekretär Gröber es ausgeführt hat, Handlungen von politischer Bedeutung in der Tat vom Reichskanzler nur verantwortet werden, wenn er sie auch für berechtigt anerkennt, und Herr Staatssekretär Gröber hat ja einige Stimmen von Reichskanzlern zitiert, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben. Ja, aber Reichskanzler sind Menschen: sie wechseln, und wir können in andere Situationen kommen. Dann ist auch diese Bestimmung mit dem beschränkenden Zusatz „von politischer Bedeutung" einfach Kautschuk, der es eben ermöglicht, Handlungen durchgehen zu lassen, die tatsächlich allerdings von großer politischer Tragweite sind (B) und doch im Augenblick aus opportunistischen Gründen zugelassen werden. Wir halten es also für erforderlich, daß diese Worte gestrichen werden.

Meine Herren, die **Heranziehung des Bundesrats**, sagte ich, ist außerordentlich bedenklich gerade bei der Frage von **Krieg und Frieden** bei den wichtigen Fragen, vor die wir in absehbarer Zeit gestellt werden, wenn diese Verfassung bestehen bleibt. Wir wissen ja, was bei der Frage von Krieg und Frieden auf dem Spiele steht. Die Herren von der Rechten halten es für keine bedenkliche Sache, wenn der Krieg verlängert wird. Wir sind der Meinung, daß er um keinen Tag länger dauern darf, als er unvermeidlich dauern muß,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß der Friedensschluß so bald als möglich herbeigeführt werden muß, und daß es ihn ermöglicht, jedenfalls erleichtert, wenn dem Reichstag nicht das Bleigewicht des Bundesrats an die Füße gehängt wird, auf dessen Mitglieder alle möglichen Einflüsse einwirken. Wenn man einmal demokratisiert, wenn man auf dem Wege ist, demokratisch das Reich umzugestalten, dann soll man in den Bestimmungen, die man vornimmt, es auch gründlich tun, dann soll man mit radikaler Gründlichkeit an Haupt und Gliedern ändern.

Man weist ja bei der Frage des Bundesrats auf den **föderativen Charakter des Reiches** hin. Aber das muß doch allen klar sein, daß nach diesen großen weltgeschichtlichen Umwälzungen, daß nach der Katastrophe dieses Krieges auch der Aufbau des Reichs in der gleichen Richtung wie in allen Beziehungen der Staaten geändert werden muß. Selbstverständlich unterstützen wir den föderativen Gedanken, aber als lebende Demokratie, nicht gebunden an das Historische, sondern an die modernen Bedürfnisse des Volkslebens, an das Wirtschaftsleben des Volkes, einen Föderalismus, der demokratisch von unten aufbaut und von dem heutigen Reichsföderalismus, von (C) dem man zum mindesten sagen kann, daß er ein ungeheurer Luxus ist, absieht. Die Zeit ist nicht mehr da für derartige Luxusartikel wie den heutigen Föderalismus mit seinen verschiedenen Kronen, mit seinen verschiedenen Verfassungen, mit seinen verschiedenen Regierungen, er ist überflüssig und sogar schädlich geworden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man muß dazu kommen, einen anderen Aufbau, einen demokratischen Aufbau des ganzen Deutschlands durchzuführen. — Das ist auch notwendig unter einem anderen Gesichtspunkt. Alle die Fragen des Friedensschlusses, alle die Fragen, die heute Streit hervorrufen in allen Ländern, erhalten ein ganz anderes Gesicht, wenn wir zur echten, wahren Demokratie übergehen, und wenn wir den Bund der Nationen, der nach der Erklärung der verschiedenen Regierungen geschaffen werden soll, wirklich gestalten zu einem **Bunde der Völker**, der er noch nicht ist und noch nicht sein wird nach den Erklärungen, soweit sie uns jetzt vorliegen. Was uns jetzt nun vorgeschlagen ist, das ist nicht ein Bund der Völker, das ist ein Bund der Staaten; und weil es nur ein Bund der Staaten ist und sein soll, darum spielen diese Fragen der Veränderung der nationalen Zugehörigkeit bestimmter Volksteile eine so störende Rolle. Haben wir einen wirklichen Bund der Völker, der auch dann nur da sein wird, wenn die heutigen Zollmauern niedergerissen sind, denn sonst wäre er immer wieder in Frage; haben wir den Bund gesichert durch den freien Verkehr der Güter und Menschen untereinander, wie er sich vor dem Kriege angebahnt hat, dann verliert eine ganze Reihe von Fragen, die heute die Gemüter erregen, die heute allerhand Verstimmung und Verbitterung schaffen, ihre heutige Bedeutung, ihre große Schwere, dann sind sie verhältnismäßig leicht zu entscheiden. In den verschiedensten Ländern sehen wir ja, wie sich bei den Erörterungen, wie wir sie (D) bei uns mit unseren vorläufigen polnischen Reichstagskollegen haben — in den verschiedensten Ländern sehen wir, wie historisches Recht geltend gemacht wird gegen lebendes Recht auch in der Nationalitätenfrage.

Ganz begreiflich, so lange die heutigen staatlichen Verhältnisse, die heutigen Begriffe über das Verhältnis von Staat zu Staat aufrechterhalten werden. Da erleben wir solche Vorkommnisse, daß die Polen ein nationales Recht geltend machen auf das historische Polen und sich nicht begnügen mit den Gebieten, wo ihre Landsleute heute in Mehrheit wohnen. Es gibt ja gewisse Punkte, die bei den notwendig werdenden Gebietsänderungen und Abgrenzungen nicht ganz aufgehen; es werden überall noch Sprachinseln vorhanden sein. Ihre Regelung sind Zweckmäßigkeitsfragen, über die man sich verständigen wird. Grundsätzlich aber muß man sich darüber einig sein: entweder läßt man entscheidend sein das sogenannte historische Recht oder aber man hält sich an das Gegenwartsrecht der Völker, wie es sich aus den Verhältnissen heute gestaltet hat. Jetzt kämpfen in Österreich die Völker miteinander, wo Tschechen den Deutschen gegenüber in Böhmen das historische Recht anrufen, an anderen Punkten aber das lebendige Recht der Minderheit, das Recht der Volksabstimmung, als das Volksrecht anrufen. Ähnliches finden Sie, wenn Sie über die Grenzen schauen, in Irland. Was ist der Konflikt in Irland heute? Daß die nationalistischen Parteien Irlands das historische Irland als Grundlage der Nation verlangen, während die Leute von Ulster sagen: Gut, ihr sollt für das zu Euch stehende Irland Homerule haben, wir wollen aber bei England bleiben. Ein Streit ganz ähnlicher Art, wie er sich in Österreich und in Polen abspielt. Das sind aber Fragen, die eine erhöhte Bedeutung erhalten nur bei der heutigen Auf-

(Bernstein, Abgeordneter.)

fassung der Völkerbeziehungen, die nur heute die Gemüter erregen können. Es wird jedoch dahin kommen, daß man eines Tages sich darüber wundern wird, wie Menschen sich über diese Fragen so gewaltig erregen konnten, daß man sie nicht einfach nach den Grundsätzen der Demokratie regelte. Sie bietet die einzige Möglichkeit friedlichen Ausgleichs.

Weil dem so ist und weil wir am ehesten auf die geschilderte Weise aus den Schwierigkeiten herauskommen, darum muß mit den alten Staatsbegriffen und Staatsgegensätzen gebrochen werden, darum müssen wir die Völker zu einer ganz neuen Auffassung, zu einer ganz neuen Denkweise über diese Frage, über die Beziehungen der Nationen zu einander erziehen. Das kann nur geschehen, wenn wir bei unseren gesetzgeberischen Beschlüssen auf das Ziel des Völkerbundes Rücksicht nehmen, sie vom Gedanken an ihn durchdringen lassen, und wenn wir, ich sage es noch einmal, sobald wir demokratisieren, auch radikal, auch gründlich demokratisieren.

Ich will auf einige andere Fragen, die gestern in der Debatte erörtert worden sind, heute bei der vorgerückten Stunde nicht zurückkommen. Ich will aber noch auf die Anträge eingehen, die in bezug auf die **Kommandogewalt des Kaisers** und auf die **Verantwortlichkeit der Kriegsminister** der verschiedenen Staaten gestellt sind. Herr v. Graefe hat sich da nämlich widersprochen. Das eine Mal sagte er: es bleibt alles beim alten, im Grunde wird wenig geändert — und er hat damit wahrscheinlich recht —; das andere Mal ruft er die Krone auf, für ihre Rechte zu kämpfen und Widerstand zu leisten. Im Grunde liegt die Sache doch so: die Verantwortung der Kriegsminister ändert an der Kommandogewalt des Kaisers äußerst wenig. Wie steht es denn in Wirklichkeit? Der Kaiser hat gegenüber dem Reichskanzler und den Kriegsministern das Privilegium der Kontinuität, der Beständigkeit seiner Stellung. Wer die letzten 30 Jahre miterlebt hat, wer die Jahre vom ersten Tage miterlebt hat, als Wilhelm II. den Thron bestieg, der weiß, was die Kontinuität in einer so einflußreichen Stellung heißt. Eine Persönlichkeit, die schließlich doch das Heft in der Hand hat, die die Kommandogewalt bei der Ernennung der Kriegsminister, bei der Ernennung der Offiziere hat — denn das, was man die Armee nennt, sind die Offizierkorps, die haben die Macht; das Heer, die Mannschaft, hat zu gehorchen —, wer da dauernd oben steht, kann systematisch einen Geist in die Armee hineinbringen, der allerdings für die Demokratie, für alles das, was die Völker zusammenführt, für alles das, was das Volk zum Herrn seiner selbst machen soll, außerordentlich gefährlich ist.

Ich will nicht mit einzelnen Worten, die Kaiser Wilhelm gesprochen hat, kleinlich sein. Er hat ja selbst einmal gesagt, daß verschiedene Aussprüche, die er getan hat, ihn nachher nicht haben schlafen lassen. Also das wollen wir dahingestellt sein lassen. Aber es sind gerade eine Reihe von Aussprüchen, die sich auf die Armee beziehen, die eine — das müssen wir selbst als Gegner anerkennen — mit großer Hartnäckigkeit festgehaltene Tendenz zeigen, aus der **Armee** einen **Sonderkörper gegenüber der Nation** zu machen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

„So stehen wir, ich und die Armee, zusammen." „Der Soldat, der des Königs Rock trägt, ist etwas Höheres als der Bürger." Eine ganze Reihe solcher Aussprüche belegen diese Tendenz. In diesem Sinne und Geiste ist das Heer, ich darf beinahe sagen: systematisch erzogen worden, und die Früchte dieses Geistes erleben wir ja gerade heute.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben sie gründlich zu kosten bekommen. Und diese Erziehung zeigt sich ja nicht nur etwa in der aktiven Armee, nicht nur bei den Offizieren, die im Frieden dienen. Nein, wir haben das Offizierkorps ja noch durch den Reserveleutnant erweitert, der hinzugezogen wird zu den Liebesmahlen der Offiziere, ob er Professor, Arzt, Techniker oder Rechtsanwalt ist. An einer ganzen Reihe von Erscheinungen des öffentlichen Lebens hat sich in den letzten Jahrzehnten der Geist der Akademiker immer stärker als von dem Geist des Militarismus durchdrungen — von meinem Standpunkte aus muß ich sagen — durchseucht gezeigt. (C)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich unterscheide militaristisch von militärisch. Der militärische Geist kann etwas sehr Achtbares und politisch jedenfalls sehr Unanfechtbares sein. Ich weiß, in der aktiven Armee gibt es eine ganze Reihe von Leuten, die weit weniger militaristisch denken als eine ganze Reihe von ehemaligen Offizieren im Zivilleben. Wir haben das unter anderem bei verschiedenen Gerichtsurteilen usw. gesehen. Bleibt also jenes Recht des Kaisers bestehen und müssen die Kriegsminister nur die Verfügungen gegenzeichnen, dann wird nach meiner Auffassung an dem Zustand der Dinge, so wie er jetzt ist, außerordentlich wenig geändert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darum kann auch uns dieser Antrag nicht genügen. Meine Fraktion wird ihn nicht ablehnen; aber wir wollen hier doch geltend machen, daß wir uns keinen Täuschungen über seine etwaige spätere Wirkung hingeben.

Der Herr Abgeordnete Landsberg schlägt vor, die Anträge, die meine Partei unter Nr. 1985 gestellt hat, dem Verfassungsausschuß zu überweisen. Er nennt sie beachtlich usw., spricht von ihnen mit großer Achtung; aber die Überweisung an den Verfassungsausschuß kann unter Umständen doch zu einer Begrabung im Verfassungsausschuß führen, so daß es nichts weiter als ein anständiges, achtbares Begräbnis ist, das er ihm damit bereitet. (D)

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will aber den Kollegen Landsberg darauf aufmerksam machen, daß wir, abgesehen von der Fassung des Artikels 11, wie wir sie vorschlagen, und durch die allein die Bedenken, die er als Demokrat sicher auch hat und haben muß, beseitigt werden, auch Anträge haben, die sich auf das **Recht, den Reichstag aufzulösen,** beziehen, Anträge, die das Recht aus der Welt schaffen wollen, daß Kaiser und Bundesrat den Reichstag auflösen können. Wir wollen die Machtvollkommenheit der Volksvertretung, und kein Recht anderer über die Volksvertretung. Darum darf auch keine Macht da sein, die das Recht hat, die Volksvertretung aufzulösen. Das würde durch unsere Anträge zu Artikel 24 und Artikel 25 der Verfassung aus der Welt geschafft.

Dann die Frage des **Wahlrechts in den Einzelstaaten!** Wir sehen ja überall jetzt eine Bewegung in den Einzelstaaten vor sich gehen, die auf Demokratisierung der Vertretungen hinzielt. Aber überall sind auch Gegenkräfte vorhanden, und wir halten es gerade nach unserer ganzen Auffassung vom Verhältnis des Reichs zu den Bundesstaaten für notwendig, daß ein Reichsgesetz die Gestaltung des Wahlrechts vorschreibt, zumal ja die Wahlreformen, wie sie in den Bundesstaaten vorgeschlagen werden, weit hinter dem zurückbleiben, was unser Antrag fordert und was die sozialdemokratische Nachbarfraktion bisher auch immer vertreten hat: das allgemeine, gleiche Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen. Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß wir auch in Deutschland den **Frauen** das **Stimmrecht** geben, nachdem wir sie so stark zur Industrie herangezogen und sie in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt haben, wo sie sich ganz ausgezeichnet bewährt haben. Es ist allgemein be-

Bernstein, Abgeordneter.)

(A) kannt, daß die Frauen in der Verwaltung so Vorzügliches geleistet haben, daß man sie dort, wo man sie eingestellt hat, nicht mehr entbehren möchte. Das kann auch ich, der ich in einem Verwaltungskörper arbeite, bestätigen, und auch Kollegen aus andern Parteien werden zugeben, daß endlich die Zeit gekommen ist, den Frauen das Stimmrecht zu gewähren. Das verlangt unser Antrag, und deshalb sollte er auch angenommen werden. Mindestens sollten alle diejenigen dafür stimmen, denen es mit der Demokratisierung Deutschlands Ernst ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir befinden uns in einer ernsthaften Situation. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die uns vorliegenden **Anträge** indirekt **von Wilson diktiert** seien, daß sie das enthielten, was er in seiner letzten Note gefordert hat. Tatsächlich handelt es sich aber nicht um das, was Wilson erst in jener Note gefordert hat, denn was er dort grundsätzlich sagt, steht auch in seinen früheren Kundgebungen. Was Wilson gegen die bisherige Reichsleitung einzuwenden hat, das hat er deutlich genug in seiner Rede vom 27. September dieses Jahres kundgetan, in der er aussprach:

> Wir sind uns alle darüber einig, daß es keinen Frieden geben darf, der durch irgend eine Art von Handel oder Kompromiß mit den Regierungen der Mittelmächte erreicht wird; denn wir haben bereits mit ihnen verhandelt und haben sie mit anderen Regierungen, die an diesem Kriege teilnahmen, verhandeln gesehen: in Brest-Litowsk und Bukarest. Sie haben uns davon überzeugt, daß sie ohne Ehre sind und nicht Gerechtigkeit wollen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deutlicher kann man ja wohl gar nicht sprechen, und wenn die neue Regierung sich durch diese Erklärung nicht davon hat abhalten lassen, wenige Tage, nachdem die Rede ge-

(B) halten worden war — kaum mehr als eine Woche später — sich an Wilson zu wenden und ihn um die Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu ersuchen, dann zeigt sich doch, daß sie eigentlich sich nicht verheimlicht, daß sie nur zu einem Frieden kommen kann, wenn sie nach dem handelt, was in jenen Sätzen angezeigt ist. Auf andere Weise würden wir keinen Frieden bekommen. Denn das Mißtrauen der Völker gegen diejenigen, die bisher an der Spitze des Deutschen Reichs gestanden haben und an bestimmten Stellen noch an seiner Spitze stehen, ist unendlich groß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist durch eine ganze Reihe von Handlungen, über die freilich unser Volk zum großen Teil nicht unterrichtet ist, systematisch, sozusagen Schritt für Schritt, so sehr gesteigert worden, daß es unabweisbar notwendig ist, an seine Beseitigung alles zu setzen, wenn wir überhaupt zu einem erträglichen Frieden kommen wollen, wenn dieser Krieg nicht mit einer vollständigen Katastrophe für unser Volk enden soll. Je mehr daher in diesem Sinne reformiert wird, je radikaler vorgegangen wird, um so besser wird — das ist Tatsache, da brauchte man gar keinen Wilson, der das nur ehrlich ausgesprochen hat — der **Friede für das deutsche Volk** ausfallen. Und es kann daher keine verbrecherischere Handlung erdacht werden als diejenige, die heute von den Herren von der Rechten und in deren Organen begangen wird, wenn sie daran gehen, den Frieden zu hintertreiben und das deutsche Volk über das zu täuschen, was auf dem Spiele steht, wenn der Friede jetzt nicht zustande kommt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was soll denn durch die Fortsetzung des Krieges geändert werden?

Es gibt ja im bürgerlichen Leben Geschäftsleute, die, wenn sie schon wissen, daß sie bankerott sind, die Sache zu verschleppen suchen in der Hoffnung, daß inzwischen irgend eine reiche Tante stirbt und ihnen ihr Vermögen hinterläßt oder sie ein Los in der Lotterie gewinnen. Bankerotteure, die so handeln, pflegen aber dadurch nur ihren Ruin noch zu vergrößern. Das müssen sie mit sich selbst abmachen. So darf jedoch eine Regierung nicht handeln, die sich ihrer Pflicht gegen ihr Volk voll bewußt ist, und danach darf auch kein Politiker handeln, der ja auch ein Stück Regierung ist. Auch der Reichstag ist ein Stück Regierung, und jeder einzelne von uns trägt ein Stück Verantwortung für das, was geschieht. Wie denkt man sich denn das Ereignis, das rettend eintreten soll? Das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland, dessen Bundesgenossen jetzt alle ausgeschieden sind, und seinen Gegnern, — wodurch soll es sich noch zugunsten von Deutschland so verschieben, daß Deutschland einen besseren Frieden bekommen würde, als es ihn jetzt bekommen kann? Denn tatsächlich, was jetzt von Deutschland verlangt wird, ist ja vom demokratischen Standpunkte gar nicht so ungeheuerlich: es handelt sich um die Verwirklichung von Forderungen, für die wir wenigstens stets eingetreten sind, jeder ehrliche Demokrat eintreten mußte und eintreten kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein Wort des Kollegen Landsberg will ich unterschreiben: Auch ich habe ein großes Vertrauen zum deutschen Volke in seine Arbeitskraft, in seine technische und wissenschaftliche Fähigkeit, und ich bin fest überzeugt, dieses Volk von 60 Millionen wird leben, wird existieren können und vorwärtskommen können auch ohne Elsaß-Lothringen, ohne Polen und ohne das dänische Stück Nordschleswig.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es geht an der Freigabe dieser Fremdteile nicht zugrunde. Es kann aber zugrunde gerichtet werden, und seine Zukunft kann auf unabsehbare Zeit hinaus kompromittiert werden durch die Agitation, die hier betrieben wird,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und zu der ja jetzt von den Oberstkommandierenden auch die Kommandos usw. und die Generale aufgerufen werden. Ein Spiel, gegen das wir hier den allerschärfsten Protest erheben,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und gegen das wir, was an uns liegt — und wir hoffen, Sie werden uns darin beistehen, wenn es weiter geht, die Volksmassen aufrufen werden —, mit aller unserer Kraft.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wer sind denn die Herren, die diese Agitation betreiben? Ich will die Parteien außer acht lassen, aber ich will hier eine Tatsache vorführen hinsichtlich einer Persönlichkeit, die sich heute auch bei dieser Agitation wieder in den Vordergrund drängt, das ist **General Keim,**

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der Gründer des Wehrbundes. Wer die letzten zwanzig Jahre in Deutschland verfolgt hat, der weiß, welche Tätigkeit General Keim entfaltet hat, welche Agitation er betrieben, welchen Geist er gesät hat, wie er tatsächlich einer derjenigen ist, die an der Situation mitgearbeitet haben, die diesen Krieg zur Folge gehabt hat

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und das deutsche Volk dahin gebracht hat, wo es heute steht.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, dieser General Keim — das sage ich heute — bezieht seit Anfang dieses Jahrhunderts, seit dem Jahre 1901 von einer unserer ersten Rüstungsfirmen ein ständiges Gehalt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

außerdem noch unregelmäßige Zuwendungen. Ich stelle das hier fest, um der Agitation dieses Herrn ein Ende zu machen,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(**Bernstein**, Abgeordneter.)

A) und ich füge hinzu, daß General Keim nicht der einzige ist, — und nicht der einzige General! —,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der von dieser Firma ein Gehalt bekommt.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu dem, was ich hier gesagt habe, stehe ich. Ich will den Namen der Firma nicht öffentlich nennen, aus Gründen, die Sie vielleicht verstehen werden.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Es wird auch kommen! Warten wir aber erst ab, was Herr General Keim antworten wird; dann haben wir auch noch ein Wort! — Ich stelle das hiermit für diese Agitation fest. Diese Agitation ist so verbrecherisch an unserem Volk, daß wir — das sage ich noch einmal — nicht scharf und energisch genug dagegen vorgehen können. Sollte sie Erfolg haben, dann die Verantwortung für das, was kommt, wenn der Krieg, den das Volk satt hat, wie man überhaupt nur eine Sache satt haben kann,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— unser Volk und unsere Soldaten —, wenn er weiter hinausgezogen wird, dann die Verantwortung auf diese Leute und auf alle diejenigen, die ihnen Beistand leisten!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dove**: Das Wort hat der Herr Kriegsminister.

Scheüch, Generalleutnant, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Meine Herren, es war nicht meine Absicht, mich zu den vorliegenden Anträgen zum Wort zu

B) melden. Der Gang aber, den die Verhandlungen genommen haben, veranlaßt mich doch dazu. Ich kann in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Gröber nach reiflicher Prüfung der vorliegenden Anträge in ihrer Form, die sie gefunden haben, und in ihrem Inhalte nichts mehr finden, was eine Gefährdung des festen Gefüges unseres Heeres verursachen könnte.

(Hört! hört! links.)

Im besonderen wird das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier durch die Anträge nicht berührt.

(Hört! hört! links.)

Die deutsche Mannentreue wird auch in Zukunft unerschüttert bestehen als eine der sichersten Stützen unseres Heerwesens.

(Bravo! links.)

Vizepräsident **Dove**: Die Diskussion ist geschlossen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung.

Von dem Herrn Abgeordneten Landsberg ist der Antrag gestellt worden, den Antrag Albrecht und Genossen auf No. 1985 dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung zu überweisen. Über diesen Antrag werde ich zuerst abstimmen lassen.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit: der Antrag ist angenommen und damit der Antrag auf Nr. 1985 dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Nr. 1982 in Verbindung mit dem Antrage Ebert und Genossen auf Nr. 1984.

Der Antrag unter Nr. 1 betrifft den Art. 11 der (C)
Reichsverfassung und ist identisch mit der Regierungsvorlage auf Nr. 1982.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche dieser Fassung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Es folgt dann die Nr. 2 des Antrags 1984, die dem Art. 15 der Reichsverfassung drei Absätze hinzufügen will. Ich kann wohl über die drei Zusätze zusammen abstimmen lassen.

(Zustimmung.)

Da kein Widerspruch erfolgt, wird das geschehen.

Ich bitte also diejenigen Herren, welche der Nr. 2 des Antrags zu Art. 15 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit; angenommen.

Nr. 3:

Im Artikel 17 werden die Worte gestrichen:

„welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt".

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, stehen bleiben beziehungsweise sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Das ist gleichfalls die Mehrheit; die Streichung ist erfolgt.

Sodann kommen wir zur Nr. 4:

Im Art. 53 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und (D)
Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Ich bitte die Herren, sich zu erheben beziehungsweise stehen zu bleiben, die dem zustimmen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nr. 5:

Im Art. 64 Abs. 2 werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser" die Worte eingeschaltet:

„unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers".

Auch hier steht die Mehrheit.

Dann Nr. 6, betreffend Art. 66 Abs. 3 und 4. — Hier bitte ich ebenfalls die Herren, die zustimmen wollen, stehen zu bleiben beziehungsweise sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; angenommen.

Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Gesamtabstimmung. Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche dem Gesetz in seiner Gesamtheit zustimmen wollen, stehen bleiben beziehungsweise sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; angenommen.

(Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Meine Herren, ich bitte, den Herrn Präsidenten zu ermächtigen, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 36 Minuten.)

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

Sachregister

zu den

Verhandlungen des Reichstags und den Anlagen.

II. Session der 13. Legislaturperiode.

Vom 4. August 1914 bis 26. Oktober 1918.

Aalandsinseln siehe „Rußland" unter G.

Abdeckereien. Verwertung der Tierkadaver siehe „Kriegswirtschaft" unter II 380.

Abgeordnete, Mitglieder des Reichstags. Siehe auch „Reichstag" unter I, insbesondere unter I E.

1. Wieder- und neugewählte Abgeordnete.

Arnold (1. Sachsen-Coburg und Gotha): Bd. 306, 1. Sitz. S. 5A.
Dr. Graf v. Bernstorff-Wehningen (15. Hannover): Bd. 309, 100. Sitz. S. 3019D.
Carstens (6. Schleswig-Holstein): Bd. 306, 4. Sitz. S. 28A.
van Eyck (3. Baden): Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690A.
Frhr. von und zu Franckenstein (4. Mittelfranken): Bd. 306, 4. Sitz. S. 28A.
Geck (11. Baden): Bd. 306, 3. Sitz. S. 16C.
Dr. v. Goßler (1. Breslau): Bd. 306, 21. Sitz. S. 418B.
Greber (3. Coblenz): Bd. 311, 131. Sitz. S. 4048A.
Henry (4. Cöln): Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990C.
Dr. Herwig (5. Trier): Bd. 311, 127. Sitz. S. 3943D.
Hirsch (6. Merseburg): Bd. 306. 33. Sitz. S. 763D.
Dr. Kapp (2. Gumbinnen): Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990C.
Korfanty (4. Oppeln): Bd. 313, 174. Sitz. S. 5453C.
Graf Magnis (12. Breslau): Bd. 306, 10. Sitz. S. 137D.
Meerfeld (1. Cöln): Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336A.
Meier (18. Sachsen): Bd. 312, 166. Sitz. S. 5165C.
Müller (11. Breslau): Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690A.
Dr. Obkircher (12. Baden): Bd. 306, 3. Sitz. S. 16C.
Dr. Rießer (12. Baden): Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690A.
Dr. Roesicke (1. Bromberg): Bd. 306, 4. Sitz. S. 28A.
Scheef (6. Württemberg): Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990C.
Stahl (7. Potsdam): Bd. 309, 87. Sitz. S. 2529C.
Stiegele (17. Württemberg): Bd. 306, 3. Sitz. S. 16C.
Dr. Stresemann (2. Hannover): Bd. 306, 4. Sitz. S. 28A.
Stubbe (3. Hamburg): Bd. 306, 4. Sitz. S. 28A.

Abgeordnete, Mitglieder des Reichstags. 1. Wieder- und neugewählte Abgeordnete (Fortsetzung).

Dr. Stubmann (Mecklenburg-Strelitz): Bd. 310, 102. Sitz. S. 3103C.
Trittel (5. Magdeburg): Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990B.
Uhlig (3. Sachsen): Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990C.
Wachhorst de Wente (2. Magdeburg): Bd. 306, 1. Sitz. S. 5A.
Wagner (2. Königsberg): Bd. 306, 1. Sitz. S. 5A.
Dr. Wildgrube (11. Sachsen): Bd. 308, 76. Sitz. S. 2155D.
Aus dem Winckel (4. Breslau): Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336A.
Wissell (6. Potsdam): Bd. 312, 164. Sitz. S. 4575B.
Dr. Zehnter (14. Baden) wiedergewählt: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4791D.

2. Niederlegung von Mandaten.

Beck (12. Baden): Bd. 306, 3. Sitz. S. 16C.
v. Bonin (5. Köslin): Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149B.
v. Payer (6. Württemberg): Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942D.
Dr. Quarck (1. Sachsen-Coburg und Gotha): Bd. 306, 1. Sitz. S. 5A.
Schiffer (Magdeburg): Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618B.
Dr. Spahn (4. Cöln): Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618B.
Speck (4. Mittelfranken): Bd. 306, 3. Sitz. S. 16C.
v. Vollmar: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6142B.
Dr. Zehnter (14. Baden): Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990B.

3. Erledigung des Mandats.

Wetterlé (5. Elsaß-Lothringen): Bd. 306, 4. Sitz. S. 27D.
Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 55.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 131C.

4. Verlust des Mandats.

Dr. Liebknecht (7. Potsdam): Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336A.
Dr. Weill (14. Elsaß-Lothringen), am 3. Januar 1915 seiner Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27D.

5. Verstorbene Abgeordnete.

Bassermann (5. Trier), gest. am 24. Juli 1917: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618B.

Abgeordnete, Mitglieder des Reichstags. 5. Verstorbene Mitglieder (Fortsetzung).

Birkenmayer (3. Baden), gest. am 31. März 1916: Bd. 307, 39. Sitz. S. 849 B.
Dr. Blankenhorn (4. Baden), gest. am 19. Mai 1918: Bd. 310, 111. Sitz. S. 3501 C.
Dr. Braband (6. Schleswig-Holstein), gest. am 20. November 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15 A.
Graf v. Carmer (1. Breslau), gest. am 8. Juni 1915: Bd. 306, 13. Sitz. S. 212 A.
Dr. Frank (11. Baden), **gefallen** am 3. September 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15 A.
Dr. Giese (11. Sachsen), gest. am 16. September 1916: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690 D.
Gottschalk (2. Gumbinnen), gest. am 18. November 1917: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 D.
v. Grabski (5. Bromberg), gest. am 10. Oktober 1918: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6156 A.
Gräfe (3. Sachsen), gest. am 23. Oktober 1917: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 D.
Hirsch (6. Merseburg), gest. am 30. September 1918: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149 B.
Hofrichter (1. Cöln), gest. am 14. Oktober 1916: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1836 B.
Dr. Kaempf (1. Berlin), gest. 25. Mai 1918: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5163 C.
Kühn (11. Breslau), gest. am 18. März 1916: Bd. 307, 35. Sitz. S. 777 C.
Leser (17. Württemberg.), gest. am 10. Juni 1914: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4 D.
v. Massow (2. Königsberg), gest. am 6. Juni 1914: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4 D.
v. Meding (15. Hannover), **gefallen** am 6. Januar 1917), Bd. 309: 81. Sitz. S. 2336 A.
Metzger (3. Hamburg), gest. am 8. November 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15 A.
Dr. Obkircher (12. Baden), gest. am 3. April 1916: Bd. 307, 39. Sitz. S. 849 B.
Dr. Oertel (2. Sachsen), gest. am 24. Juli 1916: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690 D.
Ritter (1. Bromberg), gest. am 7. Oktober 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 14 D.
Roland-Lücke (Mecklenburg-Strelitz), gest. am 13. Februar 1917: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336 A.
Dr. Semler (2. Hannover), gest. am 23. September 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 14 D.
Sperlich (12. Breslau), gest. am 23. Dezember 1914: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27 D.
Stadthagen (6. Potsdam), gest. am 5. Dezember 1917: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990 B.
Stolle (18. Sachsen), gest. am 11. März 1918: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4314 B.
Wallenborn (5. Coblenz), gest. 16. Mai 1917: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3436 A.
Wamhoff (6. Merseburg), gest. am 17. Oktober 1915: Bd. 306, 21. Sitz. S. 418 B.
Warlo (4. Oppeln), gest. am 5. Februar 1918: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990 B.
Dr. Wellstein (3. Coblenz), gest. am 16. Oktober 1917: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 C.

6. Verwundete Abgeordnete.

Davidsohn: Bd. 306, 13. Sitz. S. 212 A.
v. Graefe (Güstrow): Bd. 306, 10. Sitz. S. 137 B.

7. Beglückwünschung eines aus der Internierung zurückgekehrten A. (Fürst Radziwill): Bd. 309, 81. Sitz. S. 2337 A.

Abgeordnete, Mitglieder des Reichstags. (Fortsetzung).

8. Strafverfahren.

a) Anträge auf Genehmigung zur Einleitung oder Fortsetzung von Privatklagen bezw. zur Erhebung oder Durchführung von Widerklagen gegen die Mitglieder des Reichstags

Behrens: Bd. 306, 16. Sitz. S. 273 C.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 316, Nr. 126.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 350 B. — Genehmigung nicht erteilt.
Gunsser: Bd. 309, 97. Sitz. S. 2937 C.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 789.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3103 D. — Genehmigung nicht erteilt.
Dr. Kapp: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336 B.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 689.
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2687 C, 2688 B. — Genehmigung nicht erteilt.
Lederer: Bd. 306, 6. Sitz. S. 53 C.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 63.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 131 D. — Genehmigung nicht erteilt.
Waldstein wegen Beleidigung: Bd. 306, 31. Sitz. S. 677 D.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 267.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 955 D. — Genehmigung nicht erteilt.

b) Anträge auf Genehmigung zur Einleitung oder Fortsetzung von Strafverfahren gegen die Mitglieder des Reichstags

v. Bonin wegen Steuerhinterziehung: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5327 C.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1684.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5793 D, 5794 C (Antrag v. Bonin auf Erteilung der Genehmigung), 5797 B (Abstimmung), 5798 B (Hammelsprung). — Genehmigung mit 121 Stimmen gegen 118 Stimmen nicht erteilt.
Henke wegen Anstiftung bezw. Beihilfe zum Vergehen gegen § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes in Verbindung mit der Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos vom 4. Mai 1917: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990 C.
Mündl. Ber. des GO. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1305.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4181 D. — Genehmigung nicht erteilt.
Kopp wegen Vergehens gegen die Verordnung über Speisefette: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618 C.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs: Bd. 322, Nr. 1088.
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3821 D. — Genehmigung nicht erteilt.
Dr. Liebknecht wegen Vergehens gegen §§ 110 und 130 StGB.: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690 D.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 428.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1839 D. — Genehmigung nicht erteilt.
Rühle wegen Beleidigung: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1698 A.
Mündl. Ber. d. GO. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 428.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1840 A, 1841 A. — Genehmigung nicht erteilt.
Waldstein wegen Beleidigung: Bd. 307, 39. Sitz. S. 849 D.

Abgeordnete, Mitglieder des Reichstags. 8. Strafverfahren (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. GO. Ausschuß.: Bd. 317, Nr. 267. Bd. 307, 43. Sitz. S. 955D. — Genehmigung nicht erteilt.

c) Anträge auf Aussetzung eines Strafverfahrens für die Dauer der Session gegen das Mitglied des Reichstags Dr. Liebknecht.

α) Anträge Albrecht u. Gen. sowie Bernstein u. Gen. betr. Aussetzung des gegen den Abg. Dr. Liebknecht bei dem Militärgericht eingeleiteten Verfahrens wegen Kriegsverrats für die Dauer der Sitzungsperiode und Aufhebung der über ihn verhängten Haft: Bd. 317, Nr. 277 und 282.

Bd. 307, 44. Sitz. S. 984B.

Mündl. Ber. d. GO. Ausschuß.: Bd. 318, Nr. 286.

Bd. 307, 46. Sitz. S. 1024A.

Namentliche Abstimmung über den Antrag des Ausschusses auf Ablehnung der Anträge Albrecht und Bernstein: Bd. 307, 46. Sitz. S. 1032D (Zusammenstellung S. 1041). — Angenommen mit 229 gegen 111 Stimmen.

β) Antrag Bernstein u. Gen. — wie vorstehend —: Bd. 309, Nr. 410.

Bd. 308, 64. Sitz. S. 1698D.

Mündl. Ber. d. GO. Ausschuß.: Bd. 319, Nr. 458.

Bd. 308, 68. Sitz. S. 1841D. — Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des Antrages Bernstein u. Gen. angenommen.

d) Schleuniger Antrag Albrecht u. Gen. betr. Aufhebung der gegen den Abg. Dittmann erkannten Haft für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode: Bd. 323, Nr. 1291.

Bd. 311, 131. Sitz. S. 4048B, 4063A. — Abgelehnt.

9. Verhaftung der Abgeordneten Dr. Liebknecht u. Dittmann siehe unter 8c.

Abrüstungsfrage.

Stellung Deutschlands auf der Haager Konferenz: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3835B.

Internationale Einschränkung der Rüstungen: Bd. 307, 40. Sitz. S. 888D. Bd. 309, 96. Sitz. S. 2897B. Bd. 312, 159. Sitz. S. 4960A.

Schlichtung aller Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1732C, 1740A.

Resolution des Hauptausschusses zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Uebereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung einem Schiedsgericht unterbreitet werden und daß in entsprechender Weise in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen wird.

Nr. 1420 unter II 3.

Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638A, 4545D, 4548D, 4550A, 4569C. — Angenommen.

Siehe auch „Völkerrecht" u. „Krieg" unter V.

Abstimmungen, namentliche:

1. über den Antrag des Geschäftsordnungausschusses auf Ablehnung der Anträge Albrecht u. Gen. und Bernstein u. Gen., betr. Aussetzung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Liebknecht: Bd. 318, Nr. 286. — Bd. 307, 46. Sitz. S. 1032D (Zusammenstellung S. 1041). — Angenommen mit 229 gegen 111 Stimmen;
2. über den Antrag Albrecht u. Gen. zur 2. Beratung des § 1 des Entwurfs eines Kriegsgewinnsteuergesetzes (Neuerhebung des Wehrbeitrags): Bd. 318, Nr. 323 unter 1. — Bd. 307, 57. Sitz. S. 1406B (Zusammenstellung S. 1419). — Abgelehnt mit 249 gegen 104 Stimmen;
3. über den Antrag Albrecht u. Gen. zur 2. Beratung des § 3 des Entwurfs eines Kriegsgewinnsteuergesetzes (Besteuerung der Erbanfälle an entfernte Verwandte): Bd. 318, Nr. 323 unter 2. — Bd. 307, 57. Sitz. S. 1410A (Zusammenstellung S. 1419). — Abgelehnt mit 247 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen;
4. über den Entwurf eines Kriegssteuergesetzes (Gesamtabstimmung): Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508C (Zusammenstellung S. 1513). — Angenommen mit 312 gegen 24 Stimmen bei einer Stimmenthaltung;
5. über den von dem 15. Ausschuß beschlossenen Gesetzentwurf, betr. Aufhebung der §§ 12, 14 Ziff. 1 und 6, 19 Ziff. 3 des Vereinsgesetzes (Sprachenparagraph) in der 2. Beratung: Bd. 318, Nr. 351. — Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508D (Zusammenstellung S. 1513). — Angenommen mit 265 gegen 74 Stimmen;
6. über den Antrag des Haushaltsausschusses, betr. Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung durch den Reichshaushaltsausschuß: Bd. 319, Nr. 418. — Bd. 308, 68. Sitz. S. 1857C (Zusammenstellung S. 1864). — Angenommen mit 302 gegen 31 Stimmen bei einer Stimmenthaltung;
7. über den Gesetzentwurf, betr. den vaterländischen Hilfsdienst (Gesamtabstimmung): Bd. 308, 79. Sitz. S. 2326A (Zusammenstellung S. 2328). — Angenommen mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen;
8. über Ziffer 1a des § 3 des Gesetzentwurfs über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs nach den Beschlüssen erster Beratung: Bd. 321, Nr. 731. — Bd. 309, 95. Sitz. S. 2827C (Zusammenstellung S. 2878). — Abgelehnt mit 159 gegen 141 Stimmen, bei 17 Stimmenthaltungen, 1 ungültig;
9. über den Antrag Albrecht u. Gen.: Bd. 321, Nr. 731 zu § 6 des Kohlensteuergesetzes: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2828C (Zusammenstellung S. 2878). — Abgelehnt mit 181 gegen 136 bei 5 Stimmenthaltungen, 1 ungültig;
10. über die Resolution Bassermann u. Gen.: Bd. 321, Nr. 735 in Verbindung mit dem Antrag Albrecht u. Gen.: Bd. 321, Nr. 730 zur zweiten Beratung des Etats für den Reichskanzler für 1917: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2933A (Zusammenstellung S. 2934). — Angenommen mit 228 gegen 33 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen, 1 ungültig;
11. über die Resolution Dr. David u. Gen. (Friedensresolution vom 19. 7. 1917) zur zweiten Beratung des Nachtragsetats für 1917: Bd. 321, Nr. 933. — Bd. 310, 116. Sitz. S. 3596D (Zusammenstellung S. 3598 ff.). — Angenommen mit 212 gegen 126 Stimmen, 17 enthalten, 2 ungültig. — Vgl. auch die Bemerkung zur Geschäftsordnung auf S. 3597A;
12. über den Antrag des 26. (Verfassungs-Ausschusses), betr. Einfügung eines § 5a (automatische Vermehrung der Abgeordnetensitze bei Vermehrung der Bevölkerungszahl) in den Gesetzentwurf, betr. Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen: Bd. 324, Nr. 1681 S. 6. — Bd. 313,

Abstimmungen, namentliche (Fortsetzung).

186. Sitz. S. 5935B (Zusammenstellung S. 5962). — Angenommen mit 157 Stimmen gegen 128 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen;

13. über den Abänderungsantrag Antrick u. Gen.: Bd. 325, Nr. 1774 Ziffer 2 zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6029B (vgl. die Zusammenstellung auf S. 6042). — Abgelehnt mit 145 gegen 140 Stimmen, 1 enthalten, 4 ungültig;

14. über den Antrag Antrick u. Gen.: Bd. 325, Nr. 1789 Ziffer 3 zu § 6 des Umsatzsteuergesetzes: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6052A (Zusammenstellung S. 6086). — Abgelehnt mit 172 gegen 124 Stimmen;

15. über den handschriftlichen Antrag Ebert u. Gen. zur dritten Beratung des Gesetzes zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6130A (vgl. die Zusammenstellung S. 6132). — Abgelehnt mit 154 gegen 152 Stimmen, 2 enthalten;

16. über den Antrag Dr. Bell u. Gen., betr. Billigung der Erklärung des Reichskanzlers und Vertrauensbeschluß des Reichstags: Bd. 325, Nr. 1974. — Bd. 314, 195. Sitz. S. 6241C (Zusammenstellung S. 6242). — Angenommen mit 193 gegen 52 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen.

Siehe auch „Reichstag" unter III 2.

Abstimmungsbegründung auf Grund des § 59 der Geschäftsordnung:

Abgeordneter Frhr. v. Gamp-Massaunen zum Antrage Dr. Spahn auf Vertagung der Sitzung nach einer Mitteilung des Reichskanzlers über das Friedensangebot Deutschlands: Bd. 308, 80. Sitz. S. 2333D.

Abteilungen. Bildung, Abstandnahme von der Verlosung: Bd. 306, 21. Sitz. S. 418D.

Abzahlungsverträge siehe „Kriegswirtschaft" unter II 129.

Ackerbestellung. Sicherung, Erzeugungszwang siehe „Kriegswirtschaft" unter II 241.

Adlershof. Explosionsschäden siehe „Krieg" unter VIII 3 g.

Adlon-Hotel. Alldeutsche Versammlung zum Zweck des Sturzes des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg und gegen die Friedensbestrebungen siehe „Alldeutsche".

Admiralstab siehe „Marine" unter 5 C.

Agram, Errichtung eines Berufskonsulats: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5700 C.

Aktiengesellschaften. Neugründungen bezw. Kapitalserhöhungen, behördliche Genehmigung, Umgehungen (Deutsche Jute-Spinnerei und -Weberei in Meißen, Fall Deimler, Allgemeine Versicherungsgesellschaft in Cöln): Bd. 312, 159. Sitz. S. 4962 C, 4965 A.

Staatliche Genehmigung zur Errichtung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 3.

Siehe auch „Reichsstempelgesetz", „Wertpapiere", „Kriegsindustrie".

Ala, Anzeigeninstitut. Abhängigkeit von den Schwerindustriellen: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4513 B.
146. Sitz. S. 4591 B.

Alkohol.

Einschränkung des Verkaufs, der Umwandlung von Nährstoffen in alkoholische Genußmittel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 4, 43, 52c, 136.

Alkoholismus, Bekämpfung: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2572B. Siehe auch „Branntweinsteuer" unter 4 und „Mineralwasser" unter 2.

Alkoholgenuß im Heere siehe „Reichsheer" unter 2.

Alldeutsche, Alldeutscher Verband, Vaterlandspartei.

Angriffe seiner Gegner; Zusammensetzung; Mißbrauch der Bezeichnung „Alldeutsch": Bd. 308, 71. Sitz. S. 1945D, 1971B.

Ziele, Tätigkeit; Entstehung infolge des Helgoland-Sansibar-Vertrages, „Erobererpolitik":
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2875B.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3392D.
122. Sitz. S. 3717C, 3750B.

Kriegspolitik, Kriegsziele, Annexionsabsichten der Konservativen, Alldeutschen, der Vaterlandspartei, der Militärpartei; imperialistisches Programm:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2388D.
84. Sitz. S. 2428D, 2440C.
85. Sitz. S. 2456C.
86. Sitz. S. 2483B, 2491A, 2514C, 2526C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3413D.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4146B.
134. Sitz. S. 4163Bff, 4178Cff, 4179C.
135. Sitz. S. 4184A, 4216Cff, 4219D, 4223B.
136. Sitz. S. 4233D, 4238D, 4240Aff, 4257Dff, 4268C.
144. Sitz. S. 4510D.

—, Annexionspläne (Polen, Litauen usw.) der Alldeutschen, Artikel in der „Täglichen Rundschau", „Deutschen Tageszeitung" usw., Beeinflussung der Obersten Heeresleitung, Militärpolitik:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4011D.
137. Sitz. S. 4285A.
145. Sitz. S. 4540B.

—, Agitation auf Grund von Telegrammen aus dem Felde, namentlich Hindenburgs: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3727D, 3733B.

—, Stellung des Reichskanzlers und der Regierung:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3723D, 3726C.
124. Sitz. S. 3766B, 3772B.

—, Genugtuung über die Ablehnung der deutschen Friedensangebote:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4010A, 4028D, 4034A, 4043Dff.
131. Sitz. S. 4077B.

Alldeutsche Versammlung im Hotel Adlon zum Zweck des Sturzes des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und gegen die Friedensbestrebungen: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2489Cff, 2501A, 2514A, 2516Aff, 2518B, 2526C, 2527A.

—, Einladung zur Teilnahme an der Adlon-Konferenz an den Grafen v. Westarp, Brief des Grafen Hoensbroech: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2490Dff, 2514Aff, 2516C, 2518C.

Briefe des Frhr. v. Gebsattel an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vom 5. Mai 1915 über Kriegsziele und Volksstimmung: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2889A.

Eroberungsziele, Versammlung im Zirkus Busch, Veranstaltung des Abg. Mumm: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3411C, 3420B.

Zeitungsaufkauf: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3716A, 3745D.

Beziehungen der Schwerindustrie zu den Alldeutschen, Inserate in der alldeutschen Presse, Kriegspolitik, Munitionslieferungsangebote:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4225B.
136. Sitz. S. 4260A, 4269B.

Alldeutsche, Alldeutscher Verband, Vaterlandspartei (Fortsetzung).

Propaganda im Heere, Aufhebung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3881 D, 3883 B, 3885 B.

—, Vortragsabend in Neuruppin, Einladung der Offiziere durch die Garnisonältesten: Bd 313, 184. Sitz. S. 5803 C.

—, Politische Agitation, Verhalten der Regierung, siehe auch „Reichsheer" unter 152 c (Politik im Heere, Interpellation Antrick u. Gen.).

Werbekarten der Vaterlandspartei über das feindliche Ausland: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4286 B.

Agitation, Wirkung auf das Ausland: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3746 A, 3748 A.

„Jedes Land hat seine Alldeutschen": Bd. 311, 127. Sitz. S. 3949 D.

Alldeutsche Propaganda siehe auch „Belagerungszustand" unter II 11 c.

Allgemeiner Pensionsfonds siehe „Pensionsfonds".

Altersversicherung siehe „Versicherungswesen" unter III B 2.

Aluminium, Gewinnung, Einfuhr siehe „Kriegswirtschaft" unter II 5.

Amberg. Gewehrfabrik, Verlegung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3083 D, 3087 C.

Amerika, Vereinigte Staaten.

Stellung in dem Kriege zwischen Deutschland und dem Dreiverbande, Kriegsinteresse der Vereinigten Staaten, Krieg mit Deutschland usw. siehe „Krieg" unter I B 1; siehe auch „Seekrieg".

—, Lynchmord an dem Bergarbeiter Paul Prager siehe „Krieg" unter X.

—, Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen siehe „Kriegsgefangene" unter III A.

Industrie, Lage durch den Krieg: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1139 B.

Kapitalkonzentration während des Krieges, industrieller Aufschwung nach dem Kriege, Aufsaugung von Arbeitskräften, Gefahr der Auswanderung für Deutschland: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2595 D.

Abschaffung des Unterrichts in der deutschen Sprache in den Staatsschulen, Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Marshal in Indianapolis: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5558 D.

Telegrammwechsel der Gewerkschaftsführer Legien und Gompers: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2836 D.

Kriegssondersteuern: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4738 B.

Ammoniak, schwefelsaures, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 74 a.

Amnestie für politische Vergehen siehe „Belagerungszustand" unter II 3.

Anerkenntnisse für Aushebung von Pferden usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 7.

Anfragen, kurze. — Wortlaut der Anfragen siehe bei dem betreffenden Gegenstand. — Siehe auch „Reichstag" unter III 3.

Nr. 1. Baumann (Kitzingen), Dr. Becker (Hessen), Dr. Dahlem (Montabaur), Pauly, Richter, Wallenborn, betr. Beurlaubung von Landwehr- und Landsturmmännern zu Weinbergsarbeiten: Bd. 315, Nr. 81. Schriftliche Antwort: Bd. 315, Nr. 100.

Nr. 2. Dr. Liebknecht, betr. das Eintreten in sofortige Friedensverhandlungen: Bd. 315, Nr. 104. Bd. 306, 14. Sitz. S. 221 D. — Beantwortung abgelehnt.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 3. Dr. Liebknecht, betr. Friedensverhandlungen unter Verzicht auf Annexionen: Bd. 316, Nr. 152. Bd. 306, 23. Sitz. S. 448 A. — Ziff. 1 zurückgezogen; Beantwortung von Ziff. 2 abgelehnt.

Nr. 4. Dr. Liebknecht, betr. Vorlegung von Dokumenten über die Entstehung des Weltkriegs, Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission: Bd. 316, Nr. 153. Bd. 306, 23. Sitz. S. 448 C. — Beantwortet.

Nr. 5. Dr. Liebknecht, betr. Demokratisierung der auswärtigen Politik: Bd. 316, Nr. 154. Bd. 306, 23. Sitz. S. 449 B. — Beantwortet.

Nr. 6. Dr. Liebknecht, betr. Steuerung der wirtschaftlichen Kriegsnot: Bd. 316, Nr. 155. Bd. 306, 23. Sitz. S. 449 C. — Beantwortung abgelehnt.

Nr. 7. Dr. Liebknecht, betr. „Neuorientierung" der inneren Politik: Bd. 316, Nr. 156. Bd. 306, 23. Sitz. S. 450 B. — Beantwortung abgelehnt.

Nr. 8. Bassermann, betr. den Angriff auf Britisch-Südafrika: Bd. 317, Nr. 174. Bd. 306, 25. Sitz. S. 505 D. — Beantwortet.

Nr. 9, 10 und 11 zurückgezogen und ersetzt durch 12, 13 und 14.

Nr. 12. Dr. Liebknecht, betr. die armenische Bevölkerung in der Türkei: Bd. 317, Nr. 187. Bd. 306, 26. Sitz. S. 512 D. — Beantwortet.

Nr. 13. Dr. Liebknecht, betr. die Lage der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten fremden Gebieten: Bd. 317, Nr. 188. Bd. 306, 26. Sitz. S. 513 B. — Beantwortet.

Nr. 14. Dr. Liebknecht, betr. die auf Grund des Belagerungszustandes getroffenen Maßregeln: Bd. 317, Nr. 189. Bd. 306, 26. Sitz. S. 513 C. — Beantwortet.

Nr. 15. Bassermann, betr. Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki: Bd. 317, Nr. 199. Bd. 306, 29. Sitz. S. 594 A. — Beantwortet.

Nr. 16. Dr. Müller (Meiningen), betr. Postsendungen für die in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen: Bd. 317, Nr. 200. Bd. 306, 29. Sitz. S. 594 B. — Beantwortet.

Nr. 17. Dr. Liebknecht, betr. Vorlegung des Materials und einer Statistik über gewerbliche Unfälle und Arbeiterausstände: Bd. 317, Nr. 214. Bd. 307, 36. Sitz. S. 837 C. — Zurückgezogen.

Nr. 18. Bassermann, betr. öffentliche Prügelung von Deutschen in Neu-Guinea durch australische Militärbehörden: Bd. 317, Nr. 230. Bd. 307, 37. Sitz. S. 839 D. — Zurückgezogen.

Nr. 19. Keinath, betr. Preisbeschränkung im Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren: Bd. 317, Nr. 242. Bd. 307, 37. Sitz. S. 839 D. — Beantwortet.

Nr. 20. Bassermann, betr. die kriegerischen Ereignisse in Kamerun und Deutsch-Ostafrika: Bd. 317, Nr. 243. Bd. 307, 37. Sitz. S. 840 A. — Beantwortet.

Nr. 21. Bassermann, betr. Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule: Bd. 317, Nr. 251. Bd. 307, 41. Sitz. S. 902 B. — Beantwortet.

Nr. 22. Davidsohn, betr. Verwendung von Roggen zum Schnapsbrand: Bd. 317, Nr. 254. Bd. 307, 41. Sitz. S. 902 D. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 23. Dr. Werner (Gießen), betr. verwerfliche Darstellungen in Lichtspielhäusern: Bd. 317, Nr. 280.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 409.

Nr. 24. Dr. Herzfeld, betr. den Bündnisvertrag mit der Türkei: Bd. 318, Nr. 285.
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1045D. — Beantwortet.

Nr. 25. Ledebour, Stadthagen, betr. Verbot von sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen durch das Oberkommando in den Marken: Bd. 318. Nr. 304.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1293D. — Gemäß § 31b der Geschäftsordnung nicht zum Aufruf gebracht.

Nr. 26. Stadthagen, betr. Ausübung der Zensur durch das Auswärtige Amt: Bd. 318, Nr. 305 (Berichtigt).
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1293D. — Gemäß § 31b der Geschäftsordnung nicht zum Aufruf gebracht.

Nr. 27. Dr. Werner (Gießen), betr. Zeitungsanzeigen, die dem Kettenhandel dienen: Bd. 318, Nr. 306.
Schriftliche Antwort: Bd. 318, Nr. 324.

Nr. 28. Bassermann, List (Eßlingen), betr. Regelleistungen der Krankenkassen im Kriege: Bd. 318, Nr. 311.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1294A. — Beantwortet.

Nr. 29. v. Meding, Frhr. v. Wangenheim, betr. Beschlagnahme der Bestände an Fleisch und Konserven: Bd. 318, Nr. 315.
Schriftliche Antwort: Bd. 318, Nr. 398.

Nr. 30. Stadthagen, betr. Verbot von Versammlungen: Bd. 318, Nr. 345.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 1383A (Vertagung der Anfrage).
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1518B. — Beantwortet.

Nr. 31. Schulz (Erfurt), betr. Berufung eines Ausschusses zur Inangriffnahme von Maßnahmen betreffend Schul- und Jugendschutz: Bd. 318, Nr. 352.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1518C. — Beantwortung abgelehnt.

Nr. 32. Herzog, betr. die Kriegsgesellschaften für Lebensmittel- und Materialversorgung: Bd. 318, Nr. 353.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 405.

Nr. 33. Dr. Werner (Gießen), betr. Maßnahmen gegen Börsenspekulationen: Bd. 318, Nr. 374.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 406.

Nr. 34. Jäckel, betr. Beschäftigung usw. jugendlicher Textilarbeiterinnen in anderen Betrieben: Bd. 318, Nr. 375.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1519A. — Beantwortet.

Nr. 35. Bassermann, betr. Maßnahmen der portugiesischen Regierung gegen Deutsche: Bd. 318, Nr. 376.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1519B. — Beantwortet.

Nr. 36. Ahlhorn, betr. Schreibverbot gegenüber den in französischer und russischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten: Bd. 318, Nr. 385.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 407.

Nr. 37. Dr. Junck, betr. Reifezeugnis der Kriegsprimaner: Bd. 318, Nr. 400.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1768B. — Beantwortet.

Nr. 38. Bassermann, betr. Kriegslage in Deutsch-Ostafrika: Bd. 318, Nr. 401.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1768D. — Beantwortet.

Nr. 39. Simon, betr. Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen: Bd. 319, Nr. 408.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1770A. — Beantwortet.

Nr. 40. Stadthagen, betr. Verbot des Erscheinens des „Vorwärts": Bd. 319, Nr. 422.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1770B. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 41. Wurm, betr. Versorgung der Städte mit Kartoffeln: Bd. 319, Nr. 423.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1770D. — Gemäß § 31b der Geschäftsordnung nicht aufgerufen.

Nr. 42. Dr. Werner (Gießen), betr. Handhabung der politischen Zensur: Bd. 319, Nr. 430.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 877.

Nr. 43. Frhr. v. Richthofen, Dr. Rießer, Roland-Lücke, betr. Reform der Prüfung der Anwärter auf den Konsular- und diplomatischen Dienst: Bd. 319, Nr. 432,
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1836C. — Beantwortet.

Nr. 44. Dr. Rießer, Schiffer (Magdeburg), Dr. Stresemann, betr. Teurungszulagen für Reichs- und Staatsbeamte: Bd. 319, Nr. 435.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1837A. — Beantwortet.

Nr. 45. Keinath, betr. Auslegung der Begriffe „Gegenstände des täglichen Bedarfs bezw. des notwendigen Lebensbedarfs": Bd. 319, Nr. 439.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1837C. — Beantwortet.

Nr. 46. Bassermann, betr. Beschlagnahme deutschen Eigentums in Portugal: Bd 319, Nr. 440.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1838B. — Beantwortet.

Nr. 47. Schiffer (Magdeburg), betr. Versenkung spanischer Fruchtschiffe durch deutsche U-Boote: Bd. 319, Nr. 441.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1838D. — Beantwortet.

Nr. 48. Gothein, Dr. Pachnicke, Sivkovich, Dr. Wendorff, betr. Verweigerung von Reichswochenhilfe an Ehefrauen von Seeleuten: Bd. 319, Nr. 442.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1839A. — Beantwortet.

Nr. 49. Molkenbuhr, betr. Anspruch auf Waisenaussteuer: Bd. 319, Nr. 453.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1938D. — Beantwortet.

Nr. 50. Giebel, betr. Teurungszulagen für technische und Bureauangestellte in Betrieben des Reichs usw.: Bd. 319, Nr. 454.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939A. — Beantwortet.

Nr. 51. Bassermann, betr. Zulassung Angehöriger des feindlichen Auslands auf deutschen Hochschulen: Bd. 319, Nr. 455.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939B. — Beantwortet.

Nr. 52. Frhr. v. Gamp-Massaunen, Dr. Arendt, betr. Notlage des städtischen Grundbesitzes: Bd. 319, Nr. 456.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 593.

Nr. 53. Alpers, betr. Schädigung einberufener Rechtsanwälte, Aerzte usw. durch militärfreie Berufsgenossen: Bd. 319, Nr. 457.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939C (zurückgestellt).
73. Sitz. S. 2017A. — Beantwortet.

Nr. 54. Giesberts, betr. Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten: Bd. 319, Nr. 459.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939D. — Beantwortet.

Nr. 55. Kuckhoff (Cöln), betr. Schutz jugendlicher Personen: Bd. 319, Nr. 466.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1940B. — Beantwortet.

Nr. 56. Dr. Quarck, betr. Familienunterstützung oder Reichswochenhilfe für die Familien Fahnenflüchtiger usw.: Bd. 319, Nr. 467.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1940C (zurückgestellt).
73. Sitz. S. 2017B. — Beantwortet.

Nr. 57. Schwarz (Schweinfurt), betr. Umsatzsteuer auf Lebensmittel von städtischen usw. Verwaltungen: Bd. 319, Nr. 468.
Bd. 307, 71. Sitz. S. 1940C. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 58. Hierl (Ansbach), betr. Anrechnung des Warenumsatzstempels: Bd. 319, Nr. 471.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2017C. — Beantwortet.

Nr. 59. Dr. Heckscher, betr. Krankenkost für Krankenkassenmitglieder: Bd. 319, Nr. 472.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2017D. — Beantwortet.

Nr. 60. Dr. Heckscher, betr. Vergeltungsmaßnahmen für die Verülberung deutscher Privatwerte durch Feinde: Bd. 319, Nr. 473.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2018B. — Beantwortet.

Nr. 61. Dr. Müller (Meiningen), betr. Beförderung von Dissidenten zum Offizier: Bd. 319, Nr. 474.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2018C. — Beantwortet.

Nr. 62. Dr. Müller (Meiningen), betr. rechtswidriges Kopieren von Briefen aus Holland nach Deutschland durch England: Bd. 319, Nr. 475.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2019A. — Beantwortet.

Nr. 63. Bassermann, betr. Einführung eines außergerichtlichen Zwangsvergleichs: Bd. 319, Nr. 476.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2019B. — Beantwortet.

Nr. 64. Bassermann, betr. Gründung eines Finanzsyndikats in Holland durch England: Bd. 319, Nr. 477.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2019D. — Beantwortet.

Nr. 65. Dr. Müller (Meiningen), betr. schwarze Listen der britischen Regierung: Bd. 319, Nr. 479.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2020A. — Beantwortet.

Nr. 66. Bassermann, betr. schwarze Listen der britischen Regierung: Bd. 319, Nr. 484.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2020C. — Beantwortet.

Nr. 67. Kopsch, Dr. Ablaß, Dr. Müller (Meiningen), betr. Erteilung abgekürzter Geburtsurkunden für uneheliche Kinder: Bd. 319, Nr. 485.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2021A. — Beantwortet.

Nr. 68. Weinhausen, betr. Mangel an Kleingeld: Bd. 319, Nr. 486.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2021C. — Beantwortet.

Nr. 69. Emmel, betr. Verhinderung von Zeitungsberichten über Reichstagsverhandlungen durch die Zensur: Bd. 319, Nr 487.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2022A. — Beantwortet.

Nr. 70. Dr. Frhr. Heyl zu Herrnsheim, betr. Vergeltungsmaßregeln gegen die Verletzung internationaler Privatverträge durch die Feinde: Bd. 319, Nr. 491.
Schriftliche Antwort: Bd. 308, Nr. 575.

Nr. 71. Carstens, Dr. Blunck, betr. Schaffung einer Zentralstelle für den Außenhandel: Bd. 319, Nr. 497.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2279D. — Beantwortet.

Nr. 72. Dr. Müller (Meiningen), betr. Befreiung von der Warenumsatzsteuer bei Lieferungen nach dem Auslande: Bd. 319, Nr. 498.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 512.

Nr. 73. Behrens, Prinz zu Schoenaich-Carolath, Dr. Faßbender, Dr. Haas (Baden), Schulz (Erfurt), betr. Feldbuchhandlungen: Bd. 319, Nr. 500.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 615.

Nr. 74. Dr. Stresemann, betr. Schädigung der deutschen Filmindustrie durch einen Auslandstrust: Bd. 319, Nr. 505.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 516.

Nr. 75. Ulrich, betr. Beschlagnahme der Ziegen-, Schaf- und Kalbfelle: Bd. 320, Nr. 510.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2280A. — Beantwortet.

Nr. 76. Bassermann, betr Entfernung des deutschen Gesandten aus dem neutralen Griechenland: Bd. 320, Nr. 511.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2280B. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 77. Dr. Matzinger, Frhr. v. Kerckerinck zur Borg, betr. Bahnversand von Kalisalzen an die Landwirte: Bd. 320, Nr. 513.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2281B. — Beantwortet.

Nr. 78. Mumm, betr. Konzessionspflicht der Lichtspielbühnen: Bd. 320, Nr. 517.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 578.

Nr. 79. Dr. Heckscher, Dr. Stresemann, Zimmermann, betr. Unterstützung der notleidenden Auslandsdeutschen: Bd. 320, Nr. 518.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 591.

Nr. 80. Bassermann, betr. dänisches Staatsbürgerrecht für die Staatenlosen: Bd. 320, Nr. 520.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2281D. — Beantwortet.

Nr. 81. Dr. Trendel, betr. Berufung eines Vertreters der bayerischen Landwirtschaft unter die Mitarbeiter des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft: Bd. 320, Nr. 521.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 587.

Nr. 82. Dr. Cohn (Nordhausen), betr. Schutzhaft des Schriftstellers Dr. Franz Mehring: Bd. 320, Nr. 522.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2282A. — Beantwortet.

Nr. 83. Dr. Trendel, betr. anteilmäßige Versorgung Bayerns mit Futtermitteln: Bd. 320, Nr. 523.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 581.

Nr. 84. Dr. Trendel, betr. anteilmäßige Versorgung Bayerns mit Oelen und Fetten: Bd. 320, Nr. 524.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 632.

Nr. 85. Dr. Trendel, betr. Störung der Obst- und Gemüseversorgung Bayerns durch die Reichsstelle für Obst und Gemüse: Bd. 320, Nr. 525.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 589.

Nr. 86. Dr. Trendel, betr. Zuweisung von Naßhefe an die Münchener Hefenverwertungsgesellschaft: Bd. 320, Nr. 526.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 582.

Nr. 87. Behrens, betr. Umwandlung von Nahrungsmitteln in alkoholische Genußmittel: Bd. 320, Nr. 527.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 586.

Nr. 88. Mumm, betr. Ausbau des Güteverfahrens: Bd. 320, Nr. 528.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 588.

Nr. 89. Dr. Trendel, betr. Preis für Sauerkraut: Bd. 320, Nr. 529.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 583.

Nr. 90. Simon, betr. Versorgungsgebührnisse für invalide Soldaten: Bd. 320, Nr. 530.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2283A. — Beantwortet.

Nr. 91. Buck, Schmidt (Meißen), Taubadel, betr. Versorgung mit Kohlen: Bd. 320, Nr. 531.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2283C. — Beantwortet.

Nr. 92. Stücklen, betr. Zurückziehung von bestimmten Mannschaften aus der vordersten Linie: Bd. 320, Nr. 537.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 604.

Nr. 93. Röser, Haehnle, betr. Auszahlung der Quartierentschädigungen in Elsaß-Lothringen: Bd. 320, Nr. 555.
Schriftliche Antwort Bd. 320, Nr. 580.

Nr. 94. Dr. Trendel, betr. sofortige Abnahme von schlachtreifem Vieh: Bd. 320, Nr. 556.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 592.

Nr. 95. Held, betr. Abnahme von nicht schlachtreifem Vieh bei Futtermangel: Bd. 320, Nr. 564.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 595.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 96. Dr. Doormann, Fegter, Hoff, Dr. Wendorff, betr. Ueberschreitung der Höchstpreise für Kohlrüben usw.: Bd. 320, Nr. 565.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 590.

Nr. 97. Dr. Doormann, Fegter, Hoff, Dr. Wendorff, betr. Verteilung der Kartoffelvorräte: Bd. 320, Nr. 566.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 584.

Nr. 98. Mumm, betr. Versorgung des Kreises Siegen mit Fetten, Kartoffeln usw.: Bd. 320, Nr. 579.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 594.

Nr. 99. Hubrich (Oberbarnim), Meyer (Herford), Nacken, betr. die Bezüge der nicht etatsmäßig angestellten mittleren, unteren und weiblichen Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung: Bd. 320, Nr. 585.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 608.

Nr. 100. Dr. Trendel, betr. anteilsmäßige Versorgung Bayerns mit Kalkstickstoff: Bd 320, N . 596.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 662.

Nr. 101. Dr. Trendel, betr. Verwertung der Tierkadaver im Reiche: Bd. 320, Nr. 597.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 649.

Nr. 102. Dr. Trendel, betr. Zurückzahlung von Gebühren durch die Kriegsgesellschaft für Weinobsteinkauf: Bd. 320, Nr. 598.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 601.

Nr. 103. Dr. Trendel, betr. Preis für Süßstoff: Bd. 320, Nr. 599.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 616.

Nr. 104. Mumm, betr. Abgabe von Zucker zur Weinbereitung: Bd. 320, Nr. 600.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 607.

Nr. 105. Held, betr. Beschlagnahme aller Futtermittel und Zuführung derselben an die Viehzüchter: Bd. 320, Nr. 602.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 610.

Nr. 106. Ickler, betr. Erweiterung des Rechtsweges bei der Festsetzung der Militärrenten: Bd. 320, Nr. 603.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 711.

Nr. 107. Dr. Müller (Meiningen), betr. Einführung der bedingten Verurteilung bei Vergehen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgesetze: Bd. 320, Nr. 605.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344 B. — Beantwortet.

Nr. 108. Sivkovich, betr. Salvarsanbehandlung, Statistik der Todesfälle und Schäden, Höchstdosis, Zwangsbehandlung: Bd. 320, Nr. 611.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344 B. — Zurückbezogen.

Nr. 109. Dr. Heckscher, betr. unabhängigen Nachrichtendienst zwischen Amerika und Deutschland: Bd. 320, Nr. 623.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 644.

Nr. 110. Stadthagen, betr. Untersagung von Reichstagswählerversammlungen: Bd. 320, Nr. 626.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344 C — Beantwortet.

Nr. 111. Dr. Herzfeld, betr. Verhängung der Briefsperre über politisch mißliebige Personen, auch über Abgeordnete: Bd. 320, Nr. 628.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344 D. — Beantwortet.

Nr. 112. Prinz zu Schoenaich-Carolath, Dr. Böhme, Held, Ickler, betr. Kleiemangel in der Landwirtschaft trotz erheblicher Kleievorräte in einzelnen Provinzen: Bd. 320, Nr. 635.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2480. A. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 113. Graf v. Westarp, v. Boehn, Reck (Lyck) betr. Behandlung deutscher Gefangener durch die Feinde: Bd. 320, Nr. 638.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2480 B. — Beantwortet.

Nr. 114. Dr. Heckscher, Ahlhorn, Waldstein, betr. Behandlung der Marokko-Deutschen durch Frankreich: Bd. 320, Nr. 639.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2530 D. — Beantwortet.

Nr. 115. Dr. Heckscher, betr. Behandlung deutscher Kriegsgefangener in London: Bd. 320, Nr. 640.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2531 B. — Beantwortet.

Nr. 116 Dr. Werner (Gießen), betr. Teilnahme belgischer Arbeiter an deutschen Streikversammlungen Bd. 320, Nr. 642.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 757.

Nr. 117. Dr. Werner (Gießen), betr. Untersuchungsstellen für Ersatzmittel: Bd. 320, Nr. 646.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 660.

Nr. 118. Dr. Werner (Gießen), betr. Preisfestsetzung für den Kleinhandel: Bd. 320, Nr. 647.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 724.

Nr. 119. Dr. Werner (Gießen), betr. Aufschichten von Leichen deutscher Gefangener in gefrorenem Zustande im Gefangenenlager zu Totzki: Bd. 320, Nr. 648.
Schrifliche Antwort: Bd. 320, Nr. 693.

Nr. 120. Dr. Arendt, Freiherr v. Gamp-Massaunen, betr. Schutz der Hypothekenschuldner gegen Zwangsversteigerungen wegen rückständiger Steuern: Bd. 320, Nr. 652.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 748.

Nr. 121. Dr. Roesicke, v. Boehn, Malkewitz, Schiele, betr. Ausschaltung des angesessenen Handels und Gewerbes bei der Versorgungsregelung: Bd. 320 Nr. 653.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2531 C. — Beantwortet.

Nr. 122. Bassermann, Dr. Stresemann, betr. Beschlagnahme des Vermögens Fahnenflüchtiger: Bd. 320, Nr. 681.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2651 D. — Beantwortet.

Nr. 123. Dr. Werner (Gießen), betr. Bezahlung der Kriegsgefangenen in Handwerksbetrieben: Bd. 320, Nr. 692.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 884.

Nr. 124. Dr. van Calker, Frommer, Dr. Hitze, Krätzig, Marquart, D. Mumm, Dr. Quarck, Dr. Struwe, betr. Einführung einer Anmeldepflicht geschlechtskranker Militärpersonen an die Landesversicherungsanstalten: Bd. 320, Nr. 706.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2746 A. — Beantwortet.
Siehe auch Bd. 321, Nr. 912 S. 32.

Nr. 125. Gunßer, betr. Versorgung der Weingärtner mit Kupfervitriol: Bd. 320, Nr. 707.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2746 D. — Beantwortet.

Nr. 126. Gebhart, Koßmann, betr. Entschädigung von Hand- und Spanndiensten für das Heer: Bd. 321, Nr. 719.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 853.

Nr. 127. Herzog, betr. Haltung und Arbeitswilligkeit von Kriegsgefangenen: Bd. 321, Nr. 727.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 758.

Nr. 128. Dr. Trendel, betr. Lieferpflicht preußischer Regierungsbezirke für Gerste: Bd. 321, Nr. 751.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 764.

Nr. 129. Dr. Heckscher, betr. Attentatsversuche feindlicher Gefangener zur Erzeugung von Seuchen: Bd. 321, Nr. 752.
Bd. 309, 97. Sitz. S. 2937. D. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 130. Dr. Neumann-Hofer, betr. Ausgleich der Lebensmittelmengen für den Fremdenverkehr: Bd. 321, Nr. 756.
Bd. 309, 97. Sitz. S. 2938 B. — Beantwortet.

Nr. 131. Hoch, betr. Unterstützung von Kriegerfrauen Bd. 321, Nr. 761.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3020 B. — Beantwortet.

Nr. 132. Hoch, betr. Heraufsetzung der Ladenschlußzeit von 7 auf 8 Uhr: Bd. 321, Nr. 762.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3020 C. — Beantwortet.

Nr. 133. Dr. Trendel, betr. Wucher mit Dörrobst und Fruchtsäften: Bd. 321, Nr. 763.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 864.

Nr. 134. D. Mumm, betr. Errichtung von Wohnheimstätten und Wirtschaftsheimstätten: Bd. 321, Nr. 768.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3020 D. — Beantwortet.

Nr. 135. Rühle, betr. Verhaftung polnischer Sozialisten: Bd. 321, Nr. 769.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3021 C. — Zurückgestellt. — Wiederholt: Anfrage Nr. 149, Bd. 321, Nr. 816.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3382 D. — Beantwortet.

Nr. 136. Kunert, betr. Einstellung von Belgiern in das Heer: Bd. 321, Nr. 770.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3021 D. — Zurückgestellt.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3144 D. — Beantwortet.

Nr. 137. Liesching, betr. Preiserhöhungen der Kohle über den Betrag der am 1. August 1917 in Kraft tretenden Steuer: Bd. 321, Nr. 777.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3145 B. — Schriftliche Antwort zugesagt.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 883.

Nr. 138. Pauly, betr. Höchstpreise für Eichenrinde zu Gerbzwecken: Bd. 321, Nr. 778.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 852.

Nr. 139. Dr. Stresemann, Dr. Junck, betr. Kohlenversorgung im Königreich Sachsen: Bd. 321, Nr. 782.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3145 C. — Beantwortet.

Nr. 140. Astor, betr. Vermehrung der Schafzucht und Wollproduktion: Bd. 321, Nr. 785.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3145 D. — Beantwortet.

Nr. 141. Dr. Trendel, betr. Kohlenversorgung in Bayern: Bd. 321, Nr. 786.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 828.

Nr. 142. Dr. Heckscher, betr. englische Verleumdung über Verwertung von Soldatenleichen zur Herstellung von Fetten: Bd. 321, Nr. 787.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3243 D. — Beantwortet.

Nr. 143. Freiherr v. Richthofen, betr. Verweigerung der Annahme deutscher Silberrupien in Ostafrika: Bd. 321, Nr. 796.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3244 B. — Beantwortet.

Nr. 144. Malkewitz, v. Graefe (Güstrow), Schiele, betr. Papiermangel bei den Berliner Zeitungen: Bd. 321, Nr. 802.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3244 D. — Beantwortet.

Nr. 145. Dr. Doormann, betr. Preisbeschränkungsordnungen und zulässigen Gewinn in der Textilindustrie und Ausbau der Schiedsgerichte: Bd. 321, Nr. 803.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 878.

Nr. 146. Kunert, betr. Ausmusterung fremder Staatsangehöriger: Bd. 321, Nr. 804.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3245 B. — Beantwortet.

Nr. 147. Dr. Trendel, Gebhart, betr. Abhilfe des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften: Bd. 321, Nr. 806. — Unerledigt.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 148. Vogtherr, betr. Verbot von Frauenversammlungen: Bd. 321, Nr. 810.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3382 B. — Beantwortet.

Nr. 149. Rühle, betr. Verhaftung polnischer Sozialisten: Bd. 321, Nr. 816.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3382 D. — Beantwortet.
Siehe Anfrage Bd. 316, Nr. 135: Bd. 321, Nr. 769.

Nr. 150. v. Czarlinski, v. Grabski, Seyda, v. Tramczynski, betr. Verschickung von Personen aus Polen nach Deutschland: Bd. 321, Nr. 817.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3383 B. — Beantwortet.

Nr. 151. Irl (Erding), Dr. Pfleger, Freiherr von und zu Frankenstein, betr. Abnahme von Rohhäuten zur Milderung des Ledermangels: Bd. 321, Nr. 821.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 825.

Nr. 152. Göhre, Dr. Jäger, betr. Zuführung von Baustoffen der Heeresverwaltung nach dem Kriege an den Wohnungs- und Siedlungsbau: Bd. 321, Nr. 825.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3383 C. — Beantwortet.
Siehe auch Drucksachen Bd. 324, Nr. 1492, S. 5.

Nr. 153. Baudert, betr. Beurlaubung von heerespflichtigen Landtagsabgeordneten: Bd. 321, Nr. 826.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3383 D. — Beantwortet.

Nr. 154. Sivkovich, betr. Instanzenweg bei Einfuhr von Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren: Bd. 321, Nr. 827.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384 A. — Beantwortet.

Nr. 155. Haase (Königsberg), betr. Verweigerung von Pässen an Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Reise nach Stockholm: Bd. 321, Nr. 850.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 879.

Nr. 156. Dr. Cohn (Nordhausen), betr. Wegschaffung der jüdischen Bevölkerung aus Jaffa: Bd. 321, Nr. 851.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 990.

Nr. 157. Astor, Irl (Erding), Krings (Neuwied), Bolz, betr. Höchstpreise für Schafwolle: Bd. 321, Nr. 858.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 880.

Nr. 158. Dr. Hegenscheidt, betr. die Lage der Gemeindeverbände infolge der Ausgaben für Familienunterstützung: Bd. 321, Nr. 859.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 931.

Nr. 159. Haase (Königsberg), betr. Paßverweigerung für das M. d. R. Bernstein zu einer Vortragsreise nach Budapest: Bd. 321, Nr. 860.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 988.

Nr. 160. Dr. Haegy, Dr. Schatz, Windeck, Thumann (Gebweiler), betr. Auszahlung der Gelder für Einquartierungen und Kriegsleistungen in Elsaß-Lothringen: Bd. 321, Nr. 861.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 906.

Nr. 161. Dr. Becker (Hessen), Astor, Dr. Dahlem (Montabaur), Gebhart, Hartrath, Dr. Paasche, Pauly, Richter, betr. Höchstpreise für Wein: Bd. 321, Nr. 863.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 920.

Nr. 162. D. Mumm, betr. Valutaspekulationen zum Schaden des Markkurses: Bd. 321, Nr. 882.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 922.

Nr. 163. Waldstein, betr. Begriff „Gegenstände des täglichen Bedarfs": Bd. 321, Nr. 886.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 926.

Nr. 164. Meerfeld, betr. Unterschriftensammlung für eine vorgedruckte Erklärung der „Kölnischen Volkszeitung" zugunsten eines „Hindenburgfriedens": Bd. 321, Nr. 887.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 930.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 165. Dr. Müller (Meiningen), betr. Internierung Deutscher in Liberia: Bd. 321, Nr. 888.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 958.

Nr. 166. Dittmann, betr. Verbot der Verbreitung zweier Artikel der „Leipziger Volkszeitung" als Flugblatt: Bd. 321, Nr. 890.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3506 A. — Beantwortet.

Nr. 167. Kuckhoff (Köln), betr. Regelung der Kohlenversorgung für den Winter 1917/18: Bd. 321, Nr. 891.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3506 C. — Beantwortet.

Nr. 168. Dr. Müller (Meiningen), betr. Verwendung verdorbenen Obstes zur Bereitung von Marmelade: Bd. 31, Nr. 892.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 921.

Nr. 169. Dove, betr. einheitliche Regelung des Verbrauchs elektrischer Kraft: Bd. 321, Nr. 893.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3506 D. — Beantwortet.

Nr. 170. Schiffer (Magdeburg), List (Eßlingen), betr. Einziehung unlauterer Kriegsgewinne: Bd. 321, Nr. 894.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3507 A. — Beantwortet.

Nr. 171. Göhre, Hüttmann, Jäckel, Silberschmidt, betr. Maßregeln zum Schutze der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes gegen planmäßige Mietssteigerungen: Bd. 321, Nr. 898.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3507 B. — Beantwortet.

Nr. 172. Windeck, betr. Liquidierungen und Zwangsenteignungen im Reichslande: Bd. 321, Nr. 899.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3560 C. — Beantwortet.

Nr. 173. Kunert, betr. Prüfung von Staatsangehörigkeitsverhältnissen zwecks Entlassung Staatenloser aus dem Heeresverbande: Bd. 321, Nr. 900.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3560 D. — Beantwortet.

Nr. 174. Dr. Quarck, Davidsohn, betr. Freigabe von Obst zur Weinbereitung: Bd. 321, Nr. 901.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3561 B. — Beantwortet.

Nr. 175. Ebert, betr. Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten: Bd. 321, Nr. 903.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3561 C. — Beantwortet.

Nr. 176. Irl (Erding), betr. Beschlagnahme der Stanzabfälle durch die Ersatz-Sohlenledergesellschaft: Bd. 321, Nr. 905.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 932.

Nr. 177. D. Mumm, betr. Umwandlung von Nahrungsmitteln in alkoholische Genußmittel: Bd. 321, Nr. 907.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3562 A. — Beantwortet.

Nr. 178. D. Mumm, betr. Ueberweisung von Zucker zur Weinbereitung: Bd. 321, Nr. 908.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3562 B. — Beantwortet.

Nr. 179. Davidsohn, betr. Verhältnisse auf dem deutschen Möbelmarkte: Bd. 321, Nr. 909.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3563 A. — Beantwortet.

Nr. 180. Vogtherr, betr. Verbot eines Flugblattes: Bd. 321, Nr. 911.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3563 C. — Beantwortet.

Nr. 181. Dr. Wirth, Freiherr von und zu Frankenstein, Fehrenbach, Dr. Zehnter, betr. Nichtabnahme von Gerbrinde: Bd. 321, Nr. 916.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 973.

Nr. 182. Rühle, betr. Schutzhaft der Frau Rosa Luxemburg: Bd. 321, Nr. 917.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1137.

Nr. 183. Held, betr. Weigerung von Viehhandelsverbänden Rinder zu den bis zum 30. Juni 1917 festgesetzten Preisen abzunehmen: Bd. 321, Nr. 918.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3563 D. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 184. Davidsohn, Landsberg, betr. öffentliche Bekanntmachung in Angelegenheiten der Geschäftsaufsicht: Bd. 321, Nr. 919.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 955.

Nr. 185. Bauer (Breslau), betr. schleunige Wahl von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen im vaterländischen Hilfsdienst: Bd. 321, Nr. 923.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3564 B. — Beantwortet.

Nr. 186. v. Trampczynski, Seyda, betr. zwangsweise Fortführung von Arbeitern durch das Oberkommando Ost: Bd. 321, Nr. 924.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3565 A. — Beantwortet.

Nr. 187 Ebert, betr. Verbot der Druckschrift: „Frieden der Verständigung. Reichstagsrede von Philipp Scheidemann" durch die Oberzensurstelle: Bd. 321, Nr. 925.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3565 B. — Beantwortet.

Nr. 188. Ledebour, betr. Verbot von Generalversammlungen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsstelle Berlin: Bd. 321, Nr. 934.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3602 C. — Beantwortet.
Vergl. S. 3609 B.

Nr. 189. Dittmann, betr. Verbot der Veröffentlichung des Manifestes über ein Friedensprogramm der Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokraten: Bd. 321, Nr. 935.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3603 A. — Beantwortet.

Nr. 190. Dr. Herzfeld, betr. Verhängung der Fürsorgeerziehung wegen politischer Gesinnung: Bd. 321, Nr. 936.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3603 B. — Beantwortet.

Nr. 191. Kunert, betr. Einziehung fremder Staatsangehöriger in das Heer: Bd. 321, Nr. 938.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3604 A. — Beantwortet.

Nr. 192. Vogtherr, betr. Einstellung von Marinemannschaften wegen ihrer Gesinnung in eine Arbeiterabteilung: Bd. 321, Nr. 939.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3607 C. — Beantwortet.

Nr. 193. Dr. Müller (Meiningen), betr. Vorbereitung der Jugend für den Militärdienst: Bd. 321, Nr. 940.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3608 A. — Beantwortet.

Nr. 194. Dittmann, betr. Verbot von Mitgliederversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Parteiorganisation: Bd. 321, Nr. 941.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3608 C. — Beantwortet.

Nr. 195. Henke, betr. Einziehung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Front: Bd. 321, Nr. 942.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609 A. — Beantwortet.

Nr. 196. Bauer (Breslau), betr. Verbot von Generalversammlungen des deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsstelle Berlin: Bd. 321, Nr. 943.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609 B. — Auf die Verlesung der Anfrage wird verzichtet.

Nr. 197. Dr. Stresemann, Dr. Stubmann, betr. Angriff auf deutsche Handelsschiffe auf niederländischem Gebiete durch englische Seestreitkräfte: Bd. 321, Nr. 944.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609 C. — Beantwortet.
Siehe auch Bd. 310, 119. Sitz. S. 3647 A.

Nr. 198. Dittmann, betr. Verbot jeglicher politischen Betätigung gegen einen Einwohner von Danzig: Bd. 321, Nr. 945.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3610 A. — Zusage schriftlicher Antwort. — Unerledigt.

Nr. 199. Vogtherr, betr. Vergeudung von Nahrungsmitteln zur Bierbereitung: Bd. 321, Nr. 946.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3610 B. — Beantwortet.

Anfragen kurze (Fortsetzung).

Nr 200. Bauer (Breslau), Davidsohn, Scheidemann, betr. Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger jüdischen Glaubens: Bd. 321, Nr. 948.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1022.

Nr. 201. Davidsohn, Schmidt (Berlin), betr. Erhöhung der Pfändungsgrenze auf 3000 M.: Bd. 321, Nr. 949.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 967.

Nr. 202. Hoch, betr. Verpflegungsgeld für Mannschaften, die in ihrer Familie essen: Bd. 321. Nr. 952.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 989.

Nr. 203. v. Graefe (Güstrow), betr. Verbot der Zeitschrift „Die Wirklichkeit": Bd. 321, Nr. 953.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 991.

Nr. 204. Dr. Paasche, betr. Lieferungspflicht von Naturalien an ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter: Bd. 321, Nr. 954.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 997.

Nr. 205. Dr. Heckscher, betr. Auszahlung der Reichswochenhilfe: Bd. 321, Nr. 956.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1027.

Nr. 206. Dr. Stresemann, betr. das geheime Abkommen vom Februar 1917 zwischen Frankreich und Rußland über Zusicherungen an Frankreich: Bd. 321, Nr. 957.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 975.

Nr. 207. Dr. Müller (Meiningen), betr. Auszahlung der Löhnung an deutsche Unteroffiziere und Mannschaften in Gefangenschaft: Bd. 321, Nr. 959.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1018.

Nr. 208. Dr. v. Schulze-Gaevernitz, betr. Ersatz der durch feindliche Flieger verursachten Schäden: Bd. 321, Nr. 960.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1029.

Nr. 209. Dr. v. Schulze-Gaevernitz, betr. Ausdehnung der Reichsstillbeihilfe: Bd. 321, Nr. 961.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 980.

Nr. 210. Dr. Heckscher, betr. Auszahlung von Kriegsunterstützung während der Zuständigkeitsstreitigkeiten der Lieferungsverbände: Bd. 321, Nr. 962.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 992.

Nr. 211. Dr. Werner (Gießen), betr. Entweichen von Kriegsgefangenen: Bd. 321, Nr. 963.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1155.

Nr. 212. Dr. Werner (Gießen), betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs eines Kriegswuchergesetzes: Bd. 321, Nr. 964. — Unerledigt.

Nr. 213. Dove, Liesching, betr. Vorzensur der „Frankfurter Zeitung": Bd. 321, Nr. 965.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1067.

Nr. 214. Stücklen, betr. Zahlung der Löhnung für kriegsgefangene Mannschaften an die Angehörigen und deren Bedürftigkeitsnachweis: Bd. 321, Nr. 968.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1046.

Nr. 215. Geck, betr. Beschränkung des Versammlungsrechts in Baden: Bd. 321, Nr. 969.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1069.

Nr. 216. Dr. Werner (Gießen), betr. Anmeldepflichtigkeit von Versammlungen: Bd. 321, Nr. 970.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1052.

Nr. 217. Dr. Werner (Gießen), betr. religiöse Anliegen der jüdischen Kriegsteilnehmer und jüdischen Kriegsgefangenen bei israelitischen Festen: Bd. 321, Nr. 971.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1134.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 218. Dr. Werner (Gießen), betr. Schächten der Schlachttiere: Bd. 321, Nr. 972.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1039.

Nr. 219. Wels, betr. Verbot öffentlicher politischer Versammlungen im Kreise Calau: Bd. 321, Nr. 974.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1068.

Nr. 220. Dr. Werner (Gießen), betr. Verderben von Lebensmitteln: Bd. 321, Nr. 976.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1136.

Nr. 221. Dr. Werner (Gießen), betr. Mängel der Kohlenversorgung: Bd. 321, Nr. 977.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1020.

Nr. 222. Dr. Werner (Gießen), betr. Druschprämien: Bd. 321, Nr. 978.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1019.

Nr. 223. Dr. Werner (Gießen), betr. Zuwanderung von Personen jüdischen Stammes: Bd. 321, Nr. 979.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1085.

Nr. 224. Jäckel, betr. polizeiliche Anmeldung von Besprechungen der Arbeiterausschüsse der Textilbetriebe und von Verhandlungen von Vertretern der Arbeiterorganisationen mit solchen der Unternehmerorganisationen in Schlesien: Bd. 321, Nr. 984.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1024.

Nr. 225. Davidsohn, betr. Verwendung von Honig zur Bierbereitung: Bd. 321, Nr. 981.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1049.

Nr. 226. Malkewitz, betr. Teilarbeiten an Heeresschuhzeug: Bd. 321, Nr. 982.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1021.

Nr. 227. Dr. Hegenscheidt, betr. Beschaffung von Düngemitteln: Bd. 321, Nr. 983.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1023.

Nr. 228. Davidsohn, betr. Wiedereinziehung kriegsbeschädigter Rentenempfänger zum Heeresdienst in der Heimat: Bd. 321, Nr. 985.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1158.

Nr. 229. Herzog, betr. Verhütung von Schäden bei der Sammlung von Korn aus dem Frühdrusch: Bd. 321, Nr. 986.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1019.

Nr. 230. Held, betr. Strafverfahren gegen Gemeinden wegen Ueberschreitung der Höchstpreise: Bd. 321, Nr. 987.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 998.

Nr. 231. Dr. Werner (Gießen), betr. Abteilung für jüdische Belange bei der Verwaltung Ober-Ost: Bd. 321, Nr. 993.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1145.

Nr. 232. Dr. Werner (Gießen), betr. Verzeichnis der Kriegswucherer durch die Preisprüfungsstelle: Bd. 321, Nr. 994.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1166.

Nr. 233. Siehr (Insterburg), betr. Oberverteilung der Hausbrandkohle: Bd. 321, Nr. 995.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1133.

Nr. 234. Peus, betr. Beförderung von Dissidenten zu Offizieren: Bd. 321, Nr. 996.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1178.

Nr. 235. Dr. Herzfeld, betr. Versammlungen zur Erörterung von Friedensbestrebungen: Bd. 321, Nr. 999.
Vergl. Anfrage Nr. 318: Bd. 322, Nr. 1187.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1196.

Nr. 236. Dr. Müller (Meiningen), betr. Versorgung der Bevölkerung mit Schuhmaterial: Bd. 321, Nr. 1000.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1083.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 237. Dr. Müller (Meiningen), betr. Versorgung des Volkes mit Obst: Bd. 321, Nr. 1001.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1053.

Nr. 238. Dr. Müller (Meiningen), betr. böswillige Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener nach Friedensschluß: Bd. 321, Nr. 1002.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1135.

Nr. 239. Dr. Werner (Gießen), betr. Maßnahmen zur Einschränkung des Gasverbrauchs: Bd. 321, Nr. 1003.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1092.

Nr. 240. Dr. Werner (Gießen), betr. die Höhe der Obstpreise: Bd. 321, Nr. 1004.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1054.

Nr. 241. Dr. Werner (Gießen), betr. Anordnungen der Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaften: Bd. 321, Nr. 1005.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1040.

Nr. 242. Dr. Müller (Meiningen), betr. Preise für Ersatz-Holzsohlen: Bd. 321, Nr. 1006.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1036.

Nr. 243. Dr. Werner (Gießen), betr. Verwendung deutscher Kohlen in der Schweiz für feindliche Munitionsherstellung: Bd. 321, Nr. 1007.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1066.

Nr. 244. Dr. Werner (Gießen), betr. konfessionelle Statistik bei den Kriegsgesellschaften: Bd. 321, Nr. 1008.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1037.

Nr. 245. Dr. Werner (Gießen), betr. das Verhalten jüdischer Beauftragter der Kriegsgesellschaften im neutralen Auslande: Bd. 321, Nr. 1009.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1038.

Nr. 246. Dr. Werner (Gießen), betr. Anbau von Oelsaaten: Bd. 321, Nr. 1010.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1028.

Nr. 247. Dr. Werner (Gießen), betr. Ausschreitungen der Berliner Börse: Bd. 321, Nr. 1011.
Schriftliche Antwart: Bd. 322, Nr. 1094.

Nr. 248. Dr. Werner (Gießen), betr. Schließung der bisherigen Reichsgrenzen gegen jüdische Zuwanderung: Bd. 321, Nr. 1012.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1153.

Nr. 249. Meyer (Herford), betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Gewährung von Beihilfen an Altpensionäre und Althinterbliebene: Bd. 321, Nr. 1013.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1047.

Nr. 250. Meyer (Herford), betr. Gewährung laufender Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen für Pensionäre und Hinterbliebene: Bd. 321, Nr. 1014.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1047.

Nr. 251. Meyer (Herford), betr. Zuschläge zu den Militärhinterbliebenenrenten für die Angehörigen der Mannschaften und zu den Militärrenten erwerbsunfähiger oder im Erwerbe stark beschränkter kriegsbeschädigter Mannschaften: Bd. 321, Nr. 1015.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1047.

Nr. 252. Dr. Werner (Gießen), betr. Ausschaltung von Wassermühlen: Bd. 321, Nr. 1016. — Unerledigt.

Nr. 253. Dove, betr. ausschließliches Verfügungsrecht der Heeresverwaltung über Erfindungen Hilfsdienstpflichtiger: Bd. 321, Nr. 1017.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1146.

Nr. 254. Dr. Werner (Gießen), betr. Stillegung von Oelmühlen: Bd. 321, Nr. 1031.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1093.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 255. Stahl, betr. Sachschäden durch die Explosion in Hennigsdorf und Maßnahmen gegen derartige Gefahren: Bd. 321, Nr. 1032.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3678C. — Beantwortet.

Nr. 256. Spiegel, betr. Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos Münster über Versendung von Druckschriften oder Vervielfältigungen: Bd. 321, Nr. 1033.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3678D. — Beantwortet.

Nr. 257. Dr. Werner (Gießen), betr. Schließung von Schönfärbereien und chemischen Waschanstalten wegen Kohlenmangel: Bd. 321, Nr. 1034.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1132.

Nr. 258. Kunert, betr. Verbote von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 321, Nr. 1035.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3679A. — Beantwortet.

Nr. 259. Vogtherr, betr. Stellungnahme des Evangelischen Oberkirchenrats zur Vermälzung von Gerste zu Bier: Bd. 321, Nr. 1041.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3679D. — Beantwortet.

Nr. 260. Dr. v. Schulze-Gaevernitz, betr. Behandlung deutscher Offiziere aus dem Auslande zurückkehrender und dabei in Gefangenschaft geratener Offiziere durch die Heeresverwaltung und die Familienunterstützung: Bd. 322, Nr. 1043.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1200.

Nr. 261. Held, Heck, betr. Schließung von Oelmühlen und Anbau von Oelfrüchten: Bd. 322, Nr. 1044.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3680C. — Beantwortet.

Nr. 262. Schmidt (Berlin), betr. Kartoffelpreise und Durchführung der Preisausgleichsverordnung: Bd. 322, Nr. 1045.
Schriftliche Antwort: Ad. 322, Nr. 1084.

Nr. 263. Bock, betr. Zuschüsse von Gemeinden zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer: Bd. 322, Nr. 1055.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3681C. — Beantwortet.

Nr. 264. Koßmann, betr. Kartoffelpreise und Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung: Bd. 322, Nr. 1056.
Schriftliche Antwort: Bd. 222, Nr. 1139.

Nr. 265. Dittmann, Vogtherr, betr. Nichtgenehmigung der Verteilung der Denkschrift „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele": Bd. 322, Nr. 1057.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3681D. — Beantwortet.
Vergl. Anfrage: Nr. 421, Bd. 324, Nr. 1472.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4900C.

Nr. 266. Dr. Quarck, betr. Erhöhung der Stellenvermittlungsgebühren: Bd. 322, Nr. 1058.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3682B. — Beantwortet.

Nr. 267. Spiegel, betr. Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos Münster über Veranlassung von Arbeitern zum Aufgeben ihrer Dienststelle: Bd. 322, Nr. 1059.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3682C. — Beantwortet.

Nr. 268. Kunert, betr. fadenziehendes Brot: Bd. 322, Nr. 1070.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1154.

Nr. 269. Albrecht, betr. Anfertigung von Friedensuniformen von zum Kriegsdienst eingezogenen Handwerkern: Bd. 322, Nr. 1071.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3764A. — Beantwortet.

Nr. 270. Waldstein, betr. Gefangennahme der Zivilbevölkerung von Tabora durch belgische Truppen, Ueberführung nach Frankreich und Schritte zu ihrer Befreiung: Bd. 322, Nr. 1072.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3764C. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 271. Dr. Stresemann, Zimmermann, Dr. Heckscher, betr. Entschädigung von Auslandsdeutschen: Bd. 322, Nr. 1073. — Unerledigt.

Nr. 272. Dr. Doormann, betr. verschiedene Bemessung des übermäßigen Gewinns bei Web-, Wirk- u. Strickwaren: Bd. 322, Nr. 1080.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1244.

Nr. 273. D. Mumm, betr. Verbesserung der Zuckerversorgung: Bd. 322, Nr. 1081.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3765A. — Beantwortet.

Nr. 274. Dr. Arendt, betr. Ersatzpflicht für Beschädigung privater Grundstücke und Gebäude durch Explosion von Munitionserzeugungsstätten: Bd. 322, Nr. 1082.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1275.

Nr. 275. Dittmann, betr. Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Reklamationsbefugnis: Bd. 322, Nr. 1095.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3765C. — Beantwortet.

Nr. 276. Dr. Hoppe, betr. Obstpreise im Kleinhandel: Bd. 322, Nr. 1096.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1138.

Nr. 277. Zubeil, betr. Schadenersatz für Beschädigte bei Explosionen und Sicherungsmaßregeln bei Errichtung von Munitionsbetrieben inmitten bewohnter Ortschaften: Bd. 322, Nr. 1097.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1197.

Nr. 278. Alpers, betr. Maßnahmen bei der Versendung von Obst: Bd. 322, Nr. 1098.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1141.

Nr. 279. Ledebour, betr. Verbot einer Generalversammlung der Ortsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Bd. 322, Nr. 1099.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3991B. — Beantwortet.

Nr. 280. Behrens, betr. Ueberschreitung der Höchstpreise durch die Stadtverwaltung Bonn: Bd. 322, Nr. 1100.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1171.

Nr. 281. Hubrich (Falkenberg), betr. Verderben von Flachs infolge Mängel an der Flachsrösterei: Bd. 322, Nr. 1101.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1160.

Nr. 282. Dr. Südekum, betr. den Verkauf der englischen Gasanstalt: Bd. 322, Nr. 1102.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1142.

Nr. 283. Dr. Böhme, Laser, betr. Verweigerung von Brennspiritus an landwirtschaftliche Betriebe unter 40 ha: Bd. 322, Nr. 1112.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1140.

Nr. 284. Keil, Stücklen, betr. Entschädigung für mitgebrachte Unterwäsche an Soldaten und Lieferung von Unterwäsche: Bd. 322, Nr. 1113.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1164.

Nr. 285. Dr. Neumann-Hofer, betr. Führung der Jugendwehr zu einer Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“: Bd. 322, Nr. 1114.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1202.

Nr. 286. Dr. Müller (Meiningen), betr. Geschäftsführung und Zweck des Königlich Preußischen Filmamts: Bd. 322, Nr. 1127.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1201.

Nr. 287. Dr. Müller (Meiningen), betr. Still- und Zusammenlegung von Fachzeitschriften-Betrieben: Bd. 322, Nr. 1128.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1159.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 288. Freiherr v. Gamp-Massaunen, betr. Belieferung der Landwirtschaft mit Düngemitteln: Bd. 322, Nr. 1129.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1204.

Nr. 289. Schiele, betr. Zurückziehung von Gefangenen aus der Landwirtschaft: Bd. 322, Nr. 1130.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1156.

Nr. 290. Dr. Jaeger, Dr. Marcour, Gerstenberger, betr. Notlage des Zeitungsgewerbes: Bd. 322, Nr. 1131.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1157.

Nr. 291. Held, betr. Zurückziehung von Gefangenen aus landwirtschaftlichen Betrieben: Bd. 322, Nr. 1143.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1156.

Nr. 292. Schulenburg, betr. Papierlieferung für religiöse Sonntagsblätter: Bd. 322, Nr. 1144.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1161.

Nr. 293. Dr. Heckscher, betr. Maßnahmen der deutschen Reichsregierung gegen einen französischen Justizmord (Holz und Carmeletsch): Bd. 322, Nr. 1147.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1266.

Nr. 294. Dr. Werner (Gießen), betr. Urlaubssperre: Bd. 322, Nr. 1148.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1222.

Nr. 295. Held, betr. Eingriffe der Reichsgetreidestelle in die Rechte der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände durch Zuweisung von Mehl statt Brotgetreide: Bd. 322, Nr. 1149.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1188.

Nr. 296. Dr. Stubmann, betr. Gehaltsverhältnisse der Privateisenbahnbeamten: Bd. 322, Nr. 1150.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1262.

Nr. 297. Keil, betr. Eisenbahnfahrpreise für Beurlaubte in Rüstungsbetrieben: Bd. 322, Nr. 1151.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1209.

Nr. 298 Kuckhoff (Cöln), betr. Aufhebung der behördlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln: Bd. 322, Nr. 1252.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1229.

Nr. 299. Schulz (Erfurt), betr. Schadenersatzpflicht durch die Post für Verlust oder Beschädigung von Privatsendungen an das Feldheer, die über Militär-(Sammel-)Paketämter gegangen sind: Bd. 322, Nr. 1162.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1235.

Nr. 300. Dr. Heckscher, betr. Beschäftigung deutscher Zivil- und Militärgefangenen auf Corsika in Sumpffiebergegenden: Bd. 322, Nr. 1165.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1233.

Nr. 301. D. Mumm, betr. gesetzliche Vorsorge für die Wiederaufnahme ihrer früheren beruflichen Tätigkeit seitens der aus dem Felde Zurückkehrenden: Bd. 322, Nr. 1167.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1261.

Nr. 302. Dr. Müller (Meiningen), betr. Ausdehnung der allgemeinen Urlaubssperre zu Weihnachten auf Verwundete und im Felde Erkrankte: Bd. 322, Nr. 1168.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1248.

Nr. 303. Dr. Müller (Meiningen), betr. Zurücksetzung des Zeug- und Feuerwerkoffizierkorps: Bd. 322, Nr. 1169.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1444.

Nr. 304. Dr. Müller (Meiningen), betr. Freilassung der in Frankreich zurückgehaltenen elsässischen Geiseln: Bd. 322, Nr. 1170. — Unerledigt.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 305. Dr. Rießer, betr. Beseitigung der Privatmonopole der Kriegsgesellschaften und Wiedereinführung des freien Handels: Bd. 322, Nr. 1172.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1220.

Nr. 306. Dr. Rießer, betr. Ausfuhrverbote für Lebensmittel in einzelnen Bundesstaaten und Landesteilen: Bd. 322, Nr. 1173.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1216.

Nr. 307. König, betr. Aufhebung eines Erlasses des stellvertretenden Generalkommandos zu München über weibliche Dienstpflicht im vaterländischen Hilfsdienst: Bd. 322, Nr. 1174.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3992 A. — Beantwortet.

Nr. 308. König, betr. Zurückhaltung von Obst und Gemüse zu Spekulationszwecken: Bd. 322. Nr. 1175.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1243.

Nr. 309. Fuchs, betr. Entziehung der Unterstützung der Familien elsaß-lothringischer in Rußland gefangener und nach Frankreich überführter Soldaten: Bd. 322, Nr. 1176.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1260.

Nr. 310. Fuchs, betr. Auszahlung der Vergütungen für die durch Armierungsanlagen verursachten Kriegsschäden: Bd. 322, Nr. 1177.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3992 D. — Beantwortet.

Nr. 311. D. Mumm, betr. Urlaubsbeschränkung wegen Kohlenmangel: Bd. 322, Nr. 1179.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1219.

Nr. 312. Dr. Rießer, betr. Schaffung einer Zentralstelle zur Vereinheitlichung der Stillegungen: Bd. 322, Nr. 1180.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1217.

Nr. 313. Kopsch, betr. Belassung des Kupferdachs auf der Privatkapelle des Zaren in Darmstadt: Bd. 322, Nr. 1181.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1246.

Nr. 314. Trimborn, Erzberger, betr. Verbot des Offizierduells: Bd. 322, Nr. 1182.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1357.

Nr. 315. Dr. Ablaß, betr. Austausch jüngerer Aerzte des Feldheeres zwischen Truppe, Lazarett, Etappe und Heimat: Bd. 322, Nr. 1183.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1253.

Nr. 316. Hauß, betr. Ueberlassung von Erzen aus der de Wendelschen Liquidation an den Stahlwerksverband: Bd. 322, Nr. 1185.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1221.

Nr. 317. Dittmann, betr. Mißbrauch des Hilfsdienstgesetzes zu politischer Maßregelung: Bd. 322, Nr. 1186. Wiederholt von Dr. Cohn (Nordhausen) unter Nr. 372: Bd. 323, Nr. 1355.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4396. — Beantwortet.

Nr. 318. Dr. Herzfeld, betr. Versammlungen zur Erörterung von Friedensbestrebungen: Nr. 1187. Vergl. Anfrage Nr. 235, Bd. 321, Nr. 999.
Schriftliche Antwort: Bd. 326, Nr. 1196.

Nr. 319. Freiherr v. Kerckering zur Borg, betr. Schutz und Erhaltung wertvoller Kunstdenkmäler in den besetzten Gebieten: Bd. 322, Nr. 1189.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1228, 1259.

Nr. 320. Scheidemann, Spiegel, betr. behördliche Agitation für den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie: Bd. 322. Nr. 1190.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1290.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 321. Vogtherr, betr. Verbote von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Stettin: Bd. 322. Nr. 1195.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3993 C. — Beantwortet.

Nr. 322. Leube, betr. übertriebene Beanspruchung der Fernleitungen durch Kriegsgesellschaften. Bd. 322, Nr. 1198.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3993 D. — Beantwortet.

Nr. 323. Dr. v. Schulze-Gaevernitz, betr. sofortigen Ersatz der durch feindliche Flieger verursachten Schäden: Bd. 322, Nr. 1203.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1223.

Nr. 324. Binder (Speyer), betr. Benachteiligung erwerbstätiger Männer durch Außerkraftsetzung des § 89 Ziff. 6 der Wehrordnung: Bd. 322, Nr. 1205.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1427.

Nr. 325. D. Mumm, betr. Ueberweisung von Gerste an Bierbrauereien: Bd. 322, Nr. 1206.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1267.

Nr. 326. Schmitt (Würzburg), betr. Beschleunigung des Verfahrens bei der Versicherung für Angestellte: Bd. 322, Nr. 1207.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1270.

Nr. 327. Dr. Heckscher, betr. Anregung der deutschen Regierung zu einer Mitteilung an die englische Regierung über den Frieden: Bd. 322, Nr. 1208.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1224.

Nr. 328. Keil, Meerfeld, betr. unterschiedliche Stellungnahme militärischer Behörden gegenüber dem Besuch von Versammlungen durch das Militär: Bd. 322, Nr. 1210.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1292.

Nr. 329. Dr. Heckscher, betr. unwirtschaftliche Versendung von Kartoffeln: Bd. 322, Nr. 1211.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1230.

Nr. 330. Stubbe, betr. Beitritt von Militärpersonen zur Deutschen Vaterlandspartei und den Begriff „politischer Verein": Bd. 322, Nr. 1215.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1296.

Nr. 331. Dr. Trendel, betr. die deutsch-österreichischen Besprechungen über die zukünftige Handelspolitik zwischen beiden Reichen: Bd. 322, Nr. 1218.
Schriftliche Antwort: Bd. 322. Nr. 1239.

Nr. 332. Dr. Wirth, betr. Vorentschädigung für Fliegerschäden: Bd. 322, Nr. 1225.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1452.

Nr. 333. Körsten, betr. Abweisung einer Klage auf Schadenersatz wegen verweigerten Abkehrscheins vor dem Gewerbegericht wegen Unzuständigkeit: Bd. 322, Nr. 1226.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1324.

Nr. 334. Silberschmidt, betr. Benutzung von Dach- und Kelleräumen zu Wohnzwecken: Bd. 322, Nr. 1227.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1271.

Nr. 335. Haehnle, betr. Folgeerscheinungen bei Weiterversicherung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschiedener Mitglieder bei Krankenkassen: Bd. 322. Nr. 1232.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3994 B. — Beantwortet.

Nr. 336. Dr. Stubmann, betr. Erhöhung der Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallrenten zu Lasten der Kriegsfonds für 1917 und 1918: Bd. 322, Nr. 1234.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1252.

Nr. 337. Hanssen, betr. Zensur der inländischen dänischen Presse in Nordschleswig: Bd. 322. Nr. 1236.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3994 D. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 338. Stücklen, betr. einen Armeebefehl, der den Mannschaften den Verkehr mit Abgeordneten verbietet: Bd. 322, Nr. 1237.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1283.

Nr. 339. Stücklen, betr. Zulassung von in der Schweiz internierten deutschen Volksschullehrern auf Hochschulen: Bd. 322, Nr. 1238.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1378.

Nr. 340. Ickler, betr. Zuteilung von Großviehhäuten an Gerbereien und Lederfabriken: Bd. 322, Nr. 1240.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1286.

Nr. 341. Haas (Baden), D. Naumann (Waldeck), Dr. Neumann-Hofer, Dr. Struve, betr. Errichtung von Kriegerheimstätten: Bd. 322, Nr. 1241.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1289.

Nr. 342. Dr. Wirth, betr. Mehrpreise für Zuckerzuweisungen an weinbautreibende Kommunalverbände: Bd. 322, Nr. 1242.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1256.

Nr. 343. Dr. Gugelmeier, betr. Ausdehnung der Standortserklärung auf alle im Etappen- und Festungsbereich liegenden Gemeinden zwecks Regelung der Servisvergütung: Bd. 322, Nr. 1245.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1603.

Nr. 344. Dr. Heckscher, betr. Einmischung des halbamtlichen „Wiener Fremdenblattes" in deutsche Angelegenheiten: Bd. 322, Nr. 1247.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1254.

Nr. 345. Koßmann, Gebhart, betr. Ersatz für Hochwasserschäden an Lebensmitteln, Saatgut und Ackerflächen: Bd. 322, Nr. 1255.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3995 A. — Beantwortet.

Nr. 346. Weinhausen, betr. Nichteinstellung entlassener Werftarbeiter bei anderen Werften: Bd. 322, Nr. 1257.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1530.

Nr. 347. Dr. Werner (Gießen), betr. Verteilung von Freistücken der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung": Bd. 322, Nr. 1258.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1453.

Nr. 348. Astor, betr. Erhöhung des Entschädigungssatzes bei der Reichspost: Bd. 323, Nr. 1265.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1999.

Nr. 349. Stubbendorff, betr. Behandlung deutscher Gefangener in Rumänien: Bd. 323, Nr. 1268.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1370.

Nr. 350. Dr. Werner (Gießen), betr. Lebensmittelschiebungen und Streikhetzereien feindlicher Ausländer jüdischen Stammes: Bd. 323, Nr. 1272.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1454.

Nr. 351. Dr. Werner (Gießen), betr. Bewachung der Großmühlen gegen Brandstiftung: Bd. 323, Nr. 1273.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1430.

Nr. 352. Sivkovich, betr. geheime Konkurrenzklausel der Berliner Metallindustrie gegen die Industrieangestellten: Bd. 323, Nr. 1274.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3995 C. — Beantwortet.

Nr. 353. Dr. Herzfeld, betr. Verhängung von Schutzhaft über von den Kriegsgerichten freigesprochene Streikende: Bd. 323, Nr. 1284.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3995 D. — Beantwortet.

Nr. 354. Meerfeld, betr. verschiedene Maßnahmen des Gouverneurs der Festung Cöln: Bd. 323, Nr. 1285.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996 B. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 355. Allpers, betr. Verlegung des Sitzes des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte nach einer der Freien und Hansestädte: Bd. 323, Nr. 1297.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4150 A. — Beantwortet.

Nr. 356. Dr. Bärwinkel, betr. die Forderungen eidesstattlicher Versicherungen bei Erhebungen durch Kriegsämter: Bd. 323, Nr. 1298. Ergänzung: Nr. 1325.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1619.

Nr. 357. Kopsch, betr. unterschiedliche Behandlung der Ansprüche des Krankenpflegepersonals bei Dienstbeschädigungen: Bd. 323, Nr. 1299.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1525.

Nr. 358. Kopsch, betr. Austausch der Sanitätsoffiziere zwischen Truppe und den in der Etappe Heimat bestehenden Lazaretten: Bd. 323, Nr. 1300.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1447.

Nr. 359. Dr. Heckscher, betr. Behandlung deutscher Zivilgefangener in Konzentrationslagern Englands: Bd. 323, Nr. 1302.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4150 C. — Beantwortet.

Nr. 360, Bartschat, Siehr (Insterburg), betr. Ausführungsbestimmungen für Beförderung von Gütern zur See zwischen Nord- und Ostseehäfen zum Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs: Bd. 323, Nr. 1303.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4151 B. — Beantwortet.

Nr. 361. Geyer, Ryssel, betr. Bemerkung des Staatssekretärs Dr. von Kühlmann, in Deutschland bestände keine Vorzensur: Bd. 323, Nr. 1307.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4152 A. — Beantwortet.

Nr. 362. Fuchs, Davidsohn, betr. Löhnung für Kriegsgefangene oder -vermißte: Bd. 323, Nr. 1309.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4277 C. — Beantwortet.

Nr. 363. Dr. Quarck, betr. Kohlennot in Süddeutschland: Bd. 323, Nr. 1326.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4314 D. — Beantwortet.

Nr. 364. Geyer, betr. Anordnung der Presseabteilung beim Oberkommando in den Marken, Belegexemplare von Zeitschriften vor der Ausgabe einzureichen: Bd. 323, Nr. 1327.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4315 C. — Beantwortet.

Nr. 365. Schulz (Erfurt), betr. Kohlenversorgung der Konsum-Genossenschaft Berlin zur Aufrechterhaltung des Bäckereibetriebes: Bd. 323, Nr. 1328.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1354.

Nr. 366. Scheef, betr. Belassung selbsterzeugter Gerste als Brotgetreide: Bd. 323, Nr. 1329.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4316 A. — Beantwortet.

Nr. 367. Uhlig, betr. Anordnung der Reichsbekleidungsstelle über Bewilligung von Zuschlägen zu Notstandskleidungen: Bd. 323, Nr. 1349.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4316 B. — Beantwortet.

Nr. 368. Hartrath, Astor, Dr. Werr, betr. Fliegerangriffe auf offene deutsche Städte: Bd. 323, Nr. 1350.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1520.

Nr. 369. Taubadel, betr. Heranziehung jugendlicher männlicher Personen von 15—17 Jahren zum Vaterländischen Hilfsdienst: Bd. 323, Nr. 1351.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4317 A. — Beantwortet.

Nr. 370. Kleye, betr. Preise für ausgehobene Pferde in Braunschweig: Bd. 323, Nr. 1352.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4317 C. — Beantwortet.

Nr. 371. v. Graefe, betr. Verhalten der dänischen Regierung gegenüber dem deutschen Prisenschiff „Igotz Mendi": Bd. 323, Nr. 1353.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4317 D. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 372. Dr. Cohn (Nordhausen), betr. Mißbrauch des Hilfsdienstgesetzes zu politischen Maßnahmen: Bd. 323, Nr. 1355. — Vergl. Anfrage Dittmann Nr. 317, Bd. 322, Nr. 1186.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4396 C. — Beantwortet.

Nr. 373. Stahl, betr. Mietsforderungen für Benutzung von Gemeindeschulen in Spandau als Wohnungen für Munitionsarbeiterinnen: Bd. 323, Nr. 1358.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4397 B. — Beantwortet.

Nr. 374. Fischer (Berlin), betr. Aenderung der Schießvorschriften bei militärischen Gefangenentransporten in Berlin: Bd. 323, Nr. 1359.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4397 D. — Beantwortet.

Nr. 375. Ebert, Molkenbuhr, Scheidemann, betr. Auslegung des Begriffs „übermäßigen Gewinns" in der Rechtsprechung: Bd. 323, Nr. 1360.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4398 B. — Beantwortet.

Nr. 376. Vogtherr, betr. Handhabung der Zensur gegenüber Erörterungen über Kriegs- und Friedensziele durch die „Bergische Arbeiterstimme": Bd. 323, Nr. 1368.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4398 C. — Beantwortet.

Nr. 377. Kunert, betr. Verbot des Versandes des „Volksblattes für Halle-Saalkreis" an Frontsoldaten durch das Magdeburger Generalkommando: Bd. 323, Nr. 1369.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4398 D. — Beantwortet.

Nr. 378. Kunert, betr. Berechtigung der Militärpolizeistellen zu Auskunftsforderungen bei Postbehörden über Brief-, Telegramm- und Telephonverkehr: Bd. 323. Nr. 1371.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4399 B. — Beantwortet.

Nr. 379. Dr. Müller (Meiningen), Kopsch, betr. Postverkehr mit den deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien und Vorbereitungen zu ihrer Heimkehr: Bd. 323, Nr. 1372.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4399 D. — Beantwortet.

Nr. 380. Badert, betr. Strafen bei Nichteinschränkung des Gasverbrauchs: Bd. 323, Nr. 1373.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4400 B. — Beantwortet.

Nr. 381. Hierl (Ansbach), betr. Erhöhung der Gefangenenlöhnung auf die neuen Sätze für ihre Angehörigen: Bd. 323, Nr. 1374.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4401 B. — Beantwortet.

Nr. 382. Dr. Müller (Meiningen), betr. Druck auf Landsturmleute behufs Zurückhaltung im Dienst nach der Demobilmachung: Bd. 323, Nr. 1375.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4448 D. — Beantwortet.

Nr. 383. Keinath, betr. Neuorganisation des wirtschaftlichen Auslandsnachrichtendienstes: Bd. 323, Nr. 1377.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4449 C. — Beantwortet.

Nr. 384. Krätzig, betr. Zensurverfügung der Reichsbekleidungsstelle: Bd. 323. Nr. 1379.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4450 A. — Beantwortet.

Nr. 385. Dr. Heckscher, betr. Behandlung Zivilgefangener durch England in Indien: Bd. 323, Nr. 1380.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4450 B. — Beantwortet.

Nr. 386. Dr. Heckscher, betr. Postverkehr mit Kolonialdeutschen: Bd. 323, Nr. 1381.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451 A. — Zurückgestellt.
145. Sitz. S. 4523 A. — Zurückgestellt.
146. Sitz. S. 4575 C. — Zurückgestellt.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1606.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 387. Freiherr v. Richthofen, Dr. Paasche, betr. Paßschwierigkeiten im Reiseverkehr nach Oesterreich-Ungarn: Bd. 323, Nr. 1382.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451 A. — Beantwortet.

Nr. 388. Dr. Heckscher, betr. vertrauliche Mitteilung eines Schweizer Bundesrats an den italienischen Gesandten: Bd. 323, Nr. 1383.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451 C. — Verbessert und beantwortet.

Nr. 389. Dr. Stubmann, betr. Beschlagnahme deutscher Kanalschiffe in Frankreich: Bd. 323, Nr. 1389.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451 D. — Zurückgestellt.

Nr. 390. Behrens, Bruhn, Dr. Burckhardt, Herzog, D. Mumm, Rupp (Marburg), Schiele, Schulenburg, Dr. Werner (Gießen), Werner (Hersfeld), Graf v. Westarp, betr. Papierbeschränkung für religiöse Sonntagsblätter: Bd. 323, Nr. 1390.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1495.

Nr. 391. Erzberger, Dr. Faßbender, Dr. Jaeger, betr. Steigerung der Wohnungsmieten: Bd. 323, Nr. 1391.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4452 A. — Beantwortet.

Nr. 392. Kunert, betr. reichsgesetzliche Regelung des Theaterwesens: Bd. 323, Nr. 1392.
Bd 311, 143. Sitz. S. 4452 C. — Beantwortet.

Nr. 393. Dr. Stubmann, betr. Preise der beschlagnahmten Sparmetalle: Bd. 323, Nr. 1393.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4453 A. — Beantwortet.

Nr. 394. Schweickhardt, Gunßer, Dr. Doormann, betr. Entweichen der französischen Flieger Garros und Marschall aus deutscher Gefangenschaft: Bd. 324, Nr. 1397.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523 A. — Beantwortet.

Nr. 395. Büchner, betr. Briefsperre gegen den Abgeordneten Büchner: Bd. 324, Nr. 1398.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523 B. — Beantwortet.

Nr. 396. Dr. Müller (Meiningen), betr. sofortige Entlassung der älteren Landsturmleute: Bd. 324, Nr. 1399.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523 D. — Beantwortet.

Nr. 397. Dr. Werner (Gießen), betr. Verteilung der Lederabfälle: Bd. 324, Nr. 1405.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1440.

Nr. 398. Ryssel, Geyer, betr. ungleichmäßige Behandlung der Tageszeitungen durch das Leipziger Garnisonkommando: Bd. 324, Nr. 1406.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4524 A. — Zurückgestellt.
Wiederholt Nr. 1497, Bd. 324, Nr. 1497.

Nr. 399. Dr. Herzfeld, betr. Verbot von öffentlichen und Mitgliederversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie in Braunschweig: Bd. 324, Nr. 1407.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4524 B. — Beantwortet.

Nr. 400. Raute, betr. Belieferung der Kleinfabrikanten und Kleinmengenverkäufer mit Rohtabak: Bd. 324, Nr. 1408.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4575 C. — Beantwortet.

Nr. 401. Fegter u. Gen., betr. Entschädigung für Erwerbsverluste durch Sperrung der Nordseebäder: Bd. 324, Nr. 1409.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4576 B. — Beantwortet.

Nr. 402. Graf v. Westarp u. Gen., betr. Mangel an menschlichen und tierischen Arbeitskräften: Bd. 324, Nr. 1410.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4576 D. — Beantwortet.

Nr. 403. Geck, betr. Einstellung von Fliegerangriffen auf offene Städte: Bd. 324, Nr. 1411.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578 A. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 404. Hauß, Dr. Schatz, betr. den Kinofilm „Der Antiquar von Straßburg": Bd. 324, Nr. 1412.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578B. — Beantwortet.

Nr. 405. Bartling, betr. Beschlagnahme freihändig verkauften Weines durch das Kriegswucheramt: Bd. 324, Nr. 1413.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1526.

Nr. 406. v. Graefe, betr. Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Rumänien: Bd, 324, Nr. 1414.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578C. — Abgesetzt.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4730C. — Abgesetzt.
154. Sitz. S. 4831A. — Abgesetzt.
157. Sitz. S. 4900A. — Beantwortet.

Nr. 407. Greber (Coblenz), betr. reichsgesetzliche Regelung des Ersatzes für Fliegerschäden: Bd. 324, Nr. 1415.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578C. — Beantwortet.

Nr. 408. Landsberg, Schulz (Erfurt), betr. einheitliche Regelung des Reifezeugnisses für Kriegsprimaner in Nord- und Süddeutschland: Bd. 324, Nr. 1419.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4579A. — Beantwortet.

Nr. 409. Kunert, betr. Schließung der Bordelle im Etappen- und Operationsgebiet: Bd. 324, Nr. 1428.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4580A. — Beantwortet.

Nr. 410. Dr. Heckscher, betr. Gerichtsverfahren in Bombay gegen deutsche gefangene Seeleute vom Hilfskreuzer „Adolf": Bd. 324, Nr. 1429.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1628.

Nr. 411. D. Mumm, betr. Schwerarbeiterzulagen in Getreide für landwirtschaftliche Arbeiter: Bd. 324, Nr. 1431.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1451.

Nr. 412. Held, betr. strafrechtliche Verfolgung des Fürsten Lichnowsky wegen seiner Denkschrift „Meine Londoner Mission 1912—1914": Bd. 324, Nr. 1432.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1442.

Nr. 413. Leube, betr. weitere Bildungen von Kriegsgesellschaften und Abbau nach dem Kriege zugunsten des freien Verkehrs: Bd. 324, Nr. 1441.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4730C. — Beantwortet.

Nr. 414. Hoff, betr. Belieferuug der Landwirte mit stickstoffhaltigen Düngemitteln: Bd. 324, Nr. 1443.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4730D. — Beantwortet.

Nr. 415. Duffner, betr. Abgabe von Gegenständen des täglichen Bedarfs aus Heeresbeständen bei der Demobilmachung ohne Zwischenhandel: Bd. 324, Nr. 1445.
Unerledigt.

Nr. 416. Duffner, betr. Abgabe von bei der Demobilmachung frei werdenden Personen- und Lastkraftwagen unter Ausschaltung des Zwischenhandels und Preisstellung: Bd. 324, Nr. 1446. — Unerledigt.

Nr. 417. Arnstadt, betr. Sommerzeit auf dem Lande: Bd. 324, Nr. 1449.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1604.

Nr. 418. Schwarze (Lippstadt), betr. Preissteigerungen für Holz und Wein: Bd. 324, Nr. 1450.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1664.

Nr. 419. Noske, betr. Verbot der Veröffentlichung eines Falles von Steuerhinterziehung: Bd. 324, Nr. 1470.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4731C. — Beantwortet.

Nr. 420. Duffner, betr. Wahrung der Interessen deutscher Gläubiger in Rußland gegenüber den Verlusten durch den niedrigen Rubelkurs: Bd. 324, Nr. 1471.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1890.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 421. Dr. Herzfeld, betr. Verbot der wortgetreuen Veröffentlichung von Reichstagsverhandlungen: Bd. 324, Nr. 1472.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4731D. — Abgesetzt.
157. Sitz. S. 4900C. — Beantwortet.
Vergl. Anfrage: Nr. 265, Bd. 322, Nr. 1057.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3681D.

Nr. 422. D. Mumm, betr. Beschlagnahme von Kupfergeräten: Bd. 324, Nr. 1476.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4731D. — Beantwortet.

Nr. 423. Weinhausen, betr. Zurückbehaltung freiwillig eingetretener noch nicht zwanzigjähriger Kriegsteilnehmer nach der Demobilmachung: Bd. 324, Nr. 1479.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732A. — Beantwortet.

Nr. 424. Weinhausen, betr. militärische Zensur von Reden in politischen Versammlungen: Bd. 324, Nr. 1480.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732C. — Beantwortet.

Nr. 425. Weilnböck, Rupp (Baden), Gebhart, betr. Ablieferung kupferner Brennapparate von landwirtschaftlichen Brennereien: Bd. 324, Nr. 1483.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4831A. — Beantwortet.

Nr. 426. Weilnböck, Gebhart, betr. Mangel an Arbeitskleidern in der Landwirtschaft: Bd. 324, Nr. 1484.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4831B. — Beantwortet.

Nr. 427. Gothein, Heyn (Stralsund), Sivkovich, Dr. Wendorff, betr. Beschränkung des Fremdenverkehrs in den Ostseebädern: Bd. 324, Nr. 1485.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4831C. — Beantwortet.

Nr. 428. Wissell, betr. kommunale Einigungsämter zum Schutze der Mieter: Bd. 324, Nr. 1486.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832A. — Beantwortet.

Nr. 429. Dr. Müller (Meiningen), betr. Einschränkung des Fremdenverkehrs durch Bundesratsverordnung: Bd. 324, Nr. 1489.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1518.

Nr. 430. Landsberg, betr. Gebrauch von Schußwaffen beim Transport festgenommener Militärpersonen: Bd. 324, Nr. 1494.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832C. — Beantwortet.

Nr. 431. Dr. Müller (Meiningen), Dr. Haas (Baden), Gothein, betr. Ernennung von Berufsunteroffizieren zu Offiziers-Aspiranten: Bd. 324, Nr. 1496.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1607.
S. auch Anfrage: Nr. 546.

Nr. 432. Geyer, Nyssel, betr. ungleichmäßige Behandlung der Tageszeitungen durch das Leipziger Generalkommando: Bd. 324, Nr. 1497.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4900D. — Beantwortet.

Nr. 433. Waldstein, Dr. Struve, betr. Mangel an Fuhrwerk für Aerzte auf dem Lande, Freigabe von Gummireifen: Bd. 324, Nr. 1500.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901B. — Beantwortet.

Nr. 434. Dr. Ablaß, betr. Einschränkung des Fremdenverkehrs durch Bundesratsverordnung: Bd. 324, Nr. 1501.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901C. — Nicht verlesen.

Nr. 435. Vogt (Hall), betr. Gefahr der Verräudung der Pferde- und Viehbestände: Bd. 324, Nr. 1517.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901C. — Beantwortet.

Nr. 436. Dr. Heckscher, betr. Verwendung von Dumdum-Geschossen durch Engländer: Bd. 324, Nr. 1519.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901D. — Beantwortet.

Nr. 437. Wendel, Ebert, betr. Verbot der „Wiener Arbeiterzeitung" in Deutschland: Bd. 324, Nr. 1521.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4988B. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 438. Emmel, betr. Oberzensurstelle und „Mülhauser Volkszeitung": Bd. 324, Nr. 1527.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4988C. — Beantwortet.

Nr. 439. Ewald, betr. Verwendung von Ueberschüssen der Kriegswirtschaftsstelle Zauch-Belzig zum Ankauf der Burg Eisenhardt: Bd. 324, Nr. 1528.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4989B. — Beantwortet.

Nr. 440. Dr. Müller (Meiningen), Dr. Neumann-Hofer, betr. Entlassung auch der Freiwilligen des Jahrgangs 1869: Bd. 324, Nr. 1529.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4989A. — Beantwortet.

Nr. 441. Dr. Neumann-Hofer, betr. Genehmigungspflicht von Ersatzlebensmitteln und Industrie alkoholfreier Getränke: Bd. 324, Nr. 1531.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4989B. — Beantwortet.

Nr. 442. D. Mumm, betr. Verarbeitung von Zuckerrüben zu Branntwein: Bd. 324, Nr. 1571.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1599.

Nr. 443. Gunßer, betr. Versorgung der Gastwirte mit Lebensmitteln für Gäste: Bd. 324, Nr. 1572.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5048A. — Beantwortet.

Nr. 444. Dr. Neumann-Hofer, betr. alkoholfreie Getränke und Genehmigungspflicht von Ersatzlebensmitteln: Bd. 324, Nr. 1573.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5048C. — Beantwortet.

Nr. 445. Dr. Ablaß, betr. Einschränkuug des Fremdenverkehrs im schlesischen Gebirge: Bd. 324, Nr. 1574.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1598.

Nr. 446. Thumann (Gebweiler), betr. Rang- und Beförderungsverhältnisse der Militärapotheker: Bd. 324, Nr. 1575.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1891.

Nr. 447. Dr. Stresemann, betr. Englands Nichtübermittlung von Listen der Zivilinternierten: Bd. 324, Nr. 1576.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5048D. — Beantwortet.

Nr. 448. Dr. Müller (Meiningen), Dr. Struve, betr. wirtschaftliche Lage des Aerztestandes und Mangel an Aerzten: Bd. 324, Nr. 1577.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5049C. — Beantwortet.

Nr. 449. Keil, Meerfeld, betr. Aufträge des Kriegsministeriums für Ersatz-Türklinken: Bd. 324, Nr. 1578.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5049D. — Beantwortet.

Nr. 450. Gebhart, Rupp (Baden), betr. Bestrafungen von Geflügelhaltern wegen Nichtablieferung von Eiern, Urlaubsverweigerung: Bd. 324, Nr. 1579.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5132A. — Beantwortet.

Nr. 451. Dr. Bollert, betr. Heranziehung hanseatischer nach Preußen kommandierter Offiziere zur Gemeindeeinkommensteuer in Preußen: Bd. 324, Nr. 1580.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5132C. — Beantwortet.

Nr. 452. Dr. Gugelmeier, betr. bevorzugte Verpflegung englischer Kriegsgefangener in Bahnhofswirtschaften: Bd. 324, Nr. 1581.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1826.

Nr. 453. List (Eßlingen), betr. Versorgung der Städte mit Hausbrandkohle während der günstigen Verkehrszeit: Bd. 324, Nr. 1582.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5133B. — Beantwortet.

Nr. 454. Dr. Belzer, betr. Ablieferung von Blitzableitern: Bd. 324, Nr. 1583.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5133C. — Beantwortet.

Nr. 455. Pospiech, betr. Verfügung des Landrats zu Lublinitz, ihm die Zahl der Wähler in den Wählerlisten nach Konfessionen getrennt anzuzeigen: Bd. 324, Nr. 1587.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1736.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 456. Dr. Südekum, betr. Verkauf von Patenten und Erfahrungen gegen namhafte Lizenzen durch deutsche Waffen- und Munitionsfabriken an Amerika: Bd. 324, Nr. 1588.

Nr. 457. Peirotes, Böhle, Fuchs, betr. Urlaubssperre für Elsaß-Lothringer: Bd. 324, Nr. 1590.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 6165C. — Beantwortet.

Nr. 458. v. Trampczynski, betr. Zurückhaltung von früheren russischen Soldaten polnischer Nationalität nach Friedensschluß: Bd. 324, Nr. 1591.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5165D. — Zurückgestellt.

Nr. 459. Dr. Wirth, betr. Ersatz für Fliegerschäden: Bd. 324, Nr. 1592.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1605.

Nr. 460. Thumann (Gebweiler), Dr. Haegy, Windeck, betr. die Servissätze bei Einquartierung von Offizieren und Mannschaften in Elsaß-Lothringen: Bd. 324, Nr. 1593.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1643.

Nr. 461. Dr. Müller (Meiningen), betr. Dienstalter des Feuerwerksoffizierkorps im Vergleich mit dem des Heeres: Bd. 324, Nr. 1594.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1793.

Nr. 462. Graf v. Westarp, betr. die Wiener Reise des Abg. Erzberger im Auftrage des Auswärtigen Amts: Bd. 324, Nr. 1595.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5261D. — Beantwortet.

Nr. 463. Kuckhoff (Cöln), betr. feindliche Fliegerangriffe auf Cöln und internationale Abmachungen gegen Fliegerangriffe auf Zivilbevölkerung: Bd. 324, Nr. 1596.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5262C. — Beantwortet.

Nr. 464. Dove, betr. Ansprüche aus Erfindungen, die im Auftrage der Heeresverwaltung oder durch gemeinsame Arbeit mit ihr entstanden sind: Bd. 324, Nr. 1597.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1663.

Nr. 465. Dr. Heckscher, betr. Zustände in den englischen Gefangenenlagern: Bd. 324, Nr. 1601. — Unerledigt.

Nr. 476. Dr. Bell, betr. die Behandlung erkrankter deutscher Offiziere in England und Erfüllung des deutsch-englischen Austauschabkommens: Bd. 324, Nr. 1602. — Unerledigt.

Nr. 467. Schmitz, betr. Uebergehung der Handelsmälzereien bei der Gerstebelieferung: Bd. 324, Nr. 1608.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5263A. — Beantwortet.

Nr. 468. Dr. Ablaß, betr. Verwendung ersparter Mehlmengen im Kreise Hirschberg: Bd. 324, Nr. 1617.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1672.

Nr. 469. Dr. Müller (Meiningen), betr. Kriegs-Tabakmischung für das Heer: Bd. 324, Nr. 1618.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5373D. — Beantwortet.

Nr. 470. Brey, betr. Ersatz für beschlagnahmte Tür- und Fensterbeschläge unter Ausschaltung der Industriellen: Bd. 324, Nr. 1620.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5374D. — Beantwortet.

Nr. 471. Dr. Müller (Meiningen), betr. Lynchung eines Deutschen in Amerika: Bd. 324, Nr. 1621.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5375B. — Beantwortet.

Nr. 472. v. Trampczynski, betr. Zurückhaltung früherer russischer Soldaten polnischer Nationalität nach Friedensschluß: Bd. 324, Nr. 1627.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5376B. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 473. Dr. Ablaß, betr. Paßpflicht im deutsch-österreichischen Grenzverkehre im Riesengebirge: Bd. 324, Nr. 1629.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1886.

Nr. 474. Rupp (Baden), betr. das Mißverhältnis zwischen Rohtabakpreisen und Tabakfabrikatpreisen: Bd. 324, Nr. 1630.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495 B. — Beantwortet.

Nr. 475. Schmitt (Würzburg), Hildenbrand, Segitz, Dr. Mayer (Kaufbeuren), Dr. Müller (Meiningen), betr. Kohlenpreise im Gebiete südlich der Demarkationslinie Mannheim-Crailsheim-Furth i. W.: Bd. 324, Nr. 1631.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5638 A. — Beantwortet.

Nr. 476. Astor, betr. Anwendung der Verordnung über Preistreiberei vom 8. Mai 1918 auf Web-, Wirk- und Strickwaren: Bd. 324, Nr. 1635.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495 D. — Beantwortet.

Nr. 477. Dr. Heckscher, betr. Ueberführung der deutschen Familien in Siam nach Konzentrationslagern in Indien: Bd. 324, Nr. 1636.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495 B. — Beantwortet.

Nr. 478. Dr. Heckscher, betr. Ueberführung Deutscher in China in australische Konzentrationslager: Bd. 324, Nr. 1637.
Bd. 313, 175. Sitz S. 5495 C. — Beantwortet.

Nr. 479. Davidsohn, betr. Zensur literarischer Werke durch das Oberkommando in den Marken: Bd. 324, Nr. 1638.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495 D. — Beantwortet.

Nr. 480. Dr. Stresemann, betr. Austausch der gefangenen Kolonialdeutschen: Bd. 324, Nr. 1639.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5496 A. — Beantwortet.

Nr. 481. Schwabach, betr. Paßzwang und militärische Briefzensur im Osten nach Friedensschluß: Bd. 324, Nr. 1640.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5496 C. — Beantwortet.

Nr. 482. List (Eßlingen), Dr. Stresemann, betr. Behandlung deutscher Kriegsgefangener, namentlich des Kapitäns König, in Amerika: Bd. 324, Nr. 1641.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5496 D. — Beantwortet.

Nr. 483. Bartschat, Siehr (Insterburg), Wagner, betr. Beseitigung der außerordentlichen Kriegsgerichte in Ostpreußen: Bd. 324, Nr. 1649.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5538 C. — Beantwortet.

Nr. 484. Kuckhoff (Cöln), betr. die Sammlung getragener Oberkleider durch die Reichsbekleidungsstelle: Bd. 324, Nr. 1652.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1825.

Nr. 485. Dr. Südekum, betr. Schutz verurteilter Reichsangehöriger und deutscher Kulturstätten in Italien: Bd. 324, Nr. 1653.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5538 D. — Beantwortet.

Nr. 486. Erzberger, Müller (Fulda), betr. unberechtigte Eingriffe kriegswirtschaftlicher Organisationen in landwirtschaftliche Betriebe: Bd. 324, Nr. 1654.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5539 A. — Beantwortet.

Nr. 487. Erzberger, betr. Verhinderung der Vertreter des Litauischen Landesrats (Taryba) an der Reise nach Deutschland zu Vertragsabmachungen durch die Okkupationsbehörde: Bd. 324, Nr. 1655.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5540 C. — Beantwortet.

Nr. 488. Gothein, betr. Schädigung deutscher Gläubiger und Besitzer polnischer Pfandbriefe durch die Festsetzung des Rubelkurses seitens des Generalgouvernements Warschau: Bd. 324, Nr. 1658.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5541 C. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 489. Dr. Freiherr v. Rechenberg, betr. Mitgliedschaft aktiver Heeresangehöriger bei der Deutschen Vaterlandspartei: Bd. 324, Nr. 1659.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1897.

Nr. 490. Trittel, betr. Ueberführung Deutscher in China in australische Konzentrationslager: Bd. 324 Nr. 1660. — Unerledigt.

Nr. 491. Dr. Haegy, Thumann (Gebweiler), Hauß, Windeck, betr. Ausbürgerungen von Elsaß-Lothringen: Bd. 324, Nr. 1661.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1892.

Nr. 492. Simon, betr. Festsetzung von Höchstpreisen als Mindestpreise durch die Reichsbekleidungsstelle: Bd. 324, Nr. 1662.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5542 A. — Beantwortet.

Nr. 493. Prinz zu Schoenaich-Carolath, betr. Marterung und Verstümmelung deutscher Kriegsgefangener durch Engländer: Bd. 324, Nr. 1665.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5638 D. — Beantwortet.

Nr. 494. Prinz zu Schoenaich-Carolath, betr. die Lage der auf Malta internierten Deutschen: Bd. 324, Nr. 1666.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5639 A. — Beantwortet.

Nr. 495. Dr. Doormann, Weinhausen, betr. Gewährung des Feldpostrechts an die reichsdeutschen Mitglieder der Lehrerschaft in Lodz: Bd. 324, Nr. 1667.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5639 B. — Beantwortet.

Nr. 496. Schiele, Rupp (Baden), Gebhart, Niederlöhner, betr. neue Einberufungen von Heerespflichtigen zur Saat- und Erntezeit: Bd. 324, Nr. 1668.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5639 D. — Beantwortet.

Nr. 497. Schwabach, betr. Verkehrserschwerungen bei Reisen von Zivilpersonen in die früher russischen Grenzgebiete: Bd. 324, Nr. 1670.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5791 A. — Beantwortet.

Nr. 498. Marquart, betr. Unterstützung stellenloser Angestellter der Tabakindustrie: Bd. 324, Nr. 1671.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5791 B. — Beantwortet.

Nr. 499. Dr. Müller (Meiningen), betr. Entlassung aller g. v. und a. v. Lehrer zur Bekämpfung der Verwilderung der Jugend: Bd. 324, Nr. 1677.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5791 D. — Beantwortet.

Nr. 500. Stücklen, Scheidemann, betr. Verbot des „Vorwärts" und des Stettiner „Volksboten" in Stettiner Lazaretten: Bd. 324, Nr. 1678.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5792 C. — Beantwortet.

Nr. 501. Dr. Müller (Meiningen), betr. Verwendung von Ingenieuren, Technikern und Chemikern im Heere nach ihrer Vorbildung: Bd. 324, Nr. 1679.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5792 D. — Beantwortet.

Nr. 502. v. Halem (Schwetz), betr. Förderungen der Königlichen Werkstätten in Spandau gegen die Spandauer Wasserwerke betr. Preisminderung: Bd. 324, Nr. 1680.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1889.

Nr. 503. Hartrath, Dr. Freiherr v. Rechenberg, betr. Postzensur im Stadt- und Landkreise Trier: Bd. 324, Nr. 1683.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1894.

Nr. 504. Giebel, betr. Einziehung von Arbeitskräften durch die Kriegsamtsstelle Leipzig bei längerer Beurlaubung: Bd. 324, Nr. 1698.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5793 B. — Beantwortet.

Nr. 505. Trimborn, betr. Beschießung von Paris am Frohnleichnamstage: Bd. 324, Nr. 1699.
Bd. 313. 184. Sitz. S. 5793 C. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 506. Dr. Arendt, betr. Mietskündigungs- und Mietssteigerungsverbote durch stellvertretende Generalkommandos: Bd. 324, Nr. 1700.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5967B. — Beantwortet.

Nr. 507. v. Brockhausen und Gen., betr. Versorgung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter mit Schuhwerk: Bd. 325, Nr. 1703.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5967D. — Beantwortet.

Nr. 508. Dr. Heckscher, Dr. Müller (Meiningen), betr. Erhöhung der Urlauberbezüge: Bd. 325, Nr. 1704.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5968C. — Beantwortet.

Nr. 509. Dr. Stubmann, betr. die Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz: Bd. 325, Nr. 1705.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5968D. — Beantwortet.

Nr. 510. Vogtherr, betr. Verhalten des kommandierenden Generals des II. Armeekorps in Stettin gegen die Wahlvereine der Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 325, Nr. 1706.
Bd. 313, 187. Sitz. S 5969C. — Beantwortet.

Nr. 511. Dr. Müller (Meiningen), betr. Tabakmischungen ins Feld: Bd. 325, Nr. 1714.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5970A. — Beantwortet.

Nr. 512. Dr. Heckscher, betr. die Lage der deutschen Gefangenen in afrikanischen Kolonien Italiens: Bd. 325, Nr. 1719.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6117A. — Beantwortet.

Nr. 513. Dr. Cohen (Reuß), Noske, betr. Verhalten des deutschen Gouvernements gegen Aufrufe zu Judenprogromen in Polen: Bd. 325, Nr. 1720.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6091D. — Beantwortet.

Nr. 514. Freiherr v. Richthofen, betr. Schutz der deutschen Interessen in Monaco: Bd, 325, Nr. 1731.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6117C. — Beantwortet.

Nr. 515. Gothein, Heyn (Stralsund), Dr. Wendorff, betr. Vorschriften des Stellvertretenden Generalkommandos des II. Armeekorps über die Ausübung der Tätigkeit von a. v. Rechtsanwälten und Richtern: Bd. 325, Nr. 1732.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6092C. — Beantwortet.

Nr. 516. Weinhausen, betr. Beteiligung des Handels an der Zuckereinfuhr aus der Ukraine: Bd. 325, Nr. 1733.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6093B. — Beantwortet.

Nr. 517. Dr. Müller (Meiningen), Held, Stücklen, Dr. Wirth, betr. den Verkehr zwischen Angehörigen des Heeres und Mitgliedern des Reichstags: Bd. 325, Nr. 1734.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6093D. — Beantwortet.

Nr. 518. Stücklen, Wels, betr. Urlaubsverweigerung bei Gefangenenüberwachungsbataillonen infolge Entweichungen von Gefangenen: Bd. 325, Nr. 1735.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6094B. — Beantwortet.

Nr. 519. Dr. v. Schulze-Gaevernitz, betr. Ablieferung kupferner Brennapparate aus landwirtschaftlichen Brennereien: Bd. 325, Nr. 1747.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6094C. — Beantwortet.

Nr. 520. Dr. Haegy, Windeck, Lévêque, Thumann (Gebweiler), betr. Benachteiligung bei Bezügen der Hinterbliebenen von Angestellten der Reichseisenbahnen durch die verspätete Bewilligung des Etats: Bd. 325, Nr. 1748.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6096A. — Wird schriftlich beantwortet. — Unerledigt.

Nr. 521. Gunßer, betr. die finanzielle und wirtschaftliche Lage kriegsgefangener Offiziere: Bd. 325, Nr. 1760.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6094D. — Beantwortet.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 522. Ryssel, betr. Auszahlung der Bezüge an deutsche Soldaten in der Ukraine in deutscher Währung: Bd. 325, Nr. 1761.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6095C. — Beantwortet.

Nr. 523. Koßmann, betr. Verweigerung von Lohnerhöhungen durch die Verwaltung der Königshütte in Oberschlesien: Bd. 325, Nr. 1773. — Unerledigt.

Nr. 524. Duffner, betr. Schwerstarbeiterzulage für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter: Bd. 325, Nr. 1775.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1907.

Nr. 525. Graf v. Carmer, aus dem Winckel, betr. Zuteilung von Kohlen an landwirtschaftliche Betriebe: Bd. 325, Nr. 1813.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1896.

Nr. 526. Dr. Quarck, Dr. Quessel, betr. Fürsorge für deutsche Rückwanderer aus Rußland: Bd. 325, Nr. 1814.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1893.

Nr. 527. Gröber (Laupheim), betr. Zerstörung von Kriegerdenkmälern durch die Feinde: Bd. 325, Nr. 1815.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1902.

Nr. 528. Dr. Bell, betr. Austausch und Behandlung von Kriegsgefangenen und Internierten in England: Bd. 325, Nr. 1816.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1895.

Nr. 529. Dr. Stubmann, betr. Entscheidung der Reichsbranntweinstelle über Freigabe von Branntwein an Apotheken gegen einen Verpflichtungsschein: Bd. 325, Nr. 1827.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1917.

Nr. 530. Dr. Roesicke, Dr. Boehme u. a., betr. Haussuchungen und Durchsuchungen auf dem Lande: Bd. 325, Nr. 1828.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1918.

Nr. 531. Dr. Heckscher, Dr. Blunck, betr. Verbot der öffentlichen Pferderennen bis zum Friedensschluß: Bd. 325, Nr. 1885. — Unerledigt.

Nr. 532. Dr. Bollert, betr. Verhinderung der Abwanderung von Kunstgegenständen in das Ausland: Bd. 325, Nr. 1887. — Unerledigt.

Nr. 533. Haberland, betr. Verzögerung der Rentenauszahlung: Bd. 325, Nr. 1888.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1943.

Nr. 534. Carstens, betr. Durchsuchung von Postpaketen: Bd. 325, Nr. 1900.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1953.

Nr. 535. Dr. Wirth, betr. Unterstützung der zur nachträglichen Heilbehandlung einberufenen Invaliden und ihrer Familien: Bd. 325, Nr. 1901.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1989.

Nr. 536. Graf v. Westarp, betr. Beleuchtungsnot auf dem Lande: Bd. 325, Nr. 1903.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1925.

Nr. 537. Bauer (Pfarrkirchen), betr. Friedensanerbieten der Entente 1915 an Deutschland: Bd. 325, Nr. 1905.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1924.

Nr. 538. Dr. Gugelmeier, Schulenburg, betr. Bestellung von Bezirksfeldwebeln, die als Beamtenstellvertreter tätig waren, bei ihrer Rückkehr zum Bezirkskommando zu Offiziersstellvertretern. Bd. 325, Nr. 1906.
Unerledigt.

Nr. 539. Dr. Wendorff, betr. Verbot der Pferderennen während des Krieges: Bd. 325, Nr. 1909. — Unerledigt.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 540. Colshorn, betr. Beschleunigung der Auszahlungen der bei der Finanzabteilung unseres Generalkonsulats in Moskau von Reichsdeutschen gemachten Einzahlungen: Bd. 325, Nr. 1910.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1934.

Nr. 541. Dr. Heckscher, betr. Behandlung deutscher Gefangener im australischen Gefangenenlager Parres: Bd. 325, Nr. 1911.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1926.

Nr. 542. Dr. Müller (Meiningen), betr. die Art der Marmeladeerzeugung: Bd. 325, Nr. 1912.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1954.

Nr. 543. Meerfeld, betr. Verbot des Schießens auf Flüchtige in belebten Straßen: Bd. 325, Nr. 1913. Unerledigt.

Nr. 544. Dr. Müller (Meiningen), betr. Schutz deutscher Staatsbürger gegen amerikanische Rechtswillkür: Bd. 325, Nr. 1914.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1937.

Nr. 545. Irl (Erding), betr. Vergütung für beschlagnahmte Blitzschutzanlagen: Bd. 325, Nr. 1915.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1988.

Nr. 546. Dr. Müller (Meiningen), betr. Ernennung von Berufsunteroffizieren und Feldwebelleutnants zu Offiziersaspiranten: Bd. 325, Nr. 1916. — Unerledigt.
Vergl. Anfrage Nr. 431: Bd. 324, Nr. 1496.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1607.

Nr. 547. Dietz (Hamburg), betr. Postnachnahmesendungen nach Oesterreich-Ungarn: Bd. 325, Nr. 1919.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1931.

Nr. 548. Schulenburg, Dr. Stresemann, betr. Bezahlung von der belgischen Regierung beschlagnahmter deutschen Reichsangehörigen eigentümlicher Wäsche, Wollsachen u. a.: Bd. 325, Nr. 1920. — Unerledigt.

Nr. 549. Prinz zu Schönaich-Carolath, betr. die englische Behauptung von der Beschießung englischer Lazarettanlagen bei Etaples durch deutsche Bombengeschwader: Bd. 325, Nr. 1921.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1997.

Nr. 550. Dr. Gugelmeier, Dr. Böhme, betr. Beschlagnahme von Häuten, die Landwirte aus Notschlachtung an nicht zum Verteilungsplan der Kriegsleder A. G. gehörige Gerbereien zur Verarbeitung gegeben haben: Bd. 325, Nr. 1922.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1991.

Nr. 551. Dr. Roesicke, betr. Durchsuchung landwirtschaftlicher Betriebe und deren Ausdehnung auf andere Dinge als Lebensmittel: Bd. 325, Nr. 1923.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1967.

Nr. 552. Greber (Coblenz), betr. Beschlagnahme von Milch ohne Belassung des geringsten Quantums für die Familie des Erzeugers: Bd. 325, Nr. 1927. — Unerledigt.

Nr. 553. Herzog, betr. Benachteiligung unschuldiger Interessenten durch Schließung von Oelmühlen bei vorschriftswidriger Handlungsweise des Müllers: Bd. 325, Nr. 1928. — Unerledigt.

Nr. 554. Meier (Zwickau), betr. wirtschaftliche Besserstellung der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner: Bd. 325, Nr. 1930.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6246C. — Beantwortet.

Nr. 555. Gebhart, betr. amtliche Oeffnung von Reisegepäck in Bayern mittels Nachschlüssel unter Beschädigung der Gepäckstücke in Abwesenheit der Eigentümer: Bd. 325, Nr. 1932. — Unerledigt.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 556. Graf v. Oppersdorff, betr. Zuständigkeit in der Bewirtschaftung der beschlagnahmten Lupinenkerne: Bd. 325, Nr. 1933.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1961.

Nr. 557. Koßmann, betr. Erhöhung der Kriegsteuerungszuschüsse für Pensionäre, Rentenempfänger und Teuerungszulagen für Witwen und Waisen: Bd. 325, Nr. 1944.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6246D. — Beantwortet.

Nr. 558. Greber (Coblenz), betr. rechtzeitige Lieferung von Weinzucker für die Winzer: Bd. 325, Nr. 1945.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1964.

Nr. 559. Dr. Müller (Meiningen), betr. gegenseitige Rückkehr der über 18 Monate in Gefangenschaft lebenden Soldaten nach dem Berner Abkommen: Bd. 325, Nr. 1946.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1992.

Nr. 560. Dr. Müller (Meiningen), betr. Heizung der Front-Urlaubszüge: Bd. 325, Nr. 1947. — Unerledigt.

Nr. 561. Dr. Werner (Gießen), betr. Oeffnung der aus Deutschland an unsere Soldaten in Rumänien gelangenden Briefe unter Kriegsrecht: Bd. 325, Nr. 1948. — Unerledigt.

Nr. 562. Haase (Königsberg), betr. Verbot einer sozialdemokratischen Frauenwahlversammlung: Bd. 325, Nr. 1949.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6247A. — Beantwortet.

Nr. 563. Haase (Königsberg), betr. Auflösung einer Wählerversammlung der U. S. P.: Bd. 325, Nr. 1950.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6247B. — Beantwortet.

Nr. 564. Davidsohn, Stücklen, betr. Nichtzahlung von Zusatzrenten an Kriegsbeschädigte: Bd. 325, Nr. 1952.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6247C. — Beantwortet.

Nr. 565. Ryssel, betr. Unterstützung der Familien der Soldaten vom Facharbeiter-Bataillon und der Genesenden-Kompagnie: Bd. 325, Nr. 1960.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1990.

Nr. 566. Hoch, betr. schnellere Beschaffung von Haferflocken während der Grippe: Bd. 325, Nr. 1962.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6248A. — Beantwortet.

Nr. 567. Stücklen, betr. Schadenersatz infolge von Schadenfeuern oder Explosionsunglücken in militärischen Anstalten: Bd. 325, Nr. 1963.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6248C. — Zurückgezogen.

Nr. 568. Held, betr. Freigabe überschüssiger Sohlledermengen für die Bevölkerung zur Reparaturzwecken: Bd. 325, Nr. 1965.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6248C. — Beantwortet.

Nr. 569. Astor, betr. andere Verteilung der Stimmenzahl in den Reichswirtschaftsstellen für das Textilgebiet: Bd. 325, Nr. 1966. — Unerledigt.

Nr. 570. Held, Dr. Hoppe, Wachhorst de Wente, betr. die Verteilung von Thomasmehl nur an die Bezieher des Jahres 1913: Bd. 325, Nr. 1968. — Unerledigt.

Nr. 571. Ledebour, betr. Verbot einer Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin zur Neuwahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung: Bd. 325, Nr. 1972.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6249B. — Beantwortet.

Nr. 572. Dr. Müller (Meinungen), betr. Erhöhung der Löhnung für Mannschaften, gleiche Beköstigung von Offizieren und Mannschaften und Beförderung tüchtiger Unteroffiziere zu Offizieren: Nr. 325, Nr. 1975. — Unerledigt.

Anfragen, kurze (Fortsetzung).

Nr. 573. v. Graefe, Schiele, betr. Zurückstellung kriegsverwendungsfähiger Personen bei Kriegsgesellschaften vom Heeresdienst: Bd. 325, Nr. 1979. — Unerledigt.

Nr. 574. Vogtherr, betr. Verbot öffentlicher Versammlungen und des Auftretens des Abgeordneten Vogtherr im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos Stettin: Bd. 325, Nr. 1980. — Unerledigt.

Nr. 575. Dr. Werner (Gießen), betr. Aufforderungen der U. S. P. zum Umsturz der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung: Bd. 325, Nr. 1981. — Unerledigt.

Nr. 576. Behrens, betr. Teuerungszuschläge für Kriegsbeschädigte: Bd. 325, Nr. 1986. — Unerledigt.

Nr. 577. Dr. Roesicke, betr. Bergung der Kartoffel- und Hackfruchternte: Bd. 325, Nr. 1995. — Unerledigt.

Nr. 578. D. Mumm, betr. Freigabe von Trinkbranntwein durch die Kriegsamtsstelle Düsseldorf: Bd. 325, Nr. 1996. — Unerledigt.

Nr. 579. Hoch, betr. Gewinne der Stahlwerke Lindenberg A.-G. in Remscheid: Bd. 325, Nr. 2001. — Unerledigt.

Angestellte siehe „Privatangestellte".

Angestelltenkammern, Einrichtung: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4194D.

Angestelltenversicherung siehe „Versicherungswesen" unter 1. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswohlfahrtspflege".

Animierkneipen siehe „Gewerbeordnung" unter 6.

Anleihen siehe „Schuldenwesen" unter I und „Wertpapiere". Kriegsanleihen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 5.

Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen derselben siehe „Heimstätten" und „Militärpensionswesen" unter III.

Antimon siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Anträge siehe „Reichstag" unter III 1, 7, 8 und 11.

Antwerpen. Wirtschaftliche Herrschaft über den Hafen von Antwerpen als Kriegsziel Deutschlands:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408 C.
84. Sitz. S. 2426 A.
85. Sitz. S. 2456 C.

Anwaltskammern. Beschlußfähigkeit:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 334.
Bd. 319, Nr. 403 S. 211.

Apotheken, Spirituskontingent, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52d und „Branntweinsteuer" unter 6.

Arbeiten, öffentliche, siehe „Verdingungswesen".

Arbeiter.

Geistige und sittliche Hebung des Standes, Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2544 B.

Leistungen der Industriearbeiter und -arbeiterinnen während des Krieges:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2565 B.
88. Sitz. S. 2572 D, 2603 A.

Militärische Bedeutung des industriellen Arbeiters; Anerkennung der Arbeit als Grundlage für volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2170 C.

Arbeiter (Fortsetzung).

Einkommenverhältnisse der großstädtischen Arbeiter: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5871 B, 5879 D.

Klassenkampf der Arbeiter gegen das kapitalistische Unternehmertum, gegen den Staat als Instrument der besitzenden Klassen, Frage der Fortdauer nach dem Kriege:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2547C ff., 2555A, 2559D, 2565A.
88. Sitz. S. 2573A, 2577B.

Maßregelung reklamierter Arbeiter durch die Arbeitgeber; Drohung mit dem Schützengraben usw.:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 631D, 634C, 636D.
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2186C, 2194A.
77. Sitz. S. 2199 B, 2203A, 2209 D, 2268D.

Siehe im übrigen die einzelnen Reichsverwaltungen, Industrien und die sachlichen Stichworte, betreffend Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse.

Arbeiter- und Angestelltenfragen siehe auch Kriegswirtschaft" unter II 390e (Uebergangswirtschaft).

Arbeiterausschüsse.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den in allen Betrieben, in denen regelmäßig mehr als 20 Arbeiter beschäftigt werden, ständige Arbeiterausschüsse eingerichtet werden, deren Mitglieder von den volljährigen Arbeitern und Arbeiterinnen des Betriebs oder der betreffenden Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden: Bd. 324, Nr. 1478 unter B8.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5002A, B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Einbeziehung in das Arbeitskammergesetz: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4849A, 4858C, 4867A, 4873D.

Siehe auch „Bergbau" unter 1, „Eisenbahnen" unter VI 2, „Eisenindustrie" unter 1, „Marine" unter 47Bb, „Post- und Telegraphenwesen" unter IX 1, „Reichsheer" unter 177 s α, „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3, 4 und 6d.

Arbeiterinnen siehe „Eisenindustrie" und „Gewerbeordnung".

Arbeiterorganisationen. — Siehe auch „Gewerkschaften".

Mitwirkung an der Fortführung des Wirtschaftslebens während des Krieges:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 79A, 88C.
12. Sitz. S. 183B.
19. Sitz. S. 358D.
29. Sitz. S. 621B.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 872B.
45. Sitz. S. 1017A, 1021B.
47. Sitz. S. 1069C, 1070A, D.

Zusammenarbeiten von Regierung und Arbeiterorganisationen: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159A.

Arbeiterführer, Arbeitersekretäre, verdienstvolle Tätigkeit: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2570A.

Petition, betreffend Verbesserung des Organisationsrechts der Arbeiter und Angestellten.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II i.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Fähigkeit der Arbeiterorganisationen, die strategischen Maßnahmen Hindenburgs und Ludendorffs lahmzulegen: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4843A, 4844D.

Siehe auch „Eisenbahnen" unter VI 3, „Marine" unter 47Bc, „Reichsheer" unter 177 s β.

Arbeiterschutz, Arbeiterrecht.
Arbeiterrecht im Allgemeinen. Ausbau, Gewährung größerer Bewegungsfreiheit, Durchführung der Preß-, Versammlungs- und Redefreiheit:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2547B.
88. Sitz. S. 2572D.
„Eckstein der Neuorientierung": Bd. 311, 126. Sitz. S. 3903A.
Erfolge der Arbeiterschutzgesetzgebung nach 25jährigem Bestehen: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2543B, 2547A.
Siehe im übrigen, insbesondere auch Kriegsmaßnahmen, unter „Gewerbeordnung" und „Arbeitsvertrag"; vgl. auch „Sozialpolitik", „Versicherungswesen" usw.

Arbeiterschutz, internationaler. Resolution des Haush. Ausschs. zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. 3. 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden und für die Ausgestaltung eines internationalen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung die Grundlage einer weiteren Entwicklung geschaffen wird: Bd. 324, Nr. 1420 unter II 3.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638B, 4545B, 4550A, 4570A. — Angenommen.

Arbeiter-Zeitung, Wiener, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Arbeitgeber, Arbeitgeberorganisationen.
Stärkung während des Krieges, arbeiterfeindliche Wirtschafts- und Steuerpolitik: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2508C.
Mitwirkung der Arbeitgeberorganisationen an der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens während des Krieges:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 79A.
12. Sitz. S. 183B.
Kriegsfürsorge der Arbeitgeber: Bd. 307, 39. Sitz. S. 855D.
Einspruch der Vereinigung der A. gegen die von den Gewerkschaften aufgestellten sozialpolitischen Forderungen: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4984A.
Maßregelung von Arbeitern, Drohung mit dem Schützengraben siehe „Arbeiter".
Verhalten bei Lohnerhöhungsgesuchen; Entlassung der Arbeiter (Brikettfabrik Neu Welzow): Bd. 307, 50. Sitz. S. 1126D.
Stellungnahme gegen eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, gegen den freien Sonnabendnachmittag: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4934D.
Stellung zu den Gewerkschaftsbeamten, Artikel der „Arbeitgeberzeitung":
Bd. 306, 29. Sitz. S. 631C, 634B, 636A.
32. Sitz. S. 736B.

Arbeitsämter, Reichsarbeitsamt.
Verwaltung des Arbeitsnachweises: Bd. 306, 7. Sitz. S. 80B, 84B.
Siehe auch „Arbeitsnachweis" und „Reichsarbeitsamt".

Arbeitsgerichte. Errichtung für das Land und die kleinen Städte: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4931B.
Siehe auch „Bergbau" unter 4, „Schiedsgerichte", „Reichsheer" unter 177 s *a*.

Arbeitskammern.
1. Antrag Mumm u. Gen., Entwurf eines Arbeitskammergesetzes: Bd. 316, Nr. 158.
2. Gesetzentwurf, Vorbereitung:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946A, 3948C, 3951A, 3953B, 3958A, 3962D.
133. Sitz. S. 4144A.
136. Sitz. S. 4256C.

Arbeitskammern (Fortsetzung).
—, Wählbarkeit der Arbeitersekretäre:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2542A.
88. Sitz. S. 2570B.
—, Schaffung von Angestelltenkammern: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4194D.
3. Entwurf eines Arbeitskammergesetzes: Bd. 324, Nr. 1490.
Erste Beratung:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4848B.
156. Sitz. S. 4869C. — Dem 34. Ausschuß überwiesen, hier unerledigt.
Einzelnes.
„Arbeiter" statt „Arbeitnehmer": Bd. 312, 155. Sitz. S. 4853D, 4861B.
Arbeitnehmerabteilungen zur Begutachtung von Wünschen der Arbeiter: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4851D, 4855D, 4861C, 4863A.
Arbeitnehmervertreter, Schutz bei Ausübung ihres Amtes: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4873C.
Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4866B.
Arbeitskammermitglieder, Schutz gegen Maßregelungen: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4879B.
Aufbau, fachliche oder territoriale Gliederung:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4849C, 4851C, 4855A, 4857B, 4861C, 4862C, 4864A.
156. Sitz. S. 4871C, 4873A, 4879D.
Einigungswesen, Erweiterung:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4849A, 4852C, 4858B, 4859C, 4863C, 4866D.
156. Sitz. S. 4879A.
Gesamtvertretung der Arbeitnehmerschaft, Forderung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4856B.
Hausarbeit, Aufnahme von Lohnfragen: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4866B.
Kostenaufbringung:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4852C, 4854B.
156. Sitz. S. 4873D.
Landarbeiter, Einbeziehung:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4855B, 4858D, 4861B, 4864D.
156. Sitz. S. 4871D, 4873C.
Nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweise im Zusammenwirken mit Arbeitgebern und Arbeitern und den Militärbehörden: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4849B.
Paritätische oder einseitige Arbeitskammern:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4849D, 4851B, 4854A, 4856A, 4857D.
156. Sitz. S. 4870C, 4878D.
Reichsausschuß der Arbeitskammern und Reichseinigungsamt: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4926B.
Reichs- und Staatsbetriebe, Eisenbahnen, Umfang ihrer Einbeziehung; Arbeiterausschüsse:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4850A, 4854C, 4857A, 4859D, 4861A, 4862D, 4866A.
156. Sitz. S. 4872B.
Seeleute Einbeziehung: Bd. 312. 155. Sitz. S. 4855B.
Tarifverträge, Mitwirkung der Arbeitskammern: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4849B.
Umfrage über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der vertretenen Gewerbszweige; Beschränkung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4854A.
Verhandlungen, Frage der Oeffentlichkeit:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4863B.
156. Sitz. S. 4872A.
Wahlen, Arbeitersekretärparagraph:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4852B, 4857A, 4860D, 4866C.
156. Sitz. S. 4872B, 4873B.

Arbeitslöhne siehe „Lohnverhältnisse".

Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung.
Siehe auch „Arbeitsnachweis" und „Kriegswirtschaft" unter II die einzelnen Industrien (Konfektionsindustrie, Schokoladenindustrie, Spielwarenindustrie); siehe ferner „Kriegswohlfahrtspflege", „Schuhwarenindustrie", „Textilindustrie" usw.

Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung (Fortsetzung).

a) Arbeitslosigkeit, Höhe.

Arbeitslosigkeit bei Beginn des Krieges, Maßregeln zur Beseitigung derselben: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2158C.

Arbeitslosigkeit in Berlin im Sommer 1918: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5873A.

Frage der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege; Fürsorge für arbeitslose Kriegsteilnehmer; Arbeiterbedarf in Bergbau und Eisenindustrie:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1133B, 1135B, 1138C.
53. Sitz. S. 1231B (Petition).
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4923D, 4935A.
158. Sitz. S. 4939B.
159. Sitz. S. 4979D.

Einschränkung durch Heeres- und Reichspostverwaltung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 53.
Nr. 44 S. 20.

b) Unterstützung Arbeitsloser.

Grundsätze für die Gewährung der Unterstützung:
Bd. 315, Nr. 44 S. 32.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a.
Bd. 319, Nr. 403 S. 233.
Bd. 321, Nr. 749 S. 6.
Nr. 875 S. 41.

Arbeitslosenunterstützung, reichsgesetzliche Einführung: Bd. 307, 39. Sitz. S. 859C.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch eine Bundesratsverordnung zu bestimmen, daß
a) Unterstützungen, die infolge von Arbeitslosigkeit bezogen wurden, nicht als Armenunterstützung gelten,
b) die Unterstützungsempfänger nicht verpflichtet sind, die erhaltenen Beträge später zurückzuzahlen: Bd. 317, Nr. 193 unter I 5.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616C, 627D, 642A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: die Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer sowie die Unterstützungen an Erwerbslose den Bezugsberechtigten im Monat Dezember 1916 in doppelter Höhe aus Reichsmitteln zu gewähren: Bd. 319, Nr. 493 unter Ib 3.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2134C, 2146C. — Angenommen.

Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: dahin zu wirken, daß während der Zeit der Uebergangswirtschaft eine Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln nach bestimmten Grundsätzen gewährt wird: Bd. 321, Nr. 875 Ziff. IC 1.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045D. — Angenommen.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bis zur Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung eine Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln durch die Gemeinden unter Mitwirkung der Berufsorganisationen der Arbeiter und Angestellten eingeführt wird: Bd. 324, Nr. 1478 unter A 3.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5001A, 5003C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Antrag Albrecht u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
a) sofort die erforderlichen Mittel für ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen bereit zu stellen;
b) einen Gesetzentwurf, betreffend die Arbeitslosenversicherung, vorzulegen.
Bd. 325, Nr. 1955. — Unerledigt.

Arbeitslosenunterstützung für die aus dem Militärverhältnis entlassenen Arbeiter, Gewährung von Reichsmitteln:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 80A.
19. Sitz. S. 363D.
29. Sitz. S. 620C, 631A.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3974A.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4923D.
159. Sitz. S. 4981D.
160. Sitz. S. 5001A, 5003C.

Grundsätze für die Demobilmachung siehe „Reichsheer" unter 34.

Verhütungsmaßnahmen für die Uebergangswirtschaft: Bd. 321, Nr. 749 S. 4.

c) Anrechnung der Arbeitslosenunterstützung auf die Familienunterstützung: Bd. 306, 29. Sitz. S. 631B.

d) Reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—10. usw.
11. die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung eingeführt wird,
12. usw.: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 11.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5002D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

e) Familienunterstützungen siehe „Unterstützungen".

Arbeitsmarkt siehe „Arbeitsnachweis".

Arbeitsnachweis.

1. Vorläufige Regelung. Anmeldepflicht sämtlicher Arbeitsnachweise, Reichszentrale, Ausbau des Arbeitsmarkt-Anzeigers; Mitwirkung der Militärbehörden; Arbeitsmarkt nach dem Kriege:
Bd. 315, Nr. 26 S. 50.
Bd. 316, Nr. 44 S. 33.
Nr. 151 S. 13.
Bd. 317, Nr. 225 S. 68.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 412.
Bd. 319, Nr. 403 S. 222.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 77B, 80B, 86D.
29. Sitz. S. 620C, 631A, 633D, 636B, 637A.

Denkschrift über Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises: Bd. 316, Nr. 151.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 631B, 633B, 637B.

Beteiligung der Vereine technischer Beamten an der Reichszentrale: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115B.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich, nötigenfalls durch ein Notgesetz, für die Arbeitsvermittlung zugunsten der nach dem Friedensschluß heimkehrenden Krieger zu sorgen: Bd. 315, Nr. 56 unter II b II.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 77B, 84C, 86D, 88A.
8. Sitz. S. 124A. — Angenommen.

Organisation für die Uebergangswirtschaft und Demobilisierung:
Bd. 321, Nr. 749, S. 5.
Nr. 805, S. 3.
Nr. 875, S. 21.

Arbeitsnachweis. 1. Vorläufige Regelung (Fortsetzung).

Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535 C, 2543 A.
100. Sitz. S. 3055 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105 C.

—, Siehe auch „Reichsheer" unter 34 (Demobilmachung) und „Kriegsbeschädigten-Fürsorge".

Organisation; Tätigkeit des Kriegsamts: Bd. 322, Nr. 1214 S. 151.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den von öffentlichen Arbeitsnachweisen nach auswärts vermittelten Arbeitern und Arbeiterinnen freie Eisenbahnfahrt und am Bestimmungsort ein Nachtquartier auf Kosten des Reichs gewährt wird: Bd. 324, Nr. 1569.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Anträge des Ausschusses für Handel und Gewerbe:

1. Mittel zur Bekämpfung der Arbeits- und Stellenlosigkeit rechtzeitig anzufordern:
2. dahin zu wirken, daß für die Dauer der Uebergangswirtschaft
   a) unter Beibehaltung der bestehenden Arbeitsnachweise neue öffentliche und paritätische Arbeitsnachweise für gewerbliche Arbeiter und Angestellte überall da errichtet werden, wo ein Bedürfnis hierfür besteht,
   b) für größere Gebiete Zentralauskunftsstellen zwecks Ausgleichung von Angebot und Nachfrage allgemein geschaffen werden,
   c) durch eine Reichsstelle aller Arbeitsnachweise der Verkehr der Zentralauskunftsstellen untereinander geregelt wird,
   d) die nicht gewerbsmäßigen Nachweise für gewerbliche Arbeiter und Angestellte paritätisch verwaltet werden,
   e) zwecks Verbindung der Arbeitsnachweise untereinander und mit den Zentralauskunftsstellen Erleichterungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr gewährt und den Zentralauskunftsstellen die Befugnis erteilt wird, Kriegsteilnehmern und Hilfsdienstpflichtigen bei ihrer Entlassung freie Fahrt zur Erreichung des Arbeitsorts zu gewähren;
3. dahin zu wirken, daß dem Reichstag baldigst ein Gesetzentwurf zwecks einheitlicher Regelung der Arbeitsvermittlung unter gleichmäßiger Anteilnahme der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an deren Verwaltung vorgelegt wird: Bd. 321, Nr. 875 Ziff. I B 1—3.

Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045 D. — Angenommen.

2. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

I. dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitsnachweise eine gesetzliche Regelung erfahren, die folgende Grundsätze beachtet:

1. Im ganzen Reiche ist für jede größere Gemeinde mit ihren Vororten sowie für je einen Bezirk von kleineren Gemeinden ein Arbeitsamt zu errichten. Die Arbeitsämter sind für bestimmte Landesteile bezw. Einzelstaaten zu Verbänden (Landes- resp. Bezirksarbeitsämtern) zusammenzufassen. Die Zentrale bildet das Reichsarbeitsamt.
2. Dem Arbeitsamt sind alle Arbeitsnachweise in seinem Bezirk zu unterstellen.

Arbeitsnachweis. 2. Resolution (Fortsetzung).

3. Das Arbeitsamt wird zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer auf Grund einer Verhältniswahl. Die Grundsätze der Wahlordnung sind durch Gesetz festzulegen. Das Arbeitsamt steht unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden.
4. Die gleiche Vorschrift gilt auch für die Verwaltung der Landes- resp. Bezirksämter und für das Reichsarbeitsamt, mit der Maßgabe, daß die Verwaltungsmitglieder der örtlichen Arbeitsnachweise die Arbeitgeber- und Arbeitervertreter zu den Landes- resp. Bezirksämtern, und diese wiederum die Vertreter zum Reichsarbeitsamt zu wählen haben.
5. Dem Arbeitsamt sind alle An- und Abmeldungen über Eintritt und Austritt aus dem Arbeitsverhältnis zu melden, es dient zugleich als Meldestelle für die Krankenversicherung.

Dem Arbeitsamt sind für die vom Reichsarbeitsamt geführte Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit durch die Arbeitsnachweise des Bezirks die geforderten Angaben zu übermitteln.

Dem Arbeitsamt sind alle im Bezirk von den Arbeitsnachweisen nicht erledigten Anforderungen an Arbeitskräften oder Ueberangebote zu melden, um, wenn möglich, einen Ausgleich in anderen Bezirken herbeizuführen.

6. Im Bezirk des Arbeitsamts sind öffentliche Arbeitsnachweise möglichst mit beruflicher Gliederung zu errichten und von den Gemeinden zu erhalten.

Ihre Verwaltung wird aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zu gleichen Teilen gebildet, die durch Verhältniswahl bestimmt werden.

Für die Berufsabteilungen sind besondere Fachausschüsse in gleicher Weise zu bilden.

7. Die Arbeitsvermittler werden von der Verwaltung des Arbeitsnachweises gewählt. Sie müssen, soweit die Facharbeitsnachweise und die Berufsabteilungen des öffentlichen Nachweises in Frage kommen, mit den Verhältnissen des Berufes vertraut sein, für den der Arbeitsnachweis errichtet ist.
8. Die Arbeitsvermittlung hat unentgeltlich zu geschehen. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur herangezogen werden, wenn keine Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind.
9. Sind für ein bestimmtes Gewerbe Tarifverträge abgeschlossen, so kann durch Beschluß der Verwaltung bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt.

Für Arbeitsnachweise, die für Tarifgemeinschaften ins Leben gerufen und verwaltet werden, gelten im übrigen die von der Tarifgemeinschaft getroffenen Bestimmungen, die jedoch, soweit sie den Arbeitsnachweis betreffen, der Genehmigung des Reichsarbeitsamtes bedürfen.

10. Dem Arbeitsamt obliegt die Beaufsichtigung aller Arbeitsnachweise ohne jede Ausnahme. Es sind hierüber entsprechende Vorschriften durch Gesetz zu erlassen. Ebenso sind Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß der Arbeitsnachweis seinem eigentlichen Zweck, der Arbeitsvermittlung, entfremdet wird. Insbesondere darf der Arbeitsnachweis nicht dazu benutzt werden, die Organisationsfreiheit des einzelnen Arbeitgebers und Arbeiters zu beschränken;

Arbeitsnachweis. 2. Resolution (Fortsetzung).

II. unverzüglich, nötigenfalls durch ein Notgesetz, für die Arbeitsvermittlung zugunsten der nach dem Friedensschluß heimkehrenden Krieger zu sorgen: Bd. 315, Nr. 56 unter II b.
Bd. 306 7. Sitz. S. 77A, 79D, 81D, 84A, 86A, 87D, 89A.
8. Sitz. S. 124A. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 859C.
50. Sitz. S. 1133A, 1140A.
51. Sitz. S. 1151A, 1156C.

Petition der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin, tunlichst sofort eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung zu veranlassen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 315, Nr. 66 unter Ia 9.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D. — Zur Berücksichtigung überwiesen.
Siehe auch unter 3.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—8. usw.
9. der Arbeitsnachweis öffentlich-rechtlich und paritätisch eingerichtet wird: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 9.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939A.
159. Sitz. S. 4979B, 4981D.
160. Sitz. S. 5002B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Reichsgesetzliche Regelung, Errichtung paritätischer und öffentlich-rechtlicher Arbeitsnachweise siehe auch:
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4526D.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939A.
159. Sitz. S. 4979B, 4981D.
160. Sitz. S. 5002B.

3. Kaufmännische Arbeitsnachweise. Wirksamkeit; Beibehaltung oder Einschluß bei der gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises: Bd. 306, 7. Sitz. S. 84D, 90C.

Petition des Verbandes der kaufmännischen Gehilfinnen in Leipzig, bei einer gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises die kaufmännischen Stellenvermittlungen der Organisationen auszunehmen oder sie als gleichberechtigt mit den gemeinschaftlichen Arbeitsämtern anzuerkennen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 315, Nr. 66 unter Ia 8.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petitionen der sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände in Leipzig und der verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte in Cassel, betreffend den kaufmännischen Stellennachweis: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D. — Ueberweisung als Material.

Petitionen, betr. Schaffung zentralisierter Arbeitsnachweise mit gemeinsamer Verwaltung und Führung bezw. Stellenvermittlung für Angestellte und Handlungsgehilfen.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 358.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung bezw. als Material.

Arbeitsnachweis (Fortsetzung).

4. Unternehmerarbeitsnachweise. Nachteile:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 89B.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939A.
5. Regelung der Heranziehung ausländischer Arbeiter: Bd. 306, 7. Sitz. S. 80C. — Siehe auch „Ausländische Arbeiter".

Arbeitssoldaten siehe „Reichsheer" unter 78, auch unter 7.

Arbeitsvertrag. Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—14. usw.
15. die zum Schutze der Arbeiter und Angestellten und zur Regelung des Arbeitsvertrags bestehenden Gesetze und Verordnungen zu einem einheitlichen Reichsarbeitsrechte vereinigt und ausgebaut werden: Bd. 324, Nr. 1478 unter B15.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Arbeitsverwendungsfähige siehe „Reichsheer" unter 77d u. f.

Arbeitszeit siehe „Bergbau", „Gewerbeordnung", „Kali" unter C2 und die einzelnen Reichsbehörden und Industrien.

Argentinien.
Dank des Argentinischen Abgeordnetenhauses für die Kundgebungen zur Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit Argentiniens: Bd. 308, 66. Sitz. S. 1767D.
Beziehungen zu Deutschland: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830A.

Armengeld. Petition des Knuth in Sussowshof, betreffend Zahlung von Armengeld für Familienangehörige neben der Gewährung seiner Alters-, Invalidenrente und Kriegsteilnehmerbeihilfe.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. III d.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung als Material.

Armenien siehe „Rußland" unter L und „Krieg" unter IB 20.

Armenrecht siehe „Flüchtlingsfürsorge".

Armierungsarbeiter siehe „Militärpensionswesen" unter II B2 und „Reichsheer" unter 7.

Artilleriewerkstätten siehe „Reichsheer" unter 8 u. 177.

Arzneimittel.
Mangel während des Krieges: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5361A, 5462A. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 16.
Impfstoffe, Wucherpreise: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4512B.
Tierarzneimittel, Wucherpreise: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4512B.
Besteuerung siehe „Branntweinsteuer" unter 6.

Aerzte. — Siehe auch „Reichsheer" unter 163 (Sanitätsoffiziere).
Erlaß des praktischen Jahres; Notprüfungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 91.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 18.

Petition, betr. Aenderung des § 62 der ärztlichen Prüfungsordnung.
Ber. des Pet.-Aussch.: Bd. 325, Nr. 1853. — Unerledigt.

Anfrage Alpers: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß zum Heeresdienst einberufene Rechtsanwälte, Aerzte und Angehörige anderer freien Berufe in ihrem Lebenserwerb vielfach dadurch geschädigt werden, daß am Orte ihrer Praxis militärfreie Berufsgenossen sich niederlassen, denen die Klientel bzw. Patienten sich zuwenden?

Aerzte (Fortsetzung).

Gedenkt der Herr Reichskanzler Maßnahmen zum Schutze der erwähnten Heerespflichtigen, denen durch das Reklameverbot die Wiedergewinnung der einmal verlorenen Praxis wesentlich erschwert ist, zu veranlassen?: Bd. 319, Nr. 457.

Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939 C (zurückgestellt).
73. Sitz. S. 2017 A. — Beantwortet.

Anfrage Waldstein, Dr. Struve: Die ärztliche Versorgung der ländlichen Bezirke ist infolge des Mangels an Fuhrwerk und insbesondere dadurch gefährdet, daß die bei der stark angewachsenen Größe ihrer Bezirke und dem Mangel an Pferden auf Automobilfuhrwerk angewiesenen Landärzte mit Gummibereifung nicht beliefert werden. Federnde Reifen sind bei der Beschaffenheit der Landwege und nach Art des Geländes zumeist unverwendbar. Belieferung mit gebrauchten Mänteln und Schläuchen wäre ausreichend.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zur Abstellung dieses überaus ernsten Mangels zu tun?: Bd. 324, Nr. 1500.

Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901 B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen), Dr. Struve: Mehr als zwei Drittel der deutschen Aerzte stehen unter den Waffen. Einem großen Teile dieser Aerzte geht es, wie der preußische Minister des Innern bestätigte, sehr schlecht. Eine Umfrage hat ergeben, daß Tausende von Aerzten im Kriege wirtschaftlich fast ruiniert sind. Dabei herrscht zurzeit in vielen, vor allem ländlichen Gebieten ein großer Aerztemangel, der sich von Monat zu Monat steigert.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um durch Maßregeln der Uebergangswirtschaft und der militärischen Sanitätsverwaltung diesen schweren Gefahren für den Aerztestand wie für die öffentliche Gesundheitspflege zu begegnen?: Bd. 324, Nr. 1577.

Bd. 312, 162. Sitz. S. 5049 C. — Beantwortet.

Beseitigung des Aerztemangels: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5362 C, 5363 B.

Wirtschaftliche Lage, Hilfe während der Uebergangszeit nach dem Kriege: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5362 B, D.

Verstaatlichung des Berufs: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5354 B.

Aethyläther siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52 d.

Aetzalkalien, Verkehrsregelung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 19.

Aufenthaltsbeschränkungen siehe „Belagerungszustand" unter II 9 und „Kriegswirtschaft" unter II 21.

Aufklärungsunterricht im Heere siehe „Reichsheer" unter 10 u. 152.

Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichsheere usw. eingestellte Söhne siehe „Unterstützungen" unter II.

Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Reichstags siehe „Reichstag" unter I E 1.

Ausfuhrbewilligungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 20.

Ausfuhrverbote siehe „Kriegswirtschaft" unter II 21.

Ausgleichungsbeiträge siehe „Finanzverwaltung".

Aushebungen siehe „Reichsheer" unter 77.

Auslanddeutsche.

Behandlung in feindlichen Ländern siehe „Krieg" unter X und „Rußland" unter A 3, 8—9, 11; K 2.

Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII 5, „Rußland" unter A 3, 8—10; K 2 und „Schutzgebiete".

Abtransport der Deutschen aus China usw. siehe „Krieg" unter I B 4.

Ausländer.

Ausländer an deutschen Hochschulen siehe „Universitäten".

Ausweisungen: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1168 c.

Internierung siehe „Kriegsgefangene usw.".

Kriegsmaßnahmen gegen Ausländer und ausländische Unternehmungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 25, 26, 28.

Staatenlose Ausländer, Entlassung der zu Unrecht eingestellten A. aus dem Heeresdienst, siehe „Reichsheer" unter 13.

Ausländische Arbeiter.

a) Lage, Behandlung.

Behandlung polnischer und russischer Arbeiter durch Unternehmer (Bergbau): Bd. 306, 19. Sitz. S. 360 D.

Behandlung, Nichtbeantwortung von Anfragen durch ein Generalkommando: Bd. 306, 29. Sitz. S. 629 B.

Polnische Saisonarbeiter, Behandlung usw., Fürsorgestellen, Ausdehnung ihrer Tätigkeit, Vertrauensmänner: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5347 C ff.

Ueberwachung der russisch-polnischen Saisonarbeiter während des Krieges; Arbeitszwang, Verbot des Ortswechsels usw.:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115 C.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1745 B.
66. Sitz. S. 1774 C, 1785 D.
72. Sitz. S. 1981 B, 1996 B.
74. Sitz. S. 2127 A, 2129 A.

Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch die Deutsche Arbeiter-Zentrale: Bd. 320, Nr. 650 S. 127.

Frage der russisch-polnischen Arbeiter: Bd. 321, Nr. 749, S. 8.

Vermittlungsgebühren für ausländische Arbeiter: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1168 D.

Zulassung, Regelung; Bevorzugung der einheimischen Arbeiterschaft: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1157 A.
Siehe auch „Arbeitsnachweis" unter 5.

Belgier, Polen, Litauer, Gewährung der Rechte deutscher Arbeiter, insbesondere des Rechts der Kündigung und der Rückkehr in die Heimat:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138 C.
110. Sitz. S. 3499 A.

Petition des Breiski aus Bochum, betreffend rechtliche Stellung der russisch-polnischen Arbeiter.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 837.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556 B. — Ueberweisung als Material.

Zurückhaltung polnischer und russischer Arbeiter in Deutschland, Behandlung siehe „Rußland" unter D.

b) Resolution Antrick und Gen. zum Etat des Reichsamt des Innern für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Regelung der Arbeitsvermittlung und der Rechtsverhältnisse der ausländischen Arbeiter während der Dauer des Krieges folgende Anordnungen zu treffen:

1. Die Deutsche Arbeiterzentrale ist zu verpflichten, jedem ausländischen Arbeiter bei der Uebernahme einer Beschäftigung im Inland einen Arbeitsvertrag in deutscher Sprache und in der Muttersprache des Arbeiters auszuhändigen.

Dieser Vertrag muß mindestens die Dauer und Art der Beschäftigung, die tägliche Arbeitszeit, den Mindestlohn, bei Gewährung von Kost und Logis den Umfang und die Art dieser Leistungen enthalten. Die Dauer des Vertrages darf 3 Monate nicht überschreiten, die Lösung des Vertrages muß dem Arbeiter möglich sein, wenn vor der Schlichtungsstelle (Hilfsdienstgesetz § 13) dargetan wird, daß der Vertrag vom Unternehmer nicht eingehalten wird. In diesem Falle, sowie nach Ablauf des Vertrages, ist dem Arbeiter die Aufnahme einer Beschäftigung in einem andern Betrieb zu gestatten.

Ausländische Arbeiter (Fortsetzung).

Die bisher abgeschlossenen Verträge sind, soweit sie eine Vertragsdauer von über 3 Monaten vorsehen, auf diesen Zeitraum zu begrenzen. Dabei soll die Zeit, während welcher die Arbeiter infolge von Krankheit oder aus andern Ursachen nicht arbeiten konnten, in die Vertragszeit eingerechnet werden, und dürfen die Arbeiter nicht zur Nachholung der ausgefallenen Arbeitstage zurückbehalten werden.

2. Den ausländischen Arbeitern ist die Inanspruchnahme der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zu erleichtern und ihnen zu gestatten, ihre Beschwerden in der Muttersprache vorzutragen.
3. Die Fürsorgestellen, die für die polnischen Arbeiter bei einigen Generalkommandos bestehen, müssen zu Fürsorgestellen für alle ausländischen Arbeiter ausgestaltet werden. Diese Fürsorgestellen sind bei sämtlichen Generalkommandos zu errichten. Ferner sind Vertreter der Gewerkschaften zur Mitarbeit heranzuziehen.
4. Den Fürsorgestellen ist die Kontrolle über die sanitären Einrichtungen der Wohn- und Schlafräume zu übertragen, sie sollen Beschwerden allgemeiner Art, insbesondere über ungenügende oder mangelhafte Kost entgegennehmen und auf ihre Berechtigung prüfen, sowie die Abstellung der ermittelten Unzuträglichkeiten anordnen.
5. Den ausländischen Arbeitern ist zu gestatten, einer Berufsorganisation im Inland beizutreten.
6. Falls ausländische Arbeiter die ihnen überwiesenen Arbeiten nicht ausführen können und ihre Leistungsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird, sind dieselben nach ihrer Heimat zu entlassen, und dürfen sie nicht bis zum Eintreffen der Reisegenehmigung der beauftragten Behörde nach den Gefangenenlagern abgeschoben werden: Bd. 324, Nr. 1403 unter C.
   Bd. 312, 159. Sitz. S. 4955 D.
   160. Sitz. S. 5004 C.
   171. Sitz. S. 5347 C.
   172. Sitz. S. 5376 D. — Abgelehnt.

c) Anfrage Dr. Werner (Gießen): In Oberhausen (Rheinland) haben belgische Arbeiter an deutschen Streikversammlungen teilgenommen.
Ist dem Herrn Reichskanzler darüber etwas bekannt und welche Stellung nimmt er zu dieser befremdenden Tatsache?: Bd. 320, Nr. 642.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 757.

d) Zwangsweise Beschäftigung von belgischen Arbeitern in Deutschland siehe „Krieg" unter VI 3.

Ausländische Zahlungsmittel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 69.

Auslandsmuseum, Deutsches, in Stuttgart, Aufgaben, Gewährung eines Reichszuschusses: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5764 D, 5767 A.

Auslandsschulen siehe „Schulwesen" unter 5.

Auslandsstudien. Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien: Bd. 320, Nr. 663, S. 11.

Auslandsverkehr siehe „Kriegswirtschaft" unter II 29.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaate Paraguay siehe „Paraguay".

Ausnahmegesetze.

1. Aufhebung; Frage des Bestehens:
   Bd. 306, 4. Sitz. S. 45 D, 48 B.
   8. Sitz. S. 109 A, 120 A.
   Bd. 309, 96. Sitz. S. 2892 A.

Ausnahmegesetze (Fortsetzung).

2. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Bundesrat zu ersuchen, die gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen alsbald zu beseitigen: Bd. 315, Nr. 56 unter II e.
   Bd. 306, 7. Sitz. S. 93 D.
   8. Sitz. S. 108 D, 115 D, 118 D, 124 A. — Angenommen.
3. Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1912, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst alle zurzeit bestehenden gegen einzelne Parteien, Schichten oder Klassen der Bevölkerung gerichteten Ausnahmebestimmungen aufgehoben werden, insbesondere:
   alle aus einem bestimmten religiösen oder religionslosen Bekenntnis abgeleiteten, tatsächlich bestehenden Beschränkungen der Gleichberechtigung,
   das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, die gegen den Gebrauch einer nichtdeutschen Muttersprache gerichteten Ausnahmegesetze und -vorschriften,
   die preußischen, gegen die polnisch sprechenden Teile der preußischen Bevölkerung gerichteten Enteignungs- und Ansiedlungsgesetze,
   die gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde in Einzelstaaten gerichteten Strafvorschriften sowie die Gesindeordnungen,
   die gegen die Arbeiter gerichteten Beschränkungen in der Verwertung ihrer Arbeitskraft, insbesondere die gegen die Ausübung ihres Koalitionsrechts gerichteten Strafvorschriften des § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung der Strafvorschriften der Nötigung, der Erpressung und des groben Unfugs gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter: Bd. 321, Nr. 690 unter E. Bd. 309, 96. Sitz. S. 2892 A, 2933 B. — Dem Verfassungsausschuß überwiesen.
4. Siehe auch „Polen".

Ausschüsse. Wahl und Konstituierung. — Siehe auch „Reichstag" unter I G und III 4.

1. Für den Reichshaushaltsetat, verstärkt auf 36 Mitglieder: Bd. 306, 6. Sitz. S. 53 C.
2. Für die Petitionen: Bd. 306, 6. Sitz. S. 53 D.
3. Für die Wahlprüfungen: Bd. 306, 6. Sitz. S. 54 A.
4. Für die Geschäftsordnung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 54 A. Verstärkung um sieben Mitglieder: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5453 C.
5. Für die Rechnungen über den Reichshaushalt usw.: Bd. 306, 6. Sitz. S. 54 B.
6. Für Handel und Gewerbe: Bd. 306, 6. Sitz. S. 54 B.
7. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Ermächtigungsgesetzes zur Einführung eines Stickstoff-Handelsmonopols: Bd. 306, 6. Sitz. S. 54 C.
8. Zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908: Bd. 306, 11. Sitz. S. 141 B.
9. Zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend Einschränkung der Miet- und Pachtzinsforderungen: Bd. 306, 11. Sitz. S. 141 C.
10. Zur Vorberatung von Anträgen usw., betreffend das Wohnungswesen: Bd. 306, 22. Sitz. S. 425 D.
11. Zur Vorberatung der Entwürfe eines Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben, eines Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende

Ausschüsse (Fortsetzung).

außerordentliche Reichsabgabe, eines Quittungsstempelgesetzes und eines Frachturkundenstempelgesetzes: Bd. 307, 39. Sitz. S. 849 D.

12. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Altersrente und die Waisenrente in der Invalidenversicherung: Bd. 307, 46. Sitz. S. 1023 C.
13. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen: Bd. 307, 46. Sitz. S. 1023 C.
14. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1045 C.
15. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1099 D.
16. Für Bevölkerungspolitik: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1339 C.
17. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutze der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung": Bd. 308, 66. Sitz. S. 1768 A.
18. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher: Bd. 308, 66. Sitz. S. 1768 A.
19. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1938 A.
20. Zur Vorberatung des von den Mitgliedern des Reichstags Schiffer (Magdeburg) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Auskunfterteilung über Kriegsverordnungen: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1938 B.
21. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Schutzhaft während des Kriegszustandes: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1938 B.
22. Für den vaterländischen Hilfsdienst.
23. Zur Vorberatung der Ernährungsfragen: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2341 D.
24. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen: Bd. 309, 90. Sitz. S. 7652 B.
25. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches: Bd. 309, 91. Sitz. S. 2691 C.
26. Verfassungsausschuß: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2933 A.
27. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Fürsorge für Kriegsgefangene: Bd. 310, 114. Sitz. S. 3554 A.
28. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ergänzung der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte während des Krieges: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3636 D.
29. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes zur Vereinfachung der Rechtspflege: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3652 B.
30. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten, sowie zu den Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4408 B.
31. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über die Veranstaltung von Lichtspielen: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4421 D.
32. Zur Vorberatung der Entwürfe eines Biersteuergesetzes, eines Gesetzes über den Bierzoll, eines Weinsteuergesetzes, eines Gesetzes zur Aenderung des Schaumweinsteuergesetzes und eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung

Ausschüsse (Fortsetzung).

von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4827 B.

33. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über das Branntweinmonopol: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4827 B.
34. Zur Vorberatung des Entwurfs eines Arbeitskammergesetzes: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4881 C.
35. Zur Vorberatung
    a) des Entwurfs eines Gesetzes zur Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst,
    b) des Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888,
    c) des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Milderungen im Strafrecht.
    Wahlergebnis: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5565 C.
36. Zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betr. den Absatz von Kalisalzen: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851 C.

Ausstände.

Anfrage Dr. Liebknecht: Der Unterzeichnete fragt den Herrn Reichskanzler: Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstag schleunigst das Material und eine Statistik vorzulegen
a) über die gewerblichen Unfälle,
b) über die Arbeiterausstände
im Deutschen Reiche seit Beginn des Krieges?: Bd. 317, Nr. 214.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 837 C. — Zurückgezogen.

Streikbewegung im April 1917: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3365 C, 3369 D.

Ausstände in der Kriegsindustrie siehe „Kriegsindustrie" unter III.

Ausstellungen siehe „Handel, Gewerbe und Industrie".

Austern siehe „Kriegswirtschaft" unter II 30, 443 a.

Australien.

Behandlung deutscher Gefangener im Lager Porres (Major Hawks) siehe „Kriegsgefangene" unter III D.

Ausverkäufe. Verbot siehe „Kriegswirtschaft" unter II 31.

Auswärtige Politik. — Siehe auch „England", „Krieg" unter I, „Rußland", „Rumänien" usw.

1. Auswärtige Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, Verständigungsversuche mit einzelnen Mächten:
   Bd. 306, 3. Sitz. S. 19 B.
   Bd. 307, 40. Sitz. S. 868 B.
   Leistungen der deutschen Diplomatie vor und während des Krieges, Mißerfolge:
   Bd. 308, 67. Sitz. S. 1813 C, 1822 C, 1829 C.
   Bd. 309, 95. Sitz. S. 2855 A, 2859 D.
   Bd. 310, 109. Sitz. S. 3433 C.
   125. Sitz. S. 3826 C.
   Bd. 313, 182. Sitz. S. 5741 D.
   Diplomatischer Niederbruch vor und in dem Kriege: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6174 D.
   Auswärtige Politik, Wirtschaftspolitik Deutschlands, abfällige Kritik in einer Denkschrift hanseatischer Ueberseekaufleute: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5657 B.
   Kritik der deutschen Diplomatie in Argentinien und Norwegen: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3850 C.
   Politische Lage nach dem Zusammenbruch Bulgariens: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6173 B.
   Führung der auswärtigen Politik durch die Mehrheitsregierung, Umbildung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6171 B.

Auswärtige Politik (Fortsetzung).

Abhängigkeit einer erfolgreichen auswärtigen Politik von der Zustimmung des Volkes:
Bd. 310. 124. Sitz. S. 3813C.
125. Sitz. S. 3843B, 3847C.

Petitionen, betr. die auswärtige Politik: Bd. 322, Nr. 1103 Ziff. IIa.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Für erledigt erklärt.

Sendung eines Kuriers mit einer „Höllenmaschine" nach Norwegen (v. Rautenfels): Bd. 310, 116. Sitz. S. 3586C.

Anfrage Graf v. Westarp: Trifft es zu daß der Abgeordnete Erzberger im Dezember vorigen Jahres mit Einverständnis des Auswärtigen Amtes eine Reise nach Wien unternommen hat, über deren Ergebnis er dem Herrn Reichskanzler und dem auswärtigen Amte Bericht erstattet hat? Hat es sich dabei um politische Angelegenheiten gehandelt, zu deren Erledigung der Abgeordnete Erzberger vom Auswärtigen Amte beauftragt oder ermächtigt war?
Sind dem Abgeordneten Erzberger seither auch sonst derartige Aufträge oder Ermächtigungen zu politischer Tätigkeit im Ausland erteilt worden, und welche Obliegenheiten sind dem Abgeordneten Erzberger vom Auswärtigen Amte übertragen?: Bd. 324, Nr. 1595.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5261D. — Beantwortet.

Siehe auch „Erzberger".

2. Behandlung der auswärtigen Politik in der Oeffentlichkeit und im Reichstage.
a) Beschränkung in der öffentlichen Besprechung bestimmter Fragen während des Krieges:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1306B, 1311B, 1316A, 1325C, 1329A, 1333B, D.
60. Sitz. S. 1530D.
Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 12Ebβ.
b) Benutzung der Presse für die Aufklärung des Auslandes, Anstellung von Preßattachés bei den Botschaften; Wert der öffentlichen Meinung:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 736C, 738B, C.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5659C.
Siehe auch „Nachrichtendienst".
c) Beratung im Reichstage; Einsetzung eines Ausschusses hierfür.
Antrag des Haushaltsausschusses: Der Reichstag ermächtigt den Ausschuß für den Reichshaushalt, zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung zusammenzutreten: Bd. 319, Nr. 418 mit dem Ab.Antr. Arnstadt u. Gen., an Stelle des Antrags des Ausschusses folgende Resolution anzunehmen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür einzutreten, daß während der Dauer des Krieges bei Vertagungen des Reichstags, die durch Kaiserliche Verordnung erfolgen, die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Besprechung auswärtiger Fragen auf dem verfassungsmäßigen Wege vorbehalten wird: Bd. 319, Nr. 424.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1741C.
67. Sitz. S. 1808B.
68. Sitz. S. 1857B (Abstimmung). — Antrag Arnstadt u. Gen. abgelehnt; Antrag des Ausschusses in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 31 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1857C (Zusammenstellung S. 1864).

Auswärtige Politik (Fortsetzung).

Petition, betr. Beteiligung von Mitgliedern des Reichstags an den Bundesratsberatungen über Fragen der auswärtigen Politik.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 552.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Kontrolle durch einen aus Reichstags- und Bundesratsmitgliedern zusammengesetzten Ausschuß:
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3689C, 3698D.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4297B.

Siehe auch „Verfassung" unter 7.

3. Diplomatisches System. Demokratisierung der auswärtigen Politik, Beseitigung der Geheimdiplomatie; Regelung der internationalen Beziehungen auf öffentlichen Kongressen: Bd. 316, Nr. 154.
Bd. 306, 23. Sitz. S. 449B.
Bd. 308, 67. Sitz. S. 1829C.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2895B.
Siehe auch „Auswärtiges Amt" unter 4.

Mitarbeit von Generalstab und Admiralstab, der Presse: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5659C.

4. Anfrage Dr. Heckscher: Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet eine Auslassung des halbamtlichen Wiener Fremdenblatts, in der diese Zeitung für den Staatssekretär Herrn v. Kühlmann und gegen den ehemaligen Reichskanzler, den Fürsten v. Bülow, Partei ergreift und sich damit offensichtlich in eine ausschließlich deutsche Angelegenheit einmischt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen, erstens, aus welchen Gründen das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau diese Wiener Auslassung verbreitet und zweitens, ob gegen diese Ungehörigkeit des Wiener Blattes eine Zurückweisung deutscherseits erfolgen wird?: Bd. 322, Nr. 1247.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1254.

Auswärtiges Amt.

1. Schreiben des Reichskanzlers vom 24. November 1916, betreffend die Verabschiedung des Staatssekretärs, Staatsministers v. Jagow und Ernennung des Unterstaatssekretärs, Wirklichen Geheimen Rats Zimmermann zum Staatssekretär, sowie des Geheimen Legationsrats v. Stumm zum Unterstaatssekretär: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2155C.

Schreiben des Reichskanzlers, betreffend Ernennung des Kais. Botschafters Dr. v. Kühlmann zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618A.

Desgl. betreffend Ernennung des Staatssekretärs Dr. Solf zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6155D.

2. Allgemeine Organisation.
Umgestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit des auswärtigen Dienstes: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4952B.
Presseabteilung, Abzweigung der innerpolitischen Angelegenheiten: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830A, B.
Pressedienst, Besetzung durch den ehemaligen Offizier Deutelmoser: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5759B, 5762B.
Resolution Dr. Stresemann u. Gen. zum Etat des Auswärtigen Amts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst einen Ausschuß zur Prüfung der Frage einer organischen Reform des Auswärtigen Amtes einzusetzen, in den außer Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags und Vertretern des Generalstabs und Admiralstabs insbesondere auch Vertreter des am Ueberseehandel

Auswärtiges Amt. 3. Beamte (Fortsetzung).

beteiligten Kaufmannsstandes und der deutschen Exportindustrie zu berufen wären: Bd. 324, Nr. 1669. Bd. 313, 181. Sitz. S. 5700B. — Angenommen.
Siehe auch: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5659C.

3. Beamte.
Errichtung der Stelle eines Direktors und eines vortragenden Rats für den Nachrichtendienst: Bd. 306, 6. Sitz. S. 57C, 58A.
Anstellung eines zweiten Unterstaatssekretärs: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2831C.
Stellen für 2 vortragende Räte und 2 ständige Hilfsarbeiter: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5700B.

4. Beamte des Auslandsdienstes; diplomatische und Konsularlaufbahn.
a) Besoldungsverhältnisse. Verzicht auf Etatsstellen:
Bd. 315, Nr. 48 S. 3.
Bd. 317, Nr. 237 unter I.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1005D.
—, Besoldungsverhältnisse der aus dem feindlichen Ausland zurückgekehrten Beamten: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830C.
b) Organisation der Laufbahn; Vorbildung, Ausbildung und Prüfung der Anwärter.
Zugang zur diplomatischen Laufbahn, Reform, Uebernahme von Persönlichkeiten aus allen Berufskreisen, aus Flotte, Kaufmannschaft usw.:
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1822D, 1824D.
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3826C.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4952B.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5657B, 5658Cff., 5671A.
182. Sitz. S. 5741D.
—, Siehe auch „Auswärtige Politik" unter 1 u. 3.
Anfrage Frhr. v. Richthofen, Dr. Rießer, Roland-Lücke: Im Jahre 1914 hat der Herr Staatssekretär des Auswärtigen im Haushaltsausschuß des Reichstags gewisse Reformen bestimmt in Aussicht gestellt, welche betreffen:
1. die Vereinheitlichung der Prüfung der Anwärter auf den Konsular- und diplomatischen Dienst;
2. eine erhebliche Erweiterung der Prüfungsgegenstände;
3. die Zuziehung von zwei Vertretern des praktischen Wirtschaftslebens zu den Examinatoren.
Ist eine dieser Reformen bereits durchgeführt und ist der Herr Reichskanzler gewillt, unter Vorbehalt grundlegender Reformen nach Kriegsbeendigung, die oben erwähnten Reformen, soweit dies noch nicht geschehen, auch während des Krieges zu verwirklichen?:
Bd. 319, Nr. 432.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1836. — Beantwortet.
Gesandtschafts- und Konsulatskarriere, keine Trennung: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5659B.

5. Etat siehe „Etatswesen" unter III—VI Spezialberatung D.

6. Einwirkung auf die Zensur siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E β.

Auswanderung nach dem Kriege. Verhinderung durch Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Arbeiter: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2595D.

Ausweisungen mittelloser Ausländer: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1168C. — Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 9.

Bäckereien. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 33 und „Reichsheer" unter 15.

1. Arbeitszeit, Sonntagsruhe.
Petitionen, betreffend Regelung der täglichen Arbeitszeit und der Sonntagsarbeit in Bäckereien.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 541.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung bezw. als Material.
Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien: Bd. 325, Nr. 1908. — Unerledigt.

2. Nachtarbeit. Verbot: Bd. 306, 12. Sitz. S. 179C.
Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen,
a) dem Reichstage eine Denkschrift zu unterbreiten über die Erfahrungen mit dem Nachtarbeitverbot im Bäckereigewerbe während des Krieges;
b) das Nachtarbeitverbot im Bäckereigewerbe in zweckentsprechender Form durch Bundesratsverordnung auch für die Friedenszeit bestehen zu lassen: Bd. 316, Nr. 130 unter II.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 342A.
19. Sitz. S. 358C, 361B, 374C, 375D, 376A, 382C. — Angenommen.
Petition, betreffend Nachtbackverbot für das Bäcker- und Konditoreigewerbe.
Mündl. Ber. des P.-Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. Ic.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Ferner:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115A.
50. Sitz. S. 1132B, 1135D.
51. Sitz. S. 1150C, 1156D, 1164D.

3. Stillegungen:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4348C.
140. Sitz. S. 4377C.
Zusammenlegungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Baden, Großherzogtum. Tabakindustrie, wirtschaftliche und gesundheitliche Lage der Arbeiter; Frauen- und Kinderarbeit: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1426D.

Prinz Max von Baden:
Stellung zur Friedens- und Völkerbundsfrage: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4183B.
Ernennung zum Reichskanzler, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149C.
Worte der Begrüßung des neuen Reichskanzlers durch den Präsidenten des Reichstags: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6150C.
Mitteilungen des Reichskanzlers an den Reichstag, politisches Programm: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6150D. (Vertrauensvotum siehe „Verfassung" unter 4.)

Badisch-preußische Militärkonvention.
Benachteiligung der in preußischen Regimentern dienenden Badenser, Beschwerden, Stellung der stellvertretenden Generalkommandos usw.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4120Cff., 4124D.
Zurückversetzung badischer Landsturmleute aus preußischen Garnisonen usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5388C, 5395D, 5408A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420A, 5430C.
—, Einstellung alter badischer Landsturmleute in ostpreußische Regimenter: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4122B.

Balten.
Kulturelle Beziehungen zwischen den Deutschbalten und Deutschland: Bd. 307, 40. Sitz. S. 869A.
Siehe im übrigen „Rußland" unter C.

Banken, Bankgewerbe.
Anwachsen der Großbanken, des Großkapitalismus, der Rücklagen usw., Statistisches: Bd. 312, 159 Sitz. S. 4958C.
Girokonten, Höhe des Umsatzes: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2955 A.
Lage infolge Entwicklung der Industrie: Bd. 306, 4. Sitz. S. 37D.
Lage während des Krieges siehe „Kriegswirtschaft" unter II 130.

Bankgesetz. Aenderung siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 2.

„**Baralong**", englischer Hilfskreuzer, siehe „Seekrieg" unter C.

Bargeldloser Zahlungsverkehr siehe „Reichsbank" unter 11.

Bassermann, Abgeordneter für den 5. Trierer Wahlkreis. Gest. am 24. Juli 1917: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618B.

Bandivisionen siehe „Marine" unter 4.

Bauer (Breslau), M. d. R., Redeverbot: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5174D.

Baugewerbe.
Lohnverhältnisse, Standpunkt des „Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe": Bd. 306, 19. Sitz. S. 362A.
Petition der Bauinnung Halle a. S., betreffend Vergebung von Bauarbeiten.
Ber. d. Aussch. für Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1193.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997B. — Ueberweisung als Material.

Baumwollengarn. Petition der Handelskammer Würzburg, betreffend Einführung der metrisch-dezimalen Maß- und Gewichtsbezeichnung im Garnhandel.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 392.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Bayern, Königreich.
1. Belagerungszustandsgesetz von 1912:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 97C.
20. Sitz. S. 412D.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1236D.
Annahme von den Bestimmungen, betr. die militärische Zentralinstanz als Aufsichts- und Beschwerdestelle gegenüber Anordnungen der Militärbefehlshaber, siehe „Belagerungszustand" unter I 1e.
Ausnahme von den Bestimmungen des Bundesrats über das Verwaltungsstreitverfahren bei Klagen gegen Anordnungen der Militärbefehlshaber siehe „Belagerungszustand" unter II 1.
Aufenthaltsbeschränkungen siehe „Belagerungszustand" unter II 9B.
2. Kriegsministerium.
Stellung zu den Truppenkommandeuren, Urlaubserteilung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3475B.
Stellung des bayerischen Kriegsministers zur Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5440A.
3. Malzschiebungen von Bayern nach Norddeutschland, Stellung der bayerischen Regierung und Militärbehörden:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2390A ff, 2403D.
84. Sitz. S. 2412A.
85. Sitz. S. 2447C ff.

Bayern, Königreich (Fortsetzung).
4. Reservatrechte.
Nichtanwendung der Bestimmungen über das Kriegswesen auf Bayern, soweit der Bündnisvertrag nicht etwas anderes bestimmt: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6280A, 6285B, 6289C.
Sonderrecht in Eisenbahnangelegenheiten: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724D, 2726C, 2729D, 2731C, 2732A, D, 2733A, 2738B.
—, Bayerische Staatsbahnen, Finanzlage: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2727A.
Postreservatrecht, Aufrechterhaltung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1453D.
5. Wirtschaftliche Maßnahmen infolge des Krieges.
Benachteiligung bei der Errichtung von Reichsfabriken: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2004A.
Bierbrauereien, wirtschaftliche Folgen der Einschränkung der Malzverwendung: Bd. 306, 26. Sitz. S. 528C.
Braukontingent für Bayern: Bd. 319, Nr. 480 unter B 39b.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1616C.
73. Sitz. S. 2062D.
Getreide- und Mehlversorgung:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 192C.
16. Sitz. S. 294A, 296A, 298D.
Wohnungsfürsorge für die Uebergangszeit: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5052A, 5054B.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 43 (Bier), 74c (Düngemittel), 121e (Futtermittel), 136f (Gerste u. Malz), 202 (Kohlen), 278d (Obst), 281b (Oele).
6. Landung eines sächsischen Freiballons, Meldung des Bürgermeisters:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420B.
174. Sitz. S. 5461D.

Beamte. — Siehe auch die einzelnen Ressorts und Aemter, wie „Eisenbahnen" unter III ff., „Post- u. Telegraphenwesen" unter II ff., „Reichsheer" unter 19 u. 177, „Marine", „Reichsamt des Innern" usw.
A. Besoldung, sonstige Einkünfte.
Kriegsbesoldungen siehe dort.
1. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Entwurf einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes in der vom Reichstag am 18. Mai 1914 beschlossenen Fassung möglichst bald wieder einzubringen: Bd. 318, Nr. 330 unter IIb.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1084A, 1086A, 1093B.
49. Sitz. S. 1101C, 1109B.
58. Sitz. S. 1459B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1588C. — Für erledigt erklärt durch Annahme des nachstehenden Gesetzentwurfs.
Entwurf einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes: Bd. 318, Nr. 333.
Erste Beratung: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1340B, 1378C.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 318, Nr. 342. Bd. 307, 56. Sitz. S. 1378D.
Dritte Beratung: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1379B.
Gesetz vom 9. 6. 16, RGBl. S. 492.
Resolution Ebert, Hubrich (Oberbarnim), Meyer (Herford), Mumm, Nacken, Dr. Oertel zum vorstehenden Entwurf: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die noch vorhandenen Härten

Beamte. A. Besoldung. 1. Resolution (Fortsetzung).

und Ungleichheiten in der Besoldung der Reichsbeamten — z. B. in bezug auf die gehobenen Unterbeamten (Besoldungsklassen 11a und 11b) und die höheren Post- und Telegraphenbeamten — sowie der Deckoffiziere beseitigt werden: Bd. 318, Nr. 344.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1378C, 1379A. — Angenommen.
Besoldungsfragen, Ausscheidung aus der Etatsberatung: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2533A.

Entwurf einer vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Postbeamte), — Antrag des Haush. Aussch. Bd. 321, Nr. 862 unter I.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D.
Angenommen nach den Anträgen.
Resolutionen siehe unter dem betreffenden Gegenstand.

Entwurf einer vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Direktoren oberster Reichsbehörden, Wohnungsgeldzuschuß): Bd. 322, Nr. 1026.
Erste Beratung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3626D.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch: Bd. 322, Nr. 1077.
Zweite Beratung: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3678B, 3710C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3761B. — Zurückverweisung an den Haushalts-Ausschuß.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1109 Ziff. b.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3885C.
Gesetz vom 21. 10. 1917, RGBl. S. 961.
Besoldungsordnung, Revision nach dem Kriege: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3500A.

Entwurf einer fünften Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Postbeamte), — Antrag des Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A II.
Erste Beratung:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4607D, 4619B, 4626B, 4630C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639C, 4644C, 4650C, 4658A, 4666A.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 324, Nr. 1475.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4671D.
Annahme des Gesetzentwurfs mit dem Ab. Antr. Bd. 324, Nr. 1475.
Zusammenstellung der Beschlüsse II B.: Bd. 324, Nr. 1482.
Dritte Beratung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5602C.

Entwurf einer fünften Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Beamte des Reichsfinanzhofes): Bd. 325, Nr. 1737.
Erste Beratung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6069A.
Zweite Beratung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6070A.
Dritte Beratung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6146D.

Petition des Kriegsgerichtssekretärs Oswald Müller, betreffend Aenderung des Besoldungsgesetzes.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IIc.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Petition der Ständigen Mitarbeiter bei den höheren Reichsbehörden, betreffend Einreihung in die Kl. 47 der Besoldungsordnung.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch. Bd. 324 Nr. 1534 unter B II 5.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703C. — Ueberweisung als Material.

Beamte (Fortsetzung).

2. Diäten.
Resolution des Ausschusses über Beamtenfragen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Diätensätze für die nicht etatsmäßigen Beamten der Reichsverwaltung (Anlage zur Diätenordnung vom 28. Juli 1919) herbeizuführen: Bd. 321, Nr. 862 unter II 4.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3500B. — Angenommen.

3. Kinderzulagen. Unterstützung der kinderreichen Beamten:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1102A.
51. Sitz. S. 1154B.

4. Kriegs- und Teuerungsbeihilfen, Ausbau:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2476D.
86. Sitz. S. 2496B.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159C.
135. Sitz. S. 4186A, 4207A.
136. Sitz. S. 4255A.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6144A.
—, Notlage, Beseitigung:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4344A.
140. Sitz. S. 4376B.
—, Erhöhung der Teuerungszulagen, Gewährung eines einmaligen Entschuldungsbetrags: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108D.
Siehe im übrigen „Teuerungszulagen", siehe auch die einzelnen Ressorts und Aemter.

5. Pensionierung, Pensionen siehe „Pensionswesen" u. „Militärpensionswesen".

6. Steuerfreiheit, Aufhebung:
Bd. 307. 35. Sitz. S. 790C.
40. Sitz. S. 878B.

7. Verzicht von Beamten auf ihre Etatsstelle siehe „Auswärtiges Amt" unter 4a.

8. Wohnungsgeldzuschuß.
Mitteilung der Orte, welche auf Grund der dem Bundesrate durch § 30 Abs. 4 des Besoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 — Reichs-Gesetzbl. S. 573 — erteilten Ermächtigung in eine andere Ortsklasse eingereiht werden: Bd. 315, Nr. 25; Bd. 316, Nr. 111, 145; Bd. 317, Nr. 213. Einreihung einzelner Orte bezw. Ortsteile bei Hamborn in eine andere Klasse: Bd. 324, Nr. 1694.

B. Rechtsverhältnisse und Sonstiges.

Siehe auch die einzelnen Ressorts u. Aemter.

1. Anstellungsverhältnisse.
Verbesserung: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159C.
Petition, betreffend Festanstellung des im deutschen Reichsdienst beschäftigten ständigen Hilfspersonals nach einer von der Regierung festzusetzenden Reihe von Dienstjahren und Einführung der Pensionsberechtigung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 542.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

2. Arbeitszeit.
Petition, betr. die Einführung bzw. Beibehaltung der ungeteilten Arbeitszeit bei den Behörden.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1511.
Bd. 313, 176. Sitz S. 5533B. — Ueberweisung zur Erwägung.

3. Beamtenausschüsse. Resolution Gröber (Laupheim), Alpers, Ebert, Erzberger, Freiherr von Gamp-Massaunen, Giebel, Gothein, Leicht, Dr. Müller (Meiningen), Noske,

Beamte. B. Rechtsverhältnisse. 3. Beamtenausschüsse (Fortsetzung).

Dr. Pfleger, Dr. Freiherr von Rechenberg, Scheidemann, Spiegel, Dr. Struve, Dr. Südekum zum Etat des Reichsamt des Innern für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den Betrieben des Reichs Beamtenausschüsse einzurichten: Bd. 324, Nr. 1473.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5341 A, 5359 C.
Angenommen: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5376 D.
Siehe auch „Eisenbahnen" unter III 2, „Post- und Telegraphenwesen" unter IX 3, „Marine" unter 5 A u. B.

4. Beamtenverbände siehe nachstehend unter 12.

5. Besoldungsdienstalter. Petition des Emil Gehrhardt in Hagen (Westf.), betreffend anderweite Berechnung seines Besoldungsdienstalters.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. II b.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

6. Bildungsverhältnisse. Mangelnde Kenntnis auf wirtschaftlichem Gebiet; Auftreten gegen Vertreter von Handel und Gewerbe, Bevormundung der Bevölkerung durch Beamte: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4961 D, 4966 B.

7. Disziplinarrecht, Personalakten. — Siehe auch „Post- und Telegraphenverwaltung" unter IX 14.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die im Disziplinarwege gegen Reichsbeamte verhängten Strafen nach Ablauf einer angemessenen Frist durch Entfernung aller Vermerke in den Personalakten gelöscht werden: Bd. 318, Nr. 284 unter II b.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1084 A, 1085 B, 1087 B, 1090 B, 1097 A.
49. Sitz. S. 1113 A. — Angenommen.
Siehe auch: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5340 C, 5359 C.
Anhörung der Beamten vor der Eintragung ungünstiger Vermerke in die Personalakten: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5340 C.

8. Eheschließung, Erleichterung: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5331 D.
Einfluß des Anstellungsalters auf die Eheschließung: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1154 A.

9. Kriegsjahre. Petition, betr. doppelte Anrechnung der Kriegsjahre für die im Kriegsgebiet tätigen Beamten, Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1513. Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533 B. — Uebergang zur Tagesordnung.

10. Nebenbeschäftigung. Petition, betreffend Verbot der außeramtlichen Nebenbeschäftigung technischer Beamter.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 318, Nr. 293 unter IV 12.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1231 D.

11. Politische Gesinnung, religiöses Bekenntnis. Freiheit der politischen Gesinnung und Betätigung: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3718 B, 3726 B, 3728 D, 3747 B.
124. Sitz. S. 3774 B.
Besetzung der Beamtenstellen ohne Rücksicht auf die Parteistellung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2856 B.
Paritätsfrage im Reich und in Preußen, Zurücksetzung katholischer Beamter, dürftige Vertretung der Zentrumspartei im Bundesrat und in den Reichsämtern:

Beamte. B. Rechtsverhältnisse. 11. Politische Gesinnung, religiöses Bekenntnis (Fortsetzung).

Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383 D ff.
84. Sitz. S. 2421 A.
86. Sitz. S. 2487 B, 2512 D, 2513 A ff. (Helfferich), 2520 C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5303 A ff., 5311 A, 5323 D.
171. Sitz. S. 5320 D, 5355 A.

12. Vereinsrecht der Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten usw.: Bd. 318, Nr. 351 S. 18.
Petition des Reichskartells der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, Sitz Elberfeld, um Schaffung eines sicheren Rechtsbodens für die Koalitionsbestrebungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter.
Ber. d. 8. Aussch.: Bd. 316, Nr. 133.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 396 D. — Ueberweisung als Material.
Heranziehung der Beamtenverbände seitens der Regierung bei der Beratung von Reformen: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5109 B.
Siehe auch „Post- und Telegraphenwesen" unter IX 4, „Reichsbetriebe" unter 2.

13. Weibliche Konkurrenz. Petitionen, betreffend Schutz der Reichsbeamten gegen die Unterstellung unter amtlich bestellte weibliche Vorgesetzte und Schutz der Beamten und Privatangestellten gegen weibliche Konkurrenz.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. III b.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 c. — Ueberweisung als Material.

Beamte auf Widerruf siehe „Reichsheer" unter 20.

Beamtenstellvertreter siehe „Reichsheer" unter 21 und „Marine" unter 5 D.

Bebel, August.
Aeußerung auf dem Jenaer Parteitage von 1911 über den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens beim Kriegsausbruch: Bd. 306, 27. Sitz. S. 429 B.
Ueber das soziale Königtum: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2903 A.

Bedingte Verurteilung siehe „Strafgesetzbuch".

Beeren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 278.

v. Beerfelde, Hauptmann.
Nachrichtendienst der Obersten Heeresleitung im Großen Generalstab, — Fall des Hauptmanns v. Beerfelde, Tätigkeit des Vertrauensmanns Konsten in Budapest: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5508 B ff., 5522 D.
184. Sitz. S. 5823 C, 5841 A.

Beglaubigung von Unterschriften in besetzten Gebieten siehe „Krieg" unter VI 2.

Begnadigung siehe „Strafprozeßordnung".

v. Behr-Pinnow. Fall v. Behr-Pinnow, Lieferung von 27 Millionen Sack an eine noch nicht gegründete Fabrik angeblich auf Veranlassung des Leinenausschusses, Wucherpreise:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4360 A.
144. Sitz. S. 4506 A, 4511 D, 4518 B, 4519 C.
146. Sitz. S. 4581 C, 4585 B, 4586 B, 4601 B.

Behrens, M. d. R. Genehmigung zu einer Widerklage siehe „Abgeordnete" unter 8 a.

Bekleidung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 409.

Bekleidungsämter siehe „Reichsheer" unter 24, auch 141k.

Bekleidungsindustrie siehe „Kriegswirtschaft" unter II 36.

Belagerungszustand.

Uebersicht.

Handhabung in Elsaß-Lothringen siehe „Elsaß-Lothringen".
I. Belagerungszustand, gesetzliche Regelung bezw. Aenderung:
1. Resolutionen u. Anträge.
2. Gesetzl. Voraussetzungen f. Ausführung u. Umfang.
3. Befugnisse der Militärbefehlshaber.
4. Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.
5. Strafbestimmungen.
II. Belagerungszustand, Durchführung während des Krieges:
1. Dauer, Handhabung, Aufhebung, Resolutionen u. Anträge.
2. Handhabung, Einzelnes:
a) Abgeordnete,
b) Fremdwörter,
c) Haussuchungen,
d) Jugendliche,
e) Militärbefehlshaber,
f) Naturheilkunde,
g) Rechtsgültigkeit,
h) Verschärfter Belagerungszustand.
3. Amnestie.
4. Brief- u. Telegrammverkehr, Kontrolle.
5. Freizügigkeit.
6. Paßvorschriften.
7. Petitionsrecht.
8. Rechtsprechung, Kriegsgerichte.
9. Schutzhaft:
A. Gesetzliche Regelung bezw. Aenderung.
B. Durchführg. während des Krieges.
10. Sparzwang f. jugendliche Arbeiter.
11. Vereins- und Versammlungsrecht:
a) Handhabung,
b) Redeverbote gegen Abgeordnete usw.,
c) Arbeiterfragen (Versammlungen),
d) Bund der Landwirte,
e) Frauenversammlungen,
f) Gewerkschaften,
g) Lebensmittelfragen,
h) Mitgliederversammlungen,
i) Offiziere u. Soldaten,
k) Pazifistische u. religiöse Vereine,
l) Polnische Vereine usw.,
m) Sozialdemokratie,
n) Steuervorlagen,
o) Wahlversammlungen.
12. Zensur:
A. Allg. Durchführung.
B. Kriegspresseamt.
C. Zensoren.
D. Gebiet, Entschädigungen usw.:
a) Innere Politik,
b) Kriegsziele,
c) Lebensmittelversorgung,
d) Rechtspflege,
e) Steuervorlagen,
f) Sonstiges,
g) Zensur nach dem Kriege.
E. Handhabung:
a) Ungleichmäßigkeiten, Mißgriffe,
b) Einzelnes:
α) Anweisungen, Vorzensur,
β) Auswärtige Politik,
γ) Friedensgesellschaften,
δ) Innere Politik,
ε) Kaiserreden,
ζ) Militärische Vorgänge,
η) Marineangelegenheiten,
ϑ) Parteifragen, Reichstag, Abgeordnete,
ι) Polen,
κ) Sozialdemokratie.
F. Zeitungen, Verbote usw.
G. Flugblätter.
H. Zeitschriften.
J. Bücher, Broschüren.

I. Belagerungszustand, gesetzliche Regelung bezw. Aenderung.

1. Resolutionen und Anträge.

a) Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Bundesrat zu ersuchen, nach Friedensschluß mit tunlichster Beschleunigung den Entwurf des in Art. 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes vorzulegen. Darin ist auszusprechen, daß die Militärbehörden an die bestehenden Rechtsnormen gebunden sind, soweit sie nicht unmittelbar durch das Gesetz selbst aufgehoben werden. Ferner ist in dem Gesetze zu ordnen, welche anderen Gesetze aufhebbar sind und von wem die Erklärung der Aufhebung auszugehen hat: Bd. 315, Nr. 56 unter IId 1.

Bd. 306, 7. Sitz. S. 92D.
8. Sitz. S. 106C, 124A. — Angenommen.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.

I. Gesetzliche Regelung bezw. Aenderung. 1. Resolutionen und Anträge.

b) Resolution Dr. Ablaß, Bassermann u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage bei Beginn des nächsten Sitzungsabschnitts einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird: Bd. 317, Nr. 217.

Bd. 306, 32. Sitz. S. 740C, 745D, 747C, 757C, 758C, 759A, 761C.

Antrag des Haushaltsausschusses, die Resolution unverändert anzunehmen: Bd. 318, Nr. 298 unter II.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1275C.
55. Sitz. S. 1335D. — Angenommen.
Ferner: Bd. 308, 69. Sitz. S. 1890C.

c) Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch im gegenwärtigen Tagungsabschnitt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den die Handhabung der Zensur in nichtmilitärischen Angelegenheiten, sowie die Aufsicht über das Vereins- und Versammlungsrecht während der Dauer des Belagerungszustandes den Zivilbehörden übertragen und die Verantwortung dafür vom Reichskanzler übernommen wird: Bd. 318, Nr. 307.

Bd. 307, 49. Sitz. S. 1114A (Verschiebung der Verhandlung).
53. Sitz. S. 1255A.
54. Sitz. S. 1265D.
55. Sitz. S. 1298A, 1307B, 1313B, 1336B. — Angenommen.
Siehe auch nachstehend unter I 4, II 11 u. 12.

d) Antrag des Haushaltsausschusses: derselben Kommission, die mit der Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die Schutzhaft während eines Kriegszustandes — Bd. 319, Nr. 431 der Drucksachen —, betraut wird, die nachstehende Resolution zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das im Art. 68 der Reichsverfassung in Aussicht gestellte Gesetz über den Belagerungszustand unverzüglich dem Reichstage vorzulegen: Bd. 319, Nr. 445.

Bd. 308, 70. Sitz. S. 1899C, 1900B, 1919B.
71. Sitz. S. 1941A, 1967B. — Dem 21. Ausschuß überwiesen.

e) Antrag Gröber, Erzberger u. Gen.: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes über den Kriegszustand.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Einziger Artikel.

Bis zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung angekündigten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbefehlshaber eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet.

Die näheren Anordnungen ergehen durch Kaiserliche Verordnung.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.

I. Gesetzliche Regelung bezw. Aenderung. 1. Resolutionen und Anträge.

Vorstehende Bestimmung findet auf das Königreich Bayern keine Anwendung.
Urkundlich usw.
Gegeben usw.: Bd. 319, Nr. 448 (Berichtigt).
Erste Beratung:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1899B, 1906A, 1915C, 1920B, 1931B.
71. Sitz. S. 1941A, 1967A, 1972D.
Zweite Beratung: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1977A.
Dritte Beratung: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1977D.
Gesetz v. 4. 12. 1916, RGB. S. 1332.

2. Gesetzliche Voraussetzungen für Ausführung und Umfang, preußisches und bayerisches Gesetz:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1236B, 1254A.
54. Sitz. S. 1278C.
Desgl. für die Verhängung:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 724D, 740B, 748A, 754B.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1282A.
Rechtliche Grundlage: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5241C.
Außerkraftsetzung von Artikeln (nach § 5), Auslegung:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4051B, 4056A.
Maßnahmen zur Durchführung der Bestimmungen:
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6219B.

3. Militärbefehlshaber. Befugnisse während des B.:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 98B, 106D, 121A.
20. Sitz. S. 411A.
32. Sitz. S. 748C.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1110D, 1111B.
53. Sitz. S. 1237A, 1253C.
55. Sitz. S. 1295B.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1903B.
Zuerkennung eines Gesetzgebungsrechts durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts über Anwendung des § 9b des Gesetzes: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5141C.
Ober-Militärbefehlshaber als Beschwerde- und Aufsichtsinstanz: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5209A, 5213C.
Ermöglichung des Verwaltungsstreitverfahrens gegen Anordnungen der Militärbefehlshaber:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3379B.
110. Sitz. S. 3499B.
Stellung zu Beschlüssen des Reichstags: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5268D.
— zu den Verwaltungsbehörden:
Bd. 306, 20. Sitz. S. 411D.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1903A, 1915A, 1917B.
Verantwortlichkeit:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235D.
54. Sitz. S. 1271D, 1278C.
55. Sitz. S. 1307C.
Siehe auch die folgenden Angaben bis zum Schluß des Stichworts.

4. Reichskanzler. Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Zivilbehörden für den Belagerungszustand:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 49B.
7. Sitz. S. 92C.
8. Sitz. S. 106D, 121A.
20. Sitz. S. 409C.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht und die Zensur nur soweit eingeschränkt werden, als dies im Interesse siegreicher Kriegführung unbedingt

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.

I. Gesetzliche Regelung und Aenderung. 4. Reichskanzler.

geboten ist, daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur sichergestellt wird, und daß, wo von Zivilbehörden auf die Handhabung der Zensur ein Einfluß geübt wird, die zuständigen Behörden und Beamten, kraft der ihnen obliegenden Verantwortung, die getroffenen Maßnahmen nach Maßgabe der behördlichen Mitwirkung vertreten:
Bd. 318, Nr. 298 unter IIIa.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235D, 1239C, 1254A, 1255A.
54. Sitz. S. 1262C, 1265C, 1267D, 1270D. 1272B.
55. Sitz. S. 1307D, 1313C, 1335D.
— Angenommen.
Siehe auch I 1c, II 11 und 12.
Antrag des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 — Nr. 5593 — (Reichs-Gesetzbl. S. 1331), wie folgt, abzuändern:
An Stelle des Abs. 1 des Einzigen Artikels treten folgende Bestimmungen:
Bis zum Erlaß des im Art. 68 der Reichsverfassung angekündigten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der Militärbefehlshaber, soweit sie sich nicht auf die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet.
Soweit sich diese Anordnungen auf die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts beziehen, ist der Reichskanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle:
Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. III.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5169C, 5184C, 5188A.
167. Sitz. S. 5209A, 5216B.
168. Sitz. S. 5223A, 5236B, 5246A, 5249A, 5258C, 5259B.
— Angenommen.
Verhältnis zwischen Militär- und Zivilbehörden, kaiserliche Order, wonach bei allen Anordnungen die Mitwirkung der Zivilbehörden und in letzter Instanz die Entscheidung des Reichskanzlers maßgebend ist:
Bd. 314, 192. Sitz. S. 6152A.
193. Sitz. S. 6158B, 6159D, 6163C.
194. Sitz. S. 6186A.
Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die durch den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes erfolgte politische Handlung des Staatssekretärs Scheidemann:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6178C.
195. Sitz. S. 6222B, 6225C.

5. Strafbestimmungen.
a) Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen,
1. die Bekanntmachung des Bundesrats vom 4. Juni 1915 über Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen auf die Vergehen gegen § 9 des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. Juni 1851 auszudehnen;
2. die Strafsatzung in § 9b dieses Gesetzes durch wahlweise Zulassung von Geldstrafen

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
I. Gesetzliche Regelung und Aenderung. 5. Strafbestimmungen.

neben der Gefängnisstrafe zu erweitern: Bd. 316, Nr. 113 unter Ib.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 397A, 413D. — Angenommen.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter I 4 u. II 363.

b) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Handlungen, die gemäß § 68 der Verfassung des Deutschen Reichs durch § 9 Lit. b des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand oder die durch Artikel 4 Nr. 2 des bayerischen Gesetzes vom 5. November 1912 über den Kriegszustand mit Strafe bedroht sind, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft werden: Bd. 316, Nr. 113 unter Ic.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 397A, 413D. — Angenommen.

c) Antrag Schiffer (Magdeburg) u. Gen.: folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:
Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851.
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
§ 1.
Bei Zuwiderhandlungen gegen § 9b des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetz-Samml. 1851 S. 451) kann, wenn der Kriegszustand vom Kaiser erklärt ist (Artikel 68 der Reichsverfassung), bei Vorliegen mildernder Umstände auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark erkannt werden.
§ 2.
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft: Bd. 316, Nr. 132.
Erste Beratung: Bd. 306, 20. Sitz. S. 397A, 412C.
Zweite Beratung: Bd. 306, 20. Sitz. S. 414A.
Dritte Beratung: Bd. 306, 21. Sitz. S. 419B.
Gesetz vom 11. 12. 15, RGB. S. 813.

d) Resolution Dr. Müller (Meiningen), Waldstein zum Etat für die Reichsjustizverwaltung für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Bekanntmachung über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen vom 18. Januar 1917 ausgedehnt wird auf Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften auf Grund des Belagerungszustandes: Bd. 320, Nr. 682.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669D, 2671D, 2673D, 2677A, 2678B, 2681A, 2682C, 2686A.
91. Sitz. S. 2692A.
92. Sitz. S. 2721A. — Angenommen.

II. Belagerungszustand, Durchführung während des Krieges.

1. Dauer, Handhabung, Aufhebung; Resolutionen und Anträge.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 46B, 49B.
7. Sitz. S. 92C.
8. Sitz. S. 121A.
Resolution Albrecht u. Gen.: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 1. Dauer, Handhabung usw.

Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird: Bd. 316, Nr. 140.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 397A, 409A, 414A. — Abgelehnt.
Resolution Albrecht u. Gen. — gleichlautend wie vorstehend: Bd. 317, Nr. 216.
Bd. 306, 32. Sitz. S. 724D, 728A, D, 740A, 745D, 754A, 755D, 761B. — Abgelehnt.
Ferner:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 859D.
40. Sitz. S. 894B.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916 — gleichlautend wie vorstehend: Bd. 318, Nr. 300.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1237B, 1241B, 1249B, 1254D.
54. Sitz. S. 1262C, 1264B, 1282A, 1290D.
55. Sitz. S. 1298A, 1318B, 1328B, 1335C. — Abgelehnt.
Ferner:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1543C.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1875C, 1883A, 1889B, 1890D, 1892B, 1894A.
Resolution Albrecht u. Gen. — gleichlautend wie vorstehend: Bd. 319, Nr. 449
und
Resolution Bernstein u. Gen. zum mündlichen Bericht des Haushaltsausschusses über den Belagerungszustand: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Person und der Presse sowie das Vereins- und Versammlungsrecht hergestellt wird: Bd. 319, Nr. 447.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1899B, 1907C.
71. Sitz. S. 1941A, 1947B, 1963B, 1966A. — Dem 21. Ausschuß überwiesen.
Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst eine Sicherstellung des Vereinsrechts, des Versammlungsrechts, des Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort oder Schrift, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und polizeiliche Eingriffe unter dem Belagerungszustand erfolgt: Bd. 320, Nr. 690 unter F.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2933B. — Dem Verfassungsausschuß überwiesen.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917:
I. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Person und der Presse, sowie das Vereins- und Versammlungsrecht hergestellt wird.
II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst Gesetzentwürfe zu unterbreiten, durch die bestimmt wird:
1. Bis zum Erlaß des im Art. 68 der Reichsverfassung angekündigten Gesetzes über den Kriegszustand findet gegen die Verordnungen und Anordnungen des Militärbefehlshabers auf

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 1. Dauer, Handhabung usw.

Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Der Bundesrat bestimmt die Verwaltungsgerichte, welche in erster und zweiter Instanz zulässig sind, und erläßt die näheren Anordnungen, mit der Maßgabe, daß in denjenigen Bundesstaaten, in welchen Verwaltungsgerichte nicht bestehen, die Bestimmungen des § 21, Ziffer 1—5 der Gewerbeordnung sinngemäße Anwendung finden. Unberührt bleiben die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung vom 4. Dezember 1916, sowie das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916.

Vorstehende Bestimmungen finden auf das Königreich Bayern keine Anwendung.

2. § 1 des Gesetzes über die Haftung des Reichs für seine Beamten vom 22. Mai 1910 (Reichsgesetzbl. S. 798) erhält einen Zusatz folgenden Inhalts als Abs. 4: Die Militärbefehlshaber im Sinne des preußischen Belagerungszustandsgesetzes vom 24. Juni 1851 und die in seinem Auftrage handelnden Beamten und Personen des Soldatenstandes bleiben neben dem Reichfür die in Ausübung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt vorsätzlich oder fahrlässig begangene Verletzung einer Amtspflicht nach § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verantwortlich: Bd. 321, Nr. 844.

Bd. 310, 108. Sitz. S. 3355A, 3357D, 3365Bff, 3369D, 3375Aff, 3379B.
110. Sitz. S. 3499B. — Abgelehnt.

—, Haftpflicht der Beamten und Militärpersonen für fahrlässige Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit oder des Vereinsrechts:
Bd. 309, 81. Sitz. S. 2339C.
82. Sitz. S. 2347A, 2348D, 2350B, 2351A.

Resolution Antrick u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Belagerungszustand unverzüglich aufgehoben wird: Bd. 321, Nr. 855.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3355A, 3357D, 3365B, 3369D, 3375Aff.
110. Sitz. S. 3499C. — Abgelehnt.

Resolution Albrecht u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand sofort aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Person und der Presse, sowie des Vereins- und Versammlungsrechts wieder hergestellt wird: Bd. 322, Nr. 1117.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3904D, 3912C, 3927A, 3934D. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3094A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3950C, 3952A.
133. Sitz. S. 4146D.
136. Sitz. S. 4239D.

Antrag Albrecht u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes herbeizuführen: Bd. 325, Nr. 1938. — Unerledigt.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 1. Dauer, Handhabung usw.

Anfrage Meerfeld: Der Gouverneur der Festung Cöln hat am 12. Februar die „Rheinische Zeitung" unter Vorzensur gestellt. Eine Mitteilung an ihre Leser über diese Maßnahme ist der Zeitung nicht gestattet. Der Gouverneur hat ferner die Genehmigung einer für den 15. Februar anberaumten Volksversammlung, in der der Unterzeichnete über „Sozialdemokratie und Vaterlandspartei" reden sollte, im Gegensatz zu der bisherigen Praxis davon abhängig gemacht, daß der Redner vorher den Wortlaut seiner Ausführungen einreiche. In Cöln besteht auch der Brauch, daß den Soldaten der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen verboten, solcher der Vaterlandspartei dagegen gestattet ist.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die geschilderten Maßnahmen militärischer Stellen zu tun, und wie gedenkt er die weitere Einschnürung der Preß- und Versammlungsfreiheit in Einklang zu bringen mit seiner am 29. November 1917 abgegebenen Erklärung, daß auf diesen Gebieten in Bälde fühlbare Erleichterungen geschaffen werden sollten?: Bd. 323, Nr. 1285.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996B. — Beantwortet.

Beratung des mündlichen Berichts des Haushalts-Ausschusses (Schutzhaft, Vereins- und Versammlungsrecht und Zensur): Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. II, III u. IVa, b, c.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5166A.
167. Sitz. S. 5191A.
168. Sitz. S. 5220A, 5259B. — Nach den Anträgen des Haushaltsausschusses angenommen.

Petitionen des Gewerkschaftskartells in Karlsruhe und der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin und Genossen, betreffend Vereins- und Versammlungsrecht, Preßfreiheit.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IVc.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5259B. — Für erledigt erklärt.

Anfrage Dr. Liebknecht: Ist die Regierung bereit, dem Reichstag unverzüglich das Material vorzulegen:

a) über die von den deutschen Militär- und Zivilbehörden während des Krieges auf Grund des Belagerungszustandes getroffenen allgemeinen und besonderen Maßregeln zur Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts und der persönlichen Freiheit (Versammlungsverbote, Vereinsauflösungen, Eingriffe in das Briefgeheimnis, polizeiliche Ueberwachung des Telephonverkehrs, Verhaftungen, Haussuchungen usw.), insbesondere über die Zahl der während des Krieges ohne gerichtliches Verfahren in militärische und polizeiliche Haft (cachot) verbrachten Zivilpersonen, über Grund und Dauer dieser Haft;

b) über Zahl, Höhe und Grund der während des Krieges gegen Angehörige der Armee erkannten Strafen und über den Gefangenenbestand der Militärgefängnisse seit Beginn des Krieges?: Bd. 317, Nr. 189.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 513C. — Beantwortet.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges.

2. Handhabung, Einzelnes.

a) Abgeordnete. Behandlung durch die Militärbehörden (körperliche Untersuchung, Schutzhaft, Aufenthaltsbeschränkungen, Haussuchungen usw.; Fälle Dr. Herzfeld, Dr. Haegy, Antrick, Thiele):
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1286C.
55. Sitz. S. 1312C, D.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1885A.
70. Sitz. S. 1900A, 1910B, 1915D.
71. Sitz. S. 1948D, 1950D.
74. Sitz. S. 2082A.

b) Fremdwörter, Entfernung von Firmenschildern:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1237D.
54. Sitz. S. 1257D.
55. Sitz. S. 1305A, 1309D.

c) Haussuchungen, Anwendung des § 103 StPO.:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1910C.
71. Sitz. S. 1950D.
— bei Abgeordneten: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1910B.
— bei dem Abgeordneten Dr. Herzfeld: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1950D.
—, Petition des Privatdozenten Dr. Arnold Ruge in Heidelberg, betreffend Beschwerde über die bei ihm vorgenommene Haussuchung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. II f.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

d) Jugendschutz siehe „Jugendliche".

e) Militärbefehlshaber, Anerkennung ihrer Tätigkeit:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 740C, 755C.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1257C.
55. Sitz. S. 1301B.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1941B.
—, Beeinflussung durch die politische Polizei bei Handhabung des Belagerungszustandes: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1949C.
—, Einwirkung auf die innere Verwaltung: Bd. 306, 32. Sitz. S. 717A, 732A, 740C, 755C.
—, Handhabung, Hemmung der Bewegungsfreiheit, „Schreckensregiment":
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2392C.
84. Sitz. S. 2429D.
95. Sitz. S. 2847D.
101. Sitz. S. 3094A.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3357D, 3365B, 3369Aff., 3374C, 3375A, 3375D, 3376Aff., 3377C.
110. Sitz. S. 3499C.
—, Mißbrauch der militärischen Gewalt zu parteipolitischen Zwecken:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5168C, 5170B.
167. Sitz. S. 5194B, 5215A.
168. Sitz. S. 5231A, 5243D.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6163C.
194. Sitz. S. 6201D.
—, Maßnahmen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, Verfügung des Kriegsministeriums v. 20. 10. 1917, betreffend Landesverrat usw.: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3963D.
—, Fall Dittmann: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4296D. — Siehe auch unter II 9B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 2. Handhabung, Einzelnes.

f) Naturheilkunde. Verbot der Ausübung usw.:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1555C.
Petition: Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 260 unter III s.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B.

g) Rechtsgültigkeit gewisser Verordnungen (Schneeschippererlaß, Fremdenaufenthaltsanweisungen):
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5122A.
165. Sitz. S. 5139D.
167. Sitz. S. 5200A, 5213A.

h) Verhängung des verschärften Belagerungszustandes, Bekanntmachung:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1254B.
54. Sitz. S. 1274D.
Anfrage Bartschat, Siehr (Insterburg), Wagner: In der Provinz Ostpreußen ist noch heute auf Grund des verschärften Belagerungszustandes der § 7 der preußischen Verfassung, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden soll, außer Kraft gesetzt.
Nicht nur in der Festung Königsberg, sondern auch in unbefestigten Städten der Provinz, z. B. Insterburg und Tilsit, sind außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf eine Beseitigung dieser Verschärfung des Belagerungszustandes in einer Provinz, die unzweifelhaft seit dem Zusammenbruche Rußlands vom Feinde nicht mehr bedroht ist und von den Kriegsschauplätzen mit am weitesten entfernt liegt, hinzuwirken?: Bd. 324, Nr. 1649.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5538C. — Beantwortet.
Aufrechterhaltung des verschärften Kriegszustandes über Königsberg: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5193D.
— des wirtschaftlichen Belagerungszustandes in Königsberg unter der parlamentarischen Regierung: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6187D.
Einziehungen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften aus politischen, nicht militärischen Gründen:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3862C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3904D.
— tätiger Mitglieder der U. S. P. zum Heeresdienste, Anwerbung von Spitzeln, Beeinflussung der Mehrheitssozialisten: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5224B.

3. Amnestie für politische Vergehen.
Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die sämtlichen wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden: Bd. 320. Nr. 690 unter G.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2892B, 2933B. — Abgelehnt.
Ferner:
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3578D, 3595B.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5150A, 5153B.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6158C, 6164A.
194. Sitz. S. 6188C.
195. Sitz. S. 6217C.
Antrag Albrecht u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Amnestiegesetzes.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 3. Amnestie.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I.

Die wegen politischer Vergehen und Verbrechen, namentlich wegen solcher Handlungen, die mit Friedensbestrebungen im Zusammenhang stehen, wegen politischen Landes- oder Kriegsverrats, Streikvergehen, Aufreizung zum Klassenhaß in Untersuchung gezogenen oder verurteilten Zivilpersonen, Soldaten und Matrosen werden amnestiert.

Die Strafe mit allen Nebenstrafen wird aufgehoben. Die schwebenden Strafverfahren werden niedergeschlagen.

Artikel II.

Die wegen politischer Gesinnung oder Betätigung, namentlich wegen Streikbeteiligung in das Heer eingezogenen Personen werden entlassen.

Alle politischen Vermerke in den militärischen und polizeilichen Akten werden gelöscht, insbesondere der Vermerk „B 18".

Artikel III.

Die gegen Inländer, Ausländer und Staatenlose noch bestehenden Schutzhaftbefehle und Aufenthaltsbeschränkungen werden aufgehoben. Bd. 325, Nr. 1942. — Unerledigt.

Niederschlagung von Strafverfolgungen gegen Kriegsteilnehmer, Löschung von Strafvermerken: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2670 B.

4. Brief- und Telegrammverkehr. Siehe auch II 1 und „Elsaß-Lothringen".

Geheime Briefzensur, gesetz- und verfassungswidriges Verfahren: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5251 B.

Verhängung der Briefsperre; Beschlagnahme von Briefen durch die Generalkommandos; Oeffnung von Briefen, Verletzung des § 5 des Postgesetzes: Bd. 306, 32. Sitz. S. 730 D, 735 B.
40. Sitz. S. 884 B.

—, Auskunfterteilung der Postbehörden über Briefe, Fernsprech- und Telegrammverkehr an die Militärbefehlshaber (Außerkraftsetzung des § 5 des Reichspostgesetzes auf Grund des § 4 des preußischen Belagerungsgesetzes), Urteil des Reichsgerichts: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4673 D ff.

Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß das Briefgeheimnis gewahrt wird und die Reichsbehörden angewiesen werden, auf Verletzung des Briefgeheimnisses gerichteten Ersuchen von Militärbefehlshabern keine Folge zu leisten: Bd. 318, Nr. 296.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1090 C.
49. Sitz. S. 1104 A, 1108 D, 1110 B, 1113 A. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235 C, 1244 A, 1254 C.
54. Sitz. S. 1264 C, 1275 B, 1283 B.
55. Sitz. S. 1304 A.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1949 B, 1952 A.

Petitionen des Rechtsanwalts Claß in Mainz und des Alldeutschen Verbandes.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 66 unter Ic 1, 2.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 135 A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 4. Brief- und Telegrammverkehr.

Petition des Professors Dr. Frhrn. v. Liebig in Gießen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 330 unter III d.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1336 B, 1337 A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1588 D.

Anfrage Dr. Herzfeld: Der Oberkommandierende in den Marken hat unter dem 21. Januar 1915 eine geheime noch in Kraft befindliche Anordnung erlassen, durch die er das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps in Berlin, das stellvertretende Generalkommando des III. Armeekorps in Berlin, die Kommandantur Berlin, sämtliche Garnisonkommandos und das Bezirkskommando IV, schließlich sämtliche Polizeiverwaltungen ermächtigt hat, über politisch mißliebige Personen, auch über Abgeordnete, die Briefsperre zu verhängen, ihre Postsachen zu beschlagnahmen und sie durch das zuständige Postamt der politischen Polizei in Berlin auszuhändigen.

Ist dies dem Herrn Reichskanzler bekannt und was gedenkt er gegen diese Maßnahme zu tun?: Bd. 320, Nr. 628.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2345 A. — Beantwortet.

Anfrage Kunert: Ist dem Herrn Reichskanzler nachstehende Tatsache bekannt?

Der Kommandierende General, Generalleutnant Sonntag hat unter dem 18. Februar 1918 für das Generalkommando Magdeburg nachstehende Verfügung erlassen:

„Gemäß § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand verleihe ich den Leitern der Militärpolizeistellen Magdeburg und Halle die Berechtigung, in Spionage-, Sabotage- und ähnlichen Fällen die Postbehörden um Auskunft über Brief-, Telegramm- und Telephon-Verkehr der beteiligten Personen zu ersuchen."

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Aufhebung dieser Verordnung herbeizuführen?: Bd. 323, Nr. 1371.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4399 B. — Beantwortet.

Anfrage Büchner: Die Kommandantur in Danzig hat ein dauerndes Versammlungsverbot gegen die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erlassen.

Auf Beschwerde eines Versammlungsleiters antwortete der Obermilitärbefehlshaber durch ein Schreiben vom 12. Februar 1918 — Nr. 605/17 —, daß das Verbot aufrecht erhalten werde, weil die leitenden Personen des Vereins die Anordnungen der Militärbehörde gekannt, aber wissentlich übertreten hätten.

Der Obermilitärbefehlshaber nimmt dabei Bezug auf einen Brief, den der Einberufer der Versammlung am 1. Dezember 1917 an den unterzeichneten Reichstagsabgeordneten gerichtet hat. Der Brief ist nicht an mich abgeliefert worden, sondern, wie ich inzwischen erfahren habe, der Kommandantur auf deren Anordnungen durch die Post ausgeliefert worden.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß über Abgeordnete die Briefsperre verhängt wird und daß durch das zuständige Postamt ihre Postsachen der politischen Polizei ausgehändigt werden, ohne daß die Abgeordneten davon auch nur in Kenntnis gesetzt werden?

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 4. Brief- und Telegrammverkehr.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um das Briefgeheimnis zu wahren?: Bd. 324, Nr. 1398.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523B. — Beantwortet.
Anfrage Hartrath, Dr. Freiherr v. Rechenberg: Der Stadt- und Landkreis Trier steht schon fast während der ganzen Dauer der Kriegszeit unter dem Druck der Postzensur, so daß alle Briefe der Post nur unverschlossen aufgegeben werden und auch Postkarten nur nach vorheriger durch den Zensurstempel erkenntlicher Durchsicht abgesandt werden dürfen.
Diese Maßregel wird einerseits von der betroffenen Bevölkerung für ihren privaten und geschäftlichen Briefverkehr als überaus drückend empfunden, anderseits erweist sie sich als zwecklos, weil täglich Hunderte von Briefen durch Schulkinder und Reisende in Nachbarkreisen verschlossen zur Post gegeben werden.
Beschwerden bei den zuständigen Stellen haben bisher weder zu einer Abhilfe noch überhaupt zur Angabe von Gründen für die Aufrechterhaltung der Anordnung geführt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Aufklärung über die Veranlassung der genannten Maßregel zu geben und auf ihre Beseitigung hinzuwirken?: Bd. 324, Nr. 1683.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1894.
Ferner: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5168A.
Oeffnung eines Schreibens aus dem Reichstagsbureau: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5245B.
169. Sitz. S. 5273D.
Briefkontrolle der Reichstagsabgeordneten, Bruch des Art. 31 der Reichsverfassung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4535B.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5252C.
Bd. 313, 182. Sitz. S. 2345B.
Briefsperre für den Abgeordneten Dr. Herzfeld: Bd. 308, 71. Sitz. 1949B.
Briefzensur, geheime, Weiterbestehen, Fall der Frau Agnes in Düsseldorf: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6187D.
Kontrolle der Briefe deutscher Gefangener zur Feststellung ihrer politischen Gesinnung durch eine Zentralstelle im Kriegsministerium: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5256A.
Ansichtspostkarten, Kinderbilder, Zurückweisung: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5245C.
Ueberwachung; Verzögerung der Beförderung: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1243C.
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5208A.
Petition des Kontrolleurs E. Krebs in Brüssel, betreffend Beschwerde über die Ausübung der Telegraphenzensur.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1364 Ziff. IIc 5.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377A, C. — Ueberweisung als Material.
Briefzensur im Verkehr mit Oesterreich: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5230D.
Anfrage Dr. Werner (Gießen):
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß neuerdings alle aus Deutschland an unsere Soldaten in Rumänien gelangenden Briefe unter Kriegsrecht geöffnet und gelesen werden? Dadurch wird eine starke Mißstimmung erzeugt.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 4. Brief- und Telegrammverkehr.

Ist der Herr Reichskanzler mit diesen Verhältnissen einverstanden?: Bd. 325, Nr. 1948. — Unerledigt.
5. Freizügigkeit.
Beschränkung für jugendliche Arbeiter: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1161B, 1183D, 1187C.
Beschränkung für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 360A.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1296A.
Aufhebung der Verordnungen einzelner stellvertretender Generalkommandos:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055C.
101. Sitz. S. 3071A, 3079A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3117C.
110. Sitz. S. 3498D.
Anfrage Spiegel: Der stellvertretende kommandierende General vom VII. Armeekorps in Münster hat unterm 22. August folgende Verordnung erlassen:
„Wer es unternimmt, selbst oder durch Dritte Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei im Dienste der Heeresverwaltung beschäftigten Unternehmern, oder in unmittelbar oder mittelbar für Heeresbedarf tätigen Betrieben beschäftigt sind, zum Aufgeben oder Wechsel ihrer Arbeitsstelle zu veranlassen, wird nach § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder bis zu 1500 Mark Geldstrafe bestraft."
Münster, den 22. August 1917.
Der kommandierende General.
Freiherr v. Gayl, General der Infanterie.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß Arbeiter mit Haft bestraft werden, wenn ihnen wegen Lohnabzügen oder Akkordreduktionen von den Arbeiterorganisationen oder deren Vertretern sowie den Beisitzern in den Schlichtungsausschüssen geraten wird, sich auf Grund des Gesetzes eine andere Arbeitsstelle zu suchen?: Bd. 322, Nr. 1059.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3682C. — Beantwortet.
6. Paßvorschriften, Verkehrsbeschränkungen im Verkehr nach dem Auslande:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1076C.
53. Sitz. S. 1235C.
55. Sitz. S. 1319A.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1899D.
Verkehrsbeschränkungen im Reiseverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5186C.
168. Sitz. S. 5230D.
Anfrage Haase (Königsberg): Am 18. April d. J. wurde dem Abgeordneten Bernstein für eine Reise nach Budapest, wo er am 21. April auf Einladung des Vereins „Galilei" in einer polizeilich genehmigten Versammlung einen Vortrag halten wollte, auf Veranlassung des preußische Ministers des Innern vom Schöneberger Polizeipräsidium ein Reisepaß ausgestellt. In Oderberg wurde er von den preußischen Aufsichtsbeamten angehalten und genötigt, am Orte zu übernachten. Die Erlaubnis zur Weiterreise erhielt er erst, als es zu spät war, Budapest noch rechtzeitig für das Halten des Vortrags zu erreichen.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 6. Paßvorschriften.

Auf Wunsch der überaus zahlreich besuchten Versammlung ersuchte die Leitung des Vereins „Galilei" den Abgeordneten Bernstein, den zugesagten Vortrag an einem Tage der nächsten Woche zu halten. Vom Polizeipräsidenten von Berlin-Schöneberg ist jedoch das Ersuchen, ihm den Paß zu erneuern, abschlägig beschieden worden. Die Anfrage nach den Gründen der Ablehnung ist von dem Polizeipräsidenten von Schöneberg mit einer höflichen, aber bestimmten Weigerung beantwortet worden.

Dieser Vorgang hat nach Mitteilung aus Budapest dort starke Erregung hervorgerufen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß nicht durch Organe der Polizei solche dem Deutschen Reich schädliche Wirkungen erzeugt werden?: Bd. 321, Nr. 860.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 988.

Anfrage Freiherr v. Richthofen, Dr. Paasche: Seit Anfang dieses Jahres werden dem Reiseverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn erhöhte Schwierigkeiten insbesondere dadurch bereitet, daß die zuständigen österreichisch-ungarischen Konsulate das erforderliche Paßvisum erst nach vorheriger Genehmigung des Ministeriums des Aeußeren in Wien erteilen. Hierdurch muß neben anderen großen Unzuträglichkeiten eine Verzögerung jeder Reise um etwa drei Wochen eintreten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit der Reiseverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn so gestaltet werde, wie er unter voller Berücksichtigung der durch den Kriegszustand bedingten Beschränkungen den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden verbündeten Ländern entspricht?: Bd. 323, Nr. 1382.

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451 A. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Ablaß: Die auf der Verordnung vom 16. Dezember 1914 beruhende Anordnung des Stellvertretenden General-Kommandos des 5. Armeekorps vom 9. Mai 1917 über die Paßpflicht stellt sich als eine schwere Beeinträchtigung für den deutsch-österreichischen Grenzverkehr im Riesen- und Isergebirge dar und hat ein starkes Nachlassen dieses auch von militärischen Gesichtspunkten aus unbedenklichen Verkehrs zur Folge gehabt. Besonders drückend und belästigend sind diese Paßvorschriften für den Ausflugsverkehr auf den Kammwegen des Riesengebirges, die zum Teil auf deutscher, zum Teil auf österreichischer Seite verlaufen.

Ist der Herr Reichskanzler insbesondere im Hinblick auf den mit dem Osten abgeschlossenen Frieden bereit, im Reiseverkehr mit der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie Erleichterungen eintreten zu lassen und zu diesem Zwecke den Paßzwang zwischen den befreundeten Reichen entweder ganz aufzuheben oder doch wenigstens in erheblichem Maße herabzumildern?: Bd. 324, Nr. 1629.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1886.

Anfrage Schwabach: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß trotz des beendeten Kriegszustandes mit Rußland der Paßzwang für das Reichsgebiet

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 6. Paßvorschriften.

nördlich des Memelstroms, insbesondere für die Kreise Memel und Heydekrug noch aufrechterhalten und ebenso noch immer die militärische Briefzensur, selbst für den Postverkehr der Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, gehandhabt und damit eine empfindliche Erschwerung und Verzögerung des Postverkehrs herbeigeführt wird?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die baldige Aufhebung dieser Maßnahmen zu veranlassen?: Bd. 324, Nr. 1640.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5496 C. — Beantwortet.

Anfrage Haase (Königsberg): Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hat in der Budget-Kommission am 1. Mai 1917 die Erklärung abgegeben, im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen könne er sagen, daß der Ausstellung von Pässen an die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Reise nach Stockholm nichts im Wege stehe.

Der Polizeipräsident von Berlin hat trotz Hinweises auf diese Erklärung des Herrn Staatssekretärs mehreren Mitgliedern der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten die Pässe verweigert.

Ist diese Tatsache dem Herrn Reichskanzler bekannt, uud was gedenkt er zu tun, um der Erklärung des Herrn Staatssekretärs Geltung zu verschaffen?: Bd. 321, Nr. 850.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 879.

Körperliche Untersuchung des Abgeordneten Dr. Herzfeld an der Schweizer Grenze:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1286.
55. Sitz. S. 1312 C, D.

Paßverweigerung für Abgeordnete der polnischen Fraktion nach Warschau: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6255 A.

Reiselegitimationen für Inlandsreisen, einheitliche Regelung für das Reich: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5186 B.

Schwierigkeiten, indirekte Aufenthaltsbeschränkung: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5276 C.

Siehe auch unter „Elsaß-Lothringen".

7. Petitionsrecht.

Petition des Professors Stahlberg in Berlin-Steglitz, den durch die Beschlagnahme der Eingabe von Professor Dr. Schaefer, betreffend den U-Bootkrieg, vollzogenen Eingriff in das Petitionsrecht als zu Unrecht erfolgt zurückzuweisen und dafür einzutreten, daß dem deutschen Volke das Petitionsrecht auch unter dem Gesetz über den Belagerungszustand in vollem Umfang gewährleistet werde.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 318, Nr. 298 unter IV.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235 A, 1240 D, 1248 D.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1258 C, 1266 C, 1273 A, 1276 D.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1295 D, 1336 B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Beschlagnahme von Unterschriftsbogen der sozialdemokratischen Friedenseingabe: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1909 D.

Verbot der Versendung einer Eingabe der Zentralstelle für Völkerrecht an ihre Mitglieder: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5205 D.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges.

8. Rechtsprechung; Kriegsgerichte. — Siehe auch „Elsaß-Lothringen".

Rechtsprechung der auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand eingesetzten außerordentlichen Kriegsgerichte; Härte der Strafen.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3579A, 3595A.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5150B, 5152A.

—, Strafverfahren gegen Jugendliche wegen Streikvergehen usw.: unter III 2. Bd. 312, 165. Sitz. S. 5153A.

—, Kriegsgerichtsurteile aus Anlaß des Ausstands in der Kriegsindustrie siehe „Kriegsindustrie" unter III 2.

Verurteilung des Schlossers Karl Artelt wegen Aeußerungen gegen den Burgfrieden, für den Klassenkampf und Generalstreik: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3907A.

Dem Rechtsempfinden widersprechende Urteile (Prozeß Philippi in Wiesbaden): Bd. 312, 164. Sitz. S. 5118A.

Verurteilung von Führern einer Jugendorganisation wegen Verbreitung eines politischen Flugblattes zu hohen Strafen: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5143D ff.

Kritik von Urteilen des Reichsgerichts als Klassenjustiz, Landesverratsprozeß gegen Rödel u. Gen. wegen Verbreitung eines Flugblattes, Hervorhebung des vaterländischen Standpunktes bei der Verurteilung: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5142D, 5144D, 5149D, 5151B.

Verhaftung der Frau Zietz wegen Landesverrats, Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft:
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5101B.
165. Sitz. S. 5142B, 5143D.

Antrag des Haushaltsausschusses: Hebt das Reichsmilitärgericht die Haft oder Aufenthaltsbeschränkung auf, so darf der Militärbefehlshaber auf den vom Reichsmilitärgericht bereits beurteilten Tatbestand nicht eine neue Maßregel einer jener Arten stützen: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. II.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5259A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5264C, 5276B.

Anfrage Dr. Herzfeld:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Oberkommandierende in den Marken an die außerordentlichen Kriegsgerichte seines Bezirks einen Befehl erlassen hat, alle aus Anlaß des neulichen großen Streiks Angeklagten und Verhafteten, wenn sie durch diese Gerichte freigesprochen werden, nicht, wie es § 13 Ziff. 4 des Belagerungszustandsgesetzes zwingend vorschreibt, sofort aus der Haft zu entlassen, sondern dem Berliner Polizeipräsidium vorführen zu lassen, um die Schutzhaft über sie zu verhängen?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die außerordentlichen Kriegsgerichte diesem Befehl nachkommen, die Freigesprochenen im „grünen Wagen" des Polizeipräsidiums dorthin schaffen lassen und daß dieselben fast ausnahmslos in Schutzhaft genommen worden sind?

Gedenkt der Herr Reichskanzler gegen dieses hemmungslose und wahllose Schalten mit der Freiheit der Staatsbürger einzuschreiten?: Bd. 323, Nr. 1284.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 8. Rechtsprechung.

Bd. 311, 127. Sitz. S. 3995D. — Beantwortet.

Verhaftung der Sozialdemokraten Eichhorn und Weise. Anklage des Reichsgerichts auf Landesverrat, Freisprechung; Verurteilung wegen Verteilung illegaler Flugschriften; Verhängung der Schutzhaft:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2432A.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2683D, 2685A.
91. Sitz. S. 2696C, 2699B, 2704A.
92. Sitz. S. 2710A, 2717C.

Strafprozeß gegen die Mädchen Strey und Trobach siehe nachstehend unter II 9 B.

Matrose Reichpietsch, Verurteilung und Erschießung wegen Kriegsverrats: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3785D, 3786D, 3788C, 3800A, 3804C, D, 3805B.

—, Todesurteil, Mitteilung an die Eltern: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5154C.

Strafvollzug gegen Zivilpersonen (Polen, belgische Richter) in den besetzten Gebieten, Inhaftierung in preußischen Zuchthäusern (Groß Strehlitz): Bd. 312, 165. Sitz. S. 5153C.

Frage der Rechtsgültigkeit der Verordnungen und Verfügungen (Schneeschnippererlaß usw.):
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5122A.
165. Sitz. S. 5139D.
167. Sitz. S. 5200A, 5213A.

9. Schutzhaft, Aufenthaltsbeschränkung, Ausweisungen. — Siehe auch II 1 und „Elsaß-Lothringen".

A. Gesetzliche Regelung bzw. Aenderungen.

Rechtsgarantien bei Verhängung der Schutzhaft und bei Aufenthaltsbeschränkungen; Entschädigung.

a) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, durch welche

1. die Verhängung der Schutzhaft auf das aus rein militärischen Gründen absolut gebotene Maß beschränkt wird,

2. bei Verhängung der Schutzhaft dem Verhafteten ein Rechtsschutz gewährt wird, welcher mindestens nicht zurückbleibt hinter dem im Strafverfahren vor den ordentlichen Gerichten den Untersuchungsgefangenen zustehenden Rechtsschutz: Bd. 318, Nr. 298 unter III b.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235D, 1239B.
54. Sitz. S. 1264B, 1273D, 1284C.
55. Sitz. S. 1309C, 1336A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1859B.

b) Antrag Bassermann u. Gen., Gesetzentwurf, betreffend die Schutzhaft während eines Kriegszustandes: Bd. 319, Nr. 416 und

Antrag des Haushaltsausschusses, Gesetzentwurf betreffend die Schutzhaft während eines Kriegszustandes: Bd. 319, Nr. 431.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1859A.
69. Sitz. S. 1870A.
Mündl. Ber. d. 21. Aussch.: Gesetzentwurf betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes: Bd. 319, Nr. 496, Zu Nr. 496.
Erste Beratung: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2079A.
Zweite Beratung: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2081C.
Dritte Beratung: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2082D.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 9. Schutzhaft.

Petitionen: Bd. 319, Nr. 496 unter 2.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2083 A.

Gesetz v. 4. 12. 1916, RGB. S. 1329.

c) Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1329): Bd. 324, Nr. 1400.
Erste Beratung:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5166 A.
167. Sitz. S. 5191 A.
168. Sitz. S. 5220 A.
169. Sitz. S. 5263 D, 5290 D. — Ueberweisung an die 21. Kommission. — Unerledigt.

d) Antrag des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes, vom 4. Dezember 1916 — Nr. 5592 — (Reichs-Gesetzbl. S. 1329) folgenden Zusatz zu geben:

§ 14.

Hebt das Reichsmilitärgericht die Haft oder Aufenthaltsbeschränkung auf, so darf der Militärbefehlshaber auf den vom Reichsmilitärgericht bereits beurteilten Tatbestand nicht eine neue Maßregel einer jener Arten stützen: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. II.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5259 A. — Angenommen.

e) Ferner:
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5264 C, 5276 B.
Anwendung des § 31 der Reichsverfassung auf die Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung: Bd. 304, 74. Sitz. S. 2082 A.
Auslegung und Handhabung des Schutzhaftgesetzes vom 4. Dezember 1916 durch das Reichsmilitärgericht betr. Kompetenz, Entschädigung, rückwirkende Kraft:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3916 C.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5263 D, 5283 B.
Begriff der „vollziehenden Gewalt" (§ 1 des Schutzhaftgesetzes) nach der Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5271 B, 5275 C.

f) Einzelnes zu b—e.
Aufenthaltsbeschränkungen, Rechtsschutz:
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1862 C.
69. Sitz. S. 1871 A.
74. Sitz. S. 2080 D.
Beschwerderecht nach dem Gesetz vom 4. Dezember 1916, Frage seiner rückwirkenden Kraft; Handhabung des Gesetzes durch die Oberkommandos:
Bd. 309, 81. Sitz. S. 2338 C, 2340 B, C, 2341 B.
82. Sitz. S. 2345 B, 2347 D, 2349 C, 2350 A, 2351 C, D, 2354 B, C, 2356 C, 2357 B.
Entschädigung für unschuldig erlittene Haft:
Bd. 320, Nr. 633 Anh. a 650.
Bd. 308, 68 Sitz. S. 1862 D.
74. Sitz. S. 2081 A.
—, Rückwirkende Kraft:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3916 B, 3919 C, 3930 B.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5275 B, 5276 D, 5280 A, 5286 B, 5289 A.
—, Anwendung der Grundsätze für Entschädigung unschuldig Verurteilter oder in Untersuchungshaft Genommener auf politische Schutzhäftlinge: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5273 A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 9. Schutzhaft.

Entschädigungspflicht, Art der Ausübung, Ausdehnung auf die ganze Kriegsdauer: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5265 C, 5272 C.
—, Zuerkennung eines Entschädigungsanspruchs binnen einer Präklusivfrist von drei Monaten nach der Beendigung der Freiheitsbeschränkung: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5276 B.
Vollstreckung der Haft, gesetzliche Festlegung:
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2080 B.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5285 D, 5286 A.
Voraussetzungen der Verhaftung:
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1870 C.
74. Sitz. S. 2080 A.
Zulassung der Beschwerde:
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1862 A.
69. Sitz. S. 1874 B.
74. Sitz. S. 2080 A.
— eines Verteidigers:
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1862 B.
69. Sitz. S. 1871 B, 1874 C.
74. Sitz. S. 2080 D.

g) Petition, betr. gesetzliche Regelung der militärischen Schutzhaft.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 317, Nr. 168.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1871 D. — Dem 21. Ausschuß überwiesen.

B. Durchführung der Schutzhaft während des Krieges.
Ursachen der Verhängung, Mißstände bei der Vollstreckung usw.:
Bd. 306, 20. Sitz. S. 398 A.
32. Sitz. S. 720 D, 735 B, 749 C.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 884 A (Fall Jannasch).
53. Sitz. S. 1239 B, 1243 A.
54. Sitz. S. 1284 B (Fälle Szek, Jung, Sand).
55. Sitz. S. 1305 C, 1313 A, 1318 C.
60. Sitz. S. 1544 C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1708 B (Fall Mehring), 1733 D.
65. Sitz. S. 1784 B.
68. Sitz. S. 1861 A.
69. Sitz. S. 1871 C, 1873 A, 1875 D (Fälle Mehring, Luxemburg, Duncker, Spahn, Reppe, Sauerbrey), 1884 A, 1885 B, 1889 B.
72. Sitz. S. 2011 A.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6229 B.
Nachprüfung der Verhaftungsgründe:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1243 A, B.
54. Sitz. S. 1274 A.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2386 B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3910 B, 3913 B, 3930 C, 3932 A.
Verhängung der Schutzhaft über Arbeiter ohne Untersuchung, Anerkennung durch das Reichsgericht: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5141 C.
Namenlose Angebereien, behördliche Erlasse dagegen: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5266 A.
Schutzhaftsachen beim Reichsmilitärgericht im Jahre 1917, Anzahl: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5279 C.
Unterbringung der Häftlinge in Internierungslagern: Bd. 308, 69. Sitz. S. 1887 D.
Arbeitszwang bei Aufenthaltsbeschränkungen: Bd. 308, 69. Sitz. S. 1873 A, 1886 D.
Petition, betreffend Schutzhaft, Entschädigung für interniert Reichsangehörige.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 317, Nr. 168.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1871 D.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 9. Schutzhaft.

Androhung der Schutzhaft gegen den Abgeordneten Dittmann durch den Polizeipräsidenten, falls der Staatsanwalt seine Verhaftung nicht aufrecht erhalte: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4051A. — Siehe auch unter II 2e.

Fall Eichhorn-Weise siehe oben unter II 8.

Fall Genzen, Entschädigungsfrage: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5265C, 5274C.

Fall Grünbaum: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5280B.

Petition des Konstantin Heinrich in Breslau, betreffend Entlassung aus der Schutzhaft.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. Va.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Für erledigt erklärt.

Petition des Heinrich, Kaufmann in Julienbruch, betreffend Entschädigung für erlittene Schutzhaft.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. Ia.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Verhängung gegen den Redakteur Klüß; Behandlung:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1318C.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1880A, 1884A, 1892D.

Schutzhaft gegen Dr. Liebknecht, Frau Dr. Rosa Luxemburg, Entlassung der Inhaftierten:
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2892B.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3594D.

Anfrage Rühle: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Frau Dr. Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916, nachdem sie eben erst eine Gefängnisstrafe von einem Jahre verbüßt hatte, in Sicherheitshaft genommen worden und bis auf den heutigen Tag der Freiheit beraubt ist, ohne daß etwas gegen sie vorliegt, was nach dem Schutzhaftgesetz die Verhängung der Haft rechtfertigen könnte?

Ist dem Herrn Reichskanzler weiter bekannt, daß gegen Frau Dr. Luxemburg nicht einmal ein Strafverfahren auch nur eingeleitet worden ist, das die Rechtfertigung der Sicherheitshaft bilden könnte?

Weiß der Herr Reichskanzler, daß Frau Dr. Luxemburg inzwischen als Delegierte für die Stockholmer Konferenzen gewählt worden ist und daß das Holländisch-Skandinavische Komitee die deutsche Regierung um Freilassung der Frau Luxemburg für die Stockholmer Konferenzen ersucht hat?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die gegen Frau Dr. Luxemburg verhängte, dem Schutzhaftgesetz widersprechende Sicherheitshaft zur Aufhebung zu bringen, und wie gedenkt er das Ersuchen des Holländisch-Skandinavischen Komitees zu beantworten, um nicht im In- und Ausland den Eindruck aufkommen zu lassen, daß in Frau Dr. Luxemburg eine politische Gegnerin der Regierung verhindert werden soll, in Stockholm für den Frieden zu wirken?: Bd. 321, Nr. 917.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1137.
Ferner: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3910D.

Schutzhaft gegen den Schriftsteller Dr. Mehring; Behandlung während der Haft:
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1708B.
69. Sitz. S. 1876B, 1884B, 1892C.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 9. Schutzhaft.

Anfrage Dr. Cohn (Nordhausen): Gegen den Schriftsteller Dr. Franz Mehring, der am 15. August 1916 in militärische Sicherheitshaft genommen worden ist, ist beim Landgericht Düsseldorf wegen der Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale" ein Strafverfahren anhängig. Das Oberkommando in den Marken hat angeordnet, daß Herr Dr. Mehring mit seinem Verteidiger nur in Gegenwart eines Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin sprechen dürfe. Auf die Vorstellung des Verteidigers, daß dies eine gesetzwidrige Vereitelung des im § 148 StPO. gegebenen Rechtes auf ungestörten Verkehr zwischen dem Angeklagten und dem Verteidiger sei, hat das Oberkommando am 18. November „aus Billigkeitsgründen für den Fall, daß die Hauptverhandlung gegen Dr. Mehring am 24. d. Mts. stattfindet", dem Verteidiger die „Erlaubnis erteilt", Herrn Dr. Mehring „an einem beliebigen Tage der nächsten Woche für die Dauer von 30 Minuten ohne Zeugen sprechen zu dürfen". Schon vor Absendung dieses Briefes war es dem Oberkommando bekannt, daß Herr Dr. Mehring wegen seiner schwachen Gesundheit nicht transportfähig und nicht verhandlungsfähig, mithin die Aufhebung des Termins bestimmt zu erwarten sei.

Das Oberkommando beansprucht auch die Zensur des schriftlichen Verkehrs zwischen Herrn Dr. Mehring und seinem Verteidiger. Dieser hat beim Landgericht Düsseldorf beantragt, „zur Sicherung der dem Angeklagten im § 148 StPO. gegebenen Rechte zu beschließen, daß das Oberkommando weder die schriftlichen Mitteilungen des Verteidigers an den Angeklagten Dr. Mehring noch dessen Mitteilungen an den Verteidiger durchsehen, noch die Anordnung aufrecht erhalten dürfe, wonach den Unterredungen des Verteidigers mit dem Angeklagten Dr. Mehring ein Kriminalbeamter oder überhaupt jemand beiwohnen müsse". Das Gericht hat geantwortet, ihm ständen die vom Verteidiger „beantragten Maßnahmen" nicht zu, und hat ihm anheimgegeben, sich wegen der „Sicherung der den Angeklagten im § 148 StPO. gegebenen Rechte" an das Oberkommando in den Marken zu wenden.

Ist dieser Sachverhalt dem Herrn Reichskanzler bekannt? Beabsichtigt er, das Oberkommando in den Marken zur Beachtung der Gesetze anzuhalten?: Bd. 320, Nr. 522.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2282A. — Beantwortet.

Petition des Polizeikommissars a. D. Stephany in Rottenburg a. M. (Württemberg), betreffend Beschwerde wegen der über ihn verhängten Schutzhaft: Bd. 321, Nr. 728 Ziff. IIa.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3934A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Schutzhaft gegen die Arbeiterinnen Strey und Trobach in Berlin (Flugblattverteilung auf dem Potsdamer Platz in Berlin); Zusammensperrung mit Prostituierten usw.; Strafprozeß usw.:
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1878A, 1884C, 1893A.
70. Sitz. S. 1898C, 1929A.
71. Sitz. S. 1973B, 1974B.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2681D ff.
91. Sitz. S. 2696B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 9. Schutzhaft.

Petition, betreffend die Schutzhaft des Heilmagnetiseurs Joseph Weißenberg.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1509.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5530C, 5533A. — Ueberweisung als Material.
Aufenthaltsbeschränkungen in Bayern, Einbeziehung in das Schutzhaftgesetz: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5280D.
Aufenthaltsbeschränkung des Schriftstellers Erich Mühsam in München: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5281B.
Ausweisung der Pazifistin Frau Lyda Gustava Heymann aus München:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3357B, 3377B.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5282B, 5288C.
Elsaß-lothringische Verhältnisse siehe „Elsaß-Lothringen".

10. Sparzwang für jugendliche Arbeiter. Gesetzmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, Aufhebung der Erlasse.
Resolutionen zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916:
a) Bernstein u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die von Militärbefehlshabern erlassenen Verordnungen über Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden, und Sorge zu tragen, daß der Erlaß ähnlicher Verordnungen für die Zukunft unterbleibt: Bd. 318, Nr. 301, und
b) Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die von stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über den Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden: Bd. 318, Nr. 303.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115D.
50. Sitz. S. 1130D, 1135B, 1146A.
51. Sitz. S. 1150B, 1157A, 1159A, 1169D, 1173C, 1177A, 1178D.
53. Sitz. S. 1251A. — Beide Resolutionen abgelehnt.
Ferner:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1319B.
Bd. 308, 88. Sitz. S. 2591D.
Petition der Frieda Willing in Berlin um Aufhebung des Sparzwanges für Jugendliche.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. IId.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

11. Vereins- und Versammlungsrecht. Siehe auch oben unter I 1c, I 4, II 1 u. 12Da.
a) Handhabung:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 46B.
12. Sitz. S. 182C.
20. Sitz. S. 397C.
32. Sitz. S. 731D, 749B, 750B.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 859D.
40. Sitz. S. 883D.
53. Sitz. S. 1248D.
55. Sitz. S. 1295C, 1319D.
59. Sitz. S. 1477B.
60. Sitz. S. 1543C.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1900B, 1909B, 1916B, 1920C.
71. Sitz. S. 1952A.
Bd. 310, 122. Sitz. S. 2719B.
124. Sitz. S. 3770B.
125. Sitz. S. 3868A.
Verschärfung im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium; Konferenz der stellvertretenden Generalkommandos:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3865D, 3867C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3886D.
Standpunkt des Kriegsministeriums, Verfügung vom 17. Januar 1917: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5212A.
Erlaß des Kriegsministers an die Generalkommandos vom 25. 9. 1917:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3868B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3886B.
Nichtbeachtung der kriegsministeriellen Erlasse durch die Generalkommandos:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4295C, 4286D, 4297D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5809B, 5810A, 5826B, 5829A.
Handhabung durch das VI. Armeekorps in Schlesien:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3861A.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5172C, 5179A, 5185D.
167. Sitz. S. 5211A.
168. Sitz. S. 5241B.
— durch das Generalkommando in Posen: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3859A.
— durch den stellvertretenden kommandierenden General des II. Armeekorps v. Vietinghoff, Stellungnahme zur Pressefreiheit, zum Versammlungsrecht usw.:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4295D, 4297D.
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5292B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5804A, 5809B, 5814C, 5818A, 5829A, 5830D.
Siehe auch unter II 11m.
Milderung von Härten: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946C.
Handhabung unter der parlamentarischen Regierung: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6186A.
Versammlungsverbote, statistische Mitteilungen:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5209D.
168. Sitz. S. 5223C.

Anfrage E. Werner (Gießen): In den Zeitungen des Casseler Korpsbezirks befindet sich folgende Kundmachung:

> Anmeldepflichtigkeit von Versammlungen.
>
> Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9b des Preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgender Befehl erlassen:
>
> Alle öffentlichen Versammlungen, ferner alle nicht öffentlichen Versammlungen politischer Vereine und alle nicht öffentliche Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, sind vom Einberufer — bei Vereinsversammlungen vom Vorstand — mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der Redner bei der Polizeibehörde schriftlich anzumelden.

Wer es unternimmt, eine anmeldepflichtige Versammlung ohne die vorgeschriebene Anmeldung zu veranstalten, ferner wer in einer solchen Versammlung als Leiter — d. h. als Vorsitzender, Schriftführer oder in ähnlicher irgendwie leitender Stelle — oder als Redner auftritt oder wer für solche Versammlungen die Versammlungsräume zur Verfügung stellt, wird, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Die gleiche Strafe trifft die Anmeldepflichtigen, Versammlungsleiter und Redner, wenn in einer nicht zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmten nicht angemeldeten nicht öffentlichen Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert werden.

Cassel, den 3. August 1917.

Der Kommandierende General
von Kehler,
Generalleutnant.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um einer solchen Behinderung des Gedankenaustauschs entgegenzutreten, in einer Zeit, wo deutscher Machtfriede und internationaler Verzicht zur Aussprache stehen?: Bd. 321, Nr. 970.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1052.

Anfrage Wels: Durch den Landrat des Kreises Calau ist mitgeteilt worden, daß

„die Genehmigung für öffentliche politische Versammlungen nach den bestehenden Anweisungen nicht erteilt werden dürfe",

obwohl feststeht, daß in anderen Kreisen der Provinz Brandenburg derartige Veranstaltungen nach vorheriger Anmeldung ungehindert stattfinden können.

Sind dem Herrn Reichskanzler solche „Anweisungen" auf Aufhebung des Versammlungsrechts für den Kreis Calau bekannt?

Was gedenkt er gegen die Ausnahmebehandlung der in diesem Falle betroffenen Bevölkerung des Niederlausitzer Industriereviers zu tun?: Bd. 321, Nr. 974.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1068.

Verbot der Bekanntmachung genehmigungspflichtiger Versammlungen vor ihrer Genehmigung: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5179C.

b) Redeverbote gegen Abgeordnete usw.; Vorlegung der Niederschriften der Reden usw.:

Bd. 306, 32. Sitz. S. 719D, 734C, 757B.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 947A (Fall Zietz).
53. Sitz. S. 1249A.
54. Sitz. S. 1283C.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1882C.
70. Sitz. S. 1900A, 1909C.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3368B, 3369B.
125. Sitz. S. 3863B, 3865A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3887A, 3890D, 3920A.
137. Sitz. S. 4296A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Bd. 312, 166. Sitz. S. 5174D.
167. Sitz. S. 5200B, 5211C.
168. Sitz. S. 5222B, 5252C, 5253D, 5254A, B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5969C.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6186C.

Redeverbot gegen den Abg. Bauer (Breslau): Bd. 312, 166. Sitz. S. 5174D.
— gegen den Abg. Brandes: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5253D.
— gegen den Abg. Dr. Doormann: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3890D.
— gegen die Abgg. Dr. Erdmann und Ledebour: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5254B.
— gegen den Abg. Feldmann: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3863B.
— gegen den Abg. Gothein in einer Privatwohnung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3920A.
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5200B, 5211C.
— gegen den Abg. Haase in Königsberg: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5252C
— gegen den Abg. Dr. Herzfeld, den Landtagsabg. Dr. Fleißner und Mitglieder der U.S.P.: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5222B.
— gegen den Abg. Kopsch: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3887A.
— gegen den Abg. Kunert: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3679A.
— gegen den Abg. Meerfeld: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996B.
— gegen den Abg. Vogtherr: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5254A.
— gegen den Abg. Wels: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3865A.
— gegen Abgeordnete der U. S. P., erfolglose Beschwerden bei der neuen Regierung: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6186C.
— im Bezirk des 6. Armeekorps: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5784C, 5786A.
— im Bereiche des Generalkommandos Münster: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3368B, 3369B.
— gegen Mitglieder der U.S.P.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4296A.
— gegen „notorische Hetzer" im Bereich des XIV. Armeekorps, Rundschreiben des stellvertr. Generalkommandos:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5171D.
167. Sitz. S. 5210B.
— auf drei Monate gegen einen Angestellten der Generalkommission: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5181A.

Redeverbote und Redebeschränkungen für Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4296A.

c) Arbeiterfragen.

Verbot von Versammlungen zur Besprechung von Lohn- und Arbeitsfragen; Verordnung des Generalkommandos Münster i. W.:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3864B, 3870C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3895B, 3901D.

Anfrage Jäckel: Der Landrat des Kreises Reichenbach (Schlesien) verlangt auf Anweisung des in Breslau stationierten stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps, daß alle Besprechungen der Arbeiterausschüsse der Textilbetriebe des Eulengebirgs-Bezirkes sowie Verband-

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

lungen, welche von Vertretern der Arbeiterorganisation mit Vertretern der Unternehmerorganisation über Arbeiterforderungen geführt werden, 8 bis 10 Tage vorher polizeilich anzumelden sind. Das Generalkommando stellt diese Besprechungen politischen Versammlungen gleich.

Will ein Arbeiterausschuß eine Beschwerde beim Chef im Kontor vortragen oder wollen einige Organisationsvertreter der Arbeiter im Kontor des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes vorstellig werden, so wird Anmeldung 8 bis 10 Tage vorher verlangt.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Anordnungen des stellvertretenden Generalkommandos bekannt?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese Anordnungen das Streben der leidenden Arbeiter nach angemessenen Löhnen schwer beeinträchtigen und deshalb außerordentlich aufreizend gewirkt haben?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der Arbeiter und gegen die rechtswidrigen Anordnungen des stellvertretenden Generalkommandos des VI. Armeekorps zu tun?: Bd. 321, Nr. 984.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1024.

Interpellation Antrick u. Gen.: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die

a) die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts vollständig unterbunden und die Besprechung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Erörterung von Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten worden ist;

b) das Vereins- und Versammlungsrecht einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird?

Was gedenkt der Herr Reichskanzlerer zu tun, um diesen Mißbräuchen Einhalt zu tun?: Bd. 322, Nr. 1050.

Bd. 310, 120. Sitz. S. 3651D.
122. Sitz. S. 3714A. — Ziff. b in Verbindung mit der Interpellation Antrick u. Gen. (Bd. 322, Nr. 1051) beantwortet und besprochen.
124. Sitz. S. 3765D.
125. Sitz. S. 3857D. — Ziff. a in Verbindung mit den mündl. Berichten des Hausl. Ausschusses über Schutzhaft, Belagerungszustand (Bd. 321, Nr. 728), Resolutionen (Bd. 322, Nr. 1048 u. 1091) und Petitionen (Nr. 1060) beantwortet und besprochen. Antr.: Bd. 322, Nr. 1117.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3885C.

d) Bund der Landwirte, behördliche Widerstände gegen ihre Versammlungen: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3896D.

e) Frauenversammlungen, Verbote: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3367A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Anfrage Vogtherr: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos in Stettin vom 6. Mai d. J. die Abhaltungen von Frauenversammlungen überhaupt, auch als Mitgliederversammlungen, verboten wurde, — und daß ferner das Oberkommando in den Marken und die Stellvertretenden Generalkommandos in Magdeburg und Cassel die geplanten Frauenversammlungen verboten haben, die zu der Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen und den darauf bezüglichen Arbeiten des Verfassungsausschusses des Reichstags Stellung nehmen wollten?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, das Vereins- und Versammlungsrecht gegen diese Beschränkungen zu schützen?: Bd. 321, Nr. 810.

Bd. 310, 109. Sitz. S. 3382B. — Beantwortet.

Anfrage Vogtherr: Auf die Anfrage Nr. 148 ist in der 109. Sitzung durch Herrn Oberst v. Wrisberg erklärt worden, die in der Anfrage erwähnten Verbote von Frauenversammlungen durch die stellvertretenden Generalkommandos in Stettin, Magdeburg und Cassel und das Oberkommando in den Marken seien erfolgt, weil die Versammlungen auf Grund eines Flugblattes einberufen wurden, „das in gehässiger und den Burgfrieden gefährdender Weise Andersdenkende angreift", und das mit den Worten schließt: „Deshalb ans Werk: Nutzet die Stunde! Keine darf fehlen! Denn jetzt geht es um unser Höchstes: um unsere große Sache, um die Zukunft des internationalen Sozialismus."

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß eben dieses Flugblatt vor seiner Verbreitung die Zensur passiert hat, und welche Sicherheit gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu schaffen, daß die Verbreitung zensierter Druckschriften als Grund für die weitere Beschränkung des Versammlungsrechts benutzt wird?: Bd. 321, Nr. 911.

Bd. 310, 115. Sitz. S. 3563C. — Beantwortet.

Anfrage Haase (Königsberg): Am 9. Oktober 1918 hat das Wahlkomitee des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend eine öffentliche Frauenversammlung für den 11. Oktober in den Germania-Sälen bei der Polizei angezeigt. Der Polizeipräsident hat am 11. Oktober 1918 diese Versammlung verboten, mit der Begründung, daß „es sich nicht um eine unter die Ausnahmebestimmung des Oberkommandos in den Marken fallende Wählerversammlung handle".

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt und was gedenkt er zu tun, um die Beeinträchtigung des Versammlungsrechts zu beseitigen?: Bd. 325, Nr. 1949.

Bd. 314, 196. Sitz. S. 6247A. — Beantwortet.

f) Gewerkschaften, Behandlung durch die Generalkommandos:

Bd. 310, 125. Sitz. S. 3869B, 3870B.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5178B, 5183B.
167. Sitz. S. 5210C.
168. Sitz. S. 5243A.

Aenderung der Behandlung durch das Kriegsministerium seit dem Abgange des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5178C, 5183B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Petition der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin, betreffend Aufhebung derjenigen Verordnungen der Stellvertretenden Generalkommandos, die durch Verhinderung der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben erschweren oder unmöglich machen:
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. 10a.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5259B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petition des deutschen Buchdruckerverbandes in Berlin um Sicherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts hinsichtlich der Betätigung der Gewerkschaften.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1364 unter II c 1.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377A, C. — Ueberweisung als Material.

Verbot einer gewerkschaftlichen Kartellversammlung zur Besichtigung Fürstl. Pleß'scher Brachländereien im Bezirk Waldenburg i. Schl.:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3356C.
125. Sitz. S. 3862D.

g) Lebensmittelfragen.

Anfrage Stadthagen: Von der Polizeibehörde für Berlin-Friedrichsfelde ist die Abhaltung einer öffentlichen, für den 31. Mai geplanten Versammlung mit einem Referat über die Lebensmittelfrage versagt, weil nach den vom Oberkommando in den Marken aufgestellten Grundsätzen öffentliche Versammlungen politischer Vereine oder diesen gleichzuachtender Vereinigungen in keinem Falle gestattet werden dürfen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf Aufhebung solcher durch den Oberbefehlshaber in den Marken angeordneten Beschränkung des reichsgesetzlichen Versammlungsrechts hinzuwirken und Maßnahmen zu treffen, die es der Bevölkerung ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen gegen die Zurückhaltung und Preissteigerung von Lebensmitteln und für Uebernahme der Produktion der Nahrungsmittel durch das Reich Stellung zu nehmen: Bd. 318, Nr. 345.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1518B. — Beantwortet.

h) Mitgliederversammlungen, Generalversammlungen.

Petition, betreffend Sicherung ungestörten Tagens von geschlossenen Mitgliederversammlungen.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 361.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895D. — Ueberweisung als Material.

Mitgliederversammlungen, Einschränkungen; Verordnungen des I. Armeekommandos: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3858C.

Anfrage Ledebour: Dem deutschen Metallarbeiterverband, Ortsstelle Berlin, ist von dem Oberkommando die Abhaltung von Generalversammlungen wiederholt verboten worden, die sich mit inneren organisatorischen Angelegenheiten beschäftigen sollten.

Nach einem Bericht, den der zweite Bevollmächtigte Siering am 13. Juli 1917 der „mittleren Verwaltung" erstattet hat, hat der Polizeirat Heuniger eine für jetzt geplante Generalversamm-

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

lung von neuem verboten, weil auf die Tagesordnung gesetzt wurde:
„Neuwahl der Bevollmächtigten."

Auf die Frage, weshalb die Wahl, die statutenmäßig zu erfolgen hat, nicht stattfinden dürfe, hat nach jenem Bericht die Antwort gelautet:
„Die Behörde hat ein direktes Interesse daran, daß eine Aenderung in der Leitung des Metallarbeiterverbandes vorläufig nicht eintritt."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Eingriff in das Statut des Verbandes abzuwehren und den Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen, daß sie ihre Bevollmächtigten wählen können?: Bd. 321, Nr. 934.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3602C. — Beantwortet.
Vergl. S. 3609B.

Anfrage Bauer (Breslau): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es der Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes durch das Oberkommando in den Marken unmöglich gemacht wird, die satzungsgemäße Generalversammlung abzuhalten?

Die auf den 6. Mai 1917 einberufene Generalversammlung mit der Tagesordnung:
Neuwahl der Ortsverwaltung,
Kassenbericht,
Anträge
ist vom Oberkommando in den Marken verboten worden. Die Generalversammlung wurde dann mit der gleichen Tagesordnung auf den 18. Juni cr. einberufen, aber wiederum vom Oberkommando in den Marken verboten. Das Oberkommando hat erklärt, daß es während der Kriegsdauer die Abhaltung der Generalversammlung nicht zulassen werde, wenn die Neuwahl der Ortsverwaltung zur Tagesordnung gestellt würde.

Durch diese mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringenden Maßnahmen wird der abzüglich 40 000 beim Heere befindlichen, gegenwärtig noch rund 70 000 Mitglieder zählenden Mitgliedschaft Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes die ordnungsmäßige Erledigung der Verwaltungsgeschäfte unmöglich gemacht und eine tiefgehende Erregung unter den Mitgliedern hervorgerufen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem Deutschen Metallarbeiterverband, Mitgliedschaft Berlin, die Ausübung des Versammlungsrechts zu ermöglichen?: Bd. 321 Nr. 943.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609B. — Auf die Verlesung der Anfrage wird verzichtet.

Anfrage Ledebour: Am 20. Juli d. J. hatte ich in einer Anfrage die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf gelenkt, daß das Oberkommando in den Marken dem Deutschen Metallarbeiterverband (Ortsstelle Berlin) die Abhaltung einer Generalversammlung zur „Neuwahl der Bevollmächtigten" durch wiederholtes Verbot unmöglich gemacht habe. Auf meine Frage, was der Herr Reichskanzler zu tun gedenke, um diesen Eingriff in das Statut des Metallarbeiterverbandes abzuwehren und den Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen, hatte als Vertreter des Reichskanzlers der Herr Oberst v. Wrisberg erwidert:

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

„Nach den angestellten Ermittlungen ist ein Verbot der Generalversammlung durch das Oberkommando nicht ergangen."

Auf die erneute Ankündigung einer Versammlung zu dem angegebenen Zweck wurde der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgende vom 28. August datierte Zuschrift des Oberkommandos in den Marken zugestellt:

„Die nächste ordentliche Generalversammlung der dortigen Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes soll nach einer Ankündigung in Nr. 200 des „Vorwärts" vom 24. Juli 1917 am Montag, den 3. September d. J. stattfinden. Wie Ihren Bevollmächtigten bereits wiederholt mitgeteilt ist, wird eine Erledigung des Restes der Tagesordnung der früheren Generalversammlung vom 6. Mai 1917, wobei die Neuwahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung in Frage kommt, von hier aus nicht geduldet werden. Sie werden daher ersucht, die angekündigte Versammlung aufzugeben, da dieselbe nicht zugelassen werden wird.

Von seiten des Oberkommandos.
Für den Chef des Stabes.
Gez. Unterschrift."

Daraus geht hervor, daß trotz der im Namen des Reichskanzlers erteilten Antwort tatsächlich das Oberkommando in den Marken die Abhaltung der Generalversammlung wiederholt und obendrein abermals nach jener Anfrage verhindert hat.

Ich frage nunmehr an:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsstelle Berlin, an der Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Rechtes der Neuwahl ihrer Bevollmächtigten durch das Oberkommando in den Marken nicht wieder behindert werden?: Bd. 322 Nr. 1099.

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3991 B. — Beantwortet.

Anfrage Ledebour: Am 28. August 1917 hat das Oberkommando in den Marken in einer Zuschrift an die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt:

„Wie Ihrem Bevollmächtigten bereits wiederholt mitgeteilt worden ist, wird eine Erledigung des Restes der Tagesordnung der früheren Generalversammlung vom 5. Mai 1917, soweit die Neuwahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung in Frage kommt, von hier nicht geduldet werden. Sie werden daher ersucht, die angekündigte Versammlung aufzugeben, da dieselbe nicht zugelassen werden wird."

Eine Beschwerde gegen diese Verfügung wurde am 27. September 1917 vom Kriegsminister v. Stein abschlägig beschieden. Wiederholte Versuche, die Verfügung rückgängig zu machen, blieben stets erfolglos. Bis heute wurde also die Berliner Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes durch die Militärbehörde an der statutarisch ihnen vorgeschriebenen Neuwahl ihrer Bevollmächtigten behindert. Außerdem sind seit jener Verfügung spätere Generalversammlungen, die zu anderen Zwecken einberufen waren, polizeilich

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

überwacht worden, trotzdem sonst Gewerkschaftsversammlungen nicht der polizeilichen Ueberwachung unterliegen.

Gedenkt der Herr Reichskanzler nunmehr in Erfüllung der wiederholt seitens der Reichsregierung ergangenen Zusicherung, daß militärische Eingriffe in das Vereins- und Versammlungsrecht künftig wegfallen sollen, Sorge zu tragen, daß dem Deutschen Metallarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, die Neuwahl seiner Bevollmächtigten ermöglicht und die Generalversammlung durch polizeiliche Ueberwachung nicht weiter behelligt wird?: Bd. 325, Nr. 1972.

Bd. 314, 196. Sitz. S. 6249 B. — Beantwortet.

Ferner:

Bd. 310, 125. Sitz. S. 3865 B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3907 C, 3913 A, 3937 A.

Anfrage Ledebour, Stadthagen: Am 16. Mai sind 22 auf denselben Tag anberaumte Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis mit der Tagesordnung „Kassenbericht und Neuwahl des Vorstands" vom Oberkommando in den Marken verboten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit in Zukunft die Ausübung des Versammlungs- und Vereinsrechts nicht gehindert wird, insbesondere Versammlungen, die sich lediglich mit inneren Vereinsangelegenheiten befassen wollen, nicht verboten werden?: Bd. 318, Nr. 304.

Bd. 307, 55. Sitz. S. 1293 D. — (Gemäß § 31 b der Geschäftsordnung nicht zum Aufruf gebracht), 1320 A.

i) Offiziere und Soldaten, polizeiliche Entfernung aus einer Versammlung der deutschen Vaterlandspartei: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5230 C.

k) Pazifistische und religiöse Vereine, Versammlungsverbote:

Bd. 310, 125. Sitz. S. 3865 C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3887 C.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6218 A, 6219 A.

Petition des G. Weller in Schneidemühl um Aufhebung eines vom Generalkommando gegen die Kirche „Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage" erlassenen Versammlungsverbots.

Mündl. Ber. des Haupt-Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1364 unter II b 4.

Bd. 312, 172 Sitz. S. 5377 A, C. — Ueberweisung zur Erwägung.

l) Handhabung gegenüber den Polen: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5724 A.

Polnische Vereinstätigkeit, Theateraufführungen, Unterbindung: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5233 D.

Polnische Bevölkerung, Unterdrückung nationaler und politischer Betätigung, Kosciusko-Feier, 100. Todestag des Generals Dombrowski, Auflösung der Pfadfinder- und Sokolvereine: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5332 C.

Polnische Arbeiter, Eingliederung in die Gewerkschaften, Verhalten der Generalkommandos gegen Vorstellungen des Deutschen Landarbeiterverbandes:

Bd. 312, 165. Sitz. S. 5149 A, 5149 B.
166. Sitz. S. 5175 C.
167. Sitz. S. 5216 A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Polnische Berufsvereinigungen, Behandlung:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3914 D.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5347 A.
Polnische Berufsvereinigung im Bezirke des Generalkommandos Münster; Forderung die beigetretenen polnischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten zu streichen: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3864 A.
Polnische Vereine (Turn-, Gesang-, Handwerker-, Bauernvereine), Behandlung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3914 A.

m) Sozialdemokratie.
Bedingungen für Genehmigung sozialdemokratischer Versammlungen:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5253 C.
168. Sitz. S. 5180 A.
Verhinderung von Versammlungen der Mehrheitssozialdemokratie: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4526 C.
Handhabung gegen die U. S. P.:
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3593 D.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5253 A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6186 C.
Verbot von Versammlungen und Demonstrationen der Unabhängigen Sozialdemokraten zugunsten eines Verständigungsfriedens: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3958 C ff.

Anfrage Dr. Herzfeld: Oeffentliche und nicht öffentliche Versammlungen, welche für die Anbahnung eines annexionslosen Friedens ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker eintreten und insbesondere die Stockholmer Friedenskonferenz erörtern wollen, werden, seitdem der Reichstag am 19. Juli d. J. die Entschließung angenommen, daß er einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker erstrebe, und der Reichskanzler erklärt hat, daß die von ihm im Reichstag kundgegebenen Friedensziele im Rahmen der Entschließung, wie er sie verstehe, liegen, fast ausnahmslos verboten. Auf der anderen Seite finden Versammlungen, in denen der Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Gegner gefordert und gewaltsame Annexionen und Kriegsentschädigung verlangt werden, ungehindert, vielfach mit behördlicher Unterstützung und Mitwirkung statt, in einzelnen Provinzen verlesen sogar die Pastoren auf behördliche Anordnung Sonntags in der Dorfkirche Kundgebungen mit diesen Zielen.

Von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind in letzter Zeit unter anderem folgende Vereinsversammlungen, in denen Mitglieder der Reichstagsfraktion dieser Partei als Redner über die Friedensbestrebungen und die Stockholmer Konferenz angemeldet waren, verboten worden:

Am 17. Juli d. J. 7 Versammlungen in Groß-Berlin.
Am 30. Juli je eine Versammlung in Velbert und Düsseldorf.
Am 31. Juli eine Versammlung in Elberfeld.
Am 1. August eine Versammlung in Solingen.
Am 7. August 5 Versammlungen im Kreise Teltow—Beeskow—Charlottenburg.
Am 14. August eine Versammlung in Hemelingen.
Am 16. August 5 Versammlungen im Kreise Teltow—Beeskow—Charlottenburg.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Am 16. August Versammlungen in Hanau, Bockenheim, Remscheid und Cassel.
Außerdem Versammlungen in Greiz, Zeulenroda, Mannheim, Stuttgart, Hamburg und Kiel.

Gedenkt der Herr Reichskanzler dafür einzutreten, daß öffentliche und nicht öffentliche Versammlungen, in denen die Friedensbestrebungen erörtert werden sollen, ohne Unterschied der Partei ungehindert stattfinden können?: Bd. 321 Nr. 999.
Schriftliche Antwort Bd. 322, Nr. 1196.

Anfrage Dr. Herzfeld: Am 3. September d. J. habe ich in einer Anfrage dargelegt, daß öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen, welche für die Anbahnung eines annexionslosen Friedens ohne Kriegsentschädigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eintreten, fast ausnahmslos verboten werden, während auf der anderen Seite Versammlungen, in denen der Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Gegner gefordert und gewaltsame Annexionen und Kriegsentschädigungen verlangt werden, ungehindert stattfinden. Ich habe darauf gefragt: „Gedenkt der Herr Reichskanzler dafür einzutreten, daß öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen, in denen die Friedensbestrebungen erörtert werden sollen, ohne Unterschied der Partei ungehindert stattfinden können?"

Diese Anfrage ist bisher, nach fast drei Monaten, nicht beantwortet.

Ich wiederhole sie deshalb hierdurch und bitte um ihre mündliche Beantwortung: Bd. 322, Nr. 1187. Vergl. Bd. 321, Nr. 999.
Schriftliche Antwort Bd. 322, Nr. 1196.

Anfrage Dittmann: Sind dem Herrn Reichskanzler folgende Ausnahmemaßnahmen gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bekannt?

Vom Oberkommando in den Marken sind 9 Mitgliederversammlungen der Groß-Berliner Parteiorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich am Dienstag, den 17. Juli, mit dem Thema „Die politische Situation" beschäftigen sollten, ohne Angabe von Gründen verboten worden, während der Abhaltung von Mitgliederversammlungen der Regierungssozialisten und anderer Parteien derartige Schwierigkeiten nicht bereitet werden.

In Breslau hat die Zensurbehörde die Verbreitung eines kurzen Werbezettels für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ohne Beanstandung einzelner Wendungen ganz allgemein verboten.

In Slamen bei Spremberg erschien am 14. Juli in einer dem Gemeindevorsteher angemeldeten Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nach etwa einstündiger Dauer ein Gendarmeriewachtmeister, löste kurzerhand die Versammlung auf, forderte zum Verlassen des Lokals auf, drohte eventuell von seiner Waffe Gebrauch zu machen, verlangte die Mitgliederliste und nahm Einsicht in das Protokollbuch. Auf die Frage nach der Ursache dieser Maßnahmen erklärte er, daß von der höheren Behörde eine Verfügung ergangen sei, sämtliche Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aufzulösen bzw. illusorisch zu machen.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die gleiche Behandlung zu sichern, wie allen anderen Parteien?: Bd. 321, Nr. 941.

Bd. 310, 117. Sitz. S. 3608 C. — Beantwortet.

Anfrage Kunert: Vom 7. August bis 21. September 1917 sind öffentliche wie nichtöffentliche Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Berichterstattung durch den Unterzeichneten über die Tätigkeit des Reichstags, den Frieden usw. entweder ohne jede Angabe von Gründen oder unter Angabe nichtiger Motive polizeilich oder militärbehördlich verboten worden. — Diese Verbote erfolgten für verschiedene Städte einmal bis dreimal, in einem Falle dauernd für die Kriegszeit; sie gingen aus von den zuständigen Generalkommandos für die Ortschaften Halle (Saale), Magdeburg, Kiel, Prieß in Schleswig-Holstein und Berlin-Schöneberg sowie für den Reichstagswahlkreis Sachsen-Altenburg.

Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß so nicht nur öffentliche Erörterungen, sondern sogar die Abhaltung von Mitgliederversammlungen unmöglich gemacht wurden, daß so weite Kreise der Arbeiterklasse, deren Angehörige ihre ganze Arbeitskraft in der Kriegswirtschaft aufreiben, die unter der zermürbenden Not allgemeiner Teuerung schwer leiden, die Gesundheit und Leben an der Front einsetzen, politisch entrechtet wurden und noch sind? Ist der Herr Reichskanzler darüber unterrichtet, daß polizeiliche und militärische Behörden vielfach jede Kritik, ja die bloße Bekanntgabe solcher Versammlungsverbote in der Presse durch die Handhabung der Zensur unterdrücken? Weiß der Herr Reichskanzler, daß so unüberwindliche Hindernisse für die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie Deutschlands entweder nicht in dem hier angedeuteten Grade oder überhaupt nicht vorhanden sind?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die Gründe so entgegengesetzter behördlicher Maßnahmen bei den vorerwähnten Verboten Auskunft zu geben; ist er ferner bereit, unberechtigte Eingriffe in das Versammlungswesen abzuwehren, die Benutzung des Versammlungsrechts zu ermöglichen und künftig sicherzustellen?: Bd. 321, Nr. 1035.

Bd. 310, 121. Sitz. S. 3679 A. — Beantwortet.

Baden, polizeiliche Ueberwachung der sämtlichen Versammlungen der U. S. P.: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5255 A.

Anfrage Geck: Nachdem mir selbst im August v. J. die öffentliche Berichterstattung vor meinen Wählern über meine Stellung zur Friedensfrage durch eine das Recht der freien Meinungsäußerung in unerträglicher Weise beschränkende Verfügung des Stellv. Gen.-Komm. des XIV. Armeekorps in Karsruhe unmöglich gemacht worden war — vgl. meine diesbezügl. Ausführungen in der 70. Plenarsitzung des Reichstags vom 30. Oktober 1916 —, ist durch eine Verfügung des Großh. Bezirksamts (Polizeidirektion) Mannheim vom 5. August 1917 die Genehmigung zur Abhaltung einer Volksversammlung im Städt. Rosengarten zu Mannheim, in der mein Reichstagskollege Scheidemann am 6. August über „Die politische Lage und die Friedensarbeit der Sozialdemokratie" sprechen sollte, an die Bedingung geknüpft worden, daß „keine Diskussion stattfindet und Anfragen an den Redner unterbleiben". Zur Begründung dieser Verfügung wird angeführt, daß „auswärtige Mitglieder der Unabhängigen Partei beabsichtigen, in der Volksversammlung Gegenreden zu halten".

Unter Hinweis auf die wohl auch dem Herrn Reichskanzler bekannte Tatsache, daß im Verlauf der letzten Wochen in anderen Teilen des Reichs ähnliche Veranstaltungen zu Dutzenden stattfanden, ohne daß die Polizeibehörden Anlaß zum Einschreiten dagegen nahmen oder für ihre Genehmigung einschränkende Bedingungen stellten, richte ich an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob er die vom Großh. Bezirksamt Mannheim gegenüber der Volksversammlung vom 6. d. Mts. zur Anwendung gebrachten Grundsätze billigt, und, sofern dies — wie ich annehme — nicht der Fall ist, was er zu tun gedenkt, um auch im Großherzogtum Baden der Bevölkerung zu dem schon seit längerer Zeit freigegebenen Recht der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele zu verhelfen?: Bd. 321, Nr. 969.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1069.

Anfrage Haase (Königsberg): Am Freitag, dem 11. Oktober 1918, ist eine Wählerversammlung des I. Berliner Wahlkreises, die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstaltet war, aufgelöst worden, als der Reichstagsabgeordnete Haase in seiner Rede nach Mitteilung einiger Zensurmaßnahmen und des Verbots der Berliner Frauenversammlung die Aeußerung tat:

„So weht uns in diesen Tagen wieder der alte reaktionäre Wind entgegen."

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt und was gedenkt er zu tun, um solche polizeilichen Eingriffe unmöglich zu machen?: Bd. 325, Nr. 1950.

Bd. 314, 196. Sitz. S. 6247 B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Herzfeld: Anfangs März d. J. meldete die Unabhängige Sozialdemokratie in Braunschweig eine öffentliche Volksversammlung an mit der Tagesordnung „Neuorientierung und Braunschweiger Wahlrechtsreform".

Am 15. März d. J. erhielt sie darauf durch die Polizeidirektion Braunschweig die Mitteilung, die öffentliche Versammlung werde auf Anordnung des Generalkommandos Hannover verboten.

Mitgliederversammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei können in Braunschweig auch nicht abgehalten werden, da die Polizei den Wirten verboten hat, ihre Säle zu solchen Versammlungen herzugeben, wenn ihnen nicht der Ausweis über deren Genehmigung vorgelegt wird. Solche Genehmigung wird aber nicht erteilt. Den Zeitungen ist auch verboten, eine Versammlungsanzeige aufzunehmen.

Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Braunschweig ist somit die Stellungnahme zu der Lebensfrage des braunschweigischen Volkes, der Wahlreform, unmöglich gemacht. Auf der anderen Seite haben die bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht unbehinderte Versammlungsfreiheit.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Will der Herr Reichskanzler dafür eintreten, daß auch der Unabhängigen Sozialdemokratie in Braunschweig die Stellungnahme zur Wahlreform ihres Landes ermöglicht wird?: Bd. 324, Nr. 1407. Bd. 311, 145. Sitz. S. 4524B. — Beantwortet.

Handhabung in Danzig gegen die U. S. P.: Bd. 312, 168 Sitz. S. 5255D.

Versammlungsverbote für die U. S. P. unter dem Reichskanzler Dr. Michaelis; Geheimerlaß des Generalkommandos Breslau: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3908C.

Versammlungsverbote durch den stellvertretenden Kommandierenden General v. Vietinghoff in Stettin:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4295C ff., 4297C.
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5202B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5804A, 5809A, 5814C, 5818A, 5829A, 5830D.

Anfrage Vogtherr: Laut Mitteilung des Polizeipräsidiums in Stettin (Journ. I. Nr. 936/11) vom 29. November d. J. hat der Kommandierende General des II. Armeekorps in Stettin die Abhaltung von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit Rücksicht auf die Vorgänge am Sonntag, den 25. November (gemeint sind wahrscheinlich die friedlichen Straßendemonstrationen für den Frieden) verboten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit das Vereins- und Versammlungsrecht gegenüber allen Parteien gleichmäßig gehandhabt und somit die obige Verfügung unverzüglich aufgehoben wird: Bd. 322, Nr. 1195.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3993C. — Beantwortet.

Anfrage Vogtherr: Der Kommandierende General des II. Armeekorps v. Vietinghoff in Stettin fährt fort, die Wahlvereine der Unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber anderen Parteien ausnahmerechtlich zu behandeln.

In einer von dem unabhängigen sozialdemokratischen Wahlverein Random-Greifenhagen für den 1. Mai nach Stettin berufenen Mitgliederversammlung ist dem Reichstagsabgeordneten Brandes — als „auswärtigem Redner" — zu sprechen verboten worden. Ebenso wurde dem Landtagsabgeordneten Ad. Hoffmann — als „auswärtigem Redner" — und angeblich „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" verboten, in einer für den 17. Mai geplanten Mitgliederversammlung desselben Wahlvereins zu reden. Dagegen ist dem „auswärtigen Redner" Landtagsabgeordneten Hirsch am Tage zuvor gestattet worden, in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Stettin zu sprechen.

Am Montag den 17. Juni, hielt der Wahlverein Stettin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine geschäftliche Mitgliederversammlung ab. Als der als Vereinsmitglied anwesende Reichstagsabgeordnete für Stettin — Vogtherr — eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfrage zu beantworten versuchte, wurde er — als „auswärtiger Redner" — vom überwachenden Beamten am Weiterreden verhindert, zugleich wurde bei Nichtbefolgung des Verbots die Auflösung der Versammlung angedroht und schließlich auch ausgesprochen.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

Dagegen durften an demselben Tage in Stettin in einer „Kundgebung" der Deutschen Vaterlands-Partei drei „auswärtige Redner", und zwar der Großadmiral v. Tirpitz (Berlin), der Schulvorsteher Hormann (Bremen) und der Pfarrer Reichard (Saarbrücken) auftreten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit die Unabhängige Sozialdemokratische Partei fernerhin nicht geringeren Rechts teilhaftig wird als andere Parteien?: Bd. 325, Nr. 1706.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5969C. — Beantwortet.

Anfrage Vogtherr: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Stellvertretende Generalkommando in Stettin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nach wie vor, zuletzt durch Verfügung vom 22. Oktober d. J., die Abhaltung öffentlicher Versammlungen verhindert, und ferner nach wie vor laut derselben Verfügung dem Reichstagsabgeordneten für Stettin, Abgeordneten Vogtherr, das Auftreten als Redner in seinem Wahlkreis auch in nichtöffentlichen Versammlungen verbietet?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um entsprechend seiner ausdrücklichen Zusicherung diese Rechtsungleichheit schleunigst zu beseitigen? Bd. 325, Nr. 1980. — Unerledigt.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten veranstaltet, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, fortgesetzt Versammlungen, in denen offen zum Umsturz der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung aufgefordert wird. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Herzfeld hat am vergangenen Sonnabend in Iserlohn den Bolschewismus gefeiert und eine ungeordnete Demobilisation unseres Heeres als für die Zwecke der Revolution erwünscht bezeichnet.

Dazu lassen die Unabhängigen bolschewistische Aufrufe in Unzahl durch das Land gehen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen dieses staatsgefährliche Treiben zu tun?: Bd. 325, Nr. 1981. — Unerledigt.

n) Veranstaltung öffentlicher Versammlungen über die Steuervorlagen:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 756D.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 834C, 835A.
53. Sitz. S. 1234D, 1235A.
54. Sitz. S. 1271C.
55. Sitz. S. 1295C, 1313D, 1323B.

o) Wahlversammlungen, Ausdehnung des Rechts des Militärbefehlshabers auf Einschränkung und Aufhebung durch Verfügung des Staatssekretärs des Innern vom 1. März 1918: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5255C.

Versammlungsverbot zur preußischen Wahlrechtsvorlage: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5170D, 5186A.

Wahlversammlungen; Verbot, polizeiliche Ueberwachung:
Bd. 309, 81. Sitz. S. 2339B.
82. Sitz. S. 2346B, 2348A.

Anfrage Stadthagen: Für den Reichstagswahlkreis Potsdam-Osthavelland ist die Ersatzwahl amtlich auf den 14. März ausgeschrieben. Der Polizeipräsident von Potsdam hat durch folgende an den Reichstagswähler Staab gerichtete Verfügung vom

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 11. Vereins- und Versammlungsrecht.

17. Februar die Abhaltung einer auf den 18. Februar einberufenen Reichstagswählerversammlung untersagt:

Auf Grund der Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken vom 31. Juli 1914 wird hiermit die Genehmigung zur Abhaltung der von Herrn Kiesel in Ihrem Namen auf Sonntag, den 18. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, in der Wirtschaft von Hausmann, hier, Kaiser Wilhelmstraße 38, angemeldeten, öffentlichen Reichstagswählerversammlung, in welcher der Schriftsteller Mehring eine Ansprache halten soll, versagt.

Die Abhaltung der Versammlung am 18. d. Mts. ist dann polizeilich gehindert worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um das im § 17 des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag den Wahlberechtigten eingeräumte Recht, „in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen zu veranstalten", gegen ähnliche behördliche Eingriffe sicher zu stellen?: Bd. 320, Nr. 626.

Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344C. — Beantwortet.

12. Zensur. Siehe auch oben unter I 1c, I 4, II 1.

A. Pressezensur, allgemeine Ausführungen:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 97D.
Bd. 311, 126 Sitz. S. 3920B, 3932B.

Vollziehende Gewalt und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers in Angelegenheiten der politischen Zensur.

Antrag Bassermann u. Gen.: Gesetzentwurf, betr. die politische Zensur: Bd. 319, Nr. 427.

Antrag des Haushaltsausschusses: Gesetzentwurf, betr. die politische Zensur: Bd. 319, Nr. 436.

Bd. 308, 70. Sitz. S. 1899B, 1901C, 1902A, 1920D, 1931C.
71. Sitz. S. 1941A. — Dem 21. Ausschuß überwiesen.

Siehe auch unter I 4.

B. Kriegspresseamt, Einrichtung, Aufgaben; Stellung der Zivilbehörden:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 178A.
20. Sitz. S. 399B, 410B.
32. Sitz. S. 742A.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1915D.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß beim Kriegspresseamt und bei allen Generalkommandos Preßabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden: Bd. 317, Nr. 209 unter 1b.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 710B.
32. Sitz. S. 730C, 756A, 761B. — Angenommen.

Organisation, Kritik der Tätigkeit: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379D.

Tätigkeit, Agitation gegen den Reichstag; Zuschrift an eine süddeutsche Zeitung: Scheidemanns Gefolgschaft: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3888B, 3895A, 3900A.

Weitergabe einer Erklärung der Kriegsberichterstatter gegen Abgeordneten Dr. Haas: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5831C, 5833D.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Aufklärungsarbeit im Sinne alldeutscher Propaganda: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3721C.

C. Zensoren, Beruf (Offiziere, politische Polizei, Interessenten):
Bd. 306, 8. Sitz. S. 99A, 106B.
12. Sitz. S. 178B.
20. Sitz. S. 400C.
32. Sitz. S. 749A, 751B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3927A.

D. Gebiet, Entschädigungen usw.
a) Ausdehnung auf das Gebiet der inneren Politik, „Burgfrieden":
Bd. 306, 4. Sitz. S. 46C, 49C.
7. Sitz. S. 93A.
8. Sitz. S. 99D, 107A, 121B.
12. Sitz. S. 174D.
20. Sitz. S. 399C, 409B.
32. Sitz. S. 717A, 726C, 731A, 735D, 737A, 742D, 751D.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1241D.
54. Sitz. S. 1270C.
55. Sitz. S. 1306B, 1324A.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1902A, 1931D.
71. Sitz. S. 1941A, 1967C, 1968C.
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5215D.
168. Sitz. S. 5242B, 5249D.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Zensur nicht über die volle Wahrung der Interessen der Landesverteidigung und des inneren Friedens hinausgeht, vor allem aber tunlichst gleichmäßig gehandhabt wird: Bd. 315, Nr. 56 unter IId 2.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 93A.
8. Sitz. S. 97C, 124A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls Fragen der inneren Politik, der Handelspolitik und der Steuerpolitik der Preßzensur nicht unterworfen werden: Bd. 317, Nr. 209 unter 2.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 710C.
32. Sitz. S. 717D, 726C, 731A, 737A, 756D, 761B. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht und die Preßfreiheit nur soweit eingeschränkt werden, als dies im Interesse siegreicher Kriegführung unbedingt geboten ist, daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur sichergestellt wird, und daß, wo von Zivilbehörden auf die Handhabung der Zensur ein Einfluß geübt wird, die zuständigen Behörden und Beamten, kraft der ihnen obliegenden Verantwortung, die getroffenen Maßnahmen nach Maßgabe der behördlichen Mitwirkung vertreten: Bd. 318, Nr. 298 unter IIIa.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1275D.
55. Sitz. S. 1298A, 1324B, 1335D. — Angenommen.

Antrag des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Innehaltung der folgenden

Grundsätze über die Handhabung der Zensur während des Krieges schleunigst herbeizuführen:

Die den Militärbehörden auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf das Gebiet der Mitteilung von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten.

Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur.

Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen: Bd. 322, Nr. 1048 Ziff. 2.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3893D, 3898A, 3900C, 3927B, 3931D, 3934D. — Angenommen.

Ferner: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5183C.

Antrag des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die politische Zensur alsbald beseitigt wird: Bd. 322, Nr. 1048 Ziff. 1.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3893D, 3897D, 3927B, 3931D, 3934D. — Abgelehnt.

Petition der M. Zehetmaier in München um Abschaffung der Zensur in der bestehenden Form und Einräumung des Rechts, daß Frauen für eine Verständigung der Nationen tätig sein können.

Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IIg.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Presse: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1267B.

Petition des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Berlin um Beschränkung der Zensur politischer Meinungsäußerungen und Nachrichten auf solche Fälle, in denen ein zwingendes militärisches Interesse vorliegt, um Maßnahmen für die Gewährleistung einer Einheitlichkeit der Zensur über das ganze Reich und Anordnung des Verbots von Zeitungen nur im äußersten Notfalle stets unter Angabe der Zeitdauer des Verbots.

Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IId.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Petition des Prinzen Friedrich zu Löwenstein und Gen., betreffend Anwendung aller in der Macht des Reichstags liegenden Mittel, auf daß mit dem Abbau der politischen Zensur ernst gemacht werde und Personen, die sich als politisch unzuverlässig erwiesen haben, aus der Umgebung der Reichsregierung entfernt werden.

Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IIc.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

b) Erörterung der Kriegsziele in der Oeffentlichkeit, Freigabe; Verhalten der Zensur:

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Bd. 306, 7. Sitz. S. 93B.
8. Sitz. S. 108A.
20. Sitz. S. 400A.
32. Sitz. S. 721C, 726C, 729D, 735C, 738D, 743D, 746A, 752D, 757B.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 877B.
53. Sitz. S. 1234D.
54. Sitz. S. 1260C, 1263B, 1265B, 1277B, 1289A.
55. Sitz. S. 1300C, 1307A, 1310A, 1314A, 1328D.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1921B, 1921D.
71. Sitz. S. 1946D.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3899C.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5230B.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 210 unter 30.

Bd. 306, 32. Sitz. S. 761C.

Erörterung der Kriegsziele in Denkschriften und Broschüren von Verbänden usw.:

Bd. 307, 54. Sitz. S. 1260C.
60. Sitz. S. 1520C, 1528C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1714B.
70. Sitz. S. 1900B.

Petition des Oberleutnants Poppendick, im Felde, betr. Verbot der Erörterung der Kriegsziele in den Zeitungen.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1364 unter IIe.

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377A, C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Anfrage Dittmann: — Die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokraten auf der Stockholmer Konferenz haben ein Manifest über ein Friedensprogramm erlassen. Das Oberkommando in den Marken und andere militärische Befehlshaber haben den Abdruck dieses in allen anderen Ländern veröffentlichten Manifestes in den Zeitungen und seine Verbreitung verboten, obwohl die Erörterung der Kriegsziele freigegeben und allen anderen Parteien gestattet ist.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Unabhängigen Sozialdemokraten nicht gegenüber den anderen Parteien zu benachteiligen und die Verbreitung des bezeichneten Manifestes zu ermöglichen?: Bd. 321, Nr. 935.

Bd. 310, 117. Sitz. S. 3603A. — Beantwortet.

Kundgebung der Zentralleitung der U. S. P. über die innere Politik und die Kriegsziele, Verbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5226D.

Anfrage Ebert: Laut Verfügung der Oberzensurstelle (Nr. 25 674) ist die Verbreitung der Druckschrift „Frieden der Verständigung. Reichstagsrede von Philipp Scheidemann“ entgegen dem Artikel 22 der Reichsverfassung verboten worden, und zwar mit dieser Begründung:

„Dem Recht des Abgeordneten Scheidemann auf Bekanntgabe seiner Aeußerungen im Reichstag ist durch die seinerzeitige Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen in der gesamten Presse Genüge geschehen. Die Rede unterliegt, wenn sie aus dem Rahmen der Reichstagsverhandlungen herausgenommen und zu Propagandazwecken durch Flugblattverbreitung verwertet werden soll, wie jede andere Veröffentlichung den Zensurbestim-

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

mungen. Da sie an zahlreichen Stellen gegen die geltenden Bestimmungen verstößt, kann die beabsichtigte Verwertung nicht gestattet werden."

Die Annexionistenschrift „Lehmann's Kriegsziele" wird, ungehindert von den Zensurstellen, im ganzen Staat in großen Massen verbreitet.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem verletzten Recht Geltung zu verschaffen?: Bd. 321, Nr. 925.

Bd. 310, 115. Sitz. S. 3565B. — Beantwortet.

Anfrage Dittmann, Vogtherr: Der amtliche stenographische Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 19. und 20. Juli 1917 ist vom Verlage der „Leipziger Volkszeitung" unter dem Titel „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele" als Broschüre herausgegeben worden. Die Broschüre enthält die Reden der Vertreter aller Parteien, sowie die Rede des Herrn Reichskanzlers Dr. Michaelis ohne irgendwelche Zusätze, Fortlassungen oder Hervorhebungen getreu nach dem amtlichen Bericht. Darnach genießt die Broschüre den Schutz des Artikels 22 der Reichsverfassung, wonach

> wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags von jeder Verantwortlichkeit freibleiben.

Trotzdem ein Hinweis auf diese Verfassungsbestimmung auf der Titelseite der Broschüre angebracht und die Broschüre ausdrücklich von der Zensurstelle des Leipziger Generalkommandos freigegeben worden ist, hat der Polizeipräsident von Stettin unter dem 20. September 1917 dem dortigen Parteisekretär Horn von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei folgenden Bescheid erteilt:

> „Die Genehmigung zur Verteilung der Druckschrift „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele" kann nicht erteilt werden."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um vom Stettiner Polizeipräsidenten die Respektierung der Reichsverfassung zu erzwingen, Reichstag und Reichskanzler vor solcher verfassungswidrigen Unterdrückung ihrer Meinungsäußerungen durch die Militärbefehlshaber zu schützen und der Oeffentlichkeit das Recht auf Kenntnisnahme der Kundgebungen des Parlaments und des Reichskanzlers zu sichern?: Bd. 322, Nr. 1057.

Bd. 310, 121. Sitz. S. 3681 D. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Herzfeld: Den amtlichen stenographischen Bericht der Reichstagsverhandlungen vom 19. und 20. Juli 1917 ohne irgendwelche Zusätze oder Fortlassungen oder Hervorhebungen hat seinerzeit die „Leipziger Volkszeitung" als Broschüre unter dem Titel „Reichstag und Reichskanzler über die Kriegsziele" herausgegeben. Sie enthält die Rede des damaligen Reichskanzlers, Herrn Dr. Michaelis, sowie die Reden aller Parteien zur Kriegszielfrage. Der Polizeipräsident von Stettin hat durch Verfügung vom 20. September 1917 die Verteilung der Druckschrift verboten.

Am 28. September 1917 hat der Abgeordnete Dittmann unter Nr. 1057 der Reichstags-Drucksachen angefragt, was der Herr Reichskanzler gegen diese Verletzung des Artikels 22 der Reichsverfassung und diese verfassungswidrige Unterdrückung der Meinungsäußerung des Reichskanzlers und Reichstags zu tun gedenke.

In der Plenarsitzung des Reichstags vom 5. Oktober 1917 hat der Herr Vertreter des Reichskanzlers geantwortet, daß die Angelegenheit der Prüfung des Obermilitärbefehlshabers unterliege.

Ich wiederhole die obige Anfrage des Herrn Abgeordneten Dittmann an den Herrn Reichskanzler: Bd. 324, Nr. 1472.

Bd. 312, 151. Sitz. S. 4731 D. — Abgesetzt.
157. Sitz. S. 4900 C. — Beantwortet.

c) Erörterung über Lebensmittelversorgung und Wirtschaftspolitik:

Bd. 306, 32. Sitz. S. 718B, 737A.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1234D, 1238B, 1245B.
54. Sitz. S. 1271B, C.
55. Sitz. S. 1323C.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1784B.
70. Sitz. S. 1911D, 1917B, 1931D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3312A, 3356B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3898D.

Petition der Vereinigung der Milchproduzenten in Stuttgart um Zulassung des Abdrucks wirtschaftlicher Artikel, die keinerlei militärische Einrichtungen und Vorkehrungen berühren:

Mündl. Ber. des Haush.-Ausch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IIc.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Anfrage Krätzig: Am 2. März 1918 ist folgende, die Kritik der Geschäftsführung der Reichsbekleidungsstelle unterbindende Zensurverfügung ergangen:

> „Anscheinend durch eine Korrespondenz ist in den Zeitungen eine Meldung über die beabsichtigte Altkleiderbewirtschaftung der Reichsbekleidungsstelle veröffentlicht worden, die zu erheblicher Beunruhigung geführt hat. Die Reichsbekleidungsstelle macht die Zeitungen auf die Zensurbestimmungen aufmerksam, wonach über Abgabe von Arbeiterkleidung und Stoffen für die Rüstungsindustrie und über Planungen der Reichsbekleidungsstelle im allgemeinen nichts veröffentlicht werden darf.
>
> Die Reichsbekleidungsstelle bittet die Zeitungen, sich nach den Bestimmungen zu richten, wodurch sie gezwungen ist, gegen alle Zeitungen, die unzulässige Veröffentlichungen bringen, einzuschreiten."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun gegen diese Zensurverfügung, die verstößt gegen die von der Regierung abgegebene Erklärung, daß sich die Tätigkeit der Zensur auf militärische, die Kriegführung betreffende Angelegenheiten beschränken soll: Bd. 323, Nr. 1379.

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4450A. — Beantwortet.

d) Rechtspflege, Mißbrauch des Ausschlusses der Oeffentlichkeit, Einfluß der politischen Zensur, Klassenjustiz: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2683B, 2684B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Verbot des Abdrucks von Urteilen des Reichsmilitärgerichts, von Berichten über Stadtverordnetenversammlungen über Ernährungsmißstände: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3356A, B.

e) Erörterung über Steuervorlagen:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 715C, 732B, 737B, 756D.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1234D, 1235A.
54. Sitz. S. 1271C.
55. Sitz. S. 1312C, 1313D, 1323A.

Steuerentziehungen und Bestechung von Heeresangehörigen durch die Mannesmann-Waffen- und Munitionswerke und andere chemische Fabriken, Verbot von Veröffentlichungen: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4602D.

f) Sonstiges.
Schutz der Politik des Reichskanzlers durch die Zensur:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1904A, 1932D.
71. Sitz. S. 1944D, 1948C, 1968B, 1969D.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5231D.

Bildung geheimer Ausschüsse; Verbreitung geheimer Schriften; Broschüre des „Junius Alter" über Kriegsziele usw., Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Dr. Kapp; Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg usw.:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1277D.
59. Sitz. S. 1510B.
60. Sitz. S. 1520C, 1521C, 1528B, 1529D, 1533A, 1536C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1707D.
70. Sitz. S. 1918D, 1919C.
71. Sitz. S. 1946D, 1969A.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5231D.

g) Beschränkung der Zensureinrichtungen auf die Kriegszeit.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Preßfreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken: Bd. 317, Nr. 209 unter 1a.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 709D.
32. Sitz. S. 716A, 732C, 755D, 761B. — Angenommen.

E. Handhabung im einzelnen. — S. a. vorstehend unter D.
a) Ungleichmäßigkeiten, Mißgriffe usw.:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 93B.
8. Sitz. S. 98D, 106B.
12. Sitz. S. 175C.
20. Sitz. S. 398B.
32. Sitz. S. 716D, 717D, 725D, 729A, 734B, 741B, 751A, 755A.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 877B, 883A.
53. Sitz. S. 1234C, 1236A, 1237D, 1244D, 1252B.
54. Sitz. S. 1257C, 1259D, 1264C, 1267D, 1270A, 1276B, 1287D.
55. Sitz. S. 1294B, 1296C, 1314B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Bd. 308, 70. Sitz. S. 1900D, 1903C, 1911A, 1916C, 1919C, 1926A.
71. Sitz. S. 1943A, 1954A, 1963C, 1971C.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2392C.
101. Sitz. S. 3094A.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3355A, 3357D, 3365B, 3369A ff., 3374C, 3375A, D, 3376A, 3377C.
110. Sitz. S. 3499C.
116. Sitz. S. 3578A, 3593B.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5183C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5767B.

Beweggründe für ihre Handhabung durch die leitenden Stellen: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5166C.

Beeinflussung der Militärbehörden durch Zivilbehörden usw. bei Handhabung der Zensur: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1267D.

Erlaß des preußischen Ministers des Innern über die Handhabung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 107C, 121D.

Handhabung unter der parlamentarischen Regierung:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6186D.
195. Sitz. S. 6222A.

Handhabung in Süddeutschland: Bd. 306, 32. Sitz. S. 725D.
— in Bayern: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3887B.

Handhabung in Oesterreich: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3963B.

Handhabung in den feindlichen Ländern im Vergleich mit Deutschland:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3893A, 3927C, 3929B.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5185A.
168. Sitz. S. 5241C, 5250D.

Beschwerdeweg gegen Verfügungen der Militärbefehlshaber:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3369D, 3371B ff, 3373C, 3375C, 3377A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3894D.

Beschwerdeverfahren, Handhabung: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5239A.

Milderung der Zensur in politischen Angelegenheiten:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 865C.
55. Sitz. S. 1314A, 1328D.
59. Sitz. S. 1510B.
60. Sitz. S. 1523B, 1538A.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1714C.
70. Sitz. S. 1902C, 1905D, 1931D.
71. Sitz. S. 1943A, 1967C.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946B, 3948B, 3950C, 3952A, 3963B.
133. Sitz. S. 4146D.
136. Sitz. S. 4268D.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5183A.
167. Sitz. S. 5214B.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Auf dem Vertretertag des Reichsverbandes der deutschen Presse wurde nach den Zeitungsberichten eine Entschließung angenommen, in der u. a. folgendes steht:
„Auf die Eingaben des geschäftsführenden Ausschusses hat die Reichsleitung mit der Zusicherung geantwortet, daß mindestens eine Milderung in der Handhabung der politischen Zensur eintreten solle. Die Delegiertenversammlung stellt aber als Ergebnis der

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

heutigen Verhandlungen fest, daß teilweise sogar eine Verschärfung der politischen Zensur eingetreten ist."

Da auch der Herr Reichskanzler (vergl. die Rede vom 5. Juni d. J.) die Verhältnisse auf dem Gebiete der Zensur als unerwünscht empfindet, frage ich hiermit an, was er zu tun gedenkt, um den bisherigen Zustand zu beenden?

Ist er insbesondere, um das Geheimschriftenwesen zu beseitigen, bereit, das Verbot der Kritik an seiner Politik aufzuheben, sowie die gegen einzelne Schriftsteller ergangenen Vorzensurmaßnahmen fallen zu lassen und die eingezogenen „nationalistischen" Bücher freizugeben?

Mir genügt eine schriftliche Beantwortung: Bd. 319, Nr. 430. — Unerledigt.

Mildere Handhabung in den besetzten Gebieten:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5187B.
167. Sitz. S 5212C.

Petition des Carl Bruker in Leipzig um bessere Handhabung der Zensur.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IIa.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Petition des Herausgebers der Zeitschrift „Die Ursache", Peter Becker in Magdeburg um Maßnahmen gegen Verzögerungen in der Handhabung der Zensur.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IIb.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Wirkungen der politischen Zensur. Erzeugung eines falschen Bildes von den im deutschen Volke herrschenden Stimmungen:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 747A.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1269D.
55. Sitz. S. 1316C.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1902D.
71. Sitz. S. 1968D.

b) Einzelnes.

α) Anweisungen, Vorzensur.

Anweisungen, Merkblatt für die Presse:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1264A, 1268B.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1955C.

Ersatz gestrichener Stellen, Verbot der weißen Lücken oder Ersetzung durch Punkte; Verzögerung in der Herstellung der Zeitung durch Umbrechen usw.:
Bd. 306, 20. Sitz. S. 402A.
32. Sitz. S. 727A.

Berliner Presse, Verbot des Abdrucks bereits zensierter Artikel aus anderen deutschen Zeitungen: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5214D.

Anwendung der Vorzensur:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 742D.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1287D.
55. Sitz. S. 1303A.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1926B, 1932C.

β) Handhabung in Fragen der auswärtigen Politik; Ausübung durch das Auswärtige Amt:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 738B, 743C.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1306B.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1932B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3898C.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

— gegenüber Reutertelegrammen; kritische Prüfung vor der Weitergabe an die Presse: Bd. 306, 32. Sitz. S. 737D, 742C.

Anfrage Stadthagen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Auswärtige Amt als Zensurbehörde einen Zeitungsartikel nicht deshalb, weil der Artikel militärischen Interessen oder den Interessen der öffentlichen Sicherheit widerspricht, sondern deshalb verboten hat, weil sein Inhalt der Mehrheit einer Fraktion des Reichstags nicht gefallen möchte?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um ähnliche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhüten?: Bd. 318, Nr. 305 (Berichtigt).
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1293D (Gemäß § 31b der Geschäftsordnung nicht zum Aufruf gebracht), S. 1321C, 1328B.
60. Sitz. S. 1544B.

Beanstandung eines Artikels des Abg. D. Naumann zu Hindenburgs 70. Geburtstage, betreffend politischen Mißbrauch mit der Person des Feldmarschalls: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3891A.

γ) Friedensgesellschaften.

Handhabung gegen Schriften der Friedensfreunde (Deutsche Friedensgesellschaft, Zentralstelle für Völkerrecht usw.):
Bd. 306, 32. Sitz. S. 722C.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1289A.
55. Sitz. S. 1303A.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3357B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3932C.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5168C, 5172C, 5184B.
167. Sitz. S. 5204D, 5207A, 5213B.
168. Sitz. S. 5238A, 5247A, 5254C.

Petition des Justizrats Melos in Leipzig, betr. Beschwerde wegen des über die Leipziger Zweigstelle der Zentralstelle für Völkerrecht vom stellvertretenden Generalkommando des XIX. Armeekorps verhängten Verbots jeder öffentlichen Werbetätigkeit.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1364 Ziff. IIc 3.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377 A, C. — Ueberweisung als Material.

Petition der Deutschen Friedensgesellschaft betreffend die Entschließung über die Aufhebung der politischen Zensur.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1364 Ziff. IIc 4.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377A, C. — Ueberweisung als Material.

δ) Innere Politik, wirtschaftliche Fragen.

Handhabung gegenüber Gemeindeverwaltungen (Magistrat Berlin, Zweckverband): Bd. 306, 32. Sitz. S. 731B.

Schneeschippverordnung, Artikel von Strutz in der Vossischen Zeitung: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5200A, 5213A. — S. a. unter II 2 g, II 8.

Angebliches Verbot der Veröffentlichung von Mitteilungen über den Gesundheitszustand des Volkes: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5366C, 5369B, 5371B.

Verhinderung der Uebermittlung unangenehmer Nachrichten durch die Presse in das Ausland (Chemnitzer Butterkrawalle): Bd. 307, 55. Sitz. S. 1297B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Verbot des Abdrucks von Nachrichten aus der verbündeten Presse, Wiener Streik:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5169B.
167. Sitz. S. 5212B.
— gegenüber Zeitungsanzeigen, betreffend den Arbeitsmarkt, Heilmittel usw.:
Bd. 308, 70. Sitz. S 1901A, D, 1904B.
71. Sitz. S. 1968A.
Verbot des Abdrucks eines Artikels über unbebautes Ackerland des Fürsten Pleß: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3356C.
Verbot einer Polemik gegen den Grafen Albrecht zu Stolberg-Wernigerode über wirtschaftliche Fragen: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3356C.

ε) Handhabung gegenüber Reden des Kaisers: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1266D.

ζ) Nachrichten über militärische Vorgänge, Verbreitung. Bestimmungen des bayerischen Gesetzes vom 5. 11. 1912 und des Spionagegesetzes:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 97C.
20. Sitz. S. 412D.
Verbot jeder Kritik der Marneschlacht: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6266A.
Fliegerangriff auf Köln, Information der Presse durch die Zensurbehörde: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5239C.
Entweichen von Kriegsgefangenen, Verbot von Veröffentlichungen durch die Presse: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5191C, 5212D.
Unterdrückung der Aufforderung des Roten Kreuzes, den Gebrauch giftiger Gase usw. einzustellen:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4169B.
135. Sitz. S. 4213B.
Verbot, die Oberste Heeresleitung in die Debatte zu ziehen (Danziger Zeitung): Bd. 311, 126. Sitz. S. 3891C, 3900C.

η) Marineangelegenheiten:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5191D.
168. Sitz. S. 5220A.
Verbot der Veröffentlichung eines Aufsatzes des Abg. Dr. v. Heydebrand über den U-Bootkrieg; Zulassung eines Gegenartikels in der „Zukunft“:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1261B, 1263D, 1266A, 1277D.
55. Sitz. S. 1299A, 1314D, 1317D.
Verbot der Veröffentlichung eines Artikels des Vizeadmirals Galster über die U-Bootfrage in der „Hilfe“.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4269A.
Handhabung gegenüber dem Kapitän zur See Persius und dem Admiral Galster:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5192A, D.
168. Sitz. S. 5220B, 5258D.
Verbot des Nachdrucks eines Artikels des Abg. Gothein über den U-Bootkrieg:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5191D; 5192D
168. Sitz. S. 5220B.

ϑ) Parteifragen, Reichstag, Abgeordnete.
Handhabung gegenüber Kundgebungen politischer Parteien:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 718C, 722A, 746D.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1268D.
55. Sitz. S. 1310B, 1313C.
— gegenüber Reichstagsberichten, Anträgen der Fraktionen usw.:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 46D.
32. Sitz. S. 716B, 732B, 734B, C, 749C, 757A, 760D.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235B.
54. Sitz. S. 1266B.
55. Sitz. S. 1295A, 1297C (Rede des Abgeordneten Bauer über die Familienunterstützung), 1301C (desgl.), D, 1320D.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1912D, 1916A.
71. Sitz. S. 1954C.
„Kleine Anfragen“ im Reichstage, Verbot ihres Abdrucks in der Presse vor ihrer Beantwortung: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5239D.
Angriffe gegen die Reichstagsmehrheit und ihre Führer, Duldung: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5238C, 5244A.
Greuelbilder, einzelnen Abgeordneten gewidmet: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3768A.

ι) Handhabung gegenüber Polen: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5724A.
Verbot der Veröffentlichung eines Aufrufs der sämtlichen polnischen politischen Organisationen und der gesamten polnischen Presse: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6196C.
Zensurverfügung des stellvertretenden Generalkommandos in Breslau, Verbot ihrer Veröffentlichung in polnischen Zeitungen: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5234D., 5235C.
Verbot des Abdrucks der Reichstagsrede des M. d. R. Stychel vom 23. Oktober 1918 in der polnischen Presse durch das Generalkommando in Posen: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6255A, 6262D.

κ) Sozialdemokratie.
Benutzung der Zensur zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Opposition, Einzelfälle: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3366A, 3368A, 3375A.
Eingriffe in die Auseinandersetzungen zwischen der U.S.P. und der S.P. zugunsten dieser: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5228C.
Stellung des sozialdemokratischen Parteivorstands unter Zensur: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5237D.
Unterdrückung eines Aufrufs der U. S. P. über die politische Lage und die Ziele der U. S. P.; Vorgehen gegen Zeitungen der U. S. P.: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6186B.
Nichtgenehmigung der Herausgabe einer Tageszeitung der U. S. P.:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4296B.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5227D.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6187A.
Veröffentlichung der Mitgliederbeiträge und der freiwilligen Beiträge der U. S. P. für die Familien der Opfer des Kriegszustandes: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5229C.
Handhabung gegenüber sozialdemokratischen Schriftstellern (Bernstein, Goldscheid): Bd. 310, 108. Sitz. S. 3372A.
Verbot einer Polemik des Abgeordneten Bernstein gegen den Abgeordneten Dr. David: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3373A, 3376B.
Verbot von Berichten über den Prozeß Dittmann:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4049B.
134. Sitz. S. 4169C.
Aufruf der russischen Sozialdemokraten an die deutschen Arbeiter. Verbot durch das Magdeburger Polizeipräsidium:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2838A, 2843A, 2851D.
96. Sitz. S. 2900B.
Verbot von Artikeln über die russische Revolution: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3365D.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

F. Zeitungen. Gründe der Verbote:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1288C.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1913A.
71. Sitz. S. 1956A.

Zustimmung des Reichskanzlers; wirtschaftliche Wirkungen der Verbote: Bd. 306, 12. Sitz. S. 178A.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen darf: Bd. 317, Nr. 209 unter 1d.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 710C.
32. Sitz. S. 727D, 730C, 756C, 759B, 761B. — An den Ausschuß zurückverwiesen.

Antrag des Haushaltsausschusses, vorstehende Resolution unverändert anzunehmen: Bd. 318, Nr. 298 unter I.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1238A.
54. Sitz. S. 1258A, 1264D, 1275C.
55. Sitz. S. 1297D, 1322D, 1335D. —, Angenommen.
Ferner: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1901A, 1927A.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß jedem Zeitungsverbote zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß: Bd. 317, Nr. 209 unter 1c.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 710B.
32. Sitz. S. 727C, 730A, 756A, 761B. — Angenommen.

Antrag des Haushaltsausschusses: Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbots erfolgen: Bd. 322, Nr. 1048 Ziff. 2 Abt. 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3894B, 3900C, 3927D, 3934D. — Angenommen.

Antrag des Haushaltsausschusses: Der Reichstag wolle beschließen, der auf Drucksache Nr. 1048 unter Nr. 2 beantragten Resolution über die Handhabung der Zensur während des Krieges folgenden vierten Absatz hinzuzufügen:

> Das Verbot darf sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung nicht auf mehr als drei Erscheinungstage, bei einer in längeren Zeiträumen erscheinenden Druckschrift nicht auf mehr als drei Nummern erstrecken. Dies gilt auch für bereits ergangene Verbote: Bd. 322, Nr. 1091.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3894C, 3901B, 3928B, 3935A. — Angenommen.

Zeitungsverbote auf unbestimmte Frist, Verfügung des Kriegsministers: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5183D.

Zeitungsverbote, befristete; Handhabung:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5214D.
168. Sitz. S. 5239B, 5247B, 5249C.

Zeitungen, sozialdemokratische, für Feldsoldaten, Aushändigungsverbote:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5171B.
167. Sitz. S. 5210A.
168. Sitz. S. 5238B.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführnng während des Krieges. 12. Zentur.

Zeitungsverbote, statistische Mitteilungen:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3901A.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5184C.

Anfrage Wendel, Ebert: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß seit vierzehn Tagen dem angesehensten politischen Blatte Oesterreichs, der Wiener „Arbeiter-Zeitung", die Einfuhr nach Deutschland auf die Dauer versagt wird, und wie gedenkt er diese Maßregel zu erklären, da der Presse des neutralen und auch des feindlichen Auslandes unbeschadet ihrer Stellung die Einfuhr gestattet ist: Bd. 324, Nr. 1521.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4988B — Beantwortet.

Anfrage Vogtherr: Der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen ist es bis jetzt verwehrt worden, über den Ostfrieden auch nur ein Wort zu schreiben, weil das zuständige Generalkommando den Zensor angewiesen hat, keinen diese Vorgänge behandelnden Artikel passieren zu lassen.
Sind dem Herrn Reichskanzler diese Zustände bekannt, und was gedenkt er zu tun, die durch Entschließung des Bundesrats (Reichstags-Drucksache Nr. 1295) zugesicherte Zensurfreiheit von Erörterungen der Kriegs- und Friedensziele tatsächlich herbeizuführen?: Bd. 323, Nr. 1368.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4398C. — Beantwortet.

Ferner: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3366A.

Verbot der „Bergwacht" in Salzbrunn: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3921A.

Handhabung gegenüber dem „Berliner Tageblatt"; Verbot:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1913C.
71. Sitz. S. 1972B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3922B.

Anfrage Hanssen: Seit dem Ausbruch des Krieges steht die dänische Presse in Nordschleswig unter Präventiv-Zensur, die von Offizieren gehandhabt wird. Maßgebend sind dabei die von dem Stellvertretenden Generalkommando in Altona aufgestellten „Grundsätze für die Zensur der inländischen dänischen Presse in Nordschleswig" vom 10. September 1916, die nicht nur den Stoff, sondern auch die ganze äußere Anordnung des Stoffes ohne Rücksicht auf die Interessen des Leserkreises oder auf den technischen Betrieb regeln. Spätere Verfügungen des Generalkommandos bestimmen, daß der sonst der Presse im ganzen Reichsgebiet gestattete Abdruck von Telegrammen des Wolffschen Bureaus und von Artikeln, die schon in Berliner Zeitungen enthalten gewesen sind, nicht der dänischen Presse ohne Zustimmung des Zensors gestattet ist.
Ist dieser Zustand, der zu den lebhaftesten Klagen Veranlassung gegeben hat und wodurch die in dänischer Sprache erscheinende Presse erheblich schlechter gestellt worden ist als alle übrigen Zeitungen im Reichsgebiete, dem Herrn Reichskanzler bekannt, und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Ausnahmezustand zu beseitigen, um die von dem stellvertretenden Generalkommando in Altona aufgestellten Sonderbestimmungen aufzuheben und somit der dänischen Presse in Nordschleswig dieselbe Bewegungsfreiheit zu geben, die alle anderen Zeitungen im Reichsgebiet haben?: Bd. 322, Nr. 1236.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3994D. — Beantwortet.

Ferner: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3370A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Forderung des Abdrucks bestimmter Artikel aus anderen Zeitungen, namentlich der „Neuen Korrespondenz" (Blätter „Heymdal" und „Flensborg Avis"); Erlaß des Ministers v. Loebell vom 7. 8. 1914:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 719A, 729B, 757A.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1253B.

Petitionen der „Flensborg Avis" und „Heymdal" in Flensburg und der „Moodersmalet" A. G. in Hadersleben betr. Anwendung der allgemeinen Zensurbestimmungen auf die inländische dänische Presse in Nordschleswig.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1364 Ziff. IIc 6 u. 7.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377A. — Ueberweisung als Material.

Handhabung gegenüber dem „Dortmunder Generalanzeiger" bei Erörterung wirtschaftlicher Fragen:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5198D, 5213B.
168. Sitz. S. 5246D, 5258C.

Elsässer Kurier siehe „Elsaß-Lothringen".

Anfrage Dove, Liesching: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps in Frankfurt a. M. vom 24. Juli d. J. der „Frankfurter Zeitung" auferlegt wurde, alle zur Veröffentlichung bestimmten telephonischen Uebermittelungen des Berliner Bureaus dieser Zeitung vor Drucklegung der Zensur vorzulegen?
Ist es dem Herrn Reichskanzler weiterhin bekannt, daß die gegen diese Verfügung schon am 25./26. Juli erhobene Beschwerde bis heute ihre Erledigung noch nicht gefunden hat?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die fortgesetzten Uebergriffe der militärischen Instanzen auf das der Zensur nach den gemachten Zusagen entzogene Gebiet der allgemeinen Politik zu verhindern?
Was gedenkt er ferner zu tun, um das Rechtsmittelverfahren in Zensursachen zu beschleunigen?: Bd. 321, Nr. 965.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1067.

Handhabung gegenüber der „Görlitzer Volkszeitung" und anderen Blättern: Bd. 306, 20. Sitz. S. 402C, 406C.

— gegenüber der „Leipziger Volkszeitung" (Artikel über den Bolschewismus):
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3909C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5765A ff., 5767A.
191. Sitz. S. 6136B.

Anfrage Geyer, Ryssel: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß, nachdem der Herr Staatssekretär Dr. v. Kühlmann in Brest-Litowsk erklärt hat, in Deutschland bestände keine Vorzensur, verschiedene Zeitungen in Deutschland, darunter auch die Leipziger Volkszeitung, unter Vorzensur standen und gestellt sind?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Widerspruch zwischen der Erklärung des Herrn Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann und den genannten Tatsachen aufzuklären?: Bd. 323, Nr. 1307.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4152A. — Beantwortet.

Ferner:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4296B.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5228A, 5247C, 5251A.

Anfrage Ryssel, Geyer: Das Leipziger Garnisonkommando verbietet den Unteroffizieren und Mannschaften das Lesen und Auflegen der Leipziger Volkszeitung in Kasernen und Massenquartieren, dagegen hat dieselbe Behörde 500 Exemplare der Leipziger Neuesten Nachrichten auf ihre Kosten bestellt, die zum Abonnementspreis von 65 Pfennig pro Monat an Interessenten abgegeben werden sollen, während der Bezugspreis 1,45 Mark beträgt.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die gleichmäßige Behandlung der Tageszeitungen sicherzustellen?: Bd. 324, Nr. 1406.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4524A. — Zurückgestellt.
Bd. 324, Nr. 1497 (wiederholt).
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4900D. — Beantwortet.
Siehe auch oben unter II 12 Db.

Handhabung im Bezirk des VII. Armeekorps; Verbot des „Morgenrot" in Elberfeld, Verhaftung des Redakteurs, Verbot der Herstellung von Drucksachen in der Druckerei; Vorgehen gegen die „Berg arbeiterzeitung": Bd. 306, 12. Sitz. S. 176A, 182C.

Handhabung gegenüber der „Mülhauser Volkszeitung" s. „Elsaß-Lothringen".

Anfrage Weinhausen: Das Stellvertretende Generalkommando des II. Armeekorps hat am 10. September 1916 eine Bekanntmachung über Beschränkungen des Versammlungslebens erlassen, deren § 5 lautet: „Die Berichterstattung über die Mitgliederversammlungen ist zu beschränken; insbesondere ist es unzulässig, über Versammlungen, in denen politische Fragen erörtert werden, die Reden vollständig wiederzugeben." Auf Grund dieser Bekanntmachung hat der Stellvertretende Kommandierende General des II. Armeekorps die Stettiner „Ostseezeitung" am 10. März d. J. verwarnt und mit Verweisung an das Kriegsgericht des Kriegszustandes bedroht, weil sie „eine ausführliche Wiedergabe einer Rede des Stettiner Landtagsabgeordneten Lippmann gebracht habe. Der Bericht über die fünfviertelstündige Rede war in der „Ostseezeitung" auf zwei Zeitungsspalten beschränkt worden, während andere Zeitungen des gleichen Korpsbereichs, z. B. das „Demminer Tageblatt", sechsspaltige Berichte über Reden konservativer Landtagsabgeordneter unbeanstandet bringen. Der Abgeordnete Lippmann hatte für die Einführung des gleichen Wahlrechts im Sinne der preußischen Staatsregierung gesprochen.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartige Auswüchse der militärischen Zensur beim Stellvertretenden Generalkommando in Stettin in Zukunft unmöglich zu machen?: Bd. 324, Nr. 1480.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732C. — Beantwortet:

Ferner:
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5201C, 5211C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5810A, 5823C, 5826B.

Handhabung gegenüber der polnischen Presse; Verbot des „Lech": Bd. 308, 71. Sitz. S. 1963C.

„Rheinische Zeitung", Vorzensur, Beschwerdegang:
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996B.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5239A, 5247D, 5250C.
Siehe auch oben unter II 1.

Handhabung im Bezirk des II. Armeekorps; Vorzensur über Artikel des Abg. Gothein, Verbot des „Tageblatts für Vorpommern", Forderung der Entlassung eines Redakteurs usw.:

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Bd. 307, 53. Sitz. S. 1252C.
54. Sitz. S. 1258D.
55. Sitz. S. 1301D.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1917D, 1921C, 1927D, 1934A.

— gegenüber der „Täglichen Rundschau": Bd. 306, 20. Sitz. S. 399A.

Anfrage Kunert: Das Volksblatt für Halle-Saalkreis und die übrigen Kreise des Regierungsbezirks Merseburg, Presseorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hatte bisher 3000 Feldabonnenten. Durch das Magdeburger Generalkommando wurde der Versand der Zeitung an das Reichsheer plötzlich verboten. Dem Verleger wurde dabei eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre im Falle des Zuwiderhandelns angedroht.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß die ungleiche Behandlung dieser Zeitung beseitigt, und daß sie allen übrigen Zeitungen gleichgestellt wird?: Bd. 323, Nr. 1369.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4398D. — Beantwortet.

Verbot des „Volksboten" in Stettin: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3922A.

Vorzensur der „Volksstimme" in Frankfurt a. M. wegen eines Aufsatzes über den Brief Kaiser Karls an den Prinzen Sixtus: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5237B.

— gegenüber dem „Vorwärts", Zensurmaßnahmen, Verbote, Vorgänge bei der Neubesetzung der Redaktion, Maßnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes: Bd. 319, Nr. 422.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 100A.
20. Sitz. S. 398D.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1733B.
66. Sitz. S. 1770B.
70. Sitz. S. 1973A.
71. Sitz. S. 1956A, 1965D, 1966B, 1973C.

Anfrage Stadthagen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Oberbefehlshaber in den Marken am 8. Oktober das Erscheinen des „Vorwärts" bis auf weiteres „im Interesse der öffentlichen Sicherheit" verboten hat, weil diese Zeitung in ihrer Nummer vom 8. Oktober durch den Artikel „Aus der Hexenküche der Kanzlerfronde" „einen schweren Verstoß gegen den Burgfrieden" begangen habe?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun, daß in dieser Weise unter Berufung auf den angeblichen „Burgfrieden" die Freiheit der Presse unterdrückt wird, und welche Schritte gedenkt er ferner zu tun, um endlich die Freiheit der Presse in Deutschland herzustellen? Bd. 319, Nr. 422.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1770B. — Beantwortet.

Ferner:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1913A.
71. Sitz. S. 1956A, 1966B.

Anfrage Stücklen, Scheidemann: Der Stellvertretende Kommandierende General des II. Armeekorps v. Vietinghoff hat durch eine Verfügung vom 19. Mai 1918 das Halten des „Vorwärts" für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten. Das Verbot ist dann noch auf den in Stettin erscheinenden „Volksbote" ausgedehnt worden.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Ist dem Herrn Reichskanzler dieses Vorgehen des Generals v. Vietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen: Bd. 324, Nr. 1678.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5792C. — Beantwortet.

Verbot des „Vorwärts" im besetzten Rumänien: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5210B.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 92 unter 16, Bd. 317, Nr. 260 unter III r und u.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209C.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B.

G. Flugblätter, verbotene.

Organisation der Verteilung, Gegenmaßregeln:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5447A.
174. Sitz. S. 5488B.

Plakate und Flugblätter politischen Inhalts, Bekanntmachung des stellvertr. Generalkommandos des II. Armeekorps über Drucklegung und Verbreitung: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5203B, 5213A.

Flugschriften, Erörterungen über die Friedensbewegung, Verbot durch das Stellvertretende Generalkommando II., VI. und IX. Armeekorps: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4239C.

Antisemitisches Flugblatt: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5198A, 5212D.

Beschlagnahme eines Flugblatts zum sozialdemokratischen Frauentage: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3366D.

Beschlagnahme von Flugblättern der U. S. P. durch die Kommandantur Danzig; Verbot der politischen Tätigkeit (Flugblattverteilung) des Sozialdemokraten Voß: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3368D.

Anfrage Dittmann: Bei der letzten Reichstagsdebatte über die Handhabung des Belagerungszustandes am 14. Mai d. J. ist von mir der Fall meines Danziger Parteigenossen Voß zur Sprache gebracht worden, dem die Kommandantur in Danzig am 2. Mai d. J. „jegliche politische Betätigung" und „insbesondere die Verteilung jeglicher Art von Flugblättern" verboten hat. Herr Staatssekretär Dr. Helfferich verwies mich in seiner Antwort auf meine Rede auf den Weg der Beschwerde an den Herrn Kriegsminister als den Ober-Militärbefehlshaber, im Sinne des Gesetzes vom 4. Dezember 1916.

Am 8. Juni d. J. habe ich im Falle Voß Beschwerde beim Herrn Kriegsminister erhoben und dieselbe am 22. Juni d. J. noch durch einen Nachtrag ergänzt, in dem ich darauf verwies, daß Herr Voß fast täglich durch Verhöre, Haussuchungen und Beschlagnahme legaler Schriften belästigt wird. Diese vexatorische Behandlung dauert ununterbrochen fort und erstreckt sich sogar auf die Frau des Herrn Voß. Eine Antwort auf meine Beschwerde vom 8. Juni und 22. Juni ist mir aber bis heute vom Herrn Kriegsminister nicht zugegangen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Zuständen ein Ende zu machen? Bd. 321, Nr. 945.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3610A. — Zusage schriftlicher Antwort.

Anfrage Dittmann: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Generalkommando in Leipzig verboten hat, zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung", betitelt „Die Wahrheit über die Friedens-

elagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

politik der Regierungssozialisten" als Flugblatt zu verbreiten?

Billigt der Herr Reichskanzler diese Parteinahme zugunsten einer einzelnen politischen Partei und was gedenkt er zu tun, um die ungehinderte Erörterung der Kriegsziel- und Friedensfrage gegen solche Eingriffe militärischer Befehlshaber sicherzustellen?: Bd. 321, Nr. 890.

Bd. 310, 112. Sitz. S. 3506A. — Beantwortet.

Flugblattverbot beim Oberschlesischen Bergarbeiterstreik im Juli 1917 durch das Generalkommando Breslau: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3860A, 3868A.

Verurteilungen wegen Verbreitung von Flugblättern siehe oben unter II 8.

Wahlflugblätter, Militärische Zensur entgegen dem Erlaß des Staatssekretärs des Innern vom 1. März 1918: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5255C.

H. Zeitschriften.

Anfrage Geyer: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Presse-Abteilung beim Oberkommando in den Marken am 7. Dezember 1917 folgende Aufforderung erlassen hat:

„Infolge Neuregelung der Zeitschriften-Ausfuhr muß von allen Zeitschriften, welche generelle Ausfuhrerlaubnis mit der Ermächtigung besitzen, das Ausfuhrzeichen des Oberkommandos ohne besondere Prüfung einzudrucken, künftig ein Belegexemplar der gedruckten Auflage zur endgültigen Genehmigung vor der Ausgabe eingereicht werden.

Sie werden deshalb ergebenst aufgefordert, ein Exemplar jeder neu erscheinenden Nummer Ihrer Zeitschrift im Original oder Umbruch mindestens 24 Stunden vor der Ausgabe, mit der Aufschrift „Betreffend generelle Ausfuhrerlaubnis" versehen, hier vorzulegen; geht Ihnen innerhalb der 24-stündigen Frist keine anderweite Nachricht zu, so gilt die Nummer als zur Ausfuhr zugelassen.

Sollte die Innehaltung dieser Frist bzw. die Einreichung der fertigen Nummer nicht durchführbar sein, so muß Ihnen ein entsprechender Antrag auf anderweite Behandlung überlassen bleiben. Die sonstigen Bestimmungen über Hinterlegung werden durch dieses Schreiben nicht berührt.

Sie werden ferner ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Sie die Verantwortung sowohl für die pünktliche Einreichung, sowie dafür tragen, daß vor Ablauf von 24 Stunden nach der Einreichung kein Exemplar der betreffenden Nummer zur Ausgabe gelangt."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Verschärfung der Vorzensur gegen die beteiligten Zeitschriften zu tun?: Bd. 323, Nr. 1327.

Bd. 311, 138. Sitz. S. 4315C. — Beantwortet.

Ferner: Bd. 312, 167. Sitz., S. 5199D, 5212D.

Vorlegung schriftlicher Arbeiten vor ihrem Druck beim Kommandeur von Cöln: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3901B.

Zeitschrift „Das Forum", Dauerverbot: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3923A.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Verbot der sozialdemokratischen Frauenwelt „Gleichheit" von Klara Zetkin:

Bd. 307, 54. Sitz. S. 1289D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3366B.

Anfrage v. Graefe (Güstrow): Die in München erscheinende Zeitschrift „Die Wirklichkeit" ist ohne Angabe von Gründen verboten worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die Gründe des Verbots Auskunft zu geben?: Bd. 311, Nr. 953.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 991.

Zeitschrift „Die Zukunft", Dauerverbot: Bd. 321, 126. Sitz. S. 3924B.

J. Bücher und Broschüren.

Ausdehnung der Zensur auf Schrifttum, Theater usw.:

Bd. 306, 32. Sitz. S. 721B, 734D, 741A.
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1309B.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1942C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3895A, 3920C, 3925C, 3928A, 3929C, 3932D.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5240B.

Ausländische Kriegsliteratur, Verbot ihrer Auslegung in Bibliotheken: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1905C.

Anfrage Davidsohn: Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab ein Vertreter des Preußischen Kriegsministeriums bei der Beratuug des Heeresetats vor kurzem die Erklärung ab: auf literarische Angelegenheiten erstrecke sich die militärische Zensur nicht.

Dem entgegen haben am 7. Juni 1918 zwei Kriminalbeamte des Berliner Polizeipräsidiums ohne Vorweisung von Legitimation oder schriftlicher Ermächtigung irgendwelcher Art „im Auftrag des Oberkommandos" in der Aktions-Buchhandlung 500 Exemplare Otten „Thronerhebung des Herzens" und 300 Exemplare „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung" beschlagnahmt!

Das Buch von Otten enthält nur Verse dieses Dichters, die mit militärischen Angelegenheiten nichts zu tun haben. Das Bändchen „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung" enthält Gedichte von Bürger, Hoffmann von Fallersleben, Freiligrath, Glaßbrenner, Grün, Hartmann, Heine, Hölderlin, Klopstock, Mosen, Platen, Prutz, Ronge, Sallet.

Wie ist diese Zensurmaßnahme des Oberkommandos in den Marken mit den kriegsministeriellen Erklärungen und Zusicherungen zu vereinbaren?

Was geschieht mit den beschlagnahmten 800 Büchern?: Bd. 324, Nr. 1638.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495D. — Beantwortet

Petitionen:

1. des Professors Dr. H. Mehner in Charlottenburg, betreffend Aufhebung der Zensur über seine Schrift „Europas Kapital und Arbeit nach dem Kriege",
2. des Richard Dost in Berlin-Halensee um Erteilung der Genehmigung zur Freigabe seiner Friedensepisteln für den Buchhandel.

Mündl. Bericht des Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1364 und II d.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Für erledigt erklärt.

Förster, Fr. W.: „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg"; Verbot: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3925C.

Belagerungszustand (Forts.). Uebersicht siehe S. 6333.
II. Durchführung während des Krieges. 12. Zensur.

Dr. Alfred H. Fried's Schriften, Verbot: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5207 A.
Ausfuhrverbot für Franz Mehrings zensuriertes Buch über Karl Marx: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6187 A.
Ausfuhrverbote für Bücher juristischen und wissenschaftlichen Inhalts:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3887 D.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5245 C.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6187 A.
Petition des Schriftstellers in Nürnberg Dr. Josef Müller, betr. Beschwerde wegen des Verkaufsverbots seines Buches „Die katholische Ehe".
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1364 Ziff. IIc 2.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377 A, C. — Ueberweisung als Material.
„Kriegslexikon" des Prof. Dr. Schaefer: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1970 B.
Prof. Dr. Walter Schücking's Schriften: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5207 B.
Verbot der Schrift des Abg. Wendel „Mazedonien und der Friede": Bd. 312, 168. Sitz. S. 5240 A.
Broschüre „Deutschlands Erneuerung": Bd. 311, 126. Sitz. S. 3900 A.
Broschüre des Stahlwerksverbandes, Verbot einer Entgegnung:
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5169 A.
167. Sitz. S. 5212 C.
Beeinflussung der sozialdemokratischen Redakteure des Niederrheins durch das stellvertretende Generalkommando zu gemeinsamer Abfassung einer Broschüre im Sinne der Regierungspolitik, Verhandlungen, Stellungnahme der Redakteure:
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5225 A, 5235 D, 5256 D, 5257 D, 5258 D.
Anfrage Spiegel: Der stellvertretende Kommandierende General des 7. Armeekorps in Münster hat unter dem 22. August eine Verordnung über die Versendung von Druckschriften oder Vervielfältigungen erlassen, wodurch den gewerkschaftlichen Organisationen es unmöglich gemacht wird, ihre bisherige, sich vollständig im Rahmen der Gesetze haltende Tätigkeit, auszuüben. Diese Verordnung steht auch dem § 14 des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes direkt entgegen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnungen werden auch mit Haft und Geldstrafe bis zu 1500 Mark bedroht.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Verordnung zu tun, um die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen sicherzustellen?: Bd. 321, Nr. 1033.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3678 D. — Beantwortet.

Beleuchtungswesen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 37.

Belgien, Krieg mit Deutschland.
Neutralitätsfrage, Einmarsch Deutschlands, siehe „Krieg" unter I B 2.
Beschlagnahme von Waren Deutscher bei Beginn des Krieges siehe „Krieg" unter VIII 5.
Greuelnachrichten aus Belgien, Verstümmelung deutscher Soldaten, unmenschliche Behandlungen deutscher Soldaten siehe „Krieg" unter II B 3.
Behandlung deutscher Zivilgefangener (Bevölkerung von Tabora) siehe „Kriegsgefangene" unter III B.
Deutsche Verwaltung, Wegführung belgischer Arbeiter siehe „Krieg" unter VI.

Belgien (Fortsetzung).
Wiederherstellung Belgiens usw. siehe „Krieg" unter IV 8a.
Flamische Frage siehe desgl. unter IV 8b.
Einstellung von Belgiern ins deutsche Heer siehe „Reichsheer" unter 13.
Belgische Arbeiter, Teilnahme an deutschen Streikversammlungen, siehe „Ausländische Arbeiter".

Benzin siehe „Kriegswirtschaft" unter II 38.

Bergbau. — Siehe auch „Kali".
Arbeiterverhältnisse.
1. Arbeiterausschüsse. Anhörung bei Arbeits- und Lohnfragen; Erlaß des preußischen Handelsministers: Bd. 306, 12. Sitz. S. 182 B.
2. Arbeitszeit.
Ueberschichten: Bd. 306, 12. Sitz. S. 181 D.
Gesetzliche Einführung der achtstündigen Schicht (Oberschlesien): Bd. 313, 183. Sitz. S. 5783 A, 5785 B.
3. Ausländische Arbeiter. Behandlung (Brabe-Grube): Bd. 306, 19. Sitz. S. 360 D.
4. Ausstände.
Lohnstreik in Oberschlesien (10 M. Tagelohn):
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3860 A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3897 B.
Streiks im oberschlesischen Grubenrevier, Stellung des Kriegsamts: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5783 B, 5785 A, 5787 C.
5. Einigungsämter. Schlichtungsausschuß.
Errichtung von Einigungsämtern für den Bergbau:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 79 C, 82 B.
12. Sitz. S. 179 A, 180 A.
Errichtung eines Berghofes für das Königreich Sachsen: Bd. 308. 77. Sitz. S. 2248 A.
Schlichtungsausschüsse, Tätigkeit, Nichtbefolgung der Beschlüsse durch die Arbeitgeber: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5784 A, 5786 B.
6. Gesundheitsverhältnisse, Ernährungsverhältnisse in Oberschlesien: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5783 D, 5785 B. — Siehe auch unter 11.
7. Knappschaftswesen.
Petitionen, betreffend Schaffung eines Reichsknappschaftsgesetzes.
Ber. d. Pet. Ausch. Bd. 318, Nr. 365.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896 A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Oberschiedsgericht, Verhalten bei Zuerkennung von Renten: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2639 D.
Gewährung von Teuerungszulagen aus Reichsmitteln an Knappschaftsrentner: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2636 B, 2640 C, 2641 A, 2641 B (Belastung der Bundesstaaten mit den Kosten), 2641 D (desgleichen), 2642 C.
Knappschaftskassen, Erleichterung ihrer finanziellen Lasten, Reichsunterstützung: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5785 A.
Siehe auch unter 12 und „Versicherungswesen" unter III A 3, B 1 e.
8. Lohnverhältnisse.
Löhne nach Kriegsausbruch; Bezahlung der Ueberschichten:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 79 A.
12. Sitz. S. 179 D.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115 B.
50. Sitz. S. 1127 B.

Bergbau (Fortsetzung). 8. Lohnverhältnisse.

Löhne der oberschlesischen Bergarbeiter, Statistisches; Vergleich mit den Löhnen der Arbeiter des Ruhrgebiets: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5783C, 5785C.

Lohnerhöhung, Teurungszulagen; Verhalten der Bergwerksbesitzer, Rede des Geheimrats Kirdorf: Bd. 306, 12. Sitz. S. 178D, 180B, 183A.

Einführung staatlich festgesetzter Mindestlöhne: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4938C.

Lohnabzüge: Bd. 306, 12. Sitz. S. 181A.

Häufigere Veröffentlichung der Lohnstatistik für den Bergbau im Reichsarbeitsblatt, auch der sächsischen Statistik: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5013D.

Anfrage Koßmann: Die Verwaltung der Königshütte in Oberschlesien, an deren Spitze der Geheime Bergrat Ewald Hilger steht, weigert sich, die vom Schlichtungsausschuß im Bereiche des Bezirkskommandos Beuthen für einen Teil ihrer Arbeiterschaft festgesetzten Lohnerhöhungen auszuzahlen. Die davon betroffenen Arbeiter sind durch dieses Verhalten ihres Arbeitgebers in eine große wirtschaftliche Notlage gebracht. Die Königshütte hat umfangreiche Staatsaufträge auszuführen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß die genannten Lohnerhöhungen seitens der Verwaltung der Königshütte anerkannt und der Beschluß des Schlichtungsausschusses Beuthen durchgeführt werden?: Bd. 325, Nr. 1773. — Unerledigt.

9. Schiedsgerichte siehe Ziff. 5.

10. Strafen für Arbeitsversäumnis: Bd. 306, 12. Sitz. S. 181B.

11. Verpflegung. Brotration: Bd. 317, Nr. 192 S. 43. Bd. 306, 12. Sitz. S. 181B.
Siehe auch unter 6.

12. Versicherung. Ausschluß der wiederbeschäftigten invaliden Arbeiter von der Krankenversicherung: Bd. 306, 12. Sitz. S. 181B. — Siehe auch unter 7.

„Bergewacht" in Salzbrunn siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

„Bergische Arbeiterstimme" siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Berlin.

Bevorzugung bei der Errichtung von Zentralbetrieben: Bd. 306, 16. Sitz. S. 297C.

Bevorzugung bei Errichtung von Reichsbehörden und Kriegsorganisationen:
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2002D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158B.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890C.
157. Sitz. S. 4918C.

Ueberführung von Reichsbehörden von Berlin nach anderen Orten: Bd 311, 134. Sitz. S. 4158B.

Grundstück Viktoriastr. 34, Vollendung und Ausstattung des Hauses für die Reichs-Entschädigungskommission: Bd. 307, 42. Sitz. S. 952A.

Siehe auch „Reichsämter".

„Berliner Tageblatt" siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Bernstein, Mitglied des Reichstags.

Paßerschwerungen siehe „Belagerungszustand" unter II 6.

Zensurmaßnahmen siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b x.

Graf **v. Bernstorff,** deutscher Botschafter bei den Vereinigten Staaten von Amerika, siehe „Krieg" unter I B 1.

Berufe, freie, Besteuerung, siehe „Umsatzsteuer" unter 5.

Berufsgenossenschaften siehe „Versicherungswesen" unter III D 1.

Berufstrachten siehe „Krankenpflege".

Beschwerderecht der Soldaten siehe „Reichsheer" unter 25 und 152 b und „Marine" unter 7.

Besetzte Gebiete siehe „Krieg" unter VI und „Rußland" unter B. — Industrieerzeugnisse, Zollbefreiungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter 443 a.

Besoldungsgesetz siehe „Beamte" unter 1.

Dr. v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler.

Auswärtige Politik. Verständigungsversuche mit einzelnen Mächten:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 19B.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 868B.

Angriffe seiner Politik in geheimen Denkschriften und Broschüren (Stellung zur Wehrvorlage, Verhalten gegenüber dem englischen Botschafter bei der Kriegserklärung, Verzögerung der Mobilmachung 1914 usw.):
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1510C.
60. Sitz. S. 1520C, 1521C, 1528B, 1529D, 1533A, 1536C, 1538C.

Kritik seiner Politik in der Frage der Zensur, Kriegsziele und des U-Bootkriegs; Vorwurf der Schwäche und Nichtverwertung starker nationaler Strömungen; „Kanzlerfronde"; Beseitigung des Reichskanzlers:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 738B.
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1269D.
55. Sitz. S. 1316A, 1317D, 1325D, 1327B, 1329A, D, 1333B.
60. Sitz. S. 1521D, 1528D, 1530D, 1533D, 1537D.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1708C, 1714A, 1726A.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3100C.

Kritik seiner auswärtigen Politik, Weltpolitik: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2874D.

Kritik seiner inneren Politik, Verzögerung von Reformen; Nachgiebigkeit gegen demokratische Forderungen:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2842A.
96. Sitz. S. 2888A, 2906C, 2918A, 2923C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3431B.
110. Sitz. S. 3444C.

Verbot der Kritik an seiner Politik, Aufhebung, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 Ea; siehe auch dort II 12 Df.

Stellung zur Sozialdemokratie; Kriegszielreden des Abgeordneten Scheidemann:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1922A.
71. Sitz. S. 1944B.

Wirkung seiner Reden im Auslande: Bd. 307, 55. Sitz. S. 1316A, 1327B.

Entbindung von der Stellung als Reichskanzler: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3569C.

Würdigung seiner Tätigkeit: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570B, 3575A, D, 3579C, 3584D.

Verdienste um die äußere und innere Politik (Elsaß-Lothringen, Wahlrecht pp.): Bd. 311, 136. Sitz. S. 4272A, 4273B.

Betriebsschreiber siehe „Reichsheer" unter 177f.

Bevölkerung. Geburten. Gesundheitsverhältnisse. Geschlechtskrankheiten. — Bevölkerungspolitik. — Siehe auch „Säuglingsfürsorge."

A. Bevölkerung, Stand.

Notwendigkeit des Ersatzes der Kriegsverluste, Maßregeln: Bd. 306, 29. Sitz. S. 617D; 629C.

Bevölkerung, Geburten, Gesundheitsverhältnisse, Geschlechtskrankheiten, — Bevölkerungspolitik (Fortsetzung).

Geburtenrückgang, Ursachen:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 630 D.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1171 D.
52. Sitz. S. 1200 C.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5067 B.
—, Geburtenziffer, Rückgang; Folgen des Krieges:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2630 A, 2631 D, 2633 C.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5328 C, 5352 A, C, 5368 A.
—, Anteil der Aerzte am Geburtenrückgang: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5354 C.
Gesundheitszustand und Sterblichkeit des deutschen Volkes, Einfluß des Krieges, Erkrankungen an Seuchen und Todesfälle, Statistisches:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2581 D ff., 89. Sitz. S. 2630 D, 2633 B, 2634 B, C.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5363 A, 2369 A, 5370 C, 5371 A, C.
—, Einfluß der Kriegsernährung auf die Gesundheit: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5363 C, 5369 C.
—, Sterblichkeit der älteren Leute, bei den mittleren Altersstufen, Statistik der Krankenkassen: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5364 C ff.
—, Sterblichkeit der Kinder, Schulkinder usw.: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5363 D, 5370 A.
—, Uneheliche Kinder s. „Kinder, Kinderschutz" und „Säuglingsfürsorge".
—, Angebliches Verbot der Veröffentlichung von Mitteilungen über den Gesundheitszustand des Volkes: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5366 C, 5369 B, 5371 B.
Geschlechtskrankheiten, Zunahme: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5366 D.
—, Verbreitung im Heere siehe „Reichsheer" unter 164 b.

B. Bevölkerungspolitik, Bekämpfung des Geburtenrückgangs, der Geschlechtskrankheiten.

1. Resolution Dr. Hitze, Dr. Spahn, Gröber zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die Anträge Bd. 318, Nr. 294 und 308 einem besonderen Ausschusse zu überweisen, mit dem Auftrage, neben den in den Anträgen angeregten Forderungen auch noch sonstige Maßnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung (Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; Ausbau der Reichsversicherung, der Beamtenbesoldung, des Wohnungsgeldzuschusses, der Hinterbliebenenfürsorge, der Steuergesetzgebung usw. im Sinne einer besonderen Berücksichtigung der kinderreichen Familien u. a.) vorzuberaten, die geeignet sind, dem bedrohlichen Geburtenrückgang entgegenzuwirken: Bd. 318, Nr. 309.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1170 B, 1171 C, 1173 A.
52. Sitz. S. 1190 B, 1198 D, 1199 C.
53. Sitz. S. 1251 B. — Angenommen.
Maßnahmen in Preußen: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1196 B.

2. Anfrage Dr. van Calker, Frommer, Dr. Hitze, Krätzig, Marquart, Mumm, Dr. Quarck, Dr. Struve: Wie der Vertreter des Kriegsministeriums, Herr Oberstabsarzt Professor Dr. Schwiening, in der Sitzung des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik (Nr. 21 seiner Drucksachen) am 22. März mitteilte, werden den Landesversicherungsanstalten die geschlechtskrank gewesenen, früher versicherungsberechtigten Heeresangehörigen nur mit deren Einverständnis gemeldet, sofern nicht eine allgemeine Mitteilungspflicht eingeführt wird.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, gemäß § 115 der Reichsversicherungsordnung auch auf die Heeres- und Marineverwaltung dahin einzuwirken, daß auf an sie ergehende Ersuchen der Vorstände der Landesversicherungsanstalten, Versicherte, die während ihrer Dienstzeit geschlechtlich erkrankt waren, ohne deren besondere Befragung, den bezeichneten Versicherungsträgern zwecks weiterer Fürsorge von ihr namhaft gemacht werden?
Erkennt der Herr Reichskanzler an, daß Mitteilungen über den Gesundheitszustand von Personen durch Behörden und durch Aerzte an die Träger der Sozialversicherung und an die von den Landesversicherungsanstalten eingerichteten Beratungsstellen, wenn diese Mitteilungen im Interesse der Gesundung dieser Personen erfolgen, nicht als unbefugt erachtet werden können und daher von der Strafbestimmung des § 300 des Strafgesetzbuchs nicht betroffen werden?: Bd. 320, Nr. 706.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2746 A. — Beantwortet.

3. Arbeitsplan und Tätigkeit des Ausschusses, Arbeitsmethode:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2629 D.
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4045 C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5301 D.

4. Erster Teilbericht des 16. Ausschusses für Bevölkerungspolitik, betr. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heere und der Gesamtbevölkerung: Bd. 321, Nr. 912 — Bildung eines Unterausschusses: Bd. 321, Nr. 912 S. 2. — Erster und zweiter Teilbericht des Unterausschusses: Bd. 321, Nr. 912 S. 27 u. 41.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3566 C.
Schulbelehrung. Antrag des Freiherrn v. Bissing im Herrenhause: Bd. 321, Nr. 912 S. 48.
Petitionen: Bd. 321, Nr. 912 Ziff. 2.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3567 B. — Für erledigt erklärt.
Anträge des (16.) Ausschusses für Bevölkerungspolitik, betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heer, Erhebungen über Zahl und Behandlung von Erkrankten, Errichtung von Soldatenheimen usw.: Bd. 321, Nr. 912 Ziff. 1 A, I, 1—15, II, III.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3567 A. — Angenommen.
Weitere Anträge des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, betr. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Gesamtbevölkerung.
1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen — unbeschadet einer allgemeinen Aenderung und Ergänzung des § 300 des Reichsstrafgesetzbuchs —, Vorsorge dafür zu treffen, daß eine Mitteilung an zur öffentlichen Fürsorge berufene Behörden, wenn das Schweigen im allgemeinen Staatsinteresse, etwa zur Verhütung der sonst drohenden Verbreitung von ansteckenden Krankheiten gebrochen wird, nicht als unbefugt für Behörden und für behandelnde Aerzte erachtet werden kann.
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Ergänzung des Reichsstrafgesetzbuchs durch

Bevölkerung, Geburten, Gesundheitsverhältnisse, Geschlechtskrankheiten, — Bevölkerungspolitik (Fortsetzung).

eine Gesetzesvorlage nach der Richtung zu bringen, daß jede Person, die, obwohl sie weiß oder wissen mußte, daß sie geschlechtskrank ist, trotzdem geschlechtlich verkehrt, bestraft werden kann.

3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
   a) in das Reichsgesetz, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, wirksame Vorschriften zur Ueberwachung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufzunehmen;
   b) die verbündeten Regierungen zu veranlassen, nach einheitlichen Gesichtspunkten Maßnahmen zur Verhütung und Eindämmung der geschlechtlichen Erkrankungen zu schaffen, vor allem den Ausbau der von den Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen geschaffenen und zu schaffenden Beratungsstellen zu Einrichtungen für die Gesamtbevölkerung im Rahmen der kommunalen Verwaltung;
   c) auf dem Wege der Verhandlung mit den Bundesstaaten dahin zu wirken, daß in allen Kreisen und unteren Verwaltungsbezirken die auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege erforderlichen Einrichtungen (z. B. Säuglings-, Kinder-, Mutter-, Wohnungs- und Tuberkulosefürsorge, Beratungsstellen für Geschlechtskranke, für Kriegsbeschädigte) getroffen werden;
   d) den Ausbau der Krankenkasseneinrichtungen zur Bekämpfung der geschlechtlichen Erkrankungen nachhaltig zu unterstützen;
   e) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere durch Reichsgesetz, daß auf dem Wege der lückenlosen Meldung geschlechtskranker Versicherter von Behörden an die Landesversicherungsanstalten die Wirksamkeit der „Beratungsstellen" unterstützt wird;
   f) eine Heranziehung der Lebensversicherungsgesellschaften zum Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten befördern zu wollen;
   g) den Ausbau einer sorgsamen Statistik aller Erkrankungsfälle an Tripper, Schanker und Syphilis zu veranlassen;
4. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in allen Bundesstaaten zu veranlassen, daß als pflichtmäßiges Prüfungsfach bei der ärztlichen Staatsprüfung auch Haut- und Geschlechtskrankheiten zu betrachten sind: Bd. 321, Nr. 912, Ziff. 1B 1—4.
   Bd. 310, 115. Sitz. S. 3567B. — Angenommen.
5. Entwürfe
   a) eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und
   b) eines Gesetzes gegen die Verhinderung von Geburten: Bd. 323, Nr. 1287 in Verbindung mit dem Zweiten Teilbericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, betreffend Schutz für Mutter und Kind: Bd. 322, Nr. 1087, 1199.
   Erste Beratung: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4045A, 4046B — Ueberweisung an den 16. Ausschuß. — Unerledigt.

Bevölkerung, Geburten, Gesundheitsverhältnisse, Geschlechtskrankheiten, — Bevölkerungspolitik (Fortsetzung).

Anträge des (16.) Ausschusses für Bevölkerungspolitik: Der Reichstag wolle beschließen:

A. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß für die Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen weiblicher und jugendlicher Arbeiter, die seit Kriegsbeginn durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 gestattet sind, durch bundesrätliche und kriegsamtliche Verordnung oder Anweisung einheitlich für das Reichsgebiet baldmöglichst folgendes Mindestmaß von Arbeiterschutz während der Kriegszeit zur Einhaltung vorgeschrieben wird:

   1. bei regelmäßigem Tag- und Nachtbetrieb in der Regel die Achtstundenschicht, bei den übrigen Betrieben in der Regel die Zehnstundenschicht;
   2. mindestens jeden zweiten Sonntag völlige Ruhezeit;
   3. Wöchnerinnenschutz während zehn Wochen, von denen bis zu drei Wochen vor der Niederkunft liegen können, unter entsprechender Ausdehnung der Reichswochenhilfe;
   4. besondere Schutzvorschriften für die Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen;
      Ausnahmen im Rahmen vorstehender Beschränkungen sind nur für einzelne Betriebe zulässig; dabei sind besondere Bedingungen bezüglich der Arbeitsstunden und Pausen, der Sonntags- und Nachtarbeit, der Ueberstunden, der Unfallverhütung, der Einrichtung von Umkleide- und Waschräumen, der tunlichsten Trennung der Geschlechter, der Aufenthalts- und Eßräume vorzusehen, wie die Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit möglichst zu verhüten;
   5. daß das Hausarbeitgesetz vom 20. Dezember 1911 und seine Fachausschüsse für Lohnschutz zur schleunigen Durchführung gelangen;
   6. daß die Wiederherstellung einer ausreichenden Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Unfallaufsicht so rasch als möglich erfolgt, insbesondere herbeiführen zu wollen, daß die im militärischen Dienst befindlichen Gewerbeinspektionen (berichtigt: Gewerbeinspektoren) ihrem Amt zur Verfügung gestellt werden, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten systematisch vermehrt, besonders auch weibliche Beamte und Arbeiter in höherer Zahl angestellt werden, und daß eine angemessene Zahl hygienisch vorgebildeter Beamten bei der Anstellung Berücksichtigung findet, sowie daß für die so ausgebaute Gewerbeaufsicht eine ausreichende Mitwirkung bei der Organisation der kriegsamtlichen Stellen für den vaterländischen Hilfsdienst gesichert wird.

B. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch Einwirkung auf die Bundesregierungen ein einheitliches und durchgreifendes Vorgehen aller beteiligten Verwaltungsbehörden zu veranlassen

1. in der Aufnahme „anständiger Lohnklauseln" namentlich für die weibliche Arbeit in alle behördlichen Lieferungsverträge,
2. in der Beibehaltung und dem Ausbau der im Kriege zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen entstandenen Arbeitsgemeinschaften und Schlichtungskommissionen und ihres tariflichen Frauenschutzes,
3. in der Schaffung, Ausdehnung und besseren finanziellen Ausstattung der Beratungsstellen für Säuglingsfürsorge, für Schulkinderpflege und für Kinderhortwesen, im Ausbau und in der Beaufsichtigung der Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte, in der Ausgestaltung des Aufsichtswesens für Privatpflegestellen, wie es der gesteigerten Inanspruchnahme der Mütter für Frauenarbeit während des Krieges entspricht, sowie endlich in der Schaffung von Kinderheimen, welche auf Verlangen der Mutter uneheliche Kinder zarten Alters aufnehmen und bis zu einer nicht niedrig anzusetzenden Altersreihe in ihrem Schutz behalten.

C. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sich behufs der erforderlichen besseren Ausgestaltung des Schutzes der unehelichen Kinder mit den verbündeten Regierungen baldigst ins Einvernehmen zu setzen, insbesondere zur Herbeiführung folgender Maßregeln:

1. die der Erziehung und wirtschaftlichen Lage des unehelichen Kindes aus der Einrede des Mehrverkehrs entstehenden Nachteile zu beseitigen, eventuell durch entsprechende Aenderung des § 1717 B.G.B.;
2. die Empfängnisfrist des § 1717 im Sinne des § 1592 Abs. 2 B.G.B. festzusetzen;
3. bei Bemessung der Höhe der Unterhaltspflicht den Stand des Vaters zu berücksichtigen;
4. die Unterhaltungspflicht bis zum 18. Lebensjahr des Kindes zu erstrecken;
5. die Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohnes aus Unterhaltsansprüchen unehelicher Kinder der Pfändung aus anderen Unterhaltsansprüchen gleichzustellen;
6. für die Beitreibung der Unterhaltsbeiträge ein vereinfachtes schnelles, dem Verwaltungszwangsverfahren zur Beitreibung öffentlicher Abgaben ähnliches Verfahren einzuführen;
7. die Bestrafung unehelicher Väter, die sich der Unterhaltspflicht entziehen, aus § 361 Ziff. 10 St.G.B. sicherzustellen und durch Ausdehnung des § 362 St.G.B. auf diese Straffälle wirksamer zu gestalten;
8. die Bedingungen für die Annahme an Kindesstatt und die Führung des Vaternamens zu erleichtern;
9. Novellen zu den Militärversorgungsgesetzen zu veranlassen, durch welche die Renteuzahlung an uneheliche Mütter und Kinder, nach dem Vorgang der Bundesratsverordnung vom 4. August 1914 zum Unterstützungsgesetz von 1888 (für die Familien der Kriegsteilnehmer) geregelt wird;
10. die Fürsorge für die unehelichen Kinder bezüglich der Eintreibung der Unterhaltskosten durch öffentlich rechtliche Veranstaltungen eventuell Generalvormundschaft, unter Ausbau des Vorschußverfahrens und Wahrung der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft zu veranlassen, sowie Zuschüsse zu den Kosten der Erziehung (Einzelfamilien- und Anstaltspflege, Lehrwerkstätten usw.) in Aussicht zu nehmen.

D. Die zu den vorstehend berührten Fragen eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung über Ziffer 2 A bis C für erledigt zu erklären: Bd. 322, Nr. 1087, S. 23 unter 2.
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4046 B, C. — Angenommen.

6. Entwurf eines Gesetzes gegen „Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung": Bd. 325, Nr. 1717.
Erste Beratung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5850 D. — Ueberweisung an die 16. Kommission. — Unerledigt.
7. Einzelnes.
Bevölkerungspolitik, Bedeutung, Umfang: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4045 A.
—, Förderung, Aufgaben des Reichsamts des Innern, Schaffung zwei neuer Dezernentenstellen: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5300 B, 5312 C, 5315 D, 5321 D.
171. Sitz. S. 5328 B, 5334 D.
—, Notwendigkeit, Bestrebungen in der Literatur und den Parlamenten:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5301 A, 5311 C, 5315 D.
171. Sitz. S. 5328 B, 5356 B.
Geburten, Hebung, Grundsätze des Gesetzentwurfs, betr. Verhinderung von Geburten:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2630 A, 2631 D, 2633 C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5301 A, 5311 C, 5315 D.
171. Sitz. S. 5328 C, 5331 D, 5352 C.
—, Eheerleichterung, Begünstigung kinderreicher Familien: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5331 D.
Kinder deutscher Abstammung in Belgien geboren, Aufnahme in Preußen: Bd. 307, 39. Sitz. S. 2631 C.
Geschlechtskrankheiten, Bekämpfung, Grundsätze, Gesetzentwürfe:
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1199 A.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2630 A.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5331 B, 5370 B.
—, Errichtung von Beratungsstellen für Kranke durch die Landesversicherungsanstalten in Verbindung mit den Krankenkassen und der Militärverwaltung: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5022 C.
—, Aufklärung in den Schulen:
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1172 B.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2610.
Fürsorge der Krankenkassen und Versicherungsanstalten, Schweigepflicht der Beamten derselben: Bd. 318, Nr. 347 S. 17.

Bezirksfeldwebel siehe „Reichsheer" unter 21.

Bezirkskommandeure siehe „Reichsheer" unter 29.

Bezugsmarkensystem siehe „Kriegswirtschaft" unter II 40.

Bibelverbreitung siehe „Reichsheer" unter 30.

Bibliothekssekretärinnen.
Petition der Hedwig Schäfer, Bibliothekssekretärin im Reichs-Kolonialamt in Charlottenburg, um Gleichstellung der Bibliothekssekretäriunen des Reichs hinsichtlich des Wohnungsgeldzuschusses mit den im gleichen Range stehenden Beamtinnen in Preußen.
Mündl. Ber. des Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IV 2.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

Bienenwachs siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281e.

Bier, Brauereien.
Kriegsmaßnahmen, Einschränkung der Malzverwendung, der Bierproduktion, der Kontingents siehe „Kriegswirtschaft" unter II 43; vgl. dort auch unter II 4, 136, 251.
Siehe auch „Biersteuer" unter 1 u. 2.

Biersteuer.
1. Entwurf eines Biersteuergesetzes: Bd. 324, Nr. 1455 (dazu 10 Anlagen, Uebersichten und Zusammenstellungen).
1. Uebersicht über die aus einem Doppelzentner Malz erzielbare Ausbeute an Bier und deren Wirkung auf das Steueraufkommen beim Uebergange zur Biersteuer, S. 34.
2. Uebersicht über den annähernden Anteil der einzelnen Brauereiklassen an der Gesamtbiererzeugung im Rechnungsjahr 1913 bei Annahme eines Verbrauchsrückganges von 25 v. H. und bei 16 kg Malzverbrauch für 1 hl Bier, S. 35.
3. Berechnung des Biersteuerertrags, S. 36.
4. Ertragsberechnung, S. 37.
5. Vergleichende Uebersicht über die Rohbelastung der einzelnen Brauereien und des von ihnen erzeugten Bieres nach dem Brausteuergesetze vom 15. Juli 1909 und nach dem Entwurfe.
6. Entwicklung des Malzverbrauchs der Brauereien 1906—1913, S. 40.
7a Verbrauch steuerpflichtiger Braustoffe und Biererzeugung im Brausteuergebiet 1873—1905, S. 42.
7b Desgl. 1906—1913, S. 44.
8. Ertrag der Bierabgaben im Brausteuergebiet (ohne Luxemburg), S. 45.
9. Vergleichende Zusammenstellung der Gesamteinnahmen von Bier in den deutschen Steuergebieten, S. 46.
10. Ein- und Ausfuhr von Bier, S. 47.
11. Bierverbrauch in den deutschen Steuergebieten und im Zollgebiete für 1894—1913, S. 48.
Erste Beratung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4791D ff.; siehe insbesondere: S. 4793A, 4794B ff., 4797C, 4798A ff., 4799A ff., 4806A, 4808C, 4810A ff., 4818B ff., 4826B.
Ber. d. 32. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1686.
Zweite Beratung: Antr. Bd. 325, Nr. 1710, 1740, 1754, 1759.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971A, 5981D.
188. Sitz. S. 6041C (nachträgliche Abstimmung über Antrag: Bd. 325, Nr. 1754 zu § 4.)
Annahme des Entwurfs nach den Anträgen des 32. Ausch. mit dem Antrag: Bd. 325, Nr. 1710.

Biersteuer (Fortsetzung).
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1789.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6128D.
Entwurf nach den Beschlüssen dritter Beratung: Bd. 325, Nr. 1881.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGB. S. 863.
Petitionen: Bd. 324, Nr. 1686, S. 43 unter IV.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5981D.
190. Sitz. S. 6128D. — Für erledigt erklärt.
Bierausgleichungsbeiträge, Gesetzentwurf auf Antrag des 32. Ausch., siehe nachstehend unter 2.

Einzelnes.
Allgemeines, Bierpreise, Qualität des Bieres, Verbrauch, Belastung der Bevölkerung, der Brauereien, der Gastwirte durch die Steuer: Bd. 324, Nr. 1686 S. 2 ff., 6, 8, 9, 10, 12.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4794 B, D, 4798 B ff., 4799B ff., 4808C, 4818B ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971B, 5973D, 5974D, 5975C.
—, Vorbereitung des Gesetzes, Anhörung von Interessenten: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793A, 4797C.
—, Landesgesetzliche Biersteuern, Anpassung an die Reichssteuer, Aenderung der bayerischen Gesetzgebung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 30 37, 41.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4798A.
—, Siehe auch nachstehend unter 2 (Bierausgleichungsbeträge).
—, Kommunale Biersteuern Beseitigung bzw. Aufrechterhaltung, Frage der Entschädigung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 7, 10, 23 ff., 37
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4799A.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5972D ff., 5975B, 5978C ff., 5979C, 5980B.
—, Biersteuer der Landgemeinden: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5972A.
Ertrag: 300000 M. für Verbesserung von Betriebseinrichtungen: Bd. 324, Nr. 1686 S. 5, 28.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971D.
Fabrikatsteuer, Erhöhung der Sätze usw. Staffelung. Schutz der kleinen Brauereien: Bd. 324, Nr. 1686 S. 3 ff., 9 11, 13, 31.
Bd. 312 153. Sitz. S. 4793A, 4794C, 4798B, 4799B, 4806A, 4808D, 4810A ff., 4818D, 4826B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971C.
—, Staffelung der Steuer, langsames Ansteigen der unteren Stufen zum Schutz der kleineren Brauereien: Bd. 324, Nr. 1686 S. 4, 5, 7, 10, 32.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971D.
—, Herabsetzung der Steuersätze (§ 3), Interessen der Gastwirte, Antrag Zubeil: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5975C. 5976B, 5977A, C.
—, Keine weitere Erhöhung der Steuer in absehbarer Zeit: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5977B, 5978B, 5981B.
Festlegung der Begriffe „Vollbier", „Schwachbier" und „Starkbier" durch gesetzliche Regelung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 7, 9, 10, 11, 12, 18 ff., 32, 36.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5972A.
Gerstenpreise, Höhe, Notwendigkeit ihrer Herabsetzung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4808D.
Haustrunk. Steuerfreiheit, -ermäßigung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 7, 9, 10, 11, 12, 16 ff.
Inkrafttreten des Gesetzes, Hinausschiebung der Steuererhöhung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 3, 7, 8, 9, 10, 29 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971D 5980D ff.
Kontingentierung der Brauereien, Uebertragbarkeit. Schutz der kleineren Betriebe: Bd. 324, Nr. 1686 S. 4 ff., 10, 11, 12, 13, 14 ff., 32.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4794C. 4806B, 4810A, 4818D.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5872B, 5974B 5975D, 5976B, 5977C.
—, Ueberschreitung des Kontingents, Strafsteuer: Bd. 324, Nr. 1686 S. 10, 11, 14 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5972B, 5976D.
—, Strafsteuer, Steuererhöhung, keine Anwendung auf Brauereien, die von Gastwirten auf genossenschaftl.

Biersteuer (Fortsetzung).

Grundlage errichtet werden (§ 5, Abs. 2.): Bd. 324, Nr. 1686 S. 16, 33.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5972 C, 5976 D, 5974 C, 5977 D, 5978 C, 5981 D.
—, Frage der Bildung eines Produktionskartells infolge der Kontingentierung, Preiserhöhungen: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4819 A.
—, Arbeiter, Angestellte, Kriegsteilnehmer, Anspruch auf Ersatz von Einnahmeausfall infolge der Kontingentierung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 28 ff., 40.
Bd. 313. 187. Sitz. S. 5972 C.
Malzsteuer, bisherige Höhe, Wirkung: Bd. 324, Nr. 1686 S. 3.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4818 C.
Ueberwachung, Strafvorschriften für unrichtige Buchführung usw.: Bd. 324, Nr. 1686 S. 3, 22, 36.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5972 C.

2. Biersteuerausgleichungsbeträge.
Entwurf eines Gesetzes über Biersteuerausgleichungsbeträge, — Antrag des 32. Aussch. zum Biersteuergesetz: Bd. 324, Nr. 1686 S. 43 unter III.
Erste und zweite Beratung: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5981 C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129 A.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGB. S. 886.
Petitionen: Bd. 324, Nr. 1686 S. 43 unter III.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129 A. — Für erledigt erklärt.
Biersteuerausgleichungsbeträge, Regelung durch besonderes Gesetz, Gründe, Verfassungsänderung (Art. 38 u. 70), Interessen der Südstaaten:
Bd. 324, Nr. 1686 S. 30, 41.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5973 C, 5980 D ff., 5981 C.

3. Freilassung des nach der Front gehenden Bieres von der Biersteuer, Bierzufuhr, Verteilung usw. im Heere: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5392 D.

Bierzoll. Entwurf eines Gesetzes über den Bierzoll: Bd. 324, Nr. 1456.
Erste Beratung: Bd. 312, 153 Sitz. S. 4791 D ff.
Ber. des 32. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1686.
Zweite Beratung: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5981 C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6128 D.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGB. S. 885.
Petitionen: Bd. 324, Nr. 1686 S. 43 unter III.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5981 D.
190. Sitz. S. 6129 A. — Für erledigt erklärt.

Bilanzen, Fristverlängerungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 44.

Bindfadenfabriken, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Birkenmayer, Abg. für den 3. Badenser Wahlkreis. Gest. am 31. März 1916: Bd. 307, 39. Sitz. S. 849 B.

Fürst Bismarck, Reichskanzler.
Bedeutung der Persönlichkeit Bismarcks für die deutsche parlamentarische Entwicklung: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1821 B.
Niederlegung eines Kranzes am Denkmal in Berlin am 100jährigen Geburtstage: Bd. 306, 9. Sitz. S. 135 B.
Bismarcks Politik im Frieden von Nikolsburg, Oesterreichs Neutralität 1870:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455 C.
Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland als politische Grundlage usw., Aeußerung über einen eventl. Zusammenbruch Rußlands (caput mortuum): Bd. 311, 143. Sitz. S. 4454 B.
Politischer Charakter des Krieges, Aufgaben der Staatsmänner gegenüber den Feldherrn, Ansichten Bismarcks: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3093 A ff., 3102 A, C.

Dr. **Blankenhorn,** Abgeordneter für den 4. Wahlkreis für Baden. Gest. am 19. Mai 1818: Bd. 310, 111. Sitz. S. 3501 C.

Bleiverwendung in der Industrie.
Bekanntmachungen auf Grund des § 139 a GO., betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten, vom 29. Mai und 11. November 1914, vom 16. September 1916:
Bd. 315, Nr. 26 S. 56.
Nr. 28.
Nr. 32.
Bd. 318, Nr. 402, Anhang a 391.
Bd. 319, Nr. 403 S 221.
Nr. 415.
Verordnung des Bundesrats vom 19. September 1918, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten: Bd. 325, Nr. 1983.

Blitzableiter, Beschlagnahme, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 47.

Blut siehe „Kriegswirtschaft" unter II 48.

Bochum. Kartoffellieferung durch den Kreis Gardelegen, Beschwerden des Oberbürgermeisters:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1747 A, 1748 C.
66. Sitz. S. 1773 C, 1798 D, 1804 A.

Bodenverbesserung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 49.

v. Bonin, Abgeordneter für den 5. Kösliner Wahlkreis. Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten v. Bonin (Steuerhinterziehung) siehe „Abgeordnete" unter 8 b.

Bordtarife siehe „Marine" unter 8.

Börse, Börsengeschäfte.
1. Kurse, Spekulation.
Notierung der Kurse gewisser Wertpapiere am 31. Dezember 1913: Bd. 318, Nr. 320 S. 8.
Börsenspekulationen vor Beginn und während des Krieges: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1366 B, C.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Im „Elberfelder Täglichen Anzeiger", Nr. 146, 1916, wird folgendes mitgeteilt:
Die Ausschreitungen der Berliner Börse. Die Berliner Börse hat bekanntlich vor einigen Tagen auf die pazifistischen Aeußerungen des Präsidenten Wilson mit einer allgemeinen Baisse geantwortet. Durch diese Tatsache ist erneut die Aufmerksamkeit leitender Kreise darauf hingelenkt worden, daß der spekulative Handel in Kriegswerten einen solchen Umfang angenommen hat, daß dadurch die vaterländischen Interessen in Frage gestellt werden, die auch auf dem Geldmarkte wie auf allen anderen volkswirtschaftlichen Gebieten unbedingte Berücksichtigung verlangen. Wie uns von wohlinformierter Seite mitgeteilt wird, schweben Erwägungen darüber, eine ernste Verwarnung an die betreffenden Börsenkreise ergehen zu lassen. Sollten diese nicht eine sofortige Abstellung der erwähnten Mißstände im Gefolge haben, so wird nötigenfalls eine vollkommene Unterdrückung der Spekulation an der Börse sowohl wie an anderen Orten unter schwerer Strafandrohung die Folge sein.
Treffen die hier behaupteten Dinge zu, und ist der Herr Reichskanzler bejahendenfalls bereit, ent-

Börse, Börsengeschäfte. 1. Kurse, Spekulation (Forts.).

sprechende Maßnahmen gegen die Spekulation der Börse anzuordnen?: Bd. 318, Nr. 374.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 406.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Am 1. Juni vergangenen Jahres richtete ich an den Herrn Reichskanzler eine Anfrage wegen der Ausschreitungen der Berliner Börse. In der am 26. September eingegangenen Antwort des Stellvertreters des Herrn Reichskanzlers wurde die Richtigkeit der in meiner Anfrage wiedergegebenen Ausführungen über den Umfang börsenmäßiger Spekulationen in Wertpapieren „im allgemeinen" nicht bestritten.
Es wurde aber hinzugefügt, daß inzwischen ein starker Rückschlag eingetreten sei. Außerdem werde die Angelegenheit weiter erörtert. Nach Eingang dieser Antwort erhielt ich aus Kreisen regelmäßiger Börsenbesucher unter Beifügung zahlenmäßiger Nachweise die Mitteilung, daß von einem „Rückschlag" nichts zu merken sei; denn die Börsenjobberei geht offenbar ruhig weiter. So versandte z. B. die Bankfirma Mosse & Sachs, Berlin, Unter den Linden 56, am 31. August 1917 ein Rundschreiben, das zum Kaufen oder Verkaufen ganz bestimmter Wertpapiergruppen und Sonderwerte auffordert. Es beginnt mit folgendem Hinweis:

„Mit unserem Bericht vom 30. April d. J. prognostizierten wir den deutschen Industriewerten eine günstige Zukunft. Unsere Erwartungen haben sich in der Zwischenzeit nicht nur erfüllt, sondern sind in den meisten Fällen nicht unerheblich übertroffen worden."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um das Börsenspiel und das anfeuernde Treiben der Banken zum Wohle des Vaterlandes zu unterbinden? Bd. 321, Nr. 1011.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1094.

Handel mit Dividendenpapieren, Kurssteigerungen, Hochkonjunktur der Kriegsindustrie, Spekulation der Kriegsgewinnler, Artikel im „Plutus" (Börsenstreik an der Hamburger Börse gegen die Umsatzsteuer): Bd. 313, 188. Sitz. S. 6010 A ff., 6012 C ff., 6013 C ff., 6017 A, 6018 A ff., 6020 A ff.

Einziehung der am Börsenstreik Beteiligten für den Heeresdienst: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5817 D, 5818 B.

2. Kriegsmaßnahmen,
Schließung der Börsen:
Bd. 315, Nr. 74, S. 11.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1857 D.
Wiedereröffnung:
Bd. 318, Nr. 320 S. 7.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2027 D, 2028 D, 2031 A, C, 2032 A, B.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter 416.

3. Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere für die Veranlagung der Kriegssteuer siehe „Vermögenssteuer" unter II A 3 und 4.

4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren: Bd. 315, Nr. 12.
Erste, Zweite, u. Dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8 C, 10 B, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 336.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 32.

Börse, Börsengeschäfte. 4. Entwurf eines Gesetzes (Forts.).

Petitionen, betreffend Ersatz des bei der Zwangsablösung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Kupfer und Zinn entstandenen Schadens.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 318, Nr. 388.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935 B. — Ueberweisung als Material bezw. Uebergang zur Tagesordnung.

5. Börsenumsatzsteuer siehe „Reichsstempelgesetz".

6. Petition betreffend Zulassung der Frauen zum Börsenbesuch.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817, Ziff. II c.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.

7. Uebertragung der Börsenangelegenheiten auf das Reichsschatzamt: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3697 B, 3701 C.

Dr. **Braband**, Abgeordneter für den 6. Wahlkreis für Schleswig-Holstein. Gest. am 20. November 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15 A.

Brandes, Mitglied des Reichstags, Redeverbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5253 D.

Branntweinsteuer, -monopol.

1. Verteilung des den Bundesstaaten zu überweisenden Ertrags der Branntweinsteuer für das Rechnungsjahr 1917, Anl. 2 zu den Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1915, 1916, 1917 und 1918, S. 14 der Entwürfe.

2. Einschränkung der Erzeugung von Branntwein, des Kontingents, des Handels mit Branntwein, sonstige Kriegsmaßnahmen usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 4, 52, 189 d, 258, 443 a.

3. Verbrauchsabgabe, Regelung für 1916/17: Bd. 320, Nr. 650 S. 76.

4. Steuerfreie Verwendung von Branntwein: Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 634.

5. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol mit 24 Anlagen *): Bd. 324, Nr. 1460.

*) Anlagen.

1. Grundlinien des Monopolentwurfs vom 22. Februar 1886 und des Zwischenhandelsentwurfs vom 3. November 1908 Seite 89
2. Ueberblick über die Entwickelung der Branntweinsteuergesetzgebung seit dem Jahre 1887 91
3. Folgen eines Betriebswechsels nach § 33 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 und § 11 des Gesetzes vom 14. Juni 1912 101
4. Preise der Spirituszentrale in den Geschäftsjahren 1899/1900 bis 1914/1915 103
5. Alkoholstärke und Preise von Trinkbranntwein in Deutschland im Jahre 1913 108
6. Ueberblick über die Entwicklung der Vorschriften über den zu Heilzwecken bestimmten Branntwein seit Inkrafttreten des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 . . . 109
7. Die in den Betriebsjahren 1907 08 bis 1913/14 vollständig und unvollständig vergällten Branntweinmengen . . . 112
8. Branntweingewinnung aus Sulfitablaugen 114
9. Branntweingewinnung aus Holz 116
10. Gewinnung von Branntwein (A) und Essigsäure (B) aus Kalzinmkarbid 118
11. Zusammenstellung der Laugenbrennereien 122
12. Vertragsgrundlagen der Spirituszentrale:
A. Satzung des Verwertungsverbandes deutscher Spiritusfabrikanten in Berlin 125
B. Gesellschaftsvertrag 130
C. Hauptvertrag 134
D. Uebereinkunft 154
13. Zusammenstellung der Vergütungssätze, die den für die Spirituszentrale arbeitenden Reinigungsanstalten zustehen 164

Branntweinsteuer, -monopol. 5. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinsteuermonopol (Fortsetzung).

Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732 D; siehe insbesondere S. 4755 A.
152. Sitz. S. 4760 C; siehe insbesondere S. 4775 D.
153. Sitz. S. 4791 D; siehe insbesondere S. 4793 B, 4795 D, 4802 A ff., 4804 D, 4805 C, 4807 D, 4812 D, 4813 C, 4814 B, 4817 B, 4819 C, 4820 A ff., 4822 A, 4824 C, 4825 A, 4826 D.
Bericht des 33. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1770.
Anlagen dazu: Bd. 325, Zu Nr. 1770*).
Zweite Beratung: Anträge Bd. 325, Nr. 1777**), 1783***), 1785, 1786, 1787, 1797, 1798, 1799, 1800, 1801, 1807, 1808, 1809 und handschriftlicher Antrag Dr. Bell zu § 111: Hinter dem fettgedruckten Absatz den Satz beizufügen: „Der Bundesrat kann aus Billigkeitsgründen den Zuschlag nachlassen oder ermäßigen".
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6070 B.
190. Sitz. S. 6096 A, 6097 A (Antrag Bell).
191. Sitz. S. 6137 B.
Nochmalige Abstimmung über den Antrag Dr. Bell zu § 111; Annahme in der Form: „Der Bundesrat kann aus Rücksichten der Billigkeit usw."

Branntweinsteuer, -monopol. 5. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinsteuermonopol (Fortsetzung).

Annahme des Entwurfs nach den Anträgen des 33. Aussch.*) mit den Anträgen Bd. 325, Nr. 1777 (mit dem Abändr.-Antr. Hoch u. Gen.), 1785, 1786, 1787, 1798, 1799, 1808, 1809 und dem Antrag Dr. Bell zu § 111.
Zusammenstellung der Beschlüsse II. Beratung: Bd. 325, Nr. 1818**).
Dritte Beratung:
Anträge Bd. 325, Nr. 1820, 1821, 1822, 1823, 1824. Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 D.
Annahme der Beschlüsse II. Beratung mit den Anträgen: Bd. 325, Nr. 1821, 1823.
Entwurf nach den Beschlüssen des Reichstags in III. Beratung: Bd. 325, Nr. 1884.
Gesetz v. 27. 7. 1918, RGBl. S. 887.
Petitionen:
a) des deutschen Städtetages, des ostpreußischen Provinzial-Verbandes des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke zu Königsberg und des Professors J. Traube zu Charlottenburg.
b) Sonstige Petitionen zu dem Gesetzentwurf:
Bd. 325, Nr. 1770 S. 179 unter 2 u. 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6108 C.
191. Sitz. S. 6142 C.
Zu a: Ueberweisung als Material.
Zu b: Für erledigt erklärt.

6. Einzelnes:
Allgemeines. Verstaatlichung der Spirituszentrale, Monopolcharakter der Vorlage, Handelsmonopol, wirtschaftliche Bedeutung, Bedenken gegen Monopole usw.:
Bd. 325, Nr. 1770 S. 3 ff., 12 ff., 16 ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755 A.
152. Sitz. S. 4775 D.
153. Sitz. S. 4793 B, 4795 D, 4802 A ff., 4804 D, 4807 D, 4814 B, 4820 A ff., 4822 A.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6070 B, 6071 B, 6073 B ff., 6075 C ff., 6078 A ff., 6079 C ff., 6083 C, 6085 B.
190 Sitz. S. 6122 C
—, Ausdehnung des Monopolgedankens auf die Herstellung des Branntweins bzw. auf das gesamte Gebiet der Herstellung, Verteilung usw.:
Bd. 325, Nr. 1770 S. 3 ff., 11 ff., 13 ff., 22 ff., 29 ff.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6071 B, 6073 B, 6075 C, 6081 B, 6083 B.
190. Sitz. S. 6096 B.
—, Verarbeitung und Vergällung des Trinkbranntweins durch das Reich; Zwischenhandelsmonopol:
Bd. 325, Nr. 1770 S. 11, 14 ff., 27 ff.
—, Erhöhung der Verbrauchsabgabe statt Monopol:
Bd. 325, Nr. 1770 S. 12 ff., 17 ff., 22, 23, 26, 28 ff., 150 ff.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6070 D, 6074 B, 6076 A.
—, Spirituszentrale, Preispolitik, Kartellierung sämtlicher Interessenten: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4820 A, 4822 A.
—, Schweizerisches und russisches Branntweinmonopolgesetz, Text, Vertrag: Bd. 325, Nr. 1770 S. 3, 9.

14. Zusammenstellung der Zahlungen an die Reinigungsanstalten in den Geschäftsjahren 1910/11 bis 1913/14 . 168
15. Nebengewerbe der Destillateure und Likörfabriken . . . 170
16. Uebersicht über die Versteuerungsrechte 172
17. Kosten, Ertrag, Anleihebedarf für das Monopol . . . 174
18. Einteilung der Brennereien 178
19. Branntweinerzeugung seit Einführung einer Verbrauchsabgabe 184
20. Verbrauch, Ausfuhr und Bestände an inländischem Branntwein seit Einführung einer Verbrauchsabgabe . . 186
21. Kartoffelanbau, Kartoffelernten und Verarbeitung der Kartoffeln in den Brennereien seit Einführung einer Verbrauchsabgabe 188
22. Großhandels-Durchschnittspreise einiger wichtiger Rohstoffe der Branntweinerzeugung 189
23. Essigsäure-Erzeugung und Essigsäure-Verbrauchsabgaben-Einnahme 191
24. Uebersicht über Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr, Verbrauch und Belastung des Branntweins im Deutschen Reiche und einigen anderen Staaten 200

*) 1. Zusammenstellung des Entwurfs mit den Beschlüssen des 33. Ausschusses . . . . . Seite 3
2. Freie Zusammenkunft der Interessenten mit den Mitgliedern des Reichstagsausschusses im Reichstagsgebäude, Verzeichnis der Interessenten 65
3.—26. Ausführungen von Interessenten über das Kornbrennerei-Gewerbe, Melassebrennereien, Hefeindustrie, Obstbrennereien, Gärungsessigindustrie, Sulfitbrennereien usw. 68 ff.
27. Uebersicht der landwirtschaftlich benutzten Flächen, der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der damit verbundenen Brennereibetriebe 99
28. Denkschrift über Ausgaben zur Bekämpfung des Alkoholismus 105
29. Nachweisung der Brennereien mit einer Erzeugung bis 800 hl und der mit einer Erzeugung über 800 hl Alkohol 106
30. Einfluß der Branntweinpreise auf das Aktienkapital und die Gewinnerzielung der chemischen Industrie . . 108

**) Druckfehlerberichtigung: in Ziffer 2 ist das Wort „Alkohol" durch das Wort „Weingeist" zu ersetzen; vgl. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6098 B. — Abändr. Hoch u. Gen. zum Antr. Bd. 325, Nr. 1777 Ziffer 2: statt „8 Millionen" zu setzen „bis zu 16 Millionen."

***) Druckfehlerberichtigung: in Ziffer 2 muß es heißen statt § 90 b „§ 90 c"; vgl. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6096 D.

*) Druckfehlerberichtigungen: Zu § 225 auf S. 55 des Berichts: in der 4. Zeile soll es statt „fünfundvierzigste" „fünfundfünfzigste" Lebensjahr heißen; vgl. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6106 C. — In Ziffer 2 des § 252 b am Schluß hinter den Worten „zur wissenschaftlichen Erforschung und praktischen Förderung des Kartoffelbaues" muß noch hinzugesetzt werden: „und der Kartoffelverwertung"; vgl. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6107 D. — Weitere Berichtigungen zum Bericht: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6108 A.

**) Druckfehlerberichtigung: In § 111 muß es nicht heißen: Der Bundesrat kann aus dringenden Gründen den Zuschlag usw. — sondern: aus Billigkeitsgründen; vgl. Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 B. In § 13 muß es in der neunten Zeile von unten anstatt „einem Hektoliter Weingeist" heißen: „vier Hektoliter"; vgl. Bd. 313, 191. Sitz. S. 6138 A.

—, Kontingentierung, Liebesgabengesetzgebung von 1887 usw., Schutz der Landwirtschaft, der rückständigen Betriebe, Aufhebung der Liebesgabe 1912: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4819 C. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6079 C.
Alkohol, Ersatz des Wortes durch das Wort „Weingeist": Bd. 313, 190. Sitz. S. 6089 B.
Alkoholgenuß, Bekämpfung, Verwendung eines Teils der Steuererträge dazu: Bd. 325. Nr. 1770 S. 63. 178. Bd. 312. 153. Sitz. S. 4817 B, 4825 B. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6072 A, 6075 B, 6078 C ff., 6082 B. 191. Sitz. S. 6139 D, 6140 B, 6141 A, B, D.
—, Trunksucht, Bekämpfung, Beifügung einer Denkschrift zum Ausschuß-Bericht: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6107 D.
Arbeiter und Angestellte der dem Gesetz unterstellten Betriebe, Arbeits- und Lohnverhältnisse, Koalitionsrecht, Tarifverhandlungen: Bd. 325, Nr. 1770 S. 103. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6073 A, 6078 B. Siehe auch nachstehend „Entschädigung".
Arzneimittel, Weingeist usw., Verteuerung durch die Steuer, Gewährung einer Rückvergütung für den bedürftigen Mittelstand, für Krankenkassen usw., Höhe (§ 132, 252 b): Bd. 325, Nr. 1770 S. 119, 164. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6072 B. 190. Sitz. S. 6098 A, B, 6099 A, B, 6100 A ff. 191. Sitz. S. 6142 B.
Ausfuhrhandel, Förderung: Bd. 325, Nr. 1770 S. 123, 166. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6076 C, 6082 D.
Besichtigung von gewerblichen und technischen Einrichtungen durch Mitglieder des Ausschusses, Vorträge usw.: Bd. 325, Nr. 1770, S. 2.
Branntweinübernahme und Branntweinübernahmepreise Bd. 325, Nr. 1770 S. 107, 161. — Siehe auch nachstehend „Steuersätze usw.".
Branntweinverwertung: Bd. 325, Nr. 1770 S. 115 ff. 162. — Siehe auch nachstehend „Trinkbranntwein".
Brennrecht und Kontingent, Uebertragbarkeit, Verlust: Bd. 325, Nr. 1770 S. 65 ff., 72 ff., 77 ff., 155 ff., 175.
—, Brennrecht, Uebertragung (§ 238); Frage der Erwerbung des Brennrechts durch Zuckerfabriken (Dessauer Betrieb): Bd. 325, Nr. 1770 S. 144. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6106 D ff., 6107 A, C.
—, Kontingent der Sonderrechtsstaaten, süddeutsche Brennereien: Bd. 325, Nr. 1770 S. 78 ff., 157. — Siehe auch nachstehend „Süddeutsche Brennereien".
—, Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 52 a ff.
Chemischer Spiritus, Gewinnung von Alkohol aus Sulfit-Laugenabfällen, aus Kalziumkarbid usw., Behandlung im Entwurf, Rentabilität, staatliche Unterstützung, Beschränkung bezw. Erhöbung der Produktion, Konkurrenz für landwirtschaftliche Brennereien: Bd. 325, Nr. 1770 S. 4 ff., 16, 20 ff., 24, 33, 46 ff., 82, 124. Bd. 312, 153. Sitz. S. 4796 A, 4803 A, 4805 B, 4813 C ff., 4820 B, 4821 A, 4822 A, 4825 A, 4827 A. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6072 C, 6080 C, 6081 B, 6082 D, 6084 B.
—, Rentabilität des Verfahrens, Frage der Herstellung von Fett aus Sulfitlaugen, der Gewinnung von Kalkstickstoff aus Karbid: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4813 D, 4820 C.
—, Förderung neuer Methoden in der chemischen Spiritusgewinnung (§ 139, 139 a, 140); Höhe des Brennrechts usw.: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6075 A, 6077 A, 6084 C. 190. Sitz. S. 6104 A, C, D, 6105 A.
—, Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 52 e.
Edelbranntweinbrennereien, Erhaltung, Schonung, Kontingentierung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6076 C,
Einfuhr, Zolländerungen: Bd. 325. Nr. 1770, S. 126. 167.
Entschädigung der Spritfabriken, Destillateure usw., der Arbeiter und Angestellten der Spirituszentrale: Bd. 325, Nr. 1770 S. 10, 16 ff., 21, 23, 26, 132 ff., 169 ff. Bd. 312. 153. Sitz. S. 4793 B, 4814 B, 4823 C, 4824 C. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6071 A, 6073 A, 6074 D, 6078 B, 6084 D.
—, Verzicht der Geschäftsführer der Spirituszentrale auf Anstellung in der Monopolverwaltung und au Entschädigung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793 B.
Ertrag, Kosten, Reinüberschuß für das Reich: Bd. 325, Nr. 1770 S. 9, 17 ff, Bd. 312, 153. Sitz. S. 4796 B. Bd. 313. 189. Sitz. S. 6085 A.
Essigsäure. — Produkte des Gärungs- und Holzessiggewerbes und der chemischen Industrie (Karbidessigindustrie) —, Abgabe, Höhe, Ausgleich; Frage der Befreiung des Speiseessigs von der Steuer (§ 135 usw.): Bd. 325, Nr. 1770 S. 33, 119, 127, 165, 167. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6083 B, 6084 A. 190. Sitz. S. 6101 D, 6103 A, B.
Freigeld, zu zahlen von Destillateuren, die außerhalb der Monopolverwaltung Trinkbranntwein herstellen (§ 120), Verwendung einer Banderole von 1 Mk., von Probefläschchen: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6097 A, B.
Gemeinschaftsbrennereien, Entschädigung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4815 A.
Getreidebrennereien, Weiterbestand bzw. Verbot, Aufkauf durch das Reich usw.: Bd. 325, Nr. 1770 S. 36 ff., 57 ff. Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755 D. 153. Sitz. S. 4807 D, 4824 D.
—, Kornbrennereien, Mischung von Kornbranntwein mit Kartoffelbranntwein, Verbot des Verschnitts (§ 151): Bd. 325, Nr. 1770 S. 131, 168. Bd. 313, 191. Sitz. S. 6138 D, 6139 A.
Gewerblicher Spiritus, Verbrauch, Begünstigung, Verbilligung: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755 D. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6083 A.
Hefebrennereien, Behandlung nach dem Gesetz: Bd. 325, Nr. 1770 S. 36 ff., 46 ff., 58, 74 ff., 111.
Hefefabrikation, Herstellung von Backhefe nach dem Kriege in Betrieben, die während des Krieges Futter- oder Nährhefe unter Reichsunterstützung hergestellt haben, (§ 252 a): Bd. 313, 191. Sitz. S. 6139 C,
Kleine Brennereien, Abfindungsbrennereien. Obstbrennereien, Steuersatz, Abfindung, Entschädigung: Bd. 325, Nr. 1770 S. 4 ff., 23, 41 ff., 49, 69, 72 ff., 77 ff., 153. Bd. 312, 151. Sitz. S. 4756 B. 153. Sitz. S. 4815 A. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6076 D, 6083 D, 6084 A. 191. Sitz. S. 6138 A.
—, Obst- und Kornbrennereien, Verarbeitung von Branntwein zu Trinkbranntwein, Branntweinaufschlag, Beitrag zu den Kosten der Reinigung der Monopolverwaltung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6138 B, C.
Landwirtschaftliche Brennereien, Kartoffelbrennereien, Besteuerung, Erhaltung, Bedeutung der Brennereien für die Landwirtschaft und Landesbodenkultur, Futterwert der Kartoffel, der Schlempe usw.: Bd. 325, Nr. 1770 S. 5 ff., 15 ff., 22, 24, 26, 28, 31, 36 ff., 65 ff., 72 ff. Bd. 325, Zu Nr. 1770 S. 66 ff. Bd. 312, 153. Sitz. S. 4803 A, 4805 C, 4812 D, 4821 A ff., 4826 D. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6075 A, 6077 A ff., 6079 D ff., 6084 C.
—, Landwirtschaftliche Genossenschaftsbrennereien, Behandlung nach dem Gesetz: Bd. 325, Nr. 1770 S. 36 ff., 65.
—, Trocknungsanlagen für Kartoffeln, Verwendung minderwertiger Kartoffeln zur Ernährung: Bd. 325. Nr. 1770 S. 7 ff., 15, 22. Bd. 312, 153. Sitz. S. 4805 C, 4822 A.
—, Entschädigung der landwirtschaftlichen Brennereien: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4814 C.
— Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 52 c u. 189 d 191.
Metallbeschlagnahme, Beschlagnahme der Brenngeschirre usw., Schonung der kleinen Brennereien: Bd. 313 189. Sitz. S. 6076 D, 6083 D.
—, Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Branntweinsteuer, -monopol. 6. Einzelnes (Fortsetzung).
Reichsverwaltung, Monopolamt, Beirat und Gewerbeausschuß, Bedenken gegen die Zweiteilung: Bd. 325, Nr. 1770 S. 62 ff., 82 ff., 159. Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755 B. 153. Sitz. S. 4815 B, 4822 B.
Steuersatz, Höhe, Belastung der Verbraucher, Verteuerung des Schnapses, zukünftiger Branntweinpreis: Bd. 325, Nr. 1770 S. 107. Bd. 312, 153. Sitz. S. 4796 C, 4802 C, 4804 D, 4812 B, 4822 D. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6070 D, 6071 C, 6081 C ff., 6085 A, C.
Süddeutsche Kontingentsbrennereien, Reservatrecht, Aufrechterhaltung bzw. Entschädigung: Bd. 325, Nr. 1770 S. 4 ff., 39, 41 ff., 78 ff., 157. Bd. 312, 153. Sitz. S. 4814 D, 4822 D. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6077 A.
Trinkbranntwein, — Kontingent, Zuschlag von 300 Mk. für den überschießenden Hektoliter Weingeist, Vermeidung von Härten (§ 111): Bd. 325, Nr. 1770 S. 115. Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 C.
Ueberweisung der Branntweinerzeugung: Bd. 325, Nr. 1770 S. 78, 81 ff., 154.
Verpackungszwang (§ 123), Versendung freigeldpflichtiger Erzeugnisse: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6097 C.

Brasilien.
Beziehungen zu Deutschland: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830 A.
Schutz deutscher Interessen siehe „Krieg" unter X 3.

Brast, Hauptmann von einer Besatzungskompagnie in Belgien, — Versendung von Lebensmitteln in großer Menge nach Deutschland durch Urlauber, Untersuchung usw.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4113 A ff. Bd. 313, 173. Sitz. S. 5441 C, 5443 C.

Brauerei- und Brennereibetriebe.
Beschlagnahme von Metallgefäßen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.
Stillegungen von Brauereien siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.
Siehe im übrigen „Bier", „Biersteuer" und „Branntweinsteuer".

Braunkohlenlager. Petition betreffend Verstaatlichung der jüngeren Braunkohlenlager: Ber. d. Pet. Ausschs. Bd. 325, Nr. 1854. — Unerledigt.

Braunkohlenteer. Zollschutz für Erzeugnisse der einheimischen Braun- und Steinkohlenteerindustrie siehe „Zolltarif".

Bremse. Petition des Heinrich Meyer in Offenbach, betreffend Erprobung seiner Erfindung „Selbsttätige Notbremse". Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 540. Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 B. — Ueberweisung als Material.

Brennesseln siehe „Kriegswirtschaft" unter II 55.

Brennmaterial siehe „Kriegswirtschaft" unter II 173, 202.

Brennstoffe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 38, 212, 289.

Briefbestellung siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 1.

Briefgeheimnis, Briefkontrolle siehe „Belagerungszustand" unter II 1 und „Post- und Telegraphenwesen" unter X 2.

Briefkontrolle im Heere siehe „Reichsheer" unter 31.

Brieftelegramme siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 3.

Briefträger siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter V.

Bröger, Dichter. Zitat aus seinen Gedichten: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2375 B, 2392 A, 3400 C.

Bronze, Beschlagnahme, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Brot. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 58.

Buchbinderarbeiten siehe „Verdingungswesen".

Bucheckern siehe „Kriegswirtschaft" unter II 59.

Buchhandel. Außerkraftsetzung des Verbots der Lieferung von Freiexemplaren für öffentliche Büchereien: Bd. 320, Nr. 650 S. 108.

Büchner, M. d. R., Briefkontrolle: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523 B.

Buchweizen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 60.

Budgetrecht des Reichstags siehe „Reichstag" unter I.

Bukowina. Beihilfen aus Reichsmitteln für Deutsche siehe „Krieg" unter X 2.

Bulgarien.
Eintritt in den Krieg, Beziehungen zu Deutschland siehe „Krieg" unter I B 3.
Angliederung der Dobrudscha an Bulgarien siehe „Rumänien".
Selbständige sächsische Gesandtschaft in Bulgarien: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6202 C.

Fürst **Bülow.**
Tätigkeit bei den Verständigungsversuchen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn: Bd. 306, 11. Sitz. S. 142 D.
Politik: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3822 C, 3830 C, 3857 B.

Bundesamt für Heimatwesen.
Resolution des Haush. Ausschs. zum zweiten Nachtragsetat für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Bundesamt für das Heimatwesen dem Reichs-Justizamt zu überweisen: Bd. 322, Nr. 1076 unter II. Bd. 310, 121. Sitz. S. 3684 C, 3686 A, 3691 C, 3693 A, 3697 B, 3705 B, 3710 A. — Angenommen.
Siehe auch: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883 D.

Bundesrat.
1. Mitteilung über Neuernennung von Bundesratsbevollmächtigten.
   Dr. Freiherr von und zu Bodmann: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990 A.
   Bossart, Staatsminister für Mecklenburg-Strelitz: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4495 C.
   Ritter von Dandl, Königlich Bayerischer Staatsminister: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990 A.
   Dr. Friedberg, Königlich Preußischer Staatsminister, Vizepräsident des Staatsministeriums: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990 A.
   Dr. v. Köhler, Königlich Württembergischer Staatsminister: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4869 B.
2. Bundesratsbevollmächtigte, Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstags, siehe „Reichstag" unter I u. III 7.
3. Wählbarkeit der Mitglieder des Bundesrats zu Reichstagsmitgliedern: Bd. 310, 109. Sitz. S. 4194 D, 3689 B. 121. Sitz. S. 3688 D, 3689 B, 3709 B.
4. Bundesratsentschließungen. Uebersicht der vom Bundesrate gefaßten Entschließungen auf Beschlüsse des Reichstags (vom 14. März 1916): Bd. 317, Nr. 229. Desgl. (vom 20. Februar 1917): Bd. 320, Nr. 625. Frage der Ausführung der Reichstagsbeschlüsse durch den Bundesrat: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3480 B, 3482 D, 3485 A, D, 3487 A, 3489 C ff.
5. Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter I.
6. Einfluß Preußens; Genehmigung von Gesetzentwürfen durch die preußische Regierung vor Einbringung in den Bundesrat: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2904 B.

Bundesrat (Fortsetzung).

7. Verfassungswidrigkeit einer Erklärung, wonach ein bestimmtes Steuergebiet (Wehrbeitrag) für alle Zeiten der Reichsgesetzgebung entzogen sein soll: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1375 A.

Bundesstaaten. Thronfolge, Uebergang nur auf in Deutschland staatsangehörige Anwärter, reichsgesetzl. Regelung: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4194 D.

Bürgerliches Gesetzbuch.

1. Miete, Hypothek.
   § 559. Pfandrecht des Vermieters an Haushaltungsgegenständen, Einschränkung: Ab.Antr. Bd. 315, Nr. 90 unter b I.
   Bd. 306, 10. Sitz. S. 139 B.
   12. Sitz. S. 147 B, 150 B, 153 D, 155 B, C, D.
   § 569. Kündigungsrecht siehe „Grundbesitz usw." unter C 4.
   §§ 573, 574, 1123 und 1124. Aenderung siehe „Miet- und Pachtzinsforderungen".
2. Verjährung. §§ 190, 197. Verlängerung der Fristen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 396.
3. Siehe auch „Erbbaurecht".

Burgfrieden im Reichstag.

Störung bezw. Wiederherstellung, Stellung der Konservativen: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954 D, 3964 D.
133. Sitz. S. 4143 C.
134. Sitz. S. 4178 B.
135. Sitz. S. 4183 C.

Mehrheitsparteien, Zusammenarbeiten, Programm, Ausschluß der Konservativen, Mitarbeit der Sozialdemokratie: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4155 D, 4170 D.
135. Sitz. S. 4183 C, 4228 B.
136. Sitz. S. 4261 B (Herrschaft der Sozialdemokratie).
137. Sitz. S. 4288 B.

Angebliche Besprechung der Parteien unter Einschließung der Mehrheitssozialisten beim Reichskanzler über ein Vorgehen gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten (Artikel in der Kreuz-Zeitung): Bd. 311, 127. Sitz. S. 3964 C, 3965 A, 3966 A.

Siehe auch „Parlamentarismus" und „Belagerungszustand" unter II 12 D a.

Burschenwesen siehe „Reichsheer" unter 33.

Butter. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 61.

Buttermaschinen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 62.

v. Capelle, Admiral z. D. Ernennung zum Staatssekretär des Reichsmarineamts: Bd. 307, 35. Sitz. S. 777 C.

Graf **v. Carmer,** Abgeordneter für den 1. Wahlkreis für Breslau.
Gest. am 8. Juni 1915: Bd. 306, 13. Sitz. S. 212 A.

Carnallit siehe „Kriegswirtschaft" unter II 63.

Chemische Industrie.

Leistungen während des Krieges, Umstellung der Farbwerke auf Herstellung hochnitrierter Stoffe, Widerstand manches Betriebes, Preispolitik:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4510 A.
146. Sitz. S. 4596 B.

—, Sauerstoffindustrie, chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. M., Preise, Gewinne: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4590 D.

—. Siehe auch „Kriegsindustrie".

Chemnitzer Butterkrawalle siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b δ.

Chile. Beziehungen zu Deutschland: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830 A.

China.

Deutsche Ingenieur- und Medizinschule in Schanghai. Erweiterung, Unterstützung aus den für die Hochschule in Tsingtau bewilligten Mitteln: Bd. 306, 8. Sitz. S. 126 A.

Stellung der Mächte in Ostasien durch den Krieg: Bd. 307, 39. Sitz. S. 856 B/C.

Kriegsausbruch, Abtransport der Deutschen aus China nach Australien, siehe „Krieg" unter I B 4.

Sicherung der deutschen Werte in China: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2851 A.

Chlorzinn siehe „Kriegswirtschaft" unter II 64.

Christentum. Geist der Ordnung u. Sittlichkeit, christlicher Charakter des deutschen Volkes (Katholizismus): Bd. 309, 95. Sitz. S. 2832 D ff.

Claß, Rechtsanwalt in Mainz, Briefsperre sie „Belagerungszustand" unter II 4.

v. Clausewitz, ehemaliger preußischer General und Kriegsminister.

Kriegführung, politischer Charakter des Krieges, Aufgaben der Staatsmänner gegenüber den Feldherren, Ansichten des Generals v. Clausewitz: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3093 A ff, 3102 A, C.

Cöln.

Feindliche Fliegerangriffe siehe „Krieg" unter II D 2.

Corsika.

Deutsche Gefangene auf Corsika siehe „Kriegsgefangene" unter III E.

Cumberland-Hotel in Charlottenburg, Kurfürstendamm. Ankauf für die Heeresverwaltung, Bemänglung des Kaufs und des Kaufpreises:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2949 A, 2951 A, 2952 A, 2956 C, 2957 A.
101. Sitz. S. 3086 D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3117 A, 3124 A, 3134 C.

Graf **Czernin,** österreichisch-ungarischer Staatsmann.

Programm des Aufbaues der neuen Weltordnung, Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3810 B, 3818 B.
125. Sitz. S. 3838 B.

Dachpappenfabriken, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Dahomey.

Behandlung von deutschen Gefangenen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5481 C.

Daimler-Motoren-Werke in Stuttgart-Untertürkheim.

Preispolitik, Gewinne usw. siehe „Kriegsindustrie" unter I A.
Ausstand siehe „Kriegsindustrie" unter III 3.

Dampf, Verbrauchsregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 67.

Dänemark.

Anfrage Bassermann: Durch ein dänisches Gesetz wird den Staatenlosen dänisches Staatsbürgerrecht gewährt. Ist der Herr Reichskanzler bereit, nähere Mitteilung über den Inhalt dieses Gesetzes zu machen?: Bd. 320, Nr. 520.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2281 D. — Beantwortet.

Verhandlungen mit Dänemark über ein Lebensmittelabkommen (Februar 1917):
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2409 B.
84. Sitz. S. 2414 C, 2421 C, 2424 A.
86. Sitz. S. 2493 B, 2497 D, 2498 B.

Dänemark (Fortsetzung).

Verkehr von Lebensmittelschiffen zwischen England und Dänemark, Wirkung der deutschen Handelssperre: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2493B, 2497D, 2498A.

Internierung von Mannschaften des deutschen Prisenschiffs „Igotz Mendi" siehe „Seekrieg" unter C.

Dänen in Schleswig-Holstein.

Beseitigung der gegen die dänische Bevölkerung bestehenden Ausnahmebestimmungen und -behandlung:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 115D.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3596D.

Selbstbestimmungsrecht von Nordschleswig; Ausführung des § 5 des Prager Friedensvertrages:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6190A, 6204C.
195. Sitz. S. 6210B, 6232C, 6264C.

Dänische Presse in Nordschleswig, Vorzensur, siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Danzig, militärische Institute.

Artilleriewerkstatt, Entlassung von Arbeitern infolge von Arbeitseinschränkung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5949B, S. 5952B.

—, Arbeiterausschuß, Vorbringung von Beschwerden, Widerstand der Vorgesetzten, Bestrafungen von Ausschußmitgliedern usw.: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5949D ff.

—, Arbeiterinnen, Gesundheitsgefahren, hohe Arbeitszeit, niedrige Löhne usw.: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5959A.

Wohnungsverhältnisse, ungünstige, Förderung des Kleinwohnungsbaus: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5959A.

Siehe auch „Reichsheer" unter 177. (Technische Institute.)

Darlehnskassen siehe „Kriegsfinanpolitik" unter A 3 und „Schuldenwesen" unter III 1.

Davidsohn, Abg. für den 1. Liegnitzer Wahlkreis, verwundet: Bd. 306, 13. Sitz. S. 212A.

Deckoffiziere siehe „Marine" unter 9.

Dr. **v. Delbrück,** Staatsminister, Staatssekretär des Innern. Erkrankung; Anerkennung seiner Tätigkeit:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1113D, 1122B.
50. Sitz. S. 1136B, 1140D.
51. Sitz. S. 1153C.
53. Sitz. S. 1228A.
60. Sitz. S. 1528B.

Entlassung aus seinen Aemtern als Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers: Bd. 307, 53 Sitz. S. 1227C.

Demobilmachung siehe „Reichsheer" unter 34 u. „Marine" unter 10.

Denkmalsschutz. Anfrage Dr. Bollert: Unwidersprochener Zeitungsnachricht zufolge ist vor kurzer Zeit ein Meisterwerk von Rembrandt aus dem Museum in Colmar an das neutrale Ausland verkauft worden.

Sind dem Herrn Reichskanzler die näheren Umstände bekannt, unter denen die Ausfuhrerlaubnis in diesem Falle erteilt worden ist, und welche Schritte gedenkt er zu ergreifen, um zu verhindern, daß berühmte alte Kunstgegenstände vor der Abwanderung nach dem Auslande bewahrt werden?

Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort. Bd. 325, Nr. 1887. — Unerledigt.

Dentisten. Zulassung zur Behandlung Heeresangehöriger siehe „Reichsheer" unter 203.

Dernburg, ehemaliger Staatssekretär des Reichskolonialamts. Mission in Amerika während des Krieges, Erfolge: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2870D.

Detachierte Truppenteile siehe „Reichsheer" unter 35.

Deutsche Arbeitgeberzeitung. Angriffe gegen die Gewerkschaftsbeamten:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 631C, 634B, 636A.
32. Sitz. S. 736B.

Deutsche Vaterlandspartei. — Siehe auch „Alldeutscher Verband".

Entstehung, Name, Aufruf, Bestrebungen, Bekämpfung der Friedensresolution vom 19. Juli 1917, Politik der Annexionen:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3714C, 3717D, 3728D, 3729D, 3733B, 3739B, 3740B, 3750A, 3752C.
124. Sitz. S. 3777A, 3793D, 3798A, 3801D.

Bekämpfung der innerpolitischen Neuordnung in freiheitlichem Sinne: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3784C.

Propaganda durch die Oberkommandos und nachgeordneten militärischen Stellen:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3719A, 3744D.
124. Sitz. S. 3777D.

Beitritt von Militärpersonen siehe „Reichsheer" unter 152c.

Propaganda durch Zivilbehörden und Beamte:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3718B, 3726B, 3728C, 3755C.
124. Sitz. S. 3774B.

Begünstigung durch die Zensurstellen:
Bd. 312 166. Sitz. S. 5168D, 5170B.
167. Sitz. S. 5202B.

Deutscher Kaiser. Petition des Fr. Etienne in München, betreffend Vorschläge für die Schaffung einer vom deutschen Kaiser zu verleihenden deutschen Kriegsauszeichnung.
Mündl. Ber. des Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 28.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

Siehe im übrigen „Kaiser Wilhelm II.", „Deutsches Reich" und „Verfassung" unter 2—4, 7.

Deutscher Landarbeiterverband. Wahrnehmung der Interessen polnischer Arbeiter: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5176A.

Deutsches Reich.

Bundesstaatlicher Charakter, finanzielle Nachteile, kulturelle Vorteile: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735C ff. — Siehe im übrigen „Verfassung".

Entwicklung Deutschlands und des deutschen Kaisertums, Bedeutung, falsche Ansichten im Ausland:
Bd. 306, 15. Sitz. S. 2862D.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2470A.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3427C, 3430D, 3433C.
110. Sitz. S. 3436D, 3444D, 3446A, 3447B.

—, Versagen des deutschen Nachrichtendienstes: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2470A.

—, Abschaffung der Monarchie siehe „Monarchie".

Friedenspolitik Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. vor dem Kriege (russisch-japanischer Krieg, Burenkrieg usw.): Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455A ff.

—, Siehe auch „Kaiser Wilhelm II." und „Krieg 1914 bis 1918" unter I.

Devisenhandel, Regelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 69.

evisenordnung, Aufhebung nach Friedensschluß, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 390e.
ienstuntaugliche siehe „Reichsheer" unter 77c und g, auch „Reichsmilitärgesetz".
ienstzeit siehe „Reichsheer" unter 39 und „Marine" unter 11.
iplomatie siehe „Auswärtiges Amt".
iſſidenten. Beförderung zu Offizieren siehe „Reichsheer" unter 40 und 141b.
iſziplin siehe „Reichsherr" unter 41, auch 106; Disziplinstrafen unter 123.
iſziplinarrecht siehe „Beamte" unter B 7.
ittmann, Abgeordneter für den 1. Düsseldorfer Wahlkreis. Vorgänge, die mit der Verhaftung und Verurteilung des Abgeordneten Dittmann zusammenhängen:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4049B, 4051A, C, 4056A.
134. Sitz. S. 4169C.
135. Sitz. S. 4214D.
137. Sitz. S. 4290D, 4292A, 4296D.
Aufhebung der Haft für die Dauer der Sitzungsperiode siehe „Abgeordnete" unter 8d.
ividendensteuer siehe „Reichsstempelgesetz".
onau-Main-Kanal siehe „Wasserstraßen".
r. **Doormann,** Mitglied des Reichstags. Redeverbot: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3890D.
ortmunder Generalanzeiger siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.
ruckfarben, Verbrauchsregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 71.
ruckpapier, Versorgung der Presse, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 432.
ruckprämien siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139b, 153c.
uellwesen siehe „Reichsheer" unter 210.
üna-Dnjepr-Kanal Projekt: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4461D.
üngemittel. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 74.
Herstellung, Verwendung des Kalkstickstoffs:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 599D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2000D, 2004B.
77. Sitz. S. 2219A, C.
urchfuhrverbote siehe „Kriegswirtschaft" unter II 21, 75, 80.
ürkoppwerke.
Lieferungen für das Heer, hohe Preise bei Reparaturen, verhältnismäßig niedrige Löhne: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4593B.
—, Verkauf alter Wagen für neue: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4593C.
hrenfriedhöfe siehe „Reichsheer" unter 59.
ichhorn, Weise, Sozialdemokraten.
Verhaftung, Anklage des Reichsgerichts auf Landesverrat, Freisprechung; Verurteilung wegen Verteilung von Flugschriften; Verhängung der Schutzhaft usw.:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2432A.
90. Sitz. S. 2683D, 2685A.
91. Sitz. S. 2696C, 2699B, 2704A.
92. Sitz. S. 2710A, 2717C,
ichordnung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 76.

Eid.
Petitionen, betreffend Einschränkung des Eideszwanges: Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. II a.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung als Material.
Eier, Verkehrsregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 77.
Einfuhr, Einfuhrerleichterungen, Einfuhr- und Durchfuhrverbote siehe „Kriegswirtschaft" unter II 78, 79, 80.
Einfuhr- und Ausfuhrabteilung im Reichsamt des Innern, Ausgestaltung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 20.
Einjährigfreiwillige siehe „Reichsheer" unter 46 u. 141b.
Einigungsämter siehe „Bergbau" unter 5, „Schiedsgerichte" und „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3 und 6o.
Einkommensteuer siehe „Vermögens- und Einkommensteuer".
Eisen zur Herstellung von Klavieren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 82.
Eisenbahnen.
Uebersicht.
Anwärter: IV 1.
Arbeiterausschüsse: VI 2.
Arbeiterinnen: V.
Arbeiterorganisationen: VI 3.
Arbeiterverhältnisse: VI.
Arbeitszeit: IV 7, VI 4.
Assistenten: IV 2.
Auszeichnungen: VI 5.
Bahnnetz, Bahnbauten: VII 2.
Bahnwärter: IV 3.
Beamte im allgemeinen, Rechts- und Besoldungsverhältnisse: III.
Beamtenausschüsse: III 3.
Betriebseinrichtungen: VII.
Bremsen: VII 10.
Diätare: IV 1.
Diebstähle: VII 3.
Dienstkleidung: III 5.
Eisenbahnpolitik: I.
Fahrkartendrucker: IV 4.
Fahrkartenpreise: VIII.
Fahrpläne: VII 4.
Französische Bahnen: IX.
Gepäck: VII 5.
Güterverkehr: VII 11, 12.
Handwerker: VI.
Kanzleibeamte: IV 5.
Kaufmännische Buchführung: VII 6.
Kleinbahnen: IX.
Koalitionsrecht: VI 3.
Kriegsmaßnahmen, Wirkungen des Krieges:
Einwirkung des Krieges auf die Verhältnisse der Eisenbahnbeamten: III 2, 4 u. 6; IV 7.
Eisenbahnverkehrsordnung, Aenderungen, Einschränkungen des Verkehrs: VII 11;
Gepäckfragen, Höchstgewicht, Kontrolle: VII 5.
Leistungen der Eisenbahnverwaltung usw. während des Krieges: VII 1;
Militärtransportordnung: VII 11;
Wagenabnutzung im Kriege, Wagengestellung für Truppentransporte: VII 12;
Tarifwesen, Ermäßigungen: VIII;
Urlauber, freie Eisenbahnfahrt, Ueberfüllung der Züge usw. siehe „Reichsheer" unter 185f u. h.
Lademeister: IV 6.
Lebensmittelversorgung: VI 9.
Lohnverhältnisse: VI 10.
Lokomotivführer, Heizer: IV 7.
Magazinaufseher: IV 8.
Paßzwang: VII 7.
Pensionäre: III 4.
Pensionskassen: VI 11.
Personen- u. Güterverkehr, Besteuerung, siehe „Personen- u. Güterverkehr usw."
Privatbahnen: IX.
Reichseisenbahnamt: II.
Reichseisenbahngemeinschaft: I.
Reisescheine: VII 9.
Reklamewesen: VII 8.
Reservatrechte der Bundesstaaten: I.
Revisoren: IV 9.
Schlafwagen: VII 12.
Sekretäre: IV 9.
Sicherheitseinrichtungen: VII 10.
Steindrucker: IV 4.
Streikrecht: VI 3.
Tarifwesen: VIII.
Teuerungszulagen: III 4, IV, V, VI 10.
Unfälle, Hinterbliebenenversorgung: III 4, IV 7.
Unterbeamte: IV 11.
Urlaub: VI 16.
Verkehrseinrichtungen: VII.
Wagenaufseher: IV 13.
Wagenklassen: VII 13.
Wagenmeister: IV 14.
Wagenpark, Lokomotiven: VII 12.
Weibliche Angestellte: V.
Weichensteller: IV 15.
Werkführer, Werkmeister: IV 16.
Wohnungswesen: III 6.

I. Eisenbahnpolitik.

Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich; Reichseisenbahngemeinschaft:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 791B.
36. Sitz. S. 815C.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
I. Eisenbahnpolitik.

Bd. 309, 85. Sitz. S. 2464B, 2477A.
86. Sitz. S. 2486A, 2499C.
90. Sitz. S. 2664C, 2666C, 2667B, D, 2668B.
92. Sitz. S. 2721C ff.
100. Sitz. S. 3023A.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4710C, 4719A, 4721A, 4723A, 4726B.

—, Geschichtliche Entwicklung, Pläne Bismarcks: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2722A, 2729C, 2731B, 2739C.

—, Verfassungsrechtliche Bedenken, Eingriff in die Wirtschaft der einzelnen Bundesstaaten: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724C, 2728A, 2729D, 2733B, 2735A, 2735B, 2737A, 2738B, 2742B.

—, Reservatrechte der Einzelstaaten Bayerns, Württembergs, Beseitigung bezw. Aufrechterhaltung, Regelung gemeinsamer Angelegenheiten durch Verträge:
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724D, 2726C, 2729D, 2731C, 2732A, 2732D, 2733A, 2738B.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4713A, 4723D.

—, Freie Vereinbarungen zwischen den Einzelstaaten, bisherige Erfolge: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724B, 2733D, 2735B, 2738A.

—, Stellungnahme des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2727D.

Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichseisenbahnamts für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
1. dem Reichstag mit möglichster Beschleunigung eine Denkschrift über die voraussichtlichen finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen und Ergebnisse einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens unter Einbeziehung des Binnenwasserstraßenwesens vorzulegen;
2. zur Vorbereitung und Abfassung*) dieser Denkschrift eine Fachkommission einzuberufen, die durch sachverständige Mitglieder des Wirtschaftslebens, Parlamentarier, sachverständige Beamte und Vertreter des Großen Generalstabes zu bilden ist: Bd. 320, Nr. 694.
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2721A ff., 2726A, 2731B, 2732D, 2736A, 2737D, 2740B, 2743C.
93. Sitz. S. 2764D. — Angenommen.

Einberufung einer Fachkommission, Herausgabe einer Denkschrift, Beschluß des Bundesrats auf die Resolution: Bd. 320, Nr. 694.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4195C.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4707C, 4709C, 4714A, 4716B, 4718C, 4720B, 4723B, 4724B, 4725D.

Ber. d. Haush. Aussch. über die Anträge auf Vorlegung einer Denkschrift über eine Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens unter Einbeziehung des Binnenwasserstraßenwesens: Bd. 321, Nr. 710.

Beschluß des Bundesrats vom 16. 4. 1918, betr. Einsetzung einer Fachkommission zur Prüfung der voraussichtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen einer Vereinheitlichung der Staatseisenbahnen usw.: Bd. 324, Nr. 1481.

Resolution Dr. Müller (Meiningen), Keil, Neuhaus, Schwabach zum Haushalt des Reichseisenbahnamts f. 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Ausführung des Beschlusses vom 27. März 1917 die vorgeschlagene Fachkommission unverzüglich einzuberufen, die zugleich die Frage der Errichtung einer Reichsstelle für einheitliche Verkehrsleitung als Kriegsnotstandsmaßregel prüfen soll: Bd. 324, Nr. 1487.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4709C, 4714A, 4717B, 4718C, 4727D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Angenommen.

Finanzielle Frage, Ersparnisse, Erschließung neuer Reichseinnahmen: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2723A, 2724C, 2727C, 2728C, 2733C, 2735D, 2737B, 2738B, 2739A, D, 2741A, 2742A.

—, Einnahmen, Thesaurierungspolitik in der preußischen Eisenbahnverwaltung: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2723C, 2734B.

—, Beteiligung der Einzelstaaten an den Einnahmen und Vorschüssen (Reichsfinanzgemeinschaft):
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724D, 2728D.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4721C, 4726B.

—, Wegfall der Verkehrssteuern: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2727C, 2737B, 2740A.

Vorschläge des Geheimrats Kirchhoff, Fixierung der Ueberschüsse unter Garantie des Reichs usw.:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2464B, 2477A.
86. Sitz. S. 2486A, 2499C.
92. Sitz. S. 2721G, 2722C, 2724A, 2727B, 2730C, 2733B, 2735D, 2737A, 2739B.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4713B, 4714D, 4721D, 4723B, 4724A

Mängel der Vereinheitlichung auf wirtschaftlichem Gebiet: Bd. 309, 92. Sitz. S. 1725B, 2734D, 2741C.

Verständigung der deutschen Eisenbahnverwaltungen über einheitliche Einrichtungen (Konstruktionen, Kohlenbeschaffung, Umleitungen usw.): Bd. 312, 150. Sitz. S. 4709A.

Nebenbahnen, Behandlung bei Uebernahme auf das Reich: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2725B, 2734A, 2737C, 2741D.

Errichtung einer einheitlichen Verkehrsleitung während des Krieges (Kriegsbetriebsleitung): Bd. 312. 150. Sitz. S. 4714C, 4718A.

Preußisch-Hessische Eisenbahngemeinschaft, Finanzielle Erfolge, Benachteiligung Hessens durch den Vertrag: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4711D, 4716A.

Volkswirtschaftliche Aufgaben der Eisenbahnen: Bd. 312, 92. Sitz. S. 2725A, 2728C, 2734A, 2741D.

II. Reichseisenbahnamt.

Wirkungskreis, Ausbau zu einem Staatssekretariat der öffentlichen Arbeiten:
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2729B, 2730D.
121. Sitz. S. 3684B, 3697B, 3701C, 3703D.

Zuständigkeit, Stellung des Präsidenten zum preußischen Eisenbahnminister: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4709D.

*) Statt „Abfassung" ist zu sagen „Feststellung", vgl. Bd. 309, 92. Sitz. S. 2741A.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.

III. Personal, Beamte im allgemeinen, Rechts- und Besoldungsverhältnisse, Besondere Beamtenklasse — siehe unter IV.

1. Petition des Bundes der Beamten der Preußisch-Hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen, betr. Fürsorge für die Eisenbahnbeamten.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 7.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4678 A.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

2. Anstellung, Dienstzeit, Beförderung, Rangverhältnisse.
Beförderung in höhere Stellen usw.: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4693 A.
Doppelte Anrechnung der Kriegsjahre bei den Beamten der Reichseisenbahnverwaltung: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4701 A, 4705 C.
Betriebsbeamtenstellen, Besetzung mit Landeskindern (Elsaß-Lothr.): Bd. 309, 92. Sitz. S. 2741 D.
Rangordnung der Eisenbahnbeamten im besetzten Gebiet Rußlands, Bemängelung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3038 B.
Kriegsbeschädigte, Beschäftigung im Eisenbahndienst: Bd. 312, 49. Sitz. S. 4679 C, 4681 B, 4685 C.

3. Beamtenausschüsse, Einrichtung: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4681 C.

4. Besoldung, Teuerungszulagen.
Besoldungsverhältnisse, Reform usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3027 D, 3038 D, 3042 A, B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3497 A, C ff.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4678 C, 4683 C, 4690 A.
150. Sitz. S. 4698 D.
Gehaltsvorschüsse an Beamte und Arbeiter bei Kriegsbeginn, Frage der Rückzahlung: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4700 C, 4705 C.
Kriegsbeihilfen, Teuerungszulagen für Beamte, Erhöhung usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3038 D, 3039 B, 3043 B.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 A, 4680 D, 4694 A.
150. Sitz. S. 4697 C.
Siehe auch „Teuerungszulagen".
Kinderbeihilfen, Ausbau des Systems: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3042 B.
Pensionäre, Altpensionäre, Erhöhung ihrer Bezüge:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 A, 3028 D, 3040 B.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684 A.
150. Sitz. S. 4699 D.
Anfrage Dr. Haegy, Windeck, Lévêque, Thumann (Gebweiler): Infolge der verspäteten Bewilligung des Etats ist den seit 1. April d. J. gestorbenen, durch Eisenbahnunfälle verunglückten oder im Felde gefallenen Angestellten der Reichseisenbahnen die Beförderung in die neu geschaffenen Stellen, für welche sie Anwartschaft besaßen, versagt geblieben. Dies hat für die Hinterbliebenen die Folge, daß ihnen die höheren Hinterbliebenenbezüge nicht zukommen.
Im Kriege müssen viele Beamte der Reichseisenbahnen außerhalb ihres Wohnorts Dienst tun und erhalten die Kommandobezüge ihrer Stelle. Nach der Reisekostenbestimmung können ihnen aber, trotz rückwirkender Beförderung zum 1. April d. J., die höheren Reise- und Kommandokosten nicht gezahlt werden. Es entsteht also auch für sie ein erheblicher Nachteil aus der verspäteten Bewilligung des Etats.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die daraus sich ergebenden Härten abzustellen?: Bd. 325, Nr. 1748. — Wird schriftlich beantwortet. — Unerledigt.
Siehe auch unter IV 7.

5. Dienstbekleidung, Versorgung des Eisenbahnpersonals damit, sowie mit Schuhwerk:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4681 B, 4690 C.
150. Sitz. S. 4697 D.

6. Wohnungswesen.
Förderung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3029 B, 3032 A.
Wohnungsnot in Paderborn infolge Errichtung einer Eisenbahnwerkstatt: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3029 B.
Wohnungsräumungen in Elsaß-Lothringen, Entschädigungsfrage: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3029 C.

IV. Beamte, besondere Klassen.

1. Anwärter und Diätare.
Petition des Straßburger Eisenbahn-Bureaubeamten-Vereins in Straßburg um Herbeiführung günstigerer Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse für die im Bureaudienst der Reichseisenbahnverwaltung beschäftigten Diätare und Anwärter für nichttechnische Eisenbahnsekretäre.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII b 4.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.

2. Assistenten.
Petition des Eisenbahnassistentenverbandes in Berlin, betr. Anrechnung eines Teiles der Dienstzeit der aus dem Gehilfenstande hervorgegangenen Reichseisenbahnassistenten auf das Besoldungsdienstalter als Stationsassistent:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5845 B. — Für erledigt erklärt.
Petition des Eisenbahn-Assistenten-Verbandes E.V. in Berlin, betr. Anrechnung des ehemaligen nicht pensionsfähigen Zuschusses als pensionsberechtigtes Einkommen auch für die zwischen dem 1. April 1914 bis 1. April 1916 pensionierten Reichseisenbahnassistenten bzw. deren Witwen und Waisen.
Mündl. Ber. d. Haus. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II c 1.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 B.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung als Material.
Petition des Hubert Küster, Oberbahnassistenten in Straßburg-Neudorf, um Schaffung einer zweiklassigen Stelle im Bureaudienst der Reichseisenbahnen und Verleihung des Titels „Eisenbahnsekretär" oder „Bahnsekretär" an die Bureauassistenten und Oberbahnassistenten.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 B II d.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
IV. Beamte, besondere Klassen. 2. Assistenten.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4699C.
150. Sitz. S. 4707B. — Uebergang zur Tagesordnung.
Eisenbahnassistenten, Beförderung zu Eisenbahnsekretären: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4693A.
—, Anrechnung der Gehilfendienstzeit auf das Besoldungsdienstalter: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679D.
3. Bahnwärter:
Petition des Elsaß-Lothringer und Wilhelm Luxemburger Bahnwärter-Vereins in Wölferdingen (bei Saargemünd), betreffend a) Gleichstellung im Gehalt und Rang mit den anderen Unterbeamten, b) gleichmäßige Zuweisung der Stellenzulagen an die Haltepunkt- und Blockwärter, c) Aufbesserung der Schrankenwärterinnen, d) Zuweisung von Schuhzeug für die Streckenwärter, e) Teuerungszulage für die Pensionäre.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323. Nr. 1385 unter B II b 1.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679B.
150. Sitz. S. 4707B. — Ueberweisung zu a) als Material, zu b) bis e) zur Erwägung.
Besoldungsverbesserung, Gleichstellung mit den Unterbeamten:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679B, 4683D.
150. Sitz. S. 4699C.
4. Fahrkarten- und Steindrucker, etatsmäßige.
Petition des Verbandes der etatsmäßigen Fahrkarten- und Steindrucker der Preußisch-Hessischen Staats- und Reichsbahnen in Elberfeld um Ueberführung der etatsmäßigen Fahrkarten- und Steindrucker in die Gehaltsklasse der Lademeister, Unterassistenten und Fahrkartenausgeber.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII a 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.
5. Kanzleibeamten, Ueberführung in Assistentenstellen: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4693A.
6. Lademeister, Besoldung, Aufbesserung, Beförderung zu Oberlademeistern:
Bd 309, 100. Sitz. S. 3025C, 3041D.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4693C.
7. Lokomotivführer, Heizer.
Anerkennung als gleichwertige mittlere Beamte: Bd. 311, 100. Sitz. S. 3041C.
Ernennung von Werkmeisteranwärtern zu Lokomotivführern: 149. Sitz. S. 4693C.
Häufige Versetzung:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1080B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1586D.
Lokomotivführer, -heizer, Aufbesserung ihrer Bezüge: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684A.
Zu hohe Arbeitszeit: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023D.
Petition des Vereins deutscher Lokomotivführer, Reichsverband in Düsseldorf, auf dienstliche Eisenbahnunfälle, welche Lokomotivbeamte in Feindesland erleiden, die gleichen Versorgungsvorschriften zur Anwendung zu bringen, wie auf solche Fälle, die sich in der Heimat ereignen, ferner den bei den Feldeisenbahnformationen verwandten Lokomotivbeamten, soweit sie nicht als Militärbeamte angestellt bezw. anzustellen sind, den Rang von Beamtenstellvertretern beizulegen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII a 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Siehe auch unter III 4.
8. Magazinaufseher.
Petiton des Vorstandes des Verbandes der Magazinaufseher der Königlich Preußischen, Großherzoglich Hessischen Staats- und der Elsaß-Lothringischen Reichseisenbahnen in Osnabrück, betreffend Gewährung einer pensionsfähigen Ausgleichszulage an die Magazinaufseher der Eisenbahnverwaltung bis zur Erhöhung ihres Diensteinkommens.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 4.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679A.
150. Sitz. S. 4707B — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition des Vereins der Eisenbahn-Magazinaufseher der Preußisch-Hessischen Staatsbahnen und Reichseisenbahnen in Osnabrück um Gewährung einer pensionsfähigen Zulage an alle Magazinaufseher bis zur endgültigen Neuregelung der Einkommensverhältnisse.
Mündl. Ber. d. Haushalts.-Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII b 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.
Gehalt, Aufbesserung:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023D, 3025D, 3039D.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684A.
9. Sekretäre und Revisoren, nichttechnische, Anstellungsverhältnisse, Stellenvermehrung:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024A.
Bd. 310. 110. Sitz. S. 3497A.
Petition des Vereins der Reichsbahn-Zivilsupernumerare in Straßburg (Els.) um Einsetzung der bei Kriegsbeginn vorgesehenen Stellen für nichttechnische Eisenbahnsekretäre und Revisoren in den Etat 1917.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs. Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII b 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.
10. Steindrucker siehe vorstehend unter IV 4 und IV 10.
11. Unterbeamte, gehobene, Gehaltsaufbesserung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3039C.
12. Verkehrsinspektion, Ergänzung aus den Beamten des Außendienstes: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4699A, 4705B.
13. Wagenaufseher, Besoldung, Ausgleichszulagen usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3042A, 3043A.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4693D.
14. Wagenmeister.
Petition des Verbandes deutscher Eisenbahn-Wagenmeister in Essen um Gleichstellung der Reichseisenbahn-Wagenmeister mit den Werkführern hinsichtlich der Gehaltssätze und der Ausgleichsbeihilfen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII b 1.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
IV. Beamte, besondere Klassen. 14. Wagenmeister.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.

Gehaltsverhältnisse, Ausgleichszulagen:
Bd. 309, 100. Sitz S. 3037 A, 3039 D, 3041 D.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4693 D.

15. Weichensteller.

Petition des Verbandes deutscher Eisenbahnweichensteller 1. Klasse, Weichensteller usw. in Berlin-Friedrichsfelde um Streichung der Bestimmung in § 5 des Entwurfs einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes über den Wegfall des nicht pensionsfähigen Zuschusses.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII c 2
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3935 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des Verbandes deutscher Eisenbahn-Weichensteller 1. Klasse, Weichensteller, Bahn- und Brückenwärter und deren Hilfsbeamten E. V. in Berlin um Einordnung der Weichensteller 1. Klasse in die Klasse 11a der Besoldungsordnung.
Mündl. Bericht des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII a 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes deutscher Eisenbahn-Weichensteller 1. Klasse in Berlin-Friedrichsfelde, betreffend Ueberführung in die Klasse IIa der Besoldungsordnung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 B II c 4.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 C.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung als Material.

Petition des Weichenstellers I. Klasse Beetz in Berlin und Genossen um Einbeziehung der Weichensteller I. Klasse in die geplante Besoldungserhöhung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII c 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des Weichenstellers I. Klasse Jakob Henrich in Metz um Gleichstellung der Weichensteller I. Klasse mit den gehobenen Unterbeamten und Aufbesserung ihrer Gehaltsbezüge.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII e 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Weichensteller I. Klasse, Besoldung, Aufbesserung:
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4699 A.

16. Werkführer, Werkmeister.

Petition des Vorstandes des Verbandes deutscher Eisenbahn-Werkstätten-Werkführer in Witten (Ruhr), betreffend Verleihung des Ranges für mittlere Beamte an Eisenbahn-Werkführer.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 B II c 2.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 B;
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung als Material.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
IV. Beamte, besondere Klassen. 16. Werkführer, Werkmeister.

Petition des Hauptvorstandes mittlerer maschinentechnischer Eisenbahnbeamten in Breslau um Schaffung neuer Stellen für Eisenbahnwerkmeister.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIII d.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Besoldungsverhältnisse, Ausgleichszulagen:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1078 B, 1079 A, D, 1080 C.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684 A.
150. Sitz. S. 4698 C, 4705 B.

Einordnung in eine höhere Besoldungsklasse:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3025 C, 3039 C, 3043 A.

17. Zivilsupernumerare. Anstellungsverhältnisse:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 A, 3040 A.

V. Weibliche Angestellte, Arbeiterinnen.

Petition des Verbandes der Eisenbahnbeamtinnen der Preußisch-Hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Berlin, betr. Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage, Erhöhung der laufenden Teurungszulage und Gewährung eines gesetzlichen Anspruchs auf Urlaub usw. an die Eisenbahnbeamtinnen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 3.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 A.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes der Eisenbahnbeamtinnen der Preußisch-Hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Straßburg (Elsaß), betr. Einreihung der Eisenbahnbeamtinnen in die Klasse der mittleren Beamten, Erhöhung des Gehalts- und Wohnungsgeldzuschusses und um Vermehrung der etatsmäßigen Stellen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 5.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes der Eisenbahnbeamtinnen der Preußisch-Hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Berlin, betreffend
a) Einreihung der Eisenbahnbeamtinnen bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung in die Klasse der mittleren Beamten,
b) Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses,
c) Vermehrung der planmäßigen Stellen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II b 2.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 B.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zu a als Material, zu b und c zur Erwägung.

Petition des Verbandes wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich in Essen (Ruhr), betreffend Einspruch gegen die im Haushaltsplan für 1918 vorgesehene Vermehrung der Stellen für Eisenbahngehilfinnen.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 C.
150. Sitz. S. 5847 B. — Für erledigt erklärt.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
V. Weibliche Angestellte, Arbeiterinnen.

Beschäftigung weiblicher Aushilfskräfte, Umfang, Leistungen: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4698 A.
Anerkennung der Frauenarbeit, Lohnverhältnisse, Bezahlung entsprechend den Leistungen (Arbeiterinnen, Bureauangestellte): Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 C, 3030 C, 3033 B, 3038 B, 3042 B.
Eisenbahngehilfinnen, Gleichstellung im Gehalt mit den Postgehilfinnen: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4699 D.

VI. Arbeiter und Handwerker.

1. Petitionen.

Petition des Verbandes der Eisenbahnarbeiter Elsaß-Lothringens und Luxemburgs in Straßburg (Elsaß), betreffend Vorschläge zur Besserung der Lage der Eisenbahnarbeiter.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 1.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4678 C.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter in Berlin-Friedenau und des Zentralverbandes deutscher Eisenbahner in Elberfeld, betreffend bessere Besoldung und Entlöhnung der Eisenbahnbediensteten.
Mündl. Ber. des Haush. Ausch. Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 2.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4678 D.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petitionen des Verbandes der Eisenbahnarbeiter Elsaß-Lothringens und Luxemburgs in Straßburg (Elsaß), betreffend schnellste Gewährung einer einmaligen, außerordentlichen, allgemeinen, gleichen Teuerungszulage von 200 Mark, Einführung einer täglich achtstündigen Arbeitszeit, Erhöhnng des Lohnes aller Betriebshandwerker und Betriebshilfsarbeiter, Zulage für Altpensionäre wie für die Hinterbliebenen und Erhöhung der Kinderzulage.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II a 6.
Bd. 323, 149. Sitz. S. 4678 C.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker-Kolonnenführer in Bromberg, betreffend Uebernahme der Handwerker-Kolonnenführer bei den Eisenbahnen in das Beamtenverhältnis usw.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1385 B II c 3.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 B.
150. Sitz. S. 4707 B. — Ueberweisung als Material.

2. Arbeiterausschüsse.

Befugnisse, Wahl, Zusammensetzung, Erweiterung ihrer Rechte, Errichtung von Bezirksausschüssen:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2250 B.
79. Sitz. S. 2312 C.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 C, 3027 D, 3030 D, 3032 A, 3037 B, 3044 C.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4685 D, 4691 C.
150. Sitz. S. 4699 D, 4702 A, 4705 D.
Wahlrecht, Reform, Vertretung der Arbeiterinnen: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4702 B ff.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
VI. Arbeiter und Handwerker. 2. Arbeiterausschüsse.

Hinzuziehung von Arbeitervertretern bei Neuregelungen, Lohnfragen usw.: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3026 B, 3030 B, 3031 A, 3032 A, 3044 B.
Schlichtungsausschüsse zur Entscheidung über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Einführung:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3025 A, 3027 D, 3031 A, 3032 B, 3037 B, 3044 C.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4702 D.

3. Arbeiterorganisationen, Koalitionsrecht, Streikrecht.

Heranziehung der Verbände bei Regelung von Arbeiterfragen: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3026 C, 3028 B.
Erlasse des Ministers v. Breitenbach bezüglich der Beteiligung an Gewerkschaften:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2187 A.
77. Sitz. S. 2232 D, 2233 C, 2234 C.
Koalitionsrecht, Gewährung bei Verzichtleistung auf das Streikrecht: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3025 A, 3027 B.
Streikrecht für Eisenbahnarbeiter nach dem Arbeitskammergesetz:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4854 D, 4862 D.
156. Sitz. S. 4872 B.
Haltung der Eisenbahner gegenüber der Aufforderung zum Streik im April 1917:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3026 C.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3496 B.
Ausschluß des Verbandes deutscher Eisenbahnarbeiter und Handwerker und sonstiger Eisenbahnerorganisationen zu den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2519 C, 2520 D, 2524 D, 2525 D.
Geltung des § 9 des Hilfsdienstgesetzes für die Staatsarbeiter (Erteilung des Abkehrscheins): Bd. 309, 100. Sitz. S. 3027 C, 3030 D, 3032 B.
Siehe auch „Reichsbetriebe".

4. Arbeitszeit, Ueberstunden, Sonntagsarbeit.

Einführung einer gleichmäßigen Arbeitszeit für Betriebs- und Werkstättenarbeiter: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684 D, 4691 B.
Einführung des Achtstundentags:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3025 B, 3029 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3496 A, 3497 C ff.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4685 A, 4691 B.
Ueberstunden, Verminderung, Beseitigung, Neueinstellung von Arbeitern:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1077 D, 1078 D.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 B, 3030 B, 3040 B, 3044 B.
Sonntagsarbeit, Einschränkung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 B, 3030 B, 3040 B.

5. Auszeichnungen, Zurücksetzung der Eisenbahnangestellten: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3038 A.

6. Behandlung, Strafen: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4686 B, 4691 D.

7. Einstellung, Bevorzugungen, Lohnfestsetzung: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4685 C.

8. Koalionsrecht siehe vorstehend unter VI 3 und „Reichsbetriebe".

9. Lebensmitelversorgung der Arbeiter und Beamten, gute Wirkung der Einrichtung von Lebensmittelausschüssen:

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
VI. Arbeiter und Handwerker. 9. Lebensmittelversorgung der Arbeiter und Beamten usw.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3028 A, 3031 C, 3032 A, 3033 D, 3039 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3496 A.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4681 A, 4690 B.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4698 A.
10. Lohnverhältnisse, Teuerungszulagen usw.
Lohnverhältnisse, Lohnerhöhungen:
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2776 B.
100. Sitz. S. 3023 A, 3025 D, 3029 D, 3031 D, 3034 A, 3038 D, 3039 B, 3044 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3496 B, 3497 C ff.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684 B, 4690 A.
150. Sitz. S. 4697 B, 4701 D, 4705 A.
Vereinheitlichung der Lohnordnung, der Lohngruppen:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3026 D, 3042 A.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4684 C, 4690 B.
Zeitlohnempfänger, Entlohnung im Verhältnis zu den Akkordarbeitern: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3026 D, 3042 A.
Akkordarbeit, Aufhebung:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4686 A, 4691 D.
150. Sitz. S. 4702 A.
Lohnverhältnisse der Aushilfsheizer: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023 D.
Zusammenfassung der Handwerker zu einer Lohngruppe: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023 B.
Lohnverhältnisse der Steindrucker: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023 D.
Teuerungszulagen, Kriegsbeihilfen, Erhöhung:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023 C, 3026 B, 3030 A, 3031 D, 3034 A, 3038 D, 3039 B, 3043 B.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4697 C.
—, Abstufung nach den Kosten des Lebensunterhalts in den einzelnen Ortschaften: Bd. 309, 100 Sitz. S. 3030 A, 3034 A, 3044 A.
—, Kürzung bei Beurlaubungen: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3034 B.
—, Gleichstellung der Unverheirateten mit den Verheirateten, der ständigen und nichtständigen Arbeiter: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3023 C.
—, siehe ferner „Teuerungszulagen".
Familienunterstützung, Erhöhung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024 B.
11. Pensionswesen.
Pensionskasse der Eisenbahner, Einführung einer zehnten Lohnklasse: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3028 C.
Aufbesserung der Altersrentner: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3028 C, 3032 A.
12. Sonntagsarbeit siehe vorstehend unter VI 4.
13. Streikrecht siehe vorstehend unter VI 3.
14. Teuerungszulagen siehe vorstehend unter VI 10.
15. Ueberstunden siehe vorstehend unter VI 4.
16. Urlaub.
Erholungsurlaub der Arbeiter, Aufnahme in den Arbeitsvertrag:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3029 A, 3030 C, 3044 C.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4685 B.
Gewährung an Beamte und Arbeiter zur Landbestellung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3030 C, 3044 C.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
VII. Betrieb, Betriebseinrichtungen, Verkehr.
1. Leistungen der Eisenbahnverwaltungen und des Reichseisenbahnamts, der Beamten und Arbeiter usw. während des Krieges:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 129 B, 130 B.
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2725 C, 2730 A, 2731 A, 2733 A, 2734 C, 2736 C.
100. Sitz. S. 3030 C, 3031 D, 3032 D, 3037 C, 3040 D, 3043 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3497 B.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4680 B, 4689 D.
Siehe auch: Bericht des Haushaltsausschusses: Bd. 321, Nr. 721 (Erklärungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten).
—, Frage eines Zusammenbruchs der Verwaltung infolge des Krieges: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4714 D, 4715 D, 4722 C, 4727 C.
2. Bahnnetz, Bahnbauten.
Reichseisenbahnen.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung S, und unter VI, Spezialberatung T.
Betriebslänge des Bahnnetzes und Leistungen der Fahrzeuge: Beilage zum Etat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen für 1915, S. 24 des Etatsentwurfs.
Desgl.: Beilage zum Etat für 1916, S. 22 des Etatsentwurfs.
Desgl.: Beilage zum Etat für 1917, S. 22 des Etatsentwurfs.
Desgl.: Beilage zum Etat für 1918, S. 20 des Etatsentwurfs.
Ried-Hardt-Bahn, Ausbau: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3040 C.
Militärische Eisenbahnbauten, Gebrauch in Friedenszeiten: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4677 B.
3. Diebstähle auf den Eisenbahnen, Häufung:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4683 A, 4692 D.
150. Sitz. S. 4696 D.
4. Fahrpläne.
Petition der Handelskammer in Leipzig und Genossen, betreffend Wünsche für die Umgestaltung des künftigen Friedensfahrplans im Interesse der Stadt Leipzig.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. Va.
Bd. 324, 190. Sitz. S. 6120 C. — Ueberweisung als Material.
5. Gepäck.
Handgepäck, Höchstgewicht: Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 787.
Gepäckkontrolle auf dem Bahnhof in Straßburg i. E.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3022 D, 3029 B.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4682 D.
Anfrage Gebhart: Auf den Bahnhöfen der bayrischen Westpfalz werden die als Reisegepäck an die amtlichen Stellen aufgegebenen Personengepäckstücke von der Gendarmerie in den Amtsräumen der Bahnhöfe, vielfach auch auf der Fahrt in den Packwagen, mittels Nachschlüssel oder unter Beschädigung der Gepäckstücke mit Gewalt, in Abwesenheit der Eigentümer, geöffnet.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
VII. Betrieb, Betriebseinrichtungen, Verkehr.
5. Gepäck.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß die Untersuchungen der Gepäckstücke nur in Gegenwart von deren Aufgeber vorgenommen werden dürfen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Schädigungen des Eigentums, die durch das gewaltsame Oeffnen und das mangelhafte Schließen der Gepäckstücke entstehen, ein Vorgehen, das ungeheuer verbitternd auf die Volksstimmung wirkt, hintanzuhalten? Bd. 325, Nr. 1932.

Unerledigt.

6. Kaufmännische Buchführung, Zweckmäßigkeit: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2723B, 2734B, 2740A.

7. Paßzwang, Beseitigung, Erleichterung: Bd. 309, 100 Sitz. S. 3022C, 3029D.

8. Reklame.

Resolution Fuchs, Haußmann, Koßmann, Dr. Quark zum Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Revision des zwischen den Reichseisenbahnen zusammen mit den Preußisch-Hessischen Staatsbahnen und dem Berliner Verleger Reimar Hobbing am 24. Januar d. J. abgeschlossenen Vertrags über die Verpachtung der Eisenbahnreklame hinzuwirken: Bd. 324, Nr. 1488.

Bd. 312, 149. Sitz. S. 4678A, 4682B, 4683C, 4686D, 4687A, 4688D, 4691D.
150. Sitz. S. 4700B, 4701B, 4703A, 4706A, 4707A. — Abgelehnt.

Petition des Verbandes deutscher Eisenbahn-Plakat-Unternehmer in Berlin-Wilmersdorf, betreffend Verhinderung der Inkrafttretung des Vertrags mit dem Verlagsbuchhändler Hobbing über das alleinige und ausschließliche Recht zur Ausübung der gewerbsmäßigen Reklame im Bereich der Eisenbahnverwaltung oder doch Schadloshaltung der bisherigen Pächter: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847B. — Für erledigt erklärt.

9. Reisescheine, Erschwerung in der Erlangung: Bd. 309. 100. Sitz. S. 3022D.

10. Sicherheiseinrichtungen:

Knorrbremse, Einführung, Wirkung: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4677D.

Wasserumlaufapparat des Ingenieurs Kuhnert, Einführung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3034C. ff., 3040D, 3043B.

11. Verkehr, Transport im allgemeinen.

Eisenbahnverkehrsordnung, vorübergehende Aenderung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 41.
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 70.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 902, a 913.

Einschränkung des Verkehrs während des Krieges, Personalmangel, Einstellung von Wagen vierter Klasse in Eilzüge usw: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4713C, 4716C.

Verkehrseinschränkungen und -Stockungen, besonders im Operations- und Etappengebiet und in Elsaß-Lothringen, infolge militärischer Anordnungen:

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
VII. Betrieb, Betriebseinrichtungen, Verkehr.
11. Verkehr, Transport im allgemeinen.

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3022B ff., 3029C, 3033A, 3038A, 3041A, 3043D.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4677B, 4682C, 4690C.
150. Sitz. S. 4696A ff. (Paket-, Brief- und Telegrammverkehr usw.)

Frage der Einschränkung des Verkehrs in den verkehrsarmen Gegenden: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4719C.

Güterverkehr, Transportschwierigkeiten, Frage der Schuld der Eisenbahnverwaltung wegen unzureichender Materialgestellung, „Spazierenfahren der Waren":
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2550C.
88. Sitz. S. 2583C.
92. Sitz. S. 2739A.
100. Sitz. S. 3041A.

Militärtransportordnung. Versendung von Stielhandgranaten, Sprengminen, Gewehrgranaten:
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 614.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 895, a 915.

Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 189c (Kartoffeltransporte), 243g (Güterkontrolle).

12. Wagenpark, Lokomotiven.

Beschaffenheit und Abnutzung der Wagen und Lokomotiven im Kriege, Neubestellungen:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4677D, 4683A, 4691B.
150. Sitz. S. 4711B, 4717A.

Schlafwagenverkehr, Behinderung, Einstellung einer größeren Anzahl Wagen: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3033C, 3043D.

Güterwagengestellung zur Ergänzung der für Truppenverpflegung aufgebrauchten Nahrungsmittelbestände der Gemeinden: Bd. 312, 100. Sitz. S. 3040B.

Transportluxus, Vermeidung, Verbilligung des Betriebes: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724A, 2730C.

13. Wagenklassen, -einrichtungen.

Wagenklassen, Verminderung: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2724B, 2735D.

Personenzüge, Arbeiterzüge, mangelhafte Beheizung: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4682A, 4683A.

Platzbelegen in höheren Wagenklassen, Mißstände: Bd. 312, 100. Sitz. S. 3033C.

VIII. Tarifwesen.

Frachttarif. Ermäßigungen (Notstandstarife). Befreiungen für Liebesgaben usw.:
Bd. 315, Nr. 26 S. 42.
Nr. 29 S. 5.
Nr. 44 S. 21.
Nr. 73 S. 15.
Bd. 316, Nr. 107 S. 15.
Nr. 147 S. 90.
Bd. 317, Nr. 225 S. 89.
Bd. 319, Nr. 403 S. 189.
Bd. 320, Nr. 650 S. 114.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 157.

Petition des Gustav Schulz in Zschicherzig betreffend freie Bahnbeförderung der zur Fortbewegung erforderlichen Wagen der Kriegs- und Unfallinvaliden.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
VIII. Tarifwesen.

Ber. d. Pet. Aussch.: Nr. 841.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556C. — Beschluß: die Petition, soweit sie die frachtfreie Beförderung der Roll- und Fahrstühle der Kriegsbeschädigten betrifft, durch die bereits getroffenen Maßnahmen für erledigt zu erklären, über die Petition jedoch, soweit sie die frachtfreie Beförderung der Roll- und Fahrstühle der Unfallinvaliden oder Erhöhung ihrer Renten anregt, zur Tagesordnung überzugehen.

Personentarif, Ermäßigungen und Vergünstigungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 43.
Nr. 29 S. 12.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 159.

Militärtarif, Aenderung:
Bd. 322, Nr. 1612 Anhang a 896.

Erhöhung der Fahrkartenpreise für Schnellzüge, Gründe, Wirkung: Bd. 321, 149. Sitz. S. 4683B, 4690D.

Petition des Kartells der Verbände der Deutsch-österreichischen Bühnen- und Orchestermitglieder in Berlin, betr. baldige Beseitigung der Schnellzugszuschläge bezw. Aufhebung dieser Zuschläge für die beruflichen Reisen von Bühnen- und Orchestermitgliedern.
Mündl. Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. Vb.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Zukünftige Erhöhung der Eisenbahntarife (Güter- und Personentarife):
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364B.
85. Sitz. S. 2464B.
93. Sitz. S. 2772C.
94. Sitz. S. 2785C, 2789C ff., 2792B, 2794D.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei den aus Anlaß des Verkehrssteuergesetzes bevorstehenden Tarifänderungen die Außenansiedlung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung in Kleinhäusern mit Gärten und Land in den Zonen weiträumiger Bebauung durch die Höhe und Gestaltung der Tarife im Nahverkehr besonders begünstigt wird: Bd. 321, Nr. 709 S. 21 und Nr. 712 S. 47 unter IIb.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2796C, 2821D. — Angenommen.

Personen- und Frachttarife, Neuregelung, Inkrafttreten am 1. 4. 1918: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4677C, 4688D.

Arbeiterkarten, Zweck ihrer Einführung: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2725A.

Gesetzentwurf über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs siehe „Personen- und Güterverkehr, Besteuerung", siehe hier auch die Angaben über Tarifwesen und Fahrkarten usw.

IX. Privatbahnen, Kleinbahnen.

Gehaltsaufbesserung der Beamten, Teuerungszulagen, möglichste Einwirkung des Reichseisenbahnamts auf die Gesellschaften:
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2742C.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4724C, 4725B.

Eisenbahnen (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6375.
IX. Privatbahnen, Kleinbahnen.

—, Anfrage Dr. Stubmann: Die heutigen Gehaltsverhältnisse eines großen Teils der deutschen Privateisenbahnbeamten entsprechen in keiner Weise den Preisverhältnissen der jetzigen Zeit.
Erkennt der Herr Reichskanzler an, daß inbezug auf den Betrieb der privaten Eisenbahnen ein erhebliches öffentliches Interesse besteht und daß im Hinblick hierauf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Angestellten dieser Betriebe durch ein ausreichendes Einkommen namentlich in Kriegszeiten dringend erforderlich ist?
Ist der Herr Reichskanzler insbesondere bereit, in Anerkennung dieser Umstände, gegebenenfalls durch Zusammenwirken des Reichseisenbahnamts mit den zuständigen Konzessionsbehörden, auf die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen an die Beamte und Angestellten der deutschen Privateisenbahnen hinzuwirken?: Bd. 322, Nr. 1150.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1262.

Französische Gesellschaftsbahnen, Bewährung, Verstaatlichung der Westbahn: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2741B.

Eisenbahnerheime siehe „Reichsheer" unter 169.

Eisenindustrie.

1. Arbeiterverhältnisse.

Bekanntmachungen auf Grund der §§ 120f, 139b GO., betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, vom 21. Oktober 1914, 29. Oktober 1915 und 23. November 1916:
Bd. 315, Nr. 26 S. 55.
Nr. 33.
Bd. 316, Nr. 147 S. 109.
Nr. 161.
Bd. 320, Nr. 576.

—, Hinausschiebung des Inkrafttretens der Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie vom 4. 5. 14:
Bd. 315, Nr. 26 S. 55.
Nr. 33.
Bd. 316, Nr. 147 S. 109.
Nr. 161.
Bd. 320, Nr. 576.
Nr. 633 Anhang a 480.

Arbeiterausschüsse, Errichtung in Betrieben der Eisenindustrie: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2038D.

Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Arbeitszeit in der Schwereisenindustrie; Einführung von Halbschichten:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 633A.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1120C.
50. Sitz. S. 1135B, 1138A/B.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwereisenindustrie überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind, sowie geeignete Schutzmaßnahmen getroffen sind, um Unfallgefahren, die aus der Eigenart der Frauenbeschäftigung hervorgehen, möglichst zu beseitigen: Bd. 318, Nr. 293 unter IIf 1.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1120C.
53. Sitz. S. 1250D. — Angenommen.

Eisenindustrie (Fortsetzung).

2. Lage.

Leistungen im Kriege; Interesse an der Fortsetzung desselben: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1537B, 1547B.

Produktion, Steigerung, Reduzierung während der Uebergangszeit: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4504B, 4518A.

Beeinflussung der Preisgestaltung durch das Reich: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4889A.

Frage des Wettbewerbs der englischen und amerikanischen Industrie nach dem Kriege: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1139A.

Siehe auch „Industrie".

Eisenmünzen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 8.

Eisernes Kreuz.

Verleihung an Kämpfer und Nichtkämpfer, Uebergehungen bei Versetzungen; Kenntlichmachung des Kreuzes für Kämpfer:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3076D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3110A, 3121B, 3131D.
110. Sitz. S. 3458D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5396A, 5406D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5416A, 5420C.
174. Sitz. S. 5477B, 5480D.
175. Sitz. S. 5502B.
184. Sitz. S. 5810C, 5811A, 5815D, 5818C.

Verleihung des Eisernen Kreuzes I. Klasse an Nichtkämpfer (Schauspieler): Bd. 313, 174. Sitz. S. 5480D.

Elbing. Ausstand in der Schichauwerft in Elbing. Harte Strafen für Ausständige: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4169D.

Elektrische Maschinen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 85.

Elektrizität, Verbrauchsregelung, Preise siehe „Kriegswirtschaft" unter II 86.

Elektrizitätsmonopol:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2362B.
83. Sitz. S. 2396D.

Elsaß-Lothringen.

1. Ausbürgerungen.

Anfrage Dr. Haegy, Thiemann (Gebweiler), Hauß, Windeck: Auf Grund des § 27 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 sind rund 7000 elsaß-lothringische Staatsangehörige ausgebürgert worden, weil sie der angeordneten Aufforderung zur Rückkehr nicht Folge geleistet haben. Das Vermögen der Ausgebürgerten verfällt der Zwangsverwaltung und der Liquidation.

Unter den Ausgebürgerten befinden sich Männer und Frauen, die vom Kriege überrascht worden sind in Aufenthalt in Frankreich oder innerhalb des seit den ersten Tagen des August 1914 vom Feinde besetzten elsässischen Gebiets, und welche nun dort zurückgehalten werden.

Auf den Ausbürgerungslisten stehen Leute, die vor Kriegsausbruch in der Schweiz waren und dort geblieben sind, um sich den Fährnissen im Operationsgebiet zu entziehen, auch Leute, die nach Kriegsausbruch aus Gesundheitsrücksichten mit Erlaubnis der bürgerlichen und militärischen Behörden nach der Schweiz gegangen sind und sich dort auf neutralem Gebiet aufhalten.

Ist die Aufforderung zur Rückkehr in der gebotenen formellen Weise an sie ergangen oder ihnen auch nur unzweifelhaft zur Kenntnis gelangt?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den schweren Härten entgegenzuwirken, die für solche Leute aus ihrer Gleichstellung mit feindlichen Ausländern erwachsen müssen?: Bd. 324, Nr. 1661.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1892.

Elsaß-Lothringen (Fortsetzung). 1. Ausbürgerungen.

2. Belagerungszustand.

a) Handhabung, allgemeine:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1242A.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1891D.

Interpellation Albrecht u. Gen.: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Bestimmungen der Militärbefehlshaber in Elsaß-Lothringen andauernd gegen die elsaß-lothringische Verfassung, gegen das Schutzhaftgesetz und gegen die Immunität der Reichstagsabgeordneten verstoßen wird, und was gedenkt er zu tun, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten?: Bd. 321, Nr. 776.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3062A. — Zusage der Beantwortung.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3420D. (Antrag Erzberger auf Ausschaltung der Interpellation aus der Etatsdebatte), 3425A. — Angenommen.

Interpellation Hauß u. Gen.: 1. Gemäß § 5 des elsaß-lothringischen Verfassungsgesetzes ist der Landeshaushalts-Etat alljährlich durch Gesetz festzustellen. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß dies für das Rechnungsjahr 1917 nicht möglich war, weil die in Betracht kommende Kommandostelle den Zusammentritt des Landtags für Elsaß-Lothringen verboten hat?

2. Seit Erlaß des Schutzhaftgesetzes sind eine beträchtliche Anzahl elsaß-lothringischer Staatsbürger aus der Haft entlassen, resp. die über dieselben verhängten Aufenthaltsbeschränkungen aufgehoben worden. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die militärischen Kommandostellen sich trotzdem in den meisten Fällen der Rückkehr der Betreffenden nach Elsaß-Lothringen widersetzen?

3. Der Reichstag hat wiederholt bekundet, daß die Ausweisung seines Mitgliedes Lévêque aus Elsaß-Lothringen im Widerspruch zur Verfassung stehe. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß trotzdem bis heute der Ausweisungsbefehl nicht aufgehoben worden ist?: Bd. 321, Nr. 779.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3062A. — Zusage der Beantwortung.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3420D. (Antrag Erzberger auf Ausschaltung der Interpellation aus der Etatsdebatte), 3425A. — Angenommen.

Deportation des Abgeordneten Lévêque nach Dramburg: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2430A.
—, Siehe auch nachstehend unter 2 e.

b) Brief- und Telegrammverkehr. Ueberwachung, Handhabung durch die Postüberwachungsstellen:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1243C, 1246C.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4623D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4647C, 4658B, 4661C, 4663C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5470C.
—, Beschlagnahme von Postsendungen an den Abg. Emmel:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1244A.
54. Sitz. S. 1254B.

Elsaß-Lothringen. 2. Belagerungszustand (Fortsetzung).

Briefzensur, besondere, für elsaß-lothringische Soldaten: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4119 C, 4134 C.
Paketkontrolle, Art der Ausübung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5470 D.

c) Paßvorschriften, Kontrollen, Sperren:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1076 C, 1080 A, C.
53. Sitz. S. 1243 B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5471 B.
Verweigerung von Pässen für Reisen elsässischer Abgeordneter in ihrem Wahlkreis: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6272 A.
Kontroll- und Sperrmaßnahmen für Durchreisende in Elsaß-Lothringen, Durchführung selbst bei Todesfällen: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4119 A.
Durchsuchung des Gepäcks auf dem Hauptbahnhof in Straßburg:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3022 D, 3029 B.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4682 D.
Verbot an Offiziere, Frauen in das Operationsgebiet zu bringen: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1243 B.
Verkehrsverordnung des Oberbefehlshabers vom 6./22. April 1918; Sperrgebiet und Freigebiet: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5471 A.

d) Rechtsprechung der außerordentlichen Kriegsgerichte; Härte der Strafen: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5150 B.
Kriegsgerichtsverfahren, Spitzelwesen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5471 C.

e) Schutzhaft, Aufenthaltsbeschränkungen, Ausweisungen.
Schutzhaftgesetz und engeres Kriegsrecht in den Operationsgebieten; Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3910 B, 3913 C, 3916 B, 3930 A, 3931 A.
—, Handhabung:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1243 A.
55. Sitz. S. 1306 A.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1885 B.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3420 D ff. (Geschäftsordnungsdebatte).
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3915 D, 3929 D, 3933 A, B.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5264 D.
Antrag d. Haush.-Ausschs.: Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung dem Herrn Reichskanzler zu übermitteln:
Nach der Auffassung des Reichstags, welche mit der von dem Kriegsminister im Haushaltsausschuß abgegebenen Erklärung übereinstimmt, fallen die in Elsaß-Lothringen gegen deutsche Staatsangehörige angeordneten, aus Gründen, die in der Person des Betroffenen liegen, erfolgten, nicht lediglich vorübergehenden Ausweisungen, ebenso die Versagungen der Rückkehr nach Elsaß-Lothringen in solchen Fällen unter die Aufenthaltsbeschränkungen, für welche der in dem Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 geregelte Rechtsschutz gilt: Bd. 321, Nr. 728 Ziff. I.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3934 A. — Angenommen.
Dauernde Ausweisungen, Anwendung des Gesetzes vom 4. Dezember 1916, Unterscheidung zwischen Fällen des Kriegsnotrechts und Schutzhaftfällen: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5264 B, 5269 A, 5275 D, 5277 A.
Versagung der Rückkehr trotz formeller Aufhebung der Schutzhaft durch das Kriegsgericht und Reichs-Militärgericht: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5264 C, 5269 B, 5271 A, 5274 A, 5277 D, 5283 D.
Petitionen betreffend Schutzhaft, Aufenthaltsbeschränkungen, Erlaubnis zur Rückkehr nach Elsaß-Lothringen usw.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IV b.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5259 B. — Ueberweisung als Material.
Schutzhaft gegen Mitglieder des Reichstags:
Dr. Haegy, Androhung der Schutzhaft, Gestellungsbefehl während der Tagung des Reichstags: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1287 A.
Lévêque:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2430 A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3912 B, 3913 C, 3918 C, 3919 C.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6212 A.
—, Siehe auch vorstehend unter 2 a.
Schutzhaft gegen Landtagsabgeordnete und Mitglieder der Bezirkstage; Bedingung für die Erlaubnis zur Rückkehr: Bd. 308, 69. Sitz. S. 1886 A.
Schutzhaft gegen Pfarrer Etienne in Lorringen:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3917 B.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5268 B, 5274 B.
—, Petition des Pfarrers Etienne in Lorringen bei Metz, z. Zt. in Fulda, und Genossen, betreffend Aufhebung der ihnen auferlegten Aufenthaltsbeschränkung und Genehmigung der Rückkehr nach Elsaß-Lothringen: Bd. 321, Nr. 728 Ziff. II b.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3934 A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Schutzhaft gegen den Viehhändler May, Ausweisungsbegründung des Militärbefehlshabers: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5267 B.
— gegen den Pfarrer von Saarburg wegen Duldung der Aeußerung eines Gastes: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5269 B, 5274 B.
— gegen den Pfarrer Scheer: Bd. 307, 55. Sitz. S. 1305 D.
—, Fälle Tempe, P. Sipp, Matthias, Wescher, Wagner; Nichtentlassung trotz formeller Aufhebung durch das Reichsmilitärgericht: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5283 D, 5287 C.
Ausweisungen schwerkranker Personen: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5266 C.
Petition des Emil Schmidt in Reichenweier (Elsaß), betreffend Beschwerde wegen der über ihn verhängten polizeilichen Kontrolle.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IV a.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

f) Zensur.
Zeitungszensur, Handhabung: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1244 D.
Zuständige Aufsichts- und Beschwerdestelle: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5236 D, 5249 B.
Verbot von Presseerörterungen usw. über Elsaß-Lothringen, militärische Zensur: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5683 C, 5685 A, D.
Behandlung von Ernährungsfragen: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1245 B.
„Elsässer Kurier", Verbot: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1288 D.
„Mülhauser Volkszeitung", Verbot: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1247 B.

Elsaß-Lothringen. 2. Belagerungszustand (Fortsetzung).

—, Anfrage Emmel: Der gesamte Reichstagsbericht der „Mülhauser Volkszeitung" über die Sitzung vom 28. Oktober d. J. wurde mit Einschluß der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Helfferich von der Zensur gestrichen. Zu dem Berichte wurden die Matern des „Vorwärts" benutzt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür Sorge zu tragen, daß dem unerträglichen Zustande der fortgesetzten Verhinderung, in der „Mülhauser Volkszeitung" über die Verhandlungen des Reichstags zu berichten, ein Ende gemacht wird?: Bd. 319, Nr. 487.

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2022 A. — Beantwortet.

—, Anfrage Emmel: Zum Schutze der Presse gegen willkürliche Zensurmaßnahmen ist die Oberzensurstelle eingerichtet. Dieser Schutz versagt gegenüber der „Mülhauser Volkszeitung", da die Oberzensurstelle sich ihr gegenüber für unzuständig erklärt und Beschwerden an das A.O.K. verweist. Die „Mülhauser Volkszeitung" hat fortgesetzt unter diesen drückenden Maßnahmen zu leiden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, daß die Zensur der „Mülhauser Volkszeitung" in der Weise erfolgt, wie es mehrfach im Reichstage seitens der Reichsregierung für die gesamte Presse zugesagt worden ist?: Bd. 324, Nr. 1527.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 4988 C. — Beantwortet.

Ferner: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5236 D.

3. Deutsche Politik, Rückblicke, Fehler, Folgen: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4271 D.

—, System der Fremdherrschaft, Wirkung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6259 A, 6271 D, 6272 B.

Siehe auch unter 10., 11., 13., 14. u. 15.

4. Flüchtlinge, elsaß-lothringische, Entschädigung, siehe „Krieg" unter VIII 2g.

5. Französische Sprache. Verbot des Gebrauchs in bestimmten Gemeinden beim Gottesdienst und im Geschäftsverkehr; Buchführung in deutscher Sprache:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 109 D, 113 C.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 893 B.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1890 A.
70. Sitz. S. 1908 B, 1933 D.
71. Sitz. S. 1964 C, 1965 C.

6. Friedensfragen.

Rückgabe, Selbstbestimmungsrecht, Elsaß-Lothringen in der Friedenskundgebung des Papstes: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3808 D.

Frage der Rückgabe an Frankreich als das einzige Hindernis für einen Frieden:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3808 D, 3812 C, 3814 D.
125. Sitz. S. 3834 B, 3840 C, 3846 A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6204 A.

Rückgabe an Frankreich — „Nein, niemals" (Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. v. Kühlmann): Bd. 310, 124. Sitz. S. 3812 D.

„Es gibt keine elsaß-lothringische Frage im internationalen Sinne" (Graf v. Hertling):
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142 C.
134. Sitz. S. 4156 A.

Selbstbestimmungsrecht. Zulassung einer Abstimmung über die Zugehörigkeitsfrage, voraussichtliche Wirkung des Stimmungsumschlags:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4213 A.

Elsaß-Lothringen. 6. Friedensfragen (Fortsetzung).

Bd. 312, 169. Sitz. S. 5265 A, 5270 A, C, D, 5274 D, 5278 A, 5287 B, 5290 C.

Stellung des zuletzt gewählten elsaß-lothringischen Landtags, Willenskundgebung zugunsten Deutschlands:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3957 D.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5625 C.

Erklärung namens der elsaß-lothringischen Mitglieder des Reichstags, betreffend die Zukunft Elsaß-Lothringens; Warnung vor Erwartungen auf einen Umschwung der Stimmung:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6203 A, D.
196. Sitz. S. 6273 B.

—, Besprechung sämtlicher elsaß-lothringischer Abgeordneter: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6273 D.

Regelung seines zukünftigen Schicksals; Stellung der U.S.P., Stockholmer Manifest: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6190 A, 196. Sitz. S. 6264 D.

Siehe auch unter 14 u. 15 und „Krieg" unter IV u. V.

7. Kriegs- und Zivilgefangene in Frankreich.

Unwürdige Behandlung, Drangsalierungen; Trennung von den übrigen Gefangenen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5459 B.

Entziehung der Unterstützung der Familien elsaß-lothringischer in Rußland gefangener und nach Frankreich überführter Soldaten: Bd. 322, Nr. 1176, 1260.

Nach Frankreich verschleppte Zivilpersonen, Austausch, Petitionen usw. siehe „Kriegsgefangene" unter III E.

8. Kriegsleistungen, Einquartierungen, Quartierentschädigungen siehe „Reichsheer" unter 98.

9. Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII 2g.

10. Landtag.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Landtag für Elsaß-Lothringen. (Verlängerung der Wahlperiode aus Anlaß des Krieges um ein Jahr): Bd. 319, Nr. 412. Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 308, 64. Sitz S. 1700 D.

Gesetz vom 16. 10. 1916, RGBl. S. 1170.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Landtag für Elsaß-Lothringen (Verlängerung der Wahlperiode um ein weiteres Jahr): Bd. 321, Nr. 897.

Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 112. Sitz. S. 3525 A.

Gesetz vom 23. 7. 1917, RGBl. S. 657.

Gesetzentwurf, betreffend den Landtag für Elsaß-Lothringen (Verlängerung der Wahlperiode um ein weiteres Jahr): Bd. 324, Nr. 1691.

Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5911 B.

Gesetz vom 18. 7. 1918, RGBl. S. 746.

Behinderung der Tätigkeit des Landtags während des Krieges, Verbot des Zusammentritts für 1917, Gründe, Vorgänge auf den Bezirkstagen:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5467 D.
179. Sitz. S. 5625 D.
181. Sitz. S. 5682 A ff., 5687 D.

Genehmigung des Zusammentritts nur gegen die Verpflichtung, militärische und politische Fragen, namentlich die zukünftige Gestaltung Elsaß-Lothringens, nicht zu besprechen:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1242 A.
54. Sitz. S. 1274 C.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5221 D.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5683 A ff., 5685 C.

Elsaß-Lothringen. 10. Landtag (Fortsetzung).

Verbot der Besprechung des Lebensmittelschmuggels der Offiziere, der Einquartierungen, — verschärfte Maßnahmen durch den Herzog Albrecht von Württemberg: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5468 A ff.

Siehe auch unter 14.

11. Liquidation des Vermögens feindlicher Ausländer und Neutraler: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5005 C.

Anfrage Windeck: Im Reichslande ist der Besitz von Einzelpersonen und Firmen, die bisher unter Zwangsverwaltung gestanden, in Liquidation übergeführt und in dieser Form zur Zwangsenteignung gebracht worden.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt und welches sind die Gründe dieses Vorgehens, insbesondere ist in gleicher Weise gegen den Besitz von Deutschen in Frankreich seitens der dortigen Regierung vorgegangen worden, auch wenn keine vollstreckbaren Schuldforderungen gegen die Besitzer vorlagen?: Bd. 321, Nr. 899.

Bd. 310, 115. Sitz. S. 3560 C. — Beantwortet.

Anfrage Hauß: Von dem Stellvertreter des Reichskanzlers wurde die Zusage gegeben, daß angesichts der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Liquidation des feindlichen Eigentums in Elsaß-Lothringen bei Erledigung der Angelegenheit weder der Reichstag noch der elsaß-lothringische Landtag übergangen werden wird. Nach zahlreichen in der letzten Zeit erschienenen Pressenotizen ist trotzdem inzwischen über das weitaus wichtigste Liquidationsobjekt, die Hütten- und Bergwerke de Wendel, eine Entscheidung erfolgt, und zwar zugunsten der Mitglieder des Stahlwerksverbandes, wobei sogar auch im Reichsausland gelegene Hütten einen Anteil an den lothringischen Erzen erhalten sollen, während nichts darüber bekannt geworden ist, ob die weitere gegebene Zusage, die lothringische Eisenindustrie werde, wie naturgemäß, vorzugsweise bei der Verfügung über die Erze berücksichtigt und ihre Weiterentwicklung sichergestellt werden, eingelöst worden ist.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die von seinem Stellvertreter gegebenen Zusagen anzuerkennen und hält er es für angängig, die de Wendel'schen Erze, also fast die einzige in Deutschland noch vorhandene Erzreserve, ganz oder teilweise einer privaten Interessentengruppe, wie es der Stahlwerksverband ist, zur Ausbeutung zu überlassen, ohne daß ein maßgebender Staatseinfluß auf die Verwertung dieses Naturschatzes dauernd gesichert ist?: Bd. 322, Nr. 1185.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1221.

12. Oktroi-Erhebung bei Militärs der mobilen Truppen, Untersagung in Straßburg: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5468 D.

13. Soldaten, elsaß-lothringische.

Patriotisches Verhalten bei Anfang des Krieges, Tapferkeit in den Kämpfen gegen Frankreich, Urteil des Generals v. Deimling, Haltung der Bevölkerung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5456 A ff., 5472 C.

Verwendung auf allen Kriegsschauplätzen, Ausnahmebestimmungen für im Militärverwaltungsdienst Beschäftigte, Geheimerlaß des Kriegsministeriums v. 12. 1. 18: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4134 C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5408 C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5458 D, 5472 B.

Zurückziehung von der Westfront: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5457 C.

Elsaß-Lothringen. 13. Soldaten, elsaß-lothringische (Fortsetzung).

Ueberläufer, Lothringer Adolf Lenz u. Paul Rodolphe, Verrat der Offensive v. 21. 3. 18 an England: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5457 B ff.

Behandlung im Heere, Geheimerlaß: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384 D, 5408 C.

Behandlung nach Maßgabe von polizeilichen Führungsakten: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4118 A.

Mißhandlung eines Soldaten durch General v. Rhode, Untersuchung:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4134 A, 4135 B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5458 A ff., 5471 D ff., 5472 C, 5488 C.

Behandlung siehe auch „Reichsheer" unter 116 b.

Urlaub, Ausnahmebehandlung aus politischen Gründen, polizeiliche Erschwerungen, Zureiseerlaubnis: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4117 B ff., 4118 C, 4132 D ff.

—, nur bis an die Stacheldraht-Grenze zwischen Baden und Lothringen: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5276 C.

Anfrage Peirotes, Böhle, Fuchs: Trotzdem durch kriegsministeriellen Erlaß die allgemeine Urlaubssperre für deutsche Heeresangehörige wieder aufgehoben wurde, können die aus Elsaß-Lothringen stammenden Soldaten nur in ganz seltenen Ausnahmefällen den ihnen zustehenden Urlaub erlangen.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt, und ist er bereit, dafür zu sorgen, daß auch die elsaß-lothringischen Soldaten genau so behandelt werden wie die Soldaten nicht-elsaß-lothringischer Herkunft?: Bd. 324, Nr. 1590.

Bd. 312, 166. Sitz. S. 5165 C. — Beantwortet.

14. Staatsrechtliche Stellung, Verfassung, Autonomie. — Siehe auch unter 6 und 10.

Staatsrechtliche Stellung, Aenderung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2848 C.

—, Ausgestaltung zu einem autonomen deutschen Bundesstaate:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3815 B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3882 C.
135. Sitz. S. 4213 A.
136. Sitz. S. 4272 B.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5270 B, C, 5275 A.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5678 C.
181. Sitz. S. 5684 D.
182. Sitz. S. 5710 D.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6158 A, 6163 A.
194. Sitz. S. 6204 A.
195. Sitz. S. 6210 C, 6213 C.
196. Sitz. S. 6271 C, 6274 A.

Stellung der elsaß-lothringischen Sozialdemokratie und der französischen Sozialisten zur Frage der Autonomie: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5625 C.

Teilung zwischen Preußen und Bayern:
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3407 C.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5685 A.
182. Sitz. S. 5711 A.

Anschluß an Preußen, Telegramm einer Vereinigung lothringischer Industrieller an Ludendorff, Antwort Ludendorffs bzw. Hindenburgs:
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5684 D.
182. Sitz. S. 5710 D.

Angliederung an Süddeutschland: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3882 C.

Petition des Regierungsrats a. D. in Straßburg (Els.) F. Geigel, betreffend die staatsrechtliche Neugestaltung Elsaß-Lothringens.

Elsaß-Lothringen. 14. Staatsrechtliche Stellung, Verfassung, Autonomie (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1363 unter II b 1.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Verfassung, Neugestaltung durch Verleihung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4272 A.

Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1915 (Berufung von Mitgliedern des Landtags für Elsaß-Lothringen in leitende Stellungen der elsaß-lothringischen Landesregierung): Bd. 325, Nr. 1977.
Erste Beratung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6271 B.
Zweite und dritte Beratung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6274 B.
Gesetz v. 28. 10. 1918: R.G.Bl. S. 1275.

Verfassungsänderung; Wirkung auf die Volksstimmung:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4272 A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6204 A.
196. Sitz. S. 6271 B.

15. Stimmung. — Siehe auch unter 6, 10 u. 14.

Opposition der Bevölkerung gegen Deutschland: Gründe: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2431 A.

Germanisierungspolitik; Wirkung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3445 A.

Kinovorführung über E.-L. Anfrage Hauß, Dr. Scholz: Im Auftrage der Heeresverwaltung wurde in jüngster Zeit unter der Regie von Dr. Mendel (Berlin) ein Kinofilm hergestellt, betitelt „Der Antiquar von Straßburg". Der Film ist bestimmt, in Altdeutschland elsaß-lothringische Verhältnisse einer breiteren Oeffentlichkeit bekanntzugeben. Dieser Film schildert in Form der herkömmlichen Liebesgeschichte die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen wahrheitswidrig in der Art, als seien die Gesinnungen der Straßburger durchweg antideutsch und der Elsaß-Lothringer, im besonderen die Arbeiterschaft, der Spionage gegenüber Deutschland fähig.
An den Herrn Reichskanzler richte ich die Fragen:
1. Sind ihm Herkunft und Existenz dieses Films bekannt?
2. Ist ihm bekannt, daß er in den nächsten Wochen in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt werden soll?
3. Will er zugeben, daß die Elsaß-Lothringer in dieser Weise verlästert und verhöhnt werden?
4. Was gedenkt er zu tun, um diese der Agitation des feindlichen Auslandes dienenden Darstellungen zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1412.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578 B. — Beantwortet.

16. Weinsteuer. Wirkung für Elsaß-Lothringen: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5985 B.

17. Wohnungsräumungen, Entschädigungsfrage: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3029 C.

18. Fall Zabern: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6259 B, 6272 B.

19. Zeitungsgewerbe. Papierholz für Zeitungsdruckpapier in Elsaß-Lothringen:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 561.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 827.

Engels, Friedrich. Ueber den zukünftigen europäischen Krieg und sein Ende (Krieg des Proletariats): Bd. 311, 131. Sitz. S. 4086 C.

Engelsdorf. Gefangenenlager, Behandlung russischer Gefangener, Mißhandlungen usw.:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5448 B.
174. Sitz. S. 5455 B.

England.

1. Auswärtige Politik.
Grundsatz der „balance of power"; militärische Abkommen mit Frankreich und Rußland, Stellung in einem Kontinentalkriege:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 19 B.
13. Sitz. S. 217 C.
—, Politik gegenüber kleineren Staaten (Burenrepubliken, Aegypten, Persien): Bd. 306, 13. Sitz. S. 214 C.
Streben nach alleiniger Beherrschung der Meere, Seepolizei: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2377 D.
Kriegführung, Politischer Charakter des Krieges, Aufgaben der Staatsmänner gegenüber den Feldherren, Politisierung des Krieges in England: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3093 A ff., 3102 A, C.
Siehe auch „Krieg 1914—18" unter I ff.

2. Beziehungen zu Deutschland.
Friedenspolitik Kaiser Wilhelm II. während des Burenkrieges, Werben um die englisch-deutsche Freundschaft: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455 A.
Verhandlungen über ein Neutralitätsabkommen, Sendung Lord Haldanes:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 19.
13. Sitz. S. 215 C.
14. Sitz. S. 231 D, 237 D.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1511 A.
60. Sitz. S. 1534 D, 1538 B.
—, Darstellung des englischen Ministerpräsidenten Mr. Asquith: Bd. 306, 14. Sitz. S. 216 D.
Krieg mit Deutschland siehe „Krieg" unter I ff. und „Seekrieg".

3. Burenkrieg. Behandlung der Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2378 B.
84. Sitz. S. 2430 D.

4. Burenrepublik, Verleihung der Selbstverwaltung durch England: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2430 D.

5. Finanzlage, Finanzpolitik während des Krieges siehe „Krieg" unter VII und „Kriegsfinanzpolitik" unter II, siehe auch nachstehend unter 11.
Kursrückgang der englischen Konsols: Bd. 306, 14. Sitz. S. 227 C.
Bedeutung der Geldmacht für seine Weltmachtstellung: Bd. 306, 23. Sitz. S. 455 D.

6. Kriegsmaßnahmen.
Industrie, Militarisierung: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735 C.
Kriegslieferungen, Ueberwachung der Betriebe usw. durch Kommissionen, Wirkung des Gesetzes:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4508 D.
146. Sitz. S. 4584 B.
Maßregeln gegen Streiks der Munitionsarbeiter:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3096 C, 3101 D, 3102 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3140 C.
Demobilmachung, englische Erklärung des englischen Arbeitsministers über die Demobilisation in England: Bd. 321, Nr. 805 S. 11.
Siehe auch unter 9 und „Krieg" unter II C.
Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen siehe „Kriegsgefangene" unter III D.

England (Fortsetzung).

7. Parlament. Freiheit der öffentlichen Kritik: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1821D.
Unterrichtung über die auswärtige Politik durch die Regierung: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1825B.
8. Presse. Zeitungsverbote während des Krieges: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1930B. 71. Sitz. S. 1948A.
9. Reichsverteidigungsgesetz von 1914. Beschränkung der persönlichen Freiheit und Meinungsäußerung: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1929B. 71. Sitz. S. 1947C.
10. Schutzzollbewegung: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4907A.
11. Steuerwesen.
a) Direkte Steuern. Entwicklung; Umfang der Einkommensteuer, Erhöhung während des Krieges, Belastung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 463A, 466C, 468C, 487D. Bd. 307, 35. Sitz. S. 790A, 795A, 806D. 56. Sitz. S. 1367D. Bd. 309, 86. Sitz. S. 2506B. 93. Sitz. S. 2748D, 2757C, 2767A.
—, Einkommensteuer, Ertrag, Vergleich mit den deutschen Kriegssteuern und ihrem Ergebnis: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3971A.
—, Verbindung von Anleihe- und Steuerpolitik, finanzielle Wirkung: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735Bff., 4745B. 152. Sitz. S. 4763D.
b) Tabaksteuer: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1430A, 1440C.
12. Wirtschaftliche Lage: Bd. 307, 39. Sitz. S. 855A.
Getreideversorgung 1916, Ausfall der überseeischen Ernten: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2162B.
Volksvermögen und Volkseinkommen: Bd. 307, 35. Sitz. S. 807A.
Volkswirtschaftliche Lage, Ernährungsverhältnisse, Organisation Lloyd Georges: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2471C ff.

Entschädigung unschuldig in Schutzhaft genommener oder verurteilter Personen siehe „Belagerungszustand" unter II 9 und „Strafprozeßordnung".

Entschädigungsansprüche aus Anlaß des Krieges siehe „Krieg" unter VIII, „Rußland" unter A 3, 8, 9, 10, „Rumänien" unter G.

Erbbaurecht. Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezweckt, praktische Ausgestaltung des Erbbaurechts: Bd. 318, Nr 295 unter A VI 2. Bd. 307, 52. Sitz. S. 1213C, 1218A. 53. Sitz. S. 1251D. — Angenommen.

Erbschaftssteuer.
Besteuerung von Erbschaften durch das Kriegsgewinnsteuergesetz: Bd. 317, Nr. 223 S. 13. Bd. 318, Nr. 320 S. 95, 129. Nr. 323 unter II. Bd. 306, 21. Sitz. S. 420C. 24. Sitz. S. 461D, 465D. Bd. 307. 35. Sitz. S. 791D, 795D, 801B. 36. Sitz. S. 816D, 822B, 829D. 56. Sitz. S. 1348D, 1356B, 1375D. 57. Sitz. S. 1406D.

Erbschaftssteuer (Fortsetzung).
Namentliche Abstimmung über den Ab. Antr. Albrecht u. Gen. zu § 3 des Kriegsgewinnsteuergesetzes (Besteuerung der Erbanfälle an entfernte Verwandte): Bd. 318, Nr. 323 unter 2. — Bd. 307, 57. Sitz. S. 1410A (Zusammenstellung S. 1419). Abgelehnt mit 247 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.
Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf das Gatten- und Kindererbe nach dem Kriege: Bd. 307, 35. Sitz. S. 792C. 36. Sitz. S. 816B, 822B. Bd. 309, 85. Sitz. S. 2461D. 93. Sitz. S. 2748B, 2756C, 2777B. 94. Sitz. S. 2794C. Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735D, 4753A. Bd. 320, Nr. 708 S. 7, 8, 12, 14, 15, 16. Bd. 325, Nr. 1739 S. 9 ff., 12.
Resolution Albrecht u. Genossen zum Gesetzentwurf über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsgeschäftsjahr: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Entwurf vorzulegen, über die Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes, der folgende Bestimmungen enthält:
1. Erhöhung der Normalsätze der jetzigen Erbschaftssteuer des Reichs auf das Doppelte;
2. Heranziehung der Ehegatten, Kinder und Kindeskinder zur Erbschaftssteuer mit Sätzen, die nach der Höhe des Erbanfalls zuzüglich des Vermögens dieser Personen stufenweise ansteigen;
3. allgemeine Berechnung der Steuer nach dem Erbanfall zuzüglich des Vermögens der Erben;
4. Erhebung eines Pflichtanteils für das Reich von allen Nachlässen, die nicht an Kinder und Kindeskinder vererbt werden und 30000 Mark Geldwert übersteigen, sofern nicht mehr als drei Kinder oder deren Kinder Erben sind;
5. Aufhebung der besonderen staatlichen Erbschaftssteuern und der besonderen staatlichen Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer und Ueberweisung von Anteilen am Ertrage der abgeänderten Reichserbschaftssteuer an die Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung: Bd. 325, Nr. 1780 unter 1. Bd. 313, 188. Sitz. S. 6041B. 190. Sitz. S. 6123A, 6125D, 6127B, 6128C. — Abgelehnt.

Erdbeeren, Zollbefreiung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Dr. **Erdmann**, Mitglied des Reichstags, Redeverbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5254B.

Erdölpech, Erdwachs siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281c.

Erfinder.
Petition, betreffend die soziale Organisation der Erfindertätigkeit: Ber. d. Pet.-Ausschs. Bd. 325, Nr. 1868. — Unerledigt.
Siehe auch „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 6h.

Ermächtigungsgesetz siehe „Kriegswirtschaft" unter I.

Ernährungsverhältnisse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 91.

Ernte, Ernteerhebungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 92, 93, 94, 139m.

Ersatzgeschäft siehe „Reichsheer" unter 23.

Ersatznahrungsmittel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 272b.

Erzberger, Mitglied des Reichstags.
Beschuldigungen der alldeutschen und industriellen Presse gegen den Abgeordneten Erzberger, Vorwurf der Bestechung, der Benutzung von Dienstautos, der Politik gegen Ludendorff usw.:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4226A ff.
136. Sitz. S. 4238C, 4259C ff., 4274C, 4275C.
Friedensaktion Erzbergers, Aeußerung über schnelle Friedensverständigung mit England: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4260D, 4274C, 4275C.
Reise nach Wien, Anfrage Graf v. Westarp, siehe „Auswärtige Politik" unter 1.
Artikel in der „Germania" über die Ukraine usw., angeblich nach bolschewistischen Quellen: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5631D, 5635C.

Erziehungs- und Schulgeschichte. Gesellschaft für deutsche E. und Sch., Tätigkeit, Reichszuschuß: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5302A, 5310D.

Essig, Essigsäure. Ausreichender Schutzzoll siehe „Zolltarif". Essigsäure, Besteuerung, siehe „Branntweinsteuer" unter 5 u. 6. Essigsäureordnung siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 98.

Estland siehe „Rußland" unter B, C u. G.

Etappengebiet siehe „Reichsheer" unter 53, siehe auch „Krieg" unter VI.

Etatswesen. — Siehe auch „Rechnungswesen", „Schutzgebiete".

I. Aufstellung des Etats.

1. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im nächsten Entwurf des Reichshaushalts entbehrliche Fremdworte auszumerzen: Bd. 315, Nr. 56 unter II g.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 124B. — Angenommen.
Fremdwörter, Ausmerzung: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2571C.
2. Etat für 1915, Gestaltung mit Rücksicht auf den Krieg: Bd. 306, 4. Sitz. S. 32D.
3. Etat für 1916, Gestaltung mit Rücksicht auf den Krieg: Bd. 306, 34. Sitz. S. 768B.
Aenderung in den etatsmäßigen Stellen durch § 10 der dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes siehe „Beamte" unter A 1.
4. Etat für 1917, Gestaltung mit Rücksicht auf den Krieg:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2360B,
83. Sitz. S. 2382C, 2395C.
—, Einnahme aus der außerordentlichen Kriegssteuer, Leertitel im Etat für 1917, Gründe (fiktiver Etat):
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2360B,
85. Sitz. S. 2450A, 2458A.
5. Etat für 1918, Gestaltung mit Rücksicht auf den Krieg usw.:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4185C.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4738D, 4741D, 4745A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122D.

II. Etat für 1914.

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914 (Kriegsausgaben, Reichsschuld): Bd. 315, Nr. 5.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 9B, 10D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 345.
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914 (Kriegsausgaben, Reichsschuld): Bd. 315, Nr. 24.

Etatswesen. II. Etat für 1914. 2. Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 3. Sitz. S. 17C.
Gesetz vom 3. 12. 1914, RGB. S. 489.

III. Etat für 1915.

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1915: Bd. 315, Nr. 40.
Ueberblick über die Entwürfe der Etats für den Reichshaushalt und für den Haushalt der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1915: Bd. 315, zu Nr. 40.
Erste Beratung: Bd. 306, 4. Sitz. S. 29A.
Ueberweisung des Etats an den verstärkten Haushaltsausschuß: Bd. 306, 4. Sitz. S. 50A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 50, 53, 56, 57, 59, 65, 66 (Petitionen).
Zweite Beratung: Resolutionen: Bd. 315, Nr. 60, 61.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 56A.
7. Sitz. S. 65D.
8. Sitz. S. 97B.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 315, Nr. 67.
Dritte Beratung: Generaldiskussion: Bd. 306, 9. Sitz. S. 132B.
Spezialdiskussion: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B, 134C (Petitionen).
Gesetz vom 27. 3. 1915, RGB. S. 157.
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915 (Kriegsausgaben, Reichsschuld): Bd. 315, Nr. 105.
Erste Beratung: Bd. 306, 13. Sitz. S. 213B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 316, Nr. 112.
Zweite Beratung: Bd. 306, 14. Sitz. S. 221D.
Dritte Beratung: Bd. 306, 14. Sitz. S. 240C.
Gesetz vom 31. 8. 1915, RGB. S. 543.
3. Entwurf eines Gesetzes, betr. die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915 (Kriegsausgaben, Reichsschuld): Bd. 316, Nr. 163.
Erste Beratung: Bd. 306, 23. Sitz. S. 450C.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 317, Nr. 180.
Zweite Beratung: Bd. 306, 25. Sitz. S. 506C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 25. Sitz. S. 508A.
Gesetz vom 24. 12. 1915, RGB. S. 842.

Beratung der einzelnen Etats.

A. Etatsgesetz.
Anlagen:
1. Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium auf das Rechnungsjahr 1915: S. 22 des Etatsentwurfs.
2. Besoldungsetat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auf das Rechnungsjahr 1915: S. 23 des Etatsentwurfs.
3. Verzeichnis derjenigen Stellen des Landheeres, der Marine und des Reichsmilitärgerichts, welche unter A 1 bis 8 des Servistarifs fallen: S. 24 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315 Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 130C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134B.

B. Reichstag. — Anlage I.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 50.
Zweite Beratung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 56B.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B.

tatswesen. III. Etat für 1915 (Fortsetzung).

. Reichskanzler und Reichskanzlei. — Anlage II.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausſch.: Bd. 315, Nr. 50.
Zweite Beratung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 56C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B.

). Auswärtiges Amt. — Anlage III.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 50.
Zweite Beratung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 56C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B, 135A (Petition).
Petitionen: Bd. 315, Nr. 50 unter II, Nr. 66 unter III.

E. Reichsamt des Innern. — Anlage IV.
Beilage: Sechste Denkſchrift über den Stand der Arbeiten zur Erweiterung des Kaiſer-Wilhelm-Kanals: S. 48 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. der Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 56.
Zweite Beratung:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 67B.
8. Sitz. S. 97B.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B, 134C (Petitionen).
Reſolutionen uſw.: Bd. 315, Nr. 56 unter II bis V, Nr. 60, 61.
Petitionen: Bd. 315, Nr. 66 unter I.

F. Reichsheer. — Anlage V.
Anlage: Ueberſicht der Etatsſtärke des deutſchen Heeres für 1915: S. 77 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 53.
Zweite Beratung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 60C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B.
Reſolutionen: Bd. 315, Nr. 53 unter II.
Petitionen: Bd. 315, Nr. 53 unter III.
Nachtragsetats ſiehe vorſtehend unter III 2 u. 3.

G. Reichsmilitärgericht. — Anlage Va.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 53.
Zweite Beratung: Bd 306, 6. Sitz. S. 62D.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B.

H. Marine. — Anlage VI.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 59.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 126D.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B.
Petitionen: Bd. 315, Nr. 59 unter IIA.

J. Reichs-Juſtizverwaltung. — Anlage VII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 59.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 127C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B.
Petitionen: Bd. 315, Nr. 59 unter IIB.

K. Reichsſchatzamt. — Anlage VIII.
Mündl. Ber. d. Haush Ausſch.: Bd. 315, Nr. 59.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 127D.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 133B, 135A (Petitionen).
Petitionen: Bd. 315, Nr. 66 unter II.

L. Reichskolonialamt. — Anlage IX.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 125A.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134A.

M. Reichseiſenbahnamt. — Anlage X.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 129B.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134A.

N. Reichsſchuld. — Anlage XI.
Anlagen:
1. Verzinſung der Reichsſchuld für das Rechnungsjahr 1915: S. 6 des Etatsentwurfs.

Etatswesen. III. Etat für 1915. N. Reichsſchuld (Fortsetzung).
2. Schuldentilgung für das Rechnungsjahr 1915: S. 8 des Etatsentwurfs.
3. Tilgungsplan für die aus dem Jahre 1909 herrührende ſchwebende Schuld derjenigen Träger der Unfallverſicherung, welche die auf ſie entfallenden Zins- und Tilgungsraten nicht durch einmalige Kapitalzahlung abgelöſt haben: S. 10 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 128A.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134A.
Nachtragsetats ſiehe vorſtehend unter III 2 u. 3.

O. Rechnungshof. — Anlage XII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 129C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134A.

P. Allgemeiner Penſionsfonds. — Anlage XIII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 53, 57.
Zweite Beratung:
Bd. 306, 6. Sitz. S. 62D.
7. Sitz. S. 66A.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134A.
Reſolutionen: Bd. 315, Nr. 57.

Q. Reichs-Poſt- und Telegraphenverwaltung. — Anlage XIV.
Beilagen:
1. Nachweiſung über die Anlegung der im Poſtſcheckverkehr aufgekommenen Gelder (Rechnungsjahr 1913): S. 52 des Etatsentwurfs.
2. Nachweiſung über die Einnahmen und Ausgaben der reichseigenen Poſthaltereien in Berlin, Cöln und Düſſeldorf für das Rechnungsjahr 1915: S. 54 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 129D.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134A.
Petitionen: Bd. 315, Nr. 65 unter IIB.

R. Reichsdruckerei. — Anlage XV.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 130B.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134B.

S. Verwaltung der Reichseiſenbahnen. — Anlage XVI.
Beilage: Betriebslänge des Bahnnetzes und Leiſtungen der Fahrzeuge: S. 24 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 130B.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134B.

T. Allgemeine Finanzverwaltung. — Anlage XVII.
Anlagen:
1. Erläuterungen zur Veranſchlagung der Ausgleichungsbeträge für Zölle, Steuern und Gebühren: S. 12 des Etatsentwurfs.
2. Verteilung des den Bundesſtaaten zu überweiſenden Ertrags der Branntweinſteuer für das Rechnungsjahr 1915: S. 14 des Etatsentwurfs.
3. Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1915 zur Deckung der Geſamtausgaben des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge: S. 15 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 128A.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134B.

Etatswesen (Fortsetzung).

IV. Etat für 1916.

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1916: Bd. 317, Nr. 227.
   Ueberblick über die Entwürfe der Etats für den Reichshaushalt und für den Haushalt der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1916: Bd. 317, Nr. 228.
   Erste Beratung: Bd. 306, 34. Sitz. S. 767C.
   Bd. 307, 35. Sitz. S. 778A.
   36. Sitz. S. 809C.
   Ueberweisung des Etats an den Haushaltsausschuß: Bd. 307, 36. Sitz. S. 834D.
   Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 255.
   Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 252, 259, 260, 264, 272, 278; Bd. 318, Nr. 284, 293, 299, 330.
   Zweite Beratung: Resolutionen usw.: Bd. 317, Nr. 258, 261, 262, 265, 268; Bd. 318, Nr. 292, 294, 296, 297, 300, 301, 303, 307, 308, 309.
   Bd. 307, 39. Sitz. S. 850A.
   40. Sitz. S. 862A.
   41. Sitz. S. 903A.
   42. Sitz. S. 931D.
   47. Sitz. S. 1046C.
   48. Sitz. S. 1074A.
   49. Sitz. S. 1099D.
   50. Sitz. S. 1125C.
   51. Sitz. S. 1147C.
   52. Sitz. S. 1189C.
   53. Sitz. S. 1228D, 1250B.
   57. Sitz. S. 1393C.
   58. Sitz. S. 1458B.
   Zusammenstellung der Beschlüsse II. Beratung: Bd. 318, Nr. 369.
   Dritte Beratung: Resolutionen: Bd. 318, Nr. 373, 383, 387.
   Generaldiskussion:
   Bd. 307, 59. Sitz. S. 1509B.
   60 Sitz. S. 1519D.
   Spezialdiskussion:
   Bd. 307, 60. Sitz. S. 1548D.
   Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584B
   Gesetz vom 9. 6. 1916, RGBl. S. 471.

2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1916: Bd. 317, Nr. 246.
   Erste Beratung: Bd. 307, 37. Sitz. S. 841A.
   Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 247.
   Zweite Beratung: Bd. 307, 38. Sitz. S. 846B.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 38. Sitz. S. 846D.
   Gesetz vom 30. 3. 1916, RGBl. S. 207.

3. Ergänzung zum Entwurfe des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1916 (Gesandtschaftsgebäude in Sofia, Botschaftsgebäude in Konstantinopel): Bd. 318, Nr. 337.
   Erste und zweite Beratung: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1340A.
   Dritte Beratung: siehe vorstehend unter IV 1.

4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916 (Kriegsausgaben, Reichsschuld): Bd. 318, Nr. 382.
   Erste Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1589A.

Etatswesen. IV. Etat für 1916. 4. Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).
   Zweite und dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1593B.
   Gesetz vom 9. 6. 1916, RGBl. S. 490.

5. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916 (Kriegsausgaben, Reichsschuld): Bd. 319, Nr. 437.
   Erste Beratung: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1849C.
   Zweite und dritte Beratung: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1856D.
   Gesetz vom 30. 10. 1916, RGBl. S. 1229.

6. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1916 (Kriegskredit von 15 Milliarden, Reichsschuld): Bd. 320, Nr. 617.
   Erste Beratung: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2366B.
   Zweite Beratung: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2369D.
   Dritte Beratung: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2370D.
   Gesetz vom 28. 2. 1917, RGBl. S. 207.

Beratung der einzelnen Etats.

A. Etatsgesetz.
   Anlagen:
   1. Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium auf das Rechnungsjahr 1916: S. 22 des Etatsentwurfs.
   2. Besoldungsetat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auf das Rechnungsjahr 1916: S. 23 des Etatsentwurfs.
   3. Verzeichnis derjenigen Stellen des Landheeres, der Marine und des Reichsmilitärgerichts, welche unter A 1 bis 8 des Servistarifs fallen: S. 24 des Etatsentwurfs.
   Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 330 unter I.
   Zweite Beratung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1459C.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1587C.
   Nachtragsetats siehe vorstehend unter IV 4 und 5.

B. Reichstag. — Anlage I.
   Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 278.
   Zweite Beratung: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1046C.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1548D.
   Resolution: Bd. 318, Nr. 292.

C. Reichskanzler und Reichskanzlei. — Anlage II.
   Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 252.
   Zweite Beratung:
   Bd. 307, 39. Sitz. S. 850A.
   40. Sitz. S. 862A.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1548D.

D. Auswärtiges Amt. — Anlage III.
   Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 255.
   Zweite Beratung:
   Bd. 307, 39. Sitz. S. 850A.
   40. Sitz. S. 862A.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1548D.
   Resolutionen usw.: Bd. 317, Nr. 255 unter III, 258; Bd. 318, Nr. 373.
   Petitionen: Bd. 317, Nr. 255 unter IV.
   Ergänzungsetat siehe vorstehend unter IV 3.

E. Reichsamt des Innern. — Anlage IV.
   Beilage: Siebente Denkschrift über den Stand der Arbeiten zur Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals: S. 48 des Etatsentwurfs.
   Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 293.
   Zweite Beratung:

Etatswesen. IV. Etat für 1916. E. Reichsamt des Innern (Fortsetzung).

Bd. 307, 49. Sitz. S. 1113D.
50. Sitz. S. 1125C.
51. Sitz. S. 1147D.
52. Sitz. S. 1189D.
53. Sitz. 1228D (Petitionen), 1250A (Abstimmungen).
55. Sitz. S. 1336B/C (Petition).
58. Sitz. S. 1459D (Petitionen).
Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1550B.
Resolutionen usw.: Bd. 318, Nr. 293 unter II u. III, 294, 297, 300, 301, 303, 307, 308, 309, 383, 387.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 293 unter IV, 330 unter c und d.

F. Reichsheer. — Anlage V.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 260.
Zweite Beratung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 903A.
Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1553C.
Resolutionen: Bd. 317, Nr. 260 unter II, 261, 262.
Petitionen: Bd. 317, Nr. 260 unter III.
Nachtragsetats siehe vorstehend unter IV 4 und 5.

G. Reichsmilitärgericht. — Anlage Va.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 259 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B.
Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1575D.
Resolution: Bd. 317, Nr. 265.

H. Marine. — Anlage VI.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 259 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 926C.
Dritte Beratung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1575D.
Petition: Bd. 317, Nr. 259 unter II.

J. Reichsjustizverwaltung. — Anlage VII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 264 unter I.
Zweite Beratung:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 932A.
58. Sitz. S. 1459D (Petitionen).
Dritte Beratung:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1575D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584B, 1588D (Petitionen).
Resolutionen: Bd. 317, Nr. 264 unter IIa, 268.
Petitionen: Bd. 317, Nr. 264 unter IIIa bis f; Bd. 318, Nr. 330 unter IIIe bis g.

K. Reichsschatzamt. — Anlage VIII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 264 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 42. Sitz. S. 952A.
48. Sitz. S. 1074A.
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584B.
Resolutionen: Bd. 317, Nr. 264 unter IIb.
Petitionen: Bd. 317, Nr. 264 unter IIIg bis i.

L. Reichskolonialamt. — Anlage IX.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 299.
Zweite Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1393D.
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584B.

M. Reichseisenbahnamt. — Anlage X.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 272 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1076B.
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584C.

Etatswesen. IV. Etat für 1916 (Fortsetzung).

N. Reichsschuld. — Anlage XI.
Anlagen:
1. Verzinsung der Reichsschuld für das Rechnungsjahr 1916: S. 8 des Etatsentwurfs.
2. Schuldentilgung für das Rechnungsjahr 1916: S. 10 des Etatsentwurfs.
3. Tilgungsplan für die aus dem Jahre 1909 herrührende schwebende Schuld derjenigen Träger der Unfallversicherung, welche die auf sie entfallenden Zins- und Tilgungsraten nicht durch einmalige Kapitalzahlung abgelöst haben: S. 12 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 264 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1458C.
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584C.
Resolution: Bd. 317, Nr. 264 unter IIc.
Ergänzungsetat siehe vorstehend unter IV 3.
Nachtragsetats siehe vorstehend unter IV 4, 5 u. 6.

O. Rechnungshof. — Anlage XII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 264 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1074C.
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584C.

P. Allgemeiner Pensionsfonds. — Anlage XIII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 272 unter I.
Zweite Beratung:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1075A.
58. Sitz. S. 1459D (Petitionen).
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584C.
Resolution: Bd. 317, Nr. 272 unter II.
Petitionen: Bd. 317, Nr. 272 unter IIIa; Bd. 318, Nr. 330 unter IIIh u. i.

Q. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. — Anlage XIV.
Beilagen:
1. Nachweisung über die Anlegung der im Postscheckverkehr aufgekommenen Gelder (Rechnungsjahr 1914): S. 42 des Etatsentwurfs.
2. Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben der reichseigenen Posthaltereien in Berlin, Cöln und Düsseldorf für das Rechnungsjahr 1916: S. 44 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 284 unter I.
Zweite Beratung:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1081A.
49. Sitz. S. 1099D.
58. Sitz. S. 1459D (Petition).
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1184C.
Resolutionen: Bd. 318, Nr. 284 unter II, 296.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 284 unter III; Bd. 318, Nr. 330 unter IIIk.

R. Reichsdruckerei. — Anlage XV.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 284 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1113C.
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1185B.

S. Verwaltung der Reichseisenbahnen. — Anlage XVI.
Beilage: Betriebslänge des Bahnnetzes und Leistungen der Fahrzeuge: S. 22 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 272 unter I.
Zweite Beratung:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1076C.
58. Sitz. S. 1459D (Petition).

Etatswesen. IV. Etat für 1916. S. Verwaltung der Reichseisenbahnen (Fortsetzung).

Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1586D, 1588D (Petition).
Petitionen: Bd. 317, Nr. 272 unter IIIb, 330 unter IIII, m.

T. Allgemeine Finanzverwaltung. — Anlage XVII.
Anlagen:
1. Erläuterungen zur Veranschlagung der Ausgleichungsbeträge für Zölle, Steuern und Gebühren: S. 12 des Etatsentwurfs.
2. Verteilung des den Bundesstaaten zu überweisenden Ertrags der Branntweinsteuer für das Rechnungsjahr 1916: S. 14 des Etatsentwurfs.
3. Berechnung der nach dem Reichhaushaltsetat für 1916 zur Deckung der Gesamtausgaben des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge: S. 15 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 330 unter I.

Zweite Beratung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1458D, 1459D (Petitionen).
Dritte Beratung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1587C.
Resolutionen: Bd. 318, Nr. 330 unter II.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 330 unter IIIa u. b.

V. Etat für 1917.

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1917: Bd. 320, Nr. 618.
Ueberblick über die Entwürfe der Etats für den Reichshaushalt und für den Haushalt der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1917: Bd. 320, Nr. 619.
Erste Beratung:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2358A.
83. Sitz. S. 2371D.
84. Sitz. S. 2412A.
85. Sitz. S. 2445C.
86. Sitz. S. 2481A.
Ueberweisung des Etats an den Haushaltsausschuß: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2527B.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 721 (Verwaltung der Reichseisenbahnen).
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 654, 655 (berichtigt), 656, 665, 666, 667, 668, 669, 671, 674, 675; Bd. 321, Nr. 729, 765, 766, 788 (Abänderung siehe Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158A), 789, 790, 795, 849.
Zweite Beratung: Anträge und Resolutionen: Bd. 320, Nr. 665, 669, 672, 676, 677, 678, 679, 680, 682, 684, 686, 687, 688, 690, 691, 694, 695, 696; Bd. 321, Nr. 730, 735, 736, 772, 773, 781, 783, 784, 788, 795, 798.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2533A.
88. Sitz. S. 2567D.
89. Sitz. S. 2606B, 2629B.
90. Sitz. S. 2652B, 2060A.
91. Sitz. S. 2091D.
92. Sitz. S. 2708A, 2721B, 2743C.
93. Sitz. S. 2765A.
95. Sitz. S. 2829A.
96. Sitz. S. 2887C.
98. Sitz. S. 2946C, 2958C, 2974C.
99. Sitz. S. 2080A.
100. Sitz. S. 3022B, 3045B.
101. Sitz. S. 3062C.

Etatswesen. V. Etat für 1917. 1. Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104A.
103. Sitz. S. 3146C.
104. Sitz. S. 3158A, 3186C, 3193C.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd 321, Nr. 818.
Dritte Beratung: Anträge und Resolutionen: Bd. 321, Nr. 819, 822, 824, 844, 847, 849, 854, 855.
Generaldiskussion: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3354C (Geschäftsordnungsdebatte).
Spezialdiskussion:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3354D, 3398C.
109. Sitz. S. 3398C, 3420D, 3425A.
110. Sitz. S. 3436B.
Gesetz vom 30. 5. 1917, RGB. S. 445.

2. Entwurf eines Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1917: Bd. 321, Nr. 720.
Erste Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2824A.
Zweite Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2825B.
Dritte Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2825B.
Gesetz vom 30. 3. 1917, RGB. S. 289.

3. Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1917 (Reichsschuld, Marine, Erweiterung der Deichbauten an der Jade zwecks Gewinnung von Gelände, erste Rate): Bd. 321, Nr. 760.
Erste Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158A.
Zweite Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3185B.
Dritte Beratung: siehe vorstehend unter V 1.

4. Zweite Ergänzung zum Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1917 nebst Anlage (Reichsschuld, Verwaltung des Reichsheeres, Erweiterung der Geschäftsräume des Kriegsministeriums): Bd. 321, Nr. 807.
Beilage: Denkschrift, betreffend die Erweiterung der Geschäftsräume des Kriegsministeriums in Berlin.
Erste Beratung: Bd. 310, 107 Sitz. S. 3297D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 829.
Zweite Beratung: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3332A.
Dritte Beratung: siehe vorstehend unter V 1.

5. Dritte Ergänzung zum Entwurfe des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1917 (Mittel für den Bau von Wasserstraßen).
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384B.

6. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917 (Kriegskredit von 15 Milliarden Mark, Reichsschuld): Bd. 321, Nr. 889.
Erste Beratung:
Bd. 310, 111. Sitz. S. 3502C.
116. Sitz. S 3570B.
Zweite Beratung: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3596D.
Dritte Beratung: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3610D.
Gesetz vom 21. Juli 1917 RGB. S. 651.
Resolutionen: Bd. 321, Nr. 933, 950.
Petitionen: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3611A.

7. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917 (Reichskanzler, Stellvertreter des Reichskanzlers; Reichsamt des Innern, Reichswirtschaftsamt; Reichsjustizverwaltung, 1 Unterstaats-

Etatswesen. V. Etat für 1917. 7. Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).

sekretär; Reichsschatzamt, 1 Unterstaatssekretär usw.; Reichsschuld): Bd. 321, Nr. 1025.
Beilage zu Anlage II: Denkschrift über die Entwicklung des Reichsamts des Innern und seine Teilung.
Erste Beratung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3624 B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1071.
Zweite Beratung: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3683 A.
Dritte Beratung: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3761 A (Geschäftsordnung).
An den Haush. Ausschs. zurückgewiesen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1109, Bd. 311, 126. Sitz. S. 3879 D.
Unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Beratung angenommen.
Gesetz vom 21. 10. 1917, RGBl. S. 959.
Resolutionen: Bd. 322, Nr. 1078, 1079, 1111.
Petitionen: Bd. 322, Nr. 1076 unter III.

8. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917 (Kriegskredit von 15 Milliarden Mark, Reichsschuld): Bd. 322, Nr. 1163.
Erste Beratung: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3943 D.
Zweite Beratung: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3965 A.
Dritte Beratung: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3970 B, 3983 A.
Gesetz vom 9. 11. 17. RGBl. S. 1097.

9. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1917 (Kriegskredit von 15 Milliarden Mark, Reichsschuld): Bd. 323, Nr. 1361.
Erste Beratung: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4491 C.
Zweite Beratung: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4493 C.
Dritte Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525 C.
Gesetz vom 22. 2. 1918 RGBl. S. 145.

10. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Festsetzung eines fünften Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1917 (dazu Denkschrift, betreffend den Grunderwerb zu einem Neubau für die Reichsschuldenverwaltung): Bd. 323, Nr. 1362.
Erste Beratung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4403 C.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1417.
Zweite Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4533 A.
Dritte Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4533 B.
Gesetz vom 28. 3. 1918 RGBl. S. 164.
Petitionen: Bd. 324, Nr. 1417 unter A 2 (für erledigt erklärt).

Beratung der einzelnen Etats.

A. Etatsgesetz.
Anlagen:
1. Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium: S. 22 des Etatsentwurfs.
2. Besoldungsetat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte: S. 23 des Etatsentwurfs.
3. Verzeichnis derjenigen Stellen des Landheeres, der Marine und des Reichsmilitärgerichts, welche unter A 1 bis 8 des Servistarifs fallen, S. 24 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 790.
Erste Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3194 D.
Zweite Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 A.
Ergänzungsetats und Nachtragsetats siehe vorstehend unter V 3—10.

Etatswesen. V. Etat für 1917 (Fortsetzung).

B. Reichstag. — Anlage I.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Nr. 765.
Zweite Beratung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3016 B.
Dritte Beratung: Bd. 310, 108. Sitz. 3354 D.

C. Reichskanzler u. Reichskanzlei. — Anlage II.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Nr. 654.
Zweite Beratung:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2829 A.
96. Sitz. S. 2887 C.
Dritte Beratung:
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3398 C, 3420 D.
110. Sitz. S. 3436 B.
Antrag: Bd. 321, Nr. 730.
Resolutionen: Bd. 320, Nr. 690, 735, 736.
Petitionen: Bd. 320, Nr. 654 unter II.
Nachtragsetat f. 1917 siehe vorstehend unter V 7.

D. Auswärtiges Amt. — Anlage III.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 655 (berichtigt).
Zweite Beratung:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2829 A.
96. Sitz. S. 2887 C, 2933 C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3398 C.
110. Sitz. S. 3453 B.
Petitionen: Bd. 320, Nr. 655 (berichtigt) unter II.

E. Reichsamt des Innern. — Anlage IV.
Beilage A: die Leipziger Mustermessen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 656; Bd. 321, Nr. 729, 849.
Zweite Beratung:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2533 A.
88. Sitz. S. 2567 D.
89. Sitz. S. 2606 B, 2629 B.
90. Sitz. S. 2652 B.
Dritte Beratung: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3354 C.
Resolutionen u. Anträge: Bd. 320, Nr. 656 unter II, 672, 676, 677, 678, 679, 686, 687, 691; Bd. 321, Nr. 819, 822, 844, 849, 855.
Petitionen: Bd. 320, Nr. 656, 729.
Ergänzungsetat siehe vorstehend unter V 5.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter V 7.

F. Reichsheer. — Anlage V.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766, 795 (Resolutionen):
Zweite Beratung:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045 B.
101. Sitz. S. 3062 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104 A.
103. Sitz. S. 3146 C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3453 B, 3490 C.
Anträge und Resolutionen: Bd. 321, Nr. 772, 773, 781, 783, 784, 795, 847, 854.
Petition: Bd. 321, Nr. 766 unter III.
Ergänzungsetat siehe vorstehend unter V 4.

G. Reichsmilitärgericht. — Anlage Va.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 790.
Zweite Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3193 C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491 B.

H. Marine. — Anlage VI.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 788 (Abänderung des Berichts siehe Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158 A).
Zweite Beratung: Ab.-Antr. Bd. 321, Nr. 798.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158 A.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 4391 B.
Resolution: Bd. 321, Nr. 788 unter II.
Ergänzungsetat siehe vorstehend unter V 3.

Etatswesen. V. Etat für 1917 (Fortsetzung).

J. Reichsjustizverwaltung. — Anlage VII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 665 unter I.
Zweite Beratung: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2060A.
91. Sitz. S. 2091D.
92. Sitz. S. 2708A.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491B.
Resolutionen: Bd. 320, Nr. 665 unter II, 680, 682, 684.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter V 7.

K. Reichsschatzamt. — Anlage VIII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 666.
Zweite Beratung:
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2743C.
98. Sitz. S. 2946C, 2958C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3492B.
Resolutionen: Bd. 320, Nr. 688, 695.
Petition: Bd. 320, Nr. 666 unter II.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter V 7.

L. Reichskolonialamt. — Anlage IX.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 789.
Zweite Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3493D.

M. Reichseisenbahnamt. — Anlage X.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 671.
Zweite Beratung:
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2721B.
93. Sitz. S. 2765A (namentl. Abstimmung).
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494A.
Resolution: Bd. 320, Nr. 694.

N. Reichsschuld. — Anlage XI.
Anlagen:
1. Verzinsung der Reichsschuld f. d. Rechnungsjahr 1917: S. 8 des Etatsentwurfs.
2. Schuldentilgung f. d. Rechnungsjahr 1917: S. 10 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 667.
Zweite Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3193C.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494A.
Ergänzungs- u. Nachtragsetats siehe vorstehend unter V 3, 4, 6—10.

O. Rechnungshof. — Anlage XII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 668.
Zweite Beratung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2958D.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494A.

P. Allgemeiner Pensionsfonds. — Anlage XIII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 669.
Zweite Beratung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2959B.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494A.
Resolution: Bd. 320, Nr. 669 unter II.
Petitionen: Bd. 320, Nr. 669 unter III u. Ab. Antr. Bd. 320, Nr. 696.

Q. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. — Anlage XIV.
Beilagen:
1. Nachweisung über die Anlegung der im Postscheckverkehr aufgekommenen Gelder (Rechnungsjahr 1915): S. 34 des Etatsentwurfs.
2. Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben der reichseigenen Posthaltereien in Berlin, Cöln, Düsseldorf und Königsberg in Pr. für das Rechnungsjahr 1917: S. 36 des Etatsentwurfs.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 674.
Zweite Beratung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C.
99. Sitz. S. 2080A.

Etatswesen. V. Etat für 1917. Q. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (Fortsetzung).
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494A.
Antrag: Bd. 321, Nr. 824.
Petitionen: Bd. 320, Nr. 674 unter III.
Gesetzentwurf, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe: Bd. 320, Nr. 674 unter II und Ab. Antr. Bd. 321, Nr. 771, siehe „Post- und Telegrapenverwaltung" unter XI 1.

R. Reichsdruckerei. — Anlage Nr. XV.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 675.
Zweite Beratung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3015A.
Dritte Beratung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3496A.

S. Verwaltung der Reichseisenbahnen. — Anlage XVI.
Beilage: Betriebslänge des Bahnnetzes und Leistungen der Fahrzeuge: S. 22 des Etatsentwurfs.
Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 721.
Zweite Beratung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3022B.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3496A.

T. Allgemeine Finanzverwaltung. — Anlage XVII.
Anlagen:
1. Erläuterungen zur Veranschlagung der Ausgleichungsbeträge für Zölle, Steuern und Gebühren (Kapitel 18 der Einnahmen), S. 12 des Entwurfs;
2. Verteilung des den Bundesstaaten zu überweisenden Ertrags der Branntweinsteuer für das Rechnungsjahr 1917, S. 14 des Entwurfs;
3. Denkschrift über die Verwertung der bei eintretender Demobilmachung überzählig werdenden Truppendienstpferde, S. 15 des Entwurfs;
4. Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1917 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge, S. 16.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 790.
Zweite Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3193D.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498A.
Ergänzungsetat siehe vorstehend unter V 3.

VI. Etat für 1918.

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 323, Nr. 1279.
Ueberblick über die Entwürfe von Gesetzen, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 323, Nr. 1280.
Erste Beratung:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4137D.
134. Sitz. S. 4152C.
135. Sitz. S. 4182A.
136. Sitz. S. 4233C.
137. Sitz. S. 4278B.
Antrag auf Ueberweisung des Reichshaushaltsplans an den Haushaltsausschuß: Bd. 323, Nr. 1347.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4311D. — Angenommen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1363, 1364, 1365, 1385; Bd. 324, Nr. 1493, 1498, 1534, 1600, 1674.
Zweite Beratung: Resolutionen und Anträge: Bd. 323, Nr. 1387, 1388; Bd. 324, Nr. 1403, 1404, 1423, 1473, 1474, 1477, 1478, 1487, 1488, 1493, 1522, 1523, 1524, 1532 (Abgeändert), 1533, 1534, 1569, 1570, 1584, 1586, 1589, 1615,

Etatswesen. VI. Etat für 1918. 1. Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).

1623, 1625, 1642, 1644, 1645, 1646, 1647, 1650, 1651, 1656, 1657, 1669, 1675, 1676.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4607C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4637C.
149. Sitz. S. 4673C.
150. Sitz. S. 4695D.
156. Sitz. S. 4881C.
157. Sitz. S. 4902A.
158. Sitz. S. 4926A.
159. Sitz. S. 4955C.
160. Sitz. S. 4990A.
161. Sitz. S. 5022B.
163. Sitz. S. 5077C.
164. Sitz. S. 5107D.
165. Sitz. S. 5134B.
170. Sitz. S. 5300B.
171. Sitz. S. 5327D.
172. Sitz. S. 5376C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5411D.
174. Sitz. S. 5454B.
175. Sitz. S. 5497C.
178. Sitz. S. 5565D.
179. Sitz. S. 5604C.
180. Sitz. S. 5540A.
181. Sitz. S. 5681D.
182. Sitz. S. 6706B (Nochmalige Abstimmung).
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 324, Nr. 1693.
Dritte Beratung: Resolutionen und Anträge: Bd. 324, Nr. 1696; Bd. 325, Nr. 1715.
Allgemeine Besprechung: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5706B.
Einzelbesprechung:
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5722C.
183. Sitz. S. 5748B.
184. Sitz. S. 5798C.
191. Sitz. S. 6143D.
Gesetz vom 25. 7. 1918, RGB. S. 753.

2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 323, Nr. 1386.
Erste Beratung: Bd. 311, 142. Sitz. S. 4424B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1417B.
Zweite Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525A.
Dritte Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525B.
Gesetz vom 28. 3. 1918, RGB. S. 161.

3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918, — Antrag des Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1673.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 179 Sitz. S. 5604A.
Gesetz vom 28. 6. 1918, RGB. S. 669.

4. Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1918. (Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder des Reichstags einschließlich 30000 Mk. Aufwandsgelder für den Präsidenten): Bd. 324, Nr. 1692.
Erste u. zweite Beratung: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5706A.
Dritte Beratung: siehe vorstehend unter VI 1.

5. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 (Reichsschuld, Kriegskredit von 15 Milliarden): Bd. 325, Nr. 1701.

Etatswesen. VI. Etat für 1918. 5. Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).

Erste Beratung: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5970C.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1812.
Zweite Beratung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6144D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6146B.
Gesetz vom 25. 7. 1918, RGB. S. 775.

6. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918 (Reichsschatzamt, Reichsschuld, Reichsfinanzhof) und Entwurf einer fünften Ergänzung des Besoldungsgesetzes: Bd. 325, Nr. 1737.
Erste Beratung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6069A.
Zweite Beratung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6069D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6146C.
Gesetz vom 1. 8. 1918, RGB. S. 1057.

7. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918 (Reichsschuld, Kriegskredit von 15 Milliarden Mark, Allgemeine Finanzverwaltung): Bd. 325, Nr. 1993. — Unerledigt.

8. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsplane für das Rechnungsjahr 1918 (Reichswirtschaftsamt, Reichsschuld, Errichtung eines Reichswirtschaftsamts; Baukostenzuschüsse für Neubauten): Bd. 325, Nr. 1994.
Dazu 2 Beilagen.
1. Bestimmungen des Bundesrats für die Gewährung von Baukostenzuschüssen aus Reichsmitteln, S. 5 des Entwurfs;
2. besondere Bestimmungen über die Gewährung von Baukostenzuschüssen zur Errichtung von Behelfsbauten und Notwohnungen, S. 7 des Entwurfs.
— Unerledigt.

Beratung der einzelnen Etats.

A. Etatsgesetz.
Anlagen:
1. Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium für das Rechnungsjahr 1918: S. 22 des Entwurfs.
2. Besoldungsetat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auf das Rechnungsjahr 1918: S. 23 des Entwurfs.
3. Verzeichnis derjenigen Stellen des Landheeres, der Marine und des Reichsmilitärgerichts, welche unter A 1 bis 8 S. 24 des Entwurfs fallen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1674.
Zweite Beratung: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6144C.
Ergänzungsetat und Nachtragsetat siehe vorstehend unter VI 4—6.

B. Reichstag. — Anlage I.
Zweite Beratung: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4727D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5722C.
Ergänzungsetat siehe vorstehend VI 4.

C. Reichskanzler und Reichskanzlei. — Anlage II.
Zweite Beratung:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5604C.
180. Sitz. S. 5640A.
181. Sitz. S. 5681D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5706B, 5722D.

D. Auswärtiges Amt. — Anlage III.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1363.
Zweite Beratung:

Etatswesen. VI. Etat für 1918. D. Auswärtiges Amt (Fortsetzung).

Bd. 313, 179. Sitz. S. 5604C.
180. Sitz. S. 5640A.
181. Sitz. S. 5681D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5748B.
Resolutionen: Bd. 324, Nr. 1669, 1676.
Petitionen: Bd. 323, Nr. 1363 unter II und Bd. 324, Nr. 1600.

E. Reichsamt des Innern. — Anlage IV.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1364.
Ab. Antr. Bd. 324, Nr. 1615, 1625.
Zweite Beratung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5300A.
171. Sitz. S. 5327D.
172. Sitz. S. 5376C (Abstimmungen, Petitionen).
Dritte Beratung: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5764C.
Resolutionen: Bd. 324, Nr. 1403 unter C, 1473, 1477 u. 1623.
Petitionen: Bd. 323, Nr. 1364 unter II.

F. Reichswirtschaftsamt. — Anlage IVa.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1365.
Zweite Beratung:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4881C.
157. Sitz. S. 4902A.
158. Sitz. S. 4926A.
159. Sitz. S. 4955C.
160. Sitz. S. 4990A.
161. Sitz. S. 5022B.
Bd. 313, 182. Sitz. S. 6706B (Nochm. Abstimmung).
Dritte Beratung:
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5767C.
184. Sitz. S. 5798C.
Resolutionen: Bd. 323 Nr. 1387, 1388, Bd. 324, Nr. 1403, 1404, 1478, 1522, 1523, 1524, 1532 (Abgeändert), 1533, 1569, 1570, 1696.
Petitionen: Bd. 323, Nr. 1365 unter II.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter VI 8.

G. Reichsheer. — Anlage V.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1534 unter A.
Zweite Beratung: Antrag Bd. 324, Nr. 1646.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5411D.
174. Sitz. S. 5454B.
175. Sitz. S. 5497C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5798D.
Resolutionen: Bd. 324, Nr. 1534 unter II, 1642, 1644, 1645, 1647, 1650, 1651, 1656, 1657.

H. Reichsmilitärgericht. — Anlage Va.
Zweite Beratung.: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843B.

J. Marine. — Anlage VI.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1493.
Zweite Beratung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5077D.
164. Sitz. S. 5107D.
Dritte Beratung: Ab.Antr.: Bd. 325, Nr. 1715.
Bd. 313, 184. Sitz. 5843B.
Resolutionen: Bd. 324, Nr. 1493 unter II, 1584.
Petitionen: Bd. 324, Nr. 1493 unter III.

K. Reichsjustizverwaltung. — Anlage VII.
Zweite Beratung: Bd. 312, 164. Sitz. 5114B.
165. Sitz. 5134B.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. 5844D.
Resolutionen: Bd. 324, Nr. 1423, 1589.

Etatswesen. VI. Etat für 1918 (Fortsetzung).

L. Reichsschatzamt. — Anlage VIII.
Zweite Beratung: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844D.
Resolution: Bd. 324, Nr. 1586.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter VI 6.

M. Reichskolonialamt. — Anlage IX.
Zweite Beratung: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5156A.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844D.

N. Reichseisenbahnamt. — Anlage X.
Zweite Beratung: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4707B.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844D.
Resolution: Bd. 324, Nr. 1487.
Beschluß des Bundesrats v. 16. 4. 1918 wegen Einsetzung einer Fachkommission zur Prüfung der voraussichtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen einer Vereinheitlichung der Staatseisenbahnen usw.: Bd. 324, Nr. 1481.

O. Reichsschuld. — Anlage XI.
Anlagen:
1. Verzinsung der Reichsschuld für das Rechnungsjahr 1918: S. 8 des Etatsentwurfs.
2. Schuldentilgung für das Rechnungsjahr 1918: S. 10 des Entwurfs.
3. Auslosungsplan der im Wege der Auslosung zurückzuzahlenden $4^1/_2$ prozentigen Reichsschatzanweisungen der VI. und VII. Kriegsanleihe für die ersten zwanzig Halbjahre: S. 12 des Entwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1534 unter C.
Zweite Beratung: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703A.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844D.
191. Sitz. S. 6143D.
Petition: Bd. 324, Nr. 1534 unter C II.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter VI 5—8.

P. Rechnungshof. — Anlage XII.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1498.
Zweite Beratung: Bd. 313, 181. Sitz. 5702D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5845D.

Q. Allgemeiner Pensionsfonds. — Anlage XIII.
Zweite Beratung:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114A (Absetzung von der Tagesordnung).
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5565D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5845A.
Resolution: Bd. 324, Nr. 1675.

R. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. — Anlage XIV.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A.
Zweite Beratung:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4607C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4637C.
149. Sitz. S. 4673C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5845D.
Resolution: Bd. 324, Nr. 1474.
Petitionen: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III.
Entwurf einer fünften Ergänzung des Besoldungsgesetzes — Bd. 323, Nr. 1385 unter A II — siehe „Beamte" unter A 1.

S. Reichsdruckerei. — Anlage XV.
Zweite Beratung: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D.

T. Verwaltung der Reichseisenbahnen. — Anlage XVI.
Beilage: Betriebslänge des Bahnnetzes und Leistungen der Fahrzeuge: S. 20 des Etatsentwurfs.

Etatswesen. VI. Etat für 1918. T. Verwaltung der Reichseisenbahnen (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323 Nr. 1385 unter B.
Zweite Beratung: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4677 A.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4695 D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846 D.
Petitionen: Bd. 323, Nr. 1385 unter B II und Bd. 312, 149. Sitz. S. 4679 C u. Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A (nachträglich eingegangen).
Resolution: Bd. 324, Nr. 1488.

V. Allgemeine Finanzverwaltung. — Anlage XVII.
Beilagen:
1. Erläuterungen zur Veranschlagung der Ausgleichungsbeträge für Zölle, Steuern und Gebühren (Kapitel 18 der Einnahmen), S. 12 des Entwurfs;
2. Verteilung des den Bundesstaaten zu überweisenden Ertrags der Branntweinsteuer für das Rechnungsjahr 1918, S. 14 des Entwurfs.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1534 unter B.
Zweite Beratung: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703 B.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5845 A (Von der Tagesordnung abgesetzt).
191. Sitz. S. 6144 A.
Nachtragsetat siehe vorstehend unter VI 7.

Europa, europäischer Staatenbund. — Siehe auch „Mitteleuropa".
Bundesstaatliche Vereinigung der europäischen Staaten und später der ganzen Welt, mit parlamentarischen Einrichtungen, Wegfall der Zollschranken:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3855 A.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4481 A.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6235 D.
197. Sitz. S. 6294 C.
—, Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets von Europa (Vereinigte Staaten von Europa, Trotzki's Schrift): Bd. 311, 128. Sitz. S. 3977 B ff.

Evangelischer Bund. Beleidigung der Katholiken in einem Flugblatt:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1238 D.
54. Sitz. S. 1258 A.
55. Sitz. S. 1308 D, 1334 A.

Explosivstoffe.
Kriegslieferungen, Arbeiterschutzbestimmungen usw. siehe „Kriegsindustrie".
Explosionen, Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII 3 g.

Fachausschüsse siehe „Hausindustrie".

Fachunterricht, privater, Erlaubnispflicht siehe „Fortbildungsschulen".

Fachzeitschriftenbetriebe, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Fäden, Preisregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 101.

Fahnenflüchtige.
Unterstützungen für die Familien siehe „Unterstützungen" unter R 9.
Vermögensbeschlagnahme. Anfrage Bassermann, Dr. Stresemann: Im Laufe dieses Krieges sind Wehrpflichtige für fahnenflüchtig erklärt, ihr Vermögen ist beschlagnahmt und ein Pfleger für die Verwaltung desselben eingesetzt. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler ein Reichsgesetz zu erlassen, durch welches die beschlagnahmten Vermögen nach Ablauf einer bestimmten Frist nach Bekanntgabe der Beschlagnahme für die Reichskasse für verfallen erklärt werden, wenn der Verurteilte nicht sich vorher stellt?: Bd. 320, Nr. 681.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2651 D.

Fahnenschmiede siehe „Reichsheer" unter 56.

v. Falkenhayn, preußischer General, ehemaliger Kriegsminister. Beanstandung seiner Tätigkeit für eine wirtschaftliche Mobilmachung am Anfang des Krieges: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4588 C, 4599 B.

Farben, benzolhaltige, Gesundheitsschädlichkeit, Feuergefährlichkeit; Verwendung auf Werften:
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5016 D.
161. Sitz. S. 5026 A.
Siehe auch „Bleiverwendung in der Industrie".

Faserstoff als Ersatz siehe „Kriegswirtschaft" unter II 103.

Faserstoffausstellung. Wichtigkeit der Ersatzstoffe, Frage der Einladung des Reichstags:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5485 A.
175. Sitz. S. 5503 B.

Fässer. Verkehrsregelung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 104.

Federn und Vogelbälge.
Petition, betr. Verbot der Einfuhr von Federn und Teilen von Bälgen wildlebender Vögel.
Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1867. — Unerledigt.

Fehrenbach, Mitglied des Reichstags.
Preußisch-Polen, Zugehörigkeit zu Deutschland usw., Polemik des Abgeordneten Fehrenbach gegen den Abg. Stychel, Korrektur im Stenogramm.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4299 A, 4307 C, 4309 C, 4310 A, 4311 D.

Feigen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 318.

Feldbibliotheken siehe „Reichsheer" unter 57.

Feldbuchhandlungen siehe „Reichsheer" unter 58.

Feldfriedhöfe, Ehrenfriedhöfe siehe „Reichsheer" unter 59.

Feldmann, M. d. R., Redeverbot: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3863 B.

Feldpostverkehr siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XIII.

Feldprediger siehe „Reichsheer" unter 128.

Feldwebelleutnants siehe „Reichsheer" unter 61, auch 182.

Feldzeugmeisterei siehe „Reichsheer" unter 114, auch „Kriegsindustrie".

Fernsprechwesen siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 5 u. XI 4.

Festungen. — Siehe auch „Krieg" unter VIII.
Petition, betreffend Erstattung der Kosten für die Minenanlage in der neuen Oderbrücke bei Glogau aus Mitteln der Heeresverwaltung.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 364.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896 A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Festungsgelände, Verwertung, siehe unter „Wohnungswesen."

Fett. Verbrauchsregelung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 172 g, 281.

Feuerbestattung.
Petition, betr. Einführung einer reichsgesetzlichen Regelung des Feuerbestattungswesens.
Ber. des Petitionsausschs.: Bd. 325, Nr. 1865. — Unerledigt.

Feuerversicherung. Gefahrerhöhung bei Beschäftigung von Kriegsgefangenen: Bd. 316, Nr 147 S. 112.

Feuerwerks- und Zeugpersonal siehe „Reichsheer" unter 63 u. 64.

Fideikommisse.
Antrag Albrecht u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetz seine Zustimmnng zu geben: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Begründung und Ausdehnung von Fideikommissen und Stammgütern: Bd. 320, Nr. 643. — Unerledigt.
Antrag Dr. Ablaß: Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sperrung der Fideikommißerrichtung für die Kriegs- und Uebergangszeit: Bd. 320, Nr. 641. — Unerledigt.
Preußischer Gesetzentwurf, Haltung des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer usw.:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2391C, 2398C ff, 2404C.
84. Sitz. S. 2412D, 2428D.
85. Sitz. S. 2448B.
86. Sitz. S. 2486D, 2501C.
Waldfideikommisse, Nützlichkeit: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2501C.
Freigabe von Land zu Siedlungszwecken: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2501D.

Filmamt, Preußisches.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): 1. Vor einigen Monaten ist in Berlin das Königlich Preußische Bild- und Filmamt gegründet worden, dessen Zweck und etatsmäßige Unterhaltung unklar ist.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese Behörde Fragebogen an die Kinotheaterbesitzer versendet, durch welche diese zum Verrat ihrer Geschäftsgeheimnisse und zur Bekanntgabe ihrer Bezugsquellen usw. aufgefordert werden? Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß von amtlichen Stellen ein Druck zur Beantwortung dieser Fragebogen ausgeübt wird, sowie daß die amtlichen Films unter starkem amtlichen Druck und ständiger Kontrolle an die Kinotheaterbesitzer abgegeben werden?
2. Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß das Königliche Bild- und Filmamt alle Filmkopieranstalten, welche die Negativfilms entwickeln, vollkommen mit seinen amtlichen Films belegt hat, so daß die private Filmindustrie und der Filmhandel seinen Verpflichtungen in bezug auf Lieferung von Films nicht mehr oder doch nur mit stärksten Verspätungen nachkommen kann?
3. Beabsichtigt die Regierung, wie es scheint, das gesamte Film- und Kinowesen zu verstaatlichen, und stellt das Bild- und Filmamt bereits eine Vorstufe auf dem Wege zur Verstaatlichung einer bisher freien Industrie, eines bisher freien Gewerbes dar, oder was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um allen diesen Eingriffen in die Gewerbefreiheit zu begegnen?: Bd. 322, Nr. 1127. — Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1201.
Siehe auch „Filmindustrie" und „Lichtspieltheater" unter 3.

Filmindustrie. Anfrage Dr. Stresemann: Die Begründung eines großen Auslandfilmtrusts, der alle großen deutschen Kinotheater aufzukaufen beabsichtigt und dadurch den deutschen Filmmarkt von der Produktion des Auslandes, sowohl des neutralen wie des feindlichen, abhängig machen würde, ist geplant.

Filmindustrie (Fortsetzung).
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, welche schweren Schädigungen die deutsche Filmindustrie und der deutsche Filmhandel von einem solchen Filmtrust zu erwarten haben, und ist die Regierung bereit, zunächst durch weitgehende Beschränkung der ausländischen Filmeinfuhr während des Krieges die Entwicklung der deutschen Filmindustrie zu schützen und zu fördern?: Bd. 319, Nr. 505.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 516.
Siehe auch „Filmamt".

Finanzlage, Finanzpolitik, Finanzreformen.
Siehe auch:
„Kriegsfinanzpolitik", „Mineralwasser",
„Schuldenwesen", „Personen- u. Frachtsteuergesetz",
„Vermögens- und Einkommensteuer", „Reichsstempelabgaben",
„Biersteuer", „Steuerflucht",
„Branntweinsteuer", „Steuern",
„Erbschaftssteuer", „Tabaksteuer",
„Kohlensteuer", „Umsatzsteuer",
„Zolltarif".

I. Finanzlage.
Ergebnisse des Rechnungsjahres 1914: Bd. 306, 4. Sitz. S. 34B.
Finanzlage im Rechnungsjahr 1915:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 34D.
8. Sitz. S. 128A.
24. Sitz. S. 466A.
Etat für 1917, Einnahmen und Ausgaben; Vergleich mit dem Vorjahr:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2359C.
83. Sitz. S. 2382C, 2401A.
—, Mehrausgaben bei den einzelnen Ressorts, Gründe, Beamtenstellenvermehrung, Aufwendungen für Renten usw.:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2359D.
83. Sitz. S. 2400D ff.
Etat für 1918, Einnahmen und Ausgaben, Schätzung, Ausgleich:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4152D ff.
135. Sitz. S. 4185C.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4738D, 4741D, 4745A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122D.
—, Mehrausgaben, Gründe, Stellenvermehrungen, Neubegründung des Reichswirtschaftsamts, Rentenzahlung:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4153B.
135. Sitz. S. 4186A.
136. Sitz. S. 4256A.
Siehe auch „Etatswesen".

II. Finanzpolitik des Reichs und der Bundesstaaten im allgemeinen.
Frage der stärkeren Heranziehung der direkten Steuern für das Reich, Verteilung der Steuerquellen auf Reich, Bundesstaaten und Kommunen: Bd. 318, Nr. 320 S. 107, 114.
Bd. 306, 34. Sitz. S. 771B.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 784C, 790D, 794A, 795B, 800B, 806B.
36. Sitz. S. 815A, 817A, 820A, 822A, 827A, 830A.
56. Sitz. S. 1341A, 1347A, 1351A,B, 1355C, 1357C, 1361A,B, 1372A, 1376D.
57. Sitz. S. 1394B.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2396A, 2402A.
85. Sitz. S. 2448C ff., 2459A ff., 2461A ff., 2462B, 2466C.

Finanzlage, Finanzpolitik, Finanzreformen. II. Finanzpolitik des Reichs und der Bundesstaaten im allgemeinen (Fortsetzung).

86. Sitz. S. 2485C, 2496C, 2500A, 2506B ff., 2508B ff., 2509D ff., 2512A.
93. Sitz. S. 2748C, 2753A,C, 2755C, 2756A, 2762C ff., 2767A.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4280D.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735D ff., 4742B, 4748A, 4757D.
152. Sitz. S. 4762A ff., 4763C ff., 4769C, 4777A ff. (Preußen, Württemberg), 4787C.
153. Sitz. S. 4796C, 4804B, 4816A.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 3 ff., 6 ff., 13 ff.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6123D ff., 6126C ff.

—, Direkte und indirekte Steuern, Vergleich der Gesamtbelastung des Volkes im Reich und Bundesstaaten, während des Krieges:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4736C ff., 4742B.
152. Sitz. S. 4761B, 4776D.
153. Sitz. S. 4792B, 4796C, 4815C.

—, Bundesstaatlicher Charakter des Deutschen Reichs, finanzielle Nachteile, kulturelle Vorteile: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735C ff.

—, Direkte Reichssteuern, Bedenken, Berufung auf Bismarck: Bd. 309, 93. Sitz. S. 2753A, 2755C 2756A, 2759B.

—, Stellung Württembergs:
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4764B.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 11.

Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer. siehe „Vermögens- und Einkommensteuer" unter I,

Abhandlung des Dr. Grabowsky im „Neuen Deutschland" über direkte Reichssteuern, Empfehlung des Sparzwangs für Arbeiter: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2507A.

Mehrverbrauchssteuer, Uebernahme auf das Reich, Schrift des Prof. Mombert:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2460B.
86. Sitz. S. 2510C.

Eintreten des Göttinger Professors Eugen Cohn und des Geheimen Regierungsrats Witting für direkte Reichssteuern: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2506B ff.

Einheitliche Regelung des gesamten direkten Steuerwesens durch das Reich:
Bd. 306, 24. Sitz. S. 474A.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 791A.
36. Sitz. S. 831D.
56. Sitz. S. 1372B.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4736C, 4752D, 4757A.
152. Sitz. S. 4763C, 4787C.

—, Siehe auch „Steuern" (Veranlag.).

Belastung der Bevölkerung durch direkte Steuern; Vergleich zwischen Deutschland und England:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 790A, 795A, 806C, 36. Sitz. S. 815A,B, 827A, 830A.
56. Sitz. S. 1355A, 1376C.
57. Sitz. S. 1412C, D.

—, Siehe auch unter III A.

Berechnung der persönlichen Einkommen der deutschen Bevölkerung, Steuermöglichkeiten: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4816A ff.

Verschiebung der Belastung durch den Krieg: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1376D.

Finanzlage, Finanzpolitik, Finanzreformen. II. Finanzpolitik des Reichs und der Bundesstaaten im allgemeinen (Fortsetzung).

Frage der Einführung von Reichsmonopolen:
Bd. 307, 36. Sitz. S. 817B.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4529B.

—, Siehe auch „Monopole", „Branntweinsteuer".

Petitionen über Erschließung neuer Einnahmequellen (Monopole, Steuern) für das Reich.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 318, Nr. 328.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508A. — Für erledigt erklärt.

Petition des Max Stephan in Leipzig-Volkmarsdorf, betreffend Aufbringung des zur Kriegführung erforderlichen Kapitals durch Kürzung der Gehälter der Geistlichen, Beamten und Offiziere und durch Herstellung einer eingleisigen Bahnlinie Coblenz—Königsberg für Militärtransporte.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 unter III b 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich siehe „Eisenbahnen" unter I.

Siehe auch unter III B u. „Schuldenwesen".

Notwendigkeit größter Sparsamkeit: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4403D, 4405B.

III. Entwicklung der Finanzen, Finanzreformen.

A. Kriegsmaßnahmen.

Finanzielle Mobilmachung siehe „Kriegsfinanzpolitik".

Kriegssteuern im allgemeinen. Frage der Deckung der Kriegsausgaben durch Steuern (oder durch Anleihen):
Bd. 306, 4. Sitz. S. 39B.
14. Sitz. S. 223B.
24. Sitz. S. 462C, 465C, 468A, 473A, 490B.
34. Sitz. S. 769C.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2418A.
86. Sitz. S. 2498D.
98. Sitz. S. 2954C.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3492B, 3493B.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4528B, 4529D.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4747A.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 9.

—, Anleihe- und Steuerpolitik während des Krieges, Aufbringung der Zinsen für Kredite durch Steuern:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4734C ff., 4738A, 4741C.
152. Sitz. S. 4781A, 4788A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122D, 6126C.
191. Sitz. S. 6142C ff.

—, Siehe auch „Schuldenwesen" unter I A 3.

Kriegssteuern zur Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Etat, Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit, Dauer; Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Regierung:
Bd. 318, Nr. 320 S. 117.
Nr. 321 S. 12.
Bd. 306, 34. Sitz. S. 768C.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 781A, 795D, 798B, 803C.
36. Sitz. S. 810D, 819D, 828C.
56. Sitz. S. 1341A, 1343D, 1350B, 1353A, 1354D, 1357C, 1361A, 1364C, 1365B, 1371B, 1377A.

Finanzlage, Finanzpolitik, Finanzreformen. III. Entwicklung der Finanzen, Finanzreformen. A. Kriegsmaßnahmen (Fortsetzung).

58. Sitz. S. 1431 C, 1433 A, 1444 C.
59. Sitz. S. 1506 B, D.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4747 A.

—, Mehrbetrag für 1917, Deckung, Wege dafür, Einstellung der Erträge der vorjährigen Kriegssteuer in den Etat für 1917:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2360 A, C, 2362 B.
86. Sitz. S. 2509 C (Uebergangszeit).
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4747 A.

—, Uebernahme des Defizits des Jahres 1917 auf den Kriegssteuerzuschlag:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4153 D.

—, Mehrbetrag für 1918, Deckung durch Steuern:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4738 D, 4741 D, 4745 A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122 D.

Ertrag der Kriegssteuern:
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1363 D.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2361 C.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3970 C ff., (Vergleich mit England).
134. Sitz. S. 4152 D, 4153 D.
135. Sitz. S. 4185 C.
137. Sitz. S. 4280 B.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4747 A.

— Siehe auch „Vermögenssteuer".

Finanzprogramm für die weitere Kriegs- bezw. für die Friedenszeit, Steuerpläne:
Bd. 320, Nr. 708 S. 6, 7, 9, 11.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3971 D.
134. Sitz. S. 4157 D.
135. Sitz. S. 4185 D.
137. Sitz. S. 4278 C ff., 4283 A.

Besitzsteuern, stärkere Heranziehung zur Aufbringung des Steuerbedarfs:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 789 B, 799 C, D, 804 B.
36. Sitz. S. 820 A, 822 D, 827 A.
56. Sitz. S. 1345 B, 1349 B, 1353 A, 1354 D.
57. Sitz. S. 1394 C.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2402 A.
85. Sitz. S. 2461 C, 2466 C.
86. Sitz. S. 2496 C, 2506 B ff., 2508 C, 2509 C, 2510 D.
93. Sitz. S. 2754 A, 2761 C, 2764 C.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4737 B, 4742 B.
152. Sitz. S. 4762 A, 4776 D ff.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6123 D.
Siehe auch „Vermögenssteuer".

Verkehrs- und Verbrauchssteuern, Höhe, Ertrag, wirtschaftliche Wirkungen, Belastung der ärmeren Klassen usw.:
Bd. 318, Nr. 320 S. 103, 122.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 787 A, 788 B, 799 A.
36. Sitz. S. 822 D, 829 A, 830 C, 833 A, 834 A, 835 D.
56. Sitz. S. 1362 D, 1365 D, 1373 A.
57. Sitz. S. 1409 D, 1410 D.
58. Sitz. S. 1455 D.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2458 D, 2460 A ff., 2462 D ff., 2467 B ff.
86. Sitz. S. 2485 B, 2506 A.
93. Sitz. S. 2747 C, 2749 A, 2762 C, 2764 A, 2765 C ff., 2772 A, 2777 C, 2780 B.

Finanzlage, Finanzpolitik, Finanzreformen. III. Entwicklung der Finanzen, Finanzreformen. A. Kriegsmaßnahmen (Fortsetzung).

94. Sitz. S. 2782 A, 2785 A, 2794 B, 2797 A, 2810 C, 2813 A ff.

Steuern von 1918 (Verkehrs-, Umsatz-, Getränke- usw. Steuern), allgemeine Bewertung, eingeschätzte Erträge usw., Belastung des Volkes, von Besitz und Konsum:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4738 A ff., 4741 A, 4742 A, 4746 D, 4747 C, 4750 A, 4757 D.
152. Sitz. S. 4761 B, D, 4768 A, 4769 A, 4776 C, 4782 A, 4786 C, 4787 C ff.
153. Sitz. S. 4792 A, 4796 B ff., 4797 C, 4798 A, 4803 B ff., 4809 D, 4815 C ff., 4816 D.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 2 ff.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122 B ff., 6124 D, 6125 A ff., 6126 C.
191. Sitz. S. 6142 C.

—, Zu kurze Beratungszeit für die Gesetze: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122 C, 6125 C.

—, Die deutsche Kriegssteuerpolitik von 1918 als „Flickwerk" bezeichnet: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4737 D, 4747 C, 4757 D.

—, Bedeutung der Interessentengutachten: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793 A, 4797 C.

—, Eingabe der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung über die Finanzlage, Kriegsschuldenlast usw.: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4781 B, 4787 B ff.

—, Die Getränkesteuern als Teil der späteren Finanzreform, keine weitere Erhöhung: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971 C, 5977 B, 5978 B, 5981 B.

—, Abschließende Worte des Reichsschatzsekretärs Grafen von Roedern über Vollendung der Steuergesetzgebung von 1918, Bedeutung der Steuern für den Zinsdienst usw.: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6142 C ff.

—, Siehe auch die einzelnen Steuern.

B. Finanzreform nach dem Kriege.

Gesamtreform, Notwendigkeit, Gestaltung:
Bd. 306, 24. Sitz. S. 462 A, 467 A, 469 C, 473 C, 474 D, 477 D, 486 B, 487 B, 489 C, 490 D, 491 B, 492 B.
Bd. 320, Nr. 708 S. 6, 7, 9, 11.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3971 D.
134. Sitz. S. 4157 D.
135. Sitz. S. 4185 D.
137. Sitz. S. 4278 C ff., 4283 A.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4529 B.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4737 C, 4741 C, 4747 B, 4757 D.
152. Sitz. S. 4769 C, 4782 A.
153. Sitz. S. 4816 A ff.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6125 D.
191. Sitz. S. 6142 C.

Finanzielle Lage nach dem Kriege, Lasten, künftige Ausgaben, Höhe, Deckungsfrage, Sparsamkeit:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2403 A.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4279 A, 4282 B, 4283 A.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4781 A ff.

Schuldenlast nach dem Kriege, Finanzprogramm, Deckung durch eine allgemeine Vermögens-

Finanzlage, Finanzpolitik, Finanzreformen. III. Entwicklung der Finanzen, Finanzreformen. B. Finanzreform nach dem Kriege (Fortsetzung).

abgabe, Vorschläge, Einziehung von 25—30 % des Vermögens, Ergebnis:
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4528B ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4754B.
152. Sitz. S. 4778C, 4782A, 4787C.
153. Sitz. S. 4797A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6223C (Resolution), 6127D.
—, Siehe auch „Vermögensabgabe".

Finanzverwaltung, Allgemeine.
1. Ausgleichungsbeiträge Bayerns und Württembergs für den Ueberschuß der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, Berechnung nach den Bruttoeinnahmen: Bd. 317, Nr. 222 S. 7.
2. Außerordentlicher Gold- und Silberbestand des Reichs. Verwaltung siehe „Schuldenwesen" unter III 1. Verwendung des gemäß § 7 des Gesetzes über Aenderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 — Reichs-Gesetzbl. S. 521 — angesammelten außerordentlichen Goldbestandes siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 13.
3. Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Einzelberatung T, und unter VI, Einzelberatung U.

Fische, Fischkonserven, Schaltiere usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 107.

Fischerei, Seefischerei siehe „Kriegswirtschaft" unter II 108.

Fischhandel, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Flachs, Anbau, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 160.

Flaschen, eiserne, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 111.

Fleischbeschau. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 113.

Fleischbrühwürfel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 114.

Fleischpreise, Fleischversorgung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 112.

Flotte siehe „Marine" unter 13.

Flüchtlinge, Flüchtlingsfürsorge.
Rechtsschutz der Kriegsflüchtlinge:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 556.
Nr. 650 S. 160.
Nr. 659 Anhang a 581.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 229.
Flüchtlingsfürsorge, Einwirkung auf das Armeurecht: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 775.
Siehe im übrigen „Krieg" unter VIII 2 g, „Ostpreußen" und „Rußland" unter A 3.

Flugblätter, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 G.

Flugwesen.
Entwicklung: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378A. — Siehe auch „Reichsheer" unter 65.
Fliegerangriffe, Entschädigungsansprüche usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II D.

Flugzeugfabriken.
Flugzeuginduſtrie, Förderung: Bd. 315, Nr. 26 S. 41.
Hohe Preise, Frage der Vorlegung von Kalkulationen usw.: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4603C, 4604C.

Flugzeugfabriken (Fortsetzung).
Flugzeugwerke „Argus", militärische Einziehung der Arbeiter und Weiterbeschäftigung: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4292C.

Forsten. Nutzung während des Krieges siehe „Kriegswirtschaft" unter II 115.

Prof. Dr. F. W. **Foerster,** Verbot seines Buches: „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg" usw.:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3925C.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5168C.

Fortbildungsschulen.
Staatsbürgerlicher Unterricht; Erziehung zur Staatsgesinnung; Gegenmaßregeln gegen die Gefahren einer Politisierung der Jugend durch die Gewerkschaften usw.: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1498B.

Gewerbliches Bildungswesen, Ausbau:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4353B.
140. Sitz. S. 4373D.
Petition, betr. Einbeziehung der privaten gewerblichen und kaufmännischen Unterrichtskurse in die Gewerbeordnung.
Ber. d. Pet. Ausſch: Bd. 323, Nr. 1333.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833C. — Ueberweisung als Material.
Reichsgesetzliche Regelung:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2598A,
89. Sitz. S. 2609D, 2617A, 2625B.
Fachunterricht, privater, gewerblicher und kaufmännischer, Erlaubnispflicht:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 655.
Nr. 1214 S. 261.

Frachturkundenstempel siehe „Reichsstempelabgaben".

Dr. **Frank,** Abgeordneter für den 11. Wahlkreis für Baden, gefallen am 3. September 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15A.

Frankfurter Zeitung siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Frankreich.
Belagerungszustand, Zensur: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1930C.
Beziehungen zu Deutschland, Friedenspolitik Deutschlands vor dem Kriege, Aufbau des französischen Kolonialreichs: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455B.
Krieg mit Deutschland siehe „Krieg" unter I ff.
Politisierung des Kriegs in Frankreich: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3093A ff. 3102A, C.
Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten, Austauschverhandlungen usw. siehe „Kriegsgefangene" unter II A.
Finanzpolitik während des Krieges siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter II.
Französische Rente, Kurs:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 38A.
14. Sitz. S. 227C.
Wirtschaftliche Lage: Bd. 307, 39. Sitz. S. 855A.
Französische Bahnen siehe „Eisenbahnen" unter IX.

Frauen.
Staatsbürgerliche Gleichberechtigung, Mitarbeit innerhalb der Regierung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5313D.
171. Sitz. S. 5330B, 5335D, 5352B.
Wahlrecht siehe unter „Wahlrecht".
Frauenversammlungen siehe „Belagerungszustand" unter II 11e.
Arbeit der Frauen während des Krieges, Anerkennung:
Bd. 306, 15. Sitz. S. 264B/C.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1120A.
51. Sitz. S. 1149D.

Frauen (Fortsetzung).

Arbeitsverhältnisse in gewerblichen Betrieben siehe „Gewerbeordnung" unter 2.

Frauenorganisationen. Teilnahme an der Kriegswirtschaft (Gräfin v. Schwerin-Löwitz), Kinderfürsorge usw., Bewertung: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4293 B, 4297 D.

Freiburg i. B.

Wohnungspolitik, Bemängelung durch den Schutzverband für deutschen Grundbesitz: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1225 C.

Fliegerangriffe der Feinde auf Freiburg, Vernichtung eines Universitätsinstitutes: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4268 B.

Freiwillige siehe „Reichsheer" unter 34, 46 u. 106.

Freizügigkeit. Beschränkung siehe „Belagerungszustand" unter II 5.

Fremdenrecht. Schaffung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3202 D, 3203 C.

Fremdenverkehr, Aufenthaltsanweisungen siehe „Belagerungszustand" unter II 2 g und „Kriegswirtschaft" unter II 116.

Fremdwörter, Entfernung von Firmenschildern, siehe „Belagerungszustand" unter II 2 b.

Frerichs, Admiralitätsrat in Brügge. Auftreten, Verhalten gegenüber der Bevölkerung, Versetzung ins Reichsmarineamt: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5082 C, 5086 B.

Dr. A. H. **Fried's** Schriften, Verbot: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5207 A.

Friedensgesellschaften siehe „Belagerungszustand" unter II 11 k u. 12 E b γ.

Fritsch, Präsident der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Ernennung zum Präsidenten des Reichseisenbahnamts: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4837 C.

Frucht- und Pflanzenfette, Zollbefreiung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Fruchtsäfte.

Zollbefreiung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Besteuerung, siehe „Mineralwasser".

Futtermittel.

Preise, Verteilung usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 121, 443 a.

Verwendung von Laubheu und Waldstreu: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5008 A.

Galizien. Beihilfen aus Reichsmitteln für Deutsche siehe „Krieg" unter X 2.

Galster, Vizeadmiral a. D., Verbot der Veröffentlichung eines Artikels Galsters über die U-Boot-Frage, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b η.

Garn siehe „Kriegswirtschaft" unter II 409.

Garnfabriken, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Garnisonverwendungsfähige siehe „Reichsheer" unter 77 d u. f.

Gas siehe „Kriegswirtschaft" unter II 86.

Gasanstalt, englische. Anfrage Dr. Südekum: Welche Gründe haben den Herrn Reichskanzler bestimmt, den Bewerbern um die im Weichbilde Groß-Berlins gelegene Englische Gasanstalt einen weit höheren Preis, als er durch die objektive Schätzung der Sachverständigen festgestellt war, auferlegen, und bei Zulassung von Bietern das städtische

Gasanstalt, englische (Fortsetzung).

Interesse Groß-Berlins dem der Landkreise hintanstellen zu lassen?

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den schweren Nachteilen vorzubeugen, welche hieraus für die gesamte Entwicklung der großstädtischen Selbstverwaltung von Berlin und wichtigen Vororten entstehen: ? Bd. 322, Nr. 1102.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1142.

Gastwirtschaften. — Siehe auch „Gewerbeordnung" unter 6.

Angestellte, Lohnverhältnisse, Aufnahme in die Reichsversicherung: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4377 D.

Petition, betreffend Gewährleistung eines Mindestlohns für Angestellte im Hotel- und Gastwirtsgewerbe.

Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468.

Ziff. IV o: Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition, betreffend Aenderung von Kriegsverordnungen für das Gastwirts- und Hotelgewerbe.

Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. I e.

Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Versorgung mit Lebensmitteln siehe „Kriegswirtschaft" unter II 243 g.

v. Gebhardt, Eduard, Maler. Vorbildliches Wirken zur religiös-sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5502 C.

Gebrauchsmusterschutz. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 287.

Frhr. **v. Gebsattel,** stellv. Vorsitzender des alldeutschen Verbandes. Brief an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg über Kriegsziele und Volksstimmung (Revolution): Bd. 309, 96. Sitz. S. 2889 A.

Gebührenordnung siehe unter „Gerichtskosten".

Geburten siehe unter „Bevölkerung" und „Säuglingsfürsorge".

Geburtshilfe siehe „Säuglingsfürsorge" unter 2.

Gefangene, Strafgefangene. — Siehe auch „Kriegsgefangene".

Petition des Strafgefangenen Kleß in Tegel, betr. a) Versorgung der Gefangenen mit Lesestoff, b) Vorschläge für Friedensbedingungen.

Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 167.

Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895 A. — Zu a Ueberweisung als Material, zu b Uebergang zur Tagesordnung.

Beschäftigung von Strafgefangenen mit Außenarbeit:

Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 118.

Nr. 73 S. 32.

Erlaß des Restes der Strafe bei den bei Kriegsausbruch vorzeitig entlassenen Strafgefangenen: Bd. 307, 42. Sitz. S. 938 C, 939 D.

Gefangenentransporte, Aenderung der Schießvorschriften, siehe „Reichsheer" unter 70.

Geflügel, Verbrauchsregelung, Einfuhr siehe „Kriegswirtschaft" unter II 127.

Gegenstände des täglichen Bedarfs und des notwendigen Lebensbedarfs siehe „Kriegswirtschaft" unter I 3, II 297 c, e.

Geldforderungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 129.

Geisteskranke.
Petition des Lehrers Maleszka in Berlin-Reinickendorf, betreffend Zwangspensionierung und Irrsinnserklärung.
Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 320, Nr. 539.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 A. — Ueberweiſung als Material und Annahme einer Reſolution: Den Reichskanzler zu erſuchen, bei der preußiſchen Regierung eine Nachprüfung der materiellen Forderungen des Lehrers Maleszka zu veranlaſſen.
Petition des Landwirts Xaver Braun aus Unterentersbach in Baden, betreffend Rechtsſchutz gegen unberechtigte Entmündigung und Unterbringung in einer Irrenanſtalt.
Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 320, Nr. 699.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 D. — Ueberweiſung als Material.
Petition des zwangspenſionierten Gendarmerie-Wachtmeiſters Nauſe wegen unberechtigter Erklärung für geiſteskrank.
Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 323, Nr. 1336.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 C. — Ueberweiſung als Material.
Siehe auch „Strafgeſetzbuch" unter 3.

Geldmarkt ſiehe „Banken", „Kriegswirtſchaft" unter II 130 (Geldmarkt) und „Kriegsfinanzpolitik".

Gemeindebeamte.
Petition, betreffend Anrechnung des Kriegsdienſtes auf das Dienſtalter der Kommunalbeamten.
Mündl. Ber. des Pet. Ausſch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II w.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweiſung als Material.

Gemeinden.
Lebensmittelverſorgung. Kriegsmaßnahmen ſiehe „Kriegswirtſchaft" unter II 58c, 112b, 139h, 172b, 189c, 243d, 297f, 397.
Kriegswohlfahrtspflege ſiehe „Kriegswohlfahrtspflege", „Kriegsleiſtungen" und „Unterſtützungen".
Freiere Geſtaltung ihrer Rechte, Beſeitigung der Staatsaufſicht: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3440 C.
Mißſtände infolge der Einziehung von Beamten: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3462 C.

Gemeinlandgeſetz.
Petition, betr. Erlaß eines Gemeinlandgeſetzes.
Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1107.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Gemüſe. Preisfeſtſetzung uſw. ſiehe „Kriegswirtſchaft" unter II 131.

Generalſtab ſiehe „Reichsheer" unter 72 u. 101.

Genoſſenſchaften. — Siehe auch „Konſumvereine".
Petition, betreffend Verbreitung des genoſſenſchaftlichen Gedankens und Hebung des genoſſenſchaftlichen Geiſtes in Genoſſenſchaftskreiſen zur Linderung gegenwärtiger und zukünftiger Wirtſchaftsnöte.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 96.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 383 D. — Ueberweiſung als Material.
Reviſionsfriſten, Verlängerung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 90.
Nr. 27 Ziff. 22.
Gewerbliche Genoſſenſchaften, Anerkennung als Großhändler: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4352 A.
Landwirtſchaftliche G. der Handwerker uſw., Förderung der Verbrauchergenoſſenſchaften durch das Reich, Möglichkeiten hierfür, direkter Verkehr mit den Verbrauchern uſw.: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4928 A.
Beſteuerung ſiehe „Vermögensſteuer" unter II A 2 und 3.
Kriegsteilnehmer, Vertretung in der Generalverſammlung; Ausſcheiden aus der Genoſſenſchaft:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 67.
Nr. 44 S. 90.

Genzen, Entſchädigung für erlittene Schutzhaft: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5265 C, 5274 C.

Georgien ſiehe „Rußland" unter L.

Gerard, Botſchafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika beim Deutſchen Reiche.
Verhalten vor Ausbruch des Krieges zwiſchen Deutſchland und Amerika, Bericht über die deutſchen Gefangenenlager in Wittenberg ſiehe „Krieg" unter I B 1.

Gerbereien.
Petition betreffend Lohngerbverträge.
Ber. d. Ausſch. für Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1837. Unerledigt.
Kriegsmaßnahmen ſiehe „Kriegswirtſchaft" unter II 133.

Gerbſtoffe ſiehe „Kriegswirtſchaft" unter II 134, 443a.

Gerichte, Kriegsmaßnahmen. — Siehe auch „Gerichtsverfaſſung."
Entlaſtung im Zivilprozeß- und Strafverfahren:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 221, 230.
Nr. 147 S. 107.
Reſolutionen zum Etat für die Reichsjuſtizverwaltung für 1916
a) des Haushaltsausſchuſſes: den Herrn Reichskanzler zu erſuchen,
1. alsbald unter Berückſichtigung der in der Zeit der Anwendung gewonnenen Erfahrungen eine Aenderung der Entlaſtungsverordnungen vom 9. September und 7. Oktober 1915 herbeizuführen, inſonderheit in der Richtung, daß
1. die §§ 19, 22 der Verordnung vom 9. September aufgehoben werden,
2. die Beſtimmung des § 20 dieſer Verordnung auf Geldforderungen bis zu 50 Mark beſchränkt wird,
3. die Befugnis zum Erlaß von Strafbefehlen über die bisherigen Grenzen ausgedehnt wird;
2. vor dem Erlaß neuer Verordnungen auf dem Gebiete der Rechtspflege die berufenen Vertretungen der Rechtsanwaltſchaft anzuhören: Bd. 317, Nr. 264 unter II a.
b) Bernſtein u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu erſuchen, die Aufhebung der Verordnung des Bundesrats zur Entlaſtung der Gerichte vom 9. September 1915 (Reichs-Geſetzbl. S. 562) herbeizuführen: Bd. 317, Nr. 268.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 932 C, 938 B, 940 B, 941 D, 943 A, 947 D, 951 C. — Reſolution des Ausſchuſſes angenommen, Reſolution Bernſtein abgelehnt.
Einzelnes.
Anwaltsgebühren. Ausſchluß des Erſatzes derſelben durch den Gegner im Privatklageverfahren: Bd. 307, 42. Sitz. S. 934 C.
Berufung in Zivilſachen. Ausſchluß bei einem Streitwert über 50 Mark: Bd. 307, 42. Sitz. S. 933 C, 936 C, 937 C, 939 D, 943 C, 948 C.
Beſchwerde in Koſtenſachen. Ausſchluß bei einem Streitwert unter 50 Mark: Bd. 307, 42. Sitz. S. 933 D, 936 C, 937 C.
Gerichtsſchreiber. Entſcheidung über Zuziehung eines Anwalts und Erſatz der Anwaltsgebühren durch den Gegner: Bd. 307, 42. Sitz. S. 934 A, 936 C, 939 C.

Gerichte (Fortsetzung).

Güteverfahren: Bd. 307, 42. Sitz. S. 933 B, 937 B. 940 D.
Mahnverfahren: Bd. 307, 42. Sitz. S. 933 A, 937 B.
Zulässigkeit der Verordnung nach dem Ermächtigungsgesetz: Bd. 307, 42. Sitz. S. 932 C, 937 B, 940 B, 942 A.
Aenderung der Verordnung:
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 390.
Bd. 319, Nr. 403 S. 210.
Einschränkung der Tätigkeit bei Privatklagen, kleinen Uebertretungen usw.: Bd. 320, Nr. 554 unter III 2.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 934 C, 937 B.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2213 B.
Petition des Rechtsanwalts Weyrauch in Hultstein, betr. Ausbau der Verordnung vom 9. September 1915 über Entlastung der Gerichte (Vorschläge zu §§ 1, 13, 14, 18, 19, 1).
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 701.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 D. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch „Güteverfahren" und „Hilfsdienst" unter 3, 4 u. 6.

Gerichtsbeamte siehe „Gerichtsschreiber" und „Justizwesen".

Gerichtskosten.

1. Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher: Bd. 319, Nr. 414.
Erste Beratung: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1703 B.
Mündl. Ber. d. 18. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 489.
Zweite Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2022 C.
Dritte Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2026 C.
Gesetz vom 8. 11. 1916, RGB. S. 1263.
Petitionen: Bd. 319, Nr. 489 unter II.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2026 C.
2. Entwurf eines Gesetzes über Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten sowie zu den Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher: Bd. 323, Nr. 1366.
Erste Beratung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4408 B.
Mündl. Ber. d. Ausschs. zur Vorberatung des Gesetzentwurfs: Bd. 324, Nr. 1416.
Zweite Beratung: Ab. Antr.: Bd. 324, Nr. 1418, 1424.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4533 C.
Dritte Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4535 C.
Gesetz v. 1. 4. 1918, RGB. S. 173.
Freiwillige Gerichtsbarkeit, Erhöhung der Gebühren: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4533 D.
Petitionen: Bd. 324, Nr. 1416 Ziff. 3 b.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4535 D. — Für erledigt erklärt.
Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die beschlossene Erhöhung der Gebühren für die Gerichtsvollzieher zu einer entsprechenden Verbesserung des Einkommens der Gerichtsvollzieher verwendet werde: Bd. 324, Nr. 1416 Ziff. 2.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4534 D, 4535 C. — Angenommen.
3. Petition des Karl Trepte in Dresden, betreffend die Kostentragung in Beschwerdeverfahren.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 82.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209 C. — Ueberweisung als Material.

Gerichtsschreiber.
Gerichtsschreiberdienst, weibliche Hilfskräfte: Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 521.
Gerichtsschreiber im Felde, Beleihung mit Kriegsstellen auf Widerruf: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947 D.

Gerichtsverfassung. — Siehe auch „Gerichte".
Oberlandesgerichte, Verminderung der Zahl der Senatsmitglieder von fünf auf drei:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2703 A.
92. Sitz. S. 2718 D.
Schwurgerichte, Herabsetzung der Zahl der Geschworenen:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2703 A.
92. Sitz. S. 2719 A.
Zivilrechtspflege, Vermehrung der Laienrichter: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5115 A, 5123 B.
Zivilkammern, Ersetzung durch Einzelrichter: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2718 D.

Gerichtsvollzieher.
Gebührenordnung, Aenderung, siehe „Gerichtskosten".
Petition des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes in Hagen (Westfalen), betr. Vorschläge zur Aenderung der Gebührenordnung.
Mündl. Ber. d. 18. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 489 unter II a.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2023 C, 2026 B, C. — Ueberweisung als Material.
Petitionen, betreffend Erhöhung der Gebühren für Gerichtsvollzieher.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. III f.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.

Gerste. Preis- und Verkehrsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 136.

Gerstengrütze, Gerstenmehl siehe „Kriegswirtschaft" unter II 137.

Gerstenmalz, Zollbefreiung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Geschäftsordnung des Reichstags siehe „Reichstag" unter III.

Geschlechtskrankheiten siehe „Bevölkerung, Bevölkerungspolitik" und „Reichsheer" unter 164.

Geschosse, Abschlichten. Petition des Anton Lamberts in Neuwied, betreffend Nutzbarmachung seiner Erfindung zum Abschlichten von Geschossen.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. III a.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Gesellschaften m. b. H.
Gesellschaftsgründungen, Bardeckung siehe „Handelsgesetzbuch."
Gesellschafterversammlung, Vertretung eines infolge des Krieges nicht erreichbaren Gesellschafters:
Bd. 315, Nr. 26 S. 89.
Nr. 27 Ziff. 34.
Besteuerung siehe „Vermögenssteuer" unter II.
—, Stempelsteuer, siehe „Reichsstempelabgaben."

Gesinde. Abschaffung der Gesindeordnung; Züchtigung durch den Dienstherrn:
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1169 B.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4982 C.
Siehe auch „Landwirtschaft" unter II.
Petition, betr. die reichsgesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Hausangestellten durch Aufheben der Gesindeordnungen und Ausdehnen des BGB. und der Gewerbeordnung auf alle Dienstboten und Hausangestellte.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1331.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Gesundheitsschädliche Betriebe.
Beaufsichtigung gesundheitsschädlicher Betriebe durch Arbeiter:
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5017B, 5018C.
161. Sitz. S. 5025C.
Besondere Schutzvorschriften für Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen, Resolution des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung" usw. unter B5.
Siehe im übrigen „Gewerbeordnung" und die einzelnen Industrien.

Getreide. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139.

Gewehrfabriken siehe „Reichsheer" unter 76 und 177.

Gewerbeaufsichtsbeamte.
1. Tätigkeit, Anerkennung, Erhöhung der Zahl der weiblichen Gewerbeinspektoren, Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2543D.
88. Sitz. S. 2573C.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4983D.
160. Sitz. S. 5002A, 5003C.
2. Erweiterung der Wirksamkeit, Beseitigung der durch den Krieg verursachten Einschränkungen:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939B.
159. Sitz. S. 4963B, 4983D.
160. Sitz. S. 5001A.
161. Sitz. S. 5025C.
171. Sitz. S. 5366A.
Resolutionen zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918.
a) Antrick u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen usw. Durch das Fehlen vieler Gewerbeaufsichtsbeamten und technischer Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist in der Beaufsichtigung der Betriebe, insbesondere der Unfallverhütungsvorschriften, eine empfindliche Lücke entstanden, die durch eine möglichst weitgehende Freigabe dieser Beamten seitens der Heeresleitung und die Heranziehung von Hilfskontrolleuren aus dem Arbeiterstand beseitigt werden muß: Bd. 324, Nr. 1403 unter B IId.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4983D.
160. Sitz. S. 5003C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
b) Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten sofort die Berichterstattung über ihre amtliche Tätigkeit wieder aufnehmen und dem Reichstag vorlegen, daß die mangelnde Beaufsichtigung der Betriebe insbesondere bezüglich der Unfallverhütungsvorschriften durch eine möglichst weitgehende Freigabe der Gewerbeaufsichts- und technischen Aufsichtsbeamten seitens der Heeresleitung und durch Heranziehung von Hilfskontrolleuren aus dem Arbeiterstande beseitigt wird: Bd. 324, Nr. 1478 unter A 2.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939B.
160. Sitz. S. 5001A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
c) Albrecht u. Gen.: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den usw. 1.—4.
5. die Ernennung der Gewerbeaufsichtsbeamten dem Reiche übertragen wird, die Gewerbeaufsicht zu einer allgemeinen Arbeitsaufsicht erweitert wird mit Arbeiterinspektoren und weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten unter Hinzuziehung der Arbeiterorganisationen: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 5.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5002A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
d) Wiederherstellung einer ausreichenden Gewerbeaufsicht und berufsgenossenschaftlicher Unfallaufsicht, Resolution des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung" usw. unter B 5.
3. Jahresberichte. Abstandnahme von einer besonderen Berichterstattung für 1914 und 1915:
Bd. 315, Nr. 26 S. 57.
Bd. 316, Nr. 147 S. 109.
—, Aufschiebung der Erstattung: Bd. 320, Nr. 650 S. 182.
Unvollständigkeit der Berichte; Revisionen, Abnahme; Zuwiderhandlungen gegen Schutzvorschriften: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5365D.
Herausgabe von Ueberblicken über die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4963B.
4. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß die Gewerbeinspektoren die Erfahrungen mit der durch den Krieg bedingten Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte, der jugendlichen Arbeiter und der Kinderarbeit in der Industrie und im Gewerbe sammeln und darüber berichten, besonders unter Berücksichtigung der Einwirkungen auf Leben und Gesundheit: Bd. 318, Nr. 293 unter IIe 1.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1114A, 1119D.
53. Sitz. S. 1250D. — Angenommen.
5. Tätigkeit bei der Arbeiterauswahl für die Kriegsindustrie: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1120D.

Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte.
1. Kriegsmaßnahmen.
Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer:
Bd. 315, Nr. 26 S. 89.
Nr. 27 Ziff. 26.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 198.
Nr. 107 S. 76.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 443.
Bd. 319, Nr. 403 S. 238.
Innungsschiedsgerichte, Besetzung während des Krieges.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 644.
Nr. 1214 S. 225.
2. Entwurf eines Gesetzes über die Ergänzung der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte während des Krieges: Bd. 321, Nr. 937.
Erste Beratung: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3632C.
Mündl. Ber. d. Ausschs. zur Vorberatung des Gesetzentwurfs: Bd. 322, Nr. 1115.
Zweite Beratung: Ab. Antrag: Bd. 322, Nr. 1116.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3936A.
Dritte Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3937D.
Petitionen.
Gesetz vom 7. 11. 1917, RGBl. S. 1017.
Einzelnes.
Beisitzer. Vorschlagsrecht der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer:
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3635D.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3936B, C.
—, Amtsdauer: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3632D.

Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte (Fortsetzung).

Frauen, erwerbstätige, Wählbarkeit: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3633 C, 3635 A, C.
Wahlvorbereitungen; Versammlungen zur Vornahme der Vorschläge unter Ausschluß des Belagerungszustandsgesetzes: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3936 D, 3937 B.

3. Anfrage Körsten: Das Königliche Landgericht I Berlin hat in einer Klage auf Schadensersatz wegen verweigerten Abkehrscheins das Urteil der 5. Kammer des Gewerbegerichts aufgehoben und die Klage abgewiesen, weil das Gewerbegericht für derartige Klagen sachlich unzuständig sei. Die Gründe sind folgende:

„Der Kläger fordert Schadensersatz wegen nicht rechtzeitiger Aushändigung des Abkehrscheins, beruft sich damit also auf eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Ausstellung des Abkehrscheins. Nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916 ist der Abkehrschein nur dann auszustellen, wenn das Beschäftigungsverhältnis eines Hilfsdienstpflichtigen aufgelöst wird. Voraussetzung für die Ausstellung des Abkehrscheins ist also nicht bloß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sondern vor allem die, daß ein Hilfsdienstpflichtiger aus dem Arbeitsverhältnis scheidet.

Der Abkehrschein hat somit lediglich öffentlich-rechtliche Bedeutung und ist im Interesse des Staates eingeführt, damit dieser nach Möglichkeit alle verfügbaren Arbeitskräfte heranziehen und in kriegswichtigen Betrieben beschäftigen kann, gleichzeitig auch eine Kontrolle dafür hat, daß Hilfsdienstpflichtige sich dem Hilfsdienst nicht entziehen.

Ohne den Abkehrschein wäre überhaupt der vaterländische Hilfsdienst, wenigstens hinsichtlich der gewerblichen Arbeiter, praktisch nicht durchführbar gewesen.

Die Ausstellung des Abkehrscheins entspringt daher einer rein öffentlich-rechtlichen Verpflichtung des Arbeitgebers. Derselbe ist nicht auf Grund, sondern lediglich aus Anlaß eines Arbeitsverhältnisses zu erteilen.

Da die Verpflichtung zur Ausstellung des Abkehrscheins sonach nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis steht, fallen Streitigkeiten, denen eine Verletzung dieser Pflicht zu Grunde liegt, nicht unter Nr. 2 des § 4 G.G.G.

Der vorliegende Rechtsstreit gehört somit nicht zu den nach § 4 G.G.G. für das Gewerbegericht zuständigen Streitigkeiten."

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß damit einem großen Teil der Arbeiter der Rechtsboden entzogen ist, und was gedenkt er zu tun, um diesen Uebelstand zu beseitigen?: Bd. 322, Nr. 1226.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1324.

Gewerbeordnung, insbesondere **Arbeiterschutz während des Krieges.** Siehe auch „Arbeiterschutz", „Bleiverwendung", „Fortbildungsschulen", „Hausindustrie", „Bergwerke" und die einzelnen Industrien und Gewerbe.

1. Arbeiterschutz, Einschränkung während des Krieges. — Siehe auch unter 2 ff.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter: Bd. 315, Nr. 4.

Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8 C, 9 D, 10 D.

Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 333.

Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 55.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß nach Beendigung des Krieges oder beim Eintritt normaler Beschäftigung die für bestimmte Industriezweige außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzvorschriften, soweit sie auf behördlichen Anordnungen beruhen, wieder in Kraft gesetzt und ihre Durchführung durch verschärfte Aufsicht seitens der Gewerbeinspektoren überwacht werden: Bd. 318, Nr. 293 unter II e 4.

Bd. 307, 49. Sitz. S. 1114 D, 1120 B.
50. Sitz. S. 1129 B, 1134 B.
51. Sitz. S. 1158 D.
53. Sitz. S. 1250 D. — Angenommen.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, angesichts der in der Kriegsindustrie und im vaterländischen Hilfsdienst zahlreicher und angestrengter als bisher während des Krieges beschäftigten Arbeitermassen, veranlassen zu wollen, daß das Reichsamt des Innern gemeinsam mit dem Kriegsamt schleunigst neue, für das ganze Reich gültige Arbeiterschutzvorschriften, namentlich für die Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, die besonders gesundheitsgefährlich sind, erläßt und mit Hilfe der Bundesstaaten durchführt (allgemeine 8 Stunden-Schicht, bessere Unfallverhütungsvorschriften, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Neuanstellungen): Bd. 320, Nr. 676 unter 3.

Bd. 309, 87. Sitz. S. 2545 B, 2548 B, 2559 B
88. Sitz. S. 2572 D ff., 2579 D, 2594 A ff., 2601 B, 2602 D
89. Sitz. S. 2625 D. — Abgelehnt.

Siehe auch „Kriegsindustrie" unter II.

Regelung des Arbeiterschutzes für die Uebergangswirtschaft: Bd. 321, Nr. 805 S. 6.

Resolution Gröber (Laupheim), Dr. Hitze, Trimborn zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918:

a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

1. im Reichswirtschaftsamt eine besondere Stelle zur Behandlung aller das Einigungs- und Tarifwesen betreffenden Fragen zu errichten:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4926 B.
159. Sitz. S. 4978 C.
160. Sitz. S. 5004 B.

2. einen ständigen Beirat aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Zuziehung von sozialpolitischen Sachverständigen zur Beratung sozialpolitischer Fragen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, insbesondere auch der Uebergangswirtschaft, zu berufen.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4978 D.

b) unverzüglich einen besonderen ständigen Ausschuß zur Vorberatung der Fragen der Sozialpolitik, die Arbeiter und Angestellten betreffend, zu errichten: Bd. 324, Nr. 1532 (abgeändert).

Bd. 312, 158. Sitz. S. 4926 B.
159. Sitz. S. 4964 B, 4980 B.
160. Sitz. S. 4990 A.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5783 A.

Zu a und b Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Gewerbeordnung. 1. Arbeiterschutz, Einschränkung während des Krieges (Fortsetzung).

Antrag Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Einziger Artikel.

Das Gesetz, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter vom 4. August 1914, wird außer Kraft gesetzt.

Bd. 325, Nr. 1956. — Unerledigt.

Siehe auch „Bleiverwendung in der Industrie, „Eisenindustrie", „Metallindustrie", „Thomasschlackenmühlen".

2. Arbeiterinnen und Jugendliche, Beschäftigung während des Krieges.

a) Ausführung des Gesetzes betreffend Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter vom 4. August 1914: Bd. 322, Nr. 1087 S. 3, 27. —, Schutz der arbeitenden Frau: Bd. 322, Nr. 1087 S. 2.

—, Rundschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregierungen gegen allzu weitgehende Gewährung der Ausnahmen von den Schutzbestimmungen und über die Notwendigkeit ihrer hygienischen Begrenzung: Bd. 322, Nr. 1087 S. 11, 29.

Frauen und Jugendliche, Beschäftigung in der Uebergangswirtschaft, namentlich im Hinblick auf die Ausnahmen von den Arbeiterschutzgesetzen: Bd. 321, Nr. 749 S. 5.

Arbeiterinnen, „anständige Lohnklauseln", Arbeitsgemeinschaften und Schlichtungsausschüsse: Bd. 322 Nr. 1087 S. 2, 11.

Aufhebung des Arbeiterschutzes, Wirkung, hohe Arbeitszeit, Gesundheitsgefahren usw:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 629C, 632D, 633B, 635D, 636C.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 859C.
49. Sitz. S. 1114 B, 1119D.
50. Sitz. S. 1128 A, 1134 B, 1137 D, 1145 D.
51. Sitz. S. 1149D, 1155C.
52. Sitz. S. 1191D.
60. Sitz. S. 1552C.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2574A, 2579A.
89. Sitz. S. 2626A, 2630C.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5000A, 5003B.
171. Sitz. S. 5365D.

Elfstündige Arbeitszeit für Arbeiterinnen, Folgen, Erkrankungen, Zunahme, Totgeburten usw.: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2573 B.

Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen, Unfallgefahr; Runderlaß des Reichsversicherungsamts:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2574A, 2579A.
89. Sitz. S. 2626A, 2630C.

Veranstaltung einer allgemeinen Erhebung über den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter nach dem Kriege: Bd. 316, 159. Sitz. S. 4980 B.

b) Wiederaufhebung und Einschränkung der Kriegsmaßnahmen. — Siehe auch „Gewerbeordnung" unter 1.

Petition der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands (Luise Zietz) und des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges die Vor-

Gewerbeordnung. 2. Arbeiterinnen und Jugendliche, Beschäftigung während des Krieges (Fortsetzung).

schriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann, und um Einführung des Achtstundentags für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie beschäftigten weiblichen Personen.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 318, Nr. 293 unter IVa.

Bd. 307, 53. Sitz. S. 1228D, 1252A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Resolutionen zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916:

α) Albrecht u. Gen.: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 gestatteten Ausnahmen von den Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter und für Arbeiterinnen wieder beseitigt werden: Bd. 318, Nr. 297.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1120B.
50. Sitz. S. 1129B, 1134B, 1146A.
51. Sitz. S. 1158D.
53. Sitz. S. 1251A. — Abgelehnt.

β) des Haushaltsausschusses: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß
1. die Gewerbeinspektoren die Erfahrungen mit der durch den Krieg bedingten Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte, der jugendlichen Arbeiter und der Kinderarbeit in der Industrie und im Gewerbe sammeln und darüber berichten, besonders unter Berücksichtigung der Einwirkungen auf Leben und Gesundheit,
2. unmittelbar nach dem Kriege die in den staatlichen und privaten Betrieben während des Krieges eingeführte Frauenarbeit baldmöglichst wieder beseitigt oder auf solche Berufszweige beschränkt werde, die der Eigenart der Frau zuträglich erscheinen,
3 alsbald nach dem Kriege die Bestimmungen der Gewerbeordnung und die auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen, betreffend die Verbote oder Beschränkungen der Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen wieder in Geltung treten, dabei in solchen Berufszweigen, wo vor dem Krieg die Beschäftigung von Jugendlichen und Arbeiterinnen nicht üblich war, zu prüfen, inwieweit ein Verbot der Beschäftigung, Einschränkung der Arbeitszeit, Einlage von Pausen, Ausgestaltung von Unfallverhütungsvorschriften und sanitäre Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Jugendlichen und Arbeiterinnen sich als notwendig erweisen: Bd. 318, Nr. 293 unter IIe 1—3.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1114A, 1119D.
50. Sitz. S. 1134B, 1137D, 1139D, 1145D.
51. Sitz. S. 1149D, 1155C.
53. Sitz. S. 1250D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1553A.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132A, 2145C.

γ) des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

Gewerbeordnung. 2. Arbeiterinnen und Jugendliche, Beschäftigung während des Krieges (Fortsetzung).

1. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwereisenindustrie überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind sowie geeignete Schutzmaßnahmen getroffen sind, um Unfallgefahren, die aus der Eigenart der Frauenbeschäftigung hervorgehen, möglichst zu beseitigen: Bd. 318, Nr. 293 unter II f 1.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1120C.
50. Sitz. S. 1135B, 1138A/B.
53. Sitz. S. 1250D. — Angenommen.

Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf schleunige Aufhebung des Gesetzes vom 4. August 1914, durch das die Möglichkeit einer Außerkraftsetzung der Arbeiterschutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Personen gegeben ist, und auf strenge Innehaltung der Arbeiterschutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Personen hinzuwirken: Bd. 320, Nr. 678 unter 1.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2545B, 2548B, 2559B.
88. Sitz. S. 2572D, 2579D, 2594A, 2601B, 2602D.
89. Sitz. S. 2626A. — Abgelehnt.

Resolutionen zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918:

α) Antrick u. Gen.:
I. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Bundesrat von seiner Befugnis in § 2 des Gesetzes, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, vom 4. August 1914 schon jetzt Gebrauch macht und das Gesetz aufhebt.
II. a) Bis zur Aufhebung des Gesetzes ist die höhere Verwaltungsbehörde anzuweisen, Bestimmungen, die den Schutz der Kinder und Jugendlichen nach §§ 135 und 136 der Gewerbeordnung aufheben oder mindern, nicht zu genehmigen. Die bisher gewährten Ausnahmen sind baldigst aufzuheben.
b) Für Arbeiterinnen ist eine Nachtarbeit, einschließlich einer einstündigen Pause, von nur 8 Stunden zuzulassen, der sich eine ununterbrochene Ruhe von 16 Stunden anschließen muß.
c) Von den Bestimmungen über den Wöchnerinnenschutz (§ 137 GO.) sind keine Ausnahmen mehr zu gestatten: Bd. 324, Nr. 1403 unter B I und II a—c.

β) Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß das Gesetz vom 4. August 1914, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter (§§ 135 bis 137a Abs. 2, 154a und §§ 120a, 120f, 139a, betreffend Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen, Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter) vom Bundesrat sofort außer Kraft gesetzt wird: Bd. 324, Nr. 1478 unter A 1.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4929C.
159. Sitz. S. 4980A, 4983A.
160. Sitz. S. 5000A, 5003B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A.
Zu α und β: Ueberweisung zur Erwägung.
Aufhebung der Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen, Resolution des Ausschusses der Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung usw." unter B 5.
Verbot der Beschäftigung mit schweren Arbeiten, sowie der Arbeit überhaupt acht Wochen vor der Entbindung: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1191D.

c. Weiterer Ausbau des Arbeiterschutzes für Arbeiterinnen und Jugendliche.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Handel und Verkehr beschäftigten Personen
1. jede Erwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren verboten wird,
2. die Arbeitszeit für junge Leute zwischen 15 und 18 Jahren auf nicht länger als 6 Stunden täglich festgesetzt wird,
3. die tägliche regelmäßige Arbeitszeit auf längstens 8 Stunden festgesetzt, der Sonnabend-Nachmittag freigegeben und die Sonntagsarbeit verboten wird, soweit nicht unabweisbare Bedürfnisse eine Genehmigung der Beschäftigung erforderlich machen. Den Nachts- oder Sonntags-Beschäftigten ist wöchentlich eine 36stündige Ruhepause zu gewähren. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit soll die tägliche regelmäßige Arbeitsdauer zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auf längstens 6 Stunden festgesetzt werden. In unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28° Celsius übersteigt, soll die Arbeitsdauer sofort auf längstens 6 Stunden einschließlich der Ein- und Ausfahrt festgesetzt werden. Die Erlaubnis zu ununterbrochener Arbeitszeit ist nur solchen Betrieben zu gewähren, deren Arbeiten ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 1—3.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4937B.
160. Sitz. S. 5001C, 5004A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Verbot der Arbeit für Kinder unter 15 Jahren:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4938D.
160. Sitz. S. 5001C.
Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4938D.

3. Arbeitszeit. — Siehe auch unter 1 u. 2.
a) Einführung des Achtstundenarbeitstages:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4937C.
160. Sitz. S. 5001, 5004A.
—, Gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit nach dem Kriege, Einführung des freien Sonnabendnachmittags, Proteste von Arbeitgeberverbänden: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4934B.
Antrag Albrecht u. Gen. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im In-

dustrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28° Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden: Bd. 325, Nr. 1841. — Unerledigt.

b) Arbeitszeit im Handelsgewerbe, Ladenschluß in den Kontoren:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2564 D.
89. Sitz. S. 2625 D.

Petition des Friedrich Groth in Hamburg, betr. die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der in den Kontoren und Büros beschäftigten Angestellten und Lehrlinge.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 836.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556 A. — Ueberweisung als Material.

Petition, betreffend Geschäftszeit für offene Verkaufsstellen im Bereich des V. Armeekorps.
Ber. des Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1835. — Unerledigt.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsamts des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage eine Vorlage zugehen zu lassen, durch die bestimmt wird:

a) an Stelle von § 139e Abs. 1—3 der Gewerbeordnung treten folgende Vorschriften:
Offene Verkaufsstellen müssen von 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein; Sonnabends dürfen sie bis 8 Uhr abends offengehalten werden. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden. Zu anderen Arbeiten dürfen die Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge nach Ladenschluß nicht herangezogen werden.

b) an Stelle von § 139f Abs. 1 und 2 treten folgende Vorschriften:
Auf Antrag von mindestens einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörden für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres an bestimmten Tagesstunden für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Bestimmungen der §§ 139c und 139d werden hierdurch nicht berührt:
Bd. 320, Nr. 676 unter 2.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2559 C, 2564 D.
88. Sitz. S. 2570 D, 2592 B, 2603 B.
89. Sitz. S. 2625 D. — Abgelehnt.

Anfrage Hoch: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß

1. die angeregte Heraufsetzung der Ladenschlußzeit von 7 auf 8 Uhr entschiedenen Widerspruch der beteiligten Handlungsgehilfen und der meisten Ladenbesitzer gefunden hat,
2. in vielen Orten die Inhaber der Lebensmittelgeschäfte freiwillig den 7 Uhr-Ladenschluß eingeführt haben,
3. bei dem Zentralverband der Handlungsgehilfen bereits bis zum 23. April 1917 mehr als 7000 Zustimmungserklärungen von Geschäftsinhabern und über 150 000 Zustimmungserklärungen von Handlungsgehilfen und Handelshilfsarbeitern für die dauernde Beibehaltung des 7 Uhr-Ladenschlusses und seine Ausdehnung auf die Lebensmittelgeschäfte eingegangen sind,
4. von weiten Kreisen der Beteiligten die Ausdehnung des 7 Uhr-Ladenschlusses auf den Sonnabend gefordert wird?:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit diesen Wünschen Rechnung getragen wird?: Bd. 321, Nr. 762.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3020 C. — Beantwortet.

Petitionen, betreffend reichsgesetzliche Einführung des 7 Uhr-Ladenschlusses.
Ber. des Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1433.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836 A. — Durch Beschluß vom 22. März 1917 für erledigt erklärt.

4. Sonntagsruhe.

Bekanntmachung auf Grund des § 105d der Gewerbeordnung, betr. Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe (Kopraölfabriken): Bd. 316, Nr. 157.

Aufhebung der Ausnahmen für die Kriegsindustrie:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115 D.
50. Sitz. S. 1138 A.

Gesetzliche Erweiterung nach dem Kriege:
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1157 D.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2571 C.

Petition, betreffend Einführung vollständiger Sonntagsruhe.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II g.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.

5. Koalitionsrecht.

§ 153 GO., Beseitigung:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2675 C.
91. Sitz. S. 2697 C.
95. Sitz. S. 2857 A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946 A, 3948 C, 3950 D, 3952 A, 3953 B, 3958 B, 3962 D.
133. Sitz. S. 4144 A.
136. Sitz. S. 4266 A.

—, Erpressungsparagraph des Strafgesetzbuchs, Anwendung bei Ausübung des Koalitionsrechts: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4839 C, 4840 D.

Aufhebung der Strafvorschriften des § 153 GO. und sonstiges, Resolution Bernstein u. Gen., Bd. 320, Nr. 690 unter E, siehe „Ausnahmegesetze" unter 3.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung (Strafbestimmungen bei Ausübung des Koalitionsrechts): Bd. 324, Nr. 1491.

Gewerbeordnung. 5. Koalitionsrecht (Fortsetzung).

Erste Beratung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4848 B.
Zweite u. dritte Beratung: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4925 D.

Gesetz v. 22. 5. 1918, RGBl. S. 423.

Einzelnes.
§ 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung, Beseitigung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4838 C, 4840 C, 4843 C.
§ 153 der Gewerbeordnung, Tragweite, subsidiäre Bedeutung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4839 D.
—, Vermischung politischer und sozialer Gesichtspunkte bei Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4841 A, C, 4842 D.
—, § 153 GO., Aufrechterhaltung im Interesse des Mittelstandes: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4843 C, 4845 A.
Sicherung des Rechts auf Koalition: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4838 D.

6. Konzessionswesen (Mißstände in Gastwirtschaften, Animierkneipen, Kinowesen).

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsamts des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag wiederum den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung der §§ 33, 33a, 33b, 35, 40, 42a, 45, 49, 147, 148 der Gewerbeordnung vorzulegen, welches im Frühjahr 1914 unerledigt geblieben ist: Bd. 320, Nr. 656 unter II g.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537 D, 2559 A, 2564 C.
88. Sitz. S. 2571 D.
89. Sitz. S. 2625 D. — Angenommen.
Siehe auch: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4417 D.
Fristverlängerung zu § 49 Abs. 3 für die Zeitdauer des Krieges:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 657.
Nr. 1214 S. 260.
Petition, betreffend gesetzliche Maßnahmen zum Schutze des Gastwirtsgewerbes:
Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1831. — Unerledigt.

7. Petition, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung: Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1830. Unerledigt.

Gewerbepolitik. Pflege auf den Hochschulen: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2598 B.

Gewerbliches Eigentum. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 141.

Gewerkschaften. — Siehe auch „Arbeiterorganisationen".

1. Bedeutung, Aufgaben:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 621 B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3904 D.
Jugendfürsorge. Bildungsarbeit der gewerkschaftlichen Jugendorganisationen:
Bd. 318, Nr. 351 S. 11.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1475 A, 1478 D, 1489 C, 1496 A, 1497 C, 1499 A.
Erziehung der Arbeiterjugend zum Klassenkampf und zur proletarischen Weltanschauung:
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1068 C, 1070 A, D.
59. Sitz. S. 1481 B, 1499 A.
Zahl der jugendlichen Mitglieder; Ausbau der Statistiken in der Richtung der Altersangabe (unter 18 Jahren): Bd. 307, 59. Sitz. S. 1486 C.
Politische Betätigung. Einwirkung auf die politischen Wahlen, auf die Behörden in Angelegenheiten der Tarifverträge, des Arbeiterschutzes, in Zoll- und Steuerfragen: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1473 D.
Wohlfahrtspflege. Krankengeld, Anrechnung siehe „Versicherungswesen" unter III C 1.

Gewerkschaften (Fortsetzung).

2. Kriegsmaßnahmen der G. u. gegen die G.
Zusammenarbeiten der G. mit der Regierung während des Krieges: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4978 B.
Zurückstellung von Gewerkschaftsbeamten vom Heeresdienst:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5427 B.
174. Sitz. S. 5462 C.
Einziehung von Gewerkschaftsbeamten siehe „Reichsheer" unter 152e und „Belagerungszustand" unter II 2 h.
Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 11 f und „Hilfsdienst" unter 3 u. 6.

3. Rechtsstellung.
Befreiung von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes siehe unter „Vereinsrecht".
Verhalten der Behörden gegenüber den G.; Erschwerung ihrer Tätigkeit:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 358 D, 362 B.
32. Sitz. S. 750 D.
Nichtanstellung von Mitgliedern bei Staatsbetrieben:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 359 D.
29. Sitz. S. 632 C.

4. Freie Gewerkschaften.
Politische Bestrebungen derselben; Aenderung der Gesellschaftsordnung, Einführung des Klassenstaats: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1067 D.
Verhalten gegen Nichtmitglieder und andere Arbeiterorganisationen: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4842 C.
Verhalten beim Ausstand in der Kriegsindustrie siehe „Kriegsindustrie" unter III.
Siehe auch „Hilfsdienst".

5. Christlich-nationale Gewerkschaften.
Wohlfahrts-Programm: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2544 B.
Nichtzulassung katholischer Arbeitervereine zu den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2519 D, 2521 B, 2524 D, 2525 C, D, 2526 A. — Siehe auch „Hilfsdienst" unter 3 u. 6.
Verhalten im Ausstand in der Kriegsindustrie siehe „Kriegsindustrie" unter III.

6. Wirtschaftsfriedliche (gelbe) Gewerkschaften.
Bedeutung, Stellung zu den Unternehmern, Unterhaltung durch die Arbeitgeber, Stellung zur Streikfrage: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2515 B, 2517 A ff., 2519 A, D, 2521 C, 2522 D ff., 2524 A ff.
Mitwirkung bei Ausführung des Hilfsdienstgesetzes:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2172 B.
77. Sitz. S. 2251 C, 2254 B.
—, Nichtzulassung der wirtschaftsfriedlichen (gelben) Arbeiterorganisationen zu den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2476 A.
86. Sitz. S. 2495 D, 2515 A ff., 2517 A ff., 2518 D ff., 2519 C, 2520 D, 2522 C ff., 2524 A, C, 2525 B, 2526 A.

7. Polnische Gewerkschaften siehe „Vereinsrecht" unter A 1.

Gewichte, eiserne, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 142.

Gewürz, Einfuhr, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 143.

Dr. **Giese,** Abgeordneter für den 11. Wahlkreis für Sachsen. Gest. am 16. September 1916: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690 D.

Glas, Ausfuhrverbot, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 144.

Glashütten.
Glasschleifereien, Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, Mißstände, Gesundheitsgefahren: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2601 B.

Glashütten (Fortsetzung).

Abänderung der Bekanntmachung vom 9. März 1913 (RGBl. S. 129) und vom 22. August 1917 (RGBl. S. 727), betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen: Bd. 325, Nr. 1998.

Kriegsmaßnahmen für Arbeiterinnen und Jugendliche, Verlängerung der Bestimmungen: Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 725.

Stillegungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Glogau. Petition, betr. Erstattung der Kosten für die Minenanlage in der neuen Oderbrücke.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 318, Nr. 364.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Gold, Goldmünzen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 4.

Gold, Goldwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 146.

Goldscheid, Rudolf, österreichischer Sozialist.
Aufsatz über Kriegskredite und Deckung in der „Wiener Arbeiterzeitung": Bd. 311, 145. Sitz. S. 4529D.

v. Gontard, Paul, Bruder des Generaladjutanten v. Gontard, als Leiter der Daimlerwerke und als Vorsitzender im Aufsichtsrat anderer Werke: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4593D.

Görlitzer Volkszeitung siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Gothein, M. d. R.
Redeverbot in einer Privatwohnung:
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3920A.
Bd. 312, 167. Sitz. S. 5200B, 5211C.
Vorzensur über Artikel des Abgeordneten Gothein siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.
Artikel über den U-Boot-Krieg siehe „Belagerungszustand" unter II 12 Eb η.

Gottschalk, Abgeordneter für den 2. Wahlkreis für Trier. Gest. am 18. November 1917: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942D.

Dr. **Grabowsky.** Abhandlung in der Zeitschrift „Das Neue Deutschland" über direkte Reichssteuern, Empfehlung des Sparzwangs für Arbeiter: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2507A.

v. Grabski, Abgeordneter für den 5. Wahlkreis für Bromberg. Gest. am 10. Oktober 1918: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6156A.

Gräfe, Abgeordneter für den 3. Wahlkreis für Sachsen. Gest. am 23. Oktober 1917: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942D.

Graphit, Versorgung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 148.

Graudenz. Früheres Zuchthaus, Unterbringung nervenkranker Soldaten: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3147A.

Griechen. Armeekorps in Görlitz, Beschäftigung in der Landwirtschaft: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3075D.

Griechenland siehe „Krieg" unter I B.

Gröner, General, Chef des Kriegsamts.
Arbeitseinstellungen infolge Ernährungsfragen, Herabsetzung der Brotration, Erlaß des Chefs des Kriegsamts, Presseäußerungen usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045D, 3057B, 3059B.
101. Sitz. S. 3068D, 3089A, 3090C, 3095C, 3100A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105D, 3113A, 3118A, 3122D, 3124B, 3130D, 3135A ff., 3140C ff.
110. Sitz. S. 3459C.

Gröner, General, Chef des Kriegsamts (Fortsetzung).
Frage einer Denkschrift des Generals Gröner über übermäßige Verdienste und den Abbau der Preise in der Kriegsindustrie: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4585C, 4591C, 4599A.

Großeisenindustrie siehe „Eisenindustrie".

Groß-Lichterfelde, Kadettenanstalt. Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten (Dienstwohnung); Stundenpläne für Pförtner und Lazarettwärter: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948A.

Groß Strehlitz, Zuchthaus als Festungsgefängnis, siehe „Belagerungszustand" unter II 8.

Grünbaum, Schutzhaft: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5280B.

Grundbesitz, Grundstücke, Hypotheken, Hausbesitz, Mieterschutz. — Siehe auch „Wohnungswesen."
A. Grundbesitz, Grundstücke.
1. Grundeigentum.
Ueberführung in den Gemeindebesitz; Mängel des privatkapitalistischen Besitzes: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1219B, D.
Verhinderung der Bodenspekulation in den beim Friedensschluß zu erwerbenden Gebieten: Bd. 318, Nr. 295 S. 7.
Fiskalische Ländereien in der Umgebung Berlins, Preisstellung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5075A.
Landwirtschaft, Grundstücksverkehr, Regelung: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 751, 752.
2. Kreditwesen.
Regelung nach dem Kriege: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1217.
Tätigkeit des Grundkreditausschusses:
Bd. 316, Nr. 147 S. 102.
Bd. 317, Nr. 225 S. 100.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1116D.
52. Sitz. S. 1202B, 1214A.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß bei der Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur Schaffung von Realkredit insbesondere auch die Verhältnisse des selbständigen Kleingewerbestandes berücksichtigt werden: Bd. 317, Nr. 193 unter I 2.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616B, 623D, 626A, 642A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1175D.
Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, der Herr Reichskanzler möge die Regierungen der Bundesstaaten, die bisher auf diesem Gebiet noch nicht vorgegangen sind, veranlassen, schleunigst öffentliche Schätzungsämter zur Gesundung des städtischen Bodenkredits zu schaffen: Bd. 318, Nr. 295 unter B 1.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1215D.
53. Sitz. S. 1251D. — Angenommen.
—, Schätzungswesen: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5051B
Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, der Herr Reichskanzler möge die Regierungen der Bundesstaaten, die bisher auf diesem Gebiet noch nicht vorgegangen sind, veranlassen, für die größeren Städte beziehungsweise für größere Landesteile Pfandbriefanstalten (Stadtschaften) für zweite Hypotheken zu errichten, als gemeinnützige Anstalten mit Gesamtbürgschaft aller Hausbesitzer, soweit nicht Ausnahmen angezeigt sind: Bd. 318, Nr. 295 unter B 2.

Grundbesitz. A. Grundbesitz, Grundstücke. 2. Kreditwesen (Fortsetzung).

Bd. 307, 52. Sitz. S. 1215C.
53. Sitz. S. 1251D. — Angenommen.
—, Siehe auch nachstehend unter B u. C.
—, Stadtschaften: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5051B.
—, Organisation der zweiten Hypotheken: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5063D.

3. Grundbesitz, Verkäufe, Schutz des kleinen Bauhandwerks durch Anzahlungen.
Petition des Bahnmeisters Schencke in Neurahlstedt, die Gesetzgebung dahin zu ändern, daß bei einem Hausgrundstücksverkauf der Käufer von der Kaufsumme eine bestimmte Summe anzahlen muß. Es werde dadurch verhindert, daß gänzlich Unbemittelte Grundstücke erwerben, die sie nicht halten können, und die kleinen Bauhandwerker würden dadurch vor Schaden bewahrt: Bd. 320, Nr. 700.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155D. — Ueberweisung als Material.

4. Siehe auch „Miet- und Pachtzinsforderungen".

B. Hypotheken, insbesondere Kriegsmaßnahmen usw.
1. Beleihung: Bd. 315, Nr. 26, S. 25, 27.
2. Tilgungshypotheken. Erhöhung der Beleihungsgrenze und Mündelsicherheit.
Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezweckt Förderung der unkündbaren Tilgungshypothek für städtischen Bodenkredit an erster und zweiter Stelle mit selbsttätiger Vorrückung der zweiten Hypothek in die getilgten Beträge der ersten — insbesondere durch Beschränkung der Eigentümerhypothek: Bd. 318, Nr. 295 unter A VI 4.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1211C, 1215D.
53. Sitz. S. 1251 D. — Angenommen.
Antrag Dr. Arendt, Dove, Frommer, Göhre, Müller (Fulda), Schiffer (Magdeburg), Seyda: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldtunlichst durch eine Verordnung des Bundesrats auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 zu bestimmen, daß Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und ähnliche Anstalten ermächtigt werden, bei Hypothekendarlehen die durch den Wert des Grundstücks gebotenene mündelsichere Beleihung soweit zu überschreiten, wie ihnen von öffentlichen Körperschaften (Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde) für den Mehrbetrag der Beleihung Bürgschaft geleistet wird unter der Voraussetzung, daß eine Tilgung des überschießenden Kapitalbetrags regelmäßig erfolgt: Bd. 319, Nr. 506. — Unerledigt.
Resolution Dr. Arendt, Dove, Göhre, Müller (Fulda), Schiffer (Magdeburg), Seyda, Graf v. Westarp zum Etat für die Reichs-Justizverwaltung f. 1917, gleichlautend dem vorstehenden Antrag: Bd. 320, Nr. 684.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2599A.
90. Sitz S. 2669D, 2673C, 2676D.
91. Sitz. S. 2692A, 2699C ff.
92. Sitz. S. 2721B. — Angenommen.

Grundbesitz. B. Hypotheken. 2. Tilgungshypotheken (Fortsetzung).

Petitionen, betreffend Schutz der Saalgewerbetreibenden gegen Hypothekengläubiger und Verpächter, Unterbrechung des Laufes der Kapitaltilgung bei Tilgungshypotheken usw.
Ber. d. Ausich. f. Handel und Gewerbe: Bd. 317, Nr. 248.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1934C. — Ueberweisung als Material bzw. Uebergang zur Tagesordnung.
Unkündbare Tilgungshypotheken:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2568C, 2592A.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5774D.

3. Zahlungsfrist, Verlängerung bei fälligen Hypotheken:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 75.
Nr. 44 S. 3.
Nr. 86 Ziff. 157, Anhang a 5.
Bd. 316, Nr. 107 S. 5.
Nr. 147 S. 101.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 406.
Bd. 319, Nr. 403 S. 206.
Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken Sicherung der Hausbesitzer und Mieter gegen die Folgen des Krieges durch
a) Ausdehnung der Wirksamkeit der Bundesratsverordnungen vom 7. August 1914, 22. Dezember 1914 und 20. Mai 1915, betreffend die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypothekenschulden über die Kriegszeit hinaus, wie es durch die besonderen Verhältnisse der Beteiligten geboten erscheint;
b) usw. (siehe nachstehend unter 62): Bd. 318, Nr. 295 unter A VI 3, S. 6.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1116D.
52. Sitz. S. 1202B, 1210D, 1213D, 1214C, 1222D.
53. Sitz. S. 1251D. — Angenommen.

4. Zinsen. Verlängerung der Frist für die Haftung der Grundstücke für die Hypothekenzinsen: Bd. 307, 42. Sitz. S. 932B.
Schutz des zweiten Hypothekengläubigers, Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 454 u. „Zwangsversteigerung".
Siehe auch „Miet- und Pachtzinsforderungen".

C. Hausbesitz und Mieter.
1. Lage; Entschädigung bei Eingriffen des Staates in das Mietrecht; Kredithilfe:
Bd. 315, Nr. 26 S. 21.
Nr. 44 S. 11, 15.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 150D.
29. Sitz. S. 626D.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 878D.
52. Sitz. S. 1202B, 1213D.
Anfrage Frhr. v. Gamp-Massauen, Dr. Arendt: Bereits vor dem Kriege befand sich der städtische Hausbesitz in einer schweren Notlage, sodaß eine Untersuchungskommission von Reichs wegen berufen wurde, um Abhilfe zu schaffen.
Durch den Krieg, seine wirtschaftlichen Folgen und durch Maßnahmen der Reichsgesetzgebung

Grundbesitz. C. Hausbesitzer und Mieter. 1. Lage (Fortsetzung).

(Wohnrecht der Kriegsteilnehmer) ist die Lage des städtischen Hausbesitzes weiter verschlimmert.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Vertreter des organisierten städtischen Hausbesitzes gesetzgeberische Maßnahmen beantragt haben um den nach Herstellung des Friedens ernstlich gefährdeten städtischen Grundbesitz vor einer Katastrophe zu bewahren?

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Anträge bekannt und gedenkt er im Sinne derselben vorzugehen?: Bd. 319, Nr 456.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 593.

Gewährung von Vorschüssen durch die Darlehnskassen: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1213B.

Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

a) Reichsunterstützung für jene Gemeinden und Kommunalverbände, welche den Kriegsteilnehmern bzw. den betreffenden Hausbesitzern Mietbeiträge gewährt haben und weiter gewähren, zu leisten;

b) Reichshilfe für die Abbürdung der während des Krieges gestundeten Mieten bzw. Hypothekzinsen der heimkehrenden bedürftigen oder schwachbemittelten Krieger unter Mitwirkung der Gemeinde zu gewähren: Bd. 318, Nr. 295 unter III.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1207D, 1210C, 1212D.
53. Sitz. S. 1251 C. — Angenommen.

Maßnahmen im Interesse der Vermieter; Ver-Verlängerung der Hypothekenverträge, Stundung der Hypothekenzinsen, Mietsunterstützungen: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3539B, 3547B.

Mietsunterstützungen von Reich, Staat und Gemeinde bei Mietssteigerungen für Kriegerfamilien: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3536 C, 3538D.

Kredithilfe siehe auch unter A und „Kriegswirtschaft" unter II 218.

Zwangsversteigerung wegen rückständiger Steuern: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2598 D.

Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung siehe im übrigen „Kriegswirtschaft" unter 454, 455 und „Zwangsversteigerung".

2. Hausbesitz und Mieterschutz.

Mietverträge der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen, Einigungsämter zur Vermittlung zwischen Vermieter und Mieter, Hypothekengläubiger und -schuldner:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 65.
Nr. 44 S. 9.

Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken: Sicherung der Hausbesitzer und Mieter gegen die Folgen des Krieges durch

a) usw. (siehe vorstehend unter B 3.)

b) eine im Sinne der unter a genannten Bundesratsverordnungen zu treffende Regelung zum Schutze der Mieter gegen willkürliche, der Billigkeit widersprechende Kündigung und Steigerung des Mietzinses: Bd. 318, Nr. 295 unter A VI 3.

Grundbesitz. C. Hausbesitzer und Mieter. 2. Hausbesitz und Mieterschutz (Fortsetzung).

Bd. 318, Nr. 295 S. 6.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1210D, 1216B.
53. Sitz. S. 1251D. — Angenommen.

Mieterschutz gegen Mietssteigerungen, Mietseinigungsämter, Ausbau:
Bd 322, Nr. 1064 Ziff. 650, 675, Anhang a 700, a 745.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 229.
Bd. 310, 113. Sitz. S. 3536C, 3539A.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5075C.

Sammelheizung und Warmwasserversorgung in Mieträumen, Schiedsstellen:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 700, Anhang a 794.
Nr. 1214 S. 231.

Mietssteigerungen. Interpellation Antrick und Genossen: Sind dem Herrn Reichskanzler die unerträglichen Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt und in der Kohlenversorgung bekannt?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Hausbesitzerorganisationen beschlossen haben, zum Nachteil auch der wirtschaftlich schwachen Mieter, namentlich auch der Familien von Kriegsteilnehmern, Steigerungen des Mietzinses um 10 bis 33 Prozent durch Kündigung der Mietsverträge durchzusetzen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Mißstände zu tun?: Bd. 321, Nr. 904.
Bd. 310, 113. Sitz. S. 3527C. — Beantwortet, besprochen.

—, Siehe insbesondere: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3527C, 3536B, 3538C, 3547B.

Anfrage Göhre, Hüttmann, Jäckel, Silberschmidt: In Groß-Berlin und andern Städten des Reichs werden seit einiger Zeit von Hausbesitzerorganisationen wie einzelnen Hausbesitzern planmäßig Mietskündigungen und Mietssteigerungen um 10 bis 33 Prozent vorgenommen. Betroffen davon werden sowohl zahlungsfähigere wie zahlungsunfähige Mieter, Familien von Kriegsteilnehmern wie Nichtkriegsteilnehmern, Bewohner von Häusern mit und ohne Zentralheizung.

Welche unverzüglichen Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese neue schwere Belastung und Beunruhigung der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes zu tun?: Bd. 321, Nr. 898.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3507B. — Beantwortet.

Anfrage Erzberger, Dr. Faßbender, Dr. Jaeger: In Berlin und auch in anderen Städten des Reichs besteht eine starke Bewegung zur Steigerung der Wohnungsmieten, die nicht selten das durch die Verhältnisse gebotene Maß übersteigt.

Ist dieses dem Herrn Reichskanzler bekannt und was gedenkt er angesichts der Notlage beider Teile, der Mieter und Vermieter, zu tun, um ungerechtfertigte Mietssteigerungen zu verhüten?: Bd. 323, Nr. 1391.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4452A. — Beantwortet.

Anfrage Wissell: Durch die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 „zum Schutze der Mieter" (Reichs-Gesetzbl. 1917,

Grundbesitz. C. Hausbesitzer und Mieter. 2. Hausbesitz und Mieterschutz (Fortsetzung).

S. 659) ist den Landeszentralbehörden das Recht erteilt worden, die im Bezirk einer Gemeindebehörde errichteten Einigungsämter zu ermächtigen, außer anderem auch auf Anruf eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juli 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen.

Das Landgericht II Berlin hat nun in einem Urteil vom 14. November 1917 (zu vergleichen „Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts", 29. Jahrgang, Nr. 3 vom 20. März 1918, S. 19 ff.) sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Verordnung nicht in jedem Falle einer Kündigung zuläßig sei, insbesondere dann nicht, wenn die Kündigung nicht zum Zwecke einer Mietssteigerung geschehen sei, und weiter auch nicht, wenn im Wege der Klage die Aufhebung eines schwebenden Mietsvertrages gefordert werde.

Die Folge dieses Urteils ist gewesen, daß der Vermieter nicht mit dem Verlangen einer Mietssteigerung an die Mieter herantrat, sondern im Wege der Klage kündigte und es dem Mieter überließ, zur Abwendung der ihm aus der drohenden Räumung der Wohnung erwachsenden Nachteile mit einem Angebot höherer Miete an ihn heranzutreten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Zweck der Verordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 zu sichern?: Bd. 324, Nr. 1486.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832 A. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Arendt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die stellvertretenden Generalkommandos des I., II. und VII. Armeekorps Mietskündigungs- und Mietskündigungs- und Mietssteigerungsverbote erlassen haben, die zum Teil in Widerspruch stehen mit den Bestimmungen der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juni 1917?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch diese Verordnungen der Stellvertretenden Generalkommandos herbeigeführte schwere Unbilligkeit gegen die von den Kriegsfolgen besonders hart betroffenen Hausbesitzer zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1700.

Bd. 313, 187. Sitz. S. 5967 B. — Beantwortet.

—, siehe auch Bd. 313, 183. Sitz. S. 5768 A, 5774 C, 5781 D.

Petition des Hausbesitzer-Vereins von 1913 in Kiel, betreffend Miethöchstpreise und Kündigungsverbot des Gouverneurs des Reichskriegshafengebiets Kiel.

Mündl. Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IV a 3.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.

Mietssteigerung, Verbot in Kiel und Wilhelmshaven: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1211 B, 1216 B.

Petition der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände in Berlin, betreffend

Grundbesitz. C. Hausbesitzer und Mieter. 2. Hausbesitz und Mieterschutz (Fortsetzung).

schleunige Maßnahmen gegen unbillige Mieterhöhungen.

Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I d.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C. — Für erledigt erklärt.

3. Mieter mit kinderreicher Familie.

Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf den Erlaß einer Bundesratsverordnung hinzuwirken, die kinderreiche Familien davor schützt, daß Hausbesitzer wegen ihres Kinderreichtums den Abschluß von Mietsverträgen mit ihnen ablehnen.

Bd. 324, Nr. 1533.

Bd. 312, 158. Sitz. S. 4930 A.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

4. Kündigungsfrist beim Tode des Mieters:

Bd. 315, Nr. 73 S. 6.

Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 233.

Nr. 147 S. 100.

Resolution des 9. Ausschusses, folgenden Antrag — dem § 569 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird hinzugefügt: der Tod eines zum Kriegsdienst Eingezogenen berechtigt seine Erben bei Mieten bis eintausend Mark jährlich, den Mietvertrag zum Schluß des auf den Tod folgenden Monats, bei Mieten über diesen Betrag mit dreimonatiger Frist zum Schluß des Kalendervierteljahrs zu kündigen. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig — dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung und eventuellen Regelung im Wege der Kriegsverordnung zu überweisen: Bd. 315, Nr. 87 unter II.

Ferner: Ab. Antr. Bd. 315, Nr. 90 (berichtigt) unter b II: Bd. 306, 12. Sitz. 147 B, 150 C, 154 C, 155 B, C, 156 A, B. — Angenommen.

5. Räumung, Abwendung:

Bd. 315, Nr. 26 S. 15.

Nr. 27 Ziff. 11.

Nr. 86 Ziff. 157, Anhang a 5.

Bd. 316, Nr. 107 S. 5.

Ausweisung von Frauen und Familien der Kriegsteilnehmer: Bd. 306, 29. Sitz. S. 638 C.

Ausweisung aus Arbeiterwohnungen des Arbeitgebers: Bd. 306, 18. Sitz. S. 335 B.

6. Räumungsklage: Bd. 315, Nr. 44 S. 11.

Petition des Unteroffiziers Albert Heger in Worms betr. Rechtschutz in einer Räumungsklage gegen seine Ehefrau.

Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 697

Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Grundstücksübertragungen. Besteuerung siehe „Reichsstempelabgaben".

Grünkern siehe „Kriegswirtschaft" unter II 149.

Gummi siehe „Kriegswirtschaft" unter II 150.

Gummiwarenfabriken, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft unter II 360.

Gussfer, Abgeordneter für den 10. Württembergischen Wahlkreis. Genehmigung zur Erhebung einer Privatklage: siehe „Abgeordnete" unter 8a.

Güteverfahren.

Resolution des Haushaltungsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Gesetzes über wirtschaftliche Maßnahmen vom 4. August 1914 eine Verordnung über das Güteverfahren in den Rechtsstreitigkeiten, die vor die Amtsgerichte gehören, zu erlassen: Bd. 316, Nr. 113 unter II cc.

Bd. 306, 18. Sitz. S. 334D, 335C. — Angenommen.

Ferner:

Bd. 317, Nr. 146 Ziff. 221.
Nr. 147 S. 107.
Bd. 308, 42. Sitz. S. 933B, 937B, 940D.

Anfrage Mumm: Im August 1915 forderte der Reichstag ein Güteverfahren.

Welche Erfahrungen sind mit den inzwischen geschaffenen kleinen Anfängen des Güteverfahrens gemacht worden? Ist baldiger Ausbau dieses Verfahrens in der Richtung der vom Geheimen Justizrat Richard Deinhardt („Deutscher Rechtsfriede", Leipzig 1916, S. 74 bis 84) gemachten Vorschläge zu erwarten, oder ist es nicht die Absicht dem Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg vom 16. September 1915, das „entscheidende Abhilfe" erbat, Folge zu geben?: Bd. 320, Nr. 528.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 588.

Einführung des Güteverfahrens, schiedsmännische oder richterliche Tätigkeit:

Bd. 309, 90. Sitz. S 2670C, 2677B, 2678C, 2679B.
91. Sitz. S. 2693B.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5115C.
165. Sitz. S. 5138C.

Siehe auch „Gerichte".

Dr. **Haas** (Baden), Mitglied des Reichstags. Erklärung der Kriegsberichterstatter gegen ihn siehe „Belagerungszustand" unter II 12B; siehe auch „Kriegsberichterstatter".

Haase (Königsberg), Mitglied des Reichstags. Redeverbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5252C.

Hafer. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 153 und „Reichsheer" unter 137b.

Haferflocken siehe Kriegswirtschaft" unter II 271.

Haftpflichtrente. Petition des Ingenieurs Otto Paul in Cöln-Nippes, betreffend Vorausbezahlung der ihm zustehenden Haftpflichtrente für 15 Jahre in Kriegsanleihescheinen.

Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IVk.

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Dr. **Haegy,** M. d. R. Verhängung der Schutzhaft, Einziehung zum Militärdienst während der Tagung des Reichstags: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1287A.

Halbfabrikate, Zollbefreiung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Lord Haldane, englischer Staatsmann. Stellung zu Deutschland, Besuch in Berlin, politische Zwecke: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5694B.

Hamburg. Börsenstreik an der Hamburger Börse gegen die Erhöhung des Börsenumsatzstempels, Eingreifen des Generalkommandos usw.: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008D, 6012B ff., 6013C, 6017A, 6018A, 6020C ff.

Hamburger Verband für Einfuhrhandel, schleunige Entlassung seiner Mitglieder bei der Demobilmachung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5484B.

Hamm, Witwe. Prozeß gegen die Witwe Hamm in Flandersbach wegen Beihilfe zum Morde vor dem Elberfelder Schwurgericht. Verhandlungsleitung im Wiederaufnahmeverfahren durch den Vorsitzenden, Behandlung der Entlastungszeugen; Ablehnung einer Entschädigung an die freigesprochene Angeklagte für die erlittene Zuchthausstrafe: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1576A.

Handel. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft", insbesondere unter II 172b, 194, 243e, 297.

Handel, Gewerbe, Industrie.

Bedeutung des deutschen Handels für das Wirtschaftsleben, Hebung des Groß- und Kleinhandels in der Uebergangswirtschaft und Friedenswirtschaft: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4950C.

Bedeutung des Handels als integrierenden Teil der Produktion für das gesamte Wirtschaftsleben, für die Kriegswirtschaft (Lagerung, Transport der Güter): Bd. 311, 136. Sitz. S. 4249C ff.

Petition, betreffend Errichtung einer dauernden Musterausstellung feindländischer Erzeugnisse.

Mündl. Ber. d. Ausschs. für Handel u. Gewerbe: Bd. 316, Nr. 134.

Bd. 306, 19. Sitz. S. 384B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Leistungen für den Kriegsbedarf: Bd. 306, 24. Sitz. S. 470B.

Siehe auch „Handelsgewerbe" u. „Handelspolitik".

Handelsgesetzbuch.

Lieferungs-, Kauf- usw. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, deutsches bzw. angelsächsisches Recht, englischer Wirtschaftskrieg:

Bd. 309, 90. Sitz. S. 2674C, 2678C.
91. Sitz. S. 2695D.

Beseitigung der Bardeckung bei Gesellschaftsgründungen usw. zwecks Förderung des bargeldlosen Verkehrs: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2674B.

Petition, betreffend Herbeiführung einer einheitlichen Entscheidung über die Frage, ob die Einberufung zum Kriegsdienst als unverschuldetes Unglück im Sinne des § 63 HGB. anzusehen sei.

Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 319, Nr. 461.

Bd. 308, 75. Sitz. S. 2150C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Abänderung des § 75 siehe „Wettbewerbverbot".

Handelsgewerbe.

Kleinhandel, kaufmännischer Mittelstand. Kreditwesen siehe „Grundbesitz" und „Kriegswirtschaft" unter 218 (Kredithilfe).

Lage, Preisbildung:

Bd. 306, 18. Sitz. S. 334B.
29. Sitz. S. 611D.

—, Niedergang infolge des Krieges, Wiederaufbau, Vorschläge, Fürsorge des Reichs:

Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158C.
135. Sitz. S. 4186B, 4206C.
136. Sitz. S. 4255A.
140. Sitz. S. 4390A, 4391C.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4999C.

Handelsgewerbe (Fortsetzung).

—, Hilfsmaßnahmen, Beratungsstellen, Einigungsämter bei Zahlungsschwierigkeiten u. a.:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4366A.
140. Sitz. S. 4384C.

Antrag des Ausschuß für Handel und Gewerbe: Der Reichstag wolle beschließen:
1. die Petition der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände auf Erlaß eines Notgesetzes den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen;
2. folgende Resolution anzunehmen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Reichswirtschaftsamt zu veranlassen, die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Angestellten über die Wünsche der Petition der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände vom 3. November 1917 weiterzuführen, um eine Einigung herbeizuführen: Bd. 322, Nr. 1251.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045D. — Angenommen.

Petition der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin in Berlin, betreffend Einführung eines verbesserten Verwaltungsrechtsschutzes und einer Entschädigung für Schließung von Geschäften und Beschlagnahmen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschuß.: Bd. 324, Nr. 1401, Ziff. Ib1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Gefährdung des Kleinhandels in Lebensmitteln durch Andrang von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen nach Friedensschluß: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2074D.

Petition, betreffend Versagung der Genehmigung zu einer Reichs-Wohlfahrtslotterie, die den Umsatz des Kleinhandels durch Ausgabe von Prämienmarken beeinflußt.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschuß.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IVe.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Ausschaltung bei der Kriegswirtschaft, beim Kriegsernährungsamt, Notwendigkeit des Schutzes, Zentralstelle: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2529A, 2599B, 2600A.

Boykottierung von Firmen wegen Ablehnung des Beitritts zu nicht genehmen Lieferungsverbänden: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4391D.

Neueröffnung von Geschäften durch Leute ohne kaufmännische Berufsbildung: Bd. 311. 140. Sitz. S. 4391C.

Kaiserliche Verordnung vom 29. Februar 1916 über die Aufrechterhaltung von Dienstverhältnissen, die dem Handlungsgehilfengesetz unterliegen, während des Krieges: Bd. 321, Nr. 805 S. 13.
Aufrechterhaltung des Dienstverhältnisses, gesetzliche Regelung: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4392C.

Ladenschluß, früherer, siehe „Gewerbeordnung" unter 3b.

Schädigung durch die Werkvereine siehe „Werkvereine".

Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter 172b, 243e, 297.

Handelskrieg siehe „Krieg" unter IIE.

Handelspolitik, Handelsverträge. Siehe „Krieg" unter IV 1 und 13, „Kriegswirtschaft" unter II 443b (Zollwesen), „Europa", „Mitteleuropa", „Oesterreich-Ungarn", „Rußland", „Rumänien", „Türkei", „Zolltarif".

Außenhandel Deutschlands vor dem Kriege 1914, Entwicklung, Schutzlosigkeit im Kriege, Wirtschaftskrieg: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4885D ff.

Wirtschaftsverträge mit neutralen Staaten (Holland, Schweiz): Bd. 312, 160. Sitz. S. 4992C.

Handelsverträge, Erneuerung, Förderung der Ausfuhr und des Außenhandels nach dem Kriege, Neuanknüpfung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge:

Handelspolitik, Handelsverträge (Fortsetzung).
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2588B.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4905B.
158. Sitz. S. 4950D.
159. Sitz. S. 4960B, 4969C, 4974C.

Handelspolitische Forderungen für den Abschluß der Friedensverträge, Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4905D, 4907B.

Beseitigung des Systems der Vorzugszölle: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4906B.

Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür in den Kolonien aller Staaten: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4906D.

Sicherung der Rohstoffversorgung in den Friedensverträgen:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890C.
157. Sitz. S. 4905C, 4919C.
160. Sitz. S. 4990B.

Beseitigung aller Ausfuhrvergütungen, Verbot des Verkaufs von Waren zu niedrigeren Preisen an das Ausland (Dumping-System): Bd. 312, 157. Sitz. S. 4906A.

Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts zur Entscheidung von wirtschaftspolitischen Streitigkeiten (Haager Schiedsgerichtshof): Bd. 312, 157. Sitz. S. 4906A, 4919B.

Auslandsnachrichtendienst, wirtschaftlicher. Anfrage Keinath: Für den gesamten englischen Handelsnachrichtendienst ist durch Schaffung des Board of Trade Commercial Departement eine Neugestaltung in die Wege geleitet worden. Man ging in England davon aus, daß nach dem Kriege der Handel in der auswärtigen Politik der Nationen eine bedeutend größere Rolle spielen werde, als bisher.
Das neugeschaffene Amt soll ein einheitliches System zur Sammlung und Verbreitung der Handelsnachrichten ausbilden, wodurch die englische Industrie und der englische Handel in kürzester Zeit über die wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge am Auslandsmarkt unterrichtet werden könne. Auch die übrigen alliierten Staaten sind mit der Schaffung eines solchen Handelsnachrichtendienstes beschäftigt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob angesichts dieser umfassenden Maßnahmen des zur Zeit feindlichen Auslandes für den wirtschaftlichen Wettbewerb der Zukunft auch in Deutschland Vorbereitungen für eine einheitliche, das Material der verschiedenen Reichsämter zusammenfassende und den praktischen Bedürfnissen des kaufmännischen Lebens angepaßte Neuorganisation des wirtschaftlichen Auslandsnachrichtendienstes getroffen werden?: Bd. 323, Nr. 1377: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4449C. — Beantwortet.

—, Siehe auch „Auswärtiges Amt" unter 2.

Handelsschiffe siehe „Schiffahrt".

Handwerk. — Siehe auch „Mittelstand".

1. Lage. Niedergang infolge des Krieges, Wiederaufbau, Fürsorge des Reichs, Kredithilfe:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1137B.
51. Sitz. S. 1175D, 1178A.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2428A.
88. Sitz. S. 2589D, 2590C, 2596B ff., 2603D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158C.
135. Sitz. S. 4186B, 4206C.
136. Sitz. S. 4255A.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4999C.

—, Hilfe durch Reichsmittel: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4380A.

—, Errichtung einer ständigen Stelle zur Förderung des Handwerks beim Reichswirtschaftsamte: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4353A.

Handwerk (Fortsetzung).

—, Hilfsmaßnahmen durch Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4360C.
—, Schädigung durch Gefangene: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3132D.
—, Siehe auch „Militärpensionswesen" unter III b.

2. Kriegsmaßnahmen siehe „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3, 4 u. 6 l.

3. Kreditwesen. Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits der Gewerbetreibenden durch die Mittel der Berufsgenossenschaften: Bd. 318, Nr. 347 S. 19.
Siehe auch vorstehend unter 1, „Grundbesitz" und „Kriegswirtschaft" unter II 218 (Kredithilfe).

4. Rohstoffversorgung; Zuziehung Sachverständiger in das Kriegswirtschaftsamt; Rationierung:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2590D, 2597D.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4206D.
139. Sitz. S. 4351C, 4354C, 4365B, 4368A.
140. Sitz. S. 4382A.
—, Halb- und Ganzfabrikate, Beschaffung: Bd. 311 140. Sitz. S. 4382A.

5. Uebernahme von öffentlichen Lieferungen und Arbeiten siehe „Verdingungswesen".

6. Arbeitermangel, Lehrlingswesen.
Arbeitermangel, Behebung durch Bildung von Arbeitsvermittlungsstellen, Lehrstellenvermittlung u. a.: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4365B.
Arbeitermangel, stärkere Beurlaubung gelernter Arbeiter vom Heeresdienst: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4359A.
—, Mangel an Handwerkern in Landgemeinden, Beurlaubung von Schuhmachern und Schmieden: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5816D, 5823B.
—, Siehe auch „Reichsheer" unter 77 d u. 185 e.
Arbeitermangel, Lehrlingsfrage, Aenderung des Handwerkertitels der Gewerbeordnung: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4353B, 4355C, 4358B.
Lehrlingsfrage, Lehrlingszüchterei: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4382D.
—, Aufhebung des Kostgelds für Lehrlinge, Prämien für die Berufswahl: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2597C.
Lehrlinge, Heranziehung zum Hilfsdienst, Sonderabschlußkurse:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2591C.
89. Sitz. S. 2609D.

7. Krankenversicherungszwang: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2598B, 2601A.

8. Kunsthandwerk; Förderung durch Ankäufe für das Reich unter Ausschluß der Warenhäuser: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4350A.
—, Monopolbestrebungen unter Begünstigung der Reichsleitung, Deutscher Werkbund: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4350A.

9. Berufsorganisationen im allgemeinen, Förderung, Gründung von Kreditkassen: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2569D, 2596B.
Wirtschaftliche Organisation anstelle der Berufsorganisation: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4364D.
Handwerkerorganisationen, Amtsdauer, Verlängerung:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 673.
Nr. 1214 S. 263.
Bund der Handwerker, Lieferungsabteilung für Schneider, Entziehung der Militärlieferungen: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133A.

Handwerkskammern.
Mitwirkung in wirtschaftlichen Fragen: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2597A.
Gesellenausschüsse. Verlängerung der Amtsdauer ihrer Mitglieder:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 322.
Nr. 225 S. 114.

Dr. **Hänel**, früherer Vizepräsident des Reichstags, Mitteilung von seinem Tode: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5161C.

Hanf und Flachs siehe „Kriegswirtschaft" unter II 160.

Harz siehe „Kriegswirtschaft" unter II 161.

Hausbesitzer siehe „Grundbesitz" und „Miet- und Pachtzinsforderungen".

Hausindustrie und Heimarbeit.
1. Lohntafeln, Lohnbücher, Lohnämter, Fachausschüsse.
Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die §§ 3, 4 und 18 bis 25 des Hausarbeitgesetzes in Wirksamkeit zu setzen, sowie Maßnahmen zum Schutze der Hausarbeiter und Verbraucher auf Grund der §§ 6 bis 9 des Hausarbeitgesetzes zu treffen: Bd. 316, Nr. 139 unter d.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 358C, 361C, 375C, 383A. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 319, Nr. 403 S. 221.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1140B.
51. Sitz. S. 1155D.
Errichtung von Fachausschüssen, Festsetzung von Mindeststücklöhnen durch die Fachausschüsse:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4930C, 4937D.
159. Sitz. S. 4982A.
Errichtung von Lohnämtern zur Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4938A.
159. Sitz. S. 4980A, 4982A.
Fachausschüsse in der Tabakindustrie siehe „Tabak" unter II 1.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—5. usw.
6. die Fachausschüsse der Heimarbeitsberufe (§ 18 des Hausarbeitsgesetzes) zu paritätisch zusammengesetzten Lohnämtern erweitert werden, die befugt sind, rechtsverbindliche Lohnsätze festzustellen: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 6.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4938A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Gesetz v. 20. 12. 1911, Fachausschüsse, schleunige Durchführung, Resolution des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung" unter B 5.
Resolution Dr. Mumm, Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in unmittelbarem Anschluß an die gegenwärtige kriegsministerielle Regelung Mindeststücklöhne in der Hausarbeit einzuführen: Bd. 324, Nr. 1570.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4930D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Hausindustrie und Heimarbeit. 1. Lohntafeln usw. (Fortsetzung).

Petition des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen, betreffend Vertretung der Frauen in den Schlichtungsausschüssen und Schlichtungsstellen.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1863. — Unerledigt.

2. Kriegsmaßnahmen.
Beschäftigung: Bd. 317, Nr. 225 S. 69.
Bekanntmachung vom 27. September 1917 betr. Ausnahmen von den Bestimmungen des § 3 Abs. 1 Satz 1 und des § 4 Abs. 1 Satz 1 des Hausarbeitgesetzes vom 20. Dezember 1911 (RGBl. S. 976), sowie Anordnungen des Bundesrats zur Ausführung der Bestimmung des § 3 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes: Bd. 322, Nr. 1126.
Ausnahmen von Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes: Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 759.

3. Aussetzung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden siehe „Versicherungswesen" unter III C 2e.
4. Einbeziehung in die Invalidenversicherung (Konfektionsindustrie): Bd. 312, 158. Sitz. S. 4930D.
5. Konkurrenz durch Kriegsbeschädigte: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2508B.

Hausschlachtungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 399.

Hebammenwesen.
Regelung; Erlaß von Grundsätzen durch den Bundesrat: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1192B, 1194D, 1196A.
Reichsgesetzliche Regelung:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2576A.
89. Sitz. S. 2629C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5311D.
171. Sitz. S. 5352C.

Heeresergänzung siehe „Reichsheer" unter 77 und „Reichsmilitärgesetz".

Heereslieferungen siehe „Reichsheer" unter 114 und 137 und „Kriegsindustrie".

Heeresunfähige siehe „Reichsheer" unter 78.

Heeresverwaltung siehe „Reichsheer" unter 19, auch 81, 177.

Hefe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 166.

Hefefabrikation, Besteuerung, siehe „Branntweinsteuer".

Heilgewerbe.
Verbot der Ausübung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1555C.
Verbot der Anzeigen in Zeitungen: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1901A, D, 1905B.
Petition des Kunstmalers Jos. Lichtenberg in Cöln-Mengersdorf, betreffend Zulassung gewissenhafter nicht approbierter Personen zur Ausübung der Heilkunde.
Ber. d. Pet. Aussch. Bd. 321, Nr. 842.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition des Adolf Sowa in Dortmund, betreffend Ausübung seiner Tätigkeit als Heilkundiger und Prüfung seines Mittels zur Bekämpfung der Syphilis.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1105.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996D. — Ueberweisung als Material.

Heimarbeit siehe „Hausindustrie".

Heimstätten.
Förderung der Kleinsiedlung städtischer und landwirtschaftlicher Arbeiter:
Bd. 307, 43. Sitz. S. 960A, 961D, 963A.
58. Sitz. S. 1464C.

Heimstätten (Fortsetzung).
Heimstättengesetz, allgemeines, Erlaß eines solchen: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4979C.
Heimstätten für Kriegsteilnehmer.
Resolutionen
a) des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten: Bd. 318, Nr. 293 unter II c
und
b) des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezweckt: Schaffung einer gesetzlichen Unterlage zur Errichtung von Kriegersiedlungen in Stadt und Land (Kriegerheimstätten), wobei die bisher veröffentlichten, freien Vereinigungen entstammenden Vorschläge mitbenutzt werden könnten: Bd. 318, Nr. 295 unter A VI 1.
Nr. 295 S. 5.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1122A.
50. Sitz. S. 1137C.
51. Sitz. S. 1147D (zur Geschäftsordnung), 1174A.
52. Sitz. S. 1201B, 1203D, 1209C, 1210B, 1218B, 1224A, C.
53. Sitz. S. 1250D, 1251D. — Beide Resolutionen angenommen.
c) des Haushaltsausschusses zum Kapitalabfindungsgesetz: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, geeignete Schritte zu tun, damit in allen Bundesstaaten Vorkehrungen getroffen werden, um die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern und besonders von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen zu erleichtern: Bd. 318, Nr. 350 unter II d.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1467B. — Angenommen.
d) Anfrage Mumm: Der Reichstag beschloß in seiner 53. Sitzung am 24. Mai 1916 einstimmig: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für die Kriegsteilnehmer oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten.
In gleicher Sitzung sprach der Reichstag den Wunsch aus, daß bei der Schaffung einer gesetzlichen Unterlage zur Errichtung von Kriegerheimstätten die bisher veröffentlichten, freien Vereinigungen entstammenden Vorschläge mitbeachtet werden.
Die „Grundzüge für ein Kriegerheimstättengesetz" vom 21. November 1915 sind in den amtlichen Drucksachen des Reichstages (13. Gesetzgebungsabschnitt, 2. Tagung 1914/15, 10. Ausschuß, Drucksache Nr. 1) enthalten.
Sind bereits Schritte im Sinne der angeführten Reichstagsbeschlüsse getan, damit entsprechend dem im Heer überall hervortretenden Bedürfnis sowohl nach Wohnheimstätten wie nach Wirtschaftsheimstätten bei Beginn der Entwaffnung eine großzügige innere

Heimstätten (Fortsetzung).

Siedelung ohne Zögern einsetzen kann?: Bd. 321, Nr. 768.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3020D. — Beantwortet.

e) Anfrage Dr. Haas (Baden), D. Naumann (Waldeck), Dr. Neumann-Hofer, Dr. Struve: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen:
1. ob demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der entsprechend dem Beschlusse des Reichstags vom 24. Mai 1916 die gesetzlichen Unterlagen schafft für die Errichtung von Kriegerheimstätten, die ihrem Zwecke dauernd erhalten werden sollen,
2. ob beabsichtigt ist, mit dem Gesetze eine solche Umgestaltung des Enteignungsrechts zu verbinden, die es dem Staate, den Gemeinden, Gemeindeverbänden oder anderen dazu ermächtigten Organisationen ermöglicht, das für Kriegerheimstätten erforderliche Gelände zu enteignen, falls es freihändig nicht erworben werden kann: Bd. 322, Nr. 1241.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1289.

f) Kriegerheimstättenbewegung, Fürsorge für heimkehrende Krieger, Staats- und Reichshilfe, siehe auch:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535D, 2558D.
88. Sitz. S. 2567D, 2568B.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4144B.
134. Sitz. S. 4159B.
135. Sitz. S. 4195A.
136. Sitz. S. 4256A.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5053D, 5058B, 5061D, 5062C, 5065D, 5067B, 5074C.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5580B, 5589D.

g) Volksheimstätten; Vorentwurf:
Bd. 324, Nr. 1492, S. 29.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5058C, 5067D.
—, Heimstätten für Kriegsteilnehmer, Heimstättenrecht, Entwurf: Bd. 324, Nr. 1492 S. 30.

h) Siehe auch „Militärhinterbliebenenversorgung" unter D und „Militärpensionswesen" unter III.

Dr. **Helfferich**, Professor, Wirklicher Legationsrat, Direktor der Deutschen Bank, später Staatsminister.
Ernennung zum Staatssekretär des Reichsschatzamts: Bd. 306, 4. Sitz. S. 28B, 31D.
Ernennung zum Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1227C, 1228A.
Nichtaufnahme einer Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich in Berliner Zeitungen: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2646Bff. (Geschäftsordnungsdebatte).
Abbruch einer Rede, weil die Mehrheit Erklärungen der Regierung kein Vertrauen entgegenbringt: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3727A, 3738B.
Auftreten im Reichstag, Frage der Eignung für den Vizekanzlerposten: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3759D, 3760B, C, 3761A.
Entbindung von der Stellung als Staatssekretär des Innern unter Belassung in seinem Amt als Stellvertreter des Reichskanzlers: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3941C.
Entbindung von seinem Amte als Stellvertreter des Reichskanzlers: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942A.
Auftrag des Reichskanzlers an Dr. Helfferich zur Zusammenfassung der beim Friedensschluß mit Rußland und anderen Ländern in Betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4885A.

Henke, Abgeordneter für den Bremer Wahlkreis. Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Henke siehe „Abgeordnete" unter 8b.

Dr. **Henkel**, Professor in Jena. Disziplinarverfahren wegen Schwangerschaftsunterbrechung: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5354C, 5359B.

Hennigsdorf a. H. Explosionskatastrophe in Hennigsdorf, Sachschaden, Haftung der A. E. G. bzw. der Wumba siehe „Krieg" unter VIII 3g.

Heringe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 107.

Herrenhaus, preußisches. Zusammensetzung, Bedeutung, Einfluß; Umgestaltung, Beseitigung:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2858D.
96. Sitz. S. 2905C, 2913C, 2914B, 2927C.
Angriffe von Mitgliedern des Herrenhauses (Graf Yorck v. Wartenberg, Graf Roon) auf den Reichstag wegen Ueberschreitung seiner Zuständigkeit; Zurückweisung derselben durch den Abgeordneten Dr. Spahn usw.: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2831D, 2839B, 2843B, 2852D, 2854D, 2858C, 2876A.

Dr. Graf **v. Hertling**, Königl. Bayerischer Staatsminister.
Ernennung zum Reichskanzler: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3941D.
Uebernahme des Reichskanzleramts, politische Vergangenheit: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3944A, 3948A, 3949B, 3953C.
Ernennung zum Reichskanzler, Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3948A, 3949B, 3952A, 3953C, 3954A, 3962D.
133. Sitz. S. 4145A.
134. Sitz. S. 4156A, 4177B.
—, Siehe auch „Reichskanzler".
Entbindung von seiner Stellung als Reichskanzler, Staatsminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149D.
Worte der Anerkennung bei seinem Scheiden als Reichskanzler durch den Präsidenten des Reichstags: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6150B.
Sendung von Lebensmitteln an den Reichskanzler aus Bayern, ohne Kontrolle: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4293D.

Herzog, Mitglied des Landtags Reuß ä. L.
Urlaub zwecks Ausübung des Mandats, Erschwerung seitens der militärischen Vorgesetzten: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3474B, 3475D.

Dr. **Herzfeld**, M. d. R.
Körperliche Untersuchung und Zurückweisung an der Grenze bei einer Reise nach der Schweiz: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1286C. — Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 6.
Verhängung der Briefsperre gegen Dr. H.: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1949B, 1952A.
Haussuchung bei Dr. H.: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1950D.
Redeverbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5222B.

Hessische Tapferkeitsmedaille.
Verleihung, Verzögerungen: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5416B.

Heu siehe „Kriegswirtschaft" unter II 121c, e.

Dr. **v. Heydebrand u. d. Lasa**, Mitglied des Reichstags.
Prophezeiungen über die Niederkämpfung Englands (Reden Dr. v. Heydebrands):
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4176C.
136. Sitz. S. 4235A.
Verbot der Veröffentlichung eines Aufsatzes über den U-Boot-Krieg siehe „Belagerungszustand" unter II 12 Eb7.

Frau Lyda Gustava **Heymann** aus München, Ausweisung siehe „Belagerungszustand" unter II 9 B.

Hilfsbeamte siehe „Beamte" unter B 1.

Hilfsdienst, vaterländischer; Kriegsamt.

1. Kriegsamt.

Organisation; Verhältnis zum Kriegsernährungsamt: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2092 D, 2096 B, 2113 A.
Heranziehung von Vertretern des Handwerks: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2596 D.
Bureaukratismus der Kaufleute: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2549 D.
Veröffentlichungen, Berücksichtigung der Provinzpresse: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105 A.
Hotel Cumberland, Dienstgebäude des Kriegsamts, Ankauf, Preisfrage, Vermittlerprovision:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2949 A, 2951 A, 2952 A, 2956 C, 2957 A.
101. Sitz. S. 3086 D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3117 A, 3124 A, 3134 C.

2. Vaterländischer Hilfsdienst.

Heranziehung der freien Arbeitskräfte zur Arbeitsleistung: Bd. 308, 66. Sitz. S. 1774 C.
Entwurf eines Gesetzes, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst: Bd. 320, Nr. 509.
Anlage: Richtlinien für die Ausführung des Gesetzes.
Geschäftliche Behandlung:
Bd. 308, 75. Sitz. S. 2151 B.
77. Sitz. S. 2277 B.
Erste Beratung: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2156 A.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 320, Nr. 532, 533, 534, 535, 557, 558, 559.
Resolutionen: Bd. 320, Nr. 519, 535, 536, 554.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2198 C.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 320, Nr. 560.
Dritte Beratung: Ab. Antr. Bd. 320, Nr. 562, 563, 567, 568, 569, 571, 572, 573.
Resolution: Bd. 320, Nr. 570.
Allgemeine Besprechung: Bd. 308, 79. Sitz. S. 2286 B.
Einzelbesprechung: Bd. 308, 79. Sitz. S. 2296 C.
Beschlüsse dritter Beratung: Bd. 320, Nr. 574.
Gesetz v. 5. 12. 1916, RGB. S. 1333.
Namentliche Gesamtabstimmung: Bd. 308, 79. Sitz. S. 2326 A. (Zusammenstellung S. 2328). — Angenommen mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen.
Resolutionen (Wortlaut siehe unter 4).
Bd. 308, 79. Sitz. S. 2327 B. — Ueberweisung als Material.
Petitionen. Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 538.
Bd. 308, 79. Sitz. S. 2327 C. — Ueberweisung als Material.

3. Einzelnes.

Altersgrenze der Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2184 D.
77. Sitz. S. 2207 A, 2208 A, 2209 B, 2214 A.
Angestelltenausschüsse, Einrichtung: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2249 C, 2251 D, 2254 A, 2255 C, 2259 B, 2265 C.
Arbeiter. Herausziehung aus den Betrieben; Ueberführung in andere Wohnorte:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2160 C, 2182 A.
77. Sitz. S. 2204 D, 2243 B, 2269 A.
Arbeiterausschüsse. Gesetzliche Einführung; Verhältniswahl:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2173 A, 2175 C, 2179 A.
77. Sitz. S. 2214 A, 2248 D, 2250 C, 2252 D, 2254 C, 2256 B, 2257 B, 2258 A, D, 2260 A.

Hilfsdienst, vaterländischer. 3. Einzelnes (Fortsetzung).

Errichtung für landwirtschaftliche Arbeiter:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2259 A, 2260 C.
79. Sitz. S. 2302 D.
Wahlrecht Jugendlicher: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2256 C, 2260 D.
Arbeiterorganisationen. Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2234 C, 2257 B, 2258 D.
Stellungnahme zum Gesetzentwurf (Metallarbeiter):
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2192 D.
79. Sitz. S. 2295 A, D, 2296 A.
Arbeitswechsel. Beschränkungen; Zulässigkeit des Wechsels bei Verbesserung der Arbeitsbedingungen:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2161 A, 2186 A.
77. Sitz. S. 2244 D.
Arbeitszeit, achtstündige, für Hilfsdienstpflichtige: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2225 D, 2226 D, 2229 D.
Ausfuhrindustrie. Aufrechterhaltung: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2201 C, 2203 D.
Außerkrafttreten des Gesetzes:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2163 A, 2171 D.
77. Sitz. S. 2276 A.
79. Sitz. S. 2324 B.
Begriff, Umfang des Hilfsdienstes (Schulen, Presse, Rechtsanwaltschaft, Geistlichkeit, Arbeitersekretariate, Krankenkassenverbände, Banken usw.):
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2159 D, 2163 D, 2169 A, 2172 D, 2185 B.
77. Sitz. S. 2215 D, 2216 D, 2217 B, C, 2220 B, 2224 B.
Berufsorganisationen (Handelskammern usw.), Mitwirkung. Bd. 308, 76. Sitz. S. 2161 A.
Betriebe. Stillegung, Zusammenlegung:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2160 C, 2182 A.
77. Sitz. S. 2199 D, 2203 C, 2210 D, 2214 C.
Anhörung der amtlichen Interessenvertretungen und der Gemeinden: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2201 A, 2210 B, 2214 B.
Ausnutzung stillgelegter Betriebe für die Kriegsindustrie:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2200 C, 2204 C, 2206 A, 2211 A.
Bildung von Zwangssyndikaten: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2200 B, 2204 A, 2210 D.
Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2210 A.
— der Unternehmer stillgelegter Betriebe usw.:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2164 C. 2176 C.
77. Sitz. S. 2200 B, 2201 A, 2204 B, 2205 A, D, 2211 A, 2214 D, 2216 B.
79. Sitz. S. 2316 D, 2317 C, 2318 B.
Facharbeiter. Heranbildung aus Jugendlichen: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2207 A.
Frauen. Beteiligung am vaterländischen Hilfsdienst; gesetzliche Stellung:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2159 D, 2163 D, 2172 A, 2176 A, 2177 D, 2184 B.
77. Sitz. S. 2206 A, 2208 C, 2209 B, 2214 A, 2217 A, C, 2218 A, 2219 C.
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betrieben des Hilfsdienstes:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2225 C, 2229 C, 2230 B.
79. Sitz. S. 2291 D.
Verbot der Nachtarbeit: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2225 D, 2229 C.
Gerichte. Entlastung in Privatklage- und kleineren Strafsachen; Erweiterung der Strafbefehle: Bd. 308 77. Sitz. S. 2213 B, 2214 B.
Gewerkschaften, wirtschaftsfriedliche. Gleichstellung mit der übrigen bei Durchführung des Gesetzes:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2172 B.
77. Sitz. S. 2251 C, 2254 B.
Handwerk, Kleingewerbe, Mittelstand. Schonung bei Durchführung des Hilfsdienstes:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2160 D, 2165 B, 2178 D.
77. Sitz. S. 2210 C.
79. Sitz. S. 2296 D.
Jugendliche. Teilnahme am vaterländischen Hilfsdienst gesetzliche Stellung: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2217 A, C 2219 C.
Verbot der Nachtarbeit: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2225 D 2229 C.
Koalitionsrecht der Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2228 D, 2231 A.
79. Sitz. S. 2309 A.

Hilfsdienst, vaterländischer. 3. Einzelnes (Fortsetzung).

Kriegsgewinne der Unternehmer. Beschränkung:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2169 D, 2190 C.
77. Sitz. S. 2202 B, 2205 B, 2215 B, 2221 B, 2261 D, 2263 A, 2264 C.
Landwirtschaft. Ueberweisung von Facharbeitern; Entlassung der nicht felddienstfähigen kleinen Landwirte: Bd 308, 77. Sitz. S. 2218 D, 2220 A, 2221 D, 2224 A.
Landwirtschaftliche Arbeiter. Beschränkung des Berufswechsels:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2164 B, 2172 D, 2178 D, 2186 D.
77. Sitz. S. 2212 D, 2214 B, 2217 A, 2219 D, 2220 A, D.
79. Sitz. S. 2292 B.
Sicherung ihrer staatsbürgerlichen Rechte usw.: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2169 C.
Löhne und Arbeitsbedingungen der Hilfsdienstpflichtigen. Festsetzung durch Tarifverträge: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2224 C, 2226 D, 2230 C, 2232 B.
Munitionserzeugung. Verstärkung durch Umgestaltung stillgelegter Fabriken: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2204 C.
Privatangestellte. Hinzuziehung bei Ausführung des Gesetzes: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2172 C.
Beschäftigung in ihrem Beruf: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2243 D.
Rechtsschutz der Hilfsdienstpflichtigen im allgemeinen (Schiedsverfahren):
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2161 B, 2164 D, 2167 B, 2173 A, 2175 B, 2189 B.
77. Sitz. S. 2198 D, 2209 C, 2213 D, 2227 A, D, 2230 C, 2231 C, 2258 D.
79. Sitz. S. 2287 D, 2292 B.
Rechtsstellung der Hilfsdienstpflichtigen: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2213 A, 2223 B.
Stellung zu den Militärgesetzen: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2222 C.
Reichstag. Mitwirkung bei Ausführung des Gesetzes; Tätigkeit, Befugnisse des Ausschusses:
Bd. 308, 76. Sitz S. 2165 A, 2167 D, 2171 C, 2175 A, 2179 A.
77. Sitz. S. 2262 B, 2270 B.
79. Sitz. S. 2320 C, 2322 B.
Reklamierte, Schutz gegen Maßregelungen durch die Unternehmer, Einziehung zum Waffendienst:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2199 B, 2203 A, 2209 D, 2268 D.
Rentenempfänger. Belassung der Rente bei Beschäftigung im Hilfsdienst: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2241 D, 2243 A.
Schlichtungsausschüsse (Einigungsämter). Errichtung:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2256 D, 2257 B.
Ausdehnung auf landwirtschaftliche Arbeiter:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2257 C, 2259 B, 2260 C, 2264 B.
79. Sitz. S. 2304 A.
Wählbarkeit von Gewerkschaftsangestellten: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2247 D.
Zusammensetzung nach Berufsgruppen; Vertretung der Landwirtschaft: Bd. 308, 79. Sitz. S. 2297 C.
Streikrecht. Aufrechterhaltung für die Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2187 A.
79. Sitz. S. 2309 A.
— Siehe auch „Eisenbahnen".
Tarifverträge siehe vorstehend „Löhne".
Vereins- und Versammlungsrecht der Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2228 D, 2231 B, 2232 C, 2233 D.
79. Sitz. S. 2308 B.
Versicherungsrecht der Hilfsdienstpflichtigen: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2242 D, 2243 A.
Verstaatlichung der Rüstungsindustrie; Uebernahme von Betrieben durch das Reich:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2170 B, 2191 A.
77. Sitz. S. 2221 A, 2261 A, 2263 C, 2264 C, 2268 B.
79. Sitz. S. 2314 D.

4. Resolutionen zum Gesetzentwurf, betr. den vaterländischen Hilfsdienst:

a) Gröber: Der Reichstag wolle beschließen:

I. 1. daß im Kriegsamt eine eigene Abteilung für das Handwerk, unter Zuziehung dessen gesetzlicher Vertretung, eingerichtet werde,

2. daß dafür zu sorgen ist, daß die ländlichen Handwerksbetriebe mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft nach Möglichkeit aufrecht erhalten bleiben,

3. daß, um ein Durchhalten der selbständigen Handwerksbetriebe in weitgehendstem Maße zu fördern, den Handwerksmeistern und Handwerksgenossenschaften nach Möglichkeit Arbeit und die erforderlichen Rohstoffe zugewiesen werden,

4. daß bei Schließung oder Zusammenlegung von Handwerksbetrieben in einem Bezirk jeweils die zuständige Handwerkskammer zu hören ist,

5. daß diejenigen Handwerker, die zur Erfüllung ihrer vaterländischen Hilfsdienstpflicht in andere Betriebe übergehen, möglichst eine ihrer fachlichen Vorbildung entsprechende Berücksichtigung finden;

II. daß bei Schließung oder Zusammenlegung von Geschäften des Detailhandels vorher die zuständige Handelskammer bezw. deren Kleinhandelsausschuß zu hören ist;

III. daß mit Rücksicht auf die bevorstehende eventuelle Schließung des Betriebes infolge der Einberufung des Inhabers zum vaterländischen Hilfsdienst und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß alle kaufmännischen und gewerblichen Betriebe auf 1. Januar 1917 Inventur- und Vermögensaufnahme machen müssen,

1. die Inhaber dieser Betriebe oder deren Vertreter nicht vor dem 15. Januar 1917 zum vaterländischen Hilfsdienst eingezogen werden sollen,

2. daß den schon zum Heeresdienst eingezogenen Betriebsinhabern womöglich vor dem 2. Januar 1917 ein entsprechender Urlaub gewährt wird: Bd. 320, Nr. 519.

b) Albrecht u. Gen.:

I. in den allgemeinen Verordnungen (§ 13 des Entwurfs eines Gesetzes, betr. den vaterländischen Hilfsdienst) sind Vorschriften aufzunehmen, nach denen:

Arbeitern und Angestellten, die zu dem Lebensunterhalt von Angehörigen wesentlich beigetragen haben und nicht in ihrem Heimatsorte in geeigneter Weise beschäftigt werden können, neben dem üblichen Lohne von den Unternehmern eine Familienzulage gewährt und Freifahrt zum Heimatsorte bewilligt werden soll. (Ueber Gewährung der Familienzulage und die Freifahrt zum Heimatsorte entscheidet im Streitfall der Ausschuß, § 5 des Gesetzes),

Arbeitern und Angestellten, die infolge des Gesetzes, betr. den vaterländischen Hilfsdienst, arbeitslos werden, nicht in ihrem Heimatsort beschäftigt werden können und zur Verpflanzung nach anderen Orten nicht geeignet sind, aus öffentlichen Mitteln Arbeitslosenunterstützung gewährt werden soll,

für Arbeiterinnen und Jugendliche in bezug auf Arbeitszeit, Aufsicht, Unterkunftsräume usw. besondere Bestimmungen zu treffen sind,

Personen, welche auf Grund der Bestimmungen oder infolge der Wirkungen dieses Gesetzes aus ihrem bisherigen Beruf austreten mußten und bei der Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben einen entschädigungspflichtigen Unfall erleiden, die Berechnung der Rente nach dem letzten Jahresarbeitsverdienste in ihrem früheren Berufe erfolgen muß;

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Ausführungsbestimmungen zum Gesetz zu erlassen, die die

Behörden anhalten, in den Lieferungsverträgen Vorschriften vorzusehen, durch die die Arbeitgeber zur Einhaltung zeitgemäß angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichtet werden. Für Berufe, für die Tarifverträge bestehen, müssen die tariflichen Arbeitsbedingungen als Mindestgrenze eingehalten werden;

III. den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreten einen Gesetzentwurf oder Gesetzentwürfe vorzulegen, worin der Ausbau der Kriegsgewinnsteuer und die Beschränkung der Gewinne der unter dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betriebe geregelt werden: Bd. 320, Nr. 535.

c) Dr. Ablaß u. Gen.:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Ausführung des Zivildienstpflichtgesetzes dafür Sorge zu tragen, daß bei der Entscheidung über die Entziehung von Arbeitern wie über die Zusammenlegung oder Stillegung von Betrieben die zuständigen Gemeindevertretungen und amtlichen Interessenvertretungen: Handelskammern, Landwirtschaftskammern und Handwerkerkammern sowie etwa vorhandene Fachvereinigungen, gutachtlich gehört werden.
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch eine Neuregelung der Kriegssteuern die Gewinne zu erfassen, die von Betrieben des vaterländischen Hilfsdienstes infolge der auf Grund dieses Gesetzes angeordneten Maßnahmen erzielt werden: Bd. 329, Nr. 536.

d) Bassermann: der Reichstag wolle beschließen:

I. 1. bei der Verstärkung der Munitionsherstellung nicht nur die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen zu veranlassen, sondern insbesondere auch stillgelegte Fabriken zu Munitionsfabriken umzugestalten und dabei auf die wirtschaftliche Lage der in Betracht kommenden Fabrikationszweige und der Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen,

2. in Fällen besonderer Härte eine Entschädigung für die durch das Gesetz herbeigeführten wirtschaftlichen Nachteile in Aussicht zu nehmen,

3. in denjenigen Fällen, in denen innerhalb eines Geschäftszweiges einzelne Betriebe durch Zusammenlegung zur Stillegung kommen, um zur Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter andere Betriebe voll arbeiten zu lassen, durch Zusammenfassung der Betriebe zu Syndikaten dafür Fürsorge zu treffen, daß eine Entschädigung der stillgelegten Betriebe durch die vollarbeitenden stattfindet;

II. 1. eine ausreichende Vertretung der Angestellten in den zur Durchführung des Gesetzes zu schaffenden Organen sicherzustellen,

2. eine Unterbrechung der Angestelltenversicherung während der Zuweisung zu einem nicht unter die Angestelltenversicherung fallenden vaterländischen Hilfsdienst zu verhindern,

3. bei Verpflanzungen von Angestellten darauf hinzuwirken, daß nach Möglichkeit eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht stattfindet,

4. für Bureau-, kaufmännische und ähnliche Arbeiten die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch beschäftigten Angestellten zunächst einzustellen und andere Arbeitskräfte erst heranzuziehen, wenn

diese zur Besetzung weiterer Stellen nicht ausreichen,

5. Bestimmungen zu erlassen, daß für kaufmännische Stellen in Betrieben, die unter § 2 des Gesetzes fallen, kaufmännische Angestellte durch Vermittlung der gemeinnützigen kaufmännischen Stellenvermittlung, Sitz Berlin, und der ihr angeschlossenen kaufmännischen Stellenvermittlungen einzustellen sind,

6. bei Festsetzung von Entschädigungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Fällen der Stillegung von Betrieben dafür Sorge zu tragen, daß an die Familien der Kriegsteilnehmer die bisher von den Arbeitgebern gewährten Zuschüsse bzw. Gehalte oder Gehaltsteile weiter gezahlt werden,

7. bei der Einziehung von Angestellten und Arbeitern in erster Linie die Einziehung jüngerer Kräfte erfolgen zu lassen,

8. die Einziehung zum vaterländischen Hilfsdienst soll nicht als wichtiger Grund im gesetzlichen Sinne bei Aufhebung bestehender Verträge gelten;

III. 1. die Rechtsstellung der zum vaterländischen Hilfsdienst Herangezogenen soll derjenigen der Kriegsteilnehmer angenähert werden,

2. Maßregeln zur Einschränkung der Tätigkeit der Justizbehörden, insbesondere auf dem Gebiete der Privatklagen und der unerheblichen strafrechtlichen Verfehlungen, und zur Verminderung der in ihr beschäftigten Personenzahl durch organisatorische Aenderungen sind zu treffen: Bd. 320, Nr. 554.

e) Graf v. Westarp: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei dem mit der Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes beauftragten Kriegsamt darauf hinzuwirken, daß

I. 1. zur Prüfung und Begutachtung aller Angelegenheiten des vaterländischen Hilfsdienstes, die das Handwerk und Kleingewerbe betreffen, vom Kriegsamt geeignete Sachverständige auf Vorschlag des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages hinzugezogen werden,

2. Angehörige kleinerer und mittlerer selbständiger Handwerks- und Gewerbebetriebe, die vaterländische Hilfsdienste in ihrem eigenen Betriebe leisten können, tunlichst in diesem zum Hilfsdienst herangezogen oder, soweit das nicht möglich ist, ihren Fachkenntnissen und Fertigkeiten entsprechend beschäftigt werden,

3. der Zusammenschluß der mittleren und kleineren Handwerksbetriebe zu Lieferungsgenossenschaften und -verbänden für Bedürfnisse der Heeresverwaltung planmäßig gefördert und diese durch Ueberweisung von Arbeit und Rohstoffen möglichst dauernd beschäftigt werden,

4. die Einziehung von Handwerkern in ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden, soweit sie zur Aufrechterhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung dienen, tunlichst vermieden wird,

5. arbeitsverwendungsfähige und dauernd garnisondienstfähige Mannschaften, die aus ländlichen und kleinstädtischen Handwerksbetrieben stammen, auf begründeten und befürworteten Antrag aus dem Heeresdienst zur Wiederaufnahme ihres handwerkerlichen Berufes entlassen werden, soweit militärische Interessen es irgendwie gestatten;

Hilfsdienst, vaterländischer. 4. Resolutionen (Fortsetz.).

II. 1. die Schließung oder Vereinigung von Kleinhandelsgeschäften von der gutachtlichen Aeußerung der zuständigen Handelskammer bzw. des dabei bestehenden Kleinhandelsausschusses abhängig gemacht wird,

2. Inhabern kleinerer Handelsgeschäfte die Ableistung ihrer vaterländischen Hilfsdienstpflicht in einer ihren kaufmännischen Kenntnissen und Fertigkeiten entsprechenden Weise ermöglicht wird;

III. 1. alle landwirtschaftlichen Arbeiter und der Landwirtschaft überwiesenen Gefangenen auch in den Wintermonaten den landwirtschaftlichen Betrieben belassen werden,

2. alle arbeitsverwendungsfähigen und dauernd garnisondienstfähigen Mannschaften, die Inhaber kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe oder landwirtschaftliche Beamte und Facharbeiter sind oder von ihren Angehörigen zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes dringend benötigt werden, tunlichst aus dem Heeresdienst entlassen und zur Arbeit in ihrem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb oder in ihrem landwirtschaftlichen Fache freigestellt werden: Bd. 320, Nr. 570.

f) Bassermann und Genossen: den Bundesrat zu ersuchen, bei den Einzelstaaten darauf hinzuwirken, daß die in den §§ 11 und 12 vorgesehenen Einrichtungen in möglichst umfassendem Maße auch auf die Staatseisenbahnbetriebe ausgedehnt werden: Bd. 320, Nr. 562.
Bd. 308, 79. Sitz. S. 2327B. — Ueberweisung sämtlicher Resolutionen als Material.

5. Bericht des Ausschusses für den Vaterländischen Hilfsdienst:
Bd. 321, Nr. 856.
Bd. 322, Nr. 1249.

6. Durchführung des Gesetzes.

a) Allgemeines.

Hilfsdienstgesetz, Frage der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, Durchführung des Gesetzes, Stilllegung von Betrieben:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2550B.
88. Sitz. S. 2578C.

Durchführung unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Organisationen, Einführung der Arbeiterausschüsse, der Schlichtungsstellen und Einigungsämter, Beibehaltung derselben für die Friedenszeit: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2541D, 2548C.

Anerkennung der Leistungen der Hilfsdienstpflichtigen, wirtschaftliches Durchhalten usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3080C.
Bd. 310, 102. Sitz, S. 3105C.

b) Angestelltenversicherung siehe nachstehend unter 6q.

c) Arbeiter und Angestellte, Zusammenfassung:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4858A.
156. Sitz. S. 4877A.

d) Arbeiterausschüsse.
Anfrage Bauer (Breslau): Nach § 11 des Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst müssen in allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für die Titel 7 der Gewerbeordnung gilt, und in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, ständige

Hilfsdienst, vaterländischer. 6. Durchführung des Gesetzes (Fortsetzung).

Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse bestehen.

Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134h der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß, obgleich das Hilfsdienstgesetz bereits seit sieben Monaten in Kraft gesetzt ist, bisher in einem großen Teil der hilfsdienstpflichtigen Betriebe immer noch keine Arbeiter- und Angestelltenausschüsse errichtet sind?

Die Anträge der Arbeiter- und Angestelltenverbände, durch Verordnung eine Frist zu bestimmen, innerhalb deren die Wahlen vollzogen werden müssen, sind vom preußischen Handelsministerium abschlägig beschieden und vom Reichsamt des Innern bisher nicht beantwortet.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem § 11 des Hilfsdienstgesetzes Geltung zu verschaffen und die schleunige Wahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse herbeizuführen?: Bd. 321, Nr. 923.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3564B. — Beantwortet.

e) Aerztliche Untersuchung. Anwendung des § 8, ärztliche Feststellung der Tauglichkeit usw., gerichtliche Urteile:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5435C.
175. Sitz. S. 5503C.

f) Ausländer. Ausdehnung auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie:
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 600.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 155.

g) Beschäftigungsverhältnisse, Meldung und Registrierung, Austritt, Abkehrscheine, Strafbestimmungen, Beschwerderecht:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 547.
Nr. 650 S. 125.
Nr. 659 Anhang a 584.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 804.
Nr. 1214 S. 153.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 897.

h) Erfindungen Hilfsdienstpflichtiger. Anfrage Dove: Durch Kriegsministerialerlaß vom 13. Februar ist bestimmt, daß in die Dienstverträge der Hilfsdienstpflichtigen, die als Ersatz für Militärpersonen im Inland eingestellt werden, ein Zusatz eingeschoben wird, laut dessen der Betreffende anerkennt, daß alle von ihm im dienstlichen Auftrage, mit dienstlichen Mitteln oder auf Grund dienstlicher Kenntnisse oder Erfahrungen gemachten Erfindungen dem ausschließlichen Verfügungsrecht der Heeresverwaltung unterliegen und ohne deren Zustimmung zum Patent (Gebrauchsmuster) nicht angemeldet werden dürfen, unter Uebernahme eines Vertragsstrafenversprechens für den Fall einer ohne vorher auf dem Dienstwege eingeholten kriegsministeriellen Genehmigung erfolgenden Patentanmeldung während der Vertragsdauer.

Billigt der Herr Reichskanzler den in dieser Verfügung liegenden weitgehenden Eingriff in Privatrechtsverhältnisse, welcher auf der einen Seite eine Beeinträchtigung der gerade für die Kriegsverhältnisse besonders wesentlichen Erfindertätigkeit, auf der anderen Rechtsnachteile für die beteiligten Erfinder auf Grund von Fristversäumnissen und Unterlassungen und darauf begründete Ersatzansprüche gegen den Fiskus in der Folgezeit befürchten läßt?

Hilfsdienst, vaterländischer. 6. Durchführung des Gesetzes (Fortsetzung).

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine erneute eingehende Prüfung der Angelegenheit zu veranlassen?: Bd. 321, Nr. 1017.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1146.

i) Invalidenversicherung siehe unter 6 q.

k) Jugendliche Personen.

Ausbeutung der Arbeiter. Verfügung des Generalkommandos des VI. Armeekorps, betr. Arbeitszwang für Personen unter 18 Jahren in landwirtschaftlichen Betrieben: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3295B.

Anfrage Taubadel: Im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos für das 5. Armeekorps bringt der stellvertretende Kommandierende General durch eine Anordnung vom 11. Februar d. J. auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand die Bestimmungen des Gesetzes den Vaterländischen Hilfsdienst auch für jugendliche männliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Anwendung.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese im Widerspruch zu dem Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst stehende Anordnung bekannt und was gedenkt er hiergegen zu tun?: Bd. 323, Nr. 1351.

Bd. 311, 138. Sitz. S. 4317A. — Beantwortet.

l) Mittelstand. Anwendung des Gesetzes auf den Mittelstand, rigorose Maßnahmen: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4349D, 4358A.

Heranziehung der Handwerker, der Lehrlinge: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2591C, 2596D.

Heranziehung von Handwerkern, möglichste Beschäftigung am Wohnsitz, Zurückstellung selbständiger Handwerker: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4519D.

m) Politischer Mißbrauch.

Anfrage Dittmann: Ist dem Herrn Reichskanzler folgender Fall eines Mißbrauchs des Hilfsdienstgesetzes zu politischer Maßregelung bekannt?

Der 32jährige kriegsinvalide Mechaniker Hans Becker aus Neukölln, dem infolge Zerschmetterung des Fußgelenks durch einen Schuß das eine Bein um ca. 5 Zentimeter verkürzt worden ist, fand nach seiner Heilung in der Zigarettenfabrik Manoli Arbeit als Zigarettenmaschinist. Er erhielt am 3. Oktober d. J. vom Einberufungsausschusse für den vaterländischen Hilfsdienst eine Aufforderung, sich innerhalb 14 Tagen eine kriegswichtige Beschäftigung zu besorgen. Von Vertretern der Firma Manoli wurden Schritte unternommen, Becker zu reklamieren; es wurde aber schließlich erklärt: „über die Person des Herrn Becker werde von höherer Stelle aus verfügt werden".

Daraufhin beschaffte sich Becker bei der Firma Schwarzkopff Arbeit im Torpedobau, die zweifellos nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes eine kriegswichtige Beschäftigung darstellt. Der Einberufungsausschuß, dem Becker davon Mitteilung machte, forderte ihn jedoch erneut auf, sich andere Beschäftigung zu suchen. Bei einer persönlichen Aussprache mit einem Beamten des Einberufungsausschusses wurde er gefragt, ob er „etwas ausgefressen" habe, ob er vielleicht politisch tätig gewesen sei. Als er das letztere bejahte, meinte der Beamte, dann sei das wohl der Grund für die erneute Aufforderung des Einberufungsausschusses; er möge sich beim Gesamteinberufungsausschuß beschweren. Becker reichte eine solche Beschwerde ein. Statt einer Antwort erhielt er die Aufforderung, am 16. November zur körperlichen Untersuchung in der Kaserne in der Karlstraße zu erscheinen. Dort wurde ihm von dem die Untersuchung leitenden Offizier gesagt: „Sie haben sich hier anständig zu betragen, zwei Kreuzer haben Sie schon."

Später sagte derselbe Offizier, im Bureau des Einberufungsausschusses sei Becker doch schon erklärt worden, daß er von der Firma Schwarzkopff wieder fort müsse; deshalb solle ihm jetzt Arbeit zugewiesen werden. Darauf diktierte der Offizier dem Schreiber: „Messingwerk (oder Metallwerk) Eberswalde", verbesserte sich jedoch sofort: „Aber warten Sie mal, ich sah eben noch etwas Besseres", dann diktierte er: „Als Arbeiter zum Gemeindevorstand in Frohnau." Zu Becker sagte der Offizier: „Sie melden sich dort beim Gutsvorstand." Der Gutsvorsteher von Frohnau erklärte Becker, er habe kräftige Leute angefordert, die Kohlen und Kartoffeln tragen und sonstige schwere Arbeit verrichten könnten. Er sei erstaunt, daß man ihm statt dessen einen Mechaniker schicke, der körperlich schwächlich und zudem auch noch Kriegsinvalide mit einer Beinverkürzung sei. Der Gutsvorsteher stellte Becker eine Bescheinigung aus, in der es heißt: „Becker ist Kriegsinvalide und zur Verrichtung schwerer körperlicher Arbeit, wie solche hier verlangt und angemeldet ist, untauglich. Ich verzichte deshalb auf seine Einstellung."

Seitdem — seit dem 20. November — bemüht sich Becker vergebens um andere Arbeit. Die Zuweisung nach dem Gutshof Frohnau wirkt auf alle industriellen Arbeitgeber abschreckend.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem durch den Einberufungsausschuß aus seiner sicheren Arbeitsstelle herausgerissenen kriegsinvaliden Mann wieder eine feste Beschäftigung zu verschaffen und für ihn den erlittenen Verdienstverlust zu entschädigen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler ferner zu tun, um die Veranlasser dieses Mißbrauchs des Hilfsdienstgesetzes zu politischer Maßreglung zur Verantwortung zu ziehen und welche allgemeinen Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Wiederholung eines solchen — nicht vereinzelt dastehenden — Falles zu ergreifen: Bd. 322, Nr. 1186.

Wiederholt von Dr. Cohn (Nordhausen): Bd. 323, Nr. 1355.

Bd. 311, 141. Sitz. S. 4396C. — Beantwortet.

n) Rechtsschutz für Hilfsdienstpflichtige:

Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 606.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 227.

o) Schlichtungsausschüsse, Zentralstelle, Errichtung, Zusammensetzung, Tätigkeit, Tagegelder:

Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 511, a 512, a 548.
Nr. 650 S. 124, 126.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 803.
Nr. 1214 S. 155.

Nichtzulassung der wirtschaftsfriedlichen (gelben) Arbeiterorganisationen zu den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes:

Hilfsdienst, vaterländischer. 6. Durchführung des Gesetzes (Fortsetzung).

Bd. 309, 85. Sitz. S. 2476A.
86. Sitz. S. 2495D, 2515A ff, 2517A ff, 2518D ff, 2519C, 2520D, 2522C ff, 2524A, C, 2525B, 2526A.

—, Ausschluß des Verbandes deutscher Eisenbahnarbeiter und Handwerker und sonstiger Eisenbahnorganisationen: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2519C, 2520D, 2524D, 2525D.

—, Nichtzulassung katholischer Arbeitervereine: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2519D, 2521B, 2524D, 2525C, D, 2526A.

Bildung landwirtschaftlicher Spruchkammern bei den Schlichtungsausschüssen: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2570C.

p) Vereins- und Versammlungsrecht für die Hilfsdienstpflichtigen: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3859B, 3869D.

q) Versicherung der Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 320, Nr. 650 S. 190.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 650.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 269, 271.

Angestelltenversicherung der im Auslande beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 320, Nr. 650 S. 197.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 647.
Bd 322, Nr. 1214 S. 270.

Invalidenversicherung der im Auslande beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 320, Nr. 650 S. 195.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 651.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 269.

Unfallversicherung der Hilfsdienstpflichtigen:
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 650.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 546, a 858.

r) Weibliche Personen.

Anfrage Koenig: Am 18. November ist von der Polizeiverwaltung zu Dortmund auf Grund der Verordnung des Königlichen stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps zu Münster vom 3. April 1917 über Arbeitshilfe in der Kriegswirtschaft eine Bekanntmachung erlassen worden, durch die sämtliche alleinstehende und unverheiratete weibliche Personen im Alter von 16 bis einschließlich 35 Jahren, die nicht im Sinne des § 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 tätig sind, aufgefordert werden, sich zur Eintragung in eine Liste zu gewissen Stunden und Tageszeiten zu melden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Vorsorge zu treffen, daß die stellvertretenden Königlichen Generalkommandos Verordnungen, die mit den die weibliche Dienstpflicht ablehnenden Beschlüssen des Reichstags in Widerspruch stehen, nicht erlassen, bzw. daß die bereits erlassenen aufgehoben werden?: Bd. 322, Nr. 1174.

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3992A. — Beantwortet.

7. Grundsätze für die Demobilmachung. —

Antrag des Ausschl. f. Handel u. Gew.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführten Beschäftigungsverhältnisse sind alsbald nach Kriegsabschluß in dem Maße, als es die Zurückführung der Betriebe zum früheren Stand erfordert, rückgängig zu machen. Den solcherart Entlassenen steht, sofern sie vor ihrem Eintritt in den Hilfsdienst schon als Arbeiter oder Angestellte tätig waren, bis zur Wiedererlangung einer Beschäftigung das Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung zu: Bd. 321, Nr. 875 unter IB 5f.

Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045D. — Angenommen.

Antrag Albrecht und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 sofort außer Kraft gesetzt wird.

Bd. 325, Nr. 1958. — Unerledigt.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Beglückwünschung zu seinem 50jährigen Militärjubiläum: Bd. 307, 40. Sitz. S. 867A.

Artikel Naumanns zum 70. Geburtstage siehe „Belagerungszustand" unter II 12 Eb β.

April-Offensive 1917, Depeschenwechsel zwischen dem Reichshaushaltsausschuß und Generalfeldmarschall von Hindenburg:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045C.
101. Sitz. S. 3062C, 3068B, 3072D, 3088A, 3080B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3130B.

Telegramme über die militärische Lage: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3571B.

Telegramm Hindenburgs an den Alldeutschen Verband in Essen über Belgiens Zukunft: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3961D.

„Fechten ist seine Sache, aber nicht sich hineinmischen in die Politik und schwatzen" Abgeordneter Heine (Dessau) inbezug auf ein Hindenburg-Telegramm: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3923A, 3929A, 3930A, 3932A, 3933D, 3934A.

Hindenburg und Ludendorff, Verhältnis: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3724D, 3728B.

—, Kultus mit ihren Persönlichkeiten: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4532A.

Erlaß des Generals Gröner gegen den Streik in der Rüstungsindustrie („Hindenburg befiehlt"):
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3058C.
101. Sitz. S. 3095C.

Hindenburg-Briefe, Mißbrauch: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2845D.

Hindenburggabe (Fleischabgabe).

Handhabung: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3275C, 3289C.

Angeblicher Weiterverkauf an Munitionsarbeiter mit Wucherpreisen (Spandau): Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491C, 3492A.

Hindenburgprogramm, Durchführung, Nachteile infolge der hohen Preise:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503C, 4516C.
146. Sitz. S. 4588A.

Hinterbliebenenversicherung siehe „Versicherungswesen" unter III A.

Hinterbliebenenversicherungsfonds siehe „Schuldenwesen" unter III 1.

Hinterbliebenenversorgung siehe „Militärhinterbliebenenversorgung" und „Pensionswesen".

Hirsch, Abgeordneter für den 6. Merseburger Wahlkreis. Gest. am 30. September 1918: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149B.

Hirse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 60.

Hobbing, Reimar, Berliner Verlagsbuchhändler. Reklame in den Eisenbahnzügen und auf den Eisenbahnanlagen, Vertrag der Eisenbahnverwaltung mit dem Verleger der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Reimar Hobbing über Verpachtung der Reklame, Revision, — Resolution:
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4678A, 4682B, 4683C, 4686D, 4687A, 4688D, 4691D.
150. Sitz. S. 4700B, 4701B, 4703A, 4706A, 4707A (Ablehnung der Resolution).

Hochschulen siehe „Universitäten".

Höchstpreise siehe „Kriegswirtschaft" unter II 172.

Hochwasserschäden.
Anfrage Koßmann, Gebhart: Durch das Hochwasser in der Rheinprovinz und der Bayerischen Pfalz wurden in zahlreichen Fällen eingekellerte Lebensmittel stark beschädigt oder vollständig vernichtet. Ebenso wurden große mit Wintersaat angebaute sowie unbebaute Flächen Acker- und Gartenland durch Wegschwemmung und Versandung zerstört.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, daß den betroffenen Familien baldigst
1. ausreichender Ersatz für vernichtete Lebensmittel und Saatgut geliefert,
2. die zur Wiederherstellung der zerstörten Acker- und Gartenflächen notwendigen Arbeitskräfte eventuell durch Beurlaubung zum Heere eingezogener Angehöriger beschafft werden?: Bd. 322, Nr. 1255.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3995A. — Beantwortet.

Paul Hoffmann, preußischer Landtagsabgeordneter. Verfahren wegen Hochverrats: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3594C.

Hofrichter, Abgeordneter für den 1. Cölner Wahlkreis. Gest. am 14. Oktober 1916: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1836B.

Hohensalza. Getreideaufkäufe durch die Reichsgetreidestelle siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139i.

Hohenzollern.
Beglückwünschung S. M. des Kaisers zum 500jährigen Jubiläum der Herrschaft der Hohenzollern in der Mark Brandenburg: Bd. 306, 21. Sitz. S. 418A.
Verdienst des Hauses Hohenzollern um Deutschland: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5562B.
Siehe auch „Monarchie" und „Kaiser Wilhelm II."

Holland siehe „Niederlande".

Holzhauer, Admiral. Prisenkommando in Swinemünde, Benutzung der Dienstschiffe durch den Admiral Holzhauer und seine Familie zu Spazier- und Hamsterfahrten; Zollhinterziehungen usw.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4294B ff., 4298D, 4310D, 4311B.

Holzpreise.
Steigerung, Abbau während der Uebergangszeit:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4504A, 4517D.
Bd 311, 146. Sitz. S. 4582C, 4598B (Holzpreise der Fürstin v. Bismarck).
Siehe im übrigen „Kriegswirtschaft" unter II 173.

Holzverkohlungsindustrie, Schutz gegen die amerikanische H., siehe „Zolltarif".

Graf Hoensbroech, Einladung zur Teilnahme an der Adlon-Konferenz an den Grafen v. Westarp, Brief des Grafen Hoensbroech: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2490D ff., 2514A ff., 2516C, 2518C.

Honig siehe „Kriegswirtschaft" unter II 174.

Hopfen. Notlage des Hopfenbaues siehe „Kriegswirtschaft" unter II 175.

Hülsenfrüchte. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 176.

Hunde für menschliche Ernährung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 177.

Hunnen. Völkerverhetzung, Bezeichnung der Deutschen mit „Hunnen": Bd. 309, 84. Sitz. S. 2436A.

Hypotheken siehe „Grundbesitz, Grundstücke usw".

Hypothekenbanken. Rückkauf der Pfandbriefe während des Krieges; „Ausbeutung des Hausbesitzers": Bd. 307, 52. Sitz. S. 1219C.

Hypothekenschutzbanken siehe „Kriegswirtschaft" unter II 179.

Jade. Erweiterung der Deichbauten zur Gewinnung von Gelände (Ergänzungsetat für 1917, Bd. 321, Nr. 760): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158A, 3177B.

v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Verabschiedung: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2155C.

Japan.
Stellung in Ostasien: Bd. 307, 39. Sitz. S. 856B/C.
Deutsche in japanischer Gefangenschaft siehe „Kriegsgefangene" unter III G.

Jaurès, französischer Sozialist. Brief an Vandervelde über den Krieg: Bd. 307, 40. Sitz. S. 894D.
Versuche zur Aufrechterhaltung des Friedens am 31. Juli 1914: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1739C.

Jesuitengesetz, Aufhebung:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 93D.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1016A.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2857A.
Aufhebung, Resolution Bernstein u. Gen., Bd. 320, Nr. 690 unter E, siehe „Ausnahmegesetze" unter 3.

Immunität der Mitglieder des Reichstags siehe „Reichstag" unter I E 2.

Indien.
Kampf gegen die englische Herrschaft, Stellung Deutschlands zu Indien: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5655D.
Indien als Ziel der deutschen Politik: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5760D ff., 5762C, — vergl. auch S. 5754D.
Behandlung deutscher Kriegs- und Zivilgefangener in Indien siehe „Kriegsgefangene" unter III D.

Industrie.
Lage; Leistungen für den Kriegsbedarf:
Bd. 306, 24. Sitz. S. 470B.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 873C.
47. Sitz. S. 1069C.
49. Sitz. S. 1118C.
60. Sitz. S. 1537B.
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2161C.
Einstellung auf den Krieg, Kapitalkraft, Einführung neuer Arbeitsverfahren, Teilung der Arbeit, vermehrte Verwendung von Maschinen usw., technische Erfindungen:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365B ff.
83. Sitz. S. 2382B, C ff.
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4502C, 4510A, 4412A, C, 4517C.
146. Sitz. S. 4581D, 4584A, 4588A, 4590A, 4604B.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4936C.
Vermehrung der großkapitalistischen Unternehmungen: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4895B.

Industrie (Fortsetzung).

Kriegsgewinne der Industrien aller Art, Höhe der Dividenden, Gründe für die Mißstände im Lieferungswesen:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4510C, 4511Bff., 4516Bff.
146. Sitz. S. 4581D, 4584A, 4586C, 4589Aff., 4591Cff., 4592B, 4594Aff., 4598Cff., 4600B, 4601B, 4602B.

Betriebsumstellungen am Anfang des Krieges, ablehnende Haltung vieler Unternehmer, Anreiz durch hohe Preise, Abschreibungen für Neuanlagen usw.:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4512D, 4516Bff.
146. Sitz. S. 4596B.

—, Siehe auch „Kriegsindustrie".

Untergang der Kleinindustrie infolge des Krieges (Musikinstrumentenindustrie, Spitzenindustrie), Anwachsen des Fabrikproletariats: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4935D.

Schwerindustrie, Vorwurf des „geschäftlichen Interesses" an der Fortsetzung des Krieges:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1330B, 1334C, 1335B.
56. Sitz. S. 1368C.
60. Sitz. S. 1537B, 1547B.

Lage nach dem Kriege, Wettbewerb des Auslandes:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1119A.
50. Sitz. S. 1138C, 1143C.
51. Sitz. S. 1151B.

Flüssigmachung in Anleihe festgelegter Beträge für Industrie und Landwirtschaft nach dem Kriege: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365B.

Siehe auch „Hilfsdienst, vaterländischer" und „Kriegssozialismus".

Ingenieurkammern.

Petitionen, betreffend Schaffung von Ingenieurkammern und Schutz des Ingenieurtitels.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. III 1.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Ueberweisung als Material.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 II v.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Ingenieurkomitee siehe „Reichsheer" unter 80.

Innere Politik. — Siehe auch „Krieg" unter II.

Neuorientierung, Demokratisierung, freiheitlicher Ausbau:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 45D, 48C, 49D.
6 Sitz. S. 59C.
8. Sitz. S. 123B.
12. Sitz. S. 172A, D.
14. Sitz. S. 231C, 235A.
20. Sitz. S. 389B, 391C, 394D.
32. Sitz. S. 739C.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 872B, 891B.
59. Sitz. S. 1487C, 1495A, C.
60. Sitz. S. 1529A.
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1694B („Freie Bahn dem Tüchtigen").
64. Sitz. S. 1706A, 1710A, 1715A, 1721C, 1725C, 1728C, 1733A, 1740A.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2375B, 2392A, 2399C, 2403D.
84. Sitz. S. 2420Dff., 2428B.
85. Sitz. S. 2477D.
86. Sitz. S. 2487C, 2493A, 2502C.
87. Sitz. S. 2566A.
95. Sitz. S. 2832B, 2838D, 2839Dff. 2841Bff., 2843A, 2847C, 2851D, 2854A, 2857C, 2866B, 2875D.

Innere Politik (Fortsetzung).

96. Sitz S. 2887D, 2902A, 2906C, 2910D, 2915A, 2916A, 2917A, 2919D, 2921B, 2924B, 2927C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3414B, 3415Aff., 3425A, 3430D.
110. Sitz. S. 3437B, 3441A, 3444B, 3447C.
121. Sitz. S. 3690A, 3693D.

—, Programm der Regierung des Reichskanzlers Dr. Grafen v. Hertling:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3945D.
133. Sitz. S. 4143Cff.
134. Sitz. S. 4177Bff., 4179C.
135. Sitz. S. 4188B.
136. Sitz. S. 4242A, 4273Cff.
137. Sitz. S. 4292C.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5681D, 5692A, 5695D.
182. Sitz. S. 5707A, 5709A, 5715A, 5716C.

—, Siehe auch:
Bd. 314, 192. Sitz. S. 6151C.
193. Sitz. S. 6157C, 6159C, 6169C, 6177B.
194. Sitz. S. 6189B, 6191A.

Anfrage Dr. Liebknecht:
a) Welchen Begriff verbindet die Regierung mit dem Wort „Neuorientierung" der inneren Politik?
b) Hat sie ein konkretes Programm zu dieser Neuorientierung?
c) Welches ist dieses Programm im einzelnen?
d) Wann gedenkt die Regierung es zu verwirklichen?
e) Ist die Regierung bereit, noch im Laufe des jetzigen Tagungsabschnitts oder wann sonst die erforderlichen Vorlagen zur Demokratisierung von Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reichs und seiner Einzelstaaten, insbesondere zur Reform des Wahlrechts für die gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften und zur Demokratisierung der Wehrverfassung zu machen?: Bd. 316, Nr. 156.
Bd. 306, 23. Sitz. S. 450 A. — Beantwortung abgelehnt.

Aussprüche des Kaisers, Rede vom 4. 8. 1914, Verdienste des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4143C.

Bindung der Regierung durch die Rede des Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhause vom 14. März 1917: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2846A.

Staatsbürgerliche Erziehung des Volkes, Hebung des allgemeinen Wohls, Zurücksetzung der Interessen des Einzelnen, Idealismus:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2420Bff.
85. Sitz. S. 2477D.

Neuorientierung der Behörden, Beseitigung des Polizeigeistes: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5314C.

Größere Selbständigkeit der Kommunalbehörden: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2833C.

Demokratisierung und Nationalisierung des Reichs, Rede des Abg. D. Naumann (Waldeck), Fusion des Behördenstaats mit dem Volksstaat:
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3425Cff., 3427Dff., 3430B, D.
110. Sitz. S. 3441A.

Demokratisierung des ganzen Verwaltungssystems, Beseitigung aller angestellten Verwaltungsbeamten; Ersetzung durch gewählte Selbstverwaltungsbeamte: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6230C.

Innere Politik (Fortsetzung).

Zusammenbruch des alten Systems durch Fehler der Diplomatie, der Kriegstechnik, des Lieferungswesens, der staatlichen Ernährungswirtschaft und den mangelnden Zusammenhang zwischen Regierung und Volk: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6174D; siehe auch S. 6167A.

Siehe auch „Parlamentarismus", „Verfassung", „Preußen, Wahlrecht", „Reichstag" unter I, „Sozialpolitik" und „Vereinsrecht".

Siehe ferner „Belagerungszustand" unter II 12Da.

Inseratenwesen. Anzeigeninstitut „Ala", Abhängigkeit von den Schwerindustriellen:

Bd. 311, 144. Sitz. S. 4513B.
146. Sitz. S. 4591B.

Intendanturen, Intendanturbeamte siehe „Reichsheer" unter 81 und „Marine" unter 5F.

Interparlamentarische Konferenzen. Nutzen interparlamentarischer Zusammenkünfte und Besuche: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2843C.

Interpellationen. — Wortlaut der Interpellationen siehe bei dem betreffenden Gegenstand. — Siehe auch „Reichstag" unter III 8.

1. Albrecht u. Gen., betr. Friedensverhandlungen: Bd. 316, Nr. 159.
   Bd. 306, 22. Sitz. S. 430B. — Beantwortet und besprochen.
2. Arnstadt u. Gen.: Bd. 319, Nr. 419,
3. Albrecht u. Gen.: Nr. 420,
4. Dr. Ablaß u. Gen.: Nr. 421,
5. Dr. Spahn, Giesberts u. Gen.: Bd. 319, Nr. 425,

   betr. rechtzeitige Bergung der Hackfruchternte und Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln.
   Bd. 308, 65. Sitz. S. 1743C.
   66. Sitz. S. 1770D. — Beantwortet, besprochen.
6. Arnstadt u. Gen.: Bd. 321, Nr. 774
7. Albrecht u. Gen.: Nr. 775

   betreffend Friedensbedingungen.
   Bd. 309, 100. Sitz. S. 3022B.
   Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384C. — Beantwortet, besprochen.
8. Albrecht u. Gen., betreffend Verstöße gegen die elsaß-lothringische Verfassung, gegen das Schutzhaftgesetz und die Immunität der Reichstagsabgeordneten: Bd. 321, Nr. 776.
9. Hauß u. Gen., betreffend den Nichtzusammentritt des Landtags für Elsaß-Lothringen: Bd. 321, Nr. 779.
   Bd. 309, 101. Sitz. S. 3062A (Beantwortung zugesagt).
10. Antrick u. Gen., betreffend die Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt und in der Kohlenversorgung, sowie die Steigerung der Mietpreise: Bd. 321, Nr. 904.
    Bd. 310, 113. Sitz. S. 3527D. — Beantwortet, besprochen.
11. Antrick u. Gen., betreffend Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch die stellvertretenden Generalkommandos: Bd. 322, Nr. 1050.
    Bd. 310, 120. Sitz. S. 3651D.
    122. Sitz. S. 3714A. — Beantwortet, besprochen.
12. Antrick u. Gen., betreffend Agitation durch Vorgesetzte im Heere zugunsten alldeutscher Politik: Bd. 322, Nr. 1051.
    Bd. 310, 120. Sitz. S. 3652A.
    122. Sitz. S. 3714A. — Beantwortet, besprochen.
13. Gröber, Trimborn, Dr. Mayer (Kaufbeuren), betreffend die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes im Handwerk, Kaufmannsstand und in der Kleinindustrie: Bd. 322, Nr. 1090.
    Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935B.
    139. Sitz. S. 4343C. — Beantwortet, besprochen.
    140. Sitz. S. 4369C.

Interpellationen (Fortsetzung).

Invalidenversicherung siehe „Versicherungswesen" unter III A.

Irrtum, entschuldbarer.

Zulassung der Einrede des entschuldbaren Irrtums auf Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften auf Grund des Belagerungszustandes, Resolution, siehe „Belagerungszustand" unter I 5.

Bei Verfehlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter I 4.

Italien.

Siehe auch „Krieg" unter IB.

Beschlagnahme des Palastes der österreichischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl; Verletzung des Garantiegesetzes: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1705C.

Deutsche in italienischer Gefangenschaft siehe „Kriegsgefangene" unter IIIH.

Anfrage Dr. Südekum: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt,

1. daß in Genua von einem italienischen Kriegsgericht neben anderen Angeklagten auch drei Deutsche in einem offenbaren Tendenzprozeß wegen Landesverrats im Abwesenheitsverfahren auf Grund völlig unzureichender Beweise zum Tode verurteilt worden sind?
2. daß die italienischen Behörden Stätten deutscher Forschung, die der Kultur der ganzen Welt dienten, wie das Archäologische Institut in Rom, das Preußische Historische Institut in Rom, das Kunsthistorische Institut in Florenz, das Vulkaninstitut auf dem Vomero bei Neapel u. a. nicht nur sequestriert haben, sondern auch die Absicht bekundet haben, die darin enthaltenen wertvollen Sammlungen und Forschungsmaterialien italienischen Anstalten ähnlicher Art zuzuführen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der verurteilten Reichsangehörigen, sowie gegen die dem Völkerrecht hohnsprechende Vergewaltigung und Vernichtung unersetzlicher Kulturgüter zu tun?: Bd. 324, Nr. 1653.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5538D. — Beantwortet.

Juden.

a) Einwanderung, Ausweisungen.

Verhinderung jüdischer Zuwanderung aus dem Osten: Bd. 307, 40. Sitz. S. 880B, C.

Anfrage Bauer (Breslau), Davidsohn, Scheidemann: Seit längerer Zeit werden aus der Provinz Posen und aus dem Regierungsbezirk Oppeln, in der letzten Zeit auch aus dem Regierungsbezirk Breslau die österreichischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens — unbeschadet jahrzehntelanger Ansässigkeit, tadelloser Führung und bestgeordneter Einkommensverhältnisse — ausgewiesen.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Zustände bekannt?

Denkt er dagegen einzuschreiten?: Bd. 321, Nr. 948.

Schriftliche Antwort:, Bd. 321, Nr. 1022.

Juden (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die lästige Zuwanderung von Personen jüdischen Stammes aus Polen, Galizien und Rumänien nimmt allmählich wie in Deutsch-Oesterreich so auch bei uns einen bedenklichen Umfang an.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß viele dieser Neudeutschen, wie die Polizeilisten ausweisen, gewerbsmäßige Hehler, Taschendiebe und Lebensmittelwucherer sind, daß sie sich alle durch starke Abneigung gegen Reinlichkeit und körperliche Arbeit auszeichnen, und daß sie durch ihre geschäftliche Veranlagung und eigenartige Gesittung für den unter der Not der Zeit schwer leidenden Mittelstand eine besondere Plage und, vom völkischen Standpunkt gesehen, für das Deutsche Reich einen höchst unerwünschten Zuwachs bilden?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler hier zu tun?: Bd. 321, Nr. 929.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1085.

Anfrage Dr. Werner (Gießen), betreffend Schließung der Reichsgrenzen gegen jüdische Einwanderung (jüdische Arbeiter): Bd. 321, Nr. 1012.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1153.

Deutschfeindliche Haltung des nichtdeutschen Judentums: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5678D.

b) Heeresdienst.

Tauglichkeit der Juden für den Heeresdienst: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2049A, 2052B.

Zählung der Juden im Heere und bei den Kriegsgesellschaften: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2038A, 2048D, 2051C.

Zurücksetzung der Juden bei der Beförderung zu Offizieren: Bd 308, 73. Sitz. S. 2049D.

Siehe auch „Reichsheer" unter 77c, 83 und 141b.

c) Jüdische Kriegsgefangene. Anfrage Dr. Werner (Gießen). Die deutsche Heeresverwaltung hat wiederholt auf die religiösen Anliegen der jüdischen Kriegsteilnehmer bei israelitischen Festtagen weitgehende Rücksichten nehmen zu müssen geglaubt.

Das sorgsame Eingehen auf die seelischen Belange der Judenheit hat sich aber auch auf die gefangenen jüdischen Offiziere und Soldaten erstreckt. Es ist ihnen nicht nur zu religiösen Feiern und zu Bewirtung bei ihren in Deutschland wohnenden Stammesgenossen Urlaub aus Gefangenenlagern erteilt worden, sondern man gab ihnen auch in der Zeit schwerster Einschränkungen für die deutsche Bevölkerung ausreichende Mengen feinsten Weizenmehls zur Herstellung der rituellen Mazzot. Belege für diese Dinge habe ich seinerzeit im Hauptausschuß erbracht. Eine Zusage auf Anstellung ist noch niche erfolgt. Ich ersuche deshalb um eine schriftliche Antwort, ob der Herr Reichskanzler die vorgetragenen Beschwerden für die Zukunft gegenstandslos zu machen gedenkt?: Bd. 321, Nr. 971:

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1134.

d) Ostjudenfrage, Regelung: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5677C.

e) Schächten. Anfrage Dr. Werner (Gießen): Um das bedauerliche Verschwenden gewaltiger, für die Volksernährung sehr wertvoller Blutmengen zu verhüten, hat die Reichsleitung kürzlich angeordnet, daß das nichtrituelle Schächten der Schlachttiere zu verbieten sei.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, aus dem gleichen Grunde auch das jüdisch-rituelle Schächten zu verbieten, um das der jüdischen Bevölkerung gewährte Ausnahmegesetz zu beseitigen?: Bd. 321, Nr. 972. — Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1039.

Juden (Fortsetzung).

f) Verwaltung Ober-Ost, Rechtsverhältnisse der Juden. Anfrage Dr. Werner (Gießen): Durch die Zeitungen geht die Mitteilung, daß bei der Verwaltung von Ober-Ost eine besondere Abteilung für jüdische Belange eingerichtet worden sei.

Falls dies zutrifft, frage ich den Herrn Reichskanzler, ob und in welcher Weise auch die Rechte der in Ober-Ost wohnenden deutschen Volksgenossen gewahrt werden: Bd. 321, Nr. 993.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1145.

g) Wuchergeschäfte, Streikhetze. Beteiligung an den Wuchergeschäften während des Krieges:

Bd. 309, 92. Sitz. S. 2716A, 2717D, 2719B, 2720C.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Feindliche Ausländer jüdischen Stammes haben sich sowohl bei den Lebensmittelschiebungen im Osten als auch bei den Streikhetzereien der letzten Zeit in bemerkenswerter Weise hervorgetan.

Was geschieht oder geschah, um diesem landesverräterischen Treiben zu begegnen?: Bd. 323, Nr. 1272.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1454.

Siehe auch: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5677C.

Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 225a, 297e, 335.

Jugendliche Personen, Jugendfürsorge. — Siehe auch „Schulwesen" und „Kinder, Kinderschutz".

A. Allgemeines.

Zusammenarbeit der Parteien auf diesem Gebiet: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5318C.

B. Arbeiterschutz siehe „Eisenindustrie", „Gewerbeordnung" unter 2.

C. Erziehungsfragen usw. — Siehe auch „Schulwesen".

1. Allgemeines.

Anfrage Schulz (Erfurt): Durch die militärische Jugendvorbereitung und den damit zusammenhängenden Antrag Bd. 317, Nr. 214 des Hauptausschusses, ferner durch die Novelle zum Vereinsgesetz sind eine Reihe von Schul- und Jugendbildungsfragen aufgeworfen worden, deren vorsichtige und sachkundige Lösung für die zukünftigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Deutschen Reichs von großer Wichtigkeit ist.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, bald nach Beendigung des Krieges und vor der Inangriffnahme irgendwelcher Maßnahmen auf dem Gebiet der Schul- und Jugendgesetzgebung einen Ausschuß zu berufen, zusammengesetzt aus Vertretern der staatlichen und gemeindlichen Schulpolitik, der pädagogischen Theorie und Praxis und aus sonstigen geeigneten Sachverständigen, der die Fragen in ihrer Gesamtheit zu beraten und sich über etwaige gesetzgeberische Schlußfolgerungen für das Reich gutachtlich zu äußern hat?: Bd. 318, Nr. 352.

Bd. 307, 60. Sitz. S. 1518C. — Beantwortung abgelehnt.

Fürsorge für schulentlassene Jugend: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2609C, 2613D.

Erziehung zur Selbständigkeit usw., Verhalten der Jugend: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1159A.

Erziehung zur Staatsgesinnung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1497B.

Jugendliche Personen, Jugendfürsorge. C. Erziehungsfragen usw. (Fortsetzung).

Politische Erziehung und Betätigung Jugendlicher: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1496 B, 1502 B.
Siehe im übrigen „Vereinsrecht" unter A 3.

2. Sittliche Erziehung.

Anfrage Kuckhoff (Cöln): Von mehreren stellvertretenden Generalkommandos sind im Verlaufe des Krieges Anordnungen erlassen worden, die den Schutz jugendlicher Personen in ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung bezwecken.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß im Sinne eines geeigneten Schutzes der Jugend gegenüber den im Kriege erhöhten Gefahren, insbesondere für die Bekämpfung der Schundliteratur und des Kinounwesens, gemeinsame Richtlinien für das gesamte Gebiet des Deutschen Reichs an alle stellvertretenden Generalkommandos gegeben werden, so wie es für die militärische Vorbereitung der Jugend durch die Verfügung vom 16. August 1914 geschehen ist?

Ist der Herr Reichskanzler, falls eine einheitliche Regelung des Jugendschutzes durch alle stellvertretenden Generalkommandos als unmöglich erscheint, bereit, dem Reichstage einen Bericht über den Inhalt der einschlägigen, bisher ergangenen Erlasse oder eine Zusammenstellung dieser Erlasse zu überreichen?: Bd. 319, Nr. 466.

Bd. 308, 71. Sitz. S. 1940 B. — Beantwortet.

Aufklärung der Jugend über die Geschlechtskrankheiten: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1172 B.

Anfrage Dr. Herzfeld: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Kammergericht in dem Beschlusse vom 27. April 1917 gegen den minderjährigen Ernst L. den Grundsatz aufgestellt hat, daß die politische Gesinnung eines Minderjährigen entschieden sozialistischer Richtung eine sittliche Verwahrlosung darstellt, welche die Verhängung der Fürsorgeerziehung rechtfertigt?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei Beratung des bürgerlichen Gesetzbuchs der Reichstag in der Komission sowie in der Sitzung vom 26. Juni 1896 dies als einen Mißbrauch des Gesetzes bezeichnet hat, der auf allen Seiten entschieden mißbilligt werde?

Welche gesetzgeberischen Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu veranlassen, daß das Fürsorgeerziehungsrecht zum Instrument der Erzwingung einer bestimmten politischen Gesinnung der Minderjährigen gemacht wird?: Bd. 321, Nr. 936.

Bd. 310, 117. Sitz. S. 3603 B. — Beantwortet.

3. Militärische Jugenderziehung, reichsgesetzliche Regelung, Stand:

Bd. 309, 89. Sitz. S. 2609 A, 2613 C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5321 A.

—, Militärische Erziehung und Ausbildung nach Abgang von der Volksschule:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4353 C.

—, Nachteile für den Schulbetrieb und die Lehrlingsausbildung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5317 C.
171. Sitz. S. 5330 A.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Nach dem Urteile weiter sachverständiger — pädagogischer, militärischer und ärztlicher — Kreise zwingen die Erfahrungen dieses Krieges, der körperlichen Ausbildung in der Jugenderziehung mehr Recht als bisher einzuräumen.

Wird der Herr Reichskanzler der wichtigsten Reformfrage, der Vorbereitung der Jugend für den Heeresdienst eine eingreifende Aenderung der Schulpläne, Schaffung von Uebungsplätzen, Ausbildung genügenden Lehrpersonals usw. vorausgehen lassen?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen,

1. welche einleitenden Schritte zur Lösung dieser großen Frage bisher getan wurden,
2. ob vor dieser Neuordnung der Jugenderziehung die Vertreter der großen Organisationen, die sich bisher freiwillig und verdienstvoll der Vorbereitung der Jugend für den Heeresdienst gewidmet haben, wie z. B. die deutsche Turnerschaft, gutachtlich gehört,
3. ob bei der endgültigen Regelung dieser wichtigen Frage die berechtigten Interessen dieser Organisation hinreichend gewahrt werden sollen?: Bd. 321, Nr. 940.

Bd. 310, 117. Sitz. S. 3608 A. — Beantwortet.

D. Jugendbewegung, Jugendorganisationen.

Nationale Jugendbewegung; Jungdeutschlandbund:
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1069 A.

Jugendwehr, Organisation, Zuziehung der Lehrer, der Deutschen Turnerschaft usw.: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3110 D.

Anfrage Dr. Neumann-Hofer:

Kürzlich hat der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden" am Fuße des Hermannsdenkmals bei Detmold eine Agitationsversammlung abgehalten, in der nicht nur gegen die Reichstagsmehrheit scharf Stellung genommen und für die sogenannte Vaterlandspartei Stimmung gemacht wurde, sondern in der auch u. a. die durch Kaiserliche Willenskundgebung verbürgte Selbständigkeit Polens als „der helle Wahnsinn" erklärt wurde.

Zu dieser Agitationsversammlung ist nun die Detmolder Jugendwehr in geschlossenem Zuge und mit klingendem Spiel von ihren Vorgesetzten hingeführt und nachher in gleicher Weise wieder in die Stadt zurückgeführt worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Anordnungen zu treffen, die dafür bürgen, daß sich ein solcher Mißbrauch der Jugendwehr zu politischen Zwecken nicht wiederholt?: Bd. 322, Nr. 1114.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1202.

Jugendbewegung der Gewerkschaften, Bildungs- und Erziehungsarbeit an der Arbeiterjugend:
Bd. 318, Nr. 351 S. 11.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1475 A, 1478 D, 1481 B, 1489 C, 1496 A, 1497 C, 1499 A.

—, Siehe auch „Gewerkschaften" unter 1.

Sozialdemokratische Jugendbewegung; Erziehung der Jugend zum Klassenkampf durch die Gewerkschaften:
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1068 D, 1070 A, D.
59. Sitz. S. 1481 B, 1499 A.

Teilnahme an Versammlungen usw. siehe „Vereinsrecht" unter A 3.

Jugendliche Personen, Jugendfürsorge (Fortsetzung).

E. Kriminalität, Strafrechtspflege.

Kriminalität jugendlicher Personen; Verwahrlosung während des Krieges, Gegenmaßregeln:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5117 C, 5119 D, 5120 D, 5123 C.
165. Sitz. S. 5141 B.

Jugendgesetzgebung (Strafrechtspflege), reichsgesetzliche Regelung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5319 A.
171. Sitz. S. 5329 D.

Hinaufsetzung der Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5117 D, 5119 D.
165. Sitz. S. 5141 C, 5150 D.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Die Verwilderung der Jugend ist eine der beklagenswertesten Folgen dieses langen Krieges. Ihre Kriminalität steigt in bedenklicher Weise. Die verschiedenen Maßnahmen der Stellvertretenden Generalkommandos blieben bisher ohne bemerkenswerten Erfolg.

Der Mangel an geeigneten Lehrkräften ist einer der Hauptgründe für das Mißlingen der Bekämpfung dieser bedauerlichen Kriegserscheinung. Zahlreiche Lehrkräfte werden nach wie vor zu ganz untergeordneten Diensten beim Heere festgehalten und dadurch der Erziehung der Jugend großer Schaden zugefügt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür Sorge zu tragen, daß durch Entlassung aller garnisonverwendungsfähigen und arbeitsverwendungsfähigen Lehrer für Hoch-, Mittel- und vor allem Volksschule sowie der älteren Jahrgänge der kriegsverwendungsfähigen Lehrer den großen Gefahren, die der deutschen Jugend aus den bisherigen Zuständen drohen, entgegengetreten wird?: Bd. 324, Nr. 1677. Bd. 313, 184. Sitz. S. 5791 D. — Beantwortet.

Petitionen, betreffend Erlaß eines Jugendschutzgesetzes, Strafverfahren gegen Jugendliche u. a.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II k.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.

Junius Alter. Geheime Denkschrift gegen die Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg:
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1510 C.
60. Sitz. S. 1528 B, 1533 B, 1536 C.

Nachforschung nach dem Verfasser bei dem Privatdozenten Dr. Ruge in Heidelberg: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1946 B.

Broschüre über Kriegsziele siehe auch „Belagerungszustand" unter II 12 D f.

Justizwesen.

Justizreform. Frage eines Gesetzentwurfs über die Vereinfachung der Rechtspflege, Entlastung der Justizbehörden, Ausdehnung des Offizialprinzips, Einschränkung des Legalitätsprinzips:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669 A, 2673 B, 2680 B, 2684 D, 2693 A, 2697 B, 2698 C.
91. Sitz. S. 2698 D, 2702 A, D.
92. Sitz. S. 2708 A, 2709 D, 2718 B, 2719 B.

Justizbeamte. Zahl der höheren, mittleren und Unterbeamten, der Rechtsanwälte und der zum Heeresdienst eingezogenen und der Zurückgebliebenen:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2703 A.
92. Sitz. S. 2708 B ff.

Justizwesen (Fortsetzung).

Gerichtsbeamte, Assessoren, Referendare, Entschädigung für Zeitverlust durch Kriegsdienst: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5120 D.

Petition des Verbandes Preußischer Justizsekretäre und -Assistenten, Sitz Berlin, betreffend Kriegsbeihilfen.
Mündlicher Bericht des Haush. Aussch.
Bd. 322, Nr. 1060 unter III 64.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.

Siehe auch „Gerichte", „Gerichtskosten", „Gerichtsschreiber", „Gerichtsverfassung", „Strafgesetzbuch", „Strafprozeßordnung", „Zivilprozeßordnung" usw.

Jutesäcke, Zollbefreiungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Juwelenindustrie, Luxussteuer, siehe „Umsatzsteuer".

Kadettenanstalten, siehe „Reichsheer" unter 83.

Kaffee, Kakao und Ersatzmittel, Bestandsaufnahme, Verkehrsregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 183.

Kaffee, Zoll, Erhöhung, siehe „Mineralwasser".

Kaffeeröstereien, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Kaffeesurrogate, Frage ihrer Besteuerung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4792 D.

Kaiser. Kommandogewalt siehe „Verfassung" unter 2 ff.; siehe auch „Monarchie".

Kaiser Wilhelm II.

1. Persönlichkeit des Kaisers, Kritik:
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6268 A.
197. Sitz. S. 6287 B, 6295 B.
2. Friedenspolitik vor dem Kriege (russisch-japanischer Krieg, Burenkrieg usw.):
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3393 B.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455 A ff.
3. Brief an den Zaren Nikolaus II. im Jahre 1895 mit Wendungen gegen Sozialdemokratie und Ultramontanismus: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6231 D, 6237 B. Angebliche Einwirkung auf den Zaren Nikolaus betreffs der inneren Entwicklung Rußlands: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1693 B.
4. Kundgebungen und Reden während des Krieges
Rede vom 4. 8. 1914 bei Ausbruch des Krieges über die innere Politik: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4143 C.
Osterbotschaft über das Wahlrecht in Preußen:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2832 C, 2841 D, 2847 A, 2855 D, 2857 D, 2866 C.
96. Sitz. S. 2887 D, 2890 A, 2903 B, 2912 B, 2914 B, 2927 C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3428 B, 3431 C.
110. Sitz. S. 3440 B, 3446 C.
Rede in Oeynhausen, betreffend Schutz der Arbeitswilligen: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4844 A, 4845 C.
Aeußerung über Gleichberechtigung der Arbeiter mit anderen Ständen: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4853 A.
Kaiserreden und Telegramme aus Anlaß des dreißigjährigen Regierungsjubiläums, Häufigkeit: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5690 B, 5695 D, 5697 A.
Aachener Rede, betreffend Getreidezüge aus der Ukraine: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5870 B, 5876 B.
Beurteilung der Politik und Kriegführung des Kaisers durch das Ausland im Lichte seiner Ansprüche und Reden:

Kaiser Wilhelm II (Fortsetzung).

Bd. 314, 196. Sitz. S. 6267C.
197. Sitz. S. 6295B.

Kaiserreden siehe auch „Belagerungszustand" unter II12Ebe.

Siehe auch „Reichstag" unter III10.

5. Regierungssystem Kaiser Wilhelms II.
Angriffe: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6231A.
Mißverständliche Handlungen und Aeußerungen bei Entlassung von Männern des alten Regimes (Kabinettchef v. Berg), gegenrevolutionäre Treibereien: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6217C.
6. Abdankung. Forderung der Abdankung des Kaisers und der gesamten Dynastie: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6269B.
7. Siehe auch „Monarchie".

Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Sechste Denkschrift über den Stand der Arbeiten zur Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, Beilage A zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: S. 48 des Etatsentwurfs.

Siebente Denkschrift, Beilage A zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: S. 48 des Entwurfs.

Entwurf eines Gesetzes betreffend den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal: Bd. 321, Nr. 759.
Erste und zweite Beratung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2980A.
Dritte Beratung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3062B.
Gesetz v. 18. 6. 1917, RGB. S. 553.

Beamte und Angestellte.
Petitionen:
1. der Telegraphisten des Kaiserlichen Kanalamts Wiekhorst und Genossen in Brunsbüttelkoog, betreffend Gleichstellung der Telegraphisten beim Kaiserlichen Kanalamt mit den Obertelegraphisten, Ueberführung zur Gruppe der mittleren Beamten und Einreihung in Klasse 17 der Besoldungsordnung,
2. der Lotsen beim Kaiserlichen Kanalamt in Kiel, betreffend Einreihung der Lotsen beim Kaiserlichen Kanalamt in eine höhere Gehaltsklasse der Besoldungsordnung.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1365 unter IIb.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038B. — Ueberweisung zur Erwägung.
3. des Schiffsführers Marzahl in Holtenau und Genossen um Neuregelung der Besoldung der Hafenmeister, Schiffsführer und Maschinisten des Kaiserlichen Kanalamts,
4. des Vereins der Matrosen und Heizer im Schleppbetriebe des Kaiserlichen Kanalamts E. V. in Holtenau um Erhöhung der Löhne der Matrosen und Heizer im Schleppbetriebe des Kaiserlichen Kanalamts.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 unter VIb 1 und 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Charlottenburg, Reichszuschuß:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5316A.
171. Sitz. S. 5329D, 5335C.

Kakao, Zoll, Erhöhung, siehe „Mineralwässer".
Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 182.

Kalender.

Petitionen, betreffend Kalenderreform.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IIIb.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Ueberweisung als Material.

Petition, betreffend Einführung eines festen Kalenders und Festlegung des Osterfestes.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IIz.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Kali, Kaliindustrie.

A. Kaligesetz.

1. Antrag des Haushaltsausschusses. Gesetzentwurf, betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (Preiserhöhung; Nichterhebung der Kaliabgabe für 1915, Bestreitung der Propaganda aus dem Rücklagefonds; Verschiebung der Neukontingentierung): Bd. 316, Nr. 127.
Erste Beratung: Bd. 306, 18. Sitz. S. 336B.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 316, Nr. 129.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 340B.
Dritte Beratung: 18. Sitz. S. 340D.
Gesetz v. 7. 9. 1915, RGB. S. 559.
Verlängerung des Gesetzes durch Notverordnung:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 347.
Bd. 319, Nr. 403 S. 139.
2. Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (Verschiebung der Neukontingentierung; Preiserhöhung; Nichterhebung der Abgabe für 1916, Bestreitung der Propaganda aus dem Rücklagefonds): Bd. 317, Nr. 266.
Erste Beratung: Bd 307, 43. Sitz. S. 972D.
Ber. d. 13. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 319.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 318, Nr. 348.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1384B.
Dritte Beratung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1459 D, 1460A.
Gesetz v. 21. 6. 16, RGB. S. 559.
Resolutionen: Bd. 318, Nr. 319 unter 3.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 319 unter 2a—c.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1389B a und b: Ueberweisung als Material bzw. Uebergang zur Tagesordnung.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1460A c. Für erledigt erklärt.
3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (Verschiebung der Neukontingentierung; Preiserhöhung; Nichterhebung der Abgabe für 1917; Bestreitung der Propaganda aus dem Rücklagefonds): Bd. 320, Nr. 670.
Erste Beratung: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2652A.
Mündl. Ber. d. 24. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 811.
Zweite Beratung: Ab.Antr. Bd. 321, Nr. 823, 846.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3332B.
Dritte Beratung: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3354B.
Gesetz v. 16. 6. 1917, RGB. S. 501.
Resolution Dr. Arendt u. Gen.: der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß
1. die Werke zur Lieferung einer gleichmäßigen Ware innerhalb der einzelnen Waggonladungen verpflichtet sind,
2. die Probenahmen auf den Werken durch vom Reich angestellte, tunlichst aus der Zahl der Kriegsbeschädigten zu nehmende Beamte stattfinden,

 A. Kaligesetz (Fortsetzung).

3. die Probenahme aus den einzelnen Ladungen zu erfolgen hat,
4. die Vorschriften über die Nachuntersuchung durch die Empfänger vereinfacht werden: Bd. 321, Nr. 848.

Bd. 310, 108. Sitz. S. 3336 C, 3344 A, 3346 B, 3350 A, 3351 A, 3353 B, 3354 B. — Angenommen.

Petitionen: Bd. 321, Nr. 811 unter 2.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3353 B, 3354 B. — Für erledigt erklärt.

4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (Erhöhung der Preise für Kali und der Arbeiterlöhne): Bd. 325, Nr. 1702.

Erste Beratung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851 A.
Mündl. Ber. des 36. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1795.
Zweite Beratung: Resolution Bd. 325, Nr. 1796; Ab. Antr. Bd. 325, Nr. 1802, 1810, 1811. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6108 C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6117 D.
Gesetz v. 23. 7. 1918, RGB. S. 749.

Resolution Herold, Dr. Arendt, Dr. Bärwinkel, v. Brockhausen, Gothein, Sachse: der Reichstag wolle beschließen: die folgende Resolution anzunehmen:

1. Die Abzüge, welche der Bundesrat nach § 21 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai 1910 den Abnehmern größerer Mengen Kalisalze bestimmen kann, sind für sämtliche Kalisalze entsprechend den gesteigerten Kalipreisen zu erhöhen.
2. Die Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 28. Juni 1911 zum § 23 sind in nachfolgenden Punkten zu ändern:
   a) Die Vorschriften über die Art der Probeentnahmen sind wesentlich zu vereinfachen.
   b) Als Zeuge bei der Probenahme ist jeder zuzulassen, der — ohne selbst etwas von der Ware erhalten zu haben — nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung zeugeneidlich vernommen werden kann, wenn er mit den Bestimmungen über die Probenahme bekannt gemacht ist.
   c) Die für Mindergehalt zu gewährenden Vergütungen sind im Verhältnis der in diesem Gesetz festgesetzten Preise zu den Preisen des Gesetzes vom 25. Mai 1910 zu erhöhen: Bd. 325, Nr. 1796.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6116 C. — Angenommen.

Petitionen: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6116 D, 6117 A. Für erledigt erklärt.

B. Bekanntmachungen, Denkschriften.

1. Bekanntmachung wegen Ergänzung der Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Vom 11. Juni 1915 (Vertretung des Vorsitzenden der Verteilungsstelle): Bd. 315, Nr. 102.
2. Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Vom 6. September 1915 (Aufhebung des Frachtausgleichs usw. von der Ausgangsstation Mülhausen): Bd. 316, Nr. 143.
3. Denkschrift über die Anwendung der §§ 13 und 14 des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai

 B. Bekanntmachungen, Denkschriften (Fortsetzung).

1910 in den Jahren 1912, 1913 und 1914 (Durchschnittslöhne, Arbeitszeiten): Bd. 317, Nr. 273.
—, während des Jahres 1915 (Durchschnittslöhne, Arbeitszeiten): Bd. 320, Nr. 636.

4. Denkschrift zum Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Vom 1. Mai 1917. (Die Kaliindustrie im Jahre 1916 unter Beifügung statistischen Materials für die Zeit vom Inkrafttreten des Kaligesetzes vom 25. Mai 1910 bis zum Ende des Jahres 1916): Bd. 321, Nr. 767 nebst Anlagen: Zu Nr. 767.
5. Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Vom 3. August 1917 (Amtsperiode der Mitglieder der Verteilungsstelle): Bd. 321, Nr. 966.
6. Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen. Vom 25. Januar 1918. (Ernennung und Wahl der Mitglieder der Verteilungsstelle): Bd. 323, Nr. 1276.
7. Denkschrift vom 2. Juli 1918: Die Kaliindustrie während des Krieges unter Beifügung statistischen Materials nebst Anlagen I bis XXXVII: Bd. 325. Zu Nr. 1702.

C. Kaliabsatz, Kaliindustrie.

1. Absatz, Verteilungsstelle.

Hebung der Erzeugung und Ausfuhr in der Uebergangszeit siehe „Kriegswirtschaft" unter II 390.

a) Absatz im Auslande.
Ausfuhrverbot, Wirkung:
Bd. 307, 58. Sitz. S. 973 D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3342 C, 3347 A.
Hebung der Ausfuhr nach Friedensschluß zur Sicherung der Valuta: Bd. 307, 43. Sitz. S. 974 C.
Auslandsabsatz i. J. 1916: Bd. 321, Nr. 767 S. 9.
—, Aussichten: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5009 D, 5013 A.

b) Absatz im Inlande.
Lieferungsschwierigkeiten der Station Mülhausen: Bd. 306, 18. Sitz. S. 339 A, C, 340 A.
Verwendung 40prozentiger Salze in der Landwirtschaft: Bd. 307, 43. Sitz. S. 974 A.
Belieferung der einheimischen Landwirtschaft, Vorrang vor der Ausfuhr: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6109 B.
Petition des Hauptmanns a. D. Theodor Hoffmann in Burg Bewartstein, Erlenbach bei Dahn (Rheinpfalz), um eine gesetzliche Anordnung, daß jeder Inhaber eines Acker- und Gartengrundstücks zur Verwendung einer entsprechenden Menge von Kali und Kalk verpflichtet ist, damit eine zu große Erzeugung von Kali und zu geringe Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln vermieden wird: Bd. 318, Nr. 319 S. 13 unter 2b.

Bd. 307, 57. Sitz. S. 1389 C. — Ueberweisung als Material.

Anfrage Dr. Matzinger, Freiherr v. Kerckerinck zur Borg: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die deutsche Landwirtschaft bei der Kaliindustrie Bestellungen auf Kalisalze von außergewöhnlichem Umfange zur prompten Lieferung machte und daß die täglich noch eingelangenden Aufträge die Friedensbestellungen um etwa das Fünffache übersteigen, daß diese aber infolge Wagenmangels nicht zur Ausführung kommen können?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die hierdurch stark gefährdete Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit dem nötigen Kalidünger für die Frühjahrsbestellung sicherzustellen?: Bd. 320, Nr. 513. Bd. 308, 78. Sitz. S. 2281 B. — Beantwortet.

c) Beteiligungsziffern, Verlängerung bis 1922: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6110 B.
—, Verschiebung der Neukontingentierung siehe unter A.

d) Probenahmen, andere Regelung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6113 B.

e) Propagandafonds. Verwendung für Versuche mit Stickstoff- und Phosphordüngungen: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1387 B, D.
— der für das Ausland bestimmten Summe: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5009 B, 5012 D.
Bestreitung der Propagandakosten aus dem Rücklagefonds siehe unter A.

f) Verteilungsstelle.
Einrichtung der Verteilungsstelle und der Berufungskommission, Wahl und Amtsdauer der Mitglieder:
Bd. 321, Nr. 966.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 707.
Nr. 1214 S. 133.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 864.
Vertretung des Vorsitzenden. Bekanntmachungen vom 11. Juni 1915: Bd. 315, Nr. 102 und vom 25. Januar 1918: Bd. 323, Nr. 1276.

2. Arbeiterverhältnisse.

a) Allgemein:
Bd. 321, Nr. 767 S. 5, 11.
Bd. 325, Nr. 1702 S. 16.

b) Arbeiterausschüsse. Aufgaben: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3345 C, 3347 D.

c) Arbeitszeit in den Kaliwerken in den Jahren 1907 bis 1914. Denkschrift: Bd. 317, Nr. 273.
— im Jahre 1915. Denkschrift: Bd. 320, Nr. 636.

d) Löhne.
Aufstellung der Lohnstatistik in der Denkschrift nach dem System der preußischen amtlichen Statistik; Angaben der Namen der Werke usw.: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5010 C, 5011 A, 5013 B.
Durchschnittslöhne 1907/15, Denkschrift: Bd. 317, Nr. 273, Bd. 320, Nr. 636.
Feststellung durch die Verteilungsstelle: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3337 C, 3343 A, 3345 D, 3346 B, 3351 A.
Entscheidung der Lohnfragen durch die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Schlichtungsausschüsse: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5010 D.
Nachprüfung durch Revierbeamte oder Arbeiterausschüsse bei gesetzwidrigen Lohnzahlungen: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3340 B, 3343 A, 3344 B, 3345 C, 3347 D, 3348 B, 3350 A, 3351 A, 3352 B, D.
Individuallöhne statt Klassenmindestlöhne; Nachzahlungen, Zulagen, getrennte Eintragung der neuen Zulagen im Lohnbuche: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3337 B, 3343 A, 3344 B, 3348 A, 3349 D.
Erhöhung; Gewährung von Kriegsunterstützungen: Bd. 318, Nr. 319 S. 5.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 337 A, B, C, 338 B.

Bd. 307, 43. Sitz. S. 973 C, 974 D, 975 C, D, 978 A, 979 B.
57. Sitz. S. 1384 D, 1387 A, D, 1388 C.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3335 D, 3342 C, 3345 A, 3347 B, 3350 D.
Festsetzung durch Tarifverträge. Resolution des 13. Ausschusses zum Gesetzentwurf betr. Aenderung des Kaligesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß fiskalische und private Kaliwerke mit ihren Arbeitern tarifliche Lohnvereinbarungen treffen und die Vertreter der gewerkschaftlichen Berufsvereine als Berater der Arbeiter hinzuzuziehen: Bd. 318, Nr. 319 S. 8 und unter 3a.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 976 D.
57. Sitz. S. 1389 B. — Angenommen.
Ferner: Bd. 321, Nr. 767. S. 13.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5011 D, 5012 A, 5013 B.
Lohnausweise für fiskalische und private Werke, Vorlegung an den Reichstag: Bd. 307, 43. Sitz. S. 976 C.
Lohnverhältnisse der Bergarbeiter: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5010 B.

3. Beamte.
Antrag Gothein, betreffend Erhöhung der Bezüge. Der Reichstag wolle beschließen: dem § 20a folgenden Zusatz zu geben: Den kaufmännischen, technischen und sonstigen Werksangestellten, deren Bezüge den Betrag von 6000 Mark nicht überschreiten, ist für die Dauer der Geltung der während des Krieges erfolgten Kalipreiserhöhungen eine Teuerungszulage in Höhe von 40 vom Hundert ihrer Geldbezüge zu gewähren.
Insoweit ihr Diensteinkommen 6000 Mark überschreitet und 8400 Mark nicht erreicht, ist es auf 8400 Mark zu erhöhen.
Hat bei einem Angestellten während des Krieges eine Erhöhung seiner Bezüge stattgefunden, so kann sie auf die nach vorstehendem Absatz zu gewährende Erhöhung verrechnet werden.
Als Erhöhung der Bezüge ist die durch das Aufrücken in eine höhere Stellung oder die üblichen Alterszulagen herbeigeführte nicht anzusehen.
Eine Kürzung der Beteiligungsziffer (§ 20a Abs. 2) tritt auch dann ein, wenn die Teuerungszulagen den Angestellten nicht in der vorgeschriebenen Höhe gezahlt werden.
Auf höhere technische Staatsbeamte finden die Vorschriften dieses Paragraphen keine Anwendung: Bd. 325, Nr. 1811.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6110 D, 6112 A, 6113 A, 6114 D, 6116 A, 6116 C. — Angenommen unter Streichung der Worte „höhere technische" im letzten Absatze.
Ferner: Bd. 310, 108. Sitz. S. 336 A.
Geheimhaltung geschäftlicher Maßnahmen, Beschränkung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6108 D, 6112 D.

4. Frachtenausgleich und -vergütung.
Lieferungsschwierigkeiten der Station Mülhausen: Bd. 306, 18. Sitz. S. 339 A, C, 340 A.
Aufhebung der Ausgleichsstation Mülhausen. Bekanntmachung vom 6. September 1915: Bd. 316, Nr. 143.

Kali, Kaliindustrie. C. Kaliabsatz usw. (Fortsetzung).

5. Kaliabgabe.
Erhebung der Abgaben:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 653.
Nr. 1214 S. 132.
Herabsetzung: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4256A.
Nichterhebung der Propagandaabgabe siehe unter A.

6. Kalibergbau, Kaliindustrie.
a) Abteufen neuer Kalischächte. Resolution des 13. Ausschusses zum Gesetzentwurf betr. Aenderung des Kaligesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 baldigst den Erlaß einer Verordnung herbeizuführen, durch die das Abteufen neuer Kalischächte verboten wird, sofern dasselbe nicht im Sicherheitsinteresse bergpolizeilich gefordert wird oder zum Ersatz zerstörter Schächte erforderlich ist:
Bd. 318, Nr. 319 S. 10 und unter 3b.
Nr. 348.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 978D.
57. Sitz. S. 1385C, 1386A, 1387D, 1389A.
Bd. 318, Nr. 348 zurückgezogen. — Resolution angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 403.
Bd. 319, Nr. 403 S. 139.
Bd. 321, Nr. 767 S. 4.
b) Herstellung und Preis der 40prozentigen Kalidüngesalze: Bd. 307, 43. Sitz. S. 974B.
c) Petition des Gutsbesitzers Ewald Mohr in Brühl (Bez. Cöln), dahin zu wirken, daß Kaduzierungen von Kalikuxen während der Kriegszeit als unwirksam zu betrachten sind: Bd. 318, Nr. 319 unter 2c.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1389C. — Uebergang zur Tagesordnung.
d) Lage der Kaliindustrie:
Bd. 306, 18. Sitz. S. 336C, 338D.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 973B, 977C.
57. Sitz. S. 1386B.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3333A, 3336D, 3341C.
Dividenden der Werke, Kurssteigerungen der Kalipapiere: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5009C, 5012D.
Einschränkung der Zahl der Werke: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2099D.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 360.
e) Verstaatlichung des Kalibergbaues:
Bd. 318, Nr. 319 S. 2.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 978D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3336D, 3343B, 3347B, 3350C.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5009D.

7. Preise: Bd. 321, Nr. 767 S. 3.
Erhöhung siehe unter A.
Einfluß der Erhöhung auf die Landwirtschaft:
Bd. 306, 18. Sitz. S. 338A.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 974C, 975C, 977D.
57. Sitz. S. 1386D, 1388D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3333C.
Erhöhung der Abzüge für die Abnehmer nach den gesteigerten Preisen: Bd. 313, 190 Sitz. S. 6113A.
Inlandverkaufspreise für Carnallit: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 550.
Wirkung der Preiserhöhung und des Wegfalls der Abgabe: Bd. 321, Nr. 767 S. 9.

Kalkstickstoff siehe „Kriegswirtschaft" unter II 74c.

Kalziumkarbid. Chemischer Spiritus, Gewinnung von Alkohol aus Sulfit, Laugenabfällen, aus Kalziumkarbid usw. siehe „Branntweinsteuer" unter 5 u. 6.

Kamerun.
Kämpfe der Schutztruppe während des Krieges:
Bd. 307, 37. Sitz. S. 840B.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3190B.
Siehe auch „Schutzgebiete" unter B.
Petition des Dr. Franz Wolffson in Leipzig, betreffend eine Beschwerde gegen die Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IV 1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

Dr. **Kaempf**, Präsident des Reichstags. Gest. am 25. Mai 1918, Nachrufe, Beileidskundgebungen S. M. des Kaisers, der Könige von Bayern und Württemberg, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg u. a.: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5163C, 5164A.

Kampfer, Verkehr, siehe „Kriegswirtschaftschaft" unter II 187

Kaninchen, Einfuhr, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 188.

Kantinen siehe „Reichsheer" unter 84, auch 137.

Kapitalabfindungsgesetz siehe „Militärpensionswesen" unter III b.

Kapitalismus. Ende der Herrschaft des Kapitalismus: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1548A.
Der Kapitalismus als Kriegsursache, Abhilfe allein durch die sozialistische Weltordnung: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4474D.
Anwachsen des Kapitalismus während des Krieges durch Kriegswuchergewinne (Zuckerfabrik Cannstatt, Rüstungsindustrie): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4289A.
Zusammenhang von Kapitalismus, Militarismus und Regierung, kapitalistisches System der Rüstungsindustrie, Bekämpfung durch Massenstreik: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4596Bff., 4600B, D, 4601D.
Klassenkampf der Arbeiter gegen das kapitalistische Unternehmertum, gegen den Staat als Instrument der besitzenden Klassen, Frage der Fortdauer nach dem Kriege:
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2509A.
87. Sitz. S. 2547Cff., 2555A, 2559D, 2565A.
88. Sitz. S. 2573A, 2577B.

Dr. **Kapp**, Generallandschaftsdirektor. Denkschrift, Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg:
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1511C.
60. Sitz. S. 1533C, 1536C.
—, Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 12D f.

Kartelle. — Siehe auch „Monopole".
Zuständigkeit des Reichs für die Regelung des Kartellwesens: Bd. 306, 18. Sitz. S. 341B.
Beaufsichtigung durch das Reich, gemeinwirtschaftliche Regelung:
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4904A.
160. Sitz. S. 4997D.
Bedeutung des früheren Zentrumantrags über die Beaufsichtigung der Kartelle: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4887B.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Kartoffeltrocknung.
Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 189—191.
Trocknungsanlagen für Kartoffeln, Verwendung minderwertiger Kartoffeln zur Ernährung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4805C, 4822A. — Siehe auch „Branntweinsteuer" unter 5 und 6.

Käse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 192.

Kasernen siehe „Reichsheer" unter 85.

Katholizismus — siehe auch „Zentrumspartei", „Papst", „Jesuitengesetz".
Paritätsfrage im Reich und in Preußen, Zurücksetzung katholischer Beamten, Vertretung der Zentrumspartei im Bundesrat und in den Reichsämtern:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383D ff.
84. Sitz. S. 2421A.
86. Sitz. S. 2487B, 2512D, 2513A ff. (Helfferich), 2520C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5305B, 5311A, 5313A, 5323D.
171. Sitz. S. 5330D, 5355A.

Kaufmännische Arbeitsnachweise siehe „Arbeitsnachweis".

Kaufmannsgerichte siehe „Gewerbegerichte".

Kaukasien siehe „Rußland" unter L.

Kavallerie siehe „Reichsheer" unter 86.

Keim, General. Kritik seiner Tätigkeit, angeblich im bezahlten Dienst der Rüstungsindustrie: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6296D.

Kerzen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 194.

v. Kessel, Generaloberst, Oberkommandierender in den Marken. Einziehung von an Ausständen Beteiligten auf Veranlassung des Generals v. Kessel: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4111A, 4128C, 4129A, 4132C ff.

Kettenhandel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 297e.

Kiautschou.
Verwendung des durch den Etat angeforderten Pauschbetrages: Bd. 306, 8. Sitz. S. 125D.
Rechnung über den Haushalt siehe „Rechnungswesen" unter C.
Leistungen der Besatzung von Kiautschou im Kriege: Bd. 306, 8. Sitz. S. 125C, 126A.

Kinder, Kinderschutz. — Siehe auch „Säuglingsfürsorge", „Bevölkerung, Bevölkerungspolitik".
a. Allgemeines.
Kleinkinderfürsorge: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2609D.
Fürsorge für Kinder arbeitender Mütter: Bd. 322, Nr. 1087 S. 12.
Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2575B, 2600C.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219D, 3235C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5312B.
Ausbau der Schulkinderpflege, der Beaufsichtigung der Kinderkrippen, Kindergärten usw., Resolution des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung usw." unter B 5.
b. Uneheliche Kinder, Schutz: Bd. 322, Nr. 1087 S. 16.
—, Norwegisches Gesetz über Kinder, deren Eltern die Ehe nicht miteinander eingegangen sind: Bd. 322, Nr. 1087 S. 17, 32; nebst Ergänzungen des Erbrechts: Bd. 322, Nr. 1199.
Geburtsschein siehe „Personenstand".
Ausgestaltung des Schutzes der unehelichen Kinder, der Unterhaltungspflicht des Vaters, der Vormundschaft usw., Resolution des Ausschusses der Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung usw." unter B5.
Petition, betr. Ehelichkeitserklärung unehelicher Kinder gefallener oder verschollener Krieger: Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1860. — Unerledigt.
Renten für uneheliche Kinder von Kriegsteilnehmern siehe „Militär-Hinterbliebenenversorgung" unter B 13.

Kinder, Kinderschutz. (Fortsetzung).
c. Petition, betreffend Verhinderung des Kinderhandels Ber. des Pet. Ausch: Bd. 324, Nr. 1503.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5530A. — Ueberweisung als Material.

Kinderarbeit siehe „Gewerbeordnung" unter 2.

Kinderheilstätte Wyk auf Föhr. Antrag des Ernährungsausschusses:
1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Kinderheilstätte Wyk auf Föhr so ausreichend und rechtzeitig mit Nahrungsmitteln versorgt wird, daß deren Aufrechterhaltung gesichert ist;
2. im Antrag Nr. 2 die Worte „Kinderheilstätte Wyk auf Föhr" durch die Worte „von Gemeinden oder Gemeindeverbänden betriebenen Kinderheilstätten" zu ersetzen;
3. im Antrag Nr. 2 die Worte „Kinderheilstätte Wyk auf Föhr" zu ersetzen durch die Worte: „von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder gemeinnützigen Körperschaften betriebenen Kinderheilstätten": Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 2, 3, 4.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Kinderzulagen siehe „Beamte" unter A 3.

Kinematographentheater siehe „Lichtspieltheater".

Kirchenglocken. Beschlagnahme, Vergütung, Ersatz usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105B, 3124C, 3128B, 3134B, D.
110. Sitz. S. 3498D.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 258 (Metallbeschlagnahme).

Kirchhoff, Geheimrat, Projekte zur Vereinheitlichung der Eisenbahnen, siehe „Eisenbahnen" unter I.

Kirchliche Statistik. interkonfessionelle, Ausbau: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2571B.

Klassenkampf siehe unter „Arbeiter" und „Kapitalismus."

Kleie siehe „Kriegswirtschaft" unter II 199.

Kleinbahnen siehe „Eisenbahnen" unter IX.

Kleingärten siehe „Kriegswirtschaft" unter II 200.

Klüß, Redakteur, Schutzhaft siehe „Belagerungszustand" unter II 9B.

Knappschaftswesen siehe „Bergbau" unter 7.

Knochen, Rinderfüße und Hornschläuche siehe „Kriegswirtschaft unter II 201.

Koalitionsrecht siehe „Eisenbahnen" unter VI 3, „Gewerbeordnung" unter 5, „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3 u. 6p, „Landwirtschaft" und „Reichsbetriebe".

Kohlen, Kohlenbergbau. — Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 202 und „Kohlensteuer".
Anfrage Buck, Schmidt (Meißen), Taubadel: In manchen Bezirken Deutschlands sind Schwierigkeiten entstanden bei der Versorgung mit Kohlen.
Diese Schwierigkeit ist hauptsächlich auf das Fehlen von Eisenbahnwagen zurückzuführen.
Ist dem Herrn Reichskanzler dieser Uebelstand bekannt, und welche Maßnahmen gedenkt er zu seiner Beseitigung zu unternehmen?: Bd. 320, Nr. 531.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2283C. — Beantwortet.

Kohlen, Kohlenbergbau (Fortsetzung).

Preußische Kohlengruben, Produktion, Reinüberschuß, Rückgang im Kriege:
Bd. 321, Nr. 712, S. 8, 12.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2800C.

Private Kohlenindustrie, Gewinne, Kohlenpreise, Preispolitik des Syndikats, Löhne:
Bd. 321, Nr. 712 S. 4, 5, 8, 12, 23, 25, 32.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2800 D, 2808 B, 2812 A, 2816B, D, 2817D.

Kohlenpreise, Kohlenhandel, Preisbildung der Kohle im Kleinverkauf, Unterlagen dafür, Zwischenhandel, Verteuerung der Kohle:
Bd. 321, Nr. 712 S. 14, 20, 22, 23, 24, 26 ff., 32, 38.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2799C ff., 2803C, 2804A, 2806A, 2807D, 2811B, 2813D, 2817C.

—, Kohlenpreise, Steigerung bezw. Reduzierung während der Uebergangszeit: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4504A.

—, Beeinflussung der Preisgestaltung durch das Reich: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4889A.

—, Vergleich mit dem Auslande, Weltproduktion:
Bd. 321, Nr. 712, S. 11, 18, 21.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2363B.

—, Siehe auch „Kohlensteuer" unter 1 und 2.

Grubenarbeiter, Beurlaubung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5885C.

Kohlenausgleichsstellen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 203.

Kohlengeschäfte, Kohlenhandel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 204, „Kohlen, Kohlenbergbau", „Kohlensteuer" unter 1.

Kohlensteuer. — Siehe auch „Kohlen, Kohlenbergbau".

1. Entwurf eines Kohlensteuergesetzes: Bd. 320, Nr. 624, mit 21 Anlagen betreffend Kohlenförderung, Erzeugung von Koks und Briketts, Kohlenpreise usw.

Erste Beratung:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2362B ff., 2363C, 2364A.
83. Sitz. S. 2383C, 2396D.
84. Sitz. S. 2419C.
85. Sitz. S. 2451C, 2452A, 2462D, 2465A, D.
86. Sitz. S. 2499B, 2500A.

Bericht des Haushaltsausschusses: Bd. 321, Nr. 712. — Dazu 2 Anlagen (Zusammenstellungen über Kapital und Gewinn von Kohlenbergbaugesellschaften, Kohlenpreise und Berechnungen für Kohlenlieferungen).

Zweite Beratung: Ab.-Antr. Bd. 321, Nr. 718.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2796D.

Annahme der Beschlüsse des Haush. Ausschs. unter Streichung des Abs. 1 Satz 2 der Beschlüsse des Ausschs., lautend: „Für aus Braunkohle hergestellte Preßkohle beträgt die Steuer fünfzehn vom Hundert".

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 321, Nr. 733.

Dritte Beratung: Ab.-Antr. Bd. 321, Nr 734.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2828B.

Namentliche Abstimmung über den Antrag Bd. 321, Nr. 734: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2828B (Zusammenstellung: S. 2878) — Ablehnung des Antrags mit 181 gegen 136 Stimmen, 5 enthalten, 1 ungültig; vgl. auch die Bemerkung des Abg. Waldstein über irrtümlich abgegebene Stimmen: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2828C.

Kohlensteuer (Fortsetzung).

Gesamtabstimmung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2828D.
Gesetz nach den Beschlüssen dritter Beratung: Bd. 321, Nr. 747.

Gesetz vom 8. 4. 1917, RGB. S. 340.

Petitionen: Bd. 321, Nr. 712 unter III (S. 47).
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2821D.
95. Sitz. S. 2829A. — Für erledigt erklärt.

Resolution des Haushaltsausschusses:
a) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß
1. die Kohlenpreise ab Grube oder Verarbeitungsstelle aus Anlaß der Steuer nicht über den Betrag der Steuer hinaus erhöht werden,
2. daß die Gemeinden oder Gemeindeverbände von der Berechtigung zur Festsetzung von Höchstpreisen für Kohle und sonstige Brennstoffe im weitesten Umfang Gebrauch machen:
Bd. 321, Nr. 712 S. 47 unter IIa.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2801B, 2821D. — Angenommen.

Resolution, betr. Vergünstigungen für die Außenansiedler der städtischen Bevölkerung usw. bei Tarifänderungen siehe „Personen- und Güterverkehr" unter 1.

Einzelnes.
Allgemeines; die Kohlensteuer als Verbrauchssteuer, wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung, Bedeutung für die Uebergangswirtschaft Abwälzung auf die Bevölkerung, auf die Haushaltungen:
Bd. 321, Nr. 712 S. 3, 5, 6, 7 ff., 15 ff., 22.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383C.
85. Sitz. S. 2451C, 2462D, 2465A.
94. Sitz. S. 2797A ff., 2804A, 2805C, 2810C, 2812A, 2813A ff.
95. Sitz. S. 2826C.

—, Belastung der Gemeinden, Verteuerung von Gas, Elektrizität usw.: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2798B.

—, Verteuerung der Eisenbahnen, Tariferhöhungen: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2798D.

—, Belastung der Industrie, Schiffahrt usw., des Kleingewerbes der Bäckereien:
Bd. 321, Nr. 712 S. 7, 22.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2799A, 2804B, 2812C, 2813C, 2818B.

—, Nichtanhörung von Vertretern der Braunkohlenindustrie vor Feststellung des Entwurfs: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2499B.

—, Weitere finanzielle Ausnutzungsmöglichkeiten der Kohle, der Vergasung usw., Steuerfreiheit der Oel- und Fetterzeugnisse aus Kohle:
Bd. 321, Nr. 712 S. 10, 11, 30.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2362D.
94. Sitz. S. 2804D.

Ausfuhr. Steuer für exportierte Kohle, Wirkung für die Kohlenausfuhr:
Bd. 321, Nr. 712 S. 3.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2808C, 2815B, 2816A, C.

Auslandskohle, Vermeidung einer Doppelbesteuerung:
Bd. 321, Nr. 712 S. 38.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2806C.

Befristung für die Steuer:
Bd. 321, Nr. 712 S. 7.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2419C.
94. Sitz. S. 2810B.

Braunkohlenbriketts, Steuerermäßigung:
Bd. 321, Nr. 712 S. 29, 42.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2805B, 2809A, 2811A, 2812D, 2820C, 2821B.

Elektrizitätsmonopol:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2362B.
83. Sitz. S. 2396D.

Energiesteuer, allgemeine. — das Kohlensteuergesetz als Teil einer solchen (Besteuerung der Elektrizität, der Wasserkräfte):
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2362B.
83. Sitz. S. 2396D.

Kohlensteuer (Fortsetzung).

Enteignungsfrage, Einnahmen des Reichs:
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2500 A.
94. Sitz. S. 2801 A, 2805 A.
Hausbrandkohle Steuererleichterungen, Lieferpflicht an Gemeinden, billige Kohlenpreise für Minderbemittelte usw.:
Bd. 321, Nr. 712 S. 17, 31 ff., 44.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2801 C ff., 2803 C, 2804 C, 2805 D, 2808 D, 2811 B, D, 2812 D, 2814 D, 2815 D, 2817 A ff., 2820 D.
95. Sitz. S. 2826 A.
Kohlenmonopol. Produktionsmonopol bzw. Großhandelsmonopol, Rentabilität:
Bd. 321, Nr. 712 S. 3, 6, 8, 9, 17, 18.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2362 D.
85. Sitz. S. 2465 D.
94. Sitz. S. 2799 C, 2805 C, 2807 B ff., 2811 C, 2815 D.
Kohlenpreise, Vorbeugung weiterer Steigerung über den Betrag der Steuer (Resolution), Festsetzung von Höchstpreisen durch Gemeinden usw. für Hausbrandkohle:
Bd. 321, Nr. 712 S. 9, 14 ff., 17, 20, 22, 44.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2801 B ff., 2806 A.
—, Siehe auch „Kohlen, Kohlenbergbau".
Kohlensteuer, Bemessung der Kohlensteuer nach dem Wert ab Grube, Erschwerungen für die verarbeitende Industrie:
Bd. 321, Nr. 712 S. 4, 6.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2363 D.
83. Sitz. S. 2396 D.
85. Sitz. S. 2451 C, 2465 A ff.
—, Form einer Feldessteuer:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2397 A.
—, Form einer Förderabgabe, finanzielle Wirkung:
Bd. 321, Nr. 712 S. 16, 17, 19.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2363 D.
—, Freilassung der Kohle vom Frachtzuschlag:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2452 A.

2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Kohlensteuergesetzes vom 8. 4. 17, — Antrag Liesching: Bd. 322, Nr. 1121.
Erste Beratung: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3983 A ff. (Aufhebung des § 6 Abs. 2, betreffend Einrichtungen der Gemeinden zur Verbilligung der Hausbrandkohle für Minderbemittelte).
Zweite und dritte Beratung: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3983 D (ohne Diskussion, Gesamtabstimmung).
Gesetz vom 28. 12. 1917, RGBl. S. 9.
Entschließung Liesching: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, aus Mitteln des Reichs über die Dauer des Krieges und des dem Friedensschluß folgenden Jahres den Betrag von dreißig Millionen Mark jährlich den Kommunalverbänden und Gemeinden zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der für ihren Hausbrand erforderlichen Kohle zur Verfügung zu stellen: Bd. 322, Nr. 1121 unter II:
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3983 B, D. — Angenommen.

3. Kohlensteuer, Durchführung des Gesetzes, Erträge:
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3971 C.
134. Sitz. S. 4153 D.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4738 A.
30-Millionenfonds, Erleichterungen für Gemeinden für Kohlenbezug usw., Verwendung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6047 C.
Aufrechterhaltung der Kohlensteuer nach dem Kriege: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4740 B.

Kohlrüben siehe „Kriegswirtschaft" unter II 320.

Kolonialgesellschaften siehe „Kriegswirtschaft" unter II 44.

Kolonialpolitik siehe „Schutzgebiete".

Kommandogewalt des Kaisers siehe „Verfassung" unter 2.

Kommissionen siehe „Ausschüsse".

Kommunismus.
Verwirklichung nach dem Kriege, Wirtschafts- und Steuerpolitik des K.: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2509 B.

Kompetenzkonflikte. Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für die Reichs-Justizverwaltung für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch das die Rechtsverfolgung ermöglicht wird in solchen Fällen, in denen ein ordentliches und ein besonderes Gericht rechtskräftig sich selbst als unzuständig und einander gegenseitig als zuständig bezeichnet haben: Bd. 320, Nr. 680.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669 C, 2673 C, 2676 C, 2678 B.
91. Sitz. S. 2692 A, 2697 D, 2698 D.
92. Sitz. S. 2721 A. — Angenommen.

Konfektionsindustrie. Notstandsarbeiten.
Einschränkung der Arbeitslosigkeit; Ausschuß für Konfektionsnotarbeit:
Bd. 315, Nr. 26 S. 53.
Nr. 44 S. 33.
Nr. 73 S. 26.
Bd. 316, Nr. 147 S. 117.
Bd. 319, Nr. 403 S. 234.
Unterstützung der arbeitslosen Konfektionsarbeiter, Schneider und Hausgewerbetreibenden:
Bd. 319, Nr. 403 S. 233.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1118 D, 1122 D.
50. Sitz. S. 1133 B.
53. Sitz. S. 1229 D (Petitionen), 1232 C, 1233 A, 1234 B.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 31 u. 409.

Königsberg i. Pr., Verschärfter Belagerungszustand, außerordentliche Kriegsgerichte siehe „Belagerungszustand" unter II 2 h.

Konkurrenzklausel siehe „Wettbewerbverbot".

Konkursrecht, Konkursordnung.
Einführung des gerichtlichen Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 942 C, D.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2592 A.
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4392 B.
Anfrage Bassermann: Am 8. April 1916 hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts im Reichstage erklärt, daß das Reichsjustizamt mit der Ausarbeitung einer Bekanntmachung über die Einführung eines außergerichtlichen Zwangsvergleichs befaßt ist.
Angesichts des immer dringlicher geäußerten Wunsches der Gewerbetreibenden um Einführung einer solchen Reform frage ich an, wie weit die Ausarbeitung gediehen und wann die Bekanntmachung zu erwarten ist?: Bd. 319, Nr. 476.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2019 B. — Beantwortet.
Kriegsmaßnahmen. Geschäftsaufsicht und Zwangsvergleich zur Abwendung des Konkursverfahrens:
Bd. 315, Nr. 26 S. 16.
Nr. 27 Ziff. 5.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 522.
Nr. 650 S. 161.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2670 B, 2679 D.
—, Konkursanmeldung. Wegfall der Verpflichtung für Genossenschaften usw.:
Bd. 315, Nr. 26 S. 17.
Nr. 27 Ziff. 6.
—, Siehe auch „Kriegsteilnehmer" unter A.

Konkursrecht, Konkursordnung (Fortsetzung).

Anfrage Davidsohn, Landsberg: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß — entgegen der Bundesratsverordnung vom 8. August 1914, nach der öffentliche Bekanntmachungen in Angelegenheiten der Geschäftsaufsicht nicht stattfinden sollen (§ 4 Abs. 2), um „alles fernzuhalten, was die Ehre des Schuldners berühren könnte" (Preuß. Justiz-Min.-Verf. vom 13. August 1914) — dennoch in Zeitungen, besonders in den großen Fachblättern, fortgesetzt Veröffentlichungen darüber stattfinden? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die wohltätige Absicht der Bundesratsverordnung wirksam zu machen?: Bd. 321, Nr. 919.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 955.

Petition des Arthur Klauder, i. Fa. Reif & Klauder in Schwiebus, betreffend Erlaß eines Gesetzes über einen „Kriegsvergleich" für Gewerbetreibende, die nachweisbar durch den Krieg in Konkurs geraten sind.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1401 unter Ib 2.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition, betreffend Einführung des gerichtlichen Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses.
Ber. d. Ausch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1829. Unerledigt.
Siehe auch „Miet- und Pachtzinsforderungen".

Konservative Partei. — Siehe auch „Alldeutsche", „Deutsche Vaterlandspartei".

Stellung zur Monarchie:
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2903B, 2919C, 2931A, 2932A.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3387C, 3414C.

Angriffe der offiziösen Presse wegen der Stellung der Partei zur auswärtigen Politik:
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1727A.
70. Sitz. S. 1925C.

Stellung zum Friedensangebot vom Dezember 1916:
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2491A, 2514C, 2526C.
96. Sitz. S. 2900D ff.

Annexionsbestrebungen siehe „Alldeutsche".

Systematische Hetze gegen den Reichstag und gegen die Friedensbewegung, Artikel in der „Deutschen Zeitung", „Deutschen Tageszeitung" usw.:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4224D ff.
136. Sitz. S. 4238C, 4259C ff., 4274C.

Stellung zur Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und zur Neuordnung der inneren Politik:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2859A.
96. Sitz. S. 2902A, 2906C, 2919B, 2924D, 2931A.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3431B.

Stellungnahme gegen die Politik des Reichskanzlers Dr. Grafen v. Hertling, verfassungsrechtliche Gründe gegen die Ernennung v. Payers zum Vizekanzler usw.:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954A ff., 3958B, 3963A.
134. Sitz. S. 4177B ff., 4179C.
135. Sitz. S. 4183C ff., 4224D.
136. Sitz. S. 4262D ff.

Stellungnahme zu den Verfassungsänderungen: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6287D.

Stellungnahme zum parlamentarischen System, Oppositionspartei:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6170C, 6177B, 6178C.
194. Sitz. S. 6191D, 6223B.

Aeußerung des Vizekanzlers v. Payer, daß vierzig Jahre die Mitglieder der Regierung aus den Kreisen der Konservativen gewählt worden sind:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6192C.
195. Sitz. S. 6221A.

Widerstand in der Armee gegen die Wünsche des Reichstags, Hetze der konservativen Presse gegen den Reichstag: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4126D, 4129C.

Nichtzuziehung der Konservativen Partei zu der Ausschußsitzung zur Beratung der Anträge über Erhöhung der Löhne für Unteroffiziere und Mannschaften:
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6224C.
197. Sitz. S. 6275C.

Deutsch-Konservative.
Kritik von Heereseinrichtungen im Ausschuß durch die Deutsche Fraktion: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3117C.

Konservenfabrikation siehe „Kriegswirtschaft" unter II 210.

Konsten, angeblich Vertrauensmann der deutschen Regierung, Tätigkeit im Interesse des deutschen Nachrichtendienstes in Budapest:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5509A.
184. Sitz. S. 5823C, 5841A.

Konsulate. Völkerrechtliche Stellung der konsularischen Vertreter: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5728C.

Konsulatsgebühren. Petition, betr. Gebührenfreiheit für Lebensbescheinigungen auf Pensionsquittungen im Auslande lebender Pensionäre.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 319, Nr. 450.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896A. — Ueberweisung als Material.

Konsumvereine.
Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Konsumenten: Bd. 306, 12. Sitz. S. 206C.
Eintritt von Reichs- und Staatsbeamten in Konsumvereine: Bd. 307, 40. Sitz. S. 878C.
Begrenzung der Weiterentwicklung: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4390C.

Kontributionsgelder siehe „Reichsheer" unter 87.

Kontrollgesetz siehe „Rechnungswesen" unter B.

Kontrollversammlungen siehe „Reichsheer" unter 88.

Konzessionswesen siehe „Gewerbeordnung" unter 6.

Kopp, Abgeordneter für den 1. Gumbinner Wahlkreis, Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Kopp siehe „Abgeordnete" unter 8b.

Kopsch, M. d. R., Redeverbot: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3887A.

Kraftfahrzeuge siehe „Kriegswirtschaft" unter II 211 und „Reichsheer" unter 89.

Kraftwagenverkehr, Ueberlandautos, Unternehmen mit motorischer Kraft, Besteuerung:
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2778D.
94. Sitz. S. 2795A, 2795C.

Kraftmaschinen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 212.

Kraftomnibusfabriken, Stillegung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Krammetsvögel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 214.

Krankenkassen siehe „Versicherungswesen" unter IIIB.

Krankenlöhnung siehe „Kriegsbesoldungen".

Krankenpflege, Krankenschwestern.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Berufsabzeichen und Berufstrachten

Krankenpflege, Krankenschwestern (Fortsetzung).

für die Betätigung in der Krankenpflege gegen mißbräuchliches Tragen zu schützen: Bd. 315, Nr. 56 unter II f. Bd. 306, 8. Sitz. S. 124 B. — Angenommen.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege: Bd. 316, Nr. 109.

Erste und zweite Beratung: Bd. 306, 13. Sitz. S. 220 B.

Dritte Beratung: Ab.Antr. Bd. 316, Nr. 120. — Bd. 306, 16. Sitz. S. 273 C.

Gesetz vom 7. 9. 1915, RGB. S. 561.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 317, Nr. 170. Bd. 306, 33. Sitz. S. 765 D. — Für erledigt erklärt.

Freiwillige Krankenpflege für den Fall eines Krieges siehe „Reichsheer" unter 108 und 163 und „Rotes Kreuz".

Invalidenversicherung für das Personal der freiwilligen Kriegskrankenpflege:

Bd. 320, Nr. 650 S. 190.
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 581.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 272.

Familienunterstützung des Unterpersonals siehe „Unterstützungen".

Militärpension siehe „Militärpensionswesen" unter II B 5.

Krankenversicherung siehe „Versicherungswesen" unter III B.

Krankheiten, gemeingefährliche.

Auftreten während des Krieges: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1195 A, 1197 A.

Siehe auch „Bevölkerung" und „Reichsheer" unter 164.

Kraetke, Staatssekretär des Reichspostamts. Bewilligung der nachgesuchten Entlassung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618 A.

Kratzenfabrikation siehe „Kriegswirtschaft" unter II 217.

Dr. **v. Krause,** Geheimer Justizrat. Ernennung zum Staatssekretär des Reichsjustizamts: Bd. 310, 118 Sitz. S. 3618 A.

Kreditwesen.

Personalkredit siehe „Kriegswirtschaft" unter II 218.
Realkredit siehe „Grundbesitz, Grundstücke usw."

Krieg 1914—1918.

Krieg mit und in Rußland, in der Ukraine usw. siehe „Rußland".

Krieg mit Rumänien siehe „Rumänien".

Seekrieg, U-Bootkrieg siehe „Seekrieg".

Krieg in den Schutzgebieten siehe „Schutzgebiete".

Finanzielle Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegsfinanzpolitik",

Wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen siehe „Kriegswirtschaft".

Siehe auch „Kriegsgefangene", „Kriegsbeschädigte" usw.

Uebersicht.

I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse.
A. Allgemeines.
B. Ergebnis (nach Staaten).
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
A. Politische und militärische Lage während des Krieges.
B. Kriegführung Deutschlands.
C. Kriegführung der Feinde.
D. Fliegerangriffe, Krieg in der Luft, Entschädigungsfrage, internationale Regelung.
E. Wirtschafts- und Handelskrieg der Feinde.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittelung, — Kriegsziele im allgemeinen.
IV. Deutschlands Friedensbedingungen und Kriegsziele.
V. Kriegsziele und Friedensfrage in den feindlichen Ländern.
VI. Besetzte feindliche Gebiete, Verwaltung.
VII. Kriegskosten.
VIII. Kriegsschäden, Entschädigung.
IX. Kundgebungen des Reichstags usw.
X. Sonstiges.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung).

I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse.

A. Allgemeines.

1. Vorläufige Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch: Bd. 315, Nr. 19.

Ferner:

Bd. 306, 1. Sitz. S. 5 C.
2. Sitz. S. 8 C.
3. Sitz. S. 18 A.
13. Sitz. S. 214 A.
14. Sitz. S. 237 C.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 868 D.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1719 C, 1736 A, 1739 A.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4786 D.

Belgische Gesandtenberichte: Bd. 306, 13. Sitz. S. 214 D.

2. Anfrage Dr. Liebknecht: Ist die Regierung endlich bereit, die Dokumente und das sonstige amtliche und halbamtliche Material über die unmittelbare Entstehung des Weltkrieges, insbesondere

a) über die diplomatische Vorgeschichte des österreichischen Ultimatums an Serbien vom 23. Juli 1914, darunter die offiziellen und offiziösen Verhandlungen zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung seit dem Mord von Serajewo,
b) über die Vorgeschichte des Bruchs der luxemburgischen und belgischen Neutralität,

dem Reichstag und dem deutschen Volk vorzulegen?

Ist sie bereit, für die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission einzutreten, die unter Kontrolle der Oeffentlichkeit die Verantwortlichkeiten prüfen und die Verantwortlichen der Sühne zuführen soll?: Bd. 316, Nr. 153. Bd. 306, 23. Sitz. S. 448 C. — Beantwortet.

3. Allgemeine Kriegsgründe. Konkurrenz der Weltmächte, Deutschlands Aufstieg und wirtschaftliche Entwicklung, Ueberhebung Englands — Aufsatz des Dr. Lensch in der „Glocke": Bd 311, 143. Sitz. S. 4453 D, 4474 C.

—, Beurteilung der Kriegsursachen aus den gesamten geschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen in der ganzen Welt, Konkurrenz zwischen deutschem Imperialismus und Militarismus und dem der anderen Länder: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6265 A.

—, Ursachen des Krieges, Schuld Rußlands, Englands u. a., angebliche Weltherrschaftspläne Deutschlands:

Bd. 313, 179. Sitz. S. 5610 D, 5633 B, D.
180. Sitz. S. 5640 C, 5647 A, 5650 C, 5662 B, 5662 A, 5671 C, 5679 B.
181. Sitz. S. 5690 C, 5693 A.
182. Sitz. S. 5707 C, 5709 D, 5716 B ff.

—, Schuld am Kriege, allgemein, in Rücksicht auf die Zielsetzung in diesem Kriege: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3822 B, 3830 B.

—, Der Kapitalismus als Kriegsursache, Abhilfe allein durch die sozialistische Weltordnung: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4474 D.

Siehe auch nachstehend unter I B 1 ff., Kriegsschuld Deutschlands siehe unter I B 5.

B. Einzelnes — nach Staaten — über Schuldfrage, Kriegsausbruch, politische Beziehungen, Haltung der Neutralen usw.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse. B. Einzelnes.

1. Amerika, Vereinigte Staaten.

Neutralität; Kriegslieferungen; Stellung zum U-Bootkriege, Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und dem Präsidenten Wilson:
Bd. 306, 6. Sitz. S. 57C.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 856A.
40. Sitz. S. 863D, 868A, 874D.
54. Sitz. S. 1261C, 1268B, C.
55. Sitz. S. 1299A, B, 1315C, 1326C.
60. Sitz. S. 1527B, 1532B, 1535C.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376C, 2395A.
85. Sitz. S. 2469D.
95. Sitz. S. 2850C, 2868A ff., 2870A ff.
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3826C.

—, Rückblicke, Note Deutschlands vom 4. 5. 16, Einhaltung der Form des Kreuzerkrieges, Stellung Amerikas zur Freiheit der Meere, zur Blockade:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376D ff., 2380C, 2409A.
84. Sitz. S. 2424A ff.
86. Sitz. S. 2498C.

—, Verhandlungen mit Amerika über die Blockade und zur Vermeidung des Kriegsausbruchs, Vermittlung durch den schweizerischen Gesandten in Washington, Antwort Lansings:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2421D, ff.
86. Sitz. S. 2498B.

Neutralität, Einbruch amerikanischer Geheimpolizisten in das Sekretariat des deutschen Botschafters Grafen v. Bernstorff (Geschäftszimmer des Herrn v. Igel): Bd. 309, 95. Sitz. S. 2870B.

—, Verhinderung des Verkehrs des österreichischen Botschafters Dr. Dumba mit seiner Regierung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2870C.

Festessen der amerikanischen Handelskammer im Hotel „Adlon", Rede Dr. Helfferichs usw.: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2873B.

Bevorzugung amerikanischer Pressevertreter durch die deutsche Regierung, Hearstpresse: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2871C ff., 2876C ff.

Verhalten des Botschafters Gerard in Deutschland, Verleitung zur Spionage usw.: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2870C, 2871B ff., 2873B, 2876C ff.

—, Bericht des Botschafters Gerard über deutsche Gefangenenlager in Wittenberg usw.: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2871D.

—, Vorgehen des „Bundes der Wahrheitsfreunde" gegen Gerard, offener Brief an Wilson: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2872B ff., 2876C ff.

—, Verleitung des Kriegsberichterstatters beim deutschen Hauptquartier Obersten Emerson zu militärischen Mitteilungen: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2872A.

Konflikt Deutschlands mit Amerika, wirtschaftliche Folgen, Verlust des amerikanischen Marktes, Sicherung des Abkommens von 1829: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2470C.

—, Verhalten der Deutsch-Amerikaner, Stellung zum Weltkrieg:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2438A.
85. Sitz. S. 2470B.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Amerika infolge der Einführung des unbeschränkten U-Bootkrieges, Botschaft Wilsons an den Kongreß vom 3. Februar 1917:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376B, 2377D, 2388A, 2395A, 2405C, 2409D.
84. Sitz. S. 2415A, 2424A ff., 2438A.
85. Sitz. S. 2469C.
86. Sitz. S. 2483D, 2504C.
95. Sitz. S. 2833D, 2836C, 2850C, 2865D, 2867D ff., 2870D.
96. Sitz. S. 2898B.

—, Siehe weiteres bei „Seekrieg".

Anfrage Dr. Heckscher: Seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland ist der Nachrichtenverkehr zwischen den beiden Völkern auf gefälschte und verhetzende Reutermeldungen beschränkt.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob von amerikanischer Seite irgendwelche Maßnahmen getroffen worden sind, einen von Reuter und der englischen Regierung unabhängigen Nachrichtendienst zwischen Amerika und Deutschland aufrecht zu erhalten?: Bd. 320, Nr. 623.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 644.

Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß, Kriegserklärung an Deutschland: Bd. 369, 98. Sitz. S. 2945C.

Gründe Amerikas für Teilnahme am Kriege, völkische Verwandtschaft usw., Verläumdungsfeldzug: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5693D, 5694A.

Beteiligung Amerikas am Kriege, an den Kriegskosten: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2954C.

Eingreifen Amerikas, Truppentransporte, Schiffsraumfrage: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3571C, 3576C, 3588A.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat durch ihr Verhalten bei dem mangelnden Rechtsschutz der Deutschen in den Vereinigten Staaten (Fall Prager u. a.) gezeigt, daß ihr jegliches Rechtsgefühl abhanden gekommen ist. Recht und schutzlos sind dort die deutschen Staatsangehörigen gegenüber dem durch ein Lügensystem aufgepeitschten Mob. Das Verfahren gegen den deutschen Generalkonsul von Bopp und den Vizekonsul von Schack in San Franzisco, die nach Amerikas Kriegserklärung vor Gericht gestellt und zu hoher Freiheitsstrafe verurteilt wurden, zeigt neuerdings, wie vogelfrei deutsche Staatsbürger wie Beamte sind.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, bei den demnächst angeblich in der Schweiz beginnenden Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen dafür zu sorgen, daß deutsche Staatsbürger besser als bisher gegen amerikanische Rechtswillkür geschützt werden und daß die Opfer dieser amerikanischen Justiz ausgetauscht oder wenigstens ihr hartes Los erleichtert wird?: Bd. 325, Nr. 1914.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1937.

2. Belgien. — Siehe auch unter I A 1 u. 2. Neutralitätsfrage:
Bd. 306, 1. Sitz. S. 6D.
3. Sitz. S. 18C.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 885D, 889C.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse. B. Einzelnes. 2. Belgien.

Einmarsch Deutschlands aus Notwehr, Rede Bethmann Hollwegs am 4. 8. 1914: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4223C.
—, Politisch schädliche Folgen: Bd. 312, 145. Sitz. S. 4530D.
Besetzung Belgiens durch Deutschland siehe nachstehend unter VI.

3. Bulgarien.

Stellung zum Kriege: Bd. 306, 14. Sitz. S. 232B.
Eintritt in den Krieg: Bd. 306, 22. Sitz. S. 426B.
Beziehungen Deutschlands zu B., Rücktritt des Ministers Radoslawow:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946D.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5607C, 5608A.
180. Sitz. S. 5677B.
Militärischer und politischer Zusammenbruch, Vorwurf des Verrats: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6172D.
Siehe auch „Rumänien" unter G.

4. China.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland: Bd.: 309, 95. Sitz. S. 3836B, 2866A.
Anfrage Dr. Heckscher: Nach einer Zeitungsnachricht plant China auf Anstiftung und unter dem Drucke Englands sowie unter der Beihilfe Frankreichs den Abtransport unserer Landsleute in China und ihre Ueberführung in Konzentrationslager nach Australien.
Nun ergibt sich aus einer Antwort des Herrn Reichskanzlers auf meine kleine Anfrage Bd. 318, Nr. 386, daß die britische Regierung Vergeltungsmaßregeln gegen unsere Kolonialdeutschen wegen angeblichen Unrechts deutscherseits gegen Belgier getroffen hat.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, mitzuteilen, welche Vergeltungsmaßregeln die deutsche Reichsregierung unter Berücksichtigung des vorerwähnten von England angewendeten Grundsatzes gegen England und Frankreich treffen wird, falls dieses neue, brutale und völkerrechtswidrige Vorgehen Englands in China zur Ausführung gelangt?: Bd. 324, Nr. 1637.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5425C. — Beantwortet.
Anfrage Trittel: Wie verschiedene Zeitungen melden, hat die chinesische Regierung unter dem Drucke der Entente beschlossen, alle Deutschen einschließlich der Frauen und Kinder aus dem Lande zu verweisen, damit sie in Australien interniert werden, und sämtliche deutsche Firmen aufzulösen.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob diese Nachricht der Tatsache entspricht, und ist er bereit, in diesem Falle durch Gegenmaßregeln Leben und Eigentum unserer deutschen Landsleute in China zu schützen?: Bd. 324, Nr. 1660. — Unerledigt.

5. Deutschland. — Siehe auch unter I A 1—3.

Stellung in einem Kriege Rußlands mit Oesterreich; Vermittlung zwischen beiden Mächten, Telegramme Kaiser Wilhelms an den Zaren: Bd. 306, Nr. 19.
Bd. 306, 1. Sitz. S. 5D.
13. Sitz. S. 218B.
14. Sitz. S. 234B.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1511A.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse. B. Einzelnes. 5. Deutschland.

Ausbruch des Krieges, Telegramm des Reichskanzlers von Bethmann vom 30. Juli 1914 nach Wien: Weigerung in den Weltbrand hineingezogen zu werden: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3824B.
Schuldfrage, Angaben des deutschen Weißbuches vom 3. 8. 1914, deutsche Kriegserklärungen: Bd. 310, 152. Sitz. S. 4786D.
Schuldteil der deutschen Regierung, Völkerrechtsbruch usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3100B, 3101C, 3102D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3485D, 3486C.
—, Siehe auch vorstehend unter I B 2 (Belgien).
Weltherrschaftspläne Deutschlands, Rede Balfours im Juni 1918:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5610D, 5634A.
180. Sitz. S. 5647A.
182. Sitz. S. 5707C, 5709D, 5716B ff.
Der Krieg als Verteidigungskrieg Deutschlands, Stellung der Sozialdemokratie: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5707C, 5721A,
Der Krieg als Präventivkrieg nach Auffassung der Militärs: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6265D.
Fortdauer des Krieges; Schuld der deutschen Politik, der Alldeutschen, des Mangels an Fühlung zwischen Regierung und Parlament: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3828A.
Führung des „ersten punischen Krieges" durch Deutschland (Ausspruch des Ministerialdirektors Dr. Kirchner):
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2835C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3403A.
Verleumdungsfeldzug der Entente gegen Deutschland, Deutschlands Schuld am Kriege: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142D.
Schonung der Neutralen während des Weltkrieges als Grundsatz Deutschlands: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455B.

6. England.

Vermittlung zwischen Rußland und Oesterreich, Konferenzvorschlag: Bd. 315, Nr. 19.
Bd. 306, 13. Sitz. S. 218A.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1719C.
Neutralität, Zusicherungen Deutschlands: Bd. 306, 1. Sitz. S. 7A.
Kriegserklärung, Verantwortung am Kriege, Behandlung der neutralen Staaten:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 18A.
13. Sitz. S. 214A.
14. Sitz. S. 232B.
22. Sitz. S. 427B.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 851B.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1718C, 1736A.
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4455B.
Englands Schuld am Kriege und an der Fortsetzung des Krieges, Reden Lloyd Georges, Balfours usw.:
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570C.
125. Sitz. S. 3827D.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5633D.
180. Sitz. S. 5644D, 5647A, 5649B, 5650C ff. (historische Rückblicke), 5671C, 5679B, 5690D.
182. Sitz. S. 5716B ff.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse. B. Einzelnes. 6. England.

—, Einkreisungspolitik Englands, Weltherrschaftsidee, Konkurrenz Deutschlands usw.:
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5050D ff., 5671D.
181. Sitz. S. 5693B.
Siehe auch unter I A 1—3.

7. Frankreich.
Stellungnahme, Einbruch in deutsches Gebiet: Bd. 315, Nr. 19.
Bd. 306, 1. Sitz. S. 6C.
Bd. 308. 64. Sitz. S. 1739C.
Schuldgründe, Bündnis und Rüstungen Rußlands und Frankreichs usw.: Bd. 82. Sitz. S. 2359A.
Revanchepolitik, Marokkopolitik usw.: Bd. 313, 181. Sitz. 5693C.

8. Griechenland.
Neutralität, Haltung des Königs:
Bd. 306, 14. Sitz. S. 232B.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1703D.
Landung der Ententemächte in Saloniki: Bd. 306, 22. Sitz. S. 427B.
Anfrage Bassermann: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, über die widerrechtliche, völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki durch den französischen Oberkommandierenden nähere Mitteilungen zu machen?: Bd. 306, Nr. 199.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 593D. — Beantwortet.
Anfrage Bassermann: Der deutsche Gesandte in Athen ist durch den französischen Admiral Fournet mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt wider das Völkerrecht aus Athen, der Hauptstadt des neutralen Griechenlands, entfernt worden.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, über diese Vorgänge nähere Mitteilung zu machen und Auskunft über die Haltung der griechischen Regierung zu geben?: Bd. 320, Nr. 511.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2280B. — Beantwortet.

9. Italien.
Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien über österreichische Zugeständnisse, Kriegserklärung Italiens:
Bd. 306, 10. Sitz. S. 138A.
11. Sitz. S. 141D.
12. Sitz. S. 171C, 210B.
Kriegserklärung an Deutschland: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1691A.
Gründe für Teilnahme am Kriege, Irredenta, antideutsche Stimmungen: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5693D.

10. Montenegro. Waffenstreckung: Bd. 308, 31. Sitz. S. 707B.

11. Niederlande. Neutralität: Bd. 307, 40. Sitz. S. 863C. — Siehe auch „Niederlande."

12. Oesterreich.
Schuld Oesterreichs, Ultimatum an Serbien: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5662A, 5676A.
Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn, Waffenbrüderschaft, Bundestreue Oesterreichs:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2415D.
95. Sitz. S. 2835A.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3571B.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946D.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5754A.
Politik des Grafen Tisza, Loslösung vom deutschen Bündnis, Gründe: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6073B.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse. B. Einzelnes.

13. Portugal.
Kriegserklärung: Bd. 307, 39. Sitz. S. 851C.
Siehe auch unter II E.

14. Rumänien.
Neutralität: Bd. 306, 14. Sitz. S. 232B.
Verhandlungen mit den kriegführenden Parteien, Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn:
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1691B.
64. Sitz. S. 1725A.
Siehe im übrigen „Rumänien".

15. Rußland.
Stellung zum österreichisch-serbischen Streit; Mobilmachung, Telegramme des Zaren an Kaiser Wilhelm: Bd. 315, Nr. 19.
Bd. 306, 1. Sitz. S. 5C.
Gründe, Schuld am Kriege, Haltung Rußlands:
Bd. 306, 13. Sitz. S. 218B.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1719C.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2359A.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570C.
Siehe im übrigen „Rußland".

16. Schweiz.
Schweizerische Neutralität, keine Störung durch Deutschland: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142D.
Siehe im übrigen „Schweiz".

17. Serbien. — Siehe auch unter A; B 5, 6, 12 u. 15.
Niederwerfung, militärische, wirtschaftliche und politische Bedeutung: Bd. 306, 22. Sitz. S. 426C.

18. Spanien. Versenkung von Frachtschiffen durch deutsche U-Boote, siehe „Seekrieg" unter Dh.

19. Südafrika (englisch) siehe „Schutzgebiete".

20. Türkei.
Eintritt in den Krieg: Bd. 306, 3. Sitz. S. 14A, 17D.
Beziehungen zwischen Deutschland, Oesterreich, Serbien usw.: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946D.
Anfrage Dr. Liebknecht: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist?
Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?: Bd. 316, Nr. 187.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 512C. — Beantwortet.
Anfrage E. Cohn (Nordhausen): Ende März 1917 hat Djemal Pascha, der türkische Oberbefehlshaber der Sinaifront, angeordnet, die jüdische Bevölkerung, darunter deutsche, österreichische, ungarische und bulgarische Staatsangehörige, aus Jaffa und aus den vor Jaffa gelegenen Ackerbaukolonien und Fruchtpflanzungen wegschaffen zu lassen. Militärische Rücksichten wurden als Grund der Maßregel angegeben; der deutsche Generalstabschef Djemal Pascha hatte sich aber dahin ausgesprochen, daß solche Rücksichten die Räumung jener Wohnstätten nicht gebieten.
Nach den hier eingegangenen Berichten sind unter den Augen der türkischen Behörden gegen die ausgetriebene Bevölkerung Gewalttaten und Plünderungen verübt, viele Flüchtlinge getötet

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
I. Ausbruch, Schuldfrage, Ursachen des Krieges, politische Verhältnisse. B. Einzelnes. 20. Türkei.

worden. Für die Beförderung und die Ernährung der Vertriebenen haben nach jenen Berichten die türkischen Behörden nicht gesorgt.

Kennt der Herr Reichskanzler diesen Sachverhalt? Ist er bereit, auf die osmanische Regierung in solcher Weise einzuwirken, daß — soweit es noch möglich ist — in Palästina die Wiederholung der armenischen Greuel mit Sicherheit ausgeschlossen werden?: Bd. 321, Nr. 851.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 990.

21. Uruguay. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3811D.

II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
Seekrieg, Führung usw., siehe „Seekrieg".
Kriegsführung auf dem östlichen Kriegsschauplatz siehe „Rußland" und „Rumänien".
Kriegführung in den Schutzgebieten siehe „Schutzgebiete".
Kriegführung in der Luft siehe nachstehend unter II D.

A. Politische und militärische Lage während des Krieges:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 17C.
10. Sitz. S. 138B.
11. Sitz. S. 141D.
13. Sitz. S. 213B.
22. Sitz. S. 426B.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 850C.
60. Sitz. S. 1520A, 1525D.
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1691A.
64. Sitz. S. 1703C.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2379B, 2400C.
95. Sitz. S. 2849B, 2866B.
98. Sitz. S. 2955C, 2957B, 2958B.
100. Sitz. S. 3045C, 3049D.
101. Sitz. S. 3062C, 3068C, 3072D, 3080B, 3088A, 3090C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3118C, 3130B.
109. Sitz. S. 3397C.
110. Sitz. S. 3461B, 3463D.
116. Sitz. S. 3571A, 3574C, 3583C, 3584C, 3585A.
124. Sitz. S. 3811C.
125. Sitz. S. 3830D, 3833D, 3843C.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3944B, 3947D, 3949A, 3952B, 3957A, D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377B, 5381D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5421C.
179. Sitz. S. 5610B, 5625A.
180. Sitz. S. 5642D, 5650B.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6211B, 6227A.

Westfront, April-Offensive 1917, Depeschenwechsel zwischen dem Reichshaushaltsausschuß und Generalfeldmarschall von Hindenburg:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045C.
101. Sitz. S. 3062C, 3068B, 3072D, 3088A, 3080B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3130B.
—, Rückzug, nach Verwüstung eines Teils des Landes:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3094B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3481C.
Militärische Lage, auf dem Balkan, in Italien, im Kaukasus: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3571C.
Vordringen in Italien (November 1917): Bd. 311, 127. Sitz. S. 3944C, 3945A, 3947D, 3952C.
Kriegslage Ende Oktober 1918, Möglichkeit nachhaltigen Widerstands, Erklärung des Kriegsministers Scheüch: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6211B, 6227A.
Kriegslage, Irreführung des deutschen Volkes bis zum letzten Augenblick: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6228B.
Angebliche Täuschungsmanöver der deutschen Militär- und Staatspolitik, unwahre Berichte, verschleierte Annexionsabsichten usw.: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4084D ff.
Aufklärungen über die militärische Situation, Bevorzugung neutraler Journalisten: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3050B.
Voraussichtliche Dauer des Krieges, Ausführung des Feldmarschalls Grafen von Moltke („es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden"), Aeußerungen der feindlichen Staatsmänner: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5610C, 5626B.
180. Sitz. S. 5640D, 5649A.
Politischer Charakter des Krieges, Aufgaben der Staatsmänner gegenüber den Feldherrn, Ansichten v. Clausewitz's, Bismarcks, Politisierung des Krieges in England und Frankreich: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3093A, 3102A, C.

B. Kriegführung Deutschlands.
Siehe auch „Rußland", „Schutzgebiete".
Krieg in der Luft siehe nachstehend unter II D.
Unterseebootkrieg siehe „Seekrieg".
1. Leistungen von Heer und Flotte, Anerkennung:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 14A.
4. Sitz. S. 25D.
6. Sitz. S. 58A, D.
8. Sitz. S. 127A.
14. Sitz. S. 230A, 233B, 235B, 237A.
Bd. 306, 22. Sitz. S. 428A.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 809D, 819A, 825D.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1704A.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2400C.
85. Sitz. S. 2457A.
86. Sitz. S. 2494B.
Anerkennung der Truppenleistungen, Telegramm des Reichshaushaltsausschusses an Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Antwort Hindenburgs:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045C, 3049D.
101. Sitz. S. 3062C, 3068B, 3072D, 3080B, 3088A, 3090C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3118C, 3130B.
110. Sitz. S. 3461B, 3463D.
Ferner:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377D, 5380D, 5381D, 5383B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5429C, 5438A.
174. Sitz. S. 5461C, 5473A, 5479D, 5480B, 5487D.

2. Ueberwachung der Kriegführung.
Resolution Bernstein u. Gen.: einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der in ständiger Verbindung mit dem Herrn Reichskanzler die Kriegführung und die Verwaltung der besetzten Gebiete zu überwachen hat: Bd. 321, Nr. 783.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047A.
101. Sitz. S. 3072A, 3089C, 3090B, 3092D, 3102A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3119A, 3123D, 3130D.
110. Sitz. S. 3454A, 3479B, 3499A. — Abgelehnt.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
B. Kriegführung Deutschlands. 2. Ueberwachung der Kriegführung.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918, gleichlautend der vorstehenden:
Bd. 324, Nr. 1657 unter 2.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5465A.
175. Sitz. S. 5512 D, 5515 A, 5517 C.
184. Sitz. S. 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Stellung der Heeresleitung unter die Kontrolle einer parlamentarischen Kommission, Folgen: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6285C.

3. Einzelnes.

a) Deutsche Kriegführung. Kultur, Schulbildung der Soldaten; Verhalten gegen feindliche Verwundete und die Zivilbevölkerung usw.: Bd. 306, 31. Sitz. S. 688A.
Vorwurf der „Barbarei":
Bd. 306, 6. Sitz. S. 58B.
19. Sitz. S. 353B.

b) Greuelnachrichten aus Belgien und Frankreich, Verstümmelung deutscher Soldaten, Vergiftung von Brunnen usw., amtliches Weißbuch:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4209C.
136. Sitz. S. 4244D.
137. Sitz. S. 4286A.

—, Vorwurf völkerrechtswidriger und unmenschlicher Handlungen in Flandern und Nordfrankreich, Zurückweisung:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6159D.
195. Sitz. S. 6210A.

c) Anfrage Freiherr v. Kerckering zur Borg: Infolge der militärischen Operationen und sonstiger Kriegsnotwendigkeiten sind an und hinter den Fronten wertvolle Kunstdenkmäler vernichtet oder gefährdet worden.

Kann der Herr Reichskanzler Mitteilung machen über die Maßnahmen, welche zum Schutze und zur Erhaltung der in öffentlicher und in privater Hand befindlichen kirchlichen und profanen Baudenkmäler und des mobilen Kunstbesitzes sowie der archäologischen Denkmäler in den besetzten Gebieten, namentlich
a) in Belgien,
b) in Nordfrankreich,
c) in Italien,
d) in Rumänien und Mazedonien
deutscherseits ergriffen worden sind oder noch ergriffen werden sollen?: Bd. 322, Nr. 1189.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1228, 1259.

d) Anfrage Trimborn: In der feindlichen Presse wird gegen die deutsche Oberste Heeresleitung die Beschuldigung erhoben, daß sie am Fronleichnamstage, einem der höchsten Feste der katholischen Christenheit, Paris beschossen habe, obgleich durch Vermittlung des Heiligen Vaters die britische Regierung zugesagt hatte, ihrerseits an diesem Tage die von der Front entfernt liegenden Städte nicht zu bombardieren. Es sei eine selbstverständliche Anstandspflicht Deutschlands gewesen, in Erwiderung dieses Entgegenkommens auch die Beschießung von Paris auszusetzen.

Sind diese Behauptungen dem Herrn Reichskanzler bekannt, und ist er bereit, dazu Stellung zu nehmen?: Bd. 324, Nr. 1699.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5793C. — Beantwortet.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
B. Kriegführung Deutschlands. 3. Einzelnes.

e) Anwendung aller Kriegsmittel:
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1693C.
64. Sitz. S. 1713C.

—, Verwendung von Gas, Aufruf des Roten Kreuzes dagegen:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4084A, 4085A, 4088B.
145. Sitz. S. 4532B.

f) Kriegführung gegen England:
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1693C.
64. Sitz. S. 1705A, 1713A, 1724B.

g) Schonung der Neutralen während des Weltkrieges als Grundsatz Deutschlands, Vergewaltigung der Neutralen durch England: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455B.

h) Fruchttransporte von Spanien nach England und Deutschland, Durchlassung durch die deutschen und englischen Seestreitkräfte: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1839A. —

i) Siehe auch „Seekrieg".

C. Kriegführung der Feinde.

Siehe auch „Rußland", „Rumänien", „Seekrieg", „Schutzgebiete".

Absperrung Deutschlands, Hungerblockade: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2377B, 2380C.

Militärische und wirtschaftliche Knebelung der neutralen Staaten (England): Bd. 309, 95. Sitz. S. 2850A.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455B.

Englische Kriegführung, Mobilisierung der schwarzen Rasse usw.:
Bd. 306, 14. Sitz. S. 239B.
30. Sitz. S. 671A.

„Baralong", englischer Hilfskreuzer, Ermordung der Besatzung eines gesunkenen deutschen U-Bootes, siehe „Seekrieg" unter C.

Anfrage Dr. Heckscher: Im englischen Unterhaus hat ein Mitglied des Kabinetts, Lord Cecil, die Nachricht, die deutsche Regierung ziehe Fett aus Soldatenleichen, als nicht unglaubwürdig hingestellt.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser erbärmlichsten aller englischen Verleumdungen wirksam entgegenzutreten?: Bd. 321, Nr. 787:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3243D. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Heckscher: Nach deutschen Meldungen haben die Engländer in jüngster Zeit Dumdumgeschosse im Kampfe gegen unsere Soldaten angewandt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, mitzuteilen, welche amtlichen Feststellungen über Verwendung dieser völkerrechtswidrigen Geschosse vorliegen und weiter, welche Schritte die deutsche Reichsregierung gegen dieses englische Verhalten unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt?: Bd. 324, Nr. 1519.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901D. — Beantwortet.

Anfrage Groeber (Laupheim): Von feindlicher Seite sind die für eigene und feindliche Soldaten von uns errichteten Kriegerdenkmäler zerstört worden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Verletzung der elementarsten Pietät zu tun?: Bd. 325, Nr. 1815.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1902.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.

D. Fliegerangriffe, Krieg in der Luft; Entschädigungsfrage; internationale Regelung.

1. Kriegführung Deutschlands.

Anfrage Prinz zu Schoenaich-Carolath: Die englische Presse bringt seit dem Mai des Jahres die Behauptung, deutsche Bombengeschwader hätten in der Nacht vom 19./20. Mai englische Lazarettanlagen bei Etaples trotz ihrer Kennzeichnung durch rote Kreuze angegriffen. Diese neue Greuelmeldung dient der englischen Presse als Grundlage zu maßlosen Beschimpfungen Deutschlands und zur Forderung schrankenloser Vergeltungsmaßnahmen im Luftkriege.

Durch zwei in der deutschen Presse veröffentlichte Aufnahmen unserer Flieger ist der Beweis erbracht, daß die englische Behauptung auf einer wissentlichen Unwahrheit der verantwortlichen englischen Stellen beruht.

Im englischen Unterhause hat nun kürzlich Unterstaatssekretär Macpherson auf eine Anfrage den durch die beiden deutschen Fliegeraufnahmen erbrachten Beweis zwar nicht durch sachliche Angaben zu widerlegen versucht, aber grundsätzlich angezweifelt und überdies behauptet, auch am 31. Mai, also nachdem die Deutschen die roten Kreuze erkannt hätten, sei von den deutschen Geschwadern ein völkerrechtswidriger Bombenangriff auf die Lazarettanlagen von Etaples ausgeführt.

Sind dem Herrn Reichskanzler die fraglichen Vorgänge bekannt und ist er bereit, den gegen Deutschland von dem englischen Unterstaatssekretär Macpherson trotz des unwiderlegten deutschen Beweises erneut erhobenen unwahren Beschuldigungen nachdrücklichst entgegenzutreten?: Bd. 325, Nr. 1921.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1997.

Petition des v. Plessen-Reez in Reez bei Kavelstorf in Mecklenburg, betreffend Verletzungen des Artikels 25 der Haager Landkriegsordnung durch Luftangriffe auf London.

Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1363 unter IIb 2.

Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702C. — Uebergang zur Tagesordnung.

2. Fliegerangriffe der Feinde auf süddeutsche Städte, auf Freiburg i. B., Vernichtung eines Universitätsinstitutes: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4268B.

Angebliche Unterdrückung der Berichterstattung über Fliegerangriffe auf süddeutsche Städte: Bd. 313, 195. Sitz. S. 6091C.

Belegung unbefestigter Orte: Bd. 311, 172. Sitz. S. 5378A.

Anfrage Hartrath, Astor, Dr. Werr:

In den letzten Wochen ist die Bevölkerung von Trier und zahlreicher Städte und Ortschaften des Trierer Landes wieder das Ziel feindlicher Fliegerangriffe gewesen. Ein militärischer Schaden ist nirgends verursacht worden; lediglich friedliche Bewohner sind zu Tode und zu Schaden gekommen. Selbst Orte, die in keinem Zeitpunkt während des ganzen Krieges irgend eine militärische Bedeutung hatten und die fern von jeder Bahnverbindung liegen, sind Opfer dieser Angriffe geworden.

Ist der Herr Reichskanzler geneigt, dieser ebenso sinnlosen wie grausamen Kriegführung seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, und in der Lage, zur Vermeidung derselben beizutragen?: Bd. 323, Nr. 1350.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1520.

Anfrage Kuckhoff (Cöln):

Am 18. Mai hat ein feindlicher Fliegerangriff auf die Stadt Cöln außerordentlich zahlreiche Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Aus den näheren Umständen geht hervor, daß es dem Feinde dabei weniger darauf ankam, militärischen Schaden anzurichten, als vielmehr die schutzlose Bevölkerung grausam zu töten.

Eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung hat vollständig gefehlt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Feststellung darüber zu veranlassen, weshalb und ob eine solche Warnung nicht rechtzeitig hat erfolgen können und ob es nicht möglich ist, einen wirksameren Schutz der den feindlichen Fliegerangriffen am meisten ausgesetzten Orte herbeizuführen?

Ist der Herr Reichskanzler weiter bereit, Anregungen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, die dem sinnlosen Mord von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art endlich ein Ende machen?: Bd. 324, Nr. 1596.

Bd. 312, 169. Sitz. S. 5262C. — Beantwortet.

3. Regelung durch internationales Abkommen: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4268B.

Anfrage Geck: Verläßlichen Zeitungsnachrichten zufolge haben sich sowohl in der französischen Kammer als ganzbesonders auch im Gemeinderat der Stadt Paris im Laufe der letzten Tage ernste uud eindringliche Stimmen erhoben, die einer Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung der Fliegerangriffe auf offne Städte außerhalb der Kriegszone das Wort reden.

Und nach einer Baseler Nachricht des „Berliner Lokalanzeiger" vom 16. d. Mts. meldet der dem Vatikan nahestehende „Corriere d'Italia", der Papst prüfe zurzeit Mittel und Wege, um unter den Kriegführenden ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen.

Sind diese Nachrichten zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen? Und ist der Herr Reichskanzler zu einer Erklärung darüber bereit, welche Stellung die Reichsregierung den obigen Bestrebungen gegenüber einnimmt?: Bd. 324, Nr. 1411.

Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578A. — Beantwortet.

Einstellung der Fliegerangriffe auf offne Städte: Bd. 311, 182. Sitz. S. 5706C, 5716B, 5720C.

4. Entschädigung für Schäden durch Fliegerangriff. Ersatz der durch Flieger verursachten Schäden, Versicherung (Baden):

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3461A.

Bd. 312, 170. Sitz. S. 5301C, 5310C.
171. Sitz. S. 5359B ff.

Entschädigung für beschädigte Zivilpersonen: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4255C.

Fliegerschaden in Flandern, gleichmäßige Entschädigungen für alle Beamten und Angestellten: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5082A, 5087B.

Anfrage Dr. v. Schulze-Gaevernitz: Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Erklärung darüber abzugeben, daß die im Reichsgebiete durch feindliche Flieger verursachten Schäden aus der Reichskasse

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
D. Fliegerangriffe, Krieg in der Luft usw.
2. Fliegerangriffe der Feinde.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
D. Fliegerangriffe, Krieg in der Luft usw.
4. Entschädigung für Schäden durch Fliegerangriff.

eine volle Entschädigung finden sollen?: Bd. 321, Nr. 960. — Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1029.

Anfrage Dr. v. Schulze-Gaevernitz: Der Herr Reichskanzler hat in Beantwortung meiner Anfrage Bd. 317, Nr. 208 — Bd. 321, Nr. 960 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislatur-Periode, II. Session 1914/17 — in Bd. 321, Nr. 1029 der Drucksachen erklärt, daß für die im Reichsgebiete durch feindliche Flieger an beweglichem und unbeweglichem Eigentum unmittelbar verursachten Schäden gemäß dem Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli 1916 voller Ersatz gewährt werden soll.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Ersatz sofort nach erfolgter Feststellung gewährt werde, womit — ohne eine Mehrbelastung der Reichskasse — die Bevölkerung der gefährdeten Gebietsteile von schwerer Beunruhigung befreit werden würde?: Bd. 322, Nr. 1203. — Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1223.

Anfrage Dr. Wirth: Nach einem Erlaß des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern vom 3. Dezember an die Großherzoglichen Bezirksämter gewährt die Badische Regierung Vorentschädigungen für die durch feindliche Fliegerangriffe verursachten Sachschäden bis zu 80 Prozent des erlittenen und ordnungsgemäß festgestellten Schadensbetrages.

Nach obigem Erlaß wäre die Großherzoglich Badische Regierung gerne bereit gewesen, im Sinne der Antwort des Reichskanzlers vom 16. September 1917 die Vorentschädigung für Fliegerschäden in vollem Betrage zu bewilligen, wenn die Reichskasse die erforderlichen Vorschüsse geleistet hätte.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Großherzoglich Badische Regierung die beantragten Vorschüsse nicht bekommen hat, und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch die Fliegerangriffe Geschädigten bald in vollem Umfang zu entschädigen?: Bd. 322, Nr. 1225.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1452.

Anfrage Greber (Coblenz): Der Schadenersatz für die durch Fliegerangriffe verursachten Personen- und Sachschäden hat bisher eine reichsgesetzliche Regelung nicht erfahren. Die Reichsgesetzgebung hat sich vielmehr bloß mit der Feststellung von Sachschäden und der Bildung von Ausschüssen zu diesem Zweck befaßt, ohne jedoch selbst in dieser Hinsicht einen Rechtsanspruch auf Entschädigung zu gewähren.

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, eine baldige reichsgesetzliche Regelung dieser Frage in Aussicht zu stellen? Und welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler einstweilen zu treffen, um eine sofortige Beseitigung der wirtschaftlichen Not der Geschädigten, besonders der durch Fliegerangriffe des Ernährers beraubten Familien, herbeizuführen?: Bd. 324, Nr. 1415.

Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578C. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Wirth: Nach der neuen Regelung des Ersatzes der Fliegerschäden soll für alle Sachschäden infolge von Fliegerangriffen Entschädigung

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
D. Fliegerangriffe, Krieg in der Luft usw.
4. Entschädigung für Schäden durch Fliegerangriff.

gewährt werden. Eine Entschädigung soll indessen nur insoweit nicht gewährt werden, als der Beschädigte Ersatz aus Versicherungsverträgen erhalten oder zu beanspruchen hat.

Nachdem die Versicherten schon dadurch Schaden erleiden, daß die von ihnen bislang bezahlte Fliegerversicherungsprämie vom Staate nicht ersetzt wird, kommt es noch vor, daß sie im Schadenfalle weiteren, unter Umständen erheblicheren Schaden dadurch erleiden, daß die Versicherungsgesellschaften die sogenannte Unterversicherungsklausel in Anwendung bringen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß das Reich denjenigen Verlust ersetzt, den die Versicherungsgesellschaft zu kürzen in der Lage ist, oder zugunsten der Versicherten auf andere Weise einen solchen Ausgleich herbeizuführen?: Bd. 324, Nr. 1592.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1605.

E. Wirtschafts- und Handelskrieg der Feinde.

1. Beschlagnahme usw. deutschen Privateigentums im Auslande.

Anfrage Dr. Heckscher: Das feindliche Ausland hat in einer dem Völkerrecht hohnsprechenden Art deutsche Privatwerte beschlagnahmt und versilbert.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu erteilen, ob Vorkehrung getroffen ist, damit sich feindliche Privatwerte in angemessenem Umfange und in gleichem Maße flüssig und greifbar bei Friedensschluß in unseren Händen befinden?: Bd. 319, Nr. 473.

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2018B. — Beantwortet.

Petition, betr. Schutz deutscher Eigentümer von Schiffsladungen, welche durch feindliche kriegführende Mächte aus festgehaltenen Dampfern konfisziert sind.

Ber. d. Ausschuß f. Handel u. Gewerbe: Bd. 319, Nr. 465.

Bd. 75. Sitz. S. 2150D. — Uebergang zur Tagesordnung.

Behandlung deutschen Privateigentums in England: Bd. 307, 40. Sitz. S. 870A.

— in Portugal.

Anfrage Bassermann: Es ist mitgeteilt worden, daß die portugiesische Regierung die Ausweisungen aller nichtmilitärpflichtigen Deutschen, die Internierung der Militärpflichtigen und die Beschlagnahme des gesamten deutschen Eigentums angeordnet hat.

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, über die seitens der portugiesischen Regierung getroffenen Maßnahmen nähere Mitteilungen zu machen?: Bd. 318, Nr. 376.

Bd. 307, 60. Sitz. S. 1519B. — Beantwortet.

Anfrage Bassermann: In Portugal ist deutsches Eigentum mit Beschlag belegt worden. Ist der Reichskanzler in der Lage und bereit, nähere Mitteilung hierüber zu machen?

Welche Gegenmaßnahmen hat der Herr Reichskanzler getroffen?: Bd. 319, Nr. 440.

Bd. 308, 68. Sitz. S. 1838B. — Beantwortet.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
E. Wirtschafts- und Handelskrieg der Feinde.
1. Beschlagnahme usw. deutschen Privateigentums im Auslande.

Vorlegung einer Zusammenstellung der feindlichen Maßnahmen: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1142C.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 395 (Vergeltungsmaßnahmen).

2. Handelsspionage. Anfrage Dr. Müller (Meiningen): England hat dem Vernehmen nach Briefe, die von Holland aus nach Deutschland abgesandt sind, auf holländischem Boden rechtswidrig an sich bringen und zu Zwecken seiner schwarzen Listen kopieren lassen.
Was hat der Herr Reichskanzler getan, um dieses völkerrechtswidrige Treiben Englands auf neutralem Boden aufzuklären?: Bd. 319, Nr. 475.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2019A. — Beantwortet.

3. Monopolisierung des Lebensmittelbezugs in neutralen Staaten.
Anfrage Bassermann: Die englische Regierung beabsichtigt die Gründung eines Finanzsyndikats in Holland, welches die Margarine-, Fett-, Butter-, Fleisch- und Gemüseproduktion für den englischen Konsum zu monopolisieren und deutschen Bezug aus Holland auszuschalten bestimmt ist.
Ist dem Herrn Reichskanzler dieser Plan bekannt und ist er in der Lage und bereit, nähere Mitteilung darüber zu machen?
Sind Gegenmaßregeln seitens des Deutschen Reichs geplant und können darüber Mitteilungen gemacht werden?: Bd. 319, Nr. 477.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2019D. — Beantwortet.

4. Schwarze Listen.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Die britische Regierung hat in völkerrechtswidriger Weise das System der sogenannten schwarzen Listen eingeführt, d. h. sie veröffentlicht die Namen solcher neutralen Personen und Firmen, die wegen ihrer Handelsbeziehungen zu den Gegnern Englands feindlichen Personen gleichgestellt werden.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, wieweit sich die Neutralen dem englischen Vorgehen gefügt haben? Und welche Stellung nimmt die Reichsleitung zu diesem System ein?: Bd. 319, Nr. 479.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2020A. — Beantwortet.
Anfrage Bassermann: Der englische Generalkonsul in Rotterdam veröffentlicht im „Nieuwe Rotterdamschen Courant" und in dem „Dordrechtschen Courant" folgende Bekanntmachung:
„Das englische Generalkonsulat bringt zur Kenntnis aller, die es angeht, daß Firmen, die Ausbesserungsarbeiten deutscher Schiffe übernehmen, alsbald auf die schwarze Liste gesetzt werden."
Welche Maßnahmen hat der Herr Reichskanzler hiergegen ergriffen? Ist dafür Sorge getragen und eine Kontrolle darüber eingerichtet, daß deutsches Schiffsbaumaterial und deutsche Kohlen nicht in die Hände solcher niederländischen Firmen geraten, die sich dem englischen Uebergriff unterwerfen?: Bd. 319, Nr. 484.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2020C. — Beantwortet.

5. Weiterführung des Handelskrieges durch England und seine Verbündeten nach Friedensschluß, Möglichkeit, Abwehrmaßregeln:

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
II. Weiterer Verlauf des Krieges, Kriegführung.
E. Wirtschafts- und Handelskrieg der Feinde.
5. Weiterführung des Handelskrieges usw.

Bd. 307, 39. Sitz. S. 854C.
40. Sitz. S. 865A, 871A, 893D
49. Sitz. S. 1118B, 1119B.
50. Sitz. S. 1138D, 1142B, 1143C
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1737B.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3641C, 3646D.
— Wirtschaftspolitik der Feinde, Pariser Wirtschaftskonferenz, zollpolitische Behandlung Deutschlands:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2549A ff.
88. Sitz. S. 2588B.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4905C, 4918B, 4922A.
158. Sitz. S. 4951A.
159. Sitz. S. 4960C, 4969D, 4974A.
160. Sitz. S. 4990D.
—, Englischer Wirtschaftskrieg, Lieferungs-, Kauf u. a. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, deutsches und angelsächsisches Recht:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2674C, 2678C.
91. Sitz. S. 2695D.
—, Boykott gegen deutsche Waren, Stellung Amerikas, Englands, Italiens: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4456B ff.
—, Rohstoffentziehung nach dem Kriege, Drohung der Feinde: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4492D.
Siehe auch unter IV 13.

III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. (Zeitlich geordnet).

1. Friedensbestrebungen, Gebietserwerbungen, „annexionsloser Friede", Verständigung unter den Völkern usw.:
Bd. 306, 2. Sitz. S. 9A.
3. Sitz. S. 20C, 21A, B.
4. Sitz. S. 47B, 48A.
12. Sitz. S. 171D, 172B, 173C, 174B.
13. Sitz. S. 219B.
14. Sitz. S. 231B, 238B.

2. Anfrage Dr. Liebknecht: Der Unterzeichnete stellt folgende Anfrage an den Herrn Reichskanzler: Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der anderen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?: Bd. 315, Nr. 104.
Bd. 306, 14. Sitz. S. 221D. — Beantwortung abgelehnt.

3. Anfrage Dr. Liebknecht:
a) Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der übrigen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?
b) Auf welcher sonstigen Grundlage ist die Regierung bereit, in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?: Bd. 316, Nr. 152.
Bd. 306, 23. Sitz. S. 448A. — a Zurückgezogen, b Beantwortung abgelehnt.

4. Interpellation Albrecht u. Gen.: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?: Bd. 316, Nr. 159.
Bd. 306, 22. Sitz. S. 430B, 442A. — Beantwortet, besprochen.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen.

5. Ferner:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 723 D, 744 A, 753 B.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 832 C.
37. Sitz. S. 843 B, 845 A.
39. Sitz. S. 851 C, 856 D, 857 A, 858 A.
40. Sitz. S. 862 B, 867 D, 868 B, 873 D, 875 B, 879 C, 884 C, 888 A, 889 D, 894 B.
Bd. 317, Nr. 255 S. 10.

6. Antrag Bernstein u. Gen. zum Etat für das Auswärtige Amt für 1916: an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:
usw.
Der Reichstag erwartet, daß der Reichskanzler schleunigst durch die Einleitung von Friedensverhandlungen eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen sucht: Bd. 317, Nr. 258.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 863 B, 890 D, 897 A. — Abgelehnt.

7. Ferner:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1263 C, 1289 B.
55. Sitz. S. 1300 C, 1324 D, 1326 A, 1331 A, 1332 A, 1334 A.
59. Sitz. S. 1509 C.
60. Sitz. S. 1520 A, 1524 B, 1526 B, 1527 B, 1532 C, 1540 C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1591 A, D.
63. Sitz. S. 1693 A.
64. Sitz. S. 1706 C, 1712 A, 1723 B, 1730 A, 1735 A.
68. Sitz. S. 1853 C.
70. Sitz. S. 1922 A.
76. Sitz. S. 2166 A, 2173 C, 2179 C, 2180 D, 2183 A, 2193 C.
—, Herbeiführung des Friedens durch die Sozialdemokratie der kriegführenden Länder:
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1369 D.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2436 B, 2442 B.
85. Sitz. S. 2456 A.
—, Kriegsziele des Abgeordneten Scheidemann, Stellung des Reichskanzlers dazu:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1922 A.
71. Sitz. S. 1944 B.
76. Sitz. S. 2166 B, 2173 C, 2179 C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3385 D ff., 3390 C, 3395 D ff., 3416 A, 3418 A, 3419 D.
—, Siehe auch „Sozialdemokratie" unter 6.

8. Friedensvermittlung Neutraler (Präsident Wilson):
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1265 C.
55. Sitz. S. 1299 D, 1311 D, 1326 C, 1329 B, 1330 D.
60. Sitz. S. 1525 B, 1527 C, 1535 D, 1536 D.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2387 B, 2394 A, 2405 B.
84. Sitz. S. 2425 D, 2428 D, 2435 C.

9. Offizielles Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916: Bd. 308, 80. Sitz. S. 2331 A.
—, Ablehnung seitens der Entente, Frage der Zweckmäßigkeit und Hinfälligkeit des Angebots:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2358 D, 2366 B, D, 2368 A.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 9. Offizielles Friedensangebot Deutschlands usw.
83. Sitz. S. 2375 D, 2379 B, D ff., 2386 D ff., 2393 C, 2405 B, 2407 A.
84. Sitz. S. 2414 A, 2425 D, 2432 D, 2434 C.
85. Sitz. S. 2456 C.
86. Sitz. S. 2481 D ff.
95. Sitz. S. 2824 C, 2876 B.
96. Sitz. S. 2894 A, 2899 C, 2900 D, 2918 D, 2928 D, 2930 D, 2931 D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3386 A, 3396 D, 3400 C, 3409 A, 3417 A.
—, Zurückweisung eines Friedensschlusses mit den Hohenzollern (Wilson):
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3387 B, 3393 A, 3398 B, 3407 B.
Armeebefehl des Kaisers vom 5. 1. 1917, Verständigungsfrage: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2457 B.
Note Wilsons an Oesterreich: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2415 D.
Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, keine nähere Angabe der Kriegsziele (Annexion bzw. Verzicht auf Eroberungen, Selbstbestimmungsrecht der Völker):
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2375 A, 2387 A, 2394 C, 2406 A ff.
84. Sitz. S. 2434 D ff.
85. Sitz. S. 2454 A, 2456 C ff., 2469 B, 2472 B ff.
86. Sitz. S. 2482 B, 2483 A, 2493 D, 2504 D.
Stellung der Alldeutschen, der Konservativen:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2388 D.
84. Sitz. S. 2428 D, 2440 C.
85. Sitz. S. 2456 C.
86. Sitz. S. 2483 B, 2491 A, 2514 C, 2826 C.
—, Siehe auch „Alldeutsche".
Stellung der Sozialdemokratie, Verteidigungs- und Friedensbereitschaft:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2366 C.
83. Sitz. S. 2387 B ff., 2394 B, 2406 D.
84. Sitz. S. 2434 D, 2442 C, 2443 A.
85. Sitz. S. 2456 A.
86. Sitz. S. 2481 D.
Friedensbereitschaft, Friedenszustand, Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie, Rede Ledebours:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2439 D ff., 2441 D.
85. Sitz. S. 2456 A.
86. Sitz. S. 2481 D.
Reden des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza über das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und Friedensbereitschaft, U-Bootkrieg usw.:
Bd. 309, 83. Sitz S. 2388 C, 2394 B, 2409 D.
85. Sitz. S. 2456 D.
86. Sitz. S. 2482 C.

10. Resolution Bernstein u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: auf den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten hinzuwirken: Bd. 330, Nr. 690 unter B.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2892 D ff., 2933 A. — Abgelehnt.

11. Interpellationen
Arnstadt u. Gen.: Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 20. April d. J., der die Forderung aufstellt, einen gemeinsamen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen abzuschließen, hat mangels einer klaren Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers dazu in weiten Kreisen des deutschen Volkes schwere Beunruhigung hervorgerufen, weil ein solcher Friedensschluß zwar

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 11. Interpellationen.

internationalen Grundsätzen, nicht aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen würde.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über seine Stellung zu diesem Beschlusse Auskunft zu geben?: Bd. 321, Nr. 774,

und

Albrecht u. Gen.: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die provisorische Regierung Rußlands und die uns verbündete österreichisch-ungarische Regierung in gleicher Weise erklärt haben, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine Uebereinstimmung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der kommende Frieden auf Grund gegenseitigen Einverständnisses ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen geschlossen werden kann?: Bd. 321, Nr. 775.

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3022B.

Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384C. — Beantwortet und besprochen.

Ablehnung programmatischer Erklärungen zur Frage der Kriegsziele seitens der Regierung, Rede des Reichskanzlers am 15. Mai 1917, Wunsch nach Klarheit: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3395D, 3398A, D, 3401B, 3408B, 3415Cff., 3419C.

Stellung Oesterreich-Ungarns zur Friedensfrage: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2901C. Bd. 310, 109. Sitz. S. 3396A, 3399D, 3409C.

Frage eines allgemeinen Friedens bzw. eines Separatfriedens mit Rußland: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3401A, 3410C.

Verständigungsfriede, Friedensentschließung des Ausschusses der deutschen Sozialdemokratie („ohne Entschädigung und Annexion"), Verzichtfrieden, internationaler und nationaler Friede: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384D ff., 3386D, 3388Aff., 3390B, 3396D, 3401D, 3408C, 3411D, 3413A, 3416A. Bd. 311, 127. Sitz. S. 3960D, 3962A.

—, Siehe weiteres „Sozialdemokratie" unter 6.

12. Sozialistenzusammenkunft in Stockholm über die Friedensfrage, Verweigerung von Pässen an die Teilnehmer usw.: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3394A, 3404C, 3412B.

Stockholmer Denkschrift, Grundsätze: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3590B.

Friedensbestrebungen und Kriegsziele, Stellung der internationalen Sozialdemokratie usw.: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3069C, 3098D, 3101B. Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105D, 3117D, 3119A, 3143C, 3139A. 110. Sitz. S. 3454A.

13. Friedensresolutionen v. 19. 7. 1917.

1. Dr. David, Ebert, Erzberger, Fehrenbach, Fischbeck, Gothein, Hauß, Haußmann, Dr. Mayer (Kaufbeuren), Molkenbuhr, Müller (Fulda), Dr. Müller (Meiningen), v. Payer, Scheidemann, Dr. Südekum:

Der Reichstag erklärt:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht". Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 13. Friedensresolutionen v. 19. 7. 1917.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher: Bd. 321, Nr. 933.

2. Albrecht u. Gen.:

Der Reichstag erklärt:

Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts.

Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms. Er verlangt ein internationales Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Uebereinkommen zum Schutze der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache, Religion; Schutz der nationalen Minderheiten; obligatorisches internationales Schiedsgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten.

Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reichs und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluß zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik: Bd. 321, Nr. 950.

Bd. 310, 116. Sitz. S. 3571D, 3573B, 3577A, 3580A, 3584B, 3588B, 3596C.

Die Resolution Dr. David u. Gen. wurde in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen.

Bd. 310, 116. Sitz. S. 3597A. (Vgl. die Zusammenstellung S. 3598 ff. und die Bemerkung zur Geschäftsordnung S. 3597A.)

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 13. Friedensresolutionen v. 19. 7. 1917.

Petitionen zu der Resolution der Mehrheitsparteien, durch die Beschlußfassung über die Resolution für erledigt erklärt:
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3611 A.

Friedensbewegung, Zunahme in allen Ländern, an der Front: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3595 D ff.
Reichstagsmehrheit für Friedensresolution vom 19. Juli 1917, Kritik ihrer Zusammensetzung: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3736 C.

Friedensresolution v. 19. 7. 1917, Entstehung, Bedeutung, Wirkung, Ueberholung der Vorschläge usw.:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3717 D, 3720 D, 3739 D, 3752 B.
124. Sitz. S. 3782 A, 3790 C, 3791 B, 3797 D, 3807 C.
125. Sitz. S. 3834 A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3962 C.
134. Sitz. S. 4155 C.
135. Sitz. S. 4193 A, 4216 C.
136. Sitz. S. 4233 D, 4257 A ff.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4287 B (Stellung der Unabhängigen Sozialdemokraten).
143. Sitz. S. 4461 B, 4464 A, 4484 B.
145. Sitz. S. 4540 B, 4554 D, 4556 B.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5624 A, 5626 A.
180. Sitz. S. 5645 C, 5662 D, 5670 B, 5679 D.
181. Sitz. S. 5690 D, 5696 B, 5698 D, 5699 B, D, 5700 A.
182. Sitz. S. 5717 B, 5719 A, 5721 A, 5722 B.

Wirkung für das wirtschaftliche Leben im Reiche: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3791 C.
Anwendung bei den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und Bukarest: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 A.
Friedensresolution der Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 B.
„Atmosphäre des Friedens", die neue Gesinnung als Grundlage weiterer Verhandlung (v. Kühlmann): Bd. 310, 124. Sitz. S. 3798 D.
Siehe auch „Alldeutsche", „Sozialdemokratie".

14. Papstnote vom 1. August 1917.

Friedenskundgebung des Papstes Benedikt XV, Wirkung: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3808 C, 3812 A, 3813 D.
Zustimmende Antwort Deutschlands vom 19. Septber. 1917, Verständigungsfriede, Bezugnahme auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3809 C, 3813 C, 3816 B.
125. Sitz. S. 3835 B, 3845 A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3948 A, 3951 C, 3953 A, 3955 B.
134. Sitz. S. 4154 C.
Antwort des Präsidenten Wilson:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3809 A.
125. Sitz. S. 3838 A, 3844 C.
Ablehnende Antworten Sonninos, Clemenceaus, Lloyd Georges:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947 B ff.
128. Sitz. S. 3972 D, 3978 A, 3980 C.
Vorschläge, Abkommen über eine allgemeine Abrüstung:

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 14. Papstnote v. 1. August 1917.

Bd. 310, 124. Sitz. S. 3810 B, 3818 B.
125. Sitz. S. 3838 B, 3848 A, 3854 D.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947 B, 3955 B.
—, Elaß-lothringische Frage, Freiheit der Meere usw.: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3808 D, 3810 A, 3818 D.

15. Anfrage Dr. Heckscher: Nach einer Meldung von Reuter hat der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Balfour, im Unterhause behauptet: Die englische Regierung habe im September durch Vermittlung einer neutralen diplomatischen Stelle von Deutschland die Nachricht erhalten, daß die deutsche Regierung der englischen gern eine Mitteilung über den Frieden zukommen lassen würde.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, zu dieser Behauptung Stellung zu nehmen?: Bd. 322, Nr. 1208.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1224.

16. Bericht des Haushalts Ausschusses über auswärtige Politik (im August und September 1917).
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3806 C.
125. Sitz. S. 3822 A.

Ablehnung der Reichsleitung, über wichtige Einzelheiten der Friedensbedingungen zu sprechen: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3817 A.
Von allen maßgebenden Faktoren erfolgte Festlegung der wesentlichen Grundzüge unseres politischen Verhaltens; keine Beeinflussung unserer Forderungen durch militärische Ereignisse:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3813 A.
125. Sitz. S. 3843 A.
Gefahren öffentlicher Erklärungen über die Friedensbedingungen:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3813 B.
125. Sitz. S. 3843 A.
Kundgebungen und Auffassungen feindlicher Staatsmänner und Preßorgane: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3812 B, 3814 A.
Forderung sofortiger Antwort auf Reden der feindlichen Staatsmänner: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3834 C.
Forderungen des deutschen Volkes auf der Grundlage, daß „der Wesensgrund dieses Weltkrieges die nicht überbrückte Kluft zwischen dem europäischen Kontinent und der Weltauffassung Englands ist" (Großadmiral v. Tirpitz): Bd. 310, 125. Sitz. S. 3840 C, 3841 A.
Aufgabe des internationalen, Proletariats für den Frieden zu sorgen: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3855 D.

17. Friedensfrage im Februar 1918.
Botschaft Wilsons vom 11. Februar 1918 über die vier Grundsätze zur Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit, des Ausgleichs, des Selbstbestimmungsrechts usw.:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4140 D ff.
134. Sitz. S. 4154 C, 4163 A.
135. Sitz. S. 4183 A, 4219 D, 4222 A ff.
145. Sitz. S. 4526 A.
Ablehnende Haltung Englands, Frankreichs und Italiens, Reden Lloyd Georges (Februar 1918):
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4141 C, 4142 C ff.
134. Sitz. S. 4176 B.
135. Sitz. S. 4208 A.
136. Sitz. S. 4260 D.

Frage einer Vereinigung von Vertretern der kriegführenden Mächte in engerem Kreise zu gegenseitiger Aussprache, Rede des englischen Staatsmannes Runciman: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4140 B.
Friedensdebatte im englischen Unterhause am 14. Februar 1918, Reden Runcimans, Sonninos über Annexionen, Friedensannäherung usw.: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4221 D ff.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote, -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 17. Friedensfrage im Februar 1918.

Frage eines neuen Friedensangebots Deutschlands: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4176 C.
135. Sitz. S. 4220 A.
136. Sitz. S. 4260 C.
—, Die Welt sehnt sich nach Frieden (Graf v. Hertling): Bd. 311, 133. Sitz. S. 4143 A.
135. Sitz. S. 4183 C.
Siegeswillen der Heimat, Durchhalten, Einigkeit hinter der Front: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3945 B.
133. Sitz. S. 4148 A.
Kriegsziele und Annexionsabsichten der Konservativen, Alldeutschen, der Vaterlandspartei, der Militärpartei, imperialistisches Programm: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4146 B.
134. Sitz. S. 4163 B ff., 4178 C ff., 4179 C.
135. Sitz. S. 4184 A, 4216 C ff., 4219 D, 4223 B.
136. Sitz. S. 4233 D, 4238 D, 4240 A ff., 4257 D ff., 4268 C.
144. Sitz. S. 4510 D.
—, Siehe weiteres bei „Alldeutsche".
Friedensbedingungen, Beschlüsse der sozialistischen und Arbeiterkonferenz in London: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4194 B.

18. Friedensfrage im Juni 1918.
Aussichten für einen allgemeinen Frieden, Aeußerungen feindlicher Staatsmänner (Balfour, Lloyd George): Bd. 313, 179. Sitz. S. 5616 B, 5624 D, 5634 A.
180. Sitz. S. 5644 D, 5649 B.
182. Sitz. S. 5716 A ff.
Möglichkeit einer rein militärischen Entscheidung, Gedankenaustausch zwischen den Kriegführenden, Reden des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann usw.: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5611 D (Staatssekretär Dr. v. Kühlmann), 5633 D ff. (Graf v. Westarp).
180. Sitz. S. 5641 A, 5644 B, 5648 A, 5660 D, 5669 C, 5670 A.
181. Sitz. S. 5688 C, 5692 C, D, 5695 B, 5696 A, 5697 A, 5698 D, 5699 A.
182. Sitz. S. 5707 A, 5709 B, D, 5713 B, 5715 D, 5716 C, 5718 D, 5721 A, 5722 B.

Friedenswille des Deutschen Volkes, Annahme der Grundsätze des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1918: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5640 B, 5644 C ff.
Kriegswille der Ententestaaten, auch der Arbeiterparteien: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6145 A.
Friedensbestrebungen im Heere, Abstimmungen über Verständigungs- oder Schwertfrieden: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5803 B.

19. Anfrage Bauer (Pfarrkirchen): In der Sitzung des Bayerischen Landtags vom 24. Juli hat ein Abgeordneter die Behauptung aufgestellt, daß die Entente im Jahre 1915 an Deutschland ein Friedensanerbieten gestellt habe, welches aber abgelehnt worden sei.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, zu dieser Behauptung, die geeignet ist, Erregung und Beunruhigung hervorzurufen, Stellung zu nehmen?: Bd. 325, Nr. 1905.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1924.

20. Friedensangebot des Reichskanzlers Prinz Max von Baden vom 5. Oktober 1918 an den Präsidenten Wilson, Notenwechsel: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6153 A, C, D, 6154 B.
193. Sitz. S. 6156 C, 6159 D, 6160 B, 6172 B, 6179 A.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
III. Friedensfrage, Friedensangebote; -vermittlungen, — Kriegsziele im allgemeinen. 20. Friedensangebot des Reichskanzlers Prinz Max von Baden vom 5. Oktober 1918.

194. Sitz. S. 6184 B, 6195 A, 6203 C.
195. Sitz. S. 6210 B.
197. Sitz. S. 6280 D.

Geschäftsordnungsdebatte, Frage der Erörterung der neuesten Wilsonschen Note bei der allgemeinen politischen Besprechung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6250 A f., 6253 A (Absetzung der Erörterung).
197. Sitz. S. 6287 D.
Vorgänge vor dem Waffenstillstands- und Friedensangebot, Kronrat, Anteil Hindenburgs und Ludendorffs, Vorschiebung des Reichskanzlers: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 C.
195. Sitz. S. 6215 D, 6225 A.
196. Sitz. S. 6266 B.
Verzichtserklärung auf den U-Bootkrieg in der Note an Wilson: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6161 A.
194. Sitz. S. 6184 D, 6203 D.
195. Sitz. 6232 A.
Frage der Verwüstungen und der Zerstörungen in der Note an Wilson: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6184 B.
Elsaß-lothringische Frage, durch die Annahme der Punkte Wilsons eine internationale Frage: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6204 A.
Schutzgebiete, Unvereinbarkeit ihrer Annexion mit dem Rechtsfrieden: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6214 A.
Eroberungspolitik, Wirkung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6165 A.
Friedenshindernis: Die Kräfte, die die militärische Lage richtig sehen, aber um das monarchische System zu retten, die Konsequenzen nicht ziehen, auf dem Thron wie in der obersten Heeresleitung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6268 D.
Aufrufung des Volkes zur nationalen Verteidigung gegen einen Gewaltfrieden: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6157 A, 6160 B, 6177 A.
194. Sitz. S. 6184 A, 6190 D.
195. Sitz. S. 6219 C.
196. Sitz. S. 6266 D, 6269 C.
„Bricht die Front im Westen zusammen, so sind wir ausschließlich Objekt der Friedensverhandlungen. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inlande der Bürgerkrieg tobt" (Landsberg): Bd. 314, 197. Sitz. S. 6293 A.
Friedensmöglichkeiten in den Jahren 1915, 1916 und 1917: Bd. 313, 194. Sitz. S. 6182 B.

21. Kriegsziele, Erörterung siehe „Belagerungszustand" unter II 12 Db u. II 12 Eb γ.
Friedensfragen, Verbot von Versammlungen der U. S. P. zugunsten eines Verständigungsfriedens siehe „Belagerungszustand" unter II 11 m.

IV. Deutschlands Friedensbedingungen und Kriegsziele.

1. Allgemeine Ziele und Bedingungen.
Verständigungsfriede, Unverletzlichkeit des Gebiets, Freiheit der politschen und wirtschaftlichen Entwicklung: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3391 A, 3412 D.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947 C, 3948 B, 3949 A, 3950 A, 3955 D.
128. Sitz. S. 3979 A.
133. Sitz. S. 4141 C.
135. Sitz. S. 4183 C, 4209 C.
136. Sitz. S. 4267 D, 4273 A.
Voraussetzungen für die Räumung der besetzen Gebiete: die Räumung aller von der Entente in Europa, Asien und Afrika besetzten Gebiete: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3810 A.
125. Sitz. S. 3840 B.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.

IV. Deutschlands Ziele und Bedingungen. 1. Allgemeine Ziele und Bedingungen.

Zukünftige Gestaltung der Weltverhältnisse, Bekämpfung des Imperialismus und Kapitalismus durch Deutschland, Begründung einer einheitlichen Weltwirtschaft: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3402 D ff.

Weltbund als Friedenssicherung:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2441 B.
85. Sitz. S. 2469 C.

2. Gebietserweiterungen für Deutschland als Kriegsziel, Eroberungsfriede:
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3389 D, 3391 C, 3392 C, 3397 B, 3399 A, 3401 B, 3403 A, 3408 C, 3411 C, 3418 C.
116. Sitz. S. 3588 B ff., 3589 A ff.

Imperialistische und annektionistische Politik Deutschlands, Friedensvertrag mit der Ukraine, Finnland usw.: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6145 C.

Siehe auch vorstehend unter III 1 ff., „Rußland" unter A 8, 9; C, E ff., „Sozialdemokratie" unter 6, „Alldeutsche".

3. Selbstbestimmungsrecht der Völker (in den besetzten Gebieten) über ihre eigene Zukunft:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1542 A, B.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2375 A, 2387 A, 2394 C, 2406 A ff.
84. Sitz. S. 2434 D ff.
85. Sitz. S. 2454 A, 2456 C ff., 2469 B, 2472 B ff.
86. Sitz. S. 2482 B, 2483 A, 2493 D, 2504 D.

Verhältnis der fremdsprachigen Völker zum Deutschen Reiche, Selbstbestimmungsrecht: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6210 B, 6232 C.

Landesgrenze und Sprachgrenze, Forderung sprachlicher Kulturautonomie für die Fremdsprachigen: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6235 A.

Selbstbestimmungsrecht der östlichen Völker, Lösung der baltischen und polnischen Frage, siehe „Rußland" unter A 8, 9; C, E ff.

Selbstbestimmungsrecht Belgiens siehe nachstehend unter IV 8.

4. Freiheit der Meere als Kriegsziel Deutschlands, Stellung Englands und Amerikas:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 869 D, 874 B.
60. Sitz. S. 1535 B, 1543 A.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376 B, 2377 B.
84. Sitz. S. 2440 D.
95. Sitz. S. 2850 C.
96. Sitz. S. 2897.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3588 B ff., 3589 A ff.
124. Sitz. S. 3810 A, 3818 D.

Seebeuterecht, Aufhebung: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2440 D.

5. Schutzgebiete, Wiederherstellung: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6214 A.

Siehe im übrigen „Schutzgebiete" unter C.

6. Grenzberichtigungen (Elsaß-Lothringen), Stellung der Sozialdemokratie, Scheidemanns: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3386 C, 3395 C.

—, Grenzberichtigungen im Osten siehe „Rußland" unter A 9; C, E ff.

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Annahme des Wilsons-Programms: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6204 A.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.

IV. Deutschlands Ziele und Bedingungen. 6. Grenzberichtigungen.

—, Siehe auch unter V und „Elsaß-Lothringen" unter 6.

7. Annektierung der Erz- und Kohlenbergwerke von Longwy und Briey:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408 B.
84. Sitz. S. 2426 A.
86. Sitz. S. 2497 B.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4212 D.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4913 D.
159. Sitz. S. 4960 D.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5662 B.

—, Das Zentrum für Annektierung von Longwy und Briey Bd. 310, 125. Sitz S. 3836 C.

8. Belgische Frage.

a) Behandlung Belgiens, Lösung der flämischen Frage:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 852 C, 856 D, 858 A.
40. Sitz. S. 869 C, 875 D, 879 C, 885 C.
60. Sitz. S. 1526 D.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1707 A, 1724 A, 1732 B, 1738 D.

Frage der Wiederherstellung Belgiens, Befreiung Flanderns:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2829 D, 2835 D.
96. Sitz. S. 2895 C, 2896 A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3961 D (Hindenburg-Telegramm).
145. Sitz. S. 4531 B, D.

Räumung, Garantie politischer, militärischer und wirtschaftlicher Wiederherstellung; Voraussetzungen für die Wiederherstellung, Stellung der Reichsleitung:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3809 D, 3817 B.
125. Sitz. S. 3828 D, 3836 B (Zentrumspartei), 3841 C, 3849 D.

Lösung der belgischen Frage, Stellung des Gouverneurs v. Bissing: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3588 B.

Beibehaltung der Kontrolle über Belgien: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3957 D.

Verständigung mit Belgien, keine Annexion, Belgien darf nicht Aufmarschgebiet der Feinde sein:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4140 C.
134. Sitz. S. 4154 D, 4163 A, C, 4176 C.
135. Sitz. S. 4182 D, 4191 A, 4203 B, 5208 A, 4212 B, 4220 D, 4223 B.
136. Sitz. S. 4234 C, 4258 C.
137. Sitz. S. 4285 D.

Frage der Wiederherstellung, Behandlung der belgischen Frage erst beim Gesamtfrieden, Stellung der deutschen Regierung im Juni 1918, englische Anregungen (Balfours):
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5611 C, 5625 A.
181. Sitz. S. 5691 B.

b) Flamenfrage, Trennung der Verwaltung Flanderns und Walloniens, Zusicherungen Deutschlands, Selbstbestimmungsrecht der Flamen und Wallonen:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408 C.
84. Sitz. S. 2416 C.
85. Sitz. S. 2472 D.
86. Sitz. S. 2512 D, 2520 C.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4163 C.
135. Sitz. S. 4191 C, 4203 B, 4212 C.
136. Sitz. S. 4234 C, 4258 D ff.
145. Sitz. S. 4527 D, 4531 D.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
IV. Deutschlands Ziele und Bedingungen. 8. Belgische Frage.

—, Kundgebung des Rates von Fl. für die Selbständigkeit Fl.:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4259B.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5652 A, 5662 C, 5678B.
181. Sitz. S. 5686A, 5698A.

—, der Flandrische Landesrat als Zwangsbildung der deutschen Regierung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4531C.

Flamenpolitik der deutschen Regierung; Notwendigkeit deutschen Einflusses in Belgien wegen Gefährdung des linken Rheinufers bei Verwicklungen:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6203B.
195. Sitz. S. 6226D.

Militärische Sicherung der Grenzen im Westen, Wert der flandrischen Küste:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408C.
84. Sitz. S. 2426A.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5634C.

Wirtschaftliche Herrschaft über den Hafen von Antwerpen:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408C.
84. Sitz. S. 2426A.
85. Sitz. S. 2456C.

c) Petition des Ernst Koch in Glogau, betr. Vorschläge für die Besetzung des belgischen und serbischen Königsthrones.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 655 (Berichtigt) unter IIc.:
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2933D. — Uebergang zur Tagesordnung.

9. Wiederherstellung der Verwüstungen usw. in Frankreich, Wilson-Programm: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6184B.

10. Frage einer Kriegsentschädigung an Deutschland, wirtschaftliche Bedeutung:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2375 A, 2382 A, 2394C, 2403B, 2407C.
84. Sitz. S. 2414 B, 2426 A, 2437A.
85. Sitz. S. 2449B, 2458B.
86. Sitz. S. 2496D.
93. Sitz. S. 2753 A, 2762 D, 2765B.
98. Sitz. S. 2954C, 2955B, D, 2957B, 2958B.
Bd. 310, 109. Sitz. S 3386B, 3388 C, 3389D, 3400B, 3412D.
110. Sitz. S. 3492D, 3493B.
116. Sitz. S. 3588B ff., 3589A ff.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4192B.
136. Sitz. S. 4257A.
137. Sitz. S. 4289B.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4745D ff., 4757C.
152. Sitz. S. 4768C, 4786C ff.

—, Stellung des Zentrums: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4258A.

—, Kriegsentschädigung an Deutschland in Rohstoffen und durch gute Handelsverträge: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3388C, 3413A, 3420B.

Kriegsentschädigung: Resolution Graf v. Westarp, betr. Aufgabe des Verzichts auf Kriegsentschädigung, siehe „Rußland" unter A8.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
IV. Deutschlands Ziele und Bedingungen.

11. Abrüstungsfrage:
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3588B ff, 3589A ff.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947B, 3955B.
Abrüstung und Schiedsverfahren, Programm des Grafen Czernin, Papstnote:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3810B, 3918B.
125. Sitz. S. 3835B, 3838B, 3848A, 3854D.

12. Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Berücksichtigung bei künftigen Friedensverträgen, — Resolution: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638B, 4545D, 4550A.

13. Wirtschaftspolitische Fragen, Vorbereitung für die Friedensverhandlungen:
Bd. 306, 14. Sitz. S. 232D.
17. Sitz. S. 322A.
Vermeidung des Wirtschaftskrieges nach dem Krieg:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2440D.
Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den mitteleuropäischen und Balkan-Staaten:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 857D.
40. Sitz. S. 864B, 871C.
49. Sitz. S. 1119C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1717B.
Siehe auch „Mitteleuropa".

14. Resolution Dr. van Calker zum Etat für das Ausw. Amt für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für eine kraftvolle und zielsichere Förderung der deutschen kulturpolitischen Interessen im Ausland in dauernder Fühlung mit den sachverständigen Stellen der Einzelstaaten Sorge tragen und insbesondere dahin wirken zu wollen, daß in den Friedensverträgen bindende Vereinbarungen getroffen werden, die geeignet sind, den wissenschaftlichen Verkehr mit dem Ausland wieder anzubahnen und die Arbeiten der deutschen Gelehrten und Künstler im Ausland zu sichern und zu fördern: Bd. 324, Nr. 1676.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5660B, C. — An den Haushaltsausschuß überwiesen.

15. Petitionen, betreffend Kriegsziele und Friedensfragen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 85 unter V; Bd. 316, Nr. 138 unter II; Bd. 317, Nr. 210 unter 28, 29; Bd. 319, Nr. 426.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 171C, 178C.
31. Sitz. S. 710D.
32. Sitz. S. 761C.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1978A.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 317, Nr. 173.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 655 (Berichtigt) unter IIa und c.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2933D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1060 unter IX.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1308 unter IVd, e, g und k.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C.
Petitionen des Tiefbauunternehmers Otto Körner in Thorn und eines Herrn Ulrich, sowie von Walter Schmidt in Dresden, betreffend einen europäisch-asiatischen Staatenbund.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IVk.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
IV. Deutschlands Ziele und Bedingungen. 15. Petition, betreffend Kriegsziele und Friedensfrage.

Petition des Diplomingenieurs Holder in Dresden, betreffend Herbeiführung eines dauernden Friedens durch Errichtung einer Wehrgemeinschaft mit Staatsverfassung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IVh.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120c. — Ueberweisung als Material.

V. Kriegsziele und Friedensfrage in den feindlichen Ländern, Einzelnes.

Kriegsziele; Aeußerungen der Ministerpräsidenten Asquith, Briand usw.:
Bd. 306, 22. Sitz. S. 435A.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 851C.
55. Sitz. S. 1333A.
60. Sitz. S. 1524C, 1525A.
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1693A, C („England der erbittertste Feind").
64. Sitz. S. 1712D, 1735B.

Friedensbestrebungen. Kriegsziele der Feinde, Vernichtungswille, Vernichtung des preußischen Militarismus, Wiederaufbau Frankreichs:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2387B, 2394A, 2405B.
84. Sitz. S. 2425D, 2428D, 2435C.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3062D, 3068B, 3072C, 3101C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3106A, 3119B, 3139C.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4492B.
Siehe auch vorstehend unter III 8 ff.

Forderung der Demokratisierung Deutschlands:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2839D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3387B, 3409B.

Anfrage Dr. Stresemann: Nach Mitteilungen aus der neutralen Presse ist im Februar 1917 zwischen der französischen und russischen Regierung ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden, in dem folgende Zusicherungen erteilt werden:
1. Frankreich erhält Elsaß-Lothringen zurück mit den Grenzen von 1790,
2. Frankreich erhält das Saargebiet,
3. Bezüglich der Rheinprovinz erhält Frankreich eine Art von Prioritätsrecht, wonach es über diejenigen Teile der Provinz, die es braucht, verfügen kann, aus dem Rest der Provinz aber in irgendeiner Form ein Pufferstaat gebildet wird,
4. Frankreich erhält Syrien.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, über das Bestehen eines derartigen Abkommens Mitteilung zu machen?: Bd. 321, Nr. 957.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 975.

Elsaß-Lothringen, Frage der Rückgabe an Frankreich, Desannexion, einziges Hindernis für einen Frieden:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3808D, 3812C, 3814D.
125. Sitz. S. 3834B 3840C, 3846A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6204A (Wilson-Programm).
—, Staatssekretär v. Kühlmann: „nein, niemals!": Bd. 310, 124. Sitz. S. 2812D.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
V. Kriegsziele und Friedensfrage in den feindlichen Ländern, Einzelnes.

Elsaß-lothringische Frage siehe auch Elsaß-Lothringen unter 6.
Kriegsziele der Entente in Italien und im Orient:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142C.
Forderung einer Kriegsentschädigung:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5112A.
Friedensbestrebungen, Friedenswünsche (Sozialisten):
Bd. 306, 22. Sitz. S. 431C.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 857B.
40. Sitz. S. 888B, 894C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1712B, 1730A, 1734C, 1737A.
68. Sitz. S. 1853C.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2436B, 2442B.
85. Sitz. S. 2456A.
95. Sitz. S. 2840A.
—, Angebliche Annexionspolitik der Mehrheitssozialisten, Artikel im „Vorwärts", Stellungnahme der Sozialisten der Entente: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3960D, 3962A.
—, Stellung der englischen und französischen Arbeiterschaft zur Friedensfrage (Henderson), geringe Friedensneigung, Kriegsziele: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5691C.
Stellung der englischen Geistlichkeit zum Kriege: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5646B.

VI. Besetzte feindliche Gebiete, Verwaltung.

Besetzte Gebiete im Osten, Verwaltung, Kriegsmaßnahmen siehe „Rußland" unter B.
Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses, siehe vorstehend unter II B 2.
1. Beamte, Offiziere, Verwaltung. — Siehe auch nachstehend unter VI 12.
Gehälter: Bd. 308, 51. Sitz. S. 1180C, 1184C, 1186C, 1187D.
Resolution Gröber (Laupheim) u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Gehälter von Offizieren und oberen Beamten in den besetzten Gebieten im Osten möglichst ermäßigt und die auf diese Weise gemachten Ersparnisse zugunsten der kämpfenden Truppen im Westen verwandt werden: Bd. 324, Nr. 1651 unter 9.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition der Beamten der Zollstelle Herbesthal um Gewährung der für Belgien festgesetzten Bezüge.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. 3.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Leistungen: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1182D, 1184B, 1186B, 1187A, 1188C.
Uebergriffe der Verwaltungsbeamten, Einzelfälle:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5513A.
184. Sitz. S. 5830A, 5840A.
Verwaltungssystem, Raubsystem, Wegnahme von Maschinen; Schrift eines deutschen Generalstabsoffiziers aus dem Jahre 1888: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3481B, D, 3482C, 3483B, 3484A, 3485C, D.
Zulassung der Frauen der Zivilbeamten in Flandern: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458C.
Zurücksetzung der Katholiken bei der Besetzung der Beamtenstellen: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5307C.
Angestellte und Arbeiter der Werften, Löhne usw., siehe „Marine" unter 5 B c u. h und 47 B m u. o.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VI. Besetzte feindliche Gebiete, Verwaltung.

2. Beglaubigungen von Unterschriften und Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 304.
Nr. 225 S. 102.
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 234.
Nr. 402 Anhang a 325.
Bd. 319, Nr. 403, S. 209.
Bd. 320, Nr. 633.
Nr. 650 S. 164.
Bd. 322, Nr. 1214, S. 245.

3. Belgische Arbeiter, Wegführung nach Deutschland und Frankreich, Rückbeförderung usw.:
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2188B.
79. Sitz. S. 2292C, 2294B, C, D, 2295C, 2296A.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2431B.
86. Sitz. S. 2503D.
95. Sitz. S. 2829C, 2836A.
96. Sitz. S. 2896C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138C.
109. Sitz. S. 3406B.
110. Sitz. S. 3499A.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917:
1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen behufs sofortiger Rückbeförderung der belgischen Zwangsarbeiter aus Nordfrankreich in ihre Heimat zu treffen;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen:
a) daß sämtlichen im Reiche beschäftigten Arbeitern aus dem Okkupationsgebiet Polens und Litauens — unbeschadet der polizeilichen allen Ausländern gegenüber geübten Kontrolle — im Verhältnis zum Arbeitgeber gleiche Rechte wie den einheimischen Arbeitern gewährt werden, insbesondere das Recht zum Wechsel der Arbeitsstätte,
b) daß diese Arbeiter nicht gehindert werden, nach Ablauf des Dienstvertrags in die Heimat zurückzukehren: Bd. 321, Nr. 795.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499B. — Angenommen.

Petition des Aimée Noverraz in Genève (Schweiz), von der Verschickung belgischer Einwohner nach Deutschland abzusehen.
Mündl. Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 26.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

4. Bevölkerung. Anfrage Dr. Liebknecht: Ist die Regierung bereit, dem Reichstag schleunigst das Material vorzulegen über die Lage der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten fremden Gebieten, ihre Versorgung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft); ihren Gesundheitszustand; ihre Rechtslage; über Zahl, Art und Grund der gegen sie von den deutschen Behörden verhängten Strafen und Vergeltungsmaßregeln; über den Umfang der an ihr vollzogenen militärischen Requisitionen und die dabei befolgten Grundsätze; sowie über die Höhe der ihr, besonders der belgischen Bevölkerung, auferlegten Kontributionen?: Bd. 317, Nr. 188.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 513A. — Beantwortet.

5. Bewirtschaftung; Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland:
Bd. 319, zu Nr. 480 S. 30.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 204A.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VI. Besetzte feindliche Gebiete, Verwaltung. 5. Bewirtschaftung usw.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die in Betracht kommenden militärischen Instanzen zu veranlassen:
a) möglichst sämtliche in den besetzten Gebieten befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, insbesondere Dampf- und Motorpflüge, Lokomobilen und Dampfdreschsätze der heimischen Landwirtschaft zuzuführen;
b) alle irgendwie entbehrlichen Pferde und Zugtiere, die in den besetzten Gebieten noch vorhanden sind, möglichst restlos der heimischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen;
c) keinen künstlichen Dünger mehr in den besetzten Gebieten zu verwenden: Bd. 321, Nr. 766 unter II 16.

Hierzu Resolution Nehbel, Behrens, v. Boehn, Prinz zu Schoenaich-Carolath, Gröber, Mertin, Schiffer (Magdeburg): Der Reichstag wolle beschließen:
Statt der Resolution unter Ziff. 16a b c auf Nr. 766: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die in Betracht kommenden militärischen Instanzen zu veranlassen:
a) sämtliche in den besetzten Gebieten befindlichen, dem Deutschen Reiche gehörenden und dort entbehrlichen Maschinen, insbesondere Dampfmaschinen, Motorpflüge, Lokomobilen und Dampfpflüge der heimischen Landwirtschaft zuzuführen,
b) alle irgendwie entbehrlichen Pferde und Zugtiere, die in den besetzten Gebieten noch vorhanden sind, möglichst restlos der heimischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen: Bd. 321, Nr. 854.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066B, 3070A, 3071B, 3088A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138A, 3142A.
110. Sitz. S. 3478C, 3479B, C, D, 3480C, 3482A, B, 3483C, 3498D. — Antrag Bd. 321, Nr. 854 angenommen.

Getreideausdrusch im besetzten Gebiet, Beschleunigung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3075C.

6. Bodenspekulation, Verhinderung in dem beim Friedensschluß zu erwerbenden Gelände:
Bd. 318, Nr. 295 S. 7.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 963B.

7. Brügge, Trennung der Offiziere und Mannschaften in der Bibliothek und im Theater: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5405B.

8. Deutsche Gewerbetreibende, Benachteiligungen bei Entschädigungen im Fall von Beschlagnahme von Warenlagern: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4518C.

9. Ernährungsverhältnisse, Lebensmittelrationierung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3076C. — Siehe auch unter VI 4 u. 5.

10. Flämische Ortsnamen, Anwendung im „Verzeichnis der deutschen Postämter in Belgien": Bd. 307, 49. Sitz. S. 1103A.

11. Gent, Vorfälle bei der Ortskommandantur: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5829D.

12. Gouvernement, Beamtenorganisation, Zurücksetzung der Katholiken: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5308A.
—, Verwaltung Flanderns durch Zivilbeamte: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1182A, 1183A.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VI. Besetzte feindliche Gebiete, Verwaltung.
12. Gouvernement, Beamtenorganisation, Zurücksetzung der Katholiken.

—, Wirtschaftliche und soziale Maßnahmen in Belgien und Nordfrankreich: Bd. 306, 22. Sitz. S. 428B.
—, Zwangsmaßnahmen der deutschen Regierung, Erschießung belgischer Patrioten: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4531C.

13. Polen, Litauen und Kurland siehe „Rußland" unter B.

14. Strafrechtspflege, Amnestie.
Antrag Albrecht und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, dem folgenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben:

Einziger Artikel.

Die Angehörigen der besetzten Gebiete, die interniert oder zu strafen verurteilt sind, werden amnestiert und sofort in Freiheit gesetzt. Bd. 325 Nr. 1959. — Unerledigt.

VII. Kriegskosten.

Kriegskosten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei, Vergleich mit den Ausgaben der Feinde:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 38B.
14. Sitz. S. 222D, 226B.
23. Sitz. S. 450C, D, 453A.
34. Sitz. S. 774B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1589A.
68. Sitz. S. 1851C.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365A.
83. Sitz. S. 2381D, 2382B.
Bd. 310, 111. Sitz. S. 3502D.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4491C, 4492A.
— Englands, Frankreichs, Rußlands usw.:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 38C.
14. Sitz. S. 226B.
23. Sitz. S. 453A, 454B.
34. Sitz. S. 774C.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 826C.
68. Sitz. S. 1851C.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4492A.
Weltkriegskosten, Verteilung auf die Mittelmächte und die Entente: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4492A.
Siehe auch „Kriegsfinanzpolitik".

VIII. Kriegsschäden; Entschädigung derselben.

Kriegsschäden durch den Krieg im Osten siehe „Rußland" unter A 8—10, K, „Rumänien" unter G, in den Schutzgebieten siehe „Schutzgebiete" unter B4.
Kriegsschäden durch Fliegerangriffe siehe unter II D 4.

1. Durch Beschlagnahme von Rohstoffen, Waren usw. verursachte Schäden.
Verfahren vor der Reichsentschädigungskommission: Bd. 314, Nr. 72 Anhang x.
Petition der Firma Holzwarth u. Co. in Leipzig und Gera, betreffend die Beschlagnahme von Rohstoffen in Belgien: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D.
Petition des L. Uhle in Dresden-Wachwitz, betreffend Entschädigung für seine in Antwerpen beschlagnahmten und zu gering bewerteten Baumwollabfälle.
Ber. d. Ausschl. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1433. Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition der Firma Franz Beckmann u. Co. in Bocholt i. Westf., betreffend Ersatz des ihr durch Fortnahme von Baumwolle unter Einkaufspreis entstandenen Schadens.
Ber. d. Ausschl. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1538. Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition des Ewald Viefhaus in Bonn a. Rh., betreffend Ersatz des vollen Ankaufswerts für seine in Brüssel beschlagnahmten Tertilwaren.
Ber. d. Ausschl. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1537. Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533D. — Ueberweisung als Material.
Petition der Firma C. G. Schön in Werdau i. Sa., betreffend Entschädigung für enteignete Rohbaumwolle, soweit sie sich auf Zahlung der vom Reichsschiedsgericht festgesetzten Summe nebst Zinsen richtet.
Ber. d. Ausschl. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1832. — Unerledigt.
Siehe auch die Petitionen unter VIII 3 i.

2. Durch die Kriegführung verursachte Schäden.
a) Ersatzpflicht des Reichs; Feststellung der Schäden.
α) Resolution des Haushaltsausschusses zu den Etats des Reichsheeres für 1915: den Herrn Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher das Reichsgesetz über die Kriegsleistungen vom 13. Juli 1873 unter Berücksichtigung der seit Erlaß dieses Gesetzes eingetretenen wirtschaftlichen, insbesondere industriellen Entwicklung abändert und hierbei die Verpflichtung des Reichs zum Ersatz von Kriegsschäden grundsätzlich feststellt, auch das Verfahren bei Ermittlung des zu ersetzenden Kriegsschadens regelt: Bd. 315, Nr. 53 unter II a.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 61B, 62C. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 317, Nr. 275 S. 7.
Bd. 318, Nr. 384 S. 2.
Bd. 307, 44. Sitz. S. 984D, 985B, 989D, 991D, 995D, 998B, 1001C.
45. Sitz. S. 1008C, 1009D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1580A.
β) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag die Grundsätze bekannt zu geben, nach denen die Entschädigung der Kriegsschäden in unseren Grenzgebieten gewährt wird, sowie dem Reichstag in fortlaufenden Denkschriften über die Erledigung der Entschädigungsansprüche Mitteilung zu machen: Bd. 317, Nr. 193 unter I 7.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616C, 627D, 634C, D, 637C, 639D, 641B, 642B. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 307, 44. Sitz. S. 994A, 995C, 998A.
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete: Nr. 275.
Anlage: Anweisung über die vorläufige Ermittlung von Kriegsschäden und die Gewährung einer staatlichen Vorentschädigung in den durch den Krieg unmittelbar berührten Landesteilen.
I. B.: Bd. 307, 44. Sitz. S. 984B.
45. Sitz. S. 1007A.
Ber. d. 14. Ausschl.: Bd. 318, Nr. 384.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VIII. Kriegsschäden, Entschädigung derselben.
2. Durch die Kriegführung verursachte Schäden.

II. B.: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1579D.
III. B.: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1581B.
Beschlüsse III. Beratung: Bd. 318, Nr. 395.
Gesetz v. 3. 7. 1916, RGBl. S. 675.
Resolutionen: Bd. 318, Nr. 384 unter II.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 384 unter III.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1580D, 1581B.
Einzelnes.
Beschwerdefrist gegen den Bescheid des Feststellungsausschusses (§ 9): Bd. 307, 45. Sitz. S. 1009A
Feststellungsbehörden (§ 6 ff.). Zusammensetzung, Mitbeteiligung des Reichstags und der Landtage; Befugnisse im Vergleich mit dem Reichsentschädigungsausschuß; Verfahren:
Bd. 307, 44. Sitz. S. 986C, 990D, 994A, 996C, 1000D.
45. Sitz. S. 1007C, 1008D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1580C.
Schadenfeststellung. Versagung (§ 13):
Bd. 307, 44. Sitz. S. 987A, 990C.
45. Sitz S. 1008D.
Zuschüsse ohne Rückforderungsrecht zu niedriger Verzinsung; Ausschließung Geschädigter mit einem bestimmten Vermögen: Bd. 307, 44. Sitz. S. 999A.
Verfahren bei Feststellung der Schäden: Bd. 319, Nr. 403 S. 236.
Ausführungsbestimmungen des Bundesrats:
Bd. 319, Nr. 443 Anhang a 404.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 470.
Nr. 650 S. 207.
Begriffsbestimmung, „unmittelbarer Kriegsschaden“:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3188C.

b) Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß in Fällen, in denen Grundstücke und Gebäude von den eigenen Truppen ohne die gesetzlich vorgeschriebene Inanspruchnahme beschädigt oder zerstört sind, Entschädigung alsbald auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes gezahlt wird: Bd. 318, Nr. 293 unter IIi.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1117C.
53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.

c) Resolution des 14. Ausschusses zum Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ansprüche von Zivilpersonen wegen Kriegsbeschädigung an Leib und Leben geregelt werden: Bd. 318, Nr. 384 unter II und S. 24, 37.
Bd. 307, 44. Sitz. S. 986A, 988A, 990B, 992B.
61. Sitz. S. 1580B, 1581B. — Angenommen.

d) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, durch die den Bewohnern der durch feindlichen Einfall geschädigten Gebiete die Beschaffung
a) des zum Aufbau zerstörter Häuser nötigen Holzes,
b) des zum Wirtschaftsbetriebe erforderlichen Angespanns
erleichtert wird: Bd. 317, Nr. 193 unter I 8.
Bd. 306,29. Sitz. S. 617A, 628D, 642B. — Angenommen.

e) Entschädigung für die an Leib und Leben geschädigten Zivilpersonen:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5310C, 5322D.
171. Sitz. S. 5359A.

f) Entschädigung für Fliegerangriffe siehe II D 4.

g) Entschädigung und Unterstützung der ostpreußischen und elsaß-lothringischen Flüchtlinge und Verschleppten:
Bd. 318, Nr. 384 S. 18.
Bd. 306, 3. Sitz. S. 22B.
6. Sitz. S. 61C.
Bd. 308, 44. Sitz. S. 988C, 992D, 999C.
45. Sitz. S. 1009C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5323A.
171. Sitz. S. 5335B, 5350D.
Petition. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 53 unter IIIe.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 62A, D.
Siehe auch „Flüchtlinge“, „Ostpreußen“, „Rußland“ unter A 3, 8, 9, 10.

h) Entschädigung und Unterstützung der auf das Festland überführten Helgoländer: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1010C.

i) Entschädigung der Kriegsbeschädigten siehe „Kriegsbeschädigte“, „Militärpensionswesen“ usw.

k) Entschädigung der Kriegsgefangenen und Internierten siehe „Kriegsgefangene“.
Petitionen des Ludwig Christ und Genossen in Bergheim und der Gebr. Bott und Genossen in Rappoltsweiler um baldige Auszahlung der Entschädigung für die Niederlegung ihrer Obstbäume und Reben.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060, unter Vb 2 u. 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.

3. Mittelbare Schäden.

a) Ersatz:
Bd. 318, Nr. 384 S. 20.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 61C.
Bd. 307, 44. Sitz. S. 993A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1580B.

b) Petitionen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 66 unter Ia 10; Nr. 85 unter IV 9—11; Nr. 92 unter 13; Bd. 316, Nr. 138 unter III 8.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D.
12. Sitz. S. 209B, C.
31. Sitz. S. 708A.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 869.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3557B. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

c) Entschädigung bei Kriegsteilnehmern: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1007D.

d) Kriegsschäden der Nordseebäder, Entschädigung:
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5771A, 5781C.
Petition des Gemeindevorstandes in Norderney um Ersatz des der Inselgemeinde Norderney durch den Krieg entstandenen Schadens.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. Va 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 2935A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petition des Justizrats E. Franzius in Norden, betreffend Ergänzung des Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden dahin, daß der durch die Sperrung der Nordseeinseln bewirkte Schaden als Kriegsschaden erklärt und erstattet wird, oder auf Grund des § 35 des Kriegsleistungsgesetzes ein Spezialgesetz zu diesem Zwecke zu erlassen.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. V a 2.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Anfrage Fegter u. Gen.: Aus militärischen Gründen ist seit Beginn des Krieges der Badeverkehr nach den Nordseeinseln gesperrt.

Die Inselgemeinden wie auch die einzelnen Inselbewohner sind durch diese Verkehrssperre in eine schwere Notlage geraten.

Durch die bisherigen Hilfsaktionen der in Betracht kommenden Bundesstaaten und preußischen Provinzen ist ausreichende Hilfe nicht geschaffen worden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, den infolge des Krieges ohne eigenes Verschulden vom völligen wirtschaftlichen Verfall bedrohten Gemeinden und Einzelpersonen wirksam zu helfen?: Bd. 324, Nr. 1409.

Bd. 311, 146. Sitz. S. 4576B. — Beantwortet.

Einschränkung des Fremdenverkehrs in Bädern und Sommerfrischen siehe „Kriegswirtschaft" unter 116.

e) Petitionen:

des Gemeindevorstehers in Misdroy um Gewährung eines Notstandsdarlehns an die Gemeinde Misdroy.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 293 unter IV b 2.

Bd. 307, 53. Sitz. S. 1229B, 1252A. — Ueberweisung zur Erwägung.

des C. Böttcher in Berlin, betreffend Entschädigung für den Ausfall der Einnahmen aus dem Betrieb seiner in militärischem Interesse abgerissenen Dampfer-Anlegebrücke in Misdroy.

Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1873. — Unerledigt.

f) Kriegsschäden durch Armierungsanlagen.

Anfrage Fuchs: In zahlreichen Gemeinden der näheren und weiteren Umgebung der Festung Straßburg, so in Reichstatt, Mundolsheim, Wolfisheim und anderen Orten, sind die Vergütungen für die durch Armierungsanlagen verursachten Kriegsschäden, die fast sämtlich aus den ersten Kriegsmonaten des Jahres 1914 herrühren, noch immer nicht ausbezahlt. Dabei müssen die Geschädigten die auf den Aeckern ruhenden Grundsteuern weiter zahlen, haben aber keinerlei Ertrag und nicht einmal eine Abschätzung des ihnen gewordenen Schadens.

Auf die in diesen drei Jahren teils von den in Frage kommenden, teils von Bürgermeistern und Abgeordneten wiederholt an zuständiger Stelle gemachten Vorstellungen wurde immer wieder die Auskunft:

„Der Mangel an geeigneten Beamten trage die Schuld an diesen so erheblichen Verzögerungen.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VIII. Kriegsschäden, Entschädigung derselben.
3. Mittelbare Schäden.

Erst in letzter Zeit seien durch Einziehungen zum Heeresdienst jener Behörde wieder neue Arbeitskräfte entzogen worden. Infolge der durchaus ungenügenden Zahl von Arbeitskräften würden diese Arbeiten auch in nächster Zeit voraussichtlich nur langsam vorwärts schreiten. — Ein bestimmter Zeitpunkt für die Auszahlung könne auch jetzt — nach länger als drei Jahren — noch nicht angegeben werden."

Auch das Ersuchen um Ueberweisung von Vorschüssen an die Geschädigten wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß es für die Staatskasse sehr bedenklich sei, aufs Geratewohl Vorschüsse auf Schäden zu leisten, welche weder rechnungsmäßig feststehen noch auch möglicherweise dem Grunde nach nicht in Gemäßheit des Kriegsleistungsgesetzes aus der Reichskasse zu vergüten seien.

Da es sich in zahlreichen Fällen um wirtschaftlich Schwache und um solche Leute handelt, die für die durch Armierungsanlagen in Anspruch genommenen Aecker ganz erheblich geschädigt sind, hat diese Verzögerung eine tiefgehende Unzufriedenheit in den betreffenden Gemeinden hervorgerufen.

Ich frage nun, was gedenkt angesichts dieser Verhältnisse der Herr Reichskanzler zu tun, um die der Auszahlung der Armierungsgelder entgegenstehenden Widerstände zu beseitigen und die berechtigten Ansprüche der Geschädigten in Bälde zu befriedigen?: Bd. 322, Nr. 1177.

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3992D. — Beantwortet.

Petition des Julius Fock in Schwabstedt, betreffend Ersatz des ihm infolge Behinderung seines Fährbetriebs durch den Bau einer militärischen Brücke entstandenen Schadens.

Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 794.

Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555C. — Ueberweisung zur Erwägung.

g. Schäden durch Explosionen.

Anfrage Stahl: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß infolge einer Explosion im Betriebe der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Hennigsdorf Sachschaden entstanden ist, der zum größten Teile dadurch hervorgerufen wurde, daß Betriebsabteilungen der A. E. G. unmittelbar in bewohnten Teilen des Ortes Hennigsdorf sich befinden?

Ist dem Herrn Reichskanzler weiter bekannt, daß noch jetzt inmitten des Ortes eine Betriebsabteilung der Firma vorhanden ist?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartige Gefahren und Schäden der Einwohnerschaft in Zukunft zu verhindern?: Bd. 321, Nr. 1032.

Bd. 310, 121. Sitz. S. 3678C. — Beantwortet.

Siehe auch: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5924D, 5946A.

Anfrage E. Arendt: Die Vermehrung und der verstärkte Betrieb der Munitionserzeugungsstätten infolge der Kriegsanforderungen hat erfahrungsgemäß die Gefahr vergrößert, daß naheliegende Privatgrundstücke und Gebäude

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VIII. Kriegsschäden, Entschädigung derselben.
3. Mittelbare Schäden.

bei Explosionen derartiger Betriebsstätten beschädigt werden. Die bestehende öffentliche und private Feuerversicherung lehnt — von vereinzelten Maßnahmen abgesehen — nach Maßgabe ihrer Versicherungsbedingungen die Deckung solcher Schäden ab. Ist der Herr Reichskanzler bereit zur Klarstellung der Ersatzpflicht für Beschädigung privater Grundstücke und Gebäude durch Explosion von Munitionserzeugungsstätten alsbald den Erlaß eines besonderen Gesetzes im Sinne des § 35 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (Reichs-Gesetzbl S. 129) herbeizuführen?
Mir genügt schriftliche Beantwortung: Bd. 322, Nr. 1082.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1275.

Anfrage Zubeil: 1. Durch die Explosion von Munition auf dem Fabrikgrundstück von Kahlbaum in Adlershof am 22. Mai 1917 ist großer Sachschaden an Gebäuden und Hausgerät entstanden.
2. Aus welchen Gründen ist den Geschädigten bis heute ein Schadenersatz nicht gewährt?
3. Sind Maßnahmen getroffen, die solche Vorkommnisse in Zukunft verhindern, die es insbesondere unmöglich machen, daß derartige gefährliche Munitionsbetriebe inmitten von bewohnten Ortschaften unter Außerachtlassung der erforderlichen Sicherungsmaßregeln errichtet werden?: Bd. 322, Nr. 1097.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1197.

Anfrage Stücklen:
Bei Schadenfeuern oder Explosionsunglücken in militärischen Anstalten gehen Heeresangehörige vielfach ihres Eigentums verlustig. Schadenersatz wird von den militärischen Stellen in der Regel abgelehnt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß für Schäden, die auf die geschilderte Weise eintreten, Ersatz geleistet wird?: Bd. 325, Nr. 1963.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6248C. — Zurückgezogen.

Petition des Josef Köne, betreffend Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Haftpflicht der Sprengstoffabriken für den durch Explosion entstandenen Schaden.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1106.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

h) Petitionen der Saalgewerbetreibenden.
Mündl. Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 317, Nr. 248.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1934C.

i) Sonstiges.
Petition der Frau Elise Supp, betreffend Gewährung einer Entschädigung oder Unterstützung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 319, Nr. 452.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896B. — Für erledigt erachtet.

Petition der Grünberger Teppichfabrik Heinrich Nie, betreffend Gewährung einer Entschädigung.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1555.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VIII. Kriegsschäden, Entschädigung derselben.
3. Mittelbare Schäden.

Petition, betreffend Schadenersatz des Getreide- und Futtermittelhändlers Schneider in Siegen i. Westf.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1310.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4835A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Hauptmanns Glimmann in Saarbrücken, betreffend Schadenersatz.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IIId.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Ueberweisung als Material.

Petition des Erich Ziehm in Treptow, betreffend Schadenersatz.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IVd.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der Witwe Houzelle in Aüserweiler, betreffend Kriegsschadenersatz.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1871. — Unerledigt.

Petition des A. Palis in Spandau, betreffend Ersatz des ihm durch Benutzung seines Patents durch die Heeresverwaltung erwachsenen Schadens.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1855. — Unerledigt.

Petition der Frau Rittergutsbesitzer Gamp in Klein-Peisten (Post Landsberg, Ostpreußen) um Beteiligung von Frauen bei Abschätzung von Kriegsschäden in den Entschädigungskommissionen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. Vb1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägnug.

Siehe auch die Petitionen unter VIII 1 ff.

4. Schäden der deutschen Schiffahrt siehe „Schiffahrt" und „Seekrieg".

Anfrage Dr. Stubmann: Die französische Heeresleitung hat eine Anzahl von deutschen Kanalschiffen nach Ausbruch des Krieges gegen Ausstellung von Requisitionsscheinen mit den zugehörigen Zugpferden beschlagnahmt. Das betreffende deutsche Eigentum ist nach behördlicher Auffassung damit rechtmäßig in französische Hände übergegangen.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob der in deutschen Fluß- und Kanalhäfen bei Ausbruch des Krieges vorgefundene französische Binnenschiffsraum gleichfalls beschlagnahmt und rechtmäßig in deutsche Hände übergegangen ist? Bejahendenfalls: Ist beabsichtigt, aus diesem damit gewonnenen französischen Eigentum die durch französische Beschlagnahme geschädigten deutschen Binnenschiffer zu entschädigen, bzw. die französischen Schiffe den deutschen Binnenschiffern zur eigenen Nutznießung zur Verfügung zu stellen?: Bd. 323, Nr. 1389.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451D. — Zurückgestellt.

5. Durch wirtschaftliche Maßnahmen usw. der Feinde verursachte Schäden am Eigentum der Reichsdeutschen im Auslande und in den Schutzgebieten. — Siehe auch unter X, „Kriegswirtschaft" unter II 28, „Rußland" unter A 8, 9, 11 u. K, „Rumänien" unter G und „Schutzgebiete".

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
VIII. Kriegsschäden, Entschädigung derselben.
5. Durch wirtschaftliche Maßnahmen usw. der Feinde verursachte Schäden usw.

Ersatz:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 870B, 880A.
44. Sitz. S. 986B, 987B, 988C, 997A, 1000A, C.
Bd. 309, 85 Sitz. S. 2474A.
95. Sitz. S. 2831A.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3187C, 3188A.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4913.

Anfrage Dr. Heckscher, Dr. Stresemann, Zimmermann: Neben den deutschen Kolonisten sind Landsleute im feindlichen Auslande durch völkerrechtswidrige Maßnahmen der Feinde in tausenden Fällen schwer geschädigt worden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu erteilen, ob ein Gesetz geplant wird, durch welches das Reich auch den notleidenden Auslandsdeutschen wirksame Hilfe gewährt? Bd. 320, Nr. 518.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 591.

Petitionen; betr. Gewährung von Entschädigungen an Auslandsdeutsche: Bd. 318, Nr. 384 unter III a.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1580D, 1581B. — Als Material überwiesen.

Vorlegung einer Zusammenstellung der feindlichen Maßnahmen: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1142C.

Anfrage Dr. Stresemann, Zimmermann Dr. Heckscher: den Auslandsdeutschen sind durch das brutale und völkerrechtswidrige Eingreifen der Feinde Verluste und Schäden entstanden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, bei den Friedensverhandlungen dafür einzutreten, daß die Auslandsdeutschen für diese ihnen zugefügten Verluste schadlos gehalten werden?
Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort: Bd. 322, Nr. 1073. — Unerledigt.

Petition des Max Wolf in Dresden um Regelung des Schadenersatzes für Reichsdeutsche, die aus den feindlichen Ländern ausgewiesen wurden, beim Abschluß von Friedensverträgen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1600 unter I h.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Ausschusses der aus Portugal und den portugiesischen Kolonien vertriebenen Reichsdeutschen in Hamburg, betreffend Entschädigung der aus Portugal und den portugiesischen Kolonien vertriebenen Reichsdeutschen, Beseitigung der auf Erschwerung des deutschen Handels in Portugal und seinen Kolonien hinzielenden Gesetze und Anordnungen und Anerkennung des Prinzips der „offenen Tür".
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1363 unter II a 8.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Anfrage Freiherr v. Richthofen: Die Regierung des Fürstentums Monaco verfährt seit geraumer Zeit gegenüber deutschen Staatsangehörigen und ihrem Eigentum in gleicher Weise wie die mit uns im Kriege befindliche französische Republik.
Hat der Herr Reichskanzler bereits Schritte zum Schutze der deutschen Interessen im Fürstentum Monaco getan, oder in welcher Weise gedenkt er für eine Schadloshaltung der durch die Maßnahmen der Regierung des Fürstentums Monaco geschädigten Reichsangehörigen Sorge zu tragen?: Bd. 325, Nr. 1731.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6117C. — Beantwortet.

Anfrage Schulenburg, Dr. Stresemann: Die belgische Regierung hat zu Beginn des Krieges im Monat August 1914 bei deutschen Reichsangehörigen in Belgien Wäsche, Wollsachen usw. beschlagnahmt und dafür Preise festgesetzt, die dem damaligen Werte der Gegenstände nicht im entferntesten entsprachen. Bezahlung für die deutschen Reichsangehörigen sollte nach Friedensschluß erfolgen, während den belgischen Staatsangehörigen die beschlagnahmten Gegenstände sofort bezahlt sind. Eine Nachprüfung der den deutschen Staatsangehörigen gegebenen Requisitionsscheine ergab bei sehr mäßiger Schätzung, unter Berücksichtigung der Abnutzung, die vier- bis fünffachen Beträge.
Gedenkt der Herr Reichskanzler die Belange der Auslandsdeutschen zu schützen und zu veranlassen, daß aus dem Haushalt des belgischen Staates ihnen die berichtigten Beträge unverzüglich ausgezahlt werden?
Uns genügt eine schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1920. — Unerledigt.

Zivilschäden durch den Krieg, Geltendmachung vor den fremden Gerichten, Feststellung durch unparteiische Kommissionen (Ukraine-Vertrag):
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4071B, C.

IX. Kundgebungen.

1. Ansprachen des Präsidenten Dr. Kaempf im Reichstag anläßlich des Krieges:
Bd. 306, 1. Sitz. S. 7B.
2. Sitz. S. 11C.
3. Sitz. S. 13C, 22B.
4. Sitz. S. 25D.
9. Sitz. S. 135C.
Bd. 306, 10. Sitz. S. 137B.
12. Sitz. S. 210B.
13. Sitz. S. 211C.
20. Sitz. S. 416A.
21. Sitz. S. 417C.
25. Sitz. S. 509B.
32. Sitz. S. 761D.
33. Sitz. S. 763C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1687B.
63. Sitz. S. 1689B.
Bd. 309, 81. Sitz. S. 2335C.
98. Sitz. S. 2945C.
Bd. 310, 111. Sitz. S. 3502A.
118. Sitz. S. 3618D.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942D.

2. Ansprache des Präsidenten Fehrenbach im Reichstage anläßlich des Krieges: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6150B.

3. Ansprache des Ersten Vizepräsidenten Dr. Paasche anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine und der Fortdauer des Weltkrieges: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3988D.
desgl. anläßlich der Leistungen unseres Heeres bei den Kämpfen im Westen: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5164C.
Schlußansprache: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4570D.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
IX. Kundgebungen.

4. Kundgebungen beim
Fall von Tsingtau: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15B.
Untergang des ostasiatischen Kreuzergeschwaders: Bd. 306, 4. Sitz. S. 26C.
Fall der Festung Warschau: Bd. 306, 3. Sitz. S. 212A.
Fall der Festung Brest-Litowsk: Bd. 306, 19. Sitz. S. 351A.
Seesieg am Skagerrak: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1382C.
Eintreffen des Handelstauchbootes „Deutschland" in Amerika: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1689D.
— bei der zweiten Wiederkehr des Jahrestags des 4. August 1914: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1689C.
Rückführung des Hilfskreuzers „Wolf" durch den Fregattenkapitän Nerger: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4137C.
Erfolgen an der Westfront (Dank- und Glückwunschtelegramm an S. M. den Kaiser und den Generalfeldmarschall von Hindenburg nebst Erwiderungen): Bd. 311, 146. Sitz. S. 4574A:
Erfolg der Kriegsanleihe: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4695C.
Tode des Rittmeisters Freiherrn Manfred von Richthofen: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4760A. — (Dank des Kommandierenden Generals der Luftstreitkräfte Generalleutnant v. Hoeppner: Bd. 312, 154. Sitz. S. 4830D.)

5. Kundgebungen von Parlamenten und an Parlamente befreundeter Staaten.
Depeschenwechsel mit dem Abgeordnetenhause des ungarischen Reichstags: Bd. 306, 3. Sitz. S. 16A.
Sympathiekundgebungen an die Parlamente von Oesterreich, Ungarn und der Türkei: Bd. 306, 3. Sitz. S. 23A.
Antworten derselben: Bd. 306, 4. Sitz. S. 26D.
Begrüßungstelegramm des Präsidenten der ottomanischen Deputiertenkammer bei Eröffnung der Kammer: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27B.
Glückwunschtelegramm des Präsidenten der ottomanischen Deputiertenkammer aus Anlaß des Sieges in der Winterschlacht in Masuren: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27B, C.
Depeschenwechsel mit der bulgarischen Sobranje bei Eröffnung der Sobranje: Bd. 306, 26. Sitz. S. 512A.
Glückwunschtelegramme der Präsidenten des ungarischen Abgeordneten- und Magnatenhauses anläßlich der Seeschlacht am Skagerrak: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1686D.
Depeschenwechsel mit dem Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses über die Ankunft der „Deutschland" und den Sieg bei Tutrakan: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1689D.
Glückwunschtelegramm an die Ottomanische Deputiertenkammer zur Annahme der zwischen dem Deutschen Reiche und dem Ottomanischen Reiche am 11. Januar 1917 unterzeichneten Verträge: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3211C.
Beglückwünschung des österreichischen Abgeordnetenhauses zur Wiedereröffnung der Beratungen: Bd. 310, 111. Sitz. S. 3501B.
Dank an den Präsidenten der türkischen Abgeordnetenkammer für die dem Reichstag ausgesprochenen Glückwünsche zu den Siegen an der Westfront: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4574C.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
IX. Kundgebungen. 5. Kundgebungen von Parlamenten und an Parlamente befreundeter Staaten.
Glückwunsch des Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses aus Anlaß unserer Waffenerfolge im Westen:
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4759D.
153. Sitz. S. 4791C.

X. Sonstiges.

1. Auslandsdeutsche.
Behandlung der Reichsdeutschen in feindlichen Ländern; Gewährung von Unterstützungen usw.: Bd. 307, 44. Sitz. S. 997A.
Resolution Bassermann, Zimmermann zum Etat für das Auswärtige Amt für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den ohne ihr Verschulden in Not oder Bedrängnis geratenen Auslandsdeutschen, die aus den feindlichen Staaten vertrieben wurden, Unterstützungen oder Darlehen zu gewähren: Bd. 318, Nr. 373:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1528A, 1549A. — Angenommen.
Siehe auch unter VIII 5.
Verhalten während des Krieges:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 870C.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830C.
Weihnachtsbescherung für Auslandsdeutsche, Brief des Generals v. Loewenfeld an den Ehrenausschuß unter Ablehnung des Beitritts:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2474A.
86. Sitz. S. 2481B, 2526D.
Anfrage E. Müller (Meiningen): Am 4. April 1918 wurde in Collinsville (Illinois) der in Deutschland geborene Bergarbeiter Paul Prager das Opfer eines Lynchmordes. Er geriet nach der amerikanischen Presse mit anderen Bergleuten in Streit, die ihn der Deutschfreundlichkeit beschuldigten. Prager wurde darauf von der Polizei in Schutzhaft genommen, jedoch eine Menschenmenge brach in das Gefängnis ein, führte Prager durch die Stadt und hängte ihn an einem Baum auf.
Nach Originalberichten der amerikanischen Presse hat die Polizeiverwaltung ein gleichgültiges, ja direkt pflichtwidriges Verhalten an den Tag gelegt, indem sie es unterließ, gegen den rasenden Pöbel einzuschreiten, um diesen politischen Lynchmord zu verhüten.
Auch die Regierung der Vereinigten Staaten hat nach diesen Nachrichten lediglich eine Art Scheinverfahren eingeleitet, wie in anderen Fällen der Lynchung von Arbeiterführern, die gegen den Präsidenten Wilson opponiert hatten.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartigen Folgen eines verbrecherischen Chauvinismus gegen Deutsche in den Vereinigten Staaten und deren indirekte Begünstigung durch die Regierung vorzubeugen?: Bd. 324, Nr. 1621.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5375A. — Beantwortet.

2. Petition des Ausschusses für die hilfsbedürftigen Deutschen Galiziens und der Bukowina um Bewilligung einer Beihilfe aus Reichsmitteln zur Linderung der Not unter den durch den Krieg schwer betroffenen Deutschen Galiziens und der Bukowina.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 66 unter III:
Bd. 306, 9. Sitz. S. 135B. — Uebergang zur Tagesordnung.

Krieg 1914—1918 (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6442.
X. Sonstiges.

3. Petition des Zentralvereins für Handelsgeographie in Berlin, betreffend Förderung geeignet erscheinender Maßnahmen zum Schutze der deutschen Interessen in Brasilien und Uraguay.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1363 unter IIa 7.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702C. — Ueberweisung zur Erwägung.

4. Petition, betreffend Verlängerung der abgelaufenen Ruhezeit in Gräbern für die Dauer des Krieges.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 317, Nr. 172.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 766A. — Ueberweisung als Material.

5. Petition, betreffend Ehrung der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Gefallenen und Verwundeten.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 317, Nr. 171.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 765D. — Ueberweisung als Material.

6. Petition, betreffend Bestrafung der Urheber von Lügen und Verleumdungen des deutschen Volkes in der ausländischen Presse.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 543.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155B. — Uebergang zur Tagesordnung.

7. Verbot des Aufenthalts von Frauen im elsaß-lothringischen Operationsgebiet: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1243B, 1250A.

Kriegerdenkmäler, Deutsche. Zerstörung durch die Feinde siehe „Krieg" unter IIC.

Kriegerheimstätten siehe „Heimstätten".

Kriegführung siehe „Krieg" unter II.

Kriegsamt siehe „Hilfsdienst, vaterländischer".

Kriegsandenken, Handel, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 219.

Kriegsanleihen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A5; Stempelsteuer siehe „Reichsstempelabgaben" unter 6; siehe auch „Reichsheer" unter 91, auch 74 und 181.

Kriegsarbeitsamt. Ordnung der Frauenarbeit; Referat „Frauen"; Frauenarbeitszentrale beim Kriegsamt-Stab: Bd. 320, Nr. 650 S. 128.

Kriegsausschüsse für Arbeiterfragen siehe „Schiedsgerichte".

Kriegsbedarf, Sicherstellung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 221 und „Reichsheer" unter 92, 98, 104, 137.

Kriegsbeihilfen siehe „Teuerungszulagen", „Beamte" und die einzelnen Ressorts.

Kriegsberichterstatter.
Anfechtbare Art der Berichterstattung einzelner Kriegsberichterstatter:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5402D ff.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5831C, 5833D.
Erklärung gegen den Abgeordneten Dr. Haas siehe „Belagerungszustand" unter II 12B.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. — Siehe auch „Kriegswohlfahrtspflege", „Reichsheer" unter 196, „Militärpensionswesen", „Post- und Telegraphenwesen" unter VIII 2 und die einzelnen Ressorts.

1. Fürsorge der Behörden, Organisationen usw.
Schaffung einer Zentralstelle. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und -vorbildung für Krüppel; Ausbau des Heilverfahrens:

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. 1. Fürsorge der Behörden, Organisationen usw. (Fortsetzung).

Bd. 316, Nr. 107 S. 25.
Nr. 147 S. 115, 126.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 80C, 92D, 83D, 86D.
12. Sitz. S. 162A.
19. Sitz. S. 363B.
29. Sitz. S. 620A.
Neue Richtlinien für Eingliederung in das Wirtschaftsleben: Bd. 320, Nr. 650 S. 128.
Versorgungsverhältnisse, Herausgabe eines Leitfadens: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104D.
Tätigkeiten des Kriegsministeriums (General v. Langermann) und des Reichsmarineamts, der Wohlfahrtsvereinigungen im allgemeinen, Anerkennung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2960C, 2962B, 2968D, 2971C, 2972B.
Konzentration der Fürsorge im Kriegsministerium (Versorgungsdepartement), Einrichtung von Korpsversorgungsämtern usw.: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5585A ff.
Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Gründung, Organisation, Tätigkeit: Bd. 322, Nr. 1214 S. 281.
Organisation der Fürsorge, Tätigkeit des Reichsausschusses, Ausbau der Fürsorgestellen usw.; gesetzliche Regelung der Organisation:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2962A, 2971C, 2972B,
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5569A, 5574A, 5585A,C, 5586D, 5591D, 5594D.
Petition der Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, betreffend Kriegsbeschädigtenfürsorge:
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1508.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5530C. — Ueberweisung als Material.
Errichtung von Pflege- und Erholungsheimen für Sieche und Gelähmte, Tätigkeit des „Roten Kreuz": Bd. 309, 98. Sitz. S. 2961D, 2967D.
Bäderfürsorge des Roten Kreuzes, Unterstützung durch das Reich; Ausbau der Kurfürsorge durch die Heeresverwaltung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5574D, 5578C, 5584D, 5590C, 5592C, 5595A.
Fürsorgetätigkeit der Kriegervereine, Reichskriegerdank, Verwendung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5571C, 5578A.
Arbeitervermittlung für Kriegsbeschädigte: Frage des Einstellungszwanges: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5570B, 5575C, 5584B, 5590B, 5592B, 5594C, 5601A.
—, Einstellung in öffentliche oder mit öffentlichen Arbeiten beschäftigte Betriebe: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5570D.
—, Einstellung der Schwerbeschädigten; versuchsweise Beschäftigung in der Landwirtschaft usw.: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5575Cff., 5588D, 5598A.
Mitarbeit der Presse: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2962B.
Demobilmachungsgrundsätze siehe „Reichsheer" unter 34a.

2. Gewährung von Geldmitteln durch das Reich.
Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um den im Kriege erkrankten und verwundeten, aus dem Militärverhältnis entlassenen Kriegsteilnehmern durch rechtzeitige Gewährung von Badekuren und Heil-

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. 2. Gewährung von Geldmitteln durch das Reich (Fortsetzung).

verfahren Erleichterung und Heilung ihrer Leiden zu ermöglichen: Bd. 316, Nr. 139 unter a.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 355B, 358C, 373B, 375B, 382D. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem „Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge" ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er die ihm gestellten Aufgaben erfüllen kann: Bd. 317, Nr. 195 unter 17.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 678C, 693A, 704C. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge einen angemessenen Zuschuß aus Reichsmitteln zu gewähren: Bd. 317, Nr. 272 unter II.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1075A, 1076A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge für das Etatsjahr 1917 wiederum einen Zuschuß aus Reichsmitteln in der Höhe von 100 000 Mark zu bewilligen: Bd. 320, Nr. 656 unter IIb.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537B, 2541B, 2558D, 2564C.
88. Sitz. S. 2602D.
89. Sitz. S. 2625D. — Angenommen.

Ueberweisung von Reichsmitteln an die Gemeinden zur Durchführung der Fürsorge: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5574C, 5578C, 5588C.

Verwendung der bereitgestellten Reichsmittel:
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 13.
Nr. 107 S. 27.
Nr. 147 S. 116.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 753.

3. Rechtsberatung für Kriegsbeschädigte.

Anfrage Giesberts: Das Kriegsministerium hat wiederholt die Kriegsbeschädigten gewarnt, bei ihrer Rechtsberatung sich an Personen zu wenden, welche die Gesuche der Kriegsbeschädigten zu ihrem Vorteile ausnutzen und die Unkenntnis der Kriegsbeschädigten mißbrauchen. Einzelne Generalkommandos haben diese Warnung zum Anlaß genommen, auch die gemeinnützigen Volksbureaus und Arbeitersekretariate von der Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten auszuschließen. So unter anderen das VII. Armeekorps in einem Bescheid an das Volksbureau des Volksvereins für das katholische Deutschland in Paderborn, der folgendermaßen lautet:

„Dem Volksbureau des katholischen Volksvereins
Paderborn
mit dem Erwidern ergebenst zurückgesandt, daß sich das Verbot (der Rechtshilfe für Kriegsbeschädigte) auch auf die vom Volksverein für das katholische Deutschland gegründeten Volksbureaus und Arbeitersekretariate bezieht.

Den Kriegsbeschädigten ist allenthalben die Möglichkeit gegeben, sich mit ihren Anträgen an die Stellen der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zu wenden, sodaß es sich für andere Einrichtungen, wie z. B. die Volksbureaus, in der Regel nur darum handeln wird, Rat zu erteilen und die Ratsuchenden an die amtlichen Kriegsbeschädigten-Fürsorgeausschüsse zu verweisen. Wenn dann bei diesen Stellen die Anfragen mündlich erörtert werden, so dürfte das gerade für eine möglichst schnelle und sachliche Erledigung dienlich sein.

Wo in vereinzelten Fällen eine schriftliche Anfrage für erforderlich gehalten wird, dürften auch die Volksbureaus dieselbe kostenlos anfertigen. . . ."

Dagegen hat die Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums durch einen Erlaß in Nr. 391 des Armee-Verordnungsblattes den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen zu Neukölln als Rechtsauskunftsstelle empfohlen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß die von Arbeitervereinen, Gewerkschaften und sonstigen sozialen Korporationen eingerichteten gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, welche für die Auskunftserteilung und für das Herstellen der Schriftsätze keinerlei Honorar nehmen, dieselben vielmehr unentgeltlich erteilen oder nur die Schreibunkosten für die Schriftsätze berechnen, zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten zugelassen werden?: Bd. 319, Nr. 459.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939D. — Beantwortet.

4. Aufnahme von Kriegsbeschädigten in Beamtenstellen: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2499A.

5. Fürsorge für kriegsbeschädigte Handwerker und Angehörige des Mittelstandes: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5570D.
Gewährung von Wandergewerbescheinen usw. an Kriegsbeschädigte: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5571A, 5576D.

6. Organisation der Kriegsbeschädigten, politische Bestrebungen usw.: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5571B, 5595C.

7. Kriegsbeschädigte in der Schweiz, Nachteile durch Kursverlust: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2967D.

8. Wiedereinziehung siehe „Reichsheer" unter 77c.

Kriegsbesoldungen.

A. Aenderung der Kriegsbesoldungsordnung; Erlaß eines Kriegsbesoldungsgesetzes.
Resolution des Haushaltsausschusses:
α) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine sofortige allgemeine Revision der Kriegsbesoldungsordnung zu veranlassen;
β) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Kriegsbesoldungen alsbald vorzulegen: Bd. 316, Nr. 130 unter III und IV.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 342C. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bis zur Vorlage eines Entwurfs der Kriegsbesoldungsordnung dahin zu wirken, daß eine weitere Reform der Kriegsbesoldungsordnung vorgenommen wird: Bd. 317, Nr. 195 unter I 2a, mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: der Resolution Nr. I Ziffer 2a — Bd. 317, Nr. 195 der Drucksachen — folgenden Zusatz hinzuzufügen: „insbesondere nach der Richtung hin, daß die Gehälter der Offiziere einer Revision unterzogen werden und daß Zulagen beseitigt werden, denen eine erhebliche Mehrleistung nicht gegenübersteht": Bd. 317, Nr. 206.

Kriegsbesoldungen. A. Aenderung der Kriegsbesoldungsordnung; Erlaß eines Kriegsbesoldungsgesetzes (Fortsetzung).

Bd. 306, 30. Sitz. S. 652A.
31. Sitz. S. 704B. — Resolution angenommen, Ab.Antr. Albrecht u. Gen. abgelehnt.
Ferner: Bd. 307, 40. Sitz. S. 878B.
41. Sitz. S. 905A, 907B, 916A.
60. Sitz. S. 1553D, 1572B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2012D.
73. Sitz. S. 2037 A, 2041 B, 2043C, 2045C.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 85 unter IV 12, Nr. 92 unter 11; Bd. 316, Nr. 138 unter III 5, 6; Bd. 317, Nr. 260 unter III h—l.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209B, C.
31. Sitz. S. 708A.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B.

Siehe auch „Verfassung" unter 2.

B. Einzelnes.

1. Abänderungen der Kriegsbesoldungsordnung: Bd. 306, 30. Sitz. S. 654B, 659C, 660D, 663A.
2. Gehälter der Beamten, Offiziere usw.

Gehälter der Beamten:
Bd. 306, 18. Sitz. S. 343C.
30. Sitz. S. 654B, 663A.

— der Feldprediger:
Bd. 306, 30. Sitz. S. 655D.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1563A, D.

— der Offiziere:
Bd. 306, 18. Sitz. S. 343B.
30. Sitz. S. 652B, 656B, 660B, 662A, 663B, 664C, 665B, 667D, 668A.

— Offizierbezüge, Erhöhung:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6180C.
195. Sitz. S. 6224C.

Siehe auch unter 41 und „Reichsheer" unter 141a (Offiziere).

Resolution Bernstein u. Gen. zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit größter Beschleunigung noch während des Krieges eine Aenderung der Kriegsbesoldungsordnung nach der Richtung herbeizuführen, daß
1. die Kriegsbesoldungen der Offiziere und der höheren Beamten der Militärverwaltung durchweg mindestens um 30 vom Hundert herabgesetzt werden,
2. die Bezüge der unverheirateten Offiziere und Beamten gegenüber denen der verheirateten Offiziere und Beamten mindestens um 40 vom Hundert vermindert werden: Bd. 317, Nr. 262 unter II.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 916B, 920B. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1553D, 1572B.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2043D.

Petition des Oberleutnants der Reserve Tangermann in Remagen (Rhein) um Beseitigung des Unterschieds in der Kriegsbesoldung der vor und nach dem 1. Oktober 1916 ernannten Hauptleute usw. und unterschiedliche Behandlung der Verheirateten und Unverheirateten analog der Besoldungsregelung für Leutnants und Oberleutnants.

Kriegsbesoldungen. B. Einzelnes. 2. Gehälter der Beamten, Offiziere usw. (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 478 unter 1.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2054B. — Ueberweisung zur Erwägung.

3. Löhnung der Beamten- und Offizierstellvertreter:
Bd. 306, 30. Sitz. S. 667C.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 916B.

4. Löhnung der Mannschaften.

Kriegslöhnung, Zahlung an alle Soldaten in Feindesland: Bd. 306, 19. Sitz. S. 354C.

Krankenlöhnung, Erhöhung: Bd. 306, 19. Sitz. S. 354D. — der Reserveoffiziere: Bd. 306, 30. Sitz. S. 659B, 662C.

a) Resolution des Haushaltsausschusses, folgende im Ausschuß gestellten Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen:
α) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch zweckentsprechende Aenderung in der Kriegsbesoldungsordnung tunlichst die Mittel zu schaffen, um die Löhnungen der Mannschaften vom 1. Januar 1916 um 50 Prozent erhöhen zu können;
β) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
a) für alle in Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Löhnung auf 80 Pfennig pro Tag,
b) für alle im Inlande befindlichen Mannschaften mit gleicher Wirkung auf 50 Pfennig pro Tag festzusetzen,
c) die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mannschaften auch weiterhin gewährt werden: Bd. 317, Nr. 195 unter II 7 und 8,
mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Kriegsbesoldungsordnung dahin abzuändern,
a bis c — gleichlautend wie vorstehend unter β: Bd. 317, Nr. 205.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 651D, 657A, 658C, 660A, 661B, 663B, 664A, D, 666D, 668C.
31. Sitz. S. 704C. — Resolution angenommen, Ab.Antr. Albrecht u. Gen. abgelehnt.

b) Resolution Albrecht u. Gen. zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Löhnung der Gefreiten und Gemeinen bei den immobilen Formationen zu erhöhen und schleunigst eine Abänderung der Kriegsbesoldungsordnung — Teil I J (Mannschaften) — dahingehend herbeizuführen, daß die Löhnung der unter den Ziffern 60, 61 und 62 aufgeführten Kategorien erhöht wird: Bd. 317, Nr. 261 unter III.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 903D, 907B, 920A. — Abgelehnt.
Ferner: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1554B, 1555A.

c) Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden im Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß Härten bei der Besoldung der im Etappen- und Heimatgebiet, besonders im Grenzschutz stehenden Mannschaften möglichst ausgeglichen werden: Bd. 317, Nr. 195 unter II 9b.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 666B.
31. Sitz. S. 705A. — Angenommen.

Kriegsbesoldungen. B. Einzelnes. 4. Löhnung der Mannschaften (Fortsetzung).

d) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß den Grenzschutztruppen mobile Löhnung gewährt wird: Bd. 319, Nr. 469 unter 5.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001C.
73. Sitz. S. 2036D, 2054B. — Angenommen.

e) Erhöhung der Mannschaftslöhnung siehe ferner:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2948C, 2950B, 2951B, 2956D, 2957A.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973A, D.
132. Sitz. S. 4101B.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6180C.
195. Sitz. S. 6224C.

f) Petitionen, betreffend Erhöhung der Löhnung, des Brotgeldes usw., Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 12, 13, 16 und 18.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D.
Ueberweisung als Material.

g) Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
α) auf eine angemessene Erhöhung der Mannschaftslöhnung hinzuwirken;
β) den Mannschaften und Unteroffizieren, die einschließlich ihrer aktiven Dienstzeit mindestens zwei Jahre unter den Fahnen stehen, ein zweites Putzgeld zu gewähren: Bd. 321, Nr. 766 unter II A.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3052D.
101. Sitz. S. 3065C, 3071C, 3078C, 3081D, 3086A, B, 3091B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104B, 3116A, 3122C, 3133B.
110. Sitz. S. 3453B, 3498C. — Angenommen.

h) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine anderweite Festsetzung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere herbeizuführen und zwar nach folgenden Richtlinien:
α) Unteroffiziere erhalten nach einer als Unteroffizier geleisteten Kriegsdienstzeit von 18 Monaten eine Erhöhung der Löhnung um 20 vom Hundert,
β) Gefreite und Gemeine nach einer Kriegsdienstzeit von 1 Jahr 20 vom Hundert, nach einer Kriegsdienstzeit von 2 Jahren 40 vom Hundert und nach einer Kriegsdienstzeit von 3 Jahren 50 vom Hundert Erhöhung der für sie zuständigen Löhnung,
γ) Besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden:
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 35/36 unter I c 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

i) Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß auch die überzähligen Unteroffiziere die Löhnung der Unteroffiziere erhalten: Bd. 324, Nr. 1645 unter 7.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423A.
184. Sitz. S. 5802A, 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Kriegsbesoldungen. B. Einzelnes. 4. Löhnung der Mannschaften (Fortsetzung).

k) Antrag Graf v. Westarp, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
darauf hinzuwirken, daß die Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens verdoppelt und eine angemessene Aufbesserung der Gehälter für Offiziere möglichst bald durchgeführt wird: Bd. 325, Nr. 1970 Ziff. a.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6207C, D. — Ueberweisung an den 35. Ausschuß, unerledigt.

l) Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Der Reichstag ist in seiner großen Mehrheit seit langem für eine starke Erhöhung der Löhnung von Unteroffizieren und Mannschaften, für gleiche Beköstigung von Offizieren und Mannschaften sowie für endliche Durchführung des Satzes „Freie Bahn jedem Tüchtigen" durch Ernennung zahlreicher tüchtiger Unteroffiziere zu Offizieren auch ohne Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis eingetreten.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Fundamentalforderungen der Volksvertretung so rasch als möglich durchzuführen?:
Bd. 325, Nr. 1975. — Unerledigt.

m) Antrag Antrick u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
a) darauf hinzuwirken, daß die Löhnung für alle Mannschaften mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 ab verdoppelt, die Löhnung der Unteroffiziere und Beamtenstellvertreter um 50 Prozent erhöht wird;
b) eine Aufbesserung der Bezüge der immobilen Subalternoffiziere erwogen wird: Bd. 325, Nr. 1976.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6207C, D. — Ueberweisung an den 35. Ausschuß, unerledigt.

n) Zahlung der Löhnung während des Urlaubs siehe „Reichsheer" unter 185g.

5. Zulagen für Soldaten, Beseitigung bezw. Belassung: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4098A, 4103B.
Kriegszulagen in der Heimat:
Bd. 306, 18. Sitz. S. 343D.
30. Sitz. S. 655B.
Resolutionen zum Etat des Reichsheeres für 1910:
a) Dr. Ablaß und Genossen — Bd. 324, Nr. 1645 unter 1,
b) Antrick und Genossen — Bd. 324, Nr. 1642 unter 4,
c) Gröber und Genossen — Bd. 324, Nr. 1651 unter 1,
d) Dr. Stresemann und Genossen — Bd. 324, Nr. 1656 unter 3, — betreffend Löhnungszulagen für Mannschaften und Unteroffiziere mit langer Dienstzeit:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5395A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422B, 5437A.
174. Sitz. S. 5463B, 5478A, 5487C.
175. Sitz. S. 5501C.
184. Sitz. S. 5801D, 5802C, 5825B, 5846D.
Zu a—d: Ueberweisung zur Erwägung.
Resolution Antrick und Genossen zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Verordnung

Kriegsbesoldungen. B. Einzelnes. 5. Zulagen für Soldaten usw. (Fortsetzung).

vom 24. Januar 1918, betreffend Wegfall von Zulagen, schleunigst aufgehoben wird: Bd. 324, Nr. 1642 unter 1:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5394B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D.
Ueberweisung zur Erwägung.
Siehe auch „Reichsheer" unter 61 (Feldwebelleutnants).

6. Anfrage Nyssel: Die in der Ukraine stehenden deutschen Soldaten erhalten ihre Löhnung, Brotgeld und Kontributionsgebühren in österreichischer Währung ausbezahlt. Der Kurssturz der österreichischen Währung bedingt für jeden deutschen Soldaten eine finanzielle Schädigung. Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Heeresverwaltung zu veranlassen, daß deutschen Soldaten ihre Bezüge in deutscher Währung ausgezahlt werden?: Bd. 325, Nr. 1761. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6095 C. — Beantwortet.
7. Zahlung der Löhnung an Angehörige von Gefangenen und Vermißten siehe „Kriegsgefangene" unter IIB.
8. Mobiler und immobiler Zustand. Erklärung im Inlande stehender Truppen für mobil bezw. zur Etappe gehörend mit rückwirkender Kraft durch den kommandierenden General:
Bd. 306, 30. Sitz. S. 653D.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1555B.

Kriegsbeute siehe „Reichsheer" unter 95.

Kriegsbibliotheken siehe „Reichsheer" unter 57.

Kriegsbriefmarken siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XI 10.

Kriegsdienst. Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Berlin, betreffend Ergänzung des § 133 der Gewerbeordnung und der §§ 63 und 72 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs (Gleichstellung der Einberufung zum Kriegsdienst in ihrer rechtlichen Wirkung mit den dort angeführten Fällen unverschuldeten Unglücks).
Ber. d. Ausschs. Bd. 323, Nr. 1330.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832D. — Ueberweisung als Material.

Kriegselterngeld siehe „Militärhinterbliebenenversorgung".

Kriegsentschädigung siehe „Krieg" unter IV u. VIII und „Rußland", „Rumänien".

Kriegsernährungsamt siehe „Kriegswirtschaft" unter II 243b.

Kriegsfinanzpolitik. Kriegsfinanzmaßnahmen. — Siehe auch „Finanzlage" und die einzelnen Steuern.

A. Deutschland.

1. Denkschriften:
Bd. 315, Nr. 26, S. 4.
Nr. 74.
Bd. 316, Nr. 162.
Bd. 317, Nr. 225 S. 76.
Bd. 319, Nr. 403 S. 148.
Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 66 unter Ic 3, 4, IIa 4, 5 und IIb; Bd. 319, Nr. 501 unter IV.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 135A.

2. Bankgesetz.
Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Bankgesetzes (Aufhebung der Notensteuer, Notendeckung durch Wechsel und Schatzanweisungen des Reichs): Bd. 315, Nr. 10.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10A, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 327.

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland. 2. Bankgesetz (Fortsetzung).

Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 5.
Notensteuer, Aufhebung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4402 C.

3. Darlehnskassen.
a) Entwurf eines Darlehnskassengesetzes: Bd. 315, Nr. 9.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 9B, 10D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 340.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 5.
b) Einrichtung, Geschäftsgang, Tätigkeit usw.:
Bd. 315, Nr. 26 S. 13, 102.
Nr. 74 S. 31.
Bd. 316, Nr. 162 S. 34.
Bd. 319, Nr. 403 S. 179.
Beleihungsgrundsätze: Bd. 307, 40. Sitz. S. 878D.
Mitwirkung bei Finanzierung der Kriegsanleihen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 101.
Nr. 74 S. 27, 30.
Bd. 316, Nr. 107 S. 4.
Nr. 162 S. 33, 36.
Bd. 319, Nr. 403 S. 177, 181.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 40A.
14. Sitz. S. 224D.
23. Sitz. S. 452A.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1850C.
Bd. 320, Nr. 650 S. 139, 142.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 208.
Weiterbestehen der Darlehnskassen nach dem Kriege: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365B.
c) Ostbank für Handel u. Gewerbe in Posen, Konzession für Darlehnsscheine in den Randstaaten, Reichseinnahmen: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6144B.
d) Darlehnskassenscheine, Ausstellung auf Beträge von 2 und 1 Mark:
Bd. 315, Nr. 26 S. 9.
Nr. 27 Ziff. 17.
Nr. 74 S. 8.
Höhe der Ausgabe, Umlauf:
Bd. 315, Nr. 26 S. 5.
Nr. 74 S. 8.
Bd. 316, Nr. 162 S. 9.
Bd. 319, Nr. 403 S. 179.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 43B.
Petition des Robert Baums in Cöln, betreffend Ausgabe von Darlehnskassenscheinen zu 50 Pfennig, 1 Mark und 2 Mark, gültig nur für ein Jahr, Gebührenfreiheit der Ueberweisungsschecks beim Postscheckamt und Verdoppelung der Gebühren für Postanweisungen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IIIa 3; Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
Einziehung unsauberer Darlehnskassenscheine: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B.
Siehe auch „Schuldenwesen" unter III 1b—e.

4. Gold, Goldmünzen, Goldsachen. — Siehe auch unter A 8, 10.
Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen:
Bd. 315, Nr. 27 Ziff. 53.
Nr. 29 S. 3.
Verbot der Aus- und Durchfuhr von Gold:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 270.
Nr. 147 S. 87.
Nr. 162 S. 5.
Verbot der Ausfuhr von Goldwaren:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 439.
Bd. 319, Nr. 403 S. 150, 185.

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland. 4. Gold, Goldmünzen, Goldsachen (Fortsetzung).

Ankauf von Goldsachen: Bd. 319, Nr. 403 S. 148.
Eiserne Gedenkstücke für Goldablieferung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 453.
Bd. 319, Nr. 403 S. 149, 150.

5. Kriegsanleihen.

a) Begebung, Organisation; Zeichnungsstellen, Werbearbeit:
Bd. 315, Nr. 26 S. 97.
Nr. 74 S. 26.
Bd. 316, Nr. 162 S. 29.
Bd. 319, Nr. 403 S. 173.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 35D.
14. Sitz. S. 225C.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 952C.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3492C, 3493B, C.
Bd. 320, Nr. 744 Anhang 589.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 198.
Anleihepropaganda, Zeichnungszwang für Soldaten und Arbeiter:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3493C.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3974A.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5110B.
Siehe auch „Reichsheer" unter 91.
Beteiligung von Trägern der Arbeiterversicherung und von privaten Versicherungsunternehmungen:
Bd. 320, Nr. 650 S. 154.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 209.
Mitwirkung der Reichstagsmitglieder:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 35B.
14. Sitz. S. 226A.
Ausgabe von Zwischenscheinen:
Bd. 316, Nr. 162 S. 28.
Bd. 306, 14. Sitz. S. 225C.
Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.:
Bd. 317, Nr. 210 unter 22, 23.
Nr. 264 unter IIIi.
Bd. 306, 32. Sitz. S. 761C.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1074B.
Siehe auch unter A 3b.

b) Form, Zeichnungsbedingungen, Preis, Erfolge usw.
Erste Kriegsanleihe:
Bd. 315, Nr. 26 S. 10, 95.
Bd. 206, 4. Sitz. S. 35C.
Zweite Kriegsanleihe:
Bd. 315, Nr. 74 S. 25, 28.
Bd. 316, Nr. 107 S. 4.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 128A, D.
9. Sitz. S. 133B.
Dritte Kriegsanleihe:
Bd. 316, Nr. 162 S. 27.
Bd. 306, 23. Sitz. S. 451A, C.
Vierte Kriegsanleihe:
Bd. 319, Nr. 403 S. 172.
Bd. 306, 34. Sitz. S. 775B.
Bd. 307, 37. Sitz. S. 841B, D, 842A, B, 845A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1589D.
Fünfte Kriegsanleihe:
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1850A.
Bd. 320, Nr. 650 S. 135.
Sechste Kriegsanleihe:
Bd. 322, Nr. 1214, S. 196.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2381D.
Bd. 310, 111. Sitz. S. 3503A ff.
Siebente Kriegsanleihe: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3971C.
Achte Kriegsanleihe: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4734B.

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland. 5. Kriegsanleihen (Fortsetzung).

Kriegsanleihen, Zeichnungsergebnisse: Bd. 322, Nr. 1214 S. 202.
Die deutschen Kriegsanleihen im Vergleich mit denen der feindlichen Länder: Bd. 320, Nr. 650 S. 139.

c) Kursentwicklung: Bd. 306, 4. Sitz. S. 40B.

d) Flüssigmachung der angelegten Gelder nach dem Kriege: Bd. 321, Nr. 749 S. 8, 9.
Petition des Verlags für aktuelle Philosophie in Berlin-Halensee um Einführung der Anleihepapiere in Gestalt von „Reichskassenscheinen" als gesetzliches Zahlungsmittel.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. IVe.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Für erledigt erklärt.
Petition des Walter Baum in Berlin, betreffend Erlaß eines Verbots der Verwendung von Kriegsanleihe während der Dauer des Krieges als Zahlungsmittel für Darlehen und Hypotheken u. a. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IIIa 2. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
Petition des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein in Kiel um Zulassung der Kriegsanleihe zum Nennwert als Steuerzahlungsmittel. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IIIb 2. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

e) Verzinsung aus Mitteln des ordentlichen Etats:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 34A.
24. Sitz. S. 462C.
34. Sitz. S. 770A.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 794C.
—, Aufbringung der Zinsen durch Steuern:
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4528B, 4529D.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4734C ff., 4738A, 4741C.
152. Sitz. S. 4781A, 4788A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122D, 6126C.
191. Sitz. S. 6142C.
Sicherstellung des Anleihekapitals und der Zinsen:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2381D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3492B, 3493B, C.
Sicherstellung der Verzinsung, Befreiung von der Börsensteuer: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5111C.
Petition, betreffend Sicherung der Kriegsanleihe. Ber. des Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1834. — Unerledigt.
Einlösung von Zinsscheinen durch die Postanstalten: Bd. 316, Nr. 107 S. 87.

f) Zeichner, patriotische Gesinnung:
Bd. 306, 24. Sitz. S. 464A, 467B, 468D, 490A.
— öffentliche Institute, Kriegslieferanten usw.:
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1852D.

6. Kriegskredite, Anforderung.
5 Milliarden Mark: Bd. 315, Nr. 5.
Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C.
5 Milliarden Mark: Bd. 315, Nr. 24.
10 Milliarden Mark: Bd. 315, Nr. 40 (Hauptetat S. 18 des Etatsentwurfs).
Bd. 306, 4. Sitz. S. 35A.
8. Sitz. S. 128B.

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland. 6. Kriegskredite, Anforderung (Fortsetzung).

10 Milliarden Mark: Bd. 315, Nr. 105.
Bd. 306, 14. Sitz. S. 222A.
15. Sitz. S. 241D.

10 Milliarden Mark: Bd. 316, Nr. 163.
Bd. 306, 23. Sitz. S. 450C.

12 Milliarden Mark: Bd. 318, Nr. 382.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1589A.

12 Milliarden Mark: Bd. 319, Nr. 437.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1849D.

15 Milliarden Mark: Bd. 320, Nr. 617.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365A, 2366B ff., 2369C.
83. Sitz. S. 2389C., 2395B.
84. Sitz. S. 2413C, 2429A, 2438D, 2442C.
85. Sitz. S. 2455B, 2469A.
86. Sitz. S. 2482A, 2504B.

15 Milliarden Mark: Bd. 321, Nr. 889.
Bd. 310, 111. Sitz. S. 3502C.
114. Sitz. S. 3550C.
116. Sitz. S. 3570B, 3579A, 3592C.

15 Milliarden Mark: Bd. 322, Nr. 1163.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3944A ff., 3965A ff.
128. Sitz. S. 3970C ff.

15 Milliarden Mark: Bd. 323, Nr. 1361.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4691C.
145. Sitz. S. 4525C, 4527B, C.

15 Milliarden Mark: Bd. 325, Nr. 1701, 1812.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5970C.
191. Sitz. S. 6144D.

15 Milliarden Mark: Bd. 325, Nr. 1993.

Stellung der Parteien, siehe „Sozialdemokratie" unter 10.

7. Kriegssteuern siehe „Finanzlage usw." unter IIIA und die einzelnen Steuern.

8. Münzwesen. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Münzgesetzes (Ersatz der Goldmünzen durch Reichskassenscheine und Reichsbanknoten bei der Umwechslung von Silber- und Kupfermünzen): Bd. 315, Nr. 7.

Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10A, D.

Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 326.

Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 4.

Gewerbliche Verarbeitungen von Reichsmünzen und Verkehr mit Silber und Silberwaren.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 610.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 218.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 724.

Aluminiummünzen, Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Aluminium:
Bd. 320, Nr. 650 S. 153.
Nr. 659 Ziff. 566.

—, Ausprägung von Einpfennigstücken:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 511.
Nr. 650 S. 152.

Eisenmünzen, Ausprägung von Fünf- und Zehnpfennigstücken:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 215.
Nr. 147 S. 88.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 289.
Nr. 225 S. 86.

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland. 8. Münzwesen, Entwurf eines Gesetzes usw. (Fortsetzung).

Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 385.
Bd. 319, Nr. 403 S. 157.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 718.

Kleingeld, Mangel:
Bd. 320, Nr. 650 S. 153.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 172.

—, Beseitigung des Mangels an Kleingeld, Maßregeln gegen die Kleingeldhamsterei, Außerkurssetzung von Münzen: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2947A, D, 2948B, 2952B, 2953B, D, 2954B.

—, Anfrage Weinhausen: In verschiedenen Teilen des Reichs, besonders in den Städten des Ostens, hat sich neuerdings ein empfindlicher Mangel an Kleingeld fühlbar gemacht, sodaß man an einigen Orten vor der Ausgabe von Notstandspapiergeld steht.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, diesen Notständen wirksam entgegenzutreten?: Bd. 319, Nr. 486.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2021C. — Beantwortet.

—, Petition des Th. Krüger in Frankfurt a. O., betreffend Prägung von Einviertelmarkstücken zwecks Behebung des Mangels an Kleingeld. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IIIa 1. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

—, Petition des Bernh. Birkert in Pforzheim (Baden), betreffend Einführung der von ihm vorgeschlagenen Münzarten zur Behebung des Mangels an Kleingeld. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. IIIb 4. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Papiergeld, Anwachsen, Entwertung der Kaufkraft des Geldes, Steigen der Preise: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4781A.

Zinkmünzen, Prägung von Zehnpfennigstücken:
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 592.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 216.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 716.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 773.

Zweipfennigstücke, Außerkurssetzung:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 646.
Nr. 1214 S. 217.

9. Notgeld:
Bd. 315, Nr. 26 S. 9.
Nr. 74 S. 9.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 174.

Ausgabe eines Halbmarkscheines, Kriegsgeld der Gemeinden usw.: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2953A, D.

Briefmarken als Zahlungsmittel: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2954A.

10. Reichsbank.

Goldbestand, Höhe; Sammlungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 6.
Nr. 74 S. 3.
Bd. 316, Nr. 162 S. 3.
Bd. 317, Nr. 225 S. 76.
Bd. 319, Nr. 403 S. 148, 151.
Bd. 320, Nr. 650 S. 130.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 165.

Gold- und Juwelenanmeldung: Bd. 322, Nr. 1214 S. 165.

Goldabgabe zur Herstellung von Goldwaren für den Inlandsbedarf:

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland. 10. Reichsbank (Fortsetzung).

Bd. 320, Nr. 650 S. 132.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 167.

Petition. Mündl. Ber. d. Haush.Aussch.:
Bd. 315, Nr. 66 unter Ic 4.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 135A.

Maßnahmen zur Erhaltung des Goldbestandes siehe unter A 2, 4, 8, 12—14 und „Kriegswirtschaft" unter II 416 (Wertpapiere).

Kapitalsanlage: Bd. 322, Nr. 1214 S. 175.

Kreditmaßnahmen für Reich, Bundesstaaten und Privatverkehr:
Bd. 315, Nr. 26 S. 10.
Nr. 74 S. 9, 13.
Bd. 316, Nr. 162 S. 10.
Bd. 319, Nr. 403 S. 158.

Mitwirkung bei Ueberlassung von Wertpapieren an das Reich: Bd. 322, Nr. 1214 S. 192.
Weiteres siehe unter „Reichsbank".

11. Reichsbanknoten siehe unter A 12.

12. Reichskassenscheine, Reichsbanknoten. — Siehe auch unter A 8.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten (Zulassung der Reichskassenscheine als gesetzliches Zahlungsmittel; Aufhebung der Einlösungspflicht für Reichskassenscheine und Reichsbanknoten): Bd. 315, Nr. 8.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10A, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 347.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 4.

b) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mark: Bd. 315, Nr. 46.
Erste Beratung: Bd. 306, 5. Sitz. S. 50D.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 315, Nr. 58.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 131A.
Dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 132B.
Gesetz vom 22. 3. 1915, RGB. S. 179.
Ferner:
Bd. 315, Nr. 74 S. 8.
Bd. 316, Nr. 162 S. 10.

c) Notenumlauf:
Bd. 320, Nr. 650 S. 133.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 168.

13. Reichskriegsschatz. Mitteilung des Reichskanzlers vom 2. August 1914, betreffend Ueberweisung des im Juliusturm zu Spandau niedergelegten Reichskriegsschatzes im Betrage von 120 Millionen Mark, sowie des gemäß § 7 des Gesetzes über Aenderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 — Reichs-Gesetzbl. S. 521 — angesammelten außerordentlichen Goldbestandes im gleichen Betrage an die Reichsbank: Bd. 315, Nr. 1.
Bd. 306, 2. Sitz. S. 10C. — Zustimmung erteilt.

14. Reichsschuldenordnung. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ergänzung der Reichsschuldenordnung (Flüssigmachung der Reichskredite durch Ausgabe von Wechseln): Bd. 315, Nr. 6.
Erste, zweite, dritte Beratung.: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10A, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 325.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 5.

Kriegsfinanzpolitik, Kriegsfinanzmaßnahmen. A. Deutschland (Fortsetzung).

15. Valuta. Maßnahmen zur Stützung derselben siehe „Kriegswirtschaft" unter II 390, 393.

16. Wechsel des Reichs.
Ausgabe siehe unter A 14.
Umlauf: Bd. 306, 4. Sitz. S. 39C.
Verwendung zur Notendeckung siehe unter A 2.

B. Andere Staaten.

England. Finanzlage; Rede Lloyd Georges von den silbernen Kugeln; Goldbestand der Bank von England:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 36D, 42B, 43A.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1851A.

Kriegsanleihen, Begebungsart, Kurs; Höhe:
Bd. 319, Nr. 403 S. 177.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 39D.
14. Sitz. S. 226C, 227A.
23. Sitz. S. 454D.
34. Sitz. S. 774A.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1851B.

—, Gemeinschaftliche Anleihe des Dreiverbandes: Bd. 306, 4. Sitz. S. 41D.

—, Anleihe Englands und Frankreichs in Amerika: Bd. 306, 23. Sitz. S. 455A.

Kreditvorlagen (März 1918) in England und Frankreich, einstimmige Bewilligung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4526A, 4531A.

Anfertigung einer Uebersicht über die gesamte englische Finanzpolitik durch das Reichsschatzamt: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4745B.

Kriegssteuern:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 39A.
14. Sitz. S. 224A.
23. Sitz. S. 454C.
24. Sitz. S. 462C, 465C.
34. Sitz. S. 769D.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1368A, 1370C.

Frankreich. Anleihen im Auslande; Schatzscheine, Kreditgewährung der Bank von Frankreich; innere Kriegsanleihen:
Bd. 319, Nr. 403 S. 177.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 41A.
14. Sitz. S. 226D.
23. Sitz. S. 453B.

Notenumlauf der Bank von Frankreich: Bd. 319, Nr. 403 S. 154.

Oesterreich-Ungarn. Erfolg der Kriegsanleihe: Bd. 306, 4. Sitz. S. 39D.

Rußland. Anleihen bei den Verbündeten: Bd. 306, 4. Sitz. S. 40D.

Notenumlauf der Russischen Staatsbank: Bd. 319, Nr. 403 S. 154.

Petitionen der Frau v. Salpius in Weimar, der Frau Henriette Müller in Berlin und II. Nr. 4442 des Professors Dr. Loesche in Königssee (Oberbayern), betreffend Sicherstellung der in Deutschland befindlichen russischen Anleihen.
Mündl. Ber. d. Haush.-Aussch.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IVi.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120c. — Ueberweisung als Material.

Serbien. Petition, betreffend zwangsweise Beitreibung von Zinsen für serbische Staatsanleihen.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IIIh.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung als Material.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte.

Uebersicht.

Amerika, Deutsche in amerikanischer Gefangenschaft: III A
Austausch: I A.
—, Abkommen mit England: III D, J.
—, Abkommen mit Frankreich: III E, F.
—, Abkommen mit Rußland: III L.
Australische Gefangenlager: III D.
Behandlung im allgemeinen: I A.
Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen: II A, III A ff.
Behandlung der feindlichen Kriegsgefangenen usw. in Deutschland: IV A.
Belgien, — Deutsche in belgischer Gefangenschaft: III B.
Beschäftigung: III A.
Beschäftigung deutscher Gefangener usw.:
in amerikanischer Gefangenschaft: III A.
in englischer Gefangenschaft: III D.
in französischer Gefangenschaft: III E.
in russischer Gefangenschaft: III L.
Beschäftigung feindlicher Gefangener usw. in Deutschland: IV C.
China, — Abtransport von Deutschen siehe „Krieg" unter I B 4.
Corsika, Deutsche Gefangene: III E.
Dahomey, deutsche Gefangene: III E.
Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Ausland: II u. III.
Deutschland, — Feindliche Gefangene und Internierte in D.: IV.
Elsaß-lothringische Verschleppte: III E.
England, — Deutsche in englischer Gefangenschaft: III D, F.
—, englische Gefangene und Internierte in Deutschland: IV A.
Entweichen feindlicher Gefangener: IV H.
Ernährungsverhältnisse in engl. Gefangenenlagern: III D.
—, in französischen: III E.
—, in deutschen: IV C.
Fortbildung, Versorgung: II D.
Frankreich, deutsche Kriegsgefangene in F. usw.: II A, III E.
—, französische Kriegsgefangene in Deutschland: IV A.
Fürsorgegesetz: I B.
Gefangenenlisten (England): III D.
Gefangenenzeit, Anrechnung: II C.
Grausamkeiten gegen deutsche Gefangene: III D, III E, K, L.
Japan, deutsche Gefangene: Nr. III G.
Indien, Gefangenenlager: III D.
Italien, deutsche Gefangene: III H.
Kolonialdeutsche, Gefangennahme usw.: III B, III F, J.
Liberia, deutsche Gefangene: III J.
Löhne, Gehalt: II B.
Malta, deutsche Gefangene: III D.
Marokkodeutsche: II A, III E.
Ostpreußen, nach Rußland verschleppte: II A; III L.
Postverkehr, brieflicher Verkehr, Geldsendungen: II A, III E, F, L; siehe auch „Post- u. Telegraphenwesen" unter XIII 7.
—, Briefkontrolle zur Feststellung ihrer politischen Gesinnung siehe „Belagerungszustand" unter II 4.
Rumänien, deutsche Gefangene in R.: III K.
Rußland, deutsche Gefangene in R.: III E (Anfrage Ahlhorn), L.
—, russische in Deutschland, Zurückhaltung: IV J.
Sabotage feindlicher Gefangener: IV G.
Sanitäre Einrichtungen in englischen Gefangenenlagern: Nr. III D.
Seeleute, internierte: II E, III D.
Siam, Konzentrationslager: III D.
Somali-Land, deutsche Gefangene: III E.
Vergeltungsmaßregeln: II A.

I. Beiderseitige Gefangene und Internierte.

A. Vereinbarungen zwischen den Kriegführenden im allgemeinen über Behandlung und Austausch.

1. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittlung des Heiligen Stuhles oder einer anderen neutralen Macht unter sämtlichen kriegführenden Mächten alsbald in Kraft zu setzende Vereinbarungen zu treffen, durch welche
   1. das Los der Kriegsgefangenen wesentlich verbessert wird, sodaß in der Folge Vergeltungsmaßregeln aller Art beseitigt werden können;
   2. sämtliche Zivilgefangene ohne Unterschied des Alters freigelassen und auf ihr Verlangen in ihr Heimatland zurückbefördert werden gegen das ausdrückliche Versprechen der einzelnen Staaten, die Entlassenen nicht in die Wehrmacht einzureihen: Bd. 319, Nr. 429 unter Ia.

   Bd. 308, 72. Sitz. S. 1979 C, 1982 D, 1984 A, 1991 B, 1992 D, 1997 B, 2000 A. — Angenommen.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte. I. Beiderseitige Gefangene und Internierte (Fortsetzung).

2. Herausgabe eines Weißbuches über die Abkommen, betr. die Gefangenenbehandlung: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1991 A.

   Weißbuch enthaltend eine Zusammenstellung der Vereinbarungen zwischen Deutschland und den feindlichen Staaten über die beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen: Bd. 320, Nr. 645.

   Behandlung der Kriegsgefangenen und internierten siehe im übrigen nachstehend unter II—IV.

   Verdienste des deutschen und schwedischen Roten Kreuzes um das Los der Gefangenen: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2520 C.

3. Kriegsgefangene. Austausch, Mitwirkung der Niederlande, Schwedens, der Schweiz:
   Bd. 306, 13. Sitz. S. 213 D.
   Bd. 308, 72. Sitz. S. 1981 B, 1984 D, 1992 A.

4. Zivilgefangene, Austausch:
   Bd. 319, Nr. 429 unter 1 a 2.
   Bd. 306, 6. Sitz. S. 57 A.
   Bd. 308, 72. Sitz. S. 1983 A, 1986 C, 1989 A, D.

   Austauschverhandlungen mit England, Frankreich usw. siehe nachstehend unter III D, E und L; siehe auch die Petitionen unter II A.

B. Entwurf eines Gesetzes über Fürsorge für Kriegsgefangene: Bd. 321, Nr. 914.

Erste Beratung: Bd. 310, 114. Sitz. S. 3552 A, 3554 A.
Mündl. Ber. des 27. Ausschusses: Bd. 321, Nr. 927.

Zweite Beratung: Bd. 310, 115. Sitz. S. 3566 A. — Zurückverweisung an den Ausschuß.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3612 D.

Dritte Beratung: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3613 D.
Gesetz vom 15. 8. 1917 (RGBl. S. 725).

Antrag des Ausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 1 des Gesetzes über Fürsorge für Kriegsgefangene auf deutsche Zivilpersonen ausdehnt, die infolge der Kriegsereignisse im feindlichen Auslande festgehalten worden sind: Bd. 321, Nr. 927 Ziff. 2; Nr. 951 Ziff. 2.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3613 C, 3614 A. — Angenommen.

Ausdehnung auf Arbeiter feindlicher Staaten, die nach dem 1. August 1917 im Inlande festgehalten wurden: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3613 D,

II. Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Auslande, Allgemeines.

A. Behandlung, Lage:

Lage der deutschen Kriegsgefangenen in den feindlichen Ländern und Maßnahmen zu ihrer Unterstützung; Repressalien usw.:
Bd. 317, Nr. 255 S. 7.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 56 D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1979 D, 1987 D, 1989 D, 1991 B, 1993 C, 1995 A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378 B, 5394 D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5413 C, 5428 B, 5434 D.
174. Sitz. S. 5464 B, 5466 B, 5481 B.
175. Sitz. S. 5510 A.

Petitionen, betreffend deutsche Kriegsgefangene, auch Austausch. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschusses:

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. II. Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Auslande, Allgemeines.

Bd. 316, Nr. 138 unter III 18, 19; Bd. 317, Nr. 260 unter III 9q; Bd. 319, Nr. 429 unter III.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 708A.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2000A.

Anfrage Graf v. Westarp, v. Boehn, Reck (Lyck): Unsere Feinde behandeln, wie neuerdings immer häufiger in Einzelfällen bekannt wird, deutsche Gefangene allem Völkerrecht zuwider mit der größten Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit.

Die gleiche völkerrechtswidrige Behandlung wird auch den Zivilgefangenen, besonders den in Frankreich zurückgehaltenen Marokkodeutschen und den nach Rußland verschleppten Ostpreußen zuteil.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob und welche Schritte unternommen worden sind, um das Los der deutschen Gefangenen zu verbessern und ob es gelungen ist, eine dem Völkerrecht entsprechende Behandlung unserer Gefangenen herbeizuführen?: Bd. 320, Nr. 638.

Bd. 309, 86. Sitz. S. 2480B. — Beantwortet.

Behandlung in den einzelnen feindlichen Staaten siehe nachstehend unter III.

Vergeltungsmaßregeln, Anwendung: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1982D, 1986B, 1988A, 1990A, 1991C, 1993A, 1995D.

Ermittlung des Aufenthalts in Feindesland, Ermöglichung des brieflichen Verkehrs mit ihren Angehörigen. — Petition.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.:
Bd. 315, Nr. 85 unter IV 16.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209B.

Postsendungen an Gefangene siehe auch nachstehend unter III E, F und L.

B. Löhnung (Mannschaften) u. Gehalt (Offiziere).

Löhnung der Gefangenen, Auszahlung an die Angehörigen: Bd. 307, 41. Sitz. S. 904B.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Löhnung unserer Gefangenen an deren Angehörige in allen Fällen gezahlt werde, wo dies zur Unterstützung der Gefangenen notwendig erscheint: Bd. 319, Nr. 429 unter Ib.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1980C, 1989A, 2000A. — Angenommen.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Den in Gefangenschaft befindlichen deutschen Unteroffizieren und Mannschaften ist ihre Löhnung bisher nicht gezahlt worden. Ist der Herr Reichskanzler bereit, um das schlimme Los der in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten erträglicher zu machen, die Auszahlung ihrer Löhnung durchführen zu lassen — soweit die Gefangenen damit einverstanden sind, auch durch Auszahlung an ihre Angehörigen? Bd. 321, Nr. 959.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1018.

Anfrage Stücklen: Nach den gegebenen Bestimmungen ist die Löhnung kriegsgefangener Soldaten und Unteroffiziere an die Angehörigen ganz oder teilweise zu zahlen:
a) wenn Bedürftigkeit vorliegt,
b) wenn Aufwendungen für den Kriegsgefangenen zu machen sind.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. II. Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Auslande, Allgemeines.

In letzterem Falle verlangen einige Ersatztruppenteile ebenfalls den Nachweis der Bedürftigkeit der Angehörigen. Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß diese Bestimmungen von den Ersatztruppenteilen in weitherzigerer Weise ausgelegt werden und insbesondere im Falle b vom Nachweis der Bedürftigkeit der Angehörigen abgesehen wird? Bd. 321, Nr. 968.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1046.

Anfrage Dr. von Schulze-Gaevernitz: Es liegen eine Anzahl Fälle vor, in denen deutsche Offiziere, die nach der Mobilmachung zur Gestellung vom Auslande heimeilten, dabei in feindliche Gefangenschaft fielen. Ist die deutsche Heeresverwaltung bereit, dieselben genau so zu behandeln wie deutsche Offiziere, welche auf dem Schlachtfelde in Gefangenschaft geraten sind?

Wie steht es ferner mit den Familienunterstützungen und der Familienzahlung nach der Kriegsbesoldungsvorschrift § 12, Absatz 2 für diese Offiziere? Bd. 322, Nr. 1043.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1200.

Anfrage Fuchs, Davidsohn: Gemäß § 23 Ziffer 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift darf für Kriegsgefangene oder Vermißte die Bewilligung der ganzen Löhnung oder eines Teiles während der Gefangenschaft oder des Vermißtseins verfügt werden, insbesondere wenn daraus die Unterhaltung von Angehörigen bestritten werden soll.

Vom 1. Bataillon Reserve-Infanterieregiments 99 wird diese Zahlung laut Formular „aus dienstlichen Gründen" eingestellt.

Das 2. Bataillon Reserve-Infanterieregiments 18 hat Formulare herstellen lassen, wonach die Löhnungszahlung bis auf weiteres erlischt, wenn der Verdacht vorliegt, der betreffende Soldat habe sich freiwillig aus russischer Gefangenschaft nach Frankreich überführen lassen!

Beim 3. Bataillon Infanterieregiments 97 wird ein Formular verwendet, laut dem die Löhnungszahlung für Vermißte so lange eingestellt wird, bis die Angehörigen des Soldaten „nachweisen", daß der Vermißte „sich tatsächlich in Gefangenschaft" befindet". Zum Zwecke dieses Nachweises soll Karte oder Brief (des Vermißten!) ans Bataillon übersandt werden.

Wir fragen den Herrn Reichskanzler, ob er für eine dem Sinn und Geist des § 23 der Kriegsbesoldungsvorschrift entsprechende Anwendung zu sorgen gedenkt: Bd. 323, Nr. 1309.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4277C. — Beantwortet.

Anfrage Hierl (Ansbach): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von den meisten Truppenteilen die Zahlung der Gefangenenlöhnung an die Angehörigen der Gefangenen nach den alten niederen Sätzen erfolgt? Gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Gepflogenheiten einzuschreiten und Anordnungen zu treffen, daß die Gefangenenlöhnung nach den neuen erhöhten Sätzen bezahlt wird?: Bd. 323, Nr. 1374.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4401B. — Beantwortet.

Löhnungsbewilligungen, Nachzahlung für die Zeit vor Bekanntgabe des kriegsministeriellen Erlasses:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5413B.
174. Sitz. S. 5464B.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. II. Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Auslande, Allgemeines.

Resolution Gröber (Laupheim) zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß in den Fällen, in denen Bedürftigkeit für die Bewilligung von Löhnung an Angehörige Gefangener oder Vermißter anerkannt ist, die jeweils geltenden vollen Löhnungssätze ausgezahlt werden: Bd. 324, Nr. 1651 unter 2.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Anfrage Gunßer: Die Lage unserer kriegsgefangenen Offiziere, welche das Unglück haben, in Feindeshand zu fallen, ist in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht sehr häufig eine äußerst mißliche.
Von dem Tage seiner Gefangennahme an verliert der Offizier jeden Anspruch auf sein Gehalt; wohl wird ihm von dem Staate, in dessen Gewalt er geraten ist, eine Gefangenenlöhnung angerechnet, die für den Hauptmann monatlich 150, für den Leutnant 120 Franken beträgt. Von dieser Summe wird aber Kost, Unterkunft usw. abgerechnet und nur der Rest bar an ihn ausbezahlt. Dieser Betrag ist meist so gering, daß der Offizier nicht in der Lage ist, das Nötigste an Kleidung oder Kost aus den teuren Kantinen zu erwerben.
Will der gefangene Offizier daher nicht Not leiden, so ist er auf die finanzielle Unterstützung seiner Angehörigen in der Heimat angewiesen, ein Zustand, der vielfach Mißstimmung hervorruft.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Schritte zu unternehmen, welche diese Zustände beseitigen oder wenigstens mildern?: Bd. 325, Nr. 1760.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6095A. — Beantwortet.

C. Anrechnung der Gefangenenzeit als Dienstzeit.
Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den deutschen Kriegsgefangenen die Zeit ihrer Gefangenschaft als Dienstzeit angerechnet wird: Bd. 324, Nr. 1642 unter 3.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5394D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423D.
174. Sitz. S. 5464B, 5489A.
175. Sitz. S. 5503B.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

D. Fortbildung, Versorgung.
Anfrage Stücklen: Den in der Schweiz als ausgetauschte Kriegsgefangene internierten deutschen Volksschullehrern wird auf Veranlassung amtlicher deutscher Stellen der Besuch von Hochschulen zum Zwecke der weiteren Fortbildung nicht gestattet.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Aufhebung dieser Beschränkung herbeizuführen?: Bd. 322, Nr. 1238.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1378.
Vaterländischer Unterricht nach Rückkehr, Verfügung des stellvertr. Generalkommandos zu Altona vom 16. Mai 1918: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5256B, 5257C.
Petition des Ludwig Fritsche in Berlin-Stralau um Maßnahmen zur ausreichenden Versorgung der in Afrika interniert gewesenen kriegsgefangenen Deutschen.
Mündl. Ber. des Haush.-Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. III b 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

E. Seeleute, internierte; Entschädigung für Verluste: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3646B.
Petition betreffend Entschädigungen der von neutralen oder feindlichen Schiffen gefangen genommenen deutschen Seeleute.
Mündl. Ber. des Pet.-Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II cc.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.
Internierung von Mannschaften des deutschen Prisenschiffes „Igotz Mendi" in Dänemark siehe „Seekrieg" unter C.

F. Deutsche Kriegsgefangene in der Schweiz, Zollbefreiung für ihre Arbeitserzeugnisse, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

III. Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

A. Deutsche in amerikanischer Gefangenschaft.
Anfrage List (Eßlingen), Dr. Stresemann: Die „Pall Mall Gazette" vom 29. April d. Js. schreibt:
„Wenn man nach einigen amtlichen amerikanischen Kriegsphotographien urteilen darf, so hat die Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs die Absicht, ihre Kriegsgefangenen zu verhätscheln. Unter diesen Photographien befindet sich eine mit dem Aufdruck: „Ein deutscher Marineoffizier in Gedanken". Kapitän König, früherer Befehlshaber eines internierten deutschen Handelsdampfers und Reserveoffizier in der kaiserlichen Marine, ist von Onkel Sam an die Arbeit gesetzt worden. Er gehört zu einer Rotte Kriegsgefangener, die „Großes klein machen". Auf den Photographien sieht man, wie dieser deutsche Offizier und seine Mitgefangenen unter starker Bewachung Steine klopfen und Kanalisationsröhren legen, um das Lager vor den Wirkungen des Frühlingstauwetters zu schützen."
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob diese Mitteilung den Tatsachen entspricht und welche Maßnahmen gedenkt er zutreffendenfalls gegen ein derartiges Verhalten zu ergreifen?: Bd, 324, Nr. 1641.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5496D. — Beantwortet.

B. Deutsche Zivilgefangene in belgischer Gefangenschaft.
Anfrage Waldstein: Bei der Besetzung Taboras ist von den belgischen Truppen die gesamte Zivilbevölkerung, darunter eine größere Anzahl Frauen und Kinder, völkerrechtswidrig gefangen genommen worden. Die belgische Regierung hat diese Gefangenen auf dem beschwerlichen Wege über den Kongo nach Frankreich überführen lassen und hält sie heute noch dort in Konzentrationslagern fest.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. III. Deutsche Kriegsgefangene u. Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die Lage der Gefangenen und die zu ihrer Befreiung unternommenen Schritte Auskunft zu geben?: Bd. 322, Nr. 1072.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3764C. — Beantwortet.

C. Deutsche in China.
Abtransport, Internierung in Australien, siehe „Krieg" unter I B 4.

D. Deutsche in englischer Gefangenschaft. (Kriegsgefangene, Internierte).
Behandlung in England, Sonderbehandlung der U-Boot-Mannschaften:
Bd. 306, 6. Sitz. S. 57A.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2446C.
Lager Brocton, Behandlung und Mißhandlung der Gefangenen durch den Oberst Grant: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5831A ff., 5833D.
Schaffung gefangener deutscher Offiziere an die Küste zwecks Verhinderung des Angriffs: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5481D.
Anfrage Dr. Heckscher: Das „Berliner Tageblatt" hat in der Morgennummer vom 13. Dezember 1916 einen Bericht über die Behandlung deutscher Gefangener im Alexandra Palace zu London gebracht. Dieser Bericht erweist, daß die sanitären Einrichtungen in jenem Gefangenenlager jeder Beschreibung spotten. Auch ist die Behandlung der deutschen Gefangenen eine brutale.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die englische Verwaltung in nachdrücklicher Weise an ihre menschlichen Pflichten zu erinnern?: Bd. 320, Nr. 640.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2531B. — Beantwortet.
Anfrage Dr. Heckscher: Ueber die Behandlung deutscher Zivilgefangener in Konzentrationslagern Englands und seiner Kolonien liegen zahlreiche Klagen und Hilferufe vor.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu erteilen, ob und welche Schritte in jüngster Zeit deutscherseits unternommen worden sind, das Los jener deutschen Gefangenen zu bessern?: Bd. 323, Nr. 1302.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4150C. — Beantwortet.
Anfrage Dr. Stresemann: Nach den mit Groß-Britannien getroffenen Vereinbarungen sollen die Gefangenen-Listen in regelmäßigen Zeitabschnitten, tunlichst einmal in der Woche, durch Vermittlung der Vertreter der mit der Wahrnehmung der Interessen der Kriegführenden betrauten Mächte ohne Verzug dem Heimatsstaat zugestellt werden.
Groß-Britannien betrachtet die Zivil-Internierten ebenfalls als Kriegsgefangene (Prisoners of War). Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es keiner der zuständigen Behörden, weder dem Auswärtigen Amt noch dem Kolonial-Amt, bisher gelungen ist, von Groß-Britannien Listen über die in dortiger Gefangenschaft befindlichen Gefangenen aus England, dem Ausland und den deutschen Kolonien zu erhalten, und was gedenkt der Herr Reichskanzler zur Abstellung dieses für die Gefangenen mit größtem Nachteil verbundenen Verhaltens Groß-Britanniens zu tun?: Bd. 324, Nr. 1576.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5048D. — Beantwortet.
Anfrage Dr. Heckscher: Auf Grund zuverlässiger Nachrichten aus jüngster Zeit werden die Zustände in den englischen Gefangenenlagern zusehends härter und unerträglicher. Insbesondere ist die Ernährung während der letzten Monate völlig unzureichend.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die gegenwärtigen Zustände in den englischen Gefangenenlagern nähere Auskunft zu geben und mitzuteilen, welche Maßnahmen vorbereitet oder ergriffen worden sind, um das Los der deutschen Gefangenen in England zu bessern?: Bd. 324, Nr. 1601. — Unerledigt.
Anfrage Dr. Bell: Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Kriegsgefangenenlagern in England werden dort untergebrachte deutsche Offiziere seit einiger Zeit in unwürdiger Weise behandelt, indem ihnen außer erheblicher Herabsetzung der ohnehin äußerst knappen Beköstigung namentlich jede Sportbetätigung und jede Musik verboten, alle Zeitungen und sonstigen Nachrichten, jegliche Postsendungen, Briefe und Pakete vorenthalten und überdies harte und unnötige Erschwernisse in der Art und dem Umfange der Ueberwachungs- und Kontrollvorschriften, Paraden usw. auferlegt werden.
Weitere Nachrichten ergeben, daß auch die Erfüllung des deutsch-englischen Abkommens über den Austausch kriegsgefangener Offiziere und deren Internierung in Holland sich auf englischer Seite in einer Weise vollzieht, die bei höchst einseitiger Auswahl der für den Austausch bestimmten deutschen Offiziere und bei weitgehender Zurückbehaltung kranker und seit der Sommeschlacht kriegsgefangener Offiziere sich schwerlich mit dem Sinne und Inhalte des Austausch-Abkommens in Einklang bringen läßt.
Welche geeigneten Maßnahmen lassen sich treffen zum Schutze und zur Erleichterung des Loses unserer unter solcher Behandlung schwer leidenden kriegsgefangenen Offiziere und zur vertragstreuen Erfüllung des deutsch-englischen Austausch-Abkommens?: Bd. 324, Nr. 1602. — Unerledigt.
Anfrage Prinz zu Schoenaich-Carolath: Zeitungsnachrichten zufolge sind anläßlich der Schlachten im Kemmelgebiet am 25. April d. J. 1 Offizier und 5 Mann des deutschen Infant.-Regts. 118 nach ihrer Gefangennahme durch die Engländer in unmenschlicher Weise gemartert, verstümmelt und ihres Augenlichts beraubt worden.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob dies den Tatsachen entspricht, und gedenkt er an geeigneter Stelle gegen die Wiederholung solcher Ungeheuerlichkeiten energischen Widerspruch zu erheben?: Bd. 324, Nr. 1665.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5638D. — Beantwortet.
Anfrage Dr. Heckscher: Die Pariser Zeitung „Le Temps" vom 11. März 1918 enthält die Darstellung, daß gegen deutsche gefangene Seeleute vom Hilfskreuzer „Wolf" ein Gerichtsverfahren in Bombay stattgefunden habe.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu erteilen, ob der deutschen Reichsregierung von diesem Gerichtsverfahren und seinem Ausgang etwas bekannt ist?: Bd. 324, Nr. 1429.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1628.

Gefangenenlager in Indien: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1979 D.

Anfrage Dr. Heckscher: Im Lager zu Ahmednagar in Indien, und zwar im sogenannten A-Camp, werden seit dreieinhalb Jahren eine große Anzahl deutscher Zivilgefangener neben österreichisch-ungarischen Zivilgefangenen hinter doppeltem Drahtgitter in Wellblechbaracken gefangen gehalten. Die Gefangenen sind ohne genügende Bewegungsfreiheit den Einwirkungen des tropischen Klimas ausgesetzt und leiden körperlich und seelisch aufs schwerste.

Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um auf England dahin zu wirken, daß diesem menschenunwürdigen Zustande schleunigst ein Ende gemacht wird?: Bd. 323, Nr. 1380.

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4450 B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Heckscher: Nach zuverlässigen Nachrichten sind auf Anstiftung und unter dem Druck Englands sowie unter der Beihilfe Frankreichs die in Siam ansässigen deutschen Familien nach Konzentrationslagern in Indien überführt worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu erteilen, welche Vergeltungsmaßregeln die deutsche Reichsregierung gegen dieses brutale, völkerrechtswidrige Verfahren getroffen hat?: Bd. 324, Nr. 1636.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495 B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Heckscher, betr.: Nach einer Mitteilung der „B. Z. am Mittag" sind in dem australischen Gefangenenlager Porres von einem vertierten Lagerkommandanten, Major Hawks, persönlich und unter seiner Verantwortung Verbrechen und unerhörte Grausamkeiten an deutschen Gefangenen begangen worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu erteilen, ob diese Vorgänge der Reichsregierung bekannt sind, und eventuell welche Gegen- und Vergeltungsmaßregeln die deutsche Reichsregierung getroffen hat?: Bd. 325, Nr. 1911.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1926.

Austausch mit England: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1981 B, 1986 C 1998 B, D.

—, Abkommen mit England, Gefangenenaustausch und -behandlung im Haag:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5482 A.
175. Sitz. S. 5501 A.
180. Sitz. S. 5646 D.
184. Sitz. S. 5817 A.

Anfrage Dr. Bell: Zwischen Deutschland und England schweben Verhandlungen über den Austausch von Kriegsgefangenen und Internierten.

Ferner sind über die Behandlung der in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und Internierten lebhafte Beschwerden geführt worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit,

1. Auskunft über den Inhalt des deutsch-englischen Abkommens betreffs des Austauschs von Kriegsgefangenen und Internierten zu geben, sobald die Verhandlungen zum Abschluß gelangt sind?
2. Mitteilung darüber zu machen, welche Schritte von der Regierung unternommen sind zur Besserung der Behandlung der in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und Internierten und zur Erleichterung ihres Loses?: Bd. 325, Nr. 1816.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1895.

Anfrage Prinz zu Schoenaich-Carolath: Auf Malta befinden sich seit Beginn des Krieges etwa 150 deutsche Gefangene, welche zurzeit in Gefahr sind, Hungers zu sterben. Versuche des deutschen Roten Kreuzes, Nahrungsmittel nach dort für dieselben zu schicken, sind zurückgewiesen worden. Es werden dort Internierte von über 56 Jahren zurückgehalten.

Dies widerspricht den über Gefangenenaustausch mit England letzhin getroffenen Abmachungen.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese überaus traurigen Verhältnisse bekannt und gedenkt er anläßlich der im Haag gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen für die unglücklichen in Malta internierten Deutschen einzutreten?: Bd. 324, Nr. 1666.

Bd. 313, 180. Sitz. S. 5639 A. — Beantwortet.

E. Deutsche in französischer Gefangenschaft (Kriegsgefangene, Internierte).

Behandlung, Verpflegung in Frankreich:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1562 B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1989 D, 1992 A.

Behandlung, Beschäftigung in der Kampfzone, Gegenmaßnahmen:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2425 B.
85. Sitz. S. 2445 D, 2447 B, 2454 B, 2468 A.
86. Sitz. S. 2481 B, 2492 A, 2500 B. 2503 A.

—, Zurückziehung aus der Kampfzone, Behandlung; Vergeltungsmaßregeln:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3048 D.
101. Sitz. S. 3075 C, D, 3088 B.

—, Mißhandlungen, Fürsorgemaßnahmen:
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5738 C.
183. Sitz. S. 5750 A.

—, Behandlung, Aufenthalt in Ställen, Zustände in Interniertenlagern:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5481 B.

—, Behandlung und Verhalten der gefangenen Elsaß-Lothringer, Polen und Dänen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5459 B.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Postsendungen (Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen, Postpakete), die für die in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen bestimmt sind, diesen erst nach mehr als einmonatiger Frist zugestellt werden?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um eine Verbesserung dieser Verhältnisse seitens der französischen Behörden herbeizuführen?: Bd. 317, Nr. 200.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 594 B. — Beantwortet.

Anfrage Ahlhorn: Von deutschen Soldaten, die seit einem Jahr und länger keine Nachricht aus

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. III. Deutsche Kriegsgefangene u. Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

dem Felde mehr gegeben hatten, sind in den letzten Monaten vereinzelt und auf Umwegen Briefe und Karten bei ihren Angehörigen eingetroffen mit der kurzen Mitteilung, daß sie in Gefangenschaft seien und nicht schreiben dürften.

Kann der Herr Reichskanzler Auskunft darüber geben, ob und in welchen französischen und russischen Gefangenenlagern den deutschen Soldaten noch immer verboten ist, an ihre Angehörigen zu schreiben, und was gedenkt er zu tun, um die Aufhebung des Schreibverbots zu erwirken?: Bd. 318, Nr. 385.

Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 407.

Anfrage Dr. Heckscher: Auf Grund zuverlässiger Berichte steht fest, daß auf der Insel Corsika deutsche Zivil- wie Militärgefangene in Sumpffiebergegenden beschäftigt werden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die französische Regierung zu veranlassen, diesem Zustand ein Ende zu machen?: Bd. 322, Nr. 1165.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1233.

Auslieferung der aus Elsaß-Lothringen Verschleppten und humane Behandlung der in französischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Zivilpersonen.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.:
Bd. 315, Nr. 53 unter III f.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 62 D.

Ferner:
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1988 C, 1994 C.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2446 D.
86. Sitz. S. 2500 D.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um raschestens, jedenfalls vor Eintritt des Winters, die längst gegebene Zusage der französischen Regierung betreffs Freilassung der völkerrechtswidrig in Frankreich zurückgehaltenen elsässischen Geiseln (auch Frauen und Kinder) durchzusetzen?: Bd. 322, Nr. 1170. — Nicht beantwortet.

Anfrage Dr. Heckscher, Ahlhorn, Waldstein: Bei Kriegsausbruch haben die französischen Behörden in Marokko den Marokko-Deutschen amtlich zugesichert, daß sie nach dem neutralen Auslande verbracht würden. Diesen Zusicherungen zuwider sind die Marokko-Deutschen zunächst nach Algier bis in die Oasen der Wüste Sahara verschleppt und nunmehr nach Frankreich verbracht worden. Sowohl in Afrika, wie auch in Frankreich sind unsere Landsleute von den Franzosen in einer menschenunwürdigen Art behandelt worden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Erfüllung der amtlichen französischen Zusicherung zu erreichen und die Freilassung der heute noch in französischer Gefangenschaft befindlichen annähernd zweihundert Marokko-Deutschen durchzusetzen?: Bd. 320, Nr. 639.

Bd. 309, 87. Sitz. S. 2530 D. — Beantwortet.

—, siehe auch die Anfrage unter II A.

Behandlung der Deutschen in Dahomey: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5481 C.

Anfrage Dr. Heckscher: Nach einer Reutermeldung wurde ein Deutscher, namens Holtz, und ein Oesterreicher, namens Carmelitsch, an der Grenze des französischen Somali-Landes nach einem Gefecht gefangen genommen. Holtz soll nach der

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. III. Deutsche Kriegsgefangene u. Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

gleichen Meldung nach Djibuti gebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt worden sein.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen, welche Maßnahmen die deutsche Reichsregierung getroffen hat, um einen französischen Justizmord zu verhindern?: Bd. 322, Nr. 1147.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1266.

Austausch mit Frankreich.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Vereinbarung mit der französischen Regierung zu erstreben, die bewirkt,

1. daß die trotz des im Januar d. J. abgeschlossenen Auslieferungsvertrages noch in Gefangenschaft zurückgehaltenen Frauen, Kinder und über 55 Jahre alten oder kriegsuntauglichen Männer baldigst freigegeben werden;
2. daß die in jenem Auslieferungsvertrage für die Männer festgesetzte Altersgrenze von 55 Jahren auf die für unsere Militärpflicht geltende Zahl 45 herabgesetzt werde, wie das von seiten Englands in nächster Zeit zu erwarten ist;
3. daß diejenigen, die weiter in Gefangenschaft verharren müssen, vertragsmäßig den kriegsgefangenen Soldaten in jeder Hinsicht gleichgestellt werden;
4. daß noch zahlreicher, als bisher geschehen, kranke Zivilgefangene zur Erholung in die Schweiz gesandt werden;
5. daß die gegenseitige Verpflichtung, die über Militärpersonen verhängten Arrest- und Gefängnisstrafen bis Beendigung des Krieges auszusetzen, auch auf die Zivilgefangenen ausgedehnt wird;
6. daß die schreienden Mißstände in verschiedenen Gefangenenlagern, insbesondere in dem der Chartreuse près le Puy, beseitigt werden:
   Bd. 319, Nr. 429 unter Ic.
   Bd. 308, 72. Sitz. S. 1980 C, 1983 B, 2000 A. — Angenommen.

Austauschverhandlungen, Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich im Haag:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5482 A.
175. Sitz. S. 5501 A.
179. Sitz. S. 5610 A.
184. Sitz. S. 5817 A.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Das sog. Berner Abkommen, das die gegenseitige Rückkehr der seit mehr als 18 Monate in Gefangenschaft lebenden Soldaten ermöglichen sollte, und nach welchem monatlich 8000 kriegsgefangene Unteroffiziere und Mannschaften ausgetauscht werden sollten, ist leider nach verhältnismäßig geringen Anfängen fast eingeschlafen, da die französische Regierung erklärte, daß es ihr an erforderlichen Fahrbetriebsmitteln fehle.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen durch die französische Regierung durchzusetzen?: Bd. 325, Nr. 1946.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1992.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. III. Deutsche Kriegsgefangene u. Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Nach dem Kriege von 1870/71 wurden einzelne Gefangene böswilligerweise in Frankreich zurückgehalten, denen es erst nach Jahren durch die Flucht gelang, nach Deutschland zurückzukehren. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um zu verhüten, daß nach diesem Kriege nicht ähnliche oder noch schwerer wiegende Fälle eintreten?: Bd. 321, Nr. 1002.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1135.

F. Kolonialdeutsche (deutsche Kolonien) in englischer und französischer Gefangenschaft.

Anfrage Dr. Heckscher: Seit geraumer Zeit hat England den Postverkehr mit unseren Südwestafrikanern und mit anderen internierten Kolonialdeutschen gesperrt.

Welche Vergeltungsmaßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um England zur Erfüllung seiner menschlichen Pflichten anzuhalten?: Bd. 323, Nr. 1381.

Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523 A. — Zurückgestellt.
146. Sitz. S. 4575 C. — Zurückgestellt.

Schriftliche Antwort: Bd. 324 Nr. 1606.

Anfrage Dr. Stresemann: Die in England und Frankreich sowie in den von den Feinden besetzten Kolonien befindlichen gefangenen Deutschen befinden sich in besonders drückender Lage, da sie nach meistenteils jahrelangem Aufenthalt im tropischen Klima jetzt eine Gefangenschaft von 3 bis 4 Jahren erdulden müssen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den sofortigen Austausch und die Rückkehr der gefangenen Kolonialdeutschen in die Heimat zu erreichen?: Bd. 324, Nr. 1639.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5496 A. — Beantwortet.

Zurückhalten deutscher Frauen und Kinder in Deutsch-Ostafrika durch die Engländer: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5156 B.

Behandlung der Kolonialdeutschen, Austausch der über 45 Jahre alten Kolonialdeutschen, Abkommen mit Belgien und Frankreich, Verhandlungen mit England: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5156 C, 5159 B, 5161 A.

G. Deutsche in japanischer Gefangenschaft.

Petition der Frau Neuberg in Basel, betreffend Befreiung der in Japan internierten Kriegsgefangenen, Rückgabe der deutschen Kolonien in Afrika usw.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IV f.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C. — Für erledigt erklärt.

H. Deutsche in italienischer Gefangenschaft.

Anfrage Dr. Heckscher: Deutsche Gefangene befinden sich unter höchst ungünstigen Verhältnissen in afrikanischen Kolonien Italiens.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu erteilen, ob und welche Schritte unternommen worden sind, um allenfalls unter Androhung und Durchführung entsprechender Vergeltungsmaßregeln die Ueberführung der deutschen Gefangenen nach Italien durchzusetzen: Bd. 325, Nr. 1719.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6117 A. — Beantwortet.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. III. Deutsche Kriegsgefangene u. Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

I. Deutsche in Gefangenschaft in Liberia.

Anfrage Dr. Müller (Meinigen): Die Republik Liberia hat die diplomatischen Beziehungen mit dem deutschen Reiche abgebrochen. Seit etwa einem Jahre haben die Angehörigen von dem Verbleib der deutschen Kolonie dortselbst keine Nachricht. Jetzt verlautet, daß die Deutschen dort interniert werden sollen oder bereits interniert sind. Eine Internierung in Afrika wäre ein Todesurteil für dieselben!

Ist dem Herrn Reichskanzler Näheres über das Schicksal der deutschen Kolonie in Liberia bekannt? Was gedenkt er zu tun, um sie vor dem drohenden Untergang zu bewahren?: Bd. 321, Nr. 888.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 958.

K. Deutsche in rumänischer Gefangenschaft.

Anfrage Stubbendorff: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach Zeitungsnachrichten aus Rumänien in dem Gefangenenlager von Sipote von etwa 4000 deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen infolge schlechter Unterkunft und barbarischer Mißhandlungen nur noch etwa 300 am Leben sind?

Was ist deswegen geschehen oder was gedenkt der Herr Reichskanzler dabei zu tun?: Bd. 323, Nr. 1268.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1370.

Anfrage v. Graefe: Bekanntlich sind die deutschen Kriegsgefangenen in keinem Lande so brutal behandelt worden wie in Rumänien. Tausende sind zu Tode gemartert oder im Elend umgekommen. Rumänische Lagerkommandanten und andere rumänische Offiziere, die sich dieser Roheiten schuldig gemacht haben, sind in unsere Hände gefallen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Untaten der Sühne zuzuführen und dadurch die andern Staaten, insbesondere Frankreich, daran zu erinnern, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, seine in Kriegsgefangenschaft geratenen Reichsangehörigen ungestraft quälen zu lassen?: Bd. 324, Nr. 1414.

Bd. 311, 146. Sitz. S. 4578 C. — Abgesetzt.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4730 C. — Abgesetzt.
154. Sitz. S. 4831 A. — Abgesetzt.
157. Sitz. S. 4900 A — Beantwortet.

Elend im Lager Sipote, Mißhandlungen, Einzelfälle, Statistische Angaben über Todesfälle usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378 B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5413 C, 5428 B.
182. Sitz. S. 5735 A ff., 5743 D ff.
183. Sitz. S. 5748 D ff.
184. Sitz. S. 5810 B, 5839 A.

Entschädigung der Gefangenen; Bestrafung der Schuldigen:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4192 A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378 B.
Bd, 313, 173. Sitz. S. 5413 C, 5428 B, 5434 D.
174. Sitz. S. 5464 B, 5466 B.
175. Sitz. S. 5510 A.
177. Sitz. S. 5543 D, 5549 A, 5551 D, 5553 D, 5562 A.
182. Sitz. S. 5729 A, 5732 A, 5735 A ff., 5738 D, 5743 D ff.
183. Sitz. S. 5748 D.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Forts.). Uebersicht siehe S. 6473. III. Deutsche Kriegsgefangene u. Internierte in den einzelnen feindlichen Ländern.

Tätigkeit Amerikas als Schutzmacht für die deutschen Kriegsgefangenen: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5737D.

Petition des A. Stoß in Wiesbaden, betreffend die Behandlung unserer Gefangenen in Rumänien: Bd. 324, Nr. 1697 unter III.

Bd. 313, 183. Sitz. S. 5762D, 5764 C. — Für erledigt erklärt.

L. Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Behandlung; Aufstellung von Gefangenenlisten: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1990 A, 1991 D.

—, Behandlung, Lage:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2446D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378B, 5394D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5413C, 5428C, 5434D.
174. Sitz. S. 5465 C.
175. Sitz. S. 5501A, 5510A, 5523B.
184. Sitz. S. 5818 A.

Tätigkeit des schwedischen und dänischen Roten Kreuzes: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2446 D.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Nach Mitteilungen des „Deutschen Reichsanzeigers" sind im Gefangenenlager zu Totzki in Rußland 17000 deutsche Soldaten elendiglich umgekommen, und viele Leichen der Gestorbenen in gefrorenem Zustande vor dem Lager aufgeschichtet worden.

Was hat der Herr Reichskanzler zur Vergeltung dieser erschreckenden Gefühlsroheit und zum Schutze unserer gefangenen Volksgenossen in Rußland getan?: Bd. 320, Nr. 648.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 693.

Petition des H. Weißenfeld in Groß Rominten (Kreis Goldap), betreffend Beschwerde seines in russischer Gefangenschaft befindlichen Sohnes über Vorenthaltung von Geldern aus der Heimat.

Mündl. Ber. des Haush. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. III b 2.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen), Kopsch: Zahlreiche Klagen von Eltern berichten, daß die Nachrichten von deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien, vor allem aus dem Lager Berefowka (Ostsibirien), seit langer Zeit völlig ausgeblieben sind; Post- und Geldsendungen gingen ebenfalls nicht mehr durch. Auch das Rote Kreuz versagte mit Aufklärung. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob sich die Gefangenen in Ostsibirien noch in ihren Lagern befinden, oder ob die Lager in geregeltem Abtransport nach Westen geräumt wurden, ob die Gefangenen auch dort entlassen wurden, oder entflohen sind und sich auf eigene Faust durchschlagen müssen.

Was hat die Regierung für die glückliche Heimkehr der Gefangenen im Osten bereits unternommen und was gedenkt sie weiter zu tun?: Bd. 323, Nr. 1372.

Bd. 311, 141. Sitz. S. 4399 D. — Beantwortet. Siehe auch die Anfrage Ahlhorn unter III E.

Anfrage Colshorn: Ist der Herr Reichskanzler davon unterrichtet, daß von der Finanzabteilung unseres Generalkonsulats in Moskau von Reichsdeutschen, darunter zahlreichen früheren Zivilgefangenen, Einzahlungen gegen eine Vermittlergebühr seit dem Monat Juni zur Ueberweisung nach Deutschland entgegengenommen worden sind, daß diese Einzahlungen bis heute nicht zur Auszahlung gelangt sind? Im Vertrauen darauf, daß ihnen ihr Geld in angemessener Zeit ordnungsmäßig in Deutschland zur Verfügung gestellt würde, sind zahlreiche Einzahler in Not geraten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die betreffenden ihm unterstellten Behörden zu schleunigster Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu veranlassen?: Bd. 325, Nr. 1910.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1934.

Austausch, Zurückführung Wiederverwendung an der Front:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5391D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5447C, 5450B.
174. Sitz. S. 5467A.
184. Sitz. S. 5817A.

Fürsorge für aus Rußland zurückkehrende Kriegsgefangene:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384A, 5394D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5413A, 5437B, 5447C.
174. Sitz. S. 5465B, 5488B.
175. Sitz. S. 5501A.

Rückkehr aus Rußland, Bekämpfung der Revolutionsideen durch vaterländischen Unterricht: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5515D.

Eintrittszwang in die internationale Garde, Verhalten der Bolschewiki-Regierung, Verschleppung nach Sibirien:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5428D.
174. Sitz. S. 5466D, 5488B.
175. Sitz. S. 5501A, 5510B, 5525B ff.
184. Sitz. S. 5810B.

Petition Martha Lippmann, betreffend schleunigen Austausch der in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen: Bd. 324, Nr. 1420 unter III a.

Bd. 311, 145. Sitz. S. 4570A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen, der Angehörigen der Randstaaten usw. (Bestimmungen des Friedesvertrags von Brest-Litowsk) siehe „Rußland" unter A 8 und 9c.

Verschleppung von Ostpreußen nach Rußland, baldige Rückkehr:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2446D.
86. Sitz. S. 2492C, 2500C.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4182B.

—, Zurückhaltung von zwei Geiseln aus Lyck in Rußland: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1997D, 1998D.

—, Petition der Frau Amalie Laßka, geb. Volkmann, aus Wissowatten, Kreis Lötzen, betreffend Auslieferung ihrer Angehörigen aus Rußland:
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 321, Nr. 865.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3557A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

—, Siehe auch die Anfrage unter II A, „Ostpreußen" und „Rußland" unter A 3.

Petition des Wilhelm Labusch in Elbing, betreffend Befreiung seiner Geschwister aus russischer Gefangenschaft:
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II e.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6473.

IV. Kriegsgefangene und Internierte in Deutschland.

A. Behandlung, Lage, Verpflegung, Zustand der Gefangenenlager usw.:
Bd. 306, 6. Sitz. S. 56D, 58C.
19. Sitz. S. 352B.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 914B.
60. Sitz. S. 1562A.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1745A, 1764C.
72. Sitz. S. 1981A, 1987A, 1990B, 1992B, 1993B.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046C.
101. Sitz. S. 3075B, D, 3082D, 3088C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3132D.
110. Sitz. S. 3467B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5448B, 5450B.
174. Sitz. S. 5455B, 5466A, 5481C.
175. Sitz. S. 5509D, 5511B, 5523A.
184. Sitz. S. 5838A.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 176b.

Behandlung englischer und französischer Offiziere, Bahnhof Offenburg, Bahnhof Barmen-Rittershausen, Personenzug Cöln-Hannover:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5413D.
174. Sitz. S. 5465D.

Anfrage Gugelmeier: Am 19. April ds. Js. wurden in Appenweier bei Straßburg etwa 24 gefangene englische Offiziere in der Bahnhofswirtschaft I. und II. Klasse bewirtet. Dies erregte die lebhafteste Entrüstung der zahlreichen von und zur Front reisenden deutschen Offiziere und Mannschaften, die mit den übrigbleibenden Wirtszimmern und den Verpflegungsbaracken vorlieb nehmen mußten.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartige, im Hinblick auf die bekannte Behandlung deutscher Gefangener durch unsere Feinde unwürdigen Auswüchse deutscher Gutmütigkeit künftighin zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1581.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1826.

B. Gefangenenlager, Einsetzung von Arbeiterausschüssen:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2446B, 2454C, 2468C.
86. Sitz. S. 2492B, 2503C.
—, Bewirtschaftung, Bewachung usw.: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5482A.
—, Siehe auch nachstehend C ff. u. K.

Bericht des amerikanischen Botschafters Gerard über die deutschen Gefangenenlager in Wittenberg usw.:
Bd. 309, 95. Sitz S. 2871D.

C. Beschäftigung, Verpflegung, Bezahlung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 55.
Bd. 317, Nr. 225 S. 70.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 62A.
7. Sitz. S. 75C.
12. Sitz. S. 187D.
16. Sitz. S. 275A, 283D.
26. Sitz. S. 535B.
29. Sitz. S. 601C.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2111A, 2114D.

Beschäftigung in der Landwirtschaft, Unterkunft, Beköstigung: Bd. 308, 65. Sitz. S. 1745A, 1764C.

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6473. IV. Kriegsgefangene und Internierte in Deutschland.

Gestellung von Gefangenen für Frühjahrsbestellung usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046C.
101. Sitz. S. 3075A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3467A, 3498C.
—, Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 241c.

Brotration der in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen; Ueberweisung einer entsprechenden Mehlmenge an den Arbeitgeber: Bd. 306, 31. Sitz. S. 699A.

Brot- und Fleischrationen für Gefangene, hohe Bemessung: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2469A.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): In Handwerkerkreisen bestehen lebhafte Klagen, daß die von ihnen zu entrichtende Bezahlung der Kriegsgefangenen eine viel zu hohe ist, und daß den ungelernten Kriegsgefangenen nach 4 Monaten Tätigkeit in Handwerksbetrieben die Vergütung von gelernten Gefangenen (Handwerksgehilfen) bezahlt werden muß.
Gedenkt der Herr Reichskanzler diese Beschwerden abzustellen? Bd. 320, Nr. 692.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 884.

Petition des von Plessen in Reez, Post Kavelstorf (Mecklbg.-Schwerin): Daß jede Zahlung von Verpflegungsgeldern für kriegsgefangene landwirtschaftliche Arbeiter fortfällt, landwirtschaftliche Arbeitgeber vom 1. Oktober 1916 ab für Ueberlassung von Gefangenen täglich 30 Pf. an die Heeresverwaltung zu zahlen haben und die im Kalenderjahr 1916 gezahlten Verpflegungsgelder zurückzuzahlen sind.
Mündl. Bericht des Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 27.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

Beschäftigung von russischen Gefangenen im Operationsgebiet, Entlohnung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5838B, 5841D.

Ukrainische Propaganda im Cholmer Gebiet, Unterstützung durch Deutschland, Verwendung von ukrainischen Gefangenen, angebliche Agitationsschulen in Gefangenenlagern:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4015C.
131. Sitz. S. 4076A, 4078C, 4089A.

D. Unterstellung unter die Reichsversicherungsordnung: Bd. 310, 114. Sitz. S. 3552C, 3553B.

E. Propaganda unter den Gefangenen (Iren, Mohammedanern):
Bd. 307, 41. Sitz. S. 921B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1997A.

F. Betragen.

Anfrage Herzog: Seit einiger Zeit mehren sich die Klagen aus dem Lande darüber, daß die Haltung und Arbeitswilligkeit der einzeln und in kleinen Kommandos untergebrachten Kriegsgefangenen schwieriger, ihr Selbstbewußtsein aber und ihre Ansprüche größer werden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, bei der zuständigen militärischen Stelle dahin zu wirken, daß Maßregeln ergriffen werden, die den Kriegsgefangenen in bestimmten Zwischenräumen deutlich wieder zum Bewußtsein bringen, daß sie unter militärischem Zwange stehen, um dadurch nach Möglichkeit den vielfach auf guten Willen und

Kriegs- und Zivilgefangene, Internierte (Fortsetzung). Uebersicht siehe S. 6473. IV. Kriegsgefangene und Internierte in Deutschland.

Laune der Kriegsgefangenen angewiesenen Arbeitgebern einen Rückhalt zu geben?: Bd. 321, Nr. 727.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 758.

G. Sabotage.

Anfrage Dr. Heckscher: Das „Hamburger Fremdenblatt" bringt in seiner Abendnummer vom 14. April 1917 Enthüllungen über feindliche Attentatsversuche, die darauf hinzielen, mit Hilfe französischer Gefangener und in teuflischer Art Seuchen in Deutschland zu verbreiten und unsere unentbehrlichen Nahrungsmittel zu zerstören.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu erteilen über das weitere Ergebnis der amtlichen Untersuchung, insbesondere auch darüber, ob die Untersuchung ein Mitverschulden der französischen Regierung an diesem entmenschten Treiben erwiesen hat?: Bd. 321, Nr. 752.
Bd. 309, 97. Sitz. S. 2937 D. — Beantwortet.

H. Entweichen.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Aus den verschiedensten Gegenden des Deutschen Reiches kommen Aufsehen erregende Mitteilungen über das immer häufiger werdende Entweichen von Kriegsgefangenen, die mit reichlichen Lebensmittelvorräten und Waffen angetroffen werden.

Mit dem Ersuchen um eine schriftliche Antwort frage ich daher den Herrn Reichskanzler, was er zu tun gedenkt, um die angesichts der meist schlechten Behandlung unserer gefangenen Volksgenossen in Feindesland doppelt empörende Verhätschelung der Kriegsgefangenen, insbesondere der Offiziere, auf das Erträgliche zurückzuführen?

Beabsichtigt er vor allem, die Strafbestimmungen für das Entweichen von Gefangenen zu verschärfen, besondere Strafkommandos einzurichten und die Gefangenen äußerlich besser zu kennzeichnen?: Bd. 321, Nr. 963.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1155.

Anfrage Schweickhardt, Gunßer, Dr. Doermann: Nach Mitteilungen der in- und ausländischen Presse sind die beiden bekannten französischen Fliegeroffiziere Garros und Marchall aus deutscher Gefangenschaft entwichen und nach Frankreich entkommen.

Welche Vorsichtsmaßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um Wiederholungen ähnlicher Vorkommnisse nach Möglichkeit vorzubeugen?: Bd. 324, Nr. 1397.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523 A. — Beantwortet.

J. Zurückhaltung russisch-polnischer Kriegsgefangener.

Anfrage v. Trampczynski: Aus verschiedenen Gefangenenlagern, z. B. Tuchel, Skalmierzyce und Crossen, kommt folgende Nachricht:

Seit vielen Wochen seien dort Hunderte, in Tuchel gar Tausende von früheren russischen Soldaten polnischer Nationalität, welche nach der Demobilisierung des russischen Heeres infolge des Friedensschlusses im Vertrauen auf die Zusicherungen der deutschen Kommandostellen, daß diese ehemaligen russischen Soldaten in ihre Heimatsorte zurückkehren dürften, die deutschen Linien passiert haben, — trotz des Besitzes der vorgeschriebenen Legitimationskarten aufgegriffen und in die Gefangenenlager geschickt worden. Ein großer Teil dieser Gefangenen wurde aus den Lagern zu Zwangsarbeiten in der Landwirtschaft verschickt.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Mißbräuchen entgegenzutreten und den Festgehaltenen die ihnen rechtswidrig entzogene Freiheit wiederzugeben?: Bd. 324, Nr. 1591.
Bd. 312, 166. Sitz. S. 5165 D. — Zurückgestellt.

Anfrage desselben Abgeordneten wiederholt: Bd. 324, Nr. 1627.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5376 B. — Beantwortet.

Resolution Brandys (Oppeln) u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Angehörigen der östlichen besetzten Gebiete, welche bisher auf Grund des Kriegszustandes als Kriegsgefangene, Zivilgefangene oder als Arbeiter an der Rückkehr in ihre Heimat verhindert werden, sofort die volle Freiheit wiederzugeben: Bd. 325, Nr. 1973.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6271 A. — Abgelehnt.

K. Internierung in Deutschland. Meldepflicht: Bd. 306, 19. Sitz. S. 352 C.
— der in Deutschland lange ansässigen Engländer in Ruhleben; Lage ihrer Frauen und Kinder:
Bd. 306, 32. Sitz. S. 750 A.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 914 D, 918 A.
60. Sitz. S. 1564 D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1996 C, 1998 B, 1999 A, C, D.
— internationaler Juden englischer Staatszugehörigkeit: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1565 C.
— des Professors Henri Marteau: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1996 C, 1998 A, 1999 A, C.
Zustände in dem Zivilgefangenenlager in Havelberg. Bd. 310, 109. Sitz. S. 3405 A ff.

Kriegsgerichte (Rechtsprechung) siehe „Belagerungszustand" unter 8.

Kriegsgesellschaften, Kriegsorganisationen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 225, 390.

Kriegsgetreidegesellschaft siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139 i.

Kriegsgewinne.

Besteuerung siehe „Vermögenssteuer" unter II.
Zusammenstellungen über die Besteuerung der Kriegsgewinne im Auslande: Bd. 317, Nr. 223 S. 30, 271 und 279.
Beschränkung der Kriegsgewinne siehe „Kriegswirtschaft" unter II 172 u. 297.
Erstattung übermäßiger und unlauterer Gewinne siehe „Kriegsindustrie" unter I B a.

Kriegsindustrie.

I. Lieferungen für das Heer.

A. Preispolitik, Gewinne der Kriegsindustrien.

Ueberteuerung des Reichs, hohe Kriegsgewinne der Industrien aller Art, Höhe der Dividenden, Gründe für die Mißstände im Lieferungswesen:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 75 C.
24. Sitz. S. 470 D
29. Sitz. S. 607 A, 622 D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2005 A.

Kriegsindustrie. I. Lieferung für das Heer. A. Preispolitik, Gewinne der Kriegsindustrien. (Fortsetzung).

Bd. 311, 139. Sitz. S. 4360 A.
144. Sitz. S. 4510 C, 4511 B ff., 4516 B ff.
146. Sitz. S. 4581 D, 4584 A, 4586 C, 4589 A ff., 4591 C ff., 4592 B, 4594 A ff., 4598 C ff., 4600 B, 4601 B, 4602 B.
Bd. 312, 150. Sitz. S. 4741 A.

Hochkonjunktur der Kriegsindustrie, Spekulation der Kriegsgewinnler, Artikel im „Plutus" (Börsenstreik an der Hamburger Börse gegen die Umsatzsteuer): Bd. 313, 188. Sitz. S. 6010 A ff., 6012 C ff., 6013 C ff., 6017 A, 6018 A ff., 6020 A ff.

Ausfuhr, Unterschied zwischen den Inlands- und Auslandspreisen, Gewinne:
Bo. 311, 135. Sitz. S. 4226 A.
146. Sitz. S. 4598 A.

Kapitalistisches System, Internationalität des Rüstungskapitals, Korruptionserscheinungen in allen Ländern: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4596 B ff., 4598 A, 4600 B, D, 4601 D.

Bekämpfung des Systems durch politischen Massenstreik: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4597 B, 4600 C.

Beziehungen der Schwerindustrie zu den Alldeutschen, Inserate in der alldeutschen Presse, Preispolitik, Munitionslieferungsangebote:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4225 B.
136. Sitz. S. 4260 A, 4269 B.

Antrag Hoch: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Generalversammlung der Stahlwerke Lindenberg A.-G. in Remscheid soeben beschlossen hat, für das letzte Jahr einen Gewinn von 223 Prozent auf die alten Aktien und 65 Prozent auf die neuen Aktien auszuzahlen, und daß die neun Herren des Aufsichtsrats 205 217 Mark „Entschädigung" bekommen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine derartige Ausnutzung der Not unseres Volkes in allen Fällen zu verhindern?: Bd. 325 Nr. 2001. — Unerledigt.

Munitionsherstellung, Rückgang im Jahre 1916; Schuldfrage:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6175 A.
195. Sitz. S. 6211 D.

Einheitspreise, Schädigung kleiner Betriebe, Notwendigkeit einer Individualisierung der Preise:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503 B, 4517 B.
146. Sitz. S. 4584 A.

Verkürzung der Betriebszeit in einem Berliner Betriebe: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3135 B, 3140 C.

Stillegungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Einzelne Industrien.

Arzneimittel, Impfstoffe, Wucherpreise: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4512 B.

—, Tierarzneimittel, Wucherpreise: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4512 B.

Chemische Industrie, Leistungen während des Krieges, Umstellung der Farbwerke auf Herstellung hochnitrierter Stoffe, Widerstand manches Betriebes, Preispolitik:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4510 A.
146. Sitz. S. 4596 B.

—, Sauerstoffindustrie, chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. M., Preise, Gewinne: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4590 D.

Kriegsindustrie. I. Lieferungen für das Heer. A. Preispolitik, Gewinne der Kriegsindustrien. (Fortsetzung).

Daimler-Motoren-Werke in Stuttgart-Untertürkheim, Geschäftslage, Dividende, Rückblicke: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4498 B.

—, Thesaurierungspolitik, Verteilung zu geringer Dividenden, Automobil- und Motorpreise, allmähliche Erhöhung der Preise während des Krieges, Drohung mit Einschränkung des Betriebes, Weigerung der Vorlegung der Bücher usw., Schreiben der Firma vom 12. 2. 18:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4360 D.
144. Sitz. S. 4498 D, 4499 B ff., 4501 C, 4504 D ff., 4506 A, C, 4510 B, 4511 A, 4514 A.
146. Sitz. S. 4580 D, 4585 A ff., 4592 B, 4593 D, 4597 C, 4600 A, C, 4603 B, D, 4605 A.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4962 D, 4965 B.

—, Verwendung falscher Kalkulationskarten, Einleitung eines Strafverfahrens: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4499 B, 4501 C, 4502 D, 4506 A.

—, Kalkulation vom 23. 3. 17, Amortisation von 30% auf den Lohn:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4505 C.
146. Sitz. S. 4581 B, 4584 D, 4603 B.

—, Irreführende Inserate:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4504 D.
146. Sitz. S. 4591 B.

—, Militarisierung des Betriebes, Gründe: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4499 B, 4501 D, 4508 B.

—, Paul v. Gontard, ein Bruder des Generaladjutanten v. Gontard, als Leiter der Daimlerwerke und als Vorsitzender im Aufsichtsrat anderer Werke: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4593 D.

Dürkoppwerke, hohe Preise bei Reparaturen, verhältnismäßig niedrige Löhne: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4593 B.

Flugzeugfabriken im allgemeinen, hohe Preise usw., Frage der Vorlegung von Kalkulationen usw.: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4603 C, 4604 C.

Gewehrfabrik Oberndorf, Forderung erhöhter Preise angeblich unter Androhung der Einstellung des Betriebes: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4594 A, 4599 D.

Schmiergelderunwesen, Einzelfälle in der Lederindustrie usw.: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4511 D.

Militärtuche, übermäßige Preisforderungen, Einführung von Höchstpreisen: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503 C, 4512 A.

—, Militär- und Marinetuche, Aufhebung der Höchstpreise: Bd. 321, Nr. 913, Anhang a 640.

—, Einführung von Höchstpreisen für die Wollindustrie als Basis für Höchstpreise der Militärtuche: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503 C.

—, Petitionen betreffend Verfahren bei der Preisfestsetzung für übernommene beschlagnahmte Militärtuche.
Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 321, Nr. 738.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3637 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

—, Petition der Firma Hettlage in Düsseldorf, betreffend anderweite Preisfestsetzung für ihr von der Militärverwaltung übernommenes Militärtuch.
Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 356.
Bd 308, 70. Sitz. S. 1935 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Bevorzugung der Aktiengesellschaft Scheidemandel, Herstellung von Futtermitteln aus Leimleder, hohe Gewinne der Gesellschaft, Benachteiligung der Leimindustrie usw.:
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4590 C.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4960 B, 4965 B.

Sprengstoffindustrie, Preise, Gewinne: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4598 C.

Hausieren mit Aufträgen, Auftrag zur Herstellung von Maschinengewehrschlössern für 2½ Mill. Mark an Brüder Fabian in Breslau, Weiterverkauf des Auftrages usw.: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4515 C.

Vermögensverschiebung durch die Kriegslieferungen, Benachteiligung der industriearmen Bezirke Deutschlands: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2003 B.

Kriegsindustrie. I. Lieferungen für das Heer. A. Preispolitik, Gewinne der Kriegsindustrien. (Fortsetzung).

Fall v. Behr-Pinnow, Lieferung von 27 Millionen Sack an eine noch nicht gegründete Fabrik angeblich auf Veranlassung des Leinenausschusses, Wucherpreise: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4360 A.
144. Sitz. S. 4506 A, 4511 D, 4518 B, 4519 C.
146. Sitz. S. 4581 C, 4585 B, 4586 B, 4601 B.

B. Maßnahmen zur Bekämpfung der Preispolitik, Besteuerung der Kriegsgewinne usw.

a) Besteuerung und Herausgabe der Gewinne, Schadensersatz.

1. Antrag Schiffer (Magdeburg): Bd. 317, Nr. 179 — gleichlautend mit Ziff. 1 der folgenden Resolution: Bd. 306, 24. Sitz. S. 480 C. — Zurückgezogen.
2. Resolutionen des Haushaltsausschusses zum Gesetzentwurf über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne:
   1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
      a) Maßnahmen zu treffen, um unter voller Wahrung der Interessen des reellen Geschäftsbetriebs die Untersuchung und Feststellung von Fällen herbeizuführen, in denen durch Kriegslieferungen, die Vorbereitung, Vermittlung, Besorgung oder Verschaffung von Kriegslieferungen oder eine andere Mitwirkung bei ihnen ein übermäßiger oder unlauterer Gewinn erzielt worden ist,
      b) einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Reichsfiskus ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird;
   2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf demnächst vorzulegen, durch den, wer sich oder einem Dritten für Heeresleistungen Vermögensvorteile gewähren oder versprechen läßt, die den üblichen Wert übersteigen und in auffallendem Mißverhältnis zur Leistung stehen, zum Ersatze des Schadens verpflichtet wird, und zwar mit rückwirkender Kraft auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Rechtsgeschäfte: Bd. 317, Nr. 183.
      Bd. 306, 24. Sitz. S. 480 B, 483 B, 484 A, C, 488 B, 490 A, 498 A. — Angenommen.
3. Besteuerung der Kriegsgewinne, Bekanntgabe der Heereslieferer an die Steuerbehörden; Verweigerung von Auslandspässen usw. siehe „Vermögenssteuer" unter II.
4. Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 315, Nr. 66 unter I a 11, Nr. 85 unter IV 1—8, Nr. 92 unter 15.
   Bd. 306, 9. Sitz. S. 134 C.
   12. Sitz. S. 209 B.
5. Petition, betreffend Besteuerung der Kriegslieferanten: Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 unter II 1.
   Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Ueberweisung als Material.
6. Prozeß Kupfer. Anfrage Schiffer (Magdeburg), List (Eßlingen):
   Ist der Herr Reichskanzler angesichts der durch den Prozeß Kupfer enthüllten Vorgänge nunmehr bereit, den Beschlüssen des Reichstags vom 20. Dezember 1915 und 26. März 1917 zu entsprechen und unverzüglich und mit rückwirkender Kraft Maßnahmen zur Einziehung unlauterer Kriegsgewinne herbeizuführen?:
   Bd. 315 Nr. 894.
   Bd. 310, 112. Sitz. S. 3507. — Beantwortet.
7. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für die Reichsjustizverwaltung für 1917: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Reichsfiskus ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird, die bei direkten oder indirekten Kriegslieferungen durch übermäßige Preise entstanden sind:
   Mündl. Ber. d. Haush. Aussch. Bd. 320, Nr. 665 unter II 1.
   Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669 C, 2671 A, 2672 C ff., 2673 D, 2676 C, 2677 C, 2685 B.
   91. Sitz. S. 2691 D.
   92. Sitz. S. 2720 D. — Angenommen.
8. Einschränkung, Rückforderung der Wuchergewinne siehe ferner:
   Bd. 311, 144. Sitz. S. 4508 B, 4510 D.
   Bd. 312, 164. Sitz. S. 5126 D.
   Bd. 314, 195. Sitz. S. 6217 B.
   —, Frage einer Buße für schlechte Lieferungen: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4518 C.

b) Prüfung der Verträge, Ueberwachung der Betriebe, Schaffung von Preisprüfungsstellen.

1. Befugnis des Reichstags zur Einforderung und Prüfung von Verträgen über Lieferungen und Leistungen für Kriegszwecke:
   Bd. 318, Nr. 378.
   Bd. 307, 59. Sitz. S. 1471 A.
2. Resolution des Rechnungsausschusses zum Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung von Verträgen, welche Behörden oder Kriegsgesellschaften seit Kriegsbeginn zu Lasten der Reichskasse über Leistungen oder Lieferungen für Kriegszwecke geschlossen haben, eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Herr Reichskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beseitigung etwaiger Mißstände mitzuteilen: Bd. 318, Nr. 394 unter 3.
   Bd. 308, 61. Sitz. S. 1581 C, 1584 A. — Angenommen.
3. Anfrage Simon: Ist der Herr Reichskanzler bereit, die vom Reichstag einmütig geforderte und vom Herrn Staatssekretär Dr. Helfferich in der Reichstagssitzung vom 7. Juni 1916 grundsätzlich zugesagte Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen bald zu berufen?: Bd. 319, Nr. 408.
   Bd. 308, 66. Sitz. S. 1770 A. — Beantwortet.
4. Kommission zur Prüfung der Verträge und Kriegslieferungen, Kritik ihrer Arbeitsweise: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3622 D, 3623 B, C, D.

Kriegsindustrie. I. Lieferungen für das Heer. B. Maßnahmen zur Bekämpfung der Preispolitik, Besteuerung der Kriegsgewinne usw. (Fortsetzung).

5. Resolutionen des Haushaltsausschusses:

I. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald für Erlaß einer Bundesratsverordnung Sorge zu tragen, wonach der Reichskanzler ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen;

II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten;

III. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen: Bd. 323, Nr. 1394.
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4498 B, 4501 C, 4502 C, 4509 A, 4510 B, 4514 B.
146. Sitz. S. 4580 D, 4587 B, 4588 B, 4592 Aff., 4603 A, 4605 C. — Angenommen.

Einzelnes.

Preispolitik der Daimler-Werke siehe oben unter A.
Bemänglung der wirtschaftl. Mobilmachung am Anfand des Krieges, Mißstände infolge des Fehlens einer Zentralisierung der Beschaffungsstellen, Vermittlung durch Schieber, Einzelfälle:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4511 B, 4515 C.
146. Sitz. S. 4588 C, 4592 A, 4599 B.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6175 B.
—, Monopolwesen, Nachteile im Anfang des Krieges infolgedessen: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4515 B.
Preisgestaltung vor und im Kriege, Grundsätze der Feldzeugmeisterei, Feststellung der Preise von einer Zentralstelle: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4509 A.
—, Einrichtung des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamts und einer Preisermittlungsstelle, Einheitspreise: Bd. 311, 144. Sitz. 4509 C, 4516 B.
Preisprüfungsstelle der „Wumba", Ersparungen dadurch: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4500 C, 4506 D.
Kriegsministerium, mangelhafte Vorbildung und Sachkenntnis der abnehmenden Beamten und Offiziere, Anstellung von sachverständigen Referenten: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4511 C, 4512 D, 4517 B.
Kriegswirtschaftsstellen, Kriegsgesellschaften, Anstellung von Kriegsreferenten und Hilfsreferenten aus Handel und Industie, kapitalistische Bewertung der Preise:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4513 A, 4514 D, 4519 B.
146. Sitz. S. 4585 D, 4589 B, 4601 B.
—, Preisgestaltung, Heranziehung der fachlichen Organisationen der Industrie, des Handels, Handwerks zur Mitarbeit: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4583 C, 4587 D.
— Mithilfe von Sachverständigen aus Arbeiterkreisen, Arbeiterorganisationen:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4513 C.
146. Sitz. S. 4602 A.
—, Frage einer Denkschrift des Generals Gröner über übermäßige Verdienste und den Abbau der Preise: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4585 C, 4591 C, 4599 A.
Mitwirkung des Reichswirtschaftsamts bei der Preisbemessung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890 B.
Einrichtung von Preisprüfungsstellen bei allen großen zentralen Beschaffungsstellen und einer Zentralprüfungsstelle, Aufgaben:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4500 C ff., 4507 A, 4514 A, 4517 B.
146. Sitz. S. 4581 D, 4583 A, 4587 C.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4741 B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5826 D, 5827 C.
Einrichtung einer dauernden Kontrolle im Kriegsministerium über die ganze Kalkulation der für Heer und Marine arbeitenden Betriebe durch Bundesratsverordnung, Einrichtung von Kommissionen: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4507 C.

Kriegsindustrie. I. Lieferungen für das Heer. B. Maßnahmen zur Bekämpfung der Preispolitik, Besteuerung der Kriegsgewinne usw. (Fortsetzung).

Militärische Ueberwachung der Betriebe, Militarisierung:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4449 B, 4501 D, 4508 B.
145. Sitz. S. 4526 B.
146. Sitz. S. 4583 A, 4589 C, 4592 A, 4600 C, 4604 D.
—, Militarisierung aller Betriebe, Regelung des Unterschieds zwischen Lohn und Löhnung:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4132 C, 4133 B ff.
137. Sitz. S. 4292 B, 4298 A, 4311 A, C.
Verstaatlichung siehe „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3.

II. Arbeiterverhältnisse, Schutzbestimmungen.

a) Maßnahmen zugunsten der Arbeiter bei Ausführungen durch die Privatindustrie:
Bd. 315, Nr. 26 S. 54.
Nr. 73 S. 14.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 179 B.
Errichtung eines Arbeiterbeirats beim Kriegsministerium: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2001 B.
Errichtung von Schlichtungskommissionen über Arbeiterfragen: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2038 C.
Siehe auch „Schiedsgerichte" (die Hinweise hier).
Verordnung der Feldzeugmeisterei vom 11. Januar 1915 über den Wechsel der Arbeiter: Bd. 306, 6. Sitz. S. 61 D.

b) Arbeits- und Lohnverhältnisse.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, soweit Aufträge der Militärverwaltung in Frage kommen, die Bemühungen der Arbeiter auf Gewährung angemessener Löhne zu unterstützen sowie die Bestrebungen der Arbeiter auf Teurungszulagen soweit als möglich zu fördern: Bd. 316, Nr. 113 unter II x 2.
Bd. 315, 16. Sitz. S. 293 A.
19. Sitz. S. 382 B. — Angenommen.
Siehe auch „Teuerungszulagen".
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß das Reichsamt des Innern auf Ersuchen die Vermittlung zwischen Unternehmern und Arbeitern übernimmt, wenn in Betrieben, die für den Heeresbedarf arbeiten, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen Streit besteht: Bd. 317, Nr. 193 unter I 6.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 C, 631 B, 634 B, 642 A. — Angenommen.
Petition des Joh. Taubald und Genossen in Leupoldsgrün (Bayern) um Verbesserung der Lohnverhältnisse bei Heereslieferungen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c, 23.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 D. — Ueberweisung als Material.
Verbot der Akkordarbeit, Sprengstoffindustrie: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5019 C.
Entschädigung der Arbeiter für Freistunden wegen Kohlenmangels: Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 868.

c) Unfallverhütung, sanitäre Maßnahmen.
Resolution Antrick und Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß die Betriebe der Kriegsindustrie, in denen
a) durch die Herstellung oder Handhabung von Explosivstoffen,

Kriegsindustrie. II. Arbeiterverhältnisse, Schutzbestimmungen. (Fortsetzung).

b) durch giftige Gase, ätzende Dämpfe, Staubentwicklung oder andere, mit der Betriebsweise verbundene schädliche Einwirkungen besondere Gefahren für die beschäftigten Arbeiter entstehen, einer eingehenden, regelmäßigen Kontrolle ihrer Unfallverhütungs- und sanitären Einrichtungen unterworfen werden. In die Ueberwachungsausschüsse und Zentralaufsichtsstellen für Sprengstoff- und Munitionsfabriken bei den Kriegsamtsstellen sollen Arbeiter dieser Betriebe, die von den Arbeiterausschüssen in Vorschlag gebracht werden, als ständige Vertreter hinzugezogen werden: Bd. 324, Nr. 1404 unter I. 2.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5018C, 5019B, C.
161. Sitz. S. 5025C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Siehe auch „Gewerbeordnung" unter 1.

d) Sonstiges.

Verwendung der infolge eines Schiedsgerichtsverfahrens von den Kriegsindustrieen eingezogenen Strafgelder: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5110B.

Zuweisung nötiger Arbeiter, beschleunigte Belieferung mit Kohlen und Material: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3079A.

Reklamationen für Arbeiter, größere Berücksichtigung der Familienverhältnisse: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3998C.

Zurückstellung und Entlassung von Arbeitern zur Verwendung in kriegswichtigen Betrieben siehe „Reichsheer" unter 77d.

Kommandierung alter Leute zum Dienste in Munitionsfabriken, in industriellen Betrieben: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4093D.

Arbeiterinnen und Jugendliche, Zurückbeförderung in ihre Heimatorte bei Beendigung ihrer Beschäftigung in der Kriegsindustrie: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4929D.

Anfrage Keil: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Vorsorge zu treffen, daß die in Rüstungsbetrieben beschäftigten Beurlaubten bei Gewährung von Heimaturlaub von den Kriegszuschlägen zu den Fahrpreisen für Schnellzüge befreit bleiben?: Bd. 322, Nr. 1151. — Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1209.

III. Ausstände.

1. Arbeitseinstellungen 1917 infolge Ernährungsfragen, Herabsetzung der Brotration; Erlaß des Chefs des Kriegsamtes, Generals Gröner, Presseäußerungen usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045D, 3057B, 3059B.
101. Sitz. S. 3068D, 3089A, 3090C, 3095C, 3100A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105D, 3113A, 3118A, 3122D, 3124B, 3130D, 3135A ff., 3140C ff.
110. Sitz. S. 3459C.
—, Politische Forderungen der Leipziger Arbeiterschaft, Kriegsziele: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3098D, 3101D.
—, Unabhängige Sozialdemokratie, Stellung zum Rüstungsstreik:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3098A, 3100D, 3102A, C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105D, 3119A, 3130C, 3135A, 3139A, 3140B.

Kriegsindustrie. III. Ausstände. (Fortsetzung).

—, Flugblattverteilung in Fabriken: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3140D.
—, Aufruf der christlich-nationalen Arbeiterschaft und der freien Gewerkschaften gegen den Streik: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3106B ff.
—, Arbeiterdeputation in der Reichskanzlei, Verhaftung von Arbeitern:
Bd. 310, 101. Sitz. S. 3096D, 3099D, 3100A.
102. Sitz. S. 3136C.
—, Feldpostbericht von der Front über Verhalten der Heimat und Streik: Bd. 310, 101. Sitz. S. 3097B.

2. Streikbewegung 1918 in Preußen, Gründe, Hinhaltung der Wahlreform, Ernährungsfragen, Friedensmöglichkeit; Verlauf:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4052A, 4056A, D, 4057B, 4058D, 4061C.
133. Sitz. S. 4144C, 4145C ff.
134. Sitz. S. 4156C, 4164B ff., 4171A ff., 4175C.
135. Sitz. S. 4187C, 4197A ff., 4204A ff., 4213C ff., 4215C.
136. Sitz. S. 4235B, 4243C, 4264D, 4265B, 4270C.
137. Sitz. S. 4289D.
—, Schuld der Unabhängigen Sozialdemokraten an der Entstehung des Streiks, Teilnahme der Mehrheitssozialisten am Aktionskomitee, ablehnende Haltung der Gewerkschaften:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4156D, 4166C.
135. Sitz. S. 4187D, 4197C, 4204D, 4215D, 4231D.
136. Sitz. S. 4237D, 4244A, 4265B, 4266B.
137. Sitz. S. 4290B.
—, Internationale Einflüsse, bolschewistische Propaganda, finanzielle Unterstützung durch England und Amerika:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4171C ff., 4174D.
135. Sitz. S. 4197C, 4204B, 4213C.
136. Sitz. S. 4236C.
—, Ausstand in Oesterreich, Entstehung, Stellung der österreichischen Regierung:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4165A, 4172C.
135. Sitz. S. 4204B.
136. Sitz. S. 4265A.
—, Forderungen der Arbeiter (Aufzählung): Bd. 311, 134. Sitz. S. 4173D.
—, Verfügung des stellvertretenden Generalstabes über Flugblattverteilung in Fabriken usw.:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4165B, 4166B.
135. Sitz. S. 4215D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5447A.
174. Sitz. S. 5488B.
—, Teilnahme christlicher und gelber Organisationen:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4165C.
135. Sitz. S. 4197C.
136. Sitz. S. 4238A, 4265D.
—, Stellung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4188A, 4197C.
—, Stellung der Regierung, Eingreifen der Militärbehörden (v. Kessel), Verbot des „Vorwärts", Auflösung des Aktionsausschusses, Ablehnung des Empfanges der Arbeiter durch Staatssekretär Wallraf:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4167D ff., 4174A ff.
135. Sitz. S. 4205B ff., 4214C.
136. Sitz. S. 4236A, 4243C ff., 4267A.
137. Sitz. S. 4290B, 4297C.
—, Frage der Schädigung der Kriegsindustrie, der Einschränkung der Munitionserzeugung:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4166A.
137. Sitz. S. 4291C, 4298B.
—, Die Arbeitsverweigerung als Landesverrat, Rechtsprechung der Kriegsgerichte, Einzelfälle hohe Strafen, Verurteilung des Abgeordneten Dittmann zu 5 Jahren Festungshaft usw.:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4165D.
135. Sitz. S. 4214D.
136. Sitz. S. 4235B ff.
137. Sitz. S. 4290D, 4291C, 4292A.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5152A ff.

Kriegsindustrie. III. Ausstände. (Fortsetzung).
—, Militärische Einziehung der am Ausstand Beteiligten, die Vertrauensmänner, Listenvermerke:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4215 A.
137. Sitz. S. 4292 C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5400 B, C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5445 A, 5446 A.
174. Sitz. S. 5407 B.
175. Sitz. S. 5504 B.
184. Sitz. S. 5805 A, 5822 D, 5825 A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6188 B.
3. Daimlerwerke, Lohnverhältnisse, Forderung der Dreher, Stellung der Direktion, Verlauf der Verhandlungen, Arbeitsniederlegung, Heranziehung von Militär usw.: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4594 B ff., 4600 A.
4. Ausstand in der Schichauwerft in Elbing, harte Strafen für Ausständige: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4169 D.
5. Pulverfabrik in Rottweil, Aufforderung der Arbeiterschaft zum Streik durch die Direktoren: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4291 B.

IV. Unfälle, Explosionen.
Sprengstoffindustrie, Unglücksfälle durch Explosionen: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5019 B.
—, Explosionen in Feuerbach (Württemberg) und Frankfurt a. M.: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5020 A.
Explosionskatastrophe in Hennigsdorf a. H., Sachschaden, Haftung der A. E. G. bzw. der Wumba: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5942 D, 5946 A.
Anfertigung von Explosivstoffen in weniger bevölkerten Gegenden: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2574 D.
Siehe auch „Krieg" unter VIII 3 g (Kriegsschäden).

V. Inanspruchnahme der deutschen Kriegsindustrie durch Japans Rüstungspläne: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4289 C.

Kriegsinvaliden. Fürsorge, Versorgung siehe „Kriegsbeschädigten-Fürsorge", „Reichsheer" unter 196 (Verwundete), „Militärpensionswesen", „Post- und Telegraphenwesen" unter VIII 2, „Reichs- und Staatsbetriebe" unter 4.

Kriegskontrollgesetz siehe „Rechnungswesen" unter B 2.

Kriegskosten siehe „Krieg" unter VII und „Kriegsfinanzpolitik".

Kriegslederaktiengesellschaft siehe „Kriegswirtschaft" unter II 245.

Kriegsleistungen. — Siehe auch „Reichsheer" unter 98.
1. Resolution des Haushaltungsausschusses zu den Etats des Reichsheeres für 1915: den Herrn Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher das Reichsgesetz über die Kriegsleistungen vom 13. Juli 1873 unter Berücksichtigung der seit Erlaß dieses Gesetzes eingetretenen wirtschaftlichen, insbesondere industriellen Entwicklung abändert und hierbei die Verpflichtung des Reichs zum Ersatz von Kriegsschäden grundsätzlich feststellt, auch das Verfahren bei Ermittlung des zu ersetzenden Kriegsschadens regelt: Bd. 315, Nr. 53 unter II a.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 61 B, 62 C. — Angenommen.
2. Verteilung auf Reich, Bundesstaaten und Gemeinden: Bd. 317, Nr. 192 S. 17.
3. Erstattung der Kriegsleistungen der Bundesstaaten durch das Reich: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1347 B.
4. Vorschußweise Leistung der Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege durch die Gemeinden bis nach Friedensschluß: Bd. 306, 15. Sitz. S. 244 C.
Siehe auch „Unterstützungen" unter R.

Kriegslieferungen siehe „Kriegsindustrie" und „Reichsheer" unter 114.

Kriegsliteratur, Schundliteratur, Massenware: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3148 C.

Kriegsministerium siehe „Reichsheer" unter 1 u. 100, „Kriegsindustrie", „Verfassung".
Verfügungen vom 20. 10. 1917 betr. Landesverrat siehe „Belagerungszustand" unter II 2 e.

Kriegsnachrichten siehe „Reichsheer" unter 101 und „Kriegsberichterstatter".

Kriegspresseamt siehe „Belagerungszustand" unter II 12 B.

Kriegsprimaner siehe „Schulwesen" unter 5.

Kriegsrohstoffabteilung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 229.

Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII.

Kriegsschatz siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 13 und „Schuldenwesen" unter III.

Kriegsschulen siehe „Reichsheer" unter 102.

Kriegssozialismus, Staatssozialismus.
Zweckmäßigkeit, Mängel, Abbau; Frage seiner Fortdauer nach dem Kriege (Kriegsgesellschaften):
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2475 B.
86. Sitz. S. 2496 A.
87. Sitz. S. 2549 D, 2561 C.
88. Sitz. S. 2584 C, 2586 A, 2592 D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3425 D.
110. Sitz. S. 3436 C.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4147 B.
135. Sitz. S. 4186 C, 4206 C.
136. Sitz. S. 4245 D ff., 4250 C ff., 4252 D ff., 4254 D.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4888 C.
157. Sitz. S. 4909 B, 4915 B, 4916 C.
158. Sitz. S. 4927 A, 4932 A, 4947 C.
159. Sitz. S. 4957 C, 4970 C, 4977 C.
160. Sitz. S. 4993 B.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5774 B.
Sozialisierung der Produktionsmittel, Abkehr von dem Privatbetrieb nach dem Kriege (sozialdemokratischer Zukunftsstaat, Zwangsarbeitsheer), nähere Ausführungen: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4252 D ff.

Kriegssteuern siehe „Biersteuer", „Branntweinsteuer", „Finanzwesen" unter III, „Kriegsfinanzpolitik", „Mineralwasser", „Post- und Telegraphenwesen" unter XI 1, „Reichsbank" unter 3—5, „Reichsstempelabgaben", „Tabaksteuer", „Umsatzsteuer", „Vermögenssteuern" unter II usw.

Kriegsteilnehmer.
Ansiedlung siehe „Heimstätten".
Demobilmachungsgrundsätze siehe „Reichsheer" unter 34 a.
Familienunterstützung siehe „Unterstützungen".
Kredithilfe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 218.
Siehe auch „Kriegsbeschädigtenfürsorge", „Kriegswohlfahrtspflege", „Militärhinterbliebenenversorgung", „Militärpensionswesen" usw.
Versorgung entlassener Kriegsteilnehmer mit Kleidung siehe „Reichsheer" unter 23.

A. Rechtsschutz.
a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen (Unterbrechung des Zivilprozeßverfahrens, der Zwangsvoll-

Kriegsteilnehmer. A. Rechtsschutz. (Fortsetzung).

streckung, des Konkursverfahrens, der Verjährung): Bd. 315, Nr. 11.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10A, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 328.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 20.
Ausdehnung des Gesetzes auf Kriegsbeteiligte Oesterreich-Ungarns:
Bd. 315, Nr. 26 S. 21.
Nr. 27 Ziff. 44.
Nr. 44 S. 7.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 632.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 227.
Ausdehnung der Verordnung über die Bewilligung von Zahlungsfristen auf Kriegsteilnehmer verbündeter Staaten:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 705.
Nr. 1214 S. 227.
Erstreckung von Anfechtungsfristen gegenüber Kriegsteilnehmern:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 637.
Nr. 1214 S. 226.
Rechtserleichterungen auf dem Gebiete des Urkundenwesens:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 514.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 245.
Rechtsschutz von Angehörigen immobiler Truppenteile.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Gesetz, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 328) dahin abgeändert wird, daß in § 2 Ziffer 1 die Worte „mobilen oder gegen den Feind verwendeten" gestrichen werden: Bd. 316, Nr. 123.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 336A, B. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 303.
Nr. 225 S. 100.

b) Rechtserleichterungen in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Heer und Marine:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 82.
Nr. 44 S. 7.

c) Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 81.
Nr. 44 S. 5.

d) Petition des Kaufmanns Max Wels in Breslau um Rücksichtnahme auf die bedrängte Lage der Kriegsteilnehmer bei Handhabung der Rechtspflege.
Mündl. Ber. des Haush.-Ausch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IVc.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Uebergang zur Tagesordnung.

e) Schutz gegen Mietssteigerungen usw. siehe „Grundbesitz usw." unter C.

B. Sonstiges.
Wiedereinstellung der Angestellten und Arbeiter in ihre früheren Stellen:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4889D.
157. Sitz. S. 4924A.
158. Sitz. S. 4948D.
159. Sitz. S. 4972D.

Kriegsteilnehmer. B. Sonstiges. (Fortsetzung).

Unterrichtskurse für Angestellte: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4252D.
Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen in der Uebergangszeit: Bd. 321, Nr. 805 S. 7.
Petition, betreffend Ehrung der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Gefallenen und Verwundeten.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 317, Nr. 171.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 765D. — Ueberweisung als Material.
Siehe im übrigen bei den oben angegebenen Stichworten.

Kriegsteilnehmerbeihilfen (Veteranen).
1. Erhöhung:
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1204B, 1212B.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5582C, 5596D.
Petition des Verbandes deutscher Kriegsveteranen in Dresden um Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 318, Nr. 330 unter IIIb 14.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1459D. — Ueberweisung als Material.
Petitionen des Emil v. Schwedler in Oberhausen (Rheinland) um Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfe.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 666 unter II b.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2958D. — Ueberweisung als Material.
Petitionen des Wiedenhoeft in Bromberg um Bewilligung einer Zulage an die Kriegsteilnehmer, des August Kühn in Mühlhausen (Thür.) um Gewährung einer Zulage zu den Kriegsteilnehmerbeihilfen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 666 unter IIa u. e.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2958D. — Ueberweisung als Material.
Resolution Prinz zu Schönaich-Carolath und Genossen zum Etat des Reichsschatzamts für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Anbetracht der gegenwärtigen außerordentlich hohen Lebensmittelpreise den Kriegsteilnehmern des Feldzuges 1870/71 und der vorangegangenen Feldzüge, welche einen jährlichen Ehrensold von 150 Mark empfangen, baldtunlichst eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren, damit den im hohen Lebensalter stehenden ehemaligen Vaterlandsverteidigern bitterste Not ferngehalten werde: Bd. 320, Nr. 688.
Bd. 309, 92. Sitz. S. 2743D, 2744D. — Angenommen.
Resolution Prinz zu Schönaich-Carolath und Genossen zum Etat des Reichsschatzamts für 1918, wie vorstehend: Bd. 324, Nr. 1586.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108C, 5112B, 5113C. — Angenommen.
Petitionen, betreffend Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfen bezw. Gewährung von Teuerungszulagen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. II. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C.
— Ueberweisung als Material.

Kriegsteilnehmerbeihilfen (Veteranen). (Fortsetzung).

2. Erweiterung des Kreises zu unterstützender Kriegsteilnehmer.
Petitionen:
a) des Königl. Hochschulprofessors Dr. Georg Anton Weber in Regensburg um Gewährung der Kriegsteilnehmerbeihilfe auch an die im Auslande lebenden Veteranen,
b) des Generalmajors a. D. v. Gersdorff in Charlottenburg, jedem Kriegsteilnehmer die Beihilfe in der Höhe zu gewähren, daß das Gesamteinkommen mindestens 900 Mark jährlich beträgt.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 66 unter IIa.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 135A. — Ueberweisung als Material.
c) des Briefträgers a. D. Peter Trumm in Coblenz um Zuwendung der Kriegsteilnehmerbeihilfen an pensionierte Beamte mit einem Ruhegehalt von 1500 Mark.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 320, Nr. 666 unter IIc.
Bd. 315, 98. Sitz. S. 2958A. — Ueberweisung als Material.

3. Petitionen um Gewährung von Kriegsteilnehmerbeihilfe
a) des Jakob Braun in Luxemburg.
Mündl. Ber. des Pet. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 88.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 383B. — Ueberweisung als Material.
b) des Philipp Ostermann in Fischeln.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 316, Nr. 118.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 384B. — Ueberweisung als Material.
c) des G. Bahn in Ober-Gruppe.
Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 320, Nr. 544.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155B. — Ueberweisung als Material.

Kriegsverordnungen siehe „Kriegswirtschaft" unter I 2.

Kriegsverpflegungsanstalten. Bewirtschaftung, Beseitigung der Mängel: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5436D, 5438D.

Kriegsverschollene siehe „Kriegswirtschaft" unter II 382 und „Reichsheer" unter 191.

Kriegsverwendungsfähigkeit siehe „Reichsheer" unter 77c.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik.

I. Allgemeines, Ermächtigungsgesetz, Denkschriften.

1. Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse: Bd. 315, Nr. 3.
I., II., III. B.: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 9C, 10D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 327.
Frage der Zuständigkeit des Bundesrats zum Erlaß von Verordnungen auf dem Gebiete der Uebergangswirtschaft; Erlaß eines besonderen Ermächtigungsgesetzes:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4892A.
157. Sitz. S. 4909C, 4917C.
158. Sitz. S. 4944D.
159. Sitz. S. 4967A, 4973C, 4975D.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5767D, 5779B, 5780A, C, 5781C, 5786C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. I. Allgemeines, Ermächtigungsgesetz, Denkschriften. (Fortsetzung).
Allgemeine Ermächtigung des Reichskanzlers zur selbständigen Anordnung von Maßnahmen für die Volksernährung:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 392.
Bd. 319, Nr. 403 S. 5.
Geltungsdauer der Bundesratsverordnungen:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115A.
Aufhebungsrecht des Reichstags gegenüber den Bundesratsverordnungen:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 935D, 942A.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4247D.

2. Kriegsverordnungen. Menge, Unübersichtlichkeit, Schädigungen des Rechts- und Wirtschaftslebens:
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1868D.
73. Sitz. S. 2033A.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4246C.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4948A.
—, Erlaß ohne Befragung der Interessenten: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4246D.
Siehe auch nachstehend unter 5 u. 6.
Petition des Freien Handelsverbandes für Deutschland in Chemnitz um Einsetzung einer höheren Instanz zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Kriegsverordnungen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I c 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

3. Antrag Schiffer (Magdeburg) u. Gen.: Gesetzentwurf, betreffend Auskunftserteilung über Kriegsverordnungen: Bd. 319, Nr. 444.
Erste Beratung: Bd. 308, 69. Sitz. S. 1868B.
Mündl. Ber. d. 20. Ausſch.: Bd. 319, Nr. 488.
Zweite Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2032D.
Dritte Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2035D.
Errichtung einer Auskunftsstelle zur Auslegung der Verordnungen, Sammlung des Materials: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2672B.
Fehlen von Begriffsbestimmungen, Schwierigkeiten für eine einheitliche Rechtsprechung: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4247B.
Anfrage Keinath: In einer Anzahl von Verordnungen werden über den Handel und Verkehr mit „Gegenständen des täglichen Bedarfs" und „Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs" Bestimmungen getroffen, nicht nur über die Preisbildung, sondern auch über die Form des Handelsverkehrs, über Packung u. ä. Zuwiderhandlungen werden mit erheblichen Geldstrafen und Gefängnisstrafen bedroht.
In den Handels- und Gewerbekreisen besteht allgemein Unsicherheit darüber, was zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs und des notwendigen Lebensbedarfs gehört, da weder die gerichtlichen Entscheidungen noch Anfragen bei den Verwaltungsstellen Klarheit geben, und auch die Anwendung der Verordnungen durch die stellvertretenden Generalkommandos eine verschiedenartige ist.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um
I. eine möglichste Klärung der Rechtslage durch Auslegung der genannten Begriffe herbeizuführen und
II. eine einheitliche Anwendung der Verordnungen in dieser Hinsicht sicherzustellen:
Bd. 319, Nr. 439.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1837C. — Beantwortet.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. I. Allgemeines, Ermächtigungsgesetz, Denkschriften. (Fortsetzung).

Petition des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels E. V. in Berlin um möglichst klare, scharfumgrenzte Begriffsbestimmung in den strafandrohenden Kriegsverordnungen und grundsätzliche Anhörung von Sachverständigen vor Erhebung der Anklage.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I a 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

4. Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Wegen fahrlässiger oder in entschuldbarem Irrtum begangener Handlungen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgesetze ist eine Fülle von Bestrafungen erfolgt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob und in welchem Umfange die Regierung die Einführung des Instituts der bedingten Verurteilung — zunächst wenigstens als Kriegsmaßregel — befürworten will?: Bd. 320, Nr. 605.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344B. — Beantwortet.

Petition des Deutschen Handelstags in Berlin, betreffend Straffreiheit bei entschuldbarem Irrtum über Kriegsgesetze oder -Verordnungen und Auskunftserteilung über Kriegsverordnungen.
Mündl. Ber. des Haush.-Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IVb.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Für erledigt erklärt.

Bestrafung der Verfehlungen gegen die Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen, Zulassung des Einwandes entschuldbaren Irrtums:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2417D.
88. Sitz. S. 2589D.
90. Sitz. S. 2669D, 2671D, 2673C, 2677A, 2678B, 2681A, 2686A.
91. Sitz. S. 2692A.
92. Sitz. S. 2721A.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5122D, 5126B.
165. Sitz. S. 5149A.

Verwarnung vor einer Bestrafung: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5139B.

Ersetzung der kurzfristigen Freiheitsstrafen durch Geldstrafen bei Uebertretungen: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5138D, 5147A, 5149A, B.

Durchführung, Zahl, Höhe der Strafen bei Uebertretungen:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4247C.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4948B.
160. Sitz. S. 4993D.
164. Sitz. S. 5116D, 5121D, 5123C, 5129D.
165. Sitz. S. 5134B, 5139A, 5146D.

Errichtung einer Beschwerdeinstanz gegen die Verfügungen der Behörden: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5130B.

Abfällige Beurteilung der behördlichen Maßnahmen; Mißstimmung im Volke:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2367C.
83. Sitz. S. 2382B, 2389D ff., 2397D ff, 2403B.
84. Sitz. S. 2416D.
86. Sitz. S. 2505A.
Bd 310, 113. Sitz. S. 3547C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. I. Allgemeines, Ermächtigungsgesetz, Denkschriften. (Fortsetzung).

Petition der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin in Berlin um Verminderung der Strafgesetze.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I c 2. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Friedrich Meyer in Hamburg, betreffend Schutz der Ladeninhaber gegen Schädigungen, die ihnen aus der durch Kriegsmaßnahmen verursachten Unmöglichkeit der Erfüllung von Verträgen erwachsen.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I c 1. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

5. Zusammenstellung der auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) erlassenen Anordnungen: Bd. 315, Nr. 27.
Nachträge zu vorstehender Zusammenstellung: Bd. 315, Nr. 30, 43, 49, 72, 78, 86; Bd. 316, Nr. 106, 122, 146, 164; Bd 317, Nr. 196, 220, 256; Bd. 318, Nr. 283, 335, 402; Bd. 319, Nr. 443; Bd. 320, Nr. 514, 633, 659; Bd. 321, Nr. 744, 754, 801, 913; Bd. 322, Nr. 1064, 1213; Bd. 323, Nr. 1356; Bd. 324, Nr. 1612.

6. Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges: Bd. 315, Nr. 26.
Nachträge zu vorstehender Denkschrift: Bd. 315, Nr. 29 (Zu Nr. 29), 44, 73, 74; Bd. 316, Nr. 107, 147, 162; Bd. 317, Nr. 225; Bd. 319, Nr. 403; Bd. 320, Nr. 650; Bd. 322, Nr. 1214.
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis zur Denkschrift und dem 1. bis 9. Nachtrag: Bd. 319, Nr. 483; zum 10. Nachtrag: Bd. 320, zu Nr. 650; zum 11. Nachtrag: Bd. 322, zu Nr. 1214.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 56 unter II, Nr. 59 unter II B, Nr. 66 unter I, Nr. 85 unter I, III, Nr. 92; Bd. 316, Nr. 113, 123, 127, 128, 130 unter II, Nr. 138, 139; Bd. 317, Nr. 193 unter III a, Nr. 210, 264 unter II, III; Bd. 318, Nr. 293, 330 unter III c, e—g, 371; Bd. 319, Nr. 480, Zu 480, 493, 501.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 192.
Mündl. Berichte des Ausschs. für Ernährungsfragen: Bd. 321, Nr. 799, Bd. 322, Nr. 1214, Bd. 324, Nr. 1685, Zu 1685.

Petitionen, betreffend soziale und wirtschaftliche Fragen.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 38 unter II c.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Entsprechend dem Ausschußantrage zur Berücksichtigung bzw. als Material überwiesen.

Anträge zu Denkschriften: Bd. 315, Nr. 60, 61, 89; Bd. 316, Nr. 115, 129; Bd. 317, Nr. 198 203, 208, 268; Bd. 318, Nr. 297, 393; Bd. 319, Nr. 482, 490; Bd. 324, Nr. 1685, Bd. 325, Nr. 1722.
Bd. 306, 2. Sitz. S. 11A (Petitionen).
3. Sitz. S. 22A (Petitionen).
7. Sitz. S. 67C.
8. Sitz. S. 123B (Abstimmung), 127D.
9. Sitz. S. 134C (Petitionen).
12. Sitz. S. 178C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. I. Allgemeines, Ermächtigungsgesetz, Denkschriften. (Fortsetzung).

Bd. 306, 15. Sitz. S. 241 D.
16. Sitz. S. 274 B.
17. Sitz. S. 301 D.
18. Sitz. S. 324 A.
19. Sitz. S. 358 D.
26. Sitz. S. 514 A.
27. Sitz. S. 537 D.
28. Sitz. S. 567 C.
29. Sitz. S. 594 D.
31. Sitz. S. 708 A (Petitionen).
32. Sitz. S. 761 C (Petitionen).
Bd. 307, 42. Sitz. S. 932 A.
49. Sitz. S. 1113 D.
50. Sitz. S. 1125 C.
51. Sitz. S. 1147 D.
52. Sitz. S. 1228 D (Petitionen).
58. Sitz. S. 1459 D (Petitionen).
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1593 C.
62. Sitz. S. 1635 C.
73. Sitz. S. 2054 C.
74. Sitz. S. 2086 B, 2130 D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3211 D.
106. Sitz. S. 3246 B.
107. Sitz. S. 3298 B.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851 C.
190. Sitz. S. 6118 C.

Petitionen siehe mündl. Berichte.

7. Anfrage Dr. Liebknecht: Weiß die Regierung, in welch schwerer wirtschaftlicher Not sich die Masse des deutschen Volkes infolge des Krieges, der Gewinnsucht kapitalistischer Interessengruppen und des Versagens der Regierung befindet?

Ist die Regierung endlich bereit, zur Steuerung dieser Not bei energischer Steigerung der allgemeinen Kriegsfürsorge ohne weiteres Zögern unter Beiseiteschiebung aller Sonderinteressen die erforderlichen Schritte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Heizung, Beleuchtung) zu tun, und zwar durch Regelung der Produktion nach den Interessen der Allgemeinheit, durch Beschlagnahme der Vorräte und ihre gleichmäßige Verteilung auf die Gesamtbevölkerung, so zwar, daß sie den Bedürftigen bei einfachster und weitherzigster Prüfung der Bedürftigkeit, unter scharfer Anspannung öffentlicher Mittel, aber unter grundsätzlicher Ausschaltung der Armenfürsorge auf diesem Gebiete, kostenlos oder zu leicht erschwinglichen Preisen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen?: Bd. 316, Nr. 155.

Bd. 306, 23. Sitz. S. 499 C. — Beantwortung abgelehnt.

II. Einzelnes.

1. Abzahlungsverträge siehe unter II 129.
2. Ackerbestellung siehe unter II 241a.
3. Aktiengesellschaften, staatliche Genehmigung zu ihrer Errichtung:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 699, Anhang a 793.
Nr. 1214 S. 235.
4. Alkohol. Siehe auch unter II 43, 52c, 136.
Umwandlung von Nährstoffen in alkoholische Genußmittel.
Resolution Mumm zum mündl. Ber. d. Haush. Aussch. über Ernährungsfragen (Bd. 319, Nr. 480): den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, soweit nicht Heereserfordernisse vorliegen, jeder Umwandlung

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
4. Alkohol. (Fortsetzung).

von Nährstoffen in alkoholische Genußmittel nach Möglichkeit entgegenzutreten: Bd. 319, Nr. 482.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2130 A, D. — Angenommen.
Ferner: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3329 A, D.

Petition des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus in Waren (Müritz), — Gesuche zahlreicher Vereine, betreffend Schutz und Erhaltung wichtiger Nahrungsmittel (Verbot der Herstellung alkoholischer Getränke aus Restbeständen an Getreide, Malz und Zucker und aus der gesamten Ernte des Jahres 1917).
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Anfrage Behrens: Der Reichstag beschloß bei seiner letzten Tagung eine Entschließung gegen jede vermeidbare Umwandlung von Nahrungsmitteln in alkoholische Genußmittel.
Wird dem Reichstagsbeschluß Folge gegeben?: Bd. 320, Nr. 527. Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr 586.

Anfrage Vogtherr: Nach einem Bericht des „General-Anzeigers für Dortmund und die Provinz Westfalen" (Nr. 145 vom 26. Mai 1917) ist in der Versammlung der Kreissynode Dortmund vom 22. Mai 1917 ein Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats mitgeteilt worden, worin der Oberkirchenrat, auf Grund des ihm vom Kriegsernährungsamt zugestellten Materials, die Pfarrer anweist, die Bevölkerung dahin aufzuklären, daß die zur Bierbereitung noch gebrauchten Gerstenmengen unerheblich seien und für die Volksernährung nicht wesentlich in Betracht kämen, sowie, daß Bier nicht nur ein Genuß-, sondern auch ein Nahrungsmittel sei.

Die Kreissynode hat hierzu u. a. folgendes erklärt:

1. So freudig wir bei jedem vaterländischen Hilfsdienst mitwirken, lehnen wir die Zumutung an unsere Pfarrer, bei solcher Volksbelehrung Dienste zu tun, entschieden ab.
2. Wir bedauern vielmehr aufs tiefste, daß auf all die treubesorgten Vorstellungen und Bitten weitester Volkskreise, auch unserer vorjährigen Synode, in dieser Sache seitens höchster Staats- und Kirchenbehörden eine so verhängnisvolle Antwort ergangen ist.

Ist der Herr Reichskanzler der Auffassung, daß die Verbreitung solcher Lehrmeinungen über das Bier zu den Aufgaben des evangelischen Oberkirchenrats gehört?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, jeden Versuch irgend einer Behörde, Nahrungsmittel durch Vermälzung oder Verbrennung zu vergeuden, mit der Entschiedenheit zu verhindern, die durch den ungünstigen Ernährungszustand der Bevölkerung geboten ist?: Bd. 321, Nr. 946.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3610 B. — Beantwortung verschoben.
Wiederholt: Bd. 321, Nr. 1041.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3679. — Beantwortet.

Anfrage D. Mumm: Der Reichstag erklärte sich in seiner Mehrheit gegen jede vermeidbare Umwandlung von Nahrungsmitteln in alkoholische

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
4. Alkohol (Fortsetzung).

Genußmittel; das Reichsamt des Innern hat sich diesem Grundsatz angeschlossen (Nr. 586 der Drucksachen).

Ist genügende Sicherung getroffen, daß nicht im neuen Erntejahr Gerste an Bierbrauereien abgegeben wird, solange nicht die ausgiebige Ernährung des ganzen deutschen Volkes im kommenden Erntejahre sichergestellt ist?

Worin besteht diese Sicherung gegenüber dem häufigen heimlichen Einkauf zu Vermälzungszwecken?

Wird, um Kartoffeln zu sparen, die Herstellung von technischem Spiritus aus Holz usw. nach Kräften gefördert?: Bd. 321, Nr. 907.

Bd. 310, 115. Sitz. S. 3562A. — Beantwortet.

Anfrage D. Mumm: Immer noch wird in den großen Wirtschaften Bier an jedermann verschänkt. Wie vereinbart mit dieser Tatsache die Reichsregierung die neue Ueberweisung von 100 000 Tonnen Gerste an die Bierbrauereien, die angeblich „fast ausschließlich" für das Heer bestimmt sein sollen?

Ist der Reichsregierung bekannt, daß durch diese 100 000 Tonnen 2 Millionen Kinder allwöchentlich etwa 1 Pfund Graupen würden erhalten können, und ist der Reichsregierung die Erschwerung der Kinderernährung dadurch, zudem auch die Keksherstellung völlig eingestellt wurde, bekannt? Wieviel Bier wurde bisher während des Krieges aus dem Ausland und aus den besetzten Gebieten eingeführt? Hält die Regierung an dem Beschluß alkoholfreier Demobilisation fest?: Bd. 322, Nr. 1206.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1267.

Petitionen, betreffend Maßnahmen gegen den Alkoholmißbrauch.

Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II t.

Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

5. Aluminium. — Siehe auch unter II 258.
Gewinnung aus deutschem Ton: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365D.
Herstellung und Einfuhr von A. und den daraus gefertigten Waren: Bd. 322, Nr. 1214 S. 134.
6. Ammoniak, schwefelsaures, siehe unter II 74a.
7. Anerkenntnisse für die Aushebung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren.
Diskontierung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 12.
Nr. 27 Ziff. 10.
Zahlung der Vergütung an den Inhaber:
Bd. 315, Nr. 26 S. 12.
Nr. 27 Ziff. 15.
8. Angestelltenversicherung siehe „Versicherungswesen" unter II.
9. Antimon siehe unter II 258.
10. Anwaltskammern siehe „Anwaltskammern".
11. Apotheken siehe unter II 523.
12. Arbeiterschutz siehe unter „Arbeiterschutz" und „Gewerbeordnung".
13. Arbeitslosigkeit siehe unter „Arbeitslosigkeit".
14. Arbeitsnachweise siehe unter „Arbeitsnachweis".
15. Arbeitszeit siehe die Stichworte bei „Arbeitszeit".

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).

16. Arzneimittel. Handel, Genehmigungspflicht:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 591.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 689.
Nr. 1214 S. 129.
17. Aerzte siehe „Aerzte".
18. Aethylaether siehe unter II 523.
19. Aetzalkalien. Verkehrsregelung:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 687, Anhang a 775.
Nr. 1214 S. 127.
Bd. 323, Nr. 1356, Anhang a 832.
20. Ausfuhrbewilligungen. Grundsätze, Erledigung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 49.
Nr. 44 S. 30.

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Behebung der durch die bisherigen Verzögerungen in der Behandlung von Anträgen eingetretenen Schädigungen die Abteilung zur Förderung der Tätigkeit von Industrie und Handel im Reichsamt des Innern schleunigst derart auszugestalten, daß eine kaufmännisch durchgreifende und möglichst schnelle Entscheidung der vorliegenden Aufgaben gewährleistet wird. Zu diesem Zwecke sind in täglichen Besprechungen der maßgebenden Personen der verschiedenen zur Beschlußfassung erforderlichen Instanzen die jeweilig vorliegenden Anträge zu erledigen: Bd. 317, Nr. 193 unter II 2.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 617B, 634D, 636C, 642B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 307, 36. Sitz. S. 818A.
49. Sitz. S. 1116C.
50. Sitz. S. 1144B.

Aus- und Einfuhrbewilligungen. Reichskommissariat, Umständlichkeit des Verfahrens bei Erledigung der Gesuche usw., seltene Zusammenberufung des Beirats:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535 C, 2551 D ff, 2561 D ff.
88. Sitz. S. 2586 B.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3363D, 3365A.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4991D.

21. Ausfuhr- und Durchfuhrverbote:
Bd. 315, Nr. 26 S. 47.
Nr. 44 S. 30.
Bd. 320, Nr. 650 S. 11, 18, 19.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 22, 173, 192, 216.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2060D.

Schädigung der Ausfuhrindustrie durch Maßnahmen der Kriegsamtsstellen, Ausfuhr von Textilmaschinen:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2551C, 2562B.
88. Sitz. S. 2586B.

Ausfuhrverbote der Provinzen, Gemeinden usw. über Lebensmittel:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 401.
Bd. 319, Nr. 403 S. 7.
Nr. 480 unter B.
Zu Nr. 480 S. 10, 39, 80.
Bd. 306, 32. Sitz. S. 732A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1615B, 1618D, 1627D.
66. Sitz. S. 1791D.
73. Sitz. S. 2059A.
74. Sitz. S. 2118D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
21. Ausfuhr- und Durchfuhrverbote (Fortsetzung).
Einspruchsrecht des Reichskanzlers dagegen:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 401.
Bd. 319, Nr. 403 S. 8.
Siehe auch unter II 243a, 374.
22. Ausgleich von Forderungen gegenüber dem feindlichen Auslande, siehe unter II 26.
23. Auskunfterteilung über Kriegsverordnungen.
Errichtung amtlicher Auskunftsstellen, siehe unter I 3.
Auskunfterteilung über Verordnungen der Militärbehörden:
Bd. 320, Nr. 650 S. 164.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2034D.
24. Auskunftspflicht über Vorräte und über Leistungen und Leistungsfähigkeit von Unternehmungen oder Betrieben:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 643.
Nr. 1214 S. 91.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 765.
25. Ausländer. Siehe auch unter II 26 u. 28 und die Hinweise unter „Ausländer".
Ausschluß der gerichtlichen Geltendmachung von vermögensrechtlichen Ansprüchen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 22.
Nr. 27 Ziff. 3, 43.
Nr. 43 Ziff. 87.
Nr. 44 S. 13.
Nr. 72 S. 141.
Nr. 73 S. 8.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 193.
Nr. 107 S. 9.
Nr. 146 Ziff. 240.
Nr. 147 S. 103.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 291.
Nr. 225 S. 102.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 358.
Nr. 402 Ziff. 437.
Bd. 319, Nr. 403 S. 209.
Nr. 443 S. 489.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 536.
Nr. 650 S. 131.
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 593.
Nr. 913 Ziff. 630.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 677.
Nr. 1214 S. 238.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 722.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 766.
Ausnahmen für Oesterreich-Ungarn:
Bd. 315, Nr. 72 Anhang w.
Nr. 73 S. 8.
— für die Schweiz:
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 22.
Nr. 107 S. 9.
— für die Vollstreckung gewisser Kostenentscheidungen von Gerichten nicht feindlicher Staaten:
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 163.
Nr. 225 S. 102.
— für Ansprüche in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 326.
Bd. 319, Nr. 403 S. 209.
26. Ausländische Unternehmungen und Vermögen in Deutschland.
a) Anmeldung, Sperre feindlicher Vermögen:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 231, Anhang a 84, a 96.
Nr. 147 S. 104.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 220.
Nr. 335 Anhang a 239.
Nr. 402 Anhang a 363.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
26. Ausländische Unternehmungen und Vermögen in Deutschland (Fortsetzung).
Bd. 319, Nr. 403 S. 215.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 802.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 740, Anhang a 867.
b) Ueberwachung der Unternehmungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 83.
Nr. 27 Ziff. 20, 40.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 170.
Nr. 107 S. 73.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 461.
Bd. 319, Nr. 403 S. 219.
— ausländischer Versicherungsunternehmungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 84.
Bd. 316, Nr. 107 S. 73.
Bd. 319, Nr. 403 S. 230.
c) Versicherungen bei englischen Gesellschaften:
Bd. 315, Nr. 27 S. 87.
Nr. 44 S. 83.
Nr. 73 S. 52.
Bd. 316, Nr. 107 S. 74.
Bd. 319, Nr. 403 S. 230.
Bd. 320, Nr. 650 S. 198.
d) Zwangsweise Verwaltung amerikanischer, englischer, französischer, portugiesischer, rumänischer, russischer Unternehmungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 82.
Nr. 30 Ziff. 60.
Nr. 44 S. 79.
Nr. 72 Ziff. 127, Anhang d.
Nr. 73 S. 51.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 170.
Nr. 107 S. 73.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 318.
Nr. 225 S. 105.
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 239.
Nr. 402 Ziff. 461.
Bd. 319, Nr. 403 S. 215, 219.
Nr. 443 Anhang a 403.
Bd. 320, Nr. 650 S. 175.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 828.
Ausdehnung auf China und Siam:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 744.
Nr. 1214 S. 258.
Liquidation feindlichen Vermögens, Kraftloserklärung von Aktien:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 708.
Nr. 1214 S. 255.
— amerikanischer Unternehmungen: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 888.
— britischer Unternehmungen:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 451.
Bd. 319, Nr. 403 S. 215.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 547.
Nr. 650 S. 175.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 640.
Nr. 1214 S. 254.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132C.
— französischer Unternehmungen:
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 592.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 252.
— russischer Unternehmungen:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 755.
Nr. 1214 S. 254.
Petition des Fabrikanten Kemner in Saarburg (Lothringen), betreffend Schutz des deutschen

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
26. Ausländische Unternehmungen und Vermögen in Deutschland (Fortsetzung).
Kapitals in ausländischen Unternehmungen bei der Zwangsliquidation.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1194 Ziff. A.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997B. — Ueberweisung als Material.
Treuhänder für das feindliche Vermögen, Tätigkeit:
Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 601.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 251.
Rücktrittsrecht Deutscher oder Angehöriger neutraler Staaten bei Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 80.
Nr. 44 S. 79.
Siehe auch „Krieg" unter VIII5.
27. Ausländische Zahlungsmittel siehe unter II69.
28. Auslandsforderungen.
Anmeldung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 530.
Nr. 650 S. 149, 177.
Nr. 659 Anhang a 574.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 258.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 740, Anhang a 867.
Ausgleich deutscher Schulden und Forderungen mit dem feindlichen Ausland: Bd. 315, Nr. 44 S. 86.
Petitionen. Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 316, Nr. 135.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 384C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung, soweit sie sich auf eine Registrierung der Schulden und Forderungen an das feindliche Ausland beziehen, zur Erwägung, soweit sie weitergehende Maßnahmen betreffen.
Ferner:
Bd. 316, Nr. 147 S. 105.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1143B.
51. Sitz. S. 1150D.
Petitionen betr. deutsche Forderungen an das feindliche Ausland.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 320, Nr. 637.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3637A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung, soweit sie sich auf die Registrierung der Auslandsforderungen beziehen; Ueberweisung als Material, soweit sie die Flüssigmachung der Auslandsforderungen betreffen; Ueberweisung zur Erwägung, betr. Maßnahmen zur Sicherstellung der deutschen Außenstände im feindlichen Auslande.
Petitionen, betreffend Sicherung der deutschen Auslandsforderungen durch Ausfallbürgschaften:
Mündl. Ber. d. Haush.-Aussch.: Bd. 324, Nr. 1600 unter I a—g.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Bildung eines Gläubigerschutzverbandes:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2553D.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4891B.
29. Auslandsverkehr. Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Auslande:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 339, Anhang a 190.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 216.
Bd. 319, Nr. 403 S. 186.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).
30. Austern, holländische. Verbot der Einfuhr, Aufhebung des Zolls: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3360A, 3362B, 3363D.
31. Ausverkäufe. Siehe auch unter II 409.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Bundesrat zu ersuchen, auf dem Wege der Verordnung ein Verbot zu erlassen, wonach bis auf weiteres im ganzen deutschen Detailhandel Ausverkäufe jeglicher Art in Woll- und Baumwollwaren zu unterbleiben haben.
Als Ausverkäufe gelten auch Verkäufe, welche unter der Bezeichnung: Inventurverkäufe, weiße Wochen, wohlfeile Wochen, billige Tage, 95 Pfg.-Tage usw. angekündigt werden: Bd. 317, Nr. 193 unter II 1.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 617A, 624B, 642B. — Angenommen.
Verbot der Ausverkäufe von Web-, Wirk- und Strickwaren:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 327.
Nr. 225 S. 73.
Petition des Schutzverbandes für Handel und Gewerbe im Kreise Saarbrücken, betr. Freilassung der konfektionierten Artikel von der Beschränkung der Ausverkäufe.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 319, Nr. 463.
Bd. 308, 75. Sitz. S. 2150D. — Ueberweisung als Material.
32. Bäckereien, Zusammenlegungen, siehe unter II 360.
33. Backware, Kuchen. — Siehe auch unter II 58b.
Nachtbackverbot:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 79, 107.
Nr. 44 S. 42.
Nr. 72 Ziff. 131, Anhang o.
Nr. 73 S. 32.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 283.
Nr. 225 S. 36.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 394, Anhang a 247.
Nr. 402 Anhang a 276.
Bd. 319, Nr. 403 S. 29.
Nr. 443 Ziff. 482.
Verwendung von Streumehl:
Bd. 320, Nr. 650 S. 22.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 663.
Kuchenbäckerei, Einschränkung: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2118C.
34. Beeren siehe unter II 278.
35. Beglaubigung von Unterschriften und Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten siehe „Krieg" unter VI 2.
36. Bekleidungsindustrie. Petition, betreffend Aufrechterhaltung der Ausfuhrmöglichkeit für Bekleidungsstücke.
Ber. d. Aussch. f. Handel und Gewerbe: Bd. 321, Nr. 873.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3638B. — Uebergang zur Tagesordnung.
Siehe auch unter II 409.
37. Beleuchtungswesen.
Beschaffung von Karbid- und Spirituslampen:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 18b.
Sparmaßnahmen:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 519.
Nr. 650 S. 104.
Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 605.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 139.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
37. Beleuchtungswesen (Fortsetzung).

Anfrage Graf v. Westarp: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Beleuchtungsnot auf dem platten Lande rechtzeitig vor Eintritt des Spätherbstes abzuhelfen und die mit ihr verbundenen schweren wirtschaftlichen Schädigungen abzuwenden?: Bd. 325, Nr. 1903.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1925.
Siehe auch II 289.

38. Benzin. Höchstpreise:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 398.
Nr. 402 Anhang a 285, a 320.
Bd. 319, Nr. 403 S. 134.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 510.

39. Berufsgenossenschaften siehe unter „Versicherungswesen".

40. Bezugsmarkensystem. Petition des Alfons Gauß in Berlin betr. Einführung des Bezugsmarkensystems „Deutschland".
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

41. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte:
Bd. 315, Nr. 44 S. 48, 61.
Nr. 73 S. 41.
Bd. 316, Nr. 147 S. 56, 63, 64, 65, 66.
Bd. 317, Nr. 225 S. 63.
Bd. 320, Nr. 650 S. 29, 71.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 87.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 599D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3317D.
Siehe auch unter II 121 c.

42. Bienenwachs siehe II 281 e.

43. Bier, Brauereien. — Siehe auch unter II 4, 136, 251.
Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien; Festsetzung der Gersten- und Malzkontingente; Uebertragung der Malzkontingente usw.:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 104.
Nr. 44 S. 53.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 201.
Nr. 107 S. 43.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 313, Anhang a 162.
Nr. 225 S. 18, 59.
Nr. 256 Ziff. 338.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 380, Anhang a 199, a 200.
Nr. 335 Ziff. 386.
Nr. 402 Ziff. 470.
Bd. 319, Nr. 403 S. 35, 92.
Nr. 443 Ziff. 491.
Nr. 480 unter B 38 bis 40.
Zu Nr. 480 S. 15, 31, 37, 58, 66.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 531, Anhang a 494.
Nr. 650 S. 24, 68.
Bd. 322, Nr. 1213, Ziff. 710, Anhang a 810.
Bd. 323, Nr. 1356, Anhang a 835.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 297A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1616C.
65. Sitz. S. 1756D, 1763D.
66. Sitz. S. 1773A.
73. Sitz. S. 2062C, D, 2071C.
74. Sitz. S. 2094D, 2097A, 2118A, 2129D.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2572B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3220A.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
43. Bier, Brauereien (Fortsetzung).

Kontingente für Haustrunkbrauereien:
Bd. 317, Nr. 225 S. 58.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3215D.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die Bierproduktion um weitere etwa 20 Prozent unter Festsetzung von angemessenen Höchstpreisen für Bier einzuschränken: Bd. 315, Nr. 56 unter II a 3b.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71D.
8. Sitz. S. 123C. — Angenommen.

Antrag Albrecht u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schleunigst folgende Maßnahmen zu treffen: die Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien auf 60 Hundertteile des im gleichen Vierteljahr der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich zur Bierbereitung verwendeten Malzes (Bekanntmachung vom 15. Februar 1915) bleibt weiter bestehen: Bd. 315, Nr. 89 unter III e.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 194C, 208D. — Angenommen.

Braukontingent für Bayern usw.:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 39b.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1616C.
73. Sitz. S. 2062D.

Wirtschaftliche Folgen der Einschränkung in Süddeutschland: Bd. 306, 26. Sitz. S. 528C.

Petitionen, betr. Einschränkung der Verwendung von Gerste zu Brauzwecken und Einführung von Gerstenwaren- und Bierkarten.
Mündl. Bericht des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c und d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material bzw. Uebergang zur Tagesordnung.

Bierbereitung, Umwandlung von Nahrungsmitteln in Bier siehe unter II 4.

Verwendung von Honig.
Anfrage Davidsohn: In Oesterreich wird in letzter Zeit zum Bierbrauen an Stelle von Malz Honig verwendet.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser Gefahr in Deutschland vorzubeugen?: Bd. 321, Nr. 981.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1049.
— Verwendung von Süßstoff:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 442.
Bd. 319, Nr. 403 S. 55.

Bier und bierähnliche Getränke, Preisfestsetzung:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 568.
Nr. 650 S. 26.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 862.

44. Bilanzen. Fortfall bzw. Fristverlängerung für die Aufstellung bei Gesellschaften, die Vermögen im Ausland oder in den Schutzgebieten haben:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 113.
Nr. 44 S. 92.
Siehe auch unter II 416b.

45. Bindfadenfabriken siehe unter II 360.

46. Bleiverwendende Industrien siehe dort.

47. Blitzableiter.
Anfrage Dr. Belzer: Im bayerischen Landtag ist die Regierung ersucht worden, dafür einzutreten, daß Blitzableiter erst allgemein nach Ende der

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
47. Blitzableiter (Fortsetzung).

Gewitterzeit abgenommen werden; wenn ihre Abnahme aber doch erfolge, die Militärverwaltung alsbald auf ihre Kosten für Ersatz sorge.
Sind dem Herrn Reichskanzler diese Bestrebungen bekannt und ist er bereit, vor allem im Interesse hochragender Kirchen, dieselben zu unterstützen?: Bd. 324, Nr. 1583.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5133C.—Beantwortet.

Anfrage Irl (Erding): Zufolge einer Verordnung des Bundesrats werden bei Abnahme von Blitzschutzanlagen für das abgelieferte Kupfer nur die Anschaffungspreise der Friedenszeit und dazu ein mäßiger Zuschlag für die Abbaukosten vergütet. Diese Vergütung steht in gar keinem Verhältnis mehr zu den gegenwärtigen Abnahmekosten und den Ausgaben für die Ersatz-Blitzschutzanlagen. Durch diese Maßnahmen werden insbesondere Kulturgemeinden und private Anstalten, die der öffentlichen Wohlfahrt dienen, schwer geschädigt. Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten usw. Eine solche Anstalt hatte z. B. erst kurz bei Abgabe eines Blitzableiters den Verlust von 500 Mark zu tragen, nun soll dieselbe Anstalt an einem ihrer anderen Gebäude 1000 Mark Schaden leiden.
Gedenkt der Herr Reichskanzler auf den Bundesrat einzuwirken, daß einer solchen Ungerechtigkeit abgeholfen wird?: Bd. 325, Nr. 1915.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1988.

48. Blut.
Einfuhr gesalzenen Blutes von Rindern und Schweinen. Bd. 320, Nr. 650, S. 20.
Verwertung zu Nahrungszwecken. Bd. 320, Nr. 650, S. 47.
— auf Schlachthöfen zu Wurst und Futtermehl; Anordnung der Schächtung im Kreise Friedberg: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1660C.

49. Bodenverbesserung.
Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung, privatrechtliche Verhältnisse:
Bd. 315, Nr. 26 S. 68.
Nr. 30 Ziff. 55.
Moorkultur durch Kriegsgefangene:
Bd. 317, Nr. 225 S. 70.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2111A, 2114D.
Petition des Karl Jaddach in Stolp (Pom.), betr. Kultivierung von Oedland und Bereitstellung von Mitteln zur Vermehrung der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

50. Börse, Börsengeschäfte siehe unter „Börse".

51. Brandentschädigungen für Ostpreußen siehe unter „Ostpreußen".

52. Branntwein, Brennereien. — Siehe auch unter II 4, 360, 443a und „Branntweinsteuer".
a) Betriebsauflage für den Sommerbrand in landwirtschaftlichen Brennereien im Betriebsjahr 1914/15 ff., Wegfall:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 164.
Nr. 107 S. 9.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 400.
Bd. 319, Nr. 403 S. 99.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
52. Branntwein, Brennereien (Fortsetzung).

b) Durchschnittsbrand, Kontingent, Uebertragung des Durchschnittsbrandes auf eine andere Brennerei; Erhöhung des vergällungspflichtigen Teils; Herabsetzung der Vergütungen für steuerfreien B.:
Bd. 315, Nr. 26 S. 34, 66.
Nr. 27 Ziff. 37.
Nr. 43 Ziff. 95.
Nr. 44 S. 15.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 232, Anhang a 89.
Nr. 147 S. 69.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 306, Anhang a 161.
Nr. 225 S. 71.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 286.
Bd. 319, Nr. 443 Ziff. 494.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 503, Anhang a 467.
Nr. 650 S. 75.
Erleichterungen im Brennereibetrieb und Branntweinverkehr und Regelung der Betriebsvergütungen für 1916/17: Bd. 320, Nr. 650 S. 75.
Betriebsregelung für die Kartoffeln verarbeitenden Brennereien für 1916/17:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 443.
Nr. 650 S. 77.
Regelung der wirtschaftlichen Betriebsverhältnisse der Branntweinbrennereien und der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1917/18 und über Essigsäureverbrauchsabgabe:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 691.
Nr. 1214 S. 108.
Landwirtschaftliche Brennereien und landwirtschaftliche Genossenschaftsbrennereien, Aufhebung von Beschränkungen hinsichtlich der Herkunft der Rohstoffe:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 319.
Nr. 225 S. 71.
Anfrage Dr. Böhme, Laser: Die Spirituszentrale vertritt grundsätzlich den Standpunkt, daß den landwirtschaftlichen Betrieben unter 40 ha die Hergabe von Brennspiritus verweigert wird.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser Benachteiligung der kleineren Betriebe entgegenzutreten?: Bd. 322, Nr. 1112
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1140
Vergällung für die Herstellung von Seifen: Bd. 316 Nr. 146 Anhang a 87.
— für die Herstellung von Lacken und Polituren Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 439.
Ablieferung kupferner Brennapparate siehe II 258

c) Erzeugung. Verarbeitung von Kartoffeln und Getreide:
Bd. 315, Nr. 26 S. 34.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 224.
Nr. 147 S. 74.
Bd. 317, Nr. 192 S. 59.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 400.
Bd. 318, Nr. 403 S. 99.
Bd. 320, Nr. 650 S. 78.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 598.
Nr. 913 Ziff. 611.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 105.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3311D.
— überschüssiger Kartoffeln:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 167, 186.
Nr. 107 S. 10.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 499.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1754D, 1763D.
66. Sitz. S. 1781D, 1786C, 1803A

— von Rohzucker, Melasse, Rüben:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 95.
Nr. 44 S. 16.
Nr. 73 Anhang e.

— von Rüben, Rübensäften und Topinamburs:
Bd. 315, Nr. 29 S. 13
Nr. 30 Ziff. 59.
Nr. 72 Ziff. 145.
Nr. 73 S. 30.
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 344.
Bd. 319, Nr. 403 S. 99.
Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 573.

— von Tapioka:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 148.
Bd. 316, Nr. 107 S. 11.

— aus Wein:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 529.
Nr. 650 S. 78.

— von Zuckerrüben:
Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 573.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 741.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald das Verbot der Verwendung von Getreide, Obst und Zucker (mit Ausnahme der Melasse) zur Herstellung von Spiritus herbeizuführen sowie die Herstellung von Trinkbranntwein überhaupt zu verbieten: Bd. 315, Nr. 56 unter IIa 4.

Hierzu Ab.Antr. Fehrenbach u. Gen.: in der Resolution des Ausschusses für den Reichshaushaltsetat — Bd. 315, Nr. 56 der Drucksachen — unter IIa die Ziffer 4 wie folgt zu fassen:

4. alsbald das Verbot der Verwendung von Getreide und Kartoffeln zur Herstellung von Spiritus herbeizuführen: Bd. 315, Nr. 60.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 74A, 90D.
8. Sitz. S. 97B (Zurückziehung der Worte „und Kartoffeln"), 123C. — Angenommen in der abgeänderten Fassung des Antrags Fehrenbach.

Antrag Albrecht u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schleunigst folgende Maßnahmen zu treffen: die Erzeugung von Branntwein aus Getreide, Kartoffeln, Obst und Beeren, soweit diese als Nahrungsmittel zu verwenden sind, ist zu verbieten: Bd. 315, Nr. 89 unter III d.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 194C, 201C, 208C. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IVe, II 6.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 45, 46.
Zu Nr. 480 S. 17, 32, 35.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 499.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1599A.
62. Sitz. S. 1669D.
65. Sitz. S. 1763C.
66. Sitz. S. 1781D, 1786C.
73. Sitz. S. 2070D.
74. Sitz. S. 2087C, 2094C, 2114B, 2117D, 2125D.

Siehe auch unter II 43.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
52. Branntwein, Brennereien (Fortsetzung).

Petition des Kaplans Römer, Vorsitzender der Arbeits-Kommission in Hamm (Westf.) — Eingabe verschiedener gemeinnütziger Vereine, betreffend Festlegung von größeren Mengen an Getreide und Kartoffeln für die Volksernährung und Einschränkung der für die Brauereien und Brennereien bestimmten Mengen.
Mündl.Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330. — Ueberweisung als Material.

Freigabe von Roggen für Kornbrennereien: Bd. 306, 28. Sitz. S. 570C, 581A.

Anfrage Davidsohn: Am 13. Januar 1916 hat der Abgeordnete Simon in seiner Reichstagsrede mitgeteilt, daß der Kornspiritus-Zentrale zu Düsseldorf 45000 Tonnen Roggen zum Schnapsbrand überwiesen worden sind.

Am 4. März 1916 hat der halbamtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" im Leitartikel gemeldet:

„Das zugewiesene Getreide wird schon jetzt im wesentlichen verbrannt sein."

Am 18. März 1916 hat die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Abendausgabe (2. Beiblatt) nach „Darlegung der amtlichen Stelle" berichtet:

„Bisher sind 8000 Tonnen der Kornspiritus-Zentrale zugewiesen worden."

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Aufschluß darüber zu geben, ob die Darstellung des Nachrichtendienstes oder die der „Deutschen Tageszeitung" den Tatsachen entspricht, und — in letzterem Falle — zu erklären:
1. wieviel Tonnen von den 45000 noch nicht verbrannt sind,
2. ob der etwaige Restbestand der Brennerei entzogen und für die Volksernährung sichergestellt ist?: Bd. 317, Nr. 254.
Bd. 307. 41. Sitz. S. 902D. — Beantwortet.

Anfrage D. Mumm: Durch eine amtliche Veröffentlichung (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Professor Skalweit Seite 18) ist festgestellt, daß noch im Betriebsjahr 1916/17 drei Millionen Zentner Zuckerrüben zu Branntwein verarbeitet worden sind; nicht selten wurde dies durch Kohlenmangel der Zuckerfabriken veranlaßt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß seitens des Kriegsernährungsamts wie seitens der anderen beteiligten Stellen alles getan wird, um die Wiederkehr solcher Vergeudung von Nahrungsmitteln zu verhüten?: Bd. 324, Nr. 1571.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1599.

d) Trinkbranntweinerzeugung, Einschränkung; Ausnahmen:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 132, Anhang v, y.
Nr. 73 S. 10.
Nr. 86 Anhang a 6.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 181, Anhang a 23.
Nr. 107 S. 11.
Nr. 146 Ziff. 253, Anhang a 79.
Nr. 147 S. 74.
Nr. 164 Anhang a 114.
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 126.
Nr. 220 Anhang a 171, a 173.
Nr. 225 S. 72.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
52. Branntwein, Brennereien (Fortsetzung).

Kontingent der Arzneimittelfabriken und Apotheken:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 543.
Nr. 650 S. 80.

Anfrage Dr. Stubmann: Nach einer Entscheidung der Reichsbranntweinstelle darf eine Freigabe von Branntwein für Apotheken nur erfolgen, wenn diese einen allgemein gültigen Verpflichtungsschein nach folgendem Muster eingereicht haben:

„Der Unterzeichnete (Die unterzeichnete Firma) verpflichtet sich hierdurch, sämtlichen in seinem (ihrem) Besitz befindlichen oder noch in Besitz gelangenden Branntwein lediglich zu dem Zweck zu verwenden, für den ihm (ihr) Branntwein von der Steuerstelle auf Grund der Bekanntmachung vom 15. April 1915 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 123) zugewiesen wird. Er (Sie) unterwirft sich im Falle einer Zuwiderhandlung hiergegen einer von dem Vorsitzenden der Reichsbranntweinstelle in Berlin festzusetzenden, lediglich im Verwaltungswege einzuziehenden Vertragsstrafe bis zu 20 000 Mark für jeden Einzelfall und verzichtet hierdurch ausdrücklich auf gerichtliche Entscheidung."

Billigt der Herr Reichskanzler das mit diesem Verpflichtungsschein eingeschlagene Verfahren, durch das die Abgabe von Spiritus an Apotheken an Bedingungen geknüpft wird, die einer Verwaltungsstelle eine fast unbegrenzte Strafwillkür übertragen und den Bestraften schweren Vermögenseinbußen aussetzen, ohne daß er, wie es sonst selbst bei schweren Verbrechen jedem Staatsbürger möglich ist, eine Anrufung des ordentlichen Strafrichters vornehmen kann?: Bd. 325, Nr. 1827.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1917.

Verwendung zur Herstellung von Aethyläther: Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 618.

Freigabe von Spiritus zur Fruchtsafthaltbarmachung im Juli und August 1915: Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 14.

Kontingent der Parfümerie- und Essenzenfabriken:
Bd. 317, Nr. 256 Anhang a 182.
Bd. 319, Nr. 403 S. 100.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 499.
Nr. 650 S. 79.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 624.

e) Branntweinherstellung aus den Abfällen der Holzfabrikation und aus der Zellulose:
Bd. 324, Nr. 1460 S. 116.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1599 C.
74. Sitz. S. 2087 C, 2114 A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223 C.
— aus Kalziumkarbid: Bd. 324, Nr. 1460 S. 118.
— Siehe auch „Branntweinsteuer" unter 6.
— von technischem Spiritus aus Sulfitlauge:
Bd. 324, Nr. 1460 S. 114.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3339 A.

f) Verkauf und Ausschank, Verbot bzw. Beschränkung:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 126.
Nr. 73 S. 26.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 46.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 91 C, D.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2065 A.

Anfrage D. Mumm: Die Kriegsamtstelle Düsseldorf hat dem „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund" große Mengen von Trinkbranntwein zur Verfügung gestellt, der waggonweise zur Versendung kommt; jeder Waggon enthält 200 Korbflaschen = 5000 Liter; man schätzt die Gesamtzahl auf 150 000 Liter 33½grädigen Branntweins. Der gewerkschaftlichen Auffassung entspricht solcher Massenausschank von Trinkbranntwein in erregter Zeit sicher nicht. Auch ist unverständlich, daß Nahrungsmittel für solche Herstellung von Trinkbranntwein überflüssig sind.

Billigt das Kriegsernährungsamt die Handlungsweise der Kriegsamtstelle Düsseldorf?: Bd. 325, Nr. 1996. — Unerledigt.

g) Verkehrsregelung, Preisfestsetzung; Reichsbranntweinstelle, Spirituszentrale:
Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 119.
Nr. 73 S. 9.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 286.
Nr. 225 S. 70.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 365, Anhang a 226.
Nr. 371 unter I 11.
Nr. 402 Ziff. 478.
Bd. 319, Nr. 403 S. 100.
Nr. 480 unter B 44.
Zu Nr. 480 S. 16, 44, 46.
Bd. 320, Nr. 650 S. 75.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1599 B.
62. Sitz. S. 1669 B.
66. Sitz. S. 1781 B.
73. Sitz. S. 2064 C.

Verträge der Spirituszentrale: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 730.

Verkehr mit Branntwein aus Wein- und Obstbrennereien:
Bd. 320, Nr. 659 Anhang a 577.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 674.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 678.
Nr. 1214 S. 106.

Bestände von Kornbranntwein, Anmeldung:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 440.
Nr. 650 S. 77.

Beschlagnahme für Heereszwecke:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 45, 46.
Zu Nr. 480 S. 17, 32, 36.

Leuchtspiritus, Rationierung, Preise:
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 49.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2064 D.

Technischer Spiritus, Freigabe: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1599 A.

Eingabe der Firma Buchholz in Grünberg (Schles.), betreffend Freigabe von Kognak.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe:
Bd. 324, Nr. 1539.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533 D. — Für erledigt erklärt.

53. Brauereibetriebe siehe unter II 43, 360.

54. Brennmaterial siehe unter II 173, 202.

55. Brennesseln. Verkehrsregelung, Nesselfaserverwertungsgesellschaft:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 448.
Bd. 319, Nr. 403 S. 109.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 758.
Nr. 1214 S. 118.

56. Brennstoff siehe unter II 38, 212, 289.

57. Bronze siehe unter II 258.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

58. Brot.

a) Bemessung (Brotkarte); Erhöhung für die schwer arbeitende Bevölkerung:
Bd. 316, Nr. 107 S. 32.
Nr. 147 S. 19.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 64, 66.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 70C.
12. Sitz. S. 181C, 186A, 192B.
15. Sitz. S. 244D, 261D, 267A.
16. Sitz. S. 294D.
17. Sitz. S. 305D, 318A.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2061B.

Zusatzbrotkarten, Mängel der Zuteilung, Erlasse der Reichsgetreidestelle:
Bd. 317, Nr. 192 S. 43.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 531C, 537D.
27. Sitz. S. 557B, 560C.
28. Sitz. S. 570D, 581C, 587A, 589D.
29. Sitz. S. 596C.

Reichsreisebrotkarten, Reichsbrotkarten:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 27.
Zu Nr. 480 S. 13.

Mehrausgabe im Verhältnis zu den Ergebnissen der Volkszählung, Brotkartenfabriken:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3256A, 3265A, 3275A, 3285D.
107. Sitz. S. 3305C, 3309D.

Petition des Cyrillus Kleemann in Groß-Strehlitz betreffend Errichtung von amtlichen Sammelstellen für Brotmarken zugunsten der Schwerarbeiter. Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Brotration, Herabsetzung unter Erhöhung der Fleischration:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3218C, 3237D.
106. Sitz. S. 3254D, 3289B, 3292B.
107. Sitz. S. 3324D.

—, Herabsetzung:
Bd. 322, Nr. 1214 S. 30.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4147B.
136. Sitz. S. 4264C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5862C.

b) Bereitung, Streckungsmittel, Kartoffeln, „K"-Brot:
Bd. 315, Nr. 26 S. 67.
Nr. 27 Ziff. 46.
Nr. 29 S. 14, 19.
Nr. 43 Ziff. 79, 107.
Nr. 44 S. 42.
Nr. 72 Ziff. 131, Anhang o.
Nr. 73 S. 32.
Bd. 317, Nr. 225 S. 30, 31.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 57, 59.
Bd. 320, Nr. 650 S. 22.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 31.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 69C.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1781B.

Zusatz von Gerste: Bd. 320, Nr. 650 S. 68.
— von Gerstenmehl und Weizenschrot: Bd. 320, Nr. 650 S. 21.
— von Rüben:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 548, Anhang a 555.
Nr. 650 S. 22.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
58. Brot (Fortsetzung).

Verbot des Fettens von Brotlaiben:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 377.
Bd. 319, Nr. 403 S. 73.

c) Petition des Walter Schmidt in Dresden-A., betr. Verbot des Verkaufs von neugebackenem Brot.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Fadenziehendes Brot.
Anfrage Kunert: Ist dem Herrn Reichskanzler nachstehende Tatsache bekannt?
Seit längerer Zeit wird in Bäckereibetrieben immer von neuem fadenziehendes Brot hergestellt und verkauft. Sobald derartig untaugliches Brot Konsumenten nicht mehr findet, wird sein übelriechend gärendes und höchst gesundheitschädliches Material vielfach nicht vernichtet, sondern zu „frischer Ware" verarbeitet und erneut zu den üblichen hohen Preisen von Bäckern und Konditoren zum Verkauf angeboten.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun gegenüber solchen Zuständen, welche die steigende Gefährdung der Volksgesundheit und die wachsenden Schwierigkeiten der Volksernährung nicht nur in hohem Grade vermehren, da sie ein Hauptnahrungsmittel gewisser Personenkreise ausschalten, sondern die auch dem einzelnen Konsumenten direkt seiner ihm zustehenden Ration, sowie seines Geldes und durch vergiftende Einwirkung auf seinen Organismus seiner Arbeitskraft berauben?
Was wird der Herr Reichskanzler tun, um diesem auf die Dauer unerträglichen Uebelstand ein plötzliches Ende zu bereiten?: Bd. 322, Nr. 1070.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1154.

d) Brotversorgung der Kommunalverbände: Bd. 315, Nr. 44 S. 49.

e) Höchstpreise. — Siehe auch unter II 172g.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die allgemeine Festsetzung möglichst billiger Höchstpreise für Brot und Mehl, entsprechend den Getreidepreisen, durch die Kriegsgetreidegesellschaft und die Ortsbehörden herbeizuführen: Bd. 315, Nr. 56 unter IIa 1.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 69A.
8. Sitz. S. 123C. — Angenommen.
Antrag Albrecht u. Gen., betreffend sofortige wesentliche Herabsetzung der Höchstpreise: Bd. 315, Nr. 89 unter I.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 208A. — Abgelehnt.
Resolution des Haushaltsausschusses, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen und Verminderung der Spannung zwischen dem Höchstpreis für Brotgetreide und dem Brotpreis: Bd. 316, Nr. 113 unter IIg 1.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 254B.
18. Sitz. S. 331B. — Angenommen.
(Wortlaut unter II 110g.)
Antrag des Ernährungsausschusses: Bei einer Steigerung des Preises für Roggen und Weizen ist eine Erhöhung des Brotpreises zu vermeiden durch Verminderung der Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis, sowie in zahlreichen Gemeinden durch Verminderung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis. Zu diesem Zweck

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

58. Brot (Fortsetzung).

sind für die Gemeinden entsprechende Vorschriften zu erlassen. Soweit diese Mittel nicht ausreichend sein sollten, sind Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 1.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß einheitliche Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke festgesetzt werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 25.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 540D.
29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 58.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3216B.

Brot aus ausländischem Mehl, Höchstpreise: Bd. 322, Nr. 1214 S. 29.

f) Verfütterung siehe unter II 139 l.

59. Bucheckern, Verkehrsregelung zwecks Oelerzeugung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 474.
Bd. 319, Nr. 403 S. 75.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 767.
Nr. 1214 S. 73.

60. Buchweizen, Hirse. Höchstpreise:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 263.
Nr. 147 S. 25.
Nr. 164 Anhang a 112.
Bd. 317, Nr. 225 S. 21.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 685.
Nr. 1214 S. 24.

Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 427, 475, Anhang a 312, a 392.
Bd. 319, Nr. 403 S. 39.
Bd. 320, Nr. 650 S. 30.

Bewirtschaftung, Uebertragung auf die Reichsgetreidestelle: Bd. 322, Nr. 1214 S. 31.
Selbstversorger: Bd. 322, Nr. 1214 S. 26

Saatgutverkehr:
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 601.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 684.
Nr. 1213 Anhang a 757.
Nr. 1214 S. 28.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 837.

61. Butter. Siehe auch II 172 g, 281 d.

a) Bestandserhebung, Ausdehnung auf die Gutsmolkereien: Bd. 306, 27. Sitz. S. 540C.

b) Höchstpreise; Zuschläge:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 247, Anhang a 95, a 98.
Nr. 147 S. 45.
Nr. 164 Anhang a 115.
Bd. 317, Nr. 192 S. 65.
Nr. 196 Anhang a 120.
Nr. 225 S. 11, 42.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 734.
Nr. 1214 S. 67.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß einheitliche Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke festgesetzt werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 25.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 540D.
29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Preise, Spannung zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223A.

Verdorbene Butter, Preise: Bd. 320, Nr. 650 S. 53.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

61. Butter (Fortsetzung).

c) Verkehrsregelung.

Beschlagnahme; Ausdehnung auf kleine Molkereien:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IIb.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601D, 1633A.
62. Sitz. S. 1648A.

Postversand an Privatpersonen:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IIb, I 7i.
Bd 319, Nr. 480 unter B67.
Zu Nr. 480 S. 21, 81.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601D.

Verbrauch, Einschränkung, Regelung; Preise:
Bd. 317, Nr. 192 S. 65.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 256D.
16. Sitz. S. 283B.
27. Sitz. S. 540B, 548D.
29. Sitz. S. 610D.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, Verordnungen zu erlassen, durch welche der Verbrauch der Butter als Beigabe zu den Speisen in den Gast- und Speisehäusern tunlichste Einschränkung erfährt: Bd. 317, Nr. 192 S. 65, 67.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 528B.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Resolutionen des Haushaltsausschusses:
1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine kombinierte Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fetten regelt, einzuführen;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß Fettkarten eingeführt werden, welche die Versorgung der Bevölkerung der Städte und Industriebezirke mit Butter und Speisefett regeln, sobald die Versorgung mit den nötigen Fetten gesichert ist: Bd. 317, Nr. 192 S. 64, 66.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519B, 531A.
27. Sitz. S. 540C, 555D.
28. Sitz. S. 578A.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 317, Nr. 225 S. 41.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IIc, I 6h, I 8i.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 53, 84.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1667D.

Verteilung der aus- und inländischen Butter durch die Zentraleinkaufsgesellschaft:
Bd. 316, Nr. 147 S. 17.
Bd. 317, Nr. 192 S. 67.
Nr. 196 Ziff. 279.
Nr. 225 S. 42, 43.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 441, Anhang a 263, a 333, a 374.
Bd. 319, Nr. 403 S. 68.
Nr. 443 Anhang a 413.
Bd. 320, Nr. 650 S. 51, 53.

Versorgung Berlins. Ansammlungen; Mängel der Organisation, Verhalten der Zentraleinkaufsgesellschaft:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601D.
62. Sitz. S. 1646C, 1667D.

Versorgungssystem der Reichsfettstelle; Verteuerung:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3278C.

62. Buttermaschinen. Verkehr mit Zentrifugen und Buttermaschinen:
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 607.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 66.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

63. Carnallit als Badesalz, zum Talgschmelzen und zur Herstellung von Magnesiummetall; Inlandsverkaufspreise:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 550.
Nr. 650 S. 107.

64. Chlorzinn. Einschränkung der Verwendung zur Beschwerung von Seidenwaren:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 510, Anhang a 481.
Nr. 650 S. 102.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 616.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 134.

65. Cumaronharz. Verkehrsregelung:
Bd. 319, Nr. 443 Ziff. 486, Anhang a 415.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 520.
Nr. 650 S. 94.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 717.
Nr. 1213 Ziff. 713 Anhang a 812.
Nr. 1214 S. 124.

66. Dachpappenfabriken siehe unter II 360.

67. Dampf. Verbrauchsregelung:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 626.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 138.

68. Darlehnskassen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 3 und „Schuldenwesen" unter III 1.

69. Devisenhandel.
Regelung des Handels mit ausländischen Zahlungsmitteln:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 305, Anhang a 146.
Nr. 225 S. 77.
Bd. 319, Nr. 403 S. 186.
Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel:
Bd. 320, Nr. 650 S. 149.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 739, a 740.
Nr. 1214 S. 194.
Ausbau der Devisenorganisation:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 533, Anhang a 559.
Nr. 650 S. 145.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 188.
Devisenregulierung, Zusammenhang mit Einfuhrverboten:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2586 C.
Einfuhr von Devisen, Beschränkung:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2562 A,
88. Sitz. S. 2586 B.
Lage des Devisenmarktes:
Bd. 320, Nr. 650 S. 143.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 186.

70. Devisenordnung, Aufhebung nach Friedensschluß, siehe II 390.

71. Druckfarben. Bestandsaufnahmen, Verbrauchsregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 561, Anhang a 565.
Nr. 650 S. 110.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 651, Anhang a 701.
Nr. 1214, S. 146.

72. Druckpapier. Versorgung der Presse siehe unter II 432.

73. Druschprämien siehe unter II 139 b, 153 c.

74. Düngemittel.
a) Höchstpreise; Preise:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 296, Anhang a 145.
Nr. 225 S. 9.
Nr. 256 Anhang a 186.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 382, Anhang a 236.
Nr. 402 Ziff. 402, Anhang a 259, a 289.
Bd. 319, Nr. 403 S. 15.
Nr. 443 Anhang a 427.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
74. Düngemittel (Fortsetzung).
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 735.
Nr. 1213 Anhang a 782, a 786.
Nr. 1214 S. 15,
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 826, a 834, a 841.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 75 A.
12. Sitz. S. 185 D.
17. Sitz. S. 313 B.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3303 A.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5854 D.
Verkaufsbedingungen der Bezugsvereinigung: Bd. 306, 29. Sitz. S. 599 D.
Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 63.
Nr. 44 S. 72.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 10, 11.
Nr. 107 S. 68.
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 145.
Nr. 225 S. 10.
Antrag des Ernährungsausschusses:
den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß der Preisunterschied für aus dem Ausland eingeführten Kunstdünger (schwefelsaures Ammoniak) auf die Reichskasse übernommen wird.
Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 7.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119 B. — Angenommen.
Ueberwachungsstelle für Ammoniakdünger: Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 638.
Petition des Maximilian Gollor in Woiska bei Langendorf (O.-S.). betr. Abgabe von Ammoniaksalz durch die Kokereien nicht nur gegen Lieferung landwirtschaftlicher Produkte, sondern auch gegen Barzahlung.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.
b) Mischungsvorschriften:
Bd. 318, Nr. 371 unter 10.
Nr. 402 Anhang a 270.
Bd. 319, Nr. 403 S. 16.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 444.
c) Verkehrsregelung.
Einfuhr von Kunstdünger:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 311, Anhang a 154.
Nr. 225 S. 13.
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 269, a 352, a 383.
Bd. 319, Nr. 403 S. 23.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 457, a 464.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 619.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 906.
Erzeugung, Verteilung, Versorgung der Landwirtschaft:
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß für beschleunigte Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers und für dessen rechtzeitige Ueberlassung an Landwirte, Genossenschaften und Düngemittelhandel Sorge getragen wird: Bd. 317, Nr. 192 S. 40.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615 C. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5a, 6c 1, 7l.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 16, 17, 18a. 19.
Zu Nr. 480 S. 11, 38, 51.
Bd. 320, Nr. 650 S. 11.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
74. Düngemittel (Fortsetzung).

Bd. 322, Nr. 1214 S. 14.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2060 A.
74. Sitz. S. 2090 C, 2107 C, 2114 D.
77. Sitz. S. 2219 A, C, 2222 B, 2224 A.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5885 B, 5881 B, 5888 A, 5891 C.

Anfrage Dr. Hegenscheidt: Die Frage des Durchhaltens für unser Volk durch den Krieg bis zu einem unsere wirtschaftliche und politische Zukunft verbürgenden Frieden ist wesentlich eine Frage der Aufrechterhaltung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung. Diese Frage ist untrennbar verbunden mit der Frage der Düngemittelbeschaffung. Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Landwirtschaft bestimmt noch zur Herbstbestellung diejenigen kali-, phosphorsäure- und stickstoffhaltigen Düngemittel zuzuführen, deren sie zur Sicherstellung der Ernährung des Volkes unbedingt bedarf?: Bd. 321, Nr. 983.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1023.

Anfrage Freiherr von Gamp-Massaunen: Das Kriegsernährungsamt hat zur Beseitigung der schweren Mißstände, welche bei der Belieferung der Landwirte mit künstlichen Düngemitteln, die in den ersten Kriegsjahren hervorgetreten sind, in dankenswerter Weise feste Grundsätze aufgestellt, nach welchen die Belieferung im Herbst dieses und im Frühjahr nächsten Jahres allgemein erfolgen sollte. Infolge des Mangels einer zuverlässigen Kontrolle und des Widerstandes der Produzenten und eines Teils der den Absatz vermittelnden Handelsorganisationen haben diese Grundsätze nicht zur Durchführung gebracht werden können, sodaß zahlreiche Landwirte im Herbst dieses Jahres nichts von den ihnen zukommenden Düngermengen (Thomasmehl, Ammoniak Superphosphat, Kalkstickstoff, schwefelsaures Ammoniak) erhalten haben.

Gedenkt der Herr Reichskanzler dafür zu sorgen, daß die gleichmäßige Belieferung aller Landwirte nach den vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Grundsätzen für die Folge gewährleistet wird und daß die Landwirte die im Herbst nicht erhaltenen Düngermengen nachgeliefert erhalten?

In weiten Kreisen werden ernste Bedenken gegen die Art und den Umfang des Anbaus von Nahrungs- und Futtermitteln in den besetzten Gebieten und namentlich gegen die Bevorzugung derselben in bezug auf die Erlangung von Saatgut, von künstlichen Dünge- und Futtermitteln und von sonstigen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wichtigen Artikel, wie Benzol usw., erhoben. Es wird behauptet, daß in den besetzten Gebieten zum Teil minderwertiger Boden angebaut und daß auch aus besseren Böden die im Inlande erzielte Ernte nicht erreicht wird.

Ist der Herr Reichskanzler geneigt, über diese für die Volksernährung überaus wichtige Frage eine eingehende Untersuchung in die Wege zu leiten und im Reichstag über das Ergebnis derselben Mitteilung zu machen?: Bd. 322, Nr. 1129.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1204.

Anfrage Hoff: Nach den bestehenden Bestimmungen werden die im Reiche erzeugten stickstoffhaltigen Düngemittel von den Düngerfabriken und Genossenschaften an diejenigen Landwirte abgegeben, die von ihnen in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 oder vor dem 1. Juli 1915 mit diesen Stoffen beliefert worden sind. Die Folge dieser Bestimmung ist, daß zahlreiche Landwirte, darunter auch viele, besonders kleinere Landwirte in der Provinz Schleswig-Holstein, welche früher ihren Stickstoffdünger von Importfirmen bezogen, von jeder Zuteilung dieser Düngestoffe ausgeschlossen sind, während die Mitglieder von Genossenschaften verhältnismäßig gut beliefert werden.

Der „Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Haupt-Genossenschaft" in Kiel standen für die Herbstbestellung 1917 und die Frühjahrsbestellung 1918 für ihre Kunden 88800 Zentner stickstoffhaltige Düngemittel zur Verfügung gegenüber einem Bedarf im Herbst 1913 und Frühjahr 1914 von 133400 Zentnern. Während die Mitglieder dieser Genossenschaft also mit 66½ Prozent des Friedensbedarfes beliefert wurden, erhielten diejenigen Landwirte, welche vor dem Kriege durch Importfirmen bedient wurden, trotz aller Bemühungen seit Jahren nichts.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser ungleichmäßigen Belieferung der Landwirte mit stickstoffhaltigen Düngemitteln entgegenzutreten und eine gleichmäßige und gerechte Zuteilung an alle Landwirte, ohne Rücksicht auf die Größe der Betriebe und die Mitgliedschaft bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften herbeizuführen?: Bd. 324, Nr. 1443.

Bd. 312, 151. Sitz. S. 4730 D. — Beantwortet.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zur Aussaat von Raps und Rübsen möglichst große Mengen stickstoffhaltiger Düngemittel bis Ende Juli d. J. zum Selbstkostenpreise an die Anbauer geliefert werden: Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 6.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 1619 B. — Angenommen.

Kalkstickstoff; Herstellung, Verwendung:
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 593.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 599 D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2000 D, 2004 B.
77. Sitz. S. 2219 A, C.

Anfrage Dr. Trendel: Der bayerischen Landwirtschaft ist von dem Kalkstickstoff, welchen im Jahre 1915 und 1916 die deutsche Landwirtschaft erhalten hat, nicht der Anteil zugewiesen worden, der auf seine bebauten Acker- und seine Wiesenflächen entfällt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen für eine bessere anteilsmäßige Versorgung Bayerns mit Kalkstickstoff zu treffen?: Bd. 320, Nr. 596.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 662.

Phosphorgewinnung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 513, Anhang a 528.
Nr. 650 S. 12.
Nr. 659 Anhang a 587.

Thomasphosphatmehl, Lieferungsbedingungen:
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 826.

Anfrage Held, Dr. Hoppe, Wachhorst de Wente: Nach den Bestimmungen des Kriegsernährungsamts darf das für dieses Halbjahr zur Verfügung stehende Thomasmehl ausschließlich an die Bezieher des Jahres 1913 verteilt werden.

Alle Landwirte, welche es in der Kriegszeit für ihre vaterländische Pflicht erachtet haben, den Aufrufen der Reichsregierung entsprechend, ihre

74. Düngemittel (Fortsetzung).

Brach- und Oedländereien mit großen Unkosten zu kultivieren und zu bebauen, werden hierdurch schwer geschädigt und zum Schaden der Volksernährung verhindert, diese Flächen landwirtschaftlich auszunutzen, während Beziehern des Jahres 1913 Thomasmehl geliefert wird, ohne daß irgend ein Nachweis bezüglich dessen Verwendung erforderlich ist.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Mißstand zu beseitigen?: Bd. 325, Nr. 1968. — Unerledigt.

d) Düngemittelsäcke, Preise:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 279.
Bd. 319, Nr. 403 S. 16.

75. Durchfuhrverbote. — Siehe auch unter II 21, 80.
Durchfuhrverbot von Tieren und tierischen Erzeugnissen: Bd. 316, Nr. 164 Anhang a 110.
Vereinbarung mit Oesterreich-Ungarn über die private Durchfuhr: Bd. 319, Nr. 403 S. 26.

76. Eichordnung. Zugelassene Meßwerkzeuge, Stempelung: Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 708, a 726, a 727, a 728, a 729.

77. Eier.
Verkehrsregelung; Eierversorgungsstellen, Reichsverteilungsstelle, Kommissionsgebühren; Eierkarten, Preise:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 7g.
Nr. 402 Anhang a 340, a 359, a 369.
Bd. 319, Nr. 403 S. 67.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 472.
Nr. 650, S. 27, 49.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 625.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 33, 64.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1615A.
62. Sitz. S. 1669B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3222C, 3242A.
107. Sitz. S. 3319B.

Ablieferung, Entziehung der Zuckerkarte für Nichtablieferung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5895C.

Anfrage Gebhardt, Rupp (Baden): Den Hühnerhaltern wird unbekümmert um den eigenen Bedarf vielfach eine so große Lieferungspflicht an Eiern auferlegt, daß sie derselben bei der schlechten Fütterung der Hühner mangels jeglicher Körnerfütterung oder wegen Krankheit der Hühner nicht nachkommen können.

Bestrafung durch den Entzug von Zucker, Petroleum, Suppeneinlagen, Nichtgewährung von Urlaub an Angehörige, die bei dem Heere dienen, empfindliche Geld-, ja Gefängnisstrafen werden häufig verhängt.

Die Strafkammer in Coblenz hat unter dem 28. März eine der bekannten landrätlichen Verordnungen, wonach den Geflügelhaltern bei Strafe auferlegt wird, in bestimmten Zeiträumen eine Anzahl Eier an Sammelstellen abzuliefern, für ungültig erklärt, da sie keine gesetzliche Unterlage habe.

Erkennt der Herr Reichskanzler diese Auslegung der Bundesratsverordnung vom 12. August 1916, die in § 9 Abs. 2 ausdrücklich verbietet, den eigenen Verbrauch der Hühnerhalter und ihrer Familien zu regeln und zu beschränken, als zu Recht bestehend an?

Was gedenkt im bejahenden Falle der Herr Reichskanzler zu tun, um

77. Eier (Fortsetzung).

1. die in die Tausende gehenden Bestrafungen wegen Nichtablieferung von Eiern wieder gut zu machen,
2. dem Unfug zu steuern, daß Soldaten, deren Angehörige aus dem gleichen Grunde bestraft wurden, deshalb der Urlaub verweigert wird.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Eierproduktion durch Ueberlassung von Hinterkorn aus den eigenen Beständen an alle Landwirte oder allgemein an alle Hühnerhalter, die eine bestimmte Anzahl von Eiern abliefern, zu fördern? Bd. 324, Nr. 1579.

Bd. 312, 165. Sitz. S. 5132A. — Beantwortet.

Bewirtschaftung, Verluste durch die Zwangswirtschaft: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5884C.

Petition des Heinrich Segigsohn in Samotschin, Bezirk Bromberg, betr. schnellere Verteilung der in Sammelstellen in kleinen und Mittelstädten aufgehäuften Eier.

Mündl. Bericht des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

Durchfuhrverbot: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 490.

Einfuhr:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 368, Anhang a 217.
Nr. 402 Anhang a 271 III, a 345, a 348.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21, 24.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 64.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5857A.

Einschränkung des Verbrauchs zu Eierspeisen: Bd. 306, 15. Sitz. S. 257B.

— in Speisewirtschaften:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 294.
Bd. 319, Nr. 403 S. 67.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, Verordnungen zu erlassen, durch welche gegenüber einem befürchteten Mangel an Eiern weitgehendste Fürsorge für den Bedarf der Kranken und Kinder getroffen wird, etwa durch Errichtung von Sammelstellen für Eier für diesen Zweck: Bd. 317, Nr. 192 S. 65.

Bd. 306, 26. Sitz. S. 527D.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Selbstversorgung der Lazarette:
Bd. 320, Nr. 650 S. 49.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 64.

Verbot der Verwendung zu Farben:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 408.
Bd. 319, Nr. 403 S. 67.

78. Einfuhr. Siehe auch unter II 5, 30, 48, 74, 77, 121c, 128, 261, 374.

Einfuhrersatzamt, Schaffung.

Petition des G. A. Becker in Düsseldorf-Werften um Schaffung eines Einfuhrersatzamts (behördliche Bedarfsermittlung nicht einführbarer Produkte, wie Stickstoff usw., Konzessionierung von Betriebskraftwerken bei Kohlenzechen und an Flüssen als Kraftquellen für die Erzeugung vorgenannter Produkte).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. IIa.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

79. Einfuhrerleichterungen siehe unter II 113, 443a.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

80. Einfuhr- und Durchfuhrverbote von Erzeugnissen feindlicher Länder:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 103.
Nr. 44 S. 89.
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 106.
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 132.
Nr. 220 Anhang a 172.
Einfuhrverbote, Zusammenhang mit der Devisenregulierung: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2586C.
— für entbehrliche Gegenstände:
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 165, a 167.
Nr. 225 S. 85.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 302.
Bd. 319, Nr. 403 S. 187.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 540, Anhang a 535.
Petitionen, betreffend Einfuhrverbot für Blumen aus feindlichen Ländern.
Mündl. Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 317, Nr. 249.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1934D. — Für erledigt erklärt.
Siehe auch unter II 118, 374, 443a.

81. Einigungsämter siehe „Schiedsgerichte".

82. Eisen. Petition, betr. Freigabe von Eisen zur Herstellung von Klavieren.
Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1314.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836A. — Uebergang zur Tagesordnung.

83. Eisenbahnen siehe unter II 189c, 243g und „Eisenbahnen".

84. Eisenindustrie siehe dort.

85. Elektrische Maschinen. Verteilungsstelle: Bd. 316, Nr. 147 S. 84.

86. Elektrizität und Gas.
Verbrauchsregelung; Reichskommissar für Elektrizität und Gas, Tätigkeit, Uebergang auf den Reichskommissar für Kohlenverteilung:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 737.
Nr. 1213 Anhang a 765.
Nr. 1214 S. 138.
Anfrage Dove: Der Oberbefehlshaber in den Marken hat am 16. Juni d. J. eine Verfügung über Regelung des Verbrauchs elektrischer Kraft erlassen.
Nach § 2 dieser Verordnung ist den Abnehmern der Elektrizitätswerke verboten, monatlich mehr als 90 vom Hundert derjenigen Menge an elektrischer Arbeit (in Kilowattstunden) zu entnehmen, die sie in dem entsprechenden Monat des Jahres 1916 entnommen haben. Erhöhungen der zulässigen Verbrauchsmenge können aus dringenden Gründen der Kriegswirtschaft von der Kriegsamtstelle in den Marken bewilligt werden. Die Entscheidung der Kriegsamtstelle ist endgültig.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die mit dringenden Aufträgen der Heeresleitung oder Herstellung sonst absolut erforderlicher Artikel beschäftigte Industrie — insbesondere die als kriegswichtig anerkannten Betriebe — in der Reichshauptstadt und der Mark Brandenburg vor diesem Eingriff in ihren Produktionsgang und der in dem vorgesehenen Verfahren liegenden Gefahr der Verzögerung einerseits, der inappellablen Entscheidung andererseits zu schützen und um die durch die Bekanntmachung vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 119 S. 543) in Aussicht genommene einheitliche Regelung der Materie durch ihn, den Herrn Reichskanzler, zu sichern: Bd. 321, Nr. 893.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3506D. — Beantwortet.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Der Erlaß des Reichskommissars für Gas und Elektrizität über Maßnahmen zur Einschränkung des Gasverbrauchs trifft bei den städtischen Körperschaften auf einen starken und berechtigten Widerstand.
Eine genaue Durchführung der neuen Bestimmungen würde den Sparsamen zugunsten des stärkeren Verbrauchers belasten, auch schwere gesundheitliche Schädigungen für viele Familien zur Folge haben.
Soll an diesem Erlaß und den durch ihn angedrohten hohen Strafen festgehalten werden?: Bd. 321, Nr. 1003.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1092.
Anfrage Baudert: In den Ausführungsbestimmungen der vom Reichskommissar für Elektrizität und Gas erlassenen Verordnung ist festgesetzt worden, daß die Verbraucher, die im Jahre 1916 schon Gas bezogen haben, seit August 1917 in den gleichen Zeiträumen wie im Jahre vordem nicht mehr als 80 Prozent verbrauchen dürfen. Hat sich der Heizwert des Gases seit dem Vorjahr vermindert, so erhöht sich die 80 prozentige Einschränkung. Nachgewiesermaßen ist die Verminderung des Heizwertes beim Gas fast durchgängig eingetreten, ohne daß aber eine entsprechende Erhöhung des 80 prozentigen Verbrauches zugestanden ist.
Der Herr Reichskommissar hat nun aber auch angeordnet, daß bei einem eingetretenen Mehrverbrauch des Abnehmers an die Gasanstalt für je einen Kubikmeter ein Aufgeld von 50 Pfennigen zu zahlen ist.
Von dieser Maßnahme werden besonders diejenigen betroffen, die schon im Vorjahr ihren Gasverbrauch auf das äußerste eingeschränkt hatten, sowie diejenigen Kleinbetriebe, die wegen Mangel an Arbeitskräften Ueberstunden machen mußten.
Die Maßnahme wirkt um so schwerer, da andere Beleuchtungsmittel nicht oder doch ganz unzureichend zur Verfügung stehen. Nach einer Berechnung ist festgestellt worden, daß beispielsweise in Gemeinden zwischen 30 bis 40 000 Einwohnern diese Strafen eine Höhe von weit über 100 000 Mark in einem Jahre erreichen.
Die Gemeinden, die Gasanstalten in eigenem Betriebe haben, können aber auch aus Billigkeitsgründen die vom Herrn Reichskommissar angeordneten Zuschläge nicht erlassen, weil bisher über die Verfügung dieser Strafgelder keine Regelung erfolgt ist.
Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um die aus der Verordnung des Herrn Reichskommissar sich ergebenden Folgen, die als eine schwere und ungerechte Benachteiligung weiter Kreise der gasverbrauchenden Bevölkerung angesehen werden, zu beseitigen?: Bd. 323, Nr. 1373.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4400B. — Beantwortet.

87. Erdbeeren siehe unter II 443a.

88. Erdölpech siehe unter II 281e.

89. Erdwachs siehe unter II 281e.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

90. Ermächtigungsgesetz siehe I 1 u. II 390.

91. Ernährungsfragen. — Siehe auch II 420.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 56 unter II, Nr. 66 unter I (Petitionen). — Antr. Bd. 315, Nr. 60, 61.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 67C, 90D.
8. Sitz. S. 123C (Abstimmung).
9. Sitz. S. 134C (Petitionen).
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 85 unter I, III, Nr. 92 (Petitionen). — Antr. Bd. 315, Nr. 89.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 183D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 316, Nr. 113, 138 (Petitionen). — Antr. Bd. 316, Nr. 115.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 241D.
16. Sitz. S. 274B.
17. Sitz. S. 301D.
18. Sitz. S. 324A.
31. Sitz. S. 708A (Petitionen).
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 192. — Antr.: Bd. 317, Nr. 198, 203, 208.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 514A.
27. Sitz. S. 537D.
28. Sitz. S. 567C.
29. Sitz. S. 594D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 193 unter IIIa (Petitionen). — Bd. 306, 29. Sitz. S. 617B, 642B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 371. — Antr. Bd. 318, Nr. 393.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1593C.
62. Sitz. S. 1635D.
Zusammenstellung der Beschlüsse des Reichstags zur Lebensmittelversorgung (Bd. 318, Nr. 371) und der von dem Kriegsernährungsamt getroffenen Maßnahmen: Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 105.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 480. — Antr. Bd. 319, Nr. 482, 490.
Uebersicht über die im Ausschusse gestellten Anträge und die dazu abgegebenen Erklärungen von Vertretern und Kommissaren der verbündeten Regierungen: Bd. 319, Zu Nr. 480.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2054C.
74. Sitz. S. 2086B.
Antrag Gröber, Ledebour, Dr. Paasche, v. Payer, Fürst Radziwill, Scheidemann, Freiherr v. Schele, Graf v. Westarp: Der Reichstag wolle beschließen: zur Vorberatung der Ernährungsfragen einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen: Bd. 320, Nr. 627.
Bd. 309, 81. Sitz. S. 2341D. — Angenommen.
Feststellung des Wirtschaftsplans für 1917/18, Tätigkeit des Reichstagsausschusses für Ernährungsfragen:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2539D.
88. Sitz. S. 2582B.
Mündl. Ber. d. (23.) Ausschusses für Ernährungsfragen:
a) über den Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1917/18: Bd. 321, Nr. 797.
b) über den zehnten Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges und zwar über Erste Gruppe und Zweite Gruppe Ziff. 1 und 2: Bd. 321, Nr. 799.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

91. Ernährungsfragen (Fortsetzung).
c) über eingegangene Petitionen: Bd. 321, Nr. 800.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3211D.
106. Sitz. S. 3246A.
107. Sitz. S. 3298B, 3330C (Abstimmung über die Petitionen).
Mündliche Berichte des Ausschusses für Ernährungsfragen über
a) den elften Nachtrag zur Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen: Bd. 322, Nr. 1214, Bd. 324, Nr. 1685, Zu 1685. — Antr. Bd. 325, Nr. 1722.
b) Petitionen:
Bd. 325, Nr. 1709.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851C.
190. Sitz. S. 6118D. — Abstimmung.
190. Sitz. S. 6119C (Petitionen). — Den Anträgen des Ausschusses entsprechend erledigt.

92. Ernteerhebung i. J. 1917: Bd. 322, Nr. 1214 S. 20.

93. Ernteflächenerhebung, Ernteschätzung:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 165.
Nr. 107 S. 34.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 388.
Nr. 402 Ziff. 417, 465, Anhang a 361.
Bd. 319, Nr. 403 S. 17.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 268D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1609D, 1610B.
62. Sitz. S. 1651B.
Ernteschätzung i. J. 1917:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 616, 625.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 19.
—, i. J. 1918: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 754.
Unsicherheit der Ernteschätzungen, Folgen der Ueberschätzung:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3226C, 3236D.
106. Sitz. S. 3255D.
107. Sitz. S. 3299A, 3313A.

94. Ernten 1915 und 1916. — Siehe auch II 139m.
Verbot des Vorverkaufs:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 166, Anhang a 30, a 37.
Nr. 107 S. 34, 41.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 416, Anhang a 309.
Bd. 319, Nr. 403 S. 29.

95. Erntestatistik siehe unter II 139m.

96. Ersatznahrungsmittel siehe II 103, 114, 243g, 272b, 297d.

97. Essenzfabriken siehe unter II 52d.

98. Essigsäure.
Essigsäureordnung: Bd. 324, Nr. 1612, Anhang a 904.
Verbrauchsabgabe:
Bd. 322, Nr. 1212 Ziff. 691.
Nr. 1214 S. 108.
Herstellung aus Azetaldehyd und ihre Versteuerung:
Bd. 322, Nr. 1214 S. 110.
— aus Kalziumkarbid: Bd. 324, Nr. 1460 S. 118.
Siehe auch unter II 52a.

99. Fachunterricht, privater, gewerblicher und kaufmännischer, Erlaubnispflicht:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 655.
Nr. 1214 S. 261.

100. Fachzeitschriftenbetriebe siehe unter II 360.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

101. Fäden. Preisregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 554.
Nr. 650 S. 84.
Siehe auch unter II 409.

102. Familienunterstützung siehe „Unterstützungen".

103. Faserstoffe, als Ersatz für indische Jute und Baumwolle: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2587 D.

104. Fässer, Verkehr:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 621 Anhang a 675, a 676.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 772.
Nr. 1214 S. 141.

105. Feigen siehe unter II 318.

106. Fette siehe unter II 172 g, 281.

107. Fische, Fischkonserven, Schaltiere usw. — Siehe auch II 323.

a) Absatz, Einfuhr; Teichfisch-Verwertungs-Gesellschaft, Flußfischhandelsgesellschaft:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 339.
Bd. 319, Nr. 403 S. 23.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 564.

Durchfuhrverbote:
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 198.
Bd. 319, Nr. 403 S. 27.

Reichskommissar für Fischversorgung, Aufgaben, Tätigkeit, Wirkung der Zentralisation:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 486.
Nr. 650 S. 48.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 754.
Nr. 1214 S. 63.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3279 B.

Ueberwachungsstelle, Tätigkeit:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 485.
Nr. 650 S. 49.

Verkehrsregelung von eingeführten frischen Fischen durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft: Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 465.

— von Salzheringen, Klippfischen usw.:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 302, Anhang a 149.
Nr. 225 S. 11.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 352, Anhang a 196, a 197.
Nr. 402 Anhang a 271 I, a 354.
Bd. 319, Nr. 403 S. 22, 24.
Nr. 443 Anhang a 411, a 436.

— von Seemuscheln: Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 460.

Einschränkung der Herstellung von Fischkonserven:
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2119 A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3222 C, 3242 A.

b) Preisregelung:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 252.
Nr. 147 S. 44.
Nr. 164 Anhang a 117.
Bd. 317, Nr. 225 S. 7, 41.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 376.
Nr. 402 Anhang a 282, a 379.
Bd. 319, Nr. 403 S. 13, 66.
Zu Nr. 480 S. 84.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 874.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601 B.
74. Sitz. S. 2092 C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856 D.
Petition des R. Walther in Berlin, betr. Festsetzung von Höchstpreisen für Fischwaren und Vorschläge

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

107. Fische, Fischkonserven, Schaltiere usw. (Fortsetzung).

für die Kartoffelversorgung und gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der Fischer-Innung in Gartz a. O., betreffend Berichtigung der von der Stettiner Fischhandelsgesellschaft festgesetzten Ankaufspreise für Fische.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses. Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Fischhändlers Laabs in Wollin (Pommern), betreffend Abstellung der in der Fischversorgung durch die Gründung einer Fischhandelsgesellschaft hervorgerufenen Mißstände.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Zollbefreiungen siehe II 443.

108. Fischerei, Seefischerei.
Förderung durch die Kriegswirtschaft, Ueberlassung von Kraftbooten bei der Demobilmachung: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5008 A ff.
Fischerei in den besetzten Gebieten, Förderung durch die Verwaltung von Libau, Gouvernement Warschau: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5009 A.

109. Fischhandel, Stillegungen, siehe unter II 360.

110. Flachs siehe unter II 160.

111. Flaschen, eiserne. Verkehrsregelung, Kommissar für die Bewirtschaftung eiserner Flaschen:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 577.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 682.
Nr. 1214 Ziff. 128.
Petition, betreffend Reichsabgabe für länger als 3 Monate entliehene Kohlensäureflaschen.
Ber. des Ausschusses für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1838. — Unerledigt.

112. Fleisch, Fleischwaren. — Siehe auch unter II 243 c, 342.

a) Höchstpreise, Preisfestsetzung.
Resolutionen Albrecht u. Gen.:
Bd. 315, Nr. 89 unter I b.
Bd. 316, Nr. 115 unter 6 und
Resolution des Haushaltsausschusses: Bd. 316, Nr. 113 unter II f 2.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 190 B, 195 B, 208 A.
15. Sitz. S. 246 C, 251 C.
16. Sitz. S. 288 A.
18. Sitz. S. 331 B. — Resolution des Ausschusses angenommen (Wortlaut unter II 172 g).

Ferner:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 255.
Nr. 147 S. 42.
Nr. 164 Ziff. 278.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 320.
Nr. 225 S. 39, 40.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 615.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 54.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3234 B.
107. Sitz. S. 3315 D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
112. Fleisch, Fleischwaren (Fortsetzung).

Verkauf von ausländischem Fleisch, Preise:
Bd. 317, Nr. 192 S. 64.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 691.
Nr. 1214 S. 54.

b) Versorgungsregelung, Reichsfleischstelle; Verbrauch, fleischlose Tage, Fleischkarten:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 92, 108.
Nr. 44 S. 55.
Nr. 72 Anhang a 1.
Nr. 73 S. 46.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 171.
Nr. 107 S. 50.
Nr. 146 Ziff. 251.
Nr. 147 S. 43.
Bd. 317, Nr. 225 S. 39.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IId, I 6g, I 7g.
Nr. 402 Ziff. 458.
Bd. 319, Nr. 403 S. 60.
Zu Nr. 480 S. 87.
Bd. 320, Nr. 650 S. 44.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 59.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 257A.
16. Sitz. S. 288A, 291C.
17. Sitz. S. 306D.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1657B, 1666C.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3253B.
Einfuhrerleichterungen: Bd. 320, Nr. 650 S. 19. Siehe auch unter 443a.
Fleischkarten, Einführung; Festsetzung einer Verbrauchshöchstmenge.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, Verordnungen zu erlassen, durch welche größere Städte und Industriegemeinden durch die Landeszentralbehörden oder die von diesen zu bestimmenden Behörden verpflichtet werden, für alle Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen unter 2000 Mark Karten ähnlich den Brotkarten auszugeben, die zum Bezuge von bestimmten Mengen und Arten von Fleisch, Fett oder Gemüsen bei der Gemeindeverwaltung oder bei von dieser zu bestimmenden Verkaufsstellen, und zwar zu ermäßigten Preisen, berechtigen: Bd. 317, Nr. 192 S. 61, 63 und
Resolution Albrecht u. Gen.: den Bundesrat zu ersuchen, eine Fleischkarte einzuführen, die den Verbrauch regelt: Bd. 317, Nr. 198 unter 2.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519B.
27. Sitz. S. 541A.
28. Sitz. S. 578A.
29. Sitz. S. 615D, 616A. — Resolution des Ausschusses angenommen, Resolution Albrecht u. Gen. abgelehnt.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 350, a 351.
Bd. 319, Nr. 403 S. 62.
Nr. 480 unter B 55, 60—63.
Zu Nr. 480 S. 18, 19, 40, 78.
Bd. 320, Nr. 650 S. 15.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 620.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 696.
Nr. 1213 Anhang a 817.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1666C.
73. Sitz. S. 2073B.
74. Sitz. S. 2095A.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
112. Fleisch, Fleischwaren (Fortsetzung).

Umtausch der Fleischkarten gegen Lebensmittel zu Vorzugspreisen:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 61.
Zu Nr. 480 S. 20.
Fleischlose Wochen:
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5863B, 5866B, 5869D, 5896B.
Reichsstelle für die Versorgung mit Vieh und Fleisch (Reichsfleischstelle), Organisation, Aufgaben, Befugnisse, Tätigkeit:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 345.
Bd. 319, Nr. 403 S. 60, 63.
Bd. 320, Nr. 650 S. 44.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 59.
Schlachtungen siehe unter II 399.
Hindenburgspende, Fleischabgabe; Handhabung: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3275C, 3289C.
Verbrauchsregelung der Selbstversorger:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 764, a 779.
Bd. 310, 106 Sitz. S. 3253B.
Petition des W. Schatte in Halle a. S., betr. Gewährung der Fleischzulage auch an Selbstversorger.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses:
Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Verbrauch in Speisewirtschaften, Beschränkung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 399.
Bd. 319, Nr. 403 S. 65.
Verkehr mit eingeführtem Fleisch:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 340, Anhang a 188.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 271 II, a 349.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21, 24.
Bd. 322. Nr. 1064 Anhang a 691.
Zulage für die geminderte Brotration, Preis:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3222B, 3240D.
106. Sitz. S. 3254D, 3289B.
107. Sitz. S. 3324D, 3327D.
Petition des Molkereibesitzers H. Giesecke in Dommitzsch (Elbe) — Zuteilung einer größeren Fleischration zu den Festtagen und zum Januar 1917, rücksichtslose Durchführung der Bundesratsverordnungen hinsichtlich der Milchversorgung u. a.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Zubereitung, Verbot gesundheitsschädlicher Zusätze:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 500.
Nr. 650 S. 47.
Pferdefleisch, Höchstpreise:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 498.
Nr. 650 S. 47.
Schweine- und Ziegenfleisch, Zollbefreiungen, siehe unter II 443a.

c) Fleischdauerwaren (Konserven, Wurst), Einschränkung der Herstellung, Bestandsaufnahme, Beschlagnahme, Verteilung:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 312.
Nr. 225 S. 8, 39.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 391.
Nr. 371 unter I 15.
Bd. 319, Nr. 403 S. 60, 64.
Bd. 306, 28. Sitz. S. 584D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1600C, 1629A.
62. Sitz. S. 1639D, 1649D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
112. Fleisch, Fleischwaren (Fortsetzung).

Anfrage v. Meding, Frhr. v. Wangenheim: In dem Anzeigenteil der Tagespresse werden täglich Hunderte von Zentnern frischen Fleisches und Konserven angeboten.

Ist der Herr Reichskanzler gewillt, auf Grund der jetzt vom Bundesrat angeordneten Erhebung über vorhandene Bestände an Fleisch und Konserven diese Nahrungsmittel zu beschlagnahmen und dem Konsum zuzuführen, damit der Abschlachtung von Zuchtvieh, insonderheit sichtbar tragender oder frischmelkender Kühe, sofort Einhalt getan werden kann?: Bd. 318, Nr. 315.

Schriftliche Antwort: Bd. 318, Nr. 398.

113. Fleischbeschau.

a) Einlaß- und Untersuchungsstellen für ausländisches Fleisch: Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 44.
Stempelabzeichen nachträglich zugelassener Untersuchungsstellen für ausländisches Fleisch: Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 45.

b) Erleichterungen für die Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh; Gebührenermäßigung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 45.
Nr. 44 S. 28.
Bd. 316, Nr. 147 S. 18.
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 119.
Nr. 225 S. 14.
— hinsichtlich Freigabe der Därme: Bd. 316, Nr. 107 S. 51.
— für die Untersuchung von Schlachtvieh:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 90.
Nr. 44 S. 29.

c) Fleischbeschauer, Trichinenschauer. Nachprüfung: Bd. 315, Nr. 72 Anhang z.

114. Fleischbrühwürfel und deren Ersatzmittel: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 969.

115. Forsten. Freigabe für die Viehernährung:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 75 B.
16. Sitz. S. 278 C.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der weiteren Ausgestaltung der wirtschaftlichen Maßnahmen folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: die Nutzbarmachung privater Wälder für Zwecke der Landwirtschaft hat da, wo ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, falls es nicht freiwillig geschieht, zwangsweise zu erfolgen: Bd. 317, Nr. 192 S. 73.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 535 A.
29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 Ie.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1642 B.

116. Fremdenverkehr. Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 2 g.

Einschränkung: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 764.

Anfrage Dr. Neumann-Hofer: In einigen kleinen Bundesstaaten, die einen lebhaften Bäder- und Sommerfrischenverkehr aufweisen, müssen in diesem Jahre die Fremden bisher ausschließlich aus den für die einheimische Bevölkerung berechneten Nahrungsmittelmengen verpflegt werden. Für die Kurzeit des vorigen Sommers haben sich die Bäder und Sommerfrischen selbst noch im freien Handel mit manchen Vorräten versehen können; die Tageskopfmengen an Brotgetreide und Kartoffeln waren noch erheblich größer als in diesem Jahre;

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
116. Fremdenverkehr (Fortsetzung).

manche anderen wichtigen Lebensmittel waren überhaupt noch nicht rationiert; schließlich haben die kleinen Bundesstaaten auch besondere Zuweisungen an Lebensmitteln empfangen. Für diesen Sommer fehlen diese Möglichkeiten fast ganz. Ebenso sind irgendwelche Sonderzuweisungen an die betreffenden kleinen Bundesstaaten bisher nicht erfolgt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, schleunigst Anordnungen zu treffen, daß solchen kleinen Bundesstaaten, die wegen ihres geringen Umfanges nicht in der Lage sind, einen billigen Ausgleich innerhalb des eigenen Gebietes vorzunehmen, für die Ernährung der Fremden ein Ersatz gegeben wird, nötigenfalls aus den Lebensmittelmengen derjenigen Bundesstaaten, die infolge dieses Fremdenverkehrs erhebliche Ersparnisse an Verbrauch von Nahrungsmitteln machen?:
Bd. 321, Nr. 756.
Bd. 309, 97. Sitz. S. 2938 B. — Beantwortet.

Anfrage Gothein, Heyn (Stralsund), Sivkovich, Dr. Wendorff: Durch die Bundesratsverordnung über die Beschränkung des Fremdenverkehrs werden die ohnehin durch den Krieg schwer geschädigten Ostseebäder und Sommerfrischen in Pommern und Mecklenburg vor neue wirtschaftliche Verluste gestellt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Verordnung wieder aufzuheben, oder doch wesentlich abzumildern und insbesondere durch Zuweisung von Lebensmitteln für die Sommerbesucher den Betrieb der Kur- und Gaststätten dieser Orte zu ermöglichen und sie damit vor erneuten wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren?: Bd. 324, Nr. 1485.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4831 C. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Ablaß: Die Einschränkung des Fremdenverkehrs durch Bundesratsverordnung enthält für die Sommerfrischen im Riesengebirge eine schwere wirtschaftliche Gefahr, die für die Bewohner der Gebirgsorte verhängnisvoll werden muß.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Interesse der Sommerfrischen im schlesischen Gebirge dahin Vorsorge zu treffen, daß die unausbleiblichen schädlichen Folgen dieser Verordnung zum mindesten auf ein erträgliches Maß herabgemindert werden?

Ist der Herr Reichskanzler gewillt, durch Ueberweisung von Lebensmitteln wenigstens einigermaßen den schweren Notstand zu beheben, in dem sich schon jetzt viele Ortschaften befinden?: Bd. 324, Nr. 1501.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901 C. — Nicht verlesen.
Wiederholt: Bd. 324, Nr. 1574.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1598.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Auch die Sommerkurorte in Thüringen, sowie in Süddeutschland, vor allem in den bayerischen Hochgebirgsgegenden erblicken in der Einschränkung des Fremdenverkehrs durch die betreffende Bundesratsverordnung eine schwere wirtschaftliche Gefahr. Die Verordnung bedeutet ferner eine Beschränkung der Freizügigkeit und des berechtigten Erholungsbedürfnisses weiter Kreise der städtischen Einwohnerschaft, die nicht in den Besitz eines amtsärztlichen Attestes gelangen können.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
116. Fremdenverkehr (Fortsetzung).
Was gedenkt der Herr Reichskanzler im Interesse dieser Sommerkurorte und erholungsbedürftigen Städtebewohner zu tun?: Bd. 324, Nr. 1489.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1518.
Amtliche Oeffnung von Reisegepäck siehe „Eisenbahnen".
117. Fristverlängerung für Zins- usw. Scheine, siehe unter II 416.
118. Fruchtkonserven, Durchfuhrverbot: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 562.
119. Fruchtsäfte siehe unter II 443a.
120. Frucht- und Pflanzenfette siehe II 443a.
121. Futtermittel. — Siehe auch unter II 136, 139f, 153, 189, 199, 247, 443a.
a) Aufklärung über die Verwendung der einheimischen Vorräte: Bd. 315, Nr. 26 S. 69.
Erzeugung, Vernachlässigung im Kriege: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3266B.
b) Füttern der Tiere auf Schlachtviehmärkten und Schlachtviehhöfen:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 86.
Nr. 44 S. 62.
c) Preise.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald zu veranlassen, daß überall im Kleinhandel Höchstpreise für Futtermittel im Verhältnis zu den Großhandelspreisen festgesetzt werden: Bd. 315, Nr. 56 unter IIa 2.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71A.
8. Sitz. S. 123C. — Angenommen.
Ferner: Bd. 306, 12. Sitz. S. 185D.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß den Landwirten, die an Stelle des von ihnen abgegebenen Getreides zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihres Viehstandes gleichartige Erzeugnisse kaufen müssen, diese Erzeugnisse, soweit sie in Deutschland zu erhalten sind, zu einem Preise zur Verfügung gestellt werden, der dem Preise entspricht, zu dem sie auf Grund gesetzlicher Verfügung die eigenen Erzeugnisse hingeben mußten, die sie sonst zur Fütterung verwendet hätten:
Bd. 316, Nr. 113 unter IIu.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 247A, 262C, 266D, 268C.
16. Sitz. S. 275D, 284B.
18. Sitz. S. 332C. — Angenommen.
Preise, Vergütungen für Kraftfuttermittel, Heu, Stroh und Häcksel:
Bd. 316, Nr. 122 Anhang a 51.
Nr. 146 Ziff. 261.
Nr. 147 S. 56.
Nr. 164 Anhang a 111.
Bd. 317, Nr. 192 S. 71.
Nr. 196 Anhang a 131.
Nr. 220 Anhang a 156, a 159.
Nr. 225 S. 52, 54.
Nr. 256 Anhang a 191.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 229.
Nr. 402 Anhang a 260, a 287, a 334.
Bd. 319, Nr. 403 S. 84, 88, 89.
Nr. 480 unter B 35, 75.
Zu Nr. 480 S. 15, 23, 103.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
121. Futtermittel (Fortsetzung).
Bd. 320, Nr. 650 S. 66.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 623.
Nr. 913 Anhang a 660.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 890.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519C.
27. Sitz. S. 548A, 554C.
28. Sitz. S. 577D.
Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in dem Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen dafür zu treffen, daß die Preise für die vom Reiche eingeführten und an die Schweinezüchter abgegebenen Futtermittel im angemessenen Verhältnis zu den Inlandpreisen, bei Uebernahme des Unterschiedes zwischen Einstands- und Abgabepreisen auf das Reich, gestellt werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 20 und Nr. 195 unter IIb. (Siehe auch unter e).
Bd. 306, 31. Sitz. S. 704C. — Angenommen.
Antrag des Ernährungsausschusses:
Sämtliche Kraftfuttermittel sind nach der Größe des Viehstandes unter Berücksichtigung der nach Ziffer 5 dem Erzeuger zur Verfütterung belassenen Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte zuzuteilen. Die Preise von Kraftfuttermitteln sind zum mindesten nicht höher zu bemessen, als dem Nährwert nach Verhältnis des Roggenpreises entspricht: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 6.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.
Kettenhandel:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 690.
Nr. 1214 S. 10.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3230B.
Uebernahmepreise der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte; Zuschläge:
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 869.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3311A.
d) Reichsfuttermittelstelle; Tätigkeit:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 195.
Nr. 107 S. 52.
Nr. 147 S. 60.
Bd. 317, Nr. 225 S. 56.
Bd. 319, Nr. 403 S. 90.
Bd. 320, Nr. 650 S. 67.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 84.
Zuständigkeit für Aufgaben der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 755.
Futterschrotpolitik der Reichsgetreidestelle:
Bd. 320, Nr. 650 S. 70.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3324A.
Bewirtschaftung, Politik des Kriegsernährungsamts, Folgen: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5886B.
Verkauf ausländischer Futtermittel durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 30.
Nr. 147 S. 16.
e) Verkehr; Ersatzfutter, Stroh und Häcksel:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 128, Anhang q.
Nr. 73 S. 38.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 162, 179, 200, Anhang a 25.
Nr. 107 S. 54.
Nr. 122 Anhang a 50.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
121. Futtermittel (Fortsetzung).

Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 261, Anhang a57, a64, a92, a101, a102, a108.
Nr. 147 S. 6, 55, 63.
Bd. 317, Nr. 192 S. 71.
Nr. 196 Anhang a122.
Nr. 225 S. 52, 62, 64.
Nr. 256 Ziff. 337, Anhang a189.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 378.
Nr. 371 unter I 5 Id, 6c, 8k—m, 9a.
Nr. 402 Anhang a260.
Bd. 319, Nr. 403 S. 84, 94.
Nr. 443 Ziff. 484.
Nr. 480 unter A 3, B 34, 73, 78.
Zu Nr. 480 S. 22, 101.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1603A, 1616D.
62. Sitz. S. 1642C, 1667B.
73. Sitz. S. 2068B.

Kriegsausschuß für Ersatzfutter, Herstellungsmonopol: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3360B, 3362A.

Strohaufschließungsverfahren. Schaffung von Zentralbetrieben:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 509, Anhang a477.
Nr. 650 S. 64, 66.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 656, Anhang a736.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 732, Anhang a851.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223B.
107. Sitz. S. 3318A.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5007C, 5008A.

Verbot des Vorverkaufs der Ernte von 1915:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 166.
Nr. 107 S. 34, 55.

Versorgung Bayerns.
Anfrage Dr. Trendel: Die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte hat seit dem 1. April 1915 große Mengen Futtermittel vermittelt. Auf Bayern ist dabei prozentual sehr wenig entfallen. Ist der Herr Reichskanzler bereit, für eine bessere anteilsmäßige Versorgung Bayerns mit Futtermitteln einzutreten?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Bayern eine bessere anteilsmäßige Versorgung mit Futtermitteln zu gewährleisten?: Bd. 320, Nr. 523.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 581.

Beschlagnahme, Verteilung usw.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald zu veranlassen, daß Schweine in genügender Zahl abgeschlachtet werden usw.; zu diesem Zwecke ist für die Bereitstellung von Futtermitteln zur Erhaltung eines genügenden Schweinebestandes durch Beschlagnahme sämtlicher im Inlande im Handel befindlichen Futtermittel und deren Verteilung an die Viehbesitzer zu sorgen: Bd. 315, Nr. 56 unter IIa 7c.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71A, 72A.
8. Sitz. S. 123D. — Angenommen.
Ferner: Bd. 306, 12. Sitz. S. 196B.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, jede ungerechtfertigte, auf Bereicherungssucht beruhende Steigerung der Lebens- und Futtermittelpreise wirksam zu bekämpfen, die beschlagnahmten Futtermittel nach Maßgabe der vorhandenen Viehbestände gleichmäßig und rechtzeitig zu verteilen und Zahlung für beschlagnahmtes Brotgetreide zu einem Teil durch Hergabe von Futtermitteln zu leisten, das Ausmahlungsverhältnis so zu bemessen, daß die zur menschlichen Ernährung nicht geeigneten Kleieteile nicht in das Mehl gelangen, sondern der Ernährung des Viehes zugeführt werden: Bd. 316, Nr. 113 unter IIc.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 252B, 268B.
16. Sitz. S. 277D, 283A.
17. Sitz. S. 306A, 318C.
18. Sitz. S. 330D. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der weiteren Ausgestaltung der wirtschaftlichen Maßnahmen folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:
a) Bei einer Beschlagnahme von Futtermitteln ist künftig zu berücksichtigen, daß den kleineren Betrieben ein größerer Prozentsatz ihrer Ernte für die Viehversorgung zugebilligt wird als den größeren.
b) Bei der Verteilung einheimischer oder fremder Futtermittel ist in erster Linie die Viehzahl zu berücksichtigen, mit der Maßgabe, daß denjenigen Betrieben, welche auf einer kleinen Fläche eine verhältnismäßig große Viehzahl halten, für den Kopf ihres Viehes mehr zugewiesen wird als solchen Betrieben, die auf der gleichen Fläche mit gleichwertiger Futtererzeugungsmöglichkeit weniger halten:
Bd. 317, Nr. 192 S. 70, 71.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 533D.
27. Sitz. S. 543D, 554D.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.
Anfrage Held: Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat im Reichshaushaltsausschuß bei der letzten Besprechung der Ernährungsfragen in Aussicht gestellt, daß die Beschlagnahme aller Futtermittel und Zuführung derselben an die Viehzüchter erfolgen solle.
Von einer Ausführung dieser Maßregel ist bisher nichts bekannt geworden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, die angekündigte Maßregel zur Ausführung bringen zu lassen, damit die durch die aufgedeckten Schiebungen im Osten erwiesenen großen Gerstenvorräte für die Schweinemast nutzbar gemacht werden können?: Bd. 320, Nr. 602.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 610.

Einfuhr von Futtermitteln und Hilfsstoffen usw.:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 311, 331, Anhang a154.
Nr. 225 S. 13.
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a244, a269, a352, a383.
Bd. 319, Nr. 403 S. 23.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a457, a464.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a619.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a906.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen,
a) daß die Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland in umfassendem Maße gefördert werde unter Vereinheitlichung des Einkaufs;

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
121. Futtermittel (Fortsetzung).

b) daß die Erschließung und Verwendung neuer Futtermittelstoffe im Inlande möglichst gefördert werde;

c) daß alle im Inland erzeugten und aus dem Ausland eingeführten Futtermittel nach dem Viehbestand an die Erzeuger gerecht verteilt und raschest zugeführt werden:
Bd. 317, Nr. 192 S. 19, 70, 71.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 527A.
29. Sitz. S. 616B. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses, folgende in dem Ausschusse gestellten Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen dafür zu treffen,

a) daß soviel als möglich Futtermittel eingeführt werden,

b) daß unter Verwendung der eingeführten Futtermittel zu Zwecken des Reichs den Landwirten eine entsprechende Menge ihrer eigenen Erzeugnisse zur Verwendung in dem eigenen Wirtschaftsbetriebe belassen wird,

c) daß, soweit dies nicht angängig, diese Futtermittel — bei Uebernahme des Unterschiedes zwischen Einstands- und Abgabepreisen auf das Reich — an die Viehbesitzer durch Vermittlung der Kommunalverbände zu Preisen abgegeben werden, welche in angemessenem Verhältnis zu den Preisen der Inlandserzeugnisse stehen,

d) eventueller Zusatz: daß die Abgabe zu dem durch Zuschuß des Reichs ermäßigten Preise nur an Viehbesitzer erfolgt, die sich zur Ablieferung entsprechender Vieherzeugnisse verpflichten: Bd. 317, Nr. 192 S. 20 und Nr. 195 unter II 5.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 704C. — Angenommen.

Resolution des Hauhaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen dafür zu treffen,

a) daß im Interesse der Erhaltung der Schweinezucht den Züchtern eine entsprechende Menge Futtergetreide, nach Maßgabe der gehaltenen Zuchttiere, gegen die Verpflichtung der Fortsetzung der Zucht, aus den eigenen Erzeugnissen oder den von seiten des Reichs eingeführten Futtermitteln überlassen wird;

b) daß die Abgabe von Futtermitteln an Züchter und Mäster soweit als möglich nur durch die Kommunalverbände erfolgt: Bd. 317, Nr. 192 S. 70, 73.
Bd. 306, 28. Sitz. S. 583B, 584A.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter A 3, B 78.
Zu Nr. 480 S. 19, 23.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß

a) die Verteilung der Futtermittel an die einzelnen Betriebe nach Maßgabe ihres Viehbestandes erfolgt;

b) die Geflügelzuchtanstalten und Mästereien Futter nach Maßgabe ihres Bedarfs erhalten;

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
121. Futtermittel (Fortsetzung).

c) den landwirtschaftlichen Betrieben die von ihnen erzeugten Futtermittel — mit Ausnahme von Hinterkorn — insoweit belassen werden, als dies zur Erhaltung ihres Viehbestandes unbedingt erforderlich ist;

d) den keine Gerste bauenden landwirtschaftlichen Betrieben mit Viehhaltung eine entsprechend größere Menge Futtermittel zugewiesen wird;

e) die Zuteilung der Futtermittel nicht ausschließlich durch die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte bewirkt, sondern dabei auch die Organisation des Großhandels in Dünge- und Kraftfuttermitteln — die Deutsche landwirtschaftliche Handelsbank — angemessen beteiligt wird: Bd. 317, Nr. 192 S. 70.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6 c 5.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 74.
Zu Nr. 480 S. 22, 53, 66, 102.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1797D.
74. Sitz. S. 2088A.

Gehaltsgarantie beim Verkauf.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Futtermittel, welche vor dem Kriege unter Gehaltsgarantie verkauft zu werden pflegten, auch während des Krieges nur unter Garantie des Gehalts an Proteïn, fett- und stickstoffreien Extraktstoffen verkauft werden dürfen: Bd. 317, Nr. 192 S. 71.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 534A.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 14.
Bd. 319, Nr. 480 unter A 6, B 76.
Zu Nr. 480 S. 23, 104.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1603C.
62. Sitz. S. 1650B.
74. Sitz. S. 2088A.

Abgabe von Futtermitteln bei Abschluß von Viehlieferungsverträgen: Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 II f.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1631B.

Beteiligung der Deutschen landwirtschaftlichen Handelsbank als Organisation des Großhandels:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 80.
Zu Nr. 480 S. 24.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2068B.

Futterrüben und Raps, Belassung von Rückständen für die Landwirtschaft: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223B.

Heu und Stroh, Bestandsaufnahme:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 329.
Nr. 225 S. 56.

—, Abgabe:
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 859.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5887A.

Heu aus der Ernte 1917; Verkehrsregelung: Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 683.

— aus der Ernte 1918; Verkehrsregelung; Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 908, a 920.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
121. Futtermittel (Fortsetzung).

— für Fuhrunternehmer: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3318 B.

—, Versorgung der Städte auf Kosten der Landwirtschaft: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5891 A.

Laubheu und Futterreisig, Gewinnung:
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 838.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 916.

Oelkuchen, Rücklieferung:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 479.
Nr. 650 S. 64.

Schilfrohr:
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 653.
Bd. 322, Nr. 1612 Anhang a 881.

Seetang und Seegras:
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 652.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 733.

Verwertung von Speiseresten und Küchenabfällen:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 422.
Bd. 319, Nr. 403 S. 88.
Nr. 480 unter B 74.
Zu Nr. 480 S. 22.
Bd. 320, Nr. 650 S. 65.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 81.

— von Tierkörpern und Schlachtabfällen:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 428, Anhang a 250.
Bd. 319, Nr. 403 S. 76, 86.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 763.

— von Weintrestern und Traubenkernen:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 455.
Bd. 319, Nr. 443 Anhang a 398.
Bd. 320, Nr. 650 S. 63.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 681, Anhang a 763.

Streu-, Heide- und Weidenutzung auf landwirtschaftlich nicht genutzten Grundstücken:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 362.
Nr. 371 unter 7 o.
Bd. 319, Nr. 403 S. 89.

Vogelfutter: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 479.

f) Zuckerhaltige Futtermittel:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 100.
Nr. 44 S. 60.
Nr. 72 Ziff. 138, Anhang b.
Nr. 73 S. 43.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 161, 180.
Nr. 107 S. 55.
Nr. 146 Ziff. 228, Anhang a 77, a 80, a 88.
Nr. 147 S. 53, 63, 66.
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 124, a 133.
Nr. 220 Anhang a 148, a 160.
Nr. 225 S. 51, 60, 63.
Nr. 256 Anhang a 187.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 225.
Nr. 402 Anhang a 257, a 268.
Bd. 319, Nr. 403 S. 84, 93.
Nr. 443 Ziff. 485, Anhang a 414.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 438.
Nr. 650 S. 63, 70.
Bd. 322, Nr. 1213 S. 707, Anhang a 811.
Nr. 1214 S. 79, 85.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 270 B.
28. Sitz. S. 588 B.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Preisermäßigung für die als Viehfutter verwendbaren Rückstände der Zuckerfabrikation herbeizuführen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 68.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519 D.
29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, die Bekanntmachung über zuckerhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 dahin zu ändern,
a) daß im Herbst 1916 die Rübenbauer im Bezuge der vertraglich ihnen zustehenden Rübenschnitzel durch Maßnahmen der Regierung nicht beschränkt werden,
b) daß die Rübenbauer berechtigt sind, die ihnen nach der allgemeinen Verteilung zustehende Menge von grüner unvermischter Melasse sowie Häckselmelasse direkt von der Zuckerfabrik zum Originalpreise zu beziehen: Bd. 317, Nr. 192 S. 68.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Petition der Frau Gertrud Lortz in Finsterwalde, betreffend Ersatz des durch Beschlagnahme von zuckerhaltigen Futtermitteln entstandenen Schadens.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 390. Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Sackleihgebühr: Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 623.

122. Gänse. Verkehrsregelung, Preise:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 679.
Nr. 1214 S. 57.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 909, a 910.

123. Garn siehe unter II 409.

124. Garnfabriken, Stillegungen, siehe unter II 360.

125. Gas siehe unter II 86.

126. Gastwirtschaften, Versorgung mit Lebensmitteln, siehe unter II 243 g.

127. Geflügel.
Regelung des Verbrauchs, Einbeziehung in die Fleischkarten:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 55, 62.
Zu Nr. 480 S. 20, 40, 78, 92.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2067 D.
74. Sitz. S. 2120 B.

Einfuhr:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 519.
Nr. 650 S. 17.

Geflügelfutter:
Bd. 320, Nr. 650 S. 68.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 81, 85.

128. Gegenstände des täglichen Bedarfs siehe I 3, II 297 c, e.

129. Geldforderungen. Beseitigung der Rechtsnachteile bei nicht rechtzeitiger Zahlung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 15.
Nr. 27 Ziff. 11.
Nr. 86 Ziff. 157, Anhang a 5.
Bd. 316, Nr. 107 S. 5.

130. Geldmarkt. Lage, Kredit- und Zahlungsverhältnisse beim Kriegsausbruch; Abstandnahme von einem allgemeinen Moratorium:
Bd. 315, Nr. 26 S. 8, 13.
Nr. 74.
Bd. 316, Nr. 162.
Bd. 317, Nr. 225 S. 76.
Bd. 319, Nr. 403 S. 148.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 37 D.

Siehe auch „Börse", „Kriegsfinanzpolitik" u. „Finanzwesen".

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).

131. Gemüse und Gemüseerzeugnisse. — Siehe auch unter II 172g, 278.

a) Anbau, Förderung durch die „Zentralstelle für Gemüsebau im Kleingarten" und die „Kriegsgemüsebau- und Verwertungsgesellschaft":
Bd. 317, Nr. 225 S. 32.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2090B.

b) Durchfuhrverbot: Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 632.

c) Einfuhr:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 384, a 396.
Bd. 319, Nr. 403 S. 25, 49.

d) Höchstpreise, Festsetzung:
Resolution des Haushaltsausschusses: Bd. 316, Nr. 113 unter II f 2 und
Resolution Albrecht u. Gen.: Bd. 316, Nr. 115 unter 6.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 248A, 251B, 256B.
18. Sitz. S. 331B. — Resolution des Ausschusses angenommen (Wortlaut unter II 179g).

Ferner:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 264.
Nr. 147 S. 37.
Nr. 164 Anhang a 116.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 326, Anhang a 150.
Nr. 225 S. 31.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 207.
Nr. 371 unter I 6 k.
Bd. 319, Nr. 403 S. 47.
Nr. 480 unter B 47, 48.
Zu Nr. 480 S. 17, 68.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 462.
Nr. 650 S. 38.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 612.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 722.
Nr. 1214 S. 41.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 860.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 516B.
27. Sitz. S. 556B.
28. Sitz. S. 588B.
29. Sitz. S. 612C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604D, 1631C.
62. Sitz. S. 1669C.
73. Sitz. S. 2065B.
74. Sitz. S. 2093C, 2094B.

Preistreiberei und Schieberei: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3544C.

Kartensystem: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3543B.

Mißstände auf dem Gemüsemarkte. Interpellation Antrick u. Gen. (Wortlaut siehe unter Obst): Bd. 310, 113. Sitz. S. 3527C, 3536D, 3540B, 3544B.

e) Verkehrsregelung, Verarbeitung:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 295, a 331, a 357.
Bd. 319, Nr. 403 S. 48.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 861.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2065B.
74. Sitz. S. 2113C.

Lieferungsverträge, Schlußscheinsystem:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3217C, 3221B.
106. Sitz. S. 3260A.
107. Sitz. S. 3299D, 3328B.

Reichsstelle für Gemüse und Obst, Organisation, Aufgaben, Tätigkeit:

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
131. Gemüse und Gemüseerzeugnisse (Fortsetzung).

Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 389.
Bd. 319, Nr. 403 S. 48.
Bd. 320, Nr. 650 S. 39.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 43.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604B, 1631D.
74. Sitz. S. 2093C.

Trocknung; Zentralstelle für Trocknungswesen: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604B.

f) Frühgemüse, Anbau auf Tabakfeldern: Bd. 321, Nr. 754, Ziff. 595.

Antrag des Ernährungsausschusses: Von der öffentlichen Bewirtschaftung des Gemüses scheidet das Frühgemüse aus, da es vermöge seiner Natur die Festsetzung von Höchstpreisen nicht verträgt und nur freie Verträge zwischen Erzeugern und Verbrauchern zuläßt: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 6 b.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

g) Sauerkraut, Preise, Kriegsgesellschaft für Sauerkraut: Bd. 310, 207. Sitz. S. 3304A.

Verderben durch Zurückhaltung der Reichsstelle für Gemüse und Obst: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5897D.

Anfrage Dr. Trendel: Die Reichsstelle für Obst und Gemüse verkauft den Zentner Sauerkraut um 11 Mark, während der Zentner Rohkohl um 2,50 Mark eingekauft wurde.
Hält der Herr Reichskanzler diese hohe Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis für gerechtfertigt? Was gedenkt er eventuell dagegen zu tun?: Bd. 320, Nr. 529.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 583.

Weißkohl, Absatz: Bd. 319, Nr. 443 Anhang a 437.
Bd. 320, Nr. 650 S. 38.

h) Gemüsekonserven und Dörrgemüse, Regelung der Herstellung, Ueberwachungsstelle: Bd. 322, Nr. 1214 S. 45.

i) Gemüsesämereien. Einfuhr: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 885.

132. Genossenschaften siehe dort.

133. Gerbereien. Siehe auch unter II 134, 245, 338.

Belieferung.

Anfrage Ickler: Die nach alter Methode arbeitenden kleinen und mittleren Gerbereien und Lederfabriken werden in der Zuteilung von Großviehhäuten gegenüber den Großbetrieben durch die Kriegsleder A. G. so stark herabgesetzt, daß deren Fortbestehen ernstlich in Frage gestellt ist. Durch die dadurch entstandene Not gezwungen, schlossen etwa 150 dieser Gerbereien Lohngerbverträge mit den Bekleidungsämtern ab, nur um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Den Gerbern wurde die regelmäßige Lieferung einer bestimmt festgesetzten Anzahl ihrem Betriebe angepaßter Häute zugesagt. Diese Zusagen sind nicht gehalten und durch das unregelmäßige Arbeiten trotz nochmaliger Zubilligung von 10 Prozent Aufschlag zu den vertraglich festgesetzten Preisen sind diese Gerber gezwungen, unter Herstellungspreis zu liefern. In Bayern hat das Bekleidungsamt aus diesem Grunde die Verträge aufgehoben und nimmt das in Arbeit befindliche Leder zu den gesetzlichen Höchstpreisen ab. Wenn auch in Preußen seit September 1917 die meisten Lohngerbverträge gekündigt sind, entstehen doch noch große Verluste für in Arbeit befindliches Leder.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
133. Gerbereien (Fortsetzung).

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die schweren Schädigungen für die mittleren und kleinen Gerbereien zu vermeiden?: Bd. 322, Nr. 1240.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1286.

134. Gerbstoffe. Preise, Spekulationskäufe, Gewinne der Großgerber usw.:
Bd. 306, 28. Sitz. S. 572C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1682A, 1684A.
Verbot der Extraktion von Gerbrinden: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1678D.
Petition der Firma E. F. Kreß Söhne in Crefeld, betreffend Ermäßigung eines an die Kriegsleder-Aktiengesellschaft gezahlten Kaufpreises für eine beschlagnahmte Sendung Blauholzextrakt.
Ber. d. Ausch. für Handel und Gewerbe: Bd. 319, Nr. 462.
Bd. 308, 75. Sitz. S. 2150C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Höchstpreise für Eichenrinde:
Anfrage Pauly: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die in der Bekanntmachung am 20. März 1917, betreffend Eichenrinde zu Gerbezwecken, festgesetzten Höchstpreise so niedrig und die gestellten Bedingungen so schroff sind, daß die Gemeinden und Waldbesitzer abgehalten werden, Eichenrinde zu schälen?

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um die schädlichen Folgen dieser Tatsache, namentlich eine den Gemeinden nicht zugute kommende nachträgliche Erhöhung der Höchstpreise, und die der Landwirtschaft schädliche Schaffung von Ersatzmitteln, zu verhindern?: Bd. 321, Nr. 778.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 852.
Gerbrinde. Nichtabnahme.
Anfrage Dr. Wirth, Freiherr von und zu Franckenstein, Fehrenbach, Dr. Zehnter: Die Kriegsleder-A.-G. hat noch Ende April in einer Veröffentlichung die Waldbesitzer aufgefordert, so viel als möglich Rinde zu gewinnen und zur Verfügung zu stellen. Dies sei „vaterländische Pflicht" und „die Verantwortung für eine spätere Gerbstoff- und Lederknappheit mit ihren unübersehbaren Folgen für Heer und Reich würde die Waldbesitzer treffen, wenn sie nicht die ihnen möglichen Mengen Gerbrinde heranschaffen würden." Auch das Kriegsamt brachte eine Veröffentlichung, wonach die Rindenschälung von den Kriegsamtsstellen allenthalben mit größtem Nachdruck gefördert werden muß.

Danach war anzunehmen, daß die aufbereiteten Rinden gute Abnahme finden.

Statt dessen hat die Kriegsleder-A.-G. nach einer Notiz in der Lederzeitung (Nr. 63 vom 26. Mai 1917) alle Gebote auf Fichtenrinde zurückgezogen und sämtliche Rindeneinkäufe vorläufig eingestellt.

So ergibt sich das merkwürdige Bild, daß mitten in der Kriegsnot bei größtem Leutemangel und dringendsten sonstigen Arbeiten von oben herunter zum Rindenschälen energisch aufgefordert wird und die geschälten Rinden dann unverkäuflich bleiben.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Vorgänge bekannt und was gedenkt er zu tun, um Abhilfe zu schaffen?: Bd. 321, Nr. 916.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 973.
Zollbefreiungen siehe II 443a.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).

135. Gerichte siehe „Gerichte".
136. Gerste. — Siehe auch unter II 43, 58.
a) Höchstpreise:
Bd. 315, Nr. 26 S. 74.
Nr. 44 S. 65.
Nr. 72 Anhang f.
Nr. 73 S. 34.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 35.
Nr. 107 S. 65.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 305, a 307, a 395
Bd. 319, Nr. 403 S. 31, 83.
Nr. 480 unter B 35—37.
Zu Nr. 480 S. 15, 55.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 491.
Nr. 650 S. 61.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 693.
Nr. 1213 Anhang a 814.
Nr. 1214 S. 32.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 833.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1631B.
74. Sitz. S. 2092D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3215B.
107. Sitz. S. 3322C.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich Höchstpreise für Braugerste, Braumalz und Braukontingente festzusetzen: Bd. 316, Nr. 113 unter IIp.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 246C, 262B.
16. Sitz. S. 281A, 296C.
17. Sitz. S. 315A.
18. Sitz. S. 326A, 332A. — Angenommen.
Ausputzgerste, Höchstpreise: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 487.
b) Frühdrusch, Druschprämie:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 715.
Nr. 1214 S. 78.
c) Saatgut siehe unter II 139k.
d) Verkehr, Regelung:
Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 122.
Nr. 73 S. 34.
Nr. 86 Ziff. 152.
Bd. 316, Nr. 107 S. 42.
Verkehr aus dem Erntejahr 1915:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 177.
Nr. 107 S. 45.
Nr. 146 Ziff. 242.
Nr. 147 S. 24, 61.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 308.
Nr. 225 S. 49, 57.
Bd. 319, Nr. 403 S. 80, 91.
Verkehr aus dem Erntejahr 1916:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 433, Anhang a 304 (S. 214), a 335, a 338.
Bd. 319, Nr. 403 S. 81, 92.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 514.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die Vorräte von Gerste und Malz für menschliche Ernährung sicherzustellen, die Bierproduktion um weitere etwa 20 Prozent unter Festsetzung von ange-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
136. Gerste (Fortsetzung).

messenen Höchstpreisen für Bier einzuschränken: Bd. 315, Nr. 56 unter II a 3.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71 D.
8. Sitz. S. 123 C. — Angenommen.

Sicherstellung der Futtergerste; Beschlagnahme:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71 D.
12. Sitz. S. 203 C.

Resolution des Haushaltsausschusses, die folgenden Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen wollen die Beschlagnahme der Gerste in Abänderung der Bundesratsverfügung vom 28. Juni 1915 in der Weise vornehmen, daß unter Freilassung der kleineren Betriebe, entsprechend der Anbaufläche unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere des Viehstandes, ein gesteigerter Prozentsatz beschlagnahmt wird
und
die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in der Verordnung, betreffend den Verkehr mit Gerste, vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 384) in § 6 Abs. 1 Zeile 2 nach den Worten „die Hälfte" einzufügen „mindestens aber 10 dz": Bd. 316, Nr. 113 unter II n und o.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 246 B, 262 A.
16. Sitz. S. 276 D, 280 C.
17. Sitz. S. 311 B, 314 B, 318 C.
18. Sitz. S. 331 D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6c 4, I 7n.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1641 D.
74. Sitz. S. 2102 C.

Verspätung der Freigabe der 10 dz, Wirkung:
Bd. 317, Nr. 192 S. 50.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 534 A.

Vergütung für beschleunigte Ablieferung, Preiskürzung bei Enteignung:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 299.
Nr. 225 S. 49, 50, 57.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen,
a) dem Abs. 3 des § 11 der Verordnung über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahre vom 28. Juni 1915 folgenden Zusatz zu geben: Im Falle einer nachgewiesenen Mißernte hat der Verzicht unter Anrechnung auf die Lieferungspflicht zu erfolgen;
b) § 7 derselben Verordnung dahin zu ändern, daß zwecks Verbilligung der Volksernährung Gerste außer an kontingentierte Industriebetriebe auch an Kommunalverbände zum Zwecke der Verarbeitung zu Rollgerste, Gerstegrieß oder Malzkaffee geliefert werden darf:
Bd. 317, Nr. 192 S. 48.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615 C. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 317, Nr. 225 S. 18.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 28 und 30.
Zu Nr. 480 S. 14.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2066 B.
74. Sitz. S. 2094 C, 2111 D, 2114 B.

Anfrage Dr. Trendel: Nach Mitteilung des Geheimen Landesökonomierats Dr. Heim in den Kriegswirtschaftlichen Beilagen zum Bayerischen Kurier vom 8. April 1917 Nr. 15 hatten Ende März 11 Regierungsbezirke Preußens noch nicht einmal die Hälfte ihrer Lieferpflicht für Gerste erfüllt.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
136. Gerste (Fortsetzung).

Ist diese Tatsache dem Herrn Reichskanzler bekannt? Wie steht es mit der Beschaffung dieser noch nicht gelieferten Pflichtgerste als Brotstreckungsmittel?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Erfüllung dieser Gerstenlieferungspflicht zu sichern? Bd. 321, Nr. 751.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 764.

Belassung eines Teils zur freien Verwendung des Erzeugers:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3215 C.
106. Sitz. S. 3268 A.

Anfrage Scheef: Die Reichsgetreideordnung bezeichnet als Brotgetreide nur Weizen, Dinkel und Roggen, nicht aber Gerste.

Viele kleine Landwirte erzeugen nicht soviel Brotgetreide, um sich, ihre Angehörigen und ihr Gesinde (die Versorgungsberechtigten) das ganze Jahr über mit selbsterzeugtem Getreide ernähren zu können. Diese Landwirte müssen Gerste abliefern, für den Rest des Jahres aber Brot und Mehl auf Grund der ihnen zustehenden Brotkarten kaufen.

Ist der Herr Reichskanzler geneigt, den Wunsch dieser Landwirte, daß ihnen für das fehlende Brotgetreide eine entsprechende Menge selbsterzeugter Gerste belassen wird, zu erfüllen und dadurch den bei der jetzigen Regelung eintretenden erheblichen Härten abzuhelfen?: Bd. 323, Nr. 1329.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4316 A. — Beantwortet.

Gerstenverwertungsindustrie in Nord- und Süddeutschland, Belieferung:
Bd. 320, Nr. 650 S. 68.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 84.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856 A.

Verfütterung: Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 742.

e) Gerstenverwertungsgesellschaft. Tätigkeit, Preise, Ueberschüsse, Umwandlung in eine Reichsstelle:
Bd. 316, Nr. 147 S. 61.
Bd. 317, Nr. 225 S. 59.
Bd. 318, Nr. 371 unter II 5.
Bd. 319, Nr. 403 S. 81.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 246 C, 262 C.
16. Sitz. 280 D, 288 C, 297 B, 298 A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1609 A, 1620 D.
62. Sitz. S. 1645 A, 1653 D, 1675 B.

Reichsgerstengesellschaft, Aufgaben, Tätigkeit: Bd. 319, Nr. 403 S. 81.

—, Uebergang auf die Reichsgetreidestelle:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3220 C.
107. Sitz. S. 3327 B.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der bevorstehenden öffentlichen Bewirtschaftung der Gerste die Erfahrungen und die Organisation der Reichsgerstengesellschaft in geeigneter Weise nutzbar zu machen, bzw. bei der Ueberführung der Bewirtschaftung der Gerste in die Reichsgetreidestelle dafür Sorge zu tragen, daß die sachgemäße Behandlung, welche für die Gerste nach ihren Besonderheiten an Qualität und Verwendung notwendig ist, gewährleistet wird: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 11.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3319 A, 3330 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
136. Gerste (Fortsetzung).

Verarbeitung, Handelsmälzereien.

Anfrage Schmitz: Die deutschen Handelsmälzereien verarbeiteten vor dem Kriege 50 bis 60 Prozent der für Brauzwecke bestimmten Gerste in Malz, während der restierende Teil von den Brauereimälzereien verarbeitet wurde. In den Kriegsjahren 1915, 1916 und 1917 ist das ganze für Vermälzung zur Verfügung stehende Gerstenquantum unter vollständiger Uebergehung der Handelsmälzereien ausschließlich der Brauereiindustrie überwiesen worden, die einen Teil in eigenen Mälzereien vermälzte, einen anderen Teil in Handelsmälzereien vermälzen ließ.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, durch die der deutschen Malzindustrie das Durchhalten ermöglicht wird?

Ist er insbesondere bereit, dafür Sorge zu tragen:

1. daß der deutschen Malzindustrie von der zu Braumalzzwecken zur Verfügung stehenden Gerste aus der Ernte 1918 und den folgenden Jahren der Anteil zur Vermälzung überlassen wird, der ihr nach Maßgabe ihrer durchschnittlichen Verarbeitung in den Jahren 1912/13 und 1913/14 zusteht?
2. daß den einzelnen Betrieben das Mälzungsrecht durch Kontingentierung auf der gleichen Grundlage gesichert wird?
3. daß ein Malzpreis festgesetzt wird, der es ermöglicht, die aus wirtschaftlichen Gründen oder freiwillig stillgelegten Betriebe angemessen zu entschädigen?
4. daß die von dem Bunde deutscher Malzfabriken e. V. und der Vereinigung süddeutscher Malzfabriken e. V. ins Leben gerufene Trocknungszentrale der deutschen Malzindustrie m. b. H. als ausführendes Vermittlungsorgan der Malzindustrie anerkannt wird?: Bd. 324, Nr. 1608.

Bd. 312, 169. Sitz. S. 5263A. — Beantwortet.

f) Malzhandel.

Resolution des Haush.-Ausschs. zum Etat f. d. Reichsjustizverwaltung f. 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Verordnung, betreffend das Verbot des Malzhandels schleunigst dahin zu ergänzen, daß alle durch verbotenen Malzhandel erzielten Gewinne der Einziehung zugunsten des betreffenden Bundesstaats verfallen.

Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 320, Nr. 665 unter II 3.

Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669C, 2673C, 2676C.
92. Sitz. S. 2721A. — Angenommen.

Malzschiebungen von Bayern nach Norddeutschland, Stellung der bayerischen Regierung und Militärbehörden:

Bd. 309, 83. Sitz. S. 2390Aff., 2403D.
84. Sitz. S. 2412A.
85. Sitz. S. 2447Cff.

Gerstenschiebungen in Bayern und Posen;

Bd. 310, 105. Sitz. S. 3220B, 3228C.
106. Sitz. S. 3246B, 3279D.
107. Sitz. S. 3319A, 3326D.

Gerstenmalz, Zollbefreiung, siehe II 443a.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).

137. Gerstengrütze, Gerstenmehl. Höchstpreise:

Bd. 317, Nr. 225 S. 59, 60.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a381.
Bd. 319, Nr. 403 S. 37.
Bd. 320, Nr. 650 S. 21, 27.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 32.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 286D.

138. Gesellschaften m. b. H., Gesellschafterversammlung, Vertretung eines infolge Krieges nicht erreichbaren Gesellschafters:

Bd. 315, Nr. 26, S. 89.
Nr. 27 Ziff. 34.

139. Getreide. — Siehe auch unter II 43, 53c, 136, 153, 172g.

a) Ausmahlung des Brotgetreides:

Bd. 315, Nr. 26 S. 66.
Nr. 27 Ziff. 48.
Nr. 43 Ziff. 70, 77, 106.
Nr. 44 S. 39.
Nr. 72 Ziff. 146.
Nr. 73 S. 33.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 175.
Nr. 107 S. 41.
Nr. 147 S. 19.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a304.
Bd. 320, Nr. 650 S. 21, 24.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 30.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185C.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3212D.

Resolution des Haushaltsausschusses, die folgenden Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, usw. das Ausmahlungsverhältnis so zu bemessen, daß die zur menschlichen Ernährung nicht geeigneten Kleieteile nicht in das Mehl gelangen, sondern der Ernährung des Viehes zugeführt werden

und

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu veranlassen, daß, sobald die Uebersicht über die tatsächliche Ernte des Brotgetreides es gestattet, das Ausmahlverhältnis zwecks Vermehrung der Kleie entsprechend, mindestens aber um 5 Prozent herabgesetzt wird: Bd. 316, Nr. 113 unter IIc und h.

Bd. 306, 15. Sitz. S. 244D, 268B.
16. Sitz. S. 279B.
17. Sitz. S. 312B.
18. Sitz. S. 330D, 331C. — Angenommen.

b) Brotgetreide, Beschlagnahme, Enteignung, Vermahlung, Verbrauchsregelung:

Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 91, 96.
Nr. 44 S. 44, 52.
Nr. 72 Anhang c, g.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 28, a 29, a 32.
Nr. 107 S. 31, 40.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8e.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 54.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1649D.
73. Sitz. S. 2062A.
74. Sitz. S. 2103C.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3233B.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5862B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
139. Getreide (Fortsetzung).

— aus dem Erntejahr 1915:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 174, 196.
Nr. 107 S. 34.
Nr. 122 Ziff. 206, Anhang a 48.
Nr. 147 S. 20.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 244C, 261C.
17. Sitz. S. 305C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1596D, 1612B.
— aus dem Erntejahr 1916:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 425, Anhang a304.
Bd. 319, Nr. 403 S. 29.
Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917; Erfassung:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 624.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 25.
Nachprüfung und Inanspruchnahme von Getreide:
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 599.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 815.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 880.
Verteilung, Fehlerquellen durch Mehrausgabe von Brotkarten, Brotkartenfabriken:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3256A, 3265A, 3275A, 3285D.
107. Sitz. S. 3305C, 3309D.
Zurückhaltung:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3233B.
107. Sitz. S. 3302D.
Selbstversorgung; die zur Ernährung und für die Saat zu belassenden Früchte:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 750, a 760, a 785, a 805.
Nr. 1214 S. 26.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 891.
Verkehr mit ausländischem Getreide, Einfuhr aus Rumänien: Bd. 306, 26. Sitz. S. 527B.
Getreide- und Mehlversorgung in Bayern:
Bd 306: 12. Sitz. S. 192C.
16. Sitz. S. 294A, 298D.
Getreideschiebungen. Stellung des preuß. Landwirtschaftsministers im Vorverfahren: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3240C.
c) Feuchtigkeitsgehalt; Abzüge der Mühlen für Trocknung; Einsetzung eines Schiedsgerichts:
Bd. 306, 27. Sitz. S. 553C, 559D.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 13.
d) Frühdrusch, Organisation, Druschprämien:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 306.
Bd. 319, Nr. 403 S. 31.
Nr. 480 S. 62.
Bd. 320, Nr. 650 S. 21.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 619.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 23.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1764B.
66. Sitz. S. 1787A.
73. Sitz. S. 2061B.
74. Sitz. S. 2119C.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3232B, 3242A.
106. Sitz. S. 3261B.
107. Sitz. S. 3327C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5854B, 5867A, 5890A, 5895A.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Druschprämien sind in der Absicht eingeführt worden, dem Verbrauch die notwendigen Getreidemengen rascher zuzuführen.
Sie erweisen sich aber als eine starke Bevorzugung des Großbesitzes und der wärmeren und tieferen Lagen.
Die über Erwarten starke Anfuhr des ausgedroschenen Roggens läßt dazu in weiten Kreisen die Befürchtung aufkommen, daß die ganz frische Körnerfrucht solchermaßen in großen Mengen verdirbt und eine neue Schädigung der Volksgesamtheit eintritt.
Wie stellt sich der Herr Reichskanzler hierzu?: Bd. 321, Nr. 978.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1019.
Anfrage Herzog: Aus vielen Gegenden Deutschlands werden von sachverständiger Seite ernste Bedenken darüber laut, daß bei der herrschenden Methode der Sammlung des Korns aus dem Frühdrusch ein nicht unbeträchtlicher Teil durch Lagerung in überfüllten Lagerräumen und durch nicht zweckmäßig vorgerichtete Abfuhr dem Verderben ausgesetzt sei.
Sind dem Herrn Reichskanzler diese Bedenken bekannt geworden, und ist er bereit, Maßregeln zur Verhütung der befürchteten Schäden anzuordnen?: Bd. 321, Nr. 986.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1019.
e) Handel, Berücksichtigung bei der Getreideversorgung:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 196A.
15. Sitz. S. 265A.
16. Sitz. S. 279B.
Kommissionsgebühren, Zahlung an Grundbesitzer für den Ankauf aus eigenem Betriebe:
Bd. 306, 15. Sitz. S. 265C.
16. Sitz. S. 285A.
17. Sitz. S. 311A.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Entschädigung der Kommissionäre für den Ankauf von Getreide bedeutend herabgesetzt werde: Bd. 306, Nr. 113 unter II r.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 332A. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 317, Nr. 192 S. 38, 44.
f) Hinterkorn, Verfütterung:
Bd. 316, Nr. 147 S. 20.
Bd. 317, Nr. 192 S. 41, 45.
Bd. 318, Nr. 379 unter I 12.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 283B.
17. Sitz. S. 314B.
27. Sitz. S. 557A.
28. Sitz. S. 587C.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2061C.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3274B.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5855D, 5883C.
Antrag des Ernährungsausschusses: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Wege einer Bundesratsverordnung bestimmt wird, daß das abzuliefernde Getreide nur in gereinigtem Zustande abzuliefern ist und daß den Erzeugern hierbei das Hinterkorn als Abgang aus dem Getreide zur Verwendung in der eigenen Wirtschaft zu entnehmen gestattet ist, bei einer Gesamternte bis
einschl. 10 Zentner 20 v. H. dieser Gesamternte
„ 100 „ 10 „ „ „
„ 1000 „ 5 „ „ „
bei einer Menge von mehr als 1000 Zentner 3 v. H. der Gesamternte, wobei die freizugebende Menge des Hinterkorns der höheren Staffel

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
139. Getreide (Fortsetzung).

mindestens der Höchstmenge der vorangegangenen Staffel zu entsprechen hat: Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 4. Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119 A. — Abgelehnt.

g) Höchstpreise; Zuschläge:
Bd. 315, Nr. 26 S. 74.
Nr. 44 S. 65.
Nr. 72 Anhang m.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 34.
Nr. 107 S. 65.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 301, Anhang a 144.
Nr. 225 S. 16.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 305, a 306.
Bd. 319, Nr. 403 S. 31.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 685.
Nr. 1214 S. 24.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 68 D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1596 D, 1612 C.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3215 A, 3241 A.
106. Sitz. S. 3259 A, 3285 A.

Resolution Albrecht u. Gen., betreffend sofortige wesentliche Herabsetzung der Höchstpreise: Bd. 315, Nr. 89 unter I.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185 D, 197 A, 202 C, 208 A. — Abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses, betreffend Herabsetzung der Höchstpreise: Bd. 316, Nr. 113 unter II f 1 und

Resolution Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß eine Herabsetzung der Getreide- und eine entsprechend niedrige Festsetzung von Mehlhöchstpreisen stattfindet: Bd. 316, Nr. 115 unter 4.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 244 D, 266 C.
16. Sitz. S. 274 C, 280 A, 295 D.
17. Sitz. S. 317 D, 320 C.
18. Sitz. S. 331 A. — Resolution des Ausschusses angenommen (Wortlaut unter II 172 g), Resolution Albrecht u. Gen. abgelehnt.

h) Kommunalverbände, Selbstwirtschaft, Verwaltung:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 91, 96.
Nr. 44 S. 46.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 174.
Nr. 107 S. 32, 36.
Nr. 122 Ziff. 206, Anhang a 4.
Bd. 317, Nr. 192 S. 43.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 425, Anhang a 304 III, V.
Bd. 319, Nr. 403 S. 29.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 69 D.
12. Sitz. S. 186 A, 195 D, 200 D.
15. Sitz. S. 261 D.
17. Sitz. S. 310 D.
27. Sitz. S. 559 A, 564 C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1662 B.

Anfrage Held: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Reichsgetreidestelle bzw. das Preußische Landesgetreideamt in letzter Zeit versucht hat, den Kommunalverbänden, welchen das Recht der Selbstbewirtschaftung nach § 31 der Reichsgetreideordnung erteilt ist, statt der ihnen zustehenden Brotgetreidemenge eine entsprechende Menge Mehl von auswärtigen Mühlen zuzuweisen, wodurch den Verbänden große Schwierigkeiten und

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
139. Getreide (Fortsetzung).

Unkosten erwachsen, die Kleinmühlen ungeheuer geschädigt und die Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel unnötige Belastung erfahren müßten?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Vorsorge zu treffen, daß in Zukunft solche Eingriffe in das Recht der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, wodurch die Allgemeinheit schwer beunruhigt wird, vermieden werden?: Bd. 322, Nr. 1149.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1188.

i) Kriegsgetreidegesellschaft, Organisation Tätigkeit:
Bd. 315, Nr. 44 S. 44.
Bd. 316, Nr. 107 S. 31.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 69 C.
12. Sitz. S. 186 D, 191 B, 196 A, 204 C.
17. Sitz. S. 310 C.

Personal, Reklamationen, „Versicherung gegen Schützengrabengefahren“:
Bd. 306, 16. Sitz. S. 297 C.
17. Sitz. S. 301 D, 304 C, 308 A, 312 C, 319 A, B.

Preispolitik, Zahlungsbedingungen:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 70 B.
12. Sitz. S. 191 D.

Reichsgetreidestelle. Organisation, Tätigkeit:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 174, Anhang a 43.
Nr. 107 S. 34, 40.
Nr. 147 S. 21.
Bd. 317, Nr. 192 S. 46.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 304 II.
Bd. 319, Nr. 403 S. 34.
Bd. 320, Nr. 650 S. 21.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 30.

Preisfestsetzung für Mehl siehe unter II 255 a.
Aufkäufe durch Spitzel in Hohensalza: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5904 c.

Reichsverteilungsstelle:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 91.
Nr. 44 S. 45, 49.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 43.
Nr. 107 S. 40.

Verkauf durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 30.
Nr. 147 S. 16.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 331.
Nr. 225 S. 13.

k) Saatgetreide. Beschlagnahme; Höchstpreise:
Bd. 316, Nr. 147 S. 20.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 298, Anhang a 144.
Nr. 225 S. 15.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 425, Anhang a 304, a 315.
Bd. 319, Nr. 403 S. 30, 33, 82.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 531.
Nr. 650 S. 62.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 684.
Nr. 1213 Anhang a 757, a 788.
Nr. 1214 S. 28.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 837.

Resolution des Haushaltsausschusses, die folgenden Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: in der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 (Nr. 4778) in § 6 unter c den zweiten Satz: „Als Saatgetreide im Sinne dieser Verordnung gilt nur Saatgetreide, das nach-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
139. Getreide (Fortsetzung).

weislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkaufe von Saatgetreide befaßt haben" zu streichen und
die verbündeten Regierungen wollen unverzüglich angemessene Höchstpreise für Saatgut festsetzen: Bd. 316, Nr. 113 unter II l und m.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 246 A.
16. Sitz. S. 277 D, 281 B, 298 C.
18. Sitz. S. 326 A, 331 D. — Angenommen.
Unlauterer Vertrieb von Saatgetreide: Bd. 306, 28. Sitz. S. 587 B.

l) Verfütterung von Brotgetreide, Mehl und Brot, Verbot:
Bd. 315, Nr. 26 S. 66.
Nr. 27 Ziff. 47.
Nr. 43 Ziff. 78, 85.
Nr. 44 S. 41.
Nr. 72 Ziff. 130.
Nr. 73 S. 34, 42.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 176.
Nr. 107 S. 41.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3212 B, 3213 C, 3218 D, 3237 A.
106. Sitz. S. 3255 C, 3265 B, 3272 A, 3286 B, 3292 C.
107. Sitz. S. 3299 C, 3305 B.
Antrag Albrecht u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, schleunigst folgende Maßnahmen zu treffen: die Verwendung von Brotgetreide zur Verfütterung ist verboten: Bd. 315, Nr. 89 unter III c.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185 C, 208 C. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6 d.
Bd. 306, 17. Sitz. S. 305 B, 306 A.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1662 B.
74. Sitz. S. 2098 A.
Verfütterung von grünem Roggen und Weizen:
Bd. 315, Nr. 86 Ziff. 156.
Bd. 316, Nr. 107 S. 33.
— von Weizen: Bd. 306, 28. Sitz. S. 570 B, 587 C.
Futterschrot, Herstellung, Preis:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 229.
Nr. 147 S. 20.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 86.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 557 D.
28. Sitz. S. 570 C, 581 B.
Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, um eine Herabsetzung der Preise für Futterschrot aller Getreidearten unter Zugrundelegung der von der Reichsgetreidestelle gezahlten Uebernahmepreise und des Mahllohns herbeizuführen: Bd. 317, Nr. 192 S. 45, 69.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 557 D.
28. Sitz. S. 570 B.
29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.
Verteilung, Futterschrotpolitik der Reichsgetreidestelle:
Bd. 316, Nr. 147 S. 64.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2061 D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3324 A.

m) Vorrat, Ernteergebnisse:
Bd. 315, Nr. 26 S. 65.
Bd. 316, Nr. 107 S. 31.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 70 D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
139. Getreide (Fortsetzung).

Ernte des Jahres 1915:
Bd. 317, Nr. 192 S. 3, 12, 42.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 549 A, 556 D, 560 C.
29. Sitz. S. 597 D, 605 A, C, 614 C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1595 B, 1624 C.
Ernte des Jahres 1916:
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2055 A, 2070 A.
74. Sitz. S. 2096 C.
Petition des Eisenbahnsekretärs Max Waegele in Kempten (Allgäu) — Erhöhter Feuerschutz für die lagernde Ernte.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321. Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Vorratserhebungen. Statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei:
Bd. 315, Nr. 26 S. 70.
Nr. 27 Ziff. 49.
Nr. 72 Ziff. 143.
Nr. 73 S. 44.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 248.
Nr. 147 S. 13.
Bd. 317, Nr. 192 S. 42.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 66.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 534.
Nr. 650 S. 15.
Bd. 306, 17. Sitz. S. 313 A.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2059 D.

140. Gewerbegerichte siehe „Gewerbegerichte".

141. Gewerbliches Eigentum. Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Uebereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 147.
Nr. 73 S. 7.
Nr. 78 Anhang a 2.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 24, a 33.
Nr. 107 S. 8.
Nr. 122 Anhang a 52.
Nr. 147 S. 103.
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 136, a 157.
Nr. 225 S. 105.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 356.
Nr. 402 Anhang a 267, a 344, a 378.
Bd. 319, Nr. 403 S. 213.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 514, a 532.
Nr. 650 S. 172.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 635, a 643.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 710, a 720, a 723.
Nr. 1213 Anhang a 807.
Nr. 1214 S. 239.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 847, a 872.

142. Gewichte, eiserne. Zulassung:
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 72.
Nr. 147 S. 85.
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 158.
Nr. 225 S. 73.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 252.
Bd. 319, Nr. 403 S. 143.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 716.

143. Gewürz. Einfuhr: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 885.

144. Glas. Petitionen, betreffend Ausfuhrverbot für Glas nach neutralen Ländern.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

144. Glas (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 317, Nr. 270.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935A. — Ueberweisung als Material.

145. Glashütten, Stillegungen, siehe II 360.

146. Gold, Goldwaren. Höchstpreise:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 557.
Nr. 650 S. 132.

Petition des Dr. C. Haegele, Geheimen Kommerzienrats in Geislingen (Steige), betreffend Vorschläge für den Gold- und Juwelenankauf.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. III a 4.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch „Kriegsfinanzpolitik" unter A 4.

147. Goldklausel siehe unter II 429.

148. Graphit. Versorgung:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 660.
Nr. 1214 S. 131.

149. Grünkern. Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 430, Anhang a 296.
Bd. 319, Nr. 403 S. 32.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 705.

150. Gummi.
Verkauf von Gummisaugern:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 452, Anhang a 328.
Bd. 319, Nr. 403 S. 134.

Beschlagnahme. Gummiräder der Luxuswagen, Fahrräder in der Landwirtschaft:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5484D.
175. Sitz. S. 5503A.

Petition des Bundes Deutscher Fahrrad- und Kraftfahrzeughändler in Bremen betr. die Festsetzung der Beschlagnahmepreise für die Fahrradreifen.
Ber. d. Ausschs. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1312.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4835B. — Ueberweisung als Material.

Petition der Gummiwalzenfabrik Dr. Neubert, Warmbrunn und Maschinenbauanstalt H. Füllner, Warmbrunn, betreffend

1. Gewährung einer Frist bis zum 30. April 1918 für die Fertigstellung von Gummiwalzen;
2. die Aufrechterhaltung des Betriebs über diesen Termin hinaus. — Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1549.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung bzw. als Material.

151. Gummiwarenfabriken, Stillegungen, siehe unter II 360.

152. Güteverfahren siehe „Güteverfahren".

153. Hafer. — Siehe auch unter II 121 und „Reichsheer" unter 137 b.
a) Höchstpreise; Preise der Heeresverwaltung; Zuschläge.
Bd. 315, Nr. 26 S. 76.
Nr. 43 Ziff. 102.
Nr. 44 S. 67.
Nr. 86 Anhang a 4.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 36.
Nr. 107 S. 66.
Nr. 122 Anhang a 47.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

153. Hafer (Fortsetzung).

Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 299.
Nr. 225 S. 49, 57.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8n, II 3.
Nr. 402 Anhang a 305, a 308, a 394.
Bd. 319, Nr. 403 S. 31, 79.
Nr. 480 unter A 1.
Zu Nr. 480 S. 15, 55.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 447.
Nr. 633 Anhang a 491, a 552.
Nr. 650 S. 60, 61, 62.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 814.
Nr. 1214 S. 78.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 833.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71C.
15. Sitz. S. 262A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1597B, 1616B.
62. Sitz. S. 1651D, 1686C.
74. Sitz. S. 2087D, 2093D, 2107D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3216A.

b) Verkehrsregelung, Haferration, Saatgut:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 101.
Nr. 44 S. 59.
Nr. 72 Ziff. 125, 129.
Nr. 73 S. 42.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 178.
Nr. 107 S. 52.
Nr. 146 Ziff. 219, Anhang a 63.
Nr. 147 S. 52, 60.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 300.
Nr. 225 S. 49, 56.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 434, Anhang a 304 (S. 222), a 346, a 358, a 373, a 390.
Bd. 319, Nr. 403 S. 31, 79.
Nr. 443 Anhang a 400.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 531.
Nr. 650 S. 62.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 28.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 71C.
15. Sitz. S. 246B.
16. Sitz. S. 281A.
17. Sitz. S. 305D, 318C.

Beschaffung für die Heeresverwaltung vom 1. 9. 1916 bis 31. 7. 1917:
Bd. 320, Nr. 650 S. 72.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 84, 88.

Belieferung der Nährmittelfabriken:
Bd. 317, Nr. 225 S. 57.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2070C.
74 Sitz. S. 2094C, 2111D, 2114B, 2119C.

Antrag des Ernährungsausschusses: Zur Vermehrung der Nahrungsmittel ist der Hafer in weit höherem Maße als bisher zur unmittelbaren menschlichen Ernährung heranzuziehen. Die Heeresverwaltung ist daher zu ersuchen, ihre Anforderungen von Hafer auf das tunlichst geringste Maß einzuschränken: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 8.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

c) Frühdrusch, Druschprämie:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 715.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973A, 3979A, 3981D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
153. Hafer (Fortsetzung).
d) Verfütterung an Einhufer und Rinder:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 518, a 533.
Nr. 650 S. 60.
Nr. 659 Anhang a 580.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 742.
154. Haferflocken usw. siehe unter II 271.
155. Halbfabrikate, Zollbefreiung siehe unter II 443a.
156. Handel siehe unter II 172b, 194, 243c, 297 und „Handel", „Handelsgewerbe".
157. Handelsschiffahrt siehe „Schiffahrt".
158. Handelsverträge siehe unter II 443b und „Handelspolitik".
159. Handwerkskammern siehe „Handwerkskammern".
160. Hanf und Flachs. Anbau; Hanf- und Flachsausschuß:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1605A.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3260D.
Anfrage Hubrich (Falkenberg): In Kaundorf, Kreis Neisse, an der Bahn Neisse—Oppeln gelegen, hat die Schlesische Flachsbaugesellschaft eine Flachsrösterei errichtet. Von dem dort lagernden Flachs sind nach meiner Schätzung 700 bis 800 Zentner Rohflachs, die in einem Gebäude untergebracht sind, das den ganzen Sommer ohne Bedachung geblieben ist, durch den ungehindert eindringenden Regen zum großen Teil verdorben bzw. verfault.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß wieder solche Schädigungen des Volkes vorkommen?: Bd. 322, Nr. 1101.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1160.
161. Harz und Harzersatz. Harzgewinnung, Verkehrsregelung:
Bd. 317, Nr. 225 S. 48.
Nr. 256 Ziff. 335.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 468, Anhang a 376.
Bd. 319, Nr. 403 S. 129.
Bd. 320, Nr. 650 S. 94, 96.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 789, a 790.
Nr. 1214 S. 124.
Schellack und Schellackersatz, Bewirtschaftung:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 541, a 542.
Nr. 650 S. 95.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 126.
162. Hausbesitz siehe „Grundbesitz".
163. Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter siehe „Hausindustrie".
164. Hausschlachtungen siehe unter II 399.
165. Heereslieferungen siehe „Kriegsindustrie" und „Reichsheer" 114 u. 137.
166. Hefe.
Freigabe von Preßhefe: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1597D.
Verarbeitung von Bierhefe auf Nährhefe:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 496.
Nr. 650 S. 28.
Hefeverwertung.
Anfrage Dr. Trendel: Die Reichsfuttermittelstelle und die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte haben der Münchener Hefenverwertungsgesellschaft m. b. H. gemäß der Verordnung vom 28. Juni 1915 (24. März 1916) den gesamten Anfall der Naßhefe der Münchener Brauereien zugewiesen. Diese Gesellschaft besteht aus fünf Münchener Israeliten: Großkaufmann Emil Zeckendorf, Großhändler Jakob Buckfath, Rechtsanwalt Dr. Julius Schülein, Kaufmann Dr. Fritz Schülein, Unionsbrauerei Schülein u. Co., Geschäftsführer Josef Schülein.
Ist das dem Herrn Reichskanzler bekannt? Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber einer solchen Bevorzugung einer einzigen Firma zu tun?: Bd. 320, Nr. 526.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 582.
167. Heringe siehe Nr. 107.
168. Heu siehe II Nr. 121c, e.
169. Hindenburgspende siehe Nr. 112b.
170. Hinterbliebenenversicherung siehe „Versicherungswesen".
171. Hirse siehe II 60.
172. Höchstpreise.
a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend Höchstpreise: Bd. 315, Nr. 14.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10B, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 339.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 72.
Petitionen: Bd. 306, 2. Sitz. S. 11C. — Für erledigt erklärt.
Aenderung des Gesetzes; Strafbestimmungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 73.
Nr. 27 Ziff. 45.
Nr. 43 Ziff. 66, 84.
Nr. 44 S. 64.
Bd. 317, Nr. 146 Ziff. 226.
Nr. 147 S. 10.
Nr. 256 Ziff. 341.
Bd. 319, Nr. 403 S. 8.
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 585.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 9.
Strafbarkeit des Käufers: Bd. 307, 42. Sitz. S. 946B.
Resolution Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, § 4 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 dahin abzuändern: der Käufer bleibt straflos, es sei denn, daß er den Verkäufer zur Ueberschreitung des Höchstpreises angereizt hat: Bd. 317, Nr. 208.
Bd. 306, 28. Sitz. S. 568A, 578D.
29. Sitz. S. 615C. — Abgelehnt.
b) Allgemeines. Zweckmäßigkeit; Festsetzung für Groß- und Kleinhandel:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IVg, I 8p.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 184A, 195A, 203C.
15. Sitz. S. 243C, 259B, 271B.
16. Sitz. S. 295B.
17. Sitz. S. 317D, 320C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1616A.
62. Sitz. S. 1637D, 1651D, 1664A.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, die Gemeinden und Kommunalverbände zu verpflichten, den Detailhandel mit Lebensmitteln streng zu kontrollieren und gewinnsüchtige Preistreibereien durch Festsetzung von Höchstpreisen zu unterbinden: Bd. 316, Nr. 113 unter II g 3.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 331C. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen,

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
172. Höchstpreise (Fortsetzung).

daß Höchstpreise möglichst für sämtliche Bedürfnisse des täglichen Lebens, sei es durch das Reich, durch die Einzelstaaten oder durch die Gemeindeverbände, eingeführt werden, und zwar für den Erzeuger, für die Lieferungsverbände, für den Großhandel und für den Kleinhandel: Bd. 317, Nr. 192 S. 25.

Bd. 306, 26. Sitz. S. 515C, 522D.
27. Sitz. S. 562D.
29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß bei Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel gleichzeitig auch Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 25.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen,

a) daß auch weiterhin durch allgemein gültige Verordnung, eventuell durch Festsetzung von Höchstpreisen und durch Beschlagnahme, einer ungebührlichen Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse nach Möglichkeit entgegengewirkt und eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Vorräte herbeigeführt wird,

b) daß im Interesse der rechtzeitigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung bei der Bemessung der Höchstpreise die Kosten der Erzeugung eine hinreichende Deckung erfahren, daß aber in diesen Preisen auch die Weiterverarbeitung und die Verteilung durch das Gewerbe, insbesondere das Kleingewerbe und den Kleinhandel, entsprechend den erforderlichen Aufwendungen, ausreichend entschädigt werden, und daß, soweit in den bereits erlassenen Verordnungen diesem Grundsatz nicht genügend Rechnung getragen ist und infolgedessen Gefahren für die Versorgung erwachsen, entsprechende Aenderungen alsbald bewirkt werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 25.

Bd. 306, 27. Sitz. S. 538A.
29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß bei Inkrafttreten der Höchstpreise unverschuldete Verluste des Kleinhandels an nachweislich zu höheren Preisen eingekauften Waren, gegebenenfalls durch Einräumung angemessener Fristen, vermieden werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 25.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Beachtung der Höchstpreise durch behördliche Einkaufsstellen:

Anfrage Held: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Provinzial- bzw. Kreis-Einkaufsstellen Gemeinden Lebensmittel unter Ueberschreitung der Höchstpreise anstellen und liefern, daß aber gegen Gemeindebehörden, die, um dringende Notstände in der Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung zu beheben, jene geforderten Preise bezahlen und die so gekauften Waren zum Selbstkostenpreise wieder abgeben, das Strafverfahren wegen Ueberschreitung von Höchstpreisen eingeleitet und durchgeführt wird.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
172. Höchstpreise (Fortsetzung).

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Beseitigung derartiger Zustände im Interesse der Volksernährung schnellstens herbeizuführen?: Bd. 321, Nr. 987.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 998.

Anfrage Behrens: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß laut Bericht der „Rheinischen Ztg." Nr. 227 Jahrg. 1917 in dem Cölner Prozeß „Bremer" wegen Lebensmittelschiebung festgestellt wurde, daß die Stadtverwaltung Bonn größere Posten Mehl an die Firma „Humbold" in Cöln-Kalk zu einem viel höheren wie dem vorgeschriebenen Höchstpreis verkauft hat? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um

1. diesen verbotenen Mehlhandel in angemessener Weise zur gerichtlichen Bestrafung zu bringen,
2. solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern?: Bd. 322, Nr. 1100.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1171.

Beachtung der Höchstpreise durch die Heeresverwaltung: Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IVb.
Bd. 308, 73 Sitz. S. 2059A.

Anfrage Dr. Doormann, Fegter, Hoff, Dr. Wendorff: Die Höchstpreise für Nahrungsmittel und andere Waren, insbesondere Kohlrüben, bleiben in weitem Umfang dauernd unbeachtet, ohne daß die Behörden eingreifen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, den Gesetzen Achtung zu verschaffen? Bd. 320, Nr. 565.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 590.

c) Hauptmarktorte, Bestimmung für die Bemessung von Höchstpreisen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 73.
Nr. 27 Ziff. 14.

d) Laufende Verträge, Einwirkung der Höchstpreise; Schiedsgericht:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 267, Anhang a 105.
Nr. 147 S. 11.

e) Richtpreise, Festsetzung für die Bemessung von Höchstpreisen durch die Gemeinden: Bd. 306, 17. Sitz. S. 321D.

f) Zuschläge zu den Höchstpreisen, Wirkung: Bd. 306. 28. Sitz. S. 569A.
System in Bayern: Bd. 306, 16. Sitz. S. 294B, 296A.

g) Antrag Albrecht u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, angesichts der für die weitesten Volkskreise unerschwinglichen Lebensmittelpreise, die bei dem günstigen Stande der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands in keiner Weise gerechtfertigt sind, schleunigst folgende Maßnahmen zu treffen:

a) Die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot und Kartoffeln sind sofort wesentlich herabzusetzen.

b) Für Hülsenfrüchte, Vieh, Fleisch (frisches Fleisch, Dauerwaren, Konserven) und Schmalz sind sofort niedrige Höchstpreise festzusetzen: Bd. 315, Nr. 89 unter I.

Bd. 306, 12. Sitz. S. 188C, 208A. — Abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen dahin zu

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
172. Höchstpreise (Fortsetzung).

wirken, Höchstpreise für Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, aus inländischen Früchten hergestellte Suppenartikel (Haferflocken, Gerste, Nudeln usw.), welche ungerechtfertigte Gewinne des Handels und der verarbeitenden Gewerbe ausschließen, festzusetzen, insbesondere die gegenüber dem Friedenspreis zu hohe Spannung zwischen dem Höchstpreis für Brotgetreide und dem Brotpreis zu vermindern und auf ein normales Maß herabzusetzen: Bd. 316, Nr. 113 unter II g 1.

Bd. 306, 18. Sitz. S. 331 C. — Angenommen.

Resolution des Hauhaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

1. daß eine weitere Herabsetzung der Getreide- und Mehlhöchstpreise stattfindet;

2. daß Höchstpreise mit Anpassung an die Preise der letzten Jahre vor dem Kriege, an die Produktionskosten, aber auch an die Zahlungsfähigkeit der minderbemittelten Bevölkerung mindestens für Fleisch, Milch, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst festgesetzt und mit Hilfe der Gemeinden eine Hilfsorganisation zum Verkauf dieser Gegenstände geschaffen wird: Bd. 316, Nr. 113 unter II f.

Bd. 306, 15. Sitz. S. 248 A, 256 B.
18. Sitz. S. 331 A, B. — Angenommen.

Resolution Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß Höchstpreise mit Anpassung an die Preise der letzten Jahre vor dem Krieg, an die Produktionskosten, aber auch an die Zahlungsfähigkeit der minderbemittelten Bevölkerung mindestens für Fleisch, Milch, Fette, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst festgesetzt und den Gemeinden die Schaffung einer Hilfsorganisation zum Verkauf dieser Gegenstände erleichtert wird: Bd. 316, Nr. 115 unter 6.

Bd. 306, 15. Sitz. S. 250 B, 256 B.
18. Sitz. S. 331 B. — Abgelehnt.

Herabsetzung der Höchstpreise für Nahrungsmittel usw.:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 2, 4.
Zu Nr. 480 S. 9, 28, 42.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2058 D.
74. Sitz. S. 2087 A.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß einheitliche Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke festgesetzt werden:
Bd. 316, Nr. 192 S. 25.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615 B. — Angenommen.

173. Holz.

Holzpreise, Steigerung, Abbau während der Uebergangszeit:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4504 A, 4517 D.
146. Sitz. S. 4582 C, 4598 B (Holzpreise der Fürstin v. Bismarck).

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Höchstpreise für Brennmaterialien für Produzenten, Groß- und Kleinhandel festzusetzen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 73.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 535 A.
29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der weiteren Ausgestaltung der wirtschaftlichen Maßnahmen folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

a) In Anbetracht, daß in verschiedenen Bezirken Deutschlands eine Brennholznot sich geltend macht, haben die zuständigen Behörden:
1. durch Anordnung und nötigenfalls zwangsweise Durchführung sofortigen genügenden Brennholzeinschlages in den fiskalischen und erforderlichenfalls auch in den Privatwaldungen,
2. durch Einführung angemessener Höchstpreise für Brennholz, die nicht höher als 20 Prozent über den letzten durchschnittlichen Friedenspreisen sein dürfen,

die wirkungsvolle Abstellung der Uebelstände zu veranlassen: Bd. 317, Nr. 192 S. 73.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Förderung des Holzeinschlags: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2073 A.

Anfrage Schwarze (Lippstadt): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei Holz und Wein, den beiden einzigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, die im Wege der öffentlichen Versteigerung noch verkauft werden dürfen, eine ungeheure, durch nichts gerechtfertigte Preissteigerung eingetreten ist?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun und will er namentlich die guten Erfahrungen, die mit dem Verbot der öffentlichen Versteigerung von Holz im Regierungsbezirk Erfurt gemacht sind, bei den zu treffenden Maßnahmen beherzigen?: Bd. 324, Nr. 1450.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1664.

174. Honig. Höchstpreise:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 265.
Nr. 147 S. 37.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 49.

Herstellung, Preise usw. von Kunsthonig:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 466.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 825.

Verwendung zur Herstellung von Bier siehe unter II 43.

175. Hopfenbau.

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: angesichts der durch die verschiedenen Kriegsmaßnahmen erzeugten Notlage der Hopfenbauern alsbald die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze derselben zu treffen: Bd. 316, Nr. 113 unter II 9.

Bd. 306, 15. Sitz. S. 248 A.
16. Sitz. S. 279 C, 296 B.
17. Sitz. S. 315 A.
18. Sitz. S. 332 A. — Angenommen.

Ferner: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1617 A.

176. Hülsenfrüchte.

a) Höchstpreise, Festsetzung:
Resolutionen Albrecht u. Gen.: Bd. 315, Nr. 89 unter I b, Bd. 316, Nr. 115 unter 6 und
Resolutionen des Haushaltsausschusses: Bd. 316, Nr. 113 unter f 2, g 1.

Bd. 306, 12. Sitz. S. 200 A, 208 A.
15. Sitz. S. 248 A, 256 B.
17. Sitz. S. 318 B.
18. Sitz. S. 331 B. — Resolutionen des Ausschusses angenommen (Wortlaut unter II 172 g.)

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
176. Hülsenfrüchte (Fortsetzung).

Ferner:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 698.
Nr. 1214 S. 35.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 750.
Siehe auch II 172g.

b) Verkehr, Handelsmonopol der Zentral-Einkaufsgesellschaft, Reichshülsenfruchtstelle; Saatgut:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 211, 222, 225, 241 Anhang a 81.
Nr. 147 S. 16, 25.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 331.
Nr. 225 S. 13, 21.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IV d, I 7 g.
Nr. 402 Ziff. 426, Anhang a 312, a 314 (S. 342), a 367.
Bd. 319, Nr. 403 S. 38.
Nr. 480 unter B 28.
Zu Nr. 480 S. 14, 67.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 520, Anhang a 526, a 536.
Nr. 650 S. 29.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 600, a 601.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 684.
Nr. 1213 Anhang a 757.
Nr. 1214 S. 36.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 837.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1597D.
73. Sitz. S. 2062D.

Verbot des Vorverkaufs aus der Ernte 1915:
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 59, a 71.
Nr. 147 S. 27.

Anbau, Förderung: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3309A.

Ausdrusch und Inanspruchnahme, Nachprüfung:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 815.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 880.

Bewirtschaftung, Freilassung eines Teils für landwirtschaftliche Arbeiter: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856B.

Mangel für das Volk, Speisung der Kriegsgefangenen: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3220D.

Vorratserhebungen: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 534.

Petitionen, betreffend Gewährung von Entschädigungen für den durch die Beschlagnahme und den Ankauf von Hülsenfrüchten seitens der Zentral-Einkaufsgesellschaft entstandenen Schaden.
Ber. d. Aussch. für Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1250.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997C. — Ueberweisung als Material.

177. Hunde.
Petition der Medizinischen Fakultät der Kgl. Universität in Frankfurt a. M., betr. Abschlachtung der Hunde zwecks Ersparnis von Nahrungsmitteln für die menschliche Ernährung.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. b.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung zur Erwägung.

178. Hypotheken siehe „Grundbesitz".

179. Hypothekenschutzbanken. Befreiung von der Versicherungsaufsicht: Bd. 322, Nr. 1214 S. 274.
Hypothekenschutzbanken mit zentraler Rückversicherung, Stützung des städtischen Grundkredits: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3757D.

180. Invalidenversicherung siehe „Versicherungswesen".

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).

181. Irrtum, entschuldbarer bei Verfehlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen, siehe I 4.

182. Jutesäcke, Zollbefreiung, siehe II 443a.

183. Kaffee, Kakao und Ersatzmittel.
Bestandsaufnahme, Einfuhr, Verkehrsregelung; Kriegsausschuß für Kaffee usw., Kriegskakaogesellschaft:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 262.
Nr. 147 S. 41.
Nr. 164 Anhang a 113.
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 126.
Nr. 225 S. 13, 38.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 351, Anhang a 202, a 203, a 206, a 209, a 221, a 233.
Nr. 371 unter I 5 IV d, I 7 g.
Nr. 402 Anhang a 253, a 265.
Bd. 319, Nr. 403 S. 25, 27, 57.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 445, a 471.
Nr. 650 S. 42.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 51.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604D.
62. Sitz. S. 1655D.
73. Sitz. S. 2066B.

Petition der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft in Bremen: Freigabe von Kaffee zur Koffeinentziehung.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. a.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petition der Firma Heinrich Croon in Aachen, betreffend Belieferung mit Rohware zur Herstellung von Kaffeeersatz.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1552.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Kaffee-Ersatzmittel. Verkehrsregelung:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 808.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 831.

Zichorienwurzeln, gedarrte:
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 596.
Nr. 913 Anhang a 659.

Kakaoschalen, gepulverte. Verkehrsverbot, Vergällung:
Bd. 316, Nr. 122 Ziff. 205.
Nr. 146 Anhang a 56.
Nr. 147 S. 82.
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 579.

184. Kaffeeröstereien, Stillegungen, siehe unter II 360.

185. Kali siehe unter II 360, 390 und „Kali".

186. Kalkstickstoff siehe unter II 74c.

187. Kampfer. Verkehrsbeschränkungen: Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 565.

188. Kaninchen, zahme. Einfuhr: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 519.

189. Kartoffeln.
a) Höchstpreise für Futterkartoffeln: Bd. 315, Nr. 44 S. 69.
— für Speisekartoffeln; Preisfestsetzung:
Bd. 315, Nr. 29 S. 14.
Nr. 44 S. 69.
Nr. 72 Anhang n, u.
Nr. 73 S. 47.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 236, 250, 268, Anhang a 60, a 97.
Nr. 147 S. 29, 30, 32.
Nr. 164 Ziff. 277.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 310, 330, Anhang a 174.
Nr. 225 S. 22.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 224.
Nr. 402 Anhang a 293.
Bd. 319, Nr. 403 S. 42.
Bd. 320, Nr. 650 S. 36.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 9.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 750.
Bd. 310, 106 Sitz. S. 3287B.
107. Sitz. S. 3302A.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856 B, 5862 D, 5874A.

Resolution Albrecht u. Gen., betreffend sofortige, wesentliche Herabsetzung der Höchstpreise: Bd. 315, Nr. 89 unter I a.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 72D.
12. Sitz. S. 189A, 195B, 198A, 202D, 205D, 208A. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 306, 15. Sitz. S. 247C, 267D, 282B.
16. Sitz. S. 286D, 295B.
18. Sitz. S. 326B.
27. Sitz. S. 547D, 563C.
28. Sitz. S. 571C, 590C.

Resolution Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Höchstpreise für Kartoffeln nicht weiter hinaufgesetzt werden: Bd. 317, Nr. 203.
Bd. 317, Nr. 192 S. 58.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 42.
Zu Nr. 480 S. 16, 32, 75.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1759B.
66. Sitz. S. 1775B, 1779C, 1783A, 1787B, 1788B, 1790D, 1798A, 1800B.
73. Sitz. S. 2063C.
74. Sitz. S. 2087B, 2114A, 2119A, 2120A.

Zuschläge für Lagerung und beschleunigte Ablieferung:
Bd. 315, Nr. 73 S. 37.
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 174.
Nr. 225 S. 27, 28.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 184C, 198C, 203A.
26. Sitz. S. 530A.
27. Sitz. S. 539D.

Anfrage Schmidt (Berlin): In der allgemeinen Preisausgleichsverordnung vom März d. J. ist ein Reichskartoffelpreis von 5 Mark vorgesehen mit der Maßgabe, daß die Provinzialkartoffelstellen ihn mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle auf 6 Mark erhöhen können. In allen Stadien der Verhandlungen ist durch die Vertretung der Reichsregierung erklärt worden, daß der Preis, insoweit er 5 Mark übersteige, nur für die Bezirke in Frage kommen solle, in denen im Frieden ein höherer Erzeugerpreis als derjenige im Reichsdurchschnitt üblich gewesen sei. Insbesondere wurde erklärt, daß dieser Preis nur für den Westen und event. für einige südliche Bezirke in Betracht komme. Nun haben die Provinzialkartoffelstellen in Westfalen einen Kartoffelpreis von 5,50 Mark,

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

Hannover und Bayern einen solchen von 5 Mark festgesetzt, während für die Provinzen Pommern und Brandenburg, in denen der Kartoffelpreis nie den des Reichsdurchschnitts überstieg, ein Kartoffelpreis von 6 Mark festgesetzt worden ist. Der Kartoffelpreis in diesen beiden Provinzen steht im strikteſten Gegensatz zu den Erklärungen der Reichsregiernng bei Schaffung der Preisausgleichsverordnung.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die allgemeine Preisausgleichsverordnung im Sinne der Gesetzgeber durchzuführen?: Bd. 322, Nr. 1045.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1084.

Anfrage Koßmann: In der Rheinprovinz ist der Höchstpreis für den Zentner Kartoffeln laut amtlichen Bekanntmachungen auf 6,00 Mark festgesetzt. Dazu kommt eine Vermittelungsgebühr von 0,25 Mark. Außerdem ist in der Zeit vom 15. September 1917 bis 15. Dezember 1917 eine Schnelligkeitsprämie von 0,50 Mark für den Zentner zu zahlen. Schließlich muß für jeden in derselben Zeit zur Verladung gelangenden Zentner Kartoffeln eine Anfuhrprämie von 0,05 Mark für jeden angefangenen Kilometer gezahlt werden, so daß beispielsweise im Kreise Ottweiler der Preis für die von außerhalb des Kreises eingeführten Kartoffeln für den Verbraucher — gemäß Bekanntmachung des Landrats vom 15. September 1917 — auf 8,50 Mark ab Bahnhof und auf 8,75 Mark bei freier Lieferung ins Haus zu stehen kommt.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese Preise es der minderbemittelten Bevölkerung unmöglich machen, sich mit dem für sie notwendigsten Nahrungsmittel zu versehen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, ohne dabei berechtigte Interessen der Kartoffelerzeuger zu schädigen, den ärmeren Volkskreisen die Möglichkeit zu geben, sich die zu ihrem Lebensunterhalt notwendigen Kartoffelmengen zu beschaffen?: Bd. 322, Nr. 1056.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1139.

Schleichhandel, Schiebungen: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5874C.

b) Saatkartoffeln, Handel, Preis; Mißbrauch beim Verkauf:
Bd. 315, Nr. 72 Anhang n.
Nr. 73 S. 47.
Bd. 317, Nr. 192 S. 60.
Nr. 196 Ziff. 294.
Nr. 225 S. 25.
Bd. 318, Nr. 379 unter I 6e 2f.
Nr. 402 Ziff. 476.
Bd. 319, Nr. 403 S. 43.
Zu Nr. 480 S. 76.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 508.
Nr. 650 S. 33.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 539D, 552C.
28. Sitz. S. 592B.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1746D, 1753D, 1762C.
66. Sitz. S. 1776A, 1797C, 1800D.
73. Sitz. S. 2064B.
74. Sitz. S. 2090A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3230C.
113. Sitz. S. 3533B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

Antrag des Ernährungsausschusses: Zur Herabsetzung der außerordentlich hohen Saatkartoffelpreise wird die Auslesevergütung von 2 Mark auf 1 Mark ermäßigt und die Fracht entweder ganz erlassen oder wesentlich herabgemindert: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 6a.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Antrag des Ernährungsausschusses: Den Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe, denen durch Anordnung der Kommunalverbände Saatkartoffeln zur menschlichen Ernährung abgenommen sind, ist der erforderliche Ersatz von Saatkartoffeln zu den Preisen zu liefern, die sie selbst für die abgenommenen Kartoffeln erhalten haben: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 7.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Ferner: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3259C, 3263C, 3273B.

Saatkartoffeln. Sicherstellung, Absatz, Ausfuhr:
Bd. 320, Nr. 650 S. 33.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3212B, 3221A.

Saatkartoffelvermittlung der Landwirtschaftskammern, Vermittlungsgebühren:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3259D.
107. Sitz. S. 3310D.

Verkehr mit Saatkartoffeln der Ernte 1916, Absatzverbot: Bd. 321, Nr. 913, Anhang a 645.
— aus der Ernte 1917:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 665.
Bd. 323, Nr. 1365 Anhang a 871.

c) Sicherstellung der Bestände; Enteignung, Verteilung, Reichsstelle für Kartoffelversorgung:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 136.
Nr. 73 S. 37.
Bd. 316, Nr. 107 S. 48.
Nr. 146 Ziff. 236, 249, 250, 268.
Nr. 147 S. 30, 31.
Nr. 164 Ziff. 277.
Bd. 317, Nr. 192 S. 3, 50.
Nr. 220 Ziff. 309, 316, 317, Anhang a 166.
Nr. 225 S. 12, 22, 24, 26.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 III, I 6e, I 7a—f, I 8f.
Nr. 402 Ziff. 421, Anhang a 327.
Bd. 319, Nr. 403 S. 42.
Nr. 443 Anhang a 429.
Nr. 480 unter B 42.
Zu Nr. 480 S. 16, 32, 35, 62.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 184B, C.
15. Sitz. S. 242A.
26. Sitz. S. 517D, 524B, 528B, 529D.
27. Sitz. S. 539C, 551D, 555A, 563C.
28. Sitz. S. 574B, 590B.
29. Sitz. S. 598B, 604A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1598A, 1616A, 1628D.
62. Sitz. S. 1642D, 1662D.
65. Sitz. S. 1751C, 1760D, 1764D.
66. Sitz. S. 1777C, 1800A.
73. Sitz. S. 2071D.
74. Sitz. S. 2105A, 2119D.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die tunlichste Sicherstellung der Kartoffelbestände für die menschliche Ernährung und Festsetzung von Höchstpreisen für Zwischenhandel und Kleinhandel zu veranlassen; zu diesem Zweck ist
a) durch Ankauf für das Reich ein Bestand an Kartoffeln zurückzustellen,
b) eine sachverständige Reichs-Zentralstelle zu schaffen — eventuell durch Angliederung an eine bestehende Stelle —, welche die in den Kommunalverbänden mit Ueberschuß vorhandenen Bestände den Bedarfsgemeinden zum Ankauf auf Lieferung zuweist,
c) sachverständig zusammengesetzten Kommissionen der Kommunalverbände die Befugnis zur Beschlagnahme und Enteignung zu geben, damit sie solche Bestände, die ohne wirtschaftliche Berechtigung zurückgehalten werden, beschaffen können: Bd. 315, Nr. 56 unter II a 6.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 73B.
8. Sitz. S. 123D. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der Aufstellung des Kriegswirtschaftsplans für das Erntejahr 1915/16 folgende Maßnahmen in folgender Richtung zu treffen:
1. zum Zwecke einer wohlfeilen Kartoffelversorgung der weniger bemittelten Bevölkerungsschichten ist eine ausreichende Menge von Kartoffeln sicherzustellen,
2. soweit hierzu eine Beschlagnahme notwendig ist, sind vorzugsweise Betriebe mit über 10 Hektar Kartoffelland heranzuziehen: Bd. 315, Nr. 85 unter Ib.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 184B, 187C, 202D, 209A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 306, 16. Sitz. S. 278B.

Anfrage Dr. Roesicke: Vielfache Mitteilungen aus dem Lande bestätigen, daß die Bergung der Kartoffel- und Hackfruchternte infolge des Mangels an Arbeitskräften noch sehr im Rückstand ist und daher Besorgnis besteht, daß sie nicht rechtzeitig vor Beginn der Frostperiode geborgen werden kann.
Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt und was gedenkt er zu tun, um dieser die Ernährung des deutschen Volkes bedrohenden Gefahr entgegenzutreten?: Bd. 325, Nr. 1995. — Unerledigt.

Petition des C. G. Kohlmann in Beiersdorf (Oberl.) — Neuregelung der Bestimmungen über Kartoffelversorgung u. a.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

Anbau durch Stecklinge: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3259D.

Ausfuhr von Kartoffeln nach der Schweiz:
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1656B.
74. Sitz. S. 2121A, C.

Versorgung mit Frühkartoffeln 1916:
Bd. 319, Nr. 403 S. 41, 45.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1752A.
66. Sitz. S. 1771A, 1775A, 1779C, 1785A, 1787C, 1788A, 1799D.
Bd. 310, 113. Sitz. S. 3545B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

— der Schwerarbeiter:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1750D.
66. Sitz. S. 1798C.

Kommissionsgebühren: Bd. 308, 65. Sitz. S. 1750C.

Kommunalverbände. Uebernahme der Verteilung in den Bedarfsbezirken:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 317, Anhang a 166.
Nr. 225 S. 24.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8f.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1642D.
74. Sitz. S. 2104D.

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß

1. das Reich eine genügend große Rücklage in Kartoffeln zur Versorgung der Verbraucherbezirke bei etwa eintretendem zeitweiligen Mangel sichert, und zwar durch Zuführung entsprechender Mengen zur Trocknung und durch Heranziehung der Gemeinden, der ländlichen Genossenschaften und des Handels,

2. die Heranziehung der Gemeinden durch Beteiligung des Reichs am Verlustrisiko mit der Maßgabe erleichtert wird, daß andererseits ein Gewinn für die Gemeinden ausgeschlossen wird: Bd. 316, Nr. 113 unter IIs.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 247D, 255A, 262C, 268A, D, 269B.
17. Sitz. S. 318A.
18. Sitz. S. 332B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 315, Nr. 73 S. 37.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 189D.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1783B, 1789A.

Lagerung, unsachgemäße, in den Großstädten (Berlin):
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3274C, 3287C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856B.

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß für Kartoffeln eine ähnliche Verteilungsorganisation geschaffen wird wie für Brotgetreide und der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung unterstellt wird, wobei die Aufbewahrung der beschlagnahmten Mengen zum größeren Teil den Verbrauchern überlassen werden kann: Bd. 316, Nr. 113 unter IIt

mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß für Kartoffeln usw. — gleichlautend wie vorstehend: Bd. 316, Nr. 115 unter 5.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 332B. — Resolution des Ausschusses angenommen.

Anfrage Dr. Heckscher: Vor etwa vierzehn Tagen sind bei erheblichem Frost mehrere Eisenbahnwaggons Kartoffeln von der Kartoffelversorgungsstelle nach Mölln in Lauenburg versandt worden und in angefrorenem Zustand dort angelangt. Nun ist Mölln mit Kartoffeln ausreichend versehen, und die Nachbarschaft von Mölln ist durchaus in der Lage, Kartoffeln auszuführen.

Auf eine Zufuhr von Kohlen dagegen warten Mölln und das benachbarte Land vergebens.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um für die Abstellung solcher und ähnlicher unwirtschaftlicher Versendungen von Kartoffeln Sorge zu tragen?: Bd. 322, Nr. 1211.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1230.

Landwirte. Abgabepflicht, belassener Bedarf:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 309, Anhang a 166.
Nr. 255 S. 24.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 195.
Nr. 371 unter I 7c.
Nr. 402 Anhang a 273.
Bd. 319, Nr. 403 S. 41.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 37.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1642D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3311C.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, Verordnungen zu erlassen, durch welche für den Fall ungenügender Versorgung infolge mangelnder Zufuhr von Kartoffeln in die Bedarfsgebiete, besonders in den westlichen Provinzen, während der Frostperiode der Bedarf an Speisekartoffeln bei den Landwirten der Bedarfsbezirke beschlagnahmt wird, auch über die in der Bundesratsverordnung vom 28. Oktober 1915 gezogene Grenze von 20 Prozent hinaus unter Belassung des Bedarfs der Landwirte zur Selbstversorgung mit Speisekartoffeln und Saatkartoffeln, sowie mit der Maßnahme, daß entsprechende Mengen an Futterkartoffeln den Landwirten zur Verfügung gestellt werden unter angemessener Erstattung sämtlicher entstandener Unkosten: Bd. 317, Nr. 192 S. 51.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 528B.
29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, die Bekanntmachung des Bundesrats vom 29. November 1915, betreffend die Regelung der Kartoffelpreise, im Art. I Schlußsatz dahin zu ändern, daß auf die sicherzustellenden Mengen alle Kartoffeln anzurechnen sind, die der Erzeuger von seiner diesjährigen Ernte nachweislich als Speisekartoffeln verkauft hat:
Bd. 317, Nr. 192 S. 51.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Lieferung durch die landwirtschaftlichen Organisationen: Bd. 317, Nr. 192 S. 54.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 539C.

Rationierung:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IIIb, I 6e 2a, I 7b.
Bd. 319, Nr. 480 unter B41, 42.
Zu Nr. 480 S. 16, 78.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 488, a 557.
Nr. 650 S. 32.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1598C.
73. Sitz. S. 2072A.

Anfrage Kuckhoff (Cöln): Der Oberbürgermeister der Stadt Cöln hat in der Sitzung der Stadtverordneten vom 8. November bezüglich der Kartoffelversorgung der Städte folgende aufsehenerregende Mitteilung gemacht:

„Fest steht, auch nach Aeußerungen von Mitgliedern des Kriegsernährungsamtes, daß die Kartoffelernte namentlich im Westen überraschend gut gewesen ist und daß die Ernte auf alle Fälle ausreicht, unserer Bevölkerung mehr wie sieben Pfund zu geben. Es treten nun

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

Bestrebungen zutage, den Kartoffel bauenden Landwirten, wenn die Lieferungspflicht sichergestellt ist, den Rest zu irgend welcher freien Verfügung oder zur Verfütterung zu überlassen. In dem Haushaltsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses hat ein Redner nach Zeitungsberichten derartige Aeußerungen getan. Es besteht aller Anlaß, anzunehmen, daß die Ausführungen dieses Herrn an sehr maßgebender und entscheidender Stelle geteilt werden und daß diese entscheidende Stelle allen Ernstes dazu übergehen will, nachdem ein Wochenkopfsatz von sieben Pfund sichergestellt ist, die behördliche Bewirtschaftung der Kartoffel aufzulockern."

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß derartige Maßnahmen seitens der zuständigen Behörden beabsichtigt sind?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, unter allen Umständen eine Aufhebung der behördlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln zu verhindern, bis die menschliche Versorgung sichergestellt ist, und bis der Wochen- und Kopfsatz für die ganze Bevölkerung auf zehn Pfund erhöht ist?: Bd. 322, Nr. 1152.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1229.

Reichskartoffelstelle. Errichtung, Tätigkeit; Bewirtschaftung der Kohlrüben:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 236.
Nr. 147 S. 30, 32.
Bd. 317, Nr. 225 S. 12, 26.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 393.
Bd. 319, Nr. 403 S. 43.
Bd. 320, Nr. 650 S. 34.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 39.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 761.

Verbraucher. Selbstversorgung unmittelbar vom Erzeuger:
Bd. 319, Nr. 480 unter B43.
Zu Nr. 480 S. 15, 71.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2064A.
74. Sitz. S. 2118D.

Verfütterung von Speisekartoffeln:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 366.
Nr. 335 Anhang a 240.
Nr. 402 Anhang a 262.
Bd. 319, Nr. 403 S. 42.
Nr. 443 Anhang a 399.
Zu Nr. 480 S. 75.
Bd. 320, Nr. 650, S. 31, 33.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 38.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 548A, 563C.
28. Sitz. S. 576D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1598D, 1628D, 1633B.
62. Sitz. S. 1637C.
65. Sitz. S. 1755B, 1763D.
66. Sitz. S. 1773B, 1780C, 1786C, 1796B.
73. Sitz. S. 2063A.
74. Sitz. S. 2087C, 2105A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3213C, 3229B.

Vermittlungsgebühren: Bd. 308, 65. Sitz. S. 1750C.

Versorgung:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3214B.
106. Sitz. S. 3259B.

— in den Wirtschaftsjahren 1916 und 1917, Unterschiede, Folgen: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5884D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

— im Wirtschaftsjahre 1917/18:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 635.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 718.
—, Winterversorgung 1916/17: Bd. 320, Nr. 650 S. 34.
—, 1917/18: Bd. 322, Nr. 1214 S. 40.
—, Kartoffelknappheit, Ursachen: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3301A.

Versorgungs- und Transportschwierigkeiten. Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um
a) den Transport der Kartoffeln durch Frachtermäßigung und eine genügende Bereitstellung von Eisenbahnwagen zu erleichtern,
b) soweit die Herbeischaffung der Kartoffeln durch Mangel an Arbeitskräften erschwert wird, durch Bereitstellung von Gefangenen Ersatz zu schaffen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 51, 56.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1744C, 1764C.
66. Sitz. S. 1772B, 1774B, 1786D, 1793B, 1802B.
73. Sitz. S. 2063C.

Interpellationen:
α) Arnstadt u. Gen.: Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um die infolge Arbeitermangels bedrohte rechtzeitige Bergung der Hackfruchternte entsprechend zu sichern?: Bd. 319, Nr. 419.
β) Albrecht u. Gen.: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine schleunige Zufuhr von Kartoffeln in die Bedarfsbezirke herbeizuführen?: Bd. 319, Nr. 420.
γ) Dr. Ablaß u. Gen.: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in den verschiedensten Teilen Deutschlands große Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln, insbesondere für den Winterbedarf, bestehen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um in Ausführung der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 26. Juni 1916 die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln unter allen Umständen ausreichend und rechtzeitig zu bewirken bezw. sicherzustellen?

Ist der Herr Reichskanzler insbesondere bereit,
a) für die Werbung und den Transport der Kartoffeln die erforderlichen Arbeitskräfte und Gespanne, nötigenfalls unter Mitwirkung der Heeresverwaltung, zur Verfügung zu stellen;
b) den Handelsverkehr mit Saatkartoffeln bis auf weiteres zu verbieten;
c) die Belieferung der Kartoffeltrocknereien und Stärkefabriken bis auf weiteres auf den für menschliche Ernährung unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken;
d) das Verbrennen von Kartoffeln so lange einzuschränken, bis der Bedarf an Speisekartoffeln eingedeckt ist;
e) das erlassene Kartoffelverfütterungsverbot unnachsichtig durchzuführen und nötigenfalls weitere Verfütterungsbeschränkungen anzuordnen?: Bd. 319, Nr. 421.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

δ) Dr. Spahn, Giesberts u. Gen.: Ist der Herr Reichskanzler bereit, zur Sicherung einer geordneten Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln unverzüglich folgende Maßnahmen zu treffen:
1. die für die menschliche Ernährung notwendigen Mengen an Kartoffeln vor allen anderen Ansprüchen an die Kartoffelernte absolut sicherzustellen;
2. die Belieferung der Bedarfsverbände für den Tagesbedarf an Kartoffeln unter allen Umständen, nötigenfalls unter Zuhilfenahme militärischer Kräfte, Kriegsgefangener, Strafgefangener und Schüler, durchzuführen;
3. jedem Versuch einer nachträglichen Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln entgegenzutreten und ihn abzulehnen: Bd. 319, Nr. 425.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1743C.
66. Sitz. S. 1770D. — Beantwortet, besprochen.

Anfrage Wurm: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Versorgung der Städte mit Kartoffeln nicht in dem vom Kriegsernährungsamt zugesagten Umfange erfolgt, da es zwar den Ueberschußkreisen die Verpflichtung zur Lieferung der Kartoffeln auferlegt, auch bei Nichtlieferung Enteignung zu niedrigeren Preisen androht, sie jedoch in so geringem Maße durchführt, daß infolgedessen die Ablieferung der Kartoffeln verzögert und dadurch die Ernährung der Bevölkerung gefährdet wird?: Bd. 319, Nr. 423.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1770D. — Nicht aufgerufen.

Anfrage Dr. Doormann, Fegter, Hoff, Dr. Wendorff: Die Verteilung der Kartoffeln ist eine so mangelhafte, daß selbst in Landstädten, in deren Nähe ausgedehnte Flächen mit Kartoffeln bebaut wurden, eine drückende Kartoffelnot entstanden ist.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die unteren Verwaltungsbehörden zu veranlassen, so energisch einzugreifen, daß die unerträglichen Zustände beseitigt werden?: Bd. 320, Nr. 566.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 584.

Zurückhaltung in Interessentenkreisen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 9.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 518A.
27. Sitz. S. 551D.
29. Sitz. S. 598B.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1662D.
65. Sitz. S. 1746D, 1749C, 1765C.
66. Sitz. S. 1799B, 1803A.
74. Sitz. S. 2092A.

d) Verarbeitung in den Brennereien, Trocknereien und Stärkefabriken:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 167.
Nr. 107 S. 10.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 499.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 606.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 770.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1754D, 1763D.
66. Sitz. S. 1781D, 1786C, 1803A.

Lohnverarbeitung in kleineren Brennereien:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 186.
Nr. 107 S. 11.

Siehe auch unter II 52c.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
189. Kartoffeln (Fortsetzung).

e) Vorratserhebungen:
Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 116.
Nr. 73 S. 45.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die rascheste Ermittlung der Bestände an Schweinen und Kartoffeln nach dem 15. März 1915 zu veranlassen: Bd. 315, Nr. 56 unter IIa 5.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 72B.
8. Sitz. S. 123D. — Angenommen.
Vorratserhebung am 26. April 1916:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 350.
Bd. 319, Nr. 403 S. 18.
Ernte des Jahres 1916:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1752D, 1761C.
66. Sitz. S. 1786A.
73. Sitz. S. 2055B, 2063A.
74. Sitz. S. 2087B.
Vorratserhebung am 1. März 1917: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 551.
Mängel der Statistik:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1762A.
66. Sitz. S. 1794C, 1801A.

190. Kartoffelmehl. Verbot der Verwendung zur Herstellung von Seife:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 76.
Nr. 44 S. 52.

191. Kartoffeltrocknerei, Kartoffelstärkefabrikation.
a) Höchstpreise der Erzeugnisse:
Bd. 315, Nr. 44 S. 70.
Nr. 72 Anhang t.
Nr. 73 S. 48.
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 67, a 69, a 73.
Nr. 147 S. 34.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 324, Anhang a 170.
Nr. 225 S. 29, 30.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 44.
Zu Nr. 480 S. 16.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 463.
Nr. 650 S. 36,
Bd. 322, Nr. 1214 S. 16, 41.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 247D, 255D, 269A.
16. Sitz. S. 282C.
18. Sitz. S. 326B.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1781C.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, Verordnungen zu erlassen, durch welche die Preise für die Trockenprodukte der Kartoffeln (Walzmehl, Schnitzel, Stärkemehl u. dgl.) derart ermäßigt werden, daß sie keine verteuernde Wirkung auf die Preise der Eßkartoffeln und des Brotes ausüben oder zur Zurückhaltung der vorhandenen Mengen von Eßkartoffeln anreizen: Bd. 317, Nr. 192 S. 51, 59.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 528C.
29. Sitz. S. 615D. — Angenommen.
b) Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft, Errichtung, Geschäftsbetrieb, Preispolitik:
Bd. 315, Nr. 26 S. 67.
Nr. 27 Ziff. 51.
Nr. 43 Ziff. 111.
Nr. 44 S. 70, 72.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 223, Anh. a 68, a 100.
Nr. 147 S. 33.
Nr. 164 Ziff. 273.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

191. Kartoffeltrocknerei, Kartoffelstärkefabrikation (Fortsetzung).

Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 325.
Nr. 225 S. 29.
Nr. 256 Anhang a 184.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 464, Anhang a 397.
Bd. 319, Nr. 403 S. 46.
Nr. 443 Anhang a 406, a 407.
Bd. 320, Nr. 650 S. 36.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 40.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 73 D.

Bedingungen für die Lieferung von trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl an die Gesellschaft:
Bd. 315, Nr. 44 S. 72.
Nr. 72 Anhang a.
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 74.

c) Trockenfabriken. Betriebseinschränkungen, Kartoffelbelieferung:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1754 C, 1763 A, C.
66. Sitz. S. 1772 D, 1781 A, 1786 C.

Versorgung der genossenschaftlichen Trocknereien:
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1643 A, 1651 A, 1675 A, 1676 A, 1677 A.

d) Vorverkauf von Erzeugnissen aus der inländischen Ernte des Jahres 1915, Verbot:
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 27.
Nr. 107 S. 50.
Nr. 146 Anhang a 85.

e) Verwertbarkeit der Erzeugnisse zur Brotbereitung:
Bd. 315, Nr. 29 S. 19.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß Kartoffelpräparate zur Streckung von Getreidemehl in genügender Menge und zu nicht erhöhtem Preise hergestellt werden, und sofern die Inlandserzeugung nicht ausreicht, das Fehlende eingeführt wird:
Bd. 317, Nr. 192 S. 52.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615 D. — Angenommen.

f) Siehe auch „Branntweinsteuer" unter 5 u. 6.

192. Käse.

Ein- und Durchfuhr; Verkehrsregelung usw.:
Bd. 317, Nr. 256 Anhang a 179.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 227.
Nr. 402 Anhang a 332, a 341.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21, 22, 24, 27.
Nr. 480 unter B 66.
Zu Nr. 480 S. 21, 81.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1602 C.
74. Sitz. S. 2117 B.

Postversand, Verbot:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 67.
Zu Nr. 480 S. 21, 81.
Bd. 320, Nr. 650 S. 52.

Preise. Höchstpreise für Inlandskäse; Festsetzung durch die Landeszentralbehörden:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 297.
Nr. 225 S. 43.
Bd. 319, Nr. 443 Ziff. 498, Anhang a 435.

Quark und Quarkkäse, Preise, Verteilung, Erzeugung:
Bd. 317, Nr. 256 Anhang a 185.
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 237.
Bd. 319, Nr. 403 S. 78.
Nr. 443 Ziff. 498, Anhang a 435.
Zu Nr. 480 S. 86.

Herstellung von fettarmem Hartkäse: Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 609.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

192. Käse (Fortsetzung).

Labmägen von Kälbern, Bewirtschaftung:
Bd. 320, Nr. 659 Anhang a 583.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 588.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 69.

193. Kaufmannsgerichte siehe „Gewerbegerichte".

194. Kerzen. Packungen im Kleinhandel:
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 78.
Nr. 147 S. 78.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 546, Anhang a 539.
Nr. 650 S. 97.
Nr. 659 S. 97.
Nr. 659 Anhang a 575.

195. Kirchenglocken, Beschlagnahme siehe II 258.

196. Kleidung, getragene, siehe unter II 409 e.

197. Kettenhandel siehe unter II 297 e.

198. Kienöl siehe unter II 281 e.

199. Kleie. — Siehe auch unter II 121 e, 139 a.

a) Ablieferung, Verteilung:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 91.
Nr. 44 S. 48.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 174, 196.
Nr. 107 S. 39, 41.
Nr. 147 S. 64, 66.
Bd. 317, Nr. 225 S. 63.
Bd. 319, Nr. 403 S. 95.
Bd. 320, Nr. 650 S. 70.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 690, Anhang a 791.
Nr. 1214 S. 86.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 70 A, 71 D.
12. Sitz. S. 186 C.

Resolution des Haushaltsausschusses, die folgenden Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den § 44 b der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 vom $\frac{28. \text{ Juni}}{23. \text{ Juli}}$ 1915 dahin abzuändern, daß die Kleie nur nach dem Verhältnis des Viehstandes auf die Kommunalverbände verteilt wird
und
in der Verordnung vom 23. Juli 1915 (Nr. 4818) in Artikel 1 unter b sagen zu wollen: „Die verbleibende Kleie wird nach dem Verhältnis des Viehstandes auf die Kommunalverbände verteilt":
Bd. 316, Nr. 113 unter II i und k.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 247 B.
16. Sitz. S. 276 C, 288 D.
18. Sitz. S. 331 D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 9 a.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 32, 33.
Zu Nr. 480 S. 14.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1642 B.
73. Sitz. S. 2061 C.
74. Sitz. S. 2088 A, 2107 B, 2117 B.

Anfrage Prinz zu Schoenaich-Carolath, Dr. Böhme, Held, Ickler: Es lagern erhebliche Kleievorräte in den einzelnen Provinzen, ohne daß es den Landwirten gelingt, Kleie für ihre Wirtschaften zu beschaffen und zu erhalten.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Verhältnisse bekannt und beabsichtigt derselbe zur Unterstützung der Landwirtschaft und damit für

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

199. Kleie (Fortsetzung).

die Volksernährung durch Erreichung vermehrter Milcherzeugung einzutreten?: Bd. 320, Nr. 635. Bd. 309, 86. Sitz. S. 2480A. — Beantwortet.

b) Höchstpreise:
Bd. 315, Nr. 26 S. 74.
Nr. 44 S. 68.
Bd. 320, Nr. 659 Anhang a 586.
Bd. 322, Nr 1214 S. 79.

c) Vermischen von Kleie mit anderen Gegenständen:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 69.
Nr. 44 S. 69.

200. Kleingärten.
Pachtpreise, Bereitstellung städtischen Geländes:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 353, 354.
Bd. 319, Nr. 403 S. 14.
Zentralstelle für Gemüsebau im Kleingarten:
Bd. 320, Nr. 650 S. 20.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 685.

201. Knochen, Rinderfüße und Hornschläuche.
Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 363, Anhang a 231.
Nr. 335 Anhang a 245, a 246.
Bd. 319, Nr. 403 S. 76.
Nr. 443 Ziff. 487, Anhang a 416, a 420.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 469.
Nr. 633 Ziff. 562, Anhang a 566.
Nr. 650 S. 56.
Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 608.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 829, a 830.
Entfettung der Knochen:
Bd. 316, Nr. 147 S. 49.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2120A.

202. Kohlenversorgung. — Siehe auch „Kohlen, Kohlenbergbau" und „Kohlensteuer".

a) Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 187.
Nr. 107 S. 58.
Nr. 146 Ziff. 214, Anhang a 61, a 62.
Nr. 147 S. 78.

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in § 7 Abs. 3 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 12. Juli 1915 über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau (Reichs-Gesetzbl. S. 427) hinter dem Worte „Bergbaues" noch einzufügen: „der Bergarbeiterorganisationen": Bd. 316, Nr. 113 unter II dd.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 335D, 340D, 342A. — Erledigt durch Annahme der nachstehenden Resolution Bd. 316, Nr. 128 unter II.

Resolution des Haushaltsausschusses:
I. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in der Bekanntmachung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau vom 12. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 427)
1. an Stelle „der Landeszentralbehörden" durchweg zu setzen „der Reichskanzler";
2. den Abs. 2 des Artikels I wie folgt zu fassen:
Der Reichskanzler wird ermächtigt, seine Befugnisse den Landeszentralbehörden zu übertragen. Diese Befugnis ist widerruflich.

202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

II. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Artikel II § 7 Abs. 3 der Bekanntmachung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau, vom 12. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 427), hinter dem Worte „Vertreter" noch einzufügen: „der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen";

III. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in der Bekanntmachung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau vom 12. Juli 1915 hinter Artikel V einzuschalten:

„Die Verordnung tritt spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kraft."

IV. der Reichstag erklärt, daß die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens ausschließlich Reichssache ist. Wenn er der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau nicht widerspricht, so wird er dabei lediglich von dem Gesichtspunkt geleitet, daß es während des Krieges zu große Schwierigkeiten machen würde, eine besondere sachverständige Behörde beim Reichsamt des Innern zu schaffen. Er spricht aber die sichere Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen nach Friedensschluß die geeignete Organisation beim Reichsamt des Innern treffen werden: Bd. 316, Nr. 128.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 340D. — Angenommen.

b) Förderung, Verkehrsregelung, Verteilung, Mißstände. Interpellation Antrick u. Gen. (Wortlaut siehe unter Obst): Bd. 310, 113. Sitz. S. 3527C, 3534D, 3537A, 3546A.

86. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, betr. Kohlenförderung und Kohlenversorgung: Bd. 324, Nr. 1682.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851D.
190. Sitz. S. 6118C. — Abstimmung.

Antrag Liesching: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, aus Mitteln des Reichs über die Dauer des Krieges und des dem Friedensschluß folgenden Jahres den Betrag von 30 Millionen Mark jährlich den Kommunalverbänden und Gemeinden zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der für ihren Hausbrand erforderlichen Kohle zur Verfügung zu stellen:
Bd. 322, Nr. 1121, Ziff. II.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3983D. — Angenommen.

Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
1. die Kohlenförderung mit allen Mitteln zu steigern und zu diesem Zwecke insbesondere darauf hinzuwirken, daß die Zahl der Kohlenarbeiter unverzüglich durch weitere Beurlaubungen zum Heeresdienst eingezogener Bergarbeiter und durch Heranziehung von Hilfsdienstpflichtigen, Gefangenen und ausländischen Ar-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

beitern bis zur vollen Ausnutzung der Förderungsmöglichkeit der Zechen vermehrt werde, damit insbesondere die Bevorratung mit Hausbrandkohlen schon vor der Ernte in möglichst großem Umfang durchgeführt werden kann;

2. für die Kohlenbeförderung auch in der Weise Sorge zu tragen, daß für die Wasserstraßen stets die genügende Anzahl von Schiffen samt den dazu gehörigen Mannschaften zu erträglichen Frachtsätzen zur Verfügung stehen: Bd. 324, Nr. 1682.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119D. — Angenommen.

Ferner:

Bd. 310, 113. Sitz. S. 3534 D, 3537 A, 3546A.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4920C.
159. Sitz. S. 4968C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5877D.

Anfrage Kuckhoff (Cöln): Infolge vermehrten Bedarfs der Industrie, der Eisenbahnen und der Marine, vermehrter Ausfuhr und Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte macht sich bereits jetzt in den Städten und Industriezentren ein empfindlicher Mangel an Kohlen besonders auch für die kleineren, weniger kaufkräftigen Verbraucher bemerkbar.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Verhältnisse bekannt?

Ist er bereit, umfassende Maßnahmen zu treffen, so daß durch Rationierung, Vorschüsse an Minderbemittelte, besonders an Kriegerfrauen, Anlage von Kohlenlagern in den großen Städten und Regulierung des Handels, vor allem die kleinen Verbraucher, im nächsten Winter vor Not geschützt werden?: Bd. 321, Nr. 891.

Bd. 310, 112. Sitz. S. 3506C. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Kohlenversorgung unseres Volkes in Stadt und Land läßt noch sehr viel zu wünschen übrig.

Große Kohlengeschäfte erhalten und vertreiben anscheinend unbegrenzte Mengen Brennstoffs, kleine gehen fast leer aus. Wohlhabenden Kreisen werden die Kohlen wagenweise ins Haus geliefert, während kleinere Leute, Geschäftsstellen u. s. w. vergeblich warten.

Große Wohnungen mit Zentralheizung können ihre sämtlichen Räume warm halten, während Mittel- und Arbeiterstand oft kaum das Herdfeuer haben. Kirchen und Synagogen dagegen sind bereits für den ganzen Winter vollauf mit Kohlen versehen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Kohlenversorgung gerechter durchführen zu lassen?: Bd. 321, Nr. 977.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1020.

Anfrage Siehr (Insterburg): Bei Oberverteilung der Hausbrandkohle werden, soweit bisher bekannt, die besonderen klimatischen Verhältnisse der einzelnen Landesteile nicht berücksichtigt.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

Nach dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, XXI. Jahrgang für 1916, Seite 31, betrugen im Jahre 1912

	in Königsberg	in Cöln	in Essen	in Breslau	in Kiel	in Halle	in Thorn-Lottenburg	in Stuttgart
die Lufttemperatur im Jahresmittel (Grad Celsius)	6,7	10,6	9,7	8,3	8,3	9,0	11,1	10,0
die Mindesttemperatur (Grad Celsius) . .	— 23,7	— 11,9	— 16,1	— 17,6	— 18,3	— 17,7	— 8,5	— 20,0
die Zahl der Frosttage (Minimum unter 0 Grad)	103	21	31	80	51	51	47	49
die Zahl der Eistage (Maximum unter 0 Grad)	40	5	6	24	25	16	19	8

Im Jahre 1913 betrug die niedrigste Lufttemperatur in Königsberg i. Pr. — 20,4 Grad, in Cöln nur — 4,7 Grad.

Im Durchschnitt der Jahre 1889 bis 1908 trat der erste Frost in Königsberg am 23. Oktober, in Cöln am 12. November ein, der letzte Frosttag war in Cöln im Durchschnitt dieser Jahre der 1. April, in Königsberg erst der 24. April. Danach dauerte der ostpreußische Winter reichlich 6 Wochen länger als der im Rheinlande.

Hiernach bedeutet eine Verteilung der Hausbrandkohle, die diese bedeutenden klimatischen Unterschiede unberücksichtigt läßt, eine schwere Benachteiligung der ohnehin schon unter ihrem rauhen Klima leidenden Provinz Ostpreußen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, schleunigst für eine der Billigkeit mehr entsprechende Oberverteilung der Hausbrandkohle Sorge zu tragen, die die besonderen klimatischen Verhältnisse der ostpreußischen Städte berücksichtigt?: Bd. 321, Nr. 995.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1133.

Anfrage Dr. Quarck: In der Stadtverordnetensitzung zu Frankfurt a. Main vom 19. Februar d. J. hat Stadtrat Dr. Hiller folgende Mitteilungen zur Kohlennot gemacht:

Der Herr Reichskommissar für die Kohlenversorgung habe auf der Stuttgarter Kohlenkonferenz zur Anregung, eine Rationierung der Kohlenlieferung eintreten zu lassen, erklären lassen, „er stehe und falle mit dem freien Handel“. Während in Berlin pro Monat 9 Zentner Briketts an jeden Haushalt ohne Karten abgegeben wurden und viele andere Städte bis zu $^5/_6$ dieser Menge beliefert worden seien, habe Frankfurt a. Main nur $^1/_4$ der-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

selben bekommen. Die Stadt Erfurt habe amtlich erklären können, daß sie an der Spitze der Städte mit guter Kohlenversorgung stehe, während in Frankfurt a. Main solcher Kohlenmangel ist, daß selbst sehr wohlhabende Leute sich mit einem Mindestmaß von Heizung begnügen müssen.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Mißstände und insbesondere die Stellung des Herrn Reichskommissars zu ihnen bekannt, die bei der außerordentlich empfindlichen Kohlennot in Süddeutschland geradezu herausfordernd wirken muß?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem Bedürfnis auch der süddeutschen Bevölkerung nach Heizkohle Befriedigung zu verschaffen?: Bd. 323, Nr. 1326.

Bd. 311, 138. Sitz. S. 4314D. — Beantwortet.

Petitionen betreffend die Kohlenversorgung. Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. X.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Belieferung Hamburgs und Schleswig-Holsteins:
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4921A.
159. Sitz. S. 4968C.

Anfrage Dr. Stresemann, Dr. Junck: Im Königreich Sachsen bestehen seit geraumer Zeit die erheblichsten Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Kohlenversorgung, insbesondere auch für Betriebe, die für den Heeresbedarf arbeiten und für die Frachtschiffahrt. Obwohl insbesondere die sächsische Volkswirtschaft unter dem Ausbleiben der Zufuhr aus Oberschlesien und Böhmen leidet, wird der sächsische Bergbau gezwungen, aus dem Kohlenzuschußland Sachsen Kohlen nach den besetzten Gebieten im Osten abzugeben.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Verhältnisse bekannt und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um die ausreichende Versorgung des Königreichs Sachsen mit Kohlen und Koks im nächsten Winter sicherzustellen?: Bd. 321, Nr. 782.

Bd. 310, 103. Sitz. S. 3145C. — Beantwortet.

Belieferung Süddeutschlands; Mängel, Wasserstraßentarife: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5867C.

Anfrage Dr. Trendel: Die Kohlenversorgung in Bayern begegnet seit längerer Zeit erheblichen Schwierigkeiten.

Schwierigkeiten werden unter anderm vor allem durch die Kohlenausgleichsstelle in Mannheim bereitet.

Dadurch wird auch die Frühdrusch-Organisation in Bayern gefährdet.

Ist dies dem Herrn Reichskanzler bekannt? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Bayern mit Kohlen in ausreichender Weise zu versorgen?: Bd. 321, Nr. 786.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 828.

Anfrage Schmitt (Würzburg), Hildenbrand, Segitz, Dr. Mayer (Kaufbeuren), Dr. Müller (Meiningen): Wissen die Reichszentralbehörden, daß auf den Bevölkerungsteil Deutschlands im Gebiete südlich der von der Generalbetriebsleitung West gezogenen Demarkationslinie Mannheim—Crailsheim—Furth i. W. für den Bezug von Ruhrkohlenprodukten wegen fortwährend sich erhöhender, von militärischen Stellen genehmigter

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

Wasserstraßentarife eine schwere finanzielle Last im Gegensatz zur gesamten übrigen deutschen Bevölkerung lastet, insofern, als die Brennstoffe (vornehmlich Koks), welche aus dem Ruhrgebiet geliefert werden müssen, um 108 bis 220 Mark pro 10 Tonnen gegenüber von Ruhrkohlenprodukten, die auf der Bahn transportiert werden, teuerer zu stehen kommen?

Wie gedenkt die Reichsleitung diesen für die Dauer unhaltbaren Verhältnissen zu steuern, da es sich keineswegs um einen vorübergehenden Zustand handeln wird und die in Frage kommenden Gebiete nicht zu jenen zählen, welche von der Kriegskonjunktur unserer Schwer- und Rüstungsindustrie den Vorteil zu ziehen in der Lage sind wie andere deutsche Gebietsteile?

Ist es den Reichsbehörden möglich, die vorhabliche Belieferung von Brennstoffen zur Ansammlung von Vorräten für den kommenden Winter während der jetzigen Sommerzeit in denjenigen deutschen Gebieten, die zu den Hauptbrennstoffproduktionsstätten verkehrsungünstig liegen, darunter insbesondere Süddeutschland, wirklich durchzuführen?: Bd. 324, Nr. 1631.

Bd. 313, 180. Sitz. S. 5638A. — Beantwortet.

Anfrage Schulz (Erfurt): Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend teilt ihren Mitgliedern mit, daß sie infolge andauernden Kohlenmangels nicht in der Lage ist, soviel Brot herzustellen, wie sie zur Befriedigung der an sie gestellten Ansprüche bedarf.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend versorgt einen sehr großen Teil der Berliner Bevölkerung, besonders die Arbeiterfamilien, mit dem täglichen Brot, sodaß eine Störung ihres Bäckereibetriebes zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben muß.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die gekennzeichneten Schwierigkeiten schnellstens zu beheben?: Bd. 323, Nr. 1328.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1354.

Belieferung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 626.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 137.

— der Landwirtschaft, Frühdrusch: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5877C, 5878B, 5885B, 5902D.

Anfrage Graf Carmer, aus dem Winckel: Die Verordnung des Kohlenkommissars über die Kohlenverteilung vom 1. Mai 1918 hat besonders in landwirtschaftlichen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Nach dieser Verordnung werden nämlich die Kohlen, die zum Frühdrusch, zum Dampfpflug und für landwirtschaftliche Nebenbetriebe: Brennerei, Trocknerei usw., sowie für das Kleingewerbe: Bäckerei, Schmieden, Fleischerei usw. gebraucht werden, auf den Hausbrand angerechnet.

Die Zuteilung in den Sommermonaten ist ferner in den schlesischen Kreisen so gering, daß kaum der laufende Bedarf gedeckt werden kann. Auch die Mengen, die für den Frühdrusch gerechnet werden — ein Zentner Kohlen für zwanzig Zentner Getreide — sind viel zu gering bemessen.

An eine Vorratschaffung für den Winter ist unter diesen Umständen überhaupt nicht zu denken.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um auf die beteiligten Behörden einzuwirken, daß

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

möglichst bald die Verordnung vom 1. Mai 1918 eine entsprechende Aenderung erfährt, daß insbesondere zunächst die landwirtschaftlichen Betriebe für ihre in den nächsten Wochen im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung zu erledigenden Arbeiten größere Mengen Kohlen besonders zugewiesen erhalten und daß für alle Haushaltungen eine entsprechende Vorratschaffung für den Winter ermöglicht wird?: Bd. 325, Nr. 1813.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1896.

Petition der Firma Roth & Sohn, Nahrungsmittelfabrik in Meiningen — Lieferung von Kohlen zur Verarbeitung von Rüben.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. C.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

Petition der Vulkanolwerke G. m. b. H. in Würzburg, betreffend Kohlenbelieferung.
Ber. des Ausschusses für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1840. — Unerledigt.

Lieferungen nach dem Auslande (Oesterreich):
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4921B.
159. Sitz. S. 4968D.

Hausbrand, Feststellung des Bedarfs, Kohlenkarten, Sicherung eines gleichen Minimums für jede Person: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3535D, 3538B, 3546D.

—, Belieferung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5857C, 5885A.

Anfrage List (Eßlingen): Nach den Erfahrungen des Vorjahres herrscht in den Kreisen der deutschen Städte Besorgnis darüber, ob ihre Bevorratung mit Hausbrandkohle in hinreichendem Maße stattfinden wird. Die Frühjahrs- und Sommermonate mit ihrer geringeren Verkehrsanspannung eignen sich besonders zur Hereinschaffung von Kohlen.
Ist Sorge dafür getragen, daß die deutschen Städte möglichst frühzeitig und reichlich während der günstigen Verkehrszeit mit Hausbrandkohle für den kommenden Winter beliefert werden?: Bd. 324, Nr. 1582.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5133B. — Beantwortet.

c) Höchstpreise für Kohlen, Einwirkung auf laufende Verträge:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 360.
Bd. 319, Nr. 403 S. 138.
Bd. 310, 113. Sitz. S. 3535C.

Preise, Steuerermäßigung: Bd. 321, Nr. 913, Anhang a 664.

Anfrage Liesching: Am 28. März 1917 hat der Reichstag beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Kohlenpreise ab Grube oder Verarbeitungsstelle aus Anlaß der Steuer nicht über den Betrag der Steuer hinaus erhöht werden.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Rheinische Handels- und Rhedereigesellschaft m. b. H. zu Mülheim a. Ruhr mit Zweigniederlassung in Mannheim, deren Hauptgesellschafter das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Essen ist, sofort nach Verabschiedung des Kohlensteuergesetzes die Preise für Kohle um 8 Mark, die für Koks um 10 Mark für 10 Tonnen ab Umschlageplatz Mannheim mit Wirkung vom 1. April 1917 erhöht hat.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
202. Kohlenversorgung (Fortsetzung).

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Preiserhöhung rückgängig zu machen und weitere, den Betrag der am 1. August 1917 in Kraft tretenden Steuer übersteigende Preiserhöhungen zu verhindern?: Bd. 321, Nr. 777.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3145B. — Beantwortung verschoben.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 883.

d) Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Tätigkeit:
Bd. 320, Nr. 650 S. 105.
Nr. 659 Ziff. 568, Anhang a 582.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 69, 135, 138, 231.
Bd. 310, 113. Sitz. S. 3538C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5858A.

203. Kohlenausgleichsstellen.
Errichtung, Aufgaben, Schaffung von Unterabteilungen in den Hauptwirtschaftsgebieten:
Bd. 320, Nr. 659 Anhang a 582.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 135.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2551A.
Schiedsgericht für die Kohlenverteilung:
Bd. 320, Nr. 650 S. 105.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 597.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 137.

204. Kohlengeschäfte. Schließung im Bereich der westfälischen Armeekorps (Petition): Bd. 309, 88. Sitz. S. 2591B.

205. Kohlrüben siehe unter II 172b, 320.

206. Kolonialgesellschaften siehe unter II 44.

207. Kolophonium. Petition des Klempnermeisters A. Schreiber in Meißen um Festsetzung von Höchstpreisen für Kolophonium.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 319, Nr. 501, Ziff. II b.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

208. Konfektionsindustrie siehe „Konfektionsindustrie".

209. Konkursrecht siehe „Konkursrecht".

210. Konserven.
Herstellung minderwertiger Waren; Ueberwachung der Angebote in Zeitungen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 64.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 533C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1619C.
Ueberwachungsstelle für Obst- und Gemüsekonserven:
Bd. 322, Nr. 1214 S. 46.

211. Kraftfahrzeuge. Verkehrseinschränkung:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 110.
Nr. 44 S. 63.
Lastkraftfahrzeuge; Verkehrsregelung:
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 123.
Nr. 225 S. 95.
Bd. 320, Nr. 659 Anhang a 578.
Personenkraftfahrzeuge; Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 509.
Nr. 650 S. 121.

212. Kraftmaschinen.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß den landwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen zur Versorgung der in ihrem Betriebe verwendeten Motore Brennstoff in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt wird:
Bd. 317, Nr. 192 S. 75.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
212. Kraftmaschinen (Fortsetzung).

213. Kraftomnibusfabriken, Stillegung, siehe II 360.

214. Krammetsvögel. Fang (Dohnenstieg):
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 480.
Bd. 320, Nr. 650 S. 46.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 639.
Nr. 1214, S. 58.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3319B.

215. Krankenpflege, freiwillige, siehe „Krankenpflege".

216. Krankenversicherung siehe „Versicherungswesen".

217. Kratzenfabrikation. Petition betreffend Ausfuhrbewilligung für Kratzen und Freigabe von Stacheldraht zur Kratzenfabrikation.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 321, Nr. 874.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3638B. — Ueberweisung zur Erwägung.

218. Kredithilfe. — Siehe auch „Mittelstand".
Gewährung durch Sparkassen, Hypothekenbanken, Kriegskreditbanken: Bd. 315, Nr. 26 S. 25.
— für Gewerbetreibende und Mittelstand; Organisation:
Bd. 315, Nr. 26 S. 29.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 83B, 87A, 88A.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1137B.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4206D.
139. Sitz. S. 4352B, 4355C, 4365D.
140. Sitz. S. 4374B, 4383D, 4392C.
Gewährung von Notstandskrediten an aus dem Felde zurückgekehrte Angehörige des Mittelstandes; Anregung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, preußischer Ministerialerlaß vom 30. Dezember 1915:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 626B.
30. Sitz. S. 667A.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1175B.
53. Sitz. S. 1231B (Petition).
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den schweren Schädigungen entgegenzuwirken, von denen die selbständigen Gewerbetreibenden infolge Einberufung zum Heere und sonstiger Wirkungen des Krieges betroffen sind,
insbesondere rechtzeitig Fürsorge zu treffen, daß diesen Gewerbetreibenden nach Beendigung des Krieges unter leichten, ihrer besonderen Lage angepaßten Bedingungen billiger Kredit eröffnet wird: Bd. 316, Nr. 113 unter IIaa.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 332D, 334C. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu erwägen, in welcher Weise den Kriegsteilnehmern nach Beendigung des Krieges die Abtragung ihrer während des Krieges angewachsenen und gestundeten Schulden erleichtert wird: Bd. 316, Nr. 113 unter II bb.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 324B, 332D, 334D. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter II 7b.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 639C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
218. Kredithilfe (Fortsetzung).
Bd. 307, 42. Sitz. S. 932B.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1643B.
Petitionen, betreffend Gewährung von Notstandskrediten an reisende Gewerbetreibende, Wandergewerbetreibende und Schausteller sowie Unterstützung von kleinen selbständigen Gewerbetreibenden, die durch den Krieg arbeitslos geworden sind usw.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 317, Nr. 269.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1934D. — Ueberweisung als Material bezw. für erledigt erklärt.

219. Kriegsandenken. Petitionen
a) des Schutzverbandes der Portrait-Vergrößerungs- und Verkleinerungs-Branche nebst verwandter Gewerbe, betreffend Aufhebung des Verbots des Handels mit Kriegsandenken usw.,
b) des Zentralverbandes Deutscher Photographenvereine und Innungen J. P., betreffend Ablehnung des Gesuches des Schutzverbandes der Portrait-Vergrößerungs- und Verkleinerungs-Branche nebst verwandter Gewerbe E. V.
Ber. d. Aussch. f. Handel und Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1191.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997B. — a) Uebergang zur Tagesordnung, b) für erledigt erklärt.

220. Kriegsausschüsse für Arbeiterfragen siehe „Schiedsgerichte".

221. Kriegsbedarf. — Siehe auch „Reichsheer" u. Kriegsindustrie".
Sicherstellung:
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 598.
Nr. 801 Anhang a 626.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 149.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 736.
Neuregelung des Nachschubs zum Feldheere. Feld- und heimische Vermittlungsstellen, militärische Frachtbriefprüfungsstellen, Einschränkung der Lagerstellen; Beschaffungsstellen: Bd. 320, Nr. 650 S. 111.

222. Kriegsbeihilfen siehe „Teuerungszulagen".

223. Kriegsbeschädigtenfürsorge siehe dort.

224. Kriegsernährungsamt siehe unter II 121d, 243b.

225. Kriegsgesellschaften, Kriegsorganisationen. — Siehe auch unter II 390.
Bd. 315, Nr. 44 S. 38.
Nr. 73 S. 30.
a) Menge, Unmöglichkeit des Zusammenarbeitens, Schwierigkeiten der Zuständigkeitsfragen:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2417A ff., 2427C.
86. Sitz. S. 2486C, 2495C.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4248A ff.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4927A, 4947C, D.
Zusammenlegung in Berlin, Wirkung nach dem Kriege: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3177C.
Wirkung der Zentralisation auf den Mittelstand: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4348A.
Verlegung außerhalb Berlins:
Bd. 319, zu Nr. 480 S. 32.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1612D.
73. Sitz. S. 2057D.
b) Personal.
Anstellung von Kriegsreferenten und Hilfsreferenten aus Handel und Industrie, kapitalistische Bewertung der Preise:

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
225. Kriegsgesellschaften, Kriegsorganisationen (Fortsetzung).

Bd. 311, 136. Sitz. S. 4249B.
144. Sitz. S. 4513A, 4514D, 4519B.
146. Sitz. S. 4585D, 4589B, 4601B.

Mißbrauch der Machtbefugnisse durch einzelne Beamte: Bd. 312, 160. Sitz. S. 4993B.

Freigabestellen: Bd. 316, Nr. 107 S. 57.

Personal. Bezüge, Konfession usw.; Aufstellung einer Uebersicht darüber; Ueberwiegen des jüdischen Elements:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 608B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1609A, 1612A.
73. Sitz. S. 2038A, 2048D, 2051C, 2052C, 2053B, 2058A.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Im vergangenen Jahre wurde auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses des Hauptausschusses eine sogenannte konfessionelle Statistik von der Reichsleitung zugesagt, um den angeblich unberechtigten Vorwürfen wegen des Ueberwucherns des jüdischen Elementes in den Kriegsgesellschaften entgegentreten zu können. Gegen eine solche Statistik wurde sofort von jüdischer Seite Sturm gelaufen. Es ist dann auch von den beabsichtigten Feststellungen nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen.
Ist überhaupt die sogenannte konfessionelle Statistik durchgeführt worden? Wenn ja, warum werden ihre Ergebnisse so verschwiegen behandelt?: Bd. 321, Nr. 1008.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1037.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Bevorzugung der Juden bei den Kriegsgesellschaften hat trotz wiederholter Rüge in der Oeffentlichkeit noch nicht nachgelassen.
Uebereinstimmend wird dazu aus Dänemark berichtet, daß die jüdischen Beauftragten der Kriegsgesellschaften im neutralen Auslande nicht immer taktvoll auftreten, sondern die Leute von oben herab behandeln.
Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler zu diesen Beschwerden?: Bd. 321, Nr. 1009.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1038.

Reklamationen.

Anfrage v. Graefe, Schiele: Nach einer amtlichen Veröffentlichung des Kriegsarbeitsamts waren im März 1918 in den damals bestehenden 170 Kriegsgesellschaften 3883 männliche Personen vom Heeresdienst zurückgestellt. Darunter waren nicht weniger als 450 Personen kriegsverwendungsfähig.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben, wieviel wehrpflichtigte Personen im gegenwärtigen Zeitpunkt noch in den Kriegsgesellschaften vom Heeresdienst zurückgestellt sind, sowie darauf hinzuwirken, daß insbesondere die Zurückstellung von kriegsverwendungsfähigen Wehrpflichtigen bei den Kriegsgesellschaften auf das Mindestmaß beschränkt und daß eine wiederholte Nachuntersuchung der garnisondienstfähig Geschriebenen durch zuverlässige Kommissionen stattfindet: Bd. 325, Nr. 1979. — Unerledigt.
Ferner:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5426D, 5434D.
175. Sitz. S. 5504A.

Beziehungen zur Großindustrie: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4932A.

—, Engagements Angestellter für den Frieden durch geschäftlich mit den Gesellschaften verbundene Firmen, aufgefaßt als Bestechung: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4515A.

Strafschutz gegen unlautere Machenschaften von Angestellten in kriegswirtschaftlichen Organisationen: Bd. 322, Nr. 1214 S. 242.

c) Geschäftsgebaren, Verschleppungen:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4249A.
140. Sitz. S. 4378A.

d) Preisgestaltung, Schädigung der Verkäufer durch Rückkauf zu vielfach höheren Preisen: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4504C.

—, Verteuerung der Waren, Hotelmietungen:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2427D.
85. Sitz. S. 2449D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3231C.
106. Sitz. S. 3267D, 3276D, 3281C, 3292A.
107. Sitz. S. 3310C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5485A.

— Verwendung der Ueberschüsse; keine gemeinnützigen Gesellschaften:
Bd. 317, Nr. 175 S. 27.
Bd. 319, Nr. 480 unter B7.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 476C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1620C.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3278B.

e) Veröffentlichung der Handelsregistereintragungen:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 98.
Nr. 44 S. 94.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 672.
Nr. 1214 S. 248.

f) Zwangssyndikate, Zweckmäßigkeit, Verwaltung, Kosten, Mängel, Aufhebung nach dem Kriege, Abbau des Staatssozialismus:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2475B.
86. Sitz. S. 2496A.
87. Sitz. S. 2535C, 2539A, 2549D, 2556D ff., 2561C.
88. Sitz. S. 2570D, 2584C, 2585C, 2586A, 2592D, 2599C.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3360D (Revision durch Treuhandgesellschaften), 3362B, 3363A, 3364B.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4147B.
135. Sitz. S. 4186C, 4206C.
136. Sitz. S. 4245D ff., 4250C ff., 4252D ff., 4254D.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4888C.
157. Sitz. S. 4909B, 4916C, 4919B.
158. Sitz. S. 4927A, 4932A, 4947C.
159. Sitz. S. 4957C, 4970C, 4977C.
160. Sitz. S. 4998B.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5774B.
185. Sitz. S. 5870C, 5878C.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6164C.

Anfrage Herzog: Für die Regelung der Lebensmittel- und Materialversorgung im Reiche und der Einfuhr in den besetzten Gebieten sind verschiedene Gesellschaften mit Monopolrechten ausgestattet.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, über Zusammensetzung und Tätigkeit dieser Gesellschaften Mitteilungen an die Oeffentlichkeit zu geben?: Bd. 318, Nr. 353.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 405.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
225. Kriegsgesellschaften, Kriegsorganisationen (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Rießer: Die einer großen Reihe von Kriegsgesellschaften eingeräumten Einfuhrmonopole für Lebensmittel, industrielle Rohstoffe und Waren und die damit in größtem Umfang in Verbindung stehende Ausschaltung des freien Handels haben vielfach schwere Schädigungen der Volksernährung und des industriellen Rohstoffbedarfs sowie erhebliche Preiserhöhungen von Waren und Lebensmitteln und damit starke Belastungen der Verbraucher, insbesondere derjenigen aus den minderbemittelten Kreisen, hervorgerufen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, der Frage der baldmöglichsten Beseitigung der Privatmonopole der Kriegsgesellschaften und damit der unter den heutigen Verhältnissen besonders wichtigen Frage der Wiedereinsetzung des (event. bestimmten Richtlinien zu unterwerfenden) freien Handels im Interesse der Verbraucher und speziell des Mittelstandes näherzutreten?: Bd. 322, Nr. 1172.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1220.

Resolutionen des Haushalts-Ausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, a) zu veranlassen, daß bei den Vorverhandlungen über Zwangssyndizierungen oder andere Zusammenlegungen von Industrien auch Sachverständige des Handels gehört werden, b) bei Schaffung von Zwangssyndikaten sich auf das alleräußerste Maß zu beschränken, einen größeren Einfluß der Beteiligten innerhalb der Syndikatsverwaltung sicherzustellen, sowie darauf hinzuwirken, daß die Leiter der Zwangssyndikate bei Ausübung ihrer Wirksamkeit die kleinen und mittleren Betriebe nach Möglichkeit schonen und bei den unbedingt notwendigen Einschränkungen den Interessen der einzelnen Landesteile tunlichst Rechnung tragen. Bericht des Haushaltsausschusses: Bd. 322, Nr. 1103 S. 37 unter I d 2 u. 3. — Unerledigt.

Anfrage Leube: Die Bildung und Gründung von Syndikaten und Kriegsgesellschaften durch staatliche Organe geht weiter vor sich, trotzdem die Reichsregierung versprochen hat, alles zu tun, um den freien Handel und den deutschen Kaufmann sofort nach dem Kriege wieder zu seinem Rechte kommen zu lassen. Der Reichstag hat sich ebenfalls einstimmig für Wiederherstellung des freien, kaufmännischen Verkehrs ausgesprochen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Bestrebungen der Kriegsgesellschaften, sich noch lange Zeit nach dem Kriege zum Schaden des freien Verkehrs zu betätigen, entgegenzutreten?: Bd. 324, Nr. 1441.

Bd. 312, 151. Sitz. S. 4730C. — Beantwortet.

Auflösung, Abbau, Aeußerung des Ministers Dr. Sydow im preußischen Landtage: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4372C, 4376A.

226. Kriegsgetreidegesellschaft siehe unter II 139 i.

227. Kriegsindustrie, Stillegungen siehe II 360.

228. Kriegslederaktiengesellschaft siehe unter II 245.

229. Kriegsrohstoffabteilung.

Beamte; Behandlung vorsprechender Interessenten, Vetterwirtschaft: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5041C.

Petition der Weberei Nitsch in Herzberg am Harz, betreffend Zulassung als Höchstleistungsbetrieb.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1561.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
229. Kriegsrohstoffabteilung (Fortsetzung).

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der Konvention der sächsisch-thüringischen Färbereien, betreffend Aufhebung der Verfügung der Kriegsrohstoffabteilung über die Vergebung von Aufträgen nur an die in der Höchstleistungsliste enthaltenen Firmen.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1548.

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Bekanntmachungen, Bezugsscheine, Papiermangel: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3083B.

Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft, Errichtung, Aufgaben:

Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 497, a 450.
Nr. 650 S. 129.

230. Kriegsschäden siehe II 116.

231. Kriegsteilnehmer siehe „Kriegsteilnehmer".

232. Kriegswirtschaftsstelle im Kreise Zauch-Belzig, Verwendung der Ueberschüsse.

Anfrage Ewald: Betriebsüberschüsse der im Kreise Zauch-Belzig geführten Reichs-Kriegswirtschaftsstellen sind nach den in der Presse veröffentlichten Berichten über die Verhandlungen des Kreistags bestimmt worden zum Ankauf der Burg Eisenhardt, die zu einem Wohnsitz des Landrats hergerichtet werden soll.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine solche Verwendung der Ueberschüsse der Kriegswirtschaftsstellen zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1528.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 4988D. — Beantwortet.

233. Kriegswohlfahrtspflege siehe „Kriegswohlfahrtspflege".

234. Kriegswucheramt siehe unter II 297e.

235. Kuchen siehe unter II 33.

236. Küchengewächse, Zollbefreiung, siehe II 443a.

237. Kupfer siehe unter II 258.

238. Kupfervitriol. Höchstpreise: Bd. 315, Nr. 72 Anhang r.

239. Landesflüchtige. Anmeldung und Sperre des Vermögens:

Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 342.
Bd. 319, Nr. 403 S. 214.

Zwangsverwaltung und Liquidation des Vermögens:

Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 641.
Nr. 1214 S. 259.

240. Landesversicherungsanstalten siehe unter „Kriegswohlfahrtspflege".

241. Landwirtschaft. — Siehe auch „Landwirtschaft" unter II 41, 49, 74, 93, 94, 121, 136, 139m, 153, 189 usw.

a) Ackerbestellung. Sicherung, Erzeugungszwang:

Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 133.
Nr. 73 S. 31.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 220.
Nr. 147 S. 12.
Bd. 317, Nr. 225 S. 9, 69.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 446.
Bd. 319, Nr. 403 S. 14.
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 580, Anhang a 590.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 745

Sicherungsmaßnahmen der Heeresverwaltung:

Bd. 320, Nr. 650 S. 20.
Bd. 323, Nr. 1214 S. 13.

Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe, brachliegender Ländereien:

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

Bd. 319, Nr. 480 unter 24.
Zu Nr. 480 S. 13, 28, 37.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2056C, 2070B, 2075B.
74. Sitz. S. 2089D, 2091D, 2110B, 2124A.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3273A, 3284A.
107. Sitz. S. 3300B, 3326A.

Petition des Gewerkschaftskartells für das Waldenburger Industriegebiet in Waldenburg i. Schl. — Oeffentliche Bewirtschaftung des im Kreise Waldenburg liegenden Brachlandes des Fürsten v. Pleß.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. 6.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 2330C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Siehe auch nachstehend unter II 241 d.

b) „Agrarische Interessenpolitik": Bd. 310, 106. Sitz. S. 3272B, 3282C.

c) Arbeitskräfte, menschliche, tierische, maschinelle.

a. Mangel im allgemeinen.

Anfrage Dr. Trendel, Gebhart: Zur Sicherung der Ernährung von Heer und Volk ist es nötig, die Landwirtschaft bei Erfüllung ihrer Produktionspflicht und vor allem bei der Bergung der Produkte zu unterstützen.

Ausreichende Maßnahmen sind für das Jahr 1917 im Reiche in dieser Richtung nicht getroffen.

Vgl. Kriegswirtschaftliche Beilage zum Bayerischen Kurier vom 6. Mai 1917 Nr. 17 „Die Arbeitsverhältnisse auf dem flachen Lande".

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zur Abhilfe des Mangels an Arbeitskräften auf dem Lande zu tun?

Ist er insbesondere bereit, dahin zu wirken, daß alle jene männlichen und weiblichen landgeborenen Personen der Landwirtschaft während des Krieges zurückgegeben werden, die in den letzten 5 Jahren, d. i. seit 1. Januar 1912, ihren früheren Beruf in der Landwirtschaft aufgegeben und in den Städten als Arbeiter in Fabriken oder als Kutscher, Ausgeher, Hausdiener oder im Familiendienst tätig sind und mindestens bis zum 14. Lebensjahr in der Landwirtschaft mitgearbeitet haben?: Bd. 321, Nr. 806. — Unerledigt.

Anfrage Graf v. Westarp u. Gen.: Die rechtzeitige und restlose Erledigung der Frühjahrsarbeiten in den laudwirtschaftlichen Betrieben ist infolge des Mangels an menschlichen und tierischen Arbeitskräften außerordentlich gefährdet und in Frage gestellt.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um auf die beteiligten militärischen und zivilen Stellen einzuwirken, daß

1. dem Mangel an menschlichen Arbeitskräften tunlichst abgeholfen wird
   a) durch Gewährung von längerem Urlaub an alle im Felde stehenden landwirtschaftlichen Betriebsinhaber und Arbeiter, soweit militärischerseits dies irgendwie zulässig ist,
   b) durch Zurückstellung aller in den Garnisonen befindlichen oder zur Eisenbahn, Post und anderen staatlichen Betrieben oder zur Munitionsindustrie abgegebenen Heerespflichtigen, die vor ihrer Einziehung zum Heeresdienst in der Landwirtschaft tätig waren,
   c) durch Nichteinziehung neuer Heerespflichtiger oder bisher Zurückgestellter aus landwirtschaftlichen Betrieben bis mindestens zum 31. Mai 1918,
   d) durch ausreichende Ueberweisung von Gefangenen und Belassung der bereits überwiesenen Gefangenen in den landwirtschaftlichen Betrieben,
2. dem großen Bedürfnis nach tierischen Arbeitskräften entsprochen wird
   a) durch Abgabe von kriegsunbrauchbaren oder bei den Ersatzbatterien und Ersatzeskadronen befindlichen Pferden,
   b) durch tunlichste Hinausschiebung neuer Pferdeaushebungen bis mindestens zum 31. Mai 1918,
   c) durch die möglichst baldige Herbeischaffung von brauchbarem Pferdematerial aus den östlichen Gebieten, mit denen der Friede geschlossen worden ist,
   d) durch Ueberweisung von Lastkraftwagen, insbesondere zur Beförderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, deren Abgabe im öffentlichen Interesse verlangt wird?: Bd. 324, Nr. 1410.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4576D. — Beantwortet.

Zurückstellungen landwirtschaftlicher Arbeiter und Betriebsleiter vom Heeresdienst. Entlassungen usw. siehe im übrigen „Reichsheer" unter 77d und „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 4.

Beurlaubung von Landwirten und Arbeitern aus dem Heere siehe „Reichsheer" unter 181e.

Abwanderung in Munitionsfabriken: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3120D.

Schwerarbeiterzulage für landwirtschaftliche Arbeiter: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3273D.

Gespanntiere, Abhilfe des Mangels; Militärpferde:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3257D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159D.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464C.
185. Sitz. S. 5890D.

Verwendung entbehrlicher Pferde und Zugtiere aus den besetzten Gebieten für die heimische Landwirtschaft (Ober-Ost, Polen, Litauen):
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066B, 3070A, 3071B, 3088A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138A, 3142A.
110. Sitz. S. 3478C, 3479B, C, D, 3480C, 3482A, B, 3483C, 3498C.

Verwendung der dem Reich gehörigen landwirtschaftlichen Maschinen in den besetzten Gebieten für die heimische Landwirtschaft (Ober-Ost, Polen, Litauen usw.):
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066B, 3071B, 3078D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138A, 3142A.
110. Sitz. S. 3478C, 3479B, 3480C, 3482B, 3483C, 3484B, 3498C.

Abgabe von Pferden, Fahrzeugen, Maschinen nach der Demobilmachung, siehe „Reichsheer" unter 34b.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

β. Arbeitermangel, Verwendung von Gefangenen usw.:

Bd. 317, Nr. 192 S. 14.
Nr. 225 S. 69.
Bd. 318, Nr. 371 unter II 1b.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 20.
Zu Nr. 480 S. 12.
Bd. 320, Nr. 570 unter III.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 75C.
16. Sitz. S. 276A.
17. Sitz. S. 307A, 313D.
18. Sitz. S. 325A.
26. Sitz. S. 535B.
29. Sitz. S. 601C.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1744C, 1764C.
66. Sitz. S. 1772B, 1774B, 1786D.
74. Sitz. S. 2121B.
77. Sitz. S. 2218C, 2220A, 2224A.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2539C.
88. Sitz. S. 2582B ff., 2587C.

—, Gefangene:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046C.
101. Sitz. S. 3075A.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3258B, 3265D.
110. Sitz. S. 3467A, 3498C.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159D.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4949D.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5855B, 5890B, 5898B.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß mit möglichster Beschleunigung der Landwirtschaft die zu der in diesem Jahre besonders schwierigen Bestellung nötigen Gefangenen und Gespanne zur Verfügung gestellt werden:

Bd. 321, Nr. 766 unter II 15.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046C.
101. Sitz. S. 3071B, 3075A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3467A, 3498C. — Angenommen.

Anfrage Schiele: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß gegenwärtig, mitten in der Kartoffelernte, allen Vorstellungen der betroffenen Landwirte und der Landräte entgegen, Gefangene aus der Landwirtschaft zurückgezogen werden, die für die Sicherung der Hackfrüchte unentbehrlich sind.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die für die Volksernährung wichtigste Frucht, die noch zum größten Teil in der Erde steckt und der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt ist, schnellstens und mit allen Mitteln zu bergen?: Bd. 322, Nr. 1130.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1156.

Anfrage Held: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß infolge Mangels an Arbeitskräften die Ernte der Hackfrüchte, besonders der Kartoffeln, noch sehr im Rückstande ist, daß aber trotzdem und trotz der mehrfachen entgegengesetzten Zusicherungen der Militärverwaltung gerade jetzt Gefangene in großer Anzahl aus den landwirtschaftlichen Betrieben zurückgezogen werden?

Angesichts des bereits in verschiedenen Teilen Deutschlands aufgetretenen Frostes und der damit für die Volksernährung verbundenen Gefahr, frage ich den Herrn Reichskanzler, ob er bereit ist, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß den Landwirten nicht allein die Gefangenen belassen werden, sondern daß ihnen auch auf Wunsch vorübergehend so viele militärische Hilfskräfte und Gefangene zur Verfügung gestellt werden, als sie für die schnelle Bergung ihrer Ernte gebrauchen?: Bd. 322, Nr. 1143.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1156.

Beschäftigung, Behandlung, Entlohnung, Ernährung der Kriegsgefangenen:

Bd. 306, 31. Sitz. S. 699A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5839B.

Kosten der Gefangenen:

Bd. 317, Nr. 192 S. 14.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 601C.

γ) Verwendung von Hilfsdienstpflichtigen und Schülerkolonnen: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3258D.

Resolution Albrecht u. Gen.: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft, die mit den Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in Widerspruch stehen, aufgehoben werden:

Bd. 321, Nr. 772.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498D. — Angenommen.

δ) Verwendung von Wanderarbeitern. Naturalbelieferung.

Anfrage Dr. Paasche: Die deutsche Arbeiterzentrale Berlin SW. 11, Hafenplatz 4, macht für das Jahr 1917 die Kriegsbedingungen für die Vermittlungen ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter bekannt. Darin werden neben den in bar zu leistenden Mindestlöhnen für jede Person und jede Woche folgende Naturalien als lieferungspflichtig bezeichnet:

30 Pfd. Kartoffeln,
7 Liter Magermilch oder 3½ Liter Vollmilch,
½ Pfd. Mehl,
3 P d. Brot,
2 P d. Graupen oder Gries oder Grütze foder 1 Pfd. Hülsenfrüchte,
½ Pfd. Fleisch,
1 Pfd. Zucker,
½ Pfd. Salz.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, mitzuteilen, wie es möglich ist, angesichts der Tatsache, daß selbst die heimischen Schwerarbeiter nicht annähernd solche Mengen von Naturalien erhalten können, mit solchen Anerbietungen ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland hereinzuziehen, und ob die Möglichkeit besteht, diese Versprechungen zu erfüllen?: Bd. 321, Nr. 954.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 997.

d) Erzeugung.

Verdienste der Landwirtschaft um die Lebensmittelversorgung. Schwierigkeiten der Erzeugung, Aufklärung des Volkes:

Bd. 309, 101. Sitz. S. 3069B, 3073A, 3098C, 3101A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3118B, 3122D, 3124B, 3131D.

Antrag des Ernährungsausschusses, den Reichskanzler aufzufordern, einen Ausschuß von Sachverständigen (Erzeugern wie Verbrauchern) zu berufen, der unter Anlehnung an die Anträge

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

Nr. 797 Ziffer 8 und Nr. 799 Ziffer 5 die Frage zu untersuchen hat, wie am zweckmäßigsten Anordnungen für den Anbau solcher Bodenerzeugnisse, die für die Kriegswirtschaft besondere Bedeutung haben, gegeben werden können: Bd. 321, Nr. 799 Ziffer 15,3.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Förderung durch Gewährung von Saatgut, Düngemitteln usw.:
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2110C.
77. Sitz. S. 2219A, C, 2222B, 2224A.
Erzeugungskosten:
Bd. 317, Nr. 192 S. 13.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 542C, 547D.
29. Sitz. S. 600D, 601D.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1780A.
—, Förderung, Frage der Steigerung:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2398A.
84. Sitz. S 2427B.
86. Sitz. S.. 2495A.
101. Sitz. S. 3069A, 3073A, 3080D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3118B, 3120D.
105. Sitz. S. 3224B, 3232A.
106. Sitz. S. 3249A, 3257B, 3265C.
107. Sitz. S. 3322A, 3326C.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4156B.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5853B, 5883B.
— Erzeugungszwang, Einführung:
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2495A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3217A, 3233D.
106. Sitz. S. 3284B.
107. Sitz. S. 3322B.
—, Siehe auch vorstehend unter II 241a.
Petition der Freiin Emily von Hausen, Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden des deutschen Bundes abstinenter Frauen e. V. — Verwertung allen Ackerlandes in diesem Jahre zum Anbau von Roggen, Weizen oder sonstigen Nahrungsmitteln, Verbot der Bereitung von Bier u. a.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800, Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.
Hilfsstoffe, Mangel an Kohlen, Benzol: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3263A, 3265C, 3281A.
Versorgung mit Kali- und Stickstoffdüngemitteln siehe „Kali" unter C.
c) Maßnahmen der Behörden, Revisionen usw.:
Ablieferungen, verschiedene Behandlung von Großgrundbesitz und bäuerlichem Besitz:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4187A.
136. Sitz. S. 4265A.
—, Widerstände, Einzelfälle:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4164C.
135. Sitz. S. 4207B.
—, Zurückhaltung der Erzeugnisse:
Bd. 317, Nr. 192 S. 9.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 551D.
Beaufsichtigung landwirtschaftlicher Artikel (Futter- und Düngemittel): Bd. 310, 107. Sitz. S. 3318A.
Beschwerdeinstanz gegen unberechtigte Maßnahmen, Schaffung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5884D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

Bevorzugung der Landwirtschaft in der Versorgung mit Lebensmitteln:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1621C, 1624C.
62. Sitz. S. 1646C.
74. Sitz. S. 2115A, 2116C, 2121D, 2122B.
Erschwerungen durch behördliche Vorschriften, Mangel behördlicher Führung:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3231A.
106. Sitz. S. 3249C, 3267A.
Grundstücksverkehr. Regelung: Bd. 324, Nr. 1612, Ziff. 751, 752.
Nachprüfungen, behördliche und militärische, zur schärferen Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Art der Durchführung:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3217B, 3229A, 3229D, 3237A.
106. Sitz. S. 3251A, 3261A, 3264A, 3273D, 3286B.
107. Sitz. S. 3323D.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4186D.
136. Sitz. S. 4265A.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5881B ff., 5893C, 5894D, 5898A.
Resolution Graf v. Westarp und Genossen zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den militärischen Stellen darauf hinzuwirken, daß Heerespflichtige in Zukunft bei den Kontrollen und Revisionen auf dem Gebiete des Ernährungswesens nicht mehr benutzt werden: Bd. 324, Nr. 1644 unter III:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423D, 5434D, 5438B, 5449B.
174. Sitz. S. 5467C, 5475A.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Anfrage Erzberger, Müller (Fulda): In weiten landwirtschaftlichen Kreisen mehren sich die Klagen über Härten und unberechtigte Eingriffe kriegswirtschaftlicher Organisationen in landwirtschaftliche Betriebe. Im Allgäu klagt man über die Härten bei der Viehablieferung und besonders darüber, daß auch Milchkühe weggenommen werden, was eine erhebliche Verminderung der Milch- und Buttererzeugung herbeiführt.
Im Amtsblatt des Oberamts Biberach erließ das zuständige Oberamt folgende Bekanntmachung:
„An die Bezirkseinwohner.
Es besteht Veranlassung, die Bezirkseinwohner, insbesondere Müller, Mehlhändler, Bäcker und Selbstversorger (Landwirte) darauf hinzuweisen, daß die zurzeit den Bezirk bereisenden Kontrollkommissionen nicht im Auftrag des Oberamts Biberach, sondern im Auftrag der Reichsgetreidestelle tätig sind. Das Oberamt hat deshalb keinerlei Einfluß auf deren Kontrolltätigkeit, ist aber gern bereit, etwaige begründete Beschwerden an die zuständige Stelle weiterzuleiten.
Biberach, den 10. Juni 1918.
K. Oberamt."
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch solche und ähnliche Maßnahmen hervorgerufene schwere Mißstimmung in weiten landwirtschaftlichen Kreisen zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1654.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5539A. — Beantwortet.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Roesicke, Dr. Böhme, Herold, Dr. v. Heydebrand, Freiherr v. Kerckerinck zur Borg, Dr. Matzinger, Dr. Rießer, D. Dr. Graf v. Schwerin, Dr. Stresemann, Graf v. Westarp, Weilnböck: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß auf dem Lande heute in rücksichtslosester und schroffster Weise Haussuchungen und Durchsuchungen von Wohnungen teils durch Organe der Behörden, teils durch Militärpersonen, teils durch besonders von den Behörden beauftragte Kommissionen erfolgen, deren Vorgehen im Widerspruch zu der gesetzlich festgelegten Unverletzlichkeit der Wohnung und Sicherung der persönlichen Freiheit steht?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die weitere Vornahme derartiger Haussuchungen und Durchsuchungen zu verhindern, bis eine gesetzliche Grundlage geschaffen ist, durch welche Sicherheiten gewährleistet werden, die mindestens den Bestimmungen der Strafprozeßordnung gleichkommen?: Bd. 325, Nr. 1828.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1918.

Anfrage Dr. Roesicke: Der Landrat des Kreises Cleve hat unter dem 21. Juni 1918 im Clever Kreisblatte eine Bekanntmachung darüber erlassen, welche Gegenstände bei der Revision eines landwirtschaftlichen Betriebes im Kreise Cleve vorgefunden worden sind, und führt eine Anzahl von Dingen an, die mit der Ernährung nichts zu tun haben; u. a. 1 Paar Militärstiefel, Schirtingsäcke und Bargeld in größeren Mengen. Hiernach billigt der Landrat die Ausdehnung der Durchsuchungen auf andere Dinge als Lebensmittel; er bemerkt dazu u. a.:

„Diesem Tatbestande etwas hinzuzufügen, heißt ihn abschwächen; er zeigt aber gegenüber den laut werdenden Klagen der Revisionsbelästigungen, wie notwendig die angeordneten Revisionen sind und daß diese noch verschärft werden müssen, um dem bedauerlichen Unfuge entgegenzuarbeiten und die schuldigen Betriebe festzulegen."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß die Durchsuchungen nach Nahrungsmitteln ohne jeden Rechtsgrund auf andere Dinge ausgedehnt werden und daß durch ein unsachgemäßes Vorgehen falsche Schlüsse über das Verhalten der Landwirte gezogen werden?: Bd. 325, Nr. 1923.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1967.

Kriegswirtschaftsämter zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Errichtung, Organisation, Nebenämter: Bd. 320, Nr. 650 S. 8.

Angebliche Sabotage aus Mißmut über die parlamentarische Regierung nach dem Aufruf der sozialdemokratischen Partei: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6222B.

Uebertretungen infolge Irrtums, Entschädigung des Landwirts bei Freisprechungen: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5129D.

Antrag des Ernährungsausschusses: Die Verfütterungsverbote und Verfütterungsbeschränkungen sind rückhaltlos durchzuführen: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 9c.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Ferner: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3123B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

f) Preisregelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, hinsichtlich der Preisregelung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu veranlassen,

a) daß in der Preisgestaltung mehr Beständigkeit und Gleichmäßigkeit herrscht,

b) daß bei der Preisregelung nicht bloß auf einen Ausgleich zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter sich gesehen wird, sondern daß auch auf einen Ausgleich zwischen diesen und den Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugungsmittel die gebührende und unbedingt notwendige Rücksicht genommen wird,

c) daß bei der Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Nährmitteln, Konserven, Trockenprodukten usw. nicht Preise zugebilligt werden, die für den Verbraucher das Enderzeugnis in einem Maße verteuern, das zu der Preisregelung für das landwirtschaftliche Urerzeugnis und zu den wirklichen Verarbeitungskosten in keinem gerechten Verhältnisse steht:

Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 2.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119A. — Angenommen.

Ferner: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5865A, 5871C, 5880A, C, 5888A, 5895B.

Preisausgleich für landwirtschaftliche Erzeugnisse:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 584.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 9.

Preissteigerungen, Gewinne: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5869B, 5879D, 5889D, 5894B.

g) Selbstversorgung der Landwirte: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3261D, 3285A.

—, Entziehung als Strafe für Verfehlungen: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3285C.

—, Frage der Herabsetzung des Quantums:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4164C.
136. Sitz. S. 4264D.

— landwirtschaftlicher Angestellter:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 12.
Zu Nr. 480 S. 10, 79.

Belassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für Vieh, Mast, Haustrunk.

Antrag des Ernährungsausschusses: Bei der Beschlagnahme von Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten sind dem Erzeuger neben ausreichendem Saatgut gewisse Mengen für die menschliche Ernährung nach Verhältnis der Kopfzahl des Haushalts, ferner, soweit es die Volksernährung und der Heeresbedarf zulassen, zur Fütterung nach der Größe des Viehstandes, einschließlich der Schafe und des Geflügels, ein entsprechender Teil zu belassen. Dem Erzeuger können auch größere Mengen der genannten Früchte belassen werden, falls er sich verpflichtet, eine diesen Vorräten entsprechende Anzahl von Schlachttieren zu mästen und diese der Reichsfleischstelle zu einem vorher festzusetzenden angemessenen Preise zur Verfügung zu stellen. Bayern soll außerdem unter derselben Voraussetzung wie oben zur Herstellung des herkömmlichen Haustrunks für die landwirtschaftliche Bevölkerung ein entsprechender Teil der abgelieferten Gerste belassen werden.

Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 5.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
241. Landwirtschaft (Fortsetzung).

Anfrage D. Mumm: Vielerorts, in Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau, ist die Getreidemenge für Selbstversorger hart herabgesetzt worden. Erhalten Landwirte und Landarbeiter für sich und für die arbeitenden Glieder ihrer Familie Schwerarbeiterzulagen, und unter welcher Voraussetzung?: Bd. 324, Nr. 1431.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1451.

Anfrage Duffner: Die Waldarbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter sind von der Schwerstarbeiterzulage ausgeschlossen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, daß diesen Arbeitern, für die die jetzige Ration einschließlich der Schwerstarbeiterzulage nicht ausreicht, namentlich in den Hochlagen des Landes, wie im Schwarzwalde, wo viele Lebensmittel wie Gemüse, Hülsenfrüchte usw. auf eigenem Boden nicht gebaut werden können, die Schwerstarbeiterzulage gewährt wird?: Bd. 325, Nr. 1775.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1907.

242 Landwirtschaftskammern siehe unter II 189b, c.

243. Lebensmittelversorgung. — Siehe auch unter II 443a.

a) Allgemeines. Sicherstellung; System, Umfang der Zwangsmaßnahmen, Zeitpunkt und Einheitlichkeit der Durchführung usw.:

Bd. 316, Nr. 147 S. 3.
Bd. 317, Nr. 192 S. 21.
Nr. 225 S. 3.
Bd. 319, Nr. 403 S. 2, 5.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 47B.
6. Sitz. S. 59A.
7. Sitz. S. 67C.
12. Sitz. S. 188C, 194D, 196D, 202A, 205B.
14. Sitz. S. 230C.
15. Sitz. S. 258D.
16. Sitz. S. 274B, 280A.
17. Sitz. S. 316A.
26. Sitz. S. 515B, 520D, 521D.
27. Sitz. S. 556A.
28. Sitz. S. 567C, 573D.
29. Sitz. S. 608A.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 865D, 872D, 878B, 882B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1594B, 1617B, 1624B, 1626B.
62. Sitz. S. 1635D, 1647C.
64. Sitz. S. 1707B.
73. Sitz. S. 2055C, 2069A, 2074A.
74. Sitz. S. 2091B, 2102D, 2112A.

Ausführung; Verhalten der Landes- und Gemeindeverwaltungen; Schwierigkeiten:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 858D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1623B.
62. Sitz. S. 1636B, 1663D, 1668B, D.
66. Sitz. S. 1766A, 1777D, 1789C, 1792A.

Ausfuhrverbote, provinzielle, über Lebensmittel: Bd. 306, 32. Sitz. S. 732A.

Anfrage Dr. Rießer: Die Ausfuhrverbote, welche in bezug auf Lebensmittel in den einzelnen Bundesstaaten und Landesteilen, insbesondere (auf Grund der Verordnung vom $\frac{25.\ 9.\ 1915}{4.\ 11.\ 1915}$) von den Gemeinden und Kommunalverbänden erlassen worden sind, verschärfen die Ungleichheit in der Versorgung der verschiedenen Gebiete und rufen unnötige und bedauerliche Gegensätze zwischen den ländlichen und städtischen Bezirken hervor. Sie haben auch, zumal häufig in den Produktionsgebieten der freie Handel zweckwidrigerweise fast völlig ausgeschaltet wurde, nach immer wieder neuauftauchenden Berichten vielfach bewirkt, daß große Mengen von Lebensmitteln, insbesondere von Obst und Gemüse, da, wo Ueberfluß herrschte, verdorben sind und weggeworfen wurden.

Ausfall ausländischer Arbeitskräfte: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4982B.

Ueberdies ist die Rechtsgültigkeit landesrechtlicher Ausfuhrverbote von hervorragenden Staatsrechtslehrern auf Grund der Reichsverfassung, ungeachtet des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 und der §§ 12 und 15 der Verordnung vom $\frac{25.\ 9.\ 1915}{4.\ 11.\ 1915}$, bestritten worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Zulässigkeit und Rechtsgültigkeit der in den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Ausfuhrverbote in bezug auf Lebensmittel und die baldmöglichste Aufhebung des häufig fast völligen Ausschlusses des freien Handels in Lebensmitteln einer erneuten Untersuchung unterziehen zu lassen?: Bd. 322, Nr. 1173.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1216.

Durchführung der Kriegsverordnungen in Mecklenburg: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3302D, 3309B, C.

Erfassungs- und Bewirtschaftungssystem, Mängel und Schwächen, besserer Ausbau: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5853C, 5860D, 5865C, 5870C, 5878C, 5882C, 5887B.

Umlageverfahren.

Antrag des Ernährungsausschusses: Den Reichskanzler aufzufordern, einen Ausschuß von Sachverständigen (Erzeugern wie Verbrauchern) zu berufen, der unter Anlehnung an die Anträge Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 8 und Nr. 799 Ziff. 5 die Frage zu untersuchen hat, in welcher Weise die notwendigen Nahrungsmittel auf die einzelnen Bundesstaaten und Kommunalverbände umzulegen und wie die rechtzeitige Ablieferung und Zuführung der beschlagnahmten Nahrungsmittel: Kartoffeln, Getreide, Hülsenfrüchte, Milch, Eier usw. innerhalb der Gemeinden und der größeren Kommunalverbände sicherzustellen ist: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 15,1.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Antrag des Ernährungsausschusses: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Gesamtorganisation für die Volksernährung so zu gestalten, daß die Bedarfsmengen der wichtigsten Ernährungsmittel nach Ausfall der Ernte auf die einzelnen Bundesstaaten und von diesen auf die größeren Verwaltungsbezirke umgelegt werden. In jedem Kommunalverband sind tunlichst in jeder Gemeinde die Produzenten zu Vereinigungen zusammenzufassen, die die Verpflichtung übernehmen, den auf die Gemeinde nach ihrem Ernteergebnis entfallenden Umlageanteil zu liefern. In der Gemeinde eingesetzte Selbstverwaltungskommissionen haben für die Ausführung zu sorgen. Die Abnahme erfolgt unter Heranziehung von Genossen-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243 Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

schafts- und Handelsorganisationen: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 5.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3313C, 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Lieferungsumlage statt Beschlagnahme, Freigabe des Restes für den Erzeuger, Wirkung auf den Schleichhandel: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5853D, 5861A, 5871A, 5881D, 5892D, 5899C.

Zusammenarbeiten der Heeres- und Zivilverwaltungen:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1607A.
65. Sitz. S. 1746C, 1763A.

Ausschaltung kapitalistischer und Zugrundelegung sozialer Gesichtspunkte:
Bd. 306, 26. Sitz. S. 515D.
27. Sitz. S. 547A.

Organisation der Volksernährung, sozialdemokratische Zwangswirtschaft: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6164C.

Kriegssozialismus, Großgrundbesitz und Großhandel im Kampfe für den freien Handel gegen den Staatssozialismus: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5870C, 5878C.

Einwirkung auf die öffentliche Meinung; öffentliche Erörterungen, Mißstimmung im Volke:
Bd. 317, Nr. 192 S. 28.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 514D.
27. Sitz. S. 544D.
28. Sitz. S. 567D.

Verhältnis von Stadt und Land:
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2115A, 2116C.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3572B.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4187B.

Landwirtschaftsministerium, preußisches, Ernährungspolitik:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219A, 3240A.
106. Sitz. S. 3248B, 3249B, 3250B, 3265A, 3268C.

—, Verhältnis zwischen pflanzlicher und tierischer Produktion. Stellung des preußischen Landwirtschaftsministers: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3248B, 3249C.

Zentralisierung der Anordnungen; Uebertragung auf Landeszentralbehörden und örtliche Behörden:
Bd. 317. Nr. 192 S. 36.
Bd. 319, Nr. 403 S. 5.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 523A.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Organisation der Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Fleisch und Fette) durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise zu schaffen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 24.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 524A, 527C.
29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Verwendung der unentbehrlichen Lebensmittel, deren Menge zu uneingeschränktem Verbrauch nicht ausreicht, dahin geregelt wird, daß für die minderbemittelten Volkskreise eine bestimmte Menge unter Einschränkung des Verbrauchs der Wohlhabenden sichergestellt wird:
Bd. 317, Nr. 192 S. 25.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Ferner: Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IV d, f.

Antrag des Ernährungsausschusses: Die pflanzlichen Nahrungsmittel, Brot, Kartoffeln, Nährmittel, Gemüse bilden die unentbehrliche, durch nichts zu ersetzende Grundlage der Volksernährung. Ihre ausreichende Bereitstellung und rechtzeitige Zuführung ist allen andern Rücksichten — auch der Fleisch- und Fettversorgung — voranzustellen. Diese pflanzliche Grundlage der Volksernährung ist wirksamer als bisher von jeder unrechtmäßigen Inanspruchnahme sicherzustellen:
Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 9a.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß folgende Richtlinien für die Erfassung der öffentlich bewirtschafteten Nahrungsmittel einer Bundesratsverordnung zugrunde gelegt werden:
a) öffentlich bewirtschaftete Nahrungsmittel dürfen vom Erzeuger nur an Reichs-, Staats-, Provinzial- oder Gemeindebehörden geliefert werden, an andere Empfänger nur, soweit sie zur Annahme vom Kriegsernährungsamt ermächtigt sind,
b) die Absender öffentlich bewirtschafteter Nahrungsmittel, gegebenenfalls die Spediteure, sind verpflichtet, alle Sendungen wahrheitsgetreu zu deklarieren,
c) jeder verbotswidrige Transport solcher Sendungen verfällt dem Kriegsernährungsamt,
d) die Landesbehörden übernehmen die Verpflichtung zur strengsten Durchführung dieser Vorschriften: Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6118D. — Angenommen.

Ferner: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5901C.

Antrag des Ernährungsausschusses: In den einzelnen Gemeinden oder Bezirken ist ein Ausschuß von Vertrauenspersonen zu bestellen, der unter Mitwirkung der Gemeindeverwaltung die rechtzeitige Ablieferung der beschlagnahmten Nahrungsmittel: Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Eier usw. zu organisieren und zu überwachen hat. Für die Abfuhr und für den Versand sind in der Regel genossenschaftliche Organisationen oder der Handel heranzuziehen: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 8.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3270B.
107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Petition des J. Schlimm in Erkelenz — Errichtung öffentlich-rechtlicher allgemeiner Verbrauchergenossenschaften und allgemeiner Erzeuger- und Vertriebsgenossenschaften.
Mündl. Bericht des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Vegetarierverbandes Sachsen E. V. in Dresden — Verhütung des Verfütterns, Preiserhöhungen für Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben usw. als Anreiz zum Mehranbau, Ermäßigung der Erzeugerpreise für Schlachtvieh, Belassung der Kleinhandelspreise des Fleisches in ihrer jetzigen Höhe, Verwendung des dadurch erzielten Gewinns zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Vororts der Vereinigung der christlichen deutschen Bauernvereine, des Westfälischen Bauernvereins in Münster i. W. — Vorschläge zur Kriegsernährungspolitik.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Robert Clauß in Chemnitz — Gründliche Neuregelung der Ernährungsverhältnisse im ganzen Deutschen Reiche.
Mündl. Bericht des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der Handelskammer Aachen — Vorschläge für die Verteilung der beschlagnahmten Lebensmittel des täglichen Kleinverbrauches.
Mündl. Bericht des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

b) Ausschuß, Beirat, Kriegsernährungsamt.

Antrag Albrecht u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, angesichts der für die weitesten Volkskreise unerschwinglichen Lebensmittelpreise, die bei dem günstigen Stande der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands in keiner Weise gerechtfertigt sind, schleunigst folgende Maßnahmen zu treffen:
I. usw.
II. Die in § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914, betreffend „Allgemeine Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen" dem Bundesrat erteilten Befugnisse, soweit sie sich auf Festsetzungen von Höchstpreisen für Lebensmittel beziehen, gehen vom 1. August dieses Jahres ab auf einen Ausschuß für Lebensmittelversorgung über, der aus zwölf vom Bundesrat und zwölf vom Reichstag ernannten Mitgliedern und einem vom Reichskanzler ernannten Vorsitzenden besteht.
III a) Die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung im nächsten Erntejahr wird einer Reichsstelle für Lebensmittelversorgung übertragen, die unter Aufsicht des Reichs und des Ausschusses für Lebensmittelversorgung steht. Der Reichsstelle für Lebensmittelversorgung wird die Reichsverteilungsstelle und die Reichsstelle für Kartoffelversorgung angegliedert und die Kriegsgetreidegesellschaft als Organisation der Verbraucher angegliedert.
b) Die Reichsstelle für Lebensmittelversorgung erhält das Recht, Getreide, Kartoffeln, Zucker, Hülsenfrüchte und Vieh sowie deren Erzeugnisse zu beschlagnahmen; sie hat sie den Organisationen der Verbraucher in erforderlicher Menge und Güte zur Auswahl zu stellen: Bd. 315, Nr. 89.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 190C, 200C, 201A, 203D, 206D, 208B. — Abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu schaffen und in dieselbe Mitglieder des Reichstags unter Berücksichtigung der Stärke der Fraktionen zu berufen. Der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung obliegt die Vorbereitung und Ausführung der vom Bundesrat zu beschließenden Maßnahmen für ausreichende und billige Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln: Bd. 316, Nr. 113 unter Ia,

mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. schleunigst eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirats, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen: Bd. 316, Nr. 115 unter 1.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 243A, 250A, 254A, 260D, 272A.
16. Sitz. S. 290A.
17. Sitz. S. 318D.
18. Sitz. S. 324D, 330A. — Antrag Albrecht u. Gen. angenommen.

Beirat der Reichsprüfungsstelle siehe unter II 297d.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstags
a) beim Reichsamt des Innern eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu bilden. Die Zentralstelle erhält auch das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen,
b) einen vom Reichstag zu wählenden, aus 15 Abgeordneten bestehenden Beirat für die Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und mit Gegenständen des täglichen Bedarfs einzuberufen. Dieser Beirat ist beim Reichsamt des Innern zu errichten, ist von diesem mit allem einschlägigen Material zu versehen, hat das Recht der Initiative auf seinem gesamten Arbeitsgebiet und hat allwöchentlich zu tagen: Bd. 317, Nr. 192 S. 33.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 525C, 526B, 529D.
27. Sitz. S. 544C.
29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Ferner: Bd. 318, Nr. 371 unter Ib.

Beirat für Volksernährung aus Mitgliedern des Reichstags. Aufgaben, Befugnisse, Tätigkeit:
Bd. 317, Nr. 225 S. 3, 6.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 1b, I 3b, I 17, II 8.
Bd. 319, Nr. 403 S. 3, 6.
Nr. 480 unter B 6.
Zu Nr. 480 S. 9, 33.
Bd. 320, Nr. 650 S. 6.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 8.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1606D, 1611D, 1618B
62. Sitz. S. 1637B.
73. Sitz. S. 2057C.
74. Sitz. S. 2086C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Kriegsernährungsamt.
Allgemeine Ermächtigung des Reichskanzlers zur selbständigen Anordnung von Maßnahmen für die Volksernährung:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 392.
Bd. 319, Nr. 403 S. 5.
Errichtung; Aufgaben, Organisation, Befugnisse; Verhältnis zu den Reichs- und Landesbehörden usw.:
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 242.
Nr. 371 unter I 2—4, I 17.
Bd. 319, Nr. 403 S. 6.
Nr. 480 unter B 5, 6.
Zu Nr. 480 S. 9, 25, 30, 33, 91.
Bd. 320, Nr. 650 S. 6.
Nr. 659 Anhang a 573.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 721, a 738.
Nr. 1213 Anhang a 761.
Nr. 1214 S. 7.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 858 D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1605 B, 1611 B, 1617 C, 1627 C, 1632 D.
62. Sitz. S. 1636 B, 1647 B.
65. Sitz. S. 1766 A.
66. Sitz. S. 1776 C, 1797 D.
73. Sitz. S. 2057 B.
74. Sitz. S. 2086 B, 2112 C.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3312 D.
Vorstand, Zuziehung einer Vertretung des Kleinhandels:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 5.
Zu Nr. 480 S. 9, 51.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1647 D.
73. Sitz. S. 2057 C.
74. Sitz. S. 2086 B, 2092 A, 2094 B.
—, Zuziehung von Berufslandwirten:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 3a, I 4.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1608 A, 1611 C, 1633 A.
62. Sitz. S. 1638 A.
Grundsätze für die allgemeine Bewirtschaftung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3225 A.
Volkswirtschaftliche Abteilung, Beobachtungsdienst für Produktionsverhältnisse: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4967 D.
Unmöglichkeit der Durchführung der Pläne des Präsidenten: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2546 D.
Zugeständnis schwerer Fehler, Ursachen:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3227 C, 3236 D.
106. Sitz. S. 3246 D.
Beseitigung des Chefs des Kriegsernährungsamts v. Waldow (Haferdruschprämie): Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973 A, 3978 D, 3980 A, 3981 D.
—, Stellung zum preußischen Landwirtschaftsminister:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219 A, 3240 A.
106. Sitz. S. 3248 B.
—, Preispolitik:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3226 B, 3234 A.
106. Sitz. S. 3248 C.
107. Sitz. S. 3313 A, 3321 D.
Bekämpfung des Preiswuchers und Schleichhandels: Bd. 322, Nr. 1214 S. 11.
Treuhandbureau, Tätigkeit: Bd. 322, Nr. 1214 S. 11.
Vertuschungssystem: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5886 A, 5889 C, 5903 D.

c) Finanzielle Beteiligung des Reichs:
Bd. 317, Nr. 192 S. 16, 20.
Bd. 306. 29. Sitz. S. 603 A.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald zu veranlassen, daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Sicherstellung der für die menschliche Ernährung bis zur nächsten Ernte nötigen Kartoffelbestände, zur Abschlachtung der Schweine in genügender Zahl und zur Förderung der zukünftigen Versorgung mit Fleisch Reichsmittel darlehnsweise zur Verfügung gestellt und Garantien für die ihnen auferlegten Verpflichtungen geleistet werden: Bd. 315, Nr. 56 unter II a 8.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 75 B.
8. Sitz. S. 123 D. — Angenommen.
Zuschuß des Reichs an die Gemeinden bei der Kartoffelversorgung:
Bd. 315, Nr. 73 S. 37.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 189 D.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1783 B, 1789 A.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß
1. das Reich eine genügend große Rücklage in Kartoffeln sichert usw.,
2. die Heranziehung der Gemeinden durch Beteiligung des Reichs am Verlustrisiko mit der Maßgabe erleichtert wird, daß andererseits ein Gewinn für die Gemeinden ausgeschlossen wird: Bd. 316, Nr. 113 unter II s.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 269 B.
16. Sitz. S. 287 A.
18. Sitz. S. 332 B. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 3.
Zu Nr. 480 S. 9, 42.
Siehe auch unter d u. 121 c u. e.

d) Gemeinden, Kommunalverbände, Mitwirkung:
Bd. 317, Nr. 192 S. 16, 38.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 252 A, 260 D, 263 D, 271 C.
17. Sitz. S. 317 D.
26. Sitz. S. 524 C.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß die Kommunalverbände und Verteilungsorganisationen (Kriegsgetreidegesellschaft, Zentraleinkauf usw.) bei der Lebensmittelversorgung während des Krieges keinen Gewinn erzielen. Ueberschüsse, die nach angemessener Berechnung der entstandenen Unkosten verbleiben, sollen der Reichsinvalidenfürsorge zugewendet werden: Bd. 316, Nr. 113 unter II g 2.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 244 A, 254 D, 261 D.
18. Sitz. S. 331 C. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 7.
Zu Nr. 480 S. 9, 30.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, Verordnungen zu erlassen, durch welche größere Städte und Industriegemeinden durch die Landeszentralbehörden oder

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

die von diesen zu bestimmenden Behörden verpflichtet werden, einen Teil der den Kriegerangehörigen bewilligten Unterstützungen statt in Bargeld in Hauptlebensmitteln, Kohlen, Koks usw. bereitzustellen, und zwar zu Preisen, die unter den im freien Handel gezahlten Preisen bleiben: Bd. 317, Nr. 192 S. 17.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 528D.
28. Sitz. S. 578A.
29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 7p.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1149C.

Resolution des Haushaltsausschusses, folgende in dem Ausschuß gestellten Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen:
1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen,
a) daß die Gemeinden oder Gemeindeverbände an bedürftige Volkskreise, besonders an Kriegerfamilien und Kriegshinterbliebene, Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs, deren Preis sich nicht ohne Beeinträchtigung der Erzeugung auf eine für diese Kreise angemessene Höhe ermäßigen läßt, unter Uebernahme des Unterschiedes zwischen Einstands- und Abgabepreis abgeben,
b) daß das Reich und die Einzelstaaten den Gemeinden für diesen Zweck Zuschüsse geben;
2. im Antrag Nr. 1 unter b statt „Zuschüsse geben" zu setzen:
„die Mittel zur Verfügung stellen";
3. im Antrag Nr. 1 unter a statt
„deren Preis sich nicht ohne Beeinträchtigung der Erzeugung auf eine für diese Kreise angemessene Höhe ermäßigen läßt"
zu setzen:
„deren Preis infolge der Festsetzung von Höchstpreisen die für diese Kreise angemessene Höhe übersteigt: Bd. 317, Nr. 195 unter II 1 bis 3.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 651C.
31. Sitz. S. 704C. — Angenommen.

Siehe auch unter II 112b, 139b, 172b, 189c, 297.

Selbstversorgung, Ausgestaltung der Kontrolle.
Antrag des Ernährungsausschusses: Die Kontrolle der Kommunalverbände und der Selbstversorger in der Verwendung bezw. Zuteilung der Nahrungsmittel ist wirksam zu gestalten. Die Mühlen, insbesondere auch die für die Selbstversorger arbeitenden, sind einer strengen Aufsicht zu unterwerfen: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 9 d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Selbstwirtschaftsverbände, Nachteile: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3327D.

Fehlerhafte Maßnahmen großer Stadtgemeinden: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3274C, 3285C.

Schäden durch die Verkoppelung von Kommunalwirtschaft und freiem Handelsverkehr: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3298D.

e) Handel. Heranziehung des legitimen Handels; Zusammenschluß von Erzeugern oder Händlern; Zwangssyndikate:

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Bd. 306, 15. Sitz. S. 243D, 259C, 260D.
26. Sitz. S. 524B, 525B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219A, 3226A.
107. Sitz. S. 3327C.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die bestehenden Kleinhandelsvereinigungen beteiligt, von Behörden und Gemeindeverwaltungen auf die Bildung und den örtlichen Zusammenschluß weiterer derartiger Vereinigungen hingewirkt und die Kleinhandelsvereinigungen eines Ortes als Großeinkäufer anerkannt werden: Bd 317, Nr. 192 S. 25.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 603B, 615B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 Ic, I 8c.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1631D, 1633C.
62. Sitz. S. 1647D, 1668D.
73. Sitz. S. 2056A, 2074C.
74. Sitz. S. 2093A, 2094B, 2102D.
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4385D, 4391D.

Anfrage Dr. Roesicke, v. Boehn, Malkewitz, Schiele: Bei Durchführung der den Kommunalverwaltungen — durch die Bundesratsverordnungen vom 25. September und 4. November 1915, betreffend die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung (Reichs-Gesetzbl. S. 607 und 723) — gegebenen Vollmachten zur Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs ist von vielen Kommunalverwaltungen eine weitgehende Ausschaltung des angesessenen, sachverständigen Handels und Gewerbes vorgenommen worden, die das wirtschaftliche Bestehen der in diesem Beruf tätigen Personen erheblich schädigt und zu vernichten droht.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu veranlassen, um diese verderbliche Wirkung zu verhindern?

Ist insbesondere beabsichtigt, gemäß der Mitteilung des Bundesrats auf Beschlüsse des Reichstags (Reichstagsdrucksache Nr. 625, II. Session 1917, Seite 33) die Zusammenfassung des örtlichen Kleinhandels im Sinne der Beschlüsse des Reichstags vom 14. Januar und 8. Juni 1916 zu fördern und weiter auszubauen? Bd. 320, Nr. 653.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2531C. — Beantwortet.

Kleinhandel, Frage seiner Entbehrlichkeit, Forderung der Landwirtschaft zur Rückkehr zum freien Handel:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4367A.
140. Sitz. S. 4372A.

Resolution Astor u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß zum Schutz des deutschen Einzelhandels und seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit die Einkaufsvereinigungen und Warenbeschaffungsstellen des Einzelhandels als Großeinkäufer, und für die Uebergangswirtschaft als Großeinführer, vom Reichswirtschaftsamt anerkannt werden: Bd. 324, Nr. 1524.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Bd. 312, 160. Sitz. S. 5004 B, 5005 D.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5781 A, 5785 A, 5786 C, 5787 B.
184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig — Verhütung der allgemeinen Ausschaltung der Agenten vom Lebensmittelhandel, angemessene Regelung der Provisionszahlungen.: Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

f) Landwirtschaft, Mitwirkung; Vorschläge des deutschen Landwirtschaftsrats; vermehrte Zuziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger usw.:
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 28.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185 B, 192 A, C, 195 D, 200 C.
27. Sitz. S. 547 A.
29. Sitz. S. 603 D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1617 A, 1626 D.
62. Sitz. S. 1645 C, 1652 B, 1657 B, 1660 D, 1662 D, 1670 B, 1674 C, D, 1676 B, C, D, 1677 A.
74. Sitz. S. 2108 D.

Landwirtschaftliche Organisationen, Tätigkeit unter eigener Verantwortung, Landwirtschaftskammern: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3310 D, 3316 B.

g) Sonstiges.
Ablieferung, Ausdehnung der Freiwilligkeit: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3313 C.
—, Sammeleinrichtungen für geringfügige Ablieferungen: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219 B.
—, Ablieferungen aus den besetzt gewesenen Gebieten, Verzicht: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5893 D.
Ausfuhr, innere. Verbote in einzelnen Bezirken siehe unter II 21.
— notwendiger Lebensmittel nach dem Auslande: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1656 A.
Bestandsaufnahmen, Schwierigkeiten: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3226 C.
— in Haushaltungen usw.:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 7 h.
Nr. 402 Anhang a 329.
Bd. 319, Nr. 403 S. 20.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1633 B.
62. Sitz. S. 1639 D, 1660 B.
Eidesstattliche Versicherungen bei Bestandsaufnahmen, Bezugsscheinen usw., Einschränkung: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5117 B.
Einfuhr, Förderung, Vereinheitlichung:
Bd. 317, Nr. 192 S. 19.
Nr. 225 S. 10.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 271.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21, 23.
Bd. 320, Nr. 650 S. 16.
Einfuhr- und Ausfuhrabteilung im Reichsamt des Innern. Tätigkeit: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3320 B.
— der Ueberschüsse aus den besetzten Gebieten:
Bd. 319, zu Nr. 480 S 30.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2047 A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3217 D, 3227 D.
106. Sitz. S. 3280 B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Einfuhr aus neutralen Ländern: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3228 B.
—, Verhandlungen mit Dänemark über ein Lebensmittelabkommen (Februar 1917):
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2409 B.
84. Sitz. S. 2414 C, 2421 C, 2424 A.
86. Sitz. S. 2493 B, 2497 D, 2498 B.
Einfuhr aus der Ukraine siehe „Rußland" unter K.
Petition des Predigers G. Tschirn in Wiesbaden. — Freigabe des privaten direkten Bezugs von Lebensmitteln aus dem Ausland ohne Vermittlung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft:
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Ernährungslage im Frühjahr 1917: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3211 D.
— im Sommer 1918: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5862 B, 5870 A.
Ersatzlebensmittel siehe unter II 272.
Gasthöfe, Lebensmittelzuschüsse: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5117 B.
—, Anfrage Gunßer: Auf eine Einsprache des Verbandes der Hotelbesitzer-Vereine Deutschlands und der Deutschen Gastwirtsverbände, betreffend die Bundesratsverordnung vom 7. März d. J., gab das Kriegsernährungsamt Mitte März die Erklärung ab, daß die Kommunalbehörden angewiesen werden sollen, die Hotel- und Gastwirtsküchenbetriebe von jetzt ab in ausreichender Menge mit Lebensmitteln zu versorgen.
Diese vom Kriegsernährungsamt gegebene Zusage ist bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht erfüllt worden, so daß, wenn nicht noch in letzter Stunde Abhilfe geschaffen wird, eine allgemeine Schließung der Küchenbetriebe in den Hotels und Gastwirtschaften erfolgen muß.
Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um in Zukunft eine ausreichende Versorgung obengenannter Betriebe mit Lebensmitteln für Gäste sicherzustellen?: Bd. 324, Nr. 1572.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5048 A. — Beantwortet.
Petition des Louis Herzog in Berlin — Milderung der Verordnungen über die geschenkweise Ueberlassung von Lebensmitteln zwischen Verwandten:
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Hamsterei, Bekämpfung: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4207 C.
— von Offizieren in der Etappe: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5853 A.
Siehe auch „Reichsheer" unter 141 n.
Inländische Erzeugung, Förderung:
Bd. 317, Nr. 192 S. 10.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 556 A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1605 D.
62. Sitz. S. 1647 B, 1648 B.
64. Sitz. S. 1707 D.
Massenspeisungen:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8 p.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 9.
Zu Nr. 480 S. 10, 37.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Bd. 308, 61. Sitz. S. 1600C, 1608D, 1613A, 1619A, 1628C.
62. Sitz. S. 1638A.
73. Sitz. S. 2058B, 2073B.
74. Sitz. S. 2126A.
Oberschlesien, Versorgung:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3292B.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5905A.
Postversand an Privatpersonen:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 II b, I 7.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 67.
Zu Nr. 480 S. 21, 81.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601D.
Preisverhältnisse, Strafen und Wucher siehe unter II 297.
Schleichhandel.
Aenderung der Bundesratsverordnung; Wirkung auf die Ausdehnung des Schleichhandels: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4971A.
Bekämpfung:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 690.
Nr. 1214 S. 11.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 774.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3241B.
107. Sitz. S. 3303D, 3310B.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5117C, 5122C.
— durch die Eisenbahnverwaltung:
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5901C.
—, Kontrolle der Post- und sonstigen kleinen Verkehrsgüter: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5864B.
—, Strafandrohungen: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 748.
—, „die einzige wirklich erfolgreiche Organisation auf dem Gebiete der Ernährungspolitik" dank der Unterstützung durch die Behörden, namentlich des Kriegsernährungsamts: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5869A.
Verordnungen. Herausgabe einer amtlichen Zusammenstellung:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8b.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1634A.
62. Sitz. S. 1647D.
74. Sitz. S. 2113C.
Verteilung.
Gleichmäßige Verteilung im Reiche, Lebensmittelkarten:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IV d, I 6a, I 7g, i.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 1.
Zu Nr. 480 S. 9, 28, 42.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1621C, 1624C.
62. Sitz. S. 1639D, 1646C.
74. Sitz. S. 2122B.
Schwierigkeiten der Verteilung:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3069B, 3073A, 3098C, 3101A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3118B, 3122D, 3124B, 3131D.
Ausnahmebestimmungen für die durch feindlichen Einfall beschädigten Grenzgebiete:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 10.
Zu Nr. 480 S. 10.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2060C.
Berücksichtigung der bei den Bestandsaufnahmen ermittelten Vorräte bei der Verteilung:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 26.
Zu Nr. 480 S. 13, 43.
Ungerechte Verteilung infolge des Wuchers: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4293C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Landbevölkerung, Versorgung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3229A, 3236A.
Landwirtschaft, Versorgung, siehe unter II 241.
Schwerarbeiter, Versorgung, siehe unter II 343.
Transportschwierigkeiten:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2391B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3212C, 3237D.
Petition des Privatiers Sigismund Schottländer in Charlottenburg — Entziehung der den Neugeborenen und Säuglingen bisher gewährten Brot-, Kartoffel- und Lebensmittelkarten.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Versuche in Schöneberg, den Lebensmittelhandel an sich zu reißen: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4390D.
Vorgänge in Striegau wegen Brot- und Mehlnot: Verurteilungen: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3533C.
Petition des Gewerkschaftskartells für das Freiburger Industriegebiet, Freiburg i. Schl. — Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadt Freiburg und des Landkreises Schweidnitz —:
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.
Verwendung in erster Linie für die menschliche Ernährung:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 51, 52.
Zu Nr. 480 S. 18, 33.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2097A, 2116D.
Unterernährung infolge der Einschränkungen:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2582A.
89. Sitz. S. 2631A, 2633A, 2634C, D ff.
Verdorbene Lebensmittel.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Folgende aufsehenerregende Mitteilungen gehen durch die Presse:
Der „Gießener Anzeiger" berichtet: Frankfurt a. M., 10. Aug. Aus einem Bericht der Stadtverordnetenversammlung geht hervor, daß die Stadt durch verdorbene Frühkartoffeln im Sommer 1916 nicht weniger als 259770 Mark verlor. Die Schuld trifft nach derselben Quelle die „ganze Systemlosigkeit der Reichsstellen" und „die Preispolitik der Reichskartoffelstelle". In den ersten Augusttagen erhielt die Stadt von allen Seiten mit einmal 285 Waggons Kartoffeln, die bei der Hitze sehr rasch verdarben. 25 Wagen mußten an eine Trockenanstalt und 34 Wagen für Futterzwecke und Brennereien zu Schleuderpreisen fortgegeben werden. 28 Wagen brachten beim Verkauf kaum noch die Frachtkosten ein. Die Schuld an diesen Mißständen und den daraus sich ergebenden Riesenverlusten trifft nach Ansicht des Berichts allein die Reichsbehörden.
Der „Korrespondent": In Nr. 236 des „Berliner Tageblatts", und zwar im vierten Beiblatt, dritte Seite, ist folgende Anzeige zu lesen: „Wichtig für Trocknereien. Wer übernimmt käuflich in Verderb liegende Lebensmittel waggonweise zur Trocknung? Rubow, Berlin, Waldstraße 16".
Der „Frankfurter Generalanzeiger": Durch die Fachblätter geht folgende Mitteilung: „Wo die

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
243. Lebensmittelversorgung (Fortsetzung).

Butter hinkommt, weiß die in Hannover erscheinende „Deutsche Rabatt-Sparvereins-Zeitung" zu melden, in der wir folgende aufsehenerregende Meldung lesen: Die Molkereigenossenschaft bei Elbing wurde von der „Z.E.G." veranlaßt, Butter zu reservieren und sie der „Z.E.G." zur Verfügung zu halten. Es handelt sich um große Mengen; hunderte von Zentnern wurden aufgespeichert und lagerten in der Molkerei. Trotz mehrfacher Mahnung wurde aber die Butter von der „Z.E.G." nicht abgenommen und der Vorrat wurde immer größer. Zugleich verlor aber die Butter infolge der langen Lagerzeit erheblich an Güte; schließlich war sie ganz verdorben. Nunmehr erfolgte die Mitteilung an die „Z.E.G.", daß die Butter verdorben sei und daß die übrige noch lagernde Butter ebenfalls ungenießbar würde. Wochenlang kam keine Antwort; dann traf die Anweisung der „Z.E.G." ein, die Butter an die Seifenfabriken abzugeben. Da für Butter Verkehrshöchstpreise bestehen, so machte die „Z.E.G.G." natürlich mit diesem Butterhandel ein sehr gutes Geschäft. Wenn uns diese Mitteilung nicht von absolut einwandfreier Seite zugegangen wäre, würden wir sie nicht glauben. So scheint es uns dringend erforderlich, den Fall aufzuklären und in die Butter-Geschäfte der „Z.E.G." näher hineinzuleuchten."

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Uebelstände bekannt, und was gedenkt er zu tun, um ihre Wiederholung zu verhindern?: Bd. 321, Nr. 976.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1136.

Vorräte und Bedarf:
Bd. 317, Nr. 192 S. 3.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 514C, 521D, 535C.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2109B, 2113B.

244. Lebensversicherung. Kriegsversicherung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 64.
Bd. 316, Nr. 147 S. 112.

Schwierigkeiten bei der Versicherung von Kriegsbeschädigten: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5033A.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 alsbald gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, wodurch alle vor dem 1. August 1914 abgeschlossenen Lebensversicherungen von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen, für welche während der Dauer des Krieges die Prämienzahlung eingestellt wurde, bis 3 Monate nach Friedensschluß dadurch wieder in Kraft gesetzt werden können, daß die Versicherungsnehmer entweder die nichtbezahlten Prämien zinsfrei nachbezahlen oder verlangen können, daß der Beginn und Endtermin der Versicherung ohne Kürzung der Versicherungssumme um den Zeitraum hinausgeschoben werden, während dessen Prämien nicht bezahlt wurden.: Bd. 320, Nr. 677.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2642D, 2645B, 2646A. — Dem Haush. Aussch. überwiesen; dort zurückgezogen.

Wiederaufleben für Kriegsteilnehmer nach Einstellung der Prämienzahlung während des Krieges:
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 726.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3379D.

Siehe auch unter II 26 (Ausländische Unternehmungen).

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

245. Leder und Lederersatz. Siehe auch II 133, 338.
a) Preisregelung; Höchstpreise, Richtpreise usw.:
Bd. 315, Nr. 73 S. 50.
Bd. 316, Nr. 107 S. 72.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 538, Anhang a 524. Nr. 650 S. 91.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Herabsetzung der bisherigen Richtpreise für Leder herbeizuführen: Bd. 317, Nr. 192 S. 75.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1679B, 1681B, D, 1685D.

Preissteigerungen, Unternehmergewinne:
Bd. 306, 26. Sitz. S. 520A.
27. Sitz. S. 541C.
28. Sitz. S. 571D, 582B.
29. Sitz. S. 606D.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1178B.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1678D, 1681A.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4928D.

Preise der Ersatzstoffe: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3637D.

b) Verkehrsregelung; Lebernot; Beschlagnahme von Leder usw.: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1677B, 1680D, 1683B, 1685A.

Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden Antrag dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Beschlagnahme auf alle Häute und Leder sowie Lederabfälle auszudehnen: Bd. 319, Nr. 493 unter II b.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132B, 2135A, 2146C. — Angenommen.

Anfrage Ulrich: In den Lederfabriken sind die Ziegen-, Schaf- und Kalbfelle beschlagnahmt worden. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die dadurch für die Portefeuille-Industrie drohenden Gefahren möglichst auszugleichen?: Bd. 320, Nr. 510.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2280A. — Beantwortet.

Freigabe für die Zivilbevölkerung; Kontrollstelle für freigegebenes Leder, Organisation, Aufgaben, Tätigkeit:
Bd. 316, Nr. 107 S. 58.
Bd. 317, Nr. 225 S. 45.
Bd. 319, Nr. 403 S. 112, 115.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1677B, 1678A, 1683A, 1685A.

Abnahme von Rohhäuten.
Anfrage Irl (Erding), Dr. Pfleger, Freiherr von und zu Franckenstein: Bei vielen Häute- und Fellverkaufsgenossenschaften, sowie bei Häutegroßhändlern lagern große Mengen von Rindviehhäuten und Kalbfellen, so beispielsweise
in Aschaffenburg über 500 Großviehhäute und über 400 Kalbfelle,
in Nürnberg über 1100 Großviehhäute und über 2200 Kalbfelle,
in Würzburg über 1500 Großviehhäute und über 1500 Kalbfelle,
in Augsburg über 4200 Großviehhäute und über 4300 Kalbfelle,
in München über 15 000 Großviehhäute und über 9000 Kalbfelle,
welche trotz Angebots von der Rohhaut-Aktiengesellschaft nicht abgenommen werden. Diese

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
245. Leder und Lederersatz (Fortsetzung).

Tatsache ist um so bedauerlicher, als ein sehr fühlbarer Mangel an Leder besteht und das lederverarbeitende Gewerbe, namentlich die kleinen Gerbereien, durch die Zurückhaltung der Rohhäute schwer geschädigt wird.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache bekannt und was gedenkt er zu tun, damit diese Rohhäute sofort abgenommen und der Verarbeitung unter besonderer Berücksichtigung der kleineren Gerbereien zugeführt werden?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, alsbald eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die Nichtabnahme der Rohhäute, wie in Interessentenkreisen vielfach vermutet wird, auf Einflüsse von Lederersatzfabriken zurückzuführen ist und das Ergebnis dieser Untersuchung möglichst bald dem Reichstage mitzuteilen?: Bd. 321, Nr. 821.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 885.

Anfrage Dr. Gugelmeier, Dr. Böhme: In den Bestimmungen der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums ist, um den Landwirten die Beschaffung von Leder für sich und ihre Angestellten zu erleichtern, vorgesehen, daß die zum Verteilungsplan der Kriegsleder-Akt.-Ges. gehörigen Gerbereien monatlich insgesamt acht aus eigener Haus- oder Notschlachtung stammende Viehhäute für Landwirte verarbeiten dürfen. Hatten Gerbereien, die nicht dem Verteilungsplan der K.L.A.G. zugehören, solche Häute angenommen, so wurden sie beschlagnahmt. Dadurch wurden Landwirten, die gutgläubig die ihnen zustehenden Häute zu der ihnen zunächst liegenden, zufällig etwa nicht annahmeberechtigten Gerberei trugen, ohne ihr Verschulden der Möglichkeit der Versorgung mit Leder vielfach beraubt.

Ist der Herr Reichskanzler im Interesse der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe bereit, den hierdurch entstandenen Unbilligkeiten abzuhelfen, entweder durch Freigabe der beschlagnahmten Häute oder in der Weise, daß die ohne eigenes Verschulden zu Schaden gekommenen Landwirte Sonderzuweisungen von Leder erhalten?: Bd. 325, Nr. 1922.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1991.

Regelung für die Schuhfabrikation.

Resolution des Haushaltsausschusses zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916 (erledigt beim Etat für das Reichsamt des Innern): den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß das von der Heeresverwaltung für das Schuhmachergewerbe freigegebene Leder, besonders Sohlleder, auch von den Schuhmacherinnungsverbänden, Ausschnittgeschäften und Schuhmacherinnungen in geeigneter Weise bezogen werden kann: Bd. 317, Nr. 260 unter IIc.

Bd. 307, 41. Sitz. S. 918B.
51. Sitz. S. 1147D, 1173A, 1176C, 1178C.
53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.

Anfrage Irl (Erding): Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es der Ersatz-Sohlengesellschaft bisher noch nicht gelungen ist, einen einigermaßen brauchbaren Ersatz für Sohlen herzustellen und deswegen die Beschlagnahme der Stanzabfälle für diese Gesellschaft eine unwirtschaftliche Maßnahme darstellt?

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
245. Leder und Lederersatz (Fortsetzung).

Gedenkt der Herr Reichskanzler die bei den Bekleidungsämtern in großen Massen aufgestapelten Stanzabfälle an die Schuhmacherkorporationen freizugeben, damit die Schuhmacher in der Lage sind, dringend notwendige Reparaturarbeiten ausführen zu können?: Bd. 321, Nr. 905.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 932.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Angesichts des vierten Kriegswinters sind die weitesten Kreise in Sorge über die Beschaffung des nötigen Schuhmaterials.

Die Schuhpreise haben infolge der hohen Lederpreise eine fast unerträgliche Höhe erreicht. Die Lederindustrie arbeitet mit großen Gewinnen.

In den beteiligten Fachkreisen wie in der Fachpresse wird behauptet, daß teils noch beträchtliche Mengen von Häuten zu verderben drohen und Leder zurückgehalten werde, obwohl die Armee hinreichend versorgt ist, teils beträchtliche Einfuhrmengen zur Verfügung stehen bzw. zu erwarten sind.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem deutschen Volke die unbedingt notwendige Versorgung mit Schuhmaterial, vor allem durch Verteilung des noch vorhandenen Häutevorrats an die Gewerbetreibenden zu erschwinglichen Preisen, zu ermöglichen?: Bd. 321, Nr. 1000.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1083.

Anfrage Held: Seit Monaten sind außerordentlich große Mengen von Sohlleder in den Gerbereien vorhanden, auf deren Abnahme durch die betreffenden Kriegsorganisationen die Lederindustrie vergeblich wartet. In einer mir bekannten mittleren Gerberei liegen seit Anfang August ca. 4000 fertige Sohllederhäute, und ähnliche Mengen warten in anderen Betrieben auf Abnahme. Ferner hat die Schuhindustrie mit Mengen Sohlleder sich eingedeckt, die sie in vielen Monaten nicht wird verarbeiten können, während es der Bevölkerung unmöglich ist, bei den Schuhmachern eine Lederbesohlung zu erhalten, wenn sie nicht die im umfangreichen Schleichhandel mit Leder üblichen Preise von 50 Mark und mehr für das Kilogramm Leder (gegen 7,50 Mark Höchstpreis) zahlen will.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, für schnelle Abhilfe in der Richtung Sorge zu tragen, daß die überschüssigen Sohlledermengen der Bevölkerung zu Reparaturzwecken freigegeben werden?: Bd. 325, Nr. 1965.

Bd. 314, 196. Sitz. S. 6248C. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Infolge einer Bekanntmachung der „Kontrollstelle für freigegebenes Leder" vom 1. Oktober 1917 sind die Lederkleinhändler und Rohstoffgenossenschaften verpflichtet, die ihnen zugeteilten Ersatzsohlen in Verkehr zu bringen; die Schuhmacher sind verpflichtet, sie abzunehmen und zu verarbeiten. Ausnahmen hiervon werden äußerst selten zugelassen. Die zugeteilten Ersatzsohlen werden nicht zurückgenommen, und die Verweigerung ihrer Abnahme hat für den Lederkleinhändler oder die Rohstoffgenossenschaft, bezw. den Schuhmacher den Ausschluß von der Zuteilung aller Ersatzmaterialien und von Bodenleder zur Folge.

Die Erzeugnisse der Ersatzsohlen-Gesellschaft, die Sperrholzsohlen, werden in Verbraucherkreisen vielfach als höchst minderwertig angesehen.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
245. Leder und Lederersatz (Fortsetzung).

Was gedenkt der Herr Reichskanzler hier zu tun? Beabsichtigt er eine Verordnung, wonach die Lederabfälle ebenso verteilt werden müssen wie das Bodenleder?: Bd. 324, Nr. 1405.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1440.

Lederabfälle, Zollbefreiung siehe unter II 443 a.

Petition betreffend Freigabe von Sohlenleder für das Schuhmacherhandwerk.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 321, Nr. 871.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3637 B, 3638 A. — Durch die inzwischen erfolgte Regelung der Lederverteilung für erledigt erklärt.

Petition um Freigabe eines Postens Bodenleder zur Herstellung von orthopädischem Schuhwerk.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1313.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4835 B. — Ueberweisung als Material.

Treibriemen, Verkehr: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 735, Anhang a 857.

Treibriemenwegnahme, Folgen. Riemenfreigabestelle, Behandlung der Industriellen durch Aufkäufer: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5043 A.

Petitionen betreffend die Einziehung von Treibriemen aus stillgelegten Webereien.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1556.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534 C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petition der Treibriemenfabrik G. Gnerlich in Breslau, betreffend Zuteilung von Leder.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1547.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534 A. — Ueberweisung als Material.

Kriegslederaktiengesellschaft. Geschäftsgebaren; Preisfestsetzungen, Gewinne, Verwendung der Ueberschüsse, Fall Potthoff:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1620 C.
62. Sitz. S. 1645 C, 1679 C, 1681 A, 1684 B, 1685 D.

246. Leim. Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 473, Anhang a 389.
Bd. 319, Nr. 403 S. 131.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 688.
Nr. 1214 S. 147.
Zollbefreiung siehe unter II 443 a.

247. Leimleder. Verwendung als Ersatzfutter; Verkehrsregelung:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 323.
Nr. 225 S. 52.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 776.

248. Lohnbeschlagnahme. Erhöhung der Pfändungsgrenze auf 2000 Mark:
Bd. 315, Nr. 86 Ziff. 155.
Bd. 316, Nr. 107 S. 5.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 720.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5116 B, 5118 D.
Resolution des Haushaltausschusses zum Etat für die Reichsjustizverwaltung für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen weiter eingeschränkt werde, als es durch die Bekanntmachung vom 17. Mai 1915

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
248. Lohnbeschlagnahme (Fortsetzung).

(Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 285) geschehen ist: Bd. 320, Nr. 565 unter II 4.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669 C, 2671 B, 2673 C, 2676 C, 2678 A, 2685 D.
91. Sitz. S. 2697 A.
92. Sitz. S. 2721 A. — Angenommen.

Anfrage Davidsohn, Schmidt (Berlin): Durch Bundesrats-Verordnung vom 17. Mai 1915 sind die beschlagnahmefreien Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Einkünfte mit Rücksicht auf die Kriegsteuerung von 1500 Mark auf 2000 Mark jährlich erhöht worden.
Infolge der seit Mai 1915 weiter verstärkten außerordentlichen Preissteigerungen aller Lebensbedürfnisse ist eine weitere erhebliche Erhöhung des beschlagnahmefreien Betrages schleunigst unumgänglich nötig.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, den sofortigen Erlaß einer Bundesrats-Verordnung zu erwirken, durch den der beschlagnahmefreie Betrag auf mindestens 3000 Mark jährlich festgesetzt wird?: Bd. 321, Nr. 949.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 967.

Petitionen, betreffend Erhöhung der Summe des pfandfreien Einkommens usw.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 314.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895 B. — Für erledigt erklärt.
Mündl. Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. I a.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C. — Ueberweisung als Material.
Mündl. Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I a.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV a.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Für erledigt erklärt.

Petition des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands in Berlin um Erhöhung des pfändungsfreien Arbeitseinkommens während des Krieges der Allgemeinen Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen in Berlin-Schöneberg um Erhöhung der Nichtpfändbarkeitsgrenze der Arbeitseinkommen von 2000 auf 3000 Mark.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. IV a 1 u. 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.

Pfändbarkeit von Ruhegeldansprüchen Privatangestellter, Einschränkung:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 586.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 233.

249. Löhne der Arbeiter siehe „Lohnverhältnisse", „Teuerungszulagen" und die einzelnen Behörden und Industrien.

250. Lupine, Saatgut, Preise: Bd. 321, Nr. 801, Anhang a 630.
Petition des Julius Denk in Posen. betreffend Bepflanzung der Bahndammböschungen mit Lupinen und Förderung der Schafzucht.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
250. Lupine (Fortsetzung).

Lupinenkerne, Bewirtschaftung.
Anfrage Graf v. Oppersdorff: Ueber die Zuständigkeit in der Bewirtschaftung der beschlagnahmten Lupinenkerne herrscht bei den verschiedenen Reichsstellen schon seit langem bedauerliche Unklarheit. Die Reichsfuttermittelstelle (Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte), welche im letzten Jahre über die Lupinen, die zu Futterzwecken verwendet wurden, die Verfügung hatte, erklärt sich heute noch für zuständig, da noch keine Entscheidung darüber getroffen sei, welchen möglichen anderen Verwendungen die Lupine der Ernte 1918 zugeführt werden könne. Andererseits erteilte das Kriegsernährungsamt auf Befragen die Auskunft, die Reichsgetreidestelle sei zuständig. Diese wiederum leitete an sie gerichtete Eingaben dem Kriegsernährungsamte zu. Bei dieser Sachlage ist es unmöglich, an irgendeiner dieser Stellen die so notwendigen klaren Auskünfte zu erhalten. Noch weniger ist es heute möglich, Verbesserungen in der Lupinenverwertung in Angriff zu nehmen, geschweige denn solche einheitlich durchzuführen.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesen Unzulänglichkeiten zu tun?: Bd. 325, Nr. 1933.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1961.

251. Malz. Verbrauchsregelung:
Bd. 315, Nr. 86 Ziff. 151.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 202.
Nr. 107 S. 42.
Nr. 147 S. 24.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 380.
Nr. 335 Ziff. 386, Anhang a 243.
Nr. 402 Ziff. 470.
Bd. 319, Nr. 403 S. 36.
Nr. 443 Ziff. 491.
Bd. 320, Nr. 650 S. 24.
Petition, betreffend Schutz der deutschen Handelsmälzereien.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1844. — Unerledigt.
Siehe auch unter II 136f.

252. Manganerze und Eisenerze, Versorgung, Kriegsausschuß:
Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 571, Anhang a 585.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 130.

253. Margarine. — Siehe auch unter II 281D.
Einfuhr:
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 138, a 139.
Nr. 225 S. 11.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 452.
Herkunftsangabe bei ausländischer Margarine:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 218.
Nr. 147 S. 49.
Herstellung: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 727, Anhang a 836.
Preise:
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 128.
Nr. 256 Anhang a 183.
Bd. 319, Nr. 403 S. 71.
Verkauf, Fett- und Wassergehalt:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 440.
Bd. 319, Nr. 403 S. 73.
Zusatz von Kartoffelstärkemehl: Bd. 316, Nr. 107 S. 51.
Zuweisung an bedürftige Städte: Bd. 317, Nr. 225 S. 47.

254. Marmeladen. Höchstpreise:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 265.
Nr. 147 S. 37.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
254. Marmeladen (Fortsetzung).
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 121.
Nr. 225 S. 32.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 860.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5897C.
Durchfuhrverbot: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 562.
Kriegsgesellschaft für Marmelade, Mängel in der Zusammenarbeit mit den Marmeladenfabriken, bureaukratische Schwerfälligkeit: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3529C, 3542A.
Reichsstelle für Gemüse und Obst, Tätigkeit: Bd. 322, Nr. 1214 S. 44.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Durch falsche Behandlung sind große Mengen der deutschen Obsternte im Jahre 1916 zu grunde gegangen.
Durch weite und tagelange Fahrten im Eisenbahnwagen ist oftmals das Obst in halbverfaultem Zustande in die Marmeladefabriken gelangt; durch schlechte Rüben, Mangel an Zucker usw. wurden die Obstvorräte weiter verdorben, sodaß in dem sogenannten „Kriegsmus" ein Nahrungsmittel hergestellt wurde, das teilweise für menschlichen Gebrauch ungenießbar war.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine solche Schmälerung unserer Obsternte zum Schaden des deutschen Volkes künftighin zu verhüten und unser Obst in Gestalt von guter, einwandfreier Marmelade dem Volk zu erhalten?: Bd. 321, Nr. 892.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 921.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat insbesondere mit der Art ihrer Marmeladeerzeugung schon wiederholt in weiten Kreisen des deutschen Volkes Aergernis erregt. Eine Gerichtsverhandlung, die großes Aufsehen erregte, hat vor kurzem von neuem bewiesen, daß die Organe dieser Reichsstelle einen wesentlichen Teil der Obsternte Deutschlands zu verderben in der Lage sind. Es droht bei den Gepflogenheiten dieser Stelle, wie sie in jener Gerichtsverhandlung bewiesen wurden, auch in diesem Jahre, zumal da die bedenklich starke Streckung mit Rüben und Trestern bereits offen angesagt wurde, die Vergeudung unserer heurigen Obsternte durch die Bereitung einer ähnlichen ungenießbaren Ware wie im Jahre 1916.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um das deutsche Volk gegen die teils gesundheitsschädliche, teils ekelhafte Verarbeitung und Vergeudung eines großen Teiles seiner wertvollen Obsternte zu beschützen?: Bd. 325, Nr. 1912.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1954.
Ungenießbare Marmelade, Strafbestimmungen: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3532B.
Versorgung der Bevölkerung zur Selbsterzeugung der Marmelade: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3242A.
Siehe auch II 278.

255. Mehl. — Siehe auch II 139, 270, 271.
a) Preise. — Siehe auch II 172g.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die allgemeine Festsetzung möglichst billiger Höchstpreise für Brot und Mehl, entsprechend den Getreidepreisen, durch

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

255. Mehl (Fortsetzung).

die Kriegsgetreidegesellschaft und die Ortsbehörden herbeizuführen: Bd. 315, Nr. 56 unter II a 1.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 69 A.
8. Sitz. S. 123 C. — Angenommen.

Antrag Albrecht u. Gen., betr. sofortige wesentliche Herabsetzung der Höchstpreise: Bd. 315, Nr. 89 unter I.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185 D, 190 B, 197 C, 203 C, 208 A. — Abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses, betr. Herabsetzung der Höchstpreise: Bd. 316, Nr. 113 unter II f 1, g 1 und

Resolution Albrecht u. Gen., betr. niedrigere Festsetzung der Höchstpreise: Bd. 316, Nr. 115 unter 4.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 245 C, 261 D, 267 B, 331 A. —
Resolution des Ausschusses angenommen, Resolution Albrecht u. Gen. abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses, betr. einheitliche Festsetzung der Mehlhöchstpreise für größere Bezirke:
Bd. 317, Nr. 192 S. 25.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615 B. — Angenommen (Wortlaut unter II 61 b).

Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, anzuordnen, daß die höchste zulässige Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis allgemein festgesetzt wird, wobei der Durchschnitt der letzten 10 Friedensjahre nur so weit überschritten werden darf, als es der jetzigen verteuerten Herstellung entspricht: Bd. 316, Nr. 113 unter II d.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 245 B, 250 D, 254 B, 266 A.
16. Sitz. S. 279 A, 281 B, 285 D, 290 B.
18. Sitz. S. 331 A. — Angenommen.

Preise der Reichsgetreidestelle:
Bd. 316, Nr. 107 S. 32.
Nr. 147 S. 23.
Bd. 317, Nr. 192 S. 46, 48.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 245 C.
16. Sitz. S. 285 D, 290 B.
28. Sitz. S. 570 A.

b) Verfütterung siehe unter II 139 l.

c) Verkehr, Regelung:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 91, 96.
Nr. 44 S. 45, 47.
Nr. 72 Anhang c, g.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 28, a 29, a 32.
Nr. 107 S. 34.
Nr. 147 S. 19.
Bd. 317, Nr. 192 S. 43, 44, 46.
Bd. 320, Nr. 650 S. 21.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 31.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 261 D.

Anfrage Ablaß: Der Kreis Hirschberg in Schlesien hat von den ihm zur Versorgung der nicht sich selbst versorgenden Verbraucher überwiesenen Mehlmengen dadurch, daß er in der Zeit vom 1. November 1917 ab eine um fünf vom Hundert gekürzte Brotration ausgegeben hat, erhebliche Ersparnisse an Mehl zurücklegen können, um für die in der Gebirgsgegend besonders schwierige

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.

255. Mehl (Fortsetzung).

Zeit der letzten Monate des Wirtschaftsjahrs einigen Vorrat zur Verpflegung der Bevölkerung zur Verfügung zu haben. Der Kreis beabsichtigt, die ersparten Mehlmengen nach Eintritt der für die beiden letzten Monate des Wirtschaftsjahrs verfügten Kürzung der Brotration allmählich unter der Bevölkerung zur Verteilung zu bringen.

Nach Erörterungen in den schlesischen Tagesblättern besteht die Absicht, diese Ersparnisse dem Kreise Hirschberg zwangsweise zu entziehen und dem Reiche zur Verfügung zu stellen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die beabsichtigte Maßregel, die unter der Bevölkerung des Kreises Hirschberg lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat, zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1617.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1672.

Verkehr aus dem Erntejahr 1915:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 174, 196, Anhang a 42.
Nr. 107 S. 34, 40.

— aus dem Erntejahr 1916:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 425, Anhang a 304 IV, a 370.
Bd. 319, Nr. 403 S. 33.

Verkauf ausländischen Mehls durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 222.
Nr. 147 S. 16.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 331.
Nr. 225 S. 13.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 591.

Verkauf im freien Verkehr, Mißstände:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1596 B.
62. Sitz. S. 1642 A.

Verbot der Verwendung von Mehl jeder Art zur Herstellung von Seife:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 105.
Nr. 44 S. 52.

Verwendung von Backstreumehl:
Bd. 320, Nr. 650 S. 22.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 663.

d) Vorratserhebungen siehe unter II 139 m.

256. Melasse siehe unter II 121 f, 447 b.

257. Messing siehe unter II 258.

258. Metalle, Metallbeschlagnahme.

a) Höchstpreise für Kupfer, altes Messing, alte Bronze, Rotguß, Aluminium, Nickel, Antimon und Zinn:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 64.
Nr. 44 S. 72.
Bd. 316, Nr. 122 Anhang a 49.
Nr. 147 S. 83.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 450, Anhang a 322, a 323, a 360.
Bd. 319, Nr. 403 S. 136.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 510, Anhang a 481.
Nr. 650 S. 102.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 616.
Nr. 913 Ziff. 612.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 134, 135.

Petitionen, betreffend den Ausbau der Höchstpreisverordnung für Metalle und der Ausführungsbestimmungen sowie Aufhebung der Höchstpreisverordnung und Aussetzung schwebender Strafverfahren.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
258. Metalle, Metallbeschlagnahme (Fortsetzung).

Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 389.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung bezw. Uebergang zur Tagesordnung.

b) Beschlagnahme; Entschädigung. — Siehe auch II 47.

Anfrage Dr. Stubmann: Die Beschlagnahme der in deutschen Gewerbe- und Verkehrsbetrieben vorhandenen Sparmetalle ist zu sehr niedrigen Preisen erfolgt, die dem heutigen Wert der betreffenden Metalle nicht entsprechen und die größtenteils die für Ersatzteile aufzuwendenden Kosten nicht zu decken vermögen.

Neuerdings sind Fälle vorgekommen, in denen die Metallmobilmachungsstelle bei Anforderung der betreffenden Mengen dem durch die Beschlagnahme Betroffenen auch noch die Frachtspesen auferlegt bis zu demjenigen Ort, von dem aus die Abnahme durch den Vertreter der Metallmobilmachungsstelle erfolgt.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die in diesem Verfahren liegende unbillige Schädigung zu tun, die insbesondere bei kleineren Betrieben, die verhältnismäßig geringe Mengen abzuliefern haben, ins Gewicht fällt?: Bd. 323, Nr. 1393.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4453A. — Beantwortet.

c) Denkmäler, Kupferdächer, Brennereigeräte, Beschlageisen, Entschädigungsfrage:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3125A.
110. Sitz. S. 3462D.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5357C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5484C.
175. Sitz. S. 5500A, 5502D, 5513C.
183. Sitz. S. 5769B, 5775D, 5777B.
184. Sitz. S. 5813A, 5823A.
189. Sitz. S. 6076D, 6083D.

Anfrage Dr. v. Schulze-Gaevernitz: Zufolge Anordnung des Bundesrats sollten die landwirtschaftlichen Brennereien bis 31. März ihre kupfernen Brennapparate zu Heereszwecken abliefern. Da mit dieser Ablieferung eine schwere Schädigung der kleinen Obst- und Tresterbrenner verbunden ist, so erklärte der Vertreter der Reichsregierung in der Reichstagssitzung vom 26. April d. J., daß dafür Sorge getroffen werden solle, daß in dringenden Fällen, in denen die Notwendigkeit der weiteren Belassung durch behördlich beglaubigte Belege erwiesen ist, in jeder Gemeinde eine bestimmte Anzahl von Brennkesseln weiterhin auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werde. Demgegenüber wird seitens der Kommunalverbände neuerdings die Ablieferung der Brennkessel verlangt, so seitens des Kommunalverbandes Offenburg durch Bekanntmachung vom 10. Juni 1918.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, entsprechend dieser Regierungserklärung dafür Sorge zu tragen, daß den in Betracht kommenden Gemeinden die unentbehrliche Anzahl von Brennapparaten so lange belassen werde, bis ein brauchbarer Ersatz zu entsprechend billigen Preisen beschafft werden kann, und damit eine schwere Schädigung der Obst- und Tresterbrenner zu vermeiden, insbesondere aber zu verhindern, daß die anfallenden Obstmengen in die Hände auswärtiger Großbrenner überführt werden?: Bd. 325, Nr. 1747.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6094C. — Beantwortet.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
258. Metalle, Metallbeschlagnahme (Fortsetzung).

Anfrage Kopsch: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß sich in der Residenzstadt Darmstadt auf der dem früheren russischen Zaren eigentümlich gehörigen, also im Privateigentum stehenden Kapelle ein durch die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps in Frankfurt a. M. vom 9. März 1917 — Nr. M. 200/1 17 K. R. A., betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blitzschutzanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermenge — beschlagnahmtes, mit vergoldeten Kupfertürmen versehenes Kupferdach befindet, das zu entfernen die Großherzogliche Regierung sich weigert, während sie andererseits die Kupferbedachungen an öffentlichen Gebäuden, z. B. der Christuskirche in Mainz, dem Bahnhofsgebäude und der Bibliothek in Gießen, dem Museum in Darmstadt usw. abnehmen läßt, und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesem mit der oben erwähnten Bekanntmachung und der öffentlichen Meinung in grobem Widerspruch stehenden Verhalten der hessischen Regierung zu tun?: Bd. 322, Nr. 1181.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1246.

Anfrage Weilnböck, Rupp (Baden), Gebhart: Zufolge Anordnung des Bundesrats sollten die landwirtschaftlichen Brennereien bis 31. März ihre kupfernen Brennapparate zu Heereszwecken abliefern. Da mit dieser Ablieferung eine schwere Schädigung der mittleren und kleinen Brenner, die vielfach im Felde stehen, verbunden ist, wurde die Ablieferung verschiedentlich hinausgeschoben. Nach Zeitungsberichten soll gelegentlich der jetzigen Offensive in Nordfrankreich allein soviel Kupfer erbeutet worden sein, daß damit der deutsche Heeresbedarf auf ein ganzes Jahr gedeckt sei.

Ist zutreffendenfalls der Herr Reichskanzler bereit, die Ablieferung der kupfernen Brennapparate auf die gleiche Zeit hinauszuschieben, damit im kommenden Herbst das Abfallobst und die Weinrückstände in diesen mittleren und kleinen Brennereien verarbeitet werden können und so eine schwere Schädigung dieser Betriebe hintangehalten wird?: Bd. 324, Nr. 1483.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4831A. — Beantwortet.

d) Kunstgegenstände, Kirchenglocken usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3077A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3124C, 3128B, 3134D.

—, Beschlagnahme der Kronen, Beschläge, Figuren des Reichstags usw.:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3125C, 3135A.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5258A.

—, Kirchenglocken, Erhaltung: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5357C.

Resolution des Haush.-Ausschs. zum Etat des Reichsheeres für 1917 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den Kirchengemeinden für die von der Militärverwaltung enteigneten Kirchenglocken
a) eine dem Metallwert voll entsprechende Vergütung geleistet und
b) nach Beendigung des Krieges ein Ersatz in Glockenmetall gegen Rückzahlung der Vergütung gegeben, auch bedürftigen Kirchengemeinden zur

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
258. Metalle, Metallbeschlagnahme (Fortsetzung).

Wiederanschaffung der Glocken eine Unterstützung gewährt wird: Bd. 321, Nr. 766 unter II 17.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105B, 3124C, 3128B, 3134B, D.
110. Sitz. S. 3498D. — Angenommen.

c) Sparmetalle der Privatwirtschaften (Türklinken, Fenstergriffe), Beschlagnahme, Zweckmäßigkeit; Entschädigung: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5768D ff., 5775C, 5777B, 5782B.

Resolution Dr. Arendt, Bartschat, Dr. Bell, List (Eßlingen), Schiele zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. April 1917 (R.G.Bl. S. 376) angeordnete Beschlagnahme der Sparmetalle der Privatwirtschaften so lange nicht zur Durchführung zu bringen, als
1. die Sparmetalle, insbesondere Türklinken und Fenstergriffe, aus allen öffentlichen Gebäuden nicht vorher abgeliefert sind,
2. Fürsorge getroffen ist, daß die Ausführung der Maßregel den Beteiligten keinen Schaden bringt und für die Zukunft die kostenfreie Wiederherstellung des jetzigen Standes gesichert ist: Bd. 324, Nr. 1626.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5768D, 5775C, 5777B, 5782B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5798C. — Angenommen mit 151 gegen 85 Stimmen.

Anfrage Keil, Meerfeld: Privatunternehmer haben sich beim Preußischen Kriegsministerium die Lieferung von Ersatz-Türklinken an Stelle der allenthalben im Reiche beschlagnahmten auf eine Weise gesichert, daß ungerechtfertigte Gewinne von vielen Millionen Mark dabei erzielt werden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß die Absichten dieser Spekulanten verwirklicht werden?: Bd. 324, Nr. 1578.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5049D. — Beantwortet.

Anfrage Brey: Die Beschaffung des Ersatzes für die beschlagnahmten Tür- und Fensterbeschläge soll nach Anordnung der Metall-Ersatzstelle nur durch die Kriegs-Metall-A.G. Berlin erfolgen.

Die Industriellen, die bislang Tür- und Fensterbeschläge herstellten, werden völlig ausgeschaltet.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Gefahr der Verzögerung der Ersatzbeschaffung, der übermäßigen Verteuerung und der mangelhaften Ausführung der Ersatzteile zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1620.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5374D. — Beantwortet.

f) Kupfergerät in den Offizierskücheu usw., in der Front und Etappe: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3115D.

g) Einziehung der Metalle in den besetzten Gebieten: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5776B, 5777D.

Anfrage D. Mumm: Eine halbamtliche Mitteilung vom 16. April besagt, daß die Kupferbeute in Nordfrankreich den deutschen Heeresbedarf für ein Jahr decke. Wird auf Grund dieser neuen Tatsache die gegenwärtig zur Durchführung kommende

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
258. Metalle, Metallbeschlagnahme (Fortsetzung).

Anordnung, betreffend Beschlagnahme von Kupfergeräten, erneut geprüft?: Bd. 324, Nr. 1476.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4731D. — Beantwortet.

h) Freigabe für Friedenszwecke:
Bd. 316, Nr. 107 S. 57.
Nr. 147 S. 83.

259. Mieteinigungsämter siehe „Grundbesitz, Hausbesitz" unter C.

260. Mietverträge siehe „Grundbesitz, Hausbesitz usw." unter C.

261. Milch und Milcherzeugnisse; Molkereien.

a) Ein- und Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milcherzeugnissen aller Art:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 369, Anhang a 218.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21.
Nr. 443 Ziff. 496.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 527, Anhang a 504.

b) Preise; Festsetzung von Höchstpreisen: Bd. 306, 12. Sitz. S. 206B.
Resolution des Haushaltsausschusses: Bd. 316, Nr. 113 unter II f 2 und
Resolution Albrecht u. Gen.: Bd. 316, Nr. 115 unter 6.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 243C, 246D, 263B, 267C.
16. Sitz. S. 289A.
18. Sitz. S. 331B. — (Resolution des Ausschusses angenommen.)
Ferner:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 254.
Nr. 147 S. 44.
Bd. 320, Nr. 650 S. 51, 55.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 9.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 548C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1668D.
74. Sitz. S. 2123A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223A.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5854C, 5884B.
Gewinne der pommerschen Meiereien für Milchprodukte:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1619D, 1625C.
62. Sitz. S. 1645A.

c) Versorgung. Erzeugung, Verbrauch, Beschränkung der Verwendung:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 216, 254, Anhang a 103.
Nr. 147 S. 44.
Bd. 317, Nr. 192 S. 65.
Nr. 196 Anhang a 129.
Nr. 225 S. 37.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6 f, II 4.
Nr. 402 Ziff. 441, Anhang a 263.
Bd. 319, Nr. 403 S. 68.
Nr. 443 Anhang a 412.
Nr. 480 unter B 65, 66, 68.
Zu Nr. 480 S. 21, 81, 86.
Bd. 320, Nr. 650 S. 49.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 798.
Nr. 1214 S. 64.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 246D, 256C, 263B.
16. Sitz. S. 289A.
27. Sitz. S. 543C.
29. Sitz. S. 610D.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
261. Milch, Milcherzeugnisse; Molkereien (Fortsetzung).

Bd. 308, 67. Sitz. S. 1602C.
73. Sitz. S. 2068A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3222D.
106. Sitz. S. 3253B, 3290A.

Ablieferung in Sammelmolkereien: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5866C, 5875A, 5897A, 5906B.

Abmelkwirtschaften: Bd. 306, 29. Sitz. S. 611A, 613B.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler aufzufordern, die Magermilch und Buttermilch in stärkerem Umfange als bisher durch Zuführung an die Verbraucher oder durch Verarbeitung auf Käse für unmittelbare Volksernährung nutzbar zu machen und zu diesem Zweck einen Teil dieser Milch in den Molkereien zu angemessenen Höchstpreisen zu beschlagnahmen. Die gleichmäßige Zuteilung an die Verbraucher ist sicherzustellen: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 7.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Anfrage Greber (Coblenz): Ländliche Kommunalverbände sind dazu übergegangen, die gesamte Milcherzeugung bei den Landwirten zu beschlagnahmen und an die nächste Molkerei abzuführen, ohne dem Erzeuger selbst für seine Familienangehörigen auch nur das geringste Quantum an Vollmilch zu belassen.

Besonders scharf geht der Kreis Kreuznach in dieser Richtung vor. In diesem Kreise wird jeder zuwiderhandelnde Landwirt auf Grund des § 132 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 mit 150 Mark pro Tag bestraft. Strafen bis zu 4000 Mark für den einzelnen Landwirt sind bereits festgesetzt. Gegen diese Strafen steht dem Landwirte bloß der Beschwerdeweg an den Regierungspräsipenten offen, ohne daß die Einziehung und Beitreibung der Geldstrafe durch Einlegung der Beschwerde aufgehoben würde.

Infolgedessen hat eine große Erregung unter den Landwirten Platz gegriffen, die eine fast gänzliche Abschaffung des Milchviehs zur Folge haben wird.

Ist der Herr Reichskanzler bereit:
1. eine Milderung dieser das Volksempfinden schwer verletzenden Maßnahmen herbeizuführen?
2. zu veranlassen, daß die Straffestsetzung nicht auf dem Verwaltungswege, sondern durch die ordentlichen Gerichte erfolgt?: Bd. 325, Nr. 1927.

Unerledigt.

Petition des Ernst Heinemann in Berlin-Schöneberg — Zubilligung eines gewissen Anteils der zur Verfügung stehenden Milchmenge an bisher nicht berücksichtigte Personen.

Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Milchtrocknung, System Krause:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3290 C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5855C.

Verkehr mit Zentrifugen und Buttermaschinen: Bd. 321. Nr. 754 Anhang a 607.

Petition des Rechtsanwalts Michael Siegel in München — Errichtung eines Molkenverwertungsunternehmens unter Zugrundelegung der von der offenen Handelsgesellschaft Müller & Kübler in Oettingen gemachten Erfindungen.

Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

262. Mittelstand. Kredithilfe siehe unter II 218 und „Mittelstand".

263. Möbelindustrie.

Petition, betreffend Aufhebung der Lieferungsverpflichtungen in der Möbelindustrie.

Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1541.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533D. — Uebergang zur Tagesordnung.

Anfrage Davidsohn: Dem Herrn Reichskanzler übersandte der Unterzeichnete am 1. Mai d. J. eine kurze Darlegung der Verhältnisse auf dem deutschen Möbelmarkt.

Durch Zwischenbescheid wurde Untersuchung und Antwort zugesagt.

Ist die Untersuchung abgeschlossen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Arbeiterschaft, den kleinen Bürger-, Beamten- und Mittelstand vor den Gefahren zu schützen, die zu den Wohnungsschwierigkeiten schon jetzt, ganz besonders aber für die Zeit nach dem Kriege bei der Beschaffung von Möbeln vorhanden und in weiterer Steigerung zu erwarten sind?: Bd. 321, Nr. 909.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3563A. — Beantwortet.

264. Montanwuchs. Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 396.
Bd. 320, Nr. 650 S. 99.
Nr. 659 Anhang a 575, a 576.

265. Mohn siehe II 281.

266. Moorkultur siehe unter II 49.

267. Moratorium siehe unter II 130.

268. Motorboote. Verkehrseinschränkung:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 199.
Nr. 107 S. 64.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 449.
Bd. 319, Nr. 403 S. 199.

269. Motoren siehe unter II 212.

270. Mühlen. — Siehe auch unter II 139 (Getreide) und 255 (Mehl).

Lage, Beschäftigung durch die Getreideorganisationen, Mahllöhne usw.:
Bd. 315, Nr. 44 S. 48.
Bd. 316, Nr. 107 S. 32, 39.
Nr. 147 S. 21.
Bd. 317, Nr. 192 S. 46.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 70A.
12. Sitz. S. 186B.
15. Sitz. S. 265A.
16. Sitz. S. 279B, 286A.
17. Sitz. S. 303A, 314C, 315B, 320A.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, die eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlenbetriebe — auch der mittleren und kleineren — nach ihrer Leistungsfähigkeit sicher-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
270. Mühlen (Fortsetzung).

stellen, soweit es ohne Verteurung des Mehls möglich ist: Bd. 317, Nr. 192 S. 40, 46.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 531D.
27. Sitz. S. 558A, 560D.
28. Sitz. S. 569A, 578D, 581D.
29. Sitz. S. 603C, 608C, 615C.
— Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8 e.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 60.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1176B.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1641C.
73. Sitz. S. 2062A.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3220C.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß bei der Verteilung der Beschäftigung der Mühlen auch das von der Heeresverwaltung an Privatmühlen zur Vermahlung gebrachte Getreide von der Reichsgetreidestelle mit in Anrechnung gebracht wird: Bd. 317, Nr. 192 S. 41.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Beschäftigung der bayerischen Mühlen: Bd. 306, 28. Sitz. S. 579A, 582A.

Mühlenpolitik der Reichsgetreidestelle: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3324B, 3328C.

Mühlenpolitik der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände:
Bd. 317, Nr. 192 S. 43.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 559A.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die nur mit motorischer Kraft betriebenen Getreidemühlen die Nachtarbeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen zunächst für die Dauer des Krieges und solange besondere Maßnahmen für die Sicherstellung der Volksernährung erforderlich sind, zu verbieten;
soweit dies für die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung erforderlich ist, können die Landeszentralbehörden von diesem Verbot Ausnahmen gestatten;
der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Vorschriften: Bd. 317, Nr. 192 S. 41, 48.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 532A.
27. Sitz. S. 559B, 560C.
29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Aus verschiedenen Teilen Deutschlands kommt die Nachricht, daß kleinere und größere Wassermühlen nur geringe Mengen Getreides vermahlen dürfen.
Es handelt sich dabei um Mühlen von teilweise erheblicher Leistungsfähigkeit, die somit nur ungenügend ausgenützt wird.
An ihrer Stelle sind große Dampfmühlen in voller Arbeit und verbrauchen dabei täglich Unmengen von Kohlen.
Wie stimmt das zu Kohlenknappheit und Kohlenersparung?: Bd. 321, Nr. 1016. — Unerledigt.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Während des Krieges sind eine ganze Reihe von Großmühlen abgebrannt.
Ist dem Herrn Reichskanzler diese Tatsache und die angesichts unserer Getreidebewirtschaftung und der Bevorzugung der Großmühlenbetriebe

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
270. Mühlen (Fortsetzung).

darin liegende Gefahr für unsere Volksernährung bekannt?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den weiteren Verlust wertvollsten Brotkorns und Mehls zu verhindern, und was geschieht militärisch zur Bewachung der Großmühlen?: Bd. 323, Nr. 1273.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1430.

Kleinmühlen, Stillegungen:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4348B.
140. Sitz. S. 4377B.

271. Mühlenfabrikate und Teigwaren.
a) Resolution des Haushaltsausschusses, betr. Festsetzung von Höchstpreisen: Bd. 316, Nr. 113 unter II g 1.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 256A, 263B.
16. Sitz. S. 286D.
17. Sitz. S. 318B.
18. Sitz. S. 331C. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 316, Nr. 147 S. 24.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 458, a 459.
Nr. 650 S. 21, 27.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 774, a 799.
Nr. 1214 S. 32.
Siehe auch unter II 137.

b) Steigerung der Herstellung, Verteilung:
Bd. 317, Nr. 225 S. 59.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 28, 29.
Zu Nr. 480 S. 13, 56, 67.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1597C.
73. Sitz. S. 2062C.
74. Sitz. S. 2094C, 2111D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3220D, 3228B.

Anfrage Hoch: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es in den Gemeinden, wo die Grippe herrscht, nicht immer möglich ist, die für den Krankheitszustand erforderlichen Lebensmittel wie z. B. Haferflocken, mit der nötigen Schnelligkeit zu beschaffen?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun?: Bd. 325, Nr. 1962.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6248A. — Beantwortet.

Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier, Tätigkeit:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 472.
Nr. 650 S. 27.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 33.

272. Nahrungsmittel. Ersatznahrungsmittel.
a) Verkauf usw. von Nahrungs- und Genußmitteln unter irreführenden Bezeichnungen, Strafbarkeit:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 410.
Bd. 319, Nr. 403 S. 10.

b) Ersatznahrungsmittel. Verkehrsregelung, Genehmigungspflicht:
Bd. 320, Nr. 650 S. 8.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 11.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 749.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219C.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5361B, 5362A.

Genehmigungspflicht für Zeitungsanzeige mit Rezepten zur Herstellung von Ersatzmitteln: Bd. 322, Nr. 1214 S. 20.

Prüfung dor der Zulassung zum Handel:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IV c.
Bd. 320, Nr. 650 S. 8.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2589B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
272. Nahrungsmittel. Ersatznahrungsmittel (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Zeitverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß für die Volksernährung immer mehr Ersatzmittel zur Verwendung kommen. Hierfür ist bisher eine Hauptstelle zur Begutachtung der Ware, bevor sie in den Handel kommt, nicht vorhanden. Die örtlichen Preisprüfungsstellen bringen durch ihre Einzeluntersuchungen wiederholte unnötige Arbeit für die Behörden, und durch die bestehenden Bestimmungen auch Gefahr für den ehrlichen Kaufmann.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Einrichtungen zu treffen, die geeignet sind, diesen Uebelständen abzuhelfen?: Bd. 320, Nr. 646.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 660.

Anfrage Dr. Neumann-Hofer: In der Verordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 ist bestimmt, daß vom 1. Mai 1918 ab Ersatzlebensmittel gewerbsmäßig nur dann hergestellt, angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie von einer Ersatzmittelstelle genehmigt sind.

Diese Ersatzmittelstellen, die zumeist erst in den allerletzten Tagen und teilweise überhaupt noch nicht errichtet worden sind, sind bisher noch kaum in der Lage gewesen, eingehende Anträge zu bearbeiten, geschweige denn zu erledigen. Bei dem Umfange, der in den vom Reichskanzler festgestellten Grundsätzen vom 8. April 1918 dem Begriff der Ersatzlebensmittel gegeben ist, kann auf eine Erledigung der Anträge vor Wochen und Monaten nicht gerechnet werden. Die preußischen Ausführungsbestimmungen vom 18. April 1918 versuchen diesen Schwierigkeiten dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die Fabrikation (nicht aber den Absatz) während des Monats Mai allgemein noch zulassen, während in anderen Bundesstaaten auch diese Erleichterung nicht gewährt ist.

Da hier aber nicht nur Industrien in Frage kommen, die Waren auf Vorrat herstellen, sondern u. a. auch die gesamte Industrie alkoholfreier Getränke, die für den laufenden Tagesbedarf arbeitet, so ist die Schließung zahlreicher Betriebe am 1. Mai 1918 die Folge gewesen und die Lahmlegung der gesamten Industrie alkoholfreier Getränke mit ihren Hilfsbetrieben steht unmittelbar bevor, und damit ist nicht nur die Bedarfsdeckung der Zivilbevölkerung, sondern auch die der Rüstungsindustrie in Frage gestellt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, unverzüglich Anordnungen herbeizuführen, die eine Weiterarbeit dieser Industrien und den Absatz ihrer Erzeugnisse bis zur endgültigen Entscheidung der Genehmigungsanträge gewährleisten?: Bd. 324, Nr. 1531.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 4989B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Neumann-Hofer: Durch die Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 8. April 1918 sind unter den Begriff „Ersatzlebensmittel" im Sinne der Verordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 sämtliche alkoholfreien Getränke einschließlich ihrer Ausgangs- und Hilfsstoffe eingereiht worden, obwohl es sich hierbei zum größten Teil um Erzeugnisse handelt, die lange, zumeist viele Jahrzehnte vor dem Kriege unbeanstandet hergestellt und vertrieben worden sind und deren

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
272. Nahrungsmittel. Ersatznahrungsmittel (Fortsetzung).

Herstellungsverfahren vielfach einen hohen wirtschaftlichen Wert darstellen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, anzuordnen, daß solche Erzeugnisse, die lange vor dem Kriege unbeanstandet im Verkehr waren, nicht den für die bedenklichen Ersatzmittel vorgesehenen Weiterungen ausgesetzt werden und, falls dies nicht zu erreichen sein sollte, was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die wirtschaftlichen Schäden, die den Betriebsinhabern durch Preisgabe ihrer wertvollen Geschäftsgeheimnisse entstehen können, abzuwenden?: Bd. 324, Nr. 1573.

Bd. 312, 162. Sitz. S. 5048C. Beantwortet.

273. Nickel siehe unter II 258.

274. Nickelerzeugnisse. Höchstpreise:
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 17.
Nr. 107 S. 68.
Nr. 122 Anhang a 49.
Nr. 147 S. 83.

275. Notgeld siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 9.

276. Nudelfabrikate siehe unter II 271.

277. Nüsse. Einfuhr, Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 467, Anhang a 375.
Bd. 319, Nr. 403 S. 26.

278. Obst. Siehe auch unter II 52c, 254, 443a.
Entwicklung der Obst- und Gemüsefrage: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3540B.

a) Ausfuhr nach Holland:
Bd. 306, 15. Sitz. S. 257B, 258A.

b) Höchstpreise, Festsetzung.
Resolution des Haushaltsausschusses: Bd. 316, Nr. 113 unter IIf und
Resolution Albrecht u. Gen.: Bd. 316, Nr. 115 unter 6.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 248A.
18. Sitz. S. 331B. — Resolution des Ausschusses angenommen (Wortlaut unter II 172g).

Ferner:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 264.
Nr. 147 S. 37.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 365.
Bd. 319, Nr. 403 S. 48.
Nr. 443 Anhang a 421.
Nr. 480 unter B 47, 48.
Zu Nr. 480 S. 41, 68.
Bd. 320, Nr. 650 S. 37.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 612.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 722.
Nr. 1214 S. 41.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 860.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604D.
73. Sitz. S. 2065B.
Bd. 310, 113. Sitz. S. 3528D, 3543A.

Anfrage Dr. Trendel: 1. In Bayern wurden durch Verordnung vom 23. August 1916 anläßlich der guten Pflaumenernte Höchstpreise für Pflaumen festgesetzt: 15 Pfennige für das Pfund durfte der Bauer (Erzeuger) verlangen in Südbayern und Oberpfalz, 14 Pfennige in dem fränkischen Gebiet. Am 29. August wurden Reichshöchstpreise festgesetzt, die mit 5 bezw. 4 Pfennigen pro Pfund unter dem bayerischen Höchstpreis blieben. Anfangs März 1917 wurden nun in den Städten

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
278. Obst (Fortsetzung).

für getrocknete Pflaumen 2 Mark 30 Pfennige bis 2 Mark 80 Pfennige, in der Reichshauptstadt sogar 3 Mark 50 Pfennige bis 3 Mark 80 Pfennige pro Pfund gefordert.

2. Für Kirschen wurden am 3. Juli 1916 in Bayern als Erzeugerpreise festgesetzt: 38 Pfennige für Süßkirschen, 46 Pfennige für Sauerkirschen das Pfund. Fruchtsäfte aus Kirschen dagegen wurden in den Städten das Liter zu 8 Mark bis 8 Mark 50 Pfennige gegen einen Friedenspreis von 1 Mark 50 Pfennigen das Liter verkauft.

3. Dörrzwetschgen wurden im Herbste 1916 den Bauern abgenommen zu dem vorgeschriebenen Preise von 80 Mark. Dieselben Dörrzwetschgen wurden im Winter den militärischen Stellen um 200 Mark angeboten. — Vgl. Kriegswirtschaftl. Beilage zum „Neuen Münchener Tageblatt" vom 22. April 1917 Nr. 17. —

Ist dem Herrn Reichskanzler dieser Wucher mit Dörrobst und Fruchtsäften bekannt?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen eine solche unerhörte Preissteigerung zu tun?: Bd. 321, Nr. 763.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 864.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Höhe der Obstpreise findet weder in den Kreisen der Verbraucher noch in denen der Erzeuger Zustimmung, sie gibt vielmehr zu großen Bedenken und starker Mißstimmung Anlaß.

Wird dieser Tatsache bald Rechnung getragen?: Bd. 321, Nr. 1004.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1054.

Anfrage Dr. Hoppe: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß trotz der im allgemeinen überaus reichen Obsternte die Preise für Obst im Kleinhandel ganz unverhältnismäßig hohe sind, so daß es weiten Kreisen der Bevölkerung unmöglich ist, Obst zu erwerben?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solche Verhältnisse auf dem Obstmarkte herbeizuführen, daß es auch den minderbemittelten Volksklassen möglich wird, von der reichen Obsternte Nutzen zu ziehen: Bd. 322, Nr. 1096.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1138.

Anfrage Koenig: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei der im Mai und Juli d. J. auf Veranlassung des Reichsamts des Innern stattgefundenen Beratung über diese Frage die Vertreter der Arbeitgeber nicht nur eine Verständigung über ihre Lösung, sondern sogar jede Verhandlung mit den Angestelltenverbänden darüber abgelehnt haben?

Großhandelsaufschlag für Gemüse und Obst von 18 bis 20 Prozent auf zirka 80 Prozent erhöht. Die Folge davon ist scharfe Preissteigernng im Kleinhandel. Die Gemüse- und Obstpreise sind für den kleinen Mann unerschwinglich geworden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Vorsorge zu treffen, daß Gemüse und Obst nicht weiter zu Spekulationszwecken vom Markte ferngehalten wird?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß die durch die Maßnahmen der Reichsstelle für Gemüse und Obst geschaffenen unhaltbaren Zustände auf dem Gemüse- und Obstmarkt, insbesondere die neuerlich bewilligten Zuschläge für Großhändler, beseitigt werden?: Bd. 322, Nr. 1175,

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1243.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
278. Obst (Fortsetzung).

Lieferungsverträge, Schleichhandel: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3531 D.

c) Reichsstelle für Gemüse und Obst, Organisation, Aufgaben, Tätigkeit, Preispolitik:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 389.
Bd. 319, Nr. 403 S. 48.
Bd. 320, Nr. 650 S. 11, 39.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 43.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2093 C.

Zuziehung von Fachleuten: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3529 A.

d) Verkehrsregelung. Verarbeitung:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 295, a 330.
Bd. 319, Nr. 403 S. 48.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 732.
Nr. 1214 S. 42.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 861.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5007 C.

Beschlagnahme von Aepfeln und Pflaumen:
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 40, 69.
Bd. 320, Nr. 650, S. 37.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1801 C.
73. Sitz. S. 2065 B, 2072 B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3221 B.
106. Sitz. S. 3279 B.
107. Sitz. S. 3318 B.

Anfrage Dr. Trendel: Der bayerische Ernährungsbeirat hatte rechtzeitig einen großzügigen Plan für die Versorgung Bayerns mit Obst und Gemüse zu bestimmten Preisen entworfen und diese Versorgung vertraglich sichergestellt. Dieser Plan ist aber durch das verspätete, plötzliche, durch keinerlei Aufkaufsorganisation vorbereitete Eingreifen der Reichsstelle für Obst und Gemüse völlig zerstört worden.

Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler zu einer solchen Störung der normalen Versorgung eines so großen Reichsgebiets, wie es Bayern ist, ein?

Werden die vorher von der bayerischen Landeszentralbehörde festgesetzten Höchstpreise durch die späteren Höchstpreise der Reichsstelle einfach außer Kraft gesetzt, die eingegangenen Verträge also hinfällig? Bd. 320, Nr. 525.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 589.

Anfrage Dr. Trendel: Die Kriegsgesellschaft für Weinobsteinkauf gab auf Ansuchen bestimmte Mengen Mostobst zum Keltern frei. Vorher aber mußten die Keltereien für jeden Doppelzentner 2 Mark als „Fracht- und Preisausgleichssicherung" und 40 Pfg. als „Verwaltungsunkosten" an die Kriegsgesellschaft als Gebühren einsenden. Infolge der Beschlagnahme der Zwetschgen und Pflaumen konnte das bezahlte Recht der Kelterung nicht ausgeübt werden. Gleichwohl sind diese Gebühren nicht zurückbezahlt worden.

Sind diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler bekannt? Ist der Herr Reichskanzler bereit, zu veranlassen, daß die Gebühren für den nicht ausnutzbaren Teil des Kontingentes zurückbezahlt werden?: Bd. 320, Nr. 598.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 601.

Anfrage Dr. Quarck, Davidsohn: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach der Tageszeitung für Nahrungsmittel (Nr. 126, 1917) Ende Mai d. Js. in Berlin Verhandlungen zwischen Ver-

tretern der Regierung und Sachverständigen der Weinbranche stattgefunden haben, die sich um die Freigabe größerer Mengen von Beerenobst, Birnen, Aepfeln und vor allem Zucker für Weinbereitung drehten?

Was hat der Herr Reichskanzler dafür getan, angesichts der allgemeinen Gemüse- und Obstnot jene Obstvorräte der allgemeinen Volksernährung als dringend gebrauchtes Frischobst, Dörrobst, Konserven oder Marmelade zu erhalten und ihre Verwendung sowie die Verschwendung von Zucker zur Bereitung entbehrlichen Weins zu verhindern?: Bd. 321, Nr. 901.

Bd. 310, 115. Sitz. S. 3561 B, 3562 C. — Beantwortet.

Interpellation Antrick u. Gen.: Sind dem Herrn Reichskanzler die unerträglichen Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt und in der Kohlenversorgung bekannt?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Hausbesitzerorganisationen beschlossen haben, zum Nachteil auch der wirtschaftlich schwachen Mieter, namentlich auch der Familien von Kriegsteilnehmern, Steigerungen des Mietzinses um 10 bis 33 Prozent durch Kündigung der Mietsverträge durchzusetzen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Mißstände zu tun?: Bd. 321, Nr. 904.

Bd. 310, 113. Sitz. S. 3527 C. — Beantwortet, besprochen.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Wie im Jahre 1916 wird auch in diesem Jahre die Bevölkerung durch behördliche Maßnahmen um die gute Obsternte gebracht.

Die Obstgegenden haben große Vorräte von Obst. Dieses aber verdirbt in Massen, da der Mittelstand infolge der hohen Höchstpreise diese nicht bezahlen kann. So haben diese in Verbindung mit hohen Ausfuhrverboten und anderen lokalen Maßnahmen, die eine verständige Verteilung der Obstvorräte durch den Handel und durch die Erzeuger selbst verhindern, das Verderben großer Obstmengen zur Folge.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zur Beseitigung dieses Mißstandes zu tun, der dem deutschen Volke die Ernährungsschwierigkeiten noch künstlich zu vergrößern droht?: Bd. 321, Nr. 1001.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1053.

Anfrage Alpers: Durch unzweckmäßige Maßnahmen bei dem Transporte von Obst nach den Obstverwertungsstellen gehen große Mengen verloren. So sind z. B. nach dem in einem reichem Obstgebiete liegenden Stade unangeforderte große Obstsendungen aus den entferntesten Grenzgebieten gesandt worden und dort in verdorbenem Zustande eingetroffen. Abhilfe durch Beschwerden an zuständiger Stelle war nicht zu erlangen.

Gedenkt der Herr Reichskanzler durch rasche Maßnahmen solcher Vergeudung großer Obstvorräte Einhalt zu tun?: Bd. 322, Nr. 1098.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1141.

Ferner: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5679 C.

Einfuhr:

Bd. 319, Nr. 403 S. 25.

Bd. 320, Nr. 650 S. 18, 39.

Zollbefreiung für Obst siehe unter II 443a.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
278. Obst (Fortsetzung).

Petition des Verbandes deutscher Geleefabrikanten in Cöln — Sicherstellung einzuführender Rohstoffe für die Bereitung von Obstgelee nach den Anweisungen der fachmännisch beratenen Kriegsgesellschaften für Obstkonserven und Marmeladen —.

Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

e) Petition des Gewerkschaftskartells für das Waldenburger Industriegebiet in Waldenburg i. Schl. — Verbot der Verpachtung von Obstpflanzungen an den Kreis- und Provinzialchausseen, Ernte und Verkauf des Obstes durch die Kreise oder Gemeinden selbst.

Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

279. Obstkerne. Sammlung:

Bd. 320, Nr. 650 S. 58.

Bd. 322, Nr. 1214 S. 75.

280. Obstmus. Höchstpreise:

Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 265.
Nr. 147 S. 37.

Bd. 317, Nr. 225 S. 32.

281. Oelfrüchte, Oele, Fette.

a) Anbau von Oelfrüchten, Förderung:

Bd. 318, Nr. 371 Ziff. I 5 Ic, I 8o.

Bd. 319, Nr. 480 B Ziff. 69.

Zu Nr. 480 S. 22, 38.

Bd. 308, 61. Sitz. S. 1602 C.
62. Sitz. S. 1650 C.
74. Sitz. S. 2090 B.

Bd. 310, 106. Sitz. S. 3260 B, 3280 C.
107. Sitz. S. 3307 C.

Bd. 313, 185. Sitz. S. 5855 B, 5866 D, 5881 A, 5892 B, 5896 D.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zum Zwecke der Fettversorgung

a) den Anbau der Oelsaaten, vor allem des Rapses, durch Gewährung von Prämien für Anbaufläche oder abgelieferte Menge und durch Lieferung von Kunstdünger und durch andere Mittel so zu fördern, daß zum wenigsten eine Anbaufläche von 400000 Hektar erzielt wird, namentlich aber

b) in Anpassung an die verschiedenartigen Verhältnisse im Reiche grundsätzlich anzuordnen, daß jeder Haushalts- und Anstaltsvorstand, der über Garten- oder Ackerland verfügt, für den Kopf der Haushalts- oder Anstaltsangehörigen einschließlich des Gesindes und der Tagelöhnerfamilien je 1,5 Ar an Raps oder einer anderen Oelsaat beschlagnahmefrei bestellen und ernten darf,

c) anzuordnen, daß der übrige Raps, Mohn und dergleichen abzuliefern, den Ablieferern aber die gesamte Menge der erzielten Oelkuchen zurückzuliefern sind: Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 5.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119 A. — Erledigt durch Annahme des (nachstehenden) Antrags Dr. Ablaß: Bd. 325, Nr. 1722.

Antrag Dr. Ablaß u. Gen.: unter Ablehnung des Ausschußantrags Bd. 324, Nr. 1685 Ziffer 5 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den An-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
281. Oelfrüchte, Oele, Fette (Fortsetzung).

bauern von Raps, Rübsen, Mohn, Lein, Hanf, Dotter und Senf für abgelieferte 100 Kilogramm Oelsaaten auf ihren Antrag 60 Kilogramm Oelkuchen käuflich zu überlassen und außerdem ihnen einen Anspruch auf käufliche Ueberlassung von Oel nach folgender Skala einzuräumen:

Die ersten 20 Kilogramm sind dem Anbauer voll zu überlassen, darüber hinaus bei einer Ablieferung

bis 30 Kilogramm . . . . . $7\frac{1}{2}$ Kilogramm,
über 30 bis 50 Kilogramm 10 „
„ 50 „ 100 „ 15 „
„ 100 „ 500 „ 20 „
„ 500 „ 1000 „ 25 „
„ 1000 Kilogramm für je abgelieferte weitere 1000 Kilogramm 5 Kilogramm mehr.

Auf Antrag kann den Anbauern an Stelle von Oel eine der Ausbeute entsprechende Menge von Oelsaat belassen werden: Bd. 325, Nr. 1722.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6118 D. — Angenommen.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zur Aussaat von Raps und Rübsen möglichst große Mengen stickstoffhaltiger Düngemittel bis Ende Juli d. J. zum Selbstkostenpreise an die Anbauer geliefert werden: Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 6.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119 B. — Angenommen.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Wie stellt der Herr Reichskanzler sich zu dem zu erwartenden geringeren Anbau von Oelsaaten, nachdem die am 23. Juli d. J. gegebene Zusicherung von je 60 Pfund Samen für die Selbstversorger zurückgenommen worden ist?: Bd. 321, Nr. 1010.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1028.

Petition des Johannes Henn jr. in Hengstbacher Mühle — Vorschläge für den Anbau von Oelsaat, Flachs und Hanf sowie für Schaffung von Waldweiden für Schweine usw.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des Gustav Triebel in Neundorf (Anhalt) — Vorschläge für den Anbau von Oelsaaten zur Gewinnung von Pflanzenfetten u. a.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

b) Verkehr mit Oelen, Oelfrüchten und Erzeugnissen daraus; Verarbeitung; Höchstpreise; Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 190, Anhang a 46.
Nr. 107 S. 61, 63.
Nr. 146 Ziff. 237, 260, Anhang a 54, a 90.
Nr. 147 S. 17, 47, 49.
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 128.
Nr. 225 S. 44, 46.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 423, 474, Anhang a 251, a 283, a 314.
Bd. 319, Nr. 403 S. 25, 74, 77.
Bd. 320, Nr. 650 S. 57, 94, 96.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
281. Oelfrüchte, Oele, Fette (Fortsetzung).

Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 603.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 649, Anhang a 697, a 711, a 712.
Nr. 1214 S. 71, 74, 125.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 750.

Petition der Firma Heinrich Lauf in Düsseldorf, betr. Beschwerde über den Kriegsausschuß für Oele und Fette.
Ber. d. Ausschs. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1315.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Resolution des Haushaltsausschusses:
1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fetten regelt, anzuordnen;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß Fettkarten eingeführt werden, welche die Versorgung der Bevölkerung der Städte und Industriebezirke mit Butter und Speisefett regeln, sobald die Versorgung mit den nötigen Fetten gesichert ist: Bd. 317, Nr. 192 S. 64, 67.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519 B, 531 A.
28. Sitz. S. 578 A.
29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Abnahmestellen, Versagen: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4377 B.

Einfuhrregelung:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 332.
Nr. 225 S. 12.
Nr. 256 Anhang a 178, a 193.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 469.
Bd. 319, Nr. 403 S. 25, 77.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 451.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 734.

Petition des Julius Romich, Ingenieur und Nationalökonom in Charlottenburg — Entwurf zur Versorgung Deutschlands mit Fett, Begründung einer deutschen Oelindustrie.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. b.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Friedrich Wilhelm Neumann in Charlottenburg — Versorgung Deutschlands während eines Waffenstillstandes mit Fetten durch amerikanische Schiffe.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Versorgung Bayerns.
Anfrage Dr. Trendel: Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette hat von den seit seinem Bestehen von auswärts bezogenen Mengen an Oelen und Fetten an Bayern prozentual nur einen geringen Betrag überwiesen.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler für eine bessere prozentuale Versorgung Bayerns mit Oelen und Fetten zu tun?: Bd. 320, Nr. 524.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 632.

c) Rohfette, Beschlagnahme, Preise:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 336.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 210.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
281. Oelfrüchte, Oele, Fette (Fortsetzung).

Bd. 319, Nr. 403 S. 71.
Bd. 320, Nr. 650 S. 58.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 75.
Zollbefreiung siehe II 443a.

d) Speisefette. Sicherung der Versorgung, Verbrauch; Reichsstelle für Speisefette:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 441, Anhang a 263, a 333, a 374.
Bd. 319, Nr. 403 S. 68.
Nr. 443 Anhang a 434.
Bd. 320, Nr. 650 S. 51, 53.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 661.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 69.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2066B, 2073C.
74. Sitz. S. 2125C.
Einfuhrregelung:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 333.
Nr. 225 S. 12, 45.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 424.
Bd. 319, Nr. 403 S. 24.
Herstellung von Kunstspeisefett: Bd. 323, Nr. 1356, Ziff. 727, Anhang a 836.
Verbot der Fettersatzmittel:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 420.
Bd. 319, Nr. 403 S. 73.
Schmalzverkauf des Kriegsministeriums an die Firma Wertheim: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1668C.
Speisefette, verdorbene, Preise: Bd. 320, Nr. 650 S. 52.
Siehe auch unter II 61, 253.

e) Verwendung von Erdölpech, Oelen und Fetten zu gewerblichen Zwecken:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 134.
Nr. 73 S. 43.
Nr. 78 Ziff. 149.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 235, 238, 266.
Nr. 147 S. 80.
Bd. 317, Nr. 192 S. 67.
Nr. 196 Ziff. 293.
Nr. 220 Anhang a 141, a 142, a 169, a 175.
Nr. 225 S. 44, 47.
Nr. 256 Anhang a 181.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 374, 375.
Nr. 402 Ziff. 444, Anhang a 300, a 324.
Bd. 319, Nr. 403 S. 118.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 670.
Bienenwachs, Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 546.
Nr. 650 S. 97.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 613.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 123.
Oelgewinnung aus Bucheckern siehe II 59.
Getreidekeime, Fettgewinnung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223C.
Mineralöle, Erdwachs und Kerzen, Verkehrsregelung, Preise:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 546 Anhang a 539.
Nr. 650 S. 97.
Nr. 659 Anhang a 575, a 576.
Oelkuchen, Rückgewährung: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3308C.
Verkehr mit Terpentinöl und Kienöl, auch Holzpech und Holzteerpech:

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
281. Oelfrüchte, Oele, Fette (Fortsetzung).

Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 567, Anhang a 571.
Nr. 650 S. 92.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 654, a 656.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 123.
Wollfett, Höchstpreise:
Bd. 320, Nr. 650 S. 57.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 662.

f) Vorverkauf der Ernte des Jahres 1915, Verbot:
Bd. 315, Nr. 103 Anhang a 19, a 41.
Bd. 316, Nr. 107 S. 62, 63.

282. Oleum, Höchstpreise:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 454.
Nr. 650 S. 104.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 699, a 749.
Nr. 1214 S. 127.

283. Oelmühlen.
Nebenbetriebe zur Verfügung der Landwirte: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5892D, 5896D.
Anfrage Held, Heck: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Schließung der meisten Oelmühlen und die damit zusammenhängende Aenderung in der Oelversorgung der Produzenten in diesen Kreisen große Verbitterung hervorgerufen hat, wodurch der so dringend notwendige Anbau von Oelfrüchten für die Zukunft ganz außerordentlich gefährdet wird?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Hinblick auf den großen Fettmangel, eine schnelle Aufhebung oder Aenderung dieser Anordnungen nach der Richtung herbeizuführen, daß den Anbauern von Oelfrüchten die Selbstversorgung mit Oel in der bisher üblichen Weise überlassen bleibt?: Bd. 322, Nr. 1044.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3680C. — Beantwortet.
Anfrage Herzog: In zahlreichen Fällen vorschriftswidriger Handlungsweise des Müllers wird als Strafe die Schließung der Mühle auf eine bestimmte Zeit angeordnet.
Diese Methode findet auch Anwendung bei den zum Schlagen von Oel zugelassenen Mühlen.
Gestraft werden dadurch zwar auch die Schuldigen, nebenbei aber zahllose unschuldige Interessenten, die mit ihren Schlagscheinen der betreffenden Mühle zugewiesen sind. Bei der an sich schon großen Ueberlastung derartiger über weite Bezirke zerstreuter Mühlen müssen die Interessenten monatelang auf die Verarbeitung ihrer mühsam gezogenen Oelsaat zu Speiseöl warten, das in den Haushaltungen der in der Herbstbestellzeit sehr schwer arbeitenden Landarbeiter bei dem Fleisch- und Fettmangel besonders benötigt wird.
Sind dem Herrn Reichskanzler diese Mißstände, die in weiten Kreisen starke Mißstimmung erzeugen, bekannt, und ist er bereit, namentlich auch in Rücksicht auf die Verwertung der überreichen Bucheckernernte, darauf hinzuwirken, daß für die an sich notwendige Bestrafung schuldiger Müller Formen gewählt werden, die nicht zugleich die unschuldige Masse der Bevölkerung empfindlich mittreffen?: Bd. 325, Nr. 1928. — Unerledigt.
Stillegungen siehe II 360.

284. Opium und andere Betäubungsmittel. Handel:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 588.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 130.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

285. Papier, Karton und Pappe. — Siehe auch unter II 432 u. 330Bm.
Druckpapier für Zeitungen, Verkehrsregelung:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 835, Anhang a 748.
Nr. 1214 S. 145.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 843.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 898, a 919.
—, für Bücher, Sammelwerke usw.:
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 608.
Nr. 913 Anhang a 667.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 747.
Nr. 1214 S. 143.
—, Preise:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 474, a 537, a 563.
Nr. 650 S. 109.
Reichsstelle für Druckpapier, Tätigkeit:
Bd. 320, Nr. 650 S. 109.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 144.
Papierholz, Beschaffung, Reichsstelle für Papierholz:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 512, Anhang a 561.
Nr. 650 S. 109.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 702.
Nr. 1214 S. 145.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 827.

286. Pappenfabriken. Stillegungen siehe II 360.

287. Patentrecht.
Ausländische Patente, Gebührenzahlung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 24.
Nr. 44 S. 14.
Einschränkung der gewerblichen Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 182, Anhang a 26.
Nr. 107 S. 74.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 278.
Bd. 319, Nr. 403 S. 220.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 530, a 544.
Nr. 650 S. 176.
B,d. 321 Nr. 913 Anhang a 637.
B,d. 322 Nr. 1214 S. 258.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 842, a 848, a 849, a 865.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 878.
Erleichterungen für Patentinhaber auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts (Stundung der Gebühr; Fristenlauf):
Bd. 315, Nr. 26 S. 21.
Nr. 27 Ziff. 23.
Nr. 72 Ziff. 135.
Nr. 73 S. 6.
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 83.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 364.
Bd. 319, Nr. 403 S. 212.
Bd. 320, Nr. 650 S. 170.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 636, a 641.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 240.
Petition, betreffend Abänderung der kriegsministeriellen Bestimmungen über die Anmeldung gewerblicher Schutzrechte durch Heeresangehörige und Hilfsdienstpflichtige.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1515.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533 C. — Ueberweisung zur Erwägung.
Erleichterungen in ausländischen Staaten:
Bd. 315, Nr. 26 S. 22.
Nr. 44 S. 12.
Nr. 72 Anhang b.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes
287. Patentrecht (Fortsetzung).
Nr. 73 S. 7.
Nr. 78 Anhang a 3.
Bd. 316, Nr. 107 S. 8.
Nr. 147 S. 103.
Bd. 319, Nr. 443 Anhang a 419.
Gebührenzahlung, bargeldlose:
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 604.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 677.
Nr. 1214 S. 215.
Petition, betreffend Stundung der Patentgebühren:
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817, Ziff. II l.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Geheimhaltung von Patenten und Gebrauchsmustern im Interesse der Landesverteidigung, Kriegsrolle:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 660.
Nr. 650. S. 170.
Patentbehandlung in den feindlichen Staaten:
Bd. 315, Nr. 26 S. 88.
Bd. 316, Nr. 107 S. 74.
Vereinfachung des Verfahrens:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 578.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 238.
Verlängerung der Patentdauer: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1115 C.
Petition des Verbandes deutscher Erfinder in Hamburg, betreffend Verlängerung der Schutzdauer der Patente und Gebrauchsmuster, deren Ausnutzung durch den Krieg eingeschränkt ist.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. Ic 5.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C. — Ueberweisung als Material.
Petition, betreffend Verlängerung der Patentdauer und der Schutzfrist für Gebrauchsmuster:
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II h.
Bd. 312, 191 Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Petition, betreffend Anrechnung der Kriegszeit auf die Zeitdauer der Patente:
Müdl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II ee.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Petition, betr. Verlängerung des Musterschutzes behufs späterer allgemeinen gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit: Ber. d. Pet. Ausschs: Bd. 325, Nr. 1857. — Unerledigt.

288. Personenstand. Erneuerung vernichteter Standesregister:
Bd. 316, Nr. 164 Ziff. 275.
Bd. 317, Nr. 225 S. 104.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 212.
Bd. 319, Nr. 403 S. 212.
Beurkundung von Geburten und Sterbefällen Deutscher im Auslande:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 542.
Nr. 650 S. 167.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 773.
Nr. 1214 S. 247.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 911.
Eintragung unehelicher Kinder von Kriegsteilnehmern in das Geburtsregister:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 543.
Nr. 650 S. 169.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
288. Personenstand (Fortsetzung).

289. Petroleum. Absatz, Höchstpreise, Verteilung der Petroleumbestände, zeitweises Verbot:
Bd. 315, Nr. 26 S. 77.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 184.
Nr. 107 S. 67.
Nr. 146 Ziff. 243.
Nr. 147 S. 79.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 379, Anhang a 230.
Nr. 402 Anhang a 256, a 303, a 364, a 382.
Bd. 319, Nr. 403 S. 131.
Bd. 321, Nr. 733 Anhang a 594.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang 714.
Nr. 1213 Ziff. 692.
Nr. 1214 S. 139.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 899.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß bei der Verteilung des Petroleums zu Leuchtzwecken jene Gemeinden und Gehöfte bevorzugt werden, in denen keine Möglichkeit besteht, elektrisches Licht zu benutzen:
Bd. 317 Nr. 192 S. 74.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

290. Pfändungsgrenze siehe II 248.

291. Pferde.
a) Aushebung, Preise, Zuschläge, Preiswucher:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 462, Anhang a 368.
Bd. 319, Nr. 403 S. 145.
Nr. 480 unter B 21.
Zu Nr. 480 S. 12.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 506.
Nr. 659 Anhang a 572.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 792.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 914.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 284 C.
17. Sitz. S. 310 C.
18. Sitz. S. 325 A.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2060 B.
74. Sitz. S. 2090 C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5855 A, 5880 C, 5888 D, 5890 B.
Wertabschätzung durch Sachverständige, Vermeidung von Härten, Preisfrage, Entschädigungsverfahren:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046 A.
101. Sitz. S. 3070 A, 3078 D, 3079 B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3120 B.
110. Sitz. S. 3498 C.
Preise bei der Versteigerung im Königlichen Marstall:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3070 A.
Gestellung angemessenen Ersatzes:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046 A.
101. Sitz. S. 3070 A, 3078 D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 C.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
a) die in Betracht kommenden militärischen Instanzen zu veranlassen, daß diejenigen Besitzer von Pferden, denen im letzten Wirtschaftsjahr im Wege militärischer Pferdeaushebungen Pferde zur Verwendung für Heereszwecke genommen worden sind, durch die militärischen Stellen zu angemessenen Preisen Ersatz erhalten durch Hergabe kriegsunbrauchbarer, nicht mehr an der Front zu verwendender Pferde oder durch Pferde, die die Heeresverwaltung sich auf andere Weise beschafft hat;
b) weitere militärische Pferdeaushebungen, mit Rücksicht auf die kommende Frühjahrsbestellung und die Schwierigkeit einer Ersatzbeschaffung bis zu dieser Zeit, sofort einzustellen;
c) dahin zu wirken, daß durch Bundesratsverordnung festgesetzt wird, daß während des Krieges als Geldersatz für die ausgehobenen Pferde der durch Sachverständige festzustellende derzeitige Wert zu gewähren ist;
d) dafür Sorge zu tragen, daß die ausgehobenen Pferde innerhalb spätestens 14 Tagen bezahlt werden: Bd. 321, Nr. 766 unter II 14.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3070 A, 3078 D, 3079 D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 C. — Angenommen.
Anfrage Kleye: Der Reichstag hat am 16. Mai 1917 (Drucksache Nr. 766) beschlossen, „dahin zu wirken, daß durch Bundesratsverordnung festgesetzt wird, daß während des Krieges als Geldersatz für die ausgehobenen Pferde der durch Sachverständige festzustellende derzeitige Wert zu gewähren sei". Nach wie vor findet eine völlig ungenügende Vergütung bei der Aushebung von Pferden statt.
So ist nach Feststellung der Versammlung der Kreisdirektoren des Herzogtums Braunschweig bei der dort stattgefundenen letzten Pferdeaushebung nur ein Durchschnittspreis von 3147 Mark für das Pferd bezahlt worden. Nach der dem Herzoglichen Staatsministerium zu Braunschweig übermittelten Eingabe der Kreisdirektoren beträgt der jetzige Wert der dortigen schweren Arbeitspferde 7000 bis 8000 Mark.
Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um eine solche Benachteiligung weiter Kreise der Landwirtschaft zu verhüten?: Bd. 323, Nr. 1352.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4317 C. — Beantwortet.
b) Freihändiger Aufkauf für die Heeresverwaltung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5485 B.
Resolutionen zum Etat des Reichsheeres für 1918:
a) Graf v. Westarp u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die in Betracht kommenden militärischen Stellen zu veranlassen,
1. das für Heereszwecke notwendige Pferdematerial möglichst in freihändigem Aufkauf zu erwerben,
2. für den Fall, daß militärische Pferdeaushebungen stattfinden müssen, bei diesen Pferdeaushebungen bei der Preisbemessung den geltenden Marktpreis zugrunde zu legen oder mindestens 200 v. H. über den Friedenspreis zu gewähren,
3. im Falle militärischer Pferdeaushebungen die Bezahlung der Pferde sofort eintreten zu lassen oder, falls die Bezahlung nicht sofort eintreten kann, den Kaufpreis mit 2 v. H. über Reichsbankdiskont vom Tage der Wegnahme der Pferde ab zu verzinsen,
4. für die ausgehobenen Pferde durch Ueberweisnng kriegsunbrauchbarer Pferde oder Herbeischaffung von brauchbaren Pferden aus den östlichen Gebieten Ersatz zu angemessenen Preisen zu leisten: Bd. 324, Nr. 1644 unter I.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
291. Pferde (Fortsetzung).

β) Gröber (Laupheim) u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken,
1. daß der Heeresbedarf an Pferden in freihändigem Ankauf zu decken ist, daß aber, wenn Pferdeaushebungen nicht umgangen werden können, die jeweiligen Marktpreise, oder doch zurzeit 200 vom Hundert über den Friedenspreis gezahlt werden;
2. daß kriegsunbrauchbar gewordene Pferde unter Ausschaltung jedes wucherischen Zwischenhandels den Pferdehaltern in der Heimat wiederzugeführt werden und daß hierbei jene in jeder Weise bevorzugt werden, welche bei den Aushebungen Pferde hatten abgeben müssen: Bd. 324, Nr. 1651 unter 7 und 8.

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378 D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5437 B, 5449 A.
174. Sitz. S. 5464 B, 5485 B, 5489 C, 5490 B.
184. Sitz. S. 5846 D.

Zu a u b: Ueberweisung zur Erwägung.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß
a) die Heeresverwaltung das benötigte Pferdematerial tunlichst im Wege des freihändigen Aufkaufes erwirbt,
b) falls sich aber doch eine Pferdeaushebung nicht umgehen lassen sollte, die Preisfestsetzung sich möglichst an den geltenden Marktpreis hält oder zurzeit 200 Prozent über den früheren Friedenspreis,
c) für die unter b ausgehobenen Pferde aus dem Bestande der dienstunbrauchbaren Armeepferde Ersatz zu entsprechendem Preise geleistet wird:
Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 8 Ziff. a—c.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119 C. — Angenommen.

c) Zeitpunkt der Aushebung:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 21, 22.
Zu Nr. 480 S. 12, 43.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2060 C.
74. Sitz. S. 2107 D.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046 A.
101. Sitz. S. 3070 A, 3078 D, 3079 B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 C.

d) Petition des Tornier in Baumgarth (Kreis Stuhm), betreffend Beschwerde über die Verteilung der Pferdeaushebung im Kreise Stuhm.
Mündl. Ber. des Haush.-Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. III b 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.

e) Fohlen, Einfuhrbeschränkung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 445, Anhang a 310.
Bd. 319, Nr. 403 S. 144.

f) Verteilung ausgemusterter Beute- und Militärpferde, Bevorzugung der Großgrundbesitzer; Preistreibereien, Händlerunwesen:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 23.
Zu Nr. 480 S. 13.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 275 C.
26. Sitz. S. 534 C.
27. Sitz. S. 554 B.
28. Sitz. S. 586 D.
29. Sitz. S. 602 C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
291. Pferde (Fortsetzung).

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2047 A.
74. Sitz. S. 2108 A.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078 D.

g) Ernährung: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3252 C.

h) Anfrage Vogt (Hall): Die Pferdebestände beim Heere haben ganz außerordentlich unter der Räude zu leiden. Auch ist bedauerlicherweise schon ein Teil der in privatem Besitze befindlichen Pferde von der Räude befallen.

Die Knappheit an Gespanntieren ist so groß, daß bei einer Demobilmachung sowohl Industrie als Landwirtschaft von der Heeresverwaltung baldige Abgabe von Pferden verlangen wird.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der dann drohenden Gefahr einer allgemeinen Verräudung unserer Pferde- und Viehbestände entgegenzuwirken?: Bd. 324, Nr. 1517.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4901 C. — Beantwortet.

i) Siehe auch „Reichsheer" unter 34 b und 150.

k) Petition des Fr. Wilh. Neumann in Charlottenburg — Ueberweisung der gefallenen Pferde an Roßschlächtereien.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Pferdefleisch siehe II 112 u. 443a.

292. Pferdezucht. Rückgabe der Kaltblutstuten bei der Demobilmachung an die Züchter, Preisfrage:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5491 D.
175. Sitz. S. 5497 D.
184. Sitz. S. 5815 B.
Siehe auch „Reichsheer" unter 34 b u. 150.

293. Pferderennen. Aufhebung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5888 D.

Anfrage Dr. Heckscher, Dr. Blunck: Die mit den öffentlichen Pferderennen unzertrennlich verbundenen üblen Begleiterscheinungen, vor allem das maßlose Wetten, erwecken während der Kriegszeit in der Bevölkerung Unwillen und Erbitterung.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die öffentlichen Pferderennen bis zum Friedensschlusse in Deutschland zu untersagen?: Bd. 325, Nr. 1885. — Unerledigt.

Anfrage Dr. Wendorff: Westliche Rennvereine beabsichtigen die Verlegung ihrer Pferderennen nach Berlin-Grunewald. Das bedeutet eine vermehrte Inanspruchnahme der Eisenbahnen für Personen und Pferde, die zur Zeit des gesteigerten Bedarfs an rollendem Material zur Beförderung Erholungsbedürftiger, wie von Getreide und Kohle sehr bedenklich erscheint und die rechtzeitige, planmäßige Winterversorgung mit Nahrungs- und Feuerungsmitteln stören muß.

Ferner wird die Ernährung der großen Rennorte — Berlin, Hamburg u. a. — unnötig erschwert, ganz zu schweigen von den dieser Zeit unwürdigen Nebenerscheinungen, welche der Besuch der Rennplätze durch gewisse Kriegsgewinnler und ihre Begleiterinnen hervorruft.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Vorgänge bekannt und was gedenkt er dagegen zu tun? Ist er im besonderen bereit, dem mehrfachen Beschluß des parlamentarischen Ernährungsbeirats zu entsprechen und endlich die Abhaltung von Rennen

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
293. Pferderennen (Fortsetzung).

während des Krieges ganz zu verbieten?: Bd. 325, Nr. 1909. — Unerledigt.

294. Portefeuille-Industrie siehe II 245.

295. Postordnung, Protestfrist:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 537.
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 594, Anhang a610.
Nr. 913 Ziff. 631.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 678, Anhang a680.
Nr. 1213 Anhang a768.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 723.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a767, a907.
Siehe auch Post- und Telegraphenwesen unter XII.

296. Postversand von Lebensmitteln siehe II 61 c, 192, 241 g.

297. Preise. — Siehe auch II 172.
a) Aushang in Verkaufsräumen des Kleinhandels:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 172.
Nr. 107 S. 69.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 243B.
b) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, regelmäßig in nicht zu langen — einen Monat keinenfalls übersteigenden — Zeitabschnitten die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel, wie sie in allen kriegführenden und den wichtigeren neutralen Staaten bestehen, amtlich bekannt zu geben:
Bd. 317, Nr. 192 S. 29.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.
c) Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen um folgende Maßnahmen zu ersuchen: Festsetzung von Verkaufspreisen für von der Reichspreisprüfungsstelle als dringend notwendig erklärte Nahrungsmittel, insbesondere Reis und Hülsenfrüchte, die die Preise der Inlandswaren derselben Art nicht übersteigen. Entschädigung der Zentraleinkaufsgesellschaft durch das Reich für etwaige hieraus entstehende Verluste: Bd. 317, Nr. 195 unter II 4.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 704C. — Angenommen.
Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß die Regelung der Preise für Nahrungsmittel unter Berücksichtigung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes erfolgt: Bd. 324, Nr. 1685 Ziff. 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119A. — Angenommen.
Anfrage Waldstein: Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf den Erlaß einer Bundesratsverordnung hinzuwirken, welche dem Begriff „Gegenstände des täglichen Bedarfs" in den Verordnungen vom 23. Juli und 23. September 1915 die für die Sicherheit des Verkehrs und der Rechtspflege erforderliche Bestimmtheit gibt?: Bd. 321, Nr. 886.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 926.
Preisfestsetzung ohne Beschlagnahme und Bewirtschaftung der Waren: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2584D.
Forderung größerer Stetigkeit, Vermittlungsgebühren: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5854A.
d) Preisprüfungsstellen. Errichtung, Aufgaben, Tätigkeit, Treuhandbureau:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 227.
Nr. 147 S. 8.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a290.
Bd. 319, Nr. 403 S. 11.
Bd. 320, Nr. 650 S. 7.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 10, 11.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
297. Preise (Fortsetzung).

Bd. 306, 18. Sitz. S. 334A.
26. Sitz. S. 523A.
28. Sitz. S. 579C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1671A.
73. Sitz. S. 2059B.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3286A.
Maßnahmen der Preisprüfungsstellen gegenüber Ersatznahrungsmitteln: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3542B.
Reichsprüfungsstelle; Beirat; Zusammensetzung:
Bd. 316, Nr. 147 S. 4, 9.
Bd. 317, Nr. 192 S. 34.
Nr. 225 S. 7.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 466.
Bd. 319, Nr. 403 S. 12, 14.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 523C, 529C.
29. Sitz. S. 612A.
Siehe auch „Kriegsindustrie".
e) Preissteigerungen. Höhe, Ursachen:
Bd. 316, Nr. 147 S. 4.
Bd. 317, Nr. 192 S. 5.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 193B, 206A.
15. Sitz. S. 242B, 249A, 259A.
16. Sitz. S. 283D, 291D.
17. Sitz. S. 314A, 317C, 333D.
26. Sitz. S. 515B, 516B.
28. Sitz. S. 572D.
29. Sitz. S. 605D.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2092A, 2113D.
Nachträgliche Preissteigerungen:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 387.
Bd. 319, Nr. 403 S. 9.
Resolution des Haushaltsausschusses: Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Nahrungsmittel und aller Gebrauchsartikel bringt zahlreiche Familien der minderbemittelten Volksklassen in eine schwere Notlage.
Der Reichstag ersucht deshalb die verbündeten Regierungen:
α) alle Aufwendungen, die als besondere Vergütung (Frühdruschprämie, Schnelligkeitsprämie) zu den Grundpreisen für die zeitige Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten gewährt wurden, aus Mitteln des Reichs zu decken,
β) dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeinden — nötigenfalls mit Zuschüssen der Einzelstaaten und des Reichs — für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeiführen.
Bericht des Haushaltsausschusses: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36/37 unter I c 9.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.
Lebensmittelteuerung, Not der Arbeiter:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2540A, 2545A.
88. Sitz. S. 2570C.
89. Sitz. S. 2634D ff.
Preissteigerungen für angeblich ausländische Erzeugnisse:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IVh.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1596B.
62. Sitz. S. 1642A, 1656C.
Vergleich mit dem Auslande:
Bd. 317, Nr. 192 S. 5.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 520C, 522B.
27. Sitz. S. 547C, 550D.
28. Sitz. S. 573A.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2109A.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
297. Preise (Fortsetzung).

Anteil des Kleinhandels:
Bd. 306, 16. Sitz. S. 286B.
18. Sitz. S. 317C, 333C.
29. Sitz. S. 612B.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2065C.
Vorwurf des Wuchers: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2589C.
Kleinhandel, Einsprüche gegen Schleich- und Zwischenhandel: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4386A.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Preisfestsetzung für den Kleinhandel ist durch die behördlichen Kriegsmaßnahmen dauernd so ungünstig, daß der Kleinkaufmannsstand mit völliger Vernichtung bedroht ist.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Verhältnissen ein Ende zu machen?: Bd. 320, Nr. 647.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 724.
Industrie, Lieferungen. Einheitspreise, Schädigung kleiner Betriebe, Notwendigkeit einer Individualisiernng der Preise:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503B, 4517B.
146. Sitz. S. 4584A.
Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse siehe unter II 241.
Maßstab des ziffermäßigen Friedensnutzens: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4387A.
Preisbeschränkungsvorschriften, Wirkung: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4387D.
Spannung zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3214A, 3219B, 3226B.
106. Sitz. S. 3294D.
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4388A.
Preisüberschreitungen durch Verleitung amtlich legitimierter Personen, Spitzelunwesen, Getreideankäufe in Hohensalza: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5884D, 5904C.

f) Kriegswucher.
Maßnahmen gegen übermäßige P. im Handel; Untersagung des Handelsbetriebs, Bestrafung des Kriegswuchers; Versorgungsregelung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 77.
Nr. 44 S. 74.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 197.
Nr. 107 S. 69.
Nr. 146 Ziff. 208, 226, 227, 256.
Nr. 147 S. 8, 10.
Bd. 317, Nr. 225 S. 7.
Nr. 256 Ziff. 341.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 16.
Nr. 403 S. 8.
Nr. 480 unter B 15.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 11.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 59A.
14. Sitz. S. 230D, 238C.
15. Sitz. S. 243B, 249C, 259D.
16. Sitz. S. 279C, 289B, 295A.
26. Sitz. S. 524C.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 878A, 882B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1615B, 1619C, 1626B.
62. Sitz. S. 1636A, 1655A, C, 1658C.
73. Sitz. S. 2059B.
74. Sitz. S. 2104A.
Kettenhandel, Bekämpfung, Bestrafung:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 690.
Nr. 1214 S. 10.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 774.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
297. Preise (Fortsetzung).

Resolution Frhr. v. Gamp-Massaunen, Dr. Werner (Gießen), Frhr. v. Schele: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst alle zweckdienlichen Maßnahmen zur Unterdrückung des wucherischen Kettenhandels veranlassen zu wollen: Bd. 318, Nr. 393.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1647A, 1656D, 1686B. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 281, a 319.
Bd. 319, Nr. 403 S. 10.
Nr. 480 unter B 14.
Zu Nr. 480 S. 11, 43.
Siehe auch unter II 431.
Begriff des Wuchers:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2704C.
92. Sitz. S. 2713C, 2717D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491B.
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4389C.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5128A.
Begriff „angemessener Preis" und „übermäßiger Gewinn". Bericht des Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1850.
Anfrage Ebert, Molkenbuhr, Scheidemann: Nach Zeitungsberichten sind in dem Strafprozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden von der Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden die Grundsätze der Rechtsprechung über den Begriff des „übermäßigen Gewinnes" im Sinne der Kriegswucherverordnung als nicht maßgeblich für die Kalkulation bei den Lieferungen von Kriegsmaterial erklärt worden.
Beabsichtigen die verbündeten Regierungen einer Durchlöcherung der Kriegswucherverordnung zugunsten der Kriegsindustrie durch eine Ergänzung der Verordnung vorzubeugen?: Bd. 323, Nr. 1360.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4398B. — Beantwortet.
Petition des Deutschen Handelstags in Berlin, betreffend Vorschläge für die Auslegung und Anwendung der kriegsrechtlichen Verordnungen, die Strafbestimmungen gegen den Kettenhandel enthalten, und um scharfe Abgrenzung des Begriffs „Gegenstände des täglichen Bedarfs".
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I c 1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
Kriegswucherämter, Aufgaben, Zusammensetzung:
Bd. 319, Nr. 403 S. 11, 13.
Nr. 480 unter B 13.
Zu Nr. 480 S. 11.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, jede ungerechtfertigte, auf Bereicherungssucht beruhende Steigerung der Lebens- und Futtermittelpreise wirksam zu bekämpfen usw.: Bd. 316, Nr. 113 unter II c.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 330D. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: für das in § 1 der Verordnung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 vorgesehene Verfahren der Uebertragung des Eigentums von Gegenständen des täglichen Bedarfs sind neben den von der Landeszentralbehörde bezeichneten anderen

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
297. Preise (Fortsetzung).

Organen die Kommunalbehörden befugt: Bd. 316, Nr. 113 unter IIb
mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das in § 1 der Verordnung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 vorgesehene Verfahren der Uebertragung des Eigentums von Gegenständen des täglichen Bedarfs neben den von der Landeszentralbehörde bezeichneten anderen Organen den Kommunalbehörden zu übertragen: Bd. 316, Nr. 115 unter 3.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 244A, 252D.
18. Sitz. S. 330C. — Resolution des Ausschusses angenommen.
Ferner: Bd. 306, 26. Sitz. S. 525A.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, die Gemeinden und Kommunalverbände zu verpflichten, den Detailhandel mit Lebensmitteln streng zu kontrollieren und gewinnsüchtige Preistreibereien durch Festsetzung von Höchstpreisen zu unterbinden: Bd. 316, Nr. 113 unter IIg 3.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 331C. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um über die Ursachen der in der Kriegszeit eingetretenen Preissteigerungen der wichtigsten Lebensmittel und allgemeinen Bedarfsartikel und über den Anteil, den die Erzeuger, Verarbeiter, Groß- und Kleinhändler daran gehabt haben, volle Aufklärung zu schaffen und im Volke zu verbreiten: Bd. 316, Nr. 113 unter IIe.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 242C, 260B.
18. Sitz. S. 331A. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die mit der Preisfeststellung der Lebensmittel betrauten Kommunalverbände erhalten die Befugnis, von den bei der Bildung der Preise beteiligten Produzenten, Groß- und Kleinhändlern über die der Preisbildung zugrunde liegenden Tatsachen, sowie von den Verbrauchern über ihre Vorräte Auskunft zu fordern. Verweigerung der Auskunft oder unrichtige Angaben sind unter Strafe zu stellen: Bd. 316, Nr. 113 unter IIa
mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den mit der Preisfeststellung der Lebensmittel betrauten Kommunalverbänden die Befugnis zu erteilen, von den bei der Bildung der Preise beteiligten Produzenten usw. — gleichlautend wie vorstehend: Bd. 316, Nr. 115 unter 2.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 242D, 252D, 260B.
16. Sitz. S. 281D.
18. Sitz. S. 330B. — Resolution des Ausschusses angenommen.
Ferner: Bd. 306, 26. Sitz. S. 524D.
Resolution des Haushaltausschusses zum Etat für die Reichsjustizverwaltung für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Kriegswucher wirksam bekämpft, insbesondere die Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne in allen Fällen vorschreibt.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschusses: Bd. 320, Nr. 665 unter II 2.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669B, 2671A, 2672C, 2673C, D, 2676C, 2677C, 2680C, 2685B.
91. Sitz. S. 2691D, 2704C.
92. Sitz. S. 2713C, 2716A, 2717D, 2720B, 2721A. — Angenommen.
Siehe auch Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491B.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler erneut und dringendst zu ersuchen, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Kriegswucher aller Art wirksam bekämpft und insbesondere die Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne in allen Fällen vorschreibt, sowie ferner
α) dahin zu wirken, daß zum Schutze der Verbraucher und des reellen Kaufmannsstandes die wucherischen Preistreibereien des Schleichhandels mehr als bisher verfolgt und bei Bestrafungen besonders auf Rückerstattung, zumal soweit die festgesetzten Höchstpreise überschritten wurden, der Gewinne erkannt wird,
β) Maßnahmen zu treffen, daß auf Grund der Erfahrungen der Preisprüfungsstellen gemeinsam mit den Vertretern des Kaufmannsstandes willkürliche und ungerechtfertigte Preiserhöhungen für Lebensmittel und notwendige Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens verhindert werden und Höchst- oder Richtpreise festgesetzt werden.
Ber. des Haush. Ausschusses: Bd. 322, Nr. 1103 S. 37 unter Id 1. — Unerledigt.
Resolution Gröber von 1917, Revision des Kriegswuchergesetzes, Herausgabe der Gewinne, die bei Kriegslieferungen durch übermäßige Preise entstanden sind:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5116A, 5126B ff.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Seit dem Auftreten der schimpflichen Kriegswucherseuche ist verschiedentlich in den Verhandlungen des Reichstags eine kriegsmäßige Bestrafung des Wuchers, ein Kriegswuchergesetz gefordert worden.
Dahin zielte auch ein einstimmiger Beschluß des Reichstags bei den diesjährigen Haushaltsberatungen.
Ist endlich ein entsprechender Gesetzentwurf zu erwarten?: Bd. 321, Nr. 964. — Unerledigt.
Petition des G. Horst Sieber, Berlin-Steglitz: Aenderung der Gesetzesbestimmungen zur schärferen Bestrafung der Kriegswucherer.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition des Freien Handelsverbandes für Deutschland in Chemnitz, betreffend Vorschläge zur Abstellung von Mißständen bei der Durchführung der Bestimmungen gegen den Kriegswucher.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschusses: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. Ie 2.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
297. Preise (Fortsetzung).

Petition der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern in Mannheim, betreffend Vorschläge zur Abstellung von Mißständen bei der Durchführung der Bestimmungen gegen den Kriegswucher.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I b 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Freien Handelsverbandes für Deutschland in Chemnitz, betreffend Ausdehnung der Bestimmungen über den Kriegswucher auch auf die Kriegsgesellschaften.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. I c 4.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6102C. — Ueberweisung als Material.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): In den „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen" vom 15. August 1917 steht folgendes zu lesen:
Verzeichnis der Kriegswucherer.
Der Nummer 13 der „Presse-Nachrichten des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen (Sitz Neukölln)" vom 1. Mai 1917 entnehmen wir folgenden Artikel: „Verachtung den Wucherern über den Krieg hinaus":
Die „Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen" Lübeck, hat es sich auch zur Aufgabe gesetzt, möglichst alle Firmen und Personen zu vermerken, die heute die Zeit für gekommen erachten, um aus der herrschenden Notlage unangemessen hohe Gewinne einheimsen zu können. Die Liste soll nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für die kommende Friedenszeit von Wert sein. Nur mit der größten Rücksichtslosigkeit ist nämlich den Wucherern gegenüber ein Erfolg zu erzielen. Ihre Namen müssen auch noch nach dem Kriege jederzeit mit Verachtung genannt werden. Die Wucherer sollen doch ja nicht glauben, daß, wenn erst einmal der Friede wieder eingekehrt ist, man ihre Verbrechen mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken wird und sie ungeschoren den dem Volke abgepreßten Wuchergewinn genießen können. Mit Fingern muß man im Frieden auf sie deuten als den inneren Feind, der sich nicht gescheut hat, in den schwersten Zeiten, die je das deutsche Volk heimgesucht haben, den Volksgenossen heimtückisch in den Rücken gefallen zu sein. Beiträge für die Liste, insbesondere Nachrichten über Verurteilung und Ausschaltung von Wucherern aus dem Handel, wolle man unverzüglich der eingangs genannten Zentralstelle übersenden.
Gedenkt die Reichsleitung die genannte Zentralstelle bei ihrem Vorhaben auf Grund des vorhandenen amtlichen Materials zu unterstützen, oder ist sie zu selbständigem Vorgehen in gleicher Richtung bereit?: Bd. 321, Nr. 994.
Schriftliche Antwort: Bd 322, Nr. 1166.

Eingabe des Ausschusses des Deutschen Handelstags vom 27./28. Oktober 1916, betreffend angemessenen Preis und übermäßigen Gewinn, soweit sie die Anhörung der zuständigen Handelskammern als Sachverständige auch im Vorverfahren verlangt:
Ber. d. Ausschs. für Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1850. — Unerledigt.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
297. Preise (Fortsetzung).

Eingabe, betr. die Frage des Marktpreises und die Grundsätze für die Angemessenheit der Preise:
Ber. d. Ausschs. für Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1850. — Unerledigt.

Bekämpfung des Wuchers, Schwierigkeiten:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3360C.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3951A.
133. Sitz. S. 4147A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5435A.

—, durch rationelle Bewirtschaftung der Lebensmittel:
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973A, 3980A, 3981D.
134. Sitz. S. 4156A.

Kriegswucher, Kriegswucherverordnung, Reform, Preistreiberei, Höchstpreisüberschreitung, Einziehung übermäßigen Gewinns:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5116A, 5125A, 5127D.
165. Sitz. S. 5148D.

—, Strafbestimmungen, Bedenken gegen die Verordnung, Interessen des Handels und der Produzenten, Einzelbestimmungen:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3279C.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5127B, 5128Aff.
165. Sitz. S. 5148D.

—, Gefahren für den „ehrbaren Kaufmann", Außerkrafttreten mit dem Frieden: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4250D.

Beteiligung der Juden an den Wuchergeschäften während des Krieges: Bd. 309, 92. Sitz. S. 2716A, 2717D, 2719B, 2720C.

Petition des Fritz Bronsart v. Schellendorff in Berlin-Wilmersdorf, des C. Ernst, Kunstmaler und Graphiker in Berlin, — Erlaß von Bestimmungen, wonach die Nahrungsmittelrationen für die minderbemittelte Bevölkerung umsonst und für die bemittelte Bevölkerung zu Preisen abgegeben werden, die auf Grund der Steuerveranlagung abgestuft sind.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der Berta Gareis in Benrath (Rhein) — Beschwerde über die Lebensmittelverteuerung in Benrath.
Mündl. Ber. d. Ernährungsaussch.: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.

298. Presse siehe unter II 432.

299. Raps siehe unter II 281.

300. Rechtsanwälte. Stellvertretung:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 334.
Bd. 319, Nr. 403 S. 211.
Siehe auch „Anwaltskammern", „Gerichte".

301. Rechtsschutz für Kriegsteilnehmer siehe unter „Grundbesitz", „Kriegsteilnehmer".

302. Reichsbekleidungsstelle siehe unter II 409c.

303. Reichsentschädigungskommission.
Entwicklung, Stellung der als Beamte beschäftigten Offiziere des Beurlaubtenstandes: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3464A, 3465C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
303. Reichsentschädigungskommission (Fortsetzung).
Grundstück Viktoriastr. 34 in Berlin, Frage des etatsrechtlichen Ankaufs, Vollendung und Ausbau für die Reichs-Entschädigungskommission: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2949D, 2951B.
304. Reichsbranntweinstelle siehe unter II 52g.
305. Reichsfuttermittelstelle siehe unter II 121d, 250.
306. Reichsgetreidestelle siehe unter II 139i.
307. Reichskommissar für Uebergangswirtschaft siehe unter II 390d.
308. Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise siehe unter II 297d.
309. Reichsstelle für Kartoffelversorgung siehe II 189c.
310. Reichsstelle für Speisefette siehe unter II 281b.
311. Reichsstempelabgaben. — Siehe auch „Reichsstempelabgaben".
Befreiung von der Reichsstempelabgabe zugunsten der Kriegskredit- und Kriegsrohstoffgesellschaften:
Bd. 315, Nr. 26 S. 27.
Nr. 27 Ziff. 12, 29.
— bei Hypothekenpfandbriefen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 27.
Nr. 27 Ziff. 27.
— bei gewissen Inhaber-Schuldverschreibungen (Kreditbriefe):
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 123.
Nr. 73 S. 8.
— bei Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen öffentlich rechtlicher Kreditanstalten: Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 596.
— bei Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 525.
Nr. 650 S. 157.
— vom Warenumsatzstempel bei Warenlieferungen der Bundesstaaten, Gemeinden usw. zur Lebensmittelversorgung und beim Ankauf von Goldsachen für die Reichsbank:
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 506.
Nr. 650 S. 156.
Erstattung für Kraftfahrzeuge: Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 8.
Steuerfreie Abstempelung ausländischer Wertpapiere gemäß § 14 Abs. 3, Gültigkeitsdauer der Bescheinigungen:
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 99.
Nr. 147 S. 99.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 526.
Nr. 650 S. 150.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 648.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 194.
312. Reichswirtschaftsamt siehe unter II 390.
313. Reichszuckerstelle siehe unter II 447c.
314. Reis.
Verkehrsregelung, Beschlagnahme, Preisfeststellung:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 142.
Nr. 73 S. 35.
Bd. 316, Nr. 147 S. 28.
Bd. 317, Nr. 225 S. 22.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 33.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 270C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1597D.
Entschädigung der Händler für die Beschlagnahme: Bd. 317, Nr. 192 S. 50.
315. Rindvieh siehe unter II 399.
316. Roggen siehe unter II 139.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes. (Fortsetzung).
317. Rohstoffe.
Beschlagnahme, Entschädigung: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2552C.
— Nachträgliche Einziehung der Differenz zwischen Einkaufs- und Höchstpreis: Bd. 312, 160. Sitz. S. 4994A
Rohstoffversorgung:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378D.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5485A.
175. Sitz. S. 5503B.
— der Textilindustrie, Forderung einer Aenderung: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5042D.
Zollbefreiung siehe unter II 443a.
318. Rosinen und Feigen. Einfuhr.
Petition des Fz. Hennighaußen in Nürnberg: Einfuhr von getrockneten Rosinen und Feigen aus der Türkei durch den freien Handel.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.
319. Rotguß siehe unter II 258.
320. Rüben. Siehe auch unter II 52c, 58.
Anbau von Kohlrüben; Ersatz für Kartoffeln:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 489.
Nr. 650 S. 34.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2119D.
Höchstpreise:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 448.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 686.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2065C.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3269A, 3288A.
Kohlrübensamen, Einfuhr: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3360B.
Rübenpflänzchen für die menschliche Ernährung: Bd. 310, 113. Sitz. S. 3545D.
321. Saatgut siehe unter II 139k.
322. Säcke. Verkehrsregelung; Uebernahmepreise; Reichssackstelle:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 448, Anhang a 316, a 317, a 318, a 342.
Bd. 319, Nr. 403 S. 109.
Nr. 443 Anhang a 423.
Bd. 320, Nr. 650 S. 87.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 117.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 725.
Siehe auch unter II 443a.
323. Salzabgabe.
Erlaß für die Verwendung von Salz in der Fischindustrie:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 89.
Nr. 44 S. 28.
— für die Verwendung von Salz zum Einsalzen von Garneelen:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 168.
Nr. 107 S. 21.
324. Salzfische, Salzheringe siehe unter II 107.
325. Sämereien. Handel, Regelung:
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 468.
Nr. 650 S. 10.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 809.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 885.
—, landwirtschaftliche Einfuhr: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 884.
326. Sauerkraut siehe unter II 131g.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

327. Schafe.
Förderung der Schafhaltung, Preise:
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3307B, 3323C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5854D.
Anfrage Astor: Durch den Krieg ist erwiesen, daß unsere Schafzucht und Wollproduktion vermehrt werden muß.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu diesem Zweck zu tun?: Bd. 321, Nr. 785.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3145D. — Beantwortet.

328. Schauspielunternehmen, Bedürfnisnachweis:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 658.
Nr. 1214 S. 260.

329. Scheckrecht siehe unter II 411.

330. Schiedsgerichte, Schlichtungsausschüsse über Arbeiterfragen siehe „Schiedsgerichte".

331. Schiffahrt siehe unter II 390a und „Schiffahrt".
Schiffsregister und Hilfskriegsschiffe. Vermerk über Verwendung eines Kauffahrteischiffes als Hilfskriegsschiff:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 614.
Bd. 322, Nr. 1213 S. 249.

332. Schlachtverbote siehe unter II 399.

333. Schleichhandel siehe II 243g.

334. Schmalz siehe unter II 281d.

335. Schneidergewerbe. Arbeitslosenunterstützung siehe unter „Konfektionsindustrie".
Ausschluß von Kriegslieferungen im Gegensatz zur Heranziehung jüdischer Firmen durch das preußische Kriegsministerium:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4348D.
140. Sitz. S. 4378B.
— durch die Reichsbekleidungsstelle: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4359D.

336. Schokolade.
Bestandsaufnahme:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 265.
Bd. 319, Nr. 403 S. 25, 58.
Einfuhr: Bd. 318, Nr. 283 Anhang a221, a233.
Herstellung, Milchverbot usw.:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 282, Anhang a129.
Nr. 220 Ziff. 328.
Nr. 225 S. 37.
Nr. 256 Anhang a 177.
Bd. 319, Nr. 403 S. 52.
Zu Nr. 480 S. 70.
Unterstützung arbeitsloser Arbeiter der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1230B (Petition).
Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 650 S. 43.
Bd. 322, Nr. 1214 S, 33, 52.

337. Schönfärbereien und chemische Waschanstalten.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Kriegsamt der Kohlenersparnis wegen den weitaus größten Teil der Schönfärbereien und chemischen Waschanstalten schließen will? Ist ihm ferner bekannt, daß es sich dabei überwiegend um kleine und kleinste Betriebe handelt, die meist durch die Arbeit der Familie aufrecht erhalten werden, und daß diese Betriebe bei der herrschenden Stoffknappheit und der ungeheuren Verteuerung der Kleidungsstücke für die Arbeiter und den geringen Mittelstand in

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
337. Schönfärbereien und chemische Waschanstalten (Fortsetzung).
volkswirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung ein dringendes Bedürfnis sind?
Da der Kohlenverbrauch der genannten Betriebe bekanntlich sehr gering ist, frage ich mit dem Ersuchen um schriftliche Antwort, was der Herr Reichskanzler hier zu tun gedenkt?: Bd. 321, Nr. 1034.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1132.

338. Schuhwarenindustrie. — Siehe auch unter II 133, 245, 360.
Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk. Verkaufsregelung, Preisbeschränkungen; Ledererersatz, Verbot untauglicher Stoffe:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 414, Anhang a 277, a 386.
Bd. 319, Nr. 403 S. 115, 116.
Nr. 443 Ziff. 481, 497, Anhang a 402, 432.
Bd. 320, Nr. 650 S. 90.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a 602.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 648.
Nr. 1214 S. 118.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 883.
Anfrage v. Brockhausen, Graf v. Carmer, Gebhardt, Rupp (Baden): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der herrschende Mangel an Schuhwerk und die unerschwinglich hohen Preise den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen es unmöglich machen, bei Eintritt kälterer Witterung sich das nötige Schuhwerk zu beschaffen, so daß die Land- und Forstwirte mit Sorge der Zeit entgegensehen, wenn die für das Volksganze so wichtigen Hackfrüchte geborgen und das zur Heizung erforderliche Holz gewonnen werden soll?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die nötigen Stiefel und Schuhe zur Verfügung gestellt werden, eventuell aus den zurückgestellten Beständen der Heeresverwaltung?: Bd. 325, Nr. 1703.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5967D. — Beantwortet.
Schuhsohlen, Verkehrsregelung:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 706.
Nr. 1213 Anhang a 800.
Nr. 1214 S. 119.
Schuhwaren, getragene, Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a515, a516, a517.
Nr. 650 S. 86.
Petition, betreffend Aufhebung des Verbots des Handels mit getragenem Schuhwerk für Handwerksmeister.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1833. — Unerledigt.
Einfuhr siehe unter II 409.
Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 583, Anhang a 603.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 666, Anhang a 703, a 709.
Nr. 1214 S. 95, 99.
Anfrage Malkewitz: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Bundesratsverordnung über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 236) dazu benutzt wird, den auf dringende Empfehlung der Reichs- und

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
338. Schuhwarenindustrie (Fortsetzung).

Staatsbehörden gegründeten Handwerkerlieferungsgenossenschaften jede maschinelle Teilarbeit an dem zu liefernden Heeresschuhzeug zu untersagen und so das Schuhmacherhandwerk schwer zu schädigen?

Wie ist diese Maßnahme mit dem regierungsseitig geförderten Streben des Handwerks auf Anschaffung von Kleinmaschinen zur Hebung der handwerklichen Leistungsfähigkeit zu vereinbaren?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die amtlichen Beschaffungsstellen der Heeresverwaltung von diesen, die Arbeitsfreudigkeit des Handwerks und seine wirtschaftlichen Belänge schwer schädigenden Maßnahmen zurückzuhalten?: Bd. 321, Nr. 982.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1021.

Anerkennung der Betriebsgemeinschaft: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5039C.

Reichsstelle für Schuhversorgung: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 746.

Ersatz-Holzsohlen.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Um dem Mangel an Leder abzuhelfen, hat man den Bezug von Ersatz-Holzsohlen vorgesehen, die man dem Schuhmachergewerbe aufnötigt.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß für diese Holzsohlen insbesondere in Gestalt von Holzsandalen geradezu wucherische Preise (500 bis 600 Prozent, ja noch höher) ohne Einschreiten des Wucheramts, behördlicherseits gedeckt, verlangt werden?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Mißstande der Bewucherung des Volkes entgegenzutreten?: Bd. 321, Nr. 1006.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1036.

339. Schwefel. Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 501, Anhang a 449.
Nr. 650 S. 103.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 854.

340. Schwefelkies. Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 650 S. 104.
Nr. 659 Anhang a 570.

341. Schwefelsäure. Sicherung der Rohstoffe für die Erzeugung, Preisfestsetzung:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 269, Anhang a 104.
Nr. 147 S. 77.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 201, a 208.
Bd. 319, Nr. 403 S. 137.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 454.

Auskunftserteilung für Berechnung der Umlage:
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 135, a 155.
Bd. 319, Nr. 443 Anhang a 433.

Höchstpreise:
Bd. 320, Nr. 650 S. 104.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 699, a 749.
Nr. 1214 S. 127.

342. Schweine.
a. Bestand:
Bd. 315, Nr. 26 S. 68.
Nr. 44 S. 58.
Nr. 49 Ziff. 120.
Nr. 73 S. 45.
Bd. 316, Nr. 117 S. 15.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 21.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1599D.
62. Sitz. S. 1639B.
65. Sitz. S. 1756B.
74. Sitz. S. 2105A.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
342. Schweine (Fortsetzung).

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald die rascheste Ermittlung der Bestände an Schweinen und Kartoffeln nach dem 15. März 1915 zu veranlassen: Bd. 315, Nr. 56 unter IIb 5.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 123D. — Angenommen.

b. Handel, Regelung:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 764, a 779.
Nr. 1214 S. 56.

c. Preise, Höchstpreise; Preisfestsetzung:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 108.
Nr. 44 S. 57.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 255.
Nr. 147 S. 42.
Nr. 164 Ziff. 278.
Bd. 317, Nr. 192 S. 62.
Nr. 220 Ziff. 320.
Nr. 225 S. 39.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 54.
Zu Nr. 480 S. 18.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 746.
Nr. 1213 Anhang a 813.
Nr. 1214 S. 53, 55.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 287B.
26. Sitz. S. 532B.
27. Sitz. S. 555C, 564B.
28. Sitz. S. 584C, 592B.
29. Sitz. S. 604B.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1640B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3214C, 3222A.
106. Sitz. S. 3288C, 3294A.
107. Sitz. S. 3307A, 3311B, 3314B, D, 3323B.

Antrag des Ernährungsausschusses: Bei den Schweinen sind die Gewichtsstufen unter 75 Kilogramm einheitlich zu bewerten und für die höheren Gewichtsstufen sind entsprechend höhere Preise festzusetzen: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 3.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Höchstpreise für Ferkel:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IIe, 6c 3, 7p.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601A.
62. Sitz. S. 1640C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5854C.

Preisfestsetzung für ausländisches Schweinefleisch:
Bd. 316, Nr. 164 Ziff. 278.
Bd. 317, Nr. 225 S. 41.

d) Schlachtung; Sicherstellung von Fleischvorräten (Dauerware):
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 92, 108.
Nr. 44 S. 55.
Nr. 72 Anhang a 1.
Nr. 73 S. 46.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 171.
Nr. 107 S. 50.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes alsbald zu veranlassen, daß Schweine in genügender Zahl abgeschlachtet und zu Dauerware verarbeitet werden, um der übermäßigen Kartoffelverfütterung zu begegnen und die zukünftige Versorgung mit Fleisch zu fördern; zu diesem Zwecke

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
342. Schweine (Fortsetzung).

a) ist durch die Gemeindevorstände unter Zuziehung Sachverständiger festzustellen, welche Schweinebestände in erheblichem Umfange durch Verwertung menschlicher Nahrungsmittel, besonders Eßkartoffeln, erhalten werden,

b) sind diese Bestände zur Abschlachtung zum Zwecke der Kommunalversorgung heranzuziehen unter Gewährung von Preisen, die den Erzeugungskosten entsprechen, wobei für leichtere Schweine ein entsprechend höherer Vergütungssatz zu zahlen ist,

c) ist für die Bereitstellung von Futtermitteln zur Erhaltung eines genügenden Schweinebestandes durch Beschlagnahme sämtlicher im Inlande im Handel befindlichen Futtermittel und deren Verteilung an die Viehbesitzer zu sorgen: Bd. 315, Nr. 56 unter II a 7.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 74 B.
8. Sitz. S. 123 D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 306, 26. Sitz. S. 533 A.
27. Sitz. S. 540 A.
28. Sitz. S. 571 B, 583 C, 591 C.
29. Sitz. S. 595 C, 607 C, 613 C, 614 B.

Folgen der Abschlachtung:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185 A, 190 C, 203 B.
16. Sitz. S. 287 B.
17. Sitz. S. 311 C.
28. Sitz. S. 583 D, 592 A.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1665 B.

Ferkel, Abschlachtung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5895 D.

Schlachtung, heimliche Abschlachtungen:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3222 A, 3241 D.
106. Sitz. S. 3253 A.

Verarbeitung der Schweine zu Konserven:
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519 A.
28. Sitz. S. 584 D.

Hausschlachtungen siehe unter II 399 e.

e) Schweinezucht, Erhaltung, Förderung:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 53, 57.
Zu Nr. 480 S. 19.
Bd. 306, 28. Sitz. S. 583 B, 584 A.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2105 D.

Lieferung von Futtermitteln für die Zucht:
Bd. 319, Nr. 480 unter A 3, B 60 c, 78 a, d.
Zu Nr. 480 S. 19, 23, 103.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2067 C, 2073 C.
74. Sitz. S. 2098 C, 2105 D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3315 D.

Petition des Wilhelm Brust in Diedenhofen, betr. Vorschläge für die Schweinezucht und Schweineschlachtung.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Mastverträge: Bd. 322, Nr. 1214 S. 88.

Mastverträge der preußischen Regierung mit Schweinemästern:
Bd. 317, Nr. 192 S. 21.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 534 B.
28. Sitz. S. 585 B.

Mastverträge. Bremer System: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3318 C.

Streckung der von der Militärverwaltung gelieferten Futtermittel durch die Landwirtschaftskammer Hannover, Verkauf der über die Vertragszahl gemästeteten Schweine zu Höchstpreisen:
Bd. 306, 28. Sitz. S. 585 D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1619 D.
62. Sitz. S. 1644 D.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3316 C.

Petition des Heinrich Kunicke in Rothenburg (Oder), betreffend Vorschläge für Schweinemast, Festsetzung von Höchstpreisen und Festsetzung von Fischpreisen.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Mästungsverträge einzelner Städte mit landwirtschaftlichen Verbänden: Bd. 308, 62 Sitz. S. 1648 D, 1666 A.

Pensions-(Vereins-)Schweine:
Bd. 319, Nr. 480 unter 60 c.
Zu Nr. 480 S. 19, 34, 79.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1797 A.
73. Sitz. S. 2067 D.
74. Sitz. S. 2122 D.

8090 krepierte Schweine auf dem Zentralviehhof in Berlin, Verschulden der Militärverwaltung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5875 B.

f) Zählungen siehe unter II 400.

343. Schwer- und Schwerstarbeiter.
Unterscheidung zwischen Schwerstarbeitern und Schwerarbeitern und Normalarbeitern, nachteilige Folgen für die Friedensindustrie: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2551 B.

Schwerarbeiter, Versorgung mit Kartoffeln usw.:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1750 D.
66. Sitz. S. 1798 C.

Zusatzkarten für alle wichtigen Nahrungsmittel:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 7 k.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1596 A, 1632 B.
73. Sitz. S. 2055 A, 2059 B.

Siehe auch unter II 189 c.

Anfrage Dr. Bärwinkel: Von einigen Kriegsämtern ist angeordnet worden, daß die Arbeitgeber ihre Schwerstarbeiter alle 14 Tage dem Kommunalverbande zu melden und dabei die Richtigkeit ihrer Angaben eidesstattlich zu versichern haben. Andere Stellen verlangen gleichfalls in ganz minderwichtigen Angelegenheiten die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die häufige Abgabe eidesstattlicher Versicherungen, durch die ihr Wert und ihre Bedeutung gemindert zu werden Gefahr läuft, einzuschränken?: Bd. 323, Nr. 1298.

Ich ergänze die Anfrage dahin:
Die Anordnungen, auf welche sich die Anfrage bezieht, sind von Kriegsamtsstellen und Kriegswirtschaftsstellen getroffen worden: Bd. 323, Nr. 1325.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1619.

Petition des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Chemnitz und Genossen — Zuweisung derjenigen Lebensmittelmengen an kaufmännische und technische Angestellte, die den Schwerarbeitern in Sachsen zugewiesen werden.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
343. Schwer- und Schwerstarbeiter (Forts.).

Petition des W. Schlicht in Schötmar, betreffend Gewährung der Schwerstarbeiterzulage.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. I b.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Ueberweisung zur Erwägung.

344. Seemuscheln siehe unter II 107.

345. Seesäugetiere (Walfisch, Robben, Tümmler), Einfuhr: Bd. 320, Nr. 659 Anhang a 569.

346. Seeversicherungsgesellschaft, deutsche, von 1914: Bd. 315, Nr. 26 S. 33.

347. Seife, Wasch- und Reinigungsmittel. Einfuhr, Verkehrsregelung usw.:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 332.
Nr. 225 S. 12.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 371, Anhang a 219, a 232.
Nr. 402 Ziff. 444, Anhang a 299, a 300, a 324, a 362.
Bd. 319, Nr. 403 S. 120.
Nr. 443 Ziff. 488, Anhang a 417.

Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft in der Seifenindustrie:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 623.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 704.
Nr. 1214 S. 101.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Anordnungen der neu geschaffenen Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft haben in den Kreisen der mittleren und kleineren Seifenhersteller große Beunruhigung hervorgerufen.
Zahlreiche Seifenfabriken verfallen der Stillelegung; ihre Einrichtungen bleiben unbenutzt, während bevorzugte Großbetriebe, die seither noch nicht für alle Waschmittel eingerichtet waren, erst die hierzu notwendigen Anschaffungen machen müssen.
Ernste, sachliche Beschwerden der in Frage kommenden Kreise werden dazu von amtlicher Seite nicht beantwortet oder nicht genügend beachtet.
Schließlich bedeutet die Verpflichtung, Kundenlisten einzuschicken und die Herstellungsweise anzugeben, den Zwang zur Offenlegung wichtiger Geschäftsgeheimnisse für den Wettbewerber.
Mit dem Ersuchen um schriftliche Antwort frage ich den Herrn Reichskanzler, was er zu tun gedenkt, um so weitgehende Schädigungen wertvoller Betriebe zu verhindern?: Bd. 321, Nr. 1005.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1040.

Verkehrsregelung, Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, Tätigkeit:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 501.
Nr. 650 S. 93.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 634, a 671.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 719.
Nr. 1214 S. 120.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 850.

Zusatzseifenkarten:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 501.
Nr. 650 S. 93.

Sonderzuteilung von K. A. Seife: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 900.

Fettlose Waschmittel, Begriffsbestimmung:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 627.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 122.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
347. Seife, Wasch- und Reinigungsmittel (Fortsetzung).

—, Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 650 S. 92.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 622.
Bd 322, Nr. 1214 S. 122.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 917.

348. Seifenfabriken, Stillegungen, siehe II 360.

349. Seilerwaren. Preisbeschränkung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 415.
Bd. 319, Nr. 403 S. 109.

350. Silber und Silberwaren, Verkehrsregelung, Höchstpreise:
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 669.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 218.

351. Soda. Verkehrsregelung, Höchstpreise, Zentralstelle für Sodaverteilung:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 395.
Nr. 402 Anhang a 284.
Bd. 319, Nr. 403 S. 125.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 508.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 743.
Nr. 1213 Ziff. 687, Anhang a 775.
Nr. 1214 S. 127.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 832.

352. Sommerzeit. Vorverlegung der Stunden vom 1. Mai bis 30. September 1916:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 355.
Bd. 319, Nr. 403 S. 133.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 564.
Nr. 650 S. 101.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 747.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536 D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159 B.

Bedenken der landwirtschaftlichen Bevölkerung: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2385 B.

Anfrage Arnstadt: Die Einführung der Sommerzeit hat sich auf dem Lande infolge Mehrverbrauchs von Licht, Verschiebung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewährt.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Schädigung zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1449.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1604.

Petitionen, betreffend Einführung einer deutschen Sommerzeit.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 310.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895 B. — Für erledigt erklärt.

Petitionen, betreffend Sommerzeit.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1123, Ziff. III h.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.

353. Spargel. Verbrauch, Preise; Ausfuhrbewilligung:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604 C.
62. Sitz. S. 1656 A.

354. Sparkassen.

Petition, betr. die Anschaffung von Sparkassenbüchern für bedürftige Kriegskinder.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 549.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

Petition gleichen Inhalts:
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IVb.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Siehe auch unter II 218.

355. Spielwarenindustrie siehe „Spielwarenindustrie".

356. Spirituszentrale siehe unter II 52.

357. Spitzenweberei, Stillegung siehe II 360.

358. Steuern siehe unter II 446 und „Steuern", „Finanzlage", „Kriegsfinanzpolitik".

359. Stickstoff. — Siehe auch „Stickstoffindustrie".
Reichskommissar für Stickstoffwirtschaft, Aufgaben:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 545.
Nr. 650 S. 107.

360. Stillegungen und Zusammenlegungen von Betrieben.
A. Allgemeines: Bd. 322, Nr. 1214 S. 92.
Tätigkeit des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Erledigung von Beschwerden und Petitionen:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4941C ff.
Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe über die allgemeine Aussprache betreffend Stillegung von Betrieben: Bd. 323, Nr. 1323.
Antrag des Aussch.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen,
I.
1. daß die unmittelbaren Stillegungen und Zusammenlegungen lediglich von dem Reichswirtschaftsamt als Zentralstelle im Benehmen mit den Landeszentralbehörden und nur bei dringender Kriegsnotwendigkeit zu verfügen sind. Diese Zentralstelle hat nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:
a) Eine Benachteiligung der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben soll möglichst vermieden werden.
b) Den Beteiligten, insbesondere den mittleren und kleinen Betrieben oder deren Organisationen, ist Gelegenheit zu geben, sich in dem auf Stillegung oder Zusammenlegung gerichteten (möglichst mündlichen) Verfahren vertreten zu lassen.
c) Die gleiche Möglichkeit ist den beteiligten Arbeitern und Angestellten oder deren Organisationen zu gewähren.
d) In etwaigen die Stillegungen oder Zusammenlegungen vorbereitenden Ausschüssen ist auch Vertretern der beteiligten mittleren und kleinen Betriebe sowie der beteiligten Arbeiter und Angestellten oder deren Organisationen Sitz und Stimme zu gewähren;
2. daß Beschwerdeinstanzen für mittelbare Stillegungen und Zusammenlegungen geschaffen werden. Diese Beschwerdeinstanzen sollen auch zur Entscheidung solcher Beschwerden zuständig sein, die hinsichtlich der Form, des Inhalts oder der Höhe der den stillgelegten Betrieben auf Grund der Vereinbarung der Beteiligten zu gewährenden Entschädigungen erhoben werden;
II.
daß für die Uebergangszeit Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, den im Kriege stillgelegten Betrieben tunlichst bald wieder aufzuhelfen, namentlich durch schleunige Zuweisung von Betriebsstoffen und eine im Verhältnis zu den weiterbeschäftigten Betrieben stärkere Zuweisung von Rohstoffen sowie durch vorzugsweise Abgabe von bei Kriegsende noch im Besitz der Heeresverwaltung und der Kriegsgesellschaften befindlichen Rohstoffen und Betriebsstoffen zu möglichst billigen Preisen.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038D, 5045C. — Angenommen.
Anfrage Dr. Rießer: Seit längerer Zeit sind Stillegungen und Zusammenlegungen industrieller Betriebe von zahlreichen Verwaltungsbehörden im Reiche und in den Bundesstaaten und überdies bis vor kurzem auch von Kriegsamtsstellen teils unmittelbar, teils (durch Entziehung von Staatsaufträgen, Rohstoffen oder Transportmitteln) mittelbar erfolgt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, mit der einheitlichen Leitung und Beaufsichtigung solcher unmittelbar oder mittelbar erfolgenden Stillegungen und Zusammenlegungen eine alle übrigen Stellen ausschließende Zentralstelle zu betrauen?: Bd. 322, Nr. 1180.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1217.
Verfahren bei Stillegungen, Entschädigungsfrage, Anordnungen des Reichswirtschaftsamts:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4251B.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890A.
157. Sitz. S. 4923B, 4941B.
158. Sitz. S. 4941B.
159. Sitz. S. 4966D, 4976A.
160. Sitz. S. 4995A.
Wirkung auf den Mittelstand, Anhörung der Handwerkskammern bei Stillegungen:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158D.
144. Sitz. S. 4502D, 4519D.
146. Sitz. S. 4590B.
Schutz der Kleinindustrie:
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2496A.
87. Sitz. S. 2542C, 2550B, 2558A, 2562C.
88. Sitz. S. 2571A, 2579B, 2589D, 2600A.
Einwirkung auf Reallasten, Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 763.
B. Einzelne Betriebe.
a) Bäckereien: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2589D.
Petition des Bäckermeisters Julius Seiffhart in Forst betreffs Aufhebung der Stillegung seines Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1843.
Unerledigt.
b) Brauereibetriebe:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 795, a 796.
Nr. 1214 S. 103.
Petition der Handelskammer zu Frankfurt a. M., betreffend Zusammenlegung von Brauereibetrieben.
Bericht des Ausschusses für Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1437.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045C. — Ueberweisung als Material.
Steuerberechnung bei gemeinsamer Benutzung von Braustätten:
Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 604.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 220.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
360. Stillegungen und Zusammenlegungen von Betrieben (Fortsetzung).

c) Dachpappenfabriken.
Petitionen, betreffend Stilllegung von Dachpappenfabriken.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1567.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534D. — Ueberweisung als Material.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1841.
Unerledigt.

d) Fachzeitschriftenbetriebe.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Oberkommando in den Marken beziehungsweise das Kriegsamt mit der Absicht umgeht, Fachzeitschriften-Betriebe stillbeziehungsweise zusammenzulegen, und daß bereits Ausschüsse gebildet worden sind, die nach unbekannten Grundsätzen feststellen sollen, welche Fachblätter „die besten" auf ihrem Gebiete seien?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine so schwere Gefährdung zahlloser Existenzen zu verhindern?: Bd. 322, Nr. 1128.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1159.

e) Fischhandel.
Petition des Johannes Lehnert in Wollin (Pommern), betreffend Stillegung seines Fischhandels durch die Stettiner Fischhandelsgesellschaft.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1194C.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997B. — Ueberweisung als Material.

f) Glashütten.
Petition der Liebauer Glashüttenwerke, betreffend Rückgängigmachung der Stillegung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1546.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition der Glashüttenwerke „Phönix" in Penzig, betreffend Aufhebung der Stillegung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1846.
Unerledigt.

g) Gummiwarenfabriken.
Petition der Dortmunder Gummiwaren-Fabrik Wilhelm Pahl, betreffend Aufrechterhaltung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1557.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition der Weinheimer Gummi- und Guttaperchawarenfabrik Weißbrod u. Seifert, betr. Stillegung.
Bericht des Ausschusses für Handel u. Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1319.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

h) Kaffee und Kaffeeersatz.
Petitionen, betr. Stillegung der Kaffee-, Gerste- und Kornröstereien.
Bericht des Ausschusses für Handel u. Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1316.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
360. Stillegungen und Zusammenlegungen von Betrieben (Fortsetzung).

Petition der Firma A. & W. Allendorff in Klepzig, betreffend Aufrechterhaltung ihrer Zichorienrösterei.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1565.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition der Bonner Malzkaffee-Fabrik Carl Hanebeck, betreffend Aufrechterhaltung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1551.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition der Firma Sebastian Seubert & Co. G. m. b. H. in Hamburg wegen Belassung ihres Elektromotors zur Weiterführung ihrer Kaffeerösterei.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1847.
Unerledigt.

i) Kraftomnibusfabriken. Petition der Leipziger Allgemeinen Kraftomnibus-Aktiengesellschaft, betreffend Gewährung einer Entschädigung.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1322.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836A. — Uebergang zur Tagesordnung.

k) Kriegsindustrie. Mittelbare Stillegung der Wumba.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1323 S. 6.

l) Oelmühlen. Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die von dem Kriegsernährungsamt in die Wege geleitete Zusammenlegung von Oelmühlen wird nach einmütiger Ansicht der Müller weder Kohlen noch wichtige Arbeitskräfte sparen, da die Oelmühlen fast ausschließlich durch Naturkräfte betrieben und von älteren, nicht mehr kriegsbrauchbaren Männern bedient werden.
Durch die neue Regelung werden nach fachmännischem Urteil lediglich die kleinen Betriebe geschädigt, die Frachtkosten und Waren verteuert und gewissen Händlerkreisen neue Gewinne zugeschanzt, abgesehen vom Verderb des schwer zu bewirtschaftenden Samens.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler hier zu tun?: Bd. 321, Nr. 1031.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1093.

m) Pappenfabriken. Petition der Moyser Pappenfabrik M. Cohnen Moys, betreffend Stillegung.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1321.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

n) Schuhindustrie.
Petition des Pfälzer Schuhfabrikanten-Vereins in Pirmasens, betreffend Aufhebung der Bundesratsverordnung über die Zusammenlegung der Betriebe der Schuhindustrie usw.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1544.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534A. — Ueberweisung als Material.
Petition der Schuhfabrik Adolf Gilardone in Pirmasens, betreffend Aufhebung der Stillegung ihres Betriebs.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Kriegswirtschaft. 360. Stillegungen und Zusammenlegungen von Betrieben (Fortsetzung).

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1550.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534B. — Ueberweisung zur Erwägung.

o) Seifenfabriken. Petition der Firma H. Maerker, Dampfseifenfabrik in Aschersleben, betreffend Stillegung ihres Betriebs:
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1568.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5535A. — Ueberweisung als Material.

p) Superphosphatfabriken. Petition, betr. die Stillegung der Superphosphatfabrik Dr. Roman May in Luisenhain:
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1317.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038C. — Ueberweisung zur Erwägung.

q) Tabakindustrie: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3223C.

r) Textilindustrie. Folgen der Stillegungen; Hemmungen jeder Initiative durch die maßgebenden Stellen, Versprengung des Arbeiterstammes, Zerreißung in Höchstleistungs- und stillgelegte Betriebe: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5039A, 5040A.
Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe; Ausschuß stilliegender Betriebe; Entschädigungsgemeinschaft: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5040B, 5041A.
Petitionen, betreffend Stillegung von Betrieben der Textilindustrie.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1438.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition der Firma J. G. Rüdiger & Söhne in Mittweida, betr. Aufrechterhaltung ihrer Weberei.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1559.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534C. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition der Weberei Kayser, Liebau & Lotze in Bocholt und Genossen, betreffend anderweite Regelung der Entschädigung stillgelegter Betriebe der Baumwollweberei.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1562.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534D. — Ueberweisung als Material.
Petition der Firma Chr. Forster, Bindfadenfabrik in Memmingen, betreffend Aufrechterhaltung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1545.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition der Mechanischen Buntweberei in Lahr i. B., betreffend Entschädigung für die Stillegung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1553.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition der Weberei Laßmann in Lauban, betreffend Vergütung für abgelieferte Leinengarne aus stillgelegten Betrieben.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1560.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Kriegswirtschaft. 360. Stillegungen und Zusammenlegungen von Betrieben (Fortsetzung).

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition der Interessengemeinschaft der stillgelegten Betriebe der Münsterländischen Leinenweberei, betreffend bevorzugte Rohstoffversorgung in der Uebergangszeit und Belassung der Vorräte von Garnen, sowie der Motore, Riemen usw.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1563.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534D. — Ueberweisung als Material.
Petition der Firma Hermann Flörsheim, Mechanische Weberei in M.-Gladbach, betreffend Stillegung ihres Betriebs.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1564.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534D. — Ueberweisung als Material.
Spitzenweberei, Notwendigkeit von Rohstoff zur Instandhaltung der Webstühle; Verhalten der Kriegsrohstoffabteilung: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5041B.
Petition betreffend Aufrechterhaltung des Betriebs der Tuchfabrik Schwaig.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1566.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition des Tuchfabrikanten Paul Herbst in Grünberg i. Schl., betreffend Aufnahme in den Kriegs-Garn- und Tuchverband und Beteiligung an der Stillegungsentschädigung.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1558.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534C. — Ueberweisung zur Erwägung.

s) Treibriemen.
Petition der Segeltuchweberei Val. Mehler in Fulda, betreffend Herstellung von Treibriemen.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1845.
Unerledigt.
Petition, betreffend die Einziehung von Treibriemen aus stillgelegten Betrieben.
Bericht des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1318.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

t) Veredlungsbetriebe, Schädigung des Reichs infolge der Preissteigerungen: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4942A.

u) Zementwerke. Petition der Portland-Zement- und Kalkwerke Wilhelm Schlenkhoff A.-G. in Herne, betr. Stillegung.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1320.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038D. — Uebergang zur Tagesordnung.

v) Ziegeleien. Petition der Fuldaer Ziegeleigesellschaft m. b. H., betreffend Stillegung.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1842. — Unerledigt.

361. Strafgefangene.
Beschäftigung mit Außenarbeit:
Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 118.
Nr. 73 S. 32.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 615.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
361. Strafgefangene (Fortsetzung).
Erlaß des Restes der Strafe bei den bei Kriegsausbruch vorzeitig entlassenen Strafgefangenen: Bd. 307, 42. Sitz. S. 938C, 939D.
362. Strafgesetzbuch, bedingte Verurteilung, s. „Strafgesetzbuch".
363. Strafverfahren.
Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen und den Belagerungszustand; Entlastung der Landgerichte:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 163.
Nr. 107 S. 76.
Nr. 146 Ziff. 230.
Nr. 147 S. 108.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 544.
Nr. 650 S. 164, 166.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 241.
Ueberweisung der Sache von den außerordentlichen Kriegsgerichten an den ordentlichen Richter: Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 479.
Ausdehnung der Befugnis zum Erlaß von Strafbefehlen: Bd. 317, Nr. 264 unter IIa 1.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 936D.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2213C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935C.
Strafbefehle gegen Jugendliche; Ausschluß jeder primären Festsetzung einer Freiheitsstrafe: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935C.
Strafweise Einziehung und Veräußerung beschlagnahmter Gegenstände:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 587.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 243.
Strafschutz gegen unlautere Machenschaften von Angestellten ohne Beamteneigenschaft bei Kriegsgesellschaften oder bei Behörden:
Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 607.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 242.
Siehe auch „Belagerungszustand".
364. Stroh, Strohaufschließungsverfahren siehe unter II 121 e.
365. Strohpappe. Petition der Aktiengesellschaft E. Gundlach in Bielefeld, betreffend Einfuhrerlaubnis für Strohpappe.
Ber. d. Ausschs. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1436.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836A. — Uebergang zur Tagesordnung.
366. Südfrüchte. Verkehrsregelung:
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a612.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a722.
367. Sulfitlauge zur Bereitung von Branntwein siehe II 52c.
368. Superphosphatfabriken, Stillegung, siehe II 360.
369. Suppenartikel siehe unter II 271.
370. Süßigkeiten. Herstellung, Zuckerzuteilung:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 282, Anhang a 129, a134.
Nr. 225 S. 36, 37.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 291.
Bd. 319, Nr. 403 S. 52.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2118B.
371. Süßstoff. Siehe auch unter II 43.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die Dauer des Krieges auf Grund

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
371. Süßstoff (Fortsetzung).
des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 die Geltung des Süßstoffgesetzes vom 7. Juli 1902 (Reichs-Gesetzbl. S. 253) außer Kraft zu setzen und unter Wiedereinführung des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen, vom 6. Juli 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 919) das Verbot der Verwendung von künstlichen Süßstoffen bei der gewerbsmäßigen Herstellung von Fruchtsäften, Likören sowie von Zucker- oder Stärkesirupen (§ 3 Ziffer 1 dieses Gesetzes) aufzuheben, endlich den Einfuhrzoll auf Süßstoffe aufzuheben oder wenigstens zu beschränken: Bd. 316, Nr. 113 unter II v.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 248A.
16. Sitz. S. 282D.
18. Sitz. S. 332C. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 346.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 228.
Nr. 335 Anhang a 248.
Nr. 371 unter I 6i 3.
Nr. 402 Ziff. 442, Anhang a 261, a 274.
Bd. 319, Nr. 403 S. 55.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 49.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604B, 1615A.
73. Sitz. S. 2066A.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3278B, 3282B.
Schreiben des Reichskanzlers v. 18. Februar 1917, betr. Beschränkung des Süßstoffs im Apothekenbezug: Bd. 320, Nr. 629.
Anfrage Dr. Trendel: Der Verkaufspreis des Sacharins in den durch die Kommunalverbände abgegebenen Papiersäckchen beträgt 0,25 Mark für 1,25 Gramm.
Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um der Bevölkerung während des Krieges Sacharin zu einem billigeren Preise zur Verfügung zu stellen?: Bd. 320, Nr. 599.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 616.
372. Tabak.
a) Einfuhrverbot, Verkehrsregelung, Preise, Schiedsgericht:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 456, 457, Anhang a 336, a 337, a 343.
Bd. 319, Nr. 403 S. 103.
Nr. 443 Ziff. 493, Anhang a 424, a425, a450.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 478, a 503, a522, a538.
Nr. 650 S. 80.
Bd. 321, Nr. 744 Anhang a595.
Nr. 754 Anhang a617.
Nr. 801 Anhang a621, a633.
Nr. 913 Anhang a655.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a694, a 695, a 731.
Nr. 1213 Ziff. 711.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a839, a863.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132B.
Anfrage Rupp (Baden): Ist dem Herrn Reichskanzler das Mißverhältnis bekannt, das zwischen den Rohtabakpreisen, wie sie der Tabakpflanzer bezahlt bekommt, und den Tabakfabrikatpreisen besteht?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die aus diesem Tatbestand fließende Unzu-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
372. Tabak (Fortsetzung).

friedenheit sowohl der tabakbautreibenden als auch tabakkonsumierenden Bevölkerung zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1630.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5494 B. — Beantwortet.

b) Staffelkontingentierung: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4350 C.

Anfrage Raute: Durch Verfügung der Detag ist das Kontingent für Kleinfabrikanten in der Zigarrenindustrie auf 250 kg bzw. 125 kg und für Kleinmengenkäufer (Inhaber von Dauerscheinen) auf 50 kg pro Monat herabgesetzt.

Trotz dieser Beschränkung, welche in den meisten Fällen den Ruin dieser kleinen selbständigen Existenzen bedeutet, ist es ihnen nicht möglich, die beschränkte Menge Rohtabak zu bekommen. Viele von ihnen haben für die Monate Februar und März noch keinen Tabak erhalten. Die Aufforderung der Detag an die Inhaber von Dauerscheinen, in diesem Fall einen anderen Kleinmengenverkäufer namhaft zu machen und eine Umänderung der Dauerscheine vornehmen zu lassen, ist bedeutungslos, da Kleinmengenverkäufer neue Dauerscheininhaber nicht annehmen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Belieferung der Kleinfabrikanten und Kleinmengenkäufer mit Rohtabak sicherzustellen? Bd. 324, Nr. 1408.

Bd. 311, 146. Sitz. S. 4575 C. — Beantwortet.

Petition, betr. Staffelkontingentierung der Zigarrenherstellung, und

Petition des Zigarrenarbeiters Warnike in Merseburg, betreffend Mehrzuweisung von Rohtabak.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1839. — Unerledigt.

Petitionen, betreffend Zuweisung von Kontingenten an Rohtabak.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1543.

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534 A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petition, betreffend Regelung der Einschränkung der Zigarrenherstellung.

Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1839. — Unerledigt.

c) Handel mit Tabakwaren, Kettenhandel: Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 629.

d) Kriegstabakmischungen. — Siehe auch „Reichsheer" unter 137.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): In jüngster Zeit ist als „Kriegstabakmischung" an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden, der ganz oder zum größten Teile Laub, insbesondere Buchenlaub enthält und von den Truppen weggeworfen werden muß, obwohl er der Militärverwaltung viel Geld kostet.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Vorgehen einzelner Lieferanten im Interesse des Heeres mit aller Schärfe und raschestens zu begegnen?: Bd. 324, Nr. 1618.

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5373 D. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Laut Erklärung des Generals v. Oven vom 11. Juni 1918 ist die Weiterbelieferung der Kriegstabakmischung durch Verfügung vom 13. Mai 1918 zunächst eingestellt.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
372. Tabak (Fortsetzung).

Nach Mitteilungen aus dem Felde wird aber die Belieferung dieses reinen Buchenblättertabaks auch heute noch fortgesetzt, obwohl die Mannschaften das wertlose Produkt wegwerfen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Vergeudung von Staatsmitteln endlich zu verhindern?: Bd. 325, Nr. 1714.

Bd. 313, 187. Sitz. S. 5970 A. — Beantwortet.

e) Tabakersatz. Buchenlaub, Hopfen, Lindenblätter, Zichorienblätter:

Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 679, Anhang a 819, a 820.
Nr. 1214 S. 221.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 823, a 824.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 877.

f) Zigarettenrohtabak. Einfuhr, Verkehrsregelung, Preise:

Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 373 Anhang a 223.
Bd. 319, Nr. 403 S. 104.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 628.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 693, 703 Anhang a 780, a 783, a 806.
Nr. 1214 S. 113.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 840, a 866.

Preisschutzverband der Interessengemeinschaft deutscher Zigarettenfabriken; Vorgehen gegen die kleinen Geschäftsleute, Revers: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4381 B.

g) Petition des Gärtnereibesitzers Robert Hellwig in Gotha und Genossen um Erlaß eines Rauchverbots nach Lübecker Muster bis zum 18. Lebensjahre und Einführung von Raucherkarten.

Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. 1 e.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C. — Ueberweisung als Material.

h) Petition des Bundes deutscher Tabakgegner in Dresden, betreffend Verbot des Tabakanbaues in Deutschland.

Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

i) Stillegungen siehe II 360.

373. Tapioka zur Branntweinherstellung siehe II 52 c.

374. Tauben. Ein- und Ausfuhrverbot: Bd. 315, Nr. 26 S. 48.

375. Tee. Bestandsaufnahme, Verkehrsregelung usw.:

Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 262.
Nr. 147 S. 41.
Nr. 164 Anhang a 113.
Bd. 317, Nr. 225 S. 38.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 351, Anhang a 204, a 205, a 209.
Bd. 319, Nr. 403 S. 25, 57, 58.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 446.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1604 D.

Durchfuhrverbot:

Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 254.
Bd. 319, Nr. 403 S. 27.

Kriegsausschuß für Kaffee, Tee usw. siehe unter II 183.

376. Teigwaren siehe unter II 271.

377. Terpentinöl siehe unter II 281 e.

378. Textilindustrie siehe II 317, 360, 390, 409, 425 und „Textilindustrie".

379. Thomasphosphatmehl siehe unter II 74.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

380. Tierkadaver. Beschlagnahme, Verwertung:
Bd. 318, Nr. 371 unter II9.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 79.
Zu Nr. 480 S. 24.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 666.
Nr. 1214 S. 80.
Anfrage Dr. Trendel: Das Tierkadavermehl ist eines der besten Futtermittel.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben, ob die Tierkadaver im Reiche bereits verwertet werden, ob und wieviele Fabriken zur Verwertung der Tierkadaver im Reiche errichtet oder in Aussicht genommen sind?: Bd. 320, Nr. 597.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 649.

381. Tierschauen. Einschränkung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5889A.

382. Todeserklärung Kriegsverschollener:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 367.
Bd. 319, Nr. 403 S. 204.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 662, Anhang a713.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1075C.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2967B.

383. Topinambur. Siehe auch II 52c.
Anbau, Anregung: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3257D.
Brennen: Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 573.

384. Torfstreufabrikation. Förderung:
Bd. 320, Nr. 650 S. 72.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 87.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 534B.

385. Transportversicherung. Kriegsmaßnahmen: Bd. 315, Nr. 73 S. 28.

386. Treibriemen siehe unter II 245, 360.

387. Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft siehe unter II 191.

388. Trocknungswesen.
Förderung, Trocknungseinrichtungen, Erhebungen:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 518.
Nr. 650 S. 13.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 16.
Ausbau zur Gewinnung von Futtermitteln: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2587D, 2600A.

389. Tuchfabriken, Stillegungen, siehe II 360.

390. Uebergangswirtschaft.
a) Erörterungen grundsätzlicher Art:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 871B.
49. Sitz. S. 1117D.
51. Sitz. S. 1150D, 1151C.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383A.
84. Sitz. S. 2419D.
85. Sitz. S. 2475C.
87. Sitz. S. 2535C, 2565C.
88. Sitz. S. 2604A.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4252B.

b) Ermächtigungsgesetz. Frage der Zuständigkeit des Bundesrats zum Erlaß von Verordnungen auf dem Gebiete der Uebergangswirtschaft; Erlaß eines besonderen Ermächtigungsgesetzes:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4892A.
157. Sitz. S. 4909C, 4917C.
158. Sitz. S. 4944D.
159. Sitz. S. 4967A, 4973C, 4975D.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5767D, 5779B, 5780A, C, 5781C, 5786C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
390. Uebergangswirtschaft (Fortsetzung).

Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft: Bd. 325, Nr. 1935.
Erste Beratung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6156B. — Ueberweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe. — Unerledigt.
Mitwirkung des Reichstags beim Erlaß von Bundesratsverordnungen über die Uebergangswirtschaft:
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4917D.
158. Sitz. S. 4944C.
159. Sitz. S. 4964B, 4966A.
Bd. 313, 183. Sitz S. 5779D.
Beschluß der Zustimmung eines Unterausschusses der Kommission für Handel und Gewerbe zu Bundesratsverordnungen: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4384B.

c) Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.
1. Teilbericht d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe:
Bd. 319, Nr. 504.
Bd. 308, 75. Sitz. S. 2151A. — Durch Kenntnisnahme erledigt.
2.—8. Teilbericht, Nachtrag zum 4. und 5. Teilberichte, 6. Teilbericht des Aussch. f. Handel und Gewerbe:
Bd. 321, Nr. 740.
Nr. 749.
Nr. 805.
Nr. 875.
Bd. 322, Nr. 1251.
Bd. 323, Nr. 1269.
Bd. 324, Nr. 1609.
Nr. 1648.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045D. Annahme der Anträge unter Bd. 321, Nr. 875 und Bd. 323, Nr. 1269.

d) Organisation; Reichskommissar für Uebergangswirtschaft, Bestellung, Befugnisse, Beirat:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 454.
Bd. 319, Nr. 403 S. 144.
Nr. 443 Anhang a 405.
Bd. 320, Nr. 650 S. 110.
Bd. 321, Nr. 740 S. 1, 5.
Nr. 749 S. 4.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 712, Anhang a 816.
Nr. 1214 S. 162.
Bd. 323, Nr. 1269 S. 7, 20, 46, 49, 55.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535D, 2553B, 2557D, 2563B.
Fachausschüsse, Bildung: Bd. 321, Nr. 740 S. 1.
Anwendung des Systems der Kriegsgesellschaften bezw. möglichste Freiheit für alle Erwerbsgruppen: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4947A.
Anfrage Dr. Trendel: In der süddeutschen Presse — „Regensburger Anzeiger" vom 22. November 1916, Nr. 588 — wurden die Mitarbeiter des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft, die am 16. Oktober von dem Herrn Staatssekretär Dr. Helfferich ernannt worden sind, bekannt gegeben. Es sind dies
a) der Geheime Kommerzienrat Arnhold von Berlin,
b) der Geheime Baurat Benkenberg von Dortmund,
c) der Direktor der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa" Helmes aus Bremen,
d) der Landesökonomierat Dr. Hösch aus Neukirchen in der Altmark,

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
390. Uebergangswirtschaft (Fortsetzung).

e) der Direktor der Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur, A.-G., Marwitz-Dresden,
f) der Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Geh. Baurat von Rieppel,
g) Reichstagsabgeordneter Roland-Lücke-Sonnenburg.

In diesem Kollegium ist nur ein einziger Vertreter der Landwirtschaft, ferner trifft, den Präsidenten Senator Dr. Sthamer aus Hamburg eingeschlossen, auf acht Personen nur ein einziger Süddeutscher, endlich ist die süddeutsche Landwirtschaft (Klein- und Mittelbetriebe) überhaupt nicht vertreten.

Sind diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler bekannt?

Gedenkt der Herr Reichskanzler im Hinblick auf dieses Uebergewicht von Industrie, Handel und Kapital nicht auch der Landwirtschaft und insbesondere den bayerischen Klein- und Mittelbetrieben durch Einberufung einer geeigneten Persönlichkeit eine stärkere Vertretung zu geben?: Bd. 320, Nr. 521.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 587.

Organisatorische Regelung, Uebernahme auf das Reichswirtschaftsamt:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4891B, 4896A.
157. Sitz. S. 4904D, 4909C, 4916C, 4921C.
158. Sitz. S. 4927C, 4931D, 4942D, 4944C, 4945B.
159. Sitz. S. 4963D, 4971C, 4975C, 4984B.
160. Sitz. S. 4990B, 4995D.

Aufgaben des Kriegsministeriums und des Reichswirtschaftsamts; Abbau der Preissteigerungen, Wiederaufnahme der Friedenspreise.
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503D ff.
146. Sitz. S. 4482C, 4584B, 4587B, 4592A.

Tätigkeit der Bundesstaaten, der Handelskammern, Handwerkskammern: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4944A.

Tätigkeit des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe, Berichte: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4943C, 4944A ff.

Erlaß von Bundesratsverordnungen über die Uebergangswirtschaft siehe vorstehend unter b.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichswirtschaftsamt für 1918 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den vom Reichswirtschaftsamt errichteten Organisationskörpern für Uebergangswirtschaft Vertreter der organisierten Arbeiter und Angestellten der in Frage kommenden Berufe in gleicher Zahl angehören wie die anderer Interessentengruppen: Bd. 324, Nr. 1523 unter 3.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4933B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Mitwirkung freier Organisationen des Handels: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4972B, 4973A.

Abbau der Kriegsorganisationen, des Reichskommissariats, Erklärungen des früheren Reichskommissars Senators Sthamar: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4910C ff.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
390. Uebergangswirtschaft (Fortsetzung).

e) Arbeiter- und Angestelltenfragen:
Bd. 321, Nr. 805 S. 1 f.
Nr. 875 S. 21 f.
Bd. 322, Nr. 1251.

Petition des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände in Berlin, betreffend Arbeiterfragen in der Uebergangszeit.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325 Nr. 1817 Ziff. IIo.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Anfrage D. Mumm: Unter den im Felde stehenden Angestellten herrscht Besorgnis und Beunruhigung über die Möglichkeit der Wiederaufnahme ihrer alten Berufstätigkeit; sie verweisen darauf, daß viele Arbeitgeber schon in Friedenszeiten ältere Angestellte nicht angestellt haben und fürchten deshalb Stellenlosigkeit und wirtschaftliche Notlage ihrer Familie nach der Rückkehr.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Berufsvertretung der Angestellten schon seit mehr als Jahresfrist auf die Schaffung eines Notgesetzes hinwirkt, das den aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten die Wiederaufnahme ihrer beruflichen Tätigkeit im früheren Betriebe ermöglichen soll, soweit dies die Geschäftslage des Betriebes gestattet, wie denn für Oesterreich durch Kaiserliche Verordnung vom 29. Februar 1916 eine dahingehende Vorsorge getroffen ist und auch in Ungarn und Bulgarien ähnliche Schutzmaßregeln bestehen?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei der im Mai und Juli d. J. auf Veranlassung des Reichsamts des Innern stattgefundenen Beratung über diese Frage die Vertreter der Arbeitgeber nicht nur eine Verständigung über ihre Lösung, sondern sogar jede Verhandlung mit den Angestelltenverbänden darüber abgelehnt haben?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der drohenden Gefährdung der wirtschaftlichen Daseinsgrundlage eines erheblichen Teils der Angestellten vorzubeugen? Gedenkt der Herr Reichskanzler die von den Angestellten gewünschte gesetzgeberische Regelung vorzunehmen und wann ist dies gegebenenfalls zu erwarten?: Bd. 322, Nr. 1167.

Schriftliche Antwort: Bd. 322 Nr. 1261.

Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen: Bd. 321, Nr. 805 S. 4.

Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige: Bd. 321, Nr. 805 S. 7.

f) Devisenordnung, Aufhebung nach Friedensschluß: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4251D.

g) Geldverkehr, Gestaltung in der Uebergangswirtschaft: Bd. 321, Nr. 749 S. 14.

gg) Kali. Hebung der Erzeugung und Ausfuhr in der Uebergangszeit:
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4975C.
160. Sitz. S. 5012B, C.

h) Kolonialwaren, Beratung verschiedener Entwürfe von Bundesratsverordnungen und Bekanntmachungen des Reichskanzlers über die Versorgung Deutschlands mit Kolonialwaren (Kaffee, Kakao, Tee, Reis): Bd. 324, Nr. 1648

i) Petition, betr. Maßnahmen zum Schutz der deutschen Industrie gegen die Konkurrenz des Aus-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
390. Uebergangswirtschaft (Fortsetzung).

landes während der Uebergangszeit nach Friedensschluß.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 317, Nr. 211.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 766C (Absetzung von der Tagesordnung).
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1934C. — Ueberweisung als Material.

k) Landwirtschaft. Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Ermittlung und Befriedigung des Bedarfs an landwirtschaftlichen Arbeitern, soweit dieser Bedarf nicht durch unmittelbare Anforderung seitens der Arbeitgeber auf Grund der Demobilisationsvorschriften gedeckt wird den Kriegswirtschaftsämtern und Kriegswirtschaftsstellen in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und insbesondere mit deren Arbeitsämtern übertragen wird: Bd. 321, Nr. 875 Ziff. I B 4.
Bd. 312, 161 Sitz. S. 5045D. — Angenommen.
Vorbereitung der Rückgabe von Pferden, Fahrzeugen usw.: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4160A.
Siehe auch unter II 291.
Wirtschaftliche Schwierigkeiten nach dem Kriege: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4279D.
Lebensmittelzufuhr, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion: Bd. 309, 87. Sitz. S, 2542D.

l) Preise, Abbau, Wiederaufnahme der Friedenspreise, Mitwirkung des Kriegsministeriums und des Reichswirtschaftsamts:
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503D ff.
146. Sitz. S. 4582C, 4584B, 4587B, 4592A.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4997B.

m) Rohstoffversorgung, Organisation der Ein- und Ausfuhr und der Verteilung:
Bd. 321, Nr. 740 S. 3.
Bd. 323, Nr. 1269 S. 1, 24, 64.
—, Bewirtschaftung und Verarbeitung:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535D, 2553C, 2563A.
88. Sitz. S. 2579C, 2590C.
101. Sitz. S. 3083D.
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4354D.
140. Sitz. S. 7372C.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4972A.

n) Schiffahrt. Beratung des Entwurfs einer Bundesratsverordnung über die Regelung der Kauffahrteischiffahrt in der Uebergangswirtschaft: Bd. 324, Nr. 1609 S. 9f.
Ferner: Bd. 322, Nr. 1214 S. 162.
Anstellung eines Regierungskommissars zur Beaufsichtigung der Reedereigesellschaften:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4932D, 4945D.
159. Sitz. S. 4971D, 4976D.
Staatliche Mitwirkung, möglichste Einschränkung: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4251C, 4254D.

o) Textilindustrie. Beratung des Entwurfs einer Bundesratsverordnung nebst Bekanntmachung des Reichskanzlers über Regelung der Uebergangswirtschaft für das Textilgebiet:
Bd. 324, Nr. 1609 S. 8f., 40f.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4910A ff., 4922D.
158. Sitz. S. 4932C, 4933C, 4945C.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
390. Uebergangswirtschaft (Fortsetzung).

159. Sitz. S. 4972C, 4976B, 4984B ff.
160. Sitz. S. 4996C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5771C, 5773C, 5774B, 5786D.
Richtlinien für die Regelung der Uebergangswirtschaft für das Textilgebiet: Bd. 324, Nr. 1609 Anlagen 1—3.
Anfrage Astor: Bei der nunmehr erfolgten Ernennung der Mitglieder der Reichswirtschaftsstellen für das Textilgebiet wurden von 661 Vertretern 475 Vertreter der Industrie und nur 117 Vertreter des Handels berufen, davon nur 26 aus dem Einzelhandel, wobei große Geschäftszweige des Einzelhandels überhaupt übergangen wurden.
Ist der Herr Reichskanzler gewillt, eine gerechtere, der Bedeutung des Einzelhandels besser Rechnung tragende Verteilung der Stimmenzahl in den Reichswirtschaftsstellen für das Textilgebiet alsbald in die Wege zu leiten?: Bd. 325, Nr. 1966. — Unerledigt.

p) Valutafrage, Bedeutung für die Uebergangswirtschaft:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4949B.
159. Sitz. S. 4974C.
160. Sitz. S. 4993A.

q) Wirtschaftskrieg, Fortsetzung nach dem Kriege; Pariser Wirtschaftskonferenz:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2549A ff.
88. Sitz. S. 2588B.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4896B.
157. Sitz. S. 4905C, 4918B, 4922A.
158. Sitz. S. 4951A.
159. Sitz. S. 4960C, 4969D, 4974A.
160. Sitz. S. 4990D.
Der Whitley-Report: Bd. 323, Nr. 1269, S. 20, 55.
Siehe auch „Krieg" unter II E.

391. Unfallversicherung siehe „Versicherungswesen".

392. Unterstützungswohnsitz. Einwirkung der Fürsorge für Angehörige von Kriegsteilnehmern auf deren U.:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 271.
Nr. 147 S. 114.

393. Valuta.
Hebung durch Ausfuhr von Edelsteinen, Goldwaren usw.: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1155B.
— durch Ausfuhr von Kalisalzen: Bd. 307, 43. Sitz. S. 974C.
Ursachen ihres Sinkens; Maßregeln zur Hebung:
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4923C.
158. Sitz. S. 4949A.
Valutaspekulationen.
Anfrage Mumm: Ueber unsere Währungsschwierigkeiten schreibt ein Fachmann in den „Frankfurter Nachrichten" Nr. 138a vom 19. Mai 1917:
„Daß gewisse Kreise in Deutschland, leider muß das gesagt werden, aus sehr eigennützigen Triebkräften in gewinnreichen Valutaspekulationen machen, ist richtig. Es können Vermögen durch sehr einfache banktechnische Transaktionen gewonnen werden, was auch heute noch mit Erfolg geschieht."
Kann die Regierung über diese Kreise, die dergestalt zum Nachteil des Vaterlandes handeln, unter Namennennung Auskunft geben? Und ist

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
393. Valuta (Fortsetzung).

es möglich, solche Schädlinge wirksam und abschreckend zu strafen, etwa einen Schuldigen, da er durch seine Handlungen dem Feinde Vorschub leistet, vor das Kriegsgericht zu stellen?: Bd. 321, Nr. 882.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 922.
Siehe im übrigen unter II 29, 69, 80, 390, 410, 416.

394. Veredlungsbetriebe, Stillegungen, siehe II 360.

395. Vergeltungsmaßregeln gegen die Beschlagnahme deutscher Vermögen usw. im Auslande: Bd. 306, 6. Sitz. S. 57B.
— gegen die Aufhebung von privatrechtlichen Verträgen durch die feindlichen Regierungen: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1143B.
Auflösung von Verträgen mit feindlichen Staatsangehörigen:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 529 Anhang a 507.
Nr. 650 S. 178.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 668.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 797.
Nr. 1214 S. 257.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 845, a 852.
Anfrage Dr. Freiherr Heyl zu Herrnsheim: Das englische Recht sowie besondere kriegsrechtliche Anordnungen unserer Feinde, insbesondere Frankreichs, Italiens und auch Englands, haben es zum größten Schaden des deutschen Handels und Gewerbes ermöglicht, in die Wirksamkeit internationaler Privatverträge einzugreifen.
Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler demgegenüber zu veranlassen? Sind Vorarbeiten zu einem entsprechenden — von weiten Kreisen erwarteten — Vergeltungsgesetz bereits eingeleitet?: Bd. 319, Nr. 491.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 575.
Siehe auch unter II 26, 28, 288, 444.

396. Verjährung. — Siehe auch unter „Kriegsteilnehmer".
Verlängerung der kurzen Verjährungsfristen:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 74.
Nr. 44 S. 3.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 258.
Nr. 147 S. 99.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 500.
Nr. 650 S. 159.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 714.
— der Verjährungsfrist für Warenschulden auf eine angemessene Zeit nach Friedensschluß: Bd. 306, 31. Sitz. S. 707D.
Petition, die Verjährung für Warenschulden aus der Zeit vom 1. Januar 1910 ab erst 3 Jahre nach Friedensschluß eintreten zu lassen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. 1b.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
Verlängerung der Verjährungsfristen des Seerechts:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 280.
Nr. 255 S. 99.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 500.

397. Vermittlungsgebühren. — Siehe auch unter II 139b, 189c, 399f.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die Vermittlungsgebühren sämtlicher für Erzeuger und Verbraucher geschaffenen Bezugs- und Vermittlungsvereinigungen des Reichs,

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
397. Vermittlungsgebühren (Fortsetzung).

der Einzelstaaten, der Gemeinden usw. herabgesetzt werden auf die niedrigst zu bemessenden Selbstkosten, und daß die etwaigen Ueberschüsse dieser Vereinigungen an die Reichskasse für die Kriegsinvalidenfürsorge abgeliefert werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 38, 44.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615C. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 7, 8.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1612A.

398. Versicherungswesen siehe „Versicherungswesen".

399. Vieh. — Siehe auch unter II 112, 121e, 172g, 199, 342.
a) Beschlagnahme, Enteignung; Schonung des Milchviehs usw.:
Resolution Albrecht u. Gen.: den Bundesrat zu ersuchen, zu erwägen, in welcher Weise am zweckmäßigsten den Gemeinden die Zufuhr des unbedingt notwendigen Schlachtviehs durch Beschlagnahme gesichert werden kann und dann diese Sicherung sofort durchzuführen: Bd. 317, Nr. 198 unter 3.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 541B.
28. Sitz. S. 589B.
29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter 5e, 9b.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 90.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1154C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1613D.
62. Sitz. S. 1640D, 1661A.
74. Sitz. S. 2102A.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3314C.
b) Bestände, Anpassung an die vorhandenen Futtermittel (System Rabbethge):
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6 c 2.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 53.
Zu Nr. 480 S. 18, 33, 73.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1630D.
62. Sitz. S. 1638D, 1649A, 1665C.
65. Sitz. S. 1755C.
73. Sitz. S. 2066C, 2067A.
74. Sitz. S. 2089A, 2095A, 2097C, 2102A.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2390A, 2403C.
86. Sitz. S. 2494D.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3248A, 3256B, 3268B, 3269B, 3289B, 3295D.
107. Sitz. S. 3305D, 3306D, 3326D.
Antrag des Ernährungsausschusses: Bei der Tierhaltung ist zunächst für eine ausreichende Fütterung der Spanntiere Vorsorge zu treffen. Die Nutzvieh-, insbesondere die Schweinebestände sind den dann noch im Lande vorhandenen Futtermitteln in der Weise anzupassen, daß eine ausreichende Fütterung des Viehes und damit ein möglichst großer Nutzertrag an Fleisch, Fett und Milch für die menschliche Ernährung gewährleistet wird: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 9b.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler aufzufordern,

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
399. Vieh (Fortsetzung).

A. tunlichst sofort einen Ausschuß von Sachververständigen zu berufen, welcher die Frage der zweckmäßigen Gestaltung unserer Nutzviehhaltung — eine für Kriegszeiten normale Ernte vorausgesetzt — zu untersuchen und insbesondere Gutachten über folgende Punkte zu erstatten hat:
1. wie im kommenden Herbst — in Rücksicht auf das fehlende Kraftfutter — unsere Rinderhaltung zu gestalten ist, um mit den zur Verfügung stehenden Futtermitteln einen möglichst hohen Nutzertrag an Milch, Fleisch und Fett für die menschliche Ernährung bereitstellen zu können;
2. wie dieser Rinderbestand am zweckmäßigsten zusammenzusetzen und wie die Kälberaufzucht zu gestalten ist, um bei dieser den Verbrauch menschlicher Nahrungsmittel nach Möglichkeit einzuschränken;
3. wie viel Schweine — angesichts des fehlenden ausländischen Kraftfutters — gehalten werden können, ohne die ausreichende Versorgung der Menschen mit pflanzlichen Nahrungsmitteln: Brot, Kartoffeln, Nährmitteln, Gemüse, zu gefährden;
4. wie für die notwendigen Spanntiere ausreichendes Futter zur Verfügung gestellt werden kann;
5. wie hoch, unter Berücksichtigung der in unsern Viehbeständen enthaltenen Reserven und einer stärkeren Schlachtung der Rinder nach beendetem Weidegang, die Fleischration für Versorgungsberechtigte und Selbstversorger bemessen werden kann;
6. ob Viehkataster einzuführen und wie diese am zweckmäßigsten zu gestalten sind;

B. dieses Gutachten sämtlichen Mitgliedern des Reichstags baldmöglichst zugänglich zu machen und dasselbe nach Beendigung der Ernte einer Nachprüfung durch denselben Ausschuß unterziehen zu lassen: Bd. 321, Nr. 799, Ziff. 14.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Ausschuß aus verschiedenen Parteien zur Bereisung Deutschlands zur Gewinnung eines Einblicks in den Viehstapel: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3312A, 3327D.

c) Ernährung: Bd. 316, Nr. 147 S. 6.
Siehe auch unter II 120, 121e.

d) Höchstpreise, Festsetzung; Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen.
Resolution Albrecht u. Gen.: Bd. 315, Nr. 89 unter Ib.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 200B, 208A. — Abgelehnt.
Resolution Albrecht u. Gen: den Bundesrat zu ersuchen, die Höchstpreise abzustufen für den Verkauf von Vieh ab Stall und ab Schlachtviehmarkt: Bd. 317, Nr. 198 unter 1.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 541A.
28. Sitz. S. 569D, 588D.
29. Sitz. S. 615D. — Abgelehnt.
Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter A 4, B 55, 56, 64c.
Zu Bd. 319, Nr. 480 S. 18, 20, 21, 40, 79, 99.
Nr. 490 unter a 3.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
399. Vieh (Fortsetzung).

Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 889.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1613B.
73. Sitz. S. 2067B, 2075A.
74. Sitz. S. 2089B, 2097D, 2100C, 2106D.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2390A, 2403C.
86. Sitz. S. 2494D.
88. Sitz. S. 2572B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3213B, 3214C.
106. Sitz. S. 3248C, 3288D, 3294A.
107. Sitz. S. 3314B, 3320D, 3323A,
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5900B.

Antrag des Ernährungsausschusses: Bei der beabsichtigten Senkung der Viehpreise ist auf die Erhaltung eines leistungsfähigen Viehstandes Rücksicht zu nehmen und Vorsorge zu treffen, daß die Ermäßigung in vollem Umfang in erniedrigten Fleischpreisen den Verbrauchern zugute kommt: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 2.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Antrag des Ernährungsausschusses: Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist auf das durchaus notwendige Maß herabzusetzen durch Verminderung der Provisionssätze der Viehhandelsverbände und der nicht selten recht erheblichen Handelsaufschläge für Zwischen- und Kleinhandel. Die Gemeindeverwaltungen müssen zu entsprechenden Maßnahmen angehalten werden: Bd. 321, Nr. 797 Ziff. 4.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330A. — Angenommen.

Spannung zwischen Vieh- und Getreidepreisen: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3269C, 3294A.

Anfrage Held: Gemäß Verordnung des Bundesrates vom 19. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 52) und der seitens des Kriegsernährungsamtes in der Ernährungskommission sowie in der Sitzung des Reichstags vom 12. Mai 1917 abgegebenen Erklärungen soll für Schlachtrinder, die spätestens bis zum 30. Juni 1917 den mit der Viehaufbringung beauftragten Stellen fest zum Verkauf angeboten sind, der bis zum 30. Juni maßgebend gewesene Preis gezahlt werden. Jetzt weigern sich Viehhandelsverbände, diese Zusage einzuhalten und Tausende der rechtzeitig angemeldeten Tiere werden nicht zu diesem, sondern nur zu den herabgesetzten Preisen vom 1. Juli abgenommen.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese große Schädigung der viehzuchttreibenden Landwirtschaft zu tun?: Bd. 321, Nr. 918.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3563D. — Beantwortet.

Petition des Heinrich Mensgeier in Wildenberg — Beschwerde über ungleiche Ankaufspreise für Schlachtvieh.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

Petition des F. Reitemeyer in Avenwedde — Einwendungen gegen die Herabsetzung der Viehpreise.
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
399. Vieh (Fortsetzung).

e) Schlachtungen; Schlachtverbote:
Bd. 315, Nr. 26 S. 69.
Nr. 27 Ziff. 25.
Nr. 43 Ziff. 71.
Nr. 44 S. 54.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 209.
Nr. 147 S. 42.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 5 IIa.
Bd. 319, Nr. 403 S. 64.
Nr. 480 unter B 64a.
Zu Nr. 480 S. 88.
Nr. 490 unter a 1.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601A.
Schächtverbot: Bd. 321, Nr. 913, Ziff. 640.
Abschlachtung von Milchkühen und unreifem Schlachtvieh:
Bd. 317, Nr. 192 S. 62.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6f.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 519B, 528A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1600A.
74. Sitz. S. 2100C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856 C, 5973 C, 5888C, 5891C, 5895C, 5900B.

Hausschlachtungen, Verbot:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6g 2, I 8h.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 59, 60.
Zu Nr. 480 S. 19, 34, 74, 79, 80, 92.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 631.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1600D.
62. Sitz. S. 1649C.
66. Sitz. S. 1796B.
74. Sitz. S. 2120B, 2122C.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3252D.
107. Sitz. S. 3305D.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5856D.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler aufzufordern, alsbald neue Bestimmungen über die Hausschlachtungen zu erlassen und dabei folgende Grundsätze zur Durchführung zu bringen:

1. Die Zahl der für die Hausschlachtung zugelassenen Schweine wird für das Jahr vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 auf etwa zwei Drittel der im Jahre 1912 vorgenommenen Hausschlachtungen, also auf etwa 4 Millionen für das ganze Reich festgesetzt. Den einzelnen Bundesstaaten, Kreisen und Kommunalverbänden ist ein entsprechendes Kontingent zuzuweisen.
2. Vom 1. April 1917 ab dürfen Hausschlachtungen nur von solchen Personen bezw. Betrieben vorgenommen werden, die auch in den Jahren 1912 und 1913 solche vorgenommen haben.
   Voraussetzung ist dabei, daß die für die Schlachtung in Frage kommenden Tiere (Schweine) mindestens 5 Monate in eigener Fütterung und Pflege gewesen sind.
3. Ausnahmen von der Bestimmung unter 2 Abs. 1 sind — und zwar innerhalb des zulässigen Kontingents — nur dann zuzulassen, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß die in Frage kommenden Tiere (Schweine) mindestens zu vier Fünfteln mit Abfällen oder sonst ungenutztem Futter gehalten bezw. gemästet werden können.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
399. Vieh (Fortsetzung).

4. Bei der Bemessung des Umfanges der Hausschlachtungen ist — unter der Voraussetzung, daß inzwischen eine Erhöhung der allgemeinen Fleischration auf 500 g eintritt — eine Wochenration von 700 g für jede unterhaltungsberechtigte Person, und zwar für höchstens 52 Wochen, zugrunde zu legen. Darüber hinausgehende Fleischmengen sind an den Kommunalverband zu bestimmten Höchstpreisen abzuliefern.
   Die entgegenstehenden, vielfach unklaren Bestimmungen sind aufzuheben.
5. Das Gewicht der hausgeschlachteten Tiere wird mittels einer richtigen Wage — nicht durch Schätzung — genau festgestellt.
   Bei den Hausschlachtschweinen ist das Gesamtgewicht nach Entfernung der Eingeweide und der inneren Organe in Ansatz zu bringen.
   Dem Erlaubnisschein ist ein Formular beizugeben, auf dem das Gewicht des geschlachteten Tieres anzugeben ist. Dieses Formulur ist der Aufsichtsbehörde alsbald mit der eidesstattlichen Versicherung des Besitzers, der Vertrauensperson (Ziffer 7) und des Schlachters (Ziffer 8), daß die Gewichtsangabe wahrheitsgemäß ist, zurückzugeben.
6. Hausschlachtungen von Rindern, Kälbern, Schafen und Ziegen fallen — bei Kälbern und Ziegen eventuell unter entsprechend geringerer Anrechnung des Schlachtgewichts — unter die vorstehenden Bestimmungen.
7. In jeder Gemeinde bezw. in jedem Kommunalverband ist eine — bezw. mehrere — vereidigte Vertrauensperson zu bestellen, welche die Gemeindebehörde bei der Durchführung dieser Bestimmungen zu unterstützen hat und die vor allen Dingen bei der Feststellung des Gewichts zugegen sein muß.
   Der Vertrauensperson ist für jede Hausschlachtung von dem in Frage kommenden Besitzer des Tieres eine angemessene, mäßige Gebühr zu zahlen.
8. Schlachter dürfen Hausschlachtungen nur dann vornehmen, wenn ihnen vorher der entsprechende Erlaubnisschein vorgelegt wird. Sie sind für die richtige Feststellung des Gewichts mit verantwortlich.
9. Die Durchführung der für die Hausschlachtungen erlassenen Bestimmungen ist durch Androhung strenger Strafen sicherzustellen.
   Bei unangemeldeten Hausschlachtungen tritt neben der Strafe Beschlagnahme ohne Gewährung einer Entschädigung ein. Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 10.
   Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

—, Terminbestimmungen für Ansetzung von Schweinen zur Hausschlachtung: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3315B.

f) Viehaufbringung, Einfuhr usw.; Viehhandel, Viehhandelsverbände:
Bd. 317, Nr. 225 S. 3, 39.
Nr. 256 Ziff. 340.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 8g.
Nr. 402 Anhang a 271II, a 349.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21, 24, 63.
Zu Nr. 480 S. 87.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1648D, 1655B, 1666B.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
399. Vieh (Fortsetzung).

Antrag des Ernährungsausschusses: den Reichskanzler aufzufordern, einen Ausschuß von Sachverständigen (Erzeugern und Verbrauchern) zu berufen, der unter Anlehnung an die Anträge Nr. 797 Ziff. 8 und Nr. 799 Ziff. 5 die Frage zu untersuchen hat, wie die Aufbringung des erforderlichen Schlachtviehs und der Militärpferde innerhalb der Kommunalverbände und Gemeinden am zweckmäßigsten gestaltet wird: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 15, 2.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Umlageperioden Oktober 1916 bis April 1917: Bd. 320, Nr. 650 S. 44.
— Mai 1917 bis Januar 1918: Bd. 322, Nr. 1214 S. 59.

Bestimmungen über Abgabe von Vieh: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4187A, 4207B.

Abnahme des angebotenen oder schlachtreifen Viehes:
Bd. 319, Nr. 480 unter A 2.
Zu Nr. 480 S. 18, 79, 80.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2067A.
74. Sitz. S. 2089A, 2098D.

Anfrage Held: Der Reichstag hat bei Besprechung der Ernährungsfragen folgende Resolution angenommen:
„Die Viehhandelsverbände sind zu verpflichten, Schweine und Rinder aller Altersklassen, welche der Tierhalter aus wirtschaftlichen Gründen zu verkaufen genötigt ist, baldmöglichst zu angemessenen Preisen abzunehmen."
Da seitens der Reichsregierung die Ausführung derselben zugesagt ist, bis heute aber von den Landesbehörden noch keine entsprechenden Maßnahmen getroffen sind und die Gefahr besteht, daß infolge Futtermangels nicht schlachtreife Viehbestände vernichtet werden, frage ich:
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit die geforderten Maßnahmen schnellstens zur Durchführung gelangen?: Bd. 320, Nr. 564.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 595.

Anfrage Dr. Trendel: In manchen Bezirken des Reichs haben die Landwirte gegenwärtig viel überständige Rinder und fette Schweine. Es werden an den Viehsammelstellen für die Heeresverpflegung mehr Tiere angeboten als angefordert werden.
Die Zentralstelle für Heeresverpflegung hat bis heute den bayerischen Viehsammelstellen noch keinen Auftrag erteilt, Schweine abzunehmen.
Sind diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler bekannt? Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen für sofortige Abnahme von angebotenem schlachtreifen Vieh zu treffen, um dadurch den Schwerarbeitern die Versorgung mit Fett- und Fleischzulage rascher zu ermöglichen?: Bd. 320, Nr. 556.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 592.

Beseitigung der Viehhandelsverbände:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2398A.
84. Sitz. S. 2427D.

Beteiligung der landwirtschaftlichen Organisationen an der Viehaufbringung:
Bd. 319 Nr. 480 unter B 58.
Zu Nr. 480 S. 19.

Einführung eines Schlußscheins.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
399. Vieh (Fortsetzung).

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung eines Schlußscheins beim Viehein- und -verkauf anzuordnen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 61, 64.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615D. — Angenommen.

Zulassung des freien Handels für Schlachtrindvieh:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 64d.
Zu Nr. 480 S. 21.
Nr. 490 unter b.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2093A, 2099B, 2101C, 2130C.

Rindvieh, Bewirtschaftung, Thesaurierungspolitik:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3251B.

Zwischengewinne der Händler; Vermittlungsgebühren:
Bd. 319, Nr. 480 unter A 5, B 8.
Zu Nr. 480 S. 10, 20, 43.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 518C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1641A, 1655B.
74. Sitz. S. 2089B, 2093B, 2107B, 2113D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3215A.
106. Sitz. S. 3275D, 3294B.
107. Sitz. S. 3311A, 3316A, 3320D.

Petition des Vereins Deutscher Viehversicherungs-Gesellschaften in Perleberg — Verbot der Versicherung von Vieh durch die Viehandelsverbände und Uebertragung der vom preußischen Landesfleischamt gewünschten Viehversicherungen an Privatgesellschaften —.
Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Ueberweisung als Material.

g) Viehzucht. Förderung; Anmästung von Magervieh auf Weideflächen besetzter Gebiete usw.; Prämien, Verpflichtung zur Viehhaltung:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 7q.
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 79.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1601B, 1614B.
62. Sitz. S. 1639B, 1641B, 1649C, 1665D.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3252A, 3262B.
Siehe auch unter II 121e.

400. Viehzählungen. Vereinfachung: Bd. 315, Nr. 26 S. 72.
Vornahme; Ergebnisse, Viehbestand:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 212, 272.
Nr. 147 S. 14.
Bd. 317, Nr. 192 S. 3.
Nr. 256 Ziff. 343.
Bd. 319, Nr. 403 S. 19, 63.
Zu Nr. 480 S. 87, 96.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 505.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1599C, 1613A, C, 1629C.
62. Sitz. S. 1638D.
73. Sitz. S. 2066C.
—, vierteljährlich vom 1. März 1917 ab:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 552.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 661.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 772.
—, am 1. Dezember 1917: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 706.
—, am 1. März 1918: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 742.
Schweinezwischenzählung vom 27. September 1917: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 680.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

401. Volkszählung am 1. Dezember 1916:
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 502.
Nr. 633 Anhang a 476, a 549.
Nr. 650 S. 14.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 692.
—, am 5. Dezember 1917: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 689, Anhang a 784, a 818.

402. Vorratserhebungen. — Siehe auch unter II 121e, 139m.
Verpflichtung zur Auskunfterteilung über Nahrungs-, Futtermittel, rohe Naturerzeugnisse, Kriegsbedarfsartikel, Rohstoffe dafür usw.:
Bd. 315, Nr. 26 S. 71.
Nr. 27 Ziff. 13, 39.
Nr. 43 Ziff. 94.
Nr. 44 S. 63.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 217, 244.
Nr. 147 S. 12.
Eidesstattliche Versicherungen bei Bestandsaufnahmen; Einschränkung: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5117B.

403. Waldungen. Waldnutzung im allgemeinen Interesse: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2072D.
Siehe auch unter II 120.

404. Waren in Packungen. Aeußere Kennzeichnung:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 387, Anhang a 249.
Nr. 402 Anhang a 266, a 356.
Bd. 319, Nr. 403 S. 8.
Nr. 443 Anhang a 426.
Bd. 320, Nr. 650 S. 93.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 672.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 822.
—, verdorbene, Zollbefreiung, siehe II 443a.

405. Warenumsatzstempel siehe unter II 311.

406. Warenzeichenrecht siehe unter II 287.

407. Wäsche, getragene, siehe unter II 409.

408. Webereien, Stillegungen, siehe II 360.

409. Web-, Wirk- und Strickwaren.
a) Preise; Preisbeschränkungen bei Verkäufen; Nachprüfungen:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 348, Anhang a 194.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 214.
Nr. 402 Ziff. 472, Anhang a 388.
Bd. 319, Nr. 403 S. 105.

Anfrage Keinath: Durch die Bekanntmachung vom 1. Februar 1916, betreffend Preisbeschränkung im Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren, ist eine Preisregelung festgesetzt, die auch nach wiederholten ausdrücklichen Erklärungen der zuständigen amtlichen Stellen nur als provisorische Maßregel zur Vermeidung plötzlicher Preissteigerungen infolge der Beschlagnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren gedacht ist. Diese provisorische Regelung belastet das gesamte Textilgewerbe, das mehrere Millionen Erwerbstätiger in sich schließt, mit einer die Betriebe in hohem Maße störenden Unsicherheit.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um baldmöglichst diese Unsicherheit zu beseitigen und eine den berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden wie der Verbraucher gleichermaßen gerecht werdende endgültige Regelung herbeizuführen?: Bd. 317, Nr. 242.

Bd. 307, 37. Sitz. S. 839D. — Beantwortet.

409. Web-, Wirk- und Strickwaren (Fortsetzung.)

Anfrage Dr. Doormann: In den Kreisen des Handels mit Textilwaren besteht große Unsicherheit über die bestehenden Preisbeschränkungsverordnungen und den zulässigen Gewinn. In der letzten Zeit ist die Unsicherheit noch wesentlich vermehrt worden durch einen Erlaß des Herrn preußischen Justizministers, der von den Auslegungen mehrerer stellvertretenden Generalkommandos abweicht. Die kommandierenden Generale vertreten die Auffassung, daß der zahlenmäßige Friedensgewinn nicht überschritten werden darf, während in dem vorerwähnten Erlaß ausgesprochen wird, daß diese Auffassung in den Verordnungen keine Grundlage findet.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die bestehenden Schiedsgerichte so auszubauen, daß sie

1. auch von den Behörden vor Erhebung der öffentlichen Anklage angerufen werden müssen, wenn der Verdacht strafbarer Ueberschreitung durch die Kontrolle angenommen wird,

2. desgleichen von jedem Kaufmann angerufen werden können zwecks Erlangung einer bestimmten Auskunft über den in Einzelfällen zulässigen Gewinn: Bd. 321, Nr. 803.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 878.

Anfrage Dr. Doormann: Der Verkehr mit Web-, Wirk- und Strickwaren unterliegt der Preisbeschränkungsverordnung vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) und der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 und 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 467 und 183).

Es ist vorgekommen, daß, nachdem das Schiedsgericht den angemessenen Preis auf Grund der erstgenannten Verordnung festgestellt und den Verkäufer zur Herauszahlung eines bestimmten Ueberpreises verurteilt hat, das Strafgericht nach der zweiten Verordnung den übermäßigen Gewinn anders bemißt und der Verurteilung des Käufers zugrunde legt.

Sind dem Herrn Reichskanzler solche Vorgänge bekannt, und was gedenkt er zur Beseitigung der hierdurch entstandenen Rechtsunsicherheit zu tun?: Bd. 322, Nr. 1080.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1244.

Anfrage Uhlig: In einem streng vertraulichen Schreiben vom 24. Januar 1918, von dem nach einem darin gegebenen Hinweise keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen darf, teilt der Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung, e. V., Sitz Düsseldorf, seinen Mitgliedern mit, daß die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberkleidung für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen will, daß sie an Stelle der Beschlagnahme der Männer- und Knabenbekleidung in den Detailgeschäften dem obengenannten Verbande die Verpflichtung zur Lieferung von 25000 Anzügen auferlegt und den Ablieferern gestattet habe, auf den Fakturen- oder Einstandswert dieser Notstandskleidung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu machen.

Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis von diesem ganzen Verfahren, im besonderen von der durch die bewilligten Zuschläge bewirkten ungeheuerlichen Verteuerung der Notstandskleidung für die minder-

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
409. Web-, Wirk- und Strickwaren (Fortsetzung).

bemittelte Bevölkerung? Und was gedenkt er dagegen zu tun?: Bd. 323, Nr. 1349.

Bd. 311, 138. Sitz. S. 4316B. — Beantwortet.

Anfrage Astor: § 2 der Verordnung wegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 395) bestimmt, daß für gleichartige Gegenstände, deren Gestehungskosten verschieden hoch sind, ein Durchschnittspreis gefordert werden darf, wenn er nachweislich auf den verschiedenen Gestehungskosten und den verschiedenen Mengen der in ihn einbezogenen Gegenstände beruht und unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Gestehungskosten keinen übermäßigen Gewinn enthält. In § 21 der genannten Verordnung sind diejenigen gesetzlichen Bestimmungen aufgezählt, welche durch die neue Verordnung außer Kraft gesetzt werden. In dieser Aufzählung ist die Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916, die außer der Preisbemessung auch das Schiedsgerichtsverfahren regelt, nicht enthalten.

Wie verträgt sich mit der Anordnung des § 2 der neuen Verordnung wegen Preistreiberei, die für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs gilt und sich also auch auf Web-, Wirk- und Strickwaren bezieht, die formelle Aufrechterhaltung der Verordnung vom 30. März 1916?

Ist der Herr Reichskanzler gewillt, die hierdurch für den Textilhandel hervorgerufene Rechtsunsicherheit durch schleunige Veranlassung einer gesetzlichen Regelung zu beenden?: Bd. 324, Nr. 1635.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5495D. — Beantwortet.

Petition, betr. Aenderung der Grundsätze für die Preisbeschränkung im Kleinhandel mit Textil- und Schuhwaren:

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1435.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836A. — Ueberweisung als Material.

Ausverkäufe, Verbot:

Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 327.
Nr. 225 S. 73.

Siehe auch unter II 31.

Kettenhandel: Bd. 320, Nr. 633, Ziff. 555.

b) Verkehrsregelung; Bezugscheine, Einkaufsbücher:

Bd. 318, Nr. 402 Anhang a264, a288, a292, a338, a347, a380.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a455.
Nr. 633 Anhang a 475, a 493, a495.
Nr. 650 S. 85.
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 589.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 683.
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4385B.

Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden Antrag dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1. zur Sicherstellung des Bedarfs an Textilwaren und Kleidung für die bürgerliche Bevölkerung,
2. zur besseren Durchführung der Verordnung über den Bezugsscheinzwang beim Einkauf von Textilwaren und Kleidung

folgende Maßnahmen anzuordnen:

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
409. Web-, Wirk- und Strickwaren (Fortsetzung).

α) Die Ausdehnung des Bezugsscheinzwanges auf alle Web-, Wirk- und Strickwaren, ausgenommen diejenigen aus Seide und Kunstseide.

β) Die Einführung einer Bekleidungskarte, die den Namen, den Stand und die Wohnung des Familienvorstandes sowie die zur Legitimation und Prüfung des Bedarfs dienenden Angaben über die Familienmitglieder enthält.

γ) Die Verpflichtung der örtlichen Ausgabestellen, bei plötzlich auftretendem Bedarf an Web-, Wirk- und Strickwaren auch an ortsfremde Personen Bezugsscheine auszustellen.

δ) Die bessere Organisierung und Erleichterung des Verkehrs zur Erlangung der Bezugsscheine, insbesondere in den Landorten: Bd. 319, Nr. 493 unter IIa.

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132B, 2135A, 2146C. — Angenommen.

c) Reichsbekleidungsstelle.

Mündl. Ber. des Ausschusses für Handel und Gewerbe über Petitionen, betreffend die Tätigkeit der Reichsbekleidungsstelle: Bd. 325, Nr. 1716.

Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851C.
190. Sitz. S. 6118C. — Abstimmung.

Organisation, Befugnisse, Tätigkeit:

Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 407.
Bd. 319, Nr. 403 S. 106.
Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 570.
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 589.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 116.
Bd. 324, Nr. 1456 Ziff. 731, Anhang a855.
Nr. 1612 Ziff. 771.

—, Beirat: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 683.
—, Gewinne: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5860B.
—, Schiedsgericht, Besetzung, Verfahren: Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 855.

Petitionen, betreffend Beschwerde wegen Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle und Vornahme einer neuen Bestandsaufnahme in Web-, Wirk- und Strickwaren.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 319, Nr. 503.

Bd. 308, 75. Sitz. S. 2151A. — Ueberweisung als Material.

Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Preisstellung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5860A.

d) Einfuhr aus dem neutralen Auslande: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5860C.

Anfrage Sivkovich: Die Einfuhr sämtlicher Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren unterliegt einem lästig empfundenen Instanzenwege. Es bedarf dreier besonderer Anträge auf Einkaufsbewilligung, Einfuhrbewilligung und Devisenabgabe, die bei verschiedenen Behörden einzureichen sind. So kommt es vor, daß jemand die Einkaufsbewilligung erhält, während ihm die Einfuhrbewilligung oder die Devisenabgabe versagt wird.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, für eine größere Vereinfachung der Einfuhr von Textilwaren Sorge zu tragen, insbesondere anzuordnen, daß alle Anträge bei einer einzigen Stelle einzureichen und von ihr an die zuständigen Instanzen weiterzugeben sind?: Bd. 321, Nr. 827.

Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384A. — Beantwortet.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
409. Web-, Wirk- und Strickwaren (Fortsetzung).

e) Getragene Kleidungs- und Wäschestücke, Ablieferung,
Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 534, Anhang a 515, a 516, a 517.
Nr. 650 S. 86.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 882.

Antrag Reck (Lyck), Graf v. Westarp: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den nachgeordneten Behörden darauf hinzuwirken, daß die Bevölkerung der während des Krieges von feindlichen Truppen besetzten Gebiete von dem gegebenenfalls eingeführten Zwang zur Kleider- und Wäscheablieferung befreit werde: Bd. 325, Nr. 1721.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5877B.
190. Sitz. S. 6120B. — Angenommen.

Freiwillige Ablieferung an die Sammelstelle, Entschädigung:
Bd. 312, 160. Sitz. S. 4994B.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5768C.
185. Sitz. S. 5859B, C, 5868A, 5872D, 5877A.

Anfrage Kuckhoff (Cöln): Die Reichsbekleidungsstelle hat auf Grund der ihr durch die Bundesratsverordnung vom 22. März 1917 übertragenen Vollmacht die Sammlung getragener Oberkleidung für Männer angeordnet und deren Durchführung den Gemeinden übertragen.

Nach den von verschiedenen Gemeinden zu dem Zwecke erlassenen Bestimmungen ist als gesetzliches „Höchstmaß an Männerkleidung" ein Sonntags- und Werktagsanzug festgesetzt worden. Von der Bestandsanmeldung sind diejenigen befreit, die einen Anzug freiwillig abgeben.

Ist der Herr Reichskanzler der Ansicht, daß diese Maßnahme noch im Rahmen der Bundesratsverordnung vom 22. März 1917 gelegen ist?

Ist er insbesondere bereit, dahin zu wirken, daß die daraus für bestimmte Berufsgruppen sich ergebenden besonderen Härten gemildert werden und die Sammlung gerecht durchgeführt wird?: Bd. 324, Nr. 1652.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1825.

Petition, betreffend Befreiung der Personen mit einem Einkommen unter 1200 Mark von der Verpflichtung zur Abgabe von Kleidungsstücken.
Mündl. Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1716.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Petition, betreffend Befreiung der Angestellten mit einem Einkommen bis zu 7000 Mark von Kleiderabgabe, Berücksichtigung der Kinderzahl und Heraufsetzung des Höchstmaßes an Männerkleidung.
Mündl. Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1716.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120A. — Ueberweisung als Material.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamtes für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken:

1. daß durch Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle den aus dem Heeresverband Entlassenen brauchbare Bekleidungsgegenstände — Anzug, Stiefel, Strümpfe, Wäsche — unentgeltlich zur Verfügung gestellt und die Kosten auf das Reich übernommen werden;
2. daß schwangeren Frauen und Mädchen auf Anweisung von Aerzten oder Hebammen die bei der Niederkunft erforderlichen Mengen Bettwäsche und Unterlagenstoff von der Reichsbekleidungsstelle durch Vermittlung der Landeszentralbehörden oder Kommunalverbände zur Verfügung gestellt werden: Bd. 324, Nr. 1523 unter 1 u. 2.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939C, D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Versorgung der Landwirtschaft: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5876D, 5885C.

Anfrage Weilnböck, Gebhart: Von der Reichsbekleidungsstelle werden 3 Millionen Männeranzüge für Arbeitskleider kriegswirtschaftlicher Betriebe verlangt. 1 Million Anzüge sollen durch Sammlung von Altkleidern bei der Bevölkerung aufgebracht werden.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es besonders in der Landwirtschaft an Arbeitskleidern fehlt?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit auch die im Freien, in der Land- und Forstwirtschaft tätigen, den Unbilden der Witterung ausgesetzten Personen mit den nötigen Bekleidungsstücken versorgt werden?: Bd. 324, Nr. 1484.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4831B. — Beantwortet.

f) Spinnstoffe, Garne, Fäden. Preisbeschränkung: Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 554.
Garn. Verkehrsregelung im Kleinhandel:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 554,
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 901.

Anfrage Simon: Die Reichsbekleidungsstelle veröffentlichte folgende Bekanntmachung:

„Da die bisherigen Bestimmungen über die Kleinhandelspreise für Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn, die lediglich das Fordern oder Annehmen höherer als der jeweils öffentlich bekanntgemachten Preise untersagten, im Geschäftsleben zu Unzuträglichkeiten geführt haben, wird hiermit auch das Fordern und Annehmen niedrigerer Preise verboten. Die Kommunalverbände werden ersucht, die bezirksangehörigen Kleinhändler dauernd zu überwachen, daß diese Bestimmungen eingehalten werden, und zuwiderhandelnde Kleinhändler von künftigen Nähfadenverteilungen auszuschließen. Berlin, 1. Juni 1918. Reichsbekleidungsstelle, Verwaltungsabteilung."

Die Kriegsgesellschaften haben die Befugnis erhalten, Höchstpreise festzusetzen und darüber zu wachen, daß diese nicht überschritten werden. Es liegt aber nicht in den Befugnissen der Kriegsgesellschaften, die festgesetzten Höchstpreise als Mindestpreise zu erklären, die nicht unterboten werden dürfen.

Gedenkt der Herr Reichskanzler dafür zu sorgen, daß diese, die Konsumenten schwer schädigende Maßnahme der Reichsbekleidungsstelle rückgängig gemacht wird?: Bd. 324, Nr. 1662.

Bd. 313, 177. Sitz. S. 5542A. — Beantwortet.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
409. Web-, Wirk- und Strickwaren (Fortsetzung).

Petition der Stadt und Handelskammer Barmen:
1. die durch die Bekanntmachung der Kriegsstoffabteilung vom 1. April 1916 verfügte Beschlagnahme der veredelten Garne für die Industrie freizugeben;
2. daß bei Berechnung der Uebernahmepreise für die beschlagnahmten baumwollenen Garne nicht die festgesetzten Höchstpreise, sondern Preise vergütet werden, bei denen der Verlust durch die Enteignung für die Industrie nicht zu schwer sein solle;
3. das Ausfuhrverbot vom 27. April 1916 nach den neutralen Ländern aufzuheben, beziehungsweise dahin zu ändern, daß diejenigen Waren für die Ausfuhr freigegeben werden, welche nachweislich für fremde Länder angefertigt wurden und in Deutschland unverkäuflich sind.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe:
Bd. 322, Nr. 1192 Ziff. 1—3.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997B — 1 u. 3: Ueberweisung zur Berücksichtigung; Ziff. 2: Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der Vereinigung der Textilhandelsvertreter zu Aachen, betr. Zuweisung von Provision von den durch die Kriegsrohstoffabteilung den Unternehmern zugewiesenen Garnmengen.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1439.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4836B. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des Cottbuser Textilvertreter-Vereins, betreffend Schadloshaltung der Vermittlungs-Agenten im Woll- und Garnhandel.
Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1536.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533C. — Ueberweisung als Material.

Auslandsgarne, Beschlagnahme zu Gestehungspreisen: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5042D.

g) Ersatzstoffe, Papiererzeugnisse: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5859B.

Papiergarn, Freigabe: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5043A.

Zellulon (Garn), Zellulongesellschaft, Ziele: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5042A.

Zellulosegarn, Syndikatsbildung, Ziele: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5042B.

410. Wechselkurse. Stand im Auslande:
Bd. 315, Nr. 74 S. 15.
Bd. 316, Nr. 162 S. 18.
Bd. 317, Nr. 225 S. 77.
Bd. 319, Nr. 403 S. 167.
Bd. 320, Nr. 650 S. 143, 144.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 186.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 43D.
14. Sitz. S. 228C.

Einwirkung des Friedensangebots auf die Wechselkurse: Bd. 320, Nr. 650 S. 143.

411. Wechselrecht.

a) Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse: Bd. 315, Nr. 3.
Erste, zweite u. dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 9C, 10D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 327.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
411. Wechselrecht (Fortsetzung).

Petitionen: Bd. 306, 2. Sitz. S. 11B. — Für erledigt erklärt.

Verlängerung der Fristen für wechsel- und scheckrechtliche Handlungen, die durch eine im Auslande erlassene gesetzliche Vorschrift verhindert werden:
Bd. 315, Nr. 26 S. 20.
Nr. 27 Ziff. 4.

b) Protestfrist usw., Verlängerung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 19.
Nr. 27 Ziff. 1, 16.

Aufhebung der Verlängerung:
Bd. 315, Nr. 86 Ziff. 154.
Bd. 316, Nr. 107 S. 6.

Verlängerung für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen, Westpreußen rechts der Weichsel:
Bd. 315, Nr. 26 S. 19.
Nr. 27 Ziff. 16, 21, 28, 42, 54.
Nr. 29 S. 4.
Nr. 43 Ziff. 68, 88.
Nr. 44 S. 4.
Nr. 49 Ziff. 117.
Nr. 73 S. 3.
Nr. 86 Ziff. 153.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 192.
Nr. 107 S. 7.
Nr. 146 Ziff. 239.
Nr. 147 S. 99.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 292.
Nr. 220 Anhang a137, a143.
Nr. 225 S. 99.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 359.
Nr. 402 Ziff. 438.
Bd. 319, Nr. 403 S. 204.
Nr. 443 Ziff. 490, Anhang a422.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 537.
Nr. 650 S. 159.
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 594, Anhang a610.
Nr. 913 Ziff. 631.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 678, Anhang a680.
Nr. 1213 Anhang 768.
Nr. 1214 S. 237.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 723.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a767, a907.
Siehe auch unter II 295.

Verjährungsfrist für Wechsel mit inländischem Domizil, Verlängerung:
Bd. 322, 1064 Ziff. 647.
Nr. 1214 S. 237.

c) Auslandswechsel, Fälligkeit:
Bd. 315, Nr. 26 S. 23.
Nr. 27 Ziff. 8, 9, 41.
Nr. 43 Ziff. 83.
Nr. 44 S. 13.
Nr. 73 S. 8.

412. Wechselstempel. — Siehe auch „Wechselstempel".
Stempelfreiheit staatlicher und kommunaler Kriegswechsel:
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 235.
Bd. 319, Nr. 403 S. 202.

413. Wein, Weinbau. — Siehe auch II 52c, 173, 443a.
Verkehr mit Wein; Preise: Bd. 322, Nr. 1214 S. 46.
Anfrage Dr. Becker (Hessen), Astor, Dr. Dahlem (Montabaur), Gebhart, Hartrath, Dr. Paasche, Pauly, Richter: Nach uns bekannt gewordenen Mitteilungen finden Erwägungen darüber statt, für die Weinernte des Herbstes 1917 Weinhöchstpreise festzusetzen. Dadurch ist in den Kreisen

413. Wein, Weinbau (Fortsetzung).

der Winzer und des Weinhandels eine große Beunruhigung entstanden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit und in der Lage, über diese Erwägungen Auskunft zu geben, insbesondere darüber, welche Maßnahmen des Reichs auf diesem Gebiete geplant sind?

Gedenkt der Herr Reichskanzler im Falle solcher Maßnahme die qualitative Verschiedenheit der einzelnen Weinbaugebiete und Weinbergslagen sowie die Tatsache dabei zu berücksichtigen, daß ein Teil der Winzer den Wein im Herbst ungekeltert verkauft, während ein anderer Teil ihn selbst keltert und dann erst nach kürzerer oder längerer Behandlung zur Veräußerung bringt?: Bd. 321, Nr. 863.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 920.

Anfrage Bartling: Durch die Presse geht folgende Nachricht, deren Richtigkeit mir von privater Seite bestätigt wird.

In Eltville hat der Besitzer eines größeren renommierten Weinguts seine 1917er Edelgewächse zum Preise von 12 500 Mark per Stück freihändig verkauft.

Das Kriegswucheramt hat den Wein, ebensowohl wie den Wein in mehreren anderen Weinkellern, beschlagnahmt.

Höchstpreise für Weine bestehen nicht.

Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solche Maßnahmen des Kriegswucheramts zu verhindern?: Bd. 324, Nr. 1413.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1526.

Kupferberg Gold in Mainz, Kriegsgewinne: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4381 A.

Einfuhr: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 756.

414. Weingesetz. Vorübergehende Aenderung (Zuckerung):
Bd. 315, Nr. 29 S. 5.
Nr. 30 Ziff. 58.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 288.
Nr. 225 S. 36.
Zu Bd. 319, Nr. 480 S. 70.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 532.
Nr. 650 S. 41.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 758.
Siehe auch unter II 447.

415. Weizen siehe unter II 139.

416. Wertpapiere.
a) Anmeldung der ausländischen Wertpapiere:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 459, Anhang a 355.
Bd. 319, Nr. 403 S. 171.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 453.
Nr. 650, S. 149.
b) Bewertung in Bilanzen: Bd. 315, Nr. 44 S. 91.
c) Handel mit in England abgestempelten Wertpapieren, Verbot:
Bd. 315, Nr. 27 Ziff. 52.
Nr. 29 S. 3.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 257.
Nr. 147 S. 89.
d) Kurswert bei Sicherheitsleistung:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 72.
Nr. 44 S. 91.
e) Mitteilungen über Preise von Wertpapieren, Verbot; Ausnahme:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 109.
Nr. 44 S. 94.
Nr. 72 Anhang 1.
Nr. 73 S. 54.

416. Wertpapiere (Fortsetzung).
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 147.
Nr. 225 S. 81.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 330.
Bd. 319, Nr. 403 S. 170.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 682.
Nr. 1213 Ziff. 704, Anhang a 801.
Nr. 1214 S. 209.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 870.

Petition des Schutzverbandes deutscher Grundbesitzer in Cöln, betreffend Festsetzung von Kursen für Wertpapiere.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. V c.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Für erledigt erklärt.

f) Fristverlängerung.
Vorlegungsfrist bei Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheinen: Bd. 324, Nr. 1612, Ziff. 757.
Staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 575.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 234.

Verbot der Veräußerung von Aktien oder Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 535.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 739.

g) Ausländische Wertpapiere.
Verwertung des deutschen Besitzes:
Bd. 321, Nr. 733 Ziff. 590.
Nr. 913 Anhang a 644.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 211.
—, steuerfreie Abstempelung, Fristverlängerung siehe unter II 311.

417. Wicken. Höchstpreise: Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 724.

418. Wild.
a) Einfuhr: Bd. 320, Nr. 630 Anhang a 519.
b) Fütterung:
Bd. 319, Nr. 489 unter B 72.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2068 B.
74. Sitz. S. 2107 D.
c) Preisregelung:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 252.
Nr. 147 S. 44.
Nr. 164 Anhang a 109.
Bd. 317, Nr. 192 S. 64.
Nr. 196 Anhang a 130.
Nr. 225 S. 41.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 460, Anhang a 393.
Bd. 319, Nr. 403 S. 65.
Bd. 306, 28. Sitz. S. 588 C.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2092 C.
d) Verbrauchsregelung; Fleischkarten:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 55, 63.
Zu Nr. 480 S. 20, 40.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 645.

419. Wildschaden.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der Ernährung des Volkes sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Gefährdung der diesjährigen Ernte durch Wildschäden zu verhindern; zu diesem Zwecke haben die Behörden in den Landesteilen, in welchen nennenswerte, die

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
419. Wildschaden (Fortsetzung).

Ernte beeinträchtigende Wildschäden drohen oder erfahrungsmäßig einzutreten pflegen, die Schonzeiten des Wildes aufzuheben, die Jagdberechtigten in erfolgreicher Weise zum Abschuß des Wildes anzuhalten und energisch diesen Abschuß erforderlichenfalles in anderer Weise durchzuführen: Bd. 315 Nr. 56 unter II a 9.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 75C.
8. Sitz. S. 123D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185A.
15. Sitz. S. 248A, 271A.
16. Sitz. S. 278D.
17. Sitz. S. 318D.
18. Sitz. S. 327B.

Resolutionen des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Förderung der Erzeugung von Nahrungsmitteln erneut Anordnungen zu treffen, daß die maßgebenden Behörden wirkungsvolle Vorschriften schaffen und durchführen, um die Wildschäden (besonders durch Rot- und Schwarzwild) an den Feldfrüchten soweit als irgend möglich zu verhindern, und daß den betreffenden Klagen der Landwirte sorgsam nachgegangen und energisch Abhilfe geschaffen wird,
und
den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß in wirksamerer Weise als bisher dem Wildschaden, besonders durch Rot- und Schwarzwild, entgegengetreten wird, nötigenfalls durch Abschuß der schädigenden Wildarten, und entstandene Schäden möglichst schnell und voll entschädigt werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 74.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6l, II 1d, 2, 7a.
Bd. 319, Nr. 480 unter B 70—72.
Zu Nr. 480 S. 22, 82, 83.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1605A, 1629D.
62. Sitz. S. 1642C, 1651A, 1661A, 1667C.
65. Sitz. S. 1756C.
73. Sitz. S. 2073A.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5889A, 5896B.

Wildzählungen. Wildabschuß, Aufgabe des Generalkommandos:
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3253D, 3284D.
107. Sitz. S. 3321A.

420. Wirtschaftsplan. Siehe auch unter II 91.
Resolution Bassermann u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für alle Fragen, welche die Ernährung des Volkes über die kommende Ernte hinaus betreffen, einen Wirtschaftsplan schon jetzt für das nächste Wirtschaftsjahr aufzustellen: Bd. 315, Nr. 61.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 85A, B.
8. Sitz. S. 123D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I 1a, 8a.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 185A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1609C, 1615D, 1627C, 1632C.
73. Sitz. S. 2060D.

Vorbereitung, Ausführung: Bd. 316, Nr. 107 S. 33.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
420. Wirtschaftsplan (Fortsetzung).

Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1917/18. Tätigkeit des Reichstagsausschusses für Ernährungsfragen.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2539D.
88. Sitz. S. 2582B.
Mündl. Ber. des Ausschusses für Ernährungsfragen: Bd. 321, Nr. 797.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3211D.
106. Sitz. S. 3246B.
107. Sitz. S. 3298B.

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der Durchführung des Wirtschaftsplans für 1917 die landwirtschaftlichen Organisationen und der Handel nicht ausgeschaltet werden: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 1.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Vorschläge von elf Hochschulprofessoren:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3213A, 3240C.
106. Sitz. S. 3255B, 3257B, 3268A, D, 3289A.

421. Wochenhilfe während des Krieges:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 61, 93.
Nr. 44 S. 32, 34.
Nr. 72 Ziff. 144.
Nr. 73 S. 25.
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 140.
Aufwendungen aus Reichsmitteln:
Bd. 315, Nr. 44 S. 36.
Nr. 73 S. 26.
Bd. 316, Nr. 147 S. 116.
Bd. 317, Nr. 225 S. 112.
Bd. 319, Nr. 403 S. 232.
Bd. 320, Nr. 650 S. 200.

Erstattung der verauslagten Beträge an die Lieferungsverbände: Bd. 316 Nr. 146 Anhang a 65.
Bd. 322 Nr. 1064 Anhang a 687.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
1. die Bekanntmachung, betreffend Wochenhilfe während des Krieges, vom 3. Dezember 1914 dahin auszudehnen, daß die Wochenhilfe allgemein gewährt wird, wenn der Ehemann bei Ausbruch des Krieges ein Jahreseinkommen von weniger als 2500 Mark bezogen hat;
2. die Bekanntmachungen, betreffend Wochenhilfe während des Krieges, vom 3. Dezember 1914 und 28. Januar 1915 dahin auszudehnen, daß die Wochenhilfe den Wöchnerinnen solcher Kriegsteilnehmer gewährt wird, die dem in § 165 Abs. 1 der RVO. genannten Personenkreis angehören, die vor Eintritt in die Kriegsdienste in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen für den Fall der Krankheit versichert waren und deren Versicherungsberechtigung nicht nach § 178 der RVO. beschränkt sein würde: Bd. 315, Nr. 56 unter IIc.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 77D, 81C, 85C.
8. Sitz. S. 124A. — Angenommen.

Erhöhung der Sätze:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 622.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 279.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 618C

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
421. Wochenhilfe (Fortsetzung).

Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537C, 2564C.
88. Sitz. S. 2576A, 2580B.
89. Sitz. S. 2625D, 2629C.

Erhöhung aus Anlaß des Vaterländischen Hilfsdienstes:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 638.
Nr. 1214 S. 264, 279.

Petition, betreffend Erhöhung des Betrags der Reichswochenhilfe: Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1866. — Unerledigt.

— an Kapitulanten für uneheliche Kinder:
Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 573.
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 715.
Nr. 1214 S. 264.

— auch bei Ermäßigung der Beiträge zur Krankenkasse: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 753.

Gewährung an Frauen von Kriegsbeschädigten:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1116B.
51. Sitz. S. 1150A.

Anfrage Gothein, Dr. Pachnicke, Sivkovich, Dr. Wendorff: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Versicherungsamt Rostock und das Oberversicherungsamt Schwerin den Ehefrauen von Seeleuten, deren in wehrpflichtigem Alter stehende Ehemänner durch die kriegerischen Ereignisse im neutralen Ausland zurückgehalten werden oder in Feindesland interniert sind, die Reichswochenhilfe verweigerte?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese unterschiedliche Behandlung der Familien von in Mecklenburg ansässigen Seeleuten zu beseitigen?: Bd. 319, Nr. 442.

Bd. 308, 68. Sitz. S. 1839A. — Beantwortet.

Anrechnung auf die Familienunterstützung, Unzulässigkeit: Bd. 306, 19. Sitz. S. 367C.

Anfrage Dr. Quarck: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß auf Grund des § 11 des Militärunterstützungsgesetzes von 1888 zahlreiche Familien von Kriegsteilnehmern der Kriegsunterstützung und der Reichswochenhilfe verlustig gehen und der Armenpflege anheimfallen?

Besteht die Absicht, den § 11 einer entsprechenden Abänderung zu unterziehen und dem Reichstage demnächst eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten?: Bd. 319, Nr. 467.

Bd. 308, 71. Sitz. S. 1940. — Zurückgestellt.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2017B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Heckscher: In wiederholten Fällen hat sich die Auszahlung der Reichswochenhilfe monatelang verzögert, so auch neuerdings in einem Falle in Rewa bei Kielau, Westpr.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Gemeinden zu einer umgehenden Auszahlung der Wochenhilfe anzuhalten?: Bd. 321, Nr. 956.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 1027.

Siehe auch „Bevölkerung" unter B 5, „Kriegswohlfahrtspflege" unter C und „Säuglingsfürsorge".

422. Wochenmärkte. Ausschaltung des Zwischenhandels:
Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 114.
Nr. 73 S. 53.

Petition, betreffend Beschränkung des gewerbsmäßigen Einkaufs von Gegenständen des Wochenmarktverkehrs.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 319, Nr. 502.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
422. Wochenmärkte (Fortsetzung).

Bd. 308, 75. Sitz. S. 2151A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Siehe auch unter II 409.

423. Wolle, Wollwaren. — Siehe auch unter II 409.

Höchstpreise:
Bd. 315, Nr. 44 S. 73.
Bd. 320, Nr. 514 Anhang a 441.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3323C.

Anfrage Astor, Irl (Erding), Krings (Neuwied), Bolz: Die vor ungefähr 2 Jahren für die Schafhalter festgesetzten Woll-Höchstpreise entsprechen heute keineswegs mehr den inzwischen durch mangelhafte Ernährung veränderten schwierigen und teueren Zuchtverhältnissen. Die Schafhalter sind infolge des langen strengen Winters genötigt gewesen, zum Durchhalten ihrer Herde zu ungemein teueren Preisen für Stallfütterung zu sorgen.

Ganz besonders leiden darunter die Schäfereibesitzer der rauheren Gegenden und der Hochebenen des Südens und des Westens, denen heute der Weidewechsel sehr erschwert ist. Die allzu geringen Preise untergraben die Lust und die Liebe zu einer Vermehrung der Schafzucht, zumal in Süddeutschland, wo nur eine einmalige Schafschur im Jahre stattfinden kann.

Gedenkt der Herr Reichskanzler, der die Notwendigkeit der Vermehrung der Wollproduktion anerkannt hat, sofort und zwar noch für die unmittelbar bevorstehende Schafschur eine angemessene Preiserhöhung für Wolle, wie solche auch kürzlich in Oesterreich-Ungarn vorgenommen wurde, bei den in Betracht kommenden Reichsstellen zu veranlassen?: Bd. 321, Nr. 858.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 880.

424. Wollfett siehe unter II 281e.

425. Wollindustrie.

Petition, betreffend Aufnahme der Firma Schlikker & Co. und andere Färbereien in den Kriegslohnveredelungsverband.

Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1849. — Unerledigt.

Petition, betreffend Aufnahme der Firmen Berberich & Co. und Berberich Söhne in Säckingen in die Betriebsliste des Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrie und Beteiligung an der Entschädigung.

Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1848. — Unerledigt.

Petition der Mechanischen Weberei Fischen in Sonthofen, betreffend Aufnahme unter die Höchstleistungsbetriebe für Baumwollgewebe.

Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1554.

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534B. — Ueberweisung zur Erwägung.

426. Wucher mit Lebensmitteln usw. siehe unter II 297e.

427. Zahlungsfristen. Gerichtliche Bewilligung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 14.
Nr. 27 Ziff. 2.
Nr. 86 Ziff. 157, Anhang a 5.
Bd. 316, Nr. 107 S. 4.
Bd. 319, Nr. 403 Ziff. 404, 405, S. 205, 209.

Siehe auch unter II 411 und „Hypotheken".

Zahlungsfristen für Kriegsteilnehmer, Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn: Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 856.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes (Fortsetzung).

428. Zahlungsverbote gegen England, Frankreich, Rußland, Aegypten, Franz. Marokko, Portugal, Rumänien:
Bd. 315, Nr. 26 S. 85.
Nr. 27 Ziff. 32.
Nr. 29 S. 17.
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 86.
Nr. 147 S. 103.
Bd. 318, Nr. 335 Anhang a 239.
Nr. 402 Anhang a 363.
Bd. 319, Nr. 403 S. 215.
—, Ausdehnung auf Italien:
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 483.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 658.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 256.
—, Ausdehnung auf Siam, Liberia und China:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 744.
—, Ausdehnug auf die Vereinigten Staaten von Amerika:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 664.
Nr. 1213 Anhang a 751.
Nr. 1214 S. 256.
Ausnahmen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 24.
Nr. 43 Ziff. 73.
Nr. 44 S. 14, 80.
Bd. 316, Nr. 147 S. 104.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 220.
Bd. 319, Nr. 403 S. 214.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 473, a 521, a 523.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 251, 256.
—, Stundungsvorschriften, Einschränkungen:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 541 Anh. a 554.
Nr. 650 S. 172.

429. Zahlungsvereinbarungen. Unverbindlichkeit der Goldklausel:
Bd. 315, Nr. 26 S. 7.
Nr. 27 Ziff. 31.

430. Zahlungsverkehr mit dem Auslande.
Zahlungen nach dem besetzten Rumänien: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 912.
—, Ein- und Durchfuhrverbot von Rubeln:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 582.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 192, 216.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 887.
—, Guthaben türkischer Staatsangehöriger in Deutschland: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 729.
Zahlungsverkehr, bargeldloser; Merkblatt für den Scheck- und Ueberweisungsverkehr:
Bd. 320, Nr. 650 S. 133.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 180, 212.
—, Scheck- und Ueberweisungsverkehr bei der Postverwaltung: Bd. 320, Nr. 650 S. 151.
—, mit der Patentamtkasse:
Bd. 321, Nr. 744 Ziff. 576.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 215.
—, bei Einzahlung auf Aktien:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 617.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 212.
—, im Zwangsversteigerungsverfahren:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 618.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 214.
Petition des Königlichen Eisenbahnobersekretärs Georg Duchatsch in Breslau um Einführung von Gemeindescheckmarken als Zahlungsmittel zwecks Einschränkung des Bargeldverkehrs.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
430. Zahlungsverkehr (Fortsetzung).
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. IVb.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Für erledigt erklärt.

431. Zeitungsanzeigen. Namensangabe der Anzeigenden:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 285.
Nr. 225 S. 6.
Maßnahmen gegen mißbräuchliche Anzeigen über Lebens- und Futtermittel, Kettenhandel usw.:
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 281, a 319.
Bd. 319, Nr. 403 S. 11, 13.
Bd. 323, Nr. 1214 S. 10, 11.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1609A.
62. Sitz. S. 1647A, 1657C.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Seit Beginn des Krieges bildet der Anzeigenteil ganz bestimmter Zeitungen eine vortrefflich bediente Angebot- und Nachfragestelle für Kriegswucherer aller Art und damit, angesichts der Zeit- und Wirtschaftsverhältnisse, einen immer stärker empfundenen Mißstand unseres öffentlichen Lebens.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, ein Verbot jener höchst eindeutigen Anzeigen, die lediglich dem preisverteuernden Kettenhandel dienen, anordnen zu lassen?: Bd. 318, Nr. 306.
Schriftliche Antwort: Bd. 318, Nr. 324.

432. Zeitungen, Zeitungsgewerbe. Siehe auch II 71, 285, 431 und „Presse".
Versorgung mit Druckpapier; Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe; Beirat:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 370, Anhang a 222.
Nr. 402 Anhang a 258, a 275, a 297, a 313, a 321, a 353, a 371, a 372, a 377.
Bd. 319, Nr. 403 S. 140.
Nr. 443 Anhang a 410, a 418, a 431, a 456.
Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 513.
Nr. 650 S. 108.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 611.
Nr. 801 Anhang a 628.
Nr. 913 Anhang a 649, a 665, a 666.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 756.
Nr. 1214 S. 142.
Geschäftsanweisung für den der Kriegswirtschaft für das deutsche Zeitungsgewerbe beigegebenen Ausschuß: Bd. 324, Nr. 1612, Anhang a 876.
Resolution des Haushaltsausschusses, folgende Anträge dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die periodisch erscheinende nichtpolitische Presse dieselbe Begünstigung erhält in der Frage der Beschaffung des Papiers wie die Tagespresse: Bd. 319, Nr. 493 unter IIc.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2142C, 2146C. — Angenommen.
Reichshilfe für Papier, Berücksichtigung der Sonntagsblätter: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2956B.
Antrag des Haushaltsausschusses: Der Reichstag wolle beschließen: folgende Resolution anzunehmen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die bisherigen Zuschüsse zu den Kosten der Papierbelieferung der Zeitungen unvermindert fortzuzahlen und diese Zuschüsse auch auf Wochen- und

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
432. Zeitungen, Zeitungsgewerbe (Fortsetzung).

Monatsblätter auszudehnen, solange die durch den Krieg herbeigeführten Ursachen der Papierverteuerung fortdauern: Bd. 325, Nr. 1730.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120D, 6121C. — Angenommen.

Bevorzugung der großen Zeitungsverleger gegenüber den kleinen und den Buchverlegern; Reichsbeihilfe:
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4915B.
158. Sitz. S. 4929A. (Sonntagsblätter.)
159. Sitz. S. 4967D.
167. Sitz. S. 5201C,
168. Sitz. S. 5231C, 5247A.

Kontingentierung des Papiers, Eingaben der Zeitungen, Nichtaufnahme einer Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich in Berliner Zeitungen:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2646B ff. (Geschäftsordnungsdebatte.)
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3355C.

—, Verteilung der „Verhandlungen des Reichstags" auf mehrere Blätter in den Zeitungen: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2647B, 2848A, C, 2649A.

Personal-, Papiermangel:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3120D.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Auf Amtszimmern und Schreibstuben werden zurzeit Freistücke der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in sehr erheblichen Mengen verteilt.

Wie stimmt diese Tatsache zu dem sonst so beklagten und behördlich betonten Papiermangel, der andere Zeitungen geradezu am Aufstieg hindert, und wie stellt sich der Herr Reichskanzler hierzu: Bd. 322, Nr. 1258.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1453.

Anfrage Malkewitz, v. Graefe (Güstrow), Schiele: Es besteht die dringende Gefahr, daß infolge Papiermangels die Berliner Zeitungen in den allernächsten Tagen nicht mehr erscheinen können.

Hat der Herr Reichskanzler Vorsorge getroffen, daß diese Gefahr unter allen Umständen beseitigt wird, und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um in Zukunft eine bessere Belieferung der deutschen Zeitungen mit Papier in die Wege zu leiten?: Bd. 321, Nr. 802.

Bd. 310, 106. Sitz. S. 3244D. — Beantwortet.

Anfrage Schulenburg: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß religiöse Sonntagsblätter durch Nichtanerkennung als Tageszeitungen infolge der damit versagten Lieferung von Papier am weiteren Erscheinen verhindert sind?

Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß die evangelischen wie katholischen Sonntagsblätter, mögen sie auch in kleiner Auflage erscheinen, für weite Schichten der Bevölkerung, besonders auf dem platten Lande, „die Zeitung" sind, die ausschließlich gelesen wird?

Weiß der Herr Reichskanzler, daß der Papierverbrauch sämtlicher religiöser Sonntagsblätter Deutschlands zusammen im Jahre geringer ist als der einer einzigen größeren Berliner Tageszeitung?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um religiöse Sonntagsblätter, die 50 Jahre und länger segensreich gewirkt haben, am Leben zu erhalten?: Bd. 322, Nr. 1144.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1161.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
432. Zeitungen, Zeitungsgewerbe (Fortsetzung).

Anfrage Behrens, Bruhn, Dr. Burckhardt, Herzog, D. Mumm, Rupp (Marburg), Schiele, Schulenburg, Dr. Werner (Gießen), Werner (Hersfeld), Graf Westarp: Durch die Bekanntmachung des Herrn Stellvertreters des Reichskanzlers vom 20. September 1917 dürfen Verleger und Drucker von Druckwerken (Bücher, Sammelwerke, Einzelwerke, Jugendschriften usw.), Musikalien, Zeitschriften und sonstige periodisch erscheinende Druckschriften nur 55 vom Hundert derjenigen Menge Druckpapier beziehen, die — errechnet auf einen Zeitraum von drei Monaten — im Jahre 1916 zu deren Herstellung verwendet worden ist. Diese Bekanntmachung nimmt keine Rücksicht auf die Zeitschriften, welche schon vorher in einem geringen Umfang erschienen sind, sondern schränkt sie alle um 45 vom Hundert ein. Die Einschränkungsverfügung für die Tageszeitungen sieht vor, daß Tageszeitungen, deren Ausgaben in einer Woche nicht mehr als 6 Bogen zu je 4 Seiten umfassen und die nicht öfter als einmal täglich erscheinen, keiner Einschränkung unterliegen. Den Zeitschriften hingegen ist kein Mindestumfang zugebilligt. Dadurch werden besonders die religiösen Sonntagsblätter betroffen. Die hervorragende Bedeutung der religiösen Sonntagsblätter ist von allen Seiten rückhaltslos anerkannt, so zuletzt noch am 31. Januar d. J. durch das Kriegs-Presseamt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, durch eine Aenderung der Verordnung vom 20. September 1917 den religiösen Sonntagsblättern einen wöchentlichen Umfang von einem Bogen, gleich vier Tageszeitungsseiten, freizugeben?: Bd. 323, Nr. 1390.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1495.

Anfrage Dr. Jaeger, Dr. Marcour, Gerstenberger: Wie der „Zeitungsverlag" Nr. 40 vom 5. Oktober meldet, droht dem Zeitungsgewerbe am 1. November wieder eine Erhöhung der Papierpreise, und zwar gleich um 11,65 bzw. 13,65 Mark für 100 Kilogramm. Das bedeutet den Zusammenbruch vieler, insbesondere mittlerer und kleinerer politischer Zeitungen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den gerade in der gegenwärtigen Zeit zur Erhaltung eines gesunden vaterländischen Geistes doppelt notwendigen Fortbestand besonders der mittleren und kleineren Presse zu sichern, da es tatsächlich unmöglich ist, die immer wiederholte Steigerung der Papierpreise immer wieder automatisch auf die Zeitungsbezieher abzuwälzen!

Ist der Herr Reichskanzler insbesondere gewillt, endlich Höchstpreise für Zellstoff und Druckpapier einzuführen?: Bd. 322, Nr. 1131.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1157.

Betriebserleichterungen, behördliche.
Petition des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Berlin, den Tageszeitungen die bisher zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe vom Heeresdienst zurückgestellten redaktionellen, technischen und verlegerischen Arbeitskräfte auch weiterhin unter allen Umständen zu belassen, eine Verteuerung des Zeitungsdruckpapiers zu verhüten, die Reichsstelle für Papierholz zur Herausnahme des für die Herstellung von Zeitungsdruckpapier erforderlichen Papierholzes aus der preissteigernden Kriegskonjunktur zu veranlassen und in die Leitung

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
432. Zeitungen, Zeitungsgewerbe (Fortsetzung).
dieser Reichsstelle einen unparteiischen kaufmännischen Leiter zu berufen —.
Mündl. Ber. des Haush.-Ausch: Bd. 322, Nr. 1060, Ziff. IIIa.
Bd. 311, 126, Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
433. Zellulon siehe II409f.
434. Zellulosegarn siehe II52c, 409f, 443a.
435. Zement. Siehe auch II360.
Beschränkung des Absatzes und der Erzeugung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 429.
Bd. 319, Nr. 403 S. 138.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 549 Anhang a 482.
Nr. 650 S. 106.
Petition der Norddeutschen Portland-Zementfabrik in Misburg, betreffend Ausfuhrverbot für Zement.
Ber. d. Ausch. für Handel und Gewerbe: Bd. 319, Nr. 464.
Bd. 308, 75. Sitz. S. 2150D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Eingabe des Maurerweisters Wrede in Müden, betreffend Zuweisung von Zement:
Ber. des Ausch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1540.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533D. — Für erledigt erklärt.
436. Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H.
Tätigkeit, Verteuerung der Waren, Ermietung des Hotels Lindenhof:
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219D, 3225B.
106. Sitz. S. 3276A, 3281C.
107. Sitz. S. 3310C, 3319D.
Bd. 313. 185. Sitz. S. 5855C.
Mitwirkung bei der Fleischversorgung: Bd. 315, Nr. 44 S. 56.
— bei der Einfuhr und Verteilung ausländischer Lebens- und Futtermittel:
Bd. 316, Nr. 147 S. 16.
Bd. 317, Nr. 225 S. 10.
Bd. 319, Nr. 403 S. 21.
Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Anordnungen zu erlassen, um die Verleihung eines Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentraleinkaufsgesellschaft und die Abgabe der eingeführten Lebensmittel durch sie nur an Behörden und behördlich bestimmte Verteilungsstellen herbeizuführen:
Bd. 317, Nr. 192 S. 19.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 615B. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 371 unter I5 IVa.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1609B, 1612B.
62. Sitz. S. 1659B, D.
Geschäftsgebaren, Fall Heymer, Elberfeld: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3277A, 3282B.
Rechtzeitige Abnahme beschlagnahmter Vorräte: Bd. 306, 26. Sitz. S. 533C.
Preissteigerungen: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1659B.
Lebensmittelvorzugskarten für ihre Angestellten: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1660A.
Petition des Kaufmanns Robert Schubert in Herrnstadt in Schl. — Uebertragung der Leitung der Z.E.G. an gewissenhaftere Personen.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
436. Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. (Fortsetzung).
Mündl. Ber. des Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Verwendung vorbestrafter Leute als Einkäufer: Bd. 307, 42. Sitz. S. 946B, C.
Siehe auch unter II 61c, 107a, 121d, 139i, 176b, 243 d, g, 255 c, 227 c, 327.
437. Zentrifugen siehe II 62.
438. Zichorien siehe II 183.
439. Ziegeleien, Stillegung siehe unter II 36c.
440. Ziegenfleisch, Zollbefreiung siehe unter II 112 b, 443a.
441. Zinn siehe unter II 258.
442. Zivilprozeßordnung siehe unter II 248, 300, 453 und „Gerichte", „Güteverfahren", „Kriegsteilnehmer".
443. Zölle. — Siehe auch „Zolltarif".
a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend vorübergehende Einfuhrerleichterungen (Zollfreiheit für Nahrungsmittel; Aufhebung der Einfuhrverbote und -beschränkungen für solche): Bd. 315, Nr. 18.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10C, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 338.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 45.
Vorübergehende Zollbefreiungen und Zollermäßigungen für
Aepfel, Birnen, Quitten, frisch:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 295.
Nr. 225 S. 13.
Arbeitserzeugnisse der deutschen Kriegsgefangenen in der Schweiz:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 558.
Nr. 650, S. 156.
Austern, holländische: Bd. 310, 108. Sitz. 3360A, 3362B, 3363D.
Branntwein, Futtermittel, Rohstoffe, Halbfabrikate:
Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 121.
Nr. 73 S. 20.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 15.
Branntwein zu militärischen Zwecken:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 95.
Nr. 44 S. 17.
Erdbeeren; Marmeladen; Fruchtsäfte:
Bd. 315, Nr. 78 Ziff 150.
Bd. 316, Nr. 107 S. 21.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 609.
Frucht- und Pflanzenfette: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 694.
Gerbstoffe, Wein zur Kognakbereitung:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 194.
Nr. 107 S. 22.
Gerstenmalz:
Bd. 315, Nr. 26 S. 47.
Nr. 27 Ziff. 36.
Industrieerzeugnisse aus den besetzten feindlichen Gebieten: Bd. 320, Nr. 633, Ziff. 524.
Jutesäcke:
Bd. 315, Nr. 26 S. 46.
Nr. 27 Ziff. 18.
Karpfen: Bd. 321, Nr. 913, Ziff. 609.
Krabben:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 295.
Nr. 225 S. 14.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
443. Zölle (Fortsetzung).

Küchengewächse, frische:
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 12.
Nr. 107 S. 22.

Lederabfälle:
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 599.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 223.

Leim:
Bd. 322, Nr, 1213 Ziff. 679.
Nr. 1214 S. 223.

Obst, frisches:
Bd. 320, Nr. 650 S. 155.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 674.

Pferdefleisch: Bd. 320, Nr. 650 S. 19.

Säcke:
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 633.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 46, 223.

Schweinefleisch: Bd. 320, Nr. 650 S. 20.

Verdorbene Waren zur Verwendung als Viehfutter:
Bd. 315, Nr. 26 S. 46.
Nr. 27 Ziff. 30.

Waren zur Verarbeitung auf fette Oele: Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 533.

Zellulose, Halbzeug:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 185.
Nr. 107 S. 23.

Ziegenfleisch: Bd. 320, Nr. 650 S. 20.

b) Zollsätze der Handelsverträge mit feindlichen Ländern, Aufhebung: Bd. 315, Nr. 26 S. 43.

Vertragszollsätze, Anwendung für Waren aus Italien: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 721.

—, Anwendung auf Waren aus Rumänien:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 559.
Nr. 650 S. 156.

Ausnahme für die bereits in Zollausschlüssen usw. befindlichen Waren:
Bd. 315, Nr. 26 S. 43.
Nr. 27 Ziff. 7.

—, für die aus besetzten feindlichen Gebieten eingeführten Waren:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 112.
Nr. 44 S. 29.
Bd. 316, Nr. 164 Ziff. 276.
Bd. 317, Nr. 225 Ziff. 98.
Nr. 256 S. 349.
Bd. 319, Nr. 403 S. 201.
Nr. 443 Ziff. 495.

444. Zollgüter, feindliche. Behandlung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 88.
Nr. 27 Ziff. 38.
Nr. 44 S. 89.
Bd. 317, Nr. 256 Anhang a 180.
Bd. 319, Nr. 403 S. 219.

445. Zoll-Kriegswechsel:
Bd. 315, Nr. 26 S. 10.
Nr. 74 S. 9.

446. Zölle und Verbrauchssteuern.
Abgabenbefreiung oder -vergütung für als Liebesgaben gespendete zoll- und steuerpflichtige Waren:
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 118.

— Ablehnung für andere an die Truppen im Auslande gesandte Waren:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 246.
Nr. 147 S. 97.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 361.
Bd. 319, Nr. 403 S. 201.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
446. Zölle und Verbrauchssteuern (Fortsetzung).

— für elektrotechnische Erzeugnisse aus den besetzten feindlichen Gebieten:
Bd. 320, Nr. 650 S. 155.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 663.

— für belgisches Obst:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 183.
Nr. 107 S. 24.

447. Zucker. — Siehe auch unter II 4, 52c, 121f. 370.
a) Bestandsanzeige von Rohzucker:
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 153.
Nr. 225 S. 33.

Bestandsaufnahmen über Verbrauchszucker:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 160, Anhang a 21, a 38.
Nr. 107 S. 13.
Nr. 146 Anhang a 58, a 76, a 93, a 107.
Nr. 147 S. 38.
Bd. 317, Nr. 196 Anhang a 127.
Nr. 220 Anhang a 152, a 164.
Nr. 225 S. 33.
Nr. 256 Anhang a 192.
Bd. 319, Nr. 403 S. 19.

b) Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse zu Futtermitteln:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 97.
Nr. 44 S. 60.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a 311.
Bd. 319, Nr. 403 S. 51.

Petition des Verbandes Deutscher Melassefutter-Fabrikanten, betreffend Zuteilung von Aufträgen auf Melassefuttererzeugung.
Ber. d. Ausschl. f. Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 302.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935 A. — Ueberweisung als Material.

c) Verbrauchsregelung, Preisfestsetzung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 38.
Nr. 27 Ziff. 50.
Nr. 43 Ziff. 99.
Nr. 44 S. 17.
Nr. 72 Ziff. 137, Anhang i, p, s.
Nr. 73 S. 11.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 159, 160, 188, 189.
Nr. 107 S. 12.
Nr. 146 Ziff. 210, Anhang a 53, a 55, a 60, a 75.
Nr. 147 S. 38.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 284, Anhang a 125.
Nr. 220 Ziff. 314, 315.
Nr. 225 S. 33, 35.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 357, Anhang a 211.
Nr. 335 Anhang a 238, a 241.
Nr. 371 Ziff. I 6 i 2.
Nr. 402 Ziff. 477, Anhang a 280.
Bd. 319, Nr. 403 S. 49, 53.
Nr. 443 Anhang a 401, a 408, a 409.
Zu Nr. 480 S. 69.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 515.
Nr. 650 S. 40.
Nr. 659 Ziff. 573.
Bd. 323, Nr. 1356, Anhang a 821.
Bd. 324, Nr. 1612, Anhang a 892.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 193 D.
15. Sitz. S. 269 B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1603 D, 1614 D, 1633 A.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
447. Zucker (Fortsetzung).

62. Sitz. S. 1669 B.
73. Sitz. S. 2066 A, 2072 D.
74. Sitz. S. 2095 B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3216 D.

Verkehrsregelung für das Betriebsjahr 1916/17.
Bd. 321, Nr. 913 Anhang a 642.
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 730.

— der Ernte 1917:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 688, Anhang a 762, a 776, a 777, a 778, a 781.
Nr. 1214, S. 47.

Rohzuckerfrachten:
Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 702.
Nr. 1214 S. 47.

Einkochzucker, Versorgung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3221 C.

Anfrage Mumm:
An vielen Orten ist immer noch nicht der zweite Teil des Einmachzuckers zur Verteilung gelangt. Es kommen viel Klagen über ungleichmäßige Zuckerverteilung, es laufen viel Nachrichten über große aufgehäufte Zuckermengen ein. Nachrichten über Verteilung von Rohzucker gehen aus und werden wieder bestritten. Eine Behauptung, Zucker werde zurückgehalten um beim Friedensschluß durch Ausfuhr unsere Währung zu bessern, ist vor wenigen Tagen im Hauptausschuß gemacht und, soweit ich hörte, von Seiten der Regierung nicht bestritten worden. Nach fachmännischen Angaben wurden erzeugt:
Industriejahr 1914/15: 52 Millionen Zentner,
" 1915/16: 30 " "
" 1916/17: 32 " "
und werden erwartet im Industriejahr 1917/18: 34½ Millionen Zentner Zucker, also etwa 1 Pfund wöchentich auf den Kopf der Bevölkerung.
Soll trotz des sonnigen Herbstes und der noch immer steigenden Weinpreise Zucker an Weinbauern und Weinhändler gegeben und dergestalt Nahrungsmittel in Alkohol umgewandelt werden?
Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Zuckerversorgung unseres Volkes zu bessern? Wie hoch sind die aufgesparten Reserven an Zucker?: Bd. 322, Nr. 1081.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3765 A. — Beantwortet.

Anfrage Weinhausen:
Die Zuckerfirmen in Hamburg und Danzig, die sich schon lange vor dem Kriege mit der Einfuhr von Zucker aus Rußland beschäftigt haben, bemühen sich seit Monaten vergeblich beim Reichswirtschaftsamt und bei der Zentraleinkaufsgesellschaft, die Beteiligung des landes- und geschäftserfahrenen Handels bei der Ausfuhr des Zuckers aus der Ukraine durchzusetzen. Die letzte Mitteilung, die die Interessenten — Anfang Mai — von den zuständigen Stellen erhielten, besagte, daß bisher noch keine Richtlinien für die Beteiligung des Handels an dem ukrainischen Geschäfte festgelegt seien. Neuerdings ist aber bekannt geworden, daß Zucker, wenn auch in bescheidenen Mengen, bereits aus der Ukraine nach Deutschland eingeführt worden ist.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, den geschäftserfahrenen deutschen Handel, soweit er schon vor dem Kriege die Zuckereinfuhr von Rußland nach Deutschland betrieben hat, vorzugsweise und

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
447. Zucker (Fortsetzung).

baldigst am Zuckerimport aus der Ukraine zu beteiligen? Bd. 325, Nr. 1733.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6093 B. — Beantwortet.

Reichszuckerstelle, Aufgabe, Tätigkeit:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 357.
Bd. 319, Nr. 403 S. 49, 56.
Nr. 443 Anhang a 401.
Bd. 320, Nr. 650 S. 42.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 49.

Reichszuckerausgleichsgesellschaft, Tätigkeit:
Bd. 320, Nr. 650 S. 42.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 50.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Herabsetzung der Höchstpreise für Verbrauchszucker herbeizuführen: Bd. 317 Nr. 192 S. 68.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 319 Nr. 480 unter B 49.
Zu Nr. 480 S. 17.

Verbot des Vorverkaufs von Zucker der Ernte des Jahres 1915:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 166.
Nr. 107 S. 34.

Verfütterung an Bienen:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 315.
Nr. 225 S. 34, 36.

Verwendung zur Weinbereitung usw.:
Anfrage Mumm: Nach Blättermeldungen sind bereits 170000 Doppelzentner Zucker zur Weinbereitung abgegeben worden.
Wieviel Zentner Zucker sind seit Kriegsbeginn der Ernährung entzogen und der Umwandlung in alkoholische Getränke überantwortet worden?
Ist bekannt, daß die Weinmosternte 1913 einen Wert von 48,4 Millionen, 1914 von 41,7 Millionen, dagegen 1915 einen Wert von 150,7 Millionen Mark hatte und auch gegenwärtig Weine sehr hoch bezahlt werden? Sind Maßnahmen getroffen, die der Ernährung entzogenen Zuckermengen ausschließlich notleidenden Winzern zuzuführen, und welches sind die Maßnahmen?: Bd. 320, Nr. 600.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 607.
Siehe auch unter II 414.

Anfrage Mumm: Im Jahre 1916/17 wurden nicht weniger wie 88761 Doppelzentner Zucker der Ernährung entzogen und zur Wein- und Obstmostbereitung überwiesen.
Wird angesichts der heutigen Weinpreise erwogen, diese Ueberweisung im neuen Erntejahr zu wiederholen, trotzdem Zucker zu Ernährungs-, insbesondere Einmachzwecken nur in ganz ungenügender Menge abgegeben wird?
Wird die Bereitung nährenden Brotaufstriches aus Weinbeeren gefördert?: Bd. 321, Nr. 908, Bd. 310, 115. Sitz. S. 3562 B. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Wirth: Die Kommunalverbände der weinbautreibenden Gegenden erhalten von der Reichszuckerversorgung zur Verbesserung des Weines ein gewisses Quantum Zucker zugewiesen.
So hat auch der Kommunalverband Freiburg-Land 230 Doppelzentner erhalten. Der von der Zuckerfabrik Groß-Umstadt berechnete Preis beträgt für 100 Kilogramm 91 Mark. Dazu kommt der Preiszuschlag der R. Z. Stelle mit 130 Mark, 2 Prozent Vermittlungsprovision für E. St. St.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
447. Zucker (Fortsetzung).

Mannheim mit 2,60 Mark und Bezugsscheingebühr mit 0,15 Mark. So stellt sich der Preis für 100 Kilogramm auf 223,75 Mark.

Der derzeitige von den Fabriken für allgemeinen Verbrauchszucker berechnete Preis für 100 Kilogramm ist 71 Mark. Somit wird vom Kommunalverband Freiburg-Land per 100 Kilogramm ein Mehrpreis von 152,75 Mark erhoben. Für die 230 Doppelzentner ein Mehrpreis von 35 132 Mark.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß solche Mehrpreise den Kommunalverbänden auferlegt werden, die in erster Linie dem Landwirt und später dem Konsum zur Last fallen, und ist der Herr Reichskanzler in der Lage anzugeben, in welche Kasse die erzielten Gewinne abfließen?: Bd. 322, Nr. 1242. — Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1256.

Anfrage Greber (Coblenz): Im Jahre 1917 wurde der Weinzucker an die Winzer erst im Monat Dezember geliefert, also zu einer Zeit, in der die Kleinwinzer wegen Mangel an entsprechenden Einrichtungen nicht mehr in der Lage waren, ihren Wein zu verzuckern. Infolgedessen sahen sie sich gezwungen, den Wein ungezuckert zu einem viel geringeren Preise zu verkaufen.

Es hat sich daher die dringende Notwendigkeit ergeben, dafür Sorge zu tragen, daß der für die diesjährige Weinernte bestimmte Weinzucker möglichst frühzeitig, und zwar vor der Traubenlese den Winzern überwiesen wird. Die bisherigen Bemühungen von seiten der Landräte, beim Landwirtschaftsministerium die Lieferung des Weinzuckers bis zum 15. Oktober zu erreichen, sind ohne Erfolg geblieben.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Ueberweisung des Weinzuckers an die Kommunalverbände der Weinbaugebiete sofort zu veranlassen?: Bd. 325, Nr. 1945.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1964.

Petition der Guttemplerloge Leuchtenburg in Kahla, Einschränkung des Zuckerverbrauchs zur Weinbereitung:

Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. D.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition der J. O. G. T. Loge „Diener der Menschheit" 1483 in Zeulenroda — Keine Freigabe des Zuckers zur Weinbereitung:

Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. D.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Ferner: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2572 C.

448. Zuckermakler. Mitwirkung bei der Zuckerversorgung: Bd. 306, 15. Sitz. S. 270 C.

Petition betr. Entschädigung der Zucker-Terminmakler.

Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 321, Nr. 739.

Bd. 310, 119. Sitz. S. 3637 B. — Uebergang zur Tagesordnung.

449. Zuckerrüben. Anbau:

Bd. 315, Nr. 49 Ziff. 115.
Nr. 73 S. 13.
Bd. 316, Nr. 147 S. 39.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
449. Zuckerrüben (Fortsetzung).

Bd. 317, Nr. 225 S. 33.
Bd. 319, Nr. 403 S. 49.
Bd. 306, 15. Sitz. S. 269 C.
16. Sitz. S. 282 D.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1603 D.
73. Sitz. S. 2065 D, 2072 D.
74. Sitz. S. 2090 A, 2114 C.

— im Betriebsjahr 1918/19: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 741.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß alle den Anbau von Zuckerrüben einschränkenden Verordnungen alsbald aufgehoben werden, im Gegenteil die Landwirte durch Hinweis darauf, daß die Zuckerrübe weitaus die höchsten Hektarerträge von Stärkemehl und Eiweiß liefert, zu ihrem vermehrten Anbau angehalten werden: Bd. 317, Nr. 192 S. 68/9.
Bd. 306, 27. Sitz. S. 544 C.
29. Sitz. S. 616 A. — Angenommen.

Förderung des Anbaus durch Beteiligung der Rübenlieferanten an den Gewinnen der Zuckerfabriken: Bd. 306, 27. Sitz. S. 563 B.

— durch Ueberlassung der anteiligen Schnitzel und Melasse:
Bd. 317, Nr. 192 S. 68.
Bd. 318, Nr. 371 unter I 6 i 1, Io.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1650 B.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3308 C.

Preisfestsetzung:
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 314.
Nr. 225 S. 35.
Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 572.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2095 D.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3216 C, 3240 B.
106. Sitz. S. 3288 A.
107. Sitz. S. 3311 B.

Herstellung von Rübensaft, Verkehrsregelung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 435.
Bd. 319, Nr. 403 S. 54.
Nr. 480 unter B 50.
Zu Nr. 480 S. 17, 70.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2120 C.

450. Zuckerrübensamen. Anbau, Förderung: Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 766.

451. Zuckerwaren. Durchfuhrverbot: Bd. 322, Nr. 1064 Anhang a 681.

452. Zündwaren. Verkehrsregelung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 528 Anhang a 505.
Nr. 650 S. 99.
Nr. 659 Anhang a 579.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 617.
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 769.
Nr. 1214 S. 141.
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 844.

453. Zustellungen an Rechtsanwälte des aktiven Heeres usw.:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 287.
Nr. 225 S. 101.

454. Zwangsversteigerung.
Bewegliche Sachen, Wertpapiere. Mindestgebot:
Bd. 315, Nr. 26 S. 18.
Nr. 27 Ziff. 33.
Grundstücke, Versagung des Zuschlags usw.:
Bd. 315, Nr. 43 Ziff. 62.
Nr. 44 S. 12.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 406.
Bd. 319, Nr. 403 S. 207.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialpolitik. II. Einzelnes.
454. Zwangsversteigerung (Fortsetzung).
Schutz des zweiten Hypothekengläubigers.
Resolution des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes mit folgendem Inhalt vorzulegen:
§ 62 des Zwangsversteigerungsgesetzes erhält folgenden Wortlaut:
§ 62.
Das Gericht kann schon vor dem Versteigerungstermin Erörterungen der Beteiligten über das geringste Gebot und die Versteigerungsbedingungen veranlassen, zu diesem Zweck auch einen besonderen Termin bestimmen. Auf Antrag eines Beteiligten hat das Gericht den besonderen Termin zu bestimmen und zu diesem die Beteiligten zu laden.
Stellt ein Beteiligter das im § 59 Abs. 1 Satz 1 bestimmte Verlangen, so entscheidet das Gericht nach freiem Ermessen; die Vorschrift des § 59 Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung. Das Gericht hat vor seiner Entscheidung das bestehende Hypothekeneinigungsamt zu hören:
Bd. 318, Nr. 295 unter A IV.
Nr. 295 S. 7.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1222B.
53. Sitz. S. 1251D. — Angenommen.
Ferner: Bd. 319, Nr. 403 S. 208.
Grundstücke, dinglicher Rang öffentlicher Lasten:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 140.
Nr. 73 S. 5.
—, Stundung wiederkehrender öffentlicher Lasten:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 642.
Nr. 1214 S. 247.
Siehe auch „Zwangsversteigerung".
455. Zwangsverwaltung von Grundstücken:
Bd. 315, Nr. 72 Ziff. 139.
Nr. 73 S. 3.
456. Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Stundung der Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2677A, 2680A.
Siehe auch „Kriegsteilnehmer".
457. Zwiebeln siehe unter II 131.

Kriegswirtschaftliche Vereinigung.
Eingabe der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung über die Finanzlage, Kriegsschuldenlast usw.: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4781B, 4787B ff.

Kriegswirtschaftsstelle im Kreise Zauch-Belzig, Verwendung der Ueberschüsse, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 232.

Kriegswohlfahrtspflege. — Siehe auch „Kriegsbeschädigten-Fürsorge", „Kriegsteilnehmer", „Militärhinterbliebenenversorgung", „Militärpensionswesen", „Unterstützungen".
A. Gesetzentwurf zum Schutze der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung": Bd. 319, Nr. 413.
Erste Beratung: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1701B.
Mündl. Ber. d. 17. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 494, mit dem Antrage:
I. die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung" — Bd 319, Nr. 413 der Drucksachen — auszusetzen,
II. folgende Resolution anzunehmen:
den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

Kriegswohlfahrtspflege. A. Gesetzentwurf (Fortsetzung).
A. die Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 betreffend Regelung der Kriegswohlfahrtspflege zu erweitern und insbesondere dahin zu ergänzen, daß
1. die Vorschriften für öffentliche Sammlungen und sonstige Veranstaltungen auch auf die Werbung von Mitgliedern solcher Vereinigungen, welche sich mit Kriegswohlfahrtspflege beschäftigen, ausgedehnt werden,
2. Kriegswohlfahrtsunternehmungen, die mit dem Sitz innerhalb des Deutschen Reichs ihre Tätigkeit auch auf das Ausland erstrecken, den Vorschriften der Bundesratsverordnung unterstellt werden,
3. die Verquickung von Wohltätigkeit mit Erwerbszwecken weit mehr als bisher eingeschränkt, insbesondere aber ein überwiegender Teil des Rohertrags für den Wohltätigkeitszweck sichergestellt werde,
4. eine Aufsicht über alle Kriegswohlfahrtsunternehmungen bezüglich der Geschäftsführung, Aufbringung und Verwendung der Mittel sowie Rechnungslegung eingeführt werde,
5. bei Aufdeckung von Mißständen Zwangsverwaltung und nötigenfalls Auflösung des Unternehmens verfügt werde,
6. bei freiwilliger Auflösung eines Unternehmens die vorhandenen Mittel einem bereits bestehenden mit gleichem oder ähnlichem Zweck überwiesen werden.
Ausgeschlossen von der Regelung sind Vereinigungen, die bereits vor dem 1. August 1914 bestanden haben und auf Grund der damaligen Satzung Kriegswohlfahrtspflege treiben. Auch nach dem 1. August 1914 gegründete örtliche Angliederungen an solche Vereinigungen sollen ausgeschlossen sein, wenn lediglich die erwähnten Satzungen für sie maßgebend sind.
B. dem Reichstage beim nächsten Tagungsabschnitt einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher neben dem Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung" das ganze Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege reichsgesetzlich regelt.
Im einzelnen sind neben der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 und ihrer vorgeschlagenen Ergänzung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:
a) Schaffung einer Reichsstelle für Kriegswohlfahrtspflege, der Bevollmächtigte zum Bundesrat und Mitglieder des Reichstags angehören müssen, mit der Befugnis, die Zulassung neuer, die Prüfung bestehender und die Schließung ungeeigneter Unternehmungen zu veranlassen,
b) stärkerer Zusammenhang zwischen der Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene,
c) als Vorbedingung für den gesetzlichen Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung" Beteiligung des Bundesrats und Reichstags in der Verwaltung der Stiftungen.
Zweite Beratung: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2146 C. — Antrag des Ausschusses angenommen.
B. Schaffung einer Reichsstelle für Kriegswohlfahrtspflege: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2961A, 2971B, 2972A.
C. Bereitstellung von Reichsmitteln.
Bereitstellung eines Fonds von 200 Millionen Mark zur Gewährung von Wochenbeihilfen während des Krieges und zur Unterstützung von Gemeinden usw. auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, insbesondere für Erwerbs-

Kriegswohlfahrtspflege. C. Bereitstellung von Reichsmitteln (Fortsetzung).

losenfürsorge und Erhöhung der Familienunterstützungen:
Bd. 315, Nr. 24 Anl.
Nr. 44 S. 31.
Bd. 316, Nr. 147 S. 115.
Bd. 317, Nr. 192 S. 18.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 86A, 87C.
14. Sitz. S. 222A, 223A.
19. Sitz. S. 363B.
25. Sitz. S. 508C.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1851D.

Erhöhung des Fonds auf 360 Millionen Mark:
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2131B, 2133B, 2140A, 2141D.
79. Sitz. S. 2322A.

—, Reichsbeihilfe für die Gemeinden siehe auch:
Bd. 309. 87. Sitz. S. 2535D.
89. Sitz. S. 2642B.

Bildung eines Reservefonds des Reichs:
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2142A.
77. Sitz. S. 2322A.

Siehe auch „Arbeitsnachweis", „Kriegsbeschädigtenfürsorge", „Kriegsteilnehmer", „Unterstützungen", „Wochenhilfe" und die einzelnen Industrien.

D. Kriegswohlfahrtspflege der Landesversicherungsanstalten:
Bd. 315, Nr. 26 S. 60.
Nr. 44 S. 37.
Nr. 73 S. 27.
Bd. 316, Nr. 107 S. 30.
Nr. 147 S. 120.
Bd. 317, Nr. 225 S. 112.
Bd. 319, Nr. 403 S. 235.
Bd. 320, Nr. 650 S. 200.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 281.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 855D.
49. Sitz. S. 1121A.

— der Versicherungsanstalten, Ehrengaben an Hinterbliebene der Gefallenen, Vereinheitlichung:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2441C.

— der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte:
Bd. 315, Nr. 26 S. 62.
Nr. 44 S. 38.
Bd. 316, Nr. 147 S. 120.
Bd. 317, Nr. 225 S. 113.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1123A.

E. Oeffentliche Sammlungen und Veranstaltungen; Genehmigung:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 191.
Nr. 107 S. 27.
Bd. 320, Nr. 633 Ziffer 563.
Nr. 650 S. 200.

—, Regelung der privaten Kriegswohlfahrtspflege, Sammeltätigkeit, Vereine: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2960D, 2971D.

—, Zweckmäßigkeit privater Sammlungen (Ludendorff-Spende): Bd. 313, 178. Sitz. S. 5569B, 5583B, 5588C, 5589B, 5591B, 5595A, 5598D.

F. Nationalstiftung, Verwendung der angesammelten Mittel:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2971C, 2972B.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5592D.

Kriegswucher siehe „Kriegswirtschaft" unter II 297 und „Kriegsindustrie".

Kriegsziele siehe „Krieg" unter III—V.

Kriegszulagen siehe „Teuerungszulagen".

Kriegszustand siehe „Belagerungszustand".

Kriminalität.
Zunahme, Wirkung des Krieges auf das Rechtsbewußtsein:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5116C, 5119C, 5123B.
165. Sitz. S. 5134B.
Kriminalität der Jugendlichen, siehe „Jugendliche Personen" unter E.

Krim siehe „Rußland" unter L.

Firma **Krupp.**
Arbeits- und Lohnverhältnisse; Widerstand gegen Arbeiterausschüsse: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2254D, 2256A.
Kriegsgewinne, Zuwendung zu Wohlfahrtszwecken: Bd. 306, 24. Sitz. S. 471C.

Krüppel. Petition, betreffend Unterricht und Fürsorge für jugendliche Krüppel.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 290.
Bd 308, 69. Sitz. S. 1895B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Krüppelkinder, Fürsorge für Erziehung und Unterricht: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2610B.

Kuchen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 33.

Küchengewächse, frische, Zollbefreiungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Dr. **v. Kühlmann,** Kaiserlicher Botschafter, später Staatssekretär des Auswärtigen Amts.
Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618A.
Friedensfrage, „Atmosphäre des Friedens", die neue Gesinnung als Grundlage weiterer Verhandlung (Rede v. Kühlmanns): Bd. 310, 124. Sitz. S. 3798D.
Friedensfrage, Möglichkeit einer rein militärischen Entscheidung, Gedankenaustausch zwischen den Kriegführenden (Rede v. Kühlmanns):
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5611D (v. Kühlmann), 5633D (Graf v. Westarp).
180. Sitz. S. 5641A, 5644B, 5648A, 5660D, 5669C, 5670A.
181. Sitz. S. 5688C, 5692C, D, 5695B, 5696A, 5697A, 5698D, 5699A.
182. Sitz. S. 5707A, 5709B, D, 5713B, 5715D, 5716C, 5718D, 5721A, 5722B.
Elsaß-Lothringen; Frage der Rückgabe an Frankreich — „Nein, niemals!" (v. Kühlmann): Bd. 310, 124. Sitz. S. 2812D.

Kühn, Staatssekretär des Reichsschatzamts.
Verabschiedung: Bd. 306, 4. Sitz. S. 28B.
Verdienst um die Reichsfinanzverwaltung; Ursache seines Rücktritts: Bd. 306, 4. Sitz. S. 31C.

Kühn, Abgeordneter für den 11. Breslauer Wahlkreis. Gestorben am 18. März 1916: Bd. 307, 35. Sitz. S. 777C.

Kulturaufgaben. Zuständigkeit von Reich und Bundesstaaten:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5315A, 5316C, 5321D, 5322B.
171. Sitz. S. 5328C, 5335C.

Kunert, M. d. R., Redeverbot: Bd. 310. 121. Sitz. S. 3679A.

Kunstdenkmäler im feindlichen Gebiet, Schonung, siehe „Krieg" unter IIB 3.

Kunstwerke.
Erschwerung des Verkaufs ins Ausland, Ausfuhrverbot:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5302C, 5309B.
171. Sitz. S. 5356A.
Inventarisierung: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5309D.
Besteuerung siehe „Umsatzsteuer".

Kupfer, Prozeß, Anfrage, siehe „Kriegsindustrie" unter I B.

Kupfer siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Kupfervitriol siehe „Kriegswirtschaft" unter II 238.

Kurland siehe „Rußland" unter B, C u. E.

Küstrin, Artilleriedepot.
Arbeiterausschuß, Aufhebung einer Sitzung durch die Polizei: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941A, 5945C.
Lebensmittelgeschäfte des Feldwebels Spieß: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5942A.
Siehe im übrigen „Reichsheer" unter 177.

Lademeister siehe „Eisenbahnen" unter IV 6.

Ladenschluß siehe „Gewerbeordnung" unter 3b.

Lairitz, Agnes, in Berlin. Petition des Fräulein Agnes Lairitz, betreffend Rechtsschutz.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 318 Nr. 363.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Landaufenthalt der Stadtkinder:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2575B, 2600C.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3219D, 3235C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5312B.

Landesflüchtige siehe „Kriegswirtschaft" unter II 239.

Landesfürsten.
Portofreiheit siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XI 7.
Steuerpflicht, Festlegung im Kriegsgewinnsteuergesetz: Bd. 306, 24. Sitz. S. 461C.

Landesversicherungsanstalten siehe „Versicherungswesen" unter III B 1d.
Kriegswohlfahrtspflege siehe dort.

Landsturm siehe „Reichsheer" unter 106, auch 77h.

Landtagsabgeordnete. Beurlaubungen zu den Parlamenten.
Anfrage Baudert: Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis davon, daß Abgeordneten deutscher Landtage, die zum Heeresdienst einberufen sind, wiederholt die Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird, weil ihnen seitens ihrer Truppenteile entweder gar kein oder nur ein ungenügender Urlaub bewilligt wird?
So ist jetzt wieder einem Landsturmmann, der als Abgeordneter an den Beratungen des Landtags für Reuß ä. L. teilnahm, obwohl die Verhandlungen dieses Landtags noch nicht abgeschlossen sind, seitens seines Truppenteils der Befehl zugestellt worden, sofort zu seinem Regiment zurückzukehren.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um auch den Landtagsabgeordneten, die Heeresdienste leisten, die Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten zu ermöglichen?: Bd. 321, Nr. 826.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3383D. — Beantwortet.

Landwirte, Bund der — siehe „Belagerungszustand" unter II 11d.

Landwirtschaft.
Ackerbestellung, Produktion, Kriegsmaßnahmen, Beschlagnahme usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 241 u. 243.

Landwirtschaft (Fortsetzung).
Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte siehe „Kriegswirtschaft" unter II 41, 121c, 241.
Bodenverbesserung, Kriegsmaßnahmen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 49.
Düngemittel, Höchstpreise, Verkehrsregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 74.
Ernte, Ernteerhebungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 92, 93, 94 u. 139m.
Futtermittel, Preise, Verkehr, Versorgung usw., Kriegsmaßnahmen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 121, 443a.
Gerste, Höchstpreise, Frühdrusch, Verkehrsregelung usw., Kriegsmaßnahmen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 136.
Getreide, Ausmahlung, Verfütterung, Höchstpreise, Saatgetreide, Beschlagnahme, Frühdrusch usw., Kriegsmaßnahmen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139.
Hafer, Höchstpreise usw., siehe „Kriegswirtschaft" unter II 153.
Kartoffeln, Höchstpreise, Sicherstellung, Verkehrsregelung, Kriegsmaßnahmen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 189.
Menschliche, tierische und maschinelle Arbeitskräfte siehe „Kriegswirtschaft" unter II 241c; Pferde siehe „Kriegswirtschaft" unter II 291; Abgabe von Pferden, Fahrzeugen und Maschinen nach der Demobilmachung siehe „Reichsheer" unter 34b.
Siehe auch die übrigen sachlichen Stichworte unter „Kriegswirtschaft" und die dortigen Hinweise.
I. Lage, Leistungen während des Krieges; Kriegsgewinne usw.:
Bd. 317, Nr. 192 S. 11.
Zu Bd. 319, Nr. 480 S. 28.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 67D, 76D.
12. Sitz. S. 189A, 196D, 199C, 205C.
15. Sitz. S. 248C, 253D.
16. Sitz. S. 274D, 280A, 284A, 291B.
17. Sitz. S. 309B, 312D, 315A, 316C.
18. Sitz. S. 324D, 327D.
26. Sitz. S. 516A, 517B, 526C.
27. Sitz. S. 541D, 548D.
28. Sitz. S. 591A.
29. Sitz. S. 595B, 599B, 600C, 609B.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 873A, 877C.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1799B.
74. Sitz. S. 2116B, 2123B.
76. Sitz. S. 2163B.
Bd. 310, 105. Sitz. S. 3217A, 3229D, 3236A.
106. Sitz. S. 3257B, 3262B, 3264C, 3271D, 3282C.
107. Sitz. S. 3298B.
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4376D, 4389D.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5885C.
Lage der ländlichen Bevölkerung und der Industriearbeiter in Pommern (Ansprache des kommandierenden Generals des II. Armeekorps):
Bd. 306, 16. Sitz. S. 293B.
17. Sitz. S. 314A.
Aufbau auf Zufuhr vom Auslande, namentlich bei Futtermitteln: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5886B, 5907A.
Petition des Dr. Otto Zimmermann, Spezialfabrik für Röhrenapparate in Ludwigshafen am Rhein — Vorschläge zur Steigerung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung.

Landwirtschaft. I. Lage (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. c: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Ueberweisung als Material.

Pflanzenkrankheiten, Vorschriften zur Bekämpfung durch die Landeszentralbehörden: Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 671.

Schutz der Interessen der L. in den Friedensverträgen: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4889 C.

Schutz der Interessen der L. bei den handelspolitischen Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890 D.

Petition des Karl Diettrich in Chemnitz — Verstaatlichung der Landwirtschaft u. a.

Mündl. Ber. d. Ernährungsausschusses: Bd. 321, Nr. 800 Ziff. d.

Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

II. Landwirtschaftliche Arbeiter.

1. Arbeitermangel, Verwendung von Gefangenen usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 241 c.

Zurückstellung, Beurlaubung von Landwirten und Arbeitern aus dem Heere siehe „Kriegswirtschaft" unter II 241 c und „Reichsheer" unter 77 d, 181 e.

Behandlung der Arbeiter (Gutsbesitzer Maczulaitis): Bd. 307, 51. Sitz. S. 1169 A.

Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1017 D, 1020 D.
46. Sitz. S. 1034 D.

Gleichstellung hinsichtlich der Versicherungsgesetzgebung mit den Industriearbeitern: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4982 B.

Beschränkung der Freizügigkeit siehe „Belagerungszustand" unter II 5.

Beschränkung des Berufswechsels siehe „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3.

2. Arbeits- und Vertragsrecht.

Resolution des 15. Ausschusses zum Gesetzentwurf zur Aenderung des Vereinsgesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeits- und Vertragsrecht der ländlichen Arbeiter und Dienstboten für das ganze Reich einheitlich regelt, der insbesondere auch die Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Verabredungen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit aufhebt und damit den § 24 Abs. 3 des Reichsvereinsgesetzes beseitigt: Bd. 318, Nr. 351, unter II c und S. 19.

Bd. 307, 59. Sitz. S. 1506 A. — Zurückgestellt.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1686 D. — Abgesetzt.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Wirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den

1.—9. usw.

10. die gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde besonders in den Gesindeordnungen und den Polizeigesetzen bestehenden landesgesetzlichen Verbote und Strafbestimmungen wegen Arbeitseinstellung, Vertragsbruch und Ungehorsam im Arbeitsverhältnisse, wegen Verabredung und Vereinigung zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder wegen Aufforderung zu solchen Verabredungen sowie die Gesindeordnungen aufgehoben werden,

Landwirtschaft. II. Landwirtschaftliche Arbeiter (Forts.)

ferner nach Art und in Anlehnung an die Gewerbegerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern sowie aus dem Gesindeverhältnis eingerichtet werden,

11. usw.: Bd. 324, 1478 unter B 10.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4931 D.
159. Sitz. S. 4982 B.
160. Sitz. S. 5002 C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Aufhebung der Strafvorschriften sowie der Gesindeordnung, Resolution Bernstein u. Gen. Nr. 690 unter E, siehe „Ausnahmegesetze".

3. Koalitions- und Streikrecht: Bd. 318, Nr. 351 unter II a 1 und b und S. 19.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1014 D, 1017 C, 1020 C.
46. Sitz. S. 1035 A, 1038 B, 1039 A.
47. Sitz. S. 1065 D.
Siehe auch „Vereinsrecht" unter A 5.

4. Lohnverhältnisse. Sozialdemokratische Erhebungen; Herabsetzung der Löhne bei Umwandlung der Deputate:
Bd. 317, Nr. 192 S. 13.
Bd. 306, 26. Sitz. S. 516 D.
27. Sitz. S. 550 B, 565 B, C.
29. Sitz. S. 601 B.

5. Siedlung. Erwerbung einer eigenen Scholle; Zahl, Rückgang der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe: Bd. 307, 43. Sitz. S. 965 C.

Landwirtschaftskammern, Kartoffellieferungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 189 b, c.

Lazarette siehe „Reichsheer" unter 108, 164 u. 196. Selbstversorgung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 77.

Lebensmittelkontrolle siehe „Reichsheer" unter 110.

Lebensmittelpreise, Lebensmittelversorgung.

Kosten des Lebensunterhalts von Arbeiterfamilien: Bd. 306, 28. Sitz. S. 572 D.

Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" (Einzelstichworte).

Versorgungsorganisation siehe „Kriegswirtschaft" unter II 243 (Lebensmittelversorgung).

Lebensversicherung.

Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 26 (Ausländische Unternehmen) und II 244 (Lebensversicherung).

Versteuerung der Ansprüche aus Lebensversicherungen siehe „Vermögenssteuer" unter II A 5.

Ledebour, M. d. R.

Kritik an der Anordnung von Vergeltungsmaßregeln durch die Oberste Heeresleitung; Stellung der sozialdemokratischen Fraktion dazu:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 112 B, 113 D, 119 D.
9. Sitz. S. 132 C.

Redeverbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5254 B.

Leder. Preisreglung usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 245.

Lederabfälle, Zollbefreiungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Lederer, M. d. R. Genehmigung zu einem Privatklageverfahren siehe „Abgeordnete" unter 8 a.

Lederindustrie. Lieferungen, Schmiergelderunwesen, Einzelfälle in der Lederindustrie usw.: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4511 D.

Legislaturperiode siehe „Reichstag" unter I C.

Lehrer siehe „Schulwesen".

Lehrerschaft, deutsche. Auszeichnung im Kriege, Beförderungen, verschiedenartige Behandlung bei einzelnen Truppengattungen oder Truppenteilen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5476B.

Lehrlinge. Mangel an solchen, Einrichtung von Kursen zur Verbesserung der Ausbildung nach dem Kriege: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5317D.
Siehe im übrigen „Handwerk" unter 6.

Leichen gefallener Krieger siehe „Reichsheer" unter 111.

Leim siehe „Kriegswirtschaft" unter II 246.
Zollbefreiungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Leimindustrie. Aktiengesellschaft Scheidemandel, Herstellung von Futtermitteln aus Leimleder, hohe Gewinne, siehe „Scheidemandel".

Leimleder siehe „Kriegswirtschaft" unter II 247.

Leipzig. Arbeiterschaft, Kriegsziele, politische Forderungen anläßlich des Rüstungsstreiks: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3098D, 3101D.

Leipziger Messe.
Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine angemessene Beihilfe für die Leipziger Messe aus Reichsmitteln in Aussicht zu nehmen: Bd. 319, Nr. 481.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2083B. — Angenommen.
Reichszuschuß, Beilage A zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917, S. 48 des Etatsentwurfs.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2475A.
86. Sitz. S. 2496B.
87. Sitz. S. 2536B.
Petition der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Mustermessen in Berlin um dauernde Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten des Meßamts in Leipzig und Erhöhung dieser Beihilfe auf 1 Million Mark: Bd. 320, Nr. 656 unter III.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2669A. — Für erledigt erklärt.

Leipziger Volkszeitung siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Leitungsaufseher siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter V.

Dr. **Lensch.** Aufsatz des Dr. Lensch in der „Glocke" über Deutschlands Aufstieg und wirtschaftliche Entwicklung; Ueberholung Englands als Kriegsursache usw.: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4443D, 4474C.

Lentze, früherer kommandierender General, Stellung zur Soldatenbehandlung: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3113D.

Leser, Abgeordneter, für den 17. Württembergischen Wahlkreis. Gestorben am 10. Juni 1914: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4D.

Levêque, M. d. R. Schutzhaft, Deportation des Abgeordneten Levêque nach Dramburg in Hinterpommern siehe Elsaß-Lothringen" unter 2.

Dr. **Lewald,** Direktor im Reichsamt des Innern. Angebliche Aeußerungen gegen die Vergrößerung der Luftflotte, Beschuldigungen des Landtagsabgeordneten Bacmeister:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1901C, 1928B.
71. Sitz. S. 1970D, 1973A.

Liberia. Deutsche in Gefangenschaft in Liberia siehe „Kriegsgefangene" unter III J.

Fürst **Lichnowsky,** ehemaliger deutscher Botschafter in London. Politik als Botschafter, Denkschrift, Verbreitung usw.: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5658B.
Anfrage Held: In weitesten Kreisen des deutschen Volkes ist man entrüstet über die Schrift des früheren Botschafters in London Fürsten Lichnowsky und erwartet mit Ungeduld ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Verfasser oder den oder die Verbreiter dieser Schrift.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, diese Männer, die sich angesichts der unsagbaren Opfer des ganzen Volkes in der schwersten Not des Vaterlandes gegen dessen heiligste Interessen durch ihre unwahren Behauptungen versündigt haben, ungesäumt zur Verantwortung zu ziehen? Bd. 324, Nr. 1432.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1442.

Lichtspieltheater siehe auch „Filmamt" und „Filmindustrie".
Mißstände, Konzessionierung, Gewerbeordnungsnovelle von 1914, betreffend §§ 33 ff., Wiedervorlage:
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1157C.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537D, 2559A, 2564C.
88. Sitz. S. 2571D.
89. Sitz. S. 2625D.
Anfrage Mumm: Der Reichstag sprach sich am 19. April 1912 für die Konzessionspflicht der Lichtspielbühnen und dafür aus, daß die Erlaubnis von dem Bedürfnis abhängig gemacht werde.
Ist eine Vorlage vorbereitet und in Kürze zu erwarten?: Bd. 320, Nr. 517.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 578.
Bildungswert, Berücksichtigung in der Kinogesetzgebung: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5319C.
Siehe auch unter 3.
2. Kriegesmaßnahmen.
Mißstände, Verschärfung der Zensur und der Bestimmungen über den Besuch während des Belagerungszustandes; Schaffung einer einheitlichen Reichsaufsicht:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1296B, 1304D, 1309C.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1941C.
Anfrage Dr. Werner (Gießen): Die Lichtspielhäuser überbieten sich seit geraumer Zeit in der verwerflichen Darstellung von Ehebruchs„komödien" (sogenannten „Sittenschlagern"), Einbrecher- und Detektivstücken übelster Art, unter Verwendung schrei der bildlicher Anpreisung und mit Unterstreichung des sittlich Brüchigen und Anfechtbaren.
Mit ihren Vorstellungen „nur für Erwachsene" übertreffen sie noch das, was sie leider schon vor dem Kriege dem Volke vorsetzen durften, und tragen damit erwiesenermaßen fort und fort zur Verwilderung der Begriffe von Ehre und Sitte bei.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen treffen zu lassen, die geeignet sind, dem gerade jetzt doppelt empörenden Treiben der Lichtbühnen erfolgreich zu begegnen?: Bd. 317, Nr. 280.
Schriftliche Antwort: Bd. 319, Nr. 409.
Veranstaltung, Erlaubnispflicht mit Bedürfnisnachweis:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 659, 670.
Nr. 1213 Ziff. 696.
Nr. 1214 S. 261.
Antrag des Haush. Aussch.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Verordnung des Bundesrats vom 3. August 1917 über die Veranstaltung von Lichtspielen wieder aufzuheben: Bd. 322, Nr. 1048 Ziff. 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3901C, 3904A, 3927B, 3931D, 3934B, 3935A. — Angenommen.

Lichtspieltheater (Fortsetzung).

3. Entwurf eines Gesetzes über die Veranstaltung von Lichtspielen: Bd. 323, Nr. 1376.
Erste Beratung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4408C. — Ueberweisung an einen besonderen Ausschuß. — Unerledigt.
Einzelnes.
Ausländische Films; Zollschutz: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4418D.
Bild- und Filmamt; Verbindung mit der Universum-Film-Aktiengesellschaft, Monopolisierung des Kinowesens: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4410B, 4412C, 4413B, 4419D.
—, Bild- und Filmamt der Militärverwaltung, Entstehung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4410B, 4413B, 4414D.
Filmzensur, Frage einer Reichszentrale für Filmzensur: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4411A.
Konzessionszwang; Voraussetzungen für die Betriebserlaubnis, Zuverlässigkeit des Bewerbers, Bedürfnisfrage: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4409D, 4412C, 4414B, 4415D, 4416D, 4418C, 4421A.
—, Freilassung für volkserzieherische Unternehmungen: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4413A.
—, Konzessionserteilung durch die Gemeinde: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4413B, 4421C.
—, Ewige Konzessionierung von Gesellschaften: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4419B.
Reichskinogesetz im Zusammenhang mit einem Reichstheatergesetz, Anregung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4412C.
Schäden für das Volkstum: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4408C.
4. Lichtspiele an der Front siehe „Reichsheer" unter 112.

Liebesgaben siehe „Reichsheer" unter 113, auch „Kriegswirtschaft" unter II 446.

Prof. Dr. Freiherr **v. Liebig** in Gießen, Briefsperre, siehe „Belagerungszustand" unter II 4.

Dr. **Liebknecht**, M. d. R.
Verhinderung an der Fortsetzung seiner Rede vom 8. April 1916 durch das Haus; Fortnahme seines Manuskripts durch einen Abgeordneten; Ausschluß von der Sitzung; Verhalten Dr. Liebknechts in den vorhergehenden Sitzungen: Bd. 307, 42. Sitz. S. 952D.
47. Sitz. S. 1049D, 1053D, 1055B, 1059D, 1061D, 1064A.
Wortmeldungen zur Geschäftsordnung siehe „Reichstag" unter IV 6 u. IV 7.
Teilnahme an einer Straßenkundgebung am Potsdamer Platz in Berlin, Verhaftung; Verurteilung wegen versuchten Kriegsverrats usw., Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte:
Bd. 307, 46. Sitz. S. 1024A.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1841D.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2389A.
Verhaftung, Genehmigung zur Einleitung bzw. Aussetzung von Strafverfahren siehe „Abgeordnete" unter 8b und 8c.
Verlust des Mandats siehe „Abgeordnete" unter 4.
Ableistung der Zuchthausstrafe, Frage eines Amnestieerlasses: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3595B.
Entlassung aus der Schutzhaft:
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2892B.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3594D.
Anregung der Wiedereinsetzung des Abgeordneten Dr. Liebknecht in sein Reichstagsmandat nach seiner Freilassung: Bd. 314, 195 Sitz. S. 6229D.

Lieferungswesen siehe „Verdingungswesen", „Kriegsindustrie", „Reichsheer" unter 114 u. 137, „Marine" unter 18.

Limonaden siehe „Mineralwässer".

Lindenhof, Hotel, Ermietung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 436.

Dr. **Lisco**, Staatssekretär des Reichsjustizamts.
Bewilligung der nachgesuchten Entlassung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618A.
Würdigung seiner Tätigkeit:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114B, 5123A, 5154A.
165. Sitz. S. 5138C.

Litauen siehe „Rußland" unter B, C u. F.

Literatur.
Jugendschriften, Verbot des Vertriebes durch den stellvertretenden kommandierenden General des VII. Armeekorps: Bd. 306, 32. Sitz. S. 734D.
Bekämpfung des Schundes in Literatur und Kunst:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 879B.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5121B.

Livland siehe „Rußland" unter B, C u. G.

Lohnbeschlagnahme. Erhöhung der Grenze für die Unpfändbarkeit des Lohnes: Bd. 306, 10. Sitz. S. 139B.
Siehe im übrigen „Kriegswirtschaft" unter II 248.

Löhnung für Mannschaften usw. siehe „Kriegsbesoldungen". Löhnung für Kriegsgefangene siehe „Kriegsgefangene" unter II B.

Lohnverhältnisse. — Siehe auch „Bergbau" unter 8, „Eisenbahnen" unter VI 10, „Kali" unter C 2, „Kriegsindustrie" unter II b, „Landwirtschaft" unter II 4, „Marine" unter 47 B m, „Reichsheer" unter 177, „Post- und Telegraphenwesen" unter VIII und die einzelnen Industrien.
Arbeiterinnen, Gleichstellung im Lohn mit den Arbeitern:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1128B.
60. Sitz. S. 1553A.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2225C.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2573A.
—, Arbeitslöhne, Veränderungen im Kriege:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 632A.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1126C.
Lohnherabsetzungen (Siemens u. Halske, Weberei Hoffmann in Neu Gersdorf); Lohndrückerei der reklamierten Arbeiter und Frauen: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2187C.
Lohnsteigerungen, Folge der teueren Lebenshaltung, Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen:
Bd. 306, 28. Sitz. S. 572D.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2540A, 2545A.
Durchschnittsausgaben einer Arbeiterfamilie, statistische Aufnahme des deutschen Metallarbeiterverbandes: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3291A.
Aufnahme „anständiger Lohnklauseln" in alle behördlichen Lieferungsverträge, Resolution des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung usw." unter B 5.

Lohnzahlung. Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welche:
1.—6. usw.
7. die Unternehmer in allen Betrieben, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden, verpflichtet sind, jedem Arbeiter bei der regelmäßigen Lohnzahlung eine schriftliche Aufrechnung auszuhändigen, in der die Zahl der Arbeitsstunden, der Betrag des verdienten Lohnes und der einzelnen Arten der vorgenommenen Abzüge angegeben ist: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 7.
8. usw.:
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5002A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Lokomotivführer, Heizer siehe „Eisenbahnen" unter IV 7.

Longwy und Briey, Erz- und Kohlenbergwerke, Annektierung, siehe „Krieg" unter IV 7.

Lotsen siehe „Marine" unter 19.

Loewe & Co. Angestellte, Teuerungszulage, Verhalten der Firma: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4876 A.

v. Loewenfeld, stellvertretender kommandierender General des Gardekorps.
Weihnachtsbescherung für Auslandsdeutsche, Brief des Generals an den Ehrenausschuß unter Ablehnung des Beitritts:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2474 A.
86. Sitz. S. 2481 B, 2526 D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3465 C.

Ludendorff, Chef des Generalstabs.
Kultus mit seiner Persönlichkeit: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4532 A.

Luftschiffkommandanten bei der Marine siehe „Marine" unter 20.

Lupine siehe „Kriegswirtschaft" unter II 250.

Graf Luxburg, Deutscher Gesandter in Argentinien. Diplomatische Tätigkeit:
Bd. 310, 120. Sitz. S. 3655 B.
125. Sitz. S. 3850 C.

Luxemburg, Großherzogtum.
Einmischung des deutschen Militärbefehlshabers in die inneren Verhältnisse: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5759 D.
Einstellung von Luxemburgern ins Deutsche Heer siehe „Reichsheer" unter 13.

Luxemburg, Rosa, Sozialistin.
Beförderung in einem Polizeiwagen zum Gefängnis: Bd. 307, 42. Sitz. S. 950 C.
Verhängung der Schutzhaft, Behandlung während derselben: Bd. 308, 69. Sitz. S. 1876 D. — Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 9 B.

Luxussteuern. Einführung:
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2762 B.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4529 B.
Siehe auch „Umsatzsteuer".

Magazinaufseher siehe „Eisenbahnen" unter IV 8 und „Marine" unter 5 H.

Malta. Deutsche Gefangene auf Malta siehe „Kriegsgefangene" unter III D.

Malz, Malzhandel.
Siehe „Kriegswirtschaft" unter II 251.
Einziehung ungerechter Kriegsgewinne, Resolution, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 136 f.
Malzschiebungen von Bayern nach Norddeutschland, Stellung der bayerischen Regierung und Militärbehörden:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2390 A ff., 2403 D.
84. Sitz. S. 2412 A.
85. Sitz. S. 2447 C ff.

Mangan- und Eisenerze, Versorgung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 252.

Margarine siehe „Kriegswirtschaft" unter II 253.

Marine.
1. Allgemeines.
Marineverwaltung. Leistungen, Tätigkeit des gesamten Marinepersonals, Anerkennung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158 D, 3160 A, 3167 D, 3171 B, 3173 A, B, 3174 C, 3175 A, 3178 B, 3182 B, 3184 C.
Siehe auch „Seekrieg" unter A ff.
2. Angestellte siehe unter 5 B u. 47.
3. Arbeiterverhältnisse in den Marinebetrieben siehe unter 47.
4. Baudivisionen, Torpedobootsdivisionen. Mannschaftsverhältnisse, Entlohnung, Unterkunft, Zahl der Vorgesetzten: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3164 A, 3166 A, 3176 B, 3178 C.
5. Beamte, Anstellung, Besoldung, Dienst- und Rechtsverhältnisse.
A. Beamte im allgemeinen. Einzelne Klassen siehe unter 5 B, C ff.; siehe auch unter 47 (Werften).
Notwendigkeit neuer Stellen, Vereinfachung des Aufbaues der Beamtengruppen, Rangaufbesserung usw.:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3177 B, 3182 B, D.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5078 B, 5081 A, 5087 B, 5091 A, 5093 C, 5094 C, 5099 C, 5102 A, D.
Denkschrift über die finanzielle und rechtliche Lage, Unzulänglichkeit, Aufbesserung der Gehälter, Schaffung von Beamtenstellen usw.: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5084 A, 5086 B, 5087 B, 5089 D, 5090 C, 5093 B, 5094 D, 5099 D, 5102 B. — Siehe auch nachstehend unter 5 B a u. b ff.
Beamtenorganisation in Heer und Marine, Reform, Bericht des Hauptausschusses und Resolution: Bd. 325, Nr. 1725.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5935 D, 5939 B, 5943 B, D, 5946 B, 5949 C, 5952 A, 5953 A, 5956 B, 5957 B, 5961 D.
Siehe im übrigen „Reichsheer" unter 19.
Wirtschaftliche Lage, Besserstellung, Teuerungs- und Kinderzulagen: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3168 D, 3171 A, 3179 B, 3180 C, 3181 B, 3182 C.
Inaktive, wieder in die Verwaltung eingetretene Beamte, Gehaltsfrage: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5107 C.
Oberes Verwaltungspersonal, Charaktererhöhungen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5102 B.
Vordienstzeit, Abkürzung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3183 A.
Reiseentschädigung, Aufbesserung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5099 D.
Aenderung an der Uniform, der Achselstücke: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3183 B.
Resolution des Ausschusses für den Reichshaushalt zum Haushalt der Marine für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den Betrieben der Kaiserlichen Marine Beamtenausschüsse einzurichten: Bd. 324, Nr. 1493 unter II.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5079 C, 5090 B, 5094 A, 5095 C, 5098 D.
164. Sitz. S. 5108 A. — Angenommen.
B. Nichtetatsmäßige Beamte, Angestellte, Bureauangestellte, Bureaugehilfen.
a) Petitionen:
— des Bundes der mittleren nicht etatsmäßigen Reichsbeamten der Kaiserlichen Marine in Kiel um Aufbesserung der Bezüge der mittleren nicht etatsmäßigen Reichsbeamten der Kaiserlichen Marine nach den Sätzen der gleichen etatsmäßigen Beamten und Ueberführung in etatsmäßige Stellen nach einer angemessenen Wartezeit.

Marine. B. Nichtetatsmäßige Beamte, Angestellte, Bureauangestellte, Bureaugehilfen (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322 Nr. 1060 Ziff. VIIa 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.

— des Bundes der Bureauangestellten der Kaiserlichen Marinebetriebe, Zweigverein Wilhelmshaven-Rüstringen, um Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bureauangestellten, Verwaltungsgehilfen der Kaiserlichen Marinebetriebe sowie um feste Anstellung mit Pensionsberechtigung nach einer Reihe von Dienstjahren.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIa 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.

— des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands in Berlin um Erhöhung des Einkommens für die auf Dienstvertrag oder Dienstordnung beschäftigten Bureauangestellten der Kaiserlichen Marine für die Dauer der Kriegsteuerung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIa 4.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.

— des Bundes der Bureauangestellten der Kaiserlichen Marine in Kiel um Neuregelung der Besoldung der Bureauangestellten, Anstellung auf Dienstvertrag, Regelung des Erholungsurlaubs und Ermöglichung einer besseren Stellung für Zivilanwärter in Marinebetrieben.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIb 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

— des Nautischen Bureaugehilfen Haack in Rüstringen i. O. und Genossen um Ernennung der noch vorhandenen 33 nautischen Bureaugehilfen zu beamteten nautischen Bureaugehilfen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIb 5.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

— des Bundes der technischen Bureauangestellten in Wilhelmshaven, betreffend Vorschläge für die Regelung der Einkommen- und Angestelltenverhältnisse der bei den kaiserlichen Betrieben beschäftigten technischen Bureauangestellten.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIb 6.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

— des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Hamburg um Gewährung eines dreiwöchigen Urlaubs für die Bureauangestellten der Bauabteilung Helgoland der Kaiserlichen Werft Wilhemshaven unter Fortzahlung des Gehalts.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIc 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Für erledigt erklärt.

— des Bundes nichtetatsmäßiger mittlerer Beamten und Genossen in Kiel, betreffend Gewährung eines den Dienstleistungen und der Lebensmittelteuerung entsprechenden Einkommens an sämtliche nichtetatsmäßige Beamte der Marine.

Marine. B. Nichtetatsmäßige Beamte, Angestellte, Bureauangestellte, Bureaugehilfen (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 1.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

— des Bundes der nichtetatsmäßigen mittleren Reichsbeamten der Kaiserlichen Marine in Kiel-Gaarden, betreffend Gleichstellung in der Besoldung mit den etatsmäßigen Beamten unter Anrechnung ihrer bisherigen Dienstzeit und etatsmäßige oder lebenslängliche Anstellung nach Ablauf einer festgelegten angemessenen Wartezeit.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 6.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

— des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Berlin und des Deutschen Techniker-Verbandes in Berlin, betreffend Angliederung der nautischen Bureaugehilfen an das technische Personal (Werkthilfstechniker).
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 5.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

— des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Techniker-Verbandes in Berlin, betreffend Gleichstellung der nichtetatsmäßigen technischen Beamten und technischen Privatangestellten der Kaiserlichen Marine mit den übrigen Beamten und Angestellten des Reichs hinsichtlich der Gewährung von laufenden Kriegsteuerungszulagen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 7.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

— des Deutschen Angestelltenverbandes in Cöln, betreffend grundsätzliche Regelung der den Zeit und Arbeitsverhältnissen angepaßten Grundbesoldung, erhebliche Abkürzung der Zeit für die Erreichung der Höchstbesoldung, einheitliche Besoldung für gleiche bzw. gleichwertige Arbeiten und Verminderung der Amtsbezeichnungen, Gewährung eines ausreichenden Erholungsurlaubs und Ueberführung in das Verhältnis des mittleren Beamten nach 10 jähriger vorwurfsfreier Dienstzeit.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 10.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

b) Angestellte, Diätare, Techniker, Bureauangestellte usw., — Besserstellung, Denkschrift über die finanzielle und rechtliche Lage, Teuerungszulagen:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3159C, 3161C, 3166B, 3169A, 3177B, 3179A, 3180C, 3181B.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5078B, 5081A, 5084C, 5087A, 5091A, 5093C, 5094C, 5099C, 5102C.
—, Deutscher Angestelltenverband in Cöln, Denkschrift über die Aufbesserung der Angestellten in Marinebetrieben: 163. Sitz. S. 5094C.
—, Reformbedürftigkeit der Anstellungsbedingungen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5085A, 5087C.

Marine. B. Nichtetatsmäßige Beamte, Angestellte, Bureauangestellte, Bureaugehilfen (Fortsetzung).

—, Frage der Durchführung der Verfügungen des Reichsmarineamts in Angestelltenangelegenheiten: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5082D.

—, Einmalige Teuerungszulagen, Ausschluß einzelner Gruppen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5083B, 5087A.

—, Anrechnung der Lohnentschädigung für Mehrleistungen, der Kriegszulage auf die Kriegsteuerungszulage: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5083B, 5086C, 5087A, 5090A, 5091B.

Resolution Ebert u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die den Angestellten in den Marinebetrieben gemäß der reichsgerichtlichen Entscheidung vom 15. Juni 1917 für Mehrleistungen zustehenden prozentualen Pauschsätze auf Kriegsteuerungszulagen nicht angerechnet werden: Bd. 324, Nr. 1584.

Bd. 312, 163. Sitz. S. 5083B, 5086C, 5087A, 5090A, 5091B.

164. Sitz. S. 5108A. — Angenommen.

—, Arbeitsleistung, Entlohnung, Einreihung in andere Angestelltengruppen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5083A, 5087A.

—, Lebensverhältnisse der Bureauangestellten auf Helgoland, Erhöhung der Verpflegungs- und Vergütungssätze: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5095B.

Petitionen siehe unter 5Ba.

c) Angestellte und Arbeiter der Werften usw. in den besetzten Gebieten, Gehalt, Lohn, Verpflegungszulagen, Teuerungszulagen, Familienzulagen, Urlaub: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5081B, 5082A, 5086B, D, 5094D.

d) Sekretariatshilfsarbeiter (Werften). Stellenbesetzung mit Offizieren: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5081D.

— Verwaltungssekretärhilfsarbeiter, Stellenbesetzung, Forderung des Einjährigenzeugnisses: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5085A.

e) Technische Bureauangestellte (Werften), Aufrückung zu Werfthilfstechnikern, Prüfungsfrage: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5085C, 5087C.

Technische Hilfsarbeiter, Werfthilfstechniker (Diätare), Stellung, Verwendung, Gehaltsfrage: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5084B, D, 5087B.

Petitionen siehe unter 5Ba.

f) Kriegsbeschädigte, Wiedereinstellung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5094D.

g) Ausschluß der Kündigungsmöglichkeit während des Krieges: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5084A.

h) Angestelltenausschüsse, Einführung, Aufgaben: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3178D.

—, Angestelltenausschuß (Werften, Flandern), Auflösung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5082B.

C. Admiralstab. Hilfskartographen, Unzulänglichkeit des Einkommens: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5091B.

D. Beamtenstellvertreter. Beförderung, Ernennung zu Hilfsbeamten:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3183A.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5102C.

E. Ingenieure, (Werften). Betriebsleiter, Bevorzugung akademisch Gebildeter: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3179B, 3181B.

Marine (Fortsetzung).

F. Intendanturbeamte.
Notwendigkeit neuer Stellen für Intendanturräte und -sekretäre:
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5078D, 5081A, 5095B, 5098D, 5100D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844B.
Petition des Marine-Intendantur-Kanzlisten Pickardt in Kiel um Wiedergleichstellung der Marine-Intendantur-Kanzleibeamten im Einkommen mit den Werftkanzleibeamten.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIb 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

G. Konstruktionsbureaus (Werften). Hilfsarbeiter, Stellung, Beschäftigung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5084B.

H. Magazinaufseher.
Gehaltsaufbesserung usw.: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3168D, 3171B.
Petition des Franz Montag in Kiel-Gaarden und Genossen um Ueberführung der Marine-Magazinaufseher bei den Kaiserlichen Werften in die Besoldungsklasse 17.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIa 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Erwägung.

J. Marinerendanten.
Aufbesserung ihres Gehalts: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5095A.
Petition des Marine-Rendanten Baer in Kiel, betreffend Aufbesserung des Diensteinkommens der Marine-Rendanten bei den Kaiserlichen Werften.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 4.
Bd. 312, 164 Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

K. Marinewerkführer.
Petitionen der Marinewerkführer und Marinehilfswerkführer in Wilhelmshaven, Kiel und Danzig um Aufbesserung ihres Einkommens.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIb 4.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 2.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

L. Marinezahlmeister, Beförderung zu Oberstabszahlmeistern:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3184A.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5102C.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5954B.

M. Technische Beamte (etatsmäßige).
Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Techniker-Verbandes in Berlin, betreffend Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der etatsmäßigen technischen Beamten und der technischen Privatangestellten der Marine.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 9.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

Marine. M. Technische Beamte (Fortsetzung).

Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Techniker-Verbandes in Berlin, betreffend Aufnahme der beamteten Bautechniker der Kaiserlichen Werften in die Diätenordnung.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 8.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.
— Anrechnung von Diätardienstzeit bei der Anstellung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5095A.
Nicht etatsmäßige Techniker siehe vorstehend unter 5B.

N. Werftmaschinisten.
Petition des Werftmaschinisten Hoyer in Wilhelmshaven, betreffend Aufbesserung des Gehalts der Werftmaschinisten.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIb 3.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.

O. Werftschiffsführer. Gleichstellung mit den Schiffskapitänen der preußischen Regierung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5095A.

6. Beamtenstellvertreter siehe unter 5D.
7. Beschwerderecht, Reform: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3168A, 3170C.
8. Bordtarife, Neuregelung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3162B, 3166D.
9. Deckoffiziere.
Besserstellung, Heraushebung aus dem Mannschaftsstande, Schaffung eines besonderen Deckoffizierkorps: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5104A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843B.
Petition des Bundes der Deckoffiziere a. D. der Kaiserlichen Marine, Sitz Berlin, um Zulassung von Obersteuerleuten a. D. zu den Stellen der Ständigen Mitarbeiter bei der Seewarte in Hamburg.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VIIc 1.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Für erledigt erklärt.
Gehalt, Erhöhung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 926D.
Gehälter der als Beamte angestellten pensionierten Deckoffiziere siehe §§ 4 und 7 der 3. Ergänzung des Besoldungsgesetzes unter „Beamte".
Resolution des Ausschusses über Beamtenfragen, über Abänderung des § 57 des Offizierspensionsgesetzes siehe „Militärpensionswesen" unter I 1, 6 und 10.
Petition des Bundes der Deckoffiziere a. D. der Kaiserlichen Marine in Berlin, betreffend Beseitigung der Bestimmung, nach der die Deckoffiziere, die eine sechsjährige Dienstzeit als Deckoffiziere nicht aufzuweisen vermögen, von dem Genuß der neuen Pensionsstaffel (§ 57 O. P. G.) nicht ausgeschlossen werden.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter III a 1, 2, 3 und 6.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung zur Erwägung.
—, Siehe auch:
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5103B, 5105D.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5584B.
184. Sitz. S. 5843C.
10. Demobilmachungsplan der Marine: Bd. 321, Nr. 749, S. 10, 13.

Marine (Fortsetzung).

11. Dienstzeit. Anrechnung der Kriegsdienstzeit für die jüngsten Jahrgänge: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5088D, 5093B.
12. Etat. Gestaltung, Abstandnahme von einer Detaillierung während des Krieges: Bd. 306, 4. Sitz. S. 33A, C.
Siehe auch „Etatswesen" unter III, IV und V, Spezialberatung H, und unter VI, Spezialberatung J.
Ausschußverhandlungen über den Etat 1917, Mitteilung vertraulicher Verhandlungen im Plenum: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3137B, 3184C, D, 3185A.
13. Flotte, Allgemeines.
Schiffsbau, Großkampfschiffe, Artillerie, Panzerung usw., Fortbildung der Marine, Ausbildung der Mannschaften: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3172B, 3173B.
Wert der Hochseeflotte für die Kriegsführung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2864C.
Leistungen im Seekrieg, Seeschlacht am Skagerrak, siehe „Seekrieg".
14. Hilfsdienstgesetz siehe unter 47Bk.
15. Ingenieure siehe unter 5E.
16. Intendanturen siehe unter 5F.
17. Kartographen siehe unter 5C.
18. Lieferungen.
Beteiligung süddeutscher Staaten, Musterlager in Nürnberg: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3159A, 3177C.
Heranziehung des Handwerks:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3177D, 3184B.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5099A, 5100A, 5102A.
19. Lotsen. Petition der Vereinigung der Marinelotsen in Wilhelmshafen, betreffend Einreihung der Marinelotsen I. Klasse in die Besoldungsklasse 20 und der Lotsen II. Klasse in die Besoldungsklasse 13 sowie Verleihung des militärischen Ranges der Deckoffizierleutnants bzw. der Deckoffiziere an die Lotsen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter IIIa 5.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung zur Erwägung.
20. Luftschiffkommandanten, Tafel- und Messegelder.
Resolution des Haush. Aussch. zum Etat der Marine für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Kommandanten der Luftschiffe Tafel- und Messegelder wie den Kommandanten der U-Boote, Torpedoboote, Vorpostenboote und sonstiger Hilfsschiffe gezahlt werden, und diese Bestimmung rückwirkende Kraft erhält: Bd. 321, Nr. 788 unter II.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3173A, 3177B.
110. Sitz. S. 3499B. — Angenommen.
21. Magazinaufseher siehe unter 5H.
22. Maler und Anstreicher siehe unter 47Bn.
23. Mannschaften, Matrosen.
Behandlung durch Offiziere: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3168A, 3170C.
Siehe auch unter 24 (Marinekorps) und 31 (Politik in der Marine).
24. Marinekorps.
Anerkennung für Leistungen in Flandern: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5077D, 5080A.
Petition des Obermatrosen Alfons Webersinn, zur zeit im Felde, betreffend Einführung der in der Landarmee geltenden Beförderungsbestimmungen bei der Marine und den Matrosenregimentern.

Marine. 24. Marinekorps (Fortsetzung).
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter III a 7.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung zur Erwägung.
25. Marinerendanten siehe unter 5I.
26. Marinewerkführer siehe unter 5K.
27. Marinezahlmeister siehe unter 5L.
28. Matrosen siehe unter 23, 24 und 31.
29. Offiziere. Feuerwerks-, Torpedooffiziere, Rangstellung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3183D. — Deckoffiziere siehe unter 9.
30. Ostende, Sperrangriff auf den Hafen, siehe „Seekrieg" unter A.
31. Politik in der Marine.
Anfrage Vogtherr: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß eine Kaiserliche Verfügung dahin ergangen ist, „daß alle Mannschaften der Marine, die schlechte Gesinnung in politischer wie in anderer Hinsicht an den Tag legen, oder andere Mannschaften durch folgende fortgesetzte Reden zu beeinflussen suchen, auf Antrag der Kommandanten in eine Arbeiterabteilung eingestellt werden können, auch wenn sie sich nicht schwerer strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben. In Betracht kommen auch Leute, die sich in Zivil Handlungen und Vergehen, wie Diebstähle usw., zuschulden kommen ließen und sich als unverbesserlich gezeigt haben".
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Freiheit der politischen Gesinnung der Marinemannschaften zu schützen?: Bd. 321, Nr. 939.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3607C. — Beantwortet.
Verbot von Zeitungen der U. S. P., Strafen wegen Bekundung sozialdemokratischer Gesinnung und wegen Werbung für die U. S. P.:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3769B.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5100D.
Gehorsamverweigerungen zur Lahmlegung der Flotte und Erzwingung des Friedens, Beziehungen der betreffenden Mannschaften zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (Dittmann, Haase, Vogtherr); Lieferung von Agitationsmaterial, Gegenmaßnahmen:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3775A, B, 3785C, 3786D, 3788A, C, 3789B, 3794A, 3795A, B, 3799C, 3800A, 3803A, 3804D, 3805D.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3880C, 3884B.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5101A.
Matrose Reichpietsch, Verurteilung und Erschießung wegen Kriegsverrats: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3785D, 3786D, 3788C, 3800A, 3804C, D, 3805B.
—, Todesurteil, Mitteilung an die Eltern: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5154C.
Siehe auch unter 47Bi.
32. Prisenkommando in Swinemünde.
Benutzung der Dienstschiffe durch den Admiral Holzhauer und seine Familie usw. zu Spazier- und Hamsterfahrten; Zollhinterziehungen usw.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4294B ff., 4298D, 4310D, 4311B.
33. Privatwerften siehe unter 47C.
34. Reichs-Marineamt.
Parlamentarischer Unterstaatssekretär, Schaffung: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6217A.
Petition der Rechnungsräte im Reichsmarineamt Hubi und Schlaffke um Vordatierung ihres Besoldungsdienstalters durch Anrechnung von drei Jahren ihrer Marinedienstzeit: Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1856. — Unerledigt.
Stellung zu den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen der Werften, Mangel an Wohlwollen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5082D.
35. Schadensersatzansprüche. — Siehe auch „Krieg" unter VIII 3.
Petition des Johannes Geest in Wellingdorf um Ersatz des ihm durch Anlage der Kaiserlichen Werft in Wellingdorf entstandenen Schadens.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 317, Nr. 259 unter II.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 929D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition des Hausbesitzers K. Fr. W. Maaß in Kiel-Wellingdorf um Ersatz des ihm durch den Erweiterungsbau der Kaiserlichen Werft erwachsenden Schadens.
Mündl. Ber. d. Haus. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VII d.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition des D. F. Schütt in Möltenort bei Kiel, betreffend Nachprüfung seiner Ansprüche wegen Ersatzes des ihm durch den Erweiterungsbau der Kaiserlichen Werften erwachsenen Schadens.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter III b 11.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108B. — Ueberweisung als Material.
36. Seekarten. Seekartenwerk, Ausbau: Bd. 311, 104. Sitz. S. 3159D.
37. Seekrieg siehe dort.
38. Skagerrak, Seeschlacht, siehe „Seekrieg" unter A.
39. Techniker, siehe unter 5B u. M.
40. Torpedobootsflottille.
Anerkennung der Leistungen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5078A, 5080A, 5088B.
Schaffung von Liege- und Beobachtungsplätzen für Torpedoflottillen auf der Werft Wilhelmshafen, Erhöhung der Schlußrate im Etat für 1917: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158A.
41. Torpedowerkstätten. Arbeiterfragen: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844C.
42. Unteroffiziere, Obermate, Beförderungsverhältnisse, Bekleidung (Auszeichnungsjacke): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3168B, 3170D.
43. Unterseebootkrieg, auch Bau von Unterseebooten usw., siehe „Seekrieg" unter D.
44. Unterseebootspende siehe dort.
45. Verpflegungsverhältnisse.
Offizier- und Mannschaftsverpflegung:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 926C.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3159B, 3164A, 3165D.
Verpflegunsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten bei der Marineverwaltung im allgemeinen: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3159B.
46. Verwaltungsoffiziere. Charaktererhöhungen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5102B.
47. Werften.
A. Verschiedenes.
Allgemeine Verwaltung, Neuorganisation, Vereinheitlichung, Leitung durch Offiziere und Beamte: Bd. 325, Nr. 1725 S. 1 ff. — Siehe auch unter 5.
Organisatorische Verbesserungen nach Art der Privatbetriebe, Einschränkung der Beamtenkategorien: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3170A.

Marine. 47. Werften. A. Verschiedenes (Fortsetzung).

Buchführung, Beseitigung der probeweise eingeführten kaufmännischen Buchführung auf der Werft in Wilhelmshaven:
Bd. 315, Nr. 48 S. 5.
Bd. 207, 45. Sitz. S. 1005 B.

Höhere technische Beamte, Vertretung in der Verwaltung, Organisierung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5089 C.

Beamte als Vorgesetzte der Arbeiter, vorsichtigere Auswahl während der Kriegszeit: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 C.

Beamte, Angestellte, Techniker usw. im allgemeinen und einzelne Klassen siehe vorstehend unter 5 A, B, C ff.

Berufsfeuerwehr, Aufnahme in die Angestelltenversicherung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5099 D.

Errichtung einer eigenen Tischlerei in Schilling (Wilhelmshaven), Schädigung der ansässigen Handwerker: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5099 A, 5100 A.

Schadensersatzansprüche, Petitionen, siehe unter 35.

B. Arbeiterverhältnisse.

a) Anerkennung der Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5080 A, 5088 C.

b) Arbeiterausschüsse. Ausbau, Abschaffung des Instanzenweges: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 D, 5094 A.

Verhältnis zu den Arbeitern und Vorgesetzten: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3163 B, 3166 D.

Ausschaltung eines Arbeiterausschusses in Danzig: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3163 C, 3167 A.

Ehrenausschüsse, Weiterzahlung des Lohnes an alle Ehrenbeamte: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 C, 5093 D.

c) Arbeiterorganisationen.

Direkte Verhandlung der Werftbetriebe und des Reichsmarineamts mit Vertretern der Arbeiter: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3178 C.

Zuziehung der gewerkschaftlichen Organisationen zu Besprechungen über Arbeiterfragen:
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5094 C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844 C.

d) Arbeitseinstellungen auf den Reichswerften, Unruhen, Streiks, Ernährungsverhältnisse: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3161 A, 3165 B, 3169 B, D, 3170 B. Siehe auch nachstehend unter m.

e) Arbeitswechsel. Verhinderung des Arbeitswechsels in Danzig, System der schwarzen Listen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5091 C, 5093 B, 5094 D.

f) Bekleidung. Lieferung tauglichen Schuhzeugs an Arbeiter: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 C.

g) Ernährungsfragen. Verteilung von Lebensmitteln, Belieferung der gemeinsamen Küchen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5082 A, 5087 A.

h) Frauenarbeit. Bezahlung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3161 D.

i) Heeresdienst.

Abkömmlichkeitserklärungen, Unparteilichkeit bei Entscheidungen: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3162 C.

Freigabe von Facharbeitern aus dem U-Boot-Bau für den Truppendienst (Danzig): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3162 C, 3165 C.

Freigabe von Arbeiterausschußmitgliedern für den Truppendienst (Kiel): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3163 B.

Marine. B. Arbeiterverhältnisse (Fortsetzung).

Maßregelung von Arbeitern durch Freigabe für den Truppendienst: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3163 A, 3165 C, 3170 A, 3176 C.

k) Hilfsdienstgesetz. Ausführung, Beschwerden: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3162 D, 3166 D.

l) Invalide Werftarbeiter. Invalidenunterstützung durch die Werften, Aufbesserung, einmalige Teuerungszulagen:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3169 B.
Bd. 312, 163 Sitz. S. 5085 D, 5087 D, 5093 A, 5094 A, 5102 B.

Petition des Ausschusses der Invaliden der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven, H. Haren in Rüstringen und Genossen, betreffend Aufbesserung der Invalidenrente für Invaliden der Kaiserlichen Werft.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1493 unter III a 4.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5108 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

m) Lohnverhältnisse, Akkordlohn, Lohnzahlung, Zulagen.

Lohnsätze, niedrige Bemessung bzw. Erhöhung, Zulagen: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3161 B, 3162 A, 4165 C, 3166 B, 3167 B, 3169 C, 3176 D.

Lohnfragen, Neuregelung der Lohnordnung, der Lohntarife, des Akkordwesens, Vorschläge der Arbeiterausschüsse:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3161 C, 3162 A, 3167 A.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 A, 5093 C, 5095 A.

Anfrage Weinhausen: Auf einer Danziger Privatwerft waren kürzlich Lohnstreitigkeiten zwischen der Leitung und einer Gruppe von Arbeitern ausgebrochen, die durch den angerufenen Schlichtungsausschuß zugunsten der Arbeiter beigelegt wurden und zur Ausstellung des Abkehrscheins an mehrere Arbeiter führten.

Diese erhielten nun auf Umfrage nach Beschäftigung bei der Kaiserlichen Werft in Danzig die gleiche Antwort wie bei mehreren Danziger Privatwerften: Arbeiter von jener Werft können nicht eingestellt werden. Erst nach 21tägiger Aussperrung ist es den mit ordnungsmäßig ausgestellten Abkehrscheinen versehenen Arbeitern durch Hilfe ihrer Organisation gelungen, doch noch auf einer Danziger Privatwerft Beschäftigung zu erhalten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartige Beeinträchtigungen der gesetzlichen Rechte der Arbeiter und derartige Gefährdungen der Landesverteidigung durch öffentliche und private Arbeitgeber zu verhindern?: Bd. 322, Nr. 1257.
Schriftliche Antwort: Nr. 1530.

Monatslöhner, Entlohnung, Benachteiligung gegenüber den Stundenlöhnern, Ausschluß von der Teuerungszulage:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3161 C, 3166 B, 3180 A.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5083 B, 5095 A.

Petition der Monatslöhner der Kaiserlichen Werft „Kiel" Friedrich Sander und Genossen in Kiel um Lohnerhöhung.

Marine. m) Lohnverhältnisse, Akkordlohn, Lohnzahlung, Zulagen.

Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. VII b 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung als Material.
Lohnzahlung während der Arbeitszeit: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 B.
Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung in Wilhelmshaven: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5095 A.
Kiel, Familienzulagen: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3163 A, 3165 C.
Werftarbeiter in besetzten Gebieten usw., Lohnverhältnisse, Schädigung durch Kursverluste: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3164 D, 3167 A.

n) Maler und Anstreicher. Sicherheitsschutz gegen Giftfarben, Entlohnung usw.: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3165 A, 3167 B.

o) Strafen.
Viele Meldungen zu Bestrafungen: 104. Sitz. S. 3163 C.
Anwendung des Militärstrafgesetzbuches auf Werftarbeiter (Ostende), Doppelbestrafungen, Geld- und Arreststrafen: 104. Sitz. S. 3163 C, 3165 C.

p) Ueberarbeit. Verlust der Schwerarbeiterzulage bei Aufhebung der Ueberarbeit (Wilhelmshaven): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3163 D.

q) Wohlfahrtsvereine, Mittel, Verwaltung, Beteiligung der Arbeiter: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5092 B, 5093 C.

C. Privatwerften.
Arbeiter, Maßregelung durch Freigabe für den Truppendienst: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3176 C.
Lohnverhältnisse, Rückwirkung auf die Reichswerften: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3161 D, 3116 C.

48. Werftmaschinisten siehe unter 5 N.
49. Werftschiffsführer siehe unter 5 O.
50. Zensur in Marineangelegenheiten siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b γ.

Marinekorps siehe „Marine" unter 24.

Marinestiftung siehe „Kriegswohlfahrtspflege".

Marinewerkführer siehe „Marine" unter 5 K.

Marmeladen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 254.
Zollbefreiung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Marneschlacht siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b.

Marokko
Mord der Deutschen Fricke und Gründler: Bd. 306, 6. Sitz. S. 57 B.
Marokkodeutsche, Internierung, Behandlung durch Frankreich siehe „Kriegsgefangene" unter II A u. III E.

Marteau, Henri, Professor der Musik. Internierung: Bd. 308, 72. Sitz. S. 1996 C, 1998 A, 1999 A, C.

Maschinisten
der Heeresverwaltung siehe „Reichsheer" unter 177 k.
der Marineverwaltung siehe „Marine" unter 5 N.

v. Massow, Abgeordneter für den 2. Königsberger Wahlkreis, gestorben am 6. Juni 1914: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4 D.

Maß- und Gewichtsordnung. Eiserne Gewichte siehe „Kriegswirtschaft" unter II 142.

Matrikularbeiträge.
Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1915 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge, Anlage 3 zu den Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1915 und 1916, S. 15 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1917, Anlage 4 des Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1917, S. 16 des Etatsentwurfs.
Frage ihrer Erhöhung zur Deckung von Kriegskosten:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2462 C.
86. Sitz. S. 2511 C.
93. Sitz. S. 2749 A.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4770 C.
153. Sitz. S. 4792 D, 4804 A.

Matrosen siehe „Marine" unter 23.

Mecklenburg-Strelitz, Großherzogtum.
Ableben des Großherzogs Adolf Friedrich VI., Thronfolgefrage: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4194 C.
Anfrage Dr. Stubmann: Die durch das Ableben des Großherzogs Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz aufgerollte Thronfolgefrage hat in dem Lande die lebhafteste Beunruhigung erweckt. Nach der Regentschaftsübernahme durch den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin wird, falls eine Thronbesteigung durch den nächsten Anwärter, den Herzog Karl Michael, nicht in Frage kommt, in weiten Kreisen der Bevölkerung die Besorgnis gehegt, daß der im Jahre 1701 geschlossene „Hamburger Erbvergleich" ohne Rücksicht auf das Interesse der mecklenburg-strelitzer Bevölkerung und — mangels einer modernen konstitutionellen Verfassung — ohne Anhörung von berufenen Vertretern des Landes zur Durchführung gelangt. Der Hamburger Erbvergleich von 1701 beruht auf der längst veralteten Auffassung, daß Land und Leute der alleinigen Verfügung des regierenden Fürsten unterliegen, und widerstrebt nach seiner Grundlage den staatsrechtlichen Auffassungen unserer Zeit. Die jetzige staatsrechtliche Lage des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz wird dadurch noch verschärft, daß von sachkundiger Seite die Gültigkeit der jetzigen Regentschaft bestritten wird unter Hinweis auf ein Hausgesetz vom 12. September 1821, nach welchem die Regentschaft dem mecklenburg-strelitzschen Ministerium gebühren würde.
Die Auffindung des nächsten Thronanwärters, Herzogs Karl Michael, und die Beschaffung etwaiger entscheidender Erklärungen des letzteren wird nicht ohne Mitwirkung der Organe des Reichs möglich sein. Die Durchführung des Hamburger Erbvergleichs von 1701 würde die Beseitigung eines durch die Reichsverfassung anerkannten Bundesstaats bedeuten und eine Aenderung der Reichsverfassung verlangen. Die gesamte Angelegenheit berührt somit auch das Reichsinteresse.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, in bundesfreundlichem Sinne darauf hinzuwirken,
1. daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Strelitz in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt,
2. daß trotz der Tatsache, daß dem Lande immer noch eine dem Geiste der Reichsverfassung entsprechende zeitgemäße konstitutionelle Verfassung und Volksvertretung fehlt, die Neuordnung nur unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung des Landes vorgenommen wird?: Bd. 325, Nr. 1705.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5968 D. — Beantwortet.

v. Meding, Abgeordneter für den 15. Hannoverschen Wahlkreis, gefallen am 6. Januar 1917: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336 A.

Meerfeld, M. d. R., Redeverbot: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3996B.

Mehl. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 255, auch II 139, 270, 271.

Mehlschiebungen in Bonn siehe „Kriegswirtschaft" unter II 271b.

Dr. Franz **Mehring**, sozialistischer Schriftsteller. Verhängung der Schutzhaft, Behandlung während derselben:
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1708B.
69. Sitz. S. 1876B, 1884B, 1892C.
Anfrage Dr. Cohn (Nordhausen): Bd. 320, Nr. 522.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2282A. — Siehe auch „Belagerungszustand" unter II9B.
Ausfuhrverbot für sein zensuriertes Buch über Karl Marx: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6187A.

Melassefutter. Erzeugung siehe „Kriegswirtschaft" unter II121f, 447b.

Messing siehe „Kriegswirtschaft" unter II258.

Metallarbeiterverband, deutscher, Ortsstelle Berlin. Mitglieder- und Generalversammlungen siehe „Belagerungszustand" unter II11h.

Metalle, Metallbeschlagnahme siehe „Kriegswirtschaft" unter II258.

Metallindustrie. — Siehe auch „Eisenindustrie".
Beschäftigung von Arbeiterinnen, Mißstände, gesundheitliche Schädigungen: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4983B.
Petitionen, betreffend Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendschutz für die Metallindustrie.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. I a.
Bd. 311, 129. Sitz, S. 3997A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition des deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, betreffend Erlaß eines Notgesetzes zur Gewährung von Entschädigungen an Arbeiter bei Einlegung von Feierschichten.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1365 unter II b 3.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Anfrage Sivkovich: Nach einer Mitteilung des Bundes der technisch-industriellen Beamten haben 19 der bedeutendsten Firmen der Berliner Metallindustrie folgende geheime Konkurrenzklausel untereinander vereinbart:
„Zwischen den in anliegender Aufstellung verzeichneten Firmen ist mit Wirkung ab 1. Januar 1918 folgende Vereinbarung getroffen:
Wird während des Krieges mit England von einem Mitglied der Vereinigung ein männlicher oder weiblicher Beamter eines anderen Mitgliedes ohne dessen Zustimmung angestellt, so ist ersteres verpflichtet einen Betrag in eine von dem Verband Berliner Metallindustrieller verwaltete Kasse zu zahlen gleich dem Doppelten des von dem Angestellten in den ersten zwei Jahren erzielten Mehreinkommens. Der Zustimmung bedarf es nicht, wenn der männliche oder weibliche Beamte infolge Kündigung seitens der Firma sich um die neue Stellung beworben hat. Die Zahlungen sind kalendervierteljährlich zu leisten. Streitigkeiten entscheidet die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller."
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch dieses Abkommen den beteiligten Industrieangestellten die einzige auf Grund des § 9 des Hilfsdienstgesetzes noch bestehende Möglichkeit einer mit dem Stellungswechsel verbundenen Einkommensverbesserung genommen wird, indem es die dort bezeichneten Voraussetzungen für Erteilung des Abkehrscheins hinfällig macht?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine solche Durchkreuzung der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen wichtigsten Schutzbestimmungen für die Industrieangestellten zu verhindern?: Bd. 323, Nr. 1274.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3995C. — Beantwortet.
Vereinbarung von 19 Berliner Metallindustriellen über die Annahme von Angestellten (geheime Wettbewerbsklausel): Bd. 312, 159. Sitz. S. 4963B, 4965C.

Metzger, Abgeordneter für den 3. Hamburger Wahlkreis. Gest. am 8. November 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15A.

Mexiko.
Lage der deutschen Reichsangehörigen während des Bürgerkrieges: Bd. 306, 6. Sitz. S. 57D.
Bündnisangebot Deutschlands gegen die Vereinigten Staaten; Vermittlung zwischen Japan und Deutschland:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2836C, 2863C, 2874B.
96. Sitz. S. 2894D, 2897D, 2926A.

Dr. **Michaelis,** Reichskanzler.
Ernennung des Unterstaatssekretärs Wirklichen Geheimen Rats Dr. Michaelis zum Reichskanzler: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3569D.
Entbindung von der Stellung als Reichskanzler: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3941C.
Entlassung, politische Gründe: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3953D.
Vorgänge vor seiner Ernennung: Bd. 316, 116. Sitz. S. 3585D.
Amtsführung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3880B.
Stellung zur Friedensresolution vom 19. 7. 1917:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3774C, 3789B, 3816D.
125. Sitz. S. 3848D.
Die Unabhängige Sozialdemokratie steht für mich jenseits der Linie derer, „die nicht den Bestand des Deutschen Reichs gefährden usw.":
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3773B, 3775C, 3786B, 3787C, 3794C, 3795C, 3799C, 3801C, 3805A.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4295C.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5142B.

Mietsrecht, Mieterschutz, Mieteinigungsämter siehe „Bürgerliches Gesetzbuch" und „Grundbesitz, Grundstücke usw."; siehe auch „Wohnungswesen".

Miet- und Pachtzinsforderungen.
1. Petition des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz (E. V.) in Berlin um schleunigste Verabschiedung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beschränkung der Verfügungen über Miets- und Pachtzinsforderungen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315 Nr. 59 unter II B 1.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 127D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
2. Entwurf eines Gesetzes zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen: Bd. 315, Nr. 71.
Erste Beratung: Bd. 306, 10. Sitz. S. 139A.
Mündl. Ber. der 9. Ausschs.: Bd. 315 Nr. 87.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 315 Nr. 90 (Berichtigt), Nr. 94.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 146C.
Zusammenstellung der Beschlüsse II. Beratung: Bd. 315, Nr. 95.
Dritte Beratung: Bd. 306, 12. Sitz. S. 170D.
Gesetz vom 8. 6. 1915, RGB. S. 328.
Petitionen: Bd. 306, 12. Sitz. S. 156B, 171B

Miet- und Pachtzinsforderungen (Fortsetzung).

3. Aenderung des Systems des BGB. hinsichtlich des Verfügungsrechts über Miet- und Pachtzinsen: Bd. 306, 12. Sitz. S. 149C.

Milch. Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 261.

Militär siehe „Krieg" und „Reichsheer" und die einzelnen sachlichen Stichworte.

Militäranwärter.

Abänderung zu den Grundsätzen für die Besetzung der mittleren Kanzlei- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden usw. mit Militäranwärtern und Inhabern des Anstellungsscheins: Bd. 321, Nr. 753.

Aufnahme in den Militärverwaltungsdienst: Bd. 325, Nr. 1725 S. 9.

Wiederverwendung im Felde, Zubilligung der Qualifikation zum Offizier des Beurlaubtenstandes. Bd. 313, 186. Sitz. S. 5952D.

Militärapotheker siehe „Reichsheer" unter 120, auch 19.

Militärbauämter siehe „Reichsheer" unter 121.

Militärbauboten siehe „Reichsheer" unter 122.

Militärbefehlshaber. Durchführung des Belagerungszustandes siehe „Belagerungszustand".

Militärgefängnisse. Vorlegung von statistischem Material über Strafen und Gefangenenbestand siehe „Belagerungszustand" unter II 1.

Militärhinterbliebenenversorgung.

A. Aenderung des Militärhinterbliebenengesetzes.

1. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch in dieser, spätestens in der nächsten Tagung des Reichstags diesem einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den über die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 1907 hinaus den zu versorgenden Witwen, Waisen, Aszendenten Zusatzrenten gewährt werden, die nach dem letzten Arbeitseinkommen des zur Fahne Eingezogenen und infolge des Krieges Verstorbenen abgestuft werden, mit der Maßgabe, daß diese Renten, unter Anrechnung der Renten des Gesetzes vom 17. Mai 1907, bis zu einer mäßigen Höhe ansteigen, und daß eine Berücksichtigung des Einkommens aus fundierten Ertragsquellen derart stattfindet, daß das Gesamteinkommen der Familie zuzüglich der Arbeitsrente 5000 Mark nicht übersteigt: Bd. 315, Nr. 57 unter I 2.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66A. — Angenommen.
Ferner:
8. Sitz. S. 122C.
12. Sitz. S. 158A, 164C, 166A, 168C, 169D.

2. Antrag des Haushaltsausschusses zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds für 1915: dem Ausschuß für den Reichshaushaltsetat zur alsbaldigen Durcharbeitung nach sozialen Gesichtspunkten zu überweisen das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 (Reichs-Gesetzbl. S. 214 ff.): Bd. 315, Nr. 57 unter II 2.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66C, 67B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 75 (Anträge abgedruckt bei „Militärpensionswesen"): Bd. 306, 12. Sitz. S. 156D.

Militärhinterbliebenenversorgung. A. Aenderung des Militärhinterbliebenengesetzes (Fortsetzung).

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 316, Nr. 138 unter I 7, III 1—4.
Bd. 317, Nr. 210 unter 18—21.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 708A.
32. Sitz. S. 761C.

3. Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in dem Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichskanzler baldigst eine Novelle zum Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 (Reichs-Gesetzbl. 1906 S. 593 ff.) und zum Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 (Reichs-Gesetzbl. 1907 S. 214 ff.) vorzulegen, durch welche diese Gesetze dahin geändert werden, daß für die infolge des Krieges zum Heere einberufenen Mannschaften und deren Hinterbliebene die Versorgung auch dann gewährt wird, wenn das die Erwerbsfähigkeit beschränkende Ereignis oder der Tod während der Zugehörigkeit zum Heere eintritt, ohne daß eine Dienstbeschädigung nachgewiesen werden kann: Bd. 317, Nr. 195 unter II 10.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 678C, 700C, 705A. — Angenommen.

4. Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 272 unter III a 3—9; Bd. 318, Nr. 330 unter III h, i 3—6; Bd. 324, Nr. 1401 unter VI 4.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1076B.
58. Sitz. S. 1459D.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C.

5. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Militärhinterbliebenenrenten wesentlich erhöht werden.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 unter I c 6.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

6. Weitere Resolutionen usw. siehe bei „Militärpensionswesen" unter II A 2, 3, 6, 8, 9, 12.

7. Militärhinterbliebenengesetz, Aenderung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3087C.

B. Einzelnes. — Siehe auch „Militärpensionswesen" unter II B.

1. Allgemeine Versorgung, Anrechnung:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 160A.
19. Sitz. S. 364A, 371A.

2. Familienunterstützung, Anrechnung auf die Rente, siehe „Unterstützungen".

3. Feststellung und Auszahlung der Bezüge.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Antrag des Hauhaltsausschusses, betreffend Familienunterstützungen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Feststellung und Auszahlung der auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 zu bewilligenden Hinterbliebenenbezüge beschleunigt werde: Bd. 316, Nr. 141.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 414B.
Beschleunigte Festsetzung, Auszahlung durch die Lieferungsverbände: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5590A, 5596B.

4. Gnadenvierteljahr, Gewährung an Witwen von Offizieren des Beurlaubtenstandes: Bd. 306, 7. Sitz. S. 66C.

5. Krankengeld, Gewährung an Kriegshinterbliebene: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5580D.

Militärhinterbliebenenversorgung. B. Einzelnes (Forts.).

6. Kapitalabfindung siehe nachstehend unter D.
7. Kriegselterngeld:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 159D, 164C, 168B.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1075C.
Bd. 308, 98. Sitz. S. 2959D.
Bd. 318, 178. Sitz. S. 5573D, 5591C, 5597D.
Petition, betr. Gewährung einer Entschädigung an Familien für gefallene höhergebildete, unverheiratete Söhne.
Ber. d. Pet.-Ausschs.: Bd. 317, Nr. 169: Bd. 306, 33. Sitz. S. 765C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition der Frau Adam Schork in Dossenheim (Amt Heidelberg) um Gewährung von Kriegselterngeld an Adoptiveltern:
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 669 unter III a:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch die einzelnen Petitionen unter C.
8. Pfändung.
Petition, betreffend gesetzliche Neuordnung der Versorgung der Kriegerwitwen und -Waisen und Erlaß einer Bestimmung, wonach die Gebührnisse auf Grund der Militär-Versorgungsgesetze bei vollständigem Unterhalt in einer Anstalt in ganzer Höhe, bei vorübergehendem Unterhalt jedoch nur zum Teil abtretbar und pfändbar sind.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 unter VI. 5.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
9. Private Pensionsbezüge, Anrechnung auf die Hinterbliebenenrente: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1132A.
10. Rentenanträge, höfliche Beantwortung; Belehrung der Gesuchsteller über Unterstützungen und dergl.; Erlaß vom 1. Juli 1916: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2959C, 2968B.
11. Renten, Zusatzrenten, Erhöhung, Zuschläge:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2964B, 2969D, 2972D.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5567D, 5572B, 5581B, 5592A, 5596A, 5599A.
Petitionen um Erhöhung des Kriegswitwen- und Waisengeldes bzw. der an Kriegswitwen gezahlten Unterstützungen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 669 unter III d, f u. g.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch unter B 15 und die einzelnen Petitionen unter C.
12. Steuerfreiheit der Renten in den Bundesstaaten: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2967D.
13. Teuerungszulagen für Hinterbliebene gefallener Kriegsteilnehmer:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2965A, 2970C, 2971A.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5581D, 5583D, 5596C.
184. Sitz. S. 5845A.
14. Uneheliche Kinder. Renten für anerkannte uneheliche Kinder der Kriegsteilnehmer:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66B.
12. Sitz. S. 159D, 164A.
19. Sitz. S. 365A.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1075C.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5574A, 5591C.

Militärhinterbliebenenversorgung. B. Einzelnes (Forts.).

15. Unterstützungen, Gewährung zum Ausgleich von Härten, für den Fortfall von Familienunterstützung:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66B, D.
12. Sitz. S. 160B, 163D, 166B, 168A, 170B.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5572C, 5581B, 5096A.
Siehe auch unter B 11.
Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in dem Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Sorge zu tragen, daß die an Stelle von Zusatzrente für ein Jahr gegebene einmalige Unterstützung an die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern bis zur gesetzlichen Regelung zu entsprechender Zeit erneuert wird:
Bd. 317, Nr. 195 unter II 12.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 678D, 705A. — Angenommen.
Resolution des Petitionsausschusses zur Petition der Frau Marie Angermeier, betreffend Gewährung von Kriegswitwengeld: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Verordnung vom 3. August 1915 dahin abzuändern, daß den schuldlos geschiedenen Ehefrauen von Kriegern auch dann eine Unterstützung gewährt werden kann, wenn der zum Unterhalt gesetzlich verpflichtete Ehemann die Unterhaltspflicht nicht erfüllt hat: Bd. 319, Nr. 451 unter 2.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896A. — Angenommen.
16. Vermißte, Versorgung der Angehörigen:
Bd. 306, 6. Sitz. S. 61A.
31. Sitz. S. 678D.
17. Versorgung der Hinterbliebenen gestorbener Kriegsteilnehmer ohne Nachweis der Dienstbeschädigung siehe unter A 3.
18. Waisenrenten. — Siehe auch unter B 14 u. C.
Gewährung an die in die Ehe eingebrachten Kinder der Kriegswitwen: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1131D.
Waisenpflege, Erweiterung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5581A.
Petition der Frau Margarete Köpke in Waren (Mecklbg.), auch den Stiefkindern von Kriegsteilnehmern Waisenrente zu gewähren.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 669 unter III c.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C. — Ueberweisung als Material.
—, Renten für Stiefkinder siehe auch: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5574A, 5591C.
Witwen- und Waisengeld, Gewährung an die Hinterbliebenen gefallener Beamten neben der Militärhinterbliebenenrente: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2968A.
19. Wohnungsfürsorge, Gewährung eines Darlehens für Witwen Gefallener zur Erwerbung von Baugelände: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2494C.
—, Siehe auch nachstehend unter D.
20. Zusatzrenten siehe unter A 1 u. B 11 und „Militärpensionswesen" unter II A 12.

C. Petitionen um Gewährung von Renten. — Siehe auch vorstehend unter A 2 u. 4, B 7, 8, 11 u. 18.
1. Petitionen, betreffend Gewährung und Feststellung von Hinterbliebenenbezügen (Berichte d. Pet. Ausschs.):

Militärhinterbliebenenversorgung. C. Petitionen um Gewährung von Renten (Fortsetzung).

— der Frau Heimann in Lampersdorf: Bd. 320, Nr. 546.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— der Witwe Rosine Neumann in Königsberg i. Pr.: Bd. 323 Nr. 1343.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 D. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.
— der Anna Säwert in Zanzin: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV e.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— der Ida Storch in Spandau: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV h.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— der Ludwina Stüdlein in Nürnberg: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. V b.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Für erledigt erklärt.

2. Petition der Frau Marie Angermeier, betreffend Gewährung von Kriegswitwengeld.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 319, Nr. 451 unter 1:
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896 A. — Ueberweisung als Material.
Resolution siehe unter B 15.

3. Petition der Witwe Mruz in Hamborn, betreffend Erhöhung von Waisengeldern.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd 322, Nr. 1123 Ziff. III g.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.

4. Petitionen, betreffend Gewährung von Kriegselterngeld (Berichte d. Pet. Ausch.):
— der Johanna Awiszus in Schmelz: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV f.
Bd. 313, 176 Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— des Wilhelm Heberlein in Georgendorf: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV b.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— der Amalie Knocks in Pritzkehmen: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV e.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— des Krafczek in Schoppinitz, Erhöhung seines Kriegselterngeldes: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. II a.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3987 A. — Ueberweisung zu Kenntnisnahme.
— der Christine Magdalene Philipsen in Markerup: Bd. 320, Nr. 553.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 D. — Ueberweisung zur Erwägung.
— der Frau Marie Schneider in Karaleue: Bd. 321, Nr. 833.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555 D. — Ueberweisung als Material.
— der Wilhelmine Steinebrunner in Untermünstertal: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV m.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— der Maria Strunkies in Skirwitell: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV g.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Militärhinterbliebenenversorgung. C. Petitionen um Gewährung von Renten (Fortsetzung).

— der Anna Czymanski in Elbing: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. III k.
Bd. 311. 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.
— der Eheleute Tibiaski in Klein-Leesen: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV i.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
— der Gottliebe Waberschinetz: Bd. 318, Nr. 360.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895 D. — Ueberweisung zur Erwägung aus Billigkeitsgründen.

5. Petition, betreffend Zahlung der im § 21 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vorgesehenen Geldabfindung für Verzichtleistung auf den Zivilversorgungsschein an die Hinterbliebenen verstorbener Kapitulanten.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1852. — Unerledigt.

D. Kapitalabfindung.
Witwen, Kapitalabfindung bei Wiederverheiratung:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 159 D.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2963 D.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5579 A, 5580 C.
Ansiedlung von Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 161 B.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2963 D.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen auf eigener Scholle mit Hilfe der Kapitalisierung eines Teiles der diesen zustehenden Bezüge herbeigeführt werden kann: Bd. 316, Nr. 139 unter b.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 373 C, 375 B, 382 D. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in dem Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß Witwen, die Kriegshinterbliebenenrente beziehen, bei Wiederverheiratung eine einmalige Abfindung erhalten oder ihnen ein Teil der Rente belassen wird: Bd. 317, Nr. 195 unter II 13
Bd. 306, 31. Sitz. S. 679 A, 693 B, 705 A — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Kapitalabfindungsgesetz: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, demnächst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Einführung der Kapitalabfindung für alle Witwen von gefallenen Kriegsteilnehmern, welche eine weitere Ehe eingehen: Bd. 318, Nr. 350 unter II b (S. 25 39, 42).
Bd. 307, 43. Sitz. S. 963 D.
58. Sitz. S. 1467 B. — Angenommen.
—, Kapitalabfindungsgesetz siehe „Militärpensionswesen" unter III.

E. Nationalstiftung für Kriegshinterbliebene, Tätigkeit, soziale Fürsorge:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2971 C, 2972 B.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5592 D.

Militarismus. Wesen, Bekämpfung.:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1571 B, C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1719 B.

Militarismus (Fortsetzung).

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047 A.
101. Sitz. S. 3072 A, 3089 C, 3090 B, 3092 D, 3102 A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3119 A, 3123 D, 3130 D.
110. Sitz. S. 3454 A, 3479 B, 3499 A.

Beseitigung; Bedeutung des „militärischen Absolutismus" für Preußen und Deutschland:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2848 A, 2852 A, 2853 B, 2861 B.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4115 A.

Entsittlichende Wirkung des Militarismus der Welt im allgemeinen, des deutschen im besonderen:
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6265 B.

Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Militarismus:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5440 A, 5448 D.
175. Sitz. S. 5516 B ff.
184. Sitz. S. 5841 A.

Militärjustizwesen siehe „Reichsheer" unter 123, auch „Militärstrafgesetzbuch", „Reichsmilitärgericht".

Militärkabinett siehe „Reichsheer" unter 124.

Militärkuranstalten siehe „Reichsheer" unter 125, 196 und „Kriegsbeschädigten-Fürsorge".

Militärmusiker u. -musikmeister siehe „Reichsheer" unter 126 u. 127.

Militärpensionswesen. — Siehe auch „Kriegsbeschädigte", „Kriegsteilnehmer".

Reform der Militärversorgungsgesetze in allgem., Novellen, Stand der Vorarbeiten usw.:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2965 A, 2968 D, 2969 B.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4526 D.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5567 C, 5572 A, 5586 D, 5591 C, 5594 A.

Versorgungswesen, Herausgabe eines Leitfadens: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464 D.

Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums siehe „Reichsheer" unter 100 e.

I. Offizierspensionsgesetz.

1. Aenderung des § 57 des Gesetzes über die Pensionierung der Offiziere vom 31. Mai 1906 (als Beamte wieder angestellte Deckoffiziere) siehe § 7 der 3. Ergänzung des Besoldungsgesetzes unter „Beamte"; siehe auch nachstehend unter 6 u. 10.

2.—4. Resolutionen des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917:

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Ergänzung des Offizierpensionsgesetzes von 1906 baldigst vorzubereiten, welche die im Kriege verwendeten Altpensionäre in ihren Bezügen nach der Verabschiedung den Empfängern des höheren Ruhegehalts gleichstellt und ihre letzte Rangstellung im Kriege berücksichtigt: Bd. 321, Nr. 766 unter II 4.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133 B.
110. Sitz. S. 3498 C. — Angenommen.

3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Aenderung des Offizierpensionsgesetzes von 1906 dahin herbeizuführen, daß bei Pensionierung der im Kriege wiederverwendeten verabschiedeten Offiziere deren letzte Dienststellung während des Krieges berücksichtigt, und daß ihnen, soweit sie Altpensionäre waren, das höhere Ruhegehalt zuerkannt wird: Bd. 321, Nr. 766 unter II 5.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3139 B.
110. Sitz. S. 3498 C. — Angenommen.

Militärpensionswesen I. Offizierspensionsgesetz (Forts.).

4. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Abänderung des Offizierpensionsgesetzes in die Wege zu leiten, daß pensionierte Offiziere, die in dem jetzigen Kriege bei der kämpfenden Truppe wieder verwendet worden sind, ihre Pension späterhin auf Grundlage der Dienststelle beziehen, mit der sie zuletzt beliehen waren: Bd. 321, Nr. 766 unter II 7.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055 B.
101. Sitz. S. 3065 C, 3071 B, 3078 B, 3087 B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133 B.
110. Sitz. S. 3453 C, 3498 C. — Angenommen.

5. Resolution Behrens u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den § 32 des Offizierpensionsgesetzes dahin zu ändern, daß der § 8 auch auf die pensionierten und während dieses Krieges wieder verwendeten Beamten der Heeres- und Marine-Verwaltung Anwendung findet: Bd. 321, Nr. 781.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 A. — Angenommen.

6. Resolution des Ausschusses über Beamtenfragen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der § 75 des Offizierpensionsgesetzes in der Fassung des § 7 des Gesetzes vom 9. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 492) dahin geändert wird, daß die Unterscheidung zwischen Deckoffizieren mit einer Dienstzeit als aktiver Deckoffizier von weniger und von mehr als 6 Jahren in Wegfall gebracht wird: Bd. 321, Nr. 862 unter II 5.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3500 B. — Angenommen.

7. Resolution Graf v. Westarp u. Gen. zum Etat des Reichsheeres f. 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der angekündigten Aenderung des Offizierpensionsgesetzes von 1906 eine entsprechende Bestimmung aufzunehmen, wonach auch die während des Krieges im Sanitäts- und Lazarettdienst tätig gewesenen, vor dem Kriege verabschiedeten Offiziere nicht mehr als Altpensionäre angesehen werden: Bd. 324, Nr. 1644 unter IV.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379 A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5417 C, 5425 A.
174. Sitz. S. 5489 A.
184. Sitz. S. 4815 C, 5834 B, 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

8. Petition des Kaufmanns Julius Junge in Berlin-Halensee, betreffend Vorschläge für die Versorgung von kriegsverletzten Offizieren und Mannschaften in Verbindung mit der Errichtung eines staatlichen Leder- und Schuhfabrikationsmonopols.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 669 unter III c.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974 C. — Ueberweisung als Material.

9. Petitionen:
des Oberdeckoffiziers a. D. Th. Kämmerer in Wilhelmshaven um Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre entsprechend der jeweiligen Aufbesserung der Beamtengehälter;
des Vereins inaktiver Offiziere der Deutschen Armee und Marine in Berlin um Gleichstellung der Altpensionäre, mindestens aber derjenigen von ihnen, die in dem jetzigen Kriege wieder verwendet worden sind, mit den Neupensionären.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 669 unter III h u. i.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974 C. — Ueberweisung als Material.

Militärpensionswesen. I. Offizierspensionsgesetz (Forts.).

des Bundes der Deckoffiziere a. D. der Kaiserlichen Marine in Berlin, betreffend Beseitigung der Bestimmung, nach der die Deckofffiziere, die eine sechsjährige Dienstzeit als Deckoffiziere nicht aufzuweisen vermögen, von dem Genuß der neuen Pensionsstaffel (§ 57 O.P.G.) nicht ausgeschlossen werden.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1493 unter III a 1, 2, 3 u. 6.
Bd. 312, 164. Sitz, S. 5108B. — Ueberweisung zur Erwägung.

10. Petition, betreffend Bewilligung von Deckoffizierspension an ehemalige Schutztruppen-Deckoffiziere (§ 74 des Mannschaftsversorgungsgesetzes).
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. VI 2.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch die Resolution unter II A 10.

11. Einzelnes.
Pensionierung der im Kriege wiederverwendeten pensionierten Offiziere, auch der im Sanitäts- und Lazarettdienst befindlichen, Berücksichtigung der Dienststellung usw.:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2973A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379A, B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5417C, 5425A.
174. Sitz. S. 5489A.
184. Sitz. S. 5815C, 5834B.
Gewährung von Pensionszuschlägen an die im Kriege wiederverwendeten Offiziere: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5567C, 5583D.
Deckoffiziere, Beseitigung des auf Grund einer sechsjährigen Dienstzeit festgesetzten Unterschieds bei der Pensionierung (§ 57):
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5103B, 5105D.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5584B.
184. Sitz. S. 5843C.
Beamte der Heeres- und Marineverwaltung, Pensionierung der wiederverwendeten Beamten, Anrechnung von Dienstzeit, Erhöhung der Pension:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133B.
110. Sitz. S. 3499A.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5597A.
Beamte a. W., Pensionsverhältnisse der aus dem aktiven Unteroffizierstande hervorgegangenen Hilfsbeamten a. W.: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5597B.

II. Mannschaftsversorgungsgesetz.

A. Aenderung des Gesetzes.

1. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nach Beendigung des Krieges einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Pensionierung und Versorgung der Kriegsinvaliden angemessen regelt: Bd. 315, Nr. 57 unter I 1.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 306, 8. Sitz. S. 122C.

2. Antrag des Haushaltsausschusses zum Etat über den allgemeinen Pensionsfonds für 1915: dem Ausschuß für den Reichshaushaltsetat zur alsbaldigen Durcharbeitung nach sozialen Gesichtspunkten zu überweisen
1. das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen vom 31. Mai 1906/3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. von 1906 S. 593, von 1913 S. 497),

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz (Fortsetzung).

2. das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 (Reichs-Gesetzbl. S. 214ff.): Bd. 315, Nr. 57 unter II.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66C, 67B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs. mit den Anträgen:
I. Der Reichstag nimmt Kenntnis
a) von der von dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts im Namen der verbündeten Regierungen abgegebenen Erklärung, daß die verbündeten Regierungen einer Berücksichtigung der Arbeitseinkommen bei der Versorgung von Teilnehmern an dem jetzigen Kriege und ihrer Hinterbliebenen neben den ihnen nach der geltenden Versorgungsgesetzgebung zustehenden Bezügen grundsätzlich zustimmen;
b) von der Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts, daß
1. die sich aus der Beratung des Ausschusses ergebenden Gesichtspunkte für die Durchführung der Maßnahmen bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs eingehend erwogen und nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen,
2. die grundsätzliche Zustimmung der verbündeten Regierungen zur Gewährung von Zusatzrenten für Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern ihren praktischen Ausdruck darin finden werde, daß dem Reichstag ein diesen Gegenstand ordnender Gesetzentwurf zu dem früheste möglichen Zeitpunkt zugehen werde und er, der Staatssekretär, sich dafür einsetzen werde, daß die Vorlage des Gesetzentwurfs in der ersten Tagung des Reichstags nach Friedensschluß erfolge,
3. bis zur gesetzlichen Regelung der Angelegenheit die Folgerung aus der Erklärung zu I unter Inanspruchnahme des Leertitels Kapitel 84a des allgemeinen Pensionsfonds gezogen werden soll.
Der Reichstag überweist daher die in dem Ausschuß gestellten und in der Anlage abgedruckten Anträge dem Herrn Reichskanzler sowohl für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs wie für die Zuwendungen aus dem Leertitel Kapitel 84a mit der Maßgabe zur Berücksichtigung, daß dem zukünftigen Gesetze rückwirkende Kraft für sämtliche Teilnehmer am gegenwärtigen Kriege und deren Hinterbliebene gegeben werden soll.
II. die auf den vorliegenden Gegenstand bezüglichen Petitionen dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen: Bd. 315, Nr. 75.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 156D. — Angenommen.
Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 316, Nr. 138 unter I 7, III 1–4.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 708A.

3. Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in den Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichskanzler baldigst eine Novelle zum Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 (Reichs-Gesetzbl. 1906 S. 593 ff.) und zum Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 (Reichs-Gesetzbl. 1907 S. 214 ff.) vorzulegen, durch welche diese Gesetze dahin geändert werden, daß für die infolge des Krieges zum Heere einberufenen Mannschaften und deren Hinterbliebene die Versorgung auch dann gewährt wird, wenn das die Erwerbsfähigkeit beschränkende Ereignis oder der

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz (Fortsetzung).

Tod während der Zugehörigkeit zum Heere eintritt, ohne daß eine Dienstbeschädigung nachgewiesen werden kann: Bd. 317, Nr. 195 unter II 10.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 678C, 700C, 705A. — Angenommen.

4. Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in den Ausschuß gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem denjenigen Kriegsbeschädigten, bei welchen nach der Art der Beschädigung (z. B. Amputation) eine wesentliche Veränderung des Zustandes später nicht zu erwarten ist, bei der erstmaligen Festsetzung der Rente 80 Prozent der festgesetzten Rente für die Lebensdauer bewilligt werden soll: Bd. 317, Nr. 195 unter II 11.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 678D, 705A. — Angenommen.

5. Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 318, Nr. 330 unter IIIi 1 u. 2.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1459D.

6. Resolution des Ausschusses für den Reichshaushalt zum Etat des Allgemeinen Pensionfonds für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß bis zur Aenderung des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 Zuschläge zu den Militärhinterbliebenenrenten für die Angehörigen der Mannschaften gewährt werden: Bd. 320, Nr. 669 unter II
mit dem Abänderungsantrag Meyer (Herford), List (Eßlingen) hinter den Worten „für die Angehörigen der Mannschaften" einzufügen: „und zu den Mannschaften erwerbsunfähiger oder im Erwerbe stark beschränkter kriegsbeschädigter Mannschaften: Bd. 320, Nr. 696.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2965A, 2970C, 2971A, 2973B. — Resolution und Abänderungsantrag angenommen.

7. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß durch einen Gesetzentwurf im Abs. 1 § 44 des Mannschaftsversorgungsgesetzes die Worte „auf dem Kriegsschauplatze verwendete" gestrichen werden: Bd. 321, Nr. 766 unter II 7. — Angenommen.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055C.

8. Anfrage Meyer (Herford): Am 2. Mai 1917 hat der Reichstag in einer Resolution nebst Abänderungsantrag (Bd. 320 Nr. 669 und Nr. 696 der Drucksachen) den Herrn Reichskanzler ersucht, zu veranlassen:
„daß bis zur Abänderung des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 Zuschläge zu den Militärhinterbliebenenrenten für die Angehörigen der Mannschaften und zu den Militärrenten erwerbsunfähiger oder im Erwerbe stark beschränkter Mannschaften gewährt werden".
Ist der Herr Reichskanzler angesichts der immer mehr zunehmenden großen Teuerung bereit, geeignete Schritte zur Ausführung dieses einstimmigen Wunsches des Reichstags zu tun?: Bd. 321, Nr. 1015.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1047.

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz (Fortsetzung).

9. Resolution des Haushaltausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Beschluß des Reichstags vom 2. Mai 1917, betreffend Erhöhung von Mannschafts- und Militärhinterbliebenenrenten (Bd. 320 Nr. 669 und Nr. 696 der Drucksachen), schleunigst ausgeführt wird.
Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36 unter 1c 7.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

10. Resolution des Haushaltausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den früher zugesagten Entwurf einer Abänderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes, des Offizierpensionsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes dem Reichstag alsbald, spätestens zu Beginn des Jahres 1918, vorzulegen.
Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36 unter 1c 8.
Bd. 311, 126. S. S. 3938D. — Angenommen.

11. Resolution Antrick und Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit aller Beschleunigung eine Erhöhung der Bezüge der militärischen Friedenspensionäre aus dem Mannschaftsstande herbeizuführen: Bd. 324 Nr. 1642 unter 6.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

12. Resolution Albrecht u. Gen. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
1. daß dem Reichstag bald ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, in welchem die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen neu geregelt werden; und
2. daß bis zur gesetzlichen Neuregelung zu den bisherigen Bezügen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene Zuschläge von 100 Prozent der Rente festgesetzt werden: Bd. 324, Nr. 1675.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114A.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5599B, 5601D, 5602B. — Die Resolution wurde dem 35. Ausschuß überwiesen.
Antrag des 35. Ausschusses: folgende Resolution anzunehmen: den Reichskanzler zu ersuchen:
1. dem Reichstag noch im Laufe dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine allgemeine Revision des Mannschaftsversorgungsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes, insbesondere soweit die Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen sowie der Rechtsweg in Frage kommen, herbeigeführt wird,
2. daß bis zur gesetzlichen Neuregelung zu den bisherigen Bezügen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene Zuschläge bis zu 100 Prozent der Rente festgesetzt werden: Bd. 325, Nr. 1718 unter c.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5850A, C. — Angenommen, die
Resolution Albrecht u. Gen., Bd. 324, Nr. 1675, dadurch erledigt.

13. Siehe auch die Resolutionen bei „Militärhinterbliebenenversorgung" unter A.

B. Einzelnes.
1. Anstellungsscheine, Einschränkung der Ausgabe: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2966D.
2. Armierungsarbeiter, Versorgung: Bd. 306, 12. Sitz. S. 159C.

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz. B. Einzelnes (Fortsetzung).

3. Invalidenrente, Hergang, den Kriegsbeschädigten diese Rente zu entziehen: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5592B.
4. Kinderzuschüsse zu den Renten der Kriegsinvaliden: Bd. 306, 29. Sitz. S. 618D. Bd. 307, 50. Sitz. S. 1132A.
5. Krankenpflegepersonal. Einbeziehung des in den Etappen und der Heimat beschäftigten Personals der freiwilligen Krankenpflege in die Militärpensionsfürsorge: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055C. Bd. 313, 178. Sitz. S. 5584A.
6. Kriegsfreiwillige, Gleichstellung mit den übrigen Kriegsteilnehmern: Bd. 306, 12. Sitz. S. 159B.
7. Kriegskranke, Gewährung von Renten: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2966B.
8. „Kriegsteilnehmer", „Kriegsbeschädigung", Begriff, Auslegung: Bd. 306, 12. Sitz. S. 159C. Bd. 309, 98. Sitz. S. 2960A, 2966B. —, Siehe auch nachstehend unter 11.
9. Pensionierung, rasche Durchführung: Bd. 306, 12. Sitz. S. 167C.
10. Pensionsquittungen. Petition, betreffend Gebührenfreiheit für Lebensbescheinigungen auf Pensionsquittungen. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 319, Nr. 450. Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896A. — Ueberweisung als Material.
11. Renten. — Siehe auch die Petitionen unter II C. Anrechnung der Militärrente auf den Arbeitslohn bei kriegsbeschädigten Arbeitern: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1585B. Bd. 309, 88. Sitz. S. 2602D. 98. Sitz. S. 2967A. Bd. 313, 178. Sitz. S. 5577C, 5390C. —, Siehe auch unter II A 14. Abzug der Rente vom Lohn, allgemeine Anweisung des Reichskanzlers: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2507D (Magistrat Frankfurt a. M.), 2512C. Bemessung nach dem Berufseinkommen usw.: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5569D, 5572B, 5587B. Ungenügende Renten, Ablehnung von Rentenansprüchen: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5599D. Dauernde Belassung in bestimmten Fällen; Einschränkung der Nachprüfung und Rentenkürzung. Resolution siehe unter II A 4. Ferner: Bd. 318, Nr. 350 S. 14. Bd. 306, 12. Sitz. S. 165A. Bd. 307, 39. Sitz. S. 859B. 43. Sitz. S. 962D. 48. Sitz. S. 1075D. Gewährung an die in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Kriegsteilnehmer ohne nachgewiesene Dienstbeschädigung siehe unter II A 3. Petition des Gewerbegerichts zu Berlin um Aenderung des § 4 (Aufhebung des Rechtsgrundsatzes der „beruflichen" und „allgemeinen" Erwerbsfähigkeit) und des § 9 des Mannschaftsversorgungsgesetzes (Berechnung der Rente nach dem Jahresarbeitsverdienst). Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 320, Nr. 669 unter IIIb. Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C. — Ueberweisung als Material.

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz. B. Einzelnes (Fortsetzung).

Anfrage Simon: In wiederholten Fällen sind Personen trotz festgestellter Krankheiten zum Militärdienst eingezogen und wie gesunde Männer als Soldaten ausgebildet worden. Wenn sie infolge des Dienstes invalide wurden oder starben, sind Anträge auf Versorgungsgebührnisse abgewiesen worden, weil das Leiden, dem sie zum Opfer fielen, schon beim Diensteintritt bestanden habe und daher keine Dienstbeschädigung vorliege. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um auch in solchen Fällen den Betroffenen oder deren Familien den Bezug einer Rente zu sichern: Bd. 320, Nr. 530. Bd. 398, 78. Sitz. S. 2283A. — Beantwortet. —, Siehe auch vorstehend unter 8.

Ruhen der Rente bei Anstellung im Zivildienst: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5577D, 5583D.

Petitionen betreffend Abänderung des § 36, 4 des Mannschaftsversorgungsgesetzes (Ruhen der Rente neben Zivilpension). Mündl. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IIIa. Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des Postschaffners a. D. Lemke in Bremen, betreffend Gleichstellung der vor dem 1. Juli 1906 aus dem Reichs- oder Staatsdienst ausgeschiedenen Kriegsinvaliden mit denen, die nach diesem Zeitpunkt ausgeschieden sind, hinsichtlich der Gewährung von Militärpension neben der Zivilpension nach § 36, 4 des Mannschaftsversorgungsgesetzes. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 320, Nr. 702. Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155D. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Bedingte Rente, häufigere Gewährung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2965D. Bd. 313, 178. Sitz. S. 5583B.

Pfändung und Abtretung, Zulässigkeit zwecks Kreditentnahme bei gemeinnützigen Instituten: Bd. 313, 178. Sitz. 5588A.

12. Rentenanträge, schnellere Erledigung usw.: Bd. 306, 12. Sitz. S. 165B. Bd. 311, 136. Sitz. S. 4255C. (Siehe auch nachstehend unter 16.
13. Rentenauszahlung, Vermeidung von Verzögerungen bei Wohnungswechsel usw.: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5584D, 5596B.

Anfrage Haberland: Im Bezirk des VII. Armeekorps werden Gesuche um Gewährung der Bezüge aus der Krieger-Hinterbliebenenfürsorge (Kriegselterngeld, Witwen- und Waisengeld), ebenso die Auszahlungen der Renten an entlassene und wieder in Heilbehandlung genommene Kriegsbeschädigte und der durch den Tod verstorbener Familienmitglieder der Rentenempfänger veränderten Renten bis zu 3, 4, ja 6 Monaten verzögert. Die Betroffenen geraten dadurch in die schlimmste Notlage. Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Beseitigung dieser von den Beteiligten und auch von einzelnen Gemeindebehörden schon mehrfach gerügten Mißstände baldigst zu bewirken?: Bd. 325, Nr. 1888. Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1943.

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz. B. Einzelnes (Fortsetzung).

14. Rentenbescheide, Form: Bd. 306, 12. Sitz. S. 160C.
15. Rentenerhöhung:
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973B, D, 3979B.
136. Sitz. S. 4255B.
(Siehe auch nachstehend unter 21.)
16. Rentenfestsetzung.
Einführung des kontradiktorischen Verfahrens bei den entscheidenden Behörden: Bd. 306, 12. Sitz. S. 160C, 169A.
Rentenfestsetzung, Rechtsmittelverfahren, Aenderung, Beschleunigung:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2967C.
Bd. 311, 136. Sitz. 4255C.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5570A, 5572D, 5582D, 5587D, 5592A, 5594B, 5596A, 5597C.
—, Angliederung an die Spruchbehörden nach der Reichsversicherungsordnung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5573C, 5587D, 5594B.
Anfrage Ickler: Das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen vom 31. Mai 1906 und das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 regeln in den §§ 27 bis 31 und 42 bis 43 des ersteren sowie den §§ 28, 35 und 36 des letzteren Gesetzes das Rentenfestsetzungsverfahren und die Zulässigkeit des Rechtsweges. Diese Art der Regelung hat wegen ihrer Schwerfälligkeit zu Unzuträglichkeiten geführt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit,
1. in Kürze eine Aenderung der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften, welche den berechtigten Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mehr entspricht, analog den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in die Wege zu leiten,
2. schon vor Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen im Wege der Verordnung analog dem Verfahren nach der Reichsversicherungsordnung die Vertretung der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen durch Berufsvereine, gemeinnützige Vereine und Anstalten zuzulassen?: Bd. 320, Nr. 603.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr 711.
Petition betreffend Einführung eines Rechtsmittelverfahrens in Militärrentensachen.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. III e.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung als Material.
Wahl des begutachtenden Arztes durch den Kriegsbeschädigten: Bd. 306, 12. Sitz. S. 165C.
Rentenverfahren, Behandlung in den Lazaretten, Einzelfälle:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5390C ff.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483A, 5489B.
175. Sitz. S. 5505A.
17. Reverse. Unzulässigkeit von Verzichtserklärungen:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 167C.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5583C.
—, Rentenverfahren, angebliche Forderung des Verzichts auf Rente:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483A, 5489B.
175. Sitz. S. 5505A.

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz. B. Einzelnes (Fortsetzung).

18. Teuerungszulagen für Rentenempfänger siehe „Teuerungszulagen" unter a ff.
Siehe auch:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2965C.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5581D, 5583D, 5596C, 5598C.
184. Sitz. S. 5845A.
Siehe auch nachstehend unter 19 u. 21.
Petition, betreffend Gewährung von Teuerungszulagen an die Empfänger einer Kriegsrente nach Mannschaftsversorgungsgesetz in Höhe von zehn vom Hundert der Rente einschließlich Kriegs- und Verstümmelungszulage.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. VI 3.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.
19. Unterstützungen, Gewährung zum Ausgleich von Härten entsprechend den Grundsätzen der Zusatzrente:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66B, D.
12. Sitz. S. 163D, 166B, 168A, 170B.
Anfrage Behrens: Nach Mitteilung des Verbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer befindet sich eine erhebliche Anzahl Kriegsbeschädigter infolge der Teuerungsverhältnisse in großer Notlage. Diese ist für einen Teil der Teuerungszuschlagberechtigten dadurch hervorgerufen, daß ihnen die Zuschläge immer noch nicht ausgezahlt sind. Ebenso befinden sich zahlreiche Kriegsbeschädigte, deren Erwerbsbeschränkung weniger als 50 vom Hundert beträgt, in großer Not, weil sie infolge ihrer Erwerbsminderung nicht in der Lage sind, neben ihrer Rente einen ausreichenden Lohn zu verdienen. Da diese Personen keine Teuerungszuschläge erhalten, so reicht Rente und Lohn nicht aus, um die Kosten des Lebensbedarfs zu decken.
Ist der Herr Reichskanzler bereit,
1. für die sofortige Auszahlung der Teuerungszuschläge an die Berechtigten Sorge zu tragen und
2. Maßnahmen zu treffen, damit auch den weniger als 50 vom Hundert erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten ihrer Notlage angemessene Teuerungszuschläge zu den Renten gewährt werden?: Bd. 325, Nr. 1986. — Unerledigt.
20. Verstümmelungs- und Kriegszulage, lebenslängliche Zubilligung ohne Rücksicht auf Gewährung einer Rente:
Bd. 318, Nr. 350 S. 13.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 959D.
21. Zusatzrenten, Gewährung entsprechend dem Arbeitseinkommen des Kriegsteilnehmers:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 66B.
12. Sitz. S. 158A, 164D, 166A, 168C.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2132A.
—, Zusatzrenten, endgültige Regelung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2964A, 2972D.
—, Zuschläge zu den Renten zum Ausgleich der Teuerung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5567D, 5572B, 5581B, 5592A, 5596A, 5599B.
—, Gewährung an Kriegsteilnehmer in höherer sozialer Stellung mit keinem oder geringem Arbeitseinkommen: Bd. 306, 12. Sitz. S. 159A.

Militärpensionswesen. II. Mannschaftsversorgungsgesetz. B. Einzelnes (Fortsetzung).

Anfrage Davidsohn, Stücklen: Gemäß Verfügung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums vom 22. Juli 1918 sind den Kriegsbeschädigten vom 1. Juli 1918 an Zusatzrenten zu gewähren.

Im Kreise Bomst und in anderen Kreisen sind diese Zusatzrenten bisher noch immer nicht ausgezahlt. Anfragen der Kriegsbeschädigten oder ihrer Angehörigen bleiben unbeantwortet.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese Mißachtung einer kriegsministeriellen Verfügung bekannt?

Was will der Herr Reichskanzler veranlassen, um den Kriegsbeschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen?: Bd. 325, Nr. 1952.

Bd. 314, 196. Sitz. S. 6347C. — Beantwortet.

Siehe auch die Resolutionen unter II A.

C. Petitionen.

Petition der Therese König in Mannheim, betr. Entschädigung von Kriegsbeschädigten.

Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 Ziff. III b 5.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung als Material.

Petition des ehemaligen Musketiers Heinrich Segger in Schoeningen auf Zuerkennung einer Militärrente oder einer Unterstützung wegen Dienstbeschädigung.

Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1332.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832D. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des Otto Fiedler, betr. Zubilligung einer Verstümmlungszulage.

Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1335.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petitionen, betr. militärische Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen.

Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IIIi.

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung als Material.

Petition der Frau Auguste Nirbach in Spandau, betreffend Versorgungsgebührnisse ihres Ehemannes.

Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. I d.

Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung zur Erwägung.

III. Kapitalabfindung.

a) Ansiedlung von Kriegsbeschädigten, Kriegerheimstätten

Bd. 306, 12. Sitz. S. 160D, 167A.

Bd. 309, 98. Sitz. S. 2963D.

Bd. 311, 136. Sitz. S. 4256B.

Bd. 313, 178. Sitz. S. 5580B, 5589D. — Siehe auch „Heimstätten" und „Militärhinterbliebenenversorgung" unter D.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen auf eigener Scholle mit Hilfe der Kapitalisierung eines Teiles der diesen zustehenden Bezüge herbeigeführt werden kann: Bd. 316, Nr. 139 unter b.

Bd. 306, 19. Sitz. S. 358C, 373D, 375A, B, 382D. — Angenommen.

b) Entwurf eines Gesetzes über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz): Bd. 317, Nr. 253 (abgeändert).

I. B.: Bd. 307, 43. Sitz. S. 956A.

Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 318, Nr. 350.

II. B.: Ab.Antr.: Bd. 318, Nr. 368.

Bd. 307, 58. Sitz. S. 1463A.

III. B.: Allgemeine Besprechung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1467D.

Einzelbesprechung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1468B.

Beschlüsse III. Beratung: Bd. 318, Nr. 381.

Gesetz vom 3. 7. 1916, RGB. S. 680.

Resolutionen: Bd. 318, Nr. 350 unter II.

Petitionen: Bd. 318, Nr. 350 unter III.

Bd. 307, 58. Sitz. S. 1467C, 1468B.

Einzelnes.

Ausführung des Gesetzes: Bd. 318, Nr. 350 S. 29.

Gewährung der Abfindung, Entscheidung durch die oberste Militärbehörde (§ 1); Mängel der Gutachten örtlicher Behörden, Gewährung eines Rechtsanspruchs:

Bd. 307, 43. Sitz. S. 964D.

58. Sitz. S. 1465B, 1467D.

— an Handwerker und Kleingewerbetreibende zwecks Erhaltung des Berufs, zwecks Kreditbeschaffung und Lebensversicherung:

Bd. 318, Nr. 350 S. 5, 8.

Bd. 307, 43. Sitz. S. 959C, 961A, 962B, 963D.

— ohne Rücksicht auf Nationalität, Konfession oder Partei; Ausschaltung der Polenklausel:

Bd. 318, Nr. 350 S. 6, 7, 31, 32, 40.

Bd. 307, 43. Sitz. S. 958B, 964A.

58. Sitz. S. 1465A.

Sicherung der Verwendung der Abfindung; Genehmigung der Weiterveräußerung und Belastung von Grundstücken durch die oberste Militärverwaltungsbehörde; Rückzahlungspflicht (§§ 6—8):

Bd. 318, Nr. 350 S. 15 (§ 2a), 33 (§ 5a), 37 (§ 7a), Nr. 368.

Bd. 307, 58. Sitz. S. 1463C, 1464A, D, 1465D, 1466A, 1467A.

Rentenbezug, Wiederherstellung durch Rückzahlung der Abfindungssumme (§ 9):

Bd. 318, Nr. 350 S. 28 (§ 7), 37.

Bd. 307, 43. Sitz. S. 963C.

58. Sitz. S. 1463D.

Unpfändbarkeit der Versorgungsgebührnisse wegen der Rückzahlung der Abfindung:

Bd. 318, Nr. 350 S. 29.

Bd. 307, 58. Sitz. S. 1464C.

Witwen, Rückzahlung der Abfindung im Falle der Wiederverheiratung; Belassung eines Teils der Abfindung (§ 11):

Bd. 318, Nr. 350 S. 25 (§ 6), 38 (§ 7c).

Bd. 307, 43. Sitz. S. 958B, 961B, 963D.

58. Sitz. S. 1464B.

c) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um die Wohltaten der Kapitalabfindung in geeigneten Fällen auch kriegsbeschädigten Offizieren und den Witwen gefallener Offiziere zuzuwenden: Bd. 318, Nr. 350 unter IIa (S. 10, 42).

Bd. 307, 58. Sitz. S. 1467B. — Angenommen.

Siehe auch:

Bd. 309, 98. Sitz. S. 2963C.

Bd. 311, 136. Sitz. S. 4253D.

Militärpensionswesen. III. Kapitalabfindung (Forts.).

d) Kapitalabfindungsgesetz v. 3. 7. 1916.
Wirkung, Zahl der Anträge, Verfahren:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2963A.
100. Sitz. S. 3046D.
101. Sitz. S. 3077C, 3087C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105A.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5566B, 5567D, 5579C.
—, Ansiedlung von Handwerkern: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2963B.

e) Entwürfe
a) eines Gesetzes zur Ergänzung des Kapitalabfindungsgesetzes,
b) eines Kapitalabfindungsgesetzes für Offiziere: Bd. 324, Nr. 1632.
Erste Beratung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5565D, 5566C, 5567A, D, 5568B, 5572A, 5579A, 5586B, 5591A, 5597C, 5601A.
Mündl. Ber. des 35. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1718.
Zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5850A.
Annahme des Gesetzes nach den Anträgen der Kommission auf Bd. 325, Nr. 1718 unter a und b.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGBl. S. 993 u. 994.
Resolution siehe vorstehend unter II A 12.

Einzelnes.
Kapitalabfindungsgesetz für Mannschaften, Abfindungsverfahren, Beschleunigung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5586B.
—, Kapitalabfindung, Gewährung für den Erwerb unbebauter Grundstücke, Sicherung des Verwendungszwecks: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5579D.
—, desgl. für den Erwerb eines Grundstückes zu lediglich wirtschaftlichen Nutzungszwecken: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5593B, 5596B.
—, Kapitalabfindung, Gewährung für Kriegskranke: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5580B.
—, Ergänzungsgesetz, Ausdehnung der Kapitalabfindung auf Teilnehmer früherer Kriege, Unterbeamte und Arbeiter: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5566C, 5567D, 5572A, 5586B, 5591A, 5597C.
—, Stempelgebühren und Kosten, Uebernahme auf die Staatskasse: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5566D, 5568A.
Kapitalabfindungsgesetz für Offiziere, Abfindung auf 10 Jahre usw.: Bd. 213. 178. Sitz. S. 5567A, 5568B, 5579B, 5586B, 5591A.
—, Ansiedlungszwecke: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5567B, 5579B, 5586B.
—, Abtretung der Rente an Dritte: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5568C.

f) Petitionen.
— des Herrn Karl Teichmann, Berlin, und der Frau P. Friedrichs, Laubenheim bei Mainz, betreffend Ausdehnung des Kapitalabfindungsgesetzes auf Kriegsinvaliden aus früheren Feldzügen.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1504.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5530A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
— des Robert Schmidt in Ulm, betreffend Kapitalabfindung.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. I a.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung zur Erwägung.

IV. Kriegsentschädigung an Deutschland bei künftigen Friedensverhandlungen als Grundlage für Renten an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4461D, 4467D.
145. Sitz. S. 4540A, 4546A, 4547C, 4548C, 4549C, 4550B, 4557A ff.

Militärseelsorger siehe „Reichsheer" unter 128.

Militärstrafgerichtsordnung.
Resolution Bernstein und Genossen zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag noch während des Krieges einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des § 11 der Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 vorzulegen (Bestrafung für Beleidigung usw. von Vorgesetzten nach der Entlassung): Bd. 317, Nr. 262 unter V.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 913A, 920C. — Abgelehnt.
Militärstrafgerichtsordnung, Reform, Rechtsmittel im Felde (§ 419): Bd. 313, 184. Sitz. S. 5807D.

Militärstrafgesetzbuch. — Siehe auch „Reichsheer" unter 123 (Militärjustizwesen).
1. Resolutionen zum Etat für das Reichsmilitärgericht für 1916:
a) Haase (Königsberg), Ledebour: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs herabgesetzt werden (handschriftlich);
b) Dr. Müller (Meiningen), Dr. Junck: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, über die Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch baldigst dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu machen: Bd. 317, Nr. 265.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922D, 924B, 925A, D, 926A.
42. Sitz. S. 931D. — Resolution a abgelehnt, b angenommen.
Ferner: 60. Sitz. S. 1564A, 1574B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2008A.
73. Sitz. S. 2040D.
2. Entwurf eines Gesetzes betreffend Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs: Bd. 320, Nr. 673.
Erste Beratung: Bd. 309, 91. Sitz. S. 2688B.
Ber. d. 25. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 726.
Zweite Beratung: Ab.Antr. Bd. 321, Nr. 741, 742.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2881D.
Dritte Beratung: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2887C.
Gesetz v. 25. 4. 1917, RGBl. S. 381.
Resolutionen
des 25. Ausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, betreffend Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs, abgeurteilten Militärpersonen die Vergünstigungen dieses Gesetzes durch Gnadenerlasse der Kontingentsherren gewährt werden: Bd. 321, Nr. 726 unter II.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2883B, 2885B, 2886A, 2887B. — Angenommen.
Dr. Müller (Meiningen), Dr. van Calker, Fehrenbach, Dr. Haas (Baden), Haehnle, Holtschke, Scheidemann: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß durch Kaiserliche Verordnung während des Krieges bestimmt wird, daß in allen Fällen, die dem erkennenden Gerichte geeignet erscheinen, ein bedingter Strafaufschub erteilt wird, sodaß das Urteil nur wirksam gegen den Verurteilten wird, wenn dieser innerhalb eines gewissen Zeitraums sich schlecht führt oder rückfällig wird: Bd. 321, Nr. 743 (Abgeändert).
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2886B, 2887B. — Angenommen.
Einzelnes:
Bedingter Strafaufschub: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2887B.
Disziplinarrecht, Erweiterung bei geringen Straffällen: Bd. 309, 91. Sitz. S. 2689A, 2690C.

Militärstrafgesetzbuch (Fortsetzung).

Gnadenerlasse bis zum Inkrafttreten des Gesetzes: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2882B, 2883B, 2885D.
Mindeststrafen, Herabsetzung:
Bd. 309, 81. Sitz. S. 2338B, 2340D.
82. Sitz. S. 2348D.
—, Rückwirkende Kraft der Herabsetzung, Nachprüfung ergangener Urteile, Fall des Soldaten Kaatz:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2690B, D.
96. Sitz. S. 2882B, 2886A.
Vergeltungsrecht, Ausschließung: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2882A, C, 2883A, 2884B, 2886A, C.

3. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Strafe des strengen Arrestes entweder ganz beseitigt wird oder daß die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs dahin geändert werden, daß in allen Fällen, die mit strengem Arrest bedroht werden, auch die Verhängung einer milderen Strafart zugelassen wird.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 35 unter Ib 4.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997D. 3999C.
132. Sitz. S. 4097Bff., 4103D (Vorbereitung eines Gesetzentwurfs), 4105D, 4107A, 4135D. — Angenommen.

4. Gesetzentwurf, betreffend Milderungen im Militärstrafgesetzbuch: Bd. 324, Nr. 1634.
Erste Beratung:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5181B, 5382D, 5388D, 5393D, 5401B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5412B, 5422A.
174. Sitz. S. 5479A, 5487D, 5488D.
175. Sitz. S. 5505C.
Bericht des 35. Ausschusses: Bd. 325, Nr. 1708.
Zweite Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5799D, 5807C, 5813D, 5814A, 5824C, 5843A.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843A. (Allgemeine und besondere Beratungen ohne Diskussion, Gesamtabstimmung).
Gesetz v. 25. 7. 1918, RGB. S. 777.
Resolutionen des 35. Ausschusses:
a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den geeigneten Fällen dahin zu wirken, daß die Vollstreckung der aus den §§ 89 Abs. 2, 93 Abs. 1, 94, 95 Abs. 1, 99 Abs. 1, 111 Abs. 1, 113 Militärstrafgesetzbuchs festgesetzten Strafen bis zum Inkrafttreten des jetzt beratenen Gesetzes ausgesetzt werde;
b) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit aller Beschleunigung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen und dadurch
1. dem § 69 folgende Fassung zu geben:
§ 69.
Wer sich einer unerlaubten Entfernung (§§ 64, 65, 68) in der Absicht schuldig macht, sich der gesetzlichen oder der von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienste dauernd zu entziehen, ist wegen Fahnenflucht zu bestrafen.
2. dem § 74 folgende Fassung zu geben:
§ 74.
Wer wegen Fahnenflucht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird, kann gleichzeitig in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt werden.
c) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den § 95 dahin abzuändern, daß in minder schweren Fällen auch dann die Strafe bis auf 14 Tage mittleren Arrestes ermäßigt werden kann, wenn die Tat gegen den Befehl, unter das Gewehr zu treten, oder unter dem Gewehr, im Felde oder vor dem Feinde begangen ist: Bd. 325, Nr. 1708 S. 4 unter Ziff. 2.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843A. — Angenommen.
Fahnenflucht, Interpretation des Begriffs usw.:
Bd. 325, Nr. 1708.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5393D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5813D, 5814A.
Frage der Abschaffung des strengen Arrests:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422A.
Petition, betreffend Herabsetzung der Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV n. — Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Uebergang zur Tagesordnung.

6. Notwendigkeit von Dienstinstruktionen über §§ 47 und 58 des Militärstrafgesetzbuchs (Ausführung von Verbrechen bzw. Kriegsverrat): Bd. 310, 102. Sitz. S. 3114A, 3115C.

Militärtuche siehe „Reichsheer" unter 129.

Mineralwasser.

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung von Mineralwässern sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade, — nebst Anlage „Steuerertragseinschätzung": Bd. 324, Nr. 1459.
Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755C.
153. Sitz. S. 4791Dff.; siehe insbesondere: S. 4792D, 4793D, 4795C, 4801Aff., 4807A, 4809B, 4810D, 4817B, 4825C, 4826B.
Ber. d. 32. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1689.
Zweite Beratung:
Ab.Antr.: Bd. 325, Nr. 1713, 1742, 1743, 1750, 1751, 1758.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5995C.
Annahme des Entwurfs nach den Anträgen des 32. Ausschusses mit dem Ab. Antr.: Bd. 325, Nr. 1713, 1750, 1751, 1758 Ziff. 1.
Zusammenstellung der Beschlüsse II. Beratung: Bd. 325, Nr. 1792.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129B.
Gesetz nach den Beschlüssen III. Beratung: Bd. 325, Nr. 1883.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGB. S. 849.
Petitionen:
Bd. 324, Nr. 1689 S. 22.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129C. — Für erledigt erklärt.
Resolution Antrick u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Mineralwässer und Bier, die nach den besetzten Gebieten ausgeführt werden und dort zum Verzehr deutscher Truppenteile bestimmt sind, von der Bier- und Mineralwassersteuer befreit bleiben und der dem entgegenstehende Bundesratsbeschluß vom 21. Oktober 1915 entsprechend geändert wird: Bd. 325, Nr. 1743:
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996B, 5998D, 6003A. — Abgelehnt.

2. Einzelnes.
Allgemeines, Verbrauch, Preise für Limonaden usw., Bedenken gegen die Steuer, Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs: Bd. 324, Nr. 1689 S. 3ff., 5, 6ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755C.
153. Sitz. S. 4793D, 4795C, 4801Aff., 4807A, 4809B, 4810D, 4817B, 4825C.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996Cff., 5997D, 6000A, 6001A.

Mineralwasser (Fortsetzung).

—, Petitionen der Mineralwasserhersteller (Kleinbetrieb gegen die Besteuerung): Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996 D.
—, Petitionen der Abstinentenvereinigungen gegen die Steuer: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5997 B.
Limonaden, konzentrierte Kunstlimonaden, Stoffe zur Herstellung von Limonaden und Mineralwasser, Besteuerung (§ 1): Bd. 324, Nr. 1689 S. 5, 7, 10, 16.
Bd. 313, 187. Sitz. S 5995 D. 5999 C, 6000 C.
Steuerfreiheit der reinen Fruchtsäfte: Bd. 324, Nr. 1689 S. 5, 17.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5999 B, 6000 C.
Steuersätze für Mineralwasser und Limonaden, Höhe, Differenzierung (§ 2): Bd. 324, Nr. 1689 S. 3 ff., 8, 9 ff., 17 ff.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4807 B, 4817 B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 6001 A ff.
—, Besteuerung nach Litern (statt nach Gefäßen): Bd. 324, Nr. 1689, S. 2, 3, 5, 6, 8, 10, 18.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996 A.
Haustrunk, Steuerfreiheit: Bd. 324, Nr. 1689 S. 3, 11.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996 B.
Erzeugnisse von staatlichen, gemeindlichen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmungen, die an in diesen Unternehmungen Beschäftigte abgegeben werden usw., — Steuerfreiheit: Bd. 324, Nr. 1689 S. 11.
Sicherstellung der Steuer (§ 3): Bd. 313, 187. Sitz. S. 6002 B.
Ertrag der Steuer: Bd. 324, Nr. 1689 S. 2, 4.
Kontrolle, Strafvorschriften, Schwierigkeit der Durchführung bei der Selterwasserfabrikation, bei den Kleinbetrieben usw.:
Bd. 324, Nr. 1689 S. 2, 5.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4811 A, 4826 A.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5998 A.
Mineralwasser, Limonaden und Bier, die für Truppen im Ausland ausgeführt werden, Besteuerung bzw. Steuerfreiheit, Resolution siehe vorstehend, siehe auch: Bd. 324, Nr. 1689 S. 6.
Mineralwässer, die für Truppen im besetzten Gebiet hergestellt werden, Steuerfreiheit: Bd. 324, Nr 1689, S. 19.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996 C.
Inkrafttreten des Gesetzes, Termin: Bd. 324, Nr. 1689.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 6002 C.
Erlaß von gesundheitspolizeilichen Vorschriften über die Einrichtung der Fabriken durch den Bundesrat: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755 D.
Kakao, Tee, Kaffee, Schokolade, Erhöhung der Zölle (§ 39), Bedenken usw.: Bd. 324, Nr. 1689, S. 2, 4, 6, 7, 8. 13 ff., 20.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4794 A, 4795 C, 4801 C, 4809 B, 4811 A, 4817 D, 4826 B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5998 C, 6002 C.
—, Ausscheidung des Kakao von der Zollerhöhung: Bd. 324, Nr. 1689 S. 14 ff., 20.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5996 B, 5998 B.
Kaffeesurogate, Frage ihrer Besteuerung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4792 D.

Minister. Einflußnahme auf Wahlen durch Reden und die Presse: Bd. 306, 32. Sitz. S. 733 D.

Mißhandlungen von Soldaten siehe „Reichsheer" unter 116 b.

Mitgliederversammlungen siehe „Belagerungszustand" unter II 11 h.

Mitteleuropa. Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den mitteleuropäischen und Balkanstaaten:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 857 D.
40. Sitz. S. 864 B, 871 C.
49. Sitz. S. 1119 C.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1717 B.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3977 C.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4907 C.
158. Sitz. S. 4952 A.
159. Sitz. S. 4969 C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5754 B.
Siehe auch „Europa".

Mittelstand. — Siehe auch „Handwerk" und „Handelsgewerbe". Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 218 (Kredithilfe) und „Hilfsdienst, vaterländischer". — Schaffung von Realkredit siehe „Grundbesitz" unter A.

1. Ungünstige Lage im Kriege, Schutz gegen die Macht des Großkapitals, Fürsorge des Reichs und der Staaten:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 878 C.
51. Sitz. S. 1151 A.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2428 A
85. Sitz. S. 2466 D.
87. Sitz. S. 2542 C, 2547 D, 2550 A, 2557 A.
88. Sitz. S. 2571 A, 2589 A, 2599 B.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158 C.
135. Sitz. S. 4186 B, 4206 C.
136. Sitz. S. 4255 A.
— Stillegung und Zusammenlegung von Betrieben:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4345 D, 4354 B, 4361 C.
140. Sitz. S. 4371 B.
—, Notlage infolge des Krieges; Wiederaufrichtung, Rohstoffversorgung:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4206 D.
140. Sitz. S. 4374 C.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4889 A.
158. Sitz. S. 4935 D, 4940 D.
159. Sitz. S. 4961 A, 4970 D.
—, siehe auch unter 2—4.
Bedeutung des Mittelstandes, Stellung der Sozialdemokratie: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4369 C, 4379 A.

2. Interpellation Gröber, Trimborn, Dr. Mayer (Kaufbeuren): Die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes im Handwerk, Kaufmannsstand und der Kleinindustrie, die schon vor dem Kriege sehr schwierige waren, sind durch die lange Dauer des Krieges und die tiefeinschneidenden behördlichen Maßnahmen noch wesentlich verschlimmert worden. Zu einer leistungsfähigen Wirtschaftspolitik gehört die Erhaltung möglichst vieler selbständiger lebensfähiger Existenzen im Gewerbestand.
Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler für den selbständigen Mittelstand zu treffen, um die Schädigung desselben möglichst hintanzuhalten und seinen Wiederaufbau in die Wege zu leiten?: Bd. 322, Nr. 1090.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 B.
139. Sitz. S. 4343 C. — Beantwortet, besprochen.
140. Sitz. S. 4369 C.

3. Resolutionen:
A. des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst Maßnahmen zu treffen, durch welche
α) ausreichende Hilfeleistung des Reiches für die zwangsweise geschlossenen Betriebe des gewerblichen Mittelstandes vorgesehen wird, wobei insbesondere für Erleichterung der Wiedereröffnung dieser Betriebe nach Beendigung des Krieges Sorge zu tragen ist,
β) eine umfassende Kreditorganisation für den Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes geschaffen wird.
Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 38 unter I d 4. — Unerledigt.
B. Angerpointner u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

Mittelstand (Fortsetzung).

a) im Anschluß an das Reichswirtschaftsamt eine besondere Stelle zu schaffen, welche die Aufgabe hat, die Interessen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes dauernd zu fördern;

b) bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß im Anschluß an die Handwerks- und Gewerbekammern Wirtschaftsstellen errichtet werden mit der Aufgabe, die zuständigen Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen, Festsetzung von Richtpreisen für öffentliche Arbeiten, Bestimmung von Arbeiten, die sich zur freihändigen Vergebung an Handwerkerkorporationen eignen, usw. zu unterstützen;

c) dahin zu wirken, daß die unter b bezeichneten Wirtschaftsstellen von den zuständigen Behörden so rechtzeitig in Anspruch genommen werden, daß der gewerbliche Mittelstand, insbesondere dessen Lieferungsvereinigungen sich auf die Uebernahme von öffentlichen Arbeiten genügend vorbereiten können: Bd. 324 Nr. 1522.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4928C, 4940D.
159. Sitz. S. 4966C.
160. Sitz. S. 5004A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

4. Einzelnes.

Beratungsstellen in Berufsfragen, Anregung:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4355D, 4368D.
140. Sitz. S. 4373B, 4392A.

Erhaltung des alten deutschen Mittelstandes durch Zusammenstehen der bürgerlichen Parteien in wirtschaftlichen Fragen:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4361D.
140. Sitz. S. 4375C.

„Gesetz der rationellen Produktionsweise" (Unterstaatssekretär Dr. Müller); englisch-amerikanisches Wirtschaftssystem; Rathenaus System der Gemeinwirtschaft:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4346A, 4363C.
140. Sitz. S. 4390C.

Hilfsmaßnahmen durch die Gesetzgebung, Gründung von Arbeits- und Erwerbsgemeinschaften, Reichsmittel, Mitwirkung der Lieferungsverbände: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4347D, 4355A, 4362A, 4367D, 4368A.

Interfraktionelle Besprechungen über Mittelstandsfragen, Anregung: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4378C.

Kriegsgesellschaften und amtlichen Kriegsstellen, schädigende Maßnahmen: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4348A.

Reichszentrale zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes, Anregung: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4375B.

Rohstoffbezugs- und Absatzvereinigungen, Schaffung, Organisation: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4374C.

Wirkung der Zentralisation der Lebensmittelversorgung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 225e.

Schädigung durch Zoll- und Steuerpolitik: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4379D.

—, Steuerliche Begünstigung mittlerer Betriebe, Wirkung: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4364B.

Schiedsgerichte.
Petition, betreffend Schaffung eines Zwangsschiedsgerichts für den gewerblichen Mittelstand.
Ber. des Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 325, Nr. 1836.
Unerledigt.

Möbelindustrie siehe „Kriegswirtschaft" unter II 263.

Mode. Stoffverschwendung für die weibliche Kleidung: Bd. 307, 40. Sitz. S. 879A.

Mombert, Professor. Schrift über Mehrverbrauchssteuer und deren Uebernahme auf das Reich:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2460B.
86. Sitz. S. 2510C.

Monaco. Behandlung der Deutschen, Entschädigung siehe „Krieg" unter VIII 5.

Monarchie. — Siehe auch „Deutsches Reich", „Kaiser Wilhelm II.", „Verfassung".

1. Bedeutung.

Staatsrechtliche und kulturelle Bedeutung für Deutschland (Friedrich der Große, Stein, Bismarck): Bd. 311, 136. Sitz. S. 4273D.

Stellung des Monarchen in Preußen und Deutschland; Bedeutung einer starken Monarchie:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2375C, 2379D, 2404B.
95. Sitz. S. 2852C, 2860B.
96. Sitz. S. 2902B, 2915D, 2919C, 2931A, 2932A.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3387C.

Verdienste des Hauses Hohenzollern um Deutschland: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5562B.

Frage eines sozialen Königtums, Stellung Friedrich des Gr., Rede Bebels: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2902D.

Dynastengeschlechter, deutsche Prinzen auf europäischen Thronen:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2433C.
85. Sitz. S. 2455A.

Beteiligung der Fürsten usw. am Kriege („Wilhelm hat angegriffen"): Bd. 313, 175. Sitz. S. 5516B, 5517C.

2. Abschaffung.

Monarchisches System, deutsches Kaiserhaus, Beseitigung, Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2434A.
86. Sitz. S. 2504A.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5516B ff.
177. Sitz. S. 5560A, 5563A.

Beseitigung aller Monarchien und Dynastien in Europa:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4478C.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5560A, 5563A (Ledebour).

Die Monarchie als ein abzuschaffendes Institut infolge der Handlungen der Familie Hohenzollern — (König von Rumänien), Rede Ledebours (Ordnungsrufe): Bd. 309, 84. Sitz. S. 2433C ff., 2441C.

Forderung bürgerlicher Blätter an den Träger der preußischen Krone und den deutschen Kaiser, sein Amt niederzulegen: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6185D.

Stellungnahme des Volkes auf Grund von Volkskundgebungen: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6217B, 6224D.

Abschaffung, Bildung einer deutschen Republik:
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2925B.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3407B.
Bd. 313, 194. Sitz. S. 6189C.
195. Sitz. S. 6230D.
196. Sitz. S. 6269B, 6270C.

Monopole. Einführung von Reichsmonopolen:
Bd. 307, 36. Sitz. S. 817B.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4251A.
137. Sitz. S. 4280C.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4737D.
Siehe auch „Branntweinsteuer" unter 5 u. 6, „Kohlensteuer" unter 1, und „Tabaksteuer" unter III.

Montanwuchs siehe „Kriegswirtschaft" unter II 264.

Monumenta palaeographica, herausgegeben von Professor Chroust in Würzburg.
Unterstützung aus Reichsmitteln: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5356D.

Moorkultur siehe „Kriegswirtschaft" unter II 49.

Moratorium siehe „Kriegswirtschaft" unter II 130.

Moselkanalisation. Widerspruch der Eisenbahnverwaltung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3040C.
Siehe auch „Wasserstraßen".

Motorboote siehe „Kriegswirtschaft" unter II 268.

Motoren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 212.

Mühlen. Gewinne der Großmühlen:
Bd. 306, 17. Sitz. S. 314D, 315B.
28. Sitz. S. 569A.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1658A.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 270 (Mühlen).

Mühlenfabrikate und Teigwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 271.

Mühlenmeister siehe „Reichsheer" unter 16.

Dr. **Mühsam,** Erich, Schriftsteller in München, Aufenthaltsbeschränkung: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5281B.

Dr. **Müller (Meiningen),** Abgeordneter. Verbot seines Flugblatts: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5474B.

Munitionsbeschaffung, Munitionsfabriken siehe „Kriegsindustrie" und „Reichsheer" unter 114.
Explosionsschäden siehe „Krieg" unter VIII 3 g.

Munitionskolonnen siehe „Reichsheer" unter 134.

Münzwesen.
Aenderung des Münzgesetzes siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 8.
Ausprägung von kleinen Münzstücken: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2021D.
Prägung eines $2^1/_2$ Pfennigstückes:
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2786D, 2789C, 2791D, 2792A.
98. Sitz. S. 2952B, 2954A.
Ausprägung von Silbermünzen, Einschränkung der Silberprägungen im Interesse der Silberindustrie: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2947A, 2952C, 2953B, D.

Musikinstrumente, Besteuerung, siehe „Umsatzsteuer".

Musikinstrumentenindustrie.
Notlage unter den Heimarbeitern der vogtländischen Industrie, Lohnverhältnisse:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1232C.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4938B.

Musterausstellungen feindländischer Erzeugnisse siehe „Handel, Gewerbe, Industrie".

Musterungsfragen siehe „Reichsheer" unter 77.

Mutterschutz siehe „Bevölkerung", „Gewerbeordnung" unter 2 und „Säuglingsfürsorge".

Nachmusterung der dauernd dienstunbrauchbaren Militärpflichtigen siehe „Reichsmilitärgesetz"; siehe auch „Reichsheer" unter 77.

Nachnahmeverkehr siehe „Post- u. Telegraphenwesen" unter XII.

Nachrichtendienst, amtlicher.
Bewertung Deutschlands im Auslande, Versagen des deutschen Nachrichtendienstes: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2470A.
Ausbau, Beteiligung des Auswärtigen Amts und des Reichswirtschaftsamts, Vermehrung des notwendigen Beamtenpersonals im Auswärtigen Amt:
Bd. 306, 6. Sitz. S. 57C.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4913A, 4916A.
159. Sitz. S. 4969B.
—, Siehe auch Handelspolitik.
Fonds zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande siehe „Schuldenwesen" unter III 1.
Petition des Deutsch-Südamerikanischen Institutsin Aachen, betr. Aufklärung des Auslands über Deutschland. Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 50 unter II.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 60C. — Ueberweisung als Material.
Konsten, Vertrauensmann der deutschen Regierung in Budapest, Tätigkeit im Interesse des deutschen Nachrichtendienstes zur Ueberwachung der pazifistischen Bewegung:
Bd. 313, 175. Sitz, S. 5509A.
184. Sitz. S. 5823C, 5841A.
Kriegsnachrichten siehe „Reichsheer" unter 101.
Siehe auch „Kriegsberichterstatter" und „Presse".

Nahrungsmittel, Ersatznahrungsmittel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 272.

Nationalitätenprinzip, -begriff.
Beseitigung der „ausnahmerechtlichen Behandlung anderssprachiger Volksteile" in Deutschland; „Grundsatz der Nationalitätentoleranz", Wirkungen auf das Ausland:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 111C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3404A.
Entwicklung des Staates auf völkischer Grundlage: Bd. 307, 40. Sitz. S. 880C.
Wille des Einzelnen, der Volkheit, sich einer Nationalität zuzuwenden, Folgerung aus dem Rechte der Selbstbestimmung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6264B.
Nationalisierung und Demokratisierung des Deutschen Reichs, Rede des Abgeordneten D. Naumann (Waldeck):
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3425C ff., 3427D.
Sprachgemeinschaft als das Entscheidende:
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6234C.
196. Sitz. S. 6257B, 6264B.
Internationales Recht zum Schutze fremdsprachiger Minderheiten: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6171C.
Siehe auch „Krieg" unter III, „Rußland" unter C ff.

Nationalliberale Partei.
Entschließung des Zentralvorstandes vom 15. August 1915, betreffend Kriegsziele, U-Bootkrieg usw.:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1268C.
55. Sitz. S. 1310B.
Erklärung zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917:
Bd. 310, 125. Sitz. S. 3834D.
Zustimmung zur Parlamentarisierung der Regierung und dem Programm des Reichskanzlers Prinz Max von Baden; Begründung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6174A.
Grundsätzliche Anerkennung des Willens zur politischen Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6176A.

Nationalliberale Partei (Fortsetzung).

Erklärung zu dem Friedensschritt der Regierung und den Verfassungsänderungen des Reichstags: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6280D, 6281A.

Sammelpolitik, Aufruf des nationalliberalen Parteibureaus Prenzlau zum Beitritt: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6223D.

Nationalstiftung siehe „Kriegswohlfahrtspflege".

Nationalvermögen.

Volksreichtum und Volkseinkommen in Deutschland; Verwendung zum Ausbau von Industrie und Landwirtschaft, Anlage im Auslande: Bd. 306, 4. Sitz. S. 37B.

Vergleich des Volksvermögens und Volkseinkommens von Deutschland und England: Bd. 307, 35. Sitz. S. 807A.

Nationalvermögen des deutschen Volkes, Höhe; steuerbares Vermögen, Höhe: Bd. 317, Nr. 208, S. 6, 11.

Naturalverpflegung siehe „Reichsheer" unter 137, auch 84, 154, 185g.

Naturheilkunde. Verbot der Ausübung siehe „Belagerungszustand" unter II 2f.

D. **Naumann,** M. d. R., Artikel zu Hindenburgs 70. Geburtstage siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b β.

Neckar-Donau-Kanal siehe „Wasserstraßen".

Neu-Guinea. Krieg, Behandlung der Deutschen durch die Feinde siehe „Schutzgebiete" unter B 3.

Neutrale Staaten. Dänemark, Holland, Schweiz, Spanien. Festhalten an der Neutralität (Juni 1918): Bd. 313, 179. Sitz. S. 5610A.

Siehe im übrigen die einzelnen Staaten und „Krieg" unter I B.

Nickel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Nickelerzeugnisse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 274.

Nicolai, Oberstleutnant. Tätigkeit als Leiter des Nachrichtendienstes der Obersten Heeresleitung, Fall Konsten:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5508B ff., 5522D.
184. Sitz. S. 5823C, 5841A.

Dr. med. **Nicolai,** Professor in Berlin. Konflikt mit der Militärverwaltung, Verweigerung des Fahneneides, Beschäftigung als Krankenwärter usw.:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 906B, 917D.
60. Sitz. S. 1564C, 1573B.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5507A, 5517D.
184. Sitz. S. 5828A. (Flucht nach Dänemark).

Niederbarnim.

Wahl in Niederbarnim, Niederlage für die Unabhängige Sozialdemokratie: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4551D, 4555B, 4560A.

Niederlande.

Zusatzvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden zu dem am 27. August 1907 unterzeichneten Vertrag über Unfallversicherung: Bd. 315, Nr. 99.
Publiziert am 22. 5. 1915, RGB. 321.

Neutralität: Bd. 307, 40. Sitz. S. 863C.

Verminderung des Schiffsverkehrs, Verwendung freiwerdender Arbeitskräfte in Deutschland: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2381C.

Torpedierung und Versenkung holländischer Schiffe durch U-Boote infolge eines Mißverständnisses:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2409B.
84. Sitz. S. 2414C, 2422C.
95. Sitz. S. 2829D, 2930B.

Niederlande (Fortsetzung).

Unterbringung der aus England zurückgekehrten deutschen Internierten in Holland: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5810B.

Handelsspionage Englands siehe „Krieg" unter IIE 2.

Englisches Finanzsyndikat siehe „Krieg" unter IIE 3.

Niederländische Gemälde. Rückgabe der von Jérome Bonaparte aus Cassel fortgeführten Gemälde: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5672C.

Nitroverbindungen. Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß die Bekanntmachung über die Gewährung von Sterbegeld und Hinterbliebenenrente bei Gesundheitsschädigungen durch aromatische Nitroverbindungen vom 12. Oktober 1917 dahin erweitert wird, daß jede körperliche, die Erwerbsfähigkeit der Arbeiter beeinträchtigende Schädigung, die bei der Herstellung oder Verarbeitung von nitriertem Kohlenwasserstoff entsteht, als Folge eines Betriebsunfalls im Sinne der Reichsversicherungsordnung anerkannt und entschädigt wird: Bd. 324, Nr. 1404 unter I 1.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5017D.
161. Sitz. S. 5026B, 5029B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Verteilung von Freistücken siehe „Kriegswirtschaft" unter II 432.

Nordische Staaten. Unterbringung der deutschen Gesandtschaft in den nordischen Staaten (Schweden, Dänemark und Norwegen), Erwerb und Bebauung von Grundstücken, Posten n im Etat für 1918: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5701Aff.

Nordseebäder. Schadensersatz für Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII 3d.

Nudelfabrikate siehe „Kriegswirtschaft" unter II 276.

Nüsse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 277.

Oberkommando in den Marken siehe „Reichsheer" unter 139.

Obersdorf, Gewehrfabrik. Forderung erhöhter Preise, angeblich unter Androhung der Einstellung des Betriebes: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4594A, 4599D.

Oberschlesische Kohlengruben.

Polnisch inländische Arbeiter, Arbeiterfragen, Arbeitseinstellungen, Lohn- usw. Verhältnisse, Militarisierung der Gruben: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5819Aff., 5822B, 5824A.

Zurückhaltung polnischer und russischer Arbeiter in Deutschland, Behandlung, Fürsorge, Richtlinien, Mitwirkung des Sozialen Bureaus, Gewerkschaftsfrage, Militarisierung der oberschlesischen Gruben:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5512A, 5518Bff., 5522A, 5523D, 5524A, D.
184. Sitz. S. 5817B, 5819Aff., 5822B, 5823B, 5824B, 5829B, 5834C, 5836C, 5838B, 5839D.

Oberste Heeresleitung siehe „Reichsheer" unter 140, auch 101.

Dr. **Obkircher,** Abgeordneter für den 12. Badenser Wahlkreis. Gestorben am 3. April 1916: Bd. 307, 39. Sitz. S. 849B.

Obst.

Versorgungs- und Preisreglung usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 278; siehe auch unter II 52c, 254.

Zollbefreiungen siehe „Kriegswirtschaft" unter VI 443a.

Obstbau. Hebung, Unterstützung des Deutschen Pomologenvereins: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5007B.

Obstkerne siehe „Kriegswirtschaft" unter II 279.

Obstmus siehe „Kriegswirtschaft" unter II 280.

Offizierkorps, auch des Beurlaubtenstandes, siehe „Reichsheer" unter 141 u. 142, der Marine siehe „Marine" unter 29.

Offiziersburschen siehe „Reichsheer" unter 33 u. 185b.

Offizierstellvertreter siehe „Reichsheer" unter 144, auch 61.

Oldenburg, Großherzogtum.
Wohnungswesen, Förderung durch Beteiligung des Staates: Bd. 324, Nr. 1492 S. 32.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5051D.
Staatliche Bauernstellen: Bd. 324, Nr. 1492 S. 38.

v. Oldenburg-Januschau.
Aeußerung über die Kartoffelbeschlagnahme:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 859A.
40. Sitz. S. 873B.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1778A.
Rede im Bunde der Landwirte gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg und gegen die inneren Zustände. („Es kommt darauf an, daß er selber schießt"):
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4128C.
134. Sitz. S. 4170B.
135. Sitz. S. 4184D, 4199A, 4225B.
136. Sitz. S. 4240A ff, 4257D, 4262A.
Ausspruch: vox populi, vox Rindvieh:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4184C.
136. Sitz. S. 4240A.
Aeußerung über den Einfluß Bayerns im Reich: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5355B.
Wiedereintritt ins Heer, Kriegsdienst an der Front: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4262B.

Oleum, Höchstpreise, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 282.

Oelfrüchte, Oele.
Preis- und Verbrauchsregelung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281.
Zollbefreiung für Rohstoffe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Oelmühlen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 283.
Stillegung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Opium siehe „Kriegswirtschaft" unter II 284.

Orden, Kriegsorden, siehe „Eisernes Kreuz" und „Reichsheer" unter 145.

Orden, religiöse Kongregationen. Uneingeschränkte Freiheit für alle Einrichtungen:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2544C.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4160B.

Ordnungsrufe siehe „Reichstag" unter IV 2.

Orientalisches Seminar.
Anfrage Bassermann: Am 16. April 1913 beschloß der Reichstag, den Herrn Reichskanzler um Vorlage einer Denkschrift über den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule zu ersuchen.
Was ist seitdem in dieser Sache geschehen?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, behufs der Ermöglichung und Förderung des Studiums der Verhältnisse fremder Länder, besonders des Orients, im Interesse unseres auswärtigen Dienstes, unserer Kolonien und der gesamten weltwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands die Ausgestaltung des Seminars für orientalische Sprachen zu einer deutschen Auslandshochschule in die Wege zu leiten oder ist eine anderweite Regelung geplant und welche?: Bd. 315, Nr. 21.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 902B. — Beantwortet.
Denkschrift über den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule und über die Förderung der Auslandsstudien: Bd. 320, Nr. 663.

Dr. **Oertel,** Abgeordneter für den 2. Sächsischen Wahlkreis. Gestorben am 24. Juli 1916: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690D.

Oesel, Dagö, Moon, Inseln, — Eroberung durch die deutsche Flotte: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3944D.

Ostafrikanisches Schutzgebiet siehe „Schutzgebiete".

Oesterreich-Ungarn.
1. Krieg, Bündnis mit Deutschland.
Stellung zu Deutschland, Bismarcks Politik im Frieden von Nikolsburg, Oesterreichs Neutralität 1870: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455C.
Streit mit Serbien wegen serbischer Wühlereien; Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers: Bd. 315, Nr. 19.
Kriegsausbruch, Schuldfrage, Konflikt mit Serbien siehe „Krieg" unter IA 1 u. 2; IB 5, 6, 12, 15.
Beziehungen zu Deutschland während des Krieges, Bundestreue siehe „Krieg" unter IB 12.
Deutschlands Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, Rückblick des Grafen Czernin: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5607B, C.
Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 857D.
40. Sitz. S. 864B, 871C.
49. Sitz. S. 1119C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5754A.
Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, Notwendigkeit:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2835A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946D.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5754A.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6173A.
Kulturgemeinschaft Deutschlands mit Oesterreich, weitere Annäherung: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2416A.
2. Handelspolitik, Verhältnis zu Deutschland.
Gemeinsame Handelspolitik mit Oesterreich-Ungarn, Tagung des deutsch-österreichischen Wirtschaftsverbandes („Mitteleuropa"):
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2548D.
88. Sitz. S. 2588B.
Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn hinsichtlich der gegenseitigen Einfuhrverbote, Ermöglichung des Austausches von Gütern: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2549C, 2558C.
Petitionen, betreffend die Gestaltung des zoll- und handelspolitischen Verhältnisses zu Oesterreich.
Mündl. Ber. des Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1363 unter IIa und Bd. 324, Nr. 1600 unter IIa—d.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702C und D. — Ueberweisung zur Erwägung bzw. als Material.
Petition, betreffend Regelung des Zoll- und Handelsverkehrs mit Oesterreich-Ungarn für Wein und Weinmaische.
Ber. des Ausch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1542.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Oesterreich-Ungarn (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Trendel: Seit einiger Zeit finden Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über die zukünftige gegenseitige Handels- und Wirtschaftspolitik statt.

Nach Zeitungsberichten soll der Zoll für Brotgetreide zwischen Bayern und Oesterreich-Ungarn, ebenso der Zoll auf Hopfen, Gerste, Obst, Wein und Vieh fallen.

Diese zollpolitischen Maßnahmen rufen in der süddeutschen, vor allem in der bayerischen Landwirtschaft, große Beunruhigung hervor, denn sie bedrohen die Existenz des bayerischen Bauernstandes. Sind diese Mitteilungen richtig? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der bayerischen Landwirtschaft zu tun?: Bd. 322, Nr. 1218.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1239.

Siehe auch „Mitteleuropa".

Gegenseitigkeit bei Zahlungsfristen für Kriegsteilnehmer siehe „Kriegswirtschaft" unter II 427.

3. Ausstand in der Rüstungsindustrie, Entstehung, Stellung der österreichischen Regierung:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4165A, 4172C.
135. Sitz. S. 4204B.
136. Sitz. S. 4265A.
4. Demobilmachung. Kaiserliche Verordnung vom 29. Februar 1916 über die Aufrechterhaltung von Dienstverhältnissen, die dem Handlungsgehilfengesetz unterliegen, während des Krieges: Bd. 321, Nr. 805 S. 13.
5. Familienunterstützungen. Vereinbarung eines Vertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über gegenseitige Zahlung der Familienunterstützungen: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5346A.
6. Galizien. Zustände unter eigener polnischer Verwaltung seit 1848: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6261B.

Hilfsbedürftige Deutsche in Galizien und in der Bukowina siehe „Krieg" unter X.

7. Innere Zersplitterung, schwierige Lage des Deutschtums, Verhalten der Presse: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5656B, 5676B.

—, Bewegung der Deutschen in Oesterreich: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6214B.

8. Kirchenglocken, Enteignung: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3125D, 3130A.
9. Kriegsanleihe siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter B.
10. Kriegskredite, Ablehnung durch die Sozialdemokraten (Rede Dr. Adlers): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4287D.
11. Teuerungszulagen für Beamte: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1077D, 1079D.
12. Verkehrsbeschränkungen im Reiseverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn siehe „Belagerungszustand" unter II 6.
13. Wandergewerbe. Petition des Reichsverbands reisender Gewerbetreibender Deutschlands, Sitz Magdeburg, betreffend deutschen Wandergewerbebetrieb in Oesterreich-Ungarn.

Bericht des Ausschusses für Handel u. Gewerbe: Bd. 323, Nr. 1311.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4835A. — Ueberweisung als Material.

14. Zensur. Handhabung in Oesterreich: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3963B.

Briefzensur im Verkehr mit Oesterreich: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5230D.

Ostmarkenzulage. Nichtgewährung für Reichsbeamte, Wiedereinsetzung:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4624D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4646C.

Ostpreußen.
Verschleppung Deutscher nach Rußland, Internierung siehe „Kriegsgefangene" unter II A u. III L.

Entschädigungsansprüche siehe „Krieg" unter VIII 2 g und „Rußland" unter A 3 u. 10.

Brandentschädigungen für Ostpreußen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 90.
Nr. 27 Ziff. 35.

Petition des Kaufmanns J. Sassowski in Elbing betreffend die Gewährung eines Darlehns zur Möbelbeschaffung.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 704.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3156A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Verschärfter Belagerungszustand siehe „Belagerungszustand" unter II 2h.

Grenzverkehr mit dem besetzten Gebiete siehe „Belagerungszustand" unter II 6.

Ostseezeitung, Stettiner, siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Paketbestellung siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 7; XIII 3.

Papier, Karton, Pappe, Mangel während des Krieges und Maßnahmen dagegen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 285 u. 432.

Papiergarnindustrie. Umstellung der Fabrikation auf grobe und feine Garne auf Veranlassung der Regierung: Bd. 313, 160. Sitz. S. 4994D.

Pappenfabriken, Stillegung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360 B m.

Papst.
Mitwirkung des Papstes an Werken der Menschenliebe während des Krieges:
Bd. 306, 13. Sitz. S. 213D.
14. Sitz. S. 233A.

Gefangenenfürsorge:
Bd. 308, 72. Sitz. S. 1984B.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2512B, 2520B.

Schreiben des Papstes, betreffend eine Weltfriedensallianz: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2381D.

Papstnote vom 1. 8. 1917, zustimmende Antwort Deutschlands vom 19. 9. 1917 usw. siehe „Krieg" unter III 14.

Bemühungen für den Allgemeinen Frieden: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5616C.

Bitte um Waffenruhe am Fronleichnamstag, keine Fliegerangriffe auf deutsche Städte: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5616C.

Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls, Ausweisung eines deutschen Prälaten durch die italienische Regierung:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383D.
85. Sitz. S. 2453D.

Paraguay. Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaate Paraguay: Bd. 315, Nr. 54.
Erste und zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 97A.
Dritte Beratung: 9. Sitz. S. 131C.
Publiziert am 9. 9. 1915, RGBl. S. 571.

Pariser Wirtschaftskonferenz siehe „Krieg" unter II E 5.

Parlamentarisches System. — Siehe auch „Verfassung" unter 1, „Reichskanzler", „Reichstag" unter I A und „Innere Politik".

1. Einführung, Zweckmäßigkeit; Uebernahme von Parlamentariern in die Regierung:
Bd. 308, 67. Sitz. S. 1813D, 1820B, 1826C, 1828B, 1832B.

Parlamentarisches System (Fortsetzung).
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2478 B.
86. Sitz. S. 2488 A ff., 2492 D.
95. Sitz. S. 2854 D, 2855 B, 2859 D, 2860 D.
96. Sitz. S. 2908 D, 2919 D, 2921 D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3425 C, 3427 D, 3429 A ff., 3430 D, 3432 C, 3433 A.
110. Sitz. S. 3439 D, 3447 D, 3449 A, 3451 C.
116. Sitz. S. 3573 A, 3574 D, 3582 B, 3586 B, 3587 A, 3594 A.
121. Sitz. S. 3688 D, 3693 D, 3698 C, 3703 A, 3709 A.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6161 C, 6176 D.
194. Sitz. S. 6200 A.
195. Sitz. S. 6222 D, 6228 C.
Wesen der konstitutionellen Monarchie und der parlamentarischen Regierung: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6199 A.
Parlamentarisches System mit dem Ziele eines Schattenkaisers: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6285 C, 6291 C.
Stellung des Zentrums: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2909 A.
2. Durchführung, Ernennung von Ministern usw. aus dem Parlament (v. Payer Vizekanzler):
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3949 C.
133. Sitz. S. 4145 A.
134. Sitz. S. 4156 A, 4177 B ff.
135. Sitz. S. 4182 A, 4183 C ff, 4189 A, 4229 D.
136. Sitz. S. 4263 A, 4273 C.
137. Sitz. S. 4292 D, 4297 A.
—, Der Reichskanzler als Vertreter der Mehrheit des Reichstags, Ernennung des Grafen v. Hertling, Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung siehe „Reichskanzler".
—, Parlamentarische Regierungsform; Eintritt von Mitgliedern des Reichstags in die Regierung unter Beibehaltung ihres Mandats:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6157 D, 6159 C, 6169 D.
194. Sitz. S. 6189 B.
—, Systemwechsel in der Zusammensetzung der Regierung am 5. Oktober 1918; Bedeutung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6158 D, 6161 B.
—, Frage eines Parteiministeriums oder eines Koalitionsministeriums, Ausschluß der Konservativen Partei:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 8178 D.
194. Sitz. S. 6191 D, 6206 D.
195. Sitz. S. 6221 C, 6226 B.

Parteien.
Einfluß des Krieges auf die politische Arbeit, gegenseitiges Verstehen der Parteien:
Bd. 306, 3. Sitz. S. 20 C.
14. Sitz. S. 236 D.
31. Sitz. S. 689 B.
Aufhebung der Unterscheidung zwischen nationalen und antinationalen Parteien durch den Krieg:
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1511 D.
60. Sitz. S. 1521 B, 1523 A, 1529 A, 1534 A/B, 1537 A.
Siehe auch „Burgfriede" und die einzelnen Parteien.

Dr. **Parvus-Hellphand.** Mißtrauische Haltung der Bolschewiki den deutschen Mehrheitssozialisten gegenüber, Tätigkeit des Sozialdemokraten Dr. Parvus-Hellphand:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3961 A, 3965 C, 3966 B.
128. Sitz. S. 3980 D.

Paßwesen. Kriegsmaßnahmen siehe „Belagerungszustand" unter II 6 und „Vermögenssteuer" unter II A 3.

Paßzentrale siehe „Reichsheer" unter 72.

Patentamt, Kaiserliches.
Entwurf eines Gesetzes über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Kaiserlichen Patentamt: Bd. 316, Nr. 160.
Erste Beratung: Bd. 306, 23. Sitz. S. 457 D.
Zweite Beratung: Bd. 306, 26. Sitz. S. 513 D.
Dritte Beratung: Bd. 306, 27. Sitz. S. 537 C. — Angenommen.
Gesetz vom 20. 2. 1916, RGB. S. 139.
Angliederung an das Reichsjustizamt:
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625 D.
121. Sitz. S. 3684 C, 3886 A, 3691 B, 3692 D, 3697 B, 3705 B, 3709 A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883 D.

Patentrecht, Patentwesen. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 287.
Petition des Mützenmachermeisters Forsthoff in Kiel, betreffend Neuregelung des Patentwesens.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 838.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556 B. — Ueberweisung als Material.

v. Payer, Königlich Württembergischer Geheimer Rat.
Ernennung zum Stellvertreter des Reichskanzlers: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 A.
Ernennung v. Payers zum Vizekanzler infolge der Politik der Mehrheitsparteien, Einschränkung der Entschließungsfreiheit des Kaisers, Stellung der Konservativen:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954 A ff., 3958 B, 3963 A.
134. Sitz. S. 4177 B ff., 4179 C.
135. Sitz. S. 4183 C ff.
136. Sitz. S. 4262 D ff.
Ernennung zum Bevollmächtigten Preußens im Bundesrat: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 C.
Auftreten in der Rolle des fortschrittlichen Parteiführers: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6220 B, 6226 A.
Siehe auch „Parlamentarisches System" und „Verfassung".

Pazifistische Vereine, Versammlungverbote siehe „Belagerungszustand" unter II 11 k.

Pensionsfonds, allgemeiner.
Einstellung eines Leertitels in den Etat zum Ausgleich von Härten aus den Versorgungsgesetzen: Bd. 306, 7. Sitz. S. 66 D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 75 unter I 3.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 157 D.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung P, und unter VI, Spezialberatung A.

Pensionswesen. — Siehe auch „Militärpensionswesen" und die einzelnen Ressorts und Aemter.
1. Entwurf eines Gesetzes über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten: Bd. 315, Nr. 17.
Erste, zweite u. dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8 C, 10 C, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 335.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 92.
2. Resolutionen des Ausschusses über Beamten- und Besoldungsfragen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen in das Reichsbeamtengesetz vom 18. Mai 1907 folgender Zusatz eingefügt wird:

Pensionswesen (Fortsetzung).

Die Pension der Beamten, welche während dieses Krieges wiederum im Dienste des Heeres und der Flotte oder im Zivildienste wenigstens 6 Monate verwendet worden sind, erhöht sich nach Maßgabe des § 41. Eine gleiche Erhöhung tritt auch dann ein, wenn durch die Zeit der Verwendung ein weiteres Dienstjahr nicht vollendet ist: Bd. 321, Nr. 862 II 1. Bd. 310, 110. Sitz. S. 3500 B. — Angenommen.

Pensionierung der wiederverwendeten Beamten, Anrechnung von Dienstzeit:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078 B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133 B.
110. Sitz. S. 3499 A.

Ausgleich von Härten beim Ruhegehalt usw. der in feindlichen Ländern angestellt gewesenen Beamten der Konsulate und Gesandtschaften: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2959 B.

3. Erhöhung der Bezüge der Friedenspensionäre: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5395 B.
Altpensionäre, Gewährung von Unterstützungen und Teuerungszulagen siehe „Teuerungszulagen" unter a—m.
Pensionierte Postbeamte, Erhöhung des Ruhegehalts, siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter VI.
Pensionsansprüche der Eisenbahnbeamten siehe „Eisenbahnen" unter III 4, IV 3.

4. Petitionen, betreffend Abänderung der Beamtenhinterbliebenengesetze hinsichtlich der Gewährung von Witwengeld im Falle der Wiederverheiratung.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 318, Nr. 287.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895 A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Mündl. Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. III i.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.

5. Petitionen, betreffend Pensionserhöhung,
— des Friedrich Mackemull in Mörsch.
Mündl. Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. III a.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.
— des Polizei- und Hafenmeisters a. D. Soelle in Mühlhausen i. Th.:
Mündl. Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. III k.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Ueberweisung als Material.
— des Postschaffners a. D. Plinck in Pobethen (Kreis Fischhausen) um Erhöhung seiner laufenden Beihilfe zum Ruhegehalt.
Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1510.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533 B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

6. Petition des Landessekretärs Scholtz in Stettin, betreffend Schadloshaltung wegen des für die Zeit des Heeresdienstes einbehaltenen Pensionsbetrages.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV l.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Persius, Kapitän zur See, über Marineangelegenheiten siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b γ.

Personalakten siehe „Beamte" unter B 7 und „Post- und Telegraphenwesen" unter IX 14.

Personenstand.

Beurkundung. Anfrage Kopsch, Dr. Ablaß, Dr. Müller (Meiningen): Um die schweren Nachteile und Härten, die aus der Tatsache der unehelichen Geburt erfahrungsgemäß den unehelich Geborenen in der Wertschätzung ihrer Mitbürger und in ihrem bürgerlichen Fortkommen entstehen, einigermaßen zu verringern, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 13. Juli 1909 beschlossen, die Petition II. Nr. 4301 des Jugendfürsorgeverbandes der Berliner Lehrerschaft um Abänderung der §§ 15 und 16 des Personenstandgesetzes und der zugehörigen Ausführungsvorschriften dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen. In Anerkennung dieser Bestrebungen hat das Preußische Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten angeordnet, daß für die durch nachfolgende Ehe oder Annahme an Kindes Statt ehelich gewordenen Kinder abgekürzte standesamtliche Bescheinigungen erteilt werden dürfen, welche die Tatsache der vorehelichen Geburt verschweigen, aber nur für Schul- und Unterrichtszwecke einschließlich des Konfirmationsunterrichts ausgestellt werden dürfen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, durch die für alle unehelich Geborenen, nicht nur für die nachträglich legitimierten, auch auf anderen Gebieten des bürgerlichen Lebens die tief eingreifende Gefährdung ihrer gesellschaftlichen, amtlichen und wirtschaftlichen Stellung, soweit dies irgend angängig ist, durch Vermeidung der Auskunftserteilung über die Tatsache der unehelichen Geburt in der Form abgekürzter Bescheinigungen vermieden wird?: Bd. 319, Nr. 485.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2021 A. — Beantwortet.

Erneuerung von Standesregistern siehe „Kriegswirtschaft" unter II 288.

Personen- und Güterverkehr, Besteuerung.

1. Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Personen und Güterverkehrs: Bd. 320, Nr. 631.
Anlage: Ertragsberechnung über Beförderung auf Eisenbahnen, Beförderung auf Wasserstraßen und Landwegen.
Erste Beratung:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364 B.
83. Sitz. S. 2383 C, 2397 B.
84. Sitz. S. 2419 B, 2429 B.
85. Sitz. S. 2450 D, 2462 D, 2463 A, C, 2464 B.
86. Sitz. S. 2485 D, 2500 B.
Ber. d. Haush.-Ausch.: Bd. 321, Nr. 709.
Zweite Beratung: Ab. Antr.: Bd. 321, Nr. 717, 725.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2771 A.
94. Sitz. S. 2782 A.
Annahme des Gesetzentwurfs nach den Anträgen des Ausschusses mit dem Abänderungs-Antrag Bd. 321, Nr. 717 und dem handschriftlichen Antrag List (Eßlingen), vergl. Bd. 309, 94. Sitz. S. 2796 B.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 321, Nr. 731.
Dritte Beratung: Ab. Antr. Bd. 321, Nr. 732.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2827 A.
Namentliche Abstimmung über Aufrechterhaltung von § 3 Abs. 1 Ziffer 1 a. (Ab. Antr.: Bd. 321, Nr. 732):
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2827 C (vergl. die Zusammenstellung auf S. 2878 ff.), — Ablehnung mit 159 gegen 141 Stimmen, 17 ungültig, 1 enthalten.
Gesamtabstimmung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2827 D.
Beschlüssen dritter Beratung: Bd. 321, Nr. 746.
Gesetz vom 8. 4. 1917, R. G. Bl. S. 329.

Personen- und Güterverkehr, Besteuerung (Fortsetzung).

Petitionen: Bd. 321, Nr. 709 unter III und nachträglich eingelaufene:
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2771 B ff.
94. Sitz. S. 2796 C.
95. Sitz. S. 2828 A. — Für erledigt erklärt.

Resolution des Haushaltungsausschusses zum Gesetzentwurf über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs bezw. zum Entwurf eines Kohlensteuergesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei den aus Anlaß des Verkehrssteuergesetzes bevorstehenden Tarifänderungen die Außenansiedlung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung in Kleinhäusern mit Gärten und Land in den Zonen weiträumiger Bebauung durch die Höhe und Gestaltung der Tarife im Nahverkehr besonders begünstigt wird: Bd. 321, Nr. 709 S. 21 u. Nr. 712 S. 47.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2796 C, 2821 D. — Angenommen.

Resolution Ebert, Gotheim, Gröber, Keil, List (Eßlingen), Schiele: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs Steuerfreiheit bei der Güterbeförderung durch Straßenbahnen für die Fälle bestimmt wird, in denen die Straßenbahn an die Stelle des Speditionsunternehmers tritt: Bd. 321, Nr. 737.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2828 A. — Angenommen.

2. Einzelnes:

Allgemeines, Verkehrssteuern, wirtschaftliche und finanzielle Bewertung, Erhebung, Ertrag:
Bd. 321, Nr. 709 S. 5, 8, 11, 13, 15.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364 B.
83. Sitz. S. 2397 A.
84. Sitz. S. 2419 B, 2429 B.
85. Sitz. S. 2450 D, 2464 B.
86. Sitz. S. 2485 C, 2500 B.
93. Sitz. S. 2772 A ff, 2777 C, 2780 B.
94. Sitz. S. 2782 A, 2784 D, 2785 A, 2792 D, 2794 A.

—, Frage, ob die vorliegende Steuer die letzte Verkehrssteuer wäre: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2788 C, 2792 A.

Befristung des Gesetzes:
Bd. 321, Nr. 709 S. 10.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2788 C.

Eisenbahntarife (Güter- und Personentarife), zukünftige allgemeine Erhöhung:
Bd. 321, Nr. 709 S. 8, 13, 19.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364 B.
85. Sitz. S. 2464 B.
93. Sitz. S. 2772 C.
94. Sitz. S. 2785 C, 2789 C ff, 2792 B, 2794 D.

Fahrkarten, prozentuale Besteuerung, Belastung des Volkes:
Bd. 321, Nr. 709, S. 6, 7, 9, 10.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364 D.
85. Sitz. S. 2462 D.
93. Sitz. S. 2772 D ff.
94. Sitz. S. 2783 A, 2785 B, 2793 C.

—, Steuer bezw. Steuerfreiheit für Fahrkarten von kleinem Werte, für Nahverkehr, Vorortbahnen usw.:
Bd. 321, Nr. 709, S. 6, 7, 9, 10, 11, 14.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2463 C.
93. Sitz. S. 2771 B, C (Petitionen), 2774 C ff. (Wohnungs- und Siedlungspolitik), 2779 A.
94. Sitz. S. 2783 C ff., 2786 A, 2787 B, 2788 D, 2790 B ff., 2791 C, 2795 D.
95. Sitz. S. 2827 B.

Personen- und Güterverkehr, Besteuerung (Fortsetzung).

—, Fixstempel für Nahverkehr: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2784 B, 2786 B, 2790 B.

—, Vierte Wagenklasse, Besteuerung, wirtschaftliche Bedeutung, Interessen der Arbeiterschaft:
Bd. 321, Nr. 709 S. 11.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2773 A, 2778 C.
94. Sitz. S. 2783 B, 2785 D, 2793 C, 2792 D, 2795 D.

—, Arbeiter- und Angestelltenfahrkarten, Militär- und Schülerkarten, Steuerfreiheit:
Bd. 321, Nr. 709 S. 9, 13, 17, 19.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2771 C. 2773 D, 2778 C.
94. Sitz. S. 2783 C, 2787 D, 2790 D, 2793 B

—, Bedeutung der Fahrkartensteuer für das Wohnungsproblem, für Besiedlungspolitik usw., für entfernt wohnende Arbeiter:
Bd. 321, Nr. 709 S. 10, 12.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2463 D,
88. Sitz. S. 2569 C.
93. Sitz. S. 2774 D ff. (Sonderbesteuerung Groß-Berlins).
94. Sitz. S. 2783 D ff., 2786 A, 2789 A, 2791 B.

—, Sonntagsverkehr, Ueberfüllung der Züge usw.
Bd. 321, Nr. 709, S. 12.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2774 A.
94. Sitz. S. 2783 D, 2785 D.

Frachtsteuer, prozentuale, Staffelung, Bedeutung für die Tarifgestaltung: Bd. 321, Nr. 709 S. 5, 6, 8, 9, 11, 12, 14.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2450 D, 2463 A.
93. Sitz. S. 2772 C, 2777 D.
94. Sitz. S. 2782 B, 2788 A.

—, Werksbahnen, Verkehrsbahnen, eigene Beförderungsunternehmen, Begriff, Abgabenfreiheit: Bd. 321, Nr. 709 S. 11, 13, 17.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2451 A.
93. Sitz. S. 2771 B.
94. Sitz. S. 2782 D.

—, Kleinbahnen, Frachtbesteuerung, Rentabilität: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2783 A, 2793 D.

—, Eisenbahnbetriebsvorräte, Dienstgut, Kohle Steuerfreiheit:
Bd. 321, Nr. 709 S. 12, 14, 16, 21.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2778 B.

—, Kohle, Steuerfreiheit bezw. Erhebung eines Fixstempels:
Bd. 321, Nr. 709 S. 6, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2778 A.
94. Sitz. S. 2782 D, 2788 B.

—, Kohlentransporte, Vermeidung doppelter Besteuerung (Eisenbahn und Wasserweg):
Bd. 321, Nr. 709 S. 5, 15.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2796 B.

Fuhrwerke, Omnibus, Droschken, Steuerfreiheit:
Bd. 321, Nr. 709, S. 6, 7, 10, 14.
Bd. 309, 94. Sitz. S. 2783 C.

Kraftwagenverkehr, Ueberlandautos, Unternehmen mit motorischer Kraft, Besteuerung:
Bd 321, Nr. 709, S. 6, 7, 19.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2778 D.
94. Sitz. S. 2795 A, 2795 C.

Schnellbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, Steuerfreiheit:
Bd. 321, Nr. 709 S. 13, 14, 20.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2779 D.
94. Sitz. S. 2786 C, 2794 D.

Straßenbahnen, Neben- und Kleinbahnen, Untergrundbahnen, Heranziehung zur Verkehrssteuer:
Bd. 321, Nr. 709 S. 5, 7, 10, 11, 14, 15, 17 ff., 20.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364 D.
83. Sitz. S. 2383 C, 2397 B.
84. Sitz. S. 2419 C.
85. Sitz. S. 2451 B, 2463 C.
93. Sitz. S. 2774 C, 2776 C, 2779 B.
94. Sitz. S. 2783 D (Verhältnisse in Stadt und Land, Vergleich), 2786 D ff., 2789 B, 2791 C, 2792 D, 2793 D.

—, Tariferhöhungen der Straßenbahnen infolge der Steuer:
Bd. 321, Nr. 709 S. 7, 17.

Personen- und Güterverkehr, Besteuerung (Fortsetzung).

Bd. 309, 93. Sitz. S. 2775B, 2776C, 2779C ff.
94. Sitz. S. 2786D ff. (Versammlung der Straßenbahn-Betriebsleiter Preußens), 2789C ff., 2791D, 2792C, 2793A.
—, 2½-Pfennigmünze, Prägung, Verkehrsinteressen: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2786D, 2789C, 2791D, 2792A.
Wasserstraßen, Schiffsfrachten, Besteuerung: Bd. 321, Nr. 709 S. 15.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2364C.
85. Sitz. S. 2464D.
—, Steuerfreiheit für den Orts- und Vorortsverkehr: Bd. 309, 93. Sitz. S. 2771D.
—, Besteuerung der Küstenschiffahrt, Schutzzonen fremder Häfen: Bd. 321, Nr. 709 S. 16.

2. Anfrage Bartschat, Siehr (Insterburg): Nach § 3 Abs. 1 Ziffer 3 des Gesetzes über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs vom 8. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 329) sind von der Abgabe befreit:
Beförderungen von Gütern zur See zwischen deutschen Nord- und Ostseehäfen, sofern die Güter unmittelbar oder mittelbar aus dem Ausland nach einem dieser Häfen eingegangen oder nach dem Ausland über einen dieser Häfen ausgegangen sind.
Nach den vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 292) soll die Befreiungsvorschrift aber nur Platz greifen, wenn die Güter aus dem Ausland seewärts nach einem deutschen Hafen eingegangen oder seewärts von einem deutschen Hafen nach dem Ausland ausgegangen sind.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese das Gesetz einengende, im Gesetzestext keine Stütze findende Ausführungsbestimmung des Bundesrats, vor allem nach Friedensschluß, die Wirkung haben muß, daß der Seeverkehr zwischen den deutschen Nordseehäfen und Flensburg, Kiel, Lübeck, Stettin einerseits und den ost- und westpreußischen Häfen andererseits hinsichtlich aller Güter, die auf Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen aus den ost- und westpreußischen Häfen nach Rußland gehen und von Rußland kommen, unterbunden wird zugunsten des direkten Seeverkehrs der russischen Konkurrenzhäfen mit den westdeutschen Häfen?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß durch Abänderung der Ausführungsbestimmungen diese dem Sinn der Befreiungsvorschrift widersprechende schwere Schädigung der ost- und westpreußischen Seehäfen, insbesondere Königsbergs, beseitigt wird?: Bd. 323, Nr. 1303.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4151B. — Beantwortet.

3. Petitionen, betreffend § 3 Absatz 1 Ziffer 3 des Gesetzes über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs (Befreiungsvorschrift für die Beförderung von Gütern zwischen deutschen Nord- und Ostseehäfen).
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468 unter Ie.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Peru. Drohung mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen wegen Versenkung eines peruanischen Segelschiffes: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3811C.

Petitionen.

1. Verzeichnisse der eingegangenen Petitionen: Bd. 315, Nr. 51, 77, 103; Bd. 316, Nr. 125, 150; Bd. 317, Nr. 197, 244, 263, 281; Bd. 318, Nr. 329, 396; Bd. 319, Nr. 417, 446; Bd. 320, Nr. 661; Bd. 321, Nr. 876, 929; Bd. 322, Nr. 1184; Bd. 323, Nr. 1301; Bd. 325, Nr. 1851.

Petitionen (Fortsetzung).

2. Petitionen, welche die Kommission für die Petitionen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet hat:
Bd. 315, Nr. 84.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209D.
Bd. 316, Nr. 124.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 383B.
Bd. 317, Nr. 181.
Bd. 306, 25. Sitz. S. 506C.
Bd. 317, Nr. 212.
Bd. 306, 32. Sitz. S. 713D.
Bd. 318, Nr. 366.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1519C.
Bd. 319, Nr. 492.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2078B.
Bd. 321, Nr. 750.
Nr. 915.
Bd. 309, 97. Sitz. S. 2938D.
Bd. 322, Nr. 1124.
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3611B.
124. Sitz. S. 3996C.
Bd. 324, Nr. 1469.
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4838B.
Bd. 325, Nr. 1806.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6136C.

3. Sonstiges.
Zuständigkeit des Reichstags: Bd. 312, 154. Sitz. S. 4834C.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6136C, D.
Verabschiedung, schnelleres Verfahren: Bd. 312, 154. Sitz. S. 4834D.
Grundanforderungen für Petitionen, die Beachtung finden wollen: Bd. 312, 154. Sitz. S. 4834A, C.

Petitionsrecht. Einschränkung durch die Zensur siehe „Belagerungszustand" unter II 7.

Petroleum. Versorgungsmaßnahmen siehe II 289.

Pfändungsgrenze siehe „Kriegswirtschaft" unter II 248.

Pferde. Aushebung, Verteilung von Beutepferden siehe „Kriegswirtschaft" unter II 291 u. 292 und „Reichsheer" unter 150 u. 34b.

Pferdefleisch, Zollbefreiungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Pferderennen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 293.

Philippi-Prozeß in Wiesbaden siehe „Belagerungszustand" unter II 8.

Photographisches Gewerbe, Petition des Verbandes für Presseillustration u. a., betreffend Berücksichtigung der Zulassung der Illustrationsphotographen zu den Kriegsschauplätzen und Schädigung des Gewerbes durch das Bild- und Filmamt.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3154C.
110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

Fürstl. **Pleßsche** Brachländereien im Kreise Waldenburg in Schlesien, Besichtigung, siehe „Belagerungszustand" unter II 11 f. u. II 12 E b δ.

Polen, Russisch-, siehe „Rußland" unter B, C, D u. J.

Polen, preußische Landesteile.

1. Preußische Politik.
Regelung der Polenfrage nach dem Kriege: Bd. 306, 14. Sitz. S. 239B.

Polen, preußische Landesteile (Fortsetzung).

Preußische Polenpolitik seit Bismarck, Rückblicke: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4041 A.

Antipolnische Staatsraison Deutschlands, Ausnahmebehandlung der Polen: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4073 C ff., 4079 C, 4089 A.

Preußisch-Polen, Zugehörigkeit zu Deutschland, Polemik des Abgeordneten Fehrenbach gegen den Abgeordneten Stychel: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4299 A, 4307 C, 4309 C.

Ausnahmegesetze, Enteignungsgesetz, Aufhebung:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 116 B.
Bd. 309. 84. Sitz. S. 2427 A.
85. Sitz. S. 2453 A ff.
95. Sitz. S. 2833 B, 2840 D, 2854 B, 2857 A, 2866 C.
96. Sitz. S. 2890 C, 2892 A, 2895 D, 2910 D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3404 A.
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4042 C.
145. Sitz. S. 4538 D.

—, Enteignungsgesetz, Charakter als Ausnahmegesetz: Bd. 306, 8. Sitz. S. 109 B.

—, Ausnahmegesetze, Enteignungsmaßnahmen, Ansiedlungsverbot, Subventionen zur Förderung des Deutschtums: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4302 B ff., 4305 B.

Aufhebung der Enteignungs- und Ansiedlungsgesetze, Resolution Bernstein u. Gen., Nr. 690 unter E, siehe „Ausnahmegesetze".

Preußische und deutsche Polenpolitik, Lage der Polen siehe auch:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6195 D.
196. Sitz. S. 6253 B, 6257 C, 6259 C, 6263 A.

2. Kirchliche Zustände, Ordenswesen, Aufhebung des Jesuitengesetzes: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2453 C.

—, Religionsunterricht in polnischer Sprache: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2453 C.

3. Polnische Fraktion, nationalpolnische Aufgaben: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2502 A ff.

—, „Von Anfang des Reichstags eine Delegation der ganzen polnischen Nation" (Korfanty): Bd. 314, 196. Sitz. S. 6255 D.

4. Polnische Presse. Behandlung durch die Zensur, Zeitungsverbote: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1963 C — siehe auch „Belagerungszustand" unter II 12 F.

5. Verfolgung der Polen in Deutschland, Internierung des Dr. Marchlewski in Havelberg: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4287 A.

6. Deutsche Soldaten polnischer Nationalität, Anerkennung ihrer Kriegsleistungen:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4041 C.
131. Sitz. S. 4074 B, 4080 A, 4087 B.

7. Siehe auch „Ausländische Arbeiter", „Vereinsrecht" unter A 1 und „Belagerungszustand" unter II 11 l und II 12 E b.

Polizei.

Einfluß der politischen Polizei auf die Militärbehörden bei Handhabung des Belagerungszustandes: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1949 C. — Siehe im übrigen „Belagerungszustand".

Verleitung Jugendlicher zu Spitzeldiensten gegen Bildungsvereine: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1952 D.

Portefeuille-Industrie siehe „Kriegswirtschaft" unter II 245.

Porto und Gebühren siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XI, XIII.

Portofreiheit siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XI 7, XIII, 4.

Portugal. Krieg mit Deutschland usw. siehe „Krieg" unter I B 13, II E u. VIII 5.

Dr. **Graf v. Posadowsky-Wehner,** Mitglied des Reichstags. Stellung zum preußischen Wahlrecht und zum Standpunkt des preußischen Abgeordnetenhauses und Herrenhauses: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6201 C.

Possehl, Senator in Lübeck. Landesverratsprozeß: Bd. 307, 42. Sitz. S. 938 D, 940 A, 941 B, 942 D, 944 A, 951 A.

Postscheckwesen.

A. Nachweisung über die Anlegung der im Postscheckverkehr aufgekommenen Gelder (Rechnungsjahr 1913): Beilage 1 des Etats für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1915, S. 52 des Etatsentwurfs.
Desgl. (Rechnungsjahr 1914): Beilage 1 zum Etat für 1916, S. 42 des Etatsentwurfs.
Desgl. (Rechnungsjahr 1915): Beilage 1 zum Etat für 1917, S. 34 des Etatsentwurfs.
Desgl. (Rechnungsjahr 1916): Beilage 1 zum Etat für 1918, S. 34 des Etatsentwurfs.

B. Postscheckordnung vom 22. Mai 1914: Bd. 315, Nr. 41.
Postscheckordnung, Aenderung: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 893.
Bekanntmachungen, betreffend Aenderungen der Postscheckverordnung vom 22. Mai 1916 (R.G.Bl. S. 131)
a) vom 31. Oktober 1916 und vom 26. August 1907. (Ueberweisung von Post- und Zahlungsanweisungen und von Beträgen die durch Postauftrag oder Nachnahme eingezogen worden sind und Preise für Zahlkarten): Bd. 321, Nr. 1030,
b) vom 22. Mai 1914 (Einzahlungen durch Zahlkarte, Ueberweisungen, Postaufträge usw.): Bd. 323, Nr. 1282,
c) vom 25. März 1918 (R.G.Bl. S. 150): Bd. 324, Nr. 1448.

C. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914: Bd. 321, Nr. 809.
Erste, zweite u. dritte Beratung: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3298 A.
Gesetz vom 30. 5. 1917, RGBl. S. 469.

D. Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914: Bd. 323, Nr. 1277.
Erste Beratung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4337 B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1402.
Zweite Beratung: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4495 D, 4498 A (Petitionen).
Dritte Beratung: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4498 A.
Gesetz vom 25. 3. 1918, RGBl. S. 149.
Petition der Handelskammer in Cassel um Annahme des Gesetzentwurfs, betreffend Aenderung des Postscheckgesetzes, und um Einführung eines einheitlichen Vordrucks für die Zahlkarte und die Ueberweisungskarte sowie um Vermehrung der Postscheckämter: Bd. 324, Nr. 1402 Ziff. 2a.
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4496 C, 4498 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Postscheckwesen (Fortsetzung).

E. Einzelnes.

1. Einlagen, Hinterlegung von Kriegsanleihe: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4497B.

—, Einlagen, Verzinsung:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 3014A.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4341C, 4342A, C.
144. Sitz. S. 4497B.

—, Petition des Johann Brendow in Duisburg-Ruhrort um Verzinsung der Postscheckeinlagen und Ueberweisung dieser Zinsen an die Kriegswohlfahrtspflege: Bd. 324, Nr. 1402 Ziff. 2b.
Bd. 311, 144. Sitz. S. 4498A. — Ueberweisung als Material.

—, Stammeinlage, Herabsetzung: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4496A.

2. Gebühren. Herabsetzung der Gebühren für Sammelschecks und für den Verkehr der Kontoinhaber mit dem Postscheckamt: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2986D.

Beseitigung der Gebühr für Ueberweisung der Einzahlungen durch Postanweisung auf Postscheckkonto:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4623A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4646D.

Ueberweisungsgebühr, Erhebung bei der Auszahlung oder bei Aushändigung des Scheckbuchs, Behandlung der Steigerungsgebühr:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4339C, 4341C, 4342B.
144. Sitz. S. 4496B.

—, Uebertragung vom Kontoinhaber auf den Einzahler:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4337D, 4338B, 4338C, 4340D, 4341D, 4342B.
144. Sitz. S. 4496A.

3. Portofreiheit für Sendungen zwischen Postscheckkunden und Postscheckämtern: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4497A.

4. Postscheckverkehr, Entwicklung, Förderungsmaßnahmen:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4337C, 4340B.
147. Sitz. S. 4611A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4638B.

—, Propaganda für den Postscheckverkehr: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4496D.

—, Behörden, Forderung stärkeren Anschlußes: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4339A, D, 4340C.

5. Petition des Ernst Heise in Charlottenburg um Errichtung von Postsparkassen mit entsprechendem Scheck- und Ueberweisungsverkehr zur Einschränkung des Bargeldverkehrs.

Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 319, Nr. 501 unter IVa.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Für erledigt erklärt.

F. Postscheckämter.
Vermehrung:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4340A.
Bd. 313, 148. Sitz. S. 4638B, 4647A.

Errichtung eines Postscheckamtes in Bremen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4638B.

Postsperren, Briefsperren siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 13.

Post- und Telegraphenwesen.

Uebersicht.

Arbeiter: VIII.
Arbeiterausschüsse: IX 1.
Arbeitszeit: IX 2.
Aufsichtspersonal: I A.
Bahnpostbeamte: IV 10.
Beamte im allgemeinen, Anstellung, Beförderung usw.: II ff.
Beamte, Besoldungsgesetz siehe „Beamte" unter A.
Beamte, Besoldungsverhältnisse: II ff.
Beamte, Heeresdienst: I A; II.
Beamtenausschüsse: IX 3.
Beamtenorganisationen: IX 4.
Behandlung der Beamten usw.: IX 5.
Bestelldienst: X.
Briefbestellung: X 1.
Briefe, Porto: XI 2; XIII.
Briefgeheimnis: X 2.
Brieftelegramme: X 3.
Briefträger: V.
Diätenordnung: II.
Diebstähle: X 4.
Dienstzeit, Anrechnung auf Besoldungsdienstalter: V.
Drucksachen: XI 3.
Eheschließung: IX 5.
Feldpostwesen: XIII.
Fernsprechgebühren: XI 4.
Fernsprechverkehr: X 5.
Finanzielle Ergebnisse: I A.
Generalkassenbuchhalter: IV 3.
Gesundheitsverhältnisse: IX 5.
Gratifikationen: II.
Handwerker: VIII 3.
Hilfspersonal: VIII.
Höhere Beamte, Anstellung, Besoldung: III.
Kleiderlieferung: IX 8.
Krankenkassen: IX 9.
Kriegsanleihen: X 6.
Kriegsbeihilfen, Teuerungszulagen: II, IV 8, VIII.
Kriegsbeschädigte: VIII 2.
Kriegsbriefmarken: XI 10.
Kriegsgefangene, Postsendungen: XIII 7.
Kriegsjahre, Anrechnung: II.
Kriegsleistungen: I A, XII und XIII.
Kriegswirtschaftliche Maßnahmen: XII.
Lagerverwalter: IV 9.
Leitungsaufseher: V.
Lieferungsverträge: I A.
Lohnverhältnisse: VIII.
Markenhefte: XI 5.
Mittlere Beamte, Anstellung, Besoldung usw.: IV.
Nachnahmeverkehr: XII.
Oberpostdirektoren: III.
Oberpostpraktikanten: III.
Oberpostsekretäre: IV 4.
Ostmarkenzulagen siehe dort.
Paketbestellung: X 7; XIII 3.
Pensionierte Beamte: VI.
Pensionskassen: IX 12.
Personalakten: IX 14.
Personalordnung: I A.
Porto u. Gebühren: XI, XIII.
Portofreiheit: XI 7; XIII 4.
Postadreßbücher: X 7.
Postagenten: IV 8.
Postanweisungen: XI 8; XII.
Post- u. Telegraphenassistenten: IV 6.
Postaushelfer, Postaushelferinnen: VIII.
Postboten: IV 6; V.
Postdirektoren, Postinspektoren: III.
Postfuhrwesen: X 10.
Postgebäude: X 8.
Post- u. Telegraphengehilfinnen: IV 6; VII.
Posthaltereien: X 11.
Posthilfsstelleninhaber: IV 7.
Postillione: V.
Postkarten: XI 9.
Postordnung, Postprotest: XII.
Postreservatrechte: I B.
Postschaffner: V.
Postsekretäre: IV 5.
Postsperren, Briefsperren: X 13.
Postverwalter: IV 6.
Postwertzeichen: XI 10.
Reformen: I A.
Reichsabgabe, außerordentliche: XI 1.
Reichspostamt, Geheime expedierende Sekretäre: IV 2.
Reisekosten: IX 15.
Schalterbeamte: I A.
Sonntagsruhe: IX 2.
Telegrammgebühren: XI 11.
Telegrammverkehr: X 5.
Telegraphenarbeiter: VIII.
Telegraphenbaudienst: IX 16.
Telegraphenmechaniker: V.
Todeserklärung: IX 17.
Ueberstunden: IX 2.
Unterbeamte, Anstellung, Besoldung usw.: V.
Unterstützungsfonds: II.
Urlaub: IX 20.
Verpflegung: IX 21.
Versetzungen: IX 22.
Verwaltung im allgemeinen: I A.
Weibliche Beamte und Angestellte: VII; VIII.
Zeitungsbestellung: X 15.
Zensur siehe „Belagerungszustand" unter II 4.

I. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

A. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Finanzielle Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1915: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1082D, 1090D.

Desgl. für das Jahr 1916: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2977B.

Desgl. für das Jahr 1917: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4610D, 4614B.

—, Ueberschüsse usw., Verwendung:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4614A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4652B.

Organisation der Reichspostverwaltung, Umfang, Geschäftskreis der einzelnen Dienststellen:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4615B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639A.

Post- und Telegraphenwesen. I. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (Fortsetzung).

Reform der Postverwaltung, der Personalordnung, anderweitige Verteilung der Dienstgeschäfte auf die einzelnen Beamtenklassen:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2987 D, 2992 C, 2996 B, 3001 A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4611 D, 4617 C, 4625 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4664 C.

Reformen während des Krieges, Vereinheitlichung des Betriebes, Fortschritte in bezug auf Besoldung, Beamtenrecht usw.: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4627 C ff.

Reformen in sozialer Hinsicht: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3009 A, 3011 B.

Verbilligung des Betriebs durch vermehrte Verwendung technischer Einrichtungen, Ersparung von Personal:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2987 C.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4617 C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4655 B.

Verminderung des Aufsichtspersonals auf großen Telegraphenämtern: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4655 B.

Ersatz der Schalterbeamte durch einfacher vorgebildete weibliche Kräfte: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4756 D.

Leistungen der Post- und Telegraphenverwaltung während des Krieges, Zahl der Beamten der Hilfskräfte; Auszeichnungen von Beamten, und Beamtinnen; Teilnahme der Beamtenschaft am Heeresdienst usw.:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 129 D.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1082 A, 1085 A, C, 1088 C, 1092 A.
49. Sitz. S. 1100 C, 1102 C, 1103 D.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974 D, 2978 A.
99. Sitz. S. 2980 B, 2983 C, 2986 A, 2992 D, 2999 D, 3001 C, 3011 D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4608 B, 4612 D, 4614 D, 4616 B, 4627 C ff., 4635 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4643 C, 4650 C, 4663 B.

—, Verluste im Felde:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2978 A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612 D.

—, Leistungen der Feldpost siehe unter XIII.

Schwierigkeiten infolge Einziehung des männlichen Personals zum Heeresdienst usw., Beschäftigung von Aushilfspersonal:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2975 D.
99. Sitz. S. 2994 B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4614 C.

—, Reklamierung jüngerer Beamten vom Heeresdienst: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3006 D.

Lieferungsverträge, einheitliche grundsätzliche Regelung durch das Reichspostamt: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1087 D.

Einzelnes siehe nachstehend unter X ff.

B. Postreservatrecht Bayerns und Württembergs. Aufrechterhaltung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1453 D.

II. Beamte in allgemeinen, Anstellung, Beförderung, Rang und Titel, Besoldung, Kriegsteuerungszulagen usw. — Siehe hierzu auch nachstehend unter III und IV die einzelnen Beamtenklassen — Dienst- und Rechtsverhältnisse siehe unter IX.

Post- und Telegraphenwesen. II. Beamte im allgemeinen, usw. (Fortsetzung).

Verschlechterung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse infolge des Krieges; Abhilfemaßregeln, Schaffung neuer Stellen usw.:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1082 D, 1085 B, D, 1086 D, 1088 D, 1094 A.
49. Sitz. S. 1106 B, 1109 B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584 D.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2976 D.
99. Sitz. S. 2982 A, 2984 B, 2988 C, 3001 A, 3006 B, 3010 D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4611 D, 4618 A, 4621 D, 4632 D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4645 B.

Rechtzeitige Anstellung aus Gründen der Bevölkerungspolitik: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2386 A.

Schaffung von Beförderungsstellen durch den Etat für 1918:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2977 A.
99. Sitz. S. 3001 A, 3003 A.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4256 C.
147. Sitz. S. 4611 A, 4613 C, 4618 A.

Titel- und Rangveränderungen, Reformen, Durchführung während des Krieges:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4631 A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639 D, 4648 D, 4653 D.

—, Wünsche der höheren und mittleren Beamten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2999 A.

Doppelte Anrechnung der Kriegsjahre bei Festsetzung des Ruhegehalts:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4535 A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4643 B, 4649 A.

Anrechnung der Gefangenenzeit verschleppter Postbeamten als Kriegsjahre:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2995 A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4646 C, 4649 A.

Petition des Wilhelm Nagel in Naumburg, betreffend Einstellung in den Postdienst.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IV c.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Gesetzentwürfe, betreffend Abänderung des Besoldungsgesetzes (Besoldung der höheren Postbeamten usw.), siehe „Beamte" unter A 1.

Besoldung, Festsetzung nach bevölkerungspolitischen Grundsätzen (Kinderzulagen): Bd. 309, 99. Sitz. S. 3012 D.

Besoldung, vierteljährliche Zahlung:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2994 D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4645 A, 4648 D.

Diätenordnung, Tagegelder der diätarisch beschäftigten Beamten, Erhöhung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4632 D.

Kriegsbeihilfen, Teuerungszulagen, Erhöhung für Beamte und Angestellte:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2982 C, 2984 A, 2985 A, 2988 A, 2995 A, B, 3003 B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4615 C, 4619 C, 4625 A, 4629 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639 A, 4646 A, 4650 D.
Siehe auch nachstehend bei den einzelnen Beamtenklassen und „Teuerungszulagen".

Post- und Telegraphenwesen. II. Beamte im allgemeinen, usw. (Fortsetzung).

—, Gleichmäßige Bewilligung an männliche und weibliche Angestellte mit Unterhaltungspflicht gegenüber Angehörigen: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4619 A.

Petition des Walter Gaffke in Leipzig, betreffend Zahlung von Teurungszulagen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 12.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Ostmarkenzulagen siehe dort.

Unterstützungsfonds. Verwendung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2992 A.

Gratifikationen, Zulagen, Verteilung, Verhältnisse bei der Kriegsleitstelle im Haupttelegraphenamt: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4655 D.

III. Höhere Beamte, Anstellung, Beförderung, Besoldung.

Gleichstellung mit den höheren Reichs- und Staatsbeamten, Beförderung von Obersekretären: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2996 C.

Alte Laufbahn, Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612 A, 4614 A, 4630 A.

Aenderung der Besoldung, Abkürzung der Wartezeiten, Einführung einer durchlaufenden Gehaltsskala:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1093 D.
49. Sitz. S. 1101 D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4608 A, 4630 B.
Bd. 319, 148. Sitz. S. 4639 C, 4644 C.

Titel „Präsident" für Oberpostdirektoren: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639 D.

Postdirektoren, Ernennung zu Posträten und Geheimen Posträten: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1096 C.

Postinspektoren, Postassessoren, Umwandlung von Stellen in Vizedirektorenstellen, Aufhebung des Titels „Postinspektor":
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083 A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4630 D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639 D, 4648 A.

Oberpostpraktikanten, Verleihung des Titels „Postinspektor": Bd. 307, 48. Sitz. S. 1096 C.

Postinspektoren, Gewährung von Dienstzulagen für Gehaltseinbußen infolge stockender Beförderung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4630 D.

IV. Mitlere Beamte, Anstellung, Beförderung, Besoldung.

1. Mittlere Beamte im allgemeinen.

Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618 A, 4631 C.
Bd 312, 148. Sitz. S. 4640 A.

Vermehrung der planmäßigen Stellen für technische Beamte:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618 C, 4632 C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4641 B.

Petitionen des Bundes geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, betreffend Einstellung neuer Stellen in den Etat.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 320, Nr. 674 unter III 2.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 D. — Durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt.

Post- und Telegraphenwesen. IV. Mitlere Beamte usw. (Fortsetzung).

Schaffung neuer Beförderungsstellen für mittlere Beamte aus den bisherigen Inspektorenstellen:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2990 B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4611 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4645 C.

2. Reichspostamt. Geheime expedierende Se-Sekretäre.

Besetzung der Stellen für Geheime expedierende Sekretäre im Reichspostamt, Neuschaffung von Betriebsaufsichtsbeamtenstellen: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4631 C.

3. Generalkassenbuchhalter.

Petition des Rechnungsrats Mahnke in Berlin und Genossen, betreffend Gewährung des Gehals der Besoldungsklasse 52 an die Generalkassenbuchhalter unter Wahrung ihres bisherigen Besoldungsdienstalters.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 1.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch Bd. 312, 148. Sitz. S. 4640 A.

4. Oberpostsekretäre.

Beförderungsverhältnisse, Wartezeiten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2989 C.

Beförderung zu Betriebsaufsichtsbeamten, persönliche Wünsche, Tauglichkeit usw.: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4631 C.

Oberpostsekretäre, Postmeister, Verleihung des Titels „Rechnungsrat":
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1097 A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4645 A.

Petitionen des Rechnungsrats Hercher, Oberpostsekretär in Halle (Saale) und Genossen, betreffend Gleichstellung der aus der Kasse ehemaliger Post-Expedienten-Anwärter hervorgegangen Ober-Postsekretäre im Diensteinkommen mit den ehemaligen Posteleven.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III d 1.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 B. — Uebergang zur Tagesordnung.

Gewährung von Stellenzulagen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4644 D.

5. Postsekretäre.

Notwendigkeit einer Stellenvermehrung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4632 D.

Petition des Verbandes mitterer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten in Berlin, betreffend Einstellung einer größeren Zahl von Stellen für Ober-Post- und Ober-Telegraphensekretäre in den Haushalt für 1918.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 7.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Bundes geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung E. V. in Berlin, betreffend Festsetzung eines Gehalts von 2500 bis 5000 Mark für Obersekretäre und von 2000 bis 4500 Mark für Sekretäre.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 2.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Post- und Telegraphenwesen. IV. Mitlere Beamte usw. (Fortsetzung).

6. Post- und Telegraphenassistenten, Oberpost- und Telegraphenassistenten.

Anstellungsverhältnisse; Abkürzung der Wartezeit: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1106B.

Reform der Laufbahn, Schaffung von Beförderungsstellen:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4631D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4640B, 4648B, 4664D.

Aenderung der Fristen für die Verleihung des Titels „Oberassistent" und „Sekretär":
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2990C.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4631B.

Verlängerung der Frist für die Sekretärprüfung:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2991B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4665A.

Petition der Ober-Post- und Telegraphenassistenten-Vereinigung e. V. in Leipzig, betreffend Beförderung der Ober-Post- und Telegraphenassistenten zu Sekretären mit dem Gehalt dieser Klasse.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A IIIb 3.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten in Berlin, betreffend Einstellung von 4000 anstatt 3000 Stellen für Post- und Telegraphenassistenten in den Haushalt für 1918.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A IIIb 8.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676C. — Ueberweisung als Material.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Erhöhung der Bezüge der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten, der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphengehilfinnen und der Postboten, sowie der Vergütungen der Gehilfinnen bei Postämtern III möglichst bald durchzuführen: Bd. 318, Nr. 284 unter II a.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083B, 1086B, 1094D.
49. Sitz. S. 1101D, 1109C, 1112D. — Angenommen.

Anfrage Hubrich (Oberbarnim), Meyer (Herford), Nacken: Der Reichstag hat am 5. März 1914 beschlossen: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Erhöhung der Tagegelder der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten herbeizuführen; ebenso die Bezüge der weiblichen Gehilfinnen bei den Postämtern III, der geforderten Dienstleistung entsprechend, zu erhöhen",
und am 18. Mai 1916 hat er den Beschluß gefaßt: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Erhöhung der Bezüge der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten, der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphengehilfinnen und der Postboten sowie der Vergütungen der Gehilfinnen bei Postämtern III möglichst bald durchzuführen".

Post- und Telegraphenwesen. IV. Mitlere Beamte usw. (Fortsetzung).

Die wirtschaftliche Lage der gering besoldeten diätarisch beschäftigten Beamten, Beamtinnen und Unterbeamten ist infolge der Kriegsteuerung noch erheblich ungünstiger geworden, als sie schon bei Annahme jener Entschließungen war.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob, wann und inwieweit er den vorstehenden Beschlüssen des Reichstags Rechnung zu tragen gedenkt?: Bd. 320, Nr. 585. — Schriftliche Antwort: Nr. 608.

Petition des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten in Berlin, betreffend Erhöhung der Bezüge der nichtetatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III a 1.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Nicht etatsmäßig angestellte Assistenten, Erhöhung des Höchstsatzes der Tagegelder: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2988A, 3006A.

7. Postverwalter, Posthilfsstelleninhaber, Vorsteher der Postämter III. Klasse.

Rechtsstellung, Einrichtung als Beförderungsstellen für Assistenten, Titel:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618B, 4631B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4640B ff, 4645C.

Petition der Postverwalter-Vereinigung E. V. in Essen, betreffend Förderung der Standeswünsche der Postverwalter.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 4.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Joh. Gg. Walch in Unterwied um Erhöhung der Bezüge für Posthilfsstelleninhaber.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 318, Nr. 330 unter III k.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1459D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Erhöhung der Amtskostenvergütung:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2998B, 3001B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4622A, 4634D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4642C.

Gewährung pensionsfähiger Zulagen:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4644D.

Dienstwohnungen: 99. Sitz. S. 2994C.

8. Postagenten.

Erhöhung der Dienstunkostenentschädigung:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2998C, 3001B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618B, 4622A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4642C, 4652C.

Zahlung der Stellvertretungskosten aus der Postkasse bei Einziehung zum Heeresdienst: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2991B, 2998C.

Gewährung von Kriegsbeihilfen:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083D, 1087A, 1089D, 1096A.
49. Sitz. S. 1101B.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2995B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618B.

Resolution siehe „Teuerungszulagen" unter d.

Post- und Telegraphenwesen. IV. Mitlere Beamte usw. (Fortsetzung).

9. Lagerverwalter. Stellenvermehrung, Titeländerung: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4641 B.
10. Bahnpostbeamte. Fahrt- und Ueberlagergebühren, Reform: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4634 D.

V. Unterbeamte, Anstellung, Beförderung, Besoldung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4632 B ff.

Petition des Bundes deutscher Oberpostschaffner E. V. in Berlin, betr Einbeziehung der Unterbeamten der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung in den Entwurf einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter III c 1.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Für erledigt erklärt.
Siehe auch dritte Ergänzung des Besoldungsgesetzes bei „Beamte" unter I A.

Anrechnung der Telegraphenarbeiter- oder Handwerkerdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618 C, 4626 B, 4634 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4641 C, 4645 D, 4655 A, 4666 C.

Anrechnung der als Postaushelfer bei einer Postagentur verbrachten Dienstzeit bei der Anstellung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618 B.

Gehobene Unterbeamte, Gehalt, Dienststellung; Ernennung zu Betriebsassistenten:
Bd. 307, 49 Sitz. S. 1106 D.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 3004 B, 3011 A, 3012 A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4608 A, 4619 B, 4626 A, 4634 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4640 D, 4652 C, 4658 A, 4665 A.

Petition des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten in Berlin, betreffend Beseitigung der Ungleichheiten in der Besoldung der gehobenen unteren Beamten und Einstellung einer Ausgleichszulage in den Haushaltsplan für 1918.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 6.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Bundes deutscher Oberpostschaffner E. V. in Berlin, betreffend Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses der Tarifklasse V an die Unterbeamten in gehobenen Dienststellen bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und Ueberführung dieser bisherigen Unterbeamtenklasse in eine niedere Beamtenklasse.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 5.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Matertal.

Petition des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten in Berlin, betreffend Beseitigung der Härten in der Besoldung der gehobenen Unterbeamten.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III c 2.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 5847 A. — Für erledigt erklärt.

Petition
1. des Verbandes des unteren Post- und Telegraphenbeamten in Berlin;

Post- und Telegraphenwesen. V. Unterbeamte, Anstellung, Beförderung, Besoldung (Fortsetzung).

2. des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker in Berlin, betreffend Anrechnung der Dienstzeit als Telegraphenarbeiter auf das Besoldungsdienstalter.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III a 2 und 3.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Postschaffner, Stellenvermehrung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4613 D.

Landbriefträger und Schaffner, Verschmelzung zu einer Besoldungsklasse:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4634 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4641 A, 4645 D, 4652 C.

Landbriefträger, Postboten, Gehaltserhöhung: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1086 A, 1089 D.

Landbriefträger, Verlust der Paketabtragegelder: Bd. 309, 99. Sitz. 3011 A.

Postboten, Postillione bei den reichseigenen Posthaltereien, Aufbesserung des Einkommens: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4665 B.

Erhöhung der Tagegelder der nicht etatsmäßig angestellten Postboten usw.:
Resolution siehe vorstehend unter IV 6.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083 C, 1086 B, 1094 D.
49. Sitz. S. 1105 D.

Leitungsaufseher, Dienststellung, Besoldung, Aufbesserung, Zuschüsse für Dienstreisen usw.: Bd. 312, 148 Sitz. S. 4641 C, 4652 D, 4666 A, 4668 A.

Telegraphenmechaniker, Verleihung einer Uniform: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1096 B.

Dienstverhältnisse, Arbeitszeit, Urlaub usw. siehe nachstehend unter IX.

VI. Pensionierte, entlassene Beamte.

Erhöhung des Ruhegehalts der im Heeresdienst während des Krieges beschäftigten pensionierten Beamten:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1084 C.
49. Sitz. S. 1109 C.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2999 C.

Petition der Postdirektoren a. D. Armgardt in Hannover, Bäcker in Coblenz und Vigelius in Zahlendorf um Erhöhung ihres Ruhegehalts.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III d 2.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petition des früheren Postboten Paul Böhm in Neuwelzow, betreffend Wiederanstellung im Postdienst.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 316, Nr. 114.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 384 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Siehe auch „Pensionswesen".

VII. Weibliche Beamte.

Leistungen, planmäßige Berufsausbildung, gleiche Behandlung und Besoldung wie die männlichen Beamten:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612 C, 4618 D, 4625 C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4642 A, 4663 A, 4670 D.

Anstellung, unkündbare, der Post- und Telegraphengehilfinnen:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1095 B.

Post- und Telegraphenwesen. VII. Weibliche Beamte (Fortsetzung).

Bd. 309, 99. Sitz. S. 2997 C, 3010 D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4611 D, 4615 D, 4633 D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4645 C.

Dauer des Diätariats; Erhöhung der Bezüge der nicht etatsmäßig angestellten Gehilfinnen (Resolution siehe vorstehend unter IV 6):
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083 B, C, 1086 B, 1094 D.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2982 B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4633 B.
Siehe auch:

Erhöhung der Vergütung der nicht voll beschäftigten Gehilfinnen: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4633 D.

Petition des Verbandes der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen in Berlin um Milderung der Nachteile, welche diejenigen Post- und Telegraphenbeamtinnen erleiden, deren etatsmäßige Anstellung infolge des Krieges verzögert wird.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 318, Nr. 284 unter III a.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1113 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Verbandes der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen, betreffend:
a) Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen,
b) Zahlung des Unterschiedsbetrags zwischen dem früheren und jetzigen Krankengeld für das versicherungspflichtige ständige Personal aus der Reichskasse,
c) Verleihung der Unkündbarkeit,
d) Zahlung einer Leibrente für alle wegen Heirat oder freiwillig aus dem Staatsdienst ausscheidenden weiblichen Beamten und Ueberweisung der Anwartschaft auf Ruhegehaltsanspruch an die Versicherungsanstalt für Angestellte.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 674 unter III 1.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 D.
Zu a: Durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.
Zu b: Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Zu c: Ueberweisung zur Erwägung.
Zu d: Ueberweisung als Material.

Gehilfinnen bei den Postämtern III. Klasse, Gleichstellung hinsichtlich der Vergütung mit den Postgehilfinnen. (Resolution siehe vorstehend unter IV 6):
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083 C, 1086 B, 1094 D.
Siehe auch: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2998 A.
Resolution Hubrich (Oberbarnim), Bruhn, v. Flemming, Meyer (Herford), Nacken, Dr. Quarck, Taubadel zum Postetat für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die vollbeschäftigten Gehilfinnen bei den Postämtern III. Klasse in bezug auf ihr Dienstverhältnis mit den Post- und Telegraphengehilfinnen bei den übrigen Verkehrsämtern gleichzustellen: Bd. 324, Nr. 1474.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4618 D, 4633 B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4641 D, 4642 B, 4649 D, 4653 D, 4662 D, 4665 B, 4670 D, 4671 D. — Angenommen.

Post- und Telegraphenwesen. VII. Weibliche Beamte Fortsetzung).

Vereidigung beim Diensteintritt:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1095 C
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2997 C.

Dienstverhältnisse, Krankenfürsorge, Urlaub siehe nachstehend unter IX.

Postaushelferinnen siehe nachstehend unter VIII.

VIII. Arbeiter, Arbeiterinnen, Hilfspersonal, Postaushelfer, Einstellung und Entlassung, Löhne, Teurungszulagen. — Dienstverhältnisse siehe im übrigen nachstehend unter IX.

Löhne:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 179 C.
19. Sitz. S. 361 D.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1089 B.
49. Sitz. S. 1106 B, 1109 D.

Anrechnung der Versicherungsrente auf den Arbeitslohn: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4667 B.

Kriegsbeihilfen, Teuerungszulagen, Gewährung an Arbeiter und Aushelfer:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612 B, 4618 D, 4627 A;
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4649 A, 4668 B, 4671 C.

1. Hilfsarbeiter, Postaushelfer, -aushelferinnen, Löhne, Erhöhung, Teuerungszulagen:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2983 A, 2984 D, 2998 D, 3000 B, 3003 D, 3005 B, 3008 B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494 B, 3495 C.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612 B, 4615 C, 4618 D, 4626 C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4642 C, 4649 A, 4654 B, 4656 B, 4658 B, 4661 D, 4668 B, 4667 A, 4669 C, 4671 C.

Arbeits- und Lohnverhältnisse, Vereinheitlichung: Bd. 312, 48. Sitz. S. 4662 A. (Verhältnisse in Frankfurt a. M.)

Petition des Kriegsverbandes deutscher Postaushilfsbediensteter (Sitz Dortmund) in Bochum, betreffend Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage und allgemeine Erhöhung der Tagegelder für die Postaushilfsbediensteten.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III a 5.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4976 C. — Ueberweisung zur Tagesordnung.

Petition des Zeichners Paul Fiedlschuster in Großenhain (Sachsen), betreffend Gewährung von Teuerungszulagen an die verheirateten im mittleren Beamtendienst beschäftigten Zivilaushelfer der Reichspost.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 9.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Chr. Keßler in Dresden, betreffend Verbesserung der Lage der Postaushilfsbeamten.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 11.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Post- und Telegraphenwesen. VIII. Arbeiter, Arbeiterinnen, Hilfspersonal, Postaushelfer (Forts.).

Petition der Frau Elly Stiller in Berlin-Pankow und Genossen, betreffend Zahlung von Teuerungszulagen an die Posthilfsarbeiterinnen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III b 10.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung als Material.

Entziehung der Teuerungszulage bei den im Briefträgerdienst beschäftigten Kriegerfrauen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3004 D, 3008 A, C. Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494 C, 3495 C, D. Bd. 312, 148. Sitz. S. 4654 B, 4657 B, 4667 B, 4669 D.

Antrag Albrecht u. Gen. zum Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Kriegerfrauen, die als Aushelferinnen im Dienste der Reichspostbehörde beschäftigt werden, die ihnen am 1. März 1917 entzogene Teuerungszulage wieder gewährt wird: Bd. 321, Nr. 824.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3494 C., 3495 C. — Abgelehnt.

Aushelfer u. Aushelferinnen, Vermeidung von Massenentlassungen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4667 C, 4671 B.

—, Entlassung bei Erkrankungen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4670 B, 4671 B.

Postaushelfer, Wünsche, Verhandlungen mit dem Kriegsverband der Postaushelfer, Ablehnung des Empfangs durch die Verwaltung: Bd. 312, 148. Sitz. 4669 B.

2. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene der Kriegsteilnehmer, Beschäftigung in der Reichspostverwaltung:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1084 D, 1088 A, 1090 B.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2996 D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612 C, 4620 A, 4625 C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4646 C, 4647 D, 4654 A.

—, Ausschluß vom Botendienst: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2982 D, 3009 D, 3011 C.

3. Arbeiter, Telegraphenarbeiter und Handwerker.
Löhne, Erhöhung:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4615 C, 4644 D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4641 D, 4649 C, 4652 D, 4654 C.

Zahlung von Wochenlöhnen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4654 D.

Zulagen für Arbeiten außerhalb des Wohnorts: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4626 C. Bd. 312, 148. Sitz. S. 4647 D.

Petition des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker in Berlin, betreffend anderweite Festsetzung der Löhne sämtlicher im Dienste der Reichs-Post- und -Telegraphenverwaltung stehenden Arbeiter und Handwerker, Neuregelung der für die Dauer des Krieges bewilligten besonderen Zulagen und angemessene Erhöhung der den Familien gewährten Unterstützungen.

Post- und Telegraphenwesen. VIII. Arbeiter, Arbeiterinnen, Hilfspersonal, Postaushelfer (Forts.).

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1385 unter A III a 4.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676 C. — Ueberweisung zur Erwägung.

IX. Gesamtpersonal (Beamte, Arbeiter usw.), Dienst- und Rechtsverhältnisse, Behandlung usw.

1. Arbeiterausschüsse, Aushelferausschüsse, Einrichtung: Bd. 311, 148. Sitz. S. 4662 D.

2. Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter.
Arbeitszeit der Beamten, Neueinteilung, Einführung der ungeteilten täglichen Arbeitszeit: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4646 B, 4649 A, 4670 A.
Dienstzeit und Sonntagsdienst, Einschränkung: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1087 D, 1088 B. Bd. 309, 99. Sitz. S. 3012 B.
Dienstzeit der im Schalterdienst beschäftigten Oberpostschaffner: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1106 D.
Ueberstunden (Beamte), Entschädigung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2992 B.
Sonntagsruhe der Hilfsarbeiter, Postaushelfer: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4627 A.
Gewährung eines freien Wochentags an die im Briefträgerdienste beschäftigten Aushelferinnen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4656 B, 4670 B.
Aushelferinnen, Gewährung von Zeit zum Einkauf von Nahrungsmitteln — ohne Anstellen: Bd. 312, 148. Sitz. S. 467 D.

3. Beamtenausschüsse, Errichtung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4620 B, 4622 B. Bd. 312, 148. Sitz. S. 4643 A, 4653 C, 4658 B.

4. Beamtenorganisationen, Heranziehung durch die Verwaltung zur Vorbereitung von Reformen usw.: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4628 D. Bd. 312, 148. Sitz. S. 4643 A, 4648 A, 4652 D, 4653 C.

5. Dienstverhältnisse im allgemeinen, Behandlung, Gesundheitsverhältnisse usw.
Dienstbetrieb usw. auf einzelnen Postämtern (Berlin C 2, Düsseldorf 1, Leipzig 13), Mißstände: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1107 B. Bd. 312, 148. Sitz. S. 4656 D.
Postamt Schöneberg, Behandlung von Unterbeamten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3007 A.
Haupttelegraphenamt Frankfurt a. M., gesundheitliche Mißstände: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3012 A.
Haupttelegraphenamt in Berlin, Bemängelung der Aufenthaltsräume der Beamtinnen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3002 D.

5. Eheschließung, Familienstand.
Beamte, Förderung der Eheschließung durch frühzeitige Anstellung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2988 D.
Postunterbeamte, Warnung vor Eheschließung vor etatsmäßiger Anstellung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2989 A.
Familienstand (Eheschließung, Kinderzahl) der Postbeamten, Statistisches: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3013 A.

6. Gesundheitsverhältnisse siehe vorstehend unter IX 4.

7. Gratifikationen siehe vorstehend unter II.

8. Kleiderlieferung.
Kleidergeld, Erhöhung: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4619 D, 4622 A, 4634 B. Bd. 312, 148. Sitz. S. 4671 B.

Post- und Telegraphenwesen. IX. Gesamtpersonal (Beamte, Arbeiter usw.), (Fortsetzung).

—, Rückzahlung bei Nichtlieferung von Uniformen: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1108A.
Kleiderkassen, Erhöhung des Reichsbeitrags: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1087C.
Beschaffung von Schuhwerk und Arbeitskleidung für Unterbeamte und Arbeiter: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4666B, 4670C, 4671A.
Dienstkleidung für Telegraphenarbeiter und technische Telegraphenbeamte:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 3012D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4634C.
Verbrauch feldgrauer Uniformen im inneren Postdienst seitens der aus dem Heere ausgeschiedenen Beamten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2991A, 3012D.
Lieferung der Dienstkleidung zu Vertragspreisen während des Krieges, Ersatz des erlittenen Schadens an die Handwerker:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1087D, 1088B.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2985C, 3000D.
Verträge mit den Handwerkervereinigungen über die Lieferung von Dienstkleidung:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1084D, 1087B, 1088B.
49. Sitz. S. 1103C.
—, Berücksichtigung des mittleren und kleineren Gewerbestandes bei der Vergebung von Lieferungen über Dienstkleidung: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4653A, 4661B.

9. Krankenkassen: Krankengeld, Erhöhung für die weiblichen Beamten:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1095D.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2984C, 2991C, 2997A, 3000C.
—, siehe auch unter VII.
10. Kriegsbeihilfen, Teuerungszulagen siehe vorstehend unter II., IV 8 u. VIII.
11. Lebensmittelausschüsse siehe nachstehend unter V 21.
12. Pensionskassen, Errichtung für Telegraphenarbeiter:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4634.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4655B, 4661C, 4666D.
13. Personalakten siehe nachstehend unter IX 14.
14. Rechtsverhältnisse der Beamten.
Rechtsverhältnisse im allgemeinen, Reformen:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4628C, 4634D.
Beseitigung von Härten, Residenzpflicht, Verbot des Einziehens von Wechselschulden usw.:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2990D, 3012C.
Personalakten, Löschung der Vermerke über Ordnungsstrafen:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2995C, 3001A, 3012B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4615A, 4620A, 4622A, 4626A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4642D.
—, siehe auch „Beamte" unter B 7.
15. Reisekosten und Tagegelder bei Dienstreisen, Erhöhung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2992B.
16. Telegrapenbaudienst, Reform: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4666A.
17. Todeserklärung im Kriege vermißter Beamten. Verfahren der Postverwaltung, Gehaltsnachzahlung an Hinterbliebene:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1090B.
49. Sitz. S. 1105A, 1109C.

Post- und Telegraphenwesen. IX. Gesamtpersonal (Beamte, Arbeiter usw.), (Fortsetzung).

18. Umzugskosten siehe nachstehend unter IX 22.
19. Unterstützungsfonds siehe vorstehend unter II.
20. Urlaub.
Beamte, Erholungsurlaub während des Krieges:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2994D, 3001A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4616A.
Erholungsurlaub für Anwärterinnen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2997D.
Erholungsurlaub für Arbeiter und Handwerker:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4615D.
Urlaub für Hilfsarbeiter, Postaushelfer:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4627A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4656A, 4670C.
21. Verpflegung.
Errichtung von Lebensmittelausschüssen; Zusatzkarten:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4628D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4646A, 4651C.
Brotration der Beamten und Angestellten, Schwerarbeiterzulage: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2985B, 3000D.
Verpflegungsgelder für das Fahrpersonal: Bd. 309, 99. Sitz. S 2998D.
22. Versetzungen.
Versetzungen verheirateter, nicht etatsmäßiger Beamten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2989A, 3006B.
Versetzungen aus Elsaß-Lothringen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2982A.
Petition des Telegraphenassistenten Oskar Klug in Leipzig-Schleußig, betreffend Aushändigung von Verfügungen der Ober-Postdirektion in Leipzig über seine Versetzung usw.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. IV D.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Umzugskosten, Erstattung der tatsächlichen Ausgaben:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 3002D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4652C, 4661B.
23. Wohnungsfürsorge der Reichs-Postverwaltung, Bautätigkeit:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1082C.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2977C.
99. Sitz. S. 2984C, 3012C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4648D.

X. Betrieb und Verwaltung, Bestelldienst.
1. Briefbestellung.
Briefverkehr, Entleerung der Kästen, Sperrung durch militärische Maßnahmen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2981C (Halle a. S.), 3004A.
Einführung zweimaliger Briefbestellung täglich: Bd. 306, 14. Sitz. S. 4670B.
Beschleunigung der Bestellung durch Anbringung von Hausbriefkästen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2987A.
Petition, betreffend Einführung von Postbriefbestellkasten.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1507.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5539B. — Ueberweisung als Material.
Briefmarken siehe nachstehend unter XI 10.
2. Briefgeheimnis.
Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1916:

Post- und Telegraphenwesen. X. Betrieb und Verwaltung, Bestelldienst (Fortsetzung).

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß das Briefgeheimnis gewahrt wird und die Reichsbehörden angewiesen werden, auf Verletzung des Briefgeheimnisses gerichteten Ersuchen von Militärbefehlshabern keine Folge zu leisten: Bd. 318, Nr. 296.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1090C.
49. Sitz. S. 1104A, 1108D, 1110B, 1113A. — Abgelehnt.

Auskunfterteilung der Postbehörden über Briefe, Fernsprech- und Telegrammverkehr an die Militärbefehlshaber (Außerkraftsetzung des § 5 des Reichspostgesetzes auf Grund des § 4 des preußischen Belagerungsgesetzes), Urteil des Reichsgerichts:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3378A.
Bd. 312, 149. Sitz. S. 4673Dff.
Ferner:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235C, 1244A, 1254C.
54. Sitz. S. 1264C, 1275B, 1283B.
55. Sitz. S. 1304A.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1949B, 1952A,
Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 4.

3. Briefstelegramme für die Presse, Einführung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2981C.
4. Diebstähle an Postsendungen, auch Feldpostsendungen:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2980D, 2988B, 2993C.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4610B, 4615D, 4616D, 4620C, 4623A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4638A, 4643D, 4651C, 4657A, 4661C.
—, Entschädigung, Ersatzkosten für verloren gegangene Pakete:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4610C, 4617A, 4620C, 4621B, 4623B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4638B, 4643D, 4648C, 4051C, 4665C.
—, siehe auch unter X 7.
5. Fernsprech- und Telegrammverkehr. — Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 4.
Verlangsamung, unnötige Belastung durch das Heer, die Kriegsgesellschaften usw.:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2976C.
99. Sitz. S. 2981D, 2985B, 2999B, 3000A, 3001D.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4609B, 4610D, 4616C, 4623D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4637D, 4648C, 4651D.
Anfrage Leube: Ferngespräche zwischen Großstädten sind schon seit langer Zeit nur nach 5- bis 10stündigem Warten, und dann oft auch noch nicht mal zu bekommen. — Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese Unterbindung des sowieso schon genug bedrängten kaufmännischen Verkehrs nicht von militärischer Seite herbeigeführt ist, sondern hauptsächlich von den Kriegsgesellschaften, die die Fernleitungen in übertriebener Weise für sich in Anspruch nehmen?
Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem in Bayern kürzlich schon eingeschränkten Mißbrauch entgegenzutreten?: Bd. 322, Nr. 1198.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3993D. — Beantwortet.

Post- und Telegraphenwesen. X. Betrieb und Verwaltung, Bestelldienst (Fortsetzung).

Telephonsperre im Operationsgebiet, Gewährung von Ausnahmen usw.: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4663D.
Fernsprechverkehr Wien—Berlin, Hemmungen:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4624A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4647C.
Störung durch Witterungseinflüsse: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4609C, 4615A.
Ausbau, Unterhaltung der Anlagen, Kosten: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4610D, 4613B.

6. Kriegsanleihe. Schwierigkeiten auf den Postämtern bei Aushändigung der Zeichnungsscheine: Bd. 309, 99. Sitz. 3002B.
7. Paketbestellung.
Paketverkehr, Einschränkung: Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 556.
Ausschluß der Einschreibepakete:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2976D.
99. Sitz. S. 2980C, 2985A, 2994A, 3000A, 3002A.
—, Aufhebung der Sperre für Einschreibepakete.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4610B, 4617B, 4623C.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4644B, 4647B.
Einstellung des Paketverkehrs nach Mülhausen (Elsaß):
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4623D.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4647C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5845D.
Mängel der Bestellung in Schöneberg und Friedenau, Verzögerung der Benachrichtigung der Empfänger: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3003C.
Verlust von Paketsendungen, Schadensersatz.
Anfrage Schulz (Erfurt): Nach den vom Kriegsministerium erlassenen Vorschriften über den Privatpaket- und Privatgüterverkehr bei den Miltärpaketdepots wird eine Haftung für den Verlust oder Beschädigung von Privatsendungen nach oder vom Feldheer, die über die Militär-(Sammel-)Paketämter gegangen sind, nicht übernommen. Nach einem zu meiner Kenntnis gelangten Falle entzieht sich die Post unter Berufung auf diese kriegsministerielle Vorschrift auch dann der Schadensersatzpflicht, wenn das Paket nachgewiesenermaßen innerhalb des Deutschen Reiches verloren gegangen ist.
Ist dem Herrn Reichskanzler diese ungerechtfertigte Zurücksetzung heeresdienstpflichtiger Staatsbürger bekannt? Was gedenkt er dagegen zu tun?: Bd. 322, Nr. 1162.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1235.
Anfrage Astor: Aus allen Kreisen der Bevölkerung, namentlich aber aus der Handelswelt, werden fortwährend Klagen darüber laut, daß die Schadensersatzleistung im Betrage von drei Mark pro Pfund, wie sie die Post nach § 9 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 im Höchstfalle für verloren gegangene Pakete gewährt, durchaus unzureichend ist. In Anbetracht der großen Verkehrsunsicherheit ist eine Erhöhung des Entschädigungssatzes als Kriegsmaßnahme dringend geboten.

Post- und Telegraphenwesen. X. Betrieb und Verwaltung, Bestelldienst (Fortsetzung).

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Aenderung der bestehenden Bestimmung alsbald herbeizuführen?: Bd. 323, Nr. 1265.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1999.
Petition, betreffend Erhöhung des Schadensersatzes im Falle des Verlustes oder der Beschädigung eines Postpakets.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II 5.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.
Siehe auch unter X 4.
Untersuchung von Paketen:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2994C, 3000D.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5122A.
Anfrage Carstens: In letzter Zeit hat in vielen Kaiserlichen Postämtern eine zwangsweise Durchsuchung von Paketen in den Schalterräumen stattgefunden.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um einer derartigen Verletzung des Postgeheimnisses entgegenzuwirken: Bd. 325, Nr. 1900.
Schriftliche Antwort: Bd. 335, Nr. 1953.
Paketbeförderung mit der Straßenbahn:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4609D, 4615A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4652A, 4661A.
Beibehaltung der im Feldpostverkehr zugelassenen Päckchen nach dem Kriege: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3014A.
Pakete mit leichtverderblichem Inhalt, Versteigerungen bei Nichtauffindung des Empfängers: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2994A.
Feldpostpaketverkehr siehe nachstehend unter XIII 3.

8. Postadreßbücher, einheitliche, für Telegramm-, Fernsprech- und Postscheckverkehr: Bd. 311, 144 Sitz. S. 4497C.

9. Postanstalten, Postämter, Baulichkeiten usw.
Postämter I. Kl., Umwandlung in solche II. Kl.: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4615C.
Ausführung notwendiger Neubauten: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612D.
Ankauf ermieteter, auf Veranlassung der Verwaltung erbauter Postgebäude: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676A.
Ungenügende Raumverhältnisse des Postamts Berlin 36: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3007C.
Ausbau des Hauptpostamts in Essen: Bd. 311, 98. Sitz. S. 2977C.

10. Postfuhrwesen, Verbesserung, Verwendung von Kraftwagen: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4612D, 4615A.
Siehe auch vorstehend unter X 7 (Pakete).

11. Postgebäude siehe unter X 8.

12. Posthaltereien.
Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben der reichseigenen Posthaltereien in Berlin, Cöln und Düsseldorf für das Rechnungsjahr 1915: Beilage 2 zum Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für 1915, S. 54 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1916: Beilage 2 zum Etat für 1916, S. 44 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1917: Beilage 2 zum Etat für 1917, S. 36 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1918: Beilage 2 zum Etat für 1918, S. 36 des Etatsentwurfs.

Post- und Telegraphenwesen. X. Betrieb und Verwaltung, Bestelldienst (Fortsetzung).

13. Postsperren, Briefsperren usw.
Bekanntgabe an die Absender:
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3378A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4663C, 4664A, 4671A.
Postverkehr (Pakete, Briefe, Telegramme) im Operations- und Etappengebiet, Erschwerung in Elsaß-Lothringen infolge des Kriegszustandes; Tätigkeit der Postüberwachungsstellen:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4623D.
Bd. 313, 148. Sitz. S. 4647C, 4658B, 4661C, 4663C ff.
Betrieb in Baden, Telephonsperre, Postsperre: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4663C.
Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 3.

14. Telegrammverkehr siehe vorstehendes unter X 5.

15. Zeitungsbestellung, Bemängelung: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4652B.
Verkehr zwischen dem Hauptpostamt und den Nebenämtern: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3002C.

XI. Porto und Gebühren.

1. Außerordentliche Reichsabgabe.
a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe: Bd. 317, Nr. 222.
Anlagen des Entwurfs:
1. Uebersicht der für Feldpostsendungen in Privatangelegenheiten der Angehörigen des Heeres und der Kaiserlichen Marine geltenden Portovergünstigungen: S. 11.
2. Uebersicht der Einnahmen der Reichs-Postverwaltung sowie der Postverwaltungen in Bayern und Württemberg aus dem Rechnungsjahre 1913: S. 12.
3. Statistische Angaben über den Post- und Telegraphenverkehr des Reichs-Postgebiets, Bayerns und Württembergs nach Orten des Deutschen Reichs 1913: S. 13.
4. Gegenüberstellung der jetzigen und der künftigen Gebühren im Post- und Telegraphenverkehr innerhalb des Reichs-Postgebiets, im Verkehr zwischen dem Reichs-Postgebiet und Bayern und Württemberg sowie zwischen Bayern und Württemberg: S. 14.
Erste Beratung:
Bd. 306, 34. Sitz. S. 767C, 773B.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 778A, 788A, 796A, 805D.
36. Sitz. S. 809C, 813A, 824D, 828A, 829B.
Ber. d. 11. Ausch.: Bd. 318, Nr. 316.
Zweite Beratung: Ab. Antr.: Bd. 318, Nr. 327, 336.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1443C.
Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1507D.
Gesetz v. 21. 6. 1916, RGBl. S. 577.
Ferner: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1343B, 1344C, 1353C, 1360C, 1363A, 1365A, 1373A.
Resolutionen: Bd. 318, Nr. 316 unter 2, Nr. 340.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 316 unter 3.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1455B.
59. Sitz. S. 1507D.
b) Gesetz, betr. Abänderung des Gesetzes, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 577),

Post- und Telegraphenwesen. XI. Porto u. Gebühren (Fortsetzung).

— Antrag des Haushalt-Ausschusses: Nr. 674 unter II; hierzu Ab. Antr. Meyer (Herford): Bd. 321, Nr. 771.

Erste Beratung:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C.
99. Sitz. S. 2080B.

Zweite Beratung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3014C.
Dritte Beratung: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3014D.
Angenommen in der Fassung des Ab. Antr.: Bd. 321, Nr. 771.
Gesetz v. 18. 6. 1916, RGB. S. 551.

c) Reichsabgabe, Erhöhung, Gebühren, finanzieller Ertrag; Wirkung auf die Porto- und Gebühreneinnahme:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2977B.
99. Sitz. S. 2981A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4614C, 4622D.

d) Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 577): Bd. 324, Nr. 1462.
Anlagen des Entwurfs:
1. Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe. Vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 577): S. 12.
2. Statistische Angaben über den Post- und Telegraphenverkehr des Reichs-Postgebiets, Bayerns und Württembergs nach Orten des Deutschen Reichs 1913: S. 15.
3. Gegenüberstellung der vor und nach Einführung der Reichsabgabe von 1916 geltenden und der in Aussicht genommenen Gebühren im Post- und Telegraphenverkehr innerhalb des Reichs-Postgebiets, im Verkehr zwischen Reichs-Postgebiet und Bayern und Württemberg, sowie zwischen Bayern und Württemberg: S. 16.
4. Schätzung des Ertrags aus der neuen Reichsabgabe im Reichs-Postgebiete nach dem Ergebnis des Post- und Telegraphenverkehrs im Kalenderjahr 1913: S. 21.

Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732D; siehe insbesondere: S. 4740A, 4744A, 4750C, 4756D.
152. Sitz. S. 4760C; siehe insbesondere: S. 4779B, 4782B.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1723.

Zweite Beratung: Antr.: Bd. 325, Nr. 1756.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 6003B.

Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129C.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGB. S. 975.

Petitionen: Bd. 325, Nr. 1723 S. 12 unter 2.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 6006B.
190. Sitz. S. 6129C. — Für erledigt erklärt.

Weitere Erhöhung, Gründe, Erhöhung der Postausgaben, die Post als Verkehrsinstitut, fiskalischer Charakter:
Bd. 325, Nr. 1723, S. 2ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4740A, 4744A, 4750C, 4756D.
152. Sitz. S. 4779B, 4782B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 6003B, 6005B.
Verwendung des Ertrages zur Deckung der Kriegsschuld: Bd. 313, 187. Sitz. S. 6004B.

Post- und Telegraphenwesen. XI. Porto u. Gebühren (Fortsetzung).

2. Briefe. Reichsabgabe siehe vorstehend unter XI 1.
Porto im Orts- und Nachbarortsverkehr, Erhöhung:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 796B.
49. Sitz. S. 1100D.
Bd. 325, Nr. 1723, S. 2, 3 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 6005A.
Briefbestellung siehe vorstehend unter X 1.
Briefmarken siehe vorstehend unter XI 10.

3. Drucksachen. Porto für Zeitschriften, Sonntagszeitungen: Bd. 307, 36. Sitz. S. 828B.

4. Fernsprechgebühren. Reichsabgabe siehe vorstehend unter 1.
Petition des Verleger-Vereins „Lokalpresse", Sitz Wattenscheid, betreffend Herabsetzung der Fernsprechgebühren für die Presse.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 674 unter III 3.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Anlagegebühren auf dem Lande: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4638D.

5. Markenhefte, Bemängelung: Bd. 309. 99. Sitz. S. 2981A.

6. Pakete. Reichsabgabe siehe vorstehend unter XI 1.
Erhöhung des Portos: Bd. 307, 35. Sitz. S. 796B.
Paketbestellung siehe vorsteheud unter X 7.

7. Portofreiheiten.
Portofreiheit der Landesfürsten, Aufhebung: Bd. 318, Nr. 316 S. 6, 11, Nr. 327, 336.
Resolution Kopsch, Hubrich (Oberbarnim) zum Gesetzentwurf, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Bestimmungen über die Befreiung der regierenden Fürsten in den Staaten des Deutschen Reichs sowie der Gemahlinnen und Witwen dieser Fürsten von Porto-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren aufgehoben werden: Nr. 340.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1445C, 1448C, 1450A, 1451B, 1452A, 1453B. — Angenommen.
Siehe auch:
Bd. 309, 99. Sitz. S. 2981B, 3009C, D, 3010C, 3011C.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4624C;
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4665C.
Portofreiheit der Landesfürsten, Beseitigung: Bd. 324, Nr. 1723 S. 5, 9 u. Antrag Albrecht u. Gen.: Bd. 324, Nr. 1756.
Bd. 312, 187. Sitz. S. 6004C, 6005C, 6006C.
Mißbrauch der Portofreiheit durch Hofangestellte usw.: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1448C, 1450C, 1451D.
Benutzung der Portofreiheit des Großherzogs von Oldenburg im Interesse des Deutschen Schulschiffsvereins: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3009D.
Einführung für Pakete mit Blindenschriften: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2999A, 3001C.
Mißbrauch der Gebührenfreiheit von Diensttelegrammen für private Angelegenheiten: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1448C.
Portofreiheit für Feldpost siehe unter X III.

Post- und Telegraphenwesen. XI. Porto u. Gebühren (Fortsetzung).

8. Postanweisungen, Erhöhung der Gebühren: Bd. 313, 187. Sitz. S. 6003D.
9. Postkarten.
Reichsabgabe siehe vorstehend unter 1.
$7^1/_2$ Pfennig-Postkarten, schlechtes Papier: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2981A.
10. Postwertzeichen.
Resolution des 11. Ausschusses zum Gesetzentwurf, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, geeignete Schritte zu tun, um baldmöglichst die Einführung einheitlicher Postwertzeichen für das ganze Reich zu erreichen: Bd. 318, Nr. 316 unter 2 (S. 6, 12).
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1446A, 1447D, 1453D. — Angenommen.
Petitionen, betreffend Zulassung des Verkaufs von Postwertzeichen mit Preisaufschlag.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1817 Ziff. IV h.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Farbe der 15 Pfennig-Marke: Bd 309, 99. Sitz. S. 2999A.
Halbpfennigrechnerei: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2981C.
Petition, betreffend Einführung einer Meß-Reichspostmarke.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IVc.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Kriegsbriefmarken.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Herstellung von Kriegsbriefmarken anzuordnen: Bd. 316, Nr. 139 unter c.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 382D. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 307, 36. Sitz. S. 813B.
48. Sitz. S. 1091B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1585A.
Petition des Unteroffiziers der Reserve J. Mayer, zurzeit im Felde, zur Beschaffung von Mitteln für die Invalidenfürsorge Feldpostmarken für Briefe nach der Heimat auszugeben.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 65 unter IIB 1.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 130A. — Ueberweisung als Material.
11. Telegrammgebühren. Reichsabgabe siehe vorstehend unter XI 1.
Erhöhung: Bd. 307, 35. Sitz. S. 796C.
Reichsabgabe von den Telegrammgebühren, Abrundung: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974C.
Befreiung der Pressetelegramme nach Oesterreich-Ungarn von der Reichsabgabe: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2981C, 3000C, 3010B.

XII. Kriegswirtschaftliche Maßnahmen, besondere. — Außerordentliche Reichsabgabe siehe unter XI.
Entschädigungsansprüche bei Diebstählen von Postsendungen, Verlusten von Paketen siehe unter X 4 und 7.
Feldpostwesen siehe unter XIII.

Post- und Telegraphenwesen. XII. Kriegswirtschaftliche Maßnahmen, besondere (Fortsetzung).

Fernsprech- und Telegrammverkehr, Hemmungen siehe unter X 5.
Nachnahmeverkehr mit Oesterreich-Ungarn.
Anfrage Dietz (Hamburg): Vor kurzem hat die Kaiserliche Postverwaltung angeordnet, daß Postnachnahmesendungen nach Oesterreich-Ungarn nicht mehr zulässig seien.
Ist der Herr Reichskanzler gewillt, diese Maßregel, die den Verkehr der deutschen Geschäftswelt außerordentlich erschwert, in allernächster Zeit wieder aufzuheben?: Bd. 325, Nr. 1919.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1931.
Nachnahmeverkehr nach dem Auslande siehe „Kriegswirtschaft" unter II 29.
Personalfragen, Einstellung von Hilfskräften, Leistungen der Post während des Krieges siehe unter I, IV, VI und VIII.
Postanweisungen, Zahlkarten, Kreditbriefe: Bd 326, Nr. 1612 Anhang a 894.
Postordnung. Postprotest:
Bd. 315, Nr. 72 Anhang k.
Nr. 86 Anhang a 7.
Bd. 316, Nr. 106 Anhang a 9, a 40.
Nr. 146 Anhang a 91, 94.
Bd. 318, Nr. 283 Anhang a 215.
Nr. 402 Anhang a 298.
Postversand von Lebensmitteln siehe „Kriegswirtschaft" unter II 61c, 192, 241g.
Sperre, Einschränkungen in der Bestellung, im Paketverkehr, Ausschluß der Einschreibgebühr siehe unter X 1, 7 und 13.

XIII. Feldpostwesen.
1. Verwaltung, Betrieb.
Tätigkeit der Feldpost, Umfang, Leistungen der Beamten, Statistisches:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1081B, 1091C.
49. Sitz. S. 1100A.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2974D, 2975C.
99. Sitz. S. 2993A.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4608C, 4614D.
Mitwirkung der Reichspostverwaltung beim Feldpaketverkehr, Leistungen: Bd. 311, 147. Sitz. S. 4609A.
Anerkennung der Leistungen der Telegraphenarbeiter im Felde: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1092A.
Militärpostdirektoren, Aufbesserung ihres Gehalts: Bd. 312, 148. Sitz. S. 4639C.
Versetzung der kriegsverwendungsfähigen Etappentelegraphenbeamten in den Mannschaftsstand: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1091D.
2. Feldpostbriefe, Gewichtserhöhung: Bd. 315, Nr. 44 S. 27.
—, Kontrolle: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3001D.
Briefzensur bei den Truppenteilen siehe „Reichsheer" unter 31.
3. Paketverkehr, Erweiterung: Bd. 315, Nr. 44 S. 27.
Paketverkehr aus dem Felde: Bd. 322, Nr. 1214 S. 160.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die Postbeförderungsgebühren für Soldatenpakete in die Operations- und Etappengebiete — bis zu 500 Gramm — herabgesetzt oder aber, bei Belassung der bisherigen Beförderungs-

Post- und Telegraphenwesen. XIII. Feldpostwesen (Forts.).
gebühren, die Gewichtsgrenze für diese Pakete erhöht werden kann: Bd. 317, Nr. 191. Bd. 306, 31. Sitz. S. 708B. — Angenommen.
Ferner: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1102D.
siehe auch:
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1090C.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2975D.
Petition des W. Kreitz in Elberfeld, betreffend Portoermäßigung für Feldpostpaketchen.
Mündl. Ber. d. Hauptausschs.: Bd. 320, Nr. 674 unter III 3.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Feldpostpakete ins Feld, Beibehaltung: 101. Sitz. S. 3081C, 3085C.
4. Portofreiheit, Einschränkung:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4617B, 4621D, 4624B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4670A.
Einschränkung für Offiziere usw. in der Heimat: Bd. 307, 48. Sitz. S. 1091B.
Anfrage Dr. Doormann, Weinhausen: Nachdem den zum Dienst an den deutschen Schulen in Lodz berufenen reichsdeutschen Lehrern das Feldpostrecht entzogen worden ist, unterliegt ihr privater Postverkehr den Beschränkungen, Erschwerungen und Verzögerungen der Zensuraufsicht. Dadurch fühlen sich die deutschen Lehrer gegenüber anderen Beamten und Angestellten der Behörden im besetzten Polen beschwert.
Ist der Herr Reichskanzler über diese Sachlage unterrichtet und bereit, durch Wiedergewährung des Feldpostrechts an die reichsdeutschen Mitglieder der Lehrerschaft die als Zurücksetzung empfundene Ungleichheit zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1667.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5639B. — Beantwortet.
Ferner: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5230C.
5. Postsperren, Bekanntgabe an Absender: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2993C, 3000D.
6. Zulassung des bargeldlosen Verkehrs aus dem Felde in die Heimat: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2975D.
7. Postsendungen an feindliche Kriegsgefangene, Bearbeitung, Umfang:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2975B.
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4608D.
—, siehe auch „Kriegsgefangene" unter IA, III E.

Prager, Paul, Lynchmord an dem Bergarbeiter Paul Prager in Amerika, siehe „Krieg" unter X.

Präsenzstärke siehe „Reichsheer" unter 153.

Preise siehe Kriegswirtschaft" unter II 172 u. 297.

Presse. — Siehe auch „Nachrichtendienst, amtlicher".
Wert der Presse für die auswärtige Politik, Aufklärung des Auslandes; Anstellung von Preßattachés bei den Botschaften: Bd. 306, 32. Sitz. S. 736C.
Einschätzung der öffentlichen Meinung Deutschlands im Auslande: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1822A.
Verbreitung falscher Urteile über die politischen Einrichtungen Deutschlands; Wirkung im Auslande:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2862B;
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3427C, 3430D, 3433C.
110. Sitz. S. 3436D, 3444D.

Presse (Fortsetzung).
Irreführung der öffentlichen Meinung über das wahre Wesen Deutschlands durch die plutokratisch-internationale Presse:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3734D.
124. Sitz. S. 3791A.
Petition, betr. Bestrafung der Urheber von Lügen und Verleumdungen des deutschen Volkes in der ausländischen Presse.
Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 543.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155B. — Uebergang zur Tagesordnung.
Kriegsnachrichten, Uebermittlung an die Presse, siehe „Reichsheer" unter 101; siehe auch „Kriegsberichterstatter".
Offiziöse Presse. Stellung während des Krieges; tendenziöse persönliche Zuspitzung gegenüber sachlichen Meinungsäußerungen, Zulassung der Verunglimpfung verdienter Persönlichkeiten: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1924C, 1927D.
Provinzpresse, Bedeutung: Bd. 306, 32. Sitz. S. 745C.
Behandlung der Presse durch die Regierung; Bevorzugung der neutralen und demokratischen Presse:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 877A.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1943B.
Bevorzugung der ausländischen Presse: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235A.
Stellung der Presse im öffentlichen Leben; Bedeutung für die Volksvertretung: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1913D.
Reichstagsberichte. Durchsicht und Kürzung eines Presseberichts des Wolffschen Telegraphischen Bureaus über eine Reichstagssitzung (8. April 1916) durch Abgeordnete; Beeinflussung der Presse: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1047B, 1052A, 1054A, 1057B, 1059A, 1060D.
Mithilfe bei der Bekämpfung von Mißständen im Heere durch den Reichstag: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5398D.
Verteilung der „Verhandlungen des Reichstags" auf mehrere Blätter in den Zeitungen: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2647B, 2648A, C, 2649A.
—, Abstandnahme von der Veröffentlichung einer Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich in fünf großen Berliner Zeitungen angeblich wegen Papiernot:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2646Bff. (Geschäftsordnungsdebatte).
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3355C.
Stellung der Presse während des Belagerungszustandes: Bd. 306, 8. Sitz. S. 97D.
Zensur siehe „Belagerungszustand" unter II 12.
Sonntagsblätter, Gewährung der Reichsbeihilfe: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3153B.
Papiernot siehe „Kriegswirtschaft" unter II 285 u. 432.

Preßfreiheit, Pressegesetz.
Beschränkung. Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 7. August 1914 über den Abdruck von Artikeln aus der „Neuen Korrespondenz": Bd. 306, 32. Sitz. S. 719A, 732C.
— Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 19. April 1915 über den Abdruck von Artikeln einer amtlichen Korrespondenz in den Kreisblättern:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 709D.
32. Sitz. S. 719B, 732D, 733C, 745C.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Preßfreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken: Bd. 317, Nr. 269 unter 1a.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 709D.
32. Sitz. S. 716A, 732C, 755D, 761B. — Angenommen.

Preßfreiheit, Pressegesetz (Fortsetzung).

Druckschriftenverbreitung (Flugblätter) ohne Kennzeichnung des Verlegers und des Druckers: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2681 B.

Preußen.

1. Stellung zum Reich:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2855 D.
96. Sitz. S. 2904 A, 2911 B, 2916 B.
2. Einkommensteuer. Berechnung des landwirtschaftlichen Reinertrags, Aenderung der Grundlagen: Bd. 306, 29. Sitz. S. 602 D. — Siehe auch „Steuern".
3. Säuglingsfürsorge. Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und Vermehrung der Geburten: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1192 C, 1196 B.
4. Verwaltung, Verdienste während des Krieges: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2860 C, 2861 A.
Selbstverwaltung, Bemänglungen: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2913 B.
5. Wahlrecht. Reform:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 793 A.
39. Sitz. S. 860 B.
40. Sitz. S. 872 B, D, 884 C, 893 A.
83. Sitz. S. 2392 B, 2404 B.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2420 B.
85. Sitz. S. 2478 B.
86. Sitz. S. 2487 D, 2505 C.
—, Reform, Osterbotschaft des Königs:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2832 C, 2841 D, 2847 A, 2855 D, 2857 D, 2859 B, 2866 C.
96. Sitz. S. 2887 D, 2890 A, 2903 B, 2904 A, 2906 B, 2907 A, 2912 B, 2914 B, 2915 C, 2920 C, 2927 C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3425 B, 3428 B, 3431 C.
110. Sitz. S. 3440 B, 3446 C.
116. Sitz. S. 3572 D, 3574 D, 3577 D, 3582 A, 3586 D.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5626 C.
181. Sitz. S. 5868 B, 5692 B.
182. Sitz. S. 5709 B.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6157 D, 6159 C, 6162 C.
—, Reformvorlage als deutsche Angelegenheit, Behandlung im Landtage, Stellung der Konservativen, Botschaft des Kaisers vom 11. 7. 1917:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3948 B, 3950 D, 3951 D, 3953 B, 3963 A.
133. Sitz. S. 4144 C.
134. Sitz. S. 4161 A, 4170 C, 4177 D, 4179 D.
135. Sitz. S. 4188 B, 4195 D ff., 4230 B.
136. Sitz. S. 4241 A ff., 4263 D, 4269 C ff.
137. Sitz. S. 4293 A.
—, Stellung des Zentrums zur Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, Entschließungen des Rheinischen Bauernvereins: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4264 A.
6. Wohnungswesen. Gesetzgeberische Maßnahmen:
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1206 B, 1207 A, 1211 D, 1212 B, 1215 B, 1217 D.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5054 B.

Privatangestellte. — Siehe auch „Hilfsdienst, vaterländischer" unter B 3, 4 d und 6.

1. Angestelltenausschüsse, Bedeutung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4874 A, 4878 D.

Privatangestellte (Fortsetzung).

2. Angestelltenkammern, Schaffung, Einbeziehung in das Arbeitskammergesetz:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4852 A, 4855 C, 4858 A, 4865 D.
156. Sitz. S. 4871 D, 4874 A, 4879 C.
—, Privatangestellte in gewerblichen Betrieben. Angestellte der Rechtsanwälte und Notare, Frage ihrer Zugehörigkeit zu den Angestelltenkammern:
Bd. 312, 155. Sitz. S. 4861 B.
156. Sitz. S. 4874 C.
—, Selbständige Abteilungen in der Arbeitskammer; Bildung, Wahlverfahren: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4880 C.
3. Arbeitszeit.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, durch die angeordnet wird, daß die Arbeitszeit in den Bureaus der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Prozeßagenten, Patentanwälte, Patentagenten, Rechtskonsulenten, Konkursverwalter, Bücherrevisoren, Auskunfteien, Versicherungsgesellschaften und -Agenturen, Zeitungsunternehmungen, der Versicherungsträger der Reichs- und Angestelltenversicherung, der Innungen, Handels-, Handwerker-, Gewerbe-, Landwirtschafts-, Aerzte-, Anwalts- und sonstiger Kammern, gemeinnütziger und anderer Vereine sowie in Vermietungskontoren und Adressenbureaus eine Stunde vor der örtlichen Ladenschlußstunde, spätestens um 6 Uhr Abends, endigt und acht Stunden werktäglich nicht überschreiten darf: Bd. 320, Nr. 676, unter 1.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2564 D.
89. Sitz. S. 2625 D.
4. Gehälter, Erhöhung, Teuerungszulagen:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2540 D.
88. Sitz. S. 2602 C.
Mindestgehälter, Einführung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4880 B.
Petition, betreffend Erhöhung des Gehalts oder Gewährung von Teuerungszulagen an Privatangestellte.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II f.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
— der weiblichen Angestellten: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1128 D.
Petition, betreffend Gehaltsreglung der Privatangestellten bei der Vergebung von Staatsaufträgen im Einklang mit der Lebensverteuerung.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1512.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533 B, 5535 A, D. — Ueberweisung als Material.
Errichtung von Schiedskommissionen zur Beilegung von Gehaltsstreitigkeiten usw.: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1127 C.
5. Landesgesetzliche Angestelltenausschüsse bei den Handelskammern, keine vollwertige sozialpolitische Vertretung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4881 A.
6. Kriegsteilnehmer. Wiedereinstellung in ihre Stellen:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1133 C, 1146 B.
53. Sitz. S. 1230 C (Petitionen).
—, Aufhebung des Entlassungsrechts der Unternehmer in Oesterreich während der Kriegsdienstzeit der Angestellten: Bd. 307, 50. Sitz. S. 1133 C.

Privatangestellte (Fortsetzung).
Siehe auch „Kriegsteilnehmer" und „Reichsheer" unter 34a (Demobilmachung).
7. Organisationen. Ablehnung der Vermittlung der Organisationen seitens der Arbeitgeber: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2541A.
8. Rechtliche Stellung, Begriff des Angestellten, Grenzlinie zwischen Angestellten und Arbeitern, Rechtsprechung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4875C, 4877B, 4878B, 4880A.
9. Versicherung siehe „Versicherungswesen" unter II.

Privatbahnen siehe „Eisenbahnen" unter IX.

Privatnotenbanken. Einlösung der Noten durch Reichsbanknoten siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 12 (Reichsbanknoten.)

Privatversicherung. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter IIb, c, 244, 346, 385.
Petition, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der Versicherungsvertreter.
Ber. des Pet. Ausschs. Bd. 323, Nr. 1338.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833D. — Ueberweisung als Material.

Privatversicherung, Aufsichtsamt für —. Beamtenfragen, Besserstellung der Bureaudiätare, der Militäranwärter:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536B.
89. Sitz. S. 2645B.

Prostitution.
Trennung der Prostituierten von der übrigen Bevölkerung; verschärfte ärztliche Kontrolle: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1199B.
Bordellwesen in den besetzten Gebieten, siehe „Reichsheer" unter 164b.
Siehe auch „Bevölkerung, Bevölkerungspolitik".

Proviantwesen, Proviantämter siehe „Reichsheer" unter 154.

Putzgeld siehe „Reichsheer" unter 156.

Quartierleistungen siehe „Reichsheer" unter 98.

Quittungssteuer, Frage der Einführung: Bd. 325, Nr. 1745 S. 2. — Siehe im übrigen „Reichsstempelabgaben".

Rabbethge, System des Verhältnisses zwischen Viehbestand und Futtermitteln, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 399b.

Fürst **Radziwill,** Abgeordneter für den 10. Posenschen Wahlkreis.
Beglückwünschung des aus der Internierung zurückgekehrten Abgeordneten: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2337A.

Raps siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281.

Dr. **Walter Rathenau.** Kriegswirtschaftliche Wirksamkeit (im Kriegsministerium), Mitarbeit bei der Einrichtung der Kriegsrohstoffabteilung: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4589A, 4599C.
Vorschläge zur Umbildung des deutschen Wirtschaftslebens, Broschüre „Die neue Wirtschaft":
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4888A, 4896C.
157. Sitz. S. 4914C.
158. Sitz. S. 4927C, 4934B.

Realkredit siehe „Grundbesitz" unter A.

Reblausgesetz siehe „Wein, Weinbau".

Rechnungshof. Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung O, und unter VI, Spezialberatung P.
Schaffung eines von der Oberrechnungskammer unabhängigen Rechnungshofes für das Deutsche Reich: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2959A.

Rechnungswesen.
A. Allgemeines.
Fondsverwechselungen. Beschränkung des Ausgleichs auf Beträge von 500 bzw. 1000 Mark ab:
Bd. 316, Nr. 116 S. 2.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1005A.
Kaufmännische Buchführung siehe „Marine" unter 5.
B. Rechnungsprüfung.
1. Reichskontrollgesetz. Entwurf eines Reichskontrollgesetzes (Verlängerung des vorläufigen Gesetzes bis 1919): Bd. 315, Nr. 45.
Erste Beratung: Bd. 306, 5. Sitz. S. 50D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs: Bd. 315, Nr. 64.
Zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 132A.
Gesetz vom 4. 4. 1915, RGBl. S. 215.
2. Vereinfachung der Rechnungsprüfung während des Krieges:
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1004D, 1006A.
48. Sitz. S. 1074C.
Kriegskontrollgesetz. Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes: Bd. 318, Nr. 331.
Erste u. zweite Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1384B.
Dritte Beratung: Ab. Antr. Bd. 318, Nr. 378.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1470D.
Mündl. Ber. d. Rechn. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 394. Bd. 308, 61. Sitz. S. 1581C.
Gesetz vom 5. 7. 1916, RGBl. S. 691.
Resolution: Bd. 318, Nr. 394 unter 3.
Uebersichten der vom Rechnungshofe des Deutschen Reiches auf Grund des Kriegskontrollgesetzes vom 5. Juli 1916 getroffenen Maßnahmen:
Bd. 322, Nr. 1042.
Bd. 325, Nr. 1929.
C. Rechnungen.
1. Bemerkungen des Rechnungshofs zur Reichshaushaltsrechnung 1910: Bd. 315, Nr. 48.
Erste Beratung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 56A.
Mündl. Ber. d. Rechn. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 237.
Zweite Beratung: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1005C.
Dritte Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1383D. — Entlastung erteilt.
2. Bemerkungen des Rechnungshofs zur Reichshaushaltsrechnung 1911: Bd. 316, Nr. 116.
Erste Beratung: Bd. 306, 21. Sitz. S. 419B.
Mündl. Ber. d. Rechn. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 239.
Zweite Beratung: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1004D.
Dritte Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1383C. — Entlastung erteilt.
3. Bemerkungen des Rechnungshofs zur Reichshaushaltsrechnung 1912: Bd. 322, Nr. 1212.
Erste Beratung: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4091D.
4. Reichshaushaltsrechnung 1913: Bd. 315, Nr. 39.
Erste Beratung: Bd. 306, 6. Sitz. S. 55A.
Mündl. Ber. d. Rechn. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 238.
Zweite Beratung: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1005C.
Dritte Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1383D.
Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben vorbehaltlich der bei der Rechnungsprüfung sich ergebenden Erinnerungen erledigt.
5. Mitteilungen des Rechnungshofs zur Reichshaushaltsrechnung 1913: Bd. 324, Nr. 1611.
Erste Beratung: Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C.
Ueberweisung an den Rechn. Ausschs. — Unerledigt.

Rechnungswesen. C. Rechnungen (Fortsetzung).

6. Reichshaushaltsrechnung 1914: Bd. 317, Nr. 204.
   Erste Beratung: Bd. 306, 33. Sitz. S. 764 D.
   Mündl. Ber. d. Rechn. Aussch.: Bd. 318, Nr. 313.
   Zweite Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1383 B.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1470 D.
   Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben vorbehaltlich der bei der Rechnungsprüfung sich ergebenden Erinnerungen erledigt.
7. Reichshaushaltsrechnung 1915: Bd. 320, Nr. 609.
   Erste Beratung: Bd. 309, 97. Sitz. S. 2939 A.
   Mündl. Ber. für die Rechnungen: Bd. 321, Nr. 813.
   Zweite Beratung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3620 B.
   Dritte Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938 A.
   Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben vorbehaltlich der bei der Rechnungsprüfung sich ergebenden Erinnerungen erledigt.
8. Reichshaushaltsrechnung 1916: Bd. 323, Nr. 1278.
   Erste Beratung: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4092 D.
   Ueberweisung an den Ausschuß für die Rechnungen. — Unerledigt.
9. Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für das Rechnungsjahr 1912 hinsichtlich desjenigen Teils, der die Reichsverwaltung betrifft: Bd. 319, Nr. 404.
   Erste Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2022 B.
   Mündl. Ber. des Aussch. für die Rechnungen: Bd. 321, Nr. 815.
   Zweite Beratung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3620 D.
   Dritte Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938 A.
   — Entlastung erteilt.
10. Denkschrift, betreffend Rechnungslegung und Rechnungsprüfung über die Aufstandsausgaben für Deutsch-Südwestafrika nebst einer Uebersicht der Ausgaben aus Anlaß des Eingeborenenaufstandes sowie der Mitteilungen des Rechnungshofs des Deutschen Reichs zu der Abrechnung über die Aufstandsausgaben des südwestafrikanischen Schutzgebiets: Bd. 319, Nr. 438.
    Erste Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2022 C.
    Mündl. Ber. des Aussch. für die Rechnungen: Bd. 321, Nr. 820.
    Zweite Beratung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3621 A.
    Dritte Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938 B.
    Entlastung erteilt, ausschließlich der Ausgaben für den Bau der Eisenbahn Lüderitzbucht—Keetmanshop.
11. Bemerkungen des Rechnungshofs zu der Haushaltsrechnung für die Schutzgebiete ausschließlich Kiautschou auf das Rechnungsjahr 1909: Bd. 315, Nr. 52.
    Erste Beratung: Bd. 306, 7. Sitz. S. 65 D.
    Mündl. Ber. des Rechn. Aussch.: Bd. 317, Nr. 241.
    Zweite Beratung: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1007 A.
    Dritte Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1384 A.— Entlastung erteilt.
12. Rechnung über den Haushalt des Schutzgebiets Kiautschou nebst Anhang (Ostasiatisches Marinedetachement) für das Rechnungsjahr 1909: Bd. 315, Nr. 70.
    Erste Beratung: Bd. 306, 10. Sitz. S. 138 D.
    Mündl. Ber. des Rechn. Aussch.: Bd. 318, Nr. 312.

Rechnungswesen. C. Rechnungen (Fortsetzung).

   Zweite Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1383 C.
   Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1470 C.
   — Entlastung erteilt.
13. Mitteilungen des Rechnungshofs zu der Schutzgebietsrechnung 1910: Bd. 317, Nr. 219.
    Erste Beratung: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1699 C.
    Mündl. Ber. des Rechn. Aussch.: Bd. 321, Nr. 812.
    Zweite Beratung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3620 A.
    Dritte Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3937 D.
14. Schutzgebietsrechnung 1912: Bd. 315, Nr. 76.
    Erste Beratung: Bd. 306, 12. Sitz. S. 146 B.
    Mündl. Ber. des Rechn. Aussch.: Bd. 317, Nr. 240.
    Zweite Beratung: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1006 D.
    Dritte Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1384 A.
    Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben vorbehaltlich der gesetzmäßigen Entlastung genehmigt.
15. Schutzgebietsrechnung 1913. Schreiben des Reichskanzlers vom 16. März 1916, betreffend Verschiebung der Vorlegung an den Reichstag infolge der kriegerischen Ereignisse in den Schutzgebieten: Bd. 317, Nr. 234.
16. Schutzgebietsrechnung 1914. Schreiben des Reichskanzlers vom 27. Januar 1917, betreffend Verschiebung ihrer Vorlegung an den Reichstag infolge der kriegerischen Ereignisse in den Schutzgebieten: Bd. 320, Nr. 606.
17. Schutzgebietsrechnung 1915. Schreiben des Reichskanzlers vom 29. Dezember 1907, betreffend Verschiebung der Vorlegung an den Reichstag infolge der kriegerischen Ereignisse in den Schutzgebieten: Bd. 322, Nr. 1231.

Rechtsanwälte.

1. Anhörung durch die Behörden bei Fragen, die die Interessen der Anwälte berühren: Bd. 307, 42. Sitz. S. 938 A.
2. Gebührenordnung.
   Erhöhung der Pauschgebühren, Gesetzentwurf siehe „Gerichtskosten".
   Revision der Gebührenordnung von 1879:
   Bd. 308, 73. Sitz. S. 2023 A.
   Bd. 309, 83. Sitz. S. 2385 D.
   91. Sitz. S. 2694 C.
   92. Sitz. S. 2715 D, 2719 D.
   Bd. 311, 145. Sitz. S. 4534 A.
   Bd. 312, 164. Sitz. S. 5116 B, 5130 C.
   165. Sitz. S. 5137 C.
   Gewährung einer Vergütung durch das Reich für die Vertretung in Armensachen: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5136 D, 5141 A, 5146 C, 5147 C.
   Gebührensätze für die Berufungsinstanz und die Revisionsinstanz, Erweiterung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4534 B.
   Petition des Deutschen Anwaltsvereins zu Leipzig, betr. Rechtsanwaltsgebühren: Bd. 324, Nr. 1416 Ziff. 3a.
   Bd. 311, 145. Sitz. S. 4535 D. — Ueberweisung als Material.
   Petition, betreffend Rechtsanwaltsgebühren.
   Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. V a.
   Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Für erledigt erklärt.
   Siehe auch nachstehend unter 6 (Resolution).

Rechtsanwälte (Fortsetzung).

3. Kriegsmaßnahmen.
Anwaltskammern. Beschlußfähigkeit:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 334.
Bd. 319, Nr. 403 S. 211.
Stellvertretung:
Bd. 317, Nr. 256 Ziff. 334.
Bd. 319, Nr. 403 S. 211.
Siehe auch „Gerichte".
4. Rechtspflege.
Stellung in der Rechtspflege, Verkennung der Anwaltstätigkeit, insbesondere in bezug auf Verhütung von Prozessen:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2693D.
92. Sitz. S. 2715D, 2719D.
Anfrage Gothein, Heyn (Stralsund), Dr. Wendorf: Während entsprechend einem Erlaß des Herrn Kriegsministers den zum Heeresdienst als a. v. Heimat eingezogenen Rechtsanwälten überall das Auftreten vor Gericht gestattet ist, macht das Stellvertretende Generalkommando des II. Armeekorps (Stettin) dies von einer besonders einzuholenden Genehmigung abhängig. Diese wird Anwälten versagt, die sich für die Fortschrittliche Volkspartei politisch betätigt haben.
Die vor Gericht plädierenden eingezogenen Anwälte werden daselbst während ihrer Plädoyers von untergeordneten Militärorganen bezüglich ihres Auftretens kontrolliert, und haben diese dem Stellvertretenden Generalkommando schriftliche Berichte zu erstatten, ob nach ihrer Ansicht das Auftreten des Anwalts vor Gericht einwandfrei war oder nicht. Von den meist in der Mitte der 40er Jahre stehenden Anwälten wird eine derartige Kontrolle als unwürdig und von den Gerichten selbst als eine unzulässige Einmischung in ihre Befugnisse empfunden.
Durch Geheimerlaß desselben Stellvertretenden Generalkommandos sind den Richtern der Kriegsgerichte des Kriegszustandes unter Strafandrohung Vorschriften über die Ausübung ihres Richteramts gemacht worden.
Sind dem Herrn Reichskanzler diese Tatsachen bekannt, und was gedenkt er dagegen zu tun?: Bd. 325, Nr. 1732.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6092C. — Beantwortet.
5. Heranziehung von Rechtsanwälten zur Richterlaufbahn, Erfahrungen im Auslande und während des Krieges, Erleichterungen für den Uebertritt kriegsbeschädigter Rechtsanwälte:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2694D, 2695C.
92. Sitz. S. 2709B, 2719C.
6. Wirtschaftliche Lage während des Krieges:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 935A, 941B.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2024A, 2025A.
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2693D.
92. Sitz. S. 2715D, 2719D.
Anfrage Alpers: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß zum Heeresdienste einberufene Rechtsanwälte, Aerzte und Angehörige anderer freien Berufe in ihrem Lebenserwerb vielfach dadurch geschädigt werden, daß am Orte ihrer Praxis militärfreie Berufsgenossen sich niederlassen, denen die Klientel bzw. Patienten sich zuwenden?
Gedenkt der Herr Reichskanzler Maßnahmen zum Schutze der erwähnten Heerespflichtigen, denen durch das Reklameverbot die Wiedergewinnung der einmal verlorenen Praxis wesentlich erschwert ist, zu veranlassen?: Bd. 319, Nr. 457.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939C. — Zurückgestellt.
73. Sitz. S. 2017A. — Beantwortet.

Rechtsanwälte (Fortsetzung).

Resolutionen zum Etat der Reichsjustizverwaltung für 1918:
a) Gröber (Laupheim) u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine soziale Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft geschaffen wird, und zwar unter tunlichster Berücksichtigung nachstehender Grundsätze:
I. Zweck: Schaffung einer Krankenkasse, Ruhegehaltskasse und einer Witwen- und Waisenkasse für die Hinterbliebenen deutscher Rechtsanwälte einschließlich der seit dem 1. August 1914 gestorbenen Rechtsanwälte.
II. Einrichtung: Ausbau der bereits bestehenden freiwilligen Einrichtungen (Hilfskasse für deutsche Rechtsanwälte, Ruhegehalts-, Witwen- und Waisengeldversicherung) durch Einführung der Zwangsmitgliedschaft, jedoch unter Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung.
III. Aufbringung der Mittel durch
a) gleiche Pflichtbeiträge aller Rechtsanwälte;
b) Zuweisung der in Armensachen anfallenden Gebühren und Auslagen aus Reichsmitteln nach Abzug eines an eine ähnliche Organisation der Rechtsanwaltsangestellten abzuführenden Prozentsatzes;
c) Zuweisung eines progressiv abgestuften Prozentsatzes der in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit hohen Gegenstandssummen anfallenden Gebühren;
d) besondere Pflichtbeiträge derjenigen Rechtsanwälte, die ein besonders hohes Berufseinkommen beziehen: Bd. 324, Nr. 1423.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5116B, 5118D, 5120D, 5123D, 5125B, 5130C.
165. Sitz. S. 5135B, 5140D, 5146B, 5147B, 5150C, 5155D. — Erledigt durch Annahme der nachstehenden Resolution: Bd. 324, Nr. 1589.
b) Dr. Ablaß, Dr. Bollert, Bohtz, Dr. Junck, Landsberg, Dr. Müller (Meiningen), Strack, Waldstein: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: im Einvernehmen mit den amtlichen Vertretungen und den privaten Organisationen der Anwaltschaft eine auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Gegenseitigkeit beruhende Organisation der deutschen Anwälte zum Zwecke der sozialen Fürsorge für die Anwälte und ihre Familien zu erwägen: Bd. 324, Nr. 1589.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5146B, 5148A, 5150C, 5156A. — Angenommen.
7. Wohnsitz. Petition des Gerichtsassessors Dr. Schulz in Altona, betreffend Aenderung des § 18 der Rechtsanwaltsordnung hinsichtlich der Bestimmung über den Wohnsitz der Rechtsanwälte.
Ber. d. Pet. Ausesch.: Bd. 321, Nr. 835.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Rechtsauskunftsstellen. Zulassung der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen von Organisationen usw. zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten siehe „Kriegsbeschädigte" unter 3.

Rechtskonsulenten. Petition betreffend Regelung der Zulassungsbedingungen und Schaffung einer Gebührenordnung für Rechtskonsulenten.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II dd.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.

Rechtspflege.
Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung der Rechtspflege: Bd. 320, Nr. 658.
Erste Beratung: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3652 A.
Mündl. Ber. des Aussch. zur Vorberatung des Gesetzentwurfs: Bd 322, Nr. 1110.
Zweite Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 C.
Dritte Beratung: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3936 A.
Gesetz v. 21. 10. 1917, R.G.Bl. S. 1037.
Petitionen Bd. 311, 126. Sitz. S. 3936 A. — Für erledigt erklärt.
Besprechung der Rechtspflege im Reichstage, Zweckmäßigkeit: Bd. 307, 42. Sitz. S. 949 D.
Einfluß des Milieus, der Berufsabstumpfung usw. der Richter auf die Rechtspflege: Bd. 307, 42. Sitz. S. 949 B.
Klassenjustiz, unbewußte, Beeinflussung des Richters durch Herkunft usw.: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5151 A.
Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens von Richter, Staatsanwalt und Rechtsanwalt:
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5125 A.
165. Sitz. S. 5134 D.
Beleidigungsklagen, Einschränkung:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 934 C, 937 D.
Bd. 308. 77. Sitz. S. 2213 B.
Politische Prozesse. Erhebung ungenügend vorbereiteter bezw. überflüssiger Strafanträge durch die Staatsanwälte: Bd. 307, 42. Sitz. S. 938 D, 940 A, 941 B, 943 A, 944 B.
Voreingenommenheit, Verständnislosigkeit der Richter gegenüber dem politischen Standpunkt der Angeklagten: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1847 C.
Mißbrauch des Ausschlusses der Oeffentlichkeit, Einfluß der politischen Zensur, Klassenjustiz: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2683 B, 2684 B.
Rechtsprechung der Kriegsgerichte und des Reichsgerichts aus Anlaß der Kriegsverhältnisse siehe „Belagerungszustand" unter II 8; siehe auch II 12 D d.
Strafprozesse. Festsetzung zu hoher Strafen im Verhältnis zu den Vergehen in den
Prozessen wegen der Butterkrawalle (Berlin, Chemnitz): Bd. 307, 42. Sitz. S. 946 D.
Prozeß wegen übler Nachrede (Düsseldorf): Bd. 307, 42. Sitz. S. 950 A.
Berücksichtigung der politischen Gesinnung des Angeklagten bei der Strafbemessung: Bd. 307, 42. Sitz. S. 945 D.
Prozeß gegen die Witwe Hamm in Flandersbach vor dem Elberfelder Schwurgericht. Verhandlungsleitung im Wiederaufnahmeverfahren durch den Vorsitzenden, Behandlung der Entlastungszeugen; Ablehnung einer Entschädigung der Freigesprochenen für die erlittene Zuchthausstrafe: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1576 A.
Landesverratsprozeß gegen den Senator Possehl in Lübeck. Bemängelung der Einleitung und Durchführung des Prozesses; Vorwurf mangelnden Verantwortlichkeitsgefühls gegen den Oberreichsanwalt: Bd. 307, 42. Sitz. S. 938 D, 940 A, 941 B, 942 D, 944 A, 951 A.
Sicherung der Rechtsverfolgung bei Kompetenzkonflikten, siehe „Kompetenzkonflikte".

Rechtsschutz der Kriegsteilnehmer siehe „Kriegsteilnehmer" unter A und „Grundbesitz" unter C.
Petition der Agnes Lairitz betreffend Rechtsschutz.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 363.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1896 A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition des Handelsmanns Götzky in Braunschweig wegen Rechtsverweigerung.
Ber. des Pet Aussch.: Bd. 324, Nr. 1505.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5530 B. — Ueberweisung als Material.

Rechtsstudium.
Reform des juristischen Studiums und des Vorbereitungsdienstes: Bd. 309, 91. Sitz. S. 2693 A.
Verkürzung der Ausbildungszeit für Kriegsteilnehmer:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2679 C, 2686 B.
91. Sitz. S. 2692 C.

Reichpietsch, Matrose, Kriegsverratsprozeß siehe „Marine" unter 31.

Reichsabgabe siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XI 1.

Reichsämter, Reichsbehörden. — Siehe auch „Verfassung" unter 6 und die einzelnen Ressorts und Aemter.
1. Anstellung von Parlamentsunterstaatssekretären: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1819 C.
2. Konzentration der Reichsbehörden in Berlin, Schädigung der Reichsinteressen dadurch:
Bd. 306, 16. Sitz. S. 297 C.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2002 D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158 B.
141. Sitz. S. 4404 D, 4407 C.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890 C.
157. Sitz. S. 4918 C.
Resolutionen des Haush. Ausschusses zum Gesetz über den Reichsfinanzhof: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
a) dafür zu sorgen, daß bei Errichtung von obersten Reichsstellen außerhalb Berlins von den beteiligten Bundesstaaten oder Gemeinden keinerlei andere finanzielle Leistungen irgendwelcher Art entgegengenommen werden, als sie bisher in ähnlichen Fällen von der Stadtgemeinde Berlin geleistet wurden,
b) alsbald Ermittlungen darüber anzustellen, inwieweit — insbesondere zur Erlangung von Dienstgebäuden für die während des Krieges in Berlin neu geschaffenen obersten Reichsstellen — der Sitz bisher bestehender Reichsstellen von Berlin verlegt werden kann, und das Ergebnis dieser Ermittlungen alsbald dem Reichstag mitzuteilen: Bd. 325, Nr. 1765 S. 19 unter II.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6069 C. — Angenommen.
3. Beamtenschaft, Paritätsfrage in den Reichsämtern, Ministerien usw., Zurücksetzung der katholischen Beamten, dürftige Vertretung der Zentrumspartei im Bundesrat und in den Reichsämtern:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383 D ff.
84. Sitz. S. 2421 A.
86. Sitz. S. 2487 B, 2512 D, 2513 A ff (Helfferich), 2520 C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5303 A ff, 5311 A, 5323 D.
171. Sitz. S. 5330 D, 5355 A.
—, Verhältnisse im Reichspostamt, im Reichsamt des Innern: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5307 B.
—, Verhältnisse in den besetzten Gebieten (Belgien, Polen, Litauen): Bd. 312, 170. Sitz. S. 5307 C, D ff.

Reichsämter, Reichsbehörden (Fortsetzung).

—, Notwendigkeit einer Statistik: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5305A, 5307B.
—, Schrift des Dr. Grunenberg über das Religionsbekenntnis der Beamten: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5305C.
—, Imparität in den Gemeinden, Privatbetrieben usw.: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5305D.

Reichsamt des Innern.
1. Etat siehe „Etatswesen" unter III bis VI, Spezialberatung E.
2. Schreiben des Reichskanzlers vom 23. Mai 1916, betr. die Verabschiedung des Staatssekretärs Staatsministers Dr. Delbrück und Ernennung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, Staatsministers Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Innern und Beauftragung mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1227C.
3. Teilung.
Denkschrift über die Entwicklung des Reichsamts des Innern und seine Teilung, Beilage zu Anlage II des zweiten Nachtragsetats für 1917: Bd. 321, Nr. 1025.
Arbeitsgebiet, Teilung bezw. Dreiteilung (Reichshandelsamt, Reichswirtschaftsamt, Reichsarbeitsamt usw.):
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1141A, 1145C.
51. Sitz. S. 1153D.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383B, 2401A.
85. Sitz. S. 2474D.
87. Sitz. S. 2533B ff., 2535B, 2538B, 2545D, 2554B, 2555C, 2558B, 2560B.
88. Sitz. S. 2578A.
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625B.
121. Sitz. S. 3684A, 3686A, 3690C, 3692B, 3695D, 3696D, 3701C, 3703C, 3706D.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883A, C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5309B, 5313B, 5315B, 5321B.
171. Sitz. S. 5355D.
—, Errichtung eines besonderen Amtes für Sozialpolitik:
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625C.
121. Sitz. S. 3684B, 3686B, 3690D, 3692B, 3695D, 3698A, 3702B, 3704B, 3707A, 3710B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883A.
Resolution Dr. Stresemann u. Gen. zum zweiten Nachtragsetat für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die Zukunft die Einrichtung eines Reichsamts für Wohlfahrtspflege in die Wege zu leiten, dem die Fragen der Sozialpolitik und Bevölkerungspolitik, des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Gesundheitspflege und Aufgaben verwandter Art zu überweisen sind: Bd. 322, Nr. 1079.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3684C, 3687A, 3691A, 3692C, 3696A, 3704A, 3709A, 3710B.— Angenommen.
Siehe auch „Reichsarbeitsamt", „Reichshandelsamt", „Reichswirtschaftsamt", „Sozialpolitik".
Ueberweisung einiger Ressorts an das Reichsjustizamt: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2554C.

Reichsamt des Innern (Fortsetzung).

Presseabteilung für Wirtschafts- und Sozialpolitik: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2554D, 2558D.
Ein- und Ausfuhrabteilung siehe „Kriegswirtschaft" unter II243g.
4. Beamte.
Einstellung eines zweiten und dritten Unterstaatssekretärs:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383B, 2401A.
85. Sitz. S. 2474D.
87. Sitz. S. 2534D, 2535B, 2538B, D, 2545D, 2554B, 2555C, 2561B.
88. Sitz. S. 2577D.
Schaffung von zwei Stellen für vortragende Räte, Notwendigkeit eines ärztlichen Referenten, von Referenten für Bevölkerungspolitik:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5300B, 5312C, 5322A.
171. Sitz. S. 5328B, 5334D.
Anforderung von 11 vortragenden Räten im Etat für 1918, Streichung von 2 Stellen durch den Haushaltsausschuß; Anträge Bd. 324, Nr. 1615 und 1625 auf Wiederherstellung der Position: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5376C. — Annahme der 11 Stellen nach dem Entwurf.
Petitionen:
1. des Kanzleisekretärs E. Hoffmann in Berlin und Genossen um Berücksichtigung der Kanzleisekretäre der dem Reichsamt des Innern nachgeordneten Behörden bei der jetzt für einzelne Beamtenklassen in Aussicht genommenen Besoldungsaufbesserung.
2. des Kanzleisekretärs Dziewas in Berlin-Lichtenberg und Genossen um Einreihung der Kanzleisekretäre der dem Reichsamt des Innern nachgeordneten Behörden in die Besoldungsklasse 23b (1800 bis 3600 Mk., erreichbar in 18 Jahren).
Mündl. Ber. des Haushaltsausschusses: Bd. 322, Nr. 1060 unter VIa 1 und 2.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition des deutschen Kanzleibeamtenbundes in Berlin um Einreihung der Kanzleisekretäre der dem Reichsamt des Innern nachgeordneten Behörden aus der Besoldungsklasse 18 in die Klasse 23b.
Mündl. Ber. des Haushaltsausschusses: Bd. 323, Nr. 1364 unter IIa.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377A, B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
5. Dienstwohnung für den Staatssekretär nach Ueberweisung der bisherigen Dienstwohnung an den Vizekanzler v. Payer: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5300C.

Reichsamt für Uebergangswirtschaft: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3684A.

Reichs- und Staatsangehörigkeit. Staatenlose in Schleswig-Holstein siehe „Dänemark" und „Dänen in Schleswig-Holstein".

Reichsarbeitsamt.
Frage der Errichtung:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535A, 2554B.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4871A.
Resolution Antrick u. Gen. zum zweiten Nachtragsetat für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Dreiteilung des bisherigen Reichsamts des Innern in der Weise in die Wege zu leiten, daß die sozialpolitischen Fragen ihre Zusammenfassung in einem Reichsarbeitsamt finden: Bd. 322, Nr. 1078.

Reichsamt des Innern (Fortsetzung).

Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625C.
121. Sitz. S. 3684B, 3686B, 3690D, 3692B, 3695D, 3698A, 3702B, 3703D, 3704B, 3707A, 3710B. — Abgelehnt.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883A.
Errichtung, vierter Nachtragsetat für 1918: Bd. 325, Nr. 1994. — Unerledigt.
Siehe auch „Reichsamt des Innern", „Reichswirtschaftsamt".

Reichsbank. — Siehe auch „Kriegsfinanzpolitik" unter A10.
1. Besoldungsetat für das Reichsbankdirektorium auf das Rechnungsjahr 1915: Anlage 2 zum Etatsgesetz für 1915, S. 22 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1916: Anlage 2 zum Etatsgesetz für 1916, S. 22 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1917: Anlage 1 zum Etatsgesetz für 1917, S. 22 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1918: Anlage 1 zum Etatsgesetz für 1918, S. 22 des Etatsentwurfs.
Verdienste der Reichsbank und des Reichsbankpräsidenten um die finanzielle Kriegsbereitschaft und Festigung des Kreditwesens:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 35C.
8. Sitz. S. 128C.
Anerkennung der Leistungen der Reichsbank: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4402A, B, 4403B.
Tätigkeit, Gesamtumsatz: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3194B.
Zahlungen an das Reich 1917: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6144B.
2. Lage während des Krieges, Goldbestand:
Bd. 315, Nr. 26 S. 6.
Nr. 74 S. 3.
Bd. 316, Nr. 107 S. 3.
Nr. 162 S. 3.
Bd. 317, Nr. 225 S. 76.
Bd. 319, Nr. 403 S. 148, 151.
Bd. 306, 4. Sitz. S. 42C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1590A.
—, Notwendigkeit der Verstärkung, Zuführung von Schmucksachen: Bd. 310, 111. Sitz. S. 3503B ff.
Notenumlauf:
Bd. 315, Nr. 74 S. 5, 13.
Bd. 316, Nr. 162 S. 4, 16.
Bd. 317, Nr. 225 S. 76.
Bd 319, Nr. 403 S. 152.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6144B
Golddeckung der Noten:
Bd. 315, Nr. 74 S. 7.
Bd. 316, Nr. 107 S. 3.
Nr. 162 S. 7.
Bd. 319, Nr. 403 S. 156.
Bd. 306, 14. Sitz. S. 228A.
3. Entwurf eines Gesetzes über die Kriegsabgaben der Reichsbank: Bd. 316, Nr. 148.
Erste Beratung: Bd. 306, 21. Sitz. S. 419D.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 176.
Zweite Beratung: Ab. Antr.: Bd. 317, Nr. 178.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 498D.
Dritte Beratung Bd. 306, 24. Sitz. S. 504A.
Gesetz vom 24. 12. 1915, RGB. S. 840.
4. Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916: Bd. 320, Nr. 620.
Erste Beratung: Bd. 309, 82. bis 86. Sitz.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 657.
Zweite Beratung: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2532B.
Dritte Beratung: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2532C.
Gesetz v. 27. 3. 1917, RGB. S. 285.

Reichsbank (Fortsetzung).
5. Entwurf eines Gesetzes über Kriegsabgaben der Reichsbank: Bd. 323, Nr. 1348.
Erste Beratung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4342C.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1384.
Zweite Beratung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4401C.
Dritte Beratung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4403C.
Gesetz v. 20. 3. 1918, RGB. S. 131.
6. Dividende, Maximaldividende: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4403A.
7. Notensteuer, Aufhebung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 501A. Siehe auch „Kriegsfinanzpolitik" unter A2.
8. Private Reichsbankanteile, Uebernahme auf die Reichsregierung, Verstaatlichung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4402D, 4403B.
9. Reichsbankprivileg, Verlängerung: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4402C.
10. Reservefonds, Begrenzung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 501B.
11. Zahlungsverkehr, bargeldloser, Förderung; Verpflichtungen aus der Bestätigung von Schecks usw.:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 463.
Bd. 319, Nr. 403 S. 161.

Reichsbanknoten siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 8, 12 und „Schuldenwesen" unter III 1.

Reichsbekleidungsstelle siehe „Kriegswirtschaft" unter II 409c.

Reichs- und Staatsbetriebe. — Siehe auch „Eisenbahnen", „Marine", „Post- und Telegraphenwesen", „Reichsheer" usw.
1. Arbeitsordnung. Beschäftigung organisierter (gewerkschaftlicher, sozialdemokratischer) Arbeiter:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 359D.
29. Sitz. S. 632C.
2. Koalitionsrecht der Arbeiter; Einschränkung hinsichtlich des Streikrechts durch den Arbeitsvertrag oder Disziplinarbestimmungen:
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1020A.
46. Sitz. S. 1037D.
47. Sitz. S. 1066C.
—, Streikrecht der Staatsarbeiter: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3025A, 3027B.
Verstoß gegen § 138 BGB.: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1490C, 1504B.
Resolution des 15. Ausschusses zum Gesetzentwurf über Aenderung des Vereinsgesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß das durch das Reichsvereinsgesetz sichergestellte Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Staaten, Gemeinden oder öffentlicher Selbstverwaltungskörper nicht durch das Disziplinar- oder Vertragsrecht über das notwendige Maß hinaus beschränkt werde: Bd. 318, Nr. 351 unter IIb und S. 16,
mit dem Ab. Antr. Bernstein u. Gen.: in der Resolution unter IIb die Worte „über das notwendige Maß hinaus" zu streichen: Bd. 318, Nr. 380.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1485C, 1490C, 1506A. — Zurückgestellt.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1686D. — Von der Tagesordnung abgesetzt.
Siehe auch „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3 u. 6p.
Petition des Reichskartells der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, Sitz Elberfeld, um Schaffung eines sicheren Rechts-

Reichs- und Staatsbetriebe (Fortsetzung).

bodens für die Koalitionsbestrebungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter.
Ber. des 8. Aussch.: Bd. 316, Nr. 133.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 396D. — Ueberweisung als Material.

3. Rechtsverhältnisse im allgemeinen, Ausgestattung, Neuregelung: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3024C, 3027A, 3030C, 3032B, 3044C.
Petition des Verbandes deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, Sitz Berlin-Friedenau, betreffend Denkschrift über das Arbeitsvertragsrecht in gemeinnötigen Staatsbetrieben: Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1870. — Unerledigt.
4. Petition, betreffend die Verwendung von Kriegsinvaliden in Betrieben des Reichs.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 315, Nr. 81.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209C. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
5. Löhne, Teuerungszulagen siehe „Teuerungszulagen" und die einzelnen Ressorts.

Reichsbranntweinstelle siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52g.

Reichsbücherwoche siehe „Reichsheer" unter 57.

Reichsdruckerei.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung R, und unter VI, Spezialberatung S.
Vergebung von Arbeiten an Privatdruckereien, Bevorzugung der größeren Betriebe:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 879A.
51. Sitz. S. 1174C.
Einführung des Buchdruckertarifs: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676D.
—, Austritt von Arbeitern aus dem Buchdruckerverband auf Wunsch von Meistern und Vorarbeitern: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4676D.
Gleiche Teuerungszulagen für qualifizierte und nicht qualifizierte Arbeiter: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3015C.
Kriegsbeschädigte Arbeiter, Löhne, Abzug der Militärrente:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1585B.
Bd. 309, 99. Sitz. S. 3015A, 3016A.
Hilfsarbeiter, Unterschlagung von Kassenscheinen: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3015D.

Reichseinigungsamt. Petition des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) wegen Errichtung eines Reichseinigungsamts.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 839.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Reichseinkommensteuer siehe „Vermögens- und Einkommensteuer".

Reichseisenbahnamt. Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung M, und unter VI, Spezialberatung N, und „Eisenbahnen" unter II.
Leistungen im Kriege: Bd. 306, 8. Sitz. S. 129B.

Reichseisenbahngemeinschaft siehe „Eisenbahnen" unter I.

Reichsentschädigungskommission siehe „Kriegswirtschaft" unter II 303.

Reichsfinanzhof.
Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofs und über die Reichsaufsicht für Zölle und Steuern, — Bericht des Haush. Aussch. über Antrag Nr. 757 des Haush. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1765.
Erste Beratung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6068D.

Reichsfinanzhof (Fortsetzung).
Zweite Beratung: Ab.Antr.:
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6069B.
Bd. 325, Nr. 1772.
Zusammenstellung der Beschlüsse II. Beratung: Bd. 325, Nr. 1805.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6131A.
Beschlüsse III. Beratung: Bd. 325, Nr. 1877.
Gesetz vom 26. 7. 1918. R.G.Bl. S. 959.
Resolution d. Haush. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1765 S. 19 unter II — siehe „Reichsämter".
Petition: Bd. 325, Nr. 1765 S. 19 unter III.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 131A. — Für erledigt erklärt.
Einrichtung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6124B (Zustimmung der Mehrheitssozialdemokratie), 6125C.
Name und Sitz des Reichsfinanzhofs (Berlin, München, Stuttgart, Leipzig, Straßburg):
Bd. 325, Nr. 1765 S. 2, 7.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6125C (Verlegung nach Süddeutschland).

Reichsfuttermittelstelle siehe „Kriegswirtschaft" unter II 121d.

Reichsgericht.
Kritik seiner Rechtsprechung, Klassenjustiz. Bd. 312, 165. Sitz. S. 5141D, 5144D, 5149D, 5151A.
Auskunfterteilung der Postbehörden über Briefe, Fernsprech- und Telegrammverkehr an die Militärbefehlshaber (Außerkraftsetzung des § 5 des Reichspostgesetzes auf Grund des § 4 des preußischen Belagerungsgesetzes), Urteil des Reichsgerichts: Bd. 312, 149. Sitz. S. 4673D ff.
Rechtsprechung aus Anlaß der Kriegsverhältnisse siehe „Belagerungszustand" unter II 8.
—, aus Anlaß von Kriegswuchersachen siehe „Kriegswirtschaft" unter 297f.

Reichsgesundheitsamt. Aufgaben. Erweiterung zu einer obersten Reichsbehörde, Vereinheitlichung des Gesundheitswesens:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5312C, 5315B.
171. Sitz. S. 5353A ff.

Reichsgetreidestelle siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139i.

Reichshandelsamt.
Frage der Errichtung:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1141A.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2474D.
87. Sitz. S. 2534B, 2535A, 2545D, 2554B, 2558B.
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625B.
121. Sitz. S. 3703D, 3705A.
—, siehe auch „Reichsamt des Innern" unter 3.
Petitionen, betreffend Errichtung eines Reichshandelsamts.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 357.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Anfrage Carstens, Dr. Blunck: Durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz ist das Bestreben unserer Feinde, auch nach dem Friedensschluß den Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen, offenbar geworden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Reichsamt des Innern eine Zentralstelle, etwa in Form eines besonderen Handelsamts, zu schaffen, welche Handel und Industrie in allen den Außenhandel betreffenden Fragen wirksam unterstützt?: Bd. 319, Nr. 497.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2279D. — Beantwortet.

Reichshauptkasse. Verstärkung der Betriebsmittel durch Ausgabe von Schatzanweisungen: Bd. 306, 8. Sitz. S. 128C.

Reichshaushaltsrechnungen siehe „Rechnungswesen" unter C.

Reichsheer.

1. Allgemeines.

a) Reformen.

Durchführung von Reformen im Heere (Kriegsminister v. Stein):
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3050A, 3060A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3111D, 3119C.
110. Sitz. S. 3454A, 3460A,D, 3482D.

—, Siehe auch unter 19 (Beamte).

Wünsche und Beschlüsse des Reichstags, Durchführung seitens der Heeresleitung, des Kriegsministeriums:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4101C, 4107C, 4126B, 4129C.
Bd. 312, 169. Sitz. S. 5268D.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5498A.
184. Sitz. S. 5801A, 5808A, 5810D, 5818B, 5824C, 5828D.

—, Widerstand in der Armee gegen die Wünsche des Reichstags, Hetze der konservativen Presse: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4101D, 4126D, 4129C.

Forderung neuen Geistes in der Heeresverwaltung: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6216D.

Petition des Carl Stephan in Berlin-Steglitz betreffend Vermehrung der technischen Hilfsmittel des Heeres und der Marine u. a. Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc. 25.
Bd. 310, 110 Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

Petition des Referendars Burger, Dresden, betreffend einheitliche Gestaltung der Verwaltung des Reichsheeres.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIId.
Bd. 315, 110. Sitz. S. 3499D. — Uebergang zur Tagesordnung.

Bureaukratismus in den Verfügungen der Militärbehörden, Bekämpfung: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5427C, 5436B. — Siehe auch unter 109b.

Einschränkung des Schriftverkehrs an der Front: Bd. 810, 102. Sitz. S. 3121A.

b) Reform des Heeres auf demokratischer Grundlage:
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5810D, 5816B, 5818D.

—, Charakter des Heeres als „Klassenheer":
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2040C, 2044C, 2045B, 2050D, 2054A.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3090B, D, 3092A.

—, Politisierung der Armee durch Parlamentarisierung der Kommandogewalt: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6286C.

Siehe auch „Militarismus".

c) Geist, Stimmung im Heere:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3460D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5441B, 5446B.
174. Sitz. S. 5473A, 5480A, 5488C.
184. Sitz. S. 5801A, 5803A.

—, Siehe auch unter 116b.

d) Leistungen im Felde siehe „Krieg" unter II A.

Reichsheer. 1. Allgemeines (Fortsetzung).

e) Petitionen verschiedenen Inhalts. Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 53 unter III, Nr. 85 unter IV 13, 14; Bd. 316, Nr. 138 unter I 15, III 7, 13, 14—17, 20—22; Bd. 317, Nr. 195 unter III, Nr. 210 unter 7, 10—16, Nr. 260 unter IIIc—g, m—o, t.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 62D.
12. Sitz. S. 209B.
31. Sitz. S. 705A, 708A.
32. Sitz. S. 761C.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B.

f) Bericht über Verhandlungen des Haush. Ausch. über Militärfragen: Bd. 322, Nr. 1103 Ziff. II.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997C.
132. Sitz. S. 4093A.
Resolutionen: S. 35 des Berichts unter I (siehe bei dem betreffenden Gegenstand).
Anträge: Bd. 323, Nr. 1294, 1306.
Petitionen: Bd. 322, Nr. 1103 S. 38 unter IIb.
— Bd. 311, 132. Sitz. S. 4136A.

g) Bericht über Beamtenorganisation siehe nachstehend unter 19.

2. Alkoholgenuß im Heere, Einschränkung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 911D, 917D.
—, Schnapsrationen im Felde, in der Etappe: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3115D, 3132C.

3. Arbeiterverhältnisse siehe unter 177 (Technische Institute); siehe auch „Kriegsindustrie".

4. Arbeitssoldaten, Arbeiterabteilungen siehe nachstehend unter 78 (Heeresunfähige); siehe auch unter 7 (Armierungstruppen).

5. Arbeitsverwendungsfähige siehe nachstehend unter 77d u. f.

6. Arbeitszeit an der Front. Festlegung einer zehnstündigen A. für Militärpersonen, Erlaß für die Armee Graf Bothmer: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5810C.

7. Armierungstruppen. Anerkennung ihrer Tätigkeit, Zurücksetzung, Beförderungsmöglichkeiten: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5475B.

8. Artilleriewerkstätten. Werkstättenarbeiter an der Front und in der Etappe, Zulagen, Aufhebung der Verordnung vom 24. Januar 1918:
Bd. 312, 172 Sitz. S. 5394B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423C.
184. Sitz. S. 5802A.
Siehe im übrigen nachstehend unter 177 (Technische Institute).

9. Aerzte siehe unter 163 (Sanitätsoffiziere, Aerzte).

10. Aufklärungsdienst. — Siehe auch unter 152 (Politik im Heer).
Amtlicher Aufklärungsdienst, Richtlinien der Obersten Heeresleitung, Mißgriffe in Vorträgen und Flugblättern durch Hineintragung von Parteipolitik:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3720D, 3724A, 3726A, 3727D, 3731B, 3732A, 3743D, 3747C.
124. Sitz. S. 3766C, 3773C, 3778A, 3800D.

—, Militärisch-politischer Aufklärungsdienst im Inlande: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3785A.

Resolution Albrecht u. Gen. zum zweiten Nachtragsetat für 1917: Die Aufklärung beim Militär hat sich auf Angelegenheiten des militärischen Dienstes zu beschränken. Jedwede politische Unterweisung der Soldaten, insbesondere über Kriegsziel- und Friedensfragen durch Vorgesetzte

Reichsheer. 10. Aufklärungsdienst (Fortsetzung).

wird untersagt. Der zurzeit eingerichtete Aufklärungsdienst (nunmehr genannt: vaterländischer Unterricht) ist sofort aufzuheben: Bd. 322, Nr. 1111. Bd. 311, 126. Sitz. S. 3881D, 3883B, 3885B. — Abgelehnt.

Art der Aufklärung, Auswahl der Leiter, Wilnaer Instruktionsbuch:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384A, 5404Bff.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5414B, 5430B, 5439C, 5446C.
174. Sitz. S. 5473B.
184. Sitz. S. 5803A.

Vaterländischer Unterricht, Zweckmäßigkeit: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5829C.

Stimmungsmache gegen den Reichstag:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5414C.
174. Sitz. S. 5473A.

—, Bekämpfung der Friedensresolution des Reichstags usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5404C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5803A.

Vortrag im 2. Landsturm-Bataillon Hamburg, Erwähnung des früheren Abgeordneten Bebel: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5803B.

11. Ausbildung.

Statistik über Dauer der A., Zahl der Einberufenen, Waffengattung usw.: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3056D.

Ausbildung in den Ersatztruppenteilen:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 351B.
31. Sitz. S. 687C, 692B, 697C.

Ausbildung der ältesten ungedienten Jahrgänge, Berücksichtigung des Gesundheitszustandes:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3107D.
110. Sitz. S. 3458A, 3461C.

Ausbildung der jüngsten Jahrgänge, Schonung, Verpflegung usw.: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5799B.

Vermeidung unnötigen Drills usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5397A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5431C.
174. Sitz. S. 5477D, 5490D.
184. Sitz. S. 5806B.

Verwendung älterer Offiziere, Vermeidung des Drills älterer Leute: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3116B, 3122A, 3132C.

Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos XIX. Armeekorps: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5398C.

Siehe auch unter 106f (Landsturm) und unter 116a (Mannschaften).

12. Aushebungen siehe nachstehend unter 77.

13. Ausländer im Heere.

Anfrage Kunert: die in Cöln-Ehrenfeld vor und mit Beginn des Krieges domizilierten Belgier
1. Jakob van de Beeck,
2. Peter van de Beeck,
3. Johann Ramäkers,
4. Lambert Ramäkers,
5. Theodor Ramäkers,
6. Lorens Lanssen

erhielten im März 1917 von der deutschen Militärverwaltung Gestellungsbefehl zum Eintritt in das Heer; eine Anzahl Belgier wurde tatsächlich inzwischen eingezogen.

Dagegen erhoben die Genannten, die militärisch in ihrem Lande ausgebildet waren, durch den spanischen Konsul Einspruch, weil ihre Einstellung rechtswidrig sei. Dieser Einspruch war vergeblich.

Reichsheer. 13. Ausländer im Heere (Fortsetzung).

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt er zu tun: Bd. 321, Nr. 770. Bd. 309, 100. Sitz. S. 3021D.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3144D. — Beantwortet.

Anfrage Kunert: Ist dem Herrn Reichskanzler folgendes Tatsachenmaterial bekannt?

In der Stadt Cöln sowie in den Vororten Cöln-Ehrenfeld, Cöln-Klettenberg, Cöln-Bayental, Cöln-Mansfeld und anderen Orten im Rheinland und im Reiche wurden bei und nach Kriegsbeginn ansässigen Belgiern und auch Luxemburgern ihre Pässe und alle ihre amtlichen Ausweispapiere abverlangt. Darauf wurden sie behördlich für „staatenlos" erklärt und veranlaßt, sich preußischen Militärmusterungen zu unterziehen. Alle irgendwie Kriegsverwendungsfähigen unter ihnen — insbesondere auch frühere belgische und luxemburgische Soldaten — wurden dem deutschen Heere eingereiht. (Folgen elf Namen.)

Es handelt sich um eine erhebliche Anzahl. Unter diesen mit amtlichen Legitimationen versehenen Fremden befinden sich auch nordamerikanische Staatsbürger. — Außer den in der Drucksache Bd. 321, Nr. 770 — Anfrage Bd. 316, Nr. 136 — erwähnten noch einige Personalien: Bd. 321, Nr. 804.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3245B. — Beantwortet.

Anfrage Kunert: Wie weit ist die von der Reichsregierung vor zwei Monaten versprochene Prüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in den Reichstagsdrucksachen, und zwar in den Nummern 770, 804, 847, sowie in den stenographischen Berichten der 100., 103., 106. und 110. Sitzung erwähnten Ausländer: Franzosen, Belgier, Amerikaner, Dänen, Schweden, Luxemburger usw., erfolgt?

Wann hofft die Regierung wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß der Angelegenheit zu kommen?

Welche Schritte wird der Reichskanzler tun, ihre völlige Erledigung und damit die Entlassung einer nicht unerheblichen Anzahl von sogenannten staatenlosen Ausländern aus dem deutschen Armeeverband auf das äußerste zu beschleunigen?: Bd. 321, Nr. 900.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3560D. — Beantwortet.

Anfrage Kunert: Ist dem Herrn Reichskanzler das nachstehende Tatsachenmaterial bekannt?

In verschiedenen Städten und Ortschaften des Deutschen Reiches wurden bei und nach Kriegsbeginn ansässigen Ausländern, und zwar neutralen wie feindlichen, ihre Pässe und amtlichen Ausweispapiere vielfach abverlangt. Darauf wurden sie behördlich für „staatenlos" erklärt und veranlaßt, sich deutschen Militärmusterungen zu unterziehen. Alle Verwendungsfähigen, darunter auch frühere ausländische Soldaten, wurden trotz ihres Einspruchs und der Verweigerung des deutschen Fahneneides dem deutschen Heere eingereiht. Es handelt sich dabei um eine sehr erhebliche Anzahl von Personen.

Hierher gehören außer den in den Drucksachen 770, 804, 847, sowie in den Stenographischen Berichten der 100., 103., 106., 110. und 115. Reichstagssitzung erwähnten Personen noch die folgenden (127 Personen).

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Tatsachen bekannt?

Reichsheer. 13. Ausländer im Heere (Fortsetzung).

Was gedenkt er daraufhin zu veranlassen? Was gedenkt er im besonderen zu tun im Hinblick auf die Verwaltungspraxis und Rechtsauslegung gegenüber den sogenannten Staatenlosen, die sich während der Kriegszeit auf das Gesetz vom 22. Juli 1913, Reichs-Gesetzbl. S. 592, stützt?: Bd. 321, Nr. 938.

Bd. 310, 117. Sitz. S. 3604 A. — Beantwortet.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die militärische Entlassung der zu Unrecht in das deutsche Heer eingestellten Ausländer — nach äußerster Beschleunigung der Prüfung ihrer Staatsangehörigkeit — ungesäumt veranlaßt werde:. Bd. 321, Nr. 847.

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3453B, S. 3473C, S. 3490C. — Abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Personen, die eine frühere andere Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne die deutsche zu erwerben, vom deutschen Heeresdienst freizulassen und, soweit sie bereits in das deutsche Heer eingestellt sind, zu entlassen.

Die Hilfsdienstpflicht dieser Personen wird hierdurch jedoch nicht berührt.

Ber. d. Haush. Ausschs. Bd. 322, Nr. 1103 S. 35 unter Ia. — Unerledigt.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die zu Unrecht in das deutsche Heer eingestellten Ausländer — nachdem ihre Staatsangehörigkeit mit äußerster Beschleunigung geprüft ist — ungesäumt aus dem Heere entlassen werden: Bd. 324, Nr. 1657 unter 1.

Bd. 313, 174. Sitz. S. 5465A, 5467B.
175. Sitz. S. 5507D.
184. Sitz. S. 5846A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Frage der Einstellung von Ausländern ins deutsche Heer (Amerikaner, Luxemburger, Schweden, Schweizer, Staatenlose usw.): Bd. 322, Nr. 1103 S. 9 ff.

14. Ausstände.

Frage der Verwendung des Militärs bei Streikunruhen.

Bd. 313, 173. Sitz. S. 5446D.
174. Sitz. S. 5488B.

Ausstand in der Kriegsindustrie siehe „Kriegsindustrie" unter III.

15. Bäckereien. Resolution des Haushaltsausschusses zu den Etats des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der Heeresverwaltung dafür zu wirken, daß zwecks Erhaltung eines leistungsfähigen selbständigen Bäckergewerbes die von einzelnen militärischen Lagerkommandos geplante oder bereits erfolgte Einrichtung eigener Bäckereibetriebe zur Herstellung von Brot für Kriegsgefangene und ausländische Zivilgefangene usw. unterbleibt beziehungsweise aufgehoben wird: Bd. 317, Nr. 260 unter IIb.

Bd. 307, 41. Sitz. S. 919D. — Angenommen.

16. Back- und Mühlenmeister. Anstellung als mittlere Beamte, Rangverhältnisse:

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3467C
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5954D.

17. Badisch-preußische Militärkonvention. Benachteiligung der in preußischen Regimentern dienenden

Reichsheer. 17. Badisch-preußische Militärkonvention (Fortsetzung).

Badenser, Beschwerden, Stellung der stellvertretenden Generalkommandos usw.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4120C ff., 4124D.

—, Einstellung alter badischer Landsturmleute in ostpreußische Regimenter usw.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4122B.

—, siehe auch nachstehend unter 77 (Heeresergänzung unter I).

18. Bahnhofskommandanturen.

Stellenbesetzung, Fürsorge für durchreisende Soldaten:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384B, 5408B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430A.

Untersuchung des Gepäcks durchreisender Soldaten und Beamte der Zivilverwaltung in Polen (Alexandrowo):
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5408B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430A.

19. Beamte der Heeresverwaltung im allgemeinen. Gehalt, Kriegsbesoldung siehe „Kriegsbesoldungen". Einzelne Beamtenklassen siehe nachstehend unter den besonderen Stichworten, insbesondere unter 177 (Technische Institute).

Beamtenorganisation in Heer und Marine, Reform, Vereinheitlichung:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3182D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5380D, 5381C.

—, Sicherstellung eines vorgebildeten Verwaltungspersonals des Beurlaubtenstandes: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3182D.

—, Bericht des Haushaltsausschusses: Bd. 325, Nr. 1725.

Bd. 313, 186. Sitz. S. 5935D ff.

Hierzu folgende Resolutionen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken:

1. daß eine durchgreifende Organisation der Heeres- und Marineverwaltung zur Durchführung nach dem Friedensschluß schon jetzt vorbereitet werde, und daß dabei namentlich folgender Gesichtspunkt berücksichtigt werde: Bei Nachweis hinreichender Befähigung soll grundsätzlich die Beförderung aus den unteren in die höheren Stellen den Stelleninhabern nicht verschlossen sein, es soll daher der Aufstieg in die Provinzialstelle nach Möglichkeit und in erster Linie aus den geeigneten Kräften der Lokalbehörden und ebenso derjenigen in die Zentralstellen aus den geeigneten Kräften der Provinzialbehörden erfolgen: Bd. 325, Nr. 1725 S. 1ff., 5, 12, 14ff., 16, 17ff.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5936A, 5947C, 5950A, 5952D, 5953A, C, 5954C;
2. daß ein Beurlaubtenstand für die Verwaltungsbeamten geschaffen wird: Bd. 325, Nr. 1725 S. 6, 19.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5936D, 5943D, 5950B, 5956B;
3. daß die Ungleichheiten und Härten in der Stellung der Beamtenstellvertreter beseitigt bzw. gemildert werden, namentlich durch Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten zu Hilfsbeamten: Bd. 325, Nr. 1725 S. 7, 17.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947C, 5950B, 5956B;
4. daß die handwerksmäßig ausgebildeten Unterbeamten ebenfalls eine bessere Beförderungs-

Reichsheer. 19. Beamte der Heeresverwaltung im allgemeinen (Fortsetzung).

möglichkeit erhalten und gegebenenfalls sofort durch Zulagen bessergestellt werden;

5. daß bei einer Reform der Besoldungsordnung die Schaffung von gehobenen Unterbeamten bei der Heeresverwaltung vorgesehen werde;
6. daß die bereits in Angriff genommenen Reformen, betreffend die Zahlmeister, Apotheker usw., beschleunigt werden:
   Bd. 313, 186. Sitz. S. 5954A, 5957B;
7. daß die Heeresverwaltung insbesondere bei der geplanten Neuordnung des Beamtenstandes vor allem auf die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Anwärter- und Beamtenzahl und die Marineverwaltung auf die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen planmäßigen und nicht planmäßigen Beamtenstellen bedacht ist:
   Bd. 312, 172. Sitz. S. 5380B.
   Bd. 313, 186. Sitz. S. 5936D, 5937B, 5943B, 5953C, 5954B.

Annahme der Resolutionen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5961D.

—, „Zivilbeamte" und „Militärbeamte", Unterscheidung; Rechts- und Rangverhältnisse usw.: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3183B ff.

—, Kanzleibeamte, einheitliche Organisation für alle Behörden: Bd. 325, Nr. 1725 S. 11.

Wirtschaftliche Lage der Beamten, Teuerungszulagen: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3463A, 3467B.

Mittlere und untere Beamte, Gehaltsaufbesserung, ausreichende Zulagen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948B.

Beamte in den besetzten Gebieten im Osten, Gehaltsfrage: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5463D.

Pensionierung der wiederverwendeten Beamten, Anrechnung von Dienstzeit:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133B.
110. Sitz. S. 3499A.

Beamte und Personen des Soldatenstandes, Verantwortlichkeit für Verletzung der Amtspflicht siehe „Belagerungszustand" unter II 1.

20. Beamte auf Widerruf, aus freien Berufen, Teuerungszulagen, Nachweis der Bedürftigkeit: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5954C.

21. Beamtenstellvertreter.
Besoldung, Beförderung, Rang, Zurückversetzung:
Bd. 309, 30. Sitz. S. 667C.
100. Sitz. S. 3077D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109D.
110. Sitz. S. 3458D, 3467C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5328A.

—, Lage, Verantwortlichkeit, Ernennung zu Hilfsbeamten, Gehalts-, Zuschuß- und Zulagenverhältnisse, Bekleidung usw., Resolution: Bd. 325, Nr. 1725 S. 7, 17.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947C, 5950B, D, 5956B.

V. bei Proviantämtern, ehemalige Einjährig-Freiwillige, Aufrücken in Beamtenstellen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947C, 5956B.

V. ohne Uniform im Kriegsministerium (geistige Arbeiter); unangemessene Behandlung seitens der mittleren Beamten, Urlaubsverhältnisse usw.: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5951B, 5957A.

Anfrage Dr. Engelmeier, Schulenburg: Gemäß kriegsministerieller Verfügung vom 11. Februar 1918 (A.V.Bl. S. 81 lfde. Nr. 173) und vom 3. Aug. 1918 (S. 441 lfde. Nr. 811 B Ziff. 7) sind Bezirksfeldwebel oder Anwärter für diese Stellen, die als Offizierstellvertreter zu ihren Bezirkskommandos zurückbefohlen sind, als Offizierstellvertreter wieder zu bestellen. Es sind eine Reihe von Bezirksfeldwebeln als Beamtenstellvertreter im Felde gewesen, die zu ihren Bezirkskommandos zurückbefohlen wurden, aber nach dem jetzt geübten Verfahren nicht unter die oben angeführten Erlasse fallen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, zu veranlassen, daß die in Frage kommenden Beamtenstellvertreter ebenso behandelt werden wie die Offizierstellvertreter?: Bd. 325, Nr. 1906. — Unerledigt.

Reichsheer. 21. Beamtenstellvertreter (Fortsetzung).

22. Beförderungen siehe nachstehend unter 46, 166c u. 182.

23. Bekleidung.
Beschaffung, Bekleidungsbeschaffungsamt:
Bd. 315, Nr. 44 S. 78.
Nr. 73 S. 50.
Bd. 316, Nr. 107 S. 72.

Ausstattung der Mannschaften mit Hosenträgern:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5407A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443A.

Lieferung von Schuhnägeln an Mannschaften: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443A.

Einbehaltung der Zivilkleider eingetretener Rekruten, Entschädigungsfrage: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5799C, 5807A.

Anfrage Keil, Stücklen: Die Soldaten, die bei ihrer Einziehung eigene Unterwäsche mitbringen und dauernd benützen, haben einen Anspruch auf Entschädigung. Bei manchen Truppenteilen warten die Soldaten seit Jahren auf die Auszahlung dieser Entschädigung.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, für eine generelle Verfügung an alle Truppenteile zu sorgen, die bestimmt, daß diese Entschädigungen unverzüglich ausgezahlt werden?

Ist der Herr Reichskanzler ferner bereit, eine Anweisung an die Intendanturen zu erwirken, damit den Mannschaften die ihnen zustehende Unterkleidung regelmäßig geliefert wird?: Bd. 322, Nr. 1113.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1164.

Versorgung entlassener Kriegsteilnehmer mit Zivilkleidern: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4110A.

Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß jedem Angehörigen des Mannschaftsstandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos überlassen werden: Bd. 324, Nr. 1642 unter 2.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5394C.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

24. Bekleidungsämter.
Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Kriegslohn der in den Proviantämtern und Bekleidungsämtern beschäftigten Arbeiter eine den gestiegenen Kosten des Lebensbedarfs genügende Erhöhung erfährt: Bd. 324, Nr. 1642 unter 7.

Reichsheer. 24. Bekleidungsämter (Fortsetzung).

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5423 D.
Bd. 213, 184. Sitz. S. 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Offiziere der B. siehe nachstehend unter 141 k.

Petition, betreffend Rückerstattung der von den Handwerksmeistern an die Arbeiter zu zahlenden Lohnzuschläge und den Anschluß der Handwerksmeister an Lieferungsgenossenschaften.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 321, Nr. 872.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3638 B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung bzw. Uebergang zur Tagesordnung.

Anfrage Albrecht: In den Werkstätten des Bekleidungsamts des IV. Armeekorps zu Magdeburg werden die zum Kriegsdienst eingezogenen Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, diese Handwerker, wenn dieselben zu Kriegszwecken nicht gebraucht werden, vom Militärdienst zu befreien?: Bd. 322, Nr. 1071.
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3764 A. — Beantwortet.

25. Beschwerderecht der Soldaten; Reform:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 353 B.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1560 D.

Resolution Albrecht und Genossen zum Etat des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag spätestens bis zu seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Beschwerderechts der Soldaten, vorzulegen. Der Entwurf soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:
1. Wegfall des Begriffs der leichtfertigen Beschwerde;
2. Strafvollzug nicht vor Erledigung der Beschwerde: Bd. 317, Nr. 261 unter II.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 903 C, 908 C, 919 D. — Abgelehnt.

Resolution des Haush. Ausschusses zum Etat des Reichsheers für 1917, betreffend möglichste Beschleunigung einer Reform des militärischen Beschwerderechts: Bd. 321, Nr. 766 unter II 9 a.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3065 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 C. — Angenommen.

Reform, Beseitigung von Härten, Frage der Berechtigung der Beschwerden, aufschiebende Wirkung der Strafen usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3048 B, 3051 D.
101. Sitz. S. 3064 C, 3091 D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104 B, 3108 C, 3113 A, 3132 B.
110. Sitz. S. 3455 D, 3498 C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5383 C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420 C, 5421 A, 5440 C, 5443 D.
174. Sitz. S. 5479 D.
184. Sitz. S. 5826 A, 5830 D.

—, Beschwerderecht, Reform, Begriff der leichtfertigen Beschwerde, Abweichen vom Dienstwege: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2882 D, 2885 A.

Ermittlung des Veranlassers einer namenlosen Beschwerde durch den Kompagniechef, Verfahren des Kriegsgerichts: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3455 A.

Verbot der Beschwerdeübermittlung an Abgeordnete — Kriegsbekleidungsamt in Karlsruhe: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5383 C. — Siehe auch unter 152 b.

Reichsheer. 25. Beschwerderecht (Fortsetzung).

26. Bestechung. Bekämpfung im Heer: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5826 B. — Siehe auch nachstehend unter 185 c (Urlaub).

27. Betriebsschreiber siehe nachstehend unter 177 f.

28. Bezirksfeldwebel siehe unter 21 (Beamtenstellvertreter).

29. Bezirkskommandeure. Frage der Reaktivierung: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5425 C.

30. Bibelverbreitung im Felde, Förderung, Unterstützung der Bibelgesellschaften:
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3153 A.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5499 A.

31. Briefkontrolle, Briefsperre:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 904 D, 905 C.
60. Sitz. S. 1557 A.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2012 C.
73. Sitz. S. 2042 D.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3052 A.
101. Sitz. S. 3065 A, 3067 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3456 D, 3461 B, 3498 C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5463 B.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß die Briefzensur bei den eingetretenen Truppenteilen nicht über das unbedingt nötige Maß hinaus ausgedehnt wird: Bd. 321, Nr. 766 unter II 9 b.
Bd. 309, 101. Sitz. S 3065 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 C. — Angenommen.

Besondere Briefzensur für elsaß-lothringische Soldaten: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4119 C, 4134 C.

32. Bureaukratismus siehe vorstehend unter 1.

33. Burschenwesen.
Einschränkung der Verwendung von Offiziersburschen:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3054 C.
101. Sitz. S. 3066 D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5395 B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5467 C.
Geldabfindung statt Burschengestellung für Zahlmeister usw.: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046 B.
Urlaubsreisen von Offiziersburschen mit Lebensmitteln siehe 185 b.

34. Demobilmachung. — Siehe auch „Kriegsbeschädigte".
a) Organisation, Grundsätze.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Kriegsamt (Abteilung Arbeitsamt) zu beauftragen, die erforderlichen Maßnahmen für die Arbeitsvermittlung in der Zeit der Demobilisierung alsbald zu treffen:
Bd. 321, Nr. 766 unter II 12.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105 C.
110. Sitz. S. 3498 C. — Angenommen.

Anträge des Aussch. für Handel und Gewerbe: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
1. dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation die einberufenen Wehrpflichtigen gegen ihren Willen nicht länger im Dienste zurückbehalten werden, als dies im Heeresinteresse unbedingt erforderlich ist;
2. dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation folgende Grundsätze durchgeführt werden:
a) Die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienst ist dergestalt zu regeln,

Reichsheer. 34. Demobilmachung (Fortsetzung).

daß die für die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens und für die Instandsetzung unentbehrlicher Betriebe benötigten Gewerbetreibenden, Techniker, Werkmeister, Facharbeiter und Verwaltungsbeamte sofort entlassen werden. Ferner sind die Berufsangehörigen solcher Gewerbe vorzugsweise zu berücksichtigen, in denen sich eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften geltend macht. Im übrigen soll jede Verzögerung der Entlassung vermieden werden. Die Rücksichtnahme auf Arbeitsmangel darf kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig, im Dienste zu behalten.

b) Die Entlassung soll nach dem Wohnort der Familie oder, bei Nachweis erlangter Beschäftigung, nach dem Arbeitsort erfolgen.

c) Die Heeresbehörden sollen die Mannschaften, zur Erlangung geeigneter Beschäftigung tunlichst unterstützen, insbesondere durch Hinweisung auf die zuständigen Arbeitsnachweise, Auskunftserteilung und Erleichterung des schriftlichen Verkehrs.

d) Den vom Heeresdienst entlassenen Kriegsteilnehmern sind zu Zwecken der Erholung und der Ordnung ihrer häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die seitherigen Dienstbezüge als Beurlaubte für einen vollen Monat weiterzugewähren.

e) Kriegsteilnehmern mit erheblich geschwächter Gesundheit, die aus dem Heeresdienst entlassen werden sollen, ist ein ausreichender Erholungsurlaub und nötigenfalls Kuraufenthalt und Verpflegung in einem Kurort oder Erholungsheim auf Kosten des Reichs zu gewähren. Die gleiche Vergünstigung muß den im Ausland Internierten bei ihrer Rückkehr zuteil werden.

3. dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation folgende Grundsätze durchgeführt werden:

a) Den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, ist nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in demjenigen Betriebe, in dem sie bis zu ihrer Einberufung zum Heeresdienst mindestens ein Jahr lang beschäftigt waren, zu sichern.

Ob im Einzelfalle dem Betriebsunternehmer die Erfüllung dieser Verpflichtung möglich ist, wird durch eine paritätische Schlichtungsstelle entschieden.

Kriegsteilnehmern und Hilfsdienstpflichtigen, die verhindert oder nicht gewillt sind, die Mitgliedschaft in einer Betriebspensionskasse unter den früheren Bedingungen fortzusetzen, muß gestattet werden, ihre erworbenen Anrechte durch Zahlung einer mäßigen Anerkennungsgebühr aufrechtzuerhalten.

b) Den Angehörigen der entlassenen Kriegsteilnehmer ist ohne Rücksicht darauf, ob sie Beschäftigung haben, die bisher bezogene staatliche und gemeindliche Familienunterstützung für einen vollen Monat und für den Fall der Erwerbslosigkeit darüber hinaus weiterzuzahlen.

c) Betriebsunternehmern, die in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigen, ist die Pflicht

Reichsheer. 34. Demobilmachung (Fortsetzung).

aufzuerlegen, auf je 50 Arbeiter wenigstens einen Kriegsbeschädigten in eine für ihn geeignete Beschäftigung zu nehmen. Ausnahmen hiervon sind nur durch Entscheidung der paritätischen Schlichtungskommission zulässig.

d) Die vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigt gewesenen Kriegsbeschädigten sind ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter und Angestellten wieder einzustellen.

e) Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten, sowohl in privaten Unternehmungen als auch in Staats- und Gemeindebetrieben, soll unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Leistungen erfolgen; insbesondere müssen ihnen die gleichen Akkordsätze gewährt werden, wie gesunden Arbeitern. Die Aufrechnung der Rente bei der Entlohnung ist unter allen Umständen zu untersagen.

f) Die auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführten Beschäftigungsverhältnisse sind alsbald nach Kriegsabschluß in dem Maße, als es die Zurückführung der Betriebe zum früheren Stand erfordert, rückgängig zu machen. Den solcherart Entlassenen steht, sofern sie vor ihrem Eintritt in den Hilfsdienst schon als Arbeiter oder Angestellter tätig waren, bis zur Wiedererlangung einer Beschäftigung das Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung zu.

4. dahin zu wirken, daß bei der erfolgenden Demobilisation folgende Grundsätze durchgeführt werden:

a) Die vom Heeresdienst entlassenen Arbeiter und Angestellten, denen eine angemessene Beschäftigung nicht zugewiesen werden kann, erhalten Arbeitslosenunterstützung. Solange eine staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt ist, sind den Gemeinden vom Reiche die hierfür gemachten Aufwendungen zurückzuerstatten.

b) Die vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigt gewesenen Kriegsbeschädigten sind ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter und Angestellten wieder einzustellen.

Bd. 321, Nr. 875 unter I A 1 u. 2, B 5 u. C 2.

Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045 D. — Angenommen.

Petitionen zu Arbeiter- und Angestelltenfragen: Bd. 321, Nr. 875 Ziff. II.

Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045 D. — Ueberweisung als Material.

Plan, rechtzeitige Entlassung der Wehrpflichtigen, Fürsorge für die Entlassenen: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4948 B.

Militärische Demobilmachung, Organisation: Bd. 321, Nr. 749 S. 1, 13. Nr. 875 S. 2.

Soziale Aufgaben, Arbeitsprogramm des Reichsamt des Innern: Bd. 321, Nr. 749 S. 3.

Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Regelung; Zurückhaltungen: Bd. 321, Nr. 749, S. 9, 12, 14, Nr. 805 S. 5.

Reichsheer. 34. Demobilmachung (Fortsetzung).

Anfrage Weinhausen: In weiten Kreisen der jüngeren Kriegsteilnehmer herrscht Beunruhigung über angeblich vorbereitete Demobilisierungspläne der Heeresverwaltung. Nach ihnen würden alle Kriegsteilnehmer, die während des Krieges freiwillig eingetreten sind oder eingestellt wurden, bevor sie das 20. Lebensjahr vollendet hatten, nach der Demobilisierung zurückgehalten werden, um noch ihre ganze aktive Dienstzeit nachzudienen.

Vorgänge in Soldau (Hannover) bei der Werbung freiwilliger Mannschaften für die Zeit nach der Demobilmachung: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5396C.

Siehe auch unter 106d (Landsturm).

b) Abgabe von Pferden, Fahrzeugen, Geräten. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Heeresverwaltung die bei Beendigung des Krieges für sie entbehrlich werdenden Pferde, Fahrzeuge und Geräte an Berufsvereinigungen der Landwirte und Gewerbetreibenden zu billigen Preisen veräußert: Bd. 319, Nr. 460 unter II.

Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001D.
73. Sitz. S. 2036B, 2054B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 319, Nr. 480 unter B 23.
Zu Nr. 480 S. 13.

Denkschrift über die Verwertung der bei eintretender Demobilmachung überzählig werdenden Truppendienstpferde, Anlage 3 zum Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1917, S. 15 des Entwurfs.

Anfrage Duffner: Es ist vorgesehen, daß bei der Demobilmachung abgegebene Rohstoffe, Geräte, Pferde, Wagen usw. mit Kriegsanleihen an die Heeresverwaltung bezahlt werden können.

Ist Sorge getragen, daß diese Gegenstände des täglichen Bedarfs dann auch zu angemessenen Preisen direkt an die Verbraucher, insbesondere direkt an die Gewerbetreibenden und die Landwirtschaft abgegeben und diese Berufszweige zunächst bevorzugt werden?

Werden Maßnahmen getroffen, durch welche der verteuernde Zwischenhandel in seinen verschiedenen Formen ausgeschaltet wird und dafür staatliche und kommunale Stellen die Verteilung und die Verrechnung übernehmen, wo sich die unmittelbare Abgabe an den Verbraucher bzw. Benützer nicht durchführen läßt?

Ich bitte um schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1445. — Unerledigt.

Anfrage Duffner: In welcher Weise ist dafür gesorgt, daß die bei der Demobilmachung freiwerdenden Personen- und Lastkraftwagen sowie Ersatzteile, Gummi usw. sofort durch Vermittelung staatlicher (militärischer) Stellen unter Ausschaltung der gewerbsmäßigen Aufkäufer und der in der Bildung begriffenen Aufkäufergesellschaften unmittelbar den Interessenten in den gewerblichen und beruflichen Kreisen zu angemessenen Preisen zugeführt werden?

Ist vorgesorgt, daß diese und die kleineren und mittleren Automobilwerkstätten, ferner diejenigen Kraftwagenbesitzer, welche ihre Wagen oder Teile derselben der Heeresverwaltung abgeliefert haben, die Droschkenbesitzer usw. zunächst berücksichtigt werden?

Reichsheer. 34. Demobilmachung (Fortsetzung).

Ist vorgesorgt, daß nicht die Automobilindustrie die Wagen an sich bringt, um die Preise hoch zu halten?

Ich bitte um schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1446. — Unerledigt.

Resolution Graf v. Westarp zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die militärischen Stellen zu veranlassen, daß

I. 1. bei der Demobilmachung alle zur Zucht geeigneten Stuten der schweren Arbeitsschläge durch die landwirtschaftlichen Vertretungen der Kaltblutzuchtgebiete den züchtenden Landwirten zugeführt werden und die Uebergabe an die landwirtschaftlichen Vertretungen nach einer Werttaxe erfolgt, die unter keinen Umständen die Preissätze übersteigt, die bei den Pferdeaushebungen während des Krieges den Landwirten von der Militärverwaltung gezahlt worden sind;

2. die Zucht von Laufpferden, die zu Heereszwecken verwendbar sind, durch Festsetzung genügend hoher Remontepreise ihre wirtschaftliche Unterlage für die Dauer erhält.

II. Zur Erleichterung und Verbilligung des Lastenverkehrs im Lande alle bei der Demobilmachung frei werdenden und nicht mehr für Heereszwecke benötigten Wagen, Maschinen, Geräte, Ober- und Unterbau und sonstiges Material für Feld- und Kleinbahnen an Kommunalverbände, Gemeinden, an Verkaufsorganisationen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, an landwirtschaftliche Genossenschaften und an Einzelbesitzer ohne Zwischenhandel zu angemessenen Preisen überlassen werden: Bd. 324, Nr. 1650.

Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464D, 5491D.
175. Sitz. S. 5497D.
184. Sitz. S. 5815B, 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

35. Detachierte Truppenteile. Kontrollmaßregeln des Kriegsministeriums für detachierte Truppenteile in der Türkei usw.: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3114A.

36. Dienstuntaugliche siehe nachstehend unter 77c u. g und „Reichsmilitärgesetz".

37. Dienstverkehr, Schriftverkehr, Bureaukratismus siehe vorstehend unter 1.

38. Dienstwohnungen siehe unter 72 (Generalstab).

39. Dienstzeit. Verkürzung, Anrechnung von Kriegsdienstzeit für die jüngsten Jahrgänge:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3056D.
101. Sitz. S. 3072B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3454B (Ersatzreserve).
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5505D.
184. Sitz. S. 5810D.

Kriegsdienstzeit, Anrechnung auf die Ausbildungszeit der Studierenden der Medizin, Zahnheilkunde, Tierheilkunde und Pharmazie:

Bd. 320, Nr. 633 Anhang a 553.
Nr. 650 S. 209.

40. Dissidenten. Toleranz, Bildung besonderer Truppenkörper: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3114B, 3131D.

Siehe auch unter 141 b (Offiziere).

41. Disziplin, Ehrenbezeugungen, Verhalten auf der Straße, in Gasthäusern usw., Garnisonbefehle in Karlsruhe, Cöln, Thorn:

Bd. 306, 31. Sitz. S. 683A, 686A, 697B, 698B, 701D.

Reichsheer. 41. Disziplin, Ehrenbezeugungen (Forts.).
Bd. 307, 41. Sitz. S. 905D.
60. Sitz. S. 1556C, 1566C.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2008A.
—, Hebung der Straßendisziplin, Garnisonbefehl in Magdeburg: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5806B.
Siehe auch unter 106 (Landsturm).
Disziplinstrafen siehe unter 123.
42. Drill siehe unter 11 (Ausbildung) und unter 116a (Mannschaften).
43. Duellwesen siehe unter 210.
44. Ehrenfriedhöfe siehe unter 59.
45. Einäugige, Zurückziehung aus der Front: Bd. 313, 184. Sitz. 5806D.
46. Einjährigfreiwillige.
Resolution des Haushaltsausschusses zu den Etats des Reichsheeres für 1915: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Allgemeinbildung und das Bedürfnis an Vermehrung der Reserveoffiziere eine Erweiterung der Berechtigung zum Einjährigfreiwilligendienst zu veranlassen: Bd. 315, Nr. 53 unter IIb.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 61D, 62C. — Angenommen.
Petition des Deutschen Technikerverbandes in Berlin, betreffend Verleihung der Einjährigenberechtigung an die Absolventen der staatlichen und staatlich anerkannten technischen Mittelschulen zwecks militärischer Beförderung von Kriegsteilnehmern.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 260 unter IIIo.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 922B. — Ueberweisung als Material.
Petition, betreffend Verleihung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst an die Schüler der staatlichen höheren und mittleren Fachschulen.
Mündl. Bericht des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II x.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.
Anfrage Binder (Speyer): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Ziffer 6 des § 89 der Wehrordnung zur Zeit außer Kraft gesetzt ist und daß infolgedessen angesichts der langen Dauer des Krieges viele im praktischen Erwerbsleben tätige Männer benachteiligt werden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, die im § 89 Ziffer 6 gewährleisteten Erleichterungen wieder einzuführen?: Bd. 322, Nr. 1205.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1427.
Fortfall der Berechtigungsprüfung während des Krieges für Bewerber mit besonderen Leistungen auf dem Gebiet der Technik, Kunst und Wissenschaft:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536B.
89. Sitz. S. 2622B.
Frage der Zweckmäßigkeit der Einrichtung in militärischer Hinsicht: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2606C.
Frage der Aufrechterhaltung des Privilegs:
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5089B, 5093B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5475D.
175. Sitz. S. 5499D.
Berechtigungsprüfung, Neuregelung: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2606C, 2612B, 2613B, 2619A, 2624A.
Berechtigungsprüfung, Einwirkung auf die Organisation des Schulwesens, Behinderung des Aufstiegs der Begabten: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2606D, 2612B, 2615C, 2620A, 2622B, 2624D.

Reichsheer. 46. Einjährigfreiwillige (Fortsetzung).
Entscheidung über die Berechtigung beim Eintritt in das Heer: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2613B.
Beförderung nach neunmonatiger Felddienstzeit usw.: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5416A.
Siehe auch unter 141b (Offiziere).
47. Eisenbahnerheime siehe unter 169 (Soldatenheime).
48. Eisernes Kreuz siehe dort.
49. Elsaß-Lothringische Soldaten, Verwendung, Behandlung aus politischen Gründen siehe „Elsaß-Lothringen" unter 13.
50. Entlassungen siehe nachstehend unter 77.
Bekleidung der Entlassenen siehe unter 23.
51. Entschädigungsansprüche für Zivilkleidung siehe unter 23.
52. Ersatzgeschäft siehe nachstehend unter 77.
53. Etappengebiet Baden. Heereseinrichtungen, Kosten- und Entschädigungsfrage, System der sogenannten Kolonialverträge: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5392B.
Siehe im übrigen bei „Krieg" unter VI.
54. Etats.
Etat für 1915. Gestaltung, Abstandnahme von einer Detaillierung während des Krieges:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 33A, C.
6. Sitz. S. 60D.
Etat für 1916. Fortfall der Friedensrate: Bd. 306, 34. Sitz. S. 768C.
Etat für 1918. Gestaltung, Einnahmen und Ausgaben, neue Stellen usw.: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5380A ff.
Grundsatz: während des Krieges neue Stellen nicht einzurichten, — Härten, Stockungen in der Stellenbesetzung, Schaffung einzelner Stellen aus dienstlichen Gründen: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045B.
Siehe auch „Etatswesen" unter III, IV und V, Spezialberatung F, und unter VI, Spezialberatung G.
55. Explosivstoffe s. „Krieg" unter VIII 3g und „Kriegsindustrie".
56. Fahnenschmiede.
Petition des Schmiedeobermeisters Alexander Burkhardt in Fürth i. B. um Neuregelung der Besoldungs- und Rangverhältnisse der Fahnenschmiede und der Beschlagschmiede.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 20.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.
57. Feldbibliotheken.
Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Benutzung der Feldbibliotheken kein Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften gemacht wird:
Bd. 324, Nr. 1645 unter 5.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5405B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422D.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Kriegsbibliotheken, Mannschaftsbibliotheken, Beibehaltung im Frieden; Reichsbücherwoche:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046D.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3148A, 3153C.
58. Feldbuchhandlungen.
Anfrage Behrens, Prinz zu Schoenaich-Carolath, Dr. Faßbender, Dr. Haas (Baden), Schulz (Erfurt): Ueber die Feldbuchhandlungen

Reichsheer. 58. Feldbuchhandlungen (Fortsetzung).

werden fortgesetzt Klagen laut. Die von ihnen feilgehaltenen Bücher sind teilweise minderwertiger Art, in vielen Fällen ist den Soldaten offenkundige Schundliteratur verkauft worden. Eine weitere Klage geht dahin, daß die Bücherauswahl zum Teil einseitig bestimmte Verlage bevorzugt, was darauf zurückgeführt wird, daß der Feldbuchhandel in der Hauptsache in den Händen einiger weniger Buchhandlungen liegt. Bücher und Bücherreihen, deren Feilhaltung im Interesse der Volksbildung dringend erwünscht ist, wenn sich ihr Vertrieb auch nicht so lohnt wie der Vertrieb von Sensationsliteratur, werden von den Feldbuchhandlungen nur mangelhaft oder gar nicht berücksichtigt.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine bessere Organisation des Feldbuchhandels unter Heranziehung sämtlicher für das deutsche Volksbildungswesen in Betracht kommenden Vereinigungen in die Wege zu leiten?: Bd. 319, Nr. 500.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 615.

Organisation, Reform, Monopolstellung einzelner Firmen, Bücherauswahl, Preise, Abgaben an die Armeeoberkommandos: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3147 C, 3150C, 3151B, D, 3152B, 3153C.

Ausschuß deutscher Volksbildungsvereinigungen, Bestrebungen zur Reform des Feldbuchhandels: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3149D, 3151A.

59. Feldfriedhöfe, Ehrenfriedhöfe. Anlage, Pflege, Heranziehung von Fachmännern (Gärtnern):
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5499C.
184. Sitz. S. 5816C.

60. Feldprediger siehe nachstehend unter 128 (Militärseelsorge).

61. Feldwebelleutnants. — Siehe auch unter 182 (Unteroffiziere).

Stellung der Feldwebelleutnants, Beförderung von Unteroffizieren zu Offizieren bzw. zu Reserveoffizieren:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3466D.
Bd. 313, 172. Sitz. S. 5396A.
174. Sitz. S. 3487D.

Resolution Dr. Stresemann u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Stellung der Feldwebelleutnants und Offizierstellvertreter einer baldigen durchgreifenden Prüfung unterzogen wird: Bd. 324, Nr. 1656 unter 4.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5396A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5416A, 5431C.
174. Sitz. S. 5487D.
175. Sitz. S. 5499D.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Resolution Graf v. Westarp u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1919: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den militärischen Stellen darauf hinzuwirken, daß den verheirateten aktiven Unteroffizieren, die nach 12jähriger Dienstzeit zu Feldwebelleutnants befördert werden, Löhnungszuschüsse und Wohnungsgeld, die sie bisher erhalten haben, nicht abgezogen werden: Bd. 324, Nr. 1644 unter V.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5396A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5416 D, 5425 D, 5431 C.
175. Sitz. S. 5499D.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Reichsheer (Fortsetzung).

62. Feldzeugmeisterei. Behandlung der Kriegslieferungen usw., siehe „Kriegsindustrie", siehe auch nachstehend unter 114.

63. Feuerwerks- und Zeugoffiziere.
Stellung, Hebung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5953D.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß trotz ihrer anerkannten Verdienste in diesem „Munitionskriege" das Zeug- und Feuerwerkspersonal weder nach seinen Leistungen noch nach dem Kriegsbesoldungsgesetze behandelt, sondern hinter dem übrigen Offizierkorps in auffallender Weise zurückgesetzt wird? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um wenigstens einigermaßen die endliche Berücksichtigung der gerechten Wünsche dieses Personals zu erwirken?: Bd. 322, Nr. 1169.
Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1444.
Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Nach Ziffer 3 Abs. 3 u. Anl. der Vorschrift über die persönl. Verh. des Feuerwerkspersonals gelten bei gemeinschaftlicher dienstlicher Tätigkeit Offiziere des Heeres, ohne Rücksicht auf das Patent, stets für dienstälter als Zeug- und Feuerwerksoffiziere desselben Dienstgrades.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese ungerechte Behandlung des Feuerwerksoffizierkors zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1594. — Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1793.
Beförderungsmöglichkeit zum Major: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458D.

64. Feuerwerks- und Zeugpersonal. — Siehe auch unter 63.
Anwärter, Hohe Zahl: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5953D.
Petition der Frau Adomeit in Stettin um Erhöhung des Diensteinkommens des aktiven Zeug- und Feuerwerkunterpersonals.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 19.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

65. Flugwesen im Felde. Entwicklung, Kampffähigkeit, Notwendigkeit eines Generalkommandos für die Lufttruppen:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047B.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3174A.
Siehe im übrigen „Krieg" unter II D.

66. Freiwillige siehe unter 34, 46 u. 106 (Landsturm).

67. Garnisonverwendungsfähige siehe nachstehend unter 77 d u. f.

68. Gartenarchitekten. Nurverwendung von Leuten im Mannschaftsstande: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133A.

69. Gefangene siehe „Kriegsgefangene".

70. Gefangenentransporte, Aenderung der Schießvorschriften.
Anfrage Fischer (Berlin): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in jüngster Zeit wiederholt an belebten Stellen des Berliner Stadtbezirks von militärischen Begleitmannschaften auf Soldaten, die sie zu transportieren hatten, bei Fluchtversuchen geschossen worden ist und daß ein vierjähriges Kind das Opfer einer solchen Schießerei geworden ist?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die militärischen Stellen zu veranlassen, die

Reichsheer. 70. Gefangenentransporte, Aenderung der Schießvorschriften (Fortsetzung).

in Betracht kommenden Vorschriften über Gefangenentransporte so zu ändern, daß Gesundheit und Leben der Bevölkerung durch Schießen auf Straßen und Plätzen nicht mehr gefährdet wird? Bd. 323, Nr. 1359.

Bd. 311, 141. Sitz. S. 4397D. — Beantwortet.

Anfrage Landsberg: Am 17. April d. J. hat in Magdeburg ein Sergeant auf der Straße durch Schüsse, die er auf einen ihm entwichenen Militärgefangenen abgab, zwei spielende Kinder verletzt, von denen das eine an den Folgen der Verwundung gestorben ist.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die militärischen Stellen zu veranlassen, die vom preußischen Kriegsministerium bereits am 15. März d. J. in Aussicht gestellte Abänderung über den Transport festgenommener Militärpersonen so rasch herbeizuführen, daß Leben und Gesundheit der Bevölkerung durch den Gebrauch von Schußwaffen innerhalb der Ortschaften nicht mehr gefährdet wird?: Bd. 324, Nr. 1494.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4832C. — Beantwortet.

Anfrage Meerfeld: In Cöln wurde in jüngster Zeit in belebten Straßen wiederholt auf fliehende Deserteure geschossen, trotzdem seinerzeit die Militärbehörde eine Neuordnung solcher Transporte und zugleich das Verbot des Schießens zugesagt hatte. Im Stadtteil Cöln-Mülheim wurde am 23. August an einer Stelle, wo zahlreiche Kinder spielten, ein fliehender, übrigens gefesselter Soldat von dem Begleiter erschossen. Am 24. August in den Nachmittagsstunden wurde im Stadtteil Klettenberg einem ebenfalls fliehenden Soldaten eine Kugel nachgesandt. Am 4. September wiederholte sich dieser Vorgang im nördlichen Stadtteil um die Zeit des Fabrikschlusses. In beiden Fällen hätten Passanten oder spielende Kinder getroffen werden können.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Anordnungen zu treffen, wodurch dieser Bedrohung von Zivilpersonen ein für allemal vorgebeugt wird?:

Bd. 325, Nr. 1913. — Unerledigt.

71. Generalkommandos. Durchführung der Bestimmungen über den Belagerungszustand, Stellung gegenüber dem Vereins- und Versammlungsrecht usw. siehe „Belagerungszustand" unter Iff.

72. Generalstab. — Siehe auch unter 101.

Stellung des Großen Generalstabes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Reichstags: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6162A, 6178A. 197. Sitz. S. 6285D.

Errichtung einer Zentralstelle zur Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen: Bd. 317, Nr. 192 S. 37.

Paßzentrale im Generalstab, Beschleunigung in der Paßerteilung: B. 313, 174. Sitz. S. 5484C.

Vermessungsbeamte beim Generalstab, Gleichstellung mit den Offizieren: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5951A, 5954D.

Dienstwohnung für den Chef des Generalstabs, Villa am Kurfürstendamm, Kosten: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5805C.

73. Gerichtsschreiber im Felde. Beleihung mit Kriegsstellen auf Widerruf: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947D.

74. Geschlechtskrankheiten in der Armee siehe unter 164.

Reichsheer (Fortsetzung).

75. Gesundheitszustand in der Armee siehe unter 164.

76. Gewehrfabriken. Gewehrfabrik Amberg, Verlegung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3083D, 3087C.

Siehe im übrigen unter 177 (Technische Institute.)

77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen, Zurückstellungen, Entlassungen.

a) Uebersicht der Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts sowie Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärpflichtigen für das Jahr 1913: Bd. 306, Nr. 23.

b) Petition des Dr. Waldemar Belck in Frankfurt a. M., betreffend Vorschläge zur Vermehrung der Mannschaftsreserven.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 6.

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

c) Aushebung, Einziehungen u. Untersuchungen.

Resolution Gröber (Laupheim) u. Gen. zum Etat des Reichsheers für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die militärischen Untersuchungen zur Feststellung der Kriegs- und Arbeitsverwendungsfähigkeit mit größter Genauigkeit ausgeführt werden, sowie die als dienstuntauglich befundenen Heerespflichtigen baldigst entlassen werden: Bd. 324, Nr. 1651 unter 6.

Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423B, 5449B.
174. Sitz. S. 5486A.
184. Sitz. S. 5825C, 5826C, 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Ersatz- und Musterungsfragen, Untersuchung und Zurückstellung von kriegsverwendungsfähigen Mannschaften, Klassifikation der Tauglichen:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379C, 5385A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5426D, 5432D, 5434D, 5449C.
174. Sitz. S. 5454C, 5474C, 5485D.
175. Sitz. S. 5501D, 5504A.

Heranziehung aller kriegsverwendungsfähigen Leute, Frage einer konfessionellen und Berufsstatistik der Zurückgestellten:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5426D, 5432D, 5434D, 5441A.
174. Sitz. S. 5462B, 5474C, 5475B, 5485D.
175. Sitz. S. 5501D, 5504A.

—, Tauglichkeit der Juden für den Heeresdienst: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2049A, 2052B.

—, Umschreibung von k-v-Leuten zu g-v-Leuten: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4130D, 4131D.

—, Ersatz der älteren Jahrgänge in der Front durch jüngere Reklamierte, Nachrevisionen in der Heimat, in den Bureaus, Kriegsgesellschaften:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 351B.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3998B, 3999D.
132. Sitz. S. 4094A, 4099D, 4104D, 4108D, 4115D, 4127B, 4130D.

—, Drückebergerei, Schaffung einer Organisation zur Begutachtung der Reklamationen: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6219D.

Anfrage Dittmann: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Stahlwerk Becker A. G., Willich bei Crefeld, kriegsverwen-

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

dungsfähige Personen aus den sogenannten höheren Gesellschaftsklassen, denen alle Berufs- und Fachkenntnisse für den betreffenden Betrieb fehlen, infolge gesellschaftlicher, verwandschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu maßgebenden Personen der Werksleitung für den Betrieb in wahrheitswidriger Weise als Leiter oder Arbeiter vom Heeresdienst reklamiert und von der Militärbehörde in auffallend entgegenkommender Weise freigestellt worden sind; ferner, daß eine große Zahl junger kaufmännischer Angestellten von der Werksleitung fälschlicherweise als Arbeiter reklamiert worden ist?

Ist dem Herrn Reichskanzler insbesondere bekannt, daß sich unter den solcherart Reklamierten befinden:

1. der Bruder des Generaldirektors, reklamiert als Leiter des Schweißbaues,
2. der Bruder eines Werkdirektors, z. Zt. in Frankfurt a. M.,
3. der Sohn eines Crefelder Arztes, Komponist von Beruf, reklamiert als Arbeiter,
4. ein Referendar, Freund der Familie des Generaldirektors, reklamiert als Arbeiter,
5. der Mann der Friseuse der Frau des Generaldirektors, reklamiert als Arbeiter,
6. ein Apotheker, Bruder des Unteroffiziers, der auf dem Crefelder Bezirkskommando die Reklamationen für das Stahlwerk bearbeitet?

Aehnliche Angaben werden auch von anderen Werken gemacht.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, diesen Dingen unverzüglich nachgehen zu lassen und Maßnahmen zu treffen, durch die solcher Mißbrauch der Reklamationsbefugnis verhindert wird?: Bd. 322, Nr. 1095.

Bd. 310, 124. Sitz. S. 3765C. — Beantwortet.

Kriegstauglichkeit der in der Landwirtschaft und Industrie Tätigen: Bd. 306, 31. Sitz. S. 689C.

Tauglichkeit der jungen Jahrgänge: Bd. 306, 31. Sitz. S. 687C, 705A.

Petition der Bertha Böhm aus Lerbach betreffend ärztliche Untersuchung des militärgerichtlich bestraften Reservisten Karl Wolf.

Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 320, Nr. 703.

Bd. 310, 103. Sitz. S. 3156A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Nachmusterung der Dienstuntauglichen siehe „Reichsmilitärgesetz".

Wiedereinziehung von Nervenkranken, Verkrüppelten als kriegsverwendungsfähig, zur Arbeit in Munitionsfabriken, zum Grenzschutz: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4110B ff., 4116B.

—, Anfrage Davidsohn: Bei der fortlaufend erfolgenden Wiedereinziehung kriegsbeschädigter Rentenempfänger zum Heeresdienste in der Heimat ereignen sich schwere Mißgriffe: Kriegsbeschädigte werden durch die Wiedereinziehung aus ihrem Heilungsprozeß herausgerissen und dadurch in ihrem Befinden verschlechtert; andere werden in der Erlernung neuer Berufe unterbrochen.

Trotz des kriegsministeriellen Erlasses vom 7. Juli 1917 (Armee-Verordnungsblatt vom 12. Juli 1917), wonach Empfänger von 50

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

und mehr Prozent Militärinvalidenrente wider ihren Willen nicht eingezogen noch bei der Truppe behalten werden sollen, findet fortgesetzt Wiedereinziehung Kriegsbeschädigter mit 50 und mehr Prozent Rente — zum Teil sogar mit Verstümmelungszulage — statt.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Mißgriffe zu tun?: Bd. 321, Nr. 985.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1158.

Einziehung von Teilnehmern an Ausständen, aus politischen Gründen, siehe nachstehend unter 152e. (Politik im Heere).

Aushebung und Abkommandierung von Mannschaften zum Dienst bei der Post und Eisenbahn:

Bd. 309, 100. Sitz. S 3046A.

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458B.

Frage der Einstellung und Entlassung von Ausländern siehe vorstehend unter 13.

d) Zurückstellungsverfahren, Zurückstellung und Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen.

Resolution zum Gesetzentwurf, betr. den vaterländischen Hilfsdienst, siehe „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 4.

Siehe auch nachstehend unter 181e (Urlaub).

Zurückstellungen, Prüfung auf Notwendigkeit usw., Frage des Frontaustausches:

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5386B.

Bd. 313, 175. Sitz. S. 5502A, 5503B.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917 — Bd. 321, Nr. 766 unter II 13 —: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den militärischen Instanzen darauf hinzuwirken, daß im Interesse einer möglichst restlosen und guten Erledigung der Frühjahrsbestellung:

α) neue Einberufungen von Angehörigen landwirtschaftlicher Betriebe, von landwirtschaftlichen Arbeitern und Handwerkern zum Heeresdienst in den nächsten Wochen, bis mindestens zum 15. Mai, nicht erfolgen:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045A, C.

Bd. 310, 101. Sitz. S. 3066B, 3070D, 3078D, 3082B.

102. Sitz. S. 3120C.

β) Leiter landwirtschaftlicher Betriebe in der nächsten Zeit, soweit es die militärischen Interessen irgendwie gestatten, beurlaubt werden;

γ) alle arbeitsverwendungsfähigen und dauernd garnisondienstfähigen Mannschaften in den Garnisonen und besetzten Gebieten, die Inhaber kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe oder landwirtschaftliche Beamte oder Facharbeiter sind, oder zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebs von ihren Angehörigen dringend benötigt werden, auf bei den Kriegswirtschaftsberatungsstellen zu stellenden, beglaubigten und befürworteten Antrag hin aus dem Heeresdienst entlassen und zur Arbeit in ihrem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb oder in ihrem landwirtschaftlichen Fache freigestellt werden:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055C.

Bd. 310, 101. Sitz. S. 3066B, 3071A.

110. Sitz. S. 3498C. — Angenommen.

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den maßgebenden Stellen des Heeres und der Flotte dahin zu wirken, daß
1. die Erledigung von Entlassungen, Zurückstellungen und Beurlaubungen für Mannschaften des Heeres und der Marine mehr als bisher beschleunigt und vereinfacht wird,
2. im Interesse der Frühjahrsbestellung der Urlaub der bereits hierfür beurlaubten Mannschaften, soweit die militärischen Interessen es irgendwie gestatten, die infolge der ungünstigen Witterung notwendige Verlängerung erfährt: Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 12: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Resolutionen zum Etat des Reichsheeres für 1918:

α) Graf Westarp u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß
1. das Verfahren über die Beurlaubung oder Zurückstellung von Heeresangehörigen wesentlich vereinfacht und beschleunigt wird,
2. Beurlaubungen und Zurückstellungen aus dienstlichen Gründen von den Truppenteilen nicht ohne eingehende Begründung abgelehnt werden dürfen, wenn die sonstigen beteiligten militärischen und zivilen Stellen die Notwendigkeit der Beurlaubung oder der Zurückstellung im Interesse der Förderung der Volksernährung anerkannt und befürwortet haben,
3. tunlichst alle in den Garnisonen befindlichen oder zur Eisenbahn und Post oder anderen staatlichen Betrieben oder zu Munitionsarbeiten abgegebenen Heerespflichtigen, die vor ihrer Einziehung in landwirtschaftlichen Betrieben tätig waren, für die künftige Ernte und zur Herbstbestellung der Landwirtschaft wieder zur Verfügung gestellt werden und eine erneute Einziehung von Heerespflichtigen oder bisher Zurückgestellten aus landwirtschaftlichen Betrieben während der Ernte und Herbstbestellung bis zum 31. Oktober 1918 nicht vorgenommen wird: Bd. 324, Nr. 1644 unter II.

β) Gröber (Laupheim) u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß durch Vereinfachung des Verfahrens die Beurlaubung und Zurückstellung von Heeresangehörigen beschleunigt werden: Bd. 324, Nr. 1651 unter 4.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5437 C.
174. Sitz. S. 5485 D, 5490 D.
175. Sitz. S. 5501 C.
184. Sitz. S. 5813 A, 5818 B, 5823 A, 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Garnison- und Arbeitsdienst usw., Entlassung entbehrlicher Leute (Landwirte, Handwerker, Gärtner usw.):
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3073 B, 3082 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3107 B.
110. Sitz. S. 3459 B, 3462 B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5485 D, 5490 D.
184. Sitz. S. 5816 D.

—, Siehe auch nachstehend unter f.

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

Einziehung eines Landwirts von der Ernte weg (Landratsamt Gronau): Bd. 309, 101. Sitz. S. 3074 C.

Anfrage Schiele, Rupp (Baden), Gebhart, Niederlöhner: Der Reichstag hat wiederholt Entschließungen angenommen, wonach neue Einberufungen von Heerespflichtigen insbesondere zur Saat- und Erntezeit tunlichst im Interesse der Sicherung der Volksernährung nicht erfolgen sollen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Entschließungen, soweit als möglich, zu entsprechen? Ist er insbesondere bereit, bei den militärischen Stellen darauf hinzuwirken, daß in den bevorstehenden Wochen bis mindestens zum 15. August mit Rücksicht auf eine schnelle Bergung der Ernte und die Erledigung des Frühdrusches neue Einberufungen von in landwirtschaftlichen Betrieben Tätigen zum Heeresdienst nicht mehr erfolgen und die bereits für die nächsten Tage erlassenen Gestellungsbefehle von den Bezirkskommandos wieder zurückgenommen werden?: Bd 324, Nr. 1668.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5639 D. — Beantwortet.

Zurückstellung von Arbeitern der Kriegsindustrie, größere Berücksichtigung der Familienverhältnisse: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3998 C.

Anfrage Giebel: Die Kriegsamtstelle Leipzig hat den Arbeitgebern eine Verfügung zugestellt, mit der ihnen die Einziehung von Arbeitskräften angekündigt wird, sofern den vom Heeresdienst zurückgestellten Angestellten mehr als 7 Tage und den Arbeitern mehr als einige Tage Erholungsurlaub gewährt wird.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür zu sorgen, daß die angekündigte Maßnahme unterbleibt?: Bd. 324, Nr 1698.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5793 B. — Beantwortet.

Resolution Gröber (Laupheim) und Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Zurückstellung und Entlassung von Heeresangehörigen zwecks Verwendung in kriegswichtigen Betrieben der Heimat nicht nur das Alter, sondern auch die Familienverhältnisse tunlichst berücksichtigt werden: Bd. 324, Nr. 1651 unter 5.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Mißstände bei der Zurückstellung von Mannschaften in den Betrieben, Bergwerken usw.:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5449 D.
174. Sitz. S. 5474 C.
175. Sitz. S. 5504 B.

Garnison- und arbeitsverwendungsfähige Leute, Handwerker usw., Beschäftigung in ihrem Wohnort Bd. 311, 144. Sitz. S. 4503 A, 4520 A.

e) Petitionen, betr. Reklamationen:
— der Frau Witwe Justen in Harlem (Holland), reklamierte Beamte durch verwundete Kriegsteilnehmer zu ersetzen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 4.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 D. — Ueberweisung als Material.
— des Wilhelm Potschwadek im Felde, betreffend Ablehnung seiner Reklamationsgesuche.

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IIbb.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

f) Entlassung von garnisondienstfähigen und arbeitsverwendungsfähigen Mannschaften von den Ersatztruppenteilen:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 694D, 697C.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1561D, 1573A.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2012A.
Resolution Dr. Stresemann u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Mannschaften und Offiziere, die nur garnisondienstfähig und ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend in zivilen Stellen besser und nutzbringender sowohl in der Heimat wie im besetzten Gebiet verwendet werden können, auch vor Ende des landsturmpflichtigen Alters entlassen werden können: Bd. 324, Nr. 1656 unter 5.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5385D.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483D, 5486D, 5487D, 5491A.
175. Sitz. S. 5501C, 5503D.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Siehe auch vorstehend unter d.

g) Rechtzeitige Entlassung der dauernd Untauglichen:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 682B.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3071A, 3073B.
Resolution Bernstein u. Gen. zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Entlassung dauernd kranker und dienstuntauglicher Mannschaften mehr als bisher beschleunigt werde: Bd. 317, Nr. 262 unter IV.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 913D, 920B. — Angenommen.
Resolutionen zum Etat des Reichsheeres für 1918:
a) Dr. Ablaß u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Soldaten und Offiziere, die dienstunfähig geworden sind, mit möglichster Beschleunigung aus dem Heeresdienst entlassen und in den Bezug der ihnen zustehenden Renten gesetzt werden: Bd. 324, Nr. 1645 unter 9.
b) Albrecht u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf folgendes hinzuwirken: Dienstunfähige und unbrauchbare Soldaten und Offiziere sind sofort aus dem Heeresdienst zu entlassen. Die ärztlich als unbrauchbar bezeichneten Personen dürfen nicht aus politischen Gründen zum Heeresdienst eingezogen werden: Bd. 324, Nr. 1647.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423B, 5449B.
174. Sitz. S. 4586A.
184. Sitz. S. 5825C, 5826C, 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Siehe auch 141f.
Entlassung dauernd kranker und dienstunfähiger Mannschaften: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4110B.
Zurückhaltung von dauernd untauglichen Elsaß-Lothringern und Sozialdemokraten: Bd. 307, 41. Sitz. S. 913D, 918A.

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

Landwehr-Ersatzbataillon 110, 1. Kompagnie, Zurückhaltung Dienstuntauglicher: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5445C.
Infanterie-Ausbildung-Bataillon XIV./36, Ausbildung des Landsturmmanns Feser, Zurückhaltung trotz Dienstuntauglichkeit: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5445D.

h) Entlassung älterer Jahrgänge, Zurückziehung aus der Front.
Entlassung der älteren Mannschaften aus dem Felde: Bd. 307, 41. Sitz. S. 908B.
Entlassung des Landsturms der Jahrgänge 1869 und 1870:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1561D, 1563D, 1572D, 1573A.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2047B.
Zurückziehung der über 45 Jahre alten Heerespflichtigen aus der vordersten Linie:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046B.
101. Sitz. S. 3076A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3107B, 3111C.
Petitionen, betreffend Entlassung bezw. Nichtausmusterung der 45jährigen Leute und ähnliches.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 1—3, 5 u. 7.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit aller Beschleunigung tunlichst die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst herbeizuführen zu wollen.
Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 35 unter Ib 1.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997D, 3998A, 3999C.
132. Sitz. S. 4093A, 4100A, 4102B, 4104A, 4107D, 4116D ff., 4135D.
— Erledigt durch Abstimmung über den Antrag Bd. 323, Nr. 1306 (siehe nachstehend).
— Antrag Dr. Müller (Meiningen), Fehrenbach, Dr. Stresemann, Stücklen: den vorstehenden Antrag zu ersetzen durch folgenden Antrag: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß
a) die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienste sobald als möglich geschieht, daß aber jedenfalls die dauernde Zurückziehung der Jahrgänge 1869 bis 1872 aus der vordersten Linie zur militärischen Dienstleistung in die Heimat mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werde,
b) diejenigen Mannschaften des Landsturms, die seit Kriegsbeginn unausgesetzt im Felde stehen und seit mindestens einem Jahre in der Front eingesetzt sind, zu Ersatztruppenteilen dauernd in das Heimatgebiet versetzt werden: Bd. 323, Nr. 1306.
Zu a: siehe die Seitenangaben zu Resolution Bd. 322, Nr. 1103 unter I b 1 (vorstehend) und:

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

Bd. 311, 132. Sitz. S. 4098B, C, 4102C, 4106A, C, 4110A, 4116B, 4122D, 4127A, 4130A, 4131A, 4135D. — Einstimmig angenommen.

Zu b: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4100C, 4102C, 4106B, C, 4108A, 4120C, 4131A, 4135D. — Angenommen.

Entlassung bzw. Zurückziehung älterer Jahrgänge, insbesondere des Jahrgangs 1870:
Bd, 312, 172. Sitz. S. 5387D, 5395B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430D.
174. Sitz. S. 5463A, 5467B, 5473C, 5474B, 5475C, 5487A.
175. Sitz. S. 5501D.
185. Sitz. S. 5807B, 5812D, 5818B.

Jahrgänge 1869 — 1872, dauernde Beurlaubung in Bayern und Württemberg: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4094C, 4098C.

Zurückziehung der 45jährigen Leute auch aus Munitionskolonnen, Armierungstruppendienst usw., Anwendung der Verfügung vom 19. 12. 1916: Bd. 311, 132 Sitz. S. 4095B, 4099A ff, 4108B, 4110A, 4123B.

Anfrage Müller (Meiningen): Der Reichstag hat über die baldmögliche Entlassung bzw. Rückziehung der Landsturmleute am 23. Februar l. J. wichtige Beschlüsse gefaßt.

Es ist dabei wiederholt die Anregung ergangen, zur Beseitigung der Härten, die durch den Aufruf des Landsturms zu verschiedenen Zeiten entstanden sind, die ältesten Jahrgänge der Landsturmpflichtigen überhaupt nicht mehr zum Heeresdienst heranzuziehen. Für die sofortige Entlassung oder Nichteinstellung kommt, wenn zur Schaffung einer einheitlichen Altersgrenze für die Landsturmpflichtigen allgemein der 4. Dezember 1869 als Stichtag angenommen wird nach einem Kriegsministerialerlaß vom 14. August 1917, nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Personen in Betracht.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, für die sofortige Entlassung bzw. Nichteinstellung der in der Zeit vom 2. August bis 4. Dezember 1869 geborenen Landsturmleute zu sorgen, um dieser drückenden Ungleichheit der Behandlung zu begegnen?: Bd. 324, Nr. 1399.

Bd. 311, 145. Sitz. S. 4523C. — Beantwortet.

Siehe auch unter 106 (Landsturm).

Elsaß-Lothringer, Schwierigkeiten bei der Entlassung älterer Jahrgänge: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5470C.

i) Zurückziehung von Familienvätern und letzten Söhnen und Brüdern usw.

Resolution Bernstein und Genossen zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sogleich die Möglichkeit der Entlassung derjenigen Unteroffiziere und Mannschaften herbeizuführen, deren Söhne noch im Heeresdienst stehen oder gefallen oder in einer die Erwerbsfähigkeit wesentlich beeinträchtigenden Art verwundet sind. Die Entlassung erfolgt nur auf Antrag: Bd. 317, Nr. 262 unter IV.

Reichsheer. 77. Heeresergänzung, Ersatz, Untersuchungen, Einziehungen usw. (Fortsetzung).

Bd. 307, 41. Sitz. S. 914B, 920B. — Abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die verheirateten Mannschaften, besonders solche mit großer Kinderzahl, der älteren Jahrgänge, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat zu beurlauben: Bd. 319, Nr. 469 unter 2.

Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001D, 2012B.
73. Sitz. S. 2036B, 2047B, 2054B. — Angenommen.

Entlassungen von Mannschaften, die einen oder mehrere Brüder im Felde verloren haben, aus der vordersten Linie:
Bd. 308, 72. Sitz. S 2002A.
73. Sitz. S. 2046B.

Anfrage Stücklen: In den Verhandlungen des Reichshaushaltsausschusses ist von militärischer Seite darauf hingewiesen worden, daß eine Verfügung besteht, wonach die im Felde stehenden Väter kinderreicher Familien sowie die Söhne solcher Familien, die bereits Angehörige auf dem Schlachtfelde verloren haben, an Stellen verwendet werden sollen, an denen sie weniger einer Lebensgefahr ausgesetzt sind.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darauf hinzuwirken, daß die Grundsätze für die Anwendung dieser Verfügung baldigst der Oeffentlichkeit übergeben werden?: Bd. 320, Nr. 537. — Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 604.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, wonach im Falle, daß Vater und Söhne gleichzeitig an der Front stehen, der Vater auf sein Verlangen aus der Feuerlinie zurückgezogen wird.

Bericht des Haushaltsausschusses: Bd. 322, Nr. 1103 S. 35 unter I b 2.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997D, 3998B.
132. Sitz. S. 4095B, 4105A, 4106D, 4108A, 4135D. — Angenommen.

Zurückziehung von Vätern kinderreicher Familien: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4095C, 4100C, 4106D.

Zurückstellung letzter und einziger Söhne, der Ernährer usw.:
Bd. 310, 100 Sitz. S. 3046C.
110 Sitz. S. 3457C.
Bd. 311, 132 Sitz. S. 4095C, 4100C, 4123A, 4125A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5388B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5473D.
175. Sitz. S. 5498C, 5502D, 5503B.
184. Sitz. S. 5809C, 5818B.

k) Einäugige, Zurückziehung aus der Front: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5806D.

l) Versetzungen. Zurückversetzung süddeutscher Mannschaften aus preußischen Kontingenten und Garnisonen:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5388C, 5395D, 5408A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420A, 5430C, 5432A.
174. Sitz. S. 5461D.

Reichsheer (Forsetzung).

78. Heeresunfähige, Arbeitssoldaten, Arbeiterabteilungen.
Wiedereinstellung der früheren Arbeitssoldaten und Auflösung von Arbeiterabteilungen:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1561 B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2012 B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458 C.
Entwurf eines Gesetzes zur Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst: Bd. 324, Nr. 1613.
Erste Beratung:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5381 A, 5382 C, 5393 B, 5401 C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5412 C, 5421 D.
175. Sitz. S. 5506 A.
Bericht des 35. Ausschusses: Bd 325, Nr. 1707.
Zweite Beratung: Bd. 313, 184 Sitz. S. 5800 A, 5807 C, 5814 C, 5813 C, 5824 C, 5827 C, 5842 D.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843 A (Allgemeine und besondere Beratung, Gesamtabstimmung).
Nach der Vorlage angenommen.
Gesetz v. 1. 8. 1918, RGBl. S. 1071.
Resolution des 35. Ausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit größter Beschleunigung eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche die Heranziehung der infolge eines strafgerichtlichen Urteils zum Dienste im Heere und in der Marine unfähig gewordenen Wehrpflichtigen zu diesem Dienste herbeigeführt wird und zwar nach Maßgabe folgender Richtlinien:
1. die Heeresunfähigkeit im Sinne dieses Gesetzes erlischt, wenn seit Verbüßung oder Erlaß der Zuchthausstrafe oder der Strafe, neben welcher auf dauernde Heeresunfähigkeit erkannt wurde, oder seit Wiedererlangung der bürgerlichen Ehrenrechte 10 Jahre verflossen sind und der Wehrpflichtige inzwischen überhaupt nicht oder nur wegen Uebertretungen oder Vergehen mit keiner höheren Freiheitsstrafe als 6 Monaten und nicht mit einer neuen Ehrenstrafe bestraft wurde,
2. Heeresunfähige, die seit längerer Zeit ein geregeltes, ehrenhaftes Leben geführt haben, sind nach Befund sofort oder nach angemessener Bewährungsfrist zum Dienst im Heere oder in der Marine einzustellen:
Bd. 325, Nr. 1707 § 3 unter Ziffer II.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843 A. — Angenommen.
Einziehung Bestrafter, Einstellung eines Berliner Schuhwarenhändlers in eine Arbeiterabteilung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458 B.
Beschwerde eines Arbeitssoldaten über seine Einstellung in die Abteilung, Frage der Rehabilitierung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5455 B.

79. Heeresverwaltung. Schaffung eines (einheitlichen) Verwaltungskorps, eines Beurlaubtenstandes für Beamte siehe vorstehend unter 19.
Siehe auch unter 81 (Intendanturen), 177 (Technische Institute) usw.

80. Ingenieurkomitee, stellvertretendes. Behandlung technischer Neuerungen und Erfindungen: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3465 A, 3466 B.

Reichsheer (Fortsetzung).

81. Intendanturen.
Neuorganisation, Wegfall der Divisionsintendanturen, selbständige Errichtung von Prüfungsämtern, Trennung von den Verwaltungsbehörden:
Bd. 325, Nr. 1725 S. 3, 12, 15, 17 ff.
Bd. 313, 186. Sitz, S. 5953 C, 5957 A.
Siehe auch vorstehend unter 19 (Beamte usw.).
Einstellung der Annahme und Ausbildung von Anwärtern, Besetzung mit Anwärtern der Wirtschaftsstellen und der technischen Institute: Bd. 325, Nr. 1725 S. 10, 11.
Bedingungen für die Uebernahme verwundeter Offiziere: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483 B.
Versorgungsämter. Neueinrichtung, Schaffung etatsmäßiger Stellen für Beamte:
Bd. 325, Nr. 1725 S. 8.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5438 B.

82. Juden.
Zählung der Juden im Heeresdienst und bei den Kriegsgesellschaften: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2038 A, 2048 D, 2051 C.
Siehe auch unter 77 c (Heeresergänzung) u. 83 (Kadettenanstalten).
Beförderung zu Offizieren siehe unter 141 b.

83. Kadettenanstalten.
Errichtung einer zweiten Hauptkadettenanstalt, Erziehungssystem usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3049 A, 3056 B.
101. Sitz. S. 3089 D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3115 A, 3131 C.
Antrag Albrecht u. Gen.: Kap. 5 Tit. 28 der einmaligen Ausgaben (Neubau und Ausstattung einer zweiten Hauptkadettenanstalt) zu streichen: Bd. 321, Nr. 773.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3092 D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3119 A, 3123 D.
103. Sitz. S. 3147 B. — Abgelehnt.
Nichtaufnahme von Juden und Dissidenten:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047 A, 3056 B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3115 A, 3131 C.
Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde, Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten (Dienstwohnung); Stundenpläne für Pförtner und Lazarettwärter: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948 A.

84. Kantinen. Kontrolle der Betriebe, Gewinnsucht der Unternehmer: Bd. 306, 31. Sitz. S. 680 C.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
a) zu veranlassen, daß die Preise der Lebensmittel auch in den Kantinen und den Marketendereien, die im Operationsgebiet und in den Etappen bestehen, den Einkaufspreisen angepaßt und keinesfalls höher angesetzt werden, als die für das Reichsgebiet geltenden Höchstpreise;
b) zu veranlassen, daß Kantinenüberschüsse den beteiligten Mannschaften und Unteroffizieren gleichmäßig ausgezahlt werden: Bd. 321, Nr. 766 unter II 10.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3053 B, D.
101. Sitz. S. 3067 B, 3071 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104 C, 3132 A.
110. Sitz. S. 3457 A, 3461 A, 3498 C. — Angenommen.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen,

Reichsheer. 84. Kantinen (Fortsetzung).

α) daß die Verkaufspreise in den Kantinen derart gestellt werden, daß Ueberschüsse tunlichst vermieden werden,

β) daß über die Verwaltung der Kantinen einer aus Offizieren und Mannschaften bestehenden Kommission in bestimmten Zwischenräumen Rechnung gestellt wird.

Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36 unter Ic 2.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

Preisfrage, Verwendung der Kantinenüberschüsse usw., Bereicherung der Kantinenwirte:

Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443A.
174. Sitz. S. 5485B, 5488A.
175. Sitz. S. 5501C.

Verwendung von Kantinengeldern für Kriegsanleihen usw., Abrechnung:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3053D.
101. Sitz. S. 3067C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3115B.
110. Sitz. S. 3457 A, 3461 A, 3475C, 3476B.

—, zur Bezahlung von Aufklärungsschriften: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5803D.

Verbesserungen im Kantinenwesen, Verkauf von Lesestoff usw.: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3152D.

Verhältnisse in der Militärkantine zu Königsbrück:

Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443B.
174. Sitz. S. 5454D.

Siehe auch unter 137 (Naturalverpflegung).

85. Kasernen.

Kasernenbau in Villingen, verzögerte Zahlung der Baukosten.

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5388A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5465A.

Einrichtung von Bibliotheken, Lesezimmern in Kasernen: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3150A.

Kasernierung, Behelfs-Unterkunftsräume, Belegung, Ausrüstung: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5448D.

86. Kavallerie. Abschaffung der Garde du Corps: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3454C.

87. Kontributionsgelder. Petition des Landsturmmanns Jakob Thar um Erlaß einer kriegsministeriellen Verfügung, daß Kontributionsgelder nur in bar auszuzahlen sind.

Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 319, Nr. 478 unter 2.

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2054B. — Ueberweisung zur Erwägung.

88. Kontrollversammlungen. Strafmilderung bei Vergehen am Tage der K.: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5807C.

89. Kraftwagen. Einschränkung im Gebrauch, Ersparung von Benzol: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3074B.

90. Krankenschwestern, Krankenpfleger siehe unter 108 (Lazarette) und 163 (Sanitätswesen).

91. Kriegsanleihen. — Siehe auch unter 171.

Propaganda, Zeichnung von Offizieren und Mannschaften, Höhe, Vergleich:

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3493C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464D.

Agitationsweise an der Front, Urlaubsbewilligungen für Zeichner:

Bd. 311, 128. Sitz. S. 3974A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5386D, 5397D.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5478D.

Reichsheer. 91. Kriegsanleihen (Fortsetzung).

Verwendung von Kantinengeldern für Kriegsanleihen usw. siehe unter 84.

92. Kriegsbedarf. — Siehe auch unter 98, 114, 137.

Sicherstellung:

Br. 316, Nr. 106 Ziff. 173.
Nr. 107 S. 70.
Nr. 146 Ziff. 234.
Nr. 147 S. 86.
Nr. 164 Ziff. 274.
Bd. 317, Nr. 225 S. 75.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 471.
Bd. 319, Nr. 403 S. 146.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a629.
Nr. 913 Anhang a639.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a918.

Verfahren vor dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf:

Bd. 316, Nr. 106 Anhang a39.
Nr. 107 S. 70.
Bd. 318, Nr. 402 Anhang a387.
Bd. 319, Nr. 403 S. 146.

93. Kriegsbeschädigte siehe unter 196 (Verwundete), „Kriegsbeschädigte" und „Militärpensionswesen".

94. Kriegsbesoldung siehe „Kriegsbesoldungen".

95. Kriegsbeute.

Verwendung; Tätigkeit der Zentralstelle für Kriegsbeute: Bd. 316, Nr. 26 S. 92.

Verkauf zu Schleuderpreisen (russische Beutewagen): Bd. 311, 144. Sitz. S. 4516B.

96. Kriegsbibliotheken siehe unter 57 (Feldbibliotheken)

97. Kriegsgefangene siehe dort.

98. Kriegsleistungen. — Siehe auch „Kriegsleistungen".

Vergütung für Furage und Landlieferungen:

Bd. 315, Nr. 86 Ziff. 158.
Bd. 316, Nr. 107 S. 70.

Vorspann- und Spanndienste, Erhöhung der Vergütungssätze: Bd. 322, Nr. 1214 S. 149.

Auszahlung der Vergütungen für Kriegsleistungen.

Entschädigung für Fuhrleistungen, Zahlungsweise: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3077C.

Anfrage Röser, Haehnle: Die Auszahlung der Quartierentschädigungen in Elsaß-Lothringen erfolgt zum Teil sehr verspätet.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, diesen Mißstand zu beseitigen, der die Versorgung der Truppe mit Brennstoffen und die Finanzwirtschaft der Gemeinden erschwert?: Bd. 320, Nr. 555.

Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 580.

Anfrage Gebhart, Koßmann: Bei Ausbruch des Krieges leisteten eine Anzahl Landwirte und Arbeiter aus dem preußischen Landkreise St. Wendel und aus den bayerischen Amtsbezirken Homburg und St. Ingbert dem Heere Hand- und Spanndienste.

Trotz wiederholter Eingaben an die zuständigen Behörden haben die Interessenten die ihnen auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes zustehenden Entschädigungen bis jetzt nicht erhalten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit die zur Zeit teils im Felde stehenden kleinbäuerlichen Besitzer und Arbeiter baldigst zu ihrem Guthaben gelangen: Bd. 321, Nr. 719.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 853.

Anfrage Dr. Haegy, Dr. Schatz, Windeck, Theemann (Gebweiler): In einer großen Anzahl von Gemeinden Elsaß-Lothringens sind die Gelder für Einquartierungen und Kriegsleistungen immer noch

Reichsheer. 98. Kriegsleistungen (Fortsetzung).

nicht ausgezahlt. Es handelt sich dabei vielfach um Rückstände seit Beginn des Krieges und um Summen, die für die Wirtschaft der Einzelnen erheblich in Betracht kommen.

Durch die Sperre und das Darniederliegen des Wirtschaftslebens besonders im Operations- und Etappengebiet ist die Bevölkerung ohnehin auf das empfindlichste geschädigt. Das Bedürfnis nach Auszahlung der betreffenden Beträge ist darum ein ganz dringendes.

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu veranlassen, um diesem schweren Mißstand baldigste Abhilfe zu schaffen?: Bd. 321, Nr. 861. — Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 906.

Anfrage Dr. Engelmeier: Für die Unterbringung von Truppen in Privatquartieren werden im Sommer 10 Pfennig, im Winter 15 Pfennig pro Mann und Tag vergütet (Servis). Bei den zum Etappen- oder Festungsgebiet gehörigen Gemeinden Oberbadens, von denen der größte Teil seit Kriegsbeginn mit Quartierlasten dauernd belastet wird, hat es allgemeine Mißstimmung erregt, daß diese geringen, nicht einmal die Barauslagen der Quartiergeber für Wäsche und Seife, Beleuchtung und Heizung deckenden Servisgelder nur bei dauernder Belegung (Standquartier), dagegen nicht für Marschquartier bezahlt werden, trotzdem bei öfteren Truppenwechsel die Quartierlasten eher größer als geringer sind.

Obgleich in letzter Zeit, in offenbarer Erkenntnis der hierin liegenden Unbilligkeit, eine Anzahl Gemeinden zum Kriegsstandort erklärt und für diese verfügt worden ist, daß für alle in diesen Gemeinden einquartierten Mannschaften die Servisvergütung zu zahlen ist, so ist damit doch nur ein Teil der Mißstände behoben; denn eine Reihe von Gemeinden, die dauernd mit Mannschaften belegt sind, wurden nicht zu Standorten erklärt und für die meisten anderen erfolgte die Standortserklärung erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 ab. Die Servisvergütungen entsprechen zudem den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht mehr und reichen nicht einmal zur Deckung der Auslagen der Quartiergeber für Heizung aus.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, für Beseitigung dieser Mißstände zu sorgen, und zwar:

1. für die Zukunft durch möglichst beschleunigte Einbringung einer den § 9 Kriegsleistungsgesetzes abändernden Gesetzesvorlage, wonach die Quartiervergütungen für alle in Privatwohnungen beanspruchten Quartiere zu bezahlen sind, einerlei, ob es sich um Stand- oder Marschquartiere handelt;
2. bis dahin durch Ausdehnung der Standortserklärung auf alle im Etappen- und Festungsbereich liegenden Gemeinden, die innerhalb Jahresfrist länger als einen Monat mit Einquartierung belegt werden mußten;
3. durch die Bestimmung, daß diese Regelung mit Rückwirkung auf Kriegsbeginn, wenigstens aber auf 1. Januar 1916, getroffen werde;
4. durch eine angemessene Erhöhung der Servissätze?: Bd. 322, Nr. 1245.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1603.

Anfrage Thiemann (Gebweiler), Dr. Haegy, Windeck: Die Servissätze bei Einquartierung von Offizieren und Soldaten, die durch die Bestimmungen von 1873 festgesetzt worden sind, entsprechen keineswegs mehr der gewaltigen Teuerung, die während des bald vierjährigen Krieges eingesetzt hat.

Die großen Auslagen, die auf der elsaß-lothringischen Bevölkerung lasten, insbesondere im Ober Elsaß und im Operationsgebiete, wo seit Kriegsbeginn fast ohne Unterbrechung Soldaten in Quartieren untergebracht sind, stehen in keinem Verhältnis zu der durch das veraltete Gesetz gewährten Entschädigung. Die Minderbemittelten werden durch die unzeitgemäß geringe Entschädigung für Quartierleistungen schwer in Mitleidenschaft gezogen Dazu kommt die übermäß ge Verzög rung in der Auszahlung der Quartiergelder.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Erhöhung der Einquartierungsgelder vorzunehmen?: Bd. 324, Nr. 1593.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1643.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 317, Nr. 260 unter III a, b.

Bd. 307, 41. Sitz. S. 922 B.

Petition des Postsekretärs a. D. Rehbein, betreffend schnellere Auszahlung der für Militärleistungen geschuldeten Beträge in Elsaß-Lothringen.

Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 318, Nr. 359.

Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895 C. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Petition des Landwirts August Lange in Groß-Blumberg, betreffend Auszahlung eines Restbetrages für der Heeresverwaltung geliefertes Heu.

Mündl. Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. III d.

Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Petition der Frau Arens in Illzach (Ober-Elsaß), betreffend Auszahlung von Einquartierungsgeldern.

Ber. d. Pet. Ausch. Bd. 325, Nr. 1859. — Unerledigt.

Quartierleistungen, Höhe der Servissätze, Zuschüsse für die Gemeinden:

Bd. 313, 173 Sitz. S. 5412 D.
174. Sitz. S. 5465 B, 5489 C.

Requisitionen, Heranziehung der Zivilbehörden (Baden):

Bd. 313, 173. Sitz. 5413 A.

99. Kriegslieferungen siehe unter 114 (Lieferungen) u. „Kriegsindustrie".

100. Kriegsminister, Kriegsministerium.

a) Stellung gegenüber dem Militärkabinett, zu den Truppenkommandeuren usw., verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit usw.:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3057 A.
101. Sitz. S. 3066 C.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3441 D, 3443 C, 3444 A, 3449 C, 3452 C, 3455 A, 3460 A, 3475 A, 3475 D, 3478 B, 3480 A, 3484 C, 3485 D, 3487 D, 3488 C, 3489 A, B, D, 3490 C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3931 A.
132. Sitz. 4126 B.

Angliederung des Militärkabinetts an das Kriegsministerium, Gegenzeichnung der Kabinettsorders über die Ernennungen und Beförderungen der Offiziere, Order vom 16. Januar 1861

Reichsheer. 100. Kriegsminister, Kriegsministerium (Fortsetzung).

und spätere Verordnungen, Einschränkung der Rechte des Königs (Bildung eines Parlamentsheeres):
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3432A.
110. Sitz. S. 3438A, D ff., 3440A ff., 3442B, 3445D, 3448A, D, 3451B ff., 3452A.
Bd. 314, 193. Sitz. 6162A, 6178A.
197. Sitz. S. 6280B, 6284D, 6290A.

—, Ernennung von Offizieren und Militärbeamten in Bayern, Württemberg und Baden und bis 1861 auch in Preußen unter Gegenzeichnung des Kriegsministers: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6289C, 6291B.

—, Betrauung Moltkes mit der Vertretung des Generalstabs durch Kabinettsorder vom 29. 10. 1857 und 18. 9. 1858 unter Gegenzeichnung des Kriegsministers: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3443B.

—, Angliederung des Militärkabinetts an das Kriegsministerium, Beratungen des Haushaltausschusses, — Nichtteilnahme von Vertretern des Kriegministeriums: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3483D, 3489A, B, D 3490C.

—, Parlamentarischer Unterstaatssekretär für das Kriegsministerium, Anregung: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6217A.

Siehe weiteres bei „Verfassung" unter 3.

b) Anerkennung der Leistungen des stellvertretenden Kriegsministers, der Offiziere und Beamten: Bd. 307, 41. Sitz. S. 904B.

Stellenwechsel zu ungunsten der Anschauungen über soziale Fragen:
Bd. 310, 125. Sitz. 3866B, 3867C.

Arbeitsleistung, Klagen über Bureaukratismus:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047C, 3049B, D, 3056C.

Arbeitsleistung, Erledigung von Anfragen und Beschwerden des Reichstags:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4101C, 4107C, 4126B, 4129C.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5498A.
184. Sitz. S. 5801A, 5808A, 5810D, 5818B, 5824C, 5828D, 5829C.

Verordnungen, Frage der Durchführung im Heere:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4126C.

Siehe auch unter 1.

c) Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bis zur dritten Lesung eine Ergänzung des Haushaltsplans vorzulegen, durch welche beim „Zugang 1918" in Kap. 14 Tit. 3 der fortdauernden Ausgaben für Preußen zwei weitere vortragende Räte vom Zivil angefordert werden: Bd. 324, Nr. 1534 unter II 1.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5380C, 5401A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5841D, 5846A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Antrag Erzberger, Gothein, Dr. Rießer, Stücklen im Kap. 14 Tit. 3 zu setzen: „3 vortragende Räte vom Zivil": Bd. 324, Nr. 1646.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5526A. — Angenommen.

Reichsheer. 100. Kriegsminister, Kriegsministerium (Fortsetzung).

d) Erweiterung der Geschäftsräume des Kriegsministeriums, Häuseraukauf in der Wilhelmstraße, zweiter Ergänzungsetat für 1917 und Denkschrift: Bd. 321, Nr. 807.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3297D.
108. Sitz. S. 3332A.

e) Versorgungsabteilung, Entlastung, Uebertragung von Entscheidungen auf die Korpsversorgungsämter: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5566D, 5568A, 5585A.
—, rechtzeitige Einstellung von sozialpolitisch geschultem Personal, Stellenvermehrung: Bd. 313, 178 Sitz. S. 5568D, 5585B, 5593D.
—, Siehe auch „Kriegsindustrie" unter IC.

f) Preisprüfungsstellen siehe „Kriegsindustrie" unter IC.

g) Schaffung eines Industrie- und Arbeiterbeirats beim Kriegsministerium: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001B.

h) Schmalzverkauf an die Firma Wertheim siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281d.

i) Verhalten des sächsischen Kriegsministers gegenüber Beschwerden, Ablehnung der Besprechung von Militärfragen im sächsischen Landtag: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1558A, 1574D.

101. Kriegsnachrichten.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die von der Leitung des Heeres und der Marine ausgegebenen amtlichen Kriegsnachrichten allen Organen der deutschen Presse, welche darum nachsuchen, gleichzeitig und unentgeltlich gegen Ersatz der Uebermittlungskosten mitgeteilt werden, und sich zu diesem Zwecke unverzüglich mit dem Verein deutscher Zeitungsverleger in Verbindung zu setzen: Bd 317, Nr. 195 unter I1.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 678A, 704B. — Angenommen.

Nachrichtendienst der Obersten Heeresleitung im Großen Generalstab (Oberstleutnant Nicolai). — Fall des Hauptmanns v. Beerfelde, Tätigkeit des Vertrauensmanns Konsten in Budapest:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5508B ff., 5522D.
184. Sitz. S. 5823C, 5841A.

102. Kriegsschulen. Lehrer an Kriegsschulen, Uniform:
Bd. 313, 186. Sitz S. 5952A.

103. Kriegsteilnehmer siehe dort, ferner „Kriegsbeschädigte", „Unterstützungen", „Militärpensionswesen" usw.

104. Kriegsverwendungsfähigkeit siehe vorstehend unter 77 c.

105. Landsmannschaften im Heere. Maßregeln zum Zusammenhalten der L.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5388C, 5395D, 5408A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420A, 5430A, 5432A.
174. Sitz. S. 5461D.
S. a. unter 17 (Badische Militärkonvention).

106. Landsturm.
a) Aenderungen des Wehrpflichtgesetzes, Ueberführung in die Reserve oder Landwehr:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5381A, 5382D, 5393D, 5402A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5412B, 5422A.
175. Sitz. S 5505D.
Gesetzentwurf siehe unter „Wehrpflicht".

b) Entlassung älterer Jahrgänge siehe vorstehend unter 77 h.

c) Frage der Rückversetzung zu Ersatztruppenteilen:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5463A.

d) Demobilmachung des Landsturms.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Ist es richtig, daß folgender Kommandanturbefehl ergangen ist:

Soltau, Hannover, 19. Februar 1918.

„Sämtliche auf den Geschäftszimmern der Kommandantur beschäftigten Militärpersonen, sofern sie dem Landsturm angehören, haben sich bis zum 22. Februar 1918 schriftlich zu erklären, ob sie mit ihrer Zurückhaltung im Dienst auf die Dauer von mindestens vier Monaten von der Demobilmachung ab einverstanden sind. Die Erklärungen sind von den Abteilungsvorständen gesammelt zum 23. Februar Abteilung 1a einzureichen; Leute, die sich nicht einverstanden erklären, werden unverzüglich dem Frontdienst zugeführt und durch andere ersetzt.

gez. Thiemig,
Generalmajor und Lagerkommandant."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um einen solchen ungesetzlichen Druck auf Landsturmleute zu beseitigen: Bd. 323, Nr. 1375.

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4448D. — Beantwortet.

Zurückbehaltung freiwilliger Mannschaften bei Demobilisierung des Landsturms:

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5396C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420B.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen), Dr. Neumann-Hofer: Es ist nunmehr nach Erklärung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums der Jahrgang 1869 des Landsturms entlassen worden.

Zur allgemeinen Ueberraschung wird denjenigen dieser ältesten Landsturmleute, die sich freiwillig zum Militärdienst gestellt haben, die Entlassung verweigert.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Härte gegenüber diesen ältesten, verdienten Landsturmleuten im Interesse unseres Wirtschaftslebens so rasch als möglich zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1529.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 4989A. — Beantwortet.

e) Resolution des Haushaltsausschusses zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Erlassung von Bestimmungen zu veranlassen, durch welche eine Beförderung von Personen des Landsturms zu Offizieren in weiterem Umfang ermöglicht wird: Bd. 317, Nr. 260 unter IIa.

Bd. 307, 41. Sitz. S. 904D, 919D. — Angenommen.

f) Verwendung, Dienst.

Dienstverhältnisse an der Front, Großübungen usw. (Landsturm-Infanterie-Bataillon XIX/24):

Bd. 313, 173. Sitz. S. 5444C.
174. Sitz. S. 5454D.

Kommandierung der Landsturmleute in ihren Heimatsort als Wachmannschaften von Gefangenen usw.:

Bd. 308, 72. Sitz. S. 1992C.
77. Sitz. S. 2222B.

Kommandierung alter Leute zum Dienste in Munitionsfabriken, in industriellen Betrieben: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4093D.

Verwendung alter Landsturmleute als Grenzschutz, an der deutsch-österreichischen Grenze, wirtschaftliche Schädigung Oesterreichs: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4094B.

Klagen über Behandlung alter Landsturmleute durch Offiziere insbesondere durch junge Offiziere usw., Einzelfälle, Fälle von Mißhandlungen, Beleidigungen: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4100B, 4109Aff., 4116C.

Petition, betreffend Untersuchung von angeblichen Unregelmäßigkeiten bei einem Landsturmbataillon.

Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IVe.

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Uebergang zur Tagesordnung.

107. Lastwagen. Frage der Abgabe der Wagen, Geräte usw. bei der Demobilmachung, siehe vorstehend unter 34 (Demobilmachung).

108. Lazarette. — Siehe auch 164 (Sanitätswesen) und 196 (Verwundete).

Einrichtung: Bd. 306, 31. Sitz. S. 681B, 682A.

Personal, starke Besetzung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3082D.

Verpflegungssätze der Hilfslazarette, Teurungszuschüsse:

Bd. 306, 31. Sitz. S. 681C, 696C.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2046D.

Anfrage Kopsch: Die im Heimatgebiete beschäftigten Krankenschwestern und Krankenpfleger haben, zum Unterschied von den in der Etappe beschäftigten, keinen Anspruch auf eine Entschädigung durch die Militärverwaltung, wenn sie infolge einer Dienstbeschädigung — z. B. durch Ansteckung bei Pflege in einem Lazarett — invalide werden. Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf die Beseitigung dieser Ungleichheit hinzuwirken?: Bd. 323, Nr. 1299.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1525.

Stellung der Vereinslazarette zu den Reservelazaretten: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464A.

Feld- und Kriegslazarette, Verpflegungsfrage, Krankenbehandlung, Versorgung der aus dem Lazarett Entlassenen:

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5389 D, 5394 B, 5399B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5421 B, 5432 D, 5437B, 5442C, 5443C.
174. Sitz. S. 5483A, 5489B.

Schwestern vom Roten Kreuz u. a., Tätigkeit, Fürsorge, Mißstände:

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5390A, 5399C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5421 B, 5426 B, 5433D.
174. Sitz. S. 5454A.

Verpflegung kranker und verletzter Soldaten, Bemängelung: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4112A, 4123D.

Neurosen-Lazarette, Heilverfahren, Art der Behandlung, suggestive (Starkstrom-) Behandlung, Verhalten der Aerzte, Pflegerinnen:

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5391B ff., 5394B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5434A, 5435B.
175. Sitz. S. 5500C, 5505B, 5506B, 5517D.
184. Sitz. S. 5828B.

Lazarett St. Leonhardt bei Ueberlingen, Behandlungsart, Neurosenbehandlung, Verhalten der Aerzte und des Pflegepersonals: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5391C.

Reichsheer. 108. Lazarette (Fortsetzung).

Behandlung neu eingetroffener Verwundeter in dem Lazarett zu Krotoschin (Posen): Bd. 312, 172. Sitz. S. 5389D.

Lazarett Hirson, Unterschlagung von Lebensmitteln: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443C.

109. Lebensmittel siehe unter 137 (Naturalverpflegung) und 84 (Kantinen).

Aufkauf durch Offiziere in den Kantinen, Transport in die Heimat durch Offizierburschen usw. siehe nachstehend unter 185 b (Urlaub).

110. Lebensmittelkontrolle. Resolution Graf von Westarp und Genossen zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den militärischen Stellen darauf hinzuwirken, daß Heerespflichtige in Zukunft bei den Kontrollen und Revisionen auf dem Gebiete des Ernährungswesens nicht mehr benutzt werden: Bd. 324, Nr. 1644 unter III.

Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423D, 5434D, 5438B, 5449B.

174. Sitz. S. 5467C, 5475A.

184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

111. Leichen gefallener Krieger.

Petition der Frau Anna Schulz in Rathenow, betreffend Ueberführung der Leiche ihres gefallenen Ehemannes in die Heimat.

Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 97, Bd. 306, 19. Sitz. S. 384A. — Ueberweisung als Material.

Petition, betreffend Gebühren für die Heimbeförderung der Leichen gefallener Krieger.

Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1108. Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

112. Lichtspiele. Veranstaltungen an der Front, Stoffauswahl: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3152A, D, 3154B.

113. Liebesgaben. Abhandenkommen; Dauer der Transporte, Beförderung durch das Rote Kreuz oder die Ersatztruppenteile: Bd. 306, 31. Sitz. S. 680D, 684D, 691B, 696B, 698D, 703C.

Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 446 (Zölle).

114. Lieferungen.

Resolution der Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei Aufträgen der Militärverwaltungen die fälligen Zahlungen ohne Abzug, mit tunlichster Beschleunigung, erfolgen und daß hierbei auch namentlich auf mittlere und kleinere Unternehmer Rücksicht genommen wird: Bd. 317, Nr. 193 unter I 3.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 616B, 625A, 627B, 642A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

a) dem Reichstag bei jedem Zusammentritt eingehende Aufstellungen zugehen zu lassen über die Verteilung der Heeres- und Marinelieferungen auf die einzelnen Bundesstaaten,

b) dahin zu wirken, daß die Lieferungen möglichst gleichmäßig auf alle Bundesstaaten innerhalb ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilt werden,

c) daß die vom Reiche unterstützten Neuunternehmungen für Heereszwecke gleichfalls tunlichst allen Bundesstaaten zugute kommen und Verschiebungen in der Steuerkraft der einzelnen

Reichsheer. 114. Lieferungen (Fortsetzung).

Bundesstaaten möglichst vermieden werden: Bd. 319, Nr. 460 unter I.

Bd. 308, 72. Sitz. S. 2000B, 2002C.

73. Sitz. S. 2035D, 2054B. — Angenommen.

Vergebungen, Verteilungsmaßstab auf die Gewerbetreibungen der einzelnen Bundesstaaten: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464C.

Berücksichtigung süddeutscher Gewerbetreibender, Musterlager in Hornberg:

Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105B.

104. Sitz. S. 3159A, 3177C.

Vergebung von Arbeiten durch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt nur bei voraufgehender Zustimmung zur Zusammenlegung der Betriebe: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4349C.

Waffen- und Munitionslieferung, Hindenburg-Programm, Durchführung, Erfolg, Kosten:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047B.

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4491D.

Anfrage Dove: In der Vergebung von Heeresaufträgen läßt sich das Waffen- und Munitions-Beschaffungsamt einen Verpflichtungsschein ausstellen, nach welchem der Lieferer sich verpflichtet, „aus Erfindungen, die im Auftrage oder auf Anregung der Heeresverwaltung oder durch gemeinsame Arbeit mit ihr entstanden sind, gegenüber dem Reichsfiskus und dem Staatsfiskus der Bundesstaaten, sowie gegenüber dem vom Auftraggeber mit der Lieferung Beauftragten keinerlei Ansprüche geltend zu machen".

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die in der betreffenden Industrie entstandenen Zweifel über die rechtliche Tragweite dieser Verpflichtung und die den Erfindungsgeist lähmende Beunruhigung über die den Lieferern angesonnene Verkürzung ihrer etwaigen patentrechtlichen Ansprüche zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1597.

Schriftliche Antwort Bd. 324, Nr. 1663.

Kriegslieferungen, Vergebung, Mißstände: Bd. 310, 118. Sitz, S. 3622C.

Lieferungen der Kriegsindustrie, Preispolitik, Ueberwachung, Prüfungsstellen usw. siehe „Kriegsindustrie".

Siehe auch unter 137 (Naturalverpflegung).

115. Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere siehe „Kriegsbesoldungen".

116. Mannschaften. Zurückstellungen, Untersuchungen, Entlassungen siehe vorstehend unter 77. Beurlaubungen siehe nachstehend unter 185.

a) Dienst, Beschäftigung, Verwendung.

Beschäftigung während der Ruhetage im Stellungskrieg, Exerzieren, Besichtigungen usw.:

Bd. 306, 31. Sitz. S. 682D, 690B.

Bd. 307, 60. Sitz. S. 1556C.

Befreiung der Bürgermeister kleiner Städte sowie der akademisch Gebildeten, zum Arbeitsdienst einberufenen Mannschaften von minderwertigen Arbeiten: Bd. 308, 77. Sitz. S. 2207B.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): In England, Frankreich und besonders in Amerika besteht die Tendenz, die Ingenieure, Chemiker und Techniker, die im Heere dienen, möglichst in ihrem Beruf und ihrer Ausbildung entsprechend zu beschäftigen. Es liegt auch im Interesse unseres Vaterlandes und seiner Verteidigung, wenn die zum Militärdienst eingezogenen Ingenieure, Chemiker und Techniker mög-

lichst eine entsprechende berufliche Tätigkeit im Heere ausüben. Diejenigen Ingenieure, Chemiker und Techniker, die gegenwärtig eine solche Tätigkeit ausüben, nehmen vielfach eine ganz untergeordnete Stellung ein, durch die ihre Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt wird.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die deutschen Ingenieure, Chemiker und Techniker im Heere besser als bisher zu verwenden und ihnen eine ihrer Bildung entsprechende Stellung in der Armee zu sichern?: Bd. 324, Nr. 1679.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5792 D. — Beantwortet.

Verwendung von Mannschaften zur Bewachung von Gemüsegärten eines Bataillonskommandeurs (Swinemünde): Bd. 311, 133. Sitz. S. 4127 B, 4131 A.

Mißbräuchliche Verwendung von Mannschaften bei Viehhaltung und Viehzucht siehe unter 137 (Naturalverpflegung).

Siehe auch vorstehend unter 11 (Ausbildung), 33 (Burschenwesen), 106 f (Landsturm).

b) Behandlung, Mißhandlungen.

Siehe auch vorstehend unter 25 (Beschwerderecht).

Behandlung im Felde, Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften, kameradschaftlicher Geist usw.:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 352 D.
31. Sitz. S. 682 C, 689 D, 698 A.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4115 A, 4116 C, 4125 B, 4128 A, 4129 C, 4131 D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5405 B.
Bd. 313, 173. Sitz. 5437 A.

Behandlung, Beschimpfungen, Mißhandlungen beim Dienst an der Front, in der Heimat, Drill; Gegensatz zwischen Süd- und Norddeutschland:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 351 B.
31. Sitz. S. 684 B, 686 C, 691 C, 693 D, 695 B, 696 C, 698 C.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 903 C, 910 B.
60. Sitz. S. 1555 D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2007 A.
73. Sitz. S. 2037 D, 2038 B, 2041 D, 2044 C, 2047 C, 2050 C.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047 D, 3050 C, 3051 A.
101. Sitz. S. 3063 B, 3066 D, 3071 D, 3076 B, 3080 D, 3087 C, 3091 C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3004 A, 3107 D, 3113 C, 3132 A.
110. Sitz. S. 3453 D, 3459 B.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384 D, 5396 D, 5398 A, 5409 B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430 B, 5439 A, 5444 A.
174. Sitz. S. 5473 C, 5477 D, 5480 C.
175. Sitz. S. 5506 C.
184. Sitz. S. 5806 B, 5810 C.

Anweisungen des Kriegsministers an die Generalkommandos über die Behandlung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066 D.

Notwehrrecht der Untergebenen bei Mißhandlungen: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2042 A.

Beschimpfung und Mißhandlung elsaß-lothringischer Soldaten, Fälle Generalmajor v. Rohde und Hauptmann Wentzke u. a.:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4134 A, 4135 B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5458 A ff., 5471 D ff., 5472 C, 5488 C.

Beschwerdeführung über Behandlung der Badenser im preußischen Heer, Verkehr mit Reichstagsabgeordneten, Urlaubsverweigerung deshalb usw.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4120 C. ff.

Behandlung, Beschimpfung der Mannschaften beim Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 23: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5444 A.

Behandlung von Mannschaften durch Major Hirschfeld beim Armierungsbataillon 24 bzw. beim Artilleriedepot Zeithain: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5842 A, D.

Behandlung, Beschimpfung der Mannschaften beim Feldartillerie-Rekrutendepot Nr. 7, 3. Batterie: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5444 B.

Behandlung des Soldaten Baudert durch Leutnant Ferreau: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1556 A, 1572 B.

Beleidigung eines Soldaten (sozialdemokratischen Redakteurs) durch den Feldwebel Stefanski: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3113 C.

Mißhandlung eines Soldaten durch einen Offizier: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3460 B, 3461 A.

Mißhandlung eines Soldaten durch den Hauptmann, Bestrafung des Soldaten: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5806 D.

Tötung eines Mannes durch einen Patrouillenführer: Bd. 307, 41. Sitz. S. 908 C, 917 D.

c) Beförderungsverhältnisse.

Beförderung der Mannschaften und Unteroffiziere:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 692 C, 697 C, 700 C, 701 C.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3078 A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3454 D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5415 C.

Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Soldaten, die bei der kämpfenden Truppe verwendet wurden und später als garnisondienstfähig in der Heimat oder in der Etappe im Heeresdienst stehen, bei Beförderungen vor denen bevorzugt werden, die noch nicht im Felde waren: Bd. 324, Nr. 1645 unter 6.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5406 C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422 D.
184. Sitz. S. 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Bestimmungen aufzuheben, wonach nur Soldaten mit der Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu Offizieren befördert werden: Bd. 321, Nr. 766 unter II 2.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055 A.
101. Sitz. S. 3071 C, 3083 B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109 D, 3111 C, 3121 B, 3133 B.
110. Sitz. S. 3466 C, 3463 B, 3498 C. — Angenommen.

Reichsheer. 116. Mannschaften (Fortsetzung).

Ferner:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423A, 5431C.
174. Sitz. 5475D.
Siehe auch vorstehend unter 46 (Einjährig-Freiwillige), 106e (Landsturm) und unter 182 (Unteroffiziere).
Garnisondienstfähige Kaufleute, Zurücksetzung in der Beförderung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483C.

117. Maschinen usw. Rückgabe von Geräten, Maschinen usw. seitens der Heeresverwaltung nach Friedensschluß, siehe vorstehend unter 34b (Demobilmachung).

118. Maschinisten siehe nachstehend unter 177k.

119. Militäranwärter siehe dort.

120. Militärapotheker. Beförderungs- und Rangverhältnisse, Hebung ihrer Stellung:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5484B.
186. Sitz. S. 5950C.
— Siehe auch unter 19.
Anfrage Theemann (Gebweiler): Der deutsche Apothekerstand hat seit Kriegsbeginn wiederholt in eindringlicher Weise durch seine Vertretungen auf die standesunwürdige Stellung der Oberapotheker des Beurlaubtenstandes und die im Vergleich mit den andern Heeresbeamten durchaus reformbedürftige Stellung der aktiven Militärapotheker hingewiesen.
Trotz der auf verschiedene Eingaben gegebenen Zusicherungen ist bis jetzt, nach dreieinhalbjähriger Kriegsdauer noch nichts erfolgt.
Nach den allseits anerkannten Leistungen der Militärpharmazie, welcher die Versorgung des Feld- und Heimatheeres mit Sanitätsausrüstung und Sanitätsmaterial, daneben das äußerst wichtige Arbeitsgebiet der chemischen Untersuchung der Nahrungs- und Genußmittel der Heeresverwaltung obliegt, darf im Interesse des Ansehens des Apothekerstandes erwartet werden, daß nunmehr Rang- und Beförderungsverhältnisse der Militärapotheker ohne Verzug durchgreifend und zeitgemäß verbessert werden.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Erfüllung der gerechten und berechtigten Forderungen des Apothekerstandes zur Ausführung zu bringen?: Bd. 324, Nr. 1575.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1891.

121. Militärbauämter. Rückstände in der Abrechnung mit den Gewerbetreibenden, Personalmangel: Bd. 306, 29. Sitz. S. 627B.

122. Militärbauboten. Etatisierung, Anrechnung ihrer Vordienstzeit: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947D.

123. Militärjustizwesen. — Siehe auch „Militärstrafgesetzbuch" und „Reichsmilitärgericht".
Militärgerichte, Tätigkeit; Vorwurf des „Klassenrechts":
Bd. 307, 41. Sitz. S. 924D, 925C, D.
Resolution Bernstein u. Gen. zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage sogleich eine mit statistischem Material belegte Denkschrift über die Tätigkeit vorzulegen, die die Militärgerichte während des Krieges bei der Verfolgung der nachstehend aufgeführten Verbrechen und Vergehen entfaltet haben:
1. strafbare Handlungen gegen die Pflichten militärischer Unterordnung,
2. Plünderung,
3. Verbrechen gegen die Sittlichkeit,

Reichsheer. 123. Militärjustizwesen (Fortsetzung).

4. Mißhandlung und vorschriftswidrige Behandlung von Untergebenen: Bd. 317, Nr. 262 unter I.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 911B, 920A. — Abgelehnt.
Resolution Albrecht und Genossen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag sogleich eine mit statistischen Nachweisungen versehene Denkschrift über die Ergebnisse der Strafrechtspflege in Heer und Marine für die Zeit vom 1. August 1914 bis Dezember 1917 vorzulegen: Bd. 323, Nr. 1294.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4097B, 4103C, 4114C, 4136A. — Abgelehnt.
Vermehrung der Disziplinarstrafen: Bd. 306, 31. Sitz. S. 703A.
Härte der Strafen bei Vergehen gegen die Disziplin:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 353C.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1561A, 1564A.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Strafe des Anbindens im Heere und in der Marine beseitigt wird: Bd. 321, Nr. 766 unter II 8.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3048A, 3057A.
101. Sitz. S. 3064A, 3071C, 3076C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3108A, 3112A, 3132A.
110. Sitz. S. 3453D, 3498C. — Angenommen.
Siehe auch: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5480D.
Verhängung der Strafe des Anbindens (Hauptmann Hocke, Hauptmann Reese): Bd. 310, 102. Sitz. S. 3112B.
Funkerschule, Bestrafung eines Mannes wegen Erregung von Mißstimmung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5479B.
Fall Kaatz in Saarburg: Bd. 307, 41. Sitz. S. 911A, 922C, 925B.
Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, zeitliche Beschränkung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5800C.
—, siehe auch unter 78 (Heeresunfähige).
Strafvollzug, Verhältnisse in den Militärstrafanstalten:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3091D.
Löhnungsabzug für die sogenannten guten Tage bei Arreststrafe:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5444A.
174. Sitz. S. 5489B.

124. Militärkabinett.
Petition, betreffend Erwerb eines Dienstgebäudes für das Militärkabinett in der Viktoriastraße.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 53 unter IIIa.
Bd. 306, 6. Sitz. S. 62D. — Als Material überwiesen.
Beschwerden über Mißstände bei der Beförderung usw. von Offizieren: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379B.
Angliederung an das Kriegsministerium, Ernennung und Verabschiedung von Offizieren unter Gegenzeichnung des verantwortlichen Kriegsministers, siehe unter 100a (Kriegsministerium).

125. Militärkuranstalten. Verwundetenfürsorge, Ausbau und Errichtung von Kuranstalten: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3146C, 3147A. — Siehe auch unter 196 (Verwundete) und „Kriegsbeschädigte".

Reichsheer (Fortsetzung).

126. Militärmusiker.
Petition des ehemaligen Militärmusikers Paul Manstein in Berlin um Beförderung der Militärmusiker nach 9jähriger Dienstzeit zu Vizefeldwebeln.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 17.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

127. Militärmusikmeister. Beförderungs- und Rangverhältnisse, Hebung der Stellung:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3121D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5417B, 5425D, 5431D.
174. Sitz. S. 5484A.
175. Sitz. S. 5499D.
186. Sitz. S. 5952C.

128. Militärseelsorger.
Feldprediger, Kriegsbesoldung:
Bd. 306, 30. Sitz. S. 6555D.
60. Sitz. S. 1563A, D.
—, Aufwandsentschädigung usw.: 60. Sitz. S. 1563D.
—, Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß den jüdischen Feldpredigern gleiche Aufwandsentschädigungen und Ausrüstungsgelder wie für die nichtangestellten christlichen Feldgeistlichen gewährt werden: Bd. 316, Nr. 136 unter 2.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 358B. — Angenommen.
Ausbildung der Feldprediger usw., religiöse Wiedergeburt in Heer und Volk: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5498D, 5502C.
Anstellung von Theologen in Lazarettzügen; Schriftenversorgung: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1562D, — siehe auch unter 164e.

129. Militärtuche, Kriegslieferungen siehe „Kriegsindustrie".
Petition der Vereinigung deutscher Uniformtuch-Großhändler in München, betreffend Verteilung der für Offizieruniformen verwendeten Tuche.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1535.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533C. — Ueberweisung als Material.

130. Mißhandlungen siehe vorstehend unter 116b.

131. Mühlenmeister siehe unter 16.

132. Munitionsbeschaffung siehe unter 114 (Lieferungen) und „Kriegsindustrie".

133. Munitionsbeschaffungsamt siehe unter 114 (Lieferungen) und 200 (Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt).

134. Munitionskolonnen, Anerkennung der Leistungen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5475C.

135. Musterungsfragen siehe vorstehend unter 77.

136. Nachrichtendienst siehe unter 101.

137. Naturalverpflegung. — Siehe auch unter 154 (Proviantwesen), 84 (Kantinen).
a) Beschaffenheit; Prüfung der Kost durch Offiziere:
Bd. 306, 30. Sitz. S. 661C.
31. Sitz. S. 680A, 687B, 695A, 696A, 698D.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 907D, 910A, 917C.
60. Sitz. S. 1557B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001C.
73. Sitz. S. 2036C.

Reichsheer. 137. Naturalverpflegung (Fortsetzung).

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Verpflegungsverhältnisse der Truppen gleichmäßig gut gestaltet werden können. An Stelle des Brotgeldes soll den Mannschaften grundsätzlich die in der Verpflegungsvorschrift festgesetzte Brotration geliefert werden: Bd. 317, Nr. 261 unter I.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 907D, 910A, 919D. — Abgelehnt.
Resolution Dr. Stresemann u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Verpflegung der kämpfenden Truppen eine gleichmäßige wird: Bd. 324, Nr. 1656 unter 1.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petitionen, betreffend Verbesserung der Truppenverpflegung, Erhöhung des Brotgeldes usw.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 11, 13—15.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.
Mängel, Unregelmäßigkeiten; Vereinfachung in der Lebensführung:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5387A, 5399A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5415A, 5426A, 5436D, 5442A.
174. Sitz. S. 5461D, 5473C, 5480C, 5487C.
175. Sitz. S. 5501B.
184. Sitz. S. 5805D, 5852C, 5830C.
Beschaffenheit, Zubereitung, unterschiedliche Verpflegung von Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften, Menagekommissionen:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3047A, 3053B.
101. Sitz. S. 3071D, 3076A, 3081B, 3091A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104D, 3115B.
110. Sitz. S. 3461A, 3462A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5399D.
—, Lieferung schlechter Lebensmittel an Soldaten, besondere Küche für Offiziere: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4111Cff., 4113Cff., 4124A, 4125B.
—, Beseitigung der Hervorkehrung des Unterschieds zwischen Offizieren und Mannschaften, gemeinsame Küche:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5405B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5437A.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6224D.
—, Entnahme von Lebensmitteln aus Mannschaftsküchen durch Vorgesetzte:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443A.
174. Sitz. S. 5462A.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für die Durchführung der Vorschriften sorgen zu wollen, durch welche die besonderen Küchen für Unteroffiziere verboten werden.
In jeder Kompagnie ist den Mannschaften täglich durch Anschlag mitzuteilen, welche Rationen ihnen jeweils zustehen.
Für jede Kompagnie, Eskadron oder Batterie ist eine Menagekommission einzusetzen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allwöchentlich unter dem

Reichsheer. 137. Naturalverpflegung (Fortsetzung).

Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und Fragen der Verpflegung zu besprechen: Bd. 319, Nr. 469 unter 4.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001C, 2005 B, D, 2006B.
73. Sitz. S. 2040D, 2044A, 2046A, 2054B. — Angenommen.
Antrag Graf v. Westarp: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die gleiche Beköstigung von Offizieren und Mannschaften durchzuführen: Bd. 325, Nr. 1970 Ziff. b.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6207C, D. — Ueberweisung an den 35. Ausschuß, hier unerledigt.
Antrag Antrick u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Offiziersküchen verboten werden: Bd. 325, Nr. 1976 Ziff. e.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6207C, D. — Ueberweisung an den 35. Ausschuß, unerledigt.
Brotverpflegung: Bd. 307, Nr. 44 S. 76.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1558A.
—, Ersatz durch Geldabfindung, Regelung:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 703B.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 907D.
Fleischration, Herabsetzung; sparsame Wirtschaft: Bd. 307, 41. Sitz. S. 904A.
Fleisch, Verbrauch beim Heere: Bd. 320, Nr. 650, S. 46.
—, Produktion im Felde: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3280D.
Verpflegung auf den Truppenübungsplätzen: Bd. 306, 30. Sitz. S. 666D.
— bei immobilen Landsturmbataillonen: Bd. 306, 31. Sitz. S. 680B.
b) Beschaffung; Tätigkeit der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, Verteilung der Hafer- und Gerstevorräte:
Bd. 315, Nr. 26 S. 78.
Nr. 29 S. 16.
Nr. 44 S. 74.
Nr. 73 S. 48.
Bd. 316, Nr. 107 S. 71.
Nr. 147 S. 66.
Bd. 317, Nr. 225 S. 64.
Bd. 319, Nr. 403 S. 96.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2062A.
Bd. 320, Nr. 650 S. 66, 72.
Bd. 321, Nr. 801 Anhang a 629.
Nr. 913 Anhang 639.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 84, 88.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 918.
Siehe auch unter „Kriegswirtschaft" unter II 153 (Hafer).
Fleischeinkauf, Zentralisierung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 904A.
Heubedarf, Sicherstellung:
Bd. 317, Nr. 220 Anhang a 168.
Nr. 225 S. 55.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 381.
Bd. 319, Nr. 403 S. 88.
Nr. 443 Ziff. 492.
Nr. 480 unter B 77.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1642A.
Antrag des Ernährungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
1. die Verordnung über die Lieferung von Heu für das Heer vom 7. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1141) dahin zu ergänzen, daß die Landeszentralbehörden die Unterverteilung der von den Lieferungsverbänden zu liefernden Mengen an Heu nach den tatsächlich festgestellten Ernteergebnissen unter Berücksichtigung des Viehstandes und der Erzeugungsbezirke, die durch den Umfang ihrer Wiesenflächen auf den Verkauf angewiesen sind, vorzunehmen;
2. bei den in Frage kommenden militärischen Stellen darauf hinzuwirken, daß zur Verfütterung für die Heerespferde zunächst das Heu aus den besetzten Gebieten herangezogen wird:
Bd. 321, Nr. 799 Ziff. 13.
Bd. 310, 107. Sitz. S. 3330B. — Ueberweisung zur Erwägung.
c) Privatunternehmer, Beseitigung: Bd. 306, 19. Sitz. S. 355D.
d) Lebensmittelpreise in Kantinen und Marketendereien im Operationsgebiete und in den Etappen, Festsetzung von Höchstpreisen (Resolution Bd. 321, Nr. 766 II 10):
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3053B, D.
101. Sitz. S. 3067C, 3071C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104C, 3132A.
110. Sitz. S. 3457A, 3461A, 3498C.
—, siehe auch unter 84 (Kantinen).
e) Vergütungssätze, Erhöhung: Bd. 306, 14. Sitz. S. 230B.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Verpflegungssatz für Mannschaften des Heeres und der Marine für die Dauer des Krieges ganz allgemein auf 1,20 Mark pro Tag festzusetzen: Bd. 316, Nr. 136 unter 1.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 355B, 358B. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 316, Nr. 146 Anhang a 82.
Nr. 147 S. 86.
Bd. 321, Nr. 754 Anhang a 605.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 149.
Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in der Kommission gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Beköstigungsgeld für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 1,20 Mark pro Tag zu erhöhen:
Bd. 317, Nr. 195 unter II 8 d
mit dem Ab.Antr. Albrecht u. Gen.: die Resolution II Ziff. 8d — Bd. 317, Nr. 195 der Drucksachen — dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen: Bd. 317, Nr. 207.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 657C, 663C.
31. Sitz. S. 704D. — Resolution angenommen, Ab. Antr. Albrecht u. Gen. abgelehnt.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Beköstigungsgeld der aus dienstlichen Gründen auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verteuerten Lebensmitteln zu gestalten: Bd. 319, Nr. 469 unter 1.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2013B.
73. Sitz. S. 2036B, 2046A, 2054B. — Angenommen.
Siehe auch unter 185g.
Anfrage Hoch: Den Mannschaften, die auf ihren Wunsch das Essen in ihrer Familie einnehmen, darf nach den Bestimmungen nicht das erhöhte

Reichsheer. 137. Naturalverpflegung (Fortsetzung).

Verpflegungsgeld im Betrage von 2 Mark, sondern nur 1,20 Mark den Tag ausgezahlt werden. Da die Lebenshaltung für alle Familien verteuert ist, ist der Betrag von 1,20 Mark unzureichend.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Aenderung der Bestimmungen dahin zu veranlassen, daß auch den Mannschaften, die auf ihren Wunsch das Essen in ihrer Familie einnehmen, das erhöhte Verpflegungsgeld gewährt werde?: Bd. 321, Nr. 952.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 989.

Resolutionen zum Etat des Reichsheeres für 1918:

α) Antrick u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Entschädigung der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften von 2 Mark auf 2,50 Mark, in Berlin auf 3 Mark pro Tag erhöht wird: Bd. 324, Nr. 1642 unter 5;

β) Dr. Ablaß u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Sätze für Selbstverpflegung zeitentsprechend erhöht werden: Bd. 324, Nr. 1645 unter 2;

γ) Dr. Stresemann u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Sätze für Selbstverpflegung den Zeiten entsprechend erhöht werden: Bd. 324, Nr. 1656 unter 2;

δ) Gröber (Laupheim) und Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Vergütung für Selbstbeköstigung der Teuerung entsprechend erhöht wird: Bd. 324, Nr. 1651 unter 3.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5395A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422B, 5449B.
174. Sitz. S. 5487C.
175. Sitz. S. 5501D.
184. Sitz. S. 5802C, 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Verpflegungsverhältnisse für Berlin, Entschädigung für Selbstverpflegung:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5395B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5419D, 5449B.

f) Zigarren, Güte der Lieferungen, Preise:
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1436D.
60. Sitz. S. 1558D.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5400A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5478B.
175. Sitz. S. 5501B, 5506B, 5521D.
184. Sitz. S. 5801B.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II372d.

g) Besondere Mißstände.
Viehhaltungen hinter der Front (seitens der Offiziere usw.), in den Etappen und Kasernen, Verfütterung von Mannschaftsessen, mißbräuchliche Verwendung von Mannschaften:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3054B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5442C.
174. Sitz. S. 5474D.

Viehhaltung (Schweinezucht) in einer Großstadt Nordfrankreichs, Verwendung von Mannschaften zur Fütterung und Bewachung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5474D.

h) Offiziersküchen, Kupferablieferung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II258f.

Reichsheer (Fortsetzung).

138. Oberfeldwebel. Schaffung von Stellen: Bd. 306. 30. Sitz. S. 659A, 660C.
Siehe auch unter 61 (Feldwebelleutnants).

139. Oberkommando in den Marken. Stellung zum Rüstungsstreik, „Prämien für Spitzel":
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3096B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3137C.
—, Siehe auch „Kriegsindustrie" unter III.
Durchführung der Bestimmungen über den Belagerungszustand usw. siehe „Belagerungszustand".

140. Oberste Heeresleitung, Großes Hauptquartier. — Siehe auch unter 101.
Einmischung in politische Angelegenheiten, Verhältnis zur Regierung, ablehnende Haltung in der Friedensfrage:
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5708C, 5713D, 5717D, 5719B, D, 5721B, 5722A.
183. Sitz. S. 5759A, 5762B ff.

141. Offizierkorps, auch des Beurlaubtenstandes.
a) Besoldungsverhältnisse, Teuerungszulagen usw. — Gesetzliche Regelung der Kriegsbesoldung siehe „Kriegsbesoldungen".
Gehaltsverhältnisse junger Offiziere, Ersparnisse:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3116B, 3122A.
110. Sitz. S. 3459B.
Gehaltsverhältnisse der eingezogenen Beamten (als Offiziere):
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5409A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483B.
184. Sitz. S. 5812D.
Gehalt der Offiziere in den besetzten Gebieten im Osten, Herabsetzung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5463D.
Zweites Mobilmachungsgeld:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3053B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3116D.
110. Sitz. S. 3453C.
Gewährung der Teuerungszulagen an Offiziere des Beurlaubtenstandes:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5483B.
184. Sitz. S. 5812D, 5815C.
Teuerungszulagen, Erhöhung:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5425C.
184. Sitz. S. 5815C.
Petition des Majors a. D. v. Grawert, betreffend Nachzahlung von Gehalt.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 317, Nr. 166.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 765C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Steuerfreiheit der Offiziere und Militärbeamten. Aufhebung:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 790C.
40. Sitz. S. 878B.
Anfrage Dr. Bollert: Während der Dauer des Krieges sind mehrere Offiziere hanseatischer Staatsangehörigkeit nach Preußen dienstlich dauernd kommandiert worden. Sie werden sowohl in Hamburg als auch in Preußen zur Gemeindeeinkommensteuer im vollen Umfange herangezogen und zahlen daher fast 4 Jahre die doppelte Einkommensteuer. Schritte der vorgesetzten Dienststelle, um dieser offenbaren Unbilligkeit zu begegnen, sind erfolglos geblieben.
Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Mißstande abzuhelfen?: Bd. 324, Nr. 1580.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5132D. — Beantwortet.

Reichsheer. 141. Offizierkorps, auch des Beurlaubtenstandes (Fortsetzung).

b) Zusammensetzung des Offizierkorps, Offizierswahl usw.

Konfessionelle, politische, soziale Rücksichten:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109A, 3111B.
110. Sitz. S. 3460C.

—, Auswahl der Aspiranten, gesellschaftliche und politische Stellung, Konfession der Eltern usw., Stellungnahme des bayerischen Kriegsministers und des stellvertretenden Generalstabschefs v. Freytag-Loringhoven: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5476C.

Ausschluß der Dissidenten von der Beförderung zum Offizier oder Sanitätsoffizier:
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2008D.
73. Sitz. S. 2037B, 2038A, 2045B, 2047D, 2051A, 2053D.

Zurücksetzung der Juden bei der Beförderung zum Offizier: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2049D.

Ernennung von Dissidenten und Juden zu Reserveoffizieren:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3114D.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): An den „Deutschen Bund für weltliche Schulen" ist eine Entscheidung des preußischen Kriegsministeriums ergangen, wonach die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft als notwendige Voraussetzung für die Wahl zum Offizier oder Sanitätsoffizier erklärt wird.
Ist diese Mitteilung richtig? Wenn ja: Ist der Herr Reichskanzler bereit, dafür Sorge zu tragen, daß der Grundsatz, daß jedem Tüchtigen die Bahn freigemacht werde, auch in der Armee zur Durchführung kommt?: Bd. 319, Nr. 474.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2018C. — Beantwortet.

Anfrage Peus: Am 3. November 1916 hat das Kriegsministerium im Reichstag durch den Mund des Herrn Oberst v. Wrisberg eine „erneut wohlwollende Prüfung der Frage" zugesagt, ob die bisherige Benachteiligung der Dissidenten hinsichtlich Beförderung zum Offizier wegen ihrer Ueberzeugung in Zukunft fortfallen solle, und er glaubte sogar Erfolg versprechen zu können.
Ist diese Prüfung erfolgt und was ist ihr Ergebnis?: Bd. 321, Nr. 996.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1178.

Ausschluß der Sozialdemokraten von der Beförderung zum Offizier: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1560B.

Adel im Offizierkorps: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109B, 3111B.

Nachweis des Befähigungszeugnisses zum einjährig-freiwilligen Dienst, Ausnahmen für Künstler usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055A.
101. Sitz. S. 3071C, 3083B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109D, 3111C, 3121B, 3133B.
110. Sitz. S. 3463B, 3466C, 3498C.
Siehe auch vorstehend unter 46 (Einjährig-Freiwillige.)

Beförderung von Soldaten zu Offizieren, Aufhebung der Bestimmung, wonach nur Soldaten mit der Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu Offizieren befördert werden, Resolution: Bd. 321, Nr. 766 unter II 2.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055A.
101. Sitz. S. 3071C, 3083B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109D, 3111C, 3121B, 3133D.
110. Sitz. S. 3463B, 3466C, 3498C.

—, Siehe auch:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423A, 5431C.
174. Sitz. S. 5475D.

—, Siehe auch unter 182 (Unteroffiziere).

Ernennung von Landsturmleuten zu Offizieren siehe unter 106e.

Wahl durch die Mannschaften: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3092B.

c) Beförderungs- und Rangverhältnisse.

Schaffung notwendiger neuer Stellen im Etat für 1918: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5380B.

Klagen über Maßnahmen des Militärkabinetts bei Beförderungen und Präsentierungen: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379B.

Verwundete Offiziere, Anrechnung der Behandlungszeit bei Beförderungen: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422D.

Reserve- und Landwehroffiziere, Beförderungsverhältnisse usw.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 685C.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3089D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5817D, 5418C, 5431D.
174. Sitz. S. 5463D, 5476D, 5483C.

—, Rangverhältnis, Vorpatentierung der aktiven Offiziere mit Abiturium:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5417C, 5431D.
184. Sitz. S. 5816A.

—, Beförderung zu Stabsoffizieren:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5418C, 5431D.
174. Sitz. S. 5463D.

d) Leistungen der Offiziere, Verhalten an der Front.

Anerkennung der Leistungen aktiver Offiziere im Kriege: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5420D.

Frontverwendung, angebliche Schonung aktiver Offiziere:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5476D, 5480A, 5492A.
175. Sitz. S. 5498B, 5523C, D.

Fähigkeiten und Leistungen der Offiziere des Beurlaubtenstandes, Zurücksetzungen:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5817D, 5418C, 5431D.
174. Sitz. S. 5463D, 5476D, 5483C.

Geist im Offizierkorps, Bekämpfung des Giggerltums: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3460D.

Siehe auch nachstehend unter n.

e) Einziehung hoch bezahlter, nicht voll beschäftigter Offiziersstellen bzw. Ersetzung durch billigere Kräfte; Wiedereinstellung zu alter Offiziere:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 916C.
60. Sitz. S. 1554C.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 2001C.

Petition des Rechnungsrats Stöven in Altona (Elbe) um Einstellung der kriegsdienstfähigen mit schlichtem Abschied entlassenen Offiziere a. D.

Reichsheer. 141. Offizierkorps, auch des Beurlaubtenstandes (Fortsetzung).

Mündl. Ber. der Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 8.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

f) Kriegsuntauglich gewordene Offiziere.
Frage der schleunigen Entlassung:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423B, 5449B.
174. Sitz. S. 5487D.
184. Sitz. S. 5825C, 5826C.
Siehe auch die Resolutionen unter 77g („Heeresergänzung").
Felddienstuntaugliche Offiziere des Beurlaubtenstandes, Entlassung, Ueberführung in ein Reichsbeamtenverhältnis (Reichsentschädigungskommission): Bd. 310, 110. Sitz. S. 3464A, 3465C.
Petition des Königlichen Baurats Radke in Düsseldorf um Uebernahme kriegsbeschädigter und durch den Krieg wirtschaftlich geschädigter Offiziere des Beurlaubtenstandes in militärische Verwaltungsstellen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 9.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

g) Pensionierung, Pensionsverhältnisse siehe „Militärpensionswesen".

h) Uebertritt in die Privatindustrie während des Krieges: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5427C.

i) Verwendung von Offizieren in den besetzten Gebieten, hohe Zahl in Bukarest und Warschau: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5475B. — Siehe auch „Krieg" unter IV und „Rußland" unter B.

k) Einschränkung der Zahl der Offiziere bei Bekleidungsämtern, Gefangenenlagern usw.: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5805C.

l) Urlaub.
Begünstigung gegenüber den Mannschaften: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5397C.
Freifahrt zu Erholungszwecken: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3132C.
Siehe auch unter 185 (Urlaub).

m) Bessere Ausnutzung der Dienstzeit durch die Offiziere in den militärischen Bureaus: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4123C.

n) Mißstände im Offizierskorps.
Verhältnis zu den Mannschaften, Behandlung der Mannschaften siehe vorstehend unter 116b.
Feldpostpakete mit Lebensmitteln aus dem Felde oder aus der Etappe:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3081D, 3085D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5443C (v. Köckeritz.)
—, Fall Hauptmann Brast: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5441C, 5443C.
—, Lebensmittelsendungen durch Offiziersburschen in die Heimat siehe nachstehend unter 185b (Urlaub).
Haltung von Vieh seitens der Offiziere für eigenen Bedarf, Lebensmittelschiebungen usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3054B.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4113D, 4124B, 4127C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5442C.
174. Sitz. S. 5474D.
Hamsterei in der Etappe: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5853A.
—, siehe auch unter 137 (Naturalverpflegung).

Reichsheer. 141. Offizierkorps, auch des Beurlaubtenstandes (Fortsetzung).

Verwendung von Mannschaften zur Bewachung des Gemüsegartens eines Bataillonskommandeurs (Swinemünde): Bd. 311, 132. Sitz. S. 4127B, 4131A.
Hausierhandel von Offizieren im Interesse der sog. Wohlfahrtsgesellschaften und Wohltätigkeitsvereine: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4516A.

142. Offiziersaspiranten. Beförderung, Vorpatentierung verwundet gewesener:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3083B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5812D.
Siehe im übrigen unter 141.

143. Offiziersburschen siehe unter 33 u. 185b.

144. Offizierstellvertreter. — Siehe auch unter 61 (Feldwebelleutnants).
Besoldung, Dienststellung, Zurückversetzung:
Bd. 306, 30. Sitz. S. 655C, 658D, 660C, 661A.
31. Sitz. S. 692D.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 904D, 916B.
60. Sitz. S. 1555B.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001D, 2012C.
73. Sitz. S. 2036D, 2038B, 2045D.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3077D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3109D.
Bd. 313, 172. Sitz. S. 5406B.
173. Sitz. S. 5417B.
174. Sitz. S. 5463D, 5487D.
Offizierstellvertreter Friedrich, Beschwerden, Beobachtung auf Irrsinn: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3456B, 3466B, 3475B.

145. Orden. Frage der Ablegung bei Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1561C, 1572D. — Siehe auch „Eisernes Kreuz".

146. Oesterreicher, naturalisierte. Beibehaltung des Offizierrangs, Einstellung der Unteroffiziere als Gemeine: Bd. 310, 100. Sitz. S. 3055B.

147. Paraden. Veranstaltung im Felde: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2007D.

148. Paßzentrale im Generalstab siehe unter 72.

149. Pensionswesen siehe unter „Militärpensionswesen".

150. Pferdebeschaffung.
Zeitpunkt der Aushebung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2046D. — Siehe im übrigen „Kriegswirtschaft" unter II 291.
Einschränkung des Luxusgebrauchs von Pferden: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3574C.
Aufhebung der Beritteumachung der Hilfsgendarmeu, Einziehung der Luxuspferde: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5485C.
Pferdedepot Potsdam, vorzeitige Zurückziehung der an Besitzer geliehenen Pferde: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3490D.
Siehe auch unter 34 (Demobilmachung) und unter 160 (Remontewesen).

151. Pionierwesen
Pionieroffiziere, höhere, nicht etatsmäßige, in besonderen Stellungen, Gehaltsfrage: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5812C.
Neuenburg (Baden) und Umgebung, Anlegung von Pionierparks, Entschädigungsfrage der Bewohner: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5388A.

152. Politik im Heere: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2008B.
a) Zermürbung des Heeres durch Parteipolitik, Untergrabung der Disziplin, Verfolgung mit der ganzen Strenge des Gesetzes: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3727C.

Reichsheer. 152. Politik im Heere (Fortsetzung).

Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die militärischen Vorgesetzten jede Einwirkung auf die politische Gesinnung ihrer Untergebenen unterlassen: Bd. 324, Nr. 1645 unter 4.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846 D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Siehe auch vorstehend unter 10 (Aufklärungsdienst).

b) Anfeindungen des Reichstags im Heer, mit Unterstützung der deutschen Presse, von Broschüren usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5398 D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5414 D.
174. Sitz. S. 5473 A.
184. Sitz. S. 5802 D, 5805 A.

—, Briefwechsel von Abgeordneten mit Soldaten über Beschwerdeführung usw., Frage des Verbots:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5383 C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430 A, 5441 A.
174. Sitz. S. 5454 C, 5463 C, 5473 B.
184. Sitz. S. 5802 D, 5808 D, 5826 A.

Anfrage Stücklen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei der Heeresgruppe Mackensen ein vom 8. Dezember 1917 datierter Befehl erlassen wurde, in dem gesagt wird: „daß die Mannschaften zu belehren seien, daß ihnen jeglicher Verkehr mit den Reichstags- und Landtagsabgeordneten verboten sei".
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Bevormundung der Mannschaften zu beseitigen?: Bd. 322, Nr. 1237. — Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1283.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen), Held, Stücklen, Dr. Wirth: In der Sitzung am 12. Juni 1918 wurde von seiten der Militärverwaltung ausgesprochen, daß ein „allgemeines Verbot" des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Abgeordneten des Reichstags nicht bestehe. Trotzdem besteht die allgemeine Klage im Heere, daß völlige Unklarheit über die sichere Gewährleistung des im Interesse des Durchhaltens absolut notwendigen loyalen Verkehrs zwischen Angehörigen der Armee und den Vertretern des ganzen deutschen Volkes in militärischen Angelegenheiten besteht und daß dieser Verkehr immer noch von vielen militärischen Stellen mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bedroht wird.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieses Recht von Offizieren und Mannschaften gegen die Uebergriffe kurzsichtiger Vorgesetzter zu sichern?: Bd. 325, Nr. 1734.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6093 D. — Beantwortet.

c) Alldeutsche Politik.
Interpellation Antrick u. Gen.: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstags betrieben wird?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?: Bd. 322, Nr. 1051.
Bd. 310, 120. Sitz. S. 3652 A.
122. Sitz. S. 3714 A. — In Verbindung mit der Interpellation Antrick u. Gen.: Bd. 322, Nr. 1050 Ziff. 6 beantwortet und besprochen.
124. Sitz. S. 3765 D.
Antrag Haase u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: Die Behandlungder den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstags:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3747 B.
124. Sitz. S. 3806 C. — Abgelehnt.
Anfrage Stubbe: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß nach einer Verfügung des Kriegsministers die Deutsche Vaterlandspartei nicht als ein politischer Verein im Sinne des § 49 Abs. 2 des Reichsmilitärgesetzes angesehen werden kann und demnach keine Berechtigung vorliegt, Militärpersonen den Beitritt zur Deutschen Vaterlandspartei zu verbieten?
Ist ferner dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der stellvertretende kommandierende General des IX. Armeekorps es verboten hat, im Heere und in der Marine Mitglieder für politische Vereine, namentlich Wahlvereine, zu werben?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Bestimmung des Begriffs politischer Vereine zu geben, aus der zu ersehen ist, welche politischen Vereine solche im Sinne des § 49 Abs. 2 des Reichsmilitärgesetzes sind und welche nicht?: Bd. 322, Nr. 1215. — Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1296.
Anfrage E. Freiherr v. Rechenberg: Durch § 49 des Reichsmilitärgesetzes ist den zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Der Vaterlandspartei sind, besonders bald nach ihrer Gründung, zahlreiche zum aktiven Heere gehörige Militärpersonen beigetreten. Nach der letzten Entscheidung des Herrn Kriegsministers ist die Vaterlandspartei als politischer Verein anzusehen. Von einem Austritt der diesem Verein seinerzeit beigetretenen, zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen oder ihrer Aufforderung zum Austritt ist aber nichts bekannt; vielmehr gehören noch zahlreiche aktive Militärpersonen der Vaterlandspartei an.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den gegenwärtigen, zugunsten der Vaterlandspartei bestehenden Ausnahmezustand zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1659. — Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1897.

d) Unterdrückung sozialdemokratischer Bestrebungen, Bevorzugung der Vaterlandspartei, Bekämpfung pazifistischer Bestrebungen:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3768 D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5804 C.
—, Sozialdemokratische Agitation, Propagandaschrift des Abgeordneten Dr. David, Förderung

Reichsheer. 152. Politik im Heere (Fortsetzung).

durch Rücksichtnahme des bayerischen Kriegsministeriums: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3733D, 3735C.

Nichtbeförderung von Sozialdemokraten zu Offizieren: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1560B.

Verbot des gesellschaftlichen Verkehrs mit Sozialdemokraten: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1560A.

Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie in der bayerischen Armee (Zeitungs- und Wirtshausverbot): Bd. 306, 19. Sitz. S. 352A.

Verbot des Besuchs sozialdemokratischer Versammlungen siehe „Belagerungszustand" unter II 1.

e) Einziehung Heerespflichtiger aus politischen Gründen, Maßregelung der an Ausständen in der Kriegsindustrie Beteiligten:

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046B.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4111A, 4128C, 4129A, 4132C ff.
135. Sitz. S. 4215A.
137. Sitz. S. 4292C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5400B, C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5445A, 5446A.
174. Sitz. S. 5467B.
175. Sitz. S. 5504B.
184. Sitz. S. 5805A, 5822D, 5825A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6188B.

Assessor Dr. Wehberg, Mitherausgeber der „Zeitschrift für Völkerrecht", Einziehung, Behandlung: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5208C.

Einziehung politisch mißliebiger Sozialdemokraten zum Militärdienst:

Bd. 307, 60. Sitz. S. 1544D, 1567C, 1573C.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1784A.
69. Sitz. S. 1881C (Sauerbrey).
71. Sitz. S. 1953C.
72. Sitz. S. 2011B.
73. Sitz. S. 2039C, 2043A.
76. Sitz. S. 2189D.

Einziehung von Gewerkschaftsbeamten, von Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratie:

Bd. 310, 125. Sitz. S. 3862C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3904D.
132. Sitz. S. 4111B, 4115B, 4128B, 4129A, 4132B, 4133B ff.
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5224B.

Frage der Einziehung und Beurlaubung eines Beamten des Textilarbeiterverbandes: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5825A.

Einziehuug des reklamierten, sozialdemokratischen Parteisekretärs Scholich in Breslau, Leiters der Militärabteilung des städtischen Arbeitsnachweises in Breslau:

Bd. 312, 166. Sitz. S. 5174A.
167. Sitz. S. 5211B.

Anfrage Henke: Aus den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kommen fortgesetzt Klagen, daß ihre Vertrauensmänner, besonders ihre Vertreter in den Arbeiterausschüssen, aus Anlaß der Munitionsarbeiterstreiks zum Heeresdienst eingezogen und — selbst wenn sie felddienstuntauglich sind — an die Front geschickt werden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun?: Bd. 321, Nr. 942. Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609. — Beantwortet.

Reichsheer. 152. Politik im Heere (Fortsetzung).

f) Friedensfrage, Annexionen.

Stellung des Feldheeres zur Frage der Annexionen: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2457A.
86. Sitz. S. 2494B.

Broschüre „Der feldgraue Friede" mit Geleitwort des Kriegsministers von Stein: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3723B, 3725C, 3738C.

Anfrage Keil, Meerfeld: Die Militärbehörden in Ulm a. D. haben den Soldaten der dortigen Garnison den Besuch eines auf den 12. Dezember von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Ulm, anberaumten Vortrags über „Frieden und Freiheit" verboten. Die Militärbehörden in Cöln haben den Unterrichtsoffizieren der dortigen Garnison den Besuch eines zum 12. Dezember anberaumten politischen Vortrags des Landtagsabgeordneten Traub dienstlich anbefohlen.

Ist dem Herrn Reichskanzler diese unterschiedliche Stellungnahme militärischer Behörden bekannt? Was gedenkt er dagegen zu tun?: Bd. 322, Nr. 1210. — Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1292.

Anfrage Meerfeld: Bei einer an der Westfront stehenden Batterie, die ich näher zu bezeichnen bereit bin, haben die Unteroffiziere sämtliche Mannschaften um sich versammelt, ihnen einen annexionistischen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" vorgelesen und sie zu bewegen versucht, eine vorgedruckte Erklärung zugunsten eines sogenannten Hindenburgfriedens zu unterschreiben.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen einen solchen Mißbrauch der Dienstgewalt zu tun?: Bd. 321, Nr. 887. — Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 930.

g) Stellung Heeresangehöriger zum preußischen Wahlrecht: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5805B.

h) Zeitungszensur.

Verbot des Lesens sozialdemokratischer Zeitungen („Leipziger Volkszeitung" usw.), Verhinderung von Konzertanzeigen im „Vorwärts" usw.:

Bd. 307, 60. Sitz. S. 1559D, 1567C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5400B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5446C.
184. Sitz. S. 5804A.
174. Sitz. S. 5454D.
191. Sitz. S. 6136B.

Politische Einwirkung Vorgesetzter auf ihre Untergebenen, Fall beim Reserve-Infanterie-Regiment Bd. 317, Nr. 205 (Verbot des Lesens des „Berliner Tageblatts"):

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5403D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422C, 5440D.

Zeitungszensur beim Ersatzbataillon des Grenadier-Regiments Nr. 12 in Frankfurt (Oder):

Bd. 312, 172. Sitz. S. 5400C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5804B.

Schwierigkeiten bei der Verbreitung von Zeitungen, „Sozialdemokratische Feldpost" usw.: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3056A.

Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 12F.

i) Sonstiges.

Hauptmann v. Beerfelde, politische Betätigung, Kriegsgerichtsverfahren: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5508B.

Urlaubsverweigerung aus politischen Gründen, wegen der politischen Gesinnung: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4112C.

Reichsheer. 152. Politik im Heere (Fortsetzung).

Toleranz im Heere, Dissidenten, Juden, Polen, Elsässer usw.: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3114B, 3131D.

—, Siehe auch unter 141 b.

Ausnahmebehandlung für Elsaß-Lothringer siehe „Elsaß-Lothringen" unter 13.

153. Präsenzstärke. Uebersicht der Etatsstärke des deutschen Heeres für 1915: Anlage zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1915, S. 77 des Etatsentwurfs.

154. Proviantwesen, Proviantämter. — Siehe auch unter 84 u. 137.

Aufkäuferprovisionen, sachverständige Nahrungsmittelverwahrung, Lagerung: Bd. 309, 101. Sitz. 3077A, 3185A.

Errichtung von Korpsschlachtämtern, Lebensmittelbeschaffungsämtern: Bd. 173, Sitz. S. 5436B, 5438D.

Erhöhung der Arbeiterlöhne: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423D.

—, Arbeiterlöhne, Resolution, siehe vorstehend unter 24.

Beamtenstellvertreter bei Proviantämtern, ehemalige Einjährig-Freiwillige, Aufrücken in Beamtenstellen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5947C, 5956B.

155. Prüfungsstellen, Ueberwachung der Kriegsindustrie, siehe „Kriegsindustrie" unter I C.

156. Putzgeld.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Putzgeld solchen Mannschaften ein zweites Mal zu gewähren, die seit 1. Oktober 1915 eingezogen worden sind und noch unter den Fahnen stehen: Bd. 319, Nr. 469 unter 3.

Bd. 308, 72. Sitz. S. 2013B.
73. Sitz. S. 2036C, 2054B. — Angenommen.

Gewährung eines zweiten Putzgeldes:
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2948C, 2950B, 2951B, 2956D, 2957A.
100. Sitz. S. 3047A, 3053A.
101. Sitz. S. 3067A, 3071C, 3091B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3116D.
110. Sitz. S. 3453C, 3498C.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Unteroffizieren, die das den Mannschaften zustehende Putzgeld noch nicht erhalten haben, dieses nachträglich gewährt wird.

Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36 unter I c 2.

Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

157. Quartierleistungen siehe unter 98 (Kriegsleistungen).

158. Regimentschefs, feindliche. Ablegung der Namenszüge bei den betreffenden deutschen Regimentern:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3076A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5480D.

159. Reklamationen siehe vorstehend unter 77.

160. Remontezucht. Wiederbelebung:
Bd. 315, Nr. 44 S. 79.
Bd. 317, Nr. 225 S. 73.
Bd. 320, Nr. 650 S. 110.

Zuchtwahl, Remontepreise:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5491D.
175. Sitz. S. 5497D.
184. Sitz. S. 5815B.

Siehe auch unter 34 (Demobilmachung).

Reichsheer (Fortsetzung).

161. Reserveoffiziere siehe unter 141.

162. Rohstoffe. Beschaffung, Bewirtschaftung, Zuteilung an Private; Kriegs-Rohstoffabteilung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 82.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 76B.
Siehe auch unter 92 (Kriegsbedarf).

163. Sanitätsoffiziere; Aerzte (landsturmpflichtige, vertragsmäßig angestellte).

Leistungen im Kriege; Auftreten als Vorgesetzte:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 682A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3461C.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5475C.

Verwendung nur erfahrener Aerzte (Chirurgen): Bd. 312, 172. Sitz. S. 5390B.

Anfrage Dr. Ablaß: In einer Verfügung des Chefs des Sanitätswesens vom 1. Juni 1917 ist die Anweisung ergangen, daß jüngere im Feldheer tätige Aerzte allmählig zwischen Truppe, Lazarett, Etappe und Heimat im Interesse ihrer Fortbildung ausgetauscht werden sollen.

Dieser Verfügung wird vielfach nicht in genügendem Maße Rechnung getragen. Es sind Fälle zu verzeichnen, in denen jüngere Mediziner schon seit Jahren bei der Truppe und in der Front gestanden haben, ohne daß ein Austausch herbeigeführt wird. Daraus entstehen schwere Härten und Benachteiligungen für ihren Studiengang.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, mit allem Nachdruck erneut Sorge zu tragen, daß der bezeichneten Verfügung in größerem Umfang als bisher Rechnung getragen wird? Bestehen ähnliche Verfügungen auch für jüngere Mediziner, die noch nicht approbierte Aerzte sind, zwecks Beendigung ihrer wissenschaftlichen Studien?: Bd. 322, Nr. 1183.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1253.

Anfrage Kopsch: Vielfach wird von Aerzten, die vor Beginn des Krieges sich als Fachärzte ausgebildet haben und während des Krieges als Sanitätsoffiziere bei Truppenteilen tätig sind, darüber geklagt, daß ihnen, entgegen einer Verfügung des Feldsanitätschefs vom 1. Juni 1917, keine Gelegenheit zu ihrer fachärztlichen Tätigkeit und Weiterbildung gegeben wird.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darauf hinzuwirken, daß zu diesem Zwecke ein Austausch der Sanitätsoffiziere zwischen Truppe und den in der Etappe und Heimat bestehenden Lazaretten stattfinde, und daß besonders die Sanitätsoffiziere, die Fachärzte sind, nach Möglichkeit Gelegenheit erhalten, sich in ihrem Fache zu betätigen und weiterzubilden?: Bd. 323, Nr. 1300.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1447.

Beförderungsverhältnisse, Unterschied zwischen Sachsen und Preußen: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5811C.

Sanitätsoffiziere d. R. und d. L., Beförderungsverhältnisse:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5482B.
175. Sitz. S. 5505A.
184. Sitz. S. 5807A, 5811C.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf die Beförderung der Sanitätsoffiziere der Reserve und Landwehr in höhere Rangstufen mit Rücksicht

Reichsheer. 163. Sanitätsoffiziere; Aerzte (landsturmpflichtige, vertragsmäßig angestellte) (Forts.).

auf den langen Dienst im Kriege und die schweren Einbußen im Zivilberuf Bedacht zu nehmen: Bd. 321, Nr. 766 unter II 3.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3133B.
110. Sitz. S. 3498C. — Angenommen.

—, Ausübung der Privatpraxis: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5811D.

Feldunterärzte, Beförderungsverhältnisse:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5419A.
174. Sitz. S. 5482B.

Medizinstudierende, Ausbildung, Einstellung als Unterärzte:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5812B.

Petition des Kaufmanns Eduard Klement, Mitgliedes der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages in Kaiserslautern, um Verwendung derjenigen Feldunterärzte, Feldhilfsärzte usw., die 3 klinische, darunter 1 Kriegssemester, haben und mindestens 6 Monate im Felde gewesen sind, in Universitätsstädten ihres Korpsbereichs, um ihnen den Besuch von Vorlesungen und die Zulassung zum Staatsexamen zu ermöglichen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 24.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

Aerzte, vertragsmäßig angestellte.
Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu veranlassen, daß festgestellt wird, daß die im Heeresdienst vertragsmäßig angestellten Aerzte zum aktiven Heere im Sinne des § 38 B Z. 2 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 gehören und demgemäß ihnen die den Angehörigen des aktiven Heeres zustehenden Rechte (Steuerfreiheit, Mobilmachungsgelder) ebenfalls gewährt werden.
Ferner wird der Herr Reichskanzler ersucht, eine Regelung der Gehälter der vertragsmäßig angestellten Aerzte durchzuführen, die das Alter und die Leistungen des einzelnen Arztes berücksichtigt: Bd. 316, Nr. 136 unter 3.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 358C. — Angenommen.

Uniform: Bd. 306, 6. Sitz. S. 61B.

Landsturmpflichtige Aerzte, Dienst-, Beförderungs- und Rangverhältnisse, Anstellung auf Widerruf, Titel, Uniform:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066A, 3068A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5390C, 5407B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5419A, 5433A.
174. Sitz. S. 5482C.
175. Sitz. S. 5499D, 5505B.
184. Sitz. S. 5812A, 5828A.

—, Ausübung der Privatpraxis: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5811D.

Elsaß-lothringische Aerzte, Verwendung, Zurückhaltung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5470B.

64. Sanitätswesen, Sanitätspersonal. — Siehe auch unter 108 (Lazarette), 196 (Verwundete), 203 (Zahnpflege).

a) Gesundheitszustand in der Armee, Wiederverwendungsfähigkeit Verwundeter, Kranker oder Entlassener: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378C, 5385A, 5389B.

Reichsheer. 164. Sanitätswesen, Sanitätspersonal (Fortsetzung).

b) Geschlechtskrankheiten im Heer, Stand, Bekämpfung.
Anträge des Ausschusses für Bevölkerungsgebiete, betreffend Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Heer, Erhebungen über Zahl und Behandlung von Erkrankten, Errichtung von Soldatenheimen usw.: Bd. 321, Nr. 912 unter 1 A I 1—15, II u. III.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3567A. — Angenommen.

Anfrage Kunert: Das Königlich Preußische Kriegsministerium vertritt in einer neueren Verfügung folgende Auffassung:
„Gegen den Vorschlag, die Bordelle im Etappen- und Operationsgebiet mit Eintritt des Waffenstillstandes zu schließen, bestehen erhebliche Bedenken, weil die nicht zu unterschätzende Gefahr vorhanden ist, daß hierdurch die kasernierte und deshalb leichter zu beaufsichtigende Prostitution auf die Straße getrieben und dadurch die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten begünstigt wird. Die Schließung der Bordelle könnte nur Erfolg versprechen, wenn mit ihr gleichzeitig die Festsetzung sämtlicher in ihnen vorhandenen Prostituierten verbunden würde. Diese Maßregel müßte dann aber folgerichtig, um einen wirklichen Erfolg zu erzielen, auch gleichmäßig auf alle, auch die sogenannten freien, d. h. nicht in Bordellen wohnenden Prostituierten ausgedehnt werden. Letzteres ist aus den verschiedensten Gründen nicht durchführbar. Aus diesen Erwägungen heraus wird im Einverständnis mit dem Herrn Generalquartiermeister die Schließung der Bordelle mit Eintritt des Waffenstillstandes nicht beabsichtigt".
Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber dieser sozial wie hygienisch verfehlten Maßnahme des Kriegsministeriums zu tun?: Bd. 324, Nr. 1428.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4580A. — Beantwortet.

Geschlechtskrankheiten, Stand, Bekämpfung — siehe ferner:
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5367A, 5369B, 5371AC.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5432A, 5451A ff.
175. Sitz. S. 5500A, 5505A.

—, Zahl der Kranken, Statistisches:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5432A, 5451A.
175. Sitz. S. 5500A.

Bekämpfung im Heere; Schutzmittel, Bordelle in den besetzten Gebieten: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5367A.

—, Bordellsystem, Bekämpfung: Bd. 313, 175. Sitz. 5500A.

Siehe auch „Bevölkerung" unter B.

c) Aerztliche Gutachten, Vorwurf der Beeinflussung durch die Kommandobehörden: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1567D, 1570C, 1573B, 1575C. — Aerztliche Untersuchungen siehe im übrigen unter 77.

d) Sanitätsunteroffiziere, Beförderungsverhältnisse: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458C.

e) Krankenpflege, freiwillige. — Siehe auch „Krankenpflege".

Reichsheer. 164. Sanitätswesen, Sanitätspersonal (Fortsetzung).

Vereinheitlichung der Bezüge in den einzelnen Kontingenten: Bd. 306, 19. Sitz. S. 355B. — Siehe auch unter 108 (Lazarette).

Sanitätspersonal, unberechtigte Löhnungsabzüge: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5448 A.

Militärkrankenwärter, Beförderung, Löhnungszulage: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464A.

Verwendung katholischer Geistlicher im Sanitätsdienst der Lazarette, Uniformfrage usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5386A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5432D.

Petition des Bademeisters Hermann Wurst, betreffend Anstellung als Heilgehilfe an der Front.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1340.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833D. — Uebergang zur Tagesordnung.

Wiederverwendung der als Gefangene ausgetauschten Krankenträger und anderer Sanitätspersonen:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5448A.
174. Sitz. S. 5466D.

165. Schriftstellerische Arbeiten.

Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß schriftstellerische Arbeiten von Militärpersonen künftighin nicht mehr vor der Veröffentlichung auf dem Dienstwege zur Genehmigung eingereicht werden müssen: Bd. 324, Nr. 1645 unter 3.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Schriftstellerische Veröffentlichungen der Offiziere und Mannschaften, Genehmigung durch die Division, Geheimbefehl der Obersten Heeresleitung, Kritik der Vorgesetzten:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5402A.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5422B.

166. Selbstverpflegung siehe unter 137e (Naturalverpflegung).

167. Sittlichkeit, Hebung:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5432A, 5451A ff.
175. Sitz. S. 5500A.
Geschlechtskrankheiten, Bordellwesen siehe unter 164b.

168. Soldaten (Mannschaften) siehe unter 116.

169. Soldatenheime.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Werk der Soldaten-, Marine- und Eisenbahnerheime an den Fronten, in der Etappe, an den Haupteisenbahnstationen und auf den Truppenübungsplätzen angemessen zu unterstützen: Bd. 321, Nr. 766 unter II 11.

Hierzu: Abänderungsantrag Dr. van Calker, Mumm u. Gen.: der Reichstag wolle beschließen, in Nr. 766 unter II 11 folgenden Zusatz zu machen: insbesondere den Ausschüssen für Soldatenheime die Errichtung geeigneter Unterkunftsräume mit billiger Verpflegung und Gelegenheit zum Uebernachten für durchreisende Soldaten in der Nähe der Bahnhöfe der großen Verkehrsknotenpunkte in Deutschland und den besetzten Gebieten schleunigst zu ermöglichen: Bd. 321, Nr. 784.

Reichsheer. 169. Soldatenheime (Fortsetzung).
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066C, 3067D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3132C, 3133C.
110. Sitz. S. 3498C. — Angenommen.

Zahl, Einrichtungen, Förderung: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5499B.

Versorgung mit Lesestoff: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3152A, C.

170. Soldatenmißhandlungen siehe unter 116b.

171. Sparzwang im Heere, Kriegsanleihezeichnungen usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3091C.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3459A.
Siehe auch unter 91.

172. Staatenlose siehe unter 13.

173. Strafen siehe unter 123 (Militärjustizwesen).

174. Tabaklieferungen siehe unter 137f (Naturalverpflegung).

175. Tankfrage, Verhalten des Kriegsministeriums:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6175A.
195. Sitz. S. 6212B, D, 6216C, 6237C.

176. Techniker siehe nachstehend unter 177n.

177. Technische Institute.

a) Allgemeine Verwaltung, Vereinheitlichung, Neuorganisation, Leitung durch Offiziere und Beamte usw.:
Bd. 325, Nr. 1725 S. 9, 22ff.

Kriegsleistungen, Anerkennung:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3463A.

Versagen der Leistungsfähigkeit der militärtechnischen Betriebe:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6175A.
194. Sitz. S. 6202D.
195. Sitz. S. 6212C, 6223C.

Siehe auch unter 19 (Beamte der Heeresverwaltung).

b) Beamte, Belohnungen für außerordentliche Leistungen, Aufhebung bezw. Ausgleich des Wegfalls; einmalige Belohnungen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5939D, 5945A.

c) Höhere technische Beamte:

Hebung ihrer Stellung den Offizieren gegenüber, ihrer Selbständigkeit und Verantwortlichkeit bei der Waffenabnahme usw.: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5946D ff., 5952A.

Bearbeitung ihrer Angelegenheiten nicht mehr von Offizieren, sondern von Technikern: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937B.

Schaffung neuer etatsmäßiger Betriebsleiter-, Betriebsdirektorenstellen (Siegburg): Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937A, 5944A.

Verleihung des Titels „Armeebaurat": Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937B.

d) Mittlere technische Beamte. Hohe Zahl der Diätare, Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937B, 5954B.

e) Unterbeamte im allgemeinen. Hebung der Stellung der handwerksmäßig vorgebildeten (gehobene Unterbeamte): Bd. 325, Nr. 1725, S. 11, 20ff.

f) Betriebsschreiber.

Etatisierung, Gleichstellung mit den Verwaltungsschreibern, Weiterbezug des Gehalts bei Erkrankungen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937C, 5944A.

Betriebsschreiber im Lohnverhältnis, Löhne, Aufbesserung, Gewährung von ausreichendem Urlaub für in Stundenlohn Beschäftigte:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3476C.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5940A, 5944A, 5958A.

Reichsheer. 177. Technische Institute (Fortsetzung).

—, Gleichstellung der in Siegburg beschäftigten mit den in Spandau beschäftigten in Lohn- und Kriegsbeihilfen: Bd. 310, 186. Sitz. S. 5937D.

g) Kanzleischreiber. Etatisierung, Gleichstellung der Zivil- und Militäranwärter: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937D, 5939C, 5944D.

h) Kanzlisten, nicht etatsmäßige. Festigung ihrer Stellung, Pensionsberechtigung usw.: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5938A.

i) Maschinenmeister. Anstellung als mittlere Beamte: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5954B.

k) Maschinisten der Heeresverwaltung. Rangstellung, Gehaltsverhältnisse, Hebung:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3467D.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5938B.

l) Meister. Betriebsobermeister, Betriebsmeister und Betriebsdiätare, Gehaltsaufbesserung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948A.

m) Meistergehilfen.
Anstellungs-, Gehalts- und Beförderungsverhältnisse, Verbesserung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5938A, 5944B, 5948B, 5952C.
Pensionsverhältnisse, Anrechnung der Arbeits- und Anwärterzeit: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948B.

n) Techniker der Heeresverwaltung. Anstellung als Beamte: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948D.
Petition des Deutschen Technikerverbandes in Berlin um Ueberführung der Techniker der militärtechnischen Institute in das Beamtenverhältnis.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 21.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.
Beschäftigung von Wehrpflichtigen nur gegen Dienstgebührnisse bzw. im Vertragsverhältnis: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948D, 5956D.

o) Verwaltungsschreiber, etatsmäßige. Anstellung als Buchführer, Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen, Besoldungswünsche, Beseitigung der Altersgrenze: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5937B, 5939B, 5944D, 5954B.
Petitionen:
a) des Bundes deutscher Militäranwärter in Berlin-Lichterfelde um Etatisierung der aus dem Stande der Militäranwärter hervorgegangenen Verwaltungsschreiber der militärtechnischen Institute (der Heeresverwaltung);
b) des Vereins der Verwaltungsschreiber in Berlin-Friedenau um Verleihung der Beamteneigenschaft an die Verwaltungsschreiber.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter III a u. b.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499C.
Zu a Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Zu b Ueberweisung zur Erwägung.
— des Vereins der Buchführer (Militäranwärter) der technischen Institute der Heeresverwaltung in Berlin um Vermehrung der Stellen der etatsmäßigen Buchführer bei den technischen Instituten der Heeresverwaltung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 766 unter III c 22.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material.

Reichsheer. 177. Technische Institute (Fortsetzung).

p) Waffenmeister. Anstellungsverhältnisse, Beförderung zu gehobenen Unterbeamten bzw. zu mittleren Beamten:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5484A.
186. Sitz. S. 5948B, 5954C.

q) Vertraglich Angestellte, angemessener Urlaub: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5948C, 5958B.

r) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Verfügung dahingehend herbeiführen zu wollen, daß den in den Instandsetzungs-Werkstätten beschäftigten Mannschaften Zulagen in gleicher Höhe bezahlt werden, wie sie den in den Belagerungs-Artillerie-Werkstätten beschäftigten Mannschaften bereits bezahlt werden.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36 unter I c 4.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

s) Arbeiterverhältnisse.
α) Arbeiterausschüsse, Wahlsystem usw., Beschwerdeordnung:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3468B, 3470C, 3471B, 3472D, 3473A, 3477C.
Errichtung von Schlichtungsstellen über Arbeiterfragen: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2002B.
Vorbringung von Beschwerden, Widerstand der Vorgesetzten (Artilleriewerkstatt Danzig), Ernährungskommission, Bestrafungen von Ausschußmitgliedern usw.: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5959D ff.
Arbeiterausschuß in Küstrin, Aufhebung einer Sitzung durch die Polizei: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941A, 5945C.
β) Arbeiterorganisationen.
Anerkennung: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3131A.
Anstellung organisierter (gewerkschaftlicher, sozialdemokratischer) Arbeiter:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 359D.
29. Sitz. S. 632C.
γ) Arbeitsmaterial, Beschaffenheit: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3468D, 3471B.
δ) Arbeitszeit.
Ausnutzung der Arbeitskraft, lange Arbeitszeiten: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3468A, 3471A, 3472C, 3476C, 3477B.
Höhe, Vereinheitlichung, Nachtarbeit, Gesundheitsgefahren: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941B, 5945C, 5948D, (Danzig), 5959C.
Pulverfabrik, Spandau, hohe Arbeitszeit: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5940D.
Hohe Arbeitszeit für Arbeiterinnen, Gesundheitsgefahren, niedrige Löhne usw. (Artilleriewerkstatt Danzig): Bd. 313, 186. Sitz. S. 5959A.
Drei-Uhr-Nachmittagsschluß am Sonnabend: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941C, 5945D, 5959C.
ε) Behandlung.
Mißstände, Einzelfälle (Geschoßfabrik Spandau, Meister Jäger u. a.):
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3476C.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941C, 5945D.
Behandlung von Arbeiterinnen, Leibesvisitation (Pulverfabrik Spandau, Vizefeldwebel Bruck):
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5957D.
ζ) Entlassungen in der Artilleriewerkstatt Danzig infolge von Arbeitseinschränkung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5949B, 5952B.

Reichsheer. 177. Technische Institute (Fortsetzung).

η) Krankenkassen, Nichtauszahlung des gesetzlichen Krankengeldes (Artilleriewerkstatt Spandau), Ablehnung der Beschwerde: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5960C.

ϑ) Kriegsbeschädigte. Zurücksetzung, Dienststellung, Löhne, Behandlung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5942B, 5946A, 5957C.

ι) Lebensmittelversorgung, -verteilung, Bemängelung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3469B, 3471C, 3478B.

Besserungen bezw. Mißstände, Schiebungen mit Fleisch zugunsten von Offizieren (Munitionsfabrik Spandau): Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941D, 5945D.

Artilleriedepot Küstrin, Lebensmittelgeschäfte des Feldwebels Spieß: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5942A.

Brotausgabe auf Zusatzkarten: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3469D, 3471D.

Munitionsfabrik in Spandau, angeblicher Weiterverkauf von Speck (Hindenburggabe) an Munitionsarbeiter: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491C. ff.

κ) Lohnverhältnisse.

Lohnverhältnisse: Bd. 315, 77. Sitz. S. 2244A.

Unübersichtlichkeit und Verschiedenheit der Löhne, Abschaffung aller Lohnklassen, Reform der Lohnordnung:
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3468D, 3471C, 3476B, 5955C, 3477A.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5941A, 5945C, 5949B, 5958C.

Lohnverhältnisse (Spandau, Siegburg u. a.), Lohnabzüge auf Verordnung des Wumba, Rücksicht auf die Privatindustrie, Notwendigkeit einer Lohnregulierung: Bd. 325, Nr. 1725, S. 28. — Bd. 313, 186. Sitz. S. 5938B, 5940A ff., 5944C, 5949B, 5955A, 5958A.

—, Lohnabzüge, Ablehnung von Verhandlungen mit den vereinigten Arbeiterausschüssen seitens des Wumba: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5940B, 5945B.

Erhöhung der Löhne, Forderung der Arbeiter: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5940D, 5949A (Danzig).

Geschoßfabrik Spandau, Löhne: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3476C.

Geringe Löhne in Brandenburg und Küstrin: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5940D.

Festsetzung der Löhne für Facharbeiter, Handwerker, Lehrlinge: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5955D.

Transportarbeiter, Löhne, Erhöhung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5940C, 5945B.

Werkzeugmacher, Löhne, Erhöhung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3476D.

Kriegsteuerungszulagen für Arbeiter und Arbeiterinnen, Wegfall in Erkrankungsfällen: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3112D.

Belohnungen für außerordentliche Leistungen, Aufhebung bzw. Ausgleich des Wegfalls; einmalige Belohnungen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5939D, 5945A.

λ) Sanitäre Einrichtungen, Unfallverhütungsvorschriften, Durchführung:

Reichsheer. 177. Technische Institute (Fortsetzung).

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3470A, 3471D, 3477C.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5961C.

μ) Urlaubsverhältnisse: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3476D.

ν) Wohlfahrtseinrichtungen, Ankleideräume, Waschgelegenheiten (Spandau, Danzig), Mißstände: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5961B.

ξ) Wohnungsverhältnisse, Schlafstellenwesen: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3478A.

Ungünstige Wohnungsverhältnisse in Danzig, Förderung des Kleinwohnungsbaus: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5949A.

ο) Sonstiges, einzelne Institute:

Pulverfabrik Hanau, Arbeitszeit, Beschäftigung der Kriegerfrauen, Familienunterstützung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3472B.

Artilleriedepot in Spandau-Niederneuendorf, Orts- und Arbeitsverhältnisse, Wegegeld: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3477B.

Artilleriewerkstatt Spandau, Arbeitszeit, Kantinenverhältnisse: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3468B, 3469B, 3471A, D.

Spandau. Eisenbahn- und Straßenbahn-Fahrtverhältnisse für die Staatsarbeiter: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3470B, 3472A, 3477C.

—, Abkommen zwischen der Spandauer Stadtverwaltung und der Heeresverwaltung, wonach Straßenbahner und Straßenbahnerinnen nach ihrer Entlassung nicht in den technischen Instituten beschäftigt werden dürfen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5943A, 5946B.

Artilleriedepot Zeithain, Beschäftigung, Behandlung von Landsturmleuten: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5842A, D.

178. Theater, Konzerte, Veranstaltungen an der Front: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3152A.
Siehe auch unter 112 (Lichtspiele).

179. Todeserklärung siehe unter 191 („Vermißte").

180. Truppenbesichtigungen hinter der Front, Einschränkung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3063C.

181. Truppenübungsplätze, Errichtung von Soldatenheimen: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3134A.

182. Unteroffiziere.

Besetzung der etatsmäßigen Stellen mit den im Felde Beförderten:
Bd. 306. 19. Sitz. S. 356A.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2050A.

Aktive Unteroffiziere, Löhnungs- und Anstellungsverhältnisse, Altersgrenze für Stellenbewerber: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5802B.

Löhnung siehe im übrigen „Kriegsbesoldungen".

Beförderungsverhältnisse: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3463C.

—, Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bewährte Unteroffiziere, die nach Auffassung ihrer Vorgesetzten sich zum Offizier eignen, auch dann zum Offizier befördert werden, wenn sie die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht besitzen: Bd. 324, Nr. 1645 unter 8.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5405D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5423A, 5431C.
174. Sitz. S. 5476A.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Reichsheer. 182. Unteroffiziere (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Müller (Meiningen), Dr. Haas (Baden)/ Gothein: Der § 45 Ia der Heerordnung bietet im Frieden die Möglichkeit, daß Berufsunteroffiziere beim Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst von ihren Truppenkommandeuren zu Offizier-Aspiranten ernannt werden können. Von dieser Vorschrift ist aber äußerst selten Gebrauch gemacht worden, weil sie nur wenigen Kommandeuren oder Unteroffizieren bekannt war. Nach den für den Krieg geltenden Vorschriften darf den erwähnten Personen das Zeugnis zum Offizieraspiranten nachträglich nicht erteilt, und sie können deshalb zu Leutnants der Reserve oder Landwehr nur dann vorgeschlagen werden, wenn sie sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde ausgezeichnet haben.

Hierdurch werden selbst die befähigtesten Militäranwärter von der Ernennung zum Leutnant der Reserve oder Landwehr grundsätzlich ausgeschlossen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Interesse des Heeres und zur Beseitigung von Unstimmigkeiten den Erlaß von Bestimmungen zu veranlassen, die es ermöglichen, daß noch in diesem Kriege die derzeitigen Truppenkommandeure ermächtigt werden, den befähigten ehemaligen Berufsunteroffizieren, auch wenn sie bereits Feldwebelleutnants sind, das Zeugnis zum Offizieraspiranten zu erteilen, damit sie zum Leutnant der Reserve oder Landwehr vorgeschlagen und ernannt werden können?: Bd. 324, Nr. 1496.

Schriftliche Antwort: Bd. 324, Nr. 1607.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Mit der Anfrage Bd. 319 Nr. 431 — Reichstagsdrucksache Bd. 324, Nr. 1496 — hatte ich Auskunft erbeten, ob der Herr Reichskanzler bereit sei, den Erlaß von Bestimmungen herbeizuführen, damit noch in diesem Kriege die derzeitigen Trnppenkommandeure ermächtigt werden, den befähigten ehemaligen Berufsunteroffizieren das Zeugnis zum Offiziersaspiranten zu erteilen, um sie zu Leutnants der Reserve oder Landwehr vorschlagen und befördern zu können.

Die Anfrage bezweckte die Ausdehnung der Bestimmungen der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 19. September 1914 A.V.Bl. S. 317 für die im Besitze der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst befindlichen Kriegsteilnehmer auf die ehemaligen und derzeitigen Berufsunteroffiziere, die zwar beim Eintritt in den Heeresdienst nicht im Besitz des Zeugnisses waren, wohl aber dargetan haben, daß sie eine entsprechende Bildung besitzen.

Die Beschränkung der Ernennung zum Offizier auf die Einjährig-Freiwilligen ist und bleibt an sich eine bedauerliche Negation des Satzes „Freie Bahn dem Tüchtigen".

Die Antwort vom 29. Mai d. J. Bd. 322, Nr. I 1077 — Reichstagsdrucksache Bd. 324, Nr. 1607 — läßt diese Fragen unberührt. Dagegen wird den in der Stellung der Feldwebelleutnants befindlichen Personen die für die Reserve- oder Landwehroffiziere erforderliche Bildung usw. abgesprochen; die Fassung der Antwort erweckt die Annahme, als gehörten die Feldwebelleutnants überhaupt nicht zu den Leutnants.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, den Erlaß von Bestimmungen zu veranlassen, die es wenigstens den Truppenkommandeuren ermöglichen, nicht nur den bei Ausbruch des Krieges im Dienst befindlich gewesenen Einjährig-Freiwilligen und den nach diesem Zeitpunkt eingestellten Kriegsfreiwilligen und Mannschaften mit der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst, sondern auch den gegenwärtigen und ehemaligen Berufsunteroffizieren (Kapitulanten) einschließlich der aus ihnen hervorgegangenen Feldwebelleutnants das Zeugis zum Offiziersaspiranten zu erteilen, damit sie, wie für das Friedensverhältnis vorgesehen, zu Leutnants der Reserve oder Landwehr vorgeschlagen und befördert oder ernannt werden können?: Bd. 325, Nr. 1916. — Unerledigt.

Beförderung zu Feldwebelleutnants siehe 61; siehe auch 144 (Offizierstellvertreter).

Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes, Beförderungsverhältnisse: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3154 D.

—, Petition, betr. Beförderung solcher Unteroffiziere zu Offizierstellvertretern:
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3154 D.
110. Sitz. S. 3499 D. — Ueberweisung als Material.

Familienbeihilfen für Unteroffiziere:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3086 C.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3458 D.

Verwaltungsunteroffizier für jede Kompagnie: Bd. 325, Nr. 1725 S. 6, 12.

183. Unterstützungen an Mannschaften und Offiziere aus Privatsammlungen, polizeiliche Begutachtung der Gesuche: Bd. 306, 31. Sitz. S. 681 B.
Familienunterstützungen siehe im übrigen bei „Unterstützungen".

184. Untersuchungen siehe vorstehend unter 77.

185. Urlaub.

a) Gleichmäßige Erteilung, Beschränkungen:
Bd. 306, 17. Sitz. S. 307 C.
19. Sitz. S. 354 B.
31. Sitz. S. 679 B.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Mannschaften in möglichst weitem Umfang Urlaub gewährt wird, daß bei der Gewährung von Urlaub zunächst jene Mannschaften berücksichtigt werden, die bisher noch nicht in Urlaub waren: Bd. 317, Nr. 195 unter I 2 b und c.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 679 B, 693 A, 694 C, 695 D, 699 B, 701 A, 704 C. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 903 C, 908 D.
60. Sitz. S. 1559 A, 1572 D.
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2001 D, 2012 A.
73. Sitz. S. 2042 B.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046 B, 3052 B.
101. Sitz. S. 3067 B, 3082 A, D, 3091 A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104 C.
110. Sitz. S. 3457 C, 3462 B, 3475 C, 3476 B.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Mannschaften und Unteroffizieren während der Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabschnitten Urlaub gewährt wird.

Reichsheer. 185. Urlaub (Fortsetzung).

Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 35 unter I b 3:
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997D, 3998C, 3999C.
132. Sitz. S. 4095D, 4100D, 4103B, 4104A, 4105A, C, 4107A, 4112B, 4118A, 4122C, 4125A, 4135D. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5386C, 5397B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5414D, 5426A, 5430C, 5437C, 5441C, 5449C.
174. Sitz. S. 5454 C, 5462 C, 5478A, C, 5483D, 5488A, 5490B.
175. Sitz. S. 5501C.
184. Sitz. S. 5818 B, 5824 D, 5830B.

Einräumung eines Rechtes auf Urlaub: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4097A, 4100D, 4112B, D, 4118A.

b) Urlaubsreisen von Offiziersburschen zum Zwecke der Ueberbringung von Lebensmitteln, Beseitigung:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3054B.
101. Sitz. S. 3067B, 3081A, 3085D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104C.
110. Sitz. S. 3457C.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3998D.
132. Sitz. S. 4095D, 4101A, 4103B, 4111C, 4113A ff., 4119B, 4122C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5386C, 5397C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5441C ff., 5449C.
174. Sitz. S. 5478C.
175. Sitz. S. 5501C.

—, Fall des Hauptmanns Brast von einer Besatzungskompagnie in Belgien, Versendung von Lebensmitteln in großer Menge nach Deutschland durch Urlauber, Untersuchung usw.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4113A ff.

c) Urlaubsbewilligung und -Verweigerung Einzelnes.
Bewilligung gegen Zeichnung von Kriegsanleihe:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4112C, 4119B.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5397D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5449C.

Bewilligung gegen Zeichnungen für die Ludendorff-Spende:
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5478D.
184. Sitz. S. 5806B.

Erkaufung von Urlaub durch Geldgeschenke; Günstlingswesen usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3052B.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4112C, 4122C, 4125A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5449C, 5488A, 5491A.
175. Sitz. S. 5501C.
184. Sitz. S. 5825A.

Verzögerungen, vorzeitige Zurückberufungen usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3073D, 3082A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3120C.
110. Sitz. S. 3466D.

Urlaubssperre und Urlaubsentziehung als Strafe:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4096B, 4100D, 4103A, 4104A, 4112B, 4128A.

Reichsheer. 185. Urlaub (Fortsetzung).

Urlaubsverweigerung wegen brieflichen Verkehrs mit Abgeordneten: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4121C ff.

Urlaubsverweigerung aus politischen Gründen, wegen der politischen Gesinnung: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4112C.

Ausnahmebehandlung für Elsaß-Lothringer, Dänen usw. aus politischen Gründen, polizeiliche Erschwerungen, Zureiseerlaubnis:
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2042B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3114B.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4117B ff., 4118C, 4132D ff.

—, Erteilung an Soldaten aus dem Elsaß oder dem Auslande bis zur Grenze, Gewährung einer Reiseentschädigung an die Familienangehörigen: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1559C, D.

—, Verweigerung der Zureiseerlaubnis für Elsaß-Lothringer, Briefzensur usw.: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5460B ff., 5463B, 5469A, 5470C, 5478D.

Urlaubsverweigerung bei Todesfällen:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4096C, 4101B, 4112B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5441D.
175. Sitz. S. 5501C.

Anfrage Stücklen, Wels: Bei einer Reihe Gefangenenüberwachungs-Bataillone besteht die Gepflogenheit, den ganzen Mannschaften den Urlaub zu sperren, sobald Entweichungen von Gefangenen vorkommen.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Schritte zu unternehmen, um diese nicht zu billigende Härte zu beseitigen und damit die Benachteiligung Unschuldiger zu verhüten?: Bd. 325, Nr. 1735.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6094B. — Beantwortet.

Petition der Frau Elise Harbig in Berlin-Tempelhof, betreffend Beurlaubung ihres Sohnes.
Ber. des Pet.-Aussch.: Bd. 324, Nr. 1514.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533B. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Urlaub an Verwundete siehe unter 196.

d) Allgemeine Urlaubssperren, Gründe, Verkehrsschwierigkeiten; Aufhebung der Sperren:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4096A.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5397D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430C.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß die angeordnete Urlaubssperre auch zum Besten des gewerbetreibenden Mittelstandes unverzüglich aufgehoben oder eingeschränkt wird?
Wegen der Dringlichkeit der Sache erbitte ich eine beschleunigte schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1148. Schriftliche Antwort: B. 322, Nr. 1222.

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch die angeordnete allgemeine Urlaubssperre sogar auch den infolge der letzten großen Kämpfe Verwundeten und den im Felde Erkrankten und Genesenen der Weihnachtsurlaub nach der Heimat vorenthalten werden soll? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser — trotz der Verkehrsnot — allzu harten Maßregel abzuhelfen?: Bd. 322, Nr. 1168.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1248.

Reichsheer. 185. Urlaub (Fortsetzung).

Anfrage D. Mumm: Der Unterzeichnete weiß aus eigner Anschauung, daß D-Züge von und zur Front mehrfach viel freie Plätze aufweisen und die Krieger die eingetretene Urlaubsbeschränkung um so härter empfinden, als sie ständig vom Kohlenverbrauch für Theater und desgleichen hören.

Ist es nicht möglich, die Urlaubsgewährung wieder so weit auszudehnen, daß die vorhandenen Züge voll ausgenutzt werden?

Wäre eine Urlaubsbeschränkung noch erforderlich, wenn unverzüglich die Schaubühnen und Lichtspiele geschlossen würden?: Bd. 322, Nr. 1179.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1219.

e) Urlaub für Handwerker und Landwirte.

Erteilung an kleinere Handwerksmeister und Kaufleute:

Bd. 306, 29. Sitz. S. 625B.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2222A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5462D, 5490C.

Erteilung zu landwirtschaftlichen Arbeiten; Ernteurlaub, Beschleunigung:

Bd. 306, 6. Sitz. S. 62B.
17. Sitz. S. 314A.
26. Sitz. S. 535B.
27. Sitz. S. 544B.

Resolutionen des Haushaltsausschusses:

α) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zum Schutze der Versorgung und Förderung des Wirtschaftslebens Anordnungen zu treffen, daß behufs Milderung der in den Kreisen der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Landwirte durch den Mangel an geeigneten Arbeitskräften bestehenden Schwierigkeiten die in den Garnisonen befindlichen Truppenteile Beurlaubungen geeigneter Mannschaften — soweit es das wirkliche dienstliche Interesse zuläßt — vornehmen, und daß die Kommunalbehörden in regelmäßigen kurzen Zwischenräumen die Zahl, den Zeitpunkt und die Art der benötigten Kräfte feststellen und den Kommandostellen so zeitig wie möglich fortgesetzt melden, damit diese eine tunlichste Berücksichtigung vorzubereiten in der Lage sind;

β) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß die militärischen Instanzen

a) durch Vorschläge der Zivilbehörden rechtzeitig in die Lage versetzt werden, die Beurlaubungen so zu regeln, daß die Leiter landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe tunlichst zu den Zeiten beurlaubt werden, zu denen ihre Tätigkeit in ihren Betrieben besonders dringend nötig ist,

b) die Leiter landwirtschaftlicher Betriebe in der Zeit der Frühjahrsbestellung in möglichst weitgehendem Maße beurlauben;

γ) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräfte aus dem Heere in größerem Umfange wie bisher beurlaubt werden, insbesondere die Arbeitsverwendungs- und Garnisondienstfähigen sowie die Genesenden: Bd. 317, Nr. 195 unter I 3 bis 5.

Reichsheer. 185. Urlaub (Fortsetzung).

Bd. 306, 31. Sitz. S. 678B, 687A, 694D, 697C, 699D, 700A, 704C. — Angenommen.

Ferner:

Bd. 318, Nr. 371 unter I 6b, II 1a.
Bd. 320, Nr. 570 unter III 2.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 903D, 909A, 913C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1661B.
73. Sitz. S. 2046B.
77. Sitz. S. 2219B, 2220A, 2222A.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046C, 3052D,
101. Sitz. S. 3066B, 3073C, 3078D, 3082B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3462B, 3466D, 3498C.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3999A, D.
132. Sitz. S. 4105A, 4107A, 4115C, 4121B, 4130C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5434D.
174. Sitz. S. 5462D, 5486C, 5487B, 5490B, 5490B, 5491C.
184. Sitz. S. 5813A, 5814D, 5823A.

Weitere Resolutionen zum Etat des Reichsheeres für 1917 und 1918 — Bd. 321, Nr. 716 unter II 13; Bd. 324, Nr. 1644 unter II und Nr. 1651 unter 4 — siehe unter 77 d.

Anfrage Baumann (Kitzingen), Dr. Becker (Hessen), Dr. Dahlem (Montabaur), Pauly, Richter, Wallenborn:

Der deutsche Weinbau ist durch den Einzug seiner brauchbarsten Arbeitskräfte zum Heeresdienst in seiner Existenz gefährdet, weil nicht genügender Arbeiterersatz sich findet, da zu den in den Monaten Mai und Juni nötigen Umgrabungen und mehrmaligem Bespritzen der Weinberge gegen Schädlinge ältere Männer und Frauen nicht verwendet werden können.

Wäre der Herr Reichskanzler nicht gewillt, mit der Heeresleitung ins Benehmen zu treten, daß eingezogenen Landwehr- und Landsturmmännern, wenigstens solchen, die eigenen Weinbergbesitz haben und zur Durchführung dieser Arbeiten keinen oder nicht genügenden Ersatz finden können, auf Ansuchen hin für den Monat Juni Urlaub gewährt werde?: Bd. 315, Nr. 80.

Schriftliche Antwort: Bd. 315, Nr. 100.

Petition der Witwe Nerling in Bruchhausen betreffend Beurlaubung ihres Sohnes zur Hilfe in der Landwirtschaft. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1872. — Unerledigt.

f) Gewährung freier Eisenbahnfahrt bei Beurlaubungen.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß sämtlichen Mannschaften während der Dauer des Krieges bei Beurlaubungen freie Eisenbahnfahrt gewährt wird: Bd. 315, Nr. 85 unter II.

Bd. 306, 12. Sitz. S. 209A. — Angenommen.

Ferner: Bd. 306, 19. Sitz. S. 353D, 356C.

Resolution des Haushaltsausschusses, folgenden in der Kommission gestellten Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu über-

Reichsheer. 185. Urlaub (Fortsetzung).

weisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Offizieren und Beamten im Offiziersrang bei der Beurlaubung in die Heimat freie Fahrt zu gewähren: Bd. 317, Nr. 195 unter II 9a.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 666C.
31. Sitz. S. 705A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 903C.
Bd. 311. 128. Sitz. S. 3974B.

g) Zahlung des Beköstigungsgeldes und der Löhnung während des Urlaubs.
Resolutionen des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
α) den beurlaubten Mannschaften für die Dauer des Urlaubs das für ihren Truppenteil festgesetzte Beköstigungsgeld bei Antritt des Urlaubs auszubezahlen;
β) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß allen nach der Heimat beurlaubten Militärpersonen für die Zeit des Urlaubs Verpflegungsgeld gewährt wird, und fernerhin, daß denselben Löhnungen und Verpflegungsgeld vor Antritt oder während der Dauer des Urlaubs gezahlt werden: Bd. 317, Nr. 195 unter I 2d und 6.
Bd. 307, 31. Sitz. S. 678C, 679D, 695A, 704C. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 908D.
51. Sitz. S. 1177D.
60. Sitz. S. 1559B.

Versorgung der Urlauber während langer Eisenbahnfahrten: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5384B, 5399B.

Anfrage Dr. Heckscher, Dr. Müller (Meiningen): Die Urlauber aus dem Felde erhalten für den Aufenthalt in der Heimat neben der Löhnung 2 Mark tägliche Verpflegungsgelder. Dieser Betrag ist angesichts der hohen Preise aller Lebensmittel und Lebensbedürfnisse völlig unzureichend.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zuer teilen, ob von der Reichsregierung eine demnächstige Erhöhung der Urlaubsbezüge geplant ist?: Bd. 325, Nr. 1704.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5968C. — Beantwortet.

h) Ueberfüllung der Urlauberzüge, Platzfrage:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3063A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3132C.
110. Sitz. S. 3459B (reservierte Abteile für Portepeeunteroffiziere).

Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Die Front-Urlaubszüge wurden im vorigen Jahre nicht geheizt. Die Feldgrauen litten darunter außerordentlich. Viele Krankheiten waren die Folge bei den langen, oft 48 Stunden übersteigenden Fahrten. Die Erbitterung über diese Maßregel war nicht gering.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solchen Zuständen für den Winter 1918/19 zu begegnen?: Bd. 325, Nr. 1947. — Unerledigt.

i) Frage der Urlaubserteilung nach der Schweiz: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5806A.

Reichsheer (Fortsetzung).

186. Vaterländischer Unterricht siehe unter 10.
187. Verdingungswesen siehe unter 114 und „Verdingungswesen".
188. Verfügungen der oberen Kommandostellen. Menge, Einschränkung: Bd. 306, 31. Sitz. S. 691B, 695C, 703D. — Siehe auch vorstehend unter 1.
189. Verlustlisten. Wegfall notwendiger Angaben: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3056C.
190. Vermessungsbeamte siehe unter 72 (Generalstab).
191. Vermißte.
Zahlung der Gebührnisse für Vermißte und Gefangene an die Angehörigen siehe „Kriegsgefangene" unter II B.
Todeserklärung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 382 und „Post- und Telegraphenwesen" unter X 17.
192. Verpflegungswesen, siehe unter 137 (Naturalverpflegung) und 154 (Proviantwesen).
193. Versetzungen, Gesuche um —.
Wechsel des Truppenteils, Austausch in den Kontingenten: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3083A.
Siehe auch vorstehend unter 77l.
194. Versorgungsämter siehe vorstehend unter 81 (Intendanturen).
195. Verwaltungsschreiber siehe unter 177o.
196. Verwundete. — Siehe auch unter 108 (Lazarette).
Zwang zur Duldung von operativen Eingriffen: Bd. 306, 12. Sitz. S. 167A.
Aufenthaltsbeschränkungen in Kuranlagen, Lazarettgärten usw.:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 355A.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1556D.
Urlaub, Ausgang, Urlaub für aus dem Lazarett entlassene V.:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 681D.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3046B, 3082D.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4096D.
Bd. 313, 184 Sitz. S. 5805D.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsheeres für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Mannschaften, die verwundet oder krank aus dem Felde in Lazarette oder in die Heimat überwiesen werden, vor ihrer Rückkehr zur Front oder zu ihrem Ersatztruppenteil einen entsprechenden Heimatsurlaub erhalten: Bd. 321, Nr. 766 unter II 9c.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3065A.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498C. — Angenommen.
Dienst in den Genesungsabteilungen: Bd. 306, 31. Sitz. S. 682C.
Fürsorge für die Kriegsinvaliden und Krüppel vor der Entlassung aus dem Heere, Heilverfahren, Bäderfürsorge, Beschaffung künstlicher Glieder und Anleitung für den Gebrauch usw.: Bd. 306, 12. Sitz. S. 161B, 166C.
Wiederverwendung bei dem früheren Truppenteil nach der Wiederherstellung: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5427D.
Wiedereinziehung siehe unter 77c.
Anrechnung der Behandlungszeit bei Beförderung Bd. 313, 173. Sitz. S. 5416A, 5422D.
Verwundete, Kranke, Gewährung der Schwerarbeiterzulagen nach der Entlassung: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5482D.
Siehe auch „Kriegsbeschädigte".

Reichsheer (Fortsetzung).

197. Verwundetenabzeichen, Verleihung, Lieferungsfrage: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5396B. Bd. 313, 184. Sitz. S. 5811 C, 5815 D, 5818C.

198. Verwundetentransporte, Beseitigung von Mängeln, Verpflegung während des Transports: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5389C, 5399D. Bd. 313, 173. Sitz. S. 5432B.

199. Viehhaltungen siehe unter 137 g

200. Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt. Cumberland-Hotel in Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ankauf Bemängelung des Kaufs und des Kaufpreises: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2949A, 2951A, 2952C, 2957A. Abteilungsleiter, Abweisung von Besuchern, Türschild: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5830D. Siehe auch unter 114 (Lieferungswesen) u. „Kriegsindustrie".

201. Wirtschaftsausschüsse. Tätigkeit, Gehälter der Zivilangestellten: Bd. 306, 30. Sitz. S. 657C, 660B, 666A, B. Bd. 307, 41. Sitz. S. 904C.

202. Zahlmeister. — Siehe auch unter 19. Besserstellung; Stabszahlmeisterstellen, Errichtung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5954A, 5957B. Unterzahlmeister. Gehalts- und Beförderungsverhältnisse, Ernennung zu Militärbeamten auf Widerruf: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066A. Bd. 310, 110. Sitz. S. 3465B, 3467C. Bd. 313, 186. Sitz. S. 5951A. —, Anrechnung der Pension auf das Unterzahlmeistergehalt (Einzelfall): Bd. 313, 186. Sitz. S. 5951A.

203. Zahnärzte, Zahnpflege. Zahnärzte. Militärischer Rang, Beförderung: Bd. 307, 41. Sitz. S. 907A. 60. Sitz. S. 1555B. —, Uniform in der Heimat: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5379C. Bd. 313, 174. Sitz. S. 5464A. Petition des Vereinsbundes deutscher Zahnärzte und des Wirtschaftlichen Verbandes deutscher Zahnärzte (E. V.) in Chemnitz und Berlin, um Neuregelung der zahnärztlichen Verhältnisse im Heere (Anstellung der im Heere tätigen Zahnärzte als Militärzahnärzte, Verleihung des Offiziersranges oder des Ranges der höheren Beamten und der entsprechenden Uniformen). Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 321, Nr. 766 unter IIIc 10. Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499D. — Ueberweisung als Material. Zahnpflege, Petitionen: a) des Verbandes der Dentisten im Deutschen Reiche betreffend die beschränkte Zulassung der Dentisten zur Behandlung zahnkranker Heeresangehörigen, b) des Wilhelm Adler in Berlin, betreffend Ablehnung der Forderung der Dentisten. Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 316, Nr. 117. Bd. 306, 19. Sitz. S. 384A. — Ueberweisung der Petition a als Material, b durch diese Beschlußfassung für erledigt erklärt. Petition, betreffend Zulassung der Dentisten zur selbständigen Behandlung von Zahnkrankheiten

Reichsheer. 203. Zahnärzte, Zahnpflege (Fortsetzung). (mit Ausnahme von Mund- und Kieferkrankheiten) sowie zur Herstellung von Zahnersatz bei Heeresangehörigen, Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 318, Nr. 362 mit folgender Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Dentisten im Umfange des § 123 der Reichsversicherungsordnung für die Heeresverwaltung tätig sein zu lassen. Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895D. — Ueberweisung als Material, Resolution angenommen.

204. Zeitungsverkauf im Felde. Bahnhofsbuchhandel, Leseverbot für liberale und sozialdemokratische Zeitungen usw. in besetzten Gebieten, Preisfrage: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066A, 3067C. Bd. 310, 103. Sitz. S. 3152C, 3154C.

205. Zensurwesen siehe unter 152 (Politik) und „Belagerungszustand".

206. Zeugoffiziere, Zeugpersonal siehe unter 63 u. 64.

207. Zigarrenlieferung siehe unter 137 f.

208. Zulagen siehe „Kriegsbesoldungen".

209. Zurückstellungen siehe vorstehend unter 77.

210. Zweikampf, Beseitigung im Heere: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3104B. Anfrage Trimborn, Erzberger: Seine Majestät Kaiser Karl von Oesterreich, König von Ungarn hat unter dem 4. November 1917 nachstehenden Armee- und Flottenbefehl erlassen:

„Aus längst vergangenen Zeiten hat Meine bewaffnete Macht den Zweikampf übernommen und ihn als eine traditionelle Einrichtung beibehalten.

Das Festhalten an alten Ueberlieferungen kann aber nicht dazu führen, daß wider bessere Ueberzeugung, wider göttliches Gebot und wider das Gesetz die Austragung von Ehrenkränkungen auch fernerhin der Geschicklichkeit im Waffengebrauch überantwortet und dadurch dem blinden Zufall überlassen wird.

Zu einer Zeit, in der jedes einzelne Leben dem Vaterlande, der Allgemeinheit gewidmet sein muß, dürfen Ehrenkränkungen nicht mehr im Kampfe mit den Waffen ausgetragen werden. Wer sein Leben im Zweikampf aufs Spiel setzt, handelt nicht allein gegen das Gebot und Gesetz, er handelt auch gegen sein Vaterland, das auf die ungeschwächte Kraft jedes Mannes, jetzt zur Verteidigung seiner Grenzen, dann zum Wiederaufbau und zum Fortschritt zählt.

Das allbewährte Pflichtgefühl und das sichere Urteil der militärischen Ehrenräte geben Mir eine Bürgschaft dafür, daß sich ihrem Ausspruch jeder wahrhaft ritterlich denkende Mann freiwillig unterwirft und daß durch ihre Entscheidung Ehrenangelegenheiten in Hinkunft auch ohne Zweikampf nach Ehre und Gewissen ausgetragen werden können.

Ich verbiete daher allen Angehörigen Meiner bewaffneten Macht den Zweikampf und jedwede Teilnahme an einem Zweikampf.

Im Felde, 4. November 1917.

Karl m. p."

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, noch während der Dauer des Krieges einen ähnlichen Armee- und Flottenbefehl, der das Verbot des Offiziersduells enthält, in Aussicht zu stellen?: Bd. 322, Nr. 1182. — Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1357.

Reichsjustizamt.
Aufgaben, Tätigkeit, wirtschaftliche Gesichtspunkte, sozialer Geist: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5124B.
Uebernahme von Aufgaben aus dem Ressort des Innern, Erweiterung des Wirkungskreises:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2670C, 2675D.
91. Sitz. S. 2692B, 2697B, 2698C.
Angliederung des Bundesamts für das Heimatwesen an das Reichsjustizamt:
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3684C, 3686A, 3691C, 3692A, 3697B, 3705B, 3710A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883D.
Angliederung des Patentamts:
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625D.
121. Sitz. S. 3684C, 3686A, 3691B, 3693A, 3697B, 3705B, 3708A.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3883D.

Reichskanzler. — Siehe auch „v. Bethmann Hollweg", „Dr. Michaelis", „Graf v. Hertling", „Prinz Max von Baden".
Frage der Verantwortlichkeit siehe „Verfassung" unter 3ff.
1. Der Reichskanzler als Vertreter der Mehrheit des Reichstags, Ernennung des Grafen von Hertling, Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3948 A, 3949 B, 3952A, 3953C, 3954A, 3962D.
133. Sitz. S. 4145A.
134. Sitz. S. 4156A, 4177B.
—, siehe auch „Parlamentarisches System".
2. Errichtung der Stelle eines allgemeinen Stellvertreters; Geschäftskreis desselben, Vorbereitung der Friedensbedingungen, der Uebergangswirtschaft:
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3624C.
121. Sitz. S. 3683D, 3684D, 3687C, 3691C, 3693A, 3695C, 3699A, 3701D, 3703C, 3704D, 3705C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3880A, 3882B, 3884C.
—, Ernennung v. Payers zum Vizekanzler, Politik der Mehrheitsparteien, Einschränkung der Entschließungsfreiheit des Kaisers, Stellung der Konservativen:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954Aff., 3958B, 3963A.
134. Sitz. S. 4177B ff., 4179C.
135. Sitz. S. 4183C ff.
136. Sitz. S. 4262D ff.
—, Verhandlungen vor der Ernennung, Eingriff in das Verfassungsrecht des Kaisers: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954A ff., 3958B.
3. Verantwortlichkeit für den Belagerungszustand siehe „Belagerungszustand" unter I 1c, I 4.
Frage der Verantwortlichkeit für einen parteipolitischen Aufruf des Staatssekretärs Scheidemann siehe „Belagerungszustand" unter I 4.
Schutz der Politik des Reichskanzlers durch die Zensur siehe „Belagerungszustand" unter II 12ff.
Zeitungsverbote nur mit Zustimmung des R. siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.
4. Ermächtigung zur selbständigen Anordnung von Maßnahmen für die Volksernährung siehe „Kriegswirtschaft" unter I 1.

Reichskanzler und Reichskanzlei.
Errichtung der Stelle eines vortragenden Rats für den Nachrichtendienst: Bd. 306, 6. Sitz. S. 57C, 58A.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis VI, Spezialberatung C.

Reichskanzler und Reichskanzlei (Fortsetzung).
Petition des Zahntechnikers Julius Hochsattler in Berlin und des Bureauvorstehers Paul Krämer in Neukölln, betreffend Bebauung eines Teiles des an der Budapester Straße gelegenen Gartens des Reichskanzlers mit Kaufläden:
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 654 unter II.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2829B.
96. Sitz. S. 2933B. — Uebergang zur Tagesordnung.

Reichskassenscheine siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 8, 12 und „Schuldenwesen" unter III 1.

Reichskolonialamt. Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung L, und unter VI, Spezialberatung M.

Reichskommissar für Uebergangswirtschaft siehe „Kriegswirtschaft" unter II 390 d.

Reichskontrollgesetz siehe „Rechnungswesen" unter B 1.

Reichskriegsmuseum. Resolution des Haush.-Ausschs. zum Etat des Reichsheeres für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag eine Ergänzung des Reichshaushaltsplans für 1918 vorzulegen, die die Mittel für die Ausarbeitung eines Planes für ein Reichskriegsmuseum anfordert:
Bd. 324, Nr. 1534 unter II 2.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5428A.
175. Sitz. S. 5523A.
184. Sitz. S. 5846D. — Ueberweisung zur Erwägung.

Reichskriegsschatz siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 13 und „Schuldenwesen" unter III 1.

Reichsmarineamt.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 18. März 1916, betr. die Verabschiedung des Staatssekretärs, Staatsministers v. Tirpitz und Ernennung des Admirals z. D. v. Capelle zum Staatssekretär des Reichsmarineamts: Bd. 307, 35. Sitz. S. 777C.
Siehe auch „Marine" unter 34.

Reichsmilitärgericht.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung G, und unter VI, Spezialberatung H.
Entwurf eines Gesetzes betreffend Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht: Bd. 320, Nr. 612.
Erste Beratung: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2337B.
Zweite Beratung: Ab. Antr.: Bd. 320, Nr. 630 unter 1—3.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2345B, 2357D.
Dritte Beratung: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2357D.
Gesetz vom 6. 3. 1917, RGB. S. 217.
Geschäftsbericht des Reichsmilitärgerichts für das Jahr 1916: Bd. 320, Nr. 651.
Desgl. für 1917: Bd. 324, Nr. 1467.

Reichsmilitärgesetz.
Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 (Aufhebung der Befreiung der dauernd Untauglichen von der Militärpflicht im Kriegsfalle): Bd. 316, Nr. 108.
Erste Beratung: Bd. 306, 13. Sitz. S. 220A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 316, Nr. 119.
Zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 16. Sitz. S. 273D.
Gesetz vom 4. 9. 1915, RGB. S. 547.

Reichsmilitärgesetz (Fortsetzung).

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausſch.: Bd. 315, Nr. 85 unter IV 15, Nr. 92 unter 7, 8; Bd. 316, Nr. 138 unter III 12.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209 B, C.
31. Sitz. S. 708 A.

Reichsminister siehe „Reichskanzler", „Staatssekretäre", „Verfassung" und die einzelnen Ressorts.

Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung siehe „Post- und Telegraphenwesen".
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung Q und unter VI, Spezialberatung R.

Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise siehe „Kriegswirtschaft" unter II 297 d.

Reichsschatzamt.
Schreiben des Reichskanzlers vom 26. Januar 1915, betreffend die Verabschiedung des Staatssekretärs, Staatsministers Kühn und Ernennung des Direktors der Deutschen Bank, Wirklichen Legationsrats Professor Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Reichsschatzamts: Bd. 306, 4. Sitz. S. 28 B.
Schreiben des Reichskanzlers vom 23. Mai 1916, betreffend die Ernennung des Staatssekretärs für Elsaß-Lothringen Grafen v. Rödern zum Staatssekretär des Reichsschatzamts an Stelle des zum Staatssekretär des Innern ernannten Staatsministers Dr. Helfferich: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1227 C.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Spezialberatung K, und unter VI, Spezialberatung L.
Geschäftskreis: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3626 A.
Errichtung der Stelle eines zweiten Unterstaatssekretärs: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3626 B.
Errichtung einer vierten Abteilung (Wirtschaftsabteilung): Bd. 310, 118. Sitz. S. 3626 B.
121. Sitz. S. 3686 A.

Reichsschatzanweisungen siehe „Schuldenwesen" unter I B.

Reichsschatzsekretär. Notwendigkeit eines möglichst langen Verbleibens im Amt: Bd. 309, 93. Sitz. S. 2752 D.

Reichsschuld siehe „Schuldenwesen".
Etat siehe „Etatswesen" unter II, III bis V, Spezialberatung N, und unter VI, Spezialberatung O.

Reichsschuldbuch. Eintragungen siehe „Schuldenwesen" unter II.

Reichsschuldenordnung. Ergänzung siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 14.

Reichsstelle für Kartoffelversorgung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 189 c.

Reichsstelle für Speisefette siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281 b.

Reichsstempelabgaben. — Siehe auch „Umsatzsteuergesetz".
1. Frachturkundenstempel. Entwurf eines Frachturkundenstempelgesetzes: Bd. 317, Nr. 226.
Anlage: Ertragsberechnung (S 11).
Erste Beratung:
Bd. 306, 34. Sitz. S. 767 C, 773 A.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 778 A, 788 A, 796 C, 806 A.
36. Sitz. S. 809 C, 812 D, 824 C, 828 A.
Ber. d. 11. Ausſch.: Bd. 318, Nr. 317.
Zweite Beratung: Ab.Antr. Bd. 318, Nr. 326.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1455 C.
Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508 A.
Gesetz v. 17. 6. 1916, RGB. S. 555.

Reichsstempelabgaben (Fortsetzung).

Ferner: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1343 A, 1353 C, 1360 C, 1365 B.
Petitionen: Bd. 313, Nr. 317 unter 2.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508 A.
2. Grundstücksübertragungen.
a) Resolution des Haushaltsausſchusses zum Entwurf eines Kapitalabfindungsgesetzes: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch in dieser Tagung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem zur Förderung der Ansiedlung Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen von der Reichsstempelabgabe bei Grundstücksübertragungen (Reichsstempelgesetz vom 19. Juli 1909) befreit werden: Bd. 318, Nr. 350 unter II c.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1467 B. — Angenommen.
b) Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes (Grundstücksstempel; Beibehaltung des Steuerzuschlages): Bd. 320, Nr. 664.
Erste Beratung: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2626 B.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 320, Nr. 685.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2628 D.
Dritte Beratung: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2629 A.
Gesetz vom 30. 3. 1917, RGBl. S. 297.
c) Antrag Dr. Spahn u. Gen.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Abänderung des Reichsstempelgesetzes dahin herbeizuführen, daß der Bundesrat ermächtigt wird, die Grundstücksumsatzsteuer dann zu erlassen, wenn im Zwangsverkauf oder in dem zur Vermeidung der Zwangsversteigerung vorgenommenen freiwilligen Kauf der dinglich Berechtigte das Grundstück zur Rettung seiner Forderung erwirbt: Bd. 320, Nr. 683.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2626 B, 2629 A. — Angenommen.
d) Petitionen:
— betreffend Reichsumsatzstempel bei Grundstücksübertragungen.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. III f.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Ueberweisung als Material.
— betreffend Erhebung des Umsatzstempels für Grundstücksübertragungen bei Ueberlassungsverträgen zwischen Eltern und Kindern.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausſch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II a.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
3. Quittungsstempel.
Entwurf eines Quittungsstempelgesetzes: Bd. 317, Nr. 224.
Erste Beratung:
Bd. 306, 34. Sitz. S. 767 C, 772 D.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 778 A, 787 C, 796 D, 805 C.
36. Sitz. S. 809 C, 812 D, 824 B, 827 D.
Ber. d. 11. Ausſch.: Bd. 318, Nr. 321.
Zweite und dritte Beratung siehe unter 4 („Warenumsatzstempel").
Ferner: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1342 C, 1354 A, 1359 D.
Ausdehnung des Quittungsstempels auf den Zahlungsverkehr bei Banken: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1360 A.
4. Warenumsatzstempel.
a) Entwurf eines Gesetzes über einen Warenumsatzstempel.
Ber. d. 11. Ausſch.: Bd. 318, Nr. 321.

Reichsstempelabgaben (Fortsetzung).

Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 318, Nr. 325, 343. Bd. 307, 57. Sitz. S. 1394 A.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 318, Nr. 367.
Dritte Beratung: Bd. 307. 59. Sitz. S. 1507 B.
Gesetz v. 26. 6. 1916, RGBl. S. 639.
Ferner:
Bd. 318, Nr. 320 S. 105, 122.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1342 C, 1344 B, 1354 A, 1355 B, 1359 D, 1363 B, 1364 D, 1371 C, 1373 B.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 321 unter 2.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1507 B.
Einzelnes:
Befreiungsvorschrift bei Lieferung von ausländischen zollfreien Waren: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1403 B.
— bei Lieferung von Gas, Wasser, elektrischem Strom usw.: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1403 D.
Prüfungsrecht der Steuerbehörde; Frage der Buchführungspflicht: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1405 A.

b) Anfrage Schwarz (Schweinfurt): Die Kommunalverbände und städtischen Verwaltungen, welche an die ihnen angehörigen oder zugewiesenen Bevölkerungskreise Lebensmittel gegen Bezahlung abgeben oder vermitteln, sind im Zweifel, ob sie hierfür der Umsatzsteuer unterliegen.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, falls bis jetzt das Gesetz auch auf solche Lebensmittelabgaben Anwendung findet, dafür Sorge zu tragen, daß dieser nicht gewerbsmäßige Umsatz von der genannten Steuerpflicht befreit bleibt?: Bd. 319, Nr. 468.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1940 C. — Beantwortet.

c) Anfrage Hierl (Ansbach): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vielfach versucht wird, den am 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen Warenumsatzstempel fakturenmäßig in Rechnung zu stellen?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, zu erklären, daß zu einem solchen Verfahren, abgesehen vom Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel, eine aus dem genannten Gesetze herzuleitende Berechtigung nicht besteht?: Bd. 319, Nr. 471.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2017 C. — Beantwortet.

d) Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Nach Art. II Nr. 10 Abs. 3 des Warenumsatzstempelgesetzes sind Lieferungen im Inlande bezogener Waren in das Ausland vom Stempel befreit. Nach Auffassung weiter Kreise und gewisser Behörden genießt derjenige Steuerfreiheit nicht, der zwar im Inlande aufkauft, daraus aber Fabrikate herstellt, die dann zur Ausfuhr gelangen, — also die Ausfuhrindustrie.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, Aufklärung zu schaffen, ob die Ausfuhrindustrie von dem Stempel befreit ist oder nicht?: Bd. 319, Nr. 498.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 512.

e) Resolution Keinath, Dr. Arendt, Gröber, Holtschke, v. Payer zum Etat des Reichsschatzamts für 1917: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den es
1. dem Lieferer verboten wird, dem Abnehmer einen Zuschlag zum Preise wegen des auf die betreffende Lieferung oder deren Bezahlung entfallenden Warenumsatzstempels besonders in Rechnung zu stellen,
2. dem Abnehmer verboten wird, wegen des bei der Weiterveräußerung zu bezahlenden Stempels seinem Lieferer einen besonderen Preisabzug von der Rechnung zu machen: Bd. 320, Nr. 695.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2950 C, 2951 A, B, D, 2956 A, 2957 C, 2958 C. — Angenommen.

f) Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abwälzung des Warenumsatzstempels: Bd. 321, Nr. 808.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 107. Sitz. S. 3297 D.
Gesetz v. 30. 5. 1917, RGBl. S. 441.

g) Petitionen betreffend Abwälzung der Warenumsatzsteuer auf die Abnehmer.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 866.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3557 A. — Ueberweisung als Material.

h) Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes (Ermächtigung des Bundesrats zu Befreiungen und Ermäßigungen für einzelne Gattungen von Waren): Bd. 322, Nr. 1086.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3758 C.
Gesetz v. 31. 10. 1917, RGBl. S. 1013.

5. Wertpapiere. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat der Reichsschuld für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Aenderung des Reichsstempelgesetzes in die Wege zu leiten dahin, daß die Stempelpflicht aus dem Auslande eingeführter Wertpapiere erst dann eintritt, wenn diese im Inlande veräußert werden: Bd. 317, Nr. 264 unter IIc.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1458 C, D. — Angenommen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes — nebst Anlage (Ertragsberechnung): Bd. 324, Nr. 1463.
Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732 D; siehe insbesondere S. 4739 B, 4744 A, 4751 A.
152. Sitz. S. 4760 C; siehe insbesondere S. 4767 B, 4774 C, 4775 A, 4779 C, 4782 D, 4783 C.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1726.
Zweite Beratung: Antr. Bd. 325, Nr. 1744, 1752, 1763, 1764, 1767, 1771, 1774.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008 A.
Annahme des Gesetzes nach den Anträgen des Haushaltungsausschusses mit den Anträgen Bd. 325, Nr. 1744 Ziff. 3 (unter Abänderung des Wortes „Ermäßigung“ in „Befreiung“, vgl. S. 6036 C), Nr. 1752, 1763, 1767, 1771, 1774 und redaktionellen Abänderungen in § 78 (vgl. Bd. 313, 188. Sitz. S. 6037 B).
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1803.
Dritte Beratung: Hierzu handschriftlicher Antrag Ebert u. Gen.: betr. Besteuerung des fideikommissarischen Besitzes: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129 C; Gesamtabstimmung S. 6130 C.
Redaktionelle Aenderung in § 78 S. 6130 C.
Gesetz v. 26. 7. 1918, RGBl. S. 799.
Namentliche Abstimmung über den Abänderungsantrag Antrick u. Gen. Bd. 325, Nr. 1774 Ziff. 2 zur zweiten Beratung — Einfügung eines Artikels 7a über Fideikommisse —: Bd. 313, 188 Sitz. S. 6029 B (vgl. die Zusammenstellung auf S. 6042): Abgelehnt mit 145 gegen 140 Stimmen; 1 enthalten, 4 ungültig;

Reichsstempelabgaben (Fortsetzung).

über den handschriftlichen Antrag Ebert u. Gen., betr. Einfügung eines Artikels 7a: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6130A (vgl. die Zusammenstellung auf S. 6132A). — Abgelehnt mit 154 gegen 152 Stimmen; 2 enthalten.

Petitionen: Bd. 325, Nr. 1726 S. 49 unter 2.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6037C.
190. Sitz. S. 6130D. — Für erledigt erklärt.

Einzelnes.
Allgemeines, Eingaben der Interessenten gegen die Steuer. Börsenstreik an der Hamburger Börse, Eingreifen des Generalkommandos usw.:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 2 ff.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008D, 6012B ff., 6013C, 6017A, 6018A, 6020C ff.
—, Entschließung des Zentralvorstandes des allgemeinen Bankbeamtenvereins gegen die Steuer: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6019C.
Buchführungszwang: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6037A.
Depositalzinsen, Sparkassen und Genossenschaften, Besteuerung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 3 ff., 6 ff. 24 ff., 40 ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4739D, 4744B, 4751A.
152. Sitz. S. 4767B, 4775C, 4780A, 4783C.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6029D, 6030C, 6031A, 6032C, 6033C, 6034C, D.
190. Sitz. S. 6127A.
Fideikommissarisch gesicherter Besitz, Besteuerung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 22 ff.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6026D ff., 6028A, C, 6029B.
190. Sitz. S. 6129D.
Geldumsatz, Kontokorrentverkehr, Besteuerung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 3 ff., 6, 24 ff., 40, 47.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4751A.
152. Sitz. S. 4779D.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008B, 6029D, 6031A, 6034C, 6035B.
Gesellschaftsgründungen, Gesellschaftsverträge usw. Besteuerung, Erhöhung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 2 ff., 8 ff., 28 ff., 33, 34, 44.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4744A.
152. Sitz. S. 4782D.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008B.
—, Genossenschaften, Siedlungsgesellschaften usw., Freilassung vom erhöhten Stempel usw.: Bd. 325, Nr. 1726 S. 2 8 ff., 33, 34.
—, Gewerkschaften (Bergwerke), Kuxe, Besteuerung: Bd. 325, Nr. 1726 S. 11.
Gewinnanteilscheine und Zinsbogen, Talonsteuer Erhöhung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 13.
Bd. 312 151. Sitz. S. 4751C.
Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, Steuer:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 3, 14 ff.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008D.
Kriegsanleihen, Umsatz, Besteuerung bzw. Steuerfreiheit:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 14.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4775A.
Bd. 313. 188. Sitz. S. 6009B, 6015A, C, 6019B.
Privatkundengeschäfte, Besteuerung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 46.
Bd. 312. 151. Sitz. S. 4739C.
—, Auswärtige Kunden und auswärtige Geschäftsstellen der Banken, begriffliche Feststellung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 29.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6130B.
Rechtsmittel Landesgesetzgebung: Bd. 325, Nr. 1726 S 31.
Schlußnotenstempel, Erhöhung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 29, 46.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4744B, 4751A.
Schuld- und Rentenverschreibungen, Pfandbriefe Hypotheken, Stempelgebühren, Erhöhung:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 3, 12, 35, 36, 45.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4783A.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6008C.

Reichsstempelabgaben (Fortsetzung).

—, Ausländische Obligationen: Bd. 325. Nr. 1726 S. 13.
Sicherheitsmaßnahmen: Bd. 325 Nr. 1726. S. 30.
Vergütungen Tantiemesteuer der Aufsichtsräte, Erhöhung, Frage einer Staffelung der Steuer bzw. Umwertung der Steuer in eine Einkommensteuer:
Bd. 325 Nr. 1726 S. 3 ff., 6, 18 ff., 36, 47.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4739C, 4744C, 4751A.
152. Sitz. S. 4783C.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6013B, 6022A ff., 6023A, C ff.
190. Sitz. S. 6127A.
Wertpapiere, Aktien, Dividendenpapiere, Umsatzsteuer, Emissionsstempel, Eindämmung der Spekulation und Kurssteigerungen:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 3 ff., 7, 14 ff., 20, 36, 37 ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4751C.
152. Sitz. S. 4767C, 4774C, 4779C, 4783A.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6009A ff., 6012A ff., 6013C ff., 6015D ff. 6017A, D ff., 6020A ff., 6036D, 6037B.
—, Frage der Einführung einer allgemeinen Dividendensteuer:
Bd. 325, Nr. 1726 S. 2, 4, 5.
Bd. 312 151. Sitz. S. 4751C.
—, Ausländische Aktien: Bd. 325, Nr. 1726 S. 12.

7. Befreiungen von der Abgabe aus Anlaß des Krieges usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 311.

Reichstag.

Uebersicht.

Abgeordnete, staatsrechtliche Stellung: I; Mandatsfragen: I E 5 und „Abgeordnete".
—, Verstorbene Abgeordnete siehe „Abgeordnete" unter 5.
—, Verwundete Abgeordnete siehe „Abgeordnete" unter 6.
—, Strafverfahren siehe „Abgeordnete" unter 8.
Abstimmungen: III 2 und „Abstimmungen, namentliche".
Anfragen, kleine: III 3 und „Anfragen".
Anträge: III 1, 7, 8 u. 14.
Auflösung, Recht dazu: I D.
Aufwandsentschädigungen: I E 1.
Ausschluß von der Sitzung: IV 1.
Ausschüsse: 1 G, III 4 und „Ausschüsse".
Belagerungszustand, Behandlung von Abgeordneten durch Militärbehörden, Briefsperren, Haussuchungen, Redeverbote usw.: I E 4.
Beratung, Debatte: III 5 u. 13.
Beschlagnahme der Kronen, Figuren: VI h.
Beschlußunfähigkeit: III 6.
Bibliothek: VI a.
Budgetrecht: I B.
Bundesratsbevollmächtigte: I A; III 7.
Bureau des Reichstags: VI b.
Drucksachen: VI d u. e.
Eröffnung: II 1.
Geschäftsordnung, Anwendung: III.
Immunität der Abgeordneten: I A u. E 2.
Interfraktionelle Sitzungen: I F.
Interpellationen: III 8 u. „Interpellation".
Kaiser, Bezugnahme auf die Person des Kaisers: III 10.
Konstituierung: II 2 u. 3.
Kriegserklärung, Friedensschlüsse, Mitwirkung des Reichstags siehe „Verfassung" unter 7.
Kundgebungen: V.
Legislaturperiode, Verlängerung: I C.
Mandatsfragen: I E 5 und „Abgeordnete" unter 1 ff. (Niederlegung, Verlust, Erledigung des Mandats).
Ordnungsrufe: IV 2.
Parlamentarisch unzulässige Äußerungen: IV 3.
Parlamentarisches System: I A u. „Parlamentarisches System".
Präsident, Wahl: II 3, III 12a.
—, Amtsführung: III 12b; IV.
Quästoren: II 3.
Redner, Reihenfolge, Redefreiheit: III 13.
Rednertribüne: IV 4.
Reichsheer und Reichstag: I H u. II B 1, „Krieg" unter IX.
Resolutionen: III 5 u. 14.
Restauration: VI g.
Schriftführer: II 3; III 12c.
Staatsrechtliche Stellung des Reichstags u. der Abgeordneten: I.
Stenographische Berichte: VI f.
Steuerveranlagung: I E 6.
Strafverfahren gegen Abgeordnete, Privatklagen siehe „Abgeordnete" unter 8.
Tagesordnung: III 15.
Teilnahmebezeugungen: V 3.
Tribünen: IV 5.
Versagung des Wortes: IV 6.
Vertagung: I J; II 4 u. III 16.
Vizepräsidenten: II 3; III 12.
Verwaltung: VI.
Wortentziehung: IV 7.

I. Bedeutung und staatsrechtliche Stellung des Reichstags; Rechte der Mitglieder des Reichstags usw.

A. Allgemeines.

Parlamentarisches System. Ausbau des parlamentarischen Regierungssystems siehe „Par-

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. I. Bedeutung und staatsrechtliche Stellung des Reichstags; Rechte der Mitglieder des Reichstags usw. (Fortsetzung).

lamentarisches System" und „Verfassung".

Reform des Wahlrechts siehe „Wahlrecht, Wahlgesetz".

Staatsrechtliche Stellung des Reichstags und seiner Mitglieder, Recht der Bundesratsmitglieder, des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter, außerhalb der Tagesordnung das Wort zu ergreifen, Immunität der Abgeordneten usw., — zweiter Bericht des Verfassungsausschusses mit Gesetzentwurf zur Abänderung der Verfassung in der Anlage, siehe Bd. 322, Nr. 1104. — Unerledigt.

Dritter Bericht des Verfassungsausschusses mit dem

Antrage: Der Reichstag wolle beschließen, folgenden Gesetzentwurf anzunehmen: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Reichsverfassung.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Der Schlußsatz des Artikels 9 der Reichsverfassung

„Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein"

wird gestrichen.

Urkundlich usw.: Bd. 322, Nr. 1125. — Unerledigt.

Politische Bedeutung des Reichstags, Einschätzung im Auslande: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1822A.

Mitwirkung beim Abschlusse von Bündnissen, bei Kriegserklärungen und Friedensschlüssen siehe „Verfassung" unter 7.

Beratung der auswärtigen Politik während der Vertagung siehe „Auswärtige Politik" unter 2c.

Mitwirkung des Reichstags an der Verwaltung, dem Erlaß von Ausführungsverordnungen usw.:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 204A, 207A.
15. Sitz. S. 261A.
Bd. 308, 76. Sitz. S. 2165A, 2168C, 2171C, 2175A.
77. Sitz. S. 2270B.
79. Sitz. S. 2320C.

Ungenügende Information des Reichstags unter der neuen Regierung über schwebende Entscheidungen:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6179B.
194. Sitz. S. 6193B.
195. Sitz. S. 6221D, 6225D.

Vorwurf der Verflachung für den deutschen Parlamentarismus:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4755A.
152. Sitz. S. 4760D.

B. Budgetrecht des Reichstags hinsichtlich der Kriegsbesoldungsordnung:
Bd. 306, 18. Sitz. S. 342C, 344C, 345A, 346C, 347C.
30. Sitz. S. 652D, 659D.

Aufhebungsrecht gegenüber Bundesratsverordnungen siehe „Kriegswirtschaft" unter I, 1.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. I. Bedeutung und staatsrechtliche Stellung des Reichstags; Rechte der Mitglieder des Reichstags usw. (Fortsetzung).

Wahrung des Etatsrechts bei Grundstücksankäufen, Frage der Indemnität: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2950A, 2951A.

C. Legislaturperiode. Verlängerung um ein Jahr aus Anlaß des Krieges.

Gesetzentwurf über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags: Bd. 319, Nr. 411.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1699D.
Gesetz v. 16. 10. 1916, RGB. S. 1169.

Gesetzentwurf über die nochmalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags: Bd. 321, Nr. 896.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 112. Sitz. S. 3523C.
Gesetz v. 23. 7. 1917, RGB. S. 657.

Gesetzentwurf, betreffend die abermalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags: Bd. 324, Nr. 1690.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5910B.
Gesetz vom 18. 7. 1918, RGB. S. 745.

Gesetzentwurf, betr. Abänderung des § 24 der Reichsverfassung (Legislaturperiode), — Antrag Albrecht u. Gen.: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Artikel 1.

Im Artikel 24 werden im Satz 1 an Stelle der Worte „5 Jahre" „1 Jahr" gesetzt. Satz 2 des Artikels 24 wird gestrichen.

Artikel 2.

Der Artikel 25 wird gestrichen.

Bd. 325, Nr. 1971.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6189C.

Wiederholt: Bd. 325, Nr. 1985 Ziff. 4 und 5.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6297B. — Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.

D. Recht, den Reichstag aufzulösen:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6189A.
197. Sitz. S. 6295D.

E. Mitglieder des Reichstags.

1. Aufwandsentschädigungen. Wirkung auf die parlamentarische Arbeit; Aenderung des Gesetzes: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1831A.
Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, vom 21. Mai 1906: Bd. 324, Nr. 1585.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5189D.
Gesetz v. 22. 6. 1918, RGB. S. 667.
Aufwandsentschädigung für den Präsidenten des Reichstags: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5190A.
Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder des Reichstags einschließlich 30000 Mark Aufwandsgelder für den Präsidenten, — Ergänzungsetat für 1918: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5706A, 5722D.

2. Immunität der Mitglieder. Verzicht auf das Privileg in Einzelfällen; grundsätzliche Aufrechterhaltung derselben:
Bd. 307, 46. Sitz. S. 1025D.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1843D.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. I. Bedeutung und staatsrechtliche Stellung des Reichstags; Rechte der Mitglieder des Reichstags usw. (Fortsetzung).

Frage, ob der Reichstag nach Beginn der Vollstreckung eines Urteils über die Zurückberufung des Abgeordneten noch entscheiden kann; geteilte Ansichten der Staatsrechtslehrer: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4049C.

Aufhebung der Strafhaft eines Abgeordneten (Dittmann) während der Sitzungsperiode. Begriff des Strafverfahrens nach Art. 31 Abs. 3 der Verfassung; Frage der Einbeziehung der Strafvollstreckung eines rechtskräftigen Urteils: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4054C, 4056C, 4057C, 4059A, B, 4060B, 4061C, D, 4062B, C, D.

Siehe auch den Gesetzentwurf des Verfassungsausschusses und den Bericht: Bd. 322, Nr. 1104.

3. Privatklagen von Abgeordneten, Strafverfahren gegen Abgeordnete siehe „Abgeordnete".

4. Wirkung des Belagerungszustandes.

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes (Art. 7 der preußischen Verfassung), Wirkung auf die Immunität, Fall Dittmann: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4051B.

Agitation des Kriegspresseamts gegen den Reichstag siehe „Belagerungszustand" unter II 12 B.

Angriffe gegen die Reichstagsmehrheit und ihre Führer siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b, c.

Behandlung von Abgeordneten durch Militärbehörden, körperliche Untersuchungen, Haussuchungen usw. siehe „Belagerungszustand" unter II 2a, c.

Briefverkehr der Abgeordneten, Briefsperre, Briefkontrolle siehe „Belagerungszustand" unter II 4.

—, Oeffnung eines an einen Abgeordneten gerichteten Schreibens aus dem Reichstagsbureau:
Bd. 312, 168. Sitz. S. 5245B.
169. Sitz. S. 5273D.

Paßverweigerungen, Verkehrserschwerungen für Abgeordnete siehe „Belagerungszustand" unter II 6.

Redeverbote, namentlich gegen Abgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, siehe „Belagerungszustand" unter II 11b.

Schutzhaft. Anwendung des § 31 der Reichsverfassung auf Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung von Abgeordneten: Bd. 308, 71. Sitz. S. 2082A.

—, Androhung, Gestellungsbefehl während der Tagung des Reichstags: Bd. 307, 54. Sitz. S. 1287A.

—, Androhung durch den Polizeipräsidenten im Falle der Entlassung eines Abgeordneten aus der Untersuchungshaft (Dittmann): Bd. 311, 131. Sitz. S. 4051A.

—, Schutzhaft gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht siehe „Belagerungszustand" unter II 9B.

—, Siehe auch „Elsaß-Lothringen" unter 2.

Zensur gegenüber kleinen Anfragen, Anträgen der Fraktionen, Reichstagsberichten usw. siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b δ u. ε.

— gegenüber der Berichterstattung der Abgeordneten über die Tätigkeit des Reichstags: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3679A (Anfrage).

— gegenüber der Herausgabe der Reichstagsrede des Abg. Scheidemann über den Verständigungsfrieden siehe „Belagerungszustand" unter II 12 D b.

Zeugnisverweigerung in einem kriegsgerichtlichen Verfahren: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3455B.

5. Mandatsfragen. Erledigung des Mandats (Fall Wetterlé) ohne ausdrückliche Verzichtserklärung, jedoch durch schlüssige Handlungen des Inhabers.
Ber. d. GO. Aussch.: Bd. 315, Nr. 55.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 131C.

Verlust des Mandats (Fall Dr. Weill) infolge Verlustes der Staatsangehörigkeit: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27D.

Siehe auch „Abgeordnete".

6. Steuerveranlagung zur preußischen Einkommensteuer und zur Kommunalsteuer in Berlin: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3016B.

F. Interfraktionelle Sitzungen, Ausschluß der Rechten: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3759B, 3760A, D.

G. Parlamentarische und gemischte Ausschüsse für besondere Angelegenheiten.

Ausschuß für Lebensmittelversorgung, parlamentarischer Beirat des Kriegsernährungsamts siehe „Kriegswirtschaft" unter II 243b.

Ausschuß zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen siehe „Kriegsindustrie" unter I B b.

Ausschuß zur Mitwirkung bei Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst siehe „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3.

Vgl. auch unter III 4.

H. Reichsheer und Reichstag.

Anerkennung der Truppenleistungen, strategische Lage, Telegramm des Reichshaushaltsausschusses an Generalfeldmarschall v. Hindenburg:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045C, 3049D.
101. Sitz. S. 3062C, 3068B, 3072D, 3080B, 3088A, 3090C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3118C, 3130B.
110. Sitz. S. 3461B, 3463D.

April-Offensive, Depeschenwechsel zwischen dem Reichshaushaltsausschuß und Generalfeldmarschall dem von Hindenburg:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3045C.
101. Sitz. S. 3062C, 3068B, 3072D, 3088A, 3080B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3130B.

—, Siehe auch „Krieg" unter II B 1 und unter IX.

Stellung der Militärbefehlshaber zu Beschlüssen des Reichstags im allgemeinen, Art ihrer Durchführung durch Heeresleitung und Kriegsministerium, siehe „Reichsheer" unter 1a.

Recht der Auskunftsforderung vom obersten Befehlshaber über die Ausführung beschlossener Gesetze durch die Militärbefehlshaber: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2353B, C, D, 2354B, D, 2355D, 2356B, C.

Agitation gegen den Reichstag; Vorwurf des Verschuldens ungenügender Schlagfertigkeit des Heeres infolge Sparsamkeit bei militärischen Anforderungen: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3889B, 3899D.

Anfeindungen im Heere mit Unterstützung der deutschen Presse:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5398D.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5414D.
174. Sitz. S. 5473A.
184. Sitz. S. 5802D, 5805A.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. I. Bedeutung und staatsrechtliche Stellung des Reichstags; Rechte der Mitglieder des Reichstags usw. (Fortsetzung).

Verkehr von Abgeordneten mit Soldaten, Beschränkung des Briefwechsels:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5383C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5430C, 5441A.
174. Sitz. S. 5454C, 5463C, 5473B.
184. Sitz. S. 5802D, 5808D, 5826A.

—, Urlaubsverweigerungen wegen brieflichen Verkehrs mit Reichstagsabgeordneten: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4121C ff.

Siehe auch „Reichsheer" unter 152b.

J. Vertagung. Ausschußsitzungen während der Vertagung, Zustimmung des Kaisers: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1810C, 1811D, 1816A, 1823C, 1827B.

II. Eröffnung, Konstituierung, Vertagung des Reichstags.

1. Eröffnung der II. Session der 13. Legislaturperiode am 4. August 1914: Eröffn. Sitz. S. 1 und 2.
2. Vorläufige Konstituierung: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4A. Präsident: Abgeordneter Dr. Kaempf; Schriftführer: die Abgeordneten Dr. Bärwinkel, Rogalla v. Bieberstein, Engelen, Fischer (Berlin).
3. Konstituierung, Präsidentenwahl. Wiederwahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführer der vorhergehenden Session durch Zuruf: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4B, C.
   a) Präsidium.
      Präsident: Abgeordneter Dr. Kaempf.
      Erster Vizepräsident: Abgeordneter Dr. Paasche.
      Zweiter Vizepräsident: Abgeordneter Dove.
   b) Schriftführer: die Abgeordneten Dr. Bärwinkel, Dr. Belzer, Rogalla v. Bieberstein, Engelen, Fischer (Berlin), v. Morawski, Dr. Neumann-Hofer, Stücklen.
   c) Quästoren. Ernennung der Abgeordneten Bassermann und Dr. v. Savigny: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4D.
   d) Wahl des Präsidenten, Aussetzung mit Rücksicht auf die Neuregelung der Frage der Vizepräsidenten: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5219D. — Siehe auch unter III 12a.
   e) Dove, zweiter Vizepräsident, Niederlegung seines Amtes: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5295B.
   f) Präsidentenwahl und Wahl von drei Vizepräsidenten: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5297D, 5299C.
      Antrag, die Wahl der drei Vizepräsidenten in einem Wahlgange durch eine gemeinsame Liste vorzunehmen: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5299C.
         Präsident: Abgeordneter Fehrenbach.
         Vizepräsidenten: die Abgeordneten
            Dr. Paasche,
            Dove,
            Scheidemann.
      Vgl. hierzu III 12a.
   g) Schriftführer, Wahl zweier Hilfsschriftführer (Dr. Doormann und Dr. Pfeiffer): Bd. 313, 186. Sitz. S. 5910A.
   h) Quästoren, Ernennung des Abgeordneten List (Eßlingen): Bd. 311, 127. Sitz. S. 3943C.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. II. Eröffnung Konstituierung, Vertagung des Reichstags. (Forts.).

4. Vertagungen. — Siehe auch unter III 16.
   a) am 4. August 1914. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 24. November 1914: Bd. 315, Nr. 20.
      Bd. 306, 2. Sitz. S. 11A. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 4. August 1914: Bd. 315, Nr. 21.
      Bd. 306, 2. Sitz. S. 11D.
   b) am 2. Dezember 1914. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 2. März 1915: Bd. 315, Nr. 36.
      Bd. 306, 3. Sitz. S. 22A, B. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 2. Dezember 1914: Bd. 315, Nr. 37.
      Bd. 306, 3. Sitz. S. 22D.
   c) am 20. März 1915. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 18. Mai 1915: Bd. 315. Nr. 62.
      Bd. 306, 8. Sitz. S. 97A. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 20. März 1915: Bd. 315, Nr. 68.
      Bd. 306, 9. Sitz. S. 135D.
   d) am 29. Mai 1915. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 10. August 1915: Bd. 315, Nr. 91.
      Bd. 306, 12. Sitz. S. 210A. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 29. Mai 1915: Bd. 315, Nr. 98.
      Bd. 306, 12. Sitz. S. 210A.
   e) am 27. August 1915. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 30. November 1915: Bd. 316, Nr. 121.
      Bd. 306, 17. Sitz. S. 301C. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 27. August 1915: Bd. 316, Nr. 142.
      Bd. 306, 20. Sitz. S. 416A.
   f) am 18. Januar 1916. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 15. März 1916: Bd. 317, Nr. 215.
      Bd. 306, 32. Sitz. S. 713D. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 18. Januar 1916: Bd. 317, Nr. 218.
      Bd. 306, 32. Sitz. S. 762A.
   g) am 8. Juni 1916. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 26. September 1916: Bd. 318, Nr. 377.
      Bd. 307, 60. Sitz. S. 1519A. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 7. Juni 1916: Bd. 318, Nr. 397.
      Bd. 308, 62. Sitz. S. 1688A.
   h) am 4. November 1916. Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 13. Februar 1917: Bd. 319, Nr. 495.
      Bd. 308, 74. Sitz. S. 2078B. — Angenommen.
      Allerhöchste Verordnung vom 4. November 1916. Bd. 319, Nr. 507.
      Bd. 308, 74. Sitz. S. 2147C.
   i) Zusammentritt am 25. November 1916.
      Allerhöchste Verordnung vom 22. November 1916: Bd. 320, Nr. 508.
   k) Kurze Vertagungen siehe III 16.
5. Wahl der Ausschüsse siehe „Ausschüsse".

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. (Fortsetzung).

III. Geschäftsordnung. Anwendung, Auslegung.

1. Abänderungsanträge.
   Anwendung des § 49 der Geschäftsordnung. Frage der Zulassung von Abänderungsanträgen zur dritten Lesung, die neue Paragraphen und Abänderungen, neue Gesetzentwürfe vorschlagen: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6275D f.
   Siehe auch unter III 8 und 14.
2. Abstimmungen. Gesamtabstimmung über mehrere unter einer Nummer vereinigte Resolutionen, über die schon einzeln abgestimmt ist: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A.
   Abstimmung (durch Hammelsprung) erst nach vorheriger Feststellung, ob das Präsidium über die Mehrheit zweifelhaft ist: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5797C, 5798A.
   Bitte um Wiederholung einer Abstimmung, da bei der Unruhe des Hauses die Fragestellung vielfach nicht verstanden worden ist: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119B, 6121C.
   Namentliche Abstimmungen siehe „Abstimmungen, namentliche".
3. Anfragen, kleine, — Bewertung der Einrichtung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2845A.
   Einreichung bis Dienstag und Freitag 12 Uhr mittags, wenn sie an dem darauffolgenden Tage zur Beantwortung kommen sollen: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3610D.
   Verlesung durch den Anfragesteller: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2651D.
   Unterlassung der Verlesung nur gegen ausgesprochenen Verzicht des Fragestellers: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609B.
   Unzulässigkeit weiterer Ergänzungsfragen, sobald eine solche bereits unbeantwortet geblieben ist: Bd. 311, 141. Sitz. S. 4399D.
   Siehe auch „Anfragen".
4. Ausschüsse. — Wahl der Ausschüsse siehe „Ausschüsse".
   a) Verlegung des Schwergewichts der parlamentarischen Tätigkeit in die Ausschußverhandlungen: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1814D, 1830D.
   b) Geheime Sitzungen unter Ausschluß der Nichtmitglieder: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1815A, 1824C.
      —, Geheime Sitzungen, Abhaltung bei Beratungen von Fragen der auswärtigen Politik nach Beschluß des Verfassungsausschusses; „Dunkelkammer des Reichstags": Bd. 310, 110. Sitz. S. 3446A.
      —, Beeinträchtigung der Stellung des Reichstags: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3698D, 3705C.
   c) Haushaltsausschuß. Bedeutung, Ueberlastung: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1810A, 1817C, 1819B.
      —, Erhöhung der Mitgliederzahl auf 36: Bd. 306, 4. Sitz. S. 28D.
      —, Herabsetzung der Mitgliederzahl von 36 auf 28: Bd. 307, 35. Sitz. S. 808A.
      —, Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik während der Vertagung.
         Antrag des Haushaltsausschusses: der Reichstag ermächtigt den Ausschuß für den Reichshaushalt, zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung zusammenzutreten: Bd. 319, Nr. 418, mit dem Ab.Antr. Arnstadt u. Gen.: an Stelle des Antrags des Ausschusses folgende Resolution anzunehmen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür einzutreten, daß während der Dauer des Krieges bei Vertagungen des Reichstags, die durch Kaiserliche Verordnung erfolgen, die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Besprechung auswärtiger Fragen auf dem verfassungsmäßigen Wege vorbehalten wird: Bd. 319, Nr. 424.
         Bd. 308, 64. Sitz. S. 1741C.
         67. Sitz. S. 1808B.
         68. Sitz. S. 1857B (Abstimmung). — Antrag Arnstadt u. Gen. abgelehnt; Antrag des Ausschusses in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 31 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.
         68. Sitz. S. 1857C (Zusammenstellung S. 1864).
         Ferner: Bd. 319, Nr. 507.
         Bd. 308, 74. Sitz. S. 2078C, 2079A.
      Siehe auch „Auswärtige Politik" unter 2 b.
   d) Einsetzung eines besonderen Ausschusses für Bevölkerungspolitik, Resolution Bd. 318, Nr. 309, Tätigkeit und Berichte des Ausschusses usw. siehe „Bevölkerung" unter B.
   e) Ausschuß für Handel und Gewerbe. Geschäftskreis: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1809D.
      Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 390D (Uebergangswirtschaft).
      Berichte siehe bei den einzelnen sachlichen Stichworten.
   f) Sozialpolitischer Ausschuß, Errichtung, Aufgaben, Erledigung von Initiativanträgen und Petitionen, Resolution Gröber (Laupheim), Bd. 324, Nr. 1532 (abgeändert) usw. siehe „Gewerbeordnung" unter 1.
   g) Frage der Einsetzung eines Ausschusses zur Ueberwachung der Kriegsführung und der Verwaltung in den besetzten Gebieten, Resolutionen Bd. 321, Nr. 783 u. Bd. 324, Nr. 1657 unter 2 usw. siehe „Krieg" unter II B 2.
   h) Verfassungsausschuß. Antrag Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1917: Der Reichstag wolle beschließen: einen Ausschuß einzusetzen zur Vorberatung von Reformen, die auf die politische Neuordnung im Deutschen Reiche abzielen; diesem Ausschuß sind die im Reichstag eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen: Bd. 321, Nr. 730 und Antrag Bassermann u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern (Verfassungsausschuß) zu bilden für die Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammensetzung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung: Bd. 321, Nr. 735.
      Bd. 309, 95. Sitz. S. 2855D, 2863B.
      96. Sitz. S. 2932B ff, 2933A. — Antrag Nr. 735 mit dem Zusatze: „diesem Ausschuß sind die im Reichstage eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen" in namentlicher Abstimmung mit

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. III. Geschäftsordnung (Fortsetzung).

228 gegen 33 Stimmen bei 5 Stimmenenthaltungen angenommen. — Antrag 730 zurückgezogen.

— Aufgaben, Tätigkeit, Beschlüsse:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2855 D, 2863 B.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3425 B, 3431 D.
110. Sitz. S. 3437 B, 3441 C, 3445 C, 3447 C, 3450 A, D ff.

—, Nichtbeteiligung der Regierung an den Ausschußberatungen über die Angliederung des Militärkabinetts an das Kriegsministerium: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3487 A ff, 3488 D, 3489 A, B, D, 3490 C.

Siehe auch „Reichsheer" unter 100a und „Verfassungsausschuß".

i) Ausschuß für das Wohnungswesen:
Antrag v. Trampczynski u. Gen.: zur Beratung aller das Wohnungswesen betreffenden Anträge und Petitionen wird ein besonderer Ausschuß von 21 Mitgliedern eingesetzt: Bd. 316, Nr. 131.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 383 A, B. — Angenommen.

k) Ausschußverhandlungen (Haush. Ausch.). Mitteilung vertraulicher Verhandlungen im Plenum (Marineetat, U-Boote): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3173 B, 3184 C, D, 3185 A.

—, Namensnennung bei Erwähnung im Plenum nicht üblich: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3656 D.

l) Siehe auch unter I G.

5. Beratung, Debatte.
Allgemeine Besprechung, Unzulässigkeit beim Notetatsgesetz: Bd. 307, 37. Sitz. S. 842 D, 843 C, D, 844 A.

—, Zulässigkeit in der zweiten Beratung nur beim § 1 eines Gesetzentwurfs:
Bd. 306, 24. Sitz. S. 460 C.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2205 A.

Beschränkung der Besprechung bei Resolutionen auf den Gegenstand derselben, Ausschluß weiterer Fragen von der Beratung:
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2011 B, C.
73. Sitz. S. 2041 D, 2045 A.

Verhinderung der Besprechung eines Einzelfalles unter Darlegung des ganzen Aktenmaterials: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1961 D.

Frage der Einbeziehung des rechtskräftigen Urteils in die Debatte, betr. Haftentlassung des Abg. Dittmann: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4048 C f.

Wiederaufnahme einer bereits geschlossenen Beratung: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1672 C.

Besprechung eines Antrags (Handhabung der Schutzhaft) bei der Etatsberatung vor der Berichterstattung, Geschäftsordnungsdebatte: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3420 D ff.

Besprechung der neuesten authentisch noch nicht vorliegenden Note Wilsons bei der allgemeinen Besprechung der politischen Lage; Geschäftsordnungsdebatte: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6250 A f.

Abbruch einer Geschäftsordnungsdebatte durch den Vizepräsidenten Dr. Paasche: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4050 C.

Abbruch einer Rede durch den Vizekanzler Dr. Helfferich, weil die Mehrheit Erklärungen der Regierung kein Vertrauen mehr entgegenbringt: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3727 A, 3738 B.

„Halle der Wiederholungen": Bd. 314, 193. Sitz. S. 6170 B.

Siehe auch unter III 13.

6. Beschlußunfähigkeit, Auszählung: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5216 D.

7. Bundesratsbevollmächtigte. Beteiligung an der Beratung von Initiativanträgen: Bd. 306, 20. Sitz. S. 389 B, 413 B.

8. Initiativanträge. Umwandlung in Abänderungsanträge: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6241 B.

9. Interpellationen. Schluß der Debatte, Schlußwort der Interpellanten, Reihenfolge der Redner: Bd. 306, 22. Sitz. S. 438 A.

Reihenfolge der Redner bei gleichzeitiger Beratung mehrerer Interpellationen: Bd. 308, 65. Sitz. S. 1743 D.

Behandlung nach Unterbrechung der Beratung: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3756 B.

Siehe auch „Interpellationen".

10. Bezugnahme auf die Person des Kaisers: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2633 A, 2634 A (Ordnungsruf).

Kaiserreden und Telegramme aus Anlaß des dreißigjährigen Regierungsjubiläums, Frage der Zulassung von Besprechungen über Aeußerungen und Reden des Kaisers: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5690 B, 5695 D, 5697 A (Präsident Fehrenbach).

Aeußerungen über den Kaiser, über die Monarchie als ein abzuschaffendes Institut infolge der Handlungen der Familie Hohenzollern (König von Rumänien), Rede Ledebours: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2441 C; vgl. auch S. 2433 C ff.

11. Kritik des Verhaltens des Hauses durch Abgeordnete: Bd. 307, 41. Sitz. S. 918 D, 919 A.

12. Präsidium.
a) Wahl des Präsidiums.
Antrag Gröber (Laupheim), Antrick, Brey, Dr. Doormann, Ebert, Fischbeck, Haußmann, Hildenbrand, Hoff, Landsberg, Dr. Matzinger, Dr. Müller (Meiningen), Sivkovich, Dr. Stresemann, Dr. Struve: der Reichstag wolle beschließen:
I. die Geschäftsordnung für den Reichstag dahin abzuändern:
Der § 9 Abs. 2 und § 13 Abs. 2 erhalten folgende Fassung:
§ 9 Abs. 2. Die Wahl des Präsidenten, sodann der drei Vizepräsidenten erfolgen je in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit.
§ 13 Abs. 2. Der Präsident vereinbart mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.
II. auf Grund des vorstehenden § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung den zwei im Amt befindlichen Vizepräsidenten einen weiteren Vizepräsidenten hinzuzuwählen: Bd. 324, Nr. 1622.

Mündl. Ber. des Aussch. für die Geschäftsordnung: der Reichstag wolle beschließen, den

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. III. Geschäftsordnung (Fortsetzung).

vorgenannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

I. die Geschäftsordnung für den Reichstag dahin abzuändern:

Der § 9 Abs 2 und § 13 Abs. 2 erhalten folgende Fassung:

§ 9 Abs. 2. Der Präsident, sodann jeder der drei Vizepräsidenten wird in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

§ 13 Abs. 2. Der Präsident bestimmt im Einvernehmen mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.

II. auf Grund des vorstehenden § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung den zwei im Amt befindlichen Vizepräsidenten einen weiteren Vizepräsidenten hinzuzuwählen: Bd. 324, Nr. 1624.

Bd. 312, 169. Sitz. S. 5291A, 5295B. — Angenommen.

Präsidium, Vermehrung der Vizepräsidenten: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5291A, 5293A.

Verteilung der Präsidentenposten nach der Stärke der Fraktionen: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5292D, 5293B.

Reihenfolge der Stellvertretung: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5291D, 5292A, 5294A, D.

Rechtsstellung der Vizepräsidenten: Bd. 312, 169. Sitz. S. 5291C, 5292B.

Wahrung des Rechts eigener Entscheidung durch den Vizepräsidenten unabhängig von der Geschäftsführung der anderen Präsidenten: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3281B.

b) Amtsführung des Präsidenten. Zulässigkeit und Grenzen der Kritik an derselben: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1046C, 1047D, 1049A, 1057C.

Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat für den Reichstag für 1916:

1. Es ist unzulässig, daß durch Mitglieder des Reichstags die Autorität des Präsidenten ausgenutzt wird, um die Presse zu beeinflussen, einen von ihnen festgestellten Bericht über eine Sitzung des Reichstags oder einen Teil einer solchen zu veröffentlichen, zumal wenn jeder andere Bericht dadurch ausgeschlossen werden soll.

2. Der Herr Präsident wird ersucht, zum Schutz der Redefreiheit Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß ein Redner an der Ausübung seines parlamentarischen Rechts gewaltsam gehindert wird, wie dies am 8. April d. J. gegenüber dem Abgeordneten Dr. Liebknecht geschehen ist: Bd. 318, Nr. 292.

Bd. 307, 47. Sitz. S. 1046C, 1049B, 1054B, 1058C, 1059D, 1060A, 1062D. — Abgelehnt.

Der Präsident verbittet sich bei einem Ordnungsruf jeden Widerspruch gegen seine Anordnungen, unter Hinweis auf § 46 der Geschäftsordnung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5820C, 5840C.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. III. Geschäftsordnung (Fortsetzung).

Der Präsident weist den Vorwurf, sich in die sachliche Debatte hineinzumischen und auf den Inhalt der Reden einzuwirken, zurück: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4480A ff. Bd. 312, 165. Sitz. S. 5155A, B, C. — Vergl. auch 5154B.

Zwischenreden gegen Anordnungen des Präsidenten widersprechen der Würde des Hauses: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5840C.

Siehe auch unter IV.

c) Schriftführer, Abwesenheit sämtlicher acht Schriftführer: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3738B.

13. Redner.

Reihenfolge bei gleichzeitiger Beratung mehrerer Interpellationen: Bd. 308, 65. Sitz. S. 1743D.

Schutz der Redner gegen Beschränkung der Redefreiheit und gegen Gewalttätigkeiten. Resolution Bernstein u. Gen., Bd. 318, Nr. 292 unter 2, siehe vorstehend unter III, 12.

Hinweis des Präsidenten, bei der dritten Lesung (des Etats) nicht auf Einzelfälle einzugehen: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3368C, 3472B.

Rededauer, Beschränkung auf eine Stunde: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5852A.

Ablesen von Reden. (Scheidemann): Bd. 314, 195. Sitz. S. 6228D, 6229A.

Siehe auch unter III 5.

14. Resolutionen zum Etat des Reichstags, Zulässigkeit: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1046C.

Annahme eines Antrages, der nicht auf der Tagesordnung steht: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6119A.

Siehe auch unter III 5.

15. Tagesordnung.

Erklärungen vor der Tagesordnung:
Bd. 306, 15. Sitz. S. 241D.
30. Sitz. S. 643D.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 931D.
Bd. 308, 67. Sitz. S. 1808B.
70. Sitz. S. 1898C.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3970A.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5454A.
190. Sitz. S. 6091C.
191. Sitz. S. 6137B.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6275C.

Uebernahme des Reichsamts des Innern durch den Staatssekretär Dr. Helfferich: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1228A.

Verhandlungen bei Feststellung der Tagesordnung (Auseinandersetzung Scheidemann-Haase): Bd. 307, 43. Sitz. S. 979B.

Absetzung der Kriegskreditvorlage: Bd. 310, 114. Sitz. S. 3550C.

Abänderungen der Tagesordnung:
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3627A.
119. Sitz. S. 3649C.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5046A.

16. Vertagung der Sitzung nach einer Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg außerhalb der Tagesordnung:
Bd. 306, 11. Sitz. S. 143D.
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1694C.
80. Sitz. S. 2332D.

— nach der Programmrede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6153D, 6154B, C.

Vertagungen, kurze, Rücksichtnahme auf auswärtige Abgeordnete: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2370B.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. III. Geschäftsordnung (Fortsetzung).

Verhandlungen, betr. Anberaumung der nächsten Sitzung bei längerer Vertagung: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3983 D.
Vertagung am 24. April, Einspruch wegen Zurückstellung der Aussprache über die Probleme der inneren und äußeren Politik: Bd. 309, 97. Sitz. S. 2940 A f.
Vertagung am 20. Juli 1917 bis zum 26. September, Widerspruch wegen der kritischen Zeitlage: Bd. 310, 117. Sitz. S. 3614 B.
Vertagung am 13. Juli 1918 bis zum 5. November 1918, Widerspruch wegen der politischen Lage: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6148 A.
Siehe auch unter I J und II 4.

IV. Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen, Strafgewalt des Präsidenten.
1. Ausschluß des Abgeordneten Dr. Liebknecht von der Sitzung wegen gröblicher Verletzung der Ordnung des Hauses: Bd. 307, 42. Sitz. S. 953 C.
2. Ordnungsrufe gegen die Abgeordneten.
Dr. Cohn (Nordhausen):
Bd. 307, 41. Sitz. S. 916 A.
60. Sitz. S. 1571 A, 1575 D.
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3101 C, 3102 D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3481 A, 3483 B, 3486 C (zum 2. mal), 3487 A.
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4077 C, 4086 D.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5154 B, 5155 B, C (zweimal).
166. Sitz. S. 5164 D.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5513 D, 5515 B.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6268 D.
Dittmann:
Bd. 306, 20. Sitz. S. 413 C.
32. Sitz. S. 716 C.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1876 B.
89. Sitz. S. 2635 B.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3424 A.
124. Sitz. S. 3766 B, C, 3773 A (zweimal).
Emmel: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3725 A.
Fegter:
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1646 B, 1675 A, 1676 C.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3263 C.
Geyer: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1621 A.
Haase:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3800 C.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4480 A.
Heine (Dessau): Bd. 311, 126. Sitz. S. 3928 D.
Henke:
Bd. 307, 43. Sitz. S. 965 C.
58. Sitz. S. 1426 B.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2502 D.
95. Sitz. S. 2826 D.
Hoch:
Bd. 307, 36. Sitz. S. 835 C, 836 C.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1884 C.
Korfanty: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6211 A.
Kunert:
Bd. 307, 37. Sitz. S. 844 C.
41. Sitz. S. 919 A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1585 D.
78. Sitz. S. 2283 A.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2634 A.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5144 A.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6229 B (2 mal).

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. IV. Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen, Strafgewalt des Präsidenten (Fortsetzung).
Ledebour:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 111 A, 124 D.
22. Sitz. S. 439 B, C (2 mal).
31. Sitz. S. 705 C.
32. Sitz. S. 751 D.
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1051 B.
51. Sitz. S. 1182 D.
60. Sitz. S. 1544 A.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2441 D (2 mal).
97. Sitz. S. 2943 D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3136 B, 3137 C, 3139 D, 3141 B.
109. Sitz. S. 3421 B.
117. Sitz. S. 3615 A.
125. Sitz. S. 3850 D, 3854 C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3880 B, 3881 D (zum 2. Mal).
131. Sitz. S. 4049 C, 4050 D (einschränkende Erklärung des Vizepräsidenten Dr. Paasche).
134. Sitz. S. 4175 D (2 mal).
143. Sitz. S. 4480 A.
145. Sitz. S. 4561 A.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5563 C.
182. Sitz. S. 5713 A.
184. Sitz. S. 5820 B.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6231 A, 6237 A.
Dr. Liebknecht:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 112 C, 113 A.
12. Sitz. S. 173 D, 174 A.
22. Sitz. S. 437 B.
26. Sitz. S. 513 D.
29. Sitz. S. 594 D.
31. Sitz. S. 706 C.
32. Sitz. S. 759 D (2 mal).
Bd. 307, 39. Sitz. S. 853 D.
40. Sitz. S. 896 C.
41. Sitz. S. 919 B, 928 A, 929 C.
Noske: Bd. 307, 55. Sitz. S. 1298 C.
Dr. Roesicke: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3390 A (gegen die Ordnung des Hauses verstoßen).
Rühle:
Bd. 307, 46. Sitz. S. 1032 D.
60. Sitz. S. 1548 C.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1849 B.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3595 C (zweimal).
Bd. 314, 196. Sitz. S. 2670 C (zweimal), D (zum 3. Male).
Scheidemann:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1331 A.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2442 D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3395 A.
Schöpflin:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3725 B.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4131 C.
Stadthagen:
Bd. 306, 31. Sitz. S. 704 B.
Bd. 307, 42. Sitz. S. 951 B.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1964 C.
78. Sitz. S. 2283 A.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3369 C.
121. Sitz. S. 3706 D.
Vogtherr:
Bd. 307, 54. Sitz. S. 1292 A.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1849 B.
76. Sitz. S. 2192 A.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. IV. Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen, Strafgewalt des Präsidenten (Fortsetzung).

Bd. 311, 137. Sitz. S. 4287B, 4296D (zum 2. Male).
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5862D.

Wendel: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3421B.

Dr. Werner (Gießen): Bd. 314, 195. Sitz. S. 6219A.

Graf v. Westarp: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2193A.

Wurm: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3289B.

Ungenannt:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4029A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5840B, C.
Bd. 314. 196. Sitz S. 6267B.

3. Parlamentarisch unzulässige Aeußerungen usw.
Rüge einer der Ordnung des Hauses widersprechenden Ausdrucksweise.
Henke: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1703A.
Korfanty: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6255C.
Ledebour: Bd. 309, 97. Sitz. S. 2944A.
Graf v. Westarp: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6251D.

Vorwurf der Gesetzesumgehung gegen den Reichskanzler (Ausfuhr von Lebensmitteln aus Bayern für den Reichskanzler Grafen v. Hertling), Zurückweisung des Vorwurfs durch den Präsidenten: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4294A.

Es entspricht nicht der Sitte des Hauses, Anschuldigungen gegen Abwesende mit Namensnennung zu richten, wenn das Material noch einer Behörde zur Prüfung vorliegt: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4294D, 4295A.

Das „Pfui"-Rufen ist zu unterlassen, nähere Ausführungen des Präsidenten: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5144A, B, C.

4. Rednertribüne. Freihaltung der Zugänge zu derselben: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1051C, 1058C.

5. Tribünen.
Ruhestörung durch einen Pfiff, Entfernung des Betreffenden: Bd. 308, 66. Sitz. S. 1784D.
Händeklatschen, Beifallskundgebungen, Unzulässigkeit:
Bd. 310, 117. Sitz. S. 3615B.
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4025A.

6. Versagung des Wortes zur Geschäftsordnung.
Wortmeldungen des Abg. Dr. Liebknecht:
Bd. 306, 23. Sitz. S. 457A.
31. Sitz. S. 704A, 705C.
32. Sitz. S. 759C.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 967A.

7. Wortentziehung.
Entziehung des Wortes zur Geschäftsordnung (Abg. Dr. Liebknecht): Bd. 307, 41. Sitz. S. 919B.

Entziehung des Wortes nach zweimaligem Rufe zur Sache:
Haase (Königsberg): Bd. 307, 37. Sitz. S. 844D.
Dr. Liebknecht: Bd. 307, 41. Sitz. S. 921D, 929C.

Vorgänge bei der Rede des Abgeordneten Dr. Liebknecht am 8. April 1916; Verhinderung an der Fortsetzung der Rede durch das Haus, Fortnahme des Manuskripts durch einen Abgeordneten; Verhalten Dr. Liebknechts an den vorhergehenden Sitzungen:

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. IV. Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen, Strafgewalt des Präsidenten (Fortsetzung).

Bd. 307, 42. Sitz. S. 952D.
47. Sitz. S. 1049D, 1053D, 1055B, 1059D, 1061D, 1064A.

Wiederholter Hinweis zur Sache, Befragung des Hauses angedroht (Abg. Dr. Cohn-Nordhausen): Bd. 311, 131. Sitz. S. 4085A ff.

V. Kundgebungen.
1. Beglückwünschungen
a) S. M. des Kaisers zum Jahreswechsel 1915. Antwort des Kaisers: Bd. 306, 4. Sitz. S. 26C.
desgleichen 1916: Bd. 306, 26. Sitz. S. 511C.
desgleichen 1917 und zum Geburtstage: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336B.
desgleichen 1918: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3989C.
Beglückwünschung S. M. des Kaisers aus Anlaß des 500jährigen Jubiläums des Hohenzollernhauses; Antwort des Kaisers: Bd. 306, 21. Sitz. S. 418B.
— aus Anlaß des dreißigjährigen Regierungsjubiläums: Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529B.
b) J. M. der Kaiserin zum Geburtstage. Dank der Kaiserin: Bd. 306, 3. Sitz. S. 15B.
— zum 60. Geburtstage: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6155C.
c) S. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen zum 36. Geburtstage: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4955B.
d) des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhauses aus Anlaß des Geburtstages S. M. des Kaisers Franz Joseph: Bd. 306, 13. Sitz. S. 212A.
e) S. M. des Königs von Bayern und Seiner Gemahlin zur goldenen Hochzeit: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4001D.
Antwort des Königs: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4048A.
f) S. M. des Königs Wilhelm von Württemberg zu seinem fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1698A.
— zum 70. Geburtstage: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4137C.
Danktelegramm: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4181C.
g) S. M. des Zaren der Bulgaren zum dreißigjährigen Regierungsjubiläum: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3617D.
h) des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zum 50jährigen Militärjubiläum: Bd. 307, 41. Sitz. S. 917B.
—, zum 70. Geburtstage: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3629B.
i) des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg zu seinem 60. Geburtstage: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2155C.
k) des Abgeordneten Dr. Spahn zu seinem 70. Geburtstage: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1189C.

2. Erinnerung an den 100jährigen Geburtstag des Fürsten Bismarck: Bd. 306, 4. Sitz. S. 135B.

3. Teilnahmebezeugungen.
a) Tod des Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz und des Herzogs Georg von Sachsen-Meiningen: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4D.
b) Tod des Großherzogs Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4137B. — Danktelegramme des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin und der Großherzogin Elisabeth von

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. V. Kundgebungen (Fortsetzung).

Mecklenburg-Strelitz: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4181 D.

c) Tod des Herzogs Friedrich II. von Anhalt: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4695 C. — Antwort des Herzogs Eduard von Anhalt: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4759 D.

d) Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich und seiner Gemahlin durch ein Attentat: Bd. 306, 1. Sitz. S. 4 D.

e) Tod Kaiser Franz Josephs von Oesterreich-Ungarn: Bd. 308, 75. Sitz. S. 2149 C.

f) Tod S. M. des Sultans Mehmed V: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5747 D.

g) Tod der Königin von Bulgarien: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3617 D.

h) Tod des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf, Verlesung von Beileidsbezeugungen: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5163 C.

i) Tod der Gattin des Präsidenten Dr. Kaempf: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1898 B.

k) Tod des früheren Präsidenten v. Wedel-Piesdorf: Bd. 306, 13. Sitz. S. 212 A.

l) Tod des früheren Vizepräsidenten Dr. Büsing: Bd. 306, 29. Sitz. S. 593 C.

m) Tod des früheren Vizepräsidenten des Reichstags Dr. Hänel: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5161 C.

n) Tod des Präsidenten der Bayerischen Kammer der Abgeordneten Dr. v. Orterer: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1698 A.

o) Tod des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149 C.

p) Tod des Generalleutnants Ritter v. Wenninger, Königl. bayer. stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat (gefallen am 8. September 1917): Bd. 310, 125. Sitz. S. 3821 C.

q) Tod des Grafen Zeppelin: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2529 C.

r) Tod Sr. Hoheit des türkischen Botschafters Hakky Pascha: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6149 C.

s) Tod des bulgarischen Gesandten Rizew: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4760 B.
Dank der Witwe: Bd. 312, 154. Sitz. S. 4830 D.

t) Erdbebenkatastrophe in Italien: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27 C.

4. Sonstige Kundgebungen.

a) Depeschenwechsel mit den türkischen Parlamentariern beim Verlassen des deutschen Bodens nach ihrer Studienreise durch Deutschland: Bd. 308, 62. Sitz. S. 1687 B.

b) Sympathiekundgebung für die Schweizerische Vereinigung der Hellenen in Genf, betreffend die Vergewaltigung der griechischen Nation durch die Entente: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570 A.

c) Worte der Anerkennung und des Dankes für den scheidenden Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3569 D.

d) Begrüßung des neuen Reichskanzlers Dr. Michaelis: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570 A.
Worte des Dankes für den scheidenden Reichskanzler Dr. Michaelis: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3943 B.

e) Begrüßung des neuen Reichskanzlers Dr. Graf v. Hertling: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3943 D.
Worte der Anerkennung für den scheidenden Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling: Bd. 314, 192. Sitz. S. 6150 B.

5. Kundgebungen aus Anlaß des Krieges siehe „Krieg" unter IX.

Reichstag. Uebersicht siehe S. 6699. (Fortsetzung).

VI. Verwaltung.

a) Bibliothek. Errichtung der Stelle einer Bibliothekssekretärin: Bd. 318, Nr. 342.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1378 D.

b) Bureau. Anstellung von 2 Bureaubeamten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 3016 B.

c) Bureau und Druckerei, Erschwerung ihrer an sich schweren Geschäftslage durch späte Einreichung umfangreicher Materien zum schnellen Druck: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5851 A.

d) Drucksachen. „Berichter" statt „Berichterstatter" (Bd. 321, Nr. 1103 S. 1), Beanstandung: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3807 A.

e) Nichtamtliche Drucksachen, Verteilung, Belastung des Reichstags damit, Angriffe auf den Reichstag in solchen Drucksachen: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4124 C, 4125 D.

f) Stenographische Berichte. Ausschluß der Zwischenrufe und der Worte des Redners, während die Glocke des Präsidenten ertönt: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1047 C/D.
—, Rede des Abg. Stychel vom 22. 2. 18 über deutsche Politik im besetzten Gebiet (Polemik Stychel-Fehrenbach), Korrektur im Stenogramm: Bd. 311, 137. Sitz. S 4307 C, 4309 D, 4311 D.
Verteilung der „Verhandlungen des Reichstags" auf mehrere Blätter in den Zeitungen wegen Papiermangel: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2647 B, 2848 A, C, 2649 A.

g) Restauration; Anregung nur eines Gerichts: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6224 D.

h) Metallbeschlagnahme, Kronen, Beschläge, Figuren: Bd 310, 102. Sitz. S. 3125 C, 3135 A.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5775 D.

Reichsvermögenssteuer siehe „Vermögens- und Einkommensteuer".

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. — Siehe auch „Versicherungswesen".
Besoldungsetat für das Direktorium der R. f. A. auf das Rechnungsjahr 1915: Anlage 3 zum Etatsgesetz für 1915, S. 23 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1916: Anlage 3 zum Etatsgesetz für 1916, S. 23 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1917: Anlage 2 zum Etatsgesetz für 1917, S. 23 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1918: Anlage 2 zum Etatsgesetz für 1918, S. 23 des Etatsentwurfs.
Kriegsfürsorge siehe „Kriegswohlfahrtspflege" unter D.

Reichsversicherungsamt. — Siehe auch „Versicherungswesen".
Anerkennung seiner Rechtsprechung und seiner Tätigkeit bei Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5015 C.
Petitionen:
des Ernst Schmidt in Berlin und Genossen, betreffend Gleichstellung der Bureaubeamten des Reichsversicherungsamts mit den Bureaubeamten der obersten Reichsbehörden.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs. Bd. 323, Nr. 1365 unter II c.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038 B. — Ueberweisung als Material.
des Hilfsboten Paul Müller in Berlin und Genossen, betreffend Erhöhung der Tagegelder und Kriegsteuerungszulagen für die Hilfsboten und -botinnen des Reichsversicherungsamts.

Reichsversicherungsamt (Fortsetzung).

Mündl. Ber. d. Haush.Aussch. Bd. 323, Nr. 1365 unter II a.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5032A, 5038B. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Reichsversicherungsordnung siehe unter „Versicherungswesen".

Reichsverwaltung. Einsetzung einer Kommission für Vereinfachung der R.: Bd. 309, 86 Sitz. S. 2499A.

Reichsverwaltungsgericht. Frage der Errichtung eines R.: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2676A.

Reichswirtschaftsamt.
Etat siehe „Etatswesen" unter VI, Spezialberatung F.
Siehe auch „Reichsamt des Innern"
Etat für 1918, in der zweiten Beratung, Seniorenkonventsbeschluß: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4881C.
1. Errichtung, Einteilung, Aufgaben:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2534C, 2558B.
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3625C.
121. Sitz. S. 3686A, 3690D, 3693C, 3698B, 3705B.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4882A, 4886D, 4892D, 4894C, 4895D.
157. Sitz. S. 4903A, 4912D, 4916A.
159. Sitz. S. 4959A, 4964D, 4969A.
—, Kapitalistische, wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben, Bedenken dagegen: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4893A.
Sachverständige aus Handel und Gewerbe, berufsständige Referenten, Angestellte der Unternehmerverbände, Arbeitervertreter, Mitarbeit; Bildung von Fachausschüssen:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4345C.
140. Sitz. S. 4384B.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4884A, 4887C.
159. Sitz. S. 4963D, 4965D.
Sozialpolitische Aufgaben, Berufung eines Beirats aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4926D.
159. Sitz. S. 4978D.
160. Sitz. S. 5004B.
Gruppenbildung nach Gewerbezweigen: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4883C.
Schaffung einer besonderen Stelle zur Förderung der Mittelstandsinteressen, des Handwerks:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158C.
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4928C, 4940D.
159. Sitz. S. 4966C.
— Siehe auch die Resolution Bd. 324, Nr. 1522 (Angerpointner) bei „Mittelstand" unter 3.
Schaffung einer besonderen Stelle für das Einigungs- und Tarifwesen:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4926B.
159. Sitz. S. 4978C.
160. Sitz. S. 5004B.
— Einrichtung einer Stelle zur Behandlung des Tarifwesens, Resolution Bd. 324, Nr. 1532 (abgeändert) siehe „Gewerbeordnung" unter 1.
Aufgaben auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4890A.
Organisatorische Regelung der Uebergangswirtschaft, Uebernahme auf das Reichswirtschaftsamt:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4891B, 4896A.
157. Sitz. S. 4904D, 4909C, 4916C, 4921C.

Reichswirtschaftsamt (Fortsetzung).
158. Sitz. S. 4927C, 4931D, 4942D, 4944C, 4945B.
159. Sitz. S. 4963D, 4971C, 4975C.
160. Sitz. S. 4990B, 4995D.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 390d.
2. Dienstgebäude, Erwerb des Kaiserhofs, Kosten:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4158A.
135. Sitz. S. 4207C.
136. Sitz. S. 4255D.
Petition des Magistrats der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin, betreffend Ankauf des Hotels „Der Kaiserhof" für das Reichswirtschaftsamt.
Mündl. Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1365 unter II d 2.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Für erledigt erklärt.
Ermietung eines Dienstgebäudes in der Besselstraße:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4885D.
160. Sitz. S. 5005D.
Nochmalige Abstimmung über Einsetzung von 160 000 Mark in Kap. 11 Tit. 10 (Geschäftsbedürfnisse, Mietsbetrag für die Gebäude in der Besselstraße):
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5706B.
3. Beamte. Vermehrung der Stellen für vortragende Räte und ständige Hilfsarbeiter in der handelspolitischen Abteilung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4883A.
—, Stellenzulagen, Beseitigung: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4885D.

Reichszuckerstelle siehe „Kriegswirtschaft" unter II 447c.

Reis siehe „Kriegswirtschaft" unter II 314.

Reklamationen siehe „Reichsheer" unter 77.

Religionsfreiheit.
Volle Parität der Protestanten und Katholiken, auch der Dissidenten: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2856C.
Uneingeschränkte Freiheit für alle Einrichtungen, katholische Orden und Kongregationen: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4160B.
Aufhebung aller aus einem religiösen Bekenntnis abgeleiteten Ausnahmebestimmungen, Resolution Bernstein u. Gen., Bd. 320, Nr. 690 unter E, siehe „Ausnahmegesetze" unter 3.
Siehe auch „Jesuitengesetz".

Remontezucht siehe „Reichsheer" unter 160, auch 34.

Republik.
Einführung in Deutschland, Abschaffung der Monarchie in Deutschland siehe „Monarchie".

Reservatrechte der Bundesstaaten siehe „Eisenbahnen" unter I.

Reserveoffiziere siehe „Reichsheer" unter 141.

Reuß ä. L. Herzog, Mitglied des Landtags Reuß ä. L., Urlaubserschwerung seitens des militärischen Vorgesetzten Herzogs bei Ausübung des Mandats: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3474B, 3475D.

Reutertelegramme, Prüfung, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 E b β.

Graf **Reventlow,** politischer Schriftsteller. Stellung unter Vorzensur; Einleitung einer Klage wegen Beleidigung des Reichskanzlers: Bd. 308, 70. Sitz. S. 1920C.

Revolution.
Recht auf Revolution in Deutschland: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1546C.
Ausbruch in Deutschland; Drohung des Abgeordneten Scheidemann:
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3395A, 3396B, 3402B, 3414D, 3418B, 3420A, 3426D.
110. Sitz. S. 3437A.
Veranlagung des deutschen Volkes zur Revolution, Geschichtliches: Bd. 310, 109. Sitz. S. 8426D ff.
Siehe auch „Republik", „Monarchie".

Rheinische Zeitung siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Rhein-Neckar-Donaukanal siehe „Wasserstraßen".

Rhode, General. Mißhandlung eines elsaß-lothringischen Soldaten durch General v. Rhode, Untersuchung:
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4134A, 4135B.
Bd. 313, 174. Sitz. S. 5471D ff., 5488C.

Richterstand. — Siehe auch „Rechtspflege".
Bemänglung der richterlichen Tätigkeit; Einfluß des Milieus, der Berufsabstumpfung usw.: Bd. 307, 42. Sitz. S. 949B.
Heranziehung von Rechtsanwälten zur Richterlaufbahn, Erfahrungen im Auslande und während des Krieges, Erleichterungen für den Uebertritt kriegsbeschädigter Rechtsanwälte:
Bd. 309, 91. Sitz. S. 2694D, 2695C.
92. Sitz. S. 2709B, 2719C.

Freiherr von **Richthofen,** Hauptmann, Führer einer Flieger-Jagdstaffel, Heldentod, Anerkennung der Leistungen: Bd. 312, 172. Sitz. S. 5378B.

Riga siehe „Rußland" unter G.

Rindvieh siehe „Kriegswirtschaft" unter II 399.

Ritter, Abgeordneter für den 1. Bromberger Wahlkreis. Gestorben am 7. Oktober 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 14D.

Graf **v. Roedern,** Staatssekretär für Elsaß-Lothringen. Ernennung zum Staatssekretär des Reichsschatzamts: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1227C.

Roggen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139.

Rohstoffe siehe „Reichsheer" unter 162, auch 92; „Kriegswirtschaft" unter II 317.
Zollbefreiung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Roland-Lücke, Abgeordneter für den Wahlkreis Mecklenburg-Strelitz. Gestorben am 13. Februar 1917: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2336A.

Rosinen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 318.

Rotes Kreuz. Kriegsleistungen, Anerkennung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3461D.
Bäderfürsorge. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsschatzamt für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, der Abteilung „Bäderfürsorge" des Roten Kreuzes aus zur Verfügung stehenden Fonds eine angemessene Unterstützung zu gewähren: Bd. 317, Nr. 264 unter IIb.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1074A. — Angenommen; siehe auch: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5482C.
Schutz als Berufsabzeichen in der Krankenpflege siehe „Krankenpflege".
Schwestern, Tätigkeit, Mißstände, Löhnung usw.:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5390A, 5399C.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5421B, 5426B, 5433D.
174. Sitz. S. 5454A, 5475D.
175. Sitz. S. 5499C.
184. Sitz. S. 5815A.

Rotes Kreuz (Fortsetzung).
Plan einer Frühjahrsoffensive im Westen unter Verwendung von Gas, Aufruf des Roten Kreuzes dagegen:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4084A, 4085A, 4088B.
134. Sitz. S. 4169B.
135. Sitz. S. 4213B.

Roignß siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Rottweil. Pulverfabrik, Aufforderung der Arbeiterschaft zum Streik durch die Direktoren: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4291B.

Rüben und Rübensäfte siehe „Kriegswirtschaft" unter II 320.

Rüdlin, Präsident der Eisenbahndirektion Berlin. Ernennung zum Staatssekretär des Reichspostamts: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618A.

Dr. **Ruge,** Privatdozent in Heidelberg. Haussuchung wegen der Junius Alter-Denkschrift: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1946B.
Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 2c.

Rühle, M. d. R. Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens siehe „Abgeordnete" unter 8b.

Rumänien, Krieg mit Rumänien, Friede von Bukarest.
A. Politische Verhältnisse.
Neutralität Rumäniens: Bd. 306, 14. Sitz. S. 232B.
Verhandlungen mit den kriegführenden Parteien, Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn:
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1691B.
64. Sitz. S. 1725A.
Kriegserklärung Rumäniens, politische und militärische Wirkung; Leistungen der deutschen Diplomatie: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5546C, 5550A.
Bruch mit Deutschland, Haltung König Karols: Bd. 311, 135. Sitz. S. 491D.
Deutschfeindliche Politik des Könighauses, Frage der Beseitigung der Dynastie:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5544D, 5547D, 5551B, 5560A 5562B, 5563A.
182. Sitz. S. 5732A, 5737C, 5740B.
183. Sitz. S. 5751A.
Politik des Ministerpräsidenten Marghiloman, Durchführung des Friedensprogrammes: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5734C.
B. Deutsche Gefangene in Rumänien, siehe „Kriegsgefangene usw." unter III K.
C. Behandlung der rumänischen Sozialdemokraten durch die deutschen Behörden: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5668B.
D. Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2830B.
E. Friedensverhandlungen in Bukarest, Interessen Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142A.
135. Sitz. S. 4219C.
F. Friedensverträge von Bukarest: Die am 7. Mai 1918 in Bukarest unterzeichneten Verträge
a) der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien anderseits nebst den darin erwähnten beiden Karten,
b) der Deutsch-Rumänische wirtschaftspolitische Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien anderseits,
c) das Deutsch-Oesterreichisch-Ungarisch-Rumänische Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland,

Rumänien, Krieg mit Rumänien, Friede von Bukarest (Fortsetzung).

Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien anderseits nebst dem dazugehörigen Abkommen über die Beteiligung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns an der rumänischen Petroleumindustrie,

d) das Protokoll zu dem Deutsch-Rumänischen wirtschaftspolitischen Zusatzvertrag und dem Deutsch-Oesterreichisch-Ungarisch-Rumänischen Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen,

e) der Deutsch-Rumänische rechtspolitische Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien anderseits: Bd. 324, Nr. 1616, nebst Denkschrift und Anlagen 1—5.

Erste Beratung: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5542 C.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausch.: Bd. 324, Nr. 1697.

Zweite Beratung:
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5724 C.
183. Sitz. S. 5748 B.

Dritte Beratung: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5764 B. (Generaldiskussion).

Resolutionen des Haushaltsausschusses:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß bei Ausführung des Abkommens über die rumänische Petroleumindustrie sämtliche deutsche Petroleumraffinerien gleichmäßig nach ihren Leistungsfähigkeiten beschäftigt und daß die berechtigten süddeutschen Verkehrsinteressen hierbei berücksichtigt werden,
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der Ausführung des Petroleumabkommens mit Rumänien dafür zu sorgen, daß eine ausreichende Gewinnbeteiligung des Reiches gesichert wird,
3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, für eine möglichst umfassende Wahrung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in Rumänien durch Schaffung einer entsprechend großen Anzahl von Berufskonsulaten Sorge zu tragen:
Bd. 324, Nr. 1697 unter II.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5764 B. — Angenommen.

Petition des A. Stoß in Wiesbaden, betreffend die Behandlung unserer Gefangenen in Rumänien: Bd. 324, Nr. 1697 unter III und

Petition des E. Krüger aus Schleebusch-Manfort, betreffend Verhältnisse in Beßarabien.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5762 D, 5764 C. — Für erledigt erklärt.

G. Einzelnes zu F.
Abschluß und Inhalt des Vertrages:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5542 D ff.
179. Sitz. S. 5605 B.
182. Sitz. S. 5724 D ff.
183. Sitz. S. 5748 C ff.

—, Abschluß des Vertrages, Kritik der Politik des Grafen Czernin in der Presse: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5731 A.

Sanktionierung des Friedens bei dem allgemeinen Frieden: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5552 A, 5562 D.

Regelung der rumänischen Neutralität, Freundschaftsformel des Vertrages; ententefreundliche Einflüsse: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5544 D, 5546 A, 5551 B, 5553 A, 5562 A.

Territoriale Veränderungen infolge des Friedensvertrags:
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5725 A, 5731 C.
183. Sitz. S. 5753 A, D.

Rumänien, Krieg mit Rumänien, Friede von Bukarest (Fortsetzung).

Gebietsabtretungen an Bulgarien, Nord-Dobrudscha, Kompensationsforderungen der Türkei:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5543 A, 5547 B, 5550 D, 5555 C, 5561 C, 5562 C.
182. Sitz. S. 5706 B, 5725 A, 5731 C.
183. Sitz. S. 5753 A.

—, Süd-Dobrudscha, Angliederung an Bulgarien:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5543 D, 5555 C.

—, Einheitsbestrebungen Bulgariens, Ansprüche auf die Dobrudscha, Morawatal usw., siehe auch:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3962 A, 3965 C.
135. Sitz. S. 4189 C.
136. Sitz. S. 4259 C.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5677 B.

Beßarabien, Ansprüche Rumäniens:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5552 D, 5553 C, 5556 B.
182. Sitz. S. 5725 D, 5731 D.

—, Behandlung der deutschen Stammesangehörigen in Beßarabien:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5553 C.
182. Sitz. S. 5725 D, 5731 D, 5740 D.
183. Sitz. S. 5753 B.

—, Siehe auch die Petition unter F.

Grenzregulierungen zugunsten Oesterreichs:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5543 B, 5547 A, 5555 B.
182. Sitz. S. 5725 C, 5732 A.
183. Sitz. S. 5753 D.

Regelung der Verkehrsverhältnisse mit dem Balkan, Stellung Oesterreichs und Ungarns: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5727 A

Donauschiffahrt, Regelung zwischen den Uferstaaten, Ausschluß Englands und Frankreichs; Donau-Transportgesellschaft:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5544 C, 5549 D, 5554 B.
182. Sitz. S. 5726 A.

Czernawodalinie, Sicherung für den internationalen Verkehr:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5543 A.
182. Sitz. S. 5725 D.

Verkehr mit R., Paßschikanen:
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5727 A.
183. Sitz. S. 5754 C.

Räumung des besetzten Gebiets, Requisitionen, Kosten für das Besatzungsheer:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5545 A.
183. Sitz. S. 5755 B ff.

Finanzielle Bestimmungen, Ersatzleistung für Kriegsschäden usw.:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5548 A ff., 5560 C.
182. Sitz. S. 5729 A, 5733 A, 5739 B.

—, Kriegsentschädigung, Ersatz bzw. Verzicht darauf, Bestrafung der Schuldigen: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5543 D, 5547 C ff., 5551 C, 5552 D, 5560 C.

—, Kriegsentschädigung an Deutschland, siehe auch:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4177 A.
135. Sitz. S. 4192 B ff., 4203 A, 4219 B.
143. Sitz. S. 4467 D.

Gleichstellung der Religionsbekenntnisse:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5544 A, 5545 D, 5552 A, 5556 C.

Stellung der deutschen Kirchengemeinden und Schulen, Sprachentoleranz usw.:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5544 A, 5556 D ff., 5558 A.
182. Sitz. S. 5729 D.

Behandlung der Juden, Frage ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5549 D, 5552 A, 5553 B, 5557 D.
180. Sitz. S. 5677 A.
182. Sitz. S. 5726 B, 5732 C.
183. Sitz. S. 5750 D, 5752 B, 5756 A, 5762 D.

Wirtschaftsabkommen mit R., Petroleumabkommen, Getreideausfuhr usw.:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5544 B, 5549 B ff., 5554 A.
182. Sitz. S. 5726 D, 5733 B, 5739 C.
183. Sitz. S. 5751 B, D, 5758 D.

Siehe auch: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4891 A und die Resolutionen unter F.

Schaffung von Berufskonsulaten in R.: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5728 B. — Siehe auch die Resolutionen unter F.

Privatrechtlicher Schutz der deutschen Gläubiger:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4192 A.
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5729 D.

Runciman, englischer Staatsmann. Friedensdebatte im englischen Unterhause am 14. 2. 18, Zitate aus Reden Runcimans über Annexionen, Friedensannäherung usw.:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4140 B.
135. Sitz. S. 4221 D ff.

Rustschuk, Errichtung eines Berufskonsulats: Bd. 313, 181. Sitz. S. 5700 C.

Rüstungsindustrie siehe „Kriegsindustrie".

Rußland, Krieg mit Rußland, Friedensvertrag von Brest-Litowsk, politische Verhältnisse im Osten.

Uebersicht.

A. Rußland, Großrußland:
1. Politische Verhältnisse vor dem Kriege;
2. Krieg, Ausbruch;
3. Kriegsführung Rußlands;
4. Russische Revolution, Bolschewismus;
5. Vormarsch der deutschen Truppen in Estland usw.;
6. Friedensbestrebungen vor den Verhandlungen in Brest-Litowsk;
7. Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk;
8. Friedensverträge v. Brest-Litowsk;
9. Einzelnes aus den Beratungen der Friedensverträge;
10. Kriegsschäden (Anfrage);
11. Rückwanderer aus Rußland (Anfrage).

B. Osten, Randstaaten Rußlands, besetzte Gebiete, Militär- und Zivilverwaltung.
C. Osten, Randstaaten, baltische Provinzen, Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen.
D. Polnische, russische und litauische Arbeiter.
E. Kurland.
F. Litauen.
G. Estland und Livland.
H. Finnland.
I. Polen, Unabhängigkeit, Selbstbestimmungsrecht.
K. Ukraine.
L. Kaukasien.

A. Rußland, Großrußland.

1. Politische Verhältnisse vor dem Kriege.

Beziehungen zu Deutschland; panslawistische Bestrebungen:
Bd. 306, 13. Sitz. S. 217 D.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1705 B.

Bismarcks Politik, Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland als politische Grundlage usw., Aeußerung über einen eventl. Zusammenbruch Rußlands (caput mortuum): Bd. 311, 143. Sitz. S. 4454 B.

Friedenspolitik Deutschlands während des russisch-japanischen Krieges: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4455 A.

Handelsvertrag Deutschlands mit Rußland, angebliche Ausnutzung der Not Rußlands nach dem japanisch-russischen Kriege, Höhe der russischen Ausfuhr nach Deutschland: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4281 B.

Angebliche Einwirkung Kaiser Wilhelms auf den Zaren zur Behinderung der freiheitlichen Entwicklung R.:
Bd. 308, 63. Sitz. S. 1693 B.
64. Sitz. S. 1713 B.

Wirtschaftliche Lage, Deutschenhaß, Stellung der Duma: Bd. 307, 39. Sitz. S. 855 B.

Nationalistische Bewegung, Stellung der deutschen Sozialdemokratie: Bd. 311, 142. Sitz. S. 4431 C, 4441 C.

Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn, Unterstützung serbischer Bestrebungen: Bd. 315, Nr. 19.

2. Krieg, Ausbruch.

Stellung Rußlands zum österreichisch-serbischen Streit, Mobilmachung, Telegramme des Zaren an Kaiser Wilhelm: Bd. 315, Nr. 19.
Bd. 306, 1. Sitz. S. 5 C.

Schuldfrage, Rußlands Politik und innere Schwierigkeiten als eigentliche Schuld:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5611 A, 5633 D.
180. Sitz. S. 5670 C.
181. Sitz. S. 5693 A.
183. Sitz. S. 5761 B, 5762 C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 2. Krieg, Ausbruch (Fortsetzung).

Kriegs- und Staatsanleihen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter II.
Siehe auch „Krieg 1914–18" unter I A u. B 15.

3. Kriegsführung Rußlands.

Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen, der Internierten; Verschleppung von Deutschen aus Ostpreußen siehe „Kriegsgefangene usw." unter III L.

Siehe auch „Krieg" unter VIII 2 g, „Ostpreußen" und nachstehend unter A 9 u. 10 (Entschädigungen).

Zurückhaltung von polnisch-russischen Kriegsgefangenen in Deutschland siehe „Kriegsgefangene" unter IV J.

Niederbrennung deutscher Dörfer durch russische Truppen, Vergeltungsmaßregeln auf Anordnung der Obersten Heeresleitung; Kritik der Abgeordneten Ledebour und Dr. Liebknecht: Bd. 306, 8. Sitz. S. 112 B, 113 D, 119 D.

Entschädigungsfrage: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1010 C.

Entschädigungsansprüche für Ostpreußen, Feststellung durch den Reichskommissar, Beschleunigung des Verfahrens usw.:
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 C, 628 A, 637 D 640 A, 641 B.
Bd. 307, 44. Sitz. S. 993 D, 994 B.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1580 C.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4549 C.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5323 B.
171. Sitz. S. 5335 A, 5350 D.

—, Heranziehung der Ostpreußischen Feuersozietät und der Privatfeuerversicherungsgesellschaften zu Ausgleichbeträgen für die Kriegsbrandschäden in Ostpreußen:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5323 A.
171. Sitz. S. 5335 A.

Vorgehen Rußlands gegen baltische Komitees, die Lebensmittel für deutsche und russische Soldaten sammeln: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2468 B.
Siehe weiteres unter A 5.

4. Russische Revolution, Bolschewismus.

Revolution, innere Politik:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2834 B, 2851 B, 2863 D, 2865 A.
96. Sitz. S. 2890 D, 2929 B ff.

—, Sympathiekundgebung der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2887 D.
—, Begrüßung der Revolution durch die deutsche Sozialdemokratie, Rückblicke: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4463 A, C.
—, Ausnutzung der Revolution durch militärische Maßnahmen Deutschlands:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2838 C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3410 D.
—, Siehe auch unter A 5.

Revolution, Zusammenbruch Rußlands; Bolschewismus, Begriff, soziale Bedeutung; Wirkung des Friedens von Brest-Litowsk; politische u. militärische Folgen (Entwaffnung Rußlands usw.):
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4162 C.
135. Sitz. S. 4210 C, 4217 C ff.
142. Sitz. S. 4432 C, 4441 C.
143. Sitz. S. 4489 B.

Internationale revolutionäre Politik der Bolschewiki, Gegensätze zur sozialistischen Bewegung (Mehrheits-Sozialdemokratie Deutschlands):
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3978 C, 3980 D, 3982 A ff.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 4. Russische Revolution, Bolschewismus (Fortsetzung).

130. Sitz. S. 4007 C, 4017 D, 4018 D, 4019 C.
135. Sitz. S. 4211 D, 4218 A.
143. Sitz. S. 4454 C, 4463 C.
145. Sitz. S. 4536 D ff.

—, Mißtrauische Haltung der Bolschewiki den deutschen Mehrheitssozialisten gegenüber, Tätigkeit des Sozialdemokraten Dr. Parvus-Hellphand:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3961 A, 3965 C, 3966 B.
128. Sitz. S. 3980 D.

—, Russische Revolution, Bezeichnung als Cholera und Pest durch den Reichskanzler Grafen Hertling; Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens der Staaten: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6189 D.

Russische Sozialdemokratie und Revolution siehe auch „Belagerungszustand" unter II 12 E.

Friedenspolitik der Bolschewiki (Trotzki, Lenin), Volkstümlichkeit, Friedensfeiern:
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3978 C, 3980 D, 3982 A ff.
130. Sitz. S. 4007 B ff., 4009 D, 4018 D ff., 4028 A ff., 4034 B.
142. Sitz. S. 4431 D.
143. Sitz. S. 4463 D.

—, Siehe auch nachstehend unter A 6—8.

Veröffentlichung der Geheimdokumente der Diplomatie: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3950 B, 3957 C, 3959 D.

Politik der Bolschewiki den Randvölkern gegenüber, Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechts: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4530 B.

5. Vormarsch der deutschen Truppen in Estland und Livland, Schutz der Bevölkerung gegen die rote Garde (Greueltaten), politische Bedeutung:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4010 B, 4028 C, 4033 C, 4035 D.
131. Sitz. S. 4079 A.
133. Sitz. S. 4141 C.
134. Sitz. S. 4155 B.
135. Sitz. S. 4189 C ff., 4202 C, 4208 D ff., 4217 B.
136. Sitz. S. 4267 B.
137. Sitz. S. 4283 D.
142. Sitz. S. 4426 C.
143. Sitz. S. 4463 A.

—, Befreiung deutsch-baltischer Städte, Dorpat, Reval: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4189 C.

—, Siehe weiteres nachstehend unter G.

Forderung der Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Osten:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6185 A.
195. Sitz. S. 6215 A.

6. Friedensbestrebungen vor den Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu Deutschland; Nichteinmischung Deutschlands in innerpolitische Angelegenheiten Rußlands:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2837 D, 2842 D, 2851 B, 2864 A, 2865 A, 2867 D.
96. Sitz. S. 2892 D, 2900 A, 2910 B, 2914 D.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3397 B, 3398 C, 3400 C ff., 3410 A.

Entwicklung der Verhältnisse nach der Revolution; Verhalten der deutschen Diplomatie: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3815 C.

—, Frage eines Friedensschlusses mit Rußland, Kriegshetze der Ententefreunde in R.: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2955 B.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 6. Friedensbestrebungen vor den Verhandlungen in Brest-Litowsk (Fortsetzung).

—, Stellung der russischen Regierung und Arbeiterpartei zur Friedensfrage:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2837 A.
96. Sitz. S. 2893 C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3400 C, 3410 B ff.

Möglichkeit eines Friedensschlusses, Programm des Arbeiter- und Soldatenrats: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3588 A, D, 3589 B, 3596 A.

Anerbieten eines Waffenstillstandes und eines allgemeinen Friedens, Grundlagen für die Verhandlungen:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947 A, 3948 B, D, 3950 A ff., 3951 C, 3952 D, 3956 B, 3957 C, 3958 C, 3959 C, 3961 C.
128. Sitz. S. 3972 B, 3974 C, 3978 B, 3979 A, 3980 A, D, 3981 A, 3982 A ff.

—, Weitere Mitteilungen des Reichskanzlers im Hauptausschuß über das russische Friedensangebot, Zustimmung des Hauptausschusses: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3970 A.

7. Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk usw.

Verhandlungen in Brest-Litowsk Ende 1918, Täuschungen infolge der fehlerhaften Berichterstattung: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4028 B.

Veränderte Auffassung in Deutschland, Frage der Erledigung des Waffenstillstandes, verschleierte Annexionsbestrebungen bezw. Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes, Wiedereröffnung der Feindseligkeiten:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4009 C, 4010 A ff., 4017 C, 4019 A ff., 4027 C, 4035 A ff., 4038 A, 4040 B.
131. Sitz. S. 4083 B, 4084 A.
142. Sitz. S. 4432 A.
143. Sitz. S. 4475 D.

—, Siehe auch unter A 8 u. 9c und C (Selbstbestimmungsfrage).

Umschlag der Stimmung in Rußland infolge der Friedensbedingungen v. 27. 12. 1917, Trotzkis u. Radeks Auftreten in Brest-Litowsk, Verzögerung der Verhandlungen:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4008 B ff., 4016 B, 4018 B ff., 4027 C ff., 4035 A.
135. Sitz. S. 4217 C ff.
142. Sitz. S. 4426 C.
143. Sitz. S. 4464 C.
145. Sitz. S. 4536 D, 4541 A.

Einverständnis der Volkskommissare mit den deutschen Friedensbedingungen, Funkspruch an die deutsche Regierung, Wiederaufnahme der Verhandlungen:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4004 A, C, 4007 A, 4016 B, 4017 D, 4019 C ff., 4028 C, 4029 B, 4033 A, 4035 B.
131. Sitz. S. 4073 A, 4079 A.

—, Vorbedingungen Deutschlands für neue Verhandlungen mit Rußland, Aufgaben der Unterhändler, Räumung Estlands und Livlands, Finnlands und der Ukraine von bolschewistischen Truppen: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4019 D ff., 4030 A.

—, Loslösung der Randstaaten, der besetzten Gebiete von Rußland, Regelung ihrer Verhältnisse allein durch Deutschland: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4030 B, 4033 C.

—, Annexionspläne der Alldeutschen, Artikel in der „Täglichen Rundschau", „Deutschen Tageszeitung" usw.,

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 7. Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk usw. (Fortsetzung).

Beeinflussung der Obersten Heeresleitung, Militärpolitik:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4011 D.
145. Sitz. S. 4540 B.
—, Stellung der Mehrheitssozialisten zum Frieden mit Rußland (Annexionsfrage) Bd. 311, 137. Sitz. S. 4285 C.

Ultimatum an Rußland, Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen, Annahme der Friedensbedingungen durch Rußland (Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag am 25. 2. 1918):
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4141 C ff.
134. Sitz. S. 4155 B, 4162 B, 4176 A.
135. Sitz. S. 4189 B, 4202 C, 4208 B, 4210 B, 4217 B ff.
136. Sitz. S. 4233 C.
137. Sitz. S. 4283 D.

—, Mitteilung (Wortlaut) der den Russen gestellten Friedensbedingungen, Stellung der Reichstagsparteien:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4161 B ff., 4176 B.
135. Sitz. S. 4182 B.

Letzte Verhandlungen vor Friedensschluß vom 1. bis 3. März 1918, Protestkundgebung der Russen usw.:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4426 C.
143. Sitz. S. 4457 A, 4464 B.
145. Sitz. S. 4537 B, 4554 B.

8. Friedensverträge von Brest-Litowsk.
a) Der am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnete Friedensvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits, nebst dessen auf Deutschland bezüglichen Anlagen.
b) Der am selben Tage in Brest-Litowsk unterzeichnete deutsch-russische Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrag: Bd. 323, Nr. 1395. — Dabei eine Denkschrift: S. 87.

In Verbindung mit
a) dem am 7. März 1918 in Berlin unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland,
b) dem dort am gleichen Tage unterzeichneten Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Deutschland und Finnland,
c) dem Zusatzprotokoll vom 7. März 1918 zu den beiden bezeichneten Verträgen,
d) dem Notenwechsel mit den Bevollmächtigten der Finnischen Regierung vom 7. März 1918,
e) dem Notenwechsel mit dem Bevollmächtigten der Finnischen Regierung vom 11. März 1918: Bd. 323, Nr. 1396. — Dabei eine Denkschrift: S. 31.

Erste Beratung:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4425 A.
143. Sitz. S. 4453 C.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1420. — Antr. Bd. 324, Nr. 1421, 1422, 1425, 1426.

Zweite Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4536 A (russ. Friedensvertrag), 4566 B (Zusatzvertrag), 4570 A (Finnischer Friedensvertrag).

Dritte Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4570 B. En-bloc-Annahme, Gesamtabstimmung.

Friedensvertrag mit Finnland:
Publiziert am 2. 7. 1918, RGB. S. 701.

Friedensvertrag mit Rußland:
Publiziert am 1. 10. 1918, RGB. S. 1153.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 8. Friedensverträge von Brest-Litowsk (Fortsetzung).

Resolutionen.
a) des Haushaltungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den weiteren Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Uebernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Zusicherung der Gegenseitigkeit seitens des Deutschen Reiches: Bd. 324, Nr. 1420 unter II 1.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4550 A, 4562 A, D. — An den Haush. Aussch. zurückverwiesen.
b) des Haushhaltungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Uebereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung einem Schiedsgericht unterbreitet werden und daß in entsprechender Weise in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen wird: Bd. 324, Nr. 1420 unter II 2.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638 A, 4545 D, 4548 D, 4550 A, 4569 C, D. — Angenommen.
Siehe auch: Bd. 311, 146. Sitz. S. 4575 A.
c) des Haushaltungsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden und für die Ausgestaltung eines internationalen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung die Grundlage einer weiteren Entwicklung geschaffen wird: Bd. 324, Nr. 1420 unter 3.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638 B, 4545 D, 4550 A, 4570 A. — Angenommen.
d) Dr. David, Ebert, Erzberger, Fehrenbach, Fischbeck, Gothein, Gröber, Haußmann, Dr. Naumann (Waldeck), Freiherr v. Rechenberg, Scheidemann, Dr. Südekum: Der Reichstag spricht bei Verabschiedung des deutsch-russischen Friedensvertrages die Erwartung aus,
daß gemäß der Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November 1917 und den Erklärungen des deutschen Friedensunterhändlers in Brest-Litowsk dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung getragen wird,
daß sofort Schritte getan werden, um den staatlichen Aufbau mit einheimischer Zivilverwaltung in die Wege zu leiten,
daß die bisherigen Volksvertretungen auf eine breite Grundlage gestellt werden,
daß die von den bisherigen Volksvertretungen mit dem deutschen Reich gewünschten Vereinbarungen tunlichst bald abgeschlossen werden: Bd. 324, Nr. 1421.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638 B, 4539 B, D, 4542 D, 4546 A, C, 4548 B, 4551 C, 4554 C, 4558 C, 4562 A ff., 4563 A, 4570 A. — Angenommen.
e) v. Trampczynski, Haase (Königsberg), Hansen. Der Reichstag wolle beschließen: der Resolution Nr. 1421 folgenden Zusatz zu geben: Der Reichs

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 8. Friedensverträge von Brest-Litowsk (Fortsetzung).

tag spricht bei Verabschiedung des deutsch-russischen Friedensvertrages die Erwartung aus,

daß sämtliche in diesem Vertrage den russischen Staatsangehörigen gewährten Rechte auf Heimkehr und Amnestie auch den Angehörigen von Polen, Litauen und Kurland zustehen werden: Bd. 324, Nr. 1426.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4550D, 4558A, 4560B, 4562A ff., 4567B ff., 4569A.

f) Graf v. Westarp: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundsatz des Verzichtes auf Kriegsentschädigungen aufgegeben und je nach der militärischen Lage die Zahlung von Entschädigungen ausbedungen wird, um reichliche Mittel dafür zu schaffen, daß die Fürsorge für die heimkehrenden Krieger auf eine neue Grundlage gestellt, das Rentenwesen für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ausreichend ausgestaltet, den entlassenen Kriegern für den Uebergang in die Friedenswirtschaft und zum Ersatz der ihnen erwachsenen wirtschaftlichen Schäden Beihilfen gewährt und im großen Umfange Heimstätten und Ansiedlungen für Kriegsteilnehmer geschaffen werden können: Bd. 324, Nr. 1422.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4461D, 4467D.
145. Sitz. S. 4540A, 4546A, 4547C, 4548C, 4549C, 4550B, 4557A ff., 4562A, D. — An den Haush. Ausschuß zurückverwiesen.

g) Dr. Stresemann: der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß den berufenen Vertretungen von Estland und Livland, gegebenenfalls unter Erweiterung dieser Vertretungen auf breiter Grundlage, baldmöglichst Gelegenheit gegeben wird, über die Frage der künftigen Gestaltung ihrer staatlichen Verhältnisse Beschluß zu fassen: Bd. 324, Nr. 1425.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4540A, 4542C, 4546A, 4549B, 4550C, 4553B, 4556A, 4562A, D. — An den Haush.-Ausschuß zurückverwiesen.

Petitionen:

a) der Martha Lippmann in Berlin, betreffend schleunigen Austausch der in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen.

b) des deutschen Gläubigerschutzvereins für das feindliche Ausland in Berlin, betreffend Vereinbarungen zur Sicherstellung der deutschen Privatforderungen.

c) des Dr. Scheffler in Lyck (Ostpr.) und Genossen, betreffend möglichst enge Angliederung Litauens an Deutschland: Bd. 324, Nr. 1420 unter III a—c.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4570A.
Zu a): Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Zu b): Ueberweisung zur Erwägung.
Zu c): Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Petition des Vorsteheramts der Korporation der Kaufmannschaft in Tilsit, betreffend Regelung bestimmter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland im Friedensvertrage.
Ber. d. Ausschuß f. Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1194 Ziff. B.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997B. — Ueberweisung als Material.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 8. Friedensverträge von Brest-Litowsk (Fortsetzung).

Petition des Verbandes zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland in Barmen, betreffend Sicherstellung der deutschen Außenstände im Friedensvertrag mit der Ukraine und Rußland durch Vereinbarung von Ausfallbürgschaften auf Gegenseitigkeit.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschuß.: Bd. 323, Nr. 1363 unter II a 6.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702C. — Ueberweisung zur Erwägung.

Petition des Dipl.-Ing. Otto Ballerstedt in Fürth i. B., betreffend Einwendungen gegen die Bevorzugung Preußens bei der Einverleibung der von Rußland abgetretenen Randstaaten: Bd. 324, Nr. 1600 unter IV.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702D. — Uebergang zur Tagesordnung.

9. Einzelnes aus den Beratungen der Friedensverträge:

a) Formelles.
Leistungen der deutschen Unterhändler: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5605A.
Zustimmung des Reichstags nur für den rechtlichen und wirtschaftlichen Teil des Vertrages (Artikel 11 der Verfassung): Bd. 311, 143. Sitz. S. 4465A.
Unterschrift des Vertrages durch General Hoffmann als Bevollmächtigten: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4457A.
Ablehnung des Friedensvertrages durch die Mehrheitssozialdemokratie, Gründe (Nichtdurchführung des Selbstbestimmungsrechts usw.):
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4464A, D, 4465B ff.
145. Sitz. S. 4536B, 4544B.
Ablehnung des Friedensvertrages durch die Unabhängige Sozialdemokratie, Gründe:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4473C.
145. Sitz. S. 4540B, 4551A, 4554B, 4559B, 4561B, C.

b) Allgemeines.
Der Friede von Brest-Litowsk — ein Eroberungs- und Gewaltfriede, kein Verständigungsfriede, Einfluß der Militärpartei:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4431B, 4432A, 4434A, 4440A.
143. Sitz. S. 4453C, 4463A, 4464A ff., 4465C, 4473D, 4484A, 4489C.
145. Sitz. S. 4527D, 4536C, D, 4540B, 4544B, 4545B, 4547A, 4554B ff., 4559C, 4560C.
—, Beziehungen Deutschlands zur Sowjetregierung, Aufgaben unserer Politik nach Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk, Räumung der besetzten Gebiete, keine Einmischung in die inneren Verhältnisse:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5608B, 5616B, 5623D, 5633A.
180. Sitz. S. 5663A, 5672B.
Frage einer Verständigung mit Rußland und dauernder freundschaftlicher Beziehungen:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4013B, 4026B.
135. Sitz. S. 4182C.
142. Sitz. S. 4433A.
143. Sitz. S. 4454A ff., 4456A, 4466C.
145. Sitz. S. 4536C, 4537C, 4547B.
—, Frage eines Kontinentalbündnisses mit Rußland gegen England, Ideen Georg Bernhards, Prof. des Hötzsch: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4020C ff.
Bedeutung des Friedens für einen allgemeinen Frieden, Frage der Anerkennung des Friedens mit Rußland durch die Entente bezw. Revision des Friedens:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4162D.
135. Sitz. S. 4194C, 4202B, 4212A, 4218A ff.
137. Sitz. S. 4284B.
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4425A, 4432B.
145. Sitz. S. 4541B.
—, Lösung des persischen Vertrags durch England als Folge des Friedens: Bd. 311, 142. Sitz. S. 4432D.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 9. Einzelnes aus den Beratungen der Friedensverträge (Fortsetzung).

Der Friede im Osten als Vorbereitung eines Machtfriedens nach Westen:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4084 A.
142. Sitz. S. 4433 A.
Bedeutung des Friedens für die Operationen im Westen, zahlenmäßige Uebermacht des deutschen Heeres, Durchbrechung der Blockade:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4466 B, 4472 C.
145. Sitz. S. 4559 D.
Bedeutung des Friedens für die künftige Weltpolitik Deutschlands, für Mitteleuropa: Bd. 311, 142. Sitz. S. 4433 A.

c) Aus den Bestimmungen des Vertrags, Verhältnis zu Rußland.
Ausscheiden einer Reihe von Randstaaten aus dem russischen Staatsverbande, Durchführung des Selbstbestimmungsrechts, Gestaltung ihrer Verhältnisse unter dem Schutze Deutschlands und zu Rußland:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4425 B, 4430 D, 4431 Dff., 4433 B ff., 4442 D.
143. Sitz. S. 4456 A, 4459 A, 4464 C, 4467 D, 4475 A ff.
145. Sitz. S. 4536 C, 4537 C, 4547 C, 4548 C, 4554 B, 4560 B.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5612 Aff., 5616 B, 5617 Bff., 5623 D, 5627 A ff., 5630 D ff., 5633 A.
180. Sitz. S. 5653 A ff., 5654 A ff., 5663 A ff., 5671 D ff.
—, Siehe auch unter A 7.
—, Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts für die Randvölker Polen, Litauen, Kurland, Durchführung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525 D, 4530 C.
—, Sicherung der deutschen Grenzen im Osten:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3956 C.
128. Sitz. S. 3979 A.
—, Abgrenzung Großrußlands nach Westen hin nach dem Vertrage:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 44442 B.
145. Sitz. S. 4565 C.
—, Polen, Litauen, Kurland, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und der Unabhängigkeit, — Resolution Dr. David und Genossen, Bd. 324, Nr. 1421, siehe vorstehend unter A 8.
—, Einführung einer einheimischen Zivilverwaltung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4539 C, 4546 A, C.
—, Livland, Estland, Entschließung berufener Vertreter beider Länder über ihre Zukunft, Zusammengehörigkeit der drei Provinzen, — Resolution Dr. Stresemann, Bd. 324, Nr. 1425, siehe vorstehend unter A 8.
—, Siehe im übrigen unter E, F, G, H, J, K u. L.
Bestimmungen über das Verbot jeder Agitation gegen die Regierung der anderen Vertragspartei: Bd. 311, 142. Sitz. S. 4441 D.
Finanzielle Bestimmungen, Verzicht auf Entschädigung:
Bd. 311, 140. Sitz. S. 4370 D
142. Sitz. S. 4442 B.
143. Sitz. S. 4461 B, 4467 C.
145. Sitz. S. 4549 C.
—, Kriegsentschädigung an Deutschland bei künftigen Friedensverhandlungen als Grundlage für Renten an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Resolution Westarp: Bd. 324, Nr. 1422, siehe vorstehend unter A 8.
Kriegskosten und Requisitionen. Gegenseitiger Verzicht auf Entschädigung; Interessen deutscher Gläubiger, Aufgaben der Reichsentschädigungskommission:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4070 B ff.,
137. Sitz. S. 4281 D.
—, Deutsch-Russischer Zusatzvertrag, Sicherstellung der deutschen Auslandsforderungen, der deutschen kaufmännischen Forderungen:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4461 A, 4467 C, 4488 D.
145. Sitz. S. 4566 B.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4970 A.
—, Forderungen deutscher Staatsangehöriger, Haftbarmachung des Reichs, Resolution und Petitionen, siehe vorstehend unter A 8 und die Anfrage unter A 10.
—, Entschädigung für die Plünderungen in Ostpreußen: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4549 C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 9. Einzelnes aus den Beratungen der Friedensverträge (Fortsetzung).

Wirtschaftliche Verhältnisse, handelsrechtliche Beziehungen nach dem Vertrage (Art. XI.):
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4442 A.
145. Sitz. S. 4566 A.
—, Neugestaltung der Grenzgebiete, Aufhebung der Zollschranken: Bd. 311, 128. Sitz. S. 3977 A.
—, Projekt des Düna-Dnjepr-Kanals: Bd. 311, 143 Sitz. S. 4461 D.
—, Siehe auch die Petitionen unter A 8.
Deutsche Reichsangehörige in Rußland, Schadensersatz Bd. 311, 128. Sitz. S. 3981 C.
Deutsche Zivilgefangene, Befreiung: Bd. 311, 128. Sitz S. 3981 B.
Austausch der Kriegsgefangenen und Internierten, Frage des Austausches der Angehörigen der Randstaaten (in Deutschland Internierte, nach Rußland Verschleppte):
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4566 C, 4567 A, 4568 D.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5663 A.
—, Recht für Heimkehr und Amnestie auch für in Deutschland internierte Angehörige Polens, Litauens und Kurlands, Resolution, Bd. 324, Nr. 1426, siehe vorstehend unter A 8.
—, Heimbeförderung der in Deutschland beschäftigten Arbeiter aus Polen und Litauen: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4567 C, 4569 A.
Deutsche Rückwanderer, Wolgakolonisten (Zusatzvertrag Art. 21). Enteignung, Entschädigung, Rückkehr nach Deutschland, Ansiedlung in den baltischen Provinzen:
Bd. 311, 143. Sitz. 4487 A.
145. Sitz. S. 4569 B.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5502 A.
—, Siehe auch nachstehend unter A 11.
Deutsche Bevölkerung im Osten, in Südrußland, usw., Schutz:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5632 D.
180. Sitz. S. 5679 A.
182. Sitz. S. 5741 A.
183. Sitz. S. 5753 B.
Beßarabien, Deutsche Kolonisten, Bildung eines deutschen Freistaats an der Donaumündung: Bd. 311, 143. Sitz, S. 4487 B.
Armenien, Kaukasien usw. siehe nachstehend unter L
Auslegung des Friedensvertrages, Verständigung vor einem Schiedsgericht, Resolution, siehe vorstehend unter A 8.
Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Berücksichtigung bei künftigen Friedensverträgen, Resolution, siehe vorstehend unter A 8.

10. Kriegsschäden. Anfrage Duffner: Wie gedenkt die Reichsregierung die Interessen deutscher Gläubiger in Rußland gegenüber den Verlusten, die ihnen durch den niedrigen Stand des Rubel-Kurses drohen, zu wahren. Ist Vorsorge getroffen, daß Guthaben, die nicht in spekulativen Gründen ihren Ursprung haben, wie z. B. Familienansprüche oder sonstige private Forderungen, zum Friedenskurse oder wenigstens zu einem diesem nahekommenden Kurse zurückbezahlt werden müssen? Wenn nicht, ist die Regierung bereit, solchen Forderungen, deren Kündigung nicht im Belieben der Gläubiger stand, den nötigen Schutz zur Seite zu stellen?: Bd. 324, Nr. 1471.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1890.

11. Rückwanderer aus Rußland. Anfrage Dr. Quarck, Dr. Wessel: Die Fürsorge für die deutschen Rückwanderer aus Rußland ist dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz überlassea. Ungefähr 100 000 Deutsche aus dem Osten sind bereits zurückgekehrt und ihre Zahl dürfte sich in den nächsten 12 Monaten auf viele Hunderttausende erhöhen. Das Zentralkommitee der Vereine vom Roten Kreuz händigt den deutschen Rückwanderern bei ihrem Eintreffen in den Quarantänelagern außer einem Telegramm des Kaisers ein Liebesgabenpaket aus, das einen Spiegel, ein Notizbuch oder eine Bürste, Briefpapier, Bleistift

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. A. Rußland, Großrußland. 11. Rückwanderer aus Rußland (Forts.).

oder Taschenmesser im Werte von 6 Mark enthält, und fertigt die Leute in Trupps nach den Bundesstaaten ab, aus denen sie oder ihre Eltern stammen und zu denen die Leute meist gar keine Beziehungen mehr haben. Da sie ein ungenügendes Zehrgeld von 15 Mark miterhalten, kommen die Rückwanderer nach tagelangen, entbehrungsreichen Fahrten oft ganz mittellos und abgerissen bei den völlig unvorbereiteten Unterstellen des Roten Kreuzes im Reiche an und sind bei mangelnder Eignung und unpassender Arbeitsgelegenheit meist dem größten Elend preisgegeben.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese schreienden Mißstände fest- und abzustellen und eine Organisation aller deutschen Auslandsvereine zur sachgemäßen Beförderung der deutschen Rückwanderer aus dem Osten mit Staatshilfe zu schaffen?: Bd. 325, Nr. 1814.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1893.

12. Aufteilung in wirtschaftliche Interessensphären durch Verständigung zwischen Deutschland und England; Widerstand der U. S. P.: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6236C.

B. Osten, Randstaaten Rußlands, besetzte Gebiete, Militär- und Zivilverwaltung.

a) Verwaltung im allgemeinen.

Verwaltungstätigkeit; Regelung des Justiz-, Sanitäts- und Schulwesens; Beamtenapparat, Besoldung usw: Bd. 306, 22. Sitz. S. 428C.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1184B, 1186C, 1188B,C.

Militärische Verwaltung in Oberost, Kritik: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3852B, 3856C.

Verhältnisse und Zustände im Osten, Bedeutung der Friedensschlüsse, Frage der Räumung; Zivil- und Militärverwaltung usw.:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5612A, 5621A, 5629A.
180. Sitz. S. 5653A ff, 5663A, 5671D.
181. Sitz. S. 5687C, 5695A.
182. Sitz. S. 5711A.

—, Ernennung eines Kaiserlichen Zivilkommissars (v. Falkenhausen):
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5621A.
181. Sitz. S. 5687C.

Gouvernement Warschau, polenfeindliche deutsche Politik im besetzten Gebiet, Briefzensur, Vertreibung polnischer Beamten, Enteignung und Abholzung der Forsten usw.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4300A ff, 4305B, 4307D, 4309B.

—, Rede des Abg. Stychel v. 22. 2. 18, betr. deutsche Politik im besetzten Gebiet (Polemik Stychel-Fehrenbach): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4307C, 4309D, 4311D.

—, Beamtenorganisation, geringe Zahl der katholischen Beamten: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5308A.

Bevorzugung evangelischer Beamten in Litauen: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5308D.

Einrichtung polnischer Gerichte, der Selbstverwaltung durch die deutsche Verwaltung: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4305D.

Bistumsverweser Michalkewicz in Wilna, Zwangsverschickung, Neubesetzung des Bischofsstuhls: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5821B, 5827A, 5840A.

Oberleutnant Friedrich, Kreishauptmann in Maljaty, Uebergriffe in der Verwaltuug usw.:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5513A.
184. Sitz. S. 5830A.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. B. Osten, Randstaaten Rußlands, besetzte Gebiete, Militär- und Zivilverwaltung (Fortsetzung).

b) Verkehrsfragen.

Anfrage Schwabach: Der Verkehr von Zivilpersonen deutscher Reichsangehörigkeit von Ostpreußen nach den früher russischen Grenzgebieten, also insbesondere nach Kurland und Litauen, wird noch immer nicht nur von dem Besitz eines polizeilichen Passes, sondern auch von einer militärischen Einreiseerlaubnis abhängig gemacht, deren Erledigung erfahrungsgemäß mehrere Wochen in Anspruch nimmt. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese Erschwerung die Wiederaufnahme von Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den ostpreußischen Grenzbezirken auf der einen und den litauischen und kurländischen auf der andern Seite fast unmöglich macht, obwohl beide Teile auf baldige Wiederanknüpfung solcher Beziehungen angewiesen sind?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß die militärischen Behörden auf die Beibringung einer besonderen Einreiseerlaubnis, wenigstens für den Reiseverkehr bis zu der im Brester Frieden gezogenen Demarkationslinie, verzichten und daß für diesen Reiseverkehr fortab der von den deutschen Polizeibehörden ausgestellte Auslandspaß als ausreichend angesehen wird?: Bd. 324, Nr. 1670.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5791A. — Beantwortet.

c) Geldverkehr.

Anfrage Gothein: Der Rubelkurs im Generalgouvernement Warschau ist von ursprünglich 2,16 Mark im Verkehr auf 1,30 Mark heruntergegangen.

Durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 14. April 1917 ist den Schuldnern von Zahlungsverbindlichkeiten, die vor dem 14. April 1917 entstanden sind, bei gleichzeitiger Aufhebung des Rubels als Landeswährung das Recht vorbehalten worden, ihre Verpflichtungen in dem entmünzten Rubel zu zahlen, trotzdem beispielsweise in den Hypothekenbriefen die Schuldner durchweg die Verpflichtung übernommen hatten, „die Schuldsumme in derjenigen baren Münze zu bezahlen und zurückzuerstatten, die im Lande festen Umlauf hat und von den Staats- und Steuerkassen für laufende Abgaben am Tage der Zahlung angenommen wird".

Die Schuldner leisten nunmehr ausschließlich in der alten entwerteten Währung Zahlung.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der dadurch entstehenden Schädigung deutscher Gläubiger und Besitzer polnischer Pfandbriefe vorzubeugen?: Bd. 324, Nr. 1658.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5541C. — Beantwortet.

d) Schulwesen.

Einrichtung polnischer Schulen, der Universität Warschau usw. durch die deutsche Verwaltung:
Bd. 306, 22. Sitz. S. 428C.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2503A.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4306A.

Verbot der polnischen Sprache in Aemtern und Schulen: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4302A.

Volksschulen (Litauen), Einführung des Unterrichts in der litauischen und deutschen Sprache, Schließung

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. B. Osten, Randstaaten Rußlands, besetzte Gebiete, Militär- und Zivilverwaltung (Fortsetzung).

von Schulen (Wilna) wegen Verweigerung der Abhaltung deutschen Unterrichts:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5613D, 5621C.
181. Sitz. S. 5687A.
Germanisierungsbestrebungen in Estland, Schließung estländischer Schulen: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5559C.

e) Polizeimaßnahmen, Zensur usw.
Branntweinmonopol: Bd. 307, 41. Sitz. S. 912B.
Polizeistrafrecht bei Vergehen gegen Handels- und Monopolverordnungen: Bd. 307, 41. Sitz. S. 912C.
Behandlung der Bewohner (Osten, Litauen, Polen), Grußgebot, Nichterfüllung der Amnestiebestimmungen, Mißachtung der Koalitionsfreiheit usw.:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5512D, 5514C.
184. Sitz. S. 5819A, 5822A.
Deutsche Maßnahmen in Livland und Estland im einzelnen, Zensur, Verhaftung von politischen Gegnern, harte Urteile, angebliche Folterungen, Zustände in Riga:
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5665C ff.
182. Sitz. S. 5712A.

f) Zwangsbewirtschaftung, Beschlagnahme usw.
Landwirtschaft, allgemeine Lage, Zwangsbewirtschaftung (Polen, Litauen): Bd. 313, 184. Sitz. S. 5821A.
Behandlung der Polen in Litauen, Maßnahmen des Fürsten Ysenburg, Zwangsverwaltung der Güter: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4303B, 4307A, 4309B.
Verwaltungsgrundlage im besetzten Gebiete, Wegnahme von Maschinen usw., „Raubsystem" (Polen, Litauen): Bd. 310, 110. Sitz. S. 3478C ff, 3479A, C, 3480C ff, 3482A ff, 3484A ff, 3485C.
Siehe auch:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3066B, 3071B, 3078D.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138A, 3142A.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6256C.
Etappengebiet (Polen, Litauen), Beschlagnahme von Inventar, Konfiskation von Teilen der Ernte, von Lebensmitteln; Hungersnot (Wilna):
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4304B, 4303C, 4307A.
145. Sitz. S. 4532B.
Requisitionen der Kriegsrohstoffstelle, Beschlagnahme von Wäsche usw., Enteignungen, Stillegung von Fabriken (Polen): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4301A, 4306D.
Militärische Requisitionen, Härten, Mißgriffe (Litauen):
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5614A, 5622A.
180. Sitz. S. 5667A.
181. Sitz. S. 5686C.
Gewaltpolitik des deutschen Gouvernements in Riga, Beschlagnahme von Rohstoffen u. Waren: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5054A.
Ernährungsverhältnisse in Warschau und Lodz usw.: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3481A, 3483D.
Metallbeschlagnahme (besetzte Gebiete, Polen, Litauen):
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5513C.
184. Sitz. S. 5820D.

g) Arbeitszwang.
Arbeitszwang der männlichen Bevölkerung Wilnas: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2188D.
Anfrage v. Trampczynski, Seyda: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Bezirke des Oberkommandos Ost, insbesondere in der Gegend von Grodno und Siedlce, fortgesetzt bis in die jüngste Zeit viele Tausende von männlichen und weiblichen Personen durch deutsches Militär mit Gewalt aus ihren Behausungen gerissen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland abgeschoben werden?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen dieses Vorgehen der Militärbehörden zu veranlassen, welches in bezug auf die belgische Bevölkerung allgemein als völkerrechtswidrig anerkannt worden ist?: Bd. 321, Nr. 924.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3665A. — Beantwortet.
Siehe auch „Kriegsgefangene" unter IVJ.

h) Bekämpfung der Revolution, politischer Bestrebungen; Verhaftungen.
Besetzte Gebiete, Bekämpfung der Revolution usw.: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5514B ff.
Verhaftungen polnischer Sozialisten. Anfrage Rühle: In den von Deutschland besetzten östlichen Gebieten, besonders in Warschau, sind in jüngster Zeit wiederholte Verhaftungen polnischer Sozialisten erfolgt. Die Verhafteten sind nach Deutschland verschickt worden und werden in deutschen Gefängnissen interniert gehalten.
Sind dem Herrn Reichskanzler die Vorgänge bekannt? Ist ihm weiter bekannt, daß die Verhaftungen auf die polnische Bevölkerung ungeheuer aufreizend wirken und Wasser auf die Mühlen der russischen Kriegstreiber liefern? Was gedenkt er zu tun, damit die Sozialisten in den besetzten polnischen Gebieten dieselbe Freiheit der politischen Betätigung genießen, wie ihre Gesinnungsgenossen in Rußland?: Bd. 321, Nr. 769.
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3021C. — Beantwortet.
Wiederholt: Anfrage: Bd. 321, Nr. 816.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3382D. — Beantwortet.
Verhaftung polnischer Sozialisten in Warschau wegen Streiks in Militärbetrieben; Ueberführung nach Havelberg:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2431C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3404B.
Handhabung der persönlichen Freiheit, Internierung von Polen in Deutschland (Lauban): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4301B, 4306C.
Anfrage v. Czarlinski, v. Grabski, Seyda, v. Trampczynski: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Hunderte von Personen aller Stände, u. a. die Rechtsanwälte Konic, Brzezinski und Nowodworski aus Warschau, der Geistliche Kochanski aus Radom, der Ingenieur Findeisen aus Lodz, aus Polen nach Deutschland verschickt worden sind und hier, zum Teil seit Jahren, interniert gehalten werden, ohne daß ihnen ein verständlicher Grund dieser Freiheitsberaubung mitgeteilt wird?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Zustande, welcher in Polen große Erbitterung hervorruft, ein Ende zu machen?: Bd. 321, Nr. 817.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3383B. — Beantwortet.
Vorgehen der deutschen Militärverwaltung in Warschau gegen Polen, Verhaftungen usw.: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4543A.
Verhaftung politisch unbequemer Leute in Polen; Pilsudski: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6256D.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. B. Osten, Randstaaten Rußlands, besetzte Gebiete, Militär- und Zivilverwaltung (Fortsetzung).

Gefahr einer polnischen Irredenta in den Ostprovinzen: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4203D.

i) Judenfrage, Progrome.

Jüdisches Volkstum in Russisch-Polen, Schutz desselben: Bd. 307, 60. Sitz S. 1566A.

Anfrage Dr. Cohen (Reuß), Noske: Nach zuverlässigen Nachrichten waren in Warschau und Lodz Anfang dieses Monats Aufrufe angeschlagen, die in unverblümter Weise zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung aufforderten. Es heißt in diesen Aufrufen u. a.

Jüdische Banden plündern Polen! Durch ihre Hände nimmt die Okkupationsmacht alles, was sie will. In dem Bestreben, die Spuren dieser vernichtenden Arbeit zu verwischen, säen die Juden Unfrieden zwischen uns, rufen in unseren Reihen Streitigkeiten hervor, organisieren den Bürgerkrieg. — — — Man muß diese Bande vertilgen! Diesen Juden muß man eine Lehre geben. Sie sollen wissen, daß die Strafe sie ereilen wird. — — Zum Kampf, Polen! Schützt unser Land, Polen!

Drei Tage lang konnten diese aufreizenden Schriftstücke an allen Ecken und Enden der beiden genannten Städte prangen, bevor sie entfernt wurden, während die Polizei sonst die Beseitigung unerwünschter öffentlicher Aufrufe im Handumdrehen zu bewerkstelligen weiß. Den jüdischen Zeitungen Polens wurde von der Zensur verboten, irgend etwas über diese Pogromplakate zu schreiben, während der polnischen in Lodz erscheinenden Zeitung „Nowy Kurjer Lodzki" nicht nur gestattet war, die Aufrufe im Wortlaut wiederzugeben, sie konnte noch dazu sagen: „Der Inhalt dieser Aufrufe entspricht der Stimmung der polnischen Massen".

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit, unter den Augen der deutschen Besatzungstruppen, derartige den inneren Frieden in Polen gefährdende politische Mittel, die den Methoden des korrupten ehemaligen zaristischen Systems entnommen sind, nicht mehr angewendet werden können?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, auch im Interesse Polens selber, seinen großen Einfluß auf die polnische Regierung dahin auszuüben, daß diese für die Folge energisch gegen die Urheber von Pogromaufrufen vorgeht und nichts unterläßt, was die Wiederholung solch beschämender Vorgänge zu verhindern geeignet ist?: Bd. 325, Nr. 1720.

Bd. 313, 190. Sitz. S. 1691D. — Beantwortet.

C. Osten, Randstaaten, baltische Provinzen, Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen.

Verwaltung siehe vorstehend unter B.

Lösung der baltischen und polnischen Frage; Befreiung der Polen und Deutschen in Rußland:
Bd. 306, 13. Sitz. S. 219A.
14. Sitz. S. 234D, 238A, 239D.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 852B.
40. Sitz. S. 869A, 876A, 884D.

Baltische Provinzen (Estland, Livland, Kurland) Zusammengehörigkeit, Bedeutung der deutschen Kultur (baltische Barone), Erhaltung, Förderung; Vereinigung mit Deutschland:

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. C. Osten, Randstaaten, baltische Provinzen, Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen (Fortsetzung).

Bd. 311, 130. Sitz. S. 4024A ff., 4029B.
131. Sitz. S. 4083B.
135. Sitz. S. 4190A, 4202D, 4209A.
136. Sitz. S. 4267B.
137. Sitz. S. 4284C.
142. Sitz. S. 4427D, 4437A.
143. Sitz. S. 4457B, 4458B ff., 4468B, 4469A, 4475A, 4485C ff., 4486B.
145. Sitz. S. 4542B, 4544D, 4553A, 4559B.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5615A, 5620C, 5629D ff.
180. Sitz. S. 5654D, 5674D ff.

Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts in den Randstaaten (Polen, Kurland, Livland, Litauen) im allgemeinen:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947B, 3950A, 3957C, 3959C ff., 3961C, 3962B, 3965B, 3966B.
128. Sitz. S. 3972C, 3974C, 3980B.
134. Sitz. S. 4162B.
135. Sitz. S. 4182C, 4202C, 4208C ff., 4217B, 4218C.
136. Sitz. S. 4238D, 4272C ff.
137. Sitz. S. 4283D, 4287B.
142. Sitz. S. 4425B, 4430D, 4431D ff., 4433B ff., 4442D.
143. Sitz. S. 4456A, 4459A, 4464C, 4467D, 4475A ff.
145. Sitz. S. 4536C, 4537C, 4547C, 4548C, 4554B, 4560B.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5608D, 5612A ff., 5616B, 5617B ff., 5623D, 5627A ff., 5629C ff., 5630D ff., 5633A.
180. Sitz. S. 5653A ff., 5654A ff., 5663A ff., 5671D ff., 5674D, 5675B.
182. Sitz. S. 5711B.

—, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und der Unabhängigkeit, — Resolution Dr. David und Genossen: Bd. 324, Nr. 1421.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4638B, 4539B, D, 4542D, 4546A, C, 4548B, 4551C, 4554C, 4558C, 4562A, 4563A, 4570A.

—, Friede von Brest-Litowsk, Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts für die Randvölker Polen, Litauen, Kurland, Durchführung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525D, 4530C.

—, Ferner:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5608D, 5629C ff., 5630D.
180. Sitz. S. 5654D ff., 5674B, 5675B.
182. Sitz. S. 5711B.

—, Siehe auch unter A 7 und 8 (Resolutionen, Petitionen) und unter E ff. (Kurland, Litauen usw.).

Petition des „Vereins Deutscher Schiffswerften" in Berlin, betreffend Gestaltung des Zolltarifs im Handelsverkehre mit Polen und der Ukraine beim Abschluß eines Handelsvertrags mit Polen und den übrigen Randstaaten: Bd. 324, Nr. 1600 unter II e.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702D. — Ueberweisung als Material.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. C. Osten, Randstaaten Rußlands, baltische Provinzen, Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen (Fortsetzung).

Vormarsch der deutschen Truppen in Estland und Livland, Schutz der Bevölkerung gegen die rote Garde usw. siehe vorstehend unter A 5.

D. Polnische, russische u. litauische Arbeiter.

Polnische und russische Arbeiter, Zurückhaltung in Deutschland, Arbeitsverträge, Behandlung, Fürsorge, Richtlinien, Mitwirkung des Sozialen Bureaus, Gewerkschaftsfrage, Militarisierung der oberschlesischen Gruben:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4301C, 4307B.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5004C.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5512A, 5518B ff, 5522A, 5523D, 5524A, D.
184. Sitz. S. 5817B, 5819A ff, 5822B, 5823B, 5824B, 5829B, 5834C, 5836C, 5838B, 5839D.

—, Entlohnung, Urlaub: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5347C.

—, Kündigungsrecht, Rückbeförderung litauischer und polnischer Zwangsarbeiter:
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3138C.
110. Sitz. S. 3499A.

—, Behandlung der russisch-polnischen Arbeiter, Fürsorge usw. siehe auch „Ausländische Arbeiter".

Ueberführung russischer Soldaten polnischer Nationalität nach Deutschland, Arbeitszwang, Behandlung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5821B, 5822B.

Anfragen v. Trampczynski: Bd. 324, Nr. 1591 u. 1627, siehe „Kriegsgefangene" unter IV 7; Resolution Brandys: Bd. 325, Nr. 1973, stehe ebendort.

Litauische Zwangsarbeiterbataillone, Aufhebung: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5621C.

E. Kurland. — Siehe auch vorstehend unter B. u. C.

Einbeziehung von Kurland ins deutsche Reich, Schaffung von Siedlungsland:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408A.
84. Sitz. S. 2416C, 2426A, 2440C.
85. Sitz. S. 2456C, 2473C.
86. Sitz. S. 2494D, 2497B.

Selbstbestimmungsrecht, Unabhängigkeit, Anerkennung durch Deutschland bzw. wirtschaftlicher, militärischer oder politischer Anschluß an Deutschland, Deputation des kurländischen Landesrats usw.:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947B, 3950A, 3957C, 3959C ff, 3961C, 3962B, 3965D, 3966B.
128. Sitz. S. 3972C, 3974C, 3975C ff, 3979C, 3980B.
134. Sitz. S. 4162B.
135. Sitz. S. 4218C.
136. Sitz. S. 4233D.
137. Sitz. S. 4283D.
142. Sitz. S. 4425C, 4427D, 4436B, 4441D.
143. Sitz. S. 4457B, D ff, 4468B, 4480C, 4486A ff.
145. Sitz. S. 4539B.
Bd 313, 179. Sitz. S. 5606B, 5608D, 5620B, 5629C.
181. Sitz. S. 5686B.
182. Sitz. S. 5711A.

—, Unabhängigkeitsfrage, Landtag und Landesrat, konstitutionelle Grundlage; Schaffung einer Volksvertretung auf breiterer Grundlage, Stellung der lettischen Volksteile, der Organisationen usw.:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4006D, 4012D, 4022B.
142. Sitz. S. 4428A, D, 4436B ff., 4444D.
143. Sitz. S. 4458A, 4468C, 4476A ff., 4477C ff, 4486A, 4487C.

Personalunion mit Preußen:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4428A, 4436C, 4444D.
143. Sitz. S. 4468D, 4478B, 4485C.

Bildung eines lettischen Staates mit Teilen von Livland: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4480D.

Friede von Brest-Litowsk, Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts, Durchführung:
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525D, 4530C.

Deutsche Kolonisation; Erklärung der deutschen Grundbesitzer, ein Drittel ihres Landes für deutsche Siedlungszwecke abzugeben:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4024A.
143. Sitz. S. 4486D.

Ansiedlungspläne der Obersten Heeresleitung: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5722A.

F. Litauen. — Siehe auch vorstehend unter B, C und D.

Zusammensetzung der Bevölkerung, statistischer Atlas des stellvertretenden Generalstabs, Gegensätze zwischen den Nationen (Polen, Litauen): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4303D, 4308B.

Innere Verhältnisse, adlige Oberschicht, polnische Einflüsse, finanzielle Fragen usw.:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4430A.
143. Sitz. S. 4458D.

Einbeziehung ins Deutsche Reich, Schaffung von Siedlungsland:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2408A.
84. Sitz. S. 2416C, 2426A, 2440C.
85. Sitz. S. 2456C, 2473C.
86. Sitz. S. 2494D, 2497B.

Unabhängigkeit, Selbstbestimmungsrecht, Durchführung, Anerkennung durch Deutschland, Erklärung des Landesrats, Deputation an den Reichskanzler, Stellung der Heeresleitung Oberost:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947B, 3950A, 3957C, 3959C ff., 3961C, 3962B, 3965D, 3966B.
128. Sitz. S. 3972C, 3974C, 3979C, 3980B.
130. Sitz. S. 4006C, 4012B, 4022B, 4030C.
134. Sitz. S. 4162B.
135. Sitz. S. 4218C.
136. Sitz. S. 4233D.
137. Sitz. S. 4287B.
142. Sitz. S. 4425C, 4429A, 4435B ff., 4445B.
143. Sitz. S. 4458D, 4469C ff., 4470C, 4480C, 4481B.
145. Sitz. S. 4538B, 4539B, 4541D, 4551C.

—, Selbständigkeit, Beschluß des Litauischen Landesrats, Stellung Deutschlands:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4218D ff.
137. Sitz. S. 4284D.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. F. Litauen (Forts.).

—, Landesrat, Deputation nach Berlin, Versagung der Reise nach Berlin: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5606D, 5614B, 5622B.

Anfrage Erzberger: Den Vertretern des Litauischen Landesrats (Taryba) wurde am Sonntag vor Ostern (24. März) bei einer Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler erklärt, daß sie alsbald nach Litauen zurückreisen müßten behufs Anteilnahme an der unmittelbar am Gründonnerstag bevorstehenden litauischen Unabhängigkeitsfeier; gleichzeitig wurde in bestimmte Aussicht gestellt, daß sie behufs Aufnahme der Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Litauen bereits am 4. April in Berlin wieder eintreffen könnten. Die litauische Unabhängigkeitsfeier hat bis heute nicht stattgefunden. Den Vertretern des litauischen Landesrats ist aber trotz wiederholten Ersuchens bis heute nicht gestattet worden, nach Berlin zu reisen, um die von der Taryba gewünschten Ver-tragsabmachungen mit Deutschland abzuschließen.

In den letzten Wochen haben Vertreter der Taryba, darunter der Präsident Smetona, wiederholt der deutschen Okkupationsbehörde den Antrag unterbreitet, behufs Regelung dringender kirchlicher Angelegenheiten mit der Apostolischen Nuntiatur in München in persönliche Verhandlungen zu treten. Die Gesuche der Vertreter der Taryba, die Reise nach München zu unternehmen, sind von der deutschen Okkupationsbehörde abgelehnt worden.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Gründe für dieses Verhalten bekanntzugeben? Ist der Herr Reichskanzler ferner bereit, den Vertretern der Taryba die notwendige Freiheit behufs Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen zu geben und die dringend notwendige Reise nach München zu gestatten?: Bd. 324, Nr. 1655.

Bd. 313, 177. Sitz. S. 5540C. — Beantwortet.

Regelung des Verhältnisses zu Deutschland, durch Militärkonvention, Zollunion deutsche Verwaltung:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4022B, 4030C.
142. Sitz. S. 4425C, 4429A, 4445C.
143. Sitz. S. 4470B, 4488C.

Gestaltung des Staatswesens, einheimische Regierung und Verwaltung, Fortbestand der militärischen Verwaltung, Mißgriffe derselben:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5606C, 5613C. 5620D, 5622A, 5628D.
180. Sitz. S. 5667A, 5673D.
181. Sitz. S. 5686B.
182. Sitz. S. 5711B.

Personalunion mit Preußen oder mit dem Reich: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4470A.

Wahl eines katholischen Fürsten für Litauen:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4429C, 4445B.
143. Sitz. S. 4459B, 4469D, 4488C.

Personalunion mit Sachsen:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4285B.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5622B.
180. Sitz. S. 5674A.
182. Sitz. S. 5711A.

Friede von Brest-Litowsk, Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts für Litauen: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525D, 4530C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712 (Fortsetzung).

G. Estland und Livland. — Siehe auch vorstehend unter B u. C.

Vormarsch der deutschen Armee, Gründe, Hilferufe Estlands usw., Plünderungen deutscher Güter, Greueltaten der Bolschewiki:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4012D, 4023D, 4029Cff., 4033B, 4037C.
131. Sitz. S. 4063D, 4079B, 4083B, 4084B, 4087D.
143. Sitz. S. 4479A.

—, Maßnahmen der Militärverwaltung (Riga, Dorpat), Verordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Strafbestimmungen gegen bolschewistische Truppenteile usw:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4479Bff.
145. Sitz. S. 4542B, 4545A.

—, Vereinigung lettischer Vereine in Riga, Maßnahmen der Verwaltung Ober-Ost zur Einschränkung einer freien Aussprache über die litauische Frage in einer Versammlung: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4476Aff., 4478A, 4487D, 4491B.

—, Weitere Verwaltungsmaßnahmen siehe vorstehend unter B.

Annexion bzw. Durchführung des Selbstbestimmungsrechts:
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3974C.
135. Sitz. S. 4202C, 4208Cff., 4217B, 4218C.

Livland, Estland als Bestandteile Rußlands — nach dem Frieden von Brest-Litowsk —, Selbstbestimmungsrecht, Verständigung mit Rußland:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4012D, 4024Cff., 4030C, 4037D.
131. Sitz. S. 4083C.
142. Sitz. S. 4425D, 4427D, 4438A, 4443Bff.
143. Sitz. S. 4457D, 4469Aff., 4475Cff., 4480Cff., 4486B, 4488A.
145. Sitz. S. 4542C.

Abgetretene Gebiete westlich der Hoheitslinie, Verzicht Rußlands auf russische Staats- und Krongüter, Verfügungsrecht der Okkupationsmächte (Art. III des Friedensvertrages):
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4442B.
145. Sitz. S. 4565C.

Bestimmungen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk über Räumung des Gebiets östlich der Hoheitslinie durch Rußland, Besetzung durch eine deutsche Polizeimacht, staatsrechtlicher Zustand des Gebiets, Oberhoheit Rußlands:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4425D.
145. Sitz. S. 4563A, C, D, 4564A, D.

Ablehnende Haltung großer Organisationen gegen die Angliederung an Deutschland: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4208D.

Künftige Gestaltung des Staatswesens, der Volksvertretung, Loslösung von Rußland, Anlehnung an das Deutsche Reich, innere Zustände:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5606D, 5608D, 5614C, 5619D, 5620C, 5629C, 5630D.
180. Sitz. S. 5655B, 5665A, 5674B.
182. Sitz. S. 5711B.

Livländisch-estländische Abordnungen nach Deutschland, Erklärungen des Reichskanzlers, militärischer Schutz Deutschlands:

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. G. Estland und Livland (Fortsetzung).

Bd. 313, 179. Sitz. S. 5607A, 5630D.
180. Sitz. S. 5665C.

Riga, Reval und Windau als Freihäfen für Rußland: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4190C.

Anschluß Rigas u. Revals an Deutschland (Kurland), Gründe; Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Rußlands: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4457D ff., 4469A ff.

Bildung eines selbständigen Staates „Estland": Bd. 311, 143. Sitz. S. 4480D.

H. Finnland.

Friedensvertrag mit F., Selbständigkeitserklärung, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland usw.
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4427A, B, 4443B, 4444B.
143. Sitz. S. 4467B, 4482C.
145. Sitz. S. 4543D.
Siehe im übrigen unter A 8.

—, Deutsche Ausfuhr nach Finnland: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4460D.

Innere Kämpfe, Revolution, Bürgerkrieg, Stellung der bürgerlichen und sozialistischen Partei zu den russischen Bolschewiki, Eingreifen Deutschlands, politische Folgen:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4010C, 4019A, 4028A, 4033C.
135. Sitz. S. 4211B.
142. Sitz. S. 4427C, 4438B ff, 4444B.
143. Sitz. S. 4460C, 4467A, 4482D, 4488B.
145. Sitz. S. 4530B, 4543D, 4553C.
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5515A.
179. Sitz. S. 5605B, 5608B, 5615B, 5619B, 5632D.
180. Sitz. S. 5667B, 5675C.
182. Sitz. S. 5712D.

—, Revolution, Politik Svinhufvuds, Unterstützung durch Deutschland, Verhaftung und Hinrichtung sozialdemokratischer Abgeordneter:
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5667C ff.
182. Sitz. S. 5712D.

Frage der Einführung der Monarchie, Besetzung des Königsthrones mit einem preußischen Prinzen:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4440A.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5619C.

Aalandsinseln, Besetzung durch Deutschland, Vereinigung mit Schweden, Stellung Schwedens und Finnlands, Selbstbestimmungsrecht:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4427C.
143. Sitz. S. 4460D, 4489D ff.
145. Sitz. S. 4544A.

—, Beseitigung der Befestigungen:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5609D.
180. Sitz. S. 5675C.

J. Polen, Unabhängigkeit, Selbstbestimmungsrecht. — Verwaltung während des Krieges siehe unter B.

1. Proklamation vom 5. 11. 1916, Schaffung eines unabhängigen Polens:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2367B (Selbstbestimmungsrecht).
84. Sitz. S. 2426D, 2433A ff. (Selbstbestimmungsrecht der Polen).
85. Sitz. S. 2452D.
96. Sitz. S. 2897C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. J. Polen, Unabhängigkeit, Selbstbestimmungsrecht (Fortsetzung).

—, Kaisermanifeste, ablehnendes Verhalten des polnischen Volkes: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6196C.

—, Polnische Danktelegramme an die beiden Kaiser: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6258B.

—, Historische Voraussetzungen, Deutschlands Interessen, Fall des Zarentums, militärische Zwecke usw.:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3094C.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4299C.

—, Politische Folgen, Regelung nur durch Deutschland und Oesterreich gemeinschaftlich:
Bd. 311, 126 Sitz. S. 3847D.
130. Sitz. S. 4030D.
131. Sitz. S. 4077A, 4080B.
142. Sitz. S. 4428D, 4434C.

Annexion Polens bzw. Durchführung des Selbstbestimmungsrechts:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3947B, 3950A, 3959C ff., 3961C, 3962B, 3965D, 3966B.
128. Sitz. S. 3972C, 3974C, 3976D, 3979C, 3980B.
134. Sitz. S. 4162B.
135. Sitz. S. 4211B, 4218C.
136. Sitz. S. 4233D, 4272C ff.
137. Sitz. S. 4287B.

—, Unabhängigkeit bzw. austro-polnische Lösung, Angliederung an Oesterreich:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3960A.
128. Sitz. S. 3974D.
135. Sitz. S. 4203C.
136. Sitz. S. 4273A.
137. Sitz. S. 4286C (Novemberverhandlungen, Bedingungen).
143. Sitz. S. 4472B.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5628C.
180. Sitz. S. 5650D, 5673C.
181. Sitz. S. 5695B.

—, Austropolnische bzw. deutsch-polnische Frage; Telegrammwechsel zwischen dem Staatssekretär v. Hintze und dem General Ludendorff: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6255D.

Durchführung der vollen Unabhängigkeit:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4481B, 4484D, 4488C.
145. Sitz. S. 4638C, 4549A.

Frage einer freundschaftlichen Annäherung bzw. eines Anschlusses an Deutschland, an die Mittelmächte, eines Bündnisses, Widerstand Polens:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4030D,
131. Sitz. S. 4082C,
142. Sitz. S. 4430B, 4435A, 4446A.
143. Sitz. S. 4459C, 4471B ff., 4472C, 4484D.
145. Sitz. S. 4539C, 4543A, 4549A.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5609B, 5612D, 5622D, 5628B.
180. Sitz. S. 5656D, 5673A.
181. Sitz. S. 5695A.
182. Sitz. S. 5723C.

Ein deutscher Prinz für den polnischen Thron: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2433C ff.

Petition, betreffend Ernennung des Königs von Preußen zum König von Polen.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. IVb.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. J. Polen, Unabhängigkeit, Selbstbestimmungsrecht (Fortsetzung).

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Siehe auch nachstehend unter 4.

2. Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Ukraine, Bedeutung für Polen, nationale Gegensätze, Cholmer Gebiet:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142B.
137. Sitz. S. 4304C, 4308A, 4310A, C.

—, Entschädigung bei Enteignung polnischen Besitzes im Cholmer Land: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4069C.
Siehe im übrigen nachstehend unter K 2.

3. Begrenzung.
Strategische Grenzsicherungen Deutschlands an der polnischen Grenze, zum Schutze Ostpreußens usw.:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4022A, 4031C, 4039C.
131. Sitz. S. 4076C, 4082C.
142. Sitz. S. 4431A, 4434C.
143. Sitz. S. 4460A, 4466D, 4470D ff., 4472A, 4482B.
145. Sitz. S. 4546A, 4558C.
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5613A, 5623B, 5627D, 5628B.
180. Sitz. S. 5656C, 5657A.

—, Angliederung des Kohlengebiets von Dombrowa und des Gebiets von Wloclawek an Deutschland:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4039C.
131. Sitz. S. 4082D.
142. Sitz. S. 4434C.

Petition des Magistrats Königsberg i. Pr., bei den Verhandlungen über die Festsetzung der Grenzen des polnischen Reiches diejenigen Veränderungen der deutschen Grenzen gegen Polen zu verlangen, die von den zuständigen militärischen Stellen zur hinreichenden Sicherung der östlichen Landesteile als geboten erachtet werden.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1600 unter III.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5702D. — Für erledigt erklärt.

Angliederung deutscher und österreichischer Gebiete an Polen, Erklärungen im österreichischen Polenklub, internationale Lösung der Polenfrage: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4021B, 4031A.

Interfraktionelle Konferenz mit Vertretern Polens über Grenzen Polens, Verhältnis zu Deutschland usw.: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4470D ff., 4489A.

Grenzregulierung zwischen Polen und Litauen (Suwalki, Grodno): Bd. 311, 142. Sitz. S. 4430C, 4435A.

4. Wiedervereinigung des dreigeteilten Polens, polnische Annexionspläne, Ansprüche auf Posen und Westpreußen:
Bd. 311, 131. Sitz. S. 4073C ff., 4079D, 4081C, 4087B.
142. Sitz. S. 4430C.
143. Sitz. S. 4459D, 4471A.

—, Forderung Polens von Ersatzansprüchen aus den Kriegsschäden:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6197D.
195. Sitz. S. 6211A.
196. Sitz. S. 6255D, 6257A.

—, Territoriale Forderungen, Danzig:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6179C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. J. Polen, Unabhängigkeit, Selbstbestimmungsrecht (Fortsetzung).

194. Sitz. S. 6190A, 6193C, 6197D.
195. Sitz. S. 6210C, 6213C, 6233A, 6239A, C, D.
196. Sitz. S. 6255B, 6257D, 6259D, 6263A.

—, Freier Zugang zum Meere:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6197D.
195. Sitz. S. 6210D, 6214A.
196. Sitz. S. 6255B, 6262A.

—, Mitbestimmungsrecht der deutschen Beamten über die Zukunft der von den Polen beanspruchten Länder:
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6234D.
196. Sitz. S. 6257B.

—, Verfassung des zukünftigen Polens: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6198A.

5. Aufstellung einer polnischen Armee zum Kampfe gegen Rußland, ablehnende Haltung Polens: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4074C, 4067A, 4080B, 4087C.

6. Stellung der Polen zu anderen Nationen, Bedrückung der Litauer und Ruthenen (Rede des Abg. Fehrenbach): Bd. 311, 131. Sitz. S. 4079C.

—, Toleranz gegen nationale Minderheiten:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6198A.
195. Sitz. S. 6234B.
196. Sitz. S. 6254C, 6261C, 6263C, 6271A.

7. Ostgalizien, Bevölkerungsverhältnisse (Gegensatz zwischen Ruthenen und Polen): Bd. 311, 137. Sitz. S. 4304B, 4308C, 4309A.

K. Ukraine.

1. Politische Verhältnisse, deutscher Einmarsch.
Parteiverhältnisse, Radaregierung, innere Wirren, Stellung und Eingreifen Deutschlands:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4011A, 4016A, 4017D, 4036D ff.
145. Sitz. S. 4543A, 4551A, 4555B.

—, Sozialistische Regierung, Enteignungen des Grundbesitzes:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4006B.
131. Sitz. S. 4068B.

—, Vormarsch der deutschen Truppen, Hilferuf der Ukraine gegen den Bolschewismus (Greueltaten):
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4141C.
134. Sitz. S. 4155B.
135. Sitz. S. 4190D, 4202C, 4210A.
137. Sitz. S. 4283D.

—, Zweck der militärischen Besetzung, Behandlung der Bewohner durch die deutschen Behörden:
Bd. 313, 175. Sitz. S. 5514B.
179. Sitz. S. 5605C, 5615C, 5617B, 5631D.
180. Sitz. S. 5668D, 5675C.
182. Sitz. S. 5712D.

—, Entwaffnung, Behandlung der Bauern durch deutsche Soldaten: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5807B.

—, Löhnung der in der Ukraine stehenden deutschen Soldaten, siehe „Kriegsbesoldungen" unter B 6.

Regierung des Hetman Skoropadski, Stellung im Lande, Verhältnis zu Deutschland, Agrarreform, Reaktion:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5616A, 5618C ff, 5632B.
180. Sitz. S. 5668C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. K. Ukraine (Forts.).

—, Agrarreform, angebliche Hemmung durch Vertreter des ostelbischen Junkertums: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5617C, 5618C, 5631D.

Verhältnis der Ukraine zu Großrußland, Frage der dauernden Trennung: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4210D.

2. Friedensvertrag von Brest-Litowsk.

a) Der am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnete Friedensvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andrerseits,

b) der am selben Tage in Brest-Litowsk unterzeichnete deutsch-ukrainische Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrag nebst Denkschrift S. 29: Bd. 323, Nr. 1293.

Anlage der Denkschrift: Bd. 323, Zu Nr. 1293.

1. Deutsch-russischer Handels- u. Schiffahrtsvertrag von 1894/1904 S. 3.

2. Verzeichnis der deutsch-russischen Verträge S. 25.

Erste Beratung: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4002A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch. Bd. 323, Nr. 1304.
Zweite Beratung: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4063A.
Dritte Beratung:
Generaldiskussion: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4072D.
Spezialdiskussion u. Gesamtabstimmung: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4089D.

Publiziert am 9. 8. 1918. RGBl. S. 1009.

*

Verfassungsrechtliche Behandlung des Friedensvertrages im Reichstag, gemäß Art. II der Reichsverfassung, Einschränkung der Rechte des Kaisers, Vergleich mit der Behandlung des Friedensvertrages vom 10. 5. 71. im Reichstag: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4025A ff.

Verhandlungen in Brest-Litowsk, Verlauf, Friedenspolitik der Ukraine, Stellung der Bolschewiki-Regierung Rußlands:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4002B.
131. Sitz. S. 4077D.

—, Staatsrechtliche Grundlagen für die Verhandlungen, Anerkennung der Ukraine-Republik durch Deutschland:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4036A ff.
131 Sitz. S. 4084C.

Form des Vertrags, Mitunterzeichnung durch Generalmajor Hoffmann als Vertreter der deutschen obersten Heeresleitung, Beanstandung: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4004D, 4017B, 4018C, 4031D, 4042D ff.

Bedeutung des Friedens mit der Ukraine für die Friedensverhandlungen mit Großrußland:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4003D, 4004C, 4011B, 4016B, 4026B.
131. Sitz. S. 4077D, 4084A ff.

Bedeutung des Friedens für einen allgemeinen Frieden, (Verständigungsfrieden) usw.: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4084A ff., 4086A ff., 4087D.

*

Abgrenzung der Ukraine nach Westen, Klausel über die Angliederung des Cholmer Gouvernements an die Ukraine, Interessen Polens, ethnographische Verhältnisse:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4002D ff., 4005A, 4011B, 4014A ff., 4016D ff., 4021B ff., 4025D, 4026C, 4032B, 4038C ff., 4041D ff.
131. Sitz. S. 4063C, 4069C, 4072D, 4073C, 4074D, 4076D, 4078D, 4080C, 4082A, 4083A, 4087C ff., 4088D.
133. Sitz. S. 4142B.
137. Sitz. S. 4304C, 4308A, 4310A, C.
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5723A.

—, Okkupationslinie zwischen Polen u. U., Aufrechterhaltung bis zur Konsolidierung der Ukraine: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4006A.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. K. Ukraine (Forts.).

—, Nichtzulassung von polnischen Vertretern zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, Stimmung in Polen, Manifest des Regentschaftsrats in Warschau (neue Teilung Polens):
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4014A, 4026C, 4031B, 4039A, 4042B.
131. Sitz. S. 4063D, 4075C, 4083A, 4087C.

—, Feststellung der polnisch-ukrainischen Grenze in gemischter Kommission unter Zuziehung polnischer Vertreter:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4005C, 4011C, 4015D, 4017A, 4027A, 4032C.
131. Sitz. S. 4072D, 4075C, 4081A.

—, Cholmer Land, ethnographische Verhältnisse usw., Verständigung mit Polen:
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4430C, 4435A.
143. Sitz. S. 4481C ff., 4488D.
145. Sitz. S. 4538C, 4549B.

Ukrainische Propaganda im Cholmer Gebiet, angebliche Unterstützung durch Deutschland, Verwendung von ukrainischen Gefangenen, angebliche Agitationsschulen in Gefangenenlagern (Polemik Fehrenbach-Stychel):
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4015C.
131. Sitz. S. 4076A, 4078C, 4089A.
137. Sitz. S. 4310A.

Rechtliche und handelspolitische Abmachungen im Allgemeinen, Güteraustausch, Sicherungen und Transport der Waaren:
Bd 311, 130. Sitz. S. 4003C, 4016D, 4022D ff., 4026B, 4027B, 4032A.
131. Sitz. S. 4064B, 4065A ff., 4066A, C ff., 4073A, 4087A.

—, Wirtschaftliche Friedensverhandlungen, Nichthinzuziehung eines Vertreters des Hamburgischen Ueberseehandels: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4247A.

—, Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln, Berücksichtigung des freien Handels: Bd. 312, 160. Sitz. S. 4991B.

—, Zolleinigung mit Oesterreich-Ungarn, Bedeutung für den Ueberseehandel: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4252A.

Abgabe von Brotgetreide u. Futtermittel durch die U., Höhe der Vorräte; „Brotfriede":
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4003C, 4011A, 4023A, 4026B, 4032A.
131. Sitz. S. 4064A, C ff., 4066A, D, 4079A, 4083D, 4084C.
Bd. 313, 185. Sitz. S. 5890A, 5903D.

—, Verteilung der Zufuhren aus der Ukraine unter Deutschland, Oesterreich und Ungarn:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4023C.
131. Sitz. S. 4067B.
137. Sitz. S. 4284A.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn über die Ukraine und Rumänien als gemeinsames Wirtschaftsgebiet: Bd. 313, 185. Sitz. S. 5861D, 5866D, 5868D, 5898D, 5905C.

—, Lieferung von Getreide und Futtermitteln, Warenaustausch; Widerstand der Bauern:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5605D, 5615D, 5617B, 5632C.
180. Sitz. S. 5653B, D, 5668D.
182. Sitz. S. 5712B.

Abgabe von Manganerzen an Deutschland: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4065A.

Gleichberechtigung polnischer Minderheiten in der U., Freiheit der Religionsübung: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4005D.

Kriegskosten u. Requisitionen, gegenseitiger Verzicht auf Entschädigung; Interessen deutscher Gläubiger, Aufgaben der Reichsentschädigungskommission: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4070B ff.

Reichsangehörige in der U., Frage der Entschädigung für Kriegsschäden und Enteignungen:
Bd. 311, 130. Sitz. S, 4006B.
131. Sitz. S. 4067C, 4068B, D ff., 4069D, 4071D.

Ansässige Kolonisten deutscher Abstammung, Zahl, Entschädigung bei Enteignung, Fürsorge für Rückwanderer:
Bd. 311, 130. Sitz. S. 4067D, 4069C, 4072A.
Bd. 313, 182. Sitz. S. 5741A.
183. Sitz. S. 5753B.

Polnische und litauische Rückwanderer, Entschädigung für Enteignungen usw.: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4072B, 4081C.

Rußland. Uebersicht siehe S. 6712. K. Ukraine (Forts.).

Frage einer Entschädigung für die Unterhaltung der Kriegsgefangenen: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4027 B.
Valutafrage, Festsetzung der Entschädigung im Friedensgeldkurs: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4068 C.
Ukrainische Gefangene, Tüchtigkeit als landwirtschaftliche Arbeiter: Bd. 311, 131. Sitz. S. 4078 B.

L. Kaukasien, Georgien, Krim, Armenien.
Vorrücken deutscher Truppen in der Krim, im Dongebiet und im Kaukasus:
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5663 C.
183. Sitz. S. 5760 B, 5762 D.

Bestimmungen im Friedensvertrag von Brest-Litowsk (Art. IV), Anschluß der Bezirke Erdehan, Kars und Batum an die Türkei, ethnographische Verhältnisse:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4483 A,
145. Sitz. S. 4543 B, 4560 C, 4565 D.

Gründung eines kaukasischen Bundesstaates (Hauptstaat Tiflis), Angliederung Armeniens und Georgiens, Proteste gegen die Besetzung durch die Türken:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4483 D.
145. Sitz. S. 4560 C.

Kaukasien, Bildung selbständiger Staaten, Vormarsch der Türken in kaukasische Gebiete:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5608 B, 5609 B, 5631 C.
180. Sitz. S. 5655 C, 5664 A.

Vormarsch auf Baku: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5669 B.
Ziele der deutschen Politik: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5760 D.

Georgien, Anerkennung seiner Selbständigkeit:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5609 C, 5631 C.
180. Sitz. S. 5655 C, D, 5677 C.

Armenien, Ausrottung der Armenier durch die Türken, Greueltaten:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4483 C.
145. Sitz. S. 4543 B, 4545 C, 4553 D, 4560 D.

—, Siehe auch:
Bd. 313, 179. Sitz. S. 5607 A.
180. Sitz. S. 5655 C, 5664 C.
—, Siehe weiteres bei „Krieg" unter I B 20.

Saatgut siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139 k.

Sachsen, Königreich.
Kriegsministerium. Verhalten gegenüber Beschwerden; Ablehnung der Besprechung von Militärfragen im sächsischen Landtage:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1558 A, 1574 D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3455 A.
Stellung zu den Arbeitslöhnen in einer Weberei: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055 D.
Landessiedlungsgesellschaft, Bezirkssiedlungsgesellschaften: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5054 B.

Säcke siehe „Kriegswirtschaft" unter II 322.
Zollbefreiungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443 a.

Fürst **Salm-Horstmar.** Kritik der Kriegspolitik des Reichskanzlers, Immediateingabe: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1708 D, 1709 C.

Salvarsan.
Tauglichkeit als Heilmittel, Prüfung durch einen Ausschuß: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5367 D.
Anfrage Sivkovich: Durch das Syphilispräparat Ehrlich-Hata 606 (Salvarsan) ist eine sehr erhebliche Anzahl

Salvarsan (Fortsetzung).
von Todesfällen, Lähmungen und Erblindungen hervorgerufen.
Nach der amtlichen Heeresstatistik hat die Syphilis im Deutschen Heere (außer Bayern) 1910, 1911 und 1912, also nach der 1910 erfolgten Einführung des Salvarsans, eine bedeutende Steigerung erfahren. Während die Erkrankungsziffer in dem Jahrzehnt von 1900 bis 1909 durchschnittlich 4,29 aufs Tausend der Kopfstärke betrug, hat sie sich 1910 auf 5,1, 1911 auf 5,4 und 1912 auf 5,5 erhöht.
Eine statistische Prüfung über Salvarsantodesfälle sowie Bedeutung und Höchstdosis des Mittels ist bereits 1914 amtlich eingeleitet gewesen. Die Ergebnisse sind aber bis heute nicht bekannt geworden.
Ist der Herr Reichskanzler angesichts der großen Wichtigkeit einer erfolgreichen Bekämpfung der Syphilis bereit:
1. die Statistik über Salvarsantodesfälle und Salvarsanschäden alsbald herauszugeben?
2. die Höchstdosis für Salvarsan festzusetzen?
3. die zwangsweise Salvarsanbehandlung, wie sie bei Militärpersonen und bei Prostituierten vorgekommen ist, in Zukunft zu verhindern?: Bd. 320, Nr. 611.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344 B. — Zurückgezogen.

Petition des Dr. med. Adolf Mayer in Röthenbach, betreffend Aufhebung des Verbots seiner Vorträge über Syphilis.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 321, Nr. 843.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556 D. — Uebergang zur Tagesordnung.

Salzabgabe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 323.

Salzfische, Salzheringe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 107.

Sämereien siehe „Kriegswirtschaft" unter II 325.

Sandsteinindustrie. Verbreitung der Lungenschwindsucht unter den Arbeitern. Bd. 312, 160. Sitz. S. 5015 D.

Sanitätswesen, Sanitätsoffiziere siehe „Reichsheer" unter 163, 164, auch 108, 196, 203.

Sansibarvertrag: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2875 B.

Sauerkraut siehe „Kriegswirtschaft" unter II 131 g.

Säuglingsfürsorge, Mutterschutz. — Siehe auch „Kinder-, Kinderschutz", „Bevölkerung" und „Kriegswirtschaft" unter II 421.
1. Resolutionen zum Etat des Reichsamts des Innern für 1916:
a) Bernstein u. Gen.: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch Mutter- und Säuglingsschutz, sowie die Geburtshilfe allgemein reichsgesetzlich geregelt werden: Bd. 318, Nr. 294.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1129 A.
51. Sitz. S. 1170 B, 1171 C.
52. Sitz. S. 1190 B.
53. Sitz. S. 1251 B. — Dem 16. Ausschusse überwiesen.
b) Bassermann: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzulegen, durch den die Leistungen der für die Kriegszeit eingerichteten Reichswochenhilfe zu Regelleistungen der Krankenversicherung gemacht werden: Bd. 318, Nr. 308.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1116 B.
50. Sitz. S. 1129 B, 1146 C.
51. Sitz. S. 1156 D, 1171 B.
52. Sitz. S. 1194 C, 1198 C.
53. Sitz. S. 1251 B. — Dem 16. Ausschusse überwiesen.

Säuglingsfürsorge, Mutterschutz (Fortsetzung).

c) Dr. Hitze, Dr. Spahn, Gröber: die Anträge Nr. 294 und 308 einem besonderen Ausschusse zu überweisen, mit dem Auftrage, neben den in den Anträgen angeregten Forderungen auch noch sonstige Maßnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung (Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; Ausbau der Reichsversicherung, der Beamtenbesoldung, des Wohnungsgeldzuschusses, der Hinterbliebenenfürsorge, der Steuergesetzgebung usw. im Sinne einer besonderen Berücksichtigung der kinderreichen Familien u. a.) vorzuberaten, die geeignet sind, dem bedrohlichen Geburtenrückgang entgegenzuwirken: Bd. 318, Nr. 309.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1170 B, 1171 C, 1173 A.
52. Sitz. S. 1190 B, 1198 D, 1199 C.
53. Sitz. S. 1251 B. — Angenommen.

Resolutionen des Haushaltsausschusses zum Etat des Reichsamts des Innern für 1917:

d) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Beitrag zu den Unterhaltungskosten von Anstalten für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche um den Betrag erhöht werde, der es den Anstalten ermöglicht, so viele Schülerinnen in der Säuglingspflege auszubilden, wie notwendig sind: Bd. 320 Nr. 656 unter II d.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537 C, 2541 B, 2558 D, 2564 C.
88. Sitz. 2571 C, 2580 A.
89. Sitz. S. 2625 D, 2633 D. — Angenommen.

e) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
1. die Wochenhilfe während des Krieges auszudehnen auf die Ehefrauen der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen, soweit eine Bedürftigkeit im Sinne der Bundesratsverordnungen, betreffend Kriegswochenhilfe, vorliegt;
2. die Bundesratsverordnung zu erweitern, wonach den Kriegswöchnerinnen statt pro Tag 1 Mark künftig pro Tag 1.50 Mark Unterstützung zu gewähren ist: Bd. 320 Nr. 656 unter 2 e.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537 C, 2541 B, 2564 C.
88. Sitz. S. 2576 A, 2580 B.
89. Sitz. S. 2625 D. — Angenommen.

f) Ausdehnung und finanzielle Ausstattung der Beratungsstellen für Säuglingsfürsorge, Schulkinderpflege usw., Resolution des Ausschusses der Bevölkerungspolitik siehe „Bevölkerung usw." unter B 5.

g) Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—12. usw.
13. Die Reichswochenhilfe zur Mutterschaftsversicherung erweitert wird.
14. usw.
Bd. 324, Nr. 1478 unter B 13.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5002 D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A.
Ueberweisung zur Erwägung.

Säuglingsfürsorge, Mutterschutz (Fortsetzung).

h) Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, Erhöhung des Reichsbeitrags:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5300 D, 5311 D, 5316 A.
171. Sitz. S. 5335 C.

i) Mutter- und Säuglingsschutz, reichsgesetzliche Regelung: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2629 B, 2633 D.

2. Geburtshilfe, Anwendung des Dämmerschlafverfahrens: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1193 D, 1194 D, 1196 C, 1197 C.
Unentgeltlichkeit: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1192 A.
Errichtung von Entbindungsanstalten: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1193 C.
Siehe auch „Hebammenwesen".

3. Haltekinderwesen, Regelung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5312 A.
171. Sitz. S. 5333 A.

4. Säuglingssterblichkeit. Höhe; Verteilung auf Stadt und Land, auf einzelne Berufsstände usw.:
Bd. 319, Zu Nr. 480 S. 44.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1192 D, 1195 B, 1197 B, 1198 A.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2581 D.
89. Sitz. S. 2631 B, 2693 D.
—, Höhe, Rückgang während des Krieges: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5370 A.
Sterblichkeit, uneheliche Kinder; Maßregeln zu ihrer Erhaltung, Errichtung von staatlichen Findelheimen: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5332 C, 5334 B.
Maßnahmen in Preußen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und Vermehrung der Geburten: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1192 C, 1196 B.
Säuglingssterblichkeit in den Familien der badischen Tabakarbeiter: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1427 C.

5. Stillgeld.
Erhöhung: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2576 B.
Anfrage Dr. v. Schulze-Gaevernitz: Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Interesse der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit schleunige Maßnahmen dahin zu treffen, daß die Reichs-Stillbeihilfe in diesem Jahre auch auf diejenigen stillenden Mütter ausgedehnt werde, deren Kinder die drei Stillmonate überschritten haben, soweit sie in den Sommermonaten, eventuell mit Einschluß des September, die Brust reichen?: Bd. 321, Nr. 961.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 980.

6. Wöchnerinnen.
Todesfälle, Erkrankungen infolge der Entbindung: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1192 D, 1195 D.
Aufstellung einer Erkrankungsstatistik: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5316 B.
Versorgung mit Bettwäsche usw.:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5316 B.
171. Sitz. S. 5366 D.

Schadenersatz. Petition der Frau E. Birkenpesch in Charlottenburg, betreffend Schadenersatz.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 327, Nr. 1817 Ziff. III c.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.
Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII.

Schafe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 328.

Prof. Dr. Dietrich **Schäfer**, Eingabe betreffend den U-Bootkrieg, Beschlagnahme siehe „Belagerungszustand" unter II 7; siehe auch „Seekrieg" unter D g.

Schatzanweisungen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 2 und „Schuldenwesen" unter I B.

Schätzungsämter siehe „Grundbesitz" unter 2.

Schaumweinsteuergesetz siehe „Weinsteuer" unter 2.

Schauspielunternehmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 329 und „Theater".

Scheckrecht. Verlängerung der Fristen im Falle kriegerischer Ereignisse siehe „Kriegswirtschaft" II 411.

Scheidemandel, H. Aktiengesellschaft für chemische Produkte in Berlin, Herstellung von Futtermitteln aus Leimleder, Kriegsgewinne usw.:
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4590C.
Bd. 312, 159. Sitz. S. 4962B, 4965B.

Scheidemann, M. d. R.
Kriegsziele, Stellung des Reichskanzlers dazu:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1922A.
71. Sitz. S. 1944B.
76. Sitz. S. 2166B, 2173C, 2179C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3385D, 3390C, 3402A, 3416A, 3419D.
Verbot der Druckschrift: „Frieden der Verständigung", Reichstagsrede siehe „Belagerungszustand" unter II 12 D b.
Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die durch den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes erfolgte politische Handlung des Staatssekretärs Scheidemann:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6178C.
195. Sitz. S. 6222B, 6225C.

Scheüch, Kriegsminister.
Kritik seiner Aufforderung, dem Vernichtungswillen der Feinde ein brauchbares Heer gegenüberzustellen als Widerspruch zu den Erklärungen des Reichskanzlers: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6212C, 6227D, 6237D, 6238D.

Schiedsgerichte für Arbeiterfragen. — Siehe auch „Bergbau" unter 5, „Kriegsindustrie" unter II d, „Hilfsdienst" unter 3, 4 und 6, „Reichsheer" unter 177 s *a*, „Mittelstand" unter 4.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, daß zur Beilegung von Differenzen und Lohnstreitigkeiten für die einzelnen Industriebezirke Kriegsausschüsse oder Schiedskommissionen errichtet werden, wie solche bereits für Berlin und das Königreich Sachsen bestehen: Bd. 318, Nr. 293 unter IIf 2.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1122B.
50. Sitz. S. 1127C, 1135B, 1140B.
53. Sitz. S. 1250D. — Angenommen.
Ferner:
Bd. 308, 72. Sitz. S. 2002B.
73. Sitz. S. 2038C.

Schiedsgerichte, internationale, siehe „Abrüstungsfrage".
Ausbau von Schlichtungskommissionen nach dem Kriege, Resolution des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, siehe „Bevölkerung usw." unter B 5.
Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts zur Entscheidung von wirtschaftlichen Fragen: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4906A, 4919B.

Schiffahrt.
A. Handelsschiffahrt, Allgemeines.
Bedeutung der Handelsflotte: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3652C.
Beteiligung des Reichs an den großen Schiffahrtsgesellschaften: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1155A.
Dampfersubventionsvorlage von 1885. Stellung der Sozialdemokratischen Partei: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3662D, 3669D, 3672B, 3673B.

Schiffahrt. A. Handelsschiffahrt (Fortsetzung).
Reedereien, Geschäftsberichte, Mitteilung an den Reichstag: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3657C.
Reichsschiffahrtsamt, Anregung zur Errichtung: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3644B.
Verzollung von Fluß- und Seeschiffen usw., Petition des Vereins deutscher Schiffswerften in Berlin, siehe „Zolltarif".
Petition der Dampfschiffs-Reederei A. Zedler in Elbing um Gewährung von Geldmitteln zum Neubau eines für den Seeverkehr in der Ostsee geeigneten Seedampfers als Darlehn gegen mäßige Verzinsung und Amortisation.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 319, Nr. 501 Ziff. IIc.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

B. Kriegsmaßnahmen.
Verbot der Veräußerung von Handelsschiffen an Nichtreichsangehörige:
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 245.
Nr. 147 S. 96.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 321.
Nr. 225 S. 96.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 418.
Bd. 319, Nr. 403 S. 199.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 162.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 737.
Schiffsregister und Hilfskriegsschiffe. Vermerk über Verwendung eines Kauffahrteischiffes als Hilfskriegsschiff.
Bd. 321, Nr. 913 Ziff. 614.
Bd. 322, Nr. 1213 S. 249.
Miet- und Frachtverträge für deutsche Kauffahrteischiffe:
Bd. 322, Nr. 1046 Ziff. 636.
Nr. 1214 S. 163.
Verbot der Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen durch deutsche Handelsschiffe:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 436.
Bd. 319, Nr. 403 S. 200.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 162.
Schiffsfrachten, Kontrollrecht des Reichs: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3644A, 3645B.
Schiffsgläubiger, Pfandgläubiger, Rechtslage: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3665A, 3667D, 3671A.
Warnung vor der Ausreise kurz vor dem Kriege: Bd. 310, 108. Sitz S. 3361A.

C. Wirkung des Krieges, Verluste.
Bewaffnung der Handelsschiffe siehe „Seekrieg" unter B.
Völkerrechtswidrige Maßnahmen der Feinde gegen die deutsche Seeschiffahrt: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3646D.
Schäden der deutschen Seeschiffahrt, Regelung des Ersatzes:
Bd. 307, 44. Sitz. S. 986B, 987B.
45. Sitz. S. 1011D.
Verluste der deutschen Handelsflotte: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3642C.
Siehe im übrigen „Seekrieg" unter C.

D. Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.
1. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich im Zusammenwirken mit dem Kriegsausschuß der deutschen Reedereien alle zur Erhaltung und Vermehrung des Bestandes an deutschen Handelsschiffen zum

Schiffahrt. D. Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte (Fortsetzung).

Binnen-, Küsten- und Ueberseeverkehr geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere den deutschen Reedereien den Neubau von Handelsschiffen durch Bereitstellung ausreichender Geldmittel zu erleichtern: Bd. 318, Nr. 293 unter II h.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1117D, 1119C.
50. Sitz. S. 1135C, 1140B, 1143D.
51. Sitz. S. 1151D, 1155A, 1158C.
53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.
Ferner: Bd. 307, 45. Sitz. S. 1011D.
Entschädigungsfrage:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536A, 2553A.
88. Sitz. S. 2588B.

2. Entwurf eines Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte: Bd. 321, Nr. 910.
Erste Beratung: Bd. 310, 114. Sitz. S. 3554B, 3555B.
Mündl. Ber. d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 321, Nr. 928 (berichtigt).
Zweite Beratung: Ab. Antr.: Bd. 321, Nr. 947; Bd. 322, Nr. 1061, 1063, 1065, 1074.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3566B. — Abgesetzt.
117. Sitz. S. 3611C, 3612D. — Zurückverweisung an den Aussch. zur schriftlichen Berichterstattung.
Bericht d. Aussch. f. Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr 1062.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3638C.
120. Sitz. S. 3652B.
Zusammenstellung der Beschlüsse in zweiter Beratung: Bd. 322, Nr. 1089.
Dritte Beratung: Ab. Antr.: Bd. 322, Nr. 1119, 1120.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3874C, 3879C (Petitionen). — Zusammenstellung der Beschlüsse in dritter Beratung: Bd. 322, Nr. 1122.
Gesetz vom 7. 11. 1917, RGBl. S. 1025.
Petitionen:
Bd. 310, 120. Sitz. S. 3675D.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3879C. — Für erledigt erklärt.

3. Grundsätze für den Wiederaufbau:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4946A.
159. Sitz. S. 4967B.

4. Reichsausschuß für den Wiederaufbau, Geschäftsordnung, Zusammensetzung:
Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a 873.
Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 886.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3640D, 3643C, 3646B.
120. Sitz. S. 3653D, 3655D, 3657B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3877D.
—, Anfrage Alpers: Dem Reichsausschusse für den Wiederaufbau der Handelsflotte ist Berlin als Sitz angewiesen. In Berlin sind fast alle kriegswirtschaftlichen Organisationen zentralisiert. Solche Zentralisation widerspricht dem föderativen Charakter des Deutschen Reichs und schädigt berechtigte Interessen anderer Städte. Die Zentralisation hat ferner zur Folge gehabt, daß nach Inanspruchnahme zahlreicher Gasthöfe durch die genannten Organisationen Personen, die mit den Behörden in persönlichen Verkehr treten müssen, ein angemessenes Unterkommen kaum noch finden können.

Schiffahrt. D. Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte (Fortsetzung).

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Verlegung des Sitzes des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte nach einer der Freien und Hansestädte erneut in Erwägung zu ziehen?: Bd. 323, Nr. 1297.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4150A. — Beantwortet.

5. Beihilfe des Reichs, finanzielle Tragweite:
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3645B, 3646C.
120. Sitz. S. 3658A.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4256A.
— für die Reedereien; Form, Höhe, Zuschläge:
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555A.
119. Sitz. S. 3638D, 3640A, 3643A, 3644D, 3647D.
120. Sitz. S. 3653C, 3656A, 3663A, 3665C, 3668B, 3671B.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3874C.
—, Rückzahlung: Bd. 310, 120. Sitz. S. 3666B, 3669C.

6. Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: der Herr Reichskanzler möge erwägen, ob nicht durch das demnächstige Reedereientschädigungsgesetz eine Beteiligung des Reichs an dem Reingewinn der mit Reichsmitteln wiederhergestellten Handelsflotte vorzusehen sein wird: Bd. 321, Nr. 928 Ziff. II a. — Ber. d. Aussch. für Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1062.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3640A, 3645D, 3648D.
120. Sitz. S. 3661D, 3663D, 3666D, 3671D, 3672C, 3675D. — Erledigt durch Annahme des Ab. Antr. Bd. 322, Nr. 1065.

7. Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Schiffsoffizierkammern und Mannschaftsräume auf den mit Reichsbeihilfe zu beschaffenden Schiffen gesundheitlich einwandfrei sind und auch sonst allen billigen Anforderungen entsprechen: Bd. 322, Nr. 1062 Ziff. II D.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3648D.
120. Sitz. S. 3654C, 3655D, 3675D. — Angenommen.

8. Schiffsneubauten in Staatsregie, Typisierung der Handelsflotte, Monopolgedanke:
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3639D, 3644A, 3648B.
120. Sitz. S. 3654A, 3655C.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3876B.

Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, daß bei der durch dieses Gesetz ermöglichten Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte auch das süddeutsche Gewerbe entsprechend berücksichtigt wird: Bd. 321, Nr. 928 Ziff. II b. — Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1062.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3640B, 3648D.
120. Sitz. S. 3654B, 3675D. — Angenommen.

Schiffahrt. D. Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte (Fortsetzung).

Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Neuerrichtungen und Vergrößerungen von Werften seitens der zuständigen Behörden möglichst gefördert werden, und daß insbesondere gegenüber den zurzeit bestehenden militärischen Bauverboten den Werftbauten diejenige Dringlichkeit gewahrt wird, die ihnen mit Rücksicht auf die große nationale Bedeutung einer schnellen Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte für Gegenwart wie Zukunft gebührt. Bd. 321, Nr. 928 Ziff. IIc. Ber. d. Aussch. für Handel u. Gewerbe: Bd. 322, Nr. 1062.
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3648D, 3675D. — Angenommen.

E. Beratung des Entwurfs einer Bundesratsverordnung über die Regelung der Kauffahrteischiffahrt in der Uebergangswirtschaft: Bd. 234, Nr. 1609 S. 9 ff. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 390 n.

F. Binnenschiffahrt.
Binnenschiffahrt, Schiedsgericht: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a879.
Binnenschiffe, Statistik: Bd. 323, Nr. 1356 Anhang a853.
Binnenschiffe, Veräußerung: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 738.
Binnenschiffahrt, Verkehrsregelung:
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 667, 668.
Nr. 1214 S. 160.

Schiffahrtsabgaben.
Frage der Erhöhung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1457 D.
Schiffahrtsabgabengesetz, Verhandlungen mit Holland, Kanalprojekte, Konkurrenz der Bundesstaaten: Bd. 309, 99. Sitz. S. 2657A, 2659C, 2664B.

Schiffsabfertigungsdienst.
Petition des Reichsverbandes deutscher Zollaufseher, Assistenten und Sekretäre in Altona, betreffend gleichmäßige Regelung und Vergütung der Ueberstunden, sowie anderweite Festsetzung der den Handel- und Gewerbetreibenden im Schiffsabfertigungsdienst zugestandenen gebührenfreien Abfertigungsstunden.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1807 Ziff. Ib.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Schlachtverbote siehe „Kriegswirtschaft" unter II 399.

Schleichhandel siehe „Kriegswirtschaft" unter 243g.

Schmalz siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281d.

Schneeschippererlaß, Rechtsgültigkeit, siehe „Belagerungszustand" unter II 2 g und II 8.

Schneidergewerbe siehe „Konfektionsindustrie und Kriegswirtschaft" unter II 335.

Schönfärbereien und chemische Waschanstalten siehe „Kriegswirtschaft" unter II 337.

Prof. Dr. Walter **Schückings** Schriften, Verbot: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5207B.

Schuhwarenindustrie siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 338.
Einschränkung der Arbeitszeit, Arbeiterentlassungen, Erwerbslosenunterstützung:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 413, Anhang a 301.
Bd. 319, Nr. 403 S. 115, 234.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1678A.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, nachdem durch die Beschlagnahme des Leders für den Heeresbedarf eine starke Beschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie und im Schuhmachergewerbe notwendig geworden,
1. den arbeitslos werdenden Heim-, Haus- und Fabrikarbeitern und -arbeiterinnen sowie den im Kleingewerbe beschäftigten Schuhmachergehilfen, falls ihnen anderweit geeignete Arbeit nicht beschafft werden kann, aus den für Zweck der Kriegswohlfahrtspflege bestimmten Reichsmitteln eine den derzeitigen Lebensbedürfnissen entsprechend ausreichende Unterstützung zu gewähren;
2. den durch die gleichen Beschränkungen in ihrem Verdienst stark geschädigten Arbeitern obengenannten Berufs eine entsprechende Zuschußunterstützung zu gewähren: Bd. 318, Nr. 387.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1553B. — Angenommen.
Stillegungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Schleswig-Holstein, Dänenfrage, Selbstbestimmungsrecht siehe „Dänen in Schleswig-Holstein".

Schokolade siehe „Kriegswirtschaft" unter II 336.
Zoll, Erhöhung, siehe „Mineralwässer".

Scholich, Parteisekretär, Stadtverordneter in Breslau, Einziehung wegen politischer Betätigung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5828D.

v. Schorlemer, Preußischer Landwirtschaftsminister.
Bemängelung der Verteilung der Lebensmittel, Notwendigkeit der Entlassung des Ministers:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2391B, 2393B, 2398C (Fideikommißvorlage).
86. Sitz. S. 2505A.
Rede im preußischen Abgeordnetenhaus vom 15. 3. 17 über den militärischen Absolutismus: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2848A, 2853C, 2861D ff.

Schuldenwesen. — Siehe auch „Finanzlage" und „Kriegsfinanzpolitik".
I. Anleihen des Reichs und der Schutzgebiete. — Siehe auch „Wertpapiere".
A. Höhe, Begebung, Tilgung.
1. Denkschriften.
Anleihedenkschrift für das Reich 1914: Bd. 315. Nr. 38.
Einm. B.: Bd. 306, 5. Sitz. S. 50C.
Desgl. 1915: Bd. 316, Nr. 165.
Einm. B.: Bd. 306, 26. Sitz. S. 514A.
Desgl. 1916: Bd. 320, Nr. 577.
Einm. B.: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2337B.
Desgl. 1917: Bd. 322, Nr. 1263.
Einm. B.: Bd. 311, 132. Sitz. S. 4092C.
Anleihedenkschrift für die Schutzgebiete 1913: Bd. 315 Nr. 79.
Einm. B.: Bd. 306, 12. Sitz. S. 146C.
Desgl. 1914: Bd. 317, Nr. 274.
Einm. B.: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1470C.
Desgl. 1915: Bd. 320, Nr. 614.
Einm. B.: Bd. 309, 97. Sitz. S. 2938D.
Desgl. 1916: Bd. 323, Nr. 1346.
Einm. B.: Bd. 312, 166. Sitz. S. 5166A.
2. Tilgung der Reichsschuld.
Schuldentilgung für das Rechnungsjahr 1915: Anlage 2 zum Etat der Reichsschuld für 1915, S. 8 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1916: Anlage 2 zum Etat der Reichsschuld für 1916, S. 10 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1917: Anlage 2 zum Etat der Reichsschuld für 1917, S. 10 des Etatsentwurfs.

Schuldenwesen. I. Anleihen des Reichs und der Schutzgebiete (Fortsetzung).

Desgl. für 1918: Anlage 2 zum Etat der Reichsschuld für 1918, S. 10 des Etatsentwurfs.
Tilgungsplan für die aus dem Jahre 1909 herrührende schwebende Schuld derjenigen Träger der Unfallversicherung, welche die auf sie entfallenden Zins- und Tilgungsraten nicht durch einmalige Kapitalzahlung abgelöst haben: Anlage 3 zum Etat der Reichsschuld für 1915, S. 10 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1916: Anlage 3 zum Etat der Reichsschuld für 1916, S. 12 des Etatsentwurfs.
Auslosungsplan der im Wege der Auslosung zurückzuzahlenden 4½prozentigen Reichsschatzanweisungen der VI. und VII. Kriegsanleihe für die ersten zwanzig Halbjahre, — Anlage 3 zum Etat der Reichsschuld für 1918, S. 12 des Entwurfs.
Fortsetzung der Tilgung während des Krieges: Bd. 306, 4. Sitz. S. 33D.
Allmähliche Abtragung der Kriegsschuld: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4280A.
Schuldenlast nach dem Kriege, Deckung durch eine allgemeine Vermögensabgabe von 25 bis 30 %, Ergebnis:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4278D ff.
145. Sitz. S. 4528B ff.
—, Siehe auch nachstehend unter I A 3 und „Vermögensabgabe".
Frage der Zahlung einer Kriegsentschädigung an Deutschland, zur Deckung der deutschen Kriegsschulden:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4745D ff., 4757C.
152. Sitz. S. 4768C, 4786C ff.
—, Siehe auch „Krieg" unter IV.
Petition des Max Elter in Gottwolshausen, betr. Tilgung der Kriegsschulden.
Mündl. Bericht des Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1534 unter C II.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703A. — Ueberweisung als Material.

3. Verzinsung der Reichsschuld für das Rechnungsjahr 1915: Anlage 1 zum Etat der Reichsschuld für 1915, S. 6 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1916: Anlage 1 zum Etat der Reichsschuld für 1916, S. 8 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1917: Anlage 1 zum Etat der Reichsschuld für 1917, S. 8 des Etatsentwurfs.
Desgl. für 1918: Anlage 1 zum Etat der Reichsschuld für 1918, S. 8 des Etatsentwurfs.
Verzinsung der Kriegsschuld aus Mitteln des ordentlichen Etats bzw. durch Steuern:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 34A.
24. Sitz. S. 462C.
34. Sitz. S. 770A.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 794C.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2360A.
83. Sitz. S. 2383B, 2389C, 2395D, 2401B.
85. Sitz. S. 2449D, 2458A.
86. Sitz. S. 2496C.
94. Sitz. S. 2785B.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4152D, 4157C.
135. Sitz. S. 4185C.
136. Sitz. S. 4255D.
Anleihe- und Steuerpolitik während des Krieges, Aufbringung der Zinsen für Kredite durch Steuern:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4734C ff., 4738A, 4741C.
152. Sitz. S. 4781A, 4788A.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122D, 6126C.
191. Sitz. S. 6142C ff.
—, Frage einer erhöhten Kriegsbesteuerung zur Verringerung der Schuldenlast schon während des Krieges, Vergleich mit England:
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4528B, 4529D.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735B ff., 4745A ff.
152. Sitz. S. 4781B, 4787C ff.
153. Sitz. S. 4816A ff.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6123A, 6126C.
—, Hinzunahme der gesamten Zinsen zum Kapital, Begleichung der gesamten Rechnung erst am Schlusse des Krieges: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4734D, 4745A.
—, Siehe auch „Finanzlage" unter II.

4. Petition des Rudolf Deist in Berlin, betreffend Vorschläge zur Hebung des Kurses der 3prozentigen älteren Reichsanleihen.
Mündl. Ber. des Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. III b 1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

B. Schatzanweisungen. — Siehe unter I A.
Unverzinsliche Schatzanweisungen siehe „Reichshauptkasse".
Verwendung von Schatzanweisungen zur Notendeckung siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 2.

II. Reichsschuldenordnung.
Ergänzung (Ausgabe von Wechseln) siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter A 14.
Petition, betreffend Eintragungsgebühren für die Löschung von Reichsschuldbuchforderungen.
Mündl. Ber. des Pet. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II u.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

III. Verwaltung des Schuldenwesens.
1. Berichte der Reichsschuldenkommission
a) vom 21. März 1914
I. über die Verwaltung des Schuldenwesens des Deutschen Reichs und der deutschen Schutzgebiete;
II. über den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds;
III. über den Fonds zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland;
IV. über den Reichskriegsschatz;
V. über die Verwaltung des außerordentlichen Silber- und Goldbestandes des Reichs und
VI. über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten: Bd. 315, Nr. 22.
Bd. 306, 5. Sitz. S. 50C.
Mündl. Ber. d. Rechn. Ausch.: Bd. 317, Nr. 235.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1003D. — Entlastung erteilt.
b) vom 20. Mai 1915
I. über die Verwaltung des Schuldenwesens des Deutschen Reichs und der deutschen Schutzgebiete;
II. über den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds;
III. über den Fonds zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland;

Schuldenwesen. III. Verwaltung des Schuldenwesens (Fortsetzung).

IV. über den Reichskriegsschatz;
V. über die Verwaltung des außerordentlichen Silber- und Goldbestandes des Reichs;
VI. über die Ausfertigung und über die Ausgabe der Darlehnskassenscheine;
VII. über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten: Bd. 315, Nr. 101.
Bd. 306, 13. Sitz. S. 203A.
Mündl. Ber. d. Rechn. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 236.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1004C. — Entlastung erteilt.

c) vom 26. Juni 1916:
I—VII wie vorstehend unter b: Bd. 319, Nr. 434
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2022B.
Mündl. Ber. d. Ausschs. f. d. Rechnungen: Bd. 321, Nr. 814.
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3620. — Entlastung erteilt.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3969C.: Druckfehlerberichtigung. — Ueberweisung an den Ausschuß für Rechnungen.

d) vom 16. Mai 1917:
I—VII wie vorstehend unter b: Bd. 323, Nr. 1264.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4092C. — Dem Rechn. Ausschs. überwiesen, unerledigt.

e) vom 24. Juni 1918:
I—VII wie vorstehend unter b: Bd. 325, Nr. 1899. — Unerledigt.

2. Reichsschuldenkommission, Zusammensetzung.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 26. Februar 1915 über den Eintritt des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Dr. Helfferich als Mitglied und Vorsitzender in die Reichsschuldenkommission: Bd. 306, 4. Sitz. S. 28C.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 15. August 1916 über den Eintritt des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Graf v. Rödern als Mitglied und Vorsitzender der Reichsschuldenkommission: Bd. 308, 63. Sitz. S. 1690B.
Mitteilung des Reichskanzlers, betr. die Wahl von 5 Bundesratsmitgliedern zu Mitgliedern des Reichsschuldenausschusses für das Rechnungsjahr 1915 (Herzogl. Braunschw. Gesandter, Wirkl. Geh. Legationsrat Boden, Kgl. Bayer. Staatsrat Ritter v. Treutlein-Mördes, Kgl. Württemb. Ministerialdirektor v. Schleehauf, Kgl. Sächs. Geh. Rat v. Seifart, Großh. Bad. Geh. Ober-Finanzrat Kempff): Bd. 306, 4. Sitz. S. 28D.
Mitteilung des Reichskanzlers, betr. die Wiederwahl vorstehender Mitglieder für das Rechnungsjahr 1916: Bd. 306, 33. Sitz. S. 764A.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1916, betr. die Wahl des Bundesratsmitgliedes Kgl. Bayer. Ministerialrats Dr. Nüßlein zum Mitgliede des Reichsschuldenausschusses: Bd. 309, 81. Sitz. S. 2337A.
Wahl eines Mitgliedes zur Reichsschuldenkommission an Stelle des Abg. Dove: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2411D.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 24. März 1917, betr. die Wahl des Unterstaatssekretärs Jahn zum Vorsitzenden und des Herzogl. Braunschw. Gesandten Wirkl. Geh. Rats Boden, des Kgl. Württemb. Ministerialdirektors v. Schleehauf, des Großherzogl. Bad. Ministerialdirektors Kempff, des Kgl. Sächs. Geh. Rats Sichart und des Kgl. Bayr. Ministerialrats v. Nüßlein zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission: Bd. 309, 94. Sitz. S. 2781C.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 6. März 1918, betr. die Wiederwahl vorstehender Mitglieder für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4314B.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 16. August 1918 über die Verpflichtung des neu ernannten Präsidenten der Königlich Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden: Bd. 325, Nr. 1898.
Mitteilung des Reichskanzlers vom 2. September 1908 über die Verpflichtung des in das Kollegium der Königlich Preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden einberufenen Geheimen Ober-Finanzrats Max Otto Gottfried Schultz: Bd. 325, Nr. 1904.
Verhandlungen über die Verpflichtung von Hilfsarbeitern, die in die Königlich Preußische Hauptverwaltung der Staatsschulden berufen worden sind: Bd. 315, Nr. 35, 42, Bd. 316, Nr. 110, Bd. 317, Nr. 250, Bd. 321, Nr. 881, Bd. 323, Nr. 1367, Bd. 324, Nr. 1633, Bd. 325, Nr. 1898.

3. Reichsschuldenverwaltung, Dienstgebäude.
Grundstückerwerb zu einem Neubau (Fünfter Nachtragsetat für 1917 nebst Denkschrift): Bd. 323, Nr. 1362.
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4403C.
—, Notwendigkeit des Baues in Berlin, Gründe, Vermehrung der Reichsschulden, der Zahl der Beamten, Nähe der Reichsdruckerei:
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4404B, 4405B ff., 4406B.
145. Sitz. S. 4533B.
—, Verwendung des Grundbesitzes des Reichs in Zehlendorf:
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4404 \, 4405C, 4406B.
—, Frage der Trennung der Reichsschuldenverwaltung von der preußischen Staatsschuldenverwaltung:
Bd. 311, 141. Sitz. S. 4405D, 4406C.
Petitionen, betreffend Bau eines Dienstgebäudes:
Bd. 324, Nr. 1417 und A 2.
Bd. 311, 145. Sitz. S. 4533C. — Für erledigt erklärt.
Petition des Max Zieske in Berlin-Friedenau, betreffend Erwerb eines Grundstücks für den Neubau der Reichsschuldenverwaltung.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IVg.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Schulwesen. — Siehe auch „Jugendliche Personen".
1. Reform, Reichsschulkonferenz, Reichsschulgesetz Reichsamt für Schulwesen.
Anfrage Schulz (Erfurt): Durch die militärische Jugendvorbereitung und den damit zusammenhängenden Antrag Nr. 214 des Hauptausschusses, ferner durch die Novelle zum Vereinsgesetz sind eine Reihe von Schul- und Jugendbildungsfragen aufgeworfen worden, deren vorsichtige und sachkundige Lösung für die zukünftigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Deutschen Reichs von großer Wichtigkeit ist.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, bald nach Beendigung des Krieges und vor der Inangriffnahme irgendwelcher Maßnahmen auf dem Gebiete der Schul- und Jugendgesetzgebung einen Ausschuß zu berufen, zusammengesetzt aus Ver-

Schulwesen (Fortsetzung).

tretern der staatlichen und gemeindlichen Schulpolitik, der pädagogischen Theorie und Praxis und aus sonstigen geeigneten Sachverständigen, der die Fragen in ihrer Gesamtheit zu beraten und sich über etwaige gesetzgeberische Schlußfolgerungen für das Reich gutachtlich zu äußern hat?: Bd. 318, Nr. 352.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1518C. — Beantwortung abgelehnt.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nach Beendigung des Krieges Vertreter der staatlichen und gemeindlichen Schulverwaltung, der pädagogischen Theorie und Praxis und der Schulpolitik, sowie andere geeignete Sachverständige zu einer Reichsschulkonferenz zusammenzuberufen, die im Hinblick auf die Kriegserfahrungen die Gesamtheit der pädagogischen, schulgesetzlichen und schulorganisatorischen Fragen zu beraten und sich gutachtlich darüber zu äußern hat: Bd. 320 Nr. 656 unter II f.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537 D, 2559 A.
89. Sitz. S. 2607 C, 2613 D ff, 2625 C. — Abgelehnt.

Reichsschulkonferenz, Einberufung, Bedenken dagegen, Kompetenz der Bundesstaaten; Zusammensetzung, Aufgaben:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537 D.
89. Sitz. S. 2607 C, 2608 D, 2610 A, B ff, 2613 D, 2615 D ff, 2618 D, 2619 D ff, 2622 C, 2623 A, 2624 B ff, 2625 C.

Reichsschulamt, Ausbau der Reichsschulkommission zu einem solchen, Aufgaben, Reichsschulgesetz:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2607 D, 2611 D, 2615 A, D, 2622 C, 2623 B, 2624 B.
Bd. 312. 170. Sitz. S. 5316 D, 5321 B.
171. Sitz. S. 5329 A, 5335 C, 5352 A.

Schulkonferenz, preußische von 1890: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2610 C.

—, neue Anregungen im Abgeordnetenhause: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2614 A, 2618 C, 2622 D, 2623 B, 2624 C.

Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, objektive Ausgestaltung für Zwecke der Reichsschulkommission: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2618 A, 2621 B.

Deutsche Gesellschaft für Erziehung und Unterricht: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2614 C, 2617 D.

Einheitsschule: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2608 C, 2614 D, 2621 B, 2625 A.

Schulpflicht vom 6. bis 18. Lebensjahre (Fortbildungsschulpflicht), allgemeine Einführung: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2617 A, 2625 B.

Volksschule, Ausgestaltung, Aufnahme einer fremden Sprache:
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2607 B.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5320 C.

—, Gegenseitige Anerkennung der Volksschullehrerzeugnisse in den Bundesstaaten: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5320 C.

Vorschulwesen, Erlasse in Preußen und Bayern: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2608 B.

Einfluß der militärischen Jugendvorbereitung des Hilfsdienstes, der Sammlertätigkeit auf den Schulbetrieb:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5317 C.
171. Sitz. S. 5356 B.

Schulwesen (Fortsetzung).

Benutzung der Schule für politische Zwecke: Bd. 309, 89. Sitz., S. 2611 A, 2614 C.

2. Schulgesundheitspflege. Schaffung von einheitlichen Grundlagen für eine vergleichbare Verwertung schulärztlicher Feststellungen: Bd. 309, 89. Sitz., S. 2610 A.

3. Kriegsprimaner:
Anfrage Dr. Junck: Die sog. Kriegsprimaner erhalten in einer Anzahl süddeutscher Staaten das Reifezeugnis ohne besondere Prüfung, wogegen in mehreren norddeutschen Staaten geplant ist, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Schüler erst noch einen Sonderkursus durchmachen müssen.
Ist dem Herrn Reichkanzler diese ungleichmäßige Behandlung der für das gemeinsame Vaterland kämpfenden jungen Krieger bekannt und wie gedenkt er für die dringend nötige Einheitlichkeit auf diesem Gebiete zu sorgen?: Bd. 318, Nr. 400.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1768 B. — Beantwortet

Reifezeugnis, verschiedene Behandlung in den einzelnen Bundesstaaten: Bd. 309, 89. Sitz., S. 2607 D, 2613 C, 2619 B, 2621 C, 2623 C.

Anfrage Landsberg, Schulz (Erfurt): Im Juli 1917 haben die Regierungen der deutschen Einzelstaaten sich dahin verständigt, daß den in das Heer eintretenden Primanern künftighin Reifezeugnisse nur auf Grund einer Prüfung erteilt werden sollen. Damit ist die Frage der Behandlung der Kriegsprimaner für die Zukunft einheitlich geregelt. Für die Vergangenheit bleibt der Zustand bestehen, daß die bayrischen und württembergischen Unterprimaner, die während des Krieges in das Heer eingetreten sind, zwei Jahre später ohne weitere Prüfung das Reifezeugnis erhalten haben, während die in gleicher Lage befindlichen Unterprimaner in Preußen und den anderen Bundesstaaten nach dem Kriege einen Kursus durchzumachen und eine Reifeprüfung abzulegen haben, um das Reifezeugnis zu erhalten.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, nachdem für die Zukunft eine Verständigung der Regierungen herbeigeführt ist, eine solche auch für die Vergangenheit anzubahnen und zwar, da erworbene Rechte nicht genommen werden dürfen, auf der Grundlage der süddeutschen Regelung, so daß allen deutschen Primanern, die vor dem Juli 1917 in das Heer eingetreten sind, die Ablegung einer Reifeprüfung zum Zwecke der Erlangung des Reifezeugnisses zu erlassen wäre?: Bd. 324, Nr. 1419.
Bd. 311, 146. Sitz. S. 4579 A. — Beantwortet.

Notreifeprüfungen; mangelhafte Ausbildung, Anrechnung der Kriegsjahre:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4255 D.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5317 A, 5322 C.
171. Sitz. S. 5329 B, 5334 C.

Anrechnung der Zeit des Heeresdienstes auf das Besoldungsdienstalter bei späterer Anstellung als Beamter: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2622 A.

4. Lehrer. Entlassung der älteren Lehrer aus dem Militärdienst: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5121 C.

5. Auslandsschulen:
Deutsche Schulen und deutscher Unterricht im Ausland, Schutz, Unterstützung, Erhöhung des Fonds:
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4256 D.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5321 A.
Bd. 313, 180. Sitz. S. 5679 B.
181. Sitz. S. 5700 D.

—, Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Schulvereins: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5764 C, 5767 A.

Schulwesen (Fortsetzung).

Petition des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Berlin um Erhöhung des Reichszuschusses für deutsche Auslandsschulen zwecks Veranstaltung deutscher Sprachkurse für Ausländer.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 unter I.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935 A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Schundliteratur siehe „Literatur".

Schutzgebiete. — Siehe auch „Kamerun", „Südwestafrikanisches Schutzgebiet", „Togo".

A. Etatswesen.

1. Etat für 1915.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1915: Bd. 315, Nr. 40.
Erste Beratung: Bd. 306, 4. Sitz. S. 29 A.
Ueberweisung an den verstärkten Haushaltsausschuß: Bd. 306, 4. Sitz. S. 50 A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 65.
Zweite Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 125 A.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 315, Nr. 67.
Dritte Beratung: Allgemeine Besprechung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 132 B.
Einzelbesprechung: Bd. 306, 9. Sitz. S. 134 B.
Gesetz vom 22. 3. 1915, RGB. S. 178.
Petitionen: Bd. 315, Nr. 65 unter II a.

b) Abstandnahme von einer Detaillierung des Etats während des Krieges: Bd. 306, 4. Sitz. S. 33 D.

2. Etat für 1916.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1916: Bd. 317, Nr. 227.
Erste Beratung:
Bd. 306, 34. Sitz. S. 767 C.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 778 A.
36. Sitz. S. 809 C.
Ueberweisung an den Haushaltsausschuß: Bd. 307, 36. Sitz. S. 834 D.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 299.
Zweite Beratung: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1389 C.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 318, Nr. 369.
Dritte Beratung: Allgemeine Besprechung:
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1509 B.
60. Sitz. S. 1519 D.
Einzelbesprechung: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584 B.
Gesetz vom 9. 6. 1916, RGB. S. 491.

b) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1916: Bd. 317, Nr. 246.
Erste Beratung: Bd. 307, 37. Sitz. S. 841 A.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 247.
Zweite Beratung: Bd. 307, 38. Sitz. S. 841 D.
Dritte Beratung: Bd. 307, 38. Sitz. S. 841 D, 842 A.
Gesetz vom 30. 3. 1916, RGB. S. 210.

3. Etat für 1917.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1917: Bd. 320, Nr. 618.
Erste Beratung: Bd. 309, 82.—86. Sitz.
Ueberweisung an den Haushaltsausschuß: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2527 B.

Schutzgebiete. A. Etatswesen (Fortsetzung).

Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 789.
Zweite Beratung: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3185 D.
Zusammenstellung der Beschl. zweiter Beratung: Bd. 321, Nr. 818.
Dritte Beratung: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3493 D.
Gesetz v. 30. 5. 1917, RGB. S. 468.

b) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1917: Bd. 321, Nr. 720.
Erste Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2824 A.
Zweite Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2825 B.
Dritte Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2825 B.
Gesetz v. 30. 3. 1917, RGB. S. 289.

4. Etat für 1918.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 323, Nr. 1279.
Erste Beratung: Bd. 311, 133.—137. Sitz.
Antrag auf Ueberweisung an den Haushaltsausschuß: Bd. 323, Nr. 1347.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4311 D. — Angenommen.
Zweite Beratung: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5161 C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5844 D.
Gesetz v. 25. 7. 1918, RGBl. S. 774.

b) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 323, Nr. 1386.
Erste Beratung: Bd. 311, 142. Sitz. S. 4424 B.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1417 Ziff. B.
Zweite Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525 B.
Dritte Beratung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4525 C.
Gesetz v. 28. 3. 1918, RGBl. S. 161.

c) Entwurf eines Gesetzes, betr. die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1918: Bd. 324, Nr. 1673.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 179. Sitz. S. 5604 A.
Gesetz vom 28. 6. 1918, RGB. S. 669.

B. Kriegsführung in den Schutzgebieten.

1. Leistungen der Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten, Anerkennung:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 125 A.
14. Sitz. S. 237 A, 238 D, 239 A.
Bd. 307, 40. Sitz. S. 866 D.
57. Sitz. S. 1389 D.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3185 D, 3186 A.
—, Kämpfe in Ostafrika, Leistungen der Schutztruppe und ihrer Führer, des Obersts v. Lettow-Vorbeck und des Generals Wahle, Kundgebungen des Dankes:
Bd. 307, 37. Sitz. S. 840 C.
Bd. 308, 66. Sitz. S. 1769 A.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2473 D.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186 C, 3189 A, 3190 B, 3192 D.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3945 B, 3957 A.
135. Sitz. S. 4193 D, 4201 C, 4224 A.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5158 C, 5159 A.
—, Leistungen der Schutztruppe in Südwestafrika und Kamerun: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3190 B.
—, Leistungen der Besatzung von Kiautschou: Bd. 306, 8. Sitz. S. 125 C, 126 A.

Schutzgebiete. B. Kriegführung in den Schutzgebieten (Fortsetzung).

2. Kriegslage, Einzelnes.

Anfrage Bassermann: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Uebertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet, sowie über den Stand der kriegerischen Ereignisse in Deutsch-Ostafrika?: Bd. 317, Nr. 243.
Bd. 307, 37. Sitz. S. 840A. — Beantwortet.

Anfrage Bassermann: Deutsch-Ostafrika ist zum großen Teil vom Feinde besetzt. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, über die Kriegslage in Deutsch-Ostafrika Mitteilung zu machen?: Bd. 318, Nr. 401.
Bd. 308, 66. Sitz S. 1768D. — Beantwortet.

Ostafrika, innere Lage während des Krieges: Bd. 308, 66. Sitz. S. 1769C.

Hilfsschiffe, Landung in Ostafrika. Kundgebung des Dankes für die unerschrockene Durchführung des Unternehmens: Bd. 310, 104. Sitz. S 3189B.

Südafrika (englisch). Verleitung zum Kriege durch unwahre Behauptungen des Generals Botha: Bd. 306, 22. Sitz. S. 429D.

Anfrage Bassermann: Ist der Herr Reichskanzler bereit und in der Lage, über folgende, englischerseits verbreitete Behauptungen Auskunft zu erteilen:
1. Deutschland habe seit langem Vorbereitungen getroffen für einen Angriff auf Britisch-Südafrika, insbesondere durch Anhäufung von Munition und Aufstellung einer außerordentlich starken Truppenmacht in Deutsch-Südwestafrika.
2. Der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika habe vor Beginn des Krieges mit dem burischen Kommandanten Maritz ein Abkommen zwecks Angriffes auf Südafrika getroffen.
3. Nach Ausbruch des Krieges in Europa habe die bewaffnete Macht Deutsch Südwestafrikas an zwei Stellen, nämlich bei Scuitdrift und Nakab-Süd, einen Angriff auf englisches Gebiet gemacht: Bd. 317, Nr. 174.
Bd. 306, 25. Sitz. S. 505C. — Beantwortet.

3. Besetzung durch die Feinde, Behandlung der Kolonialdeutschen.

Weiße Rasse, Preisgabe ihres Ansehens gegenüber den Eingeborenen infolge der Behandlung der deutschen Beamten und Soldaten durch die Feinde (England): Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186B, 3187A.

Anfrage Bassermann: Ende 1914 haben die australischen Militärbehörden die öffentliche Prügelung von Deutschen in Rabaul in Neu Guinea angeordnet.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, Auskunft zu geben, ob seitens unserer Regierung Genugtuung für diesen Vorfall verlangt und erzielt worden ist und wie die Schuldigen für diese verübte Brutalität bestraft worden sind?: Bd. 317, Nr. 230.
Bd. 307, 37. Sitz. S. 839D. — Zurückgezogen.

Anfrage Freiherr v. Richthofen: In Pressemeldungen wird behauptet, daß die englischen Behörden in den besetzten Teilen Ostafrikas die Annahme der deutschen Silber-Rupie verweigern.
Ist dies zutreffend?: Bd. 321, Nr. 796.
Bd. 310, 106. Sitz. S. 3244B. — Beantwortet.

Schutzgebiete. B. Kriegführung in den Schutzgebieten (Fortsetzung).

4. Kriegsschäden der Kolonialdeutschen.

Ersatz durch die Feinde, Notwendigkeit einer vorläufigen Hilfsaktion, Gleichstellung mit den Kriegsschäden in der Heimat:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2474C.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3187C, D, 3189Cff., 3190C, 3192D.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5157A.

Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Feststellung der Kriegsschäden: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3188B, 3190C.

Petitionen
des Deutschnationalen Kolonialvereins in Berlin um Regelung des Kriegsschadenersatzes in den deutschen Schutzgebieten;
des Verbandes der Kamerun- und Togo-Pflanzungen in Berlin und Genossen um schleunige Schaffung eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden in den deutschen Schutzgebieten und Gewährung einer angemessenen Vorentschädigung;
des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees in Berlin, betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Feststellung kolonialer Kriegsschäden;
der Deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin um Zusicherung von Entschädigungen aus Reichsmitteln an Deutsche, die in den deutschen Kolonien durch den Krieg Schaden erlitten haben.
Mündl. Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1060 unter Vc 1—4.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Für erledigt erklärt.

Siehe auch „Krieg" unter VIII 5.

5. Kriegsgefangene und Internierte.

Behandlung, Fürsorge usw. siehe „Kriegsgefangene" unter IID, IIID u. F.

Behandlung der Bevölkerung von Tabora siehe „Kriegsgefangene" unter IIIB.

C. Kolonialpolitik, wirtschaftliche Notwendigkeit, Wiederherstellung des Kolonialbesitzes beim Friedensschluß:
Bd. 307, 40. Sitz. S. 870D.
57. Sitz. S. 1390A.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186A, 3187A, 3188D, 3189C, D, 3191C, D.
(Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie):
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5157A.

—, Wiederaufbau der Kolonialwirtschaft, Vergrößerung der militärischen Sicherung: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5156D, 5159A, C, 5160A, D.

—, Gründung eines einheitlichen Kolonialreichs: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4223D ff.

—, Nutzen der Kolonialpolitik für die Arbeiterschaft: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1392B.

Kolonialpolitik Deutschlands, Bewertung, Spaltung der Eingeborenen, Treue zu Deutschland (Ostafrika):
Bd. 306, 8. Sitz. S. 125B.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186D, 3190A, 3192A, 3193A.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4224A.

Rückgabe der Schutzgebiete an Deutschland, Rede des Generals Smuts über die englischen Kriegsziele, Eingeborenenfrage usw.: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4193C, 4199Bff. (Solf), 4223D.

Schutzgebiete. C. Kolonialpolitik (Fortsetzung).

—, Annexionsabsichten Englands (Smuts), Verbindungsweg Kapstadt—Kairo—Kalkutta: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4199 D ff.

—, Die deutschen Kolonien als Flottenstützpunkte (Smuts): Bd. 311, 135. Sitz. S. 4201 C.

—, Militarisierung der Eingeborenen durch Deutschland (Smuts): Bd. 311, 135. Sitz. S. 4200 D, 4224 B.

Friedensverträge, Mitwirkung von Kolonialkaufleuten bei der Entscheidung über Kolonialfragen: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5158 D.

Südseeinseln, wirtschaftlicher Wert, Zurückgabe an Deutschland: Bd. 312, 165. Sitz. S. 5157 C, 5161 B.

Petition der Vereinigung der Südseefirmen in Hamburg, betreffend unverkürzte Erhaltung der deutschen Südseeschutzgebiete.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 323, Nr. 1363 unter II a 9.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702 C. — Ueberweisung zur Erwägung.

D. Missionswesen. Freiheit, Stellung Englands und Frankreichs:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186 B.
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4224 B.

E. Schuldenwesen, Anleihedenkschriften, siehe „Schuldenwesen" unter I A 1.

F. Schutztruppe, Charakter als Polizeitruppe: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3186 D.

Schutzgebietsrechnung siehe „Rechnungswesen" unter C.

Schutzhaft siehe „Belagerungszustand" unter II 9 und „Elsaß-Lothringen" unter 2 e.

Dr. **Schwander**, Wirklicher Geheimer Rat, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern.

Ernennung zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3941 C.

Entbindung von seinem Amte als Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 B.

Schwarze Listen, britisches System gegen Neutrale, siehe „Krieg" unter II E 4.

Schweden. Beeinflussung der Wahlen durch die Friedensresolution vom 19. 7. 1917: Bd. 310, 122. Sitz. S. 3749 C.

Schwefel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 339.

Schwefelkies siehe „Kriegswirtschaft" unter II 340.

Schwefelsäure siehe „Kriegswirtschaft" unter II 341.

Schweine, Schweinezucht. Versorgungsmaßnahmen usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 342.

Schweiz.
Neutralität, keine Störung durch Deutschland: Bd. 311, 133. Sitz. S. 4142 D.

Anfrage Dr. Heckscher: Nach Angaben Schweizer Blätter hat der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch vertrauliche Mitteilung an den italienischen Gesandten die dem höchsten Beamten eines neutralen Staates obliegenden Verpflichtungen, und zwar Deutschland gegenüber schwer verletzt.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft zu erteilen, ob die Angaben der Schweizer Blätter zutreffen und ferner welche Schritte die deutsche Reichsregierung

Schweiz (Fortsetzung).

in solchem Falle unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt?: Bd. 323, Nr. 1383.
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4451 C. — Verbesserung von Ungenauigkeiten der Ausdrucksweise in der Anfrage. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Werner (Gießen): Bei dem neuen reichsdeutsch-schweizerischen Handelsabkommen sind der Schweiz monatlich größere Mengen Kohlen zugestanden worden. Zugleich verlautet, daß die Vereinigten Staaten der Schweiz Munitionsaufträge erteilt haben.
Ist das Erforderliche geschehen, um zu verhindern, daß deutsche Kohlen zur Herstellung feindlicher Geschosse verwendet werden?
Bd. 321, Nr. 1007.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1066.

Kartoffelausfuhr nach der Schweiz siehe „Kriegswirtschaft" unter II 189 c.

Wehrbeitrag, einmalige Erhebung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 477 D.

Schwerarbeiter, Schwerstarbeiter siehe „Kriegswirtschaft" unter II 343.

Schwerindustrie siehe „Kriegsindustrie".

Seekarten siehe „Marine" unter 36.

Seekrieg 1914—1918.
A. Seekrieg im allgemeinen, Deutsche Kriegsflotte.
Leistungen, Erfolge im Seekriege, Schlacht am Skagerrak, Bedeutung, Erschütterung der englischen Seeherrschaft: Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158 B, 3160 A, 3167 C, 3171 B, 3172 B ff., 3174 C, 3175 A, 3178 A, 3182 A, 3184 C.
Anerkennung der Leistungen aller Waffengattungen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5077 D, 5078 B, 5080 A, 5088 A, 5094 A, 5095 D, 5098 C, 5101 D.
Kriegsflotte, Leistungen, Eroberung der Inseln Oesel, Dagö, Moon: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3944 D.
Mißlingen des Sperrangriffs feindlicher Schiffe auf den Hafen von Ostende: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5080 D.
Stellung des Großadmirals v. Tirpitz zur Flottenfrage, zum Unterseebootkrieg siehe „v. Tirpitz".

B. Handelsschiffe, Bewaffnung, deutsche Denkschrift darüber: Bd. 307. 41. Sitz. S. 928 B.

C. Seekriegsführung.
Völkerrechtswidrige Maßnahmen der Feinde gegen die deutsche Seeschiffart: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3646 D.
Warnung vor der Ausreise kurz vor dem Kriege: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3361 A.
Seemachtstellung Englands, Fortführung des Seekrieges nach Abschluß des Landkrieges: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5097 C.
„Baralong", englischer Hilfskreuzer. Ermordung der Besatzung eines gesunkenen deutschen U-Bootes; Verhalten der englischen Regierung, deutsche Antwortnote:
Bd. 306, 22. Sitz. S. 436 B.
30. Sitz. S. 668 D.
—, Petition, betreffend Ahndung des Baralongfalls: Bd. 317, Nr. 210 unter 27. — Bd. 306, 32. Sitz. S. 761 C.

Anfrage Dr. Stresemann, Dr. Stubmann: Am 15. Juli 1917 ist eine Anzahl deutscher Handelsschiffe auf der Reise von Rotterdam nach deutschen Gewässern an der holländischen Küste auf niederländischem Hoheitsgebiet von englischen

Seekrieg 1914—1918. C. Seekriegführung (Fortsetzung).

Seestreitkräften unter Bruch der Neutralität und des Völkerrechts angegriffen und zum Teil gekapert und vernichtet worden.

Welche Stellung gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesem Neutralitätsbruch einzunehmen? Bd. 321, Nr. 944.

Bd. 310, 117. Sitz. S. 3609 C. — Beantwortet. S. auch: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3647 A.

Anfrage v. Graefe: Die dänische Regierung hat durch ein an die dänischen Rettungsgesellschaften ergangenes Verbot der Hilfeleistung verhindert, daß das deutsche Prisenschiff „Igotz Mendi" sich nach seiner Strandung an der Jütländischen Küste wieder flott machte. Obgleich die dänische Regierung hiermit absichtlich die Selbstrettung des Schiffes verhindert hat und nur deshalb die Bergung der Besatzung an Land notwendig wurde, hat die dänische Regierung die Besatzung des Schiffes internieren lassen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Vorgang nähere Auskunft zu geben, namentlich auch darüber, ob und in welcher Weise unverzüglich seitens des deutschen Gesandten in Kopenhagen gegen solches den Grundsätzen des Völkerrechts und einer loyalen Neutralität widersprechendes Verfahren der dänischen Regierung Schritte unternommen worden sind, welchen Erfolg sie gehabt haben, oder was die Reichsregierung weiter zum Schutze des deutschen Ansehens und wichtiger deutscher Interessen zu tun gedenkt?: Bd. 323, Nr. 1353.

Bd. 311, 138. Sitz. S. 4317 D. — Beantwortet.

Kriegsgefangene und internierte Seeleute, Behandlung, Entschädigung usw. siehe „Kriegsgefangene" unter II E und III D.

Feindliche Verluste an Schiffsraum durch Seeunfälle: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5080 C.

Schäden der deutschen Seeschiffahrt, Regelung des Ersatzes:

Bd. 307, 44. Sitz. S. 986 B, 987 B.
45. Sitz. S. 1011 D,

Verluste der deutschen Handelsflotte: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3642 C.

Kriegsschäden siehe „Krieg" unter VIII 4 und „Schiffahrt" unter D.

Kriegsschäden der Nordseebäder siehe „Krieg" unter VIII 3 d.

D. U-Bootkrieg:

Bd. 306, 8. Sitz. S. 127 B.
30. Sitz. S. 675 B.

a) Antrag Bassermann u. Gen.: In Erwägung, daß England nicht nur gegen die bewaffnete Macht des Deutschen Reichs Krieg führt, sondern gleichzeitig unter brutaler Verletzung des Völkerrechts und Vergewaltigung der Neutralen die rücksichtslosesten Maßnahmen getroffen hat, um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu verhindern und das deutsche Volk durch Hunger niederzuzwingen,

in fernerer Erwägung, daß umgekehrt Deutschland in der Lage ist, durch eine uneingeschränkte und rücksichtslose Führung des U-Bootkrieges die englische Frachtraumnot so zu vergrößern, daß die ausreichende Versorgung des englischen Volkes mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen außerordentlich erschwert, vielleicht sogar unmöglich gemacht und dadurch ein schnelleres, für

Seekrieg 1914—1918. D. U-Bootkrieg (Fortsetzung).

Deutschland siegreiches Ende des Krieges herbeigeführt werden kann,

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: keine Abmachungen mit anderen Mächten einzugehen, die uns in dem uneingeschränkten Gebrauch der U-Bootwaffe zu behindern geeignet sein könnten, sondern dahin zu wirken, daß deutscherseits von der U-Bootwaffe in der Kriegszone auch im Handelskriege, abgesehen von den lediglich der Personenbeförderung dienenden Passagierdampfern, derjenige Gebrauch gemacht wird, der sich aus der technischen Eigentümlichkeit der Waffe ergibt: Bd. 317, Nr. 231. — Unerledigt.

b) Antrag Arnstadt u. Gen., folgende Erklärung dem Herrn Reichskanzler zu übermitteln: Angesichts des Versuches Englands, unser Volk durch Absperrung und Aushungerung niederzuringen, und der dadurch erfolgten Ausdehnung des Krieges über die bewaffnete Macht hinaus auf die gesamte Bevölkerung, ist die rücksichtslose Anwendung aller unserer militärischen Machtmittel gegen England geboten, um es auch unsererseits in seiner Ernährung und seiner Volkskraft zu bekämpfen.

In dem neuerdings bekanntgegebenen Entschlusse der Reichsleitung über die Führung des Unterseebootkrieges ist eine für diese Zwecke geeignete Maßregel nur zu erblicken, wenn deren praktisch wirksame Durchführung der Eigenart der Waffe entsprechend gesichert ist: Bd. 317, Nr. 232. — Unerledigt.

c) Antrag Spahn, Gröber, Dr. Mayer (Kaufbeuren), folgende Erklärung dem Herrn Reichskanzler zu übermitteln: Nachdem das Unterseeboot sich als eine wirksame Waffe gegen Englands Kriegsführung erwiesen hat, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß, da die Frage der Verwendung der Unterseebootswaffe im Völkerrechte noch nicht geregelt ist, bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauch dieser Waffe gewahrt wird: Bd. 317, Nr. 233. — Unerledigt.

d) Antrag Albrecht u. Gen., dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln: Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootwaffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reichs, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt: Bd. 317, Nr. 245. — Unerledigt.

e) Ber. d. Haush. Ausschuß über den Etat des Auswärtigen Amts für 1916 mit dem Antrage, folgende Erklärung dem Herrn Reichskanzler zu übermitteln: Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln so auch von den Unterseebooten den-

Seekrieg 1914—1918. D. U-Bootkrieg (Fortsetzung).

jenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren: Bd. 317, Nr. 255 unter III
und

Antrag Bernstein u. Gen. zum Etat für das Auswärtige Amt für 1916, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten: Auch für den U-Bootkrieg haben die Bestimmungen des Völkerrechts zu gelten.

Insbesondere darf der rücksichtslose U-Bootkrieg, also die warnungslose Torpedierung von Handels- und Passagierschiffen gegnerischer und neutraler Staaten unter keinen Umständen zur Anwendung gebracht werden.

Der Reichstag erwartet, daß der Reichskanzler schleunigst durch die Einleitung von Friedensverhandlungen eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen sucht: Bd. 317, Nr. 258.

Bd. 307, 35. Sitz. S. 780B (zur Geschäftsordnung).
39. Sitz. S. 858C.
40. Sitz. S. 867B, 875A, 876D, 881A, 887B, 890B, 896D. — Antrag des Haushaltsausschusses angenommen, Antrag Bernstein u. Gen. abgelehnt.

f) Ferner:
Bd. 307, 55. Sitz. S. 1299A, 1311C, 1316D, 1326D, 1334B.
60. Sitz. S. 1527A, 1535B, 1537C.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1652D, 1654D.
64. Sitz. S. 1704A, 1724C, 1729B, 1735D.

g) Petition des Professors D. Dr. Dietrich Schäfer in Berlin, betr. Führung des U-Bootkrieges.

Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 255 unter IVa und S. 12.

Bd. 307, 40. Sitz. S. 897C. — Für erledigt erklärt.

Ferner: Bd. 307, 55. Sitz. S. 1315D.

Beschlagnahme von Druckexemplaren der Eingabe:
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1235A, 1240D.
54. Sitz. S. 1258C, 1266C, 1273A, 1276D.

h) Anfrage Schiffer (Magdeburg): In Spanien ist wegen der Versenkung von Fruchtschiffen durch deutsche U-Boote eine gewisse Erregung entstanden, obgleich diese Maßnahme sich durchaus im Rahmen der völkerrechtlichen Bestimmungen hält.

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, darüber Mitteilung zu machen, ob die Königlich spanische Regierung wegen dieser Vorgänge vorstellig geworden ist, und wenn dies der Fall gewesen ist, welche Antwort ihr gegeben wurde?: Bd. 319, Nr. 441.

Bd. 308, 68. Sitz. S. 1838D. — Beantwortet.

Baralong-Fall siehe vorstehend unter C.

Seekrieg 1914—1918 (Fortsetzung).

E. U-Bootkrieg, uneingeschränkter (Note v. 31. 1. 1917).

a) Seesperre, Einführung und Durchführung, Stellung der Neutralen, Proteste, Vergünstigungen für Neutrale:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376A, 2409A.
84. Sitz. S. 2414C, 2415C, 2423B ff., 2425B, 2437C.
85. Sitz. S. 2472B, 2484B.

Gründe dafür, Notwehr, Absperrung Deutschlands durch England, Hungerblockade, Bewaffnung der englischen Handelsschiffe:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376B, 2377B ff., 2378B, 2380D, 2394D.
84. Sitz. S. 2424C ff., 2441A.
85. Sitz. S. 2471A.
95. Sitz. S. 2868A ff.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570A, 3576C.

—, Schnellere Beendigung des Krieges, Niederkämpfung Englands; Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2380D ff., 2394D, 2410B.
84. Sitz. S. 2413C, 2414D, 2422D, 2438B.
85. Sitz. S. 2471C.
86. Sitz. S. 2485A.

—, Völkerrechtliche Einwände:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2437C.
85. Sitz. S. 2471A.

Stellung des Reichstags zur Durchführung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges (Juli 1918): Bd. 312, 163. Sitz. S. 5079D, 5096D, 5098B, 5100B, 5101D.

Stellung der Sozialdemokratie:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6160D.
194. Sitz. S. 6182D.
195. Sitz. S. 6216A, 6232A.

Ablehnende Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2367B.

Petitionen, betreffend rücksichtslose Führung des U-Bootkrieges, rasche Niederkämpfung Englands usw.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 655 (berichtigt) unter II b.

Bd. 309, 96. Sitz. S. 2933D.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499C. — Für erledigt erklärt.

Verbot der Veröffentlichung eines Artikels des Vizeadmirals Galster über die U-Boot-Frage in der „Hilfe": Bd. 311, 136. Sitz. S. 4269A.

Stimmungsmache der Alldeutschen, Aufsätze des Grafen Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung", Reden v. Heydebrand, v. Tirpitz: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3576C, 3587C. — Siehe auch unter Ed und „v. Tirpitz".

b) Politische Folgen, Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Amerika, Botschaft Wilsons an den Kongreß vom 3. 2. 1917.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2376B ff., 2377D, 2388A, 2395A, 2405C, 2409D.
84. Sitz. S. 2415A, 2424A ff., 2438A.
85. Sitz. S. 2469C.
86. Sitz. S. 2483D, 2504C.
95. Sitz. S. 2867D ff.

Seekrieg 1914—1918. E. U-Bootkrieg, uneingeschränkter (Note vom 31. 1. 1917 (Fortsetzung).

—, Stellung Amerikas zum deutschen U-Boot-Krieg, Geschichtliches, Verhandlungen: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2867 D ff., 2871 A.

—, Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2498 C.

Urteile der neutralen und feindlichen Presse, Broschüre, Massenverteilung: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5098 C.

c) Technische Entwicklung des U-Boots, Zahl der deutschen U-Boote, Stellung der Marineverwaltung zur Frage des Baues von U-Booten:
Bd. 307, 41. Sitz. S. 927 A.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2484 D.

Neubau, Leistungsfähigkeit, Seeausdauer, Verluste, Abwehrmittel, Mannschaftsausbildung:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158 D, 3160 B, 3171 C, 3173 D, 3174 B, 3175 A, 3178 B.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5079 D, 5080 A, C, 5096 D, 5097 C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843 B,

Versenkung von $^2/_3$ aller deutschen Unterseeboote, Erklärungen des französischen Marineunterstaatssekretärs, des engl. Marineministers u. a.:
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843 B, C.

d) Wirkung des unbeschränkten U-Bootkrieges.
Angebliche U-Boot-Prophezeihung des Großadmirals v. Tirpitz über Niederwerfung Englands nach sechs Monaten uneingeschränkten U-Boot-Krieges:
Bd. 310, 122. Sitz. S. 3743 A.
124. Sitz. S. 3781 A, 3797 B.

—, Voraussagen (Helfferichs) bezüglich seiner Wirksamkeit und des Eingreifens Amerikas, Truppentransporte Amerikas: Bd. 313, 180. Sitz. S. 5661 C.

Art der Kriegführung, Londoner Deklaration, Seesperre, Entwicklung:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3158 C, 3160 C, 3171 B, D, 3174 A, 3175 A, 3178 C, 3181 D.

Erfolge, Leistungen der Marine, Schiffsraum-Verluste der Feinde, Schiffsneubau der Feinde:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2378 D, 2410 B.
84. Sitz. S. 2414 B, 2437 D.
85. Sitz. S. 2471 B.
86. Sitz. S. 2501 B.
95. Sitz. S. 2833 D, 2843 A, 2849 C, 2850 A, 2864 B, 2865 D, 2871 A, 2873 C.
98. Sitz. S. 2955 C, 2957 B, 2958 B.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3397 D.
Bd. 311, 136. Sitz. S. 4235 A, 4261 D, 4269 A, 4274 D, 4275 C.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5079 D, 5080 A, 5096 A ff., 5098 B, 5100 B, 5101 D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5843 D.

—, Anerkennung der Leistungen der Offiziere und Mannschaften: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5078 A, 5080 A, 5088 B, 5095 D.

Tonnage-Problem für England, Mangel an Schiffsraum, Einfuhr, Berechnungen usw.: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2381 B.

Wirkung für Englands Volkswirtschaft, Lebensmittelschwierigkeiten: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2471 C.

Seekrieg 1914—1918. E. U-Bootkrieg, uneingeschränkter (Note vom 31. 1. 1917 (Fortsetzuug).

Erreichung des Zwecks, Niederwerfung bzw. Einlenkung Englands:
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3570 D, 3576 B, 3584 C, 3585 A, 3587 C.
Bd. 311, 127. Sitz. S 3944 D, 3956 D.
136. Sitz. S. 4260 D, 4275 C.

Schiffsraumverluste Englands, Uebernahme von neutralem Schiffsraum durch England Bd. 311, 127. Sitz. S. 2956 D.

Frage der zu späten Einführung, Berechnung der Welttonnage: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4261 D, 4269 A, 4274 D.

Wirkung, feindliche Urteile: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3831 A.

Bedeutung für die Friedensverhandlungen: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5097 D, 5098 C, 5100 C.

e) Unbeschränkter U-Bootkrieg, Einzelnes.
Versenkung holländischer Schiffe infolge eines Mißverständnisses:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2409 B.
84. Sitz. S. 2414 C, 2422 C.
95. Sitz. S. 2829 D, 2830 D.

Verkehr von Lebensmittelschiffen zwischen England und Dänemark, Wirkung der deutschen Handelssperre: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2493 B, 2497 D, 2498 A.

Vergünstigungen für Norwegen, Dänemark, Schweden:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2874 A.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3397 D.

Torpedierung der „Arabic", des französischen Dampfers „Sussex" und anderer Schiffe: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2868 D ff.

Seekriegsrecht. Seebeuterecht, Abschaffung: 30. Sitz. S. 675 A.

Seemannsordnung.
Arbeiterschutzbestimmungen, Aufrechterhaltung nach dem Kriege: Bd. 310, 119. Sitz. S. 3644 B.
Berechnung der Heuer: Bd. 310, 120 Sitz. S. 3667 B.
Koalitionsrecht der Seeleute:
Bd. 310, 119. Sitz. S. 3649 A.
120. Sitz. S. 3657 D.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3877 C.

Seemuscheln siehe „Kriegswirtschaft unter II 107.

Seerecht. Verjährungsfristen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 396.

Seesäugetiere siehe „Kriegswirtschaft" unter II 345.

Seeunfallversicherung siehe „Versicherungswesen" unter II D 8

Seeversicherung von 1914 siehe „Kriegswirtschaft" unter II 346.

Seide. Petition der Deutschen Seidenbaugesellschaft in Berlin um Gewährung einer Beihilfe zur Erreichung ihrer Aufgabe, die deutschen Seidenfabrikanten in ihrem Rohstoffbezuge vom Ausland unabhängig zu machen.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 293 unter IV b 1.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1146 A.
53. Sitz. 1229 A, 1252 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Seife, Wasch- und Reinigunggmittel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 347.

Seifenfabriken, Stillegung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Seilerwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 349.

Selbstverpflegung siehe „Reichsheer" unter 137 e.

Dr. **Semler**, Abgeordneter für den 2. Hannoverschen Wahlkreis. Gestorben am 23. September 1914: Bd. 306, 3. Sitz. S. 14 D.

Serbien. Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn: Bd. 315, Nr. 19. — Siehe auch „Krieg" unter I B.
Staatsanleihen siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter B.

Servis wesen. Verzeichnis derjenigen Stellen des Landheeres, der Marine und des Reichsmilitärgerichts, welche unter A 1 bis 8 des Servistarifs fallen, nebst Begründung zu den Aenderungen des Verzeichnisses und Zusammenstellung der Jahressätze an Wohnungsgeldzuschuß, Selbstmieter- (Stall-) Servis und Naturalquartierservis: Anlage 4 zu den Etatsgesetzen für 1915, 1916, 1917 und 1918, S. 24, 26 der Etatsentwürfe.

Seuchen siehe „Krankheiten, gemeingefährliche".

Siam. Ueberführung von in Siam ansässigen deutschen Familien nach Indien siehe „Kriegsgefangene" unter III D.

Siegburg, militärische Institute siehe „Reichsheer" unter 177.

Siegen, Kreis. Anfrage Mumm: In seinem bekannten Septemberbrief hob Generalfeldmarschall v. Hindenburg besonders die wirtschaftliche Not des Kreises Siegen hervor. Diese Not ist keineswegs gehoben.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem dortigen Notstand, soweit dort geringere Mengen an Fetten, Kartoffeln und Fleisch wie im Reichsdurchschnitt geliefert werden, sowie dem dortigen Gerstenmangel abzuhelfen?: Bd. 320, Nr. 579.
Schriftliche Antwort: Bd. 320, Nr. 594.

Silber und Silberwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 350.

Skagerrak, Seeschlacht, siehe „Seekrieg" unter A.

Smuts, englischer General.
Rede des Generals Smuts über die englischen Kriegsziele, Rückgabe der Schutzgebiete an Deutschland, Eingeborenenfrage usw.: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4193 C, 4199 B ff., 4223 D.

Soda siehe „Kriegswirtschaft" unter II 351.

Sofia. Bau eines Gesandtschaftsgebäudes in Sofia: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1340 A.

Soldaten siehe „Reichsheer" unter 116.

Soldatenheime siehe „Reichsheer" unter 169.

Soldatenmißhandlungen siehe „Reichsheer" unter 116 b.

Somali-Land. Deutsche Kriegsgefangene siehe „Kriegsgefangene" unter III E.

Sommerzeit siehe „Kriegswirtschaft" unter II 352.

Sonntagsruhe siehe „Gewerbeordnung" unter 4.

Sozialdemokratie, deutsche.
1. Allgemeines; Programm. Beibehaltung des Programms nach dem Kriege (Klassenkampf, Republik):
Bd. 307, 40. Sitz. S. 896 A.
60. Sitz. S. 1534 B, 1537 A, 1539 A, 1547 A.
Bekämpfung des Imperialismus in jedem Lande als Parteiaufgabe usw. (U. S. P. D.): Bd. 311, 145. Sitz. S. 4540 B, 4545 B, 4552 D.

Sozialdemokratie, deutsche. 1. Allgemeines; Programm (Fortsetzung).
Appell der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an die internationale Sozialdemokratie, die kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische zu ersetzen: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6236 A.
Pflicht des deutschen Arbeiters und Soldaten zur Revolution gegen Kapitalismus und Imperialismus im eigenen Lande (U. S. P. D.): Bd. 314, 196. Sitz. S. 6269 C, 6270 D.
Bekenntnis zur internationalen Sozialdemokratie im Einklang mit der Liebe zum Vaterland (U. S. P. D.): Bd. 314, 195. Sitz. S. 6234 C.
Anerkennung des Rechts der Völker auf Revolution: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6293 A.
Sozialdemokratie, revolutionäres Proletariat. — Programm-Ablehnung eines Verständigungsfriedens auf bürgerlich-kapitalistischer Grundlage, Forderung eines Machtfriedens in dem Sinne, daß die Bourgeoisie überwältigt, die bürgerlich-kapitalistische Regierung gestürzt, der Militarismus zertrümmert wird und das revolutionäre Proletariat der bürgerlichen Gesellschaft den sozialistischen Frieden diktiert; Ablehnung der sogenannten Demokratie und des Parlamentarismus, Forderung der Abdankung des Kaisers und der Republik auf Grundlage der sozialistischen Revolution: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6270 A.
2. Stellung zum Ausstand in der Kriegsindustrie siehe „Kriegsindustrie" unter III.
Unabhängige, Stellung zum Rüstungsstreik, Friedensbestrebungen:
Bd. 309, 101. Sitz. S. 3098 A, 3100 D, 3102 A, C.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105 D, 3119 A, 3130 C, 3135 A, 3139 A, 3140 D.
3. Entwicklung.
Entwicklung während des Kriegs, Aenderung ihres Systems, friedliche Durchführung ihres Programmes (Mehrheitssozialdemokraten).
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2565 A.
88. Sitz. S. 2577 B.
—, Angeblicher Niedergang, Polemik Haase-Dr. David, Wahl in Niederbarnim, Niederlage für die U. S. P. D.: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4540 D, 4551 D ff., 4555 B, 4556 C, 4560 A.
Sozialdemokratische Versammlungen in den Jahren 1914 bis 1917; Zahl: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3896 C.
4. Stellung zum Etat.
Gründe für Ablehnung des Etats:
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1545 C.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1587 C.
Stellung zum Notetat; Spaltung der Fraktion: Bd. 307, 37. Sitz. S. 841 C, 842 B, 845 B.
Ablehnung des Etats für 1917 wegen Belastung des Volkes durch Steuergesetze und Ernährungspolitik (Mehrheitssozialdemokratie): Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 A.
Ablehnung des Etats für 1918 durch die Mehrheitssozialdemokratie: Bd. 313, 182. Sitz. S. 5709 C, 5713 B, 5715 C, 5720 B, 5721 C.
Ablehnung des Etats durch die Unabhängige Sozialdemokratie:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2825 B.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3498 B.
Bd. 311, 142. Sitz. S. 4424 A.
5. Finanzprogramm, Grundsätze der Steuerpolitik (U. S. P. D.): Bd. 312, 152. Sitz. S. 4782 B.

Sozialdemokratie, deutsche (Fortsetzung).

6. Friedensbewegung.

Stellung der Mehrheits-Sozialdemokratie, Verteidigungs- und Friedensbereitschaft:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2366 C.
83. Sitz. S. 2387 B ff, 2394 B, 2406 D.
84. Sitz. S. 2434 D, 2442 C, 2443 A.
85. Sitz. S. 2456 A.
86. Sitz. S. 2481 D.
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5545 B, 5554 D.

Kriegsziele des Abgeordneten Scheidemann, Stellung des Reichskanzlers dazu:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1922 A.
71. Sitz. S. 1944 B.
76. Sitz. S. 2166 B, 2173 C, 2179 C.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3385 D ff, 3390 C, 3395 D ff, 3416 A, 3418 A, 3419 D.

Verständigungsfriede, Stellung der Sozialdemokratie, Friedensentschließung des Ausschusses der deutschen Sozialdemokratie („ohne Entschädigung und Annexion"), Verzichtfrieden, internationaler und nationaler Friede:
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3384 D ff, 3386 D, 3388 A ff, 3390 B, 3396 D, 3401 D, 3408 C, 3411 D, 3413 A, 3416 A.
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3960 D, 3962 A.

Friedenspolitik der Mehrheitssozialisten, Kritik durch den Abgeordneten Dittmann, Kriegskredite:
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3771 D, 3775 D.

Angebliche Annexionspolitik der Mehrheitssozialisten, Artikel im „Vorwärts", Stellungnahme der Sozialisten der Entente:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3960 D, 3962 A.

Friedenseingabe, Beschlagnahme, siehe „Belagerungszustand" unter II 7.

b) Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie, Friedensbereitschaft:
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2439 D ff., 2441 D.
85. Sitz. S. 2456 A.
86. Sitz. S. 2481 D.
101. Sitz. S. 3098 A, 3100 D, 3102 A, C.
Bd. 310, 102. Sitz S. 3105 D, 3119 A, 3130 C, 3135 A, 3139 A, 3140 B.
125. Sitz. S. 3854 C.

Friedensresolution der U. S. P. D.: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 B.

Verbot von Versammlungen und Demonstrationen der U. S. P. D. zugunsten eines Verständigungsfriedens: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3958 C ff.

Friedensmanifest siehe „Belagerungszustand" unter II 12 D b.

Paßverweigerung zur Reise nach Stockholm siehe „Belagerungszustand" unter II 6.

Stellung der U. S. P. D. zu den polnischen Annexionsansprüchen: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6234 A.

Aufruf der Bevölkerung gegen die nationale Verteidigung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6269 C.

7. Stellung zu den Friedensverträgen von Brest-Litowsk.

Ablehnung des Friedensvertrages durch die Mehrheitssozialdemokratie, Gründe (Nichtdurchführung des Selbstbestimmungsrechts usw.):
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4464 A, D, 4465 B ff.
145. Sitz. S. 4536 B, 4544 B.
Siehe auch: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4285 C.

—, Mißtrauische Haltung der Bolschewiki den deutschen Mehrheitssozialisten gegenüber, Tätigkeit des Sozialdemokraten Dr. Parvus-Hellphand:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3961 A, 3965 C, 3966 B.
128. Sitz. S. 3980 D.

Ablehnung des Friedensvertrages durch die Unabhängige Sozialdemokratie, Gründe:
Bd. 311, 143. Sitz. S. 4473 C.
145. Sitz. S. 4540 B, 4551 A, 4554 B, 4559 B, 4561 B, C.

—, Vorwurf der Vertretung der Interessen des Auslands gegen die U. S. P. D. (Ablehnung des Friedensvertrags mit Rußland): Bd. 311, 145 Sitz. S. 4555 A, 4559 B, 4561 B, C.

Stellung der deutschen Sozialdemokratie, auch der Unabhängigen Sozialdemokratie, zur russischen Revolution siehe auch „Rußland" unter A 4, 7 u. 9 und „Belagerungszustand" unter II 12 E b c.

7. Stellung zum Imperialismus siehe unter 1.

8. Jugendbewegung siehe „Jugendliche" unter D.

9. Stellung zur Kolonialpolitik: Bd. 307, 75. Sitz. S. 1391 A.

10. Stellung zum Kriege; Bewilligung der Kriegskredite:
Bd. 306, 2. Sitz. S. 8 C.
3. Sitz. S. 20 D.
9. Sitz. S. 132 C.
12. Sitz. S. 173 A.
25. Sitz. S. 506 D.
Bd. 307, 39. Sitz. S. 857 D.
60. Sitz. S. 1523 C, D.

Politik am 4. 8. 1914, Kreditbewilligung, Gründe dafür, Abwendung der russischen Gefahr: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4531 B, 4552 B, 4555 D.

Ablehnung der Kriegskredite durch 20 Mitglieder: Bd. 306, 25. Sitz. S. 507 C.

Bewilligung späterer Kriegskredite durch die Mehrheitssozialdemokratie, Gründe:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2366 B, 2369 C.
83. Sitz. S. 2389 C.
84. Sitz. S. 2438 D.
85. Sitz. S. 2455 B.
96. Sitz. S. 2899 B ff.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3579 A.
124. Sitz. S. 3771 D.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3972 B, 3978 B, 3980 C, 3982 B.
137. Sitz. S. 4287 D ff.
145. Sitz. S. 4526 B, 4527 B.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6145 A.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 A.
195. Sitz. S. 6214 C, 6230 A.

Ablehnung des Kriegskredits durch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei:
Bd. 308, 61 Sitz. S. 1591 C, 1592 C.
68. Sitz. S. 1856 A.
76. Sitz. S. 2194 D.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2366 C ff, 2369 B.
84. Sitz. S. 2413 C, 2438 D ff, 2442 C ff.
85. Sitz. S. 2455 B, 2469 A.
86. Sitz. S. 2482 A, 2504 B.
96. Sitz. S. 2929 B, 2931 C.
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3592 C.

Sozialdemokratie, deutsche. 10. Stellung zum Kriege, Bewilligung der Kriegskredite (Fortsetzung)

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4493 C.
145. Sitz. S. 4528 C.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6145 C.
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 A.
195. Sitz. S. 6214 C, 6230 A.

Haltung während des Krieges, Beibehaltung des Programms: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2875 D.

Stellung zur Fortsetzung des Krieges und zur Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich (Mehrheitssozialdemokraten): Bd. 309, 96. Sitz. S. 2899 B ff.

Die unabhängige Sozialdemokratie will nicht den Sieg Deutschlands: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2194 B.

11. Stellung zum Militarismus: Bd. 313, 173. Sitz. S. 5439 D.
—, Unabhängige Sozialdemokratie:
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5440 A, 5448 D.
175. Sitz. S. 5516 B ff.
184. Sitz. S. 5841 A.
12. Stellung zur Monarchie (Unabhängige Sozialdemokratie): Bd. 313, 175. Sitz. S. 5516 B ff.
Siehe auch unter 1 und „Monarchie".
13. Patriotismus: Bd. 306, 8. Sitz. S. 123 A.
14. Politische Tätigkeit, Vereins- und Versammlungswesen, Agitation, Bekämpfung der Regierung während des Belagerungszustandes, revolutionäre Bestrebungen siehe unter 1 und „Belagerungszustand" unter II 2e und h, 11b (Redeverbote), m (Versammlungen).
Agitation in der Flotte durch Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie (Dittmann, Haase, Vogtherr), Fall Reichpietsch siehe „Marine" unter 31.
15. Stellung zur Regierung, zu den Parteien des Reichstags.
a) Mehrheitssozialdemokratie,
Beteiligung an der Staatsverwaltung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2856 B.
Mehrheitsparteien des Reichstags, Programm, Ausschluß der Konservativen, Forderungen der Sozialdemokratie:
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4170 D.
135. Sitz. S. 4183 C, 4228 B.
136. Sitz. S. 4361 B (Herrschaft der Sozialdemokratie).
137. Sitz. S. 4388 B.
Bevorzugung der Mehrheitssozialdemokratie, Schluß des Reichstags wegen des sozialdemokratischen Parteitags: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3896 C.
Eintritt in die neue Reichsleitung, Beweggründe, Festhalten an den alten grundsätzlichen Anschauungen und Aufgaben und an der internationalen Völkergemeinschaft:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6166 A.
194. Sitz. S. 6188 A.
195. Sitz. S. 6218 B.
196. Sitz. S. 6268 D.
Stellung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und Regierungsmehrheit zum Kaiser: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6268 B.
b) Unabhängige Sozialdemokratie.
„Die Partei der U. S. steht für mich jenseits der Linie" derer, „die nicht den Bestand des Deutschen Reichs gefährden usw." (Reichskanzler Dr. Michaelis):
Bd. 310, 124. Sitz. S. 3773 B, 3775 C, 3786 B, 3787 C, 3794 C, 8795 C, 3799 C, 3801 C, 3805 A.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4295 C.
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5142 B.

Sozialdemokratie, deutsche. 15. Stellung zur Regierung, zu den Parteien des Reichstags (Fortsetzung).

Angebliche Besprechung der Parteien unter Teilnahme der Mehrheitssozialisten beim Reichskanzler über ein Vorgehen gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten (Artikel in der Kreuz-Zeitung): Bd. 311, 127. Sitz. S. 3964 C, 3965 A, 3966 A.

Stellung zum Kaiser, Krieg mit den Hohenzollern oder Friede ohne die Hohenzollern: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6268 B.

c) Sozialdemokratische Propaganda für den deutschen Metallarbeiterverband durch die Kriegsamtsstelle Leipzig: Bd. 311, 126. Sitz. S. 3896 B.

16. Reichsheer. Behandlung von Anhängern der Sozialdemokratie im Heere siehe „Reichsheer" unter 152d u. e. Siehe auch „Vorwärts".
17. Stellung zu Republik siehe unter 1.
18. Revolutionäre Bestrebungen siehe unter 1 und unter 14.
19. Anteil an der Entwicklung der Sozialpolitik:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2545 B, 2559 B.
88. Sitz. S. 2587 A, 2592 B.
89. Sitz. S. 2634 D.
20. Stellung zum uneingeschränkten U-Bootkrieg:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6160 D.
194. Sitz. S. 6182 D.
195. Sitz. S. 6216 A, 6232 A.
—, Unabhängige Sozialdemokratie: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5100 B, 5101 D.

Sozialdemokratie, internationale, Ententesozialisten.
Friedensbestrebungen und Kriegsziele der internationalen Sozialdemokratie:
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1369 D.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2436 B, 2442 B.
85. Sitz. S. 2456 A.
101. Sitz. S. 3069 C, 3098 D, 3101 B.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3105 D, 3117 D, 3119 A, 3134 C, 3139 A.
110. Sitz. S. 3454 A.

Stellung der auswärtigen, insbesondere der französischen Sozialisten zum Frieden (Zimmerwald):
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2436 B, 2442 B.
85. Sitz. S. 2456 A.

—, Erste Aufstellung des Friedensgrundsatzes vom Selbstbestimmungsrecht in Zimmerwald: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6183 B.

Sozialistenzusammenkunft in Stockholm über die Friedensfrage, Verweigerung von Pässen an die Teilnehmer usw.: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3394 A, 3404 C, 3412 B.

Friedensdenkschrift der Sozialisten der Stockholmer Kongresse: Bd. 310, 116. Sitz., S. 3590 B ff.

Friedensbedingungen, Beschlüsse der sozialistischen und Arbeiterkonferenz in London: Bd. 311, 135 Sitz. S. 4194 B.

Russische Sozialdemokratie (Trotzki, Lenin), Friedenspolitik, Stellung zu den deutschen Mehrheitssozialisten und zur Unabhängigen Sozialdemokratie: Bd. 311, 128 Sitz. S. 3978 C, 3980 D, 3982 A ff.

Revolution im Frühjahr 1917, Rückblicke, Begrüßung durch die deutsche Sozialdemokratie: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4463 A, C.

—, siehe auch „Rußland" unter A 4, 7 u. 9.

Sozialdemokratie, Reichsverband zur Bekämpfung der — Anfrage Scheidemann, Spiegel:
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Landrat des Landkreises Düsseldorf Agitation im Interesse des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie

Sozialdemokratie, Reichsverband zur Bekämpfung der — (Fortsetzung).

betreibt, wie das z. B. durch das folgende vertrauliche Rundschreiben klar in die Erscheinung getreten ist:

Vertraulich.

„Düsseldorf, den 13. Novbr. 1917. Postfach.

In der Anlage gestatte ich mir, einen vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen nationalen Volkskalender 1918 als Geschenk zu übersenden mit der Bitte, denselben eventuell zur Verteilung an Ihre Arbeiter zu bestellen. Der Kalender ist zu haben in der Verlagsanstalt und Druckerei „Teutonia", G. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr., und kostet 15 Pfg. das Stück.

Ich bin gern bereit, die Bestellung gesammelt zu übernehmen und bitte event. um Mitteilung der gewünschten Anzahl bis zum 30. d. Mts.

gez. v. Beckerath.

Beglaubigt (Name unleserlich)."

An die industriellen Werke des Kreises.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine derartige behördliche Agitation zu unterbinden?: Bd. 322, Nr. 1190.

Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1290.

Sozialismus.

Wesen des wirtschaftlichen S., Freiheit und Selbstbestimmung für das arbeitende Volk: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4955 D ff.

Sozialisierung der Produktionsmittel, Abkehr von dem Privatbetrieb nach dem Kriege (sozialdemokratischer Zukunftsstaat, Zwangsarbeitsheer), nähere Ausführungen: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4252 D ff.

—, Der Kapitalismus als Kriegsursache, Abhilfe allein durch die sozialistische Weltordnung: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4474 D.

Siehe auch „Kriegssozialismus" und „Sozialdemokratie".

Sozialpolitik. — Siehe auch „Gewerbeordnung", „Versicherungswesen" und die weiteren sachlichen Stichworte.

1. Entwicklung, Bewährung der Sozialpolitik im Kriege:
   Bd. 306, 7. Sitz. S. 88 C.
   Bd. 308, 64. Sitz. S. 1715 C.
   Bd. 309, 87. Sitz. S. 2543 B, 2545 B, 2547 A, 2548 B, 2559 B.
   88. Sitz. S. 2572 D, 2587 A, 2601 A.
   89. Sitz. S. 2634 B, D, 2638 B.

   Fortsetzung, Nutzen:
   Bd. 307, 35. Sitz. S. 781 D.
   49. Sitz. S. 1114 A.
   50. Sitz. S. 1125 C, 1140 C.

   —, Ausbau, kapitalistische und wirtschaftliche Widerstände:
   Bd. 310, 121. Sitz. S. 3686 D, 3693 C, 3695 D, 3702 C, 3707 A ff.
   Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946 A.
   134. Sitz. S. 4159 A.
   Bd. 312, 158. Sitz. S. 4934 C.
   159. Sitz. S. 4977 B, 4978 A.
   161. Sitz. S. 5022 B.

   Anteil der Sozialdemokratie an der Entwicklung der Sozialpolitik.
   Bd. 309, 87. Sitz. S. 2545 B, 2559 B.
   88. Sitz. S. 2587 A, 2592 B.
   89. Sitz. S. 2634 D.

   Zusammenarbeiten von Regierung und Arbeiterorganisationen: Bd. 311, 134. Sitz. S. 4159 A.

   Forderung einer großangelegten, auf freiheitlichen Grundsätzen der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung aufgebauten Sozialpolitik für Stadt und Land: Bd. 311, 140. Sitz. S. 4370 A.

   Errichtung eines besonderen Amtes für Sozialpolitik, siehe „Reichsamt des Innern", „Reichsarbeitsamt", „Reichswirtschaft".

   Einberufung eines ständigen Beirats aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beratung sozialpolitischer Fragen usw., Resolution Bd. 324, Nr. 1532 (abgeändert), siehe „Gewerbeordnung" unter 1.

2. Einrichtung eines sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags, Aufgaben:
   Bd. 312, 155. Sitz. S. 4853 C.
   158. Sitz. S. 4926 B.
   159. Sitz. S. 4964 B, 4980 B.
   160. Sitz. S. 4990 A.
   Bd. 313, 183. Sitz. S. 5783 A.
3. Kriegsmaßnahmen siehe „Gewerbeordnung", „Kriegswirtschaft", „Versicherungswesen" usw.
4. Bericht des Haushalts-Ausschusses über Soziales: Bd. 322, Nr. 1103 Ziff. III S. 13.
   Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938 B.
   Petitionen über Soziales: Bd. 322, Nr. 1103 S. 38 unter II a.
   Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938 D. — Für erledigt erklärt.

Siehe weiteres bei den sachlichen Stichworten.

Spandau.

Anfrage Stahl: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Kriegsministerium zwei der Stadt Spandau gehörenden Schulen und zwar die 3. und 12. Gemeindeschule, trotz Weigerung des Magistrats, zu Wohnungszwecken für Munitionsarbeiterinnen in Gebrauch genommen hat? Die Stadt forderte gezwungenermaßen zum Ausgleich ihrer Verpflichtungen einen monatlichen Mietpreis von 4000 Mark für beide Schulen, der vom Kriegsamt abgelehnt wurde. Durch Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes wurden die Schulräume mit Beschlag belegt und wird der Stadt keinerlei Entschädigung gewährt. Die Militärverwaltung fordert von den einkasernierten 200 Arbeiterinnen der einen Schule einen wöchentlichen Mietpreis von 4 Mark. Eine Beschwerde des Magistrats gegen dieses Vorgehen beim Kriegsbeschaffungsamt ist zurückgewiesen worden, eine weitere Beschwerde beim Kriegsministerium harrt noch der Erledigung. Trotzdem das Verfahren sich noch in der Schwebe befindet, und trotz Protestes der Stadtverwaltung wurden in den Schulen bauliche Veränderungen vorgenommen, die die Ueberführung der Räume zu ihren eigentlichen Zwecken auch nach ihrer Räumung durch die Militärverwaltung für längere Zeit unmöglich machen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Stadt Spandau zu ihrem Recht zu verhelfen und die offenbare Schädigung der Stadt und des Schulunterrichts zu beseitigen: Bd. 323, Nr. 1358.

Bd. 311, 141. Sitz. S. 4397 B. — Beantwortet.

Anfrage v. Halem: Die Königlichen Werkstätten in Spandau haben an die Stadt Spandau, von deren Wasserwerk sie bisher das Wasser gegen die tarifmäßige Entschädigung beziehen, die Forderung gestellt, den Wasserpreis auf den nur einem einzigen Spandauer Abnehmer, der Firma Siemens & Halske, aus besonderen Gründen bewilligten Wasserpreis herabzusetzen. Sie haben der Stadt Spandau dabei angedroht, daß sie bei Nichterfüllung dieser Forderung ein eigenes Wasserwerk errichten würden.

Spandau (Fortsetzung).

Sind dem Herrn Reichskanzler die vorstehenden Tatsachen bekannt und ist der Herr Reichskanzler bereit, einem solchen Vorgehen der Königlichen Werkstätten in Spandau, das durch die Inanspruchnahme einer großen Zahl von Arbeitskräften und einer großen Menge von Rohmaterialien zurzeit mit den kriegs- und volkswirtschaftlichen Interessen nicht zu vereinbaren ist, entgegenzutreten?: Bd. 324, Nr. 1680.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1889.

Abkommen zwischen der Spandauer Stadtverwaltung und der Heeresverwaltung, wonach Straßenbahner und Straßenbahnerinnen nach ihrer Entlassung nicht in den technischen Instituten beschäftigt werden dürfen: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5943A, 5946B.

Gewehrfabrik. Hausieren mit Aufträgen, Auftrag zur Herstellung von Maschinengewehrschlössern für $2^1/_2$ Millionen Mark an Brüder Fabian in Breslau, Weiterverkauf des Auftrags usw.: Bd. 311, 144. Sitz. S. 4515C.

Munitionsfabrik. Höchstpreisüberschreitung beim Lebensmittelverkauf an Arbeiter: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3491C, 3492A.

Technische Institute der Heeresverwaltung siehe im übrigen „Reichsheer" unter 177.

Spanien.

Aufrechterhaltung der Neutralität: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3397D.

Versenkung von Fruchtschiffen durch deutsche U-Boote siehe „Seekrieg" unter D h.

Spargel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 353.

Sparkassen. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 354.

Recht zur öffentlichen Beglaubigung von Unterschriften: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1458C.

Zunahme der Einlagen während des Krieges:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 43C.
14. Sitz. S. 225A.
23. Sitz. S. 452A.
34. Sitz. S. 775A.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1850D.
Bd. 311, 134. Sitz. S. 4154A.

Petition, betreffend die Anschaffung von Sparkassenbüchern für bedürftige Kriegskinder.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 549.

Postsparkassen siehe „Postscheckwesen" unter E 4.

Sparsamkeit. Empfehlung dazu — an die Regierung gerichtet: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4741B.

Sparzwang für Arbeiter.

Abhandlung des Dr. Grabowsky im „Neuen Deutschland": Bd. 309, 86. Sitz. S. 2507C.

Sparzwang jugendlicher Arbeiter siehe „Belagerungszustand" unter II 10.

Siehe auch „Belagerungszustand" unter II 10 und „Reichsheer" unter 171.

Sperlich, Abgeordneter für den 12. Breslauer Wahlkreis. Gestorben am 23. Dezember 1914: Bd. 306, 4. Sitz. S. 27D.

Spielwarenindustrie. Notlage während des Krieges: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1550C.

Resolution Arnold, Dr. Müller (Meiningen) zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, nachdem die notwendig gewordenen Maßnahmen des Bundesrats eine starke Beschränkung des Rohstoffbezuges für die Puppen- und Spielwarenindustrie herbeigeführt haben, die arbeitslos gewordenen Heim-, Hausund Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen dieser Industrie sowie die in ihr beschäftigten Hausgewerbetreibenden, falls ihnen anderweit geeignete Arbeit nicht beschafft werden kann, aus den für Zwecke der Kriegswohlfahrtpflege bestimmten Reichsmitteln ausreichend zu unterstützen: Bd. 318, Nr 383.
Bd. 307, 60. Sitz. S. 1550C, 1553B. — Angenommen.

Versorgung mit Oel: Bd. 322, Nr. 1214 S. 125.

Spirituszentrale siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52 und „Branntweinsteuer".

Spitzenwebereien, Stillegungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Sprengstoffindustrie.

Arbeiterschutzbestimmungen siehe „Kriegsindustrie".

Preise, Kriegsgewinn siehe „Kriegsindustrie" unter I A.

Unfälle, Explosionen siehe „Kriegsindustrie" unter IV und „Krieg" unter VIII 3 g.

Staaken b. Spandau, Kleinsiedlung, siehe unter „Wohnungswesen".

Staatsangehörigkeit. Petition, betr. Abänderung der Vorschriften über die Erwerbung der Staatsangehörigkeit in den Bundesstaaten.

Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 unter III g.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Ueberweisung als Material.

Staatsanleihen, ausländische, siehe „Kriegsfinanzpolitik" unter B.

Staatsbürgerliche Erziehung des Volkes, Hebung des allgemeinen Wohls, Zurücksetzung der Interessen des einzelnen, Idealismus.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2420B ff.
85. Sitz. S. 2477D.

Staatsgerichtshof, Einsetzung zur Lösung der Schuldfrage: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6215D. — Siehe auch „Verfassung" unter 4.

Staatssekretäre.

Stellung zum Reichskanzler, Verantwortlichkeit; Aenderung des Stellvertretungsgesetzes: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3687B, 3700B, 3703A.

Verantwortlichkeit, Ersetzung durch Reichsminister, Errichtung eines Ministerkollegiums: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3686C, 3689B, 3696A, 3706C.

Ernennung zu preußischen Staatsministern: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3695A, 3700A, 3702D.

Staatssozialismus siehe „Kriegssozialismus" und „Sozialismus".

Stadthagen, Abgeordneter für den 6. Potsdamer Wahlkreis. Gestorben am 5. Dezember 1917: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990B.

Stadtschaften siehe „Grundbesitz" unter 2.

Stahlwerke Lindenberg A.-G. in Remscheid siehe „Kriegsindustrie" unter I A.

Standesregister. Erneuerung vernichteter St. siehe „Krieg" unter II 288.

Statistik.

Unzuverlässigkeit der Lebensmittelstatistik: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2124B.

Statistik (Fortsetzung).

Aufstellung von Produktions-, Preis-, Verbrauchsstatistiken usw. nach dem Kriege:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4892C.
158. Sitz. S. 4950A.
159. Sitz. S. 4967C.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 189e.

Statistisches Amt.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts erheblich zu vermehren und sie für sozialstatistische Feststellungen über die Ausdehnung und Wirkung der stark vermehrten Frauenarbeit zur rascheren Bearbeitung der arbeitsstatistischen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1916 und zu sonstigen, für die Verbesserung des Arbeiterschutzes im Kriege dringend notwendigen Arbeiterstätten heranzuziehen: Bd. 320, Nr. 676 unter 4.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2626A. — Abgelehnt.

Petitionen der Bureauhilfsarbeiterinnen des Kaiserlichen Statistischen Amts um Bewilligung von Teuerungsbeihilfen und Besserung ihrer Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 318, Nr. 330 unter IIIa.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1459D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

— derselben um Schaffung etatsmäßiger Stellen für Bureaugehilfinnen im Etat des Reichsamts des Innern für 1917.
Mündl. Ber. des Haush Aussch.: Bd. 322, Nr. 1060 unter VIa 3.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3935A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Freiherr **v. Stein**, ehemaliger preußischer Staatsmann, Würdigung seiner Verdienste durch einen konservativen Redner: Bd. 310, 108, Sitz. S. 3361B, 3363B, 3364C.

v. Stein, Kriegsminister.

Ehrung bei seiner Verabschiedung, Kritik: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6216D, 6224C.

Durchführung von Reformen im Kriegsministerium, im Heere usw.:
Bd. 309, 100. Sitz. S. 3049B, 3050A, 3060A.
Bd. 310, 102. Sitz. S. 3111D, 3119C.
110. Sitz. S. 3454A, 3460A, D, 3482D.

Freiherr **v. Stein**, Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen.

Ernennung zum Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942B.

Stellenvermittlung. — Siehe auch „Arbeitsnachweis".

Anfrage Dr. Quarck: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Berlin, Frankfurt a. Main und anderen Städten auf Grund von § 5 des Reichsgesetzes vom 2. Juni 1910 (Stellenvermittlergesetz), die Polizeibehörden eine bis zu zwanzigprozentige Erhöhung der Stellenvermittlungsgebühren und damit eine erhebliche Mehrbelastung namentlich der weiblichen Angestellten, sowie eine weitere Befestigung des privaten Stellenvermittlungsgewerbes gestattet haben, ohne die im § 5 vorgeschriebene Anhörung des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises vorzunehmen?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Verletzung eines Reichsgesetzes durch die Landespolizeibehörden und die daraus folgende Schädigung zahlreicher Angestellter und Arbeiter zu tun?: Bd. 322, Nr. 1058: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3682B. — Beantwortet.

Stenographie.

Petition, betreffend Einführung einer deutschen Einheitsstenographie.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 289.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895B. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5324C.
171. Sitz. S. 5335A, 5349C, 5376D.

Stenographische Berichte siehe „Reichstag" unter VIf.

Sterblichkeit siehe „Bevölkerung".

Stettiner „Ostsee-Zeitung", Zensurbeschwerde, Versammlungen der Fortschrittlichen Volkspartei: Bd. 313, 184. Sitz. S. 5810A, 5823C, 5826B.

Steuerämter. Besetzung mit finanz- und steuertechnisch vorgebildeten Vorsitzenden im Hauptamte siehe „Vermögenssteuer" unter II A 3.

Steuerflucht.

1. Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht: Bd. 324, Nr. 1466.
Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732D; siehe insbesondere: S. 4740D, 4744D, 4754B, 4757C.
152. Sitz. S. 4760C; siehe insbesondere: S. 4763B, 4767A, 4776B, 4786A.
Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1746.
Zweite Beratung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6068C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6131A.
Entwurf nach den Beschlüssen in dritter Beratung: Bd. 325, Nr. 1880.
Gesetz v. 26. 7. 1918, RGBl. S. 951.
Petitionen: Bd. 325, Nr. 1746, S. 34 unter 2:
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6068D.
190. Sitz. S. 6131A. — Für erledigt erklärt.

Einzelnes.
Allgemeines, Zweck des Gesetzes. — Auswanderung der Kriegsgewinnler, Sicherheiten dagegen, Strafen usw.: Bd. 325, Nr. 1746, S. 2ff., 8ff., 17ff., 29.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4740D, 4744D, 4754B, 4757C.
152. Sitz. S. 4763B (Steuerflucht im Inland), 4776B 4786A.
—, Frage der gerechtfertigten Auswanderung (§ 21): Bd. 325, Nr. 1746, S. 24, 33.
Bd. 312, 152. Sitz S 4767A, 4786B.
Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens, Begriff „Personalsteuern": Bd. 325, Nr. 1746 S. 14.
Landesgesetzliche Bestimmungen: Bd. 325, Nr. 1746, S. 8ff., 16, 31.
Pässe, Heimatscheine usw.: Erteilung, Versagung (§ 16), Bd. 325, Nr. 1746 S. 20.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4786B.
Steuerbefreiungen, Auslandsdeutsche, Begriff usw. (§ 20): Bd. 325, Nr. 1746 S. 22, 33.

2. Personalsteuern des Reichs und solche des Bundesrats im Sinne des § 1 des Gesetzes. Begriffsbestimmung: Bd. 325, Nr. 1987.

Steuern.

Siehe „Biersteuer", „Branntweinsteuer", „Erbschaftssteuer", „Finanzlage usw.", „Kohlensteuer", „Kriegsfinanzpolitik", „Mineralwasser", „Reichsbank", „Reichsstempelabgaben", „Tabaksteuer", „Umsatzsteuer", „Vermögenssteuer", „Zölle" usw.

Steuertechnische Fragen.

1. Steuerwesen. Regelung nach fiskalischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4904C.

Steuern (Fortsetzung).

2. Veranlagung.
Notwendigkeit einer einheitlichen Gestaltung im Reich: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4752D, 4757A. 152. Sitz. S. 4770D, 4777B, 4787C.
Preußische Steuerveranlagung, Bemängelung, Hinweis auf Württemberg: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4752D. 152. Sitz. S. 4771A, 4777B, 4789A.
Verbesserung der Steuerveranlagung in den Einzelstaaten: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4280C, 4283B.
Veranlagung zur Kriegssteuer, verschiedene Gestaltung in den Bundesstaaten, Handhabung seitens der preußischen Landräte, in Württemberg: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4752D. 152. Sitz. S. 4771A, 4777B, 4789A.
Veranlagung zu den neu zu erhebenden Steuern durch technisch besonders vorgebildete Beamte nicht im Nebenamt: Bd. 309, 84. Sitz. S. 2419A.
Petition, betreffend Erhebung der direkten Steuern nach einer mathematischen Formel.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 545.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155B. — Uebergang zur Tagesordnung.

2. Steuerfreiheit der Offiziere und Beamten, Aufhebung: Bd. 307, 35. Sitz. S. 790C. 40. Sitz. S. 878B.
Petition des Schutzverbandes deutscher Grundbesitzer in Cöln a. Rh., betreffend die Veranlagung von Heeresangehörigen zur Besitzsteuer:
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1344.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4834A. — Durch Rundschreiben des Reichskanzlers für erledigt erklärt.

3. Doppelbesteuerung von Offizieren hanseatischer Abkunft in Preußen, Anfrage: Bd. 324, Nr. 1580. Bd. 312, 165. Sitz. S. 5132D. — Beantwortet.

4. Steuerhinterziehung. Anfrage Noske. Den Zeitungen ist folgende Zensurverfügung zugegangen:
Alle Veröffentlichungen über eine bei den Mannesmann-Waffen- und Munitionswerken, Westhoven und in Verbindung damit bei anderen Firmen, namentlich bei der Maschinenfabrik Esseren eingeleitete Untersuchung wegen Steuerhinterziehung und Bestechung von Heeresangehörigen, sind verboten.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Mitteilungen über die vorgekommenen Ungehörigkeiten zu machen?
Ist der Herr Reichskanzler gewillt, jedem Vertuschungsversuch über die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten entgegenzuwirken?: Bd. 324, Nr. 1470. Bd. 312, 151. Sitz. S. 4731C. — Beantwortet.

5. Vermögenssteuer. Besteuerung des überlebenden Ehegatten bei fortgesetzter Gütergemeinschaft: Bd. 309, 93. Sitz. S. 2755B.

6. Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 446.

7. Erörterungen über Steuerwesen siehe „Belagerungszustand" unter II 11n, II 12De.

Stickstoff.
Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols: Bd. 315, Nr. 47.
Erste Beratung: Bd. 306, 5. Sitz. S. 50D. — In dem 7. Ausschusse unerledigt.
Reichskommissar siehe „Kriegswirtschaft" unter II 359.

Stickstoff (Fortsetzung).
Errichtung von Stickstoffabriken durch das Reich: Bd. 308, 72. Sitz. S. 2000D, 2004B.
Beteiligung des Reichs an den Unternehmungen: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2556C. 88. Sitz. S. 2583A, 2587D, 2600A.
Steigerung der Erzeugung: Bd. 306, 29. Sitz. S. 599D. Bd. 309, 77. Sitz. S. 2219A, C, 2222B.
Erfindung der deutschen Industrie, Leistungen: Bd. 311 144. Sitz. S. 4510A.
Neue Verfahren, Frage der Gewinnung von Kalkstickstoff aus Karbid, Bedeutung für die Landwirtschaft: Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365D. Bd. 312, 153. Sitz. S. 4813D, 4820C.

Stiftungen, wohltätige, siehe „Kriegswohlfahrtspflege".

Stillegungen und Zusammenlegungen von Betrieben siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360 und „Hilfsdienst, vaterländischer" unter 3, 4.

Stockholmer Sozialistenzusammenkunft über die Friedensfrage siehe „Sozialdemokratie, internationale" und „Belagerungszustand" unter II 6; II 12 Db.
Stockholmer Denkschrift, Grundsätze: Bd. 310, 116. Sitz. S. 3590B.

Graf **Albrecht zu Stolberg,** Polemik in wirtschaftlichen Fragen, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 Ebδ.

Stolle, Abgeordneter für den 18. Sächsischen Wahlkreis. Gestorben am 11. März 1918: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4314B.

Strafbestimmungen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen siehe „Belagerungszustand" unter I 5.

Strafgefangene, Beschäftigung mit Außenarbeit, siehe „Gefangene" und „Kriegswirtschaft" unter II 361.

Strafgesetzbuch.
1. Reform, Vorarbeiten:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2675C, 2680D, 2683C. 91. Sitz. S. 2697B, 2698C, 2703D.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114C, 5120C, 5126A, 5129B.

2. Bedingte Verurteilung. Anfrage Dr. Müller (Meiningen): Wegen fahrlässiger oder in entschuldbarem Irrtum begangener Handlungen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgesetze ist eine Fülle von Bestrafungen erfolgt.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob und in welchem Umfange die Regierung die Einführung des Instituts der bedingten Verurteilung — zunächst wenigstens als Kriegsmaßregel — befürworten will?: Bd. 320, Nr. 605. Bd. 309, 82. Sitz. S. 2344B. — Beantwortet.
Bedingte Begnadigung, gesetzliche Einführung: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5119B.

3. Geisteskranke. Petition, betreffend Ergänzung zum Strafgesetzbuch bezw. zur Strafprozeßordnung bezüglich des Verfahrens gegen Geisteskranke:
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 832.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555D. — Ueberweisung als Material.
—, Siehe auch „Geisteskranke".

Strafgesetzbuch (Fortsetzung).

4. Geldstrafen, Erhöhung: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114 D.
—, Ersetzung der kurzfristigen Freiheitsstrafen durch Geldstrafen bei Uebertretungen. Bd. 311, 165. Sitz. S. 5138 D, 5147 A, 5149 A, B.
—, Kriegsverordnungen siehe „Kriegswirtschaft" unter I 2.
5. Kreditbetrug. Petition, betreffend Bestrafung des Kreditbetruges.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 unter III e.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.
6. Verrufserklärung, Auslassung: Bd. 312, 155. Sitz. S. 4842 B.

Strafprozeßordnung.

1. Reform, Vorarbeiten:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2385 C.
90. Sitz. S. 2675 C.
91. Sitz. S. 2703 D.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114 D, 5119 A, 5120 C, 5123 B, 5126 A.
165. Sitz. S. 5148 D.
2. Anklageerhebung. Petition des früheren Bürgermeisters Wilh. Karl in Kindelbrück wegen Rechtsverweigerung zur Aenderung der Gesetzgebung in dem Sinne, daß über das Vorrecht der Staatsanwaltschaften, allein zur Erhebung von Anklagen berechtigt zu sein, andere Bestimmungen getroffen werden.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1502.
Bd. 313, 176 Sitz. S. 5529 D. — Ueberweisung als Material.
3. Beleidigungsprozesse, Maßnahmen zur Einschränkung der Privatklagen. Bd. 312, 164. Sitz. S. 5114 D.
4. Berufung in Strafsachen. Einführung:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 948 D.
Bd. 312, 146. Sitz. S. 5123 B.
5. Entschädigung unschuldig Verurteilter.
Entscheidung der Geschworenen über Gewährung einer Entschädigung für unschuldig erlittene Haft oder Freiheitsstrafe: Bd. 307, 60. Sitz. S. 1577 B.
Petition des früheren Gerbereibesitzers Aug. Brehm in Pößneck (Thür.), betreffend Entschädigung für unschuldig erlittene Freiheitsstrafe.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 715.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3156 A. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
6. Kriegsteilnehmer, Untersuchungen. Entwurf eines Gesetzes über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer: Bd. 324, Nr. 1610.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 177. Sitz. S. 5563 C.
Gesetz v. 18. 7. 1918, RGBl. S. 746.
7. Kriegsverordnungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 363.
8. Wiederaufnahmeverfahren. Reform:
Bd. 307, 42. Sitz. S. 949 A.
60. Sitz. S. 1576 A.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5119 A.

Strafregister. Löschung von Strafvermerken, Nichteintragung kleinerer Geldstrafen: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2670 B, 2677 B.

Strafverfahren, Strafvollzug aus Anlaß der Kriegsverhältnisse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 363.

Straßburg (Els.).
Verbot der Erhebung des Oktrois von mobilen Heeresangehörigen: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5468 D.

Straßburg (Els.) (Fortsetzung).
Universität, Uebergehung der katholisch-theologischen Fakultät bei der Rektorwahl im Herbst 1916: Bd. 309, 83. Sitz. S. 2385 C.

Straßenbahnen.
Paketbeförderung mit der Straßenbahn:
Bd. 311, 147. Sitz. S. 4609 D, 4615 A.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4652 A, 4661 A.
Tariffragen, Verkehrssteuern siehe „Personen- und Frachtverkehr".

Streiks siehe „Ausstände" und „Kriegsindustrie" unter III.

Strey, Strafprozeß, siehe „Belagerungszustand" unter 9 B.

Stroh. Kraftstrohverfahren, Strohaufschließungsapparate, Schaffung von Zentralbetrieben, Verwertung der Nebenerzeugnisse: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5007 C, 5008 A. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 121 e.

Strohpappe, Einfuhr, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 365.

Stychel, M. d. R.
Preußisch-Polen, Zugehörigkeit zu Deutschland usw., Polemik zwischen den Abgeordneten Fehrenbach und Stychel, Korrektur im Stenogramm: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4299 A, 4307 C, 4309 C, 4310 A, 4311 D.
Verbot des Abdrucks seiner Reichstagsrede vom 23. Oktober 1918 in der polnischen Presse: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6255 A, 6262 D.

Subventionen des Reichs, Nachprüfung der Notwendigkeit: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5300 C.

Südafrika (Englisch) siehe „Schutzgebiete" unter B 2.

Südfrüchte, Verkehrsregelung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 366.

Südseeinseln siehe „Schutzgebiete" unter C.

Südwestafrikanisches Schutzgebiet.
Aufstand der Hereros 1903.
Denkschrift, betreffend Rechnungslegung und Rechnungsprüfung über die Aufstandsausgaben für Deutsch-Südwestafrika nebst einer Uebersicht der Ausgaben aus Anlaß des Eingeborenenaufstandes: Bd. 319, Nr. 438.
Etats siehe „Schutzgebiete" unter A.
Krieg in Südwestafrika siehe „Schutzgebiete" unter B ff.
Ovambobahn, Absetzung der zweiten Baurate: Bd. 306, 8. Sitz. S. 125 B.

Sulfit. Chemischer Spiritus, Gewinnung von Alkohol aus Sulfit, Laugenabfällen, aus Kalziumkarbid usw. siehe „Branntweinsteuer" und „Kriegswirtschaft" unter II 52 c.

Superphosphatfabriken, Stillegung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Suppenartikel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 271.

Süßigkeiten siehe „Kriegswirtschaft" unter II 370.

Süßstoff. Aufhebung des Verwendungsverbots siehe „Kriegswirtschaft" unter II 371.

Swinemünde. Prisenkommando in Swinemünde, Benutzung der Dienstschiffe durch den Admiral Holzhauer und seine Familie usw. zu Spazier- und Hamsterfahrten; Zollhinterziehungen usw.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4294 B ff., 4298 D, 4310 D, 4311 B.

Syndikate.
Antrag des Haush. Ausſch.: den Herrn Reichskanzler zu erſuchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um durch die Aufſicht des Reichs über die Naturſchätze (Kohlen, Erze usw.) die Intereſſen der Allgemeinheit gegenüber den Syndikaten zu ſichern: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. I. — Unerledigt.
Siehe auch „Kriegsinduſtrie“ und „Kriegswirtſchaft“ unter II 225 f.

Tabak, Tabakinduſtrie. — Siehe auch „Kriegswirtſchaft“ unter II 360 u. 372.

I. Anbau von Tabak.
Ertrag des Tabakbaues, Rückgang: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1418 A.
Einſtellung des inländiſchen Tabakbaues, Güte des Tabaks: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1429 A.
Wirkung der Tabakſteuer auf den Tabakbau ſiehe „Tabakſteuer“.

II. Tabakinduſtrie, -handel.
1. Arbeiterverhältniſſe.
a) Heimarbeit, Hausinduſtrie.
Reſolution des 11. Ausſchuſſes zum Geſetzentwurf über Erhöhung der Tabakabgaben: die verbündeten Regierungen zu erſuchen, unverzüglich die Errichtung von Fachſchüſſen für die Tabakinduſtrie auf Grund des § 18 des Hausarbeitsgeſetzes vom 20. Dezember 1911 beſchließen zu wollen: Bd. 318, Nr. 318 unter 2.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1443 A. — Angenommen.
b) Löhne der Arbeiter:
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1417 B.
58. Sitz. S. 1430 C.
c) Zahl der Arbeiter, Einwirkung von Geſetzesänderungen darauf:
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1416 B, C.
58. Sitz. S. 1430 C.
Lage der Arbeiter in der badiſchen Tabakinduſtrie: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1426 D.
Anfrage Marquart: Iſt dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in der Tabakfabrikation die ſtellenloſen Angeſtellten ſtillgelegter Betriebe auf die Unterſtützung wohlwollender Arbeitgeber angewieſen ſind, weil die vom Reiche der deutſchen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten zu Unterſtützungszwecken zur Verfügung geſtellten ſechs Millionen Mark nur zur Unterſtützung von Arbeitern verwendet werden?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um auch die Unterſtützung dieſer ſtellenloſen Angeſtellten in gleicher Weiſe aus Reichsmitteln ſicherzuſtellen?: Bd. 324, Nr. 1671.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5791 C. — Beantwortet.
2. Kriegslieferungen. Gewinne an denſelben; Qualität der Zigarren: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1436 D.
Tabaklieferungen an das Heer ſiehe „Reichsheer“ unter 137 f und „Kriegswirtſchaft“ unter 372 d.
3. Preiſe. Erhöhung für Rohtabak, Zigarren usw.: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1428 A, 1434 D.
Tabakpreiſe in den Monopolländern: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1434 A.
4. Errichtung und Schließung von Filialfabriken in der Zigarreninduſtrie: Bd. 312, 160. Sitz. S. 4994 D.
5. Stillegungen ſiehe „Kriegswirtſchaft“ unter II 360.

Tabakſteuer, Tabakmonopol.
I. Frühere Geſetze.
Geſetze von 1879 und 1909, Wirkung auf den Verbrauch: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1416 A.
II. Entwurf eines Geſetzes über Erhöhung der Tabakabgaben: Bd. 317, Nr. 221.
Anlagen des Entwurfs:
1. Ertrag der Tabakabgaben in den Erntejahren 1879 bis 1913: S. 12.
2. Tabakbau und Tabakernte im deutſchen Zollgebiete: S. 14.
3. Tabakverbrauch im deutſchen Zollgebiete: S. 15.
4. Menge der in den Jahren 1907 bis 1913 verſteuerten Zigaretten: S. 16.
5. Menge der in den Jahren 1907 bis 1913 verſteuerten Zigarettentabake und Zigarettenhüllen: S. 17.
6. Ertragsberechnung: S. 18.
6a. Verzollung von Tabak und Tabakerzeugniſſen in den Erntejahren 1910 bis 1913: S. 22.
6b. Verſteuerung inländiſcher Tabakblätter und der Tabakerſatzſtoffe: S. 23.
6c. Grundlagen für die Ertragsberechnung des Kriegsaufſchlags für Zigaretten, Zigarettentabak und Zigarettenhüllen: S. 24.
7. Kriegsaufſchlagſätze für die verſchiedenen Packungen: S. 25.
Erſte Beratung:
Bd. 306, 34. Sitz. S. 767 C, 772 C.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 778 A, 785 C, 797 A, 804 C.
36. Sitz. S. 809 C, 811 D, 824 B, 827 D, 828 C.
Ber. d. 11. Ausſch.: Bd. 318, Nr. 318.
Zweite Beratung: Ab.Antr. Bd. 318, Nr. 338.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1415 C.
58. Sitz. S. 1424 C.
Zuſammenſtellung der Beſchlüſſe zweiter Beratung: Bd 318, Nr. 372.
Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1507 C.
Geſetz vom 12. 6. 1916, RGBl. S. 507.
Ferner:
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1343 A, 1344 D, 1353 D, 1360 A, 1365 A, 1371 C.
Reſolution: Bd. 318, Nr. 318 unter 2.
Petitionen:
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1443 B.
59. Sitz. S. 1507 D (Abſtimmung).
Einzelnes:
Gewerbetreibende, Beurlaubung aus dem Felde bei Einführung der Tabakſteuererhöhung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1440 A, 1441 C.
Tabakarbeiter, Schädigung infolge der Steuererhöhung: Bd. 307, 35. Sitz. S. 786 A, 805 A.
57. Sitz. S. 1416 A.
58. Sitz. S. 1424 D, 1430 B, 1436 A, 1441 A.
Unterſtützung arbeitsloſer und geſchädigter Arbeiter und Angeſtellten: Bd. 318, Nr. 318 S. 8, 12.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1517 C.
58. Sitz. S. 1442 B.
Tabakbau, inländiſcher, Schutz durch Vergrößerung der Spannung zwiſchen Gewichtsſteuer und Zoll:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 797 C.
56. Sitz. S. 1343 A, 1360 A, B.
57. Sitz. S. 1418 A.
Tabakinduſtrielle, Stellung zur Vorlage: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1436 B.
Verbrauch, Rückgang infolge der Steuer:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 785 D.
58. Sitz. S. 1435 B, 1442 C.

Tabaksteuer, Tabakmonopol (Fortsetzung).

Zigarettensteuer. Zusammenhang zwischen Zigarren- und Zigarettenbesteuerung, Verdrängung der Zigarre durch die Zigarette:
Bd. 307, 36. Sitz. S. 812B.
58. Sitz. S. 1437C.
Kontingentierung, Kriegszuschlag: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1438D, 1442A.
Wirkungen der Steuererhöhung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1438A.

III. Monopol. Frage des Zigarettenmonopols: Bd. 307, 35. Sitz. S. 786D.

IV. Erhöhung der bei Verwendung von Ersatzstoffen zu entrichtenden Abgabe. Schreiben des Reichskanzlers vom 13. Februar 1917: Bd. 320, Nr. 613.

V. Sonstiges.
Abstandnahme von einer weiteren Erhöhung bei der Finanzreform nach dem Kriege:
Bd. 318, Nr. 318 S. 5.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1353D.
Tabakbesteuerung in England: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1430A, 1440C.

Tageblatt für Vorpommern siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Tagesordnung siehe „Reichstag" unter III 15.

Tägliche Rundschau siehe „Belagerungszustand" unter II 12F

Talonsteuer siehe „Reichsstempelgesetz" unter 6.

Tankfrage siehe „Reichsheer" unter 175.

Tantiemesteuer siehe „Reichsstempelgesetz" unter 6.

Tapioka zur Branntweinherstellung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52c.

Tarifverträge.
Tarifwesen der Gewerkschaften, Erfolge, Förderung: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4980A.
Einrichtung einer Stelle im Reichswirtschaftsamt zur Regelung des Tarifwesens, Resolution, Bd. 324, Nr. 1532 (abgeändert), siehe „Gewerbeordnung" unter 1.
Siehe auch „Kali" unter C 2d, „Hilfsdienst" unter 3.

Tarifwesen siehe „Eisenbahnen" unter VIII.

Tauben siehe „Kriegswirtschaft" unter II 374.

Techniker der Heeresverwaltung siehe „Reichsheer" unter 177c.

Technische Beamte der Marineverwaltung siehe „Marine" unter 5B und M.

Technische Institute siehe „Reichsheer" unter 177.

Tee siehe „Kriegswirtschaft" unter II 375.
Zoll, Erhöhung, siehe „Mineralwässer".

Teer. Zollschutz für die Erzeugnisse der einheimischen Braun- und Steinkohlenteerindustrie siehe „Zolltarif".

Teigwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 27.

Telegrammgebühren siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter XI 11.

Telegrammverkehr siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 5.

Telegraphenarbeiter siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter VIII.

Telegraphenbaudienst siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter IX 16.

Teplitz (Böhmen). Deutsche Kurhäuser, Einrichtung, Verwaltung: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3146D.

Terpentinöl siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281e.

Teuerungszulagen, Kriegsbeihilfen.
a) Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Beamten und Pensionären des Reichs und den Arbeitern der Reichsbetriebe, soweit alle diese auf geringe Bezüge angewiesen sind, weiterhin den Militärrentenempfängern und Militärinvaliden Kriegsteurungszulagen nach Zahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen zu gewähren: Bd. 316, Nr. 113 unter IIw.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 293A.
19. Sitz. S. 358C, 382A. — Angenommen.

b) Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Hinblick auf die hohen Preise für Lebensmittel den Beamten und Pensionären des Reichs mit Jahresbezügen unter 3000 Mark sowie den Arbeitern der Reichsbetriebe eine Teurungszulage zu gewähren, deren Steigerung insbesondere gemessen wird nach der Zahl der zu unterstützenden Familienmitglieder: Bd. 316 Nr. 113 unter IIx1.
Bd. 306, 16. Sitz. S. 293A.
19. Sitz. S. 361C, 382B. — Angenommen.

c) Resolution Albrecht u. Gen. zu den Etats für die Verwaltung des Reichsheeres für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß — soweit es noch nicht geschehen ist — die Löhne der Arbeiter in den Reichsbetrieben, entsprechend der gegenwärtigen Teurung, erhöht werden: Bd. 317, Nr. 261 unter IV.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 904C, 907D, 920A. — Angenommen.

d) Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
1. die für die Bewilligung von Kriegsbeihilfen festgesetzte Einkommensgrenze von 2100 Mark für Beamte auf 3000 Mark und von 2400 Mark für im Vertragsverhältnis stehende Angestellte auf 3300 Mark zu erhöhen;
2. die Kriegsbeihilfen auf die Postagenten auszudehnen, deren Einkommen vorwiegend in der Vergütung für Wahrnehmung der Postdienstgeschäfte besteht;
3. den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Reichsbeamten im Falle der Bedürftigkeit entsprechende Unterstützungen zu gewähren;
4. durch einen Nachtragsetat die Mittel zur Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an untere und mittlere Reichsbeamte, einschließlich der nicht etatsmäßig angestellten, und an im Vertragsverhältnis stehende Angestellte und Arbeiter, soweit sie jährlich nicht mehr als 2400 Mark Gehalt oder 2700 Mark Vergütung bzw. Lohn beziehen, anzufordern.
Auszuschließen von den Teuerungszulagen sind die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bei dem Heere oder der Flotte Dienst tun, die Beamten usw., die bei der Militär- oder Marine-

Teurungszulagen, Kriegsbeihilfen (Fortsetzung).

verwaltung oder bei den Verwaltungen in den besetzt gehaltenen feindlichen Gebietsteilen beschäftigt werden und über ihre Friedensbezüge hinaus bereits Zulagen erhalten, und die im Sanitätsdienst tätigen Beamten usw.: Bd. 318, Nr. 330 unter II a.

Bd. 307, 48. Sitz. S. 1077 C, 1078 C, 1079 B, 1080 D, 1083 D, 1086 D, 1089 A, 1092 B.
49. Sitz. S. 1101 A, 1103 B, 1105 C, 1109 D.
58. Sitz. S. 1459 A, D. — Angenommen.

Ferner: Bd. 308, 61. Sitz. S. 1584 C.

e) Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

1. den Reichsbeamten, einschließlich der nicht etatsmäßig angestellten, ständig gegen Entgelt beschäftigten Beamten und Beamtinnen — jedoch mit Ausschluß der nach der Kriegsbesoldungsvorschrift mit besonderen Zulagen bedachten Beamten des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine —, soweit ihr Jahresgehalt das Meistgehalt der Klassen 41 bis 43 b der Besoldungsordnung nicht übersteigt, sowie den in den Reichsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeitern, deren Einkommen während des Krieges keine wesentliche Erhöhung erfahren hat, einmalige Kriegsteuerungszulagen bis zur Höhe eines Monatsgehalts bezw. Monatslohnes zu gewähren;
2. den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Reichsbeamten einmalige Kriegsteuerungszulagen nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Bedürftigkeit, die tunlichst unter Zugrundelegung ihres steuerlich festgestellten Einkommens zu ermitteln ist, zu bewilligen: Bd. 319, Nr. 493 unter I b.

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2131 D, 2134 D, 2137 D, 2146 C. — Angenommen.

Ferner: Bd. 308, 74. Sitz. S. 2103 D, 2125 B.

f) Anfrage Dr. Rießer, Schiffer (Magdeburg), Dr. Stresemann: Die aktiven und pensionierten Reichs- und Staatsbeamten, insbesondere die mittleren und unteren Beamten sind ungeachtet der gewissen Beamtenklassen bereits gewährten Teuerungszulagen durch die dauernd fortgeschrittene Verteuerung der Lebensmittel und der übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs nach allen Ermittlungen und Mitteilungen in schwere Bedrängnis geraten.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler unter diesen Umständen zu tun und bei den Bundesstaaten zu veranlassen: Bd. 319, Nr. 435.

Bd. 308, 68. Sitz. S. 1837 A. — Beantwortet.

g) Anfrage Giebel: Die auf privaten Dienstvertrag in Betrieben und Verwaltungen des Reiches und der Bundesstaaten beschäftigten technischen und Bureauangestellten leiden schwer unter der wachsenden Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts, weil trotz ihrer geringeren Besoldung die ihnen zu einem Teile gewährten Teuerungszulagen erheblich nachstehen den Kriegs- und Teuerungszulagen für gleichartige Beamtenstellen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, auf eine Besserung der Bezüge dieser Angestellten, auch der bei den Bundesstaaten, hinzuwirken?: Bd. 319, Nr. 454.

Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939 A. — Beantwortet.

Teuerungszulagen, Kriegsbeihilfen (Fortsetzung).

h) Resolution des Ausschusses über Beamtenfragen:

1. usw.
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß vom 1. April 1917 ab
   a) den Beamten der Heeres- und Marineverwaltung und dem in Betrieben des Heeres und der Marine befindlichen technischen und Bureaupersonal neben der Kriegszulage die laufende Kriegsbeihilfe in der seit dem 1. April 1917 eingeführten Höhe gewährt wird;
   b) dem ständigen Hilfspersonal die laufende Kriegsbeihilfe in Höhe der den etatsmäßigen Beamten zustehenden Sätze gewährt wird;
   c) den im Ruhestand befindlichen Beamten und Beamtinnen des Reichs und den Hinterbliebenen zwei Drittel der laufenden Kriegsbeihilfe gewährt wird, wenn das steuerbare Gesamteinkommen
      α) der im Ruhestand lebenden Beamten oder Beamtinnen nicht mehr als 4000 Mark,
      β) der Witwen — und zwar ohne etwaiges Waisengeld — nicht mehr als 2000 Mark beträgt;
   d) denjenigen Vollwaisen, welche ein Gesamteinkommen von nicht mehr als 800 Mark haben, das Waisengeld um 10 Mark monatlich erhöht wird;
3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Altpensionäre und Althinterbliebene vorzulegen: Bd. 321, Nr. 862 unter II 2 und 3.

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3500 B. — Angenommen.

i) Anfrage Meyer (Herford): Am 15. Mai 1917 hat der Reichstag folgende Resolution (Nr. 862 der Drucksachen) einstimmig angenommen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Altpensionäre und Althinterbliebene vorzulegen."

Ist der Herr Reichskanzler bereit, diesen Wunsch des Reichstags in der nächsten Tagung des Reichstags zu erfüllen oder gedenkt der Herr Reichskanzler die immer schlimmer werdende sehr große Notlage der Altpensionäre und Althinterbliebenen in anderer Weise zu beseitigen?: Bd. 321, Nr. 1013.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1047.

k) Anfrage Meyer (Herford): Der Reichstag hat am 15. Mai 1917 folgende Resolution (Nr. 862) der Drucksachen) einstimmig angenommen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß vom 1. April 1917 ab

1. den im Ruhestande befindlichen Beamten und Beamtinnen des Reichs und den Hinterbliebenen zwei Drittel der laufenden Kriegsbeihilfe gewährt wird, wenn das steuerbare Gesamteinkommen
   a) der im Ruhgstande lebenden Beamten oder Beamtinnen nicht mehr als 4000 Mark,
   b) der Witwen — und zwar ohne etwaiges Waisengeld — nicht mehr als 2000 Mark beträgt;
2. denjenigen Vollwaisen, welche ein Gesamteinkommen von nicht mehr 800 Mark haben, das Waisengeld um 10 Mark monatlich erhöht wird".

Teuerungszulagen, Kriegsbeihilfen (Fortsetzung).

Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bisher getan oder was beabsichtigt der Herr Reichskanzler weiterhin zu tun zur dauernden Linderung der großen Notlage der im Ruhestande befindlichen Beamten, Offiziere usw. und der Hinterbliebenen im Sinne der Resolution des Reichstags? Ist der Herr Reichskanzler insbesondere bereit, die Bestimmungen über die Gewährung von laufenden Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen an die aktiven Beamten auch auf die Pensionäre und Hinterbliebenen entsprechend ausdehnen zu lassen zum Zwecke der wirksamen Bekämpfung der Not?: Bd. 321, Nr. 1014.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1047.

l) Petitionen, betreffend Teuerungszulagen für Beamte, Hilfsbeamte, Pensionäre usw.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 317, Nr. 193 unter III b.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 617 B, 642 B. — Ueberweisung zur Erwägung.

Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 316. Nr. 138 unter I 4 und 5; Bd. 317, Nr. 264 unter III g, h; Bd 317, Nr. 272 unter III a 1, 2, 10 und b; Bd. 318, Nr. 330 unter III a, b, m; Bd. 319, Nr. 501 unter III.

Bd. 306, 31. Sitz. S. 708 A.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1074 B, 1076 B, 1081 A.
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1588 D.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C.

m) Gewährung von Unterstützungen und Teuerungszulagen an Altpensionäre und Hinterbliebene:

Bd. 307, 48. Sitz. S. 1083 D, 1087 A, 1089 C.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2131 D, 2135 A, 2137 C.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2960 A, 2973 B, C.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5109 C.

—, Teuerungszulagen, Erhöhung, Nachweis der Bedürftigkeit, Beseitigung:

Bd. 313, 178. Sitz. S. 5583 D, 5596 C, 5598 C.
184. Sitz. S. 5845 A.

n) Teuerungszulagen, Kriegsbeihilfen, Unpfändbarkeit: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 770.

o) Teuerungs- und Kriegszulagen
für Offiziere, für Beamte und Angestellte der Heeresverwaltung siehe „Reichsheer" unter 19, 20, 21, 141 a und 177,
für Beamte, Angestellte, Arbeiter der Marine siehe „Marine" unter 47 B l und m,
für Beamte und Arbeiter der Post usw. siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter II, IV 8 u. VIII.
desgl. der Eisenbahnen siehe „Eisenbahnen" unter III 4, IV, V, VI 10,
für pensionierte Offiziere und Mannschaften siehe „Militärpensionswesen" unter II B 18.
für Kriegsbeschädigte siehe „Militärpensionswesen" unter II A und B 19,
für Kriegsteilnehmer siehe „Kriegsteilnehmer",
für Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern siehe „Militärhinterbliebenenversorgung" unter B 19,
für Privatangestellte siehe „Privatangestellte" usw.

Textilindustrie. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 316, 360, 390, 409.

Folgen des Krieges, Fürsorgemaßnahmen.

a) Stillegung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

b) Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien usw.:

Textilindustrie (Fortsetzung).

Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 203.
Nr. 107 S. 24.
Nr. 146 Ziff. 259.
Nr. 147 S. 76.
Bd. 322. Nr. 1064 Anhang a 741.
Nr. 1214 S. 263.

c) Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen:

1. es ist Pflicht des Reichs, die durch das Herstellungsverbot für Baumwollstoffe, die damit zusammenhängenden Verordnungen und infolge Mangels geeigneter Rohstoffe arbeitslos werdenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen, soweit ihnen anderweite geeignete Arbeit nicht beschafft werden kann, ausreichend zu unterstützen;
2. der Herr Reichskanzler wird ersucht, die erforderlichen Mittel aus den für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege bereitgestellten 200 Millionen Mark bereitzustellen: Bd. 316, Nr. 113 unter II z.

Bd. 306, 19. Sitz. S. 362 C, 382 C. — Angenommen.

d) Bereitstellung und Verwendung der Mittel:

Bd. 316, Nr. 147 S. 116.
Bd. 317, Nr. 192 S. 18.
Bd. 319, Nr. 403 S. 233.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 627 C.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2142 B.

e) Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Bundesratsverordnung über die Verwendung der Reichsmittel zugunsten notleidender Textilarbeiter dahin abzuändern, daß die Hergabe von Reichsmitteln an die Bedingung geknüpft wird, daß zu den zum Zwecke der Festlegung der Unterstützungsbedingungen und zur Durchführung der Unterstützungsaktion geschaffenen Orts-, Bezirks- und Landesausschüssen auch Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Textilarbeiter in gleicher Zahl wie die Unternehmer hinzugezogen werden: Bd. 317, Nr. 193 unter I 4.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 616 C, 620 C, 627 C, 636 A, 642 A. — Angenommen.

Ferner: Bd. 319, Nr. 403 S. 234.

f) Einzelnes.

Anrechnung der Arbeitslosenunterstützung auf die Familienunterstützung: Bd. 306, 29. Sitz. S. 631 B.

Erhöhung der Unterstützung; Verhältnis der Einnahmen zum Lebensunterhalt: Bd. 307, 53. Sitz. S. 1233 A.

Versagung der Unterstützung; Abschiebung der Unterstützungsberechtigten zum Heeresdienst:

Bd. 307, 49. Sitz. S. 1116 B.
51. Sitz. S. 1168 B.
53. Sitz. S. 1232 A.

Beschäftigung von Textilarbeiterinnen in der Landwirtschaft, Behandlung; Entziehung der Arbeitslosenunterstützung: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1167 C.

Anfrage Jäckel: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß besonders in Schlesien jugendliche Textilarbeiterinnen

1. zu schweren Arbeiten im Steinsetzgewerbe und in der Landwirtschaft unter Androhung der Unterstützungsentziehung angehalten werden;

Textilindustrie (Fortsetzung).

2. daß die betreffenden Arbeiterinnen durch die Entfernung von der Heimat der elterlichen Fürsorge entzogen und
3. durch das Zusammenarbeiten mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen sowie durch die Unterbringung in primitiven Lagerstätten der Gefahr sittlicher Schädigung ausgesetzt werden? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Textilarbeiterinnen vor den geschilderten Gefahren und gegen das Vorgehen der in Betracht kommenden Behörden zu schützen?: Bd. 318, Nr. 375.

Bd. 307, 60. Sitz. S. 1519 A. — Beantwortet.

Lohnverhältnisse: Bd. 310, 106. Sitz. S. 3291 A.

—, Stellungnahme des sächsischen Kriegsministeriums einer Beschwerde gegenüber: Bd. 309, 100. Sitz. S. 3055 D.

—, Arbeitslosigkeit, Erwerbslosenunterstützung, Ausnutzung zur Lohndrückerei: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5044 D.

g) Rohstoffmangel, Ersatzstoffe, Verwandlung von Cellulose in Spinnstoffe: Bd. 311, 143. Sitz. S. 4493 A.

h) Regelung der Uebergangswirtschaft für die Textilindustrie, Entwurf einer Bundesratsverordnung, Bewertung, Abbau der Kriegsorganisationen:
Bd. 324, Nr. 1609, S. 8 f., 40 f.
Bd. 312, 157. Sitz. S. 4910 A ff., 4922 D.
158. Sitz. S. 4932 C, 4945 C.
159. Sitz. S. 4976 B, 4984 B.
160. Sitz. S. 4996 C.
Bd. 313, 183. Sitz. S. 5771 C, 5773 C, 5774 B, 5786 D.

Petition der Weberei Nitsch in Herzberg am Harz, betreffend Zulassung als Höchstleistungsbetrieb.
Ber. d. Aussch. für Handel und Gewerbe: Bd. 324, Nr. 1561.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5534 C. — Uebergang zur Tagesordnung.

i) Schädigung der Textilindustrie durch Ausfuhr von Textilmaschinen:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2551 C, 2562 B.
88. Sitz. S. 2586 B.

k) Textilindustrie im Eulengebirge, Arbeiterorganisationen, polizeiliche Anmeldungen der Besprechungen über Arbeiterforderungen, siehe „Belagerungszustand" unter II 11 b.

h) Militärtuche siehe „Kriegsindustrie" unter I A.

Textilindustrie, Forschungsinstitut für —.
Zuziehung von Arbeitern: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939 D.

Theater.
Reichsgesetzliche Regelung des Theaterwesens: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5352 B, 5356 D.

Anfrage Kunert: Im März 1914 erklärte die Reichsregierung, daß die Vorbereitungen zur reichsgesetzlichen Regelung des Theaterwesens so weit vorgeschritten seien, daß dem Bundesrat in nächster Zeit der Entwurf des Gesetzes vorgelegt werden könne. Während des Krieges kam dieses Vorhaben bisher nicht zur Ausführung.

Ist der Herr Reichskanzler gewillt, im Hinblick auf die Notlage des Schauspielerstandes sowie in Ansehung der großen kulturellen Aufgabe des Theaters die vollendete Durchführung der gesetzgeberischen Absicht, die

Theater (Fortsetzung).

den Fach- und weiteren Bevölkerungskreisen notwendig und äußerst wünschenswert erscheint, sicherzustellen?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, sich darüber zu äußern, ob noch während des laufenden Kriegsjahres der Reichsgesetzentwurf, betreffend die umfassende Regelung des Theaterwesens, dem Reichstag vorgelegt oder noch ferner hinausgeschoben werden soll?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, diese Angelegenheit nach Möglichkeit zu fördern?: Bd. 323, Nr. 1392.

Bd. 311, 143. Sitz. S. 4452 C. — Beantwortet.

Petition des Kartells der Verbände der Deutsch-Oesterreichischen Bühnen- und Orchestermitglieder in Berlin, betreffend Theatergesetzgebung.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II q.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.

Verflachung des Theaters, Tätigkeit des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5320 A.
171. Sitz. S. 5357 A.

Aufführung von das sittliche Empfinden verletzenden Stücken während des Krieges: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1942 C.

Zensur, Verbot von Aufführungen während des Belagerungszustandes: Bd. 306, 32. Sitz. S. 721 B, 741 A.

Theateraufführungen an der Front siehe „Reichsheer" unter 178, auch 112.

Thomasschlackenmühlen. Bekanntmachung auf Grund des § 120 c GO., betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacken gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird, vom 21. Oktober 1914: Bd. 315, Nr. 26 S. 56, Nr. 31.

Tierkadaver siehe „Kriegswirtschaft" unter II 380.

Tierschauen, Einschränkung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 381.

Tilgungshypotheken siehe „Grundbesitz" unter B 2.

v. Tirpitz, Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts.
Verabschiedung: Bd. 307, 35. Sitz. S. 777 C.
Gründe seines Rücktritts: Bd. 307, 41. Sitz. S. 927 A.
Anerkennung seiner Verdienste:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 793 C, 798 B.
36. Sitz. S. 810 A, 819 B, 826 B.
Bd. 309, 84. Sitz. S. 2423 B.
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3173 A, 3178 B.

Angriffe wegen seiner U-Bootpolitik: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1715 A, 1726 C.

Stellung zum U-Bootkrieg, U-Bootbau, Verdienste um die Marine:
Bd. 311, 135. Sitz. S. 4184 A.
136. Sitz. S. 4262 A.
137. Sitz. S. 5103 A.

Kritik seiner Tätigkeit, eigene Heerführerpolitik neben der Regierungspolitik, seine Politik in der deutschen Vaterlandspartei gegen die Mehrheit der Volksvertretung (Friedensresolution); seine angebliche Erklärung, England sei durch den U-Bootkrieg in sechs Monaten auf die Knie gerungen:
Bd. 310, 116. Sitz. S. 3587 C.
124. Sitz. S. 3796 C.
125. Sitz. S. 3833 A.

Rede über die zu lange Verzögerung des unbeschränkten U-Bootkrieges: Bd. 311, 135. Sitz. S. 4184 B.

Graf **Tisza**, ungarischer Ministerpräsident.
Reden über das Friedensangebot vom 12. 12. 1916 und Friedensbereitschaft, U-Bootkrieg usw.:
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2388C, 2394B, 2409D.
85. Sitz. S. 2456D.
86. Sitz. S. 2482C.

Todeserklärung Kriegsverschollener:
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 367.
Bd. 319, Nr. 403 S. 204.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 662, Anhang a 713.
Bd. 307, 48. Sitz. S. 1075C.
Bd. 309, 98. Sitz. S. 2967B.
Siehe auch „Reichsheer" unter 191; Todeserkärung für im Kriege vermißte Postbeamte (siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter IX 17.

Togo. Petitionen
1. der Häuptlinge von Anecho (Togo), enthaltend Beschwerde über die deutsche Verwaltung in Togo,
2. des Herald Patriot Diasempa in Lome, enthaltend Beschwerde gegen die deutsche Verwaltung.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 65 unter II.
Bd. 306, 8. Sitz. S. 125C, 126D. — Ueberweisung als Material.

Topinambur zur Branntweinherstellung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52c, 383.

Torfstreufabrikation siehe „Kriegswirtschaft" unter II 384.

Torpedobootsflottille siehe „Marine" unter 40.

Torpedowerkstätten bei der Marine siehe „Marine" unter 41.

Transportversicherung. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 385.

Treibriemen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 245, 360.

Tribünen des Reichstags siehe „Reichstag" unter IV 5.

Trier. Feindliche Fliegerangriffe siehe „Krieg" unter II D 2.

Trobach siehe „Belagerungszustand" unter II 9 B.

Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft siehe „Kriegswirtschaft" unter II 387.

Trocknungswesen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 388.

Trunksucht, Bekämpfung, siehe „Alkoholismus", „Branntweinsteuer" und „Mineralwasser".

Truppenbesichtigungen siehe „Reichsheer" unter 180.

Truppenübungsplätze siehe „Reichsheer" unter 181.

Tuberkulose.
Vermehrung der Krankheitsfälle, Statistisches, Bekämpfung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5312C.
171. Sitz. S. 5365B, 5369C.
Verbreitung unter den Sandsteinarbeitern als Berufskrankheit: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5015D.

Tuchfabriken, Stillegung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Türkei.
Eintritt in den Krieg, Kriegsführung siehe „Krieg" unter I B 20.
Krieg in Kaukasien, Armenien siehe ebenda und „Rußland" unter L.
Beziehungen zu Deutschland.
Anfrage Dr. Herzfeld: Auf dem Bankett der Jungtürken zu Ehren der deutschen Parlamentarier in Konstantinopel, Ende April d. J., hat der türkische Minister des Aeußern Halil Bei bekanntgegeben, daß Deutschland und Oesterreich mit der Türkei seit vier Monaten über ein Bündnis zu gleichen Rechten und von langer Dauer auf der Grundlage gegenseitigen und gleichwertigen Beistandes gegen jede Gefahr verhandelt, daß bis auf einige Einzelfragen ein endgültiges Einverständnis erreicht sei und die Ratifikation dieses Vertrags durch die Souveräne binnen kurzem bevorstehe.
An den Herrn Reichskanzler wird die Anfrage gerichtet, welchen Inhalt dieser Vertrag hat und ob er dem Reichstag vor der Ratifizierung zur Kenntnis gegeben wird?: Bd. 318, Nr. 285.
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1045D. — Beantwortet.
(Siehe auch Bd. 311, 127. Sitz. S. 3946D.)
Handelsbeziehungen zu Deutschland, Weitergewährung der Meistbegünstigung nach Ablauf des Handelsvertrags:
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 169, Anhang a 20.
Nr. 107 S. 20.
Rechtsschutzverträge, Abschluß mit Deutschland: Bd. 307, 47. Sitz. S. 1046B.
Beratung der zwischen dem Deutschen Reiche und dem Osmanischen Reiche in Berlin am 11. Januar 1917 unterzeichneten Verträge nämlich
1. eines Konsularvertrags,
2. eines Vertrags über Rechtsschutz und gegenseitige Rechtsbeihilfe in bürgerlichen Angelegenheiten,
3. eines Auslieferungsvertrags,
4. eines Niederlassungsvertrags,
5. eines Vertrags über die gegenseitige Zuführung von Wehrpflichtigen und Fahnenflüchtigen der Land- und Seestreitkräfte,
6. eines Vertrags über die Anwendung des Konsularvertrags auf die deutschen Schutzgebiete,
7. eines Vertrags, betreffend die Anwendung des Vertrags über Rechtsschutz

und gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten auf die deutschen Schutzgebiete, nachdem der Bundesrat seine Zustimmung dazu erteilt hat, zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen
sowie die
Beratung des Gesetzes zur Ausführung der am 11. 1. 1917 zwischen dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Rechtsverträge: Bd. 321, Nr. 755.
Erste Beratung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3197D.
Zweite Beratung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3210D.
Dritte Beratung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3211A.
Einzelnes.
Auslieferungsvertrag, Anarchistenklausel: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3200A, 3201D, 3203B, 3204A, 3206B, 3210C.
Kapitulationen, Aufhebung: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3198B, 3199A, 3201D, 3202D, 3204B, 3209C.
Niederlassungsrecht: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3200C, 3202B.
Unterstützung des Deutschtums in der Türkei, Förderung der deutschen Sprache: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2474C.

Turkestan. Rohstoffversorgung aus Turkestan, Schrift von Emil Zimmermann: Bd. 313, 183. Sitz. S. 5761A; vgl. auch S. 5754D.

Turnvereine. Polizeiliche Erschwerungen der Arbeiterturnvereine, Verbot von Turnhallen und Vorträgen:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 117D.
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1066D.

Uebergangswirtschaft siehe „Kriegswirtschaft" unter II 390.

Uhren, Besteuerung, siehe „Umsatzsteuer".

Ukraine, Friedensvertrag usw. siehe „Rußland" unter K.

Umsatzsteuer.

1. Stempelabgaben siehe „Reichsstempelabgaben" unter 4 und 6.
2. Petition der Handelskammer in Wesel, betreffend Ablehnung einer Warenumsatzsteuer.
   Mündl. Ber. d. Petitions-Ausschusses: Bd. 322, Nr. 1123, Ziff. Vb.
   Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Für erledigt erklärt.
3. Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände, Sicherung: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 769.
4. Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes: Bd. 324, Nr. 1461 nebst drei Anlagen:
   1. Italienische Steuer auf Edelsteine, Perlen und Edelmetallwaren S. 45.
   2. dänische Steuer auf Edelsteine usw. S. 52.
   3. Auszug aus dem französischen Budgetgesetz vom 31. Dezember 1917.

   Außerdem Anlage 4: Uebersetzung des französischen Gesetzes, betreffend die Bezeichnung der Waren, Lebensmittel, Vorräte und sonstigen Gegenstände, welche der Steuer von 10 v. H. des Artikels 27 des Gesetzes vom 31. 12. 1917 unterliegen: Bd. 324, Zu Nr. 1461.

   Erste Beratung:
   Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732 D; siehe insbesondere: S. 4740 C, 4743 A, 4749 B, 4756 C.
   152. Sitz. S. 4760 C; siehe insbesondere: S. 4761 D, 4764 C, 4765 B, 4766 B, 4772 D, 4773 D, 4780 B, 4783 D, 4784 C.

   Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1745.

   Zweite Beratung: Antr. Bd. 325, Nr. 1762, 1766, 1768, 1769, 1776, 1781, 1782, 1784. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6046 B.

   Annahme des Entwurfs nach den Anträgen des Ausschusses mit den Antr. Nr. 1762, 1768, 1776, 1784 und unter Streichung des Wortes „usw." in § 34 Zeile 2 (vgl. Bd. 313, 189. Sitz. S. 6067 C.).

   Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1804.

   Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6130 D.

   Entwurf nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Beratung: Bd. 325, Nr. 1878.

   Gesetz v. 26. 7. 1918, RGB. S. 779.

   Namentliche Abstimmung über den Antrag Bd. 325, Nr. 1760 zu § 6.
   Bd. 113, 189. Sitz. S. 6052 A (Zusammenstellung S. 6086): Abgelehnt mit 172 gegen 124 Stimmen.

   Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Besteuerung des Luxusmobiliarbesitzes in Erwägung zu ziehen: Bd. 325, Nr. 1745 S. 86 unter II.
   Bd. 313, 189. Sitz. S. 6068 C. — Angenommen.

   Petitionen: Bd. 325, Nr. 1745 S. 86 unter III.
   Bd. 313, 189. Sitz. S. 6068 C.
   190. Sitz. S. 6131 A. — Für erledigt erklärt.

   Einzelnes.
   Allgemeines, Warenumsatzsteuer, Erhöhung (1—5 Promille), Belastung des Volkes, des Handels usw.: Bd. 325, Nr. 1745 S. 1 ff.
   Bd. 312, 151. Sitz. S. 4740 C, 4743 A, 4749 B, 4756 C.
   152. Sitz. S. 4761 D, 4764 C, 4773 A, 4780 B, 4783 D.
   Bd. 313, 189. Sitz. S. 6046 B, 6047 A, 6050 A.

Umsatzsteuer (Fortsetzung).

—, Grundsatz der Abwälzbarkeit der Steuer: Bd. 325, Nr. 1725 S. 1, 8, 41 ff.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4765 B, 4772 D, 4780 C.
—, Frage der Höchstpreise: Bd. 325, Nr. 1745 S. 41.
—, Staffelung: Bd. 325, Nr. 1745 S. 9, 15.
Auskunftspflicht der Steuerpflichtigen und ihrer Angestellten (Zeugnispflicht), Aufdeckung von Steuerhinterziehungen: Bd. 325, Nr. 1745 S. 24.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6059 D, 6060 A, 6061 A.
Befristung, Außerkraftsetzung des Gesetzes mit Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß (Antrag): Bd. 325, Nr. 1745 S. 22, 42.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6068 A.
Buchführungszwang, Belästigung der Kleingewerbetreibenden, Aufhebung für bestimmte Steuergruppen: Bd. 325, Nr. 1745 S. 2, 10, 22, 23, 75.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4743 C.
152. Sitz. S. 4765 B, 4780 B.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6059 C.
Eigener Verbrauch, Landwirtschaft, Gewerbe, Steuerbefreiungen bei Entnahme aus eigenem Betrieb usw.; Steuerumgehungen: Bd. 325, Nr. 1745 S. 11, 13.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6047 C, 6050 B.
Ertragseinschätzung: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4766 A.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6046 D.
—, Abgabe vom Ertrage an Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände als Verwaltungs- und Erhebungsvergütung und zur Versorgung der ärmeren Bevölkerung: Bd. 325, Nr. 1745 S. 28 ff., 48 ff., 53, 80 ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4743 D.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6047 C, D, 6051 B, 6062 D, 6063 D, 6064 B, 6066 C, 6067 B.
—, Jährlicher Bericht über Verwendung der Beträge an den Reichstag: Bd. 325, Nr. 1745 S. 80.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6066 A ff.
Gemeinden und Gemeindeverbände, Gemeindebetriebe, Steuerbefreiung für Gas, Wasser und Elektrizität: Bd. 325, Nr 1745 S. 19, 47, 69.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6047 C, 6051 B, C.
Kohle, Befreiung von der erhöhten Steuer: Bd. 325, Nr. 1745 S. 47.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4749 C.
Kontrollrecht der Steuerbehörden, Schwierigkeiten bei Umgehungen der Steuer: Bd. 325, Nr. 1745 S. 26.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6050 A.
—, Selbstverwaltung bei der Steuerveranlagung: Bd. 325, Nr. 1745 S. 27.
Konzentration von Betrieben zur Ersparung von Steuern, Erschwerung für den Kleinbetrieb usw. Gegenmaßnahmen, Antrag Gothein, Graf Westarp usw. (§ 6 a): Bd. 325, Nr. 1745 S. 2, 7, 10, 16, 51, 65.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6046 D, 6052 B ff., 6053 B, 6054 C, 6055 A, 6056 B, 6068 A.
190. Sitz. S. 6124 B, 6126 A, B.
—, Zwischenveräußerungen, Steuerermäßigung: Bd. 325 Nr. 1745 S. 6, 14, 51, 65.
—, Genossenschaften, Konsumgenossenschaften, Besteuerung: Bd. 325, Nr. 1745 S. 18, 45, 68.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6046 D, 6053 D ff., 6054 C ff., 6055 D.
Landesgesetzliche und kommunale Steuern für Warenumsatz, Warenhaussteuer, Aufhebung vom 1. 4. 19. ab: Bd. 325, Nr. 1745 S. 35 ff., 58.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6048 A, 6061 C, 6062 B, 6064 C, 6065 B, C, 6066 C, 6067 B.
Lebensmittel, Massennahrungsmittel, Besteuerung (1 Promille), Schutz vor Doppelbesteuerung, Begriff „notwendige Lebensmittel" usw.: Bd. 325, Nr. 1745 S. 5, 15, 40, 48, 69, 83.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6047 A, 6053 D, 6056 A, B 6061 C, 6062 B ff., 6065 A, C, D, 6066 C, 6067 B
Leistungen gewerblicher, entgeltlicher Art. Leistungen der freien Berufe, der Schriftsteller, Aerzte, Zahntechniker, Arbeiter usw., Umsatzsteuer bzw. Steuerfreiheit, Buchführungszwang:

Umsatzsteuer (Fortsetzung).
Bd. 325, Nr. 1745 S. 3, 12 ff., 43, 66.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4765 D, 4773 D 4784 A.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6048 D, 6049 B ff., 6050 B, D, 6051 A.
—, Frage der Einbeziehung des Gehalts der Beamten und Angestellten:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 13.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6049 C.
Luxuswaren, Besteuerung mit 10 Prozent (§ 7), allgemeine Bewertung, Luxus- und Kulturbedarf:
Bd 325, Nr. 1745 S. 5, 30, 52, 60 ff., 70, 78.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4740 C, 4743 D, 4749 C, 4756 D.
152. Sitz. S. 4766 B, 4774 A, 4784 C.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6048 B, 6056 C, 6057 A.
190. Sitz. S. 6127 A.
—, Erfassung der luxuriösen Lebensführung:
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4766 C.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6048 D, 6057 A.
—, Einführung einer allgemeinen Luxussteuer durch besonderes Gesetz:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 30 ff.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6048 B.
—, Ausländische Gesetzgebung, französische usw.: Bd. 325, Nr. 1745 S. 32.
—, Juwelenindustrie Deutschlands, Schädigung: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4774 B, 4784 D.
—, Steuerhinterziehungen, Schmuggel, Ankauf von Perlen und Juwelen im Ausland:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 61.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4756 D.
152. Sitz. S. 4774 A.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6048 C.
—, Freilassung der mit Edelmetallen doublierten Gegenstände:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 33, 61, 70.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6057 B, 6059 A.
—, Edel- und Unedelmetallwaren, gleiche Besteuerung:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 33.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6056 C.
—, Taschenuhren, Werke der Plastik, der Malerei, alte Drucke, Teppiche, Pelzkragen, Besteuerung bezw. Steuerbefreiung:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 33, 61, 71.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6057 B, 6059 A.
—, Musikinstrumente, Phonographen, Sprechapparate, Spieldosen, Besteuerung bezw. Steuerfreiheit:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 63, 71, 78.
Bd. 313, 189. Sitz. S. 6057 D ff.
—, Bemalte Photographien, Besteuerung: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6056 D.
—, Frage einer Nachbesteuerung: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4766 D, 4784 D.
—, Rücklagezeit, Beseitigung der Steuer von 20%: Bd. 313, 189. Sitz. S. 6067 D.
Quittungssteuer, Frage der Einführung: Bd. 325, Nr. 1745 S. 2.
Rechtsmittel, Reichsaufsicht, Reichsfinanzhof: Bd. 325, Nr. 1745 S. 25, 64.
Rohstoffsteuern, weitere, Rückvergütung beim Export des Fabrikats:
Bd. 325, Nr. 1745 S. 7.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4740 B, 4743 B, C.
2. Vorschriften zu dem § 11 Abs. 1 und 2 und § 13 Abs. 1 der Umsatzsteuer (Zentralbl. f. d. Deutsche Reich 1918 S. 229): Bd. 325, Nr. 2000.

Uneheliche Kinder siehe „Kinder, Kinderschutz".
Geburtsbescheinigungen siehe „Personenstand".

Unfälle.
Anfrage Dr. Liebknecht: Der Unterzeichnete fragt den Herrn Reichskanzler: Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstag schleunigst das Material und eine Statistik vorzulegen
a) über die gewerblichen Unfälle,
b) über die Arbeiterausstände
im Deutschen Reiche seit Beginn des Krieges: Bd. 317, Nr. 214.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 837 C. — Zurückgezogen.
Siehe auch „Gewerbeordnung" unter 1 und die einzelnen Industrien, insbesondere auch „Kriegsindustrie" unter IV.

Unfallversicherung siehe „Versicherungswesen" unter III D.

Universitäten.
Anfrage Bassermann: Nach der Statistik des Deutschen Universitätskalenders sind auf deutschen Universitäten eine große Anzahl Russen, außerdem einzelne Engländer, Belgier, Franzosen und Italiener immatrikuliert.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Grundsätze mitzuteilen, nach denen bei der Zulassung Angehöriger des feindlichen Auslands auf deutschen Hochschulen verfahren wird und mitzuteilen, ob Vorsichtsmaßregeln gegen Mißbrauch getroffen sind?: Bd. 319, Nr. 455.
Bd. 308, 71. Sitz. S. 1939 B. — Beantwortet.
Frage der Vereinheitlichung: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5327 A.
Einführung von Trimestern zur Abkürzung des Studiums: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5356 B.
Petition betr. Einteilung des akademischen Studienjahres in Trimester während der beiden ersten Friedensjahre. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1864. — Unerledigt.

Universitätsprofessoren. Eintritt als Kriegsfreiwillige: Bd. 310, 102. Sitz. S. 3132 B.

Untaugliche Militärpflichtige siehe „Reichsmilitärgesetz".

Unteroffiziere siehe „Reichsheer" unter 182 und „Marine" unter 42.

Unterseeboote siehe „Seekrieg" unter D.
Petition des Professors Rudolf Schade in Berlin, betreffend Entschädigung für seine Bemühungen um die Einführung des jetzigen Unterseeboottyps.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter IV a.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Unterseeboot-Volksspende: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2502 A.

Unterstützungen. — Siehe auch „Kriegswohlfahrtspflege" unter A und C oder die einzelnen Reichsämter und Ressorts.
I. Unterstützungen an Familien in den Militärdienst eingetretener Mannschaften.
A. Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 (Ausdehnung auf Familien des Unterpersonals der freiwilligen Krankenpflege und auf uneheliche Kinder; Erhöhung der Unterstützungen): Bd. 315, Nr. 2, Zu Nr. 2.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8 C, 9 C, 10 D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGBl. S. 332.
Petitionen: Bd. 306, 2. Sitz. S. 11 A. — Für erledigt erklärt.
Grundsätze für die Gewährung der Unterstützungen:
Bd. 315, Nr. 26 S. 92.
Nr. 44 S. 31, 32.
Nr. 73 S. 21.
Bd. 316, Nr. 147 S. 114.
Bd. 317, Nr. 220 Ziff. 307.
Nr. 225 S. 111.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 517.
Nr. 650 S. 199.
Grundsätze für die Demobilmachung siehe „Reichsheer" unter 34.
Siehe auch unter R (Einzelnes).
B. Antrag des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915, nachstehenden Gesetz-

Unterstützungen (Fortsetzung).

entwurf den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen:

Gesetzentwurf, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I.

Das Gesetz über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 wird wie folgt abgeändert:

§ 1

1. a) Nach dem Wort „Mannschaften" ist einzuschalten „des stehenden Heeres".
   b) Die Worte „im Falle der Bedürftigkeit" sind zu streichen.
   c) Dem § 1 werden folgende Absätze zugefügt:
   Als anspruchsberechtigt sind jene Angehörigen anzusehen, deren Unterhalt bisher im wesentlichen von dem Einkommen aus der Arbeit des zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen nachweisbar abhängig war, ferner die Angehörigen der selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte, die regelmäßig nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen.
   Ein Anspruch besteht nicht, wenn der zur aktiven Dienstleistung Herangezogene sein volles Gehalt oder seinen früheren Lohn fortbezahlt erhält oder aus einem anderen Grunde an seinem Einkommen keinen Ausfall erleidet oder wenn nach seiner Lebensstellung, seinen Vermögens-, Erwerbs- und Einkommensverhältnissen auf Grund durchgeführter Erkundigungen anzunehmen ist, daß trotz seiner Heranziehung zur aktiven Dienstleistung der Unterhalt der in Betracht kommenden Angehörigen gesichert ist.
2. In § 2 unter c ist nach dem Wort „Kinder" einzuschalten „und seine geschiedene Ehefrau" und die Worte „als Vater" zu streichen.
3. Dem § 2 wird folgender Absatz hinzugefügt:
   d) die Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im feindlichen Auslande zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegs- oder Zivilgefangene behandelt werden;
   e) die Angehörigen der im militärpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich im neutralen Ausland aufhalten und infolge von feindlichen Maßnahmen nicht imstande waren, ins Inland zurückzukehren.
4. In § 2 unter a hinter „Kinder" einzuschalten: „sowie Stiefkinder und elternlose Enkel".
5. In § 2 unter b hinter „Kinder über 15 Jahre" einzuschalten: „sowie Stiefkinder und elternlose Enkel", ferner hinter „Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister" einzuschalten: „auch Stiefeltern und Stiefgeschwister".
6. § 5 Abs. 1 ist wie folgt zu ändern:
   Die Unterstützungen sollen mindestens betragen:
   a) für die Ehefrau monatlich 20 Mark;
   b) für jedes Kind unter 15 Jahren sowie für jede der in § 2 unter b und c bezeichneten Personen monatlich 10 Mark.
7. Nach § 5 ist einzuschalten:

§ 5a.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln den örtlichen Verhältnissen angemessene Zuschläge zu diesen Unterstützungen zu zahlen.

8. In § 6 Abs. 1 sind die Worte „sowohl über die Unterstützungsbedürftigkeit der einzelnen Familien als auch" zu streichen.
9. Artikel II.

Dies Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Urkundlich usw.

Gegeben usw.:

Bd. 315, Nr. 56 unter III.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 78A, 80C, 83A, 85C, 87B.
8. Sitz. S. 124B. — Angenommen.
Bd. 316, Nr. 130 unter I

mit dem Ab.Antr. Erzberger, den vorgeschlagenen Gesetzentwurf zu fassen wie folgt:

Einziger Paragraph.

1. In § 10 Abs. 5 des Gesetzes, betreffend die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom $\frac{\text{28. Februar 1888 (RGB. S. 59)}}{\text{4. August 1914 (RGB. S. 332)}}$ ist der Satz 2 zu streichen.
2. Als Absatz 6 ist einzufügen:
   Die Familienunterstützung wird während dreier Monate über den Zeitpunkt hinaus, von dem an die den Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) zu zahlenden Hinterbliebenenbezüge zuständig sind, weiter gewährt. Etwa darüber hinaus gezahlte Familienunterstützungen gelten als Vorschußzahlungen auf die Hinterbliebenenbezüge und sind bei deren Auszahlung einzubehalten:
   Bd. 316, Nr. 137.
   Bd. 306, 18. Sitz. S. 342A (zur Geschäftsordnung).

C. Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die auf Grund des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Militärdienst eingetretener Mannschaften, zu gewährenden Unterstützungen zu erhöhen sowie den Kommunen und Kommunalverbänden die Pflicht aufzuerlegen, ausreichende Zuschläge zu diesen Unterstützungssätzen zu gewähren, und daß den nichtleistungsfähigen Gemeinden die erforderlichen Mittel aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden: Bd. 316, Nr. 113 unter II x 3.

Bd. 306, 19. Sitz. S. 366A, 372A, 375A, 379D, 381A, 382B. — Angenommen.

D. Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die auf Grund des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom $\frac{\text{28. Februar 1888}}{\text{4. August 1914}}$ zu gewährenden Unterstützungen zu erhöhen und auf die baldige Zahlung der in § 12 des Gesetzes vorgesehenen Entschädigung aus Reichsfonds einschließlich der gezahlten Zinsen an

Unterstützungen (Fortsetzung).

die Lieferungsverbände hinzuwirken: Nr. 113 unter II y.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 380C, 382C. — Angenommen.

E. Antrag des Haushaltsausschusses, folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben:
Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 59).
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
Einziger Paragraph.
In § 10 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes, betreffend die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 59) werden nach dem Wort „Unterstützungen" die Worte eingefügt: „nach Ablauf von drei Monaten von Gewährung der Bewilligung ab".
Urkundlich usw.
Gegeben usw.: Bd. 316, Nr. 130 unter I.
Erste Beratung: Bd. 306, 19. Sitz. S. 358A, 365B, 371B, 376A.
Zweite Beratung: Bd. 306, 20. Sitz. S. 414B.
Dritte Beratung: 20. Sitz. S. 415D. — Antrag Nr. 137 angenommen.
Gesetz vom 30. 9. 1915, RGB. S. 629.
Ferner: Bd. 316, Nr. 147 S. 113.
Resolution Nr. 141 siehe unter „Militärhinterbliebenenversorgung" unter B3.

F. Antrag des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in der Regelung der Familienunterstützungen folgende Verbesserungen eintreten zu lassen:
1. die Familienunterstützung ist zu gewähren, wenn nach der laufenden Steuerveranlagung das Einkommen in den Orten der Tarifklasse E 1000 Mark und weniger, in Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mark und weniger, in Orten der Tarifklassen A und B 1500 Mark und weniger beträgt. Der Anspruch besteht nicht, wenn der zum Militärdienst Eingezogene an seinem Einkommen keinen Ausfall erleidet;
2. die Zuschüsse des Reichs und der Einzelstaaten an die Lieferungsverbände zur Erhöhung der Familienunterstützung sind — abgestuft nach der Leistungsfähigkeit der Lieferungsverbände — festzusetzen;
3. die Bestimmung zu treffen, daß die Aufsichtsbehörde in geeigneten Fällen die Zahlung der Familienunterstützung anordnen kann: Bd. 317, Nr. 190.
Bd. 306, 25. Sitz. 508B. — Angenommen.

G. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Bundesregierungen dahin zu wirken, daß zum Zwecke einer ausreichenden Unterstützung der Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften in den Lieferungsverbänden und Gemeinden Bedarfssätze festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß den Kriegerfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Teurung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung gesichert wird und von diesen Bedarfssätzen nur abgewichen werden soll, wenn besondere Gründe dafür geltend gemacht werden können.

Unterstützungen (Fortsetzung).

Der bisher schon für Unterstützung der Kriegerfamilien an die Bundesstaaten gewährte Reichszuschuß ist entsprechend zu erhöhen: Bd. 318, Nr. 293 unter II a.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1121B.
50. Sitz. S. 1136D.
51. Sitz. S. 1149C, 1153A, 1167A.
53. Sitz. S. 1250B. — Angenommen.

H. Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß, wenn die den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Unterstützung durch den Tod der Mutter eine Verringerung erleidet, der auf die Mutter entfallende Unterstützungsbetrag an die Person ausbezahlt werde, welche mit dem Unterhalt und der Erziehung der hinterbliebenen Kinder beauftragt ist: Bd. 318, Nr. 293 unter II b.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1121D.
50. Sitz. S. 1137C.
51. Sitz. S. 1149D, 1153A.
53. Sitz. S. 1250C. — Angenommen.

J. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Bundesrat eine Aenderung des Gesetzes über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888/4. August 1914 in der Fassung des Gesetzes vom 30. September 1915 und 21. Januar 1916 dahin herbeizuführen,
1. daß im § 5 vom 1. November 1916 ab die Unterstützung für die Ehefrau auf 20 Mark, für jedes Kind unter 15 Jahren sowie für jede der im § 2 Abs. 1 bezeichneten Personen auf 10 Mark monatlich festgesetzt wird;
2. daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird, nach der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, aus ihren Mitteln Zuschläge zu diesen Unterstützungen bis zur Behebung der Bedürftigkeit zu gewähren, und daß sie zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Aufsichtsbehörden angehalten werden: Bd. 319, Nr. 493 unter I a.

mit dem Ab.Antr. Bernstein u. Gen.:
I. in Nr. 2 der Resolution nach dem Wort „Zuschläge" einzuschalten „in Höhe von mindestens 50 Prozent",
II. derselben Resolution als Ziffer 3, 4 und 5 hinzuzufügen:
3. daß die Ziffer b des § 11 des Gesetzes vom 28. Februar 1888, durch die den Familien die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer durch gerichtliches Erkenntnis zu Gefängnisstrafen von länger als sechsmonatiger Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt wird, gestrichen wird,
4. daß Bedürftigkeit stets anzunehmen ist, wenn das Einkommen der Familie 1500 Mark jährlich nicht übersteigt,
5. daß die Rückzahlung der von den Gemeinden auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 bis zum 1. Oktober 1916 geleisteten Unterstützungen bis spätestens zum 1. Februar 1917 erfolgt: Bd. 319, Nr. 499.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2130D, 2132D, 2135B, 2139C, 2142D, 2146A. — Resolution des Ausschusses angenommen, Anträge Bernstein u. Gen. abgelehnt.
Ferner: Bd. 308, 79. Sitz. S. 2322A.

K. Resolution des Haushaltsausschusses: die Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer sowie die Unter-

Unterstützungen (Fortsetzung).

stützungen an Erwerbslose den Bezugsberechtigten im Monat Dezember 1916 in doppelter Höhe aus Reichsmitteln zu gewähren: Bd. 319, Nr. 493 unter Ib 3.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2131A, 2133A, 2134C, 2140B, 2146C. — Angenommen.

L. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Bundesrat eine Aenderung des Gesetzes über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888/4. August 1914 in der Fassung des Gesetzes vom 30. September 1915, 21. Januar 1916 und der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1916 dahin herbeizuführen,
daß die Unterstützung von 20 Mark für die Ehefrau und von 10 Mark für jedes Kind unter 15 Jahren, sowie für jede der in § 2 Abs. 1 bezeichneten Personen auch während der Zeit vom 1. Mai bis 1. November weiter gezahlt wird: Bd. 320, Nr. 656 unter IIc.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536C, 2537B, 2541B, 2558D, 2564C.
88. Sitz. S. 2576C, 2580B, 2593B.
89. Sitz. S. 2625D. — Angenommen.

M. Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: im Bundesrat eine Aenderung des Gesetzes über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888/4. August 1914 in der Fassung des Gesetzes vom 30. September 1915 und 21. Januar 1916 dahin herbeizuführen,
a) daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird, nach der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, aus ihren Mitteln Zuschläge in Höhe von mindestens 50 Prozent zu den Reichsunterstützungen bis zur Behebung der Bedürftigkeit zu gewähren, und daß sie zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Aufsichtsbehörden angehalten werden,
b) daß die Rückzahlung der von den Gemeinden auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 bis zum 1. Oktober 1916 geleisteten Unterstützungen bis spätestens zum 1. Juli 1917 erfolgt,
c) daß die Ziffer b des § 11 des Gesetzes vom 28. Februar 1888, durch die den Familien die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer durch gerichtliches Erkenntnis zu Gefängnisstrafen von länger als sechsmonatiger Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt wird, gestrichen wird: Bd. 320, Nr. 678 unter 2.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536C.
88. Sitz. S. 2576C.
89. Sitz. S. 2626A. — Abgelehnt.

N. Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 dahin zu ändern, daß die Unterstützungssätze in § 5 unter a von 20 auf 30 M., unter b von 10 auf 15 M. erhöht werden; ferner folgenden § 5a einzuschalten:
§ 5a.
Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln den örtlichen Verhältnissen angemessene Zuschläge zu diesen Unterstützungen zu zahlen.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 36 unter I c 5.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938D. — Angenommen.

Unterstützungen (Fortsetzung).

O. Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsamt des Innern für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 und die Bekanntmachung, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 21. Januar 1916, wie folgt zu ändern:
1. im § 1 des Gesetzes die Worte „im Falle der Bedürftigkeit" zu streichen.
2. den § 5 des Gesetzes dahin zu ändern:
Die Unterstützungen sollen mindestens betragen:
a) für die Ehefrau monatlich 40 Mark,
b) für jeden sonstigen Berechtigten 20 Mark.
3. folgenden § 5a einzuschalten:
§ 5a.
Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, diese Unterstützungen aus ihren Mitteln durch Zuschläge zu erhöhen, die den örtlichen Verhältnissen anzupassen sind. Diese Zuschläge müssen in Gemeinden
unter 5000 Einwohnern mindestens 50 v. H.,
mit 5000 bis 20 000 Einwohnern mindestens 60 v. H.,
mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern mindestens 75 v. H.,
mit mehr als 50 000 Einwohnern mindestens 100 v. H.
der im § 5 genannten Sätze betragen.
Gemeinden, welche diese Zuschläge aus eigenen Mitteln nicht leisten können, ist der fehlende Teil vom Reich zu erstatten.
4. im § 12 des Gesetzes ist die Frist für die Rückerstattung der von den Gemeinden verauslagten Unterstützungen auf 6 Monate festzusetzen.
5. im § 3 Abs. 1 der Bekanntmachung ist
an Stelle von 1000 Mark zu setzen 1500 Mark,
„ „ „ 1200 „ „ „ 2400 „
„ „ „ 1500 „ „ „ 3000 „
Abs. 2 und 3 zu streichen: Bd. 324, Nr. 1623.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5336B, 6360B.
172. Sitz. S. 5377A. — Abgelehnt.

P. Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichsamt des Innern für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Verordnung vom 2. November 1917, betreffend „die Unterstützung der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften", dahin abzuändern, daß die Lieferungsverbände verpflichtet werden, die bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Mindestsätze der Familienunterstützungen ab 1. April 1918 je nach den örtlichen Verhältnissen, mindestens aber um 5 Mark monatlich für jeden Unterstützten, zu erhöhen: Bd. 324, Nr. 1477.
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5301D.
171. Sitz. S. 5342A, 5360B.
172. Sitz. S. 5377A. — Abgelehnt.

Q. Petitionen betreffend Gewährung von Unterstützung usw.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 66 unter I a 4 und 5i; Bd. 316, Nr. 138 unter I 3i; Bd. 318, Nr. 293 unter IVc 1—4i; Bd. 319, Nr. 501 unter IIf—i; Bd. 321, Nr. 729 unter a 1—5; Bd. 323, Nr. 1308 unter IVm, Nr. 1364 unter IIb 1—3.
Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D.
31. Sitz. S. 708A
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1229C, 1252A.

Unterstützungen (Fortsetzung).

Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 C.
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5377 A, C.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120 C.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 315, Nr. 93.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 383 D. — Ueberweisung zur Erwägung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 317, Nr. 182.
Bd. 306, 25. Sitz. S. 509 A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 317, Nr. 202.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 766 B. — Ueberweisung als Material.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 548.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 791.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555 B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 792.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555 B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 793.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555 C. — Ueberweisung zur Erwägung.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 868.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3557 A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1118.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1337.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 C. — Ueberweisung zur Erwägung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1339.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1342.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 D. — Uebergang zur Tagesordnung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1345 unter 1.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4834 A. — Uebergang zur Tagesordnung.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter III b.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II p.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Petition, betreffend Gewährung der Familienunterstützung an den invaliden Arbeiter und Gewerbeschreiber Gustav Hahn in Bunzlau.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 705.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3156 A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition des ehemaligen Feldwebels Eduard Tonn in Posen, betreffend Gewährung einer Unterstützung während des Krieges.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 857.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556 D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Petition des Ober-Telegraphenassistenten a. D. Kislatis in Liegnitz, betreffend Gewährung einer laufenden Zuwendung.
Mündl. Ber. des. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 unter IV p.

Unterstützungen (Fortsetzung).

Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition der Kriegerfrau Theresia Niestroy in Pogrzebin wegen verweigerter Familienunterstützung.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1506.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5530 B. — Uebergang zur Tagesordnung.
Petition der Frau Ida Schmiede in Graudenz, betreffend Weitergewährung von Witwenbeihilfe usw.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II aa.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Petition des Joseph Appelrath in Gelsenkirchen, betreffend Gewährung einer Mietsunterstützung und eines Darlehns.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II n.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Petition der Frau Angela Schröder in Münster (Westf.), betreffend Gewährung von Erziehungsbeihilfen.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 unter II y.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137 A. — Ueberweisung als Material.
Petition der Frau Helene Wittig in Berlin, betreffend Wiedergewährung von Familienunterstützung.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1862. — Unerledigt.
Petition des Landwirts und Schneidermeisters Gustav Schmidt in Stolzenhain auf Bewilligung einer Unterstützung und Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Gewährung einer Unterstützung an Eltern gefallener Heeresangehöriger.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1875. — Unerledigt.
Petition der Witwe Alma Fischer in Stollberg (Erzgeb.) um Gewährung von Familienunterstützung für ihr uneheliches, vom verstorbenen Ehemann aber ernährtes und aufgezogenes Kind.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1334.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 C. — Ueberweisung als Material.

R. Einzelnes. — Siehe auch „Reichsheer" unter 183.
1. Abkommandierte Soldaten.
Familien Heerespflichtiger, die zur Arbeitsleistung entlassen sind:
Bd. 320, Nr. 650 S. 200.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 278.
Anfrage Nyssel: In Danzig sind Soldaten vom Facharbeiter-Bataillon 17/22 als Arbeiter in die Reichsfutterwerke zur Arbeit kommandiert, sie erhalten statt Löhnung Stundenlohn, obwohl sie nicht vom Militär entlassen sind, sondern Sonntags Wachdienst, genau wie Nichtkommandierte, verrichten müssen. Die Familien der zur Arbeit kommandierten Soldaten erhalten keine Familienunterstützung.
Von dem Verdienten Lohn wird Bekleidung und Beköstigung, täglich 1,15 Mark, Sonntags 2,05 Mark, vom Bataillon eingezogen. Der verbleibende Verdienst genügt nicht, die an anderen Orten wohnenden Familien mit zu erhalten.

Unterstützungen (Fortsetzung).

In der Genesenden-Kompagnie in Kiel werden die aus Lazaretten entlassenen kranken und invaliden Soldaten nach 8tägigem Innendienst zur Arbeit kommandiert. Ohne Rücksicht auf die Arbeitsfähigkeit und die dadurch bedingte Verdienstmöglichkeit der Soldaten wird die Weiterzahlung der Unterstützung eingestellt.

Die genesenden Soldaten unterstehen den militärischen Vorschriften, sind in bestimmte Betriebe zur Arbeit kommandiert und können sich keine besserbezahlte Arbeit suchen. Durch Fortfall der Familienunterstützung kommen die Angehörigen in die größte Not.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Vorsorge zu treffen, den Familien der Soldaten die Unterstützung weiter zu gewähren?: Bd. 325, Nr. 1960.

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1990.

2. Arbeitshilfe, Arbeitspflicht der Unterstützung beziehenden Frauen bzw. Entziehung der Unterstützung:
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1745D.
66. Sitz. S. 1774D, 1779A, 1793C.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536C.
88. Sitz. S. 2574D, 2580C, 2593B.
98. Sitz. S. 2970A.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5337D, 5343C.

Anfrage Hoch: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß infolge des letzten Rundschreibens des Reichsamts des Innern, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, in vielen Fällen die Unterstützung solchen Kriegerfrauen entzogen worden ist, die eine Erwerbsarbeit nicht leisten können, weil sie entweder kränklich oder in ihrem Haushalt unabkömmlich sind?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun?: Bd. 321, Nr. 761.

Bd. 309, 100. Sitz. S. 3020B.

3. Arbeitslosenunterstützung, Anrechnung: Bd. 306, 29. Sitz. S. 631B.

4. Arbeitsverdienst, Anrechnung auf die Unterstützung:
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2137B.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536C.
88. Sitz. S. 2574D, 2580C, 2593B.

5. Bedarfssätze. Resolution siehe unter G.

6. Beihilfen von Privaten, Anrechnung: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1153B.

7. Bescheide. Resolution des Pet. Aussch.: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in allen amtlichen Bescheiden, durch welche Gesuche um Kriegsunterstützung abgelehnt werden, den Abgewiesenen mitgeteilt wird, an wen sie sich beschwerdeführend wenden können.

Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1345 Ziff. 2.

Bd. 312, 154. Sitz. S. 4834D. — Angenommen.

8. Beschwerden über das Verfahren einzelner Behörden; unsoziale Gesichtspunkte:
Bd. 306, 19. Sitz. S. 366A.
29. Sitz. S. 618A, 629A.
30. Sitz. S. 667A.
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1136B.
51. Sitz. S. 1149A, 1152B, 1158A, 1165B, 1173D, 1177C.
53. Sitz. S. 1229C (Petitionen).
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2134A, 2144C.
—, Einzelfälle; Bedürftigkeitsfragen usw.: Bd. 312, 171. Sitz. S. 5338D ff., 5343C ff., 5360B.

Unterstützungen (Fortsetzung).

Errichtung einer Beschwerdeinstanz:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 78C, 81B.
25. Sitz. S. 508D.

Anfrage Dr. Heckscher: Bei der Bewilligung von Kriegsunterstützung ergeben sich häufig Streitigkeiten zwischen den Lieferungsverbänden über die Frage ihrer Zuständigkeit, deren Entscheidung sich oft wochen- und monatelang hinzieht.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bis zur Entscheidung solcher Streitfragen weder der eine, noch der andere Lieferungsverband Unterstützung zahlt, und ist der Herr Reichskanzler bereit, Fürsorge zu treffen, daß diesem Uebelstande abgeholfen wird?: Bd. 321, Nr. 962.

Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 992.

9. Entziehung der Unterstützung bei Fahnenflucht oder Verurteilung des Kriegsteilnehmers:
Resolutionen siehe unter JII und M.
Bd. 308, 74. Sitz. S. 2145B.

Anfrage Dr. Quarck: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß auf Grund des § 11 des Militärunterstützungsgesetzes von 1888 zahlreiche Familien von Kriegsteilnehmern der Kriegsunterstützung und der Reichswochenhilfe verlustig gehen und der Armenpflege anheimfallen?

Besteht die Absicht, den § 11 einer entsprechenden Abänderung zu unterziehen und dem Reichstage demnächst eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten: Bd. 319, Nr. 467.

Bd. 308, 71. Sitz. S. 1940C (zurückgestellt).
73. Sitz. S. 2017B. — Beantwortet.

Entziehung bei Fahnenflucht oder Verurteilung des Kriegsteilnehmers, Einzelfälle:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536C.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5345C.
172. Sitz. S. 5389A.

10. Erhöhung der Unterstützungen, Löhnungsausgleich usw.:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 698.
Nr. 1214 S. 278.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2537B, 2541B, 2558D, 2564C.
88. Sitz. S. 2580B.
89. Sitz. S. 2625D, 2626A.
101. Sitz. S. 3086A, C.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5336B ff., 5360A.
—, Notlage der Kriegerfamilien, Beispiele:
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5336D ff.
—, Siehe auch unter IAff. und nachstehend unter IR 14.

11. Erstattung der verauslagten Unterstützungen durch das Reich an die Lieferungsverbände:
Resolutionen siehe unter D, JII, M.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2131B, 2134A, 2145A.
Höhe der Aufwendungen während des Krieges:
Bd. 316, Nr. 147 S. 113.
Bd. 317, Nr. 225 S. 111.
Bd. 319, Nr. 403 S. 232.
Bd. 320, Nr. 650 S. 199.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 277.
Vorschußweise Erstattung von 250 Millionen Mark verauslagter Familienunterstützungen an die Gemeinden:
Bd. 319, Nr. 403 S. 232.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1851D.
Beibehaltung der Winterminddestsätze für den Sommer:
Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 602.

Unterstützungen (Fortsetzung).

Anfrage Dr. Hegenscheidt: Durch die lange Dauer des Krieges und die zweimalige Erhöhung der durch das Reichsgesetz vom 28. Februar 1888/4. August 1914 festgelegten Mindestsätze sind die Ausgaben der Kommunalverbände für Familienunterstützungen sehr stark angewachsen.

Schon die Last der Zinsen für die aus Anlaß der Unterstützungszahlungen aufgenommenen Anleihen bedeutet eine recht erhebliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverbände, zumal diese noch durch die verschiedensten anderweiten mit bedeutenden finanziellen Lasten verbundenen Kriegsaufgaben beansprucht sind.

Ist dem Herrn Reichskanzler die dadurch entstandene bedrängte Lage der Kommunalverbände bekannt? Und beabsichtigt er sie durch eine verstärkte Rückerstattung der von den Kommunalverbänden verauslagten Familienunterstützungsbeträge einschließlich der Zinsen zu mildern?: Bd. 321, Nr. 859. — Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 931.

12. Familien der Landarbeiter, Unterstützungsbedürftigkeit: Bd. 306, 16. Sitz. S. 289C.
19. Sitz. S. 368C.

13. Familien von Mittelstandsangehörigen, Unterstützung: Bd. 307, 49. Sitz. S. 1121C.

14. Gemeindezuschläge. Zahlung neben der Reichsunterstützung; Gewährung von Reichszuschüssen für leistungsunfähige Gemeinden:
Resolutionen siehe unter I C, F, J, M, O, P.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 618B.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1153B, 1154C, 1165C.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2131B, 2133A, D, 2135D, 2140A, 2141D, 2143A, 4144C.
Bd. 308, 79. Sitz. S. 2322A.
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2576C.
Bd. 312, 171. Sitz. S. 5340B.
—, Gemeindezuschläge, Erhöhung:
Bd. 312, 170. Sitz. S. 5301D.
171. Sitz. S. 5336C ff., 5342C, 5346A, 5359D.
Anfrage Bock: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt daß die den Familien der Kriegsteilnehmer zustehende Unterstützung nur von einem Teil der Gemeinden durch Zuschüsse ausreichend erhöht wird und daß infolgedessen ein großer Teil der Kriegerfamilien durch die enormen Preissteigerungen der sämtlichen Lebensmittel und Bedarfsartikel in bittere Not geraten ist?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, diesem Uebelstand abzuhelfen?: Bd. 322, Nr. 1055.
Bd. 310, 121. Sitz. S. 3681C. — Beantwortet.
Siehe auch vorstehend unter I R 10 u. 11.

15. Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Unterstützung: Bd. 306, 29. Sitz. S. 369D.
Resolution siehe unter K.

16. Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern. Ausgleichsunterstützungen zu den Renten an Hinterbliebene, Gewährung für den Fortfall der Familienunterstützung: Bd. 313, 178. Sitz. S. 5572C, 5581B, 5596A. — Siehe auch „Militärhinterbliebenenversorgung" unter B 15.

17. Kriegsgefangene.
Anfrage Fuchs: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß den Familien der an der Ostfront gefangen genommenen, im Laufe der Zeit jedoch von Rußland nach Frankreich überführten und dort teilweise in Gefangenenlagern, teilweise in Arbeitsstellen festgehaltenen Soldaten elsaß-lothringischer Staatsangehörigkeit die Kriegsfamilienunterstützung entzogen, daß die Lieferungsverbände durch Ministerialerlaß vom 31. Januar 1917 angewiesen wurden, die Unterstützungsauszahlung einzustellen, obgleich die Ernährer der von dieser Maßregel getroffenen Familien bis zum letzten Augenblick in hervorragender Weise als deutsche Soldaten ihre Pflicht getan haben?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, die umgehende Beseitigung dieses Erlasses und die Nachzahlung der schon mehrere Monate vorenthaltenen Unterstützung an die Geschädigten zu veranlassen?: Bd. 322, Nr. 1176.
Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1260.
Entziehung bei Gefangenen in sogenannten bevorzugten Lagern Frankreichs: Bd. 313, 174. Sitz. S. 5470D.
Petition des August Herder in Rössel, betreffend Unterstützung seines in Gefangenschaft geratenen Sohnes.
Mündl. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 870.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3557B. — Ueberweisung als Material.

18. Lebensmittel, Gewährung an Stelle der Geldunterstützung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 243d (Lebensmittel).

19. Pfändung, Abzug der Gemeindeabgaben:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1121D.
51. Sitz. S. 1149B, 1152D.

20. Pflegekinder, Unterstützung: Bd. 321, Nr. 801 Ziff. 602.

21. Weiterzahlung nach der Entlassung bzw. nach Friedensschluß an arbeitslose Kriegsteilnehmer:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1133C.
53. Sitz. S. 1231A (Petition).
— nach Friedensschluß für gewisse Zeit: Bd. 306, 19. Sitz. S. 363A.
— auf 3 Monate bei den ohne oder mit bedingter Rente entlassenen Dienstuntauglichen: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2966A.
— nach dem Tode des Kriegsteilnehmers:
Resolution siehe unter E.
— nach dem Tode der Mutter an deren Vertreterin:
Resolution siehe unter H.
Anfrage Dr. Wirth: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in zahlreichen Fällen ehemalige Heeresangehörige, die bereits mit einer Rente aus dem Heeresdienst entlassen worden sind, nachträglich zu einer Heilbehandlung in ein Militärlazarett einberufen werden und daß dabei den zugehörigen Familien und Unterstützungsberechtigten, abgesehen von der mitunter kleinen Rente, keinerlei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zuteil wird?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, diese zur Heilbehandlung neu einberufenen Invaliden und die zugehörigen Unterstützungsberechtigten ähnlich wie die Heeresangehörigen aus Reichsmitteln zu unterstützen?: Bd. 325, Nr. 1901.
Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1989.

22. Wochenhilfe, Unzulässigkeit der Anrechnung: Bd. 306, 19. Sitz. S. 367C.

23. Zahlung bei einem höheren als dem Mindesteinkommen in Bedürfnisfällen:
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1116A.
51. Sitz. S. 1149A.

24. Zuschläge siehe vorstehend unter I R 14.

Unterstützungen (Fortsetzung).

II. Unterstützungen für Familien, denen mehr als 3 Söhne durch die Wehrpflicht entzogen sind.

Petition des Dachdeckermeisters Hugo Köthe in Teuchern auf Zuerkennung der Aufwandsentschädigung.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 291.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895B. — Ueberweisung zur Erwägung aus Billigkeitsgründen bzw. als Material.

Petition der Eheleute Schmelmer in Haselbach, betreffend Gewährung von Aufwandsentschädigung.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IId.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Petition des Johann Gillessen in Aachen, betreffend Gewährung von Aufwandsentschädigung.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 325, Nr. 1861. — Unerledigt.

Petition der Frau Käthe Schellein in Nürnberg, betreffend Gewährung von Aufwandsentschädigung an Geschwister, deren Brüder ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügen, und volle Bezahlung der Miete als Teil der Familienunterstützung.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 547.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Jos. Ant. Berens aus Warweiler, Bezirk Trier, betreffend Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Pflichtdienstzeit im Sinne der Bundesratsverordnung vom 26. März 1914 über die Gewährung von Aufwandsentschädigung an solche Familien, von denen Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen Dienstpflicht eine Gesamtdienstzeit von mindestens sechs Jahren zurückgelegt haben.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 698.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155D. — Uebergang zur Tagesordnung.

III. Unterstützungen an Kriegsbeschädigte siehe „Militärpensionswesen" unter II B 19.

Unterstützungswohnsitz. Einwirkung der Kriegsfürsorge siehe „Kriegswirtschaft" unter II 392.

Uruguay.
Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3811D.
Schutz deutscher Interessen siehe „Krieg" unter X 3.

Dr. **Valentin,** Professor. Verbreitung unwahrer Behauptungen über Zahlenangaben des Großadmirals v. Tirpitz über die U-Boote: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1726C.

Valuta siehe „Kriegswirtschaft" unter II 390e, 393.

Vaterländischer Hilfsdienst siehe „Hilfsdienst, vaterländischer".

Verdingungswesen. — Siehe auch „Reichsheer" unter 114. „Post- und Telegraphenwesen" unter I A.
Oeffentliche Arbeiten, eigene Regie von Reich, Staat und Gemeinde:
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4350D.
140. Sitz. S. 4382C.

Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die Reichsbehörden bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen die zu Genossenschaften und Lieferungsverbänden vereinigten selbständigen Handwerksmeister in weitestgehendem Maße berücksichtigen: Bd. 317, Nr. 193 unter 1.
Bd. 306, 29. Sitz. S. 616B, 622B, 624D, 625D, 642A. — Angenommen.

Zentralvermittlungsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Tätigkeit; Benutzung durch die Behörden: Bd. 306, 29. Sitz. S. 623A, 625C.

Errichtung von Wirtschaftsstellen zur Unterstützung der Behörden bei der Vergebung von Lieferungen:
Bd. 312, 158. Sitz. S. 4941A.
160. Sitz. S. 5004A.

—, Siehe auch die Resolution Angerpointner, Bd. 324, Nr. 1522, bei „Mittelstand" unter 3.

Beteiligung des Handwerks an öffentlichen Arbeiten und Lieferungen, Heereslieferungen:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2590B, 2596B, 2603C.
Bd. 311, 139. Sitz. S. 4350D, 4355B, 4364D.
140. Sitz. S. 4381D.

—, Beteiligung an den Marinelieferungen:
Bd. 310, 104. Sitz. S. 3177D, 3184B.
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5099A, 5100A, 5102A.

Preisfestsetzungen für behördliche Aufträge; Verschleppung der Bezahlung: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4359B.

Petition, betreffend Vergebung von Buchbinderarbeiten durch Staatsbehörden unmittelbar an Buchbinder.
Mündl. Ber. d Pet. Ausschs.: Bd. 315, Nr. 83:
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Veredlungsbetriebe, Stillegung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Vereins- und Versammlungsrecht. — Siehe auch „Belagerungszustand" unter I 1c, I 4, II 1, II 11, II 12D a. „Vaterländischer Hilfsdienst" unter 3 ff.
A. Aenderung des Reichsvereinsgesetzes.
1. Politische Vereine (§ 3), Begriffsbestimmung; Sonderstellung der Gewerkschaften, Berufsvereine usw.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915, den folgenden Antrag dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen: das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 (Reichs-Gesetzbl. 1908 S. 151) wie folgt zu ändern:
§ 3 Abs. 1:
Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Nicht als politische Vereine gelten solche Vereine, deren Zweck ist, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder oder weitere Kreise herbeizuführen oder zu erhalten, auch wenn sie bei Verfolgung ihrer Zwecke auf politische Parteien, auf die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Staates oder anderer öffentlichen Körperschaften einzuwirken suchen:
Bd. 315, Nr. 56 unter IV:
Bd. 306, 7. Sitz. S. 93C, 94A.
8. Sitz. S. 116D, 119A, 120B, 124B. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 316, Nr. 133.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 386A, 388C, 389C, D, 390C, 391B, 392A, 394B, 396B.
29. Sitz. S. 621C.

Vereins- und Versammlungsrecht (Fortsetzung).

Ankündigung eines die Gewerkschaften betreffenden Gesetzentwurfs: Bd. 306, 32. Sitz. S. 750 D, 757 D.

Ferner:
Bd. 307, 39. Sitz. S. 860 A.
40. Sitz. S. 866 B, 872 B, 884 B, 892 A.
41. Sitz. S. 902 A.

Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 (RGB. S. 151). (Gewerkschaftsgesetz): Bd. 317, Nr. 276.

Erste Beratung:
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1012 B.
46. Sitz. S. 1033 A.
47. Sitz. S. 1064 B.
Ber. d. 15. Aussch.: Bd. 318, Nr. 351.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 318, Nr. 355, 379.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1473 A.
Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1505 D.
Gesetz v. 26. 6. 1916, RGB. S. 635.

Resolutionen: Bd. 318, Nr. 351 unter II, Nr. 380.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 351 unter III.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1509 B.

Rechtsstellung der Gewerkschaften. Denkschrift des Polizeipräsidenten von Berlin; Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und Gerichte: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1488 A.

Polnische Gewerkschaften, Gleichstellung mit den deutschen Gewerkschaften als nicht politische Vereine:
Bd. 318, Nr. 351 S. 13, 14.
Bd. 307, 46. Sitz. S. 1039 D.
59. Sitz. S. 1490 B, 1494 A, C.

—, Eingliederung in deutsche Gewerkschaften:
Bd. 312, 165. Sitz. S. 5140 A, 5149 B.
166. Sitz. S. 5175 C.
167. Sitz. S. 5216 A.
171. Sitz. S. 5347 A.

Resolution des 15. Ausschusses zum Gesetzentwurf zur Aenderung des Vereinsgesetzes: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 vorzulegen, durch den die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen beschränkt werden auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken: Bd. 318, Nr. 351 unter II a 2 und S. 20.
Bd. 307, 59. Sitz S. 1506 A. — Zurückgestellt.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1686 D. — Von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Beamte. Vereins- und Koalitionsrecht siehe „Beamte" unter B 12.

3. Jugendliche. Beteiligung an politischen Vereinen und öffentlichen Versammlungen (§ 17); Aufhebung des Verbots; Politisierung der Jugend usw.

Antrag des Haushaltsausschusses, betr. Streichung des § 17 (Wortlaut siehe unter 7): Bd. 315, Nr. 56 unter V.
Bd. 306, 7. Sitz. S. 94 A.
8. Sitz. S. 117 C, 119 A, 124 C.
Ber. d. 8. Aussch.: Bd. 316, Nr. 133.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 386 A, 387 B, 388 A, 389 C, 390 A, 391 A, B, 392 D, 393 C, 395 C, 396 D.

Vereins- und Versammlungsrecht (Fortsetzung).

Ferner:
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1016 C.
46. Sitz. S. 1033 B 1036 A, 1038 B.
47. Sitz. S. 1068 C, 1070 A.
59. Sitz. S. 1476 D, 1479 B, 1488 B, 1496 A.

Zugehörigkeit zu Gewerkschaften usw. und Teilnahme an Versammlungen derselben:
Bd. 318, Nr. 351 S. 7, 8, 11, 12.
Bd. 306, 20. Sitz. S. 387 A.
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1013 D, 1018 B.
46. Sitz. S. 1036 A, 1037 B, 1038 C.
47. Sitz. S. 1066 C, 1068 C, 1070 A, D.
59. Sitz. S. 1474 D, 1478 C, 1479 D, 1481 A, 1484 B, 1486 A, 1487 D, 1497 D, 1499 A, 1501 C, 1502 C, 1504 A.

Verhältnis des Vereinsrechts zur väterlichen Gewalt und zu den Disziplinarrechten von Schule, Lehrherrn, Arbeitgeber usw.:
Bd. 318, Nr. 351 S 18.
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1068 C.
59. Sitz. S. 1473 A, 1482 D, 1484 D, 1485 B, 1489 A, 1504 B.

4. Landesrechtliche Bestimmungen. Aufhebung der das Vereinsrecht einschränkenden Bestimmungen: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1476 C.

5. Landwirtschaftliche Arbeiter.
Resolutionen des 15. Ausschusses zum Gesetzentwurf zur Aenderung des Vereinsgesetzes: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Vereinsgesetzes vom 19 April 1908 vorzulegen, durch den die im § 24 Abs. 3 des Vereinsgesetzes bezeichneten landesrechtlichen Bestimmungen aufgehoben werden: Bd. 318, Nr. 351 unter II a 1 und S. 19 und
den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeits- und Vertragsrecht der ländlichen Arbeiter und Dienstboten für das ganze Reich einheitlich regelt, der insbesondere auch die Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Verabredungen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit aufhebt und damit den § 24 Abs. 3 des Reichsvereinsgesetzes beseitigt: Bd. 318, Nr. 351 unter II C und S. 19.
Bd. 307, 59. Sitz. S. 1491 D, 1506 A. — Zurückgestellt.
Bd. 308, 62. Sitz. S. 1686 D. — Von der Tagesordnung abgesetzt.

Eingaben des Deutschen Landwirtschaftsrats und Bundes der Landwirte an den Reichskanzler, betr. das Vereinsrecht:
Bd. 307, 45. Sitz. S. 1014 C, 1020 C.
46. Sitz. S. 1034 C, 1038 B.
47. Sitz. S. 1065 C.
Siehe ferner „Landwirtschaft" unter II 3.

6. Reichs- und Staatsarbeiter und Angestellte. Einbeziehung in das Reichsvereinsgesetz: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2525 A, B.
Vereins- und Koalitionsrecht siehe „Reichs- und Staatsbetriebe".

7. Sprachenparagraph (§ 12), Aufhebung.
Antrag des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1915: den Bundesrat

Vereins- und Versammlungsrecht (Fortsetzung).

zu ersuchen, dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:

Gesetz, betreffend Aenderung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 (Reichs-Gesetzbl. 1908 S. 151).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I.

1. §§ 12, 14 Ziff. 3, 6, § 19 Ziff. 3 zu streichen.
2. §§ 17, 18 Ziff. 5, 6 zu streichen.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich usw. Gegeben usw.: Bd. 315, Nr. 56, unter V.

Bd. 306, 7. Sitz. S. 93D, 94A.
8. Sitz. S. 109C, 116A, 117B, 118D, 120A.

Erste Beratung: Bd. 306, 8. Sitz. S. 124C.
Bericht des 8. Ausch.: Bd 316, Nr. 133.

Zweite Beratung: Bd. 306, 20. Sitz. S. 386A, 387C, 388C, 389C, 390A, D, 391B, 392D, 393B, C.

Dritte Beratung: Bd. 306, 20. Sitz. S. 396D. — Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Gesetz vom 19. 4. 1917, RGG. S. 361.

Ferner:

Bd. 307, 45. Sitz. S. 1015D, 1016D.
46. Sitz. S. 1040A.
47. Sitz. S. 1067B.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2453B.

Antrag des 15. Ausschusses zum Gesetzentwurf zur Aenderung des Vereinsgesetzes: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und Reichstags, was folgt:

Die §§ 12, 14 Nr. 1 und 6, 19 Nr. 3 des Vereinsgesetzes werden aufgehoben.

Urkundlich usw. Gegeben usw.: Bd. 318, Nr. 351 unter I 2 und S. 13.

Erste Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1473A, 1475D, 1478B, 1479D, 1492C, 1493A, 1494B, D, 1495B, 1505A.

Zweite Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1506A, 1508D.

Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1509A. — Vom Reichstage angenommen.

Namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508D (Zusammenstellung S. 1513). Angenommen mit 265 gegen 74 Stimmen.

Ferner: Bd. 309, 85. Sitz. S. 2453B.

B. Arbeiterturnvereine. Behandlung als politische Vereine:

Bd. 306, 8. Sitz. S. 117D.
Bd. 307, 47. Sitz. S. 1066D.

Verfassung.

1. Allgemeines. Entwicklung der deutschen Einheitsbewegung: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1821A, 1825D.

Ausbau durch Erweiterung der Volksrechte: Bd. 308, 64. Sitz. S. 1710A.

Verfassung. 1. Allgemeines (Fortsetzung).

Antrag Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers f. 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheimem Wahlrecht beruht: Bd. 321, Nr. 736.

Bd. 309, 95. Sitz. S. 2833A, 2855D, 2863B.
96. Sitz. S. 2932C, 2933B. Dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Siehe im übrigen „Wahlrecht, Wahlgesetz".

Zusammenbruch des alten Systems durch den Mangel der Einheitlichkeit der Regierung und der Verkörperung des nationalen Einheitsgedankens: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6167A; siehe auch S. 6174D.

Politische Mündigkeit des deutschen Volkes als Ziel der Verfassungsreform: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6158D, 6176C.

Anträge auf Abänderung der Verfassung, enge Verknüpfung mit der Friedensfrage unter Wilsonschem Druck: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6287C, 6292A, 6296A.

Neuordnung der inneren Politik, freiheitlicher Ausbau, Demokratisierung der Staatseinrichtungen siehe „Innere Politik" und „Parlamentarisches System".

—, Neuorientierung; Notwendigkeit der Uebereinstimmung der verfassungsmäßigen Grundlagen zwischen Preußen und dem Reiche: Bd. 310, 112. Sitz. S. 3517D, 3519B.

Einsetzung eines Verfassungausschusses des Reichstags siehe „Reichstag" unter III 4.

Berichte des Verfassungsausschusses:

I. Bericht: Bd. 321, Nr. 895 siehe „Wahlrecht, Wahlgesetz" unter 4.

II. Bericht, betreffend Verantwortlichkeit des Reichskanzlers usw. mit einem Gesetzentwurf betreffs Abänderung der Reichsverfassung — Art. 9, 15, 17, 22, 26, 27, 28, 30, 31 — über Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seines Stellvertreters, Rechte des Reichstags und seiner Mitglieder siehe Bd. 322, Nr. 1104. Resolution hierzu siehe unter 4. — Unerledigt.

III. Bericht: Bd. 322, Nr. 1125, betreffend gleichzeitige Mitgliedschaft des Bundesrats und Reichstags, siehe „Reichtag" unter I.

IV. Bericht: Bd. 324, Nr. 1681 und Gesetzentwurf über Zusammensetzung des Reichstags usw. siehe „Wahlrecht" unter 5.

2. Kaiser. Zuständigkeit für die Regelung der Kriegsbesoldung auf Grund der Kommandogewalt:

Bd. 306, 18. Sitz. S. 342C, 344C, 345A, 346C, 347B, C.
30. Sitz. S. 652D, 659D.

Siehe auch nachstehend unter 3, 4 u. 7 und „Deutsches Reich", „Kaiser Wilhelm II", „Monarchie".

Ausschaltung der Krone von ihrem Recht als oberster Befehlshaber und der freien Verfügung in der Kommandogewalt: Bd. 314, 197. Sitz, S. 6284D, 6285A, 6295A.

Verfassung (Fortsetzung).

3. Kaiser, Reichskanzler und Kriegsminister.
Siehe auch: Bd. 322, Nr. 1104, II. Bericht des Verfassungsausschusses
Antrag Ebert, Fischbeck, Herold, Dr. Junck zum Gesetzentwurf betr. Abänderung der Reichsverfassung (Bd. 325, Nr. 1951, 1982).
1.—2. usw. (siehe nachstehend unter 4 u. 7.)
3. Im Artikel 17 werden die Worte gestrichen:
„welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt".
4. Im Artikel 53 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:
Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.
5. Im Artikel 64 Abs. 2 werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser" die Worte eingeschaltet:
„unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers".
6. Im Artikel 66 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt:
Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents.
Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.
Urkundlich usw.
Gegeben usw.: Bd. 325, Nr. 1984 Ziff. 3—6.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6297C, D. — Angenommen.
Reichskanzler bzw. Kriegsminister. Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit bei Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere der Marine und des Landheeres: Bd. 314, 197 Sitz. S. 6279D, 6284A, 6289B, 6290A, 6295A, 6297A.
Siehe im übrigen „Reichsheer" unter 100a.

4. Reichskanzler. — Siehe auch „Reichskanzler" „Dr. v. Bethmann Hollweg", „Dr. Michaelis", „Dr. Graf v. Hertling", „Prinz Max von Baden".
Bedeutung des Vertrauensvotums: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2488C.
Verantwortlichkeit, Entlassung auf Verlangen des Parlaments: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3441D, 3444B, 3446A.
Verhandlungen vor der Ernennung des Grafen v. Hertling zum Reichskanzler, Eingriff in das Verfassungsrecht des Kaisers: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954A ff., 3958B.
Siehe auch „Graf v. Hertling" und „Reichskanzler".
Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, Resolution Bernstein, Bd. 318, Nr. 390 — siehe nachstehend unter 7 —. Hierzu Bericht des Verfassungsausschusses mit Anlage eines Gesetzesentwurfs, betr. Abänderung der Reichsverfassung — Art. 15, 17 usw. —, Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seines Stellvertreters: Bd. 322, Nr. 1104, S. 28
mit dem Antrage: Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wegen Verletzung seiner Amtspflicht und die Feststellung dieser Verantwortlichkeit durch einen Staatsgerichtshof geregelt wird: Bd. 322, Nr. 1104, Ziff. II. — Unerledigt.
Rechtlicher Ausbau der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers; Einsetzung eines Staatsgerichtshofs: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6158A, 6159D, 6162A, 6169D.
Programmrede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, — Antrag Dr. Bell u. Gen.: Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus: Bd. 325, Nr. 1974.
Bd. 314, 192. Sitz. S. 6150D.
194. Sitz. S. 6193B.
195. Sitz. S. 6225B. — Namentliche Abstimmung: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6241C (Zusammenstellung S. 6242).
Angenommen mit 193 gegen 52 Stimmen.
Antrag Ebert, Fischbeck, Herold, Dr. Junck zum Gesetzentwurf betr. Aenderung der Reichsverfassung (Bd. 325, Nr. 1951, 1982): Im Art. 15 werden folgende Absätze hinzugefügt:
Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.
Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.
Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich: Bd. 325, Nr. 1984 Ziff. 2.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6279C, 6282D, 6288B, 6294A, 6297C. — Angenommen.
Wirkung der Verantwortlichkeit auf den föderalistischen Aufbau des Reichs; kollegiales Reichsministerium: Bd. 314, 194. Sitz. S. 6201B.
197. Sitz. S. 6283D, 6294B.
Verantwortlichkeit für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Verfassung zustehenden Befugnisse vornimmt; Begriff Handlungen von politischer Bedeutung: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6279C, 6283B, 6288B, 6294A.
Verantwortlichkeit gegenüber dem Bundesrat und dem Reichstag: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6279A, 6283D, 6289B.
Der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident: Wirkung des Vertrauensvotums des Reichstags auf Preußen und die föderalistische Struktur des Reichs; Entrechtung Preußens: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6283A, 6291C.
Verantwortlichkeit für Handhabung des Belagerungszustandes siehe „Belagerungszustand" unter I 4.

5. Reichskanzler, Stellvertreter. — Siehe auch „Reichskanzler" u. „v. Payer."
Siehe auch II. Bericht des Verfassungsausschusses und den Gesetzentwurf dazu: Bd. 322, Nr. 1104.
Errichtung der Stelle eines allgemeinen Stellvertreters; Geschäftskreis desselben:
Bd. 310, 118. Sitz. S. 3624C.
121. Sitz. S. 3683D, 3684D, 3687C, 3691C, 3693A, 3695C, 3699A, 3701D, 3703C, 3704D, 3705C.

Verfassung. 5. Reichskanzler, Stellvertreter (Forts.).
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3880A, 3882B, 3884C.
— Verfassungsrechtliche Gründe gegen die Ernennung v. Payers zum Vizekanzler usw., Stellung der Konservativen Partei:
Bd. 311, 127. Sitz. S. 3954Aff., 3958B, 3963A.
134. Sitz. S. 4177Bff., 4179C.
135. Sitz. S. 4183Cff., 4224D.
136. Sitz. S. 4262Dff.
Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878: Bd. 325, Nr. 1936.
Erste Beratung: Bd. 314, 193. Sitz. S. 6156B.
194. Sitz. S. 6181D.
195. Sitz. S. 6209D.
Zweite Beratung: Antr. Bd. 325, Nr. 1973, 1974:
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6239D.
Dritte Beratung: Bd. 314, 196. Sitz. S. 6253A.
Gesetz vom 28. 10. 1918, RGB. S. 1273.
Stellvertretung durch Parlamentarier ohne ein besonderes Ressort:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6157D, 6159C, 6169D.
194. Sitz. S. 6201A.

6. Reichsämter, Reichsministerien.
Schaffung neuer Reichsämter, Einwirkung auf die Reichsverfassung, auf die Kompetenzen des Bundesrats: Bd. 310, 121. Sitz. S. 3685Bff., 3691D, 3693D, 3698C, 3700Aff., 3702A.
Verantwortlichkeit der Staatssekretäre, Ersetzung durch Reichsminister, Errichtung eines Ministerkollegiums: Bd. 310, 121. Sitz S. 3686C, 3687B, 3689B, 3695A, 3696A, 3700B, 3703A, 3706C.
Antrag Albrecht u. Gen. Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:
Einziger Artikel.
Im Artikel 18 wird zwischen Abs. 1 und Abs. 2 folgender Absatz eingeschaltet:
Die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und der Staatssekretäre erfolgt auf Beschluß des Reichstags: Bd. 325, Nr. 1957. — Unerledigt.
Siehe auch „Staatssekretäre" und die einzelnen Reichsämter.

7. Auswärtige Politik, Krieg und Frieden, Reichstag.
Verfassungsrechtliche Stellung des Reichstags siehe auch „Reichstag" unter I.
Antrag Dr. Liebknecht:
a) Ist der Regierung bekannt, daß die Masse des deutschen Volkes die maßgebende Bestimmung über die auswärtige Politik Deutschlands für sich beansprucht, d. h. die Ersetzung der Geheimdiplomatie durch eine unter dauernder Kontrolle der Oeffentkeit stehende auswärtige Politik und deren allgemeine Demokratisierung fordert?
b) Ist die Regierung bereit, dem Reichstag noch während des jetzigen Tagungsabschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese Forderung erfüllt und die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überträgt?: Bd. 316, Nr. 154.
Bd. 306 23. Sitz. S. 449B. — Beantwortet.

Verfassung. 7. Auswärtige Politik, Krieg und Frieden, Reichstag (Fortsetzung).
Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1917 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstags bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sichergestellt und die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch die Bestimmung präzisiert wird, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert: Bd. 320 Nr. 690 unter A.
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2863A.
96. Sitz, S. 2891B, 2895B, 2925D, 2933B. — Dem Verfassungsausschuß überwiesen.
II. Bericht des Verfassungsausschusses: Bd. 321, Nr. 1104, — siehe insbesondere den Gesetzentwurf in der Anlage S. 28.
Beteiligung des Reichstags bei der Entscheidung über Krieg und Frieden, Depeschenwechsel Kaiser Wilhelms mit dem Zaren am 20. August 1905: Bd. 310, 124. Sitz. S. 3811A.
Verfassungsrechtliche Behandlung des Friedensvertrages mit der Ukraine, gemäß Artikel 11 der Reichsverfassung, Einschränkung der Rechte des Kaisers, Vergleich mit der Behandlung des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 im Reichstag: Bd. 311, 130. Sitz. S. 4025Aff.
Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Kriegserklärung und Abschluß von Friedensverträgen): Bd. 325, Nr. 1951.
Erste Beratung:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6156B.
194. Sitz. S. 6181D.
195. Sitz. S. 6209D.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 325, Nr. 1939, 1969.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6241B.
196. Sitz. S. 6249D, Absetzung von der Tagesordnung.
Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1982.
Dritte Beratung: Ab. Antr. Bd. 325, Nr. 1984, 1985.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6275C.
Gesetz vom 28. 10. 1918, RGB. S. 1274.
Abänderungs-Anträge.
a) Albrecht u. Gen.:
Einziger Artikel.
Artikel 11 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält an Stelle der Absätze 2 und 3 folgenden Absatz 2:
Zur Erklärung des Krieges, zum Abschluß des Friedens, zur Eingehung von Bündnissen und anderen Verträgen mit fremden Staaten ist die Zustimmung des Reichstags erforderlich. Bd. 325, Nr. 1939.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6241B, C. — Abgelehnt.
b) Dr. Zehnter, Ebert, List (Eßlingen), Dr. Müller (Meiningen): Der Reichstag wolle beschließen: dem Text des Gesetzentwurfs folgende Fassung zu geben: Im Artikel 11 der Reichsverfassung

Verfassung. 7. Auswärtige Politik, Krieg und Frieden, Reichstag (Fortsetzung).

werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.

Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags: Bd. 225, Nr. 1969. Bd. 314, 195. Sitz. S. 6241B. — Angenommen.

c) Ebert, Fischbeck, Herold, Dr. Junck: Der Reichstag wolle beschließen — gleichlautend dem Antrage vorstehend unter b: Bd. 325, Nr. 1984 unter 1.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6297C, D. — Angenommen.

d) Albrecht und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen:
1. usw. (siehe „Wahlrecht" unter 6).
2. Artikel 11 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält an Stelle der Absätze 2 und 3 folgenden Abs. 2:
Zur Erklärung des Krieges, zum Abschluß des Friedens, zur Eingehung von Bündnissen und anderen Verträgen mit fremden Staaten ist die Zustimmung des Reichstags erforderlich.
3. bis 5 usw. (siehe nachstehend a. „Reichstag" unter 1C):
Bd. 325, Nr. 1985.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6297B. Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.

Kriegserklärung und Friedensverträge sowie Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, Mitbestimmungsrecht des Reichstags:
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6158A, 6159D, 6161D.
194. Sitz. S. 6189B, 6202B.
195. Sitz. S. 6239D, 6240D, 6241B.
196. Sitz. S. 6264D.
197. Sitz. S. 6282B, 6288A, 6292C, 6293C.

Antrag Albrecht u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Einziger Artikel.

Dem Artikel 15 wird folgender Absatz zugefügt:

Der Reichskanzler hat dem Reichstag mindestens alljährlich über die Lage des Deutschen Reichs und seine internationalen Beziehungen schriftlich zu berichten. Auf Verlangen des Reichstags ist das Urkundenmaterial über bestimmte Gegenstände vollständig vorzulegen und über einzelne Gegenstände jeder Zeit Bericht zu erstatten. Bd. 325, Nr. 1978. — Unerledigt.

—, Wieder aufgenommen als Antrag Bd. 325, Nr. 1985 unter 3: Bd. 314, 197. Sitz. S. 6297B. — Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.

8. Kriegszustand, Verhängung, Voraussetzungen hierfür: Bd. 306, 32. Sitz. S. 724D, 740B, 748A, 754B. Siehe im übrigen „Belagerungszustand".

Verfassung (Fortsetzung).

9. Postreservatrecht Bayerns und Württembergs, Aufrechterhaltung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1453D.

Verfassungsausschuß.
Einsetzung, Resolutionen Bd. 321, Nr. 730 und 735, Aufgaben, Tätigkeit siehe „Reichstag" unter III 4.
I. Bericht, Bd. 321, Nr. 895, siehe „Wahlrecht, Wahlgesetz" unter 4.
II. Bericht, Bd. 322, Nr. 1104, siehe „Verfassung" unter 1.
III. Bericht, Bd. 322, Nr. 1125, siehe „Reichstag" unter I.
IV. Bericht, Bd. 324, Nr. 1681, siehe „Wahlrecht" unter 5.

Verjährung. Unterbrechung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 396.

Verlustlisten siehe „Reichsheer" unter 189.

Vermessungsbeamte siehe „Reichsheer" unter 72.

Vermißte siehe „Reichsheer" unter 191.

Vermittlungsgebühren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 397.

Vermögensabgabe.
Erleichterung der Schuldenlast nach dem Kriege durch Einziehung erheblicher Teile des Vermögens:
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4278D ff.
145. Sitz. S. 4528B ff.

Allgemeine Vermögensabgabe (25 %), Einführung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4754B.
152. Sitz. S. 4778C, 4782A, 4787C.
153. Sitz. S. 4797A.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 12.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Gesetzentwurf über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsgeschäftsjahr: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen über Erhebung einer Vermögensabgabe zur Abbürdung der Reichsschuld, die von allen Vermögen über 30000 Mark in stufenweise steigenden Sätzen bis auf 50 vom Hundert der zehn Millionen Mark übersteigenden Vermögen zu erheben ist: Bd. 325, Nr. 1780 unter 2.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6041B.
190. Sitz. S. 6123C, 6127D, 6128C. — Abgelehnt.

Vermögens- und Einkommensteuer.
I. Einführung durch das Reich.
Einführung einer allgemeinen Reichseinkommensteuer:
Bd. 318, Nr. 320 S. 54.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 462A.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 831C.
Bd. 320, Nr. 708 S. 16.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2460C.
86. Sitz. S. 2496C, 2509D.
93. Sitz. S. 2748C.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4735D, 4748A.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 2ff.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6123D.

—, Einkommensteuer, soziale Ausgestaltung, Notwendigkeit eines Reichsveranlagungsgesetzes:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2460C.
86. Sitz. S. 2509D.

Einführung einer Reichsvermögenssteuer:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 801A.
36. Sitz. S. 817A.

Vermögens- und Einkommensteuer. I. Einführung durch das Reich (Fortsetzung).

Bd. 320, Nr. 708, S. 7, 8, 9, 11, 13ff, 15, 16.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2396B.
85. Sitz. S. 2448C, 2462B.
86. Sitz. S. 2485C, 2496C, 2500A, 2511A.
93. Sitz. S. 2747D.
Bd. 325, Nr. 1739 S. 2ff.

Erhaltung der Kapitalbildung bei der Besteuerung von Einkommen und Vermögen; Wert des selbständigen Unternehmertums:
Bd. 307, 35. Sitz. S. 785A, 803C.
36. Sitz. S. 813D, 820B, 830B.
56. Sitz. S. 1341D.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2749C.

Siehe auch „Finanzlage" unter II.

II. Einmalige Vermögenssteuern.

A. Besteuerung des Vermögens und Vermögenszuwachses während des Krieges (Kriegsgewinne).

1. Anregung einer Kriegsgewinnsteuer:
Bd. 306, 4. Sitz. S. 47D.
14. Sitz. S. 223C, 229D, 234A, 236B.

2. Entwurf eines Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne: Bd. 316, Nr. 149.
Erste Beratung: Bd. 306, 21. Sitz. S. 420A.
Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 175.
Zweite Beratung: Resolutionen: Bd. 317, Nr. 177, 183.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 460C.
Dritte Beratung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 498C.
Gesetz vom 24. 12. 1915, RGB. S. 837.
Resolution des Haushaltsausschusses zu vorstehendem Gesetzentwurf: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, durch welche die Veranlagung und Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch bei Einzelpersonen sichergestellt wird:
Bd. 317, Nr. 175 S. 7, 8, 9, 13, 14, 36.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 472C, 477A, 497D.
— Angenommen.
Petitionen: Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 316, Nr. 138 unter III 11.
Bd. 306, 31. Sitz. S. 708A.

Einzelnes.
Einkommenszuwachs, Berücksichtigung:
Bd. 306, 21. Sitz. S. 421C.
24. Sitz. S. 461B.
Erbschaften und ähnliche Vermögensanfälle, Ausscheidung:
Bd. 306. 21. Sitz. S. 420C.
24. Sitz. S. 461D, 465C.
Genossenschaften, Produktions- und Verwertungsgesellschaften, Berechnung des Geschäftsgewinnes:
Bd. 317, Nr. 175 S. 14, 22.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 475C.
Geschäftsgewinn, Abschreibungen (§ 3), stille Reserven:
Bd. 317, Nr. 175 S. 2, 4, 5, 10, 12, 15, 20, 23.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 471D, 479A, 493B.
—, Berechnung (§ 5):
Bd. 317, Nr. 175 S. 13, 26, 33.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 494B.
Gesellschaften (juristische Personen), Heranziehung (§ 1), Doppelbesteuerung:
Bd. 317, Nr. 175 S. 5, 6, 7, 28
Bd. 306, 21. Sitz. S. 421D.
24. Sitz. S. 460D, 471C, 478B, 479B.
—, Ausländische, Besteuerung der inländischen Filialen:
Bd. 317, Nr. 175 S. 23.
Kriegsgeschäftsjahr (§ 2): Bd. 306, 24. Sitz. S. 493A.
Landesfürstliche Familien, Heranziehung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 461C.

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

Offene Handelsgesellschaften, Besteuerung:
Bd. 317, Nr. 175 S. 28.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 472B.
Sonderrücklage, Höhe (§ 1):
Bd. 317, Nr. 175 S. 19, 20, 29.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 489A.
—, Entziehung von der freien Verfügung darüber (§ 8), Zulässigkeit der Pfändung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 494C.
Steuersätze, Höhe:
Bd. 317, Nr. 175 S. 17.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 471B.
—, Differenzierung zwischen physischen und juristischen Personen: Bd. 306, 24. Sitz. S. 479B.
Vermögenszuwachs aus Ersparnissen von Einkommen oder Gehalt: Bd. 306, 24. Sitz. S. 472C.
—, Untere Grenze für die Freilassung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 472C, 489C.
Wertgegenstände (Juwelen, Schmuck, Kunstwerke), Heranziehung: Bd. 306, 24. Sitz. S. 461A, 472C, 476D.
Zwischengewinne bei Heereslieferungen, stärkere Besteuerung; Aufstellung von Listen der Lieferanten:
Bd. 317, Nr. 175 S. 10, 11.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 471A, 476C, 477A, 484A.
Ausführungsbestimmungen zum vorstehenden Gesetz: Bd. 317, Nr. 220, Anhang a 151.

3. Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes: Bd. 317, Nr. 223.
Zusammenstellungen über die Besteuerung der Kriegsgewinne im Auslande:
Bd. 317, Nr. 223 S. 30,
Nr. 271, 279.
Erste Beratung:
Bd. 306, 34. Sitz. S. 767C, 772A.
Bd. 370, 35. Sitz. S. 778A, 782B, 797D, 804B.
36. Sitz. S. 809C, 813C, 821B, 827B.
Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 318, Nr. 320.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 318, Nr. 322, 323, 332, 334 (abgeändert), 341, 346, 349.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1340C.
57. Sitz. S. 1406A.
Zusammenstellung der Beschlüsse II. Beratung: Bd. 318, Nr. 370.
Dritte Beratung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1506B.
Gesamtabstimmung: Bd. 307, 59. Sitz. S. 1508C.
Entwurf nach den Beschlüssen III. Beratung: Bd. 318, Nr. 386.
Kriegssteuergesetz v. 21. 6. 1916, RGB. S. 561.
Namentliche Abstimmungen:
1. über den Antrag Albrecht u. Gen. zu § 1 (Erhebung eines Wehrbeitrages): Bd. 318, Nr. 323 unter 1. — Bd. 307, 57. Sitz. S. 1406B (Zusammenstellung S. 1419). — Abgelehnt mit 249 gegen 104 Stimmen.
2. über den Antrag Albrecht u. Gen. zu § 3 (Besteuerung der Erbanfälle an entfernte Verwandte): Bd. 318, Nr. 323 unter 2. — Bd. 307, 57. Sitz. S. 1410A (Zusammenstellung S. 1419). — Abgelehnt mit 247 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.
3. Gesamtabstimmung: Bd. 307, 59 Sitz. S. 1508C (Zusammenstellung S. 1513). — Angenommen mit 312 gegen 24 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.
Resolutionen des Haushaltsausschusses zum Entwurf eines Kriegssteuergesetzes:
a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Bundesstaaten darauf hinzuwirken, daß der Vorsitz in den Steuerämtern finanz- und steuertechnisch besonders vorge-

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

bildeten Beamten im Hauptamt übertragen wird: Bd. 318, Nr. 320 unter II und S. 91.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1357A.
57. Sitz. S. 1415B. — Angenommen.

b) Freiherr v. Gamp-Massaunen, Dr. Werner (Gießen), Freiherr v. Schele: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei Ausführung des Kriegsgewinnsteuergesetzes folgende Anordnungen veranlassen zu wollen:
1. Die Heereslieferer sind durch die in Betracht kommenden amtlichen Stellen den Steuerbehörden unverzüglich bekannt zu geben.
2. Die Ausstellung von Auslandspässen ist bis auf weiteres, falls nicht der Zweck der Reise zweifelsfrei festgestellt ist, nur noch dann gestattet, wenn der Antragsteller entweder nachweist, daß er bereits die von ihm zu entrichtende Kriegssteuer bezahlt oder Sicherheit für sie geleistet hat, oder daß er überhaupt nicht zur Kriegssteuer herangezogen werden kann: Bd. 318, Nr. 339.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1414D. — Angenommen.

Petitionen:
Bd. 318, Nr. 320 unter III.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1415B.

Einzelnes.
Einkommenszuwachs. Besteuerung; Aufbau des Gesetzes auf dem Einkommens- oder Vermögenszuwachs:
Bd. 317, Nr. 223 S. 14, 21.
Bd. 318, Nr. 320 S. 31.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 783C.
56. Sitz. S. 1346B, 1359C.
Genossenschaften, eingetragene, Konsumvereine, Berechnung des Geschäftsgewinnes (§ 17):
Bd. 318, Nr. 320 S. 85.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1413C.
Gesellschaften, feindliche, Besteuerung: Bd. 307, 36. Sitz. S. 814C.
—, Höhe der steuerfreien Dividende: Bd. 307, 35. Sitz. S 784A.
Gesellschaften m. b. H., Besteuerung (§ 10):
Bd. 318, Nr. 320 S. 71.
Nr. 334 (abgeändert).
Bd. 307, 36. Sitz. S. 814D, 824A.
56. Sitz. S. 1359C.
Hinterziehungen, Verhinderung: Bd. 307, 35. Sitz. S. 783D.
Höhe der Steuer:
Bd. 317, Nr. 223 S. 15.
Bd 318, Nr. 320 S. 56.
Bd. 306, 34. Sitz. S. 772A.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 782C, 797D, 804C.
36. Sitz. S. 813D.
56. Sitz. S. 1341C, 1369B, 1375D, 1378B.
Veranlagungsschwierigkeiten: Bd. 307, 36. Sitz. S. 823C.
Vermögensabgabe (§ 1):
Bd. 318, Nr. 320 S. 118.
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1342B, 1346D, 1348A, 1351D, 1356A, 1358B, 1362B, 1364D, 1375B.
57. Sitz. S. 1411C, 1412C.
Vermögenszuwachs, Feststellung gemäß den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes: Bd. 307, 57. Sitz. S. 1406C.
—, untere Grenze für die Freilassung: Bd. 307, 56. Sitz. S. 1356D.
Wertpapiere, Festsetzung des Wertes: Bd. 318, Nr. 320 S. 3, 126.
Siehe auch unter 4.

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

—, nicht zum Börsenhandel zugelassene, Wertfestsetzung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2028B, 2029B, 2030A, 2031B, D.
Zahlung in Wertpapieren: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2027D.

4. Festsetzung von Kursen für die Veranlagung der Kriegssteuer.
Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere: Bd. 319, Nr. 433.
Erste Beratung: Bd. 308, 68. Sitz. S. 1857D.
Mündl. Ber. d. 19. Aussch.: Bd. 319, Nr. 470.
Zweite Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2026D.
Dritte Beratung: Bd. 308, 73. Sitz. S. 2032C.
Gesetz vom 9. 11. 1916, RGB. S. 1269.
Petitionen: Bd. 319, Nr. 470 unter 2.
Bd. 308, 73. Sitz. S. 2032D.

5. Versteuerung der Ansprüche aus neuabgeschlossenen Lebensversicherungen; Unzulässigkeit der Abrechnung vorausgezahlter Steuerbeträge vom Vermögen usw.
Antrag Erzberger u. Gen.: Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Kriegssteuergesetzes: Bd. 320, Nr. 515.
Erste Beratung: Bd. 308, 78 Sitz. S. 2283D.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 320, Nr. 561.
Bd. 308, 78. Sitz. S. 2283D.
Dritte Beratung: Bd. 308, 78. Sitz. S. 2284C.
Gesetz vom 17. 12. 1916, RGB. S. 1407.

6. Erhöhung der Kriegssteuer:
Bd. 320, Nr. 535 unter III, 536.
Bd. 308, 77. Sitz. S. 2202C, 2215C, 2264A.

7. Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer: Bd. 320, Nr. 621.
Erste Beratung:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2361C.
83. Sitz. S. 2383B, 2396B, 2401D.
84. Sitz. S. 2418B, 2429A.
85. Sitz. S. 2450B, 2459A ff., 2476B.
86. Sitz. S. 2511D.
Ber. des Haush. Aussch.: Bd. 320, Nr. 708.
Zweite Beratung: Ab. Antr. Bd. 321, Nr. 713, 714, 716, 722, 723.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2747B.
Dritte Beratung: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2825C (Allgemeine Beratg.), 2826D (Sonderberatg.).
Gesetz nach den Beschlüssen III. Beratung.: Bd. 321, Nr. 745.
Gesetz vom 9. 4. 1917, RGB. S. 349.
Resolutionen des Haush. Ausschusses:
a) den Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald dem Reichstag eine nach den verschiedenen Erwerbsgruppen und Berufsständen unterscheidende Statistik vorzulegen, aus welcher hervorgeht, in welchem Maße nach den Erfahrungen der preußischen Ergänzungssteuerveranlagung die Vermögen der Einzelpersonen durchschnittlich innerhalb drei Jahren gestiegen sind;
b) den Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald dem Reichstag eine Statistik vorzulegen, aus

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

welcher hervorgeht, in welchem Maße die verschiedenen Erwerbsgruppen und Berufsstände an den Ergebnissen des Wehrbeitrags, der Besitzsteuer und der Kriegssteuer beteiligt gewesen sind;

c) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei künftigen Steuervorlagen in geeigneten Fällen den Familienstand zu berücksichtigen: Bd. 320, Nr. 708.

Bd. 309, 93. Sitz. S. 2770 D. — Angenommen.

Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg für erledigt erklärt, die übrigen zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen dem Reichskanzler als Material überwiesen: Bd. 320, Nr. 708.

Bd. 309, 93. Sitz. S. 2770 D.

Einzelnes:

Familienverhältnisse, Kinderzahl, Berücksichtigung: Bd. 320, Nr. 708 S. 12, 18, 20, 21.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2383 B.
85. Sitz. S. 2450 C.
93. Sitz. S. 2752 C, 2758 D.

Gesellschaften, Besteuerung des Mehrgewinns, Höchststeuersatz: Bd. 320, Nr. 708 S. 5, 7, 13, 14, 22.
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2450 B, 2459 B.
93. Sitz. S. 2750 D, 2754 B, 2766 C.

Kriegsgewinn Heranziehung der Gewinne aus besonderen Kriegsgeschäften, der Wuchergewinne usw. (neues Kriegssteuergesetz): Bd. 320, Nr. 708 S. 3, 5, 7, 9, 10, 13.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2361 C.
83. Sitz. S. 2402 B
84. Sitz. S. 2418 C.
93. Sitz. S. 2751 D, 2755 A, 2757 A, 2761 B.

—, Schwierigkeit der Fassung des Begriffs „Kriegsgewinn": Bd. 309, 93. Sitz. S. 2759 C.

Stundung der Steuer: Bd. 320, Nr. 708 S. 14, 23.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2758 A.

Vermögensverluste, Steuer auf entzogenen Vermögensverlust: Bd. 320, Nr. 708 S. 15.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2748 A.

Vermögenszuwachs, Aufbau der Steuer auf dem Begriff Vermögenszuwachs, Begrenzung des Zuwachses, Härten des Gesetzes: Bd. 320, Nr. 708 S. 3 ff., 7.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2401 D.
85. Sitz. S. 2459 C ff., 2476 B.
86. Sitz. S. 2511 D.
93. Sitz. S. 2750 A, 2751 D, 2754 B ff., 2756 A, 2757 B ff., 2758 B, 2759 C, 2766 B.

—, Vermögenszuwachs. Feststellung durch Statistik, Besteuerung an sich, nicht im Rahmen der Kriegsbesteuerung: Bd. 320, Nr. 708 S. 9, 10, 12, 13.
Bd. 309, 93. Sitz S. 2752 B, 2754 D.

—, Härten der Steuer infolge der Berechnung eines rein fiktiven Vermögenszuwachses (Aktienbesitz, Kurse), § 7a, Möglichkeit einer Revision: Bd. 309, 93. Sitz. S. 2758 B.

—, Vermögenszuwachs, Beeinflussung durch den Besitz ausländischer Wertpapiere: Bd. 309, 93. Sitz. S. 2756 B.

Wertpapiere, Festsetzung eines bestimmten Termins für den Verkaufswert (Kurse), Ausgleich von Härten: Bd. 320, Nr. 708, S. 9, 14, 19, 23.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2756 D, 2768 B ff., 2769 D.

Zuschlag von 20 %, Bedeutung als Vermögenssteuer usw.: Bd. 320, Nr. 708 S. 3, 4, 6, 9, 11, 12, 13, 14, 17 ff.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2361 D.
83. Sitz. S. 2396 B.
84. Sitz. S. 2418 B.
85. Sitz. S. 2450 B, 2459 A.
93. Sitz. S. 2747 C, 2752 A, 2754 A, 2756 A, 2757 B, 2759 C, 2761 C ff, 2764 A, 2766 D, 2767 D.
95. Sitz. S. 2825 D.

—, Zuschlag, Erhöhung auf 33⅓ %: Bd 320, Nr. 708, S. 12, 14, 15, 16, 17 ff.

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

Bd. 309, 93. Sitz. S. 2747 C, 2750 A, 2751 A, 2752 D, 2754 B, 2757 D, 2761 D, 2764 D, 2766 D, 2767 C.
95. Sitz. S. 2825 D.

—, Verschärfung der Steuersätze (Zuschläge), Antrag Mertin, Differenzierung der Arten des Vermögenszuwachses:
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2750 D, 2754 D, 2756 D, 2759 A, 2760 A, 2767 C.

8. Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Kriegssteuer: Bd. 320, Nr. 622.
Erste Beratung:
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2631 C.
85. Sitz. S. 2450 B, 2458 C.
Bericht des Haush. Ausch.: Bd. 320, Nr. 708.
Zweite Beratung:
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2771 A (ohne Diskussion).
Dritte Beratung und Gesamtabstimmung:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2827 A (ohne Diskussion).
Gesetz vom 9. 4. 1917, RGB. S. 351.

9. Kriegssteuern, direkte, Kriegsgewinnsteuer, Erhebung für 1917, Gesamtertrag, mit den Zuschlägen:
Bd. 307, 56. Sitz. S. 1363 D.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2361 C.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3970 C ff. (Vergleich mit England).
134. Sitz. S. 4152 D, 4153 D.
135. Sitz. S. 4185 C.
137. Sitz. S. 4280 B.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4747 A.

10. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Kriegssteuergesetzes vom 21. 6. 1916:
Bd. 323, Nr. 1281.
Bd. 311, 132. Sitz. S. 4092 D (Absetzung von der Tagesordnung).
Erste Beratung:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4137 D.
134. Sitz. S. 4152 C.
135. Sitz. S. 4182 A.
136. Sitz. S. 4233 C.
137. Sitz. S. 4278 B.
Mündl. Bericht des Haush. Ausch.: Bd. 324, Nr. 1499.
Zweite und dritte Beratung:
Bd. 313, 177. Sitz. S. 5564 A (ohne Diskussion, Gesamtabstimmung).
Gesetz vom 2. 7. 1918, RGB. S. 773.
Besondere bzw. stärkere Erfassung der Kriegsgewinne (aus Kriegsgeschäften):
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973 C.
137. Sitz. S. 4281 A, 4283 C.
Kriegssteuer-Veranlagung in den Einzelstaaten, Bemänglung: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4280 B, 4283 B.

11. Entwurf eines Gesetzes über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsgeschäftsjahr: Bd. 324, Nr. 1465.
Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732 D.
Bd. 312, 152. Sitz. S. 4760 C.
Bericht d. Haush. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1739, mit Anlage: Vorläufiges Ergebnis der Besitz- u. Kriegssteuerveranlagung auf 31. 12. 1916: S. 68.
Antrag des Ausschusses:
der Reichstag wolle beschließen, dem Entwurf eines Gesetzes über eine außer-

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

ordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 in der aus der angegebenen Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen: Bd. 325, Nr. 1916 S. 57, 58 ff.

Zweite Beratung: Antr. u. Resolutionen: Bd. 325, Nr. 1778, 1779, 1780.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6037 D.

Annahme des Entwurfs eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 nach den Anträgen der Kommission.

Dritte Beratung:
Generaldiskussion: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6122 B.
Spezialdiskussion: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6128 C.

Gesetz nach den Beschlüssen des Reichstags in Dritte Beratung: Bd. 325, Nr. 1889.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGBl. S. 964.

Petitionen: Bd. 325, Nr. 1739, S. 57 unter 2.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6041 C.
190. Sitz. S. 6128 D. — Für erledigt erklärt.

Resolutionen Albrecht u. Gen., betr. Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes und Erhebung einer Vermögensabgabe, Bd. 325, Nr. 1780, siehe „Erbschaftssteuer" u. „Vermögensabgabe."

Einzelnes:

Außerordentliche Kriegsabgabe, Ausdehnung auf physische Personen, Besteuerung des Mehreinkommens und des Vermögens, Mißstand der Vermögensverschleierungen und der Verschwendung:
Bd. 325, Nr. 1739 S. 2 ff., 6 ff., 18 ff., 25 ff., 30 ff., 47 ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4742 C, 4752 C.
152. Sitz. S. 4762 D, 4771 D, 4778 B, 4785 B.
153. Sitz. S. 4804 C.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6123 D, 6124 B, 6125 B, 6126 C ff.

—, Erfassung des eigentlichen Kriegsgewinns, Begriff des Kriegsgewinns:
Bd. 325, Nr. 1739 S. 2 ff.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4742 D, 4752 C.
152. Sitz. S. 4763 A, 4771 D, 4785 C.

—, Erfassung des Zuwachses an Luxusgegenständen, Luxusmobiliar usw.: Bd. 312, 152. Sitz. S. 4774 C.

—, Steuersätze (§ 51 n), stärkere Erhöhung, Antrag Albrecht: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6039 C, 6040 A, B.

Kriegsgesellschaftssteuer. Im 4. Kriegsgeschäftsjahr erzielter Mehrgewinn, Besteuerung:
Bd. 325, Nr. 1739 S. 38 ff., 53.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4739 A, 4742 C, 4744 C, 4752 B.
152. Sitz. S. 4766 D, 4784 D.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6037 D.

—, Steuersätze (§ 51 o), stärkere Erhöhung, Antrag Albrecht: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6040 A, B.

Gemeinsame Vorschriften, Vermeidung von Unbilligkeiten, die sich aus Besonderheiten der einzelstaatlichen Einkommensteuergesetze usw. ergeben, Anwendung des Härteparagraphen:
Bd. 325, Nr. 1739 S. 44 ff, 54.
Bd. 313, 188. Sitz. S. 6038 A, D, 6039 A, 6040 A.

Veranlagung zur Kriegssteuer, verschiedene Gestaltung in den Bundesstaaten Handhabung seitens der preußischen Landräte, in Württemberg:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4752 D.
152. Sitz. S. 4771 A, 4777 B, 4788 C, 4789 A.

—, Neuveranlagung bei zu niedriger Veranlagung der Kriegssteuer: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6041 A.

—, Deklarierung des Wertzuwachses landwirtschaftlichen Grundeigentums, Holzung von Waldbestand: Bd. 312, 152. Sitz. 4771 C, 4779 A.

Vermögens- und Einkommensteuer. II. Einmalige Vermögenssteuern (Fortsetzung).

12. Petition des Fabrikdirektors Wilhelm Senst in Düren betr. Ausgleich von Unterbilanzen oder Verlustvorträgen vor der Berechnung des kriegssteuerpflichtigen Mehrgewinns.
Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1341.
Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833 D. — Ueberweisung als Material.

B. Wehrbeitrag.

1. Finanzieller Ertrag des Wehrbeitrages:
Bd. 318, Nr. 320 S. 104.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 819 D.

—, Stundung,
Bd. 321, Nr. 913, Anhang a 646.
Bd. 322, Nr. 1214, S. 220.

2. Erhebung eines erneuten Wehrbeitrages.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Entwurf eines Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erhebung eines erneuten Wehrbeitrags im Laufe des Steuerjahrs 1916/17 vorsieht.

Personen, die infolge einer Erhöhung ihres Vermögens oder Einkommens in den Kreis der Beitragspflichtigen oder in eine höhere Beitragsstufe aufrücken, haben dies anzumelden.

In Fällen, wo eine beträchtliche Verminderung des Vermögens oder Einkommens nachgewiesen wird, ist auf Antrag eine entsprechende Ermäßigung des Beitrags zu gewähren:
Bd. 317, Nr. 177 S. 8, 36.
Bd. 306, 24. Sitz. S. 463 B, 467 A, B, 469 B, 473 B, 475 B, 486 B, 487 B, 490 C, 497 D. — Abgelehnt.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 320 S. 2, 100, 118, 125.
Nr. 323 unter 1.
Bd. 307, 35. Sitz. S. 781 C, 791 D, 801 B.
36. Sitz. S. 815 D, 822 D.
56. Sitz. S. 1342 B, 1346 C, 1347 C, 1350 D, 1356 A, 1358 B, 1361 D, 1367 A, 1374 B.

Namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht u. Gen. (Neuerhebung des Wehrbeitrages), Bd. 318, Nr. 323 unter 1.
Bd. 307, 57. Sitz. S. 1406 B (Zusammenstellung S. 1419). — Abgelehnt mit 249 gegen 104 Stimmen.

Ferner:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2462 A.
86. Sitz. S. 2511 A.
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4753 C.
152. Sitz. S. 4778 C.
Bd. 325, Nr. 1739, S. 3, 8.

III. Frühere Besitzsteuern.

Reichsbesitzsteuer von 1913, Erhöhung, Verdopplung:
Bd. 309, 85. Sitz. S. 2462 B.
86. Sitz S. 2511 D.

Petition betr. Aufhebung des Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911, sowie die dieses Gesetz betreffenden Vorschriften des Reichsfinanzgesetzes vom 3. Juli 1913: Bd. 325, Nr. 1869. — Unerledigt.

Verpflegungswesen siehe „Reichsheer" unter 137 u. 154.

Versicherungsunternehmungen, private.
Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen: Bd. 322, Nr. 1075.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 310, 123. Sitz. S. 3757C.
Gesetz vom 24. 10. 1917, RGB. S. 973.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch. über die Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern (Anlage IV) mit dem Antrage: An Stelle der zurückgezogenen Resolution Albrecht u. Gen. — Bd. 320, Nr. 677 der Drucksachen — folgende Resolution anzunehmen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 alsbald Anordnungen zu treffen, durch welche das Aufsichtsamt für das Privatversicherungswesen ermächtigt wird, in solchen Fällen, in welchen die durch den Krieg verursachte Nichterfüllung der Vertragspflichten das Erlöschen von Versicherungsanträgen bewirkt hat, das Wiederaufleben der Versicherungsverträge herbeizuführen: Bd. 321, Nr. 849. Bd. 310, 108. Sitz. S. 3379D, 3380B. — Angenommen.
Ausländische Versicherungsunternehmungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 96.
Besetzte Gebiete. Zulassung von Versicherungsgesellschaften im Verwaltungsgebiet Ober-Ost: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5033C, D.
Krankenversicherungen, Wiederherstellung: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 726.
Petition des Gauverbandes „Niedersachsen" des Bundes der Versicherungsvertreter Deutschlands, betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der Versicherungsvertreter: Ber. d. Pet. Aussch: Bd. 323, Nr. 1338. Bd. 312, 154. Sitz. S. 4833D. — Ueberweisung als Material.
Wirtschaftliche Lage: Bd. 319, Nr. 403 S. 230. Bd. 320, Nr. 650 S. 198. Bd. 322, Nr. 1214 S. 275.

Versicherungswesen.
I. Internationale Verträge.
Zusatzvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden zu dem am 27. August 1907 unterzeichneten Vertrag über Unfallversicherung: Bd. 315, Nr. 99.
Publiziert am 22. 5. 1915, RGB. S. 321.
II. Angestelltenversicherung.
Siehe auch „Hilfsdienst, vaterländischer", unter 3 u. 6q.
A. Grundbestimmungen.
1. Resolution des Haushaltsausschusses: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den § 51 des Versicherungsgesetzes für Angestellte so ändert, daß in den Fällen der Nr. 1 und 2 die Kalendermonate angerechnet werden als Beitragsmonate im Sinne der §§ 48 und 171: Bd. 315, Nr. 85 unter Ia. Bd. 306, 12. Sitz. S. 178C, 179A, 208A. — Angenommen.
2. Befugnis der Reichsversicherungsanstalt zu Aufwendungen für allgemeine Zwecke der Gesundheitspflege.
Petition der freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten in Berlin um Einfügung einer dem § 1274 der Reichsversicherungsordnung entsprechenden Bestimmung in das Versicherungsgesetz für Angestellte, um der Versicherungsanstalt die Bereitstellung von Mitteln für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten zu ermöglichen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 315, Nr. 66 unter Ia 6. Bd. 306, 9. Sitz. S. 134D. — Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem § 36 des Versicherungsgesetzes für Angestellte folgenden Zusatz zu geben:
Die Reichsversicherungsanstalt kann auch Mittel aufwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Berufsunfähigkeit unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen: Bd. 318, Nr. 293 unter II g. Bd. 307, 49. Sitz. S. 1117B, 1120D. 50. Sitz. S. 1131C. 53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.
Siehe auch „Kriegswohlfahrtspflege".
3. Hinausschiebung des ersten Bilanztages: Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 669. Nr. 1214 S. 269.
4. Gehaltsgrenze.
Resolution Antrick u. Gen. zum Haushalt des Reichswirtschaftsamts 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Bundesrat den Erlaß einer sich auf das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 stützenden Verordnung herbeizuführen, durch die die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht im Versicherungsgesetz für die Angestellten auf 8000 Mark erhöht und dementsprechend neue Beitragsklassen geschaffen werden: Bd. 324, Nr. 1403 Ziff. A. Bd. 312, 159. Sitz. S. 4982D. 161. Sitz. S. 5027B. Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petitionen, betreffend Erhöhung der Gehaltsgrenze für die Angestelltenversicherung.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1874. — Unerledigt.
5. Rentenausschüsse.
Anfrage Schmitt (Würzburg): Nach § 126 des Versicherungsgesetzes für Angestellte werden Rentenausschüsse nach Bedarf von der Reichsversicherungsanstalt mit Genehmigung des Bundesrats errichtet.
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß zur Zeit nur ein Rentenausschuß in Berlin besteht und dieser mit Arbeiten überlastet ist? Schon aus dem Jahre 1916 mußten 10 852 unerledigte Angelegenheiten in das Geschäftsjahr herübergenommen werden. Insgesamt mußten im Jahre 1916 42822 Sachen erledigt werden.
Durch die Erfüllung der Wartezeit durch die weiblichen Versicherten wird sich die Arbeitslast des Rentenausschusses noch ganz wesentlich steigern, das Verfahren bei einzelnen Fällen noch länger als bisher verzögert werden
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um weitere Verzögerungen hintanzuhalten und das Verfahren zu beschleunigen? Die Reichs-

Versicherungswesen. II. Angestelltenversicherung.
A. Grundbestimmungen (Fortsetzung).

versicherungsanstalt sieht sich trotz der bestehenden Zustände nicht veranlaßt, weitere Rentenausschüsse zu errichten und deren Genehmigung zu beantragen: Bd. 322, Nr. 1207.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1270.

6. Verjährung des Anspruches der Reichsversicherungsanstalt auf Rückstände:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 684.
Nr. 1214 S. 268.

7. Petitionen, betreffend Angestelltenversicherungspflicht der Konsumvereinsverkäuferinnen, der Angestellten eingetragener Genossenschaften.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 830.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555C. — Ueberweisung zur Erwägung.

8. Petition, betr. Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IIm.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

B. Kriegsmaßnahmen.

1. Anrechnung militärischer Dienstleistungen usw. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn; freiwillige Weiterversicherung; Erstattung von Versicherungsbeträgen bei Kriegstodesfällen; Frist für Abkürzung der Wartezeit im § 395:
Bd. 315, Nr. 69.
Nr. 72 Ziff. 124.
Nr. 73 S. 28.
Bd. 316, Nr. 146 Ziff. 213.
Nr. 147 S. 110.
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 281.
Nr. 225 S. 109.
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 397.
Nr. 402 Ziff. 411.
Bd. 319, Nr. 403 S. 228.
Nr. 443 Ziff. 483.

Frist für Beitragserstattung.
Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916, folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte folgenden Zusatz zu erlassen:
Während der Dauer des Krieges und des ersten Jahres nach Friedensschluß beginnt die Frist, falls infolge des Krieges der Tod des Ehemannes nicht festgestellt werden konnte, mit dem Tage, an welchem der Witwe der Tod des Ehemannes auf dem Dienstwege bekanntgegeben ist.
Die Vorschrift des Abs. 1 Satz 2 tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.
Soweit diese Vorschrift hiernach anzuwenden ist, bildet ihre Nichtanwendung auch dann einen Revisionsgrund (§ 286 V. f. A.), wenn das Schiedsgericht sie noch nicht anwenden konnte.
Soweit vor ihrem Inkrafttreten Ansprüche rechtskräftig abgewiesen worden sind, während sie nach Maßgabe der Vorschrift dieser Verordnung begründet sein würden, bildet die Nichtanwendung dieser Vorschrift einen Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der § 297 ff. V. f. A.: Bd. 318, Nr. 293 unter III 2.
Bd. 307, 53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.

Versicherungswesen. II. Angestelltenversicherung.
B. Kriegsmaßnahmen (Fortsetzung).

Ferner:
Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 383.
Bd. 319, Nr. 403 S. 228.
Verlängerung von Fristen: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 760.
Beginn der Frist für die Geltendmachung des Erstattungsanspruches: Bd. 322, Nr. 1214 S. 267.

2. Versicherungspflicht für Beschäftigungen während des Krieges:
Bd. 320, Nr. 650 S. 189.
Bd. 322, Nr. 1064 Ziff. 654.
Nr. 1214 S. 266.

3. Wahlen, Verlängerung der Amtsdauer, Tagegelder:
Bd. 322, Nr. 1213 Anhang a 752.
Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 5199.

III. Reichsversicherungsordnung.

A. Allgemeines. Ortslöhne, Verschiebung der Neufestsetzung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 49.
Nr. 27 Ziff. 19.
Bd. 316, Nr. 122 Ziff. 207.
Nr. 147 S. 109.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 431.
Bd. 319, Nr. 403 S. 223.

1. Resolutionen zum Haushalt des Reichswirtschaftsamts 1918:
a) Gröber u. Gen. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Ortslöhne (§ 149 Reichsversicherungsordnung) und der durchschnittliche Tagesarbeitsverdienst für landwirtschaftliche Arbeiter (§§ 936 ff. Reichs-Versicherungsordnung) den Verhältnissen entsprechend neu festgesetzt werden: Bd. 323, Nr. 1387 Ziff. 3.
b) Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Ortslöhne (§ 149 R.V.O.) und der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für landwirtschaftliche Arbeiter §§ 936 ff. R.V.O.) den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend neu festgesetzt werden: Bd. 324, Nr. 1478 unter A 4.
c) Antrick u. Gen., gleichlautend der vorstehenden: Bd. 324, Nr. 1404 unter II.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5001B, 5003D, 5015A.
161. Sitz. S. 5028D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung (Verlängerung der Amtsdauer der Vertreter): Bd. 315, Nr. 16.
Erste, zweite u. dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10B, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGB. S. 148.
Ferner:
Bd. 315, Nr. 26 S. 57.
Bd. 316, Nr. 106 Ziff. 204.
Nr. 107 S. 28.
Bd. 318, Nr. 283 Ziff. 372.
Bd. 319, Nr. 403 S. 223.
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 539.

3. Einzelnes.
Arbeiterversicherung, Ausbau nach dem Kriege:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2595B.
89. Sitz. S. 2637C ff., 2641A.
Aerztliche Gutachten, Reform: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2639C.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung.
A. Allgemeines (Fortsetzung).

Ausländer, feindliche, die durch Maßnahmen der deutschen Heeresverwaltung zur Beschäftigung im Inland gebracht sind, Versicherung:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 581.
Nr. 650 S. 188.
Bd. 321, Nr. 754 Ziff. 597.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 273.

Beiträge, Verjährung rückständiger Beiträge:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 516.
Nr. 650 S. 182.

Ersatzkassen. Petition, betreffend Abänderung der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Bestimmungen für die Ersatzkassen.
Mündl. Ber. des Pet.-Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. IIb.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.

Landwirtschaftlichen Arbeiter, Gleichstellung mit den Industriearbeitern: Bd. 312, 159. Sitz. S. 4982D.

Oberversicherungsämter, Behandlung der Streitfragen, Verhalten der Vorsitzenden: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2639B.

—, Tätigkeit der Arbeitervertreter: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2639B.

Reichsversicherungsordnung, Durchführung, Härten infolge des Krieges (Zustellung von Bescheiden, Erhaltung der Anwartschaft usw.), Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5030B ff.

Renten, Zulagen. — Siehe auch unter IIIB1 e, 3, 4 u. C2f.

Resolution Bassermann u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern f. 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 die Anordnung zu treffen, daß vom 1. April 1917 ab denjenigen Personen, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetze Renten empfangen, im Falle der Bedürftigkeit angemessene Zulagen für die Dauer des Krieges aus Reichsmitteln gewährt werden: Bd. 320, Nr. 686.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2636B, 2640C, D.
90. Sitz. S. 2642C. — Angenommen mit dem Ab.-Antr. Dr. Spahn: in Zeile 4 hinter dem Worte „Reichsversicherungsordnung" hinzuzufügen „und auf Grund von bundesstaatlichen Gesetzen aus Knappschaftskassen".

Anfrage Meier (Zwickau): Angesichts der fortgesetzten Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel und aller sonstigen unentbehrlichsten Gebrauchsgegenstände befinden sich die Alters-, Invaliden- und Unfallrentner in einer sehr schlimmen Lage, die auch durch die ab 1. Februar d. J. bewilligte Zulage nicht wesentlich gemildert worden ist. Dadurch wird es diesen Rentenbeziehern unmöglich gemacht, auch nur die gewiß nicht allzu reichlich rationierten Lebensmittel zu kaufen. An Beschaffung auch nur der notwendigsten Kleidung, Schuhwerk usw. kann nicht gedacht werden.
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um alsbald eine wirtschaftliche Besserstellung dieser armen Rentenbezieher herbeizuführen?: Bd. 325, Nr. 1930.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6246C. — Beantwortet.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung.
A. Allgemeines (Fortsetzung).

Anfrage Koßmann: Nachdem die Lebenshaltung stetig teurer geworden ist, infolgedessen die Beamten erneut Kriegsteuerungszulagen, die Arbeiter höhere Löhne und die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern nunmehr ebenfalls Zulagen erhalten haben, besteht bei den Reichsinvaliden- und Unfall-Rentenempfängern sowie den Pensionären, die aus Knappschaftskassen Pensionen beziehen, und deren Witwen und Waisen der dringende Wunsch, daß die ihnen bisher gewährten Kriegsteuerungszuschüsse erhöht werden. Desgleichen haben die Witwen und Waisen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung ihre Bezüge erhalten, den Wunsch, mit Teuerungszulagen bedacht zu werden.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, baldigst Maßnahmen zur Erfüllung dieser Wünsche zu treffen?: Bd. 325, Nr. 1944.
Bd. 314, 196. Sitz. S. 6246D. — Beantwortet.

Petitionen, betreffend Erhöhung der Versicherungsrenten bezw. Gewährung von Teuerungszulagen zu denselben.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1308 Ziff. IV1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Für erledigt erklärt.

Versicherungsträger, finanzielle Grundlage, Belastung durch Kriegsbeschädigte, statistische Aufzeichnungen: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2637B ff.

B. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.
1. Gemeinsame Bestimmungen.
a) Denkschrift über die Vermögenslage der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Bd. 316, Nr. 144.
Bd. 306, 21. Sitz. S. 419D.
b) Entwurf eines Gesetzes, betr. die Altersrente und die Waisenrente in der Invalidenversicherung (§§ 1257, 1292, 1392, 1397 RVO.): Bd. 317, Nr. 257.
Anlage: Untersuchungen über die finanzielle Tragweite der vorgeschlagenen Aenderungen der Reichsversicherungsordnung.
Erste Beratung: Bd. 307, 43. Sitz. S. 967B.
Ber. d. 12. Aussch.: Bd. 318, Nr. 347.
Zweite Beratung: Ab.Antr. Bd. 318, Nr. 354.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1460B.
Dritte Beratung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1468C.
Gesetz v. 12. 6. 1916, RGBl. S. 525.
Petitionen: Bd. 318, Nr. 354 unter II.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1463A, 1468C.
c) Beiträge. Erhöhung siehe Gesetzentwurf unter b Erstattung siehe Resolution unter IIB 3a.
Verwendung, Verteilung auf die Fonds der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung:
Bd. 307, 43. Sitz. S. 968D, 970D.
58. Sitz. S. 1461A.
d) Landesversicherungsanstalten.
Aufwendungen für soziale Fürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose, der Trunksucht, für Arbeiterwohnzwecke: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5023A.
Errichtung von Beratungsstellen für Geschlechtskranke: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5022C.
Erweiterung des Heilverfahrens: Bd. 306, 7. Sitz. S. 83A.
Gewährung von Hypothekendarlehen an Versicherte zum Wohnungsbau: Bd. 307, 43. Sitz. S. 962A.
Kriegsfürsorge siehe „Kriegswohlfahrtspflege".

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

e) Rentenzuschläge. — Siehe auch unter III A, B 4 u. C 2 f.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichsamts des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (RGBl. S. 327) eine Verordnung zu erlassen, wonach mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 ab als Kriegsmaßnahme
a) die auf Grund der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung oder der früheren Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gezahlten Renten um 50 vom Hundert erhöht werden,
b) 1. die auf Grund der Vorschriften der RVO. oder der früheren Gesetze über die Unfallversicherung gezahlten Renten umzurechnen sind nach einem Jahresarbeitsverdienst, der sich nach den am 31. Dezember 1916 geltenden Ortslohnsätzen (§§ 570, 934, 935, 1077 RVO.), dem Jahresarbeitsverdienst für Land- und Forstarbeiter (§ 936 RVO.) oder dem Durchschnittssatze für Seeleute (§ 1067 RVO) ergibt, falls ihrer Berechnung ein geringerer Jahresarbeitsverdienst zu Grunde liegt;
2. zu den Unfallrenten von 50 bis 75 vom Hundert, einschließlich ein Zuschlag von 20 vom Hundert und zu den höheren Unfallrenten, sowie den Hinterbliebenen- und Aszendentenrenten ein Zuschlag von 33 1/3 vom Hundert zu zahlen ist: Bd. 320, Nr. 676 unter 5.

Bd. 309, 87. Sitz. S. 2541 B, 2559 C, 2565 A.
88. Sitz. S. 2570 C, 2580 B, 2595 B.
89. Sitz. S. 2626 A. — Abgelehnt.

Siehe auch: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2636 B, 2640 C, D, 2641 A (Anerkennung der Bedürftigkeit ohne Nachprüfung), 2642 A, C.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) eine Verordnung zu erlassen, wonach mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 ab als Kriegsmaßnahme aus Mitteln der Kriegsfonds für die Jahre 1917 und 1918 ein Zuschlag gezahlt wird mit der Maßgabe, daß
α) die auf Grund der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung oder der früheren Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gezahlten Renten um 50 vom Hundert erhöht werden,
β) zu den Unfallrenten von 50 bis 75 vom Hundert, einschließlich ein Zuschlag von 20 vom Hundert und zu den höheren Unfallrenten, sowie den Hinterbliebenen- und Aszendentenrenten ein Zuschlag von 33 1/3 vom Hundert zu zahlen ist,
γ) zu den landesgesetzlichen Knappschaftsrenten ein Zuschlag von 33 1/3 vom Hundert zu zahlen ist.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

Ber. des Haush. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1103 S. 37 unter I o 10.
Bd. 311, 126. Sitz. S. 3938 D. — Angenommen.

Resolution Gröber (Laupheim) u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Bekanntmachungen vom 3. Januar 1918 betreffs Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente (Reichs-Gesetzblatt Seite 7) sowie die Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 betreffs Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung (Reichs-Gesetzblatt Seite 31) dahin zu ergänzen, daß die Zuschläge auch den Altersrenten, den Waisenrenten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und den Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung zuteil werden: Bd. 323, Nr. 1387 unter 1.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5014 B.
161. Sitz. S. 5027 D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Resolution Gröber (Laupheim), Ebert, Fischbeck, List (Eßlingen), Graf v. Westarp, Bruhn zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Bekanntmachung vom 3. Januar 1918 betreffs Zulagen an die Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente (R. G. B. S. 7) sowie die Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 betreffs Zulagen zu den Verletztenrenten aus der Unfallversicherung (R. G. B. S. 31) dahin abzuändern, daß die finanziellen Lasten, die infolge der Rentenzuschläge entstehen, aus Reichsmitteln gedeckt werden: Bd. 323, Nr. 1388.
Bd. 309, 89. Sitz. S. 2626 A.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5014 B.
161. Sitz. S. 5023 C, 5027 B, D, 5028 A, 5032 C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Erhöhung der Renten für Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallversicherung, Lage der Landesversicherungsanstalten und der Berufsgenossenschaften, Reichsbeiträge: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5023 D ff.

Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente; Zulage: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 728.

Deckung der Zuschläge aus Reichsmitteln:
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5014 B.
161. Sitz. S. 5023 C, 5028 A, 5032 C.

Anfrage Ebert: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die auf Grund der Reichsversicherungsordnung gewährten Invaliden- und Unfallrenten, die für normale Lebensverhältnisse schon sehr gering bemessen sind, heute nicht mehr ausreichen, um die Invaliden der Arbeit vor der äußersten Notlage zu schützen?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser Notlage der Arbeitsinvaliden baldigst abzuhelfen?: Bd. 321, Nr. 903.
Bd. 310, 115. Sitz. S. 3561 C. — Beantwortet.

Anfrage Dr. Stubmann: Der Reichstag hat am 11. Oktober 1917 einen Beschluß gefaßt, der

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

die verbündeten Regierungen ersuchte, auf Grund des § 3 des Gesetzes über Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 eine Verordnung zu erlassen, wonach mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 ab als Kriegsmaßnahme aus Mitteln der Kriegsfonds für die Jahre 1917 und 1918 ein Zuschlag gezahlt wird, mit der Maßgabe, daß auf Grund der einschlägigen Gesetze die Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallrenten durch einen Zuschlag von 50, bezw. 20 und 33⅓ vom Hundert erhöht werden.

Das Reichsversicherungsamt hat unter Bezugnahme auf diesen Beschluß vor Monatsfrist einen Runderlaß an die Berufsgenossenschaften versandt, in welchem mitgeteilt ist, daß daran gedacht wird, allen Invalidenrentenempfängern (Krankenrentenempfänger eingeschlossen) und allen Unfallverletzten, die eine Unfallrente von 66⅔ vom Hundert oder mehr beziehen, sowie allen Empfängern von Witwen- und Witwerrenten im Sinne des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung monatliche Zulagen zu gewähren. Zur Erzielung einer möglichst einfachen Durchführung sollen Zuschläge in festen Beträgen ohne Rücksicht auf die Höhe der Einzelrente gezahlt werden, nämlich allen Invaliden- und allen in Betracht kommenden Unfallrentenempfängern monatlich 8 Mark und allen Witwen- und Witwerrentenempfängern monatlich 4 Mark. Die Gewährung der Zulagen für zurückliegende Zeiten ist nicht beabsichtigt. Eine Uebernahme der Kosten der erweiterten Fürsorge auf das Reich wird nach Lage der Verhältnisse nicht für möglich erachtet; sondern es ist vielmehr eine Belastung der Versicherungsträger mit den durch die vorgesehenen Zuschläge entstehenden erheblichen Kosten beabsichtigt.

Inzwischen hat nach Zeitungsmeldungen der Bundesrat am 3. Januar den Entwurf einer Bekanntmachung über diesen Gegenstand angenommen, über den zur Zeit näheres noch nicht bekannt ist.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu erteilen, ob der oben erwähnte Beschluß des Reichstags, nach welchem die Erhöhung der Renten zu Lasten der Kriegsfonds für 1917 und 1918 vorgenommen werden sollte, damit zur Durchführung gelangt?

Wenn nicht: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Versicherungsträger, die selbst zum Teil durch den Krieg schwer betroffen sind, größtenteils nicht in der Lage sind, die geplante, auch in der beabsichtigten Form bedenkliche Belastung zu tragen, da diese für ihre Finanzwirtschaft von den nachteiligsten Folgen sein könnte?

Ist der Herr Reichskanzler in Rücksicht hierauf bereit, eine nochmalige Beratung der vom Bundesrat beschlossenen Bekanntmachung vor ihrem Inkrafttreten im Reichstag zu veranlassen?: Bd. 322, Nr. 1234.

Schriftliche Antwort: Bd. 322, Nr. 1252.

2. Altersversicherung.
   a) Altersgrenze. Fehler der früheren Belastungsberechnungen bezüglich Herabsetzung der Altersgrenze: Bd. 307, 43. Sitz. S. 967 D.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

Herabsetzung der Altersgrenze. Gesetzliche Vorschriften über die Altersrente: Bd. 316, Nr. 144.

Erste Beratung: Bd. 306, 21. Sitz. S. 419 D.

Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen in § 1257 der Reichsversicherungsordnung das Wort „siebzigsten" durch „fünfundsechzigsten" ersetzt wird und die hierzu erforderlichen weiteren Abänderungen der Reichsversicherungsordnung vorgenommen werden: Bd. 317, Nr. 194 unter I 1.

Zweite Beratung: Bd. 306, 30. Sitz. S. 644 A. — Angenommen.

Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 317, Nr. 194 unter II, Nr. 210 unter 25.
Bd. 306, 30. Sitz. S. 650 A.
32. Sitz. S. 761 C.

Siehe Gesetzentwurf unter III B 1 b.

   b) Uebergangsvorschriften für den Genuß der Rente. Anrechnung von 40 Beitragswochen für jedes Jahr für die, die 1890 älter waren als 35 Jahre, siehe Gesetzentwurf unter III B 1 b.
   c) Wartezeit, Abkürzung:
Bd. 318, Nr. 347 S. 1, Nr. 354.
Bd. 307, 58. Sitz. S. 1460 B, 1461 C, 1462 B.
Petition, betreffend Erhöhung der Altersrenten. Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. III c.
Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997 A. — Ueberweisung als Material.
Petition des Georg Schneider in Berlin, betreffend Anerkennung seiner Alters- und Invalidenversicherungspflicht.
Mündl. Ber. des Pet. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. III c.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529 C. — Ueberweisung als Material.
   d) Renten, Erhöhung, siehe unter III A 3, B 1 e, C 2 f.
3. Hinterbliebenenversicherung.
   a) Hinterbliebenenrente an Hinterbliebene von Versicherten, die nach dem 31. Dezember 1911 starben und bis zum Tode dauernd erwerbsunfähig blieben.
Petition, betreffend Gewährung von Hinterbliebenenrente.
Ber. d. Pet. Ausschs. mit folgender Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Aenderung des Artikels 75 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung dahingehend in Erwägung zu ziehen, daß in den Fällen des Artikels 71 Abs. 2 der Anspruch auf Beitragserstattung gemäß § 44 des Invalidenversicherungsgesetzes auch dann besteht, wenn der Tod des Versicherten erst nach dem 31. Dezember 1911 eingetreten ist: Bd. 317, Nr. 201.
Bd. 306, 33. Sitz. S. 766 B. — Resolution angenommen; Uebergang zur Tagesordnung über die Petition.
Ferner: Bd. 318, Nr. 347 S. 10.
   b) Anfrage Molkenbuhr: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung gefällt hat, wonach ein Anspruch auf Waisenaussteuer nicht besteht, wenn die Witwe

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

vor dem Tage verstorben ist, an welchem die Waisen das 15. Lebensjahr vollenden. (Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1916, Ziff. 2252.)

Beabsichtigt der Herr Reichskanzler, durch Bundesratsverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, diese Härte zu beseitigen?: Bd. 319, Nr. 453.

Bd. 308, 71. Sitz. S. 1938D. — Beantwortet.

c) Waisenrente, Fehler der früheren Belastungsberechnungen:

Bd. 306, 29. Sitz. S. 618D, 619B.
30. Sitz. S. 645C.
Bd. 307, 43. Sitz. S. 968A, 971A, D, 972B.

Erhöhung der Waisenrente siehe Gesetzentwurf unter III B I b; siehe auch III A 3 und B 1 e.

Petition, betreffend § 1291 der Reichsversicherungsordnung — Zuschüsse zur Waisenrente —. Ber. d. Pet. Ausschs.: Bd. 320, Nr. 551.

Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155C. — Uebergang zur Tagesordnung.

d) Witwenrente, Erhöhung: Bd. 307, 58. Sitz. S. 1462A.

Petition der Witwe Käte Stöwahse in Stettin um Gewährung der Witwen- und Waisenrente der Kriegshinterbliebenen.

Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 834.

Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Petitionen betreffend Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge auf Grund der Reichsversicherungsordnung: Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 322, Nr. 1123 Ziff. Ib.

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3997A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Siehe auch unter III A und B 1 e.

e) Kriegsmaßnahmen. Verlängerung der Rentenantragsfrist für Hinterbliebene von vermißten Kriegsteilnehmern usw. (§ 1300):

Resolution des Haushaltsausschusses: den Bundesrat zu ersuchen, zu § 1300 der Reichsversicherungsordnung folgenden Zusatz zu erlassen: Während der Dauer des Krieges und des ersten Jahres nach Friedensschluß beginnt die Frist, falls der Ehemann Kriegsteilnehmer gewesen ist, mit dem Tage, an welchem der Witwe der Tod des Ehemanns auf dem Dienstwege bekanntgegeben ist: Bd. 317, Nr. 194 unter I 2.

Bd. 306, 30. Sitz. S. 644C, 649B, 650A. — Angenommen.

Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916, folgende Anträge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen:

a) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu § 1300 der Reichsversicherungsordnung folgenden Zusatz zu erlassen:

Während der Dauer des Krieges und des ersten Jahres nach Friedensschluß beginnt die Frist, falls infolge des Krieges der Tod des Ehemannes nicht festgestellt werden konnte, mit dem Tage, an welchem der Witwe der Tod des Ehemannes auf dem Dienstwege bekanntgegeben ist.

Die Vorschrift des Abs. 1 Satz 2 tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Soweit diese Vorschrift hiernach anzuwenden ist, bildet ihre Nichtanwendung auch dann einen Revisionsgrund (§ 1697 RVO.), wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

Soweit vor ihrem Inkrafttreten Ansprüche rechtskräftig abgewiesen worden sind, während sie nach Maßgabe der Vorschrift dieser Verordnung begründet sein würden, bildet die Nichtanwendung dieser Vorschrift einen Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der §§ 1722 ff. RVO.: Bd. 318, Nr. 293 unter III 1.

Bd. 307, 49. Sitz. S. 1117A.
51. Sitz. S. 1165A.
53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.

β) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem § 1300 der Reichsversicherungsordnung folgenden Zusatz zu geben:

Diese Vorschrift findet auf den Anspruch der Witwen von Kriegsteilnehmern keine Anwendung. Für den Anspruch von Kriegerwitwen auf das Witwengeld beginnt die Verjährungsfrist mit der Aufhebung des Kriegszustandes: Bd. 318, Nr. 293 unter III 3.

Bd. 307, 53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.

Ferner:

Bd. 318, Nr. 335 Ziff. 384.
Bd. 319, Nr. 403 S. 226.

Betriebspensionskassen, Wahrung der Rechte der am Kriege teilnehmenden Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen:

Bd. 307, 50. Sitz. S. 1133D, 1136A.

Resolution Antrick u. Gen. zum Haushalt des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß die Bekanntmachung über die Gewährung von Sterbegeld und Hinterbliebenenrente bei Gesundheitsschädigungen durch aromatische Nitroverbindungen vom 12. Oktober 1917 dahin erweitert wird, daß jede körperliche, die Erwerbsfähigkeit der Arbeiter beeinträchtigende Schädigung, die bei der Herstellung oder Verarbeitung von nitriertem Kohlenwasserstoff entsteht, als Folge eines Betriebsunfalls im Sinne der Reichsversicherungsordnung anerkannt und entschädigt wird: Bd. 324, Nr. 1404 Ziff. I 1.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 5017D.
161. Sitz. S. 5026B, 5029B.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Ferner: Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 686.
Nr. 1214 S. 264.

4. Invalidenversicherung.

a) Allgemeines.

Berufsinvalidisierung; 50 Prozent-Grenze: Bd. 306, 30. Sitz. S. 646D, 649A.

Belastung der Versicherung aus der Militärdienstzeit Versicherter, Uebernahme auf das Reich: Bd. 306, 30. Sitz. S. 645D.

Erhöhung der Renten: Bd. 307, 51. Sitz. S. 1167C.

Resolutionen, betreffend Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten, siehe unter III A 3, III B 1 e.

b) Kriegsmaßnahmen.

Anrechnung militärischer Dienstleistungen bei Angehörigen Oesterreich-Ungarns bzw. für Oesterreich-Ungarn:

Bd. 315, Nr. 29 S. 13.
Nr. 30 Ziff. 57.
Bd. 317, Nr. 225 S. 108.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung.
B. Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung (Frtf.).

Erhaltung von Anwartschaften für Selbst- oder Weiterversicherung, Nachentrichtung von Beiträgen usw.:
Bd. 317, Nr. 196 Ziff. 290.
Nr. 225 S. 107, 108.
Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 759.

Petition, betreffend Zusatzrenten für dauernd erwerbsunfähige Friedens-Invaliden:
Mündl. Ber. des Haush.-Ausſch.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. VI 1.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Ueberweisung als Material.

Petitionen:
1. des Paul Kochan, Invalide in Mückenberg (Kr. Liebenwerda), betreffend Teuerungszulagen für Invalidenrentenempfänger,
2. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin, betreffend Erlaß einer Bundesratsverordnung, betreffend Gewährung von Teuerungszulagen an Invaliden- und Unfallrentner.
Mündl. Ber. des Haush.-Ausſch.: Bd. 321, Nr. 729 unter c 1 und 2.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499C. — Durch die Beschlüsse des Reichstags für erledigt erklärt.

C. Krankenversicherung.
1. Allgemeines.

Anrechnung der von den Gewerkschaften gezahlten Krankengelder auf die Krankengelder der Krankenkassen: Bd. 306, 7. Sitz. S. 77D.

Geburtshilfe und Hebammendienste, Gewährung an freiwillig Versicherte: Bd. 318, Nr. 347 S. 20.

Krankenkassen. Gewährung von Reichszuschüssen für die infolge des Krieges erwachsenden außerordentlichen Ausgaben: Bd. 306, 30. Sitz. S. 647 A.
—, Finanzielle Lage, Belastung durch Aufwendung für Kriegsbeschädigte, Verhältnis zu den Kriegsbeschädigten: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2636C, 2637A, 3640D.

Zulässigkeit von Mitteilungen an die Versicherungsanstalten usw. über die Geschlechtskrankheiten von Versicherten: Bd. 318, Nr. 347 S. 17.

Wochenhilfe. Reichsgesetzliche Einführung siehe „Säuglingsfürsorge" unter 1 b 5.

2. Kriegsmaßnahmen.

a) Entwurf eines Gesetzes, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung (Wartezeiten, freiwillige Versicherung): Bd. 315, Nr. 13, Zu Nr. 13.
Erste, zweite, dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10B, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGBl. S. 334.
Ferner: Bd. 315, Nr. 26 S. 58.
Nr. 43 Ziff. 93.
Nr. 44 S. 36.

b) Resolution des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916, folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu § 1 des Gesetzes vom 4. August 1914, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, folgende Ergänzung — als Abs. 2, 3, 4 und 5 — zu erlassen:
Das gleiche gilt auch bezüglich der Vorschrift des § 214 Abs. 3 RVO.
Die Vorschrift des Abs. 2 tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.
Soweit diese Vorschrift hiernach anzuwenden ist, bildet ihre Nichtanwendung auch dann einen

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung.
C. Krankenversicherung (Fortsetzung).

Revisionsgrund (§ 1697 RVO.), wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.
Soweit vor ihrem Inkrafttreten Ansprüche rechtskräftig abgewiesen worden sind, während sie nach Maßgabe der Vorschrift dieser Verordnung begründet sein würden, bildet die Nichtanwendung dieser Vorschrift einen Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der §§ 1722 ff. RVO.:
Bd. 318, Nr. 293 unter III 4.
Bd. 307, 49. Sitz. S. 1117B.
53. Sitz. S. 1251A. — Angenommen.

Ferner:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 410.
Bd. 319, Nr. 403 S. 223.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 507.
Nr. 650 S. 184.
Nr. 659 Ziff. 573.
Bd. 322, Nr. 1214 S. 264.

Anwartschaften, Ausdehnung auf Angehörige Oesterreich-Ungarns und auf Kriegsdienste für Oesterreich-Ungarn:
Bd. 315, Nr. 29 S. 13.
Nr. 30 Ziff. 56.

Anwartschaften bei Ersatzkassen:
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 432.
Bd. 319, Nr. 403 S. 224.
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 507.

c) Krankenversicherung von Arbeitern im Auslande:
Bd. 320, Nr. 633 Ziff. 523.
Nr. 650 S. 186.
— von den feindlichen Ausländern während des Krieges:
Bd. 320, Nr. 514 Ziff. 504.
Nr. 650 S. 183.

d) Aerztliche Behandlung der Krankenkassenmitglieder: Bd. 315, Nr. 26 S. 59.

e) Krankenkassen, Aufstellung der Jahresrechnung der Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 717.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen (Herabsetzung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge der Krankenkassen; Aussetzung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden): Bd. 315, Nr. 15.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 306, 2. Sitz. S. 8C, 10B, D.
Gesetz vom 4. 8. 1914, RGBl. S. 337.

Ferner:
Bd. 315, Nr. 26 S. 59.
Nr. 43 Ziff. 93.
Nr. 44 S. 36.
Bd. 307, 51. Sitz. S. 1156A.

Anfrage Bassermann, List (Eßlingen): Nach § 214 der Reichsversicherungsordnung fällt der Anspruch auf die Regelleistung einer Krankenkasse weg, wenn der Erwerbslose sich im Auslande aufhält.

Im Laufe des Krieges sind viele der zum Heeresdienst einberufen gewesenen Versicherten in Feindesland verwundet worden, erkrankt oder gefallen. Der Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse ist in solchen Fällen von den zuständigen Gerichten abgewiesen worden, weil der Unterstützungsfall im Auslande eingetreten ist und der Kriegsschauplatz

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. C. Krankenversicherung (Fortsetzung).

in Feindesland als Ausland im Sinne der Versicherungsordnung gilt.

Gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesem unbilligen Rechtszustande Abhilfe zu schaffen?: Bd. 318 Nr. 311.

Bd. 307, 55. Sitz. S. 1294A. — Beantwortet.

Petition, betreffend Ablehnung aller Bestrebungen nach Beseitigung der Ersatzkrankenkassen oder Einschränkung ihrer durch die Reichsversicherungsordnung gewährleisteten Rechte.

Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1858. — Unerledigt.

Anfrage Dr. Heckscher: Es hat sich als notwendig erwiesen, den Krankenkassen zu ermöglichen, ihren Mitgliedern neben den satzungsgemäßen Bezügen in geeigneten, vom Arzt geprüften Fällen Krankenkost zu bewilligen.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob eine entsprechende Verordnung im Bundesrat geplant ist und eventuell wieweit die Vorarbeiten hierzu vorgeschritten sind?: Bd. 319, Nr. 472.

Bd. 308, 73. Sitz. S. 2017D. — Beantwortet.

f) Pflichtversicherung, Höchstgrenze.

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Krankenversicherung für die Familien obligatorisch wird: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 12.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 5002.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Resolution Gröber (Laupheim) u. Gen. zum Haushalt des Reichswirtschaftsamts 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch eine Verordnung die für die Krankenversicherung festgesetzte Höchstgrenze für die Pflichtversicherung (§ 165 Ziffer 2 bis 5 RVO.) von 2500 auf 4000 Mark und die für die Versicherungsberechtigung festgesetzte Höchstgrenze (§§ 178, 314 RVO.) von 4000 auf 5000 Mark zu erhöhen: Bd. 323, Nr. 1387 Ziff. 2.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 5014D.

161. Sitz. S. 5026C.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß durch Bundesratsverordnung die folgenden Aenderungen der Reichsversicherungsordnung herbeigeführt werden:

1. Die für die Krankenversicherung festgesetzte Höchstgrenze für die Pflichtversicherung ist für die in § 165 RVO., Ziff 2 bis 5 genannten Berufe auf 5000 Mark zu erhöhen.
2. Die in §§ 178 und 314 RVO. vorgesehenen Bestimmungen, daß die Versicherungsberechtigung für den Fall der Krankheit mit dem jährlichen Gesamteinkommen von über 4000 Mark erlischt, sind aufzuheben: Bd. 324, Nr. 1404 unter II 1 u. 2.

Bd. 312, 161. Sitz. S. 5028C, D.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung. C. Krankenversicherung (Fortsetzung).

Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken,

a) daß die Pflichtkrankenversicherung der in § 165 RVO. Ziffer 2 bis 5 genannten Berufe bis zu einem regelmäßigen Jahresarbeitsverdienst von 5000 Mark an Entgeld und die Pflichtversicherung für Angestellte bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von nicht über 8000 Mark festgesetzt wird,

b) daß die Bestimmungen der §§ 178 und 314 RVO., wonach die Krankenversicherungsberechtigung bei dem jährlichen Gesamteinkommen von über 4000 Mark erlischt, aufgehoben werden,

c) daß das Krankengeld sowie die Unfall-, Alters- und Invalidenrenten sofort erhöht werden: Bd. 324, Nr. 1478 unter A5, 6 u. 8.

Bd. 312, 160. Sitz. S. 5001B.

Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Grundlohn, Festsetzung:

Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 715.

Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 753.

g) Weiterversicherung.

Anfrage Haehnle: Nach § 313 der Reichsversicherungsordnung kann ein Krankenkassenmitglied, das aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, Mitglied der Kasse bleiben und dabei in eine niedere Klasse oder Lohnstufe übertreten.

Bei Kriegsausbruch haben viele Mitglieder von diesem Recht der Weiterversicherung Gebrauch gemacht und sind zum Teil in eine niedere Klasse oder Lohnstufe übergetreten. Diese versicherungsberechtigten Mitglieder haben nach der Rechtsprechung nicht die Möglichkeit, wieder in eine ihrem Arbeitsverdienst entsprechende höhere Klasse oder Lohnstufe zu kommen, sofern sie nicht in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintreten. Auch können die nicht versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder in die nach der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 (RGBl. S. 1085) neu errichteten höheren Klassen oder Lohnstufen nicht übertreten, auch wenn sie nach ihrem Arbeitsverdienst im Falle der Versicherungspflicht dahin gehören.

Gedenkt der Herr Reichskanzler den Härten dieser Regelung mindestens für die Kriegszeit und die Kriegsteilnehmer abzuhelfen?: Bd. 322, Nr. 1232.

Bd. 311, 129. Sitz. S. 3994B. — Beantwortet.

h) Zulagen, Gewährung durch den Kassenvorstand ohne Mitwirkung des Ausschusses:

Bd. 320, Nr. 659 Ziff. 573.

Bd. 322, Nr. 1214 S. 263.

D. Unfallversicherung.

1. Berufsgenossenschaften. Reservefonds, Verwendung zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits der Gewerbetreibenden:

Bd. 318, Nr. 347 S. 19.

Bd. 306, 29. Sitz. S. 624B.

Verhalten bei der Zuerkennung von Renten: Bd. 309, 89. Sitz. S. 2638C.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung.
D. Unfallversicherung (Fortsetzung).

Kriegsmaßnahmen der Berufsgenossenschaften:
Bd. 315, Nr. 26 S. 59.
Nr. 44 S. 37.
Nr. 73 S. 26.
Bd. 316, Nr. 107 S. 29.
Nr. 147 S. 110, 117.
Bd. 318, Nr. 402 Ziff. 409.
Bd. 319, Nr. 403 S. 225.
Bd. 320, Nr. 650 S. 187.
Heilfürsorge im Kriege: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5023C.
Erleichterung des Erlasses berufsgenossenschaftlicher Unfallverhütungsvorschriften: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 744.
Möglichste Aufrechterhaltung auch während des Krieges: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2574A, 2579D.

2. Betriebsgefahren.
Ausdehnung für Betriebsbeamte:
Bd. 322, Nr. 1213 Ziff. 709.
Nr. 1214 S. 266.
Resolution Gröber (Laupheim) u. Gen. zum Haushaltsetat des Reichswirtschaftsamts 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst von der Vollmacht des § 547 der Reichs-Versicherungsordnung, die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten auszudehnen, Gebrauch zu machen: Bd. 323, Nr. 1387 Ziff. 4.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5015A.
161. Sitz. S. 5026A, 5029C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß Arbeiter, die infolge dieser Betriebsgefahren erkranken und eine Einbuße an ihrer Erwerbsfähigkeit erleiden, nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Unfallversicherung entschädigt werden, und daß im Falle des Todes den Hinterbliebenen der Rentenanspruch gesichert wird: Bd. 324, Nr. 1404 unter I 3.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5015D.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—3. usw.
4. die Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt wird (§ 547 RVO.),
5. usw.: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 4.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5001D, 5003C.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

3. Heranziehung kriegstüchtiger Betriebe zu Beitragsvorschüssen: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 743.

4. Resolution Antrick u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß durch Bundesratsverordnung die folgenden Aenderungen der Reichsversicherungsordnung herbeigeführt werden:
1.—3. usw.
4. Der bei Festsetzung der Unfallrente im § 563 RVO. der Berechnung zugrunde gelegte Jahresarbeitsverdienst ist bis zu 3000 Mark voll anzurechnen: Bd. 324, Nr. 1404 unter II.

Versicherungswesen. III. Reichsversicherungsordnung.
D. Unfallversicherung (Fortsetzung).

Bd. 312, 161. Sitz. S. 2027A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.
Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß der bei Festsetzung der Unfallrente gemäß § 563 RVO. der Berechnung zugrunde zu legende Jahresarbeitsverdienst bis zu 3000 Mark voll angerechnet wird: Bd. 324, Nr. 1478 unter A7.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5001B.
Bd. 313, 184. Sitz. 5847A. — Ueberweisung zur Erwägung.

5. Unfallrenten, Zuschläge.
Resolutionen, betreffend Erhöhung der Unfallrenten und Renten für Hinterbliebene, siehe vorstehend unter III A3, B1e, C2f.
Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung: Bd. 323, Nr. 1356 Ziff. 733.
Gewährung von Zuschlägen zu den Unfallrenten: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5023C, 5027D.
Deckung der Zuschläge aus Reichsmitteln:
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5014B.
161. Sitz. S. 5023C, 5028A, 5032C.

6. Petitionen.
Petition des Karl Heinemann in Essen, betreffend Gewährung von Hilfslosenrente an die auf Grund des früheren Unfallversicherungsgesetzes abgefundenen Unfallrentner.
Mündl. Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 325, Nr. 1817 Ziff. II r.
Bd. 313, 191. Sitz. S. 6137A. — Ueberweisung als Material.
Petition des Hermann Unger in Böhlscheiben, betreffend Bewilligung einer monatlichen Zulage an Unfallrentenempfänger, die weniger als 2/3 der Vollrente beziehen.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 323, Nr. 1365 Ziff. II b 4.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5038B. — Ueberweisung zur Erwägung.
Petition des Invaliden Ferdinand Wittler in Roßbach, betreffend Erhöhung seiner Unfallrente.
Mündl. Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1468 Ziff. V c.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5529C. — Für erledigt erklärt.

7. Ausländische Gesetzgebung: Bd. 312, 160. Sitz. S. 5020A.

8. Seeunfallversicherung. Fehler der Belastungsberechnung des Gesetzentwurfs: Bd. 306, 29. Sitz. S. 618A.

E. Einführungsgesetz.
Anrechnung von Beitragswochen auf die Wartezeit für die Altersrente (Art. 65) siehe Gesetzentwurf unter III B 1 b.
Beitragserstattung gemäß § 44 der Invalidenversicherung (Art. 71, 75) siehe Resolution unter III B 3 a.

Versorgungsämter siehe „Reichsheer" unter 81.

Vertagungen des Reichstags siehe „Reichstag" unter I J, II 4 und III 16.

Verträge, internationale.
Zusatzvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden zu dem am 27. August 1907 unterzeichneten Vertrag über Unfallversicherung siehe „Versicherungswesen" unter I.

Verträge, internationale (Fortsetzung).
Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Paraguay siehe „Paraguay".
Verträge mit der Türkei, Konsularvertrag, Auslieferungsvertrag usw. siehe „Türkei".
Abfassung, Sprache im deutsch-türkischen Vertrage: Bd. 310, 105. Sitz. S. 3201A, 3205B.

Verwaltungsschreiber siehe „Reichsheer" unter 177c.

Verwaltungsstreitverfahren bei Klagen gegen Anordnungen der Militärbefehlshaber, Bestimmungen des Bundesrats, siehe „Belagerungszustand" unter II 1.

Verwundete siehe „Reichsheer" unter 196, auch 108 und „Kriegsbeschädigte".

Verwundetenabzeichen siehe „Reichsheer" unter 197.

Verwundetentransporte siehe „Reichsheer" unter 198.

Vieh, Viehhandel, Viehpreise, Viehzucht, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 399.

Viehhaltungen in der Armee siehe „Reichsheer" unter 137g.

Viehzählung. Bestandsfeststellung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 400.

v. Bietinghoff, stellvertretender kommandierender General des II. Armeekorps in Stettin, Maßregeln gegen Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, namentlich gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, siehe „Belagerungszustand" unter II 11a, e u. m.
—, Zensurmaßnahmen gegen die Stettiner „Ostsee-Zeitung", „Tageblatt für Vorpommern" und „Vorwärts", siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Vogtherr, M. d. R., Redeverbot: Bd. 312, 168. Sitz. S. 5254A.

Völkerbund.
Grundgedanken, Ziele.
Bd. 314, 193. Sitz. S. 6167B, 6161D, 6171C.
194. Sitz. S. 6202B.
Angelsächsisch-amerikanischer Bund zur Niederhaltung Deutschlands: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3839D.

Völkerrecht.
System internationaler Garantien zum Schutz der Staaten: Bd. 308, 67. Sitz. S. 1818C.
Wiederaufbau nach dem Kriege, Mißachtung des Völkerrechts durch England usw.
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2670D.
91. Sitz. S. 2695C.

Volksbildung. — Siehe auch „Schulwesen" usw.
Förderung für Erwachsene durch die Gemeinden; Errichtung von Volkshochschulen: Bd. 312, 170. Sitz. S. 5319C.
Ausschuß deutscher Volksbildungsvereinigungen, Bestrebungen zur Reform des Feldbuchhandels: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3149D, 3151A.
Gesellschaft für Volksbildung, Versorgung des Feldheeres mit Lesestoff, Subventionierung: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3151A.

Volksblatt für Halle-Saalkreis siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Volksbote, Stettiner, siehe „Belagerungszustand" unter II12F.

Volksbund für Freiheit und Vaterland, Behandlung durch die Zensurstellen: Bd. 312, 167. Sitz. S. 5203B.

Volksheer. Schaffung, englische, französische Verhältnisse: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3154C.

Volksstimme, Frankfurter, siehe „Belagerungszustand" unter II 12F.

Volkszählung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 400.

Vorratserhebungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 402.

„Vorwärts", sozialdemokratische Zeitung.
Zensurmaßregeln gegen denselben:
Bd. 306, 8. Sitz. S. 100A.
20. Sitz. S. 398D.
Verbote des „Vorwärts"; Vorgänge bei der Neubesetzung der Redaktion, Maßnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes:
Bd. 319, Nr. 422.
Bd. 308, 64. Sitz. S. 1733B.
66. Sitz. S. 1770B.
70. Sitz. S. 1913A.
71. Sitz. S. 1956A, 1965D, 1966B, 1973C.
Siehe auch:
Bd. 312, 172. Sitz. S. 5400B.
Bd. 313, 173. Sitz. S. 5330C.
174. Sitz. S. 5454D.
184. Sitz. S. 5804A.
191. Sitz. S. 6136B.
Siehe ferner „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Voß, Mitglied der USP. in Danzig, Behandlung infolge Verteilung von Flugblättern, siehe „Belagerungszustand" unter II 12G.

Wackerzapp, früherer Präsident des Reichs-Eisenbahnamts, Anerkennung seiner Tätigkeit: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4720A.

Waffen- und Munitionsbeschaffung siehe „Reichsheer" unter 200, auch 114 u. „Kriegsindustrie".

Waffen- und Munitionsfabriken, Deutsche.
Verkauf von Patenten.
Anfrage Dr. Südekum: Nach übereinstimmenden Mitteilungen Berliner Zeitungen hat in der ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimer Kommerzienrat Arnhold, ausgeführt:
Die Beteiligung an einer großen Waffenfabrik in Philadelphia ist kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verkauft worden. Diese Beteiligung war eine kapitalistische und eine fabrikatorische, d. h. die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben der amerikanischen Gesellschaft ihre Patente und Erfahrungen gegen namhafte Lizenzen überlassen. Durch die Veräußerung ist der Gesellschaft ein Gewinn von $9^1/_2$ Millionen Mark entstanden.
War dem Herrn Reichskanzler die Tatsache dieser Beteiligung bekannt? Was hat er getan, um zu verhindern, daß noch während des Krieges unsere Feinde mit Waffen beliefert worden sind, die unter „kapitalistischer und fabrikatorischer Beteiligung" einer reichsdeutschen Firma hergestellt wurden: Bd. 324, Nr. 1588. — Unerledigt.
Siehe im übrigen „Kriegsindustrie".

Wahlen. Teilnahme der Minister am Wahlkampfe durch Reden oder durch die Presse: Bd. 306, 32. Sitz. S. 733D.

Wählerlisten, konfessionelle Statistik.
Anfrage Pospiech: Der Landrat des Kreises Lublinitz O.-S. fordert in einer Verordnung, betreffend die Auslegung von Wählerlisten zu den bevorstehenden Reichstagswahlen die Bürgermeister, Guts- und Gemeindevorsteher und Gemeindeschreiber seines Bezirkes auf, ihm

Wählerlisten, konfessionelle Statistik (Fortsetzung).

in dem Bericht über die erfolgte Auslegung der Wählerlisten die Gesamtzahl aller in die Wählerlisten eingetragenen Wähler und nach Konfessionen getrennt, anzuzeigen.

Geschieht diese konfessionelle Statistik der Reichstagswähler mit Wissen des Herrn Reichskanzlers und welchen Zweck verfolgt sie?

Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Folgen des mit dem Reichstagswahlgesetz unvereinbaren Vorgehens des Landrats des Kreises Lublinitz zu beseitigen?: Bd. 324, Nr. 1587:

Schriftliche Antwort: Bd. 325, Nr. 1736.

Wahlprüfungen. Von den Abteilungen für gültig erklärte Wahlen:

Bd. 306, 8. Sitz. S. 96D.
11. Sitz. S. 141B.
18. Sitz. S. 323D.
Bd. 307, 41. Sitz. S. 901D.
Bd. 308, 65. Sitz. S. 1743C.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2371C.
84. Sitz. S. 2411C.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3550B.
119. Sitz. S. 3632B.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3969D.
132. Sitz. S. 4091C.
134. Sitz. S. 4149D.
147. Sitz. S. 4637B.
Bd. 312, 148. Sitz. S. 4637B.
158. Sitz. S. 4925B.
170. Sitz. S. 5297B.
Bd. 313, 178. Sitz. S. 5565C.
Bd. 314, 197. Sitz. S. 6275B.

Uebertragung auf richterliche Behörden: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4331C.

Wahlrecht, Wahlgesetz. — Siehe auch „Preußen", „Verfassung" unter 1.

1. Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers f. 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird, daß
   1. die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden,
   2. das Recht, zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten 20. Lebensjahr eintritt,
   3. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern,
   4. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß: Bd. 320, Nr. 690 unter C.

   Bd. 309, 95. Sitz. S. 2832C, 2841C, 2854B.
   96. Sitz. S. 2891D, 2908A, 2914B, 2921D, 2927D, 2933B, — dem Verfassungsausschuß überwiesen.

   Siehe auch: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3446C.
2. Resolution Bernstein u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs einen Zusatz folgenden Inhalts erhält:

   In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Wahlrecht, Wahlgesetz (Fortsetzung).

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

Noch bestehende erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben: Bd. 320, Nr. 690 unter D.

Bd. 309, 95. Sitz. S. 2841D, 2852D, 2854B,
96. Sitz. S. 2891B, D, 2922D, 2927C, 2933B. — Dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Aenderung des Wahlrechts durch Staatsstreich:
Bd. 309, 95. Sitz. S. 2842A, 2866D.
96. Sitz. S. 2907A, 2915D.

3. Resolution Dr. Ablaß u. Gen. zum Etat des Reichskanzlers für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheimem Wahlrecht beruht: Bd. 321, Nr. 736.

   Bd. 309, 95. Sitz. S. 2833A, 2855D, 2863B.
   96. Sitz. S. 2932C, 2933B. — Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.
4. Beratung des 1. Berichts des Verfassungsausschusses über die Fragen der Aenderung des Wahlrechts im Reiche: Bd. 321, Nr. 895. Ab. Antr.: Bd. 321, Nr. 902.

   Bd. 310, 112. Sitz. S. 3507D.

   Antrag des Verfassungsausschusses: Der Reichstag wolle beschließen:

   1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß bis zu einer allgemeinen neuen Festsetzung des Verhältnisses der Wählerzahl zu der Zahl der Abgeordneten die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten;
   2. die zur Wahlrechtsfrage eingegangenen Petitionen als durch diese Beschlüsse für erledigt zu erklären: Bd. 321, Nr. 895. Ab. Antr.: Bd. 321, Nr. 902.

   Bd. 310, 112. Sitz. S. 3508A, 3523C. — Antrag 895 angenommen.
5. Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen: Bd. 323, Nr. 1288.

   Erste Beratung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4318C.
   Ber. d. 26. (Verfassungs-)Ausschusses: Bd. 324, Nr. 1681 nebst Anlagen 1—12.

   Zweite Beratung: Ab.Antr. Bd. 325, Nr. 1727, 1728, 1738, 1794.

   Bd. 313, 186. Sitz. S. 5911C.

   Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1788.

   Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6118A.
   Beschlüsse des Reichstags in dritter Beratung: Bd. 325, Nr. 1876.

   Gesetz vom 24. 8. 1918, RGBl. S. 1079.

   Redaktionelle Aenderung im Wahlgesetze: (Bd. 325, Nr. 1788) infolge Einschiebung des § 5a: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6118A.

   Wahlgesetz vom 31. Mai 1869, Grundsätze im Vergleich mit der neuen Vorlage: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4318C, 4320D.

   Einzelnes siehe unter 7.

Wahlrecht, Wahlgesetz (Fortsetzung).

6. Antrag Albrecht u. Gen. Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:
Gesetz, betreffend Aenderung der Reichsverfassung.
Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
Einziger Artikel.
Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:
In jedem Bundesstaat besteht eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zusammengesetzte Volksvertretung.
Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.
Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich: Bd. 325, Nr. 1940.
Eingebracht als Abänderungsantrag Albrecht u. Gen. zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Artikel 11 der Reichsverfassung (Dr. Nr. 1951, 1982) mit gleichem Wortlaut unter Hinzufügung eines Abs. 4: Noch bestehende erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben: Bd. 325, Nr. 1985 unter 1.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6235 C.
197. Sitz. S. 6295 D, 6297 B. — Ueberweisung an den Verfassungsausschuß.
7. Antrag Prinz zu Schoenaich-Carolath u. Gen.: Der Reichstag wolle beschließen: An Stelle von Artikel 20 Abs. 1 der Reichsverfassung tritt folgende Bestimmung: Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach allgemeinem, gleichem, unmittelbarem und geheimem Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist, ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit zu einer Volksvertretung geht nicht dadurch verloren, daß ein Abgeordneter in ein Amt eintritt oder ein anderes als sein bisheriges Amt annimmt.
Ist in einem Bundesstaat das Wahlrecht nicht bis zum 31. Dezember 1919 entsprechend den vorstehenden Bestimmungen geordnet, so kann es für ihn durch die Reichsgesetzgebung geordnet werden: Bd. 325, Nr. 2002. — Unerledigt.
8. Einzelnes.
Verhältniswahlen, allgemeine Einführung für das Reich:
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3508 B, 3511 A, D, 3514 C, 3516 C, 3522 A.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4144 A.
136. Sitz. S. 4264 C.
138. Sitz. S. 4321 D, 4324 A, 4332 B, 4334 C, 4335 C.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5913 A, 5914 D, 5918 C, 5921 B, 5922 B, 5924 B, 5925 C, D, 5926 A.
— und sogenannter „temperierter Proporz" für stark bevölkerte Teile des Reichs: Bd. 321, Nr. 895 S. 4.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3508 A, C, 3511 A, 3512 B, 3513 D, 3515 A, B, 3518 C, 3519 C.

Wahlrecht, Wahlgesetz (Fortsetzung).

— für Reichstag, Landtag und Gemeinden, Anregung: Bd. 314, 195. Sitz. S. 6218 B.
—, Bedeutung und voraussichtliche Wirkung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4319 C, 4322 B, 4325 B, 4331 A, 4332 A.
—, gemischtsprachige Wahlkreise: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4329 D.
— großstädtische Bezirke unter Ausschluß der Landkreise:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4324 D, 4333 D, 4336 B.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5913 A, 5919 A.
—, Pluralwahlrechtsvorlage, Zusatzstimmen; Standpunkt der Nationalliberalen Partei: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4242 C ff, 4244 C.
Frauenwahlrecht, Einführung: Bd. 321, Nr. 895 S. 3.
Bd. 308, 67. Sitz. S. 1831 C.
Bd. 309, 96. Sitz. S. 2891 D.
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3509 B, 3514 C, 3515 C, 3519 B, 3520 B, 3521 C.
Bd. 311, 137. Sitz. S. 4293 B.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5912 C, 5915 A, 5923 C.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6218 C.
—, Petition der Mitgliedervereine des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes, betreffend Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an die Frauen.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 321, Nr. 831.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3555 D. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.
—, Petition des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation wegen Ablehnung des kommunalen und parlamentarischen Stimmrechts der Frauen.
Ber. d. Pet. Ausch.: Bd. 321, Nr. 840.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3556 C. — Ueberweisung zur Kenntnisnahme.
Freiheit der Wahl, Sicherung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4323 B.
— Sicherstellung gegen militärische und polizeiliche Eingriffe siehe „Belagerungszustand" unter II 1,
Mandate, Vermehrung um 44 Sitze:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4319 B, 4321 B, 4327 B, 4329 A, 4331 D.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5921 A, 5924 C.
—, Benachteiligung Süddeutschlands: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4323 A, 4329 A.
—, Automatische Vermehrung der Abgeordnetenzahl bei wesentlicher Vermehrung der Bevölkerungszahl ohne besondere Gesetzgebung:
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5914 A, 5916 B, 5921 A, 5922 C, 5926 B, 5927 B, C, 5928 A, 5929 B, 5930 D, 5931 B.
190. Sitz. S. 6118 A.
—, Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Beibehaltung der jetzigen Mandatsdurchschnittszahl: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4321 C.
—, Ungleichheit, Beeinträchtigung des gleichen Wahlrechts zuungunsten der Arbeiterschaft: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4325 A, 4320 C, 4334 B.
Stimmzettel, Fassung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5931 C, 5932 D, 5933 C, D, 5934 C.
— Ergänzung: Bd. 313, 186. Sitz. S. 5911 D, 5915 D.

Wahlrecht, Wahlgesetz (Fortsetzung).

Wahlergebnis, Feststellung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4320B, 4328A.

Wahlkreiseinteilung, Neueinteilung:
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3508 A, C, 3511B, 3514D, 3518B, 3519C.
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4144A.
136. Sitz. S. 4264C.

Wahlkreisgrenzen, Begriff des zusammenhängenden Wirtschaftsgebiets:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4319B, 4321D, 4326A, 4329C, 4332A.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5920C, 5925D.

—, Restwahlkreise, Abschneidung von Verhältniswahlkreisen: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4327A.

Wahlordnung, Erlaß durch den Bundesrat, Frage der Zustimmung des Reichstags:
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4327C, 4330B.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5915C.

Wahlrechtsalter, Herabsetzung:
Bd. 310, 112. Sitz. S. 3510C, 3514C, 3515D, 3519A, 3520A.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5912C, 5923D.
Bd. 314, 195. Sitz. S. 6235C.

Wahltag am Sonntag: Bd. 310, 112. Sitz. S. 3510C, 3514C, 3516A.

Wahlverfahren; Wahlvorschläge, System der freien und gebundenen Listen: Bd. 324, Nr. 1681 S. 9.
Bd. 311, 138. Sitz. S. 4320A, 4327D, 4330A, 4331A.
Bd. 313, 186. Sitz. S. 5914B, 5919B, 5923A, 5924D, 5932B, D, 5934C.

—, Listenverbindung: Bd. 311, 138. Sitz. S. 4326D.

Währungsfrage.

Doppelwährung und Geldwährung: Neuordnung nach den Kriegserfahrungen: Bd. 309, 98. Sitz. S. 2953B, 2954A.

Petition der Deutschen Handelskammer in Genf (Schweiz), betreffend Vorschläge zur Festigung der deutschen Markwährung.
Mündl. Ber. d. Hausb. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1401 Ziff. III b 5.
Bd. 313, 190. Sitz. S. 6120C. — Uebergang zur Tagesordnung.

Stand im Auslande siehe „Kriegswirtschaft" unter II 410.

Waldstein, M. d. R.

Genehmigung zu Privatklage- und Strafverfahren siehe „Abgeordnete" unter 8a.

Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens (Beleidigung) siehe „Abgeordnete" unter 8b.

v. Waldow, Chef des Kriegsernährungsamts. Frage seiner Entlassung (Haferdruschprämie): Bd. 311, 128. Sitz. S. 3973A, 3978D, 3980A, 3981D.

Waldungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 403.

Wallenborn, Abgeordneter für den 5. Coblenzer Wahlkreis. Gestorben 16. Mai 1917: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3436A.

Wallraf, Wirklicher Geheimer Rat, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Ernennung zum Staatssekretär des Innern: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3941C.

Wamhoff, Abgeordneter für den 6. Merseburger Wahlkreis. Gestorben am 17. Oktober 1915: Bd. 306, 21. Sitz. S. 418B.

Wandergewerbe. Gewährung von Notstandskrediten siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258 (Kredithilfe).

Waren in Packungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 404.

—, verdorbene, Zollbefreiungen, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Warenumsatzstempel siehe „Reichsstempelabgaben", „Umsatzsteuer", „Kriegswirtschaft" unter II 311.

Warenzeichenschutz. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 287.

Warlo, Abgeordneter für den 4. Oppelner Wahlkreis. Gestorben am 5. Februar 1918: Bd. 311, 129. Sitz. S. 3990B.

Wäsche, getragene, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 409.

Wasserkräfte.

Ausbau und Verwertung:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2660D.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4892B.

Ausnutzung des Oberrheins, Schiffbarmachung, Regulierung:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4892B.
161. Sitz. S. 5034C, 5035D.

Wasserstraßen.

1. Resolution des Haushaltsausschusses: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Bereitwilligkeit auszusprechen, bis zur dritten Lesung in den Etat des Reichsamts des Innern bei Kap. 3 der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats einzusetzen:
Titel 27a: Beitrag zu den Kosten der Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs für die Herstellung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze unterhalb Passau 1. Rate 700000 Mark.
Ferner als Erläuterung zu dem Titel einzusetzen: Das Reich trägt zu den Kosten der von Bayern beschlossenen Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs für Herstellung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze bei Passau 2000000 Mark bei in 3 Raten, für das Jahr 1917 und 1918 werden je 700000 Mark, für das Jahr 1919 600000 Mark veranlagt: Bd. 320, Nr. 656 unter IIa.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536D, 2541C, 2559A, 2564A.
88. Sitz. S. 2588A.
89. Sitz. S. 2625D. — Angenommen.
2. Antrag Liesching, Gröber usw. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: die Bereitwilligkeit auszusprechen, bis zur dritten Lesung in den Etat des Reichsamts des Innern bei Kap. 3 der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats einzusetzen:
Titel 27b: Beitrag zu den Kosten der Ausarbeitung von Entwürfen für die Herstellung
1. eines Großschiffahrtswegs vom Rhein zu der Donau über den Neckar einschließlich der Schiffbarmachung der Donau von Regensburg bis Ulm,
2. der Schiffbarmachung des Oberrheins und seiner Verbindung über den Bodensee mit der Donau 100000 Mark.
Ferner als Erläuterung zu dem Titel einzusetzen: Der Südwestdeutsche Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar E. V. in Stuttgart hat die Ausarbeitung der genannten Entwürfe beschlossen, er erhält hierzu Unterstützungen von der badischen und württembergischen Regierung. Das Reich leistet zu diesen Kosten ebenfalls einen vorläufigen Beitrag, um sein Interesse an einem einheitlichen, planmäßigen Ausbau der Wasserstraßen Süddeutschlands zum Ausdruck zu bringen:
Bd. 320, Nr. 672.

Wasserstraßen (Fortsetzung).

Bd. 309, 87. Sitz. S. 2559 A, 2563 C, 2564 A.
88. Sitz. S. 2588 A.
90. Sitz. S. 2652 C, 2654 B, 2655 B, 2657 A, 2658 D, 2661 A, 2665 B, 2666 B, 2668 D. — Angenommen.

3. Resolution Bassermann u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern f. 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Uebernahme der Wasserstraßen gemäß Art. 4 Ziff. 8 der Reichsverfassung auf das Reich und die Schaffung eines Reichsamts für Wasserstraßen in die Wege zu leiten: Bd. 320, Nr. 679.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2552 D, 2563 D.
90. Sitz. S. 2652 C, 2654 B, 2655 C, 2658 B, 2659 B, 2661 C, 2664 B, 2665 B, 2668 D. — Angenommen.

4. Resolution Graf v. Westarp zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, einen Ausschuß einzuberufen, welcher unter Zuziehung der Vertreter der beteiligten Bundesstaaten eine Prüfung vornimmt, für welche Wasserstraßen im Interesse des Deutschen Reichs Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren sind, und die für die Arbeiten des Ausschusses erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen: Bd. 320, Nr. 687.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2559 A.
90. Sitz. S. 2552 C, 2654 D, 2655 B, 2660 C, 2662 C, 2665 B, 2667 C, 2668 A, D. — Abgelehnt.

5. Antrag Graf v. Westarp zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unbeschadet der Selbständigkeit der Einzelstaaten im Verkehrswesen unter finanzieller Beteiligung derselben die erforderlichen Vorarbeiten zur Aufstellnng eines einheitlichen Planes über die im Interesse des Reiches liegenden Ausbauten von Wasserstraßen anfertigen zu lassen und die hierzu nötigen Mittel in einem Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1917 zu erfordern: Bd. 321, Nr. 819.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3358 C, 3362 C, 3363 A, 3379 C. — Abgelehnt.

6. Dritte Ergänzung zum Etat f. 1917, betreffend Mittel für den Bau von Wasserstraßen siehe „Etatswesen" unter V 5.

7. Petitionen
a) des Verbandes württembergischer Industrieller in Stuttgart,
des Südwestdeutschen Kanalvereins in Stuttgart,
betreffend Verdoppelung der für die Ausarbeitung eines Entwurfs auf Herstellung einer Großschiffahrtsstraße Aschaffenburg — Passau bewilligten Summe und Einbeziehung der Großschiffahrtspläne von ganz Südwestdeutschland,
b) des Württembergischen Handelskammertages in Stuttgart, betreffend Erhöhung des Beitrags zu den Kosten ausführlicher Entwürfe für bayerische Großschiffahrtsstraßen und Einbeziehung der württembergisch-badischen Großschiffahrtspläne,
c) des Stadtrats in Dresden, betreffend Bewilligung des für den Großschiffahrtsweg Aschaffenburg—Passau vorgesehenen Reichsbeitrags allgemein für die Aufstellung eines Kanalbauplans durch das Reich, namentlich zur Verbindung der Donau mit Rhein und Elbe,
d) des Elbe-Oder-Donau-Vereins in Dresden, betreffend Bewilligung von Reichsmitteln nur für einen Gesamtplan großzügiger Verbindung von Rhein, Elbe und Oder mit der Donau,
e) des Karl Frank in Amberg, betreffend Bewilligung einer weiteren Summe für einen Kostenanschlag zum Bau einer Kanalverbindung des Mains mit Eger und Naab.
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 729 unter c 3—8.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 C. — Durch die Beschlüsse des Reichstags für erledigt erklärt.

8. Petition des Weichselschiffahrts-Vereins in Danzig, betreffend Ausdehnung der Beteiligung des Reichs an Vorarbeiten für den Ausbau der Binnenwasserstraßen auch auf das Stromgebiet der Weichsel und Memel.
Mündl. Ber. d. Haush.-Ausschs.: Bd. 323, Nr. 1365 unter II d 1.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Für erledigt erklärt.

9. Einzelnes.
Herausgabe einer Denkschrift über die Vereinheitlichung des Binnenwasserstraßenwesens: Bd. 312, 150. Sitz. S. 4707 C, 4715 B, 4726 A.
Ausbau, Vereinheitlichung, Uebernahme auf das Reich gemäß Art. 4 Ziff. 8 der Reichsverfassung, Schaffung eines Reichsamts:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2552 D, 2559 A, 2563 D.
90. Sitz. S. 2654 B, 2655 C, 2658 B, 2659 B, 2661 C, 2664 B, 2665 D, 2668 D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3363 B.
—, Ausbau in Preußen, Stellung der Konservativen dazu:
Bd. 309, 90. Sitz. S. 2663 B, 2666 B.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3362 D, 3363 C.
Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze (Donau-Main-Kanal), Reichsbeitrag:
Bd. 308, 61. Sitz. S. 1612 B.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2385 B.
85. Sitz. S. 2449 C, 2477 B.
86. Sitz. S. 2487 C.
87. Sitz. S. 2536 D, 2541 C, 2559 A, 2564 A.
88. Sitz. S. 2588 A.
89. Sitz. S. 2625 C.
90. Sitz. S. 2652 C, 2656 D, 2661 A, 2665 B, 2666 C, 2667 C.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3362 D.
Donau-Main-Kanal, bayerisches Gesetz zur Herstellung eines Entwurfs: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2653 A, 2655 A, 2660 A.
—, Stromverband zur Aufbringung der Projektierungskosten: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2653 D.
Großschiffahrtsweg Rhein-Neckar-Donau (Neckar-Donau-Kanal):
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2559 A, 2564 A.
88. Sitz. S. 2588 A.
90. Sitz. S. 2652 C, 2654 B, 2655 D, 2657 A, 2658 D, 2662 A, 2665 B, 2666 B (Antrag der württembergischen und badischen Regierung an den Bundesrat), 2668 D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3362 D.

Wasserstraßen (Fortsetzung).

—, Bedeutung für den mitteleuropäischen Wirtschaftsbund, staatsrechtliche Verträge mit Oesterreich-Ungarn und den Balkanstaaten: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2658A, 2660A, 2661B, 2663A.

—, Kostenfrage: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2658D, 2667B, 2667D.

—, Wirtschaftliches Interesse Württembergs: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2655D, 2657C, 2658D.

Ausbau, Regulierung des Oberrheins als Binnenschiffahrtskanal:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2563C.
88. Sitz. S. 2588A.
90. Sitz. S. 2656D, 2665D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3862D.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5034A ff., 5036B, 5037A, D.

—, Stellung der Schweiz: Bd. 312, 161. Sitz. S. 5034D, 5037B.

Mittellandkanal, Notwendigkeit seines Ausbaues. Wirtschaftliche und finanzielle Gegengründe: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2660C, 2662B, 2663D,

Werra, Kanalisierung zur Verbindung der Weser mit dem Main: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2666D.

Web-, Wirk- und Strickwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 409.

Webereien. — Siehe „Textilindustrie".
Stillegungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Wechselkurse siehe „Kriegswirtschaft" unter II 410.

Wechselrecht. Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 411.

Wechselstempel. Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Wechselstempelgesetzes: Bd. 324, Nr. 1464.
Erste Beratung:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4732D.
152. Sitz. S. 4760C, 4782C.
Ber. des Haush. Ausch.: Bd. 325, Nr. 1724.
Zweite Beratung: Bd. 313, 188. Sitz. S. 6037C.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6130D.
Unverändert angenommen.
Gesetz v. 26. 7. 1918. RGBl. S. 830.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 412.

Wehrbeitrag siehe „Vermögens- und Einkommensteuer" unter II B.

Wehrpflicht. Erweiterung.
Allgemeine, Bedeutung, Zweck usw., Militärsystem, Abschaffung: Bd. 309, 101. Sitz. S. 3092C.
Petitionen. Mündl. Ber. d. Haush. Ausch.: Bd. 315, Nr. 92 unter 6 und 9.
Bd. 306, 12. Sitz. S. 209C.
Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, siehe unter „Reichsmilitärgesetz".
Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888: Bd. 324 Nr. 1614.
Erste Beratung:
Bd. 312: 172. Sitz. S. 5381A; siehe besonders S. 5381A, 5382D. 5393D, 5402A.
Bd. 313: 173. Sitz. S. 5411D; siehe besonders S. 5412B, 5422A.
174. Sitz. S. 5454B.
175. Sitz. S. 5497C; siehe besonders S. 5505D.

Wehrpflicht (Fortsetzung).
Dem 35. Ausschuß überwiesen: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5526A. — Unerledigt.

Weichensteller siehe „Eisenbahnen" unter IV 15.

Dr. **Weill,** M. d. R. Mandatsverlust siehe „Abgeordnete" unter 4.

Wein, Weinbau.
Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 413, 414, 443a.
Verbot der Einfuhr aus der Schweiz: Bd. 310, 108. Sitz. S. 3363D, 3364D.
Reblaus, Bekämpfung: Bd. 324, Nr. 1612 Anhang a 875.
Petition, betreffend Beschwerde über Ausführung des Reblausgesetzes.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 318, Nr. 288.
Bd. 308, 69. Sitz. S. 1895A. — Ueberweisung als Material.
Anfrage Gunßer: Im vorigen Jahre ist wegen Mangels an Kupfervitriol und Schwefel eine erhebliche Schädigung des Weinbaues eingetreten.
Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, zur Bekämpfung der Rebschädlinge Kupfervitriol und Schwefel an die Weingärtner in genügender Menge rechtzeitig zur Verfügung zustellen?: Bd. 320, Nr. 707.
Bd. 309, 93. Sitz. S. 2746D. — Beantwortet.
Beurlaubungen zur Bekämpfung der Rebkrankheiten: Bd. 310, 110. Sitz. S. 3462C.

Weinsteuer.
1. Entwurf eines Weinsteuergesetzes mit den Anlagen:
1. Landesweinsteuer.
2. Steuerertragsschätzung.
3. Weinmosternte im deutschen Reiche.
4. Weinmosternte in den Einzelstaaten.
5. Ein- und Ausfuhr: Bd. 324, Nr. 1457.

Erste Beratung:
Bd. 312: 153. Sitz. S. 4791D; siehe insbesondere S. 4793C, 4794D, 4795B, 4797D, 4800A, 4805C, 4806A, 4808A ff., 4811B, 4812A, 4418A, 4826C.
Siehe auch:
Bd. 312, 151. Sitz. S. 4756C.
152. Sitz. S. 4775D.
Ber. d. 32. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1687.
Zweite Beratung: Ab.Antr.: Bd. 324, Nr. 1695.
Bd. 325, Nr. 1711, 1729, 1741, 1749, 1753, 1755, 1757.
Berichtigung zu Antrag Bd. 325, Nr. 1755 siehe Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982A.
Annahme der Anträge des Ausschusses mit den Anträgen: Bd. 324, Nr. 1695; Bd. 325, Nr. 1711, 1729, 1753.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1790.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129A.
Entwurf nach den Beschlüssen des Reichstags in III. Beratung: Bd. 325, Nr. 1882.
Gesetz vom 26. 7. 1918, RGBl. S. 831.

Petitionen:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 28 unter II.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982B, 5994C.
190. Sitz. S. 6129B. — Für erledigt erklärt.

Einzelnes.
Allgemeines, Weinpreise, Weinverbrauch, Weinbau, Lage der Winzer, Stellung der Interessenten usw.: Bd. 324, Nr. 1687 S. 2, 3.

Weinsteuer (Fortsetzung).

Bd. 312, 152. Sitz. S. 4775 D.
153. Sitz. S. 4793 C, 4794 D, 4800 A, 4805 C, 4808 A ff., 4818 A, 4826 C.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5983 A, 5984 A, C, 5985 B ff., 5987 C ff.

—, Landesgesetzliche und kommunale Weinsteuern, Wegfall usw.:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 15 ff.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793 D, 4797 D, 4818 A.

—, Wirkung der Steuer für Württemberg, Stellungnahme der württembergischen Regierung zur Reichsweinsteuer: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5987 C ff., 5989 A, 5990 B.

—, Wirkung der Steuer für Elsaß-Lothringen: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5985 B.

Fabrikatsteuer, statt deren Erfassung des Weins an der Erzeugungsstelle: Bd. 312, 151. Sitz. S. 4756 C.

Wertsteuer, Höhe (20%), Steuer vom Verbraucherpreis, Herabsetzung auf 10% usw.:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 2 ff., 7, 8 ff., 23.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4808 A, 4811 B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982 C, 5984 A, 5985 A, B, 5986 D, 5987 D.

—, Abwälzung auf den Käufer bezw. Produzenten (§ 2):
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793 D 4795 B, 4800 A, 4806 A, 4811 C.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982 C, 5983 B, 5985 D, 5990 A.

—, Abwälzung, Stellung süddeutscher und rheinischer Weingärtnerverbände: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5987 C, 5991 C.

—, Frage einer Herabsetzung der Steuer im Falle einer Notlage der Winzer:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 25.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5985 A, 5986 D, 5988 A.

—, Keine weitere Erhöhung in absehbarer Zeit, Erklärung des Reichsschatzamts:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 25.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5971 C, 5977 B.

—, Frage einer Staffelung, Unterscheidung zwischen Edel- und billigen Konsumweinen:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 2, 3 ff., 5, 7, 8 ff., 18 ff., 23 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982 C, 5986 A, 5987 B, 5988 B, 5990 D.

—, Wirte und Kleinverkäufer, als Händler bzw. als Verbraucher anzusehen (§ 2 Abs. 2):
Bd. 324, Nr. 1687 S. 5 ff., 18 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982 D, 5990 C, 5991 B.

Haustrunk, Steuerfreiheit, Besteuerung des Flaschenweinvorrats der Winzer:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 11, 20.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4811 D.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5986 B, 5992 C, (Reisebedarf, Schiffsproviant).

Weinähnliche Getränke, Obstweine usw., Besteuerung:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 26.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4800 D, 4808 C.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5982 D.

—, Steuerfreiheit für selbstgekelterten Obstmost, Behandlung der Konsumvereine:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 20 ff., 26.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5988 B, 5991 D. 5992 B, C.

—, Nachsteuer für Kellerbestände:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 3, 4, 5, 23.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793 D.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5986 B, 5988 D.

Monopol des Traubenkaufs für den Weinhandel:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 8, 20 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5986 C.

Ueberwachungs-, Kontroll- und Strafbestimmungen:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 4. 10 ff., 18 ff.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5983 A. 5990 A, 5992 D.

Befristung:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 1, 2, 9, 23, 25.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5986 B.

Ertrag der Steuer: Bd. 324, Nr. 1687 S. 2, 3.

Zolltarifsätze für Weineinfuhr, Erhöhung, Wirkung usw.:
Bd. 324, Nr. 1687 S. 2 f., 4, 14 ff., 27.
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4795 B, 4800 B, 4806 A, 4808 B, 4812 A, 4818 B.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5983 C, 5987 D, 5993 B.

Weinsteuer (Fortsetzung).

2. Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Schaumweinsteuergesetzes mit Anlagen:
1. Ertragsberechnung.
2. Schaumweinerzeugung und -Besteuerung.
3. Ein- und Ausfuhr von Schaumwein: Bd. 324, Nr. 1458.

Erste Beratung: Bd. 312, 153. Sitz. S. 4791 D ff.
Ber. d. 32. Ausschs.: Bd. 324, Nr. 1688.
Zweite Beratung: Antr. Bd. 325, Nr. 1712.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5994 D. — Annahme der Anträge des Ausschusses mit dem Antrag Bd. 325, Nr. 1712.
Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Bd. 325, Nr. 1791.
Dritte Beratung: Bd. 313, 190. Sitz. S. 6129 B.
Gesetz v. 26. 7. 1918, RGBl. S. 847.

Resolution: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Aenderung des § 17 des Weingesetzes hinzuwirken, dahingehend, daß Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke, die gewerbsmäßig innerhalb des deutschen Zollgebiets hergestellt und verkauft werden, auf der Flasche mit dem Zusatz „Deutscher Sekt" zu kennzeichnen sind: Bd. 324, Nr. 1688 S. 4 unter 2.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5995 B. — Angenommen.

Petitionen: Bd. 324, Nr. 1688 S. 4 unter 3.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5995 C.
190. Sitz. S. 6129 B. — Für erledigt erklärt.

Schaumweinsteuer, Erhöhung, einheitliche Steuersätze:
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4793 D, 4795 C, 4801 A, 4812 A, 4816 D, 4826 C.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5994 D ff.

Moussierende Obstweine, Fruchtschaumweine, Besteuerung:
Bd. 312, 153. Sitz. S. 4817 A.
Bd. 313, 187. Sitz. S. 5994 D.

Weise, Verhaftung und Verurteilung, siehe „Belagerungszustand" unter II 8.

Weizen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 139.

Dr. **Wellstein,** Abgeordneter für den 3. Coblenzer Wahlkreis. Gestorben am 16. Oktober 1917: Bd. 311, 127. Sitz. S. 3942 C.

Wels, M. d. R. Redeverbot: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3865 A.

Welternte. Landwirtschaftliche Produktion der Feinde, schlechte Welternte, höhere Getreidepreise als in Deutschland: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2582 D.

Wendel, M. d. R. Verbot seiner Schrift „Mazedonien und der Friede": Bd. 312, 168. Sitz. S. 5240 A.

Werften siehe „Marine" unter 47.

Werkspensionskassen. Resolution Albrecht u. Gen. zum Etat des Reichswirtschaftsamts für 1918: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den
1.—13.
14. die Beiträge zu den Werkpensionskassen zurückgezahlt werden, falls der Arbeiter vor Erlangung der Anwartschaft ausscheidet: Bd. 324, Nr. 1478 unter B 14.
Bd. 312, 160. Sitz. S. 5003 A.
Bd. 313, 184. Sitz. S. 5847 A. — Ueberweisung zur Erwägung.

Werkvereine. Petition, betreffend Klagen des Verbandes der Rabattsparvereine Deutschlands über die Warenvermittlung der Werkvereine.

Werkvereine (Fortsetzung).

Ber. d. Ausschs. für Handel und Gewerbe: Bd. 318, Nr. 391.
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1935C. — Ueberweisung als Material.

Wertpapiere.
Deutsche Reichsanleihen. Kursrückgang, Kurs an der Londoner Börse: Bd. 306, 14. Sitz. S. 226D.
Anlage deutschen Kapitals in ausländischen Wertpapieren: Bd. 306, 4. Sitz. S. 37C.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 416.
Kursfestsetzung der Wertpapiere siehe „Börse" und „Vermögenssteuer" unter II A 3 und 7.
Versteuerung siehe „Reichsstempelabgaben".

Graf **v. Westarp**, M. d. R. Einladung zur Teilnahme an der Ablonkonferenz, Brief des Grafen Hoensbroech: Bd. 309, 86. Sitz. S. 2490D ff., 2514A ff., 2516C, 2518C.

Wettbewerbverbot. Vorzeitiges Inkrafttreten des durch Gesetz vom 10. Juni 1914 abgeänderten § 75 des Handelsgesetzbuchs:
Bd. 315, Nr. 26 S. 65.
Nr. 27 Ziff. 24.

Wetterlé, M. d. R. Mandatserledigung siehe „Abgeordnete" unter 3.

Wicken siehe „Kriegswirtschaft" unter II 417.

Wiener Streik siehe „Belagerungszustand" unter II 12Ebδ.

Wiesbaden. Wilhelms-Heilanstalt, Ausbau, Verwundetenpflege: Bd. 310, 103. Sitz. S. 3146C.

Wild siehe „Kriegswirtschaft" unter II 418.

Wildschaden.
Zunahme, Verhütung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 419.
W. in Ostholstein, Beschwerde des Abgeordneten Dr. Struve; Wildzählung: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2911D.

Wilhelm II., Deutscher Kaiser, siehe „Kaiser Wilhelm II".

Wilhelmshaven. Stadtverwaltung, Errichtung von Kriegerheimstätten: Bd. 312, 163. Sitz. S. 5099B, 5100A.

Wilna, Neubesetzung des Bischofsstuhls, Schulwesen usw., siehe „Rußland" unter B.

Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Persönlichkeit Wilsons, Charakter, Schriften, Stellung in Amerika: Bd. 309, 85. Sitz. 2469D.
Botschaft Wilsons vom 11. Februar 1918 über die vier Grundsätze zur Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit, des Ausgleichs, des Selbstbestimmungsrechts usw.:
Bd. 311, 133. Sitz. S. 4140D ff.
134. Sitz. S. 4154C, 4163A.
135. Sitz. S. 4183A, 4219D, 4222Aff.
Siehe im übrigen „Krieg" unter B 1.

Wirtschaftliche Lage.
Einwirkung des Krieges, Verschärfung der sozialen Gegensätze:
Bd. 306, 24. Sitz. S. 464C, 467D, 486D.
Bd. 307, 36. Sitz. S. 810B, 818B.
50. Sitz. S. 1126C.
56. Sitz. S. 1366B.
60. Sitz. S. 1547B.
Bd. 308, 68. Sitz. S. 1853B.
Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365B ff.
83. Sitz. S. 2382B, C ff.
87. Sitz. S. 2538 D, 2548 D, 2561B.
88. Sitz. S. 2587C, 2588D.

Wirtschaftliche Lage (Fortsetzung).
Wirtschaftliche Lage infolge des Krieges, Zerstörungen von Kapital und Arbeit, Konzentration des Kapitals, Erfindungen usw.:
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4886B, 4894A.
158. Sitz. S. 4935C.
159. Sitz. S. 4970C.
160. Sitz. S. 4998D.
Flüssigmachung in Anleihe festgelegter Beträge für Industrie und Landwirtschaft nach dem Kriege. Bd. 309, 82. Sitz. S. 2365B.
Wirtschaftliche Lage der feindlichen Länder: Bd. 307, 39. Sitz. S. 854D.
Siehe auch „Industrie", „Kriegswirtschaft", „Handelspolitik", „Mittelstandsfrage" usw.

Wirtschaftliche Mobilmachung, wirtschaftlicher Generalstab:
Bd. 307, 50. Sitz. S. 1141D.
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2555D.
88. Sitz. S. 2586D, 2599D.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3359C, 3361D, 3363A, C.
Wirtschaftsausschüsse siehe „Reichsheer" unter 201.

Wirtschaftskrieg siehe „Krieg" unter II E.

Wirtschaftsplan siehe „Kriegswirtschaft" unter II 420.

Wirtschaftspolitik. — Siehe auch „Handelspolitik".
Maßnahmen während des Krieges siehe „Kriegswirtschaft".
— für den Friedensschluß und unmittelbar nach dem Kriege siehe „Krieg" unter IV 13 und „Kriegswirtschaft" unter II 390.
Frage des Aufbaues auf kapitalistischer oder sozialer Grundlage: Bd 306, 27. Sitz. S. 547A.
Staatssozialismus, Einflußnahme des Staates auf die Privatwirtschaft; Bildung von Gewerbeverbänden mit Monopolstellung unter Mitwirkung des Staates, Vorschläge des Dr. Rathenau; Frage der freien oder organisierten Wirtschaft.
Bd. 312, 156. Sitz. S. 4888A, 4894D.
157. Sitz. S. 4902B, 4908B, 4914B, 4922C.
158. Sitz. S. 4927C, 4953B.
159. Sitz. S. 4956A, 4957B, 4958Aff., 4974D, 4984C.
—, Sozialistische Wirtschaftsordnung, Sozialisierung großer Betriebe:
Bd. 314, 194. Sitz. S. 6190C.
195. Sitz. S. 6213A.
—, Volkswirtschaftliche Richtung; Kathedersozialisten an verwortlichen Stellen; kapitalistischer Sozialismus: Bd. 311, 139. Sitz. S. 4345C, 4363B.
—, Siehe auch „Kriegssozialismus".
Solidarität aller Stände nach dem Kriege, Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitern (Rießer): Bd. 311, 136. Sitz. S. 4245C.
Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets von Europa (Vereinigte Staaten von Europa, Trotzkis Schrift): Bd. 311, 128. Sitz. S. 3977B ff.
—, Siehe auch „Europa", „Mitteleuropa".
Anbahnung einer einheitlichen Weltwirtschaftspolitik: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3402D.

Wissenschaftliche Unternehmungen.
Denkschrift über die wissenschaftlichen und künstlerischen Unternehmungen, die aus den Etats für das Auswärtige Amt und für das Reichsamt des Innern gefördert werden: Bd. 320, Nr. 634.
Siehe auch: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2571B.

Witwen- und Waisenversicherung siehe „Versicherungswesen" unter III B.

Witwen- und Waisenversorgung siehe „Militärhinterbliebenenversorgung" und „Pensionswesen".

Wochenmärkte siehe „Kriegswirtschaft" unter II 422.

Wöchnerinnen.
Wochenhilfe. Erweiterung zur Mutterschaftsversicherung: Bd. 312, 160. Sitz, S. 5002 D.
Versorgung der Wöchnerinnen mit Wäsche usw.: Bd. 312, 158. Sitz. S. 4939 D.
Kriegsmaßnahmen siehe „Bevölkerung" unter B 5, „Kriegswirtschaft" unter II 421, „Kriegswohlfahrtspflege" unter C und „Säuglingsfürsorge".

Wohlfahrtspflege, private. Ueberwachung bevorrechtigter Stiftungen durch Reichsverwaltung und Reichstag: Bd. 308, 64 Sitz. S. 1701 C, 1702 A.
Siehe auch „Kriegswohlfahrtspflege".

Wohnungsgeldzuschuß siehe „Beamte" unter A 8.

Wohnungswesen. — Siehe auch „Grundbesitz, Grundstücke, Hausbesitz usw.", „Heimstätten".
1. Bedeutung der Wohnungsfürsorge; gesetzliche Regelung durch das Reich oder die Bundesstaaten, Stellung des Bundesrats:
Bd. 318, Nr. 295 S. 2, 5.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1200 B, 1205 C, 1208 A, 1209 A, 1212 A, 1221 B, 1224 B.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5050 D, 5055 D, 5056 B, 5062 D, 5064 D, 5066 B.
—, Rückblick auf die Behandlung der Wohnungsfrage im Reichstag: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5050 A.
Zuständigkeit der Reichsämter für die Bearbeitung der Wohnungsfrage: Bd. 312, 156. Sitz. S. 4883 C.
Antrag v. Trampczynski u. Gen.: zur Beratung aller das Wohnungswesen betreffenden Anträge und Petitionen wird ein besonderer Ausschuß von 21 Mitgliedern eingesetzt: Bd. 316, Nr. 131.
Bd. 306, 19. Sitz. S. 383 A, B. — Angenommen.
Antrag Bartschat, v. Brockhausen, Dr. Cohn (Nordhausen), Göhre, Götting, Dr. Hitze, Dr. Jaeger, D. Mumm, Dr. Schatz, v. Trampczinski zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1917: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Reichsamt des Innern Einrichtungen getroffen werden, die geeignet sind, das Wohnungswesen, namentlich auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues und der Siedlung, im Deutschen Reiche zu fördern, mit dem Ziele, einen Mittelpunkt für die Bestrebungen der deutschen Wohnungsreform zu bilden. Dabei wird auf ein einheitliches, geordnetes Zusammenarbeiten aller beteiligten gesetzgeberischen, verwaltungsrechtlichen und finanziellen Faktoren (Reich, Einzelstaaten, Gemeinden, Versicherungsanstalten, freie Organisationen usw.) hinzuwirken sein: Bd. 321, Nr. 822.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3358 D, 3362 C, 3363 B, 3379 D. — Angenommen.
Antrag des 10. Ausschusses (Wohnungswesen), den verbündeten Regierungen als Maßnahme gegen die Wohnungsnot vorzuschlagen: Die Leitung einer planmäßigen und umfassenden Wohnungsherstellung nach dem Kriege sowie die Organisierung aller hierfür im Reiche vorhandenen öffentlichen und privaten Kräfte hat das Reichswirtschaftsamt als Zentralstelle für Uebergangswirtschaft zu übernehmen. Alle Vorbereitungen und Maßnahmen dafür sind von ihm in Einverständnis und Gemeinschaft mit den Bundesstaaten zu treffen und schon jetzt in die Wege zu leiten: Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 1:
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5050 B, 5054 B, 5062 D, 5064 D, 5066 C, 5076 A. — Angenommen.
Maßnahmen in Preußen, Wohnungsgesetzentwurf, Tarämter- und Stadtschaftengesetz:
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1206 B, 1207 A, 1211 D, 1212 B, 1215 B, 1217 D.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5050 D, 5054 B.
Siehe auch „Bayern", „Oldenburg" und „Württemberg".
2. Beschaffung der Mittel für einen ausgedehnten Kleinwohnungsbau; Darlehen des Reichs, Haftung der Gemeinden:
Bd. 318, Nr. 295 S. 4.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1200 D, 1208 C, 1217 A, 1220 B, D, 1221 C, 1222 A.
Resolutionen des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im nächsten Reichshaushalt als regelmäßige Ausgabe 30 000 Mark einzusetzen zur Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche die allgemeine Förderung des Kleinwohnungswesens bezwecken: Bd. 318, Nr. 293 unter II d 1
und des 10. Ausschusses (Wohnungswesen) — gleichlautend wie vorstehend: Bd. 318, Nr. 295 unter A I.
Bd. 318, Nr. 295 S. 4.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1212 C, 1218 A.
53. Sitz. S. 1251 C. — Angenommen.
3. Finanzielle Beteiligung des Reichs.
a) Beteiligung des Reichs als Arbeitgeber am Kleinwohnungsbau; Wohnungsfürsorgefonds, Bewirtschaftung:
Bd. 315, Nr. 26 S. 30.
Bd. 316, Nr. 107 S. 9.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1216 C.
Resolutionen des Haushaltsausschusses zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1916: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei Vorlage des Reichshaushaltsvoranschlags für 1917 beim Etat des Reichsamts des Innern im außerordentlichen Etat, „Reichswohnungsfürsorgefonds",
α) das Dispositiv wie folgt zu ändern: „zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben des Reichs und Reichsheeres sowie für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene. Rückeinnahmen (Zins und Tilgung) fließen dem Fonds zu";
β) die Etatsposition von 5 zunächst auf 10 Millionen Mark zu erhöhen: Bd. 318, Nr. 293 unter A I.
und des 10. Ausschusses (Wohnungswesen) — gleichlautend wie vorstehend, jedoch statt „1917" die Jahreszahl „1916": Bd. 318, Nr. 295 unter A I.

Wohnungswesen (Fortsetzung).

Bd. 318, Nr. 295 S. 5.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1207 A, 1209 D, 1212 D, 1217 B, 1218 A, 1221 D.
53. Sitz. S. 1251 C. — Resolution des Haushaltsausschusses angenommen.

b) Bürgschaftsfonds des Reichs für Hypothekendarlehen, Erweiterung.

Resolution des 10 Ausschusses (Wohnungswesen): die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt folgende Novelle zum Gesetz, betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, vom 10. Juni 1914 vorzulegen:

Gesetz, betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, wie für Reichs- und Militärbedienstete.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, wie für Arbeiter und gering besoldete Beamte des Reichs und der Militärverwaltung für Hypothekendarlehen, die

a) von anderer Seite an Gemeinden, Kommunalverbände, Zweckverbände oder gemeinnützige Unternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesellschaften usw.) oder
b) von Gemeinden oder Kommunalverbänden oder Zweckverbänden an geeignete Bauunternehmer

unter Ausschluß der Kündbarkeit für die Dauer von mindestens 10 Jahren gewährt werden, Bürgschaften bis zum Gesamtbetrage von 250 Millionen Mark zu übernehmen. (Im übrigen unverändert.)

Urkundlich usw. Gegeben usw.:

Bd. 318, Nr. 295 unter A V.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1207 C, 1210 A, 1213 B, 1217 B, 1221 D, 1223 D.
53. Sitz. S. 1251 D. — Angenommen.

Antrag des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): den verbündeten Regierungen als Maßnahme gegen die Wohnungsnot vorzuschlagen: Da eine Neubautätigkeit allein auf privatwirtschaftlicher Grundlage wegen der Baukostenverteuerung und der anderweitigen starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes während der Uebergangszeit unmöglich erscheint, sind 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zwecks Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Bürgschaftsfonds bereitzustellen. Gleichzeitig ist zu erwirken, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden sich mindestens in gleichem Umfang wie das Reich an der Aufbringung von Mitteln für die Neubautätigkeit beteiligen. Die Versicherungsträger (Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berufsgenossenschaften) sowie die öffentlichen Sparkassen sollen ihre verfügbaren Bestände möglichst in Darlehen auf Kleinwohnungsbauten zu mäßigem Zinsfuß anlegen: Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 2.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5069 A, 5073 A, 5075 A, 5076 A. — Angenommen.

Gesetzentwurf zur Abänderung des § 1 des Gesetzes, betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, vom 10. Juni 1914: Bd. 325, Nr. 1819.
Erste, zweite und dritte Beratung: Bd. 313, 191. Sitz. S. 6146 D.
Gesetz vom 24. 8. 1918, RGB. S. 109.

Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2536 A.

Antrag des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): den verbündeten Regierungen als Maßnahme gegen die Wohnungsnot vorzuschlagen: Ausführungs- und Vermittlungsorgane für die künftige Wohnungsherstellung sind die Gemeinden bezw. Gemeindeverbände. Sie verwenden die von Reich und Einzelstaaten hergegebenen Kapitalien zum Eigenbau oder begeben sie unter ihrer Bürgschaft an gemeinnützige Baugesellschaften, nötigenfalls auch an private Bauunternehmer. Dabei ist die gemeinnützige Verwendung durch Ortsstatut oder durch grundbuchliche Eintragung dauernd zu sichern. Die Rückzahlung der Darlehen ist durch eine sachgemäß ausgestattete Tilgungshypothek (siehe Beschluß des Reichstags vom 24. Mai 1916) anzustreben. In größeren Gemeinden bezw. Gemeindeverbänden sind Wohnungsämter zu errichten: Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 7.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5076 A. — Angenommen. Siehe auch: Bd. 312, 162. Sitz. Nr. 5056 A, 5061 C, 5062 D.

Schädigung des privaten Grundbesitzes bei Erweiterung der Reichsbürgschaft: Bd. 307, 52 Sitz. S. 1210 A.

4. Baukostenzuschüsse des Reichs zur Wiederaufnahme der Bautätigkeit, — vierter Nachtragsetat für 1918: Bd. 325, Nr. 1994.
Hierzu Beilagen.
1. Bestimmungen des Bundesrats für die Gewährung von Baukostenzuschüssen aus Reichsmitteln, S. 5 des Etatsentwurfs.
2. Besondere Bestimmungen über die Gewährung von Baukostenzuschüssen zur Errichtung von Behelfsbauten und Notwohnungen, S. 7 des Etatsentwurfs.

5. Wohnungsausschuß des Reichstags. Einsetzung siehe „Reichstag" unter III 4 i.
1. Bericht (Teilbericht) des 10. Ausschusses: Bd. 318, Nr. 295.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1200 A.
Beschlüsse siehe unter 2 und 3 ferner unter „Erbbaurecht", „Grundbesitz", „Heimstätten", „Kriegswirtschaft" unter II 454, 455 und „Zwangsversteigerung".
2. Bericht (Teilbericht) des 10. Ausschusses: Bd. 224, Nr. 1492.
Bd. 312, 161. Sitz. S. 5045 D.
162. Sitz. S. 5050 A.
Beschlüsse siehe unter 1, 3 u. 6.

Wohnungswesen (Fortsetzung).

6. Einzelnes.
a) Arbeiterwohnungen; Herstellung durch die Arbeitgeber: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5064C, 5070A, 5074B.
b) Bauberatungsstellen, gemeinnützige, Errichtung: Bd. 324, Nr. 1492 S. 6. Bd. 307, 52. Sitz. S. 1202A.
c) Baugenossenschaften, gemeinnützige, wirtschaftliche Lage: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1216D.
d) Baukapital, Beschaffung; Beteiligung von Reich und Bundesstaaten: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5051C, 5058D, 5060B, 5063D, 5065C, 5066C, 5073A.
—, Baukapital aus öffentlichen Mitteln, Sicherung der gemeinnützigen Verwendung durch Ortsstatut oder grundbuchliche Eintragung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5075D.
—, Beteiligung von Sparkassen und Versicherungsträgern: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5063B, 5065D, 5069B.
—, Beteiligung des Privatkapitals: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5059A.
—, siehe auch vorstehend unter 2—4.
e) Baustoffe, Arbeitskräfte.
Anfrage Göhre, Dr. Jaeger: Nach Beendigung des Krieges werden große Massen von Baustoffen frei, die gegenwärtig zur Verfügung der deutschen Heeresverwaltung stehen und deren Wert auf mehrere Milliarden geschätzt wird.
Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß diese Baustoffe, soweit sie nicht von der Heeresverwaltung weiter benötigt werden, den nach dem Kriege voraussichtlich stark anwachsenden Bedürfnissen des Wohnungs- und Siedlungsbaues unter Ausschaltung des spekulativen Zwischenhandels zugeführt werden?: Bd. 321, Nr. 825.
Bd. 310, 109. Sitz. S. 3383C. — Beantwortet.
Anträge des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): den verbündeten Regierungen als Maßnahme gegen die Wohnungsnot vorzuschlagen:
Bei dem Mangel an Baustoffen aller Art ist die baldige Wiederinbetriebsetzung der Baustoffindustrie durch rechtzeitige Entlassung von Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend erforderlich. Die bei der Heeresverwaltung freiwerdenden Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen abzugeben: Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 3.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5076A. — Angenommen.
Da trotzdem die Menge der so erstellten Baustoffe in der ersten Zeit nach dem Kriege aller Voraussicht nach dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügen wird, so ist dafür Sorge zu tragen, daß alle Bauten nur in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit zur Ausführung kommen. Insbesondere sind Luxusbauten bis auf weiteres ganz zurückzustellen. Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 4.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5076A. — Angenommen.
Abgabe von Baumaterialien bei der Demobilmachung: Bd. 313, 175. Sitz. S. 5502A.
Baurohstoffe, Beschaffung, Bewirtschaftung, Preise. Bd. 324, Nr. 1492 S. 5.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5063A.

Wohnungswesen (Fortsetzung).

f) Bautätigkeit; Mittel gegen spekulative Ausnutzung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5069A.
g) Behelfswohnungen: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5056D.
h) Beschlagnahmtes Land von Ausländern, gemeinnützige Verwertung: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2569C.
i) Bürgschaften siehe unter 3 u. 4.
k) Dach- und Kellerwohnungen: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5057B, 5061B, 5062A, 5073B.
Anfrage Silberschmidt: Nachrichten aus dem Lande zufolge wird angesichts des Wohnungsmangels von den Behörden vielfach die Benutzung der Dach- und Kellerräume zu Wohnzwecken wieder zugelassen oder deren Benutzung in Aussicht gestellt.
Dasselbe geschieht in dem gemeinsamen Erlaß der preußischen Herren Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten vom 6. Oktober d. J. Hier wird zwar auf das Bedenkliche einer solchen Wiederzulassung mittelbar hingewiesen in den Worten:
„Sollte zur Beseitigung eines Notstandes vorübergehend gelegentlich die sonst unzulässige Einrichtung von Dach- und Kellerwohnungen zugelassen werden, so ist unbedingt darauf zu halten, daß mit der Behebung des Notstandes auch die Dach- und Kellerwohnungen wieder beseitigt werden."
Was gedenkt der Herr Reichskanzler auf Grund Artikel 4, Ziffer 15 der Reichsverfassung zu tun, um dieser, die Gesundheit des ganzen Volkes gefährdenden Entwicklung vorzubeugen oder, soweit im Ausnahmefall für einzelne Orte bezw. Bezirke die Benutzung solcher Räume absolut nicht zu vermeiden sein sollte, die diesen Bewohnern drohenden Gefahren möglichst herabzumindern?
Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Erlaubnis zur Benutzung dieser Dach- und Kellerräume zu Wohnzwecken wieder aufzuheben, sobald in einem der in Frage kommenden Orte oder Bezirke der Wohnungsmangel beseitigt ist?: Bd. 322, Nr. 1227.
Schriftliche Antwort: Bd. 323, Nr. 1271.
l) Dauerkleinwohnungen.
Antrag des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): den verbündeten Regierungen als Maßnahme gegen die Wohnungsnot vorzuschlagen: Sofort nach Friedensschluß ist zugleich mit einer planmäßigen und umfassenden Erstellung gesunder, zweckmäßig eingerichteter Dauerkleinwohnungen möglichst im Flachbau zu beginnen. In Vorbereitung dieser Aufgabe sind unverzüglich
a) Erhebungen über den Stand und voraussichtlichen Bedarf an Wohnungen zu veranstalten;
b) an allen Orten, wo der Eintritt eines Wohnungsmangels zu erwarten ist, die Beschaffung und Aufschließung geeigneten billigen Baulandes zu veranlassen und diese insbesondere auch durch Ueberlassung fiskalischen Grund und Bodens zu erleichtern;
c) Baupläne bereitzustellen für alle wichtigeren Typen des Kleinwohnungsbaues (Miet- und Eigenhäuser, Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Wohnungen für kinderreiche Familien, Einzelbauten, Reihenbauten und Siedelungsbauten, Wohnungen mit Garten und Stallung), entsprechend den Wohnsitten in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen. Die Bauordnungen für den Klein- und Flachbau sollen, soweit das noch nicht geschehen ist, von allen

Wohnungswesen (Fortsetzung).

unnötig verteuernden Vorschriften (Straßenbreite, Baustoffe, Mauerstärke, Zimmerhöhe, Treppen, Feuersicherheit usw.) befreit werden;

d) in die Liste der mit Kriegsende in erster Linie aus dem Heere zu entlassenden Mannschaften auch die zur Herstellung der Wohnungen nötigen Angestellten und Arbeiter aufzunehmen: Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 6.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5058 A, D, 5076 A. — Angenommen.

Aufbringung des Kapitals durch Reich und Einzelstaaten: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5058 A, D.

m) Familienbaracken.
Antrag des 10. Ausschusses (Wohnungswesen): den verbündeten Regierungen als Maßnahme gegen die Wohnungsnot vorzuschlagen: Zur ersten Unterbringung Wohnungsloser sind zweckentsprechende Familienwohnbaracken zu errichten und zu mäßigen Preisen zu vermieten. Das Baumaterial für sie ist möglichst noch während des Krieges bereitzustellen. Es empfiehlt sich, solche Barackensiedelungen vorwiegend innerhalb der Vorortzonen in der Nähe von Bahnhöfen, und zwar so anzulegen, daß zu jeder Wohnung ein Gemüsegarten und nach Bedarf auch Stallung für Kleinvieh gegeben wird: Bd. 324, Nr. 1492 Ziff. 5.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5076 A. — Angenommen.
Familienwohnbaracken, Aufbringung des Kapitals durch Reich und Einzelstaaten: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5057 C, D, 5069 D, 5073 D.

n) Festungsgelände, gemeinnützige Verwertung: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2569 B.

o) Gemeinden und Gemeindeverbände als ausführende Organe der Einzelarbeiten: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5056 A, 5062 D.
—, Eigenbau der Gemeinde, Stellung der Haus- und Grundbesitzer: Bd. 324, Nr. 1492 S. 7.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5061 C.
—, Siehe auch unter 3.

p) Kleinsiedlung Staaken b. Spandau:
Bd. 309, 88. Sitz. S. 2569 A.
Bd. 310, 108. Sitz. S. 3358 D.

q) Kleinstädte und Land, Wohnungsfrage:
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5061 A.

r) Kleinwohnungsbau, Frage der Wohnungsnot nach dem Kriege:
Bd. 309, 87. Sitz. S. 2543 A.
88. Sitz. S. 2568 A ff., 2592 A.
—, Zustände, Versagen der Reichsregierung:
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5070 A.
—, Unterstützung der Vereinigungen zur Förderung des Kleinwohnungswesens: Bd. 309, 87. Sitz. S. 2535 D.
—, Siehe auch unter 1 ff.

s) Kriegerheimstätten siehe „Heimstätten".

t) Landeswohnungsvereine, Bildung für die östlichen Provinzen (Bauberatungsstellen): Bd. 312, 162. Sitz. S. 5051 D.

u) Massenherstellung von Häusern und Hausteilen nach bestimmten Typen und Mustern, Verbilligung: Bd. 324, Nr. 1492 S. 6.

v) Miet- und Pachtzinsen siehe dort.

w) Mieterschutz siehe „Grundbesitz usw."

x) Oeffentliche Gebäude und Schulen zur Milderung der Wohnungsnot: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5073 D.

y) Planmäßige Herstellung von Wohnungen, gesetzliche Regelung: Bd. 311, 145. Sitz. S. 4527 A.

Wohnungswesen (Fortsetzung).

z) Reichswirtschaftsamt, Zuständigkeit, Zentralstelle, siehe unter 1.

aa) Reichswohnversicherung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5071 B.
—, Versicherungsmathematische Begutachtung des Vorschlags einer Reichswohnversicherung: Bd. 324, Nr. 1492. S. 13.

bb) Wohnbedarf nach dem Kriege, Schätzungen, Erhebungen:
Bd. 324, Nr. 1492 S. 1.
Bd. 312, 162. Sitz. S. 5052 D, 5056 C, 5065 B.

cc) Wohnungsnot, Wohnungsmangel nach dem Kriege:
Bd. 318, Nr. 295 S. 1.
Bd. 307, 52. Sitz. S. 1200 D, 1207 B, 1209 C, 1217 B, 1221 A.
Bd. 309, 86. Sitz. S. 2508 B.
—, Wohnungsnot, Vorschläge des preuß. Ministers im November 1917 zu ihrer Milderung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5073 B.
—, Wohnungselend in Berlin: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5072 C.
—, Wohnungsnot als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5072 A.

dd) Wohnungspolitik der Stadt Freiburg i. B., Bemängelung durch den Schutzverband für deutschen Grundbesitz: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1225 C.

ee) Wohnungspreise; Maßnahmen gegen Uebersteuerung: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5064 A.

ff) Wohnungsreformer, Bestrebungen: Bd. 307, 52. Sitz. S. 1202 D.

gg) Wohnungszählung im Mai 1918: Bd. 324, Nr. 1612 Ziff. 768, Anhang a 905.
—, Statistik über leerstehende Wohnungen: Bd. 309, 88. Sitz. S. 2592 A.

Wolffsches Telegraphenbureau.
Verbreitung der Berichte der Obersten Heeresleitung, Ausnutzung seiner Monopolstellung usw.: Bd. 306, 31. Sitz. S. 678 A.
Verbreitung einseitiger oder unrichtiger Berichte über Ausschußverhandlungen, Parteibeschlüsse usw.; tendenziöse Kürzungen von Auslandsnachrichten: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1943 C.
Stellung zum Reuterschen Bureau: Bd. 308, 71. Sitz. S. 1944 A.
Petition des Inhabers des „Korrespondenz-Verlags „Zeitungsdienst" Ewald Pitsch in Berlin, betreffend Aufhebung des dem Wolffschen Telegraphenbureau eingeräumten Monopols für Uebermittlung amtlicher Nachrichten und Errichtung eines offiziellen Telegraphenbureaus:
Mündl. Ber. d. Haush. Ausschs.: Bd. 321, Nr. 729 unter b.
Bd. 310, 110. Sitz. S. 3499 C. — Dem Herrn Reichskanzler als Material überwiesen.

Wolle, Wollwaren siehe „Kriegswirtschaft" unter II 423.

Wollfett siehe „Kriegswirtschaft" unter II 281 e.

Wollindustrie siehe „Kriegswirtschaft" unter II 425.

Wucher mit Lebensmitteln siehe „Kriegswirtschaft" unter II 297 e.

Württemberg.
Wohnungsfürsorge, staatliche: Bd. 312, 162. Sitz. S. 5052 A.
Wirkung der Weinsteuer für Württemberg, Stellungnahme der württembergischen Regierung zur Reichsweinsteuer: Bd. 313, 187. Sitz. S. 5987 C ff., 5989 A, 5990 B.

Fürst zu **Ysenburg.** Behandlung der Polen in L., Maßnahmen des Fürsten Ysenburg, Zwangsverwaltung der Güter usw.: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4303 B, 4307 A, 4309 B.

Zabern-Affäre. Stellung des Reichstags: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2844C, 2861C.

Zahlmeister siehe „Reichsheer" unter 202, auch 19.

Zahlungsfristen. Verlängerung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 427.

Zahlungsverbote siehe „Kriegswirtschaft" unter II 428.

Zahlungsvereinbarungen, Unverbindlichkeit der Goldklausel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 429.

Zahlungsverkehr mit dem Auslande, bargeldloser usw., siehe „Kriegswirtschaft" unter II 430.

Zahntechniker. Zulassung zur Behandlung von Heeresangehörigen siehe „Reichsheer" unter 203.

Zeitschriften, Zensurmaßnahmen, siehe „Belagerungszustand" unter II 12 H.

Zeitungen siehe „Presse" und „Belagerungszustand" unter II 12 und „Kriegsberichterstatter".

Zeitungsanzeigen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 431 und „Belagerungszustand" unter II 12 Eb δ.

Zeitungsbestellung siehe „Post- und Telegraphenwesen" unter X 15.

Zeitungsgewerbe.
Papierbeschaffung, Sonntagsruhe siehe „Kriegswirtschaft" unter II 71, 285, 432.
Resolution des Haushaltsausschusses, den folgenden Antrag den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe für das ganze Reichsgebiet wieder eingeführt wird: Bd. 316, Nr. 113 unter e e.
Bd. 306, 18. Sitz. S. 335D. — Angenommen.

Zeitungsverkauf im Felde siehe „Reichsheer" unter 204.

Zeitungszensur siehe „Belagerungszustand" unter II 12 F.

Zellulon siehe „Kriegswirtschaft" unter II 409 f.

Zellulosegarn siehe „Kriegswirtschaft" unter II 52c, 409f, 443a.
Zollbefreiung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443.

Zement. Ausfuhrverbot usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 435.

Zementwerke, Stillegung siehe „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Zensoren siehe „Belagerungszustand" unter II 12C.

Zensur.
Gesetzliche Regelung siehe „Belagerungszustand" unter II 12.
Handhabung siehe „Belagerungszustand" unter II 12.
Handhabung in Elsaß-Lothringen siehe „Elsaß-Lothringen" unter 2 f.
Zensur im Heere siehe „Reichsheer" unter 152 h.
Zensur in der Marine siehe „Marine" unter 31.

Zentral-Einkaufs-Gesellschaft siehe „Kriegswirtschaft" unter II 436.

Zentrifugen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 62.

Zentrumspartei.
Stellung zum parlamentarischen System: Bd. 309, 96. Sitz. S. 2909A.
Stellung zur Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, Entschließungen des Rheinischen Bauernvereins: Bd. 311, 136. Sitz. S. 4264A.
Das Zentrum für den Besitz von Briey und Longwy, für Stützpunkte in Belgien, über Scheidemann-Frieden: Bd. 310, 125. Sitz. S. 3836C.

Zentrumspartei (Fortsetzung).
Internationale katholische Konferenz in Zürich. Programm, Wiederannäherung der Völker: Bd. 310, 109. Sitz. S. 3411C.

Graf **Zeppelin.**
Erörterungen über seine Briefe an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:
Bd. 308, 70. Sitz. S. 1926B, 1928A.
71. Sitz. S. 1945C, 1971A.
Anerkennung seiner Verdienste: Bd. 309, 95. Sitz. S. 2849D.

Zeugoffiziere siehe „Reichsheer" unter 63 u. 64.

Frau **Zietz,** Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie. Verhaftung wegen Landesverrats, Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft:
Bd. 312, 163. Sitz. S. 5101B.
165. Sitz. S. 5142B, 5143D.
Redeverbot für die Dauer des Kriegszustandes: Bd. 307, 42. Sitz. S. 947A.

Ziegelindustrie. Entschädigung der stillgelegten Betriebe: Bd. 312, 157. Sitz. S. 4923C. — Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 360.

Ziegenfleisch, Zollbefreiung, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443a.

Zigarettensteuer.
Ertrag 1917.
Bd. 311, 128. Sitz. S. 3971C.
134. Sitz. S. 4153D.
Monopol siehe „Tabaksteuer".

Zigarren siehe „Tabak" und „Tabaksteuer".

Zigarrenlieferung siehe „Reichsheer" unter 137f.

Zimmermann, Wirklicher Geheimer Rat, Unterstaatssekretär, Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: Bd. 308, 76. Sitz. S. 2155C.
Bewilligung der nachgesuchten Entlassung: Bd. 310, 118. Sitz. S. 3618A.

Zinn siehe „Kriegswirtschaft" unter II 258.

Zivilprozeßordnung.
Reform; Verbilligung des Verfahrens usw.
Bd. 309, 83. Sitz. S. 2385C.
Bd. 312, 164. Sitz. S. 5115B, 5120C, 5123B, 5125D.
Einführung eines obligatorischen Sühnetermins vor dem Amtsgericht: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5115D.
Schiedsmännische Tätigkeit außerhalb des Prozesses: Bd. 309, 90. Sitz. S. 2679B.
—, siehe auch „Güteverfahren".
Ueberschreitung der mündelsicheren Beleihungsgrenze usw.: siehe „Grundbesitz" unter B.
Weitere Kriegsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 248, 453, „Gerichte", „Lohnbeschlagnahme".

Zölle, Steuern und Gebühren.
Etat siehe „Etatswesen" unter III bis V, Einzelberatung T, und unter VI, Einzelberatung U. Siehe auch „Kriegswirtschaft". unter II 446.
Erläuterungen zur Veranschlagung der Ausgleichungsbeträge für Zölle, Steuern und Gebühren. Anlage 1 zu den Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1915, 1916, 1917, 1918, S. 12 der Entwürfe.
Petitionen, betreffend Einführung einer Reichszollverwaltung.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1516.
Bd. 313, 176. Sitz. S. 5533C. — Ueberweisung zur Erwägung.
Reichsaufsicht, Gesetzentwurf, siehe „Reichsfinanzhof".

Zölle, Steuern und Gebühren (Fortsetzung).

Bessere Abgrenzung der Bezirke der Stationskontrolleure: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5113C.
Siehe auch „Steuern" und „Zolltarif".

Zollgüter, feindliche, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 444.

Zoll-Kriegswechsel siehe „Kriegswirtschaft" unter II 445.

Zolltarif. Zollermäßigungen usw. siehe „Kriegswirtschaft" unter II 443; siehe auch „Handelspolitik", „Oesterreich-Ungarn."

Petition des Verbandes deutscher Teeröl-, Benzol- und Mineralöl-Industrieller E. V. in Berlin, betreffend angemessenen Zollschutz für die Erzeugnisse der einheimischen Braun- und Steinkohlenteer-, sowie der Benzol- und Mineralöl-Industrie.
Mündl. Ber. des Haush.-Aussch.: Bd. 324, Nr. 1534 unter B II 4.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Verbandes deutscher Essigfabrikanten E. V. und des Vereins deutscher Weinessigfabrikanten E. V. in Lübeck und Fahr (Rheinland), betreffend ausreichenden Schutzzoll auf Essig und Weinessig, einen erhöhten Schutzzoll auf die wertvolleren Essigsorten und einen ermäßigten Eingangszoll für Wein zur Weinessigherstellung.
Mündl. Ber. des Haush.-Aussch.: Bd. 324, Nr. 1534 unter B II 2.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703C. — Ueberweisung als Material.

Petition, betreffend Erhöhung der Zollsätze für einzuführende Gerbstoffe.
Ber. d. Pet. Aussch.: Bd. 320, Nr. 550.
Bd. 310, 103. Sitz. S. 3155C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Vereins Deutscher Schiffswerften in Berlin, betreffend Wünsche des deutschen Schiffsbaues zur Verzollung von Fluß- und Seeschiffen sowie des zur Erbauung benötigten Materials.
Mündl. Ber. des Haush.-Aussch.: Bd. 324, Nr. 1534 unter B II 3.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703C. — Ueberweisung als Material.

Petition des Vereins für chemische Industrie in Mainz, betreffend Schutz der deutschen gegen die amerikanische Holzverkohlungsindustrie.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1534 unter B II 1:
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5703C. — Ueberweisung als Material.

Petition des „Vereins Deutscher Schiffswerften" in Berlin, betreffend Gestaltung des Zolltarifs im Handelsverkehr mit Polen und der Ukraine beim Abschluß eines Handelsvertrags mit Polen und den übrigen Randstaaten.
Mündl. Ber. d. Haush. Aussch.: Bd. 324, Nr. 1600 unter II e.
Bd. 313, 181. Sitz. S. 5702D. — Ueberweisung als Material.

Zucker, Zuckerindustrie.
Versorgungsmaßnahmen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 447.
Zuckerfabrik Cannstatt, Kriegsgewinne, Dividenden: Bd. 311, 137. Sitz. S. 4289A.

Zuckermakler siehe „Kriegswirtschaft" unter II 448.

Zuckerrüben siehe „Kriegswirtschaft" unter II 449.

Zuckerrübensamen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 450.

Zuckerwaren, Durchfuhrverbot, siehe „Kriegswirtschaft" unter II 451.

Zündwaren.
Mitteilung des Reichskanzlers, betreffend Herabsetzung der Kontingente der Zündwarenfabriken für das Betriebsjahr 1914/15 auf 45 v. H.: Bd. 315, Nr. 34.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 452.

Zurückstellungen siehe „Reichsheer" unter 77.

Zustellungen an Rechtsanwälte des aktiven Heeres siehe „Kriegswirtschaft" unter II 453.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung.
Aenderung der §§ 57 und 183 des Gesetzes (Verfügungsbeschränkung des Eigentümers über den Miet- und Pachtzins vom Zeitpunkt der Beschlagnahme des Grundstücks ab; Belehrung des Mieters über die Rechtslage bei Zustellung des Beschlagnahmebeschlusses) siehe „Miet- und Pachtzinsforderungen".
Kriegsverordnungen siehe „Kriegswirtschaft" unter II 454 u. 455.
Zwangsversteigerung von Grundstücken wegen rückständiger Steuern, Notwendigkeit einer Verordnung zum Schutze der Hausbesitzer und Hypothekengläubiger: Bd. 309, 91. Sitz. S. 2701B, 2702A.
Anfrage Dr. Arendt, Freiherr v. Gamp-Massaunen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Preußen Gemeinden wegen rückständiger Steuern in zahlreichen Fällen Zwangsversteigerungen von Grundstücken herbeiführen und dadurch Verschleuderungen von Grundbesitz verschuldet haben?
Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Bundesratsverordnungen zum Schutze der Hypothekenschuldner gegen Zwangsversteigerungen während des Krieges derartig auszudehnen, daß solche schwere Mißstände ihr Ende finden?: Bd. 320, Nr. 652.
Schriftliche Antwort: Bd. 321, Nr. 748.
Petition betreffend Aussetzung der Zwangsversteigerungen während der Weihnachts-, Oster- und Pfingstwochen.
Ber. des Pet. Aussch.: Bd. 321, Nr. 867.
Bd. 310, 114. Sitz. S. 3557A. — Uebergang zur Tagesordnung.

Zwangsvollstreckung, Umgestaltung, Vorschläge des bayerischen Amtsrichters Dittrich: Bd. 312, 164. Sitz. S. 5115B.
Siehe auch „Kriegswirtschaft" unter II 456.

Zweikampf siehe „Reichsheer" unter 210.

Zwiebeln siehe „Kriegswirtschaft" unter II 131.

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 063433582